

HISTORISCHE KOMMISSION  
BEI DER BAYERISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN  
DEUTSCHE GESCHICHTSQUELLEN DES 19. UND 20. JAHRHUNDERTS

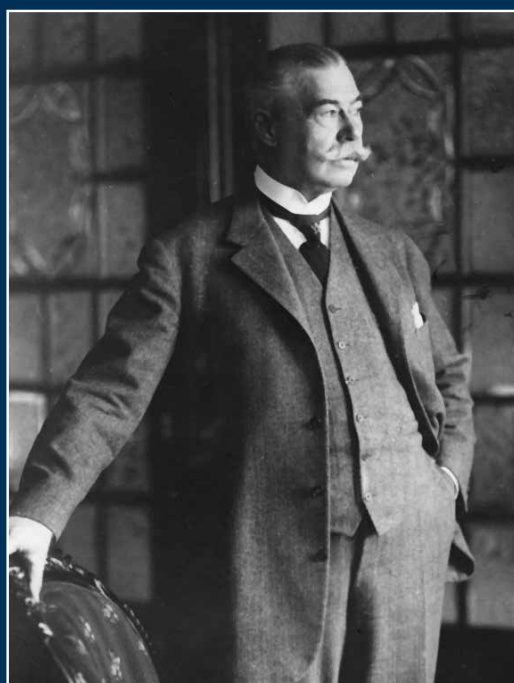
---

Heinrich Claß

Politische Erinnerungen  
des Vorsitzenden  
des Alldeutschen Verbandes  
1915–1933/36

Herausgegeben von  
Björn Hofmeister

---



---

Duncker & Humblot · Berlin

Heinrich Claß  
Politische Erinnerungen des Vorsitzenden  
des Alldeutschen Verbandes 1915–1933/36

---

HISTORISCHE  
KOMMISSION  
BEI DER BAYERISCHEN  
AKADEMIE DER  
WISSENSCHAFTEN

**HK**  
MÜNCHEN

---

DEUTSCHE GESCHICHTSQUELLEN  
DES 19. UND 20. JAHRHUNDERTS

HERAUSGEGEBEN  
VON DER HISTORISCHEN KOMMISSION  
BEI DER BAYERISCHEN AKADEMIE  
DER WISSENSCHAFTEN  
DURCH HANS-CHRISTOF KRAUS

BAND 79

Heinrich Claß

Politische Erinnerungen  
des Vorsitzenden  
des Alldeutschen Verbandes  
1915–1933/36

Herausgegeben von  
Björn Hofmeister



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung: Heinrich Claß um 1928  
(© Deutsches Historisches Museum Berlin F 67/1908)

Alle Rechte vorbehalten  
© 2022 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Satz: L101 Mediengestaltung, Fürstenwalde  
Druck: CPI Books GmbH, Leck  
Printed in Germany

ISSN 0344-1687  
ISBN 978-3-428-18671-6

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

# Inhaltsverzeichnis

	<b>Einführung</b>	1
A.	Heinrich Claß und der Alldeutsche Verband – eine Skizze . . . . .	1
1.	Heinrich Claß – Aufstieg des alldeutschen Verbandspolitikers 1897–1908 . . . . .	1
2.	Machtkonsolidierung und Radikalisierung 1908–1914 . . . . .	5
3.	Mobilisierungsstrategien: Expansion, Diktatur und Antisemitismus 1914–1918 . . . . .	9
4.	„Nationale Opposition“ gegen die Weimarer Republik 1918–1925/26 . . . . .	18
5.	Sammlungspolitik: DNVP, NSDAP und Diktatur 1925/26–1932 . . . . .	26
6.	Alldeutscher Verband und Nationalsozialismus 1933/39 . . . . .	39
B.	Der Alldeutsche Verband in Österreich . . . . .	44
1.	Gründung und Aufstieg 1919–1923 . . . . .	44
2.	Erosionen 1923–1927 . . . . .	54
3.	Niedergang 1927–1935 . . . . .	61
C.	Zur Quelle . . . . .	73
1.	Zur ersten Auswertung der Erinnerungen von Heinrich Claß durch Alfred Kruck (1954) . . . . .	73
2.	Zur Erwerbung der Erinnerungsabschrift „Wider den Strom. Band 2“ durch das Bundesarchiv-Koblenz (1954–1978) und die Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (1954–1965) . . . . .	78
3.	Entstehungszeitraum der Abschrift der Erinnerungen (circa 1934 bis 1936/37 und Ergänzungen um 1944) . . . . .	86
4.	Vergleichende Bemerkungen zu den beiden überlieferten Textversionen im Bundesarchiv-Berlin (Bestand N 2368) und in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (Bestand 11/C2) . . . . .	89
D.	Zur Edition . . . . .	91
	Editorische Bemerkungen . . . . .	98
	Die Erinnerungen als Quelle für die Forschung . . . . .	100

**Heinrich Claß**  
**Politische Erinnerungen des Vorsitzenden**  
**des Alldeutschen Verbandes 1915–1933/36**

*Erster Abschnitt*

Krieg und Kriegszielpolitik 1915–1916	107
Der Kampf gegen Bethmann Hollweg. Einleitung	107
1.1. Bethmann Hollweg muss weg	113
1.2. Fürst zu Salm-Horstmar	138
1.3. Neue Helfer	162
1.4. Ein deutscher Volksrat. Herzog Johann Albrecht und Grossadmiral von Tirpitz	179
1.5. Kriegsminister von Stein	191
[1.6. Die Generale Frhr. v. Vietinghoff u. v. Bernhardi]	197
1.7. Graf Kaspar Preysing	203

*Zweiter Abschnitt*

Militärische und politische Planungen 1916–1917	212
2.1. Der Kampf um den Einsatz der Flotte, der Unterseeboote und der Luftschiffe	212
2.2. Besprechungen mit führenden Deutschen Österreich-Ungarns	232
2.3. Der sogenannte Hugenbergkonzern	264
2.4. Deutsche Zeitung	273
2.5. Alldeutsche Katholiken	285
2.6. Bethmann Hollwegs Sturz	295
2.7. Reichskanzler Michaelis	308
2.8. Deutsche Vaterlandspartei	317
2.9. Besuch bei Ludendorff im Oktober 1917	335
2.10. Oberstleutnant Bauer	348

*Dritter Abschnitt*

Kriegsende und Novemberrevolution 1917–1918	356
3.1. Kanzlerschaft Hertling	356
3.2. Flitsch – Tolmein – Karfreit	357

3.3.	Kurland . . . . .	360
3.4.	50. Geburtstag . . . . .	365
3.5.	Die Vorgänge im Westen . . . . .	369
3.6.	Staatssekretär von Kühlmann . . . . .	380
3.7.	Kirdorf und Stinnes . . . . .	395
3.8.	Chamberlain und „Frankfurter Zeitung“ . . . . .	405
3.9.	Verbandstag in Hannover . . . . .	420
3.10.	Unglücksbotschaften . . . . .	437
3.11.	Hintze . . . . .	445
3.12.	Der Zusammenbruch . . . . .	453

*Vierter Abschnitt*

In der Weimarer Republik 1918–1919 500

4.1.	Würzburg . . . . .	500
4.2.	Bamberger Erklärung und Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund . .	509
4.3.	Trennung von meinen Kindern . . . . .	519
4.4.	Ankunft in Berlin . . . . .	526
4.5.	Berliner Eindrücke. Neue Pläne, neue Arbeit . . . . .	529
4.6.	Wiedervereinigung mit den Meinen . . . . .	534
4.7.	Paul Bang und Gert[z]laff von Hertzberg . . . . .	535
4.8.	Unser Plan, erste Hemmungen [Organisation Escherich] . . . . .	539
4.9.	Fortschreiten der Arbeit. Prinz Friedrich Wilhelm von Preussen . . . . .	552
4.10.	Norderney. Besuch bei Hindenburg . . . . .	561
4.11.	Wolfgang Kapp und sein Putsch . . . . .	565

*Fünfter Abschnitt*

In der Weimarer Republik 1919–1923 574

5.1.	Neue Mitarbeiter . . . . .	574
5.2.	Carl Gottfried Gok . . . . .	578
5.3.	Otto Bonhard . . . . .	583
5.4.	Otto von Roeder und Franz Schwendy . . . . .	587
5.5.	General Otto von Below . . . . .	590
5.6.	General von Behrendt . . . . .	592



5.7. General von Möhl . . . . .	594
5.8. General Hammer . . . . .	595
5.9. Albert Vowinckel . . . . .	598
5.10. In die Schweiz . . . . .	599
5.11. Der Alldeutsche Verband und der Staatsgerichtshof . . . . .	610
5.12. Reinhold Wulle und Albrecht von Graefe . . . . .	613
5.13. Admiral von Grumme-Douglas und Kaiser Wilhelm II. . . . .	631

*Sechster Abschnitt*

In der Weimarer Republik 1923–1924 638

6.1. von Seeckt . . . . .	638
6.2. General von Berendt . . . . .	640
6.3. Ruhreinbruch und Abwehrkampf . . . . .	641
6.4. Fritz Thyssen, Heinrich Thyssen, Scheidt, v. Watter . . . . .	648
6.5. Besprechungen mit Seeckt . . . . .	649
6.6. Arbeiterheer . . . . .	651
6.7. Rückzug von Heinr. Thyssen u. Scheidt . . . . .	660
6.8. Nachrichten über Frankreich . . . . .	663
6.9. Heeresleitung und Diktatur . . . . .	666
6.10. Rolle Seeckts . . . . .	668
6.11. Otto von Below . . . . .	671
6.12. Versammlung in Nikolassee . . . . .	674
6.13. Brigade Ehrhardt . . . . .	676
6.14. Buchrucker . . . . .	680
6.15. Letzter Besuch bei Seeckt . . . . .	687
6.16. Buchruckers Ende . . . . .	693
6.17. Abbruch des Ruhrkampfes . . . . .	699
6.18. Kahr, Pöhner, Lossow . . . . .	699
6.19. Beziehungen zu Ludendorff . . . . .	706
6.20. Wulle und seine Machenschaften . . . . .	711
6.21. Entwicklung in Bayern; Kahr Generalstaatskommissar . . . . .	712
6.22. Der Seeckt-Prozess . . . . .	713

*Siebter Abschnitt*

Alldeutsche Politik und Österreich 1918–1931	733
7.1. Arbeit in Deutschösterreich	733
7.2. Deutsch-Österreichische Tageszeitung	741
7.3. Heimwehren, Heimschutz	750
7.4. Weitere Erlebnisse in Österreich	769
7.5. Hofrat Pichl's Schönerer-Werk	778

*Achter Abschnitt*

Zwischen Weimarer Republik und Machtübernahme 1925–1933	781
8.1. Zur Geschichte der „Nationalen Opposition“. Einleitung	781
8.2. Fünfundzwanzig Jahre Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes	783
8.3. Mein Kampf für Hugenberg	785
8.4. Hochverratsverfahren gegen mich	797
8.5. Generaloberst von Einem	837
8.6. Das „autoritäre“ Kabinett Papen	840
8.7. Der Staatsnotstand	846
8.8. Ein Abschied	860

*Neunter Abschnitt*

Notizen zum Verhältnis zu Adolf Hitler und der NSDAP 1920–1933	865
Nachtrag	922

**Anhang**

Anhang 1: Notverfassungsentwurf, o. D. [1923]	939
Anhang 2: Erklärung des Reichsausschusses für das Volksbegehren und das „Freiheitsgesetz“ [11.9.1929]	945
Anhang 3: Redemanuskript und gehaltene Rede von Heinrich Claß auf der Tagung in Bad Harzburg [11.10.1931]	949
Anhang 4: „Sofortprogramm“ des Alldeutschen Verbandes [31.12.1932]	953
Anhang 5: Gesamtauflagen ausgewählter Schriften von Heinrich Claß 1903–1941	974
Anhang 6: Struktur der Leitungsgremien des Alldeutschen Verbandes 1917	976

Anhang 7:	Struktur der Leitungsgremien des Alldeutschen Verbandes 1921	978
Anhang 8:	Struktur der Leitungsgremien des Alldeutschen Verbandes 1928	981
Anhang 9:	Struktur der Leitungsgremien des Alldeutschen Verbandes 1936, 1937 und 1938 . . . . .	983
Anhang 10:	Topographien des Alldeutschen Verbandes . . . . .	985
Anhang 11:	Auszüge aus den Satzungen des Alldeutschen Verbandes für Deutschland 1903, 1919, 1925 und 1935, des Alldeutschen Verbandes für Österreich 1919, 1927, 1930 und 1935 sowie des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919 und des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes für Öster- reich 1921 . . . . .	988
	Abkürzungsverzeichnis . . . . .	996
	Bibliographie . . . . .	999
	Dank . . . . .	1046
	Personenregister . . . . .	1047

# Einführung

## A. Heinrich Claß und der Alldeutsche Verband – eine Skizze

### 1. Heinrich Claß – Aufstieg des alldeutschen Verbandspolitikers 1897–1908

Heinrich Claß (1868–1953) gilt als Schlüsselfigur für den Übergang des außerparlamentarischen radikalen Nationalismus vom Wilhelminischen Kaiserreich in den Nationalsozialismus. Als Vorsitzender des 1890/91 gegründeten Alldeutschen Verbandes (ADV) war er zwischen 1908 und 1939 auch eine der prägendsten Figuren der „nationalen Opposition“ der radikalen Rechten.<sup>1</sup> Claß wurde am 29. Februar 1868 im rheinhessischen Alzey geboren, wuchs in Mainz auf und studierte von 1888 bis 1891 Rechtswissenschaft in Berlin, Freiburg und Gießen. Während des Studiums verstärkte Claß seine nationalistische Weltanschauung sowie seine Verehrung für Otto von Bismarck. Vor allem der soziologische Rechtsbegriff von Rudolf von Jhering, der zwischen 1852 und 1868 selbst in Gießen gelehrt hatte und durch seinen interessengerichteten und zweckmäßigen Rechtsbegriff die damalige Historische Rechtswissenschaft mit ihrer Systemgeschlossenheit in Frage stellte, beeindruckte Claß nachhaltig.<sup>2</sup> Er hörte auch bei Heinrich von Treitschke in Berlin und unterstützte den antisemitischen Bauernagitor Otto Böckel bei dessen Reichstagswahlkampf in Hessen 1890.<sup>3</sup> Nach seiner Referendarszeit von 1891 bis 1894

---

<sup>1</sup> Zum Alldeutschen Verband (ADV) siehe Wertheimer: *The Pan-German League*, Bonhard: *Geschichte des Alldeutschen Verbandes*, Wehner: *Der Alldeutsche Verband*, Jung: *Der Alldeutsche Verband*, Husmann: *Der Alldeutsche Verband*, Freisel: *Das Bismarckbild der Alldeutschen*, Kuczynski: *Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus*, Bd. II, S. 9–116, Kruck: *Geschichte des Alldeutschen Verbandes*, Hartwig: *Zur Politik und Entwicklung des Alldeutschen Verbandes*, Broberg von Seggern: *The Alldeutsche Verband*, Chamberlain: *The Enemy on the Right*, Chickering: *We Men*, Petzold: *Claß und Hitler*, Ders.: *Soziale Demagogie und alldeutsche Ideologie*, Walther: *Ärzte und Zahnärzte*, Peters: *Der Alldeutsche Verband*, Kolditz: *Rolle und Wirksamkeit*, Griebner: *Massenverbände und Massenparteien*, Korinman: *Deutschland über alles*, Hering: *Konstruierte Nation*, ackisch: *The Pan-German League*, Leicht: *Heinrich Claß*, Hofmeister: *Between Monarchy and Dictatorship* und zuletzt Jungcurt: *Alldeutscher Extremismus sowie auch Sweeney: Pan-German Conceptions of Colonial Empire* und Ders.: *The Racial Economy of Weltpolitik*.

<sup>2</sup> Siehe u. a. Mecke: *Begriff des Rechts sowie Jhering: Geist des römischen Rechts*, Ders.: *Zweck des Rechts und Ders.: Kampf ums Recht* sowie Kapitel 8.7.

<sup>3</sup> Siehe dazu auch Leicht: *Heinrich Claß*, S. 47–65.

wurde er als Rechtsanwalt bei den Mainzer Gerichten sowie beim Oberlandesgericht Darmstadt zugelassen.<sup>4</sup>

Claß trat 1897 über die Gründung der Mainzer Ortsgruppe in den ADV ein und engagierte sich schnell vor allem bei der Mobilisierung von Mitgliedern nicht nur in der Stadt, sondern vor allem auf dem rheinhessischen Land. Er organisierte öffentliche „Volksversammlungen“ mit bis zu 5.000 Gästen in der Mainzer Stadthalle und band vor allem die stetig wachsende Zahl neuer Mitglieder des Verbandes in ein enges Netz von Vorträgen, Sitzungen und regelmäßigen Versammlungen, sodass der Rhein-Main-Gau einer der aktivsten regionalen Formationen des ADV wurde.<sup>5</sup> Als Vorsitzender der Mainzer Ortsgruppe war Claß auch eng vernetzt mit der Mainzer Deutschbund-Gemeinde, der er 1894 beitrug und die er in die alldeutsche Ortsgruppe überführt hatte. Bereits Ende 1898 war er einer der führenden Akteure innerhalb des alldeutschen Rhein-Main-Gaues, der innerhalb des ADV über die Grenzen des Großherzogtums Hessen hinaus auf sich aufmerksam machte. Im selben Jahr wurde er in den Geschäftsführenden Ausschuss und dann auch in den Vorstand des Gaues gewählt.<sup>6</sup>

Ernst Hasse, Vorsitzender des ADV zwischen 1893 und 1908, nahm sich schnell seiner an und förderte ihn, wo er nur konnte. Verwandtschaftliche Beziehungen zum zweiten Verbandsvorsitzenden, Adolf Lehr, erleichterten den schnellen Aufstieg innerhalb der Verbandshierarchien. Im Dezember 1900 erfolgte die Wahl in die Hauptleitung des ADV.<sup>7</sup> Um die Jahrhundertwende wurden die Leitungsgremien durch Zuwahl von Vertretern einer jüngeren Generation der vornehmlich in den 1860er und 1870er Jahren Geborenen wie Claß in ihrer Grundstruktur maßgeblich verändert, da die Gründungsgeneration der 20 bis 30 Jahre älteren Alldeutschen allmählich ersetzt und das Verbandsprogramm durch eine kompromisslosere Definition einer außerparlamentarischen „nationalen Opposition“ radikalisiert wurde.<sup>8</sup> Ab 1901 drängte Claß offensiv auf die Übernahme formeller Aufgaben in den Verbandsgremien. Der langsame Rückzug Hasses vom Verbandsvorsitz und der Tod seines engsten Vertrauten, Lehr, 1901 führten zu einer schleichenden Krise innerhalb des Verbandes. Hasse wollte die doppelte Aufgabe von Universitätsprofessur für Statistik und Kolonialpolitik in Leipzig und Verbandsvorsitz nicht mehr aus-

---

<sup>4</sup> Schriftwechsel des Großherzoglichen Ministeriums des Innern und der Justiz Darmstadt mit Claß 25.5.1891–27.12.1894, in HSTA Darmstadt, Abt. G21 B, Bd. 919 und Großherzoglich-Hessisches Regierungsblatt 31.1.1895, Beilage 1, S. 4.

<sup>5</sup> Siehe Alldeutsche Blätter 30.4.1899, 9.3.1901 und 14.12.1901.

<sup>6</sup> Siehe Claß: Wider den Strom, S. 34.

<sup>7</sup> Im Jahr 1901, nachdem Claß am 9.12.1900 in die Hauptleitung als fünftes Mitglied neben Ernst Hasse, Graf von Arnim-Muskau, Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode und Adolf Lehr hinzugewählt worden war, zählte der ADV im Geschäftsführenden Ausschuss 17 Mitglieder, im Vorstand 178 Mitglieder, 216 Ortsgruppen und 70 vorläufige Ortsgruppen mit Vertrauensmännern (davon 39 Ortsgruppen im Ausland) sowie neun Gauverbände. Siehe Alldeutsches Werbe- und Merkbüchlein 1901, S. 1–16.

<sup>8</sup> Siehe auch Hofmeister: Realms of Leadership and Residues of Mobilization und Leicht: Heinrich Claß, S. 100–107.

füllen und drängte auf seine Ablösung. Sein eigentlicher Kandidat für die Nachfolge, Alfred Hugenberg, sagte zudem ab, das Amt übernehmen zu wollen.<sup>9</sup> Auch Julius F. Lehmann, einflussreicher Münchener Verleger und seiner Zeit Vertreter des moderateren Flügels, wollte nicht als möglicher Nachfolger antreten, sodass Claß die Hauptleitung ab November 1902 zunehmend mit eigenen Kandidaten besetzen konnte.

Politisch wagte sich Claß 1902 als nationalliberaler Kandidat für die Landtagswahlen im Wahlkreis Ingelheim-Finthen des Großherzogtums Hessen in die Öffentlichkeit. Er unterlag jedoch deutlich in dem Wahlkreis, der noch bis 1884 für die Nationalliberalen gewonnen werden konnte, bevor er an den Freisinn und ab 1896 an das Zentrum gegangen war, bei der Aufstellung durch Wahlmänner gegenüber Zentrum, Freisinn und SPD.<sup>10</sup> Ein Jahr später kandidierte er auf Hasses Wunsch für die Nationalliberalen bei den Reichstagswahlen im Wahlkreis Alzey-Bingen, schaffte jedoch aufgrund der Schwäche der Kartell-Parteien und von Claß kritisierten Unstimmigkeiten bei den Nationalliberalen, deren Mitglied er nun war, nicht den Einzug in die Stichwahl, die letztlich zwischen Zentrum und Linksliberalen entschieden wurde.<sup>11</sup> Das Scheitern beider Kandidaturen, für den Landtag und für den Reichstag, verstärkte Claß' grundsätzliche Abneigung gegen das parlamentarische System, das er nun mit seinen demokratisierenden Effekten seit der nicht erfolgten Verlängerung von Bismarcks Sozialistengesetzen 1890 zugunsten der Sozialdemokratie in eine dezidierte Kritik des Kaisers einbettete, der den „Wahnwitz des allgemeinen gleichen Wahlrechts“ dadurch noch zu befördern schien.<sup>12</sup> In der überregionalen Öffentlichkeit hingegen nahm man noch wenig Notiz von dem aufstrebenden Verbandspolitiker, der sich nun für eine politische Verbandskarriere bereithielt. Die Berufspraxis des Rechtsanwalts band Claß in grundsätzliche Fragen von Rechtsbegriffen, Ordnungskonzeptionen und Autorität ein, die letztlich auch immer Verhandlungen von Interessens- und Machtfragen waren. Insofern schulte der Anwaltsberuf Claß auch für eine politische Interessenvertretung radikal-nationalistischer Milieus des deutschen Bürgertums, die gegen Demokratisierung, Liberalismus und Pazifismus und für einen autoritären Ständestaat auf völkischer Grundlage eintraten.

Dass Hasse sein Reichstagsmandat für die Nationalliberalen 1903 verlor, verstärkte bei Claß die antiparlamentarische Oppositionspolitik. Auf dem Plauener Verbandstag nutzte Claß sein Referat „Wandlungen in der Weltstellung des Deutschen Reiches seit dem Jahre 1890“ zu einer Generalabrechnung mit dem wilhelminischen System seit dem Abgang Bismarcks.<sup>13</sup> Die Rede in

<sup>9</sup> Ernst Hasse an Dr. Ellenbeck (Rheinisch-Westfälische Vertrauensmänner Düsseldorf), 12.10.1901, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 185, Bl. 175–176.

<sup>10</sup> Ruppel/Groß: Hessische Abgeordnete, S. 43.

<sup>11</sup> Reibel: Handbuch, S. 1350.

<sup>12</sup> Ingelheimer Zeitung 1.11.1902 und 11.11.1902, in Diehl: Ingelheimer Chronik, S. 28 und Claß: Wider den Strom, S. 76. Zitat Claß: Wider den Strom, S. 76.

<sup>13</sup> Siehe zum folgenden Claß: Die Bilanz des neuen Kurses (Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV 12.9.1903), in BA-Berlin, R 8048, Bd. 187, Bl. 125–126.

Plauen rief bei der Mehrheit der anwesenden Verbandsvertreter Begeisterungstürme hervor. Interne Kritik an der fundamentalen Opposition gegen den Kaiser und dessen vermeintliches „persönliche Regiment“ erschwerte jedoch Claß' Position in der Hauptleitung. Der gouvernementale Flügel aus einflussreichen Altliberalen bestand noch auf eine kritische Begleitung der Reichsregierung und sah die Aufgabe des Verbandes nicht in einer Fundamentalopposition gegen Reichskanzler und Kaiser, sondern in seiner öffentlichkeitswirksamen Propaganda für Weltpolitik, Kolonialismus, Aufrüstung und völkisch-ethnische Deutschtumspolitik.

Auch die radikalen Forderungen von Claß nach deutschem Siedlungsland im Zuge der Marokko-Krise 1904/05<sup>14</sup> verstärkten nicht nur die Hinwendung bei führenden Alldeutschen zu einer aggressiven „Großraumpolitik“ auf dem europäischen Kontinent<sup>15</sup>, sondern beförderten auch die interne Auseinandersetzung um die von Claß forcierte Neuausrichtung des ADV als Zentrum einer regierungskritischen außerparlamentarischen Opposition der bürgerlichen Rechten. Wesentliche Weltanschauungselemente wie Antisemitismus, Antisozialismus, Antiliberalismus und imperiale Ausdehnung des kleindeutschen Bismarckreiches verdichteten sich in Claß' umfassender Kritik am Wilhelminischen Kaiserreich, dem er eine Liberalisierung gegenüber Sozialdemokraten, Zentrumspartei und ethnischen Minderheiten sowie eine zu nachgiebige Außen- und Kolonialpolitik unterstellte. Vor allem bei den jüngeren Verbandsfunktionären fand Claß mit dem neuen radikalen Ton der kompromisslosen Opposition gegen die Reichsregierung breite Unterstützung.

Das unter Hasse auf die Hauptleitung zugeschnittene Führungsmodell nutzte Claß konsequent für den Ausbau der eigenen Machtposition. Seine Wahl zum stellvertretenden Verbandsvorsitzenden erfolgte 1904 auf Hasses ausdrücklichen Wunsch, der durch seinen schleichenden Rückzug vom alltäglichen Verbandsgeschäft die Übernahme der laufenden Geschäftsführung letztlich im August 1907 ermöglichte.<sup>16</sup> Der ADV befand sich nach den Reichstagswahlen im Januar 1907 in einer strukturellen Krise, die sich bereits seit der Jahrhundertwende und den Reichstagswahlen 1903 klar abzeichnete. Flügelkämpfe, Mitgliederverluste, weitere Wahlniederlagen alldeutscher Reichstagskandidaten und eine von Lethargie und Stagnation geprägte Verbandsverwaltung führten den ADV zunehmend an den Rand der „nationalen Opposition“. Der weitere Rückgang alldeutscher Reichstagsabgeordneter von 38 (1902) auf 33 (1908) verschärfte Claß' Radikalisierungspolitik gegen das Wahlsystem.<sup>17</sup> Im Ergebnis zog sich der ADV zunehmend aus der Wahlpolitik des „praktischen Parlamentarismus“ zurück und verschärfte seine Kritik an der Reichs-

---

<sup>14</sup> Claß: Marokko verloren?

<sup>15</sup> Walkenhorst: Nation-Volk-Rasse, S. 192–226 und Förster: Der doppelte Militarismus, S. 152–158. Siehe auch Hasse: Die Besiedelung des deutschen Volksbodens und Reismann-Grone/Liebert: Überseepolitik oder Festlandspolitik?

<sup>16</sup> Siehe Alldeutsche Blätter 10.8.1907 und 17.8.1907.

<sup>17</sup> Alldeutsches Werbe- und Merkbüchlein 1902, S. 32–33 und Handbuch des Alldeutschen Verbandes 1908, S. 21.

regierung sowie am wilhelminischen System, das sich aus Sicht der Alldeutschen von der innenpolitischen Bekämpfung der Bismarckschen „Reichsfeinde“ (Sozialdemokratie, katholisches Zentrum und ethnische Minderheiten) entfernt habe.<sup>18</sup> Der Führungswechsel von Hasse zu Claß ging dann letztlich unvermutet zügig vonstatten, als Hasse am 12. Januar 1908 mit nur 62 Jahren an Typhus starb und Claß am 8. Februar zum Verbandsvorsitzenden gewählt wurde. Hugenberg, der auch zukünftig lieber in der zweiten Reihe wirken wollte, versicherte Claß, dass er ihn zukünftig umfassend unterstützen werde.<sup>19</sup>

Diese Allianz mit Hugenberg hatte für Claß einen hohen symbolischen Wert, da sie sich bis über das Kriegsende 1918 hinaus als eine wichtige Verbindung zur Ruhrindustrie und als ausgleichende Stabilisierung des Verbandes bei Claß' prozesshafter Radikalisierung der Verbandspolitik erweisen sollte. Hugenberg war für Claß darüber hinaus einer der wichtigsten Berater hinsichtlich der sogenannten Germanisierungspolitik im Osten. Konzentrierte sich Hugenberg nach seinem Eintritt in das Direktorium der Krupp AG in Essen 1909 zunächst noch auf die Festigung der eigenen Stellung im Konzern, so wurde die Verbindung zwischen beiden spätestens mit Kriegsausbruch enger und gerann mit der Kriegszieldiskussion 1914/15 zu konkretisierten gemeinsamen Forderungen nach weitreichenden Annexionen, forcierter Zoll- und Handels-synchronisationen zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn als Zentrum eines deutsch-dominierten „Mitteleuropas“ sowie dem forcierten Ausbau des deutschen Kolonialreiches als wirtschaftliches Ressourcenreservoir, Absatzmarkt und Status imperialer Weltmacht.

## 2. Machtkonsolidierung und Radikalisierung 1908–1914

Dem neuen Vorsitzenden gelang relativ schnell die Überdeckung der Friktionen, die durch die Diskussionen um die Radikalisierung des Verbandes ausgelöst wurden. Auch seinen damaligen Gegnern wie Lehmann war klar, dass es zu Claß 1907/08 keine personelle Alternative gab, da niemand gegen Claß als Kandidat für den Verbandsvorsitz hätte antreten wollen. Strategische Umbesetzungen in der Hauptleitung festigten Claß' neue Stellung als Vorsitzender. Der forcierte Abbau der Verbandsschulden sollte durch die im August 1907 erfolgte Unterstellung der Vermögensverwaltung des ADV in die Aufsicht der Geschäftsstelle erreicht werden.<sup>20</sup> Claß war bereits seit Gründung der Vermögensverwaltung am 10. Mai 1903 deren Geschäftsführer. Die Verschlangung der Verbandsausgaben wollte er durch die Überführung der Hauptgeschäftsstelle nach Mainz in die Flachmarktstraße 28 zum 1. Juli 1909 erreichen, damit Mietkosten gespart und gleichzeitig die gesamte Geschäftsführung von seinem Wohnort aus zentral koordiniert werden konnten. Die Gründung des

---

<sup>18</sup> Siehe dazu Griebner: Massenverbände und Massenparteien, S. 278–291. Zitat ebd., S. 291.

<sup>19</sup> Alfred Hugenberg an Claß, 8.3.1908, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 395, Bl. 30–32.

<sup>20</sup> Ernst Hasse an Claß, 10.8.1907, in ebd., Bd. 321, Bl. 11.



Wehrschatzes am 28. Oktober 1909 sollte zusätzliche Verbandsressourcen generieren. Die rheinisch-westfälische Schwerindustrie, zu der Hugenberg seit 1909 nach der Übernahme des Vorsitzes des Direktoriums bei Krupp in Essen Zugang hatte, wurde vermehrt für Spenden angeworben, die seit Claß' Treffen mit Emil Kirdorf im Frühjahr 1910 vermehrt flossen und das finanzielle Überleben des Verbandes sicherten. Mit der Neuaufstellung der Finanzen und einer weiteren Stabilisierung der Mitgliederzahlen versuchte Claß beständig, den Geschäftsführenden Ausschuss durch geneigte Zuwahlen an Mitgliedern einheitlicher zu besetzen und vor allem die Hauptleitung entsprechend seinem Führungsanspruch zum zentralen Entscheidungsgremium des Verbandes umzustrukturieren, um die Hauptleitung zu seinem „Generalstab“ auszubauen.<sup>21</sup>

Die sich festigende Stellung als Verbandsvorsitzender brachte zunächst aber auch eine Milderung in der Oppositionsrhetorik mit sich. Als Verbandsvorsitzender wollte Claß nun auf die Reichsregierung in einzelnen Fragen strategisch zugehen und suchte bereits im Februar 1908 den Zugang zum Chef der Reichskanzlei, Arnold Wahnschaffe, der auch Verbindungen zu Hugenberg unterhielt.<sup>22</sup> Die Daily-Telegraph-Affäre führte zu massiver Kritik am vermeintlichen „persönlichen Regiment“ des Kaisers und erschwerte Claß' Bemühungen um praktische Verständigungen über eine deutsche „Weltpolitik“ der Reichsregierung. Ende 1908 führte Claß den Verband dann mit einer Immediateingabe an den Kaiser vom 10. November erneut in die scharfe Oppositionspolitik gegen Wilhelm II.<sup>23</sup>

Nach dem Rücktritt von Reichskanzler Bernhard von Bülow, der, auch aufgrund der Verbindung des Verbandes zum Adel, die „Salonfähigkeit“ der Alldeutschen zunächst anerkannt hatte, um dann später ebenso entschiedener die „Bierbankpolitik“ des Verbandes zu kritisieren<sup>24</sup>, hoffte Claß auf einen Nachfolger, der die Ambitionen des Kaisers, Politik selbst gestalten zu wollen, abfedern und somit gegenüber den Alldeutschen ausgleichend wirken könnte. Claß lud den neuen Reichskanzler, Theobald von Bethmann Hollweg, daher zum Verbandstag im September 1909 ein, der jedoch absagte und auch Audienz wünsche zurückstellte.<sup>25</sup> Die Strategie, aus der außerparlamentarischen Opposition heraus mit dem Reichskanzler zusammenarbeiten zu wollen, beruhigte auch den moderateren Flügel des Verbandes. Im April 1910 wurde Claß dann auch ohne Gegenstimmen erneut in die Hauptleitung gewählt.<sup>26</sup>

Die Zweite Marokkokrise führte schließlich die Alldeutschen und das Auswärtige Amt durch Verabredungen über eine öffentlichkeitswirksame Propagandaarbeit des Verbandes gegen Frankreichs Forderungen in Marokko in

---

<sup>21</sup> Claß: Wider den Strom, S. 131.

<sup>22</sup> Leicht: Heinrich Claß, S. 132–136.

<sup>23</sup> Eingabe des ADV an Wilhelm II., 10.11.1908, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 581, Bl. 6–7.

<sup>24</sup> Zitate in Malinowski: Vom König zum Führer, S. 183 und Bülow: Denkwürdigkeiten, Bd. 1, S. 476.

<sup>25</sup> Claß: Wider den Strom, S. 144.

<sup>26</sup> Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 2.4.1910, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 74, Bl. 2.

die zeitweilige Kooperation. Claß stand zwischen August 1910 und Juli 1911 mehrmals mit dem Staatssekretär des Äußeren, Alfred von Kiderlen-Wächter, in persönlichem Kontakt.<sup>27</sup> Während das Auswärtige Amt die alldeutsche Weltpolitikpropaganda als Druckmittel für die Durchsetzung deutscher Interessen in Westmarokko in Verhandlungen mit Frankreich nutzen wollte, hoffte Claß ursprünglich auf eine forcierte Durchsetzung deutscher Annexionsforderungen in Marokko, die er als letzte Möglichkeit für den Aufbau auch einer klimatisch günstig gelegenen „Volkssiedelungs-Kolonie“ ansah.<sup>28</sup> Der Griff nach Marokko setze, wie auch schon 1904, die Bereitschaft für einen „Angriffskrieg“ Deutschlands voraus, so Claß in der am 21. Juli 1911 erschienenen Broschüre „West-Marokko deutsch!“.<sup>29</sup> Kompensationen für einen deutschen Anspruch sollten auch nicht durch andere Territorien in der kolonialen Peripherie Frankreichs in Frage kommen, sondern vielmehr wäre in einem solchen Fall nur die Annexion eines breiten Landstreifens von Nancy bis an die Mündung der Somme, sowie von Nancy bis Toulon, zu fordern und zwar „frei von Menschen“.<sup>30</sup> Die überdeutliche Radikalität der Kriegspropaganda des ADV schadete hingegen den Verhandlungsabsichten Kiderlen-Wächters, dessen eigentliche Zähmungsbemühungen gegenüber Claß gescheitert waren. Er distanzierte sich daraufhin im November 1911 von Claß und kritisierte dessen Annexionsforderungen als nicht mit dem Auswärtigen Amt abgesprochen. Claß entfernte letztlich die entsprechenden Annexionsforderungen gegenüber Frankreich aus seiner Marokko-Broschüre.<sup>31</sup> Der Bruch mit dem Auswärtigen Amt schien Claß jedoch erneut in seiner Politik der grundlegenden Opposition gegen die Reichsregierung zu bestätigen.

Das Jahr 1912 sollte zu einem Wendepunkt in Claß' politischem Denken werden. Die Reichstagswahlen vom 12. Januar 1912 reduzierten die alldeutschen Mandate auf nunmehr 15, während die Sozialdemokraten mit 110 von insgesamt 397 Sitzen (34,8 Prozent) als stärkste Fraktion aus den Wahlen hervorgingen. Der Bedeutungsverlust des Reichstags für den Verband korrespondierte mit einer von Claß wahrgenommenen grundlegenden kulturellen Krise seit Bismarcks Abgang 1890, die auch durch Bethmann Hollwegs „Politik der Diagonale“ von wechselnden Mehrheiten im Reichstag nicht überdeckt werden konnte. Das im April 1912 innerhalb von vier Wochen verfasste und unter Pseudonym veröffentlichte Buch „Wenn ich der Kaiser wär'. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten“ ging bis 1914 in die 5. Auflage mit insgesamt 25.000 Exemplaren. Das Pamphlet bündelte einerseits im nationalistischen Bürgertum vorhandene „Angstparolen“ gegenüber den modernen und globalisierenden Tendenzen des wilhelminischen Gesellschafts- und Wirtschaftssys-

<sup>27</sup> Peters: Der Alldeutsche Verband am Vorabend des Ersten Weltkrieges, S. 111–139.

<sup>28</sup> Claß: West-Marokko deutsch!, S. 25.

<sup>29</sup> Ebd., S. 10 und Claß: Marokko verloren?, S. 8 sowie die vorher innerhalb des ADV verteilte Broschüre Claß: Die Besitzergreifung West-Marokkos.

<sup>30</sup> Siehe zur ausgelassenen Passage des Manuskriptes Peters: Der Alldeutsche Verband am Vorabend des Ersten Weltkrieges, S. 123.

<sup>31</sup> Siehe Leicht: Heinrich Claß, S. 146–151.

tems.<sup>32</sup> Das Buch strukturierte andererseits aber auch die binnenrationalen<sup>33</sup> Weltanschauungselemente eines umfassenden Politikverständnisses ethnischer Homogenisierung, antisemitischer und rassistischer Ausgrenzung, imperialer Weltpolitik, Kriegserwartung und zivil-militärischer Diktatur sowie ständestaatlicher Wirtschaftsordnung unter einer bildungsbürgerlichen Expertenregierung. Konstantin von Gebattel, der aufgrund des „Kaiserbuchs“ Kontakt zu Claß aufnahm und zu einem der wichtigsten Funktionäre des ADV werden sollte, verfasste ein Jahr später eine eigene Denkschrift, die neben rassistischen und antisemitischen Forderungen auch die Überlegung eines Staatsstreichs und der Errichtung einer zivil-militärischen Diktatur beinhaltete. Davon war der Kronprinz Wilhelm von Preußen äußerst angetan, sodass er im Herbst 1913 die Nähe zum ADV suchte, während Wilhelm II. solche Planspiele entschieden als gefährliche Schwärmerei verwarf.<sup>34</sup>

War das „Kaiserbuch“ somit auch keine offizielle Denkschrift des ADV, so standen doch wesentliche Forderungen nach einem Staatsstreich und einer Diktatur, nach radikaler antisemitischer Ausgrenzung und ethnischer Homogenisierung sowie imperialer Expansion in einem zukünftigen Krieg im Zentrum alldeutscher Politik. Die Bündelung von innenpolitischen Reformforderungen und außenpolitischer Expansion zeigte sich auch in der Gründung des Deutschen Wehrvereins 1912 durch August Keim, der 1908 vom Deutschen Flottenverein zum ADV übertrat und zwei Jahre später Mitglied der Hauptleitung wurde.<sup>35</sup> Die Propaganda des Deutschen Wehrvereins für die Heeresverstärkung und den forcierten Ausbau der Armee sowie die Unterstützung der beiden Heeresvorlagen von 1912 und 1913 signalisierte die zunehmende Kriegserwartung der Alldeutschen am Vorabend des Ersten Weltkrieges.<sup>36</sup> Die Erkenntnis, dass der Imperialismus des Kaiserreichs am Vorabend des Ersten Weltkrieges an seinen „Scheitelpunkt“<sup>37</sup> gelangt war und die Forderungen nach Weltpolitik, Siedlungsland und territorialer Expansion in Mitteleuropa sowie in der kolonialen Peripherie nicht mehr durch Pamphlete durchzusetzen waren, bestimmte bei Claß die forcierte Forderung nach einem Krieg, der als Grundlage der Durchsetzung von außenpolitischen Kriegszielen und innenpolitischen Reformvorhaben verstanden wurde.

Durch Absprachen mit dem BdL und der DkP versuchten die Alldeutschen ab 1913 daher auch eigene Ressourcen zu bündeln und eine regionale Arbeitsteilung innerhalb der „nationalen Opposition“ zu verabreden. Der agrarische Interessenverband sollte seine Mobilisierungspolitik vornehmlich auf die ostelbischen Regionen und der ADV auf die mitteldeutschen urbanen

---

<sup>32</sup> Claß (Pseudonym: Daniel Frymann): Wenn ich der Kaiser wär'. Zitat Herbert: Das Dritte Reich, S. 14.

<sup>33</sup> Siehe zum Konzept Herbert: Best.

<sup>34</sup> Siehe Chickering: We Men, S. 287–288 sowie auch Claß: Wider den Strom, S. 279–280.

<sup>35</sup> Siehe Eley: Reshaping the German Right, S. 279–290 und Chickering: We Men, S. 243–262.

<sup>36</sup> Siehe Coetzee: The German Army League, Chickering: Der Deutsche Wehrverein und die Reform der deutschen Armee und und Förster: Der doppelte Militarismus.

<sup>37</sup> van Laak: Über alles in der Welt, S. 101.

Räume konzentrieren, wo die meisten und größten alldeutschen Ortsgruppen zu verzeichnen waren. Claß hoffte, dass die Durchsetzung einer autoritären Diktatur gelingen würde, wenn der Verband als politisch-weltanschaulicher „Sauerartig“ innerhalb des „Kartells der schaffenden Stände“ von Landwirtschaft, Schwerindustrie und Mittelstandsvertretungen forciert wirken könnte.<sup>38</sup>

### **3. Mobilisierungsstrategien: Expansion, Diktatur und Antisemitismus 1914–1918**

Der Kriegsausbruch am 1. August 1914 war für die Alldeutschen die lang ersehnte Bedingung für einen fundamentalen Politikwechsel und für eine umfassende Erneuerung der deutschen Gesellschaft. Neben der Durchsetzung eines „Burgfriedens“ für die Absicherung der innenpolitischen Befriedung als Voraussetzung für die nationale Kriegsanstrengung und für die dauerhafte Umsetzung des autoritären Staatsumbaus im Schatten des Krieges, ging es vor allem um die territorialen Ausmaße einer deutschen Expansion, die das Reichsgebiet zukünftig erweitern und die geopolitischen, wirtschaftlichen und ethnischen Interessen durchsetzen sollte, die für die Alldeutschen seit Gründung des Verbandes Grundbedingung für Deutschlands dominierende Stellung in Mitteleuropa sowie als Kolonial- und Weltmacht waren.

Claß ging es um die kompromisslose Durchsetzung einer rigiden Germanisierungspolitik, die Siedlungs- und Kolonialisierungspolitik in Mitteleuropa verbinden sollte. Hier schloss Claß an die zahlreichen Veröffentlichungen Hasse zu einer kontinentaleuropäischen deutschen Expansionspolitik und einer engen Verbindung Deutschlands mit Österreich-Ungarn an.<sup>39</sup> Claß propagierte spätestens seit 1908 die Durchsetzung eines „neuen“ radikalen Nationalismus als offizielle Verbandsdoktrin, in der „Mitteleuropa“ längst als Schlagwort Eingang gefunden hatte.<sup>40</sup> Eine imperiale Zukunft des Deutschen Reiches lag für Claß seit der Marokkokrise 1911 nicht mehr in der kolonialen Peripherie, sondern in Mittel- und Osteuropa mit einer rigiden Siedlungs- und Umsiedlungspolitik als Praxiskern ethnischer Homogenisierung.<sup>41</sup> Seine Kriegszielenkschrift, die am 5. September 1914 fertiggestellt war, fasste diese Grundsätze in einem umfassenden Programm territorialer Expansion (v. a. im Baltikum und, nach Absprache mit Österreich-Ungarn, die Angliederung eines wieder zu errichtenden Königreiches Polen) und radikaler Umsiedlungspolitik in Europa zusammen.<sup>42</sup> Eine Ausweisungspolitik gegen ethnische Volksgruppen in den

---

<sup>38</sup> Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 5.9.1913, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 90, Bl. 9–20. Siehe auch Chickering: *We Men*, S. 283–291.

<sup>39</sup> Siehe z. B. Hasse: *Die Besiedelung des deutschen Volksbodens*, S. 125–144 sowie seine anonym erschienene Schrift *Großdeutschland und Mitteleuropa*. Siehe auch Breuer: *Ordnungen der Ungleichheit*, S. 89–92.

<sup>40</sup> Breuer: *Ordnungen der Ungleichheit*, S. 162–166.

<sup>41</sup> Siehe auch Schwartz: *Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne*, S. 32–61.

<sup>42</sup> Siehe dazu Heinrich Claß: *Denkschrift betreffend die national-, wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele des deutschen Volkes*, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 633, Bl. 182b sowie Ders.:

zu besetzenden Gebieten war für Claß die Voraussetzung für die praktische Durchsetzung territorialer Expansion und völkischer Homogenisierung durch Ansiedlung ethnisch deutscher Gruppen und Umsiedlung beziehungsweise Aussiedlung von einheimischen Gruppen, die als „fremdstämmig“ definiert wurden.<sup>43</sup> Die Losung könne nur sein, „Land frei von Menschen“ im Westen wie im Osten zu fordern, so Claß, der mit diesen Forderungen zu einem „Vordenker“ ethnischer „Säuberung“ wurde.<sup>44</sup> Eine enge Anbindung an die Flamen wiederum sollte einen erweiterten deutschen Kulturraum schaffen, der ein deutsch-dominiertes „Mitteleuropa“ nicht nur wirtschaftlich, sondern auch „völkisch“ untermauern sollte.<sup>45</sup> Hierarchisierte wirtschaftliche Abhängigkeiten durch Zollbündnisse sollten Deutschland als Wirtschafts- und Weltmacht vor allem gegen Russland sowie gegen Frankreich und Großbritannien etablieren. Französische und britische Kolonien in Afrika sollten einem zu errichtenden deutschen „Mittelfrika“ zugeschlagen werden.

Anfang September 1914 erweiterte sich die Diskussion um die Claß'schen Kriegsziele innerhalb der Verbandsführung durch die breitere Einbindung industrieller Interessensvertretungen sowie dann später auch des CDI und des BdI sowie des BdL, der sich zunächst die Deutschkonservativen unter Kuno Graf Westarp und Ernst Bassermann von den Nationalliberalen anschlossen.<sup>46</sup> Mitte November veranlasste Claß den Druck von 1.900 Exemplaren seiner ausgearbeiteten Kriegszieldenschrift, die am 19. Dezember 1914 an einflussreiche Personen verschickt wurde.<sup>47</sup> Anfang Januar 1915 folgte die Beschlagnahmung der Denkschrift durch Regierungsbehörden.<sup>48</sup> Claß rechnete aufgrund der Zensur mit Festungshaft und ging mit umfangreichen Beschwerdeschreiben gegen die Maßnahmen vor, die auch Bethmann Hollweg gegenüber den Alldeutschen gerechtfertigt hatte.<sup>49</sup>

In diesen Auseinandersetzungen mit Reichskanzler und Militärbehörden forderte Claß verstärkt persönliche Audienzen bei Wilhelm II. Entsprechende Anfragen wurden jedoch beständig abgewiesen, sodass Claß vor allem den

---

Denkschrift über die Kriegsziele. Anlagen: 1. Bemerkungen zur osteuropäischen Frage, 2. Vorschläge für den dem Deutschen Reiche notwendigen Landerwerb, 3. Zahlentafeln betr. die Bevölkerung Belgiens und des Nordens und Westens von Frankreich, 4. Kartenskizze des [Russischen Reiches, o. D. [„Handschrift“, Dezember 1914], 64, in Archiv der Stadt Lübeck, NL Neumann, Bd. 13.

<sup>43</sup> Siehe auch Isabell V. Hull: *Absolute Destruction*, S. 226–262.

<sup>44</sup> Claß an August Gebhard, 10.8.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 198, Bl. 167. Schwartz: *Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne*, S. 32–61.

<sup>45</sup> Siehe Müller: *Imaginerter Westen und Bischoff: Kriegsziel Belgien sowie zur deutschen Besatzung Belgiens im Ersten Weltkrieg*; Müller: *Die importierte Nation*.

<sup>46</sup> Siehe Leicht: *Heinrich Claß*, S. 196–200.

<sup>47</sup> Siehe auch Rechnung Julius F. Lehmann an Claß, 29.12.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 634, Bl. 186. Gedruckt wurden letztlich 2.020. Bis Ende Dezember sind 1.922 Exemplare verschickt worden. Zur Empfängerliste siehe auch Anmerkungen in Kapitel 1.1.

<sup>48</sup> Siehe Kapitel 1.1. und Claß: *Wider den Strom*, S. 345–415.

<sup>49</sup> Claß an August Keim, 4.1.1915, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 199, Bl. 1–2 und Theobald von Bethmann Hollweg an Claß, 31.3.1915, in ebd., Bd. 635, Bl. 504–505.

Reichskanzler, aber auch den Chef des Generalstabes, Erich von Falkenhayn, den Chef des Geheimen Zivilkabinetts, Rudolf von Valentini, und den Chef des Marinekabinetts, Admiral Georg Alexander von Müller, für das Fernhalten alldeutscher Interventionen vom Kaiser verantwortlich machte.<sup>50</sup> Die im Spätsommer 1932 erschienenen Erinnerungen von Claß endeten zeitlich mit diesen Entwicklungen im Frühjahr 1915. Der vorliegende zweite Band setzt chronologisch und thematisch hier ein.<sup>51</sup>

Mit Beginn des Jahres 1915 zweifelte Claß an einem siegreichen Ende des Weltkrieges und machte seine eigenen Erwartungen abhängig von der militärischen Entwicklung. Die neue Kriegszieleingabe von Gebtsattel vom 5. Mai 1915, die im Namen des Gesamtvorstandes des ADV an den Reichskanzler geschickt wurde, erwähnte die ursprüngliche Forderung „Land frei von Menschen“ daher zunächst nicht mehr.<sup>52</sup> Auch innerhalb der Verbandsgremien gab es ernsthafte Bedenken gegen diese Forderung, die einerseits klar gegen das Völkerrecht verstieß, inhumane Konsequenzen für Millionen von Menschen bedeutete und nicht zuletzt Einwände bei Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses provozierte, wie entsprechende Entschädigungen zu leisten seien.

Die Eingabe der führenden sechs Wirtschaftsverbände mit Forderungen nach der Zwangsenteignung von Betrieben und einer „Ausräumung“ der einheimischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten ging Claß jedoch nicht weit genug und so dachte er an die Mobilisierung der nationalistischen Professoren, Intellektuellen und Künstler. Die öffentliche Einschränkung, die sich aus den Zensurmaßnahmen für Claß ergab, legte die Vorarbeiten für die sogenannte Intelligenzeingabe vom 20. Juni 1915 in die Hände des Geschäftsführers des ADV, Leopold von Vietinghoff-Scheel, sowie Andreas Gildemeister. Die Eingabe sollte eine Gegenerklärung zur kleineren Gruppe von Intellektuellen um den Berliner Historiker Hans Delbrück darstellen, die die Reichsleitung in ihrer moderateren Kriegszieldiskussion unterstützte.<sup>53</sup>

Der öffentliche Kampf gegen die Reichsregierung wurde während des Krieges verstärkt über solche Eingaben, Denkschriften sowie Flugschriften, wie die von Franz Sontag (Junius Alter) oder Hans von Liebig, geführt, die angedeutet oder ausformuliert die grundsätzliche Systemfrage stellten.<sup>54</sup> Diese vorgetragene fundamentale Kritik an der Reichsregierung führte in der sogenannten Kanzlersturzbewegung zusammen, in der auch Claß durch persönliche Netzwerke gegen Bethmann Hollweg zu agitieren versuchte. Im Sommer 1916 bündelte sich diese Bewegung in München. Lehmann und Max von Gru-

---

<sup>50</sup> Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 4.9.1915, in ebd., Bd. 101, Bl. 10.

<sup>51</sup> Claß: *Wider den Strom*.

<sup>52</sup> Eingabe Konstantin von Gebtsattel an Theobald von Bethmann Hollweg, 5.5.1915, abgedruckt in *Alldeutsche Blätter* 9.12.1916.

<sup>53</sup> Zur Intelligenzeingabe oder Intellektuellen-Adresse („Seeberg-Adresse“) siehe Schwabe: *Ursprung und Verbreitung und Bruendel: Volksgemeinschaft oder Volksstaat*, S. 88–102.

<sup>54</sup> Siehe Kapitel 1.1.

ber waren in diesem Kreis führende Vertreter des ADV und auch Claß hatte bereits im Dezember 1914 versucht, den bayerischen König Ludwig III. durch „aktiven Widerstand“ und den Kronprinzen Wilhelm von Preußen im Frühjahr 1915 mit Hilfe von Gebtsattel gegen Bethmann Hollweg zu mobilisieren.<sup>55</sup>

Da diese Interventionen nicht zu unmittelbaren Ergebnissen führten und auch den Kaiser nicht von der Notwendigkeit einer Entlassung Bethmann Hollwegs überzeugen konnten, suchte man eine engere Verbindung zu Alfred von Tirpitz und Graf Ferdinand Zeppelin sowie Erich Ludendorff und Paul von Hindenburg von der Obersten Heeresleitung. Claß setzte direkte Hoffnungen in die Mobilisierungsfähigkeit militärischer Eliten, um entsprechend seinen Planungen für eine zivil-militärische Diktatur, die er seit dem Vorabend des Ersten Weltkrieges zur Grundlage seiner politischen Ziele gemacht hatte, die vorläufige Entscheidungsmacht zum Militär als entscheidendes Macht- und Führungszentrum jenseits von Reichstag, Reichskanzler und Kaiser zu verschieben. Als zivile Komponente sollte ein ständisch zusammengesetzter Deutscher Volksrat als Legislativgremium Reichsregierung und Reichstag weitgehend ersetzen.<sup>56</sup> Die Einrichtung eines solchen Volksrates wurde von industriellen Vertretern unterstützt, die vor allem bei den vom ADV initiierten Deutsch-Österreichischen Tagungen mit Politikern und Vertretern der Industrie und Landwirtschaft für die verstärkte mitteleuropäische wirtschaftliche Zusammenarbeit mitwirkten.<sup>57</sup>

Der ADV war in seinem politischen Wirken abhängig vom Engagement einzelner führender Persönlichkeiten in den Gremien sowie von den hochgradig personalisierten Netzwerken zu Militär, Regierungsstellen, Industrie und Landwirtschaft, den rechten Parteien und Verbänden. Die ausführliche Beschreibung seiner Beziehungen zu einzelnen Persönlichkeiten im Militär sowie im ADV, wie Otto Helmut Hopfen, Gertzlaff von Hertzberg-Lottin oder Theodor Thomsen, verweisen auf diese unmittelbare Praxis politischen Handelns, dem keine institutionellen Gremien und Sachzwänge im Wege stehen, sondern persönliches Vertrauen und Sympathie zugrunde liegen sollten.<sup>58</sup> Dieser hohe Grad an personalisierter Politik stärkte im Ersten Weltkrieg Claß' unangefochtene Stellung als Verbandsvorsitzender, zu dem es seit seiner Wahl 1908 keinen ernsthaften Herausforderer gegeben hatte. Claß entschied daher während des Krieges in zunehmendem Maß allein, welche Personen in die Hauptleitung kamen. Er achtete zudem streng darauf, wer in den Geschäftsführenden Ausschuss satzungsgemäß hinzugewählt wurde. Auch die beständigen finanziellen Zuwendungen von Kirdorf oder auch Hugenberg beruhten auf diesen engen persönlichen Beziehungen zum Verbandsvorsitzenden.

---

<sup>55</sup> Siehe dazu auch Kapitel 1.7. sowie Claß an Konstantin von Gebtsattel, 22.12.1914, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 1, Bl. 343–344 und Konstantin von Gebtsattel an Kronprinz Wilhelm, 27.4.1915, in ebd., Bl. 589–590.

<sup>56</sup> Siehe Kapitel 1.2., 1.3. und 1.4.

<sup>57</sup> Siehe dazu Kapitel 2.2.

<sup>58</sup> Siehe z. B. Kapitel 1.3.

Im Ersten Weltkrieg drängte Claß auf Entscheidungen, die den ADV in seiner Infrastruktur sowie in seinem Anspruch, umfassender mobilisieren zu wollen, modernisieren sollten. Die Verlegung der Geschäftsstelle in die Hauptstadt, die im Frühjahr 1916 begann und bis zum April 1917 nach Monaten der doppelten Geschäftsführung in Mainz und Berlin vollzogen war, war für Claß notwendig, um aus der beschaulichen Enge Rhein Hessens herauszukommen und in der Hauptstadt nationale Politik vor Ort beeinflussen zu können.<sup>59</sup> Hinzu kamen ab 1915 die verpflichtende Abnahme der Alldeutschen Blätter für alle Mitglieder, um die Finanzierung des Blattes besserstellen und die Mitglieder enger an die Verbandsführung binden zu können. Der gleichberechtigte Eintritt von Frauen in den Verband, die sich bisher nur in gesonderten Frauengruppen organisieren konnten, ermöglichte die Mobilisierung von weiblichen Mitgliedern, die jedoch letztlich vor allem über den Eintritt von Familienmitgliedern erreicht wurde. Für einen verstärkten Einfluss auf die öffentliche Meinung wurde Claß ab 1917 publizistisch im Zeitungsgeschäft aktiv. Er ließ sich für die Zeitschrift Deutschlands Erneuerung als Herausgeber gewinnen, die im April, gleichzeitig mit dem Umzug der Schriftleitung der Alldeutschen Blätter nach Berlin, erschien. Ebenfalls im April begann die Herausgabe der Deutschen Zeitung, deren Erwerb Claß massiv vorangetrieben hatte und deren eigentlicher Chefredakteur er bei der Gestaltung des Blattes war.<sup>60</sup>

Nach der Freigabe der Kriegszieldiskussion im November 1916 drängte Lehmann Claß auf die Überarbeitung der Kriegszielenkschrift von 1914. Erst im Mai 1917 wurde die Beschlagnahme aufgehoben, während die Ausfuhr weiterhin verboten blieb.<sup>61</sup> Claß brachte die Überarbeitung der Denkschrift bis Ende Mai für die Veröffentlichung bei Lehmann zu Ende, sodass die Broschüre im Oktober 1917 mit einer Auflage von 30.000 Exemplaren erscheinen konnte.<sup>62</sup> Claß forderte hier unter anderem die Angliederung Belgiens, das in einen flämischen und einen wallonischen Teil aufgeteilt und jeweils als Provinz diktatorisch regiert werden sollte.<sup>63</sup> Die radikale Verschiebung der deutschen Westgrenze bis zum Ärmelkanal sollte weiterhin „frei von Menschen“ erfolgen, während Frankreich die Kosten für Umsiedlung und Entschädigung zu leisten habe.<sup>64</sup> Die Schwächung Großbritanniens und die Übernahme französischer Kolonien sollte durch die Zurückdrängung Russlands und durch die Annexion weiter Gebiete im Osten, die ebenfalls diktatorisch regiert und „in der Hauptsache ausgeräumt und also erst ganz neu besiedelt“ werden sollten, begleitet werden.<sup>65</sup> Claß forderte für eine anzunehmende Zahl von einer Million Juden in den deutsch besetzten Gebieten im Osten eine „Überführung“ in ein

<sup>59</sup> Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 27.1.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 103, Bl. 14.

<sup>60</sup> Siehe Kapitel 2.4.

<sup>61</sup> Verfügung General von Bücking, 15.5.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 635, Bl. 730.

<sup>62</sup> Julius F. Lehmann an Claß, 5.8.1917, in BA-Berlin, N 2368, Bd. 1, o. Bl.

<sup>63</sup> Claß: Zum deutschen Kriegsziel, S. 30–31.

<sup>64</sup> Ebd., S. 37.

<sup>65</sup> Ebd., S. 62.



eigenes Territorium in Palästina.<sup>66</sup> Polen sollte nun dem Deutschen Reich als „Nebenstaat“ oder „Schutzstaat“ angegliedert werden.<sup>67</sup> Als „Nebenforderungen“ führte Claß wie schon im „Kaiserbuch“ von 1912 unter anderem die Schließung der Grenze nach Osten, vor allem zur Verhinderung ostjüdischer Einwanderung, die „Beschränkung der Freizügigkeit“ für „Fremdblütige“ sowie das Verbot von „Farbigen“ im Deutschen Reich an.<sup>68</sup>

Noch vor der Fertigstellung der überarbeiteten Denkschrift hatten sich die innenpolitischen Verhältnisse fundamental verändert, sodass Claß die Veröffentlichung der Kriegszielforderungen nach der Aufhebung der Zensur nicht mehr, wie noch bei der Verteilung der Denkschrift im Dezember 1914, auf der Illusion eines „Burgfriedens“ und einer nationalen Kriegsanstrengung unter Zurückstellung sozialer und politischer Gegensätze hatte gründen können. Ende 1917 war der von Claß so ersehnte Krieg längst keine Quelle erhoffter Reichserneuerung und innenpolitischer Befriedung mehr. So hatte sich die SPD in Unabhängige Sozialdemokraten und Mehrheitssozialdemokraten bereits im April 1917 über die Frage der Kriegskredite und eines umgehenden Friedensschlusses entzweit. In der „Osterbotschaft“ vom 8. April 1917 kündigte der Kaiser unter dem Druck nach Wahlrechtsreformen zumindest halbherzig eine Änderung des preußischen Dreiklassenwahlrechts für die Zeit nach dem Krieg an, gegen die sich Claß in der Denkschrift explizit ausgesprochen hatte.<sup>69</sup> Die Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli 1917 durch die Mehrheitsparteien SPD, Zentrum und Linksliberale für einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen besiegelte zudem den innenpolitischen Machtwechsel, nachdem Bethmann Hollweg sechs Tage zuvor zurückgetreten und Georg Michaelis Reichskanzler geworden war. Zwar war der von den Alldeutschen so sehr bekämpfte Reichskanzler Bethmann Hollweg nicht mehr im Amt. Zu der erhofften autoritären Wende unter Führung der OHL führte der Amtswechsel hingegen nicht, sondern beförderte den Gestaltungsanspruch der Mehrheitsparteien im Reichstag.

Diese verschärften politischen Polarisierungen im Jahr 1917 waren für die Alldeutschen eine Zäsur, die nun verstärkt ihre Ressourcen für eine Sammlungsbewegung gegen die Vertreter eines „Verständigungsfriedens“ zu mobilisieren versuchten und die über die zuvor gescheiterte Gründung eines Deutschen Volksrates hinausgehen sollte.<sup>70</sup> Claß bat Johann Albrecht zu Mecklenburg, der 1916 die ihm angetragene Führung eines Volksrates abgelehnt hatte, erneut um eine gemeinsame „Oberleitung“ bei der Organisation einer Sammlungsbewegung, die auch die Wirtschaftsverbände einschloss, denn es dürften „Bildung und Besitz nicht weiterhin der Entwicklung tatenlos

---

<sup>66</sup> Ebd., S. 51.

<sup>67</sup> Ebd., S. 57.

<sup>68</sup> Ebd., S. 70–74. Siehe auch Wertheimer: *Unwelcome Strangers*, Maurer: *Ostjuden in Deutschland* und Geiss: *Der polnische Grenzstreifen*.

<sup>69</sup> Ebd., S. 25. Siehe auch Claß: *Volk und Krone*.

<sup>70</sup> Siehe Kapitel 1.4.

zuschauen“.<sup>71</sup> Auch diese Initiative scheiterte an unentschiedenen Alldeutschen, die letztlich auch Claß mit einschlossen, der selbst die Führung eines solchen Sammlungsgremiums nicht übernehmen wollte und sich bei dem Grundsatz seit Übernahme des Verbandsvorsitzes 1908 treu blieb, selbst außerhalb der Parteien und lediglich über den ADV wirken zu wollen. Keim hingegen drängte Claß im Frühjahr 1917 zur Gründung einer „neudeutschen Partei“, deren Kern im ADV liegen sollte. Jedoch hielt Claß bei allen Planungen für eine neue Partei am Prinzip fest, dass man eigentlich „eine vollkommen selbstständige Politik“ treiben wolle, um nicht in das Fahrwasser der Konservativen, die „in allen entscheidenden Augenblicken des Krieges versagt haben, wie auch vorher“, oder auch der Nationalliberalen zu kommen.<sup>72</sup>

Der Einfluss der Alldeutschen auf die nationale Rechte war zum Zeitpunkt der Gründung der Deutschen Vaterlandspartei am 2. September 1917, die sich zur größten nationalistischen Sammlungsbewegung der Rechten entwickeln sollte, daher geringer als zuvor. Die Zusammenarbeit mit der DVLP blieb für Claß selbst ambivalent, da die Parteigremien bemüht waren, in der Öffentlichkeit als Partei mit einer Million Mitglieder nicht als alldeutsche Zweigorganisation wahrgenommen zu werden. Claß ließ sich zwar auf Vorschlag in den Engeren Ausschuss wählen, jedoch bestimmten seit Gründung der Partei Konflikte um Posten und die politische Ausrichtung das Verhältnis zu den alldeutschen Mitgliedern wie Claß, Gildemeister oder auch Ferdinand Eiffe, der zeitweilig als Geschäftsführer fungierte.<sup>73</sup> Für den ADV bedeutete die Sammlung der DVLP einen Bedeutungsverlust innerhalb der radikalisierten Rechte. Trotz der zahlreichen Verflechtungen gerade auf lokaler Ebene beklagte der Verband, dass eine alldeutsche Zusammenfassung aller nationalen Verbände am Widerstand der DVLP, der Kolonialgesellschaft, des Flottenvereins und des Vereins des Deutschtums im Ausland gescheitert und eine Zusammenarbeit lediglich mit dem Wehrverein, dem Ostmarkenverein und dem Unabhängigen Ausschuss für einen deutschen Frieden möglich sei.<sup>74</sup> Als Zentrum einer „nationalen Opposition“, die aufgrund konkurrierender Führungsansprüche und unterschiedlicher politischer Vorstellungen über den Grad der Oppositionspolitik gegen die Reichsregierung uneinheitlich agierte, konnte der ADV mit seiner radikalen Kompromisslosigkeit nur bedingt bis zum Ende des Krieges wirken.

Stattdessen forcierte Claß seine konkreten Planungen für eine zivil-militärische Diktatur. Er traf sich am 10. Oktober 1917 mit Ludendorff und Max Bauer in Bad Kreuznach und schlug ein „Kabinett in Uniform“ mit führenden

<sup>71</sup> Denkschrift Claß an Johann Albrecht zu Mecklenburg, April 1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 598, Bl. 1–4.

<sup>72</sup> August Keim an Claß, 22.3.1917, in in BA-Berlin, R 8048, Bd. 406, Bl. 313 und Claß an August Keim, 3.5.1917, in ebd., Bl. 298.

<sup>73</sup> Siehe dazu Kapitel 2.8. sowie Hagenlücke: *Deutsche Vaterlandspartei*, S. 164–192.

<sup>74</sup> Freiherr Schilling von Cannstadt an Herrn Rüse (Elberfeld), 8.1.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 203, Bl. 39.

Alldeutschen wie Hugenberg als Wirtschaftsminister vor.<sup>75</sup> Nachdem Bauer, der als Verbindungsmann zwischen ADV und Ludendorff fungierte, weder Ludendorff noch den preußischen Kronprinzen im Februar 1918 überzeugen konnte, nach der Berufung des bayerischen Katholiken Georg Graf Hertling als neuer Reichskanzler gegen den Kaiser Stellung zu beziehen, gab es für solche Pläne zunächst keine Perspektive. Mit dem Rücktritt von Ludendorff am 26. Oktober 1918 waren die Diktatur-Pläne zunächst obsolet. Claß hatte seine politischen Möglichkeiten ausgereizt. Weder gelang die Errichtung einer zivil-militärischen Diktatur noch konnte die DVLP Forderungen der Mehrheitsparteien nach Parlamentarisierung und Friedensschluss aufhalten. Zudem agierte die DVLP weitgehend unabhängig vom ADV.

Die strategische Mobilisierung des radikalen Antisemitismus sollte den Bedeutungsverlust des ADV in diesen Auseinandersetzungen verhindern und die Krise des Verbandes überdecken, die bei Claß antisemitische Radikalisierungen noch zusätzlich förderte. Die Umsetzung des radikalen Antisemitismus als soziale und politische Mobilisierungsstrategie spaltete noch in den 1890er Jahren den Verband. Sie blieb trotz aller Radikalisierungen auch noch unter Claß' Vorsitz umstritten und kam nicht vor 1917/18 zum Durchbruch. Bereits mit der Erosion des „Burgfriedens“ im Frühjahr 1915 verstärkte Claß seine Vorwürfe, die Regierung sei angesichts ihrer Führungslosigkeit unter Bethmann Hollweg einer „jüdisch-demokratischen Politik“ unterworfen, die durch Juden als „Herren im Reich“ gemacht werde.<sup>76</sup> Im Frühjahr 1915 wurden dann im ADV ganz konkrete Pläne zum Grenzschluss gegen osteuropäische Einwanderung ausgearbeitet, die sich vor allem gegen Ostjuden richtete.<sup>77</sup> Gebattel gehörte zu den treibenden Kräften des radikal-antisemitischen Flügels des ADV, der auch Claß zur eindeutigen öffentlichen Positionierung drängte. Bereits im Oktober 1915 wollte er geklärt wissen, wie viele Juden im Heer und in der Etappe dienten und wie viele an der Front gefallen waren.<sup>78</sup> Der alldeutsche Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende der Deutschvölkischen Partei, Ferdinand Werner, initiierte im Juni 1916 eine Anfrage, die durch Erlass des preußischen Kriegsministers, Adolf Wild von Hohenborn, vom 11. Oktober 1916 zur „Juden-zählung“ im deutschen Heer führte.<sup>79</sup>

Im Verlauf des Jahres 1917 änderte sich die Strategie auch bei Claß, der trotz aller antisemitischen Forderungen in seinen Schriften und Reden zurückhaltender agieren und die letzten altliberalen Verbandsmitglieder im Krieg

<sup>75</sup> Siehe Kapitel 2.9 und Leicht: Heinrich Claß, S. 241–242 sowie Kruck: Geschichte des Alldeutschen Verbandes, S. 103–104.

<sup>76</sup> Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 6./7.2.1915, BA-Berlin, R 8048, Bd. 98, Bl. 15 und Dass. 24.4.1915, in ebd., Bd. 99, Bl. 8.

<sup>77</sup> Siehe Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 28.8.1914, ebd., Bd. 96, Bl. 16 sowie Georg Fritz auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 24.4.1915, in ebd., Bd. 99, Bl. 8–9.

<sup>78</sup> Konstantin von Gebattel an Claß, 3.10.1915, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 2, Bl. 253–254.

<sup>79</sup> Siehe Angress: The German Army's „Juden-zählung“ of 1916, Jochmann: Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft, S. 99–117 und Rosenthal: „Die Ehre des jüdischen Soldaten“.

nicht herausfordern wollte.<sup>80</sup> Die Ernennung des Zentrumspolitikers Hertling zum Reichskanzler am 31. Oktober 1917 machte die Deutung des beschleunigten Wandels der deutschen Kriegsgesellschaft für Claß immer schwerer. Militärisch hingegen schien der Krieg im Osten im Zuge der Russischen Revolution und des Separatfriedens von Brest-Litowsk vom März 1918 günstiger für die alldeutschen Kriegszielforderungen auszufallen. Friedensdiskussionen passten daher nicht in das alldeutsche Bild vom „Siegfrieden“. Das von Woodrow Wilson im Januar 1918 in seinen „Vierzehn-Punkten“ geforderte Selbstbestimmungsrecht der Völker war für Claß ohnehin nicht zuletzt deshalb abzulehnen, weil er die Durchsetzung des Prinzips ethnisch-nationalstaatlicher Souveränität als eine grundlegende Gefahr für das „Deutschtum“ in den besetzten Gebieten des ehemaligen Russischen Reiches und somit für die deutsche imperiale „Landausdehnung nach dem Osten“ strikt ablehnte.<sup>81</sup>

Die gesellschaftliche Mobilisierung für einen „Siegfrieden“ schien für die Alldeutschen das größte Problem angesichts der Polarisierung und Radikalisierung der deutschen Kriegsgesellschaft. Gebattel drückte die antisemitische Strömung jetzt forciert in die Diskussionen innerhalb der Verbandsgremien. Im September 1918 sollte der eigentliche Durchbruch zum öffentlichen Antisemitismus als politischer und weltanschaulicher Leitlinie des gesamten Verbandes erfolgen, als Gebattel zusammen mit Georg Fritz den „Judenausschuss“ des ADV unter seinem Vorsitz gründete.<sup>82</sup> Der „Judenausschuss“ nahm jedoch nicht vor dem 19./20. Oktober 1918 seine eigentliche Funktion als neu geschaffenes Verbandsgremium auf.<sup>83</sup> Radikaler Antisemitismus als Krisenstrategie

<sup>80</sup> Daher nutzte Claß auch Konstantin von Gebattels Namen, als er den Angriff des ADV auf die Juden öffentlichkeitswirksam publizierte. Konstantin von Gebattel [eigentlichlicher Autor: Heinrich Claß]: Alldeutsch – vielleicht alljüdisch?, in *Deutsche Zeitung* 18.7.1917.

<sup>81</sup> Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 29.6.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 119, Bl. 14.

<sup>82</sup> Siehe Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 13.9.1918, in ebd., Bd. 120, Bl. 22b sowie dazu Lohalm: *Völkischer Radikalismus*, S. 51–56.

<sup>83</sup> Claß rief angesichts der sich verbreitenden Forderungen nach Demokratisierung und Verständigung mit den Alliierten auf ein baldigen Frieden ohne Annexionen auf dem alldeutschen Verbandstag im Oktober 1918 den bekannten Ausspruch zur radikalen Gewalt gegen Juden: „Schlagt Sie tot! Das Weltgericht fragt Euch nach den Gründen nicht.“ Für Claß waren Juden nicht nur die eigentlichen Vertreter aller liberalen, sozialistischen und pazifistischen Strömungen sowie Träger eines internationalen Finanzkapitalismus. Dieses antisemitische Bild war kontinuierliches Weltanschauungsmotiv seines langlebigen Antisemitismus, der im Kaiserbuch 1912 seine bekannteste Verbreitung erfahren hatte. Entsprechend dieser antisemitischen Interpretation hätten Juden im Krieg den „Burgfrieden“ politisch verwässert, die Regierung, die Mehrheitsparteien sowie das Bürgertum in seiner fehlenden Mobilisierung eine Revolutionierung der Gesellschaft manipuliert und letztlich die „deutsche Volksgemeinschaft“ in einer gemeinsamen Kriegsanstrengung geschwächt. Für die Rohfassung des Protokolls, mit der letztlich von Claß in der zu verteilenden Abschrift für die Verbandsmitglieder durchgestrichenen Passage, siehe Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 19./20.10.1918, in FZH [Kopiernummer 65008851, Bl. 44b]. Auch zitiert in Lohalm: *Völkischer Radikalismus*, S. 76. Für das verbreitete Manuskript ohne diesen Zusatz siehe Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 19./20.10.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 121, Bl. 55–76.

gie, den Mittelstand und auch „proletarische Massen“<sup>84</sup> für alldeutsche Kriegszielpolitik zu mobilisieren und eine Verlängerung des „Burgfriedens“ zu erreichen, konnte die grundlegende Revolutionierung der deutschen Gesellschaft jedoch nicht aufhalten.<sup>85</sup> Für Claß war der Untergang des Kaiserreichs am 9. November 1918 in seiner Interpretation der Umwälzungen eine nahezu notwendige Folge einer grundlegend verfehlten politischen Entwicklung seit dem Abgang Bismarcks 1890, dessen „Saat“ mit dem Rücktritt Wilhelms II. nun aufgegangen sei.<sup>86</sup> Die Aufgabe des Verbandes sei es nun, für eine „Wiedergeburt“ des deutschen Volkes zu kämpfen.<sup>87</sup>

#### 4. „Nationale Opposition“ gegen die Weimarer Republik 1918–1925/26

Claß erlebte die Revolution im November 1918 in seiner Heimatstadt Mainz sowie auf seinen Vortrags- und Besprechungsreisen.<sup>88</sup> Die Angst vor gewaltsamen Angriffen gegen führende Alldeutsche im revolutionären Berlin ließen Claß und Vietinghoff-Scheel zur Jahreswende 1918/19 einen Umzug der Hauptgeschäftsstelle erwägen. Der Verbandsvorsitzende sprach sich für Gotha aus, das nicht wie Mainz unmittelbar von einer Besetzung durch die Alliierten bedroht war und zudem eine neue Nähe zum Hauptsitz des Deutschbundes und zu zahlreichen anderen völkischen Verbänden in Thüringen betont hätte.<sup>89</sup> Ende Januar 1919 entschied sich Claß gegen solche Umzugspläne, da sie erneut große Summen an Kosten verursacht hätten.<sup>90</sup> Diese Überlegungen wurden Anfang 1919 von Planungen für eine Namensänderung des ADV in Bismarck Verband begleitet.<sup>91</sup>

Die auf dem Verbandstag im Februar 1919 beschlossene „Bamberger Erklärung“ stellte den ADV in klare Opposition gegen Deutschlands erste Demokratie sowie die sich anbahnende internationale Weltordnung nach dem Krieg. Die Alldeutschen hofften, dass sie sich als Avantgarde einer neuen „nationalen Opposition“ etablieren könnten. Das Umfeld der radikalen Rechten hatte sich mit zahlreichen neuen paramilitärischen Verbänden, Bewegungen und Organi-

<sup>84</sup> Schildt: Konservatismus in Deutschland, S. 125.

<sup>85</sup> Siehe Hofmeister: Weltanschauung, Mobilisierungsstrukturen und Krisenerfahrungen.

<sup>86</sup> Claß an die Schriftleitung der Alldeutschen Blätter, 9.11.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 655, Bl. 1.

<sup>87</sup> Rundschreiben Claß, 15.11.1918, in ebd., Bd. 122, Bl. 1.

<sup>88</sup> Siehe Kapitel 3.12.

<sup>89</sup> Siehe Herr Schön an die Schriftleitung der Frankfurter Zeitung, 5.6.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 604, Bl. 14–15.

<sup>90</sup> Rundschreiben Alfred Jacobsen, 4.2.1919, StA Friedberg, NL August Gebhardt, Nr. 8, Bd. 3, o. Bl. und Claß an die Mitglieder der Hauptleitung und des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 27.1.1919, in ebd., o. Bl.

<sup>91</sup> Siehe Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 16./17.2.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 123, Bl. 45 und Claß an die Mitglieder der Hauptleitung und des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 27.1.1919, in StA Friedberg, NL August Gebhardt, Nr. 8, Bd. 3, o. Bl.

sationen jedoch grundlegend verändert. Die Alldeutschen galten fortan nicht nur unter jüngeren Aktivisten paramilitärischer Freikorpsverbände als Honoratioren der „alten“ wilhelminischen Rechten des Kaiserreichs. Hinzu kam ein verändertes Feld parlamentarischer Politik, das sich dem gleichen allgemeinen Wahlrecht für Männer und Frauen stellen musste, und das mit der Deutschnationalen Volkspartei eine neue Sammlungspartei der Rechten aufbot, die im Vergleich zur Deutschen Volkspartei zwar die größte rechte Sammlungspartei der jungen Weimarer Republik darstellte, aber auch in dem Versuch, sowohl traditionell agrarisch-deutschkonservative als auch nationalliberale Wählermilieus bündeln zu wollen, seit Gründung im Dezember 1918 grundsätzlichen Auseinandersetzungen zwischen dem gemäßigt gouvernementalen und einem radikal-oppositionellen sowie völkischen Flügel ausgesetzt war. Die Alldeutschen Otto Fürst zu Salm-Horstmar, Gustav Pezoldt, Hertzberg-Lottin und Ferdinand von Grumme-Douglas wollten zur Verstärkung des völkischen Flügels Claß für die aus der DVLP hervorgegangene DNVP für die ersten Wahlen im Januar 1919 über einen sicheren Listenplatz aufstellen, jedoch lehnte es Claß weiterhin grundsätzlich ab, für ein Reichstagsmandat zu kandidieren.<sup>92</sup> Zahlreiche alldeutsche Mitglieder erkannten die Möglichkeiten dieser neuen Sammlungspartei für die Zusammenfassung konservativer und völkischer Anhängermilieus für den Kampf gegen die Weimarer Demokratie und traten kurz nach Gründung in die DNVP ein. Dazu zählte neben Hugenberg, der im Januar 1919 seine Position im Direktorium bei der Krupp AG in Essen für die verstärkte Organisation der Medienunternehmungen verließ und sich im Dezember 1918 für die Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung als Kandidat der DNVP aufstellen ließ, unter anderem auch Vietinghoff-Scheel, Paul Bang, Hertzberg-Lottin sowie Axel Freiherr von Freytagh-Loringhoven. Durch diese Anbindung zahlreicher Alldeutscher an die neugegründeten Gliederungen der DNVP erreichten alldeutsche Funktionäre neue politische Öffentlichkeiten. Doppelmitglieder zwischen ADV und DNVP verstärkten gerade in den Ortsgruppen und Gauabteilungen die Mobilisierung des Verbandes durch Werbung neuer Mitglieder. Insgesamt stieg die Mitgliederzahl von 22.058 im Jahr 1916 auf 36.904 im Jahr 1918 und erreichte mit 39.000 im Jahr 1922 einen Höhepunkt der Mobilisierung.<sup>93</sup>

Zur Mobilisierung von alldeutschen Anhängern sollten auch die im September 1918 angefangenen Planungen für eine antisemitische Zweigorganisation außerhalb des ADV mit der Einrichtung der „ersten rechtsradikalen Massenorganisation“ in Deutschland als „Zentrum der gegenrevolutionären Bewegung“ abgeschlossen werden.<sup>94</sup> Am 18. Februar 1919 trat der Gründungsausschuss des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes unter Claß, Geb-

<sup>92</sup> Siehe ebd. und Hauptschriftleiter des ADV an Gustav Pezoldt, 23.12.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 321, Bl. 85 sowie Claß an Gustav Pezoldt, 10.5.1919, in ebd., Bl. 100.

<sup>93</sup> Siehe Hofmeister: *Between Monarchy and Dictatorship*, S. 495.

<sup>94</sup> Büttner: *Weimar*, S. 187 und Longerich: *Antisemitismus*, S. 190. Siehe dazu Lohalm: *Völkischer Radikalismus*, S. 19–26.

sattel, Karl Lohmann und Fritz zusammen.<sup>95</sup> Führungskonkurrenzen innerhalb des DvSTB zwischen Werner und Friedrich Wiggershaus vom Geschäftsführenden Ausschuss und Alfred Roth als Hauptgeschäftsführer, sowie Autonomiebestrebungen im bayerischen Landesverband, erschwerten jedoch eine einheitliche Führung bis in die 19 Gauverbände und über 600 Ortsgruppen des Bundes in Deutschland und Österreich hinein. Eine große Mobilisierung wurde vor allem in den Städten München, Hamburg, Berlin und Stettin sowie in den Gauverbänden in Schlesien, Hessen, Nordbayern, Thüringen, Sachsen und Brandenburg mit insgesamt 160–180.000 Mitgliedern bis zur Auflösung im Sommer 1922 erreicht.<sup>96</sup> Die Auflösung des DvSTB erfolgte, bis auf die Gauverbände in Bayern und Württemberg, im Zuge des Republikenschutzgesetzes, das am 21. Juli 1922 – einen Monat nach der Ermordung Walther Rathenau – erlassen wurde. Inflation und Ruhrbesetzung sowie die Verbots- und Überwachungszeit infolge des Republikenschutzgesetzes von 1922 bis 1923 belasteten die Verbandsstruktur. Im April 1923 rechnete die Geschäftsführung in Berlin nur noch mit 70 von 512 Ortsgruppen, die verlässlich arbeiteten.<sup>97</sup> Die Weisung der Leitung des DvSTB, sich nach seiner Auflösung auch der NSDAP anzuschließen, beförderte auch den Radikalisierungsprozess des ADV, der durch die Einführung eines „Arierparagraphen“ in die Verbandsatzung 1924 zum Ausdruck kam.<sup>98</sup>

Die Diktatur war für Claß weiterhin die einzige politische Alternative, für die er unter anderem Hindenburg bereits 1919 und dann auch Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen zu gewinnen versuchte.<sup>99</sup> Die nach dem Krieg gegründete Deutsche Arbeiterpartei war nicht nur für die Alldeutschen in der Ortsgruppe München eine aufstrebende Bewegung, die für eine Zusammenarbeit frühe Kontakte zwischen Claß und Adolf Hitler beförderten. Nachdem Hitler bereits 1920 bei den Alldeutschen als charismatischer Redner und als „Trommler“ der Nationalsozialisten wahrgenommen wurde, war auch Claß für eine Zusammenarbeit offen.<sup>100</sup> Das 25–Punkte-Programm der NSDAP vom 24. Februar 1920 hatte bereits zu Claß' Verwunderung wesentliche antisemitische und rassistische Forderungen aus seinem „Kaiserbuch“ aufgenommen.<sup>101</sup> Das erste Treffen zwischen Claß und Hitler fand vermutlich im Frühjahr 1920 statt,

<sup>95</sup> Siehe auch Kapitel 4.2. und 5.1.

<sup>96</sup> Zu den Zahlen siehe Lohalm: *Völkischer Radikalismus*, S. 89–90, 118–122 und 361 sowie Vorläufiger Geschäftsbericht des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, 1.6.1920, in FZH, 11/R28 Alfred Roth, Zeitungen, Zeitschriften, Vereinigungen, Sonstiges, o.Bl.

<sup>97</sup> Siehe Aufstellung Alldeutscher Verband von Leopold von Vietinghoff-Scheel, o.D. [Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 21./22.4.1923], in BA-Berlin, R 8048, Bd. 136, Bl. 1–2.

<sup>98</sup> Siehe Lohalm: *Völkischer Radikalismus*, S. 20 und Antrag auf Satzungsänderung auf der Sitzung des Gesamtvorstandes des ADV, 30.8.1924, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 139, Bl. 9.

<sup>99</sup> Siehe dazu Kapitel 4.8., 4.9. und 4.10 sowie zur Diskussion um die endgültige Durchsetzung des Diktatur-Prinzips innerhalb der alldeutschen Verbandsführung zwischen 1920 und 1922 Leicht: *Heinrich Claß*, S. 298–304.

<sup>100</sup> Zitate Tyrell: *Vom „Trommler“ zum „Führer“ und Herbst: Hitlers Charisma*, S. 94.

<sup>101</sup> Siehe Feder: *Das Programm der NSDAP* sowie Claß: *Kapitel 9 (Anhang von 1936)*.

als Hitler in Berlin durch den führenden Nationalsozialisten Dietrich Eckart, der auch Mitglied des DvSTB war, unter anderem bei dem Alldeutschen Ernst Graf zu Reventlow eingeführt wurde.<sup>102</sup> Reventlow war vor dem Krieg politischer Vertreter des ADV in Berlin sowie Chefredakteur der Alldeutschen Blätter gewesen. Claß berichtete bereits im Juni 1920 dem führenden Münchener Alldeutschen Paul Tafel, der enge Kontakte zur NSDAP und zur Thule-Gesellschaft unterhielt, dass Hitler bei ihm in Berlin gewesen sei.<sup>103</sup> Hitler suchte finanzielle Unterstützung für seine Werbereisen nach Österreich sowie für die Finanzierung des Ankaufs des Münchener Beobachters (später Völkischer Beobachter).<sup>104</sup>

Das sich nach Kriegsende dynamisch entwickelnde Milieu des radikalen Nationalismus beförderte im Zuge der Demobilisierung den Aufstieg paramilitärischer Organisationen sowie von rechten Putschplanungen für die Errichtung einer zivil-militärischen Diktatur. Wolfgang Kapp stand bereits im Krieg in enger Verbindung mit Claß. Die Planungen für den Kapp-Putsch, der am 13. März 1920 gegen die SPD-geführte Regierung Gustav Bauer ausgerufen wurde, bezogen Claß nicht mit ein, der aber wohl seit November 1919 von solchen grundsätzlichen Planungen in Kenntnis gesetzt war. Bang hingegen war der prominenteste alldeutsche Putschteilnehmer, der sich für die Funktion des Wirtschaftsministers im geplanten Diktaturkabinett gewinnen ließ, wovor ihn Claß im Vorfeld gewarnt haben will.<sup>105</sup> Das Scheitern des Kapp-Putsches machte Claß deutlich, dass Umsturzpläne, an denen auch er arbeitete, längerfristig angelegt sein müssten. Seine aktiven Verbindungen zur Organisation Escherich und zur Organisation Consul, sowie die Bemühungen um Finanzierungen für weitere paramilitärischen Verbände durch Gelder der Schwerindustrie, verweisen auf die tiefe Verwurzelung von Claß in den Netzwerken der neuen antirepublikanischen Rechten.<sup>106</sup> Die Ermordung Walther Rathenaus und die Folgen des daraufhin erlassenen Republikschutzgesetzes führten hingegen zum Verbot nicht nur des DvSTB, sondern auch zum vorläufigen Verbot des ADV in einigen Ländern, sodass der Verband in seinem Fortbestand bis zur Aufhebung aller Verbote bis 1923 ernsthaft in Frage stand.

Im Zuge der Besetzung des Ruhrgebietes im Januar 1923 hoffte Claß auf eine Sammlung der rechten Verbände und er beteiligte sich in diesem Jahr an Planungen für den Umsturz der Weimarer Republik im Zusammenspiel mit Absprachen für die Errichtung eines Direktoriums in München. Nach einem bayerischen Rechtsputsch sollte letztlich ein Marsch auf Berlin erfolgen und dort eine autoritäre Reichsregierung errichtet werden. Im Mai 1923 intensivierte Claß dahingehend die längere Verbindung mit Polizeipräsident Ernst Pöhner und er unterhielt seit dem Sommer 1923 Kontakt zu Gustav Ritter von

<sup>102</sup> Claß: Kapitel 9 (Anhang von 1936). Siehe auch Leicht: Heinrich Claß, S. 285–291.

<sup>103</sup> Claß an Paul Tafel, 8.6.1920, in BA-Berlin, R 8408, Bd. 258, Bl. 243.

<sup>104</sup> Siehe dazu Kapitel 9 (Anhang von 1936).

<sup>105</sup> Siehe Kapitel 5.5. und Chamberlain: *The Enemy on the Right*, S. 142–143.

<sup>106</sup> Siehe auch Kapitel 4.8.



Kahr, der in Norddeutschland auch mit General Otto von Below verhandelte.<sup>107</sup> Claß suchte auch den engeren Kontakt zu Hans von Seeckt, der am 5. Juni 1920 Chef der Heeresleitung geworden war, und er stand seit dem Frühjahr 1923 im Zusammenhang mit geheimen Aufrüstungsplänen der Reichswehr in Kontakt zu den Freikorpsführern Georg Escherich, Gerhard Roßbach und Franz Xaver Ritter von Epp, um im Fall eines militärischen Konflikts deren Truppen in die Reichswehr zu überführen. Zwischen Februar und September 1923 versuchte Claß daher, mit Seeckt einen Rechtsputsch und ein Direktorium mit Unterstützung der Reichswehr zu organisieren.<sup>108</sup> Er erhielt aber letztlich eine Absage von Seeckt, der eigene politische Interessen verfolgte und auf die neutrale Position der Reichswehr verwies. Seit dem Sommer gerannen zahlreiche Umsturzplanungen der Rechten in konkrete Putschplanungen. Auch Hitler konkurrierte mit Kahr um die Führung der Rechten in Bayern und verstärkte eigene Putschplanungen. Die Situation spitzte sich zu, als am 26. September in Bayern der Ausnahmezustand verhängt und Kahr zum Generalstaatskommissar mit diktatorischen Befugnissen berufen wurde. Claß hatte Hitler in seine ursprünglichen Planungen noch einbezogen und folgte hier wohl auch ursprünglichen Plänen der Einbindung von Kahr. Jedoch entfernte Claß den NSDAP-Führer im Laufe des Sommers 1923 aus seinen Plänen, vor allem nach einem persönlichen Treffen am Pfingsten in München. Claß hielt letztlich Hitlers eigenmächtige Mobilisierungsbemühungen für ein gewaltsames Vorgehen gegen die Ruhrbesetzung und für eine Zusammenfassung paramilitärischer Verbände unter nationalsozialistischer Führung für „größenwahnsinnig“. Auch Hitler zog sich nach den Beratungen um eine durch Notverfassung gestützte Ausrufung des Ausnahmezustandes zurück.<sup>109</sup>

Claß stand nun ganz auf der Seite Kahrs im Kampf der radikalen Rechten für den Umsturz in Bayern und führte weitere Gespräche für die Durchsetzung der Diktatur und deren militärische Absicherung in Berlin. Im Oktober 1923 setzte er auch nicht mehr auf Seeckt als Chef der Reichswehr, sondern hoffte nun auf General Richard von Berendt für die militärische Unterstützung, während er auch mit Arnold von Möhl Kontakt hielt. Auf Reichsebene plante Claß im Zuge dieser im Sommer 1923 gesteigerten Abfolge von Gesprächen, Absprachen, Planspielen und zahlreichen Verhandlungen auch ein Direktorium für eine mit Notverordnung einzusetzende Regierung unter anderem mit dem Stinnes-Direktor Friedrich Minoux, dem Deutschnationalen Wilhelm von Gayl und dem ehemaligen Krupp-Direktor Otto Wiedfeldt.<sup>110</sup>

---

<sup>107</sup> Siehe zu den Besprechungen 1923 Leicht: Heinrich Claß, S. 315–337 und Jackisch: The Pan-German League, S. 70–76 sowie Kapitel 9 (Anhang von 1936).

<sup>108</sup> Siehe zu Claß' Plänen einer doppelten militärischen Absicherung des Umsturzes durch Reichswehr einerseits und schwarze Reichswehr und Freikorps andererseits Kapitel 5.5.–5.7. und 6.1.–6.17.

<sup>109</sup> Siehe Kapitel 9 (Anhang von 1936).

<sup>110</sup> Hoegner: Der politische Radikalismus, S. 90, Hoffmann: Der Hitlerputsch, S. 79–80, Gordon: Hitler and the Beer Hall Putsch, S. 246–249, Mommsen: Aufstieg und Untergang, S. 184–185 und Berghahn: Der Stahlhelm, S. 48.

Die Aussicht auf eine gemeinsame Putschaktion zwischen München und Berlin schwand, als Seeckt am 3. November Otto Seißer gegenüber andeutete, er werde gegen die verfassungsmäßige Regierung nichts unternehmen. Auf einer Sitzung der Wehrverbände am 6. November erklärte Kahr, dass er einen gewaltsamen Rechtsputsch nicht befürworte. Auch Claß wurde daher wohl am 8. November von Hitlers Putschversuch überrascht, sodass er in der Nacht noch von Berlin nach München fuhr, um sich über die Vorgänge selbst zu informieren. Die freimütigen Anschuldigungen Hitlers während des Hitler-Prozesses (26. Februar bis zum 1. April 1924), Claß habe doch schon viel früher einen Putsch geplant, führten zur Zeugenvernehmung von Claß vor Gericht und belasteten das Verhältnis zwischen Claß und Hitler für die Zukunft. Während Claß einerseits die öffentliche Diskussion um seine Verstrickungen in Umsturzplanungen nach dem gescheiterten Hitler-Putsch scheute, widersprach er andererseits gegenüber seinen alldeutschen Gesinnungsfreunden, die nicht in die Planungen eingeweiht waren, vehement, für ein Direktorium Kahrs geworben, sondern vielmehr immer die Durchsetzung einer klaren Diktatur vertreten zu haben.<sup>111</sup>

Die Auseinandersetzung zwischen Claß und Seeckt über die diktatorische Nutzung der Vollzugsgewalt des Chefs der Reichswehr für eine Diktaturregierung, wie sie Claß plante, fand ihren Abschluss im Seeckt-Prozess, der zwischen Mai und Juni 1924 verhandelt wurde und in dem die Anklage Claß die Absicht unterstellte, er habe Seeckt ermorden lassen wollen, um eine Diktaturregierung wiederum unter Otto von Below zu ermöglichen.<sup>112</sup> Der Seeckt-Prozess reihte sich in eine Folge von politischen Rechtsstreitigkeiten ein, die mit dem Hitler-Prozess begann und die Führung des ADV weitgehend paralyisierte. Claß wollte sich dringend der öffentlichen Diskussion um seine politischen Hinterzimmerverhandlungen für einen gewaltsamen Umsturz entziehen. Er ging nun vermehrt auf Kur und zog sich über mehrere Wochen aus dem politischen Alltagsgeschäft des Verbandes zurück.

Nach dem Scheitern des Hitler-Putsches erkannte Claß, dass gewaltsame Putschplanungen nicht durchsetzbar waren und der Umsturz vielmehr auf legalem Weg über das Parlament geschehen müsse. Claß nahm nun die strategische Einbindung der DNVP für die geplante Durchsetzung einer Diktaturregierung in den Blick. Diese parteipolitische Anbindung des ADV an die DNVP ging über die Verbindungen der Alldeutschen zu den Nationalliberalen, Deutschkonservativen, der Reichspartei oder den Antisemiten im Kaiserreich weit hinaus, da sich die Alldeutschen an eine Partei banden, die durch strategische Infiltration für einen alldeutschen Oppositionskurs zunächst übernommen werden sollte, um schließlich als größte Sammlungspartei der Rechten den zukünftigen Reichskanzler für den Umbau des politischen Systems stellen zu können. Die Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924 beförderten solche Pläne, als die DNVP mit 19,5 Prozent der Stimmen mit nur einem Prozentpunkt

<sup>111</sup> DÖTZ 26.4.1924.

<sup>112</sup> Siehe auch Kapitel 6.22.

knapp hinter der SPD zur zweitstärksten Fraktion im Reichstag aufstieg, aber die Stellung der Partei für oder gegen einen pragmatischen realpolitischen Kurs innerhalb des parlamentarischen Gefüges der Weimarer Republik weiterhin umstritten blieb. Bereits bei der Reichstagsabstimmung zum Dawes-Plan im August 1924 war die DNVP zutiefst zerrissen.<sup>113</sup> Der Eintritt der DNVP in das Kabinett von Hans Luther zwischen dem 15. Januar und 25. Oktober 1925 verstärkte dann erneut die innerparteiliche Opposition des radikalen Flügels gegenüber der gouvernementalen Politik der Partei unter Führung des Fraktionsvorsitzenden im Reichstag, Westarp, sowie des Parteivorsitzenden Johann Friedrich Winckler. Der Völkische Reichsausschuss, der als Sammlungsgremium in der Partei nach der im Dezember 1922 erfolgten völkischen Abspaltung und Gründung der DVFP im Frühjahr gegründet wurde, wurde zur innerparteilichen Plattform für die Mobilisierung des antigouvernementalen und antisemitisch-völkischen Flügels. Führende Vertreter des alldeutschen Flügels wie Freytag-Loringhoven, Lohmann und Carl Gottfried Gok bündelten diese Bemühungen innerhalb der Reichstagsfraktion. Entsprechende Gespräche für den Kampf um die Führung der DNVP hatte Claß mit Hugenberg in der zweiten Jahreshälfte 1925 geführt, der jedoch noch ernsthafte Zweifel äußerte, ob er für den längerfristigen angelegten Kampf um den Vorsitz der DNVP zur Verfügung stehen wollte.<sup>114</sup>

Nachdem Reichspräsident Friedrich Ebert am 28. Februar 1925 gestorben und Hindenburg am 26. April zum Reichspräsidenten gewählt worden war, sah Claß politische Spielräume für eine Einbindung Hindenburgs in autoritäre Diktaturplanungen. Am 5. Januar 1926 kam es zu einem von Claß angeregten Gespräch zwischen Oskar von Hindenburg, dem Sohn des Reichspräsidenten, sowie Wilhelm von Dommies, dem Repräsentanten des Hauses Hohenzollern und Potsdamer Kreisvereinsvorsitzenden und späteren Landesverbandsvorsitzenden der DNVP (Potsdam I), in dem Dommies Hugenberg als Reichskanzler empfahl.<sup>115</sup> Auch Salm-Horstmar und Elard von Oldenburg-Januschau intensivierten ihre Kontakte zum Reichspräsidenten. Jedoch war Mitte März 1926 deutlich, dass Hindenburg zu diesem Zeitpunkt Hugenberg nicht zum Reichskanzler berufen wollte.<sup>116</sup> Zuvor waren im Februar 1926 Claß und Bang in Kreuth mit Hugenberg und seinem langjährigen Vertrauten, Leo Wegener, zusammengekommen, um den Plan einer Unterstützung Hugenbergs zu diskutieren, den auch Wegener seit der Jahreswende 1925/26 verfolgte.<sup>117</sup> Hugenberg sagte seine grundsätzliche Bereitschaft zu, in einem solchen Diktaturkabinett mitzumachen, wenn er maßgeblichen Einfluss erhalten werde. Dies hieß vor

<sup>113</sup> Siehe Jones: *The German Right*, S. 299–330.

<sup>114</sup> Siehe dazu Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 4.9.1925, in BA-Berlin, R 8048, Nr. 144, Bl. 11–16 und Kapitel 8.3.

<sup>115</sup> Siehe Oberreichsanwalt: Strafsache gegen den Justizrat Heinrich Claß aus Berlin wegen Vorbereitung zum Hochverrat, 5.10.1926, in BA-Berlin, R 3001, Nr. 12008, Bl. 19.

<sup>116</sup> Siehe Claß an Otto Fürst zu Salm-Horstmar, 24.3.1926, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 673, o. Bl. und Oldenburg-Januschau: *Erinnerungen*, S. 218–219.

<sup>117</sup> Siehe dazu Holzbach: *Das „System Hugenberg“*, S. 193–194.

allem Zugriff auf das Wirtschafts- oder Finanzministerium und zu dem Zeitpunkt noch nicht unbedingt die Reichskanzlerschaft. Hindenburg hatte jedoch nach den Interventionen von Salm-Horstmar und Januschau-Oldenburg durchscheinen lassen, dass er Hugenberg unter anderem aufgrund fehlender Mehrheiten im Reichstag sowie persönlicher Abneigungen gegen seine Person nicht in einem solchen Verfahren zum Reichskanzler ernennen würde. Claß nahm dann Anfang 1926 auch Kontakt mit dem Lübecker Bürgermeister Johann Neumann auf, der dem Verband seit langem angehörte, jedoch eine Absage erteilte, für ein Diktaturkabinett als Reichskanzler zur Verfügung zu stehen. Claß' Überlegungen für ein Kabinett der Persönlichkeiten gingen weiter und er stellte eine mögliche Namensliste für einzelne Ressorts des Diktaturkabinetts zusammen.<sup>118</sup>

Die Pläne der Alldeutschen, beim Reichspräsidenten auf eine Diktaturregierung unter Führung von Hugenberg hinzuwirken, verbreiteten sich schnell und erreichten auch Regierungskreise. Pläne zu einer losen Vereinigung von Wehrverbänden, wie vor allem dem Wiking-Bund und der Olympia, die zwischen Jahresende 1925 und Anfang 1926 kursierten und im März für Berlin erfolgt war, beunruhigten auch die Sozialdemokraten in der Hauptstadt. Auch der Stahlhelm, der Wehrwolf, der Tannenbergbund, der Jungdeutsche Orden, die VVVD und der Nationalverband Deutscher Offiziere seien Anfang 1926 zu solchen Gesprächen bereit gewesen. Diese Gerüchte über mögliche Diktaturpläne veranlassten den stellvertretenden Berliner Polizeipräsidenten, Ferdinand Friedensburg, in enger Absprache mit dem Berliner Polizeipräsidenten, Albert Grzesinski, dem preußischen Innenminister, Carl Severing, sowie Wilhelm Abegg als Ministerialdirektor der Polizeiabteilung im preußischen Innenministerium, ihre Politik der verschärften politischen Überwachung und juristischen Strafbemessung bei republikfeindlichen Bewegungen am 11. und 12. Mai 1926 durch Hausdurchsuchungen bei Claß, der Geschäftsstelle des ADV, der Neudeutschen Verlags- und Treuhand-Gesellschaft des ADV sowie bei anderen Vertretern von Wehrverbänden und der Ruhrindustrie ebenfalls anzuwenden.<sup>119</sup> Bei Claß wurden unter anderem eine Notverordnung sowie Namenslisten für mögliche politische Funktionsverteilungen gefunden.

Der Vorwurf stand bei den folgenden Ermittlungen im Raum, dass die aufgestellte Liste als Kabinett gedeutet werden müsste und Claß somit ein geheimes Diktaturkabinett aufgestellt habe, das durch eine Notverfassung den Rücktritt des Reichspräsidenten zugunsten des Reichskanzlers auslösen sollte, der dessen präsidentiale Stellung einnehmen sollte. Daraufhin sollte nach den Plänen von Claß der Staatsstreich ausgerufen und eine Notverordnung in Kraft gesetzt werden, wonach die Verfassung des Reiches und der Länder aufgehoben und die Staatsgewalt auf einen Reichsverweser übertragen werden sollte.<sup>120</sup> Die

<sup>118</sup> Siehe dazu Kapitel 8.4.

<sup>119</sup> Siehe dazu ebd.

<sup>120</sup> Siehe dazu auch Oberreichsanwalt: Strafsache gegen Justizrat Heinrich Claß aus Berlin wegen Vorbereitung zum Hochverrat, 5.10.1926, in BA-Berlin, R 3001, Bd. 12008, Bl. 10.

herangezogene Notverordnung stammte jedoch sehr wahrscheinlich aus dem Jahr 1923, deren Entwurf vermutlich Bang im Frühjahr 1923 angefertigt und mit Claß und Pöhner um Pfingsten 1923 besprochen hatte.<sup>121</sup>

Der folgende Prozess führte zu dem Urteil, dass unter anderem der Nachweis nicht erbracht werden konnte, ob Claß selbst die Liste erstellt hatte, oder ob sie aus dem weiteren Umfeld des ADV kam und nicht ohnehin aus dem Jahre 1923 stammte. Die Beweise für eine konkrete Planung eines Putschkabinetts für das Jahr 1926 durch Claß, die mithilfe der Notverordnung von 1923 und nach Gesprächen mit Neumann und mittelbar mit Hindenburg durchgeführt werden sollte, blieben zu vage, um Claß verfassungsrechtlich wegen Hochverrats verurteilen zu können. Die auffällig milde Verhandlungsführung gegenüber Claß durch den Staatsgerichtshof in Leipzig half ohne Zweifel beim letzten Freispruch 1927.

## 5. Sammlungspolitik: DNVP, NSDAP und Diktatur 1925/26–1932

Bereits im Sommer 1925 konkretisierten sich bei Claß Überlegungen, Hugenberg als Führer der Oppositionsgruppe innerhalb der DNVP-Fraktion im Reichstag aufzustellen. Persönliche Gespräche mit Hugenberg sollten ihn zunächst von der Annahme dieser Aufgabe überzeugen. Claß rechnete sich in seinen Erinnerungen das Verdienst zu, Hugenberg seit Ende 1925 für einen langen Kampf um den DNVP-Parteivorsitz überzeugt zu haben, nachdem er Bang Hugenberg im Frühjahr 1926 an die Seite stellte.<sup>122</sup> Der ursprüngliche Plan war hingegen, Hugenberg durch alldeutsche Interventionen im Frühjahr 1926 beim Reichspräsidenten als Reichskanzler zu empfehlen.<sup>123</sup> Als dieser Plan scheiterte, sollte Hugenbergs Stellung in der Reichstagsfraktion durch zukünftige Zuwahlen von alldeutschen DNVP-Mitgliedern gestärkt werden. Zwischen 1927 und den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 konkretisierten sich dann die Bemühungen, Hugenberg als Parteivorsitzenden zu etablieren, sodass er über die parlamentarische Basis verfügen würde, um sich beim Reichspräsidenten als Reichskanzlerkandidat mit entsprechendem politischem Gewicht für ein autoritäres Diktaturkabinett empfehlen zu können.

Eine gezielte Koordinierung des alldeutschen Flügels innerhalb der Partei sollte das Herausdrängen des gouvernemental-realpolitischen Flügels um Westarp ermöglichen. Als Organisationsleiter dieser Hugenberg-Sammlung innerhalb der DNVP fungierte Dommès, der bereits bei Hindenburg für Hugenberg interveniert hatte und mit Claß befreundet sowie Gast bei den Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV von 1927 bis 1932 war, bevor er selbst Mitglied des Gremiums wurde. Dass die Parteiführung unter Westarp den Forderungen von Claß und Hugenberg auf eine grundlegend oppositionelle Ausrichtung der Partei nicht entsprechen würde, war mit der Regierungs-

---

<sup>121</sup> Siehe Kapitel 9 (Anhang von 1936).

<sup>122</sup> Siehe Kapitel 8.1.

<sup>123</sup> Siehe Kapitel 8.3.

beteiligung der DNVP zwischen dem 27. Januar 1927 und dem 15. Februar 1928 erneut deutlich geworden.

Unmittelbar nach dem erneuten Regierungseintritt der DNVP startete Claß eine Propagandaoffensive für Hugenberg, während Freytagh-Loringhoven den alldeutschen Flügel innerhalb der DNVP-Reichstagsfraktion gegen Westarp anführte. Auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 12. und 13. Februar 1927 wurde die gezielte Bearbeitung der DNVP-Landesverbände beschlossen, die Dommes seit dem Frühsommer 1927 dann zu einer geschlossenen Gruppe innerhalb der DNVP versuchte zusammenzufassen.<sup>124</sup> Der ADV stellte sich als Werbeorganisation vollständig hinter Hugenberg und organisierte unter anderem mit dem Stahlhelm und den VVVD Veranstaltungen, um Hugenberg noch vor den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 den Zugang zum Machtzentrum der DNVP zu sichern.<sup>125</sup> Dieser Zeitplan war hingegen zu ambitioniert und scheiterte an den erbitterten Flügelkämpfen der Partei zwischen den fundamentaloppositionellen Anhängern Hugenbergs und den eher gouvemenentalen Unterstützern Westarps Anhänger, die sich vor allem aus den agrarisch-landbündischen und den christlich-sozialen Anhängern rekrutierten. Das Abschneiden der DNVP mit nur 14,2 Prozent bestärkte die Alldeutschen in ihrer Politik der scharfen Abgrenzung vom Westarp-Flügel und seinen Unterstützern wie dem gewerkschaftsnahen Walter Lambach oder Martin Schiele vom Reichslandbund, der sich als ehemaliger Innenminister im Kabinett Luther I und derzeitiger Ernährungsminister im Kabinett Marx IV für eine pragmatische Regierungsbeteiligung und eine Weiterführung der „Osthilfe“ für agrarische Güter einsetzte.

Im Sommer 1928 stand die DNVP vor einer grundsätzlichen Parteispaltung.<sup>126</sup> Der Lagerkampf zwischen Hugenberg und Westarp war nicht mehr durch Kompromisslösungen wie noch ein vom Hugenberg-Lager angedachtes Triumvirat mit dem Vorsitzenden der DNVP-Fraktion im Preußischen Landtag, Friedrich von Winterfeld, zu befrieden.<sup>127</sup> Die Parteivertretertagung am 20. Oktober 1928 im Reichstagsgebäude in Berlin brachte 249 der satzungsgemäß stimmberechtigten 285 Vertreter zur Abstimmung über den Kurs der Partei zusammen.<sup>128</sup> Bereits vor der Tagung hatten sich die Stimmenverhältnisse im Zuge der Diskussionen um zukünftige Machtverteilungen und möglichen Kompromissen zwischen den beiden Lagern verschoben, sodass auf der Tagung die Mehrheit der Vertreter der 45 Landesverbände für Hugenberg votierte

<sup>124</sup> Siehe DNVP Berlin an ADV Berlin, 18.5.1927, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 213, Bl. 199 und Otto von Roeder an Kuno Graf Westarp, 28.5.1927, in ebd., Bl. 204.

<sup>125</sup> Siehe auch Alldeutsche Blätter 17.3.1928.

<sup>126</sup> Kuno Graf Westarp an Gottfried Treviranus, 30.7.1928, in NL Kuno Graf Westarp/Böblingen-Stuttgart, Privatarchiv der Freiherren Hiller von Gaertringen, Bestand I, VN 91, Nr. 5. Siehe dazu auch Mergel: Das Scheitern des deutschen Tory-Konservatismus und Jones: The German Right, S. 461–523.

<sup>127</sup> Siehe Werner Steinhoff/Reinhold Quaat: Denkschrift zur Reform der Parteioorganisation, 1.10.1928, in Landesarchiv Schleswig-Holstein, 384/II, Nr. 1, o. Bl.

<sup>128</sup> Deutsche Zeitung und Berliner Lokal-Anzeiger 21.10.1928 und Unsere Partei 1.11.1928.

und weitere satzungsgemäß stimmberechtigte Delegierte, wie beispielsweise die Vorsitzenden der jeweiligen DNVP-Landtagsfraktionen, in dem geheim gehaltenen Wahlergebnis Hugenberg eine knappe Mehrheit bescherten.<sup>129</sup>

Für Claß war die Wahl Hugenbergs zum DNVP-Vorsitzenden ein ganz persönlicher Erfolg, folgt man der Darstellung in seinen Erinnerungen.<sup>130</sup> Hugenberg machte sich umgehend an die autoritäre Ausrichtung der Parteigremien auf die Parteiführung sowie an die politische Ausrichtung der Partei auf den Kurs der Fundamentalopposition gegen die Republik. Während durch Hugenbergs Neuorganisation der Parteigremien Gegner wie Walter von Keudell, Paul Lejeune-Jung und Lambach führende Positionen verließen, rückten Alldeutsche wie Bang, Freytag-Loringhoven, Dommès, Reinhold Quaatz und Ernst Oberfohren in den Parteivorstand auf.<sup>131</sup>

Andererseits konnte der ADV von der Radikalisierung der DNVP unter Hugenberg selbst nicht profitieren. Die Mitgliederzahl sank von 1927 mit 16.500 auf 15.500 1928 und stabilisierte sich 1929 zunächst auf diesem Niveau.<sup>132</sup> Die enge Bindung des ADV an die DNVP machte die Alldeutschen nun abhängig vom politischen Mobilisierungserfolg der Partei. Innerhalb der politischen Rechten war die DNVP unter Hugenbergs neuer Führung nach den Reichstagswahlen im Mai 1928 immer noch die stärkste parlamentarische Partei. Hugenberg wollte seinen Führungsanspruch als neuer DNVP-Vorsitzender deutlich machen und nutzte die vom Stahlhelm schon im September 1928 ausgearbeitete Propagandaoffensive für ein Referendum zu einer Änderung der Weimarer Reichsverfassung, wonach die Regierung nicht mehr vom Vertrauen des Parlaments abhängig sein sollte. Diese Referendumsbewegung sollte eine breit aufgestellte Sammlungsbewegung der „nationalen Opposition“ unter seiner Führung ermöglichen, die nun auf den Young-Plan zur Neuordnung der deutschen Reparationszahlungen an die Alliierten ausgerichtet wurde. Claß empfahl Hugenberg eine Zusammenarbeit mit der NSDAP und es war Claß' enger Vertrauter Bang, der Hugenberg, vermutlich in der zweiten Januarwoche 1929, mit Hitler in München zusammenbrachte.<sup>133</sup>

Im Reichsausschuss zum Volksbegehren gegen den Young-Plan, der im Juli 1929 gebildet wurde, waren zahlreiche alldeutsche Führungspersonen vertreten.<sup>134</sup> Claß formulierte zusammen mit dem alldeutschen Juristen Lohmann maßgeblich den umstrittenen „Freiheitsparagrafen“ der Kampagne, der es bei Gefängnis auch Regierungsvertretern wie Hindenburg verbot, den Young-Plan zu billigen oder zu unterstützen. Dieser Passus war höchst umstritten, da nicht

---

<sup>129</sup> Deutsches Tageblatt 21.10.1928 und 23.10.1928, Germania, 28.10.1928 und Der Jungdeutsche. Tageszeitung für Volkskraft und Ständefrieden 23.10.1928 (Bericht darüber auch in Vorwärts 23.10.1928).

<sup>130</sup> Kapitel 8.3.

<sup>131</sup> Berliner Lokal-Anzeiger, 9.12.1928 und Vorwärts, 11.12.1928.

<sup>132</sup> Hofmeister: *Between Monarchy and Dictatorship*, S. 495.

<sup>133</sup> Siehe auch Kapitel 9 (Anhang von 1936).

<sup>134</sup> Siehe Namensliste des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren, in *Die Bewegung* (Stahlhelm), 1. Beilage, 30.6.1929, S. 5–6.

zuletzt der Stahlhelm Hindenburg als sein Ehrenmitglied nicht beschädigt sehen wollte. Die Kampagne brachte trotz der Auseinandersetzungen die DNVP, den ADV, die VVVD, den Stahlhelm, den Nationalen Club, die Herrengesellschaft und auch die NSDAP zusammen. Hugenberg verstärkte die Zuwahl zahlreicher Mitglieder des ADV in den Reichsausschuss. Auch die Zusammenarbeit mit der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei, die sich 1928 von der DNVP gelöst hatte, und Schieles Reichslandbund wurde erreicht.

Hugenbergs Plan einer Sammlungsbewegung der Rechten ging nur bedingt auf und vertiefte auch die Gräben innerhalb der DNVP, da sich im Zuge der Kampagne der Machtkampf Hugenbergs gegen Westarp um die uneingeschränkte Führung zugespitzt hatte. Am 30. November 1929 kam es zur Entscheidung, als sich bei der Fraktionsabstimmung über das „Freiheitsgesetz“ dreizehn DNVP-Abgeordnete der Stimme enthielten und zehn DNVP-Abgeordnete gänzlich der Abstimmung im Reichstag fernblieben, in der das „Freiheitsgesetz“ abgelehnt wurde. Daraufhin verließen zwölf Abgeordnete die DNVP. Westarp trat am 4. Dezember 1929 vom Fraktionsvorsitz zurück und wurde durch Oberföhrer ersetzt.<sup>135</sup> Die „nationale Opposition“ konnte im Ergebnis zudem keine ausreichende Unterstützung gegen den Young-Plan mobilisieren. Der Volksentscheid erreichte nur 13,8 Prozent der Stimmen.<sup>136</sup>

Als der Zentrumsolitiker Heinrich Brüning am 30. März 1930 durch Hindenburg zum Reichskanzler ernannt wurde, lud Brüning auch Hugenberg zu Gesprächen für eine Regierungsbeteiligung ein, um somit Überlegungen zu einer möglichen Kabinettsbeteiligung der SPD umgehen zu können. Weder Hugenberg noch Claß sahen Möglichkeiten für eine solche Regierungsbeteiligung. Für Hugenberg kam es nicht in Frage, in eine Regierung unter Brüning einzutreten, solange das Zentrum in Preußen weiterhin mit der SPD koalieren würde. Gespräche zwischen der DNVP und Brüning über eine mögliche Unterstützung der Regierung kommentierte Claß mit der Notwendigkeit, dass in einem solchen Fall das Regieren durch Notverordnungen in Preußen und im Reich entsprechend des „rechtsschöpfenden Notstandes“ angewendet werden müsste.<sup>137</sup>

Am 18. Juli verließ Westarp schließlich mit 25 DNVP-Abgeordneten die Partei und gründete die Konservative Volkspartei. Damit war der Prozess der Sezessionen von der DNVP vollendet, der seit 1928 die Partei unter Hugenberg zusätzlich an den radikalen Rand manövrierte, wo die NSDAP seit der Anti-Young-Plan-Kampagne und dem Regierungseintritt der Nationalsozialisten in Thüringen die größte Konkurrenz um Wählersichten und weltanschauliche Deutung der Rechten darstellte. Obwohl er die Zukunft der „nationalen Opposition“ einzig bei den Deutschnationalen sah, lavierte Claß angesichts der Abspaltungen von Hugenbergs DNVP und des Aufstiegs der NSDAP zwischen

<sup>135</sup> Siehe dazu auch Gasteiger: Kuno von Westarp, S. 335–355.

<sup>136</sup> Siehe dazu Friedenthal: Volksbegehren und Volksentscheid.

<sup>137</sup> Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 7.2.1931, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 165, Bl. 30–32.



beiden Parteien, da sich bereits abzeichnete, dass Hugenberg den Prozess der forcierten Ausrichtung der DNVP auf eine Fundamentalopposition gegen die Weimarer Demokratie nicht durch gleichzeitige Sammlung radikaler und konservativer Anhängerschaften erreichen würde, sondern die Radikalisierung der Deutschnationalen vielmehr zu einer Verdichtung auf einen radikalen Anhänger Kern bei den Mitgliedern führte. Die Gefahr des Schrumpfens des deutschnationalen Wählermilieus lag daher nahe. Für die Reichstagswahlen am 14. September 1930 enthielt sich der ADV trotz aller Unterstützung für Hugenbergs DNVP daher einer klaren Wahlempfehlung für die DNVP und ließ somit eine Wahlempfehlung für die NSDAP als aufstrebende Partei der radikalen Rechten somit offen.<sup>138</sup> Diese wahltaktische Unentschiedenheit von Claß antizipierte das Wahlergebnis, das eine komplette Umkehr der Machtverhältnisse innerhalb der Rechten brachte. Die NSDAP erhielt 18,3 Prozent der Stimmen und versechsfachte ihr Wahlergebnis von 1928, während die DNVP ihr Ergebnis mit 7,0 Prozent gegenüber 1928 mehr als halbierte. Claß war trotzdem mit dem Ergebnis zufrieden, denn er rechnete die Ergebnisse von NSDAP und DNVP gedanklich einfach zusammen, obwohl er sich über die weitaus erfolgreichere Massenmobilisierung der NSDAP und die zunehmenden Konflikte zwischen Hugenberg und Hitler um die Führung der Rechten längst bewusst war.

Der Weg der legalen Machtübernahme über den Parteivorsitz der DNVP hatte mit den Wahlen 1930 und der Konkurrenz mit der NSDAP bereits sichtbare Grenzen erreicht. Daher verstärkten die Alldeutschen erneut die außerparlamentarischen Bemühungen, Hindenburg erneut für eine Ernennung Hugenbergs zum Reichskanzler zu gewinnen. Salm-Horstmar, der im Frühjahr 1931 in die Hauptleitung des ADV gewählt wurde, übernahm in Absprache mit Claß diese Annäherungsversuche zwischen Juli und September 1931 und versuchte, unter Anerkennung des Wahlergebnisses von 1930, Hindenburg für ein zukünftiges Kabinett Hitler, Hugenberg, Franz Seldte und Eberhard Graf von Kalckreuth vom Reichslandbund zu erwärmen, wobei Hugenberg aber als Reichskanzler ernannt werden sollte.<sup>139</sup> Hindenburg versuchte diesen Interventionen erneut auszuweichen und verwies auf seine Überparteilichkeit.<sup>140</sup>

Hugenberg sollte angesichts der Ablehnung des Reichspräsidenten durch eine Massenkundgebung der „nationalen Opposition“ in Bad Harzburg als legitimer Führer der Rechten „regierungsfähig“ gemacht werden. Die eigenständigen Bemühungen Hitlers für die Anerkennung der politischen Stärke der NSDAP als unabhängige Bewegung der Rechten durchkreuzten jedoch Hugenbergs Illusionen einer geeinten Rechten unter seiner Führung. Zwar verabredeten die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten ein gemeinsames Vor-

---

<sup>138</sup> Siehe Alldeutsche Blätter 2.8.1930, Geschäftsstelle des ADV an Käthe Heintz, 16.9.1930, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 216, Bl. 200 und Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 19.9.1930, in Alldeutsche Blätter 27.9.1930.

<sup>139</sup> Otto Fürst zu Salm-Horstmar an Paul von Hindenburg, 26.7.1931, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 454, Bl. 132–134.

<sup>140</sup> Paul von Hindenburg an Otto Fürst zu Salm-Horstmar, 3.9.1931, in ebd., Bl. 180.

gehen, beispielsweise beim Volksentscheid zur Auflösung des preußischen Landtages vom 9. August 1931, der sich gegen die SPD-Führung unter Otto Braun richtete. Im Frühjahr 1931 planten beide Parteien zudem eine Kundgebung gegen den Zusammentritt des Reichstags im Oktober. Bei einem Treffen mit Hugenberg in Kreuth am 30. August konnte Hitler nach Zögern von der Teilnahme der NSDAP überzeugt werden.<sup>141</sup>

Für Hitler war jedoch bei all diesen Verabredungen immer klar, dass die Nationalsozialisten nicht die Massen zur Unterstützung für Hugenbergs elitäre Konzeption einer Diktaturregierung von Experten unter militärischer Absicherung mobilisieren, sondern Hugenberg die Anhänger des konservativen Bürgertums und der antirepublikanischen Mittelschichten für eine Sammlung unter Hitlers Führung einbinden sollte. Diese unterschiedlichen Ansätze gegenseitiger Funktionszuweisung brachen bei der größten Kundgebung der Rechten gegen die Weimarer Demokratie in Bad Harzburg sichtbar auf und sollten die Ambivalenzen in der Konkurrenz um die Macht zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten bis zur Auflösung der DNVP im Sommer 1933 bestimmen.

Am 9. Oktober wurde Brüning erneut von Hindenburg mit der Regierungsbildung beauftragt. In Bad Harzburg folgte am 11. Oktober das Treffen der „nationalen Opposition“, bei dem zahlreiche Organisationen, Verbände und Persönlichkeiten der Rechten anwesend waren, um die unter anderem waren Claß, Alexander Graf Brockdorff und Hertzberg-Lottin vom ADV, Vertreter des Stahlhelms, der VVVD und der Reichswehr wie Seeckt, des RLB wie Kalckreuth und der Wirtschaft wie Rudolf Blohm und Hjalmar Schacht anwesend.<sup>142</sup> Der Anspruch der Kundgebung, gegen die Regierung machtvoll aufzutreten, wurde jedoch am Vormittag des 10. Oktober verwässert. Einen Tag vor der Kundgebung in Bad Harzburg gelang Hitler ein Treffen mit Brüning. Am Abend lud ihn Hindenburg zusammen mit Hermann Göring zu einem zweistündigen Gespräch, der ebenfalls sondieren wollte, inwieweit Hitler mit seinem beschworenen Legalitätskurs für eine Neuausrichtung der Brüning-Regierung nach rechts einzubinden sei.<sup>143</sup> Die politische Aufwertung der NSDAP durch Brüning und Hindenburg am Tag vor der Kundgebung nahm Hitler mit nach Bad Harzburg, um die Kundgebung für die NSDAP und die SA propagandistisch nutzen und sich gleichzeitig von den anderen Organisationen der „nationalen Opposition“ mit ihrem Führungsanspruch abzugrenzen.

Bad Harzburg wurde zur Zäsur im Verhältnis zwischen Hugenberg und Hitler sowie im Gefüge der „nationalen Opposition“ mit DNVP, Stahlhelm und ADV einerseits und NSDAP andererseits. Claß beschrieb seine Wahrnehmung der Tagung ausführlich in dem den Erinnerungen beigefügten Anhang von

<sup>141</sup> Siehe zu dem Treffen Longerich: Hitler, S. 241.

<sup>142</sup> Siehe dazu auch Jones: Nationalists, Nazis, and the Assault on the Weimar Republic sowie zum Kontext Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 360–367, Winkler: Weimar, S. 427–443 und Mommsen: Aufstieg und Untergang, S. 483–489.

<sup>143</sup> Siehe dazu auch Ulrich: Adolf Hitler. Bd. 1, S. 289–291, Longerich: Hitler, S. 239–246 und Pyta: Hindenburg, S. 634–637.

1936.<sup>144</sup> Die ausgerufene „Harzburger Front“, so Claß Ende 1931, sei bereits in der „schwersten Erschütterung“ und die Erfahrung der Tagung zeige, dass diese auch „weiter fortschreiten werde“.<sup>145</sup> Zwischen Hugenberg und Hitler brach der Kontakt unmittelbar nach der Tagung ab, da Hitler die folgenden Briefe des DNVP-Vorsitzenden, in dem er um eine baldige Klärung der Konflikte bat, konsequent ignorierte. Claß sah die Konkurrenzkämpfe der NSDAP mit der DNVP nach Bad Harzburg als ernsthafte Gefährdung der „nationalen Opposition“ und empfahl den Alldeutschen, sich aus taktischen Erwägungen mit öffentlicher Kritik an Hitler und der NSDAP „bis zum Totschweigen zurückzuhalten“, um die erhoffte Zusammenarbeit in einer zukünftigen Rechtsregierung nicht zu gefährden.<sup>146</sup>

Für Claß war bei den Auseinandersetzungen zwischen DNVP und NSDAP das Amt des Reichspräsidenten letztlich die wichtigste Institution auf dem Weg zur Macht, für deren Erreichung er immer noch an Hugenberg festhielt.<sup>147</sup> Als die Reichspräsidentenwahlen im Frühjahr 1932 anstanden, versuchten Hindenburgs Unterstützer über den Reichstag eine gesonderte Initiative unter Außerkraftsetzung des Artikels 41 der Verfassung, der die Wahl durch das Volk festlegte, zu sondieren, wonach eine vorzeitige Verlängerung von Hindenburgs Amtszeit über eine Zweidrittelmehrheit im Parlament möglich sein sollte.<sup>148</sup> Brüning musste für ein solches Vorgehen nach Maßgabe Hindenburgs jedoch auch die Rechte einbinden. In diesem Zusammenhang traf Hugenberg am 9. Januar 1932 das erste Mal nach Bad Harzburg mit Hitler zusammen, der auch weiterhin Verhandlungsoptionen und Allianzen über das Lager der „Harzburger Front“ bis in das Zentrum hinein taktisch kombinierte und sich daher auch wieder mit Brüning am selben Tag getroffen hatte, um den Plan einer Verlängerung von Hindenburgs Reichspräsidentschaft mit Zustimmung der Nationalsozialisten zu besprechen. Hugenberg und Hitler trafen sich erneut zwei Tage später zu einer grundsätzlicheren Aussprache, in deren Ergebnis beide eine mögliche Verlängerung letztlich für die DNVP und die NSDAP ablehnen wollten.<sup>149</sup>

Nachdem erneute Interventionen der Alldeutschen beim Reichspräsidenten Mitte Januar gescheitert waren, bei Hindenburg einen Kabinettswechsel unter führender Beteiligung von Hugenberg zu erreichen<sup>150</sup>, sah Claß den einzigen Weg, Hindenburg aus dem Amt zu wählen und das Amt des Reichspräsidenten für eine autoritäre Diktaturregierung zu sichern, in der Aufstellung

---

<sup>144</sup> Kapitel 9 (Anhang von 1936).

<sup>145</sup> Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 5.12.1931, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 168, Bl. 55.

<sup>146</sup> Ebd.

<sup>147</sup> Siehe auch Heinrich Claß: Schicksalswende?, in *Alldeutsche Blätter* 2.1.1932.

<sup>148</sup> Siehe dazu Jones: *Hitler versus Hindenburg*, S. 136–137.

<sup>149</sup> Siehe ebd., S. 119–148.

<sup>150</sup> So Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 20.2.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 169, Bl. 31. Siehe dazu auch Tagebucheintrag Reinhold Quantz 14.1.1932, in Weiß/Hoser: *Die Deutschnationalen*, S. 168–170.

eines Einheitskandidaten der „nationalen Opposition“.<sup>151</sup> Sein Kandidat für das Amt des Reichspräsidenten war Otto von Below.<sup>152</sup> Hitlers eigene Kandidatur für das Amt des Reichspräsidenten, für die er sich am 2./3. Februar entschied, spaltete die „nationale Opposition“ und hinterließ nicht nur bei Hugenberg, sondern auch bei Claß Ratlosigkeit, da die Verständigung innerhalb der „nationalen Opposition“ auf einen Einheitskandidaten gescheitert war. Hugenberg war zunächst unentschlossen, ob er ebenfalls kandidieren sollte, und dachte zunächst eher an einen Eintritt der DNVP und der NSDAP in ein Rechtskabinett, was Hitler aber umgehend ablehnte. Nach der öffentlichen Erklärung der Kandidaturen von Hitler und Hindenburg hielt Claß Theodor Duesterberg, Führer des Stahlhelms und Mitglied der DNVP, für den ungeeignetsten Kandidaten der „nationalen Opposition“.<sup>153</sup> Die Wahlempfehlung des ADV zur Reichspräsidentenwahl blieb daher, wie schon bei den Reichstagswahlen 1930, unentschieden und Claß gab die Losung aus, man sollte entweder Hitler oder Duesterberg wählen, um Hindenburg zu schwächen.<sup>154</sup> Im ersten Wahlgang am 13. März 1932 erhielt Hindenburg dann 49,6 Prozent der Stimmen, Hitler 30,2 Prozent, Duesterberg 6,8 Prozent und Ernst Thälmann von der KPD 13,2 Prozent.<sup>155</sup> Der zweite Wahlgang wurde für den 10. April festgelegt.

Während Hugenberg den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl mit den Kandidaten Hindenburg, Hitler und Thälmann längst mit einem zu erwartenden Sieg Hindenburgs für entschieden hielt<sup>156</sup>, und aus seiner Sicht keine weiteren Ressourcen vor der viel entscheidenderen Preußenwahl am 24. April verbraucht werden sollten, so war Claß bereit, sich nun in seiner Wahlempfehlung für Hitler auszusprechen.<sup>157</sup> Die formale Unterstützung für Hitler entfremdete Claß von Hugenberg, der die Grenzen seiner Mehrheitsfähigkeit innerhalb der „Harzburger Front“ zwar erkannte, von seinem Führungsanspruch hingegen nicht abwich und in Claß' Vorgehen einen „Dolchstoß“ erkannte.<sup>158</sup> Hitler unterlag letztlich Hindenburg im zweiten Wahlgang mit 36,8 Prozent zu 53 Prozent der Stimmen.

Mit den Wahlen in Preußen, Bayern, Hamburg und Anhalt am 24. April 1932 hofften die Alldeutschen auf Wahlerfolge der Parteien der „Harzburger Front“ und somit auf das Ende der „parlamentarisch-politischen Kämpfe“ und

<sup>151</sup> Claß an Alfred Hugenberg, 29.10.1930, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 36, Bl. 131.

<sup>152</sup> Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 7.2.1931, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 165, Bl. 37.

<sup>153</sup> Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 20.2.1932, in ebd., Bd. 169, Bl. 34.

<sup>154</sup> Alldeutsche Blätter 13.2.1932 und 27.2.1932.

<sup>155</sup> Unsere Partei 15.3.1932.

<sup>156</sup> Siehe Berliner Tageblatt 1.4.1932.

<sup>157</sup> Siehe Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 7.5.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 170, Bl. 22 und Dass, 9.9.1932, in ebd., Bd. 171, Bl. 9.

<sup>158</sup> Siehe Tagebucheintrag Reinhold Quatz, 23.3.1932, in Weiß/Hoser: Die Deutschnationalen, S. 185.

den Beginn der „außerparlamentarisch alldeutschen Arbeit“.<sup>159</sup> Der Wahlkampf, den Claß aber uneingeschränkt für Hugenberg machte, sollte die alldeutschen Anhänger bei den Länderwahlen, und vor allem in Preußen, für die DNVP zusammenführen. Der Aufstieg der NSDAP und der Bedeutungsverlust der DNVP waren jedoch nicht mehr aufzuhalten. Die Nationalsozialisten wurden mit 36,3 Prozent stärkste Fraktion im Preußischen Landtag, während die DNVP ihr Wahlergebnis auf 6,9 Prozent mehr als halbierte. Claß erkannte nun endgültig, dass der Plan, über eine radikalisierte DNVP eine Diktaturregierung unter Hugenbergs Führung zu erreichen, sowohl am Reichspräsidenten scheiterte, als auch die NSDAP die Wählermilieus der DNVP erfolgreich für eigene Zugewinne mobilisieren konnte. Hugenberg war damit der verfassungsrechtliche Zugang zur Ernennung zum Reichskanzler versperrt und es fehlte ihm auch die demokratische Legitimation, die sich in Wahlgewinnen und höheren Wahlergebnissen gegenüber der NSDAP hätte widerspiegeln müssen. Die während der Wahlkämpfe gesteigerten Angriffe der NSDAP gegenüber Hugenberg führten auch der politischen Öffentlichkeit die Erosion der „Harzburger Front“ vor Augen. Claß machte auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses Anfang Mai erneut deutlich, dass angesichts der Konkurrenzkämpfe innerhalb der „nationalen Opposition“ die „Harzburger Front zerschlagen“ sei und niemand wisse, „ob und wann sie neu aufgerichtet werden könnte.“<sup>160</sup>

Am 30. Mai 1932 trat das Kabinett Brüning zurück, nachdem Hindenburg gegenüber dem Reichskanzler einen Tag zuvor sein Misstrauen ausgesprochen hatte. Kurt von Schleicher spielte dabei eine zentrale Rolle. Er wurde vom Reichswehrminister Wilhelm Groener 1929 zum Chef des Ministeramtes berufen, setzte sich für eine Reichskanzlerschaft Brünings ein und sondierte bis zu den Reichstagswahlen von 1930 ein Hindenburg geneigtes Kabinett unter Ausschluss der SPD. Nach den Wahlen von 1930 plante Schleicher nun eine Kabinettsbildung unter Zähmung der NSDAP. Am 1. Juni 1932 wurde Franz von Papen auf Betreiben Schleichers als Nachfolger Brünings zum Reichskanzler ernannt. Die Tolerierung der Bildung der Papen-Regierung durch die NSDAP sollte durch das Versprechen erleichtert werden, das zuvor im April erlassene Verbot von SA und SS aufzuheben. Schleicher wurde als Nachfolger Groeners im Papen-Kabinett Reichswehrminister.

Auch Hugenberg akzeptierte zunächst die Papen-Regierung, in die die Deutschnationalen Gayl als Innenminister, Franz Gürtner als Justizminister und Magnus Freiherr von Braun als Minister für Landwirtschaft eintraten, nachdem sie die DNVP verlassen hatten, um dem Kabinett, das durch Notverordnungen regierte und den Verfassungsstaat autoritär umbauen wollte, den Anschein der Überparteilichkeit zu ermöglichen.<sup>161</sup> Den „Preußenschlag“ der

<sup>159</sup> Alldeutsche Blätter 23.4.1932.

<sup>160</sup> Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 7.5.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 170, Bl. 19.

<sup>161</sup> Der Eintritt der drei Deutschnationalen in die Regierung war nicht mit Hugenberg im Vorfeld besprochen. Siehe Leopold: Alfred Hugenberg, S. 116 sowie Wilhelm von Gayl an Alfred Hugenberg, 10.6.1932, zitiert in ebd., S. 237.

Papen-Regierung vom 20. Juli, der zur Absetzung der sozialdemokratischen Regierung Braun und der Einsetzung Papens als Reichskommissar sowie zur Übernahme der preußischen Ministerämter durch Kommissare der Reichsregierung, führte, begrüßten Claß und auch Hugenberg, der darin die Grundbedingung für die Durchsetzung einer antiparlamentarischen Diktaturregierung sah. Das Papen-Programm zur Stärkung einer autoritären Verfassung durch die Entwürfe einer Terror-Notverordnung und einer Verfassungsreform für einen „neuen Staat“ schien sich weitgehend mit dem ständestaatlichen Umbau der Verfassungsordnung zu decken, für die sich Claß so vehement eingesetzt hatte.<sup>162</sup>

Die Reichstagswahl vom 31. Juli, die nach der Auflösung des Reichstags am 4. Juni festgesetzt worden war, führte zu erneuten Verlusten der DNVP. Die Partei erreichte nun 5,9 Prozent, während die NSDAP 37,3 Prozent erhielt und somit Hitlers Selbstbewusstsein für die Forderung nach der Reichskanzlerschaft noch einmal steigerte. Im Wahlkampf hatte sich Hugenberg bereits von der NSDAP abgesetzt, deren unklares Wirtschaftsprogramm die Deutschnationalen beunruhigte. Andererseits bekämpfte er das Zentrum als den eigentlichen politischen Hauptgegner, da die Partei durch ihre Beteiligung an der sozialdemokratisch geführten Regierung in Preußen den Kampf gegen den Parlamentarismus behinderte und gleichzeitig für Gespräche mit den Nationalsozialisten offen zu sein schien. Hugenberg und Claß befürchteten, dass die DNVP durch Hitlers Kompromisslosigkeit bei seinen taktischen Manövern, auf verschiedenen Wegen nach der Macht zu greifen, in der Bedeutungslosigkeit verschwinden würden. Hitlers Sondierungen mit dem Zentrum für eine Regierungsbeteiligung lehnten Claß und Hugenberg daher vehement ab, da dem Zentrum als eigentliche Stütze des parlamentarischen Systems somit eine „Schlüsselstellung“ in den Verhandlungen um die Macht zukäme.<sup>163</sup> Gleichzeitig kritisierte Claß, dass Hitler eine Papen bei einem von Schleicher vermittelten Empfang mit dem Reichspräsidenten am 13. August angetragene Vizekanzlerschaft ablehnte und Hitler stattdessen vehement die Forderung nach seiner eigenen Reichskanzlerschaft vortrug. Durch diese Kompromisslosigkeit Hitlers sei der Weg zu einem Rechtskabinett erneut versperrt, in das Hugenberg eingebunden hätte werden können.<sup>164</sup>

Nach einem erfolgreichen Misstrauensvotum der KPD gegen Papen, das auch die NSDAP und das Zentrum unterstützte, wurde der Reichstag aufgelöst und Wahlen für den 6. November festgelegt. Claß verurteilte das parlamentarische Zusammengehen der NSDAP mit dem Zentrum gegen die vom ADV und von der DNVP unterstützte Regierung Papen. Er rückte nun von seiner zuvor

<sup>162</sup> Alfred Hugenberg an Franz von Papen, 23.7.1932 (mit Anlage), in BA-Berlin, R 43/I, Bd. 2655, Bl. 105–119 und abgedruckt in Deutsche Zeitung 27.7.1932.

<sup>163</sup> Erklärung des Landesverbandes Baden des ADV 10.10.1932, in Deutsche Zeitung 11.10.1932. Zu Alfred Hugenberg siehe Schellhorn: „Mit dem Zentrum niemals!“.

<sup>164</sup> Siehe auch Protokoll des Staatssekretärs Otto Meißner, 13.8.1932, in Hubatsch: Hindenburg und der Staat, S. 338 und Alldeutsche Blätter 27.8.1932 sowie Unsere Partei 1.9.1932 und 15.9.1932.

ausgegebenen Wahllosung, abhängig von der politischen Zuverlässigkeit der jeweiligen Kandidaten in den Regionen, entweder für die DNVP oder für die NSDAP zu votieren, ab und forderte die alldeutschen Anhänger zu einem klaren Votum für Hugenberg und die Deutschnationalen bei zukünftigen Wahlen auf.<sup>165</sup> Auf der Tagung des Landesverbandes Baden des ADV am 10. Oktober 1932 ging Claß einen Schritt weiter und verkündete den öffentlichen Bruch mit Hitler und der NSDAP, da man den Nationalsozialisten bei ihren Taktierereien gerade mit dem Zentrum nicht mehr trauen könne.<sup>166</sup> Eine Einbindung der NSDAP in die „nationale Opposition“ zur Ausnutzung der Massenmobilisierung der Nationalsozialisten für die Sammlungsbewegung der bürgerlichen Rechten, wie sie Claß noch in Bad Harzburg erhoffte, war längst durch den Machtanspruch Hitlers widerlegt. Dass Hitler nicht eingerahmt oder gezähmt werden konnte, war Claß seit Bad Harzburg klar. Dass die Nationalsozialisten in einer Regierungskoalition eher die Deutschnationalen einrahmen würden, hatte Claß im Spätsommer 1932 erkannt.

Dass Hitler aber letztlich auch gänzlich ohne Hugenberg den Weg zur Macht, gegebenenfalls über Absprachen mit dem Zentrum, suchen würde, führte im Herbst 1932 zu dem öffentlich von Claß verkündeten Bruch. Stattdessen sollte nun zunächst die Papen-Regierung in ihrem Bestreben, einen „neuen Staat“ zu errichten, von den Alldeutschen „in jeder Weise unterstützt“ werden.<sup>167</sup> Die fehlenden Machtoptionen Hugenbergs reduzierten Claß’ politische Hoffnungen zunächst auf Papen als Reichskanzler eines autoritären Rechtskabinetts für den Übergang, bis der Reichspräsident letztlich doch Hugenberg ernennen würde. Diese Überlegungen waren in der zweiten Jahreshälfte 1932 reine Illusion und verdeutlichen, dass die Alldeutschen in ihrem Bestreben, die Demokratie durch die Diktatur zu ersetzen, von politischen Faktoren abhängig waren, die sie selbst nur bedingt steuern konnten. Claß erkannte Ende Oktober nun sogar öffentlich Hindenburg als die entscheidende politische Persönlichkeit in dem Ringen um die Ernennung eines Diktaturkabinetts an, als er dem neu gegründeten „Deutschen Ausschuss. Mit Hindenburg für Volk und Reich“ beitrug, der eine überparteiliche Regierung mit autoritärer Amtsführung und präsidialer Deckung durch den Reichspräsidenten forderte.<sup>168</sup>

Die Reichstagswahlen vom 6. November bescherten Hugenberg einen leichten Zuwachs an Stimmen auf insgesamt 8,3 Prozent. Die NSDAP verlor 4,2 Prozentpunkte und erreichte 33,1 Prozent. Während Hugenberg den Wahlausgang mit der Genugtuung kommentierte, dass eine „schwarz-braune Mehr-

---

<sup>165</sup> Claß: Nachwort zur Rudolstädter Tagung, 18.9.1932, in *Alldeutsche Blätter* 24.9.1932. Siehe auch Leopold von Vietinghoff-Scheel (Lagebericht des ADV), 15.9.1932, in *BA-Berlin*, R 8048, Bd. 551, Bl. 111–119.

<sup>166</sup> Erklärung Claß 15.10.1932, in *Alldeutsche Blätter* 21.10.1932.

<sup>167</sup> Erklärung des Landesverbandes Baden des ADV 10.10.1932, in *Deutsche Zeitung* 11.10.1932.

<sup>168</sup> *Deutsche Zeitung* 22.10.1932 und 29.10.1932. Dem Ausschuss gehörten bei Gründung 250 Professoren an.

heit“ im Reichstag verhindert worden sei, wollten die Alldeutschen im Stimmenrückgang für die NSDAP nun bereits Hitlers schleichenden Bedeutungsverlust erkennen.<sup>169</sup> Das Machtgefüge innerhalb der „nationalen Opposition“ wurde durch die Wahlen jedoch keineswegs zugunsten der DNVP verschoben. Die Alldeutschen ersehnten als Lösung der eigenen Führungskrise die Blockade des gesamten parlamentarischen Systems, da das Wahlergebnis dem Reichstag, wie bereits im Juli, auch ohne die Mandate der DNVP eine „negative Mehrheit“ der Republikgegner von NSDAP und KPD bescherte.<sup>170</sup> Claß hoffte, dass sich die politische Paralyse zu einem unausweichlichen „Staatsnotstand“ steigern würde, der dann auch Hindenburg von der Notwendigkeit überzeugen würde, durch die Ernennung eines Rechtskabinetts unter Hugenberg einen autoritären Befreiungsschlag hin zur Diktatur zu ermöglichen.

Aber auch Papen wollte sein Minderheitskabinett ohne jegliche parlamentarische Mehrheit nicht aufgeben und er versicherte Hindenburg, keine parlamentarischen Einlassungen zu planen, und stattdessen eine Regierung der „nationalen Konzentration“ zu bilden.<sup>171</sup> Der Reichskanzler wollte sich von Hindenburg erneut mit der Regierungsbildung beauftragen lassen, während Schleicher mit Hitler über eine Tolerierung verhandelte, da Hindenburg den offenen Verfassungsbruch scheute.<sup>172</sup> Papens Bemühungen um einen Ausbau seiner Präsidialregierung durch eine Verfassungsreform scheiterten letztlich und er demissionierte am 17. November. Claß hoffte noch auf eine erweiterte Praxis der Notverordnungs politik und ließ diese Forderung auch über seine alldeutschen Verbindungsmänner Quaat, Hertzberg-Lottin und Vietinghoff-Scheel mit Innenminister Gayl besprechen.<sup>173</sup> In den nächsten Tagen fanden in enger Abfolge zahlreiche geheime Gespräche über eine zukünftige Regierung statt, in der Hugenberg für die Bildung eines Präsidialkabinetts bereitstand.<sup>174</sup>

Am 23. November lehnte Hitler Hindenburgs Angebot einer breit aufgestellten Regierung mit parlamentarischen Mehrheiten ab und am 2. Dezember wurde Schleicher zum Reichskanzler ernannt, der Hugenberg immerhin ein Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Ernährung anbot. Hugenberg lehnte jedoch ab, da er, wie auch Claß, Schleichers Konzept der „Querfront“, vom linken Flügel der NSDAP bis hin zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften eine Regierung unter seiner Kanzlerschaft zu sondieren und somit eine mögliche Machtübernahme durch Hitler zu umgehen, als verdeckten Parla-

<sup>169</sup> Siehe Erklärung Alfred Hugenberg, in *Deutsche Zeitung* 6.11.1932 und *Alldeutsche Blätter* 19.11.1932.

<sup>170</sup> Ebd.

<sup>171</sup> *Deutsche Zeitung* 8.11.1932 und 10.11.1932.

<sup>172</sup> Siehe Tagebucheintrag Lutz Graf Schwerin von Krosigk 9.11.1932, in *IfZ, ZS/A* 20, Bd. 4, Bl. 4–5 und auch Jasper: *Die gescheiterte Zähmung*, S. 115–116.

<sup>173</sup> Siehe auch Tagebucheintrag Reinhold Quaat 25.10.1932, in *Weiß/Hoser: Die Deutsch-nationalen*, S. 206.

<sup>174</sup> *Deutsche Zeitung* 23.11.1932.



mentarismus verurteilte.<sup>175</sup> Claß stellte nun ein eigenes „Sofortprogramm“ des ADV zusammen, für das er die politischen Maßnahmen ausarbeitete und dessen zweiter Teil zu den „politischen Maßnahmen“, unter anderem mit entsprechenden Forderungen nach einer Verfassungsänderung für den Staatsnotstand, im Frühjahr 1933 veröffentlicht werden sollte.<sup>176</sup> Claß fuhr nach einer Grippe bis zum 23. Februar 1933 auf Kur nach Bad Schwarzenegg in Thüringen und wurde von den politischen Entwicklungen nach eigener Aussage überrascht.<sup>177</sup> Zur Veröffentlichung des zweiten Teils kam es daher nicht mehr.<sup>178</sup>

Während Claß auf Kur war, verlor Schleicher am 23. Januar das Vertrauen Hindenburgs. Noch zwei Tage zuvor geführte Gespräche mit Hugenberg für die Einbindung der DNVP in ein Schleicher-Kabinett waren damit hinfällig. Für Hugenberg blieb nun endgültig nur die Einbindung in ein zukünftiges Rechtskabinett durch die Übernahme eines Ministerpostens.<sup>179</sup> Es folgten Gespräche der Deutschnationalen mit Hitler, Wilhelm Frick als Vorsitzender NSDAP-Reichstagsfraktion sowie Göring, seit August 1932 Reichspräsident, zur Besprechung einer Reichskanzlerschaft Hitlers und möglicher Ressortverteilungen innerhalb des Kabinetts.<sup>180</sup> Hugenberg, der die Auswirkungen von Hitlers kompromisslosem Machtanspruch im Führungswettstreit seit der Harzburger Tagung und in den folgenden Wahlkämpfen erfahren hatte, versuchte noch eine verfassungsrechtliche Beschneidung von Hitlers zukünftiger Stellung als Reichskanzler zu erwirken und sprach mit Papen über seine Regierungsbeteiligung unter einem Reichskanzler Hitler nach einer vorherigen Beschränkung der Befugnisse des Amtes.<sup>181</sup> Am 29. Januar versprach Papen gegenüber Hugenberg, Duesterberg und Seldte eine Ressortverteilung, die scheinbar Hitler zähmen und in der Hugenberg Wirtschaftsminister werden sollte.<sup>182</sup> Gerüchte um einen möglichen Schleicher-Putsch sowie die Befürchtung von Neuwahlen und einem erneuten Zugehen der NSDAP auf das Zentrum beförderten Hugenbergs endgültiges Heranrücken an die Machtübernahme eines Hitler-Hugenberg-Papen-Seldte-Kabinetts, deren Verhandlungen noch bis kurz vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch Hindenburg am 30. Januar andauerten.<sup>183</sup>

<sup>175</sup> Siehe dazu Schildt: Militärdiktatur mit Massenbasis?, S. 109–150 und Jones: Taming the Nazi Beast. Siehe auch Claß auf der Gautagung des ADV Groß-Berlin, 4.12.1932, in Deutsche Zeitung 5.12.1932.

<sup>176</sup> Siehe Anhang 4.

<sup>177</sup> Geschäftsstelle des ADV an Hans Rieß, 17.2.1933, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 326, Bl. 133.

<sup>178</sup> Siehe zu einer anfänglichen Fassung Anhang 4.

<sup>179</sup> Deutsche Zeitung 25.1.1933.

<sup>180</sup> Siehe Terhalle: Deutschnational in Weimar, S. 349.

<sup>181</sup> Schmidt(-Hannover): Umdenken oder Anarchie, S. 334 und Vogelsang: Reichswehr, Staat und NSDAP, S. 380–388.

<sup>182</sup> So die Erinnerung von Duesterberg: Der Stahlhelm und Hitler, S. 39, der fälschlich den 26.1.1933 für dieses Treffen nannte. Siehe auch Schmidt(-Hannover): Umdenken oder Anarchie, S. 329.

<sup>183</sup> Jones: „The Greatest Stupidity of my Life“.

In welchem Maße Claß, wie von ihm in den Erinnerungen behauptet, von den letzten Entscheidungen für einen Regierungseintritt Hugenberg am 30. Januar 1933 nicht informiert gewesen war, muss offen bleiben.<sup>184</sup> Von den Entwicklungen im Januar 1933 muss er jedoch genauer informiert gewesen sein als er es in seinen Erinnerungen darstellte<sup>185</sup>, da er nicht zuletzt wegen der Finanzierung der Deutschen Zeitung mit Hugenberg in diesem Zeitraum in Kontakt war und zahlreiche alldeutsche Vertrauensmänner aus dem Führungskreis der DNVP wie Bang, Hertzberg-Lottin oder Vietinghoff-Scheel Kontakt zu Claß gehalten hatten. Claß hielt die NSDAP zwar Ende 1932 auch aufgrund ihrer internen Flügelkämpfe, wie sie bei der Strasser-Krise zum Ausdruck kam, letztlich nicht zur Staatsführung geeignet. Aber die Nationalsozialisten blieben für Claß, auch ungeachtet seines Bruchs mit Hitler im Herbst 1932, weiterhin „Träger des Schicksals“ der gesamten radikalen Rechten.<sup>186</sup>

## 6. Alldeutscher Verband und Nationalsozialismus 1933/39

Quaatz notierte Anfang März 1933 in sein Tagebuch, dass Claß, als er während seines Sanatoriumsaufenthaltes in Schwarzenek von den Vorgängen um die Regierungsbildung am 30. Januar „gehört habe, habe er sich geschämt“.<sup>187</sup> Die Errichtung einer antiparlamentarischen Rechtsregierung, sowie die unmittelbaren politischen Maßnahmen der Hitler-Regierung zur Abschaffung der Demokratie, der Unterdrückung politischer Gegner und zur Gleichschaltung von Verwaltung und Gesellschaft, waren jedoch ganz im Sinne von Claß' langjährigen politischen Forderungen.<sup>188</sup> Auch die Berufung Hugenberg zum Minister für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung sowie die Berufung von Bang zum Staatssekretär im Wirtschaftsministerium schienen den Einfluss der Deutschnationalen und Alldeutschen in der Regierung zunächst zu sichern. Im ADV forderte man noch vor den Wahlen am 5. März 1933 umgehend ein sofortiges Verbot der KPD sowie umfassenden Spielraum für Hugenberg's Ministerium, damit sich die DNVP im Wahlkampf auch gegen die NSDAP profilieren könne.<sup>189</sup>

Das Wahlbündnis „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“, das am 10. Februar zwischen Hugenberg, Papen und Seldte geschlossen worden war, erreichte bei den Wahlen, die bereits unter Bedingungen des gewaltsamen Unterdrückungsapparates der neuen Hitler-Regierung stattfanden, 8,0 Prozent, während die NSDAP 43,9 Prozent der Stimmen erreichte. Der Terror der Diktatur richtete

---

<sup>184</sup> Siehe Kapitel 9 (Anhang von 1936).

<sup>185</sup> Ebd.

<sup>186</sup> Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 10./11.12.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 172, Bl. 43 und 44.

<sup>187</sup> Tagebucheintrag Reinhold Quaatz 7.3.1933, in BA-Koblenz, N 1247, Bd. 17, o. Bl.

<sup>188</sup> Siehe auch Deutsche Zeitung 30.1.1933 und 31.1.1933.

<sup>189</sup> Alexander Graf Brockdorff (Lagebericht des ADV) 1.2.1933, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 552, Bl. 19.

sich bereits gegen politische Gegner wie Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftler. Das am 23. März lediglich gegen die Stimmen der SPD im Reichstag verabschiedete „Ermächtigungsgesetz“, das die gesetzgeberische Gewalt auf Hitler übertrug, und die zuvor am 28. Februar verabschiedete „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“, das nach dem Reichstagsbrand zentrale Grundrechte außer Kraft setzte, entsprach letztlich der Absicherung der Diktatur, wie sie Claß in seinen Planungen zur Durchsetzung des „Staatsnotstandes“ immer gefordert hatte.<sup>190</sup>

Claß äußerte sich erst im April 1933 ausführlicher zur Machtübernahme Hitlers und begrüßte die Errichtung der von ihm lange zuvor geforderten Diktatur, wenngleich Claß dann über das Tempo der Umwälzungen sowie über die Gewaltpraxis auch gegen die DNVP doch überrascht schien.<sup>191</sup> Die Ausgrenzung von Juden und die Bekämpfung von „Marxisten und Kommunisten“ sei jedoch nur konsequent, so Claß.<sup>192</sup> Der Boykott gegen jüdische Geschäfte entsprach ebenso wie das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums seinen radikalen antisemitischen Forderungen, die er unter anderem bereits seit dem „Kaiserbuch“ 1912 öffentlichkeitswirksam gefordert hatte.<sup>193</sup> Die Einführung des Amtes des Reichsstatthalters in den Ländern, das Hitler für Preußen im Zuge des Zweiten Ausführungsgesetzes zur Gleichschaltung der Länder vom 7. April 1933 selbst übernahm, ermöglichte den Zugriff auf die Länderregierung und Länderparlamente und war für Brockdorff von der alldeutschen Geschäftsstelle ein wesentlicher Schritt in die „vollständige Diktatur“.<sup>194</sup>

Auch die im September 1935 erlassenen „Nürnberger Rassegesetze“ wurden vom Verband als Maßnahme gegen „Überfremdung“ und „Entartung“ unterstützt.<sup>195</sup> Die Verbindung von sozialpolitischen Maßnahmen mit der „nationalsozialistischen Verherrlichung des Leistungsethos“<sup>196</sup> korrespondierte im Grundsatz auch mit alldeutschen Forderungen nach einer Arbeitsgesellschaft, die sozialdarwinistischen Prinzipien entsprechen und die Arbeiterschaft ihrer politischen Einigkeit im Kampf um gemeinsame Interessen berauben sollte. Die NS-Propaganda einer deutschen „Volksgemeinschaft“ deckte sich in bestimmten Punkten auch mit Gesellschaftsvorstellungen radikaler Milieus des Bürgertums wie sie die Alldeutschen vertraten. Denn auch eine „Ungleichheit der Chancen“ sowie eine „extreme Individualisierung“<sup>197</sup> charakterisierten die Realität von Auf- und Abstieg im Arbeits- und Karrieralltag der NS-Gesell-

---

<sup>190</sup> Siehe Anhang 1.

<sup>191</sup> Claß: Deutsche Ostern, in Deutsche Zeitung 16.4.1933 sowie in Alldeutsche Blätter 22.4.1933. Siehe auch Beck: The Fateful Alliance.

<sup>192</sup> Ebd.

<sup>193</sup> Deutsche Zeitung 1.4.1933 und Alldeutsche Blätter 8.4.1933.

<sup>194</sup> Alexander Graf Brockdorff (Lagebericht des ADV) 20.4.1933, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 552, Bl. 47.

<sup>195</sup> Alldeutsche Blätter 24.2.1934 und 30.11.1935.

<sup>196</sup> Frei: Der Führerstaat, S. 108.

<sup>197</sup> Herbst: Das nationalsozialistische Deutschland, S. 149.

schaft vor dem Krieg, die zugleich einer politischen und völkischen Homogenisierungspolitik unterworfen war. Die Volksgemeinschaftspolitik der Nationalsozialisten war propagandistische Verheißung und diktatorische Praxis, die letztlich eine Ausrichtung der deutschen Gesellschaft auf Kriegswirtschaft und Expansion zu Friedenszeiten ermöglichte.<sup>198</sup> Die Alldeutschen, die noch im Ersten Weltkrieg ihre Hoffnungen auf die Durchsetzung des autoritär abgesicherten „Burgfriedens“ hofften und angesichts aufbrechender gesellschaftlicher Polarisierungen mit ihren Erwartungen an einer zivil-militärische Diktatur letztlich gescheitert waren, konnten und wollten die Einbindung der Massen in ihr elitär-bildungsbürgerliches Konzept von politischer Führung jedoch nicht mit einem Versprechen von Aufstieg und Mitbestimmung verbinden.

Die politische Einhegung der Massen war bei Claß ein beständiges Ziel alldeutscher Gesellschaftspolitik und gründete in einem autoritären Politikverständnis, das den radikalen Kampf um Interessen zum Kern der Verhandlung von gesellschaftlicher Ordnung machte und ihn rassistisch im Kampf gegen Juden und ethnische Minderheiten erweiterte.<sup>199</sup> Hier folgte Claß' Politikbegriff in einer radikalen Erweiterung dem soziologischen Rechtsbegriff Jherings, der den Kampf um Interessen zum Grundsatz moderner Rechtserneuerung erhob, und angesichts der Ambivalenz dieses Rechtsbegriffs letztlich auch Vertretern der völkischen Weltanschauung einen Handlungs- und Legitimationsrahmen für eine radikale Politik gegen Juden, Sozialisten, Katholiken, Liberale und ethnische „Fremdstämmige“ aneignen ließen, die sich, wie der Jurist Claß, dann auf ihn beriefen.<sup>200</sup> Der Zweck seiner politischen Interessenvertretung diente somit der Absicherung der Machtzugänge des Bildungsbürgers und des akademisch geschulten Experten gegen die modernen Entwicklungen hin zur demokratischen Repräsentation der Massen. Mit der zunehmend erodierenden Legitimität des Bildungsbürgertums, stellvertretend für das gesamte „Volk“ sprechen zu wollen, hatte sich bei Claß der Anspruch bereits seit dem Vorabend des Ersten Weltkrieges entwickelt, als notwendiges Mittel zur Absicherung der Deutungshoheit und der Machtinteressen des Bürgertums nicht mehr nur die politische Autorität von Reichsregierung und Parlament in Frage zu stellen<sup>201</sup>, sondern vielmehr eine zivil-militärische Diktatur als Bedingung und Ziel alldeutscher Politik im Innern zu verfolgen.

Das „Dritte Reich“ war somit auch eine Umsetzung zentraler Säulen des alldeutschen Ordnungsdenkens. Der nationalsozialistische „Führerstaat“ hatte die für die Alldeutschen lange umkämpfte Frage nach einem „Führungszentrum“ der radikalen Rechten letztlich geklärt.<sup>202</sup> Dem Bedeutungsverlust der Deutschnationalen und der Alldeutschen, der sich unübersehbar in den Aus-

<sup>198</sup> Siehe auch Steber/Gotto: Volksgemeinschaft und Herbert: Was haben die Nationalsozialisten aus dem Ersten Weltkrieg gelernt?

<sup>199</sup> Siehe auch Raphael: Radikales Ordnungsdenken.

<sup>200</sup> Dazu Claß (Pseudonym: Daniel Frymann): Wenn ich der Kasier wär'.

<sup>201</sup> Chickering: We Men, S. 299–304 und Retallack: The German Right, S. 3–31.

<sup>202</sup> Frei: Der Führerstaat und Longenrich: Antisemitismus, S. 162. Siehe auch Kershaw: Der Hitler-Mythos.

einandersetzungen mit der NSDAP spätestens seit der Tagung von Bad Harzburg 1931 abgezeichnet hatte, stand nun der lange geforderte autoritäre Umbau des Staates gegenüber, der auch die Alldeutschen beeindruckte. Die Alldeutschen waren aber auch erstaunt über die rapide Dynamik der nationalsozialistischen Umwälzung und Machtstabilisierung, die dann heftige Kritik hervorrief, wenn die Gewaltpolitik und die Repressionen des NS-Staates auch den ADV, ihre Mitglieder oder Anhänger betraf. Sie wollten nun als Avantgarde der „nationalen Opposition“ und somit als Wegbereiter des neuen Staates verstanden werden. Diese Deutungskonkurrenz führte zu Konflikten mit den Nationalsozialisten, die in den Alldeutschen nur noch die Honoratioren des Kaiserreichs sahen, die sich als Monarchisten oder „Reaktionäre“ dem neuen Staat nicht unterordnen wollten. Die Überwachung des ADV durch die Gestapo nahm unmittelbar nach Machtantritt Hitlers zu.

Claß zog sich nach Ostern 1933 weitgehend zurück und verfolgte im Sommer die ersten Ausarbeitungen für den zweiten Teil seiner 1932 erschienenen Erinnerungen, die bis zum Frühjahr bereits zu einem Drittel vorlagen.<sup>203</sup> In der Zwischenzeit geriet Hugenberg als Minister ins Abseits, als er auf der Londoner Wirtschaftskonferenz in einer Denkschrift vom 16. Juni 1933 Forderungen aufstellte, die unter anderem eine Rückkehr zu einem deutschen Kolonialreich sowie die Auflösung internationaler Schuldsysteme vorsah. Diese Pläne führten zum Widerstand im Kabinett und im Auswärtigen Amt, da Hitler zu diesem Zeitpunkt aus strategischen Gründen keine Konfrontationen mit den Alliierten provozieren wollte. Der Rücktritt von Hugenberg am 27. Juni vollzog sich dann zusammen mit der Auflösung der DNVP, die in ein „Freundschaftsabkommen“ mit der NSDAP mündeten, aber letztlich die forcierte Selbstauflösung der Partei bedeutete, die sich seit dem 3. Mai Deutschnationale Front nannte.<sup>204</sup>

Der Rücktritt Hugenbergs als Minister für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung, dem auch das Ausscheiden von Bang aus dem Amt des Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium folgte, beendete die kurze Phase umfassender Befugnisse für die praktische Umgestaltung zentraler Bereiche der Regierungspolitik durch Claß' einstigen Wunschkandidaten für die Regierungsführung. Letztlich scheiterte Hugenberg mit seinem Anspruch, auch über diese drei ministeriellen Bereiche hinaus alldeutsche Außen- und Großraumpolitik zu gestalten, an dem zunehmend polykratischen Machtstrukturen verschiedener Ressorts, die, wie das Außenministerium im Zuge der Londoner Wirtschaftskonferenz, in seine Stellung als Super-Minister eingriffen. Auch Hugenbergs völkischer Grundsatz, die Landwirtschaft nicht nur als Voraussetzung für Ernährungspolitik, sondern für die Wirtschaft insgesamt zu verstehen, löste sich nach seinem Rücktritt institutionell mit der Aufteilung der Mi-

<sup>203</sup> Siehe dazu Einleitung C. 3. – Entstehungszeitraum der Abschrift der Erinnerungen.

<sup>204</sup> Freundschaftsabkommen Deutschnationale Front und NSDAP (Adolf Hitler), 27.6.1933, in STA Altenburg, 1–95–0003, Bd. 55, o. Bl. Siehe dazu auch Hiller-Gaertringen: Die Deutschnationale Volkspartei.

nisterien auf. Kurt Schmitt übernahm als langjähriger Unterstützer Hitlers und Vorsitzender des Vorstandes der Allianz Versicherung das Wirtschaftsministerium.<sup>205</sup> Richard Walter Darré wiederum, Leiter des Agrarpolitischen Apparates der NSDAP, konnte seinen „Wartestand“ beenden und in der Nachfolge Hugenbergs endlich Minister für Ernährung und Landwirtschaft werden.<sup>206</sup>

Die Auflösung der DNVP verhinderte die eigenständige Organisationsfähigkeit des konservativ-nationalistischen Milieus jenseits der NS-Organisationen. Letztlich war nun immerhin ein „totaler Staat“ erreicht, so die Deutsche Zeitung.<sup>207</sup> Auch für Claß war nun klar, dass die Einhebungsversuche gegenüber Hitler letztlich in der Isolation der Deutschnationalen enden und auch Auswirkungen auf die Alldeutschen haben würden. Zur Integration der bürgerlichen Rechten erstellte Frick eine „Einheitsliste“ von Abgeordneten sowie 22 „Gästen“ der NSDAP-Reichstagsfraktion. Unter ihnen waren Hugenberg, Bang, Otto von Feldmann und Gok sowie Claß, der jedoch eine Parteibindung oder eine politische Festlegung nicht damit verbunden sehen wollte.<sup>208</sup> Mitglied der NSDAP wurde Claß nicht, blieb jedoch, wie Hugenberg oder Bang, bis 1945 Mitglied des Reichstages.<sup>209</sup>

Ende des Jahres bestätigte Frick, dass der Verband vom Verbot zur Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933 nicht betroffen sei.<sup>210</sup> Die Überwachung durch Polizei und Geheimdienst wurde ab 1934 jedoch intensiviert und im gleichen Jahr wurde die Deutsche Zeitung gleichgeschaltet und in den Reichsnährstand überführt. Im November 1936 bat Claß Frick um die erneute Zusicherung, dass der Verband vor Überwachung und Drangsalierung bei Veranstaltungen durch SA und Gestapo geschützt sei. Frick, der die Auflösung des Verbandes und die gewalttätigen Ausschreitungen der SA auf alldeutschen Versammlungen immer verurteilt hatte, legte Claß nun die Selbstauflösung des Verbandes nahe. Der Verband zählte da noch ungefähr 10.000 Mitglieder und hatte mit erodierenden Strukturen zu kämpfen.<sup>211</sup> Der Wehrschatz befand sich bereits 1938 in Auflösung.<sup>212</sup> Anfang Juni 1939 wurde die Liquidation der Vermögensverwaltung des ADV beantragt. Heinrich Himmler unterzeichnete am 8. März 1939 letztlich die Auflösungsverfügung.<sup>213</sup>

<sup>205</sup> Siehe Tooze: *Wages of Destruction*, S. 53–86.

<sup>206</sup> Siehe Gies: *Richard Walther Darré*, S. 631–664 (Zitat ebd., S. 631) und Schlie: *Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft*, S. 109–121.

<sup>207</sup> Deutsche Zeitung 28.6.1933.

<sup>208</sup> Claß an Otto Helmut Hopfen, 31.10.1933, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 392, Bl. 348.

<sup>209</sup> Claß: *Eidesstattliche Erklärung* 26.10.1947, in BA-Berlin, N 2368, Bd. 8, o. Bl.

<sup>210</sup> Wilhelm Frick an die Landesregierungen, 12.12.1933, in HSTA Darmstadt, Abt. G12 B, Nr. 31, Bd. 3, o. Bl.

<sup>211</sup> Siehe Boberach: *Meldungen aus dem Reich*, Bd. 2, S. 75 und Sperlings (1939), S. 213.

<sup>212</sup> Siehe Bericht Gestapo Abt. II/123, 8.2.1938, in STA Moskau, Fond 500, opis 3, Bd. 563, Bl. 125–127.

<sup>213</sup> Reichsführer-SS/Chef der Deutschen Polizei an Claß, 8.3.1939, in GStA Berlin, VI HA, NI Friedrich Solger, Bd. 110.

Nach der Auflösung des ADV zog sich Claß mit nunmehr 71 Jahren aus dem politischen Leben zurück und überarbeitete den „Einhard“ für die letzte, 19. Auflage 1941.<sup>214</sup> Das „Kaiserbuch“ war bereits 1935 im Verlag der Vermögensverwaltung des ADV als Nachdruck in der 8. Auflage aufgelegt worden.<sup>215</sup> Im August 1942 wurde sein Haus in der Stadthausstraße 11 in Mainz durch alliierte Fliegerangriffe zerstört. Durch die Bombenangriffe auf Berlin verlor Claß in der Nacht vom 22. zum 23. November 1943 auch seinen gesamten Hausstand in der Keithstraße 42. In dieser Bombennacht muss seine Tochter Anna Elisabeth („Annelies“) Claß verletzt worden sein, jedenfalls führte ein achtwöchiger Krankenhausaufenthalt der Tochter in Jena Claß zur Jahreswende 1943/44 in die Stadt, wo er im Oberen Philosophenweg Kriegsende, amerikanische und sowjetische Besatzung sowie den Beginn der DDR erlebte. In Jena verstarb Claß am 16. April 1953 und wurde am 1. Juni in der Familiengruft in Mainz in kleinem Kreis bestattet.<sup>216</sup>

## B. Der Alldeutsche Verband in Österreich

### 1. Gründung und Aufstieg 1919–1923

Im Frühjahr 1919 hielt der Hauptgeschäftsführer des ADV Leopold von Vietinghoff-Scheel den Anschluss Österreichs an Deutschland für den „einzigsten Gewinn, den wir aus dem furchtbaren Zusammenbruch retten können.“<sup>217</sup> Die Anschlussbewegung erreichte in Österreich nach dem Ersten Weltkrieg mit unterschiedlichen politischen oder wirtschaftlichen Begründungen nahezu alle politischen Parteien der Republik. Am 12. November 1918 beschloss die Nationalversammlung einstimmig die Zugehörigkeit „Deutschösterreichs“ zu Deutschland und verabschiedete am 14. März 1919 erneut ein Gesetz, in dem „Deutschösterreich“ als Teil des Deutschen Reiches proklamiert wurde. Im Zuge des Vertrages von Saint-Germain am 10. September 1919 erhielt Österreich nicht die von der Großen Koalitionsregierung unter dem sozialdemokratischen Staatskanzler Karl Renner geforderten Gebiete im Sudetenland, in Deutschböhmen, in Teilen Mährens sowie in Schlesien und Südtirol. Nicht nur die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit der Republik Österreich, sondern auch die politische Einheit mit Deutschland bestimmte die Diskussionen um einen Anschluss. Im Versailler Friedensvertrag von 1919 hielt Artikel 80 dahingehend die Bestimmung fest: „Deutschland anerkennt die Unabhängigkeit Österreichs und wird sie streng in den von dem gegenwärtigen Vertrag festge-

---

<sup>214</sup> Siehe Anhang 5 sowie Claß: Deutsche Geschichte von Einhard (1941), S. 533.

<sup>215</sup> Claß-Frymann: Das Kaiserbuch.

<sup>216</sup> Leicht: Heinrich Claß, S. 411.

<sup>217</sup> Rundschreiben Leopold von Vietinghoff-Scheel, 1.3.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 708, Bl. 3.

setzten Grenzen als unveränderlich betrachten, es sei denn mit Zustimmung des Völkerbundesrates.“<sup>218</sup>

Vietinghoff-Scheel beklagte im Frühjahr 1919 auch, dass sich Gegenbewegungen zum Anschluss zunehmend organisierten, die eine Stärkung der „deutsch-österreichischen Kreise“ notwendig machten, um den Anschluss zu fördern, von dem „das Schicksal des deutschen Volkes abhängen dürfte.“<sup>219</sup> Vor allem die Christlichsoziale Partei (CSP) unter ihrem Parteiobmann Ignaz Seipel (1920–1930) vertrat ein eigenständigeres österreichisches Identitätskonzept und Seipel wollte aus dem Vertrag von Saint-Germain alle Konsequenzen ziehen, um eine souveräne Außenpolitik betreiben zu können.<sup>220</sup> Seipel war nicht gegen großdeutsche Aspirationen, lehnte aber deren völkisch-rassistische Argumentation für die politische Massenpropaganda ab.<sup>221</sup> Er betonte stattdessen eine österreichische Sendung für das Deutschtum in Mitteleuropa und befürwortete einen Zusammenschluss der katholischen Regionen Badens, Württembergs, Bayerns, Österreich, Ungarns, Kroatiens und der Slowakei mit Österreich.<sup>222</sup> Vorbehalte gegenüber einer Anschlusspolitik bestimmten die internen Auseinandersetzungen um eine klare Linie der Partei, die sich mit dem Parteiprogramm von 1926 für eine österreichische Souveränität bei gleichzeitiger antisemitischer Radikalisierung klarer herauszustellen begann.

Historische Neubewertungen nach dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches öffneten die Anschlussdiskussion auch für die Sozialdemokraten, die neben wirtschaftlichen Argumenten und der Perspektive auf einen transnationalen Sozialismus in Mitteleuropa dem alldeutschen Volkskonzept des Nationalismus einen großdeutschen Gedanken aus der demokratischen Denktradition von 1848 entgegenstellten.<sup>223</sup> Die Alldeutschen nutzten die völkisch-großdeutsche Interpretation für ihre ethnische Deutschtumspolitik vor dem Ersten Weltkrieg unter anderem im engen Verbund mit dem Deutschen Schulverein/VDA und anderen sogenannten Schutzvereinen des „Auslandsdeutschtums“.<sup>224</sup>

<sup>218</sup> Siehe Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye vom 10.9.1919, in Staatsgesetzblatt für Österreich, Jahrgang 1920, 21.10.1920, Nr. 303.

<sup>219</sup> Rundschreiben Leopold von Vietinghoff-Scheel, 1.3.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 708, Bl. 3.

<sup>220</sup> Berliner Tageblatt 1.2.1920.

<sup>221</sup> Siehe auch Thorpe: Pan-Germanism and the Austrofascist State, S. 30–31.

<sup>222</sup> Siehe auch Lüer: Nationalismus in Christlichsozialen Programmen und Klemperer: Ignaz Seipel.

<sup>223</sup> Siehe dazu Vick: Defining Germany und Hochman: Imagining a Greater Germany, S. 1–16. Auch die Alldeutschen nahmen früh den Bezug zu 1848 auf, jedoch um großdeutsch mit alldeutsch gleichzusetzen. Siehe „Groß-Deutschland“, in Deutsche Zeitung 13.11.1918 und Alldeutsche Blätter 21.12.1918 sowie für Österreich Alldeutsches Tagblatt 21.2.1919. Hans Hartmeyer übersprang schließlich 1848 und stellte einen unmittelbaren Bezug der nationalistischen Welle im Zuge der Antinapoleonischen Kriege zu Bismarck und der kleindeutschen Reichsgründung als erste Einlösung nationaler Forderungen her. Ders.: Die Macht der Idee, in Groß-Deutschland. Alldeutsche Mitteilungen 1. Jg. Nr. 2 (1919).

<sup>224</sup> Siehe u. a. Schmid: Der Kampf um das Deutschtum, Haslinger (Hrsg.): Schutzvereine, Weidenfeller: VDA und Judson: Guardians of the Nation.



Nach Kriegsende wollten die Alldeutschen ihre pangermanische Vision eines Großdeutschland mit einem Anschluss Österreichs an Deutschland breiteren Lagern zugänglich machen und dafür die organisatorische Ausweitung des ADV nach Österreich umsetzen. Claß stellte auf der Feier zum 30jährigen Jubiläum der Gründung des ADV nun den Anschluss in den Mittelpunkt alldeutscher Politik.<sup>225</sup> Alfred Krauss, Mitglied der Hauptleitung und Obmann des Landesverbandes Wien und Niederösterreich des ADV, erklärte den Anschluss Österreichs an Deutschland zum eigentlichen Schauplatz deutsch-völkischer Politik: „Hier in Oesterreich wird daher der Kampf entschieden werden müssen zwischen dem echten deutschen Volksbegriff – ein Volk, ein Reich – und den Fälschungen dieses Begriffes, dem römisch-deutschen Staat oder dem süddeutschen Donaureich.“<sup>226</sup>

Der jahrhundertelange Gegensatz zwischen Habsburgern und Hohenzollern war jedoch nach 1918 für die Alldeutschen, trotz grundlegender Auseinandersetzungen über die Ausrichtung des ADV im Bezug auf den Fortbestand des Vielvölkerreichs Österreich-Ungarn noch bis in den Ersten Weltkrieg hinein, neu zu interpretieren, um Österreich und Deutschland als zukünftigen gemeinsamen Staat zu denken. Ein wesentliches Problem für die Anschlusspolitik des ADV bestand zunächst in der Bamberger Erklärung vom Februar 1919 wegen der dort aufgestellten Forderungen sowohl nach der Rückkehr zur Monarchie als auch nach einem Anschluss Österreichs an Deutschland.<sup>227</sup> Nicht nur die Alldeutschen in Österreich waren gegen eine Rückkehr der Habsburger auf den Thron.<sup>228</sup> Darüber hinaus kamen aus der großdeutschen Bewegung deutliche Signale, dass die Bevölkerung eine Hohenzollern-Monarchie in Österreich zum gegenwärtigen Zeitpunkt ebenso wenig akzeptieren würde und man die Republik zunächst anerkennen müsse.<sup>229</sup>

Habsburger Versuche einer Wiederkehr, wie die von Kaiser Karl I., wurden von der Deutschösterreichischen Zeitung (DÖTZ), die der ADV 1921 erwarb, entsprechend kommentiert.<sup>230</sup> Auch die Alldeutschen Blätter berichteten über die „Abenteuer Karls von Habsburg“ aufgrund seiner Rückkehr nach Ungarn, dass die Deutschen in Österreich eine Rückkehr des letzten Kaisers nicht tolerieren würden, da die Habsburger mit dem Vielvölkerstaat gegen die Interessen des „deutschen Volkes“ agiert hätten und eine monarchische Restauration die

<sup>225</sup> Deutsche Zeitung 28.10.1920.

<sup>226</sup> Alfred Krauss: Der Alldeutsche Verband in Oesterreich, in Alldeutsche Blätter 3.9.1921.

<sup>227</sup> Claß: Bamberger Erklärung des Alldeutschen Verbandes (Handschriftlicher Entwurf), 11.–13.1.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 205, Bl. 188–206 und Alldeutsche Blätter 1.3.1919. Siehe auch Kapitel 4.2.

<sup>228</sup> Siehe DÖTZ 30.3.–6.4.1921.

<sup>229</sup> Franz Dinghofer auf der Besprechung zwischen ADV und Großdeutscher Vereinigung 25.–26.10.1919 in Passau, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 698, Bl. 76. Claß hielt an dem Grundsatz einer zukünftigen Vereinigung Deutschlands und Österreichs unter den Hohenzollern fest. Claß auf der Vorbesprechung zwischen ADV und Großdeutscher Vereinigung 25.10.1919 in Passau, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 698, Bl. 50. Die GdVP fasste am 12.10.1921 dann auch die Entschliebung gegen die Rückkehr der Habsburger. DÖTZ 13.10.1921.

<sup>230</sup> Siehe Berichte in der DÖTZ 23.10.–4.11.1921.

Anschlusspolitik auf Jahrzehnte verhindern würde.<sup>231</sup> Mit dem Tod des letzten Kaisers am 1. April 1922 schien die Monarchiefrage zunächst geklärt<sup>232</sup>, während alldeutsche Redner wie Bang oder Richard du Moulin-Eckert von der Geschäftsstelle Berlin regelmäßig nach Österreich zu Vorträgen über Bismarck nach Österreich aufbrachen, um die Bedeutung Preußens bei der kleindeutschen Gründung des Deutschen Reiches 1871 als Vorstufe zu einer großdeutschen Reichsgründung zu unterstreichen. Diese Neubewertung der Habsburg-Hohenzollern-Rivalität ging weit in das republikanische Lager Österreichs hinein, als auch hier die großdeutsche Interpretation der österreichisch-ungarischen Vergangenheit an die kleindeutsche Reichsgründung von 1871 angepasst wurde, um der Republik Österreich einen geeigneten Platz in der deutschen Geschichte zuzuweisen, der auf einen zukünftigen Anschluss hin gedeutet werden konnte.<sup>233</sup> Bismarcks kleindeutsche Lösung erschien nun als eine Beschränkung auf die realpolitischen Möglichkeiten seiner Zeit, auf die man nach dem Zerfall Österreich-Ungarns und dem Wegfall der Habsburgermonarchie keine Rücksicht mehr zu nehmen brauchte.<sup>234</sup> Bismarck wurde bei den Alldeutschen und Großdeutschen in Österreich nach 1918 als der eigentliche Beförderer eines großdeutschen Reiches gesehen, der in seinen kleindeutschen Ambitionen lediglich von der habsburgischen Politik Metternichs und Franz Josephs abgehalten worden sei.<sup>235</sup>

Die Anschlussbewegung erleichterte nach 1918 eine solche Sichtweise bei deutschnationalen und großdeutschen Anhängern in Österreich. Josef Ursin vermittelte im Sommer 1919 zwischen dem ADV und der Großdeutschen Vereinigung in der Nationalversammlung und Claß richtete erste Anschluss-Bekundungen an die Großdeutsche Vereinigung und dessen Vorsitzenden Franz Dinghofer, der 1918 zum Präsidenten der Provisorischen Nationalversammlung und nach der Wahl im Februar 1919 zum Dritten Präsidenten des Nationalrats gewählt wurde.<sup>236</sup> Dass Dinghofer und auch Ursin 1919 als Vertreter der

<sup>231</sup> Franz Schweinitzhaupt: Das Abenteuer Karls von Habsburg, in *Alldeutsche Blätter* 5.11.1921. Schweinitzhaupt (1887–1952) war regelmäßiger Kolumnist zu Österreich bei den *Alldeutschen Blättern*. Er war Innsbrucker Universitätsbibliothekar, 1920 Mitglied für die GdVP im Tiroler Landtag und ab 1930 führendes Mitglied der Tiroler Heimwehr.

<sup>232</sup> Friedrich Wolff schrieb erneut von der eigentlichen politischen Bedeutungslosigkeit Karls I., „seine Schwachheit im Ganzen, die ererbte Müdigkeit seines Wesens“. *Alldeutsche Blätter* 22.4.1922.

<sup>233</sup> Siehe auch Hochman: *Imagining a Greater Germany*, S. 23–33.

<sup>234</sup> Siehe auch Friedrich Wolff: Der 18. Januar 1871 und die Deutschen im ehemaligen Oesterreich-Ungarn, in *Alldeutsche Blätter* 22.1.1921.

<sup>235</sup> Siehe dazu DÖTZ 1.4.1921, 7.4.1921, 31.3.1922 und 1.4.1922.

<sup>236</sup> Alfred Geiser an Franz Dinghofer, 18.8.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 698, Bl. 6 und Claß an Großdeutsche Vereinigung, o.D. und Großdeutsche Vereinigung an Claß, 26.7.1919, in *Alldeutsche Blätter* 2.8.1919. Eine erste gemeinsame Besprechung zwischen ADV und der Großdeutschen Vereinigung sollte bewusst an die deutsch-österreichischen Gespräche von 1916 anschließen und fand mit zahlreichen Teilnehmern, darunter 18 Vertreter der Großdeutschen Vereinigung, Walter Riehl von den Nationalsozialisten, Julius F. Lehmann, Paul Bang, Otto Helmut Hopfen, August Roesener, Paul Samassa, Alfred Geiser, Ernst Gruber und Hans Hartmeyer, vom 25.–26.10.1919 in Passau statt. Teilnehmerliste zur Vorbespre-

Großdeutschen Vereinigung in den Geschäftsführenden Ausschuss des ADV gewählt wurden, erleichterte die engen Beziehungen des ADV zum Deutschnationalen Verein der Großdeutschen Volkspartei (GdVP)<sup>237</sup>, die nach einem Einigungstag 1919 ein Jahr später aus Deutschliberalen, Deutschnationalen und mehreren Organisationen wie den Alldeutschen Schönerers, dem Deutschen Volksbund und dem Deutschnationalen Verein gegründet wurde. Die GdVP vertrat programmatisch eine rassistische „Volksgemeinschaft“, unterstützte zunächst jedoch das demokratische System und arbeitete mit struktureller Ambivalenz für und gegen die Stabilisierung der Republik. Weitere persönliche Verbindungen wie zum parteilosen Michael Hainisch, der 1920 bis 1928 Bundespräsident der Republik Österreich, Anhänger der Demokratie und Claß seit den Wirtschaftsgesprächen 1916 freundschaftlich verbunden war, verstärkten Claß' Interesse an einer eigenständigen Präsenz des ADV in Österreich.

Zum Bismarck-Geburtstag 1919 gründete sich der ADV in Österreich mit Josef Hertle als Vorsitzendem. Die Geschäftsstelle in Graz wurde am 1. April 1920 (ab 1927 in Wien) eröffnet.<sup>238</sup> Vorher zählte der ADV in Österreich nur 500 Einzelmitglieder, da die selbstständige Werbung und Gründung von eigenen Ortsgruppen vor 1918 nicht möglich war.<sup>239</sup> Werbung wurde für den ADV seit Januar 1919 betrieben und vor allem wurden die 30.000 Mitglieder des Deutschnationalen Vereins, die 2.400 Bezieher des Alldeutschen Tagblattes, die Mitglieder des Wiener Deutschen Clubs, des Vereins Südmark, des Steierischen Frauenbundes und der Nationalsozialistischen Partei angesprochen.<sup>240</sup> Die Mitgliederzahl stieg bis zum Januar 1920 von 701 auf 3.087 Mitglieder.<sup>241</sup> In kurzer Zeit ordnete sich der ADV in ein dichtes und weitgespanntes Netzwerk von deutschnationalen und großdeutschen Organisationen ein: vom Einigungsausschuss der nationalen Parteien, dem Verein Südmark, dem Steierischen Frauenbund, den Nationalsozialisten (1903 als Deutsche Arbeiterpartei/DAP gegründet, ab 1918 Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei/DNSAP), dem Deutschen Schulverein über den Nationalverband deutschösterreichischer Offiziere, dem Krauss vorsah, bis hin zum Deutschen Turnerbund 1919, dessen Bundesobmann Claudius Kupka auch Mitglied des Gesamtvorstandes des ADV war. Vor allem auf den rassistisch-antisemitischen Turnerbund mit seinen geschätzten 50.000 Mitgliedern versuchte Claß frühzeitig einzuwirken, damit er seine „übertriebene völkische Richtung“ und seine „verwaschenen Ziele“ aufgab.<sup>242</sup>

---

chung und zur Besprechung am 25.10.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 698, Bl. 110–112 und 128.

<sup>237</sup> Siehe Kapitel 7.1.

<sup>238</sup> Siehe auch Alldeutsche Blätter 17.4.1920.

<sup>239</sup> Alfred Geiser auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 11.5.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 124, Bl. 29.

<sup>240</sup> Ebd., Bl. 32.

<sup>241</sup> Hofmeister: *Between Monarchy and Dictatorship*, S. 495.

<sup>242</sup> Sitzung der Vertreter der deutschvölkischen Landes- und Parteiorganisationen 12.5.1920 (Bestand Großdeutsche Volkspartei), zit. nach Carsten: *Faschismus in Österreich*, S. 88.

Der ADV unterhielt bereits um die Jahrhundertwende zusätzlich zu den 191 Ortsgruppen im Deutschen Reich sowie weiteren 26 Ortsgruppen und 15 sogenannten Vertrauensmänner-Abteilungen im Ausland (unter anderem in Amsterdam, Bangkok, Blumenau, Haifa, Johannesburg, Kairo, Konstantinopel, Montevideo und Zürich) ein Netz von 35 „Vertrauensmänner-Abteilungen in Oesterreich“, die sich von Außig, Braunau, Eger, Graz über Innsbruck, Klagenfurt, Krems, Laibach und Linz bis nach Mödling, Villach, Wels und Wien sowie nach Brünn, Budweis, Marienbad und Prag erstreckten.<sup>243</sup> Eine eigenständige Organisationsstruktur wurde im Habsburgerreich vor dem Ersten Weltkrieg nicht erreicht. Die alldeutschen Abteilungen standen aber der 1901 im Zuge des Stimmenzuwachses bei den Reichsratswahlen zur Bewegungspartei umgewandelten Alldeutschen Vereinigung von Georg von Schönerer sehr nahe. Die Abspaltung der Anhänger von Schönerers Fraktionsmitglied Karl Hermann Wolf und dessen Gründung der Freien Vereinigung alldeutscher Abgeordneter 1902 und der Deutschradikalen Partei ein Jahr später erschwerte grundlegend das Verhältnis des ADV zu den österreichischen Alldeutschen, bis dann im Zuge der Reichstagswahlen 1907 die Schönerer-Fraktion endgültig an parlamentarischer Bedeutung verlor.<sup>244</sup> Vertrauensmänner von Claß, wie vor allem Paul Samassa, hielten weiterhin engste Kontakte zu den alldeutschen und deutschnationalen Vereinen und Parteien, um für die einen mitteleuropäischen Zollverein und eine großdeutsche Zusammenfassung aller Angehörigen eines ethnisch definierten „deutschen Volkstums“ mit Kontakten bis zum österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand zu werben.<sup>245</sup>

Geschäftsführer der alldeutschen Geschäftsstelle war von 1900 bis 1908 Alfred Geiser, der 1919 Geschäftsführer und von 1920 bis 1927 Hauptgeschäftsführer des ADV in Österreich wurde. Claß selbst hielt sehr früh Kontakte nach Österreich und baute die Verbindungen nach Übernahme des Verbandsvorsitzes aus. Bereits im Oktober 1908 hatte Claß im Deutschen Klub referiert, in dem er auch auf die Führer der deutschnationalen Bewegung traf.<sup>246</sup>

<sup>243</sup> Der Alldeutsche Verband im Jahre 1901, S. 26–33. Insgesamt bestellte der ADV 88 Vertrauensmänner für die Organisation von insgesamt 2.271 Verbandsmitgliedern. In den Ortsgruppen waren 1901 insgesamt 18.451 und ohne Organisation 1.202 Mitglieder zusammengefasst. Ebd., S. 19.

<sup>244</sup> Zur alldeutschen Skepsis gegenüber einer möglichen programmatischen Verengung der Alldeutschen Vereinigung (Schönerer-Wolf-Gruppe) als „radikalnationale Partei“ siehe Alldeutsche Blätter 26.1.1901 und 9.11.1901. Zur Leipziger Entschließung des ADV vom 31.7.1901 bezüglich weitgehend übereinstimmender Programmziele (v. a. „Sicherung des deutschen Volkstums in Österreich“ und wirtschaftliche Zusammenarbeit Deutschlands mit Österreich in Mitteleuropa) und des letztlich unabhängigen Verhältnisses des ADV zur Alldeutschen Gruppe siehe Alldeutsche Blätter 7.8.1901. Zu Claß' Sicht auf die „Los-von-Rom“-Bewegung, die alldeutsch-deutschnationale Bewegung und auf Georg von Schönerer als „Führer der radikalnationalen Deutschen in Österreich“ siehe Ders.: Wider den Strom, S. 77–81. Zitat ebd., S. 77.

<sup>245</sup> Walkenhorst: Nation-Volk-Rasse, S. 318–322 und Schödl: Paul Samassa.

<sup>246</sup> Siehe Huber/Erker/Taschwer: Der Deutsche Klub, S. 36–37 sowie den Bericht in der Neuen Freien Presse (Abendausgabe) vom 03.10.1908. Ich danke Klaus Taschwer für den Hinweis.

Der Verband festigte seine nach dem Weltkrieg forcierte eigenständige Infrastruktur zwischen 1920 und 1923. Die Anschlusswelle förderte die Mobilisierung des Verbandes, der 1920 5.679, 1921 9.762, 1922 13.000 Mitglieder zählte und 1923 mit 17.083 Mitgliedern seinen größten Mobilisierungserfolg erreichte.<sup>247</sup> Die Anschlussbewegungen in Tirol (Abstimmung am 24. April 1921), Salzburg (18.5.1921) wurden von den Alldeutschen 1921 massiv unterstützt und die Absage der Volksabstimmung in der Steiermark wurde verurteilt. Die Kämpfe in Oberschlesien und die Auseinandersetzungen um die Übergabe des Burgenlandes im August 1921 beförderten die nationalistische Mobilisierungswelle, von der die Alldeutschen bedeutend profitierten. Der Geschäftsführende Ausschuss des ADV in Berlin erhöhte seine gewählten Mitglieder entsprechend von 30 auf 36, um der Erweiterung des Verbandes in Österreich Rechnung zu tragen, da die enge Verbindung zwischen Berlin und Graz durch Zuwahl weiterer Mitglieder wie dem Vorsitzenden des Verbandes in Österreich, Hertle, gesichert werden sollte.<sup>248</sup>

Die Auseinandersetzungen mit den Alldeutschen in Österreich um Georg Ritter von Schönerer führten seit der Jahrhundertwende zu offenen Konflikten und Abgrenzungen, da Ernst Hasse wie auch Claß den Bestand Österreich-Ungarns durch eine Abspaltung Cisleithaniens für einen Anschluss an das Deutsche Reich sowie die Entfremdung der österreichischen Katholiken durch die „Los-von-Rom“-Bewegung nicht riskieren wollten. Claß wollte jeglichen „schönerianischen Gewohnheiten“ entgegentreten, die in den ADV hätten übertragen werden können, denn die Schönerianer hätten in Österreich „eine sehr gute Sache zu Grunde gerichtet“.<sup>249</sup> Die Schönerer-Bewegung verlor nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts 1907 an Bedeutung und spielte nach 1918 keine Rolle mehr. Der Tod Schönerers beendete 1921 endgültig die Auseinandersetzungen mit der alten alldeutschen Bewegung und man sprach offen über „Irrtümer und Fehler“ in der Politik Schönerers und dessen Rolle beim Zerfall der alldeutschen Bewegung. Allerdings hob man gleichzeitig auch seine Bedeutung für die „Verbreitung des alldeutschen Gedankens“ in Österreich hervor, an die der Alldeutsche Verband eigenständig anschließen könne.<sup>250</sup>

Der erste Verbandstag des ADV in Österreich fand am 10. September 1921 in Innsbruck mit 300 Teilnehmern unter der Gastgeberschaft des Ortsgruppenvorsitzenden, Prof. Dr. Carl Ipsen, statt.<sup>251</sup> Zuvor wurde Anfang April 1921 die DÖTZ als Nachfolgeblatt der Ostdeutschen Rundschau gegründet, die jedoch durch die Inflation bis 1923 schnell in finanzielle Schieflagen geriet.<sup>252</sup> Die

<sup>247</sup> Hofmeister: *Between Monarchy and Dictatorship*, S. 495.

<sup>248</sup> Siehe Bericht über den Verbandstag des ADV 2.–3.9.1921 in Goslar, in *Alldeutsche Blätter* 10.9.1921.

<sup>249</sup> Claß an Major May, 7.1.1913, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 197, Bl. 1.

<sup>250</sup> DÖTZ 16.8.1921 und Zitat in *Alldeutsche Blätter* 20.8.1921.

<sup>251</sup> Siehe DÖTZ 18.9.1921.

<sup>252</sup> Anzeigen für nahestehende Organisationen wie der GdVP, NSDAP oder der Deutsche Turnerbund 1919 wurden ab Herbst 1922 ausschließlich gegen Entgelt gedruckt und lediglich

parteipolitische Bindung an die GdVP bildete aber die wichtigste politische Mobilisierungsstrategie des ADV.

Das Verhältnis des ADV zur GdVP war von 1920 bis 1923 politisch wie auch organisatorisch besonders eng. Die Satzung des Verbandes von 1920 wurde durch Leopold Waber als Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung der GdVP beim Innenministerium eingereicht.<sup>253</sup> Geiser, Hauptgeschäftsführer des ADV, erklärte, dass die Mehrheit der alldeutschen Verbandsmitglieder parteipolitisch bei der GdVP gebunden sei.<sup>254</sup> Die GdVP hatte 1921 86.417 und 1922 123.845 Mitglieder (davon 22.000 im Burgenland) und stützte sich vor allem auf Beamte, Angehörige der freien Berufe sowie auf Angestellte und Unternehmer.<sup>255</sup> Die Großdeutschen waren weitgehend antiklerikal eingestellt und zählten einen hohen Anteil von Protestanten unter ihren Mitgliedern, die sich zu Preußen als Ausgangspunkt einer möglichen großdeutschen Reichsgründung hingezogen fühlten.<sup>256</sup> Der Bismarck-Mythos als „deutscher Charakter“ wurde bei der GdVP kultiviert und Bismarckfeiern aufwendig zelebriert.<sup>257</sup> Die Reichsgründungsfeier im Januar und der Bismarckgeburtstag am 1. April gehörten bei den Großdeutschen wie auch bei den Alldeutschen in Österreich zum Standardrepertoire politischer Mobilisierung. Die Forderung nach dem Anschluss Österreichs an Deutschland war der politische Kern der GdVP, den die Großdeutschen immer wieder verfolgten, jedoch im Zusammenspiel mit den Christlichsozialen nicht wie gewünscht durchsetzen konnten.

Die GdVP war eine Honoratiorenpartei, aufgrund ihrer geringen Mitgliederzahl auch auf finanzielle Zuwendungen angewiesen und verfügte nur über einen kleinen Parteiapparat. Nicht zuletzt deswegen fiel die parteipolitische Mobilisierung von Wählern schwer. Geiser forderte früh, dass die alldeutschen Mitglieder in der GdVP das zersplitterte völkische Lager bei Wahlkämpfen unbedingt zusammenhalten müssten.<sup>258</sup> Er reagierte auch auf die Wiedergründung des Deutschnationalen Vereins mit ehemals 30.000 Mitgliedern innerhalb der GdVP, der ab 1923 als „entpolitisierte“ Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei agieren sollte, mit dem Aufruf an alldeutsche Parteimitglieder, alles zu tun, um die Partei nicht zu spalten.<sup>259</sup> Finanzielle Unterstützung kam auch von Seiten Alldeutscher und Deutschnationaler. Für den Wahlkampf zum

---

bei solchen Körperschaften, die den Lesern der Zeitung besonders nahe ständen, ein Nachlass gewährt. Siehe DÖTZ 11.11.1922.

<sup>253</sup> Siehe Chamberlain, *The Pan-German League in Austria*, S. 50–51.

<sup>254</sup> Alfred Geiser o. D. [ca. 1922], in ÖStA/AdR, Gruppe 02, Großdeutsche Volkspartei, Karton 45.

<sup>255</sup> DÖTZ 29.5.1922.

<sup>256</sup> Siehe auch Voithofer: *Darum schließt Euch frisch an Deutschland an*, S. 397.

<sup>257</sup> Siehe dazu DÖTZ 1.4.1921, 7.4.1921, 31.3.1922 und 1.4.1922.

<sup>258</sup> Alfred Geiser o. D. [ca. 1922], in ÖStA/AdR, Gruppe 02, Großdeutsche Volkspartei, Karton 45.

<sup>259</sup> Siehe DÖTZ 27.8.1922 und 30.3.1923.

Nationalrat organisierte Hugenberg zwei Millionen Mark für die GdVP.<sup>260</sup> Bei den Nationalratswahlen 1920 erreichten die Großdeutschen 9,8 % und bei den Nationalratswahlen 1923 im Bündnis mit dem Landbund aber nur noch 6,7 % der Stimmen.<sup>261</sup>

Die GdVP regierte von 1922 bis 1932 in verschiedenen Funktionen in Regierungskoalitionen und stand somit in engster Verbindung und Auseinandersetzung mit der CSP. Interne Divergenzen zwischen den Großdeutschen und den Christlichsozialen über die Anschlussfrage machten das Regierungsbündnis vor allem seit der Bundeskanzlerschaft Ignaz Seipels 1922 schwierig. In den Alldeutschen Blättern warnte man vor den „schier übermenschliche[n] Opfern“, die ein Bündnis mit dem „klerikalen Internationalismus“ der GdVP politisch kosten würde.<sup>262</sup> Die Großdeutschen gründeten zwar eine Arbeitsgemeinschaft im Parlament, jedoch machte der Vorsitzende der GdVP, Dinghofer, deutlich, dass die GdVP ihre Politik nicht auf ein eigenständiges Überleben Österreichs ohne Anschluss ausrichten werde, während Seipel seine Haltung gegen den Anschluss an Deutschland deutlich machte.<sup>263</sup> Der ADV sah die Regierungsbeteiligung der GdVP ungern und warnte früh vor dem Verlust politischen Profils, wenn man sich in eine Regierung „locken ließe“ und eine „bürgerliche Einheitsfront“ organisiere, nicht zuletzt da die Großdeutschen kein entsprechendes Gewicht an Parlamentssitzen mit einbrächten.<sup>264</sup> Auf dem Verbandstag in Linz vom 8. bis 10. September 1922, auf der auch ein Ausschluss von Juden aus Österreich sowie eine Politik gegen Überfremdung Österreichs gefordert wurde, verabschiedete der ADV eine Entschliebung, in der der Anschluss an Deutschland zur Hauptfrage alldeutscher Politik erklärt wurde.<sup>265</sup> Die Konflikte zwischen ADV und GdVP erreichten jedoch 1922 einen ersten Wendepunkt, als sich die Partei über den Alldeutschen Krauss beschwerte, der die Großdeutschen in ihrer parteipolitischen Vertretung so schwer attackierte, dass es am 1. Oktober 1922 zu einer formellen Aussprache unter Einbeziehung von Claß kam. Man kam letztlich überein, ab 1923 Absprachen zwischen alldeutscher Verbandsführung und der Parteileitung der GdVP bei der strategischen Ortsgruppengründung des Verbandes zu vereinbaren, um zukünftige Missverständnisse zu vermeiden.<sup>266</sup> Nachdem die GdVP jedoch bei den Nationalratswahlen 1923 Sitze verlor, nahmen auch die kritischen Artikel in der

<sup>260</sup> Alfred Hugenberg an Claß 26.9.1920 und 1.10.1920, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 395, Bl. 252 und 254.

<sup>261</sup> Siehe zu den Wahlergebnissen Hänisch: Die österreichischen NSDAP-Wähler, S. 81 und 82.

<sup>262</sup> Friedrich Wolff: Die christlichsozial-großdeutsche Regierung, in Alldeutsche Blätter 17.6.1922.

<sup>263</sup> DÖTZ 29.5.1922 und 1.6.1922. Siehe auch Goldinger/Binder: Geschichte der Republik Österreich, S. 73–83, 106–120 und 134–159.

<sup>264</sup> Siehe Alldeutsche Blätter 14.5.1921.

<sup>265</sup> Siehe Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 1.9.1922, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 135, Bl. 14–16 und DÖTZ 18.9.1922.

<sup>266</sup> Siehe Protokoll über Aussprache Claß und GDVP 28.10.1922, in ÖStA/AdR, Gruppe 02, Großdeutsche Volkspartei, Karton 41, Bl. 138.

DÖTZ zu, welche die Konkurrenzen zwischen DÖTZ und den Wiener Neuesten Nachrichten sowie der Deutschen Zeit als Presseorgane der GdVP nur verschärften.<sup>267</sup> Die GdVP nutzte ihre beiden Parteizeitungen auch, um sich in der politischen Berichterstattung unabhängig zu machen, sodass Angriffe gegen den ADV und Claß nicht ausblieben, die zu weiteren Entfremdungen zwischen Alldeutschen und Großdeutschen führten.<sup>268</sup>

Die Gründung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes in Österreich in der zweiten Jahreshälfte 1921 markierte den Beginn einer antisemitischen Radikalisierung, die mit dem Ausbau der Ortsgruppen des ADV und der Einrichtung eines sich 1921 konstituierenden „Fachausschusses zur Judenfrage“ unter dem Vorsitz von Ursin einherging und nach dem Verbot des DvSTB in Deutschland im Sommer 1922 ein Jahr später sowohl bei den Alldeutschen wie auch bei den Großdeutschen massiv zunahm.<sup>269</sup> Der Großdeutsche Waber entwarf als Innenminister bereits 1921 Gesetze, die für Ostjuden den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft unmöglich machen sollten.<sup>270</sup> Die Mitwirkung des ADV im Völkisch-antisemitischen Kampfausschuss, der am 13. November 1923 unter dem Vorsitz von Karl Hermann Wolf gegründet wurde, machte auch die zunehmend radikale Positionierung für eine Ausweisung von Ostjuden aus Österreich sowie für eine Änderung der Erfassungskriterien bei der anstehenden Volkszählung deutlich, die nicht nach Staatsangehörigkeit, sondern Rassenzugehörigkeit fragen sollte. Ein Höhepunkt antisemitischer Mobilisierung war der Zionistenkongress in Wien im August 1925, wo sich der ADV in die großen Aufmärsche und Massendemonstrationen deutsch-völkischer Vereine einreichte und Ursin als Redner zuweilen vor 10.000 Teilnehmern auftrat.<sup>271</sup> Die Kooperation von Ursin und der DÖTZ mit dem 1919 gegründeten Antisemitenbund<sup>272</sup> verlagerte die antisemitische Mobilisierung in diese Sammelbewegung, die von der GdVP bis zur CSP Mitglieder rekrutierte und nicht wie der DvSTB unter alldeutschem Einfluss stand. Als der Antisemitenbund seit den späten 1920er Jahren an Einfluss verlor, korrespondierte diese Tendenz mit dem Bedeutungsverlust des ADV und der Herausbildung der beiden nationalsozialistischen Bewegungen und des Heimatblocks 1930 sowie der Manifestation der NSDAP (Hitler-Bewegung) in den Gemeinderats- und Landtagswahlen nach 1930.<sup>273</sup> Der DvSTB löste sich schließlich 1927 mit all seinen Ortsvereinen selbst auf.<sup>274</sup>

<sup>267</sup> Siehe dazu Kapitel 7.2.

<sup>268</sup> Siehe auch Hauptgeschäftsführung des ADV an Franz Dinghofer 17.12.1925, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 706, Bl. 35–36 und Franz Dinghofer an Hauptleitung des ADV in Berlin, 7.1.1926, in ebd., Bl. 38–39.

<sup>269</sup> Siehe auch Satzungen des DvSTB für Österreich (Sitz Wien) 13.6.1921, in Anhang 11.

<sup>270</sup> Siehe Klösch: Das „nationale Lager“ in Niederösterreich 1918–1938 und 1945–1996.

<sup>271</sup> Siehe DÖTZ 14.8.1925. Josef Ursin geriet 1927 in Konflikte mit der Hauptleitung des ADV in Österreich wegen eigener Pläne zur Gründung einer völkischen Zeitung. Siehe Hans Hartmeyer an Claß 16.3.1927, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 702, Bl. 10.

<sup>272</sup> Siehe Pauly: From Prejudice to Persecution, S. 183–189.

<sup>273</sup> Siehe zum Wandel des Einflusses der bürgerlichen Parteien und der Brüchigkeit des deutschnationalen Lagers mit den Nationalratswahlen 1930 Hänisch: Die österreichischen



## 2. Erosionen 1923–1927

Die Professionalisierung der Verbandsarbeit erreichte 1923/1924 ihren Zenit. Danach nahm die Mobilisierung von Mitgliedern ab und waren auch die Mitgliederzahlen rückläufig. Die Umwälzung der Gesamtmitgliederschaft, die sich bereits in Deutschland im Umbruchsjahr 1918/1919 zeigte, hatte auch in Österreich dramatische Ausmaße. Vom Juni 1923 bis zum Juni 1924 reduzierte sich die Zahl der Mitglieder von 17.083 auf 15.382. Entscheidender war jedoch eine brüchige Mitgliederstruktur. Fast ein Drittel der Mitglieder wurde ausgetauscht und 2.448 Eintritten standen 4.163 Austritte entgegen. Die Erhöhung der Ortsgruppenzahlen von 142 auf 186 sagte somit nichts über die personelle Mobilisierung von Mitgliedern aus.<sup>275</sup> Von 1924 zu 1925 ging die Mitgliederzahl weiter von 13.703 auf 12.267 mit 1.805 Eintritten und 3.341 Austritten zurück.<sup>276</sup> Von 1925 zu 1926 registrierte man 4.044 Eintritte, denen 4.818 Austritte gegenüberstanden. Insgesamt waren im Sommer 1926 nur noch 11.495 Mitglieder in nunmehr 220 Ortsgruppen organisiert.<sup>277</sup> Die DÖTZ wurde mit dem Beschluss der alldeutschen Landesvertreterversammlung in Salzburg vom 11. bis 12. November 1923 zum Verbandsblatt, das nun regelmäßiger über den Verband und die Ortsgruppen berichten sollte. Gleichzeitig reduzierte man aus finanziellen Gründen das Personal der Geschäftsstelle in Graz 1924 um zwei Beamtinnen, während der Postverkehr mit fast 16.000 Ein- und Ausgängen einen regen Betrieb aufwies.<sup>278</sup>

Der gescheiterte Hitler-Putsch 1923 wirkte als entscheidende Zäsur für die Mobilisierungspolitik und brachte auch den ADV in Österreich in Erklärungsnot, ob man auf Seiten der Kahr-Regierung oder der Hitler-Putschisten gestanden habe. Nach anfänglicher Euphorie über den Putsch in München bestimmten das Scheitern Hitlers und die folgenden Streitigkeiten im Hitler-Prozess 1924 die Berichterstattung. Der Berichtersteller für Ungarn, Lutz Korodi, sah bereits 1915 eine wichtige Rolle der Deutschen Arbeiterpartei für die Zeit nach dem Krieg voraus, wenn die heimkehrenden Soldaten ihre Kriegserlebnisse entsprechend politisch und weltanschaulich neu ausrichten würden.<sup>279</sup> Anders als beim wechselvollen Aufstieg der NSDAP in Deutschland spielten die Nationalsozialisten bis zu den Landtagswahlen 1932 in Österreich keine ent-

---

NSDAP-Wähler, S. 85–87 und zu den Gemeinde- und Landtagswahlen zwischen 1931 und 1933: S. 85–112.

<sup>274</sup> Siehe Sicherheitsdirektor für Niederösterreich an die Bezirkshauptmannschaft Amstetten 26.10.1936, in NÖLA, Bezirkshauptmannschaft Amstetten, Nr. 127, XI – Vereine 1936.

<sup>275</sup> Siehe dazu DÖTZ 25.10.1924.

<sup>276</sup> Geschäftsbericht gehalten auf dem Verbandstag des ADV in Villach 13.14.6.1925, in Alldeutsche Blätter 27.6.1925.

<sup>277</sup> Siehe dazu DÖTZ 15.6.1926.

<sup>278</sup> Siehe Geschäftsbericht auf dem Verbandstag des ADV in Zell am See 21.–22.6.1924, in Alldeutsche Blätter 28.6.1924.

<sup>279</sup> Siehe Bericht Lutz Korodi 30.10.1915, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 703, Bl. 40.

scheidende politische Rolle.<sup>280</sup> Nachdem Hitler 1921 die Parteiführung in Deutschland übernommen hatte und den revolutionären Machtanspruch vertrat, verschlechterte sich das Verhältnis zur gewerkschaftlich ausgerichteten DNSAP unter ihrem Parteivorsitzenden Walter Riehl. Riehl teilte Hitlers antisemitische, antisozialistische und antidemokratische Weltanschauung sowie dessen Anschlussforderung, jedoch wurde er auf dem Parteitag in Salzburg im August 1923 durch Karl Schulz abgelöst. Riehl gründete daraufhin den Deutschsozialen Verein, bevor er 1924 auch aufgrund seiner Ablehnung des Hitler-Putsches aus der DNSAP ausgeschlossen wurde und erst 1930 in die NSDAP eintrat. Nach der Entmachtung Riehls führten die Nationalsozialisten einen entschiedenen Konfrontationskurs gegenüber der GdVP und lehnten gemeinsame Wahllisten kategorisch ab. Die Hinwendung zu den völkischen Gewerkschaften unterschied Schulz von der Hitler-Bewegung, die auch Parteieliten aus dem bürgerlichen Lager rekrutierte. Die NSDAP (Schulz-Gruppe) hatte mit 6.247 Mitgliedern um 1928 etwas mehr Anhänger als die NSDAP (Hitler-Bewegung) in Österreich, die sich im Februar 1926 zunächst als Minderheit gründete.<sup>281</sup>

Die Zusammenarbeit zwischen Nationalsozialisten und der GdVP blieb anfänglich strategischen Ambivalenzen unterworfen. Listenverbindungen lehnte die GdVP noch 1920 ab, bis die Strategie der Unabhängigkeit den Kurs der Nationalsozialisten ab 1923 bestimmte. Die GdVP strebte mit Riehl, der auch Mitglied der Hauptleitung und des Vorstandes des ADV war<sup>282</sup>, bis zum Salzburger Parteitag ein formales Bündnis für die Nationalratswahl am 21. Oktober 1923 mit der DNSAP an, die Riehl auch annehmen wollte und dem auch die Deutsche Bauernpartei hätte angehören können. Das Bündnis kam jedoch letztlich nicht zustande. Vorschläge zur Listenverbindung wurden nun von den Nationalsozialisten abgelehnt, nicht zuletzt weil man ohnehin eine Enthaltung bei den Nationalratswahlen empfahl und auf einen Putsch hoffte.<sup>283</sup> Hans Hartmeyer berichtete als Verbindungsmann des ADV zur großdeutschen Rechten in Österreich zudem von großem Misstrauen der Nationalsozialisten, dass der Wahlkampf der GdVP maßgeblich vom ADV finanziert werde, was Hartmeyer zurückwies und sich enttäuscht zeigte, dass die Nationalsozialisten „hier keinen einzigen Führer, nur randalierende Jugend“ besitze.<sup>284</sup> Als die GdVP bei den Wahlen lediglich 420.000 Stimmen bekam, erklärte Riehl den Zusammenbruch der GdVP. Claß teilte die ungünstige Entwicklung der Großdeutschen, warnte jedoch vor einer neuen Parteigründung im deutschnatio-

<sup>280</sup> Siehe dazu Hänisch: Die österreichischen NSDAP-Wähler, S. 203–237.

<sup>281</sup> Carsten: Faschismus in Österreich, S. 144. Siehe auch Pauly: Hitler and the Forgotten Nazis, S. 36–51.

<sup>282</sup> Siehe zu Walter Riehls Mitgliedschaft in der Berliner Hauptleitung des ADV: Gliederung des Alldeutschen Verbandes (Ende Oktober 1921), in BA-Berlin, R 8048, Bd. 533, Bl. 105 und Alldeutsche Blätter 23.9.1923 und zur Streichung als Mitglied des Vorstandes: Gesamtvorstand nach der Wahl am 8.9.1928, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 155, Bl. 47–51.

<sup>283</sup> Siehe auch Carsten: Faschismus in Österreich, S. 78.

<sup>284</sup> Hans Hartmeyer an Claß, 8.9.1923, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 209, Bl. 234.

nalen Lager, da sich der Aufbau sehr langsam vollziehen und die Entwicklung einer solchen neuen Partei von der „grossen politischen Entwicklung überholt“ werden würde.<sup>285</sup>

Mit dem gescheiterten Hitler-Putsch ging dann auch der Einfluss der Nationalsozialisten zurück. Nach der Aufspaltung der Nationalsozialisten 1923 in zwei eigenständige Flügel mussten sich auch die Alldeutschen positionieren. Während Hartmeyer Claß empfahl, dass sich der ADV in Österreich aus den Parteikonflikten heraushalten sollte<sup>286</sup>, um nicht zwischen den Auseinandersetzungen aufgerieben zu werden, orientierten sich Hartmeyer und andere führenden Alldeutsche bereits hin zur NSDAP.<sup>287</sup> Trotz der Fragmentierung der Nationalsozialisten in Österreich und der Verbotsphase der NSDAP in Deutschland bis zur Wiedergründung durch Hitler 1925 suchten die Alldeutschen die Beziehungen zu den Nationalsozialisten in Österreich. Das Verhältnis war auch gegenseitig sehr freundschaftlich. So unterstützte Hans Knirsch als Führer der Nationalsozialisten in der Tschechoslowakei Claß 1924 gegen Vorwürfe, die ihm während des Hitler-Prozesses in Bezug auf eigene Planungen eines Umsturzes der Kahr-Regierung gemacht wurden.<sup>288</sup> Claß setzte sich schon früh bei Hugenberg für eine regelmäßige finanzielle Förderung von Knirsch ein, der 1919 und 1921 als Mitglied des Vorstandes und 1928 als Mitglied der Hauptleitung des ADV geführt wurde.<sup>289</sup> Der wiederum bekundete gegenüber Claß, dass er bei jeder Gelegenheit für den ADV und seinen Vorsitzenden eintreten werde.<sup>290</sup> Knirsch war Gast bei den Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV in Deutschland und auch gern gesehener „Ehregast“ auf dem Verbandstag in Zell am See vom 21. bis 22. Juni 1924, der den Verband durch seine Anwesenheit bei den nationalsozialistischen Anhängern aufwerten und für den Verband bei der Reichsparteileitung der DNSAP in Wien vermittelnd einwirken sollte.<sup>291</sup> Schließlich beschwor man sogar ein „Treuebündnis“ zwischen beiden Organisationen.<sup>292</sup> Der ADV wiederum trat auch in Österreich für die Weitergewährung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Hitler ein und formulierte entsprechende Eingaben gegen Seipel und die Salzburger Landesregierung.<sup>293</sup> In Wien mahnten die Alldeutschen zusammen mit den Großdeutschen eine Forderung an den Nationalrat an, die Drohung

<sup>285</sup> Claß an Franz Schweinitzhaupt, 6.11.1923, in ebd., Bl. 267.

<sup>286</sup> Hans Hartmeyer an Claß 18.9.1923, in ebd., Bl. 236.

<sup>287</sup> Hans Hartmeyer an Claß, 8.9.1923, in ebd., Bl. 234.

<sup>288</sup> DÖTZ 23.6.1924. Hans Knirsch (1877–1933) war Mitbegründer der in Böhmen 1903/1904 gegründeten Deutschen Arbeiterpartei, ab 1912 deren Parteivorsitzender und 1919–1928 Vorsitzender der DNSAP/NSDAP in der Tschechoslowakei.

<sup>289</sup> Claß an Alfred Hugenberg, 22.11.1920, in BA-Berlin, Bd. 206, Bl. 72. Siehe zu Hans Knirsch auch Gliederung des Alldeutschen Verbandes (Ende Oktober 1921), in BA-Berlin, R 8048, Bd. 533, Bl. 105 und Gesamtvorstand nach der Wahl am 8.9.1928, in ebd., Bd. 155, Bl. 47.

<sup>290</sup> Siehe Protokollnotiz von Claß zur Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 26.4.1924, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 138, Bl. 1.

<sup>291</sup> Alfred Geiser an Claß, 17.4.1924, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 702, Bl. 12–13.

<sup>292</sup> DÖTZ 3.8.1924.

<sup>293</sup> DÖTZ 15.10.1924.

des Staatsbürgerschaftsentzugs für Hitler zurückzunehmen.<sup>294</sup> Trotzdem war die Erosion der nationalistischen Rechten seit 1923/1924 auch in Österreich nicht mehr zu übersehen, als sich die Angriffe und gegenseitigen Beschuldigungen der Spaltung der Oppositionsbewegung auch zwischen Alldeutschen und Nationalsozialisten häuften.<sup>295</sup>

Diese Erosion des fragmentierten völkischen Lagers übertrug sich nach dem Hitler-Putsch auch auf das Verhältnis der Ludendorff-Bewegung zum ADV. Deutsche Freikorpsverbände wie die „Orgesch“ oder das Freikorps Oberland hatten früh enge Beziehungen zur Heimwehr und nach dem Kapp-Putsch 1920 flohen deutsche Offiziere wie Hermann Ehrhardt nach Österreich oder schlossen sich wie Oberst Bauer, der engste Mitarbeiter Ludendorffs, dem Sanitätsrat Otto Pittinger an, der 1921 seinen Stab von München nach Wien verlegt hatte.<sup>296</sup> Ludendorff hatte eine große Strahlkraft auf die paramilitärische Rechte in Österreich und vereidigte im Februar 1923 in Wien Freikorpsstruppen auf seine Person. Grundlegende Streitigkeiten darüber, ob ein Putsch in Bayern oder doch von Österreich ausgehend geplant werden sollte, sowie über die Frage, ob die Verwirklichung eines Zusammenschlusses Österreichs nur mit Bayern oder doch als Anschluss an Deutschland angestrebt werden sollte, führten zwischen 1920 und 1923 zu erbitterten Auseinandersetzungen zwischen Krauss einerseits und Ludendorff sowie Oberst Bauer andererseits. Im Frühjahr 1924 kam es schließlich nach dem gescheiterten Hitler-Putsch in München zum endgültigen Abbruch der Beziehungen der Ludendorff-Bewegung zum ADV.<sup>297</sup> Der Hitler-Prozess brachte die Streitigkeiten um die Deutung

<sup>294</sup> DÖTZ 7.10.1924.

<sup>295</sup> Siehe dazu Chamberlain: *The Pan-German League in Austria*, S. 56–60.

<sup>296</sup> Siehe Carsten: *Faschismus in Österreich*, S. 39–66, Vogt: *Oberst Max Bauer*, S. 340–358 und Thoss: *Der Ludendorff-Kreis*, S. 117–136, 171–238 und 419–430 sowie für den europäischen Kontext der paramilitärischen Verbände in der unmittelbaren Nachkriegszeit Gerwarth/Horne: *War in Peace and Diess.: Vectors of Violence*.

<sup>297</sup> Alfred Krauss stand als Vorsitzender des Deutschen Wehrbundes auch in einem streitbaren Verhältnis zu Otto Pittinger (1878–1926), der nach der Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren 1921 die Organisation Pittinger gründete und die Leitung des 1922 folgenden Bund Bayern und Reich übernahm; im Sommer 1923 der stärkste paramilitärische Verband in Bayern. Pittinger forderte die Teilung Österreichs und den Anschluss der westlichen Länder an Bayern, während Krauss den großdeutschen Anschluss vertrat. Siehe auch Carsten: *Faschismus in Österreich*, S. 55–57 sowie auch Fenske: *Konservatismus und Rechtsradikalismus und Nußer: Konservative Wehrverbände*. Siehe auch u. a. Alfred Krauss [an Erich Ludendorff] 1.12.1922, in BA-B, R 8048, Bd. 423, Bl. 46–48. Darüber hinaus hatte der ADV in Österreich andere Vorstellungen einer „anti-marxistischen Einheitsfront“, die, im Gegensatz zu Erich Ludendorff keine Öffnung hin zu allen „anti-marxistischen“ Bewegungen, einschließlich der „österreichischen Legitimisten und schwarz-gelb Gesinnten.“ Bericht Hans Hartmeyer über seine Unterredung mit Erich Ludendorff am 7.2.1923, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 423, Bl. 94–97. Zitat Bl. 95. Oberst Bauer habe gegenüber Alfred Krauss in einer Unterredung im August 1920 zudem den Plan einer Vereinigung Österreichs mit Bayern unter Führung der Wittelsbacher unter Personalunion mit Ungarn vorgeschlagen, um nach einer Abtrennung Bayerns von Deutschland als „Scheinmanöver“ die Tschechoslowakei zu „zertrümmern“, und um sich dann mit Norddeutschland zu vereinigen. Krauss habe diesen Plan abgelehnt. Siehe „Das Wirken des Generals Ludendorff in Österreich“, N.N. [vermutlich Hans Hartmeyer] 1.11.1924, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 423,

von Claß' Aktivitäten in Bayern ans Licht. Ludendorff beschuldigte Claß, Kahr für die Loslösung Bayerns von Deutschland motiviert und um den 21. Oktober 1923 auch den ADV für ein solches Vorgehen Kahr zur Verfügung gestellt zu haben.<sup>298</sup>

Die Alldeutschen verstärkten im Zuge der Fragmentierung des nationalistischen Lagers ihre Beziehungen zu Verbänden wie die 1924 gegründete Deutschösterreichische Reisevereinigung Nord-Süd, die auch von der Heimwehr unterstützt wurde.<sup>299</sup> Die Heimwehr stand zwischen 1920 und 1930 auch in engen Beziehungen mit der GdVP, die keinen eigenen Wehrverband unterhielt. In Kärnten wurde die Heimwehr zunächst von Großdeutschen dominiert und man suchte dort wie auch bei anderen radikaleren Heimwehrgruppen in Tirol, Oberösterreich und der Steiermark die Kooperation mit dem ADV in Berlin.<sup>300</sup>

Die Regierungsbindung der GdVP führte jedoch bereits seit 1922 zur dauerhaften Kritik des ADV an den strukturellen „Spannungen in ihrem Verhältnis zu benachbarten und verwandten völkischen Gruppen und Verbänden“, welche die Krise der GdVP aufgrund ihrer Arbeit innerhalb des „zur Erstarung führende[n] parlamentarische[n] Lebens“ zementierte.<sup>301</sup> Der Oppositionsflügel der GdVP, der aus dem „Koalitionsjoch“ herausdrängte, wurde vom ADV unterstützt.<sup>302</sup> Auf dem Verbandstag in Zell am See 1924 wurde der Beschluss gefasst, eine Sammlungsbewegung aller nationalen Verbände Österreichs zusammen mit dem Deutschen Turnerbund 1919 als „völkische Einheitsfront“ zu gründen. Diese Forderung wurde 1926 erneut erhoben und durch die Einbindung des ADV und des Turnerbundes in den Verband deutschvölkischer Vereine, dessen Forderung ein „Burgfriede“ zwischen GdVP, NSDAP und Landbund auch mit Blick auf die anstehende Nationalratswahl von 1927 war, verlagert.<sup>303</sup> Diese „völkische Einheitsfront“ wurde 1927 durch die GdVP, die NSDAP, die völkischen Gewerkschaften, den Deutschen Turnerbund und den Bund der völkischen Handwerks- und Gewerbetreibenden ausgerufen.<sup>304</sup>

Das Problem der GdVP, als Regierungspartei Oppositionspolitik betreiben zu wollen, wurde für die Alldeutschen jedoch nicht gelöst, zumal sich die GdVP auch mit der DVP des entschiedenen Gegners von Claß, Gustav Stresemanns, verbunden fühlte. Während alldeutsche Mitglieder der DNVP in Deutschland zwischen 1922 und 1925 eine engere parteipolitische Bindung an

---

Bl. 240–243 und Münchener Post 19./20.5.1923. Zitate Bl. 240. Siehe dazu auch die Erklärung von Max Bauer, März 1920, in ebd., Bl. 166–169. Siehe zur Auseinandersetzung Ludendorff/Bauer-Pittinger-Krauss: Rape: Die österreichischen Heimwehren, S. 270–386.

<sup>298</sup> DÖTZ 6.3.1924.

<sup>299</sup> DÖTZ 7.10.1924 und Alldeutsche Blätter 20.9.1924.

<sup>300</sup> Siehe Kapitel 7.3.

<sup>301</sup> Siehe Bericht über den Parteitag der GdVP in Klagenfurt, in Alldeutsche Blätter 14.6.1924.

<sup>302</sup> Siehe Alldeutsche Blätter 12.[!] 6.1924.

<sup>303</sup> DÖTZ 18.11.1926.

<sup>304</sup> DÖTZ 14.1.1927.

die größte konservative Sammlungspartei organisierten, um dann zwischen 1926 und 1928 entschieden für die Übernahme des Parteivorsitzes durch Hugenberg zu agieren, stellte sich die Frage nach einer Fundamentalopposition in Österreich durch die frühe Regierungsbeteiligung der GdVP ab 1922 ganz anders, ohne jedoch den Grundkonflikt um die politische Oppositionstaktik zum Regierungssystem gänzlich zu verschleiern. Vielmehr scheiterten die Alldeutschen an einem Kurs der Realpolitik der GdVP, die zwar mitregieren wollte, jedoch gleichzeitig den Anschluss weiterverfolgte. Auf dem Parteitag der Großdeutschen am 3. Juni 1924 galt auch weiterhin der Wille zur Regierungsbeteiligung, um Österreichs nationale Interessen vor der Politik der Alliierten zu vertreten und den Einfluss der Sozialdemokraten zusammen mit den Christlichsozialen einzuschränken. Der Anschluss stand für die Großdeutschen im Zentrum ihrer Außenpolitik, und die politische Forderung nach dem Anschluss auf dem Parteitag im Juni 1925 deckte sich mit der Entschließung für den Anschluss des ADV auf dem Verbandstag in Villach im selben Monat, der sich gegen das erneute Anschlussverbot der Alliierten in den Genfer Protokollen vom 4. Oktober 1922 für die damalige Gewährung der österreichischen Souveränität und der Völkerbundanleihe sowie gegen zirkulierende Vorschläge für einen Anschluss an Italien richtete.<sup>305</sup>

Die Alldeutschen Blätter beklagten, dass Seipel eine „klerikal-pazifistische“ Politik vertrat, die „gehorsam und mit dem besten Willen begabt sich ganz auf die Erfüllung“ alliierter Außenpolitik gegenüber Österreich konzentriert habe.<sup>306</sup> Die Regierungskoalition, die die Großdeutschen 1922 mit Seipel eingegangen waren, schien eine großdeutsche Anschlusspolitik erneut in Frage zu stellen, da Seipel auf die Bewahrung der Eigenstaatlichkeit Österreichs hinarbeitete. Von der großdeutschen Forderung nach der Aufnahme der Anschlussforderung in das Regierungsprogramm erwartete man im ADV keine Wirkungen, da die GdVP letztlich auf die politische Dominanz der CSP Rücksicht nehmen musste.<sup>307</sup>

Nachdem das zweite Kabinett des christlichsozialen Bundeskanzlers Rudolf Ramek nach kurzer Zeit 1926 zurücktrat, wurde Seipel erneut Bundeskanzler (1926–1929). Die Beteiligung der Großdeutschen an der Regierung Seipel, zusammen mit dem Landbund und der nationalsozialistischen Schulz-Riehl-Gruppe, wurde durch die Einhegung der starken Sozialdemokraten befördert, die in ihrem Linzer Programm 1926 die „Diktatur des Proletariats“ wirkungsvoll gefordert hatten. Einte die antisozialistische Politik die Regierungskoalition, so trennte sie der Anschlussgedanke, den man als Großdeutsche jedoch in der Regierung durch Zusammenarbeit weiter stärken wollte.<sup>308</sup> Auch die Heimwehr wurde zunehmend zum Instrument Seipels, die wie-

<sup>305</sup> DÖTZ 25.5.1925 und 15.6.1925 sowie Alldeutsche Blätter 27.6.1925. Österreich trat im Dezember 1920 und Ungarn im September 1922 dem Völkerbund bei.

<sup>306</sup> Alldeutsche Blätter 10.1.1925 und 29.11.1924.

<sup>307</sup> Alldeutsche Blätter 9.1.1926.

<sup>308</sup> Siehe dazu auch Suval: *The Anschluss Question in the Weimar Era*, S. 42–57.

derum eher österreichische Unabhängigkeit als Anschluss an Deutschland und eher die Kooperation mit Benito Mussolini als mit der deutschen Regierung verfolgte. Die Beendigung der Kontrolle des Völkerbundes über Österreich am 30. Juni 1926 beförderte solche Überlegungen.

Der ADV hingegen versuchte das antirepublikanische Profil des Verbandes zu stärken und ergänzte während des Zionistenkongresses in Wien im August 1925 seine Bindung an die GdVP durch den Eintritt in den völkisch-antisemitischen Kampfausschuss, dem auch der Antisemitenbund, der Deutsche Turnerbund, der Deutsche Klub, der Nationalverband deutscher Offiziere, der Verein Südmark und die NSDAP angehörten. Gleichzeitig bewegte sich die Schulz-Gruppe 1926 auf die GdVP und die CSP mit dem Angebot einer Einheitsliste für die Nationalratswahlen 1927 zu. Allerdings war auch die Schulz-Gruppe über die Frage einer solchen Zusammenarbeit zutiefst gespalten und die Landesverbände in Tirol und Kärnten forderten eher ein Zusammengehen mit der Hitler-Bewegung.<sup>309</sup> Auch Hartmeyer, der der Hitler-Bewegung nahestand, kritisierte die Schulz-Gruppe als zu schwache Partei bei diesen Verhandlungen um eine Einheitsfront, die sich auf aussichtslose Mandate abstellen und durch ihre „Umklammerung“ durch die Christlichsozialen eine klare Linie vermissen ließe.<sup>310</sup> Stattdessen, so Hartmeyer, solle der Verband alldeutsche Mitglieder aus der Schulz-Gruppe herausziehen. Claß intervenierte persönlich mit einem Beruhigungsschreiben bei Leo Haubenberger, um durch den anstehenden Umbau der Geschäftsstelle unter dem 1927 neu berufenen Vorsitzenden Krauss und den Umzug von Graz nach Wien nicht zusätzliche Spannungen mit der Schulz-Gruppe hervorzurufen.<sup>311</sup>

Bei den Nationalratswahlen 1927 erreichte die GdVP zusammen mit den Christlichsozialen mit einer Einheitsliste 42,6%, nachdem Seipels Aufruf nach einer breiten antimarxistischen „Einheitsfront“ mit der mittelständischen Wirtschaftspartei angenommen und auch mit den Nationalsozialisten wie der Riehl-Gruppe vor allem für Wien verabredet wurde.<sup>312</sup> Die GdVP wurde durch diese Einheitsliste vor einem politischen Absturz bewahrt und errang noch zwei Sitze, während der Landbund sich jetzt als eigenständige Oppositionspartei 5,6% der Stimmen sicherte und im selben Jahr in die Koalition mit Seipel ging. Die GdVP, welche „die Koalitionstreue stets über alles gestellt“ habe, war 1927 als „Partei nicht mehr in der Lage, selbständig ein Mandat zu erringen“, so die Alldeutschen Blätter.<sup>313</sup>

---

<sup>309</sup> Siehe Carsten: Faschismus in Österreich, S. 140.

<sup>310</sup> Hans Hartmeyer an Claß 26.5.1927, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 702, Bl. 22–23. Zitat Bl. 23. Siehe auch Alldeutsche Blätter 30.4.1927.

<sup>311</sup> Claß an Hans Hartmeyer, 8.6.1927, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 702, Bl. 35.

<sup>312</sup> Siehe Alldeutsche Blätter 2.4.1927 und 16.4.1927 sowie Hänisch: Die österreichischen NSDAP-Wähler, S. 84.

<sup>313</sup> Alldeutsche Blätter 14.5.1927.

### 3. Niedergang 1927–1935

Die Zukunft des ADV in Österreich war auch aufgrund der engen Bindung des Verbandes an die GdVP vom politischen Abschneiden der Partei abhängig. Die zunehmende Entfremdung zwischen sozialdemokratischen Wählerschaften aus der Arbeiterschaft und konservativ-klerikalen Anhängern der Christlichsozialen seit der Agrar- und Industriekrise 1927 führte zur Auflösung des stillen Parlamentskompromisses zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten. Jedoch konnte die GdVP von dieser Fragmentierung der österreichischen Wählerschaft und der Radikalisierung der antirepublikanischen Rechten nicht profitieren. Gleichzeitig erodierte die alldeutsche Verbandsstruktur selbst mit rückgehenden Mitgliederzahlen, den auch die antisemitische Radikalisierung der Vereinssatzungen 1927 durch die Einführung des „Arierparagraphen“ (Satz 7) nicht aufhalten konnte.<sup>314</sup> Auch der endgültige Verkauf der DÖTZ, die ab dem 1. April 1921 für den ADV erschien, signalisierte die Erosion der alldeutschen Infrastruktur. Bereits 1924 waren Spendenaufrufe für die DÖTZ annonciert, 1925 folgte dann eine aufwendige „Ehrenspende“ für die Zeitung.<sup>315</sup> Die finanzielle Unterstützung der Zeitung durch die GdVP erfolgte ab 1923 und machte die DÖTZ zunächst zu einem Publikationsorgan auch der Großdeutschen. Mit der Gründung der Wiener Neuesten Nachrichten als offizielles Presseblatt zog die GdVP seit 1925 dann zunehmend Gelder für Annoncen von der DÖTZ ab und entzog der Zeitung damit eine der wichtigsten regelmäßigen Einnahmen. Auch die Distanz zur GdVP verstärkte sich ab 1925, nachdem die DÖTZ ab 1923 nicht mehr nur Parteimeldungen druckte, sondern auch die amtliche Parteipolitik unterstützte. Diese Unterstützung wurde aber immer wieder vor allem durch alldeutsche Interventionen von Krauss unterbrochen, der die schwache Stellung der GdVP im politischen Gefüge Österreichs aggressiv kritisierte und, so Claß, durch seinen autoritären Führungsstil während seiner Amtszeit als Vorsitzender des ADV in Österreich „ein Trümmerfeld“ hinterlassen habe.<sup>316</sup> Die Übernahme des alldeutschen Verbandsvorsitzes durch Krauss zwischen 1927 und 1929 verschärfte erneut die Auseinandersetzungen mit der GdVP über eine vermeintlich halbherzige politische Taktik und zu geringe soziale Mobilisierungsbemühungen großdeutscher Anhänger.

Der ADV hatte sich ab 1920 an die GdVP gebunden und war vom Erfolg und Misserfolg der nationalistischen großdeutschen Anschlussbewegung abhängig. Als Krauss nach kurzem Verbandsvorsitz 1929 von der Leitung nach internen Streitigkeiten unter anderem über seinen autoritären Führungsstil zurücktrat, korrespondierte der Führungswechsel zu Julius Neukirch als neuem Vorsitzenden des ADV in Österreich mit dem endgültigen politischen und so-

<sup>314</sup> Siehe Satzung des ADV August 1927, in Wiener Stadt- und Landesarchiv. M.Ab. 119, A 32, o. Bl.

<sup>315</sup> DÖTZ 10.1.1924 und 24.10.1925.

<sup>316</sup> Kapitel 7.1.



zialen Verfall des Verbandes. Bereits 1921 wies Bang nach einer seiner Werbereisen nach Österreich darauf hin, dass die politischen Bedingungen in den einzelnen österreichischen Bundesländern gänzlich verschieden seien.<sup>317</sup> Auch in den regionalen Schwerpunkten des ADV, die vor allem in der Steiermark, Kärnten, Wien, Niederösterreich und Oberösterreich lagen, kamen seit 1924 zahlreiche Ortsgruppen zum Erliegen. In Tirol und Salzburg blieb der Verband unterrepräsentiert, in Vorarlberg arbeiteten nur wenige Ortsgruppen und im Burgenland lässt sich keine genaue Verbandsaktivität nachweisen, was auch mit dem erst 1921 erfolgten Hinzukommen des Bundeslandes von Ungarn zu Österreich und den folgenden politischen Unruhen zu tun hatte.

Der Verkauf der DÖTZ am 1. Februar 1927 an die nationalsozialistische Deutsche Verlags-GmbH verdeutlichte den Bedeutungsverlust des ADV in Österreich. Claß beklagte stets die fehlende finanzielle und politische Unterstützung der Alldutschen, Großdeutschen und Deutschnationalen in Österreich nach dem Ersten Weltkrieg. Zwar kam finanzielle Unterstützung für die GdVP vom Hauptverband der Industrie, jedoch blieb die Finanzierung ein strukturelles Problem nationalistischer Mobilisierung, das zusätzlich dazu beitrug, dass die Großdeutschen den bildungsbürgerlich-mittelständischen Lagerwahlkampf der dominierenden Christlichsozialen vor allem gegen die Sozialdemokraten und das sozialdemokratisch regierte „Rote Wien“ nie anführen konnten. Die soziale Anhängerschaft des ADV in Österreich war wie in Deutschland auf das städtische Bürgertum und den Mittelstand beschränkt. Jedoch fehlte eine vergleichbare ausgeprägte industrielle Förderung wie durch Kirdorf von der Ruhrindustrie oder durch zahlreiche sächsische mittelständische Unternehmen. Die Zuschüsse aus Berlin waren daher umso notwendiger. Schließlich war die DÖTZ bis 1926/27 Eigentum des Vorstandes des ADV in Berlin. Claß berichtete 1928, dass die „völkischen Kreise in Österreich“ die DÖTZ nie ernsthaft unterstützt hätten und der Verband über den alldeutschen Wehrschatz 50.000 Mark, Claß selbst 25.000 sowie weitere 100.000 Mark an die DÖTZ verloren hätten.<sup>318</sup> Der Druck der Alldutschen Blätter in Wien ab 1925 für die Verbreitung in Österreich machte der DÖTZ zusätzlich Konkurrenz.<sup>319</sup> Lediglich die österreichische Industrie und der Heimatbund könnten noch als Geldgeber fungieren, so Claß.

Hartmeyer hielt als Schriftleiter der DÖTZ ein Jahr später fest: „Die völkische Bewegung ist hier in Wien ganz unter den Schlitten gekommen, aber auch was man über die Heimatschutzbewegung, die so schöne Anläufe nahm, hört, ist tief traurig. Eine Strömung intrigiert gegen die andere.“<sup>320</sup> Dauerhafte Führungsstreitigkeiten, organisatorische Zersplitterung, weltanschauliche Zerrissenheit, ständige Finanzprobleme sowie eine späte einheitliche Bundesfüh-

---

<sup>317</sup> Paul Bang auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV 21./22.5.1922, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 131, Bl. 22.

<sup>318</sup> Claß an R. Körber 20.6.1928, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 214, Bl. 175.

<sup>319</sup> Siehe Alldutsche Blätter 21.2.1925.

<sup>320</sup> Hans Hartmeyer an Claß, 14.1.1928, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 368, Bl. 8.

nung ab 1927 erschwerten den Zugang des ADV zur Heimwehr.<sup>321</sup> Vor allem der grundlegende Richtungsstreit zwischen Überparteilichkeit, christlichsozialem Katholizismus und Faschismus machte die Heimwehr zu einem schwer berechenbaren politischen Faktor für Claß. Hinzu kam 1929–1930 das Ausscheiden von 26 der insgesamt 45 Bundesführer der Heimwehr, sodass eine einheitlichere Bundesführung erst spät erfolgte, ohne jedoch die Konkurrenzen zwischen Franz Hueber in Salzburg, Richard Steidle in Tirol oder Walter Pfrimer in der Steiermark gänzlich zu beseitigen.<sup>322</sup>

Die auch von den Großdeutschen lange geforderte Verfassungsänderung von 1929 führte zwar zur Stärkung des Bundespräsidenten, jedoch nicht zu den von der Heimwehr geforderten Maßnahmen zum Übergang in einen Ständestaat. Trotzdem stellte sich die Heimwehr zunehmend hinter die dritte Regierung des parteilosen Wiener Polizeipräsidenten Johann Schober, der als eine Art Integrationsfigur für deutschnationale Wähler fungieren konnte, eine „Erfüllungspolitik“ gegenüber den Alliierten ablehnte und seit 1929 mit der deutschen Regierung eine deutsch-österreichische Zollunion plante, bis Österreich mit dem Zusammenbruch der Creditanstalt 1931 erneut auf Kredite angewiesen war und auf Druck Frankreichs, der Tschechoslowakei und nach Debatten vor dem Völkerbund in Genf die Zollunionpläne aufgab.<sup>323</sup> Auch die Alldeutschen zeigten sich innenpolitisch von dem Antimarxismus Schobers beeindruckt.<sup>324</sup> Jedoch schien die Festlegung der Heimwehr auf einen Oppositionskurs gegen die Republik nicht möglich. Die internen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Landesverbänden habe Claß daher „kommen sehen“.<sup>325</sup> Die Weltwirtschaftskrise und die Kämpfe innerhalb der Heimwehr führten zu einer Radikalisierung unter dem christlichsozialen Heimwehrführer Steidle. Der von ihm im Mai 1930 für die Heimwehr verfasste „Korneuburger Eid“ verwies mit der Forderung nach einer ständestaatlichen Neuordnung auf den späteren Austrofaschismus. Für die Alldeutschen blieb diese Erklärung der Heimwehr aufgrund eines fehlenden Faschismusbegriffs und der weiterhin bestehenden Bindung zur CSP letztlich „ein Schlag ins Wasser“ war.<sup>326</sup>

Auf dem Linzer Verbandstag im Juni 1930 betonte der Hauptvorstand des ADV erneut die Zusammenfassung aller Deutschen in Mitteleuropa als das Hauptziel der Gründung des Verbandes in Österreich vor zehn Jahren.<sup>327</sup> Claß verstärkte trotzdem das Verhältnis zur Heimwehr, die seit September 1930 unter Ernst Rüdiger Starhemberg großen Zulauf hatte, und traf sich mit dem

<sup>321</sup> Siehe auch Edmondson: *The Heimwehr and Austrian Politics*, 122–149.

<sup>322</sup> Wiltshchegg: *Die Heimwehr*, S. 52.

<sup>323</sup> Siehe auch Suval: *The Anschluss Question*, S. 146–165 und Graml: *Versuche zur Rettung der deutsch-französischen Annäherung*.

<sup>324</sup> *Alldeutsche Blätter* 21.12.1929 und 1.2.1930.

<sup>325</sup> Claß an Hans Hartmeyer, 20.1.1928, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 368, Bl. 9.

<sup>326</sup> *Alldeutsche Blätter* 7.6.1930. Siehe auch Wiltshchegg: *Die Heimwehr*, S. 255–258 und Höbelt: *Die Heimwehren*, S. 107–146.

<sup>327</sup> Entschliebung auf dem Verbandstag in Linz 21./22.6.1930, in *Alldeutsche Blätter* 5.7.1930.

Heimwehrführer im Frühjahr 1931 in Berlin.<sup>328</sup> Starhemberg, Hanns Rauter und Hueber verhandelten für die nächsten Nationalratswahlen mit Hitler und Gregor Strasser für eine gemeinsame Einheitsliste, die einerseits an der nationalsozialistischen Forderung nach einer die NSDAP begünstigenden Mandatsliste und andererseits, so Starhemberg in seinen Erinnerungen, an dem forschenden Auftreten Strassers und Starhembergs Wunsch nach Eigenständigkeit gegenüber den Nationalsozialisten scheiterte, für die er nach vorherigen Gesprächen mit Mussolini Unterstützung gefunden hatte.<sup>329</sup> Starhemberg, Pfrimer, Steidle und Hueber führten im Wahlkampf den Heimatblock als eigene Liste der Heimwehr an, während Starhemberg überparteilich agieren wollte und keine klare Wahlempfehlung abgab. In das neue Kabinett von Carl Vaugoin traten Starhemberg am 30.9.1930 schließlich als Innenminister und Hueber als Justizminister ein, wohl auch mit Überlegungen für einen mit Vaugoin durchzuführenden Staatsstreich.<sup>330</sup> Die Alldeutschen erhofften sich nun ein unterschiedenes „Kampfkabinett“ gegen die Republik.<sup>331</sup> Hartmeyer sah in der Regierungsbeteiligung jedoch vielmehr eine „Dauerkrise“ in der Heimwehr, die weiter zwischen christlichsozial und völkisch gespalten sei. Hueber versicherte Neukirch in einem vertraulichen Gespräch zwar, dass man nur in die Regierung eingetreten sei, damit Vaugoin kein „Brüning Regiment aufrichtet“. Man sei ständig bereit auszutreten.<sup>332</sup> Auch die Großdeutschen würden zwischen gouvernementalen und oppositionellen Flügel zerrissen. Für Hartmeyer gäbe es in Österreich keine vergleichbare „Hugenbergpartei“ wie die DNVP, zu der sie sich nach der Übernahme des Parteivorsitzes durch Alfred Hugenberg im Oktober 1928 entwickelt hatte, und mit einer Neugründung einer solchen Partei sei nicht zu rechnen. Daher würde ein „allgemeiner Abmarsch zu den Nationalsozialisten stattfinden“.<sup>333</sup> Die wiederum betonten ihre Gleichberechtigung mit der Heimwehr bei Gesprächen über gemeinsame Wahllisten.<sup>334</sup> Daher, so Hartmeyer, müsse man von alldeutscher Seite „unsere Richtung“ um Starhemberg und Pfrimer unterstützen und sie möglichst von den Christlich-sozialen unabhängig machen.<sup>335</sup>

---

<sup>328</sup> Siehe Kapitel 7.3.

<sup>329</sup> Wiltschegg: Die Heimwehr, S. 58 und Starhemberg: Memoiren, S. 81–99. Bei einem Treffen von Ernst Rüdiger Starhemberg und Adolf Hitler im Sommer 1930 empfahl Hitler Starhemberg den Kontakt zu Mussolini, vermutlich auch, um die Finanzierung der Heimwehr durch die italienischen Faschisten zu unterstützen, als die NSDAP noch über keine umfangreichen Mittel für eine vergleichbare Unterstützung verfügte.

<sup>330</sup> Wiltschegg: Die Heimwehr, S. 57–58.

<sup>331</sup> Alldeutsche Blätter 11.10.1930.

<sup>332</sup> Hans Hartmeyer über ein Treffen zwischen Julius Neukirch und Franz Hueber am 4.10.1930 an die Hauptleitung des ADV in Berlin, 5.10.1930, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 368, Bl. 23–24.

<sup>333</sup> Ebd.

<sup>334</sup> Wiltschegg: Die Heimwehr, S. 58.

<sup>335</sup> Hans Hartmeyer an Hauptleitung des ADV in Berlin, 5.10.1930, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 368, Bl. 25.

Nach nur zwei Monaten zerbrach die Vaugoin-Regierung. Für die Neuwahlen am 9. November 1930 hofften die Alldeutschen auf einen überparteilichen Wahlkampf der Heimwehr im Heimatblock, den der Verband mit Wahlempfehlungen unterstützte, um im Nationalrat eine „nationale Opposition“ bilden zu können.<sup>336</sup> In Wien und Niederösterreich trat die Heimwehr jedoch erneut mit den Christlichsozialen zur Wahl an. Die Heimwehr sei somit zwar eine eigenständige Partei geworden, aber sie habe sich aus dem „Experiment“ der Regierungsbeteiligung befreit und sollte ihre eigene Stellung innerhalb der „nationalen Opposition“ gezielt ausbauen, um selbst im entscheidenden Zeitpunkt nach der Macht zu greifen, so die Alldeutschen Blätter.<sup>337</sup> Die GdVP bildete zusammen mit dem Landbund die Einheitsliste „Schober-Block“ und trat zwischen Dezember 1930 und Januar 1932 in die folgenden Kabinette der christlichsozialen Kanzler Otto Ender und Karl Buresch ein. Die Regierungsbeteiligung der Großdeutschen und die internen Auseinandersetzungen in der Heimwehr um die Annäherung an die Christlichsozialen erschwerten aber weiterhin für den ADV eine Oppositionspolitik in Österreich, die sich an der „nationalen Opposition“ in Deutschland orientieren sollte.<sup>338</sup> Die Heimwehr konnte sich über die Ablehnung der Sanierungsgesetze für die Creditanstalt, die im Mai 1931 zusammengebrochen war, zwar neu aufstellen und politisch profilieren. Jedoch hatte sie sich unter Starhemberg bei den Landtagswahlen in Oberösterreich einen Monat zuvor erneut von dem Prinzip der Überparteilichkeit zurückgehalten.<sup>339</sup> Neukirch beklagte im Juni 1931, dass die Heimwehr und die NSDAP nicht eine Einheitsliste gebildet hatten. Eine Oppositionspolitik könne daher nur noch aus Deutschland selbst heraus betrieben werden.<sup>340</sup>

Die überparteiliche Mobilisierung des Heimatblocks als parlamentarische Vertretung der Heimwehr enttäuschte Claß, der darin eine grundlegende politische Unentschiedenheit Starhembergs sah.<sup>341</sup> Gespräche im Sommer 1931 zwischen Claß und dem Heimwehrführer Pfrimer über einen Putsch, führten zu keiner Zusammenarbeit mit den Alldeutschen, obwohl Claß Pfrimer bereits 1929 kennengelernt hatte und die Verbindung zu Pfrimer seitdem beständig gepflegt worden war.<sup>342</sup> Über den kurzlebigen und gescheiterten Pfrimer-Putsch am 13. September 1931 zeigt sich Claß letztlich mehr als verwundert und sah die aussichtslose Aktion als Zeichen der naiven „Weltfremdheit“ Pfrimers.<sup>343</sup> Der von der Steiermark ausgehende Putschversuch Pfrimers hatte in der eigenständigen Planung und überhasteten Durchführung Ähnlichkeiten mit dem Hitler-Putsch von 1923. Pfrimer habe zwar aus „idealistischen“ Gründen für

<sup>336</sup> Entschließung des ADV Österreich 8.10.1930, in Alldeutsche Blätter 8.11.1930.

<sup>337</sup> Alldeutsche Blätter 6.12.1930 und 14.2.1931.

<sup>338</sup> Siehe Alldeutsche Blätter 17.1.1931.

<sup>339</sup> Siehe Alldeutsche 19.4. und 8.5.1931 sowie Wiltschegg: Die Heimwehr, S. 62.

<sup>340</sup> Julius Neukirch auf dem Verbandstag des ADV in Schladming 27.6.1931, in Alldeutsche Blätter 18.7.1931.

<sup>341</sup> Siehe Claß an Alfred Hugenberg 21.4.1931, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 287, Bl. 302–303.

<sup>342</sup> Siehe Kapitel 7.3.

<sup>343</sup> Ebd. Siehe zum Pfrimer-Putsch Höbelt: Die Heimwehren, S. 170–221.

einen Umsturz der Republik gehandelt<sup>344</sup> und blieb ein enger Vertrauter von Claß. Für den Verbandsvorsitzenden war die Niederschlagung des Pfrimer-Putsches jedoch ein deutliches Zeichen, dass die Heimwehr genauso wenig wie die GdVP zum Zentrum einer österreichischen „nationalen Opposition“ werden könne, sondern die NSDAP eingebunden werden müsste. Dass Hugenberg nach Claß' Einschätzung „den österreichischen Dingen fremd gegenüberstand und auch in seiner nächsten Umgebung niemanden hatte, der hinreichend unterrichtet war“, erschwerte eine einheitliche Politik der Alldeutschen in Absprache mit der DNVP.<sup>345</sup> Die Mobilisierungspolitik Hitlers für die Zusammenführung der Nationalsozialisten hinter der Hitler-Bewegung verstärkte bei Claß die Hoffnung auf eine „nationale Opposition“ in Österreich, wie sie sich am 11. Oktober 1931 in Bad Harzburg formieren sollte.<sup>346</sup>

Die NSDAP verfolgte hingegen auch in Österreich eine eigenständige Führungspolitik innerhalb der antirepublikanischen Rechten. Da die NSDAP keinen Zulauf an Mitgliedern und Wählern wie in Deutschland hatte, suchte die Partei einerseits die Kooperation mit der Heimwehr und setzte sich gleichzeitig gegen die christlichsozialen Strömungen in der Heimwehr durch die Parole „Habsburg oder Harzburg“ ab.<sup>347</sup> Gespräche über ein Bündnis zwischen der Heimwehr und der NSDAP im Oktober 1931 führten zu einer Zusammenarbeit in Kärnten und der Steiermark, wo die NSDAP zwischen 1932 und 1933 einen großen Zulauf verzeichnete. Hartmeyer stellte ebenfalls fest, dass der ADV in Kärnten „sehr darnieder“ liege und „unsere alldeutschen Freunde nahezu sämtlich Nationalsozialisten geworden sind.“<sup>348</sup>

Insgesamt profitierte die NSDAP von der Zersplitterung der Heimwehr nach dem Korneuburger Eid vom Mai 1930 und dem gescheiterten Pfrimer-Putsch vom September 1931.<sup>349</sup> Hartmeyer hielt die Heimwehrebewegung im Frühjahr 1932 für „tot und erledigt“, da sie keine „Stütze mehr für eine rechtsgerichtete Politik in Österreich“ bildete.<sup>350</sup> Die intensivierten Kontakte zur Mussolini-Regierung im Frühjahr 1932 und die gleichzeitigen Treffen Starhembergs mit Hugenberg, Duesterberg und Hitler in Berlin verdeutlichten zwar den antirepublikanischen Kurs der Heimwehr, erschwerten aber einen deutlichen Kurs in der Anschluss-Politik.<sup>351</sup> Im Sommer 1932 hielt Hartmeyer

---

<sup>344</sup> Beschluss des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV in Linz, 27.9.1931, in *Alldeutsche Blätter*, 10.10.1931.

<sup>345</sup> Kapitel 7.3.

<sup>346</sup> Die gescheiterten Pläne einer deutsch-österreichischen Zollunion im September 1931 verstärkten die Anschlussforderung, die Claß in Bad Harzburg erneut erhob. Siehe Anhang Dokument 3 sowie ADV an Paul von Hindenburg 5.9.1931, in *Alldeutsche Blätter*, 26.9.1931.

<sup>347</sup> Wiltshchegg: *Die Heimwehr*, S. 65.

<sup>348</sup> Hans Hartmeyer an Hauptleitung des ADV in Berlin, 22.1.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 368, Bl. 55.

<sup>349</sup> Carsten: *Der Faschismus in Österreich*, S. 173.

<sup>350</sup> Hans Hartmeyer an Hauptleitung des ADV in Berlin, 22./24.3.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 368, Bl. 71.

<sup>351</sup> Siehe auch Wiltshchegg: *Die Heimwehr*, S. 66 und 69.

fest, dass die NSDAP die Unterordnung des Heimatschutzes verlange und ihre „Ansprüche sehr in die Höhe geschraubt“ habe.<sup>352</sup> Auch Otto von Roeder von der alldeutschen Hauptleitung in Berlin hielt die Heimwehr nicht mehr für einen entscheidenden Faktor der politischen Rechten, während die NSDAP auch in Tirol und Salzburg an Bedeutung gewann.<sup>353</sup> Im September 1932 hatten die Nationalsozialisten das „Erbe“ des Heimatschutzes nahezu vollständig angetreten, so Hartmeyer.<sup>354</sup> Die NSDAP brach verstärkt in das alldeutsch-großdeutsche Vereins- und Verbandsmilieu wie dem Deutschen Turnerbund ein, während sich die SA in das weitere Umfeld der deutschnationalen Vereinslandschaft durch die Zusammenarbeit wie mit dem Deutschen Schulverein Südmark einband. Die NSDAP ging 1931 zum Konfrontationskurs über, um die Führung innerhalb der Rechten zu übernehmen.

Der ADV hatte sich trotz zunehmender Auseinandersetzungen mit der GdVP an die Partei gebunden und festigte durch den Eintritt des Verbandes in den Engeren Ausschuss des Verbandes deutschvölkischer Vereine im Dezember 1929 weiter die Zusammenarbeit in dieser 1924 gegründeten Sammlungsbewegung der GdVP, der insgesamt 23 Vereine angehörten. Die Auseinandersetzungen um die sogenannte Julirevolte am 15. und 16. Juli 1927, bei der der Wiener Justizpalast nach einer Demonstration der Sozialdemokraten in Brand geriet, verstärkten die antisozialistische Propaganda der Großdeutschen und der Alldeutschen. Der Alldeutsche Verband verlangte schlichtweg das Verbot aller kommunistischen Parteien und Verbände.<sup>355</sup>

Trotz dieser zugespitzten Auseinandersetzungen verlor die GdVP zunehmend an Bedeutung und die „fehlende Linie“ der Partei wurde als strukturelles Problem kritisiert.<sup>356</sup> Die Verbindung zur nationalsozialistischen Schulgruppe<sup>357</sup> erhöhte die Auseinandersetzungen der GdVP mit der Hitler-Bewegung und führte die Großdeutschen zwischen die Fronten um den Führungskampf innerhalb der NSDAP. Auf dem Parteitag der GdVP vom 4. bis 6. Dezember 1931 stand die starke Zersplitterung des „nationalen Lagers“ im Zentrum der Diskussionen und der Parteivorsitzende Hermann Foppa hob die „außerordentliche Krisensituation“ der GdVP hervor, da innerhalb der Großdeutschen zwei Flügel die Parteienlinie belasteten, die die bestehende Ordnung entweder „völkisch umgestalten“ wollten oder einen „revolutionären Umbruch“ forder-

<sup>352</sup> Hans Hartmeyer an Hauptleitung des ADV in Berlin, 4.8.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 368, Bl. 94–95.

<sup>353</sup> Otto von Roeder an Hans Hartmeyer, 19.3.1932, in ebd., Bl. 70.

<sup>354</sup> Hans Hartmeyer auf dem Verbandstag des ADV in Rudolstadt 9.9.1932, in Alldeutsche Blätter 24.9.1932.

<sup>355</sup> Entschließung des ADV auf dem Verbandstag in Halberstadt 2./3.9.1928, in Alldeutsche Blätter 17.9.1927. Siehe auch Kapitel 7.3.

<sup>356</sup> Siehe auch Stenographisches Protokoll Rede Hermann Ehart von der Parteileitung der GdVP auf Parteitag der GDVP 4.–5.5.1929, in ÖSTA/AdR, Gruppe 02, Großdeutsche Volkspartei, Karton 34, o. Bl.

<sup>357</sup> Walter Riehl und Leo Haubenberger als Anhänger bzw. Vertreter der Schulgruppe wurden 1929 als Gäste zum Parteitag der GdVP am 4.–5.5.1929 eingeladen.

ten.<sup>358</sup> Der Verband deutschvölkischer Vereine der GdVP habe in diesen Auseinandersetzungen „keine nennenswerte Tätigkeit entfaltet“.<sup>359</sup> Schleppende Zahlungen der Mitgliedsbeiträge und geringe Teilnehmezahlen bei Verbandsfestivitäten wie der Bismarckfeier verwiesen auf den massiven Bedeutungsverlust. Die Bezirksverbände des Verbandes in Wien waren 1932 nahezu „lahmgelegt“.<sup>360</sup> Der Austritt der GdVP aus dem ersten Kabinett des Christlichsozialen Karl Buresch am 27. Januar 1932 wegen einer fehlenden Festlegung auf einen Anschluss-Kurs, konnte den Verfall der Großdeutschen nicht aufhalten. Die GdVP suchte auch unter Vermittlung des ADV eine Einheitsfront mit der NSDAP, dem Landbund, dem Heimatschutz und den unabhängigen Bauern, jedoch scheiterten diese Gespräche am 20. März 1932 an den Rivalitäten zwischen Landbund und Heimatschutz sowie infolge der Unabhängigkeitsbestrebungen der Nationalsozialisten, die sich letztlich zurückzogen.<sup>361</sup> Die Fragmentierung des deutschnationalen Milieus führte schließlich zu einer langsamen Stärkung der Nationalsozialisten, zu denen die völkisch-radikalen Anhänger übertraten, sowie der Christlichsozialen, welche vor allem die klerikalen Anhänger anzogen.

Von 1921 bis 1930 und erneut nach der Erneuerung des Bürgerblocks von Bundeskanzler Schober 1930 bis 1932 waren die Großdeutschen an dem Regierungsblock mit den Christlichsozialen beteiligt und wurden letztlich durch die Radikalisierung der Rechten (durch die Politisierung der Heimwehr und den Aufstieg der Nationalsozialisten) regelrecht aufgerieben. Während Claß mit der DNVP und dem Stahlhelm auf die NSDAP seit der Anti-Youngplan-Kampagne 1929 zuzug, fehlte den Alldeutschen in Österreich eine radikal-oppositionelle Alternative wie die DNVP, da die GdVP in ihrer Parteiführung nicht zu einer Fundamentalopposition nach dem Vorbild der DNVP unter Hugenberg umgestaltet werden konnte. Zudem war die Partei mit ihren 65.000 Mitgliedern um 1930, der sowohl Arbeiter als auch Bauern als Anhänger fehlten, zu bedeutungslos.<sup>362</sup> Auch der Stahlhelm agierte in der Weimarer Republik geschlossener für die Schaffung einer „nationalen Opposition“, als die Heimwehr mit ihren Führungskämpfen zwischen den verschiedenen Landesverbänden dazu bereit und in der Lage gewesen wäre. Die Zusammenarbeit zwischen DNVP und GdVP sowie zwischen Stahlhelm und Heimwehr blieb bestehen. Jedoch kooperierte man seit Mitte der 1920er Jahre verdeckter und seit 1926 trat der Stahlhelm auch nicht mehr bei öffentlichen Großveranstaltungen der Heim-

---

<sup>358</sup> Siehe Stenographisches Protokoll der Rede Hermann Foppa auf dem Parteitag der GdVP 4.–6.12.1931, in ÖSTA/AdR, Gruppe 02, Großdeutsche Volkspartei, Karton 35, Bl. 34–35.

<sup>359</sup> Siehe Tätigkeitsbericht der GdVP auf dem Parteitag der GdVP 4.–6.12.1931, in ebd. o. Bl.

<sup>360</sup> Rundschreiben Verband deutschvölkischer Vereine April 1932, zit. in Carsten: Faschismus in Österreich, S. 208.

<sup>361</sup> Siehe Max Utschigg an Hans Hartmeyer, 12.4.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 368, Bl. 77–78.

<sup>362</sup> Ackerl: Das Kampfbündnis der NSDAP mit der Großdeutschen Volkspartei vom 15. Mai 1933, S. 121.

wehr auf.<sup>363</sup> Die nationalsozialistische Initiative zur Führung der radikalen Rechten gelang in Deutschland dann seit den Reichstagswahlen 1930 und führte auch in Österreich zu entscheidenden Strukturumbrüchen innerhalb der Rechten. In Österreich setzte der langsame Durchbruch der NSDAP in den Gemeinde- und Landratswahlen zwischen 1931 und 1933 ein, jedoch mit vermutlich noch stärkeren Wirkungen des Einbruchs in konservative Milieus der Deutschnationalen, der Großdeutschen und der Heimwehr. Wurden die Alldeutschen in den Führungskämpfen zwischen DNVP und Stahlhelm einerseits und NSDAP und SA andererseits ab 1929 zunehmend erdrückt, so kam es in Österreich aufgrund der vergleichbar schwachen Aufstellung von GdVP, NSDAP und Heimwehr in den Nationalratswahlen sowie durch die Etablierung des austrofaschistischen Ständestaates erst gar nicht zu solchen Konstellationen, in denen der ADV einflussreich hätte agieren können.

Zwischen 1931 und 1933 stieg dann die NSDAP in Österreich in den Gemeinde- und Landratswahlen zu einer führenden Bewegung innerhalb der radikalen Rechten auf.<sup>364</sup> Auch die Alldeutschen erkannten, dass die NSDAP eigenständige und zielbewusste Wahlkämpfe in Österreich organisierte und somit der Politik „ganz neue Antriebe“ vor allem mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen in Wien, Salzburg und Niederösterreich verleihen würde.<sup>365</sup> Letztlich hätten die Nationalsozialisten das „Gesetz des Handelns an sich gerissen“ und sich „zum Gefäß“ der gesamten „nationalen Opposition“ gemacht, nachdem die GdVP nach Jahren der Regierungsbeteiligung „derart in das Getriebe taktischer Erwägungen und jeweiliger Hilfskonstruktionen geraten“ sei, weil sie sich nicht an der DNVP Hugenburgs, sondern vielmehr an der DVP orientiert habe und letztlich durch die Politik der „Einheitsfront“ „systematisch aufgegeben“ worden sei.<sup>366</sup> Da kein österreichischer Hugenburg in Sicht sei, müsse nun die NSDAP die „nationale Opposition“ gegen „Austromarxismus und klerikale Wunschträume wie Donaukonföderation und Habsburgerrestauration“ anführen.<sup>367</sup> Vor allem der Anschluss an Deutschland sei zu forcieren, denn es lebten noch neun Millionen ethnisch Deutsche in Mitteleuropa in einer „überstaatlichen Volksgemeinschaft“ außerhalb Deutschlands, vor allem in Österreich, wie Lutz Korodi im Sommer 1932 erinnerte.<sup>368</sup> Auf der Konferenz von Lausanne vom 16. Juni bis 9. Juli 1932 sollte Österreich für eine neue Völkerbundanleihe das Anschlussverbot auf 20 Jahre erneut bestätigen.<sup>369</sup>

Nach den drei Landtagswahlen in Niederösterreich, Salzburg und Wien am 24. April 1932 und der Forderung der Sozialdemokraten nach Neuwahlen des Nationalrates trat die Regierung Buresch II zurück. Die GdVP wiederholte

<sup>363</sup> Siehe dazu Burz: Die nationalsozialistische Bewegung in Kärnten, S. 44–45.

<sup>364</sup> Schausberger: Ins Parlament und Rolinger: „Im Namen unseres Führers Hitler“.

<sup>365</sup> Alldeutsche Blätter 9.4.1932.

<sup>366</sup> Alldeutsche Blätter 7.5.1932.

<sup>367</sup> Ebd.

<sup>368</sup> Alldeutsche Blätter 30.7.1932.

<sup>369</sup> Siehe Entschließung des ADV in Österreich gegen den Vertrag von Lausanne, in Alldeutsche Blätter 13.8.1932.



ihren Widerwillen, erneut in eine Regierungskoalition einzutreten. Engelbert Dollfuß, der am 10. Mai zum Bundeskanzler gewählt wurde, verhandelte mit den Sozialdemokraten um eine Regierungsbeteiligung und intervenierte nach deren Absage auch bei Franz von Papen, um die Großdeutschen für eine Koalition umzustimmen.<sup>370</sup> Hermann Foppa wollte als Parteivorsitzender jedoch „Garantien“ für eine andere Außenpolitik.<sup>371</sup> Als die Annäherung an die GdVP misslang, ging Dollfuß auf die Heimwehr zu und band den Heimatblock erneut mit drei Ministerposten in die Regierungskoalition mit den Christlichsozialen und dem Landbund ein.

Im Dezember 1932 fasste Fritz Wildmoser, seit 1928 im Geschäftsführenden Ausschuss des ADV in Berlin und Geschäftsführer des Gaus Oberösterreich, das Mobilisierungsdilemma der Alldeutschen in Österreich zusammen. Demnach war die Mehrheit der Christlichsozialen und der Heimwehr gegen einen Anschluss Österreichs an Deutschland und man habe vielmehr die deutsche Finanzierung der nationalen Bewegung in Österreich als Vorreiter für einen Anschluss kritisiert. Stattdessen hätten Starhemberg, der vom Steierischen Heimatschutz getrennt agierte, und Minister Kurt Schuschnigg Verbindungen zum katholischen Süddeutschland aufgenommen, um einen kleindeutschen Zusammenschluss zu befördern. Gleichzeitig sei die nationale Bewegung in „völliger Zerrissenheit“, während die NSDAP in Österreich trotz erster Wahlerfolge bei Landtagswahlen keineswegs an die Erfolge der Nationalsozialisten in Deutschland anknüpfen könnte. Nicht zuletzt seien die Nationalsozialisten in den Landtagen wegen ihrer „hemmungslosen Agitation“ zu sachlicher Arbeit nicht zu gebrauchen und die Partei habe in Österreich „keine führenden Männer von entsprechender Bedeutung“.<sup>372</sup>

Claß stimmte uneingeschränkt zu und betonte, dass in Österreich „national gebildete Führer in der allergeringsten Zahl vorhanden“ seien.<sup>373</sup> Die GdVP unter ihrem Vorsitzenden Foppa, der auch Mitglied des ADV war, sei eine „verkrachte“ Partei, die in deutschnationaler Weise neu ausgerichtet werden sollte. Foppa suche nun die engere Zusammenarbeit mit der DNVP, um die Ausweitung der GdVP zu erreichen, die jedoch von Deutschland aus finanziert werden sollte. Claß warnte vor einer „Totgeburt“ und falschen Hoffnungen Foppas auf eine nationalistische Sammlungsbewegung, die in Österreich „noch schwieriger“ sei als in Deutschland. Claß sah darin schon lange eine der größten Hindernisse für eine dauerhafte politische Etablierung der alldeutsch-großdeutschen Organisationen und hatte bereits 1922 die Entschließung durchgesetzt, dass auch der ADV in Österreich seine Finanzierung selbst in die Hand nehmen sollte.<sup>374</sup> Dies ließ sich ebenso wenig verwirklichen wie die eigenstän-

---

<sup>370</sup> Siehe Wiltschegg: Die Heimwehr, S. 67.

<sup>371</sup> Siehe Hans Hartmeyer an die Hauptgeschäftsstelle des ADV in Berlin 11.3.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 368, Bl. 79–80.

<sup>372</sup> Dr. Fritz Wildmoser auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 10./11.12.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 172, Bl. 55–57.

<sup>373</sup> Ebd., Bl. 57.

<sup>374</sup> Mitteilung des ADV (Graz) an die Mitglieder 9.9.1922, in Alldeutsche Blätter 20.10.1922.

dige Finanzierung der GdVP. Hinzu kamen aus Sicht Foppas immer größer werdende Gegensätze der GdVP zur DNVP in der Frage um die konfessionelle Schule, die monarchische Einstellung und Sozialpolitik, die eine Etablierung einer „Hugenbergfront“ in Österreich verhinderten, jedoch die GdVP trotz dieser programmatischen Gegensätze von der organisatorischen Zusammenarbeit mit der DNVP nicht abhalten sollten.<sup>375</sup> Mit der Etablierung des austrofaschistischen Ständestaates, die auch die GdVP unter Druck setzte, sowie nach dem Machtantritt Hitlers am 30. Januar 1933 und der Auflösung der DNVP im Sommer 1933 war diese Zusammenarbeit endgültig beendet. Die Heimwehr rekrutierte aus dem Milieu der Großdeutschen zusätzliche Anhängerschaften. Auch die Kampfgemeinschaft mit der NSDAP verstärkte 1933 den Übertritt zahlreicher Mitglieder der GdVP zu den Nationalsozialisten, die sich mit der Machtübertragung an Hitler den baldigen Anschluss erhofften.

Am 7. März 1933 erließ die Dollfuß-Regierung ein Versammlungsverbot sowie die Zeitungszensur. Drei Tage zuvor hatte Dollfuß den Rücktritt aller drei Nationalratspräsidenten als die „Selbstausschaltung des Nationalrats“ bezeichnet und die erneute Einberufung durch die Polizei verhindert.<sup>376</sup> Am 10. Mai wurden alle Wahlen ausgesetzt. Am 31. März wurde der Republikanische Schutzbund der Sozialdemokraten aufgelöst und am 26. Mai die Kommunistische Partei. Nach dem Erfolg als stärkste Partei bei den Gemeinderats-Ergänzungswahlen in Innsbruck am 23. April und dem zunehmenden Terror von ihrer Seite wurde die NSDAP am 19. Juni verboten. Die Gründung der Vaterländischen Front am 21. Mai als Sammlungsbewegung des austrofaschistischen Regimes führte Österreich in einen autoritären Einparteiensstaat, der sich vom Deutschen Reich abzusetzen und die außenpolitische Anlehnung an Mussolinis faschistisches Italien verstärkt suchte.<sup>377</sup> Hartmeyer bestätigte nach einem Treffen mit dem Pressechef der italienischen Gesandtschaft in Wien im März 1933, dass man in Italien keine Neuwahlen und keine nationalistische Welle von Deutschland aus wünsche und die Anschlussforderungen der Hitler-Regierung für verfehlt halte.<sup>378</sup>

Mit der Vereinnahmung der Anschlusspolitik und der autoritären Staatspraxis der Dollfuß-Regierung radikalisierte sich auch die Rechte. Die Heimwehr zerfiel weiter in konkurrierende Lager oder ging, wie in der Steiermark 1933, zunehmend zur NSDAP über. Die GdVP konnte sich als „bürgerlich-mittelständische Honoratiorenvereinigung“ in diesen politischen Radikalisierungsprozessen als eigenständige Partei nicht mehr behaupten und löste sich 1934 auf, als Finanzhilfen durch Hugenberg nach der Auflösung der DNVP im Sommer 1933 nur noch vereinzelt weiterliefen, Landesverbände wie in Vorarl-

<sup>375</sup> Hermann Foppa Rede auf der Sitzung der Reichsparteileitung der GDVP 17.7.1932, in ÖSTA/AdR, Gruppe 02, Großdeutsche Volkspartei, Karton 34, o.Bl.

<sup>376</sup> Zitiert in Busshoff: Das Dollfuß-Regime in Österreich, S. 193.

<sup>377</sup> Siehe auch Tólos: Das austrofaschistische Herrschaftssystem und Wenninger/Dreidemy (Hrsg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938.

<sup>378</sup> Hans Hartmeyer an Hauptleitung des ADV in Berlin 16.3.1933, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 368, Bl. 104.

berg den gemeinschaftlichen Übertritt zur NSDAP empfohlen und die Großdeutschen 1934 eine „Kampfgemeinschaft“ mit der NSDAP gegen die Regierung Dollfuß bildeten, welche die GdVP letztlich überflüssig machte.<sup>379</sup>

Die Alldeutschen beklagten, dass sich die Dollfuß-Regierung „katholisch, kaisertreu, standesbewußt“ in dem eigenen autoritären Staat eingerichtet habe und „nach den Grundsätzen der bekannten österreichischen Sendung“ die „Abkapselung“ Österreichs „vom gesamtdeutschen Volksboden“ fördere.<sup>380</sup> Die Vaterländische Front verschaffe sich immer weitere „Ermächtigungen, denen jede verfassungsrechtliche Grundlage“ fehle.“<sup>381</sup> Auch der ADV geriet unter staatliche Beobachtung, während die Hauptgeschäftsstelle in Berlin die Zahlungen an die Geschäftsstelle in Wien zum 1. Dezember 1933 aus finanziellen Gründen einstellte und die Übernahme von Zuschüssen nach Wien in private Hände von Freunden des ADV legte.<sup>382</sup> Zuerst wurden im Frühjahr 1934 Ortsgruppeneugründungen mit der Begründung verboten, der ADV erstrebe den Anschluss an Deutschland und dies sei „gegen den Bestand eines selbständigen Österreichs gerichtet“ und daher „gesetzwidrig“.<sup>383</sup> In den Alldeutschen Blättern wurde nun die Mitteilung veröffentlicht, dass der Verband entgegen anderslautender Zeitungsnachrichten nicht verboten oder aufgelöst sei, aber „es wurde dem Verband und seinen Mitgliedern jede weitere Betätigung unter Androhung schwerster Strafen untersagt; Gelder wurden beschlagnahmt, Zimmer versiegelt und auf jede Art die Ausübung der Verbandsarbeit verhindert“. Man wies zudem vorsorglich darauf hin, dass der Alldeutsche Verband in Österreich „kein Teil unseres Alldeutschen Verbandes, sondern ein völlig selbständiges Gebilde“ sei.<sup>384</sup> Folglich versuchte man, durch eine Satzungsänderung und Umbenennung in Germanischer Großverband in Österreich der Auflösung zu entgehen.

Die Anschlussforderung der Alldeutschen wurde durch die Ständestaatsideologie der Vaterländischen Front auch aufgrund des außenpolitischen Drucks Hitlers als staatsgefährdend interpretiert. Hitler wollte 1933 durch die Forcierung des Anschlusses und die Stärkung der NSDAP Österreich in den nationalsozialistischen Einflussbereich bringen, um den Status quo in Südost-

<sup>379</sup> Zitat Bauer: Das deutschnationale Lager zu Beginn der Ersten Republik, S. 270. Siehe auch Dostal: Die Großdeutsche Volkspartei.

<sup>380</sup> Alldeutsche Blätter 3.6.1933. Auch Julius F. Lehmann sah eine grundsätzliche Herausforderung für die deutschnationale Anschlussbewegung in der Überwindung des katholisch-protestantischen Gegensatzes und er lobte 1920 Alfred Krauss als jemanden, der seit langer Zeit sich bemühe, „die Kluft zwischen Katholiken und Protestanten zu überbrücken“. Julius F. Lehmann an Alfred Kraus 12.2.1920, in BHStA, NL Lehmann, Bd. 3, Nr. 22.

<sup>381</sup> Alldeutsche Blätter 29.7.1933.

<sup>382</sup> Hauptgeschäftsstelle des ADV Berlin an Hans Hartmeyer 21.11.1933, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 368, Bl. 105.

<sup>383</sup> Siehe Sicherheitsdirektor für Oberösterreich an ADV (Wien) 3.2.1934, in Tiroler Landesarchiv Innsbruck, LTR 1934, Abt. Ia, 13–47–XVIII-93 sowie auch Bundes-Polizeidirektion Wien an Oberlandesgerichtsrat Julius Neukirch 19.3.1934, in Wiener Stadt- und Landesarchiv. M.Ab. 119, A 32, o. Bl.

<sup>384</sup> Alldeutsche Blätter 7.4.1934.

europa zuungunsten der Tschechoslowakei und somit auch gegen Frankreich zu verändern. Das nationalsozialistische Attentat auf Dollfuß am 25. Juli 1934 verfehlte den Aufruf für einen Putsch und Hitler zog die nationalsozialistische Bewegung aus Österreich zunächst weitgehend zurück. Der nationalsozialistische Putschversuch verstärkte die Abschottungsbemühungen des ständestaatlichen Regimes gegenüber den forcierten Anschlussforderungen Hitlers.<sup>385</sup> Nach dem Übertritt von Karl Schulz zur Heimwehr löste sich auch die Schulz-Gruppe 1935 auf. Am 5. Dezember 1935 wurde der ADV im austrofaschistischen Ständestaat mit dem Hinweis verboten, er untergrabe mit der Forderung nach einem Anschluss an das Deutsche Reich die Eigenständigkeit Österreichs als Nationalstaat.<sup>386</sup> Claß beklagte, dass die 1934 geforderte Neuorganisation des Verbandes nicht anerkannt wurde. Das Verbot des Satzungsziels einer Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich entspreche zudem nicht dem „Urgesetze unverdorbenen Volkstums“ und könne die „heilige Flamme der Volksverbundenheit“ nicht löschen.<sup>387</sup> Die Vaterländische Front erhielt durch Erlass des Bundeskanzleramtes vom 4. September 1936 als alleiniger „Träger der Willensbildung im Staate“ letztlich eine „gesetzlich festgelegte Monopolstellung“ und die Neugründung von politischen Vereinen wurde untersagt.<sup>388</sup>

## C. Zur Quelle

### 1. Zur ersten Auswertung der Erinnerungen von Heinrich Claß durch Alfred Kruck (1954)

Alfred Kruck war der erste Historiker, der die Erinnerungen von Claß in seiner Studie zum Alldeutschen Verband 1890–1939 von 1954 ausgewertet und die Bemühungen um eine Archivierung der Erinnerungen seitens des Bundesarchivs in Koblenz durch Kontaktaufnahme zur Familie Claß erst ermöglicht hat.<sup>389</sup> Kruck hatte seine Darstellung nicht nur über lange Passagen nach den Claß'schen Erinnerungen strukturiert, sondern für den Zeitraum 1915–1933 vielfach paraphrasierend zusammengefasst, ohne entsprechende

<sup>385</sup> Siehe auch Bauer: Hitlers zweiter Putsch und Ross: Hitler und Dollfuß.

<sup>386</sup> Bundeskanzleramt an ADV (Wien), 5.12.1935, in Wiener Stadt- und Landesarchiv. M.Ab. 119, A 32, o. Bl. Alfred Geiser beklagte seit Gründung des österreichischen ADV 1919, dass die alldeutschen „Bestrebungen als Propaganda gegen die Selbständigkeit Deutschösterreichs aufgefasst werden, die durch den Frieden von St. Germain verboten sind.“ Ders. auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 6./7.12.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 126, Bl. 18.

<sup>387</sup> Claß: Gruß zur Jahreswende aus Neu-Oesterreich, in Alldeutsche Blätter 11.1.1936.

<sup>388</sup> Siehe RGBL Nr. 160/36 (§ 1) und Sicherheitsdirektor von Niederösterreich an alle Bundeshauptmannschaften in Niederösterreich 14.11.1936, in NÖLA, Bezirkshauptmannschaft Hollabrunn, Nr. 205, XI – Vereine 1935.

<sup>389</sup> Alfred Kruck: Die Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1891–1939, Mainz 1954 (Steiner Verlag).

Fußnoten anzugeben. Der Grund für diese konspirative Methodik war die fehlende Zustimmung durch Anna Elisabeth Claß, die als Nachlassverwalterin und Tochter von Claß so kurz nach dem Tod ihres Vaters 1953 die Erinnerungen nicht in einer solch breiten Form veröffentlicht sehen wollte.<sup>390</sup>

Neben dem wissenschaftlichen Interesse an einer ersten Gesamtdarstellung zum ADV nach dem Ende des Nationalsozialismus gab es auch im akademischen Umfeld Krucks das Bedürfnis nach einer ersten Verortung des nationalistischen Bildungsbürgertums zum Nationalsozialismus, die auch eigene biographische Konstellationen reflektierte. Die Dissertation entstand an der Universität Kiel bei Professor Otto Becker, der den Lehrstuhl von 1931 bis zu seiner Emeritierung 1953 besetzte.<sup>391</sup> Kruck war somit einer seiner letzten Doktoranden. Becker hatte 1909 bei Hans Delbrück in Berlin promoviert, der 1896 als Nachfolger Heinrich von Treitschkes auf den Berliner Lehrstuhl folgte, freikonservativer Politiker war, als Mitherausgeber der Preußischen Jahrbücher eine gemäßigte deutsche Außenpolitik vertrat und die Unterdrückung von nationalen Minderheiten sowie der Sozialdemokratie im Kaiserreich kritisierte. In dieser Denktradition Delbrücks, der nach 1918 zu den „Vernunftrepublikanern“ zählte, ordnete sich auch Becker ein.<sup>392</sup> Ab 1925 nahm Becker an der Berliner Universität eine Privatdozentur war und vertrat in der Weimarer Republik zunächst republikanische und liberale Positionen. Er war von 1920 bis 1927 zudem Geschäftsführer des neu gegründeten Stifterverbandes der deutschen Wissenschaft und wirkte hier vermittelnd zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Zur Position des Geschäftsführers kam er vermutlich als Privatsekretär von Carl Friedrich von Siemens, der als Vertreter von Siemens & Halske zusammen mit anderen führenden Repräsentanten der deutschen Wirtschaft, wie Hugo Stinnes oder Carl Duisberg, dieser Forschungsfördereinrichtung zwischen Staat und Industrie zur Taufe verhalf. In seiner Funktion als Geschäftsführer des Stifterverbandes kam Becker auch mit Persönlichkeiten in Kontakt, die sich mit der Frage der finanziellen Förderung von Claß und dem ADV und Alfred Hugenberg sowie der DNVP beschäftigten.<sup>393</sup> Neben Paul

<sup>390</sup> Siehe nächster Abschnitt zum Erwerb der Erinnerungen. Siehe auch Generalvollmacht Heinrich Claß für Anna Elisabeth Claß vom 4.12.1944, in Privatarchiv Friedel Mathilde Barbara Dürrschmidt/Wolfratshausen (Sammlung Johannes Leicht), Teilnachlass Heinrich Claß.

<sup>391</sup> Im Steiner Verlag erschien im selben Jahr auch die Festschrift für Krucks akademischen Lehrer Otto Becker, die Martin Göhring zusammen mit Alexander Scharff herausgab. Göhring war zusammen mit dem Mainzer katholischen Kirchenhistoriker Joseph Lortz Herausgeber der „Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz“ in deren Reihe als Band 3 Krucks Darstellung zum ADV erschien. Göhring/Scharff: *Geschichtliche Kräfte und Entscheidungen*. Im Vorwort von Göhring und Scharff (S. I-II) wird erwähnt, dass Becker in den letzten fünf Jahren aufgrund einer schweren Krankheit seine Lehre immer wieder unterbrechen musste. Göhring kannte Becker wohl noch aus Halle und Scharff stieß dann um 1938 in Kiel zum Lehrstuhl Becker. Die Festschrift enthält u. a. Beiträge von Wilhelm Schüssler, Helmut Krausnick, Erwin Hölzle und Fritz T. Epstein.

<sup>392</sup> Siehe auch Becker: *Bismarck und die Aufgaben deutscher Weltpolitik*.

<sup>393</sup> Otto Becker (1885–1955), 1909 Promotion, 1912 Dozent an der Hochschule Okohama, 1914–1920 japanische Kriegsgefangenschaft, 1924 Habilitation an der Universität Berlin,

Reusch ist hier vor allem Emil Kirdorf zu nennen, die beide im Verwaltungsrat des Stifterverbandes tätig waren.<sup>394</sup>

Christoph Cornelißen beschreibt Becker als einen der „ganz wenigen deutschen Historiker in den Weimarer Jahren, die sich uneingeschränkt zur Verfassung von 1919 bekannten und diese außerdem historisch herleitete.“<sup>395</sup> Becker war ab 1920 kurzzeitig in der DDP aktiv, gehörte auch der Liberalen Vereinigung und 1926 der jungnationalen Vereinigung an. Diese vernunftrepublikanischen Positionen hatten jedoch auch Grenzen, denn gleichzeitig sprach Becker auch vom „völkischen Gedanken als Jugendkraft und Zukunft, und so sehr er die Weimarer Republik vom Ruch einer ‚Judenrepublik‘ befreien wollte, so sehr sticht gleichzeitig ins Auge, wie stark er selbst noch in der Tradition der deutschen Judenemanzipation des 19. Jahrhunderts argumentierte, so Cornelißen.“<sup>396</sup> Mit dem Antritt der Regierung Heinrich Brüning 1930 setzte Becker dann auch auf die Stärke des Präsidenten, da die Weimarer Demokratie ohnehin vor dem Ende stünde.<sup>397</sup> Er trat 1933 nicht der NSDAP bei und wurde aber Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Wehrpublizistik und Wehrwissenschaften sowie dem Kampfbund für deutsche Kultur.<sup>398</sup>

Cornelißen deutet Beckers spätere Vorlesungen in Kiel wie die vom Sommersemester 1939 zur Außenpolitik von Bismarcks Sturz bis zur „Befreiung vom Versailler Friedensdiktat“ dann auch als das seit 1933 „schleichende Einsickern nationalsozialistischer Termini und Paradigma“ in die historische Deutung und Lehre.<sup>399</sup> Dieses „Einsickern“ von NS-Paradigmen in die Lehre und Forschung reichte jedoch darüber hinaus in die eigenständige Verortung in das NS-System von Lehrstuhlmitarbeitern. Während sich Becker wegen seiner fehlenden NSDAP-Mitgliedschaft vermutlich nicht einem Entnazifizierungsverfahren stellen musste, war dies bei Alexander Scharff, der seit 1938 am Lehrstuhl für Neuere Geschichte bei Becker tätig war, anders. Scharff war genauso wie der zwischen 1922 und 1939 am Lehrstuhl für Neuere Geschichte tätige Carl Petersen Mitglied der NSDAP, dem Becker 1946 einen eigenhändigen „Persilschein“ ausstellte.<sup>400</sup> Auch Karl Jordan, der ab 1941 am Kieler Lehrstuhl für Mittelalterliche Geschichte tätig war und bei Becker promoviert hatte, trat 1940 in die NSDAP ein.<sup>401</sup>

---

1927–1931 Professor an der Universität Halle, 1931–1953 Professor an der Universität Kiel, Autor u. a. der Schriften „Die Verfassungspolitik der französischen Regierung beim Beginn der großen Revolution“ (1910), „Deutschlands Zusammenbruch und Auferstehung“ (1921), „Weimarer Reichsverfassung und nationale Entwicklung“ (1931) und „Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung“ (1958).

<sup>394</sup> Siehe auch Schulze: Der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, 30–95 und 322–326.

<sup>395</sup> Cornelißen: Das Kieler Historische Seminar, S. 238.

<sup>396</sup> Ebd.

<sup>397</sup> Siehe Becker: Weimarer Reichsverfassung und nationale Entwicklung.

<sup>398</sup> Siehe Cornelißen: Das Kieler Historische Seminar.

<sup>399</sup> Cornelißen: Das Kieler Historische Seminar, S. 240.

<sup>400</sup> Siehe ebd., S. 234–235, 243 und 251–252 und BA-Berlin, R 9361 – IX Kartei/36840607 (Scharff).

<sup>401</sup> Ebd., S. 234 und BA-Berlin, R 9361 – IX Kartei/18480932.

Die Frage nach der eigenen Positionierung zum Nationalsozialismus war bei Krucks Doktorvater Becker nach 1945 demnach prävalent. In der Forschung blieb diese Auseinandersetzung um Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Geschichte vom 19. zum 20. Jahrhundert auch am Lehrstuhl Beckers noch unterentwickelt. Die Forschung seiner Doktoranden zur Kriegszielbewegung und zur Innen- wie Außenpolitik des Kaiserreichs vor 1914 nahm vorsichtig am Lehrstuhl von Becker zu. Die von Becker zwischen 1933 und 1945 betreuten Dissertationen hatten einen auffälligen Schwerpunkt noch auf Bismarcks Politik, der sich nach 1945 verstärkt auf die Innenpolitik des Deutschen Reiches von circa 1890 bis 1918/19 verschob.<sup>402</sup> Auch ein linker Historiker wie Werner Basler reichte 1951 bei Becker und Jordan seine Dissertation zu Deutschlands Kriegszielen 1914–1918 ein, bevor er in die DDR übersiedelte und an der PH Potsdam und nach der Habilitation an der Universität Halle/Saale lehrte.<sup>403</sup> Die thematische Annäherung an die Vorgeschichte des Nationalsozialismus nahm bei Becker mit diesen Promotionsarbeiten einen Anfang und Promovenden wie Basler, und auch der vorsichtiger Kruck, verweisen auf die interpretatorische Spannweite am Lehrstuhl, die Vorgeschichte des Nationalsozialismus aus gewissen Kontinuitätslinien deutscher Geschichte heraus zu deuten.<sup>404</sup>

Kruck betrat mit seiner Übersichtsdarstellung zum ADV von 1890 bis 1939 zwar keineswegs Neuland, da Mildred Wertheimer 1920 einen frühen analytischen Beitrag zur Geschichte des Verbandes als soziale Bewegung des deutschen Nationalismus veröffentlicht hatte.<sup>405</sup> Jedoch konnte Kruck gerade auch aufgrund der Auswertung von Claß' unveröffentlichten Erinnerungen zahlreiche Zusammenhänge zwischen alldeutscher Verbandspolitik, Regierungsinstitutionen und dem weiteren Feld des radikalen Nationalismus in Deutschland zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus aufzeigen, die Wertheimer aufgrund der frühen Entstehung ihrer Dissertation nicht anbieten konnte. War Wertheimer dem analytischen Zugriff der Nationalismusforschung an der Columbia University verpflichtet, so schien Kruck weniger einen Zugriff auf die sozialgeschichtliche Bedeutung des ADV als soziale Bewegung zu versuchen, als eher einer rankeanischen Erzählung der Verbandsgeschichte zu folgen, in denen Claß mit seiner Weltanschauung und Politik eine bedeutende Rolle als Persönlichkeit einnahm. Außenpolitische Maßlosigkeit, innenpolitische Kurzsichtigkeit und Propagierung einer „verhängnisvollen“ Rassenlehre, so Kruck,

<sup>402</sup> Siehe Göhring/Scharff: *Geschichtliche Kräfte und Entscheidungen*, S. 314–316.

<sup>403</sup> Basler: *Deutschlands Kriegszielpolitik*. Siehe auch Ders.: *Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum*. Zu Basler siehe auch Mertens: *Lexikon der DDR-Historiker*, S. 118–119. Basler war mit seiner marxistischen Weltanschauungsdisposition in der Reihe der Doktoranden von Becker eine Ausnahme, schon in Schleswig-Holstein war er Vorsitzender der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft und dann in der DDR aktiv in der Forschung zu den Deutsch-Sowjetischen Beziehungen aktiv.

<sup>404</sup> Siehe Otto Becker: *Die Schuld an Hitlers Machtergreifung*, MS 6 Seiten, Kiel 1947 und Ders.: *Die Leistungen der Weimarer Republik*, in *Flensburger Tageblatt*, 24.4.1948.

<sup>405</sup> Wertheimer: *The Pan-German League*.

kennzeichneten die historische Sackgasse des ADV, der nicht zuletzt durch seine Propaganda außenpolitisch zur Entfremdung zwischen Deutschland, Russland und Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg entscheidend beigetragen habe.<sup>406</sup>

Eine Einordnung von Claß und des ADV in das Gefüge der „alten“ Honoratioren und der „neuen“ Vertreter des radikalen Nationalismus<sup>407</sup> war Kruck kaum möglich und sein abschließendes Urteil fiel eher prosaisch aus, wenn er zusammenfasst, dass die Alldeutschen gerade in Bezug auf den Nationalsozialismus unfähig waren, „die Tragweite ihrer Ideen und ihrer Propaganda zu überblicken“, es ihnen selbst „von vornherein an politischem Takt und gestaltender Kunst“ mangelte, es dem Verband selten gelang „einen klaren Blick zu behalten und in seinem Wollen das rechte Maß zu finden.“ So scheine die Geschichte des ADV „als ein ganz besonderes eindringliches und mahnendes Stück deutschen Schicksals schlechthin.“<sup>408</sup> In dieser Erzählung erschienen die Alldeutschen als eine mysteriöse Gruppe von außergewöhnlich geschickten Experten der Propaganda, die einen großen Einfluss auf die Öffentlichkeit und die politischen Institutionen hatte, jedoch gleichsam mit ihrem über das Ziel hinausschießenden Forderungen nicht nur den Bismarckschen Weg gemäßiger Politik verlassen, sondern auch das deutsche Volk getäuscht habe.<sup>409</sup>

Dieser fehlende methodisch-kritische und somit ordnende Zugriff auf Claß und den ADV gelang Kruck mit solchen Einschätzungen nicht, war aber eher typisch für die frühen Studien zur jüngsten deutschen Geschichte nach 1945. Einerseits war die westdeutsche Zeitgeschichte erst im Entstehen begriffen und trat Anfang der 1950er Jahre in eine erweiterte methodische Selbstverständigung über ihren Gegenstand und ihre epochale Zuordnung ein. Hans Rothfels prägte in diesem Zusammenhang das Diktum von Zeitgeschichte als „Epoche der Mitlebenden“ und die methodischen Schwierigkeiten einer kritischen Einordnung von Geschichte in die Gegenwart lagen aufgrund der autobiographischen Selbstverortung der Zeitgenossen auf der Hand.<sup>410</sup> Der Schleier der Dämonisierung, wie bei Krucks Blick auf die Alldeutschen, war zudem auch bei Rothfels durch seinen konservativen Zugriff auf das 20. Jahrhundert angelegt, der mit der Zäsur von 1917 den Beginn der Zeitgeschichte sah und somit Kommunismus und Nationalsozialismus als die beiden prägendsten ideologischen Bewegungen interpretierte, die durch ihre Tendenz zur Entchristianisierung, Massenpolitik und traditionellem Werteverlust den zerstörerischen Kräften der Moderne entsprungen seien.<sup>411</sup>

<sup>406</sup> Kruck: *Geschichte des Alldeutschen Verbandes*, S. 218–222. Zitat. S. 220.

<sup>407</sup> Siehe dazu Breuer: *Ordnungen der Ungleichheit und Ders.: Die Völkischen in Deutschland*.

<sup>408</sup> Kruck: *Geschichte des Alldeutschen Verbandes*, S. 221.

<sup>409</sup> Siehe auch Chickering: *We Men*, S. 7–8.

<sup>410</sup> Rothfels: *Zeitgeschichte als Aufgabe*. Siehe zu den eigenen erfahrungsgebundenen und zyklischen Interpretationen von Zeitgeschichte bei Rothfels auch Eckel: *Hans Rothfels*.

<sup>411</sup> So Wirsching: *Epoche der Mitlebenden*.



Für Kruck unterstützte die Verwendung der Erinnerungen von Claß die unmittelbare Zeitzeugenschaft der „Mitlebenden“, die jedoch in ihrer Analysekraft den Alldeutschen als eine beschauliche Minderheit innerhalb des deutschen Bürgertums letztlich eine Hauptverantwortung für einen generellen Irrweg deutscher Geschichte zusprachen. Man könne deshalb weitgehend zustimmen, so Kruck, dass der Nationalsozialismus „ein Kind des Alldeutschen Verbandes“ sei, jedoch habe die „Zerrissenheit der völkischen Bewegung“ und die „virtuose Hitlersche Massenpropaganda“ die Alldeutschen an den Rand der Rechten gedrängt.<sup>412</sup>

## **2. Zur Erwerbung der Erinnerungsabschrift „Wider den Strom. Band 2“ durch das Bundesarchiv-Koblenz (1954–1978) und die Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (1954–1965)**

Krucks Veröffentlichung eröffnete 1954 eine gezielte Recherche innerhalb des Bundesarchivs in Koblenz nach den von ihm zwar ausgewerteten, jedoch nicht durch Fußnoten gekennzeichneten Passagen aus den Erinnerungen von Claß „Wider den Strom. Band 2“.<sup>413</sup> Auf Nachfrage beim Steiner-Verlag erhielt das Bundesarchiv die Adresse von Kruck in Kiel, der wiederum dem Archivrat Wolfgang A. Mommsen bestätigte, dass Anna Elisabeth Claß im Privatbesitz der Erinnerungen sei.<sup>414</sup> Kruck klärte dem vermittelnden Mommsen auch darüber auf, dass „es vor einiger Zeit zwischen Fräulein Claß und mir zu Meinungsverschiedenheiten gekommen ist“ und so „sehe ich mich zu meinem großen Bedauern außerstande, Sie bei Ihren Bemühungen um den Nachlaß vermittelnd zu unterstützen. Es empfiehlt sich auch, bei einer Fühlungnahme mit Fräulein Claß von jeder Berufung auf mich abzusehen.“<sup>415</sup> Kruck ging nach der Publikation seiner Dissertation in den Lehrerdienst und kehrte somit der Wissenschaft den Rücken. Als er Anfang der 1980er Jahre kurz vor der Pensionierung stand, war Kruck Direktor des Gymnasiums Westerland auf Sylt.<sup>416</sup>

Mommsen trat dann an Frau Claß mit der Bitte um Überlassung des Nachlasses von Claß für die Sammeltätigkeit des Bundesarchivs heran und verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass das ehemalige Reichsarchiv in Potsdam auch den Nachlass von Paul Samassa, Schriftleiter der Alldeutschen Blät-

---

<sup>412</sup> Ebd., S. 193, 200 und 201. Für eine erste Strukturgeschichte zur Weimarer Republik, die ein Jahr nach Krucks Darstellung erschien, siehe Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik. Siehe auch für die antisemitischen Bewegungen im Kaiserreich Broszat: Die antisemitische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich.

<sup>413</sup> Vermerk Bundesarchiv Koblenz, 30.6.1954 (über den Hinweis bei Kruck auf unveröffentlichte Aufzeichnungen von Heinrich Claß 1915–1933, die in Privatbesitz seien), in Vorgangsakte NL Heinrich Claß, BA-Koblenz, ohne Signatur (hinfort: VA Claß, BA-Koblenz).

<sup>414</sup> BA-Koblenz an Steiner Verlag, 15.6.1955, Steiner Verlag an BA-Koblenz 21.6.1955 und BA-Koblenz an Alfred Kruck, 27.6.1955, in VA Claß, BA-Koblenz.

<sup>415</sup> Alfred Kruck an Wolfgang A. Mommsen, 30.6.1955, in VA Claß, BA-Koblenz.

<sup>416</sup> Ich danke Johannes Leicht für diese Auskunft.

ter, verwaltete.<sup>417</sup> Der Umzug von Anna Elisabeth Claß innerhalb von Berlin-Zehlendorf (von der Starckenburger Straße 26 in den Vopeliuspfad 9)<sup>418</sup> zwischen 1955 und 1956 verzögerte die Kontaktaufnahme. So hielt es Mommsen in seinen Notizen fest. Jedoch verweigerte Anna Elisabeth Claß trotz Erinnerung per Einschreiben durch Schweigen jegliche Rückmeldung, bis es am 17. Mai 1957 zum persönlichen Empfang in Berlin kam.<sup>419</sup> Im Bericht des Bundesarchivs hieß es dazu: Anna Elisabeth Claß berichtete in diesem Treffen zunächst, daß die „gesamten Papiere ihres Vaters durch Ausbombung und sonstige [sic] verlorengegangen seien und sie nur noch einen Band Aufzeichnungen (Schreibmaschinendurchschlag) besitze, die sie auf keinen Fall aus der Hand geben möchte. Dr. Kruck habe durch seine Veröffentlichung daraus einen groben Vertrauensbruch begangen. Er habe immer nur erklärt, das Manuskript für eine ungedruckte Dissertation zu benötigen und sie durch den Druck des Buches dann vor ein *fait accompli* gestellt.“<sup>420</sup> Das Bundesarchiv versicherte gegenüber Anna Elisabeth Claß, dass man vor allem die „Sicherung vor Verlust“ der Erinnerungen im Blick habe, sodass Anna Elisabeth Claß zugänglicher wurde, als sie erklärte, es sei ihr auch „wichtig zu wissen, daß es eine Dienststelle gäbe, der an der Sicherung des geistigen Erbes ihres Vaters läge.“<sup>421</sup> Der erste Versuch zur Erwerbung der Erinnerungen lief letztlich ins Leere. Das Bundesarchiv wollte sich dann in 5–8 Jahren wieder ins Gespräch bringen.

Anfang Januar 1962 nahmen das Bundesarchiv-Koblenz und Werner Jochmann Kontakt miteinander auf, um den möglichen verbliebenen Nachlass von Claß ausfindig zu machen.<sup>422</sup> Mommsen besprach mit Jochmann bereits am 31. August 1954 bei einem persönlichen Treffen in Koblenz Jochmanns weit gestreute Kontakte zu ehemaligen Mitgliedern und Aktivisten der alldeutschen, völkischen und nationalsozialistischen Organisationen in Hamburg und Umgebung.<sup>423</sup> Jochmann verfolgte ähnliche Interessen bei der Recherche um Nachlassakten von Claß, da er 1959/60 mit dem Wiederaufbau der Forschungsstelle für Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg (heute Forschungsstelle für Zeitgeschichte) betraut wurde, deren Gründung durch Beschluss des Senats der Stadt Hamburg 1946 beschlossen und 1949–1956 realisiert wurde und die Jochmann bis zur Pensionierung 1986 leitete. Jochmann

<sup>417</sup> Wolfgang A. Mommsen an Anna Elisabeth Claß, 16.9.1955 und Erinnerungsschreiben vom 12.1.1956, in VA Claß, BA-Koblenz. Zur Übergabe des Archivs des ADV an das Reichsarchiv siehe Vertrag Heinrich Claß und Generaldirektor Dr. Zipfel, 28.2.1942, in BA-Berlin, N 2368, Bd. 6, o. Bl.

<sup>418</sup> Anna Elisabeth („Annelies“) Claß ist nach dem Tod ihres Vaters nach Berlin gezogen und war in den Telefonbüchern von 1955–1973 unter der Adresse im Vopeliuspfad in Berlin-Zehlendorf gemeldet.

<sup>419</sup> Siehe Wolfgang A. Mommsen an Claß, 17.2.1956 und 10.5.1956, in VA Claß, BA-Koblenz.

<sup>420</sup> Bericht BA-Koblenz über den Besuch bei Annelies Claß am 17.5.1957, 21.5.1957, in VA Claß, BA-Koblenz.

<sup>421</sup> Ebd.

<sup>422</sup> Vermerk BA-Koblenz, 2.1.1962, in VA Claß, BA-Koblenz und FZH 376–22 (1962).

<sup>423</sup> Wolfgang A. Mommsen an Werner Jochmann, 22.3.1945, in FZH NL Jochmann, Bd. 34.

war Assistent von Fritz Fischer und arbeitete später selbst zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus, Adolf Hitler und NSDAP.<sup>424</sup> Er verstand auch in seiner eigenen Zuwendung zum Nationalsozialismus als junger Mann die Notwendigkeit nach Erklärungen für das NS-Regime und sah einen methodischen Ansatz in der längeren Geschichtsbetrachtung von 1871 bis 1945 sowie in der genaueren Betrachtung des aufkeimenden radikalen Antisemitismus. Er verfasste später wichtige Publikationen zur Kontinuität des Antisemitismus in Deutschland zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus.<sup>425</sup> Zudem betreute er die ersten wichtigen Studien zu völkischen und alldeutschen Verbänden wie die von Iris Hamel zum Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband<sup>426</sup> und des Fischer-Schülers Uwe Lohalm zum DvSTB.<sup>427</sup> Er stand auch mit Anneliese Thimme über deren Studie „Flucht in den Mythos“ in Kontakt für die weitere Recherche von Dokumenten zu Claß.<sup>428</sup> Weitere Studien von Gabriele Krüger zur Brigade Ehrhardt<sup>429</sup> und von Jan Striesow zur Deutschvölkischen Freiheitspartei<sup>430</sup> folgten und konnten die gezielte Materialsammlung im Hause nutzen. Auch Egmont Zechlin bat Jochmann für Staatsexamenskandidaten Material zum ADV aus seinem Hause zur Verfügung zu stellen.<sup>431</sup> So wurden systematisch zwischen 1962 und 1964 unter anderem Kopien der Alldeutschen Blätter und der Deutschen Zeitung sowie der Nachlass zu Alfred Roth (1964) erworben, während man sich auch um andere Nachlässe alldeutscher Mitglieder, wie jenen von Carl Friedrich Gok, bemühte.<sup>432</sup> Jochmann erinnerte sich gegenüber Joseph Wulf seinerzeit, dass für diese Forschungsprojekte „fast kein Material“ vorgelegen und es viel Kraft und Mühe gekostet habe, diese Nachlassakten zu erwerben.<sup>433</sup>

Die Forschungsstelle in Hamburg war somit zum Zeitpunkt, als sich Mommsen bei Jochmann 1962 erneut meldete, ein wichtiges Zentrum der frühen Nachkriegsforschung zu Organisationen der Rechten in der Weimarer Republik und somit zur Vorgeschichte des Nationalsozialismus. Dass Jochmann

<sup>424</sup> Siehe Werner Jochmann Quellenband NSDAP. Er plante für die Darstellung im zweiten Band auch einen ausführlichen Abschnitt zum ADV, zu seinem „Einfluß in Hamburg“ und den „Querverbindungen zwischen dem Alldeutschen Verband und dem nationalen Klub sowie zu anderen nationalen Verbänden und Vereinigungen.“ Werner Jochmann an Jerzy Sarczyk, 8.1.1962, in FZH 376–22 (1962).

<sup>425</sup> Siehe Jochmann: Im Kampf um die Macht, Ders.: Nationalsozialismus und Revolution und Ders.: Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft. Siehe zu Werner Jochmann (1921–1995) auch Büttner: Werner Jochmann und Schüler-Springorum: Werner Jochmann sowie Büttner: Das Unrechtsregime.

<sup>426</sup> Hamel: Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband.

<sup>427</sup> Lohalm: Völkischer Radikalismus.

<sup>428</sup> Siehe Anneliese Thimme an Werner Jochmann, 5.12.1962, in FZH 376–22 (1962). Thimme vermutete weitere Nachlassakten von Claß in Jena, wo Claß am 16.4.1953 verstarb.

<sup>429</sup> Krüger: Brigade Ehrhardt.

<sup>430</sup> Striesow: Die Deutschnationale Volkspartei.

<sup>431</sup> Egmont Zechlin an Werner Jochmann, 3.9.1964, in FZH 376–22 (1964).

<sup>432</sup> Siehe Werner Jochmann an Elfriede Gok und an Barbara Gok, 23.11.1962 und 18.12.1963, in FZH 376–22 (1962) und (1963).

<sup>433</sup> Werner Jochmann an Joseph Wulf, 23.9.1965, in FZH 376–22 (1965).

bei der Sammlung von Beständen „von verschiedenen Angehörigen dieser Organisationen tätig unterstützt“ wurde, schien für Mommsen eine Kooperation bei der Suche nach dem Claß-Nachlass zu erleichtern.<sup>434</sup> Jochmann ging bei seiner erfolgreichen Quellenakquise oftmals bewusst konspirativ vor und nutzte dafür zuweilen weiße Umschläge ohne Dienstadresse zur „diskreten“ Kontaktaufnahme.<sup>435</sup> Jochmann wollte sich auch um die Recherche um den Claß-Nachlass bemühen, plante eine Reise nach Koblenz zu weiteren Absprachen für den März oder April 1962, musste diese aber wegen des Umzugs der Forschungsstelle verschieben. Letztlich vermutete Jochmann jedoch: „Im Falle Claß wird wohl doch kein neues Material mehr erschlossen werden. Dafür könnte ich sonst [an] einige interessante Verbindungen anknüpfen. Sobald meine Bemühungen zu einem gewissen Abschluß gekommen sind, werde ich Sie über alle meine Aktionen unterrichten. Einige Mitteilungen werden Sie sicher interessieren.“<sup>436</sup>

So ging man zunächst auseinander, jedoch recherchierte Mommsen vom Bundesarchiv innerhalb der Familie Claß weiter, da Anna Elisabeth Claß unverheiratet geblieben und somit die alleinige Nachlassverwalterin und daher die Herausgabe ihres Erinnerungsexemplars zunächst unklar geblieben war. Dabei stieß er auf die Münchner Adresse von Lella (Friedel) Dürrschmidt<sup>437</sup>, der Enkelin von Claß und der Tochter von Claß' Sohn Hans August Wilhelm Claß und Irmgard Ottilie Rasberger, die am 20. Juli 1933 geheiratet hatten.<sup>438</sup>

Am 27. März 1963 kam es in München zu einem Treffen von Seiten des Bundesarchivs mit Friedel Mathilde Barbara Dürrschmidt, die nach dem Tod von Claß' Sohn Wilhelm am 25. Januar 1947 zusammen mit Anna Elisabeth Claß durch Testamentsänderung zu gleichen Teilen Vermögen und Nachlass nach Claß' Tod am 16. April 1953 erben sollte.<sup>439</sup> Jedoch versicherte Friedel Dürrschmidt, dass „sie von den Papieren ihres Großvaters überhaupt nichts mehr besäße. Alles was an Papieren dagewesen sei, sei verloren gegangen oder muß sich in den Händen ihrer Berliner Tante [Anna Elisabeth Claß, Anm. d.

<sup>434</sup> Werner Jochmann an Clara Reuter, 27.11.1962, in FZH 376–22 (1962).

<sup>435</sup> Werner Jochmann an die Rechnungsstelle, 15.8.1962, in FZH 376–22 (1962).

<sup>436</sup> Werner Jochmann an Wolfgang A. Mommsen, 3.5.1962, in VA Claß, BA-Koblenz und FZH 376–22 (1962).

<sup>437</sup> Friedel Mathilde Barbara Dürrschmidt, geborene Claß, wurde am 12.6.1934 in München geboren. Siehe Geburtsurkunde vom 16.12.1953 (München), in BA-Berlin, N 2368, Bd. 7, o. Bl.

<sup>438</sup> Vermerk BA-Koblenz, 19.10.1962, in VA Claß, BA-Koblenz. Siehe auch Heiratsurkunde Hans August Wilhelm Claß und Irmgard Ottilie Rasberger (geboren am 12.11.1909) vom 16.12.1953 (München), in BA-Berlin, N 2368, Bd. 7, o. Bl.

<sup>439</sup> Siehe Testament Heinrich Claß, 26.4.1945 und gemeinschaftlicher Erbschein, 1. Ausfertigung (Jena 11.12.1953, beglaubigt Berlin 19.12.1953 und Mainz 16.3.1959). Claß zog nach der Bombardierung seiner Berliner Wohnung in der Keithstraße 42 am 22./23.11.1943 nach Jena (Oberer Philosophenweg 19) und verstarb dort auch. Das in der DDR befindliche Vermögen von Friedel Claß unterlag der „Verwaltung durch die Organe der DDR nach § 6 der VO“ vom 17.7.1952 über die Sicherung von Vermögenswerten. Siehe Erbschein, 1. Ausfertigung. Alle Dokumente in BA-Berlin, N 2368, Bd. 8.

Verf.] befinden.“<sup>440</sup> Ein Anruf von Frau Dürrschmidt bei Anna Elisabeth Claß in Berlin brachte gegenüber dem Bundesarchiv die Zusage, dass das Berliner Exemplar der Erinnerungen nun doch zeitnah zu noch näher festzulegenden Konditionen von Frau Claß nach Koblenz übergeben werden sollte.<sup>441</sup> Frau Dürrschmidt berichtete darüber hinaus noch von einem ehemaligen Mitarbeiter von Claß, der in Salzburg lebte und seine eigenen Memoiren zum ADV vorbereite.<sup>442</sup>

Wer dieser Mitarbeiter war, ließ sich nicht aus den Akten feststellen. Jedoch gab es Anfang der 1960er Jahre einen Wettlauf um die Archivierung und wissenschaftliche Nutzung der Claß'schen Erinnerungen. Das Bundesarchiv wollte den Salzburger Hinweisen weiter nachgehen und bei einem Treffen von Mommsen mit Anna Elisabeth Claß kam man auch auf einen Schüler von Werner Jochmann zu sprechen, der eine eigene Herausgabe der Erinnerungen plante.<sup>443</sup> Anna Elisabeth Claß hielt aufgrund dieser zweiten Verarbeitung der Claß'schen Erinnerungen den Zeitpunkt für die Abgabe ihres Exemplars an das Bundesarchiv noch nicht gekommen.<sup>444</sup>

In der Forschungsstelle in Hamburg hingegen war Jochmann erfolgreicher bei der parallelen Erwerbung eines Exemplars der Erinnerungen von Claß, das in Form von fotografischen Abzügen (Nasskopien) vorliegt sowie das 1. Heft (siehe Kapitel 1) als Originalmaschinenabschrift mit einzelnen handschriftlichen Anmerkungen Claß als „2. Exemplar“ beinhaltet.<sup>445</sup> Von wem Jochmann diese Kopie erworben hatte bleibt unklar. Er muss sie aber vermutlich zwischen 1962, als er mit Mommsen wegen des Claß-Nachlasses in Kontakt stand, und 1964 für die Forschungsstelle akquiriert haben. Michael Stürmer arbeitete zu dieser Zeit in Marburg an seiner Dissertation und nahm mit Jochmann Kontakt auf. Stürmers Doktorvater Erich Matthias habe ihm mitgeteilt, dass Jochmann „bislang unveröffentlichtes Material zur Kooperation von [Alfred]

---

<sup>440</sup> Vermerk/Bericht BA-Koblenz, 28.3.1963, in VA Claß, BA-Koblenz.

<sup>441</sup> Ebd.

<sup>442</sup> Ebd.

<sup>443</sup> Vermerk Wolfgang A. Mommsen zum Treffen mit Anna Elisabeth Claß auf dem Anschreiben Wolfgang A. Mommsen an Anna Elisabeth Claß, 11.4.1963, in VA Claß, BA-Koblenz. Zu dieser Veröffentlichung ist es nicht gekommen und wer genau gemeint ist bleibt unklar. Jedoch ist die Hamburger Version der Claß'schen Erinnerungen „Wider den Strom 2“ von Uwe Lohalm in seiner 1970 veröffentlichten Studie zum DvSTB verwendet worden. Ders.: Völkischer Radikalismus.

<sup>444</sup> Die Forschungsstelle in Hamburg machte ein eigenes Exemplar der Claß-Erinnerungen ausfindig, das sich jedoch in einzelnen Passagen von dem Exemplar des Bundesarchivs unterscheidet. Siehe Werner Jochmann: Bemerkungen bei der Durchsicht des nachgelassenen Manuskripts von Herrn Justizrat Claß, ohne Datum, in Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (abgelegt in FZH, C11/2, Bd. 2). Wann ein zweites Exemplar in Hamburg einging, und ob dieses Exemplar mit dem Exemplar aus dem Bundesarchiv abgeglichen wurde, ist unklar. Jedoch vermerkt das Bundesarchiv 1967, dass Jochmann von verschiedenen Fassungen berichtet habe. Siehe Vermerk BA-Koblenz, 18.8.1967, in VA Claß, BA-Koblenz.

<sup>445</sup> Siehe FZH 11/C2, C3 und C4.

Hugenberg und den Alldeutschen“ habe.<sup>446</sup> Jochmann verhandelte dahingehend gerade mit einem ehemaligen Vorstandsmitglied der DNVP, aber sicher sei auch eine „weitere Quelle“ für Stürmers Arbeit wichtig. Jedoch müsse sich Jochmann erst erkundigen, ob er die Quelle „wieder zur Einsicht erhalte. Das wäre wohl sicherlich möglich, auf keinen Fall aber könnte ich Ihnen diese Aufzeichnungen nach Marburg schicken, denn die Familie ist überhaupt nicht bereit, die Quelle zur Verfügung zu stellen.“ Jochmann bekam die genannte Quelle dann wohl von einem „Freund des Hauses“ auf unkonventionellem Weg.<sup>447</sup> Ob es sich um die Erinnerungen von Claß handelte bleibt unklar, ist jedoch wahrscheinlich. Stürmer bedankte sich im Januar 1965 für das überlassene Material zum ADV und stimmte sich mit Jochmann darüber ab, die ausgewertete Quelle unter dem etwas „geisterhaften Namen“ der Signatur „C2“ sowie mit dem Hinweis auf die Forschungsstelle in Hamburg anzuführen.<sup>448</sup> Die in der Forschungsstelle überlieferten Erinnerungen werden bis heute unter der Signatur „11/C2“ geführt.

Während in Hamburg eine unvollständige Kopie<sup>449</sup> bereits vorlag und auch von Jochmann wissenschaftlich genutzt wurde<sup>450</sup>, bemühte sich Mommson um einen erfolgreichen Abschluss der bereits eingeschlagenen Nachlassverhandlungen. Nach erneuter Erinnerung durch das Bundesarchiv 1965 wick Anna Elisabeth Claß der Nachfrage nach den Erinnerungen von Claß zunächst erneut aus: „Ich habe durchaus die Absicht das Manuskript aus dem Nachlaß meines Vaters eines Tages dem Bundesarchiv zu überlassen, aber ich muß Sie um Verständnis bitten, daß ich mich jetzt noch nicht davon trennen möchte. Es ist die einzige Abschrift, die ich besitze – übrigens ohne jede handschriftlichen Anmerkungen meines Vaters – und ich möchte mich noch nicht davon trennen. Es müssten noch 2 Abschriften in Jena existieren, an die ich leider nicht herankam.<sup>451</sup> Sollte eine davon in meine Hände gelangen, so würde ich sie

<sup>446</sup> Michael Stürmer an Werner Jochmann, 16.11.1964, in FZH 376–22 (1964).

<sup>447</sup> Werner Jochmann an Michael Stürmer, 9.12.1964, in FZH 376–22 (1964). Bei dem Erwerb von Kopien aus dem Nachlass Alfred Roth war die Familie zur Überlassung von einzelnen Privatdrucken kooperativer. Siehe Werner Jochmann an Dieter Wilk, 6.1.1965, in ebd. (1965).

<sup>448</sup> Michael Stürmer an Werner Jochmann, 25.1.1965, in FZH 376–22 (1965). Stürmer gab in seiner 1967 erschienen Studie zur Weimarer Innenpolitik 1924–1928 eine in der Forschungsstelle eingesehene „nach 1933 entstandenen, unveröffentlichten Darstellung aus dem Alldeutschen Verband“ an, die Rückschlüsse auf die Claß'schen Erinnerungen schließen lassen. Siehe das Kapitel zum ADV und der DNVP in Stürmer: Koalition und Opposition, S. 190–196. Zitat S. 190.

<sup>449</sup> Es fehlen die Abschnitte 3 und 7 sowie der Anhang von 1936 zum Verhältnis von Claß zu Adolf Hitler und der NSDAP. Siehe auch den folgenden Abschnitt „Vergleichende Bemerkungen zu den beiden überlieferten Textversionen im Bundesarchiv-Berlin (Bestand N 2368) und in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (Bestand C11/2)“.

<sup>450</sup> Siehe z. B. Jochmann: Die Ausbreitung des Antisemitismus.

<sup>451</sup> Um welche zwei Abschriften es sich hier handelt, ist unklar. Während seiner Zeit in Jena von 1943/44 bis 1953 hatte Claß u. a. engen Kontakt mit Professor Wolfgang Veil, der jedoch 1946 starb, sowie der Schriftstellerin Helene Voigt-Diederichs, die 1911 von dem Verleger Eugen Diederichs geschieden wurde und 1961 in Jena starb.

dem Bundesarchiv zur Verfügung stellen. Andernfalls müssen Sie schon bis zu meinem Ableben warten.“<sup>452</sup>

Die Angelegenheit kam erst 1966 und 1967 erneut in Bewegung. Jochmann hatte Informationen, dass ein Herr Rother<sup>453</sup> in Hamburg eine Kopie der Erinnerungen besäße, während Jochmann selbst nun eine Kopie des Manuskripts vorliegen habe und aus dem Claß-Nachlass noch zwei weitere Mappen mit Papieren vorhanden seien.<sup>454</sup> Auf erneute Nachfrage bot Anna Elisabeth Claß eine Kopie der Kopie dem Bundesarchiv an, da sie sich „immer noch nicht entschließen“ konnte, „das Manuskript aus der Hand zu geben, da es die einzige Erinnerungsstütze an manchmal recht bewegte Zeiten“<sup>455</sup> sei. Es handele sich bei ihrem Exemplar um 955 Seiten, die sie zuletzt in vier Teilbänden habe heften lassen. Anna Elisabeth Claß machte eine Benutzung des zu kopierenden Erinnerungsexemplars im Bundesarchiv-Koblenz von ihrer Erlaubnis bis zum Jahr 1977 abhängig, worauf das Bundesarchiv einging.<sup>456</sup> Für eine Versendung des Manuskripts nach Koblenz sei ihr der Postweg zu unsicher; sie würde daher eine Kopie, wie vom Bundesarchiv als Alternative angeboten, lieber im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin machen lassen.<sup>457</sup> Die Filmrolle mit der Kopie der Erinnerungen aus dem Besitz von Anna Elisabeth Claß traf schließlich im November 1967 in Koblenz ein und der Titel des Dokumentes wurde auf „Lebenserinnerungen des Justizrat Claß“ festgelegt.<sup>458</sup>

<sup>452</sup> Anna Elisabeth Claß an Wolfgang A. Mommsen, 9.6.1965, in VA Claß, BA-Koblenz.

<sup>453</sup> Werner Jochmann spricht von einem Harald Rother in der Genslerstraße in Hamburg, der Material zum ADV von seinem Vater haben soll. Werner Jochmann an Wolfgang A. Mommsen, 30.8.1967, in FZH 376–22 (1967). Dr. Rother habe bei Claß „Sohnesstelle vertreten“, so Jochmann, und sei ein schwieriger Verhandlungspartner, da er selbst eine Veröffentlichung plane. Siehe Vermerk BA-Koblenz, 18.8.1967, in VA Claß, BA-Koblenz. Vermutlich bezieht sich diese Einschätzung auf die Zeit nach 1947, nachdem Wilhelm Claß in München von einem amerikanischen Besatzungssoldaten überfahren wurde und dabei tödlich verunglückte.

<sup>454</sup> Siehe Vermerk BA-Koblenz, 2.8.1966 und Vermerk 14.3.1967, in VA Claß, BA-Koblenz. Mommsen bat 1967 Jochmann auch erneut um Kontakthinweise für den möglichen Erwerb von Nachlassakten von „Junius Alter“. Gemeint war Franz Sontag, ehemaliger Schriftleiter der Alldeutschen Blätter. Wolfgang A. Mommsen an Werner Jochmann 17.4.1967, in FZH 376–22 (1967). Jochmann konnte jedoch seinen „Hamburger Gewährsmann“ erst zwei Monate später „aufspüren“ und übermittelte die Adresse der Witwe Margarete Sontag in Bergisch-Neukirchen. Werner Jochmann an Wolfgang A. Mommsen, 30.6.1967, in ebd.

<sup>455</sup> Anna Elisabeth Claß an Wolfgang A. Mommsen, 6.7.1967, in VA Claß, BA-Koblenz.

<sup>456</sup> Anna Elisabeth Claß an BA-Koblenz, 4.8.1967 und BA-Koblenz an Anna Elisabeth Claß, August 1967 [Entwurf] sowie vom September 1967 und Vertrag/Entwurf, ohne Datum [August/September 1967], in VA Claß, BA-Koblenz.

<sup>457</sup> Siehe ebd., BA-Koblenz an Anna Elisabeth Claß, 17.7.1967 und GSTA an BA-Koblenz, 12.10.1967, in VA Claß, BA-Koblenz.

<sup>458</sup> BA-Koblenz an Anna Elisabeth Claß, 8.11.1967 und Archivalien-Zugang am 10.11.1967/BA-Koblenz, 10.11.1967, in VA Claß, BA-Koblenz. Die Filmrolle hatte im BA-Koblenz zuletzt die Signatur N Heinrich Claß, Kleine Erwerbungen F 499. Die Filmrolle kam dann kurzzeitig vor einigen Jahren an das GSTA in Berlin und ist letztlich im BA-Berlin unter N 2368 archiviert worden.

Anna Elisabeth Claß bedankte sich schließlich beim Bundesarchiv für die Archivierung der Erinnerungen.<sup>459</sup> Der Kopie der Erinnerungen ist auch ein Anhang über das Verhältnis von Claß zu Adolf Hitler beigelegt, das im November 1936 abgeschlossen worden war. Darauf verweisen zumindest die Datums-einschübe in der Kopie. Zu den ersten sieben Seiten dieses Anhangs, die dem Exemplar fehlen und den Beginn des Textes darstellen, sowie zwei weiteren fehlenden Seiten im Haupttext, schrieb Anna Elisabeth Claß: „Was die fehlenden Seiten betrifft, so kann ich auch nichts Bestimmtes sagen. Ich nehme an, daß mein Vater selbst noch die Seiten 1–7 des Anhangs, den er erst später geschrieben hat, wieder herausgenommen hat, nach den Seiten 246<sup>460</sup> und 836 habe ich selbst schon gesucht. Da das Manuskript lange in losen Mappen gelegen hat und ich es erst vor einigen Jahren wieder in die Hände bekommen habe, müssen die Seiten vorher abhandengekommen sein. Sollten sie mir noch irgendwann und irgendwie begegnen, so werde ich sie den jetzt gebundenen Bänden beifügen. Ich habe aber wenig Hoffnung.“<sup>461</sup>

Nachdem die Erinnerungen dem Bundesarchiv-Koblenz als Filmkopie vorlagen, häuften sich die wissenschaftlichen Anfragen zur Einsichtnahme, die Anna Elisabeth Claß aber wohl immer wieder abgelehnt hatte. Der enge Vertraute von Claß, der im Zweiten Weltkrieg zum militärischen Widerstand um Henning von Tresckow gehörte, Fabian von Schlabrendorff, erklärte gegenüber Mommsen, dass sie „auf dem Standpunkt stünde, daß die Zeit noch nicht

<sup>459</sup> Anna Elisabeth Claß an BA-Koblenz, 24.11.1967, in VA Claß, BA-Koblenz.

<sup>460</sup> Während die Seiten 1–7 des Anhangs von 1936 sowie die Seite 836 (Kapitel: „Weitere Erlebnisse in Österreich“) im Text fehlen, scheint der Textfortlauf von Seite 245 zu 247 (Kapitel: „Besuch bei Ludendorff im Oktober 1917“) keinen inhaltlichen Bruch im fortlaufenden Satz anzuzeigen. Die falsche Nummerierungsfolge mit der fehlenden Seite 246 erscheint als Nummerierungsfehler der fortfolgenden Seitenzahlen. In der Fassung in FZH 11/C2 ist die von Seite 245 auf 246 richtig erfolgt und der Text auf Seite 246 ist der gleiche Text wie auf Seite 247 in der Fassung im BA-B N 2368. Es scheinen auch nachträgliche Erweiterungen des Textes durch zusätzliche Kapitel vorgenommen worden zu sein, da beispielsweise das Kapitel „von Seeckt“ maschinenschriftlich eine niedrigere Anfangsnummerierung der Seiten (Beginn mit Seite 544) anzeigt, jedoch handschriftlich die letztlich korrekte Nummerierung mit Seite 639 aufweist. Bis zum Kapitel „Arbeit in Österreich“ (Seite 776) sind die maschinenschriftlich ausgewiesenen Seiten 544–681 durch handschriftliche Zusätze (Seite 639–776) ergänzt. Das Manuskript scheint gegenüber der Erstzählung der gesamten Seiten bis zur Seite 776 durch fast 100 Seiten Text erweitert worden zu sein. Mit Seite 776 beginnt wieder die maschinenschriftliche Ausweisung der restlichen Seiten 776–955 der Textkopie. Seite 776 ist doppelt ausgewiesen, jedoch aufgrund eines Zählfehlers bei der Nummerierung. Das Kapitel „Der Seeckt-Prozess“ endet mit der handschriftlichen Nummerierung Seite 776 (maschinenschriftliche Seitenzählung 681) und das folgende Kapitel „Arbeit in Deutschösterreich“ beginnt ebenfalls mit Seite 776 (maschinenschriftlich).

<sup>461</sup> Anna Elisabeth Claß an Wolfgang A. Mommsen, 24.11.1967, in VA Claß, BA-Koblenz. Anna Elisabeth Claß verweist in diesem Schreiben auch auf ihre Nichte, Friedel Dürrschmidt in München, die nach ihrem Tod das Manuskript dem Bundesarchiv übergeben soll. Johannes Leicht hat bei Friedel Dürrschmidt 2011 kleine Nachlassstücke von Heinrich Claß einsehen können und sie hat auch die Veröffentlichung dieser Edition zugestimmt. Siehe Erklärung von Friedel Dürrschmidt, 19.3.2012.



reif ist, um solche Niederschriften der Öffentlichkeit zu übergeben.“<sup>462</sup> Schlabrendorff habe sie in dieser Ansicht bestärkt. Schließlich wurde die Freigabebeschränkung auf Wunsch von Anna Elisabeth Claß auch noch bis nach ihrem Tode verlängert. Zu einem formellen Vertragsabschluss sei es bis zu ihrem Tod<sup>463</sup> nicht mehr gekommen und Friedel Dürrschmidt wurde zur alleinigen Nachlassverwalterin, die sich an die zuvor besprochene Benutzungssperre bis 1977 gebunden fühlte.<sup>464</sup> Das Exemplar der Erinnerungen hatte Friedel Dürrschmidt auch nach eigener Darstellung bei der Haushaltsauflösung nicht gefunden. Noch zu Lebzeiten habe sie bei Anna Elisabeth Claß „einen Zettel auf ihrem Nachttisch gefunden, auf dem sie bat, das Manuskript noch nicht zu publizieren.“<sup>465</sup> Die Akte wurde am 4. Januar 1978 geschlossen.

Ein Jahr später veröffentlichte Schlabrendorff seine Erinnerungen unter dem Titel „Begegnungen in fünf Jahrzehnten“. Nach dem Krieg arbeitete er als Rechtsanwalt in Wiesbaden und war von 1967 bis 1975 Richter am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. In dem 19 Druckseiten umfassenden Kapitel zu „Heinrich Claß“ druckte er kurze Originalpassagen aus Claß' Erinnerungsmanuskript ab, die sich vor allem mit dem Verhältnis Claß-Hitler zwischen 1920 und 1923, dem Hitler-Putsch 1923, der Einschätzung von Hitler als Politiker 1929 sowie Claß' Darstellung der Machtübernahme am 30. Januar 1933 beschäftigten und somit aus dem zusätzlichen Anhang (Kapitel 9) entnommen waren.<sup>466</sup>

### **3. Entstehungszeitraum der Abschrift der Erinnerungen (circa 1934 bis 1936/37 und Ergänzungen um 1944)**

Als Claß im Spätsommer 1932 „Wider den Strom“ veröffentlichte, wurde das Buch bereits als der erste Band seiner Erinnerungen beworben.<sup>467</sup> Demnach war zu diesem Zeitpunkt die Fortführung des im Frühjahr 1915 endenden ersten Bandes längst vorgesehen. Der Text zu „Wider den Strom. Band 2“ wurde von Claß demnach vermutlich zwischen 1932/33 und 1936/37 verfasst. Über den ungefähren Beginn der Niederschrift sind mehr Anhaltspunkte überliefert, als über den genauen zeitlichen Abschluss der Niederschrift. Otto Bonhard schrieb an Ludwig Schemann im Frühjahr 1934, die Abfassung der Erinnerungen sei „im Diktat begonnen und etwa auf ein Drittel seines Inhalts gediehen. Seit November aber musste eine Unterbrechung erfolgen, weil Einharts

---

<sup>462</sup> Fabian von Schlabrendorff an Wolfgang A. Mommsen, 14.2.1972, in VA Claß, BA-Koblenz.

<sup>463</sup> Anna Elisabeth Claß wurde am 13.6.1898 geboren, ist am 6.2.1973 gestorben und wurde am 21.3.1973 auf dem Hauptfriedhof Mainz im Familiengrab beigesetzt.

<sup>464</sup> BA-Koblenz an Fabian von Schlabrendorff, 6./7.11.1972, Vermerk BA-Koblenz über Telefonat mit Schlabrendorff am 6.3.1972, 8.3.1972 und Vermerk BA-Koblenz, 19.10.1973, in VA Claß, BA-Koblenz.

<sup>465</sup> Vermerk BA-Koblenz über Telefonat mit Friedel Dürrschmidt, 12.12.1973, in VA Claß, BA-Koblenz.

<sup>466</sup> Schlabrendorff: *Begegnungen*, S. 149–167.

<sup>467</sup> Siehe Franz Schwendy: *Vier Jahrzehnte wider den Strom*, in *Deutsche Zeitung* 17.9.1932 sowie *Anzeige* in *Deutsche Zeitung* 24.9.1932.

Deutsche Geschichte neubearbeitet werden musste und starke Kürzungen, aber auch eine Fortsetzung bis zur Gegenwart an diesem Werk vorgenommen wurden, um es im Kreise der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse anzupassen und auch den heutigen politischen Zuständen Rechnung zu tragen. Die Fortsetzung der Arbeit an ‚Wider den Strom‘<sup>468</sup> wird nun nach Fertigstellung der ‚Deutschen Geschichte‘ von der völligen Wiedergewinnung der Arbeitsfähigkeit des Herrn Claß abhängen. Ich hoffe, dass wir unmittelbar nach Ostern damit beginnen können.<sup>469</sup> Claß bekam Hilfe bei der Überarbeitung. August Gebhard sollte ihm den „so freundlich und sachverständig aufgefrischten Teil in die Maschine diktieren“ und diese dann gleich mit vier Durchschlägen an Claß senden.<sup>470</sup> Trotzdem verzögerte sich die Arbeit nach einem Unfall, nachdem Claß von einem Lastkraftwagen angefahren worden war und danach für längere Zeit im Krankenhaus lag.

Claß berichtete dann im September 1934, dass er gerade mit der Niederschrift seiner Erinnerungen sehr beschäftigt sei und deshalb eine Neuauflage des „Kaiserbuchs“ in seinen engen Zeitplan eingepasst werden müsse.<sup>471</sup> Er erkundigte sich auch bei dem Verlag Koehler & Amelang, wie viele Exemplare des ersten Erinnerungsbandes „Wider den Strom“ von 1932 bereits verkauft wurden, wohl auch, um das öffentliche Interesse an einem zweiten Band zu erkunden.<sup>472</sup> „Wider den Strom“ ließ sich innerhalb von zwei Jahren sehr gut absetzen und auch das zuletzt 1925 in 7. Auflage erschienene „Kaiserbuch“ war Anfang 1934 vergriffen, sodass der Theodor Weicher Verlag bereits nach einer Neuauflage bei Claß anfragte, die dann in einer achten Auflage 1935 (36.000–38.000 Stück), jedoch im Verlag der Vermögensverwaltung des ADV, erschien.<sup>473</sup>

<sup>468</sup> Der erste Teil der Erinnerungen Claß: Wider den Strom erschien 1932 im Verlag von K.F. Koehler in Leipzig.

<sup>469</sup> Otto Bonhard an Ludwig Schemann, 14.3.1934, in BA-B, R 8048, Bd. 458, 60–61. Otto Bonhard, Hertha Schemmel, August Gebhard, Paul Bang und Leopold von Vietinghoff-Scheel haben Claß bei der Überarbeitung und Ergänzung der vorherigen Auflage von 1929 unterstützt. Siehe Vorwort zur fünfzehnten Auflage von Claß vom 10.2.1934, in Deutsche Geschichte von Einhart, 16. Aufl., Leipzig, 1936, S. VIII. Die „Deutsche Geschichte“ erschien 1934 in 15. Auflage (132.000–141.000 der Gesamtauflage seit 1909). Es folgte die 16. Auflage 1936, die 17. Auflage 1938, die 18. Auflage 1939 und die 19. Auflage 1941 (162.000–171.000 der Gesamtauflage seit 1909).

<sup>470</sup> Claß an August Gebhard, 13.11.1933, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 322, Bl. 262.

<sup>471</sup> Claß an Richard Schröder, 5.9.1934, in BA-B, R 8048, Bd. 322, 271. Das „Kaiserbuch“ wurde in 8. Auflage 1935 (36.000–38.000 der Gesamtauflage seit 1912) im Verlag der Vermögensverwaltung des Alldeutschen Verbandes G.m.b.H. veröffentlicht. Das Vorwort von Claß ist vom 15.11.1935 datiert. Siehe Claß-Frymann: Das Kaiserbuch, S. 7–9. Die Ausgabe von 1935 ist eine Überarbeitung der 7. Auflage von 1925 (31.000–35.000 der Gesamtauflage seit 1912).

<sup>472</sup> Im November 1934 waren noch 561 Exemplare von „Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich“ vorrätig und insgesamt wurden seit 1932 3.841 Exemplare der Auflage verkauft. Siehe Koehler & Amelang an Claß, 7.11.1934, in BA-B, R 8048, Bd. 322, Bl. 284.

<sup>473</sup> Theodor Weicher Verlag an Claß, 13.1.1934, in BA-B, R 8048, Bd. 322, Bl. 266. Demnach wurden zwischen 1931 und 1933 993 Exemplare des „Kaiserbuchs“ verkauft. Da der Ver-

Der Erzählkontext lässt in einzelnen Passagen zusätzlich auf die geschätzte Entstehungszeit der Abschrift des Haupttextes der Erinnerungen v. a. zwischen 1933/34 und 1935 (vielleicht auch noch 1936) schließen, so zum Beispiel wenn Claß im Haupttext der Erinnerungen den Tod von Franz Schwendy (1875–1935) noch erwähnt.<sup>474</sup> Schlabrendorff, der 1932 als Gast bei Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses teilnahm<sup>475</sup> sowie beratende Figur für Anna Elisabeth Claß während der Verhandlungen mit dem Bundesarchiv für die spätere Verwaltung der Erinnerungen als Nachlassangelegenheit war, berichtet, dass er während seines Studiums der Rechtswissenschaften an der Berliner Universität Claß 1929 über Rudolf Smend kennenlernt hatte. Schlabrendorff half demnach, den Nachtrag von 1936 „bald nach 1945“ aus einem Banksafe in der Schweiz zurück in den Besitz von Anna Elisabeth Claß zu überführen, nachdem die Sperranweisung aller Bankkonten von deutschen Staatsbürgern mit dem Hinweis umgegangen werden konnte, es seien nur Schriftdokumente und kein Bargeld in dem Schließfach von Claß.<sup>476</sup> Claß habe sich zum Zweck der Niederschrift des Anhangs im Oktober und November 1936 in die Schweiz begeben und nach der Niederschrift selbst den Text in einem Bankschließfach hinterlegt.<sup>477</sup> Der zusätzliche Anhang zum Verhältnis zu Adolf Hitler und der NSDAP ist darüber hinaus mit maschinenschriftlichen Vermerken zur Entstehungszeit zwischen dem 29. Oktober 1936 (ab der ersten überlieferten Seite 8 des Anhangs) und dem 17. November 1936 (der letzte Abschnitt von Seite 61–63) vermerkt. Das Gesamtmanuskript mit den Heften 1–8 wurde 1934 begonnen und war mit dem Nachtrag vom Oktober/November 1936 inhaltlich abgeschlossen. Der genaue Zeitpunkt des Abschlusses des Manuskripts bleibt hingegen unklar. Claß berichtete Schemann noch im Frühjahr 1937: „Nun noch ein Wort zu der Frage, die Sie neulich gestellt haben, wann der zweite Band meiner Erinnerungen herauskomme. Das kann ich noch nicht

---

band selbst für die Versendung und Versenkung von Claß' Schriften an Verbandsmitglieder, Personen des öffentlichen Lebens und Bibliotheken auf eigene Kosten und oftmals mit Preisnachlassverhandlungen bei den jeweiligen Verlagen sorgte, gingen auch vom „Kaiserbuch“ allein von diesen 993 Exemplaren 510 Exemplare an den Verband und nur 483 Exemplare in den Buchhandel. Siehe auch Claß-Frymann: Das Kaiserbuch. Das „Kaiserbuch“ war 1934 vergriffen und zum Jahreswechsel 1935/1936 erfolgte eine „Volksausgabe“ von 2.000 kartonierten und 300 gebundenen Exemplaren durch die Grimmesche Hofbuchdruckerei Bückeburg. Rechteverhandlungen mit Karl Kaehler führten im September 1934 zum Bruch mit dem neuen Inhaber des Theodor Weicher Verlages. Ende Oktober 1935 trat Claß an die Grimmesche Hofbuchhandlung mit der Anfrage heran, den Neudruck des „Kaiserbuches“ zu übernehmen. Karl F. Kaehler an Claß, 19.9.1934, in ebd., Bl. 278–279 und Claß an Grimmesche Hofbuchhandlung, 30.10.1935, in ebd., Bl. 288.

<sup>474</sup> Siehe Kapitel 5.4.

<sup>475</sup> Siehe Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV 9.9.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 171, Bl. 6. Zu diesem Zeitpunkt war Fabian von Schlabrendorff cand. iur. an der Universität Halle a. d. Saale.

<sup>476</sup> Siehe Schlabrendorff: Begegnungen, S. 149–150.

<sup>477</sup> Ebd., S. 150.

[ausreichend?] sagen. Die Niederschrift ist im wesentlichen beendet und könnte bald abgeschlossen sein.“<sup>478</sup>

Das Manuskript ruhte vermutlich die nächsten Jahre und Claß nahm zuweilen Ergänzungen oder Überarbeitungen vor. So schrieb er nach seiner Ausbombung in Berlin im November 1943 und dem Umzug nach Jena an Hans Grimm noch im März 1944, dass er den Text, der „in der Hauptsache fertig“ sei, zuweilen noch bearbeite. Jedoch sei an einer Veröffentlichung „in absehbarer Zeit nicht zu denken“. Seine „Hauptsorge ist, das umfangreiche Werk zu sichern, das von Kennern der Zeitgeschichte als noch wichtiger angesehen wird als der erste Band.“<sup>479</sup>

#### **4. Vergleichende Bemerkungen zu den beiden überlieferten Textversionen im Bundesarchiv-Berlin (Bestand N 2368) und in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (Bestand 11/C2)**

Dieser Veröffentlichung liegt die Textfassung zugrunde, die von Anna Elisabeth Claß schließlich nach langjährigen Verhandlungen und Verzögerungen dem Bundesarchiv als Mikrofiche-Kopie zur zunächst eingeschränkten Benutzung überlassen wurde.<sup>480</sup> Da es sich um eine Schreibmaschinenabschrift und nicht um eine handschriftliche Fassung der Erinnerungen handelt, ist die Authentizität durch Herkunft über die Tochter von Claß, Anna Elisabeth Claß, und durch die inhaltliche Kohärenz des Textes anzunehmen. Handschriftliche Zusätze oder Einschübe finden sich jedoch auch in der Textfassung in der unvollständig überlieferten Abschrift in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte (Bestand 11/C2). Claß selbst vermerkte in den vorliegenden Erinnerungen, dass er für gewöhnlich seine handschriftlichen Fassungen für geplante Publikationen, wie die nach dem Ersten Weltkrieg überarbeitete Fassung des „Einhart“, seiner Tochter zur Zusammenschau übergeben hatte, die dann von seiner Frau überprüft und von Claß' Privatsekretär, Ferdinand Andres, abgeschrieben wurden.<sup>481</sup> Beide überlieferten Textfassungen im Bundesarchiv und in der Forschungsstelle in Hamburg sind keine handschriftlichen Überlieferungen. An einigen ausgesuchten Stellen sind kleinere handschriftliche Einfügungen, zumeist Ergänzungen oder inhaltliche Korrekturen von Namen, Orten oder akademischen Titeln bzw. militärischen Rängen, vorgenommen worden. Diese Ergänzungen bzw. Korrekturen lassen neben einigen Anmerkungen und Korrekturen von Claß auf mindestens eine weitere unterschiedliche Handschrift einer Überarbeiterin oder eines redaktionellen Überarbeiters schließen,

<sup>478</sup> Claß an Ludwig Schemann, 21.3.1937, in Universitätsarchiv Freiburg, N 12, NL L. Schemann, Bd. 1669, o.Bl.

<sup>479</sup> Claß an Hans Grimm, 2.3.1944, in Literaturarchiv Marbach, NL Grimm A 83.2, o.Bl.

<sup>480</sup> In BA-B N 2368, Bd. 3, S. 1–955 und zusätzlicher Anhang von 1936 mit den Seiten 8–63.

<sup>481</sup> Siehe Kapitel 4.10.

die oder der nach Abschrift des Manuskripts jene Ergänzungen beim Korrekturlesen eingefügt haben muss. Vereinzelt liegen dem Manuskript auch noch gesonderte Wiederholungsabschriften bei, in denen handschriftliche Zusätze der folgenden Manuskriptseiten nochmals mit der Schreibmaschine abgeschrieben und somit bereinigt wurden.

Die Textfassung in der Forschungsstelle in Hamburg umfasst inhaltlich die Hefte 1, 2, 4, 5, 6 sowie 8. Die Hefte 3 (1917–1918) und 7 (Österreich 1918–1931) fehlen in der Hamburger Version ebenso wie der Nachtrag vom Oktober/November 1936. Die drei Abschnitte sind wiederum in der Textfassung des Manuskripts im Bundesarchiv enthalten. Der Bildabgleich beider Textfassungen lässt darauf schließen, dass die Hefte 1, 2, 5 und 6 in der Textfassung im Bundesarchiv direkte Durchschlagsfassungen der Hamburger Textfassung sind, die als maschinenschriftliche Originalabschrift angefertigt wurde. Heft 4 der Hamburger Textfassung ist eine neue maschinenschriftliche Abschrift dieses Kapitels mit zuweilen auffällig anderem Kapitelumbruch. Heft 8 stellt in der Hamburger Textfassung ebenfalls eine neue maschinenschriftliche Abschrift dar, deren kleine handschriftliche Korrekturen von Claß dann in der Abschrift in der Textfassung im Bundesarchiv bereits eingearbeitet worden sind. In Heft 8 fehlt der Abschnitt „Ein Abschied“, der in der Textfassung im Bundesarchiv eingearbeitet ist. Daher ist die Hamburger Textfassung zumindest für die Hefte 1, 2, 4 und 5 als erste Version der Abschrift, von der die Textfassung im Bundesarchiv als Durchschlagsversion überliefert ist, zu verstehen. Heft 8 diente als Erstfassung des Abschnitts, der dann für die Berliner Fassung mit den Korrekturen neu abgetippt wurde und um den Abschnitt „Ein Abschied“ erweitert worden sein muss.

Für diese Veröffentlichung sind die Kapiteleinteilungen des Manuskripts beibehalten worden. Für das sechste Kapitel sind auf einem extra Blatt die Kapitelüberschriften mit entsprechenden Seitenzahlen aufgeführt, die für diese Edition nach inhaltlichem Ermessen durch den Herausgeber eingefügt wurden. Ebenso sind die Seitenzahlen der Kapitel 6.1. bis 6.22. im Original handschriftlich bei den durchlaufenden Seitennummerierungen (zuvor Seite 544–681) korrigiert worden (korrekte Nummerierung Manuskriptseiten 639–775).

Die vorliegende Fassung schien beim Verfassen auf eine geplante Publikation hin geschrieben worden zu sein, jedoch erwecken der Nachtrag von 1936 und auch das angedachte Schlusskapitel des Haupttextes den Eindruck, dass es sich zunächst um eine Rohfassung handelt, die für einen möglichen Druck des Manuskripts noch einmal überarbeitet werden sollte. Stilistisch hebt sich der zweite Teil der Erinnerungen nicht vom ersten Teil „Wider den Strom“ von 1932 ab, jedoch drängt sich der Erzählstoff ab 1926/28, sodass auffällige Ungleichgewichte in der Darstellung entstanden sind. Gerade Kapitel 8 und der Nachtrag von 1936 gehören im Grunde in eine gemeinsame Darstellung der Zeit von 1928 bis 1933. Das abrupte Ende von Kapitel 8, das zwar auf die politischen Entwicklungen bis 1933 eingeht, aber letztlich mit dem Tod von Mathilde Claß 1927 endet, verweist auf ein ungelöstes Problem, wie Claß die Darstellung letztlich anlegen bzw. beenden wollte. Da das Manuskript mit dem

Anhang im November 1936 abgeschlossen wurde und in wenigen Schreibmaschinenabschriften überliefert worden ist, liegt die Vermutung nahe, dass die Erinnerungen zunächst nicht für eine breitere Verwendung zum Zeitpunkt der Abfassung seit Frühjahr 1934 vorgesehen waren.

Fabian von Schlabrendorff brachte das Manuskript (ohne den Anhang von 1936) schließlich auch in die Schweiz und hinterlegte es in einem Bankschließfach.<sup>482</sup> Somit umging man die Gefahr, dass neben der Gestapo-Überwachung der Geschäftsstelle des ADV sowie von Claß und seiner Privatsekretärin Fräulein von Stopf auch das Manuskript mit den kritischen Passagen zum Verhältnis Claß–Hitler beschlagnahmt werden konnte. Verlagstechnische Probleme kamen hinzu, die einen geordneten Abschluss des Manuskripts mit einem kohärenten Endkapitel 1936 noch nicht dringend machten. Claß hatte ohnehin zuweilen Schwierigkeiten, seine Bücher nach 1933 weiter zu verlegen. Das Einhart-Buch erreichte 1936 mit der 16. neubearbeiteten Auflage noch 142.–146.000 Exemplare im Verlag Koehler & Amelang und wurde 1941 mit dem 171.000. Exemplar als einziges Claß-Buch aufgelegt und vertrieben.<sup>483</sup> Theodor Weicher hingegen wollte das „Kaiserbuch“ nicht erneut verlegen, so dass die Grimmesche Hofbuchdruckerei die letzte Auflage 1935 druckte, nachdem Claß den Text etwas kürzen, einige „unzeitgemäße“ Formulierungen glätten und ein neues Vorwort verfassen müssen.<sup>484</sup> Die Vermögensverwaltung des ADV finanzierte diese letzte Neuauflage.

## D. Zur Edition

Der Edition liegt die überlieferte Abschrift von Claß' Tochter, Annelies Claß, zu Grunde, die zunächst im Bundesarchiv-Koblenz (kleine Erwerbungen F 499) und dann in das Bundesarchiv-Berlin (N 2368) überführten maschinenschriftlichen Erinnerungen von Claß „Wider den Strom 2“. Der Aufbau der Edition orientiert sich an den Kapitelumbrüchen im Originalmanuskript. Die Edition umfasst den Haupttext für den Zeitraum 1915 bis 1933 (hier Kapitel 1–8) sowie einen separaten Anhang vom Oktober/November 1936 (hier Kapitel 9), der die Erinnerungen um einen umfassenden Abschnitt zum Verhältnis von Claß zu Adolf Hitler und zur NSDAP zwischen 1920 und 1933 ergänzt. Eine handschriftliche Textversion ist nicht überliefert und ermöglicht daher auch nicht die Ergänzung von sieben fehlenden Seiten der Originalabschrift, die den Beginn des Anhangs ausmachen. Die Erinnerungen schließen an den 1932 veröffentlichten Band „Heinrich Claß: Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich“ (Leipzig: Koehler 1932) an und umfassen den Zeitraum ab 1915 bis 1933.

<sup>482</sup> Siehe Schlabrendorff: *Begegnungen*, S. 49–167.

<sup>483</sup> *Deutsche Geschichte von Einhart*, 16. neubearb. Aufl., Leipzig 1936 [19. Aufl. 1941].

<sup>484</sup> Siehe *Schreiben Grimmesche Hofbuchhandlung*, o. D., BA-Berlin, R 8048, Bd. 322, Bl. 289 und Geschäftsstelle ADV an Grimmesche Hofbuchhandlung 30.10.1935, ebd., Bl. 288.

In der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg ist ein gekürzter Text der Erinnerungen überliefert. Siehe dazu den Abschnitt „Vergleichende Bemerkungen zu den beiden überlieferten Textversionen im Bundesarchiv-Berlin (Bestand N 2368) und in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (Bestand 11/C2)“ in der Einleitung „Zur Quelle“. In der Kommentierung wird die Berliner Version als „Originalmanuskript“ bezeichnet und die Hamburger Version als „Textfassung FZH 11/C2“ genannt.

Zur Überlieferung einzelner im Text angeführter Dokumente sei erwähnt, dass einige von Claß konkret benannte Schriftstücke nicht immer gesichert nachgewiesen werden konnten. Das gilt vor allem für politisch brisante Episoden wie das Putschjahr 1923 oder auch die wichtigen Jahre der Kooperation mit der NSDAP zwischen 1929 und 1933 sowie die Zeit zwischen Machtübernahme und der Auflösung des ADV 1939.

Es gab hingegen auch praktische Gründe, weshalb Dokumente nicht ordnungsgemäß in das Archiv überliefert worden sind. Die Briefsperrung gegen Claß, die nach zwei Hausdurchsuchungen infolge der Versendung von Claß' Kriegszieldenkschrift als Privatdruck vom 4. Januar bis 13. März 1915 verhängt worden war, verlängerte Postwege zuweilen über dritte Personen, die ihre Adresse als Deckadressen zur Verfügung stellten.<sup>485</sup> Das Hotel Habsburger Hof, in dem Claß regelmäßig während seiner Dienstreisen nach Berlin abstieg, wurde gerade im Frühjahr 1915 als neutrale Anschrift für politische Briefe an den Verbandsvorsitzenden empfohlen, der nach Abschluss seiner Besuche in der Hauptstadt die Briefe vermutlich mit zurück nach Mainz nahm. Ob die Überlieferung dieser Anschreiben vollständig in den Akten überliefert ist, bleibt fraglich. Denn auch bei anderen Geschäftsreisen schickte Vietinghoff-Scheel dem Verbandsvorsitzenden die Geschäftspost in dringenden Fällen per Eilboten in das jeweilige Hotel nach, die gerade für die Zeit um das Kriegsende nicht in den Verbandsakten auftauchen.<sup>486</sup> Ebenso gingen Briefe im Original nicht nur an einen weiteren Adressaten, der Schriftstücke von anderen Personen in Briefen von Claß oder der Geschäftsstelle zur Information mitgeschickt bekam. Vielmehr wurden führende Alldeutsche auch von Claß gebeten, beispielsweise bei Geschäftsreisen Briefe nach Österreich mitzunehmen und dort

---

<sup>485</sup> Claß stand im Frühjahr 1915 unter Zensur und Postsperrung und wurde von Gebattel als Verbandsvorsitzender vertreten. Claß nutzte zuweilen kurzfristig mehrere Deckadressen für den Briefverkehr. Schriftstücke sind aus dem Frühjahr 1915 daher oftmals nicht überliefert oder unter Umständen durch die mindestens sechsfache Adressoption verloren gegangen. Post ging in dieser Zeit auch 1. an die unter Bewachung stehende Geschäftsstelle des ADV in Claß' Stadtwohnung in Mainz, 2. die unter Postsperrung stehende Privatadresse von Claß in der Stadthausstraße 11 in Mainz, 3. die geheime Deckadresse in Mainz bei Claß' Schwiegervater Johann Franz Manefeld, 4. die Deckadresse seines Schwagers Robert Roesener in Mainz, 5. die Deckadresse von Leopold von Vietinghoff-Scheel in Wiesbaden und 6. die Vertretungsanschrift der Verbandsführung bei Gebattel in Bamberg am Jakobsplatz 4. Siehe dazu Kapitel 1.1.

<sup>486</sup> Geschäftsstelle des ADV an Claß (Danziger Hof), 12.10.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 204, Bl. 690. Claß befand sich zu der Zeit auf dem Danziger Gautag und bekam Briefe nachgeschickt. Im Allgemeinen Schriftwechsel ist eine Überlieferungslücke zwischen dem 3. und dem 18.10.1918.

Kontakt mit führenden Alldeutschen aufzunehmen, um Nachrichten anhand des Originalbriefes zu diskutieren.

Dieses Hin und Her an Versendung von Schriftstücken erschwerte die ordentliche Ablage und Überlieferung innerhalb der Verbandsführung. Auch die Einrichtung des Verbandsarchivs wurde erst mit dem vollständigen Umzug der Geschäftsstelle nach Berlin im Frühjahr 1916 angedacht, das mit dem endgültigen Umzug von Claß nach Berlin im Frühjahr 1919 den doppelten Schriftwechsel aus Mainz und Berlin zusammenführte. Denn nach dem Umzug der Geschäftsstelle zum 15. Mai 1916 nach Berlin erfolgte eine komplizierte Aufgabenteilung mit Claß' Verbandskanzlei in Mainz. Alle Mitglieder der Hauptleitung blieben an ihren jeweiligen Wohnorten, während die Geschäftsstelle von Leopold von Vietinghoff-Scheel geleitet wurde. Auch die Redaktion der Alldeutschen Blätter blieb zunächst in Mainz und zog erst zum April 1917 mit der Übernahme der Deutschen Zeitung nach Berlin. Nach Mainz waren demnach alle Zuschriften zu richten, die an Claß, die Hauptleitung oder an die Schriftleitung der Alldeutschen Blätter gerichtet waren. Nach Berlin gingen Zuschriften, die mit der Verbandsorganisation, mit Werbe- und Vortragstätigkeiten, Mitgliederorganisation, Kassenwesen und ähnlichen organisatorischen Dingen zu tun hatten.<sup>487</sup> Trotzdem überschritten sich die Kommunikationskreise und so schickte Franz Sontag von der Kanzlei der Hauptleitung in Mainz Briefe an Leopold von Vietinghoff-Scheel von der Geschäftsstelle in Berlin „zur gefl. Kenntnisnahme und mit der Bitte um baldige Rückgabe“.<sup>488</sup> Im Frühjahr 1918 mahnte Claß zusätzlich noch eine eigens einzurichtende „Abteilung für Verbandsgeschichte“ an, da er im Rückgriff auf vorhandenes Material oftmals nur lückenhafte historische Überlieferungen fand.<sup>489</sup>

Die Schriftwechsel, die während politischer Schnittstellen wie November 1918 (Revolution), März 1920 (Kapp-Putsch) oder Mai bis November 1923 (Diktaturplanungen und Hitler-Putsch) stattfanden, sind zuweilen auffällig lückenhaft überliefert. Briefe, die üblicherweise zwischen Briefpartnern zur Information oder Kenntnisnahme hin und her gesendet wurden, sind nicht immer zuvor als Abschrift kopiert worden. Konstantin von Gebattel, der als 1. stellvertretender Vorsitzender Claß trotz eigener gesundheitlicher Gebrechen und daraus häufig resultierender Immobilität während des Krieges regelmäßig vertrat, hatte für die Beantwortung von Briefen, aber vor allem auch für die Abschrift von Briefen für die eigenen Unterlagen sowie für die Versendung an Briefpartner, eigens eine Maschinenschreibkraft auf seinem Gut in Bamberg angestellt, um die Wahrnehmung der stellvertretenden Verbandsleitung durch seine Person ohne eigene Kanzlei überhaupt in den Griff zu bekommen.<sup>490</sup> Paul Bang wiederum bat systematisch um die Rücksendung seiner handschrift-

<sup>487</sup> Siehe Alldeutsche Blätter 20.5.1916 und 27.5.1916.

<sup>488</sup> Franz Sontag an Leopold von Vietinghoff-Scheel, 11.8.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 200, Bl. 298.

<sup>489</sup> Claß an Geschäftsstelle des ADV, 3.1.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 1, Bl. 1.

<sup>490</sup> Siehe auch Konstantin von Gebattel an Otto Schmidt-Gibichenfels, 14.5.1917, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 4, Bl. 262.



lichen Briefe, da er in der Regel keine Abschriften machte und die Dokumente für eine Art persönliches Tagebuch nachträglich sammelte.<sup>491</sup>

Zuweilen wurden auch Jahre später Briefe an den eigentlichen Empfänger zurückgeschickt.<sup>492</sup> Hinweise in Briefen, wie von August Keim an Claß: „Bitte schicken Sie mir doch möglichst umgehend den ersten Brief von L[udendorff] vom 4.9. zurück. Ich brauche ihn, Sie erhalten denselben aber sofort wieder“, waren keine Seltenheit und verwiesen eher auf das System des regelmäßigen Austauschs von Schriftstücken zur gegenseitigen Kenntnisnahme und dann folgender Besprechung im Schriftverkehr.<sup>493</sup> Dies betraf vor allem auch Berichte von Vertrauten, die nicht unbedingt im ADV waren, jedoch aus nächster Umgebung der OHL, des Kaisers oder der Parteileitungen der Deutschkonservativen oder Nationalliberalen über militärische Entwicklungen oder politische Besprechungen Mitteilungen machten. Solche Schriftstücke sind auch an mehrere Empfänger weitergeleitet worden, bevor gegebenenfalls Abschriften zur mehrfachen Versendung angefertigt wurden. Dies geschah in der Regel, jedoch keineswegs in jedem Fall, nach Rücksprache mit dem Verfasser. Oftmals wurden Originalbriefe auch weiteren Briefen zur Information beigelegt, ohne dass der Verfasser davon in Kenntnis gesetzt wurde und sich gegebenenfalls bei Claß hinterher bitter über die Zirkulation vertraulicher Schriftstücke beklagte. Auch Dokumente, die nicht vom ADV herrührten, wurden hin- und hergeschickt. So fragte Gebattel nach dem Krieg bei Claß an, ob die Marinegutachten zum uneingeschränkten U-Bootkrieg vom 12. Februar 1916 nicht im Archiv des ADV vorhanden seien, um sie ihm zukommen zu lassen, der sie dann wieder an seinen Neffen, Rittmeister Freiherr Franz von Gebattel, nach München zur Schriftleitung der Süddeutschen Monatshefte weiterschicken wollte, da dieser einen Artikel für die Münchener Post verfassen wollte.<sup>494</sup> Claß schickte die Dokumente aus dem Archiv an Gebattel jedoch mit dem Hinweis, dass dies „nur leihweise“ geschehe, „da wir die Sachen nur einmal haben und möglichst schnell wieder zum Archiv zurückholen wollen.“<sup>495</sup> Diese Verfahren von Brief-Abschriften zur Vervielfältigung und Weiterreichung durchzog das gesamte Netzwerk der Alldeutschen zueinander, zu befreundeten Personen und Organisationen und auch an Regierungsstellen, sofern dies politisch Nutzen versprach.<sup>496</sup>

<sup>491</sup> Ich danke Michael Schellhorn für diese Hinweise. Paul Bang, geboren in Meißen, verstarb im Dezember 1945 in Hohenfichte in Sachsen aufgrund einer Krankheit. Der entsprechende Nachlass ist nicht überliefert.

<sup>492</sup> So beispielsweise Konstantin von Gebattel an Claß am 24.4.1917: „Ihren Brief vom 21. April bestätige ich hiermit und schicke den meinen vom 11. Januar 1915 zurück.“ In BA-Berlin, N 2089, Bd. 4, Bl. 194–196.

<sup>493</sup> August Keim an Claß, 4.10.1916, in BA-Berlin, R 8048, Nr. 406, Bl. 273.

<sup>494</sup> Konstantin von Gebattel an Claß, 26.7.1925, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 211, Bl. 227.

<sup>495</sup> Claß an Konstantin von Gebattel, 30.7.1925, in ebd., Bl. 229.

<sup>496</sup> Auch in privaten Nachlässen von alldeutschen Funktionären oder politischen Freunden von Claß war dieses System des Austauschs von Dokumenten Grundlage der Kommunikation und führte zuweilen zu völlig undurchsichtigen Überlieferungsvorgängen. Magnus von Levetzow, der im März 1927 ein Angebot von Claß ausschlug, Mitglied des Vorstandes

Dokumente sind auch nicht immer zwischen 1908 und 1919 nach Mainz zur Kanzlei von Claß in seinem Haus in der Stadthausstraße oder zwischen 1916/17 und 1939 zur Geschäftsstelle des Verbandes nach Berlin zurückgeschickt und dann in den jeweiligen Jahrgängen des „Allgemeinen Schriftwechsels“ oder in personenbezogenen Verbandsakten abgeheftet worden. Hinzu kommt der doppelte Charakter der Schriftstücke, die an Claß oder die Geschäftsstelle des ADV gingen, die einerseits Verbandsangelegenheiten anzeigten, jedoch immer auch privater Natur waren. Die persönlichen Beziehungen des Verbandsvorsitzenden zu seinen engen Mitarbeitern und politischen Gesprächspartnern waren von großer persönlicher Nähe gekennzeichnet. So kamen im Ersten Weltkrieg neue Mitarbeiter hinzu, die Claß nicht nur wegen ihrer politischen oder weltanschaulichen Ansichten schätzte, sondern mit ihnen vor allem persönlich auch gut zurechtkam. Brüche in solchen Beziehungen wie mit Theodor Reismann-Grone 1915 oder Reinhold Wulle 1922 waren dann auch von großer Verbitterung getragen.

Vertraulichkeit war ein weiteres Kennzeichen dieser persönlichen Netzwerke. Konstantin von Gebsattel kam zum ADV, nachdem er 1913 mit „Daniel Frymann“ Kontakt aufnahm, weil er dessen Buch „Wenn ich der Kaiser wär“ gelesen hatte und seine eigene Denkschrift mit dem Autor besprechen wollte. Erst im Laufe des ersten brieflichen Austauschs gab Claß seine eigentliche Autorenschaft preis, die selbst engsten Vertrauten innerhalb des Geschäftsführenden Ausschusses nicht bekannt war. Claß' Beziehungen waren üblicherweise von zahlreichen Vertrauens-, Gewährs-, Vermittlungsmännern und Informanten getragen, die bei weitem nicht immer Mitglied im ADV sein mussten. Diese Vertrauenspersonen enttarnte Claß auch nur in Fällen, wo es ihm opportun erschien. Als Hans von Liebig beispielsweise 1916 nach Claß' Quelle für die von ihm in der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 28. April 1916 zitierten Äußerungen des bulgarischen Ministerpräsidenten Wassil Radslawow zur Abstimmung in der U-Bootfrage anfragte, ließ Claß ihn wissen,

---

des ADV zu werden, jedoch trotzdem engste Beziehungen zu Claß unterhielt, schrieb auf dem Höhepunkt der Reichspräsidentenwahlen im Frühjahr 1932 an Guidotto Fürst von Donnersmarck, der ihn mit Claß seiner Zeit zusammengebracht hatte: „Anliegend sende ich Dir die soeben erhaltene Antwort von Claß auf meinen Brief an ihn, den ich Dir ja in Abschrift zustellte. Nun habe ich leider keine Abschrift des Briefes hier, sodaß ich nicht einmal den Brief richtig vergleichen kann, da er sich auf meine Punkte bezieht. Ich gab nämlich meine letzte Abschrift an Gö. [vermutlich Hermann Göring] am vergangenen Sonnabend und werde sie wohl kaum zurückerhalten bis auf weiteres. Meine Bitte an Dich geht daher dahin, daß Du mir meine Abschrift – obwohl ich sie Dir zum Behalten sandte – wieder mit diesem Brief von Claß zurückschickst. Ich stelle Dir anheim, falls Du es möchtest, Dir eine Abschrift *meines* Briefes an Cl. zu machen und, falls Du es tust, mir dann auch gleich davon einige Durchschläge zu senden, neben *meiner* Originalschrift. Sollte Dir die Zeit dafür *nicht* zur Verfügung stehen, so schick mir die Originalabschrift gleich mit dem anliegenden Cl-Brief zurück, und ich werde Dir, obwohl ich auch nicht so *ganz* wenig zu tun habe und auch leider keine Schreibhilfe habe, Dir gelegentlich eine Abschrift wieder senden“. Magnus von Levetzow an Guidotto Fürst von Donnersmarck, 9.3.1932, in BA-Freiburg, N 239, Bd. 83, Bl. 256. Siehe zu Claß und Levetzow auch Granier: Magnus von Levetzow, S. 126 und 131.

dass er es aus „unanfechtbarer Quelle“ einer „sehr hochgestellte[n] Persönlichkeit“ wisse, „die Dank ihrer Stellung als Gewährsmann unbezweifelbar ist“.<sup>497</sup> Spuren dieser konspirativen Politik häufen sich vor allem in den Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses während des Ersten Weltkrieges, im Zuge des Republikschutzgesetzes 1922, der Putsch-Gerüchte um 1925/26 sowie in den entscheidenden Jahren der konflikthafter Kooperation mit der NSDAP um die Macht zwischen 1931–1932. Sie durchziehen auch Passagen des vorliegenden Textes.

Zusätzlich zur fehlenden dokumentarischen Gegenüberlieferung einzelner Textstellen blieb Claß vereinzelt auch im Ungefähren, was die Auflösung von solchen Namen angeht. Die Überlieferung einzelner Dokumente wurde zur Zeit der Entstehung von Briefen oft durch Vertraulichkeit, Verschwiegenheit und zuweilen auch Vernichtung eingeschränkt. Dies traf besonders für die Zeit nach 1932 zu. Es war nicht ungewöhnlich, dass Briefe, die in Kopie versendet wurden, nur zur einmaligen Kenntnisnahme verschickt wurden und dann entweder vernichtet werden sollten oder gleich im privaten Tresor verschwanden, damit sie nicht in andere Hände gelangten.<sup>498</sup>

Die Verhandlungsberichte des Geschäftsführenden Ausschusses gab es oftmals in dreifacher Form mit dem handschriftlichen Protokoll des Schriftführers, der ersten Abschrift, die durch Claß 1908 durch Zusätze und Streichungen überarbeitet wurde, sofern er nicht das Originalprotokoll selbst angefertigt hatte. Dann folgte die zweite Version, die an die Gremien und regionalen Abteilungen verteilt wurde. Sofern ausführlich in den Alldeutschen Blättern abgedruckt, gab es die öffentliche Berichterstattung über die Sitzungen, die oftmals die vollständigen Reden von Berichterstattern wiedergaben, die im Nachgang der Sitzungen an die Redaktion der Alldeutschen Blätter geschickt wurden. Dann gab es das für den internen Verkehr und das Verbandsarchiv angefertigte maschinenschriftliche Protokoll, das Claß immer selbst durchsah und mit abzeichnete. Diesem Protokoll lag die vollständige Mitschrift der gesamten Sitzung durch den Schriftführer zugrunde, die oftmals Passagen enthielt, die in dem zu archivierenden Protokoll gestrichen waren und nicht übernommen wurden. Darüber hinaus sind selbst in der handschriftlichen Mitschrift nicht alle als „geheim“ eingestuften Äußerungen, gerade von Claß' ausführlichen Eröffnungsreden zur aktuellen politischen Situation, übernommen worden. Zahlreiche Gespräche fanden ohnehin in einem informellen Umfeld der Sitzungen und Verbandstage statt. Für Verbandstage, die nach Claß'

---

<sup>497</sup> Geschäftsstelle des ADV an Hans von Liebig, 31.5.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 200, Bl. 75. Siehe auch Hans von Liebig an Claß, 30.5.1916, in ebd., Bl. 71.

<sup>498</sup> So z. B. Leo Wegener an Alfred Hugenberg im Frühjahr 1932, inmitten der Auseinandersetzungen mit der NSDAP nach der Reichspräsidentenwahl und der Preußenwahl, über einen mitgeschickten Durchschlagsbrief Hugenbergs an Claß, der gemäß Hugenbergs Sekretärin, Irene von Buchholtz, „nicht zu den Akten“ genommen werden sollte, sondern von Wegener im Tresor eingeschlossen wurde. Wegener erbat weitere Anweisungen, ob der Brief letztlich vernichtet werden sollte. Leo Wegener an Alfred Hugenberg, 28.4.1932, in BA-Koblenz, N 1003, Bd. 66, Bl. 97–100.

Umzug in die Hauptstadt 1919 außerhalb von Berlin stattfanden, wurde für Claß daher in der Regel immer eine Hotelunterkunft gebucht, die zwei Zimmer in ruhiger Lage sowie einen Salon mit einer Bar für die persönlichen Gespräche sicherstellte. Vietinghoff-Scheel notierte als Hauptgeschäftsführer im Februar 1932 an Otto von Feldmann, dass wesentliche Dinge ohnehin mündlich besprochen, das „Geheime“ lediglich persönlich übermittelt und die eigentlichen Verhandlungsberichte an die meisten führenden Mitglieder „ja nicht versandt“ werden.<sup>499</sup>

Claß schrieb den zweiten Band Erinnerungen mit großer Wahrscheinlichkeit unter gezielter Verwendung der Akten des Verbandsarchivs sowie der Hinzuziehung der Alldeutschen Blätter. Die Dokumente, die Claß bis 1936/37 zur Verfügung standen, sind jedoch nicht immer überliefert. Mit der Überführung von zwei Aktenschränken<sup>500</sup> des Verbandsarchivs in das Reichsarchiv im Frühjahr 1942 sind durch Claß zuvor Dokumente im Umfang von 8 Panzerschränken vernichtet oder aussortiert worden, die vor allem Dokumente wie die Sitzungsprotokolle des Geschäftsführenden Ausschusses für den Zeitraum nach 1933 und besonders die Akten des Allgemeinen Schriftwechsels betrafen, die nur bis 1930 überliefert sind.<sup>501</sup> Alfred Roth bat zudem 1935 um die Zusage der alldeutschen Aktenbestände zum DvSTB, die ihm Gertzlaff von Hertzberg-Lottin mit einem „Paket von gut zehn Pfund“ nach Hamburg schicken wollte.<sup>502</sup> Claß befürchtete hingegen, dass viele der nur ein Mal im Verbandsarchiv vorhandenen Dokumente wie Entwürfe für die Bund-Satzungen verloren gehen könnten bei der Gesamtlast an Material, das Roth für eigene Arbeiten zur Geschichte des DvSTB sammelte. Umwege wurden angedacht, bei denen Roth auch das umfangreiche Material bei Carl Gottfried Gok in Hamburg einsehen könnte, bevor es dann wieder zurück ins Verbandsarchiv sollte.<sup>503</sup>

Das Reichsarchiv verstärkte ab 1938/39 Bemühungen zur Überführung von Vereinsakten in seine Bestände und ab August 1939 gingen erste Anfragen zur Überführung des alldeutschen Archivs an Lutz Korodi ein, der auf Claß verwies und der sich wiederum zunächst „außerstande“ sah, das Verbandsarchiv ins Reichsarchiv zu überführen.<sup>504</sup> Claß hielt das Reichsarchiv zunächst hin und ließ im Frühjahr 1941 durch Korodi mitteilen, dass er kurz „vor dem Abschluß einer größeren Arbeit – II. Band seiner Erinnerungen ‚Wider den Strom‘“ stehe und hoffe, „spätestens Ostern d. J. damit fertig zu werden.“<sup>505</sup>

<sup>499</sup> Leopold von Vietinghoff-Scheel an Otto von Feldmann, 12.2.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 169, Bl. 4.

<sup>500</sup> Lutz Korodi an Direktor des Reichsarchivs, 15.1.1942, in BA-Berlin, R 1506, Bd. 198, Bl. 3.

<sup>501</sup> Claß ließ dem Reichsarchiv wissen, man habe gleich nach Auflösung des ADV am 8.3.1939 8 von 10 Schränken „eingestampft“. Siehe Wolfgang Lesch zu einem Besuch bei Claß, 2.2.1942, in BA-Berlin, R 1506, Bd. 198, Bl. 5.

<sup>502</sup> Gertzlaff von Hertzberg-Lottin an Alfred Roth, 7.10.1935, in FZH 11/R 15, o. Bl.

<sup>503</sup> Siehe ebd.

<sup>504</sup> Vermerk Reichsarchiv, 28.8.1939 und 1.9.1939, in BA-Berlin, R 1506, Bd. 198, Bl. 1.

<sup>505</sup> Lutz Korodi an Direktor des Reichsarchivs, 28.2.1941, in BA-Berlin, R 1506, Bd. 198, Bl. 2.

Claß sortierte das Material dann vor der vertraglichen Übergabe weitgehend vor.<sup>506</sup> Dass er mit Hilfe des Materials im Verbandsarchiv das Manuskript zum zweiten Band seiner Erinnerungen abgeschlossen hatte, mag die rigide Auswahl, die auch unter politischen Gesichtspunkten stattgefunden haben muss, erleichtert haben. Ebenso hatte Claß vermutlich Dokumente für die vorliegenden Erinnerungen verwendet und eventuell zwischen dem Abfassen des Anhangs vom Herbst 1936 bis zur Auflösung des ADV im Frühjahr 1939 einen Dokumentenbestand in seiner Privatwohnung behalten. Zwischen 1939 und 1942 lagerte das Verbandsarchiv auch im Keller von Claß' Privatwohnung in der Keithstraße 19/20. Welche Nachlassbestände Claß bis zur Bombardierung seiner Berliner Wohnung 1943 hatte, bleibt unklar. Danach zog er dann zusammen mit seiner Tochter Anna Elisabeth Claß nach Jena in ein Haus von Peter Diederichs, wo er 16. April 1953 verstarb. Ein Restnachlass bei der Enkelin, Friedel Dürrschmidt in Wolfratshausen, umfasste wohl nur wenige überlieferte Akten vor allem mit biographischen Dokumenten und ist durch Johannes Leicht in den Bestand N 2368 des Bundesarchivs Berlin überführt worden. Der Bestand des ADV wurde 1943 durch den Nachlass von Heinrich Calmbach<sup>507</sup> sowie durch den eigenständigen Nachlass von Konstantin von Gebattel (N 2089) ergänzt. Die Übernahme der Akten des ADV in das Zentrale Staatsarchiv Potsdam ermöglichte die Katalogisierung des Gesamtbestandes (Ve61), der durch die Überführung in das Bundesarchiv-Berlin (R 8048) zu kleineren Umgruppierungen der insgesamt 720 Signaturbände führte.

### Editorische Bemerkungen

Der laufende Text wurde ohne modernisierende Eingriffe wiedergegeben und spiegelt somit die jeweiligen Schreibweisen im Originalmanuskript wie auch in den zitierten Dokumenten. In der Originalvorlage der Erinnerungen, das im Bundesarchiv-Berlin überliefert ist und alle Kapitel 1–9 sowie den Anhang von 1936 enthält, sind zwei parallele Schreibweisen von „ss“ und „ß“ verwendet worden. So beispielsweise im ersten Kapitel, in dem sowohl „ss“ (z. B. „Er weiss, dass [...]“) wie auch „ß“ (z. B. „großartig“, „maßgebend“, „Haß“, „Zensurmaßnahmen“, „muß“ oder „Preßpiraten“) nebeneinander stehen. Im zweiten Kapitel änderte sich dann die Schreibweise der gleichen Wörter (z. B. „gross“, „massgebend“, „Hass“, „Massnahme“, „muss“, „Presspiraten“) wieder. Das mag auf Nachlässigkeit in der Abschrift oder auf verschiedene Personen hinweisen, die die jeweiligen Kapitel mit eigenen Schreibweisen auf der Schreibmaschine geschrieben haben. Die jeweilige Schreibweise ist

---

<sup>506</sup> Siehe Vertrag Claß und Reichsarchiv (Direktor Dr. Zipfel), 28.2.1942, in BA-Berlin, R 1506, Bd. 198, Bl. 4. Bis zum Juni 1942 war die Überführung ins Reichsarchiv abgeschlossen. Wolfgang Leesch an Claß, 13.6.1942, in ebd., Bl. 6.

<sup>507</sup> Siehe Heinrich Calmbach an den Präsidenten des Reichsarchivs, 7.5.1943, in BA-Berlin, R 1506, Bd. 198, Bl. 11. Calmbach überreichte auch die Sitzungsprotokolle des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV von 1901–1933 „fast lückenlos“. Siehe Aufstellung Reichsarchiv zu Heinrich Calmbachs Lieferung, 24.7.1943, in ebd., Bl. 15.

jedoch entsprechend der Originalvorlage belassen worden.<sup>508</sup> Textkritische Eingriffe in Schreib- und Zitatfehler sind in [eckigen Klammern] nachgewiesen, ebenso wie Zusätze, die im Originalmanuskript eingefügt worden sind. Offensichtlich aufgrund von Tippfehlern fälschlicherweise zusammengeschriebene Wörter wurden hingegen stillschweigend getrennt.

Personen werden bei der Erstnennung im Text in der Fußnote biographisch vorgestellt. Personen von allgemeiner Bedeutung (z.B. Wilhelm II., Otto von Bismarck oder Bernhard von Bülow) sind durch sehr kurze biographische Angaben vorgestellt. Für alle Akteure, die unmittelbar dem Alldeutschen Verband angehören oder Vertrauensmänner waren, sind die biographischen Angaben möglichst umfassend erfolgt. Dies betrifft Personen aus dem engsten politischen Umfeld von Claß (z.B. Julius F. Lehmann, Gertzlaff von Hertzberg-Lottin, Leopold von Vietinghoff-Scheel, Otto Fürst zu Salm-Horstmar, Konstantin von Gebattel, Otto Helmut Hopfen, August Keim, Emil Kirdorf oder Paul Bang), aber auch aus dem erweiterten Kreis des Alldeutschen Verbandes (z.B. Hans von Liebig, Johann Albrecht zu Mecklenburg, Franz-Josef Sontag, Max von Gruber, Alfred Krauss, Otto von Below, Dietrich Schäfer, Georg von Below oder auch Gustav Stresemann und Friedrich von Bernhardt). Auch Personen aus den politischen Netzwerken der konservativen und radikalen Rechten wie der DVLP (z.B. Alfred von Tirpitz oder Wolfgang Kapp) und den rechten militärischen und politischen Organisationen in der Weimarer Republik (z.B. Otto von Lossow, Walter Stennes, Bruno Ernst Buchrucker, Kurt Albert Jahnke, Gregor Strasser oder Rüdiger Graf von der Goltz) und in der Republik Österreich (z.B. Alfred Proksch, Walter Pfrimer, Richard Steidle und Ernst Rüdiger von Starhemberg) werden ausführlicher vorgestellt. In einer erweiterten Perspektive werden auch Personen aus dem politischen Umfeld von zentralen Claß-Vertrauten wie Alfred Hugenberg genauer beschrieben, sodass die alldeutschen Verbindungen beispielsweise zur Ruhrindustrie (z.B. Wilhelm Hirsch, Paul Reusch oder Carl Duisberg) oder dem deutschnationalen Milieu kenntlich gemacht werden können. Gleiches gilt für Personen, die für die Darstellung von Rechtsprozessen (z.B. Willy Hahn, Walter Luetgebrunne oder Houston Stewart Chamberlain), von konkret genannten politische Treffen (z.B. Heinrich Thyssen-Bornemisza, Hermann Ehrhardt, Oskar von Watter oder Friedrich Minoux) oder juristischen Beratungen (z.B. Rudolf Smend oder Carl Schmitt) in den Erinnerungen von zentraler Relevanz sind, um politische und weltanschauliche Hintergründe, Netzwerke und Verbindungen von Claß im Zusammenhang mit den dargestellten Ereignissen deutlich zu machen. Bezüge zur kolonialpolitischen Vergangenheit einzelner Personen (z.B. Friedrich

<sup>508</sup> Die Textfassungen in BA-Berlin N 2368 und FZH 11/C2 sind sich in den Parallelüberlieferungen der Hefte 1, 2, 3, 4, 5 und 6 ähnlich. Heft 7 und der Anhang von 1936 sind in FZH 11/C2 nicht überliefert. Die Textfassung von Heft 8 (Kapitel 8) in FZH 11/C2 ist ebenfalls eine Schreibmaschinenabschrift, die jedoch dahingehend mit anderer Schreibmaschine sowie mit einheitlicher Schreibweise (z.B. „Schluß“, „anmaßend“, „schließlich“, „daß“) verfasst worden ist. Für die Edition wurde die Textfassung von Heft 8 in BA-Berlin N 2368 verwendet.

von Lindequist, Paul von Lettow-Vorbeck, Franz Ritter von Epp, Hermann Ehrhardt oder dem Alldeutschen Max von Grapow) machten ebenfalls eine ausführlichere Vorstellung notwendig, um deren biographische Hintergründe mit Blick auf weltanschauliche und politische Traditionslinien nicht unzulässig zu verkürzen. Sofern der von Claß angesprochene Kontext einer Person jedoch nicht vor dem Ersten Weltkrieg liegt, konzentrieren sich die weiteren biographischen Angaben zu Personen in der Regel auf den Zeitraum zwischen Erstem Weltkrieg und Ende des Zweiten Weltkrieges (1914/18 und 1945). Bei Schriftstellern, Gelehrten und Universitätsprofessoren wurde gegebenenfalls der akademische Hintergrund auch vor 1914/18 aufgenommen.

Anmerkungen geben, wenn möglich, Quellenorte von im Text benannten Dokumenten oder zusätzliche Kontextualisierungen, Literaturhinweise oder Begriffsklärungen wieder.

Die in der Bibliographie aufgelisteten Titel beziehen sich lediglich auf die in den Fußnoten der Annotation, der Einleitung oder der Anhänge angeführten Quellen und Sekundärliteratur. Einleitung und Kommentierung der Edition waren Ende 2018 abgeschlossen und wurden für die Aufnahme in diese Reihe überarbeitet.

Das Personenverzeichnis enthält alle im Quellentext genannten Personen. Auch die genannten Personen der beiden Einleitungstexte, der Abschnitte zur Quelle und zur Edition sowie der Dokumentenanhänge wurden eingefügt. Personenangaben in den Fußnoten sind nicht in den Personenindex aufgenommen worden.

## **Die Erinnerungen als Quelle für die Forschung**

Die Edition erschließt die Erinnerungen von Heinrich Claß, dem langjährigen Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes zwischen 1908 und 1939, für die zeitgeschichtliche Forschung zum deutschen Nationalismus. Die biographisch einzuordnende autobiographische Perspektive ermöglicht einerseits die Analyse der individuellen Erfahrungen von gesellschaftlichem Umbruch und fundamentalen Formveränderungen von Politik für den wichtigsten Repräsentanten des ADV.<sup>509</sup> Die Edition soll andererseits auch zu einer Strukturgeschichte des ADV im Übergang von der wichtigsten Interessenorganisation des „alten“ bildungsbürgerlichen Radikalnationalismus des Kaiserreichs, der sich vom altliberalen Ideal bürgerlicher Gesellschaft abwandte und autoritäre und biologistische Ordnungsmodelle entwickelte, zum Honoratiorenverband in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus beitragen.

Die Erinnerungen von Claß sind um 1936 als zweiter Teil seiner Autobiographie abgeschlossen worden und sollten somit zur Selbsthistorisierung des Verbandsvorsitzenden, aber eben auch zur Selbstverortung des ADV als Vorläufer des Nationalsozialismus beitragen, als die Alldeutschen um ihren poli-

---

<sup>509</sup> Siehe Mommsen (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung.

tischen und weltanschaulichen Ort in der Geschichte des radikalen Nationalismus aufgrund der verstärkten Angriffe durch die NS-Bewegung und die Gestapo-Überwachung der Hauptgeschäftsstelle und der Ortsgruppen fürchten mussten. Zu diesem Zeitpunkt war der ADV längst ein Honoratiorenresiduum, in dem sich alte Anhänger um Claß scharten und sich nach 1933 auch verstärkt Bismarck-Anhänger, Monarchisten, Deutschnationale und Stahlhelm-Mitglieder versammelten.

Jenseits dieser kritisch einzuordnenden Deutungskämpfe um die Vordenkerschaft von Claß und der Alldeutschen verweisen die Erinnerungen in einer zweiten Ebene auch auf alldeutsche Ordnungsvorstellungen für die politische Rechte in den eng verflochtenen Netzwerken zwischen außerparlamentarischen Verbänden und den Parteien der konservativen und nationalistischen Rechten. Bürgerkriegsfurcht, Abstiegsängste und Verlust politischer Deutungshoheit bewirkten die radikalen Reformprogramme, expansiven Kriegszielorderungen und autoritär-ständischen Ordnungsvorstellungen von Staat und Gesellschaft, die Claß mit dem „Kaiserbuch“ von 1912<sup>510</sup> und dann mit der Kriegszieldenkschrift von 1914<sup>511</sup> als zentrale Figur mitgestaltete. Der Zusammenbruch des Kaiserreichs, der Verlust autoritärer monarchischer Ordnungskonzepte sowie die Revolutionierung der deutschen Innenpolitik im Zuge des verlorenen Ersten Weltkrieges verstärkten auch bei Claß und den Alldeutschen radikale Autoritätsvorstellungen, die sich von antisemitischen Sammlungsbebewegungen aus der Vorkriegs- und Kriegszeit bis hin zu diktatorischen Staatsvorstellungen und Gewalt der Freikorpsverbände erstreckten.

Aufgrund der Vielzahl von Claß' Netzwerken zu außerparlamentarischen Organisationen, Medien und Vertretern konservativer und rechter Parteien zeigen die politischen Erinnerungen kontrastreichere weltanschauliche und politische Verbindungslinien zwischen den verschiedenen Bewegungen und Organisationen des radikalen Nationalismus. Die vielfältigen Verbindungen zu Interessenverbänden aber auch zu den Parteien blieben ambivalent, da auch der ADV als Avantgarde der radikalen Rechten unabhängig und führend bleiben wollte. Durch diese Verhältnisse von Kooperation und Abgrenzung, die auch in den Erinnerungen thematisiert werden, werden auch die eingeschränkten Spielräume alldeutscher Politik aufgrund von Weltanschauungs- und Mobilisierungskonkurrenzen mit „neuen“ paramilitärischen und populistischen Massenbewegungen der politischen Rechten seit dem Ersten Weltkrieg deutlich. Die Erinnerungen verdeutlichen die vielfältigen Versuche von Claß, Kooperationen innerhalb der sich fundamental verändernden politischen Rechten zu generieren.

Trotz der Wandlungsfähigkeit des ADV und der politischen Radikalisierung unter Claß' Verbandsführung sowie der Adaption weltanschaulicher Kernelemente des Verbandes durch die „neuen“ nationalistischen Organisationen vollzogen die Alldeutschen nur bedingt die Annäherung an die radikale-

<sup>510</sup> Claß (Pseudonym Daniel Frymann): Wenn ich der Kaiser wär'.

<sup>511</sup> Claß: Denkschrift [1914; Zum deutschen Kriegsziel 1917].



ren Organisationen der „neuen“ Rechten nach 1918, welche die Alldeutschen aufgrund des eigenen elitären Vertretungsanspruchs von politischer Führung für sich funktionalisieren wollte, um das stetige Ziel einer rechten Sammlungspolitik und der Massenmobilisierung zu erreichen. Durch den Ersten Weltkrieg erfuhren auch die Alldeutschen ihr Mobilisierungsdilemma. Die Politik der Zweiggründungen von spezifischen Interessenorganisationen wie dem Deutschen Wehrverein 1912 oder dem antisemitischen DvSTB 1919 verstärkten das Problem, Mobilisierung von Massen aus dem elitären Gefüge des ADV selbst herauszuhalten.<sup>512</sup> Die gleichzeitige Einbindung in das Netzwerk der Rechten und die Strategie der Mehrfachmitgliedschaften in Verbänden und Parteien verweisen auf die Anziehungskraft des ADV im hochpersonalisierten Gefüge der nationalistischen Interessenverbände. Andererseits waren die Organisationen der „nationalen Opposition“ zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus aufgrund einer sich rapide verändernden Deutungskultur des Nationalen viel stärker zersplittert und nach Weltanschauung und Milieu ausdifferenzierter, als es in der Forschung bisher systematisch reflektiert wurde. Spezifische generationelle Prägungen der „1860er“ um Claß und sich letztlich doch als sehr prägend erweisende bildungsbürgerliche Kontinuitäten einer politischen Kultur zwischen Konservatismus und Nationalliberalismus des Kaiserreichs verhinderten bei Claß eine vorbehaltlose Anpassung an den politischen Stil der NSDAP und das umfassendere Volksgemeinschaftsprogramm des Nationalsozialismus.<sup>513</sup> Gleichzeitig wiesen massive Radikalisierungen bei Claß und den Alldeutschen wie der Befürwortung von Gewaltanwendung für den politischen Umsturz sowie kompromissloser Ausweisung von Menschen aus besetzten Gebieten und der Stellung von Juden und anderen Minderheiten unter Fremdenrecht bereits über diese politische Kultur zwischen Konservatismus und Nationalliberalismus hinaus.

Trotz der Umsetzung zentraler Forderungen von Claß nach Diktatur, Antisemitismus und Rassismus im Nationalsozialismus blieben auch grundsätzliche Vorbehalte gegenüber Massenmobilisierung und dem umfassenden Volksgemeinschaftsversprechen der NS-Bewegung, die eine führende Rolle des ADV innerhalb der „neuen“ radikalen Rechte nach 1918 langfristig unmöglich machte. Es war auch diese Fragmentierung der nationalen und konservativen Rechten in der Weimarer Republik, die als Grundbedingung für den Aufstieg der Nationalsozialisten gelten muss. Gleichzeitig hat diese Kooperation vor allem zwischen Anti-Youngplan-Kampagne 1929, Harzburger Front 1931 und Koalitionsverhandlungen 1932 und 1933 erst möglich gemacht.<sup>514</sup>

Die politischen Erinnerungen von Claß geben einen subjektiven Einblick des Vorsitzenden des ADV in diese Entwicklungen und sind daher ein Selbstzeugnis auffällig kritischer Schilderung von Umbrüchen, verfehlten Strategien,

---

<sup>512</sup> Siehe Coetzee: *The German Army League*, Lohalm: Völkischer Nationalismus und Chiekring: *We Men*.

<sup>513</sup> Siehe auch Struve: *Elites und Frei* (Hrsg.): *Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus?*

<sup>514</sup> Siehe Jones: *The German Right*.

politischen Illusionen im Hinblick auf die eigene Führungsrolle und schließlich auch der gescheiterten „Zähmung“ der NSDAP und begrenzter persönlicher Handlungsoptionen und Möglichkeitshorizonte. Gerade der nachträgliche Anhang von 1936, der nicht für die Veröffentlichung vorgesehen war und dem Memoirenmanuskript beigelegt war, besticht durch eine offene Darstellung des Konkurrenzverhältnisses zu Adolf Hitler und der NSDAP vor 1933. Die forcierte Radikalisierung der DNVP durch alldeutsche Mitglieder der Partei und die Parteiübernahme durch das Gründungsmitglied des ADV, Alfred Hugenberg, am 20. Oktober 1928 war für die alldeutschen Techniken der bürgerlichen Honorationenpolitik geradezu revolutionär, da der Einfluss führender Alldeutscher in den konservativen, liberalen und antisemitischen Parteien seit den Wahlen 1903 und 1907 massiv gesunken war und auch Claß nach seinem eigenen Scheitern als Kandidat der Nationalliberalen bei den Reichstagswahlen 1903 in den Vorwahlen den Reichstagsparteien und auch der Gründung der DVLP 1917 äußerst skeptisch blieb. Diese grundsätzlichen Vorbehalte blieben auch mit der DNVP zunächst bestehen, wenngleich er in der Partei das einzige Machtmittel sah, über demokratische Parteipolitik die Weimarer Republik zu zerstören und die zivil-militärische Diktatur über einen rechtschöpferischen Staatsnotstand und die Umsetzung durch den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg 1932/33 umzusetzen. Im Führungskampf mit der aufstrebenden NSDAP ging die DNVP unter Hugenbergs Führung zwischen 1928/29 und 1932/33 schlichtweg unter und avancierte Hitler zur führenden Kraft der radikalen Rechten. Der Versuch, über die DNVP Massenmobilisierung und demokratische Legalität für eine elitär-ständische Politik zusammenzubringen, war letztlich gescheitert. Die breitere meritokratische Volksgemeinschaftspropaganda der NSDAP, die Anziehungskraft der NS-Bewegung auch für protestantisch-bürgerliche Milieus sowie die Bedeutung charismatischer Persönlichkeiten für moderne Politikgestaltung stellt die Frage nach grundsätzlicheren Formen des Politikwandels in der Zwischenkriegszeit.

Die Erinnerungen können auch als Quelle für eine erweiterte Strukturgeschichte des ADV zwischen Erstem Weltkrieg und Nationalsozialismus gelesen werden, die nach politischen und weltanschaulichen Kontinuitäten und nach Radikalisierungen fragt. Die Edition schließt zudem eine weitere Forschungslücke zu autobiographischen Selbstzeugnissen von führenden Vertretern vor allem der „alten“ bildungsbürgerlichen Honoratioren der politischen Rechten auf lokaler und nationaler Ebene, die oft mit der ungünstigen Überlieferungslage von Nachlässen führender Alldeutscher korrespondiert.<sup>515</sup> Auch ein umfassender Claß-Nachlass fehlt bis heute. Die kontextualisierenden Anmerkungen sollen zwischen Selbstdarstellung des historischen Subjekts und

<sup>515</sup> Die Erinnerungen reihen sich ein in die veröffentlichte zeitgenössische Erinnerungsliteratur von Keim: *Erlebtes und Erstrebtes* (1925), Schemann: *Lebenserfahrungen* (1925), Liebert: *Aus einem bewegten Leben* (1925), Schäfer: *Mein Leben* (1926), Hugenberg: *Streiflichter* (1927), Kirdorf: *Erinnerungen* (1930), Melanie Lehmann: *Der Verleger* (1935), Oldenbourg-Januschau: *Erinnerungen* (1936) sowie auch Schlabrendorff: *Begegnungen* (1979).

politischer und weltanschaulicher Umbruchserfahrungen einerseits und langfristigen Strukturen des ADV innerhalb der Rechten zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus vermitteln und die Quelle für die Biographieforschung und vor allem für die politische Kulturgeschichte des radikalen Nationalismus in Deutschland nutzbar machen.<sup>516</sup>

---

<sup>516</sup> Siehe auch Berghahn/Lässig (Hrsg.): *Biography between Structure and Agency*, Hardtwig (Hrsg.): *Ordnungen in der Krise* und Ders. (Hrsg.): *Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit*.

**Heinrich Claß**  
**Politische Erinnerungen des Vorsitzenden**  
**des Alldeutschen Verbandes 1915–1933/36**



## Krieg und Kriegszielpolitik 1915–1916<sup>1</sup>

### Der Kampf gegen Bethmann Hollweg. Einleitung

In der zweiten Hälfte des ersten Bandes dieses Erinnerungsbuches ist meine politische Arbeit und diejenige meiner Freunde in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg und in seiner Anfangszeit geschildert worden.<sup>2</sup> Dabei habe ich hervorgehoben, in welcher Weise und mit welchem Erfolge ich mit meinen Mitarbeitern bemüht war, den Widerstand aus dem Volke, den wir die *nationale Opposition* nannten, zu beleben, zu vertiefen und zur stärksten Wirkung gegen die amtliche Politik und das Gebahren der Parteien zu bringen. Ich habe darauf hingewiesen, wie unendlich schwierig diese politische Arbeit gewesen ist, da sie alle massgebenden amtlichen Stellen mit ihren Einflussmöglichkeiten und nicht nur alle demokratischen Parteien, sondern auch deren gesamte Presse, voran die jüdisch bestimmte, gegen mich hatte, während die Unterstützung durch die nationalen Parteien und ihre Presse – abgesehen von einigen rühmlichen Ausnahmen – durchaus unzureichend war. Der nationalen Opposition hatte ich als Haupttrichtung den Kampf *gegen den unseligen fünften Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg*<sup>3</sup> vorgeschrieben und ihr seine baldigste Beseitigung als wesentliche Aufgabe bestimmt.<sup>4</sup> Dies alles

---

<sup>1</sup> Das Inhaltsverzeichnis zu Heft 1 fehlt in der Textfassung in FZH 11/C2. Auf einem einzelnen Blatt hatte Claß eine vermutlich frühere Kapitelstruktur handschriftlich von „Band 2, Heft 1“ mit teilweise anderen Teilüberschriften und Textgliederungen notiert: „Einleitung. Bethmann Hollweg muß weg. Liebig's B-System. Sontag Reichspolitik seit 14.[.] Juni 1909. Junius Alter Das Deutsche Reich auf dem Weg zu geschichtlichen Episode. Bethmann Hollweg. Vertrocknete Herzen. Fürst Salm. Salm-Eingabe. Großherzog von Oldenburg. Neue Helfer. Paul Bang. Deutscher Volksrat. Herzog Johann Albrecht, Großadmiral von Tirpitz. Dietrich Schäfer. Kriegsminister von Stein. General von Vietinghoff, General von Berendt. Graf Kaspar Preysing“. Der Text von Heft 1 ist in der Fassung in FZH 11/C2 die originale Schreibmaschinenabschrift von Heft 1, von der die Durchschlagskopie der Fassung in BA-Berlin, N 2368 stammte. Die Textfassung in FZH 11/C2 enthält handschriftliche durch Füller erfolgte Korrekturen und Anmerkungen von Claß.

<sup>2</sup> Claß: Wider den Strom.

<sup>3</sup> Theobald von Bethmann Hollweg (1856–1921), 1905–1907 preußischer Minister des Innern, 1907–1909 Staatssekretär im Reichsamt des Innern und Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums, 1909–1917 Reichskanzler.

<sup>4</sup> Siehe Claß: Wider den Strom, S. 301–415. Die Gegensätze zwischen ADV und dem Reichskanzler offenbarten sich in der Kriegszieldebatte und der Zensurpolitik der Reichsregierung. Zu der von Claß am 9.12.1914 versendeten Kriegszielenkschrift antwortete Theobald von Bethmann Hollweg: „Wie Sie selbst hervorheben ist der Siegespreis, um den wir

war aus der Erkenntnis heraus geschehen, dass der sogenannte leitende Staatsmann [des] Deutschen Reiches keine der Eigenschaften besass, die ein solcher haben muss, wenn er sein Volk, zumal in schwerster Zeit, erfolgreich führen will. Ich habe bei der Schilderung unseres Kampfes den verhängnisvollen Gegensatz zwischen den großartigen Leistungen des Heeres und seiner Führer und dem geradezu jammervollen Versagen der politischen Leitung auf allen Gebieten betont und die Pflicht der nationalen Opposition unterstrichen, dafür zu sorgen, dass der erhoffte Sieg politisch zum Wohle unseres Vaterlandes ausgenutzt werde.<sup>5</sup> Diese Aufgabe blieb bis zu dem militärischen Umschwung im Sommer und Herbst 1918<sup>6</sup> dieselbe, und die nationale Opposition blieb ihr bis zum bitteren Ende getreu. Auch weiterhin suchten wir vor allem dahin zu wirken, dass das *militärische* Kriegsergebnis auch *politisch* zum Vorteil unseres Vaterlandes ausgenutzt werde.<sup>7</sup> Bestärkt wurden wir in diesen Bemühungen noch besonders durch die Berichte derjenigen unserer Mitarbeiter, die das Glück hatten, an die Front zu kommen.<sup>8</sup> Von ihnen seien *Dr. Neumann*<sup>9</sup>,

---

kämpfen, noch nicht erstrittenen, viel weniger gesichert. Es würde daher verfrüht sein, in eine Diskussion der sich uns bietenden Möglichkeiten einzutreten. Aber glaube ich, dass Euer Hochwohlgeboren der gemeinsamen Sache besser dienen werden, wenn Sie Ihre Propaganda bis zu einem Zeitpunkt aufschieben, wo sich bestimmt übersehen lässt, was wir fordern und was wir erreichen können.“ Bethmann Hollweg an Claß, 27.12.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 634, Bl. 136. Bethmann Hollweg erklärte am 13.5.1915 gegenüber Konstantin von Gebattel, in Reaktion auf dessen Schrift an den Reichskanzler vom 5.5.1915, in der er die Reichsregierung für ein „zu eng gestecktes Kriegsziel“ kritisierte und eine Umstürzbewegung eines „enttäuschten Volkes“ nach dem Krieg vorhersagte: „Ich lasse das Verdienst gelten, das[s] der A.D.V. durch die Hebung des nationalen Machtwillens und die Bekämpfung der Völkerverbrüderungsideologie sich vor dem Kriege errungen hat. Leider aber hat er diesen nationalen Willen mit so viel Mangel an politischer Einsicht verbunden, daß er schon in der Zeit vor dem Frieden das politische Geschäft des öfteren erschwert und jede Regierung, die sich nicht die Fensterscheiben zerschlagen lassen will, zu einer Gegnerschaft gegen ihn gezwungen hat. Der Krieg und seine Erfahrungen haben zwar den nationalen Machtwillen, auf dessen Hebung sich das Existenzrecht des A.D.V. gründete, zum Gemeingut des deutschen Volkes gemacht, den Mangel an politischer Einsicht in den Kreisen des A.D.V. indeß [...] ins Groteske gesteigert.“ In ebd., Bd. 627, Bl. 203–204. Siehe zu Gebattels Brief auch den Briefwechsel zwischen Gebattel und Bethmann Hollweg zwischen dem 5.5. und 15.6.1915 abgedruckt in Claß: Wider den Strom, S. 405–415 sowie zur späteren Diskussion der Briefe in der Rede von Hugo Haase (SPD) zur Wahlrechtsreform vom 30.3.1917, in Verhandlungen des Reichstags, Bd. 309, S. 2889.

<sup>5</sup> Siehe Claß: Wider den Strom, S. 301–415.

<sup>6</sup> Siehe Kapitel 3.5.–3.11.

<sup>7</sup> Siehe die Diskussionen um innenpolitische Reformen in der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 4.7.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 95, Bl. 18–24.

<sup>8</sup> Claß stellte sich freiwillig als Kriegserichtsrat dem Gouvernement Mainz zur Verfügung, wurde jedoch nicht einberufen. Claß an Theodor Weicher, 10.8.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 198, Bl. 170.

<sup>9</sup> Johann Martin Andreas Neumann (1865–1928), Studium der Rechtswissenschaft und Nationalökonomie in Freiburg, Leipzig und Kiel, Referendar, Assessor und Richter in Lübeck, seit 1899 Mitglied der Lübecker Bürgerschaft, seit 1904 Senator und u.a. Mitglied der Militärkommission und der Finanzkommission sowie Vorsitzender des Kirchenrates, 1904–1907 Mitglied der Hauptleitung des ADV, im Ersten Weltkrieg Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses und ab 1915 des Vorstandes des ADV, 1907–1919 Direktor der Gesellschaft zur Förderung gemeinnütziger Arbeiten, 1916 Mitglied des UADF, 1917 Berater des

Rippler<sup>10</sup> und Lohmann<sup>11</sup> erwähnt. In Briefen an mich, sowie mündlich vor dem Geschäftsführenden Ausschuss[,] schilderten sie die Eindrücke, die sie im Verkehr mit den Kämpfern aller Dienstgrade draussen im Felde erhalten hatten.<sup>12</sup> Gemeinsam war diesen Berichten, einerlei, ob es sich um Mannschaften oder Offiziere handelte, dass die Kämpfenden wissen wollten, worum es in diesem Kriege gehe. Der leidenschaftliche Wille, das Vaterland für die Zukunft vor einem ähnlichen Überfall zu bewahren, klang allenthalben durch. Sämtlichen Schilderungen über Unterhaltungen mit Offizieren jeden Grades war ein unbedingtes Misstrauen gegen die politische Leitung in Berlin gemeinsam; bei vielen herrschte sogar ein ausgesprochener Haß gegen Bethmann Hollweg.

Zivilgouvernements Riga, 1919 Gründungsmitglied des Nationalen Klubs, Mitglied im Aufsichtsrat der August Scherl GmbH und Erster Vorsitzender des Verwaltungsrates des Scherl-Verlages, Vorsitzender des Ausschusses des Deutschen Verlags-Vereins, 1921 Ehrendoktor der Theologischen Fakultät der Universität Kiel, 1921–1926 Erster Bürgermeister der Stadt Lübeck, zentrale Person bei der Anklage 1925/26 gegen Claß wegen Hochverrat aufgrund von Putschgerüchten 1925, Rücktritt als Bürgermeister nach Misstrauensvotum am 2.6.1926.

<sup>10</sup> Heinrich Rippler (1866–1934), Studium der Nationalökonomie, Geschichte und Germanistik, führendes Mitglied des Wehrvereins, des Flottenvereins, des Berliner Nationalklubs 1919 sowie des von Claß 1913 gegründeten Bundes der Letzten, 1892 Redakteur sowie 1896–1922 und 1924–1928 Herausgeber der Täglichen Rundschau, 1912 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 1916 Mitglied des UADF, 1916 Berater von Claß bei dessen Planungen für die 1917 übernommene Deutsche Zeitung, 1919–1923 Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Presse, 1922 zusammen mit Gustav Stresemann Gründung der Tageszeitung Zeit als Parteiorgan der DVP (1925 eingestellt bzw. in die Tägliche Rundschau überführt), 1920–1924 Mitglied des Reichstages für die DVP.

<sup>11</sup> Karl Lohmann (1866–1946), 1902 Staatsanwalt in Verden, 1905 Landrichter in Verden, 1909 Gründungsmitglied des Preußischen Richtervereins, 1911 Vorsitzender Richter am Landgericht Hamburg-Altona, engerer Kontakt zum ADV mit Publikation von Claß' „Kaiserbuch“ 1912, seit 1915 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 1917/1918 Mitglied des antisemitischen „Judenausschusses“ des ADV, 1917 stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Zeitung, Vorsitzender der Ortsgruppe des ADV in Hamburg, 1924–1925 Mitglied des Preußischen Landtages, 1924–1928 Mitglied des Reichstages für die DNVP, 1925 Mitglied des VRA der DNVP, in Planungen von Claß für einen Staatsstreich zu Beginn der Weimarer Republik als Justizminister vorgesehen, während der Anti-Youngplan-Kampagne 1929–1930 Mitglied des Referendum-Ausschusses, 1929 Pensionierung.

<sup>12</sup> Heinrich Rippler und Johann Neumann waren beim Kriegsausbruch 1914 Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV. Karl Lohmann trat dem Geschäftsführenden Ausschuss am 23.10.1915 als Wahlvorschlag von Felix Hänsch vom Geschäftsführenden Ausschuss bei und war zuvor 1914–1915 als Gast bei den Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses anwesend. Zu den erwähnten Frontberichten v.a. aus Belgien siehe u.a. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 24.4.1915, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 99, Bl. 7 und Dass., 4.9.1915, in ebd., Bl. 7–9. Karl Lohmann verlor im November 1914 einen Sohn, während Rippler seinen Sohn 1915 im Feld verlor. Claß an Paul Winter, 16.11.1914, in ebd., Bd. 198, Bl. 222 und Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 27.1.1916, in ebd., Bd. 103, Bl. 6. Vom Geschäftsführenden Ausschuss verloren im Spätsommer 1915 Karl Klingemann einen Sohn und Paul Winter seinen zweiten Sohn. Konstantin von Gebattel an Julius F. Lehmann, 24.9.1915, in ebd., N 2089, Bd. 2, Bl. 246.



Auf diese Berichte war ich jedoch für meine Erkenntnis der Dinge nicht beschränkt. Die Lage von Mainz brachte es mit sich, dass gesinnungsverwandte Offiziere aus Urlaubsreisen dort Halt machten und mich aufsuchten.<sup>13</sup> Von besonderem Werte für die Beurteilung der seelischen Beschaffenheit der Kämpfer an der vordersten Front waren für mich die Berichte meiner im Felde stehenden Angestellten, wenn sie auf Urlaub kamen.<sup>14</sup> Ergänzt wurden alle diese Aufklärungen durch vertrauliche Mitteilungen meines Freundes *Gebstattel*.<sup>15</sup>

---

<sup>13</sup> Claß wohnte im Sommer in Finthen in seinem Familienhaus. In Mainz besaß Claß ein großzügiges dreistöckiges Wohnhaus in der Stadthausstraße 11. In den Sommermonaten ging Claß von Finthen aus um 7 Uhr früh in die Stadthausstraße und arbeitete dort bis 16 Uhr. Claß an Konstantin von Gebstattel, 11.5.1915, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 1, Bl. 623. Hier befand sich neben seinem Kanzleibüro als Verbandsvorsitzender auch ab 1909/10 die Geschäftsstelle des ADV, die wesentlich von Leopold von Vietinghoff-Scheel geleitet wurde, nachdem mit Kriegsausbruch 1914 Emil Junghans (Kanzleivorstand) eingezogen und Dr. Albert Ritter (zuvor bei Theodor Fritschs Zeitschrift *Der Hammer*) aufgrund von Differenzen mit Claß als Geschäftsführer zum 1.7.1914 gekündigt worden war. Claß: *Wider den Strom*, S. 249–250. Im Oktober 1914 ersetzte Franz Sontag zunächst Vietinghoff-Scheel als Schriftleiter der *Alldeutschen Blätter*. *Alldeutsche Blätter* 3.10.1914. Im Frühjahr 1917 ging Sontag zur Deutschen Zeitung nach Berlin und schied wegen redaktioneller Differenzen mit Claß am 20.5.1917 aus.

<sup>14</sup> Nach der Einberufung der „Freunde“ wie Georg Stössel und Eduard von Liebert „war es in der Hauptleitung allmählich leer geworden“, so Claß. August Keim wurde zum Gouverneur der Provinz Limburg ernannt und Hugo Pohl vom Geschäftsführenden Ausschuss verstarb 1915. Claß: *Wider den Strom*, S. 332. Die Hauptleitung und der Geschäftsführende Ausschuss zählten 1914 26 Mitglieder. Zum September 1915 waren insgesamt 19 Mitglieder beider Gremien nicht zum Militärdienst eingezogen. Paul Winter (geboren 1855) und Erich Stolte (geboren 1857) stellten die ältesten Jahrgänge. Felix Hänsch (geboren 1875) war das jüngste Mitglied. Siehe *Alldeutsche Blätter* 25.9.1915 und *Handbuch des Alldeutschen Verbandes* 1914 und 1916. Vor allem in den Ortsgruppen wurde der Krieg durch die Rekrutierung zum Militärdienst und durch Tod sichtbar, sodass trotz der Erhöhung der Ortsgruppen von 261 (1914) beziehungsweise 255 (1916) auf 390 (1918) und 435 (1919) zahlreiche Ortsgruppen „verfielen“ und nicht arbeitsfähig waren. Im Krieg gingen die Mitgliederzahlen zunächst von ca. 18.000 (1914) auf 16.576 (1915) zurück und stiegen dann auf 22.058 (1916) und 32.322 (1917) massiv an. Siehe Hofmeister: *Between Monarchy and Dictatorship*, S. 495 und 508–512. Die Mitgliederzahlen gingen nach Kriegsende dann zwischen November 1918 von 36.377 auf 34.074 im Februar 1919 zurück, bis sie im Juni 1920 auf 36.839 anstiegen. Einerseits führte diese Dynamik mit der rapiden Mitgliederfluktuation in Folge des rapiden Anstiegs an Ortsgruppenneugründungen und Mitgliedereintritten sowie -austritten zu einer Neustrukturierung zahlreicher Gauverbände, die „verfallene“ Ortsgruppen neu gründeten und verstärkt zusammenfassten. Andererseits verdichtete sich der Bestand das Phänomen an inaktiven oder weiterhin „verfallenen“ Ortsgruppen auch weit nach 1918/19. Siehe Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 6./7.12.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 126, Bl. 35–36, Dass. 19./20.6.1920, in ebd., Bd. 128, Bl. 35, stellvertretend für den Umbau der Gaustrukturen den „Bericht des Oberleibegaus des ADV 1918/20“, in StA Dresden, 13.1., Bd. 2, Bl. 3.

<sup>15</sup> Konstantin von Gebstattel (1854–1932), 1867–1872 Königlich-Bayerische Pagerie, 1872 1. Ulanenregiment in Bamberg, 1878–1881 Bayerische Kriegsakademie München, 1882 Heirat mit Marie Freiin Karg von Bebenburg (1860–1927), 1882–1884 persönlicher Adjutant des Prinzen Leopold von Bayern, 1899 Kommandeur des bayerischen 5. Chevaulegers-Regiments, 1903 Oberst und Kommandant der I-Kavallerie-Brigade, 1905 Generalmajor, 1906 Inspekteur der Kavallerie, 1908 Generalleutnant, 1910 General der Kavallerie und wegen Asthma zur Disposition gestellt, seit 1913 Mitglied des ADV, 1914 Eintritt in die Hauptleitung des ADV, Verfechter radikal antisemitischer Positionen und alldeutscher

Er stand in regstem Briefwechsel mit seinem nächstjüngeren Bruder Ludwig<sup>16</sup>, dem Kommandierenden General des III. bay[er]ischen Armeekorps, sowie anderen Generalen seines Alters, aber auch mit früheren Untergebenen, besonders einem seiner ehemaligen Adjutanten.<sup>17</sup> Das Gesamtbild, das ich mir auf diese Weise machte, war so, dass die deutschen Kämpfer unbedingt das Gefühl der Überlegenheit gegenüber allen feindlichen Truppen hatten, auch da, wo sie deren Tapferkeit und Führung anerkannten. Aber bei den höheren Offizieren wurde doch die Sorge laut: was wird, wenn der Krieg sich lange hinzieht und den bisherigen Feinden sich neue zugesellen?

Es ist selbstverständlich, dass diese Sorgen auch uns auf der Seele brannten, umsomehr, als wir die Fehler genau kannten, die in bezug auf die Verpflegung unseres Volkes und auf die Sicherung alles dessen, was für den Krieg

---

Kriegszielpolitik, Werbung für alldeutsche Positionen beim Bayerischen König Ludwig III. sowie bei seinem Vetter, dem bayerischen Kriegsminister vom 11.12.1916–8.11.1918, Philipp von Hellingrath (1862–1939), 1915–1929 stellvertretender Vorsitzender des ADV, im Ersten Weltkrieg Vertretung von Claß als Vorsitzender des ADV, 1916 Eintritt in den Germanenorden, 1917/18 Leitung des alldeutschen „Judenausschusses“ zur Vorbereitung des 1919 gegründeten DvSTB, 1919 Bundesleitung des DvSTB, langsamer Rückzug aus der Politik des ADV zwischen 1922/23 und 1929, Mitglied im Münchener Kunstverein. Autor der Denkschrift: Gedanken über einen notwendigen Fortschritt in der inneren Entwicklung Deutschlands (Oktober 1913) über radikalen Antisemitismus, Staatsstreich, Belagerungszustand und ständisches Klassenwahlrecht, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 355, Bl. 48–53. Das erste persönliche Treffen fand am 12. oder am 14.8.1913 durch Einladung von Claß auf dem Schloss Gebsattel statt. Konstantin von Gebsattel an Claß, 19.7.1915, in ebd., N 2089, Bd. 2, Bl. 157–159. Gebsattel nahm am 6.12.1913 erstmals als Gast auf einer Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV teil. Sein Sohn, Viktor Emil von Gebsattel (1883–1976), studierte zunächst Rechtswissenschaft auf Wunsch der Eltern in Berlin als Zugang zur Diplomatenlaufbahn, war seit 1920 mit der Ärztin und Nichte von Erich von Falkenhayn, Karoline Franziska Olga von Falkenhayn, nach deren Übertritt zum Katholizismus verheiratet. Er arbeitete nach der Dissertation in Philosophie und dem folgenden Studium in München und der folgenden Medizinalassistenten beim Psychiater und Psychotherapeut Emil Kraepelin u. a. 1923–1925 als ärztlicher Leiter der Kuranstalten Westend Berlin, 1925–1939 im Sanatorium Schloss Fürstenberg, 1939–1944 am Deutschen Institut für psychologische Forschung und Psychotherapie Berlin – ab 1944 als Leiter der Zweigstelle in Wien, nach 1945 als Lehrbeauftragter in Freiburg und Würzburg. Der Neffe Franz Freiherr von Gebsattel (1889–1945) war Geschäftsführer des adlig-bürgerlichen Ausschusses zur Zusammenführung für eine neue „Führerschicht“ von bayerischem Adel und rheinisch-westfälischer Ruhrindustrie der Gää (1922–1933).

<sup>16</sup> Der nächstjüngere von insgesamt drei Brüdern war Hermann von Gebsattel (1855–1939). Gemeint ist Ludwig von Gebsattel (1857–1930), 1899–1901 preußischer Großer Generalstab, 1900 Generalstabsoffizier beim Armeekorps-Oberkommando des ostasiatischen Expeditionskorps (Niederschlagung des „Boxeraufstandes“), 1902 Chef des Generalstabes des III. Armeekorps, ab 1904 Militärischer Bevollmächtigter in Berlin und Bevollmächtigter beim Bundesrat, 19.3.1914–12.1.1917 Kommandierender General des III. Bayerischen Armeekorps, 1917–1919 Stellvertretender Kommandierender General des II. Armeekorps, 1919 Entlassung aus dem Militärdienst.

<sup>17</sup> Gemeint ist unter Umständen Rittmeister Baumann, der im Juli 1917 vor Ypern stationiert war und den Konstantin von Gebsattel im Sommer 1917 als „einen ehemaligen Untergebenen von mir“ bezeichnete, „der seit Beginn des Krieges sich im Westen, dann im Osten und jetzt wieder im Westen mit Auszeichnung geschlagen hat.“ Konstantin von Gebsattel an Erich Ludendorff, 13.8.1917, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 4, Bl. 424–426. Zitat ebd., Bl. 424.

notwendig war, von den massgebenden Stellen von Anfang an begangen worden waren, und die zu[r] sogen. Zwangswirtschaft geführt hatten.

Man hat uns später ebenso unsinnig wie ungerecht „*Kriegsverlängerer*“ genannt.<sup>18</sup> Dieser Vorwurf wäre furchtbar, wenn [er] auch nur die geringste Berechtigung hätte. Kriegsverlängerer im wahrsten Sinne des Wortes waren unsere Feinde, d. h. ihre politischen und militärischen Führer, die ja längst vor dem Kriege schon ihre festumrissenen Ziele hatten, einerlei, ob es sich um England, Frankreich oder Russland handelte. Was wir vertraten, war die Forderung nach einer politischen und militärischen Führung, die den Krieg zu einem erfolgreichen Ende brächte, und es war selbstverständlich, dass, je schneller dies erreicht worden wäre, wir umso dankbarer gegenüber denen gewesen wären, die es fertiggebracht hätten. Aber sowohl nach den Lehren der Geschichte, als auch nach der allgemeinen seelischen Verfassung der uns feindlichen Völker und ihrer Führer, die deren Verhalten uns erkennen ließ,

---

<sup>18</sup> Der ADV stand stellvertretend für die nationalistische Rechte, die weitreichende Kriegsziele forderte und auch nicht durch die Verlängerung des Krieges, die sozialen Rückwirkungen auf die deutsche Kriegsgesellschaft sowie die politische Radikalisierung der Parteien und Verbände von der Kompromisslosigkeit der Propaganda abbrückte. Claß und die Mitglieder des ADV, sowie die radikale Kriegszielbewegung insgesamt, verwendeten wiederum für die Stigmatisierung ihrer politischen und weltanschaulichen Gegner bevorzugt die Begriffe „Flaue“, „Flaumacher“ und pazifistische „Gegenbewegung“. Siehe u. a. Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 4.9.1915, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 101, Bl. 13–15. Der Begriff „Kriegsverlängerer“ gewann vor allem nach der Friedensresolution der Mehrheitsparteien im Reichstag (SPD, Zentrum und FVP) und mit der Gründung der USPD im April 1917 sowie der Gegengründung der nationalistischen DVLP am 2.9.1917 (Kapitel 2.8.) an politischer Bedeutung und wurde mit dem ADV als wichtigste Interessenorganisation der politischen Kriegszielbewegung von 1914/15 verbunden. Siehe stellvertretend für den Begriff der alldeutschen „Kriegsverlängerer“ die Rede von Wilhelm Dittmann (Gründungsmitglied der USPD) im Reichstag vom 9.10.1917, in Verhandlungen des Reichstags, Bd. 310, S. 3765–3773. Zum Vorwurf „Alldeutscher“ als Sammelbegriff aller „Überannexionisten“ unabhängig von der Parteizugehörigkeit siehe die Gegenrede des Deutsch-Konservativen Albrecht von Graefe (Goldebee/Güstrow) 6.10.1917, in ebd., S. 3731–3738. Konstantin von Gëbsattel notierte wiederum: „Die masslose Hetze geht doch wiederum von der anderen Seite aus, die alles, was ihr nicht passt, mit dem Schlagwort Alldeutsch abzutun versucht.“ Konstantin von Gëbsattel an seinen Vetter Theodor Freiherr von Karg-Bebenburg, 10.8.1918, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 5, Bl. 231–232. Zitat ebd., Bl. 232. Der Sozialdemokrat Otto Landsberg zog in seiner Reichstagsrede vom 6.10.1917 zur Begründung der „Interpellation der Mitglieder des Reichstags und Genossen, Betreffend Agitation durch Vorgesetzte im Heere zugunsten alldeutscher Politik (Nr. 1051 Drucksachen)“ eine vereinheitlichende Linie vom ADV zur Kriegszielbewegung und der DVLP: „Vaterlandspartei! Man weiß, daß diese neue Partei mit dem schönen neuen Namen eine alldeutsche Gründung ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) Die Führer der Alldeutschen sind ja politische Gründer: Alldeutscher Verband, Wehrverein, Flottenverein, Kolonialverein, Ostmarkenverein, UADF – es sind immer dieselben Männer, (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) bloß die Firma wechselt. Würfte man nicht, daß der Alldeutsche Verband hinter dieser Parteigründung steht, man würde es merken an der Anmaßung, die in dem Namen der Partei liegt.“ In Verhandlungen des Reichstags, Bd. 310, S. 3714–3723. Zitat ebd., S. 3714, 3715, 3716 und 3717. Zur Diskussion um den Begriff „Alldeutsche“ siehe auch Leopold von Vietinghoff-Scheel an Adolf von Harnack, 21.7.1915 in BA-Berlin, R 8048, Bd. 101, Bl. 18 und Adolf von Harnack an Leopold von Vietinghoff-Scheel, o. D., in ebd., Bl. 19–21.

musste es für uns klar sein, dass nur bei rücksichtslosester Ausnutzung aller Deutschland zu Gebote stehenden Kräfte und Mittel ein rascher und guter Kriegsausgang zu erzielen sei. Wir mussten deshalb als unsere Gegner in dem Kampfe, den wir in der Heimat führen, nicht nur diejenigen betrachten, die aus Mängeln ihren Willens und ihrer Erkenntnis schwächlich handelten oder schwächliches Handeln der politischen Führung verteidigten und förderten, sondern auch jene, die, einerlei ob innerhalb oder ausserhalb der Ämter und der maßgebenden militärischen Stellen, den vollen Einsatz unserer wirksamen Kriegsmittel hintertrieben, sei es aus falscher Rücksicht auf die berühmte Weltmeinung, sei es aus der überklugen Meinung heraus, man dürfe die Feinde nicht zum Äußersten reizen. Wie oft habe ich hören müssen, dass England in seinem Stolz nicht dadurch verletzt werden dürfe, dass ein großer Sieg zur See angestrebt werde – ja man bekam von übergescheiterten Leuten zu hören, dass auch Frankreich gegenüber besser kein Erfolg gesucht werde, der dem militärischen und völkischen Ehrgefühl der Franzosen zu nahe träte. Welche Auffassungen hatten diese Menschen von dem Wesen des Krieges, welche gar erst von dem Wesen unserer wichtigsten Feinde, aber auch von den Pflichten gegenüber dem eigenen ausgehungerten Volke! Kriegsverlängerer waren nach meiner Überzeugung neben den Feinden diejenigen, die die rechtzeitige und rücksichtslose Ausnutzung unserer wirksamsten Kampfmittel unmöglich machten.<sup>19</sup> Dieser Vorwurf ist insbesondere wider die Gegner des unbeschränkten Unterseebootskrieges erhoben worden, nach meiner auch heute unerschütterten Überzeugung mit vollem Recht. Es wird hierüber noch zu reden sein.<sup>20</sup>

### 1.1. Bethmann Hollweg muss weg

Der Kampf, den wir und mit uns ein Teil der unabhängigen Presse gegen Bethmann Hollweg führten<sup>21</sup>, hatte Gegenmas[s]nahmen zur Folge, die, jedenfalls uns gegenüber, eine außerordentliche Verschärfung der Zensur mit sich brachten.<sup>22</sup> Es ist schon gesagt worden, dass die „Alldeutschen Blätter“ unter

<sup>19</sup> Siehe dazu auch Bittschrift Claß an den Deutschen Reichstag und an das Preußische Abgeordnetenhaus, 3.2.1915, in Universitätsarchiv Freiburg, NL Ludwig Schemann, N 12, Bd. 804, Bd. 3, o. Bl. sowie Nachdruck in Claß: Wider den Strom, S. 367–376.

<sup>20</sup> Siehe Kapitel 2.1.

<sup>21</sup> Claß verweist unter anderem auf Die Post des Verlegers und engen Freundes Heinrich Pohl, der am 22.4.1915 verstorben war, sowie auf Heinrich Riplers Tägliche Rundschau und die Rheinisch-Westfälische Zeitung des Herausgebers Theodor Reismann-Grone, der 1915 wegen unterschiedlicher Kriegsziele (u. a. Kritik an Claß' Bindung an Österreich-Ungarn sowie Gegnerschaft zu Russland) und nach persönlichen Konflikten mit Claß aus dem ADV ausschied. Siehe u. a. Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 17.2.1912, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 83, Bl. 13–14. Zu Reismann-Grone auch Alldeutsche Blätter 1.5.1915 und Theodor Reismann-Grone an Emil Kirdorf, Januar 1917, in StA Essen, NL Reismann-Grone (N 625), Bd. 159, o. Bl. und Frech: Wegbereiter Hitlers?, S. 213–224.

<sup>22</sup> Siehe Fischer: Pressekonzentration, Koszyk: Deutsche Pressepolitik, Deist: Zensur und Propaganda, Mommsen: Die Regierung Bethmann Hollweg und die öffentliche Meinung und König/Neitzel: Propaganda, Medien und Zensur im Ersten Weltkrieg.

sogen. „Präventivzensur“ gestellt worden waren; d. h. wir mussten unsere Zeitschrift beim Gouvernement Mainz einreichen, bevor sie erscheinen durfte.<sup>23</sup> Wir verfahren so, dass wir die einzelnen Nummern in wenigen Stücken von unserer Druckerei fertigmachen liessen und vorlegten. Wurde nun etwas beanstandet oder die Streichung von Aufsätzen oder einzelnen Stellen verlangt, so liessen die mehr oder minder grossen weissen Flecke der „Alldeutschen Blätter“ dem Leser erkennen, dass hier die Zensur mit Weisheit ihres Amtes gewaltet hatte. Der Jahrgang 1915 beweist beim Durchblättern, mit wieviel Eifer das geschehen ist.<sup>24</sup> Uns war bekannt, dass auch diese Tätigkeit der militärischen Stellen in Mainz auf Befehl des Stellvertretenden Generalkommandos in Frankfurt a. M.<sup>25</sup> geschah, das wiederum nach den Anweisungen der obersten politischen Stellen in Berlin verfuhr.<sup>26</sup> Von Frankfurt kam auch ziemlich bald die Anweisung, dass die weissen Stellen verschwinden müssten: man wünschte also nicht, dass der Leser erfahre, dass und wie viel gestrichen sei. Es liegt auf der Hand, dass dadurch die Herstellung der „Alldeutschen Blätter“ wesentlich erschwert wurde, da oft im letzten Augenblick noch umfangreiche Veränderungen vorgenommen werden mussten.

Bei meinem persönlichen Kampfe gegen die Zensurmaßnahmen, mit denen man mich bedacht hatte, hatte ich Verständnis und Hilfe bei den Führern der nationalen Parteien im Reichstag und [im] Preussischen Landtag gefunden; ja weit darüber hinaus hatte man meine Beschwerden als berechtigt aner-

---

<sup>23</sup> Siehe Konstantin von Gëbsattel an Hauptleitung, Geschäftsführenden Ausschuss, Gesamtverband und Ortsgruppenvorstände des ADV, 27.1.1915, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 98, Bl. 3. Zur Verlegung der Redaktion zum 1.4.1917 nach Berlin im Zusammenhang mit dem Erwerb der Deutschen Zeitung siehe Kapitel 2.4.

<sup>24</sup> Siehe Alldeutsche Blätter 6.2., 13.3., 3.4., 5.6., 3.7., 14.8., 21.8., 11.9., 18.9., 6.11. und 18.12.1915.

<sup>25</sup> Gemeint ist das Stellvertretende Generalkommando XVIII A.K. (Frankfurt/Main) unter dem Stellvertretenden Kommandierenden General Karl Freiherr von Gall. Zum Briefwechsel zwischen Konstantin von Gëbsattel, der Claß als Verbandsvorsitzenden vertrat, und von Gall siehe Claß: Wider den Strom, S. 398–405. Claß ging bei seinen folgenden Interventionen in Berlin davon aus, dass für den Bezirk des 18. Armeekorps die Unverletzlichkeit des Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnisses nicht aufgehoben war und weiterhin galten. Claß: Wider den Strom, S. 350–394.

<sup>26</sup> Mit der Umsetzung des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4.6.1851 entsprechend der Ausrufung des Kriegszustandes nach § 68 der Reichsverfassung wurde das Deutsche Reich (außer Bayern, jedoch ebenfalls die Kurpfalz) in 24 Militärdistrikte mit eigenen Kommandeuren unterteilt, die für die Durchsetzung der Zensur zuständig waren. Die vollziehende Gewalt ging nach der Erklärung des Kriegszustandes durch Wilhelm II. am 31.7.1914 somit auf die Militärbefehlshaber, die Generalkommandos, Festungsgouverneure und Festungskommandanten sowie auf die Stellvertretenden Kommandierenden Generale über. Ausserhalb Bayerns waren 57 Militärbefehlshaber mit entsprechenden Vollmachten ausgestattet. Siehe auch Verhey: *The Spirit of 1914*, S. 142–146, Altenhöner: *Kommunikation und Kontrolle*, S. 39–52, Deist: *Zur Institution des Militärbefehlshabers und Obermilitärbefehlshabers*, Ders.: *Zensur und Propaganda* und Fischer: *Pressekonzentration und Zensurpraxis*. Während der Novemberrevolution 1918 sollten die Befehlsstrukturen Machtkonkurrenzen und folglich große Spielräume bei der Befehlsgebung und -befolgung ermöglichen. Siehe Schmidt: *Heimatheer und Revolution*.

kannt.<sup>27</sup> Der grossen Sache war damit freilich noch nicht gedient. Denn mir kam es ja nicht auf den Schutz meiner Person an, auf meine Rechtfertigung und auf die Wiederherstellung meiner politischen Bewegungsfreiheit, sondern allein auf die Sache. Bei ihrer Vertretung stand, wie meine Freunde und ich die Dinge auffassten, als A und O im Vordergrund: *Bethmann Hollweg muss fort, muss so schnell wie möglich fort.*

Für mich war es bei dem Durchdenken dessen, was angestrebt werden musste, ich möchte fast sagen, selbstverständlich, dass ich die Aufrichtung der *Diktatur* für geboten hielt – hatte ich sie doch schon im Kaiserbuch zwei Jahre vor dem Kriege als das einzige Mittel bezeichnet, das Deutschland aus den von mir damals erkannten Gefahren retten könne.<sup>28</sup> Um wieviel mehr musste ich diese Überzeugung für den jetzigen Kriegszustand haben und vertreten. Der ganze Kreis der hervorragenden und erfahrenen Männer, mit dem ich jetzt zusammen arbeitete, schloss sich dieser Meinung an, und so wurde ohne besondere Abrede ein Mittelpunkt geschaffen, von dem aus die Notwendigkeit der Diktatur einheitlich verfochten wurde.<sup>29</sup>

Bei dem ungeheuren Übergewicht, das in der öffentlichen Meinung die Heerführer durch ihre Leistungen gewonnen hatten, war es selbstverständlich, dass der Gedanke der *Militärdiktatur* immer mehr Anhänger fand, und dass wir nach einem General Ausschau hielten, der sie ausüben könnte. Freilich hielten wir es damals für ausgeschlossen, dass diese Aufgabe *Hindenburg*<sup>30</sup> oder *Ludendorff*<sup>31</sup> übertragen werden könnte, weil wir überzeugt waren, dass beide Generale jetzt (1915) im Felde nicht entbehrt werden konnten.

<sup>27</sup> Claß wandte sich auch an Wilhelm II. und Theobald von Bethmann Hollweg, das Hessische Staatsministerium, den hessischen Territorialkommissar, den Staatssekretär des Reichspostamtes sowie den Oberbürgermeister von Mainz. Vor allem den Interventionen des Reichstages und des Preussischen Herrenhauses glaubte Claß die Aufhebung der Postsperrung am 13.3.1915 zu verdanken.

<sup>28</sup> „Die Diktatur soll den zentralistischen Staat wieder herstellen, mit einem Reichsparlament, in welchem die Zahl der Abgeordneten der einzelnen Nationalitäten im Verhältnis zur heutigen Gesamtsteuerleistung festgelegt wird; das Wahlrecht innerhalb der Nationalitäten wird zweckmäßig ein nach Bildung und Besitz gestuftes Klassensystem sein.“ Claß (Pseudonym: Daniel Frymann): Wenn ich der Kaiser wär, S. 162. Siehe für die Einführung der Diktatur im Reichsland Elsass-Lothringen auch ebd., S. 83–88 sowie die Diskussionen in der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 6.12.1913, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 92, Bl. 17–23.

<sup>29</sup> Ein Konsens über eine öffentlich vertretene Diktaturforderung bestand innerhalb der Verbandsgremien nicht vor 1922 und auch Karl Lohmann, Erich Stolte oder Gertzlaff von Hertzberg-Lottin gehörten, trotz ihrer radikalen Überzeugungen, zu den Skeptikern einer solchen politischen Mobilisierungsstrategie. Zur Diskussion innerhalb des Verbandes siehe Leicht: Heinrich Claß, S. 298–304.

<sup>30</sup> Paul von Hindenburg (1847–1934), 1914 Reaktivierung aus dem 1911 erfolgten Ruhestand als Oberbefehlshaber der 8. Armee, 1915/16 Aufbau der Verwaltung Ober Ost (Oberbefehlshaber Ost), 1916–1918 mit Erich Ludendorff III. Oberste Heeresleitung 1919 Verabschiedung als Chef des Generalstabes des Heeres, 1925–1934 Reichspräsident.

<sup>31</sup> Erich Ludendorff (1865–1937), u. a. 1908–1913 Leiter der Aufmarschabteilung des Großen Generalstabes, 1914 Oberquartiermeister der 2. Armee, Chef des Stabs der 8. Armee, 1915/16 Aufbau der Verwaltung Ober Ost (Oberbefehlshaber Ost), 1915 kurzzeitig Stabschef des Armeekorps Süd, 1916–1918 General der Infanterie und Generalquartiermeister

Ganz klar waren wir uns von vornherein darüber, dass alles Schreiben und Reden, ja selbst das rasche Anwachsen des Kreises, der in dieser Frage mit uns zusammen arbeitete, einen Erfolg nur haben würde, wenn es gelänge, den Kaiser davon zu überzeugen, dass Bethmann Hollweg entlassen und durch einen Militärdiktator ersetzt werden müsse. Unsere Aufgabe war sonach eine doppelte. Auf den Kaiser kam es umsomehr an, als die sogenannten nationalen Parteien im Kampfe gegen Bethmann Hollweg entweder ganz versagten oder mit so grosser Vorsicht auftraten, dass dabei nichts herauskommen konnte. Der Kaiser aber war für die gebotene Änderung nicht zu haben.<sup>32</sup> Gewiss waren seine Beweggründe bei diesem Verhalten durchaus ehrenwert. Sie ließen sich dahin umschreiben, dass man den sogen. leitenden Staatsmann Deutschlands nicht durch öffentlichen Kampf gegen ihn vor dem Auslande herabsetzen und dadurch einen Zwiespalt zwischen Volk und Regierung offenbaren dürfe. Aber wir meinten, diese Rücksicht sei zu eng gedacht und müsse schweigen angesichts der jedenfalls bei den ausgesprochen nationalen Deutschen vorhandenen Gewissheit, dass der Krieg unter diesem Kanzler politisch verloren gehen musste. So entstand die weitere Aufgabe, die nationalen Parteien in den massgebenden Volksvertretungen für offenes Auftreten gegen Bethmann Hollweg zu gewinnen.

Für dies alles war ein Vorgehen erdacht, bei dem eine Tätigkeit die andere unterstützen und fördern sollte. Um den Kreis der Helfer in unserem Kampfe zu erweitern, schien es richtig, die politischen Sünden Bethmann Hollwegs so eingehend schildern, dass die Notwendigkeit seiner Beseitigung nicht mehr bestritten werden konnte. Aber wie dies machen, da doch die Zensur das Erscheinen jeder Druckschrift verhindern konnte, die sich mit diesen Fragen befasste und den vorgeschriebenen Weg einhielt? Durften wir uns durch ihre Vorschriften lahmlegen lassen? Es war klar, dass wir das Recht und die Pflicht hatten, sie zu umgehen.

Es ist eines der vielen Verdienste meines Freundes [J.] F. Lehmann<sup>33</sup>, dass er unseren Plänen feste Gestalt zu geben verstand; und er war der richtige

---

der III. Obersten Heeresleitung sowie Stellvertreter Paul von Hindenburgs, 1919 Mitbegründer der Nationalen Vereinigung, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, 1923 Hitler-Ludendorff-Putsch in München, 1924–1928 Mitglied des Reichstags für die NSFP, 1925 Kandidat zur Reichspräsidentenwahl, Mitbegründer und führender Repräsentant des 1925 gegründeten Tannenbergbundes (1933 verboten).

<sup>32</sup> Siehe auch Chickering: *Wen Men*, S. 287–288 und Pogge von Strandmann: *Staatstreichpläne, Alldeutsche und Bethmann Hollweg*.

<sup>33</sup> Julius Friedrich Lehmann (1864–1935), 1890 völkischer Verlagsbuchhändler in München durch Gründung der J.F. Lehmanns Medizinische Buchhandlung und J.F. Lehmanns Verlag, 1890–1918 Mitglied der NLP, 1890/91 Gründungsmitglied des ADV, führendes Mitglied des ADV der Ortsgruppe München (Mitbegründer, ab 1897 Vorsitzender und 1892–1935 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses), Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene, des Deutschen Schulvereins und der Thule-Gesellschaft, Verleger u. a. der Zeitschrift *Deutschlands Erneuerung* (gegründet 1917), 1917 Mitglied der DVLP, 1919 Teilnahme an der Eroberung Münchens durch rechte Verbände als Führer des Freikorps Haas, frühe Verbindungen zur NSDAP in München sowie finanzielle Förderung Adolf Hitlers, 1922 Herausgabe des *Archivs für Rassen- und Gesellschaftsbiologie* und 1926 von

Mann zur Ausführung, da er bei meiner Denkschrift über die Kriegsziele hinreichend Erfahrungen gesammelt hatte.<sup>34</sup> Die Behandlung, die man ihm und mir hatte zuteil werden lassen, konnte seinen Eifer nur steigern.<sup>35</sup> So trat er um die Mitte des Jahres 1915 mit dem Vorschlag an mich heran, ich sollte die „Bilanz des Neuen Kurses“<sup>36</sup> fortsetzen und eine Zusammenhängende Darstellung der politischen Tätigkeit Bethmann Hollwegs geben.

Ich musste Lehmann sagen, dass ich unter keinen Umständen für eine solche Arbeit in Betracht käme, da ich aufs äußerste in Anspruch genommen sei. Andererseits aber musste ich die Richtigkeit seines Vorschlages anerkennen, und versprach ihm deshalb jede Förderung zu dessen Verwirklichung. Ich überlegte mir, wer aus unserem Kreis geeignet sei und auch die nötige Zeit habe, die Kampfschrift zu verfassen. Meine Gedanken blieben bei *Professor Dr. Freiherr von Liebig*<sup>37</sup> haften, der bereits früher mit hervorragenden Aufsätzen

---

Volk und Rasse, enge Verbindung zum Mediennetzwerk Alfred Hugenbergs u. a. mit der Gesellschafterbeteiligung an der München-Augsburger-Zeitung, Anfang der 1920er Jahre Kauf des Schlosses Hoheneck bei Ipsheim und Ausbau zum Schulungslager des Wandervogels und später auch für den Bund Oberland für Wehrübungen und Tagungen – ab 1928 auch für die SA und die NSDAP, 1923 Anwesenheit beim Hitler-Putsch im Bürgerbräukeller in München und logistische Unterstützung der Putschisten nach Niederschlagung, Vorstandsmitglied des 1928 gegründeten Kampfbundes für deutsche Kultur, 1929–1930 Mitglied des Referendum-Ausschusses der Anti-Youngplan-Kampagne, 1919–1931 Mitglied der DNVP, 1931 Mitglied der NSDAP.

- <sup>34</sup> Leopold von Vietinghoff-Scheel beklagte, dass in Mainz keine einzige Druckerei bereit sei, sich über Anordnungen der Zensurbehörden hinwegzusetzen. Leopold von Vietinghoff-Scheel an Ludwig Schemann, 5.1.1915, in Universitätsarchiv Freiburg, N 12, Bd. 660, Bl. 40. Der Münchener Verleger Julius F. Lehmann besorgte daher in München den Druck sowie den Versand und fragte auch bei der Pressestelle des Bayerischen Kriegsministeriums nach, ob der Versand außerhalb des Buchhandels rechtmäßig sei, was ihm gegenüber zunächst auch bejaht wurde. Siehe Claß: Wider den Strom, S. 350.
- <sup>35</sup> Siehe zur Hausdurchsuchung von Claß' Büroräumen im Erdgeschoss und seiner Privatwohnung im Obergeschoss seines Hauses in der Stadthausstraße 11 am 2.1.1915 um 19 Uhr, den Büroräumlichkeiten des ADV am 3.1.1915 um 11 Uhr im selben Haus durch die Kriminalpolizei auf Ersuchen des Gouvernements Mainz sowie zur verhängten Postsperrung gegen Claß und die Präventivzensur gegen die Alldeutschen Blätter siehe Claß an August Keim, 4.1.1915, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 199, Bl. 1–2, Rundschreiben Claß 15.1.1915, in ebd., Bl. 9–10 und Claß an Staatsminister Dr. von Hentig, 30.1.1915, in ebd., Bl. 18. Claß schrieb zur Zensur der Kriegszieldiskussion: „Das jetzige Verhalten der Regierung ist nationalpolitisch einfach selbstmörderisch und hat nur den Zweck, die an dem Zusammenbruch unserer auswärtigen [P]olitik Schuldigen für die Zeit des Krieges zu sichern.“ Claß an Direktor Dr. Dieter, 22.12.1914, in BA-Berlin, Bd. 198, Bl. 256.
- <sup>36</sup> Claß: Die Bilanz des neuen Kurses. Claß kritisierte in seinem Vortrag als Mitglied der Hauptleitung des ADV, gehalten auf dem alldeutschen Verbandstag in Plauen am 12. September 1903, den „Neuen Kurs“ Wilhelms II. und der Reichskanzler Leo von Caprivi (1890–1894), Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst (1894–1900) und Bernhard von Bülow (1900–1909) nach dem Abgang Otto von Bismarcks am 20.3.1890.
- <sup>37</sup> Hans Freiherr von Liebig (1874–1931), Sohn des Chemikers Justus Freiherr von Liebig, Privatdozent für Chemie an der Universität Gießen, ab ca. 1910/11 Mitglied des Vorstandes des ADV und Vorsitzender der Ortsgruppe Gießen des ADV und führender Vertreter des Antisemitismus, Herausgeber der Neudeutschen Korrespondenz, 1917–1919 Schriftleiter von Deutschlands Erneuerung, 1919 Schriftleitung von Politik und Wehrmacht des Wehrvereins. Liebig überwarf sich nach dem Ersten Weltkrieg mit dem ADV und trat aus.



in den „Alldeutschen Blättern“ hervorgetreten war<sup>38</sup>, und dessen politische Einstellung meiner eigenen entsprach. Wir verabredeten also, er möge an meiner Stelle mit größter Beschleunigung die Flugschrift ausarbeiten. Das tat ich und erklärte mich ferner bereit, Liebig allen für seine Aufgabe brauchbaren Stoff aus unseren Akten zur Verfügung zu stellen. Auch wollte ich ihn darüber unterrichten, in welcher Weise ich seinerzeit meinen Stoff für die „Bilanz des neuen Kurses“ gesammelt und gesichtet hatte.

Liebig ging sofort auf unseren Vorschlag ein: es zeigte sich, dass er der richtige Mann für die Ausführung war. Freilich, so wie Lehmann und ich es uns gedacht hatten, verfuhr er nicht. Statt der von uns ins Auge gefassten Flugschrift im Umfang der „Bilanz“ schuf er ein wissenschaftliches Werk, das trotz seiner aufs schärfste ausgesprochenen kämpferischen Richtung jeder geschichtlichen Prüfung standhielt. Bei dieser Ausweitung unseres Vorhabens genügte Liebig der Stoff nicht, den wir ihm liefern konnten: er arbeitete vielmehr eine Unmenge von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern aus der zu behandelnden Zeit durch, so dass die Arbeit viel langsamer vorwärts kam, als wir gewünscht hatten.

Als sie fertig war, wurde sie von *Gebattel*, *Lehmann* und mir aufs genaueste geprüft. Im Hinblick auf den erstrebten Erfolg wünschten wir alle drei, besonders aber Gebattel die Ausmerzungen unnötiger Schärfen; doch erwies sich Liebig hierbei als sehr zähe; jede Milderung musste ihm abgerungen werden.

Im November 1915 war das Buch – ein solches war aus der geplanten Flugschrift geworden – druckfertig. Es führte den Titel „Die Politik von Bethmann Hollweg – eine Studie“ und umfasste über 200 Seiten.<sup>39</sup> Nun trat die Frage an uns heran, in welcher Weise die Herstellung und Verbreitung erfolgen könne, ohne dass die Zensur bemüht würde. Nach dem Vorbild der Kriegsziel-Denkschrift<sup>40</sup> wurde beschlossen, das Buch als Handschrift drucken zu lassen und als „streng vertraulich“ zu bezeichnen.<sup>41</sup> Lehmann kam auf den guten Ge-

---

<sup>38</sup> Siehe unter anderem Hans von Liebig: Zur Psychologie der deutschen Verständigungsvereine, in *Alldeutsche Blätter* 28.3. und 4.4.1914.

<sup>39</sup> Hans von Liebig: Die Politik von Bethmann Hollweg. Eine Studie. Teil 1: Das B-System vor dem Kriege. Teil 2: Das B-System im Kriege, (Handschrift, November/Dezember 1915). Ein 3. Teil: Das B-System als Sieger erschien 1919 im Lehmann Verlag München, wo auch die dritte Auflage der ersten beiden Teile in einem Band veröffentlicht wurde. Der dritte Teil wurde von Liebig 1916 niedergeschrieben und der Druck im Mai 1917 durch die Berliner Staatsanwaltschaft auf Befehl des Oberkommandos in den Marken beim Buchbinder durch Beschlagnahme unterbunden. So Otto Helmut Hopfen an Claß, 28.5.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 391, Bl. 291–292. Liebig schrieb dafür ab dem Frühsommer 1917 umso aktiver Artikel für die zum 1.4.1917 neu erscheinende Deutsche Zeitung.

<sup>40</sup> Claß: Denkschrift betreffend die national-, wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele des deutschen Volkes (Handschrift, Dezember 1914), in BA-Berlin, R 8048, Bd. 633, Bl. 111–183. Siehe auch Claß: Denkschrift über die Kriegsziele. Anlagen: 1. Bemerkungen zur osteuropäischen Frage, 2. Vorschläge für den dem Deutschen Reiche notwendigen Landenerwerb, 3. Zahlentafeln betr. die Bevölkerung Belgiens und des Nordens und Westens von Frankreich, 4. Kartenskizze des Russischen Reiches (Handschrift, Dezember 1914), in Archiv der Stadt Lübeck, NL Neumann, Bd. 13.

<sup>41</sup> Hans von Liebig's Denkschrift wurde an die Zensurbehörde als Pflichtexemplar geschickt und am 7.12.1915 als Handschrift in Briefform auf Dünndruckpapier an Ministerpräsidenten-

danken, für den Druck ohne Rücksicht auf die Kosten bestes deutsches Dünndruckpapier zu verwenden, so dass das Buch in geschlossenem Doppelbrief versandt werden konnte.

Ungefähr ein Jahr nach meiner Denkschrift konnte Liebigs Buch in die Welt hinausgehen. Dabei dienten unsere Listen von damals für den neuen Versand.<sup>42</sup> Es war eine Auflage von 2000 Stück hergestellt worden. Einige unserer

ten, Kriegsminister, Bundesfürsten und andere Personen des öffentlichen Lebens verschickt, um die Zensur zu umgehen. Die Schrift wurde noch am selben Nachmittag verboten. Drei Jahre später, am 7.12.1918, wurde die Schrift durch den preußischen Kriegsminister, Heinrich Schöch, freigegeben. Liebig: Die Politik Bethmann Hollwegs, Einführung zur 2. Auflage (Dezember 1918) und Zechlin: Die deutsche Politik und die Juden, S. 518–520.

<sup>42</sup> Der ADV arbeitete über Jahre an einer gezielten Auflistung einflussreicher und zu beeinflussender Persönlichkeiten des öffentlichen und staatlichen Lebens. Bereits beim Versand der Claß'schen Denkschrift „West-Marokko deutsch!“ von 1911 wurden 4.000 der insgesamt 60.000 Exemplare der 6. Auflage der Denkschrift an Parlamentarier, Staatsbeamte und Militärangehörige verschickt. Siehe Leicht: Heinrich Claß, S. 142. Die Probeabzüge der Kriegszielenkschrift gingen 1914 auf Claß' Wunsch an Alfred Breusing, Konstantin von Gëbsattel, Eduard von Liebert, August Keim, Ferdinand Putz, Heinrich Pohl, Lutz Korodi, Paul Winter, Pastor Reuß (Hamburg), Johann Neumann und Heinrich Rippler. Claß an Julius F. Lehmann, 2.9.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 634, Bl. 1. Claß wollte, dass die „Handschrift an hervorragende Persönlichkeiten verschickt“ werde, da man durch die „Versendung an Politiker usw. im grössten Masstabe [sic]“ bei gleichzeitiger Herausgabe als Flugschrift für die Öffentlichkeit mögliche Einschränkungen durch die Zensur umgehen könne. Claß an Heinrich Pohl, 5.9.1914, in ebd., Bl. 3. Die Versendung erfolgte letztlich „nur in dem *engsten Kreis* der Gesinnungsgenossen; die Herausgabe an einen weiteren Kreis ist erst nach der Entscheidung im Westen ins Auge gefasst: ich bitte Sie daher, die Denkschrift in diesem Sinne vertraulich zu behandeln.“ Claß an Baurat Lucius, 21.10.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 198, Bl. 203. Die Verteilung sollte 1914 entsprechend eines Arbeitsplanes erfolgen, sodass beispielsweise Konstantin von Gëbsattel, Ferdinand Putz (Vorsitzender der Ortsgruppe München) und Julius F. Lehmann die „Bearbeitung des Hauptbezirkes Niederbayern“, Heinrich Calmbach Württemberg und Süd-Baden, Ludwig Viereck und Justizrat Kleinrath (Hannover) Niedersachsen, Felix Hänsch, Gustav Petzoldt und Dr. Flitner das Königreich Sachsen sowie einen Teil der Provinz Sachsen und Johann Neumann und Professor [Carl] Grube Lübeck, Hamburg und Bremen übernehmen sollten. Die Kriegszielenkschrift sollte entsprechend eines Leitfadens für die Verbreitung durch die Ortsgruppen des ADV nicht als Verbandsschrift verteilt werden, sondern als Denkschrift unter Claß' Namen. Siehe Claß an Hauptleitung und Geschäftsführenden Ausschuss des ADV, 28.9.1914, in ebd., Bl. 34. Für Druck, Adress-Anschreiben und Porto von 2.000 Exemplaren zahlte der ADV 1.146,10 Mark. Siehe Rechnung Lehmanns Verlag, 22.10.1914, in ebd., Bl. 41. Unter den zahlreichen Empfängern waren u. a. der Kronprinz, die Kronprinzessin, Theobald von Bethmann Hollweg, Wilhelm II., Kaiserin Auguste Victoria, Prinz Heinrich von Preußen, die Herzogin von Braunschweig, Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, Ludwig III. von Bayern, Kronprinz Rupprecht von Bayern, Herzog Albrecht von Württemberg und letztlich „alle Bundesfürsten und regierenden Kriegsminister“. Siehe Auflistung Claß auf Begleitschreiben, 21.12.1914, in ebd., Bl. 111. Die Denkschrift ging auch an die obersten Kommandostellen des Heeres, den Admiralstab der Marine, das Reichsbank-Direktorium, das Auswärtige Amt, das Finanzministerium, das Innenministerium, das Reichsschatzamt, das Reichspostamt, den Bayerischen Staatsminister für Verkehrsangelegenheiten, die Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation, Verein Südmark (Graz), die Ständeversammlung des Königreichs Sachsen (Dresden), die Handelskammer für Essen, Mülheim/Ruhr und Oberhausen, ausgewählte Industrielle und alldeutsche Anhänger wie Georg von Stössel oder Reedereibesitzer Carl Itzenplitz (Mülheim/Ruhr), die aber die Denkschrift als „unzulässig“ gar nicht zugestellt und erst über ihre Ehefrauen von anderer Seite bekamen. Claß an Konstantin von Gëbsattel, 25.1.1915,

Freunde übernahmen es, die Doppelbriefe in verschiedenen großen Städten und auf verschiedenen Postämtern aufzugeben. So ging alles glatt und ohne Zwischenfall vor sich.

Das Buch wurde von dem Verfasser, der sich mit vollem Namen nannte, „*Den Fürsten Deutschlands und allen zur Führung des deutschen Volkes Berufenen*“ zur Prüfung unterbreitet. Es erregte ungeheures Aufsehen und wirkte auf den unvoreingenommenen Leser als furchtbare Anklageschrift gegen den fünften Kanzler des Deutschen Reiches. Liebig hatte mit größtem Fleiß und verbissenem Zorn alles zusammengetragen, was zum Beweise seiner Behauptung dienen konnte, dass Bethmann Hollweg Deutschland verderben werde, wenn er nicht schleunigst beseitigt würde. Er stellte das *B-System* dem *A-System* gegenüber, womit er den Gegensatz der vom Alldeutschen Verband (A-System) empfohlenen Politik zu derjenigen Bethmann Hollwegs (B-System) kennzeichnen wollte. Liebig führte diese Gegenüberstellung bis in die letzten Einzelheiten durch und erzielte so gleichzeitig die schärfste Verurteilung der Bethmann'schen, wie eine Rechtfertigung unserer alldeutschen Politik.

Kaum war die Schrift versandt, als die Verfolgung ihres Urhebers begann. Was Liebig jetzt wiederfuhr, stellte die Polizeimaßnahmen gegen mich in den Schatten. Nicht weniger als dreizehn Haussuchungen hatte er durchzumachen.<sup>43</sup> Auch Lehmann blieb nicht verschont, obwohl er entsprechend dem

---

in ebd., N 2089, Bd. 1, Bl. 433–435. Siehe auch die Liste von 207 weiteren Professoren, Oberbürgermeistern, Geheimräten, Privatdozenten und Landtagsabgeordneten, o.D., in ebd., Bl. 261–270. Für die Übermittlung des Buches von Hans von Liebig an Wilhelm II., Kaiserin Auguste Victoria und den Kronprinzen Wilhelm wollte sich Karl Ferdinand von Grumme-Douglas 1915 persönlich verwenden. Siehe Konstantin von Gepsattel an Claß, 18.7.1915, in ebd., N 2089, Bd. 2, Bl. 132. Letztlich wollte Konstantin von Gepsattel Liebig's Schrift an Erich von Falkenhayn, Staatsrat Otto von Dandl, Georg von Orterer (Präsident der Kammer der Abgeordneten im Bayerischen Landtag, Zentrumsparterie), Fürst Karl Ernst Fugger von Glött (Präsident der Bayerischen Kammer der Reichsräte), Reichsrat Theodor Freiherr von Cramer-Klett, Reichsrat Moritz Freiherr von und zu Franckenstein, General Oskar von Xylander und den Oberbefehlshaber in den Marken und dem Gouverneur von Berlin, Gustav von Kessel, schicken. Konstantin von Gepsattel an Julius F. Lehmann, 24.11.1915, in ebd., Bl. 292. Im Januar 1916 wollte Gepsattel auch an Falkenhayn schreiben, was Claß begrüßte. Jedoch sei ihm „dieser Mann geradezu unheimlich“ und er hege „eine gewisse Furcht“, dass „wir moralisch-politisch auf eine falsche Karte setzen, wenn wir ihm vertrauen, ohne ‚reale Garantien‘ zu haben“. Claß an Konstantin von Gepsattel, 9.1.1916, in ebd., Bl. 401. Am 18.1.1916 lag Gepsattel's Entwurf für den Brief vor, der am 29.1.1916 abging. Konstantin von Gepsattel an Claß, 18.1.1916, in ebd., Bl. 415 und Konstantin von Gepsattel an Erich von Falkenhayn, 29.1.1916, in ebd., Bl. 469–471 (Anlage ebd., Bl. 472).

<sup>43</sup> Am 30.11.1915 erschienen bei Hans von Liebig in seinem Haus in Bernried der Schutzmann des benachbarten Bezirks sowie der Bürgermeister mit den Verbotserlassen für die geplante Schrift. Ab Dezember 1915 stand Liebig dann unter Postsperrung. Hans von Liebig an N.N., Dezember 1915, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 6, Bl. 136. Im März 1916 gelangte noch eine Bittschrift von Liebig an die Bayerische Kammer zur Milderung der Zensurmaßnahmen (IX. Petit-Verz. B Nr. 1012). Berichterstattung Dr. von Casselmann, in Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtags, Bd. 1263, S. 2. Im Sommer 1916 wurde die Postsperrung gegen Liebig aufgehoben. Claß an Felix Hänsch, 30.6.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 200, Bl. 155. Heinrich Pudor, 1911 dem ADV beigetreten, zeigte kurz darauf Theobald von Bethmann Hollweg mit einer über 80 Seiten umfassenden Anklage-

handschriftlichen Charakter des Buches nicht als Verleger genannt war.<sup>44</sup> Es gelang indes der Polizei nicht, den Drucker zu ermitteln.<sup>45</sup> Für uns war die Hauptsache, dass alle Persönlichkeiten das Buch in Händen hatten, deren Aufklärung über Bethmann Hollwegs Politik uns wichtig erschien. Gebsattel hatte es übernommen, es an diejenigen Fürstlichkeiten, hohen Beamten und Generale zu versenden, zu denen er Beziehungen hatte.<sup>46</sup>

Dieser Schlag war also geführt. Alles kam nun darauf an, wie er wirkte. Wir erhielten sehr rasch gehäufte Beweise dafür, dass weitaus die meisten Empfänger des Buches die Berechtigung seiner Anklagen anerkannten.<sup>47</sup> Aber,

---

schrift wegen Landesverrats an. Ein Ermittlungsverfahren gegen den Reichskanzler lehnte der Oberreichsanwalt jedoch ab. Oberreichsanwalt an Staatssekretär des Reichsjustizamtes, 20.6.1916 und 6.6.1917 BA-Berlin, R 3001, Bd. 5036, Bl. 2 und 6.

<sup>44</sup> Julius F. Lehmann war ebenfalls ein erbitterter Gegner von Theobald von Bethmann Hollweg. Ihm gelang die Verteilung von Hans von Liebig's Flugschrift bis in hohe militärische Kreise. Stibbe: *German Anglophobia*, S. 116–117.

<sup>45</sup> Verleger und Druckerei blieben in der Handschrift vom November 1915 unerwähnt. Die Nachkriegsauflage von Hans von Liebig: *Die Politik von Bethmann Hollweg. Eine Studie* (1919) erschien im Lehmanns Verlag München und wurde von Dr. F.P. Datterer & Cie. (Arthur Sellier) in München-Freising gedruckt.

<sup>46</sup> Konstantin von Gebsattel war vermutlich der wichtigste Verbindungsmann des ADV zu militärischen Entscheidungsinstanzen. Gebsattels Familie hatte lange Traditionen im bayerischen Militär und Konstantin von Gebsattel hatte nach seiner Pensionierung 1910 aus gesundheitlichen Gründen (u. a. Asthma) ausgezeichnete Verbindungen auch in hohe politische Kreise. Er nutzte seine Kontakte ins Bayerische Kriegsministerium über seinen Bruder Ludwig von Gebsattel sowie an den Hof der Wittelsbacher. Er hatte auch am 5.5.1915 die Überreichung einer Zusammenfassung der Kriegszieldenkschrift von Claß unter anderem an den Reichskanzler übernommen. Siehe Liebig: *Die Politik von Bethmann Hollweg*, S. 292. Gebsattel stand auch in Kontakt zum Kronprinzen. Siehe u. a. seine Denkschrift über das Ziel des Krieges 1914 [o.D.] an seine Seine Kaiserliche Hoheit den Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen (Abschrift), in BA-Berlin, N 2089, Bd. 2, Bl. 367–372. Er pflegte Verbindungen zu Georg Graf Hertling, Kronprinz Rupprecht und Prinz Leopold von Wittelsbach und besprach sich unter anderem mit Staatsrat, Kabinettschef und Staatsminister, Otto von Dandl, Staatsrat im bayerischen Ministerium des Äußeren, Sigmund von Lössl, und den Reichsräten Wilhelm von Finck und Carl Ernst Fürst Fugger von Glött sowie dem preußischen General der Kavallerie, Georg F. von Kleist. Siehe Konstantin von Gebsattel an Dietrich Schäfer 29.8.1915, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 2., Bl. 199 und Ders. an Claß, 8.9.1915, in ebd., Bl. 219. Wilhelm II. wandte sich dann 1927 auch den alldeutschen Planungen für eine Radikalisierung der DNVP zu und ließ durch seine Flügeladjutanten und Verbindungsmann des Hauses Hohenzollern, Wilhelm von Dommes, dem ADV seine Unterstützung zusichern. Wilhelm II. an Leopold von Kleist, 18.5.1927, in Ilsemann: *Der Kaiser in Holland*, Bd. 2, S. 57. Der Kaiser sandte aus dem Exil in Doorn am 15.2.1929 zum Rücktritt Gebsattels als stellvertretender Verbandsvorsitzender ein Glückwunsch- und Dankestelegramm für seine Verdienste – nicht zuletzt im ADV. Wilhelm II. kannte Gebsattel spätestens seit einer Vorstellung auf einer Militärparade 1901. Die ursprüngliche Ablehnung von Gebsattels radikalen Reformvorschlägen, die er in seiner Denkschrift vom September/Oktober 1913 (BA-Berlin, R 8048, Bd. 355, Bl. 47–53) dargelegt hatte, hatte der Kaiser zu diesem Zeitpunkt 1929 verdrängt. Siehe zum Telegramm Peters: Konstantin von Gebsattel, S. 185.

<sup>47</sup> Auch Julius F. Lehmann sah in den Reaktionen vor allem von Bundesfürsten eine mehrheitliche Zustimmung zur Flugschrift. Julius F. Lehmann an Hans von Liebig, 29.12.1915, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 6, Bl. 141–143. Zunächst schienen sich die Zensurmaßnahmen für den ADV vorteilhaft auszuwirken, so Claß: „Die ganze Sache war für mich nicht eben

was die Hauptsache war: die *entscheidende* Stelle liess sich auch durch unsere grausam-wahrhaftige Darlegung der politischen Sünden Bethmann Hollwegs nicht zu dem Entschluss bringen, den unseligen Mann aus dem Amte zu entfernen.<sup>48</sup> Wir warfen in unserem Kreise oft die Frage auf, ob dem Kaiser das Buch vorgelegt worden sei, und kamen zu dem Schluss, dass bei der Zusammensetzung seiner nächsten Umgebung, die durchaus im Sinn des Kanzlers eingestellt war, vielleicht sogar mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen sei, man habe ihm Liebigs Werk vorenthalten.<sup>49</sup> Dann trügen jene, die so handelten, die Verantwortung dafür, dass der Kaiser nicht aufgeklärt wurde.<sup>50</sup> Für uns hiess es: der Kampf muß rücksichtslos weitergeführt werden.<sup>51</sup>

---

angenehm, aber wenn die Regierung sich Mühe gegeben hätte, ein Mittel ausfindig zu machen, durch das das politische Ansehen meiner Person und des Alldeutschen Verbandes hätte erhöhen wollen, so hätte sie es nicht besser anstellen können. Gleichzeitig hat sie in wirksamster Weise dafür gesorgt, dass die Gedanken meiner Denkschrift verbreitet worden sind. Wir können also mit dem Ergebnis diese[s] innerpolitischen Kampfes durchaus zufrieden sein und ich hoffe, dass uns auch gelingt, was wir auf dem Gebiete der äusseren Politik anstreben. Sie haben inzwischen jedenfalls von der gemeinsamen Eingabe der grossen wirtschaftlichen Verbände an den Reichstag [gemeint ist die Eingabe der sechs Wirtschaftsverbände vom 10.3.1915; Abdruck in Alldeutsche Blätter 20.3.1915] gehört; in ihrer Eingabe haben diese Verbände sich vollständig auf den Boden des Alldeutschen Verbandes gestellt, indem sie hinsichtlich der Erörterung der Kriegsziele dasselbe fordern wie wir. Aber ausserdem haben sie, was ich zunächst noch vertraulich zu behandeln bitte, über das Kriegsziel selbst eine Denkschrift beim Reichskanzler eingereicht, in der derselbe Landerwerb unter wesentlich denselben Bedingungen gefordert wird, wie von uns. Also sie sehen, wir stehen nicht allein, sondern haben sehr starke Bundesgenossen, wie denn auch die Parteien der Rechten sich sachlich sehr stark nähern. Wenn der militärische Erfolg so ist, wie wir alle es hoffen, werden wir durchsetzen, erzwingen, woran eine schwache Regierung nicht gedacht hat. Jetzt ist eine Kundgebung der ‚Intelligenz‘ [gemeint ist die ‚Intellektuellen-Eingabe‘ vom 20.5.1915, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 6, Bl. 100–103] in Vorbereitung, mit der wir gegen die flaumachenden Professoren und Bankleute ein Gegengewicht schaffen wollen.“ Claß an Eduard Lucius, 24.3.1915, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 199, Bl. 85. Die Organisation der Intellektuellen-Eingabe wurde wesentlich von Leopold von Vietinghoff-Scheel bestimmt. Claß an Konstantin von Gebattel, 24.3.1915, in ebd., N 2089, Bd. 1, Bl. 538.

<sup>48</sup> Gemeint ist Wilhelm II. Nach § 15 der Reichsverfassung vom 16.4.1871 ernannte der Kaiser den Reichskanzler, der nur ihm und nicht dem Reichstag gegenüber verantwortlich war.

<sup>49</sup> Dietrich Schäfer sah in den Schriften gegen die Stellung des Reichskanzlers, wie die von Hans von Liebig, grundsätzlich keine sinnvolle Wirkung, da die „Erfahrungen gezeigt haben, dass sie durch solche Massnahmen nur gefestigt wird.“ Dietrich Schäfer an Prof. Dr. J. W. Spengel, 30.9.1916, in ABBAW, NL Schäfer, Bd. 1, Bl. 111–112. Zitat ebd., Bl. 112. Der dritte Teil von Liebigs Schrift wurde vom UADF unterstützt. Ein entsprechender Aufruf wurde u. a. von den Alldeutschen Gustav Pezoldt, Ferdinand Putz, Georg von Below, Emil Kirdorf, Karl Lohmann, Heinrich Reuß aus Hamburg und Otto Fürst zu Salm-Horstmar unterzeichnet. Eine Reinschrift des Manuskripts von Liebig wurde an zwei ungenannten Unterstützern aus diesem Umfeld bis zur Veröffentlichung zum Schutz vor der Zensur übergeben. Siehe Prof. Dr. J. W. Spengel an Dietrich Schäfer, 22.9.1916, in ebd., Bl. 107–108.

<sup>50</sup> So mutmaßte auch Julius F. Lehmann: „Unser Kaiser hat das Buch ja bisher voraussichtlich noch nicht zu lesen bekommen, da seine Umgebung es natürlich wie alles, was ihre Stellung erschüttern könnte, wohl spurlos verschwinden liess. Wie es der Kanzler verhindert, dass der Kaiser von den führenden Männern auf dem Gebiete der Politik, der Industrie und

Liebig tat dies, indem er dem ersten Teil, der das B-System *vor* dem Kriege behandelte, einen zweiten folgen ließ; „*Das B-System im Kriege*“. Er umfasste etwa die ersten anderthalb Jahre des Krieges. Auch diesmal gelangen Druck und Versand wie bei dem ersten Teil, und die Wirkung war wiederum außerordentlich stark. Wenn wir aber, wenn insbesondere Liebig gedacht hatten, dass durch seine unwiderlegliche Beweisführung die deutschen Fürsten gegen Bethmann Hollweg in Bewegung gesetzt werden könnten, so war dies leider eine Täuschung. Ebenso wenig gelang dies bei den wichtigsten bundesstaatlichen Regierungen und bei den Parteiführern im Reichstage und in den Ländern. Immer noch konnte man von jenen Stellen das törichte Gerede hören, ein Wechsel des leitenden Staatsmannes werde im Ausland als Zeichen der deutschen Schwäche ausgelegt: man müsse diesen Kanzler ertragen in der Hoffnung, dass die militärische Führung trotz der Unzulänglichkeit Bethmanns ein gutes Ende herbeiführen würde.

Liebigs Werk war sicher in gewisser Hinsicht Zweckschrift, aber es war ebenso sicher viel mehr als nur eine solche. Wer heute den später in Lehmanns Verlag erschienenen Band durcharbeitet, muss erkennen, dass hier eine starke Quelle geschichtlicher Erkenntnis erschlossen war. Liebig hat diesem Erstling später noch andere hochpolitische Bücher folgen lassen, die den Vorzug – für die Verbreitung aber den Nachteil – hatten, dass sie für politische Kenner geschrieben waren. Dieser Umstand verhinderte es auch, dass sein Werk über das „A- und B-System“ nach seiner Freigabe weitere Verbreitung fand. Dafür war es zu hoch.

Ich sagte mir deshalb, es müsse noch etwas geschaffen werden, was dem ursprünglichen Gedanken von Lehmann und mir nahekomme, also eine Flugschrift, die kurz und knapp, aber allgemeinverständlich abgefasst sei und damit den Vorzug verbinde, in der Herstellung nicht so teuer zu sein, wie Liebigs umfassende Arbeit. Alles in allem: mir schwebte etwas vor, was *journalistische* Leistung im besten Sinne sein sollte. Hierzu hatte ich den Schriftleiter der *Alldeutschen Blätter*[,] *Franz Sontag*<sup>52</sup>[,] ins Auge gefasst. Vieting-

---

der Landwirtschaft über die Stimmung des Volkes aufgeklärt wird, ebenso legt er natürlich keinen Wert darauf, dass Se. Majestät aus Ihrem Werke ein klares Bild seiner bisherigen Tätigkeit vorgelegt bekommt. Ich zweifle aber nicht im mindesten daran, dass die preussischen Prinzen, die das Buch in die Hand bekommen haben und die sich demnächst darüber aussprechen werden, dafür sorgen, dass es auch ihrem Vater in die Hände kommt. Ausserdem haben Sie ja seine Umgebung, wie das ganze Heer versorgt, dass wohl der eine oder andere aufrechte Mann [...] wohl den Mut haben wird, einmal Seine Majestät auf das Buch hinzuweisen.“ Julius F. Lehmann an Hans von Liebig, 29.12.1915, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 6, Bl. 141–143. Zitat ebd., Bl. 142.

<sup>51</sup> Claß ließ Hans von Liebig wissen, dass er ihm empfehle, „sich unter keinen Umständen dem Ansinnen des Verbots zu unterwerfen, denn eine solche Unterwerfung würde jedem politischen Vorgehen, welches Abhülfe verlangt, die Spitze nehmen.“ Leopold von Vietinghoff-Scheel an Hans von Liebig, 2.12.1915, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 6, Bl. 134.

<sup>52</sup> Franz-Josef Sontag (1883–1961), Journalist und Schriftsteller (Pseudonym: Junius Alter), u. a. bei der Neuen Preußischen Zeitung, Angestellter bei der FkP und der DkP, seit 1903 Redakteur verschiedener konservativer Zeitungen und Wochenschriften, 1911–1913 stellvertretender Schriftleiter der Post, 1913–1914 Chefredakteur der Kreuzzeitung, ab Sommer

hoff<sup>53</sup> stimmte mir lebhaft zu, als ich mit ihm darüber sprach, und Sontag war von dem Plan begeistert.

Diesem erklärte ich nun, dass wir vor der Niederschrift im einzelnen genau durchsprechen müssten, wie ich mir den Inhalt dächte. Wir richteten diese Vorbesprechungen so ein, dass wir an drei Tagen unmittelbar nach dem Mittagessen am Rhein<sup>54</sup> spazieren gingen und uns über die allgemeine Richtung der Flugschrift und die Gliederung des Stoffes unterhielten. Es grenzt ans Fabelhafte, wie Sontag meine Gedankengänge in sich aufnahm, aber auch, mit welcher Geschwindigkeit er nun arbeitete.<sup>55</sup> Er setzte sich hierzu unmittelbar

---

1914 Übernahme der Schriftleitung der Alldeutschen Blätter, Privatsekretär von Claß, 1914–1917 Geschäftsführer des ADV und Hauptschriftleiter der Alldeutschen Blätter, 1917–1918 Chefredakteur der Deutschen Zeitung, ab 1919 Herausgeber der monarchistischen Zeitschrift Die Tradition, 1920 Beteiligung am Kapp-Putsch, Vertrauensmann von Erich Ludendorff, 1921 Verbindungen zu Adolf Hitler und zu Prinz Oskar von Preußen ab 1922 sowie nach 1930 auch zu Wilhelm II. im Exil in Doorn, innerhalb der DNVP Eintreten für eine Zusammenarbeit mit der NSDAP – gleichzeitige Hinwendung zum konservativen Flügel um Kuno Graf Westarp, Unterstützung der Gründung der DVFP 1922, ab 1925 für den Pressekonzern von Alfred Hugenberg tätig, 1926 Eintritt in den Stahlhelm, 1927 Chefredakteur der Zeitschrift Stahlhelm, 1933 Unterstützung der Machtübernahme durch das Hitler-Kabinett, 1934 Entlassung aus dem Freiwilligen Arbeitsdienst in Dortmund Gaupersonalabteilung (Eintritt 1931) wegen monarchistischer Überzeugungen, 1936 Übersiedlung nach Bergisch-Neukirchen zur Glasfabrik seiner, nach den Nürnberger Rassegesetzen von 1935 bezeichneten „halbjüdischen“, Ehefrau, 1945–1946 Bürgermeister in Bergisch-Neukirchen, Mitglied der Deutschen Aufbauartei und Vorsitzender der Deutschen Konservativen Partei-Deutsche Rechtspartei, die in der Britischen Besatzungszone 1946–1950 existierte, 1950 Eintritt in die Deutsche Partei, bis 1953 im Landesvorstand der Deutschen Partei in Nordrhein-Westfalen, Mitglied des 1951 kurzzeitig wiedergegründeten Stahlhelms.

- <sup>53</sup> Leopold von Vietinghoff-Scheel (1868–1946), Baron der Adelsfamilie Vietinghoff-Scheel (baltische Linie des westfälischen Hauses Vittinghoff), stellvertretender Kommandierender General des II. Armeekorps, 1910 Mitbegründer und Vorsitzender der Ortsgruppe Erfurt des ADV, Mitglied des Deutschbundes, bis 1913 Kaufmann in Erfurt, 1913/1914 Schriftleiter der Alldeutschen Blätter, 1913–1939 Hauptgeschäftsführer des ADV (seine Brüder Karl und Gustav von Vietinghoff-Scheel waren auch Mitglieder des ADV), 1919 Gründungsmitglied des Nationalen Klubs, 1919 Kontakte zu Freikorpsverbänden im Baltikum, 1921 ständiges Mitglied des Alldeutschen Ehrenrats, zentrale Stellung bei der antisemitischen und rassistischen Ausrichtung der Politik des Verbandes (zuvor bereits zentraler Einfluss bei der Ausarbeitung von Leitsätzen für die sogenannte Rassenfrage im Deutschbund 1913), Mitglied des VRA in der DNVP, Autor u. a. der Schriften: Die Sicherheiten der deutschen Zukunft (1915), Grundzüge des völkischen Staatsgedankens (1924) und Vom Wesen und Aufbau des völkischen Staates (1933).
- <sup>54</sup> Die Geschäftsstelle des ADV sowie die Schriftleitung der Alldeutschen Blätter waren in Claß' Haus in der Stadthausstraße in Mainz untergebracht.
- <sup>55</sup> Franz Sontag war bei Claß, Konstantin von Gepsattel oder auch Otto Helmut Hopfen sehr geschätzt. Andere wie Lutz Korodi, Georg Fritz oder Freiherr Schilling von Canstatt hielten ihn als Journalist nicht für selbstständig genug. So Schilling von Canstatt an Konstantin von Gepsattel, 23.5.1917, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 4, Bl. 287. Unstimmigkeiten in der Redaktion der Deutschen Zeitung ließen auch Claß zeitweilig zweifeln, ob Sontag „nicht haltbar“ sei, da die „Fülle der Anweisungen“ von Claß „an der Bequemlichkeit“ von Sontag abprallten und er daher gegenüber Claß „versagt“. Claß an Otto Helmut Hopfen, 8.5.1917, in ebd., R 8048, Bd. 391, Bl. 277. Der Gegensatz zwischen Sontag und Lutz Korodi in der Schriftleitung der Deutschen Zeitung führte letztlich zur Entlassung Sontags. Protokoll über die Entlassungssitzung am 19.5.1917, in ebd., Bl. 342–349.

nach Rückkehr vom Spaziergang an die Schreibmaschine und legte die wichtigsten Punkte unserer Aussprache sofort nieder. Nach diesen vorbereitenden Handlungen stürzte er sich mit Feuereifer auf die Abfassung der Schrift, die in drei verschiedenen Entwürfen vorgelegt wurde.

In seinem Bestreben, alles zu sagen, war auch Sontag zunächst zu ausführlich geworden, so dass Kürzungen nötig wurden. Da ich um diese Zeit besonders stark in Anspruch genommen war und viel reisen musste, verwies ich ihn an meine Frau<sup>56</sup>, die meine Anschauungen aufs genaueste kannte. Sie arbeitete die verschiedenen Entwürfe durch und gab Sontag schriftlich ihre Ratschläge. Die endgültige Fassung der Flugschrift ist, wenn man so will, aus dieser Zusammenarbeit entstanden. Sontag hatte von dem Schriftverkehr mit meiner Frau, der sich durchweg auf knappe Bemerkungen beschränkte, einen so tiefen Eindruck, dass er ihr nach ihrem Tode in der „Bergisch-Märkischen Zeitung“<sup>57</sup>, an der er damals als Schriftleiter tätig war, einen Nachruf widmete, der bewies, wie sehr er ihr Wesen hatte verstehen lernen, ohne jemals die Kranke von Angesicht zu Angesicht gesehen zu haben.

Weil ich Wert darauf legte, dass die neue Kampfschrift möglichst bald hinausgeworfen werde, wurde sie in Mainz gedruckt, und zwar in der äußeren Gestalt meiner Kriegsziel-Denkschrift. Sie bekam den Namen „*Deutsche Reichspolitik seit dem 14. Juni 1909*“ (dem Tage der Berufung Bethmann Hollwegs ins Kanzleramt). Ihre Verbreitung wurde in der selben Art wie bei Liebigs Buch besorgt. Wir fanden in Mainz genug Freunde, die sich mit der Flugschrift im Koffer nach den benachbarten Städten begaben und dort ihre Schätze bei der Post ablegten.<sup>58</sup> Ein Verfasser war ebenso wenig bekannt, wie Drucker und Verleger.<sup>59</sup>

Die Auflage war so auf einen Schlag fort, und da die Nachfrage nach dieser sich sehr gut lesenden Flugschrift nicht nachliess, wurde eine zweite Auflage

<sup>56</sup> Elisabeth Catharina Mathilde Claß (28.3.1878–2.7.1927), geborene Manefeld, am 28.7.1896 Hochzeit mit Heinrich Claß, finanzielle Unterstützung der Familie zusätzlich zum Einkommen des Ehemannes durch ihren Hausbesitz in Mainz, auch engste politische Vertraute von Claß sowie Unterstützerin bei der Fertigstellung von Manuskripten und Briefen, zwei Kinder Anna Elisabeth („Annelies“) Claß (13.6.1898–6.2.1973) und Hans August Wilhelm Claß (6.7.1901–25.1.1947).

<sup>57</sup> Die Bergisch-Märkische Zeitung wurde 1904 von Walter Bacmeister als Elberfelder Zeitung übernommen und bis 1930 als Chefredakteur und Herausgeber geleitet. Bacmeister war Mitglied des UADF und 1917/18–1939 Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuss des ADV. August Abel war 1919–1920 außenpolitischer Redakteur der Deutschen Zeitung und bis 1921 Reichstagskorrespondent der Bergisch-Märkischen Zeitung.

<sup>58</sup> Genaue Namen sind nicht zu ermitteln. Jedoch war Mainz durch die Hauptgeschäftsstelle des ADV in Claß' Haus in der Stadthausstraße 11 ein Zentrum alldeutscher Organisationsarbeit. In Mainz wohnten auch der Vorsitzende des Rhein-Main-Gaues, Reallehrer Ad. Grünschlag, Robert Roesener vom Verbandsvorstand sowie von der Ortsgruppe Baurat Paul Lucius als Vorsitzender, königlicher Eisenbahn-Oberinspekteur Kalischek als Schatzmeister und Medizinalrat Dr. Heinz Kupferberg (Sohn des Sektellereibegründers Christian Adalbert Kupferberg und Direktor der Königlich-Hessischen Hebammenlehranstalt Mainz). Handbuch des Alldeutschen Verbandes 1916.

<sup>59</sup> Franz Sontag (Pseudonym Junius Alter): *Deutsche Reichspolitik seit dem 14. Juni 1909* (Juni 1916). Die ein Jahr zuvor gedruckte Flugschrift Der Alldeutsche Verband. Eine Aufklärungsschrift erschien bei Oscar Schneider in Mainz.



gedruckt, die Lehmann von einem kleinen Unternehmer in der Nähe von München herstellen liess.<sup>60</sup> In der äußeren Ausstattung lehnte sie sich an Liebig's Buch an und konnte somit in Doppelbriefen versandt werden. Für diese Auflage schlug ich dem Verfasser einen anderen Titel vor, zu dem mir eine grausame Bemerkung *Dietrich Schäfers*<sup>61</sup> die Anregung gegeben hatte.

Es wird später zu schildern sein, in welche[r] Weise der Verkehr mit wichtigen Persönlichkeiten Deutschösterreichs während des Krieges ausgebaut und wie hüben und drüben der Kreis der von uns zusammengebrachten Leute der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaften, sowie der Selbstverwaltung erweitert wurde. Bei der ersten Zusammenkunft in Wien am 7. Mai 1916, die ein Gegenbesuch der Reichsdeutschen nach einem ersten Besuche von österreichischen Freunden in Berlin war, hatte *Dietrich Schäfer* die Berichterstattung über die polnische Frage vom allgemein deutschen Standpunkt aus, wie von jenem des Deutschen Reichs und der Österreichisch[-]Ungarischen Monarchie übernommen.<sup>62</sup> Er war nicht mit mir zusammengereist und begegnete mir erst unmittelbar nach seiner Ankunft auf der Freitreppe des Hotels „Imperial“.<sup>63</sup> Schäfer brachte die Nachricht von der Unterwerfung des deutschen Reiches unter die amerikanischen Forderungen in der U-Bootfrage mit und ließ sich darüber in den allerschärfsten Ausdrücken aus.<sup>64</sup> Ich habe diesen ruhigen Friesen niemals in solcher Erregung gesehen, wie in diesem Augenblick. Ich geleitete ihn auf sein Zimmer. Immer wieder blieb er auf der Treppe stehen,

---

<sup>60</sup> Franz Sontag (Pseudonym Junius Alter): Deutsche Reichspolitik seit dem 14. Juni 1909. Als Handschrift gedruckt, o.D. [1916]. Die Flugschrift erschien später als: Das Reich auf dem Weg zur geschichtlichen Episode. Eine Studie Bethmann Hollweg'scher Politik in Skizzen und Umrissen, München 1919.

<sup>61</sup> Dietrich Schäfer (1845–1929), u.a. 1899–1902 Mitglied der Badischen Ständeversammlung, 1903–1921 Professor in Berlin (zuvor in Breslau, Tübingen und Heidelberg), 1894 korrespondierendes Mitglied der Göttinger Akademie der Wissenschaften, 1903 Vorsitzender des Hanseatischen Geschichtsvereins, 1903 Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften, 1908 korrespondierendes Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Mitglied im Flottenverein, Ostmarkenverein, DKG und ADV, erste Kontakte mit Claß um 1909, 1914 Austritt aus dem Geschäftsführenden Ausschuss des ADV (1915 Wiedereintritt), 1915 Vorstand der Auskunftsstelle der Vereinigten Verbände, Vorsitzender des 1915 gegründeten UADF, 1917 Mitglied des Engeren Ausschusses und ab 1918 stellvertretendes Mitglied des Vorstandes der DVLP, ab 1917 Mitherausgeber von Deutschlands Erneuerung, nach 1918 langsamer Rückzug aus der aktiven politischen Arbeit des ADV, Mitglied der DNVP.

<sup>62</sup> Siehe Kapitel 2.2.

<sup>63</sup> Das Hotel Imperial in Wien liegt am Kärntner Ring 16.

<sup>64</sup> Siehe zum U-Bootkrieg und Dietrich Schäfers Sicht auf die USA auch Tagliche Rundschau 27.2.1916, Schäfer: Die Vereinigten Staaten als Weltmacht und Ders.: Mein Leben, S. 186–196 sowie 206–208. Kurz zuvor verschickte Schäfers geschätzter Kollege und Mitglied des Arbeitsausschusses des UADF, Eduard Meyer, am 16.3.1916 eine Denkschrift zum U-Bootkrieg und am 25.4.1916 weitere Ausführungen zur „Unterwerfung unter die amerikanischen Forderungen“ der Wilson-Note, die er an den Reichstag und an weite Kreise von Politik und Militär verschickte. Siehe Denkschriften Eduard Meyer vom 16.3.1916 und 25.4.1916 sowie u.a. Henning von Holtzendorff an Eduard Meyer, 25.3.1916, Staatssekretär des Reichsmarine-Amtes an Eduard Meyer, 1.5.1916, und Stab des Kriegsministers im Großen Hauptquartier an Eduard Meyer, 6.5.1916, in ABBAW, NL Meyer, Bd. 329, o. Bl.

um weiterzureden. Dabei legte er mir die Hand auf die Schulter und sagte: „Ich bin ja ein alter Mann und habe nicht mehr viel vor mir. Aber Sie! Glauben Sie mir: es ist nicht mehr zu ändern; Bethmann Hollweg dieser ... richtet Deutschland zugrunde.“<sup>65</sup> Der Kaiser greift nicht ein, und so bin ich gewiss: Bismarcks<sup>66</sup> Schöpfung ist eine *Episode in der Geschichte*.“ Ich unterbrach den verehrten Mann und rief: „Um Gottes Willen! Dafür arbeiten wir ja Tag und Nacht, dass dies nicht geschieht; es muss uns gelingen, den Kaiser doch noch aufzuklären, bevor es zu spät ist.“ Schäfer schüttelte den Kopf und erwiderte: „Es ist nichts mehr zu retten. Sie werden an mich denken.“ Alles ist eingetroffen, was der greise Gelehrte damals mir, dem soviel Jüngeren, vorhergesagt hat. Wie oft habe ich mich im weiteren Verlauf des Krieges, aber auch später, jener Augenblicke im Mai 1916 erinnert!

So kam es, dass die Flugschrift nun, als sie zum zweiten Mal und erweitert herauskam, den Titel erhielt: „*Das Deutsche Reich auf dem Weg zur geschichtlichen Episode*.“ Eine weitere Änderung gegenüber der ersten Auflage war es, dass diesmal der Verfasser unter dem Decknamen „*Junius Alter*“ auftrat, den ich ihm empfohlen hatte, und der zu einem grossen Rätselraten führte. Ich erinnerte Sontag an die berühmten „*Junius-Briefe*“ ([1769 bis 72]), deren Verfasser die englische Staatsverwaltung einer „schonungslos herben, aber sachkundigen und durchschlagenden Kritik unterwarf“, und die in England ungeheures Aufsehen erregten.<sup>67</sup>

<sup>65</sup> Siehe zu Dietrich Schäfers Kritik nach der ihm am 14.9.1916 gewährten Unterredung auch Ders. an Theobald von Bethmann Hollweg, 25.9.1916, in ABBAW, NL Meyer, Bd. 326, o. Bl.

<sup>66</sup> Otto von Bismarck (1815–1898), 1862–1890 preußischer Ministerpräsident, 1871–1890 Deutscher Reichskanzler, 1895 zum 80. Geburtstag Ehrenmitglied des ADV.

<sup>67</sup> Sir Philip Francis, 1762–1772 englischer Kriegsminister, verfasste unter dem Pseudonym „Junius“ die Junius-Briefe zwischen dem 21.1.1769 und dem 21.1.1772 in der Londoner Zeitung *Public Advertiser* und kritisierte die Regierung King Georges III. – hier vor allem den von 1768–1770 amtierenden Premierminister Augustus Henry Fitz Roy, 3rd Duke of Grafton, den „Junius“ für korrupt hielt und der demokratische Freiheitsrechte wie die freie Meinungsäußerung missachte. „Junius“ sprach sich zudem für eine Rückkehr des Vorgängers William Pitt the Elder ein und kritisierte neben der Besetzungspolitik von politischen Ämtern durch Grafton weiterhin den von 1770–1782 amtierenden Premierministers und Cousin von Grafton, Fredrick North, 2nd Lord of Guilford. „Junius“ versuchte vergeblich in einem Brief von 1769 an King George III. ihn davon zu überzeugen, von seinem königlichem Prärogativrecht Gebrauch zu machen. Die Beendigung von Graftons Regierung 1770 ist teilweise auf die unpopuläre öffentliche Wahrnehmung von Grafton durch die Junius-Briefe zurückzuführen. Die Anspielung auf den römischen Konsul Lucius Junius Brutus (vermutlich 509 v. Chr. gestorben) sorgte für Aufruhr in der englischen Öffentlichkeit und innerhalb der Regierung, da man eine Verschwörung zum Sturz des Monarchen vermutete. Die Briefserie führte zu umfassenden Recherchen über die Autorschaft. Mehrere Personen wurden verhaftet und auch verurteilt. Die Junius-Briefe wurden in zahlreiche Sprachen übersetzt, fanden in Amerika und Europa weite Verbreitung und wurden noch lange nach dem Tod von Sir Philip Francis diskutiert. Siehe *The Letters of Junius*, 2 Bde., London 1798. Die Junius-Briefe dienten ursprünglich, entgegen den alldeutschen Motiven der Regierungskritik und des monarchischen Eingreifens gegen die Regierung, mit ihren Bezügen zu demokratischen Grundrechten und ihrer Kritik an Korruption nicht nur dem Vertreter der demokratischen Linken in der Frankfurter Nationalversammlung und dem Herausgeber der deutschen Übersetzung (1867), Arnold Ruge,

In der neuen Gestalt muss Bethmann Hollweg die Kampfschrift gelesen haben. Sie hatte eine solche Wirkung auf ihn, dass er sie im Reichstag in Worten der äußersten Entrüstung zur Sprache brachte.<sup>68</sup> In bezug auf ihren Verfasser fiel damals das Wort von „Preßpiraten“, dem die ganze traurige Gefolgschaft Bethmanns zujubelte. Dies geschah in der sogen. grossen „Zensurdebatte“, in der von den Abgeordneten unserer Richtung alles vorgebracht wurde, was gegen die Zensurmaßnahmen zu sagen war. Der Kanzler redete sich in eine wahre Wut hinein, die von staatsmännischer Überlegenheit gar nichts mehr an sich hatte, sondern nur bewies, wie schwer ihn die Angriffe von „Junius Alter“ getroffen hatten.

Obwohl niemand bestimmt sagen konnte, dass die Denkschrift alldeutsche Arbeit sei, fielen die Anhänger Bethmanns über den Verband her, und es war nicht zu verwundern, dass die Militär- und Polizeibehörden von Berlin aus in Gang gesetzt wurden, um die Herkunft der Flugschrift festzustellen und besonders deren Verfasser zu ermitteln. Es bestand eine gewisse Gefahr, dass Anfragen im Betrieb unseres Mainzer Druckers<sup>69</sup> Erfolg haben könnten. Ich ging deshalb selbst zu diesem und hörte, dass der Satz der ersten Auflage sofort abgelegt worden sei; mit der zweiten hätte er ja nichts zu tun gehabt. Im übrigen könne ich mich darauf verlassen, dass kein Setzer, wenn es zur Befragung seiner Angestellten käme, das Betriebsgeheimnis brechen würde. Diese Leute hätten ein so ausgesprochenes berufliches Ehrgefühl, dass sie auch den schlimmsten politischen Gegner nicht verraten würden, mit [w]em sie zu tun gehabt hätten. So kam denn in Mainz wirklich nichts heraus, wobei wohl auch im stillen die günstige Gesinnung mitgewirkt haben mochte, die bei dem Gouvernement und der Polizei für uns vorhanden war. Bethmanns Wutanfall hatte dagegen die Folge, dass Junius Alters' Schrift nun in aller Leute Munde war und von Hand zu Hand wanderte. Damit war die Aufklärung über die Art, in der dieser Kanzler seine Staatskunst betrieb, ausserordentlich gefördert.

Weil Bethmanns Rede vom 5. Juni 1916 von seinen Anhängern auf den Alldeutschen Verband gedeutet wurde, und weil insbesondere der Kernsatz, der von ihnen im Reichstag so stark bejubelt worden war, uns vernichten sollte, hielt ich es für nötig, ihm selbst in eingehender Darlegung zu antworten. Jene Stelle hatte gelautet: „*Nur ein vollkommen vertrocknetes Herz kann sich des<sup>70</sup> erschütternden Eindrucks<sup>71</sup> von der Grösse und<sup>72</sup> Urkraft dieses Volkes*

---

als politische Inspiration. Auch Rosa Luxemburg benutzte „Junius“ als Pseudonym (u. a. Junius-Pamphlet, 1915/16).

<sup>68</sup> Rede Theobald von Bethmann Hollweg 5.6.1916, in Verhandlungen des Reichstags, Bd. 310, S. 1509–1512. Siehe auch Rede Bethmann Hollweg 6.6.1915, in ebd., S. 1536–1537.

<sup>69</sup> Gemeint ist vermutlich die Mainzer Druckerei H. Prickarts (Emmeransstraße 18/20), die auch die Alldeutschen Blätter verlegte.

<sup>70</sup> Im Originalmanuskript: „dem“. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 310, S. 1512.

<sup>71</sup> Im Originalmanuskript: „Eindruck“. Ebd.

<sup>72</sup> Im Originalmanuskript Einschub: „von der“. Ebd.

*entziehen und<sup>73</sup> kann sich der heißesten Liebe zu diesem Volke verwehren.<sup>74</sup> Und da soll ich trennen und nicht einigen [?]<sup>75</sup>*

Ich schrieb einen Aufsatz, der zehn Spalten der „Alldeutschen Blätter“ in Anspruch nahm, und reichte ihn bei der Zensurbehörde des Gouvernements ein.<sup>76</sup> Er trug die Überschrift „*Vertrocknete Herzen, eine notwendige Pfingstbetrachtung*“ und war mit meinem Namen gezeichnet.<sup>77</sup> Die Zensur verbot die Veröffentlichung.<sup>78</sup> Da ich dem Kanzler aber die Antwort nicht schuldig bleiben wollte, ließ ich den Aufsatz als Flugschrift drucken.<sup>79</sup> Sie wurde nicht nur an der Hand unserer Listen verbreitet, sondern es wurden auch den Ortsgruppen so viele Abzüge geliefert, als sie anforderten. Bei der Bedeutung, die des Kanzlers Rede vom 5. Juni damals hatte, und bei der Wichtigkeit, die meine Antwort für die Vertretung unserer Sache gewann, ist es angezeigt, hier ihre wichtigsten Stellen wiederzugeben.

Nach der Schilderung des Tatbestandes warf ich die Frage auf, wen der Kanzler mit seinen wilden Vorwürfen habe treffen wollen, insbesondere wer nach seiner Anklage ein vertrocknetes Herz in seiner Brust trüge. Meine Ant-

<sup>73</sup> Im Originalmanuskript Komma statt „und“. Ebd.

<sup>74</sup> Im Originalmanuskript: „entschlagen“. Ebd.

<sup>75</sup> Im Originalmanuskript: „Und, meine Herren, da soll ich trennen? Da soll ich nicht einigen?“ Ebd.

<sup>76</sup> Der Aufsatz von Claß: *Vertrocknete Herzen* erschien nicht wie geplant in den *Alldeutschen Blättern* Nr. 25 (1916), sondern wurde als Flugschrift von sechs Seiten mit einer Auflage von 3.000 Exemplaren gedruckt und vor allem in den Ortsgruppen des ADV in doppelter Zahl der Mitglieder und mit zehn Exemplaren für jedes Vorstandsmitglied verteilt. Claß: *Vertrocknete Herzen. Eine notwendige Pfingstbetrachtung* (Pfingsten 1916), in BA-Koblenz, RM3/10316, Bl. 123–126 und in BA-Berlin, N 2089, Bd. 6, Bl. 312–314, Claß an Konstantin von Gebattel, 15.6.1916, in ebd., Bd. 3, Bl. 267–269 und Rundschreiben Claß an Vorstandsmitglieder und Ortsgruppenvorstände des ADV, 30.6.1916, in StA Dresden, 13.1., Bd. 42/2, Bl. 332.

<sup>77</sup> Der Titel „*Vertrocknete Herzen*“ bezog sich auf die Reichstagsrede von Theobald von Bethmann Hollweg vom 5.6.1916, in der es in seiner Verteidigung gegen Angriffe in Flugschriften von „Junius Alter“ (Franz Sontag) und Wolfgang Kapp u. a. hieß: „Nur ein vollkommen vertrocknetes Herz kann sich dem erschütternden Eindruck von der Größe und von der Urkraft dieses Volkes entziehen, kann sich der heißesten Liebe zu diesem Volke entschlagen.“ *Verhandlungen des Reichstags*, Bd. 307, S. 1512.

<sup>78</sup> Siehe *Gouvernement der Festung Mainz*, Abt. 2a, Nr. 28924, Rittmeister und Adjutant Freiherr von Gemmingen an Schriftleitung *Alldeutsche Blätter*, 15.6.1916 und *Gouvernement der Festung Mainz*, Abt. 2a, Nr. 28924, Major Sommer an Schriftleitung *Alldeutsche Blätter*, 16.6.1916, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 6, Bl. 311. Auszüge der Zensurverfügung vom 15.6.1916 sind wiedergegeben bei Claß auf der Sitzung des Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 24.6.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 106, Bl. 16 und in der Reichstagsrede des Zentrumsabgeordneten Adolf Gröber vom 30.10.1916, in *Verhandlungen des Reichstags*, Bd. 308, S. 1904. Zur Beschwerde gegen die Zensur von Konstantin von Gebattel an Theobald von Bethmann Hollweg und der Antwort von Arnold von Wahnschaffe vom 22.6.1916 siehe Anhang Claß vom 25.6.1916, in Ders.: *Vertrocknete Herzen*, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 6, Bl. 312–314.

<sup>79</sup> Claß: *Vertrocknete Herzen*, Mainz 1916. Die Flugschrift wurde vom Mainzer Verleger der *Alldeutschen Blätter*, H. Prickarts (Emmeransstraße 18/20), in einer Auflage von 40.000 Exemplaren für 640 Mark gedruckt und umfasste sieben Seiten. Siehe Geschäftsführung des ADV an Druckerei H. Prickarts Mainz, 30.6.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 200, Bl. 157.

wort ging dahin: „Alle, die seine Gesamtpolitik vor dem Kriege, sein Verhalten zum Kriegsziel während des Krieges, seine Bevormundung der öffentlichen Meinung und die sog. Neuorientierung der inneren Politik nicht billigen. Die Gesamtheit dieser seiner sachlichen Gegner wirft er in einen Topf und sieht sie als einheitliche Gruppe an, was sie gar nicht sind. Die aus seiner Politik mit Notwendigkeit sich ergebenden Schwierigkeiten und Widerstände schreibt er den Machenschaften seiner Gegner zu; – vor allem: er sieht in denen, die seine Politik aus sachlichen Gründen und nach ihrer Überzeugung bekämpfen, *persönliche Feinde, die ihm übelwollen, die ihn aus persönlichen Antrieben zu stürzen trachten.*

Wenn man den Kreis der Gegner des Herrn von Bethmann Hollweg so umschreibt, so könnte der Münchener Vertreter der „B.Z. a.M.“ in gewissem Sinne recht haben, wenn er sagt: *„Gegen den Kanzler stehen ungezählte Angehörige der gebildeten und besitzenden Stände als sachliche Gegner – und es spricht nicht für seine Politik, dass es eben die sind, die in der Vergangenheit für eine starke Monarchie, für eine kräftige Reichsgewalt, die für den Ausbau der Wehrkraft zu Lande und zur See, für gesunde Geldwirtschaft – kurz für alle Notwendigkeiten eines nicht zum Verdorren verurteilten großen Staatswesens eingetreten sind, während seine heutigen Bewunderer und bis auf weiteres Getreuen in allen diesen Fragen dem entgegen gearbeitet haben, was dieser Krieg als Lebensbedürfnis des Reiches erwiesen hat.“*<sup>80</sup>

Spricht diese Feststellung nicht ihre Sprache für sich?

Ich habe weder das Recht noch die Aufgabe, für die angeblichen anderen Verschworenen der sogen. „Fronde“<sup>81</sup> hier das Wort zu führen, und rede allein für meine alldeutschen Freunde und für mich.

Wir brauchen uns jetzt nicht erst als Gegner der Politik des Herrn von Bethmann Hollweg zu bekennen, *denn wir sind das offen, deutlich und vor aller Welt seit dem Tage, wo wir die Gefahren erkannten, die der fünfte Reichskanzler über unser Vaterland heraufführen würde.* Wir unterstreichen, *dass wir Gegner seiner Politik, nicht seiner Person sind,* und erinnern daran, dass wir uns Geduld und Zurückhaltung auferlegt haben, solange wir hoffen konnten, dass er sich – ohne ein Bismarck zu sein – zur Bismarck’schen Überlieferung zurückfinden werde. Als Herr von Bethmann Hollweg bedenkliche Wege zu beschreiten begann, haben wir zunächst gewarnt und auf die nach unserer Einsicht bestimmt zu erwartenden Folgen verwiesen, *und erst als wir damit kein Glück hatten, gingen wir zu dem notwendigen Kampfe über, wie wir ihn als unabhängige und für das Schicksal unseres Vaterlandes mitverantwortliche Bürger dieses Reiches für unsere Pflicht hielten, nachdem die Geschichte der nachbismarckischen Kanzlerschaften es klar gemacht hatte, dass den Männern der Wilhelmstrasse*<sup>82</sup> *das Wohl und Wehe des Reiches nicht allein überlassen werden konnte.*

---

<sup>80</sup> Die B.Z. am Mittag erschien im Ullstein Verlag von 1904–1943.

<sup>81</sup> Siehe dazu u. a. Jarausch: Die Alldeutschen und die Regierung Bethmann Hollweg.

<sup>82</sup> Gemeint ist das Auswärtige Amt in der Wilhelmstraße 62 in Berlin.

Nun folgte die Aufzählung der Taten des Kanzlers, gegen die wir uns besonders zur Wehr gesetzt hatten, wie die reichsländische Verfassung<sup>83</sup>, seine Marokkopolitik<sup>84</sup>, die deutsch-englischen Verständigungsverhandlungen.<sup>85</sup> Daran waren folgende Feststellungen geknüpft:

<sup>83</sup> Elsass-Lothringen wurde mit dem Gesetz betreffend die Verfassung vom 4.7.1879 als Reichsland durch Ernennung eines Statthalters mit Sitz in Straßburg zunächst direkt dem Kaiser unterstellt. Mit der Verfassung vom 31.5.1911 erhielt Elsass-Lothringen drei Stimmen im Bundesrat, wurde ein aus zwei Kammern bestehender Landtag eingerichtet sowie am 3.7.1869 das Gesetz zur Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung verabschiedet. Wehler: Das „Reichsland“ Elsass-Lothringen, Ders.: Der Fall Zabern, Schoenbaum: Zabern 1913 und Fischer: Alsace to the Alsatians. Claß intervenierte schon beim Reichskanzler Bernhard von Bülow und verfasste am 1.8.1908 ein Denkschrift über die sprachenrechtliche Entwicklung in Elsass-Lothringen. Peters: Der Alldeutsche Verband, S. 104 sowie die Bittschrift Claß an den Reichstag zur Reichs- und Staatsangehörigkeit 1910, in Alldeutscher Verband: Zwanzig Jahre, S. 437–441. Zur alldeutschen Politik gegenüber Elsass-Lothringen siehe auch Korinman: Deutschland über alles und Müller: Imaginierter Westen. Siehe auch Eingabe des ADV an Bernhard von Bülow, 1.8.1908, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 580, Bl. 2–4 und Dass. an Theobald von Bethmann Hollweg, 20.3.1910, ebd., Bd. 588, Bl. 4–11.

<sup>84</sup> Claß bezieht sich hier auf die zweite Marokkokrise 1911/12. Die Algeciras-Akte vom 9.2.1909 zwischen Deutschland und Frankreich setzte eine „Politik der offenen Tür“ durch, die vor allem Handel und Rohstoffzugang regeln sollte. Nachdem Frankreich im Zuge von Aufständen im März 1911 militärpolitisch interveniert hatte, spitzte sich der Konflikt mit dem Deutschen Reich zu. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Alfred von Kiderlen-Wächter, besprach mit Claß am 19.4.1911 in Mannheim eine öffentlichkeitswirksame Propagandaunterstützung für die auf Gebietserwerb im rohstoffreichen Sus zielenden Programms der Regierung. Claß hatte bereits 1904 im Zuge der ersten Marokkokrise eine Denkschrift vorgelegt, die zum ersten Mal die Forderung nach Gebietserwerb ohne Einwohner enthielt. Auch das unternehmerische Interesse der Mannesmann-Brüder an den Erzvorkommen in Marokko wurde vom ADV seit 1906 und vor allem durch die Ortsgruppen des Ruhrgebietes und des Rheinlandes durch großes publizistisches Engagement unterstützt. Gespräche zu verschiedenen auswärtigen Angelegenheiten mit dem ADV erfolgten bereits zuvor auf Wunsch des Auswärtigen Amtes am 23.8., 24.8., 31.10.1910 und 30.1. und 25.2.1911. Ernst Graf zu Reventlow war hier der Verbindungsmann zwischen ADV und Auswärtigem Amt. Claß traf am 1.7.1911 auf den Unterstaatssekretär Arthur Zimmermann, der ihm vom bevorstehenden „Panthersprung“ des deutschen Kanonenbootes nach Agadir vertraulich unterrichtete und Claß nahezu legen schien, dass man das südwestliche rohstoffreiche Gebiet Marokkos besetzen würde. Claß kritisierte scharf, dass Kiderlen-Wächter wohl auf die Drohung des britischen Schatzkanzler David Lloyd George in einer Rede im Unterhaus am 21.7.1911, Deutschland solle sich aus Marokko fernhalten, hereingefallen sei und sich stattdessen zu einer Kompensationspolitik mit Verzicht ursprünglicher Interessen in Marokko bereit erklärt habe. Kiderlen-Wächter wiederum veröffentlichte auf die alldeutschen Angriffe hin im November 1911 alldeutsche Überlegungen zur Annexion östlicher gebiete Marokkos im Falle eines bevorstehenden Krieges, die im Juli 1911 durch Claß für seine Denkschrift „Marokko verloren?“ ausgearbeitet wurden. Die folgenden Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit und im Reichstag um das Verhältnis und die Absprachen zwischen ADV und Auswärtigem Amt wurden mit der alldeutschen Presse, v.a. durch Heinrich Pohls Die Post, bis in das Frühjahr 1912 ausgetragen. Das folgende Marokko-Kongo-Abkommen vom 10.10. und 2.11.1911 (u.a. Austausch deutscher Gebiete in Kamerun gegen Gebiete in Kongo) wurde vom ADV als unzureichend für deutsche imperiale Interessen abgelehnt. Peters: Der Alldeutsche Verband, S. 111–139, Leicht: Heinrich Claß, S. 136–151 sowie Claß: Marokko verloren? und Ders.: Westmarokko-deutsch!.

<sup>85</sup> Claß bezieht sich hier wohl auf die vom ADV als zu schwach und zu kompromissbereit kritisierte „Weltpolitik“ des Deutschen Reiches gegenüber Großbritannien, das u.a. durch

„Wir haben den Krieg kommen sehen, mussten zuschauen, wie sich der Reichskanzler bei seinem Ausbruch verhalten hat, haben seine Massnahmen während des Krieges beobachtet. Von diesen Dingen soll heute nicht geredet werden. Wir werfen lediglich die Frage auf: *Haben wir nicht das Recht, auf Grund der geschichtlichen Vorgänge während seiner siebenjährigen Kanzlerschaft zu bezweifeln, dass Herr von Bethmann Hollweg der unerhört schweren Aufgabe gewachsen sei, die das Kriegsende stellt? Haben wir nach allen Irrtümern und Misserfolgen seiner Art, Politik zu treiben, nicht allzu viel Grund, diese Frage zu verneinen?*

Damit treffen wir den Punkt dessen, was zwischen uns und Herrn von Bethmann Hollweg liegt. *Er weiss, dass wir die Fehler seiner Politik nicht nur erkannt, sondern ihre[,] die allgemeine Lage des Reiches beeinträchtigenden Folgen vorhergesehen haben, er weiss, dass wir ihn der jetzt vor dem verantwortlichen Leiter der Reichsgeschicke liegenden Aufgabe nicht für gewachsen halten* – er weiss das alles, denn es ist ihm ruhig und offen gesagt worden. Deshalb sieht er in uns mit Fug und Recht politische Gegner. Das gibt aber seiner Gefolgschaft nicht das Recht, uns als Wühler und Verschwörer, als abhängige Mitläufer wichtiger wirtschaftlicher Gruppen, als verrückte Welteroberungssüchtige und als was sonst immer hinzustellen.

Unsere Gemeinschaft besteht aus unabhängigen Bürgern und hat es bewiesen, dass sie selbst unabhängig ist: deshalb ertragen wir die sehr ausgesprochene Abneigung des Herrn von Bethmann Hollweg mit derselben Gelassenheit wie die üblen Nachreden seiner derzeitigen Gefolgschaft. *Etwas anderes ist es, sobald wir über den Kreis unserer Gemeinschaft hinausblicken, auf das Ganze, auf unser Vaterland: da hört die Gelassenheit auf, und die Sorge beginnt – die Sorge um das Reich, seine wesentlichen Einrichtungen, seine Zukunft.*

Diese Sorge verpflichtet uns, was in unseren Kräften steht, zu tun, um Gefahren abwenden zu helfen, die dem Vaterlande drohen.

Möchte es denen, *die stärker sind als wir*, gelingen, das zu erreichen; sie haben nicht viel Zeit mehr zu verlieren!“

Gegen das Ende stellte ich noch fest:

„Die Hauptsache bleibt, dass Herr von Bethmann Hollweg die sachliche Auseinandersetzung mit seinen politischen Gegnern im Reichstag vermieden

---

die kontinuierliche maritime Aufrüstung der deutschen Marine seit der Jahrhundertwende (u. a. Verhandlungen über ein Abkommen zur Begrenzung der Flottenrüstung in der Haldane-Mission am 8.2.1912 und mit dem Scheitern v. a. aufgrund des Widerstandes von Alfred von Tirpitz), der verstärkten kolonialen Aggression seit dem Zweiten Burenkrieg 1899–1902 gegen britische Einflussinteressen und den britischen Bündnisbindungen ab 8.4.1904 in der Entente Cordiale mit Frankreich und der Erweiterung zur Triple Entente durch Beitritt Russlands am 31.8.1907 zu fortgesetzten Entfremdungen geführt hatte. Siehe Besprechung auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 18.2.1912, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 83, Bl. 20–21 sowie auch Kennedy: *The Rise of the Anglo-German Antagonism*, Berghahn: *Der Tirpitz Plan*, Epkenhans: *Die wilhelminische Flottenrüstung* und Rüger: *The Great Naval Game*.

hat. *Es kann also nicht davon gesprochen werden, dass er sie widerlegt, dass er sie niedergekämpft hätte.* Alles, was die Herren behauptet und ausgeführt haben, blieb bestehen, weil es eben sachlich nicht zu widerlegen ist.

So verstanden, *bildet der mit starken rednerischen Mitteln errungene Reichstagerfolg des Kanzlers vom 5. Juni keinen Sieg seiner Politik – er ist ein rein rednerischer, persönlicher Erfolg, dessen Wirkung, soweit sie über den Tag hinausgeht, die Gefahren vermehrt, von denen schon vor diesem verhängnisvollen Tage unser Vaterland bedroht war.*“

Ich schloss mit der Versicherung:

„Im übrigen aber denke niemand, dass wir Alldutschen etwa an der Zukunft unseres Volkes verzweifelten, weil wir auch während des Krieges das Warneramt versehen, das wir fast ein Vierteljahrhundert lang ausgeübt haben. Wir haben das Vertrauen, dass unser Volk sich durchsetzt – trotz alledem und alledem – *und wir rechnen darauf, dass das Schwergewicht der kriegerischen Ereignisse den Weg führt, den unsere Staatsleiter nicht aus eigenem Entschlusse gehen wollten.*

Die Gestaltung des Ergebnisses wird dann hoffentlich die Meister finden, die ein unerschütterliches Werk zu errichten verstehen.“<sup>86</sup>

Ich erhielt viele Beweise dafür, dass diese meine Antwort ihre Wirkung getan hatte.

Nachdem die Zensur die Veröffentlichung in den „Alldeutschen Blättern“ abgelehnt hatte, wandte sich General *von Gepsattel* an den Reichskanzler und regte an, bei den Zensurbehörden dahin zu wirken, dass der Alldeutsche Verband Gelegenheit erhalte, zu seiner Rede vom 5. Juni 1916 Stellung zu nehmen, weil sie von einem grossen Teil der Presse als gegen uns gerichtet bezeichnet worden sei. Gepsattel schrieb, der Kanzler wollte es sicher nicht haben, dass der Alldeutsche Verband unter solchen Umständen ihm gegenüber mundtot gemacht werde.<sup>87</sup> Die Antwort, die er darauf erhielt, ist so kennzeichnend für Bethmanns politisches Verfahren, dass sie im Wortlaut hier wiedergegeben sei. Gepsattel erhielt am 22. Juni folgende Drahtung auf sein Schreiben vom 17.:

„Der Herr Reichskanzler wünscht mit allen, die ein Interesse für die öffentliche Meinung haben, den Zeitpunkt herbei, der allen Ansichten[,] und auch denen der Regierung[,] wieder eine freie Aussprache ermöglicht. Eine Milderung der Zensur ist, wie bekannt, in Aussicht gestellt und wird sich hof-

<sup>86</sup> Claß: *Vertrocknete Herzen*. Eine notwendige Pfingst-Betrachtung, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 6, Bl. 312–314.

<sup>87</sup> Claß beauftragte Konstantin von Gepsattel, diesen Brief an Theobald von Bethmann Hollweg zu schreiben. Er sollte den Fahnenabzug zum Aufsatz „*Vertrocknete Herzen*“ und die Zensur-Verfügung dem Schreiben beilegen. Gepsattel sollte sich auf die Reichstagsrede des Reichskanzlers vom 5.6.1916 beziehen und Bethmann Hollweg aufrufen, bei der Mainzer Zensurbehörde für Claß zu intervenieren, um das Verbot aufzuheben. Claß an Konstantin von Gepsattel, 15.6.1916, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 3, Bl. 267–269. Gepsattel notierte in seinen Akten: „Der gewünschte Brief ging am 17.VI. ab.“ Ebd., Bl. 269.



fentlich bald durchführen lassen. Vorher für einzelne Preßäußerungen Ausnahmen von bestehenden Zensurvorschriften zu machen, ist aber unmöglich.

Im Auftrage  
gez. Wahnschaffe<sup>88</sup>,  
Unterstaatssekretär der Reichskanzlei.<sup>89</sup>

Wenn man die drei Tage dauernden Verhandlungen des Reichstages in jenen Junitagen 1916<sup>90</sup> heute durchliest, so wird man finden, dass sie, jedenfalls im alldeutschen Sinne, das Entscheidende vermissen liessen: *den Generalangriff auf Bethmann Hollweg und, wenn es nottat, die öffentliche Beschwörung des Kaisers gerade von der Rechten her, diesen Kanzler zu entfernen*. Die Redner gingen der politischen Zensur und ihrer Handhabung in einzelnen Fällen zu Leib und wussten lächerliche, ja beschämende Einzelheiten über ihre Anwendung vorzubringen. Ja, es konnte bewiesen werden, dass selbst Reden des Kaisers von der Zensur entstellt worden waren.<sup>91</sup> Bemerkenswert war bei alledem, dass, wie in meinem Falle ein Jahr vorher, auch diesmal der ganze Reichstag von der äussersten Rechten bis zur äussersten Linken einig war, und dass festgestellt wurde, dass die rein militärische Zensur durchaus erträglich war, während die politische als unwürdig allgemein verdammt wurde.<sup>92</sup> Mehrere Redner sprachen es aus, dass diese, die *politische* Zensur, offenkundig gar keinen anderen Zweck habe, als den Kanzler und das Auswärtige Amt zu decken.<sup>93</sup>

---

<sup>88</sup> Arnold von Wahnschaffe (1865–1941), Mitglied des Ostmarkenvereins, 1905 Vortragender Rat im preußischen Landwirtschaftsministerium und Mitglied der Preußischen Ansiedlungskommission, 1909–1917 Unterstaatssekretär und Chef in der Reichskanzlei, 1916 Mitbegründer des Deutschen Nationalausschusses für einen ehrenvollen Frieden, 1918 Chef der Reichskanzlei.

<sup>89</sup> Arnold von Wahnschaffe an Konstantin von Gebattel, 22.6.1916, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 3, Bl. 269.

<sup>90</sup> Der Reichstag tagte im Monat Juni am 2.6., 3.6., 5.6., 6.6., 7.6. und am 8.6.1916. Siehe Verhandlungen des Reichstags, Bd. 307 und 308. Claß bezieht sich vermutlich auf die beiden Sitzungen vom 5. und 6.6.1916, in denen Theobald von Bethmann Hollweg anwesend war und zwei Reden bei der „Beratung der Entwürfe von Gesetzen, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats und des Haushaltsetats der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1916“ hielt.

<sup>91</sup> In seiner Reichstagsrede am 25.5.1916 nahm Wilhelm Hirsch (NLP) eine Rede Wilhelm II. als Beispiel für die Streichung von Sätzen durch die Zensurbehörden und verwies auf eine weitere Rede des Kaisers, die gänzlich verboten worden sei. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 307, S. 1267.

<sup>92</sup> Siehe zu den Reichstagsdebatten über den Belagerungszustand und die Zensur die Sitzungen vom 24.5., 25.5. und 30.5.1916, in Verhandlungen des Reichstags, Bd. 307.

<sup>93</sup> Theobald von Bethmann Hollweg lud nach seiner Rückkehr aus dem Hauptquartier am 13.3.1916 etwa 40 Chefredakteure und Vertreter der großen Berliner Zeitungen zu einer Aussprache über die militärische Lage ein. Der Herausgeber Heinrich Rippler zitierte Bethmann Hollweg in seinem Bericht zu der Zusammenkunft im Zusammenhang mit der Kriegszielpolitik der Regierung, Burgfrieden, Burgfrieden und Zensurmaßnahmen folgendermaßen: „Ueber die Kriegsziele sind mir im Herbst 1914 und im Frühjahr 1915 die ausschweifendsten Pläne vorgelegt worden. Zu einer Zeit, als wir uns in schwerster Lage befanden und tiefe Sorgen hatten. Damals haben auch die sechs wirtschaftlichen Verbände ihre Ziele vorgelegt und dazu die Zeit ausgenützt, in der [Paul von] Hindenburg seinen Rückzug an-

Was Bethmann Hollweg und Jagow<sup>94</sup> dagegen zu sagen wussten, war kläglich. Aber dies alles änderte nichts daran, dass sie ruhig in ihren Ämtern blieben und durch ihre Instinktlosigkeit und Schwäche weiter Unheil anrichten konnten. Der Reichstag hatte also nicht das Zeug, den Umschwung zu erzwingen. Von beiden Häusern des Preussischen Landtags war bei den Rücksichten, die dort genommen zu werden pflegten, etwas anderes auch nicht zu erwarten.<sup>95</sup> Um den Kaiser über die furchtbare Gefahr aufzuklären, in der sich das Reich, aber auch die Monarchie befanden, mussten andere Wege beschritten werden.

In diesem Zusammenhang ist der Vorwurf zu erwähnen, der sich dagegen richtete, dass die Kampfschrift von Junius Alter unter einem Decknamen herausgekommen war. Es wurde sowohl im Reichstag als auch in der Presse betont, dass jemand, der nicht mit seinem Namen seine Sache zu vertreten wage, kein Gehör verdiene und sich überdies gefallen lassen müsse, für feig angesetzt

---

treten musste und wir alles Getreide vom Osten nach Westen bringen mussten, weil wir nicht garantieren konnten, dass die Ostmark vom Feinde frei bleibt. Dass gerade in dieser Zeit die Annexionspläne bis zur Somme und Maa[s], bis an den Peip[ussee] erhoben wurden, hat mich seltsam angemutet. Ich glaube ich habe das Rechte getan, als ich die Erörterung der Kriegsziele ablehnte. Mit Kriegszielen zu bluffen und dann diese Ziele immer mehr zu beschneiden, halte ich nicht für das [R]ichtige. Eine öffentliche Aussprache halte ich auch nicht für möglich. Wenn wir anfangen wollten, z. B. die polnische Frage zu besprechen, würden sich Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschen und Oesterreichern ergeben, die nicht erwünscht sein können. Eine Erörterung der Kriegsziele ohne die polnische Frage ist aber nicht möglich. Ich habe meine Meinung über die Kriegsziele zu wiederholten Malen in meinen Reden sehr deutlich gesagt und ha[be] mich nicht in einer meiner Reden widerrufen müssen. Ich habe gesagt, dass wir die Einfallstore im Osten und Westen, Polen, Litau-Kurland, Belgien ausschalten und die strategische Grenze verbessern müssten. Ich habe dann auch deutlich auf die europäisch[en] Probleme hingewiesen, auf den Staatenbund um Deutschland. Das si[nd] doch nicht nur negative, sondern auch positive Ziele. Wir verteidigen unser Haus, aber es soll nach dem Kriege stärker dastehe[n] als es vorher dagestanden hat. So lange man kein Ende des Krieges absehen kann, ist es nicht möglich, über Kriegsziele zu sprechen. Aber ich glaube, dass Sie den Eindruck haben, dass mir ein ganz bestimmtes, fest umrissenes Kriegsziel vorschwebt, und dass der Krieg nicht umsonst geführt werden wird. Ich hoffe, Ihnen gezeigt zu haben, und ich kann das aus allen mir zugehenden Nachrichten belegen, dass zur Nervosität keinerlei Grund vorhanden ist, wenn wir ohne unsere Friedenswünsche sichtbar zu zeigen, die Entschlossenheit zur Kriegsführung beibehalten und entschiedene Kraft und Machtbewusstsein zeigen, ohne von Gewaltmassregeln zu sprechen. Mit Trost und Zuversicht können wir der Zu[k]unft ins Auge sehen, wir zeigen uns der Haltung der Männer an der Front nur dann würdig, wenn wir zusammenstehen und die beginnend[e] Uneinigkeit ersticken.“ Bericht Heinrich Rippler, o.D. [März 1916], in BA-Berlin, N 2089, Bd. 6, Bl. 215–222. Zitat ebd., Bl. 220–221.

<sup>94</sup> Gottlieb von Jagow (1863–1935), 1907–1909 deutscher Gesandter in Luxemburg, 1909–1913 deutscher Botschafter in Italien, 1914 preußischer Staatsminister, 1913–1916 Staatssekretär des Äußeren, Rücktritt nach Ablehnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges.

<sup>95</sup> Claß beschwerte sich gegenüber August Keim am 24.3.1915: „Das Elend besteht fort; jeder unserer sogenannten färenden Parlamentarier, mit dem man in Berührung kommt, versichert einem, dass er dieselben Ansichten und Gefühle in Bezug auf den Reichskanzler hat – aber alle machen die Faust im Sack und scheuen sich davor, ihn so zu bekämpfen, dass ihm das Handwerk dauerhaft gelegt wird; so hat es jetzt das Abgeordnetenhaus[,] so der Reichstag und in noch höherem Grade das Herrenhaus gemacht.“ Brief in BA-Berlin, R 8048, Bd. 199, Bl. 88.

hen zu werden. Die Leute, die mit wahrer Begeisterung solche Behauptungen aufstellten, waren die letzten, die ein Recht dazu hatten. Gewiss anders als Junius Alter hat damals der Königsberger Generallandschaftsdirektor *Wolfgang Kapp*<sup>96</sup> eine Flugschrift gegen Bethmann Hollweg unter seinem vollen Namen herausgegeben.<sup>97</sup> Ihm gestand man deshalb zu, dass er, wenn auch politisch nicht ernst zu nehmen, wenigstens ein anständiger Mann sei, da er seinen Namen an die von ihm vertretende Sache wage. Was Kapp gesagt hatte, war nach unserer Überzeugung ausgezeichnet und deckte sich in der Sache ganz mit unseren Anschauungen. Was aber geschah? Bethmann Hollweg warf in seiner Rede vom 5. Juni 1916 Kapp in denselben Topf mit Junius Alter, so dass, wenigstens nach dem allgemeinen Urteil, der Ausdruck „Preißpiraten“ sich auch auf ihn bezog.<sup>98</sup> Kapp war jedenfalls dieser Meinung und liess dem Kanzler eine Pistolenforderung überbringen.<sup>99</sup> Dieser lehnte ab, nahm aber auch nichts zurück; ein Ehrengericht kam meines Wissens nicht zustande.

Nun aber zu dem erwähnten Vorwurf. Dass er in seiner Allgemeinheit nicht richtig sein konnte, ergibt sich schon aus dem Beispiel des Verfassers der Junius-Briefe – es war der Beamte des Kriegsministeriums Sir Philip Francis<sup>100</sup> – der, wenn man nach dem Inhalt seiner berühmten Briefe urteilt, ein auf der Höhe des Wissens, der Erkenntnis und der staatsmännischen Begabung stehender Mann gewesen ist und eine in gutem Sinne umwälzende Wirkung erzielt hat. Aber wie lag denn die Sache in unserem Falle? *Ich* hatte meine Denkschrift unter meinem Namen hinausgehen lassen, und war dafür nach Strich und Faden drangsaliert worden, *Liebig* hatte dasselbe getan – mit demselben Ergebnis, und gar der greise *Dietrich Schäfer*, der Gelehrte von Weltruf,

---

<sup>96</sup> Wolfgang Kapp (1858–1922), 1900–1906 vom Vortragenden Rat bis zum Geheimen Regierungsrat im preußischen Landwirtschaftsministerium, 1907–1916 und 1917–1920 Generallandschaftsdirektor, 1912 Aufsichtsrat der Deutschen Bank, 1917 Mitinitiator der DVLP, 1919 Mitbegründer der Nationalen Vereinigung, 1919 Mitglied im Parteivorstand der DNVP, 12./13.3.1920 Kapp-Putsch.

<sup>97</sup> Die nationalen Kreise und der Reichskanzler. Denkschrift von Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, 20.5.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 403, Bl. 1–4.

<sup>98</sup> Theobald von Bethmann Hollweg nannte in seiner Reichstagsrede am 5.6.1916 den Autoren „Junius Alter“ (Franz Sontag) sowie Wolfgang Kapp „Piraten der öffentlichen Meinung“. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 307, S. 1511.

<sup>99</sup> Wolfgang Kapp forderte im Juni 1916 Theobald von Bethmann Hollweg zum Duell auf. Kapp schien bereits vor dem Krieg leichtfüßig mit Duellforderungen umzugehen. In Ablehnung der Zulassung der „Volksfürsorge. Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Aktiengesellschaft“ forderte Kapp als führender Vertreter des Verbandes öffentlicher Lebensversicherungsanstalten den Präsidenten des Kaiserlichen Aufsichtsamtes für Privatversicherung zum Duell im Grunewald heraus. Das Duell fand jedoch nicht statt und die sozialdemokratische Volksfürsorge konnte Anfang 1913 in Kraft treten. Siehe: Ein halbes Jahrhundert Volksfürsorge, S. 53–55.

<sup>100</sup> Sir Philip Francis (1740–1818), 1762 Berufung als Principal Clerk im englischen Kriegsministerium, 1769–1772 Junius-Briefe in Kritik gegen die Regierung King George III., 1772 Ausscheiden aus dem Kriegsministerium, 1774–1780 Member of the Supreme Council of Bengal, 1784–1790, 1790–1796 und 1802–1807 Member of Parliament, Übersetzer von Horaz und Aischines und Demosthenes.

der ehemalige Rektor der Friedrich-Wilhelm-Universität und mehrmalige Dekan ihrer Philosophischen Fakultät, war noch übler behandelt worden.<sup>101</sup>

Der Alldeutsche Verband stand für jede Zeile, die er drucken liess, unter Präventivzensur. Hätte irgendeiner aus unseren Reihen unter seinem Namen eine Flugschrift abgefasst, so hätte sie der Zensur vorgelegt werden müssen und wäre verboten worden. Hätte er einen Drucker gefunden, der sie ohne Ge-

<sup>101</sup> Dietrich Schäfer veröffentlichte am 1.1.1916 die Flugschrift „Zur Lage“ (verfasst im September 1915), in der er u. a. die Auflösung Belgiens, die Errichtung eines deutsch-dominierten mitteleuropäischen Staatenbundes und den Erwerb Belgisch-Kongos forderte. Dietrich Schäfer: *Zur Lage* (Handschrift), in ABBAW, NL Meyer, Bd. 326, o. Bl. Schäfer veröffentlichte auch das Flugblatt „Entweder – oder“ mit Forderungen zum uneingeschränkten U-Bootkrieg, das von Mitgliedern des Volksausschusses für die rasche Niederwerfung Englands verteilt wurden, dem u. a. die Alldeutschen Julius F. Lehmann, Kaspar Graf von Preysing-Lichtenegg-Moos, Max von Gruber und Ferdinand Putz als Vorsitzender der Ortsgruppe München angehörten. Am 6.3.1916 sollte die Flugschrift „Zur Lage“ in Schäfers Wohnung beschlagnahmt werden, der jedoch in Bremen auf Vortragsreise war. Am 8.3.1916 kehrte Schäfer zurück und übergab dem Kriminalbeamten 20 Exemplare der Schrift. Bei Walter Stahlberg wurden 17 Exemplare und an weiteren Orten in Berlin zusätzliche 1.000 Exemplare beschlagnahmt. Insgesamt sind 2.500 Exemplare beschlagnahmt worden. Daraufhin wurde Schäfer und auch Walter Stahlberg die Herstellung und Verbreitung von Flugschriften verboten. Siehe Schäfer: *Mein Leben*, S. 180–181 und Sitzung des Arbeitsausschusses des Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden am Historischen Seminar der Berliner Universität (Schinkelplatz 5), 6.4.1916, in ABBAW, NL Meyer, Bd. 326, o. Bl. Eine zweite Hausdurchsuchung folgte am 17.3.1916. Siehe Chronologie Dietrich Schäfer 16.10.1914–Februar 1919, in ABBAW, NL Schäfer, Bd. 1, Bl. 1–2. Beide Flugschriften wurden später dann auch von der bayerischen Armee Ende August 1916 beschlagnahmt. Siehe dazu auch Emil Kraepelin: *Die politische Zensur*, in Kraepelin in München II, S. 185–191. Am 22.3.1916 gingen auch zwei Eingaben an den Kaiser und den Reichstag, an der Schäfer federführend zum 13.3.1916 gewirkt hatte, in den Umlauf. Die Kaisereingabe erreichte mit 28.010 Unterschriften das Hauptquartier und die Reichstags eingabe versammelte 90.000 Unterschriften. Der ADV erhielt zur Verbreitung 2.500 Exemplare der Reichstags eingabe, die mit 90.000 Stück gedruckt wurde. Siehe Eingabe Dietrich Schäfer an Wilhelm II., 15.3.1916, in ABBAW, NL Meyer, Bd. 326, o. Bl. und Sitzung des Arbeitsausschusses des Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden, 6.4.1916, in ebd., o. Bl. sowie zur folgenden Reichstagsdebatte über Zensur und der Schäferschen Eingaben am 29. und 30.5.1916 die Protokolle (Sonderdruck), in ebd., Bd. 329, o. Bl. Am 25.3.1916 war die Polizei erneut bei Schäfer, der am selben Tag Max von Gruber eine Denkschrift vom 18.3.1916 vom Stabschef der Marine, Henning von Holtzendorff, mitgab, da Gruber eine Audienz bei Ludwig III. vorbereiten wollte. Schäfer: *Mein Leben*, S. 182–185. Zur Einschränkung der Presse im September 1916, die sich auch gegen die U-Bootkrieg-Propaganda des UADF und somit gegen die Schäfersche Denkschrift an den Reichstag „Das Gebot der Stunde“ richtete, sowie der „Eingabe an den Reichstag des Deutschen Reiches betreffend Einwirkung der Reichsregierung auf die öffentliche Meinung“, die von Dietrich Schäfer, Karl zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, Friedrich zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, Karl Freiherr von Thüngen, Otto Fürst zu Salm-Horstmar und Reinhold Seeberg unterzeichnet wurden, siehe Ackermann: *Die Geburt des modernen Propagandakrieges*, S. 207–214. Dietrich Schäfer: *das Gebot der Stunde*, 25.9.1916, in ABBAW, NL Schäfer, Bd. 1, Bl. 165–166. Am 20.10.1916 erfolgte bei Schäfer früh um 8 Uhr eine erneute Hausdurchsuchung nach der Denkschrift des Admiralstabes vom Juli/August 1916, woraufhin Schäfer gegen die Beschlagnahmung von 28 Briefen Beschwerde unter anderem beim Reichskanzler einlegte. Wegen einer nicht rechtzeitig angemeldeten Versammlung erhielt Schäfer am 10.2.1917 einen „Strafbefehl über 30 Mark oder 6 Tage Gefängnis“. Schäfer: *Mein Leben*, S. 193 und 215. Siehe auch Ders.: *Der Krieg 1914–1917*, S. 1–11.

nehmung der Zensur unter Nennung des richtigen Verfassernamens gedruckt hätte, so wären beide Beteiligten streng bestraft und damit politisch ausser Gefecht gesetzt worden. Aber vor allem: wie viel tausend Federn waren in der ganzen bethmannfreundlichen Presse Tag für Tag tätig, um alle anzufinden und herabzusetzen, die anderer Meinung waren als ihr damaliger Herr und Meister! Wer in solcher Zeit die sogen. Anonymität der Presse anerkennt, der wird auch gegen den Gebrauch von Decknamen bei Flugschriften nichts einwenden dürfen. Erinnern wir uns im übrigen, in welchem Umfange Bismarck sowohl während seiner Amtszeit wie nachher von diesem Vorrecht des politischen Kämpfers Gebrauch gemacht hat.<sup>102</sup> Es war also eine politische Zwecklüge, wenn unsere Gegner sich auf „Junius Alter“ stürzten und den kaum in einem Punkte anfechtbaren Inhalt der Schrift damit abzutun suchten, dass sie den Verfasser wegen der Benutzung eines Decknamens als Menschen ohne Mut und Anspruch auf Beachtung hinstellten.<sup>103</sup> Übrigens hat bei den Gegnern des Kanzlers dieses Verfahren keinen Eindruck gemacht, wenn auch [der eine] oder der andere Redner im Reichstag so tat, als wende er sich mit unangenehmen Gefühlen von Aufsätzen oder Schriften ab, die nicht durch den richtigen Namen des Verfassers gedeckt seien.

## 1.2. Fürst zu Salm-Horstmar

Eine Möglichkeit, auf andere Weise auf den Kaiser einzuwirken, bot der Umstand, dass *Fürst Otto zu Salm-Horstmar*<sup>104</sup> im Herbst 1915 mit mir in Ver-

---

<sup>102</sup> Siehe zu Bismarcks Journalismus- und Pressepolitik Pflanze: Bismarck, S. 79–81 und 201–206, Schoeps: Der junge Bismarck als Journalist, Studt: Bismarck als Mitarbeiter der „Kreuzzeitung“, Fischer-Frauendienst: Bismarcks Pressepolitik, Bussiek: Die Neue Preußische Kreuzzeitung sowie zum späteren Presse-Mitarbeiter Bismarcks ab 1870 Kolb: Moritz Busch.

<sup>103</sup> Claß wurde am 22.11.1916 auf dem Amtsgericht in Mainz als Zeuge in dem folgenden Strafverfahren gegen den „politischen Gesinnungsgenossen“ und Kirchenhistoriker, Professor Friedrich Lezius aus Königsberg, wegen Meineids vernommen. Claß behauptete, den Verfasser Junius Alter, der wegen Beleidigung des Reichskanzlers angeklagt war, nicht zu kennen. Claß lobte die Schrift und lehnte es „entschieden ab, an der Ermittlung und Verfolgung des Verfassers irgendwie mitzuwirken.“ Wegen Verweigerung der Zeugenaussage wurde Claß zu einer Geldstrafe von 150 Mark verurteilt, wogegen Claß im Dezember 1916 und Januar 1917 Beschwerde einreichte, die jeweils abgewiesen wurden. Claß Beschwerde an das Großherzogliche Amtsgericht, Abteilung für Strafsachen Mainz, 24.11.1916 und 20.12.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 321, Bl. 57g und 57k sowie Claß an Hauptleitung und Geschäftsführenden Ausschuss des ADV, 22.11.1916, in ABBAW, NL Schäfer, Bd. 1, Bl. 280/1–4. Justizrat Ferdinand Putz vertrat Claß vermutlich bei der Zeugenvernehmung und führte Protokoll für den ADV. Claß musste sich nach seiner Anhörung jedoch weiterhin einem „Zeugniszwangsverfahren“ stellen. Claß an Hans von Liebig, 21.12.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 201, Bl. 401.

<sup>104</sup> Otto Fürst zu Salm-Horstmar (1867–1941), Schloss Varlar, 1889 Offizier, 1892 erbliches Mitglied des Preußischen Herrenhauses, Ehrendoktorwürde der Universität Münster, 1901–1908 Präsident des Deutschen Flottenvereins, 1904 Mitglied der Historischen Kommission für Westfalen, 1911–1919 Mitglied des Westfälischen Provinzial-Landtages, Mitglied des Fünzigster Ausschusses der DkP, ab 1916 Präsident des Westfälischen Provinzial-Landtages, ab 1915 Vorsitzender der Grundbesitzervereine, 1915 erster Kontakt mit Claß,

bindung getreten war und sich dann, nachdem er unsere Arbeitsweise kennen gelernt hatte, ganz in unseren Kreis eingefügt hatte, in dem er bald einer der wichtigsten Mitarbeiter wurde.<sup>105</sup> Der Fürst hatte als Mitglied des Preussischen Herrenhauses s. Zt. meine Kriegsziel-Denkschrift erhalten, war aber – damals schwer erkrankt – zunächst nicht darauf eingegangen. Ende August 1915 erhielt ich dann ein Schreiben von ihm, worin er nachträglich den Empfang bestätigte und den Wunsch aussprach, mit mir irgendwo zusammenzutreffen, um die Lage des Vaterlandes zu besprechen.<sup>106</sup> Ich antwortete zustimmend, konnte mich aber, durch andere Reisen in Anspruch genommen, erst gegen Ende September dafür freimachen. Am 24. dieses Monats kamen wir in Köln zusammen und hatten eine Unterhaltung, die mehrere Stunden dauerte.<sup>107</sup> Der Fürst ging dabei davon aus, dass er die Unbrauchbarkeit Bethmanns und des Auswärtigen Amts erkannt habe und voller Sorge sei, dass Deutschland und der von ihm verehrt[e] Kaiser Schaden nehmen müssten. Aus seiner Sorge heraus hatte er sich nach seiner Wiederherstellung der Reihe nach mit allen in der Öffentlichkeit einigermassen bekannten nationalen Parteiführern ersten und zweiten Ranges schriftlich oder persönlich in Verbindung gesetzt. Er hatte aber überall die Erfahrung gemacht, dass nirgends der Wille oder die Einsicht stark genug waren, den Kampf gegen Bethmann Hollweg so rücksichtslos zu führen, wie es nach seiner Überzeugung geboten war. Aus einer Enttäuschung war er auf diese Art in die andere gefallen, und ich war in gewissem Sinne für ihn eine Art von politischem Notanker. Bei unserer Kölner Aussprache hat der Fürst wohl den Eindruck gehabt, dass er an die richtige Stelle gekommen sei; denn beim Auseinandergehen schlug er vor, dass wir so bald wie möglich in Berlin zusammenkommen sollten, um die Art seiner Mitarbeit festzusetzen.

---

1916 Mitglied des UADF, 1917 Mitglied der DVLP, 1917 Mitglied der Vereinigung der Freunde der Deutschen Zeitung, Vertreter der radikalen antisemitischen Richtung im ADV, 1918 Mitglied des Reichsausschusses der DVLP für den Landesverein Niederrheinisch-Westfalen, Mitfinanzierung der antisemitischen Schrift Die Protokolle der Weisen von Zion (1920 zuerst in Deutsch erschienen), Mitglied des Berliner Nationalclubs von 1919, Kontakte zu Wilhelm II. im Exil in Doorn, frühe Kontakte zu Adolf Hitler, Unterstützung einer autoritären Regierung unter Alfred Hugenberg, Vorstandsmitglied der DNVP in Münster, 1921 Mitglied des Gesamtvorstandes und 1924 der Hauptleitung des ADV, während der Anti-Youngplan-Kampagne 1929–1930 Mitglied des Referendum-Ausschusses, Teilnahme für den ADV und die DNVP bei der Kundgebung in Bad Harzburg am 11.10.1931 und Mitglied der Hauptleitung des ADV.

<sup>105</sup> Otto Fürst zu Salm-Horstmar schrieb seinen ersten Brief an Claß am 16.8.1915 und traf Claß dann am 23.9.1915 am Nachmittag in Köln im Domhotel. Siehe den Brief in BA-Berlin, R 8048, Bd. 453, Bl. 5 sowie Alldeutsche Blätter 17.9.1927. Am 3.10.1915 nahm Salm-Horstmar bereits an einer Besprechung im Habsburgischen Hof in Berlin unter anderem mit Claß und Emil Kirdorf teil, auf der eine Throneingabe an Wilhelm II. besprochen wurde, die am 26.1.1916 verfasst wurde. Protokoll vom 3.1.10.1915, in ebd., Bl. 31–44.

<sup>106</sup> Otto Fürst zu Salm-Horstmar an Claß, 22.8.1915, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 453, Bl. 4–7. Siehe auch Otto Fürst zu Salm-Horstmar: Wie ich zum Alldeutschen Verband kam und dort zu arbeiten begann, in Alldeutsche Blätter 17.9.1927.

<sup>107</sup> Claß berichtete nur kurz in seinem Schriftwechsel nach dem Treffen in Köln davon, dass er „inzwischen zweimal in dringenden Fällen verreist“ war. Claß an Gustav Petzold, 25.9.1915, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 199, Bl. 262.

Inzwischen wollte er lesen, was ich ihm von alldeutschen Kampfschriften zu senden versprach.

Die Kölner Aussprache vom 24. September<sup>108</sup> ist mir immer als ein glückhaftes Ereignis in meinem Leben erschienen. Sie hat mich mit einem Mann zusammengeführt, den ich mir aus meinem Dasein nicht mehr hinwegdenken kann. Der Name des Fürsten war mir von seiner Tätigkeit als *Erster Präsident des Flottenvereins*<sup>109</sup> her bekannt, besonders von dem Kampf, den er damals um dessen Selbständigkeit gegenüber der Krone und den Ämtern geführt hatte. General *Keim*<sup>110</sup> hatte mir viel von ihm erzählt und dabei geäußert, welchen Rückhalt er als geschäftsführender Präsident des Flottenvereins an dem aufrechten, klugen und tapferen Fürsten gehabt habe, der, ohne einen Augenblick zu zögern, seinen Vorsitz niedergelegt habe, als die Mehrheit im Flottenverein eine der bekannten „Kompromisslösungen“ suchte, um die höfischen Rücksichten zu wahren.<sup>111</sup>

---

<sup>108</sup> Siehe das Telegramm Otto Fürst zu Salm-Horstmar an Claß und dessen Randnotiz der Bestätigung des Termins vom 24.9.1915, In BA-Berlin, R 8048, Bd. 453, Bl. 9.

<sup>109</sup> Otto Fürst zu Salm-Horstmar war von 1901–1908 Präsident des Deutschen Flottenvereins.

<sup>110</sup> August Keim (1845–1926), 1882–1889 im Großen Generalstab, Dozent für Taktik in der Preußischen Kriegsakademie, 1896–1898 Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 40, Verabschiedung als Generalmajor, 1898 Mitbegründer, 1900 Beisitzer im Präsidium und 1907–1908 Geschäftsführender Vorsitzender des Deutschen Flottenvereins, 1908 enger Kontakt mit der Geschäftsstelle des ADV für Organisation zum Zusammenschluss der nationalen Vereine, Vorsitzender des Vaterländischen Schriftenverbandes, 1910–1912 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 1911 Eintritt in die Hauptleitung des ADV, 1912–1914 und 1915–1916 Vorsitzender und 1918–1926 Ehrenvorsitzender des Deutschen Wehrvereins, 1914 freiwillige Meldung zur militärischen Verwendung und zunächst Landsturm-Inspektor in Lüttich, 1914–1918 Militärgouverneur in der belgischen Provinz Limburg in Hasselt, 1916 Generalleutnant und Exzellenz, 1919/1920 auf der Auslieferungsliste der Alliierten, Herausgeber der Monatshefte für Politik und Wehrmacht (Gesellschaft für Heereskunde), 1925 Ehrenmitglied des Stahlhelm.

<sup>111</sup> August Keim radikalisierte den 1898 gegründeten Deutschen Flottenverein, nachdem er 1900 ins Präsidium gewählt wurde und den Verband verstärkt gegen die überparteilichen und auf Sammlung ausgerichteten moderateren Landesverbände, wie den aus Bayern unter Führung von Ludwig Freiherr von Würzburg, ausrichtete. Beim Reichstagswahlkampf 1907 versuchte das Lager um Keim gezielt gegen die Zentrumsparterie und die SPD Wahlbeeinflussung und Unterstützung der Blockparteien, auch mit Unterstützung des Reichskanzlers Bernhard von Bülow, zu betreiben und geriet somit in grundsätzliche Konflikte über die satzungsgemäße Überparteilichkeit des Verbandes mit dem Lager um von Würzburg. Wilhelms II. intervenierte bereits 1905 und forderte mehr Rücksicht des Flottenvereins auf die Reichsregierung. Der Unmut über die Wahlkampfpolitik des Flottenvereins und des Keim-Lagers 1907/1908 führte zum forcierten Rücktritt Keims und auch des Präsidenten Otto Fürst zu Salm-Horstmar im Januar 1908. Auch Alfred von Tirpitz stellte sich gegen Keims forcierte Politik der politischen Einflussnahme. Im Februar 1908 trat Keim dann dem ADV bei, war von 1910–1919 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses und erhoffte unter dem Vorsitz von Claß die Umwandlung des ADV in einen nationalen Sammlungsverband, den Claß aber zunächst wegen der Wahrung der Unabhängigkeit des ADV ablehnte und dann mit der Gründung des Deutschen Wehrvereins im Februar 1912, dessen Erster Vorsitzender Keim wurde, unterstützte. Eley: *Reshaping the Radical Right*, S. 254–290, Griebner: *Massenverbände und Massenparteien*, S. 238–292 sowie Keim: *Erlebtes und Erstrebtes*, S. 97–146 und 261–269.

Der Fürst entstammte dem uralten rhein-fränkischen Geschlechte der Wild- und Rheingrafen; ein Zweig des Hauses war an der Nahe, im Hunsrück und im heutigen Rheinhessen begütert gewesen.<sup>112</sup> Durch den Frieden von Luneville (1801)<sup>113</sup> waren dessen Besitzungen an Frankreich abgetreten worden. Zur Entschädigung hatte der Grossvater des Fürsten<sup>114</sup> das säkularisierte Prämonstratenser-Stift Varlar im nördlichen Westfalen zugeteilt bekommen, und zwar zunächst unter Aufrechterhaltung der Reichsunmittelbarkeit.<sup>115</sup> So war dieses evangelische Geschlecht durch die sogen. hohe Politik in eine rein katholische Umgebung verpflanzt worden. Seine Reichsunmittelbarkeit hatte es durch den Wiener Kongress (1815) verloren, durch den sein Gebiet an Preussen kam. Es behielt jedoch die Vorrechte der Standesherrn.

Der Fürst hatte eine ausgezeichnete Erziehung genossen und war dann bei den 3. Garde-Ulanen in Potsdam eingetreten.<sup>116</sup> Der Tod seiner beiden Eltern, die kurz hintereinander starben<sup>117</sup>, veranlasste ihn, früh den Abschied zu nehmen, um sich der Verwaltung seines Besitzes und der Erziehung seiner jüngeren Geschwister<sup>118</sup> zu widmen, denen er trotz seiner Jugend ein zweiter Vater wurde.

Je länger ich mit dem Fürsten verkehrte, umso mehr fühlte ich mich zu diesem seltenen Manne hingezogen, von dem ich gleich bei der ersten Zusammenkunft den allergünstigsten Eindruck gehabt hatte. Einen Mann von solcher Lauterkeit des Charakters und Schlichtheit des Wesens, von solcher innerlichsten Bescheidenheit für unsere Sache zu gewinnen, war eine schöne Hoffnung. Dabei besass er eine echte Vornehmheit der Gesinnung und des Auftretens, verbunden mit einer ausgesprochenen Anspruchslosigkeit. Es war als hätte er ein gütiges Geschick auf diesen Sprossen eines uralten Hauses, dessen Ur-

<sup>112</sup> August Keim bezeichnete seine Herkunft als Mitglied einer „althessischen Offiziersfamilie“. Keim: Erlebtes und Erstrebtes, S. 5.

<sup>113</sup> Der Frieden von Lunéville vom 9.2.1801 zwischen Frankreich und dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation beendete den Zweiten Koalitionskrieg Russlands, Österreichs und Großbritanniens gegen Frankreich (1798 bis zum Frieden von Amiens 1802) und bestimmte die Eingliederung der linksrheinischen Gebiete in das französische Staatsgebiet, die seit 1794 besetzt waren.

<sup>114</sup> Gemeint ist Wilhelm Friedrich Karl August Rheingraf zu Salm-Grumbach (1799–1865), 1816 erblicher Adelsstand (Salm-Horstmar), Mitglied des Westfälischen Provinziallandtags, 1847/1848 Mitglied des Vereinigten Landtages, 1854–1865 Mitglied des Preußischen Herrenhauses, naturwissenschaftliche Studien und 1856 Ehrenmitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften.

<sup>115</sup> Nach der französischen Besetzung der linksrheinischen Besitzungen 1802 erfolgte ein Ausgleich durch Territorien des Fürstbistums Münster und Coesfeld.

<sup>116</sup> Otto Fürst zu Salm-Horstmar war Sekondeleutnant beim 3. Garde-Ulanen Regiment, wurde 1892 beurlaubt und im April 1893 zu den Offizieren a la suite gestellt.

<sup>117</sup> Gemeint sind Otto I. zu Salm-Horstmar (1833–1892) und Emilie zu Salm-Horstmar (geborene zur Lippe-Biesterfeld, 1841–1892). Nach dem Tod der Eltern übernahm er 1892 die Verwaltung der Familiengüter.

<sup>118</sup> Gemeint sind Elisabeth Prinzessin zu Salm-Horstmar (1870–1953), Wilhelm Julius Prinz zu Salm-Horstmar (1872–1919) und Emich Karl Rudolf Prinz zu Salm-Horstmar (1883–1959).



sprünge mit der deutschen Sage verknüpft sind, die schönsten Eigenschaften ausgestreut, die es einem Menschen verleihen kann.

So war der neugewonnene Mitarbeiter beschaffen, der mir bald ein wahrer Freund geworden und bis zu seinem Tode geblieben ist. Seiner Herkunft gemäss, und seiner Stellung innerhalb der obersten Schicht der preussischen Gesellschaft zufolge, verfügte er über eine Fülle von Beziehungen, und alle Tore waren ihm weit geöffnet. Durch seine Zugehörigkeit zum Preussischen Herrenhaus<sup>119</sup> war der Fürst über die politische Entwicklung der letzten fünfzehn Jahre wohl unterrichtet, ganz abgesehen von dem, was er an der Spitze des Flottenvereins erlebt hatte. Einen sicheren Massstab für die Wertschätzung, die er im heimatlichen Westfalen genoss, hat man darin, dass er, der überzeugte Protestant, in der überwiegend katholischen Provinz zum *Vorsitzenden des Provinzial-Landtages*<sup>120</sup> gewählt worden war.

Im Herrenhaus war Fürst Salm einer der nicht zahlreichen Standesherrn, die wirklich ernsthaft mitarbeiteten. Sein sicherer Blick für das Wesentliche und sein klarer Verstand waren auf diese Art politisch wohl geschult worden, wobei ihm sein Instinkt zu statten kam. So war der Mann beschaffen, der zunächst mit mir die Fühlung suchte und dann in unseren Kreis eintrat, in dem er bald einer der wichtigsten Mitstreiter wurde. Keine Mühe war ihm zu gross, wenn es um die Sache ging, und ohne Rücksicht auf persönliche Nachteile hat er sich besonders der immer dringenderen Aufgabe unterzogen, die Wahrheit an den Kaiser heranzubringen. Es war das Schicksal unseres Volkes und des Reiches, zugleich auch des Herrschers und des Hauses Hohenzollern<sup>121</sup>, dass es trotz allen Eifers und aller Tapferkeit dem Fürsten ebenso wenig gelang, die Mauer zu durchbrechen, die um Wilhelm den Zweiten aufgerichtet war, wie gleichgerichtete Vaterlandsfreunde dies erreicht hatten.<sup>122</sup>

---

<sup>119</sup> Otto Fürst zu Salm-Horstmar war erbliches Mitglied des Preussischen Herrenhauses, dem er seit 1897 angehörte.

<sup>120</sup> Otto Fürst zu Salm-Horstmar war 1911–1919 Mitglied und 1916–1919 Vorsitzender des Westfälischen Provinziallandtags.

<sup>121</sup> Das Haus Hohenzollern entstammte aus seiner schwäbischen Linie im 11. Jahrhundert mit Sitz auf Burg Hechingen. Zweige des Hauses Hohenzollern herrschten ab dem 12. Jahrhundert über die Burggrafschaft Nürnberg und ab dem 15. Jahrhundert über die Mark Brandenburg, sowie ab dem 16. Jahrhundert über das Herzogtum Preußen. 1701 Gründung des Königreiches Preußen, 1871 Gründung des Deutschen Kaiserreiches in Personalunion mit dem preussischen Königtum sowie von deutschem Kanzler und preussischem Ministerpräsident, November 1918 Abdankung Wilhelms II., 1947 Auflösung Preußens.

<sup>122</sup> Claß kritisierte die Unzugänglichkeit Wilhelms II. für Immediateingaben aufgrund eines „Viererverbandes“ von Theobald von Bethmann Hollweg, Rudolf von Valentini, Georg Alexander von Müller und Erich von Falkenhayn. Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 4.9.1915, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 101, Bl. 10. August Keim notierte im August 1916 über die Unerreichbarkeit des Kaisers für Interventionen gegen Theobald von Bethmann Hollweg: „Ich habe schon vor Monaten darauf hingewiesen, dass aus psychologischen Gründen es falsch sei, gegen den Herrn Reichskanzler ganz oben Sturm laufen zu wollen, und so ist es auch gekommen. Ich weiss aus sicherer Quelle, dass man dort alle Darlegungen, Bitten, Vorstellungen brüsk mit dem Satz abfertigt: ich erachte alle diese Angriffe gegen den Herrn Reichskanzler als persönlich gegen mich gerichtet.“ August Keim an N.N., 9.8.1916, in ebd., Bd. 406, Bl. 211. Siehe dazu auch Rede

Es ist hier wohl der Ort, im Zusammenhang zu schildern, welche Schritte in dieser Richtung unternommen wurden. Vorausgeschickt sei, dass der mit uns in enger Zusammenarbeit stehende Münchener Ausschuss für einen deutschen Frieden schon im August 1915<sup>123</sup> unter Führung des Geheimrats *Dr. von Gruber*<sup>124</sup> einen Vorstoss bei *König Ludwig dem Dritten*<sup>125</sup> gemacht hatte. Eine aus acht Herren bestehende Abordnung<sup>126</sup>, deren Sprecher Gruber war, hatte

---

Franz Sontag auf dem Württembergischen Gautag des ADV in Stuttgart, 4.6.1916, in ebd., Bd. 627, Bl. 497–521.

<sup>123</sup> Gemeint ist die Audienz der „Gruber-Delegation“ bei Ludwig III. vom 5.8.1916.

<sup>124</sup> Max von Gruber (1853–1927), Studium der Medizin und Chemie, 1884 Professor in Graz, 1887 Extraordinarius und 1891–1923 Professor für Hygiene in München, 1907 Mitbegründer der Gesellschaft für Rassenhygiene, Forschung zur Serodiagnostik (1896 Agglutination zur Erkennung von Typhus und Cholera), Mitarbeit an der Sanitätsgesetzgebung in Österreich und Bayern, Mitglied des Obersten Sanitätsrats in Österreich, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, führendes Mitglied der Anti-Alkoholismus-Bewegung zur Hebung der Wehrtüchtigkeit, 1915 Mitunterzeichnung der „Intellektuelleneingabe“ („Seeberg-Adresse“), 1916 Mitglied des Volksausschusses für die rasche Niederwerfung Englands, Mitglied der Münchener Ortsgruppe des UADF, Mitherausgeber von Deutschlands Erneuerung, 1917–1918 dritter Vorsitzender der DVLP in Bayern, 1923 beim Hitler-Putsch im Münchener Bürgerbräukeller anwesend und eingebunden in die frühen Münchener Netzwerke zwischen NS-Bewegung, Thule-Gesellschaft, DVSTB und ADV, sowie der völkischen Verlegerszene um Julius F. Lehmann, Mitglied des VRA der DNVP, 1924–1927 Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Autor u. a. der Schriften: *Hygiene des Geschlechtslebens* (1903), *Fortpflanzung, Vererbung und Rassenhygiene* (1911), *Handbuch der Hygiene* (1911 ff. zus. mit Max Rubner und Martin Ficker), *Zur Erhaltung und Mehrung der Volkskraft* (1918).

<sup>125</sup> Ludwig III. von Bayern (1845–1921), 1912 Prinzregent, 1913–1918 König von Bayern.

<sup>126</sup> Ludwig III. von Bayern ging mit weitgesteckten Kriegszielen in den Krieg und war für Audienzen wie von Max von Gruber vom alldeutschen und annexionistischen Flügel in der ersten Kriegshälfte grundsätzlich empfänglich. Am 15.8.1914 verkündete Ludwig III. von Bayern seine Kriegszielforderungen mit der Angliederung Elsass-Lothringens an Bayern, der Aufteilung Belgiens sowie die Öffnung des Rheins für die süddeutsche Wirtschaft. Fischer: *Griff nach der Weltmacht*, S. 151. Geheimrat Max von Gruber erhielt auch am im Frühjahr 1916 eine Audienz von 45 Minuten bei Ludwig III., in der vor allem Material und Denkschriften zum Kriegsziel sowie zum U-Bootkrieg besprochen und überreicht wurden. Ludwig III. habe Gruber zugestimmt, dass ein Frieden nach dem „status quo“ nicht anzustreben sei. Gruber warnte den König vor dessen Glauben an den Reichskanzler, dass er einen Frieden mit Annexionen nicht abschließen würde. Gruber bat Ludwig III. um ein Einwirken bei Wilhelm II. und der Besprechung klarer Kriegsziele. Ludwig III. lehnte jedoch ab: ‚Ja zuerst hat man den Fürsten die Macht genommen und jetzt wünscht man wieder, dass sie aktiv eingreifen. Die Reichspolitik ist die Sache des Kaisers und des Kanzlers, ich kann da nur schwer selbst eingreifen.‘ Bericht über die Audienz Max von Grubers bei Ludwig III., 1.4.1916, N.N. [gezeichnet „L.“, vermutlich Ludwig von Gebattel], in *BA-Berlin*, N 2089, Bd. 6, Bl. 231–233. Zitat ebd., Bl. 231. Gruber war bei Ludwig III. am 5.8.1916 zu einer öffentlich viel beachteten Audienz, in der er dem König eine Denkschrift mit Forderungen zum uneingeschränkten U-Bootkrieg gegen Großbritannien und Angriffen gegen Theobald von Bethmann Hollweg verlas. Die Anwesenden waren neben Gruber und Kaspar Graf von Preysing-Lichtenegg-Moos noch Ernst Fromm, Franz Buhl, Luitpold Weillnböck, Carl Hübsch, Franz Josef Pfleger, Wilhelm Rohrer, Dr. Einhauser, A. Löweneck und W. Seitz. Eingabe an Ludwig III., 5.8.1916, in Deuerlein: *Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld*, Bd. 2, S. 660–667, Bericht vom 7.8.1916, in ebd., Bl. 333–335 sowie der anonym verteilte Bericht „Streiflichter“ als Beilage zu Hugo Graf von und zu Lerchenfeld an Georg Graf Hertling, 23.9.1916, in ebd., S. 714–719 sowie die Entgegnung von Max von Gruber an

Audienz bei dem Landesherren eingereicht, um alle Befürchtungen vorzutragen, die durch die unselige Politik Bethmann Hollwegs wachgeworden waren.<sup>127</sup> Grubers Vortrag gipfelte in dem Wunsch, der König möge beim Kaiser die geeigneten Schritte tun, um die Entfernung des Kanzlers aus seinem Amte zu erzielen.

Nach den Berichten, die wir über den Verlauf der Audienz erhalten haben, war dabei mit bay[er]ischer Deutlichkeit geredet worden. Der König hatte den Darlegungen Grubers in allem Wesentlichen zugestimmt. In der anschliessenden kurzen Aussprache, an der sich auch andere Herren der Abordnung beteiligten, hatte er seinen eigenen schweren Sorgen Ausdruck verliehen. Trotzdem war das Endergebnis dieses Unternehmens eine vollkommene Absage des Königs. Er erklärte, dass ein Schritt gegen Bethmann Hollweg, wie die Dinge lägen, vom Kaiser als gegen ihn selbst gerichtet aufgefasst und damit das Gegenteil des Erstrebten erzielt werden würde. Ein nach diesem Bescheid mit äusserster Eindringlichkeit unternommener Versuch Grubers, dann wenigstens den Bundesrat von Bayern her in Bewegung zu setzen, blieb begreiflicher Weise bei dieser Einstellung des Königs gleichfalls erfolglos, so dass die Abordnung in traurigster Stimmung das Wittelsbacher Palais<sup>128</sup> verliess. Das Gefühl, dass der König im wesentlichen derselben Meinung war wie die Herren, verstärkte nur noch die Enttäuschung über seine Ablehnung. Mir war dieser Misserfolg der Bemühungen unserer Münchener Gesinnungsgenossen nicht verwunderlich, da mir bekannt war, dass der bay[er]ische Ministerpräsident *Graf Hertling*<sup>129</sup> mit Bethmann Hollweg durch Dick und Dünn ging.<sup>130</sup>

---

Georg Graf Hertling, 3.10.1916, in ebd., S. 739. Claß war u. a. durch Kaspar Graf von Preysing-Lichtenegg-Moos, Carl Caesar Eiffe, Julius F. Lehmann oder Karl Ferdinand von Grumme-Douglas über diese Audienz gut informiert. Siehe dazu auch Karl Ferdinand von Grumme-Douglas an Claß, 16.8.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 200, Bl. 323 und Carl Caesar Eiffe an Claß, 2.9.1916, in ebd., Bl. 394.

<sup>127</sup> Das genaue Datum der Audienz bleibt unklar. Ende August 1915 bat jedoch auch Dietrich Schäfer Konstantin von Gebattel um die Intensivierung der Kontakte zum Wittelsbacher Königshaus sowie um die Weiterleitung seiner Denkschrift über das Kriegsziel im Osten an Prinz Leopold von Bayern und weitere Mitglieder des Königshauses – unter anderem über den Staatsminister des Kgl. Hauses und des Äußeren, Georg Graf Hertling. Dietrich Schäfer an Konstantin von Gebattel, 26.8.1915, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 2, Bl. 199. Am 5.8.1916 folgte eine weitere Audienz mit Max von Gruber als Delegationsführer, an der auch Kaspar Graf von Preysing-Lichtenegg-Moos teilnahm, die weite öffentliche Aufmerksamkeit erregte. Hagenlücke: Deutsche Vaterlandspartei, S. 234–236. Im Dezember 1916 standen Schäfer und die Geschäftsstelle des ADV erneut wegen „der Audienz-Angelegenheit“ in Kontakt. Konstantin von Gebattel an Claß, 14.12.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 201, Bl. 358. Solche Hoffnungen auf Beeinflussung stützten sich auch auf frühe Äußerungen des bayerischen Königs. Gebattel konnte am 20.12.1914 die frühe Unterstützung Ludwig III. in einer persönlichen Audienz für weite Teile der alldeutschen Kriegsziele vor allem in Belgien und Frankreich erreichen und hörte frühe Kritik an Theobald von Bethmann Hollweg. Siehe Bericht Konstantin von Gebattel an Claß, in ebd., N 2089, Bd. 1, Bl. 338–342.

<sup>128</sup> Das Wittelsbacher Palais in München wurde 1843–1848 als Kronprinzenpalais für den späteren König von Bayern Maximilian II. (1811–1864) errichtet.

<sup>129</sup> Georg Graf von Hertling (1843–1919), Mitbegründer der Görres-Gesellschaft und bis 1919 deren Präsident, 1882 Professor für Philosophie in München, 1875–1890 und 1896–1912 Mitglied des Reichstags für die Zentrumsparterie, 1909–1912 Fraktionsvorsitzender, 1912

Schon bei einer Zusammenkunft, die ich Anfang Oktober mit dem Fürsten Salm in Berlin hatte<sup>131</sup>, fragte mich dieser, ob ich damit einverstanden sei, dass er bei der Kaiserin<sup>132</sup> vorstellig werde, um meinen Empfang zunächst bei ihr zu erwirken, damit sie dann, wenn ich ihr Vertrauen gewonnen hätte, bei ihrem Gemahl dafür einträte, mir eine Audienz zu bewilligen. Ich antwortete dem Fürsten, dass ich selbstverständlich damit einverstanden sei, aber fürchte, dass er mit seinem Schritte kein Glück haben werde.<sup>133</sup> Meine Meinung war mit darauf begründet, dass ich von *Wangenheim*<sup>134</sup> wusste, dass der Kaiser eine Throneingabe des Prinzen *Eitel Friedrich*<sup>135</sup> zurückgewiesen hatte, die dieser in seiner Eigenschaft als Statthalter in Pommern seinem Vater unterbreitet hatte.<sup>136</sup>

---

Vorsitzender des bayerischen Staatsministeriums und Außenminister von Bayern, 1917–1918 Reichskanzler, 30.9.1918 Rücktritt.

- <sup>130</sup> Nach Konrad Jarausch kultivierte Theobald von Bethmann Hollweg seit Amtsantritt als Reichskanzler 1909 seine Arbeitsbeziehungen auch zu den eher liberal-konservativen Ministerpräsidenten Georg Graf Hertling, der ihm in seinen Bemühungen um seine „Politik der Diagonalen“ zwischen Rechts- und Linksparteien am Vorabend des Ersten Weltkrieges, aber vor allem „in temper and general outlook“, näherstand als „his more obscurantist Prussian colleagues“. Zitat Jarausch: *Enigmatic Chancellor*, S. 71.
- <sup>131</sup> Otto Fürst zu Salm-Horstmar und Claß trafen sich in Berlin im Rahmen der Besprechung zur Beeinflussung des Reichskanzlers im engeren Kreis am 3.10.1915 im Hotel Habsburger Hof am Askanischen Platz, zu der sie zusammen mit Emil Kirdorf und Admiral Eduard von Knorr einen größeren Kreis eingeladen hatten. Anwesend waren Dr. Flitner, Heinrich Wilhelm Beukenberg, August von Thomsen, Graf Paul zu Hoensbroich, Karl Ferdinand von Grumme-Douglas, Johann Neumann, Ferdinand Schweighoffer, Otto Helmut Hopfen, Heinrich Rippler, Dietrich Schäfer, Ernst Graf zu Reventlow, Leopold von Vietinghoff-Scheel und Max Wildgrube. Sitzungsprotokoll vom 3.10.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 453, Bl. 31–44.
- <sup>132</sup> Kaiserin Auguste Victoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg (1858–1921), 1881 Heirat mit Prinz Wilhelm von Preußen (1859–1941), 1888–1918 als Gemahlin von Wilhelm II. Kaiserin von Deutschland und Königin von Preußen.
- <sup>133</sup> Siehe auch Claß' Einschätzung auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 4.9.1915, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 101, Bl. 10–11.
- <sup>134</sup> Freiherr Konrad von Wangenheim (1849–1926), Bewirtschaftung des eigenen Gutes Klein-Spiegel, 1893 Mitbegründer und 1898–1920 Vorsitzender des BdL (1921 in den RLB überführt), 1898 Mitglied des Reichstages und des Preußischen Abgeordnetenhauses für die DKP, 1913 Vorsitzender der Landwirtschaftskammer Pommern, 1916 Mitglied des UADF, 1917–1918 führendes Mitglied der DVLP, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, 1921 Vorsitzender des Provinziallandtags der Provinz Pommern.
- <sup>135</sup> Prinz Eitel Friedrich von Preußen (1883–1942), zweitgeborener Sohn von Wilhelm II. und Auguste Victoria Prinzessin zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, verheiratet mit Sophie Charlotte von Oldenburg.
- <sup>136</sup> Wilhelm II. ließ Claß bereits im Dezember 1914 durch Arthur Zimmermann vom Auswärtigen Amt mitteilen, dass „einer Audienz nach Lage der Verhältnisse nicht entsprochen werden kann“. Arthur Zimmermann an Claß, 8.12.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 594, Bl. 3. Claß wollte den Kaiser über die inneren Verhältnisse Österreich-Ungarns sowie die Notwendigkeit einer „Rettung des Deutschtums“ von „reichsdeutscher Seite“ aus aufklären. Claß an Wilhelm II., 15.11.1914, in ebd., Bl. 1–2. Der zweitgeborene Sohn, Prinz Eitel Friedrich von Preußen, wurde am 28.8.1911 zum Statthalter von Pommern ernannt und hatte dieses Amt bis zur Novemberrevolution 1918 inne.

Der Fürst tat darauf sofort das Nötige, um von der Kaiserin empfangen zu werden. Bereits am 15. Oktober wurde er nach Potsdam ins Neue Palais befohlen. Dort schilderte er der Kaiserin in vollster Offenheit den politischen Zustand im Vaterland und wies darauf hin, dass bei der Art, wie Bethmann Hollweg gegenüber allen entschlossenen Vaterlandsfreunden vorgehe, und wie er andererseits gegenüber den Flaumachern und Feinden der Monarchie die Zügel am Boden schleifen lasse, ein böses Ende zu befürchten sei.<sup>137</sup> Es gebe nur *eine* Rettung, und diese sehe er darin, dass der Kaiser rückhaltlos über die Stimmung im Volke aufgeklärt werde und das Urteil kennenlerne, das seine treuesten Getreuen über die Politik Bethmanns auf Grund der unbestreitbaren geschichtlichen Tatsachen hätten. Hierzu sei ich besonders geeignet, weil ich als Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes seit Jahren den Kampf gegen Bethmann Hollwegs Fehlpolitik geführt und insbesondere deren schwerwiegende Folgen richtig vorhergesagt hätte. Der Fürst schilderte, wie er mit mir bekannt geworden sei, und welche Eindrücke er im alldeutschen Kreise gewonnen habe.

Die Antwort der Kaiserin war voll tragischer Entsagung. Die hohe Frau begann damit, dass sie wohl wisse, wie treu die Alldeutschen für den Kaiser einträten und ohne Hintergedanken allein um des Vaterlandes und des Hauses Hohenzollern willen ihren Kampf führten. Sie fügte hinzu, dass ihre ganze Umgebung alldeutsch gesinnt sei. Obwohl sie aber wisse, was auf dem Spiele stehe, könne sie doch nichts tun, um für mich eine Audienz beim Kaiser zu erwirken.<sup>138</sup> Ihre Gesundheit<sup>139</sup> erlaube ihr nicht mehr, die Aufregungen zu er-

---

<sup>137</sup> Otto Fürst zu Salm-Horstmar schrieb Wilhelm II. auch nach diesem Treffen solche Eingaben zur Aufklärung über die öffentliche Meinung, so z. B. am 30.8.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 627, Bl. 539.

<sup>138</sup> Kaiserin Auguste Victoria verband einerseits ihre evangelisch-kirchlichen und wohlfahrtsstaatlichen Bestrebungen auch mit Gesinnungen eines Adolf Stöckers oder Friedrich von Bodelschwingh (letzterer war als Führer der westfälischen Deutsch-Konservativen dem ADV seit Frühjahr 1915 engstens verbunden und vor der Jahrhundertwende u. a. als Vorsitzender des Evangelischen Afrikaverins in der DKG aktiv). Sie stand auch für eine starke Stellung der Monarchie und hatte ihren Anteil am Sturz von Theobald von Bethmann Hollweg und Rudolf von Valentini im Juli 1917. Wilhelm II. selbst stand dem ADV seit den Staatsstreichplanungen 1913 distanziert gegenüber, während Kronprinz Wilhelm seit 1913 verstärkt die Nähe zum ADV suchte. Siehe dazu Chickering: *Wen Men*, S. 287–288 und Pogge von Strandmann: *Staatsstreichpläne, Alldeutsche und Bethmann Hollweg*. Im Anschluss an den Breslauer Verbandstag am 5.9.1913 sprach der Kronprinz gegenüber Eduard von Liebert seine vollste Genugtuung über die besprochene Sammlungspolitik des ADV und die Erörterung der „Judenfrage“ aus und wünschte besten Erfolg für die Zukunft. Der ADV habe es, so Claß, „aufs peinlichste vermieden, den ersten Schritt“ auf den Kronprinzen zu zugehen. Zitat in Claß an Konstantin von Gebattel, 24.9.1913, in ebd., N 2089, Bd. 1, Bl. 45. Siehe auch Claß an Wilhelm Hübbe-Schleiden, 23.9.1913, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 197, Bl. 320. Auch Mathilde Claß blieb trotz ihrer Hoffnung, dass der erste Kontakt mit dem Kronprinzen „der Anfang zu sehr ernstesten Dingen *sein könnte*“, skeptisch gegenüber der Beeinflussbarkeit des Kronprinzen und machte alles davon abhängig, „wer und wie die Ratgeber des jungen Herrn sind“. Mathilde Claß an Heinrich Claß, 17.10.1913, in BA-Berlin, N 2368, Bd. 4, o. Bl. Hervorhebung im Original. Claß wollte weder den Kronprinzen in „Verlegenheit bringen“, noch den Eindruck entstehen lassen, „als ob wir das Bedürfnis der Anlehnung hätten“, während man doch nach wie vor auf eigenen Beinen

tragen, die mit einem solchen Versuche verbunden seien. Dabei wies sie auf ihr zunehmendes Herzleiden hin. Sie riet dann dem Fürsten, sich mit dem Hausminister *Grafen August Eulenburg*<sup>140</sup> in Verbindung zu setzen, der ein unbedingt treuer Freund des Königlichen Hauses sei und auch am besten wisse, was beim Kaiser unternommen werden könne. Die Unterhaltung endete damit, dass die Kaiserin den Bemühungen des Fürsten und seiner Freunde Erfolg wünschte und bedauerte, ihn dabei nicht unterstützen zu können.

Noch am selben Tage berichtete mir der Fürst über seine Audienz. Er war aufs tiefste vom Gang der Unterhaltung erschüttert und glaubte aus den Worten der von ihm hochverehrten kaiserlichen Frau so etwas wie Verzweiflung herausgehört zu haben. Nun wurde zwischen uns erörtert, ob es einen Zweck habe, dem Grafen Eulenburg vorzuschlagen, mich zu empfangen. Ich war der Meinung, dass mit der Absage der Kaiserin der ganze Versuch gescheitert sei, und dass ich mir nach allem, was ich über den Grafen Eulenburg wisse, von einem Besuche bei ihm gar nichts versprechen könne. Es war mir bekannt, dass dieser bedeutende Mann mit wahrer Liebe an seinem König hing und sich deshalb verpflichtet glaubte, von ihm alles fernzuhalten, was ihm Sorgen oder

---

stehen wollte. Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 17.10.1913, in ebd., R 8048, Bd. 91, Bl. 45. Claß hielt eine völkische Reform unter Wilhelm II. vor dem Krieg, wie sie Konstantin von Gebattel in seiner Denkschrift vom Oktober 1913 mit Pluralwahlrecht, Fremdenrecht für Juden, verstärkte Presseüberwachung, aggressivere Außenpolitik bis zur Option des Krieges und den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit dem Kaiser als Führer dieser Bewegung forderte, für nicht möglich. Claß setzte seine Hoffnungen zu dieser Zeit stattdessen in einen Kanzlerwechsel mit Alfred von Tirpitz als Nachfolger von Bethmann Hollweg. Claß an Konstantin von Gebattel, 29.10.1913, in ebd., Bl. 59–61. Zur erwähnten Denkschrift – Konstantin von Gebattel: Gedanken über einen notwendigen Fortschritt in der inneren Entwicklung Deutschlands [Oktober 1913], in ebd., N 2089, Bd. 6, Bl. 5–10. Beziehungen des Kronprinzen führten zum ADV nach dem Ersten Weltkrieg eher über Kontakte zu führenden Alldeutschen wie Wilhelm von Dommès oder Fabian von Schlabrendorff. Siehe zum Verhältnis des Alldeutschen und Vertreter des Hauses Hohenzollern, Wilhelm von Dommès, zu Claß und dem ADV im Zuge der Machtübernahme innerhalb der DNVP durch Alfred Hugenberg Kapitel 8.3. sowie zu dessen Verhältnis zu Claß nach Kriegsende 1945 den Ausblick in Malinowski: Die Hohenzollern und die Nazis, S. 509–518. Fabian von Schlabrendorff, Mitglied des ADV und enger Vertrauter von Claß, war nach 1945 „Rechtsberater der Familie Hohenzollern“. Malinowski: Die Hohenzollern und die Nazis, S. 27. Schlabrendorff, Mitglied des militärischen Widerstandes um Henning von Tresckow und 1967–1975 Richter am Bundesverfassungsgericht, war auch Testamentsvollstrecker des Kronprinzen. Ich danke Michael Schellhorn für diesen Hinweis.

<sup>139</sup> Kaiserin Auguste Victoria war seit Jahren schwer herzkrank und erlitt im Sommer 1918 einen Schlaganfall, der zur Lähmung der linken Gesichtshälfte und des linken Armes führte. Sie folgte mit Kriegsende Wilhelm II. ins Exil in die Niederlande und verstarb in Doorn am 11.4.1921. Sie wurde am 19.4.1921 im Antikentempel in Potsdam beigesetzt. Röhl: Der Weg in den Abgrund, S. 1263–1264.

<sup>140</sup> Gemeint ist vermutlich August Ludwig Traugott Botho Graf zu Eulenburg (1838–1921), 1866 und 1870/71 persönlicher Adjutant des Kronprinzen Friedrich III. von Hohenzollern, 1868–1883 Kammerherr und Hofmarschall, 1883–1914 Oberzeremonienmeister, 1890–1914 preußischer Oberhof- und Hausmarschall Wilhelm II., 1895 Generalleutnant, 1904 General der Infanterie à la suite, 1907–1913 Hausminister und Mitglied des Preußischen Herrenhauses, nach 1918 Generalbevollmächtigter des Hauses Hohenzollern.

gar seelische Pein verursachen könnte.<sup>141</sup> Aus dieser falsch verstandenen Treue hat Graf Eulenburg ebenso wie der Kommandant des Kaiserlichen Hauptquartiers, *Generaloberst von Plessen*<sup>142</sup>, dazu beigetragen, die Stimme der Wahrheit vom Kaiser fernzuhalten. Beide haben nicht bedacht, dass ein Fürst nur dann richtig handeln kann, wenn er die volle, ungeschminkte Wirklichkeit kennt.

Gleichwohl kamen wir beide schliesslich zu der Ansicht, dass nichts unversucht bleiben sollte, und so meldete sich der Fürst sofort im Hausministerium<sup>143</sup> an und machte dem Grafen Eulenburg am folgenden Tage, dem 16. Oktober, seinen Besuch. Dabei trug er ihm denselben Gedankengang vor, wie der Kaiserin, und regte an, der Graf möge zunächst mich oder uns beide empfangen. Der Verlauf der Unterredung war ähnlich derjenigen vom Vortage. Eulenburg stimmte vielem von dem zu, was der Fürst gesagt hatte, kam aber trotzdem zu dem Schlusse, dass er eine Audienz bei dem Kaiser mit dem Ziele der Entfernung Bethmann Hollwegs nicht zu vermitteln vermöge – einmal weil der Kaiser furchtbar schwer unter dem Kriege leide und geschont werden müsse, dann aber auch, weil er es für unzulässig halte, in so ausgesprochener Weise politisch tätig zu werden. So war es denn gekommen, wie wir es vorausgesehen hatten.

Es war kennzeichnend für den politischen Zustand jener Zeit, dass z. B. die führenden Herren des Bundes der Landwirte – in Abwesenheit *Wangenheims* offenbar unter dem Einfluss Dr. Roesickes<sup>144</sup> – nicht nur erklären liessen, dass sie sich an dem geplanten Vorgehen nicht beteiligen könnten, sondern überhaupt davon abrieten, unsere Absicht weiter zu verfolgen, da ja die Eingabe den Kaiser doch nicht erreichen oder, wenn dies wider Erwarten der Fall wäre, sicherlich die umgekehrte Wirkung haben würde.

Bei unseren Bundesgenossen aus den verschiedenen Lagern der Industrie war die Neigung, mitzutun, auch sehr gering.<sup>145</sup> Dagegen erklärte sich *Dietrich*

---

<sup>141</sup> Sein Vetter Philipp Friedrich Alexander Fürst zu Eulenburg und Hertefeld (1847–1921) stand bis zur „Eulenburg-Affäre“ (1906–1908) um den Homosexualitätsvorwurf, den der Publizist Maximilian Harden streute und politisch instrumentalisierte, mit dem Liebenberger Kreis im engsten freundschaftlichen Verhältnis zu Wilhelm II. Röhl: Philipp Eulenburg und Winzen: Das Ende der Kaiserherrlichkeit.

<sup>142</sup> Hans von Plessen (1841–1929), 1872 Großer Generalstab, 1879 Flügeladjutant Wilhelms I., 1894 Generallieutenant, im Ersten Weltkrieg als Generaladjutant enger Vertrauter Wilhelms II., bis 1918 Generaloberst und Kommandant des kaiserlichen Hauptquartiers.

<sup>143</sup> Das Hausministerium war (seit 1861) in der Wilhelmstraße 73 in Berlin.

<sup>144</sup> Gustav Roesicke (1856–1924), 1886–1889 Gerichtsassessor in Halle/Saale, ab 1889 Übernahme des Gutes Görsdorf in Dahme, 1893–1920 Präsident des BdL und nach Fusion mit dem Deutschen Landbund zum RLB 1920 bis 1924 dessen Präsident, Mitglied der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg, 1898–1903 (fraktionslos), 1907–1912 und 1914–1918 für die Deutschkonservative Fraktion Mitglied des Reichstags, 1913–1918 Mitglied des Preussischen Abgeordnetenhauses, 1916 Mitglied des UADF, 1919 Gründungsmitglied des Nationalen Klubs, 1919–1920 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung für die DNVP, Vorstandsmitglied der DNVP, Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, 1920–1924 Mitglied des Reichstags für die DNVP.

<sup>145</sup> Die wichtigsten Interessenvertretungen der Landwirtschaft und der Industrie hatten ihre eigenen Denkschriften zur Kriegszielfrage vorgelegt, in denen die Unterstellung Belgiens und Teile Frankreichs unter deutsche Reichsgesetzgebung, Landerwerb im Osten auch als

*Schäfer* sofort bereit, seinen Namen zur Verfügung zu stellen, und der greise Grossadmiral *von Knorr*<sup>146</sup> schloss sich ihm an. Es war die erste Gelegenheit, bei der ich diesen grossen Seemann kennenlernte, der durch seinen Sieg im Seetreffen bei Havanna im Jahre 1870 seinem Ruhm begründet hatte.<sup>147</sup> Knorr war einer der schönsten Männer, die ich je gesehen habe, und trotz seiner achtzig Jahre von jugendlicher Frische. Gerade er war es, der nächst dem Fürsten und mir am stärksten die vaterländische Pflicht unterstrich, aus dem Volke heraus die Wahrheit an den Kaiser heranzubringen.

Die Stimmung in jener ersten Besprechung war umso weniger einheitlich, als viele meinen Entwurf zu scharf fanden, obwohl ihn der Fürst schon in einigen Punkten gemildert hatte. Für mich war das Versagen des *Bundes der Landwirte* entscheidend.<sup>148</sup> Ich riet deshalb dem Fürsten, die Verhandlung mit der Begründung abzubrechen, dass es kaum möglich sei, in einem solchen Kreise einen neuen Entwurf fertigzustellen. Er möge diese Arbeit auf sich nehmen und dann eine neue Sitzung einberufen. So wurde denn auch verfahren.

Der Fürst war über diesen Verlauf sehr enttäuscht; hatte er doch bei seinem ersten Zusammenarbeiten mit einem über den Alldeutschen Verband hinausgehenden Kreise erfahren, dass auch bei unabhängigen Männern die berühmte „Zivilkurage“ [sic] noch recht mangelhaft entwickelt war. Aber darum wurde dieser Plan nicht aufgegeben. Noch zweimal beriefen wir jenen Kreis

---

Ausgleich zu den Industriezentren gefordert wurden – abhängig von der „militärischen Durchführbarkeit.“ Siehe Denkschrift Bund der Landwirte, Deutscher Bauernbund, Bund der Industriellen, Centralverband deutscher Industrieller und Reichsdeutscher Mittelstandsverband an Theobald von Bethmann Hollweg und an den Reichstag, 10.3.1915, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 627, Bl. 150–155 und 156–157. Siehe zu ähnlichen Forderungen und einer dezidierten Absage an einen „lauen Frieden“ die Denkschrift Bund der Landwirte, Deutscher Bauernbund, Bund der Industriellen, Centralverband deutscher Industrieller, Reichsdeutscher Mittelstandsverband und Westfälischer Bauernverein an Theobald von Bethmann Hollweg, 20.5.1915, in ebd., Bl. 225–230.

<sup>146</sup> Eduard von Knorr (1840–1920), 1881 Chef des Stabes der Admiralität, Chef des Westafrikanischen Geschwaders und 1884 Durchsetzung der Anerkennung der deutschen Schutzherrschaft in Kamerun, Ostafrikanisches Schutzgeschwader und 1885 Durchsetzung der Anerkennung der deutschen Schutzherrschaft in Sansibar, 1885–1899 Kommandierender Admiral im Oberkommando der Marine, 1889 Vizeadmiral, 1899 zur Disposition gestellt, 1916 Mitglied des UADF, im Ersten Weltkrieg führend in der Kanzlersturzbewegung gegen Theobald von Bethmann Hollweg.

<sup>147</sup> Gemeint ist der Angriff von Admiral Eduard von Knorr als Kapitänleutnant und Kommandant des Kanonenbootes „Meteor“ auf das französische Aviso „Bouvet“ am 9.11.1870 im Hafen von Havanna. Die „Meteor“ lag seit dem 7.11.1870 im Hafen von Havanna. Es war einer der wenigen maritimen Auseinandersetzungen im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71, was Knorrs Ansehen später auch bei Wilhelm II. äußerst erhöhte, seinen Aufstieg zum Kommandierenden General beförderte und ihm letztlich die Erhebung in den Adelsstand einbrachte.

<sup>148</sup> Ende Dezember 1914 lobte Claß noch die Unterstützung für seine Kriegszielforderungen, da „in allem Wesentlichen zwischen uns, der gesamten Grossindustrie (leichte und schwere) und dem Bund der Landwirte eine Uebereinstimmung herbeigefügt worden ist [...]“. Claß an Direktor Dr. Dieter, 22.12.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 198, Bl. 256. Wichtiger Vermittlungsmann war für Claß Karl Ferdinand von Grumme-Douglas als enger Vertrauter und Vorsitzender des BdL für die Provinz Brandenburg.



zusammen, wobei ein vom Fürsten verfasster Entwurf vorgelegt wurde. Bei diesen Verhandlungen wurde es immer klarer, dass die wirtschaftlichen Verbände als solche in diesem Falle überhaupt nicht mitmachen wollten, sondern es höchstens einzelnen ihrer Führer freistellen würden, die Eingabe zu unterzeichnen.

Aber auch hierbei hatten wir noch ein Erlebnis, das uns bewies, wie schwankend selbst sonst so bewährte und tapfere Männer noch waren, wenn es galt, vor den Kaiser zu treten. Bei der ersten Besprechung, die Mitte Januar stattfand, wurden einzelne Stellen des Salm'schen Entwurfes beanstandet.<sup>149</sup> Diesmal war Freiherr von Wangenheim erschienen, sowie als Wortführer des Zentralverbandes der deutschen Industrie der Abgeordnete *Dr. Hirsch*.<sup>150</sup> Die Versammlung beschloss, diese beiden und mich mit einer Überprüfung des Entwurfs zu betrauen. Bei dieser Gelegenheit wurden weitere Abschwächungen vorgenommen, obwohl ich mich aufs heftigste gegen jede weitere Verwässerung sträubte. Ich gab nur nach, weil die Herren sagten, dass sie sonst nicht unterschreiben könnten. Ich hatte dabei den Eindruck, dass eine Abrede vorhanden sein müsse, nach der die von den beiden Herren genannten Verbände nun einheitlich handeln würden.

Als endlich der Entwurf letzter Lesung<sup>151</sup> fertig war, atmete ich auf und glaubte nun, dass unsere Arbeit unter Dach und Fach sei. Aber die Enttäuschung blieb nicht aus. Wangenheim teilte mir am selben Nachmittag mit, dass sein gleichberechtigter Genosse im Vorsitz des Bundes der Landwirte, *Dr. Roessicke*, so grosse Bedenken auch gegen diese Eingabe habe, dass er darauf verzichten müsse, zu unterzeichnen. Eine Stunde später etwa suchte mich *Dr. Hirsch* auf und sagte, nachdem er gehört habe, dass sich der Bund der Land-

---

<sup>149</sup> Das genaue Datum des Gesprächs Mitte Januar 1916 bleibt unklar. Am 21.1.1916 fuhr Claß bereits wieder zu einer Besprechung nach Hamburg, am 22.1. nach Lübeck zum alldeutschen Gautag und von dort am nächsten Tag, am Sonntag, nach Berlin. Am 3.2. wollte Claß dann nach Bamberg reisen. Claß an Konstantin von Gebattel, 20.1.1916, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 2, Bl. 424. Zum 26.1.1916 lag die Salm-Eingabe dann vor. Eine Verbandsbesprechung war auch für den 26.1.1916 um 17:30 Uhr im Hotel Adlon im Anschluss an die erste deutsch-österreichische Tagung am 24./25.1. angesetzt, in der Otto Helmut Hopfen und Claß Bericht über die Arbeit des ADV erstatten sollten. Otto Helmut Hopfen/Otto Fürst zu Salm-Horstmar an Konstantin von Gebattel, Anfang Januar 1916, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 2, Bl. 379. Siehe zur Tagung auch Kapitel 2.2.

<sup>150</sup> Wilhelm Hirsch (1861–1918), 1887–1897 Sekretär des CDI, 1897 Geschäftsführer der Handelskammer Essen, ab 1900 Stadtverordneter in Essen, 1901 und 1908 Wahl in das Preußische Abgeordnetenhaus für die NLP, 1903 Gründungsmitglied des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, 1911 Syndikus der Vereinigten Handelskammer für die Kreise Essen, Mühlheim und Oberhausen sowie Syndikus der Vereinigung der Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks, 1912–1917 im Zentralvorstand der NLP (1916 insgesamt 175 Vertreter), 1916 Mitglied des UADF, 1916–1918 Mitglied des Reichstags für die NLP, enge Beziehung zu Emil Kirdorf und Alfred Hugenberg, 1917 Erwerb des Deutschen Kuriers und der Berliner Neuesten Nachrichten auch als Organe der NLP.

<sup>151</sup> Siehe die verschiedenen Entwürfe der Eingabe vom 26.1.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 453, Bl. 94–175.

wirte zurückgezogen habe, müsse er dasselbe für den Zentralverband der deutschen Industrie tun.

So schwebte das ganze Unternehmen wieder in der Luft. Aber wir, der Fürst und ich, gaben es nicht auf, sondern beschlossen, von dem bisherigen Verfahren abzugehen und nun Männer zu suchen, die, frei von irgendwelchen Bindungen an Verbände, bereit wären, mit ihrer Person für den Inhalt der Throneingabe einzutreten. Nachdem dieser Entschluss gefasst war, wurden mit der grössten Beschleunigung die in Berlin erreichbaren Herren festgelegt, die ihre Unterschrift zur Verfügung stellen wollten. Es waren dies[,] ausser dem *Fürsten zu Salm*[,] der *Grossadmiral von Knorr*, *Geheimrat Dietrich Schäfer*, *Admiral von Grumme-Douglas*<sup>152</sup>, *Emil Kirdorf*<sup>153</sup> u. a. Sie setzten ihre Namen unter die Reinschrift. Mit dieser begab sich dann unser „Gentleman-Kurier“, *Carl Cäsar Eiffe*<sup>154</sup>, auf die Fahrt, um aus dem ganzen Reiche hervorra-

<sup>152</sup> Karl Ferdinand von Grumme-Douglas (1860–1937), 1878 Eintritt in die Kaiserliche Marine, 1884–1886 Wachoffizier auf den Kanonenboot „Iltis“ in Ostasien, 1885 Leutnant zur See, 1899 Erster Offizier auf der „Hohenzollern“, 1899–1900 und 1901–1904 Flügeladjutant Wilhelms II., 1910 Charakter eines Konteradmirals, Aufsichtsratsmitglied der HAPAG, 1911–1918 Berufung zum Mitglied des Preussischen Herrenhauses auf Lebenszeit, Vorsitzender des Bdl. für die Provinz Brandenburg, 1916 Mitglied des UADF, enge Verbindungen zu Wilhelm II., Kaiserin Auguste Victoria und dem Kronprinzen Wilhelm, 1917 Vorsitzender des Vereins der Freunde der Deutschen Zeitung, Mitglied der Hauptleitung des ADV und Austritt nach dem Ersten Weltkrieg, 1918 Mitglied des Reichsausschusses der DVLP für die Provinz Brandenburg.

<sup>153</sup> Emil Kirdorf (1847–1938), 1870 kaufmännischer Angestellter bei der Bergbaugesellschaft Holland in Wattenscheid, 1873 kaufmännischer Direktor der Gelsenkirchener Bergwerks AG, Mitglied des Provinziallandtags, des Provinzialausschusses und des Provinzialrates, Handelsrichter in Essen, 1889 Mitgründer des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats und 1893 Aufsichtsratsvorsitzender, 1890/91 Gründungsmitglied des ADV, Mitglied des Flottenvereins und des Deutschen Kolonialvereins, 1910 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses, 1914–1918/19 der Hauptleitung und ab 1915 auch des Vorstandes des ADV, 1916 Mitglied des UADF, 1918 Vorschlag zum Reichsausschuss der DVLP durch den Vorstand für den Landesverein Rheinprovinz, 1893–1926 Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks AG und der 1892 gegründeten Zechengemeinschaft des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, Förderer des Zusammenschlusses mit der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten AG, 1900–1919 Mitglied des Direktoriums des CDI, Mitglied des Nationalklub 1919 und der Deutschen Gesellschaft 1914, 1919 Mitgründer der Wirtschaftsvereinigung zur Förderung der geistigen Wiederaufbaukräfte zur Verfügungsstellung von Finanzmitteln zum Aufbau des Presse- und Medienunternehmens von Alfred Hugenberg, 1923 während der Ruhrbesetzung wohnhaft in Berlin, 1924–1928 Präsident des Industrie-Clubs in Düsseldorf, während der Anti-Youngplan-Kampagne 1929–1930 Mitglied des Referendum-Ausschusses, 1927–1928 und ab 1934 Mitglied der NSDAP, finanzieller Förderer der NSDAP, seit persönlichem Treffen im Hause Hugo Bruckmann in München 1927 enge Beziehungen zu Adolf Hitler, zwischen den Mitgliedschaften in der NSDAP Förderer der DNVP.

<sup>154</sup> Carl Caesar Eiffe (1862–1928), Mitbegründer der alldeutschen Ortsgruppe in Antwerpen (Auflösung 1898 aufgrund der Konkurrenz mit der katholischen flämischen Bewegung), Mitglied des Deutschbundes, um 1904 Farmer in Payette/Idaho USA, Gast der vom ADV seit dem Vorabend des Ersten Weltkrieges mitorganisierten „Österreich-Tagungen“ zur Koordinierung einer deutsch-österreichischen Wirtschaftsunion, führendes Mitglied des ADV als Vertrauter von Claß mit Kontakten für finanzielle Sammlungen in die Wirtschaft und 1917 Mitglied der Vereinigung der Freunde der Deutschen Zeitung, nach dem Ersten Weltkrieg Austritt aus dem ADV.

gendste Männer aller Berufe und Lebensstellungen für die Unterzeichnung zu gewinnen.<sup>155</sup> Auf diese Art kam die „*Salm-Eingabe*“ zustande, deren Wortlaut hier mitgeteilt sei:

„Berlin, den 26. Januar 1916.  
An seine Majestät den Deutschen Kaiser und König  
von Preussen,  
Grosses Hauptquartier.

Eurer Majestät bitten die Unterzeichneten Folgendes in aller Ehrfurcht vortragen zu dürfen:

Während unsere herrlichen Truppen von Sieg zu Sieg schreiten oder in bewundernswerter Ausdauer den Stellungskrieg in den Schützengräben durchhalten, sind die in der Heimat gebliebenen Teile unseres Volkes – insbesondere soweit sie den ausgesprochen monarchisch gesinnten Schichten angehören – in ihrer Mehrzahl von banger Sorge um die Zukunft des Vaterlandes erfüllt. Nicht etwa weil sie nicht von dem Siege unserer Waffen überzeugt wären, sondern weil sie zu den verfassungsmässig verantwortlichen Stellen nicht das Vertrauen haben, dass das politische Ergebnis dieses Krieges von ihnen so gestaltet wird, wie es den Bedürfnissen unseres Volkes, wie es den gewaltigen Opfern an Gut und Blut entspricht.

Die untertänigst Unterzeichneten gehören den verschiedensten Teilen unseres Vaterlandes wie den verschiedensten Ständen und Kreisen an: Euer Majestät finden darunter Männer der Wissenschaft, der freien und praktischen Berufe, alte Angehörige des Heeres und der Flotte. Sie führt, wenn sie jetzt in absichtlich eng begrenzter Zahl vor Eurer Majestät treten, die Sorge um das Vaterland und der Wunsch zusammen, drohende Gefahren von ihm abzuwenden.

Das Verhalten der mit der Leitung unserer auswärtigen Politik betrauten Stellen hat vor und nach Beginn des Krieges in den weitesten Kreisen unseres Volkes Zweifel erweckt, ob diese wichtigste Aufgabe eines Staates in den rechten Händen liege. Weithin sind die Herzen von Sorge erfüllt, weil an diesen Stellen Männer einflussreich sind[,] denen es schwer wird, zu klaren und festen Entschlüssen zu kommen, denen die Eigenschaften fehlen, ohne die ein politisch glückliches Ende des Krieges unmöglich erscheint, und die bei der Vorbereitung des unerhört schwierigen Friedenswerkes mit all seinen weittragenden politischen und wirtschaftlichen Fragen vorhanden sein müssen.

Diese aus offenkundigen Vorgängen gewonnene Auffassung haben uns führende Männer unseres öffentlichen Lebens, besonders solche, die mit den Ämtern zu verkehren haben, bestätigt, und wir dürfen Eurer Majestät mit gutem Gewissen versichern, dass sie die herrschende ist. Sie hat eine weitere Verstärkung durch die allgemein bekannt gewordenen Vorgänge bei der Veröffentlichung der Neuen Züricher [sic] Zeitung über die deutschen Friedens-

---

<sup>155</sup> Carl Caesar Eiffe reiste nach Übersendung der Reisemittel am 2.2.1916 ab. Siehe Telegramm Carl Caesar Eiffe an Claß, 1.2.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 453, Bl. 176.

wünsche erfahren, und ist kennzeichnend für die jetzige Stimmung und Auffassung, dass ganz allgemein jene verhängnisvolle Veröffentlichung dem Auswärtigen Amte nicht nur zugetraut, sondern auch zugeschrieben wird.<sup>156</sup> Die sehr bestimmten Nachrichten über die fortgesetzt wechselnden Pläne der leitenden Stellen, das bis zum äussersten gesteigerte Verbot, die Kriegsziele öffentlich zu besprechen, das mangelnde Vertrauen, das die Reichsleitung sich infolge ihrer Misserfolge in der äusseren und inneren Politik zugezogen hat, die offensichtliche Bevorzugung der monarchiefeindlichen und der demokratischen Kreise vor den als treu und monarchisch bewährten, die unbestreitbare und sehr auffallende Einwirkung demokratischer Kreise auf die Reichsleitung, endlich die dadurch verständliche Verteidigung der Regierungsmassnahmen – auch der anfechtbarsten – durch die Presse der äussersten Linken: dies alles erzeugt unter den getreuesten Anhängern des Königtums eine so gedrückte Stimmung, dass es die untertänigst Unterzeichneten für ihre Pflicht gegenüber dem Träger der Krone halten, auf diese Besorgnis erregenden Zustände hinzuweisen.

Und diese Pflicht erscheint uns umso zwingender, als es die Monarchie ist, die letzten Endes den Schaden einer verfehlten Politik der verantwortlichen Stellen zu tragen haben wird. Als überzeugte Anhänger des monarchischen Gedankens und der Einrichtung eines starken Königtums wollen wir die heraufziehende Gefahr einer Schatten-Monarchie abwenden; denn zu einer solchen wird und muss das hohe Amt des Deutschen Kaisers herabsinken, wenn die parlamentarische Regierungsform im Deutschen Reiche Einzug gehalten hat. Und dass diese kommen muss, wenn die verantwortlichen Stellen mit der Demokratie – der bürgerlichen wie der marxistischen – zu regieren beginnen, unterliegt keinem Zweifel.

Ebenso würde es die Monarchie schädigen, wenn der Friedensschluss – die militärische Möglichkeit vorausgesetzt – unserem Volke nicht einen Siegespreis brächte, der die übermenschlichen Anstrengungen und Leistungen dieses Krieges und die furchtbar schweren Blutopfer als nicht vergebens gebracht erscheinen liesse.<sup>157</sup>

Ein Kampf ist unserem guten Volke aufgezwungen worden, der nach den Absichten unserer Feinde unsere Vernichtung bringen sollte; die wahren Gesinnungen des Auslandes sind erkannt; gegen sie und ihren bösen Willen können uns internationale Verträge nicht schützen, sondern nur die Stärkung der

<sup>156</sup> Ende 1915 entwickelte sich in der Neuen Zürcher Zeitung eine Debatte über einen möglichen Verständigungsfrieden und der militaristischen und autokratischen Struktur Deutschlands sowie Österreich-Ungarns, die einem solchen Frieden entgegenstünde. An der Diskussion beteiligten sich u. a. Romain Rolland, Prinz Alexander von Hohenlohe, Friedrich-Wilhelm Foerster oder Stefan Zweig. Zu diesen „Friedensgedanken“ siehe u. a. Neue Zürcher Zeitung 28.12.1915. Von der Gesamtauflage der NNZ von 40.000 gingen 2.000 Exemplare nach Deutschland. Maisse: Die Geschichte der NNZ, S. 75–76.

<sup>157</sup> Zur alldeutschen Kriegspropaganda als Element deutscher Rüstungspolitik, die auch die öffentliche Meinung über die nationalen Verbände wie den ADV oder den Flottenverein zu mobilisieren suchte, siehe Förster: Der doppelte Militarismus, Eley: Reshaping the German Right, Coetzee: The German Army League und Chickering: We Men.

eigenen militärischen und wirtschaftlichen Macht bis zum Masse des Höchsterreichbaren. Beide Seiten dieser unserer Rüstung haben sich jetzt bewährt, und es ist das geschichtliche Verdienst Eurer Majestät, das Heer schlagkräftig erhalten und die deutsche Flotte geschaffen, auch durch den Erwerb von Helgoland<sup>158</sup> den ersten und so wichtigen Schritt zum Schutze der deutschen Küsten getan zu haben, ohne den unser wirtschaftliches Leben und die Sicherheit des Reiches nicht mehr denkbar sind. Dem ersten Schritte müssen andere folgen, wenn unser Vaterland vom bösen Willen des Auslandes wahrhaft unabhängig werden soll. Wir haben allzu viel Grund zu der Befürchtung, dass die verantwortlichen Stellen zu diesen weiteren Schritten nicht bereit sind, und dadurch unserem Volke eine in ihren Folgen für das politische Leben unübersehbare Enttäuschung bereiten würden. Aus den ernsten Sorgen um die Zukunft heraus, um das kraftvolle Weiterbestehen des deutschen Kaisertums, richten wir an Euer Majestät die alleruntertänigste Bitte, die Massnahmen gnädigst anordnen zu wollen, die geeignet sind, die drohenden Gefahren abzuwenden.

Mit tiefstem Danke würde es die ehrerbietigst Unterzeichneten erfüllen, wenn Euer Majestät die Gnade haben wollen, einen oder mehrere aus unserem Kreise zum Vortrag zu befehlen, und damit Gelegenheit geben würden, unsere Sorgen und Wünsche des näheren zu begründen.

In tiefster Erfurcht usw.“<sup>159</sup>

Unterzeichnet war die Eingabe ausser von den Obengenannten von weiteren 46<sup>160</sup> der angesehensten Männer aus allen Teilen Deutschlands, von denen

---

<sup>158</sup> Siehe zum Erwerb der Insel Helgoland am 1.7.1890 von Großbritannien, der Anlass zur Gründung des ADV war, auch die politische Einordnung durch den Verband während des Krieges in den Alldeutschen Blättern vom 3.7.1915.

<sup>159</sup> Eingabe an Wilhelm II., 26.1.1916, in Universitätsarchiv Freiburg, N 12, NL L. Schemann, Bd. 802, o. Bl. sowie in BA-Berlin, N 2089, Bd. 2, Bl. 435–442 und [Entwurf], 26.1.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 453, Bl. 169–171. Der handschriftliche Entwurf von Claß, o. D., in ebd., Bl. 139–141. Siehe auch die spätere Eingabe von Otto Fürst zu Salm-Horstmar an Wilhelm II., z.Hd. Zivilkabinet des Kaisers, Rudolf von Valentini, 30.8.1916, in ebd., Bl. 258–262.

<sup>160</sup> Die Unterzeichner waren Otto Fürst zu Salm-Horstmar, Dr. Freiherr von Cetto, Eduard von Knorr, Emil Kirdorf, Johann Neumann, August von Thomsen, Karl Ferdinand von Grumme-Douglas, Kommerzienrat Dr. Rausch, Konstantin von Gebattel, Max Wildgrube, Bergtrat Funcke, Generalleutnant Mootz, Otto Helmut Hopfen, Friedrich Lezius, Carl Duisberg, Paul Krückmann, Oberregierungsrat a. D. von Schroetter, Rittergutsbesitzer von Barnekow, Julius Kaftan, Rittergutsbesitzer Dr. Blankenburg, Berthold Seeberg, Karl Busz, Ernst von Hertzberg-Lottin, Dr. E. von Neuber, E. Springorum, Alexis Fürst zu Bentheim und Steinfurt, Otto Hoffmann, Ernst Daenell, Kgl. Kammerherr von Muellern, Richard von Blankenburg, Ernst von Reibnitz, Waldemar Graf von Roon, Ernst Fromm, Karl Freiherr von Thüngen, Dietrich Schäfer, Ritter von Michel, D. d’Hongolière, Anton von Rieppel, Graf H. Luxemburg, Alexander Wacker, Heinrich Wilhelm Beukenberg, Karl Lohmann, Carl Freiherr von Stengel, Dr. von Petri, Richard Freiherr von Michel, Georg von Below, Gottfried Baist, Max von Guillaume, Ludwig Schemann und Freiherr Otto Stockhorner von Starreis. Eingabe an Wilhelm II. [Abschrift], 26.1.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 453, Bl. 208–211.

hier noch genannt seien: *Dr. Neumann, General von Gebstattel, Dr. Reusch*<sup>161</sup>, Geheimrat *Duisberg*<sup>162</sup>, Landschaftsdirektor von *Hertzberg-Lottin*<sup>163</sup>, Generaldirektor *Springorum*<sup>164</sup>, *Graf Roon*<sup>165</sup>, Professor von *Below*<sup>166</sup> und Landgerichts-

- <sup>161</sup> Paul Reusch (1868–1956), 1905 Mitglied des Vorstandes der Oberhausener GHH, 1909–1942 Vorsitzender der GHH, im Mitglied des Industriellen Beirates der Kriegsrohstoffabteilung sowie des Vorstandes des Kriegsernährungsamtes, 1919–1929 Präsident der Industrie- und Handelskammer Duisburg, 1924–1930 Leiter der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, 1924–1929 Vorsitzender des Langnam Vereins, 1923–1933 Mitglied des Präsidiums des RDI, 1924–1931 Mitglied des Präsidiums der Internationalen Handelskammer Paris und 1930–1938 der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, 1927 Mitbegründer und einer der Hauptverwalter der Ruhrlade, 1928 Mitbegründer des Bundes zur Erneuerung des Reiches, Mitglied des ADV, der DVP und des Stahlhelms, 1932 Befürwortung einer autoritären Regierung und zeitweilige Befürwortung einer Kooperation des Reichskanzlers Franz von Papen mit Adolf Hitler, bis zum forcierten Rücktritt vom Vorstand der GHH 1942 wirtschaftspolitische Entfernung vom Nationalsozialismus, nach 1945 Berater seines Sohnes Karl Hermann Reusch.
- <sup>162</sup> Carl Duisberg (1861–1935), 1900 Direktor und Vorstandsmitglied und 1912 Direktor und Vorstandsvorsitzender der Friedr. Bayer & Co A.G., September 1914 Vorschlag gegenüber Erich von Falkenhayn der Testung chemische Kampfstoffe für den Grabenkrieg, Mitglied u. a. zusammen mit Walther Nernst in der Kommission aus Wissenschaftlern, Offizieren und Industriellen zur Prüfung chemischer Verbindungen für den Kriegseinsatz, 1916 Mitgründer der Interessengemeinschaft Farben, die wesentlich bei der Herstellung von Giftgasen wirkte, Kontakt zu Claß v. a. während der Kampagne gegen den Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, 1917–1935 Mitglied der KWC, 1921 korrespondierendes Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften, 1925–1935 Aufsichtsratsvorsitzender der I.G. Farbenindustrie AG, 1925–1931 Vorsitzender des RDI.
- <sup>163</sup> Ernst von Hertzberg-Lottin (1852–1920), Landschaftsdirektor und Rittergutsbesitzer in Pommern, Offizier, 1874 Abschied aus der Armee und Bewirtschaftung der Erbgüter Lottin, Babylon und Hohbüch, 1894–1918 Mitglied des Preußischen Herrenhauses für die DkP, 1895 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Pommerschen Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft, 1903 Landschaftsrat, 1913 Mitglied des Provinziallandtags von Pommern und Ausschussmitglied der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, 1913 Mitbegründer des BdL und Vorsitzender des Bezirksvereins Neustettin, Aufsichtsratsvorsitzender der Pommerschen Tagespost, 1914 Landschaftsdirektor, Ehrenritter des Johanniterordens, 1916 Mitglied des UADF, 1917 über Richard Pretzell und nach Unterstützung des alldutschen Kampfes gegen Bethmann Hollweg Mitglied im ADV und Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Zeitung, 1918 Mitglied der Hauptleitung des ADV, 1919 Mitbegründer des DvSTB.
- <sup>164</sup> Friedrich Springorum (1886–1942), 1911 Oberingenieur und Chef des Stahlwerkes Abteilung Rote Erde in Esch an der Alzette/Luxemburg, 1915 Betriebsdirektor der Stahl- und Walzwerke der Eisen- und Stahlwerkes Hoesch AG in Dortmund, 1917 Hüttendirektor dieses Unternehmens, Mitglied der DNVP, 1920 ordentliches Vorstandsmitglied, 1925–1937 Generaldirektor und Vorstandsvorsitzender der Hoesch AG, 1937–1938 Aufsichtsvorsitzender von Hoesch.
- <sup>165</sup> Waldemar Graf von Roon (1837–1919), ältester Sohn des preußischen Kriegsministers, Albrecht Graf von Roon (1803–1879), 1864 Hauptmann im Generalstab, 1864, 1866 und 1870/71 Teilnahme an den deutschen Einigungskriegen gegen Dänemark, Österreich und Frankreich, 1888 Generalleutnant, 1893–1903 Mitglied des Reichstages für die DkP, 1904 Berufung als erbliches Mitglied des Preußischen Herrenhauses.
- <sup>166</sup> Georg von Below (1858–1927), u. a. 1905–1924 Professor in Freiburg (zuvor in Königsberg, Münster, Marburg, Tübingen), seit 1907 Engagement im Freikonservatismus, Mitherausgeber der 1903 gegründeten Vierteljahrschrift für Wirtschafts- und Sozialgeschichte und der Historischen Zeitschrift, Mitglied der Badischen Historischen Kommission, der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, der Preußischen Akademie der Wissenschaften, der

direktor *Lohmann*. Ich selbst hatte nicht unterzeichnet, weil mir der Wortlaut zu „zahn“ war, dann aber auch, weil mir von Leuten, die es zu wissen glaubten, versichert wurde, dass der Kaiser die Eingabe von vornherein zurückweisen werde, wenn der Name des berüchtigten Alldeutschen darunter gefunden würde.

Der Fürst reichte die Schrift ein und erhielt unter dem 2. März 1916 von dem Chef des Geheimen Zivilkabinetts von Valentini<sup>167</sup> den Bescheid, „dass seine Majestät von der Immediateingabe vom 26. v.M. mit Befremden Kenntnis genommen habe und den Unterzeichnern der Schrift Allerhöchst Ihr Missfallen zum Ausdruck bringen lasse, dass Seine Majestät in dieser schweren Zeit einem derartig unsubstantiierten Eingriff in Allerhöchste Regierungsrechte begegnen müsse. – Den Empfang jedes Unterzeichners der Eingabe lehnten Seine Majestät ab.“<sup>168</sup> Der Fürst beruhigte sich mit dieser Behandlung nicht. Er antwortete am 9. März dem Kabinettschef mit folgendem Schreiben: „Eurer Exzellenz beehre ich mich[,] den Empfang des gefälligen Schreibens vom 2. März d.J. zu bestätigen. Aus dem Inhalt desselben glaube ich folgern zu dürfen, dass seine Majestät der Kaiser und König die von mir eingereichte Immediateingabe *Allerhöchst selbst nicht gelesen und von den Namen der Unterzeichneten und ihrer Lebensstellung keine Kenntnis genommen haben*. Ich behalte mir daher vor, einerseits von der Immediateingabe den mir geeignet erscheinenden Gebrauch zu machen, andererseits von dem Inhalte des Schreibens Ew. Exzellenz Allerhöchsten Orts bei passender Gelegenheit Meldung zu erstatten.“<sup>169</sup>

Die Salm-Eingabe hatte noch ein besonderes Nachspiel, indem der Kaiser durch Kabinettsordre dem *Grossadmiral von Knorr* sein Missfallen über seine Mitunterzeichnung besonders ausdrückte und ihn auf die Pflichten hinwies, die er als Inhaber des Schwarzen Adlerordens<sup>170</sup> seinem Souverän gegenüber eidlich übernommen habe.<sup>171</sup> In seiner Antwort brachte der Grossadmiral zum

---

Heidelberger Akademie der Wissenschaften, der Wiener Akademie der Wissenschaften, 1903–1927 Leiter verschiedener Abteilungen in der Historischen Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 1917–1927 Mitherausgeber von Deutschlands Erneuerung, 1915 Mitglied des Vorstandes des ADV, 1917 Mitglied der DVLV und 1918/19 Mitbegründer der DNVP in Baden.

<sup>167</sup> Rudolf von Valentini (1855–1925), 1879–1899 Verwaltungsdienst als Referendar, 1899 Regierungsrat im Geheimen Zivilkabinett Wilhelms II., 1906–1908 Regierungspräsident von Frankfurt/Oder, 1908–1918 Chef des Geheimen Zivilkabinetts.

<sup>168</sup> Antwort des Geheimen Civil-Kabinetts Wilhelm II., 2.3.1916 in BA-Berlin, R 8048, Bd. 453, Bl. 212.

<sup>169</sup> Otto Fürst zu Salm-Horstmar an Rudolf von Valentini, 9.3.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 453, Bl. 213.

<sup>170</sup> Der Schwarze Adlerorden war der höchste preußische Orden und wurde im Januar 1701 durch Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg zur Gründung Preußens gestiftet und bis November 1918 verliehen.

<sup>171</sup> Wilhelm II. führte gegenüber Eduard von Knorr in seinem Beschwerdebrief über dessen politische Einmischungen als Ritter des Schwarzen Adlerordens und als Admiral à la suite des Seeoffizierkorps aus: „Ich kenne diese Vorwürfe zur Genüge und bin Mir auch bewusst, dass auf vielen Gebieten Fehler begangen worden sind, wirklich und wahrschein-

Ausdruck, dass er es als *seine höchste Pflicht ansehe, seinem Kaiser und König die Wahrheit zu bekennen, und dass er, so hoch er die Ehre schätze, den Schwarzen Adler-Orden tragen zu dürfen, diesen lieber in die Hände des Herrschers zurücklegen würde, als dass er sich von der Pflicht zur Wahrheit entbände*. Hierauf erhielt der Grossadmiral keine Antwort.

Die Salm-Eingabe hatte ihren Zweck nicht erfüllen können.<sup>172</sup> Wir aber durften uns bei diesem Ausgang nicht beruhigen. Mein Freund *Gebattel* unternahm seinem Landesherrn, dem *Bayernkönig*<sup>173</sup>[,] gegenüber den Versuch, eine Audienz für mich zu erreichen. Er erhielt von dem Ministerpräsidenten Grafen Hertling den Bescheid, dass dieser sich nicht in der Lage sehe, seinem Herrn den Empfang eines Politikers zu empfehlen, der in so ausgesprochenem Masse ein Gegner des Reichskanzlers sei, wie ich.

Auch in Dresden waren angesehene Gesinnungsgenossen in ähnlicher Weise bestrebt, mich vor den *König Friedrich August von Sachsen*<sup>174</sup> zu bringen.<sup>175</sup> Sie scheiterten daran, dass der Oberhofmarschall ein Vetter Bethmann Hollwegs war.<sup>176</sup>

---

liche, aber diese vermögen nicht Mich irre zu machen, an meinen Beratern, am allerwenigsten an dem jetzigen Reichskanzler. Jedenfalls weise ich auf das Entschiedenste unberufene und unverantwortliche Einmischungen in die politische Leitung zurück, wie sie hier versucht worden sind, zum Schaden des inneren Friedens und zum Ansehen der Reichsregierung.“ Wilhelm II. an Eduard von Knorr, 10.3.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 453, Bl. 313–314.

<sup>172</sup> Georg Alexander von Müller, Chef des Marinekabinetts, verdeutlichte im Nachgang der Salm-Eingabe, wie sehr alldeutsche Interventionen im Umfeld Theobald von Bethmann Hollwegs und des Kaisers mit Vorsicht gehandhabt wurden. Müller sprach dem Reichskanzler gegen alldeutsche Angriffe Mut zu und sprach gerade Otto Fürst zu Salm-Horstmar und August von Thomsen als „Amateurpolitiker“ die politische Expertise ab. Siehe dazu auch Tagebucheintrag Georg Alexander von Müller, 23.8.1916, in Görlitz: Regierte der Kaiser, S. 213. Salm-Horstmar war beim Reichskanzler selbst zur Audienz und „hat ihm wegen des U-Bootkriegs und wegen der allgemeinen Lage so gründlich die Wahrheit gesagt, wie vielleicht noch keiner vor ihm“. So Admiral Max von Grapow an Claß, 19.9.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 200, Bl. 425.

<sup>173</sup> Gemeint ist König Ludwig III. von Bayern.

<sup>174</sup> Friedrich August von Sachsen (Friedrich August III., 1865–1932), 1902–1918 König von Sachsen, 13.11.1918 Abdankung, 1924 Entschädigungsleistungen des Freistaates Sachsen an die Wettiner.

<sup>175</sup> Vermutlich spielte der Dresdner Fabrikbesitzer Dr. Max Wildgrube, führendes Mitglied des ADV, Vertreter des Industrieausschusses des konservativen Landesvereins des Königreichs Sachsen beim CDI und Vertrauensmann und Gründer der Ortsgruppe des UADF in Dresden, hier eine Rolle, der im August 1916 die Ausarbeitung einer Eingabe an die Königlich-Sächsische Staatsregierung plante. Gustav Pezoldt an Claß, 11.8.1916 und Gustav Pezoldt an Max Wildgrube, 15.8.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 200, Bl. 304 und 316. Aktive Unterstützer für Claß' Interventionen in Sachsen waren u.a. auch der Vorsitzende der Ortsgruppe Plauen, Gustav Petzoldt, der Vorsitzende der Ortsgruppe Dresden, Vertrauensmann des UADF in Dresden, Georg Beutel, und Rechtsanwalt Freygang von der Ortsgruppe Chemnitz. Siehe Georg Beutel an Gustav Pezoldt, 6.10.1916, in ebd., Bd. 201, Bl. 22. Noch Ende 1915 zeigte sich Konstantin von Gebattel zuversichtlich, dass Claß und Franz Sonntag in Bayern durch Vermittlung von Georg Graf Hertling beim bayerischen König empfangen würden und man auch beim sächsischen König eine Audienz erwirken könnte, während man in Württemberg die Antwort auf ein Audienzgesuch abwarten müsste. Konstantin von Gebattel an Claß, 1.12.1915, in ebd., N 2089, Bd. 2, Bl. 322. Auch Anfang August



Noch ein letzter Versuch in dieser Richtung wurde unternommen, als *Generaloberst von Kessel*<sup>177</sup>, der Höchstkommandierende in den Marken, den Fürsten *Salm* wissen liess, dass die *Prinzessin Eitel Friedrich*<sup>178</sup> bei ihrem Vater, dem *Grossherzog von Oldenburg*<sup>179</sup>, den Empfang des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes angeregt habe. Der Grossherzog habe daraufhin fernmündlich den Wunsch geäußert, mich möglichst am folgenden Tag bei sich zu sehen. Dies war am 10. März 1916. Der Fürst suchte mich daraufhin in meinem Gasthof<sup>180</sup> auf und fragte, ob ich bereit sei, nach Oldenburg zu fahren. Ich bejahte dies unter der Bedingung, dass ich dort als Geladener, nicht als Bittsteller auftreten könne. Um sich hierüber Gewissheit zu verschaffen, fuhr der Fürst nach dem Schloss Bellevue<sup>181</sup>, wo er sich mit der Prinzessin traf. Er kehrte von da mit der Nachricht zurück, dass alles in bester Ordnung sei, und dass der Grossherzog uns beide bestimmt schon am nächsten Vormittag erwarte. Es gelang uns noch[,] Schlafwagenplätze zu bekommen, und so fuhren wir mit Eiffe als Drittem nach Oldenburg ab. Beim Aussteigen war dort auf dem Bahnsteig ein Leibjäger zu bemerken, der offenbar jemanden suchte. Auf uns drei zutretend, fragte er nach dem Fürsten Salm und übergab ihm einen Brief, den dieser sofort erbrach und las. In grösster Erregung sagte er: „Das ist unerhört! Der Grossherzog schreibt mir, dass er nachträglich Bedenken bekommen habe, Sie zu empfangen, und bittet mich, ihn zunächst allein zu besuchen. Das tue ich unter keinen Umständen. Ihretwegen ist die ganze Sache veranstaltet worden, und wenn sie nicht empfangen werden, verzichte ich selbstverständlich auch.“ Ich erklärte dem Fürsten, dass ich ihm für diese Ab-

---

1916 war Claß von Carl Caesar Eiffe informiert worden, dass „alles im Fluss ist; es scheint zwar nicht, dass [Bethmann] H.[ollweg] entfernt werden solle, doch habe König L.[udwig III. von Bayern] sich mit dem König von Sachsen [Friedrich August III.] verständigt u. beide hätten bereits Schritte beim Kaiser getan, der zu schwanken beginne! Aber wer will das wissen?“ Claß an Konstantin von Gebattel, 4.8.1916, in ebd., Bl. 325.

- <sup>176</sup> Gemeint ist vermutlich Theobald von Bethmann Hollwegs Vetter, Christoph Johann Friedrich Vitzthum von Eckstädt (1863–1944), Rechtsanwalt, 1890 Legationssekretär im sächsischen Staatsdienst, 1900 Regierungsrat, 1901 Amtshauptmann, 1906–1909 Bevollmächtigter des Königreiches Sachsen beim Bundesrat, 1909–1918 sächsischer Staatsminister des Innern und Äußeren.
- <sup>177</sup> Gustav von Kessel (1846–1918), 1883 Adjutant des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, 1888 Flügeladjutant Kaiser Friedrichs III. und dann Kaiser Wilhelms II., 1896 Generalmajor und General à la suite, 1897 Kommandant von Potsdam, 1899 Generaladjutant des Kaisers Wilhelm II., 1902–1909 Kommandierender General des Garde-Korps, 1909–1918 Oberbefehlshaber in den Marken und Gouverneur von Berlin.
- <sup>178</sup> Prinzessin Eitel Friedrich von Preußen (Sophie Charlotte von Oldenburg, 1879–1964), verheiratet mit Prinz Eitel Friedrich von Hohenzollern, dem zweitgeborenen Sohn Wilhelms II. und Auguste Victoria Prinzessin zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg.
- <sup>179</sup> Friedrich August II. von Oldenburg (1852–1931), Großherzog von Oldenburg und Vater von Sophie Charlotte von Oldenburg – (Prinzessin Eitel Friedrich von Preußen), 1878 Heirat mit Prinzessin Elisabeth Anna von Preußen.
- <sup>180</sup> Claß übernachtete in Berlin in der Regel im Hotel Habsburger Hof am Askanischen Platz 1.
- <sup>181</sup> Prinz Eitel Friedrich von Preußen wohnte zusammen mit seiner Frau, Prinzessin Sophie Charlotte von Oldenburg, seit 1906 im ersten Stockwerk des Schlosses Bellevue in Berlin-Tiergarten.

sicht dankbar sei, es aber doch für richtig hielte, dass er von dem Besuche nicht ab[se]he. Sonst erführen wir nicht, was hier hinter den Kulissen gespielt habe [sic]. Das müssten wir doch wissen. Ich bat also förmlich darum, dass der Fürst zum Schloss fahre, was er schliesslich zugestand, Wir verabredeten dann, dass Eiffe und ich gegen halb zwölf Uhr im „Preussischen Hof“<sup>182</sup> sein wollten, wo er uns jedenfalls irgendwie erreichen könne.

Während Fürst Salm zum Schlosse fuhr, besichtigten wir beide die Stadt und kamen zur festgesetzten Zeit im Gasthof an. Dort rief mich der Fürst an und sagte, der Grossherzog wolle ihn zum Frühstück behalten; er ziehe es aber vor, sich mit uns wieder zu treffen. Wiederum war ich der Meinung, er solle alles mitnehmen, was dieses Abenteuer biete und sich nur so einrichten, dass wir uns rechtzeitig vor der Rückreise träfen. Also blieb der Fürst zum Frühstück im Schlosse und holte uns nachher zur Bahn ab. Der sonst so ruhige Mann war aufs äusserste erregt und schilderte uns, was er bei seinem Besuche erlebt hatte.

Der Grossherzog war nach unserer Abreise von Berlin<sup>183</sup> bedenklich geworden, ob er nicht seinen Minister von der Einladung an uns in Kenntnis setzen müsse. Er liess deshalb diesen, den älteren der beiden Brüder *Ruhstrat*<sup>184</sup>, noch am selben Abend zu sich kommen und erzählte ihm, dass er den Fürsten und mich am folgenden Tage empfangen wolle, und dass wir beide schon unterwegs seien.

Der Minister schlug, nach der Darstellung des Grossherzogs, die Hände über dem Kopf zusammen und meinte, es sei ganz unmöglich, den Plan auszuführen, wenn man es nicht auf einen Bruch mit Berlin und ebenso mit dem Zentrum, den Sozialdemokraten und den Freisinnigen im Oldenburgischen Landtage ankommen lassen wolle. Gerade wir beide gälten nicht nur als ausgesprochenste Vertreter der Reaktion und als Kriegshetzer, sondern auch als die entschiedensten Gegner des Reichskanzlers. Er könne es deshalb nicht befürworten, dass der Besuch stattfinde. Bei der Auseinandersetzung zwischen dem Grossherzog und seinem Minister wurde dann, um die nachträgliche Absage nicht zu einer vollständigen zu machen, erwogen, ob man schliesslich den Fürsten Salm ohne allzu grosses Aufsehen empfangen könne, weil man bei ihm höfische Beziehungen, seine hervorragende Stellung im Johanniter-Orden und seine Tätigkeit im Roten Kreuz zur Begründung seines Besuches

<sup>182</sup> Der genannte Preussische Hof bleibt unklar. Siehe Hotel. Officelles Hotel-Adressbuch, Leipzig 1911.

<sup>183</sup> Das genaue Datum bleibt unklar. In der Akte des Allgemeinen Schriftwechsels 1916 ist eine Überlieferungslücke von Dokumenten zwischen dem 10.2.1916 und dem 28.3./6.4.1916. Siehe BA-Berlin, R 8048, Bd. 199, Bl. 18–19/20.

<sup>184</sup> Gemeint ist Staatsminister Friedrich Julius Heinrich Ruhstrat (1854–1916), Studium der Rechtswissenschaft, 1877 Eintritt in den Justizdienst des Großherzogtums Oldenburg, 1881–1890 Sekretär im Staatsministerium, 1890 Vortragender Rat im Finanzministerium, 1891 Vortragender Rat und 1899 Oberregierungsrat im Innenministerium, 1902 Finanzminister, 1908 Vorsitzender des Staatsministeriums, 1916 zur Disposition gestellt, Nachfolger wurde sein Vetter Franz Friedrich Paul Ruhstrat.

vorschützen könne.<sup>185</sup> Darauf einigte man sich dann. So war der Brief zustande gekommen, den der Leibjäger dem Fürsten am Zuge überreicht hatte.

Dem Grossherzog war die Absage an mich äusserst peinlich, und er sprach offen davon, wie wenig wohl er sich in der Rolle befinde, die er uns gegenüber spiele, – aber er sein nun einmal „konstitutioneller Fürst“. Im weiteren Verlauf der Unterhaltung gab der Grossherzog zu erkennen, dass er die ganze Tätigkeit des Alldeutschen Verbandes zwar bewundere und die höchste Achtung vor den Männern habe, die in solcher Weise wirkten, dass er aber diese ganze vaterländische Arbeit als vollkommen aussichtslos betrachte und überzeugt sei, *dass der Krieg verloren gehe, ja dass er mit dem politischen Umsturz enden und allen deutschen Dynastien die Krone kosten werde.*

Der Fürst war über diese Äusserungen des Grossherzogs entsetzt und versuchte ihn damit zu packen, dass er ihm vorhielt, bei solcher Auffassung sei das Bündnis zwischen dem Alldeutschen Verband und den regierenden Fürsten doch erst recht das Gegebene. Er beschwor ihn, sich mit den wichtigsten Bundesfürsten ins Benehmen zu setzen, um ein gemeinsames Vorgehen beim Kaiser zu verabreden. Hier meinte der Grossherzog, dazu werde keiner seiner „Kollegen“ zu haben sein. Das einzige, was seiner Meinung nach in Frage komme, sei der Versuch, einen Beschluss des Bundesrates herbeizuführen, durch den er allein oder zusammen mit anderen Bundesfürsten aufgefordert werde, so vorzugehen.

Um seine verzweifelte Stimmung zu begründen, erzählte der Grossherzog dem Fürsten eine Fülle von Erlebnissen und Erfahrungen, die er im Laufe seiner Regierungszeit und schon vorher gemacht habe. Insbesondere berichtete er dem Fürsten, dass er selbst aus dem Munde Kaiser Wilhelms I.<sup>186</sup> den Zweifel gehört habe, wie das wohl mit seinem ältesten Enkel<sup>187</sup> werde; er fürchte, er werde das Haus Hohenzollern zu Grunde richten. Noch viel schärfer waren die Urteile des Kronprinzen über seinen dereinstigen Nachfolger; sie liefen darauf hinaus, dass dieser den Untergang der Monarchie besiegeln werde. Der Grossherzog schloss mit der Erklärung, unter Wilhelm II. könne der Krieg nicht gewonnen werden; er gehe unbedingt verloren, und mit ihm die Monarchie in Deutschland.

---

<sup>185</sup> Im Johanniterorden traf Otto Fürst zu Salm-Horstmar auch auf den Ordenshauptmann Paul von Hindenburg (Balley Brandenburg), dessen Freundschaft Salm-Horstmar zuerst bei einem Treffen am 30.10.1925 auch dazu nutzte, dem Reichspräsidenten Hindenburg die Ernennung von Alfred Hugenberg zum Reichskanzler näherzubringen. Salm-Horstmar nutze diese Verbindung nach der DNVP-Übernahme durch Alfred Hugenberg 1931 erneut. Siehe Vossische Zeitung, 14.11.1931, Vorwärts, 15.11.1931 und Berliner Tageblatt, 16.11.1931. Salm-Horstmar organisierte 1920 die Übersetzung der antisemitischen Weltverschwörerschrift „Die Protokolle der Weisen von Zion“ und betrieb als „aktiver adeliger Organisator rechtsradikaler Agitation“ auch entschieden die antisemitische Propaganda über eine vermeintliche jüdische Durchdringung von Freimaurerlogen. Zitat Malinowski: Vom König zum Führer, S. 182. Siehe dazu auch Kapitel 8.3.

<sup>186</sup> Wilhelm I. (1797–1888), 1861–1888 König von Preußen und 1871–1888 Deutscher Kaiser.

<sup>187</sup> Prinz Wilhelm von Preußen (1859–1941), 1888–1918 als Wilhelm II. König von Preußen und Deutscher Kaiser.

Das also war das Ergebnis dieses Besuches, zu dem wir nicht den ersten Schritt getan hatten, sondern aufs dringendste aufgefordert worden waren. Man kann sich denken, in welcher Stimmung wir uns auf der Rückfahrt befanden, aber auch welcher Groll in uns gegen die Männer aufstieg, die vom Schicksal mit Regierungsrechten ausgestattet waren, und nicht den leisesten Versuch machten, ihre geschichtliche Stellung zu verteidigen, noch weniger, dem deutschen Volke zu helfen, obwohl sie Verstand genug besaßen, die äusserste Gefährdung beider zu erkennen. Lohnte es sich, einen Zustand erhalten zu wollen, dessen Träger sich offenbar selbst aufgegeben hatten? Aber unsere Sachlichkeit behielt auch gegenüber dieser wohlberechtigten Frage die Oberhand: wir waren uns darüber klar, dass die Monarchie trotz der Mängel, die Kronenträger immer haben werden, für ein Volk von der Art des unsrigen die gegebene Staatsform sei, zumal da bei einem durch unselige Verkettung von Ereignissen kommenden Übergang zur Republik sicher zu erwarten war, dass diese die äusserste Ausprägung des sogen. demokratischen Parlamentarismus bringen werde.

Für uns war es selbstverständlich, dass wir – anders als der Grossherzog von Oldenburg – die Flinte nicht ins Korn werfen dürften, sondern erst recht versuchen müssten, unseren Willen durchzusetzen.<sup>188</sup> Bei der Überlegung, wie das gemacht werden könne, verfiel ich auf den Gedanken, alle auf nationalem Gebiete tätigen Verbände zu einem grossen Gebilde zusammenzuschliessen, das eindrucksvoll aufzutreten vermöchte. So lebte bei mir der alte Plan eines *deutschen Volksrates*<sup>189</sup> wieder auf, der in gleicher Weise gegenüber den unfähigen Regierungen des Reiches und der meisten Bundesstaaten wie gegenüber den versagenden Volksvertretungen des Reiches und der Länder dem nationalen Willen rücksichtslos Ausdruck verleihen könnte. Ich glaubte auch den Mann gefunden zu haben, der an die Spitze eines solchen „Verbandes der Verbände“ gestellt werden könnte. Es war der *Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg*, bis vor kurzem Regent des Herzogtums Braunschweig[.]<sup>190</sup> Doch darüber wird im Zusammenhang zu berichten sein.<sup>191</sup>

<sup>188</sup> Weitere Bemühungen des ADV, über Otto Fürst zu Salm-Horstmar an den Kaiser zur Audienz zu gelangen, scheiterten. Admiral Georg Alexander von Müller als Chef des Marinekabinetts notierte am 10.10.1916: „Abends beim Skat sprach der Kaiser davon, daß er ein durch die Kaiserin an ihn gelangtes Gesuch des Fürsten Salm zum Empfang zusammen mit einigen Vertretern verschiedener Volksschichten abgelehnt habe. Ich antwortete, es sei schade, Seine Majestät hätte es doch leicht gehabt, im persönlichen Gespräch die Leute zu belehren und damit viel Unruhe aus der Welt zu schaffen. Se. Majestät hatte darauf nichts zu erwidern.“ Görlich: *Regierte der Kaiser?*, S. 228.

<sup>189</sup> Siehe Kapitel 1.4. Der Vorschlag eines „Deutschen Volksrates“ wurde zur Jahreswende 1911/12 zuerst von Adolf Bartels aufgebracht, der jedoch von Claß im Februar 1912 noch entschieden abgelehnt wurde. Man könne vom Alldeutschen Verband keine Führungsperson für eine solche Vertretung abstellen und sie würde nur zur „Zersplitterung der in der nationalen Arbeit tätigen Kräfte“ führen. Adolf Bartels an Claß, 31.12.1911, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 83, Bl. 1–2 und Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV sowie die Entschließung, 17.2.1912, in ebd., Bl. 16.

<sup>190</sup> Gemeint ist Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg (1857–1920), Studium der Rechtswissenschaft und Philosophie, 1881–1895 in der preußischen Armee, zuletzt Major und 1901

### 1.3. Neue Helfer

Der Kreis unserer Mitarbeiter war nach den Vorgängen der ersten Hälfte des Jahres 1915 durch den Zutritt weiterer wertvollster Männer erweitert worden. Von diesen verdienen ausser dem Fürsten Otto zu Salm-Horstmar besonders erwähnt zu werden: *Dr. Otto Helmut Hopfen*<sup>192</sup>, *Rittergutsbesitzer Pretzell*<sup>193</sup>, *Admiral von Grapow*<sup>194</sup>, *Senatspräsident Dr. Thomsen*<sup>195</sup>, Land-

---

noch Generalleutnant, 1895–1920 Präsident der DKG, 1890/91 Gründungsmitglied des ADV, 1895–1907 Mitglied des Kolonialrats, bis 1897 Aufsichtsratsmitglied der Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft (und Aktienteilhaber), 1897–1901 stellvertretender Regent in Mecklenburg-Schwerin, ab 1900 Vorsitzender des Auskunftsbeirates der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer, Schirmherr des Hauptverbandes der deutschen Flottenvereine im Ausland, 1907–1913 Regent des Herzogtums Braunschweig, 1914 der Kaiserlichen Schutztruppe in Ostafrika à la suite gestellt, Vermittlung 1915 des Vertrages mit Bulgarien zum Eintritt auf Seite der Mittelmächte, 1915 Wiedereintritt in den ADV (nach Austritt 1909), 1916 Ablehnung des Angebots von Claß, Vorsitzender einer nationalistischen Sammlungsvereinigung Deutscher Volksrat zu werden, 1917 Ehrenvorsitzender der DVLP, bis zum Tod 1920 „Hoher Meister“ des Germanenordens.

<sup>191</sup> Siehe Kapitel 1.4. und 2.8.

<sup>192</sup> Otto Helmut Hopfen (1870–1944), katholisches Elternhaus, vor dem Ersten Weltkrieg bei Florenz auf einem Landgut freier Landwirt und Schriftsteller, Promotion, ab 1916–1917 Beteiligung bei der Organisation der Finanzierung der Neudeutschen Verlags- und Treuhandgesellschaft und der Gründung der Deutschen Zeitung, Mitglied der Vereinigung der Freunde der Deutschen Zeitung und Gesellschafter der Neudeutschen Verlags- und Treuhandgesellschaft, Claß' Verbindungsmann in München zu Adolf Hitler, 1921–1933 Mitglied des ADV, 1921–1933 Entsendung als ständiger Vertreter und offizieller Korrespondent der Deutschen Zeitung und der DÖTZ in Italien, Vorsitzender der Ortsgruppe Florenz der Deutschen Akademie, Autor u. a. der Schriften: Heinrich von Kleist (1900), Toskana und die Landschaft (1908), Kriegslehren zur äußeren Politik (1915) und Unser Nachwuchs und seine Auslese (1919).

<sup>193</sup> Richard Pretzell (1869–1918), Rittergutsbesitzer in Dübrow/Pommern, Rittmeister der Reserve der Danziger Leibhusaren, landwirtschaftlicher Beamter, Mitglied des Vorstandes des ADV, kam über Otto Helmut Hopfen zum ADV, wurde enger Vertrauter von Claß und verstärkte die Ortsgruppengründungen in Pommern, 1916 Aufsichtsratsmitglied der Neudeutschen Verlags- und Treuhandgesellschaft, 1917–1918 Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Zeitung, 1918 Vorsitzender des neu gegründeten Gaus Mittelpommern des ADV, Autor u. a. der Schrift: Hie Allddeutsch (1918).

<sup>194</sup> Max von Grapow (1861–1924), mit 16 Jahren Eintritt als Kadett in die Marine, um 1897 als Kapitän-Lieutenant unter Vize-Admiral Hans von Koester beim Admiralstab auf der Marine-Station der Ostsee, um 1902 Fregattenkapitän und Leiter der Abteilung A4 beim Admiralstab der Marine zur Überwachung von Operationen gegen Großbritannien, um 1907 Teilnahme am genozidalen Krieg gegen die Herero und Nama (1904–1908) in Deutsch-Südwestafrika, Admiral der Ostseeflotte, 1916–1918 Mitglied der Hauptleitung des ADV, 1917–1918 2. Stellvertretender Vorsitzender des ADV, 1917 Rückzug aus der Verbandsleitung und 1919 endgültiger Rückzug aus dem ADV, 1919 Gründungsmitglied des Nationalen Klubs.

<sup>195</sup> Theodor Thomsen (1840–1927), 1865–1879 Rechtsanwalt in Kiel und Lübeck, 1879 Reichsgericht in Leipzig, 1909–1912 Senatspräsident beim Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg, ab 1915 Kontakte zum ADV, 1917–1927 Mitglied der Hauptleitung des ADV, 1919 auf Wunsch von Claß als zweiter Vorsitzender des DvSTB im Gespräch, 1921 Stellvertreter des Alldutschen Ehrengerichts.

*schaftsdirektor von Hertzberg-Lottin, Houston Stewart Chamberlain*<sup>196</sup> und *Oberfinanzrat Dr. Paul Bang*.<sup>197</sup>

*Dr. Otto Helmut Hopfen*<sup>198</sup> war dadurch, dass er sich in Florenz sesshaft gemacht hatte, Auslandsdeutscher geworden.<sup>199</sup> Nach Italiens Kriegserklärung

<sup>196</sup> Houston Stewart Chamberlain (1855–1927), 1908 Heirat mit Eva Wagner, seit 1881 begeisterter Anhänger des Komponisten Richard Wagner, seit 1888 enger Freund und Vertrauter von dessen Witwe Cosima Wagner, entwickelte sich unter ihrem Einfluss zum führenden Autor des „Bayreuther Kreises“ und zum einflussreichsten Propagandisten eines völkisch, nationalistisch und antisemitisch aufgeladenen Wagner-Kultes, August 1916 deutsche Staatsbürgerschaft und Eintritt in den ADV, 1917 Mitglied der DVLP und Mitherausgeber von Deutschlands Erneuerung, nach einer Begegnung mit Adolf Hitler am 30.9.1923 verschiedene Zeitungs-Artikel bis Mai 1924 zu Gunsten der NS-Bewegung, Hitler-Verehrer, Autor u. a. der rassistisch-antisemitischen Schrift „Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts“, 2 Bde. (1899) und 1914–1918 zahlreicher Kriegsschriften.

<sup>197</sup> Paul Bang (1879–1945), Gymnasium in Schneeberg, 1898–1902 Studium der Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Berlin und Leipzig, 1904 Promotion in Leipzig, 1906 Heirat mit der Fabrikantentochter Elisabeth Friederun Knöpfel (1884–1969), Vorbereitungsdienst an den Gerichten in Dipoldiswalde, Oelsnitz i.V. und Dresden, 1906–1911 Gerichtsassessor und Hilfsrichter am Amtsgericht und Landgericht in Freiberg, ab 1915 verstärkter Kontakt mit Claß und ab 1917 Mitglied des Vorstandes des ADV, 1911–1919 Oberfinanzrat im sächsischen Finanzministerium, mit dem 31.8.1919 freiwilliges Ausscheiden aus dem Staatsdienst, September 1919 Eintritt in den ADV, ab 1919 Mitglied der DNVP, 1920 Beteiligung beim Kapp-Putsch (Zusage, bei Erfolg des Putschs Finanzminister zu werden), Mitglied des Hauptvereins der Konservativen, Mitglied des Aufsichtsrats der 1917 gegründeten Deutschen Zeitung und ab 1917 Mitherausgeber von Deutschlands Erneuerung, 1919 Gründungsmitglied des Nationalen Klubs, 1921 ständiges Mitglied des Alldeutschen Ehrengerichts, Mitglied des antisemitischen DvSTB, 1920 Freispruch wegen der Teilnahme am Kapp-Putsch nach dem Gesetz zur Einschränkung der Strafverfolgung, 1920–1934 Mitglied der Hauptleitung des ADV, 1924 Mitgründer der Deutschen Industriellen-Vereinigung und 1925 des Bundes für Deutsche Nationalwirtschaft und Werksgemeinschaft, ab 1921 Mitglied des Präsidiums der VVVD, während der Anti-Youngplan-Kampagne 1929–1930 Mitglied des Referendum-Ausschusses, 1928–1933 Abgeordneter im Reichstag für die DNVP, engster wirtschaftspolitischer Vertrauter Alfred Hugenbergs innerhalb der DNVP, 4.2.–20.6.1933 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium (Entlassungsurkunde vom 29.6.1933), danach Rückzug aus der aktiven Politik, Androhung von Hochverratsprozessen wegen Kontakten zu ausländischen Persönlichkeiten zur Vermeidung eines Krieges, 1933–1945 Gast der NSDAP-Reichstagsfraktion, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Reinecker A.G. in Chemnitz, Beiratsmitglied der Allgemeinen Holzimprägnierung GmbH Berlin, Mitglied des Aufsichtsrates der Emil Zorn AG Berlin und Vorstand der Deutschen Weltwirtschaftlichen Vereinigung, 1943 nach Ausbannung in Berlin Umzug nach Hohenfichte bei Chemnitz, dort bis zum Tod durch Krankheit im Dezember 1945, Autor zahlreicher antisemitischer Schriften unter verschiedenen Pseudonymen wie „Wilhelm Meister“ oder „Germanicus“ sowie u. a. der Schriften: Judas Schuldbuch. Eine deutsche Abrechnung (1919), Volkswirtschaft und Volkstum (1923), Staat und Volkstum (1925), Deutsche Wirtschaftsziele (1926), Organische Wirtschaft (1929), Geld und Währung (1932) und Die farbige Gefahr (1938). Siehe auch BA-Berlin, R 9361–V/13141.

<sup>198</sup> Einschub in der Textfassung in FZH 11/C2: der Sohn des bekannten Dichters und führenden Corpsstudenten Hans Hopfen. Gemeint ist Hans Hopfen (1835–1904), Studium der Rechtswissenschaft, Mitglied der Francia München und später Vorsitzender des Verbandes Alter Corpsstudenten, kurzzeitig im bayerischen Staatsdienst, 1864 Promotion, 1865–1866 Generalsekretär der Deutschen Schillerstiftung, 1888 bayerischer Personaladel (Ritter von), Dichter und freier Schriftsteller.

an Österreich<sup>200</sup> hatte er jedoch diese seine zweite Heimat aufgegeben und war nach Deutschland zurückgekehrt. Hier suchte er sich nützlich zu machen, nachdem seine Bemühungen, zu General Keim, dem damaligen Militärgouverneur der belgischen Provinz Limburg[,] zu kommen, erfolglos geblieben waren. Keim empfahl, als Hopfen ihn endlich erreicht hatte, ihm, sich an mich zu wenden. Bevor Hopfen dies tat, unterrichtete er sich, soweit ihm das möglich war, über das Wirken des Alldeutschen Verbandes. Dies regte ihn an, einen längeren Aufsatz über dessen Tätigkeit zu schreiben.<sup>201</sup> Die Beschäftigung mit unserer Arbeit führte ihn zu dem Schlusse, dass im Alldeutschen Verband Männer von politischem Urteil, klarer Erkenntnis und festem Willen vereinigt seien.<sup>202</sup>

Wohl im Juli 1915 hatte dann Hopfen an mich geschrieben und den Wunsch ausgesprochen, mit mir zusammen[zu]kommen.<sup>203</sup> Anfang August hatte ich in Stuttgart zu tun und bat ihn, sich dort einzufinden.<sup>204</sup> Wir trafen uns im Hotel Marquard<sup>205</sup> und sprachen uns ohne Rückhalt und aufs gründlichste aus. Hierbei ergab sich sehr bald eine vollkommene Übereinstimmung in unseren politischen und kulturellen Anschauungen, und ich hatte den Eindruck, dass es diesem zur Mitarbeit bereiten Manne nur auf die Sache ankam, dass er nicht an sich dachte, und vor allem, dass er nichts für sich anstrebte.

Hopfen war ein leidenschaftlicher Vaterlandsfreund und aufs stärkste erbittert, ja empört über die politischen Fehler der deutschen Regierung, deren Wirkungen er im Auslande kennen gelernt hatte.<sup>206</sup> Er hatte zunächst rein gefühlsmässig die Gewissheit erlangt, dass dieser Krieg für lange Zeit, wenn nicht für immer, das deutsche Schicksal bestimmen werde. Deshalb erklärte er

---

<sup>199</sup> Otto Helmut Hopfen kehrte nach der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Italien um 1921 auf sein 1916 verlassenes Gut/Landsitz in Florenz (Provincia di Postoia – Villino Hopfen) zurück und arbeitete von dort aus mit monatlichen Aufwandsentschädigungen als Vertreter und Berichterstatter der Deutschen Zeitung sowie der Deutschösterreichischen Tageszeitung. Siehe Deutsche Zeitung 15.8.1930, Otto Helmut Hopfen an Claß, 4.4.1921, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 392, Bl. 182 und Claß an Otto Helmut Hopfen, 8.4.1921, in ebd., Bl. 185. Hopfen starb am 25.9.1944 in Florenz.

<sup>200</sup> Am 3.5.1915 kündigte Italien den Dreibund und überreichte am 23.5.1915 Österreich-Ungarn die Kriegserklärung.

<sup>201</sup> Otto Helmut Hopfen: „Alldeutsch“, in Der Panther 3/7 (Juli 1915).

<sup>202</sup> August Keim empfahl Otto Helmut Hopfen in politischen Angelegenheiten gegenüber Claß als „einen unserer klügsten Köpfe“. August Keim an Claß, 30.6.1915, in BA-Berlin, Bd. 391, Bl. 6.

<sup>203</sup> Otto Helmut Hopfen an Claß, 11.7.1915, in BA-Berlin, Bd. 391, Bl. 7–8.

<sup>204</sup> Das genaue Datum des Treffens bleibt unklar, fand aber vermutlich in der ersten August-Woche 1915 statt. Siehe auch Otto Helmut Hopfen an Claß, 9.8.1915, in BA-Berlin, Bd. 391, Bl. 15–21. Weitere Treffen fanden u. a. am 25. und 26.10.1915 statt. Siehe Zeittafel 23.–26.10.1915 (Claß), in ebd., Bd. 199, Bl. 314a.

<sup>205</sup> Das Hotel Marquard befand sich Ecke Schloß- und Königstraße in Stuttgart.

<sup>206</sup> Siehe auch Otto Helmut Hopfen an König Ludwig III. von Bayern, 30.5.1916 und Ders. an das Königlich-Bayerische Staatsministerium, 10.7.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 391, Bl. 101–107 und 126–129.

es als die oberste Pflicht des lebenden Geschlechts, alles zu tun, um einen günstigen Kriegsausgang herbeizuführen.

Im weiteren Verlaufe der Unterhaltung, die sich bis tief in die Nacht hinein ausdehnte, bemerkte ich, wie vielseitig gebildet Hopfen war, der neben Geschichte und Kulturgeschichte sich auch der Musik hingeeben und eine Reihe dichterischer Werke veröffentlicht hatte.<sup>207</sup> Viele Reisen im europäischen Ausland, wie in England, Irland, Spanien, Frankreich und Italien hatten seinen Blick und seine Menschenkenntnis erweitert, aber auch dazu geführt, dass seine Hingabe an das deutsche Volk, wenn ich so sagen darf, um so inbrünstiger geworden war.

Hopfen stellte sich für jede Mitarbeit zur Verfügung. Ich nahm sein Angebot an und machte bald die Erfahrung, dass es für ihn weder Tag noch Nacht gab, wenn es um einen Dienst am Vaterlande ging, oder wenn er mir irgendwie behilflich sein konnte. Ähnlich wie Eiffe durchstreifte er das deutsche Land, um unsere Sache zu fördern; dabei kamen ihm die ausserordentlich zahlreichen Beziehungen zustatten, die er in fast allen Teilen Deutschlands hatte. Sein Standortier hatte Hopfen in Starnberg genommen, wo Frau von Lenbach<sup>208</sup>, die Witwe des grossen Malers, ihm und den Seinen in ihrem herrschaftlichen Besitz Zuflucht gewährt hatte.<sup>209</sup>

Hopfens erste Bemühungen erstreckten sich auf München und Bayern<sup>210</sup>, da er, wie er mir in Stuttgart berichtet hatte, erschüttert war von dem Mangel an klarer Einsicht und politischem Willen in der dortigen Oberschicht. Er bemühte sich, einen Kreis von Leuten zusammenzubringen, der in unserem Sinne den Mittelpunkt für eine planvolle Tätigkeit bilden könnte, musste aber den Versuch bald als aussichtslos aufgeben.<sup>211</sup> Umsomehr stand er dann für die

<sup>207</sup> Unter anderem Otto Helmut Hopfen: Heinrich von Kleist, Ders.: Die Räuber von Mallow und Ders.: Verdorben zu Berlin.

<sup>208</sup> Gemeint ist Charlotte (Lolo) von Lenbach (1861–1941, geborene von Hornstein), 1896 Heirat mit Franz von Lenbach und Tochter des Komponisten Robert von Hornstein. Franz von Lenbach war 1890/91 Gründungsmitglied des ADV.

<sup>209</sup> Gemeint ist das Ensemble der „Villa Lenbach“, das 1903 als Sommerresidenz des Malers Franz von Lenbach in Starnberg errichtet wurde.

<sup>210</sup> Otto Helmut Hopfen war innerhalb des Münchener nationalen Milieus sehr gut vernetzt, stand auch in engem Kontakt mit Konstantin von Gebattel in Bamberg und wusste über die politischen Aktivitäten wie von Emil Kraepelin, Max von Gruber und Julius F. Lehmann sehr gut Bescheid. Hopfen war ein Studienfreund von Kronprinz Rupprecht von Bayern. Er pflegte Kontakte zu den Münchener Neuesten Nachrichten und der München-Augsburger Abendzeitung und verfasste Eingaben an die bayerische Regierung. Hopfen berichtete ab 1917 für die Deutsche Zeitung aus Österreich. Siehe Bericht über die Reise nach Wien 28.9.–8.10.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 705, Bl. 1–21 und Empfang beim österreichisch-ungarischen Minister des Äusseren Grafen Czernin 4.10.1917, in ebd., Bl. 45–54 und Bericht über eine Reise nach Österreich 1.–6.11.1918, in ebd., Bl. 80–86.

<sup>211</sup> Im Frühjahr 1918 fasste Konstantin von Gebattel aus Bamberg die schwierigen Mobilisierungsbemühungen des ADV in Bayern zusammen: „Leider ist es wahr, dass die alldeutsche Bewegung in Bayern überhaupt und namentlich in Südbayern verhältnismässig wenig vorwärts zu bringen ist, auch die Vaterlandsbewegung kommt in München nie so vorwärts, wie [es] zu wünschen wäre. Es hängt dies aber wohl auch mit den leitenden Persönlichkeiten zusammen. So habe ich hier vor 3 Jahren eine Ortsgruppe des A.D.V. gegründet, die



Aufgaben zur Verfügung, die überall sonst im Reiche von uns zu behandeln waren.<sup>212</sup>

Aus der in Stuttgart angeknüpften Bekanntschaft wurde bald eine enge Freundschaft, die niemals die geringste Trübung erlitten hat.<sup>213</sup> Ich wusste, dass ich mich auf Otto Helmut Hopfen unbedingt verlassen konnte, und es ist in den langen Jahren unserer Zusammenarbeit kein Fall vorgekommen, in dem er versagt hätte. In grösserem Masse wurde Hopfen bei der „Salm-Eingabe“<sup>214</sup> tätig; damals war er neben Eiffe unser nationalpolitischer Sendbote, der besonders in Süddeutschland umherfuhr, um die besten Männer für die Unterzeichnung zu gewinnen. Es war selbstverständlich, dass Hopfen in München nicht nur mit meinem Freunde Lehmann in Verbindung trat, sondern auch mit Liebig, der einen grossen Teil des Jahres auf der Besetzung seiner Mutter in Bernried am Starnberger See lebte.<sup>215</sup>

Durch Lehmann kam Hopfen mit dem Rittergutsbesitzer *Richard Pretzell* in Verbindung.<sup>216</sup> Hopfen hatte eine höchst wirkungsvolle Flugschrift verfasst, die in Gestalt von „13 Briefen an einen Marine-Offizier“ die besondere Frage des Ubootkrieges, aber auch die ganzen politischen Zusammenhänge jener

---

durch die selbstlose Tätigkeit einer Hilfskraft sich bis heute verdoppelt hat, trotzdem ängstliche Beamte wiederausgetreten sind. [...] Aber es ist richtig, dass wir unsere Eigenheit wahren wollen: Der Norddeutsche steht unserem Volkscharakter viel ferner als z. B. der Deutsch-Oesterreicher [...].“ Konstantin von Gebattel an Eduard von Liebert, 18.2.1918, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 5, Bl. 92–94, Zitat ebd. Bl. 92. Hinzu kam, dass man in der Deutschen Zeitung nach Gebattels Einschätzung für die alldeutschen Mitglieder vor allem in der Münchener Ortsgruppe zu lange seit Übernahme am 1.4.1917 eine „zu wenig vornehme Sprache“ gepflegt habe, und „unsere alten 48er“ im ADV die Deutsche Zeitung als „hoch konservativ“ ansehen und nicht als national-liberal. Konstantin von Gebattel an Carl Caesar Eiffe, 5.3.1918, in ebd., Bl. 120–121 und Ders. an Claß, 6.3.1918, in ebd., Bl. 122–123.

<sup>212</sup> Otto Helmut Hopfen forderte eine weitgehende Unterstützung bei Claß' Amtsgeschäften, eine Ausgleichszahlung für den Verbandsvorsitzenden sowie eine breitere Werbearbeit für das Einwerben der finanziellen Spenden.

<sup>213</sup> Claß war zunächst skeptisch gegenüber Otto Helmut Hopfen, vielleicht weil er eine jüdische Großmutter hatte. Claß ließ seine neuen Kontakte zunächst immer auf jüdische Verbindungen überprüfen. Siehe dazu Leicht: Heinrich Claß, S. 205.

<sup>214</sup> Siehe dazu Kapitel 1.2.

<sup>215</sup> Hermann von Liebig (1831–1894) und Anna von Liebig (geborene Frank, 1841–1902) waren die Eltern (Heirat 1862, Scheidung 1871) von Hans von Liebig. Hermann von Liebig erwarb 1858 ein Gut am Starnberger See. Hans von Liebig und seine Frau Bertha (geboren 1874) zogen letztlich nach Bernried. Die heutige „Liebig-Villa“ sowie das 1902 entstandene Landhaus „Esser-Villa“ orientierten sich trotz späthistorischer Formen an der Reformarchitektur.

<sup>216</sup> Die genauen Umstände dieser Verbindungen bleiben unklar. Otto Helmut Hopfen und Richard Pretzell (1869–1918) waren jedoch bei der Gründung der Neudeutschen Verlags- und Treuhandgesellschaft im Herbst 1916 und der Übernahme der Deutschen Zeitung zum 1.4.1917 bereits beide in Claß' Unternehmungen eingebunden. Siehe Richard Pretzell/Otto Helmut Hopfen: Flugschrift, o. D. [1917], in BA-Berlin, R 8048, Bd. 391, Bl. 409–410 sowie Kapitel 2.3. und 2.4. Hopfen wurde von Pretzell für den Aufsichtsrat der Deutschen Zeitung vorgeschlagen, dessen Beitritt Claß forcierte, von dem Hopfen jedoch im März 1917 aus Unzufriedenheit über die Organisation der Zeitung sowie aufgrund eigener zeitlicher Beschränkungen den Wunsch äußerte, Abstand nehmen zu wollen. Otto Helmut Hopfen an Claß, 3.3.1917, in ebd., Bd. 391, Bl. 211–219.

Zeit treffsicher behandelte. Pretzell hatte diese Schrift in die Hand bekommen und sie, ohne bei dem Verfasser anzufragen, in starker Auflage nachdrucken lassen und in seiner Heimat verbreitet.<sup>217</sup> Die beiden Männer trafen sich bald näher, und Hopfen unterrichtete den leidenschaftlichen Pommern über die Art, wie der Alldeutsche Verband und seine Bundesgenossen den Kampf um die Rettung des Vaterlandes führten. Pretzell erkannte, dass er an die rechte Schmiede gekommen war, und erklärte sich zur Mitarbeit bereit<sup>218</sup>; zugleich versprach er, nicht nur selbst Geldhilfe für unsere gemeinsamen Zwecke zu leisten, sondern auch dafür zu sorgen, dass weitere Mittel in seiner Heimat aufgebracht würden.<sup>219</sup>

Durch Hopfens Vermittlung lernte ich Richard Pretzell kurze Zeit darauf in Berlin selbst kennen und fand in ihm einen der eigenartigsten Menschen, dem ich je begegnet bin.<sup>220</sup> Sein Geschlecht war kleinbäuerlicher Abstammung; aber schon sein Grossvater<sup>221</sup> und Vater<sup>222</sup> hatten sich durch eisernen Fleiss und berufliche Tüchtigkeit so emporgearbeitet, dass dem Sohne in Dübzow bei Labes ein stattliches Rittergut zufiel, zu dem er, selbst ein hervorragender Landwirt, ein zweites erworben hatte. Pretzell war ein ausgesprochener Herrenmensch, aber ohne alle junkerlichen Gewohnheiten. Er war hochgebildet und bildungshungrig, im Grunde altkonservativ mit dem Drange, die neuen Gedanken völkischer Art dem Altpreussentum dienstbar zu machen. Dabei besass er neben seiner Tatkraft und Entschlossenheit eine gewisse Schwerblütigkeit, so dass es manchmal den Anschein hatte, als müsste er sich zur Tätigkeit zwingen. Alles in allem, eine edle Mischung; reinsten Idealist in seinem politischen und kulturellen Wollen, festester Realist in seinem Berufe.

So lernte ich diesen Mann kennen, der in den nächsten 2 ½ Jahren einer meiner tätigsten Mitarbeiter werden sollte, und der sich bald sehr eng an mich persönlich anschloss. Als er durch mich ganz in unsere Bestrebungen einge-

<sup>217</sup> Die genannte Flugschrift von Otto Helmut Hopfen bleibt unklar. Richard Pretzell vervielfältigte jedoch aus eigenem Bestreben Kriegsflugschriften und veröffentlichte seine eigene Flugschrift „Hie Alldeutsch“ 1918 im Verlag Pomm. Reichspost Stettin. Siehe die bekannteren Kriegsaufsätze Otto Helmut Hopfens von 1914/15 Ders.: Kriegslehren zur äußeren Politik (Verlagsbuchhandlung C.U. Schwetschke und Sohn Berlin) und dazu Alldeutsche Blätter 22.1.1916. Pretzell übernahm häufiger die Finanzierung von Nachdrucken von Flugschriften oder Abhandlungen, die ihm, wie die seines Bruders Gerhard Pretzell von Ende 1916, zusagten. Pretzell nahm dahingehend mit Claß und Julius F. Lehmann Kontakt auf: „Auf die Kosten kommt es mir nicht an.“ Richard Pretzell an Claß, 12.12.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 201, Bl. 339.

<sup>218</sup> Siehe die Selbstbeschreibung Richard Pretzells über seine Mitarbeit im ADV, da „in ihm wahrhaft konservativer Geist“ geherrscht habe. In Ders.: Hie Alldeutsch, S. 2.

<sup>219</sup> Richard Pretzell nahm zuerst an einer Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV am 24.6.1916 in der neuen Geschäftsstelle Am Karlsbad 28 I in Berlin teil.

<sup>220</sup> Das genaue Datum der Begegnung bleibt unklar. Claß muss Richard Pretzell jedoch nach dem ersten Kontakt mit Otto Helmut Hopfen im Juli 1915 und dem Spätsommer 1916 kennengelernt haben, als Pretzell bereits fest bei der Neudeutschen Verlags- und Treuhandgesellschaft eingebunden war.

<sup>221</sup> Gemeint ist Johann Christian Friedrich Pretzell (1794–1859), Amtmann, Ökonom, Rittergutsbesitzer.

<sup>222</sup> Gemeint ist Eugen Wilhelm Pretzell (1830–1898), Rittergutsbesitzer auf Dabzow.

führt war und auch meine Arbeitsweise kennen gelernt hatte, warf er sich mit wahrer Leidenschaft auf die Aufgabe, seine heimatliche Provinz für uns zu erobern und uns aus ihr Geldmittel zuzuführen.

Pretzell war als Rittmeister der Reserve der Danziger Leibhusaren mit im Felde gewesen, hatte sich aber wegen ernstlicher Schädigung seiner Gesundheit ziemlich früh nach Hause zurückziehen müssen. Umsomehr drängte es ihn, der nicht mehr mit der Waffe seinem Vaterlande dienen konnte, seine Pflicht in der Heimat zu erfüllen. Er tat dies mit einer wahren Inbrunst und schloss sich dem Alldeutschen Verbands mit einer Hingabe an, wie ich sie nur ganz selten gefunden habe. Wir waren nun seine politische Heimat, für die ihm keine Mühen und Opfer zu gross waren. Unermüdlich bereiste der gesundheitlich nicht ganz feste Mann das pommersche Land, in dem wir bis dahin, abgesehen von Stettin und einigen Kleinstädten, gar nicht vertreten waren, und gründete Ortsgruppe auf Ortsgruppe. Daneben verstand er es, von den ihm bekannten Grossgrundbesitzern Beihilfen für uns zu erlangen, die unserer Bewegungsfreiheit zugute kamen.<sup>223</sup>

So oft Pretzell mich in Berlin wusste, kam er auch dahin, und es rührte mich häufig, diesen Eifer, ja diese Begeisterung wahrzunehmen. Pretzell war trotz seiner Ecken und Kanten ein liebenswerter Mann. Wie konnte dieser Schwerblütige hassen!<sup>224</sup> Wie geriet er ins Feuer, wenn ein neuer Plan aufkam, um dem Bethmannschen Unwesen ein Ende zu bereiten! Es wird später zu schildern sein, [w]ie unentbehrlich dieser neue Mitarbeiter für unsere Sache wurde.<sup>225</sup>

Unter den führenden Männern des landwirtschaftlichen Pommerns, die Pretzell verstanden hatte, schon bald für uns zu gewinnen, stand an erster Stelle der einflussreiche Rittergutsbesitzer *Ernst von Hertzberg-Lottin*, der dem preussischen Herrenhause angehörte. Pretzell bewog diesen echtsten preussi-

---

<sup>223</sup> Siehe dazu auch Stegmann: Die „Deutsche Zeitung“.

<sup>224</sup> So war Richard Pretzell ein leidenschaftlicher Gegner der politischen Arbeit von Frauen im ADV. Als er Käthe Schirmacher vom radikalen rechten Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung, die sich gegen die Demokratisierung des Wahlrechts aussprach, um 1911 den Kontakt zu Claß suchte, auch engen Kontakt zu August Keim pflegte und nach dem Krieg zum völkischen Flügel der DNVP gehörte, bei einer Aussprache gegenüber stehen sah, so Pretzell, „wurde mir so schlecht, dass ich mit Claß fast einen Bruch herbeigeführt hätte. Mir kam immer das Pommersche Sprichwort in den Sinn: wenn Weiber reden und Hühner krähen, muss man ihnen den Kopf abdrehn ... fürchterlich.“ Kritisch blieb er gegenüber dem ADV und seiner engen sozialen Bindung an die mittelständisch-bürgerlichen Schichten: „Ueberhaupt stehen die guten Alldeutschen jetzt an dem Punkt, ob sie das Kleinbürgertum abstreifen wollen. Claß hat sie ein gutes Stück dem Grossbürgertum näher gebracht – aber es ist noch ein weiter Weg. Mir wird da vieles zu eng.“ Richard Pretzell an Ludwig Schemann, 5.5.1918, in Universitätsarchiv Freiburg, N 12, Bd. 2575, Bl. 20. Siehe zum geschlechterpolitischen Verhältnis der männlich dominierten Organisationen der konservativen und radikalen Rechten zu Frauen zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik auch Gehmacher u. a.: Käthe Schirmacher, Streubel: Radikale Nationalistinnen, Stüchtling-Hänger: Das „Gewissen der Nation“ und Scheck: Mothers of the Nation.

<sup>225</sup> Siehe Kapitel 2.2. und 2.4.

schen Konservativen, der eine Art Hochtory<sup>226</sup> war, mit mir in Verbindung zu treten, nachdem es Admiral von Grumme-Douglas schon vorher verstanden hatte, diesen seinen Herrenhaus-Genossen zur Unterzeichnung der Salm-Eingabe zu bewegen.

Welch einen Mann lernte ich nun kennen! In ihm schienen die gesunden Instinkte preussischer Art verkörpert. Stolz und unabhängig sass er auf seinem Besitz, den er in frühester Jugend ererbt und mit eisernem Fleiss über die schlimmste Zeit hinweg zu einem Mustergut entwickelt hatte. Nach dem Kriege habe ich bei längerem Besuche diesen Mann als Herrn schalten und walten sehen. Durch ihn erst bekam ich einen Begriff davon, was ein grosser Gutsbesitzer alles kennen und leisten muss. Es war mir eine Freude, ihn mit seinen Leuten verkehren zu sehen und von ihm in kurzen Worten über die Bedeutung seines Tagewerkes belehrt zu werden.

Ich erkannte in Ernst von Hertzberg ein wahres Genie praktischer Betätigung. Politisch stand er im Herrenhaus auf den äussersten rechten Flügel der sogen. „alten Fraktion“, der alle konservativen Mitglieder angehörten. Dort bildete er zusammen mit dem Admiral von Grumme-Douglas und dem Fürsten Salm eine Art besonderer Gruppe, die es gegen Ende des Krieges immerhin auf elf Genossen gebracht hat.

Der durch sein Amt als Landschaftsdirektor weithin bekannte „Lottiner“ war ein prächtiger Hasser und leidenschaftlicher Kämpfer gegen das B-System, an dem er besonders seine widerpreussische Preisgabe des Ansehens seines Königs und Landes verabscheute. Zu Hofe ist dieser königstreue Mann indes kaum gegangen; wenn es einmal geschah, dann wusste er seine stolze Unabhängigkeit zu wahren.

Für uns war dieser neue Helfer und Mitarbeiter von grösstem Werte; denn er lieb sein Ansehen und seinen ausserordentlichen Einfluss dem begeisterten Pretzell, dessen Erfolge für unsere Sache in den pommerschen Gauen dadurch wesentlich gefördert wurden.<sup>227</sup> Mir war es eine besondere Freude, dass dann Herr von Hertzberg seine ganze Familie dem Alldeutschen Verband zuführte, an ihrer Spitze seine gleichgesinnte, verehrungswürdige Frau<sup>228</sup>, so dass Lottin eine Hochburg des völkischen Gedankens wurde. Es wollte schon etwas heissen, dass dieser Mann des tätigen Zufassens seine Seele den ihm neuen Gedanken öffnete und mit Pretzell zu ihrem Vertreter in seiner Heimat wurde. Jetzt verband er sich [mit] uns zum Kampfe gegen Bethmann Hollweg, in dem er den Zerstörer Preussens erkannt hatte und hasste.

<sup>226</sup> High Tory (engl.). Der im 17. Jahrhundert aufkommende Begriff bezieht sich auf die konservativen und monarchistischen Tories Englands. Gemeint ist gleichsam ein Aristokrat par excellence.

<sup>227</sup> Claß sprach nach dem Tod des Mitgliedes der Hauptleitung, Ernst von Hertzberg-Lottin, infolge einer Lungenentzündung im Jahr 1920 von einem „Vorkämpfer der völkischen Bewegung“, der „ein schwerer Verlust für uns“ bedeute. Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 5./6.2.1921, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 130, Bl. 4 und Claß an Otto Helmut Hopfen, 17.12.1920, in ebd., Bd. 392, Bl. 173.

<sup>228</sup> Eva von Hertzberg-Lottin (1856–1933, geborene von Busse), 1875 Heirat mit Ernst von Hertzberg-Lottin, 12 Kinder.

Die Entwicklung des Krieges hatte es von Tag zu Tag deutlicher gemacht, dass der Alldeutsche Verband in Berlin wieder massgeblich vertreten sein und dort eine Stelle verfügbar haben musste, die sofort in Bewegung gesetzt werden konnte. Weder meine häufigen Besuche in der Reichshauptstadt, die in Wahrheit zum alleinigen Mittelpunkt des politischen Geschehens geworden waren<sup>229</sup>, noch die des Barons von Vietinghoff reichten aus, um alles dort Notwendige vorzubereiten und auszuführen. So entstand unter dem Zwange des Krieges der Gedanke, die Geschäftsstelle wieder nach Berlin zurückzulegen, und in Mainz von den Mitarbeitern nur diejenigen zu belassen, die für mich und die „Alldeutschen Blätter“ unentbehrlich waren.<sup>230</sup>

Ein solcher Schritt konnte umso eher in Betracht gezogen werden, als die Überführung der Geschäftsstelle nach Mainz die erstrebte Wirkung gehabt hatte: der Verband stand von Schulden gereinigt da<sup>231</sup>, und die Mitarbeiter hat-

---

<sup>229</sup> Die Geschäftsstelle des ADV war in den ersten 18 Jahren in insgesamt sechs verschiedenen Büroräumen untergebracht. Sie war bis zur zweiten Jahreshälfte 1891 zunächst in der Kaiserin-Auguste-Straße 71, dann in der Genthiner Straße 32 (nach einem Jahr bis 1893 unterbrochen von der Verlegung in die Magdeburger Straße 25 III), bis 1897 in der Kurfürstenstraße 44, ab der Jahrhundertwende in der Lützowstraße 85b und die letzten Jahre vor dem Umzug nach Mainz 1908 (in Claf' Privathaus in der Stadthausstraße 11) in der Steglitzerstraße 77 III in Berlin. Die Hauptstadt war ein zentraler Anlaufpunkt für die wichtigsten Interessenverbände der nationalen Rechten, die dort ihre Hauptgeschäftsstelle unterhielten. Die DKG beispielsweise bezog 1911 im Afrika-Haus Am Karlsbad 10 ihre Hauptgeschäftsstelle. Der VDA (Deutscher Schulverein) hatte seine Geschäftsstelle auch schon vor dem Krieg in der Kurfürstenstraße 105 und der BdL residierte mit seinem umfangreichen Mitarbeiterstab in der Dessauer Straße 26. Der Ostmarkenverein verlegte seine Geschäftsstelle bereits 1896 von Posen nach Berlin in die Bayreuther Straße 13 und der Deutsche Flottenverein hatte seine Präsidialgeschäftsstelle Am Karlsbad 4/I. Der UADF residierte in der Schellingstraße 4 (ab 1917 in der Wilhelmstraße 9). Die Auskunftsstelle Vereinigter Verbände, der der ADV wie auch der Deutsche Wehrverein, der CDI, der BdI, der VDA oder der Ostmarkenverein angehörten, hatte ihre Geschäftsstelle in der Friedrichstraße 136.

<sup>230</sup> Die Geschäftsstelle des ADV wurde nach Übernahme des Verbandsvorsitzes durch Claf' 1908 nach Mainz verlegt. Im Januar 1916 wurde die finanzielle Grundausstattung des Umzugs der Geschäftsstelle mit 500.000 Mark zum ersten Mal besprochen. Siehe Bericht über die im Hotel Adlon in Berlin am 26.1.1916 abgehaltene Versammlung, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 6, Bl. 156–157. Die zunächst in Aussicht genommenen zwei Räume in der Heilbronnerstraße 8 in Berlin-Schöneberg nahe dem Bayerischen Platz entsprachen zwar dem überschaubaren Mietbudget des Verbandes, mit dem man so auch Claf' Wunsch der Zusammenlegung der Büroräume und seiner Privatwohnung entsprechen konnte. Einwände, die Geschäftsstelle sei dann jedoch zu weit weg von den Persönlichkeiten und Stellen, die man in der Nähe des Potsdamer Platzes leichter treffen könnte, führten zunächst zur Zurückstellung von Claf' Wünschen und einer folgenden Erhöhung des Finanzrahmens (vor allem durch Emil Kirdorfs Unterstützung) für die Anmietung von Geschäftsräumen Am Karlsbad 28 I. In den eigenen Büroräumen fand die erste Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin am 24.6.1916 statt und nicht mehr im Hotel Habsburger Hof oder im Hotel Adlon, wie noch zuletzt am 25./26.3.1916 und am 29.4.1916. Siehe dazu Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 25.3.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 104, Bl. 27–28. Zum Umzug der Geschäftsstelle nach Berlin 1916 siehe auch Kapitel 2.1.

<sup>231</sup> Claf' betonte bei der Einweihung der neuen Geschäftsstelle des ADV in Berlin im Juni 1916 die im Zuge seines Amtsantritts als Verbandsvorsitzender damals notwendig gewordene Verlegung nach Mainz in sein Stadthaus, da dadurch die Tilgung der „grossen Schuldenlast in verblüffend kurzer Zeit“ möglich war, während man sich in diesen ersten Jahren unter seinem Verbandsvorsitz „durchgehungert“ habe. So Claf' auf der Sitzung des Ge-

ten sich so eingearbeitet, wie es meinen Anschauungen entsprach. Jetzt kam es darauf an, die notwendigen Mittel für die Rückübersiedlung zu sichern[,] und einen Mann zu finden, der an Ort und Stelle als Vertreter der Hauptleitung an die Spitze des Betriebes gestellt werden konnte. Es traf sich glücklich, dass um dieselbe Zeit, in der jene Gedanken erwogen wurden, Admiral von Grumme-Douglas mich mit dem Admiral *von Grapow* bekannt machte, der bis vor kurzem als zweiter Admiral unter dem *Prinzen Heinrich von Preussen*<sup>232</sup> bei der Führung der Ostseeflotte tätig gewesen war.<sup>233</sup> Nach wiederholten Aussprachen ergab sich, dass Grapow politisch ganz auf unserem Boden stand. Nachdem er Gelegenheit gehabt hatte, sich mit den besonderen Bestrebungen des Alldeutschen Verbandes vertraut zu machen, erklärte er sich bereit, bei uns führend mitzuarbeiten, zunächst eine Zuwahl zu dem Gesamtvorstand und weiterhin zu der Hauptleitung des Verbandes anzunehmen[,] und nach der Rückverlegung der Geschäftsstelle nach Berlin dort täglich anwesend zu sein und die Verbandsleitung zu vertreten.<sup>234</sup>

schäftsführenden Ausschusses des ADV, 24.6.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 106, Bl. 7–8. Claß übergibt jedoch die weiterhin drückenden finanziellen Rückstände von 31.000 Mark aus dem Jahr 1916, die bis zum Frühjahr 1918 „nach scharfen Mahnungen“ zur Eintreibung der Mitgliedsbeiträge durch die Ortsgruppen auf 7.000 Mark, durch Erhöhung des Beitrages auf sechs Mark von der Geschäftsstelle reduziert werden konnte. Gleichzeitig wurden die Reisen der Werberedner des Verbandes für die Gewinnung neuer zahlender Mitglieder verstärkt. Freiherr Schilling von Cannstatt an Konstantin von Gabsattel, 14.1.1918, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 5, Bl. 26–29. Finanzielle Deckungsschwierigkeiten zwischen Einnahmen und Ausgaben begleiteten den ADV durch seine gesamte Geschichte. Umfassende Sondersammlungen bei Mitgliedern und Förderern sowie Zuschüsse von einzelnen Mitgliedern wie Emil Kirdorf sorgten für den notwendigen Ausgleich der Buchführung. Ernst Hasse hatte durch die Einrichtung des Wehrschatzes und der Diederichs-Stiftung die Konsolidierung der Finanzen bereits in die Hand genommen. Die Notwendigkeit ausgeglichener Bilanzen hatte Claß bereits seit seiner frühen Mitgliedschaft im ADV erkannt und nach 1908 beständig versucht umzusetzen. Zu den Spenden (Ehrengabe zum 25jährigen Bestehen des ADV) auf Anregung von Dietrich Schäfer, Georg von Below, Emil Kirdorf, Bertold Körting, August von Thomsen und Anton von Rieppel für den Umzug der Geschäftsstelle vom 13.5.1916 (Schließung der Geschäftsstelle in Mainz) zum 15.5.1916 (Eröffnung der Geschäftsstelle in Berlin Am Karlsbad 28 I) siehe Alldeutsche Blätter 13.5.1916.

<sup>232</sup> Prinz Heinrich von Preußen (1862–1929), Bruder Wilhelms II, 1898–1929 Schirmherr/Protector des Deutschen Flottenvereins, 1897–1900 Kommandeur der II. Kreuzgeschwader-Division und Einsatz u. a. in Tsingtau, 1900–1903 Kommandeur des I. Geschwaders, 1903–1906 Chef der Marinestation der Ostsee, 1906–1909 Chef der Hochseeflotte, 1909 Großadmiral, Generalinspekteur der Marine, 1914 Oberbefehlshaber der Ostseestreitkräfte, 1918 Ausscheiden aus der Marine.

<sup>233</sup> Kapitän-Lieutenant Max von Grapow diente bereits um 1895 als Navigationsoffizier auf der DMS „Wörth“ unter dem Kommando von Prinz Heinrich von Preußen (Kapitän zur See).

<sup>234</sup> Max von Grapow aus Berlin-Lichterfelde sollte vor allem den 1914 verstorbenen Alfred Breusing in Berlin ersetzen, der vor dem Umzug der Geschäftsstelle nach Berlin als einziger von der Hauptleitung die Verbindung in die Hauptstadt ermöglichte. Aus diesem Repräsentationsmangel sei schon im Oktober 1915 auf der Vorstandssitzung beschlossen worden, das Amt eines Zweiten Stellvertretenden Vorsitzenden einzurichten. Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 26.8.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 107, Bl. 3. Grapow wurde von Claß aufgefordert, sich „in einem Sprung“ für die „Wahl

Grapow ging mit vollem Eifer an die übernommene Aufgabe heran. Sie wuchs für ihn unerwarteterweise ins Grosse, als ich den Plan weiter verfolgte, *alle nationalen Verbände zu einer Einheit zusammenzufassen*, die durch die Zahl ihrer Mitglieder und durch die Bedeutung der Verbände wie ihrer Führer Eindruck machen musste und, wie schon früher gesagt wurde, sowohl gegenüber der schwachen Regierung wie gegenüber der immer verhängnisvoller werdenden Tätigkeit des Reichstags ein Gegengewicht aus dem Volk heraus bilden konnte. Diesen Gedanken besprach ich mit Grapow und Vietinghoff, sowie mit den in Berlin greifbaren führenden Männern des Verbandes; endlich auch mit Eiffe und Hopfen. Nun schlug ich vor, den *Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg* darum zuzugehen, dass er sich an die Spitze dieses „deutschen Volksrats“ stellen lasse. Auch dieser Absicht wurde zugestimmt, und es traf sich für meinen Plan vortrefflich, dass der Admiral zu dem Herzog gute Beziehungen hatte und auf dessen Vertrauen rechnen konnte.

Mit *Houston Stewart Chamberlain* war ich nach Kriegsbeginn in Briefwechsel geraten, zu dem er den ersten Anstoss gegeben hatte.<sup>235</sup> Aus diesem Briefwechsel ergab sich, dass der ausgezeichnete Mann mit Leib und Seele auf unserer Seite stand, und dass er im tiefsten Fühlen Deutscher geworden war. Er teilte mir mit, dass er um seine Einbürgerung im Deutschen Reiche eingekommen sei, dass ihm dabei aber alle möglichen Schwierigkeiten bereitet würden.<sup>236</sup> Er werde indes nicht ruhen, bis er sein Ziel erreicht habe. Dann werde

---

in den Gesamt-Vorstand zur Hauptleitung und innerhalb der Hauptleitung zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden vorschlagen“ zu lassen, um die Machtfestigung von Claß und die „Verbandsleitung die Freiheit des Handelns“ im Krieg, trotz Abweichung von der Verbandssatzung, weiter auszubauen. Claß an Max von Grapow, 30.9.1916, in ebd., Bd. 200, Bl. 452. Grapow behielt sich gegenüber Claß immer die Betonung einer „preußisch-konservativen“ und „königstreuen Gesinnung“ gegenüber den Hohenzollern vor, die Claß als Hesse, Konstantin von Gepsattel als Bayer und Leopold von Vietinghoff-Scheel vom baltischen Adel nur bedingt teilen könnten. Max von Grapow an Claß, 29.1.1917, in ebd., N 2089, Bd. 6, Bl. 386–389. Auch zögerte Grapow, sich dem ADV anzuschließen und beklagte, dass man eigentlich gar nicht genau wisse, was der ADV denn eigentlich wolle. Franz Sonntag an Claß, 1.9.1916, in ebd., R 8048, Bd. 200, Bl. 388–390. Grapow zog sich nach der Übernahme von offiziellen Verbandsämtern dann schnell wegen Differenzen über den Führungsstil von Claß, der im Dezember 1917 zur praktischen Niederlegung seines Amtes als 2. Stellvertretender Vorsitzender des ADV führte, wieder aus der Verbandsleitung zurück und verließ 1919 endgültig den ADV. Siehe dazu auch Max von Grapow an Claß, 13.12.1917, in ebd., N 2368, Bd. 1, o. Bl.

<sup>235</sup> Ähnlich berichtete Julius F. Lehmann an Claß, 1.6.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 315, Bl. 2–3. Houston Stewart Chamberlain war als Mitherausgeber der von Julius F. Lehmann und dem Schriftleiter Erich Kühn vorbereiteten Monatsschrift Deutschlands Erneuerung eingepplant, die als alledeutsche Schrift erscheinen und auch Claß als Mitherausgeber Chamberlain zur Seite stellen sollte. Julius F. Lehmann an Claß, 15.6.1916, in ebd., Bd. 200, Bl. 116–117. Chamberlain ließ Anfang 1916 seinen Unterstützer innerhalb des ADV, Julius F. Lehmann, wissen, er stünde „seit einiger Zeit“ mit Claß „in brieflicher Verbindung“. Chamberlain bat Lehmann um die Übernahme der „Patenschaft“ für seinen Beitritt. Houston Stewart Chamberlain an Julius F. Lehmann, 8.8.1916, in ebd., N 2089, Bd. 6, Bl. 337.

<sup>236</sup> Houston Stewart Chamberlain haderte wohl mit sich selbst in der Frage der deutschen Staatsbürgerschaft und wollte sich während des Krieges vermutlich nicht dem Vorwurf des Opportunismus ausgesetzt sehen. Erschwert wurde ihm die Entscheidung kurzfristig

es sein Erstes sein, um die Aufnahme in den Alldeutschen Verband nachzusuchen. Chamberlain schrieb mir, dass er meine Tätigkeit und diejenige des Alldeutschen Verbandes genau verfolgte und bis ins Letzte mit ihr einverstanden sei. Vor allem billigte er unserer Auffassung über die englische Aussenpolitik gegenüber dem Deutschen Reiche, und bedauerte, dass auf unseren Rat nicht gehört worden sei. Er wies dabei auf die kleineren und grösseren Flugschriften hin, die er seit Kriegsbeginn hatte erscheinen lassen, und von denen er mir jeweils Widmungsstücke übersandt hatte.<sup>237</sup>

Für mich bestand nie ein Zweifel, dass dieser Mann wirklich das seelische Wunder vollbracht hatte, sich ganz in deutsches Wesen einzuleben und zum Deutschen zu werden, einerlei, ob er die Reichsangehörigkeit besass oder nicht. Im August 1916 erhielt ich dann die Nachricht von Chamberlain, dass er sein Ziel erreicht habe, und nun meldete er sich in aller Form beim Alldeutschen Verbands an und betonte dabei, wie glücklich er sein werde, dieser Kampfgemeinschaft anzugehören.<sup>238</sup> Man kann sich denken, mit welcher Freude sein Beitritt in unseren Reihen begrüsst wurde. Dieses Band hielt bis

---

durch Spionagevorwürfe aufgrund seiner Sternenuhr auf dem Dach seines Hauses in Bayreuth, die ihm die Einschränkung seiner Bewegungsfreiheit einbrachte und erst durch Interventionen beim Kriegsminister in München aufgehoben wurden. Langfristig beschäftigte Chamberlain hingegen auch die Verwaltung seines britischen Vermögens, das er anscheinend trotz einer Verordnung des Bundesrates vom 7.10.1915 nicht korrekt als „feindlicher Ausländer“ angegeben hatte und das im Fall des Staatsbürgerschaftswechsel kriegsbedingt konfisziert würde. Im Bayerischen Staatsministerium des Innern hingegen unterstützte man Chamberlains Staatsbürgerschaftersuchen und er reichte am 22./23.3.1916 seine Unterlagen bei der Stadt Bayreuth ein. Siehe Bernbach: Houston Stewart Chamberlain, S. 389–390.

<sup>237</sup> Siehe Chamberlain: Kriegsaufsätze, Ders.: Neue Kriegsaufsätze, Ders.: Politische Ideale, Die Zuversicht, Ideale und Macht, Hammer oder Amboss und für die Kriegsaufsätze von 1917, Ders.: Der Wille zum Sieg und andere Aufsätze.

<sup>238</sup> Houston Stewart Chamberlain erhielt am Nachmittag des 8.8.1916 die Urkunde seiner bayerischen (und somit auch der deutschen) Staatsbürgerschaft und beantragte am gleichen Tag seine Mitgliedschaft durch Vermittlung von Julius F. Lehmann im ADV. Tagebuch Chamberlain vom 8.8.1916, in NL Chamberlain Bayreuth, (diary 28). Julius F. Lehmann erhielt von Chamberlain einen Brief vom 8.8.1916, in dem er ihn von seiner bayerischen Staatsbürgerschaftsanerkennung berichtete und Lehmann um Vermittlung bei seinem Eintrittsgesuch in den ADV bat. Lehmann ließ Chamberlain wissen, dass er Chamberlains Anmeldung umgehend nach Berlin geschickt und auch Claß davon Mitteilung gemacht hat. Siehe Julius F. Lehmann an Houston Stewart Chamberlain, 11.8.1916, in NA Bayreuth, NL Chamberlain, Rot 179 und Julius F. Lehmann an Claß (mit Abschrift des Briefes von Chamberlain an Lehmann vom 8.8.1916), 11.8.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 315, Bl. 4–5. Claß fand Chamberlains Einbürgerung erfreulich. Er habe „sein Versprechen gehalten“ und sei „sofort dem Alldeutschen Verband beigetreten“. Claß an Konstantin von Gebattel, 12.8.1916, in ebd., N 2089, Bd. 3, Bl. 335. Kurz nach seiner Einbürgerung erlitt Chamberlain einen Schlaganfall, war reiseunfähig und konnte folglich an einer geplanten Redaktionsitzung zu Deutschlands Erneuerung am 21.8.1916 in München nicht teilnehmen. Siehe Julius F. Lehmann an Claß, 10.8.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 200, Bl. 296. Chamberlain war daraufhin in Bad Gastein „unter strengster Kur-Klausur, da mein Herz und Nervenzustand dies erfordert“. Houston Stewart Chamberlain an Julius F. Lehmann, 26.8.1916, in ebd., Bl. 6.



zu seinem Tode<sup>239</sup>, und ich hatte die Genugtuung, dass er, als persönliche Beziehung gewonnen waren, mir sein Vertrauen in vollstem Masse geschenkt hat. So bat er mich zwei Jahre später, ihn in dem Strafverfahren zu verteidigen, das die Mitglieder des Aufsichtsrats und der Schriftleitung der Frankfurter Zeitung wegen angeblicher verleumderischer Beleidigung gegen ihn eingeleitet hatten. Darüber werde ich eingehender berichten.<sup>240</sup>

In der zweiten Hälfte des Jahres 1915 bekam ich in Berlin den Besuch eines alten Herrn, der sich mir als neugewonnenes Mitglied des Verbandes vorstellte. Es war der Senatspräsident a. D. *Dr. Thomsen*, damals schon ein hoher Siebziger.<sup>241</sup> Der alte Herr hatte in seinem Leibblatt, der „Kreuzzeitung“<sup>242</sup>, die er als Konservativer hielt, Berichte über verschiedene unserer Tagungen gelesen und war dadurch veranlasst worden, sich uns anzuschließen.<sup>243</sup> Nun kam er zu mir, um zu fragen, wie er sich nützlich machen könne.

Ich lernte in Thomsen einen der gebildetsten und weisesten Männer kennen, denen ich im Leben begegnet bin. Als geborener Holsteiner hatte er schon die Erhebung gegen Dänemark<sup>244</sup> miterlebt und war späterhin unter dem Einfluss Bismarcks aus einem Liberalen ein Strengkonservativer geworden.<sup>245</sup> Er beobachtete aus seiner unangreifbaren Richterstellung das Abgleiten Deutschlands und vermisste bei seiner Partei den entschiedenen Kampf gegen die Urheber dieses Unheils. Da er bei uns fand, was ihm dort fehlte, wurde der Alldeutsche Verband für das letzte Jahrzehnt seines Lebens seine Heimat, und an mich schloss er sich mit wahrhaft väterlicher Freundschaft an.

Eine schöne und reiche Vergangenheit lag hinter ihm. Bei der Gründung des Reichsgerichts war er als Anwalt dorthin berufen worden.<sup>246</sup> Dann gewannen ihn die Hansestädte für ihr gemeinsames Oberlandesgericht in Hamburg als Senatspräsidenten.<sup>247</sup> Wenn Thomsen und ich allein zusammensassen, erzählte er mir hie und da von besonders bedeutsamen grossen Rechtsstreitigkeiten, die er in dieser Zeit erlebt hatte. Trotz seines hohen Alters war Thomsen geistig vollkommen frisch und bei unserer Arbeit unermüdlich. Er besass die Beherrschtheit des geborenen Friesen; aber wenn er auf Bethmann Hollweg zu reden kam, dann wurde der ruhige Mann leidenschaftlich wie nur einer. Er

---

<sup>239</sup> Houston Stewart Chamberlain starb am 9.1.1927.

<sup>240</sup> Siehe Kapitel 3.8.

<sup>241</sup> Theodor Thomsen wurde 1840 geboren.

<sup>242</sup> Die Neue Preußische Zeitung (Kreuzzeitung) erschien von 1848 bis 1939.

<sup>243</sup> Siehe die Kriegsaufsatzsammlung aus der „Kreuzzeitung“ bei Thomsen: Einige Kapitel zur auswärtigen Politik.

<sup>244</sup> Gemeint ist der Deutsch-Dänische Krieg 1864.

<sup>245</sup> Theodor Thomsen wurde am 17.8.1840 in Hadersleben geboren.

<sup>246</sup> Theodor Thomsen war vom Oktober 1879 bis zum Juli 1893 am Reichsgericht als Anwalt zugelassen. Das Reichsgericht in Leipzig wurde am 1.10.1879 eröffnet und wurde nach Ende des Zweiten Weltkrieges von den Alliierten aufgelöst. Letzter Präsident war von April 1929 bis April 1945 Erwin Bumke, der bis zur Berufung 1929 Mitglied der DNVP und ab 1937 der NSDAP war.

<sup>247</sup> Theodor Thomsen war ab 1893 als Oberlandesgerichtsrat in Hamburg und seit 1909 Senatspräsident am Hanseatischen Oberlandesgericht.

glich darin ganz seinem Landsmann und Namensvetter, dem *Admiral von Thomsen*.<sup>248</sup> Ich hatte manchmal meine Freude daran, wenn diese beiden nach einer Sitzung zusammensassen und ihrem Groll gegen den Reichsverderber Worte gaben.

Mein neuer Freund war beglückt, dass ich ihm Arbeit zuweisen konnte, so dass er das Gefühl hatte, sich wirklich nützlich zu machen. Er rückte in unseren leitenden Körperschaften schnell auf und war der Älteste an Jahren; an Entschlossenheit zum Kampf aber nahm er es mit den Jüngsten auf. Es war kennzeichnend für mich, dass er immer auf der Seite der Schärfsten zu finden war.

Welch ein Genuss aber, nachher mit ihm über Fragen der Kunst zu sprechen! Den grossen Dichtern seiner engeren Heimat wie *Klaus Groth*<sup>249</sup> und *Theodor Storm*<sup>250</sup> hatte er freundschaftlich nahegestanden und wusste Bedeutsames über sie zu berichten. Seine ganze Liebe galt der Musik, und bis zu seinem Tode sass der alte Herr täglich stundenlang vor seinem Flügel. Sein Lieblingsdichter war *Johannes Brahms*<sup>251</sup>, mit dem er auch befreundet gewesen war.

Einst geriet er an einem Abend, als wir Freunde unserer Kinder zu Gast hatten, unter die fröhliche Schar, und wir luden ihn zum Abendessen ein, das er gerne mit uns teilte. Nachher spielte uns einer der anwesenden jungen Männer eine Sonate von Beethoven<sup>252</sup> vor. Ich beobachtete, wie Thomsens Gesicht immer bedenklicher wurde. Als der Vortragende unter allgemeinem Beifall beendet hatte, erhob sich Thomsen langsam aus seinem Sessel und ging auf ihn zu mit den Worten: „Technisch war das eine Glanzleistung. Aber was sie gespielt haben, war nicht Beethoven, sondern die reine Willkür.“ Dann fragte er meine Schwester<sup>253</sup>, ob er nun Beethoven spielen dürfe; er setzte sich mit seinen 83 Jahren ans Klavier und bereitete uns einen unvergesslichen Genuss. Nachher kam er auf den Jüngling zu und sagte, als unser begeisterter Beifall verrauscht war: „Wenn man so musikalisch ist wie Sie, sollte man den Respekt vor dem Komponisten nie vergessen.“

<sup>248</sup> August von Thomsen (1846–1920), 1862 Eintritt in die Marine, 1900 Admiral, 1903 zur Disposition gestellt, über Alfred Breusing Kontakt zum ADV, 1916 Mitglied des Vorstandes des ADV.

<sup>249</sup> Klaus Groth (1819–1899), Lyriker und Schriftsteller, gilt als Begründer der neueren niederdeutschen Literatur, Autor u. a. der Schriften: Gedichtsammlung Quickborn (1853), Über Mundarten und mundartliche Dichtung (1873). Theodor Thomsen war Nachlassverwalter der Familie des Dichters Klaus Groth.

<sup>250</sup> Theodor Storm (1817–1888), Jurist, Schriftsteller und Lyriker des Realismus, Autor u. a. der Schrift: Pole Poppenspäler (1874) und Der Schimmelreiter (1888).

<sup>251</sup> Johannes Brahms (1833–1897), deutscher Komponist, Dirigent und Pianist der Hochromantik.

<sup>252</sup> Ludwig van Beethoven (1770–1827), deutscher Pianist und Komponist, Vertreter der Wiener Klassik und Vorreiter der Romantik.

<sup>253</sup> Gemeint ist entweder Paula Henriette Caroline Roesener (1866–1932), älteste Schwester von Claß, verheiratet mit Robert Roesener, oder vermutlich eher Friederike Wilhelmine Anna Charlotte („Frieda“) Claß (1869–1937), unverheiratet, Führung des Haushaltes von Claß.

Dies war Präsident Thomsen. Ein Mann aus einem Guss. Vom Staate konnte niemand höher denken als er, niemand hing treuer am Kaiserhaus und an Preussen. Deshalb war der abgeklärte Greis, dessen Seele so jung und begeisterungsfähig geblieben war, der grimmigste Gegner der Politik Bethmanns und seiner Nachfolger. Er hat den Zusammenbruch noch erlebt. Aber sein Glaube an die Wiedererhebung unseres Volkes blieb unerschütterlich. Als wir uns an die Arbeit machten, um diese gegen die November-Leute<sup>254</sup> zu betreiben, war er mit seiner Erfahrung, seiner Weisheit einer unserer wichtigsten Helfer.

Ende des Jahres 1915 gewann der Alldeutsche Verband durch unsere Ortsgruppe in Dresden die erste Fühlung mit einem Mann, der sehr bald zu führender Tätigkeit bei uns gelangen sollte: Dr. jur. Paul Bang, damals [V]ortragender Rat im sächsischen Finanzministerium, wo er die politischen Angelegenheiten bearbeitete, lernte durch unsere Dresdner Freunde die alldeutsche Bewegung kennen.<sup>255</sup> Er verschaffte sich nun ältere Jahrgänge der „Alldeutschen Blätter“ und arbeitete sie durch. Wie er selbst später sagte, fiel es ihm damals wie Schuppen von den Augen, er erkannte, dass er nun seine politische Heimat gefunden habe. So trat er dem Verbands bei.<sup>256</sup>

Es ergab sich zunächst nur ein gelegentlicher Briefwechsel mit mir. Enger wurde dann die Verbindung als meine Frau mich darauf aufmerksam machte, dass im 2. Heft des 1. Jahrganges von „Deutschlands Erneuerung“<sup>257</sup> ein Aufsatz erschienen sei, den ich unbedingt lesen müsse. Er behandelte „*Staat und Finanzpolitik*“ und sei von Dr. Paul Franz gezeichnet.<sup>258</sup> Ich las die Arbeit und

---

<sup>254</sup> Gemeint sind die Revolutionäre vom November 1918.

<sup>255</sup> Paul Bang war von 1911–1919 Finanzrat im Finanzministerium der Sächsischen Staatsregierung. Zur Ortsgruppe Dresden kam Bang 1915 über den UADF. Sein Vater, Oberschulrat Simon Bang (1855–1928), wurde 1921 nach langjähriger Mitgliedschaft in den Vorstand der Ortsgruppe Dresden gewählt wurde. Jahresbericht Ortsgruppe Dresden des ADV 18.3.1921–20.3.1921, in StA Dresden, 13.1., Bd. 67, Bl. 148.

<sup>256</sup> Paul Bang hatte nach seiner Erinnerung das erste Mal vom ADV 1915 gehört, jedoch Claß' unter Pseudonym erschienenen Kaiserbuch kurz nach der Veröffentlichung 1912 gekauft, begeistert gelesen und weiterverbreitet. 1917 erfuhr Bang, dass Claß der Autor war. Bang beteiligte sich dann 1915 an den Vorarbeiten für den UADF und kam hier mit Alldeutschen in näheren Kontakt. Am 27.12.1915 bat Bang in einem Brief an Claß um seine Mitgliedschaft im ADV. Paul Bang an Claß, 27.12.1915, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 287, Bl. 2–3.

<sup>257</sup> Die Monatsschrift Deutschlands Erneuerung wurde unter der Schriftleitung von Erich Kühn Ende 1916 gegründet. Herausgeber waren über die Jahre neben Claß, Gertzlaff von Hertzberg-Lottin, Erich Kühn, Dietrich Schäfer, Max von Gruber, Hans F. K. Günther, Wolfgang Kapp, Rüdiger Graf von der Goltz, Friedrich von Schwerin, Rudolf Geyer, Georg Schiele, Houston Stewart Chamberlain, Reinhold Seeberg, Georg von Below und Max Wundt. Schriftleiter waren 1917–1925 Erich Kühn, 1925–1939 Wilhelm von Müffling, 1940–1942 Robert Wetzels und 1943 Gustav Borger. Die erste Ausgabe erschien ab April 1917 und wurde im Lehmann-Verlag München gedruckt. Ende August 1917 hatte die Zeitschrift 3.800 eigene Bezieher, 500 feste Bahnabnehmer und somit eine reguläre Gesamtauflage von ca. 4.300. Julius F. Lehmann an Claß, 30.8.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 636, Bl. 89–90. 1939 waren es nur noch 1.250 Bezieher und die Zeitschrift ging an den Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbund über.

<sup>258</sup> Paul Bang (Pseudonym Paul Franz): Staat und Finanzpolitik. Grundsätzliches zum Kapitel: Reich und Staat, in Deutschlands Erneuerung (2/1917), S. 128–145. Bang benutzte neben

fand das Urteil meiner Frau unbedingt zutreffend. Es handelte sich in der Tat um eine ausserordentliche Leistung. Nachdem ich das erkannt hatte, drängte meine Frau darauf, dass ich durch meinen Freund Lehmann in München mit dem Verfasser Fühlung suche. Sie meinte, das sei ein Mann, der nach seinen ganzen Ausführungen zu uns gehöre.

Ich folgte diesem Rat und bekam durch den Verlag zu hören, dass der Verfasser wegen seiner amtlichen Stellung einen Decknamen gebraucht habe, und dass er der Finanzrat Dr. Bang sei. Nun trat ich in engere briefliche Verbindung mit ihm und schlug ihm eine Aussprache vor, um festzustellen, ob und in welcher Weise er zur Mitarbeit bei uns bereit sei.

Bang war damals, im Sommer 1917, mit seiner Frau<sup>259</sup> in ihrer thüringischen Heimat, dem früheren Reichsdorfe Oberdorla.<sup>260</sup> Er antwortete sofort, dass er sehr gern zu einer Zusammenkunft bereit sei; diese wurde im Hinblick auf seinen damaligen Aufenthalt in Eisenach verabredet, wo wir uns in der 3. Juniwoche<sup>261</sup> im „Rautenkranz“<sup>262</sup> trafen.

Ich lernte den mehr als ein Jahrzehnt jüngeren Mann und seine Frau an zwei schönen, reichen Tagen ganz nahe kennen. Den Höhepunkt bildete eine stundenlange Unterhaltung mit beiden auf der Höhe Angesichts der Wartburg. Nachdem ich vorher die Arbeiten Bangs gelesen hatte, überraschte es mich nicht, dass wir in allem, was bei der Unterhaltung zur Sprache kam, übereinstimmten. Wertvoll war es mir, dass auch seine Frau sich an der Besprechung beteiligte; dabei gewann ich aus jedem Worte die Überzeugung, dass sie genau so dachte wie ihr Mann.

Der neugewonnene Freund hatte am Vorabend recht gehabt, wenn er von seinen und den Eltern seiner Frau behauptete, dass sie „national schlechthin“ und gewohnt seien, alle grossen und kleinen Fragen unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, wie die Sache des Vaterlandes dabei fahre.

Als wir von der Wartburg niederstiegen, war ich um zwei Freunde reicher und wusste, dass ich für meine politische Arbeit einen Helfer von umfassenden geschichtlichen, rechtlichen und wirtschaftspolitischen Kenntnissen gewonnen hatte, dessen Lebensgefährtin ihn sicherlich in seiner Verbindung mit

---

Paul Franz auch die Pseudonyme Wilhelm Meister, Spectator, Germanicus oder Eckart Mach.

<sup>259</sup> Gemeint ist Elisabeth Friederun Bang (1884–1969, geborene Knöpfel), Tochter des Fabrikbesitzers Anton Knöpfel (geb. 1855, Jugendfreund von Paul Bangs Vater Simon aus Oberdorla) und Eva Elisabeth Herwig (geb. 1852), 1906 Heirat mit Paul Bang, Hausfrau in Berlin, drei Kinder: Heinrich, Ilse und Rudolf Bang.

<sup>260</sup> Gemeint ist für die Zeit des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation Oberdorla als reichsunmittelbare Stadt/Dorf im Westgau zwischen Werra und Unstrut.

<sup>261</sup> Paul Bang erfuhr von Julius F. Lehmann, dass Claß interessiert sei, Bang nach dem Erscheinen seines Aufsatzes „Staats- und Finanzpolitik“ in Deutschlands Erneuerung (2/1917) kennenzulernen. Bang schrieb daraufhin am 2.6.1917 an Claß, dass er gerne zu einer Zusammenkunft bereit sei. In BA-Berlin, R 8048, Bd. 287, Bl. 20–21. Claß fragte Bang Anfang Juni 1917 um ein persönliches Treffen an, das am 23.6.1917 im „Rautenkranz“ in Eisenach stattfand. Siehe Alldutsche Blätter 19.1.1929.

<sup>262</sup> Das Hotel Rautenkranz befand sich am Markt im Stadtzentrum von Eisenach.

mir nicht stören, vielmehr fördern würde. Freilich, dies war klar, dass, solange Bang im Amte war, seine Mitarbeit ausserhalb der Öffentlichkeit vor sich gehen müsse.<sup>263</sup> Aber die Hauptsache war, dass er mitarbeiten konnte, und dass er dies auch in grossem Masse tat. Von besonderem Werte war dabei, dass Bang politischer Sachbearbeiter in seinem Ministerium war und dadurch über alle wichtigen Vorgänge, über die seine Regierung von Berlin aus unterrichtet wurde, genau im Bilde war. In dieser Art war er neben Senator *Dr. Neumann* aus Lübeck eine wichtige Erkenntnisquelle für uns.

Nachdem ein solches Vertrauensverhältnis zwischen uns entstanden war, war es selbstverständlich, dass ich Bang zu den Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses zuzog, nicht minder, dass sein Rat bei allen bedeutsamen Vorgängen, mit denen wir uns zu beschäftigen hatten, eingeholt wurde. Bei dem Kampf, den in der Kammer der Reichsräte der Krone Bayern Graf Kaspar Preysing<sup>264</sup> führte, fuhr Bang, den ich mit dem Grafen bekannt gemacht hatte, des öfteren nach München, um diesen zu beraten, wenn er eine Rede vorzubereiten hatte. Denn es lag auf der Hand, dass Bangs politisches und geschichtliches Wissen jenes des Grafen weit übertraf, wie er denn auch insbesondere zeitgeschichtlich viel besser unterrichtet sein konnte, als ein Soldat, der nur zu den Tagungen des Reichsrats vom Felde in die Heimat kam.

Es wird später dargelegt werden, dass die Verbindung mit mir für Bang von weittragender Bedeutung wurde, als er nach dem Zusammenbruche es nicht mehr im Staatsdienste aushalten konnte und sich entschloss, unter Verzicht auf alle Ansprüche an den sächsischen Staat ganz zum Alldeutschen Verbandsverbande zu kommen und mit mir in engster Zusammenarbeit zu wirken. Dass es so kam, tut dar, mit welcher tiefsten Innerlichkeit Bang unsere Bestrebungen in sich aufgenommen hatte, und wie nahe er mir seelisch gekommen war – nicht minder, ein wie bedingungsloses Vertrauen ich auf den neuen Mitarbeiter setzte, dessen ganze Persönlichkeit mir die Gewähr für eine gedeihliche Arbeit bot. Darin habe ich mich nicht nur nicht getäuscht, sondern es ergab sich, dass die so schnell geschlossene Freundschaft ohne Schwanken oder Abkühlung fortbestand und zu meiner Freude bis zum heutigen Tage noch in aller Festigkeit und Wärme besteht. Es wird im Laufe dieser Schilderung viel

---

<sup>263</sup> Paul Bangs von Claß geförderte Aufnahme in den Geschäftsführenden Ausschuss des ADV wurde wegen seines Staatsdienstes geheim gehalten. Jedoch wusste sein vorgesetzter Ministerialdirektor im Sächsischen Finanzministerium um die politische Einbindung und billigte sie. Bang veröffentlichte ab 1917 auch in den Alldeutschen Blättern und schrieb nach dem Krieg in den Süddeutschen Monatsheften im Juli 1919 zunächst unter Pseudonym „Spectator Germanicus“, da er als Oberfinanzrat noch im Sächsischen Staatsdienst stand. Siehe Alldeutsche Blätter 19.1.1929.

<sup>264</sup> Gemeint ist Kaspar Graf von Preysing-Lichtenegg-Moos (1880–1918), Eintritt in die Armee im 2. Schweren Reiter-Regiment, 1913 7. Chevauxlegeres Regiment, Rittmeister, 1914–1918 Mitglied des Reichsrats, Gutsbesitzer, 1917 Mitglied des Engeren Ausschusses des bayerischen Landesvereins der DVLP. Preysing agierte nicht nur für Claß, sondern vermittelte in der bayerischen Kammer bereits für Wolfgang Kapps Interessen im Vorfeld der Gründung der DVLP. Siehe Wolfgang Kapp an Erich Ludendorff 10.2.1917, in GSTA, NL Kapp, IV HA, Bd. 775, Bl. 16–18.

von Paul Bang die Rede sein – immer in dem Sinne, dass er selbstlos, treu und mit grösstem Eifer sich für unsere Sache eingesetzt hat.

#### **1.4. Ein deutscher Volksrat. Herzog Johann Albrecht und Grossadmiral von Tirpitz**

Nachdem wir alles, was die Gründung des deutschen Volksrats und seine Führung betraf, bis ins letzte überdacht hatten, besprach ich mit Admiral von Grapow die Art, wie er dem Herzog Johann Albrecht unser Anliegen nahe bringen könne, wobei ich ihm mitteilte, dass der Herzog, der seit Jahren Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft<sup>265</sup> war, unter den Gründern des Alldeutschen Verbandes gewesen, aber im Spätjahr 1909 ausgetreten sei, weil er sich durch eine ungerechte und geschmacklose Äusserung eines Redners bei der Besprechung der braunschweigischen Frage gekränkt gefühlt hatte.<sup>266</sup> Ich sagte dem Admiral, er könne mit gutem Gewissen dem Herzog versichern, dass ich damals jenen Vorstoss scharf verurteilt hätte. Fürs erste komme es darauf an, eine grundsätzliche Äusserung des Herzogs zu erhalten; dann wäre es wohl richtig, eine Aussprache zwischen ihm, uns beiden und Baron Vietinghoff folgen zu lassen. Admiral von Grapow war ganz für den Plan eingenommen, die grossen nationalpolitischen Verbände unter einheitlicher Führung zusammenzufassen. Er teilte mir bald darauf mit, dass er bei seiner ersten Unterredung mit dem Herzog den Eindruck gehabt habe, dass dieser unseren Plänen [zu]geneigt sei. Zunächst habe er aber seinen Entschluss von der geplanten Aussprache abhängig gemacht. Ich beeilte mich, dieses Eisen zu schmieden, solange es heiss war. Bei der folgenden Unterredung gelang es uns, den Herzog von der Grösse der angebotenen Aufgabe so zu überzeugen, dass er sich zur Verfügung stellte und dabei erklärte, er sei sich klar darüber, nachdem er diesen Entschluss gefasst habe, dass er nun auch keinerlei höfische Rücksicht nehmen dürfe.

Ich hole hier noch nach, dass mir der Herzog Anfang 1915 nach dem Lesen meiner Kriegsziel-Denkschrift geschrieben hatte, er habe eine Zusammen-

<sup>265</sup> Johann Albrecht zu Mecklenburg war von 1895–1920 Präsident der DKG (1887–1936), die zwischen 14.483 (1887) und ca. 43.000 (1912/1914) Mitglieder zählte. Hartwig: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 725. Claß selbst trat am 27.7.1897 der DKG – Abteilung Mainz bei. Siehe Mitgliedskarte Claß von der DKG, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 184, Bl. 4.

<sup>266</sup> Johann Albrecht zu Mecklenburg war nach dem Tod eines Interims-Prinzregenten 1907 bis 1913 Regent des Herzogtums Braunschweig, bis Herzog Ernst August (von Cumberland) zu Braunschweig und Lüneburg (1887–1953) mit der Tochter Wilhelm II., Prinzessin Viktoria Luise (1892–1980), auf den Thron der Welfen unter Verzicht von Ansprüchen auf den Königsthron von Hannover zurückkehrte. Siehe dazu auch Eley: Reshaping the German Right, S. 178–179 und Schönplflug: Die Heiraten der Hohenzollern, S. 9–10 und 222–229. Johann Albrecht zu Mecklenburg trat nach einem Gespräch mit zwei Vertretern des ADV im Zuge der Besprechungen eines erneuten Zusammenschlusses der nationalen Verbände am 15.5.1917 acht Jahre nach seinem Austritt wieder dem ADV bei. Johann Albrecht zu Mecklenburg an Konstantin von Gëbsattel, 20.5.1917, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 6, Bl. 436–438.

stellung der Forderungen ausgearbeitet, die das Deutsche Reich nach glücklicher Beendigung des Krieges an seine Feinde stellen müsse; sie deckten sich in allem Wesentlichen mit den von mir erhobenen. Besonders erfreulich war es mir, damals zu lesen, dass der Herzog versichert hatte, sein Urteil über die Politik des Reichskanzlers laute genau so wie das meinige.<sup>267</sup> So hatte ich es denn wagen können, ihm die Führung des deutschen Volksrates anzubieten.

Nun entwarf Baron von Vietinghoff die Satzung des geplanten Unternehmens und die Anschreiben an die einzuladenen Verbände, deren Verzeichnis wir längst vorbereitet hatten.<sup>268</sup> Dem Admiral wurde es übertragen, die Entwürfe im einzelnen gründlich mit dem Herzog durchzuarbeiten und nach dessen Billigung zunächst die Vorsitzenden der grössten und wichtigsten Vereine im Auftrage des Herzogs aufzusuchen und für den Beitritt zu gewinnen. Dabei war als selbstverständlich vorausgesetzt, dass die Deutsche Kolonialgesellschaft mittun werde; ebenso natürlich auch der Alldeutsche Verband. Ich selbst wollte mich aber auch in diesem Fall zurückhalten.

Grapow trat zu allererst an den Grossadmiral *von Köster*<sup>269</sup> heran, der damals Präsident des Flottenvereins war, und erhielt seine Zusage. Dann folgte diejenige des Vereins für das Deutschtum im Ausland durch Herrn *von Reichenau*.<sup>270</sup> Und so ging es erfolgreich weiter, so dass unsere Sendboten ins Land geschickt werden konnten, um die Vorsitzenden der kleineren, aber uns unentbehrlich erscheinenden Verbände zu gewinnen. Es lagen über 70 Zusagen vor<sup>271</sup>, als der Herzog mir schrieb, er wünsche dringend mich selbst bald zu

---

<sup>267</sup> Siehe das Antwortschreiben von Johann Albrecht zu Mecklenburg an Claß, 11.1.1915, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 634, Bl. 245. Mecklenburg spricht hier zunächst nur von der Deckungsgleichheit der Pläne bezüglich der zukünftigen Westgrenze. Ebd. Siehe auch die Erwähnung eines Schreibens von Johann Albrecht zu Mecklenburg an Claß, den er als Druck an einen engeren Personenkreis verteilen ließ, Johann Neumann auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 12.6.1915, in ebd., R 8048, Bd. 100, Bl. 15–16. Ein weiteres Antwortschreiben von Johann Albrecht zu Mecklenburg an Claß vom Frühjahr 1915 ist nicht in den Akten BA-Berlin, R 8048, Bd. 199 (Allgemeiner Schriftwechsel ADV 1915), ebd., Bd. 634 (Antwortschreiben zur Kriegszielenkschrift Claß 1914/15) und ebd., N 2089, Bd. 2, 3 und 6 (Korrespondenz Konstantin von Gebattel 1915) überliefert.

<sup>268</sup> Der Ausschuss trat am 26.4.1915 für Absprachen zur Eingabe zusammen und die Vertreter unterzeichneten die Eingabe am 20.6.1915 im Berliner Künstlerhaus. Konstantin von Gebattel plante während seiner Übernahme des Verbandvorsitzes von Claß die Besprechung einer Parteinuigründung („Nationalpartei“) als Zusammenschluss „aller wirklich monarchischen Parteien in nationalen Fragen“ unter Einschluss des BdL und der DkP. Konstantin von Gebattel an Alfred Hugenberg 2.2.1915, in N 2089, Bd. 1, Bl. 461–462.

<sup>269</sup> Hans von Köster (1844–1928), 1884–1889 Chef des Admiralstabes in Berlin, 1899 Generalinspekteur der Marine, Chef des Kommandos der Marinestation Ostsee, ab 1905 Mitglied des Preußischen Herrenhauses auf Lebenszeit, 1905 Großadmiral und Ende 1905 Verabschiedung, 1908–1920 Vorsitzender des Deutschen Flottenvereins.

<sup>270</sup> Franz von Reichenau (1857–1940), 1903–1914 im diplomatischen Dienst als deutscher Vertreter in Chile, Guatemala, Brasilien, Serbien und Schweden, 1915 deutscher Gesandter in Argentinien, 1915–1920 Erster Vorsitzender des VDA.

<sup>271</sup> Die einzelnen Zusagen bleiben unklar. Das Protokoll zu der am 26.1.1916 abgehaltenen Sitzung zur Reorganisation der Geschäftsstelle des ADV und der zukünftigen Aufgaben, die im Zusammenhang mit der Österreich-Tagung und der Deutsch-Ungarischen Tagung des ADV einen Tag zuvor am 25.1.1916 gestanden haben muss, vermerkte jedoch, dass

sprechen. Da ich so wie so nach Berlin musste, fand diese Unterredung wenige Tage später in Berlin statt.<sup>272</sup> Sie war für mich ein Erlebnis eigener Art.

Der Herzog befand sich mir gegenüber ungefähr in der Rolle, die einige Zeit vorher der Grossherzog von Oldenburg gegenüber dem Fürsten Salm spielen musste. Er begann mit dem Ausdruck des Bedauerns darüber, dass er mir gewiss eine grosse Enttäuschung bereiten werde, aber es gehe nicht anders. Er müsse sein Versprechen zurücknehmen, wenn er nicht seine ganze bisherige Lebensarbeit in der Deutschen Kolonialgesellschaft zerstören wolle.

Auf meine Frage, ob ihm sein Ausschuss Schwierigkeiten bereite, antwortete er verneinend. Es sei vielmehr der Vorstand der Ortsgruppe Charlottenburg, der Panier gegen ihn aufgeworfen habe und behaupte, die Deutsche Kolonialgesellschaft sei durchaus unpolitisch, und an ihrer Spitze könne deshalb nur eine unpolitische Persönlichkeit stehen.<sup>273</sup> Das Unternehmen, das er jetzt

---

Otto Helmut Hopfen die Zersplitterung der nationalen Verbände mit Blick auf den geplanten Umzug der Geschäftsstelle nach Berlin verurteilte. Denn die „vielfachen Bemühungen, die in ähnliche Richtung mit unzulänglichen Mitteln, mit heterogenen Elementen, mit Eigenbrödlern, Eifersüchterein, Quertreibern, Unklaren und Talentlosen seit Kriegsbeginn hier und dort in Deutschland gemacht worden seien; sie hätten zur Kraftvergeudung, Stimmungsverbrauch und schließlich zu nichts als beschränkter Wichtigtuerei oder Förderung verborgener Interessenten und Gegner geführt.“ Hopfen nannte auch die im Krieg entstandenen Zusammenschlüsse wie den Kulturbund, Bund Neues Vaterland, Freie vaterländische Vereinigung und Deutsche Gesellschaft 1914. Zur Geldbeschaffung der notwendigen 500.000 Mark sollten innerhalb des Verbandes geworben sowie von der Schwerindustrie Zuschüsse eingeworben werden. Protokoll der Sitzung in Berlin am 26.1.1916, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 6, Bl. 156–157. Zitat ebd., Bl. 156. Siehe zu den Österreich-Tagungen auch Kapitel 2.2. Beim erneuten Versuch eines Zusammenschluss der nationalen Verbände wurden dann u. a. der ADV, der Verein für Deutsche Siedlung und Wanderung, der Wehrverein, der BdL, der Deutsch-Baltische Verein, der Deutsche Flottenverein, der CDI, die DKG und der Ostmarkenverein sowie die Einbindung des UADF erwähnt. Max von Grapow an Johann Albrecht zu Mecklenburg, 18.5.1917, in ebd., Bl. 434–495.

<sup>272</sup> Das genaue Datum des Treffens bleibt unklar.

<sup>273</sup> Auch die Berliner Ortsgruppe des ADV pflegte seit der Jahrhundertwende „eine schon seit jeher beobachtete Undiszipliniertheit“, da es „bisher noch nie gelungen sei“ einen „rechten, allen Anforderungen gewachsenen Anführer zu finden“, so Admiral Alfred Breusing, der sich der verschärfen Beobachtung der Angriffe aus Berlin, vor allem gegen die Hauptleitung und die wohlwollende Haltung des Verbandes gegenüber Österreich-Ungarn, widmen wollte. Forderungen der Ortsgruppe, der lange Fritz Bley vorsah und die von Professor Gustav Benischke selbstbewusst vertreten wurde, nach einem eigens zu wählenden Vertreter aus Berlin für den Geschäftsführenden Ausschuss wurden von Claß rigoros mit dem Hinweis abgelehnt, die Mitglieder des Ausschusses seien Vertrauensmänner des Vorstandes und nur sie hätten ein Wahlrecht. Siehe dazu Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 3.7.1913, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 89, Bl. 75. Die Wahl des Claß-Vertrauten und Mitgliedes des Geschäftsführenden Ausschusses, Erich Stolte, zum Ortsgruppenvorsitzenden brachte dann die Ortsgruppe schon vor Kriegsausbruch verstärkt auf eine Linie gegenüber der Hauptleitung. Die Berufung seiner Frau zur Vorsitzenden der Frauengruppe der Ortsgruppe, und später auch die Einbindung seiner Tochter Anneliese Stolte in die alldutschen Tanzveranstaltungen, beförderten diese Bestrebungen. Siehe zum Konflikt mit der Berliner Ortsgruppe auch die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 6.12.1913, in ebd., Bd. 92, Bl. 12–14. Die Berliner Ortsgruppe der DKG führte bereits 1896 mit Carl Peters Kämpfe um die Ausrichtung der Ortsgruppe in Bezug auf eine mildere Flottenpropaganda als von Peters vertreten, und letztlich um die Beibehaltung des Vorsitzes ihres langjährigen Vorsitzenden, Prinz Franz von Arenburg, gemäßbig-



als Führer eines deutschen Volksrates oder Verbandes der Verbände in die Wege geleitet habe, sei hochpolitisch, und zwar so ausgesprochen kämpferisch gegen die Regierung und wichtige Parteien des Reichstages gerichtet, dass es vielen Mitgliedern der Kolonialgesellschaft nicht zugemutet werden könne, einen Mann an deren Spitze anzuerkennen, der so ausdrücklich gegen ihre Parteien Stellung genommen habe.

Ich fragte, in gleicher Weise überrascht wie erleichtert: „Ja, ist das alles? Eine einzige Ortsgruppe innerhalb der grossen Kolonialgesellschaft löckt wider den Stachel? Da scheint mir doch das Verfahren furchtbar einfach, sie zur Vernunft zu bringen: Sie verlangen, dass der Widerspruch aufgegeben wird, widrigenfalls Sie die Ortsgruppe [sonst] auflösen würden.“

Nun kam das dicke Ende nach. Der Herzog meinte, so wie im Alldeutschen Verbands gehe das in der Kolonialgesellschaft nicht. Ich wisse gar nicht, wie glücklich ich sei, es nur oder doch fast nur mit Menschen zu tun zu haben,

---

terer Kolonialpolitiker, seit 1882 Mitglied der Zentrumsfraktion des Preussischen Abgeordnetenhauses, seit 1890 Mitglied des Reichstags und seit 1892 stellvertretender Präsident der DKG. Den Kampf um den Ortsgruppenvorsitz gewann Peters zunächst in der Abstimmung. Er wurde dann aber durch den „Peters-Skandal“ um seine Amtsführung als Reichskommissar für das Kilimandscharogebiet (1891/92) und sein brutales Vorgehen gegen einen Aufstand der Chagga verhindert. Die folgenden Debatten um den „Peters-Skandal“ im Reichstag wurden vom Zentrum und vor allem von der SPD geführt. Siehe dazu Peters: Lebenserinnerungen, S. 104–112 und Perras: Carl Peters, S. 212–230. Die Ortsgruppe/Abteilung Berlin der DKG pflegte eine gemäßigte Politik als Johann Albrecht zu Mecklenburg, der die Claß'sche Kriegszielenkschrift von 1914 unterstützte und in enger Verbindung zu Max von Grapow stand. Grapow pflegte wiederum enge Kontakte zum Reichskolonialamt und wirkte für die Alldeutschen in der DKG. Die Berliner Ortsgruppe wollte eine Unabhängigkeit der DKG von alldeutschen Einflüssen bewahren und wieser setzte sich auch im Krieg beispielsweise Plänen von Johann Albrecht zu Mecklenburg und Direktor Hupfeld, mit anderen nationalen Verbänden näher zusammenzutreten und z. B. die Politik des UADF stärker zu unterstützen. Professor Leydig und Admiral von Truppel distanzieren sich dahingehend von Johann Albrecht zu Mecklenburgs Unterzeichnung eines Aufrufs des UADF vom 3.5.1917 und beklagten die antisozialistische Stoßrichtung. Man müsse sich aus Rücksicht vor den sozialdemokratischen Mitgliedern politisch möglichst zurückhalten. [Konstantin von Gobsattel] an N.N., 25.5.1917, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 6, Bl. 439–441. Siehe dazu auch die Bittschrift Claß an Johann Albrecht Herzog zu Mecklenburg, Beilage zum Brief vom 21.4.1917, in ebd., Bl. 408–414 und Vortrag Max von Grapow bei Johann Albrecht zu Mecklenburg betr. Gründung einer Vereinigung der nationalen Verbände, 10./11.5.1916, in ebd., Bl. 416–419. Während sich die DKG von gemeinschaftlichen Aufrufen des UADF verstärkt abwendete, ging Mecklenburg zunehmend eigene Wege und fand bei Neugründungen wie der Deutsch-Baltischen Gesellschaft (Geschäftsstelle Kurfürstenstraße 101) mit Gesinnungsgenossen wie Johann Neumann vom ADV oder Karl Prinz zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg und Friedrich von Lindequist vom UADF zusammen. Siehe Aufruf vom Mai 1917, in ABBAW, NL Meyer, Bd. 326, o. Bl. Die Differenzen innerhalb der DKG verschärften sich 1917, und Mecklenburg versuchte erneut einen Zusammenschluss in einem „Vaterlandsbund“ auf der Berliner Vorstandssitzung am 30.6.1917 zu erreichen, der jedoch durch mehrere Abteilungen und Zentrumsmitglieder in der DKG verhindert wurde. Diese Flügelkämpfe innerhalb der DKG zeigten Wirkungen, die aufgrund des Ehrenvorsitzes von Johann Albrecht zu Mecklenburg im Zuge der Gründung der DVLP am 2.9.1917 zur weiteren Fragmentierung der DKG beitrugen. Die Mitgliederstand der DKG ging nach ihrer größten Anzahl von 43.152 im Jahre 1914 beständig zurück und betrug 1917 36.803. Siehe auch Müller/Fieber: Deutsche Kolonialgesellschaft, S. 725 und 735–737.

die einer Gesinnungsgemeinschaft angehörten, während er in der Kolonialgesellschaft alles zusammen habe, was sich irgendwie für die überseeischen Besitzungen Deutschlands einsetze, also Männer vom linken Freisinn über Nationalliberale und Zentrum bis zu den Hochkonservativen.<sup>274</sup> In diesem Falle sei das Zentrum am gefährlichsten; denn der Vorsitzende der aufsässigen Ortsgruppe Charlottenburg sei der *Herzog von Arenberg*<sup>275</sup>, der selbst Abgeordneter und ein Mann von grossem Einfluss sei. Dieser habe auch die freisinnigen Mitglieder seiner Ortsgruppe in Bewegung gesetzt und angekündigt, er werde bei der bevorstehenden Jahresversammlung der Kolonialgesellschaft beantragen, eine vorhandene Satzungsbestimmung dahin bindend auszulegen, dass ihr Präsident sich jeder hochpolitischen Tätigkeit zu enthalten habe und – fuhr der Herzog fort: „Soll ich mich diesem Zentrumsmanne gegenüber verteidigen und um mein Amt kämpfen müssen?“

Aus mir brach es heraus: „Das müssen Sie, Hoheit! Sie können gar nicht anders! Sie dürfen diese Drohung des schwarzen Magnaten nicht nachgeben und müssen diesem seinem Plan, der echte Zentrumsarbeit ist und ganz der Bundesgenossenschaft mit Bethmann Hollweg entspricht, Ihre ganze Persönlichkeit entgegensetzen. „Ja, was erreiche ich dabei?“[,] meinte der Herzog. „Wenn ich in einer solchen Auseinandersetzung siege, wird jedenfalls die Kolonialgesellschaft gespalten, und ich bleibe mit meinen nationalen Anhängern allein. Und damit wäre dann auch mein Lebenswerk vernichtet. Das kann ich nicht, das bringe ich nicht fertig.“

„Ja, aber um Gottes Willen, Hoheit, die Kolonialgesellschaft ist doch kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zum Zweck. Deshalb bitte ich sie heute, da wir keine Kolonien haben und Sie gewissermassen Präsident „in partibus infidelium“<sup>276</sup> sind, zu prüfen, was wichtiger ist: die Stellung an der Spitze einer Gesellschaft, die zur Zeit kein Arbeitsfeld hat und es nur wiedergewinnen kann, wenn Deutschland siegt, oder der Kampf gegen ein politisches System, das doch auch nach ihrer Meinung unsere Niederlage so gut wie sicher macht. Da kann es doch nur eins geben: den Kampf um den deutschen Sieg und die Beseitigung des Systems, das ihn gefährdet!“

<sup>274</sup> Zur den traditionellen Flügelbildungen und internen Diskussionen um die Ausrichtung der DKG siehe Klaufß: Die Deutsche Kolonialgesellschaft, Bade: Friedrich Fabri, Müller/Fieber: Deutsche Kolonialgesellschaft sowie zur Frühgeschichte Wehler: Bismarck und der Imperialismus, S. 158–168.

<sup>275</sup> Gemeint ist Franz Ludwig Prinz von Arenberg (1849–1907), 1874–1882 Dienst im Auswärtigen Amt sowie u. a. in den Botschaften London, Stockholm, St. Petersburg und Konstantinopel, führendes Mitglied der Ortsgruppe Charlottenburg der DKG und 1892–1907 Vizepräsident der DKG, gehörte dem Zentralkomitee der deutschen Katholikentage an, 1882–1907 Abgeordneter im Preussischen Abgeordnetenhaus und 1890–1907 im Deutschen Reichstag für die Zentrumsparlei.

<sup>276</sup> Im Gebiet der Ungläubigen. Gemeint ist hier die Ausübung der Präsidentschaft der DKG, jedoch ohne vollständig getreue Anhängerschaft. Im katholischen Kirchenrecht bezeichnete in partibus infidelium bei Bischöfen die Titelverleihung in Ländern ohne Bischofssitz oder eigenem Sprengel beziehungsweise in aufgelösten Diözesen.

„Ja“, meinte der Herzog, „so [,]absolut[‘] können Sie denken. Aber brächten Sie es fertig, sich vom Alldeutschen Verbandes zu trennen?“ Ich antwortete meiner alten Überzeugung getreu: „Der Alldeutsche Verband ist ein Kampfmittel, eine Waffe im Dienste der nationalen Politik. Ich würde ihn in jedem Augenblick aufs Spiel setzen, wenn es die Sache verlangte. Meine Freunde kennen meine Ansicht, dass unser Verband mit Anstand muss in die Luft fliegen können, wenn der Dienst des Vaterlandes es verlangt.“ Ich gab nun dem Herzog zu bedenken, welche Folgen sein Rücktritt haben würde. Gerade das sei ja der unvergleichliche Vorzug seiner von uns erstrebten, von ihm zugesagten Führerschaft gewesen, dass ihm als dem Höchstgestellten auch die ganz grossen Leute in den anderen Verbänden bereitwillig Heeresfolge geleistet hätten. Der Herzog glaubte die Ansicht aussprechen zu können, das würden die Herren auch mir gegenüber tun. Denn man wisse doch, wer der treibende Geist sei. Ich entgegnete: „Ja halten Sie es wirklich für denkbar, dass der Grossadmiral von Köster sich unter meine Führung stellen würde? Ich bin gewiss, dass er das nicht tut. Aber damit ist ja noch nicht die ganze Gefahr umrissen. Wenn die Ortsgruppe Charlottenburg nicht erlaubt, dass der Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft Führer des Deutschen Volksrats wird, so wird sie auch nicht dulden, dass die Gesellschaft überhaupt mitmacht.“

Dies bestätigte mir der Herzog mit entsagungsvoller Miene, und nun fuhr ich fort: „Das bedeutet das Ende unseres Spiels, ehe es noch begonnen wurde. Zieht sich die Kolonialgesellschaft zurück, dann folgt ihr der Flottenverein und[,] und alles, was glaubt, Rücksichten nach oben nehmen zu müssen, wird uns absagen.“ Der Herzog gab zu, dass dies sehr, sehr schlimm sei. Er blieb aber dabei, dass er nicht anders könne.

Als ich sah, dass er nicht umzustimmen sei, gab ich ihn verloren. Er verabschiedete sich mit den Worten: „Glauben Sie mir, ich schäme mich vor Ihnen. Aber glauben Sie es mir auch, die Kolonialgesellschaft ist kein Alldeutscher Verband, aber sie ist schliesslich das, was ich als mein Lebenswerk nicht preisgeben darf.“

So gingen wir auseinander. Ich war mir vollkommen klar darüber, was folgen würde, und sagte dies Grapow[,] als ich ihn noch am selben Tage traf. Der wackere Mann war aufs äusserste bestürzt, als er unsere ganze Arbeit so gefährdet sah. Er schlug vor, sofort zum Grossadmiral von Köster nach Kiel zu fahren und ihm das Führungsamt zu anzutragen. Obwohl ich seine Ablehnung vorhersah, war ich damit einverstanden, diesen Rettungsversuch nicht zu unterlassen.

In meinem Innern habe ich mir das Verhalten des vorher so kampfentschlossenen Herzogs Johann Albrecht nur so erklären können, dass ihm nach seiner Zusage erst ganz klar geworden war, dass der Kampf des „Deutschen Volksrats“ gegen Bethmann Hollweg nach den gemachten Erfahrungen vom Kaiser als ein Kampf gegen ihn selbst betrachtet werden, und dass also er, der Herzog, damit in unmittelbaren Gegensatz zu dem Reichsoberhaupt geraten würde. Wir wussten, dass dies kein regierender Fürst wagen wollte. Wie sollte es dann, vor die höfischen Folgen einer solchen Auflehnung gestellt, der Her-

zog wagen, der seit Beendigung seiner Braunschweiger Regentschaft wieder einfacher Prinz seines Hauses geworden war!<sup>277</sup>

Was ich vom Grossadmiral *von Köster* erwartet hatte, traf ein. Grapow kehrte mit seiner entschiedenen Absage zurück. Ihre Begründung war sehr einfach. Was der Herzog von Mecklenburg als für ihn unmöglich erkannt habe, könne er als alter Offizier noch weniger unternehmen. Vom Herzog gedeckt, habe der Flottenverein mitmachen können. Ohne ihn müsse er nicht nur sich selbst zurückziehen, sondern auch für seinen Verein den Rücktritt erklären.<sup>278</sup>

So standen wir nun da: das mit nicht allzu grossen Hoffnungen begonnene Werk war zertrümmert. Denn was nun noch werden konnte, war Stückwerk und für die Zwecke kaum tauglich, für die ich es bestimmt hatte. Freilich sollte die Flinte nicht ins Korn geworfen werden, wenn ich auch zu meiner festbegründeten Absicht zurückkehrte: besser der Alldeutsche Verband allein und unabhängig von zweifelhaften Bundesgenossen, als in seinen Entschliessungen auch nur im geringsten von ihnen gehemmt. Gleichwohl galt es, nachdem die Vorbereitungen soweit gediehen waren, „das Gesicht zu wahren.“ Ich suchte nun auf anderem Wege, unter Verzicht auf den Flottenverein und die Kolonialgesellschaft, unser Ziel zu erreichen.

In dieser Absicht wandte ich mich zunächst an den Grossadmiral *von Tirpitz*<sup>279</sup>, der seit dem Frühjahr 1916 verabschiedet war und sich den Sommer über auf seinem Besitze in St. Blasien aufhielt.<sup>280</sup> Es wird später im Zusammenhang zu schildern sein, wie infolge von Bethmann Hollwegs Politik nicht nur über das Kriegsziel, sondern auch über die Kriegführung die schwersten inneren Kämpfe entbrannt waren, was besonders für die Verwendung der Unterseeboote, den Einsatz der Hochseeflotte, der Zeppeline und der Bombengeschwader galt, und dass in diesen Auseinandersetzungen der Alldeutsche Verband der schärfste Vorkämpfer war.<sup>281</sup>

Seit seinem Rücktritt<sup>282</sup> lebte der Schöpfer der deutschen Flotte in grösster Zurückgezogenheit und verzehrte sich, wie durch seine Freunde bekannt

<sup>277</sup> Johann Albrecht zu Mecklenburg war von 1907–1913 Regent des Herzogtums Braunschweig. Siehe zu Johann Albrecht zu Mecklenburg auch Kapitel 1.4.

<sup>278</sup> Siehe zur Politik des Deutschen Flottenvereins vom Kriegausbruch bis zum Sommer 1916 auch Dziol: „Deutsche, werdet Mitglieder des Vaterlandes!“, S. 430–457.

<sup>279</sup> Alfred von Tirpitz (1849–1930), 1892–1895 Chef des Stabes des Oberkommandos der Marine, 1897–1916 Staatssekretär im Reichsmarineamt (Flottennovellen von 1898, 1900, 1906, 1908 und 1912), 1908–1918 Mitglied des Preussischen Herrenhauses, 1911 Großadmiral, 1916 Rücktritt als Staatssekretär, 1917 Mitbegründer der DVLV, 1924–1928 Mitglied des Reichstags für die DNVP, Ehrenvorsitzender der DNVP sowie des Vorstandes der Reichstagsfraktion.

<sup>280</sup> Alfred von Tirpitz besaß oberhalb von St. Blasien nahe der Todtmoser Landstraße auf dem Kalvarienberg in Baden im Schwarzwald ein kleines Sommerhaus. Ende 1927 zog Tirpitz in sein Haus in Feldafing am Starnberger See, das zum Juni 1928 vollständig bezugsfertig war. Siehe Alfred von Tirpitz an Ludwig Schemann, 14.2.1928, in BA-Freiburg, N 253, Bd. 263, Bl. 109.

<sup>281</sup> Siehe Kapitel 2.1.

<sup>282</sup> Alfred von Tirpitz reichte am 16.3.1916 seinen Abschied ein, nachdem im Großen Hauptquartier in seiner Abwesenheit beschlossen wurde, den Forderungen der USA nachzuge-

wurde, in der Sorge um Deutschland und um die Waffe, die er ihm mit der deutschen Flotte in die Hand gegeben hatte.

Bis zum Sommer des Jahres 1916 hatte ich keinerlei persönliche Beziehungen zu dem Grossadmiral gehabt, wohl aber waren gelegentlich Briefe zwischen uns gewechselt worden. Nun liess er mich von St. Blasien aus wissen, dass er gern bereit sei, mich zu empfangen, wenn ich den Wunsch nach einer Aussprache hätte. Man kann sich denken, dass ich die Gelegenheit gern ergriff, den berühmten Mann kennenzulernen und mit ihm über mein besonderes Anliegen zu sprechen.

Mein Besuch wurde für den 1.8.1916 verabredet.<sup>283</sup> Ich fuhr also nach St. Blasien, wo mich ein Angehöriger des Grossadmirals erwartete und alsbald zu ihm geleitete.<sup>284</sup> Dieser empfing mich in seinem zu ebener Erde gelegenen Arbeitszimmer und gab seiner Freude Ausdruck, mich kennenzulernen, während ich ihm den Dank des Alldeutschen Verbandes für seine ungeheure Lebensleistung aussprach, nicht minder dessen Bedauern über sein Ausscheiden aus dem Dienst und die Empörung über die Behandlung, die man ihm hatte angedeihen lassen.

Der Grossadmiral schilderte mir kurz die mir schon bekannte Entwicklung des Gegensatzes zwischen ihm und Bethmann Hollweg und die Art, wie man ihn des Einflusses auf die Seekriegführung beraubt hatte. Gleichwohl habe er es für seine Pflicht gehalten, im Dienst auszuharren, schliesslich aber doch erkannt, dass er dies in Ehren nicht mehr tun könne. Nun sitze er im Schwarzwald und sei auf die Nachrichten angewiesen, die von befreundeten Seeoffizieren an ihn gelangten. Das Gespräch kam dabei auf die Schlacht vor dem Skagerrak<sup>285</sup>, und ich berührte die Fügung, dass er dieses ungeheure Ereignis nicht mehr im Dienste erlebt habe, das seine Schöpfung so herrlich gerechtfertigt habe. Der Grossadmiral nahm dies mit einer verständlichen Entsagung entgegen.

---

ben und den U-Bootkrieg zunächst als Kreuzerkrieg zu führen. Wilhelm II. missbilligte einen wohl von Tirpitz inspirierten Artikel von Ernst Graf zu Reventlow in der Deutschen Tageszeitung („Politik und Krieg“), worauf Tirpitz mit Krankmeldung und schliesslich mit Rücktritt antwortete. Zu einer symbolischen „Versöhnung“ kam es erst mit dem Glückwunschtelegramm Wilhelm II. an Tirpitz zu seinem 80. Geburtstag am 19.3.1929. Dresdner Nachrichten 19.3.1929 und Dresdner Neueste Nachrichten 20.3.1929. Siehe auch die abschlägige Erklärung zu Verbindungen zu Tirpitz während des Krieges von Ernst Graf zu Reventlow an die Deutsche Tageszeitung, 29.11.1919, in Tirpitz: Deutsche Ohnmachtspolitik, S. 630–631.

<sup>283</sup> Siehe Haus Tirpitz (St. Blasien) an Claß, 28.7.1916 und 9.8.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 200, Bl. 247–248 und 289.

<sup>284</sup> Gemeint ist der Schwiegersohn Ulrich von Hassel.

<sup>285</sup> Die Schlacht am Skagerrak vor Jütland zwischen der deutschen Hochseeflotte und der Grand Fleet der britischen Royal Navy vom 31.5.–1.6.1916 brachte der deutschen Marine gegenüber der zahlenmäßig überlegenen britischen Flotte einen Durchbruch durch britische Formationen sowie einen anschließenden Rückzug, jedoch konnte der Krieg um die Seeblockade bis Kriegsende auch aufgrund der Umgehung einer Entscheidungsschlacht nicht gewonnen werden. Siehe Epkenhans/Hillmann/Nägler: Skagerrak Schlacht, Wolz: Und wir verrosten im Hafen und Stegemann: Die deutsche Marinepolitik.

Ich suchte mir nun Gewissheit zu verschaffen über die so oft gehörte Behauptung, dass im [D]eutschen Reiche fast gar keine Zusammenarbeit zwischen der obersten politischen Leitung, dem Auswärtigen Amt, dem Generalstab und dem Admiralstab vorhanden gewesen sei. Für mich lag es nahe, dabei an Marokko anzuknüpfen und an die Nachricht, die ich von wohlunterrichteten Freunden hatte, dass vor der Entsendung des „Panthers“ keinerlei Fühlung zwischen den massgebenden Stellen genommen worden sei.<sup>286</sup> Tirpitz bestätigte mir, dass weder der Reichskanzler noch Kiderlen-Waechter<sup>287</sup> das Bedürfnis gehabt hätten, mit ihm über die beabsichtigte Unternehmung zu reden, und er glaubte zu wissen, dass dies auch dem Generalstab gegenüber nicht geschehen sei. Als ich ihm sagte, dass selbst Herr *von Lindequist*<sup>288</sup> als Staatssekretär des Reichs-Kolonialamts nicht zu Rate gezogen worden sei, ergab sich, dass ihm diese Tatsache schon bekannt war. Ich hörte also hier von einem der wichtigsten Zeugen jener Zeit, dass der nach meiner Überzeugung unbedingt erforderliche Zusammenhang und stetige Gedankenaustausch zwischen den Stellen, die für die auswärtige Politik und die Landesverteidigung in Betracht kamen, nicht vorhanden war. Als ich betonte, dass jeder politisch Denkende doch angenommen habe, dass eine so selbstverständliche Zusammenarbeit bestehe, und dass die massgebenden Herren sich in regelmässigen Abständen besprächen, meinte der Grossadmiral, dies wäre allerdings das Richtige gewesen und schloss mit einem vielsagenden: „Aber –“.

Nun brachte ich die Rede auf mein Anliegen. Ich schilderte dem Grossadmiral die Vorbereitung und den Verlauf des Unternehmens, das mit dem Herzog Johann Albrecht in die Wege geleitet worden war, und bat ihn dringend, an dessen Stelle die Führung zu übernehmen. Dabei stellte ich ihm die Gefahr vor Augen, dass die Sache so gut wie sicher im Sande verlaufen werde, wenn nicht ein Mann von seinem Ansehen und seiner Erfahrung an die Spitze trete.

<sup>286</sup> Claß: Wider den Strom, S. 202–228 und Peters: Der Alldeutsche Verband, S. 111–139.

<sup>287</sup> Alfred von Kiderlen-Waechter (1852–1912), 1877 Eintritt in den diplomatischen Dienst u. a. in Kopenhagen, Sankt Petersburg und Paris, 1886 Legationsrat in Konstantinopel, 1888 Vortragender Rat im Auswärtigen Amt, 1894–1895 preußischer Gesandter bei den Hansestädten in Hamburg, 1898–1908 Gesandter in Bukarest, 1908–1910 Stellvertretender Staatssekretär im Auswärtigen Amtes, 1910–1912 Leiter des Auswärtigen Amtes.

<sup>288</sup> Friedrich von Lindequist (1862–1945), 1892 Regierungsassessor in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes, 1893 Leiter des Regionalbüros Windhoek in Deutsch-Südwestafrika, 1895 Regierungsrat und Vertreter des Gouverneurs Theodor Leutwein 1900–1902 Verwaltungschef des Generalkonsulats in Kapstadt, 1905–1907 Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika (genozidaler Krieg gegen die Herero und Nama 1904–1908), 1907 Unterstaatssekretär und 1910–1911 Staatssekretär des Reichskolonialamtes, im Ersten Weltkrieg Generaldelegierter Ost zur Gründung deutscher Siedlungskolonien in Transkaukasien, 1914–1933 stellvertretender Vorsitzender der DKG, 1916 Mitglied des UADF, 1917 Mitbegründer der DVL, 1919 Gründungsmitglied des Nationalen Klubs, 1920–1934 Präsident des Deutschen Flottenvereins/Deutscher Seeverein, Mitglied des Südafrika-Ausschusses der Deutschen Akademie München, im Nationalsozialismus Mitglied des Kolonialrats des Reichskolonialbundes und Vorsitzender der Generalreferenten des Kolonialpolitischen Amtes.

Der Grossadmiral erhob zwei Einwände gegen meine Ausführungen. Zunächst erklärte er, es widerspreche der alten Überlieferung der preussischen Offiziere, sich nach ihrer Versetzung in den Ruhestand politisch führend zu betätigen. Er sei in dieser Überlieferung gross geworden und halte an ihr fest. Dies sei an und für sich schon entscheidend, für ihn aber komme noch weiter hinzu, dass der „Volksrat“, von dem ich gesprochen hätte, doch in schärfster Kampfstellung gegen Bethmann Hollweg stehen werde; da dürfe er sich nicht dem Anschein aussetzen, als wolle er nun nach seiner Verabschiedung seine Rache an dem Kanzler nehmen.

Diese Erklärungen waren so bestimmt, dass ich mich damit abfinden musste und keinen Versuch machte, den Grossadmiral umzustimmen. Mein Geschäft war damit beendet. Als ich mich erhob, sagte mir Tirpitz noch anerkennende Worte für das Verständnis, das seine Tätigkeit stets beim Alldeutschen Verbands gefunden habe, und sprach die Hoffnung aus, dass wir nun in ständiger Verbindung bleiben möchten.

So war auch dieser Versuch gescheitert.<sup>289</sup> Damit stand für mich fest, dass, wenn überhaupt etwas zustande kam, höchstens eine engere Fühlung zwischen den nationalpolitischen Verbänden und Vereinen denkbar war, und auch diese nur ohne den Flottenverein und die Kolonialgesellschaft. Lohnte es sich der Mühe, so etwas noch zu versuchen? Stand die Arbeit, die damit verbunden war, auch nur einigermaßen im Verhältnis zu dem erreichbaren Erfolg? War es nicht richtiger, dass der Alldeutsche Verband für sich alleine blieb, seine bisherige Arbeitsweise fortsetzte und zu seinen politischen Zwecken die Beziehungen ausnutzte, die er zu den grossen wirtschaftlichen Verbänden und zu den Führern der nationalen Parteien gewonnen und ausgebaut hatte?<sup>290</sup>

Da indes die nationalen Verbände und Vereine überall im Lande nun einmal mit der Sache befasst waren und über den bisherigen Verlauf unserer Bemühungen unterrichtet werden mussten, so entschloss ich mich, ihnen durch

---

<sup>289</sup> Claß blieb nach dem ersten Treffen skeptisch gegenüber der politischen Zuverlässigkeit von Alfred von Tirpitz für die eigenen politischen Ziele. Bereits im Frühjahr 1916 warnte Claß „vor einer Ueberschätzung von Tirpitz' „staatsmännischer Bedeutung“, schließlich habe Tirpitz selbst nie den Weg zu den nationalen Verbänden gefunden, würde auf außenpolitischem Gebiet „über einen gewissen Dilettantismus nicht hinaus“ kommen, innenpolitisch als Kanzler „niemals in Frage kommen“ und genauso „gefährlich“ wie Theobald von Bethmann Hollweg sein. Nicht zuletzt sei man im Reichsmarineamt auch nicht immer unglücklich darüber, dass mit Tirpitz' Abgang „ein gewisser bürokratischer Zug aus der Marine verschwinden werde.“ Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 25.3.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 104, Bl. 22.

<sup>290</sup> Claß bezieht sich hier vor allem auf Ernst Bassermann von der DkP sowie auf den Einfluss des ADV, der vor allem durch Alfred Hugenberg, Emil Kirdorf und Claß bei der Ausarbeitung der Eingabe der sechs Wirtschaftsverbände vom 10.3.1915 verstärkt wurde. Claß zur Eingabe der Wirtschaftsverbände: „Die Sache ist von uns gemacht worden – aber mehr wie das, die Verbände haben auch eine gemeinsame Denkschrift an den Reichskanzler geschickt, in der sie die Kriegsziele aufstellen und vertreten, die von uns verfochten werden – einen eigentlich ungläublichen Erfolg, der die Nervosität der Regierenden in der Kriegszielfrage klar macht.“ Claß an Johann Neumann, 18.3.1915, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 199, Bl. 64.

Admiral von Grapow in einem Rundschreiben sagen zu lassen, dass und weshalb der Herzog Johann Albrecht nachträglich abgelehnt habe, und dass auch die Grossadmirale von Köster und von Tirpitz nicht bereit seien, sich an unsere Spitze zu stellen. Ich liess zu einer Besprechung auf Anfang September 1916 einladen, damit alle beteiligten Vereinigungen nicht das Gefühl bekämen, zwecklos in Bewegung gesetzt und dann aufgegeben worden zu sein.

Weil ich mich auch weiterhin zurückhalten wollte, bat ich *Dietrich Schäfer* nicht nur als Ältesten, sondern auch als Vorsitzenden des inzwischen zu eifriger Tätigkeit gediehenen „*Unabhängigen Ausschuss für einen deutschen Frieden*“<sup>291</sup>, hierbei den Vorsitz zu führen. Ich hatte dabei die Absicht, wenigstens in Berlin die uns nahestehenden Verbände und Vereine zusammenzuhalten. Der treffliche Mann war dazu bereit; ja er sagte zu, wenn es in Berlin zu einem Zusammenschluss komme, auch die Leitung dieser Vereinigung zu übernehmen. Stand ihm doch sein getreuer Helfer, *Professor Stahlberg*<sup>292</sup>, zur Seite.

In jener Sitzung kam es zu recht scharfen Anklagen wider die grossmächtigen Leute der ganz grossen Verbände. Sie wurden beschuldigt, nicht das notwendige Mass vaterländischen Geistes aufzubringen, um sich in die gemeinsame Front nutzbringend einzuordnen. Aber was half das alles? Die gegebenen Tatsachen konnten weder durch Vorwürfe noch durch Wünsche geändert werden.

Da ich bemerkte, dass von den Verbänden draussen im Lande nur wenige vertreten waren, hielt ich es für richtig, dem grausamen Spiel ein Ende zu machen, und schlug vor, sich für den „*Verband der Verbände*“ auf Berlin zu beschränken, die Berliner Leitung aber damit zu beauftragen, mit jeder ausserhalb Berlins ansässigen nationalen Gruppe so enge Fühlung zu halten, wie sie von dort gewünscht würde. Demgemäss wurde beschlossen, und Dietrich Schäfer zum Leiter gewählt.<sup>293</sup>

<sup>291</sup> Der UADF trat im Juli 1916 an die Öffentlichkeit und wurde seit dem Sommer 1915 von Dietrich Schäfer geleitet. Kurz nach Gründung zählte der Ausschuss nach Eigenangaben 150.000 Mitglieder. Der Ausschuss setzte sich wesentlich aus den Anhängern und Initiatoren der „Intellektuellen-Eingabe“ vom 8.7.1915 wie Max von Gruber, Eduard Mayer, Walter Stahlberg oder Wolfgang Kapp zusammen. Ackermann: Die Geburt des modernen Propagandakrieges, S. 166–207, Hagenlücke: Deutsche Vaterlandspartei, S. 73–89 und Bruendel: Volksgemeinschaft, S. 144–149.

<sup>292</sup> Walter Stahlberg (1863–1951), Professor und Kustos des Instituts und Museums für Meereskunde an der Universität Berlin, Sekretär des von Dietrich Schäfer 1916 gegründeten UADF, 1917–1918 führendes Mitglied der DVLP.

<sup>293</sup> Dietrich Schäfer geriet im Zuge der Kriegsziieldenkschrift von Claß Anfang 1915 in scharfen Widerspruch zum Verbandsvorsitzenden, da Schäfer dessen Annexionsforderungen vor allem in Bezug auf Polen kritisierte und den der Forderung „Land frei von Menschen“ zugrunde liegenden völkischen Kulturbegriff wegen der herabsetzenden Diffamierung vor allem der Polen ablehnte. Schäfer wollte deshalb aus dem ADV austreten und konnte durch Claß aber davon abgehalten werden. Schäfer war generell der Meinung, dass er, trotz seiner borussianisch-nationalistischen Geschichtsschreibung, „persönlich auch inbezug auf die Rassenfrage Ansichten“ vertrat, die „vielfach im Verein nicht geteilt werden.“ Dietrich Schäfer an Leopold von Vietinghoff-Scheel, 3.9.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 202, Bl. 559. Schäfer verstärkte schließlich seine eigenen Aktivitäten mit der Gründung des



Dies war das Ende des grossgedachten „Deutschen Volksrats“. Wie viel Mühe hatten wir auf das Unternehmen verwendet – vergeblich, ganz vergeblich!<sup>294</sup> Es hatte sich bei alledem gezeigt, wie sehr der Gedanke der nationalen Opposition noch in seinen Anfängen stak, ja, dass er richtig nur im Alldeutschen Verbände erfasst und vertreten wurde. Mochten die der geltenden Rangordnung nach Höchststehenden versagen: um so rühmender war das Verhalten des greisen Dietrich Schäfer, der wegen seiner Tätigkeit an der Spitze des Unabhängigen Ausschusses noch ganz anderen Verfolgungen ausgesetzt war als seinerzeit ich.<sup>295</sup> Es war wirklich eine Schande, wie man den grossen Gelehrten zu behandeln wagte. Hier muss weniger die Sorge um Deutschland bei den Behörden mitgespielt haben, als der Hass gegen den unabhängigen Mann. Ich weiss es heute nicht mehr genau, wie viele Haussuchungen Schäfer sich gefallen lassen musste, sowohl in seiner Wohnung<sup>296</sup> als auch auf der Geschäftsstelle des Unabhängigen Ausschusses.<sup>297</sup> Aber es war ungeheuerlich, was man sich ihm gegenüber an boshafter Engstirnigkeit leistete. Der tapfere Friese aber hielt im Kampfe aus. Wie sprühten seine Augen, wenn der sonst so ruhige Mann mit schärfsten Worten von Bethmann und seiner Bürokratie sprach. Dieser Gültige hatte hassen und verachten gelernt; und er tat beides mit seiner jung gebliebenen Seele gründlich. Ihn focht es auch nicht an, dass die zusammengeschlossenen nationalen Verbände nichts Wesentliches

---

UADF, der im September 1917 für zahlreiche Landesverbände der neu zu gründenden DVLP die infrastrukturelle Basis bildete. Siehe zum Konflikt auch Claß: Wider den Strom, S. 361–365.

<sup>294</sup> Zu welchem Zeitpunkt das Ende dieses Volksrats sichtbar wurde, bleibt unklar. Im Frühjahr 1917 verdichteten sich Claß' Initiativen für die Zusammenfassung nationaler Verbände in einer Vereinigung der nationalen Verbände, für dessen Vorsitz er Johann Albrecht zu Mecklenburg vorsah. Auch Konstantin von Gebattel sah in dem geplanten Volksrat zur „Zusammenfassung aller völkischen Verbände“ eines „der dringendsten Gebote der Zeit“, hatte jedoch beschränkte Hoffnungen auf ein Gelingen. Denkschrift Claß an Johann Albrecht zu Mecklenburg, April 1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 598, Bl. 1–4, Claß an Johann Albrecht zu Mecklenburg, o.D. [vermutlich April 1917], in ebd., N 2089, Bd. 6, Bl. 408–414, Vortrag Johann Albrecht zu Mecklenburg für die Gründung einer Vereinigung der nationalen Verbände, 11.5.1917, in ebd., Bd. 6, Bl. 416–419 und Konstantin von Gebattel an Claß, 24.4.1917, in ebd., Bd. 4, Bl. 194–195. Zitat ebd., Bl. 194. Claß hoffte im Mai 1917 auf eine Führung durch Johann Albrecht zu Mecklenburg und baldige Gespräche mit Max von Grapow vom ADV, die am 10. und 11.5.1917 stattfanden und zu weiteren Gesprächen auch mit Claß am 16.5.1917 führten. Claß an Konstantin von Gebattel, 10.5.1917, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 4, Bl. 243 und Max von Grapow an Konstantin von Gebattel, 11.5.1917, in ebd., Bl. 251. Johann Albrecht zu Mecklenburg trat im Mai 1917 auch wieder dem ADV bei. Johann Albrecht Herzog zu Mecklenburg an N.N., 20.5.1917, in ebd., Bd. 6, Bl. 436–438.

<sup>295</sup> Der UADF wurde im Frühjahr 1916 gegründet, nahm im März 1916 vereinsrechtlichen Status an und blieb bis zum Juni/Juli 1916 ein lose gebündeltes Sammlungsgremium. Siehe auch Dietrich Schäfer an Erich von Falkenhayn, 25.1.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 455, Bl. 23 sowie auch Ackermann: Die Geburt des modernen Propagandakrieges, S. 166–180.

<sup>296</sup> Dietrich Schäfer wohnte in der Friedrichstraße 7 in Berlin-Steglitz.

<sup>297</sup> Die Geschäftsstelle des UADF befand sich zunächst in der Schellingstraße 4 und ab 1917 in der Wilhelmstraße 9 in Berlin.

leisteten. Umso entschlossener arbeitete er in seinem Verbandsverbande und half dem Alldeutschen Verbandsverbande, wo er konnte.

### 1.5. Kriegsminister von Stein

Die Bemühungen, das Reichsoberhaupt über die sichere Verderblichkeit der Bethmann'schen Politik aufzuklären und die Bundesfürsten zum Einschreiten zu bewegen, waren gescheitert.<sup>298</sup> Der Aufbau eines Deutschen Volksrats war durch das Versagen des Herzogs und die Ablehnung des Grossadmirals nicht gelungen.

Was nun? Wir durften den Kampf gegen den Reichskanzler nicht aufgeben, weil andere nicht mittun wollten. Je weiter das deutsche Schicksal abwärts zu gleiten drohte, um so stärker musste in unserem Kreis der Gedanke in den Vordergrund treten, Deutschland durch die Diktatur zu retten – durch die Militärdiktatur. So entstand der Plan, Generale von besonderem Ansehen für unsere Sache zu gewinnen. Unserem Berliner Kreise hatten sich verschiedene Offiziere angeschlossen, die im preussischen Kriegsministerium tätig waren. Sie waren von dem Kriegsminister *von Stein*<sup>299</sup> begeistert, der als erster Generalquartiermeister unter Moltke<sup>300</sup> mit ins Feld gezogen war, dann nach dessen Rücktritt das XIV. Reservekorps geführt hatte und nun bald nach der Berufung von Hindenburg und Ludendorff an die Spitze der Obersten Heeresleitung an Stelle des Generals Wild von Hohenborn<sup>301</sup> zum Kriegsminister ernannt worden war.<sup>302</sup> Diese unsere militärischen Gesinnungsgenossen meinten, dass

<sup>298</sup> Claß beschwor beim alldeutschen Verbandstag im März 1916, dass der ADV „am Ende die treuesten Verteidiger der monarchischen Einrichtung seien.“ Er verwies auf das Bildnis des Kronprinzen, das im Sitzungssaal des Gasthofs Esplanade in Berlin an der Wand hing, und hoffte darauf, dass der künftige Kaiser „das Steuer herumwerfen werde, ehe es zu spät sei.“ Bemühungen bei den Bundesfürsten seien jedoch erfolglos geblieben. Die „Fürsten versteckten sich hinter dem Reichstage, und der Reichstag hinter den Bundesfürsten.“ Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 25.3.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 104, Bl. 16.

<sup>299</sup> Hermann von Stein (1854–1927), 1914 Generalquartiermeister im Generalstab des Feldheeres, 1914 Kommandierender General des XIV. Reserve-Korps, 1916 General der Artillerie, Oktober 1916 – Oktober 1918 preußischer Kriegsminister, 1918 Rücktritt.

<sup>300</sup> Helmuth von Moltke (1848–1916), 1882 Adjutant seines Onkels Helmuth von Moltke (1800–1891) als Chef des Generalstabes, 1904 Generalquartiermeister, 1906–1914 Chef des Großen Generalstabes als Nachfolger von Alfred von Schlieffen, 1914 Generaloberst, September 1914 u. a. nach Nervenzusammenbruch Rücktritt.

<sup>301</sup> Adolf Wild von Hohenborn (1860–1925), 1914 Stellvertretender Kriegsminister, Kommandeur der 30. Division, Chef des Generalstabes der 8. Armee und schließlich Generalquartiermeister beim Generalstab, 1915–1916 preußischer Kriegsminister, 11. Oktober 1916 antisemitischer Erlass zur „Judenanzahl“ im preußischen Heer, 1916 Entlassung, Kommandierender General des XVI. Armeekorps, 1919 Ausscheiden aus der Armee.

<sup>302</sup> Adolf Wild von Hohenborn wurde am 29.10.1916 durch Hermann von Stein als preußischer Kriegsminister ersetzt. Steins Amtsübernahme (bis zum 9.10.1918) fiel mit der forcierten Organisation der totalen Kriegsführung ab November/Dezember 1916 (Hindenburg-Programm) zusammen, die eine verstärkte Ausbalancierung der industriellen Interessen gegen die zunehmende Anerkennung der Gewerkschaften und der staatlichen Interventionen

Stein auf unserem Boden stehe, und dass er ein Mann von äusserster Tatkraft und Entschlossenheit sei. Ja, sie trauten ihm zu, dass er selbst das Zeug zum Diktator habe. Diese Herren trugen ihre Gedanken dem Direktor des Unterkunfts-Departments<sup>303</sup>, *General Friedrich*<sup>304</sup>, vor und vermochten ihn dazu, dem Minister vorzuschlagen, mich zu einer Besprechung einzuladen, um ihn den Zustand des öffentlichen Lebens in Deutschland zu schildern. Der Minister ging darauf ein, und so wurde mir in seinem Auftrag von einem der Herren die Einladung überbracht. Die Unterredung fand noch in der ersten Novemberhälfte des Jahres 1916 statt.<sup>305</sup> Vor ihrem Beginn hatte ich noch einige Zeit im Vorzimmer zu warten und erfuhr dort, welche überschwängliche Hoffnungen unsere Freunde an meinen Besuch knüpften.

Als ich vor den Minister trat, sah ich mich einer stattlichen Soldatenerrscheinung gegenüber, die auf jedermann Eindruck machen musste. Der General sprach den Wunsch aus, von mir zu hören, wie ich den inneren Zustands Deutschlands ansehe, und gab mi[r] damit die Gelegenheit, meine Auffassung rückhaltlos darzulegen. Im Laufe meines Berichts sprach ich die Überzeugung aus, dass nach der Entwicklung der Dinge seit Kriegsbeginn unser Volk führerlos dastehe, und dass in immer stärkerer Masse die politische Macht an den Reichstag übergegangen sei, in dem die – nach Bismarcks Wort – „reichsfeindlichen“ Parteien den grössten Einfluss hätten.<sup>306</sup> Den Gefahren, die daran lä-

---

nen in die Wirtschaft sowie die verstärkte politische Forderung nach Parlamentarisierung der Mehrheitsparteien im Reichstag ab 1917 herausforderte.

<sup>303</sup> Gemeint ist die Unterkunftsverwaltung im Armeeverwaltungsdepartment im preussischen Kriegsministerium, die mit Kabinettsordre vom 27. Mai 1914 als Unterkunftsdepartment als eine von sieben Unterbehörden des Kriegsministeriums arbeitete.

<sup>304</sup> Emil von Friedrich (gestorben 1918), General, Direktor des Unterkunftsdepartments im preussischen Kriegsministerium und verantwortlich für Angelegenheiten die Kriegsgefangenen betreffend.

<sup>305</sup> Das genaue Datum des Treffens bleibt unklar. Claß war jedoch am 11.11.1916 „im Begriffe“, nach Berlin abzureisen. Leopold von Vietinghoff-Scheel an Andreas Gildemeister, 11.11.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 201, Bl. 145. Claß kehrte aus Berlin am Vormittag des 14.11.1916 zurück nach Mainz. Geschäftsstelle des ADV an Pastor Haas (Remscheid), 14.11.1916, in ebd., Bl. 149.

<sup>306</sup> Den Begriff der „Reichsfeinde“ bezog Otto von Bismarck v. a. auf Sozialdemokraten (Sozialistengesetz 1878–1890), Katholiken („Kulturkampf“ 1871–1878) und Polen (u. a. „Germanisierungspolitik“). Der ADV sah sich als Gralshüter der Politik Otto von Bismarcks, der 1895 die Ehrenmitgliedschaft des Verbandes annahm. Über eine Umwandlung des Alldeutschen Verbandes in eine Bismarck-Partei wurde ebenfalls 1893 besprochen, die jedoch u. a. von Ernst Hasse abgelehnt wurde. Siehe auch Einträge „Karl v. d. Heydt“ und „Schroeder-Poggelow“, 24.2.1893, in Friedrichsruher Gästebücher 1890–1895, in Archiv Otto von Bismarck-Stiftung Friedrichsruh, Bestand A, Bd. 35, Bl. 96, Aufruf Karl von der Heydt und Dr. Schroeder-Poggelow, 23.1.1893 zur „Nationalpartei“, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 3, Bl. 10 und 11–12 sowie Stegmann: Between Economic Interests and Radical Nationalism. Bereits vier Jahre nach Bismarcks Tod (1898) organisierte die Hamburger Ortsgruppe des ADV die erste Bismarck-Feier im Mausoleum in Friedrichsruh, nachdem Pastor Reuß enge Kontakte zur Bismarck-Familie geknüpft hatte. Die Hamburger Ortsgruppe hatte zunächst ein eigenes Privileg für solche Feiern in Friedrichsruh, bis dann 1906 das Bismarck-Denkmal in Hamburg den Bismarck-Mythos der breiteren Öffentlichkeit einen *locus classicus* gab. Siehe auch Schilling: „Distanz halten“, S. 36. Zum 100. Geburtstag Bismarcks am 1.4.1915 wollte Claß keine große Feier durch den ADV organisieren, sondern vielmehr die

gen, könnte, so fuhr ich fort, nur durch die Aufrichtung der Diktatur entgegen gewirkt werden. Für meine Freunde und mich sei es klar, dass im Kriege nur ein General Inhaber dieser obersten verantwortlichen Stelle sein könne.

Hier unterbrach mich der Minister mit den Worten: „Wenn Sie dabei an mich denken, so sage ich Ihnen, dass ich für ein solches Amt nicht in Frage komme. Ich habe mich nie um Politik gekümmert. Und kann mich auch heute nicht darum kümmern. Meine Aufgabe ist es, alles zu tun, dass wir den Krieg gewinnen. Ich habe damit alle Hände voll zu tun, so dass ich mich mit Politik nicht abgeben kann.“ Ich erwiderte, dass schliesslich alles, was er in diesem Hause tue, Politik sei, und dass er, gerade wenn er seine Kraft daransetze, den Krieg zu gewinnen, nicht durchkomme, ohne Politik im eigentlichsten Sinne zu treiben.

Als Stein dabei verharrete, dass der Kriegsminister ganz andere Aufgaben habe, warf ich ein, dass sein grosser Vorgänger Roon sein Amt zweifellos als politisches aufgefasst und geführt, ja dass er entscheidend in die politische Entwicklung eingegriffen habe.<sup>307</sup> Ich bat ihn, zu bedenken, dass der Krieg nicht gewonnen werden könne, wenn in der Heimat der politische Verfall weitergehe. Stein blieb aber dabei, dass er nichts anderes zu tun habe, als seine Aufgaben als Kriegsminister zu erfüllen. Für andere Dinge habe er weder Zeit noch Eignung. „Im übrigen“, fuhr er fort, „lasse ich es dahingestellt, ob Ihre Meinung von der Notwendigkeit der Militärdiktatur richtig ist. Aber selbst wenn sie es ist, muss ich Ihnen sagen, dass ich keinen preussischen General kenne, der Diktator werden könnte. Ich glaube so ziemlich die ganze Generalität zu kennen – aber ich sehe keinen in ihr, der zum Diktator geeignet wäre. Wir haben unsere Soldatenpflicht getan und nie Politik getrieben.“

---

einzelnen Ortsgruppenmitglieder vor Ort Feiern in den Städten mitorganisieren sehen. So regte der ADV zur Feier des ehemaligen Reichskanzlers federführend eine Initiative zur Einrichtung einer Stiftung „Bismarckdank“ an, die als „Grundstock“ für eine Sammlungsbewegung für die Förderung des „Deutschtums im Ausland“ mit einem Jahresaufwand von 50.000 Mark eingerichtet werden sollte. Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 17.10.1913, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 91, Bl. 48 und Claß an Alfred Hugenberg, 20.5.1914 und 2.6.1914, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 10, Bl. 263 und 269 sowie die Satzungsentwürfe ebd., Bl. 271–278. Der Kriegausbruch 1914 verhinderte die Durchführung. Siehe Rundschreiben des Geschäftsführenden Ausschusses des Bismarckdanks, Juli 1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 626, Bl. 226. Dem Geschäftsführenden Ausschuss zur Errichtung des Bismarck-Dankes gehörten zunächst an: Dr. Arning, Friedrich von Bernhardt, Hugo Böttger, Alfred Breusing, Generalintendant Dr. A. Bürklin, Claß, Karl Deichmann, Konstantin von Gebattel, Karl Ferdinand von Grumme-Douglas, Karl von der Heydt, Freiherr von Heyl zu Herrnsheim, Emil Kirdorf, Karl Klingemann, Geheimer Rat Dr. Mehnert, Johann Neumann, Wilhelm Freiherr von Pechmann, Heinrich Pohl, Dietrich Schäfer, Hugo Stinnes, Professor W. Tafel, Konrad von Wangenheim und Rittergutsbesitzer H. aus dem Winkel. Siehe Aufstellung, o.D., in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 10, Bl. 252.

<sup>307</sup> Albrecht Graf von Roon (1803–1879), 1836 Hauptmann im Großen Generalstab, 1849 Niederschlagung der Revolution in der Pfalz und in Baden, 1859 Kriegsminister, 1861 Marineminister, 1859–1860 und 1863–1870 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses (Kampf für die Heeresreform gegen die liberale Opposition), 1872 lebenslanges Mitglied des Preußischen Herrenhauses, 1873 kurzzeitig preußischer Ministerpräsident, Generalfeldmarschall, 1873 Abschied.

Ich erkannte, dass ich bei dem Minister angesichts dieser Einstellung nichts erreichen würde, und verliess den Gegenstand, um das Gespräch nicht etwa unfreundlich enden zu lassen. Ich stellte nun einige Fragen in Bezug auf die Möglichkeit, unsere Leistungen im Kriege zu steigern und erhielt hierauf durchaus zuversichtliche Antworten. Als ich mich empfahl, sagte der Minister, dass er die Verbindung aufrechterhalten möchte; er stehe mir immer zur Verfügung, wenn ich etwas auf dem Herzen hätte.

So endete diese Unterhaltung äusserlich durchaus freundlich. Für mich aber war es klar, dass unsere militärischen Freunde im Ministerium sich gründlich über ihren neuen Minister geirrt hatten. Wahrhaftig, er hatte recht, wenn er sich als unpolitisch bezeichnet und gemeint hatte, dass er jedenfalls zum Diktator nicht geeignet sei. Ich hatte, seitdem mir sein Name genannt worden war, immer gezweifelt, ob er zu grossem Tun geeignet sei. Denn ich hatte mir gesagt, dass er, als der erste Chef des Generalstabes *Generaloberst von Moltke* während und nach der Marneschlacht so schwer versagt hatte, sein Stellvertreter, der Erste *Generalquartiermeister von Stein*[,] nichts getan hatte, um die Fehler und Versäumnisse seines Chefs gutzumachen. Ich fragte mich, woher sollte ein Mann, der auf seinem eigensten Gebiete sich so entschliesslos gezeigt hatte, die Eigenschaften nehmen, um die politische Führung auszuüben? Bei meinem Rückweg traf ich unsere Freunde noch wartend im Vorraum. Sie sprangen auf, als ich eintrat, und auf ihren Mienen war erwartungsvolle Spannung zu lesen. Noch ehe einer von ihnen ein Wort gesagt hatte, sagte ich mit einer Bewegung meiner rechten Hand: „*Lasst alle Hoffnung fahren*“. Ich glaube, ich habe in meinem Leben niemals Menschen gesehen, die eine grössere Enttäuschung zeigten, als jene drei Gesinnungsgenossen.<sup>308</sup> Sie bestürmten mich mit Fragen „Wieso?“[,] „Um Gottes Willen“ usw. Ich lehnte es aber ab, hier mehr zu sagen und schlug vor, wir wollten uns am Abend irgendwo treffen.

Als ich das Haus<sup>309</sup> verliess, in dem ein *Roon* seine weltgeschichtlichen Taten verrichtet hatte, dem auch ein Mann wie der jüngere *Bronsdart von Schellendorf*<sup>310</sup> zur Zierde gereicht hatte, wurde mir ganz grausam klar, wie schwer es fallen würde, einen Mann zu finden, der Deutschland retten könnte und ihn, wenn er gefunden wäre, an die rechte Stelle zu bringen. So hart es mich ankam: die offene Erklärung Steins, dass er nicht das Zeug in sich fühle, den Diktator zu spielen, schien mir das Zeichen eines ehrenwerten und charaktervollen Mannes. Dass er aber gleichzeitig sagte, er kenne überhaupt keinen

---

<sup>308</sup> Die drei genannten anwesenden Alldeutschen bleiben unklar, jedoch nahm vermutlich Admiral Max von Grapow teil.

<sup>309</sup> Die Adresse des preussischen Kriegsministeriums war Leipziger Straße 5–7/Wilhelmstraße 81–85.

<sup>310</sup> Gemeint ist Paul Bronsdart von Schellendorff (1832–1891), 1861 Großer Generalstab, 1866 Generalstab des II. Armee-Korps, 1870–71 Abteilungschef im Generalstab des Großen Hauptquartieres, 1881 Generalleutnant, 1883–1889 preussischer Kriegsminister. Sein jüngerer Bruder Walther Bronsdart von Schellendorf (1833–1914) war 1893–1896 preussischer Kriegsminister.

preussischen General, der dieser Aufgabe gewachsen wäre, erschütterte mich doch, und am schlimmsten erschien es mir, dass der Kriegsminister, dessen Amt neben seiner selbstverständlichen Facharbeit Politik, Politik und nochmals Politik verlangte, seine ausgesprochene Abneigung hiergegen erklärte, als wenn ihm damit etwas Ungehöriges zugemutet würde.

Sollte es wirklich wahr sein, dass im preussischen Heer kein jüngerer, noch unverbrauchter General vorhanden wäre, fähig, das oberste Ministeramt auszuüben, wenn ihm die richtigen Berater zur Seite gestellt würden? Hatte ich nicht erfahren, wie viel politischen Instinkt, einen wie leidenschaftlichen politischen Willen *mein alter Freund Keim* entwickelt hatte?<sup>311</sup> Sollte es heute niemanden geben, der die gleichen Eigenschaften besäße und nur 10–12 Jahre jünger wäre, als er? Ja, dann müsste man den „Alten“ selbst volkstümlich zu machen und in den Vordergrund zu bringen suchen. So schweiften meine Gedanken nach Limburg, wo der Freund als Militärgouverneur sass. Dann wanderten sie weiter nach Pless, wo Ludendorff als Erster Generalquartiermeister tätig war: den Willen traute ich ihm zu, aber ich wusste ja nichts über seinen politischen Instinkt.

Am selben Abend traf ich mit meinen militärischen Freunden aus dem Kriegsministerium zusammen und erzählte ihnen so genau wie möglich, was ich um die Mittagszeit erlebt hatte. Sie waren verzweifelt und meinten, wenn ein so prächtiger Mann wie Stein nicht helfen könne, dann sei überhaupt alles verloren. Ich suchte sie damit zu beruhigen, dass wir ja endlich Hindenburg und Ludendorff in der Obersten Heeresleitung hätten: nach siegreicher Durchführung ihrer Aufgabe werde vielleicht Ludendorff für die grossen staatsmännischen Aufgaben reif geworden sein. Diese ermutigenden Sätze sagte ich eigentlich wider mein besseres Wissen, um den Herren einigen Trost zu gewähren. Ich wusste doch zu genau, dass von Rechts wegen in der Heimat, allein schon unter dem Gesichtspunkte der gesamten inneren Politik, die Volksernährung selbstverständlich eingeschlossen, im Augenblick, also *ohne jeden Verzug* eingegriffen werden musste, um zunehmenden Schaden abzuwenden; denn das deutsche Staatsschiff war wirklich steuerlos geworden.

Ich möchte hier bemerken, dass ich den Gedanken an die Diktatur eines Generals nicht auf d[er] Hoffnung aufbaute, dass man ein so vielseitiges Genie

<sup>311</sup> August Keim forderte ebenfalls an „der Spitze des Kriegsministeriums“ eine Persönlichkeit, die ein „politischer Kopf sein“ müsse, „denn alle grossen preussischen Kriegsminister, [Gerhard von] Scharnhorst, [Hermann von] Boyen, [Albrecht von] Roon, [Paul] Bronsart [von Schellendorff], waren auch politische Köpfe.“ August Keim an Erich Ludendorff, 20.9.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 406, Bl. 258–261. Zitat Bl. 259. Keim nannte Claß einen „engen Landsmann“. Ihre gemeinsame hessische Herkunft erleichterte private Verbindungen und auch während des Weltkrieges gesellige Besuche Keims bei Claß in Mainz. Keim: Erlebtes und Erstrebtes, S. 159–163. „Als trinkbarer Rheinhesse wird es Sie interessieren zu hören, dass vom Alkoholverbot an der Front nichts zu merken ist. Bis dahin kommen die hohen Herren nicht. Es wird nur Grogk [sic], Glühwein, Punsch, Rotwein, Schnaps in allen Tonarten getrunken, aber kein Tropfen Wasser. Der Gesundheitszustand des Regiments ist, wie mir Oberstleutnant [Ludwig] Freiherr von Preuschen, auch ein Hesse, erzählte, besser wie [sic] im Frieden.“ August Keim an Claß, 31.12.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 406, Bl. 166.

wie Cäsar<sup>312</sup>, Friedrich den Grossen<sup>313</sup> oder Napoleon<sup>314</sup> finden würde, dem die Vorsehung neben den seltenen Gaben des grossen Soldaten auch die noch selteneren des geborenen Staatsmannes in die Wiege gelegt hätte. Ich dachte mir die Sache vielmehr so, dass der General, der für das Amt des Diktators gefunden werde, das Haupt und Rückgrat der Regierung zu bilden habe, dem alle staatlichen Stellen und alle Menschen, die der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung dienten, zur Verfügung stehen sollten, und der gewissermassen das lebendige Wahrzeichen des staatlichen Ansehens wäre. Unter keinen Umständen sollte ihm ein Eingreifen in Angelegenheiten zugemutet werden, die ihm fremd wären. Für diese ganze ungeheure Facharbeit müssten ihm die am besten beruflich vorbereiteten und charaktervollsten Männer zur Seite gegeben werden. Es war also nicht so gedacht, wie man es manchmal dargestellt hat, dass neben dem General als Diktator etwa ein Major Aussenminister sein, einem anderen Offizier das Ernährungswesen anvertraut werden sollte usw. Die Berufsbeamtenschaft, die Industrie, die Landwirtschaft und die freien Berufe sollten vielmehr ihre bewährtesten Männer zur Mitarbeit hergeben, damit ein nach Wollen und Können machtvoller Mittelpunkt für die Regierung des in äusserster Not befindlichen Vaterlandes geschaffen würde.

Später werde ich zu berichten haben, welche Vorschläge ich fast genau ein Jahr nach meinem Besuche bei dem Kriegsminister von Stein dem *General Ludendorff* in Kreuznach unterbreitet habe.<sup>315</sup> Hier soll nur hervorgehoben werden, dass ich trotz meiner dauernden Beschäftigung mit diesem Gedanken niemals an mich selbst gedacht habe. Es war mir klar, dass die nun seit einem Jahrzehnt gegen mich betriebene Hetze der ganzen gegnerischen Presse, die auf Bülow<sup>316</sup> und seinen Helfer Hammann<sup>317</sup> zurückging, und die auch – bei den Zusammenhängen wohl verständlich – auf das Ausland überg[e]griffen hatte,

---

<sup>312</sup> Gaius Julius Caesar (100 v. Chr.–44 v. Chr.), 63 v. Chr. Pontifex Maximus, 60–53 v. Chr. Triumvirat mit Marcus Licinius Crassus (115–53 v. Chr.) und Gnaeus Pompeius Magnus (105–48 v. Chr.), 59 v. Chr. Konsul., 58–53 v. Chr. als Prokonsul nach Gallien, 45 v. Chr. Diktator auf Lebenszeit.

<sup>313</sup> Friedrich II. von Preußen (1712–1786), ab 1740 König von Preußen, ab 1772 König von Preußen und Kurfürst von Brandenburg.

<sup>314</sup> Napoleon I. (1769–1821), 1799–1804 Erster Konsul der Französischen Republik, 1804–1814 und 1815 Kaiser der Franzosen.

<sup>315</sup> Siehe Kapitel 2.9.

<sup>316</sup> Bernhard von Bülow (1849–1929), 1874–1893 im Auswärtigen Dienst als Diplomat in St. Petersburg, Wien, Rom, Athen, Paris und Bukarest, 1897–1900 Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1900–1909 Reichskanzler, 1909 Rücktritt als Reichskanzler nach Scheitern einer Finanzreformvorlage im Reichstag sowie der „Daily-Telegraph-Affäre“ (1908), 1914–1915 Sonderbotschafter in Rom, 1917 nach dem Rücktritt des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg scheiterten die Bemühungen der III. Obersten Heeresleitung, Bülow erneut als Reichskanzler zu ernennen.

<sup>317</sup> Otto Hammann (1852–1928), 1885–1894 im Literarischen Büro des preussischen Innenministeriums als Redakteur für die Neuesten Mitteilungen, ab 1894 Pressereferent im Auswärtigen Amt und persönlicher Pressereferent unter Chlodwig zu Hohenlohe Schillingsfürst, ab 1900 erweitertes Vortragsrecht bei Bernhard von Bülow, ab 1909 geringerer Einfluss unter Theobald von Bethmann Hollweg, 1915–1917 Direktor der Abteilung IV im Auswärtigen Amt, 1915 Stellvertretender Bevollmächtigter Preußens im Bundesrat, 1916

mich viel zu sehr als den verrufenen schwarzen Mann erscheinen liess, als dass ich ein wichtiges Amt, dessen Inhaber nicht von vornherein die öffentliche Meinung gegen sich haben durfte, hätte übernehmen können.

Man weiss aus dem, was am Anfang dieses Buches gesagt ist, dass ich bewusst und mit guten Gründen dem Staatsdienst ferngeblieben bin. Es stand seit jener frühen Zeit bei mir fest, dass ich meinen Dienst am Vaterlande als freier, unabhängiger Mann leisten wollte. Wenn ich hierbei einem Vorbild folgte, so war es am ehesten das des Franz Deák<sup>318</sup> – vom madjarischen Standpunkt aus gesehen –, der, ohne je ein öffentliches Amt bekleidet zu haben, der Schöpfer des neuen Ungarn geworden war. Freilich, freilich hatte er eine starke Partei hinter sich. Diese fehlte mir, und ich war deshalb auf den Versuch angewiesen, die Besten und Tapfersten im Lande für meine Anschauungen zu gewinnen. Ein schweres Stück Arbeit, das mehr Entsagung forderte, als man sich vielleicht vorstellen kann.

### [1.6. Die Generale Frhr. v. Vietinghoff u. v. Bernhardi]

Nicht lange nach meinem Erlebnis mit dem Kriegsminister *von Stein* traf ich mit *Freiherrn von Wangenheim* zusammen. Ich erzählte ihm von meiner Enttäuschung; er wunderte sich gar nicht darüber und meinte, der Minister habe ganz recht gehabt, wenn er von seiner mangelnden politischen Befähigung gesprochen habe. Dafür hätten die Pommern aber einen Mann, der alle Eigenschaften zum Diktator besitze. Es sei der stellvertretende General des II. Armeekorps, General der Kavallerie z. D. *Freiherr von Vietinghoff*.<sup>319</sup> Dieser ausgezeichnete Offizier habe zu Hause bleiben müssen, weil ein schweres rheumatisches Leiden ihn felddienstunfähig mache. Er sei aber sonst körperlich ganz gesund und von bewundernswerter geistiger Frische. Dieser General lebe ganz in den grossen Überlieferungen, in denen er aufgewachsen sei, und besitze einen vorzüglichen Instinkt, ein sicheres Urteil und eine durchgreifende Tatkraft. Wenn es uns gelänge, beim Kaiser den Gedanken der Diktatur durchzusetzen, so sei er der gegebene Mann. Ich erkundigte mich über ihn bei

---

Vorsitzender des Aufsichtsrats Transocean GmbH (1915 aus dem Deutschen Überseedienst hervorgegangen).

<sup>318</sup> Ferenc Deák (1803–1874), 1833 Mitglied im Ungarischen Landtag in Pressburg und 1839/1840 Führer der liberalen Opposition, 1848 Justizminister in der ungarischen Regierung, ab 1867 Ministerpräsident von Ungarn, Initiator des österreichisch-ungarischen Ausgleichs von 1867 und Schaffung der Doppelmonarchie von Cisleithanien als österreichische Reichshälfte und Transleithanien als ungarische Reichshälfte mit drei verbliebenen gemeinsamen k.u.k. Ministerien (Außen-, Kriegs- und Finanzministerium).

<sup>319</sup> Hermann Freiherr von Vietinghoff gen. Scheel (1851–1933), General der Kavallerie, 1884–1888 persönlicher Adjutant Friedrichs III., 1888 Flügeladjutant Wilhelms II., führend im Johanniterorden, 1907 Ernennung zum Kommandierenden General des IX. Armee-Korps, 1910 á la suite gestellt, 2.8.1914 bis November 1918 stellvertretender General des II. Armeekorps, 1918 Abberufung wegen forcierter Maßnahmen (u.a. Schießbefehl) gegen die ausbrechende Revolution in Stettin, Rückzug auf seinen Besitz in Baden-Baden.



Hertzberg und Pretzell und bekam von beiden nur begeistertes Lob über den Stettiner Kommandierenden General zu hören.

Ich merkte mir diese Empfehlung und beschloss, eine Gelegenheit zu suchen, bei der ich den General kennenlernen könnte. Während des Krieges fand sie sich aber nicht, sondern erst lange nachher, als ich in Baden-Baden zur Erholung weilte – zuerst im Frühjahr 1925.<sup>320</sup> Ich besuchte damals den Freiherrn von Vietinghoff, der schon ans Zimmer gefesselt war und sich mühsam an zwei Stöcken fortbewegte.<sup>321</sup> Trotzdem war er eine hohe, prächtige Erscheinung, ein Mann von angeborener Würde und Vornehmheit, dabei geistig vollkommen frisch bei unseren Unterhaltungen. Gleich erkannte ich, wie recht meine pommerschen Gewährsleute gehabt hatten, als er mir einzelne Fälle erzählte, in denen er innenpolitischer Schwierigkeiten in den industriellen Bezirken seines Befehlsbereichs rasch und vollkommen Herr geworden war.

Nach dem Eindruck, den ich damals von dem General gewann, war ich überzeugt, dass er in der Tat das Zeug zum Militärdiktator im oben beschriebenen Sinne gehabt hätte. Im Gegensatz zu Stein, der sich im Bewusstsein seiner mangelnden Fähigkeit ganz auf seine fachliche Verantwortung zurückzog, erklärte mir Vietinghoff bei einer Aussprache über die ihm früher zugeordnete Aufgabe, er wäre mit Freuden bereit gewesen, auch jede politische Verantwortung auf sich zu nehmen. Es war wundervoll zu hören, wie bescheiden er trotz seines berechtigten Selbstbewusstseins von sich dachte, und wie er immer betonte, dass er bei seiner Berufung auf eine solche Stelle die besten politischen Köpfe herangeholt hätte – aber nur charakterlich bewährte Männer. Welch ein Jammer, dass eine solche Kraft, die sich im Felde nicht auswirken konnte, in der Heimat doch nur zu beschränkten Aufgaben verwendet wurde und somit eigentlich brachlag!

In vielen Unterhaltungen habe ich diesen General nach und nach immer schätzen und verehren gelernt. Er hatte eine glänzende Laufbahn hinter sich und verband grosse militärische Begabung mit einer umfassenden Allgemeinbildung; dabei war er in seinem Leben mit unendlich vielen wichtigen Menschen zusammengekommen. Eine besondere Vertrauensstellung hatte er bei dem Kronprinzen, dem späteren Friedrich III.<sup>322</sup>, inne gehabt und hatte zu den

---

<sup>320</sup> Das genaue Datum des Treffens bleibt unklar, hat aber vermutlich zwischen Ende April und Ende Mai 1925 stattgefunden. Claß war um den 21.4.1925 bereits „auf einen längeren Erholungsurlaub gefahren“. Schriftwart der Hauptleitung des ADV an Ernest Klee (Dux/Böhmen), 21.4.1925, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 211, Bl. 157. Claß befand sich noch um den 27.4.1925 „in der Kur und soll nach ärztlicher Verordnung von allen politischen und geschäftlichen Angelegenheiten strengstens verschont bleiben.“ Leopold von Vietinghoff-Scheel an Marie Gareis, 27.4.1925, in ebd., Bl. 158. Claß war nach „einem mehrwöchigen Erholungsurlaub“ erst Ende Mai 1925 wieder zurück in Berlin. Claß an Marie Gareis, 28.5.1925, in ebd., Bl. 165. Ende September bis Mitte Oktober 1925 war Claß auf Erholungsurlaub in Bad Kissingen. Baden-Baden war hingegen lange vor dem Krieg ein gewohnter Kurort für Claß. Claß: Wider den Strom, S. 228.

<sup>321</sup> In seiner Villa in Baden-Baden empfing Hermann von Vietinghoff nach dem Krieg zahlreiche Gäste – u. a. die Prinzen Heinrich und Oskar von Preußen.

<sup>322</sup> Friedrich III. von Preußen (1831–1888), 1888 Deutscher Kaiser.

nächsten Zeugen der Tragödie am Lebensende dieses von ihm wahrhaft geliebten Fürsten gehört, dessen menschliche Güte er nicht hoch genug zu rühmen wusste.<sup>323</sup> In seiner Treue zu Bismarck hatte sich Vietinghoff dabei nie erschüttern lassen. Er hat stets offen seine Anhänglichkeit an den Gestürzten bekannt.

Im Laufe der Jahre hat mich mein Weg noch mehrmals nach Baden-Baden geführt. Immer sprach ich bei dem aller Verehrung würdigen Manne vor. Wie oft kam mir dabei der Gedanke: welch ein Schicksal, dass man ihn nicht dorthin holte, wo er dem Vaterlande und seinem König unendlich hätte nützen können! Ich habe wenig Menschen kennen gelernt, die unter dem Zusammenbruch so furchtbar schwer gelitten [haben] wie Vietinghoff. Es war erschütternd, ihn darüber reden zu hören.

Man wird sich nicht wundern, wenn ich, stets mit dem Gedanken beschäftigt, dass die Diktatur allein die Gewähr für einen glücklichen Kriegsausgang biete, immer Ausschau nach Männern hielt, die der ungeheuren Aufgabe gewachsen wären. So war ich auf den General der Kavallerie *von Bernhardi*<sup>324</sup> gekommen, den ich einige Monate vor dem Kriegsausbruch persönlich kennengelernt hatte.<sup>325</sup> Man erinnert sich, welches Aufsehen sein Buch über den „nächsten Krieg“ nicht nur im Reich, sondern recht eigentlich in der ganzen Welt erregt hatte, und wie er damals vor allem in der international-pazifistischen und händlerisch eingestellten Presse angegriffen worden war. Ich hatte dieses Werk mit grösster Aufmerksamkeit und fast durchweg mit voller Zustimmung gelesen und war begierig, seinen Verfasser kennenzulernen. Es ergab sich zunächst ein Briefwechsel.<sup>326</sup> Als sich dann der General im Herbst 1913 in Italien aufhielt, schrieb er mir von dort, er könne seine Rückreise nach seinem schlesischen Besitze so einrichten, dass er Mainz be-

<sup>323</sup> Hermann von Vietinghoff war seit Dezember 1884 persönlicher Adjutant von Kronprinz Friedrich. Friedrich III. wurde am 9.3.1888 Kaiser und starb am Morgen des 15.6.1888 an Kehlkopfkrebs. Siehe dazu Müller: *Our Fritz*, S. 191–232.

<sup>324</sup> Friedrich von Bernhardi (1849–1930), 1875–1878 Preußische Kriegsakademie in Berlin, 1882–1886 Versetzung nach Griechenland, 1886–1891 Erster Generalstabsoffizier bei der 15. Division, 1891–1894 Militärattaché in Bern, 1898–1901 Leitung der kriegsgeschichtlichen Abteilung im Großen Generalstab, Beteiligung an der Erarbeitung der Denkschrift des Generalfeldmarschalls Alfred Graf von Schlieffen, 1901 bis zum Ausscheiden aus der Armee 1909 Kommandeur in Straßburg, Magdeburg und Münster, 1914–1915 Kommandierender General des V. Armee-Korps, 1915–1916 Kommandeur der 49. Reserve-Division, 1916 bei der Heeresgruppe Linsingen, 1916 bis 23. November 1918 Kommandierender General des Generalkommandos 55, Autor u.a. der Schrift: *Deutschland und der nächste Krieg* (1912), die vom ADV unterstützt wurde.

<sup>325</sup> Das Datum des Treffens von Claß mit Friedrich von Bernhardi im Frühjahr oder Sommer 1914 bleibt unklar. Mathilde Claß schrieb an ihrem Mann jedoch Ende März 1914, als Claß in München war, dass sie den „Protz“ Bernhardi „kurz halten“ wolle: „Einbildung ist etwas, was ich auch nicht von den berühmtesten Menschen ertrage, bei denen zu allerletzt. Deshalb braucht keiner sein Licht unter den Scheffel zu stellen.“ Mathilde Claß an Heinrich Claß, 24.3.1914, in BA-Berlin, N 2368, Bd. 4, o. Bl.

<sup>326</sup> Der Briefwechsel zwischen Claß und Friedrich von Bernhardi ist nicht im Schriftwechsel des ADV 1913 überliefert. Siehe BA-Berlin, R 8048, Bd. 197.

rühre.<sup>327</sup> Ich lud ich ihn hierzu ein, und so war Bernhardi einen Tag lang unser Gast.<sup>328</sup>

Bei unserer Unterhaltung gingen wir von seinem Buch aus, in dem ich, ohne unbescheiden zu sein, eine Fortsetzung meines Kaiserbuches<sup>329</sup> erblicken durfte, die sich erschöpfend mit den militär- und aussenpolitischen Fragen beschäftigte. Der General hatte meine Arbeit nicht gelesen. Umso auffallender war die weitgehende Übereinstimmung zwischen uns beiden in den Dingen, die er so ausgiebig behandelt hatte. Ich gab ihm nun das Kaiserbuch, dass er bald zu lesen versprach. Auf einem langen Spaziergang am Rhein schilderte mir mein Gast noch die Eindrücke, die er in Italien gewonnen hatte. Sie schlossen damit ab, dass er glaube, die Feindseligkeit gegen Österreich h[e]be eine dort etwa vorhandene Neigung auf, im Ernstfall den Bundespflichten gegenüber dem Reich zu genügen. Schon damals fiel mir dagegen auf, dass dieser hochgebildete und grossdenkende Offizier, der von seinem Vater<sup>330</sup> her gewissermassen in die *Ausserpolitik* hinein geboren war, von den *innerpolitischen* Dingen und ihren Auswirkungen nur wenig wusste.

Bernhardi hatte eine glänzende militärische Laufbahn hinter sich, war aber alles andere, als ein einseitiger Militär. Seine aussenberuflichen Neigungen gingen auf die Geschichte und die schönen Künste<sup>331</sup>, und bei seiner wohl vom Vater ererbten Veranlagung für aussenpolitische Fragen zogen ihn diese vor allem an, die seiner Fähigkeit, sich in fremdes Denken und Planen einzufühlen, freien Spielraum liessen. Mit der grössten Offenheit sprach der General mit mir über die sogen. massgebenden Persönlichkeiten, wobei Bethmann

---

<sup>327</sup> Das genaue Datum von Claß' Besuch in Italien im Herbst 1913 bleibt unklar. Vermutlich war er im September 1913 unmittelbar im Anschluss an den Verbandstag des ADV in Breslau am 5.9.1913 in Italien. Am 23.9.1913 schrieb er, dass er von „einem kurzen Erholungsurlaub zurückgekehrt“ sei. Claß an Dr. Otto Hübbe-Schleiden, 23.9.1913, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 197, Bl. 320. Bernhardi verstarb 1930 auf dem Familiengut in Kunnersdorf bei Hirschberg in Schlesien.

<sup>328</sup> Das genaue Datum des Besuchs von Friedrich von Bernhardi bei Claß in Mainz im Herbst 1913 bleibt unklar. Das Treffen muss zwischen den überlieferten auswärtigen Terminen von Claß stattgefunden haben. Claß war spätestens am 23.9.1913 von seiner Erholungsreise im Anschluss an den Breslauer Verbandstag (5.9.1913) wieder zurück in Mainz. Der nächste Verbandstag fand am 17.10.1913 in Leipzig statt und Claß plante, zu Gesprächen mit Vertretern des BdL vom 13.–15.11.1913 in Berlin zu sein. Claß an Albrecht von Gröling, 25.10.1913, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 197, Bl. 349.

<sup>329</sup> Claß (Pseudonym: Daniel Frymann): Wenn ich der Kaiser wär'.

<sup>330</sup> Theodor von Bernhardi (1802–1885), Studium der Geschichte, Sprachen, Mathematik und Staatswissenschaften in Heidelberg, Paris und Mailand, 1834 kurzzeitige Anstellung bei der Kanzlei des Zaren Nikolaus I., enge Verbindungen mit Helmuth Graf von Moltke, Albrecht Graf von Roon, Friedrich III. von Preußen, Otto von Bismarck, Johann Gustav Droyen und Heinrich von Treitschke, 1865 preußischer Legationsrat, 1866 Militärbevollmächtigter in Italien, 1866–1871 als Diplomat in Spanien und Portugal, Autor u. a. der Schriften: *Geschichte Russlands und der europäischen Politik in den Jahren 1814–1931*, 3 Bde. (1863–1877) und *Friedrich der Große als Feldherr*, 2 Bde. (1881).

<sup>331</sup> Siehe dazu auch Bernhardi: *Denkwürdigkeiten*.

Hollweg sehr schlecht abschnitt<sup>332</sup>, aber auch der Chef des Generalstabs, Hellmuth [sic] von Moltke, als wenig geeignet bezeichnet wurde, den Anforderungen eines künftigen Krieges voll zu entsprechen.<sup>333</sup>

Wir waren uns bei dem Mainzer Besuch so nahe gekommen, dass wir in dem nun folgenden Briefwechsel die zwischen uns offenen Fragen rückhaltlos erörterten. Dabei erkannte Bernhardi es als einen gewissen Mangel seine geistigen Ausbildung an, dass er den innerpolitischen Fragen so fremd gegenüberstehe; er versprach, sich umsomehr jetzt darum zu kümmern.<sup>334</sup> Als der Krieg ausbrach, erhielt ich einen langen Brief des Generals, der eine einzige leidenschaftliche Anklage gegen die Leiter der deutschen Politik war.<sup>335</sup> Er trat nun dem Alldeutschen Verbands bei und stellte sich zu jeder Arbeit zur Verfügung. Er fand indes bald eine militärische Verwendung, so dass aus dieser Mitarbeit nichts wurde.<sup>336</sup>

<sup>332</sup> Siehe zur Kritik an Theobald von Bethmann Hollweg u. a. Friedrich von Bernhardi an Paul von Hindenburg, 26.12.1916, in Bernhardi: Denkwürdigkeiten, S. 460–463. Für Bernhardi erfüllte Bethmann Hollweg die Anforderungen an das Amt des Reichskanzlers in keiner Weise, blieb er am Vorabend des Weltkrieges außenpolitisch „ratlos“, zeichnete sich durch „völlige Ungeeignetheit zur Führung der deutschen Politik“ aus und schien letztlich bei den Initiativen der Mehrheitsparteien für einen Friedensschluss innenpolitisch „ganz unter die Macht der Sozialdemokratie geraten.“ Bernhardi: Denkwürdigkeiten, S. 366 und 454.

<sup>333</sup> Friedrich von Bernhardi kritisierte bereits die „Umfassungsstrategie“ von Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke, Chef des Generalstabes von 1857–1888, die noch die Ausarbeitung des Schlieffenplans von 1905 beeinflusst hatte. Bernhardi kritisierte nach dem Weltkrieg auch dessen jüngeren Neffen, Generalstabschef Helmuth von Moltke (d. J.), der 1914 „die Entscheidung mit zu schwachen Kräften gesucht“ habe. Bernhardi: Eine Weltreise, Bd. 1, S. 125 und ebd., Bd. 3, S. 245. Bernhardi rief bereits 1890 zu einem Krieg gegen Russland auf und hielt einen Krieg gegen Frankreich, Russland und Großbritannien seit der Marokkokrise von 1911 für unausweichlich. Er forderte in seinem Buch von 1912 eine unbedingte Ausrichtung der deutschen Politik auf diesen Konflikt, der dann kompromisslos und unter Mobilisierung der ganzen „Volkskraft“ ausgetragen werden müsse. Bernhardi: Deutschland und der nächste Krieg, S. 173. Deutschland stünde durch einen baldigen Krieg als „Kulturvolk“ mit steigender Bevölkerungsentwicklung zusätzlicher Raum zu und habe somit „das Recht“ und „die Pflicht zum Kriege.“ Bernhardi: Vom heutigen Kriege, Bd. 1, S. 8 und Ders.: Deutschland und der nächste Krieg, S. 8–99. Zu Bernhardis Kritik an der Organisation der Armee, der militärischen Ausbildung und der Notwendigkeit von „Persönlichkeit“ in der militärischen Führung siehe Ders.: Deutschland und der nächste Krieg, S. 189–258. Nicht zuletzt die Balkankriege 1912/13 verschärften die Kriegserwartungen in Europa sowie die offensiven Kriegsplanungen im deutschen Generalstab. Auch Helmuth von Moltke, der dem Kriegsausbruch auch mit Ambivalenzen und Ungewissheiten entgegenseh, drängte bereits im Sommer 1914 vor der Julikrise auf einen baldigen Krieg, solange Deutschland einen Zweifrontenkrieg gegen Russland und Frankreich noch gewinnen könne. Zu Moltkes Einfluss auf die strategischen Planungen des Großen Generalstabs sowie auf die militärpolitischen Entscheidungen 1914 siehe u. a. Mombauer: Helmuth von Moltke, Dies.: Der Moltke-Plan und Dies.: Helmuth von Moltke (der Jüngere).

<sup>334</sup> Der Briefwechsel zwischen Claß und Friedrich von Bernhardi ist nicht im Schriftwechsel des ADV 1914 überliefert. Siehe BA-Berlin, R 8048, Bd. 198.

<sup>335</sup> Der Briefwechsel zwischen Claß und Friedrich von Bernhardi ist nicht im Schriftwechsel des ADV 1914 überliefert. Siehe BA-Berlin, R 8048, Bd. 198.

<sup>336</sup> Friedrich von Bernhardi nahm im August 1909 seinen Abschied aus der Armee (zuletzt Kommandeur des VII. Armee-Korps) und wurde bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs

Je mehr ich mich mit der Frage der Diktatur beschäftigte, desto mehr kam ich in meinen Gedanken auch auf den General von Bernhardt zurück. Aber etwas in mir warnte mich, nachdem ich eine gewisse Hast in seinem Wesen bemerkt und seinen doch offenbar vorhandenen Mangel an innerpolitischem Verständnis festgestellt hatte. Ich hielt mich also, wie schon gesagt, an den General von Vietinghoff, über den unsere pommerschen Freunde<sup>337</sup> ein so günstiges Urteil gefällt hatten, und dessen richtigen und klaren politischen Blick sie immer wieder hervorhoben, so sehr es mir leid tat, bei Bernhardt nicht die Eignung für das entscheidend wichtige Amt finden zu können.

Ich verehrte den an Gedanken und Kenntnissen reichen Mann aufrichtig; sah ich in ihm doch eine Art von Schicksalsgenossen des Alldeutschen Verbandes oder gar von mir selbst. Was war ihm nicht alles nachgesagt und vorgeworfen worden, weil er es gewagt hatte, davon zu sprechen, dass die verfahrenen Beziehungen zwischen den Staaten Europas nur durch einen Krieg geordnet werden könnten, und weil er wollte, dass sein Land für diesen Krieg hinreichend gerüstet sei, um zu siegen und sich den notwendigen Preis des Sieges zu sichern! Genau wie uns war es Bernhardt ergangen: der Warner war zum Hetzer gestempelt worden, und lange noch konnte man es, wenn sein Name in einer gewissen Presse genannt wurde, lesen, dass er einer der Hauptschuldigen am Ausbruch des Weltkrieges gewesen sei.

Aus dem Kriege kehrte Bernhardt krank und gebrochen zurück. Welch ein Schicksal! War das der schneidige Husarenleutnant, der am 1. März 1871 als Führer der Spitze der in Paris einziehenden Truppen durch den Arc de Triomphe gesprengt war? Es war ein seiner würdiges Stückchen, als er die Sperrung des Durchgangs durch eine Kette damit beantwortete, dass er trotz des Geheuls

---

Militärschriftsteller, als er zum Stellvertretenden Kommandierenden General des V. Armee-Korps ernannt wurde.

<sup>337</sup> Die genannten „pommerschen“ Freunde bleiben unklar. Aus Pommern war 1914 kein einziges Mitglied in den Führungsgremien des ADV vertreten. Es gab auch keinen Gauverband, der die Ortsgruppen umfasst hätte. Die Ortsgruppe Greifswald wurde durch den Vorsitzenden Prof. Dr. J. Luther, Postdirektor Ellbrechter und Kassenwart Rentner J. Peemüller vertreten, Schlawe durch Professor Hoffmann, Stargard durch Rechtsanwalt Esser, Stettin durch den Vorsitzenden Chemiker R. Becker, den Schriftführer Oberpostassistent Kaliebe und Kassenwart Richard Schiffmann, Stralsund durch Edm. Schümann, Stolp durch den Vorsitzenden Dr. Baatz, Schriftführer Otto Heise und Schatzmeister Paul Hartmann, Swinemünde durch die Vorsitzenden Otto Autsch und Postdirektor Schäfer, Schriftführer Dr. Paul Schmidt und die Kassenwarte Oberpostassistent Mittelstädt und Kaufmann Birr. Claß hatte auch über den Reichstag Beziehungen nach Pommern. Landrat Eugen von Brockhausen (Stettin) und Rittergutsbesitzer Hubert von Michaelis (Schlawe) waren als Mitglieder des ADV und des BdL für die DKP im Reichstag vertreten. Handbuch des Alldeutschen Verbandes 1914, S. 13–38. Richard Pretzell übernahm dann im Frühjahr 1918 den Vorsitz eines neu gegründeten Gaus Mittelpommern und mobilisierte Anhänger durch Werbeauftrufe, sodass er Pommern „fast restlos – d. h. die gute Gesellschaft – für die alldeutsche Sache gewonnen“ habe. Richard Pretzell an Konstantin von Gebattel, 31.1.1918, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 5, Bl. 71. Somit erfüllte Pretzell die Vorstellungen von Claß, dass auch er durch seine Werbemaßnahmen für den Verband „die notwendige Brücke zum Osten hin“ bilden werde. Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 24.6.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 106, Bl. 8.

des Pariser Pöbels mit seinen Leuten im Sprung über das unvorhergesehene Hindernis hinwegsetzte. Wie hatten die Augen des Generals geleuchtet, als er bei Tisch meinen Kindern dieses Jugendabenteuer erzählte! So war auch Bernhardi ein Zeuge des glänzenden Aufstiegs und des tiefsten Falles unseres Vaterlandes. Dem seltenen Manne bewahre ich ein gutes Andenken.

### 1.7. Graf Kaspar Preysing

Ungefähr um die Mitte des Jahres 1915 wurde mir mitgeteilt, dass der bayerische Majoratsherr und Rittmeister *Graf Kaspar Preysing*,<sup>338</sup> der auf Krankheitsurlaub in München weilte und dort mit unseren Freunden Fühlung<sup>339</sup> genommen hatte, bei nächster Gelegenheit mit mir in Berlin zusammenkommen möchte. Ich hatte schon vorher gehört, dass der Graf in seiner Heimat aufs eifrigste in unserem Sinne tätig sei, vor allem, dass er im bay[er]ischen Reichsrat, dem er als Haupt seines Hauses angehörte, gegen Bethmann Hollweg, ja sogar gegen den Ministerpräsidenten Graf Hertling arbeitete. Da auch ich den Wunsch hatte, diesen Mann kennen zu lernen, kam die Zusammenkunft in Berlin zustande.<sup>340</sup>

Nun machte ich die Bekanntschaft mit einem der merkwürdigsten Menschen, die mir im Leben begegnet sind. Vor mir stand ein hochgewachsener, schlanker Mann mit scharfgeschnittenen Zügen. Er mochte etwa Ende der Dreissiger sein. Es war Graf Kaspar Preysing, der zweite Sohn des Grafen Konrad<sup>341</sup>, der in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts als Führer des bay[er]ischen Zentrums bekannt geworden war und in engem freundschaftlichem Verhältnis zu dem Prinzen Ludwig von Bayern, dem späteren König Ludwig dem Dritten, gestanden hatte. Abweichend von der Zentrumslosung hatte Graf Konrad Preysing im deutschen Reichstag einst mit seinem Bruder<sup>342</sup> für die Sep-

<sup>338</sup> Kaspar Graf von Preysing-Lichtenegg-Moos (1880–1918), Hauptmann, Rittmeister, bayerischer Reichsrat, Kriegsdienst 1914–1918, im April 1918 in Flandern gefallen.

<sup>339</sup> Aus München waren im Geschäftsführenden Ausschuss des ADV Julius F. Lehmann, Richard Graf du Moulin-Eckart (zugleich Vorsitzender des Gauverbandes Bayern), Ferdinand Putz (Vorsitzender der Ortsgruppe München) und im Vorstand Dr. F. Siebert, Privatdozent Dr. A. Wirth vertreten. Dr. F.R. Siebert und Ferdinand Putz waren Vorsitzende der Ortsgruppe München und Dr. O. Renner Schatzmeister. Handbuch des Alldeutschen Verbandes 1916, S. und 11–15 und 31. Zu Kriegsbeginn war Dr. Erwin von Dessauer in der Münchener Geschäftsstelle aktiv und Carl Caesar Eiffe war als Vorstandsmitglied in München wohnhaft. Handbuch des Alldeutschen Verbandes 1914, S. 14 und 30–31.

<sup>340</sup> Das genaue Datum des Treffens bleibt unklar.

<sup>341</sup> Gemeint ist Johann Conrad Friedrich Graf von Preysing-Lichtenegg-Moos (1843–1903), Studium in Bonn und München, ab 1896 Großkanzler des St. Georg-Ritterordens, 1871–1893 und 1900–1903 Mitglied des Reichstags für die Zentrumsparterie, enge Verbindung zum Königshaus der Wittelsbacher.

<sup>342</sup> Gemeint ist Johann Kaspar Graf von Preysing-Lichtenegg-Moos (1844–1897), Rittmeister, Königlich-Bayerischer Kämmerer, Fideikommissbesitzer des Schlosses Kronwinkel bei Landshut, Hauptmann, 1882–1890 Mitglied des Reichstags für die Zentrumsparterie.

tennants-Vorlage (1887)<sup>343</sup> gestimmt und dadurch in Norddeutschland bei den nationalen Kreisen ein besonderes Ansehen erlangt. Auch war sein Name in die Öffentlichkeit getreten, als er nach dem furchtbaren Ende König Ludwigs des Zweiten<sup>344</sup> Vorsitzender des Ausschusses geworden war, der sich mit den ganzen Zusammenhängen jenes Falles zu beschäftigen hatte.<sup>345</sup>

Graf Kaspar Preysing war durch den Tod seines kinderlosen älteren Bruders Max<sup>346</sup>, der im schroffsten Widerspruch zu den Überlieferungen seiner Sippe liberal war und ausserhalb Bayerns durch seine Mitarbeit an Hardens „Zukunft“<sup>347</sup> bekannt wurde, das Haupt seines Geschlechts geworden und als solches Mitglied der bay[er]ischen Ersten Kammer.

Nachdem wir uns begrüsst hatten, begann der Graf zu erzählen, welche Aufgabe ihn zu mir geführt habe, und gab zu erkennen, dass er zwar wie sein verstorbener Bruder das Zentrum ablehne, dass er aber im Gegensatz zu jenem treu zur katholischen Kirche halte und konservativ gesinnt sei. Er erblicke in dem politischen System, das im Reich, aber auch in Bayern herrsche, das Verderben unseres Volkes. So war es erklärlich, dass Preysing Herrn von Bethmann hasste, wie einer nur hassen konnte, und dass er dem bay[er]ischen Ministerpräsidenten vorwarf, er überlasse den zuchtlos gewordenen Zentrumsleuten in seiner Heimat ganz das Spiel. Er, Graf Preysing, habe sich deshalb vorgenommen, während seines Urlaubs alles daranzusetzen, den Reichskanzler zu beseitigen, an dessen Stelle nur einer kommen könne: Grossadmiral *von Tirpitz*.

Und nun strömte es mit mystischer Gläubigkeit von seinen Lippen, er wisse nicht, wie alt er werde, ob er im Felde sterbe oder auf dem Operationstisch – er hatte gerade eine schwere Operation hinter sich – das aber wisse er, dass er berufen sei, entscheidend in die Zeitgeschichte einzugreifen. Diese Sicherheit habe er seit seinem Erlebnis an der *Tschataldscha-Linie*.<sup>348</sup>

---

<sup>343</sup> Der Reichstag wurde am 14.1.1887 nach Ablehnung der Verlängerung der Heeresvorlage von 1881 der Regierung Otto von Bismarcks mit einer geplanten Heeresverstärkung aufgelöst, nachdem ein Antrag der DFP für die Verlängerung nicht von sieben, sondern nur drei Jahren angenommen wurde. Das Budgetrecht, und somit die Abstimmung über die Militärausgaben, ließ sich die Mehrheit der Reichstagsparteien, auch der liberale Flügel der NLP, nicht über sieben Jahren so einfach nehmen. Nach den Reichstagswahlen vom 21.2.1887 stimmte der Reichstag am 11.3.1887 dem Septennat zu, nachdem die DkP, die NLP und die DRP ein Kartell-Wahlbündnis bereits für den Wahlkampf geschlossen hatten. Erst 1893 wurde die Bewilligung von sieben auf fünf Jahre entsprechend der Legislaturperiode herabgesetzt.

<sup>344</sup> Ludwig II. von Wittelsbach (1845–1886), 1864–1886 König von Bayern.

<sup>345</sup> Ludwig II. wurde im Juni 1886 von der bayerische Regierung entmündigt, worauf sich der abgesetzte Regent das Leben nahm.

<sup>346</sup> Gemeint ist Maximilian Emanuel Graf von Preysing-Lichtenegg-Moos (1879–1913), Gutsbesitzer in Niederbayern, 1890–1893 Mitglied des Reichstags für die Zentrumsparthei, 1903–1913 Mitglied der Kammer der Reichsräte.

<sup>347</sup> Maximilian Harden (1861–1927), 1892–1922 Herausgeber der von ihm gegründeten Zeitschrift *Die Zukunft*.

<sup>348</sup> Tschataldscha lag 40 km nordwestlich von Konstantinopel mit Eisenbahnanschluss nach Adrianopel und 1877 zum militärischen Schutz Konstantinopels errichteten Verteidigungswerk (Tschataldscha-Linie östlich von Adrianopel). Im Ersten Balkankrieg 1912/1913

Preysing erzählte mir nun mit hinreissendem Schwunge dieses Erlebnis. Während des Balkankrieges (1912/13)<sup>349</sup> habe er es nicht mehr im Garnisondienst aushalten können und um Beurlaubung nach dem Kriegsschauplatz gebeten. Nach dessen Verweigerung habe er sich nach Italien beurlauben lassen und sei dann mit äusserster Beschleunigung nach Konstantinopel gefahren. Dort sei er etwa am 10. November 1912 angekommen und habe die entsetzlichste Verwirrung angetroffen, da die türkischen Heere eine Niederlage nach der anderen erlitten hatten und der Zusammenbruch unvermeidlich erschien.

Der Graf erwirkte sich vom türkischen Kriegsminister<sup>350</sup> die Erlaubnis, sofort an die türkische Front zu gehen, die sich damals an der berühmt gewordenen Tschataldscha-Linie befand. Mit einer Empfehlung des Kriegsministers ausgestattet, sprach er dort beim Oberbefehlshaber vor und erbot sich, einen Erkundungsritt nach dem Gegner zu unternehmen, falls ihm zwei bis drei Offiziere und zehn bis zwölf Mannschaften beigegeben würden. Preysing stand mit seinem Herzen ganz auf türkischer Seite und empfand es als eine Schmach, wie die sog. „christlichen“ Staaten Griechenland, Serbien, Montenegro und Bulgarien gegen die Türkei vorgegangen waren.<sup>351</sup> Er hatte das instinktive Gefühl, dass, wenn das türkische Heer in schauderhafter Verfassung war, es bei den bisherigen Siegern auch nicht viel anders sein werde. Dies festzustellen, sollte der Zweck seiner Erkundung sein.

Preysing wurden die verlangten Offiziere und Mannschaften gestellt, und so trat er sein abenteuerliches Unternehmen an. Die drei Offiziere verloren sich bald. Auch von den Mannschaften verkrümelte sich einer nach dem andern bis auf drei Osmanen, mit denen er seinen Plan wirklich unter den grössten Anstrengungen und Entbehrungen durchführte. Es gelang dem Grafen, in den Rücken der Bulgaren zu kommen. Dort stellte er fest, sie seien so abge-

---

worfen Serbien, Bulgarien, Montenegro und Griechenland die türkische Armee auf die Tschataldscha-Linie zurück und es folgte ein Stellungskampf.

<sup>349</sup> Seit dem Russisch-Osmanischen Krieg (1877/78) und der folgenden Berliner Konferenz wurden die osmanischen Provinzen Bosnien und Herzegowina für 30 Jahre der habsburgischen Verwaltung unterstellt. Österreich-Ungarns annektierte Bosnien und Herzegowina 1908 und verstärkte die vielfältigen geopolitischen Interessen u.a. Russlands, Italiens, Montenegros, Bulgariens und Griechenlands. Hinzu kamen die pan-slawistische Bewegung in Serbien und nationalistische Bewegung in Albanien. Die jungtürkische Revolution 1908 verstärkte durch innenpolitische Machtkämpfe mit dem seit 1909 herrschenden Sultan Mehmed V. um die Wiedereinführung der Verfassung und durch den wachsenden nationalistischen Flügel der Jungtürken im Parlament die Auseinandersetzungen um Einflusszonen des schwachen Osmanischen Reiches auf dem Balkan, so wie in Makedonien. Der erste Balkan-Krieg erstreckte sich von September/Oktober 1912 bis zum Londoner Vertrag zum Kriegsende vom 30.5.1913. Der zweite Balkankrieg, dem nun auch Rumänien beitrug, ging vom Juni/Juli 1913 bis zum Friedensvertrag von Bukarest am 10.8.1913.

<sup>350</sup> Mit dem Sturz der jungtürkischen Regierung durch die liberale Partei Freiheit und Einheit am 22.7.1912 trat Mahmud Şevket Pascha (1856–1913) als Kriegsminister zurück. Sein Nachfolger als Kriegsminister und Generalstabschef wurde Nazim Pascha (1848–1913) für die Zeit des Ersten Balkankrieges (1912–1913).

<sup>351</sup> Siehe zu den Balkankriegen 1912/13 u.a. Jelavich: *History of the Balkans*, Boeckh: *Von den Balkankriegen zum Ersten Weltkrieg*, Wandruszka/Urbanitsch: *Die Habsburger*, Bd. 6, Hall: *Balkan Wars*, Afflerbach: *Der Dreibund* und Clark: *Sleepwalkers*.



kämpft, so schlecht mit Nahrung und jedem Kriegsbedarf versehen, dass ihnen alle Schlagkraft fehle. Er hielt daher ein Durchbrechen der türkischen Verteidigungslinie für ausgeschlossen, wenn die Türken nicht aus Mangel an Nahrung und Munition auseinanderliefen. Nach fünf Tagen und Nächten kehrte dann Preysing zum türkischen Hauptquartier zurück, berichtete dort über seine Beobachtungen und forderte den Oberbefehlshaber auf, unter allen Umständen den äussersten Widerstand zu leisten. Dann könne der Zusammenbruch der Türkei vermieden werden. Als man ihm erwiderte, das Heer habe seit Tagen kaum mehr etwas zu essen, auch fehle es am notwendigsten Schiessbedarf, bat der Graf um die Erlaubnis, sofort zum Kriegsminister zu fahren, um ihn zu unterrichten und zur schleunigen Heransendung von Lebensmitteln und Munition aufzufordern. Dies wurde ihm gewährt, und so machte er sich auf den Weg nach Konstantinopel. Vorher nahm er von seinen drei Begleitern Abschied.

In die Schilderung dieses kurzen Auftritts legte Preysing alles hinein, was in seiner Seele damals vorgegangen war. Er hatte kein Wort, das hinreichte, um die Tapferkeit, Treue, Genügsamkeit und Ausdauer seiner drei Genossen zu rühmen, die er in schärfsten Gegensatz zu jenen Offizieren stellte, die sich so bald verflüchtigt hätten. Von ihnen meinte er verächtlich, sie müssten „Levantine“<sup>352</sup> gewesen sein, während seine Leute echte Osmanen waren, hochgewachsene und prächtige Erscheinungen, obwohl ihre Uniformen jammervoll abgenutzt waren und ihnen der Hunger aus den Augen sah. Rührend sei das Vertrauen gewesen, das sie dem „Offizir alleman“<sup>353</sup> geschenkt hätten.

Bei der Trennung habe er den Leuten, mit denen er sich bei dem gefahrvollen Unternehmen nur durch Zeichen verständigen konnte, zu verstehen gegeben, wie hoch er ihre Leistung einschätze. Er hatte ihnen kräftig die Hände geschüttelt, sie auf die Schultern geklopft und was dergleichen Äusserungen kameradschaftlicher Vertraulichkeit mehr waren. Dann griff der Graf in die Tasche und entnahm seiner Börse drei Zwanzigmarkstücke, um jedem ein Stück davon zu geben. Als der grösste und stärkste der drei Leute, der sich bei dem Ritt auch immer in seiner Nähe gehalten habe, die Vorbereitungen zu dieser Besenkung wahrnahm, habe er mit einer stolzen Gebärde nur zweimal gesagt „jok – jok“ (Nein, nein!) und dabei eine Handbewegung von förmlicher Hoheit gemacht.

Preysing sagte mir, die seelische Vornehmheit, die aus diesem Verhalten seiner drei Begleiter gesprochen habe, sei für ihn geradezu eine Offenbarung

---

<sup>352</sup> Der Begriff ist hier als Schimpfwort gemeint, der zunächst auf Kolonien europäischer Kaufleute im Mittelmeerraum östlich von Italien aus der Antike und ihren Nachfahren verweisen sollte, jedoch in der diskriminierenden Anwendung gleichsam verfälschte Identitäten zumeist italienischer, französischer und maltesischer Herkunft ausweisen soll. Die katholische Konfession war die Grundlage der transnationalen Identität der Levantiner, die als römisch-katholische Christen im Osmanischen Reich hingegen im westlichen Kulturraum, wie hier bei Claß, weder als Europäer noch als „Orientalen“ wahrgenommen wurden. Siehe Schmitt: Levantiner.

<sup>353</sup> Gemeint ist: Deutscher Offizier.

gewesen. Habe sie ihm doch gezeigt, dass ihn sein Gefühl richtig geleitet habe, als es ihn auf die türkische Seite führte. Da standen die drei in zerschlissenen Uniformen, durchnässt, kaum mehr beschuht und halb verhungert, und wiesen das Geldgeschenk des reichen deutschen Offiziers zurück. „Ich habe mich“, sagte der Graf wörtlich, „vor diesen stolzen Menschen geschämt, dass ich es gewagt hatte, ihnen mein lumpiges Geld anzubieten.“

Als Preysing sein Bedauern zu erkennen gab, dass er seinen Gefährten keine Freude machen dürfe, wurde der Wortführer der drei lebhaft und machte durch Handbewegung Zeichen, dass sie gern etwas Schriftliches von ihrem Führer haben möchten. Der Graf schrieb darauf [auf<sup>354</sup>] eine Meldekarte in deutscher und französischer Sprache ein paar Zeilen, in denen er sagte, dass die drei namentlich aufgeführten türkischen Soldaten ihn auf seiner gefahrvollen Erkundungstreife begleitet und sich dabei über jedes Lob erhaben gehalten hätten. Er fügte diesem Zeugnis seine volle Unterschrift bei unter Angabe des bay[er]ischen Truppenteils, bei dem er stand. Der Graf erzählte nun, es sei rührend gewesen, die Freude und den Stolz auf den Gesichtern seiner Begleiter während des Schreibens zu beobachten und die überschwänglichen Danksagungen zu hören, als er ihnen das Blatt übergab.

Zwei oder drei Jahre später erlebte nun Preysing etwas, was fast unglaublich klingt. Als er nach dem Eintritt der Türkei in den Weltkrieg auf der Seite der Mittelmächte<sup>355</sup> zum ersten Mal auf dem südöstlichen Kriegsschauplatz gewesen sei, habe er einen höheren deutschen Artillerieoffizier getroffen, der ihm, als er seinen Namen hörte, sagte, er müsse ihm doch etwas Merkwürdiges mitteilen. In Adrianopel sei ihm gelegentlich eines Aufenthaltes dort ein Türke als Bursche zugeteilt gewesen, der unübertrefflich an Dienstfeier, Pünktlichkeit und Fleiss gewesen sei. Als er ihm einmal mit ein paar Worten seine Anerkennung ausgesprochen habe, habe dieser strahlend Rock und Hemd aufgeknöpft und von der nackten Brust einen vergilbten, schweissverklebten Zettel genommen und ihm stolz überreicht. Auf die Frage, was das bedeute, habe der Türke nur versichert: „Offizir alleman“. Nun habe er, der Artillerist, das Papier vorsichtig auseinandergeschlagen und die Bescheinigung des Grafen über das Verhalten des Mannes und seiner zwei Genossen bei dem Tschataldscha-Erlebnis gelesen.

Wie erstaunte der Artillerieoffizier, als Preysing ihm erzählte, jene Zeilen stammten von ihm, und nun den Zusammenhang darlegte! Mir sagte der Graf: „Es hat mich so gepackt, dass ich am liebsten spornstreich nach Adrianopel geeilt wäre, um meinen Freund zu suchen. Aber es liess sich nicht machen. Als ich später dahin kam, lief ich alle Kasernen ab, bei denen Pferdeställe waren, aber meinen Gefährten von der Tschataldscha-Linie fand ich nicht. Sein Truppenteil hatte Adrianopel verlassen.“

<sup>354</sup> Einschub im Originalmanuskript.

<sup>355</sup> Am 2.8.1914 wurde der Deutsch-Türkische Bündnisvertrag abgeschlossen. Enver Pascha erklärte einen Tag darauf jedoch die Neutralität des Osmanischen Reiches. Am 2.11.1914 erklärte Russland dem Osmanischen Reich den Krieg.

Als ich später gelegentlich einmal gegenüber Preysing äusserte, die Zurückweisung seines Geldgeschenks habe mich eigentlich gewundert, da doch der Backschisch<sup>356</sup> eine stehende Einrichtung im türkischen Gebiete sei, und da doch allgemein von türkischer Bestechlichkeit geredet werde, da antwortete dieser: „Nach allem, was mir von Kennern des Landes erzählt wurde, und was ich auch selbst erlebt habe, muss man da unterscheiden. Die reinen Osmanen aus den ackerbautreibenden Gebieten der Türkei sind der denkbar beste Menschenschlag und ausgezeichnete Soldaten. Dagegen ist das „levantinische Geschmeiss“, das sich in allen Ämtern, hohen wie niederen, breitmacht und auch im Offizierskorps stark vertreten ist, bis ins Mark verderbt. Diese Sippschaft ist es, die den schlechten Ruf der Türkei geschaffen hat.“

Aber nun zur Hauptsache zurück. In Konstantinopel angelangt, drang Preysing zum Kriegsminister<sup>357</sup> vor und schilderte ihm seine Beobachtungen bei den Bulgaren, aber auch den jammervollen Zustand auf der türkischen Seite. Er beschwor ihn, alles, was er an Wagen zur Verfügung habe, mit Nahrungsmitteln unter grösster Beschleunigung an die türkische Front zu werfen, selbst wenn es nur trockenes Brot und Zwiebeln seien. Aber auch Munition müsse herbeigeführt werden. Er übernehme die Gewähr dafür, dass die Truppe, wenn sie erst wieder etwas im Magen und zu schiessen habe, standhalten werde, und dass dann der siegreiche Bulgare eher zermürbe als die Türken.

Der Kriegsminister sei über diese Mitteilungen sprachlos gewesen und habe ihn mit zum Grosswesir<sup>358</sup> genommen. Dieser habe die politische Bedeutung eines Handelns nach Preysings Rat sofort verstanden und den Kriegsminister angespornt, alles zu tun, was der Graf verlange. So geschah es denn; und in allen Arten von Fuhrwerken wurde an die türkische Front geschafft, was irgend aufzutreiben war. Und wirklich – das Heer stand und hielt wochenlang an der Tschataldscha-Linie aus, bis am 3. Dezember 1912 der Waffenstillstand mit Bulgarien, Serbien und Montenegro abgeschlossen wurde.<sup>359</sup> „Hier habe ich“, so schloss Preysing seinen Bericht an mich, „in den Lauf der Weltgeschichte eingegriffen – eingegriffen mit dem Erfolg, dass unser heutiger türkischer Bundesgenosse gerettet wurde. Seitdem habe ich das Gefühl, ja die unbedingte Sicherheit, dass ich meinem Volke einen ähnlichen Dienst leisten kann und werde.“

In dieser Überzeugung war Preysing an seine Arbeit gegen Bethmann Hollweg gegangen. Er zweifelte keinen Augenblick daran, dass sie ihm gelingen werde. Er hatte zunächst, also bevor er sich mit mir traf, eine Zusammenkunft mit Tirpitz, bei der er diesen, seiner Erzählung nach, beschwor, das Kanzler-

---

<sup>356</sup> Gemeint ist eine Geldsumme als Geschenk oder Bestechung.

<sup>357</sup> Gemeint ist Nazim Pascha.

<sup>358</sup> Gemeint ist Kibrıslı Kâmil Pascha (1833–1913), der zwischen Oktober 1912 und 23.1.1913 Großwesir war und von Enver Pascha abgesetzt wurde. Nachfolger wurde 23.1.–11.6.1913 Mahmud Şevket Pascha.

<sup>359</sup> Am 3.12.1912 vermittelten die Großmächte einen ersten Waffenstillstand zwischen Bulgarien, Serbien und Montenegro.

amt nicht auszuschlagen, wenn es ihm angeboten würde.<sup>360</sup> Er fand den Grossadmiral tief verstimmt und seinen Vorschlag wenig günstig gestimmt, hoffte aber, dass es ihm doch mit der Zeit gelingen werde, ih[n] umzustimmen.

In München hatte Preysing diejenigen von den bay[e]rischen Reichsräten herausgesucht, die er seinem Vorhaben, Bethmann Hollweg zu stürzen, geneigt glaubte. Sie sollten zusammen mit ihm oder neben ihm den König, den Ministerpräsidenten und die Minister bestürmen, beim Kaiser wegen der verderblichen Politik des Kanzlers vorstellig zu werden bzw. entsprechende Anträge im Bundesrat zu stellen. Insbesondere rechnete Preysing mit einem Vorstoss des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundesrats, dessen ständiger Vorsitzender der bay[e]rische Ministerpräsident war.<sup>361</sup> In einer Audienz beim König glaubte er für einen Plan Verständnis gefunden zu haben.<sup>362</sup> Hertling dagegen hatte sich ganz versagt, und die Zahl seiner Standesgenossen, die zu entsprechendem Vorgehen bereit waren, blieb ganz gering.

Trotzdem liess sich Preysing nicht abschrecken. Ja er erweiterte seinen Plan dahin, dass auch Hertling als Bundesgenosse des Kanzlers fallen müsse, und er entschloss sich, nötigenfalls auch allein die beiden im Reichsrat anzugreifen. Dabei wollte er von dem Verhalten Bethmanns in der Uboot-Frage ausgehen und sich auf das Gutachten des Admiralstabes stützen, von dem noch zu sprechen sein wird.

Von mir erbat der Graf die Unterstützung durch Gesinnungsgenossen, die in Bayern wohnten und politisch tätig seien, sowie weitere Unterlagen für sein Vorgehen im bay[e]rischen Reichsrat. Obwohl ich mir sofort sagte, dass es auch dem Grafen durch noch so eifrige Bemühungen nicht gelingen würde, die Berufung von Tirpitz auf den Posten des Kanzlers zu fördern, begrüßte ich doch seine Absicht, so scharf gegen Bethmann Hollweg und Hertling vorzugehen, und sagte ihm den gewünschten Beistand zu.

Im weiteren Verlauf seiner Tätigkeit war Preysing wiederholt in Berlin, und jedes Mal hatte ich an dem tapferen und entschlossenen Manne meine Freude, wenn ich auch voraussah, dass er erfolglos arbeiten werde.<sup>363</sup> Der Graf selbst blieb voll Zuversicht und suchte die Verbindung mit den Männern, die ich ihm bezeichnet hatte, vor allem mit meinem Freunde Gebattel. Diesem berichtete er im August 1916, wie er glaube voranzukommen. General von

<sup>360</sup> Zu den Intervention von Kaspar Graf von Preysing-Lichtenegg-Moos für Alfred von Tirpitz als Reichskanzlerkandidat siehe Scheck: Alfred von Tirpitz, S. 51–52. Tirpitz sei für das Treffen mit Claß durch Preysing „gut vorbereitet“ worden, so Konstantin von Gebattel, und Preysing sei „mit seiner Energie ganz unersetzlich.“ Konstantin von Gebattel an Claß, 31.7.1916, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 3, Bl. 312.

<sup>361</sup> Der Bundesrat war ein Vertretungsgremien der Gliedstaaten des Norddeutschen Bundes (1867–1870) und des Deutschen Reiches (1871–1918) mit ständigen Ausschüssen wie dem Auswärtigen Ausschuss, für den Bayern nach Eintritt 1870 den Vorsitz aushandelte.

<sup>362</sup> Das genaue Datum dieser Audienz bleibt unklar. Am 5.8.1916 nahm Kaspar Graf von Preysing-Lichtenegg-Moos hingegen an einer Audienz von Max von Gruber bei Ludwig III. vom 5.8.1916 teil.

<sup>363</sup> Siehe dazu auch Carl Caesar Eiffe an Claß, 4.8.1916, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 3, Bl. 326–327.

Gebstättel teilte mir ein Schreiben von Preysing mit, in dem es hiess, dass der Sturz der Hertlings und Bethmanns schon für die nächsten Tage bevorstehe.<sup>364</sup> Die Begründung für diese Ansicht erschien mir nicht stichhaltig, und ich schrieb in diesem Sinne an den General.<sup>365</sup>

Als das angekündigte Ereignis ausblieb, wurde Preysing doch etwas stutzig.<sup>366</sup> Da sich sein Gesundheitszustand inzwischen so gebessert hatte, dass er wieder an die Front konnte, reiste er ab, um bis zur nächsten Tagung des Reichsrats im Felde Dienst zu tun. An seinem Plane hielt er auch jetzt mit äußerster Zähigkeit fest. Im nächsten Jahr (1917) wohnte er dann wieder den Verhandlungen des Reichsrats bei.

Inzwischen hatte ich die engste Verbindung mit *Oberfinanzrat Dr. Bang* gefunden. Er fand sich bereit, den gleichgesinnten Grafen zu beraten und reiste zu diesem Zwecke wiederholt nach München. Die beiden wurden Freunde. Ich freute mich von Bang zu hören, wie unerschrocken Preysing in der Kammer der Reichsräte seinen guten Kampf führte. Aber er blieb ohne Erfolg – nicht nur weil Hertling sich versagte, sondern vor allem auch, weil König Ludwig III. zu einem Vorstoss gegen den Kanzler nicht zu haben war. Als endlich nach Bethmann Hollwegs Sturz<sup>367</sup> und der kurzen Kanzlerschaft von Michaelis<sup>368</sup> der alte Graf Hertling Reichskanzler wurde, meinte Preysing bitter: „Der

---

<sup>364</sup> Der erwähnte Brief von Konstantin von Gebstättel an Claß vom August 1916 ist nicht in BA-Berlin, N 2089, Bd. 3 (Schriftwechsel Konstantin von Gebstättel 1916) und in ebd., R 8048, Bd. 200 (Allgemeiner Schriftwechsel ADV Januar-September 1916) überliefert.

<sup>365</sup> Der erwähnte Brief von Claß an Konstantin von Gebstättel vom August 1916 ist nicht in BA-Berlin, N 2089, Bd. 3 (Schriftwechsel Konstantin von Gebstättel 1916) und in ebd., R 8048, Bd. 200 (Allgemeiner Schriftwechsel ADV Januar-September 1916) überliefert. Konstantin von Gebstättel hielt jedoch auch die in der Öffentlichkeit viel beachtete Audienz bei Ludwig III. unter der Führung von Max von Gruber am 5.8.1916 entgegen den Darstellungen der Zeitungen für „nichtssagend“. Konstantin von Gebstättel an Claß, 6.8.1916, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 3, Bl. 332. Julius F. Lehmann informierte Gebstättel in einem Bericht über die Audienz vom 5.8.1916 nach Gesprächen mit Teilnehmern der Audienz, da Max von Gruber den nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Bericht keinesfalls herausgeben wollte. Die Adresse sei „ganz ausserordentlich scharf“ gewesen. Julius F. Lehmann an Konstantin von Gebstättel, 12.8.1916, in ebd., Bl. 336–337. Gebstättel schrieb noch am 31.7.1916 selbst an Ludwig III. mit der Aufforderung, bei der Durchsetzung des Einsatzes aller möglichen Kriegsmittel wie Luftschiffe und U-Boote die Führung zu übernehmen. Konstantin von Gebstättel an Ludwig III., 31.7.1916, in ebd., Bl. 315–319.

<sup>366</sup> Siehe Claß' Einschätzung, dass „Graf Preysing zu hoffnungsvoll war“, an Konstantin von Gebstättel, 4.8.1916, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 3, Bl. 325 sowie dazu Gebstättels Briefe an Ludwig III. und Kronprinz Rupprecht von Bayern, 31.7.1916, in ebd., Bl. 313–319. Claß resümierte: „Die Münchener Aktion halte ich für völlig u. endgültig gescheitert; wir müssen uns damit abfinden, dass auch Ihr König nichts tun wird, um unser Volk zu retten.“ Claß an Konstantin von Gebstättel, in ebd., Bl. 339. Ende des Monats August schien die Verbindung zu Kaspar Graf von Preysing-Lichtenegg-Moos zeitweilig sogar abgebrochen, der nun jedoch eine verstärkte „Aufrollung des Reichstagszentrums vom bayr. Landtagsflügel her“ anstrebte. Konstantin von Gebstättel an Kaspar Graf von Preysing-Lichtenegg-Moos, 29.8.1916, in ebd., Bl. 354–355 und Kaspar Graf von Preysing-Lichtenegg-Moos an Konstantin von Gebstättel, 30.8.1916, in ebd., Bl. 360. Zitat ebd.

<sup>367</sup> Theobald von Bethmann Hollweg trat am 13.7.1917 zurück. Siehe auch Kapitel 2.6.

<sup>368</sup> Georg Michaelis (1857–1936), 1909 Unterstaatssekretär im preußischen Finanzministerium, 1915 Leiter der Reichsgetreidestelle, 1917 preußischer Staatskommissar für Volks-

war in Bayern unmöglich geworden – jetzt kann er im Reich zeigen, was er nicht kann.“

Den Zusammenbruch hat dieser echte Vaterlandsfreund nicht erlebt. In den letzten Wochen des Krieges fand er als Bataillonskommandeur auf dem westlichen Kriegsschauplatz im Schützengraben den Schlachtentod.<sup>369</sup> Sein Gedenken verdient in höchsten Ehren gehalten zu werden.

---

ernährung, 14.7.–31.10.1917 Reichskanzler, 1918–1919 Oberpräsident der Provinz Pommern, Mitglied der DNVP, Mitglied der Generalsynode und des Kirchenrats der Altpreußischen Union.

<sup>369</sup> Kaspar Graf von Preysing-Lichtenegg-Moos wurde am 14.4.1918 durch Granatsplitter verwundet und verstarb nach einer Operation am Hauptverbandplatz in Pont de Nieppe. Zur Verehrung von Preysing als einen alldeutschen Katholiken siehe auch *Alldeutsche Blätter* 27.4.1918. Einige Monate vorher bat Claß noch um seinen Beitritt zum ADV, den Preysing angekündigt hatte, der jedoch von Claß aus taktischen Gründen zuvor immer wieder zurückgestellt worden war. Claß an Kaspar Graf von Preysing-Lichtenegg-Moos, 4.1.1918, in BA-Berlin, N 2368, Bd. 1, o. Bl.

## Militärische und politische Planungen 1916–1917<sup>1</sup>

### 2.1. Der Kampf um den Einsatz der Flotte, der Unterseeboote und der Luftschiffe

Wie ich mit meinen Freunden seit vielen Jahren nach Bismarcks Entlassung<sup>2</sup> darüber einig war, dass der Krieg unvermeidlich sei, und dass wir in ihm mindestens Frankreich, England, Russland und wahrscheinlich auch Italien gegen uns haben würden<sup>3</sup>, so war uns auch klar, dass der Ausgang dieses Kampfes auf lange Zeit für unser Gesamtvolk, also auch für seine Teile ausserhalb des Reiches, entscheidungsvoll sein werde.<sup>4</sup> Daran dachte bei uns niemand, dass es ein leichter Kampf sein werde.

Trotz der Überlegenheit, die wir dem deutschen Soldaten und Offizier, sowie der deutschen Führung zutrauten, wussten wir, dass es ein schweres Ringen geben werde, und es war ja gerade der alte *Keim* gewesen, der in der Erinnerung an den deutsch-französischen Krieg von 1870/71 immer darauf

---

<sup>1</sup> Der Text von Heft 2 ist in der Fassung in FZH 11/C2 die originale Schreibmaschinenabschrift von Heft 2, von der die Durchschlagskopie der Fassung in BA-Berlin, N 2368 stammte und handschriftliche, durch Füller erfolgte, Korrekturen und Anmerkungen von Heinrich Claß enthält.

<sup>2</sup> Otto von Bismarcks Entlassungsgesuch vom 18.3.1890 wurde von Wilhelm II. zwei Tage später unterzeichnet.

<sup>3</sup> Nach der deutschen Aufkündigung des Rückversicherungsvertrages mit Russland 1890 schlossen Frankreich und Russland 1892 eine Militärallianzen, die 1894 in einen Bündnisvertrag mündete. Großbritannien und Frankreich verbündeten sich 1904 durch die Entente Cordiale, die 1907 durch den Beitritt Russlands zur Triple Entente erweitert wurde. Italien trat 1882 dem zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn 1879 geschlossenen Zweibund bei und erweiterte das Bündnis somit zum Dreibund. Italien blieb bei Kriegsausbruch zunächst neutral und kündigte 1915 durch den geheimen Londoner Vertrag mit den Alliierten 1915 faktisch den Dreibund auf und trat 1916 zur Entente über. Bereits im Frühjahr 1915 beklagte sich Claß: „Die Neutralen wissen ganz genau, um was es diesmal geht – soweit es überhaupt Neutrale gibt. Italien spielt ein schändliches politisches Spiel, bei d[em] es ohne Leistungen Beu[t]e machen will. Natürlich rechnet es also damit, dass wir nach unseren ungeheuren Leistungen die Lage unseres Vaterlandes tunlichst verbessern wollen.“ Claß an Exzellenz von Reichenau, 20.3.1915, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 199, Bl. 70. Siehe auch Schriftleiter Verbandskanzlei ADV an Hauptmann Itzenplitz, 1.5.1915, in ebd., Bd. 199, Bl. 138–139.

<sup>4</sup> Siehe zur sakralen Überhöhung des Krieges als erneuernde Kraft für grundlegende völkische Reformen der deutschen Gesellschaft Claß (Pseudonym Daniel Frymann): Wenn ich der Kaiser wär', S. 182–183, Alldeutsche Blätter, 3.8.1914, Konstantin von Gebattel an Claß, 4.8.1914, BA-Berlin, N 2089, Bd. 1, Bl. 178, August Keim: Der Wille zum Siege aus heiligem Zorn, in Der Tag, 7.8.1914 und Claß, Zum deutschen Kriegsziel, S. 12.

hingewiesen hatte, dass Deutschland damals die zahlenmässige Überlegenheit gegenüber Frankreich hatte, und dass trotz der grossen und herrlichen Siege unseres Heeres der Kampf sich über ein halbes Jahr hinzog.<sup>5</sup> „Was“ – hatte Keim oft ausgerufen – „haben wir in einem Krieg zu erwarten, in dem die beiden grössten Militärstaaten des Festlandes und das flottengewaltige England zusammen gegen uns stehen!“<sup>6</sup>

Gerade diese Betrachtung hatte ihn und uns dazu geführt, die äusserste Stärkung unserer Wehrmacht an Menschen und Hilfsmitteln zu verlangen, zumal[,] da ja das Vertrauen auf den einzigen als Bundesgenossen in Betracht kommenden Staat, die Österreichisch-Ungarische Monarchie, nicht unbedingt sein konnte, soweit der gute Wille ihrer nichtdeutschen „Nationalitäten“ und die Ausrüstung in Frage kam.<sup>7</sup>

Als der Krieg nun da war und die ersten grossen Schläge und Erfolge die deutsche Überlegenheit klar gezeigt hatten, aber auch der feste Wille unserer Feinde offensichtlich geworden war, uns um jeden Preis niederzuringen, war es selbstverständlich, dass wir die rücksichtslose Anwendung aller Kampfmittel verlangten, die der deutschen Wehrmacht zu Lande und zu Wasser und in

<sup>5</sup> Zu den Aufmarschplänen Deutschlands und Frankreichs siehe Epkenhans: Der Deutsch-Französische Krieg, S. 35–43. Siehe zum alldeutschen Vergleich des Krieges mit dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 Alldeutsche Blätter 26.2.1916. August Keim nahm als Leutnant 1866 am Krieg gegen Österreich und am Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 teil. Keim erwartete zu Kriegsbeginn 1914 zukünftig „schwere Kämpfe“ an der Westfront und hoffte auf eine schnelle Offensive gegen Polen, sodass die deutschen Truppen „an die Westgrenze geworfen werden.“ „Gewaltmenschen“ seien jetzt an der Regierung für die Durchsetzung eines expansiven Kriegsziels notwendig. August Keim an Claß, 8.8.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 406, Bl. 150–151.

<sup>6</sup> Siehe auch Siehe auch Keim: Die Schuld am Weltkriege und Ders.: Erlebtes und Erstrebtes, S. 164–194.

<sup>7</sup> August Keim hielt zu Kriegsbeginn fest, dass man 100.000 Soldaten und zwei Armeekorps mehr zur Verfügung haben würde, wenn man den Forderungen des Deutschen Wehrvereins gefolgt wäre. August Keim an Claß, 8.8.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 406, Bl. 150–151. Keim hielt die österreichisch-ungarische Armee zudem seit Kriegsbeginn für einen unzuverlässigen Bündnispartner. Claß richtete am 15.11.1915 einen „Bericht“ über die „innerpolitische Entwicklung in Oesterreich-Ungarn und die Gestaltung der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn“ an Wilhelm II., in dem er davor warnte, Österreich-Ungarn als „gleichartiges, ebenbürtiges Gebilde“ zu sehen und die Bündnistreue zu rühmen. Der „Zustand seines Heeres“ habe den Vielvölkerstaat militärisch „versagen“ lassen und innenpolitisch drohe der Zusammenbruch. Da „nichtdeutsche Völker“ eine „an Hochverrat grenzende Erpresser-Politik“ mit „offenen Hasse gegenüber“ den deutschen Bevölkerungsgruppen betreiben würden, so würde nach dem Krieg die habsburgische Krone „die Slawen und Madjaren zum Nachteil der Deutschen noch mehr bevorzugen“ und ein „Tohuwabohu entstehen, gegen das der bisherige Zustand als Ordnung anzusehen sein wird.“ In BA-Berlin, R 8048, Bl. 1–2. Im Frühjahr 1917 erklärte Claß, Österreich-Ungarn sei „militärisch, wirtschaftlich und mit den Menschen fertig.“ Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV 14.04.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 113, Bl. 3. Zur Minderheitenpolitik Österreich-Ungarns des ADV siehe Zwanzig Jahre alldeutscher Politik, Kapitel V, Schödl: Alldeutscher Verband und Minderheitenpolitik, Ders.: Formen und Grenzen des Nationalen und Schmid: Kampf um das Deutschtum. Zur Kritik an der österreichischen Nationalitäten- und Rüstungspolitik im Sommer 1914 siehe u. a. Alldeutsche Blätter 30.5.1914, 4.7.1914, 18.7.1914, 25.7.1914 und 1.8.1914. Siehe zur Rüstungspolitik auch Kronenbitter: Krieg im Frieden, S. 145–232.



der Luft zur Verfügung standen.<sup>8</sup> Dies wurde umso dringender, nachdem der Rückschlag an der Marne<sup>9</sup> bekannt geworden war.

Es wollte uns nicht in den Kopf, dass die politischen Stellen im Reich die Auffassung vertraten, man dürfe die äussersten Kampfmittel nicht zur Anwendung bringen, um den Gegner nicht bis aufs Blut zu reizen.<sup>10</sup> Ja, es gab an wichtigen Stellen Leute, die in gleicher Weise die Meinung hatten, es sei weder ein grosser Sieg zu Lande über das französische Heer, noch zur See ein

---

<sup>8</sup> Claß forderte früh mit Blick auf Großbritannien: „Wir müssen uns dazu aller Mittel bedienen, die wir in die Hände bekommen können; namentlich müssen wir auch alle heute noch gebundenen, zentrifugalen Kräfte im grossbritannischen [sic] Reich zu entfesseln versuchen; in Indien, Aegypten und wo es sonst immer möglich erscheint, müssen wir einen Brand gegen England zu entfachen bemüht sein, denn der Krieg ist für uns nicht zu Ende, ehe nicht England und sein Verbündeter Japan auf den [Knien] liegt.“ Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 28.8.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 96, Bl. 37. Claß hoffte auf einen schnell zu gewinnenden Krieg: „Was den Krieg betrifft, so wird der Aufmarsch morgen vollendet sein, sodaß eigentlich in der zweiten Hälfte dieser Woche schon größere Schläge zu erwarten wären; jedenfalls muß bis Ende der ersten Septemberwoche der Kampf gegen Frankreich in der Hauptsache entschieden sein; darauf drängt alles – dann kommt Rußland an die Reihe.“ Claß an Theodor Weicher, 18.8.1914, in ebd., Bd. 198, Bl. 177. Im Oktober 1914 musste Claß eingestehen, dass man zu Kriegsbeginn „von den ersten raschen Siegen verwöhnt“ und durch „Sachverständige von Bedeutung“ überzeugt gewesen wäre, bis zum 15.9.1914 Frankreich „im wesentlichen niedergewungen“ zu haben, um die Truppen gegen Russland sammeln zu können. Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV 24.10.1914, in ebd., Bd. 97, Bl. 6. Der beratende Einfluss der Vertreter von Armee und Marine nahm kurz vor Kriegsausbruch in den Verbandsgremien zu und verstärkte dadurch auch die militärischen Debatten um die Kriegsziele. In der Ausschusssitzung vom 18.4.1914 wurde General der Kavallerie z.D., Freiherr Konstantin von Gebattel, in die Hauptleitung gewählt, was zur Diskussion führte, ob mit Generalmajor a.D. August Keim, Admiral z.D. Alfred Breusing und Generalleutnant Eduard von Liebert nicht zu viele Generale neben den „Zivilisten“ Claß, Freiherr Georg von Stössel und Reedereibesitzer Carl Itzenplitz aus Mülheim/Ruhr vertreten seien. In den Vorstand wurden aus den Reihen des Militärs auch der Fregattenkapitän a.D. Arthur Brüll, Vorsitzender der Berliner Ortsgruppe, der am 12.12.1915 nach einer Magen-Operation starb, sowie Generalleutnant a.D. Wilhelm Mootz hinzugewählt. Breusing wechselte 1916 in den Geschäftsführenden Ausschuss und wurde von Max von Grapow ersetzt. Alldeutsche Blätter 25.12.1915 und 28.10.1916. Die Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV wurden nach Kriegsbeginn wesentlich von Konstantin von Gebattel und Claß als alleinige anwesende Vertreter der Hauptleitung geführt, bis am 23.10.1915 dann Emil Kirdorf hinzugewählt wurde und bei den folgenden Sitzungen weitgehend anwesend war. Bis zum Frühjahr 1916 verengte sich die Hauptleitung dann auf Claß, Gebattel, Kirdorf und zum Frühjahr 1917 wurde Grapow hinzugewählt. Handbuch des Alldeutschen Verbandes 1916, S. 11 und Dass. 1917, S. 11.

<sup>9</sup> Die Schlacht an der Marne fand vom 5.–12.9.1914 statt. Durch den strategisch folgerichtigen deutschen Rückzug vor allem der 1. Armee war jedoch die Umsetzung des Schlieffen-Plans gescheitert. Im anschließenden „Wettlauf zum Meer“ geriet die Westfront in der Folge zum Stellungskampf und Grabenkrieg. Helmuth von Moltke wurde im Zuge der Marne-Schlacht am 14.9.1914 durch Erich von Falkenhayn als Chef des Generalstabes ersetzt. Siehe auch Mombauer: Helmuth von Moltke und Herwig: Marne 1914.

<sup>10</sup> Siehe zu diesen Vorwürfen gegenüber der Reichsregierung Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV 20.8.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 96, Bl. 5–12, Claß: Zum deutschen Kriegsziel, Liebig: Die Politik von Bethmann Hollweg (1. und 2. Teil Das B-System vor dem Kriege und Das B-System im Kriege 1915 als Handschrift gedruckt) sowie Claß: Einhart 1914–1919.

solcher über die englische Flotte nützlich, da beide Mächte dann zur Wiederherstellung der Waffenehre ganz gewiss den Krieg solange fortsetzen würden, bis sich das Kriegsglück ihnen zugewendet hätte.<sup>11</sup>

Das Traurigste war für uns die Erfahrung, dass nicht nur Diplomaten solche Weisheit von sich gaben, sondern auch hohe Marineoffiziere und unter letzteren gerade diejenigen, die den Kaiser am nächsten berieten, wie vor allem der Chef des Marinekabinetts[,] Admiral *von Müller*.<sup>12</sup> Es war trostlos und bewies die ganze Weltfremdheit der Leute dieser Auffassung, einerlei, ob sie Diplomaten, Verwaltungsbeamte, oder Marineoffiziere waren, dass sie immer noch nicht erkannt hatten, dass der Wille unserer Feinde auf die Vernichtung des Deutschen Reiches schlechthin, sowie auf die Herabdrückung des deutschen Menschen zu einem Sklavendasein gerichtet war.<sup>13</sup>

<sup>11</sup> Claß spielt hier wohl auf das Auswärtige Amt in der Wilhelmstraße 75 und 76 an, das frühzeitig bei Kriegsausbruch auch dem ADV zugehörige oder nahestehende Zeitungsredaktionen zu einer zurückhaltenden Berichterstattung über die Kriegszielfrage und Innenpolitik aufrief. So notierte August Keim gegenüber Claß in seinen eigenen Worten beispielsweise, dass Hugo Pohl von der Zeitung *Die Post* „amtlich von Seiten des Auswärtigen Amtes gedroht hätte, dass, wenn er das Geringste gegen die Regierung spräche, seine Zeitung unterdrückt werden würde. [...] Natürlich haben die Leute in der Wilhelmstraße gesagt, es dürfte in diesen Zeiten ‚das Vertrauen zur Regierung nicht erschüttert werden.‘ Dieses Vertrauen war erstens überhaupt gar nicht da bei allen denkenden Patrioten und zweitens wird die begeisterte *Kriegsstimmung durch diese Unterdrückung der öffentlichen Meinung auf das schwerste bedroht.*“ August Keim an Claß, 18.8.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 406, Bl. 156. Unterstreichung im Original. Claß machte den Reichskanzler und das Auswärtige Amt, die „auf einen möglichst schleunigen Frieden mit Frankreich und England“ hinarbeiten würden, „die hohe Finanz“ wie die Deutsche Bank, die einen „möglichst billigen Frieden“ für ihre „internationalen Geschäftsverbindungen“ erstreben würden, und letztlich die Sozialdemokratie mit dem Vorwärts „an der Spitze“ in ihrem vermeintlichen Zusammenwirken als einen „Dreiverbände“ aus, der als wesentlicher Gegner des Verbandes während des Krieges anzusehen seien. Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 28.8.1914, in ebd., Bd. 96, Bl. 6.

<sup>12</sup> Georg Alexander von Müller (1854–1940), 1906–1918 Chef des Marinekabinetts. Müller unterstützte den Aufbau des Flottenprogramms vor dem Weltkrieg, befürwortete bis Ende 1916 jedoch die Begrenzung des U-Bootkrieges, auch um den Kriegseintritt der USA zu verhindern. Siehe auch Tagebucheintrag Georg Alexander von Müller, 21.12.1916, in Görlich: *Regierte der Kaiser*, S. 244. Müller trug letztlich zur Entlassung von Alfred von Tirpitz 1916 bei, gegen dessen Übertragung des Oberbefehls der Marine sich Müller beständig aussprach. Müller war 1918 in der Marine und im Großen Hauptquartier weitgehend isoliert, gab seinen Widerstand gegen die Einrichtung einer Seekriegsleitung (dann unter Admiral Reinhard Scheer) 1918 auf und trat letztlich zurück. Zu Kriegsbeginn hielt Müller die Berufung Alfred von Tirpitz' für einen „Mißgriff“ und notierte, dass er sich, entgegen den Vorstellungen von Tirpitz und Eduard von Capelle, den Einsatz der Flotte aus „Presstigegründen“ zu befehlen auf die Seite von Hugo von Pohl stellte, der dies auch ablehnte und eine „passiv abwartende Haltung“ der Flotte für „rein militärisch wirklich gerechtfertigt“ sei. Vermerk und Tagebuchaufzeichnungen vom 7.8.1914 und 19.8.1914, in ebd., S. 43, 45 und 49. Siehe auch Fischer: *Admiral des Kaisers*.

<sup>13</sup> Claß begriff die Auseinandersetzungen zwischen Staaten, Nationen und Imperien entlang sozialdarwinistischer Kategorien und skizzierte den Krieg als Kampf zwischen Völkern und Rassen um Hegemonie und Dominanz. In dieser Weltanschauung waren Begriffe vom „Sklavendasein“ eine beständige Vision, falls die „deutschen Menschen“ sich in diesen Auseinandersetzungen „herabdrücken“ ließen und nicht ihrerseits andere Kulturen, Völker oder Rassen unterwerfen würden. Konstantin von Gobsattel betonte die enge Verzahn-

Diese Leute hatten auch keine Ahnung davon, dass die feindlichen Kriegsziele längst feststanden und das Äußerste darstellten, was auszudenken war. Von Frankreich aus flogen die Karten des künftigen Europas in die Lande, und das Schlagwort war allgemein: „Von Triest bis Danzig“. Auf die Zerstörung Preussens war es vor allem abgesehen, und die schönen Karten zeigten klar, dass die furchtbarste Zerstückelung des Deutschen Reiches geplant war.<sup>14</sup>

Trotzdem sollte man Feinde mit solchen Absichten nicht bis zum äussersten reizen! Hatte es ja schon einen solchen Wahnwitz gegeben? Weil ich davon gesprochen habe, dass auch hohe Marineoffiziere diese Meinung teilten, freue ich mich feststellen zu können, dass ich keinen General und keinen Offizier des Heeres, einerlei, welchen Ranges, je getroffen habe, der die gleiche Ansicht geäußert hätte.

Im Vordergrund der Fragen, die sich auf die Verwendung unserer Kampfmittel bezogen, standen: der Einsatz der Hochseeflotte, der Unterseeboote und der Zeppelinluftschiffe.

---

nung von Rassismus, Siedlungspolitik und imperialer landwirtschaftlicher Raumpolitik: „Wir sind übereingekommen, daß es nötig ist, die Volkskraft im neuen Deutschland neuerdings auf die Landwirtschaft zu gründen, und daß zu diesem Zweck die Landstreifen zu dienen haben, die uns im Osten wie im Westen zweifellos von unseren Gegnern abgetreten werden müssen. Dazu ist es notwendig[,] daß diese Gebietsstreifen uns möglichst frei von Menschen übergeben werden: das ist auch das einzige Mittel[,] den unzweifelhaft vorhandenen Landhunger zu stillen.“ Claß an Kuno Graf Westarp, 4.9.1914, in BA-Berlin, N 2329, Bd. 3, Bl. 11.

<sup>14</sup> Frankreichs Kriegsziele umfassten die Rückerwerbung von Elsass-Lothringen und nach dem Sieg an der Marne auch die Zerstörung der Hegemonie Preußens. Nach dem Kriegseintritt Rumäniens im Sommer 1916 kamen erweiterte Kriegsziele durch Generalstabschef Joffre im August 1916 hinzu, die sich auch auf das Saarbecken und linksrheinische Gebiete zur Schwächung der Reichseinheit mit Brückenköpfen am Rheinufer und Verkleinerung Preußens erstreckten. Es ging nun auch um eine wirtschaftliche Einbindung Belgiens und Luxemburgs, die im Oktober 1916 als Kriegsziele verschärft diskutiert wurden und im November 1916 durch die Regierung Briand entschärft wurden. Ein französisches Kriegszielprogramm lag dann im Januar 1917 Absprachen mit Großbritannien sowie mit Russland zur Unterstützung einer eigenen Festlegung der russischen Westgrenze mit dem Ziel der Verhinderung eines Separatfriedens mit Deutschland zu Grunde. Als Konstante französischer Kriegsziele galten die Rückgabe von Elsaß-Lothringen und die Einbindung der linksrheinischen Gebiete. Großbritannien zielte u. a. auf die Wiederherstellung des Königreichs Hannover nach der Herauslösung aus Preußen. Russland zielte auf die Abgabe von Grenzgebieten mit multiethnischer Struktur, wie Teile des Memellandes oder Galiziens, an Russland sowie Gebiete Posens, Schlesiens und Galiziens an Polen. Eine grundlegende Neustrukturierung Österreich-Ungarns durch Auflösung und Errichtung von Einzelmonarchien sollte dem panslawistischen Anspruch Russlands als slawische Schutzmacht stärken. Siehe dazu u. a. Gestrich/Pogge Strandmann: *Bid for Power?*, Hamilton/Herwig: *War Planning*, Mulligan: *The Origins of the First World War*, Krumeich: *Juli 1914*, Stevenson: *French War Aims*, Soutou: *La grande illusion*, Soutou: *Übermut auf allen Seiten*, Renouvin: *Die Kriegsziele der französischen Regierung*, Keiger: *France and the Origins of the First World War*, Schmidt: *Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914*, Krumeich: *Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich*, French: *British Strategy*, Steiner/Neilson: *Britain and the Origins of the First World War*, Rothwell: *British War Aims*, McMeekin: *The Russian Origins of the First World War*, Lohr: *Nationalizing the Russian Empire*, Geyer: *Der russische Imperialismus*, Weeks: *Nation and State in Late Imperial Russia* und Leonhard: *Der überforderte Frieden*, S. 35–39 sowie Ders.: *Die Büchse der Pandora*, S. 29–82.

Was den Einsatz der Flotte betraf, so empfahl der Reichskanzler in Übereinstimmung mit Admiral *von Müller*, sowie dem Admiral *von Pohl*<sup>15</sup>, sie nicht aufs Spiel zu setzen, sondern zurückzuhalten, damit man beim Ende des Krieges jedenfalls eine wesentliche Streitmacht zur See in die Waagschale werfen könne.<sup>16</sup> Es kam das Wort auf von der „fleet in being“<sup>17</sup>, von der Flotte also, [d]ie ihre Bedeutung schon durch ihr blosses Vorhandensein habe.

Für uns gab es kein Wort, das hart genug war, um diese Afterweisheit<sup>18</sup> zu kennzeichnen. Ich brauche gar nicht davon zu reden, dass, wenn die deutsche Flotte die englische nicht zum Kampfe zwang oder sich ihr stellte, beim Ende des Krieges diese ja auch ungeschwächt vorhanden war und bei etwaigen Verhandlungen ins Gewicht fiel.

Aber ganz abgesehen hiervon: was war das für eine Auffassung, mit grossen Mitteln eine Schlachtflotte zu bauen, ein ausgezeichnetes Seeoffizierkorps zu schaffen und das beste Mannschaftspersonal auszubilden, wenn man sie nicht zum Kampf lassen wollte! Entstand nicht die Gefahr, dass in einer Kriegsflotte, in der steter, strenger Dienst herrschte, die aber gleichwohl nicht an den Feind geführt wurde, die also keine Gelegenheit hatte, sich zu bewähren, eine Zermürbung der Seelen und im Anschluss daran Unzufriedenheit und Unbotmässigkeit aufkam? Die Geschichte der Jahre 1917 und 1918 hat darauf Antwort gegeben.<sup>19</sup>

Meine Freunde unter den deutschen Admiralen waren ausser sich, als sie herausfühlten, wohin die Absichten des Obersten Kriegsherrn unter dem Einfluss des Reichskanzlers und der genannten verantwortlichen Admirale gingen. Der Admiral *von Thomsen*[,] nicht minder wie meine Freund *Breusing*<sup>20</sup>[,] waren überzeugt, dass, wie die Dinge beim Ausbruch des Krieges lagen, obwohl damals die in den europäischen Gewässern befindlichen Kriegsschiffe der englischen Flotte in der Hauptsache bei Spithead zusammengezogen wa-

---

<sup>15</sup> Hugo von Pohl (1855–1916), 1913–1915 Chef des Admiralstabs, seit Kriegsbeginn 1914 Forderung nach verschärfter Seekriegsführung und U-Bootkrieg (1915 Befehl zum uneingeschränkten U-Bootkrieg unterzeichnet), 1915–1916 Chef der Deutschen Hochseeflotte, 1916 aufgrund von Krankheit zur Disposition gestellt.

<sup>16</sup> Siehe auch Fischer: Admiral des Kaisers. Zu Theobald von Bethmann Hollweg siehe auch die Befragung zum uneingeschränkten U-Bootkrieg in der 4. und 6. Sitzung (31.10.1919 und 5.11.1919) in Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919. Stenographische Berichte, Bd. 1, S. 119–184 und 237–288.

<sup>17</sup> Eine Flotte im Aufbau oder in der Entstehung.

<sup>18</sup> Scheinweisheit oder Pseudoweisheit.

<sup>19</sup> Zur deutschen Marinepolitik 1917–1918 siehe Granier: Die deutsche Seekriegsleitung, 4 Bde. und Groß: Der Krieg zur See, Bd. 7.

<sup>20</sup> Alfred Breusing (1853–1914), 1869 Eintritt in die Marine des Norddeutschen Bundes, 1897 Oberkommando der Marine, 1899 Abteilungsvorstand im Admiralstab, 1903 Ernennung zum Konteradmiral, 1905 Chef des Ostasiengeschwaders, 1907 Ernennung zum Vizeadmiral, 1908 Versetzung in das Reichsmarineamt in Berlin, 1910 zur Disposition gestellt, 1912 durch Anregung des Post-Herausgebers Heinrich Pohl Kontakt zu Claß und Wahl in den Geschäftsführenden Ausschuss des ADV, 1913–1914 Mitglied der Hauptleitung und zweiter Vorsitzender des ADV.

ren<sup>21</sup>, die in der Heimat verfügbaren deutschen Kriegsschiffe sich in einem höheren Zustande der Bereitschaft befanden, als die englischen, und sofort auslaufen konnten.<sup>22</sup> Thomsen erinnerte an das verwegene Wort des englischen Parlamentssekretärs der Admiralität[,] *Sir Arthur Lee*<sup>23</sup>, der wenige Jahre vorher in öffentlicher Unterhaussitzung erklärt hatte, wenn es darauf ankomme, werde die deutsche Kriegsflotte, noch bevor eine Kriegserklärung ergangen wäre, auf dem Grund des Meeres liegen.<sup>24</sup>

<sup>21</sup> Spithead gehört zur Meerenge Solent im südenglischen Hampshire zwischen der Isle of Wight und Portsmouth. Wegen der windgeschützten Lage diente Spithead als Liegeplatz der britischen Royal Navy. Siehe auch Alfred Breusing: „Im Uebrigen meine ich, daß Englands Welthererschaft zu zerstören sei!“, in *Alldeutsche Blätter* 12.9.1914.

<sup>22</sup> Siehe *Alldeutsche Blätter* 12.9.1914, Alfred Breusing an Claß, 3.9.1914 und 26.9.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bl. 62 und 63. Breusing hielt es für „zweifelhaft“, dass Großbritannien in diesem Krieg besiegt werden könne. Vielmehr sollte man sich auf einen weiteren zweiten Krieg gegen Großbritannien einstellen. Alfred Breusing an Claß, 15.8.1914, in ebd., Bd. 309, Bl. 61. Siehe auch Alfred Breusing auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 20.8.1914, in ebd., Bd. 96, Bl. 31. August von Thomsen rechnete nach eigenen Angaben bereits seit Jahren mit einem Krieg, den er für unausweichlich hielt. Er zeigte sich jedoch vom Zeitpunkt des Kriegsausbruchs „überrascht“, denn er hatte mit Mai oder Juni 1915 gerechnet. Das Potenzial der deutschen Flotte schätzte Thomsen etwas anders ein, als von Claß beschrieben, jedoch forderte er den unbedingten Kriegseinsatz gegen Großbritannien: „Unsere Flotte ist der englischen numerisch wo[h] um das 3fache unterlegen, artilleristisch [sic] aber etwa um das 2–3fache überlegen.“ Thomsen zeigte sich jedoch optimistisch, dass die deutsche Flotte die englische vernichtend schlagen könnte und alle deutschen Großkampfschiffe trotz englischer Torpedobootangriffe behalten werden würden. Siehe August von Thomsen an Alfred von Tirpitz, 25.12.1914, 14.4.1915 und 25.4.1915, in BA-Freiburg, N 253, Bd. 354, Bl. 28–30 und ebd., Bd. 265, Bl. 44–45 und 46 sowie zu Thomsens Kriegszielen seine Denkschrift vom 5.4.1915, in ebd., Bd. 146, Bl. 85–113.

<sup>23</sup> Sir Arthur Hamilton Lee (1868–1947), 1898 Military Attaché der USA in Kuba und 1899–1900 an der British Embassy in Washington, 1900–1918 Member of Parliament für die Konservativen, 1903–1905 Civil Lord of the Admiralty, 1910–1914 Chairman of the Parliamentary Aerial Defence Committee, 1914 Personal Commissioner von Field Marshall Horatio Herbert Kitchener in Frankreich, 1915–1916 Ministry of Munitions, 1915–1916 Parliamentary Secretary, 1916–1917 War Office, 1917 Director-General of Food Production, 1919–1921 Minister of Agriculture and Fisheries, 1921–1922 First Lord of the Admiralty.

<sup>24</sup> Civil Lord of the Admiralty, Sir Arthur Lee, hielt am 5.2.1905 eine Rede im Unterhaus, in der er für einen Kriegsfall erklärte: „the Royal Navy would get its blow in first before the other side had time even to read in the papers that war had been declared.“ Zitiert in Herwig: „Luxury“ Fleet, S. 37. Der Abschluss der Anglo-Japanese Alliance 1902 und der Entente Cordiale 1904 zwischen Großbritannien und Frankreich verstärkten bei der deutschen Admiralität 1905 die Befürchtungen eines britischen Erstschlags mit den gerade erst in Planung befindlichen neuen Schlachtschiffstypen „Dreadnought“ gegen die deutsche Hochseeflotte. Es folgten deutsche Ausarbeitungen für Aufmarschplanungen im Kriegsfall, die im Winter 1904/05 zwischen Marine und Heer besprochen wurden. Sie sahen entweder die Bereitstellung von Truppen für einen schnellen Vorstoß nach Belgien, wie ihn v. a. von Alfred von Schlieffen forderte, oder für eine strategische Besetzung Dänemarks, wofür auch Wilhelm II. votierte, vor. Großbritannien stellte dann die HMS „Dreadnought“ (1906) ein Jahr früher in Dienst als das erste deutsche Schlachtschiff der Dreadnought-Klasse, die SMS „Nassau“ (1907).

*Thomsen* meinte beim Kriegsausbruch, jetzt sei es an der Zeit, diese Drohung umgekehrt wahrzumachen.<sup>25</sup> Wenn er Chef der Hochseeflotte wäre, so würde er von dem Obersten Kriegsherrn den Befehl erbitten, mit der Flotte, wie sie jetzt sei, auszulaufen und die Engländer anzugreifen, wo er sie finde. Wer ihm entgegenhalte, dass deren Kriegsflotte viel stärker sei als die deutsche, und dass ihre Schiffe schneller liefen, dem entgegnete er, dass dafür die deutsche Panzerung und Artillerie der englischen weit überlegen seien. Er werde dem Kaiser mit seinem Kopfe dafür einstehen, dass im Durchschnitt ein deutsches Kriegsschiff es mit drei englischen derselben Klasse aufnehme. Dazu käme noch die viel grössere Schwimmfähigkeit der deutschen Schiffe, so dass wir damit rechnen könnten, dass sie selbst mit schwerer Beschädigung noch kampffähig bleiben würden.<sup>26</sup> Alles in allem gebe es für ihn, Admiral v. Thomsen, in einer Lage, in der alles auf dem Spiele stehe, nur eines: mit kühnstem Entschlusse überraschend zu handeln. Er sei überzeugt, dass die Offiziere, die wie er dem Aufbau der deutschen Seemacht ihr Leben gewidmet hätten, alle so dächten wie er, und dass sie Männer wie Müller und Pohl ablehnten.

Was der alte feurige Seemann mir gesagt hatte, entsprach durchaus den Anschauungen *Breusing*<sup>27</sup> und, wie ich später erfuhr, auch denen des Grossadmirals *von Knorr*.<sup>28</sup> Grossadmiral *von Tirpitz* war, wie allgemein bekannt

---

<sup>25</sup> Siehe zu August von Thomsen, Alfred Breusing und alld deutscher Kriegspolitik auch *Alldeutsche Blätter* 10.6.1916.

<sup>26</sup> Das von Alfred von Tirpitz 1898 entworfene Flottengesetz zum kontinuierlichen Ausbau einer deutschen Flotte wurde 1899 novelliert und das zweite Flottengesetz von 1900, gemessen am britischen Flottenbestand, sah zwei Flottenflaggschiffe, Geschwader mit je vier Linienschiffen, acht großen Kreuzern und 24 kleinen Kreuzern bis zum Ausbau der deutschen Flotte bis 1920 vor. 1905 reagierte Großbritannien auf die deutsche Herausforderung mit dem Dreadnought-Schlachtschiffbau, der ein Jahr später mit der deutschen Flottennovelle beantwortet wurde. 1908 folgte die zweite Flottennovelle mit der Verkürzung der Lebensdauer und dem „Vierertempo“ des Dreadnought-Baus bis 1912. Zwischen 1908 und 1913 liefen 14 Schlachtschiffe und 6 große Kreuzer von Stapel. Nach dem Scheitern britischer Verständigungsversuche 1912 rüstete Deutschland unter anderem mit drei weiteren Schlachtschiffen weiter auf. Seit 1889 galt in Großbritannien der „Two-Power-Standard“, demzufolge die britische Flotte stärker als die der beiden nächstfolgenden Großmächte sein sollte. Dieser Standard wurde bis zum Kriegsausbruch weitgehend gehalten. Siehe Rohwer: *Kriegsschiffbau und Flottengesetze* sowie die Liste der Kriegsschiffe in Kürschners *Jahrbuch* 1914, S. 403–418.

<sup>27</sup> Siehe die Beiträge zur Flottenrüstung und dem Einsatz der Marine gegen Großbritannien von Alfred Breusing in *Alldeutsche Blätter* 11.7.1914, 29.8.1914 und 12.9.1914.

<sup>28</sup> Eduard von Knorr stand in engerem Kontakt mit Claß und war bei der von Claß für Anfang Oktober 1915 im Habsburger Hof in Berlin initiierten Besprechung zur Beeinflussung des Kaisers für die Absetzung Theobald von Bethmann Hollweg als Reichskanzler anwesend. Knorr war neben Claß, Emil Kirdorf und Otto Fürst zu Salm-Horstmar einer der Organisatoren dieser Besprechung, an der unter anderem August von Thomsen, Karl Ferdinand von Grumme-Douglas, Dietrich Schäfer, Johann Neumann, Leopold von Vietinghoff-Scheel, Otto Helmut Hopfen und Dietrich Schäfer teilnahmen. Einladung und Protokoll der Besprechung vom 3.10.1915, in *BA-Berlin*, R 8048, Bd. 453, Bl. 15 und 31–44. Am 28.10.1915 folgte eine größere Sitzung im Künstlerhaus in Berlin mit 25 Teilnehmern, darunter Claß, Knorr, Salm-Horstmar, Hopfen, Thomsen, Neumann, Karl Lohmann und Karl von Wangenheim. Protokoll, in ebd., Bl. 50–59. Eine weitere Besprechung folgte am 28.11.1915 im Künstlerhaus Berlin.

geworden ist, auch unbedingt dafür, dass die deutsche Kriegsflotte kämpfen müsse. Er unterschied sich nur insofern von meinen Freunden und Gesinnungsgenossen unter den Admiralen, dass er die zum Kampfe bestimmten Kriegsschiffe erst auslaufen lassen wollte, wenn ihre planmässige Ausrüstung an Mannschaften und Kriegsmitteln mit grösstmöglicher Beschleunigung vollendet sei.

Demgegenüber wiesen meine Gewährsmänner auf den Umstand hin, dass die Nordsee jetzt gerade beim Beginn des Krieges von feindlichen Minenfeldern noch so gut wie frei sei<sup>29</sup>, wogegen sie bei einigem Hinhalten bestimmt so verseucht sein werde, dass die angreifende Flotte nicht so rücksichtslos vorgehen könne.

Es ist bekannt und braucht deshalb hier nicht des näheren ausgeführt zu werden, dass der Oberste Kriegsherr dem Rate von Tirpitz *nicht* folgte<sup>30</sup>, und so blieb die deutsche Schlachtflotte im wesentlichen bis zur grossen Seeschlacht vor dem Skagerrak unbenutzt.<sup>31</sup> Ich hatte den Eindruck, dass Admiral von Thomsen seelisch wie körperlich furchtbar unter dieser Zurückhaltung seiner geliebten Flotte litt; den wackeren Breusing bewahrte durch seinen Tod<sup>32</sup> das Schicksal vor den Erlebnissen, die wir anderen durchzumachen hatten.

Die zweite grosse Frage des Seekrieges, die zwischen den Regierenden und den massgebenden Admiralen einerseits und der öffentlichen Meinung andererseits sich auftat, war die, ob man im Krieg *alle zur Verfügung stehenden Waffen ungesäumt und rücksichtslos* anwenden müsse; sie galt also in der Hauptsache dem sogen. Unterseebootkrieg, d. h. der Frage, ob man gegen die Feinde und gegen die Neutralen, die jenen Kriegskonterbande<sup>33</sup> zuführten, von der Waffe des Ubootes vollen Gebrauch machen solle oder nicht.

---

<sup>29</sup> Nach Kriegsausbruch legte die britische Royal Navy im Zuge der Seeblockade gegen Deutschland zwischen Dover und belgischer Nordseeküste bis zum Frühjahr 1915 ein Minenfeld, um die Passage von U-Booten durch den Ärmelkanal zu verhindern. Die North Sea Mine Barrage zwischen den Orkney Islands und Norwegen wurde durch die Royal Navy und vor allem durch die US Navy 1917–1918 realisiert.

<sup>30</sup> Claß hielt Alfred von Tirpitz trotz aller Ambivalenzen ihm gegenüber auch nach dem Weltkrieg als „eine politische Begabung, ein politischer Kopf, der klar war über das, was zu tun war.“ Die deutsche Flotte sei „ein greifbares Ergebnis seiner Lebensarbeit“ gewesen, für deren Aufbau er „die klarsten und sachlichsten Arbeiter an sich heranzog.“ Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV 6./7.12.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 126, Bl. 9.

<sup>31</sup> Siehe dazu Epkenhans/Hillmann/Nägler: Skagerrakschlacht, Wolz: Und wir verrosten im Hafen und Stegemann: Die deutsche Marinepolitik.

<sup>32</sup> Alfred Breusing starb am 5.10.1914 an einem Herzschlag. Zur Beerdigung am 9.10.1914 in Berlin-Zehlendorf waren neben Claß die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses, Heinrich Rippler, Lutz Korodi, Erich Stolte (Vorsitzender der Ortsgruppe Berlin des ADV) und Heinrich Pohl anwesend. Alldeutsche Blätter 10.10.1914 und 17.10.1914.

<sup>33</sup> Gemeint ist „Bannware“ als mittelbares oder unmittelbares Kriegsmaterial. Die völkerrechtliche Regelung der Konterbande gelang zuerst in der Pariser Seerechtsdeklaration 1856 und wurde in der Haager Friedenskonferenz von 1907 erneuert, jedoch die Einrichtung eines internationalen Priesenhofes durch Großbritannien nicht abschließend ratifi-

Die Meinung des Grossadmirals *von Tirpitz* ging dahin[,] dass diese Waffe uneingeschränkt angewandt werden müsse, sobald man hinreichend mit Unterseebooten ausgestattet sei, die dem Kampfe auf hoher See gewachsen seien. Er drängte darauf, mit der grössten Beschleunigung technisch vervollkommnete Uboote zu bauen und die Offiziere und Mannschaften für sie auszubilden.<sup>34</sup>

Ihm standen dieselben Leute gegenüber, die sich gegen den Einsatz der Schlachtflotte aussprachen. Sie führten neben allen anderen matten Gründen auch den an, dass der uneingeschränkte Ubootkrieg die feindlichen Staaten und Völker aufs äusserste erbittern und auch die Stimmung der Neutralen gegen das Deutsche Reich verschärfen würde. Als ob die öffentliche Meinung der Neutralen nicht schon von der mit teuflischem Geschick arbeitenden englischen und französischen Verhetzung vergiftet gewesen wäre!

Wie sich die Dinge im Deutschen Reich entwickelt hatten, war es selbstverständlich, dass die Mehrheitsparteien, nach Bismarcks Ausspruch die geborenen Reichsfeinde, mit der Regierung in bezug auf das Nichteinsetzen der Schlachtflotte und die Dämpfung des Ubootkrieges durch Dick und Dünn gingen, und dass ihre ganze Presse dasselbe tat. Ebenso selbstverständlich war es, dass wir anderen in Grund und Boden verurteilt wurden.

Das Traurigste war bei dieser Angelegenheit, dass ein Teil der Altkonservativen in Preussen, und hier wiederum besonders führende Männer aus der sogen. alten Fraktion des Herrenhauses<sup>35</sup>, förmliche Schildhalter für Bethmann waren, die bis zu seinem Sturz an ihm festhielten.<sup>36</sup> Es sei hier nur der Name des Herrenhausmitgliedes *von Buch*<sup>37</sup> genannt, um den Kanzler und preussischen Ministerpräsidenten zu verteidigen.<sup>38</sup>

---

ziert. Die Londoner Seekriegsordnung von 1909 schuf trotzdem ein Gewohnheitsrecht, gegen das im Ersten Weltkrieg weitreichend verstoßen wurde.

<sup>34</sup> Siehe dazu Berghahn: *Der Tirpitz-Plan*, Epkenhans: *Die wilhelminische Flottenrüstung und Schottelius/Deist: Marine und Marinepolitik*.

<sup>35</sup> Gemeint ist die von Friedrich Julius Stahl begründete streng konservative „Fraktion Stahl“ kleinerer Großgrundbesitzer und Junker, die später „alte Fraktion“ genannt wurde und neben der liberalen „neuen Fraktion“ der nicht-agrarischen Konservativen bestand. Die meisten Repräsentanten der „alten Fraktion“ saßen im Preußischen Abgeordnetenhaus und pflegten ausgeprägte antikapitalistische Züge und zogen scharfe Grenzen zu den Nationalliberalen. Retallack: *Notables of the Right*, S. 1–51.

<sup>36</sup> Die Flügel der DkP radikalisierten sich verstärkt im Sommer 1916, als die alldeutschen Parteimitglieder den am 22.6.1916 in die Öffentlichkeit getretenen und im Sommer 1915 von Dietrich Schäfer gegründeten UADF zunehmend als Propagandaorganisation gegen Theobald von Bethmann Hollweg benutzen wollten und eine Kampagne gegen den Parteiführer Ernst von Heydebrand und der Lasa verschärften. Die Auseinandersetzungen zwischen Heydebrandt einerseits und Claß und Alfred Hugenberg um deren weitgesteckte Kriegsziele von 1914 beziehungsweise 1915 andererseits machten die Konfrontationslinien um die Jahreswende 1914/15 bereits sichtbar. Wolfgang Kapp, der im Februar 1918 für die DkP noch in den letzten Reichstag des Kaiserreichs nachgewählt wurde, verschärfte diese parteiinternen Spannungen durch seine 1916 erschienene Schrift „Die nationalen Kreise und der Reichskanzler“. Siehe dazu auch Retallack: *Notables of the Right*, S. 216–220.

<sup>37</sup> Leopold von Buch (1850–1927), Regierungsrat im preußischen Staatsdienst in Magdeburg, 1891 Aurich und 1893 Frankfurt/Oder, Oberpräsidialrat, Haupttritterschaftsdirektor in



Diese Erscheinung war weder damit zu begründen und zu entschuldigen, dass dieser Teil der Konservativen rein „gouvernemental“ gewesen wäre, noch damit, dass man ihm nachsagte, sein Gesichtskreis sei so eng gewesen, dass er in dem aus der bürgerlichen Oberschicht stammenden Grossadmiral *von Tirpitz* einen verdächtigen Liberalen gesehen hätte. Einerlei, welches die treibenden Beweggründe bei dieser Gattung von Konservativen gewesen sind<sup>39</sup>, für mich steht fest, dass sie durch ihr Verhalten ebenso sehr Totengräber Preussens und des preussischen Königtums geworden sind, wie die Reichsfeinde der Mehrheitsparteien.<sup>40</sup>

Gegen die Nichtverwendung der Flotte konnten wir und mit uns alle politischen Bundesgenossen, die den Sieg wollten, nichts wesentliches unternehmen.<sup>41</sup> Diese Angelegenheit wurde von den Militärbefehlshabern in der Heimat für eine militärische erklärt und durfte deshalb in der Presse nicht erörtert werden. In der Frage des Ubootkrieges waren dagegen die Stellvertretenden Generalkommandos weitherziger, und hier entwickelte sich d[a]nn ein öffentlicher Meinungskampf der allerleidenschaftlichsten Art.

---

Brandenburg und Wirklich Geheimer Rat, 1890–1895 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, 1901–1918 Mitglied des Preußischen Herrenhauses für die DkP, seit 1906 Mitglied des Elferausschusses der DkP.

<sup>38</sup> Karl Ferdinand von Grumme-Douglas spekulierte dahingehend gegenüber Claß: „Der stellvertretende Vorsitzende der konservativen Partei der Herrenhaus-Fraktion, Exzellenz von Buch, ist leider ein grosser Anhänger des Herrn v. B.-H. [Bethmann Hollweg], aus Überzeugung oder einem andern Grunde, ist mir vorläufig nicht klar. Aber item, er ist es. Er war früher Oberpräsidialrat bei Bethmann in Potsdam und ist in den letzten Monaten scharf zu Bethmann geschwenkt. Ob dies zusammenhängt mit seiner Ernennung zur Exzellenz, oder ob es zurückzuführen ist auf die Bearbeitung durch seinen Corpsbruder, den Unterstaatssekretär Wahnschaffe (Bethmanns Creatur) ist zweifelhaft; wahrscheinlich sind beide Veranlassungen schuld an seinem Verhalten.“ Grumme-Douglas betonte die einflussreiche Rolle Buchs im Zwölfärausschuss der DkP auch gegenüber Ernst von Heydebrand und der Lasa, seit 1911 Vorsitzender der DkP, der die Partei an den ADV weiter heranzuführte, jedoch die weitgehenden Annexionsziele nicht vollständig teilte. Buchs Ansichten seien aber nicht repräsentativ für die konservative Fraktion im Herrenhaus, so Grumme-Douglas, daher müsse man Wege finden, um „es zum Krach“ in der Fraktion zu bringen, indem Claß entsprechenden Mitgliedern der Fraktion, die „durchaus auf unserem Standpunkt“ stünden, entsprechende Artikel zur Beeinflussung zukommen ließe. Karl Ferdinand von Grumme-Douglas an Claß, 12.5.1915, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 199, Bl. 147–148. Siehe auch Ders. an Konstantin von Gebattel, 25.3.1917, in ebd., N 2089, Bd. 4, Bl. 122–123. Claß verurteilte Buch für seine Unterstützung von Alfred von Kiderlen-Wächter während der Marokkokrise 1911. Buch sei ein „persönlicher Freund“ Kiderlen-Wächters gewesen und habe „auf der rechten Seite die einfach ungeheuerliche Politik der Regierung“ empfohlen. Claß an Karl Ferdinand von Grumme-Douglas, 15.5.1915, in ebd., Bl. 149.

<sup>39</sup> Handschriftlicher Einschub im Originalmanuskript.

<sup>40</sup> Mit „Reichsfeinden“ waren in Anlehnung an Otto von Bismarcks „Kulturkampf“ gegen die katholische Kirche 1871–1878 und die „Sozialistengesetze“ 1878–1890 die SPD und das Zentrum sowie die Linkliberalen und die polnische Fraktion gemeint.

<sup>41</sup> Siehe auch Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 25./26.3.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 104, Bl. 5–17 und Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 29.4.1916, in ebd., Bd. 105, Bl. 11–18.

Es war dabei nötig, die Leser und Hörer mit den Besonderheiten dieser neuen Waffe bekannt zu machen, die durch *Weddigen*<sup>42</sup> kühne Taten gleich bei Beginn des Krieges mit einem Schlag ungeheuer volkstümlich geworden war.<sup>43</sup>

Ich selbst war eine der nicht vielen Landratten, die vor dem Kriege schon ein Unterseeboot kennengelernt hatten. Gelegentlich einer Zeugenvernehmung in Kiel hatte ich bei dem Staatssekretär des Reichsmarineamtes die Bitte ausgesprochen, dass mir die Besichtigung eines solchen Bootes gestattet würde, und zwar in Begleitung der Herren vom Gericht, die ausser mir die Reise von Mainz nach Kiel unternehmen würden.<sup>44</sup>

Ich hatte sofort die schriftliche Bewilligung erhalten, und so konnten wir unter der Führung eines Oberleutnants zur See das Wunderwerk besichtigen. Wir bekamen alles, was nicht als Geheimnis behandelt werden musste, erklärt und waren ganz hingerissen von der Grösse der Leistung, die die Erfinder und Erbauer dieser Waffe zustande gebracht hatten. Eine Bitte wurde uns freilich nicht erfüllt, nämlich die, auch ein Tauchen des Ubootes mitzumachen. Der Offizier erklärte, er dürfe dies nicht, denn es bestehe die allgemeine Vorschrift, dass bei den Tauchübungen keine Zivilpersonen mitgenommen werden dürften, was schliesslich begreiflich war.

Das ist sicher: wir hatten einen ganz grossen Eindruck von der Bedeutsamkeit der neuen Waffe, obwohl das Tauchboot, das wir gesehen hatten, zu den ersten seiner Art gehörte; bis zum Kriegsausbruch und erst recht nach den Erfahrungen, die man dann machte, wurden die Boote ausserordentlich vervollkommnet. Und diese Waffe, die unserer Feinde nicht in gleichem Kampfwerte besaßen, sollte unbenutzt gelassen werden!

---

<sup>42</sup> Otto Weddigen (1882–1915), 1906 Kommandierung zum Ostasiengeschwader nach Tsingtau, 1908 Eintritt in die U-Bootwaffe, ab 1911 Kommandant der U9, 1912 Kapitänleutnant, 1914 Kommandant der U9, 1915 Kommandant und im März Versenkung durch die britische Marine der U29.

<sup>43</sup> Claß teilte hier die weit verbreitete Begeisterung über die schnellen Versenkungen dreier britischer Panzerkreuzer nördlich von Hoek van Holland am 29.9.1914 durch das deutsche U-Boot U29 unter dem Kommando von Kapitänleutnant Otto Weddigen, ohne dass Weddigen selbst unter Beschuss geriet. Dabei starben über 1.500 Mann Besatzung der HMS *Aboukir*, HMS *Hogue* und HMS *Cressy*. Am 15.10.1914 versenkte Weddigen mit der U9 den britischen Kreuzer HMS *Hawke* in Höhe von Aberdeen. Im März 1915 kam es dann durch das britische Schlachtschiff *Dreadnought* zur Versenkung der U29, die seit März unter Weddigen Kommando stand und mehrere Handelsschiffe versenkt hatte.

<sup>44</sup> Vermutlich hat der Besuch um die Jahrhundertwende in Kiel stattgefunden, als Claß noch als Rechtsanwalt in Mainz tätig war. Claß wurde 1895 in Mainz als Rechtsanwalt zugelassen und war bis zur Übernahme des Verbandsvorsitzes des ADV 1908 vornehmlich als Rechtsanwalt tätig, während ihn danach die politische Arbeit verstärkt in Anspruch nahm und er sich 1920 als Rechtsanwalt beim Justizministerium in Darmstadt abmeldete. Siehe Kapitel 3.12., 4.1. und 4.4. Er übte den rechtsanwaltlichen Beruf noch bis 1918/19 aus. Staatssekretär im Marineministerium war von 1897 bis 1916 Alfred von Tirpitz als Nachfolger von Friedrich Hollmann (1890 bis 1897). Das erste deutsche Versuchs-U-Boot neuerer Entwicklung wurde 1897 konstruiert. Die deutsche U-Boot-Rüstung begann jedoch erst 1903 bzw. 1904 mit dem Auftrag zum U-Boot-Bau für die Seekriegsführung durch das Reichsmarineamt.

Es ist hier nicht die Stelle, das unwürdige Hin und Her zu schildern, so wie das Schwanken und die Haltlosigkeit der Regierung, auch nicht den Kampf der Ubootgegner ausserhalb der amtlichen Kreise, bis schliesslich der Oberste Kriegsherr die uneingeschränkte Anwendung dieser Waffe befahl – als es zu spät war!<sup>45</sup> Wir hielten uns an die Meinung des Admiralstabes, nachdem dieser im Admiral *von Holtzendorff*<sup>46</sup> einen neuen Führer erhalten hatte.

Weil die „Denkschrift über den Ubootkrieg“ in dem öffentlichen Kampf eine grosse Rolle gespielt hat, sei sie hier noch besonders erwähnt. Am 12. Februar 1916 legte sie der Admiralstab den massgebenden politischen Stellen vor und verbreitete sie unter der Hand auch an zuverlässige Leute ausserhalb der Regierung.<sup>47</sup> Diese Denkschrift kam auf Grund bestimmter Tatsachen zu dem Ergebnis, dass England in längstens 6 Monaten zum Friedensschluss gezwungen sei, wenn – wie es ausgedrückt war – *der neue Ubootkrieg uneingeschränkt*, d. h. so geführt werde, dass im Kriegsgebiet jeder Schiffsverkehr unterbunden würde. Vorher war erklärt, dass jedenfalls der Admiralstab kein anderes Mittel sehe, um England zum Frieden zu zwingen.

Nun war es für jene Zeit besonders kennzeichnend, dass die Ämter hinter den Kulissen unter sich Krieg führten, der in der Gestalt ihrer weit auseinandergelassenen Denkschriften in Erscheinung trat; diese wurden ebenso der beschränkten Öffentlichkeit bekannt, wie jene des Admiralstabes. So erwiderte Staatssekretär *Dr. Helfferich*, damals Leiter des Reichsschatzamt, auf diejenige des Admiralstabes und kam zu dem Ergebnis, dass eine Zwangslage zur Aufnahme des uneingeschränkten Ubootkrieges nicht vorliege.

---

<sup>45</sup> Der uneingeschränkte U-Bootkrieg begann im Februar 1915, nachdem Großbritannien nach Kriegsausbruch eine Seeblockade gegen deutsche Häfen verhängt hatte, und wurde Mitte Mai 1915 eingeschränkt. Am 7.5.1915 versenkte das deutsche U-Boot U20 die britische „Lusitania“ bei der fast 1.200 Passagiere (darunter auch 128 Amerikaner) ums Leben kamen. Im Februar 1916 verschärfte die deutsche Admiralität den U-Bootkrieg erneut, jedoch reichte Alfred von Tirpitz am 16.3.1916 seinen Abschied ein, nachdem man sich nicht mit dem Reichskanzler und Wilhelm II. auf den uneingeschränkten U-Bootkrieg einigen konnte.

<sup>46</sup> Henning von Holtzendorff (1853–1919), 1900 Linienschiffkommandant in China beim Boxeraufstand, 1904–1905 II. Admiral des Kreuzgeschwaders in Ostasien während des Russisch-Japanischen Krieges unter Admiral Eduard von Knorr, 1909 Chef der Hochseeflotte, seit 1913 Mitglied des Preussischen Herrenhauses, 1915 Chef des Admiralstabes der Kaiserlichen Marine, 1916 Forderung des uneingeschränkten U-Bootkrieges, 1918 mit der Nachfolge von Admiral Reinhard Scheer zur Disposition gestellt.

<sup>47</sup> Gemeint ist die Denkschrift des Mitarbeiters im Generalstab, Leutnant der Landwehr und Direktor der Magdeburger Disconto-Gesellschaft, Dr. Richard Fuß: „Die englische Wirtschaft und der U-Bootkrieg“ vom 12.2.1916. Diese Denkschrift gelangte an die Öffentlichkeit und wurde bis zum Herbst 1916 von den Vertretern eines uneingeschränkten U-Bootkrieges gegen den Reichskanzler benutzt. Alfred von Tirpitz schreibt in seinen Erinnerungen, dass er im Februar 1916 eine eigene Denkschrift mit der Forderung nach einem uneingeschränkten U-Bootkrieg gegen Großbritannien an den Generalstab schickte, die von Erich von Falkenhayn unterstützt wurde. Tirpitz: Erinnerungen, S. 363–364.

Die Admiralität antwortete in einer neuen Denkschrift<sup>48</sup>, in der sie ihre früheren Behauptungen weiter begründete und hervorragende Männer der Wirtschaft heranzog, um Gutachten zu erstatten; es seien von Ihnen nur Dr. e. h. *Paul Reusch*, Geheimrat *Beukenberg*<sup>49</sup> und der Bankherr *Max Schinckel*<sup>50</sup> erwähnt – alles in allem sieben genaueste Kenner<sup>51</sup> der Wirtschaft und Männer mit sicherem politischen Urteil. Sie alle kamen zu demselben Schlusse wie die Admiralität und erklärten, dass nicht abzusehen sei, wie der Krieg zu einem guten Ende geführt werden könne, falls England nicht durch den uneingeschränkten Ubootkrieg friedensbereit gemacht würde.

*Tirpitz* hatte bei dem Obersten Kriegsherrn schon im Jahre vorher die uneingeschränkte Verwendung der Uboote beantragt und seinen Abschied eingereicht, als der Kaiser darauf nicht einging. Dieser lehnte das Abschiedsgesuch unwillig ab und wies den Grossadmiral darauf hin, dass er Offizier sei und während des Krieges den Dienst nicht verlassen dürfe; er verbot ihm geradezu, in künftigen Fällen den Abschied einzureichen.<sup>52</sup> Dass *Tirpitz* in diesem Falle

<sup>48</sup> Gemeint ist die Denkschrift vom 12.12.1916. Stegemann: Die deutsche Marinepolitik, S. 54–61 und Granier: Die deutsche Seekriegsleitung, Bd. 3, S. 457.

<sup>49</sup> Heinrich Wilhelm Beukenberg (1858–1923), 1908–1921 Generalinspekteur der Bergbau und Hütten-AG Phoenix, 1913 Geheimer Baurat, 1916–1918 Abteilungsleiter im Reichskommissariat für Übergangswirtschaft, Vorsitzender des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen („Langnamverein“) sowie des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, 1919 Gründungsmitglied des Nationalen Klubs, 1919 Sachverständiger bei den Friedensverhandlungen in Versailles, bis zum Rücktritt 1921 Aufsichtsratsvorsitzender der Phoenix AG, 1921–1923 Mitglied des Preussischen Staatsrats.

<sup>50</sup> Maximilian Heinrich Schinckel (1849–1938), 1874 Wahl zum Direktor der Hamburger Norddeutschen Bank (Geschäftsinhaber bis 1919), 1880–1886 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1896–1918 Mitglied der Handelskammer Hamburg, ab 1909 Mitglied im Präsidium des Hansabundes, Mitinitiator des Hamburger Bismarck-Denkmal-Comites (Einweihung 1906), 1929–1938 Ehrenpräsident des Aufsichtsrates der Deutschen Bank, 1897–1933 Aufsichtsrat der HAPAG sowie u. a. bei der Woermann-Linie, der Dynamit Nobel, der Gelsenkirchener Bergwerks AG und ab 1925 auch bei I.G. Farben.

<sup>51</sup> Zur Sachverständigenkommission für den Admiralstab gehörten für die erste Denkschrift vom 12.2.1916 neun Gutachter und für die Denkschrift vom 12.12.1916 unter anderem Paul Reusch (GHH), Fritz Springorum (Hoesch), Hugo Stinnes, W. Finck (Bankhaus Merk, Fink & Co.), Waldemar Müller (Aufsichtsratsvorsitzender der Dresdener Bank), Arthur Salomonsohn (Disconto-Gesellschaft), Wilhelm Zuckschwerdt (Präsident der Handelskammer Magdeburg), Heinrich Wilhelm Beukenberg (Phoenix), Maximilian Heinrich Schinckel (Geschäftsführer Norddeutsche Bank Hamburg) und Emil Engelhardt (Präsident der Handelskammer Mannheim) sowie für die Landwirtschaft Rittergutsbesitzer von Kries, Geheimer Ökonomierat Sauerberlich (Präsident der Anhaltinischen Landwirtschaftskammer) und R. Schmid (Deutscher Landwirtschaftsrat und Erste Kammer der Württembergischen Landstände). Gutachten zur Denkschrift des Admiralstabes vom 12.2.1916 (mit Äußerung von Wilhelm Finck, Reichsrat aus München), in ABBAW, NL Meyer, Bd. 329, o. Bl. Siehe auch die Aussage ehemaligen Stellvertretenden Chef des Admiralstabes, Reinhard Koch in der 7. Sitzung vom 6.12.1919, in Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919. Stenographische Berichte, Bd. 1, S. 326 und Stegmann: Die Erben Bismarcks, S. 471.

<sup>52</sup> Im Zuge der Krise um die Versenkung der „Lusitania“ bot *Tirpitz* bereits am 6.6.1915 und nach der Versenkung der „Arabic“ (19.8.1915) am 27.8.1915 seinen Rücktritt an, als Theobald von Bethmann Hollweg nach der Einschränkung des U-Bootkrieges im Juni 1915

nicht als Offizier, sondern in seiner Eigenschaft als Staatssekretär des Reichsmarineamtes, d. h. als politischer Beamter gehandelt hatte, der auf Grund des sogen. Stellvertretungsgesetzes in seinem Amtsbereich die volle ministerielle Verantwortung trug, blieb hierbei unberücksichtigt.

Der Grossadmiral fügte sich des Kaisers Befehl; es war aber allen, die die Art kannten, in der *Bethmann Hollweg* widerspenstige Würdenträger behandelte, klar, dass er bei der nächsten Gelegenheit den Abschied erhalten würde. Dies geschah Mitte März des folgenden Jahres, wohl im Zusammenhang mit den Versuchen des Admiralstabes, den uneingeschränkten Ubootkrieg herbeizuführen: man vermutete, dass hinter ihnen der Grossadmiral stehe.<sup>53</sup> Es blieb auch damals bei der beschränkten Anwendung der Ubootwaffe, die unsere Schiffe und Besatzungen den äussersten Gefahren aussetzte.<sup>54</sup>

Es ist nicht die Aufgabe dieser Erinnerungen, die tief beschämenden Auseinandersetzungen mit den Vereinigten Staaten zu behandeln, die die Ubootwaffe als ein menschenunwürdiges und unchristliches Kampfmittel verwarfen und im wesentlichen der schwachen deutschen Regierung gegenüber ihren Willen durchsetzten.<sup>55</sup> Nur das verdient hervorgehoben zu werden, dass die

---

ein Ende der Beschießung von Passagierdampfern forderte. Konstantin von Gebsattel überredete im September 1915 Tirpitz, seinen Rücktritt aufrechtzuerhalten, damit Theobald von Bethmann Hollweg durch die folgende öffentliche Erregung isoliert würde. Tirpitz wurde am 30.8.1915 als Berater für die Seekriegsführung entlassen und auch sein Unterstützer, Gustav Bachmann, als Chef des Admiralstabes durch Admiral Henning von Holtzendorff ersetzt. Scheck: Alfred von Tirpitz, S. 40–41 und Röhl: Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund, S. 1210–1211 sowie Tirpitz: Deutsche Ohnmachtspolitik, S. 350–351, 409–410 und 415–416 und Ders.: Erinnerungen, S. 340–367.

<sup>53</sup> Alfred von Tirpitz reichte am 12.3.1916 seinen Abschied ein. Tirpitz: Deutsche Ohnmachtspolitik, S. 509. Siehe auch die Grußadresse von Claß, Emil Kirdorf und Konstantin von Gebsattel vom 25./26.3.1916, in *Alldeutsche Blätter* 1.4.1916.

<sup>54</sup> Wilhelm II. wollte die deutsche Flotte möglichst vor großen Schlachten zurückhalten und befürwortete eher eine deutsche Gegenblockade mit U-Booten. Er behielt sich zudem bei Kriegsausbruch 1914 den Oberbefehl selbst vor und wollte nach Vorstößen von Alfred von Tirpitz für die Einrichtung eines Oberbefehlshabers der Marine nicht, dass zwischen ihm und der Marine jemand gesetzt wird. Noch im März 1915 wollte der Kaiser auch keine weiteren Denkschriften mehr besprechen, die sich für den umfassenden Einsatz der Flotte aussprachen, nachdem Wilhelm II. von Hugo von Pohl, seit Februar 1915 Chef der deutschen Hochseeflotte, dazu überredet wurde, das Seegebiet um Großbritannien zum Kriegsgebiet zu erklären. Röhl: Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund, S. 1209–1216.

<sup>55</sup> Woodrow Wilson verurteilte den U-Bootkrieg als unmoralische Kriegsführung. Auch mit Rücksicht auf die amerikanische öffentliche Meinung wollte Wilson die USA aus dem Weltkrieg heraushalten. Seinen Wahlkampf für die Wiederwahl zum amerikanischen Präsidenten im November 1916 bestritt er mit dieser Haltung („He kept us out of the war“). Noch im Januar 1917 lehnte Wilson zudem eine „Verstrickung“ mit europäischen Mächten ab und sah seit 1914 vielmehr einen Konflikt mit Großbritannien wegen der Seeblockade gegen Deutschland und der britischen Bekämpfung der amerikanischen Neutralitätsrechte auch im Handel mit dem Deutschen Reich heraufziehen. Die Wiederaufnahme der uneingeschränkten U-Bootkrieges im Februar 1917 sowie das Bekanntwerden des „Zimmermann-Telegramms“ des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt (Arthur Zimmermann an die mexikanische Regierung vom 19.1.1917, in dem ihr für den Fall eines Krieges mit den USA ein Bündnisangebot mit Deutschland und die Rückkehr von Texas, Arizona und New Mexico angeboten wurde) verstärkte Wilsons Überzeugung eines Kriegseintritts. Link: Wilson

unverschämten und heuchlerischen amerikanischen Noten und die zahmen deutschen Antworten<sup>56</sup>, die durch die Presse bekannt wurden, der nationalen Opposition immer von neuem wieder die Handhabe boten, für die Anwendung des uneingeschränkten Ubootkrieges leidenschaftlich einzutreten, während auf der anderen Seite Bethmanns Anhänger aus allen Lagern über Tirpitz, den Admiralstab und uns andere herfielen.<sup>57</sup>

Schliesslich befahl der Kaiser auf Drängen der Obersten Heeresleitung die Aufnahme des „neuen“ und angeblich uneingeschränkten Ubootkrieges, der mit dem 1. Februar 1917 begann<sup>58</sup> und, was unbestreitbar ist, dem unwahrhaftigen Präsidenten *Wilson*<sup>59</sup> die Handhabe bot, die Vereinigten Staaten zum „Kreuzzug“ gegen Deutschland zu veranlassen.<sup>60</sup>

Die Uboote, d. h. ihre schneidigen Führer mit ihren ausgezeichneten Besatzungen leisteten Ungeheures – aber sie konnten doch nicht das vollbringen, was nötig gewesen wäre, um England niederzuringen.

---

(1914–1917), 3 Bde., Tucker: Woodrow Wilson, Kazin: War against War und Berg: Woodrow Wilson, S. 81–117.

<sup>56</sup> Nach ersten Friedenssondierungen Woodrow Wilsons im Frühjahr 1916 folgte am 4.5.1916 die erste deutsche Note an die USA zur Zurückkehr zu den völkerrechtlichen Grundsätzen des Seekrieges. Am 12.12.1916 übermittelten die Mittelmächte Friedensnoten, in denen sie Friedensverhandlungen anboten. Das Angebot wurde am 30.12.1916 abgewiesen. Die deutsche Ankündigung des uneingeschränkten U-Bootkrieges zum 1.2.1917 führte dann am 3.2.1917 zum Abbruch der amerikanischen Beziehungen zu Deutschland. Am 6.4.1917 folgte die Kriegserklärung der USA an Deutschland. Am 8.1.1918 verlas Wilson seine Botschaft (14 Punkte) an den Kongress. Am 14. und 23.10.1918 forderte Wilson in seinen Noten den Rücktritt des deutschen Kaisers als Voraussetzung für Friedensverhandlungen. Am 4.10.1918 folgten Friedensnoten der Mittelmächte, in denen sie Wilsons „14 Punkte“ annahmen. Auch Wilhelm II. bekannte sich zu den Reformforderungen, deren Rede am 4.10.1918 veröffentlicht wurde. Vom 3. zum 4.10.1918 ging die deutsche Antwortnote für einen Waffenstillstand über die Schweiz zu den Amerikanern. Am 5.10.1918 erklärte Prinz Max von Baden die Wilsonschen Friedensbedingungen zur Grundlage für Friedensverhandlungen. Wilson antwortete am 8.10.1918 mit einer Note und am 12.10.1918 folgte eine deutsche Note, in der die Friedensbedingungen akzeptiert wurden. Wilson antwortete in einer zweiten Note am 14.10.1918, die vom 20. auf den 21.10.1918 auch mit dem Verzicht auf den U-Bootkrieg beantwortet wurde. Wilsons dritte Note vom 23.10.1918 wurde am 27.10.1918 beantwortet und auf die vierte Note der USA vom 5.11.1918 folgte nach Eintreffen der Note am 6.11.1918 die Entsendung der deutschen Delegation zur Waffenstillstandsunterzeichnung in Compiègne.

<sup>57</sup> Siehe auch Bethmann Hollweg: Betrachtungen, Bd. 2, S. 107–238.

<sup>58</sup> Der uneingeschränkte U-Bootkrieg mit der Versenkung von Handels- und Passagierschiffen begann am 1.2.1917 auf Befehl Wilhelms II. mit über 130 U-Booten. Die Versenkung des britischen Passagierschiffs „Laconia“ am 25.2.1917, bei dem auch amerikanische Passagiere ums Leben kamen, trug wesentlich zum Kriegseintritt der USA am 6.4.1917 bei.

<sup>59</sup> Woodrow Wilson (1856–1924), 1885–1890 Dozent an der Cornell University, am Bryn Mawr College, Wesleyan University und an der John Hopkins University, 1890 Professor und 1902–1910 Universitätspräsident in Princeton, 1911–1912 Gouverneur von New Jersey für die Demokraten, 1913–1921 Präsident der USA, 1919 Friedensnobelpreis.

<sup>60</sup> Woodrow Wilson rief im Zuge der Kriegserklärung der USA am 6.4.1917 zum „Kreuzzug für die Demokratie“ und zum „Krieg zur Beendigung aller Kriege“ auf. Klautke: Unbegrenzte Möglichkeiten, S. 110–134 und Woodward: The American Army, S. 49–50.

Nun zeigte sich die ganze Verlogenheit der Pressegefolgschaft Bethmanns: sie sprach einige Zeit später vom Schwindel des Admiralstabs, der gewissermassen versprochen habe, England in 6 Wochen friedensbereit zu machen, und der weiterhin nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg erklärt habe, es sei ein Leichtes, die Beförderung amerikanischer Truppen nach Europa durch Uboote zu verhindern.<sup>61</sup>

Die Herrschaften vergassen bei ihrem ersten Vorwurf, dass die Denkschrift des Admiralstabs elf Monate älter war, und dass ihre Voraussagen demgemäss so aufgefasst werden mussten, die angekündigten Erfolge würden eintreten, wenn damals den Ubooten sofort freie Bahn gelassen worden wäre. Nun hatten aber die Feinde fast ein volles Jahr Zeit gehabt, ihre Abwehrmassnahmen gegen die Uboote zu verbessern und auszubauen[,] und dadurch deren Angriffe zu erschweren. Immerhin blieb Monate hindurch, auch 1917, die Leistung der Uboote gross, dass an oder über 600.000 t feindlichen Frachtraums monatlich versenkt wurden.<sup>62</sup>

---

<sup>61</sup> Nachdem Theobald von Bethmann Hollweg sich gegen den uneingeschränkten U-Bootkrieg stellte, eröffneten die Befürworter wie der Chef des Admiralstabes, Henning von Holtzendorff, der bereits Anfang 1916 zusammen mit Erich von Falkenhayn die U-Bootkampagne von Alfred von Tirpitz unterstützte, eine erneute Kampagne, die einen schnellen Sieg über Großbritannien innerhalb von sechs Wochen bei uneingeschränktem Einsatz der deutschen U-Boot-Flotte versprach. Siehe auch Tagebuch Kurt Riezler 11.2.1916, in Riezler: Tagebücher [1972/2008], S. 331–332 und Baden: Erinnerungen und Dokumente, S. 52–54. Zur alldeutschen Kritik an amerikanischen Lieferungen für die Entente zwischen August 1914 und März 1916 siehe *Alldeutsche Blätter* 12.8.1916. Am 28.6.1917 kamen die ersten 14.000 amerikanischen Soldaten der 1. Division in Saint-Nazaire an. Zur Jahreswende 1917/18 kamen 12.000 Mann monatlich, im April 1918 bereits 118.642 und im Mai 1918 10.000 pro Tag in Europa an. Die Truppenstärke der American Expeditionary Force betrug im November 1918 1,88 Millionen und bis Ende 1918 2,08 Millionen Mann. Amerikanische Schiffe transportierten 952.581 Soldaten und die restlichen Truppen wurden mit britischen Schiffen nach Europa gebracht. Hinzu kamen bis Kriegsende 1.500 Lokomotiven, 20.000 Wagons und 30.410 Mann an Eisenbahnpersonal. Die Tonnage stieg von 26.056 t im November 1917 auf 623.689 t im November 1918. Woodward: *The American Army*, S. 104, 137, 169, 171, 172, 176, 196 und 377.

<sup>62</sup> Siehe auch den ehemaligen Stellvertretenden Chef des Admiralstabes, Reinhard Koch, in der 7. Sitzung der Nationalversammlung am 6.11.1919, in *Stenographische Berichte*, Bd. 1, S. 323. Für 1916 wurde eine Gesamtversenkungsquote von 2.367.450 Tonnen (davon U-Boote und Minen: 2.195.278 Tonnen) für feindliche und 645.853 Tonnen (davon U-Boote und Minen: 617.254 Tonnen) für neutrale Handelsflotten registriert. Siehe Aufstellung „Verluste der feindlichen und neutralen Handelsflotten vom 1. Januar 1915 bis 31. Dezember 1916“ (Berlin, 19.4.1918), in *BA-Freiburg*, N 253, Bd. 120, Bl. 17–18. Für Januar 1917 meldete der Chef des Admiralstabes der Marine die Versenkung von 170 Handelsschiffen mit 439.500 Brutto-Registertonnen, für Februar 781.000 Tonnen, für März die Versenkung von 450 Handelsschiffen mit 885.000 Brutto-Registertonnen, für April die Versenkung von 1.091.000 Tonnen, für Mai 869.000 Tonnen, für Juni 1.016.000 Tonnen, für Juli 811.000 Tonnen, für August 808.000 Tonnen, für September 672.000 Tonnen, für Oktober 674.000 Tonnen, für November 607.000 Tonnen und im Dezember 702.000 Tonnen. Siehe Chef des Admiralstabes der Marine 24.2.1917, 17.3.1917, 29.4.1917, 19.6.1917, 21.7.1917, in *Amtliche Kriegs-Depeschen*, Bd. 6, S. 2038, 2079, 2174, 2217, 2281, 2344 sowie 20.8.1917, 22.9.1917, 22.10.1917, 22.11.1917, 21.12.1917 und 21.1.1918, in ebd., Bd. 7, S. 2394–2395, 2440, 2476, 2516, 2548 und 2585.

Ich wiederhole: die Auseinandersetzungen über das alles boten immer wieder Veranlassung zu schärfsten Kämpfen, bei denen alles, was zur Reichsmehrheit gehörte, sich feindlich gegen die Leute der nationalen Opposition stellte. Als Ergebnis des fast um ein Jahr verzögerten „unbeschränkten“ Ubootkrieges war schliesslich festzustellen, dass England mit seiner Ernährung durchhalten konnte, und dass die Amerikaner ziemlich unbehindert in Massen nach Europa gebracht wurden.<sup>63</sup>

Es ist uns durch unserer Beziehungen bekannt geworden, dass nach der verspäteten Aufnahme des vollen Ubootkrieges und besonders, nachdem eine Seekriegsleitung unter dem Admiral *Scheer*<sup>64</sup>, dem Sieger in der Skagerrak-schlacht<sup>65</sup>, gebildet war, der Bau neuer und sehr grosser Uboote beschleunigt wurde, nicht minder die Ausbildung von Offizieren und Besatzungen für dieses Kampfmittel. Es gehört zu den traurigsten Ironien der Geschichte, dass beim Zusammenbruch gerade eine Reihe dieser neuen ausgezeichneten Fahrzeuge in Dienst gestellt werden sollte, und nun an England abgeliefert werden musste.<sup>66</sup>

Noch heute, nach mehr als zwei Jahrzehnten, lebt der alte Grimm über diese ganzen Zusammenhänge bei denen weiter, die damals den Kampf gegen

---

<sup>63</sup> Im Zuge der Seeblockade gegen Deutschland wurde der gesamte Güter- und Finanzhandel Grossbritanniens umstrukturiert. Während bestimmte kriegswichtige Handelswaren durch Quoten priorisiert wurden und traditionelle Handelspartner wie Australien, Südafrika oder der Nahe Osten an Bedeutung abnahmen, wurden die USA mit der Konzentration auf den Nordatlantik zum Hauptlieferanten für Lebensmittel, Rohstoffe und Handelsschiffe für Grossbritannien und die Alliierten. Die hohe britische Importabhängigkeit gerade bei Lebensmitteln und der Wegfall deutscher und anderer kontinentaler Importe machte die Versorgung der britischen Kriegsgesellschaft schwierig. Die deutschen U-Bootangriffe führten durch die Versenkung von Handelsschiffen zusätzlich zu erheblichen Preisanstiegen während des Krieges. Ab Mitte 1917 wurden Versorgungsengpässe durch das Konvoisystem der Zusammenfassung von Handelsschiffen und Begleitung durch Kriegsmarine in Kooperation mit den Amerikanern überwunden. Die Versorgung Grossbritanniens war jedoch während des Weltkrieges zu keiner Zeit ernsthaft gefährdet. Auch der Transport von über einer Million amerikanischer Soldaten bis Kriegsende gelang nahezu ohne Verluste. Siehe Lambert: *Planning Armageddon*, Rose: *Britain and the International Economy* und Stachelbeck: *Deutschlands Heer und Marine*, S. 83–88.

<sup>64</sup> Reinhard Scheer (1863–1928), 1884–1890 Expeditionen zur Inbesitznahme der Kolonien in West- und Ostafrika und in der Südsee, 1897–1900 als Mitarbeiter und 1903–1907 als Chef der Zentralabteilung und 1911–1913 als Departmentdirektor des Reichsmarineamtes, Kommandeur des III. Geschwaders der deutschen Hochseeflotte in der Skagerrak-Schlacht im Mai 1916, zuvor Ernennung zum Chef der Hochseeflotte, 1916 Beförderung zum Admiral, August 1918 Stabschef der von Scheer mitgegründeten Seekriegsleitung, ab Dezember 1918 im Ruhestand.

<sup>65</sup> Siehe dazu Epkenhans/Hillmann/Nägler: *Skagerrak-Schlacht*, Wolz: *Und wir verrosteten im Hafen* und Stegemann: *Die deutsche Marinepolitik*.

<sup>66</sup> Das Ende des U-Bootkrieges wurde auf Verlangen der Alliierten auf den 21.10.1918 festgelegt. In den Waffenstillstandsbedingungen von Compiègne (Artikel XXII) vom 11.11.1918 wurden die Übergabe aller deutschen U-Boote und die Herausgabe der deutschen Handelsflotte festgelegt. Die Übergabe verwendungsfähiger U-Boote an die Briten erfolgte im Hafen Harwich an der britischen Ostküste zwischen November 1918 und April 1919 in mehreren Etappen. Die internierte Hochseeflotte wurde am 21.6.1919 in Scapa Flow durch Befehl des Konteradmirals Ludwig von Reuter versenkt.



die weiche Unentschlossenheit der Regierenden und die Verblendung der Parteileitungen zu führen hatten.

Genau so lag es mit der Verwendung der Zeppelin-Luftschiffe zu Kampfszwecken. Ihr Erfinder, der alte Reitergeneral *Graf Zeppelin*<sup>67</sup>, war ganz von der Überzeugung durchdrungen, dass sie mit entscheidendem Erfolg besonders gegen die grossen Städte der Feinde verwendet werden könnten.<sup>68</sup> Bei dem ungeheuren Einfluss, den die hauptstädtischen Bevölkerungen auf die politische Leitung der Länder hätten, wäre es sicher, dass Furcht und Schrecken den nötigen Druck auf die Regierungen ausüben würden.

Aber der greise Erfinder erlebte auf seinem Gebiete, was der Grossadmiral *von Tirpitz* auf dem des Seekrieges durchgemacht hatte. Es kamen die Prediger der Menschlichkeit, die da sagten, es werde den Abscheu der ganzen Menschheit hervorrufen, wenn friedliche Städte von der Luft her angegriffen würden.<sup>69</sup> Damit ziehe man die nicht-militärische Bevölkerung in die Härten des Krieges hinein, und man werde es sicher erleben, das alles, was christlich denke, sich gegen solche Grausamkeit kehren werde. Besonders die feindlichen Hauptstädte Paris und London galten diesen Leuten als unverletzlich, und es hiess wieder, Angriffe auf sie würden die Feinde aufs äusserste reizen.

Daran dachten diese Neunmal-Weisen freilich nicht, dass die Blockade über unser Vaterland verhängt war, und dass ein Teil der deutschen Bevölke-

---

<sup>67</sup> Graf Ferdinand Zeppelin (1838–1917), 1859 Eintritt in die Kriegsschule Ludwigsburg, Studium Maschinenbau und Chemie, 1885–1890 Bevollmächtigter und Gesandter Württembergs in Berlin, Generalleutnant à la suite, 1896 Mitglied im Verein Deutscher Ingenieure, 1898 Reichspatent für sein erstes Luftfahrzeug, 1908 Gründung der Luftschiffbau Zeppelin GmbH und 1909 der Deutschen Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft, 1916–1917 Mitglied der Ersten Kammer des Württembergischen Landtags, 1916–1917 Mitbegründer der Neudeutschen Verlags- und Treuhand-Gesellschaft.

<sup>68</sup> Ferdinand von Zeppelin sah vor allem in der Zerstörung von „Kunstabauten, Tunnelleinfahrten, Bahnhöfen, Straßen und Bahnkreuzungen, Hafenanlagen“ die entscheidenden Ziele der Zeppeline, „um so den Verkehr an Nahrungsmitteln, Kohle, Munition usw. zu unterbinden.“ Können „man das auf Tage und Wochen erreichen und wird das wiederholt, so muß das schliesslich seine Wirkung zeigen.“ Zeppelin sah wiederum in der U-Bootflotte und in den Zeppelin eine Waffe, die „wir anwenden können, ohne zu große Opfer zu bringen.“ Vortrag Ferdinand von Zeppelin über die Bedeutung der Luftschiffe im Weltkrieg und ihre Zukunftsaufgaben im Preussischen Abgeordnetenhaus, o.D. [1915], in BA-Freiburg, N 247, Bd. 62, Bl. 2–5. Zitate ebd., Bl. 3 und 4.

<sup>69</sup> Die Erklärung betreffend das Verbot des Werfens von Geschossen und Sprengstoffen aus Luftschiffen vom 29.7.1899 regelte im Zuge des sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmend entwickelnden klassischen Kriegsvölkerrechts entsprechend des *ius in bello* die Kriegsführung in der Luft zunächst für die Dauer von fünf Jahren. Deutschland war einer der Signatarstaaten. RGBl. 1901, Nr. 44. Auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz wurde am 18.10.1907 die wortgleiche Erklärung nun für den Zeitraum des Abschluss einer folgenden dritten Haager Friedenskonferenz von der Mehrzahl der Teilnehmerstaaten unterzeichnet, jedoch u. a. nicht von Deutschland. Zu den Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907 siehe Dülffer: Regeln gegen den Krieg? sowie zur Entwicklung des Kriegsvölkerrechts Hobe: Einführung in das Völkerrecht. Genauere Regelungen folgten nach dem Ersten Weltkrieg durch die Haager Luftkriegsregeln 1923, die eine 1922 auf der Washingtoner Rüstungskonferenz eingesetzte Juristenkommission ausgearbeitet hatten, jedoch letztlich nicht angenommen worden waren.

rung deshalb Hunger litt.<sup>70</sup> Der Hinweis auf den Vorstoss gegen die christlichen Grundsätze machte auf den Kaiser so grossen Eindruck, dass er die Verwendung der „Zeppeline“ als Kriegsmittel lange nicht zuliess.<sup>71</sup> Doch durfte hin und wieder [das] ein oder das andere Luftschiff eine Fahrt nach England unternemen, wie um zu zeigen, dass wir über diese Waffe verfügten.<sup>72</sup> Wenn dann eine Werftanlage oder ähnliches zerstört wurde, dann ging das Geschrei über die barbarische Rohheit der Deutschen durch die ganze Feindbundpresse: die Engländer wurden durch die halbe Massnahme gereizt, ohne wesentlich geschädigt zu werden.

Graf Zeppelin war verzweifelt.<sup>73</sup> Er tat von sich aus alles, um den Kaiser und den Kanzler umzustimmen und die nächste Umgebung des Obersten Kriegsherrn aufzuklären. Er kam nur sehr langsam vorwärts und trat schliesslich auch mit uns in Verbindung. Einem meiner Mitarbeiter, der ihn besuchte, schüttete er sein Herz aus, und dieser berichtete mir, es sei erschütternd gewesen, den alten Herrn an Deutschlands Schicksal verzweifeln zu sehen.<sup>74</sup> Er versprach, sich uns anzuschliessen; aber ehe es dazu kam, starb er, wie seine nächsten Freunde sagten, an gebrochenem Herzen, weil er sein Werk unverwendet sah und verlernt hatte, an den deutschen Sieg zu glauben.<sup>75</sup>

---

<sup>70</sup> Siehe dazu Osborne: Britain's Economic Blockade, Siney: The Allied Blockade of Germany und Ferris: To the Hunger Blockade.

<sup>71</sup> Wilhelm II. hielt zunächst sowohl von Ferdinand von Zeppelin als auch von seinen Plänen für eine Luftschiffahrt nicht viel und änderte seine Meinung erst mit der technischen Realisierung des Zeppelins, der erstmals als „LZ1“ im Sommer 1900 über Manzell am Bodensee abhob. Kurz darauf erhielt Zeppelin den Roten Adlerorden Erster Klasse. Die Weiterentwicklung der Zeppeline erfolgte durch Lotteriegelder, Spenden und den Einsatz seines privaten Vermögens. Das dritte Luftschiff erwarb 1908 die Militärverwaltung. Zum Ausbruch des Krieges 1914 hielt Wilhelm II. den Bombeneinsatz der Zeppeline gegen Großbritannien auch mit Sicht auf seine englische Verwandtschaft zunächst noch zurück. Die Zeppeline wurden schließlich bis 1917 zunehmend durch den Einsatz von größeren Jagdbombern und Großflugzeugen wie dem Gotha-Bomber G. IV abgelöst, die dann Südeuropa angriffen. Siehe auch Ferdinand von Zeppelin über Kriegsziele und den Einsatz der Luftschiffe an Wilhelm II., 2.4.1916, 6.7.1916 und 25.9.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 492, Bl. 2–6, 7–10 und 11.

<sup>72</sup> Der Einsatz von deutschen Luftschiffen erfolgte gleich zu Beginn des Krieges im August 1914 beim Angriff auf Lüttich. Am 19.1.1915 und am 29.4.1915 erfolgten die ersten deutschen Zeppelinangriffe auf Ziele in Großbritannien und am 31.5.1915 und 9.8.1915 wurde London angegriffen. Der schwerste Geschwaderangriff auf London erfolgte am 2./3.9.1916 und insgesamt folgten 123 Angriffe 1916. Beim schwersten Angriff auf London mit Bombern am 13.6.1917 kamen 162 Menschen ums Leben. Bis zum August 1918 wurde Großbritannien 37 mal angegriffen. Insgesamt starben durch deutsche Luftangriffe 296 Militärangehörige und 521 wurden verwundet, 1.117 Zivilisten fielen den Angriffen zum Opfer und 2.886 wurden verwundet. Siehe Jentsch: Höher, schneller, weiter, S. 183 und Süß: Tod aus der Luft, S. 29.

<sup>73</sup> Siehe auch Heinrich Rippler dazu auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 25.3.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 104, Bl. 20.

<sup>74</sup> Der genannte Mitarbeiter bleibt unklar. Ferdinand von Zeppelin war dem ADV und Claß nicht zuletzt als Mitbegründer der Neudeutschen Verlags- und Treuhand-Gesellschaft, die 1916/17 ins Leben gerufen wurde und die Deutsche Zeitung im Frühjahr 1917 erwarb, eng verbunden.

<sup>75</sup> Ferdinand von Zeppelin starb am 8.3.1917.

Freilich war gegen Ende seines Lebens der Spielraum für die Zeppeline erweitert worden. Aber hier war es genau wie bei den Ubooten: als man ganze Geschwader auf England losliess, waren dort die Abwehrwaffen so ausgebildet, dass die deutschen Luftschiffe mit ihren Besatzungen aufs schwerste gefährdet waren und grosse Opfer bringen mussten.<sup>76</sup>

Dies alles geschah in einer Zeit, in der der feindliche Vernichtungswille ausser allem Zweifel stand, in der französische Flieger in Karlsruhe, einer offenen Stadt, am Fronleichnamstage (1916) Bomben abwarfen, wobei u.a. 82 Kinder getötet und 72 verwundet wurden!<sup>77</sup> Alles in allem, auch diese Waffe blieb, im Grossen gesehen, von Deutschland unbenutzt, weil die Herzen der sogen. politischen Führer zu schwach waren. Es ist selbstverständlich, dass wir in dem öffentlichen Meinungskampf mit der äussersten Entschiedenheit die Meinung Zeppelins vertraten.<sup>78</sup>

## 2.2. Besprechungen mit führenden Deutschen Österreich-Ungarns

Die Schicksalsverbundenheit zwischen unserem Vaterlande und der österreichisch-ungarischen Monarchie veranlasste mich, die persönlichen Beziehungen, die ich jenseits der schwarz-gelben Grenzpfähle hatte, auszubauen und immer enger zu gestalten. Dies tat ich auch besonders deshalb, weil ich je länger je mehr die Wahrnehmung gemacht hatte, wie wenig im allgemeinen die Männer mit denen ich im Reich zusammenwirkte, von Österreich, vor allem aber von den Deutschen dieses Landes wussten, und wie schwer sie sich einen Begriff davon machen konnten, unter welchen Umständen die auf dem gleichen Boden wie wir stehenden deutschen Politiker in Österreich zu arbeiten hatten.

Ich tat das meine, um bei uns der ziemlich allgemein üblichen falschen Einschätzung unserer ostmärkischen Landsleute entgegenzuwirken. Vor allem galt es, den herabsetzenden Redensarten über das österreichische Heer den Boden zu entziehen, bei denen kein Unterschied gemacht wurde zwischen dessen einzelnen volkklichen Bestandteilen.<sup>79</sup>

---

<sup>76</sup> Bis 1916, als der Luftkampf um Großbritannien einen Höhepunkt erreichte, hatten die Briten ein gestaffeltes Abwehrsystem unter Einsatz von Marinefliegern zur Abwehr von Zeppelin über See oder in Küstennähe aufgebaut. Siehe Jentzsch: Höher, schneller, weiter.

<sup>77</sup> Gemeint ist der französische Bombenangriff auf Karlsruhe am 22.6.1916, bei dem 120 Menschen ums Leben kamen (darunter über 71 Kinder bei einer Nachmittagsvorstellung des Zirkus Hagenbeck im Stadtzentrum). Siehe zu den Opfern auch Napp: Die deutschen Luftstreitkräfte, S. 257. Der erste Luftangriff erfolgte am 15.6.1915 mit 30 Toten.

<sup>78</sup> Siehe Alldeutsche Blätter 23.9.1916.

<sup>79</sup> Nach dem Zensus von 1910 betrug der Anteil von „Deutschen“ in Österreich-Ungarn 23,9%, von „Magyaren“ 20,2%, von „Slawen“ 47,2% und von „Romanen“ 8,4%. Bihl: Der Erste Weltkrieg, S. 62. Zur alldeutschen Kritik an der Nationalitätenpolitik Österreich-Ungarns und vor allem des Erzherzogs Franz Ferdinand siehe u.a. auch Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 4.7.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 95, Bl. 30–35.

Ich hatte schon im Herbst 1914 von Offizieren des Beurlaubtenstandes, die an den furchtbar schweren Kämpfen auf dem österreichisch-russischem Kriegsschauplatz<sup>80</sup> teilgenommen hatten, gehört, wie wunderbar sich die deutschen Regimenter aus den Alpenländern geschlagen und welche ungeheuren Verluste an kostbarster Menschenkraft sie damals erlitten hatten.<sup>81</sup> Mir war berichtet worden, dass das Gefühl der unbedingten Überlegenheit über das russische Heer bei ihnen so weit gegangen sei, dass diese deutschen Söhne des Alpenlandes es für unter ihrer Würde gehalten hätten, im Feuergeschehen Deckung zu suchen. Sie hätten aufrecht ohne jeden Schutz gestanden, und es hätte lange gedauert, bis die überlebenden Kameraden von ihren Offizieren dazu gebracht wurden, Deckung zu suchen.

Auf der anderen Seite war mir bekannt, wie schändlich manche Truppenteile aus dem tschechischem Sprachgebiet sich benommen hatten, und wie verbreitet der Verrat unter Ruthenen, Slowenen und galizischen Juden gewesen war.<sup>82</sup> Ich erklärte bei jeder sich bietenden Gelegenheit, dass niemand

<sup>80</sup> Die habsburgische Armee kämpfte bis zum Herbst 1914 in Galizien und Russisch-Polen sowie auf dem Balkan.

<sup>81</sup> Die Verluste der k.u.k. Armee betragen 1914 189.000 Soldaten und Offiziere, 490.000 Verwundete und 278.000 Kriegsgefangene oder Vermisste. Die Balkanarmee mit 450.000 Mann verlor davon alleine 30.000 Soldaten und Offiziere, 173.000 Verwundete und 70.000 Vermisste. Bihl: Der Erste Weltkrieg, S. 95.

<sup>82</sup> Vorwürfe an die Infanterie-Regimenter 28 und 36 und an das Landwehr-Infanterie-Regiment 30 wurden erhoben und Claß mitgeteilt, der die Berichte dann wie hier gefällig in sein völkisch-rassistisches Weltbild einfügte, als sich in den Schlachten im Oktober 1914 Teile der Truppen (vor allem tschechische Soldaten) den Russen ergeben hätten. Letztlich war es russischen Truppen mit einem Durchbruch gelungen, die Regimenter zum Zerfall in zwei Flanken zu bringen, woraufhin sich zahlreiche Soldaten ergaben. Erste Berichte darüber, „daß in Serbien czechische [sic] Regimenter gemeutert hätten“ erreichten Claß Ende 1914. Siehe Oberregierungsrat Dr. Negenborn (Liegnitz) an Claß, 26.12.1914 und Claß an Dr. Negenborn, 30.12.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 198, Bl. 259 und 263. Für Ruthenen, denen eine „russophile“ Einstellung von Seiten zahlreicher k.u.k. Offiziere vorgeworfen wurde, sind auffällige Desertionen für 1914 nicht belegt. Zum September 1915 wurden „unzuverlässige“ Ruthenen und Polen bei Ersatzbataillonen in Galizien in Bataillone für die italienische Front umgruppiert. Die antisemitische Äußerung gegenüber „galizischen Juden“ ordnet sich in Claß' rassistisches Weltbild ein. Im Jahre 1911 dienten 17% Juden als Reserveoffiziere und 0,6% aller Berufsoffiziere waren Juden. 25.000 jüdische Truppenoffiziere dienten dann im Ersten Weltkrieg in der k.u.k. Armee. Schmitz: Als ob die Welt aus den Fugen ginge, S. 56–57. Der habsburgische „Burgfrieden“ hielt weitgehend bis zum Januar 1917 und in Ungarn bis in den Herbst 1918, obwohl militärische Niederlagen 1914 bereits pan-slawische und russlandfreundliche Strömungen bei den nordslawischen Volksgruppen beförderten. Bereits 1914 formierten sich freiwillige Truppen, die vor allem nach dem Zusammenbruch des Russischen Zarenreiches 1917 eigenständige tschechoslowakische Legionen bildeten und in Russland oder Italien und Frankreich unter dem Kommando der Entente kämpften. Siehe Thunig-Nittner: Die Tschechoslowakische Legion. Bereits 1915 verstärkten tschechische und slowakische Politiker eine Offensive für eine spätere Anerkennung eines eigenen Nationalstaates. Tomáš Garrigue Masaryk, der erste Staatspräsident der Tschechoslowakei von 1918–1935, ging ins Exil und präsentierte der britischen Regierung Pläne für einen eigenen Nationalstaat. Im Juni 1918 wurde der Tschechische Nationalausschuss als Vorbereitung für die Übernahme eines eigenständigen Nationalstaates gegründet. Zu diesen Nationalitätenkonflikten siehe Kann: The Multinational Empire, Lein: Pflichterfüllung oder Hochverrat, Schmitz: Als ob die Welt aus den Fugen

über die deutschen Kämpfer unseres Brudervolkes aburteilen dürfe, der ihre Heldentaten nicht kenne, ja dass es eine grenzenlose Ungerechtigkeit sei, sie mit den anderen Völkerschaften des österreichisch-ungarischen Heeres in einem Atem zu nennen.<sup>83</sup>

Im Spätjahr 1914 war ich noch zweimal in Wien, und in den ersten Monaten des Jahres 1915 dreimal.<sup>84</sup> Ich lernte immer wieder die bereits früher erwähnten Schwierigkeiten kennen, unter denen die Ernährung gerade der Deutschen in den Alpenländern und den Gebieten der Sudeten zu leiden hatte, weil es die schwache Regierung des Grafen Stürgkh<sup>85</sup> nicht wagte, aus dem landwirtschaftlich reichen tschechischen Sprachgebiet Böhmens Nahrungsmittel im Wege des Zwanges heranzuziehen, deren freiwillige Lieferung verweigert wurde, wie denn auch nichts geschah, um die ungarische Regierung mit dem nötigen Nachdruck zur Nahrungshilfe an Österreich zu veran-

---

ginge, S. 25–101 und 251–292, Cornwall: Morale and Patriotism, Wandruszka/Urbanitsch: Die Habsburgermonarchie und Rumpler: Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg. Gegenüber Claß beklagte sich Konstantin von Gepsattel, dass in deutschen Einheiten elsässische Soldaten an der Westfront desertiert seien. Einem mündlichen Bericht eines Offiziers aus Mühlhausen zufolge, seien „4.000 Menschen wegen Fahnenflucht verfolgt“ und deren Vermögen beschlagnahmt worden. Auch an der Ostfront seien elsässische Soldaten ebenfalls „zum Feind übergegangen“. Konstantin von Gepsattel an Claß, 27.10.1915, in BA-Berlin, R 8048, N 2089, Bd. 2, Bl. 260–261.

<sup>83</sup> Im habsburgischen Offizierskorps waren um 1911 76,1 % Deutsche, 10,7 % Magyaren, 5,2 % Tschechen. Im Reserveoffizierskorps dienten 56,8 % Deutsche, 24,5 % Magyaren und 10,6 % Tschechen. Um 1913 kamen auf 1.000 Soldaten statistisch 267 Deutsche, 223 Magyaren, 135 Tschechen, 85 Polen, 81 Ruthenen, 67 Kroaten und Serben, 64 Rumänen, 38 Slowaken, 26 Slowenen und 14 Italiener. Bihl: der Erste Weltkrieg, S. 61.

<sup>84</sup> Claß wollte mit dem Kriegsausbruch die alldeutschen Kriegsziele umgehend in einem erweiterten Kreis mit österreichischen Politikern und Wissenschaftlern besprechen, zu denen auch Hans Uebersberger zählte, um vor allem die Kriegsziele im Osten Europas vor einer Veröffentlichung genau zu prüfen. Claß an Konstantin von Gepsattel, 11.8.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 355, Bl. 157–158. Die genauen Daten von Claß' Reisen nach Wien in der zweiten Jahreshälfte 1914 und Anfang 1915 bleiben unklar. Claß plante einen Besuch in Wien im Anschluss an Besprechungen mit Mitgliedern der Verbandsleitung über das Kriegsziel (und besonders über seine Forderung des Erwerbs „Land frei von Menschen“) sowie im Anschluss an die Vorstandssitzung in Berlin am 28.8.1914 – vermutlich am Sonntag, den 31.8.1914 mit einer Rückkehr nach Berlin am 4. oder 5.9.1914. Alfred Breusing an Claß, 3.9.1914, in ebd., Bd. 309, Bl. 62. Claß plante zum 18.9.1914 eine Reise von München aus nach Salzburg, von wo er nach Wien weiterreisen wollte, am 21.9.1914 dann nach Berlin zurückkehrte und anschließend am 25.9.1914 mit Alfred Hugenberg zur Besprechung der Kriegsziele in der Villa Hügel in Essen zusammentraf. Siehe Terminaufstellung Claß 22.2.–30.11.1914, in ebd., Bd. 198, Bl. 270 und 271. Am 20./21.3.1915 fand in Konzerthaus in Wien eine gemeinsame Beratung von deutschen und österreichischen Politikern über die „Grundzüge für die zukünftige Gestaltung Oesterreich-Ungarns und die Stellung des deutschen Volkes in diesem Staate“ statt, an der Claß vermutlich teilgenommen hatte. Siehe Verhandlungsprotokoll vom 24.10.1915 (Abschrift), in ebd., Bd. 692, Bl. 1–4.

<sup>85</sup> Karl Graf Stürgkh (1859–1916), seit 1891 Mitglied des Reichsrats für den verfassungstreuen Großgrundbesitz des konservativen Flügels der Deutschliberalen, 1908–1911 Unterrichtsminister, 1911–1916 Ministerpräsident von Österreich, 1914–1916 Regierungspraxis v. a. mit kaiserlichen Verordnungen, Einführung der Pressezensur, 1916 durch den sozialdemokratischen Politiker Friedrich Adler ermordet.

lassen.<sup>86</sup> So habe ich gesehen und selbst erlebt, dass die Deutschen des Doppelstaates in jeder Beziehung die Hauptlast des Krieges zu tragen hatten, und es war ergreifend zu sehen, wie sie dies in jener Zeit taten.

Meine alten österreichischen Freunde erweiterten den Kreis der führenden Männer des Alpen- und Sudetenlandes, mit denen wir zusammenarbeiteten.<sup>87</sup> *Samassa*<sup>88</sup> war unermüdlich, mich mit bedeutenden Männern zusammenzubringen, und der alte *Steinacker*<sup>89</sup> holte, wenn ich in Wien war, Vor-

<sup>86</sup> Karl Graf Stürgkh geriet politisch während des Ersten Weltkrieges auch unter Druck, weil unter seiner Regierung als Ministerpräsident (1911–1916) bereits im Juli 1913 in Böhmen die autonome Landesverwaltung durch eine Verwaltungskommission („Annapatent“) ersetzt wurde. Ein Ausgleich scheiterte und dies führte dann 1914 zu einer weitreichenden Obstruktionspolitik der Tschechen mit der ab März 1914 erfolgten Vertagung des Reichsrats und der Regierungspolitik mit Hilfe von Notverordnungen (§ 14 StGG). Zusätzlich zur Kritik an seiner Weigerung, den Reichsrat während des Krieges wieder einzuberufen, galt er als zu nachsichtig gegenüber den ungarischen Interessen. Stürgkh versuchte, mit autoritärer Innenpolitik einerseits und Zugeständnissen an Tschechen und Ungarn andererseits die Reichseinheit Österreich-Ungarns sicherzustellen.

<sup>87</sup> Claß intensivierte die Zusammenarbeit mit Vertrauensmännern in Österreich-Ungarn seit 1909. Zu den Planungen der politischen Besprechungen in Salzburg (14.–16.9.1910) siehe BA-Berlin, R 8048, Bd. 687, in Linz (26.–27.8.1911) ebd., Bd. 688 und in Prag (11.–12.9.1912) ebd., Bd. 689. Siehe auch den Verhandlungsbericht über die unmittelbar vor 1914 stattgefundene Zusammenkunft mit den österreichischen Vertrauensmännern in Wien 10.9.1913, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 691, Bl. 31. Aus Österreich-Ungarn waren anwesend die Reichsratsabgeordneten Gustav Bodirsky, Rudolf Brandsch, Franz Jesser, Otto Lecher, Rudolf Lodgman von Auen, Heinrich von Oberleithner und Oskar Teufel sowie Albrecht von Gröling, Hans Hartmeyer, Michael Heinisch, Prof. Hirth, Adam Müller, k.u.k. Sektionschef des Handelsministeriums Richard Riedl, Paul Samassa, Harold Steinacker, Edmund Steinacker, Roland Steinacker, Hans Uebersberger und August von Wotawa.

<sup>88</sup> Paul Samassa (1868–1941), entstammte einer wohlhabenden Laibacher (Ljubljanaer) Familie, die Ende des 18. Jahrhunderts eine Glockengießerei gründete und nach der Expansion 1907 nach Linz und 1908 nach Wiener Neustadt zur Metallgießerei ausgebaut wurde und im Ersten Weltkrieg Rüstungswaren v.a. für die österreichische Marine produzierte, Studium der Medizin und Naturwissenschaften in Graz, Würzburg, München und Wien, 1893 Habilitation in Zoologie in Heidelberg, 1899 als Chefredakteur der Münchner Neuesten Nachrichten und 1900–1908 als Hauptschriftleiter der Alldeutschen Blätter, 1903 Mitglied des Aufsichtsrates der Neuen Südwest-Afrikanischen Siedlungs-Gesellschaft, ab 1911 in Wien zur Koordinierung der deutsch-österreichischen und deutschnationalen Parteien und Schutzvereine, politische Beziehungen zur Militärkanzlei des Erzherzogs Franz Ferdinand über Freiherrn von Carl Bardolff, Schlüsselfigur für die Koordination der deutsch-österreichischen Politik des ADV in der Habsburgermonarchie, zahlreiche Verbindungen zu Organisationen wie der Deutschen Volkspartei, dem Verein Südmark, dem deutschen Volksrat in Böhmen, dem Deutschen Klub und der Ungarländischen Deutschen Volkspartei, Mitwirkung bei der Kriegszieldenkschrift „Denkschrift aus Deutschösterreich“ (1915) des deutschnationalen und liberalen Politikers und Publizisten Heinrich Friedjung, 1918–1919 programmatische Mitwirkung an der Vorbereitung der Gründung der GdVP 1920, bereits ab Herbst 1918 politischer Rückzug auf ein Weingut in Bozen, 1938 aus Italien ausgewiesen und 1939 Übersiedelung nach Graz, Autor u.a. der Schriften: Die slawische Gefahr in den Ostmarken (1902), Die Besiedlung Deutsch-Ostafrikas (1909), Das Nationalitäten-Problem in Österreich-Ungarn (1918).

<sup>89</sup> Edmund Steinacker (1839–1929), Publizist und Politiker, 1906/07 Mitbegründer der Ungarisch-Deutschen Volkspartei, ab 1892 Mitglied des ADV, ab Herbst 1915 Mitglied des Vorstandes des ADV und Vertrauensmann in Österreich, als Mitglied des Deutschen Schulver-

kämpfer der deutschen Sache aus Ungarn herbei, unter denen *Rudolf Brandsch*<sup>90</sup> nie fehlte.

Diese neuen Beziehungen gingen über den Kreis unserer alldeutschen Gesinnungsgenossen drüben hinaus; sie führten mich mit reinen Liberalen, wie Dr. Michael *Hainisch*<sup>91</sup>, dem späteren ersten Bundespräsidenten der „Republik Österreich“, ja später mit führenden Christlichsozialen zusammen.<sup>92</sup> Wie die Stimmung damals unter den Deutschen gewesen ist, zeigte mir eine Mitteilung *Dinghofers*<sup>93</sup>, mit dem ich Anfang 1915 in der Bahn von Wien nach Linz fuhr.<sup>94</sup> Er erzählte mir damals zum Beweise seiner Behauptung, dass

---

eins führend gegen die Magyarisierungspolitik in der ungarischen Reichshälfte Österreich-Ungarns.

<sup>90</sup> Rudolf Brandsch (1880–1953), 1904–1911 Lehrer und Direktor der evangelischen Knabenschule in Hermannstadt, Mitglied des ADV, 1910–1918 als siebenbürgisch-sächsischer Abgeordneter im ungarischen Abgeordnetenhaus, Vertrauensmann des ADV für Ungarn und Magyarisierungspolitik, durch Rudolf Steinacker Verbindung zum Kreis um Erzherzog Franz Ferdinand, 1907 Gründung der Ungarisch-Deutschen Volkspartei, bei den Reichstagswahlen 1910 im Wahlkreis Hermannstadt gewählt, 1913 Gründer und 1913–1914 Vorsitzender des Deutschen Bauernvereins, 1919–1933 Abgeordneter im rumänischen Parlament, bis 1922 Vorsitzender der Deutschen Fraktion, Senator auf Lebenszeit, 1921–1927 Herausgeber der Deutschen Politischen Hefte, 1922–1931 Vorsitzender des Verbandes der deutschen Volksgruppen in Europa, 1931–1932 Unterstaatssekretär für Volksminderheiten in der rumänischen Regierung, Beamter im Innenministerium, Führung des Verbandes der Deutschen in Großrumänien, 1935 Mitglied der radikalen DVR (Deutsche Volkspartei Rumäniens), 1938 Gründung der Gemeinschaft der Deutschen in Rumänien, nach 1945 Verhaftung und Zwangsarbeitslager in Rumänien.

<sup>91</sup> Michael Hainisch (1858–1940), 1886–1890 im Staatsdienst, Mitbegründer der Wiener Zentralbibliothek, Betätigung im Volksbildungsverein, dem Verein für Socialpolitik und in der Gesellschaft der „Fabier“, 1918 Generalrat der Österreich-Ungarischen Bank, 1920–1928 Bundespräsident der Republik Österreich, 1929–1930 Handelsminister (parteilos, Rücktritt 1930), 1938 Befürwortung des „Anschlusses“ an Deutschland.

<sup>92</sup> Michael Hainisch war vom 9.12.1920–10.12.1928 Bundespräsident von Österreich.

<sup>93</sup> Franz Dinghofer (1873–1956), Jurist an den Landesgerichten Linz, Wien, Bezirksgericht Urfahr, 1901–1918 Gemeinderat in Linz, 1905–1907 Vizebürgermeister von Linz, 1907–1918 Bürgermeister von Linz, 1911–1918 Mitglied des Reichsrats für die Deutsche Volkspartei bzw. der 1917 Deutschnationalen Partei (hervorgegangen als eine von sechs aus dem aufgelösten Deutschen Nationalverband hervorgegangenen Gruppierungen, von der Dinghofer Obmannstellvertreter wurde), 1913–1915 Mitglied des Landtages für die DNP, 1918–1919 einer von drei gleichberechtigten Präsidenten der Provisorischen Nationalversammlung, 1919 als Vertreter Österreich in den Geschäftsführenden Ausschuss des ADV gewählt, 1919 Großdeutsche Vereinigung, 1919–1920 Dritter Präsident der Konstituierenden Nationalversammlung und Mitglied für die GdVP, Forderung des Anschlusses Österreichs an Deutschland, 1920–1928 Mitglied des Nationalrates, 1920–1926 Dritter Präsident des Nationalrates, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft deutscher Parlamentarier (u. a. DNVP und DVP) für die GdVP, 1927–1928 Vizekanzler der Republik Österreich, 1927–1928 Justizminister, 1924 Vorsitzender Rat beim Oberlandesgericht Wien, Begründer des Deutschen Volksbundes, 1928–1938 Erster Vorsitzender des Obersten Gerichtshofes.

<sup>94</sup> Das genaue Datum der Begegnung in Österreich bleibt unklar, da die Reisepläne von Claß für das Frühjahr 1915 nur teilweise rekonstruierbar sind. Claß war noch bis in die zweite Januarhälfte 1915 aufgrund einer schweren Erkältung, die er sich Anfang Januar in Berlin zugezogen hatte, unfähig zu reisen. Erst Anfang Februar plante er erneut eine kurze Reise nach Berlin. Aufgrund der Zensur, infolge der Versendung seiner Kriegszieldenkschrift im Dezember 1914, bat Claß auch um postalische Zusendungen nicht an seine Mainzer

selbst die katholische Geistlichkeit auf dem Lande ihr deutsches Herz entdeckt habe, ein kleines, aber kennzeichnendes Erlebnis. Er war zur Beerdigung eines Verwandten in ein oberösterreichisches Dorf gefahren. Nach dem Begräbnis war man noch zusammengeblieben, und dabei hatte der Ortspfarrer sich eifrig mit ihm unterhalten. Seine Auffassung gipfelte in der Frage: „*Herr Doktor, wann werden wir endlich preussisch*“? Dinghofer erzählte mir dies als Beweis des ungeheuren Eindrucks, den die Leistungen des deutschen Heeres und die ganze Haltung des deutschen Volkes damals in Deutschösterreich gemacht hätten, so dass sogar ein katholischer Priester in solcher Form seine Sehnsucht nach Vereinigung mit dem Deutschen Reiche ausgesprochen habe. Dabei betonte er, dass dessen Äusserung bestimmt ehrlich gemeint gewesen sei; denn der geistliche Herr habe gerade als Gegensatz zur reichsdeutschen Leistung die Schlamperei und Unentschlossenheit der österreichischen Regierung hervorgehoben.

Bei meinen Unterhaltungen in Wien stiess ich niemals auf ähnliche Äusserungen. Auch unter den Leuten, die unbedingt deutsch gesinnt waren, waltete die Rücksicht auf den alten Kaiser Franz Josef<sup>95</sup> vor, und man hielt es für ausgeschlossen, dass irgendeine Änderung noch zu seinen Lebzeiten vorgenommen werden könnte. Für die Zeit nach dem Tode des greisen Herrschers freilich machten sie alle ein sehr grosses Fragezeichen.

Aus dem Kreise, mit dem ich damals in Verbindung stand, schloss sich eine engere Gruppe zusammen, die wesentlich auf Samassas Betreiben die Fragen durchdachte und zu klären suchte, die künftig im Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn zu lösen waren, nicht minder aber auch diejenigen, die innerhalb der Doppelmonarchie durch den Krieg aufgeworfen waren. Diesem Ausschuss gehörten Prof. *Dr. Heinrich Friedjung*<sup>96</sup>,

---

Adresse, sondern an den Habsburger Hof, wo er für gewöhnlich in Berlin weilte und dann zusätzlich zu seinen politischen Treffen auch seine Post abholte. Claß an Staatsminister von Hentig, 30.1.1915, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 199, Bl. 18. Claß war auch in der ersten Märzwoche 1915 für einige Tage in Berlin. Am 24./25. April 1915 fand dann der alld Deutsche Verbandstag in Berlin statt.

<sup>95</sup> Erzherzog Franz Joseph Karl von Österreich (Franz Joseph I., 1830–1916), stammte aus dem Hause Habsburg-Lothringen, 1848–1916 Kaiser von Österreich, König von Böhmen und Apostolischer König von Ungarn.

<sup>96</sup> Heinrich Friedjung (1851–1920), 1873–1879 Dozent für Geschichte und Deutsch an der Handelsakademie Wien, Entlassung wegen Kritik am österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 und Bekämpfung des Altliberalismus, 1882 zusammen mit Victor Adler, Georg von Schönerer und Engelbert Pernerstorfer Verfasser des deutschnationalen „Linzer Programms“ u. a. zur engeren Anbindung an das Deutsche Reich und die Ausdifferenzierung der Völker Cisleithaniens, 1883–1886 Herausgeber der Deutschen Wochenschrift, 1886–1887 Chefredakteur der Deutschen Zeitung, Distanzierung von den Deutschnationalen nach antisemitischen Radikalisierungen u. a. durch die antisemitische Überarbeitung des „Linzer Programms“ 1885 durch Georg von Schönerer (Friedjung kam aus einer jüdischen Kaufmannsfamilie), 1891–1895 Mitglied des Wiener Gemeinderates, 1909 „Friedjung-Prozess“ zur Verwendung der ihm vom Außenminister übergebenden gefälschten serbischen Dokumente zur Zeit der Annexionskrise 1908/09, im Ersten Weltkrieg Befürworter eines großdeutschen Mitteleuropas und nach 1918 eines Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich, Mitglied der Österreichischen und der Bayerischen Akademie der



der bekannte Geschichtsschreiber, *Dr. Michael Hainisch*, Prof. *Dr. Eugen von Philippovitch*<sup>97</sup>, der führende Volkswirtschaftler der Wiener Universität, und Prof. *Dr. Hans [Ue]bersberger*, dessen Sondergebiet die Geschichte des europäischen Ostens und Südostens war.<sup>98</sup> Zu ihnen gesellte sich *Samassa* gewissermassen als Verbindungsmann nach dem Reich.

Diese Herren, denen es heiliger Ernst mit der Aufgabe war, die sie sich selbst gestellt hatten, konnten bereits im Juni 1915 das Ergebnis ihrer gewissenhaften Arbeit als „*Denkschrift aus Deutsch-Österreich*“ vorlegen.<sup>99</sup> Sie war gewissermassen ein Gegenstück zu meiner Denkschrift über das Kriegsziel.<sup>100</sup> Man hatte es für richtig befunden, sie auch als „Handschrift“ zu behandeln und nur an einen beschränkten Personenkreis zu versenden, bei dem für das Reich unsere Listen massgebend waren.

In ausgesprochenem Gegensatz zu der Stimmung, die ich am Anfang des Krieges in Wien vorgefunden hatte, und die mit dem früher mitgeteilten Worte gekennzeichnet war, *Österreich habe nur ein „negatives“ Kriegsziel*, gingen die

---

Wissenschaften, Autor u. a. der Schriften: *Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1859 bis 1966*, 2 Bde. (1897–1898), *Denkschrift aus Deutsch-Österreich* (1915), *Das Zeitalter des Imperialismus*, 3 Bde. (1919–1923).

<sup>97</sup> Gemeint ist Eugen Philippovich Freiherr von Philippsberg (1858–1917), 1873 Mitbegründer des Vereins für Socialpolitik, Vorstandsmitglied des Deutschen Kolonialvereins in Freiburg, 1885–1893 Professor für Nationalökonomie in Freiburg und 1893 in Wien, 1896 Mitbegründer der Sozialpolitischen Partei und 1900 der Internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz, Anhänger u. a. mit Heinrich Friedjung der Konzeption eines deutsch-dominierten „Mitteleuropas“, Autor u. a. der Schriften: *Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland* (1892) und *Grundriss der Politischen Ökonomie* (1893).

<sup>98</sup> Gemeint ist Hans Uebersberger (1877–1962), 1910 außerordentlicher Professor und 1915 Professor für osteuropäische Geschichte in Wien, Anhänger einer Kriegszielpolitik für ein deutsch-dominiertes „Mitteleuropa“, Mitglied des in den 1920er Jahren gegen jüdische Wissenschaftler agierenden antisemitischen Professorennetzwerks „Bärenhöhle“, 1930/31 Rektor der Universität Wien, 1933 Mitglied der NSDAP, 1934 Professor in Breslau nach Verlust der Professur in Wien, 1935–1945 als Nachfolger des entlassenen Historikers Otto Hoetzsch – Begründer der „Ostforschung“ und ehemaligen Mitgliedes der DkP (1910–1918), der DNVP (1919–1928) und der VKV (1929) – Berufung zum Professor in Berlin, 1945 in Berlin entlassen, 1950 an der Ukrainischen Freien Universität in München und ab 1958 auch Lehraufträge an der Universität Göttingen sowie als emeritierter Professor 1959–1962 an der Universität Erlangen, Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, u. a. Mitherausgeber zusammen mit Ludwig Bittner/Alfred Francis Pfißram/Heinrich von Srbik: *Österreich-Ungarns Außenpolitik von der bosnischen Krise 1908 bis zum Kriegsausbruch 1914. Diplomatische Aktenstücke des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußeren*, 9 Bde. (1930).

<sup>99</sup> *Denkschrift aus Deutsch-Österreich*. Als Manuskript gedruckt, Leipzig 1915, 104 Seiten, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 695, Dokument 2. Die Denkschrift ist ein Neudruck vom Dezember 1915 der im Juli 1915 gedruckten Fassung von Heinrich Friedjung, Michael Hainisch, Hans Uebersberger und dem österreichischen Professor für Nationalökonomie, Eugen Philippovich Freiherr von Philippsberg. Siehe auch „Grundzüge für die zukünftige Gestaltung Oesterreich-Ungarns und die Stellung des deutschen Volkes in diesem Staate“. Ergebnisse der gemeinsamen Beratungen am 20. und 21.3.1915 in Wien, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 692, Bl. 1–4.

<sup>100</sup> Heinrich Claß: *Denkschrift betreffend die national-, wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele des deutschen Volkes* [September/Oktober 1914], in BA-Berlin, R 8048, Bd. 633, Bl. 111–183.

Verfasser dieser Denkschrift von der Ansicht aus, dass das Verschwinden der österreichisch-ungarischen Monarchie ein Unglück sein würde; andererseits könne sie aber nur in allerengstem Bündnis mit dem Deutschen Reiche weiterbestehen. Um ein solches engstes Verhältnis anzubahnen, sei es schon im Kriege notwendig, die Abmachungen für ein mitteleuropäisches Bündnis zu treffen, das über das von *Bismarck* und *Andrassy*<sup>101</sup> im Oktober 1879 geschlossene wesentlich hinausgehen müsse und einen Wehrverband, sowie einen Wirtschaftsbund bringen müsse.<sup>102</sup> Alle Fragen, die mit diesem Doppelziele zusammenhängen, wurden aufs gründlichste und sachverständigste erörtert.

Der letzte Abschnitt der Denkschrift war den innerpolitischen Reformen gewidmet, die den Bestand der Donau-Monarchie sichern sollten.<sup>103</sup> Hier wurde vor allem die Regelung des Verhältnisses zwischen den sogen. beiden Reichshälften untersucht und für die im Reichsrat vertretenen Länder vorgeschlagen, die deutsche Sprache endlich zur Staatssprache zu erklären.<sup>104</sup> In bezug auf Polen und die Ukraine wurde die Forderung vertreten, sie im Falle des Sieges zu Bestandteilen der Monarchie zu machen, die dann künftig aus

<sup>101</sup> Gyula Graf Andrassy von Csik-Szent-Kiraly und Kraszna-Horka (1823–1890), Mitglied des Pressburger Reichstages von 1848, Teilnahme an der ungarischen Revolution gegen die Habsburger unter Lajos Kossuth 1848/49 in Ungarn, 1850 Verurteilung zum Tode und Flucht nach Paris, 1861 Abgeordneter im Ungarischen Reichstag, trat zusammen mit Ferenc Deak als Wortführer für den Verbleib Ungarns im Habsburgerreich ein, nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich 1867 Ernennung zum Ministerpräsidenten, Verfechter einer Magyarisierungspolitik in Ungarn, 1871 Ernennung zum Minister des Äußeren, 1872 Teilnahme am Dreikaisertreffen, beim Berliner Kongress 1878 erwirkte er als Bevollmächtigter Österreich-Ungarns die Übertragung des Mandats für Bosnien und die Herzegowina, 1879 nach Abschluss des von ihm geförderten Zweibundes mit dem Deutschen Reich Rücktritt als Ministerpräsident.

<sup>102</sup> Gemeint ist der 7.10.1879 in Kraft getretene Zweibund, der aus den Verhandlungen zwischen Otto von Bismarck und dem österreichisch-ungarischen Außenminister Julius Graf Andrassy hervorging.

<sup>103</sup> Denkschrift aus Deutsch-Österreich, IV. Abschnitt. Innerpolitische Reformen, S. 75–97.

<sup>104</sup> Die am 19.4.1880 erlassenen „Taaffe-Stremayrsche Sprachenverordnungen“ für Böhmen und Mähren sollten die Doppelsprachigkeit für Gerichte und Ämter sicherstellen, während Deutsch jedoch weiterhin „innere Amtssprache“ bleiben sollte. Die Sprachenverordnung vom 23.9.1886 sah die Verschärfung der Sprachenverordnung von 1880. Die am 4.4.1897 und 25.4.1897 von der Regierung des polnischen Grafen Casimir Badeni erlassenen Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren bestimmten die Kenntnis von Deutsch und Tschechisch als „äußere“ und „innere“ Amtssprache für alle ab dem 1.7.1901 angestellten Beamten. Die am 5.3.1898 erlassene zweite Sprachenverordnung für Böhmen und Mähren stellte einen Kompromissversuch durch eine Teilung der Amtssprache der Behörden in tschechische, deutsche und sprachlich gemischte Gebiete dar, nachdem die Nationalitätenkonflikte zwischen Deutschen und Tschechen sich zunehmend auf die Sprachenkonflikte konzentrierten und die Deutschen in Böhmen und Mähren durch die Förderung der tschechischen Sprache vor allem als Voraussetzung für die Besetzung von Beamtenstellen sich benachteiligt beziehungsweise in ihrer kulturellen und politischen Stellung gefährdet sahen. Auch der ADV protestierte gegen die Badenischen Sprachenverordnungen und mobilisierte, wie der Deutsche Schulverein, die deutschnationale Öffentlichkeit in Kundgebungen gegen die Erlasse. Prade: Die Behandlung der nationalen Minderheiten und Reismann-Grone: Die slawische Gefahr. 1899 wurden die Badenischen Sprachenverordnungen zurückgezogen. Wladika: Hitlers Vätergeneration, S. 299–427, Schmidt: Kampf um das Deutschtum, S. 234–248 und Sutter: Die Badenischen Sprachenverordnungen.

drei Ländergruppen bestehen würde.<sup>105</sup> Bei den Verfassern war hierbei der Gedanke wesentlich bestimmend, die *Stellung der Deutschen im alten sogen. Cisleithanien*<sup>106</sup> zu stärken, da ja bei dieser Lösung Galizien zu den neuerworbenen Gebieten geschlagen worden wäre.<sup>107</sup> Man war der Überzeugung, dass hieraus eine Gefahr für das Deutsche Reich und das Gesamtdeutschtum nicht entstehen könne, weil ja die obenerwähnten Vorschläge eines „mitteleuropäischen Bündnisses mit Wehrverband und Wirtschaftsbund“ einen Zustand schaffen würden, der die engste Verbindung zwischen dem nach Westen und Nordosten zu vergrößernden Deutschen Reich und dem zukünftigen Österreich gewährleisten würde.

Die „*Denkschrift aus Deutsch-Österreich*“ brachte für die meisten reichsdeutschen Empfänger eine Fülle des Neuen, ja Überraschenden. Die Verfasser konnten natürlich ebenso wenig wie ich erwarten, dass man sich im Reich

---

<sup>105</sup> In Bezug auf die Ukraine rückte Claß bis Jahresende 1914 von seiner ursprünglichen Forderung nach einer Angliederung an Österreich-Ungarn ab und befürwortete ein „selbständiges Grossfürstentum“. Eine Angliederung an Rumänien sei wegen des habsburgischen Anspruchs „nicht möglich“. Claß an Direktor Dr. Dieter, 22.12.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 198, Bl. 256. Claß änderte die Abschnitte zur Ukraine und Polen im Laufe des Jahres 1915. Claß an Schriftleitung Kölnische Zeitung, 16.4.1915, in ebd., Bd. 199, Bl. 128. Claß legte am 24.8.1914 zusammen mit dem Geschäftsführenden Ausschuss des ADV das Kriegsziel für die folgende Kriegszieldenkschrift fest, Polen Österreich-Ungarn einzugliedern. Da man ein militärisch bündnisfähiges Mitglied des Dreibundes brauchte, wollte man den Gesamtstaat durch Angliederung „slawischer Gebiete“ zunächst föderalistisch stärken. Gleichzeitig sollte ein Art Viergestirn Polen, Ukraine, Ungarn, Deutsch-Österreich gestärkt werden, um bei einem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie die Deutsch-Österreicher in Cisleithanien an das Deutsche Reich angliedern zu können. So Otto Bonhard: Alldeutscher Verband, Habsburger- und Polenfrage, in Alldeutsche Blätter 22.9.1923. Bei Kriegsbeginn 1914 ging Claß auch bereits von konkreten Plänen zur Angliederung Polens an die Habsburgermonarchie aus. Claß an Konstantin von Gebattel, 11.8.1914, in ebd., Bd. 355, Bl. 157–158. Mit Fortgang des Krieges änderte Claß bis 1916 seine Position und wollte Polen nun Preußen als „Schutzstaat“ zuteilen. Alldeutsche Blätter 20.5.1916 und 2.12.1916. August Keim hielt Claß’ frühe Forderung einer Eingliederung Kongress-Polens an Österreich-Ungarn aus der Sicht des AV ohnehin für „zu optimistisch, denn die Habsburgische Politik ist und bleibt unberechenbar, und wir würden durch die Angliederung Polens an Oesterreich-Ungarn dort unfehlbar die slavisch-ultramontane Richtung mit einer deutschfeindlichen Spitze zu gewärtigen haben.“ Keim war letztlich weder für einen „Neben- und Schutzstaat“ oder für eine Angliederung an Österreich-Ungarn oder an das Deutsche Reich, sondern für eine direkte Angliederung an Preußen. August Keim an Claß, 7.6.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 406, Bl. 203.

<sup>106</sup> Cisleithanien bezeichnet nach der Doppelmonarchie von 1867 die österreichischen Erblande, die Länder der böhmischen Krone, das Herzogtum Bukowina, das Königreich Dalmatien, das Königreich Galizien und Lodomerien.

<sup>107</sup> Denkschriften dieser Art zirkulierten verstärkt bei wirtschaftlichen Interessenverbänden und nationalistischen Vereinen. Siehe zu ähnlichen deutschtumspolitischen Forderungen auch Hauptvorstand des Vereins für das Deutschtum im Ausland (Allgemeiner Deutscher Schulverein): Denkschrift betreffend die Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, (an den Reichskanzler am 4.8.1915), in PolArchAA, NL Stresemann, Bd. 152, Bl. 36–47. Siehe für vergleichbare zollpolitische Forderungen Bund der Landwirte, Deutscher Bauernbund, Westfälischer Bauernverein, CDI, BdI, Reichsdeutscher Mittelstandsverband: Gemeinsame Vorschläge für die Neuregelung der handelspolitischen Beziehungen zu Frankreich, Rußland und Österreich-Ungarn, 16.8.1916, in ebd., Bl. 88–94.

ohne weiteres zu ihren Vorschlägen bekennen werde, ebenso wenig, wie man sich dessen von den Leuten der österreichischen Bürokratie und des Heeres, oder von den massgebenden Führern der Nationalitäten und der Wirtschaft versehen konnte.

Soweit das Reich in Betracht kam, erschien es mir nötig den Kreis, aus dem die „*Denkschrift aus Deutsch-Österreich*“ entstanden war, und der sich zu ihren Zielen bekannte, mit dem der reichsdeutschen Politiker und Wirtschaftsführer zusammenzubringen, die unsere deutschen Kriegsziele vertraten. Um dies vorzubereiten, bat ich meinen Freund Geheimrat Fritz<sup>108</sup>, einem aus Wien gekommenen Wunsche entsprechend, für längere Zeit dorthin zu gehen und als Verbindungsmann zwischen uns und unseren österreichischen Freunden zu wirken.

Fritz kam meiner Aufforderung nach und gewann viele neue Beziehungen, über die er mir fortlaufend berichtete. Es war mir eine Freude, von den Österreichern zu hören, dass man ihm mit vollem Vertrauen begegnete.

Die engere Fühlung zwischen hüben und drüben zeigte sich zunächst darin, dass nicht nur Samassa wiederholt an unseren Ausschusssitzungen teilnahm und uns über die österreichischen Dinge unterrichtet hielt, sondern dass auch Männer wie *Hainisch*, die Universitätsprofessoren *Dr. Geyer*<sup>109</sup> und *Dr. [Ue]bersberger*, sowie *Rudolf Brandsch* durch Samassa und Fritz dafür gewonnen wurden, zu solchen Sitzungen zu erscheinen und uns Vorträge zu halten.

<sup>108</sup> Georg Fritz (1865–1944), Studium der Forst- und Kameralwissenschaft in Gießen und München, danach wissenschaftlicher Mitarbeiter in einer Forschungsanstalt in Brasilien, nach Rückkehr nach Deutschland weiteres Studium der Finanzwissenschaft, Kaiserlicher Geheimer Regierungsrat, Steuerassessor in Mainz und Mitte der 1890er Jahre erste Kontakte zum Deutschbund und zu Claß, in den Kolonialdienst als Bezirkshauptmann der Marianen-Inseln, Geheimer Regierungsrat, 1914–1928 Mitglied des ADV, 1916–1922 Zweiter Geschäftsführer der Vermögensverwaltung des Alldeutschen Verbandes GmbH sowie Schatzmeister des ADV und Vertrauensmann des Wehrschatzes, 1916 Bevollmächtigter zur Gründung der Neudeutschen Verlags- und Treuhandgesellschaft (ab 1917 Geschäftsführer) für den Erwerb der Deutschen Zeitung, 1917 Vorsitzender der Deutschen Verlags-Gesellschaft und geschäftsführender Direktor der Deutschen Zeitung, 1918 stellvertretender Leiter des antisemitischen Ausschusses für die Judenfrage, 1919 Gründungsmitglied des DvSTB, seit 1919/20 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 1921 ständiges Mitglied des Alldeutschen Ehrenrats und Stellvertreter des Ehrengerichts, 1927 Ausscheiden aus dem Amt des Geschäftsführers der Deutschen Zeitung, 1928 Rückzug aus dem ADV, Autor u. a. der Schriften: *Die Ostjudenfrage. Zionismus und Grenzschluß* (1915) und *Kolonien? Das koloniale Schicksal des deutschen Volkes – geschichtlich als Lehre, politisch als Aufgabe* (1934).

<sup>109</sup> Gemeint ist Rudolf Geyer als Claß' „geheimster Vertrauensmann in Wien.“ Claß an Alfred Hugenberg, 21.2.1918, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 601, Bl. 68. Rudolf Geyer (1861–1929), 1900 Privatdozent für arabische Sprache und Literatur in Wien, 1915 Professor für Semitistik und Vorstand des Orientalischen Instituts der Universität Wien, 1916 zusammen mit Hans Uebersberger und Adolf Grohmann Leitung des gegründeten Instituts für Osten und Orient in Wien, Mitglied der Akademie der Wissenschaften Wien und korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften Berlin, Obmann des Deutschen Klubs, Mitglied des in den 1920er Jahren gegen jüdische Wissenschaftler agierenden antisemitischen Professorennetzwerks „Bärenhöhle“ der Universität Wien.

So waren unsere Beziehungen soweit gediehen, dass wir es wagen konnten, so etwas wie einen reichsdeutsch-österreichischen Ausschuss zu bilden, der die Plattform für die gemeinsame Arbeit im Sinne meiner Denkschrift und derjenigen aus Deutschösterreich werden sollte. Die Österreicher hatten den *Grafen Rudolf von Colloredo-Mansfeld*<sup>110</sup>, Landesausschussmitglied des niederösterreichischen Landtags und Sprossen einer der allerältesten deutschen Aristokratenfamilien, dafür gewonnen, die Führung des österreichischen Teils unseres Ausschusses zu übernehmen, während auf reichsdeutscher Seite *Fürst Salm* sich dieser Aufgabe unterzog.

Nachdem die Verständigung über die bei der ersten Zusammenkunft zu behandelnden Gegenstände erzielt war, erliess Fürst Salm die Einladungen. Am 24. und 25. Januar 1916 fand dann in Berlin die erste Aussprache statt.<sup>111</sup> Der hierzu von beiden Seiten geladene Kreis war mit besonderer Vorsicht zusammengestellt und für das erste [M]al begrifflicherweise ziemlich eng gezogen. Bei der äusserst geringen Kenntnis unserer meisten reichsdeutschen Mitglieder von den Zuständen in der verbündeten Donaumonarchie war es als richtig angesehen worden, diesmal nur den österreichischen Gästen Berichte zuzuteilen. Hierzu hatten sich der Landtagsabgeordnete *Dr. Medinger*<sup>112</sup>, Ange-

<sup>110</sup> Graf Rudolf von Colloredo-Mannsfeld (1878–1948), Gutsbesitzer in Sierndorf/Weinviertel, 1914–1918 Mitglied des gesamtstaatlichen Landwirtschaftsrates, Beamter der Stathalterei (bis 1920), 1909–1915 Mitglied des niederösterreichischen Landtags für den Großgrundbesitz, 1912–1918 Mitglied des Landesausschusses, (altliberaler) Vertreter des Ständestaates.

<sup>111</sup> Siehe Protokoll „Erste Oesterreicher-Tagung“ in Berlin (Hotel Adlon) am 25.1.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 693, Bl. 22–45. Anwesend waren Adolf Freiherr von Bachofen von Echt, Richard Freiherr von Baratta, Rudolf Graf Colloredo-Mansfeld, Bernhard Freiherr von Ehrenfels, Wilhelm Exner, Richard Faber, Rudolf Geyer, Stefan Freiherr von Haupt, Gilbert Helmer, Oskar Freiherr von Klinger, Wilhelm Fidler von Medinger, Max von Taynthal, Karl Urban, Hans Uebersberger, August von Wotawa, Rudolf Brandsch, Otto Fürst zu Salm-Horstmar, Staatsminister z.D. von Richter, Regierungs-Assessor von Hasselt, Regierungs-Assessor von Keudell, Landrat von der Osten, Landrat Hans Jaspar Freiherr von Maltzahn (Berater des Kronprinzen Wilhelm von Preußen), Freiherr von Cetto, Gustav Roesicke, Hauptschriftleiter der Deutschen Tageszeitung – Georg Oertel, Kurt Breysig, Ernst von Borsig, Geheimrat Schrey, Alfred Hugenberg, Emil Kirdorf, Paul Reusch, Bergtrat Funke, Heinrich Wilhelm Beukenberg, Geheimrat Schweckendieck, August von Rieppel, Exzellenz Herr von Maffai, Gustav Stresemann, Geheimrat Dr. Schiemann, Geheimrat Friedrichs, Wilhelm Hirsch, Hermann Rippler, Otto Eichler, Dr. Wendland, Ernst Bassermann, Landtagsabgeordneter Fuhrmann, Walter Bacmeister, Oberlandesgerichtsrat Dr. Spahn, Dr. Albrecht, Karl Ferdinand von Grumme-Douglas, Oberbürgermeister a.D. aus Düsseldorf Dr. Marx, Dr. Irmer, Dietrich Schäfer, Max Sering, Heinrich Claß, Otto Helmut Hopfen, Freiherr von Richthofen, Friedrich von Schwerin, Dr. von Schwerin-Löwitz, Gesandter Dr. Raschdau, Dr. Wagner, Lutz Korodi, Admiral Recke, Konstantin von Gabsattel, Wilhelm Mootz, Johannes Neumann, Prinz Karl zu Loewenstein-Wertheim-Freudenberg, Julius Wolf, Carl Caesar Eiffe, Generalsekretär Schoultz, Dr. Baeumer, Freiherr von Twickel, Graf von Arnim-Boitzenburg. Weiterhin sind auf der Teilnehmerliste ursprünglich vermerkt Erich Keup, Oberst Cardinal von Widdern und Otto Hoetzsch. Teilnehmerliste 25.1.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 693, Bl. 71–76.

<sup>112</sup> Wilhelm Medinger (1878–1934), 1908 Abgeordneter im Böhmischem Landtag (Großgrundbesitz), 1919 Österreichischer Bevollmächtigter des Staatsamtes für Äußeres in Den Haag, ab 1920 Abgeordneter im Tschechoslowakischen Parlament für die Deutsche Nationalpartei, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft deutscher Parlamentarier, 1922 Präsident der sude-

höriger des verfassungstreuen Grossgrundbesitzes in der Prager Landstube, Prof. *Dr. Wotawa*<sup>113</sup> in Wien, einer der Führer der österreichischen Deutschnationalen, Prof. *Dr. [Ue]bersberger* – Wien und der ungarische Reichstagsabgeordnete *Brandsch* zur Verfügung gestellt. Ausser ihnen bekamen bei dieser Gelegenheit *Dr. Richard Faber*<sup>114</sup>, *Dr. Geyer*, *Dr. von Bac[h]ofer*<sup>115</sup>, *Abt H[e]lmer*<sup>116</sup> vom Prämonstratenserkloster Tepl<sup>117</sup> und natürlich *Samassa* mit.

Am Tage vor unserer Sitzung war eine Vorbesprechung, an der von reichsdeutscher Seite Fürst Salm, Baron Vietinghoff und ich, von der anderen Seite Graf Colloredo, Samassa und die vorgesehenen Berichterstatter teilnahmen. Bei dieser Gelegenheit wurden die Österreicher von uns darüber unterrichtet, welches Vorgehen wir für zweckmässig hielten, damit der von uns geladene reichsdeutsche Kreis ausserhalb des Alldeutschen Verbandes für die Zusammenarbeit gewonnen werde. Dieser Kreis bestand aus führenden Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens im Reich, aus Vertretern der Wissenschaft und der Presse, sowie derjenigen nationalen Verbände, die sich mit dem Deutschtum ausserhalb des Reichs befassten.

So vorbereitet, konnte diese erste, in gewissem Sinne denkwürdige Tagung abgehalten werden. Zunächst sprach *Wotawa* über die Stellung des Deutschtums in Österreich und Ungarn und ihre geschichtlichen und politischen Ursachen. Dann folgte ein Vortrag von *Medinger* über die Opfer und

---

tendeutschen Sammlungsorganisation Deutsche Völkerbundliga, 1925 Senator für die Deutsche CSP.

<sup>113</sup> August von Wotawa (1876–1933), 1914–1923 Mittelschullehrer für Geschichte und Geographie und Vorstand des Realgymnasiums im Landeserziehungsheim in Wien/Hietzing, Obmannstellvertreter des Deutschen Schulvereins, 1920 Mitbegründer der GdVP und bei Gründung der Nationaldemokratischen Partei engagiert, die in die GdVP überführt wurde, Mitglied des sich 1921 konstituierenden Judenausschusses der GdVP, 1923 Präsident des österreichischen Bundesverlages für Unterricht, Wissenschaft und Kunst, 1924–1930 Reichsparteiobmann der GdVP, 1927–1930 Mitglied des Nationalrats für die GdVP, 1927 Mitglied der Arbeitsgemeinschaft deutscher Parlamentarier für die GdVP, 1930–1933 Mitglied des Nationalrats für den Nationalen Wirtschaftsblock.

<sup>114</sup> Richard Faber, Kommerzialrat, Großindustrieller in Wien, vertretender Leiter des Österreichischen Forschungsinstitut für Osten und Orient, Präsident der Ständigen Österreichischen Ausstellungskommission, Mitglied des Vereins für asiatische Kunst und Kultur, Mitglied des Oberösterreichischen Musealvereins, ab 1915 Mitglied der Anthropologischen Gesellschaft Wien.

<sup>115</sup> Gemeint ist Adolf Freiherr Bachofen von Echt (1864–1947), Privatgelehrter und Fabrikmitbesitzer der Nußdorfer Bierbrauerei in Wien seines Vaters Karl Adolf Freiherr Bachofen von Echt (1830–1922 – Bürgermeister von Nußdorf sowie 1891–1895 Mitglied des Wiener Gemeinderates), Vorsitzender des österreichischen Werkbundes, 1925 Promotion in Wien in Paläontologie, Mitglied des Vereins für Österreichische Volkskunde.

<sup>116</sup> Gemeint ist Abt Gilbert Helmer (Johann Baptist Helmer, 1864–1944), 1884 Eintritt in das Kloster Teplá, 1894 Gymnasiallehrer, 1900–1944 Abt des Stifts Teplá, 1901 Mitglied des Böhmisches Landtages, 1903 Mitglied des Österreichischen Herrenhauses, 1923–1944 Administrator der Abtei Speinshart, 1927 Generalvikar für die Klöster der Prämonstratenser in der Tschechoslowakei, 1928 Angehöriger der Landesvertretung Christlich-Sozialen Volkspartei in Prag, Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Prag.

<sup>117</sup> Stift Tepl in Westböhmen wurde im 13. Jahrhundert als Abtei der Prämonstratenser gestiftet.

Leistungen der österreichischen Deutschen in diesem Kriege und die Aussichten der Deutschen für die Zukunft. Die gleichen Gegenstände behandelte *Brandsch* in bezug auf die ungarländischen Deutschen. Schliesslich hielt *[Ue]bersberger* einen Vortrag über die Unentbehrlichkeit der deutschen Vorpostenstellung in Österreich-Ungarn für das Gesamtdeutschum.<sup>118</sup>

Alle Redner boten ihr Bestes und machten offensichtlich auf die reichsdeutschen Teilnehmer einen ausgezeichneten Eindruck. An die Berichte schloss sich jeweils eine Aussprache an; besser gesagt: Fragen der Reichsdeutschen, die noch weiter aufgeklärt zu sein wünschten.

Bei den unvermeidlichen, der Zeit entsprechend sehr einfachen gesellschaftlichen Veranstaltungen, wie gemeinsames Mittag- und Abendessen, war dafür gesorgt, dass die persönlichen Beziehungen zwischen den Herren hüben und drüben enger geknüpft werden konnten. So bekam ich am Schlusse zu hören, dass alle von dieser ersten Zusammenkunft befriedigt waren. Zumal die österreichischen Teilnehmer waren begeistert von der Aufnahme, die sie gefunden hatten.

Einen sehr starken Eindruck machte der Abt *Helmer* auf die reichsdeutschen Teilnehmer. Als der würdig und vornehm auftretende Herr bei Tisch sich in der lebhaftesten und geistvollsten Weise an der Unterhaltung beteiligte, war die Verwunderung über das weltmännische Gehaben des geistlichen Herrn allgemein. Höchst erstaunt und erfreut waren aber alle, die nacheinander mit ihm behaglich zusammensassen, über seine nationale, fast völkische Einstellung, über seine treffenden Äusserungen, sobald der innere Zustand der Donaumonarchie besprochen wurde, und schliesslich über seine Begeisterung für das deutsche Heer. Der Abt versprach nach dieser Zusammenkunft, die seine Erkenntnis von der Notwendigkeit des engsten Zusammenschlusses der Deutschen in Mitteleuropa nur bestärkt habe, auf seinen Arbeitsgebieten, aber auch als Mitglied des Herrenhauses, weiterzuwirken, und ich habe zu meiner Freude gehört, dass er dies redlich getan hat.

Ein gemeinsames „Programm“ wurde damals nicht verabredet und war auch gar nicht angestrebt. Es handelte sich nur um eine erste Fühlungnahme, um ein Kennenlernen, wobei die Österreicher als Vortragende allein das Wort hatten. Wie nötig solche Zusammenkünfte waren, zeigte sich sowohl bei den Erörterungen, die sich an die Berichte anschlossen, als auch besonders bei den Einzelunterredungen hinterher.

Ich stiess auch hier wieder bei den Österreichern auf die Meinung, dass *Bethmann Hollweg* ein genialer Staatsmann sei, der es bewunderungswürdig verstanden habe, den Ausbruch des Krieges zeitlich so zu lenken, dass Deutschland vor der ganzen Welt gerechtfertigt dastehe. Vor allem aber habe er es durch diese seine Kunst fertiggebracht, das ganze deutsche Volk zu einen und

---

<sup>118</sup> August von Wotawa: Die geschichtlichen und politischen Grundlagen der heutigen Stellung des Deutschthums in Oesterreich, Wilhelm von Medinger: Oesterreichs Leistungen im Kriege und seine Aufgaben in der Zukunft, Rudolf Brandsch: Bedeutung und Leistungen des ungarländischen Deutschthums und Hans Uebersberger: Die Bedeutung Oesterreich-Ungarns für das Deutsche Reich.

die Sozialdemokraten wie das Zentrum von ihrer internationalen Einstellung zu heilen und ihrem Volke und ihrem Kaisertum wieder zuzuführen.

Wie erstaunt, ja erschreckt waren diese hochgebildeten und schliesslich auch welterfahrenen Leute, als sie von uns zu hören bekamen, dass wir in Bethmann Hollweg den Verderber von Volk, Reich und Kaisertum erblickten, den man rücksichtslos bekämpfen müsse! Es wollte ihnen nicht in den Kopf, dass der von ihnen aufrichtig verehrte Kaiser und die glänzende Generalität es zulassen würden, dass ein solcher Schädling im Amt bliebe. Die meisten unserer Gäste wurden wohl überzeugt, aber es waren auch einige darunter, die zu den alten Liberalen Herbst'scher<sup>119</sup> Prägung gehörten, und die sich von ihrer Bewunderung für Bethmann nicht freimachen liessen.

Auf der anderen Seite bekamen wir bei der allgemeinen Unterhaltung Einzelheiten über den furchtbaren inneren Zustand der Monarchie zu hören, die sich besonders auf Tschechen, Ruthenen und Slowenen bezogen.<sup>120</sup> Man erkannte die Entschlossenheit der [S]tellvertretenden Kommandierenden Generale in der Heimat an, aber man machte es der Regierung des Grafen Stürgkh zum Vorwurf, dass sie ihnen, wenn dem Urteile ihrer Standgerichte die Vollstreckung nicht auf dem Fusse folgte, in den Arm fiel und offenkundige Landes- und Hochverräter vor ihrem längst verdienten Schicksal bewahrte. Damals war das Verfahren gegen den tschechischen Abgeordneten Kramarsch<sup>121</sup> wegen Hochverrats im Gange, den Urheber des berüchtigten Wortes, dass der Dreibund ein „abgespieltes Klavier“<sup>122</sup> sei. In diesem Verfahren war Dr. [Ue]bersberger als genauester Kenner der Geschichte und Politik der sogen. subgermanischen Völker, sowie ihrer Parteibestrebungen als Sachverständiger

<sup>119</sup> Gemeint sind die „alten“ Liberalen unter der Führung von Eduard Herbst (1820–1892), ab 1858 Professor für Staatsrecht und Rechtsphilosophie in Prag, 1861–1891 Mitglied des Böhmisches Landtags und Mitglied des Reichsrates, 1867–1870 „Bürgerministerium“ der österreichischen Reichshälfte von Karl Wilhelm Philipp von Auersperg als Justizminister, Gegner der antiliberalen Politik des k.u.k. Ministerpräsidenten Eduard Taaffe ab 1879.

<sup>120</sup> Claß spricht hier vermutlich von unterschiedlichen Ausprägungen an Kriegsbegeisterung innerhalb des Vielvölkerstaates, die nicht zuletzt durch die Zensur, die Einschränkung parteipolitischer Kriegszieldebatten und die Vertagung von Reichsrat und Landtagen unterschiedliche Wirkungen in der Habsburgermonarchie zeitigte.

<sup>121</sup> Karel Kramář (1860–1937), Fabrikbesitzer in Böhmen und Schriftsteller, Studium der Rechtswissenschaft und Soziologie, Kritik des Ausgleichs von 1867 als Bevorzugung der Ungarn, 1896 österreichischer Finanzminister, 1891 Wahl in den Reichsrat, 1894 Mitglied des böhmischen Landtags, 1907 Vizepräsident des Reichsrats, 1911–1917 tschechischer Abgeordneter im österreichischen Abgeordnetenhaus für Prag „Neustadt 2“, als „Jungtscheche“ (Gruppierung seit 1863) Einsatz für gleiches Wahlrecht, höhere soziale Gerechtigkeit und Unabhängigkeit vom Adel – im Gegensatz zu den „Altschechen“ mit Wurzeln in der sozialkonservativen Politik um 1848, 1915 wegen tschechischer Unabhängigkeitsbestrebungen Verurteilung zu Hochverrat, 1917 Amnestie, 1918–1919 Ministerpräsident der Tschechoslowakei, Nationaldemokratische Partei, 1918–1937 Mitglied des tschechischen Parlaments.

<sup>122</sup> Der Obmann der Jungtschechischen Fraktion im Reichsrat Karel Kramář sprach am 27.5.1902 davon der Dreibund sei „ein abgespieltes Klavier“. Afflerbach: Dreibund, S. 480 und Höbelt: Der Zweibund, S. 300.



zugezogen.<sup>123</sup> Er teilte manches von den Ungeheuerlichkeiten mit, die die gerichtliche Untersuchung damals zutage förderte. Kramarsch wurde denn auch von Rechts wegen zum Tode verurteilt, aber auf die Veranlassung des Grafen Stürgkh zu einer Freiheitsstrafe begnadigt.<sup>124</sup>

Nachdem die Versammlung in der festen Absicht auseinandergegangen war, die gewonnen Beziehungen enger zu gestalten, traten Fürst Salm und ich mit Colloredo und Samassa noch zusammen, um festzulegen, was nun weiter geschehen solle. Colloredo war glücklich, mit einem solchen Ergebnis nach Wien zurückkehren zu können. Er sprach die Überzeugung aus, dass er zu Hause durch seinen Bericht über die Berliner Besprechung die wichtigsten Leute aller deutschen Parteien für unsere Zusammenarbeit gewinnen werde. Dabei brachte er zum Ausdruck, dass führende Herren des Grossgrundbesitzes in Böhmen, die früher leider aus Gründen der sogen. Realpolitik, d.h. des Eigennutzes, mit den Tschechen zusammengegangen seien, sehr viele Haare in dieser Suppe gefunden hätten, dass insbesondere die grossen Leute unter den Christlich-Sozialen gründlich bekehrt seien.<sup>125</sup> Er versprach, seinen bisheri-

<sup>123</sup> Claß wollte Hans Uebersberger zur Diskussion über die alldeutschen Kriegsziele gleich zu Kriegsbeginn einbeziehen, da er „der gründlichste Kenner“ österreichischer Kriegsinteressen in Osteuropa sei. Claß an Konstantin von Gebattel, 11.8.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 355, Bl. 157. Siehe zu Uebersbergers Forschungen zu Russland und Polen sowie zu seiner Mitgliedschaft in der NSDAP auch Suppan/Wakounig: Hans Uebersberger und Dahlmann: Hundert Jahre Osteuropäische Geschichte.

<sup>124</sup> Karel Kramář war seit 1900 mit einer Russin verheiratet, unterhielt enge Beziehungen zu russischen Regierungskreisen, befürwortete einen von Russland regierten slawischen Bundesstaat und verbreitete 1914 eine entsprechende Denkschrift. 1915 wurde Kramář wegen tschechischen Politikern verhaftet. Nach einem Prozess in Wien wurde Kramář wegen Hochverrats zunächst zum Tode und dann zu 15 Jahren Haft verurteilt. Er kam im Zuge der Juliamnestie 1917 frei. Siehe auch Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 6./7.2.1915, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 98, Bl. 6.

<sup>125</sup> Claß verweist hier auf den antiliberalen und föderalistischen (Feudal-)Konservativen Großgrundbesitz, der sich in den 1860er Jahren im Gegensatz zum zentralistischen verfassungstreuen Großgrundbesitz politisch herausbildete. Diese Spaltung vollzog sich entlang eines „staatsrechtlich-konservativ-tschechenfreundlichen“ und eines „verfassungstreu-josephinisch-deutschliberalen“ Großgrundbesitzes. Prinz: Die böhmischen Länder, S. 74. Der Ausgleich mit Ungarn von 1867 führte zur Ablösung der 1860/61 geschaffenen Hofkanzleien für Ungarn, Siebenbürgen und Kroatien durch die Einrichtung eines ungarischen Gesamtministeriums sowie zur staatsrechtlichen Verbindung des Königreiches Kroatien-Slowenien-Dalmatien mit Ungarn. Jedoch wurde kein durchgehender Föderalismus im Habsburgerreich durchgesetzt. In Cisleithanien existierten weiterhin die Kronländer mit ihren Landtagen. Den Beitritt zu Cisleithanien hatte Böhmen mit seinem Beitritt zum Habsburgerreich 1804 jedoch nicht erklärt, so die Argumentation der Adelsfamilien, die bereits vor 1847 im Böhmisches Landtag saßen und deren Argumentation sich die tschechische Nationalbewegung anschloss. Der Kampf um die Verfassung verband sich zunehmend mit den Nationalitätenkämpfen zwischen Deutschen und Tschechen. Bürgerliche Abgeordnete der Tschechen und Abgeordnete des (feudal-)konservativen Adels stellten sich bei einer Mehrheit gegen Wahlen zum cisleithanischen Reichsrat, bis sie nach nationalpolitischen Zugeständnissen der Regierung von Graf Eduard Taaffe nach dem Boykott (seit 1863) dann 1879 wieder in den Reichsrat eintraten und ein enges Bündnis mit den „Altschechen“ für eine Gleichberechtigung zwischen Tschechen und Deutschen eingingen. Ausgleichsbemühungen von Taaffe mit den Deutschen und den „Altschechen“ begannen 1890, gerieten jedoch auch durch den Aufstieg der Jungtschechen bei den Wahlen

gen Kreis zu erweitern und dem reichsdeutschen möglichst bald eine Einladung zum Gegenbesuch in Wien zugehen zu lassen.

Dies geschah noch im ersten Vierteljahr 1916.<sup>126</sup> Colloredo teilte dabei mit, dass er mit seinem Erfolg unter führenden Leuten in Österreich zufrieden sein könne. Nach manchem Hin und Her wurde die Tagesordnung dahin festgestellt, dass, wie in Berlin nur österreichische Herren Berichte erstattet hatten, nun in Wien die Reichsdeutschen das Wort führen sollten. Selbstverständlich wurde die Teilnahme der Österreicher an der Aussprache erwartet.<sup>127</sup>

Wir stellten die Fragen zur Erörterung, die uns nach der damaligen Lage als die wichtigsten erschienen, und konnten nach Wien mitteilen, dass über die polnische Frage *Dietrich Schäfer* den Bericht übernommen habe, während *C. C. Eiffe* über die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Ostseeprovinzen und der preussische Landtagsabgeordnete *Walter Bacmeister*<sup>128</sup> über das Schicksal Belgiens sprechen sollten.<sup>129</sup>

---

zum Reichsrat 1891 und zum Böhmischem Landtag 1894 Jahre ins Stocken. Alt- und Jungtschechen vertreten gemeinsam ein historisches Staatsrecht, das auch Mähren einbeziehen und die Verbindung der deutschböhmisches Opposition mit der Wiener Zentralregierung schwächen sollte. Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897 sollten eine Gleichberechtigung ermöglichen. Jedoch war auch der Großgrundbesitz über die Sprachenverordnungen gespalten und die Alldeutschen Georg von Schönerers zählten als Folge dieser Auseinandersetzungen einen enormen Stimmenzuwachs bei den Reichsratswahlen 1901. Die Forderungen nach weiteren Zugeständnissen für politische Zugeständnisse der Tschechen („Postulatenpolitik“) und eine Obstruktionspolitik des Großgrundbesitzes erschwerten trotz der verbesserten Repräsentation der Tschechen im Reichsrat aufgrund der Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts 1906 in der österreichischen Reichshälfte und der Steigerung der Bedeutung Deutschböhmens (reformierte Sitzverteilung und Einrechnung der hohen Steuerleistung) eine Ausgestaltung der Ausgleichspolitik vor 1914. Siehe Stekl: Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung, Höbelt: Kornblume und Kaiseradler, Höbelt: Böhmen, S. 141–163 und Rutkowski: Einleitung. Aus Böhmen waren bei der Versammlung am 7.5.1916 Regierungsrat und Reichsratsmitglied Hans Hartl aus Reichenberg in Böhmen, Großgrundbesitzer und Präsident der Handelskammer in Brünn, Stefan Freiherr von Haupt-Buchenroda, Herrenhausmitglied und Landtagsabgeordneter Prälat Gilbert Helmer vom Stift Teplá, der Großindustrielle Oskar Freiherr von Klinger aus Neustadt a. T., Reichsratsabgeordneter und Sekretär der Handels- und Gewerbekammer in Brünn, Dr. Otto Lecher, Landtagsabgeordneter und Großgrundbesitzer Dr. Wilhelm von Medinger (Schloss Klein-Skal) anwesend. Teilnehmerliste der Besprechung in Wien (Hotel Imperial) am 7.5.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 694, Bl. 35–40.

<sup>126</sup> Die deutsch-österreichische Besprechung wurde für den 11.3.1916 geplant und fand letztlich am 7.5.1916 im Hotel Imperial in Wien statt.

<sup>127</sup> Siehe den Briefwechsel zur Vorbereitung der Tagung zwischen Februar und April 1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 694, Bl. 2–33.

<sup>128</sup> Walter Bacmeister (1877–1953), Zeitungsredakteur in Erfurt und Bremerhaven, 1899 Gründungsmitglied des Essener SV, 1899 Redakteur der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, 1900–1904 Vorsitzender der Vereinigten nationalen Parteien in Essen, 1904–1930 Verleger und Chefredakteur der Bergisch-Märkischen Zeitung in Elberfeld, Herausgeber der Wochenzeitschrift *Das größere Deutschland* (ab 1916 *Deutsche Politik*), 1913–1918 Abgeordneter des Preußischen Abgeordnetenhauses für die NLP, Unterstützer der Gründung der DVLP im September 1917 und Parteimitglied, Kontakt mit Claß während der Kriegszielbewegung im Ersten Weltkrieg, 1915 Mitglied des Vorstandes und 1918–1939 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 1918 Mitglied des Reichsausschusses der DVLP für die Rheinprovinz, 1921 Stellvertreter des Alldeutschen Ehrenrats und des Eh-

Ich machte die Reise nach Wien gemeinschaftlich mit dem Fürsten Salm, und wir waren beide voller Erwartung, was uns dort bevorstehen werde.<sup>130</sup> In Wien angekommen, fanden wir eine Drahtung von Dietrich Schäfer vor, dass er erst am folgenden Vormittag eintreffen könne.<sup>131</sup> Wir benutzten deshalb den Nachmittag zu einer vorbereitenden Aussprache mit Colloredo und dem engsten Kreis unserer Wiener Freunde. Diese waren äusserst zuversichtlich und meinten, dass der Besuch aus Österreich sehr stark sein werde.

Am folgenden Vormittag erwartete ich Schäfer in unserem Gasthof und geleitete ihn in das für ihn bestellte Zimmer. Damals war es, dass der sonst so beherrschte Mann mich schon beim Betreten des Gasthofes in leidenschaftlichem Ausbruch fragte, was ich von der Unterwerfung Bethmann Hollwegs unter das amerikanische Machtgebot in der Frage des Ubootkrieges sage.<sup>132</sup> Im weiteren Verlauf des Gesprächs fiel dann Schäfers verzweifelter Ausspruch, von dem ich früher berichtet habe, *dass das Bismarckreich infolge Bethmanns vollendeter Unfähigkeit im Begriffe sei, nur eine „Episode“ der deutschen Geschichte zu werden.*<sup>133</sup>

---

rengerichts, Mitglied der DNVP, während der Anti-Youngplan-Kampagne der „nationalen Opposition“ 1929–1930 Mitglied des Referendum-Ausschusses, 1930 Gründung des Bacmeister-Nationalverlages in Berlin, 1935 Umzug des Verlages nach Essen und Herausgabe von Schriften zur Geschichte des Ruhrgebietes sowie Herausgabe des Rheinisch-Westfälischen Archivs, 1943 Umzug des Verlages nach Potsdam und 1948 als Bacmeister-Verlag Essen-Rüttenscheid wieder nach Essen.

<sup>129</sup> Dietrich Schäfer: „Die polnische Frage“, Walter Bacmeister: „Die belgische Frage“ und Carl Caesar Eiffe: „Die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Ostseeprovinzen“, in Tagesordnung der Besprechung in Wien (Hotel Imperial) am 7.5.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 694, Bl. 34.

<sup>130</sup> Claß kehrte Ende der zweiten Mai-Woche 1916 aus Wien zurück.

<sup>131</sup> Das Telegramm von Dietrich Schäfer ist im allgemeinen Schriftwechsel des ADV sowie in den personenbezogenen Akten zu Schäfer nicht überliefert. Siehe BA-Berlin, R 8048, Bd. 200, 455 und 456. Siehe jedoch Schäfers Kritik an der deutschen U-Bootpolitik und der deutschen Antwortnote an Woodrow Wilson vom 4.5.1916 in seinem Brief an Alfred von Tirpitz, 12.7.1916, in STA Bremen, NL Dietrich Schäfer, 7,21, Karton 8, o.Bl. Schäfer ließ zuvor wissen, dass er wegen des Semesterbeginns terminlich Schwierigkeiten haben würde, teilzunehmen. Telegramm Otto Fürst zu Salm-Horstmar an Claß, 16.4.1916, BA-Berlin, R 8048, Bd. 694, Bl. 33.

<sup>132</sup> Siehe zu Dietrich Schäfers U-Boot-Propaganda gegen Großbritannien und seiner Politik gegen Theobald von Bethmann Hollweg Ackermann: Die Geburt des modernen Propagandakrieges, S. 155–200 und zur Eingabe Dietrich Schäfers an den Reichstag (zum U-Bootkrieg gegen Großbritannien), 15.3.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 455, Bl. 24. Schäfers Kritik an Theobald von Bethmann Hollwegs politischem Kurs war vernichtend und er befürchtete auch noch im Mai 1918 im Zuge des Friedens von Brest-Litowsk die Gefahr, dass in der Regierung „der Bethmannsche Geist des Völkerbefreiens und Völkerbeglückens anstatt der Mehrung deutscher Macht noch umgeht.“ Dietrich Schäfer an Erich Ludendorff, 12.5.1918, in STA Bremen, NL Dietrich Schäfer, 7,21, Karton. 8, o.Bl. Bethmann Hollweg war nach dem Krieg für Schäfer in Übereinstimmung mit Alfred von Tirpitz aufgrund seiner „politische[n] Unzulänglichkeit eine Wurzel allen Übels“. Dietrich Schäfer an Alfred von Tirpitz, 24.3.1919, in ebd.

<sup>133</sup> Siehe auch Schäfer: Bismarck und Ders.: Deutsche Geschichte, Bd. 2, S. 517–547.

So sehr ich mich gegen diese seherische Äusserung des verehrten Mannes wehrte, sie kam mir im weiteren Verlauf des Krieges immer wieder in Erinnerung.

Als wir am darauffolgenden Sonntag (7. Mai) den Festsaal des Gasthofes betraten, fanden wir ihn bis zum letzten Platz besetzt.<sup>134</sup> Wirklich, unsere österreichischen Freunde hatten es fertig gebracht, fast alles, was Ansehen und Bedeutung hatte, zur Stelle zu bringen. Da waren die führenden Leute des österreichischen Parlaments und des böhmischen Landtags, die wichtigsten Männer der Industrie und Landwirtschaft, sowie der Wiener Universität, aber auch hervorragende Angehörige der Beamtenwelt. Den Vorsitz führte diesmal Graf Colloredo. Der Verlauf der Tagung war bedeutsam, aber nicht eben erfreulich.

Wir Reichsdeutschen hatten verabredet, unsere Auffassung sowohl über die *belgische*, wie über die *polnische* Frage<sup>135</sup> so scharf wie möglich zu beto-

<sup>134</sup> Siehe Tagesordnung der Besprechung in Wien (Hotel Imperial) am 7.5.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 694, Bl. 34–40. Anwesend waren Edmund Graf Attems, Adolf Freiherr von Bachofen von Echt, Jos. Maria Baernreither, Richard Freiherr von Baratta, Karl Beurle, Hermann Brass, Fritz Carus, Franz Graf Colloredo-Mansfeld, Rudolf Graf Colloredo-Mansfeld, Franz Dafert, Bernhard Freiherr von Ehrenfels, Wilhelm Exner, Richard Faber, Robert Freissler, Heinrich Friedjung, Rudolf Geyer, Willy Ginskey, Karl von Grabmayr, Max Ritter von Gutman, Michael Hainisch, Hanns Hartl, Stefan Freiherr von Haupt-Buchenroda, Theodor Hümmerle, Gilbert Helmer, Wilhelm Kestranek, Handelskammerpräsident Kirchhof, Oskar Freiherr von Klingner, Max Koffmann, Ernst Krause, Paul Kuppelwieser, Franz Klein, Otto Lecher, Theodor Freiherr von Liebig, Wilhelm von Medinger, Max Mühlig, Ferdinand Neureiter, Anton Graf Pace, Raphael Pacher, Alexander Markgraf Pallay, Robert Pattai, Erich Pistor, Georg von Pottiere, Richard Riedl, Paul Samassa, August Schachermayer, Paul Ritter von Schoeller, Eugen Schwiedland, Alfred Reichsritter Simitsch von Hohenblum, Julius Sylvester, Max von Taynthal, Hans Uebersberger, Richard Weiskirchner, Richard Wettstein von Westernheim, Otto von Wolfrum, August von Wotawa, Walter Bacmeister, Claß, Carl Caesar Eiffe, Georg Fritz, Konstantin von Gebattel, Otto Helmut Hopfen, Paul Krückmann, Karl zu Loewenstein-Wertheim-Freudenberg, Rudolph von Lucke, Nikolaus Graf Luxburg, Johann Neumann, Heinrich Rippler, Otto Fürst zu Salm-Horstmar, Dietrich Schäfer, Max Sering, Franz Wagner und Justus von Wedemeyer.

<sup>135</sup> Claß forderte zunächst 1914 eine Personalunion Kongress-Polens mit den Habsburgern und nicht mit Preußen, „da bei der dichten Besiedlung eine Ausräumung nicht durchführbar wäre, aber auch eine Vorenthaltung der Staatsbürgerrechte kaum möglich sein dürfte. An ein völlig selbständiges Polen könne ebensowenig gedacht werden; ein solches würde sicherlich die Zuteilung von Galizien verlangen, diese von einem siegreichen Habsburg niemals gewährt erhalten und dann sich wahrscheinlich sofort Rußland anleihen.“ Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 24.10.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 97, Bl. 8. Im Mai 1916 erklärte Claß jedoch, dass er die „Angliederung“ Kongress-Polens an das Deutsche Reich als „Schutzstaat“ oder „Nebenstaat“ als die beste Lösung für die Interessen des Deutschen Reiches unter Fortführung der deutschen Polenpolitik sei. Eine Angliederung an Österreich-Ungarn würde das Habsburgerreich überlasten, eine Selbständigkeit Polens gegenüber Deutschlands Sicherheitsinteressen entgegenstehen und eine Teilung Polens die Vereinigung Österreich-Ungarn zufallender polnischer Gebiete mit West-Galizien und somit ein Groß-Galizien als polnischer Machtfaktor und eine Irredenta zur Folge haben. Claß forderte „die Angliederung von ganz Kongress-Polen an das Deutsche Reich“, jedoch solle Polen nicht „einverleibt“ werden, sondern als „Nebenstaat“ ein „Schutzstaat“ Deutschlands werden, der militärisch, verkehrs- und wirtschaftspolitisch „fest in deutscher Hand läge“, dem „für sein inneres Leben eine gewisse Selbständigkeit eingeräumt werden könnte, und dem vor allem durch seine staatsrechtliche Stellung

nen, zumal da die bei der Berliner Zusammenkunft gestellten Forderungen in Österreich hinsichtlich Polens und der Ukraine eine Ablehnung verlangten. Auch war bekannt geworden, dass in manchen österreichischen Kreisen der Plan spuke, Belgien wieder für das Haus Habsburg zu erwerben, sei es unter dem Kaiser selbst in Form einer Statthalterschaft, sei es als sogen. Secundo-genitur.<sup>136</sup>

Unsere beiden Berichtersteller waren die richtigen Leute, um die deutsche Auffassung zur Geltung zu bringen.<sup>137</sup> In einem grossartigen und überzeugenden geschichtlichen Überblick vertrat *Dietrich Schäfer* die Auffassung, dass ein selbständiges Polen eine Gefahr für das Deutsche Reich werden müsse.<sup>138</sup> Er meinte deshalb, Österreich solle Galizien behalten, aber losgelöst aus dem Verbands der cisleithanischen Länder. Was Deutschland zu Siedlungszwecken brauche, sei Preussen anzugliedern. Dann könne man den unverdaulichen Rest Russland überlassen.

An diese Ausführungen schloss sich eine längere, zum Teil peinliche Aussprache an, so ungefähr in der Tonart: „Na ja, die Preussen wollen halt alles für sich.“ Es war ganz vergessen, dass man gerade in Wien am Anfang des Krieges als „negatives Kriegsziel“ sogar die Abtretung Galiziens an Russland vertreten

---

jede Einflußnahme auf das politische Leben des Reiches entzogen wäre“. Ein „[...] Sicherungstreifen“ gegen den polnischen „Neben-“ oder „Schutzstaat“ sei notwendig. Claß: Grundsätzliches zur Polenfrage, 20.5.1916, in ebd., Bd. 635, Bl. 557–558. Abdruck auch in *Alldeutsche Blätter* 20.5.1916. Zitate ebd.

<sup>136</sup> Gemeint ist eine Anbindung Belgiens in zweiter Ordnung oder Erbfolge durch ein Mitglied der Dynastie der Habsburger. 1477 kam die Burgundische Niederlande zu den Habsburgern und blieb zuletzt von 1714 bis 1795 als Österreichische Niederlande Teil des Habsburgerreiches. Claß war strikt gegen eine „Einverleibung“ Belgiens durch Preußen, da dadurch acht Millionen „preussenfeindliche, teils sozialistisch“ sowie in hohem Maß „jesuitisch beeinflusste Belgier“ aufgenommen würden, die auf die Innenpolitik Preußens „übelsten Einfluss“ haben würden und für eine zukünftige „Stellung Belgiens“ mit einem deutschen „Herrenstandpunkt“ eine „sehr unterschiedliche Behandlung der Vlamen und Wallonen“ notwendig machen. Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 28.8.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 96, Bl. 32–33. Konstantin von Gobsattel wiederum hielt fest: „Ich höre vertraulich aus guter Quelle, daß die Großindustrie in der Richtung arbeitet, daß ganz Belgien mit Mann u[nd] Maus ins Reich herübergenommen werden soll, ebenso wie die an Belgien u[nd] Lothringen stoßenden industriellen Teile Frankreichs. Das gäbe ein Unglück, das gar nicht auszuendenken ist: Fremdes Gebiet, das wie Belgien mit der Bevölkerung übernommen werden muß, kann von uns nicht verdaut werden, wenn den Bewohnern dauernd (bzw. bei den Vlamen nach Ablauf einer Erziehungszeit) die politischen Rechte entzogen bleiben!“ Ders. an Kuno Graf Westarp, 4.9.1914, in ebd., N 2329, Bd. 3, Bl. 14–15. August Keim hielt hingegen „Belgien nach wie vor für den Angelpunkt des ganzen Krieges“ und wenn Belgien verloren ginge, sei der „Krieg verloren“ und „der nächstfolgende auch“. August Keim an Leopold von Vietinghoff-Scheel, 27.12.1916, ebd., R 8048, Bd. 406, Bl. 286.

<sup>137</sup> Dietrich Schäfer: Die polnische Frage und Carl Caesar Eiffe: Die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Ostseeprovinzen.

<sup>138</sup> Dietrich Schäfer war gegen eine Angliederung Belgiens oder Polens an das Deutsche Reich, vergleichbar der Stellung des Reichslandes Elsass-Lothringens, und forderte eine vom Deutschen Reich abhängige Selbstverwaltung Polens. Dietrich Schäfer: *Leitsätze zur Ostpolitik* [1917], Auszüge in Ackermann: Die Geburt des modernen Propagandakrieges, S. 223–224. Siehe auch Schäfer: Das deutsche Volk und der Osten.

hatte. Dietrich Schäfer und andere Reichsdeutsche verteidigten ihre Auffassung geschickt und wirkungsvoll; aber es war klar, dass damit den Österreichern, die im Falle eines Sieges auch eine gewisse Beute nach Hause bringen wollten, die Felle wegschwammen. Der Hinweis auf den Erwerb von Serbien, Montenegro und Albanien, sowie von Grenzgebieten an der italienischen Grenze befriedigte sie nicht.

Was Belgien betraf, so setzte sich *Bacmeister* für den Erwerb des ganzen Landes durch das Deutsche Reich ein.<sup>139</sup> Er begründete seine Forderung damit, dass England sein Brückenkopf gegen Deutschland endgültig genommen werden müsse, von dem aus es jeder Zeit in der Lage sei, uns zu bedrohen. An eine wirklich deutsche Machtstellung zur See sei nur zu denken, wenn wir die belgische Küste fest in eigener Hand hätten und sie für unsere Zwecke benutzen könnten. Alle übrigen für den Erwerb Belgiens sprechenden Gründe wurden dann dargelegt. Es war aber kein Zweifel, dass der grössere Teil der Österreicher sich alledem gegenüber kalt oder innerlich ablehnend verhielt. Der Plan einer Überlassung des durch die Reichsdeutschen allein eroberten Landes an Habsburg wagte sich hier nicht an die Öffentlichkeit. Wohl aber kamen Gedankengänge des Inhalts zum Vorschein, dass man der Monarchie doch nicht zumuten könne, sich als Bundesgenossen des Reiches dauernd mit England zu verfeinden, das d[o]ch im grossen und ganzen Österreich-Ungarn gegenüber eine freundliche Haltung eingenommen habe.

*Eiffe* schliesslich, der Land und Leute in den baltischen Provinzen gut kannte, betonte die Notwendigkeit, diese uralten deutschen Siedlungen für das Reich zu gewinnen.<sup>140</sup> Er bestritt die oft gehörte Ansicht, Russland habe den Weg zur Ostsee unbedingt nötig, weil es wirtschaftlich ohne ihn nicht leben könne.

Bei der Erörterung der Vorschläge, die Belgien und die baltischen Provinzen betrafen, bekamen wir auch gutmütig, doch nicht ohne Sarkasmus zu hören: „Ja, wo bleibt denn Österreich?“ und „Kann man dem Kaiser zumuten, mit so verhältnismässig geringem Gewinn aus dem Kriege zurückzukehren?“

Entschiessungen oder Festlegungen einer gemeinsamen Ansicht kamen für keinen der drei Verhandlungsgegenstände zustande. Sie wären bei den weitergehenden Meinungsverschiedenheiten auch undenkbar gewesen. Im übrigen hatten wir auch gar nicht daran gedacht, sondern wir wollten uns von vornherein damit begnügen, den Landsleuten drüben möglichst klar und eindeutig unsere Anschauungen über das deutsche Kriegsziel vorzutragen.

Trotz der zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten verlief die Veranstaltung in der schönsten Weise, und die angebornene Liebenswürdigkeit der Deutschösterreicher zeigte sich insofern von der besten Seite, als nach dem Schluss der Sitzung beim gesellschaftlichen Zusammensein die ganzen Gegen-

<sup>139</sup> Walter Bacmeister: Die belgische Frage.

<sup>140</sup> Siehe auch Eiffe: Zwei Millionen Deutsche in Russland und Ders.: Was soll nach dem Kriege aus den zwei Millionen unserer deutschen Brüder in Rußland werden?

sätze vergessen schienen und nur die Freude darüber zum Ausdruck kam, so viele Reichsdeutsche bei sich zu sehen.

Mir war es bedeutsam, zum ersten Male in meinem Leben mit christlich-sozialen Führern zusammengekommen zu sein, aber auch mit Angehörigen des böhmischen Feudaladels, der bis zum Kriege sowohl im Reichsrat als auch in der Prager Landstube mit den Tschechen zusammengegangen war. Nun hatten sie auch den unerhörten Erfahrungen beim Kriegsausbruch und während des Krieges deutsches staatliches Denken gelernt. Ich erinnere mich noch genau der Unterhaltungen mit *Dr. Weisskirchner* [sic]<sup>141</sup>, dem Bürgermeister von Wien, der auch schon Minister gewesen war, mit *Dr. Pattai*<sup>142</sup>, einem der ältesten Mitkämpfer von Lueger, und mit dem *Grafen Silva Tarouca*<sup>143</sup>, einem der massgebenden Männer des böhmischen Adels.

Weisskirchner [sic] schwärmte damals noch für Bethmann Hollweg, und es wollte ihn nicht in den Kopf, dass die grossartige „Geste“, mit der er die deutsche Schuld am Einmarsch in Belgien selbst zugegeben habe, dem Deutschen Reich geschadet haben könne.<sup>144</sup> Es war da nichts zu machen, und ich sah an diesem Beispiel nur wieder, dass man in allen Künsten der Parteitaktik bewandert sein kann, ohne politischen Sinn zu besitzen.

*Pattai* hingegen war unbeschreiblich beglückt und wusste sich nicht zu fassen, dass es so etwas wie den Alldeutschen Verband im Reiche gebe, den

---

<sup>141</sup> Gemeint ist Richard Weisskirchner (1861–1926), 1901–1903 Magistratsvizedirektor und 1903–1910 Magistratsdirektor unter dem christlichsozialen Bürgermeister Wiens, Karl Lueger, 1897–1911 Mitglied des Reichsrats, 1898–1915 Abgeordneter des Niederösterreichischen Landtags, 1907–1909 Präsident des Abgeordnetenhauses, 1909–1911 Handelsminister, 1910 Wahl in den Gemeinderat, 1912–1919 Bürgermeister von Wien, 1917–1918 Mitglied des Herrenhauses des Reichsrats, 1919–1920 Mitglied in der Konstituierenden Nationalversammlung für die CSP, 1920–1923 Abgeordneter und Präsident des Nationalrates.

<sup>142</sup> Robert Pattai (1846–1920), 1876–1903 Hof- und Gerichtsadvokat in Wien, als Antisemit Anhänger von Georg von Schönerer, führendes Mitglied der CSP in Auseinandersetzung mit Karl von Lueger, 1882 Mitwirkender am „Linzer Programm“, 1882–1885 Präsident des Österreichischen Reformvereins, 1885–1911 Mitglied und 1909–1911 Präsident des Reichsrats, 1899–1915 Mitglied des Niederösterreichischen Landtags, 1909–1920 Mitglied des Reichsgerichts, Mitglied des Alldeutschen Verbandes, 1917 Mitglied des Herrenhauses, Vizepräsident der Zentralbank der deutschen Sparkassen in Wien, Autor u. a. der Schrift: Rede über die Judenfrage in Deutschland und Österreich (1884).

<sup>143</sup> Ernst Emanuel von Silva-Tarouca (1860–1936), 1888 k.u.k. Kämmerer, 1891–1907 Abgeordneter des Reichsrats, 1892–1913 Abgeordneter im Böhmischem Landtag für die Grundbesitzer, 1896–1913 Generalkommissar für die Organisation der österreichischen Katholikentage, 1902 Geheimer Rat, 1907–1918 Mitglied des Herrenhauses des österreichischen Reichsrats, 1915 Vizepräsident des katholischen Volksbundes, 1917–1918 letzter k.k. Ackerbauminister, 1922 Präsident der Dendrologischen Gesellschaft der Tschechoslowakei.

<sup>144</sup> Zur „ambivalenten“ Haltung Theobald von Bethmann Hollwegs zur Julikrise und zum Kriegsausbruch, seinem „aggressiv defensiven Selbstbewusstsein“ als Ausdruck wilhelminischer Widersprüchlichkeiten, seinen Illusionen eines lokalisierbaren Krieges sowie seiner Einschätzung der Völkerrechtsverletzung belgischer Neutralität durch den deutschen Einmarsch siehe Jarausch: *The Enigmatic Chancellor*, S. 148–184 und 407–423. Zur alldeutschen Kritik an der Kriegszielpolitik Bethmann Hollwegs seit Kriegsbeginn Alldeutsche Blätter 1.7.1916.

auch er bis dahin mit der Anhängerschaft Schönerers in Österreich<sup>145</sup> zusammengeworfen hatte. Er schwärmte davon, dass er, obwohl ein alter Mann, nach dem Krieg, wenn das Vereinsgesetz<sup>146</sup> geändert sei, alles tun wolle, um unserer alldeutschen Bewegung ein grosses Wirken in Österreich zu ermöglichen. Fürs erste trat er in unseren Alldeutschen Verband als Mitglied bei und schrieb mir später auch, wie befriedigt er von dem Inhalt der „Alldeutschen Blätter“ sei.<sup>147</sup>

*Silva Tarouca* schliesslich erzählte von den Erfahrungen, die in Böhmen mit den Tschechen gemacht worden seien. Er bekannte freimütig seinen Irrtum, dass er diese zwar für Gegner der Deutschen, sonst aber für staatsreu gehalten habe. Er meinte, in einem gemischtsprachigem Lande müsse man sehen, den verschiedenen Völkerschaften gerecht zu werden. Aber es habe sich jetzt herausgestellt, dass der tschechische Hass nicht nur den deutschen Mitbewohnern des Landes gelte, sondern im gleichen Masse dem Staate. Aus dieser Erkenntnis hätten er und viele Standesgenossen die Schlussfolgerungen gezogen. Sie wüssten heute, dass allein auf die Deutschen Verlass sei.

Das Gesamturteil über diese Zusammenkunft ergibt sich am klarsten aus der Tatsache, dass gerade von der österreichischen Seite das Verlangen ausgesprochen wurde, die angespannten Beziehungen fortzuführen und möglichst bald in einer Tagung, die in Berlin stattfinden sollte, zu greifbaren Ergebnissen zu gelangen.

Nach gründlicher Vorbereitung kam diese am 8. Oktober 1916 zustande. In der Tagesordnung war diesmal vorgesehen, dass *Graf Colloredo* über den „Weg zur Adria“ berichten solle. Ausserdem wollte man das Grundsätzliche über die Gestaltung des wirtschaftspolitischen Verhältnisses zwischen dem Deutschen

<sup>145</sup> Georg Ritter von Schönerer (1842–1921), Landwirtschaftliche Studien in Tübingen, Hohenheim und Altenburg (Ungarn), 1869 Verwalter des elterlichen Landguts in Rosenau, 1873 Mitglied des Reichsrats für die Deutsche Fortschrittspartei (1876 Parteiaustritt), 1879 Gründer des Verbandes der Deutschnationalen und Führer der Deutschnationalen Bewegung/Alldeutsche (Rassenantisemitismus, Antikatholizismus und ab 1898 „Los-von-Rom“-Bewegung, Anschlussforderung der deutschen Landesteile Österreich-Ungarns an das Deutsche Reich, Antimonarchismus gegen die Habsburger), 1878–1883 Mitglied des Niederösterreichischen Landtags, 1880 Mitbegründer des Deutschen Schulvereins (1885 Austritt aus antisemitischen Gründen, Gründung des Schulvereins für Deutsche), 1881 Gründung der Zeitschrift *Deutsche Worte* (ab 1883/84 Unverfälschte deutsche Worte), 1882 Mitausarbeitung des „Linzer Programms“, 1888 Attackierung des Neuen Wiener Tageblatts und mehrmonatige Haftstrafe, 1897–1907 Mitglied des Reichsrats, 1900 Übertritt vom Katholizismus zum Protestantismus, 1903 Gründung der Zeitung *Alldeutsches Tageblatt*, 1901–1902 Abspaltung deutsch-böhmischer Schönerer-Anhänger im Reichsrat und 1902 deren Gründung der Freialldeutschen Partei (ab 1907 Deutschradikale Partei und 1920 in GdVP aufgegangen), 1904 Auflösung der Alldeutschen Vereinigung, 1922 Beisetzung in Aumühle bei Hamburg, Autor u. a. der Schriften: *Grundzüge der Socialreform auf deutschnationaler Grundlage* (1894), *Zur Sprachenfrage* (1898) und *Zukunftsgedanken* (1913).

<sup>146</sup> Das habsburgische Vereinsgesetz vom 15.11.1867 (Reichsgesetzblatt Nr. 142) verbot im § 30 die Gründung von Vereinen in Österreich-Ungarn durch Frauen, Ausländer und Minderjährige.

<sup>147</sup> Zu Robert Patteis Huldigung des ADV und der DVLP siehe *Alldeutsche Blätter* 16.2.1918.



Reich und Österreich-Ungarn besprechen.<sup>148</sup> Als Berichterstatter hierfür waren vorgesehen vom Reich der Landtagsabgeordnete *Dr. Schweighoffer*<sup>149</sup>, Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller<sup>150</sup>, von österreichischer Seite *Dr. Michael Hainisch* aus Wien. Von wichtigen Österreichern waren anwesend ausser diesem der frühere Minister *von Baernreither*<sup>151</sup>, dann *Frhr. von Ehrenfels*<sup>152</sup>, der Vorsitzende der k.k. Landwirtschaftsgesellschaft, und *Dr. Schuster*, der Generaldirektor der Witkowitz Kohlenbergbau- und Eisenwerke.<sup>153</sup> Ihnen hatten sich eine Reihe von Vertretern der Industrie und Landwirtschaft und mehrere Abgeordnete angeschlossen.

<sup>148</sup> Ferdinand Schweighoffer und Michael Hainisch berichteten über „Grundsätzliches zur Gestaltung des wirtschaftspolitischen Verhältnisses zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn. Rudolf Graf zu Colloredo Mansfeld sprach zu „Der Weg zur Adria“. Bericht über die Deutsch-Österreichische Besprechung am 8. Oktober 1916 in Berlin, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 453, Bl. 269 [91 Seiten].

<sup>149</sup> Ferdinand Schweighoffer (1868–1940), Landtagsabgeordneter, Geheimer Regierungsrat in der preußischen Regierungsverwaltung, Referent am Institut für Auslandsrecht, 1910–1911 Stellvertreter der Geschäftsführer des CDI, 1911–1919 Geschäftsführer des CDI, Geschäftsführer des Kriegsausschusses der deutschen Industrie und im Ersten Weltkrieg u. a. Mitglied beim Deutschen Wirtschaftsausschuss für Belgien, Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhaus, 1916 Mitglied des UADF, Mitglied im Vorstand des Berliner Nationalklubs von 1919.

<sup>150</sup> Am 25.10.1916 bildeten der CDI, der Bdl und der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Interessen den Deutschen Industrierat zur weiteren Bündelung der Interessen während des Ersten Weltkrieges auch mit den zentralen Behörden des Deutschen Reiches (1919–1933 dann als Zusammenschluss im RDI).

<sup>151</sup> Josef Maria Baernreither (1845–1925), 1875 Berufung in das Justizministerium, ab 1883 Abgeordneter im böhmischen Landtag, ab 1885 in das Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrats für die Partei des Verfassungstreuen Großgrundbesitzes, Vertreter der Vereinigten Deutschen Linken (Zusammenschluss des Deutschösterreichischen Deutschen Klubs mit dem Deutschen Klub 1885), Mitglied des Herrenhauses, 1898 Übernahme des Handelsportefeuilles als Vertrauensmann des österreichischen Großgrundbesitzes, 1907 Berufung in das Herrenhaus des österreichischen Reichsrates und Anschluss an die verfassungstreuere Linke, 1916–1917 Minister ohne Geschäftsbereich zuständig vor allem für Sozialfürsorge, Vorsitzender des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins und des Arbeitsausschusses für Mitteleuropa, 1915 Denkschrift zur engeren wirtschaftspolitischen Vereinigung von Deutschland und Österreich-Ungarn, im November 1915 Besprechung der Denkschrift auch mit dem deutschen Außenminister Gottlieb von Jagow, mit dem Ende des Ersten Weltkrieges Rückzug aus dem politischen Leben, u. a. Mitglied der Anthropologischen Gesellschaft Wien.

<sup>152</sup> Bernhard Freiherr von Ehrenfels (1864–1940), 1896–1908 und 1909–1915 Mitglied des niederösterreichischen Landtages für den Großgrundbesitz, 1910–1918 Ersatzmitglied des Landesausschusses, 1906 zum Mitglied des Landeskulturates gewählt, Vorsitzender der k. u. k. Landwirtschaftsgesellschaft Wien (1807–1938) als Vertretung agrarischer Interessen, Vizepräsident der Börse für landwirtschaftliche Produkte, 1919 Mitglied der Staatskommission für Sozialisierung, 1920–1921 Schatzmeister des Heimwehrverbandes und 1925–1927 Landesführer des Selbstschutzverbandes Niederösterreich.

<sup>153</sup> Friedrich Schuster (1863–1932), 1903 Direktor des Eisen- und Stahl-Instituts, 1904 Direktor des nordmährisch-schlesischen Industriellen-Verbandes, Mitglied des Vorstandes der Eisenhütte Oberschlesien und der Vereinigung deutscher Eisenhüttenleute, 1901–1915/16 Generaldirektor der Witkowitz Eisenwerke und Reorganisation und Modernisierung des Werkes (1829 gegründet, 1873 Gründung der Witkowitz Bergbau- und Hüttengesellschaft und Entwicklung zu einem der wichtigsten Hüttenunternehmen der Schwerindustrie in

Aus dem Reich war die Sitzung von etwa sechzig Herren besucht.<sup>154</sup> Diesmal waren Industrie und Landwirtschaft durch ihre Führer vertreten.<sup>155</sup> So waren von der Schwerindustrie *Hugenberg*<sup>156</sup>, *Stinnes*<sup>157</sup>, *Reusch*, *Röchling*<sup>158</sup>,

Mährisch-Ostrau), nach 1916 technischer Berater für die österreichische Regierung und Mitglied des Hauptausschusses für Kriegs- und Übergangswirtschaft, 1920 Mitglied der Kammer für Gewerbe und Industrie in Graz, Mitglied u. a. im leitenden Ausschuss des Hauptverbandes der Industrie in Österreich, 1926 Vizepräsident der Grazer Handelskammer, 1930 Bundesminister für Handel und Verkehr.

<sup>154</sup> Anwesend waren Fritz Carus, Rudolf Graf Colloredo-Mansfeld, Bernhard Freiherr von Ehrenfels, Richard Faber, Robert Freissler, Rudolf Geyer, Willy Ginskey, Michael Hainisch, Karl Kirchhoff, Friedrich Schuster, Ferdinand Neureiter, Max von Tayntal, August von Wotawa, Gustav Albrecht, Paul Becker, Syndikus Dr. Böhme, Felix Graf von Bothmer, Andreas Breckner, Kurt Breysig, Heinrich Claß, Unterstaatssekretär Peter Conze, August Crone-Münzebrock, Otto Eichler, Carl Caesar Eiffe, Paul Fuhrmann, Max von Grapow, Kommerzienrat Friedrichs, Georg Fritz, Friedrich Funcke, Ulrich von Hassel, Wilhelm Hirsch, Otto Helmut Hopfen, Alfred Hugenberg, Georg Irmer, Wolfgang Kapp, Freiherr Engelbert von Kerckerinck zu Borg, Landrat Walter von Keudell, Lutz Korodi, Paul Krückmann, Karl Lohmann, Karl zu Loewenstein-Wertheim-Freudenberg, Paul Meesmann, Johann Neumann, Wilhelm Niemann, Oskar Ritter von Petri, Emil Possehl, Richard Pretzell, Ludwig Raschdau, Franz von Reichenau, Paul Reusch, Heinrich Rippler, Hermann Röchling, Gustav Roesicke, Max Rötger, Otto Fürst zu Salm-Horstmar, Dietrich Schäfer, Dr. Schoultz, Ferdinand Schweighoffer, Friedrich von Schwerin, Max Sering, Hugo Stinnes, Gustav Stresemann, Justizrat Dr. Wagner, Peter Wallenborn, Konrad Freiherr von Wangenheim, Karl Wendtland, Kuno Graf Westarp und Octavio Freiherr von Zedlitz und Neukirch. Siehe Bericht über die Deutsch-Österreichische Besprechung am 8. Oktober 1916 in Berlin, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 696, S. 92–95 und Teilnehmerlisten der geladenen Gäste, ebd., Bl. 261–263. In einer vorläufigen Teilnehmerliste waren auch aufgeführt Jos. Maria Baernreither, Carl Ipsen, Regierungsrat Bertelsmann, Ernst Fromm, Martin Fuchs, Rittergutsbesitzer Löscher, Clemens Freiherr von Loë während Freiherr Engelbert von Kerckerinck zu Borg fehlte. Teilnehmerliste 8.10.1916, in ebd., Bd. 453, Bl. 218–222.

<sup>155</sup> Andere Gesprächszirkel und Versammlungen über die Koordination der Kriegszielforderungen von Industrie und Landwirtschaft, zu denen grundsätzlich auch die Diskussion um einen Zollverbund mit Österreich-Ungarn gehörte, gingen dieser Zusammenkunft voraus. Bereits Ende 1915 vermittelte Alfred Hugenberg zwischen „20 bis 30 namenhaften Persönlichkeiten“, die „unseren Bestrebungen in der Frage der Kriegsziele nahestehen“ eine wöchentliche „zwangslose Zusammenkunft“. Die erste dieser Zusammenkünfte fand am 24.11.1915 im Hotel Continental in Berlin statt. Alfred Hugenberg an August Thyssen, 21.11.1915, in PolArchAA, NL Stresemann, Bd. 148, Bl. 7–8.

<sup>156</sup> Alfred Hugenberg (1865–1951), Studium der Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft, 1888 Promotion in Straßburg, 1890/91 Mitbegründer des ADV, 1891 Verwaltung im Regierungsbezirk Hildesheim, 1893 Regierungsassessor, 1893–1894 Vertretung des Landrats in Wesel, 1894–1899 Regierungsassessor bei der Preußischen Ansiedlungskommission in Posen, 1899–1900 beim Oberpräsidenten in Kassel, 1900–1903 Verbandsdirektor der Raiffeisen-Genossenschaft und Direktor der Posenschen Landesgenossenschaftsbank, 1903–1907 Vortragender Rat im preußischen Finanzministerium, 1908–1909 Direktor der Berg- und Metallbank in Frankfurt/Main, 1909–1918/19 Leiter der Finanzen und Direktoriums-vorsitzender bei Krupp in Essen, 1912–1925 Vorsitzender des Bergbauvereins und des Zechenverbandes, 1915 eigene Kriegszielendkschrift, ab 1916 Aufbau eines Sammelkonzerns von Tageszeitungen, Nachrichtenagentur und Filmgesellschaften (Ufa) mit Geldern der Ruhrindustrie für die Kriegszielbewegung, industrielle Interessen und nationalistiche Leserkreise, 1917 Mitglied der DVLP, 1918 Mitglied Deutscher Industrierat und langjähriges Mitglied des Direktoriums des CDI (ab 1919 Präsidium des RDI), 1918–1933 Mitglied der DNVP, 1919 Gründungs- und Beiratsmitglied des Nationalen Klubs, 1919–1920 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, 1920–1933 Mitglied des Reichstags für die

*Röttger* [sic]<sup>159</sup>, *Posseh*<sup>160</sup> und *Funcke*<sup>161</sup> (Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft), von der Landwirtschaft *Frhr. von Wangenheim*,

---

DNVP, 1928–1933 Vorsitzender der DNVP, enger Vertrauter von Claß, 1933 Minister für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung (auch für Preußen), nach Auflösung der DNVP 1933–1945 „Gast“ der NSDAP-Reichstagsfraktion, 1933–1949 Mitglied des Aufsichtsrats der Vereinigten Stahlwerke AG, 1937 Verkauf der Ufa, 1944 Verkauf des Scherl-Verlages an den Eher-Verlag u. a. durch Übertragung von Anteilen an den Vereinigten Stahlwerken vom Staat Preußen an die Ostdeutsche Privatbank OPRIBA, 1946 britische Inhaftierung, 1947 Beginn eines langjährigen Entnazifizierungsverfahren im Ausschluss des Landkreises Lemgo, 1949 Berufungsausschuss in Detmold, 1950 letzte Einstufung in die Kategorie V (Entlasteter).

<sup>157</sup> Hugo Stinnes (1870–1924), 1892 Gründung der eigenen Hugo Stinnes GmbH, ab 1898 Ausbau der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke und 1902–1924 mit August Thyssen Vorsitzender des Aufsichtsrates, 1898 Gründung mit August Thyssen des Mühlheimer Bergwerks-Vereins, ab 1901 Ausbau der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten AG und 1906–1924 Vorsitzender des Aufsichtsrates, u. a. 1907–1908 Mitglied des Aufsichtsrates der Phönix AG und 1909–1924 Vorsitzender des Ausschusses der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft, 1910 nach Erwerb der Dortmunder Union AG größter Montanbetrieb Deutschlands, Beteiligung u. a. bei der HAPAG, 1914–1918 Munitions- und Rüstungslieferungen für die deutsche Armee in Zusammenarbeit mit der Kriegsrohstoffabteilung sowie Erschließung von Rohstoffquellen in Rumänien, Belgien und der Türkei, Forderung nach forcierter Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften, ab 1923 Hugo Stinnes-Riebeck Montan und Oelwerke AG. Die Verbindung zum ADV und zu Claß erfolgte kurz nach der Zweiten Marokkokrise 1911 über Stinnes' Cousin und Vorsitzenden der alldeutschen rheinisch-westfälischen Vertrauensmänner in Düsseldorf, Carl Itzenplitz, einem engen Freund von Claß, mit dem er auch geschäftliche Beziehungen über Alfred Hugenberg u. a. im Zusammenhang mit der Übernahme der Zeitung Die Post 1911 und gemeinsamem Sitzen im Aufsichtsrat der Auslands GmbH vor dem Ersten Weltkrieg pflegte. Erneuter Kontakt zu Claß kam Anfang September 1914 im Zuge seiner Unterstützung des Kriegszielprogramms zustande. Trotz seiner Haltung für offeneren Welthandel und diplomatischen Ausgleich zwischen den Großmächten erfolgte mit Kriegsbeginn 1914 Umschwenken in das nationalistische und annexionistische Lager. Nach 1918 förderte Stinnes die Wirtschaftsvereinigung zur Förderung der geistigen Wiederaufbaukräfte als Interessengemeinschaft der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie und des Bergbaus sowie Vertretern der DNVP unter Führung von Alfred Hugenberg. Er war Mitglied des Nationalklub 1919 und der Deutschen Gesellschaft 1914 und 1920–1924 Mitglied des Reichstages für die DVP. 1923 gründete er zusammen mit Albert Vögler die Rhein-Elbe-Union AG (Montanindustrie). 1923 unterstützte er während der Ruhrbesetzung durch die Alliierten den „passiven Widerstand“ und die finanzielle Unterstützung von Sabotageakten. 1920–1924 war er Eigentümer u. a. der Deutschen Allgemeinen Zeitung.

<sup>158</sup> Hermann Röchling (1872–1955), ab 1901 Technischer Direktor des Völklinger Eisenwerkes, 1914 Forderung nach Annexion des französischen Erzbeckens Briey, 1914–1915 Kriegsdienst als Rittmeister an der Ost- und der Westfront, 1915 Umstellung auf Rüstungsproduktion (1916 u. a. Spezialstahlherstellung des Stahlhelms), Demontage französischer Hüttenwerke, 1919 Übergabe der Mehrheitsbeteiligung an den französischen Staat, ab 1928 Mitglied des Landrats des Saarlandes für die Deutsch-Saarländische Volkspartei, 1933 Mitbegründer der Deutschen Front für den Anschluss des Saarlandes an Deutschland, 1935 Mitglied der NSDAP, 1935 Mitglied des Rüstungsrats des Reichswehrministeriums, Mitglied zahlreicher Montanindustrieunternehmen, Vertrauter Adolf Hitlers, Generalbevollmächtigter für die Eisen- und Stahlindustrie in Lothringen, Meurthe-Moselle und Longwy, 1942 Leiter der Reichsvereinigung Eisen, Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie und des Haupttrings Eisenerzeugung, Demontage von Hüttenwerken in Lothringen und den Benelux-Staaten sowie Einsatz von Zwangsarbeitern.

Dr. Roesicke, Frhr. von Loë<sup>162</sup> und Pretzell erschienen. Die verarbeitende Industrie hatte den Vorsitzenden des Industriellen-Verbandes[,] Friedrichs<sup>163</sup>[,] und andere entsandt. Ausserdem nahmen teil zahlreiche Abgeordnete und Leute der Presse, sowie Gelehrte von Ruf, von denen Dietrich Schäfer genannt sei.

Auch bei dieser Tagung wurden die Schwierigkeiten offen ausgesprochen, die wirtschaftspolitisch bei einem Zusammenschluss der beiden Reiche zu überwinden sein würden.<sup>164</sup> Die Hauptgesichtspunkte wurden von den Berichterstattern und den anderen Rednern im wesentlichen in folgender Weise ausgesprochen:

<sup>159</sup> Gemeint ist Max Rötger (1860–1923), 1902–1909 Vorsitzender des Direktoriums der Firma Krupp (Nachfolger wurde Alfred Hugenberg), Vorsitzender der Handelskammer Essen und bis 1911 Präsidiumsmitglied des Hansabundes, 1909–1919 Vorsitzender des CDI, im Ersten Weltkrieg Direktor des Kriegsausschusses der deutschen Industrie, 1916 Mitglied des UADF, 1919 Gründungsmitglied des Nationalen Klubs.

<sup>160</sup> Emil Possehl (1850–1919), Stifter (u. a. Schenkung des Grundstückes für das Stadttheater Lübeck), 1873 Eintritt in das väterliche Handelshaus und Aufstieg zum größten Erzhändler Europas, 1899 Inhaber des Handelshauses L. Possehl & Co., Beteiligungen an skandinavischen Erz- und Grubengesellschaften, 1890/91 Gründungsmitglied des ADV, Gründungsmitglied des Lübecker Industrievereins, seit 1901 Senator auf Lebenszeit in Lübeck, 1912 Ausarbeitung einer Denkschrift für das Ministerium des Innern mit der Forderung nach einem wirtschaftlichen Generalstab für den zukünftigen Krieg, 1912 Mitglied des Führungsausschusses des Deutschen Wehrvereins, im Ersten Weltkrieg zunächst Militärdienst, 1916 Landesverratsverfahren beim Reichsgericht in Leipzig mit Freispruch vom Vorwurf der Mitverantwortung als Hauptaktionär eines schwedischen Stahlherstellers von Kriegslieferungen nach Japan, Sicherung der Lieferung von Erzen für die deutsche Rüstungsproduktion, 1917 finanzielle Förderungsbeteiligung u. a. mit Neumann für die Gründung der Deutschen Zeitung, 1917 Gründungsmitglied des Landesvereins der DVLP in Lübeck.

<sup>161</sup> Friedrich Funcke (1855–1962), Bergrat und Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft.

<sup>162</sup> Gemeint ist Clemens Freiherr von Loë (1860–1930), seit 1903 Vorsitzender des Rheinischen Bauernverbandes (1927/29 Vereinigung mit dem Rheinischen Landbund), 1908–1918 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses für die Zentrumsparterie, 1913 führender Politiker des „Kartells der schaffenden Stände“.

<sup>163</sup> Heinrich Friedrichs (1854–1921), Geheimer Kommerzienrat, Generaldirektor der Pignot und Heiland AG in Potsdam, 1914 federführend beim Zusammenschluss des BdI und des CDI zum „Kriegsausschuß“ und 1919 zum RDI.

<sup>164</sup> Am 14.4.1916, 8.5.1916 und 19.5.1916 fanden im Reichstagsgebäude Verhandlungen wirtschaftlicher Körperschaften zu Fragen der Neugestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn statt. Alfred Hugenberg und Max Rötger nahmen hier für den CDI teil. Desweiteren waren der Deutsche Handelstag, der BdI, der Handelsvertragsverein, der Deutsch-Österreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverband, der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein für Deutschland, der Hansabund, der Deutsche Landwirtschaftsrat, der BdL, der Deutsche Bauernbund und die Vereinigung der Deutschen Bauern-Vereine vertreten. Siehe Protokolle (Niederschriften) 8.5. und 19.5.1916 sowie 14.4.1916, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 76, Bl. 132–137 und 162–167. Zur nachfolgenden Besprechung im Hotel Adlon am 31.5.1916 siehe Protokoll (Niederschrift) 31.5.1916, in PolArchAA, NL Stresemann, Bd. 153, Bl. 195–199. Dietrich Schäfer verließ die Zusammenkunft mit ähnlicher Skepsis: „Gestern waren die Oesterreicher hier und haben ihre Wirtschaftsfragen mit den Deutschen beraten. Es sind starke Meinungsverschiedenheiten zutagegetreten, aber doch ist zuguterletzt ein Einklang erzielt worden, sodass die Oesterreicher zufrieden wieder heimkehren.“ Dietrich Schäfer an Major von Tiedemann, 9.10.1916, in ABBAW, NL Schäfer, Bd. 1, Bl. 195.

Landtagsabgeordneter Dr. *Schweighoffffer* führte als Sprecher des Zentralverbandes der deutschen Industrie aus: Ein Zollbündnis ist in Anregung gebracht worden, das vor allem [einen] politischen Zweck haben soll.<sup>165</sup> Bedenken dagegen sind, dass bei einer Zollgemeinschaft die österreichische Eisenindustrie, eine starke Stütze des österreichischen Deutschtums, leiden wird, während andererseits unsere deutsche Textilindustrie nicht gegen die österreichische, die mit niedrigeren Gestehungskosten arbeitet, aufkommen kann. Vor allem muss das Kriegsergebnis sowohl im politischen wie handelspolitischen Sinn feststehen, ehe wir die Richtlinien für unsere zukünftige Handelspolitik ziehen können. Das Ergebnis unserer Untersuchungen muss schon jetzt sein, dass eine weitere Erhöhung der beiderseitigen Zollmauern verhütet wird. Notwendig ist gegenseitige Vorzugsbehandlung für eine zunächst beschränkte, näher zu vereinbarende Zahl von Waren und Feststellung gemeinsamer Zugeständnisse an dritte Staaten. Nach solcher Vorbereitungszeit wird der Vertrag geschlossen werden können. Die Zolltarife dürfen nicht erhöht werden. Es ist weitgehende Vorzugsbehandlung in Fertigwaren zu gewähren. Je nach dem Ausgange des Krieges können [wir] uns noch mehr entgegenkommen, ohne die beiderseitigen Gesamtkräfte zu schwächen. Mitteleuropa ist kein sich selbst genügender Markt. Der Ausschluss Mitteleuropas<sup>166</sup> von grossen Teilen des Weltmarktes wäre für uns ein Todesstoss. Die übrige Welt kann uns durch ihre Rohstoffe mehr bieten als wir uns gegenseitig, da wir beide auf die gleichen Rohstoffe angewiesen sind. Vorbedingung unseres wirtschaftlichen Aufbaus ist ein Friede mit der Angliederung der belgisch-französischen und der polnischen Kohlengebiete und des Erzgebietes von Briey. Zuwachs von Neuland im

---

<sup>165</sup> Siehe auch die frühen Planungen vom BdL, Deutschen Bauernbund, Vorort der christlichen deutschen Bauernvereine/Westfälischer Bauernverein, CDI, BdI und Reichsdeutschen Mittelstandsverband: Gemeinsame Vorschläge für die Neuregelung der handelspolitischen Beziehungen zu Frankreich, Rußland und Österreich-Ungarn, 16.8.1915, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 76, Bl. 173–190. Alfred Hugenberg sprach am 20.6.1915 gegenüber Hugo Stinnes die Probleme einer Vorzugsbehandlung von Handelsverträgen mit Österreich-Ungarn, die bei Verhandlungen mit den USA, Russland und Frankreich Schwierigkeiten bereiten würde, offen aus: „Die österreichische Frage wird umso schwieriger, je mehr man sich damit beschäftigt. Vielleicht haben die Herren recht, die keinerlei nähere Beziehungen zu Oesterreich wünschen.“ In ebd., Bl. 332–334.

<sup>166</sup> Das Schlagwort von „Mitteleuropa“ erhielt mit der gleichnamigen Publikation von Friedrich Naumann 1915 größere Aufmerksamkeit, von der in kurzer Zeit 100.000 Exemplare verkauft wurden. Naumann: Mitteleuropa. Siehe auch Elvert: Mitteleuropa! Im ADV sah man daher die Notwendigkeit, darauf aufmerksam zu machen, dass die Forderung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes vor allem durch Ernst Hasse und Adolf Lehr zwanzig Jahre zuvor aufgestellt wurde, sie wesentlich Friedrich List folgten, und die Forderungen dann neben dem ADV im Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein unter Leitung von Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein repräsentiert wurden. Naumann habe lediglich unter dem Eindruck des Krieges sein Mitteleuropa-Programm aufgestellt, das vor allem wirtschaftlich sozial, jedoch für die Alldeutschen nicht nationalpolitisch genug ausgerichtet sei. Den Alldeutschen ging es hier nicht nur um überstaatliche Organisationen und die Beseitigung von Zollschränken, sondern um Siedlungsland und die Expansion des Deutschen Reiches, dem anschließend auch ein „völkerrechtlicher Bund“ eingerichtet werden könne. Alldeutsche Blätter 15.1.1916. Siehe auch Franz Sontag: Wir Alldeutschen und der Weltkrieg, in Der Panther 3. Jg. (3/1915), S. 1147–1177.

Osten als Stärkung der agrarischen Grundlage ist unbedingt nötig. Diese Lösung muss erzwungen werden. Den Gegnern darf nach dem Kriege kein Mitgenuss von Vorzugsbedingungen eingeräumt werden, die wir anderen Staaten gewähren.

Als erster Redner der österreichischen Gäste sprach *Dr. Hainisch*, Wien: In Deutschland unter- und überschätzt man unsere Lage. Man denke daran, dass in Österreich die ganzen Jahre hindurch gegen die Deutschen regiert wurde. In Deutschland hat man sich zu wenig um uns gekümmert. Österreich hat schwere Fehler gemacht. Seine militärische Vorbereitung war ganz ungenügend, und es hat panslawistische Bestrebungen unter den Tschechen<sup>167</sup> geduldet, die an Hochverrat grenzten. Der zum Tode verurteilte Abgeordnete Kramarsch entschuldigte sich immer mit dem Hinweis auf die Minister, die von allem unterrichtet und mit allem einverstanden gewesen seien, was er unternommen habe. Es ist ein Wunder, dass es nicht noch schlimmer gekommen ist. Die Deutschen haben militärisch Österreich herausgerissen, auch immer 90 % der Krieganleihen gezeichnet.<sup>168</sup> Wir wollen [eine] *deutsche Mehrheit* im Reichsrat, und für Galizien eine Sonderstellung, die ihm jeden Einfluss auf die Entwicklung in Österreich nimmt. Das politische Bündnis mit dem Deutschen Reich muss durch eine Militärkonvention<sup>169</sup> und durch engeren wirtschaftlichen Anschluss an Deutschland gestärkt werden. Ich befürchte, der Krieg wird nicht mit einem glatten Sieg, sondern mit einem Kompromiss endigen, nach dem der Handelskrieg weiter geht, auch ohne Russland. Die Mittelmächte werden auf sich angewiesen sein, aber ihre Lage wird bei einem Zusammenschluss mit den Balkanstaaten und der Türkei nicht aussichtslos sein.<sup>170</sup> Die Widerstände in Österreich gehen von den Hofkreisen aus. Man befürchtet eine Minderung der Rechte der Souveränität bei engem Anschluss. Ein Teil der österreichischen Industrie ist für Anschluss, ein anderer Teil fürchtet den stärkeren

<sup>167</sup> Der sich in den 1830er Jahren verstärkende Pan-Slawismus fand vor allem ab 1848 in Tschechien Resonanz, als unter Führung des Historikers Frantisek Palacký der Prager Kongress stattfand. Der zweite slawische Kongress fand 1867 in Moskau statt und verschob die pan-slawistischen Bestrebungen nach Russland mit den folgenden Ansprüchen einer politischen Führung. In den tschechischen Reichsgebieten Österreich-Ungarns unterstützte der Pan-Slawismus entsprechende Emanzipationsbestrebungen und Forderungen nach nationaler Unabhängigkeit. Die Auseinandersetzung mit dem Pan-Germanismus des beginnenden 19. Jahrhunderts verstärkte auch bei den Slowaken unter Pavol Jozef Safárik und Ján Kollár allslawische Mobilisierungsbemühungen innerhalb der Nationsbewegung. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges wurde Karel Kramář als Wortführer der Nationaldemokratischen Partei der Jungtschechen im Reichsrat zum Repräsentanten einer radikaleren Strömung national ausgerichteter Tschechen.

<sup>168</sup> Österreich-Ungarn finanzierte den Ersten Weltkrieg mit 80–90 Milliarden Kronen Kriegskosten zu 3/5 aus Krieganleihen: in Cisleithanien 1. Krieganleihe im September 1914 und die letzte 8. Krieganleihe im Mai 1918 mit insgesamt 35,13 Milliarden Kronen, in Ungarn 17 Krieganleihen, davon 13 öffentliche Zeichnungen, mit insgesamt 18.85 Milliarden Kronen. Die Krieganleihen wurden im Inland gezeichnet und mit geringerer Auflage auch durch die Mittelmächte.

<sup>169</sup> Streichung im Originalmanuskript.

<sup>170</sup> Siehe dazu auch Bihl: Die Kaukasus-Politik der Mittelmächte und Höbelt: „Stehen oder Fallen“.

reichsdeutschen Wettbewerb. Das recht schwankende Verhältnis zu Ungarn erschwert den Abschluss von Handelsverträgen.

*Graf Colloredo* stellt Triest als Ausfuhrhafen für Süddeutschland in den Vordergrund seiner Darlegungen. Der Schnellverkehr sucht sich die Punkte, die weit ins Meer hinausragen, das wäre heute Athen. Der Warenverkehr dagegen braucht Punkte, wo das Meer weit ins Land hineinragt; ein solcher ist Triest. Dorthin müssten reichsdeutsche Handelsbeziehungen gelenkt werden. Deutsche Banken, deutsche Firmen, deutsche Schifffahrt müssen dort Fuss fassen. Vor allem muss das Deutschtum in Triest gestärkt werden.<sup>171</sup> Dies hat sogar die Regierung bei uns schon entdeckt.

Präsident *Dr. von Ehrenfels*, Wien, führte aus: Wenn die wirtschaftliche Verständigung möglich ist, dann muss sie gemacht werden, ob gut oder schlecht. Deutschland braucht auch uns. Der Weg nach dem Mittelmeer geht durch Österreich. Senden sie Deutsche in grösserer Zahl nach Österreich, auch deutsches Kapital, so helfen sie sich und uns. Besonders die österreichische und ungarische Landwirtschaft haben ihren grossen Wert in diesem Kriege erwiesen. Unsere wirtschaftliche Lage und unsere Währungslage ist schlechter als in Deutschland. Der Redner betonte zum Schlusse: Wir brauchen kein Zollbündnis, sondern ein wirkliches Wirtschaftsbündnis.

Landrat Röttger [sic]<sup>172</sup>, Berlin, erklärte: Wir müssen den ganzen Sieg eringen, sonst entstehen unhaltbare Zustände. Unsere gemeinsamen wirtschaftlichen Beziehungen müssen aufgebaut sein mit dem Blick gegen das Ausland. Die gewiss heute vorhandenen Gegensätze müssen wir zurücktreten lassen, wie es bei unseren sechs grossen Wirtschaftsverbänden<sup>173</sup> innerhalb des Rei-

---

<sup>171</sup> Die Mobilisierung des „Deutschtums“ für eine verstärkte Siedlung von der Untersteiermark aus bis zur Adria war eine zentrale Forderung des Deutschen Schulvereins, des Vereins Südmark sowie auch der österreichischen Alledutschen. Triest galt hier als deutscher „Vorposten“ gegen konkurrierende Ansprüche Sloweniens sowie der reichsnationalistischen Aspirationen Italiens wie der Lega Nazionale. Solche Deutschtumsforderungen wurden am habsburgischen Hof, der Regierung und auch in der Wirtschaft nicht wesentlich unterstützt. Die deutschsprachige Bevölkerung stellte in Triest eine Minderheit dar, die jedoch in der viertgrößten Stadt der Habsburgermonarchie führend in Verwaltungsstellen, der Wirtschaft, dem Militär und den freien Berufen war. 1910 zählte man nach Angaben des ADV 11.856 Deutsche, 118.959 Italiener und 56.916 Slowenen. Handbuch des Alledutschen Verbandes 1913, S. 84.

<sup>172</sup> Gemeint ist Landrat Max Rötger.

<sup>173</sup> Gemeint sind BdI, CDI, Reichsdeutscher Mittelstandsverband, BdL, Deutscher Bauernbund und Christliche Bauernvereine und deren Eingabe zu den Kriegszielen vom 21.5.1915, die vom nationalliberalen Abgeordneten des Preußischen Landtages und der Essener Handelskammer Wilhelm Hirsch ausgearbeitet wurde. Es folgten Eingaben der Wirtschaftsverbände an den Reichskanzler, wie die vom 10.9.1916, an die sich konfliktreiche Notenwechsel mit dem Unterstaatssekretariat der Reichskanzlei anschlossen. Eingabe an Theobald von Bethmann Hollweg, 10.9.1916, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 35, Bl. 104–106, Max Rötger an Theobald von Bethmann Hollweg, 26.9.1916 und Max Rötger an Wilhelm Hirsch, 27.9.1916, in ebd., Bl. 96 und 94–95. Hirsch beschwerte sich im Reichstag über die Zensurbestimmungen sowie gegenüber der Reichskanzlei über die „Unentschlossenheit“ des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg, die „Vieldeutigkeit seiner Reden, das geflissentliche Abrücken von Richtungen – und zwar nicht bloss von den sogenannten ‚Alledutschen‘-, die eine starke vaterländische Politik vertreten [...]“. Wilhelm Hirsch an

ches auch geglückt ist. Der Ubootkrieg wird uns den Sieg bringen, an den Österreich nicht mehr recht glaubt. Wir wünschen eine weitgehende wirtschaftliche Annäherung.

Freiherr *von Wangenheim* führte aus: Die Mittelmächte sind erledigt, wenn sie nicht zusammengehen. Dieser Krieg ist nicht der letzte. Das alte Europa muss sich zusammenschließen gegen England und Amerika. Tropische Rohstoffe können wir aus dem Orient bekommen. Vielleicht gelingt es uns, ein brauchbares Kolonialreich zu erkämpfen. Alle Verhandlungen, wie wir sie führen, haben nur Sinn, wenn wir den vollen Sieg erringen.<sup>174</sup> Im Falle einer Niederlage brauchen wir uns den Kopf nicht zu zerbrechen, wie es uns dann ergeht. Auch im Falle des Sieges wird unsere Industrie nicht gleich Absatzgebiete haben; also ist der Ausbau nach Süd-Osten notwendig. Ich rate dringend, recht bald einen Ausschuss zu bilden, der die zukünftigen Handelsbeziehungen berät, weil es nicht sicher ist, dass unsere Regierungen uns eines Tages mit Friedensplänen und Friedensabschlüssen überraschen, die uns in Verlegenheit setzen werden.

Bemerkenswert war bei dieser Zusammenkunft, dass die massgebenden Leute unserer Wirtschaft diesmal nicht nur anwesend waren<sup>175</sup>, sondern auch zu erkennen gaben, welche Bedeutung sie der Ansprache beimassen. Dies kam dadurch zum Ausdruck[, dass Hugenberg und Stinnes, Wangenheim und Roesicke, meinem Wunsche nachkommend, am Vorstandstisch sassen<sup>176</sup>, an dem

---

Unterstaatssekretär der Reichskanzlei Arnold Wahnschaffe, 22.11.1916, in ebd., Bl. 78–87. Zitate ebd., Bl. 82. Zur Reichstagsrede Wilhelm Hirsch am 25.5.1916 siehe auch Westfälische Politische Nachrichten 30.5.1916.

<sup>174</sup> Am 21.4.1916 fand dahingehend eine Besprechung von Vertretern der Reichstagsfraktion der DkP (Kuno Graf Westarp), der NLP (Ernst Bassermann und Gustav Stresemann) und des Zentrums (Matthias Erzberger) sowie Vertretern der Industrie (Alfred Hugenberg, Wilhelm Hirsch, Hugo Stinnes und Bankdirektor Dr. Weber) statt. Befürchtungen auf deutsch-konservativer und nationalliberaler Seite, Theobald von Bethmann Hollweg würde bei Friedensverhandlungen mit Großbritannien Belgien gegen die Rückgabe der besetzten deutschen Kolonien als Austausch anbieten, wurde von Erzberger bestritten, jedoch von Hirsch wiederum nach einer persönlichen Unterredung mit dem Reichskanzler umso stärker betont, da dieser „sich mit aller Entschiedenheit gegen die Vertreter des Annektionsgedankens ausgesprochen“ habe und in Bezug auf Belgien nur das „zu erwerben versuchen“ wolle, „was die militärischen Sachverständigen für notwendig erklärten“. Vor allem die Industrievertreter drängten in dieser Besprechung auf einen unzweifelhaften Kurs gegen einen solchen Austausch und eine entsprechende Politik gegen den Reichskanzler sowie namentlich der Sozialdemokratie und der Fortschrittspartei, die gegen die Kriegsziele kolonialer Erwerbungen agitieren und somit die innere Revolutionierung der Gesellschaft vorantreiben würden. Siehe N.N. Bericht der Besprechung, o.D. [April 1916], in Pol-ArchAA, NL Stresemann, Bd. 153, Bl. 35–40.

<sup>175</sup> Gemeint sind vor allem die Industriellen Hugo Stinnes, Heinrich Friedrichs vom BdI, Friedrich Funcke von der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft, Wilhelm Hirsch von der Handelskammer Essen, Alfred Hugenberg vom Krupp-Direktorium, Syndikus Paul Meesmann von der Handelskammer aus Mainz, Wilhelm Niemann von der Handelskammer aus Barmen, Paul Reusch von der Gute-Hoffnungs-Hütte aus Oberhausen und Max Rötger und Ferdinand Schweighoffer vom CDI.

<sup>176</sup> Neben Alfred Hugenberg gehörten Hugo Stinnes, Gustav Roesicke und Konrad von Wangenheim 1914/15 zum Kreis der Sachverständigen aus Industrie und Landwirtschaft, die



ausser dem Fürsten Salm und dem Grafen Colloredo noch Dr. Hainisch und Geheimrat Schäfer Platz genommen hatten.

Die Sitzung füllte den ganzen Tag aus. Am Abend gaben wir in Erwiderung der Einladung, die uns in Wien zuteil geworden war, ein kriegsmässig einfaches Essen, dass die Teilnehmer noch lange zusammenhielt. Mir wurde trotz der auch diesmal hervorgetretenen Meinungsverschiedenheiten von denjenigen, die wussten, welche Rolle ich bei alledem trotz meiner äusseren Zurückhaltung spielte, die Anerkennung zuteil, dass ich mir dadurch ein grosses Verdienst erworben hatte. Wie die Stimmung war, ergibt sich daraus, dass beim Auseinandergehen verabredet wurde, sich Ende des Jahres wieder in Wien zu treffen.

Als ich die Vorbereitungen hierfür in die Wege leitete, teilte mir Fürst Salm mit, die zur Zentrumspartei gehörigen Führer der westfälischen Bauernvereine, die am 8. Oktober in Berlin vertreten gewesen waren<sup>177</sup>, hätten ihre Teilnahme in Wien davon abhängig gemacht, dass der Alldeutsche Verband ausgeschaltet werde, da man ihnen nicht zumuten könne, mit Feinden der katholischen Kirche zusammen an einem Tische zu sitzen. Der Fürst hatte die Herrschaften darüber aufgeklärt, dass der *Alldeutsche Verband* im Reich etwas ganz anderes sei, als die *Alldeutsche Partei* in Österreich; aber sein Mühen war umsonst.

Mir aber war es klar, dass diese Leute uns aus einem bestimmten Plan heraus fernhalten wollten. Ich sagte dem Fürsten, dass es mir fern liege, die Weiterführung der Verhandlungen dadurch zu gefährden, dass ich, wenn auch nur hinter den Kulissen, massgebend dabei tätig sei. Ich fürchtete aber, dass das ganze Unternehmen in Gefahr gerate, wenn man ohne einen Vermittler zusammenkomme, der beide Teile aus seiner Kenntnis der Menschen und Dinge zu behandeln und zusammenzuhalten wisse. Der Fürst und ich besprachen dann den Fall mit Hugenberg, und wir kamen überein, dass der Versuch ohne mich gemacht werden solle, weil man gerade im Hinblick auf die österreichische Landwirtschaft die katholischen Bauernvereine nicht entbehren wollte. Es sollte gewissermassen der Versuch gemacht werden, ob ein wirtschaftlicher Ausschuss, wie Frhr. von Wangenheim ihn vorgeschlagen hatte, gebildet werden könne.<sup>178</sup>

---

mit dem ADV in engem Austausch über die Kriegsziele standen. Konstantin von Gebattel bescheinigte neben Hugenberg, „der Alldeutscher durch und durch ist“, vor allem Wangenheim und Roesicke „ein tieferes Verständnis für unsere nationalpolitischen Bestrebungen“, während Stinnes auch zu denen gehöre, der „nationalpolitisch“ vor allem das unterstütze, „was zum Schutz und zur Förderung“ seiner „eigenen Interessen dient“. Konstantin von Gebattel über die Sitzung mit Vertretern der Industrie, Landwirtschaft und den Deutsch-Konservativen Kuno Graf Westarp und Justizrat Dietrich am 15.12.1914 an Claß, 17.12.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 355, Bl. 203–205. Zitat Bl. 205.

<sup>177</sup> Gemeint sind August Crone-Münzbrock, Generalsekretär des Westfälischen Bauernvereins Münster, und Engelbert von Kerckerinck zur Borg, Vorsitzender des Westfälischen Bauernvereins.

<sup>178</sup> Siehe auch Alfred Hugenberg an Claß, 16.9.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 395, Bl. 115.

So schrumpfte, da ich ausfiel, dieser zweite Gegenbesuch in Wien von einer nationalpolitischen Unternehmung zu einer rein wirtschaftlichen Aussprache zusammen, die in ganz engem Kreis abgehalten wurde.<sup>179</sup> Die Geister der einander nicht näher kennenden beiderseitigen Führer aus Landwirtschaft und Industrie platzten schliesslich heftig aufeinander, und man ging entfremdet, ja in gewissem Sinne feindselig auseinander.<sup>180</sup>

<sup>179</sup> Die Besprechung wurde zunächst vom 13.–14.1.1917 in Wien geplant. Die Koordination übernahm Otto Fürst zu Salm-Horstmar, während Claß jedoch im Vorfeld entscheidend mitwirkte, und auch die entsprechenden Rundschreiben mithilfe vorzuformulieren. Rundschreiben Claß (Entwurf) und Otto Fürst zu Salm-Horstmar 12.12.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 697, Bl. 18 und 21 sowie Einladung Otto Fürst zu Salm-Horstmar an Hugo Stinnes, 12.12.1916, in ACDSA, I 220-044/4, o.Bl.

<sup>180</sup> Die unmittelbaren Probleme betrafen Überlegungen zu konkreten wirtschaftspolitischen Planungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. Emil Kirdorf hatte zuvor abgefragt, da er bei den vorherigen Besprechungen nicht teilnehmen konnte, jedoch auch, da „die Frage über die Gestaltung unseres Verhältnisses zu den oesterr. ung. Bundesbrüdern so ungeklärt ist, dass ich mir über die Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen ein Bild nicht machen kann.“ Emil Kirdorf an Otto Fürst zu Salm-Horstmar, 16.12.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 697, Bl. 26–27. Hugo Stinnes und Wilhelm Hirsch sagten aus Termingründen ab und die wirtschaftlichen Unterausschüsse, die nach dem 8.10.1916 gebildet werden sollten, standen Ende des Jahres noch nicht fest. Siehe auch Rundschreiben Otto Fürst zu Salm-Horstmar, 29.12.1916, in ebd., Bl. 57. Alfred Hugenberg berichtete, dass die Wirtschaftsverbände uneinig über den Fortgang der Besprechungen seien und die Sache „verfahren“ sei. Alfred Hugenberg an Claß, 29.12.1916, in ebd., Bl. 58. Rudolf Graf Colloredo Mansfeld hielt kurz nach der Besprechung die österreichischen Verbandsinteressen bei diesen Gesprächen fest: „Ich habe die mir in Berlin vorgeschlagene Tagesordnung, nach der hier sämtliche zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich schwebenden wirtschaftlichen Probleme erörtert werden sollen, zunächst den Vertretern der führenden hiesigen Industrie- und Landwirtschaftsverbände vorgelegt und hierbei [sic] die dortseitigen Wünsche nach Möglichkeit auseinanderzusetzen gesucht. Die Herren hier waren jedoch der Ansicht, dass eine Erörterung des zukünftigen wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und der Monarchie kaum über die Formulierung allgemeiner Grundsätze hinausführen könnte, wie diese bereits bei den Tagungen der verschiedensten Verbände festgelegt wurden. Eine Wiederholung der bei diesen Gelegenheiten bereits abgeführten Diskussionen, die sich doch mehr oder weniger auf theoretisch-programmatische Leitsätze erstrecken, sei weder notwendig, noch wünschenswert, eine Detailausführung sei aber, solange über die Absichten der Regierungen nichts feststehe, ebenfalls nicht möglich und auch nicht Sache der Verbände. Was jedoch, und zwar ohne Rücksicht auf die Entscheidung über theoretische Einzelfragen, die vielfach ja auch erst von den Ergebnissen des Krieges abhängen wird, heute schon von den beiderseitigen Interessenvertretungen mit ziemlicher Sicherheit festgestellt und bekanntgegeben werden kann, sind die konkreten Interessen, welche die einzelnen Wirtschaftsgruppen der beiden Staaten im Auslande gegenüber besitzen. Es wird daher von den Herren für ungemein wertvoll gehalten, dass sich die Wirtschaftsverbände über die handelspolitischen Ziele beider Staaten nach aussen u. zw. [sic] insbesondere nach dem Osten aussprechen, sowie dass die beiderseitigen handelspolitischen Interessen Dritten gegenüber einander loyal gegenübergestellt werden. Es würde sich zeigen, wo Reibungen zu vermeiden sind, wo Interessensphären abgegrenzt werden und wo endlich gemeinsame Ziele durch gemeinsames Vorgehen erreicht werden können. Dieser letztere Gedanke drängt sich umso gebietender auf, als abgesehen von unseren wirtschaftlichen unsere politischen Interessen es absolut verbieten, dass wir neutralen und verbündeten Staaten gegenüber in den uns interessierenden Belangen das Schauspiel der Uneinigkeit, ja sogar des Misstrauens bieten. [...]“ Rudolf von Colloredo Mansfeld [Abschrift an Claß?], 12.2.1917, in ebd., Bd. 453, Bl. 298–299.

Damit war in höherem Grade eingetreten, was ich befürchtet hatte. In Wien wurde mir später erzählt, dass die ersten Schärfen durch österreichische Agrarpolitiker in die Auseinandersetzung gebracht worden seien, und dass man sich daran weiter erhitzt habe. Die Gegensätze wurden mit äusserster Schärfe herausgearbeitet, so dass das Scheitern dieser nach meiner Überzeugung von beiden Seiten ernst gemeinten Bemühungen unvermeidlich war. Wenn ich auch die Möglichkeit nicht überschätzte, die mir für die Vermittlung zwischen beiden Teilen geboten war, weil ich beide gleich gut kannte, so glaube ich doch, dass ich dieses jähe Abreissen des Fadens hätte verhindern können. Die Zentrumsleute, die eine Zusammenarbeit mit den verhassten Alldeutschen so schroff abgelehnt hatten, trugen insoweit die Verantwortung für diesen Ausgang, der gleichzeitig das Ende jedes Versuchs in sich schloss, die beiderseitigen Wirtschaften einander zu nähern.

Umso eifriger hielt ich die Beziehungen aufrecht, die ich mit den politischen Gesinnungsgenossen drüben angeknüpft hatte, und ich hatte den Eindruck, dass der Bruch zwischen den sich selbst überlassenen Wirtschaftlern das Vertrauen zu mir und zu dem Alldeutschen Verbands noch erhöht hatte. Ich reiste, so oft es mir möglich erschien, nach Wien, um mich an Ort und Stelle unterrichten zu lassen, während unsere Freunde fortfuhr, zu Sitzungen unseres Geschäftsführenden Ausschusses und Gesamtvorstandes herüberzukommen. Ich darf wohl sagen, dass wir auf diese Art so genau über den Gesamtzustand und die Entwicklung im Habsburger Reich<sup>181</sup> Bescheid wussten, wie es möglich war.

### 2.3. Der sogenannte Hugenbergkonzern

Bei den Zusammenkünften mit ausgesprochenen nationalen Politikern Österreichs wurde ich immer wieder darauf hingewiesen, dass es eine unabhängige nationale Presse dort überhaupt nicht gebe. Die Partei-Zeitungen beherrschten das Feld, vor allem sei der Einfluss der jüdischen Blätter ungeheuer, zumal da die sich dem Bedürfnis der Leser nach Sensation am geschicktesten anzupassen verstünden.<sup>182</sup> Es wurden mir immer wieder im landläufigen Sinn anständige Zeitungen genannt, die durch den Krieg in schwere Not geraten seien, und die man billig erwerben und im nationalen Sinne umgestalten könne. Ich unterrichtete Hugenberg gelegentlich der Besprechungen über seine eigenen Bemühungen um die Stärkung der nationalen Presse im Reich über die Möglichkeiten, die sich in Österreich boten. Ich fand bei ihm Verständnis,

---

<sup>181</sup> Die Habsburger (Haus Habsburg und Haus Österreich) stammten als Fürstengeschlecht aus den Schweizer Kanton Aargau. Die Habsburger standen von 1273 als Könige und von 1438 bis zur Auflösung 1806 dem Heiligen Römischen Reich als Kaiser vor (bis auf die Jahre 1742–1745). 1804 Proklamation des Kaisertums Österreich und 1867 bis zur Auflösung 1918 Umwandlung zur Monarchie Österreich-Ungarn.

<sup>182</sup> Claß spielt hier entsprechend seiner fortdauernden Verurteilung vor und während des Kriegs vor allem auf den sozialdemokratischen Vorwärts und auf die liberale Frankfurter Zeitung an.

und er brachte die Frage bei seinen wichtigsten Bundesgenossen in der Schwerindustrie zur Sprache. Später teilte er mir mit, er könne nichts erreichen; Stinnes sei gegen jede Hilfeleistung in Österreich, wie er überhaupt von den Österreichern nichts halte.<sup>183</sup> Auch in dieser Beziehung hat er seine Ansicht im Laufe der Jahre geändert. Gegen das Ende des Weltkrieges war er dafür, Zeitungen in Österreich zu erwerben und im Sinne der von uns vertretenen reichsdeutschen Politik zu beeinflussen.<sup>184</sup> Darüber sollte ich mit ihm, Kirdorf und Hugenberg am 9. November 1918 verhandeln. Aber die Besprechung wurde durch den Umsturz vereitelt.<sup>185</sup>

<sup>183</sup> Claß beklagte sich nach einer Besprechung am 15.12.1914 in Berlin über die Kriegsziele des ADV, der Industrie (Alfred Hugenberg, Emil Kirdorf, Hugo Stinnes, Paul Reusch, Wilhelm Beukenberg, Max Rötger, Ferdinand Schweighoffer, Wilhelm Hirsch), der Landwirtschaft (Gustav Roesicke und Konrad von Wangenheim) und der DkP (Kuno Graf Westarp und Justizrat Dietrich), dass sich, bis auf Hugenberg, Roesicke und Wangenheim, gerade bei den Industrievertretern der „weitgehende Mangel von Verständnis für nationale Politik in unserem Sinne zeigte“, der bei „der Beschäftigung mit dem Schicksal der Deutschen in Österreich“ deutlich würde, wo „Nationalpolitik“ bei der Großindustrie letztlich „nur die Umschreibung dessen [ist], was zum Schutz und zur Förderung ihrer besonderen Interessen dient“. Bericht Claß an Konstantin von Gebsattel, 16.12.1916, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 1, Bl. 331–336. Zitat ebd., Bl. 333.

<sup>184</sup> Zunächst begann Alfred Hugenberg 1919, Zeitungen für eine gemeinsame Berichterstattung der DNVP und der DVP aufzukaufen. Hugo Stinnes, der bereits ab 1916 über die Unternehmungen Hugenbergs zum Aufbau eines Nachrichten- und Anzeigendienstes durch Absprachen involviert war, begann schließlich 1920 mit dem Aufbau eines eigenen Presseimperiums. Stinnes kaufte die Deutsche Allgemeine Zeitung und beteiligte sich an der Täglichen Rundschau, die er 1922 übernahm. Holzbach: Das „System Hugenberg“, S. 70–98. Hugo Stinnes blieb einem mitteleuropäischen Konzept eines Friedrich Naumann und einer Orientierung nach Österreich-Ungarn und Südosteuropa skeptisch gegenüber. Siehe auch Feldman: Hugo Stinnes, S. 401–402 und 462 und Frölich: Friedrich Naumanns „Mitteleuropa“.

<sup>185</sup> Das Gespräch wurde durch Alfred Hugenberg in Essen geplant. Siehe auch Kapitel 3.7 und 3.12. Am 9. November 1918 waren Emil Kirdorf, Alfred Hugenberg und Hugo Stinnes vermutlich alle in Essen auf einer Sitzung des Vorstandes des Zechenverbandes über weitere Verhandlungen mit den Gewerkschaften über Löhne und zukünftige Demobilisierung sowie Wahlen zum Geschäftsausschuss. Eine Anwesenheitsliste ist jedoch nicht überliefert. Siehe Auszüge aus der Niederschrift über die Sitzung des Geschäftsausschusses des Zechenverbandes vom 9. November 1918, in BBA 14, Bd. 48, o. Bl. Stinnes war im November 1918 stark in die Planung einer Zentralarbeitsgemeinschaft zur Anerkennung der Gewerkschaften, der Regelung von Schlichtungsausschüssen und der Planung der Demobilisierung eingebunden. Am 5.11.1918 traf er sich u. a. mit Walther Rathenau und Albert Vögler sowie Carl Legien und Adam Stegerwald im Hotel Adlon in Berlin für dahingehende Besprechungen. Sitzungsprotokoll 5.11.1918, in ACDSA, I-220-006/2, o. Bl. Am 7.11.1918 war Stinnes zur Sitzung der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Stahlindustrieller zu ähnlichen Themen eingeladen. Auch Alfred Hugenberg erkannte nach der Revolution am 11.11.1918 Stinnes' Bevollmächtigung zum Abschluss der Verhandlungen zu einer Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften an. Claß' Anliegen waren somit für Besprechungen mit Stinnes am 9.11.1918 längst obsolet und aus der Zeit gefallen. Auch Emil Kirdorf ließ das Stinnes-Büro am 13.11.1918 wissen, dass man sich für Kirdorfs Schreiben vom 6.11.1918 bedanke, aber wie Kirdorf wisse, sei Stinnes zur Zeit viel in Berlin beschäftigt. Das Stinnes-Legien-Abkommen wurde dann am 15.11.1918 geschlossen und u. a. auch von Hugenberg anerkannt. Alle Dokumente in ebd. Auch Hugenberg schien den persönlichen Kontakt mit Stinnes in diesen wichtigen Tagen des November 1918 zu missen, als er am 15.11.1918 Stinnes schrieb: „[...] wie es überhaupt erwünscht

Weil hier von diesen Dingen gesprochen wurde, sei im Zusammenhang damit der Mitwirkung gedacht, die ich bei Hugenbergs vielseitigen Bemühungen ausübte, der international eingestellten Massenpresse ein Gegengewicht zu schaffen. Schon frühzeitig, im Spätherbst 1914, hatte er mir bei einem kurzen Aufenthalt in Mainz nach Besprechung verschiedener anderer Dinge auch seinen Plan entwickelt, die gegenwärtigen ausserordentlichen Kriegseinkünfte der Schwerindustrie zur Bildung eines Geldgrundstocks zu benutzen, aus dem die nationale Presse unterstützt werden könne.<sup>186</sup>

Als Vorsitzender des Direktoriums der Firma Krupp<sup>187</sup> und auch als solcher des Bergbaulichen Vereins hatte Hugenberg schon früher reichlich Gele-

---

ist, dass einmal eine persönliche Fühlungnahme möglich wäre.“ In ACDSA, I-220-014/2, o. Bl. Siehe zu den Auseinandersetzungen zwischen Kirdorf, Stinnes, Hugenberg und Claß zur Anerkennung der Gewerkschaften im Frühjahr 1918 Kapitel 3.7. Zur Sache lehnte es aber Stinnes nach dem Krieg ohnehin ab, finanzielle Unterstützung für die Deutsche Zeitung zu leisten, denn entscheidend sei ein grundsätzlicher „Ruck nach rechts“ durch „Arbeithhebung und Kräftigung der Ordnung und Regierung“. Zitiert nach Bericht Otto Helmut Hopfen an N. N. [Claß], 16.3.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 392, Bl. 4.

<sup>186</sup> Bereits um 1912/13 begannen im „Freundeskreis“ um Alfred Hugenberg Planungen für die Förderung eines eigenen Nachrichtenwesens im Interesse der deutschen Schwerindustrie, nachdem Legationsrat Albert von Schwerin (jüngerer Bruder von Friedrich von Schwerin aus Hugenbergs „Freundeskreis“) 1913 den Nachrichtendienst Telegraphen-Union GmbH (ab 1916 unter dem Einfluss von Hugenberg und der Finanzierung durch die Wirtschaftliche Gesellschaft) gegründet hatte. Im März 1914 wurde die Ausland GmbH (1916 Beteiligung an der Deutschen Überseedienst GmbH) und einen Monat später die Ausland-Anzeigen GmbH (1917 Allgemeine Anzeigen GmbH) u. a. durch den aus Hugenberg, Emil Kirdorf und Hugo Stinnes bestehenden und 1913 gegründeten Dreier-Ausschuss der Schwerindustrie für den Aufbau eines Medienkonzerns für schwerindustrielle Interessen ins Leben gerufen. Dieser wurde 1916 um Wilhelm Beukenberg zum Vierer-Ausschuss erweitert. Emil Kirdorf berichtete Claß im Sommer 1914, dass man in schwerindustriellen Kreisen für Elsass-Lothringen die Gründung eines eigenen „Wochen-Blattes“ plane, die man mit geringen Mitteln für zwei Jahre unterstützen wolle. Emil Kirdorf an Claß, 2.6.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 395, Bl. 64–66. Bis zum März 1916 übernahm Hugenberg dann vom Deutschen Verlagsverein die August-Scherl GmbH und organisierte der Hugenberg-Gruppe durch die Investition von 6,1 Millionen Mark die Mehrheit im Verwaltungsausschuss des Verlagsvereins. Im November 1916 wurde die Deutsche Lichtbildgesellschaft gegründet. Bernhard: Der „Hugenberg-Konzern“, S. 60–73 und 91–93. Hugo Stinnes gründete mit Hugenberg, Kirdorf und Beukenberg mit Mitteln der Unternehmen Krupp, Phoenix AG, Gelsenkirchener Bergbau-AG und dem Stinnes Konzern die Wirtschaftliche Gesellschaft, die sich 1918 an dem Ausbau der Aufendienst GmbH beteiligte und 1919 die Finanzmittel in die Wirtschaftsvereinigung zur Förderung der geistigen Wiederaufbaukräfte Deutschland übertrug. Holzbach: Das „System Hugenberg“, S. 303–307. Eine gezielte Förderung österreichischer Zeitungen erfolgte 1918 durch die Gründung der Österreichischen Anzeigen GmbH.

<sup>187</sup> Die Gussstahlfabrik Friedrich Krupp wurde 1811 in Essen gegründet. Bereits seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts steigerte Krupp unter Friedrich Alfred Krupp und unter seiner Tochter Bertha Krupp seinen Absatz durch Rüstungsproduktion, die einerseits durch Waffenexporte und vor allem durch Flottenrüstung und Heereserweiterung im Kaiserreich bedingt waren und im Ersten Weltkrieg Umsatz und Belegschaft exponentiell anstiegen lassen. Gustav von Bohlen und Halbach heiratete Bertha Krupp 1906 und wurde 1909 zum Aufsichtsratsvorsitzenden, der das Unternehmen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges entscheidend prägte. Bohlen und Halbach holte 1909 Alfred Hugenberg zu Krupp, wo er zehn Jahre Direktoriumsvorsitzender sein sollte. Hugenberg kam als Nachfol-

genheit zu sehen, wie die rheinisch-westfälische Industrie von den Besitzern notleidender Zeitungen um Hilfe angegangen wurde. Im Kriege trat diese Erscheinung noch weit mehr zutage. Es ergab sich dabei, dass mit dem Abflauen der Begeisterung der ersten Wochen, die ein Absinken der marxistischen und linksdemokratischen Presse gebracht hatte, nun die örtlichen nationalen Zeitungen im Lande draussen an Beziehern verloren, während das Anzeigengeschäft ziemlich überhaupt aufhörte.

Unter den Blättern, die sich aus diesen Ursachen an die Industrie wandten, fanden sich auch solche von altem und wohlbegründeten Ansehen, deren Eingehen einen politischen Verlust für die nationale Sache bedeutet hätte. Je mehr die Stimmung im Volk sank, und je verwegener die internationalen Zeitungen mangels jeder Führung in der Heimat auftraten, umso grösser wurde das Bedürfnis, wider sie ein Gleichgewicht zu schaffen. Hugenberg wollte deshalb diesen notleidenden Teil der nationalen Presse ausreichend unterstützen. Dies sollte aus den Mitteln geschehen, die ihm von der Schwerindustrie zur Verfügung gestellt waren, und aus denen später das berühmte „nationale Zweckvermögen“ sich herausbildete.<sup>188</sup>

---

ger von Max Rötger ins Direktorium nach Essen; auf wärmste Empfehlung des preussischen Finanzministers Georg von Rheinbaben. Siehe Ernst Haux: Bei Krupp. Bilder der Erinnerung aus 45 Jahren 1890–1935 (o.D.), Bl. 71, in Krupp Archiv Essen, FAH 4E/16 (626). Krupp beförderte entscheidend Hugenbergs medienpolitischen Aktivitäten seit 1916 als Versuch einer Sammlungs- und eigener Nachrichtendienst für die Kriegszielbewegung und die nationalistisch-konservative Öffentlichkeit. Auch Claß schickte Krupp seine Denkschrift „Zum deutschen Kriegsziel“, nachdem er zuvor bereits den Kontakt suchte. Krupp sah die Dinge innenpolitisch wie Claß, wollte sich aber zur Außenpolitik nicht äußern. Er könne aber „nur auf das Lebhafteste bedauern, dass es die Majorität des Reichstages, der verfassungsgemäss die Vertretung des deutschen Volkes sein soll, gerade im gegenwärtigen Zeitpunkte für richtig hält, auch nur den Anschein zu erwecken, als ob Deutschland mit einem ‚Verzichtfrieden‘ – in mehr als des Wortes eigenster Bedeutung – zufrieden sein würde; dadurch wird doch selbst die Erreichung des kleinsten Fortschrittes ganz unmöglich gemacht!“ Gustav Krupp von Bohlen und Halbach an Claß, 18.7.1917, in Krupp Archiv Essen, FAH 4E/472 (670), Bl. 11. Ernst Haux, der auch die Abschiedsrede auf Hugenberg bei Krupp im Januar 1919 hielt, berichtete, Hugenberg sei aus völlig freiem Entschluss ausgeschieden, auch wenn er sich in den letzten Jahren mit Bohlen und Halbach nicht wirklich nähergekommen sei. Auch Albert Vögler habe als Generaldirektor der Dortmunder Union in die Politik gehen wollen. Es sei verabredet worden, dass Vögler in die nationalliberale DVP und Hugenberg in die alt-konservative DNVP gehen sollten, „man würde jedoch an einem Strang ziehen.“ Haux: Bei Krupp, Bl. 75, in ebd., FAH 4E/16 (626). Trotz grundlegender Kritik an Hugenbergs Politik als Parteivorsitzender der DNVP, die er vom 20.10.1928 bis zur Auflösung der Partei 1933 übernahm, blieb Krupp ein wesentliches Verbindungselement für Hugenberg in die Ruhr-Industrie der Weimarer Republik – und somit, wenngleich auch bedingt, zu den finanziellen Unterstützungen der Ruhrlade. In der Weimarer Republik ging Krupp nach dem Rüstungsverbot durch den Versailler Vertrag hauptsächlich zur zivilen Produktion über. Im Nationalsozialismus war Krupp zentrale Produktionsstätte für die Rüstung des Dritten Reiches.

<sup>188</sup> Das „nationale Zweckvermögen“ wurde durch die zwölf Mitglieder der Wirtschaftlichen Gesellschaft (später Wirtschaftliche Vereinigung) unter Vorsitz von Alfred Hugenberg treuhänderisch verwaltet. Vor allem von dem Verein für bergbauliche Interessen, der Krupp AG, der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, der Phoenix AG und dem Stinnes-Konzern stammten die Finanzierungsgelder.

Dieser Teil der dankenswerten Bemühungen Hugenbergs um die Presse hat nichts zu tun mit seinem Ende 1916 einsetzenden Plane, den durch mannigfache Umstände ins Wanken geratenen Bau der Firma *August Scherl*<sup>189</sup> vor dem Zugriff der jüdischen Firmen Mosse<sup>190</sup> und Ullstein<sup>191</sup> zu retten.<sup>192</sup> Dar-

<sup>189</sup> August Scherl (1849–1921), Berliner Verleger, 1883 Gründung eines Presse- und Buchverlages und Herausgabe des ersten deutschen Generalanzeigers *Berliner Lokal-Anzeiger*, ab 1899 Herausgabe der illustrierten *Die Woche*, 1904 Erwerb der Zeitschrift *Die Gartenlaube*, 1916 Aufkauf des Scherl-Pressekonzerens durch Alfred Hugenberg.

<sup>190</sup> Rudolf Mosse (1843–1920), 1867 Gründung einer Annoncen-Vermittlung in Berlin, Aufbau eines Verlagsimperiums mit über 100 Zeitungen und 130 Fachzeitschriften u.a. mit den Zeitungen *Berliner Tageblatt* als liberale Zeitung mit der größten Auflage vor 1933 unter dem Chefredakteur Theodor Wolff (1906 bis 1933), *Berliner Volks-Zeitung* und der *Technischen Rundschau*, Angriffe der Rechten v.a. wegen seiner jüdischen Herkunft, liberaler Berichterstattung der Blätter und als einer der Hauptkonkurrenten (neben dem Ullstein-Verlag) für den Scherl-Verlag von Alfred Hugenberg, nach 1918 allmählicher Rückzug, 1932 Konkurs nach Finanzschwierigkeiten (seit 1929/30).

<sup>191</sup> Leopold Ullstein (1826–1899), 1855 Gründung der eigenen Papiergroßhandlung, 1871–1877 Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung, 1877 Gründung des eigenen Verlags, 1877 Kauf des Neuen Berliner Tagblatts und Gründung der *Berliner Illustrierten Zeitung* und der *Berliner Morgenpost*, Besitz der *Frankfurter Zeitung*, nach Ullsteins Tod weiterer Ausbau des Verlages: 1903 Gründung des Ullstein-Buchverlags, u.a. Erwerb der *Vossischen Zeitung*, 1919 Gründung des *Propyläen-Verlages*, Verlag Ullstein & Co. (u.a. *B.Z. am Mittag*, *Vossische Zeitung*, *Berliner Allgemeine Zeitung*, *Berliner Morgenpost*, *Berliner Abendpost*) war zusammen mit dem Mosse-Verlag (u.a. *Berliner Tageblatt* und *Berliner Volks-Zeitung*) Hauptkonkurrent des Scherl-Verlages seit 1917 und Angriffsziel der Rechten u.a. aufgrund der liberalen Berichterstattung und der jüdischen Herkunft des Verlagsgründers.

<sup>192</sup> Notariell wurde 1883 die Firma *Berliner Lokal-Anzeiger August Scherl & Comp.* Kommanditgesellschaft durch den persönlich haftenden Gesellschafter August Scherl und die Kommanditisten Wilhelm Wehrhahn (Neuss) und die Gesellschaft Albert Simon & Cie. (Köln) eingetragen. Die erste Ausgabe des *Berliner Lokal-Anzeigers* erschien am 4.11.1883. Ab 1893 wurde die Firma unter *Berliner Lokal-Anzeiger August Scherl* weitergeführt. August Scherl GmbH an das Amtsgericht Berlin-Mitte, 19.11.1927, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 604, Bl. 32. Die Übernahme des Scherl-Verlages war kompliziert, da ein am 3.7.1913 an Justizrat Dr. William Löwenfeld (Berlin) angebotenes Vorkaufsrecht (mit der erfolgten Übertragung von einer Million Mark an Stammanteilen und der Übertragungsoption der weiteren ausstehenden sieben Millionen Mark Stammanteile) am 3.7.1913 und am 13.1.1914 an Baron S. Alfred von Oppenheim (Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie, Köln) und dann am 10.8.1914 weiter an den Deutschen Verlagsverein (Düsseldorf) durch Oppenheim, der Schatzmeister des Deutschen Verlagsvereins war, übertragen wurde. Notarielle Übertragungen 17.9.1913 (Entwurf) und 24.2.1914, in ebd., Bd. 238, Bl. 3–6 und 7–18 sowie Geschäftsbericht Deutscher Verlagsverein 1916, in ebd., Bd. 78, Bl. 128–129. Das Stammkapital betrug 20 Millionen Mark: zehn Millionen Mark als Vorzugsanteile und zehn Millionen Mark als Stammanteile. Satzung der August Scherl GmbH 31.3./6.4.1911, in ebd., Bd. 236, Bl. 87–93. Zur Geschäftskonstruktion und der Verteilung der Stammanteile an der August Scherl GmbH sowie der Abtragungsoptionen der Rechte zum Kauf zum Zeitpunkt der Veräußerung siehe auch das Rechtsgutachten vom Berliner Justizrat Prof. Dr. Kipp, 11.1.1917, in ebd., Bd. 554, Bl. 2–47, Vertraglicher „Status Quo“, Februar 1914, in ebd., Bd. 360, Bl. 17–30, Darlegung über den Besitz des Deutschen Verlagsvereins an Werten der August Scherl GmbH, in ebd., 28.7.1917, Bl. 2–56 und Gutachten über die August Scherl G.m.b.H. von Hofrat Horst Weber (Leipzig), September 1917, in ebd., Bd. 209, Bl. 2–88 und Bd. 210, Bl. 2–137. Zur betrieblichen Verfassung der Scherl GmbH und den kritischen Einschätzungen des Zeitungsbetriebes siehe Gutachten über die Aug. Scherl G.m.b.H. und Tochtergesellschaften von W. Dieckmann 24.10.1917, in ebd., Bd. 208,

über und über die immer weiter um sich greifende Ausgestaltung des sog. *Hugenberg-Konzerns* hat Professor *Dr. Ludwig Bernhard*<sup>193</sup> ein Buch geschrieben (1928, Verlag von Julius Springer<sup>194</sup>, Berlin), dessen Angaben sich auf den Akten aufbauen, die ihm zugänglich gemacht worden waren.<sup>195</sup>

Obwohl ich bei der Überführung des Scherl-Verlags<sup>196</sup> unter den Einfluss Hugenbergs mittelbar, d.h. hinter den Kulissen, recht weitgehend beteiligt

---

Bl. 2–43. Die Rudolf Mosse Handelsgesellschaft erwarb vertraglich am 24.4.1911 eine Unterbeteiligung an der August Scherl GmbH durch Zahlung von 2,8 Millionen Mark. Vertrag zwischen August Scherl GmbH und Rudolf Mosse (Annoncen-Expedition), 24.4.1911, in ebd., Bd. 245, Bl. 2–5. Fortan wurden Scherl-Zeitungen auch über sämtliche deutsche Filialen und Agenturen der Annoncen-Expedition Rudolf Mosse vertreten. Die Konkurrenz um das Inseratengeschäft blieb bestehen, und auch Abonnenten wurden weiterhin versucht abzuwerben. Vor allem der Berliner Lokal-Anzeiger konkurrierte mit dem Mosse-Blatt Berliner Volks-Zeitung, behielt jedoch bis zur Übernahme 1916, trotz des Rückganges von 1912 mit 10.652.000 auf 4.735.900 im Jahre 1916, den größten Anzeigenteil aller Berliner Zeitungen. Siehe Gutachten über die August Scherl G.m.b.H. von Hofrat Horst Weber (Leipzig), in ebd., Bd. 210, Bl. 2 und 11. 1916 erweiterte sich diese Konkurrenz zwischen Scherl und Mosse auch verstärkt um die Firma Ullstein & Co. Siehe Rundschreiben Rudolf Mosse, Mai 1916, in ebd., Bd. 246, Bl. 3–4. Zwischen 1912 und 1916 wurden noch Vorzugsanteile von 320.000 Mark zurückgezahlt. Am 9.6.1920 wurde ein Vertrag über die Umwandlung der restlichen Beteiligungen in eine Obligation von 1,6 Millionen Mark geschlossen. Das Urteil vom 16.11.1926/20.12.1926 des Kammergerichts Berlin mit der Festlegung einer Zurückzahlung von 408.640,78 Mark zuzüglich fälliger Zinsbeiträge zwischen 1921 und 1926 wurde letztlich am 18.11.1927 durch die Zurückweisung der Revision bestätigt. Beide Urteile in ebd., Bd. 565, Bl. 33–48 und 49–54.

<sup>193</sup> Ludwig Bernhard (1875–1935), Studium der Staatswissenschaften und Maschinenbau, 1904–1906 Professor an der Akademie in Posen, 1906–1907 Professor in Greifswald, 1907–1909 Professor in Kiel und ab 1909 an der Universität Berlin, scharfer Kritiker der preußischen Polenpolitik und der Sozialpolitik des Kaiserreiches, enger Mitarbeiter von Alfred Hugenberg, Autor u.a. der Schriften: *Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staate* (1907), *Der Hugenberg-Konzern. Psychologie und Technik einer Großorganisation der Presse* (1928) und *Der Diktator und die Wirtschaft* (1930).

<sup>194</sup> Julius Springer (1817–1877), deutscher Verleger, 1867–1873 Vorsteher des Börsenvereins der deutschen Buchhändler Leipzig, 1869–1877 Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

<sup>195</sup> Ludwig Bernhard: *Der „Hugenberg-Konzern“*. *Psychologie und Technik einer Großorganisation der Presse*, Berlin 1928.

<sup>196</sup> Die August-Scherl GmbH vertrieb 1915 den Berliner Lokal-Anzeiger (Auflage Morgenblatt 245.200, Abendblatt 267.200, Montag 289.000), Der Tag (50.000), Berliner Abend-Zeitung (11.100), Berliner Vergnügungs-Anzeiger, Bilder vom Tage (127.800), Die Woche (269.000), Die Gartenlaube (127.000), Sport im Bild (6.825), Praktischer Wegweiser (66.900), Allgemeiner Wegweiser (675.000), Deutsches Offizierblatt, Exportwoche (24.900) und Der Staatsbedarf, Berliner Wohnungs-Register (7.000), Deutsche Kriegszeitung (185.000), Eisenbahn-Kursbuch für Bayern und Internationale Monatsschrift. Siehe Geschäftsbericht der August Scherl GmbH für das Jahr 1915, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 262, Bl. 2–14. Die Geschäftsführer und deren Stellvertreter, wie Eugen Zimmermann, Herr J. Windeck und Herr Schanz, wurden übernommen. Die Übernahme wurde durch abgesicherte Kredite der Hanseatischen Treuhandgesellschaft (Johann Neumann), August Roesener und Friedrich Swart von insgesamt 1,5 Millionen Mark unterstützt und durch Anlagen des Zechenverbandes von fünf Millionen Mark als Vorschüsse an die August Scherl GmbH weiter abgesichert. Siehe Stellungnahme Alfred Hugenberg/Hugo Stinnes/Emil Kirdorf/Heinrich Wilhelm Beukenberg, 11.2.1918 und Konsortialvertrag, 17.12.1917/10.6.1918, in ebd., Bd. 78, Bl. 65 und 70–71. Bis 1920 reduzierte sich das Publikationsangebot auf den Berliner Lokal-



war<sup>197</sup>, will ich mich hier im Hinblick auf Bernhards Darstellung über diesen Vorgang nicht aussprechen. Dagegen stelle ich fest, dass es in Hugenbergs Absicht lag, alle von der Schwerindustrie so oder so unterstützten Blätter zur Überwachung ihrer politischen Haltung einer Aufsicht zu unterstellen. Denn er hielt es für selbstverständlich, von diesen Zeitungen zu verlangen[,] dass sie die nationale Politik der Schwerindustrie wirksam verträten und alles unterliessen, was die schwache Politik der Regierung oder gar der Mehrheitsparteien fördern würde.

Als die Zahl der so unterstützten Zeitungen ein halbes Hundert schon weit überstieg<sup>198</sup>, kam Hugenberg auf den Plan einer derartigen Überwachungsstelle mit mir zu sprechen und erzählte dabei, dass er in dem Kreise, der die letzte Verfügung über die gesammelten Gelder hatte, vorgeschlagen habe, mir diese Überwachung und damit im gewissen Sinn die politische Leitung und Beeinflussung jener Blätter zu übertragen. Er habe darauf hingewiesen, dass es für mich als dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes eine Kleinigkeit sei, eine solche Überwachungsstelle mit politisch geschulten Männern zu besetzen, die meinen Anweisungen zu folgen hätten. Natürlich müsse

---

Anzeiger, Der Tag, Woche, Export-Woche, Sport im Bild, Die Gartenlaube, Praktischer Wegweiser, Allgemeiner Wegweiser, 20. Jahrhundert und Der Staatsbedarf. Hinzu kam eine erweiterte Adressbuchsparte für Berlin, Frankfurt/Main, Leipzig, Halle, Breslau, Magdeburg, Stettin, Essen/Mühlheim, Wiesbaden und Crefeld. Siehe August Scherl GmbH Geschäftsbericht 1920, in ebd., Bd. 268, Bl. 20. Die Auflage von Scherl-Zeitungen und Zeitschriften verteilten sich auf den Berliner Lokal-Anzeiger (1915–1916: Morgenausgabe 220.720/209.187, Abendausgabe 196.760/186.008 und Morgen- und Abendausgabe 1930, 1934, 1937 211.000/251.000/195.000, Tagesausgabe 1934, 1937: 50.000/87.000) und Der Tag (1925, 1926, 1930: 86.430/74.720/68.000, Nachtausgabe 1925, 1926, 1930, 1934, 1937: 37.750/59.631/213.000/160.000/170.000) sowie für die folgenden Zeitungen jeweils für die Jahre 1925, 1926, 1930, 1934, 1937: Der Montag (70.700/ 72.795/157.000/160.000/170.000), Die Woche (254.000/214.375/207.000/158.000/170.000), Die Gartenlaube (103.000/92.000/90.000/80.000/80.000), Praktischer Wegweiser (46.500/49.000/79.000/99.000/100.000), Allgemeiner Wegweiser (330.000/290.000/722.000/830.000/932.000), Der Silberspiegel [1925–1930: Sport im Bild] (16.200/16.300/19.000/32.000/33.000) sowie Europa-Stunde (1930, 1934, 1937: 195.000/274.000/ 188.000), Berlin hört und sieht (1934, 1937: 402.000/865.000) und Filmwelt (1930, 1934, 1937: 66.000/ 115.000/115.000). Angaben nach Otto Meesmann an Valeska Dietrich, 8.9.1953, Anlage 3, in ebd., Bd. 172, Bl. 12 und Aufzeichnungen Otto Meesmann Auflagen Scherl-Blätter, 30.7.1949, in ebd., Bl. 205.

<sup>197</sup> Claß verhandelte im Zuge der Scherl-Verhandlungen mit Alfred Hugenberg über finanzielle Absicherungen. Alldeutsche Vertraute Johann Neumann und Wilhelm Niemann waren in die Organisation der Übernahme involviert. August Roesener wurde für die Übernahme der August-Scherl GmbH eigens im Mai 1916 im Aufsichtsrat platziert. Siehe August Roesener an Alfred Hugenberg, 16.5.1916, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 78, Bl. 264 und Claß an Wilhelm Niemann, 22.5.1916, in ebd., Bl. 283.

<sup>198</sup> Die genaue Zahl der Zeitungen, an denen die VERA beteiligt war, bleibt unklar. Es waren vermutlich zwischen 20 und 60. Das Interesse an Erwerb oder Mehrheitsbeteiligungen von Provinzzeitungen erstreckte sich im Frühjahr 1918 unter anderem auf die Lippesche Tageszeitung, die Trierer Zeitung, das Fürther Tageblatt und den Celler Kurier. Holzbach: Das „System Hugenberg“, S. 264–276, Wernecke/Heller: Der vergessene Führer, S. 73–76 und Koszyk: Deutsche Presse, S. 227–233. Für das Jahr 1928 sprach Ludwig Bernhard von 14 Mehrheitsbeteiligungen der VERA an Blättern unter anderem in München, Stuttgart, Darmstadt, Elberfeld, Magdeburg und Halle/Saale. Bernhard: Der „Hugenberg-Konzern“, S. 82.

sich das Ganze ohne Wissen der Öffentlichkeit abspielen und, wenn doch etwas davon bekannt werde, als eine Auswirkung der Tätigkeit des Alldeutschen Verbandes dargestellt werden können.

Dieser Plan sei ganz unerwartet von *Stinnes* vereitelt worden. In der betreffenden Ausschusssitzung<sup>199</sup> hätten *Kirdorf* und *Beuckenberg* [sic]<sup>200</sup> sich sofort dafür erklärt, *Stinnes* dagegen habe sich etwa wie folgt geäußert: das wäre allerdings für jetzt die zweckmässigste Lösung, aber man dürfe nicht annehmen, dass *Class* auf die Dauer mit der Schwerindustrie Hand in Hand arbeiten werde; jetzt im Kriege sei es kein Zweifel, dass die vollste Übereinstimmung zwischen *Class* und ihnen herrsche – aber es könnten doch Umstände eintreten, dass sich die Wege des Herrn *Class* von den ihren trennten. Dann habe man ihm die Presse gewissermassen ausgeliefert. Bei allem Vertrauen, das er zu mir habe, könne er deshalb diesem Plan nicht zustimmen.<sup>201</sup>

Ich fragte *Hugenberg*, ob er gar keinen Versuch gemacht habe, *Stinnes* davon zu überzeugen, dass ich sicher so ehrlich sein werde, etwaige Meinungsverschiedenheiten bekanntzugeben und auszutragen, und, wenn dies nicht ge-

<sup>199</sup> Gemeint ist vermutlich eine Sitzung des Vierer-Ausschusses der Schwerindustrie, der 1913 zunächst mit *Alfred Hugenberg*, *Emil Kirdorf* und *Hugo Stinnes* zum Aufbau eines Medienunternehmens gegründet und 1916 um *Wilhelm Beuckenberg* zum Vierer-Ausschuss erweitert wurde. Siehe auch *Wernecke/Heller: Der vergessene Führer*, S. 59–78.

<sup>200</sup> Gemeint ist *Heinrich Wilhelm Beuckenberg*.

<sup>201</sup> Während sich *Hugo Stinnes* zusammen mit *Emil Kirdorf* bereits 1912 für den Vorsitz *Alfred Hugenbergs* zum Vorsitzenden des Bergbauvereins stark machte und *Hugenbergs* Aufbau eines Medienunternehmens unterstützte, bestimmten sein Verhältnis zu *Claf* sowohl Kooperationen als auch entschiedene Distanzierungen. Trotz enger Abstimmung mit *Claf* in der Kriegszielfrage seit Anfang September 1914, seinen „Einsatz als hochkarätiger Lobbyist für die annektionistische Sache“ in der deutschen Außenpolitik sowie für den uneingeschränkten U-Bootkrieg und für eine entschiedene OHL-Militärführung *Paul von Hindenburgs* und *Erich Ludendorffs* teilte *Stinnes* beispielsweise nicht den „rassistischen Antisemitismus alldeutscher Prägung“ von *Claf*, hielt sich dahingehend eigene Überlegungen für die Besetzungspolitik des Reichskanzleramtes vor, stand auch mit *Matthias Erzberger* zur Besprechung der Kriegsziele in Kontakt, pflegte einen „belehrenden“ Zugang zu *Theobald von Bethmann Hollweg* und verfolgte letztlich seine eigenen wirtschaftlichen Interessen, was in einer Annäherung an die Gewerkschaften im Frühjahr 1918 deutlich wurde. Siehe *Feldman: Hugo Stinnes*, S. 382–421 und 459–511. Zitate ebd., S. 385, 396 und 491. Auch pressepolitisch war *Stinnes* im Vergleich zu *Claf* vorsichtiger in der Ausrichtung und personellen Besetzung der Pressegremien. Nach dem Ersten Weltkrieg drängte *Stinnes* erneut, dass die VERA „kein Instrument für norddeutsche Parteipolitik“ sein dürfe, dass „sie vielmehr im wesentlichen ein wirtschaftliches Beratungsinstrument für die auf nationalem Boden stehende Presse sein muss, die im übrigen keinerlei parteipolitische Ambitionen hat.“ *Hugo Stinnes an Alfred Hugenberg*, 11.10.1920, in *BA-Koblenz*, N 1231, Bd. 27, Bl. 423. Die von *Stinnes* erworbene *Deutsche Allgemeine Zeitung* wies er in späteren Auseinandersetzungen in der Berichterstattung mit *Gustav Stresemann* auch an, in öffentliche parteipolitische Streitigkeiten nicht hineingezogen zu werden. Zwar ging es hier um parteipolitische Differenzen innerhalb des DVP-Milieus, jedoch ließ hier *Stinnes* tiefer in sein Verständnis von persönlicher Unabhängigkeit blicken. Er habe wiederholt darum gebeten, „derartige Artikel mit rechthaberischen und selbstgerechten Bemerkungen“ zu unterlassen, denn sie dienten nur dazu, Schwierigkeiten zu machen. Letztlich wolle er daran erinnern, dass „durch das unnötige Herumstreiten mit Dritten schließlich auch meine persönlichen Interessen berührt werden.“ *Hugo Stinnes an DAZ*, 30.7.1923, in *ACDSA, NL Stinnes, I-220-039/1*, o.Bl.

linge, meine Tätigkeit in der obersten Leitung der Presse einzustellen. Die Antwort lautete: „Das ist bei einem Manne wie Stinnes ganz aussichtslos. Deshalb haben *wir* drei anderen uns dieser Entscheidung gefügt und auf den Gedanken verzichtet, in dieser Art eine wirksame Überwachung, vielleicht sogar Leitung der von uns unterstützten Presse durchzuführen.“

Ich habe Hugenberg damals gesagt, ich halte es für bedauerlich, dass dies geschehen sei; mir wäre es schwer gewesen, zu allen anderen Arbeiten noch diese zu übernehmen. Aber ich hätte es versucht, um wirklich die Opfer nutzbar zu machen, die von der Schwerindustrie für die nationale Presse gebracht würden. Keinesfalls dürfe er, weil ich nun ausfalle, seine Absicht preisgeben, sondern müsse nun erst recht die Überwachungsstelle schaffen. Wenn er wünsche, wolle ich ihm behilflich sein, geeignete Männer dafür zu finden. Offenbar aber hatte Hugenberg durch den Widerstand von Stinnes die Freude an diesem Vorhaben verloren und antwortete[, ] er müsse die ganze Sache noch einmal gründlich mit seinem Dreimänner-Ausschuss bereden.

Wie oft hat er im Laufe der nächsten Jahre sich bei mir darüber beklagt, dass die bereits auf seinen Namen getaufte Provinzpresse *ohne jede Führung* im Sinne seiner Politik sei. Er hat mich dann gebeten, ihn bei der Abstellung dieses Zustandes zu unterstützen. Ich konnte ihm dabei nicht viel nützen, weil der Ausschuss offenbar eine gewisse Scheu hatte, eine Stelle einzurichten, wie sie den ursprünglichen Absichten Hugenbergs entsprach.

Da ich indes, je länger je mehr, das Bedürfnis zeigte, dies doch zu tun, wurde schliesslich eine besondere *Gesellschaft m.b.H.* gegründet<sup>202</sup>, der man die Obhut über alle unterstützten Blätter anvertraute. *Zu ihrem Leiter wurde ausgerechnet ein Jude bestellt*<sup>203</sup>, der auf diese Art Kenntnis davon erhielt, wo überall die Industrie eingegriffen hatte.<sup>204</sup> Um die politische Haltung dieser Blätter bekümmerte er sich gar nicht, was eher ein Glück, als ein Unglück war; denn er gehörte natürlich zu dem demokratisch-freisinnigen Flügel seiner Stammesgenossen. Es ging mit ihm nicht lange gut, und man gab ihm einen

---

<sup>202</sup> Gemeint ist die Ende Oktober gegründete und Anfang November 1917 ins Handelsregister eingetragene VERA Verlagsgesellschaft GmbH mit Sitz in Berlin. Die VERA Verlagsgesellschaft GmbH erwarb vor allem Minderheitsbeteiligungen bei Lokalzeitungen. Holzbach: Das „System Hugenberg“, S. 264–268 und Guratzsch: Macht durch Organisation, S. 256.

<sup>203</sup> Gemeint ist vermutlich Otto Gerschel (geboren 1878), Direktoriumsmitglied des Ullstein-Verlages, bis 1928 Geschäftsführer der VERA, Generaldirektor des Kanold-Konzerns, Vorstandsmitglied der UFA. Gerschel war zuvor beim Ullstein-Verlag in der Inseratenabteilung tätig. Die genaue Zusammensetzung des Verwaltungsrates der VERA ist nur für 1919 überliefert, so Gudrun Holzbach. Vorsitzender war Hermann Weck, 1. Stellvertretender Vorsitzender Alfred Hugenberg, 2. Stellvertretender Vorsitzender Otto Schrey (DNVP) sowie Johann Becker (DVP), Franz Behrens (DNVP), Kurt von Eichborn und Marc Fuchs. Holzbach: Das „System Hugenberg“, S. 264. Zur alldutschen Kritik an Gerschel siehe Otto Helmut Hopfen an Claß, 2.4.1920, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 392, Bl. 117–118 sowie zu antisemitischen Verleumdungen Hans Humann (Deutsche Allgemeine Zeitung) an Hugo Stinnes, 4.1.1921, in ACDSA, I-220–039/4, o. Bl.

<sup>204</sup> Claß sah, entsprechend seiner antisemitischen Weltanschauung, jüdischen Einfluss besonders auf dem Gebiet der Presse und schimpfte über einen „jüdisch dominierten“ Anzeigenmarkt. Deutsche Zeitung 29.7.1917.

Nachfolger, der zwar national im landläufigen Sinne war, aber jedes politischen Instinktes entbehrte und sich auf die Durchorganisierung der ihm anvertrauten Blätter in geschäftlicher Richtung warf, wozu er einen ausserordentlich aufgeblähten Apparat aufbaute.<sup>205</sup>

Ich war in der Lage, in ein paar Fällen die Tätigkeit der sogen. „*Vera*“ – so hiess die neugegründete Gesellschaft<sup>206</sup> – aus nächster Nähe kennenzulernen und war entsetzt über die Art, wie sie dabei verfuhr. Ich habe dies insbesondere in einem mir sehr wichtigen Falle erlebt, es war dies bei der *Deutschösterreichischen Tageszeitung*, die ich auf Drängen österreichischer Gesinnungsgenossen erworben und in meinem Sinne ausgestaltet hatte.<sup>207</sup> Es handelte sich darum, einen geringen monatlichen Fehlbetrag zu beseitigen. Ich wandte mich deshalb an die „*Vera*“ und erlebte es mit Ingrim, dass deren Bürokratie bei der Untersuchung der Ursachen und der Ausarbeitung von Vorschlägen zur Ausgleichung des Fehlbetrages höhere Kosten verursachte, als wenn man den kleinen Fehlbetrag etwa ein halbes Jahr lang glatt auf den Tisch gelegt hätte.<sup>208</sup> Da war nun nichts mehr zu ändern; die Vera war da und sah einen ihrer Pflegebefohlenen nach dem anderen mehr oder weniger unselig einschlafen. Damit ist gesagt, dass die von der Schwerindustrie hierfür gebrachten Opfer im grossen Sinne unnütz vertan waren. Von der politischen Wirkung war überhaupt so gut wie nichts wahrzunehmen gewesen.

Ich muss es selbstverständlich dahingestellt sein lassen, ob es gelungen wäre, die ganzen Zeitungen wirtschaftlich gesund zu machen und auch auf die Dauer zu erhalten, wenn ich die oberste Leitung erhalten hätte. Davon bin ich dagegen überzeugt, dass, auch wenn dies nicht gelungen wäre, für den Rest der Lebensdauer dieser Blätter die politische Wirkung im Sinne unserer gemeinsamen politischen Anschauungen unvergleichlich viel grösser gewesen wäre. Ich hätte Sorge dafür getragen, dass sie alle die Politik der nationalen Opposition auf jedem Gebiet vertreten hätten.

## 2.4. Deutsche Zeitung

Wir hatten es vor dem Kriege oft als Mangel empfunden, dass uns keine eigene Zeitung zur Verfügung stand, auf die wir uns auf alle Fälle verlassen konnten. Dies wurde durch die guten, in manchen Fällen sogar freundschaftlichen Beziehungen nicht ausgeglichen, die ich zu einem Teile der führenden Männer der nationalen Presse unterhielt. Gewiss ist es uns in den Augenbli-

<sup>205</sup> Siehe Holzbach: Das „System Hugenberg“, S. 264.

<sup>206</sup> Die VERA Verlagsgesellschaft GmbH wurde als Holding-Gesellschaft mit einem Stammkapital von zwei Millionen Mark gegründet, das im Februar 1918 auf fünf Millionen Mark durch Anteilsbeteiligungen von mindestens 10.000 Mark und höchstens 100.000 Mark erhöht werden sollte. Rundschreiben VERA Verlagsanstalt, Februar 1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 2395, Bl. 187.

<sup>207</sup> Siehe Kapitel 7.2.

<sup>208</sup> Vorstandsmitglieder der VERA waren in dieser Zeit Direktor Schmidt und Herr Saxe. Siehe Gehaltslisten VERA, o. D. (ca. 1919/20–1925), in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 586, Bl. 4–45.

cken hoher vaterländischer Erregung gelungen, Gehör zu finden, wobei ich nur an die sogen. schwarze Woche im Herbst 1908<sup>209</sup> und die Marokko-Bewegung 1911<sup>210</sup> zu erinnern brauche. Aber wir sahen uns bei der Unterstützung, die wir fanden, doch in der Hauptsache auf den guten Willen und das Verständnis unserer Freunde in der Presse angewiesen.<sup>211</sup>

Die „Alldeutschen Blätter“, damals alle Woche erscheinend, reichten für den grossen Kampf in dringenden Fällen nicht aus; deshalb hatten wir schon manchmal den kühnen Plan erwogen, eine eigene Zeitung in Berlin zu gründen. Aber er war immer schnell wieder fallengelassen worden, da wir keinen

<sup>209</sup> Die Daily-Telegraph-Affäre begann mit einem Interview Wilhelms II. mit Stuart Wortley, das am 28.10.1908 in der englischen Zeitung erschien und im Spätherbst 1907 geführt worden war. Um das Misstrauen der Briten gegenüber den deutschen Flottenrüstungsprogrammen zu besänftigen, verkündete der Kaiser, dass die maritime Rüstung nicht gegen Großbritannien, sondern gegen Japan und China im Stillen Ozean gerichtet sei und er selbst habe stets auf der Seite britischer Interessen gestanden. Selbst beim Burenkrieg habe er französische und russische Pläne einer Kontinentalliga abgelehnt und sich stattdessen an London gewandt. Reichskanzler Bernhard von Bülow sowie das Auswärtige Amt gerieten nach Erscheinen des gewagten Interviews ebenfalls in die Kritik, da die Prüfung der Interviewvorlage hier erfolgte. Die Intentionen des Kaisers, wie auch eventuelle Machtaspirationen Bülows zur Stärkung der eigenen Stellung als Reichskanzler gegenüber dem Kaiser und des 1907 geformten Bülow-Blocks im Reichstag, bleiben spekulativ. Es folgte jedenfalls eine öffentliche und politische Empörung, mit der weder der Kaiser noch der Reichskanzler so gerechnet hatten. Bülow behauptete seine Unkenntnis des Interviewmanuskripts und reichte am 30.10.1908 seine Entlassung ein, die Wilhelm II. ablehnte. Während der Kaiser Bülow stützte, ging der Reichskanzler in der Folge der Affäre zum verstärkten Selbstschutz über. Die Reichstagsdebatte vom 10.–11.11.1908 stellte Kaiser und Reichskanzler in eine bis dahin ungekannte öffentliche Kritik und machte die Verfassungskrise deutlich. Wilhelm II. erwog kurzzeitig seinen Rücktritt. Der Kaiser konnte am 17.11.1908 von Bülow dazu gebracht werden, das Vertrauen gegenüber dem Reichskanzler auszusprechen. Bülow stürzte ein Jahr später, als die im Bülow-Block vereinten Deutsch-Konservativen und die Liberalen an der Reichsfinanzreform auseinandergerieten und die Erbschaftssteuerreform im Reichstag am 24.6.1908 keine Mehrheit erreichte. Wilhelm II. erklärte im Vorfeld, dass Bülow bei einer Niederlage gehen müsste. Siehe dazu Röhl: Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund, S. 706–739 und Winzen: Das Kaiserreich am Abgrund.

<sup>210</sup> Der ADV, der am 23.11.1911 ein eigenes Programm für Ziele in Marokko im Zuge der Marokko-Krise mit Frankreich 1911 vorlegte, arbeitete in der „Marokko-Bewegung“ und der Bearbeitung der öffentlichen Meinung auch mit dem Deutschen Flottenverein, dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverein und dem Deutschbund zusammen. Peters: Der Alldeutsche Verband, S. 111–139. Zur Einordnung der Marokkokrise 1911 in die grundsätzliche Kritik Theobald von Bethmann Hollwegs kurz vor seinem Rücktritt am 14.7.1917 siehe Alldeutsche Blätter 16.6.1917 und 30.6.1917.

<sup>211</sup> Claß verweist hier vor allem auf die Rheinisch-Westfälische Zeitung unter der Leitung von Theodor Reismann-Grone, die Tägliche Rundschau unter Heinrich Rippler sowie Die Post des Verlegers Heinrich Pohl, der seit 1911 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV war. Claß erinnerte am 8.7.1917 auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV an die Unterredung mit Reismann-Grone und dessen Erinnerung an die Zusammenkunft mit Staatssekretär Arthur Zimmermann und Alfred von Kiderlen-Wächter sechs Jahre zuvor, dass man auch von Seiten des Auswärtigen Amtes der Meinung sei, man hätte seinerzeit Siedlungsland in Marokko haben müssen und der ADV letztlich bei der Abstimmung des öffentlichen Vorgehen nach Aussage Kiderlen-Wächters „furchtbar hineingelegt“ geworden sei. In BA-Berlin, R 8048, Bd. 114, Bl. 12. Zum Verhältnis ADV und Presse siehe auch Wertheimer: The Pan-German League, S. 179–201.

Weg sahen, zu den grossen Geldmitteln zu kommen, die dazu erforderlich waren.

Ich hatte in meiner Jugend nach der Gründung des Deutschbundes<sup>212</sup> diejenige der „Deutschen Zeitung“ durch *Friedrich Lange* erlebt und auch alles von Enttäuschungen mitgemacht, was sich daran schloss.<sup>213</sup> Ich hatte gesehen, wie schwer es ist, eine neue Zeitung selbst bei einem weiteren Kreis begeisterter Mitarbeiter gegenüber den älteren Blättern ähnlicher Richtung durchzusetzen.

Schliesslich kam eine Anregung, die ganz unabhängig von unseren Wünschen und Gedanken war, durch *Heinrich Rippler*, den Herausgeber und Hauptschriftleiter der „Täglichen Rundschau“.<sup>214</sup> Dieses Blatt hatte im Kriege einen ausserordentlichen Aufschwung genommen und war wohl die gelesenste aller nationalen Zeitungen geworden.<sup>215</sup> Etwa Mitte 1916 berichtete mir *Freiherr von Vietinghoff*, der in Berlin zu tun gehabt hatte, nach seiner Rückkehr, er habe eine lange Unterredung mit Rippler gehabt, bei der dieser von sich aus den Gedanken ausgesprochen habe, ob es nicht möglich sei, die „Tägliche Rundschau“ zur Zeitung des Alldeutschen Verbandes zu machen.<sup>216</sup> Wenn er daran denke, so gehe er von zwei Tatsachen aus, die für ihn gleichbedeutend seien. Die erste sei, dass seinem Verlag der scharfe Kampf, den er gegen die Regierung im Reich und in Preussen, sowie auch gegen das Zentrum und die Linksliberalen führe, unbequem sei. Besonders falle es seinen Verlegern auf die Nerven, wenn er notgedrungen auf die Rolle der Juden zu sprechen komme.<sup>217</sup> Er sehe den Tag voraus, an dem ein Bruch eintrete.<sup>218</sup> Die

<sup>212</sup> Der Deutschbund wurde am 8.5.1894 durch Friedrich Lange gegründet. Lange gab für die Deutschbundbewegung die Volksrundschau heraus und machte auch die Tägliche Rundschau unter seiner Herausgeberschaft 1890–1895 zu einem Organ des Deutschbundes.

<sup>213</sup> Die Deutsche Zeitung erschien ab 1.4.1896 zunächst als Bismarckblatt, herausgegeben von Friedrich Lange. Lange, der 1882 zur Täglichen Rundschau kam, verließ zum 24.12.1895 die Zeitung. Georg von Stössel regte 1895 die Gründung der Deutschen Zeitung an. Bis Ende Januar 1896 war die Sammlung des Stammkapitals gesichert. Zu Bismarcks Geburtstag am 1. April sollte die erste Ausgabe erscheinen. Siehe Friedrich Lange: *Wie die „Deutsche Zeitung“ entstand*, in *Deutsche Zeitung* 1.4.1921.

<sup>214</sup> Siehe auch Glückwunschartikel zum 50. Geburtstag und der „Verdienste“ von Heinrich Rippler als Herausgeber der Täglichen Rundschau in *Alldeutsche Blätter* 11.11.1916. Rippler war von 1898–1928 Hauptschriftleiter und Friedrich Lange leitete die Redaktion von 1890–1898.

<sup>215</sup> Die Auflage der Täglichen Rundschau betrug zunächst bei Gründung im September 1881 um die 10.000 und im Dezember 1918 bei 18.381. Heinrich Rippler konnte unter seiner Herausgeberschaft die Auflage bis 1905 auf 40.000 und bis 1910 auf 50.000 steigern. Um 1915 lag die Auflage bei 100.000. Adam: *Geschichte der Täglichen Rundschau*, S. 11, 45 und 47.

<sup>216</sup> Claß führte mit Heinrich Rippler ein Gespräch über den Verkauf, jedoch kam es nicht zu Verhandlungen mit den Eigentümern. Leicht: *Heinrich Claß*, S. 228.

<sup>217</sup> Die Tägliche Rundschau (1881–1933) wurde durch Bernhard Brill gegründet und verlegt, der 1892 starb. Der Besitz ging auf die Witwe und die Leitung auf den Schwiegersohn Paul Hempel über, der 1897 starb. Die Zeitung ging dann auf Otto Brill jun. über. Das Bibliographische Institut in Leipzig übernahm die Tägliche Rundschau und verkaufte die Zeitung um 1910. Nach dem Ausscheiden Heinrich Riplers als Herausgeber (1896–1921) übernahm Friedrich Hussong zum 3.11.1921 die Leitung und die Zeitung wurde schliesslich an

andere Tatsache liege in ihm selbst. Er sehe ein und leide darunter, dass er für die Durchführung einer klaren „kompromisslosen“ Politik zu weich sei, und dass er jemanden über sich haben müsse, der ersetze, was ihm fehle. Es sei sein Ideal, mit oder unter mir zu arbeiten und insbesondere in den Fragen der inneren Politik, die Haltung des Blattes nach meinen Weisungen zu bestimmen. Denn zu mir habe er nach den paar Jahren engster Zusammenarbeit unbedingtes Vertrauen.

Als Vietinghoff den Einwurf machte, dass der Alldeutsche Verband nicht über die Mittel verfüge, die zum Erwerb einer Zeitung nötig seien, die damals an [die] 90.000 feste Bezieher hatte, meinte Rippler, der Verlag werde froh sein, wenn er sie mit Anstand los werde; ausserdem hätten fremde Gelder hereingenommen werden müssen, deren Gebern man Anteile gewährt habe; diese seien z. T. enge Gesinnungsgenossen von uns, wobei er als Beispiel den Admiral *von Grumme Douglas* nannte.<sup>219</sup> Er meinte, wenn man an diese Männer herantrete, werde man gut vorwärtskommen. Er selbst wolle sich dieser Arbeit widmen und empfehle auch uns, wegen des Planes mit Admiral von Grumme die Verbindung aufzunehmen.

Hier zeigte sich eine Aussicht, die verlockend war. Aber ganz begeistern konnte ich mich für diesen Vorschlag nicht, da er mir nicht die unbedingte Führung des Blattes gesichert hätte, ohne die ich meinen Namen nicht für ein solches Unternehmen einsetzen wollte. Immerhin dachte ich, dass bei den Verhandlungen doch eine Wendung in der Richtung meiner Anschauungen herbeigeführt werden könne, und war damit einverstanden, dass Vietinghoff die Angelegenheit mit Rippler weiter betreibe.

Nach drei oder vier Unterredungen, die Vietinghoff dann noch hatte, berichtete er, aus der Sache könne nichts werden, da Rippler gar nicht wage, an seine Verleger heranzutreten – die Hauptsache sei wohl, dass er doch eine Herabdrückung seiner Stellung befürchte, wenn er sich unter mich oder neben mich stelle. Damit war dieser Plan zerschlagen. Aber der Gedanke der eigenen Zeitung war uns so nahe und verlockend vor Augen geführt worden, dass wir seitdem nicht mehr davon loskamen.

---

Hugo Stinnes verkauft. Im Sommer 1922 wurde sie von der Deutschen Allgemeinen Zeitung übernommen. Rippler gründete 1921 für Gustav Stresemann Die Zeitung, Die Zeit und, 1924, die Neue Tägliche Rundschau mit engen Beziehungen zum Evangelischen Bund. Die Tägliche Rundschau wechselte 1920 zweimal die Leitung, bis Hans Zehrer 1932–1933 die Herausgeberschaft übernahm und die Zeitung im Juli 1933 von Friedrich Fried bis zur Einstellung im Oktober 1933 geleitet wurde. Siehe Adam: Geschichte der Täglichen Rundschau.

<sup>218</sup> Im Vergleich zu Friedrich Langes Ausrichtung der Täglichen Rundschau zum Organ des antisemitischen Deutschbundes zwischen 1890 und 1895 nahm der scharfe antisemitische Ton unter Heinrich Rippler zunächst etwas ab und auch der jüdische Rätselredakteur Louis Hermann, der nach Antritt Langes entlassen worden war, wurde unter Rippler zunächst wieder eingestellt. Adam: Geschichte der Täglichen Rundschau, S. 41–42.

<sup>219</sup> Karl Ferdinand von Grumme-Douglas wurde 1917 Vorsitzender der Vereinigung der Freunde der Deutschen Zeitung. Weitere Mitglieder des Vorstandes waren Medizinalrat Dr. Heinz Kupferberg, Anton von Rieppel, Otto Fürst zu Salm-Horstmar und Geheimer Kommerzienrat Alexander Wacker.

Wir besprachen die Angelegenheit im engsten Kreise: *Hopfen* und *Pretzell* waren begeistert und sicherten zu, dass sie bei ihren Freunden grössere Beiträge aufbringen würden. Wir kamen überein, dass die Mitglieder des Alldeutschen Verbandes aufgefordert werden sollten, mir als dem Vorsitzenden die Mittel zur Zeitungsgründung zur Verfügung zu stellen, wobei aber vornherein gesagt war, dass das Blatt nicht alldeutsch im engen Sinne sein dürfe, sondern auf allen Gebieten der Nationalpolitik unabhängig die Anschauungen vertreten sollte, die sich bei uns durchgesetzt hatten – auch in den Fragen, an die der Alldeutsche Verband, seiner Geschichte entsprechend, noch nicht hatte herantreten können, wobei nur an die Judenfrage und an die Diktatur erinnert sei.

Bevor ich endgültige Beschlüsse fasste, wollte ich mit den mir am nächsten stehenden Männern der Grossindustrie und Landwirtschaft reden<sup>220</sup>, um zu sehen, ob von da Hilfe zu erwarten sei [.] Ich machte die Erfahrung, dass in den uns gesinnungsverwandten Kreisen eine unabhängige, schlechthin nationale Zeitung als hochoerwünscht bezeichnet wurde, da man mit keinem der vorhandenen Blättern wirklich zufrieden war.

Nachdem ich hinreichende Versprechungen aus der Industrie und Landwirtschaft erhalten hatte, trug ich den Plan in unserem Geschäftsführenden

<sup>220</sup> Für die Finanzierung des Stammkapitals von zwei Millionen Mark, die letztlich über die Neudeutsche Verlags- und Treuhandgesellschaft für den Erwerb der Deutschen Zeitung verwendet wurden, zeichneten insgesamt „350–360 Gesinnungsgenossen“. Aufruf der Hauptleitung des ADV, 28.2.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 495, Bl. 16 und Alldeutsche Blätter 3.3.1917. Unter den prominenten Spendern waren Ferdinand von Zeppelin, Ernst von Borsig und Houston Stewart Chamberlain sowie die Lübecker Senatoren Johann Neumann und Emil Possehl. Auch die führenden Alldeutschen Georg Pezoldt aus Plauen oder Landgerichtsrat Dr. Joerges aus Rostock, der den in der ersten Jahreshälfte 1916 gegründeten Gau Mecklenburg leitete, sammelten Zeichner. Konstantin von Gebattel organisierte wiederum in Bayern „einige Tausend Mark Zeichnungen“. Leopold von Vietinghoff-Scheel an Professor Kaerst, 23.11.1916 und Konstantin von Gebattel an Claß, 14.12.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 201, Bl. 198 und 358. Solche alldeutsche Sammlungsaufrufe gingen in der Regel an zahlreiche Personen und es zahlten auch weniger bekannte Mitglieder des Verbandes ein. Die finanziellen Unterstützungen für die Presse wurden von Claß bis in den Ersten Weltkrieg hinein zusammengetragen. Sie erfolgten zusätzlich zu den üblichen Verbandszuschüssen durch die Ruhrindustrie in Nutzung ausgedehnter Netzwerke zu Kommerzienräten, Bankdirektoren, Verlagsbuchhändlern, Fabrikanten, Justizräten, Gutsbesitzern und Großkaufleuten aus dem Rhein-Main-Gebiet, Sachsen, Thüringen, Berlin, Hamburg bis nach München, Baden und Württemberg. Wie bei der Anfrage von Heinrich Pohl zur Unterstützung seiner Zeitung (Die Post) reichte Claß Adressen wohlhabender Mitglieder sowie begüterter Unterstützer des ADV weiter. Claß an Heinrich Pohl, 28.5.1913, in ebd., Bd. 197, Bl. 226–227. Für die Wehrschatz-Sammlung im Sommer 1914 wurden 1.500 „durchweg wohlhabende Mitglieder“ angeschrieben. Leopold von Vietinghoff-Scheel auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 4.7.1914, in ebd., Bd. 95, Bl. 42. Claß lag daher richtig, wenn er für die Sammlungszeichnung betonte, dass zwar auch „Kapitäne der Schwer-Industrie“ das Zeitungsunternehmen gefördert hatten, aber der „Kern unserer Kampschar“ jedoch „nach wie vor der gebildete Mittelstand“ bilde. Alldeutsche Blätter 3.3.1917. Der ADV sammelte Adressen wohlhabender Mitglieder für die vom Verband geplante und durch den Krieg unterbrochene Einrichtung einer Stiftung „Bismarckdank“ zum 1.4.1915 anlässlich des 100. Geburtstags des ehemaligen Reichskanzlers. Am Ende führte die Gesamtliste 100.000 Personen. Siehe Hermann Helle an Heinrich Pohl, 10.7.1914 und Leopold von Vietinghoff-Scheel an Dr. Vogt, 30.7.1915, in ebd., Bd. 626, Bl. 154–155 und 251.



Ausschuss vor und fand hier unbedingte Zustimmung, wobei auch wieder betont werden muss, dass man übereinkam, die künftige Zeitung sollte nicht eine solche des Alldeutschen Verbandes sein, sondern – ganz deutlich ausgedrückt – meine Überzeugung auf allen Gebieten vertreten. Ein Aufruf an die Mitglieder unseres Verbandes wurde erlassen<sup>221</sup>, und alles geschah in dem Gedanken, am 1. April 1917 mit der eigenen Zeitung an die Öffentlichkeit zu treten.

Aus alledem entstand für mich eine ausserordentliche Arbeit, wie es sich schon aus der Tatsache ergab, dass das ganze Unternehmen gewissermassen meinen persönlichen Stempel tragen sollte. Die Ortsgruppen des Alldeutschen Verbandes bewährten sich in höchstem Grade; das gleiche taten meine „Gentlemen-Kuriere“<sup>222</sup>, zu denen sich inzwischen noch *Richard Pretzell* gesellt hatte, der besonders erfolgreich war.<sup>223</sup> Auch viele massgebende Leute aus der Industrie hatten sich wirkungsvoll an der Aufbringung der Mittel beteiligt. Alles war so glücklich gegangen, dass Mitte November 1916 das Stammkapital von zwei Millionen Mark, das die zu Rate gezogenen Sachverständigen als nötig bezeichnet hatten, zusammen war – eine Leistung, die sich sehen lassen konnte.<sup>224</sup>

---

<sup>221</sup> Ein allgemeiner Aufruf zur sofortigen Mitgliederwerbung wurde im September 1916 ebenfalls veröffentlicht, der jedoch nicht ein erhofftes schnelles Anwachsen der Mitgliederzahlen brachte. Alldeutsche Blätter 16.9.1916, 7.10.1916, 28.10.1916 und 10.2.1917. Als das Stammkapital für das Zeitungsunternehmen von 1,25 Millionen Mark Ende November 1916 erreicht war, stand eine „eigentliche Werbung“ noch aus. Anfang Dezember 1916 hatten 100 Personen 1,6 Millionen Mark gespendet. Leopold von Vietinghoff-Scheel an Professor Kaerst, 23.11.1916 und Ders. an Professor Dr. Anton, 5.12.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 201, Bl. 198 und 272.

<sup>222</sup> Zu Claß' „Gewährsmännern“ zählte unter anderem Otto Gertung.

<sup>223</sup> Richard Pretzell schied später nach Unstimmigkeiten über das Eingreifen von Claß in die Deutsche Zeitung im Januar 1918 jedoch aus dem Aufsichtsrat aus.

<sup>224</sup> Anfang November 1916 war für Claß „die wichtigste und dringendste Aufgabe“, eine sich „im eignen Besitz befindliche grosse unabhängige Tageszeitung zu schaffen.“ Ihm standen zu diesem Zeitpunkt 1,1 Millionen von den notwendigen zwei Millionen Mark zur Verfügung. Für den größeren Ausbau der Deutschen Zeitung hätte man sechs bis sieben Millionen Mark benötigt. Claß an Pastor Schlegendal (Vorsitzender der Ortsgruppe Düsseldorf des ADV), 3.11.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 495, Bl. 9. Claß forcierte den Aufbau der Neudeutschen Verlags- und Treuhandgesellschaft für die Durchführung des geplanten „völkischen“ Zeitungsunternehmens, die bis zum 20.12.1916 abgeschlossen werden sollte. Bevollmächtigte des vorbereitenden Ausschusses der Neudeutschen Verlags- und Treuhandgesellschaft waren der Notar Justizrat Erich Stolte (Rechtsanwaltskanzlei mit Dr. Heinrich Karraß in der Link-Straße 12 nahe Potsdamer Platz und zugelassen bei den Landgerichten in Berlin) als rechtsgeschäftlicher Gesellschaftseinrichter, Lutz Korodi, Georg Fritz, Karl Horn, Leopold von Vietinghoff-Scheel und Ernst Christian Hartwig. Zeichner waren Claß, Karl Lohmann, Lutz Korodi, Richard Pretzell, Dr. Gruhl, Theodor Thomsen, Georg Fritz, Justizrat Schlüter, General Freiherr von Hayl, Karl Horn, Ludwig Wilser, A. F. Walter, Karl Duncklenberg, Berthold Körting, Houston Stewart Chamberlain, Ferdinand von Zeppelin, Geheimrat Wacker, Max Epting von der Firma Hoechst, Max Kloss, Kaufmann August Lange, K. Diefenbach, Karl Nuese, Erich Stolte, Frau Oberstleutnant Rayle, Gutsbesitzer Rathke, Freiherr von Gienath, Generaldirektor Fuchs, Heinz Kupferberg, Kommerzienrat Scholz, Dr. Kirnberger, Prof. Dr. Vollmöller, Konstantin von Gebattel, August Eigenbrodt, Direktor Dr. E. Hartwig, Ing. Frau Körting, Otto Helmut Hopfen,

Nachdem die geldliche Unterlage gesichert war, ging ich an die Ausarbeitung der Satzung und an die Zusammensetzung des Stabes der Zeitung, sowohl für die Schriftleitung, wie für die Verwaltung.<sup>225</sup> Mit meinen Freunden

Fabrikbesitzer Hentzen, Otto Fürst zu Salm-Horstmar, Otto von Ranqué, Gustav Petzold, Paul Schlippe, Franz von Reichenau, Landrat von Arenstorff, Wilhelm Neumann, Dr. Joh. Heckmann, Richard Kraker, Rittergutsbesitzer von Blankenburg, Karl Dermitzel, Ernst Eschmann, Rudolf Franker, Prof. Dr. Jaensch, E.W. Krüger, Adolf Niemann, Apotheker Söhle, Prof. Dr. Munier, Baurat Limpert, Theodor Emil Brückner, A. Hägele, Heinrich Calmbach, Fritz Müller, Ing. E. Gottschick, H. Graner, Dr. Ramm, Geheimer Hofrat A. Sachs, O. Sperling, Dr. Schier, Prof. Dr. Reeb, O. Schneider, Emil Kirdorf, Ernst Paraquin, Frau Gymnasialdirektor Balsler, Otto Winter, Frau Gottfried Schwab, E. Knaudt, Prof. Dr. von Seelhorst, Leopold von Schlözer, Prof. Dr. Grube, Johann Neumann, Hermann Heydenreich, Georg Brazen, Heinrich Heinrichs, Landschaftsrat von Borcke, Rittergutsbesitzer von Hertzberg-Lottin/Steifensand, Hauptmann Collani, Dr. Wahn, Karl Becker, Max Koch, R. Lender, Karl Grunert, Justizrat Jänicke, Kommerzienrat Leu, Kommerzienrat E. Kiese-wetter, Kommerzienrat Liebmann, Bankdirektor von Kühner, Dr. Weisner, Dr. Bunsen, Herr Hinrichsen, Otto Hansen, W. Obersohn, Kaufmann Wansfeld, Franz Sontag, Kranz-Busch, Siegm. Paul Meyer, Freiherr von Thüngen, Frau Kommerzienrat Hindenburg (Kolberg), Rittergutsbesitzer von Weiher auf Gans, Ing. Paul Eberspächer, Karl Ruland, Paul Meesmann, Dr. Engelbrecht, Dr. Happach, Dr. Graf, Dr. Merkel, Dr. Reck, Paul Leschke, Leopold von Vietinghoff-Scheel und Oberamtsrichter Dr. Schneider. Siehe Rundschreiben Claß, 10.12.1916, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 167, Bl. 104–105. Die breit angelegte Werbereise zur Finanzierung ermöglichte bis Ende Dezember 1916 die Sammlung der notwendigen Geldsumme. Durch stille Einlagen konnte die Kapitalsumme Ende 1917 noch auf fünf Millionen Mark gesteigert werden. Rundschreiben Aufsichtsrat Neudeutsche Verlags- und Treuhandgesellschaft, 30.5.1921, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 495, Bl. 344. Der unmittelbare Ausbau der Deutschen Zeitung 1917 und 1918 mit redaktionellen Zweigstellen oder mit einem Redaktionssitz in Wien wurde aus finanziellen Gründen immer wieder verworfen.

<sup>225</sup> Claß entließ alle ehemaligen Mitarbeiter der Deutschen Zeitung und ließ die angedachten Kündigungen zum 15.2.1917 bereits vor der Übernahme durch die am 10.1.1917 gegründete Neudeutsche Verlags- und Treuhandgesellschaft gegenüber der Deutschen Verlagsgesellschaft, von der die Deutsche Zeitung überführt werden sollte, von Georg Fritz ankündigen. Georg Fritz an Wilhelm Hirsch, 14.2.1917, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 168, Bl. 87. Lediglich Otto Eichler als Hauptschriftleiter sowie einen weiteren Mitarbeiter, der den Redaktionsbetrieb kannte, sollten übernommen werden. Im Frühjahr 1917 waren bei der Deutschen Zeitung noch angestellt Otto Eichler als Hauptschriftleiter, Max Schievelkamp als Redakteur des reichsstädtischen und unpolitischen Teils, Theater und Musik, Hans Bodenstedt als Feuilleton-Redakteur, Bruno Diener als Redakteur für Wirtschafts- und Handelsleben, Otto Wolff und Franz Sommermeyer für die Versandabteilung, Hans Brüggemann als Nachtredekteur, Richard Ritter als Sportredakteur und Korrektor, Paul Neumann als Vorsteher der Anzeigen-Abteilung, die Expedienten Arnold Henning und Ella Rosenkranz, die Botenmeister Ernst Fröhlich und Martha Glase, die Kassenbotin Luise Triemhöf, die Sekretärin Vera Schievelkamp, die Redaktionssekretärin Marta Kossmann, Lydia Friese von der Abonnenten-Abteilung, die Buchhalterin und Kassiererin Frieda Schmidt, die Kontoristen Erna Hauk, Agnes Lüdke, Margarete Neubauer, Martha Wöllner, Erna Frentzel, Ant. Leppinis, Lucie Giernsa und Else Edeln, vier Packer und sechs Falzerinnen. Aufstellung Personal Deutsche Zeitung und Kosten (Frühjahr 1917), in ebd., Bl. 52. Dr. Gustav Reinke wurde zum 1.3.1917 Verlagsdirektor und Geschäftsführer der Deutschen Zeitungsgesellschaft mbH. Leiter des Verlages Deutsche Zeitung war dann ab 1918 Dr. Theodor Kaempf, Georg Merleker wurde als ehemaliger Geschäftsführer der Deutschen Zeitungsgesellschaft politischer Schriftleiter, 1918–1920 war Reinhold Wulle Chefredakteur (Ernst Bülck führte 1918/19 die politische Redaktion sowie zeitweise auch Max Lohan, ab September 1919 war August Abel außenpolitischer Redakteur), 1921–1924 war Max Maurenbrecher Hauptschriftleiter.

erörterte ich ferner die Frage, ob es richtiger sei, eine neue Zeitung zu gründen oder eine schon bestehende zu erwerben. Beide Lösungen hatten ebensoviel für als gegen sich.

Im Januar 1917 machte mich *Hugenberg*, der meine Bestrebungen mit grosser Anteilnahme verfolgte<sup>226</sup>, darauf aufmerksam, die „*Deutsche Zeitung*“ habe unter den Einwirkungen des Krieges so gelitten, dass sie wohl zusammenbrechen werde, wenn sie nicht in andere Hände komme.<sup>227</sup> Er empfahl mir, mit dem Legationsrat *von Schwerin*<sup>228</sup> in Verbindung zu treten, der Vorsit-

<sup>226</sup> Alfred Hugenberg gründete bereits im März 1914 mit Unterstützung von Hugo Stinnes, Emil Kirdorf, Paul Reusch, Fritz Springorum, Friedrich Wilhelm Beukenberg, Robert Müser, Peter Klöckner, Erich Karcher, Jacob Haßbacher, Ernst Fromm, Fritz Baare, Friedrich Haumann und Wilhelm von Oswald die Ausland GmbH als schwerindustrielle Anzeiengesellschaft. Justizrat Anz an Alfred Hugenberg, 7.3.1914, und Gründungsaufruf Ausland GmbH (Entwurf), o. D., in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 77, Bl. 7 und 8–9. Hugenberg widmete sich während des Ersten Weltkrieges weniger seinem Vorsitz im Krupp-Direktorium, sondern dem Aufbau eines Medienimperiums, das mit der Gründung der Ausland GmbH am 6.3.1914 und der Ausland Anzeigen am 30.4.1914 begann. Im Mai 1916 wurde der August-Scherl Verlag erworben und am 5.11.1916 kam der Deutsche Überseedienst und am 18.11.1916 die Deutsche Lichtbildgesellschaft e. V. dazu. Beteiligungen an der Telegraphen-Union erfolgten 1916 und 1919. Die Deutsche Archiv GmbH wurde am 23.5.1917 und die VERA Ende Oktober 1917 gegründet. Im Winter 1917/18 kam die Österreichische Anzeiengesellschaft dazu. Nach dem Ersten Weltkrieg erweiterte Hugenberg die Medienunternehmungen unter anderem durch die Deulig-Film am 21.10.1920, die Wirtschaftsstelle der Provinzpresse (Wipro) am 6.9.1922 und die Mutuum am 23.10.1922 bevor der Erwerb der UFA 1927 den Einstieg in die Filmproduktion ermöglichte.

<sup>227</sup> Die Deutsche Zeitung gehörte neben den Berliner Neuesten Nachrichten zur Deutschen Zeitungsgesellschaft in Berlin, die Ende 1915 kurz vor der Liquidation stand. Die Gesellschafter wurden schließlich gebeten, ihre Geschäftsanteile zu 75 % oder gänzlich, sowie ihre Obligationsanteile zur Schuldentilgung durch den Deutschen Verlag möglichst abzutreten. Claß war über diese Entwicklungen frühzeitig informiert. Siehe auch Geschäftsführer der Deutschen Zeitungsgesellschaft an Richard Avenarius, 18.12.1915, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 495, Bl. 5–6. Das Stammkapital wurde von 622.500 Mark zum 10.12.1914 auf 207.500 Mark reduziert. Die Deutsche Zeitungsgesellschaft (Verlag der Berliner Neuesten Nachrichten und der Deutschen Zeitung) wurde im Zuge des Erwerbs durch die Neudeutsche Verlags- und Treuhandgesellschaft im Januar 1917 im Handelsregister Amtsgericht Berlin mit neuen Gesellschaftern geführt: Hermann Graf Arnim (Muskau), Hans von Arnim, R. Avenarius, Ludwig Baltz, Dietrich Barfurth, Dr. Bartikowski, Frau Major Maria Bauer, Franz Burgers, Georg Büxenstein (W. Büxenstein), Claß, Frau Dreyer (Hannover), F. Heinrich von Eichel-Streiber, Max Epting (Hoechst), Hugo von Forster, Hans von Fliszinski, Ernst Graeb, Otto Günther, Otto Hagen, Eva Hanschke, Karl Heinecke, Karl Henrici, Ernst von Heyden, A. Ruttke, Stadtrat H. Timler, Paul Hillmann, Friedrich Lange, Johanna Niemann, K.E. Osthauß, Emil Peltzer, Marie Pfeifer, Joachim Graf von Pfeil, Regierungsrat Dr. Polentz, Paul Pondorf, Kaiserlicher Gesandter Raschdau, Hans Joachim von Rohr, Frau Gräfin Schlieffen (Wildpark), Frau Wwe. Karl Schmitz, Wilhelm Schnoss, Bruno Schroeter, Albert von Schwerin, Karl Steinmeister, Landgerichtsrat Stephan, Klara Stoltzenberg, Georg von Stössel, Medizinalrat Dr. Stüler, Konrad von Sydow, Graf Franz Hubert von Thiele-Winkler, J. Vorster, Leo Wegener, Amtsgerichtsrat Dr. Weihe, Frau Herrschaftsbes. von Wilckens (Sypniewo), Graf W. von Wilamowitz-Möllendorf (Gadow), Otto Wimerfeld sowie die Deutsche Zeitungsgesellschaft mit eigenen Anteilen. Geschäftsführer waren Max Schievelkamp und Georg Merleker. Abschrift des Handelsregisterauszuges, Januar 1917, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 168, Bl. 77–79.

<sup>228</sup> Albert Constantin von Schwerin (1870–1956), Legationssekretär in Stockholm, 1905 Ruhestand als Legationsrat, Mitglied der DkP, vermögend durch Heirat mit Enole Mendelssohn-

zender des Aufsichtsrates sei. Das tat ich, und ich bekam bestätigt, dass wir dieses Blatt sofort haben könnten, jedenfalls so, dass wir den eigenen Betrieb am 1. April aufmachen könnten.<sup>229</sup>

Wieder holte ich meine nächsten Freunde zusammen, und wir berieten noch mal gründlich, ob wir eine neue Zeitung aufmachen oder die „Deutsche Zeitung“ erwerben sollten. Schliesslich kamen wir wegen der durch den Krieg geschaffenen besonderen Umstände einstimmig zu dem Beschlusse, diese Zeitung zu übernehmen und alle Vorbereitungen so zu fördern, dass wir zu dem ins Auge gefassten Zeitpunkt an die Öffentlichkeit treten könnten.<sup>230</sup> Die Erledigung mit Herrn von Schwerin ging glatt von statten. Die vorhandenen Schriftleiter und kaufmännischen Angestellten wurden übernommen und nur für die oberste politische und journalistische Leitung, sowie für die des Verlags wurden neue Männer gesucht.<sup>231</sup>

---

Bartholdy, jüngerer Bruder von Friedrich Wilhelm Ludwig von Schwerin (1862–1925) – 1908–1918 Regierungsrat von Frankfurt/Oder und aus seiner Zeit ab 1891 als Regierungs-assessor der Ansiedlungskommission enger Freund aus dem „Posener Kreis“ von Alfred Hugenberg, 1912 erste Bemühungen zur Gründung des Deutschen Telegraphenbüros u. a. durch Denkschrift an das Auswärtige Amt, 1916 Verkauf von Nachrichtenbüros an Hugenberg zur Übernahme und zum Ausbau der 1913 gegründeten Telegraphen Union GmbH, im Auftrag von Hugenberg qua Finanzierung durch die Wirtschaftliche Gesellschaft Gründung der Westend-Verlags GmbH zum Abschluss der Übernahme der Telegraphen Union bis 1919 (danach auch Gesellschafteranteile des Scherl-Verlags und der Ostdeutschen Privatbank als Gesellschafter übernommen), 1917 als größter Anteilseigner Vermittlung der Beteiligungsmehrheit der Deutschen Zeitung an Hugenberg und Claß.

<sup>229</sup> Die Deutsche Zeitung hatte bei Übernahme 1916/17 11.124 Bezieher und vor dem Ersten Weltkrieg 14.633 Leser. Deutscher Verlag an Albert von Schwerin, 9.1.1917, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 168, Bl. 17. Der Erwerb der Deutschen Zeitung war erheblich schwieriger, denn die Verhandlungen, die zwischen November 1916 und März 1917 zu einem Abschluss kamen, „standen auch sooft auf dem Punkte zu scheitern, dass es zweckmässig war, noch nicht darüber zu sprechen. Hinzu kommt, dass die ganzen Verhandlungen durch Mittelspersonen geführt werden mussten, und dass es auch aus diesem Grunde ratsam war, die Aktion so verschwiegen als möglich durchzuführen, da sonst mit einer grossen Preistreiberei zu rechnen gewesen wäre.“ Geschäftsführer des ADV an Hans von Liebig, 23.2.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 202, Bl. 83.

<sup>230</sup> Die Übernahme der Deutschen Zeitung erfolgte vom Deutschen Verlagsverein, der zunächst für 250.000 Mark die Berliner Neuesten Nachrichten und die Deutsche Zeitung im Dezember 1916/Januar 1917 erwarb. Der Kauf gelang vom Deutschen Verlag, der mit über 286.000 Mark verschuldet war, durch eine Barzahlung von 250.000 Mark, einen garantierten fünfjährigen Druckvertrag für beide Zeitungen für die Firma Büxenstein sowie durch Anteilsscheine der umstrukturierten Deutschen Verlagsgesellschaft. Die Deutsche Zeitung wurde dann für 150.000 Mark an die formal zum 10.1.1917 neu gegründete und unter der Geschäftsführung von Georg Fritz stehende Neudeutsche Verlags- und Treuhandgesellschaft überführt. Albert von Schwerin an Wilhelm Hirsch, 28.11.1916 und 20.12.1916, Deutscher Verlag an Albert von Schwerin, 4.12.1916, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 167, Bl. 86–87, 88–89 und 108 sowie Claß an Wilhelm Hirsch, 26.1.1917 und 2.2.1917, in ebd., Bd. 168, Bl. 57 und 69. Zur Gründung der Neudeutschen Verlags- und Treuhand-Gesellschaft und dem Erwerb der Deutschen Zeitung siehe Alldeutsche Blätter 3.3.1917.

<sup>231</sup> Georg Fritz wurde Geschäftsführer der Gesellschaft, Lutz Korodi politischer Direktor, Paul Gnadke kaufmännischer und sachlicher Leiter, Otto Eichler Schriftleiter, Franz Sonntag Hauptschriftleiter, der im Frühjahr 1917 von Mainz nach Berlin umzog, und Ewald Beckmann erster politischer Schriftleiter. Siehe Rundschreiben Claß 28.2.1917, in BA-Berlin,

Da ich selbst nach wie vor meinen Wohnsitz in Mainz hatte<sup>232</sup>, sagte ich mir, dass zur obersten geschäftlichen Leitung der Zeitung ein Mann nötig sei, auf den ich mich vollkommen verlassen, und der gleichzeitig auch in allen Zweifelsfällen politischer Art herangezogen werden könne, weil er durch die jahrelange Zusammenarbeit mit mir über meine Anschauungen hinreichend unterrichtet war. Deshalb trug ich meinem Freunde Geheimrat *Fritz* vor, dass ich ihn hierzu ausersehen hätte, und dass ich es als Liebesdienst betrachten würde, den er mir erweise, wenn er die Stelle des Geschäftsführers unserer Gesellschaft übernehme, die als solche mit beschränkter Haftung aufgebaut war. Er ging auf meinen Vorschlag ein und siedelte Anfang des Jahres 1917 nach Berlin über, wo wir in der Hedemannstrasse ein für unsere Zwecke passendes Haus erworben hatten.<sup>233</sup>

Von den alten Schriftleitern war als hervorragendster *Otto Eichler*<sup>234</sup> übernommen [worden], der an und für sich das Zeug gehabt hätte, Hauptschriftleiter eines grossen Blattes zu sein, und der vor allem die ganze Überlieferung der „Deutschen Zeitung“ verkörperte, bei der er seit Gründung tätig gewesen war. Eichler ist nach meinem Urteil der bedeutendste Journalist gewesen, den ich kennengelernt habe, dabei ein Mann, dessen nationale Gesinnung ihn ganz erfüllte und beherrschte. Ausserdem begabt mit sicherem politischem Gefühl

---

R 8048, Bd. 495, Bl. 16. In den Aufsichtsrat traten Richard Pretzell, Carl Caesar Eiffe, Georg Fritz und Karl Lohmann sowie etwas später auch Otto Helmut Hopfen und Baron Dr. K. von Vietinghoff-Scheel ein. Hauptschriftleiter wurde 1918–1920 Reinhold Wulle, der nach dem Kriegsende die weggefallenen 12.000 Bezieher in den besetzten Gebieten durch eine stärkere Verbreitung der Deutschen Zeitung auffangen konnte. Claß an Heinz Kupferberg, 25.4.1919, in ebd., Bl. 55. Im Jahr 1921 waren Claß, Paul Bang, Karl Lohmann, Otto Helmut Hopfen, Baron Konstantin von Vietinghoff-Scheel, Johann Heinrich Jaeckel, Ernst Eschmann und Gertzlaff von Hertzberg-Lottin im Aufsichtsrat. Ende 1932 waren Claß und Hertzberg-Lottin in „Personalunion“ Vorsitzende des Aufsichtsrates, als die Zeitung bereits in große finanzielle Schwierigkeiten geraten war. Im Frühjahr 1932 hatte die Zeitung 6.000 Bezieher durch die politischen Richtungskämpfe mit dem Stahlhelm, der DNVP und den Nationalsozialisten im Zuge der Reichspräsidentenwahlen verloren, sodass Ende 1932 ein verpflichtendes Abonnementprogramm für die Ortsgruppen des ADV beschlossen wurde. Siehe Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 10./11.12.1932, in ebd., Bd. 172, Bl. 58–59.

<sup>232</sup> Claß hatte seinen ersten Wohnsitz bis Kriegsende in Mainz und nahm sich erst nach der „Flucht“ im Frühjahr 1919 und dem kurzen Aufenthalt in Würzburg eine Wohnung in Berlin. Siehe Kapitel 3.12. und 4.1.

<sup>233</sup> Der Redaktionssitz der Deutschen Zeitung sowie die Druckerei W. Büxenstein waren in der Hedemannstraße 12 in Berlin. Ab 1.8.1920 wurde die Deutsche Zeitung in der eigenen Druckerei hergestellt, was zu Ersparnissen bei den Druckereikosten führte, die zuvor 40 % der Herstellungskosten ausmachten. Zum 1.4.1917 zog auch die Redaktion der Alldeutschen Blätter von Mainz nach Berlin. Der Briefwechsel für Verlag, Schriftleitung und Anzeigenwesen ging zur Geschäftsstelle des ADV, Am Karlsbad 28/1 in Berlin. Siehe Alldeutsche Blätter 17.3.1917 und 24.3.1917.

<sup>234</sup> Otto Eichler (1868–1917), 1885/86–1909 Mitglied und 1888 Vorsitzender des Vereins Deutscher Studenten, 1892–1892 Schriftleiter der Akademischen Blätter, 1894 Eintritt in den Deutschbund, 1896 durch Friedrich Lange zum Schriftleiter der Deutschen Zeitung ernannt, ab 1907 Mitarbeiter für Das nationale Deutschland, Mitglied des Gesamtvorstandes des ADV, kurz vor seinem Tod 1917 als Hauptschriftleiter der Deutschen Zeitung Planungen für die Übernahme der Hauptschriftleitung der Alldeutschen Blätter.

und geschichtlich ganz durchgebildet. Leider hatte ihn schon damals das schwere Leiden erfasst, das ihn einige Monate nach der Übernahme der „Deutschen Zeitung“ durch uns vor der Zeit dahinraffte.<sup>235</sup>

Die oberste politische Leitung vertraute ich im Hinblick auf den unsicheren Gesundheitszustand Eichlers meinem Freunde *Lutz Korodi*<sup>236</sup> an, der aus dem preussischen Schuldienst austrat. Er sollte das Oberhaupt der Schriftleitung sein, die, wie durch den Krieg bedingt war, zum Teil auch mit Leuten minderer geistiger und journalistischer Begabung besetzt war.<sup>237</sup> Korodi fasst seine Aufgabe mit dem ganzen sittlichen Ernste auf, der seinem Wesen entsprach, und suchte die Schriftsteller für seine Auffassungen von Politik und Journalismus zu gewinnen – ein Versuch, der ihn je länger je mehr zu Zusammenstößen mit einzelnen Mitgliedern der Schriftleitern brachte, weshalb er nach verhältnismässig kurzer Zeit abschied.<sup>238</sup>

Ich lernte in den ersten Jahren meiner Tätigkeit an der obersten Spitze der „Deutschen Zeitung“ die Wahrheit des Satzes kennen, dass Journalisten eine Menschklasse für sich bilden. Aber ich sah auch ein, dass ihr Beruf zu den schwersten gehört, die ein Mensch ergreifen kann, und dass ihr Dasein in der

<sup>235</sup> Otto Eichler starb vom 20. auf den 21.7.1917 mit 49 Jahren nach einem ärztlichen Eingriff im Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Berlin-Schöneberg. *Alldeutsche Blätter* 28.7.1918.

<sup>236</sup> Lutz Korodi (1867–1954), Studium der Philologie und evangelischen Theologie in Bern, Bonn, Budapest und München, 1896 Eintritt in den Schuldienst, 1899 Professor am Evangelischen Gymnasium in Kronstadt, 1893–1896 und 1899–1901 Schriftleiter der Kronstädter Zeitung, 1901–1903 Mitglied des Ungarischen Landtags, Propagierung eines Zusammenschlusses aller ethnisch Deutschen der Habsburgermonarchie und Kritik der Magyarisierungspolitik der ungarischen Regierung, 1903 nach Kritik der Regierung an Methoden einer Volkszählung Übersiedelung nach Berlin – hier Gymnasiallehrer und Schuldirektor, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, Mitglied des VDA, ständiger Mitarbeiter u. a. der Preußischen Jahrbücher und der Täglichen Rundschau, 1917–1918 politischer Direktor der Deutschen Zeitung, 1919 Rückkehr nach Rumänien und Staatssekretär im rumänischen Kultusministerium, 1921–1922 Mitglied des Innenministeriums Rumäniens, ab 1922 Gymnasiallehrer in Temeswar, 1925 Pensionierung wegen politischer Beteiligung an der Interessenorganisation der Banater Schwaben, 1925–1928 Gymnasiallehrer in Hannover, ab 1928 Zeitungsautor in Berlin, ab 1929 bis mindestens 1934 Mitglied des Gesamtverbandes des ADV, während der Anti-Youngplan-Kampagne der „nationalen Opposition“ 1929–1930 Mitglied des Referendum-Ausschusses.

<sup>237</sup> Die Zusammensetzung des Mitarbeiterstabes war auch aufgrund des Krieges ständig in Bewegung. Bereits im März 1917 wurden zwei Schriftleiter zum Heeresdienst eingezogen. Claß an Kurt Breysig, 9.3.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 495, Bl. 21.

<sup>238</sup> Claß hielt wohl „grosse Stücke“ auf Lutz Korodi. Freiherr Schilling von Cannstatt an Konstantin von Gebattel, 23.5.1917, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 4, Bl. 287. Korodi beschwerte sich frühzeitig über eine journalistische Provinzialität einzelner Ressorts, wie den Versuch, durch eigene satirische Beiträge den *Simplicissimus* nachzuahmen. Korodi forderte die Wiedereinführung der Redaktionskonferenzen und geriet zudem in Konflikt mit dem politischen Schriftleiter Ewald Beckmann wegen dessen „Hineinregierens in alle Ressorts“, das ein „hohes geistiges Niveau“ der Deutschen Zeitung als „scharfgeschliffene Waffe in durchaus vornehm geführtem Kampf“ verhindere. Lutz Korodi an Claß, 20.10.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 495, Bl. 25–26. Zitat ebd., Bl. 26. Beckmann verließ im Sommer 1918 nach scharfen Angriffen gegen Gustav Stresemann und schwerer Kritik auch innerhalb des ADV die Deutsche Zeitung und wurde durch Reinhold Wulle ersetzt.

ununterbrochenen Hetze, besonders in der Reichshauptstadt, hohe Anforderungen an das Nervensystem stellt.<sup>239</sup>

Ich hatte mir vorgenommen, allmählich eine Schriftleitung heranzuziehen, die ganz mit meinen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Anschauungen übereinstimmte. Dies ist mir nach und nach gelungen. Ich durfte dabei allerdings nicht davor zurückschrecken, Mitarbeiter, die ich für den grossen Zweck, der mir vor Augen stand, als nicht geeignet betrachtete, auszuscheiden.<sup>240</sup> Man kann sich vorstellen, dass dies in den ersten Jahren öfter nötig war; aber ich liess es mich nicht anfechten, dass ich mir dadurch die Abneigung, ja den Hass mancher Leute zuzog und in der journalistischen Welt in den Ruf eines rücksichtslosen Gewaltmenschen kam.

Bis zum Ende des Krieges waren die Dinge in der „Deutschen Zeitung“ noch im Werden<sup>241</sup>; nachher kam erst recht eine Zeit voller Stürme und auch

---

<sup>239</sup> Siehe auch Claß: Das priesterliche Amt der Presse, in Deutsche Zeitung 1.4.1927. Claß selbst litt bereits vor dem Krieg an Erschöpfungszuständen und fuhr regelmäßig zu Kuren unter anderem nach Bad Kissingen. Zu schwereren Ausfällen kam es im Krieg, als er beispielsweise 1916 in Berlin nervlich so schwer zusammenbrach, dass Konstantin von Gebstättel ihn in nahezu allen Verbandsangelegenheiten vertreten musste und sich gegenüber Mathilde Claß sorgte: „Wir alle haben ja gesehen, welch ungeheure Arbeitskraft er besitzt; wenn er aber diese Arbeitskraft so überfordert, dass er mittags schon erschöpft ist und genötigt ist, [um] am Nachmittag wieder auf dem Damm zu sein[,] ein paar Glas Champagner zu trinken, so ist das eine ungesunde Aufpeitschung der Nerven, die sich rächen muss. [...] Der schwere Zusammenbruch in Berlin ist ja auch vielleicht damit schlimmer geworden, dass der nur an hom[ö]opathischen Medicinen gewöhnte Mann die Erkrankung abschneiden wollte und unvernünftig viel Aspirin genommen hat. Solche Gewaltkuren darf ein Mann, dessen Nerven ständig bis zum äussersten gespannt sind, nicht ungestraft unternehmen – das sage ich, der gelegentlich einer Gewaltkur an mir selbst gar nicht abgeneigt ist.“ Konstantin von Gebstättel an Mathilde Claß, 3.5.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 356, Bl. 306–307.

<sup>240</sup> Claß griff persönlich in die Besetzung der Schriftleitung ein und schlug eigene Kandidaten vor, die ihm oder dem ADV eng verbunden waren. So im März 1917 August Eigenbrodt, Felix Hänsch und dem Rechtsprofessor aus Straßburg Erich Jung, mit dem Claß enger verbunden war und der zuvor als Hauptmann im Ersatz-Bataillon 2. Garde-Fußartillerie-Regiment in Jüterbog stationiert war. Claß an die Neudeutsche Verlags- und Treuhandgesellschaft, 22.3.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 495, Bl. 22. Auch die Leitung des „literarischen und künstlerischen Teiles“ der Deutschen Zeitung ließ für Claß „manches zu wünschen übrig“, er hoffe aber, dass „hier bald ein geordneter und fester Zustand geschaffen wird.“ Mit Kriegsende würden die entsprechenden Mitarbeiter wieder zur Verfügung stehen. Major z.D. Freiherr Schilling von Cannstatt an Prof. Kraeger, 20.3.1918, in ebd., Bl. 42. Julius F. Lehmann kritisierte Claß' Leitung der Deutschen Zeitung: „Hätten Sie von Anfang an viel mehr Fachmänner zugezogen, die auf dem Gebiete des Zeitungswesens praktische Erfahrungen besessen hätten, so hätte wohl manches vermieden werden können.“ Julius F. Lehmann an Claß, 5.6.1918 in BA-Berlin, R 8048, Bd. 495, Bl. 49.

<sup>241</sup> Bereits Ende 1917 sprach Claß von einer „verdreifachten“ Auflage seit Erscheinen der Deutschen Zeitung unter alldeutscher Leitung. Claß an August Keim, 12.12.1917, in BA-Berlin, N 2368, Bd. 1, o.Bl. Die Auflage der Deutschen Zeitung betrug im Januar 1918 37.000 Exemplare. Eduard von Liebert an Konstantin von Gebstättel, 23.1.1918, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 5, Bl. 55. Die politischen Zuspitzungen im Jahr 1918 führten auch zu einer deutlich radikaleren Positionierung der Deutschen Zeitung, die innerhalb des ADV zu grundlegender Kritik an der Ausrichtung des Blattes führte. Nicht nur Julius F. Lehmann kritisierte den „Tiefstand“ des Blattes, das kaum noch Beiträge von „bleibenden Wert“ veröffentliche. Auch Sanitätsrat Otto Dornblüth (Sanatorium für Nerven und innere

persönlicher Enttäuschungen.<sup>242</sup> Es dauerte noch jahrelang, bis ich eine Schriftleitung zusammen hatte, die wirklich eine Art von einheitlichem Offizierskorps darstellte.<sup>243</sup> Davon wird später noch zu reden sein. Jedoch kann ich hier schon sagen, dass auch in diesen Zeiten der noch nicht erreichten völligen Einheitlichkeit die Zeitung die Aufgabe erfüllte, der sie dienen sollte: das Sprachrohr der nationalen Opposition zu sein und ohne Rücksicht auf oben oder unten das auszusprechen, was der hinter ihr stehende Kreis für richtig hielt.

## 2.5. Alldutsche Katholiken

Im Laufe des Krieges verstärkten sich die Angriffe der Zentrumspresse gegen den Alldutschen Verband, die schon vorher heftig und hässlich genug waren.<sup>244</sup> Wortführerin war dabei die „Kölnische Volkszeitung“<sup>245</sup>, deren Äus-

---

Kranke) beschwerte sich als langjähriges Mitglied des ADV, Vorsitzender der Wiesbadener Ortsgruppe des Deutschen Wehrvereins und Mitglied des Beirates des UADF, dass der „scharfe Ton“ jeglicher sachlichen Verständigung unzutraglich sei. Julius F. Lehmann an Claß, 5.6.1918 in BA-Berlin, R 8048, Bd. 495, Bl. 48 und Otto Dornblüth an Claß, 23.3.1918, in ebd., Bl. 46.

<sup>242</sup> Die Auflage der Deutschen Zeitung erreichte 1926 zwar mit 60.000 Exemplaren ihre höchste Verbreitung, jedoch war die Zeitung zwischen 1923 und 1927 im besetzten Rheinland untersagt und wurde mehrfach durch die Zensur verboten. Nach der Übernahme der Deutschen Zeitung 1934 durch den Reichsnährstand wurde die Zeitung im selben Jahr eingestellt. Siehe Leicht: Deutsche Zeitung.

<sup>243</sup> Die Deutsche Zeitung wurde zunehmend auch als zweites Organ des ADV wahrgenommen, jedoch verwahrte sich Claß immer wieder gegen diese Vorstellung. Noch Ende 1932 betonte Claß, dass Verband und Zeitung nichts miteinander zu tun hätten. Es bestünde eine Personalunion in der Art, dass Gertzlaff von Hertzberg-Lottin und er nur die Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Deutschen Zeitung sind. Claß machte die Deutsche Zeitung jedoch zu seinem Leitorgan, schrieb selber regelmäßig Kolumnen und Leitaufsätze, regte aktiv Beiträge an, vermittelte zwischen Schriftleitung und Autoren, etablierte in den 1920er Jahren führende Alldutsche wie Paul Bang oder den Breslauer Völker- und Staatsrechtler Axel von Freytagh-Loringhoven (1878–1942), führendes Reichstagsmitglied im VRA der DNVP, des ADV und 1919–1922 im Vorstand des DvSTB, als ständige Kolumnisten für die erste Seite. Claß bemühte sich andauernd um Werbemaßnahmen und Finanzierungsbeihilfen für die Deutsche Zeitung. Mit Hans von Sodenstern hatte Claß einen loyalen Hauptschriftleiter (zuvor außenpolitischer Redakteur), der v. a. bei den Putsch-Verfahren gegen Claß 1924–1927 dem Verbandsvorsitzenden getreu zur Seite stand.

<sup>244</sup> Einer der wesentlichen Konfliktpunkte war das Verhältnis des protestantisch dominierten ADV zum Katholizismus sowie die Bismarck-Verehrung gerade mit Blick auf dessen Politik gegen katholische „Reichsfeinde“. Die Germanisierungspolitik gegenüber Polen im Osten Preußens wurde vom Zentrum und der Zeitung Germania seit der Jahrhundertwende kritisiert. In der Kriegszielfrage teilte das Zentrum anfänglich auch zentrale alldutsche Forderungen, beispielsweise in Bezug auf Belgien, jedoch verschärfte vor allem die Friedenspolitik der Mehrheitsparteien ab 1917 den Konflikt mit dem ADV.

<sup>245</sup> Die Kölnische Volkszeitung (1860–1941) war mit einer Auflage von ca. 30.000 Exemplaren neben der Germania eine der größten überregionalen katholischen Zeitungen. Theobald von Bethmann Hollweg nutzte Zeitungen wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung und die Kölnische Volkszeitung für eine geneigte Berichterstattung gegenüber seiner Regierung. Jarausch: Enigmatic Chancellor, S. 352–353.



serungen von der kleinen und mittleren Provinzpresse der gleichen politischen Richtung fleissig nachgedruckt wurden.<sup>246</sup> Da durch ihre Unwahrhaftigkeiten doch manche unserer katholischen Gesinnungsgenossen irre wurden, hatte ich meinen Freund *Gebattel* schon im Dezember 1913<sup>247</sup> gebeten, bei dem Hause *Bachem*<sup>248</sup>, dem das Kölner Blatt gehörte, vorzusprechen und den

<sup>246</sup> Siehe dazu *Alldeutsche Blätter* 8.9.1917. Im Zuge der Kriegszielerörterungen im Herbst 1914 versuchte Leopold von Vietinghoff-Scheel in einem persönlichen Gespräch am 6.11.1914 die *Kölnische Volkszeitung* auf die Forderungen des ADV einzuschwören und berichtete Claß von weitgehenden Übereinstimmungen mit dem Hauptschriftleiter Dr. Hofer. Bericht von Leopold von Vietinghoff-Scheel an Claß, 9.11.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 627, Bl. 90–92.

<sup>247</sup> Konstantin von Gebattel regte gegenüber Claß eine Verständigung mit der *Köln*er *Volkszeitung* an und schätzte jedoch „seine diplomatischen Fähigkeiten nicht sehr hoch ein.“ Konstantin von Gebattel an Claß, 29.11.1913, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 355, Bl. 44. Gebattel reiste Anfang Dezember 1913 nach Köln und beabsichtigte am Freitag, den 5.12.1913, mit dem Zug weiter zum Verbandstag des ADV in Remscheid zu fahren, der am 6.12.1913 stattfand. Claß stand dahingehend auch mit Max von Klitzing in Köln in Kontakt, da der Vorsitzende der alldeutschen Ortsgruppe Köln, Max Baumann, Claß politisch nicht immer folgte, die Geschäftsstelle mit der *Köln*er Ortsgruppe in ernsthafte Konflikte über die langjährige alldeutsche Kriegspropaganda sowie der aufhetzenden Redewendung vom „unausbleiblichen Entscheidungskampf zwischen dem russischen Slawentum und Deutschland“ bis zum Sommer 1914 geriet. Claß wollte zum Kriegsausbruch das „Kriegsbeil“ zwischen Geschäftsstelle und „rheinisch-westfälischen Freunden“ begraben, um einen eigenen Burgfrieden im Verband herzustellen. Max Baumann blieb schließlich Geschäftsführer der *Köln*er Ortsgruppe (Gilbachstraße 15). Max Baumann an Alfred Breusing, 4.6.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 309, Bl. 55–56 und Claß an Max Baumann, 29.6.1914, in ebd., Bd. 198, Bl. 107. Siehe auch Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 4.7.1914, in ebd., Bd. 95, Bl. 37–38 sowie Dass., 12.6.1915, in ebd., Bd. 100, Bl. 5. Während des Krieges kam es zum grundsätzlichen Konflikt mit Baumann über die Kriegszielpolitik gegenüber Polen, sodass Claß jegliche Diskussion ablehnte, ohne „den Versuch zu machen, einen Herrn von solcher subalternen Querköpfigkeit eines Besseren zu belehren.“ Claß an Pastor Schlegtehdal (Vorsitzender der Ortsgruppe Düsseldorf des ADV), 21.6.1916, in ebd., Bd. 200, Bl. 135. Siehe ebenfalls Max Baumann an Claß, 16.5.1916 und Geschäftsstelle des ADV an Max Baumann, 18.5.1916, in ebd., Bl. 37 und 45. Auch für Konstantin von Gebattel waren die Vertreter der *Köln*er Ortsgruppe lediglich „Querköpfe“. Konstantin von Gebattel an Claß, 21.5.1915, in ebd., N 2089, Bd. 1, Bl. 653–655. Zitat ebd., Bl. 653. Das katholische Gründungsmitglied des ADV und Verleger der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, Theodor Reismann-Grone, der 1915 aus dem ADV wegen seiner Kritik an Claß' Führungsstil sowie seinen Kriegszielen gegen Russland und für das Bündnis mit Österreich-Ungarn austrat, stand dahingehend in engem Kontakt mit Max Baumann. Theodor Reismann-Grone an Max Baumann, 17.9.1914, Bd. 4, o. Bl. und Dass., 9.6.1916, in ebd., Bd. 7, o. Bl. Im Gesamtvorstand saß Schriftleiter Robert Krause, der nur auf Wunsch der *Köln*er Ortsgruppe hinzugewählt wurde, von dessen Tätigkeit Claß „aber nie viel gemerkt“ hatte und bei Erich Stolte nachfragte, ob sich Krause in der Berliner Ortsgruppe je betätigt habe und ob man Wert darauf lege, ihn weiterhin im Gesamtvorstand zu haben. Claß an Erich Stolte, 30.11.1916, in ebd., R 8048, Bd. 201, Bl. 242.

<sup>248</sup> Joseph Bachem (1821–1893), 1860 Gründer der einflussreichen katholischen *Köln*er *Blätter* – ab 1868 *Kölnische Volkszeitung*, 1869–1914 Schriftleiter der *Kölnischen Volkszeitung*, Besitzer der Verlagsbuchhandlung J. P. Bachem, 1875–1890 Stadtverordneter in Köln, 1877–1891 Mitglied im Preußischen Abgeordnetenhaus für die Zentrumsparterie, 1906 Veröffentlichung der Schrift „Wir müssen aus dem Turm heraus“ mit dem Aufruf zur Mobilisierung der Zentrumsparterie jenseits des katholischen Milieus, Mitbegründer und Mitglied des Vorstandes der Görres-Gesellschaft, 1886–1912 Herausgeber des *Staatslexikons* der

Versuch zu machen, den Hauptschriftleiter davon zu überzeugen, dass er und mit ihm sein Blatt in bezug auf die Haltung der Alldeutschen im Reiche gegen die katholische Kirche ganz falsch unterrichtet sei.

Nach seinem Besuche in Köln kam Gebattel bei mir in Mainz vorbei und äusserte sich befriedigt.<sup>249</sup> Er hatte den Abgeordneten *Dr. Bachem*<sup>250</sup> selbst gesprochen, der nicht nur einer der führenden Zentrumsleute im preussischen Abgeordnetenhaus war, sondern auch die eigentliche oberste Leitung des Kölner Blattes hatte. Gebattel meinte, es sei ihm gelungen, Bachem klar zu machen, dass der Alldeutsche Verband im Reiche mit der übrigen damals schon ganz zerfallenen Alldeutschen Partei in Österreich nichts zu tun habe, und dass er insbesondere an der im Donaustaate entfachten „Los von Rom-Bewegung“ unbeteiligt sei. Er erzählte weiter, dass er sich selbst als sprechende Widerlegung jener falschen Behauptungen hingewiesen habe, da er als überzeugter, gläubiger Katholik nicht einen Augenblick einer politischen Gruppe angehören würde, die sich feindlich gegen die katholische Kirche stelle. Ich hatte seit dieser Zeit die „Kölnische Volkszeitung“ ziemlich genau verfolgt und dabei gefunden, dass sie trotz der Zusicherung, die Bachem gegeben hatte, nach wie vor uns Alldeutsche als Katholikenfeinde hinstellte.<sup>251</sup>

Unmittelbar nach Gebattels Bericht an mich suchte ich den ersten Schriftleiter<sup>252</sup> des „Mainzer Journals“<sup>253</sup> auf, das bei uns in Mainz und in der Provinz Rheinhessen das führende Zentrumsblatt war, um im Sinne Gebattels mit ihm aufklärend zu reden und besonders darauf hinzuweisen, dass der gegen uns geführte Kampf am letzten Ende doch den Marxisten zugute käme. Der Main-

---

Görresgesellschaft. Siehe Zunkel: Joseph Bachem und Mergel: Zwischen Klasse und Konfession, S. 195–208.

<sup>249</sup> Konstantin von Gebattel war unmittelbar nach seiner Köln-Reise in der ersten Dezemberhälfte 1913 bei Claß in Mainz. Claß an Max von Klitzing, 18.12.1913, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 197, Bl. 397.

<sup>250</sup> Julius Bachem (1845–1918), seit 1869 Leitung der Kölnischen Volkszeitung, 1875–1890 Stadtverordneter von Köln, 1877–1891 Zentrumsabgeordneter im Preußischen Abgeordnetenhaus.

<sup>251</sup> Leopold von Vietinghoff-Scheel traf sich am 6.11.1914 erneut mit Dr. Hoefler von der Kölnischen Volkszeitung, der als „Zensor“ die Aufsätze auf katholisch-kirchliche Grundsätze hin prüfte, um gemeinsame Veranstaltungen sowie die Frage des Kriegsziels und der Friedensbedingungen zu besprechen. Bericht Leopold von Vietinghoff-Scheel, 9.11.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 627, Bl. 90–92.

<sup>252</sup> Gemeint ist Franz Koeppen (geboren 1869), der von 1895–1934 leitender Redakteur des Mainzer Journals und auch Redakteur für Außen- und Innenpolitik sowie Schauspiel war. Koeppen berief sich in seiner politischen Ausrichtung auf den Begründer der katholischen Arbeiterbewegung, Wilhelm Emmanuel von Ketteler, und auf Ludwig Windthorst, der sich während des „Kulturkampfes“ als geschickter Redner im Reichstag gegen Otto von Bismarck profilierte. Siehe auch Prédhumeau: Zur Mainzer Presse 1898, S. 50–51.

<sup>253</sup> Das Mainzer Journal erschien seit Juni 1848 als Blatt für die mittelrheinische katholische Bewegung und hatte 1915 eine Auflage von 20.000 Exemplaren (1929: 17.000). Verleger war Joh. Falk III. Söhne. Siehe Sperlings Zeitschriften-Adreßbuch 1915, S. 340 und Handbuch des öffentlichen Lebens 1929, S. 693. Die Redaktion des Mainzer Journals war in unmittelbarer Nähe zu Claß' Geschäftsstelle (Stadthausstraße 11) in der Stadthausstraße 16. Das Mainzer Journal erschien nach dem Ruhestand des langjährigen Schriftleiter Franz Koeppen 1934 noch bis 1941.

zer Schriftsteller drehte und wendete sich, so dass ich mir schnell darüber klar war, dass solchen Leuten nichts an der Wahrheit läge, da sie, um ihr zu dienen, vorgefasste Meinungen preisgeben müssten, die sie in ihrem politischen Kampf erfolgreich benutzt hatten.

Ich brach deshalb das Gespräch bald ab und schied mit dem Bemerkten, dass bei erneuter falscher Berichterstattung in seinem Blatte über das Verhalten des Alldeutschen Verbandes gegenüber der katholischen Kirche mir nichts anderes übrig bleibe, als eine Berichtigung nach dem bekannten § 11 des Reichspressgesetzes<sup>254</sup> zu verlangen.

Dies war alles, wie gesagt, vor dem Kriege. Während des Krieges steigerte sich die Feindseligkeit des Zentrums gegen uns, und seine Presse wärmte trotz der erhaltenen Aufklärung die alten Behauptungen über die Katholikenfeindlichkeit des Alldeutschen Verbandes wieder auf.<sup>255</sup> Das genügte ihr nicht einmal, sondern man steigerte sich jetzt dahin, dass man behauptete, wir seien unausgesprochene Feinde des Christentums und wollten den alten germanischen Götterglauben wieder einführen. Es war damals, dass das Wort von den Wodansanbetern<sup>256</sup> aufkam.

Ein gefundenes Fressen für die Zentrumspresse war der Aufsatz eines evangelischen Konservativen in Baden, der den Alldeutschen Verband für alles verantwortlich machte, was er Verwerfliches in Deutschland feststellte.<sup>257</sup>

---

<sup>254</sup> Das Reichsgesetz über die Presse vom 7.5.1874 schuf mit § 11 einen für das gesamte Deutsche Reich gültigen Anspruch auf Gegendarstellung, das eine Pflicht zur Berichtigungspflicht nach dem Prinzip der „thatsächlichen Angaben“ verankerte. Reichsgesetz-Blatt vom 7.5.1874, S. 8.

<sup>255</sup> Siehe unter anderem zu den Auseinandersetzungen mit dem Zentrumsmitglied und (seit 1913) dem Herausgeber der Süddeutschen Konservativen Korrespondenz, Adam Röder, um Vorwürfe eines alldeutschen „neuheidnischen Idealismus“, der dem „christlichen Konservatismus“ fundamental entgegenstehe, Alldeutsche Blätter 24.11.1917. Siehe Brakelmann: Der deutsche Protestantismus im Epochenjahr 1917. Die Unvereinbarkeit von Alldeutschtum und Christentum postulierten auch protestantische Theologen wie Karl Aner, Pfarrer in Charlottenburg und seit 1916 Mitglied der Friedensgesellschaft. Ders.: Himmel oder Kreuz?

<sup>256</sup> Gemeint ist hier: Heide. Bezieht sich auf den altgermanischen Gott Odin (nordgermanisch) beziehungsweise Wodan (südgermanisch). Odin ist der Hauptgott in der nordischen Mythologie der Edda-Dichtung.

<sup>257</sup> Die genannte Person bleibt unklar, aber eventuell ist Friedrich Meinecke (1862–1954) gemeint. In den Alldeutschen Blättern vom 15.12.1917 beschwerte sich die Schriftleitung über den „Ordinarius an der Freiburger Hochschule, Herr Prof. Meinecke“, der in der national-sozialen Zeitung Friedrich Naumanns „Fraktur“ mit dem ADV geredet habe. Friedrich Meinecke: Vaterlandspartei und deutsche Politik, in Die Hilfe 23 (1917), S. 700–702. Claß zeigte sich angesichts der Distanzierungen Meineckes von der Kriegszielbewegung im Nachhinein auch erstaunt, dass Meinecke die „Intellektuelleneingabe“ vom 20.5.1915 gezeichnet hatte. Claß: Wider den Strom, S. 395. Der Historiker Meinecke nahm 1914 einen Ruf an die Berliner Universität an, nachdem er seit 1906 in Freiburg gelehrt hatte. Meinecke teilte zu Kriegsbeginn annexionistische Kriegszielorderungen und nahm nationalliberale und konservative Positionen ein. Er nahm am 26.4.1915 an der vorbereitenden Ausschuss-Sitzung zur folgenden „Seeberg-Adresse“, die am 8.7.1915 mit 1.347 Unterschriften von Intellektuellen (davon 352 Professoren) dem Reichskanzler übergeben wurde, teil. Meinecke teilte jedoch auch am 20.6.1915 die von Theobald von Bethmann Hollweg unterstützte Bewegung der gemäßigten Professoren wie Hans Delbrück oder Adolf von

Bei diesem Aufsatz war zweifelhaft, was grösser sei, seine Bosheit oder seine Unwissenheit und Urteilslosigkeit. Für die Zentrumspresse war es nicht nötig, solche Frage aufzuwerfen. Sie druckte mit Wohlbehagen das krause Zeug ab, und sein Verfasser wurde eine Zeit lang als willkommener Bundesgenosse für die christliche Sache gegen die heidnischen Alldeutschen gefeiert. Dies geschah im Jahre 1917.

Als die „Kölnische Volkszeitung“ das gleiche mit besonderem Eifer tat, hielt General *von Gepsattel* sich für verpflichtet, einen würdigen Brief<sup>258</sup> an die Schriftleitung dieses Blattes zu richten, worin es am Schlusse hiess:

„Niemand von den leitenden Männern des Verbandes fällt es ein, eine Bewegung zu unterstützen, die auf Ausmerzungen der christlichen Religion ausgeht; keiner davon denkt daran, an den Wodansglauben unserer Altvordern anzuknüpfen. Religiöse Fragen scheiden überhaupt aus den Aufgaben, die sich der Verband gestellt hat, vollkommen aus und es kann auch gar nicht anders sein, da ihm Bekenner der verschiedenen Konfessionen und Weltanschauungen angehören ....

Es ist die Pflicht und Schuldigkeit eines jeden, d[er] sich mit dem Alldeutschen Verband angriffsweise beschäftigen will, zuerst dessen Leitung und Ziele kennenzulernen. Tut er das, so *muss* er wissen, dass der Leitung und dem Vorstande getreue Anhänger des Christentums angehören, so ein Generalsuperintendent<sup>259</sup> und zahlreiche Professoren<sup>260</sup> und Pastoren<sup>261</sup>, die die positive Richtung ihres christlichen Glaubens stets öffentlich bekennen. Wie ist es möglich, dass ein loyaler Mensch dann noch annehmen könnte, dass diese Leute Mitglieder eines Verbandes seien, der sich die erwähnten Ziele gesetzt hätte?“<sup>262</sup>

---

Harnack und zog seine Unterschrift danach wieder zurück. Meinecke war dann 1917 einer der Gründer des Volksbundes für Vaterland und Freiheit, die eine gemäßigte Gegenbewegung zur DVLP mit Hinwendung bis zum Zentrum, der SPD und den Freien Gewerkschaften sein wollte. Siehe Gerhard A. Ritter: Friedrich Meinecke, Bock/Schönplung: Friedrich Meinecke und Llanque: Demokratisches Denken.

<sup>258</sup> Konstantin von Gepsattel an die Hauptschriftleitung der Kölnischen Volkszeitung, 22.8.1917, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 4, Bl. 438–439.

<sup>259</sup> Gemeint ist Karl Klingemann, der „infolge seiner Berufung in dieses hohe staatliche Amt“ (Ernennung zum Generalsuperintendenten) aus der Hauptleitung des ADV zurücktrat und sich stattdessen in den Vorstand wählen ließ. Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 19.4.1913, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 88, Bl. 3. Siehe auch Wahlvorschlag Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 5.9.1913, in ebd., Bd. 90, Bl. 34.

<sup>260</sup> In den Leitungsgremien des ADV (Hauptleitung, Geschäftsführender Ausschuss, Vorstand, Gau-Vorsitzende und Ortsgruppenvorsitzende) waren mit dem Titel „Professor“ insgesamt aufgeführt: 1914 = 51, 1916 = 60, 1917 = 64, 1918 = 61 und 1919 = 70. Hofmeister: *Between Monarchy and Dictatorship*, S. 509–513.

<sup>261</sup> In den Leitungsgremien des ADV (Hauptleitung, Geschäftsführender Ausschuss, Vorstand, Gau-Vorsitzende und Ortsgruppenvorsitzende) waren als Pfarrer/Pastoren insgesamt aufgeführt: 1914 = 14, 1916 = 17, 1917 = 21, 1918 = 27 und 1919 = 30. Ebd.

<sup>262</sup> Der Hauptschriftleiter der Kölnischen Volkszeitung, Hans Eisele, teilte in seiner Berichterstattung die Kriegsziele der Zentrumsparterie und wurde auch von Franz Bachem gestützt, der in die Redaktion der Kölner Volkszeitung eintrat. Bis zur Änderung der Zentrumspolitik im Frühjahr 1917 und der Annäherung der Kölner Volkszeitung an den linken Flügel

Auf diesen Brief hat die Schriftleitung weder dem bay[er]ischen General geantwortet, noch von ihm ihren Lesern irgendwie Kenntnis gegeben.<sup>263</sup> Noch weniger dachte sie daran, die aberwitzigen Behauptungen, die sie aus dem badischen Blättchen abgedruckt hatte, richtigzustellen. Es war schon so, dass sie uns offenbar als Freiwild betrachtete.

Was bedeutete es demgegenüber, dass wir in den „Alldeutschen Blättern“ gegen diese Art der Behandlung eines politischen Gegners aufs entschiedenste Stellung nahmen?<sup>264</sup> Für die katholische Welt, die die Zentrumsblätter las, waren wir als Feinde des christlichen Glaubens gekennzeichnet, und sie wurde geradezu aufgemuntert, die Angriffe fortzusetzen, um die Seelen unserer katholischen Mitglieder aus den Krallen des alldeutschen Satans zu befreien.

Das Treiben nahm so überhand, dass ich beschloss, einen katholischen Angehörigen meines engsten Mitarbeiterkreises zu beauftragen, eine kurze scharfe Flugschrift zu verfassen.<sup>265</sup> Gleichzeitig bat ich *Gebattel*, sich mit ka-

---

der Zentrumspartei seit November 1916 vertrat Eisele oftmals alldeutsche Positionen für einen Siegfrieden und schrieb auch gegen Matthias Erzberger und Philipp Scheidemann, bis er aus der Redaktion v.a. wegen seiner Gegnerschaft zu Erzberger ausschied. Lau: Pressepolitik, S. 97–102 und Morsey: Die Deutsche Zentrumspartei, S. 56.

<sup>263</sup> Claß erhoffte sich eine öffentlich geführte Auseinandersetzung mit der Kölnischen Volkszeitung und wollte gleich nach Eingang einer Antwort den Brief von Konstantin von Gebattel veröffentlichen. Gebattel sollte Claß daher umgehend Bescheid geben. Die Antwort blieb jedoch aus. Claß an Konstantin von Gebattel, 27.8.1917, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 4, Bl. 445.

<sup>264</sup> Siehe Alldeutsche Blätter 25.8.1917. Konstantin von Gebattel hielt jedoch nicht viel von der Wirkung der eigenen Verbandsblätter: „Mit den Alldeutschen Blättern bin ich seit dem letzten Redaktionswechsel auch gar nicht mehr zufrieden. Wenn nicht hie und da Class hineinschreiben würde, wären sie sehr langweilig. Das muss sich wieder ändern, denn aufgeben können wir die Blätter nicht, die die einzige Verbindung darstellen, [von] der Leitung des Verbandes mit [seinen] Mitgliedern[,] und die infolge dessen die bei weitem grösste Auflage aller deutschen Wochenschriften haben.“ Konstantin von Gebattel an Theodor N. N., 16.1.1918, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 5, Bl. 16–19. Zitat ebd., Bl. 17. Claß beklagte ebenfalls den „wenig befriedigenden Zustand“ der Alldeutschen Blätter, da die Blätter im Sommer 1917 „aus meiner nächsten Nähe herausgewachsen sind.“ Dies hatte offensichtlich auch mit dem Aufbau der Deutschen Zeitung zu tun. Der Redakteur Ammen sollte ersetzt werden und Herr Schöne von der Geschäftsstelle zeichne nur die Schriftleitung „dem Namen nach.“ Claß an Konstantin von Gebattel, 29.1.1918, in ebd., Bl. 65. Das Abonnement wurde 1915 für alle Mitglieder erstmals verpflichtend in den Mitgliedsbeitrag aufgenommen, sodass sich Mitgliederzahl und Auflage der Alldeutschen Blätter annäherten und somit die Verbandsstruktur durch engere Mitgliederbindung professionalisiert wurde. Die Mitgliederzahlen des ADV betragen 1915 = 16.576, 1916 = 22.058 und 1918 = 36.904. Die Auflagenhöhe der Alldeutschen Blätter näherte sich diesen Zahlen langsam an: 1915 = 17.000, 1916 = 17.000 und 1918 = 34.000. Hofmeister: Between Monarchy and Dictatorship, S. 495. Die Publikation blieb trotzdem ein Zuschussgeschäft und nahm einen der größten Posten im jährlichen Verbandshaushalt ein.

<sup>265</sup> Die erwähnte Flugschrift und der Autor bleiben unklar. Gemeint ist unter Umständen Gerichtsassessor Dr. Kattausch, der sich während des Krieges dem ADV anschloss und im Januar 1918 Batterieführer an der Westfront war. Kattausch nahm während eines Fronturlaubes die Aufgabe an, einen Entwurf für eine Kundgebung der Hauptleitung des ADV zur „Gewinnung katholischer Gesinnungsgenossen“ sowie zwei weitere Texte zum Thema auszuarbeiten. Claß an Konstantin von Gebattel, 3.1.1918, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 5, Bl. 6 und Konstantin von Gebattel an Claß, 8.1.1918, in ebd., Bl. 7–8.

tholischen Gesinnungsgenossen in Verbindung zu setzen und mit ihnen einen Aufruf an unsere katholischen Freunde zu erlassen.<sup>266</sup> Gebtsattel fand bereitwillig Gehör und auch hinreichend viele Unterzeichner seines Entwurfs – alles Leute, die in ihrer Heimat etwas galten, und von denen wir hoffen konnten, dass man auf sie höre.<sup>267</sup> Weil aus dem „Erklärung und Aufruf“ überschriebenen Schriftstück sich ergibt, welche besondere Vorwürfe die Zentrumspresse gegen uns richtete, sei es im Wortlaut mitgeteilt. Es ging am 18. Juni 1918 in die Öffentlichkeit und lautete:

„Wir unterzeichneten fühlen uns verpflichtet, vor der Öffentlichkeit folgende Erklärung abzugeben:

Immer wieder begegnet man in einem Teile der Presse der Behauptung, der Alldeutsche Verband stehe der katholischen Kirche feindlich gegenüber, er fördere den Abfall von ihr, indem er die „Los-von-Rom-Bewegung“ ins Leben gerufen habe und begünstige, und darüber hinaus sei er infolge seiner rein machtpolitischen Bestrebungen ein Gegner christlicher Weltanschauung.

Wir sind getreue Anhänger der katholischen Kirche und haben uns als begehrteste Deutsche dem Alldeutschen Verbands angegeschlossen, weil wir in ihm den tätigsten Vorkämpfer des deutschen Gedankens erkannt haben, der, ohne Rücksicht auf Sonderzwecke zu nehmen, allein der Sache unseres Volkes dienen will und dient.

Als Mitglieder des Alldeutschen Verbandes haben wir nichts erfahren, was die eingangs erwähnten Vorwürfe rechtfertigen würde: wir können aufgrund unserer Zugehörigkeit zum Alldeutschen Verbands und unserer Kenntnis seiner Tätigkeit bezeugen, dass er den christlichen Bekenntnissen mit gleicher Achtung gegenübersteht, dass er keine feindselige Haltung gegenüber der

<sup>266</sup> Konstantin von Gebtsattel war Vorsitzender der Vereinigung nationaler Katholiken und versuchte bereits für die „Intellektuellen-Eingabe“ vom 20.5.1915, mit Auftrag von Claß, katholische Unterzeichner zu finden, was ihm jedoch nicht gelang. Konstantin von Gebtsattel an Claß, 21.5.1915, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 1, Bl. 653–655. Gebtsattel hatte grundsätzliche Bedenken bei allen Bemühungen um katholische Werbungen des ADV, „dass es trotzdem sehr schwer sein wird, in Kreisen der Zentrumspartei und besonders der Priesterschaft Mitglieder für den A.D.V. zu gewinnen, die Voreingenommenheit ist zu gross.“ Konstantin von Gebtsattel an Claß, 8.1.1918, in ebd., Bd. 5, Bl. 7–8.

<sup>267</sup> Claß schrieb den Katholiken-Aufruf selbst und gab ihn Konstantin von Gebtsattel zur Korrektur, der sich ab dem 4.4.1918 für vier bis fünf Wochen in Wiesbaden zur Kur aufhielt, nachdem er seit Anfang des Jahres wegen Kniegelenk-Entzündungen und verstärktem Asthma sowie schweren Magenverstimmungen als stellvertretender Verbandsvorsitzender ausgefallen war. Gebtsattel zeigte sich über seine Gebrechlichkeiten resigniert: „Ich will eben gar nicht mehr gehen!“ In Bamberg selbst konnte Gebtsattel zunächst keinerlei Unterzeichner für den Katholiken-Aufruf gewinnen, da selbst die Ortsgruppenversammlungen auffällig schwach besucht waren und die Mitgliederwerbung nicht voranging. Konstantin von Gebtsattel an Claß, 18.3.1918, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 5, Bl. 128–129. Gebtsattel hatte sich zuvor im Frühjahr 1914 ohne greifbaren Erfolg bemüht, die alldeutschen Ortsgruppen in Franken durch Zusammenschluss im Gauverband „Fränkische Leuchte“ mit den thüringischen Ortsgruppen Altenburg, Eisenach, Gotha, Heldburg, Jena und Meiningen/Werra zu erweitern und somit auch den katholischen Mitgliedern in der Region eine festere Organisationsstruktur zu ermöglichen. Peters: Konstantin von Gebtsattel, S. 181.

katholischen Kirche eingenommen hat oder einnimmt, und dass er mit der ‚Los-von-Rom-Bewegung‘<sup>268</sup> nichts gemein hat.

Wir wissen aus dem Munde und aus den Handlungen der alldeutschen Führer, dass sie sich darüber klar sind, dass eine Vereinigung, die den Namen Alldeutscher Verband führt, schon ihrem Namen nach gar nicht darauf verzichten kann, deutsche Volksgenossen ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses in sich aufzunehmen, wie sie es fertiggebracht hat, solche ohne Rücksicht auf ihre politische Parteistellung bei sich zu halten, sofern sie nur auf dem Boden des Volkstums stehen.

Was den Vorwurf unchristlicher Machtpolitik betrifft, so ist er auch unbegründet: wir wissen, dass der Alldeutsche Verband die Stärkung und Einhaltung deutscher Macht nicht als Selbstzweck betreibt, sondern als Mittel zur Förderung des Wohles, der Freiheit, der Kultur, des Gedeihens unseres Volkes, das – mitten ins Herz Europas zwischen fremde Völker gezwängt – der Macht nicht entraten kann, wenn es sich selbst erhalten will. Die Macht ist für es die Voraussetzung und die Grundlage der Freiheit, des Wohlstandes und der Kultur – und in diesem Sinne verlangt der Alldeutsche Verband eine Politik, die der Erhaltung und Stärkung deutscher Macht dienen soll.

Wenn wir so aus eigener Erfahrung bezeugen können, dass die gegen den Alldeutschen Verband erhobenen Vorwürfe unbegründet sind, so können wir auch aussprechen, dass wir nirgendwo sonst eine so tatbereite Liebe zum deutschen Volke gefunden haben, wie in ihm – nirgends sonst eine so klare Erkenntnis der deutschen Daseinsbedingungen und der sich daraus ergebenden politischen Forderungen.

Wir betrachten es als vaterländische Pflichterfüllung, dem Alldeutschen Verbands anzugehören und in ihm an der Grösse unseres Volkes arbeiten zu helfen, und wir fordern unsere katholischen Volks- und Glaubensgenossen, die in so schwerer Zeit ihre Pflicht gegenüber dem Vaterlande über das Mass des vom Staate Verlangten erfüllen, die als einzelne in der Heimat ihre Treue durch besondere Leistungen bewähren wollen, auf, sich vertrauensvoll dem Alldeutschen Verbands anzuschliessen: sie werden dort finden, was wir gefunden haben – eine Vereinigung deutscher Männer, die in ihr und durch sie nichts anderes wollen, als das Wohl unseres geliebten Volkes zu fördern.<sup>269</sup>

---

<sup>268</sup> Die „Los-von-Rom-Bewegung“ ging wesentlich auf die alldeutsche und deutschnationale Bewegung Georg Ritter von Schönerer in Österreich zurück, der vor allem einen Konfessionswechsel vom Katholizismus zur protestantischen Konfession forderte. Die Badenschen Sprachverordnungen von 1897 für die Kronländer Böhmen und Mähren führten zum entscheidenden Kampf der Deutschnationalen für diese Konversionsbewegung. Die Kanzlei der Reichsparteileitung des Deutschnationalen Vereins für Österreich/Deutschradikale Partei stand seit Beginn der Los-von-Rom-Bewegung in engem Kontakt mit Georg Pezoldt von der Ortsgruppe Plauen. Paul Pogatschnigg (Deutschradikale Parteikanzlei) an Claß, 19.10.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 198, Bl. 202.

<sup>269</sup> Abgedruckt in Alldeutsche Blätter 22.6.1918.

Die Unterzeichner<sup>270</sup> waren alle treue Anhänger ihrer Kirche, denen niemand den Vorwurf der Abtrünnigkeit machen konnte.

Auch diese Kundgebung bewährter Männer blieb ohne Wirkung.<sup>271</sup> Das Zentrum, d. h. dessen linker demokratischer Flügel, und der Teil der Geistlichkeit, der ihm anhing, sorgten dafür.<sup>272</sup> Ich wollte nun noch einen Versuch machen, um von oben her eine Änderung zu erreichen, indem ich einen meiner nächsten Freunde durch Vermittlung katholischer Gesinnungsgenossen, die zum westfälischen Adel gehörten, bei dem Erzbischof *von Hartmann* von Köln<sup>273</sup> einführen liess, der dem Kirchenfürsten alle unsere Beschwerden vortrug.<sup>274</sup>

Dieser erklärte, dass er sich ganz als Deutscher fühle und den Kampf, den wir führten, billige.<sup>275</sup> Über Erzberger<sup>276</sup> und den Teil des Zentrums, der blind

<sup>270</sup> Unterzeichnet hatten den Aufruf Konstantin von Gebattel (Bamberg), Gustav Beeck (Elberfeld), Graf Blome (Salzau/Holstein), Christian Dütting (Phoenix AG Gelsenkirchen), Staatsanwaltschaftsrat Eiteldinger (Essen), Max Finger (Breslau), Sanitätsrat Dr. Frank (Mönchengladbach), Freiherr von Fürstenberg (Berlin), H. Graeff (Koblenz), H. Gürten (Mainz), Amtsgerichtsrat Hallermann (Essen), H. Herbrueggen (Bingen), Josef Meier (Mytilene), Anton Minnich (Oppenheim), Oberamtsrichter Dr. Johann Schneider (Oppenheim), Anton Schruff (Gelsenkirchener Bergwerks-AG Duisburg), F. Villich (Mönchengladbach), Mittelschullehrer Völkel (Breslau) und F. Wimmer (Bamberg).

<sup>271</sup> Konstantin von Gebattel resümierte wegen der ausgebliebenen öffentlichen Resonanz gegenüber Claß: „Anliegend schicke ich Ihnen die Zeitungs-Ausschnitte betreffend unseren Katholiken-Aufruf zurück. Es ist furchtbar entmutigend, wenn man sieht, mit welcher niederträchtigen Mitteln diese Streiter für Gott, König und Vaterland kämpfen, wie sie bar jeder Loyalität mit bodenloser Niedertracht immer wieder die tausendmal widerlegten Geschichten auffrischen und sich immer wieder selbst den Gegner konstruieren, den sie dann bekämpfen können. [...] Die Zusammenwerfung unseres Verbandes mit Schönerer und den österreichischen Alldeutschen ist einfach illoyal.“ Konstantin von Gebattel an Claß, 31.7.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 357, Bl. 145.

<sup>272</sup> Die Friedensresolution der Mehrheitsparteien (Zentrum, SPD und FVP) vom 19.7.1917, die Papstnote Benedikts XV. zur Friedensvermittlung vom 17.8.1917, die Ernennung des katholischen Reichskanzlers Graf Georg von Hertling als Nachfolger von Georg Michaelis und das für den 31.10.1917 anstehende Lutherjubiläum zum 500. Jahrestag der Reformation führten zusätzlich zur alldeutschen Politisierung der katholisch-protestantischen Gegensätze innerhalb der Kriegszieldebatte. Siehe Alldeutsche Blätter 27.10.1917 und 10.11.1917.

<sup>273</sup> Felix von Hartmann (1851–1919), 1874 Priesterweihe, 1905 Generalvikar, 1911 Bischof von Münster, 1912 Weihe zum Erzbischof von Köln und 1913 Inthronisation (bis 1919), 1914–1919 Leiter der Deutschen Bischofskonferenz, Verbindungen zu Wilhelm II., 1919 Gründung des Bundes Neudeutschland der katholischen Jugendbewegung.

<sup>274</sup> Gemeint ist vermutlich Konstantin von Gebattel. Siehe Hering: Konstruierte Nation, S. 430.

<sup>275</sup> Siehe zu Felix von Hartmann auch Patemann: Der Kampf um die preußische Wahlreform, S. 186–260.

<sup>276</sup> Matthias Erzberger (1875–1921), 1903–1918 Mitglied des Reichstages für die Zentrumspar-  
tei, 1914 Kriegszieldenkschrift für deutsche Annexionen, 1917 Abstand von seinen Annexionsforderungen und Mitinitiator der Mehrheitsparteien für die Friedensresolution des Reichstages, 1918 Staatssekretär ohne Geschäftsbereich in der Regierung Prinz Max von Baden, 11.11.1918 Unterzeichner des Waffenstillstandsabkommens in Compiègne, 1919 Vizekanzler und Finanzminister in der Regierung Gustav Bauer, 1920 Rücktritt als Finanzminister, 1921 Ermordung durch Mitglieder der Organisation Consul.



seiner Führung gehorche, sprach er sich mit scharfen Worten aus; aber schliesslich erklärte er, nichts tun zu können, weder im allgemeinen zur Bekämpfung Erzbergers, noch im besonderen, um die Angriffe der Zentrums Presse gegen den Alldeutschen Verband zu verbieten.

Die Begründung für die Erklärung sprach Bände und gehörte zu den Zeichen der Zeit. Der Erzbischof sagte: „Als Oberer meiner Geistlichkeit kann ich nur Anordnungen treffen, von denen ich weiss, dass sie befolgt werden. Ähnliches gilt für mich gegenüber der Zentrums Presse. In dieser Frage ist es kein Zweifel, dass mindestens 90, ja sogar 95 v.H. der Geistlichen, jedenfalls so gut wie alle jüngeren, vom Geiste Erzberger erfüllt sind, also ganz links stehen. Mögen die Oberen, wie ich es für einen Priester der katholischen Kirche eigentlich für selbstverständlich halte, der aristokratischen Richtung angehören – sie stehen allein. Wenn ich heute meiner Überzeugung folgen und Anordnungen des Inhalts ausgeben würde, wie sie der Alldeutsche Verband mir vorschlagen lässt, so würden sie von dem überwältigenden Teile meiner Geistlichkeit nicht befolgt werden, und dem kann ich mich nicht aussetzen. Hier sind die Grenzen meiner Macht.“<sup>277</sup>

Als mir mein Abgesandter dieses Geständnis des Erzbischofs berichtete, war ich doch erschüttert, obwohl ich mir den Verlauf der Besprechung nicht viel anders gedacht hatte. Lag doch in seinem Geständnis die Erklärung eingeschlossen, dass er auf jeden Versuch politischer Beeinflussung seiner Geistlichkeit verzichten müsse, und dass dieser der Führung des geistlosesten, aber anmassendsten Demagogen anheimgefallen war. Denn Erzberger war nichts anderes als ein solcher und behielt bis zu seinem Tode seine Gefolgschaft fest in der Hand.<sup>278</sup>

Es war also nicht zu verwundern, dass wir nach wie vor in der unwahrhaftigsten Weise vom Zentrum und seiner Presse behandelt wurden.<sup>279</sup> Dies dau-

---

<sup>277</sup> Siehe zu den Auseinandersetzungen unter den katholischen Bischöfen um die Friedensfrage und der Wahlrechtsreform Patemann: Der Deutsche Episkopat und Hübner: Die Rechtskatholiken, S. 81–104.

<sup>278</sup> Matthias Erzberger wurde 26.8.1921 von Angehörigen der Organisation Consul ermordet. Claß kommentierte, die Ermordung sei „begangen von verblendeten Fanatikern, denen man wohl den guten Willen nicht absprechen könne; aber dieser Wille sei nicht geleitet gewesen von klarem Verständnis für die Sachlage, sondern habe sich rein instinktmässig in die Tat umgesetzt. Die Folgen seien dann auch sofort zu Tage treten, fast wie auf Bestellung. Für die vor dem Bankerott stehende Demagogie sei diese Tat gerade zu rechter Zeit gekommen, und man sei sofort ans Werk gegangen, den auf diese Weise erhaltenen Agitationsstoff nach Kräften auszubeuten. [...] Es fehle nur noch, dass Erzberger in den Stand der Heiligen erhoben werde.“ Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 2.9.1921, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 132, Bl. 7 und 8.

<sup>279</sup> Siehe zum „Katholikenaufruf“ Germania 14.7.1918 und die Erwiderung in Deutsche Zeitung 22.7.1918 sowie Konstantin von Gebssattels Replik in Alldeutsche Blätter 27.7.1918 und das Manuskript „Die Germania und der Katholiken-Aufruf“ von Konstantin von Gebssattel, 19.7.1918, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 6., Bl. 539–540. Claß dankte Gebssattel für die von ihm gewünschte Germania-Replik in den Alldeutschen Blättern. Claß an Konstantin von Gebssattel, 21.7.1918, in ebd., Bd. 5, Bl. 199. Siehe auch Konstantin von Gebssattel an Claß, 31.7.1918, in ebd., Bl. 219. Claß hielt im September 1918 zum Katholikenaufruf fest: „Ich habe schon damals gesagt, daß ich von ihm keinen großen Erfolg erwarte. Er ist als

erte eigentlich so lange, als beide am Leben waren. Für unsere katholischen Freunde aber war es eine ganz bittere Erfahrung, diese Kampfweise erleben zu müssen, und vor allem *Gebattel* war verzweifelt über das Eingeständnis des Erzbischofs, das er seiner Geistlichkeit gegenüber machtlos sei.

## 2.6. Bethmann Hollwegs Sturz

Was immer die unabhängigen Männer im Lande und die Presse, die die nationale Opposition vertrat, gegen *Bethmann Hollweg* unternahmen, war erfolglos geblieben, da der Kaiser sich von ihm nicht trennen wollte und die Bundesfürsten sich nicht dazu entschliessen konnten, bei ihm, dem Kaiser, wegen der Beseitigung des Verhängnisvollen vorstellig zu werden.<sup>280</sup> So blieb dieser Kanzler im Amte, bis endlich auf der Höhe des Jahres 1917 die Oberste Heeresleitung eingriff und den Obersten Kriegsherrn vor die Entscheidung stellte, entweder Bethmann Hollweg gehen zu lassen oder auf ihre Dienste zu verzichten.<sup>281</sup>

So hatte dieser noch reichlich Zeit, das Mass seiner Sünden übertoll zu machen. Hier sei insbesondere seine Haltlosigkeit auf dem Gebiete der preussischen Wahlrechtsfrage erwähnt, weil sie auch beweist, wie [sic] grossen Einfluss der Kanzler trotz alledem bei dem Kaiser gehabt hat. Es ist schon früher gesagt worden, wie die Schwäche der Regierung dazu geführt hatte, dass allmählich, für das Wohl des Vaterlandes viel zu schnell, die Marxisten, Zentrumsleute und Demokraten aller Richtungen sich wieder ermanneten und nach und nach, von der Regierung ungehindert, das parlamentarische System einführen konnten, das der deutschen Reichsverfassung widersprach.<sup>282</sup>

Es war sicher, dass die Ansprüche dieser Gruppe letzten Endes auf die Umbildung der Bismarck'schen Verfassung in der Richtung des ausgesprochenen westlerischen Parlamentarismus gerichtet waren.<sup>283</sup> Aber ein schweres

---

eine taktische Maßnahme gedacht, um uns bei Angriffen von Zentrumsseite auf diese Unterlagen zu berufen.“ Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 13.9.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 120, Bl. 19.

<sup>280</sup> Zu den Auseinandersetzungen zwischen Theobald von Bethmann Hollweg, dem Alldutschen Verband und der Presse siehe Koszyk: Deutsche Pressepolitik, 152–165 und 42–57.

<sup>281</sup> Nachdem die Fronde gegen Theobald von Bethmann Hollweg seit Februar 1917 massiv zunahm und die Parteienkrise um die Friedensverhandlungen sich zuspitzte, intervenierte die Oberste Heeresleitung um Erich Ludendorff, Paul von Hindenburg und Max Bauer seit Anfang Juli 1917 für die Entlassung des Reichskanzlers. Ludendorff und Hindenburg drohten mit Rücktritt und erpressten damit Wilhelm II. für einen Kanzlerwechsel. Jarausch: Enigmatic Chancellor, S. 364–380, Pyta: Hindenburg, S. 245–283 und Nebelin: Ludendorff, S. 283–341.

<sup>282</sup> Zur Unterstützung der Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts und der „Osterbotschaft“ des Kaisers vom 7.4.1917 durch die Mehrheitsparteien und den Reichskanzler siehe Theobald von Bethmann Hollweg: Betrachtungen, Bd. 2, S. 175–195 und Jarausch: Enigmatic Chancellor, S. 339–348.

<sup>283</sup> Der linksliberale Vizekanzler im Kabinett Graf Georg von Hertling und Prinz Maximilian von Baden und Vorsitzender des Interfraktionellen Ausschusses, Friedrich von Payer, schrieb in seinen 1923 erschienenen Erinnerungen von einem Wandel vom autoritärem Zu-

Hindernis war noch zu überwinden, bevor dies letzte Ziel erreicht werden konnte: im Reich herrschte zwar das parlamentarische Verfahren eigentlich unverhüllt, und dort hatten die Parteien, die darauf hinstrebten, die Mehrheit; in Preussen aber gab im Abgeordnetenhaus die Konservative Partei den Ausschlag, ganz abgesehen davon, dass das Herrenhaus eine noch stärkere Mehrheit der gleichen Richtung aufwies.<sup>284</sup>

Das Abgeordnetenhaus war bekanntlich auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gebildet und die Einteilung der Klassen war durch die Höhe der Steuerleistung bestimmt.<sup>285</sup> *Fürst Bismarck* hatte einmal aus besonderem Anlass die-

---

schnitt des Reichstages mit preußischer Dominanz unter Reichskanzler Otto von Bismarck zu einer „Parlamentarisierung“ während des Ersten Weltkrieges, die unter der Reichskanzlerschaft Bernhard von Bülow mit emanzipatorischen Impulsen vorsichtig begonnen, letztlich unter dem „Druck der Ereignisse“ einen Teil der Parteien zueinander geführt habe und die Parteien daher „mehr und mehr entscheidenden Einfluß auf die deutsche Politik gewannen“. Ders.: Von Bethmann bis Hollweg, S. 11–22. Zitate ebd., S. 21. Theobald von Bethmann Hollweg verwies mit Blick auf die grundlegende Bedeutung der Wahlrechtsdiskussion auf die zentrale Rolle Preußens und dessen Landtag, der vor allem den Deutsch-Konservativen als „Instrument ihrer Agitation“ diene, jede „Regierung in lähmende Halbheiten“ zwischen Reichstag und Landtag verwickle, und eine Angleichung an das Reichstagswahlrecht notwendig machen würde: „Das parlamentarische System setze eben, wenn die Staatsmaschinerie in Gang bleiben sollte, nicht nur eine radikale Änderung der Bismarckschen Reichsverfassung, sondern einen völligen Umbau des Reiches voraus.“ Ders.: Betrachtungen, Bd. 2, S. 175–181. Zitate S. 176 und 177. Zur Debatte um eine „Parlamentarisierung“ des Reichstags im Deutschen Kaiserreich siehe u. a. Rauh: Parlamentarisierung, Schönberger: Die überholte Parlamentarisierung, Lepsius: Parteiensystem, Rohe: Wahlen und Wählertraditionen, Sperber: The Kaiser's Voters, Fairbairn: Democracy, Anderson: Practicing Democracy und Frie: Das Deutsche Kaiserreich, S. 94–107.

<sup>284</sup> Das Preußische Herrenhaus fungierte von 1848–1918 als Erste Kammer des Preußischen Landtages und von 1854 bis zur Auflösung am 5.11.1918 als Herrenhaus, das sich aus ernannten und erblichen Mitgliedern zusammensetzte. Der Adel und vor allem der junkerliche Landadel bestimmten wesentlich die soziale Zusammensetzung des Herrenhauses. Die Alte und die Neue Fraktion der Konservativen dominierten die politischen Strömungen, nationalliberale Strömungen kamen hinzu, Sozialdemokraten waren nicht und Zentrums- politiker sowie Linksliberale kaum vertreten. Spenkuch: Das Preußische Herrenhaus.

<sup>285</sup> Das Dreiklassenwahlrecht für die Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus (als zweite Kammer des Preußischen Landtags) bestimmte von 1848/49 bis 1918 als Zensuswahlrecht mit drei Steuerklassen die Wahlberechtigung von Männern mit vollendetem 24. Lebensjahr für die Wahl von Wahlmännern. Zu Grunde lag der Einteilung der Wähler in drei Abteilungen das Aufkommen an direkten Staatssteuern (ab 1891/93 Finanzreform mit progressiver Einkommenssteuer und Vermögenssteuer sowie Verteilung der Steuerklassen gemessen am Steueraufkommen im jeweiligen Wahlbezirk). Das Dreiklassenwahlrecht bevorzugte vor allem die Deutsch-Konservativen, die vor dem Ersten Weltkrieg ca. 1/3 der Sitze im Abgeordnetenhaus und 2/3 der Sitze im Herrenhaus besetzten und sich unter dem Parteivorsitzenden von 1911–1918, Ernst von Heydebrand und der Lasa, gegen jede demokratisierende Reform des Wahlrechts stellten. Claß betonte, „daß man jede Aenderung des preussischen Wahlrechts bekämpfen sollte“ und suchte dahingehend die Kooperation bei den Deutsch-Konservativen. Claß an Kuno Graf Westarp, 19.2.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 495, Bl. 110. Auch die Nationalliberalen, das Zentrum sowie die Linksliberalen profitierten von dem Zuschnitt aus Wahlverfahren und Wahlkreiseinteilung, die nicht dynamisch an die Bevölkerungsentwicklung angepasst wurde und somit die östlichen Provinzen Preußens mit geringerem Bevölkerungswachstum und Binnenmigration in die urbane Zentren gegenüber den westlichen Provinzen bevorzugte. Siehe dazu Kühne: Dreiklassenwahlrecht.

ses Wahlrecht als das denkbar elendste bezeichnet, und seit Jahrzehnten zog die Linke dieses Wort des ihr sonst so verhassten ersten Reichskanzlers zur Förderung ihrer Pläne heran. Gewiss entsprach ein solches Wahlrecht nicht der Auffassung des Volksganzen von einem gerechten Anteil aller an der Bildung des Staatswillens. Aber es war kein Zweifel, dass es auf dieser Erde keinen Staat gab, der besser und sauberer verwaltet wurde, als dies verrufene Preussen.<sup>286</sup>

Nun ging gegen Ende des Jahres 1916 und steigend mit dem Anfang des Jahres 1917 der Hauptangriff auf Preussen los.<sup>287</sup> Die demokratischen Gruppen aller Richtungen vereinigten sich in dem stürmisch vorgebrachten Verlangen, das Reichstagswahlrecht in Preussen einzuführen; zur Beweisführung wurde dabei die Behauptung verwendet, dass erst, wenn dies geschehen sei, das Deutsche Reich von den bisherigen Feinden als ein freiheitlicher Staat anerkannt würde. Bethmann Hollweg lehnte zunächst jedes Eingehen auf dieses Verlangen ab und erklärte – in diesem Fall mit unbedingtem Rechte – dass diese Frage in solcher Zeit nicht entschieden werde könne.

Es war selbstverständlich, dass die gesamte Rechte dieselbe Haltung einnahm. Die demokratischen Herrschaften entfesselten daraufhin einen ruchlosen Pressefeldzug, in dem sie die niederträchtigste Gleichstellung von Reaktionsären und Kriegsverlängerern in den Vordergrund stellten. Noch war der Einfluss der Zensur auf die Presse in jedem Augenblick möglich.<sup>288</sup> Aber es

<sup>286</sup> Auch eine Erweiterung des Wahlrechts für Kriegsteilnehmer lehnte Claß ab: „Der Gedanke eines verstärkten Wahlrechts für die Kriegsteilnehmer ist an sich bestechend, aber sehr gefährlich, da am Ende das bessere Wahlrecht an die Massen verliehen wird, von denen in ganz bestimmter Aussicht steht, dass sie kurze Zeit nach dem Kriege wieder der Verhetzung verfallen werden; von oben herunter geschieht ja heute schon alles, um den Führern ihren Einfluss auf die Massen zu sichern.“ Claß an Direktor Dr. Dieter, 22.12.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 198, Bl. 256. Konstantin von Gebattel erklärte insgeheim zum preußischen Wahlrecht, dass es „trotz seiner guten Leistungen selbst wirklich nicht gut ist“ und erneuert werden müsste. Die Befürchtung einer Parlamentarisierung nach westlichem Muster war aber treibend bei seiner Ablehnung der Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen, das zu einer „Katastrophe“ und zur „politischen Herrschaft“ des „internationalen Judentums“ führen würde. Konstantin von Gebattel an Otto Schmidt-Gibichenfels, 11.4.1917, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 4, Bl. 161–162. Zitat ebd., Bl. 162.

<sup>287</sup> Die SPD sowie die Linksliberalen forderten vor dem Ersten Weltkrieg immer wieder eine Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts. Theobald von Bethmann Hollweg nahm vereinzelte Reformpunkte 1910, wie die Direktwahl der Kandidaten und eine steuerliche Festsetzung der Zugehörigkeit zur 1. und 2. Klasse, die zu einer Erweiterung der Wahlberechtigten in diesen Klassen führen sollte, auf. Der Reformvorschlag wurde fraktionsübergreifend mit unterschiedlichen Begründungen abgelehnt. Der „Burgfrieden“ vom August 1914 verlagerte die Reformforderungen, die 1916 und 1917 wieder aufbrachen. Siehe dazu auch Anderson: *Lehrjahre der Demokratie*, Kühne: *Dreiklassenwahlrecht und Retallack: Red Saxony*, S. 593–629.

<sup>288</sup> Claß selbst wollte nach der im Januar 1915 erfolgten Beschlagnahme der am 22.12.1914 versendeten Kriegszielenkschrift und den wiederkehrenden Zensurverboten für die Alldeutschen Blätter „mit der Zensur oder ähnlichen Sachen nichts zu tun haben“ und bat auch bei Vorträgen in Veranstaltungen vorher die Organisatoren um amtliche Genehmigung bei den lokalen Polizeibehörden. Claß an Oberamtsrichter Dr. N. N. (Oppenheim), 18.7.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 202, Bl. 405.

geschah nichts, um diesem Treiben entgegenzutreten. Und so liess man die höchst einfache Beweisführung zu. Die Leute der Rechten traten für ein der Schwere des Kampfes entsprechendes Kriegsziel ein, sie waren also Kriegsverlängerer. Sie waren es aber auch, die das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für Preussen verwarfen: also waren sie Reaktionäre. Somit war die Gleichung fertig: Reaktionäre – Kriegsverlängerer.

Für uns war es selbstverständlich, dass wir sowohl in den „Alldeutschen Blättern“ als auch in unseren Versammlungen, insbesondere aber in der „Deutschen Zeitung“, die seit dem 1. April 1917 in der Reichshauptstadt zu unserer Verfügung stand<sup>289</sup>, die Zerstörerrepublik des Kanzlers und preussischen Ministerpräsidenten aufs äusserste bekämpften und damit den Zorn der gesamten Mehrheitsparteien auf uns zogen.<sup>290</sup> Es würde zu weit führen, im einzelnen

<sup>289</sup> Claß schrieb dahingehend am 19.2.1917 über seinen Kampf gegen die Wahlrechtsreform und seine Verbitterung über die unklare Haltung der DkP an Kuno Graf Westarp: „Sie haben vielleicht davon gehört, dass ich mit einem Kreis von Gesinnungsgenossen die ‚Deutsche Zeitung‘ angekauft habe und dabei die Absicht verfolge, dies Blatt zu einer wirklich unabhängigen nationalen Zeitung auszugestalten. [...] Ich selbst bin der Ansicht, dass man jede Aenderung des preussischen Wahlrechts bekämpfen sollte, bin mir aber nicht darüber im klaren, ob die Zeitung diesen Standpunkt vertreten kann, wenn die konservative Partei zu gewissen Zugeständnissen bereit ist.“ BA-Berlin, N 2329, Bd. 18, Bl. 2.

<sup>290</sup> Theobald von Bethmann Hollweg notierte in seinen Erinnerungen dazu: „Hinter der Obersten Heeresleitung sammelten sich meine politischen Gegner in Parlament, Presse und der Vereins- und Komiteemaschinerie zu neuem öffentlichem Ansturm. [...] Insbesondere die Gruppe des alldeutschen [sic] Verbandes und ihre Mitläufer gingen darauf aus, durch Erweiterung der Gegensätze zwischen der militärischen und zivilen Leitung zum Siege zu kommen. Eine Geheimsitzung dieser Kreise im Hotel Adlon, deren Ergebnisse öffentlich bekannt wurden, enthüllte ganz nackt die Absicht, sich mit der Autorität der militärischen Gewalthaber zu umgürten. [...] Die Demagogie setzte ein; aus allen Gegenden wurden Telegramme an die militärischen Heroen abgesandt, deren wohlwollende Verantwortung helfen sollte, den Kampf gegen die Politik des Reichskanzlers durch den Nimbus der militärischen Führer zu stützen.“ Ders.: Betrachtungen, Bd. 2, S. 170–171. Siehe auch Jarausch: Enigmatic Chancellor, S. 349–380. Bethmann Hollweg verwies hier auf das Treffen am 25.2.1917 im Hotel Adlon in Berlin, zu dem auch Konstantin von Gebsattel und Claß eingeladen wurden, jedoch auf Anraten von Claß von beiden nicht besucht wurde, da er Paul Graf von Hoensbroich nicht für einen geeigneten Führer der Kanzlersturzbewegung hielt. Claß ließ sich jedoch ausführlich, unter anderem von Carl Caesar Eiffe, berichten. Siehe Claß an Konstantin von Gebsattel, 19.2.1917 und 27.2.1917, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 4, Bl. 41 und 74 und Konstantin von Gebsattel an Carl Caesar Eiffe, 6.3.1917, in ebd., Bl. 86–87. Zur Ablehnung einer Zusammenarbeit mit Hoensbroich aus vergleichbaren Gründen seitens Dietrich Schäfer siehe Ders. an Emil Kirdorf, 16.10.1916, in ABBAW, NL Schäfer, Bd. 1, Bl. 239–240. Trotzdem galt die Adlon-Versammlung als wichtige Besprechung der Kanzlersturzbewegung, die unter anderem von Emil Kirdorf ausging und an der auch Eduard von Knorr teilnahm. Siehe dazu auch Tagebucheintrag Georg Alexander von Müller, 28.2.1917, in Görlich: Regierte der Kaiser, S. 262. Wilhelm II. ließ sein ausgesprochenes Missfallen gegenüber Knorr durch Georg Alexander von Müller ausdrücken, bei dieser Versammlung gegen Bethmann Hollweg teilgenommen zu haben und bat Knorr um schriftliche Aufklärung, in welchem Verhältnis Knorr zu den Teilnehmern der Adlon-Versammlung und den Zielen vor allem durch Emil Kirdorf und Carl Duisberg stünde. Knorr verwies unter anderem auf die abgelehnte Salm-Eingabe für die Adlon-Versammlung der Kanzlersturzbewegung. Wilhelm II. wiederum lehnte jegliche politischen Einmischungen in seine Entscheidungen ab. Georg Alexander von Müller an Eduard von Knorr, 28.2.1917, Eduard von Knorr an Wilhelm II., 5.3.1917, Wilhelm II. an Eduard von Knorr, 10.3.1917, in

das Hin und Her zu schildern, das Bethmann Hollweg in der Wahlrechtsfrage fertigbrachte. Es sei nur festgestellt, dass er vollkommen unter den Einfluss der beiden widerwärtigsten Demagogen jener Zeit, der Reichstagsabgeordneten *Matthias Erzberger* vom Zentrum und *Philipp Scheidemann*<sup>291</sup> von der Sozialdemokratie gelangt war. Wohin beide trieben, lag auf der Hand: ihr Ziel war die reine Parlamentsherrschaft und innerhalb ihrer ein massgebender Posten für sich.<sup>292</sup>

In jener Zeit, im Frühjahr 1917, fand der ungeheuerliche Vertrauensbruch statt, den Erzberger mit einem geheimen Schreiben des österreichischen Ausministers, des Grafen *Ottokar Czernin*<sup>293</sup>[.] beging, das dieser an den jun-

---

BA-Berlin, R 8048, Bd. 453, Bl. 311–314. Zur Reichstagsdebatte über die Adlon-Konferenz vom 2.3.1917 siehe Verhandlungen des Reichstags, Bd. 309, S. 2489–2490, 2514, 2516, 2518, 2526 und 2527.

<sup>291</sup> Philipp Scheidemann (1865–1939), 1903–1918 Mitglied des Reichstags für die SPD, 1911 Mitglied des Parteivorstandes der SPD, 1913 mit Hugo Haase Übernahme des Parteivorsitzes der SPD, 1917 mit Friedrich Ebert Parteivorstand der SPD, 1914–1918 Ablehnung von Kriegszielpolitik und Annexionen, 1918 Mitglied des Aktionsvorstandes während der Januarstreiks, 1918 Staatssekretär in der Regierung von Prinz Maximilian von Baden, 1918–1919 Mitglied des Rats der Volksbeauftragten, 1919 Reichsministerpräsident, 1919–1920 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, 1920–1933 Mitglied des Reichstags für die SPD.

<sup>292</sup> Die SPD forderte 1917 in dem Hauptausschuss, der 1915 als Koordinationszentrum der Mehrheit von SPD, Linksliberalen und Zentrum eingerichtet und durch den Interfraktionellen Ausschuss 1916 verstetigt worden war, immer deutlicher ein Kriegsende ohne Annexionen und Entschädigungen. Philipp Scheidemann versuchte den Herausforderungen durch die Gründung der USPD auf dem Gründungsparteitag vom 9.–11.4.1917 zu begegnen, indem er verstärkt Friedensverhandlungen und Wahlrechtsreformen als Voraussetzungen für weitere Zustimmungen zu Kriegskrediten forderte. Scheidemann war ständiger Polemik in den Alldeutschen Blättern ausgesetzt und reagierte auf alldeutsche Angriffe seinerseits mit Verurteilungen des ADV in seinen Reichstagsreden, so am 19.7. und 29.11.1917, in denen er den Verband als hauptverantwortlichen Kriegstreiber benannte. Siehe dazu Alldeutsche Blätter 4.8.1917 und 29.12.1917. Vor dem Eindruck des im Februar 1917 beginnenden U-Bootkrieges und dem verfehlten Ziel, Großbritannien innerhalb von sechs Monaten zu besiegen, hielt Matthias Erzberger am 6.7.1917 eine Rede im Reichstag, in der er den Reichstag aufforderte, ein Kriegsende ohne Eroberungen auszurufen. Erzberger wusste auch um die für August 1917 geplante Friedensnote des Papstes und wollte dafür günstige Voraussetzungen durch diesen Aufruf schaffen. Am 19.7.1917 verabschiedeten die Mehrheitsparteien des Reichstages eine von Erzberger eingebrachte Friedensresolution, die auch die Mitbestimmung des Reichstages in der Außenpolitik anzeigte und sich sowohl gegen die Verfassungsorgane der monarchischen Regierung sowie der Macht der Obersten Heeresleitung stellte. Epstein: Matthias Erzberger, S. 204–215. Siehe auch Bethmann Hollweg: Betrachtungen, Bd. 2, S. 219–238 und Payer: Von Bethmann Hollweg zu Ebert, S. 28–38. Zur alldeutschen Kritik an der Friedensnote des Papstes: Alldeutsche Blätter 25.8.1917 und 29.9.1917 sowie den Bericht vom Verbandstag des ADV in Kassel, 6.–7.10.1917, in ebd., 13.10.1917.

<sup>293</sup> Ottokar Graf Czernin (1872–1932), 1895 Botschafter in Paris, 1899 Botschafter in Den Haag, 1903–1913 Mitglied des böhmischen Landtages für den verfassungstreuen Großgrundbesitz, Gegner des allgemeinen Wahlrechts von 1907, ab 1905 Berater des Thronfolgers Franz Ferdinand, 1912 lebenslanges Mitglied des Herrenhauses, 1913 Botschafter in Bukarest, 1916–1918 Außenminister nach Berufung durch Karl I., 1918 Teilnahme an den separaten Friedensverhandlungen mit Rumänien, Sowjetunion und der Ukraine, April

gen *Kaiser Karl*<sup>294</sup> gerichtet hatte. Eine Abschrift davon war durch Vertrauensleute der *Kaiserin Zita*<sup>295</sup> in Erzbergers Hand geraten. Dieser Demagoge benutzte es auf eine Weise, von der ich bald durch meinen Berufsgenossen, den hessischen Zentrumsführer[,] Geheime[r] Justizrat *Dr. Adam Joseph Schmitt*<sup>296</sup>[,] in Mainz Kenntnis erhielt.

Dieser erzählte mir, und zwar, wie er sagte, nur mir allein[,] von dem Verlauf einer Führersitzung der südwestdeutschen Zentrumsleute, die Anfang Mai 1917 in Frankfurt a. M. abgehalten worden war, und bei der Erzberger den wesentlichen Inhalt des Czerninschen Schreibens zur Kenntnis gebracht hatte; dieses besagte, dass die innere Lage Österreich-Ungarns unhaltbar, ja verzweifelt sei, so dass es nötig sei, den Frieden anzustreben.<sup>297</sup>

Zweifellos war diese diplomatische Urkunde zu dem Zweck angefertigt worden, der reichsdeutschen Obersten Heeresleitung vorgelegt zu werden, um sie friedensbereit zu stimmen. Dieser Erfolg war indes nicht erzielt worden, da unsere massgebenden Männer aus eigenen Quellen hinreichend unterrichtet waren. Umso grösser war Erzbergers Erfolg, als er mit jenem Schreiben hausieren ging. Schmitt erzählte mir, dass die ganze Frankfurter Versammlung wie auf den Kopf geschlagen war, als ihr Erzberger seine Mitteilungen unter Auferlegung strengster Geheimhaltung machte. „Wenn das wahr ist, was Erzberger sagt, dann ist der Krieg nicht mehr zu gewinnen, und wir müssen sehen, so schnell wie möglich zu Friedensverhandlungen zu kommen.“ Dabei wurde angedeutet, dass Bethmann Hollweg wohl ein Hindernis sei, wenn man diesem

---

1918 Rücktritt als Außenminister, 1920–1923 Mitglied des Nationalrates der Republik Österreich für die Demokratische Partei.

<sup>294</sup> Erzherzog Carl Franz Joseph von Österreich (Karl I., 1887–1922), 1916–1918 Kaiser von Österreich, König von Böhmen und König von Ungarn und Kroatien.

<sup>295</sup> Zita Marie delle Grazie von Bourbon-Parma (1892–1989), 1911 Heirat mit Karl I. (1916–1918 Kaiser von Österreich-Ungarn und als Karl IV. Apostolischer König von Ungarn und Böhmen), 1916–1918 Kaiserin von Österreich, 1921 Apostolische Königin von Ungarn.

<sup>296</sup> Adam Joseph Schmitt (1855–1928), 1881 Niederlassung als Rechtsanwalt in Mainz, 1889 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Mainz, 1890 Mitglied des Kreistages und des Kreis Ausschusses Mainz, 1893 II. Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 1895–1903 Mitglied des Reichstages für die Zentrumsparterie, Führer der hessischen Zentrumsparterie, 1919–1920 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung für die Zentrumsparterie, 1919–1920 Mitglied des Landtags des Volksstaates Hessen.

<sup>297</sup> Matthias Erzberger war am 22. und 23.4.1917 in Wien. Einem Bericht zufolge von Ottokar Graf Czernin über Revolutionsbefürchtungen in Österreich-Ungarn und Bestrebungen des Schwagers von Kaiser Karl I., Prinz Sixtus von Bourbon-Parma, für einen Sonderfrieden mit Frankreich gegenüber Czernin, Kaiser Karl I., Kardinal Friedrich Gustav Piffel und dem Wiener Bürgermeister Richard Weiskirchner wollte Erzberger die Notwendigkeit der Bündnistreue mit dem Deutschen Reich betonen. Kaiser Karl I. betonte Österreichs Bündnistreue, jedoch ebenso die begrenzten Möglichkeiten zur Fortführung des Krieges. Der Kaiser gab Erzberger den Bericht Czernins zur freien Verfügung, wenn er bei zukünftigen Friedensverhandlungen nützlich sein könnte. Erzberger las diesen Brief, beziehungsweise geheimen Bericht, Graf Czernins an Kaiser Karl I. vom 12.4.1917 auf einer Reichsausschussversammlung des Zentrums am 24./25.7.1917 in Frankfurt/Main vor. Epstein: Matthias Erzberger, S. 194–195.

Ziele zustrebe. Ich war hellhörig geworden, als ich zum ersten Male vernahm, dass die engste Gefolgschaft des Kanzlers an ihm irre geworden war.

Ich will hier auch erwähnen, dass ich in dieser Zeit mehrmals in demselben Schlafwagen von Berlin bis Frankfurt a. M. mit Erzberger zusammen fuhr und Gelegenheit hatte, ihn nach der Ankunft dort vor der Weiterfahrt nach der Schweiz, wo er eine besonders verhängnisvolle Rolle spielte<sup>298</sup>, am offenen Fenster seines Abteils stehen zu sehen, um frische Luft zu schöpfen. Ich glaube nicht, dass ich jemals vor – oder nachher – ein Gesicht gesehen habe, das selbstzufriedener glänzte, als das dieses kleinen Mannes, der durch seine Bedenkenlosigkeit sich zu einer Scheingrösse emporgearbeitet hatte. Ich wusste von seinen Reisen nach der Schweiz, und jedesmal, wenn ich ihn so sah, beherrschte mich der Gedanke, welches Unheil wohl jetzt auf Schweizer Boden gegen das arme Deutsche Reich, als dessen Vertrauensmann sich Erzberger aufspielte, neu angezettelt würde.<sup>299</sup> Wie ungeheuer unsere Sorge um das Vaterland damals war, ergibt sich daraus, dass ich mich entschloss, den Kaiser in einer Throneingabe zu bitten, mich zu empfangen, damit ich ihm Vortrag über die wahre Lage des deutschen Reichs halten könnte. Ich lasse den Wortlaut des Schriftstücks folgen:

„Mainz, den 7. Mai 1917

An Seine Majestät den Kaiser und König.

Euer Majestät

bitte ich um Gehör für wenige Worte:

Die Anträge, die jetzt den sogenannten Verfassungsausschuss des deutschen Reichstags beschäftigen, beweisen mit furchtbarer Deutlichkeit, wohin die Absichten der politischen Kreise zielen, auf die heute ein deutscher Reichskanzler sich stützt – allein stützt.

Indem man diesen Kreisen für ihre Machenschaften, trotz des Krieges und seiner Gefahren und Nöte volle Handlungsfreiheit gewährte, hat man den zer-

<sup>298</sup> Matthias Erzberger war verstärkt zwischen Herbst 1916 und Sommer 1917 in der Schweiz, wo er Informanten und Kuriere mit internationalen Kontakten hatte. Er nahm u. a. an Kongressen der Internationalen Katholischen Union in der Schweiz mit Sitz in Zürich teil. Ein erster Kongress fand im Februar 1917 und ein zweiter Kongress Ende Januar 1918 statt, auf dem die Friedensnote des Papstes Benedikt XV. vom 1.8.1917 unterstützt wurde. Erzberger: *Erlebnisse im Weltkrieg*, S. 17–18. Erzberger unterstützte in der Schweiz zudem die beiden Zeitungen *Demain* und *Paris Genève* der beiden französischen Journalisten der Linken, Henri Guilbeaux und Charles Hartmann, für eine deutschfreundliche Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Ausland. Beide Journalisten gingen nach dem Schweizer Verbot der Zeitungen 1917 in die Sowjetunion. Erzberger unterstützte ebenfalls Lenins Reise aus der Schweiz durch Deutschland und stand dahingehend in Kontakt mit dem Schweizer Journalisten Robert Grimm. Epstein: *Matthias Erzberger*, S. 124–125 und 190–194.

<sup>299</sup> Hans von Liebig verunglimpfte Matthias Erzberger in seiner 1919 im Lehmann-Verlag München erschienenen Schrift „Erzberger als Staatsmann und Werkzeug“ als jesuitischen Vertreter eines ultramontanen „kirchlich-römischen Weltimperialismus“ (S. 42). Er warf Erzberger ebenfalls vor, sich im Mai 1917 in der Schweiz mit dem Jesuitengeneral P. Wladimir Ledochowsky, der Kaiser Karl I. nahestand, zu Friedensplanungen getroffen sowie für die Besprechung der päpstlichen Friedensnote mit dem vatikanischen Geschäftsträger Monsignore Francesco Marchetti-Selvaggiani in Kontakt gestanden zu haben. Ebd., S. 40.



setzenden und zerstörenden Kräften die Möglichkeit gegeben, ungehemmt Hand anzulegen an die Grundlagen, auf denen unser Vaterland aufgebaut ist: an die geschichtlich gewordene Machtstellung eines echten Volksherrscher-tums, wie es das deutsche Kaisertum ist – an jene gesunde, gerechte und bewährte Staatsgewalt, wie sie Preussen und die anderen Bundesstaaten des Reichs sich geschaffen haben – an die Stellung endlich, die Geschichte und eigenes Verdienst den Gebildeten und Besitzenden im Vaterlande mit Fug und Recht zugeteilt haben.

Was kommen wird, erfüllt die *wahren* Getreuen des Kaisertums mit Sorgen – nicht mir Furcht – und der zunächst entfesselte Kampf aller gegen Alle im Innern des Vaterlandes verpflichtet sie, sich um den Träger der Kaiser-gewalt zu scharen und alles aufzubieten, um die Schwächung seiner Macht im letzten Augenblicke zu verhindern.

Im letzten Augenblicke!

Euer Majestät! Ihre *wahren* Getreuen haben das nicht mehr zu bannende Gefühl, dass sie falsch unterrichtet sind über die Vorgänge auf dem Gebiete der inneren Politik – dass Euer Majestät über den ungeheuren Aufgaben, die die Kriegsführung an ihre Arbeitskraft stellt, nicht in der Lage waren, aus eigener Wahrnehmung und Beobachtung die innere Entwicklung zu verfolgen und rechtzeitig einzugreifen.

Euer Majestät Getreueste stehen selbstlos, opf[er]bereit und arbeitswillig zur Verfügung, um Kaisertum und Vaterland zu retten.

Was Euer Majestät erfahren *müssen*, um die rettenden Befehle zu erteilen, lässt sich nicht in einer Throneingabe schriftlich niederlegen, es muss von Mann zu Mann besprochen werden.

Einer, der sein ganzes Leben in den Dienst des Kaisertums und des Vaterlandes gestellt hat, bittet Euer Majestät um der Sache der Krone und des Volkes willen um persönliches Gehör!

Euer Majestät werden, wie ich zu vermuten Anlass habe, auf Grund planmässig betriebener unzutreffender Unterrichtung der Meinung sein, dass der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes durch seine politische Tätigkeit das Recht verwirkt habe, von Euer Majestät gehört zu werden.

Euer Majestät! Nirgends leben der Sache des Kaisertums willigere Getreue, als unter den Anhängern jener Bewegung, die nichts will, als einen mächtigen Kaiser, ein starkes deutsches Reich, ein gesundes deutsches Volk.

Was die oberste Bürokratie uns übelnahm, war, dass wir ihre Fehler erkannten, dass wir vor den Folgen rechtzeitig warnten und eine andere politische Geschäftsführung anstrebten. Das wurde von jener Bürokratie als Unbotmässigkeit empfunden – und das Übelwollen gegen unsere rein nationale und kaisertreue Bewegung wuchs, je mehr die Entwicklung uns Recht gab.

Wir verstehen jenes Übelwollen und haben es ertragen – es war uns ein Schmerz, dass falsche Unterrichtung Euer Majestät die Wahrheit vom Kaiser-throne fernhielt.

Aber ich bitte nicht für den Alldeutschen Verband – ich bitte für mich, erfüllt vom Ernste der Stunde, getrieben von dem Wunsche, Euer Majestät die

Wahrheit zu berichten – ich bitte mit all dem Nachdruck, den die rasch wachsende Gefahr verlangt, einem freimütigen Manne Gehör zu geben, der mit Leib und Leben Euer Majestät zur Verfügung steht.

Noch ist es Zeit, die Gefahren zu meistern! Euer Majestät Entschluss wird sie meistern, wenn erst Ursachen und Wirkung erkannt sind.

Ich würde die Stunde segnen, wenn Euer Majestät mich hören wollten, und sie würden erkennen, dass das nicht die schlechtesten Getreuen des Kaisertums sind, die den Mut zur Wahrheit haben.“

Unterschrift.<sup>300</sup>

Ich glaube, ein jedes Wort dieses Schriftstücks spricht für sich, so dass es nicht nötig ist, etwas zur Erläuterung hinzuzufügen. Was aber war der Erfolg? Ich erhielt vom Zivilkabinett lediglich den Bescheid, dass meine Eingabe eingegangen und der zuständigen Stelle zugeleitet worden sei.<sup>301</sup> Weiter geschah nichts. Mit meinen Freunden zog ich daraus den Schluss, dass meine Eingabe dem Kaiser gar nicht vorgelegt worden ist; stand seine nächste Umgebung doch auf dem Standpunkt, dass dem Kaiser alles Unangenehme und Aufregende ferngehalten werden müsse.

Mit dem Fortschreiten des Jahres 1917 nahm die Zerfahrenheit des öffentlichen Lebens womöglich noch zu. Alles was zur Linken gehörte, schrie, ja tobte um die Änderung des preussischen Wahlrechts, und hinter den Kulissen bereitete Erzberger, der sich ganz als Staatsmann von geschichtlicher Größe fühlte, den Schritt vor, durch den er, wie er meinte, unsere Feinde „moralisch“

<sup>300</sup> Throneingabe Claß an Wilhelm II., 7.5.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 599, Bl. 5 und als Abschrift in ebd., Bd. 202, Bl. 237–238. Erneut abgedruckt in *Alldeutsche Blätter* 12.12.1925.

<sup>301</sup> Die Antwortnote des Zivilkabinetts Wilhelms II. ist in den Akten zur Throneingabe und im allgemeinen Schriftwechsel nicht überliefert. Siehe BA-Berlin, R 8048, Bd. 599 (Throneingabe 1917) und 202 (allgemeiner Schriftwechsel ADV 1917). Die grundlegende und langjährige Entfremdung zwischen ADV und Wilhelm II. war bereits bei der Übergabe der Salm-Eingabe am 26.1.1916 deutlich, als das Zivilkabinetts des Kaisers am 2.3.1916 antwortete: „Dass Seine Majestät von der Immediateingabe vom 26. vorigen Monats mit Befremden Kenntnis genommen habe und den Unterzeichnern der Schrift Allerhöchstihre [sic] Missfallen zum Ausdruck bringen lassen, dass Sr. Majestät in dieser schweren Zeit einem derartig unsubstantiierten Eingriff in Allerhöchstihre Regierungsrechte begegnen müssen. Den Empfang jedes Unterzeichners der Eingabe lehnen Sr. Majestät ab.“ In ebd., Bd. 453, Bl. 212. Siehe zur Salm-Eingabe auch Kapitel 1.2. sowie zu Rudolf von Valentinis Darstellung zur umstrittenen Diskussion um die Kriegsziele und beständigen Interventionen der Obersten Heeresleitung gegen Theobald von Bethmann Hollweg im April und Mai 1917: Schwertfeger: Kaiser und Kabinettschef, S. 152–153. Kurz vor dem Ausscheiden Valentinis aus dem Amt des Chefs des Zivilkabinetts schrieb er aufgrund der ständigen Angriffe in den *Alldeutschen Blättern* zur Berichtigung der dauernden Unwahrheiten über ihn an die Schriftleitung, jedoch gab er die Hoffnung auf, dass man hier an der Wahrheit interessiert sei: „Ich habe mich in dieser Annahme offenbar geirrt und werde diese Erfahrung zu den übrigen legen.“ Rudolf von Valentini an *Alldeutsche Blätter*, 27.12.1917, in BA-Berlin, N 2368, Bd. 1, o. Bl. Siehe zu einem ähnlichen Schreiben Valentinis an Claß vom 28.12.1917: Claß an Gertzlaff von Hertzberg-Lottin, 31.12.1917, in ebd. Dietrich Schäfer berichtete in seinen Erinnerungen, dass erst auf Nachfrage der Empfang durch das Zivilkabinett bestätigt wurde. Schäfer: *Mein Leben*, S. 186.

zum Frieden zwingen werde. Dies sollte durch eine Entschliessung des Reichstags geschehen, in der in aller Form die Bereitwilligkeit ausgesprochen wurde, beim Friedensschluss auf jeden Landerwerb und auf Entschädigungen zu verzichten.<sup>302</sup>

Die innere Führerlosigkeit war kaum mehr zu überbieten. Jedenfalls war sie den Männern der Obersten Heeresleitung bekannt geworden und wurde von ihnen so ernst beurteilt, dass Feldmarschall *von Hindenburg* den Kanzler nachdrücklich auf den inneren Zustand des Vaterlandes hinwies und ungesäumt Massnahmen verlangte, durch die die Ordnung wiederhergestellt würde und nachteilige Einwirkungen von der Heimat auf das kämpfende Heer verhindert werden könnten.

Man muss bedenken, was es bedeutet, dass der Feldmarschall unter dem Einfluss *Ludendorffs* sich hierzu entschlossen hatte. Denn jener war völlig unpolitisch, und dieser hat mir bei meinem ersten Besuch nach dem Krieg – nach seiner Rückkehr aus Schweden – gesagt<sup>303</sup>, dass er den Kanzler bis nach seiner Berufung in die Oberste Heeresleitung, also gewissermassen aus der Entfernung, für einen grossen Staatsmann gehalten habe. Allerdings nach sechs Wochen an der wichtigsten verantwortlichen Stelle habe er eingesehen, wie gründlich er sich getäuscht habe, und schliesslich gegen Schluss des Jahres 1916 habe er die Notwendigkeit erkannt, Bethmann zu beseitigen.<sup>304</sup>

Nach dem ersten Vierteljahr 1917 musste jedem, der nicht mit den Mehrheitsparteien durch dick und dünn ging, in die Augen springen, dass es so nicht weitergehe. Der Kanzler hatte in der Wahlrechtsfrage die unverständlichsten Sprünge gemacht: hatte er zuerst deren Behandlung während des Krieges überhaupt abgelehnt, so gab er Anfang April dem wüsten Drängen nach und veranlasste den König von Preussen zu der sogen. Osterbotschaft, in der der entscheidende Satz lautete, dass nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem Kriege für das Klassenwahlrecht in Preussen kein Raum

---

<sup>302</sup> Gemeint ist die Friedensresolution des Reichstages vom 17.7.1917 (Abstimmung am 19.7.1917), die mit 212 gegen 126 Stimmen angenommen wird. Im Text heisst es unter anderem: „Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietswerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.“ Resolution Nr. 933, in Verhandlungen des Reichstags, Bd. 321, S. 1747 und Verhandlungen des Reichstags, Bd. 310, S. 3598–3600. Ausgearbeitet wurde die Resolution vom Interfraktionellen Ausschuss (SPD, Zentrum, FVP und zur Gründung am 6.7.1917 auch NLP) und eingebracht wurde sie von den Mehrheitsparteien SPD, Zentrum und FVP. Siehe auch Bernbach: Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung, Rauh: Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, Epstein: Der Interfraktionelle Ausschuss und Schröder: Die überholte Parlamentarisierung.

<sup>303</sup> Claß traf Erich Ludendorff im April 1919 in Berlin, nachdem Ludendorff aus seinem Exil in Schweden vom November 1918–Februar 1919 zurückkehrte. Siehe Kapitel 4.10.

<sup>304</sup> Theobald von Bethmann Hollweg geriet v. a. wegen seiner Haltung gegenüber dem Einsatz des uneingeschränkten U-Bootkrieges ab Oktober 1916 in grundsätzliche Konflikte mit den Befürwortern in der Admiralität wie Henning von Holtzendorff sowie bei der Erich Ludendorff von der OHL. Jarausch: Enigmatic Chancellor, S. 264–307.

mehr sei.<sup>305</sup> Demgemäss wurde Bethmann als preussischer Ministerpräsident beauftragt, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der bei der Rückkehr der Truppen Gesetz werden könne. Was zu erwarten war, trat ein: durch diese Nachgiebigkeit wurden die Demokraten aller Richtungen zum äussersten Kampf ermutigt, ja die Sozialdemokraten verhetzten ihre Leute aus solchem Anlass zu einem grossen Ausstand in den Berliner Geschossfabriken.

Der ganze innere Zustand Deutschlands trieb zur Entscheidung, bei der nur die obersten militärischen Stellen Aussicht hatten, sich durchzusetzen. Anfang Juni verlangten die sozialdemokratischen Führer vom Kanzler in aller Form die Einführung des parlamentarischen Systems, die sofortige Ernennung von Abgeordneten zu Ministern und Staatssekretären und die unverzügliche Bewilligung des Reichstagswahlrechts in Preussen.<sup>306</sup> Dabei hatten diese Leute den traurigen Mut, dem Kanzler zu erklären, dass sie nur noch für den Verteidigungskrieg einträten.

Trotz dieser Ungeheuerlichkeiten versuchte es Bethmann, das preussische Staatsministerium auf seine Seite bringen; aber dieses versagte sich und empfahl dem König durch den Minister des Innern die Ablehnung dieser Forderungen.<sup>307</sup> Obwohl der König dem zugestimmt hatte, liess er sich durch Beth-

<sup>305</sup> Zur Osterbotschaft vom 7.4.1917 siehe Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1917, S. 398–399.

<sup>306</sup> Der Kriegseintritt der USA, die Lebensmittelunruhen seit April 1917, die Abspaltung der USPD im April 1917, der die Friedens- und Demokratisierungspolitik der SPD nicht weit genug ging, und nicht zuletzt die Revolutionierung in Russland führten zu einer „schärferen Profilierung des eigenen Programms“ der SPD mit der Forderung nach einem Verständigungsfrieden und der Aufgabe der Burgfriedenspolitik von 1914 unter Neuformierung eines parlamentarischen Blocks mit der Zentrumspartei und der Fortschrittspartei. Das setzte auch Theobald von Bethmann Hollweg unter Druck, für eine beschleunigte Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts einzutreten. Groh/Brandt: „Vaterlandslose Gesellen“, S. 172. Siehe auch Protokoll der Sitzung des erweiterten Parteiausschusses am 18. und 19.4.1917 sowie am 26.6.1917 in Berlin, in Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921, Bd. 1, S. 431–508 und 509–552. Zum 8.6.1917 reiste eine SPD-Delegation nach Stockholm zu einer internationalen Gewerkschaftskonferenz zur zukünftigen Friedensordnung und der Sicherung von Arbeitnehmerinteressen. Es folgte die Denkschrift „Die SPD und der Frieden“. Am 26.6.1917 beauftragte der Parteiausschuss die Reichstagsfraktion für die nächste Reichstagsitzung mit der Aufforderung an die Reichsleitung zur Kriegszielfrage und zur Demokratisierung des Wahlrechts Stellung zu nehmen. Neben der innen- und außenpolitischen Dynamisierung war die SPD-Parteistruktur unmittelbar vom Krieg betroffen. Die zahlenden Mitglieder der SPD gingen vom März 1914 mit 1.085.905 (davon 174.754) nach Einzug der männlichen Mitglieder zum Heeresdienst zum März 1917 auf 243.061 (davon 66.608 Frauen) zurück. Somit bezog sich die Forderung nach einer Demokratisierung des Wahlrechts für die Zeit nach einem Friedensschluss sowohl auf die allgemeine Demokratisierung deutscher Innenpolitik durch klassenübergreifendes allgemeines Wahlrecht als auch unmittelbar auf die Interessen der eigenen Mitglieder, die im Krieg kämpften oder die man ab April 1917 an die radikalere USPD verlor. Siehe Mitgliederzahl der Parteiorganisationen 31.3.1914–31.3.1917, in Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 14.–20.10.1917, S. 10.

<sup>307</sup> Siehe dazu Patemann: Der Kampf um die preußische Wahlreform, S. 72–73. Trotz des Widerstandes innerhalb des preußischen Staatsministeriums forderte Wilhelm II. durch Er-

mann als Ministerpräsident bewegen, die Herstellung einer Vorlage zu befehlen, die für Preussen das allgemeine und gleiche Wahlrecht bringen sollte.<sup>308</sup>

Da gleichzeitig mit diesem Vorgang, der die vollendete Haltlosigkeit des Kaisers und des Kanzlers erwies, auch die Machenschaften<sup>309</sup> Erzbergers, wie er meinte, staatsmännische Friedensentschliessung auf den Höhepunkt gediehen waren, so beschloss die Oberste Heeresleitung endlich einzugreifen und bei dem Kaiser die Entlassung des für den Endsieg so gefährlichen Kanzlers zu beantragen.

Der *Kronprinz* hatte schon vorher enge Verbindung mit den Führern der Rechten gesucht<sup>310</sup> und seinen Vater dazu vermocht, durch den Chef des Zivilkabinetts<sup>311</sup> bei diesen festzustellen, wie sie zum Kanzler stünden.<sup>312</sup> Die Antwort war dahin ergangen, dass dieser unter keinen Umständen behalten werden dürfe. Der Kriegsminister *von Stein*, der doch, wie ich berichtet habe<sup>313</sup>, keine Politik treiben wollte, schloss sich den Herren der Obersten Heereslei-

---

lass vom 11.7.1917 die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts für die nächsten Wahlen des Preußischen Landtags.

<sup>308</sup> Die „Osterbotschaft“ vom 7.7.1917 enthielt gegenüber der ersten Vorlage vom 5.7.1917 zunächst ein vages Versprechen auf eine Reform für die Zeit nach dem Krieg. Bethmann Hollweg sah in der Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts durch die Einführung eines direkten und geheimen Wahlrechts die Möglichkeit, die Hohenzollern-Monarchie gegenüber den zunehmenden Demokratisierungsforderungen zu retten. Jarausch: *Enigmatic Chancellor*, S. 327–335.

<sup>309</sup> Handschriftlicher Zusatz im Originalmanuskript: „um“.

<sup>310</sup> Kronprinz Wilhelm von Preußen näherte sich alldeutschen Positionen seit 1910 und bekundete seine Sympathie für die Positionen des Verbandes während der Marokkokrise 1911. 1913 trat er in näheren Kontakt zu Eduard von Liebert und sprach sich für die Politik des ADV aus. Der Kronprinz suchte den Kontakt verstärkt seit dem Breslauer Verbandstag des ADV am 5.9.1913. Auch Claß schien von ihm einen „menschlich angenehmen Eindruck“ seiner Zeit gehabt zu haben. So Mathilde Claß an Heinrich Claß, 4.4.1913, in *BA-Berlin*, N 2368, Bd. 4, o. Bl. Siehe auch Kapitel 1.2. Nachdem Konstantin von Gepsattel 1913 und Claß im Zuge des „Kaiserbuchs“ (1912) in Kontakt getreten waren, arbeitete Gepsattel eine grundlegende und antisemitische Reformdenkschrift aus, die Claß dem Kronprinzen zuschickte, der sie wiederum an Wilhelm II. und Theobald von Bethmann Hollweg weiterleitete. Beide lehnten die Gedankengänge Gepsattels ab und befürchteten einen alldeutschen Staatsstreich mit Hilfe des Kronprinzen, der im November 1913 dem Kaiser bereits die Entlassung des Reichskanzlers empfahl. Siehe dazu Chickering: *We Men*, S. 287–288, Peters: *Konstantin von Gepsattel und Herre: Kronprinz Wilhelm*. Zu Claß' Forderungen einer Neuorientierung des Hohenzollern-Hauses mit Blick auf den Kronprinzen Wilhelm von Preußen oder auch auf Friedrich Karl Prinz von Preußen (1893–1917), Sohn von Prinz Friedrich Leopold von Preußen (1865–1931) und der Schwester von Kaiserin Auguste Victoria, Prinzessin Louise Sophie von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg (1866–1952), siehe Claß (Pseudonym: Daniel Frymann): *Wenn ich der Kaiser wär*, S. 225–227.

<sup>311</sup> Gemeint ist Rudolf von Valentini.

<sup>312</sup> Kronprinz Wilhelm von Preußen folgte dem Rat seines Beraters, Hans Jaspar Freiherr von Maltzahn, Mitglieder der Reichstagsfraktionen zum 12.7.1917 einzuladen, um sich über deren Haltung zum Verbleib Theobald von Bethmann Hollwegs zu erkundigen. Oberst Max Bauer von der OHL führte heimlich Protokoll und übergab auf Order des Kronprinzen Wilhelm II. die Notizen, die eine mehrheitliche Ablehnung des Reichskanzlers (mit Ausnahme des Vertreters der FVP Friedrich von Payer) festhielten.

<sup>313</sup> Siehe Kapitel 1.5.

tung an, und so wurde Bethmann Hollweg durch den Chef des Zivilkabinetts benachrichtigt, dass er niemanden mehr hinter sich habe. Denn das für den Gefolgsmann Erzbergers Unbegreifliche war eingetreten, dass auch das Zentrum den ihm immer willfährig gewesenen Kanzler im Stiche liess. Auch die Sozialdemokraten, die ihm zu grösstem Danke verpflichtet waren, überliessen ihn seinem Schicksal. So war es endlich so weit, dass Bethmann erkannte, er sei nicht mehr zu retten. Er reichte sein Abschiedsgesuch ein, das am 14. Juli 1917 vom Kaiser genehmigt wurde, obwohl er noch Versuche gemacht hat, den Unseligen zu halten.<sup>314</sup> Aber die Oberste Heeresleitung verharrte dabei, dass sie zurücktreten werde, wenn der Kanzler bleibe.<sup>315</sup>

Man wird sich nach zwei Jahrzehnten kaum einen Begriff davon machen können, was in uns Alldeutschen voring, als wir die Nachricht von Bethmanns Rücktritt erhielten. Gewiss war uns eine politische Zentnerlast von der Brust genommen, und wir atmeten aus dem Gedanken heraus auf, dass der Urheber unendlichen Unglücks, gegen den wir siebeneinhalb Jahre lang mit aller Rücksichtslosigkeit hatten kämpfen müssen, beseitigt sei.<sup>316</sup> Aber zum Jubeln war keine Zeit, und wir wussten ja auch nicht, wen der Kaiser nunmehr zum Nachfolger bestimmen werde.

Ich habe in diesen Tagen Briefe und Drahtungen in Fülle erhalten, aus denen der ganze vaterländische Zorn über Bethmanns Politik sprach, aber auch solche, die der Sorge Ausdruck gaben, wem nun Deutschlands Schicksal anvertraut würde.<sup>317</sup> Was Wunder? Denn wer sollte bei der unglücklichen Hand,

<sup>314</sup> Wilhelm II. empörte sich über den Druck der Obersten Heeresleitung auf den Rücktritt von Theobald von Bethmann-Hollweg, den Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff mit eigenen Rücktrittsdrohungen verstärkten, akzeptierte aber die vom Reichskanzler am 13.7.1917 eingereichte Entlassungsforderung. Siehe die Aufzeichnungen Theobald von Bethmann Hollweg, 14.7.1917, in Baumgart: Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, Bd. 2, S. 1038–1041 sowie auch Röhl: Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund, S. 216–223.

<sup>315</sup> Siehe dazu Jarausch: Enigmatic Chancellor, S. 372–380.

<sup>316</sup> Siehe auch Alldeutsche Blätter 21.7.1917.

<sup>317</sup> Julius F. Lehmann schrieb beispielsweise: „Vor allem meinen herzlichen Glückwunsch zur Beseitigung v. Bethmann-Hollwegs [sic]. Sie haben hie[r]bei erfolgreichst mitgewirkt und der Dank des Vaterlandes ist Ihnen sicher. Mir ist so wohl, dass ich das Gefühl habe, jetzt möchtest Du am liebsten sterben, denn was Du zunächst erstrebt hast, ist erreicht, wir haben einen anderen Kanzler und wir haben, so Gott will, einen tüchtigen Kanzler, der seine Sache gut macht. Als Mensch muss Michaelis sehr tüchtig sein, wie er sich als Politiker bewährt, wird die Zukunft zeigen; auf alle Fälle ist er ein ganzer Mann. Möchte es dem Verband vergönnt sein, mit ihm gemeinsam zum Wohle des Vaterlandes arbeiten zu können. Hoffentlich gelingt es auch Ihnen, den nötigen Anschluss zu finden.“ Ders. an Claß, 16.7.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 202, Bl. 385. Auf der Geschäftsstelle hoffte man in Georg Michaelis einen Nachfolger gefunden zu haben, der etwa „unseren Wünschen entspricht. Soweit bekannt, stammt Dr. Michaelis aus altlutherischer Familie, seine Brüder sind Offiziere, Beamten [sic] und Geistliche, seine Mutter stammt aus altpreußisch adligem Geschlecht. Er gilt als energischer Mann, allerdings insofern als Bürokrat, als er glaubt, wenn er nicht persönlich alles bis ins kleinste regelt, die Maschinerien nicht genügend funktionieren könnten.“ Geschäftsstelle des ADV an Oberlehrer Ridlingmaier, 17.7.1917, in ebd., Bl. 394. Claß ließ den Vorsitzenden der alldeutschen Ortsgruppe Frankfurt/Main sowie des Rhein-Main-Gaues, Direktor Dr. Karl Horn, am 17.7.1917 wissen:

die der Kaiser in der Auswahl seiner verantwortlichen Ratgeber so oft gezeigt hatte, das Vertrauen haben, dass er nun endlich den richtigen Mann finden werde?

### 2.7. Reichskanzler Michaelis

Alle Welt war überrascht, als der preussische Unterstaatssekretär *Georg Michaelis* zum Reichskanzler und preussischen Ministerpräsidenten ernannt wurde, ein Mann, von dem die grössere Öffentlichkeit erst erfahren hatte, als er zum obersten Leiter der preussischen Volksernährung bestellt worden war.<sup>318</sup> Von besonderen staatsmännischen Fähigkeiten des neuen Leiters der Reichspolitik wusste niemand zu berichten. Die ihn kannten, bezeichneten ihn als eine Spitzenerscheinung der preussischen Bürokratie, als gewissenhaften, fleissigen Mann.<sup>319</sup>

Diese Ernennung wurde, wie man sich denken kann, mit keiner Begeisterung aufgenommen. Es blieb nichts übrig, als abzuwarten, wie Michaelis sich in dieser toll gewordenen Zeit verhalten werde, insbesondere ob er den Kampf mit den Mehrheitsparteien des Reichstags aufzunehmen wage und dabei zu den äussersten Massnahmen entschlossen sei. Jeder Gerechte musste sagen, dass Michaelis eine furchtbare Erbschaft angetreten hatte.<sup>320</sup>

Uns war es klar, dass nur ein Staatsmann grössten Masses durchkommen könne, wenn er den Kampf gegen die Folgen von Bethmanns Sünden aufnehme. Dabei braucht man nur daran zu denken, in welchem Umfang die Hochstimmung des Augusts 1914 umgeschlagen war, so dass nun Erzberger und Scheidemann den Verzichtfrieden predigen konnten, als das Reich durch Bethmanns Willenlosigkeit, die der Kaiser gewähren liess, immer mehr unter

---

„Inzwischen ist dann das Ereignis eingetreten, um das wir gekämpft haben, und ich sehe nun, ohne mich über die Schwierigkeiten der Lage zu täuschen, doch die Bahn für gedeihliches Wirken vor uns offen. Die nächsten Tage werden uns zeigen, ob diese Hoffnung berechtigt ist, oder nicht.“ In ebd., Bl. 391.

<sup>318</sup> Georg Michaelis wurde 1909 Unterstaatssekretär im preußischen Finanzministerium, zum 4.3.1915 Leiter der Reichsgetreidestelle (als Reichskommissar) und seit Frühjahr 1917 preußischer Staatssekretär für Volksernährung.

<sup>319</sup> Zunächst wünschte man in den Alldeutschen Blättern Georg Michaelis, dass er „die unendlich schweren Aufgaben, die vor ihm liegen, meistern“ werde. Alldeutsche Blätter 28.7.1917. Claß erklärte jedoch zeitgleich: „Das erste Auftreten von Michaelis hat mich überzeugt, dass dieser Mann unser Vaterland nicht retten wird, weil er es nicht retten kann. Er ist Bürokrat vom reinen Wasser, in dem von Staatsmann offenbar gar nichts steckt. Aber so sehr ich davon überzeugt bin, dass Michaelis versagen wird, ebenso klar bin ich mir darüber, dass wir jetzt noch nicht auf ihn losschlagen dürfen, sondern zunächst die Zuschauer markieren müssen [...]“. Claß an August Keim, 26.7.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 406, Bl. 322.

<sup>320</sup> Claß versuchte sich daher, trotz frühen politischen Erwartungsdrucks an Georg Michaelis, dem neuen Reichskanzler zu nähern und wies darauf hin, dass der ADV „seine richtige Stelle an der Seite der Regierung“ habe und seine Kräfte „selbstlos und freudig zur Verfügung stellen“ würde und bat um Audienzen wie im Fall einer möglichen Verfassungsänderung für das Reichsland Elsass-Lothringen. Claß an Georg Michaelis, 3.9.1917, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 6, Bl. 444 und Aufruf des ADV, 20.7.1917, in ebd., Bl. 462–464.

die Parlamentsherrschaft gekommen war, d.h. unter den Einfluss derjenigen Parteien, die Bismarck als reichsfeindlich bezeichnet hatte.

Dazu kamen die Ernährungsnöte<sup>321</sup> mit allem Drum und Dran. Aber gerade auf diesem Gebiete war man verhältnismässig am hoffnungsvollsten, weil der neue Kanzler sich als preussischer Ernährungsdictator bewährt haben sollte.<sup>322</sup> Seine nächste Aufgabe aber war es, zu sehen, wie er mit dem Antrag Erzbergers fertig werde, den die Mehrheitsparteien zu dem ihrigen gemacht hatten. Damit hatte Michaelis sofort Gelegenheit zu zeigen, aus welchem Holze er geschnitzt war, und ich war gespannt darauf, wie er sich behären würde.

Am 19. Juli 1917 kam der Antrag im Reichstag zur Beratung. Die Urheber von Erzbergers grossem Friedenswerk bekannten sich in mehr oder minder umfangreichen Reden dazu, so dass er mit Zweidrittelmehrheit angenommen wurde.<sup>323</sup> Es war mir entsetzlich, dass der neue Kanzler gegen die „Friedens-

<sup>321</sup> Die Dauer des Krieges, die Wirkungen der britischen Seeblockade und der staatlichen Steuerung der Lebensmittelproduktion und -verteilung durch Rationierungen und staatlich festgelegte Höchstpreise für Brotgetreide sowie Transportprobleme infolge des forcierten „Hindenburgprogramms“ und schlechte Ernten, die u.a. zum „Kohlrübenwinter“ 1916/17 führten, bedeuteten für über 700.000 Menschen den Tod durch Unterernährung. Das mit dem „Hilfsdienstgesetz“ vom November/Dezember 1916 eingerichtete Kriegsamt zur Organisation von Rüstungsindustrie und Ernährung hatte zunächst sechs, später fünf Hauptabteilungen: Das Kriegersatz- und Arbeitsdepartment unter Oberst Gottfried Marquard, Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt unter Generalmajor Karl Coupette, die Kriegsrohstoffabteilung unter Oberstleutnant Joseph Koeth, das Bekleidungsbeschaffungsamt unter Oberstleutnant Ziegler, die Abteilung für Aus- und Einfuhr unter Oberstleutnant Rudolf Giessler und die Abteilung für Volksernährung unter Hauptmann von Heering, der gleichzeitig Verbindungsmann zum Kriegsernährungsamt war. Siehe Wilhelm Groener, Lebenserinnerungen IV, 1916–1919, o.D., in BA-Freiburg, N 46, Bd. 8, Bl. 72–124, hier Bl. 108. Das Kriegsamt unter der anfänglichen Leitung von Wilhelm Groener überführte im August 1917 wesentliche Befugnisse an das Kriegsernährungsamt unter seinem Präsidenten, dem preußischen Ernährungsminister und Mitglied des Preußischen Staatsministeriums Adolf von Batocki, der durch Ernennung von Georg Michaelis zum Staatskommissar für Volksernährung in Kompetenzkonkurrenzen geriet. In den Provinzen wurden Kriegsamtsstellen und Kriegswirtschaftsämter eingerichtet. Siehe zur Ernährungslage, Versorgung, Hungerkrisen, Schwarzmarkt und Rationierungen Chickering: Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg, S. 54–61.

<sup>322</sup> Georg Michaelis ging in der Reichstagsdebatte am 19.7.1917 nach seinen Ausführungen zur Friedensresolution auf die Ernährungslage ein. Nachdem vor allem der Juli „der schlimmste“ Monat war, hoffte Michaelis noch auf eine besser ausfallende Ernte, vor allem bei Brotgetreide und Kartoffeln, als bisher erwartet. Er setzte zudem auf Futterimporte aus Rumänien und den besetzten Gebieten. Schließlich habe auch das Jahr 1916 bei allen Ernährungskrisen gezeigt, daß „Deutschland überhaupt nicht ausgehungert werden kann.“ Bei „straffer Erfassung und schmaler Rationierung“ würden die Vorräte reichen, was ein „unberechenbarer Vorteil gegenüber England“ sei. Die Verteilungen zwischen Stadt und Land müssten mit großzügigeren Rationierungen für die Landwirtschaft und mit Aufklärung in der Stadtbevölkerung und in der Landwirtschaft für die gegenseitige „Würdigung“ der jeweiligen Schwierigkeiten angegangen werden. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 310, S. 3572.

<sup>323</sup> Bei der namentlichen Abstimmung am 19.7.1917 stimmten 212 mit Ja, 126 mit Nein, 17 enthielten sich der Stimme und zwei Stimmen waren ungültig (zusammen 357 Stimmen). Mit Nein stimmten die alldeutschen Reichstagsmitglieder der DkP Albert Arnstadt,



resolution<sup>324</sup> gar keinen Kampf versuchte, sondern sich um eine offene Erklärung herumdrückte und einer klaren Entscheidung, die für ihn das allein Mögliche war, auswich.<sup>325</sup>

Im Hinblick auf die zeitgeschichtliche Bedeutung seiner Erklärung lasse ich ihre massgebende Stelle nach dem Berichte der damals halbamtlichen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hier folgen. Er sagte:

„Hieraus (nämlich aus der Kriegslage) ergeben sich für mich die Ziele. In erster Linie ist für uns das Gebiet des Vaterlandes unantastbar. Mit einem Gegner, der uns mit der Forderung entgegentritt, uns Reichsgebiet zu nehmen, können wir nicht verhandeln. Wenn wir Frieden schliessen<sup>326</sup>, dann müssen wir in erster Linie erreichen, dass die Grenzen des Deutschen Reichs *für alle Zeiten sichergestellt* sind.<sup>327</sup> (Lebhaftes Bravo rechts). Wir müssen im Wege der Verständigung<sup>328</sup> (Bravo im Zentrum, links und bei den Sozialdemokra-

---

Eugen von Brockhausen, Albrecht von Graefe, Gustav Malkewitz, Max Wildgrube, die Deutsch-Sozialen Ferdinand Werner und Reinhard Mumm und die Nationalliberalen Gustav Stresemann, Eduard Bartling, Hugo Böttger sowie Walter Hirsch. Siehe Verhandlungen des Reichstags, Bd. 310, S. 3598–3600 und Handbuch des Alldeutschen Verbandes 1918, S. 60.

<sup>324</sup> Konstantin Fehrenbach brachte für die Zentrumsparterie, die SPD und die FVP die Resolution am 19.7.1917 zur Abstimmung ein: „Der Reichstag erklärt: Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: 'Uns treibt nicht Eroberungssucht.' Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern. Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. (Lebhafte Zustimmung.) Der Reichstag weiß sich darin eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher.“ In Verhandlungen des Reichstags, Bd. 310, S. 3573

<sup>325</sup> Zur alldeutschen Kritik an Georg Michaelis Politik, die der Verband als schwach und unentschieden gegenüber den Mehrheitsparteien des Reichstages angriff, siehe Alldeutsche Blätter 18.8.1917 und 8.9.1917 sowie den Bericht vom Verbandstag des ADV in Kassel, 6.–7.10.1917, in ebd., 13.10.1917. In einer EntschlieÙung des Verbandstages des ADV vom 6.10.1917 hieß es letztlich: „Der Verbandstag verurteilt die ReichstagsentschlieÙung vom 29. Juli lf. Js. als gegen das Reichswohl gerichtet und spricht diesem Reichstag das Recht ab, als Vertreter des jetzt herrschenden Volkswillens aufzutreten.“ Alldeutsche Blätter 13.10.1917.

<sup>326</sup> Im Originalmanuskript: „machen“. Verhandlungen des Reichstags, 116. Sitzung vom 19.7.1917, Bd. 310, S. 3572.

<sup>327</sup> Im Originalmanuskript: „[...]“, daß die *Grenzen des Deutschen Reichs* für alle Zeit *sicher gestellt* sind.“ Ebd.

<sup>328</sup> Im Originalmanuskript: „*Verständigung*“. Ebd.

ten<sup>329</sup>) und des Ausgleichs<sup>330</sup> (erneutes Bravo im Zentrum, links und bei den Sozialdemokraten<sup>331</sup>) die Lebensbedingungen des Deutschen Reichs auf dem Kontinent und in Übersee garantieren (lebhaftes Bravo).<sup>332</sup> Der Frieden<sup>333</sup> muss die Grundlage für eine dauernde Versöhnung der Völker werden (lebhaftes Bravo im Zentrum, links und bei den Sozialdemokraten).<sup>334</sup> Er muss, wie dies in Ihrer Resolution ausgesprochen ist, der weiteren Verfeindung der Völker durch wirtschaftliche Absperrung vorbeugen[.] (Sehr gut). Er muss davor sichern, dass sich der Waffenbund unserer Gegner zu einem wirtschaftlichen Trutzbund gegen uns auswächst (Sehr gut im Zentrum, links und bei den Sozialdemokraten).<sup>335</sup> Diese Ziele lassen sich im Rahmen Ihrer Resolution, wie ich sie auffasse, erreichen (Bravo und sehr gut im Zentrum, links und bei den Sozialdemokraten).<sup>336</sup> Wir können den Frieden nicht nochmals anbieten. (Sehr richtig, rechts), die ehrlich ausgestreckte Hand hat einmal ins Leere gegriffen.“ (Sehr richtig, rechts).<sup>337</sup>

Dies war ein politisches Mischgericht, das jedem munden sollte<sup>338</sup>, und es hat dies ja auch nach den Kundgebungen, die die „Norddeutsche Allgemeine

<sup>329</sup> Im Originalmanuskript: „(Bravo! im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten)“. Ebd.

<sup>330</sup> Im Originalmanuskript: „*Ausgleichs*“. Ebd.

<sup>331</sup> Im Originalmanuskript: „(erneutes Bravo im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten)“. Ebd.

<sup>332</sup> Im Originalmanuskript: „[...] und über See garantieren. (Lebhaftes Bravo.)“. Ebd.

<sup>333</sup> Im Originalmanuskript: „Friede“. Ebd.

<sup>334</sup> Im Originalmanuskript: „bieten. (Lebhaftes Bravo im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten)“. Ebd.

<sup>335</sup> Im Originalmanuskript: „[...] auswächst. (Sehr gut! Im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten)“. Ebd.

<sup>336</sup> Im Originalmanuskript: „[...] wie ich sie auffasse, erreichen. (Bravo! Und Sehr gut! Im Zentrum, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten)“. Ebd.

<sup>337</sup> Im Originalmanuskript: „(Sehr richtig! Rechts). Die ehrlich ausgestreckte Hand hat einmal ins Leere gegriffen. (Sehr richtig! Rechts.)“ Ebd.

<sup>338</sup> In seiner Reichstagsrede am 19.7.1917 hielt sich Georg Michaelis zu den drängenden Fragen der Innenpolitik zunächst zurück. Man könne nach fünf Tagen im Amt keine abschließenden Erklärungen von ihm erwarten, so Michaelis. Er hielt jedoch fest: „Daß ich mich auf den Boden der Allerhöchsten Botschaft vom 11. Juli über das *Wahlrecht von Preußen* stelle, ist selbstverständlich. Ich halte es für nützlich und notwendig, daß zwischen den großen Parteien und der Regierung eine engere Fühlung herbeigeführt wird, und bin bereit, soweit dies möglich ist, ohne den bundesstaatlichen Charakter und die konstitutionellen Grundlagen des Reichs zu schädigen, alles zu tun, was dieses Zusammenarbeiten lebens- und wirkungsvoller machen kann. Ich halte es auch für wünschenswert, daß das Vertrauensverhältnis zwischen dem Parlament und der Regierung dadurch enger wird, daß *Männer in leitende Stellen* berufen werden, die neben ihrer persönlichen Eignung für den betreffenden Posten auch das volle *Vertrauen der großen Parteien* in der Volksvertretung genießen. Meine Herren, selbstverständlich ist alles das nur unter der Voraussetzung möglich, daß von der anderen Seite anerkannt wird, daß das verfassungsmäßige Recht der Reichsleitung zur Führung in der Politik nicht geschmälert werden darf. Ich bin nicht willens, mir die Führung aus der Hand nehmen zu lassen. Meine Herren, wir fahren in wildbewegter See und in gefährlichem Fahrwasser. Aber das Ziel steht uns leuchtend vor Augen. Das, was wir ersehnen, ist ein neues, ein herrliches Deutschland, nicht ein Deutschland, das mit seiner Waffengewalt die Welt terrorisieren will, wie unsere Feinde

Zeitung“ verzeichnete, fertiggebracht. Für mich und meine Freunde hatte sich der neue Kanzler mit dieser Erklärung sein Todesurteil ausgesprochen, und es war damit zu rechnen, dass der Reichstag ihn nicht ernst nehmen werde.<sup>339</sup>

Bemerkenswert für den Zustand in Deutschland an den Stellen, die massgebend waren, – denn dazu gehörte ja der Reichstag – schien es mir, dass so ziemlich jeder Satz in der Rede des neuen Kanzlers von irgendwoher mit Beifall bedacht wurde, insbesondere derjenige, der sich auf die sogen. Resolution bezog, „wie ich sie auffasse“. Mir war es verwunderlich, dass die Mehrheitsparteien nicht sofort merkten, dass Michaelis sich ganz nichtssagend geäußert hatte. Kurze Zeit darnach, wohl schon am folgenden Tage beginnend, stiegen den beifallslustigen Herren die Zweifel auf, ob der Kanzler sie nicht hintergangen habe. Nach dieser Richtung wurden die schwersten Vorwürfe gegen ihn erhoben, und das Kesseltreiben begann, dem er nach noch nicht vier Monaten erliegen sollte.<sup>340</sup>

Ich erblickte in den Zwischensätze: „wie ich sie auffasse“ einen gegen die Würde des Amtes verstossenden Versuch, auf diese Art der notwendigen Entscheidung auszuweichen, stat[t] den Kampf aufzunehmen. Das ist sicher, dass jedes Ansehen des Kanzlers gerade durch diese Worte zerstört war, ja man kann sagen, er war durch sie politisch eine komische Figur geworden. An diesem Falle konnte man in voller Klarheit erkennen, was sie bedeutet, einem an sich tüchtigen Mann ein politisches Amt anzuvertrauen, wenn ihm jeder politische Instinkt und jede Erfahrung mangelte. So war es eigentlich allen klar, dass die Amtszeit dieses Mannes nur ein kurzes Zwischenspiel sein könne, das nicht länger dauern würde, als bis die hochmögenden Herrschaften der Mehrheitsparteien sich über einen Nachfolger geeinigt haben würden.

In Bezug auf diese Nachfolgerschaft kam in Betracht, dass Michaelis sich als Staatssekretär des Auswärtigen den Botschafter *von Kühlmann*<sup>341</sup> zur Seite gestellt hatte, einen Diplomaten, dem man Verstand und Wissen nachsagte, der

---

behaupten, nein, ein sittlich geläutertes, ein gottesfürchtiges, ein freies, ein friedliches, ein machtvolles Deutschland, das wir alle lieben. Für dieses Deutschland wollen wir kämpfen und leiden, bluten und sterben, und dieses Deutschland wollen wir uns erkämpfen, allen Feinden zum Trotz.“ Verhandlungen des Reichstags, 116. Sitzung vom 19.7.1917, Bd. 310, S. 3572–3573. Unterstreichungen im Original.

<sup>339</sup> Claß dazu an Otto Fürst zu Salm-Horstmar am 20.7.1917: „Inzwischen haben sich die Wolken etwas gelüftet und man wird schon[,] ohne zu voreilig zu sein, Voraussagen für die Zukunft machen können. Die meinige geht dahin, dass Herr Michaelis nicht die geschichtliche Grösse ist, die uns die Rettung bringt, und wir werden weiter zu kämpfen haben. Natürlich halte ich es für richtig, dass man zunächst noch eine gewisse Zurückhaltung walten lässt, bis der neue Mann ganz klar gezeigt hat, wer er ist und wen er sich zu Mitarbeitern auserwählt.“ In BA-Berlin, R 8048, Bd. 202, Bl. 417.

<sup>340</sup> Georg Michaelis reichte sein Rücktrittsgesuch am 31.10.1917 ein.

<sup>341</sup> Richard von Kühlmann (1873–1948), 1899 Eintritt in den diplomatischen Dienst, Legationsssekretär in Sankt Petersburg, Deutsche Gesandtschaft in Teheran, 1904–1905 deutscher Gesandter in Tanger, Versetzung nach Washington D.C., 1906–1908 Gesandtschaftsrat in Den Haag, 1908–1914 Botschaftsrat in London, 1914–1915 Sondermissionar in Schweden und im Osmanischen Reich, 1915 Deutscher Gesandter in Den Haag, 1916–1917 Deutscher Botschafter in Konstantinopel, 1917–1918 Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

aber aus seinen Charakter heraus vollkommen auf der Seite der Leute stand, die für einen Verzichtfrieden und allgemeine Völkerversöhnung in solcher Zeit eintraten.<sup>342</sup>

Erzberger und sein Anhang hatten ihren Willen durchgesetzt: als Staatsmänner grossen Ausmasses hatten sie den Frieden „ohne Annexionen und Entschädigungen“ ausgerufen. Man kann sich denken, wie vertraut das Verhältnis zwischen diesem Kreise und Kühlmann wurde. Es war im Ernste die Rede davon, dass, wenn man Michaelis fallen lassen müsse, der junge Botschafter Kanzler werden solle.<sup>343</sup> Dies war nun doch nicht zu erreichen. Umso verhängnisvoller war die Rolle, die er bei der Auswahl des Nachfolgers spielte. Der allgemeine Vertrauensmann der Linken im Reichstag war damals der württembergische Abgeordnete *Dr. von Payer*<sup>344</sup>, der dann schliesslich den nächsten Kanzler aus der Taufe hob.<sup>345</sup>

Ich hatte zu den staatsmännischen Eigenschaften des neuen Kanzlers nicht das geringste Vertrauen, aber menschlich hatte ich soviel Achtung für ihn, dass ich wenigstens den Versuch machen wollte, ihn über die Auffassung der Kaiserstreuesten zu unterrichten.<sup>346</sup> Als gar später General Ludendorff bei dem Besuche, den ich ihm Anfang Oktober 1[9]17 in Kreuznach abstattete<sup>347</sup>, mir von der vornehmen Gesinnung und dem guten Willen von Michaelis

<sup>342</sup> Siehe Kapitel 3.6.

<sup>343</sup> Georg Michaelis erklärte im Oktober 1917, dass er nicht um jeden Preis an der Reichskanzlerschaft hinge. Richard von Kühlmann war letztlich an den Verhandlungen mit der Zentrumspartei zur Ernennung seines „bay[er]ischen Landsmanns“ Graf Georg von Hertling beteiligt. Kühlmann: *Erinnerungen*, S. 511.

<sup>344</sup> Friedrich von Payer (1847–1931), 1871–1913 Rechtsanwalt in Stuttgart, Mitglied der Demokratischen Volkspartei, 1907 der FVP, 1894–1912 Mitglied des Württembergischen Landtags, 1877–1878, 1880–1887 und 1890–1917 Mitglied des Reichstags (ab 1910 für die FVP), 1917 Vorsitzender des Interfraktionellen Ausschusses des Reichstags, 1917–1918 Vizekanzler im Kabinett Graf Georg von Hertling und Prinz Maximilian von Baden, 1918 Mitbegründer der DDP, 1919–1920 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung.

<sup>345</sup> Die Lancierung von Georg Michaelis als Nachfolgekandidat von Theobald von Bethmann Hollweg ging wesentlich auf Magnus Freiherr von Braun, Pressechef des Reichsamtes des Innern und Adjutant des Vizekanzler Karl Helfferich, zurück. Siehe Becker: *Georg Michaelis*, S. 357–369. Friedrich von Payer trat als Fraktionsführer der FVP und als Vorsitzender des Interfraktionellen Ausschusses für einen Verhandlungsfrieden mit den Alliierten sowie für eine Wahlrechtsreform ein. Er unterstützte Theobald von Bethmann Hollweg und wurde am 12.11.1917 zum Stellvertretenden Reichskanzler von Georg Graf Hertling ernannt.

<sup>346</sup> Claß beklagte bereits Ende August 1917: „Was den neuen Reichskanzler betrifft, so steht er in Bezug auf das Kriegsziel ungefähr auf unserem Boden, was auch von der obersten Heeresleitung gilt. Wenn er jetzt der traurigen Reichstagsmehrheit nicht schärfer entgegentritt, so ist dies auf Verlangen der obersten Heeresleitung zurückzuführen, die Munitionstreiks fürchtet, falls es zum Bruch zwischen Regierung und Mehrheit kommt, und deshalb soll dieser Bruch möglichst hinausgeschoben werden. Ich halte dies Verfahren an sich für sehr bedenklich; es ist aber umso gefährlicher, als Herr Michaelis weder erfahren noch geschickt genug ist, eine derartige hinzögernde Politik zu betreiben. In der inneren Politik wird man von ihm sagen können, dass er sich als echter Bürokrat auf den Boden des ererbten Wahlrechts-Versprechens stellt – also: Lasst alle Hoffnung fahren!“ Claß an Carl Peters 30.8.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 439, Bl. 9.

<sup>347</sup> Siehe Kapitel 2.9.

sprach, beschloss ich, die Verbindung mit ihm aufzunehmen und bat ihn Mitte Oktober, mich zu empfangen.<sup>348</sup> Ich erhielt eine Zusage für die Woche nach dem 20. Oktober und suchte ihn bei meiner nächsten Anwesenheit in Berlin am 24. Oktober auf. Damals war der Ansturm der Reichstagsmehrheit gegen Michaelis schon stark, dass mit seinem baldigen Sturz gerechnet werden musste. Gleichwohl führte ich meinen Besuch aus. Des Zusammenhangs halber berichte ich darüber schon hier über dessen Verlauf.

Ich wurde zunächst von dem Unterstaatssekretär der Reichskanzlei[,] *von Graevenitz*<sup>349</sup>[,] empfangen. Aus der kurzen Unterhaltung mit diesem ergab sich die für mich erschütternde Tatsache, dass, wie Herr von Graevenitz sich ausdrückte, weder der Kanzler noch er sich vor der Berufung in ihre Ämter irgendwie mit Politik beschäftigt hatten.

Als ich dann zum Reichskanzler kam, fand ich mich einem mittelgrossen Manne gegenüber, aus dessen Gesicht Verstand und Treue sprachen. Nach den begrüssenden und einleitenden Redensarten brachte ich das Gespräch auf die damals von der preussischen Landtagsmehrheit mit Leidenschaft betriebenen Änderung des preussischen Wahlrechts, weil ich mir nach meiner politischen Einstellung sagte, dass ich aus den Äusserungen des Reichskanzlers hierüber am sichersten ein Bild seiner Anschauungen gewinnen könne. Bevor ich hierauf eingehe, muss ich erwähnen, dass auch Michaelis mir gesagt hatte, er habe sich sein ganzes Leben lang nur um seine „Ressortarbeit“ bekümmert und niemals mit Politik beschäftigt, der er ganz fremd gegenüberstehe. Ich dachte mir dabei: „Du lieber Gott, wie will er dann mit den gerissenen Parlamentariern im Reich und in Preussen fertig werden, die das Panier gegen ihn aufgeworfen haben?“

Ich legte also meine Auffassung über die Wahlrechtsänderung in Preussen dar und warnte vor einer Übertragung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts auf den führenden deutschen Bundesstaat. Der Kanzler wehrte ab und sagte, man könne einem Volke, das sich so herrlich bewähre wie das deutsche[,] im Krieg die Mitbestimmung an seinem Schicksal nicht vorenthalten. Der Krieg werde notwendigerweise zu einer Demokratisierung der Staatseinrichtungen führen, und dem könne Preussen sich nicht entziehen. Als ich auf die ins Masslose gewachsenen Ansprüche der ganzen Linksparteien

---

<sup>348</sup> Eine entsprechende Anfrage ist schriftlich nicht im allgemeinen Schriftwechsel des ADV als Ablage überliefert. Georg Michaelis distanzierte sich in seinen Erinnerungen von der Annahme, er sei von der Obersten Heeresleitung ins Gespräch gebracht worden: „Völlig falsch ist es, daß ich von einer sogenannten Militärpartei oder direkt von Hindenburg oder Ludendorff lanciert worden sei.“ Er habe Hindenburg lediglich einmal und Ludendorff zuvor nur zweimal gesehen, was wiederum vier Monate vor dem Reichskanzlerwechsel gewesen sei, und er habe mit beiden nicht über den Kanzlerwechsel gesprochen. „Ob einer von ihnen etwa vom Kaiser gefragt worden ist, was sie zu meiner Nachfolgerschaft meinten und was sie geantwortet haben, weiß ich nicht.“ Michaelis: Für Staat und Volk, S. 320.

<sup>349</sup> Hans Joachim von Graevenitz (1874–1938), 1904–1906 Hilfsarbeiter im Preussischen Staatsministerium, 1906–1917 Landrat in der Westprignitz, 1915–1917 Referent in der Reichsgetreidestelle und der Reichsstelle für Speisefette und dann im Kriegsernährungsamt, Juli–Oktober 1917 Unterstaatssekretär und Chef der Reichskanzlei, 1918–1919 Leiter der Reichsgetreidestelle.

einschliesslich des Zentrums hinwies und warnte, unser unpolitisches Volk deren Machenschaften nun auch in Preussen auszuliefern, sagte der Reichskanzler wörtlich: „Sie können sich darauf verlassen, unser Heer wird aus dem Feld zurückkehren gestärkt in Gottesfurcht und Königstreue. Und diesen Männern kann ich das Wahlrecht nicht versagen.“

Mit diesem Satze stand für mich die politische Persönlichkeit des Reichskanzlers fest. Ein solches Mass von Weltfremdheit war doch fast unausdenkbar. Unsereiner, der nicht über amtliche Quellen verfügte, erfuhr genug, um über die Wirkung der Zersetzungsarbeit sowohl der [U]nabhängigen wie der Mehrheitssozialdemokraten im klaren zu sein, und andererseits wusste ich, dass nicht das geringste geschah, um diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Von den verschiedensten Stellen der Front wurde uns immer wieder berichtet, dass die Blätter der Linken in den Etappenbuchhandlungen bevorzugt würden. Dagegen war in der Heimat das Verbot des Besuchs sozialdemokratischer Wirtschaftshäuser aufgehoben, so dass die Soldaten, die dort verkehrten, nicht nur die Parteiblätter zu lesen bekamen, sondern auch durch persönliche Bearbeitung der politischen Vergiftung ausgesetzt waren.<sup>350</sup> Schliesslich aber hatte der Reichskanzler doch zu Beginn seiner Amtszeit mit der Flottenmeuterei<sup>351</sup> seine bösen Erfahrungen gemacht und konnte wissen, welche Kräfte am Werke waren, um den Staat und die Monarchie zu untergraben.

Ich setzte dem Ausspruch von Michaelis Ausführungen dieser Art entgegen und bestritt vor allem die Zuverlässigkeit seiner Quellen. Es half aber nichts, und so lenkte ich das Gespräch auf Einzelfragen der preussischen Wahlreform. Aber auch dabei kam nichts heraus.

Als ich die Reichskanzlei verliess, war ich im seltsamsten Zwiespalt der Gefühle. Michaelis hatte menschlich gesehen den denkbar günstigsten Eindruck auf mich gemacht, und er stand auch in dem Rufe, ein vortrefflicher Beamter zu sein. Nach meinem Urteil war er eine Persönlichkeit, die Verehrung, ja vielleicht Liebe verdiente; aber wo das Politische anfang, hiess es: „Lasst alle Hoffnungen fahren!“ Als ich jetzt meiner Wohnung zustrebte, verstand ich, wie es möglich war, dass sich dieser Kanzler der berüchtigten Friedensentschliessung Erzbergerischer Abkunft<sup>352</sup> unterwerfen und dabei glauben konnte, durch den Zusatz „wie ich sie verstehe“ seine Seele, aber auch seine Stellung zu retten.

Ich war mir aber auch darüber ganz im klaren, dass dieser Kanzler, dem die Reichstagsmehrheit schon das Grab schaufelte, im Kampf mit dem Reichs-

<sup>350</sup> Siehe dazu Deist: *Armee und Arbeiterschaft*.

<sup>351</sup> Gemeint sind die Flottenunruhen im Sommer 1917. Die Arbeiterstreiks ab April 1917, die Russische Revolution vom März 1917 und die schlechte Versorgungslage spielten in die Unruhen hinein und wurden von Propagandisten der Dolchstoßlegende vor allem als politische Unruhen unter dem Einfluss der im April 1917 gegründeten USPD umgedeutet. So z. B. Forstner: *Die Marine-Meuterei*. Siehe auch Barth: *Dolchstoßlegenden*, S. 11–53 und 499–517.

<sup>352</sup> Gemeint ist die Friedensresolution der Mehrheitsparteien SPD, Zentrum und FVP vom 19.7.1917.

tag hilflos dastehen und wahrscheinlich auch ohne jede politische Unterstützung aus der hohen Beamtenschaft sein werde. Seine Amtszeit konnte nicht lange dauern, aber – und das war das Traurigste dabei – sie konnte dem Vaterlande auch nicht zum Segen gereichen.

Auf meinem Heimweg kaufte ich mir ein Mittagsblatt, in dem der Rücktritt von Michaelis als vollzogen oder unmittelbar bevorstehend angekündigt wurde. So weit war es zwar noch nicht; aber wenige Tage später fiel dieser Kanzler als Opfer der Herrschaft der Mehrheitsparteien.<sup>353</sup> Es war am 1. November 1917.<sup>354</sup> Es war schlimm, dass Leute wie wir ihm keine Träne nachweinen konnten.

Wem man auch damals aus den uns nahestehenden Kreisen begegnete, immer wieder wurde die Frage aufgeworfen, wie es möglich war, dass der Unterstaatssekretär Georg Michaelis Reichskanzler werden konnte, und man zerbrach sich den Kopf darüber, wer die Verantwortung dafür trage, ihn dem Kaiser vorgeschlagen zu haben. Dieses letzte Rätsel ist seit der Veröffentlichung der Erinnerungen *Valentinis*, des langjährigen Chefs des Geheimen Zivilkabinetts, gelöst. Dort ist berichtet, dass der Kommandant des Kaiserlichen Hauptquartiers, Generaloberst *von Plessen*, dem Kaiser Michaelis genannt habe, weil er sich als energischer Mann bewährt habe.<sup>355</sup>

Ausdrücklich bemerke ich, dass bei der Erörterung der eben genannten Fragen niemals ein abfälliges Wort über die Persönlichkeit des Kaiser fiel – im Gegenteil, immer wurde er als eine Zierde der preussischen Bürokratie und als untadeliger Mensch anerkannt. Aber gerade in diesem Falle konnte man erkennen, dass ein noch so pflichtgetreuer und auf seinem Fachgebiet bewährter Beamter nicht ohne weiteres staatsmännische Fähigkeiten zu besitzen braucht, so wenig wie dies für einen geschickten Diplomaten von Hause aus zutrifft. Das, was Deutschland damals zur Rettung nötig hatte, war der *Staatsmann*; ein landläufiger Bürokrat oder Diplomat genügte für die ins Ungeheure gewachsene Aufgabe nicht.

---

<sup>353</sup> Georg Michaelis sah sich als Opfer des wachsenden Einflusses des Reichstags und der Mehrheitsparteien, die ihn nach seiner Meinung bekämpften, weil er ohne parlamentarische Unterstützung ernannt worden sei. Im Interfraktionellen Ausschuss wurde am 22.10.1917 bereits besprochen, dass Michaelis nicht mehr zu halten sei. Am 23.10.1917 richtete der Chef des Zivilkabinetts, Rudolf von Valentini, einen Brief an Wilhelm II., in dem er bekundete, nach „Rücksprache von Vertretern verschiedener Parteien des Reichstags“ aufgefordert worden zu sein, für einen Kanzlerwechsel einzutreten, der eine „ruhige innenpolitische Entwicklung bis Kriegsende volle Gewähr“ bieten würde. Die Krise um Michaelis war am 24.10.1917 auf dem Höhepunkt und auch Diskussionen um eine Ämtertrennung zwischen Reichskanzlerschaft und preußischem Ministerpräsidenten konnte bis Ende Oktober die Krise nicht beilegen. Michaelis: Für Staat und Volk, S. 365–370. Zitat ebd., S. 368. Siehe auch Becker: Georg Michaelis, S. 513–521.

<sup>354</sup> Georg Michaelis reichte am 31.10.1917, dem 400. Jahrestag der Reformation, sein Rücktrittsgesuch ein, das am 1.11.1917 angenommen wurde.

<sup>355</sup> Siehe Schwertfeger: Kaiser und Kabinettschef, S. 168.

## 2.8. Deutsche Vaterlandspartei

Im Laufe des Sommers 1917 und besonders nach der sogenannten Friedens-Entscheidung des Reichstags vom 19. Juli 1917<sup>356</sup> war immer stärker in der nationalen Öffentlichkeit davon gesprochen worden, Ostpreußen müsse die Rettung des Reich[e]s und der Monarchie in die Hand nehmen; es wurde daran erinnert, dass es im Befreiungskampfe gegen Napoleon als erster Landesteil die Führung übernommen hatte.<sup>357</sup> Ich konnte mir bei dem Lesen und Hören solcher Reden nichts denken, zumal da ich wusste, dass ein Staat wie das Deutsche Reich nicht von der am Ostrande des Staatsgebietes gelegenen Landschaft sein Schicksal bestimmt bekommen würde; für mich stand fest, dass die politische Entscheidung über das innere Schicksal unseres Vaterlandes in Berlin fallen werde.

Ende August 1917 war ich für ein paar Tage nach Berlin gefahren. Am Sonntag[,] den 2. September erhielt ich auf meinem Arbeitszimmer durch Fernsprecher den Anruf des Generallandschaftsdirektors *Dr. Wolfgang Kapp*, der mich fragte, ob er mich möglichst sogleich sprechen könne; er sei am Morgen von Königsberg in Berlin eingetroffen, und er habe den dringenden Wunsch, mich zu sprechen, ehe er mit anderen politischen Gesinnungsgenossen zusammentreffe. In dieser frühen Stunde hatte ich noch keine Zeitung gelesen. Als dies kurz darauf geschah, fand ich die Nachricht, dass am Tage vorher in Königsberg im Yorksaal des Ständehauses die „*Deutsche Vaterlandspar-*

<sup>356</sup> Gemeint ist die Friedensresolution der Mehrheitsparteien SPD, Zentrum und FVP vom 19.7.1917. Die Führung der DVLP ging gezielt auf die Zentrumsparterie zu, betonte die zahlreichen Parteimitglieder aus dem Zentrum und hoffte im Frühjahr 1918 darauf, dass das Zentrum von der Friedensresolution doch abgehen würde. Am 22.3.1918 stimmte in der Tat eine eindeutige Mehrheit im Reichstag mit der Zentrumsparterie und der FVP (die MSPD enthielt sich der Stimme) auch für die Annahme des Friedensvertrages von Brest-Litowsk. Die MSPD hatte zuvor zwar noch mit dem Zentrum und den Linksliberalen eine Resolution zur Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes für Polen, Litauen und Kurland verabschiedet, das der ADV entschieden ablehnte. Anzeichen seien für ein Abrücken von der Friedensresolution innerhalb der Parteiführung des Zentrums sichtbar, jedoch bliebe es fraglich, ob dies auch öffentlich geschehe, so Alfred von Tirpitz. In einem solchen Fall könnte man die Reichstagsmehrheit „in eine solche der Nation“ umwandeln. Alfred von Tirpitz an Großherzog N.N., 23.4.1918, in BA-Freiburg, N 253, Bd. 209, Bl. 71. Siehe auch Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg an den Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstags (o.D.), in ebd., Bd. 308, Bl. 136–138.

<sup>357</sup> Siehe dazu *Alldeutsche Blätter* 15.9.1917. Ostpreußen war nach der Niederlage bei Jena und Auerstedt am 14.10.1806 gegen Napoleon Zentrum der politischen Ereignisse, nachdem der preußische Hof im Dezember nach Königsberg und im Januar 1807 nach Memel floh. In Preußisch Eylau erfuhr Napoleon am 8.2.1807 eine der empfindlichsten Niederlagen, jedoch ging Napoleon nach den preußisch-russischen Niederlagen in Friedland am 13./14.6.1807 weiter Richtung Ostpreußen vor und im Frieden von Tilsit 9.7.1807 verlor Preußen alle Gebiete westlich der Elbe. Im Dezember 1812/Januar 1813 gingen die ostpreußischen Stände unter Führung von General Hans David Ludwig Yorck von Wartenburg zuerst durch Neutralität und dann durch Eingreifen gegen die sich zurückziehende französische Armee gemeinsam mit russischen Truppen vor und besetzten Königsberg, was der Auftakt zur Befreiung Ostpreußens von französischer Herrschaft durch russische Truppen war.



tei“ gegründet worden sei, die sich die Aufgabe stellte, einen siegreichen Ausgang des Krieges zu sichern.<sup>358</sup> Nun wusste ich, weshalb Kapp zu mir kommen wollte, und wirklich stand er mir bald darauf gegenüber.

Es war das erste Mal, dass wir uns von Mann zu Mann sahen und sprachen. Kapp war von schwerer Gestalt, etwas kleiner als ich, ausserordentlich lebhaft und, jedenfalls an diesem Tage, durchdrungen von der Überzeugung, eine gewaltige Aufgabe übernommen und den ersten Schritt zu ihrer Lösung getan zu haben. Er versicherte mir zunächst, dass er, obwohl nicht Mitglied des Alldeutschen Verbandes, dessen Tätigkeit genau verfolgt habe, dass er ebenso mein Wirken kenne und sehr hoch schätze, und nun komme, um meinen Rat und, wenn irgendmöglich, meine Mitarbeit zu erbitten.

Dann nahmen wir Platz, und Kapp erzählte mir mit strahlenden Augen von dem glänzenden Verlauf der am Tage vorher erfolgten Gründung der „Deutschen Vaterlandspartei“, wobei er besonders hervorhob, dass auch Angehörige der [F]reisinnigen Partei mitgewirkt hätten, ja die eifrigsten Rufer im Streite gewesen seien.<sup>359</sup> Er nannte hier vor allem den Namen des Königsberger Oberbürgermeisters[,] *Dr. Körte*<sup>360</sup>, der im preussischen Herrenhaus als Führer der sogenannten „Neuen Fraktion“ galt, die die liberale Richtung vertrat.

Kapp schilderte mir eindringlich die Schwierigkeit seiner vorbereitenden Arbeit, die er in Königsberg zuletzt nur deshalb habe vortreiben können, weil er schon vorher im Reiche die nötigen Verbindungen angeknüpft habe, um, wenn Ostpreussen gesprochen habe, sofort im ganzen Lande mit der neuen Partei handlungsbereit dazustehen. Ich hörte alles schweigend an und schwieg auch, als mir Kapp in Tönen des höchsten Stolzes mitteilte, er habe auch schon die Oberhäupter der Vaterlandspartei gefunden und glaube, dass es einen ungeheuren Eindruck machen werde, wenn ihre Namen bekannt würden. Als Ehrenvorsitzender habe sich *Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg* zur Verfügung gestellt.<sup>361</sup> Den eigentlichen Vorsitz habe Grossadmiral *von Tirpitz*

---

<sup>358</sup> Die Gründungssitzung der DVLP fand dann am 3.9.1917 in Königsberg im alten Landschaftsgebäude statt. Zuvor hatte Wolfgang Kapp zum 2.9.1917 zur Sitzung in die General-Landschafts-Direktion Königsberg eingeladen. Für Wolfgang Kapp handelte es sich beim Kanzlerwechsel von Theobald von Bethmann Hollweg zu Georg Michaelis auch nicht um einen „System-“, sondern nur [um] einen Personenwechsel“. Wolfgang Kapp an Georg Wilhelm Schiele, 29.7.1917, in GSTA, NL Kapp, IV HA, Bd. 445, Bl. 6.

<sup>359</sup> Zu den Funktionären der FVP, die führend bei der Gründung der DVLP am 2./3.9.1917 beteiligt waren, gehörten in erster Linie Gottfried Traub (aus dem Umfeld von Friedrich Naumanns National-Sozialem Verein) sowie Hermann Haupt, Karl Emil Mangold und Dr. Naumann sowie aus Ostpreußen Gymnasialdirektor und Stadtverordnetenvorsteher Dr. Dirichlet (Königsberg) sowie Siegfried Körte. Alle hatten auch den Gründungsauftrag der DVLP unterzeichnet. Hagenlücke: Deutsche Vaterlandspartei, S. 304–312.

<sup>360</sup> Siegfried Körte (1861–1919), 1891 Landrat im Landkreis Merseburg, 1893 Stadtrat in Breslau, 1903–1918 Oberbürgermeister von Königsberg, Mitglied der Preussischen General-synode, 1916 Mitglied des UADF, 1917 Mitbegründer und 1. Vorsitzender der Ortsgruppe Königsberg der DVLP.

<sup>361</sup> Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg war zwar durch Briefe, ausführliche Berichte, persönliche Kontakte und auch durch Vertreter der DVLP aus Mecklenburg über das Tagesgeschäft der Partei gut informiert. Er war jedoch nicht regelmäßig auf den Versammlungen des Reichsausschusses anwesend, hielt sich von der Geschäftsstelle in Berlin weitgehend

übernommen, während er selbst – Kapp – zweiter Vorsitzender sei. Es trat eine Kunstpause ein, in der der begeisterte Königsberger offenbar einen Freuden- ausbruch gleicher Art von mir erwartete. Ich sagte ihm deshalb, ich wolle meine Ansicht im Zusammenhange mitteilen, worauf er mir den Aufbau der Partei schilderte und schliesslich ihre Satzung vorlas und erläuterte.<sup>362</sup>

Aus Kapps Mitteilungen war für mich von Bedeutung, dass die Vaterlandspartei eine grosse, auf weiteste vaterländische Kreise wirkende Volkspartei sein wolle und die Zusammenfassung aller vaterländischen Kräfte ohne Unterschied der sonstigen politischen Parteistellung anstrebe; sie wolle Stütze und Rückhalt für eine kraftvolle Regierung sein.<sup>363</sup> Ausdrücklich war in der Satzung gesagt, dass sie mit den bestehenden politischen Parteien nicht in Wettbewerb treten wolle, sondern mit ihnen zur Stärkung des Siegeswillens Hand in Hand arbeiten werde. Deshalb werde auch von der Aufstellung eigener Wahlbewerber für die Volksvertretung abgesehen. Am Tage des Friedensschlusses solle die Partei aufgelöst werden.<sup>364</sup>

Nun folgte nochmals eine Schilderung der ausgezeichneten Stimmung, die in Königsberg bei der begründeten Versammlung der Partei geherrscht habe. Man habe den Yorksaal gewählt, um an das unvergängliche Verdienst Ostpreussens beim Wiederaufbau Preussens zu erinnern und damit anzudeuten, dass sich Ostpreussen heute auf denselben Weg begeben wolle, um den Zusammenbruch zu verhindern und den Sieg zu sichern.<sup>365</sup> Auf die ersten

---

fern und blieb weitgehend auf seinem Schloss Wiligrad in Mecklenburg. Diese persönliche Absenz führte zuweilen zu Nachfragen der Geschäftsführung, ob sich sein dauernd angeschlagener Gesundheitszustand zuletzt nicht doch ernsthaft verschlechtert habe. Er sprach selbst von der DVLP als „Sturmtruppe“, war jedoch selbst nur bedingt für das Parteiengeschäft einsetzbar. Er ging regelmäßig zu Kuraufenthalten unter anderem nach Berchtesgaden, litt 1916 an ausgebrochenen Venenentzündungen und starb letztlich 1920. Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg an Hans von Seeckt, 29.9.1917, in BA-Freiburg, N 247, Bd. 172, Bl. 84–85, Zitat Bl. 85. Siehe dazu auch Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg an Hans von Seeckt, 11.7.1916, in ebd., Bl. 80–81.

<sup>362</sup> Satzung der Deutschen Vaterlandspartei vom 24.9.1917 (geändert am 19.4.1918), in GSTA Berlin, VI. HA, NL Kapp, Bd. 603, Bl. 74–75 und Gründungsaufwurf der Deutschen Vaterlandspartei vom 2.9.1917, in Deutscher Geschichtskalender, 33. Jg, Bd. 2.1, 1917, S. 514–515.

<sup>363</sup> Die DVLP wollte vor allem „nicht am Bestand der politischen Parteien“ rühren, lediglich für die Dauer des Krieges existieren und sich bei Friedensschluss auflösen. Zitat aus Katechismus der Deutschen Vaterlandspartei, S. 8.

<sup>364</sup> Die DVLP existierte vom 2.9.1917–10.12.1918 und ging mit dem restlichen Parteivermögen sowie mit der Geschäftsstelle in der Viktoriastraße 30 in Berlin dann 1918 im Grunde vollständig in die neu gegründete DNVP über.

<sup>365</sup> Zunächst war sowohl der Parteiname als auch der Gründungsort ein anderer. Wolfgang Kapp nahm von einer zu gründenden „Hindenburgpartei“ nach Interventionen, Paul von Hindenburg nicht in die Parteipolitik hinziehen zu wollen, Abstand. Die Parteigründung sollte dann zunächst von Hamburg ausgehen. Die neu zu gründende Partei sollte dann auch „Bismarckpartei“ heißen. Wolfgang Kapp an Georg Wilhelm Schiele, 2.8.1917, in GSTA, NL Kapp, IV. HA, Bd. 445, Bl. 11 und Satzungsvorschläge Bismarck-Partei, o. D., in ebd., Bd. 447, Bl. 3–7. Die Gründung einer Organisation, die sich „Partei“ nennen wollte, stieß auch bei Funktionären auf Unverständnis. Auch spätere Vorschläge, sich in einen Deutschen Vaterlandsbund umzubenennen, um dem Einwand zu begegnen, man bräuchte

Nachrichten, die in die Welt gegangen seien, habe er schon Haufen von Drahtungen erhalten, die begeisterte Zustimmung aussprächen, ja auf seinem Schreibtisch in Berlin lägen schon die ersten Beitrittserklärungen. Kurz und gut, Kapp strahlte über das ganze Gesicht und war überzeugt, eine rettende Tat getan zu haben.

Als er fertig war, fragte er mich nach meiner Meinung. Ich begann mit der Gegenfrage, wie er dazu gekommen sei, den *Herzog Johann Albrecht* und den Grossadmiral *von Tirpitz* heranzuziehen.<sup>366</sup> Er antwortete, das sei doch im Deutschen Reiche einmal nötig, dass man grosse Namen anführe. Eine Sache möge noch so gut sein, sie komme nur voran, wenn sie durch die Mitwirkung hochgestellter und allgemein bekannter Männer gewissermassen die gesellschaftliche Weihe erhalten habe.

Ich sagte hierauf, ich glaube, er hätte sein Unternehmen sicherer in den Händen, wenn er auf die Mitwirkung der beiden „Stützen“ verzichtet und die Leitung allein behalten hätte. Da meinte er, das sei doch gewiss auch so der Fall. Der Herzog werde „dekorative Stütze“ bleiben, und der Grossadmiral überlasse ihm sicher die ganze Arbeit, womit er ja die von ihm allein geschaffene Partei in den Händen halte.

Ich gab dies für den Herzog zu; für Tirpitz bezweifelte ich es, da ein so sehr an Arbeit gewöhnter Mann, wenn er in eine solche Sache hineingehe, gewiss den seiner Stellung entsprechenden Einfluss haben wolle, den er nur durch tätiges Mitwirken gewinnen könne. Im übrigen meinte ich, seien so grosse Schutzherren doch in einem Zustande, den man als denjenigen des „labilen politischen Gleichgewichts“ bezeichnen könne. Ich erzählte ihm nun, was ich mit den beiden bei dem Versuche der Gründung eines alle vaterländischen Verbände und Vereinigungen zusammenfassenden „Deutschen Volksrats“ erlebt hatte<sup>367</sup>, und meinte, nach diesen Erfahrungen könne ich die beiden Herren ihm neidlos überlassen.<sup>368</sup>

---

nicht noch eine weitere Partei, wurden mit dem Hinweis verworfen, dass die Namensgebung mit Gründung nicht rückgängig gemacht werden könne. Deutsche Vaterlandspartei Geschäftsführung an Oberbürgermeister Vosberg (Potsdam), 2.11.1917, in BA-Freiburg, N 253, Bd. 308, Bl. 95. Insgesamt hielt man selbst bei der Obersten Heeresleitung die Namensnennung der „Partei“ für unglücklich und Erich Ludendorff wünschte eine Änderung in eine unpolitischere Namensgebung. Siehe Alfred von Tirpitz an Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, 8.11.1917, in ebd., Bd. 307, Bl. 111.

<sup>366</sup> Im Juli 1917 schickte Claß noch Alfred von Tirpitz wärmste Grüße und sah sich mit Tirpitz politisch in seinen Hoffnungen auf einen Sieg im gegenwärtigen Krieg einig. Claß an Alfred von Tirpitz, 18.7.1917, in BA-Freiburg N 253, Bd. 245, Bl. 24.

<sup>367</sup> Siehe Kapitel 1.4.

<sup>368</sup> Die Konflikte zwischen Claß und Alfred von Tirpitz traten mit der Gründung der DVLP offen zutage. Tirpitz versuchte dann auch, sich von alldeutschem Einfluss und Ruf freizumachen. Auf die Absage von August Thyssen, sich der Partei führend zur Verfügung zu stellen, weil er auch mit den alldeutschen Zielen nicht zusammengehen könnte, erklärte Tirpitz: „Wenn sich die Alldeutschen auch unserer Bewegung angeschlossen haben, so liegt es doch der Vaterlands-Partei durchaus fern, mit ihnen in dasselbe Horn zu stossen. Von gegnerischer Seite wird uns vielfach der Vorwurf gemacht, wir arbeiteten in alldeutscher Richtung. Dies ist jedoch ganz und gar nicht der Fall.“ Alfred von Tirpitz an August Thyssen, 19.11.1917, in GSTA, NL Kapp, IV. HA, Bd. 590, Bl. 7. Auch Herzog Johann

Dann ging ich auf die inneren und äusseren Widersprüche der Satzung ein und bezeichnete es, ohne das Wort zu gebrauchen, als eine Harmlosigkeit, eine Partei zu gründen, die sich sofort alle Eigenschaften einer solchen abspreche, die sich den Anschein gebe, als rechne sie mit der Zusammenarbeit mit anderen Parteien, und die von sich sage, sie wolle Stütze und Rückhalt für eine starke Regierung sein[,] die nicht vorhanden sei. Es sei mit aller Sicherheit zu erwarten, dass die Vaterlandspartei, auch wenn sie auf eigene Wahlbewerber verzichte, von den bestehenden Parteien als unbequemer und verdächtiger Wettbewerber angesehen werde, und voraussichtlich von ihnen Hass, jedenfalls Missgunst zu erwarten habe.

Kapp wies darauf hin, dass ja bei der begründeten Versammlung angesehene ostpreussische Freisinnige und auch einige Zentrumsleute sich beteiligt hätten<sup>369</sup>; das spreche doch dafür, dass diese Parteien Hilfsstellung gewähren würden. Die ausgesprochenen nationalen Gruppen wie die Konservativen, die Nationalliberalen und die Antisemiten seien ihm sicher.

Ich beglückwünschte ihn zu dieser Hoffnung, stellte ihm aber in Aussicht, dass er zwar mit der Unterstützung wohlmeinender Männer aus diesen Gruppen rechnen könne, nicht aber mit den Parteien als solchen, die sich ja aufgeben würden, wenn sie mit ihm zusammengingen.

Dies wollte Kapp nicht gelten lassen und meinte, bei der Zielsetzung der Vaterlandspartei könnten die nationalen Gruppen sich nicht ausschliessen.

---

Albrecht zu Mecklenburg hielt die Alldeutschen ungeachtet ihrer „wertvollen“ Mitarbeit letztlich für „allzu stürmisch“ in der grundsätzlichen „Taktlosigkeit“ ihrer Forderungen, ohne Rücksicht auf die „jeweiligen Zeitumstände“ zu nehmen. Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg an Alfred von Tirpitz, 15.10.1918, in BA-Koblenz, N 253, Bd. 307, Bl. 123. Mecklenburg fungierte als Ehreuvorsitzender und hatte die privaten Animositäten und Streitigkeiten beispielsweise zwischen Franz Ferdinand Eiffe und Tirpitz zu moderieren, als Eiffe als Geschäftsführer nach persönlichen Beleidigungen durch Tirpitz bei der Sitzung des Engeren Ausschusses am 9.3.1918 endgültig seine Stellung kündigte, da ihm einerseits eine Verlängerung des „Provisoriums“ nicht im Sinne der Partei zu liegen schien und andererseits eine Einarbeitung des Interims-Nachfolgers, Generalleutnant Stephan von Nieber (Etappeninspekteur der 2. Armee und zugleich Direktor des Deutschen Luft-Flotten-Vereins), sehr kurzfristig erschien. Nieber wurde dann im Juni 1918 zum Stellvertretenden Vorsitzenden zur Vertretung von Alfred von Tirpitz und Wolfgang Kapp gewählt. Conrad Scherer, zunächst Generalsekretär der Liberalen Vereinigung in Düsseldorf und dann Ingenieur bei einer Krefelder Munitionsfabrik, konnte erst zum 15.3.1918 gewonnen werden und trat sein Amt drei Tage später an. Siehe Franz Ferdinand Eiffe an Alfred von Tirpitz, 5.2.1918, in BA-Freiburg, N 253, Bd. 62, Bl. 82–83, Franz Ferdinand Eiffe an Alfred von Tirpitz, 10.3.1918, in ebd., Bl. 83–84, Vertrag Deutsche Vaterlandspartei mit Conrad Scherer, 15.3.1918, in GSTA, NL Kapp, IV. HA, Bd. 515, Bl. 1 und Conrad Scherer an Landesvereine der Deutschen Vaterlandspartei, 18.3.1918, in ABBAW, NL Schäfer, Bd. 2, Bl. 61. Siehe auch Hagenlücke: Deutsche Vaterlandspartei, S. 165 und 168–170. Johann Albrecht agierte hier eher umsichtig und ausgleichend, stellte aber vor Eiffes Anstellung durch umfassende Anfragen auch sicher, dass Eiffe wohlwollende Fürsprecher hatte. Er beherrschte somit eine zentrale Rolle im Machtgefüge des Triumvirates Tirpitz-Kapp-Johann Albrecht und machte sich nicht für die alldeutschen Mitglieder stark.

<sup>369</sup> Den Gründungsaufwurf der DVLP vom 2.9.1917 hatten keine Katholiken unterzeichnet und die Partei erreichte mit wenigen Ausnahmen im Rheinland und Westfalen keine größere Zahl von Anhängern der Zentrumsparlei. Siehe Hagenlücke: Deutsche Vaterlandspartei, S. 312–326.

Hierauf sagte ich ihm nur, was mir dem von seinem Erfolge berauschten Manne gegenüber am schwersten fiel, die Zielsetzung sei nicht so, dass sie eine hinreichende Wirkung ausüben würde. Denn wer sich einer gar nicht vorhandenen starken Regierung als Rückhalt anbiete, gerate doch in den Verdacht, die augenblickliche Regierung, den zum Verzweifeln hilflosen *Michaelis*, fördern zu wollen. Ich könnte mir denken, dass bei der herrschenden ungeheuren Verstimmung ein Kampf zur *Schaffung* einer starken Regierung die Massen hinreißen würde. So aber sei es etwas Halbes.

Kapp erwiderte, Satzung und Aufruf seien absichtlich milde; in Wirklichkeit werde das Vorgehen der Vaterlandspartei so sein, wie ich es für nötig hielte, und da hoffte er sehr auf die Hilfe des Alldeutschen Verbandes, den er als das Rückgrat der nationalen Bewegung ansehe. Ich sagte ihm zu, sofort mit meinen nächsten Mitarbeitern von der Hauptleitung<sup>370</sup> und der Geschäftsstelle<sup>371</sup> zu reden; jedenfalls könne er versichert sein, dass wir die Bedenken, die ich ihm gegenüber gelten gemacht hätte, für uns behalten und draussen im Lande die Sache in jeder Hinsicht fördern würden. Damit war Kapp sehr zufrieden; er versprach enge Fühlung mit mir zu halten[,] und die Partei ganz im Sinne schärfster nationaler Opposition zu führen.<sup>372</sup>

Die Wirkung der Parteigründung auf die öffentliche Meinung trat in den am 2. September erschienen Blättern noch nicht voll in Erscheinung, umso mehr in den Montagsblättern vom nächsten Tage.<sup>373</sup> Die Presse der Reichstagsmehrheit behandelte die Vaterlandspartei und ihre Gründer, wie zu erwarten

---

<sup>370</sup> Zu den Mitgliedern der Hauptleitung des ADV gehörten im Herbst 1917 Claß, Konstantin von Gebssattel, Emil Kirdorf, Theodor Thomsen und Max von Grapow, der als stellvertretender Vorsitzender 1916 auf Vorschlag von Claß in die Hauptleitung gewählt wurde. Grapow sollte nach dem Tod von Admiral Breusing den ADV als ständiger Stellvertreter in Berlin vertreten, nachdem die Geschäftsstelle nach Berlin umgezogen war. Grapow wohnte in Lichterfelde und vertrat Claß im Fall von Abwesenheit oder Urlaub. Siehe Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 26.8.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 107, Bl. 3 und Handbuch des Alldeutschen Verbandes 1917, S. 11.

<sup>371</sup> Die Geschäftsstelle des ADV wurde durch Leopold von Vietinghoff-Scheel als Hauptgeschäftsführer und Max von Grapow als stellvertretender Vorsitzender vertreten. Kanzleivorstand Emil Junghans war 1917 und 1918 im Feld und kehrte nach dem Krieg zur Geschäftsstelle zurück. Julius Schöne war als weiterer Geschäftsführer angestellt. Hinzu kam im Frühjahr 1917 Major z.D. Freiherr Schilling von Cannstatt als Geschäftsführer und Schriftwart der Hauptleitung und als Koordinator des Vortragswesens des Verbandes. Die Geschäftszeiten waren von 8–19 Uhr und Leopold von Vietinghoff-Scheel war auch nach 19 Uhr per Fernsprecher für Verbandsangelegenheiten telefonisch zu erreichen. Siehe Alldeutsche Blätter 17.3.1917 und Handbuch des Alldeutschen Verbandes 1917, S. 12 und Dass. 1918, S. 14 sowie Gliederung des Alldeutschen Verbandes [Mai 1919], in BA-Berlin, R 8048, Bd. 533, Bl. 63.

<sup>372</sup> Claß an Alfred Hugenberg dazu am 17.9.1918 [im Original falsches Datum 17.9.1917], er sei mit der Gründung der DVLP „einverstanden“ gewesen, nachdem Wolfgang Kapp „Satzung und Aufruf mit mir durchgegangen und nach meinen Vorschlägen geändert hatte – die Tatsache, daß die Rückänderung erfolgte, und wie dies geschah, und manches andere, hat mich mißtrauisch gemacht – natürlich weiß ich, daß wir nicht ohne weiteres auch hier den Bruch vollziehen können.“ In BA-Berlin, R 8048, Bd. 395, Bl. 215. Für Hugenberg war die Gründung der DVLP eine letzte Hoffnung.

<sup>373</sup> Der 2.9.1917 war ein Sonntag.

war, von oben herab, ja wegwerfend. Das berüchtigte Wort *Bethmann Hollwegs*, der ja Kapp fünf Vierteljahre vorher unter die Presspiraten mit eingerechnet hatte, wurde natürlich wieder aufgewärmt. Die nationale Presse gab sich begeistert und schien sich von der neuen Partei viel zu versprechen.

Kapp hielt mir gegenüber seine Zusage, enge Fühlung zu halten, indem er mich bei meiner nächsten Anwesenheit in Berlin zwei Wochen später zu sich bat und mir die bisherigen Erfolge schilderte; der Zulauf sei so stark, dass die erst im Aufbau befindliche Geschäftsstelle<sup>374</sup> Schwierigkeiten habe, nachzukommen – aber der Hauptgeschäftsführer<sup>375</sup> habe es auch nicht leicht, weil der Grossadmiral sehr umständlich sei und sich zu viel in die kleinsten Dinge mische.<sup>376</sup>

Ich konnte Kapp sagen, dass wir trotz unserer Bedenken beschlossen hätten, seine Gründung aufs eifrigste zu fördern; ich wollte offen sein und geste-

<sup>374</sup> In Mainz residierte der Verband in der Geschäftsstelle zuerst in der Flachmarktstraße 28, jedoch mussten bis zum 1.4.1910 noch die Miete für die Berliner Geschäftsräume sowie für zwei Beamte weiter gezahlt werden. Geschäftsbericht des ADV, 1.9.1909. Anlage c, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 535, Bl. 23. Um die Zentralisierung der Geschäftsstelle in Claß' Händen zu erleichtern, aber auch um Kosten zu sparen, verlegte er schließlich die Geschäftsstelle nach Mainz in sein Privathaus in der Stadthausstraße 11. Die Geschäftsstelle war werktags von 8–12 und 14–16 Uhr besetzt. In Berlin wurde die Geschäftsstelle dann durchgehend von 8–19 Uhr geöffnet. Der Umzug der Geschäftsstelle von Mainz nach Berlin wurde mit der Ermächtigung der Hauptleitung durch den Geschäftsführenden Ausschuss auf dem Verbandstag in Berlin am 23.10.1915 beschlossen. Der Umzug verzögerte sich aufgrund abzuwartender finanzieller Entwicklungen der Verbandskasse, da man mit der Verlegung nach Berlin nicht mehr mit einem Verbandshaushalt von ca. 70.000 Mark, sondern mit 100.000 Mark im Jahre 1916 und 110.000 Mark 1917 rechnete. Leopold von Vietinghoff-Scheel auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 27.1.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 103, Bl. 12. Die Finanzierung des Umzuges erfolgte durch eine „Ehrengabe“ zum 25jährigen Bestehen des ADV, die durch Emil Kirdorf, Georg von Below, Dietrich Schäfer, Anton von Rieppel, August von Thomsen und dem Königlich-Preußischen Geheimen Kommerzienrat Berthold Körting angeregt und vermittelt wurde. Die „Ehrengabe“ wurde im Sommer 1916 mit 62.000 Mark abgeschlossen. Alldeutsche Blätter 29.4.1916, 6.5.1916 und 22.7.1916. Ende April 1916 wurde eine Wohnung Am Karlsbad 28 I in Berlin in Aussicht genommen und dort zum 15.5.1916 die Arbeit aufgenommen. Die erste Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses fand in der neuen Geschäftsstelle am 24.6.1916 statt. Claß pendelte zwischen seinen Kanzleiräumen in Mainz und der Geschäftsstelle in Berlin. Er hatte in den Räumen der Geschäftsstelle für seine Besuche in Berlin ein ständiges Zimmer beziehungsweise eine eigene Wohnung. Die doppelte Geschäftsführung in Mainz und Berlin verursachte entsprechende Kosten. Für das Geschäftsjahr 1917 wurden für die Geschäftsstelle der Hauptleitung in Mainz noch 1.200 Mark und für die Geschäftsstelle des ADV in Berlin 5.000 Mark an Miete ausgewiesen, von denen 1.000 Mark durch den Verlag der Alldeutschen Blätter beglichen wurden. Die Gehälter für Mainz betragen insgesamt 8.400 Mark und für Berlin 50.320 Mark. Die Gesamtausgaben des Verbandes (ohne die eigentlichen Produktionskosten für die Alldeutschen Blätter) betragen 1917 138.000 Mark bei ordentlichen Einnahmen (Beiträge) von 128.500 Mark und außerordentlichen Einnahmen (Betriebs- und Werbeschatz) von 9.500 Mark. Geschäftsbericht (Voranschlag) des ADV für 1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 202, Bl. 704–705.

<sup>375</sup> Gemeint ist Leopold von Vietinghoff-Scheel.

<sup>376</sup> Zu den Konflikten zwischen ADV und Alfred von Tirpitz' Politik und Parteiführung siehe Scheck: Alfred von Tirpitz, S. 69–73.

hen, dass wir den Geist der nationalen Opposition dort stärken wollten, was ihm ja wohl recht sein werde. Dies bestätigte er, und wir schieden in vollstem Einvernehmen. Ich hatte herausgeföhlt, dass Kapps Verhältnis zu Tirpitz nicht das allerbeste war.<sup>377</sup>

Auf diese Zusammenkunft führte ich es zurück, dass ich kurze Zeit später die Nachricht erhielt, ich sei in den Engeren Ausschuss der Vaterlandspartei berufen worden; dies war der Kreis, der dem Vorstand, d. h. den drei Vorsitzenden, beratend und beschliessend zur Seite stand.<sup>378</sup>

Es dauerte auch nicht lange, so erhielt ich eine Einladung zur ersten Sitzung dieses Ausschusses. Ich beschloss, ihr beizuwohnen, ja ich beschloss sogar, zu jeder weiteren Sitzung zu gehen, solange ich dort Sitz und Stimme hätte. Dieser Entschluss war lediglich zeitgeschichtlich begründet. Ich wollte

---

<sup>377</sup> Das Verhältnis zwischen Wolfgang Kapp und Alfred von Tirpitz blieb von den Konflikten der alldeutschen Parteimitglieder wie Paul Bang oder Andreas Gildemeister nicht unberührt und die alldeutsche Linie von Kapp vertrug sich nicht mit der moderateren politischen Linie von Tirpitz, der unter anderem auch jüdische Mitglieder in der DVLP willkommen hieß. Scheck: Alfred von Tirpitz, S. 69–71.

<sup>378</sup> Claß wurde in Abwesenheit auf dem ersten Parteitag der DVLP am 24.9.1917 in den Engeren Ausschuss gewählt. Claß schrieb an Wolfgang Kapp auf dessen Nachfragen wegen seines Fortbleibens von der ersten Parteisitzung, er sei „nicht verschnupft gewesen“, sondern lediglich aufgrund des zunächst angekündigten Fortbleibens von Georg Schiele nicht erschienen. Claß habe ja umgehend per Telegramm die Zuwahl angenommen und genauere Berichte zur ersten Sitzung erbeten sowie Informationen über die geplante zweite Sitzung des Engeren Ausschusses angefragt. Der Engere Ausschuss war für die Vorbereitung von Unterlagen für den Parteitag sowie für die Rechnungslegung verantwortlich. Claß würde sich grundsätzlich nur von „sachlichen Gesichtspunkten“ leiten lassen und „Verstimmungen und Kränkungen“ spielten „bei mir gar keine Rolle“. Claß an Wolfgang Kapp, 2.10.1917, in GSTA Berlin, VI. HA, NL Kapp, Bd. 458, Bl. 3. Claß schlug Wolfgang Kapp am 27.9.1917 noch die Zuwahl von Otto Fürst zu Salm-Horstmar, Paul Bang, Emil Kirdorf, Anton von Rieppel und Carl Peters vor. Siehe Claß an Wolfgang Kapp, 27.9.1917, in ebd., Bd. 458, Bl. 4–5. Diese Vorschläge wurden nicht berücksichtigt. Dem Ausschuss gehörten neben Claß auch Georg von Below, Franz von Buhl, Siegfried Körte, Richard Rive, Dietrich Schäfer, Heinrich Tramm und Konrad von Wangenheim an. Am 12.10.1917 wurden Robert Einhauser, Clemens Freiherr von Loë und am 16.11.1917 der Schwiegersohn von Alfred von Tirpitz und sein Kontaktmann u. a. zu Claß, Wolfgang Kapp und Dietrich Schäfer, Ulrich von Hassell, hinzugewählt. In den Reichsausschuss wurde Claß nicht gewählt, obwohl der aus dem Parteivorstand, dem Engeren Ausschuss und 50 vom Parteitag zu wählenden Mitgliedern bestand. Max von Gruber und Otto Fürst zu Salm-Horstmar gehörten dem Reichsausschuss an. Siehe auch Hagenlücke: Deutsche Vaterlandspartei, S. 164–168. Die einstimmige Zuwahl von Claß in den Engeren Ausschuss auf dem Parteitag am 24.9.1917 erfolgte in Abwesenheit von Claß und wurde durch ein Mitteilungstelegramm am 25.9.1917 nach Mainz zur Kenntnis gegeben. Nach fehlender Rückantwort von Claß erfolgte ein erneutes Telegramm am 29.9.1917 mit Bitte um Rückantwort. In ebd., Bd. 462, Bl. 15 und 16. Max von Grapow, der Claß als Verbandsvorsitzenden 1917 mehrmals in den Tagesgeschäften vertrat, beglückwünschte ihn zu der einstimmigen Wahl in den Engeren Ausschuss der DVLP mit dem Hinweis „es ist doch sehr erfreulich, daß dies erreicht worden ist.“ Grapow mutmaßte jedoch: „Allerdings bin ich mir nicht ganz klar, ob es eines leisen Druckes bedurft hatte, oder ob diese Wahl tatsächlich aus freien Stücken zustande gekommen ist. Doch das tut nichts zur Sache.“ Max von Grapow an Claß, 28.9.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 202, Bl. 665.

die Entwicklung der Vaterlandspartei, die ich für eine innere Unmöglichkeit hielt, aus nächster Nähe beobachten, solange ich dazu in der Lage wäre.<sup>379</sup>

Als ich zu jener ersten Sitzung erschien<sup>380</sup>, war ich aufs angenehmste überrascht; ich hatte keine Ahnung davon, wie dieser Kreis zusammengesetzt war, und fand nun zum grossen Teil mir bekannte Gesichter verehrter Kampfgenossen.<sup>381</sup> Da waren *Dietrich Schäfer* und *Freiherr von Wangenheim*, ferner Stadtdirektor *Dr. Tramm*<sup>382</sup> von Hannover, einer der Mitbegründer des Alldeut-

<sup>379</sup> Bereits im September 1917 erklärte Claß, dass er „an der Brauchbarkeit dieser Partei zweifle.“ Claß an Paul Bang, 14.9.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 287, Bl. 50. Über die Verhandlungen „hinter den Kulissen“ wisse Claß nichts, sei aber einstimmig in die Parteileitung gewählt worden und habe die Wahl angenommen. „Letzteres trotz der vielen Bedenken, die ich habe, da ich mir nicht den Vorwurf machen will, ich hätte einen Versuch, nützlich wirken zu können, vorübergehen lassen. Auch werde ich dort Gelegenheit haben, den Kreis kennenzulernen, der von den ‚Machern‘ zusammengesucht worden ist, und auf Charakter, Entschlusskraft und sonstige Brauchbarkeit zu prüfen. Zurücktreten kann man jeden Augenblick.“ Claß an Paul Bang, 26.9.1917, in ebd., Bl. 57. Claß resümierte frühzeitig: „Was die vaterländische Partei betrifft[,] so kann sie trotz der Mängel, die Plan und Aufbau ausweisen, nützlich wirken, falls die Führer Mut und Entschluss zur Bestätigung charaktvoller Politik finden – Sie wissen ja, dass ich darauf lebe und sterbe, dass eine gute Politik nur von Charakteren gemacht werden kann. An den Vorbesprechungen über die Parteigründung war ich beteiligt und habe im Sinne der Charakterbestätigung und der Zuziehung politischer Charaktere gesprochen und die Satzung in diesem Sinne zu beeinflussen gesucht. Manches ist später wieder rückwärts geändert worden – auf wessen Veranlassung weiss ich nicht, kann es mir aber denken. Gestern und heute habe ich Drahtungen von der Parteileitung erhalten, dass ich in die Leitung gewählt sei; ich habe die Wahl angenommen, um mir ein genaues Bild über die nun zusammengekommenen politischen Kräfte zu verschaffen. Wie die Dinge liegen, betrachte ich es als selbstverständlich, dass wir mitarbeiten, und es wird in dem Sinne zu geschehen haben, dass Charakter bewahrt wird. Von diesen Mitteilungen bitte ich unseren dortigen Freunden gegenüber vorsichtigen Gebrauch zu machen.“ Claß an Verlagsbuchhändler Dr. G. Neuenhahn (Jena), in ebd., Bd. 202, Bl. 660.

<sup>380</sup> Claß meint hier nicht die für den 24.9.1917 im Abgeordnetenhaus, Zimmer 6, geplante Sitzung des Engeren Ausschusses, die im Rahmen des ersten Parteitages im Festsaal des Abgeordnetenhaus in Berlin stattfinden sollte. Siehe Einladung Alfred von Tirpitz an Dietrich Schäfer, 20.9.1917, in ABBAW, NL Schäfer, Bd. 2, Bl. 7. Gemeint ist vielmehr die Sitzung des Engeren Ausschusses, die am 16.10.1917 im Abgeordnetenhaus in Berlin folgte, nachdem Claß zum Engeren Ausschuss am 24.9.1917 in Abwesenheit hinzugewählt worden war. Anwesend waren am 16.10.1917 neben Claß noch Alfred von Tirpitz, Wolfgang Kapp, Dietrich Schäfer, Konrad von Wangenheim, Richard Robert Rive, Ulrich von Hassell (Protokollführer) und Heinrich Tramm. Bei dieser Sitzung wurde bereits angesprochen, dass man die DVLP nicht „als eine andere Form des Alldeutschen Verbandes erscheinen“ lassen wollte, auch nicht wiederum zur Auflösung anderer Verbände wie dem UADF beitragen und weniger korporativ angeschlossene Verbände, sondern Einzelmitglieder gewinnen möchte. Protokoll der Sitzung des Engeren Ausschusses vom 16.10.1917, in GSTA Berlin, HA IV. Bd. 478, Bl. 15–16.

<sup>381</sup> Bereits am 1.9.1917 hatte man sich innerhalb der Hauptleitung des ADV auf eine Förderung der „Angelegenheit Kapp“ verständigt und auch von der Mitwirkung Dietrich Schäfers wusste man bereits. Hauptleitung des ADV an Rechtsanwalt N.N., 1.9.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 202, Bl. 551–552.

<sup>382</sup> Heinrich Tramm (1854–1932), 1888 Senator im Magistrat von Hannover, 1886–1891 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses für die NLP und 1903–1918 Mitglied des Zentralvorstandes der NLP (1916 insgesamt 175 Vertreter), 1891 Gründungsmitglied des ADV und Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses, 1892–1918 Mitglied des Herrenhau-



schen Verbandes[,] und andere bewährte Männer. Neu waren mir die beiden als Freisinnige bekannten Oberbürgermeister *Dr. Körte* aus Königsberg und *Dr. Rieve* [sic]<sup>383</sup> aus Halle. Mit beiden kam ich in ein sehr gutes Verhältnis, sie waren offenbar angenehm enttäuscht, in dem verrufenen Alldeutschen einen verhältnismässig vernünftigen Menschen zu finden. In der kurzen Zeit unserer Zusammenarbeit gingen wir immer Hand in Hand.

Damals in der ersten Sitzung hiess der Ehrenvorsitzende *Herzog Johann Albrecht* die Versammelten willkommen und sprach die Hoffnung aus, dass die Vaterlandspartei zum Segen des deutschen Volkes wirken und dessen Siegeswillen stärken werde. Nach ihm nahm der Grossadmiral das Wort und wiederholte kurz den Willkommensgruss des Herzogs, um dann zur allgemeinen Überraschung eine Erklärung abzugeben, die sich gegen den Alldeutschen Verband richtete.

Mit offener Erregung sprach Herr *von Tirpitz* davon, dass in der gesamten gegnerischen Presse die Vaterlandspartei als „alldeutsch“ bezeichnet werde; ja man habe sie als eine Gründung des Alldeutschen Verbandes hingestellt und ihn selbst, sowie Herrn Kapp für Alldeutsche erklärt. Er kenne die Verdienste des Alldeutschen Verbandes; das könne ihn aber nicht davon abhalten, die vollkommene Unabhängigkeit der Vaterlandspartei von jenem zu unterstreichen, der mit deren Gründung gar nichts zu tun gehabt habe, geschweige denn, dass irgendein Zusammenhang bestehe. Er fürchte, dass es der Entwicklung der Vaterlandspartei schaden werde, wenn man sie in so enge Verbindung mit dem Alldeutschen Verbands bringe, und er meine, dass die Partei sich öffentlich dagegen in aller Form verwahren müsse. Er schlage deshalb vor, eine Erklärung ins Auge zu fassen, die der Presse übergeben werden solle.

Dies ganze Erlebnis hatte für mich mehr als eine Seltsamkeit. Am auffälligsten war mir die Gereiztheit, mit der der Grossadmiral seine Darlegungen gemacht hatte, und es klang fast so, als argwöhne er, dass von alldeutscher Seite irgendjemand dazu angestiftet worden sei, die Vaterlandspartei als unsere Gründung hinzustellen und sie in einem Abhängigkeitsverhältnis zu uns erscheinen zu lassen.

Ich betrachtete die Mienen der anderen Sitzungsteilnehmer und kann wohl sagen, dass ich aus ihnen die gleiche Überraschung las, die ich empfand. Ich hatte das Gefühl, dass ich noch vor Eintritt in die Tagesordnung antworten müsse, und erbat also das Wort, das mir auch verstattet wurde. Ich bemühte

---

ses, 1890 Syndikus der Stadt Hannover, 1891–1918 Stadtdirektor von Hannover, Mitglied des „Emin-Pascha-Komitees“ des Kolonialaktivisten Carl Peters, 1917 Mitglied des Engeren Ausschusses der DVLP, 1919 Mitglied des Bürgervorsteherkollegiums Hannover für die DVP, 1921–1926 Vorsitzender des Hauptausschusses des Preussischen Staatsrates, enge Zusammenarbeit mit Alfred Hugenberg, 1931 Teilnahme an der „Harzburger Front“.

<sup>383</sup> Gemeint ist Richard Robert Rive (1864–1947), 1894–1906 Stadtrat in Breslau, 1906–1908 Erster Bürgermeister und 1908–1933 Oberbürgermeister von Halle/Saale, 1907–1918 Mitglied des Preussischen Herrenhauses, 1917–1918 1. Vorsitzender der Ortsgruppe Halle/Saale und Vorsitzender des Landesvereins Sachsen der DVLP, 1921–1930 Mitglied des Provinziallandtags und 1921–1933 des Provinzialrats der Provinz Sachsen, 1926–1933 Mitglied des Preussischen Staatstrats, 1917 Mitglied der DVLP, 1928 Mitglied der DNVP.

mich, meiner Erregung Herr zu werden und führte in möglichster Ruhe aus, dass ich mich darüber wundere, dass der Herr Vorsitzende auf die Unterstellungen der feindlichen Presse eingegangen sei. Wer im öffentlichen Leben Deutschlands stehe, wisse doch, dass für alles, was den Mehrheitsparteien und ihrer Presse widerwärtig sei, der Alldeutsche Verband erhalten müsse. Damit hätten wir uns längst abgefunden. Ich sei überzeugt, dass von nationalgesinnten Leuten, die solche Angriffe gegen die Vaterlandspartei läsen, niemand darauf hineinfalle. Erstaunlich sei es mir gewesen, dass Herr von Tirpitz den Alldeutschen Verband für das Treiben der gegnerischen Presse gegen die Vaterlandspartei verantwortlich zu machen scheine. Um die Dinge ganz einwandfrei richtigzustellen, müsse ich in Bestätigung dessen, was der Herr Grossadmiral gesagt habe, erklären, dass der Alldeutsche Verband tatsächlich mit der Gründung der Vaterlandspartei gar nichts zu tun habe, noch viel weniger habe er sich dessen irgendwo gerühmt. Herr *Kapp* sei mein Zeuge, dass ich von dieser Gründung erst am Tage darauf gehört hätte, und er werde mir auch bezeugen, dass ich sehr wesentliche Bedenken geltend gemacht hätte. Herr Kapp sei es auch gewesen, der trotzdem die Unterstützung durch den Alldeutschen Verband erbeten habe, und wir hätten sie zugesagt, indem wir unsere Bedenken zurückgestellt hätten. Was mich betreffe, so hätte ich mich in keiner Weise dazu gedrängt, in diesen Kreis berufen zu werden, und ich sei selbstverständlich bereit, sofort zurückzutreten, wenn irgendjemand eine Schädigung der Vaterlandspartei durch meine Zugehörigkeit zu ihr befürchte. Falls die offenbar bei dem Herrn Vorsitzenden vorhandenen Bedenken von dem Engeren Ausschuss geteilt würden, sei ich desgleichen bereit, unsere Ortsgruppen anzuweisen, die Zusammenarbeit mit der Vaterlandspartei sofort einzustellen, was vielleicht im Sinne vieler unserer Freunde läge, denen die Zielsetzung der neuen Partei als nicht hinreichend klar erscheine.<sup>384</sup> Ich wäre dankbar, die

<sup>384</sup> Eine enge Zusammenarbeit zwischen ADV und DVLP ergab sich aus zahlreichen personellen Überschneidungen in den Ortsgruppen und Landesverbänden. So waren unter anderem Otto Kretschmar (stellvertretender Vorsitzender des UADF und zuvor NLP) Vertreter der Partei für den Landesverband Sachsen, Philipp von Heck für den Landesverband Württemberg und Max von Gruber für den Landesverband Bayern. 1918 wurden dann in den Reichsausschuss zahlreiche Mitglieder des ADV wie Walter Bacmeister, Otto Fürst zu Salm-Horstmar, Max von Gruber, Justizrat Schlüter, Karl von Grumme-Douglas, Otto Kretschmar sowie durch den Vorstand ebenfalls Emil Kirdorf, Claß, Georg von Below und Gertzlaff von Hertzberg-Lottin hinzugewählt. Siehe Reichsausschuss. Gewählte Mitglieder, o. D. [1918], in GSTA, NL Kapp, IV HA, Bd. 491, Bl. 15–30. Vor allem in Sachsen, Hamburg, Bremen, Westfalen, Thüringen oder Baden und Württemberg war die Zusammenarbeit ausgeprägt. Die Mobilisierungstopographie beider Organisationen unterschied sich jedoch beträchtlich, da die DVLP vor allem die Mobilisierungsregionen der DkP, des Ostmarkenvereins und des BdL übernahm. Zentren der Parteimobilisierung waren daher vor allem Pommern, Ostpreußen und Schlesien sowie auch Sachsen, Lippe und Westfalen. Der ADV hingegen blieb traditionell schwach vertreten in den agrarisch geprägten Regionen Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen, Schlesien, Brandenburg, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Schleswig Holstein. Siehe Hofmeister: *Between Monarchy and Dictatorship*, S. 123–130 und 489–490, *Vaterlands-Jahrbuch 1919*, S. 105–128 und Hagenlücke, *Deutsche Vaterlandspartei*, S. 180–187.

Meinung der Herren über die durch die Erklärung des Herren Grossadmirals aufgeworfenen Fragen zu hören, damit ich mich danach richten könne.

Und nun folgte Schlag auf Schlag. Als erster ergriff *Dietrich Schäfer* das Wort und führte bei aller Höflichkeit und Schonung des Grossadmirals aus, dass der Alldeutsche Verband doch wahrhaftig nichts dafür könne, wenn die gegnerische Presse ihn als Urheber der Vaterlandspartei hinstelle. Er halte es für schädlich, wenn dessen Mitgliedern die Mitarbeit bei der Partei unmöglich gemacht werde. Allein schon deshalb widerspreche er einer Kundgebung, wie sie der Vorsitzende im Auge habe.

Ihm folgte der *Freiherr von Wangenheim*, der noch betonte, er habe auf verschiedenen Tagungen des Alldeutschen Verbandes diesen kennen gelernt und wisse, welche Beherrschtheit er auch in den schwierigsten Fällen bewiesen habe. Die Vaterlandspartei werde sich selbst schwächen, wenn sie die Alldeutschen zurückstosse. Im gleichen Sinne äusserten sich noch *Herzog Johann Albrecht*, *Dr. Kapp* und *Dr. Tramm*. Alle drei warnten vor einer Kundgebung, wie sie sich Herr von Tirpitz gedacht habe.

Es schien, als ob die Reihe des Sichwunders nun an diesen gekommen wäre. Er meinte, er habe doch kein unfreundliches Wort gegen den Alldeutschen Verband gesagt, sondern nur die Vaterlandspartei gegen den gegnerischen Angriff verteidigt, als ob sie ein Geschöpf dieses Verbandes sei, das nach dessen Pfeife tanzen müsse; in diesem Sinne habe er sich auch die Kundgebung gedacht. Das klang nun vollkommen anders, als der Grossadmiral vorher geredet hatte, und jeder hatte den Eindruck, dass er sich auf dem Rückzuge befinde. Er schloss damit, dass er seinen Vorschlag der Kundgebung fallen lasse, wenn eine solche nicht für zweckmässig erachtet werde.

Damit wurde dieser Gegenstand verlassen, und ich muss sagen, es tat mir leid, dass Tirpitz so ungünstig dabei abgeschnitten hatte. Die übrigen Verhandlungspunkte waren geschäftlicher Art und boten nichts Aufregendes.

Dafür verlief die zweite und letzte Sitzung, die ich mitmachte, umso stürmischer und musste nach kurzer Dauer abgebrochen werden.<sup>385</sup> Wie beim ersten Mal fing auch jetzt der Grossadmiral mit einer Erklärung an, die sich in der allerschroffsten Weise gegen den am Vorstandstisch links neben ihm sitzenden *Kapp* wandte, dem er den Vorwurf machte, dass er ihn bei der Führung der Partei ausschalten wolle, und dass er in die Geschäftsführung Leute

---

<sup>385</sup> Die erste Sitzung des Engeren Ausschusses war für den ersten Parteitag der DVLP am 24.9.1917 geplant, fand dann jedoch nach den entsprechenden Zuwahlen als ordentliche Sitzung am 16.10.1917 statt. Weitere Sitzungen fanden am 16.11.1917, 12.1.1918, 9.3.1918 und 19.4.1918. Protokoll der Sitzung des Engeren Ausschusses, in GSTA, HA VI, NL Kapp, Bd. 478 (16.10.1917), ebd., Bd. 479 (16.11.1917), ebd., Bd. 480 (9.3.1918) und ebd., Bd. 486 (19.4.1918) sowie Einladung der Geschäftsstelle der Deutschen Vaterlandspartei an Dietrich Schäfer, 4.1.1918, in ABBAW, NL Schäfer, Bd. 2, Bl. 38. Für die Teilnahme an der Sitzung des Engeren Ausschusses am 16.11.1917 vermutete Claß, „dass es sich um wichtige politische Entscheidungen für die Haltung der Partei handelt.“ Claß an Konstantin von Gebattel, 14.11.1917, in BA-Berlin, N 2368, Bd. 1, o.Bl. Claß fuhr vom 15.–18.11.1917 dafür nach Berlin und verband seinen Aufenthalt mit Geschäftsbesprechungen in der Redaktion der Deutschen Zeitung. Claß an Gertzlaff von Hertzberg-Lottin, 14.11.1917, in ebd.

eingestellt habe, die auf ihn gewissermassen vereidigt wären, und die dem eigentlichen Vorsitzenden Schwierigkeiten bereiteten. Auf diese Weise könne man nicht zusammenarbeiten, und er ziehe daraus den Schluss, dass er den Vorsitz niederlege.

Als der Herzog mit beschwichtigenden Worten eingreifen wollte, erfuhr er die heftigste Ablehnung, und Tirpitz achtete auch nicht darauf, als der Fürst die wohlmeinende Frage aufwarf, welchen Eindruck es auf die Öffentlichkeit machen werde, wenn sich der Grossadmiral nach so kurzer Zeit schon zurückziehe. Es folgte nochmals ein in grosser Erregung vorgetragener Angriff gegen Kapp, der kein Wort erwiderte. Tirpitz bestand nicht nur auf seine[n] Rücktritt, sondern erhob sich mit einer kurzen Verbeugung gegen den Herzog und verliess das Zimmer.<sup>386</sup>

Ich habe nie etwas erlebt, was sich mit der Wirkung dieses Verhalten vergleichen liesse. Zunächst herrschte betretenes Schweigen in dem Raum – der beste Beweis dafür, dass alle Anwesenden das gleiche Gefühl hatten, einer Art von Selbstvernichtung eines Mannes beigewohnt zu haben, dem sie als Schöpfer der deutschen Flotte bis dahin die grösste Verehrung gezollt hatten. Denn es war kein Zweifel, dass alles, was der Grossadmiral gegen Kapp vorgebracht hatte, Kleinigkeiten, ja Kleinlichkeiten betraf, aus denen kein sachlich Denkender herauslesen konnte, dass Tirpitz zur Puppe Kapps herabgedrückt werden sollte.

Es bildeten sich unter den Teilnehmern, die glücklicherweise nur in geringer Zahl erschienen waren, Gruppen, die zunächst ihrer Verwunderung und dann ihrer Entrüstung gegen den Grossadmiral Ausdruck verliehen. Bald sammelte man sich um Kapp, der mit der Frage bestürmt wurde, was er denn nun eigentlich angestellt habe. Denn das, was gegen ihn vorgebracht sei, genüge doch nicht, um einen solchen Auftritt zu rechtfertigen.

Kapp gab seine Erklärung dahin, er habe angenommen, dass ein Mann wie Tirpitz nicht mit dem Kleinkram des Geschäftsbetriebes belastet werden solle. Er habe deshalb den Hauptgeschäftsführer<sup>387</sup> angewiesen, diesen allein zu besorgen und in Zweifelsfällen höchstens ihn zu befragen. Tirpitz sei indes ein

<sup>386</sup> Alfred von Tirpitz blieb letztlich bis zur Auflösung der DVLP zwischen November 1918 und Januar 1919 erster Vorsitzender, Wolfgang Kapp zweiter Vorsitzender und Johann Albrecht zu Mecklenburg Ehrenvorsitzender.

<sup>387</sup> Hauptgeschäftsführer der DVLP war 1917 Georg Schiele, der aber aufgrund seiner Überforderung mit dem großen Parteibetrieb kurz nach Parteigründung durch einen langjährigen Mitarbeiter von Alfred von Tirpitz, Admiral z.D. Dieck, kurzfristig abgelöst wurde. Wolfgang Kapp leitete die Partei für diese Interimszeit bis zu seiner Wiederwahl als Generallandschaftsdirektor selbst. Siehe Alfred von Tirpitz an Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, 12.10.1917, in BA-Freiburg, N 253, Bd. 307, Bl. 133–136. Ab November 1917 leitete Franz Ferdinand Eiffe mit Fürsprache von Wolfgang Kapp und Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg die Geschäftsstelle. Nachdem Eiffe von Tirpitz u.a. mit dem Vorwurf zu großer Nähe zu Claß entlassen wurde, übernahm ab 15./18.3.1918 Conrad Scherer die Geschäftsführung. Siehe dazu Franz Ferdinand Eiffe an Alfred von Tirpitz 5.2.1918, in ebd., Bd. 62, Bl. 82–83 sowie Scheck: Alfred von Tirpitz, S. 70–71 und Hagenlücke: Deutsche Vaterlandspartei, S. 168–170.

Mann von ausgesprochenem Misstrauen und habe daraus – für ihn unfassbar – den Schluss gezogen, er solle ausgeschaltet werden.

Der Herzog nahm mich bei[s]eite und sagte mir leise mit tiefer Erschütterung: „Das ist für mich ein entsetzliches Erlebnis. Nach dem Tode Bismarcks habe ich in Tirpitz den grössten Deutschen erblickt. Nun ist mir dieses Ideal zerstört worden.“

Auch die anderen Herren traten nach und nach einzeln heran und schütteten ihr Herz aus. Alle waren der Meinung, dass dies die Todesstunde der Vaterlandspartei gewesen sei, auch wenn es gelinge, den Grossadmiral zum Bleiben zu bewegen. Verhältnismässig am ruhigsten war Kapp, von dem ich eigentlich den Eindruck hatte, dass für ihn dieser Ausbruch eine Art Befreiung war. Er sagte nur zu mir, er müsse mich unbedingt noch am gleichen Tage sprechen, was ich ihm auch zusagte.

Dann machte Herzog Johann Albrecht den Vorschlag, wir wollten zusammen zur Nacht essen. So könne man doch nicht auseinandergehen. Die Aussprache entlastete auch gewiss die Gemüter. Der grössere Teil der Herren hatte über den Abend schon verfügt. Es blieben nur zusammen der Herzog, Kapp, die beiden Oberbürgermeister und ich. Bei Tisch brach es auch aus den Herren Körte und Rieve [sic]<sup>388</sup> heraus; sie sagten, Tirpitz hätte hier etwas getan, was er gar nicht wiedergutmachen könne, denn wer Zeuge dieses Auftrittes gewesen sei, habe ein für allemal jedes Vertrauen zur politischen Führung eines so engherzigen Mannes verloren.

Der Herzog meinte, so furchtbar schlimm die Sache sei, so habe sie doch das Gute für sich, dass der Grossadmiral sich nur vor ganz wenigen blossgestellt habe. Mir, die wir dies miterlebten hätten, müssten uns vornehmen, nicht darüber zu reden. Die Herren neigten beim weiteren Verlauf immer mehr zu der Ansicht, man müsse doch versuchen, Tirpitz zu halten, weil sonst die nationale Sache zu schwer geschädigt werde. Als wir auseinandergingen, teilte der Herzog noch seinen Entschluss mit, den Grossadmiral zu besuchen, so peinlich es ihm auch sei, und auf ihn im Sinne unserer Aussprache einzuwirken.

Als wir uns von den anderen getrennt hatten, schloss Kapp sich mir an und leitete unsere Unterhaltung mit der Bemerkung ein, er müsse seine Seele von all dem Ekel befreien, der sich ihm seit der Gründung der Partei angesammelt habe. Dafür käme ich allein in Frage, da ich ihn gewarnt hätte, das grosse politische Unternehmen mit Tirpitz einzuleiten. Wie oft habe er in diesen Wochen an mich denken müssen. Was ich ihm damals gesagt hätte, wäre ja viel zu milde gewesen.

Und nun erzählte er mir ausführlich, in welcher Weise der Grossadmiral ihn behandelt habe – ihn, der doch schliesslich die Vaterlandspartei gegründet habe. Da ich das Gefühl hatte, dass Kapp zu viel in sich hineingefressen hatte, um es für sich behalten zu können, hörte ich alles an, was er mir vortrug. Ge-

---

<sup>388</sup> Gemeint ist Richard Robert Rive.

wiss war darunter eine Fülle von kaum erwähnenswerten Kleinigkeiten, aber sie rundeten das Bild dahin ab, dass Tirpitz Kapp nicht als gleichberechtigten Vorsitzenden neben sich betrachtete, sondern als seinen ersten Angestellten, von dem er unbedingten Gehorsam erwartete.

Ich weiss nicht, wie oft wir an dem damaligen Augusta-Ufer des Landwehrkanals auf und ab gingen. Sowie ich den Versuch machte, mich von Kapp zu trennen, hielt er mich zurück, weil er noch lange nicht fertig sei. Es müsse alles von seiner Seele herunter, und so wurde es zwei Uhr, bis wir auseinandergingen.

Was ich an jenem Abend erlebt habe, ist mir damals und späterhin als ein wichtiger Beitrag zur Zeitgeschichte erschienen und hat wohl meiner Menschenkenntnis eine allerdings unerfreuliche Bereicherung gebracht. Mein Bild von dem Grossadmiral stand seit jener Zeit unverrückbar fest, und ich erinnerte mich des Ausspruchs meines verstorbenen Freundes *Breusing*, der ja ein Altersgenosse von Tirpitz war, es sei ein Jammer mit diesem bedeutenden Mann, den jeder bewundere, der aber keinen einzigen Freund besitze.

Wenige Tage später liess mir *Herzog Johann Albrecht* durch Admiral von *Grapow* mitteilen, dass er mit Mühe von Tirpitz erreicht habe, dass er nicht zurücktrete.

Im Lande war von dem geschilderten Vorfall nichts bekannt geworden, und die Bewegung ging ihren Gang. Unsere Leute halfen, wo sie konnten, meldeten aber aus manchen Orten, es sehe so aus, als ob alldeutsche Hilfe den örtlichen Grössen der Vaterlandspartei nicht eben willkommen sei.

Noch am Schlusse des Jahres 1917 wurde dann eine Tagung des Reichsausschusses der Partei in Berlin abgehalten, bei der der Grossadmiral den Vorsitz führte.<sup>389</sup> Diese Sitzung verlief ohne Stimmung, was ich der Tatsache zuschrieb, dass der Vorsitzende bei der Eröffnungsansprache jeden Schwung vermissen liess, und dass er nachher, als man zur Erledigung der Tagesordnung schritt, einen mir im höchsten Grade auffallenden Mangel an Gewandtheit in der Leitung der Verhandlungen zeigte. Das ganze Schauspiel war unerfreulich und diente gewiss nicht dazu, das Ansehen der Partei zu stärken.

<sup>389</sup> Die erste Sitzung des Reichsausschusses fand am 12.1.1918 statt. Anwesend waren von den 73 Teilnehmern neben Claß (nachträglich in die Anwesenheitsliste eingefügt) unter anderem Otto Fürst zu Salm-Horstmar, Heinrich Tramm, Siegfried Körte, Wolfgang Kapp, Alfred von Tirpitz, Franz Ferdinand Eiffe, Dietrich Schäfer, Ulrich von Hassell und Franz von Reichenau. Eine Wortmeldung von Claß ist nicht vermerkt worden. Protokoll zur Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Vaterlandspartei 12.1.1918, in GSTA Berlin, HA VI, NL Kapp, Bd. 483, Bl. 28–52. Claß verwechselte hier vermutlich Daten, denn Ende des Jahres fand am 8.12.1917 die Sitzung der Geschäftsführer der Landesverbände der DVLP im Festsaal des Abgeordnetenhauses in Berlin statt, bei der Claß aber wohl nicht anwesend war. Siehe (mehrfache) Anwesenheitslisten vom 8.12.1917, in GSTA Berlin, HA VI, NL Kapp, Bd. 481, Bl. 40–54. Als Gegenveranstaltung zur am 9.12.1917 im Circus Busch stattfindenden Veranstaltung der SPD plante die DVLP eine Versammlung im Circus Busch für den 16.12.1917. Deutsche Vaterlandspartei an Johann Albrecht zu Mecklenburg, 4.12.1917, in GSTA Berlin, HA VI, NL Kapp, Bd. 481, Bl. 13–14.

Dies war das letzte Mal, dass ich Gelegenheit hatte, als zeitgeschichtlicher Zeuge einer Veranstaltung der Vaterlandspartei beizuwohnen. Ich erhielt keine Einladungen mehr, und als ich mich erkundigte, erfuhr ich, es sei eine Satzungsänderung vorgenommen worden, wobei der Engere Ausschuss weggefallen sei.<sup>390</sup> Auf diese Weise war es erreicht, die unbequemen Alldeutschen loszuwerden.<sup>391</sup>

Für mich war dies unter manchen Gesichtspunkten eine Erleichterung. Ob ich nun die oberste Führung der Vaterlandspartei aus der Nähe beobachten konnte oder nicht, war mir gleichgültig, da ich fest davon überzeugt war, dass sie[,] nach der ganzen Art ihres Aufbaues, ihrer Zielsetzung und Führung für die notwendigste Aufgabe im Vaterland, für den rücksichtslosen Kampf gegen eine schwache und ziellose Regierung, untauglich sei.<sup>392</sup>

---

<sup>390</sup> Entsprechend der Satzung der DVLP vom 24.9.1917 sollte der Engere Ausschuss aus zwölf Mitgliedern sowie dem Vorstand bestehen. Bei Abstimmungen sei die einfache Stimmenmehrheit entscheidend, bei Stimmgleichheit sollte die Stimme des Vorsitzenden entscheiden. Der Engere Ausschuss sollte die Vorbereitungen für den Reichsausschuss und den Parteitag erledigen. Satzung vom 24.9.1917, in GSTA Berlin, HA VI, NL Kapp, Bd. 477, Bl. 2–3. Die Überführung des Engeren Ausschusses in den Reichsausschuss der DVLP wurde bei der Sitzung am 9.3.1918 erstmals besprochen. Der Engere Ausschuss existierte noch am 19.4.1918, an dessen Sitzung auch Claß noch teilnahm. Siehe Protokoll der Sitzung des Engeren Ausschusses der Deutschen Vaterlandspartei vom 9.3.1918 und 19.4.1918, in ebd., Bd. 680 und 486. Die ohnehin schmal gehaltene Satzung der DVLP sah nach der Satzungsänderung vom 19.4.1918 einen Engeren Ausschuss auch nicht mehr vor. Es fanden sich hier nur noch Ausführungsbestimmungen zum Reichsausschuss, zum Vorstand, dessen Stellvertreter, zum Ehrenvorsitzenden und Hauptgeschäftsführer, zur Rechtsprüfung sowie zu den Landes- und Ortsvereinen. Satzung der Deutschen Vaterlandspartei vom 24.9.1917 (geändert am 19.4.1918), in ebd., Bd. 603, Bl. 74–75. Letztlich übernahmen viele Mitglieder des Engeren Ausschusses bis zum Ende des Jahres 1918 Führungspositionen als Stellvertreter des Vorstandes (Dietrich Schäfer, Richard Robert Rive, Siegfried Körte, Konrad von Wangenheim, Ulrich von Hassell, Clemens Freiherr von Loë). Siehe Aufstellung Vorstand und Stellvertreter der DVLP Dezember 1918, in ebd., Bl. 76. Ein Engerer Ausschuss bestand aber in Landesvereinen, wie in Bayern, weiterhin.

<sup>391</sup> Claß beklagte schon im Sommer 1918, dass in zahlreichen Ortsgruppen und Landesverbänden Vertreter des ADV von der DVLP „geschnitten“ würden. Der Engere Ausschuss, in den Claß gewählt wurde, sei bei der letzten Satzungsänderung erst „stillschweigend“, dann „durch eine andere Körperschaft ersetzt worden.“ Bisher habe man „die Vaterlandspartei in selbstlosester Weise gefördert, und es ist die Frage, ob sich das jetzt noch lohne.“ Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 29./30.6.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 119, Bl. 9.

<sup>392</sup> Claß verzerrte hier seine Enttäuschung über die Bedeutungslosigkeit seiner Person in der Führung der DVLP. Bei der Neustrukturierung des Reichsausschusses am 1.9.1918 wurde Claß nämlich offiziell angefragt, als Mitglied auf Zuwahl durch den Vorstand beizutreten. Claß sagte Anfang September 1918 dann auch sofort zu. Siehe Liste „Herren, die die Zuwahl in den Reichsausschuss angenommen haben“, o. D. [September 1918], in GSTA, NL Kapp, IV HA, Bd. 485, Bl. 52–53. Claß ließ nach der Zusage noch um die Zusendung der Satzung bitten. Hauptleitung des ADV (Kanzlei Mainz) an Geschäftsstelle der DVLP Berlin, 9.9.1918, in ebd., Bl. 51. Für die Sitzung des Reichsausschusses am 20.10.1918 wurde Claß ebenfalls als Mitglied für den Landesverband Großherzogtum Hessen (Darmstadt) geführt. Liste Mitglieder Reichsausschuss der Deutschen Vaterlandspartei (20.10.1918), in GSTA, NL Kapp, HA IV, Bd. 491, Bl. 10 und 13.

Es war bei der Reichstagung auf längere Zeit das letzte Mal, dass ich Tirpitz und Kapp sah. Von letzterem fiel mir dies besonders auf. Vielleicht hatte er das Gefühl, mir bei jenem nächtlichen Gang am Augusta-Ufer doch zuviel gesagt zu haben, und mied mich deshalb. Auch als Kapp seinen Staatsstreich vorbereitete<sup>393</sup>, ging er mir aus dem Wege, so dass ich mit diesem missglückten Unternehmen nichts zu tun hatte. Ich sah ihn überhaupt nur noch einmal. Das war bei einem alldeutschen Vortrag im Jahre 1919. Dabei wechselten wir nur wenige Worte. Sein späteres Schicksal und sein schwerer Tod sind mir sehr nahe gegangen.<sup>394</sup>

Den Grossadmiral sah ich auch nur noch einmal im Leben. Es war dies, als ein *Auslandsdeutscher* mich aufsuchte, der entfernte verwandtschaftliche Beziehungen zu Tirpitz hatte. Da er vorher im Hause des Grossadmirals gefrühstückt hatte, brachte er diesen mit zu mir. Bei diesem Zusammensein geschah nichts, was das Bild dieser geschichtlichen Persönlichkeiten bei mir irgendwie verändert hätte.

Erwähnenswert ist vielleicht noch das Ende der Tätigkeit der Vaterlandspartei, weil es ein gewisses Licht auf den Geist wirft, der bei ihren Mitarbeitern auf der Hauptgeschäftsstelle herrschte. *Freiherr von Vietinghoff* berichtete mir, dass er bei seinen Versuchen, am 9. November 1918 einen Mittelpunkt gegen die Umsturzbestrebungen zu schaffen, auch die Vaterlandspartei aufgesucht und dabei gesehen habe, dass deren Mitarbeiter, um deutlich zu reden, fahnenflüchtig geworden waren.<sup>395</sup> Die Tür zu den Geschäftsräumen hatte offen ge-

<sup>393</sup> Siehe Kapitel 4.11.

<sup>394</sup> Wolfgang Kapp stellte sich am 17.4.1922, nach dem gescheiterten Kapp-Putsch vom 12./13.3.1920 und der Amnestie nur für die Teilnehmer vom 4.8.1920, dem Reichsgericht in Leipzig. Bei einer ärztlichen Untersuchung wurde Augenhöhlenkrebs festgestellt und er starb am 12.6.1922. Siehe Cavallie: Ludendorff und Kapp, S. 237, Glorius: Im Kampf mit dem Verbrechen, S. 695–696 und Gasteiger: Kuno von Westarp, S. 184.

<sup>395</sup> Die Geschäftsstelle der DVLP befand sich zunächst in der Viktoriastraße 30 in Berlin. Zur Jahreswende 1917/1918 wurden die Geschäftsräume in der Viktoriastraße und der Schellingstraße 11 zur neuen Geschäftsstelle in der Schellingstraße 1 zusammengelegt. Die von Claß geschilderte Episode lässt sich so nicht bestätigen. Die Sitzung des Reichsausschusses am 20.10.1918 im Aero-Club in der Schöneberger Ufer 40 in Berlin war, trotz Absagen wie von Emil Kirdorf oder Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, durch zahlreiche Vertreter gut besucht. Ob Claß auch anwesend war, lässt sich nicht bestätigen. Siehe Zusagen und Absagen in GSTA, HA VI, NL Kapp, Bd. 491. Die Geschäftsstelle war jedoch unter der autoritären Führung von Ingenieur Conrad Scherer bereits seit Monaten persönlichen Streitereien und emotionalen Zerwürfnissen ausgesetzt, die eine effiziente Geschäftsführung ernsthaft behinderten. Hauptgeschäftsführer Scherer, der seit 15.3.1918 mit einem Jahresgehalt von 18.000 Mark und einer jährlichen Aufwandschädigung von 6.000 Mark nach Franz Ferdinand Eiffes Entlassung angestellt worden war, zog aufgrund seines autoritären und alkoholgesättigten Führungsstils zahlreiche Beschwerden durch die Angestellten der Geschäftsstelle auf sich, die auch bis zu Alfred von Tirpitz, Wolfgang Kapp und Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg durchdrangen und fast zur Entlassung von Scherer im August 1918 geführt hätten. Anonyme Beschwerdebriefe wurden herumgeschickt und Scherer wurde nach Rücksprache mit der Parteileitung offiziell wegen seines autoritären Verhaltens und herrischen Tones verwarnet. Die angesehene Mitarbeiterin der Geschäftsstelle, Frau Hörnicke, wollte zum 1.10.1918 wegen Scherers Verhalten kündigen und konnte nur nach persönlichen Inter-



standen, die Räume waren bis auf einen Angestellten menschenleer; auf ihn stieß Vietinghoff, nachdem er alle Zimmer durchschritten hatte, und hörte von ihm, dass unter den obwaltenden Umständen die Leute den Betrieb verlassen hätten. Die Papiere und Akten lagen auf den Tischen herum, so dass Vietinghoff den Eindruck hatte, die Leute hätten das Haus fluchtartig geräumt.

Auf dem Alldeutschen Verband war jedermann auf seinem Posten geblieben: vielleicht weist der Unterschied zwischen hier und dort darauf hin, um wieviel fester der innere Zusammenhalt bei uns war, als bei der Vaterlandspartei.

---

ventionen von Wolfgang Kapp überredet werden, ihre Kündigung zurückzunehmen. Sie wurde zur persönlichen Verwendung von Alfred von Tirpitz aus Scherers Tätigkeitsbereich abgezogen. Stephan von Nieber beklagte als Vertreter von Tirpitz angesichts der „in vielen Punkten mangelnden gesellschaftlichen Erziehung“ von Scherer, dass man ihn „wegen Uebergreif in seinem Amte früher oder später“ entlassen werden müsse. Stephan von Nieber an Alfred von Tirpitz, 3.9.1918, in BA-Freiburg, N 253, Bd. 209, Bl. 153–156, Zitate Bl. 155. Nach der Auflösung der Partei im Dezember 1918 machte Scherer in einem bis zum Juli 1919 dauernden Klageverfahren die ihm vertraglich eingeräumten Entschädigungen von 10.000 Mark geltend, die jedoch nach langen Diskussionen gerichtlich abgelehnt wurden, da auch im Vertrag der Wegfall der Entschädigung bei einer Parteiauflösung vor dem 1.1.1920 festgelegt war. Wolfgang Kapp erinnerte sich während der Rechtsstreitigkeiten, dass Scherer in seinem Amt lediglich dienstliche „Routine“ absolvierte habe. Wolfgang Kapp an Welthandels-Genossenschaft, 21.5.1919, in GSTA, HA IV, NL Kapp, Bd. 515, Bl. 31–32. Zur Hauptgeschäftsstelle gehörten (Stand: April 1918) unter anderem Constantin Scherer als Hauptgeschäftsführer, Gräfin Bentheim, Frau Hörnecke (persönliche Mitarbeiterin von Alfred von Tirpitz), Frau Ring, Frau Dr. von Rundstedt (Leiterin der Frauen-Abteilung), Frau von Seydlitz, Frau Vorwald, die Herren Cohrs, Crull, Greve, Kielblock, Peter, S. Raetzer, von Raffey, Clemens und Tim Klein, Dr. Karl Emil von Mangold, Graf zu Stolberg sowie Otto Schleissing als Schatzmeister. Im Frühjahr 1918 wurde die Geschäftsstelle, die auch aus finanziellen Gründen grundlegend umstrukturiert wurde, von 90 Mitarbeiter auf 42 Mitarbeiter reduziert. Siehe auch Hagenlücke: Die Deutsche Vaterlandspartei, S. 171. Am 4.11.1918 lud Alfred von Tirpitz noch für den 10.11.1918 zur Sitzung des Vorstandes ein. Am 6.11.1918 verschickte Wolfgang Kapp noch Einladungen, unter anderem an Dietrich Schäfer, Conrad Wangerheim und Gottfried Traub, für eine „unverbindliche Besprechung über Bestrebungen einer Sammlungspartei“. Alfred von Tirpitz an Dietrich Schäfer, 4.11.1918 und Einladung Wolfgang Kapp (streng vertraulich), 6.11.1918, in ABBAW, NL Schäfer, Bd. 2, Bl. 103 und 104. Der Hauptgeschäftsführer erklärte am 12.11.1918, dass die zwei Tage zuvor für den 10.11.1918 um 11 Uhr angesetzte Sitzung des Vorstandes „die meisten Herren Mitglieder Berlin nicht erreichen konnten.“ Conrad Scherer an Landesvereine der Deutschen Vaterlandspartei, 12.11.1918, in ebd., Bl. 107. Erst am 11.11.1918 wurden die Büros der Hauptgeschäftsstelle wieder besetzt und am 12.11.1918 „konnte die volle Wiederaufnahme unseres Betriebes angeordnet werden.“ Chronologie „Die Umwälzung in Berlin“, N.N., in Mitteilungen der Deutschen Vaterlandspartei, Nr. 39, 16.11.1918., in ebd., Bd. 3, Bl. 98. Die nächste Vorstandssitzung wurde auf den 28.11.1918 in das Geschäftslokal der Partei in der Schellingstraße 1 mit dem einzigen Tagesordnungspunkt gelegt: „Beschlussfassung über die nächste Zukunft“. Wolfgang Kapp an Dietrich Schäfer, 26.11.1918, in ebd., Bd. 2, Bl. 113. Bei der nächsten Vorstandssitzung am 10.12.1918 wurde die Auflösung der Partei besprochen, die dann in die DNVP überführt wurde. Wolfgang Kapp an Dietrich Schäfer, 30.11.1918, in ebd., Bd. 2, Bl. 115.

## 2.9. Besuch bei Ludendorff im Oktober 1917

Je länger, desto mehr hatte ich den Eindruck gewonnen, dass die Männer der Obersten Heeresleitung bei ihren Eingriffen in die Politik eine unglückliche Hand hatten, und die Furcht kam in mir auf, dass bei weiteren Missgeschicken das Ansehen *Hindenburgs* und *Ludendorffs* leiden möchte, und dass insbesondere ihre treuesten Anhänger an ihnen irre werden könnten.<sup>396</sup> Mich beschäftigten vor allem jene drei wichtigen Fälle, in denen die Oberste Heeresleitung nach den Angaben der politischen Stellen eingegriffen hatte. Dies war geschehen im Herbst 1916 in der Frage des Schicksals Polens, beim Hilfsdienstpflicht-Gesetz<sup>397</sup> und im Zusammenhang mit der Frage des uneingeschränkten Ubootkrieges.

Die politischen Stellen konnten sich darauf berufen, dass die Oberste Heeresleitung den Plänen Bethmann Hollwegs in bezug auf Polens Zukunft zugestimmt habe<sup>398</sup>, und dass das [G]leiche bei der Hinausschiebung des Ubootkrieges der Fall gewesen sei. Vor allem aber darauf, dass General *Ludendorff* darauf bestanden habe, eine so einschneidende Massnahme wie das Hilfsdienstgesetz nicht im Wege der Verordnung einzuführen, sondern vom Reichstag verfassungsmässig verabschieden zu lassen, obwohl der Vizekanzler *Hellferich*, der diese Angelegenheit zu bearbeiten und zu vertreten hatte, befürchtete, dieser Reichstag werde den ganzen Plan verpfuschen. So war es denn auch geschehen. Die Mehrheitsparteien hatten den Regierungsentwurf, der den Absichten der Obersten Heeresleitung entsprach, geradezu in sein Gegenteil umgewandelt und dabei den Gewerkschaften zu gesteigertem Einfluss verholfen. Kein Zweifel, dass in diesem Falle Hellferich klarer gesehen hatte.

Ich sagte mir: „Wenn solche Fälle sich häufen, was soll dann aus dem Ansehen der Heeresleitung werden?“ Deshalb beschloss ich[,] bei General *Ludendorff* um eine Unterredung nachzusuchen, in der ich ihm meine Bedenken vortragen, aber auch Mittel und Wege zeigen wollte, wie die Oberste Heeresleitung den Gefahren entgehen könne, die für sie aus der Notwendigkeit des politischen Eingreifens entstehen konnten.

<sup>396</sup> Im Januar 1918 dankte Paul von Hindenburg hingegen für die zahlreichen Zuschriften von Ortsvereinen der DVLP, „denen ich ausnahmslos das volle Vertrauen der Absender in Geist und Können der Armee und ihrer Führer zu meiner grossen Freude entnehmen konnte.“ Paul von Hindenburg an Alfred von Tirpitz, 17.1.1918, in BA-Freiburg, N 253, Bd. 307, Bl. 48.

<sup>397</sup> Das Hilfsdienstgesetz vom 5.12.1916 wurde von Erich Ludendorff im Rahmen des „Hindenburg-Programms“ zur Verdichtung der deutschen Wirtschaft für Rüstungszwecke verabschiedet und verpflichtete alle Männer zwischen dem 17. und 60. Lebensjahr, die nicht zum Militärdienst eingezogen waren, in der Rüstungsindustrie und kriegswichtigen Industriezweigen zu arbeiten. In Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten wurden dafür Arbeiter- und Angestelltenausschüsse sowie Schlichtungsausschüsse zugelassen. Gewerkschaften erhielten dadurch einerseits entscheidenden Einfluss und verbanden sich gleichzeitig eng mit den staatlichen und militärischen Planungsstellen sowie den Unternehmern.

<sup>398</sup> Zur deutschen Besatzungspolitik in Polen siehe u. a. Basler: Deutsche Annexionspolitik, Liulevicius: War Land und Stempin: Das vergessene Generalgouvernement.

Ich schrieb also an den Ersten Generalquartiermeister, den ich ja leicht erreichen konnte, wann er mich empfangen wollte, da der Sitz des Grossen Hauptquartiers damals in Kreuznach war, den folgenden Brief:

„Euer Exzellenz!

Wiewohl ich, seitdem Euer Exzellenz vor eine Aufgabe von weltgeschichtlicher Bedeutung gestellt wurden, schon wiederholt mit mir zu Rate ging, ob ich nicht vor meinem Gewissen verpflichtet sei, Euer Exzellenz durch schriftliche Darlegung auf bes[o]ndere Gefahren sachlicher und persönlicher Art hinzuweisen, die dem Nichtpolitiker entgehen konnten, so habe ich mich stets zurückgehalten in der Erwägung, dass ein Mann, auf dem eine so ungeheure Arbeitslast ruht, wie auf Eurer Exzellenz, nur im dringendsten Notfalle angegangen werden sollte, wenn kein anderer Ausweg mehr da ist.

Dieser Augenblick ist jetzt gekommen – sei es, dass verhängnisvolle Entscheidungen schon gefallen sind, oder dass sie unmittelbar bevorstehen. Ein Doppeltes lastet auf dem [V]aterlandsfreund, der erkannt hat und weiss, dass der Feldmarschall und Euer Exzellenz der ruhende Pol und die letzte Autorität für unser armes Volk geworden sind: einmal die Sorge, dass Männer von ragender Grösse auf ihrem eigentlichsten Gebiete durch den Gang der Ereignisse zu einer politischen Rolle mit oder ohne Willen gelangt sind, deren zeitgeschichtliche Voraussetzungen ihnen nicht ganz vertraut sein können – zum anderen die Gefahr, dass sie zu einer politischen Mitwirkung veranlasst werden könnten, deren Folgen sie – durch die ungeheuren Aufgaben des Feldherrnamtes ganz in Anspruch genommen [–] in ihrer Tragweite nicht zu überschauen vermögen.

Aus beidem erwächst die Furcht vor dem in seinen Folgen schlechthin Unausdenkbaren, dass des Feldmarschalls und Eurer Exzellenz Feldherrenruhm durch die mittelbare oder unmittelbare Mitverantwortung für politische Fehler einer instinkt-, willen- und ratlosen Bürokratie in Frage gestellt, und dass damit in solcher Zeit dem nach Autorität verlangenden Volk der letzte Halt genommen würde.

Diese Besorgnis drängt die Bedenken, Eurer Exzellenz Zeit in Anspruch zu nehmen, zurück, und veranlasst mich, da die Dinge, die hier in Frage stehen, zu schriftlicher Behandlung nicht geeignet sind, zu der Bitte, von Eurer Exzellenz zu einer Besprechung empfangen zu werden.

Es geht um die Zukunft unseres Volkes: deshalb bitte ich dringend, eine von den Geschäften des Feldherrn freie Stunde daranzugeben, um einem Manne Gehör zu schenken, der alles, was jetzt geschieht, seit fünfzehn Jahren in seiner grausamen Folgerichtigkeit vorhergesagt, aber auch die Wege gezeigt hat, auf denen das Unheil vermieden werden konnte.

Noch ist es möglich, das Schlimmste abzuwehren.

Mit dem Ausdruck verehrungsvoller Dankbarkeit

Euer Exzellenz ergebenster

gez. Class.<sup>399</sup>

Durch Fernsprecher bekam ich darauf die Nachricht, dass Ludendorff mir am Nachmittage des 5. Oktobers 1917 zur Verfügung stehen würde, und so machte ich mich auf den Weg zu dem Manne, der zum Träger des deutschen Schicksals geworden war.<sup>400</sup>

Mein Zug kam etwas früher an, als mein Empfang angesetzt war. So hatte ich Zeit, in dem mir aus frühester Jugend wohlbekannten und lieben Kreuznach herumzugehen. Dabei traf ich durch Zufall meinen alten Freund *Neumann* aus Lübeck[,] der zum Stadthauptmann von Riga<sup>401</sup> ernannt war und sich beim Kaiser und der Obersten Heeresleitung zu melden hatte. Mit ihm ging der *Fürst Franz von Ysenburg-Birstein*<sup>402</sup>, der Verwaltungschef in Wilna war, und ebenfalls zur Meldung eingetroffen war.<sup>403</sup> Beide waren für den Abend bei dem Feldmarschall zu Gast geladen. Deshalb konnte Neumann auch die Heimreise nicht mit mir zusammen machen, sondern musste bis zur Nacht bleiben. Ich aber musste so schnell wie möglich weiter; denn am folgenden Tage sollte der Alldeutsche Verbandstag in Kassel beginnen, während Neumann sich Zeit nehmen konnte.

Mit beiden Herren ging ich ungefähr eine halbe Stunde spazieren. Dabei zeigten sie, die von den stattgehabten Empfängen bereits des Orts Gelegenheiten kannten, mir die Wohnungen des Kaisers, Hindenburgs und Ludendorffs und den Sitz der Obersten Heeresleitung.<sup>404</sup> Beide waren in einem Zustand der ausgesprochenen seelischen Erschütterung, die auf ihren Gesichtern zu lesen war. Ich höre noch Neumanns tiefe Stimme, wenn er immer wiederholte: „Furchtbar! Das ist ja furchtbar!“

Als ich sie fragte, was sie bedrückte, ergriff zunächst der Fürst das Wort und erzählte: „Wir haben uns bei seiner Majestät gemeldet. Was meinen Sie, womit wir ihn beschäftigt gefunden haben? In seinem Arbeitszimmer war auf einem riesigen Tisch eine Karte der europäischen Kriegsschauplätze ausgebreitet, und der Oberste Kriegsherr vertrieb sich seine Zeit damit, dass er alle Orte, die er im Laufe des Krieges besucht hatte, mit Nadeln besteckte, an denen Fähnchen in der Ausführung der Kaiserstandarte befestigt waren. Zu einer sachlichen Unterhaltung ist es überhaupt nicht gekommen, sondern der Kaiser sprach nur fahrig von dieser seiner Arbeit. Es war entsetzlich zu sehen, dass

<sup>399</sup> Claß an Erich Ludendorff, 20.9.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 423, Bl. 6 und ebd., N 2089, Bd. 6., Bl. 508.

<sup>400</sup> Erich Ludendorff war zu diesem Zeitpunkt im Großen Hauptquartier, das von Januar/Februar 1917 bis März 1918 in Bad Kreuznach im Kurhaus untergebracht war.

<sup>401</sup> Johann Neumann war 1917–1918 Leiter der Abteilung VI (Verwaltung) des Gouvernements von Riga der Militärkommission des Senates Lübeck.

<sup>402</sup> Franz Joseph Fürst zu Isenburg-Birstein (1869–1939), 1901–1918 Mitglied des Preußischen Herrenhauses, 1902–1918 Mitglied der Ersten Kammer des Großherzogtums Hessen, 1912–1919 Mitglied des Kommunallandtages von Kassel und Hessen-Nassau, 1915–1918 Chef der deutschen Militärverwaltung in Litauen, 1917 Mitbegründer der DVLP, 1919 Gründungsmitglied des Nationalen Klubs.

<sup>403</sup> Siehe dazu auch Claß an Johann Neumann, 11.10.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 202, Bl. 682.

<sup>404</sup> Siehe dazu Hubatsch: Großes Hauptquartier sowie auch Pöhlmann: Hauptquartiere.

der Oberste Kriegsherr eines Volkes, das im Kampf ums Dasein steht, nichts anderes zu tun hat, als solche Spielerei zu treiben.“

Der Fürst erzählte noch weiter, dass ihm nach dem Empfang ein befreundeter, höherer Offizier, dem er seinen Eindruck schilderte, gesagt habe: „Ja, man hat den Kaiser auf den Gedanken gebracht, sich auf diese Art überhaupt eine Übersicht über seine Tätigkeit im Kriege zu verschaffen, damit er überhaupt beschäftigt ist.“<sup>405</sup>

Neumann, der nur immer „furchtbar, furchtbar“ vor sich hinhurmelte, nahm das Wort, um seine Eindrücke bei der Mittagstafel wiederzugeben. Der Kaiser habe sich durchaus wie ein Mensch gezeigt, der mit seinen Nerven bis zum letzten fertig ist. Seiner sonstigen Lebhaftigkeit entgegen habe er kaum ein Wort geredet und förmlich auf seinen Teller gestarrt, als berühre es ihn peinlich, irgendjemanden anschauen zu sollen. Am erschütterndsten, fügte Neumann hinzu, sei es für ihn gewesen, den Generaladjutanten *von Gontart*<sup>406</sup> zu betrachten, der dem Kaiser gegenüber gesessen habe. Dieser habe keinen Blick von seinem Herrn gewandt, sondern ihn mit der Aufmerksamkeit eines Arztes beobachtet, der jeden Augenblick einen Krankheitsausbruch bei seinem Pflegebefohlenen erwartet. Sosehr ihn das Verhalten des Generals gerührt habe, aus dem nur Treue und Liebe sprach, so entsetzlich sei ihm der Gedanke gewesen: „Was muss Herr von Gontart schon mit seinem Herrn erlebt haben, was muss er befürchten, dass er ihn in dieser Weise nicht aus den Augen lässt!“

Als ich mich von Fürst Ysenburg und Neumann trennte, war in mir die Überzeugung noch verstärkt worden, dass unter diesen Umständen die Männer der Obersten Heeresleitung die Träger des deutschen Schicksals seien, und dass alles geschehen müsse, um die von mir befürchtete Gefahr fernzuhalten.

Zur festgelegten Stunde betrat ich den Oranienhof<sup>407</sup>, den Arbeitssitz Ludendorffs, und wurde von *Oberstleutnant Bauer*<sup>408</sup>, dem politischen Vertrauensmann des Ersten Generalquartiermeisters empfangen und zu diesem gelei-

---

<sup>405</sup> Siehe zur nervlichen Überspanntheit, depressiven Verstimmung und Langeweile des Kaisers im Großen Hauptquartier auch Röhl: *Der Weg in den Abgrund*, S. 1200–1208.

<sup>406</sup> Hans Albrecht Heinrich Friedrich von Gontart (1861–1931), seit 1904 Flügeladjutant von Wilhelm II. und General à la suite, 1914 Generalleutnant, im Ersten Weltkrieg Hausmarschall und diensttuender Generaladjutant von Wilhelm II., 1918 mit Wilhelm II. ins Exil nach Doorn.

<sup>407</sup> Im Hotel Oranienhof in Bad Kreuznach waren die Amträume von Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff. Der Oranienhof diente von Februar 1917 bis März 1918 als Generalstabsgebäude der Obersten Heeresleitung.

<sup>408</sup> Max Bauer (1869–1929), 1907 Berufung zum Großen Generalstab, Sachverständiger für Artillerie und Festungsbau, Planungsoperationen für Rüstung mit der Firma Krupp, 1914 Leitung der Zerstörung des Festungsringes Lüttich, 1915–1918 Mitglied der Operationsabteilung beim Großen Generalstab bzw. bei der Obersten Heeresleitung, Verbindungsmann der OHL zu den Parteien und zum ADV, 1918 Oberst, 1919 Mitorganisation der Nationalen Vereinigung um Ludendorff und dem Ersten Generalstabsoffizier der Garde-Kavallerie-Schützen-Division Waldemar Pabst (Beteiligung an der Niederschlagung des Spartakusaufstandes an der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg), Beteiligung am Kapp-Putsch als Leiter der Reichskanzlei des Kapp-Kabinetts und Flucht nach

tet. Bauer wohnte dann der Unterhaltung bei. Ich stand zunächst ganz im Banne der grossen und starken Persönlichkeit des Feldherrn, dem ich meine und meiner Freunde unbegrenzte Verehrung und Dankbarkeit zum Ausdruck brachte. Er seinerseits versicherte mir, dass er das Wirken des Alldeutschen Verbandes mit Aufmerksamkeit verfolge, und dass die Oberste Heeresleitung froh sei, eine politische Gruppe tätig zu wissen, die unbedingt den Sieg wolle und an den Sieg glaube.

Ich bat nun meine Anschauungen darlegen zu dürfen, aber ungeschminkt und in voller Offenheit. Der General stimmte dem unbedingt zu und meinte, er werde von unserer Unterhaltung ja nur den Nutzen haben, wenn ich mich ohne jeden Rückhalt äusserte.

So begann ich, wie ich es mir vorgenommen hatte, dem Feldherrn zu sagen, dass es heute im Reiche nur noch eine Stelle gebe, die Vertrauen und Ansehen geniesse, und an die sich die Hoffnungen aller Getreuen klammerten; das sei die Oberste Heeresleitung. Es sei für einen überzeugten Monarchisten schmerzlich, erklären zu müssen, dass der Träger der Krone das Vertrauen der Besten im Lande verloren habe, und dass seine verantwortlichen politischen Berater von ihnen geradezu als Verderber des Vaterlandes bekämpft werden müssten. Alles komme darauf an, dass für den Augenblick der politischen Entscheidung die Oberste Heeresleitung sich auf das ungebrochene Vertrauen ihrer Getreuen stützen könne. Um dies zu sichern, müsse alles geschehen, um Einbussen an Vertrauen zu verhindern. Ich begründete meine und meiner Freunde Besorgnis mit dem Verhalten der Obersten Heeresleitung in den drei oben erwähnten Fällen, wobei ich hinsichtlich der polnischen und der Ubootfrage ganz deutlich sagte, dass Bethmann Hollweg und seine Leute sich dabei hinter der Obersten Heeresleitung versteckt hätten, um ihre Fehler jener aufzubürden. Den Fall des Hilfsdienstpflichtgesetzes behandelte ich auf Grund der mir gewordenen sicheren Nachrichten in dem Sinne, dass er die Gefahr besonders kennzeichne, in der sich die Oberste Heeresleitung befinde, wenn sie politisch handeln müsse.

Der General nahm in der offensten Weise Stellung zu dem, was ich ihm vorgetragen hatte und was in der Sache schliesslich Vorwürfe gegen die Oberste Heeresleitung enthielt. Dabei zeigte er keine Spur von Empfindlichkeit und suchte nur zu erklären, wie es gekommen sei, dass er sich in den Fragen des Ubootkrieges und Polens auf die Seite der politisch Massgebenden geschlagen habe. Im letzteren Falle sei die in sichere Aussicht gestellte Verfügung über sieben polnische Divisionen, die auf deutscher Seite kämpfen sollten, entscheidend gewesen, in dem anderen die Behauptung des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes, dass Holland und Dänemark an der Seite unserer Feinde in den Krieg eintreten würden, wenn der uneingeschränkte Ubootkrieg

---

München, Kontakte zur Organisation Escherich, 1920 nach Wien und dort Beteiligung an Putschversuchen gegen die Regierung Karl Renner, 1925 Amnestie für Beteiligung am Kapp-Putsch, 1925–1926 Inspektor beim argentinischen Landwirtschaftsministerium, 1927–1929 Berater von Chiang-Kai-schek in China.

angekündigt werde.<sup>409</sup> Was das Hilfsdienstgesetz betreffe, so gehe seine Meinung dahin, dass er *grundsätzlich* recht gehabt habe. Dessen Verschandlung treffe nicht ihn, sondern falle den Schwächlingen in der Regierung zur Last. Er gab unumwunden zu, dass für die Oberste Heeresleitung die von mir bezeichnete Gefahr vorliege und meinte, es sei dieser im höchsten Grade widerwärtig, sich in das grosse politische Geschäft einmischen zu sollen. Besonders *er* habe, belastet mit den ganzen Sorgen der Kriegführung, wahrhaftig nicht die Zeit, auch noch Politik zu treiben. Es fehle ihm dazu aller Ehrgeiz, aber wie die Dinge in Berlin leider lägen, würden immer Fälle vorkommen, in denen man eingreifen müsse.

Ich bat nun, ganz deutlich werden zu dürfen. Als der General bejahend genickt hatte, sagte ich, es sei schon in der Kriegführung eine gefährliche Sache, „improvisieren“ zu müssen, aber ich glaubte, dass man dies noch eher fertigbringen könne, als in der Politik. Auf diesem Gebiete seien Voraussetzungen und Folgen eines schnell gefassten Entschlusses wahrscheinlich schwerer zu übersehen als auf dem militärischen. Er selbst habe von seiner ausserordentlichen Inanspruchnahme gesprochen, und jeder einigermassen Unterrichtete in der Heimat bewundere die Leistung, die er vollbringe. Er habe ferner angedeutet, dass er, zur politischen Tätigkeit genötigt, auf die Vorschläge und Berichte von Offizieren angewiesen sei, die er von Fall zu Fall beauftrage, ihm die Unterlagen zu verschaffen. Es könne aber einer ein vorzüglicher Generalstabsmajor oder ein trefflicher Adjutant sein, ohne dass es ihm bei der Kürze der vor dem Entschlusse zur Verfügung stehenden Zeit gelinge, sich in eine politische Frage so hineinzuvvertiefen, dass er dem Feldherrn den richtigen Vorschlag machen könne. Hier liege die Gefahr des „Improvisierens“, und ich glaubte, sie müsse und könne beseitigt werden.

Wiederum war der Erste Generalquartiermeister so sachlich, dass er meine Kennzeichnung der „Improvisation“ hinnahm und nur fragte, wie man der Gefahr begegnen könne. Ich erwiderte, dass ich mir die Sache lange und immer wieder überlegt hätte und zu bestimmten Ansichten gelangt sei, die mit meiner Überzeugung aufs engste zusammenhingen, dass der Krieg nur zu gewinnen sei, wenn wir *rechtzeitig* die Militärdiktatur bekämen – eine Militärdiktatur freilich, die das politische Geschäft verstehe und wohlunterrichtet sei.

Hier fiel Ludendorff mir ins Wort und meinte, die Militärdiktatur wäre ein Unglück – offenbar in dem Sinne, dass der Generalfeldmarschall oder er nicht noch neben der Obersten Heeresleitung auch die letzten politischen Entscheidungen treffen könnten. In dieser Weise lehnte er den Gedanken der Diktatur also ab. Nun rief ich, im tiefsten betroffen, leidenschaftlich aus: „Um Gottes willen, Exzellenz, dann geht der Krieg verloren!“ Statt jeder Antwort bekam ich nur ein leichtes Zucken mit der Achsel zu sehen, was mich zu den besch[w]örenden Worten veranlasste, dass die Diktatur unvermeidlich sei, und dass es, wenn man sich mit dem Gedanken beschäftige, zunächst dahingestellt

---

<sup>409</sup> Siehe zur U-Bootpolitik Theobald von Bethmann Hollwegs Jarausch: *Enigmatic Chancellor*, S. 264–307.

bleiben könne, ob nicht, wie ich es mir vorstellte, der politisch Befähigteste unter den Stellvertretenden Kommandierenden Generalen mit diesem Amte betraut werden sollte.

Der Feldherr erwiderte: „Ob ich oder ein anderer – Seine Majestät wird nie eine Militärdiktatur zugeben. Er weiss und kann auf politischem Gebiet auch heute noch alles am besten. Psychologisch liegt die Sache bei ihm so: seitdem seine Nerven versagt haben, hält er sich in der Kriegführung vollständig zurück, und die kurzen Vorträge, die entweder der Feldmarschall oder ich ihm täglich halten, sind eine reine Formsache, um den Schein zu wahren. Um so eifersüchtiger aber achtet seine Majestät darauf, dass wir ihm in die Politik nicht hineinreden, und es hat wiederholt, wenn dies doch geschehen musste, Zurückweisungen der Art gegeben, wie: Davon verstehen sie nichts. Es bleibt dabei, dass der Kaiser niemals in die Diktatur willigen würde, weil er sich dann vollkommen ausgeschaltet fühlt.“

Ich rief: „Aber Euer Exzellenz, es gibt doch Menschen, die zu ihrem Glück gezwungen werden wollen.“ Darauf meinte der General: „Dafür komme ich ganz und gar nicht in Betracht. Das könnte höchstens der Feldmarschall tun – und der tut es nicht, denn er ist viel zu sehr loyaler preussischer Offizier. Übrigens, um politisch überhaupt an Seine Majestät herankommen zu können, müsste zuerst der Chef des Zivilkabinetts beseitigt sein.“ So sehr mich die aus den Äusserungen des Feldherrn hervorgehende Entsagung schmerzte – ich liess nicht locker und sagte: „Wenn Sie auch jetzt den Gedanken der Diktatur für unfruchtbar halten, die Zeit wird kommen, in der auch der Kaiser gar nicht anders kann.“ Wieder ein leichtes Achselzucken und die Antwort: „Dann wi[r]d es wohl zu spät sein.“

Man kann sich vorstellen, wie dieser knappe Satz mich getroffen hat. Ich kam auf meine einleitenden Ausführungen zurück, dass die Oberste Heeresleitung Politik treiben müsse, ob sie wolle oder nicht, dass aber hierbei ein Vorgehen „aus dem Handgelenk“ unterbleiben, und dass demgemäss eine Stelle geschaffen werden müsse, die im militärischen Gewande die politischen Vorgänge genau verfolge, darüber laufend Vortrag halte und ein etwaiges politisches Eingreifen planvoll vorbereite. Ich stellte dem Ersten Generalquartiermeister vor, dass ich ihm diesen Rat umso eher geben könne, als ich für die Mitwirkung dabei nicht in Frage käme. Ich wisse, dass ich für die in- und ausländische Öffentlichkeit viel zu sehr der „schwarze Mann“ sei, um in einem Amte tätig sein zu können – abgesehen davon, dass meine Neigungen anderswohin gingen. Wie ich mir die Stelle dachte, solle sie gewissermassen der Kern eines Diktaturkabinetts sein, wenn es das Schicksal so füge, dass es dazu komme. Demgemäss müsse die dauernd mit den besten, politisch bewährten Männern besetzt sein, die als Offiziere des Beurlaubtenstandes jeden Augenblick hierher einberufen werden könnten und sich darauf beschränken sollten, im Auftrage des Feldherrn die politische Entwicklung genau zu beobachten und diesen rechtzeitig wohlvorbereitete Vorschläge zu ihrem Eingreifen zu machen. Das müssten freilich unabhängige Männer ohne parteipolitische Bindungen sein.



Hier unterbrach mich Ludendorff und meinte, das sei ein Gedanke, der sich hören lasse, und den er sich überlegen wolle. „Aber“, sagte er, „gibt es solche Leute?“ Ich machte mich anheischig, ihm in einem Tage, wenn er sich dazu entschliesse, ein solches stilles „Kabinett in Uniform“ zusammenzustellen, alles Herren, die Landwehr- oder Reserveoffiziere seien, die er jederzeit hierher kommandieren könne. Als er nach Namen fragte, nur um zu wissen, an wen ich ungefähr dächte, nannte ich ihm *Hugenberg* für die Gesamtpolitik und Wirtschaftsfragen, *Neumann* – Lübeck für innerpolitische Belange, *Lohmann* zur Überwachung der Rechtspflege und mehrere andere Gesinnungsgenossen, deren politische Fähigkeiten ich hatte erproben können.

Ludendorff wiederholte, der Vorschlag leuchte ihm ein, und er werde ihn in Betracht ziehen. Bevor ich mich entfernte, bat ich den General nochmals dringend, immer an die politischen Gefahren zu denken, denen er ausgesetzt sei. Er werde von den Führern der Reichstagsmehrheit gehasst, und sie hätten keinen anderen Gedanken, als ihn zu stürzen. Dieses Ziel würden sie erreichen, wenn der Obersten Heeresleitung ein schwerer politischer Missgriff zustosse. Und dann würde über Deutschland das Wort geschrieben, das man jetzt so oft höre: „totgesiegt!“

Es ist mir unvergesslich, wie Ludendorff darauf antwortete. Diesmal begnügte er sich nicht mit einem leichten Achselzucken, sondern machte eine müdabwehrende [sic] Bewegung mit der linken Hand und sagte nur: „Totsiegen? Wenn Sie wüssten, wie schwer wir eben in der Flandern-Schlacht<sup>410</sup> ringen, und wie die ernstesten Nachrichten sich nur so häufen, Sie würden nicht von Siegen reden. Aber wir müssen es doch schaffen.“ Ich verabschiedete mich nun und hörte von ihm, dass er sich freue, mich kennengelernt zu haben, und dass er gern zur Fortsetzung der persönlichen Beziehungen bereit sei.<sup>411</sup>

Oberstleutnant *Bauer* begleitete mich zu dem Kraftwagen, der für mich bereitgestellt war, um mich nach Bingerbrück zu bringen, damit ich dort den Zug erreiche, mit dem ich nach Mainz zurückkehren wollte. Auf dem Hausflur des Oranienhofs ergriff Bauer mit seinen beiden Händen meine Rechte, drückte sie und sagte: „Wenn Sie nur wüssten, wie dankbar ich bin. So hat noch keiner mit dem Chef gesprochen, und Sie werden sehen, es sitzt bei ihm.“ Ich sagte, ich freute mich seiner Zustimmung und wäre glücklich, wenn die Unterredung ein brauchbares Ergebnis hätte. Nun brach es gewissermassen aus Bauer, der damals Ludendorff vergötterte, hervor, und er sagte: „Der Chef muss von dem politischen Druck entlastet werden. Was auf ihm liegt, geht über Menschenkraft. Er hat die schwerste Stellung und soll doch alles machen. Hindenburg ist ganz unpolitisch und lässt die Dinge laufen. Seine Majestät kann Lu-

---

<sup>410</sup> Gemeint ist hier die dritte Flandernschlacht vom 31.7.–6.11.1917. Die Alliierten versuchten an der Westfront einen Durchbruch bei Ypern, der zu territorialen Gewinnen führte, jedoch einen massiven Verlust von fast 600.000 Soldaten auf beiden Seiten sowie an Waffen mit sich brachte. Der Durchbruch scheiterte letztlich und auch die deutschen U-Boot-Basen an der belgischen Küste konnten nicht zerstört werden.

<sup>411</sup> Claß schickte nach diesem Treffen weitere Zuschriften an Erich Ludendorff. Claß Rundschreiben zum Treffen am 5.10.1917 vom 29.11.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 423, Bl. 5.

endorff nicht ausstehen; er ist ihm unbequem, und er wäre ihn lieber heute los als morgen. Ob Hindenburg ihn (Ludendorff) im Falle einer Krise halten würde, bin ich nicht sicher.“<sup>412</sup>

Mir fuhr es wie ein Stich durch das Herz, als Bauer, der Chef der Operationsabteilung 2, der vom ersten Augenblick an in der Obersten Heeresleitung tätig gewesen war und auch den Feldmarschall und den Ersten Generalquartiermeister nach Übernahme ihrer Ämter aus nächster Nähe kennengelernt hatte, mit seiner kurzen Bemerkung andeutete, dass Hindenburg wohl nicht für alle Fälle sein Schicksal mit dem Ludendorffs verbunden halten würde. Auch der Oberstleutnant erklärte mir zum Schlusse noch, dass er mir jederzeit gern für Auskünfte und Besprechungen zur Verfügung stehe. Vielleicht könne man sich auch in Berlin treffen, wo er ja oft sein müsse.

So fuhr ich ab. Auf dem schnell zurückgelegten Wege zwischen Kreuznach und Bingerbrück<sup>413</sup> ordnete ich in meinem Gedächtnis den Verlauf meiner Unterhaltung mit Ludendorff und beschloss, sie in Stichworten niederzuschreiben, sobald ich im Zuge nach Mainz sässe. Am tiefsten bewegte mich, was der Feldherr über die Unmöglichkeit einer Diktatur gesagt hatte. Auch seine Andeutung, dass der Feldmarschall ihn bei etwaigen Bemühungen in dieser Richtung nicht unterstützen, und dass der Kaiser wohl erst dafür zu haben sein würde, wenn es zu spät wäre, erregte mich stark, nicht weniger aber seine kurze Bemerkung, als ich vom „Totsiegen“ gesprochen hatte.

Von alledem war ich niedergedrückt, und mein Gesamteindruck von dem Manne, der nach dem allgemeinen Urteil das deutsche Schicksal in Händen hielt, ging dahin, dass er mit eiserner Pflichttreue seine grosse Stellung verseehe, dass er aber in seinem Innersten politisch hoffnungslos und militärisch entsagungsvoll gestimmt sei.<sup>414</sup> Die Notwendigkeit trat mir ganz klar vor die Seele, dass solch ein Mann Gehilfen zur Seite haben müsste, die gleich ihm in sich selbst gefestigt und von der gleichen fe[ur]ligen und stolzen Vaterlandsliebe durchdrungen, ihm die politischen Sorgen abnehmen und wenigstens auf diesem Gebiete Zuversicht einflössen würden. Ich nahm mir vor, dem Feldherrn, der sich ja bereit erklärt hatte, mich wieder zu empfangen, meinen Vorschlag zu wiederholen und alles in meinem Geiste bereitzustellen, was zu dessen Begründung dienlich erschien. Als unser Kraftwagen sich Bingerbrück näherte, lag das Niederwald-Denkmal<sup>415</sup> im Glanze der Abendsonne, umrahmt von

<sup>412</sup> Zur Charakterisierung von Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff als der Innenpolitik fernstehende Oberste Befehlshaber siehe auch Bauer: *Der große Krieg*, S. 107–111. Zur Konkurrenz zwischen OHL und Reichskanzler siehe Pyta: *Hindenburg*, S. 227–283 und Nebelin: *Ludendorff*, S. 284–341.

<sup>413</sup> Gemeint ist die kurze Autoverbindung von Bad Kreuznach nach Bingerbrück, einem Stadtteil von Bingen, von wo aus Claß dann mit der Bahn weiter nach Mainz fuhr.

<sup>414</sup> Claß hielt fest: „Einen greifbaren Erfolg hatten meine Ratschläge weder nach der persönlichen noch nach der sachlichen Seite.“ Claß Rundschreiben zum Treffen am 5.10.1917 vom 29.11.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 423, Bl. 5.

<sup>415</sup> Das Niederwalddenkmal nahe Rüdesheim im Rheingau wurde 1883 in Erinnerung an die deutsche Reichsgründung nach dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 eröffnet. Ungefähr 13 km auf der südlichen Rheinseite befand sich der Bismarckturm zwischen Ingel-

dem herbstlich gefärbten Walde – ein wundervoller Anblick. Durfte ich ihn als ein günstiges Zeichen ansehen?

Im Zuge machte ich mich sofort daran, meine Stichworte niederzuschreiben. Ich war noch nicht fertig, als wir in Mainz einliefen. Dort hatte ich keine Zeit, nach Hause zu gehen, weil ich nach kurzem Aufenthalt nach Kassel weiterfahren musste. Meine Tochter erwartete mich am Zuge: ihr gab ich für meine Frau die bisher niedergeschriebenen Aufzeichnungen mit. Der Rest sollte von Frankfurt folgen. Das geschah, und ich selbst kam nachts zwischen ein und zwei Uhr in Kassel an. Man kann sich vorstellen, dass ich weder auf der Fahrt noch im Gasthof zum Schlafen kam.

Als ich am anderen morgen dabei war, mich anzukleiden, klopfte es an meine Tür, und ich hörte auf meine Frage, wer da sei, die behaglich tiefe Stimme meines Lübecker Freundes *Neumann*, der sagte, er müsse mich sofort sprechen. Als ich erwiderte, halbangezogen, wie ich sei, könne ich ihn doch nicht hereinlassen, lachte er und bestand auf seinem Wunsche. So öffnete ich, und vor mir stand der stattliche Mann mit strahlendem Gesicht und brach sofort in einer seinem Wesen sonst fremden Lebhaftigkeit in die Worte aus: „Ich bin ja so glücklich, lieber Class – ich kann gar nicht sagen, wie glücklich ich bin.“ Als ich nun fragte, was denn los sei, erzählte er mir, unter dem frischen Eindruck des Erlebnisses stehend:

„Sie wissen, dass ich nicht mit Ihnen zusammen von Kreuznach hierher fahren konnte, weil ich mit dem Fürsten Ysenburg bei dem Feldmarschall zum Abendessen eingeladen war. Bei Tisch sass der Fürst zur Rechten Hindenburgs, ich neben Ludendorff. Kaum dass wir an der Tafel Platz genommen hatten, sagte mir dieser: „Von Ihnen ist heute schon bei mir die Rede gewesen.“ Als ich mein Erstaunen zeigte, fuhr er fort: „Ja, Ihr Freund Class war heute Nachmittag bei mir und hat mir im Zusammenhang mit einem Vorschlag, den er machte, Ihren Namen genannt.“

Und dann habe ihn Ludend[o]rff die ganze Unterhaltung erzählt, die er mit mir geführt hatte. Dabei hatte er meinen Vorschlag herausgehoben, bei der Obersten Heeresleitung eine Stelle einzurichten, die laufend und gewissermaßen hauptamtlich alle politischen Fragen bearbeiten solle, um ihn im gegebenen Falle zu beraten. Nachdem er sich nach meinem Weggang meinen Plan genau überlegt habe, sei er zu der Meinung gekommen, dass er vortrefflich sei, und dass er ihn ausführen werde. Er habe seine erste Darstellung mit den Worten geschlossen: „Ihr Freund Class ist der erste Mann, der mir etwas sachlich [B]rauchbares geboten hat!“ Und nun, sagte Neumann, sei Ludendorff für nichts anderes zu haben gewesen, als für eine eingehende Erörterung meines Vorschlages. Dabei sei er voll Eifer und Gründlichkeit gewesen und habe ihn auch nach den anderen von mir noch genannten Männern gefragt, so dass er,

---

heim und Gau-Algesheim, dessen Errichtung 1902 durch die dortige alldeutsche Ortsgruppe initiiert, durch den Bismarck-Verein unter Claß' Vorsitz bis 1908 weiter gefördert und dann 1912 eingeweiht worden war.

Neumann, überzeugt sei, Ludendorff werde vollen Ernst machen und den von ihm aufgenommenen Plan rasch ausführen.

Um die Stimmung, in der dieser sonst so bedächtige Hanseate sich befand, richtig zu kennzeichnen, genügt es, die Worte zu wiederholen, mit denen er seinen Bericht schloss: „Jetzt haben wir den Krieg gewonnen! Verstehen Sie jetzt, lieber Class, weshalb ich so glücklich bin?“ Ich konnte nur sagen, ich freute mich, von einer solchen Wirkung meiner Anregung zu hören, und knüpfte daran die Hoffnung, dass nun der Erste Generalquartiermeister auch sein Vorhaben durchführen werde. Dann fragte ich Neumann noch, ob auch Bauer mit ihm darüber gesprochen habe. Er antwortete: „Selbstverständlich. Und der ist Feuer und Flamme. Da man in ihm den einflussreichsten politischen Ratgeber Ludendorffs sieht, bin ich umso fester überzeugt, dass die Sache gemacht wird[.] Also, lieber Class, der Krieg wird gewonnen.“

Als ich mit Neumann später beim Frühstück sass, fragte ich ihn, ob er es für zulässig halte, seinen Bericht auch vor dem engsten Kreise unserer Hauptleitung und des Geschäftsführenden Ausschusses zu erstatten, weil ich doch Wert darauf lege, dass die Kenntnis dieses Vorganges nicht auf zwei Personen beschränkt sei. Er war sofort der Meinung, dass er das dürfe, freilich mit dem Vorbehalt, dass die Zuhörer für die Dauer des Krieges zur Verschwiegenheit verpflichtet würden.<sup>416</sup> So habe ich denn um die Mittagszeit des 6. Oktober 1917 unsere wichtigsten Freunde zusammenrufen lassen.<sup>417</sup> Vor ihnen hat dann Neumann seinen Bericht wiederholt. Die zuversichtliche Stimmung, in der er das tat, teilte sich auch den anderen mit, und man beglückwünschte mich in allen Tonarten. Nach dem vielen, was ich schon erlebt hatte, wies ich solche Ausbrüche zurück und sagte nur: „[A]bwarten, abwarten!“<sup>418</sup>

<sup>416</sup> Sowohl Claß wie auch Max von Grapow, der die Vorbesprechung am 4.10.1917 leitete, verpflichteten die Anwesenden am 5.10.1917 zur Verschwiegenheit über den Inhalt der Sitzungen. Als Einlasskarte zur streng vertraulichen Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses galt das persönliche Einladungsschreiben.

<sup>417</sup> Der genaue Kreis der Anwesenden bleibt unklar. Es gab Vorbesprechungen über Satzungsänderungen (Änderung von „Religionszugehörigkeit“ zu „Bekennniszugehörigkeit“, um dies gegen jüdische Mitglieder zu richten, oder die eventuelle Erhöhung der Vorstandsmitglieder auf 200 sowie der Ausschussmitglieder auf 27 oder 30 zur Erweiterung von aktiven Mitgliedern im Nordosten und Schlesien) sowie über eine Stellungnahme zu dem von Heinrich Pudor geleiteten Deutschen Volksrat. Einheit völkischer Verbände. Am 4.10.1917 kamen im Hotel Schirmer zusätzlich noch Leopold von Vietinghoff-Scheel, Heinrich Calmbach, Gustav Pezoldt, Rechtsanwalt Freygang, Landgerichtsrat Joerges, Herr Schöne und Erich Stolte zusammen. Der Geschäftsführende Ausschuss trat am 5.10.1917 im Hotel Kasseler Hof zur eigentlichen Sitzung unter der Eröffnung von Max von Grapow zusammen. Beraten wurden die Anträge auf Satzungsänderungen und die Zuweisung abgegrenzter Arbeitsbereiche an die alldutschen Frauengruppen, die ab 1915/16 durch die offizielle Mitgliedschaft, über die zuvor möglichen Familienmitgliedschaften hinaus, trotz mancher kritischer Gegenstimmen, wie von Richard Pretzell, mehr Gewicht innerhalb des Verbandes bekamen. Teilnehmer waren zusätzlich unter anderem Lutz Korodi, Alfred Jacobsen, Max Kloss, Georg von Stössel und Käthe Schirmacher. Zu dem kurzen Sitzungsprotokoll zum 4. und 5.10.1917 siehe BA-Berlin, R 8048, Bd. 115, Bl. 19.

<sup>418</sup> Claß zweifelte im Anschluss an die Kasseler Tagung an den Wirkungen des ADV: „In Kassel war alles schön und gut – eine wundervolle geschlossene Stimmung. Aber was will

Wenn ich auf das, was Neumann mir auf meinem Zimmer erzählt hatte, zu hoffnungsselig geworden wäre, so hätte mich eine andere Begegnung, die sich zeitlich unmittelbar an jene erste anschloss, wieder auf den Boden der ersten Wirklichkeit zurückgeführt. Ich war nach Neumanns Weggang mit dem Anziehen gerade fertig geworden und im Begriffe[,] noch vor dem Frühstück meinen Morgenspaziergang zu machen, als es wiederum an meine Tür klopfte. Auf mein „herein!“ stand ein mittelgrosser Mann mit rötlichem Haupt- und Barthaar und mit wasserblauen Augen vor mir. Er stellte sich als Dr. ... vor und sagte, er sei seit langem Mitglied des Alldeutschen Verbandes und müsse mich unbedingt *vor* der ersten Sitzung sprechen.<sup>419</sup> Ich wies auf meine Überlastung mit Geschäften gerade bei solchen Tagungen hin; trotzdem bestand er auf seinem Wunsche, weil ich wissen müsse, was er zu sagen habe. Ich fügte mich und forderte ihn auf, mich auf meinem Spaziergang in den Anlagen zu begleiten.<sup>420</sup>

Als wir ausserhalb des Strassenlärms waren, begann mein Begleiter mit der Erklärung, er sei Westfale und stamme aus einer Sippe, in der das „Zweite Gesicht“ erblich sei. Seine Gesichte[r] seien bisher immer eingetroffen; deshalb müsse er von den beiden letzten, die er kurz hintereinander gehabt habe, erzählen. Er bewundere meine Arbeit, aber sie sei vergeblich. Deutschland werde den Krieg verlieren, und das Kaisertum werde zerschlagen werden. Ich meinte darauf, um solche Möglichkeiten in Rechnung zu stellen, brauchte ich kein „[Z]weites Gesicht“. Mir genügten dazu die Beobachtungen jedes Tages und die Kenntnis der Menschen, die, sei es in Ämtern, sei es in den Parlamenten, durch das Versagen des Kaisers unser politisches Schicksal in den Händen hielten.

Dr. ... entgegnete: „Das ist doch ein Unterschied, – Möglichkeit oder Gewissheit. Was ich Ihnen auf Grund meiner Gesichte[r] sage, wird bestimmt eintreten.“ Ich bat ihn dann, zu erzählen, und er begann mit seinem ersten Gesicht, in dem das Nationaldenkmal auf dem Niederwald den Gegenstand bildete. Er hatte das Standbild der Germania von seinem gewaltigen Sockel heruntergestürzt und eine Horde erregter Menschen in französischen und belgischen Uniformen damit beschäftigt gesehen, ihren ehernen Leib mit allerlei Zerstörungswerkzeugen in Trümmer zu schlagen.

Als er geschlossen hatte, fragte ich den Erregten, wie er dies deute, und was er überhaupt unter „Zweitem Gesicht“ verstehe – ob dies ein Traum sei oder was immer. Er ging zunächst auf die letzte Frage ein und antwortete, in seiner Sippe träten die Gesichte[r] in vollwachem Zustande der Betroffenen auf, z. B. auf einem Spaziergang oder am Arbeitstisch. Sie seien keine Erscheinung, kein Bild, sondern vollkommen körperhafte Gruppen, wobei er die Dinge und Menschen leibhaftig vor sich sehe. Was nun die Deutung des ge-

---

dies Häufflein klein?“ Claß an August Keim, 12.10.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 202, Bl. 684.

<sup>419</sup> Der Verbandstag des ADV fand vom 6.–7.10.1917 fand im Kasseler Hof in Kassel statt.

<sup>420</sup> Die genannte Person bleibt unklar.

schilderten Gesichts anlange, so sei für ihn kein Zweifel, dass die Feinde das linke Rheinufer besetzen würden, was ja nur nach einer deutschen Niederlage geschehen könne.

Noch bevor ich mich hierzu äussern konnte, fuhr er fort: „Und nun mein anderes Gesicht.“ In einem grossen Saale habe er eine Menge von hohen Offizieren versammelt gesehen, in deren Mittelpunkt sich der Kaiser befunden habe. Vor ihm habe ein General mit befehlender Gebärde gestanden. Der Kaiser sei vollkommen gebrochen gewesen und habe auf ein Blatt Papier hingeschaut, das jener General in der Hand hielt. Auf den Gesichtern aller übrigen habe dumpfe Verzweiflung gelegen. Das Gesicht künde die Thronentsagung oder gar Absetzung des Kaisers an – das sei für ihn eine Gewissheit, an der niemand rütteln könne. Ich fragte: „Wenn Sie den Kaiser so genau erkannt haben, wer war denn der General, der mit dem Papier in der Hand vor ihm stand?“ Die Antwort ging dahin, dass er die Gesichtszüge nicht auf eine bestimmte Person deuten könne.

Auch in diesem letzten Falle meinte ich, dass so etwas, wie es sein „Gesicht“ ankündige, im Bereich der Möglichkeit[en] liege, wenn der Kaiser und die Regierung die Dinge in der Heimat so laufen liessen, wie bisher, „Aber“, fragte ich abschliessend, „was soll ich damit?“ „Sie sollen Ihre Politik darauf einrichten, dass der Krieg verloren und das Kaisertum zerschlagen wird.“ Wir gingen nun eine Zeitlang schweigend nebeneinander her; dann forderte ich meinen Begleiter auf, niemande[m] sonst von seinen Gesichte[r]n zu erzählen. Es sei genug, wenn wir beide davon wüssten. „Im übrigen“, fuhr ich fort, „gibt es kein noch so unerbittliches Schicksal, das nicht durch männlichen Willen gebannt werden könnte. Ich werde bei meiner politischen Arbeit nach wie vor alles daransetzen, dass ihre Gesichte[r] nicht Wirklichkeit werden.“ Dr. ... meinte, in hoffnungsvollem Glauben an das Schicksal, er ehre das, was ich wolle und tue, aber an dem, was uns sicher bevorstehe, sei nichts zu ändern.

Ich bat den Herrn nun, mich allein zu lassen, da ich unter diesem Eindruck nicht meine grosse und wichtige Versammlung eröffnen könne. So schieden wir voneinander, und ich hatte im Laufe der Kasseler Tagung keine Gelegenheit mehr, mit dem merkwürdigen Manne zu sprechen. Des Zusammenhangs halber sei hier erwähnt, dass ich ihn erst am Sonntag den 10. November 1918 wiedergesehen habe. Damals war der gütige Mann eigens von seinem Wohnort in langer, abenteuerlicher Eisenbahnfahrt, wie sie durch den Verkehrswirrwarr des Umsturzes bedingt war, nach Mainz gekommen, um mir in meiner, wie er meinte, seelischen Not beizustehen. Als er in meinem Arbeitszimmer vormittags gegen 10 Uhr plötzlich vor mir stand, wusste ich zunächst nicht, wen ich vor mir hatte, bis er an Kassel erinnerte und an das, was er mir dort vor 14 Monaten angekündigt habe. Dann kam er sofort darauf zu sprechen, was ihn gedrängt habe, zu mir zu kommen. Er wisse, dass ich mit dem Gedanken umgehe, aus dem Leben zu scheiden. Das müsse er verhindern, denn ich hätte noch eine grosse Aufgabe zu erfüllen.

Beschwörend drang er so in mich. Ich sagte ihm darauf, er irre sich. Ich dachte nicht an Selbstmord, sondern sei entschlossen, auf meinem Posten aus-

zuharren und jedenfalls nichts zu tun, was wie ein Eingeständnis der Mitschuld an dem jetzt über Deutschland hereingebrochenen Unheil aussehe.<sup>421</sup> Freilich: *einen* Fall gebe es, ich würde es nicht ertragen können, dass die Meinen und ich von den Umstürzern entwürdigt würden. Mein Besuch begann[,] sich zu beruhigen und bot mir nun eine Unterkunft in seiner stillen Gegend an. Ich war von so viel Hingabe des seltsamen Mannes an mich, den er nur einmal im Leben gesehen hatte, gerührt und dankte ihm mit der Versicherung, er könne beruhigt nach Hause fahren – ich aber müsse hier ausharren.

So verabschiedete er sich nach einer Unterhaltung, die kaum länger als eine Viertelstunde gedauert hatte, und begab sich auf die Heimreise, von der er nicht wusste, wie lange sie dauern werde. Zwei Tage später erhielt ich von ihm die Nachricht, dass er nach langem Hin und Her seinen Wohnort wieder erreicht habe.<sup>422</sup> Als ich später in Berlin war, hat der treue Mann mich noch ein paar Mal aufgesucht, bis er sich zu einer national-kommunistischen Gruppe schlug und vom Alldeutschen Verband schied.

### 2.10. Oberstleutnant Bauer

Am 14. Oktober 1917 hatte ich nochmals einen Empfang bei Ludendorff erbeten, der mir auch zugesagt wurde.<sup>423</sup> Als ich mich jedoch in Oranienhof<sup>424</sup> meldete, wurde mir mitgeteilt, der Erste Generalquartiermeister sei so überlastet, dass er mich leider nicht annehmen könne. Dagegen stehe *Oberstleutnant Bauer* zu meiner Verfügung. Ich ging also zu diesem, und wir sassen wohl zwei Stunden zusammen, von denen indes nur ein geringer Teil dem eigentlichen Zwecke meines Besuches gewidmet wurde.

Auf Neumanns Erzählung in Kassel hin hatte ich mich immer mehr in die Ausgestaltung meines vom General Ludendorff unterbreiteten Vorschlages vertieft. Mein prächtiger Lübecker Freund war alles andere als ein Phantast. Er stand vielmehr mit beiden Füßen auf dem Boden der Wirklichkeit, und ich hatte im Laufe von mehr als anderthalb Jahrzehnten reichlich Gelegenheit ge-

---

<sup>421</sup> Claß an Konstantin von Gebattel am 12.11.1918 dazu: „Auf Ihren gestrigen Brief teile ich mit, daß ich trotz allem, was auf unser einen in dieser Zeit einströmt, nicht zusammengebrochen bin und auch hoffe, aufrecht zu bleiben. Bis jetzt herrschen bei mir die Gefühle der Scham und [des] grenzenlosen Ekels vor. Ob ich von hier fortgehe, fortgehen darf, weiß ich noch nicht. Dies ist eine Frage, die auch ihre Ehrenseite hat und kaltblütig überlegt sein will.“ In BA-Berlin, N 2089, Bd. 5, Bl. 350.

<sup>422</sup> Die genannte Person bleibt unklar. Zwischen dem 5. und 29.11.1918 ist der Briefwechsel der Geschäftsstelle in den Akten „Allgemeiner Schriftwechsel“ (außer einem anderen Brief) nicht überliefert. Siehe BA-Berlin, R 8048, Bd. 204.

<sup>423</sup> Nach dem Krieg verschickte Claß seinen Brief an Erich Ludendorff vom 20.9.1917 an führende Mitglieder des ADV mit dem Hinweis: „Meinen Freunden ist bekannt, daß ich daraufhin am 5. Oktober eine längere Unterredung mit General Ludendorff hatte, der noch weitere Zuschriften von mir gefolgt sind. Einen greifbaren Erfolg hatten meine Ratschläge weder nach der persönlichen, noch nach der sachlichen Seite.“ Rundschreiben Claß, 29.11.1918, in STA Bremen, NL Dietrich Schäfer, 7,21, Karton 8, o. Bl.

<sup>424</sup> Das Hotel Oranienhof diente in Bad Kreuznach als Generalstabsgebäude der OHL.

habt, seine Sachlichkeit und Urteilsfähigkeit kennenzulernen. Ich hatte also allen Grund, seinen Bericht über das Abendgespräch mit Ludendorff ernst zu nehmen und zu glauben, dass der Plan verwirklicht werden solle. In dieser Annahme wollte ich noch einige Männer nennen, die für den geheimen und wirtschaftlichen Generalstab der Armee in Betracht kämen; alles Leute, die jederzeit den Offiziersrock anziehen und unauffällig „kommandiert“ werden konnten. Ich hatte mir auch die Arbeitsweise und die Leitung dieses Kreises überlegt und wollte, da mir durch Neumann bekannt geworden war, dass der General Vertrauen zu mir gefasst hatte, mich bereiterklären, jederzeit als schlichter Bürger ohne Amt und Würden mit den Herren seines politischen Stabes zusammenzuarbeiten.

Bei dem Gespräch mit Bauer, das ja nur eine knappe Woche nach der Kasseler Tagung stattfand, hatte ich den Eindruck, dass er, wie nach meinem ersten Besuch in Kreuznach, ganz für meinen Vorschlag eingenommen war, und er versicherte mir dies auch ausdrücklic[h]. Auch Ludendorff, sagte er, halte daran fest, und sie hätten sich auch schon über die Art der Ausführung miteinander besprochen. Umso willkommener seien ihm meine heutigen Mitteilungen. Bauer versicherte, dass ich mich unbedingt auf ihn verlassen könne.

Das Gespräch ging dann auf das allgemein Zeitgeschichtliche über, um sich schliesslich ganz den Vorkommnissen und Zuständen in der Obersten Heeresleitung zuzuwenden. Und da erzählte mir Bauer Dinge, die mir ganz unbekannt [waren], und die geeignet waren, meine bisherige Bewunderung für den Grossen Generalstab und die Oberste Heeresleitung stark zu dämpfen. Der Anlass dazu ergab sich aus meiner Gegenüberstellung der jammervollen politischen Leitung und der obersten Führung des Heeres. Bauer fiel mir da ins Wort und meinte, die Geschichte werde da viel Wasser in den Wein der Bewunderung und des Ruhmes giessen. Er bezeichnete sich selbst als klassischen Zeugen für die Vorgänge im Grossen Hauptquartier, da er ihm vom ersten Augenblick an angehört und alle Wechsel überdauert habe.

Und nun kam Bauer darauf zu sprechen, dass es der Chef des Militärkabinetts und der Kommandant des Grossen Hauptquartiers des Kaisers – er meinte die Generale *Frhr. von Lyncker*<sup>425</sup> und *von Plessen* – zugelassen hätten, dass der schwerkranke Generaloberst *von Moltke* als Chef des Generalstabes des Feldheeres in den Krieg habe ziehen dürfen. Niemand habe Moltke mehr verehren, ja lieben können, als er; aber ein kranker Mann könne kein Heer führen, und dies umso weniger, wenn er, wie dies bei Moltke der Fall gewesen sei, überdies unter Mangel an Selbstvertrauen leide und keine festen Nerven besitze.<sup>426</sup>

<sup>425</sup> Moriz Freiherr von Lyncker (1852–1932), 1878–1881 Preußische Kriegsakademie in Berlin, Grosser Generalstab, Adjutant, 1805–1898 Erster Militärgouverneur der kaiserlichen Prinzen, 1905 Generalleutnant, 1908 Vortragender General-Adjutant und Chef des Militärkabinetts, 1909 General der Infanterie, 1918 Generaloberst, 1918 Entlassung als Chef des Militärkabinetts, 1918–1919 Präsident des Reichsmilitärgerichts.

<sup>426</sup> Der Chef des Kaiserlichen Militärkabinetts, Moriz Freiherr von Lyncker, und der Kaiserliche Generaladjutant, Hans Georg von Plessen, äuberten nach Kriegsbeginn ebenfalls ihre Zweifel an der nervlichen Führungskraft Helmuth von Moltkes. Tagebucheinträge Lyncker



Er könne nur sagen, er habe den armen Mann bedauert, der in seinem Zustand den Geschäften des obersten Führers, der er doch tatsächlich war, schon gesundheitlich nicht gewachsen gewesen sei. Es sei eine Qual gewesen, ihn in den Tagen des Marne-Rückschlages<sup>427</sup> zu beobachten, wie er, hilf- und entschlu[ss]los[,] über den Kartentisch gebeugt, die einlaufenden Nachrichten verfolgt habe.<sup>428</sup>

Der Zustand der Heeresleitung sei einfach untragbar geworden, und zwar, wie Bauer hinzusetzte, durch die Mitschuld des Generalquartiermeisters General von Stein, der zwar wunderbare Heeresberichte habe abfassen können, in der Zeit der Krisis aber vollkommen versagt habe.<sup>429</sup> Es wäre doch selbstverständlich seine Aufgabe gewesen, mit Willen und Entschlusskraft da einzugreifen, wo Moltke seinen Platz nicht ausfüllte.

Immer mehr sei er, Bauer, zu der Überzeugung gekommen, dass ein Zusammenbruch unvermeidlich sei, wenn die beiden nicht schleunigst abgelöst würden. Darum habe er sich entschlossen, sich bei dem Kriegsminister General von Falkenhayn<sup>430</sup> zu melden und das Aussergewöhnliche, durch die Not Gebotene, zu tun, nämlich ihm die heillose Wirtschaft in der Obersten Heeresleitung zu schildern und in ihn zu dringen, dass er bei Seiner Majestät die Ersetzung Moltkes und Steins beantrage. Um das deutsche Heer aus seiner unhaltbaren Lage zu retten, sei für ihn, Bauer, nur in Betracht gekommen, dass Falkenhayn selbst die Zügelführung übernehme. In diesem Sinne habe er seinen Vortrag geschlossen.

Der General sei, wie er annehme, tatsächlich hierdurch veranlasst worden, Seiner Majestät entsprechend Vortrag zu halten, und so sei denn zunächst

---

vom 10.9.1914 und 14.9.1914 und Plessen vom 12.9.1914, 15.9.1914 und 20.10.1914 sowie Moltke an Plessen 2.5.1915, in Afflerbach: Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsheer, S. 163–164, 166–167, 660–662, 663–664, 682 und 768–771. Siehe auch Tagebucheinträge Georg Alexander von Müller 13.9.1914 und 14.9.1914, in Görlitz: Regierte der Kaiser?, S. 57 und 59.

<sup>427</sup> Die Marne-Schlacht fand vom 5.–12.9.1914 an der Marne östlich von Paris statt und markierte durch den gestoppten deutschen Vormarsch durch eine britisch-französische Gegenoffensive und dem taktischen Rückzug der deutschen Armee ab dem 9.9.1914 einen entscheidenden Wendepunkt im Ersten Weltkrieg, der den Grundgedanken des Schlieffen-Plans mit einer Umfassung von Paris für einen schnellen Friedensschluss an der Westfront aushebelte und letztlich in den Stellungskrieg mündete.

<sup>428</sup> Dazu Mombauer: Helmuth von Moltke, S. 227–282.

<sup>429</sup> Siehe zum Generalquartiermeister Hermann von Stein und der Krise um Helmuth von Moltke auch Mombauer: Helmuth von Moltke, S. 250–282 und Afflerbach: Falkenhayn, S. 179–198.

<sup>430</sup> Erich von Falkenhayn (1861–1922), 1891 in den Großen Generalstab, 1896 als deutscher Militärberater nach China und 1898 nach Kiautschou, 1900 Rückkehr zum großen Generalstab und erneut nach China zum Ostasiatischen Expeditionskorps (Boxeraufstand), Juli 1913 – Januar 1915 preußischer Kriegsminister, 1914–1915 Nachfolger Helmuth von Moltkes als Chef des Großen Generalstabes, 1915 Beförderung zum General der Infanterie, Chef des Generalstabes, 1916 Rücktritt als Chef des Großen Generalstabes, 1916 Oberbefehlshaber der 9. Armee gegen Rumänien, 1917 Oberbefehl der Heeresgruppe F im Osmanischen Reich, 1918 Oberbefehlshaber der 10. Armee gegen Russland, 1919 Verabschiedung aus dem Militär.

Moltke von seiner Stellung entbunden und als Stellvertretender Chef des Generalstabes nach Berlin geschickt worden, während Falkenhayn, der vorerst Kriegsminister blieb, zum Chef des Generalstabes des Feldheeres ernannt wurde.<sup>431</sup> Er schreibe sich dies als Verdienst zu, obwohl er wisse, dass Falkenhayn später schwere Fehler gemacht habe. Aber damals sei der General der Retter gewesen und allein für die Wiederherstellung der Lage in Betracht gekommen. Man möge über ihn denken, wie man wolle: es bleibe sein Ruhm, dass er den Mut der letzten Verantwortung gezeigt und entschlossen die Zügel der Heeresführung wieder in die Hand genommen habe.

Über die Oberste Heeresleitung nach ihrer Neubildung durch die Berufung der beiden siegreichen Feldherren von Tannenberg sagte Bauer, sie arbeite mit Ruhe und Stetigkeit. Nur sei es ein Jammer, dass der Kaiser so lange gewartet habe, ehe er diese Männer herangeholt habe. Dann wiederholte er, was er mir schon bei meinem ersten Besuche gesagt hatte, dass Ludendorff dem Kaiser unsympathisch sei, und dass dieser ihn offenbar nicht ausstehen könne. Und doch liege Deutschlands Schicksal in Ludendorffs Hand. Er sei in Wahrheit der Chef des Generalstabes, also der Feldherr dieses Krieges. Es habe sich denn auch in stets steigendem Masse eine grosse Zurückhaltung Hindenburgs herausgebildet, indem er Ludendorff ganz freie Hand lasse. Was es einmal gäbe, wenn es zum Bruch zwischen dem Kaiser und Ludendorff kommen sollte, könne niemand voraussehen.

Über die politischen Vorgänge äusserte sich Bauer in der allerschärfsten Weise. Er gab zu erkennen, dass er die Fäden aller Bestrebungen zugunsten einer Politik im Sinne Ludendorffs in den Händen halte, also auf diesem Gebiet dessen eigentlicher Vertrauensmann sei. Als wir schieden, versprach er noch einmal, meinen Vorschlag beim „Chef“ weiter zu betreiben.

Seit diesem Tage habe ich Bauer erst wiedergesehen, als er – wohl im Spätherbst des Jahres 1922 – aus Wien nach München zurückgekehrt war, wo er eine Zusammenfassung der Wehrverbände unter Ludendorffs Führung zu erreichen versuchte.<sup>432</sup> Auch Ludendorff habe ich im weiteren Verlauf des Krieges nicht mehr gesehen, sondern erst im April 1919 nach seiner Rückkehr aus Schweden.<sup>433</sup> Er hatte dama[lls] im Hause der ihm befreundeten Familien

<sup>431</sup> Am 14.9.1914 übernahm Erich von Falkenhayn die Leitung des Feldheeres und wurde am 3.11.1914 Chef des Generalstabes.

<sup>432</sup> Claß traf sich mit Max Bauer am 26.11.1922 in München, um die Rivalitäten zwischen Alfred Krauss und Erich Ludendorff um die Unterstellung der Wehrverbände und deutschen Organisationen wie die Turnerbünde in Österreich grundsätzlich zu klären, da auch Claß in die Auseinandersetzungen hineingezogen worden war und sich gegenüber Ludendorff erklärte, bei der Herbeiführung einer Einigung zwischen Krauss und Ludendorff nicht im Wege stehen zu wollen. Siehe u. a. Max Bauer an Nationalverband deutscher Offiziere Österreich, 11.12.1922, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 423, Bl. 66, Bericht Alfred Krauss, 14.12.1922, in ebd. Bl. 48–50, Claß an Erich Ludendorff, 19.1.1923, in ebd., Bl. 78, Claß an Alfred Krauss, 12.1.1923, in ebd., Bd. 209, Bl. 12. Siehe auch Wiltschegg: Die Heimwehr, Nußer: Konservative Wehrverbände, Rape: Die österreichischen Heimwehren, Thoss: Der Ludendorff-Kreis sowie Vogt: Oberst Max Bauer. Zum Alldeutschen Verband in Österreich 1919–1935 siehe Einleitung B. und Kapitel 7.

<sup>433</sup> Siehe auch Kapitel 4.11.

Newman in der Viktoriastrasse in Berlin Wohnung genommen.<sup>434</sup> Darüber wird später zu berichten sein.

Hier sei nur festgestellt, dass trotz der Äusserungen Ludendorffs und Bauers nichts getan wurde, um meinen Vorschlag auszuführen. Damit war die Oberste Heeresleitung gezwungen, im Bedarfsfalle Politik aus der Hand in den Mund zu betreiben, d. h. ohne richtige Vorbereitung und ohne Überblick über die Folgen ihres politischen Eingreifens. Nach meiner Überzeugung hat hierin eine der Ursachen des Zusammenbruchs gelegen. Die Oberste Heeresleitung versagte sich nicht nur der Forderung, dass eine Diktatur aufgerichtet werde, sondern sie liess überhaupt der verhängnisvollen Entwicklung der Dinge ihren Lauf.

Ich machte mir meine Gedanken über dieses Verhalten Ludendorffs und sprach darüber auch wiederholt mit meinem Freunde *Füsslein*<sup>435</sup>, wenn er auf Urlaub war. Dieser in seinem Urteil abwägende Offizier, der Bauer zudem seit Jahren kannte, meinte, dass dieser es wohl gewesen sei, der meinen Vorschlag zu Fall gebracht habe. Als ich erwiderte, dass ich das nicht glauben könne, wies er darauf hin, dass jener sich doch mir gegenüber selbst als der politische Vertrauensmann Ludendorffs hingestellt habe. So liege der Gedanke nahe, dass er sich nicht von einem „politischen Generalstab“, der in der nächsten Umgebung des Feldherrn gebildet werde, verdrängen lassen wollte. Wer Bauer kenne, wisse, dass er ein im höchsten Grade ehrgeiziger und machthungriger Offizier sei. Als ich später mit meinem Freunde *Neumann* über diese Dinge sprach, äusserte er sich in ähnlichem Sinne wie Füsslein.

Es mag sein, dass ich dann auch hie und da, wenn die Rede darauf kam, geäussert habe, ich könne mir nur denken, dass Bauer meinem Vorschlage entgegengearbeitet habe. Dieser muss davon auf irgendeine Weise erfahren haben; denn er liess mich durch einen Mittelsmann<sup>436</sup> im Spätjahr 1922, als ich mich für ein paar Tage in München befand, wissen, dass er mich zu sprechen wünsche. Ich war dazu bereit, und so besuchte mich Bauer in meinem Gasthof – ein unerfreuliches Wiedersehen nach fünf Jahren mit ihren ungeheuren Ereignissen.

---

<sup>434</sup> Erich Ludendorff hatte vom April 1919–August 1920 in der Viktoriastraße 26 in Berlin Tiergarten eine Wohnung. Die Wohnung gehörte Maria-Louise Newman (geborene von Düring, 1868–1942) – der Mutter von Leonore (geborene 1901) und der Ehefrau von Karl von Fischer-Treuenfeld (1885–1946), Adjutant Ludendorffs im Großen Hauptquartier und bis zu seinem Tod 1937 sowie ab 1941 Befehlshaber der Waffen-SS. Siehe dazu auch Ludendorff: *Vom Feldherrn zum Weltrevolutionär*, S. 51.

<sup>435</sup> Otto Füllein (1870–1921), Preußische Kriegsakademie, Vermessungsingenieur im Bergbau (konz. Markscheider), trigonometrische Arbeiten in Deutsch-Südwest-Afrika, Mitglied der Ortsgruppe Mainz des ADV, Major beim Generalstab des Gouvernements Mainz, im Ersten Weltkrieg an der Westfront und an der Ostfront, u. a. Oberstleutnant in der 4. Armee, 1915 Chef des Stabes bei General Reinhard von Scheffer-Boyadel, Major im Großen Generalstab, 1920 Entlassung aus der Armee im Zuge des Kapp-Putsches, 1921 Mitglied des Gesamtvorstandes, 2. Vorsitzender der Ortsgruppe Lugau-Oelsnitz und führendes Mitglied des Gaus Erzgebirge des ADV.

<sup>436</sup> Die genannte Person bleibt unklar. Claß stand in brieflichem Kontakt mit Oberst Friedrich Wilhelm Buley, einem engen Vertrauten von Max Bauer.

Damals war Oberst Bauer bereits mit Ludendorff zerfallen, was bei der Beurteilung dessen zu berücksichtigen ist, was er mir sagte. Er fing damit an, er habe gehört, ich machte ihn für die Nichtausführung meines Vorschlages vom Herbst 1917 verantwortlich. Er lege Wert darauf, festzustellen, dass er im Sinne seines mir gegebenen Versprechens alles getan habe, um den Chef nicht nur an die Bildung des geheimen politischen Generalstabs zu erinnern, sondern ihn geradezu darauf zu drängen, soweit er als Untergebener dazu in der Lage gewesen sei. Aber es sei nichts zu machen gewesen: der Chef habe nicht gewollt.

Ich hielt ihm entgegen, was mir Neumann am Morgen des 6. Oktober 1917 über den Inhalt des Gesprächs erzählt hatte, das er am Abend vorher mit Ludendorff geführt hatte. Aber Bauer blieb bei seiner Behauptung. Und nun kam das für mich in höchstem Grade Überraschende: Bauer – ich wiederhole, damals mit Ludendorff zerfallen – fuhr nun heraus: „Das ist ganz Ludendorff. Wer kennt den Mann so wie ich? Man hält ihn für einen festen Charakter, der zäh an den gefassten Entschlüssen festhält. Das stimmt aber gar nicht. Ludendorff ist vielmehr ein Augenblicksmensch, wandelbar in seinen Anschauungen und Entschlüssen. Es ist sehr viel Strohfeuer an ihm.“ Man kann sich denken, wie mich diese Behauptung des Obersten Bauer damals getroffen hat.

Gegen die Auffassung Füssleins und Neumanns, dass es Bauer gewesen sei, der bei seinem Chef die Verwirklichung meines Vorschlages hintertrieben habe, spricht m.E. in weitgehendem Sinne die Äusserung, die er in seinem Buche „*Der Grosse Krieg in Feld und Heimat*“ im Jahre 1921 über die Alldeutschen getan hat.<sup>437</sup> Bauer sagte da, wer zum Durchhalten gemahnt habe, sei als Alldeutscher angepöbelt worden, als ob dies das grösste Verbrechen gewesen wäre. Er fährt dann fort: „In Wirklichkeit waren sie einzigen, die richtig sahen, und die erkannten, dass ein Verständigungsfrieden ausgeschlossen war, dass bei einer nochmaligen Entfaltung unserer noch immer gewaltigen Volksenergie ein *guter* Friede zu erreichen war. Die O.H.L. galt natürlich auch als alldeutsch; *leider* war sie es *nicht*. Man wagte nicht einmal, Alldeutsche und Konservative bei der O.H.L. zu sehen.“<sup>438</sup>

Hieraus geht doch wohl eindeutig hervor, dass Bauer mit der von uns betriebenen Politik einverstanden war. Er wird also wohl auch geneigt gewesen sein, sie im Sinne meiner Vorschläge zu fördern. Eine andere Frage ist es, wie seine zwei Sätze zu deuten sind, die sich auf die Oberste Heeresleitung beziehen. Waren sie gegen Hindenburg allein gerichtet, oder auch damals schon gegen Ludendorff? Ich möchte annehmen, dass nur Hindenburg gemeint war.

<sup>437</sup> Bauer: *Der Große Krieg*.

<sup>438</sup> Bauer: *Der Große Krieg*, S. 204. Max Bauer bezeichnete auch den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und Nachfolger von Richard von Kühlmann, Paul von Hintze, „als fast alldeutsch, klug, fleißig und überaus verschlagen. Das letztere stimmte, alles andere habe ich an keinen seiner Handlungen entdecken können.“ Ebd., S. 210.

Bauer gehörte zu den Menschen, die man nicht vergessen kann. Er war zweifellos hochbegabt, von glühender Vaterlandsliebe beseelt, und in hohem Masse stolz auf die Leistungen des Heeres. Mit Leidenschaft Offizier und erst recht Generalstäbler, war er stark politisch eingestellt, und zwar national schlechthin, also ohne auf irgendeine Partei eingeschworen zu sein. Gegen das Treiben der Parteien und gegen das Versagen der Regierung sprach er mit wildem Hass. Ich bin überzeugt, dass er, wenn es nach ihm gegangen wäre, der Diktatur sofort die Bahn freigemacht hätte. In seinem Kopfe war Raum für grosse Entwürfe. Aber Füsslein meinte, seine ausserordentliche Stellung in der nächsten Umgebung Ludendorffs habe ihn in einen gewissen Grössenwahnsinn hineingebracht, und er bezeichnete ihn geradezu als das Musterbeispiel für das, was man als Überheblichkeit der zur Obersten Heeresleitung gehörenden Offiziere bei der kämpfenden Truppe so schwer erträglich fand. Jedenfalls war Bauer ein ausserordentlicher Mensch. Er hat Ludendorff die Treue gehalten und schied aus der Obersten Heeresleitung, als dieser seinen Abschied erhielt. Nach der Rückkehr des Feldherrn aus Schweden machte er den Kapp-Putsch<sup>439</sup> mit, ging dann nach Ungarn, später als Vertreter Ludendorffs nach Wien. Nachdem er sich mit dem früher vergötterten Manne überworfen hatte, und kein Feld für seine weitere Tätigkeit in Deutschland mehr sah, trat er in den Dienst einer der chinesischen Militärparteien. Dort ist er, sei es, wie behauptet wurde, an Gift, sei es an einer Krankheit gestorben.

Nachdem ich meine Erlebnisse mit *Bauer* schon festgelegt hatte, nahm ich mir sein erwähntes Buch mit auf eine Erholungsreise. Ich wunderte mich von neuem darüber, wie gross unsere Übereinstimmung über die politischen Fehler auf deutscher Seite während des Krieges gewesen ist. Umsomehr war ich erstaunt, eine Stelle zu finden, wo er den *Fürsten Bülow* als den allein geeigneten Nachfolger Bethmann Hollwegs bezeichnete, dessen Sturz auch für ihn die Voraussetzung für den deutschen Sieg war. Bauer war aber nicht nur selbst von der Brauchbarkeit des früheren Reichskanzlers für diese unendlich schwere Aufgabe überzeugt, sondern er behauptet auch, dass sowohl der *deutsche Kronprinz* als auch *General Ludendorff* die Wiederverwendung Bülows als die einzig mögliche Lösung der Kanzlerfrage angesehen hätten.<sup>440</sup>

Ich hatte keine Gelegenheit, dem sonst so gescheiterten Offizier meine Ansicht über diesen Vorschlag zu sagen, da er mir gegenüber nie davon gesprochen hat. Noch nachträglich erschrak ich darüber, dass ein Mann, der als zweites politisches Ich des Feldherrn Ludendorff galt, auf einen solchen Gedanken kommen konnte. Ob es richtig ist, dass der Kronprinz und Ludendorff dafür gewonnen waren, kann ich nicht nachprüfen. Mir genügt es zur Feststellung des stellenweise mangelnden politischen Verständnisses auch bei diesem sehr

---

<sup>439</sup> Siehe Kapitel 4.11.

<sup>440</sup> Max Bauer schrieb, dass es vor allem Erich Ludendorff war, der Bernhard von Bülow als Reichskanzler für die Oberste Heeresleitung unterstützt habe. Nach der Ernennung von Georg Michaelis habe die OHL aber „dann absolut in allem einstimmig und im Vertrauen“ mit dem neuen Reichskanzler zusammenarbeiten können. Bauer: *Der Große Krieg*, S. 141–144. Zitat ebd., S. 144.

fähigen Offizier, dass er – Bauer – im Weltkrieg, also mehrere Jahre nach Bülow's Entlassung, diesen Verderber Preussen-Deutschlands für geeignet hielt, das in äusserster Gefahr befindliche Reich zu retten, ganz abgesehen davon, dass dem Kaiser, der Bülow's Felonie nicht vergessen hatte und auch nicht vergessen durfte, die Wiederberufung eines Mannes nicht zugemutet werden konnte, der sich so gegen ihn versündigt hatte, wie Bülow.<sup>441</sup>

---

<sup>441</sup> Für Bernhard von Bülow als Reichskanzler setzten sich neben der Obersten Heeresleitung vor allem Max Bauer, Matthias Erzberger und Gustav Stresemann sowie Kaiserin Auguste Victoria, Albert Ballin, Friedrich Wilhelm von Loebell und Kronprinz Wilhelm von Preußen ein. Fesser: Reichskanzler Fürst von Bülow, S. 177–179, Winzen: Reichskanzler Bernhard von Bülow, S. 530–534 und Röhl: Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund, S. 216–223.

## Kriegsende und Novemberrevolution 1917–1918<sup>1</sup>

### 3.1. Kanzlerschaft Hertling

In jener Zeit tobte ein politischer Hexensabbath, wie er nur entstehen kann, wo zuchtlose Volksvertreter im Bunde mit einer mindestens ebenso zuchtlosen Presse freie Hand für ihre Machenschaften hatten, weil sie einer willenslosen Regierung gegenüberstanden. Die letzten Wochen vor der Entlassung des Kanzlers Michaelis<sup>2</sup> und die Tage bis zur Ernennung seines Nachfolgers<sup>3</sup> waren für ernste Vaterlandsfreunde unerträglich.

Ich bot alles auf, was in meinen Kräften stand, um dem Spuk entgegenzutreten. Ich schrieb in der „Deutschen Zeitung“<sup>4</sup> und in den „Alldeutschen Blättern“<sup>5</sup> mit einer Schärfe, von der man sich wundern muss, dass sie unbeanstandet blieb. Es ist wohl anzunehmen, dass bei den Stellvertretenden Generalkommandos und bei wichtigen Stellen der inneren Verwaltung die Gesamtlage ebenso beurteilt wurde wie bei uns. Die Aufsätze, insbesondere die ich geschrieben hatte, nachdem bekannt wurde, dass *Graf Hertling* zum Kanzler ausersehen sei, und dass er sich mit den Demokraten *von Payer* als Verhandlungsführer der Mehrheitsparteien zu verständigen hatte, bevor der Kaiser ihn ernennen durfte, gingen so weit, dem neuen Kanzler die Mitverantwortung für alle Sünden Bethmann Hollwegs zur Last zu legen, aber auch alle diejenigen, die das Zentrum am Reich begangen hatte, als er dessen Führer gewesen war.<sup>6</sup>

---

<sup>1</sup> Der gesamte Abschnitt von Heft 3 fehlt in der Textfassung in FZH 11/C2.

<sup>2</sup> Am 13.7.1917 wurde Theobald von Bethmann Hollweg als Reichskanzler entlassen und Georg Michaelis sein Nachfolger.

<sup>3</sup> Am 31.10.1917 wurde Georg Michaelis als Reichskanzler entlassen. Am 1.11.1917 wurde Georg Graf von Hertling sein Nachfolger.

<sup>4</sup> Siehe unter anderem Claß: Deutsche Staatskunst, in *Deutscher Herold* (*Deutsche Zeitung*), 16.4.1917, Ders.: Der Bund der Schuldigen, in *Deutsche Zeitung*, 21.9.1917, Ders.: Und die Krone?, in ebd., 6.11.1917, Ders.: Politischer Angriffsgest, in ebd., 14.11.1917, Ders.: Politik des methodischen Wahnsinns, in ebd., 6.1.1918. Siehe auch Ders.: Deutsche Staatskunst, in *Deutschlands Erneuerung* 1/1917, S. 27–34.

<sup>5</sup> Claß veröffentlichte in dieser Zeit 1917 in den *Alldeutschen Blättern* keine Leitartikel unter seinem eigenen Namen. Claß schrieb jedoch vermutlich für die erste Seite jeder Ausgabe der *Alldeutschen Blätter* Leitartikel unter dem Signierkürzel „V.“.

<sup>6</sup> Claß nahm dezidiert Stellung gegen die Hereinnahme von Friedrich von Payer in die Regierung Georg Graf Hertlings. Aufgrund von Hertlings Akzeptanz der Forderungen der Mehrheitsparteien sei „jede Hoffnung auf diesen Mann vergebens.“ Claß an Konstantin von Gobsattel, 14.11.1917, in BA-Berlin, N 2368, Bd. 1, o. Bl.

Nicht nur dies. Es war auch bekannt geworden, dass die Bedingungen, die Payer stellte, so sehr auf weitere Machtvergrößerung des Reichstags abzielten, dass selbst Hertling stutzig wurde und die Verhandlungen ins Stocken kamen. Schliesslich einigten sie sich, und der alte Zentrumsführer, der nicht nur nach *Graf Preysings* Urteil, sondern auch nach der Meinung fast aller politisch denkenden Leute in Bayern dort abgewirtschaftet hatte, zog in das Haus Bismarcks ein.

In einem Aufsatz, den ich „Politischer Hexensabbath“ überschrieben hatte, sagte ich wörtlich in den „Alldeutschen Blättern“: *„Schuldbeladen wie vor ihm kein Kanzler nähert er sich der Wilhelmstrasse. Alle Nachfolger Bismarcks waren schuldlos, als sie ihr Amt antraten und entwerteten es und sich erst durch ihr Verhalten im Amte. Graf Hertling erkaufte sich den Einzug mit einer politischen Todsünde, die ihn zu trauriger Erinnerung unsterblich machen wird.“*<sup>7</sup>

In der Erinnerung an meine Unterhaltung mit dem damaligen bay[er]ischen Ministerpräsidenten, in der er sich als Mann konservativer Grundrichtung gegeben und behauptet hatte, dass er Erzberger und die bay[er]ischen Zentrumsdemagogen in der Partei immer bekämpft habe, warf ich ihm vor, dass er sich nun von den Vertretern der rein parlamentarischen Richtung unter Payers, Scheidemanns und Erzbergers Führung auf den Schild erheben lasse. Er habe sich einst berühmt, der Führer des aristokratischen Flügels im Zentrum zu sein – nun habe er sich den reinen Demagogen verschrieben.

Aus dieser Einstellung heraus ward unser ganzer weiterer Kampf gegen Hertlings Kanzlerschaft geführt; sie dauerte nicht ein volles Jahr<sup>8</sup> und schuf die letzten Vorbedingungen für den Zusammenbruch, der kurz nach dem Abschied dieses Kanzlers erfolgte. Kennzeichnend für seine Art, die sogen. Regierung zu führen, war, dass er für das Reich den Demokraten *von Payer* als Vizekanzler sich aufdrängen liess, während in Preussen der Nationalliberale *Dr. Friedberg*<sup>9</sup> Vizepräsident des Staatsministeriums wurde. Staatssekretär *von Kühlmann* verblieb an der Spitze des Auswärtigen Amtes.

### 3.2. Flitsch – Tolmein – Karfreit

Während im Reich so alles drüber und drunter ging, geschahen draussen auf den Schlachtfeldern und zur See Heldentaten, die denen der grössten Zeit

<sup>7</sup> In Alldeutsche Blätter 10.11.1917. Der Aufsatz erschien unter dem Kürzel „V.“.

<sup>8</sup> Am 30.9.1918 wurde Georg Graf von Hertling als Reichskanzler entlassen und Prinz Max von Baden wurde am 3.10.1918 sein Nachfolger.

<sup>9</sup> Robert Friedberg (1851–1920), Professor für Staatswissenschaft in Halle, 1886–1918 Mitglied des Preussischen Abgeordnetenhauses für die NLP, 1893–1898 Mitglied des Reichstages für die NLP, 1893–1917 Mitglied des Zentralvorstandes (1916 insgesamt 175 Vertreter) und 1913 Vorsitzender der NLP, 1917/1918 Vizepräsident des Preussischen Staatsministeriums, Oktober bis November 1918 nationalliberaler Vertrauensmann für das Kabinett von Prinz Max von Baden, 1919 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung Preußen für die DDP, 1919–1920 Fraktionsvorsitzender der DDP im Preussischen Landtag.



des Krieges gleichkamen. Es sei nur des glorreichen Feldzuges gedacht, den die 14. deutsche Armee unter dem Oberbefehl des Generals *Otto von Below*<sup>10</sup> im Süden bei den Flecken Flitsch-Tolmein f[ü]hrte, dessen Ergebnis die Zertrümmerung der italienischen Isonzofront gewesen ist. Die Italiener trösteten sich über ihre furchtbare Niederlage, indem sie jene Schlachthandlungen und ihren Ausgang als des „miracolo di Caporetto“, „*das Wunder von Karfeit*“[,] bezeichneten.<sup>11</sup>

Es gehört zu meinen liebsten Erinnerungen, dass ich nach und nach all die grossen Führer kennen lernte und zum Teil zu Freunden gewann, die sich dort ausgezeichnet hatten. Die vier wichtigsten von Ihnen, General *von Below*, sein Stabschef Generalleutnant *Krafft von Dellmensingen*<sup>12</sup>, der oberste Artillerieführer General Richard *von Berendt*<sup>13</sup> und zuletzt, aber nicht als letzter, Ge-

---

<sup>10</sup> Otto von Below (1857–1944), 1889 Großer Generalstab, 1912 Generalleutnant und Kommandeur der 2. Division in Königsberg, 1914 Kommandierender General des II. Reserve-Korps, 1914 Ernennung zum Oberbefehlshaber der 8. Armee, 1916 Oberbefehlshaber der deutsch-bulgarischen Truppen (Heeresgruppe „Below“), 1917 Oberbefehlshaber der 6. Armee, 1917 Oberbefehlshaber der 14. Armee, 1918 Oberbefehlshaber der 17. Armee dann der 1. Armee, Oktober-Dezember 1918 Kommandierender General des XVII. Armee-Korps in Danzig, vorgesehen als Oberkommandierender des „Oststaates“ nach dem Plan des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen Adolf Tortilowicz von Bartoki-Friebe zur Zusammenfassung von Westpreußen, Ostpreußen und dem Netzedistrikt zu einem unabhängigen Staat, bis Juni 1919 Oberbefehlshaber des Heimatschutzes West in Kassel, 1919 Ausscheiden aus der Armee, Mitglied des ADV und der DNVP, Kommissionsmitglied im Johanniterorden für die Deutsche Adelsgesellschaft, 1932 Claß' eigentlicher Wunschkandidat für die Reichspräsidentenwahl.

<sup>11</sup> Gemeint ist die 12. Isonzoschlacht vom 24.–27.10.1917, die einen bedeutenden Sieg der Mittelmächte an der Alpenfront darstellte, die sonst als Stellungskrieg geführt wurde. Italien trat durch Kriegserklärung an Österreich-Ungarn am 23.5.1915 auf Seiten der Entente-Mächte in den Ersten Weltkrieg ein. Nach den elf vorhergehenden Schlachten am Gebirgsfluss Isonzo waren die habsburgischen Truppen nicht nur zahlenmäßig unterlegen, sondern auch weitgehend demoralisiert. Das „Wunder von Karfeit“, von dem in Österreich nach der Schlacht gesprochen wurde, bezog sich auf den Morgen des 24.10.1917 im nördlichen Frontabschnitt, als nahe des Ortes Kobarid (slowenisch) bzw. Caporetto (italienisch) und Flitsch und Tolmein entscheidende Durchbrüche gelangen. Die Schlacht wurde seitens der Mittelmächte auch mit zehntausenden Gasgranaten geführt, die zu zahlreichen Opfern führten. Am Tag darauf flüchteten Hunderttausende Soldaten der italienischen Armee vor den herannahenden habsburgischen Truppen, die von deutschen Truppen unterstützt wurden. Am 27.10.1917 brach die italienische Front zusammen und der Vormarsch der deutsch-österreichischen Truppen der gemeinsamen 14. Armee konnte erst am Fluss Piave gestoppt werden. Siehe Heeresberichte Erich Ludendorff, Großes Hauptquartier, 24.–27.10.1917, in Amtliche Kriegs-Depeschen, Bd. 7, S. 2477–2483.

<sup>12</sup> Konrad Krafft von Dellmensingen (1862–1953), 1903 als bayerischer Vertreter zum Großen Generalstab nach Berlin, 1908 Sektionschef im Bayerischen Kriegsministerium, 1912 Generalmajor und Chef des Generalstabes der Armee, 1914 Chef des Generalstabes der 6. Armee, 1915 Generalleutnant und Kommandeur des Deutschen Alpenkorps, 1917 Generalstabschef der 14. Armee unter Otto von Below, 1918 Kommandierender General des II. Armee-Korps, Mitglied des ADV, 1918 zur Disposition gestellt, bis 1920 in der Bayerischen Königsparthei (1919–1921/26) zur Wiedereinführung der Monarchie, die vor allem von dem Publizisten und Herausgeber Karl Graf von Bothmer, auch (mit dem von Krafft abgelehnten) Separatismus Bayerns, befördert wurde.

<sup>13</sup> Richard von Berendt (1865–1953), ab 1903 im preußischen Kriegsministerium, 1914–1915 Stabsoffizier beim Großen Generalstab, 1915–1917 General der Artillerie in verschiedenen

neral *Alfred Krauss*<sup>14</sup> wurden Mitglieder des Alldeutschen Verbandes, und ich hatte oft Gelegenheit, von ihnen über die Vorgänge jener stürmischen Wochen im Spätjahr 1917 unterrichtet zu werden. Soweit dies durch Below und Brendt geschah, lief häufig ein wundervoller Humor unter, wenn sie auf die Besonderheiten ihres Verfahrens zu reden kamen, das zu so schnellem und glänzendem Erfolg geführt hatte.

Eine entscheidende Rolle in jenen Kämpfen spielte der österreichische General *Alfred Krauss*, der mit 3 ½ Divisionen dem Oberbefehl Belows unterstellt war und die Aufgabe hatte, mit den hinter dem Becken von Flitsch liegenden Italienern aufzuräumen.<sup>15</sup> Es war mir immer eine reine Freude, wenn dieser vortreffliche Offizier deutsch-böhmischer Abstammung, der auf den verschiedensten Kriegsschauplätzen mit den schwierigsten Aufgaben betraut gewesen war und die Schwächen der obersten Kriegsleitung in Österreich-Ungarn kennengelernt hatte, voll Begeisterung erzählte, wie wundervoll es sich unter dem Befehl des reichsdeutschen Führers habe arbeiten lassen, und wie glänzend dessen Stabschef alles fest in der Hand gehabt habe.

General Alfred Krauss wurde, als der Alldeutsche Verband in Österreich sich als selbständiges politisches Gebilde auftun konnte, einer der Hauptträger unserer Bewegung.<sup>16</sup> Als ich die „Deutschösterreichische Tageszeitung“ in Wien gewissermassen als Schwesterblatt der „Deutschen Zeitung“ in Berlin erwarb und ausgestaltete, trat er an die Spitze des dortigen Aufsichtsrats; später übernahm er die Führung des Alldeutschen Verbandes in seiner Heimat.<sup>17</sup>

---

Heeresgruppen, 1917 Generalmajor, 1917–1918 Artilleriesführer der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, 1918 Kommandeur der 29. Division, Mitglied des ADV, 1919 Übernahme in die Reichswehr, 1920 Befehlshaber des Wehrkreises 2 Stettin, 1920 Generalleutnant und Kommando der 3. Division, 1921 General der Artillerie, 1922 Gruppenkommando 2 in Kassel, 1923 Gruppenkommando 1 in Berlin, 1924 Ausscheiden aus der Reichswehr, während der Anti-Youngplan-Kampagne der „nationalen Opposition“ 1929–1930 Mitglied des Referendum-Ausschusses, 1937 Ernennung zum Chef des Artillerie-Regiments 59.

<sup>14</sup> Alfred Krauss (1862–1938), 1913 Feldmarschallleutnant und Geheimer Rat, Kommandeur der k.u.k. Kriegsschule Wien, 1914 Generalstabschef der 5. Armee, 1915 Generalstabschef der Streitkräfte an der Südwestfront, 1916 zur Heeresgruppe des Feldmarschalls Erzherzog Eugen, 1918 Oberbefehlshaber der k.u.k. Ostarmee und Kommandant der besetzten Gebiete in der Ukraine, 1918/19 Verabschiedung aus der Armee, Mitglied der Hauptleitung des ADV, 1920 Gründer und Erster Vorsitzender des Nationalverbandes Deutscher Offiziere in Österreich, 1921 Vorsitzender des Aufsichtsrates der DÖTZ, ab 1921 Mitglied der Hauptleitung des ADV, Obmann des Landesverbandes Wien und Niederösterreich des ADV, 1927–1929 Vorsitzender des ADV in Österreich, 1938 Mitglied des Deutschen Reichstages, Brigadeführer der SA, 1938 nach dem „Anschluss“ Generalkommissar aller Altsoldatenverbände und deren Wohlfahrtseinrichtungen zur Überführung in den Kyffhäuserbund, 1938 Staatsbegräbnis.

<sup>15</sup> Alfred Krauss war seit März 1917 Kommandeur des I. Korps, das bei der 7. Armee eingesetzt war, und hatte entscheidenden Anteil an der Durchbruchsschlacht bei Karfeit im Oktober/November 1917.

<sup>16</sup> Der Alldeutsche Verband wurde im Frühjahr 1919 in Österreich gegründet und eröffnete zum 1.4.1920 eine Geschäftsstelle in Graz. Alfred Krauss war 1927–1929 Vorsitzender des ADV in Österreich. Siehe Kapitel 7.

<sup>17</sup> Siehe Kapitel 7.

Weil es den entsetzlichen Widerspruch zwischen dem militärischen und politischen Geschehen jener Zeit am besten beleuchtet, sei erwähnt, dass alle die genannten Offiziere, wenn sie auf das „Wunder von Karfreit“ zu sprechen kamen, die durch das Schlussergebnis erzielte militärische und seelische Zerrüttung der Italiener gar nicht krass genug schildern konnten. General Krauss hat später in einer Sonderschrift, die dem „Wunder von Karfreit“<sup>18</sup> gewidmet war, die Behauptung aufgestellt, dass, gemessen an dem Ergebnis, diese Schlacht das „gewaltigste kriegsgeschichtliche Ereignis der Geschichte“ gewesen sei. Die Italiener selbst gaben in dem Untersuchungsverfahren, das später eingeleitet wurde, ihre Verluste mit über 800.000 Mann an, wovon 10.000 Tote, 30.000 Verwundete und nahezu 300.000 Gefangene waren, während weit über 400.000 Mann Versprengte und Fahnenflüchtige gezählt wurden, die durch viele Monate nicht wieder in die Front gestellt werden konnten; die Kriegsbeute war ungeheuer.

Bedenkt man weiter, dass in derselben Zeit der Krieg mit Russland zu Ende gebracht wurde, dass Kurland in die Hände der Deutschen fiel, dass die Insel Ösel genommen wurde<sup>19</sup>, und dass unser Heer im Westen im Kampf standhielt, so hat man ein Bild von der überwältigenden Leistung der grossen deutschen Heerführer. Und man vergleiche damit den Jammer der politischen Versager in Berlin!

### 3.3. Kurland

Unsere „Massgebenden“ hatten zu ihren bisherigen Plänen einen neuen ausgedacht, den sie mit derselben verbohrten Leidenschaftlichkeit vertraten, wie ihre Friedensbestrebungen und die Wahlrechtsänderung in Preussen.<sup>20</sup> Dies war das berühmte „*Selbstbestimmungsrecht der Völker*“.<sup>21</sup> Dieses politi-

---

<sup>18</sup> Alfred Krauss: Das „Wunder von Karfreit“, im Besonderen der Durchbruch bei Flitsch und die Bezwingung des Tagliamento, München 1926. Siehe auch die militärtaktische Gegenschrift von Pohl: Bei Flitsch und am Grappa.

<sup>19</sup> Deutsche Marine- und Heeresverbände eroberten die Inseln Ösel und Dagö vor der livländischen und estländischen Küste im Oktober 1917.

<sup>20</sup> In der „Osterbotschaft“ kündigte Wilhelm II. am 7.4.1917 die Einführung des direkten und geheimen Wahlrechts durch die Aufhebung des preußischen Dreiklassenwahlrechts für die Zeit nach dem Krieg an.

<sup>21</sup> Gemeint ist die Kongressbotschaft vom 2.4.1917, die am 8.1.1918 Teil der 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson für eine Neuordnung Europas nach dem Krieg auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker wurde. Siehe Wilson: Memoiren und Dokumente, S. 40–42. Die USA hatten bereits am 3.2.1917 die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich aufgrund des uneingeschränkten U-Bootkrieges abgebrochen. Am 6.4.1917 erfolgte die Kriegserklärung an Deutschland. Claß erklärte Ende 1917: „Eine der grössten politischen Gefahren besteht in dem jetzt aufgetauchten Selbstbestimmungsrecht der befreiten und besiegten Völk[er], [e]ine Formel, die bewirkt, wenn sie durchgeführt wird, dass das etwa gewonnene Land für uns politisch denaturiert wird.“ Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 8.12.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 116, Bl. 19. In der Entschliebung des ADV zum Selbstbestimmungsrecht der Völker vom 9.12.1917 (Druck 11.12.1917) hieß es darüber hinaus, man erachte

sche Schlagwort hatte ursprünglich *Napoleon der Dritte*<sup>22</sup> im Kampfe zwischen Österreich und Sardinien<sup>23</sup> in Schwung gebracht.<sup>24</sup> Jetzt im Weltkrieg hatte es England ausgegraben, und *Wilson* hatte es, wie man sich denken kann, bereitwillig aufgegriffen und aufs eifrigste als die Auffassung der Vereinigten Staaten vertreten lassen. Und nun fielen ausgerechnet die massgebenden Leute der Reichstagsmehrheit auf dieses für den Sieger fast selbstmörderische Schlagwort hinein. Unter ihrem Einfluss hatte Michaelis sich damit abgefunden und der neue Kanzler Graf Hertling erst recht.

Unsere Feinde hatten für den Fall des deutschen Sieges eine neue gefährliche Waffe gegen die Mittelmächte geschmiedet. Denn das Wort hatte doch offensichtlich die Bedeutung, die etwa durch deren Waffen *befreiten Völker ihr Schicksal ohne Zutun der Befreier bestimmen zu lassen*. Dies kam auf nichts anderes hinaus, als dass die Sieger um das ursprünglichste Siegerrecht betrogen werden sollten, über das Schicksal der von ihnen durch ihre Waffentaten eroberten Gebiete und ihre Bewohner zu verfügen.<sup>25</sup>

Dass unsere Feinde im Hinblick insbesondere auf den etwaigen Sieg des von ihnen gefürchteten deutschen Volkes diese Politik als allein den sittlichen Geboten und der Menschenwürde entsprechend hinstellten, war sehr wohl zu verstehen. Dass aber deutsche Volksvertreter und Pressleute dasselbe taten, grenzte an Landesverrat und, wenn gar hohe deutsche Beamte so etwas mitmachten, war es ein Verbrechen. Aber alle drei Gruppen trösteten sich mit dem Gedanken, dass sie sich ja auf den Verzichtfrieden festgelegt hätten, auf einen Abschluss des Weltkrieges ohne Landerwerb und Kriegsentschädigungen, wie es Matthias Erzberger als deutsches Kriegsziel erklärt hatte.<sup>26</sup>

---

„ein solches Recht als im Widerspruch stehend mit der Natur der durch den Krieg geschaffenen Tatsachen und als unvereinbar mit den selbstverständlichen Ansprüchen, die ein – zumal mit ungeheuren Opfern – erkämpfter militärischer Sieg dem als überlegenen erwiesenen Volke verleiht.“ In ebd., Bd. 645, Bl. 32b.

<sup>22</sup> Napoleon III. (1808–1873), 1848–1852 Staatspräsident der Zweiten Republik, 1852–1870 Kaiser der Franzosen.

<sup>23</sup> Gemeint ist der Sardinische Krieg 1859 zwischen Österreich und Sardinien mit Napoleon III. als Verbündetem.

<sup>24</sup> Die philosophischen und völkerrechtlichen Diskussionsstränge gehen weiter in die Frühe Neuzeit zurück. Siehe zur Entwicklung des Konzeptes der Selbstbestimmung im Kontext von Nationalstaat und „Volkssouveränität“ um 1800 auch Hroch: National Self-Determination from a Historical Perspective, Fisch: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker sowie Ders.: Die Verteilung der Welt.

<sup>25</sup> Im Mittelpunkt der 14 Punkte standen auch die Räumung der besetzten Gebiete und die Schaffung eines unabhängigen polnischen Staates.

<sup>26</sup> Hans von Liebig publizierte im Lehmann-Verlag München 1919 die Schrift „Erzberger als Staatsmann und Werkzeug“, in der er von einem Zusammenhang zwischen „Rom, Judentum und angelsächsischem Kapitalismus“ in grundlegender Feindschaft zum „deutschen Volkstum“ sprach.

Diese wunderbare Politik des Selbstmordes wurde zuerst im europäischen Osten ausgeprobt, und zwar gegenüber Polen<sup>27</sup>[,] und dann, als im letzten Drittel des Jahres 1917 *Kurland* mit dem wichtigen *Riga* erobert wurde.<sup>28</sup>

Im Zusammenhang mit diesem militärischen Vorgange steht die Tatsache, dass unsere alten Beziehungen zu führenden Männern unter den baltischen Deutschen nur noch enger wurden, so dass wir bei deren Bemühungen um die deutsche Zukunft der Ostseeprovinzen mithelfen konnten. Insbesondere muss ich hier des Kreismarschalls von Hasenpöth gedenken, der mit mir und dem Alldeutschen Verbands bald nach seiner Ankunft in Berlin in Verbindung trat. *Baron Karl Zöge von Manteuffel* [sic]<sup>29</sup> war kurz nach dem Ausbruch des Krieges als einer der führenden Kurländer nach Wjatka<sup>30</sup> verbannt worden; nach Ausbruch der russischen Revolution hatte er fliehen können und war auf abenteuerlicher Fahrt über Petersburg, Finnland und Schweden nach Deutschland gelangt, wo er sich sofort gründlich über die politische Lage unterrichtete und Einfluss auf die Zukunft seiner Heimat zu gewinnen trachtete.

Noch während dieser seiner Tätigkeit erhielt Manteuffel aus der Heimat Nachrichten, dass Bestrebungen im Gange seien, aus Kurland ein selbständiges Herzogtum zu machen<sup>31</sup>, während er es als Notwendigkeit ansah, dass dies Gebiet preussisch werde. Er hoffte[,], dieses zu erreichen, wenn der Kurländische Landtag den König von Preussen zum Herzog wähle. Da er aber während seiner bisherigen Anwesenheit in Berlin schon den ungeheuren politischen Wirrwarr kennengelernt hatte, erkannte er, dass er dort nicht weiterkommen werde, sondern in seiner Heimat die Arbeit aufnehmen müsse. Er reiste also nach Kurland und erreichte durch seine Tätigkeit in kurzer Zeit, dass im Januar 1918

---

<sup>27</sup> Siehe Kapitel 2.2. und 2.9.

<sup>28</sup> Vom 1.–3.9.1917 eroberten deutsche Truppen Riga. Die Eroberung Kurlands begann 1915. Russische Truppen hatten jedoch einen 20–30 km breiten Brückenkopf um Riga gebaut.

<sup>29</sup> Gemeint ist Karl Baron von Manteuffel-Szoegé (1872–1948), Großgrundbesitzer auf Katzdangen, Mitglied des kurländischen Landtages in Mittau, Kreismarschall auf Hasenpöth/Kurland, 1904–1905 Leitung eines Roten-Kreuz-Zuges im Russisch-Japanischen Krieg in die Mandchurei, Ansiedlung von 4.000 Wolhynien-Deutschen auf seinen Gütern, 1915 Verbannung nach Sibirien und 1917 Flucht über Japan, USA und Schweden nach Deutschland, Kriegsfreiwilliger im 2. Garde-Drägoner-Regiment des Deutschen Heeres, 1917 Beauftragter des kurländischen Landtags zur Verhandlung des Anschlusses von Kurland an das Deutsche Reich, nach Enteignung seiner Güter im Zuge der lettischen Nationalstaatsgründung Niederlassung als politischer Schriftsteller in Berlin, 1921 Stellvertreter des Alldeutschen Ehrenrats und Mitglied des Gesamtvorstandes des ADV, Mitglied des Johanniter-Ordens, des Verbandes der Baltikumskämpfer und des Verbandes deutscher Kolonisten aus Russland, Kontakte zu Wilhelm II. im Exil in Doorn, im Zweiten Weltkrieg Sonderführer in Königsberg, 1945–46 Kriegsgefangenschaft in den USA.

<sup>30</sup> Wjatka (heutiges Kirow) liegt nahe der sibirischen Grenze und wurde im 16. Jahrhundert zu einem Ort politischer Verbannung.

<sup>31</sup> Am 30.11.1917 rief der Lettische Nationalrat eine autonome Provinz und am 15.1.1918 die Lettische Republik aus. Am 8.3.1918 wurde das Herzogtum Kurland und Samgallen ausgerufen und die Krone Wilhelm II. angeboten, der die Gründung am gleichen Tag anerkannte. Am 22.8.1918 ging das Herzogtum im Vereinigten Baltischen Herzogtum auf. Siehe auch Volkmann: Die deutsche Baltikumspolitik, S. 7–28 und 133–145 und Baumgart: Deutsche Ostpolitik, S. 13–28.

der Kurländische Landtag, der in Mitau zusammengetreten war, den Kaiser einstimmig zum Herzog erwählte.<sup>32</sup> Aber nicht nur dies. Der Adel beschloss zur Förderung der Ansiedlung Deutscher, besonders deutscher Soldaten, ein Drittel seines Grund und Bodens ohne Entgelt zur Verfügung zu stellen.

Manteuffel wurde zusammen mit *Baron Rhaden* [sic]<sup>33</sup> dazu bestimmt, dem Kaiser diese Beschlüsse mitzuteilen und ihm in aller Form den Herzogshut von Kurland anzubieten. Beide reisten sofort nach Berlin, wo sie zunächst Besprechungen mit dem Auswärtigen Amt und den Parteiführern hatten – besondere Gegenliebe fanden sie nirgends. Gleichwohl erbaten sie sich beim Kaiser, der wegen seines bevorstehenden Geburtstages in Berlin weilte, Gehör und wurden am 25. Januar als Vertreter Kurlands empfangen. Auf ihr Vorbringen antwortete der Kaiser nicht unbedingt zustimmend, aber der Empfang verlief sonst in günstigster Weise. Zwei Tage später, am Geburtstag des Kaisers, wandte sich Manteuffel nach einmal in Gestalt einer Drahtung an diesen, worin er ihn dringend bat, das Anerbieten Kurlands nicht auszuschlagen. Diesmal erhielt er die bestimmte Zusage des erwählten Herzogs.

Nun war seine Aufgabe in Berlin gelöst. Er führte den Plan aus, mit dem er den Boden des Reiches betreten hatte, ins Feld zu gehen, indem er sich beim 2. Garde-Dräger-Regiment meldete. Er wurde angenommen und erhielt die nötige militärische Ausbildung, nach deren Abschluss er im Westen Verwendung fand. Als höchste Ehre betrachtete er es, als [er] nach einiger Zeit zum Offizier befördert wurde und das Eiserne Kreuz erhielt.

Da Baron Manteuffel ein Beispiel für das Schicksal vieler seiner Landsleute bietet, mag darauf noch in Kürze eingegangen sein. Er gehörte einer Sippe an, die Anfang des 13. Jahrhunderts ins Land gekommen war, und deren Nachkommen immer eine hervorragende Stellung gehabt hatten. Sein grosser Besitz – an 60.000 Morgen – hatte ihm die vollkommenste Unabhängigkeit gesichert, so dass er nach Abschluss seiner in Bonn und Halle verbrachten Studienzeit seine Bildung vielseitig vervollkommen und seinen Gesichtskreis durch Reisen erweitern konnte. Von früh auf war er nicht nur unbedingt deutsch, sondern auch völkisch gesinnt. Als im Zusammenhang mit der ersten

<sup>32</sup> Am 22.9.1917 beriefen die deutschen Besatzungsorgane den erweiterten kurländischen Landtag mit den Abgeordneten des Landtags und einigen „Vertretern“ der lettischen Bauernschaft zusammen, um für Kurland und Livland den Anschluss an das Deutsche Reich zu beraten.

<sup>33</sup> Gemeint ist Alexander Immanuel Freiherr von Rahden (1859–1920), seit 1896 Besitzer des Rittergutes Maihof/Mitau, seit 1884 Mitglied des kurländischen Landtags, 1905–1907 Vertreter Kurlands bei den Baltischen Konferenzen in Riga und Provinzialrat beim Baltischen Generalgouverneur, 1910–1913 Leiter der Virillandtage, 1914 Verbannung nach Sibirien, 1917 Rückkehr nach Mitau und Mitglied des neu berufenen Landtags als Vertreter des Großgrundbesitzes und Wahl in den Landesrat, 1917–1919 Landesbevollmächtigter des kurländischen Landtags (1917/18 Vertreter des Anschlusses Kurlands an das Deutsche Reich für die Ritter- und Landschaft sowie des Landesrats und Deputationsleiter bei Gesprächen mit der deutschen Regierung), 1918 Mitwirkung bei der Gründung der Landeswehr.

russischen Revolution<sup>34</sup> die Frage geprüft wurde, wie man in den baltischen Ländern den deutschen Bestandteil, der dort nur eine verhältnismässig dünne Oberschicht bildete, verstärken könne, hatte er sich entschlossen, einen ersten Anfang zu machen[,] und auf seine Kosten deutsche Siedler von der Wolga herbeizuholen[,] und auf seinen Gütern ansässig zu machen. Von anderen Freunden habe ich gehört, dass diese Versuche nicht durchweg gelangen, da doch auch manche Familien unter den in solcher Weise verpflanzten Wolga-deutschen<sup>35</sup> waren, die russische Gewohnheiten angenommen hatten. Manteuffel selbst zeigte sich im wesentlichen befriedigt.

Dieser kurländische Gutsherr hatte ein warmes Herz nicht nur für sein Volk, sondern auch für seine natürlich zumeist lettischen Gutsangehörigen und Arbeiter. Trotzdem musste er es erleben, dass auch diejenigen von ihnen, die er für unbedingt ergeben gehalten hatte, in der ersten russischen Revolution von 1905/6 wie schlimmste Feinde auf seinem Besitz hausten und sein Schloss niederbrannten. Bei den Russen stand Manteuffel im Rufe, der Anführer einer deutschen Verschwörung zu sein, woraus sich denn seine schon erwähnte Verschickung bald nach Ausbruch des Weltkrieges erklärt.

Der Zusammenbruch im Bunde mit dem herrlichen Selbstbestimmungsrecht der Völker machte Kurland, nachdem der Versuch der „Eisernen Division“ gescheitert war<sup>36</sup>, dieses Gebiet für das deutsche Volk zu retten, zu einem Bestandteil des lettischen Staates.<sup>37</sup> Die neuen Machthaber hatten nichts Eiligeres zu tun, als den gesamten Grossgrundbesitz *ohne jede Entschädigung* zu beschlagnahmen und unter lettische[n] Kleinbauern aufzuteilen. So kam es, dass der Herr eines der grössten Besitztümer seine Heimat als Ausgeraubter verlassen musste.

Es ist mir immer als eine grosse und starke Eigenschaft von Manteuffel erschienen, dass in den vielen Jahren unseres Verkehrs niemals ein Wort der Klage über seine Lippen kam, dass er, der an ein Leben im vornehmsten Stil

---

<sup>34</sup> Gemeint ist die Revolution von 1905, deren Unruhen bis 1907 anhielten. Ausgelöst wurde die Revolution durch den Russisch-japanischen Krieg 1905 und den Petersburger Blutsonntag, als am 22.1.1905 150.000 Arbeiter auf den Winterpalast zumarschierten, um für Arbeitsrechte, Wahlgesetz und gesetzgeberisches Parlament zu demonstrieren und dieser Marsch gewaltsam niedergeschlagen wurde. Die Unruhen gingen in Meutereien in der Marine, Arbeiterstreiks, Bauernunruhen und Forderungen nach Landreformen sowie anti-jüdischen Pogromen über.

<sup>35</sup> Auf Einladung der deutschstämmigen Zarin Katharina II. kamen zwischen 1763 und 1767 Siedler überwiegend aus Bayern, Baden, Hessen, Pfalz und dem Rheinland in die Steppengebiete um den Fluss Wolga.

<sup>36</sup> Die Eiserne Division wurde am 29.11.1918 aus Truppenteilen der 8. Armee als Freikorpsverband angeworben und löste sich ab Dezember 1919 nach der Intervention der Entente-Mächte in Lettland zunehmend auf. Die Eiserne Division bestand zeitweise aus ungefähr 15.000 Mann und nahm am lettischen Unabhängigkeitskrieg (für die Unabhängigkeit von Russland; Friedensschluss am 11.8.1920) zur Bekämpfung der Bolschewiki teil. Nachdem im Dezember 1918 russische Truppen auf lettisches Gebiet einmarschiert waren, schloss die lettische Regierung Abkommen mit deutschen Freiwilligenverbänden. So wurde im Mai 1919 zusammen mit der baltischen Landeswehr Riga zurückerobert. Im September 1919 traten die verbliebenen Verbände der Westrussischen Befreiungsarmee bei.

<sup>37</sup> Am 18.11.1918 wurde Kurland Teil des unabhängigen Lettlands.

gewohnt war, sich nun einschränken musste. Nachdem der Traum des Herzogtums Kurland ausgeträumt war, und nachdem Manteuffel seine Heimat verloren hatte, liess er sich in Berlin nieder und trat dem engsten Kreis unserer Mitarbeiter bei. Dort war er wegen seiner umfassenden Bildung allgemein geschätzt und wurde einer unserer massgebenden Berater in den Fragen des europäischen Ostens, über die er auch mit grosser Sachkenntnis und Überzeugungskraft schriftstellerisch und rednerisch tätig wurde.

### 3.4. 50. Geburtstag

Ende des Jahres 1917 teilte mir General *Konstantin von Gepsattel* mit, dass in weiten Kreisen des Alldeutschen Verbandes der Wunsch bestehe, meinen 50. Geburtstag irgendwie zu feiern.<sup>38</sup> Dieser fiel, da das Jahr 1918 kein Schaltjahr war, auf den 28. Februar oder 1. März. Ich erklärte von vornherein, dass ich während des Krieges kein grösseres Fest für zulässig hielt, aber bereit sei, mit den Gesinnungsgenossen an diesem Tage zusammenzukommen, [die] diesen Wunsch hätten, mir die Hand zu drücken.<sup>39</sup> Und so wurde vereinbart, dass am 28. Februar ein engerer Kreis um mich sein sollte. Für den 1. März wurde eine Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses angesetzt, an die sich ein bescheidenes Essen anschliessen sollte.

In den Alldeutschen Blättern würdigte Professor *Dr. Ludwig Schemann*<sup>40</sup> meine bisherige Tätigkeit in wärmster Weise.<sup>41</sup> Ich durfte stolz darauf sein, von einem solchen Manne so hoch eingeschätzt zu werden.

<sup>38</sup> Konstantin von Gepsattel trat erst im Januar 1918 an Claß wegen dessen 50. Geburtstag heran. Konstantin von Gepsattel an Claß, 13.1.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 321, Bl. 64–65 und Dass., 22.1.1918 und 25.1.1918, in ebd., Bd. 203, Bl. 101–102 und 139.

<sup>39</sup> Nachdem Emil Kirdorf zunächst keine Einladung zum Festessen im Hotel Adlon, das zunächst für den 2.3.1918 geplant war, erhalten hatte und sich darüber beschwerte, gab Claß gegenüber einem der Organisatoren, Carl Caesar Eiffe, erneut zu bedenken, „ob Sie nicht mit Ihren Hauptgenossen nochmals darüber reden wollen, dass die Veranstaltung unterbleibt.“ Claß an Carl Caesar Eiffe, 7.2.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 293, Bl. 203.

<sup>40</sup> Ludwig Schemann (1852–1938), Studium der Klassischen Philologie und Geschichte, zwischen 1893 und 1902 Übersetzer der Werke von Arthur de Gobineau, 1875–1891 Bibliothekar in Göttingen, 1894 Gründung und 1894–1920 Vorsitzender der völkisch-antisemitischen Gobineau-Vereinigung, Mitbegründer des völkischen Werdandi-Bundes, Anhänger des Bayreuther Wagner-Kreises, Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene, 1909–1939 Mitglied des ADV sowie Mitglied des Gesamtvorstandes und Vorsitzender der Ortsgruppe Freiburg, 1928 Förderer der Nationalsozialistischen Gesellschaft für deutsche Kultur, 1937 Ehrenmitglied des Reichsinstituts für Geschichte des Neuen Deutschlands, Autor u. a. der Schriften: *Gobineaus Rassenwerk* (1910), *Paul de Lagarde* (1919) und *Die Rasse in den Geisteswissenschaften*, 3 Bde. (1928–1931).

<sup>41</sup> Ludwig Schemann: Zu Heinrich Claßens fünfzigsten Geburtstag, in *Alldeutsche Blätter* 2.3.1918.



Bei der Feier in Berlin fehlten meine beiden nächsten Mitarbeiter: *Gebstattel*<sup>42</sup> hatte eine schwere Grippe und *Klingemann*<sup>43</sup> war dienstlich verhindert. So wurde Gebstattel durch den *Fürsten Salm* vertreten, während Klingemann mich am 26. Februar in Mainz besuchte und mir in Gegenwart meiner Schwester<sup>44</sup> und meiner Kinder<sup>45</sup> in wunderbaren Worten die Glückwünsche unserer Gesinnungsgenossen darbrachte. Der Zufall wollte es, dass Senator *Dr. Neumann* am selben Nachmittag vom westlichen Kriegsschauplatz durch Mainz kam. Er wohnte dann als weiterer Zeuge unserem kleinen Feste bei und tat das seinige zur Hebung der Stimmung, indem er mit grossen Hoffnungen von der Entwicklung im Westen sprach.

Tags darauf fuhr ich nach Berlin und hatte dann am 28. Februar den ganzen Tag über Besuche zu empfangen.<sup>46</sup> Am Abend des Tages war ein Essen in ganz engem Kreise, das mir eine grosse Überraschung brachte.<sup>47</sup> Von den Teilnehmer seien hier genannt: Fürst Salm, Geheimrat Kirdorf, Dr. Hugenberg, Dr. Neumann, Dr. Bang, Landgerichtsdirektor Lohmann und Freiherr von Vietinghoff. *Fürst Salm* eröffnete die Feier mit einer Ansprache, in der er mir für meine Arbeit dankte und zum Schluss mitteilte, dass meine Freunde und Verehrere eine stattliche Spende zusammengebracht hätten, die für die Zwecke des Alldeutschen Verbandes zu meiner freien Verfügung stehen sollte.<sup>48</sup>

---

<sup>42</sup> Siehe auch Konstantin von Gebstattel an Claß, 6.3.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 203, Bl. 360.

<sup>43</sup> Karl Klingemann (1859–1946), 1883–1890 Pfarrer in Alexandria/Ägypten, 1890–1891 Vereinsgeistlicher und Reiseprediger des rheinischen Provinzialausschusses für Innere Mission in Langenberg (Velbert), Verbindung zur Rheinischen Mission und zum Gustav-Adolf-Verein, 1891–1913 Pfarrer in Essen, 1900–1913 Superintendent für die Rheinprovinz in Koblenz, seit 1900 enge Verbindung zu Claß, der seine Zusage zur Übernahme des Verbandsvorsitzes 1908 von Klingemanns Kandidatur für die Hauptleitung abhängig machte, 1910 Mitglied der Gobineau-Vereinigung, 1913–1928 Generalsuperintendent der Rheinprovinz, 1916 Mitglied des UADF, 1919–1921 Mitglied des Preußischen Landtags für die DNVP, 1913 Rücktritt aus der Hauptleitung des ADV (später Wiedereintritt bis mindestens 1934) und Wahl in den Geschäftsführenden Ausschuss, während der Anti-Youngplan-Kampagne der „nationalen Opposition“ 1929–1930 Mitglied des Referendum-Ausschusses, Kandidatur bei Kirchenwahl im Juni 1933 gegen die Deutschen Christen.

<sup>44</sup> Gemeint ist vermutlich die jüngere Schwester von Claß, Friederike Wilhelmine Anna Charlotte („Frieda“) Claß (1869–1937).

<sup>45</sup> Gemeint sind Anna Elisabeth (1898–1973) und Wilhelm Claß (1901–1947).

<sup>46</sup> Für diesen Zweck reservierte Carl Caesar Eiffe für Claß ein Zimmer im Hotel Adlon. Siehe auch Konstantin von Gebstattel an Claß, 6.2.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 203, Bl. 231.

<sup>47</sup> Das Essen fand im Restaurant Huth in der Potsdamer Straße statt.

<sup>48</sup> Da Konstantin von Gebstattel als Stellvertretender Vorsitzender nach über dreimonatigen Verhinderungen aufgrund von Kniegelenksentzündungen nach einem Jagdunfall gerade wieder laufen konnte und sich auf eine Kur in Wiesbaden vorbereitete, die ihn auch am Besuch der Feier hinderte, schrieb ihm Carl Caesar Eiffe einen Bericht. Gebstattel steuerte dennoch 300 Mark für die Subventionierung der Tischgedecke für alle Anwesenden sowie für die Spende von insgesamt 266.000 Mark und das Silber-Tee-Service bei. Demnach begann das Abendessen um 18.30 Uhr. „Nach der Suppe vor dem Fisch ohne Kellner erfolgten alle 3 Trinksprüche.“ Zuerst redete Emil Kirdorf, dessen Eindruck bei den Gästen aber vielmehr „gross u. nachhaltig“ gewesen sei. Nach dem Fischgericht sprach Otto Fürst zu Salm-Horstmar über Claß' Familie und trank auf Claß' Frau Mathilde, seine Schwester

Die eigentliche Festrede hielt Geheimrat *Kirdorf*: es war die merkwürdigste, die ich je gehört habe, da sie schwarz in schwarz klang und mich umso höher pries, als ich es unternommen hätte, dem über Deutschland hängenden Schicksal in den Arm zu fallen.<sup>49</sup> Die Spende, deren Urkunde mir der Fürst überreicht ha[tt]e, habe den Zweck, meine Arbeit im Dienste des Vaterlandes zu erleichtern. Er aber, der Redner, könne nach allem, was nach Bismarcks Entlassung geschehen sei, nicht daran glauben, dass wir siegen würden. Diese seine Stimmung mindere nichts an der Dankbarkeit meiner Freunde, und er hoffe nur, dass allmählich ein erheblicher Teil des Volkes die Bedeutung des Kampfes erkenne, den ich führe.

In meiner Antwort suchte ich den Eindruck abzuschwächen, den Kirdorfs Rede erzeugt hatte. Ich erklärte in voller Überzeugung, dass ich auch an ein gutes Ende glaubte und hoffte, dass der viel ältere Vorredner durch die Wucht glücklicher Ereignisse überzeugt werde. Kirdorf, der mir gegenüber sass, schüttelte mehrmals während meiner Ausführungen den Kopf und sagte mir nachher auch, das Deutsche Reich müsse den Krieg verlieren; denn ein Volk, das den Schöpfer seiner Einheit so habe misshandeln lassen, wie es mit Bismarck im Jahre 1890 geschehen sei, verdiene den Sieg nicht.

Ich hatte den Eindruck, dass Kirdorfs Vertrauen zur Obersten Heeresleitung nicht mehr feststand, seitdem er das Verhalten ihrer Vertreter bei den Verhandlungen über das sogenannte „Hindenburg-Programm“ beobachtet hatte.<sup>50</sup> Mir gegenüber hatte er schon früher behauptet, dass diese Herren ohne

---

(vermutlich Friederike Wilhelmine Anna) und seine Kinder Anna Elisabeth und Wilhelm. Salm-Horstmar übergab dann auch die Claß-Spende mit Urkunde. Carl Caesar Eiffe an Konstantin von Gebattel, 2.3.1918, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 5, Bl. 117–119.

<sup>49</sup> Emil Kirdorf hatte mit seinem schwierigen Gesundheitszustand zurechtzukommen. So habe er aus gesundheitlichen Gründen während des Weltkrieges kein Auto fahren und sich bei seinen Reisen immer in der Nähe eines Hospitals einquartieren müssen, während seine Frau Mathilde 1914 und 1919 mehrere Schlaganfälle hatte. Siehe Kirdorf: *Erinnerungen*, S. 33, in BBA 55/2938. Kirdorf schien seine pessimistische Weltsicht während des Krieges mit Verve zu kultivieren. So hieß es beispielsweise Ende 1916: „Ich sehe die nächste Zukunft dahin im dunklen Licht, sodass mir zurzeit die Frage der weiteren Zukunft für unser Vaterland in der Ferne liegt“, und da ein Regierungswechsel „aussichtslos erscheint“, befände er sich „augenblicklich in der Lage, dass ich nicht daran denken darf, wenn ich nicht arbeitsunfähig werden soll.“ Zitate aus Emil Kirdorf an Graf Hoensbroich, 30.11.1916, und Ders. an Karl Nuese, 30.11.1916, in BBA, 55, Bd. 2865/1, o. Bl. Es scheine ihm allmählich sicher, so Kirdorf, dass auch beim „deutschen Volk das Wort zutrifft: ‚Ein jedes Volk hat die Regierung[,] die es verdient.‘“ Ders. an Claß, 16.12.1916, in ebd. Kirdorf pflegte diese offene pessimistische Weltsicht über den Ersten Weltkrieg hinaus. So schrieb er an Claß im Sommer 1919, dass er Ende des Jahres den „endgültigen Zusammenbruch“ und die „volle Anarchie“ erwarte und deshalb seine Mitarbeit im Geschäftsführenden Ausschuss des ADV einschränken wolle. Er könne sich nicht weiter „aufraffen“ und wisse auch nicht, ob er Claß gegenüber für seine Weiterarbeit „Bewunderung oder Bedauern“ ausdrücken solle. Emil Kirdorf an Claß, 23.7.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 411, Bl. 61–62. Siehe auch Bacmeister: *Emil Kirdorf*, S. 140–142.

<sup>50</sup> Claß schrieb Ende 1916 stellvertretend für die Ablehnung der staatlichen Eingriffe und der Anerkennung der Gewerkschaften, dass das „Kriegshilfsdienstgesetz“ vom „Reichstag denn auch wirklich in unerträglicher Weise mit sozialpolitischen Bestimmungen belastet worden“ sei, weshalb „die Führer der Grossindustrie einfach verzweifelt sind und behaupt-

jedes Sachverständnis in bezug auf die wirtschaftlichen Fragen, die mit der schnellen Rüstungsversorgung des Heeres zusammenhingen, vorangegangen seien, und dass insbesondere das bei einer solchen Gelegenheit gesprochene Wort „Das Geld spiele keine Rolle“ verwüstend gewirkt habe. Für den Rest des Krieges blieb Kirdorf in verzweifelter Stimmung, und der Zusammenbruch traf ihn nachher so tief[,] wie wenige andere Männer im Deutschen Reich.

Die Feier im Alldeutschen Verband, die tags darauf<sup>51</sup> vor sich ging, war von dem schönsten Geist erfüllt, und ich erfuhr aus den Ansprachen, aber auch aus zahllosen Briefen, wie eng verbunden unsere Kampfgenossenschaft geworden war.

Die grosse Stiftung für den Alldeutschen Verband<sup>52</sup> erregte die allergrösste Freude, weil sie die Möglichkeit bot, die kämpferische Tätigkeit des Verbandes auszubauen, sobald nach dem Ende des Krieges erst wieder Kräfte zur Verfügung ständen, die unsere Sache draussen im Lande vertreten konnten. In der Zwischenzeit aber war ich in der Lage, da und dort helfend einzugreifen, was während des Krieges besonders zugunsten der deutschen Presse in Ungarn, Böhmen und der Provinz Posen notwendig war.<sup>53</sup> Ich verfuhr so sparsam mit dem zu meiner Verfügung gestellten Schatze, dass ein grosser Teil davon noch in den Inflationsjahren vorhanden war und der Geldentwertung zum Opfer fiel.

Die Spende war für mich ein neuer Vertrauensbeweis: hatten doch meine Freunde im letzten Jahre bereits den Betrag von zwei Millionen Mark zusammengebracht, über den ich schliesslich auch frei befinden konnte, und der dem Ausbau der „Deutschen Zeitung“ dienen sollte. So war in gewissem Sinne

---

ten, was jetzt in politischer Harmlosigkeit gemacht worden sei, lasse sich nie mehr gut machen, und die oberste Heeresleitung habe es auf dem Gewissen, wenn jetzt die vorher so glänzende organisierte deutsche Grossindustrie den Gewerkschaften verfallende und desorganisiert werde.“ Claß an Generalleutnant Mootz, 7.12.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 201, Bl. 289.

<sup>51</sup> Die eigentliche Feier fand am 1.3.1918 im Beethovensaal des Hotel Adlon statt. Eine weitere Feier des ADV fand auf dem Verbandstag in Berlin am 2.3.1918 statt. Siehe auch Alldeutsche Blätter 9.3.1918. Konstantin von Gëbsattel hielt auf dem Verbandstag die Feierrede und hob einerseits die Schaffung einer eigenen alldeutschen Presse und die Aufwertung des Verbandes als „eine nationale Macht“ und „einen Faktor in der Politik“ wie auch die Mobilisierungserfolge von Claß zwischen 1908 und 1917 hervor, die insgesamt 500.000 Mark für den Wehrschatz gebracht und die Mitgliederzahl von 14.000 auf über 32.000 erhöht habe. Siehe Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 2.3.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 117, Bl. 6. Siehe auch Carl Caesar Eiffe an Konstantin von Gëbsattel, 2.3.1918, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 5, Bl. 117–119.

<sup>52</sup> Claß: Dank, 5.3.1918, in Alldeutsche Blätter 9.3.1918. Insgesamt wurden 266.000 Mark gesammelt. Emil Kirdorf, der Claß immer wieder finanziell großzügig für die Verbandsarbeit unter die Arme gegriffen hatte, spendete einen Großteil der Summe, jedoch waren auch andere Spender wie Otto Fürst zu Salm-Horstmar mit beträchtlichen Summen beteiligt.

<sup>53</sup> Mit dem 1903 eingerichteten Wehrschatz verfuhr der Alldeutsche Verband bereits vor dem Krieg in vergleichbarer Weise und finanzierte alldeutsche Interessen u. a. durch Publikationslieferungen an völkische Vereine und Bibliotheken in Österreich-Ungarn. 1938, ein Jahr vor dem Verbot des Verbandes, war der Wehrschatz bereits in Auflösung.

mein fünfzigster Geburtstag der Höhepunkt meines bisherigen Erlebens. Eine Steigerung stand bevor: sie ging auf den neuen Siegeslauf unserer Heere im Westen zurück, aber auch auf die Erfolge bei den Verhandlungen mit Rußland, als die Friedensbedingungen entsprechend dem machtvollen Willen der Obersten Heeresleitung durchgesetzt wurden. Damals schien es, als ob das deutsche Kriegsziel, das ich in meiner Denkschrift vom September 1914 vorgezeichnet hatte, verwirklicht werde.<sup>54</sup>

### 3.5. Die Vorgänge im Westen

Bei allem was wir politisch in der Kriegszielfrage taten, waren wir von dem Gedanken beherrscht, dass das wirklich zu Erreichende dareinst vom Ende des Waffenganges abhängen werde, von den dann erzielten endgültigen militärischen Ergebnissen. Unsere Tätigkeit betrachteten wir also gewissermaßen immer als eine politische Hilfsarbeit für die Oberste Heeresleitung. Den Höhepunkt erreichten unsere Hoffnungen, aber auch die Kriegszielbewegung, mit den Erfolgen, die bei der Frühjahrsoffensive des Jahres 1918 erzielt wurden.

Im letzten Drittel des März 1918 hatte mich Hugenberg eingeladen, auf der Rückreise von einem Berliner Aufenthalt über Essen zu fahren und bei ihm zu wohnen, da er Wichtiges mit mir zu besprechen habe, aber selbst nicht abkömmlich sei.<sup>55</sup> Ich kam seinem Wunsche nach und traf am 21. März 1918 in Essen ein.<sup>56</sup> Dort sagte mir mein Gastgeber, dass er mir zu Ehren die alldeutschen Mitglieder des Direktoriums der Firma Krupp zum Abendessen eingeladen habe; und das waren alle mit Ausnahme eines Herrn.<sup>57</sup> Wir erledigten

<sup>54</sup> Siehe Claß: Denkschrift betreffend die national-, wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele des deutschen Volkes im gegenwärtigen Kriege [Handschrift 1914], in BA-Berlin, R 8048, Bd. 633 und in Archiv der Hansestadt Lübeck, NL Neumann, Bd. 13.

<sup>55</sup> Alfred Hugenberg telegraphierte Claß zunächst über eine Zusammenkunft am 22.3.1918 vormittags und über ein abendliches Treffen mit Finanzrat Ernst Haux vom Krupp-Vorstand bei Hugenbergs. Haux trat 1896 als Finanzverwalter bei Krupp ein und blieb bis 1921 Mitglied des Krupp-Direktoriums. Alfred Hugenberg an Claß, 11.3.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 395, Bl. 190. Siehe zum letzten Stand der Verabredungen und die auf das Schreiben Hugenbergs vom 16.3.1918 bezugnehmende Antwort von Claß vom 18.3.1918, in ebd., Bd. 203, Bl. 475.

<sup>56</sup> Claß plante zehn Tage zuvor noch mit einem Aufenthalt in Essen vom 21./22.–23.3.1918 und wollte auf der Rückfahrt nach Mainz über Köln Karl Klingemann in Koblenz besuchen. Claß an Karl Klingemann, 13.3.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 203, Bl. 410. Alfred Hugenberg schrieb er, dass er es noch bis zum 21.3.1918 abends hoffe, in Essen anzukommen. Claß an Alfred Hugenberg, 18.3.1918, in ebd., Bl. 475.

<sup>57</sup> Im Frühjahr 1918 waren im Direktorium bei Krupp vertreten (Direktoren der Außenwerke wie der Germania Werft oder der Außenverwaltungen sind nicht aufgeführt): Alfred Hugenberg als Vorsitzender, Ernst Haux, Heinrich Vielhaber, Fritz Rausenberger, Rudolf Hartwig, Karl Wendt und Kurt Sorge. Im Aufsichtsrat waren August von Simson, Hans Sack, Thilo Freiherr von Wilmowsky und als Vorsitzender Gustav Krupp von Bohlen und Halbach vertreten. Gall: Krupp, S. 375–376 und Tenfelde: Krupp in Krieg und Krisen. 1916/17 saßen im Direktorium auch Georg Baur, Richard Foerster, Bruno Bruhn und Otto Wiedfeldt sowie im Aufsichtsrat noch Emil Ehrensberger.

nun unsere Angelegenheiten, so dass wir am Abend ganz frei waren und uns der Aussprache mit den Gästen widmen konnten.

Als wir nach Tisch beim Kaffee waren, wurde Hugenberg an den Fernsprecher gerufen. Er kam nach kurzer Zeit mit strahlendem Gesicht zurück und sagte nur, ein grosser Schlag sei den Heeresgruppen des deutschen Kronprinzen<sup>58</sup> und des Kronprinzen Rupprecht<sup>59</sup> gelungen: sie hätten in einer Breite von 80 km von Arras bis La Fère an der Oise den Gegner geschlagen, ausser beträchtlichem Geländegewinn habe man zahlreiche Gefangene und eine grosse Kriegsbeute gemacht.<sup>60</sup> Kurz nachher erhielt er vom Büro des Hauses Krupp die schriftliche Bestätigung der Siegesnachricht, deren Einzelheiten er uns vorlas.

Wer diese Zeit miterlebt hat, wird sich des ungeheuren Eindrucks erinnern, den dies Ereignis in der ganzen Welt hervorrief, und er wird sich nicht wundern, wenn der damals im Hause Hugenberg versammelte Kreis in heller Begeisterung war. Eines schien gewiss: aus dem zermürbenden Stellungskrieg konnte endlich wieder der Bewegungskrieg grössten Stils werden. Wir wussten, dass in ihm die deutsche Führung und die deutschen Offiziere und Mannschaften denen aller anderen Heere überlegen waren; dadurch wurde die Hoffnung auf den Sieg neu belebt.

Die Herren kamen nun einer nach dem anderen zu mir, um mich dazu zu beglückwünschen, dass nun das von mir aufgestellte Kriegsziel seiner Verwirklichung näher gerückt sei, und Hugenberg hielt eine kurze Ansprache, in der er mir für alle Arbeit dankte, die ich auf diesem Gebiet geleistet hätte. Er schloss mit der festen Zuversicht, dass unser Volk das Wesentliche des von uns für notwendig Erklärten durchsetzen werde. Das waren Augenblicke seelischer Erhebung, die einen vieles aus dem trostlosen innerpolitischen Zustand Deutschlands vergessen liessen.

Man weiss, wie die bis ins kleinste vorbereitete gewaltige Anstrengung Ludendorffs<sup>61</sup> weiter verlief, dass der Eindruck dieser Vorgänge bei den feindlichen Verbündeten gross war, dass sie sich einem einheitlichen Oberbe-

---

<sup>58</sup> Kronprinz Wilhelm von Preußen war vom 1.8.1915 bis 11.11.1918 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz (nach dem 11.11.1918 Heeresgruppe B).

<sup>59</sup> Rupprecht von Bayern (1869–1955), 1913 Kronprinz der Wittelsbacher Dynastie in Bayern, Juli 1916–Februar 1919 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht, 1918–1919 Exil in Österreich, 1919 Rückkehr nach Berchtesgaden, 1921 trotz Festhaltens an Thronansprüchen Ablehnung der Ausrufung zum König durch einen Staatsstreich.

<sup>60</sup> Gemeint ist die am 21.3.1918 begonnene deutsche „Michael-Offensive“ im ca. 70 km langen Frontabschnitt zwischen Arras und La Fère mit dem Ziel der Einnahme von Amiens, die jedoch kurz darauf scheiterte. Siehe auch Heeresbericht Erich Ludendorff, Großes Hauptquartier, 22.3.1918, in Amtliche Kriegs-Depeschen, Bd. 7, S. 2662 sowie zu den „Ludendorff-Offensiven“ an der Westfront im Frühjahr 1918 Zabecki: *The German 1918 Offensives and Nebelin*: Ludendorff, S. 401–459.

<sup>61</sup> Siehe zu den seit Oktober 1917 laufenden Planungen für eine deutsche Offensive im Westen (Michael-Offensive 21.3.–6.4.1918, Operation Georgette 9.–29.4.1918, Operation Blücher-Yorck 27.5.–6.6.1918, Operation Gneisenau 9.–13.6.1918 und Operation Marneschutz-Reims 15.–18.7.1918) und deren Scheitern Nebelin: Ludendorff, S. 401–459.

fehl unterordneten und den Marschall Foch<sup>62</sup> zum Generalissimus<sup>63</sup> aller ihrer Streitkräfte ernannten. Man weiss endlich, dass der Höhepunkt des deutschen Angriffs in den Tagen vom 27. Mai ab von der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz erreicht wurde: er erfolgte aus der Front zwischen Noyon und Reims in der Richtung auf Paris.<sup>64</sup> In stürmischem Anlauf waren die französischen Stellungen am Damenweg und bei Soissons genommen worden. Die Deutschen hatten damit die Richtung nach Paris gewonnen und an 200.000 Gefangene gemacht, 2.500 Geschütze und 15.000 Maschinengewehre waren in ihre Hände gefallen.<sup>65</sup> Das Gefühl der Überlegenheit war bei den deutschen Truppen niemals grösser gewesen[,] als in diesen Kämpfen, und in der Heimat herrschte eine Begeisterung, von der man sich nach Jahr und Tag keinen Begriff machen kann. Kein Wunder: in den ersten Junitagen stand die Armee des deutschen Kronprinzen nur noch 60 km von Paris entfernt.<sup>66</sup>

Die Stimmung im Vaterland war fast wieder wie im August 1914, wie beim Eintreffen der Siegesnachrichten aus dem Westen und Osten. Ja so gross war der Eindruck auf die Volksstimmung, dass die Leute des Verzichts und der Völkerversöhnung schwiegen, jedenfalls ihre Tätigkeit eingestellt zu haben schienen. Das war die Zeit, in der das sogen. alldeutsche Kriegsziel eine ungeheure Volkstümlichkeit erlangte und geradezu zum Ausdruck des Volkswillens geworden war, so dass unter dem Drucke der öffentlichen Meinung auch Freisinn und Zentrum sich dazu bekannten. Einzig die Sozialdemokraten hielten sich als Partei zurück, aber es war bekannt, dass viele der marxistischen Führer sich, wie man damals sagte, noch „annexionistischer“ äussern als die entschiedensten Alldeutschen.<sup>67</sup>

<sup>62</sup> Ferdinand Foch (1851–1929), 1914 Kommandeur der 9. Armee, Stellvertretender Oberkommandeur von Joseph Joffe, 1917 Generalstabschef, 1918 Oberbefehlshaber der Alliierten über die gesamte Westfront, 1918 Marschall von Frankreich, 1921 Ausscheiden aus der Armee.

<sup>63</sup> General Foch wurde am 14.4.1918 zum Oberbefehlshaber der alliierten Armeen in Frankreich ernannt.

<sup>64</sup> Siehe dazu Heeresberichte Erich Ludendorff, Großes Hauptquartier, 27.–31.5.1918, in Amtliche Kriegs-Depeschen, Bd. 7, S. 2745–2752.

<sup>65</sup> Zum 1.7.1918 wurden seit dem 21.3.1918 „191.454 Gefangene, über 2.476 Geschütze und 15.024 Maschinengewehre“ gezählt. Heeresbericht Erich Ludendorff, Großes Hauptquartier, 31.5.1918, in Amtliche Kriegs-Depeschen, Bd. 8, 1.6.1918–12.11.1918, Berlin 1918, S. 2785.

<sup>66</sup> Siehe dazu Heeresbericht Erich Ludendorff, Großes Hauptquartier, 1.6.1918, in Amtliche Kriegs-Depeschen, Bd. 8, S. 2753.

<sup>67</sup> Claß interpretierte die Entwicklungen offenkundig entlang seiner eigenen Wahrnehmung sowie der nachträglichen Rechtfertigung seiner Kriegsziele und der politischen Auseinandersetzungen, die nach Kriegsbeginn folgten. 1917 und 1918 verschärfen sich die politischen Auseinandersetzungen. Die SPD-Führung begrüßte die Waffenstillstandsverhandlungen mit Russland und die am 22.12.1917 begonnenen Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk als grundsätzlichen Beginn des Kriegsendes. Auch in der Bewertung der Russischen Revolution herrschte zunächst Einvernehmen zwischen USPD und MSPD. In der Frage der Ratifizierung des Vertrages von Brest-Litowsk unterschieden sich MSPD und USPD letztlich, obgleich beide Parteien die deutschen Forderungen als einen „Gewaltfrieden“ im Gegensatz zur Friedensresolution des Reichstages vom 19.7.1917 sahen. Bei der Abstimmung

Nun schien der Zeitpunkt gekommen, wo meine Kriegszielenkschrift vom Dezember 1914<sup>68</sup> der Öffentlichkeit übergeben werden konnte. Ich fragte deshalb in Kreuznach bei *General Ludendorff* an, und erhielt durch seinen Vertrauensmann *Oberstleutnant Bauer* den Bescheid, dass der Feldherr damit einverstanden sei, dass die „Flugschrift über das deutsche Kriegsziel“ nun in einer Massenaufgabe ins Volk geworfen werde.<sup>69</sup> So ging ich ans Werk und ar-

der MSPD-Fraktion am 22.3.1918 entfielen 26 Stimmen für eine Unterzeichnung des Vertrages, dreizehn Abgeordnete stimmten dagegen und 31 Stimmen enthielten sich. Bei der Abstimmung im Reichstag enthielt sich die MSPD dann der Stimme. Die USPD stimmte dagegen. Weiterhin wollte die MSPD keine imperiale Machtpolitik im Osten und erließ zuvor mit den beiden anderen Mehrheitsparteien Zentrum und FVP eine Resolution für das Selbstbestimmungsrecht Polens, Litauens und Kurlands. Zugleich erhoffte man ein endgültiges Ende des Krieges, das durch die Streikwelle im Frühjahr 1918 innenpolitisch immer mehr an Bedeutung gewann und die MSPD in ihrer Politik in eine „doppelte Frontstellung“ zwischen rechter Propaganda, unpatriotischer Reichsfeinde, und linken Vorwürfen des Klassenverrats brachte. Leonhard: Die Büchse der Pandora, S. 873. Im Zuge der Kühlmann-Krise und dem Eingeständnis in seiner Reichstagsrede am 24.6.1918, dass der Kriege nicht mit militärischen Mitteln allein zu gewinnen sei, schloss sich vor allem Philipp Scheidemann an. Im Sommer 1918 ging jedoch auch die MSPD davon aus, dass Deutschland unbesiegt in Friedensverhandlungen gehen würde. Gerade in der Frage um Elsass-Lothringen stellte sich die Parteiführung gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker und hielt am Zusammenschluss mit Deutschland fest. Auch die Wiederherstellung eines unabhängigen Belgiens und die Entschädigung von Zerstörungen lehnte die MSPD, trotz der Verurteilung der deutschen Kriegsschäden in Belgien, im Sommer 1918 noch ab, bis sie bis zum September 1918 ihre Position revidierte. Winkler: Der lange Weg nach Westen, Bd. 1, S. 355–359 und Miller: Burgfrieden und Klassenkampf, S. 351–370 und 384–395.

<sup>68</sup> Claß besprach bereits zum Jahresende 1914 mit Julius F. Lehmann die Herausgabe der Denkschrift, die jedoch aufgrund der Zensur noch nicht möglich sei. Julius F. Lehmann an Claß, 30.11.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 198, Bl. 148. Zudem sei „für die von mir aufgestellten Forderungen in allem Wesentlichen zwischen uns, der gesamten Grossindustrie (leichte und schwere) und dem Bunde der Landwirte eine Uebereinstimmung herbeigeführt worden“, die „konservativen Führer haben sich auch angeschlossen und wir werden nach Neujahr mit den Nationalliberalen, dem Zentrum und den Freikonservativen verhandeln.“ Claß an Direktor D. Dieter, 22.12.1914, in ebd., Bl. 256. Statt als Veröffentlichung ging die Kriegszielenkschrift von Claß dann als „Handschrift“ kurz vor Weihnachten an etwa 1.950 „führende Persönlichkeiten“. Claß: Wider den Strom, S. 345. Claß wurde daraufhin mit „Antwortschreiben überhäuft, die zum Teil höchst erfreulich sind.“ Claß an Oberregierungsrat Dr. Regenborn, 30.12.1914, in ebd., Bl. 263 und Claß: Denkschrift betreffend die national-, wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele des deutschen Volkes im gegenwärtigen Kriege [Handschrift 1914], in ebd., Bd. 633 und in Archiv der Hansestadt Lübeck, NL Neumann, Bd. 13 sowie Ders.: Erklärung zur Denkschrift über die Kriegsziele, 22. Dezember 1914, in Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes IA Deutschland 169, R 2558, Bd. 16375. Nachdem sich Lehmann beim Bayerischen Kriegsministerium über die Rechtmäßigkeit der durch ihn organisierten Versendung hatte versichern lassen, kam es am 2.1. und 3.1.1915 zu zwei Hausdurchsuchungen bei Claß in Mainz in der Stadthausstraße 11. Es wurden nach der Durchsuchung des Privathauses und den Räumen der Geschäftsstelle des ADV durch die Polizei insgesamt 61 Briefe, 19 Denkschriften, zehn Anlagen, 52 Begleitschreiben, elf Karten und ein Handbuch des ADV beschlagnahmt. Julius F. Lehmann an Claß, 8.1.1915, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 635, Bl. 27, Aufstellung Polizeikommissar Kramer, 3.1.1915, in ebd., Bl. 9 und Beschwerdeschreiben Claß an Theobald von Bethmann Hollweg, 14.1.1915, in ebd., Bl. 53–57.

<sup>69</sup> Claß: Zum deutschen Kriegsziel. Die erste Auflage erschien am 12.7.1917 mit 1.–10. Tausend, die 3. Auflage mit 21.–30. Tausend erschien in der zweiten August-Hälfte und die

beitete die Denkschrift für den Zweck einer Flugschrift um. Dies war schnell besorgt: im Zeitpunkt der grössten deutschen Erfolge im Westen konnte sie denn auch erscheinen und fand grösste Verbreitung.<sup>70</sup>

Wenn man das Mass unserer damaligen Hoffnungen verstehen will, muss man daran denken, wie die Dinge sich im Osten gestaltet hatten. Die Sowjetrepublik war militärisch zusammengebrochen und hatte Ende des Jahres 1917 um Waffenstillstand und Friedensverhandlungen nachgesucht.<sup>71</sup> Das widerwärtige Hin und Her dieser Vorgänge und die Winkelzüge, welche die durchweg jüdischen Vertreter Russlands bei den in Litauisch Brest (Brest Litowsk) geführten Verhandlungen gemacht hatten, können hier übergangen werden.<sup>72</sup> General Ludendorff brachte durch seinen Machtspruch<sup>73</sup> schliesslich die Ent-

---

letzte, 4. Auflage 1917 erschien mit 31.–35. Tausend für eine Mark. Der Alldeutsche Verband verstärkte ab Frühjahr 1917 die Propaganda für eine kompromisslose Freigabe der Kriegszieldiskussion. Siehe Kundgebung des ADV [20.1.1917], in Alldeutsche Blätter 27.1.1917.

<sup>70</sup> Die veröffentlichte Kriegszieldenkschrift von Claß heizte kurzfristig die alldeutsche Kriegszieldiskussion in der Öffentlichkeit erneut an. Der Verleger Julius F. Lehmann hatte in den ersten drei Wochen 20.000 Exemplare versandt und davon 17.000 Exemplare verkauft. Von den 26.000 Bestellkarten, die den Alldeutschen Blättern hingegeben beigelegt wurden, wurde lediglich die Hälfte verwendet. Bis Mitte Oktober 1917 wurden 28.074 Exemplare abgesetzt und Lehmann rechnete danach nur noch mit kleinen Bestellungen, da auch die Anfragen aus dem Heer immer weniger wurden. Bis Juni 1918 wurden letztlich 30.263 Exemplare versendet. Von der Gesamtauflage von 35.000 Stück waren 1927 noch 3.600 Exemplare beim Lehmann-Verlag im Lager vorrätig. Julius F. Lehmann an Claß, 6.8.1917 und 17.10.1917 und Lehmann-Verlag Abrechnung an Claß, 19.6.1918 und 14.7.1927, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 636, Bl. 74, 99 sowie 113 und 114. Die Denkschrift wurde von Claß u. a. an Erich Ludendorff, Paul von Hindenburg und dem Staatssekretär im Reichsmarineamt, Admiral Eduard von Capelle, verschickt. Siehe u. a. Adjutant Lingemann, Chef des Generalstabes des Feldheeres an Claß, 18.7.1917, in ebd., Bl. 41. Telegramm Erich Ludendorff an Claß, 20.7.1917, in ebd., Bl. 43 und Zentral-Bureau Reichs-Marine-Amt an Claß, 2.8.1917, in ebd., Bl. 67.

<sup>71</sup> Am 21.11.1917 telegraphierte die bolschewistische Regierung Russlands die Bereitschaft zu Waffenstillstandsverhandlungen. Am 15.12.1917 wurde zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Russland andererseits ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet. Siehe Mitteilung Wolff'sches Telegraphisches Bureau, 21.11.1917, Waffenstillstandsvertrag mit Russland, 17.12.1917, Brest-Litowsk, 22.12.1917, 25.12.1917, 28.12.1917, in Amtliche Kriegs-Depeschen, Bd. 7, S. 2514, 2549, 2553 und 2557.

<sup>72</sup> Die antisemitische Propaganda der Rechten gegen Delegationsvertreter der sowjetischen Regierung bei den Verhandlungen zum Friedensvertrag von Brest-Litowsk vom 3.3.1918 fand auch Eingang in Dossiers des Auswärtigen Amtes. Die sowjetischen Delegationsführer Adolf Joffe und Lew Kamenew waren jüdischer Herkunft.

<sup>73</sup> Claß spielte vermutlich auf die Diskussion um Erich Ludendorff als „Diktator“ der Obersten Heeresleitung in den letzten beiden Kriegsjahren an. Diese Interpretation stützte sich u. a. auf die schwache Rolle Wilhelms II. sowie auf die Wahrnehmung einer eher repräsentativen Position Paul von Hindenburgs innerhalb der OHL. Der Bodenreformer Adolf Damaschke warf die Frage, ob Ludendorff ein „Diktator“ war, bereits am 5.11.1918 in der „Bodenreform“ auf und verneinte sie. Siehe auch Deutsche Zeitung 17.11.1918. Ludendorff hatte letztlich mit zahlreichen gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen zu tun, sodass der Begriff der „Militärdiktatur“ ungenau bleibt. Chickering: Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg, S. 90–108. Zur Diskussion siehe u. a. Nebelin: Ludendorff,



wicklung in schnellen Fluss, und unmittelbar vor der großen deutschen Militäroffensive im Westen kam im Osten der Friede am 3. März<sup>74</sup> zustande.

Wenn man die neue Grenze betrachtete, die dadurch gegen Russland geschaffen worden war, so entsprach sie fast genau derjenigen, die ich in meiner Kriegsziel-Denkschrift vorgeschlagen hatte, und die in der dort beigegebenen Karte verzeichnet war.<sup>75</sup> Freilich war ein grundlegender Unterschied dabei: in den Friedensbestimmungen kam nicht zum Ausdruck, dass die von Russland abgetretenen Gebiete auch nur zum Teil der Siedlung in grossem Maßstabe dienen sollten, um unserem „Volk ohne Raum“ im Osten Luft zu schaffen.<sup>76</sup> Der Vorgang mit Kongreß-Polen<sup>77</sup> war ja bereits gekennzeichnet [sic]

---

Kitchen: *The Silent Dictatorship*, Ritter: *Staatskunst und Kriegshandwerk*. Bd. 3 und Deist: *Voraussetzung innenpolitischen Handelns*.

<sup>74</sup> Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk wurde am 3.3.1918 unterzeichnet und ist abgedruckt in *Amtliche Kriegs-Depeschen*, Bd. 7, S. 2639–2642.

<sup>75</sup> Claß: Zum deutschen Kriegsziel, S. 44–55 sowie die beigelegte Karte mit rot-gestrichelter Grenzverlaufslinie im Osten mit dem Hinweis in der Legende: „stellt die etwaige Grenze vor, falls noch Livland und Estland sowie die Ukraine von Russland losgelöst werden können.“

<sup>76</sup> Zur Claß'schen Kriegszielpolitik gegenüber Russland und Polen siehe Ders.: Zum deutschen Kriegsziel, S. 44–59. Claß hierzu: „Die Grundforderung lautet, Rußland vom Westen abzukehren, indem wir versuchen die russischen Ostseeprovinzen Kurland, Livland, Estland sowie das Gebiet, daß die Landbrücke zwischen den „baltischen“ Provinzen und Ostpreußen bildet, an das Deutsche Reich anzugliedern.“ Ebd., S. 44–45.

<sup>77</sup> Claß forderte in seinen veröffentlichten Kriegszielen 1917 eine imperiale Ausdehnung nach Osten und eine ethnische Homogenisierung in den zu annektierenden Gebieten unter Ausschluss von Juden (Claß ging hier von insgesamt einer Million Juden aus; ebd., S. 51) und massenweiser ethnischer Bevölkerungsverschiebung: „Nach dem heutigen Besitzstand ist ein Zurückdrängen Rußlands nach dem Osten weiter dadurch eingeleitet, daß ganz Kongreß-Polen von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen besetzt ist, die darüber hinaus die Linie ziemlich genau südlich von Pinsk bis zur galizischen Grenze halten – es steht heute fest, daß mindestens Kongreß-Polen nicht mehr an Rußland zurückfallen soll [...]. In den Gebieten, die wir im Osten zu erwerben empfehlen, sitzen zwar auch schon einige hunderttausend Deutsche – in den Ostseeprovinzen ist die gesamte Oberschicht deutsch – im übrigen aber Esten, Letten, Litauer [...], Weißrussen, Polen und Juden, endlich auch in kleiner Zahl Großrussen. Also eine Völkerkarte von buntestem Gemisch, angesichts derer die bange Frage auftauchen muß, ob nicht diese gemischte Menge, zu deutschen Staatsbürgern gemacht, uns ewigen Unfrieden in unser Haus hineinbringen, viel kostbare Kraft in innerem politischem Hader verzehren, den Charakter des Deutschen Reiches als Nationalstaat mindern, ja schließlich sogar die rassische Grundlage des deutschen Volkes ernstlich bedrohen würde. *Aber so denken wir uns die Landnahme nach Osten nicht – ebensowenig wie wir an der Militärgrenze im Westen das Land mit der französischen Bevölkerung für brauchbar ansehen.* Und wie dort die Rückkehr ins alte Vaterland vorgeschlagen wurde, so bietet sie auch hier einen Ausweg: *Es ist der Gedanke eigene Stammesangehörige gegen die Fremdstämmigen friedlich auszutauschen, sie nach festen Vereinbarungen herüber- und hinüberzuschieben, jede Nationalität dem Kern ihres Stammesvolkes zuzuführen.* Also eine Art ‚völkische Feldbereinigung‘, die nichts anderes ist als eine Politik der völkischen Sammlung um die eigentlichen Anziehungs- und Mittelpunkte der in Betracht kommenden Stämme. [...] Zur letzten Gruppe, an die wir nunmehr gelangen, gehört ein einziges Volk, es sind die *Juden*. Sie gehören insofern in eine eigene Gruppe, als sie weder staatlich, noch ihrem Sitze nach zusammengeschlossen, sondern überallhin zerstreut sind. Kein Zweifel: *die jüdische Frage im Neulande des Ostens bereitet ganz besondere Schwierigkeiten.* [...] der größte Teil von ihnen befindet sich auf einer

gewesen, und der neugeschaffene Friedensvertrag bereitete die Gründung einer Reihe von Staatswesen vor, die in der Folge mit Ausnahme Finnlands sämtlich deutschfeindlich wurden.<sup>78</sup> Es lag für uns eine furchtbare Enttäuschung darin, dass zwar das militärische Kriegsergebnis im Osten gestattete, genau die von uns vorgeschlagene Grenze zu ziehen, dass aber trotzdem unser Volk davon im höheren Sinne keinerlei Vorteil haben sollte.

Trotzdem hielten wir damals, als der Bewegungskrieg im Westen mit so wuchtigen Schlägen wieder eingesetzt hatte<sup>79</sup>, an der Hoffnung fest, dass dort erreicht werde, was unserem Volk nottat. Wie viele Briefe habe ich in jener Zeit erhalten, die die bestimmte Erwartung aussprachen, dass, wie im Osten[,] die Grenze unseren Vorschlägen entspreche, nun auch im Westen das alldeutsche Kriegsziel erreicht werde.

Als dann der Grossangriff im Westen stecken blieb<sup>80</sup>, kamen die vorübergehend still gewordenen Gegner des deutschen Kriegsziels wieder zum Vorschein und begannen ihr altes Unwesen. Je ungünstiger die Kriegslage sich gestaltete, umso mehr verstanden sie die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Dieses Treiben wurde dadurch noch wesentlich verschlimmert, dass nun auch die sogen. Unabhängigen Sozialdemokraten und ihr äusserster linker Flügel, die Spartakisten<sup>81</sup>, ihre Wühlarbeit ganz offen betrieben, ohne von der Staatsgewalt daran gehindert zu werden.

---

Stufe tiefster Armut und Unkultur; sich dort aus dieser emporzuheben, vermögen sie schon um der Enge willen, in der sie leben, nicht, sie aber sich über Deutschland ergießen zu lassen, wäre so bedenklich, daß wohl kein Mensch im Deutschen Reiche auch nur einen Augenblick daran denken wird. [...] Jetzt oder nie ist die Gelegenheit, dies Ziel zu verwirklichen, indem die Juden der von Rußland abzutretenden Gebietsteile ein eigenes Gebiet zugewiesen wird; dies ist bei der zu erwartenden Neuordnung der Welt sehr wohl möglich. Das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn und die Türkei sind heute Verbündete, und zwar in gewissem Sinne auf Leben und Tod. Wir werden beim Friedensschluß dafür einzutreten haben, daß die Erneuerung und Sicherung der Türkei gewährleistet wird, und es sollte doch leicht sein, in Anerkennung dieser Gemeinschaft der Bundesgenossen von der Türkei zu erreichen, daß Palästina unter türkischer Oberhoheit dem nationalen Judenstaat zur Verfügung gestellt wird.“ Claß: Zum deutschen Kriegsziel, S. 45–51. Kursiv als Sperrdruck im Original. Zur politischen und weltanschaulichen Einordnung der radikalen Kriegsziele von Claß siehe unter anderem Fischer: Griff nach der Weltmacht und Ders.: Krieg der Illusionen. Zur neueren Interpretation von Gewalt und radikalen Ordnungsutopien imperialer Raumanneignung und Siedlung im 20. Jahrhundert siehe u. a. Schwartz: Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne, S. 32–61, Jureit: Das Ordnen von Räumen, S. 127–179 und Nelson: Utopias of Open Space.

<sup>78</sup> Gemeint sind Anerkennung der Ukraine und Finnland als selbstständige Staaten, der Verzicht Russlands auf Polen, Litauen und Kurland, während Estland, Livland und Weißrussland westlich des Dnjepr von deutschen Truppen besetzt bleiben sollte. Die baltischen Staaten und Polen sowie Georgien und Armenien wurden ebenfalls unabhängig.

<sup>79</sup> Die deutschen West-Offensiven fanden zwischen 21.3. und 17.7.1918 statt.

<sup>80</sup> Mit den Gegenoffensiven seit Juli 1918 und dem Durchbruch der Alliierten bei Amiens 8.8.1918 wurden die West-Offensiven gestoppt und die deutschen Truppen zogen sich im September 1918 auf die „Siegfried-Linie“ zurück.

<sup>81</sup> Die auf dem Gründungskongress vom 9.–11.4.1917 ins Leben gerufene USPD war einer der Hauptgegner der alldeutschen Kriegszielpropaganda, die als imperialistisch und arbeiterfeindlich bekämpft wurde. Mit der Gründung der DVLP am 2.9.1917 schied der alldeutsche Flügel in der Wahrnehmung der Unabhängigen Sozialdemokraten zusätzlich eine ei-

Ich hatte Gelegenheit, in meiner Heimat zu beobachten, wie diese Machenschaften sich auswirkten. Wenn ich mit unserer Vorortbahn von unserem Sommersitz in Finthen<sup>82</sup> nach Mainz fuhr, hörte ich oft Männer und Frauen Gespräche führen, die klar zeigten, wie diese Menschen verhetzt waren. Ich beobachtete aber auch, dass die Träger dieser Hetze hauptsächlich Juden waren, die man unter den auf den Abgang der Züge Wartenden ab- und zugehen sah. Das entsetzliche Gerede riss nicht ab mit Redensarten wie: „Macht Schluss mit dem Schwindel“ und steigerte sich zu immer wieder vernehmbaren Aussprüchen wie: „Die Franzosen sollen nur kommen, schlechter kann es uns dann auch nicht gehen, als bei den Preussen.“ Das war gewiß sinnloses Geschwätz betörter Menschen. Aber es wirkte umso mehr, je ungünstiger die Volksernährung sich gestaltete, und je trauriger die Nachrichten von der Front lauteten.

Dazu kam in unserem Teile Deutschlands der Umstand, dass die französischen Fliegerangriffe immer häufiger wurden. Die Bevölkerung fühlte heraus, dass dies nur möglich sei, weil die militärische Lage im Westen so bedenklich geworden war. Wir hatten Zeiten, in denen fast jeden Tag Fliegeralarm war.

Gerade bei Fliegerangriffen<sup>83</sup> zeigte sich auch, wie sehr die Stimmung umgeschlagen war. Ich hörte von einigen Fällen, wo Angehörigen von Mitgliedern des Alldeutschen Verbandes der Zutritt zu den bekannt gegebenen Unterständen von der verhetzten Menge verwehrt wurde, weil sie am Kriege schuld seien. So kam einmal ein Gesinnungsgenosse zu mir und berichtete, dass ihm mit seiner Frau und fünf Kindern der Eintritt in einen bombensicheren Raum verwehrt worden sei mit der Erklärung, wer am Kriege schuld sei, solle auf der Strasse bleiben und den französischen Bomben ausgesetzt sein.

Als ich mich erkundigte, woher man denn wisse, dass das Oberhaupt der so verfolgten Familie zu uns gehöre, bekam ich zur Antwort, dass die noch in der Heimat weilenden Briefträger zum grössten Teil Unabhängige Sozialisten geworden seien und durch das Austragen der „Alldeutschen Blätter“ wüssten, wer zum Verband gehöre. In einigen Fällen baten denn auch treueste Gesinnungsgenossen, ihnen die „Alldeutschen Blätter“ nicht mehr

---

genständige Partei in Opposition zu den Linkssozialisten und den Kriegsgegnern geschaffen zu haben. Siehe Klein: Deutschland 1897/98–1917, S. 332–394.

<sup>82</sup> Claß besaß neben dem Wohnhaus in der Stadthausstraße 11 und dem Haus seiner Frau Mathilde in der Drususstraße 4 ein Landhaus in Finthen bei Mainz, das Claß als Gartenhaus von seinem Vater übernahm und zur „Villa Claß“ ausbaute. Die Villa wurde von den Franzosen nach der Besetzung von Mainz im Dezember 1918 beschlagnahmt und 1919 an die Gemeinde zur Linderung der Wohnungssituation vermietet. Das Haus blieb bis zum Verkauf an die Gemeinde 1956 im Besitz der Familie und war, u. a. durch Mietvertragsrenewierung 1936/37, bis dahin vermietet.

<sup>83</sup> Fliegerangriffe auf deutsche Städte begannen mit einmotorigen Jagdflugzeugen – ebenso wie deutsche Angriffe – in Frontnähe bereits kurz nach Kriegsausbruch 1914. Sie wurden durch zunehmend formierte Kampfstaffeln ab 1916 und viermotorige Bomber ab 1917 organisiert. Die letzten Fliegerangriffe fanden bis kurz vor Ende des Krieges im Herbst 1918 statt. Insgesamt fielen 768 Menschen den Luftangriffen in Deutschland zum Opfer. Chickering: Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg, S. 123.

zu schicken, damit ihre Angehörigen von weiteren Peinigungen verschont blieben.<sup>84</sup>

Schon in unserem Kampf gegen Bethmann Hollweg war das Gespenst des deutschen Zusammenbruchs vor uns getreten. Nun sahen wir es von Tag zu Tag näher kommen. Nichts geschah in der Heimat, um dieser Gefahr entgegenzutreten. Der alte und verbrauchte Kanzler *Graf Hertling* liess den Dingen ihren Lauf, und der Einfluss der Obersten Heeresleitung reichte nicht aus, einen ersten Versuch zur Niederhaltung der drohenden Gefahr zu veranlassen.<sup>85</sup>

Anfang Oktober 1918 traf ich in Berlin mit *Hugo Stinnes* zusammen.<sup>86</sup> Er sprach davon, dass er die Revolution für die nächste Zeit erwarte, und fügte

<sup>84</sup> Die Zensur der Alldutschen Blätter, die seit der Versendung der Kriegszieldenschrift von Claß im Dezember 1914 zunahm und im Januar 1915 zur „Präventiv-Zensur“ auf Verfügung des Gouverneurs der Festung Mainz erfolgte, führte bei der Hauptschriftleitung zur Überlegung, die Herausgabe der Alldutschen Blätter für die Zeit des Krieges gänzlich einzustellen oder die Redaktion von Mainz nach München zu verlegen, um die geringeren Zensurauflagen in Bayern im Vergleich zu Preußen zu nutzen. Stattdessen wurde der Bezug der Alldutschen Blätter ab 1915 für jedes Verbandsmitglied zum ersten Mal verbindlich gemacht. Siehe Konstantin von Gebattel an die Mitglieder der Hauptleitung, des Geschäftsführenden Ausschusses, des Gesamtvorstandes und an die Ortsgruppen des A.D.V., 27.1.1915, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 98, Bl. 3, Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 6./7.2.1915, in ebd., Bl. 11 und Memorandum Leopold von Vietinghoff-Scheel, o.D., Anhang zur Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 6./7.2.1915, in ebd., Bl. 32. Auch nach der Hausdurchsuchung von Claß' Privaträumen in Mainz am 2.1.1915, die nach Versendung der Kriegszieldenschrift auf Anordnung des Gouverneurs der Festung Mainz, General von Bücking, erfolgt war, beschwerte sich Claß beim Staatssekretär des Reichspostamtes, Geheimrat Kraetke, über die aus seiner Sicht „ungesetzlich und verfassungswidrig“ verhängte Postsperr. Claß an Geheimrat Kraetke, 14.1.1915, in ebd., Bd. 635, Bl. 58–59, Dringliche Bittschrift des Rechtsanwalts Heinrich Claß in Mainz betr. die Ausübung der Zensur an das Herrenhaus Berlin, 3.2.1915, in ebd., Bl. 311–314 und Bittschrift der Hauptleitung des Alldutschen Verbandes. Betr. verfassungs- und gesetzwidrige Maßnahmen des stellvertretenden Generalkommandos des XVIII. Armeekorps, 3.3.1915, in ebd., Bl. 426.

<sup>85</sup> Claß unterschätzte hier ganz bewusst den Einfluss der Obersten Heeresleitung, um Georg Graf von Hertling politische Verantwortung zuzuweisen. Vielmehr versuchte Hertling zwischen der OHL, den Mehrheitsparteien im Reichstag und dem Kaiser Spielräume zu entwickeln. Gerade die Kühlmann-Krise zeigte die schwierige Stellung des Reichskanzlers gegenüber der OHL. Siehe Kapitel 3.6 sowie Hürter: Politisch-biographische Skizze, in Ders.: Paul von Hintze, S. 93. Erich Ludendorffs Forderung vom 29.9.1918, angesichts der militärischen Niederlage die Mehrheitsparteien für ein sofortiges Waffenstillstandersuchen einzubinden und somit letztlich die Verfassungsverhältnisse gleichsam zu parlamentarisieren, unterhöhlte Hertlings Stellung fundamental. Hertling stellte sich gegen politische Kriegszentralisierungen, war aber auch auf die Mehrheitsparteien im Reichstag angewiesen. Jedoch war das „psychologische Klima“ zwischen Hertling und den Parteiführern in den Parlamentarisierungsforderungen großen „auftauchenden Stimmungsschwankungen“ unterworfen, die letztlich zum Vertrauensverlust gegenüber Hertling geführt hatten. Zitate in Becker: Georg von Hertling, S. 163. Siehe zum Rücktritt Hertling: Ein Jahr in der Reichskanzlei, S. 185–187.

<sup>86</sup> Das genaue Datum des Treffens bleibt unklar. Claß kehrte zum 21.9.1918 vom alldutschen Verbandstag in Hannover nach Mainz zurück, reiste drei Tage später nach Bayreuth zu dem „reiseunfähigen“ Houston Stewart Chamberlain ab, war am 28.9.1918 wieder in Mainz und traf sich dann mit Hugo Stinnes, vermutlich um den 6.10.1918 in Berlin. Geschäftsstelle des ADV an Johannes Herold, 21.9.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 204, Bl. 647,

hinzu, dass sie zuerst in Bayern und dort zuerst in München ausbrechen werde. Er gab mir für diese Ansicht bestimmte Tatsachen an und behauptete, dass er sich auf die Berichte seiner geschäftlichen Vertreter auch in politischen Dingen verlassen könne. Jedenfalls sei ein Münchener Vertreter genau im Bilde und zudem ein Mann von sicherem Urteil.

Ich bat Stinnes um seine Zustimmung dazu, das Mitgeteilte an meinen Freund *Gebattel* weitergeben zu dürfen, damit er die Münchener Regierung warnen könne. Stinnes war damit einverstanden, und so schrieb ich schleunigst an Gebattel und bat ihn, selbst nach München zu fahren und die notwendigen Vorstellungen zu erheben.<sup>87</sup> Dies geschah, und Gebattel suchte sofort den bay[er]ischen Kriegsminister, seinen Vetter *General von Hellingrath*<sup>88</sup> auf.<sup>89</sup> Nach dem Berichte meines Freundes verlief sein Besuch so, dass nach seinen Mitteilungen des Tatbestandes sein Vetter überlegen sagte: „So gescheit wie Ihr Alldeutschen sind wir noch immer. Wir wissen alles, was vorgeht. Aber wir unterscheiden uns von Euch darin, dass wir jetzt nicht täppisch zufahren, sondern in Ruhe abwarten, bis die Dinge soweit sind, dass wir rücksichtslos zugreifen können.“ Das war für meinen leidenschaftlichen Freund zu viel, und er rief seinem Vetter zu: „Ihr werdet mit Eurer Ruhe so lange warten, bis es zu spät ist und unser König abgesetzt ist.“<sup>90</sup> Vier Wochen später war eingetreten, was *Gebattel* hier vorausgesagt hatte. Um seine Pflicht zu erfüllen,

---

Ders. an Karl Lohmann, 23.9.1918, in ebd., Bl. 655, Ders. an Julius F. Lehmann, 24.9.1918, in ebd., Bl. 666 und Claß an Hauptschriftleiter Rösch, 3.10.1918, in ebd., Bl. 689. Stinnes spielte im Oktober 1918 eine zentrale Rolle bei Verhandlungsgesprächen zwischen Gewerkschaften und Unternehmensvertretern der Ruhrindustrie u. a. um Lohnzulagen, Anerkennung der Gewerkschaften und Aufhebung der Sperrabkommen für Arbeiter. Er war für diese Verhandlungen, die am 15.11.1918 in das Stinnes-Legien-Abkommen mündeten, öfters in Berlin. So am 24.10.1918 bei der Versammlung führender Industrieller zur Ermächtigung von Ernst von Borsig, Alfred Hugenberg und Albert Vögler zu Verhandlungen über ein „Zusammengehen mit den Gewerkschaften“ im Hotel Intercontinental. Protokoll vom 24.10.1918, in BBA, 55, Bd. 14 und Bd. 48. Siehe dazu auch Feldman: Hugo Stinnes, S. 513–529 und Ders.: *German Business*.

<sup>87</sup> Der Brief von Claß an Konstantin von Gebattel von Anfang Oktober 1918 ist nicht in den Akten des Allgemeinen Schriftwechsels des ADV 1918 (BA-Berlin, R 8048, Bd 204) sowie in den Akten des Schriftwechsels von Konstantin von Gebattel 1918 (ebd., N 2089, Bd. 5) überliefert.

<sup>88</sup> Philipp von Hellingrath (1862–1939), 1892 Hofkavalier des Herzogs Carl Theodor in Bayern, 1905 Zentralstelle des Generalstabes, 1914 Vertreter des Bayerischen Militärischen Bevollmächtigten im Großen Hauptquartier, 1915 Kommandeur der Kavallerie-Division, 1916–1918 Bayerischer Kriegsminister und Bevollmächtigter zum Bundesrat, 1918 zur Disposition gestellt, Vetter von Konstantin von Gebattel.

<sup>89</sup> Das genau Datum des Treffens bleibt unklar, jedoch war es vermutlich der 19.10.1918. Konstantin von Gebattel schrieb am 20.10.1918 an Philipp von Hellingrath Gedanken, die sich auf „unser gestriges Gespräch“ bezogen. In BA-Berlin, N 2089, Bd. 5, Bl. 304. Siehe auch Konstantin von Gebattel an Philipp von Hellingrath, 22.10.1918, 24.10.1918, 2.11.1918, 5.11.1918, in ebd., Bl. 309–312, 324, 335–336 und 338–339 sowie Philipp von Hellingrath an Konstantin von Gebattel, 26.10.1918, in ebd., Bl. 324.

<sup>90</sup> Der Bericht von Konstantin von Gebattel vom Anfang Oktober 1918 ist nicht in den Akten des Allgemeinen Schriftwechsels des ADV 1918 (BA-Berlin, R 8048, Bd 204) sowie in den Akten des Schriftwechsels von Konstantin von Gebattel 1918 (ebd., N 2089, Bd. 5) überliefert.

war er nach seinem Misserfolg bei Hellingrath noch zum Ministerpräsidenten von Dandl<sup>91</sup> gegangen, hatte aber auch von ihm kühle Abweisung erfahren.

Mit der grössten Besorgnis beobachtete ich die Fülle von kleinen Ereignissen, aus denen die seelische und körperliche Zermürbung hervorging. Wir wussten, dass sich auch an der Front da und dort Unlust und Auflehnung, ja landesverräterische Stimmungen zeigten. Aber gerade von dort kam auch das Tröstlichste, was wir in dieser Zeit zu hören bekamen.

Mitte August 1918 war mein Freund *Füsslein* auf[en] kurzen Urlaub in Mainz. Er führte damals ein Infanterie-Regiment im Westen und erzählte in heller Begeisterung, wie prächtig seine Leute sich hielten. Das einzige Bedenklliche, was ich damals von ihm erfuhr, bezog sich einerseits auf das Erscheinen amerikanischer Truppen, die offenbar wesentlich zahlreicher waren, als man erwartet hatte, andererseits auf die Stärke der höheren Stäbe hinter unserer eigentlichen Kampffront, während es in der vordersten Linie an Offizieren mangelte.

Gerade in bezug auf diese Tatsache hat *Füsslein*, als die Entwicklung ihre äusserste Zuspitzung erfuhr, einen langen Brief an den ihm gleichaltrigen Oberstleutnant *Bauer* geschrieben, in dem er ihn beschwor, beim „Chef“, also bei General Ludendorff, dahin zu wirken, dass der Offizier[s]bestand der Stäbe auf die äusserste Notwendigkeit beschränkt werde, und dass alle anderen Offiziere an die wirkliche Kampffront geschickt würden.<sup>92</sup> Dieser Brief, von einem so begeisterten und unbedingt wahrheitsliebenden Offizier geschrieben, wa[r] ein erschütternder Ausbruch der Sorge – trotzdem aber voller Zuversicht auf die ungeheure Überlegenheit der ihm anvertrauten Truppe, von der jeder einzelne Mann selbständig zu handeln wusste und mit vielfacher Übermacht fertig wurde, wenn ihn das Kriegsschicksal nicht dahinraffte. Ich bedauere, dass ich diese Kundgebung des prachtvollen und tapferen Mannes nicht mehr habe. Ich besass eine Durchschrift dieses mit Tintenstift geschriebenen Briefes, die ich aber an Füssleins Frau weiterleiten sollte. Das habe ich getan. Meine Versuche, nach Füssleins Tod den Brief noch einmal zu erhalten, waren erfolglos, da er nicht wiedergefunden wurde.<sup>93</sup>

<sup>91</sup> Otto von Dandl (1868–1942), 1897–1912 Beamter im Justizministerium, 1911 Ministerialdirektor, 1906–1912 in der Geheimkanzlei des Prinzregenten Luitpold Karl Joseph Wilhelm von Bayern, 1912 Staatsrat und Kabinettschef durch König Ludwig III. von Bayern, 1917–1918 Staatsminister des königlichen Hauses und des Äußern sowie Vorsitzender des Ministerrates von Bayern, 1917–1918 Bevollmächtigter Bayerns zum Bundesrat, 1919 Präsident des Landesfinanzamts Würzburg, 1929–1933 Präsident des Landesfinanzamts München.

<sup>92</sup> Der Brief ist nicht in den Akten des Allgemeinen Schriftwechsels des ADV 1918 (BA-Berlin, R 8048, Bd 204) überliefert.

<sup>93</sup> Es gehörte zum Tagesgeschäft der Geschäftsstelle des ADV und des politischen und privaten Briefverkehrs von Claß, dass Briefe als Anhang oder Beilagen zu neuen Briefen oftmals mit der Bitte um Rücksendung nach Kenntnisnahme angefügt wurden. Oftmals erfolgten zuvor maschinenschriftliche Abschriften in der Geschäftsstelle, jedoch nicht in jedem Fall. Briefe, die so weitergeleitet wurden, kamen häufiger nicht zurück in die entsprechenden Unterlagen.

### 3.6. Staatssekretär von Kühlmann

Es ist allgemein bekannt, dass die auswärtige Politik des Deutschen Reiches bei den Verhandlungen mit dem bolschewistisch gewordenen Russland in Litauisch-Brest so unerfreulich geführt wurde, dass schliesslich General *Hoffmann*<sup>94</sup> auf das Geheiß *Ludendorffs* mit der Faust auf den Tisch schlug und auf schleunigstes Durchsetzen unserer Forderungen drang.<sup>95</sup> Es war klar dass dieser Schritt der Obersten Heeresleitung sich nicht nur gegen den bolschewistischen Vertreter der Sowjets richtete, sondern in der Sache auch ein unzweideutiges Urteil über die bisherige Verhandlungsweise der deutschen Diplomatie in sich schloss.

Auf die Verhandlungen von Litauisch-Brest waren diejenigen von Bukarest gefolgt<sup>96</sup>, die auf reichsdeutscher Seite wiederum von dem Staatssekretär

---

<sup>94</sup> Max Hoffmann (1869–1927), 1899–1901 in der Russland-Abteilung beim Großen Generalstab, ab 1901 Mitarbeiter bei Alfred von Schlieffen im Großen Generalstab, 1914 Erster Generalstabsoffizier der 8. Armee, 1917 Generalmajor und Chef des Generalstabes beim Oberbefehlshaber Ost – Prinz Leopold von Bayern, 1917–1918 bei den Friedensverhandlungen (Brest-Litowsk), 1922 „Hoffmann-Plan“ zur Intervention in Russland zusammen mit Großbritannien und Frankreich.

<sup>95</sup> Die Verhandlungen zum Friedensvertrag von Brest-Litowsk wurden vom Oberkommandierenden der Ostfront, Prinz Leopold von Bayern und von seinem Stabschef General Max Hoffmann geführt. Kühlmann wollte für die Verhandlungen selbst möglichst „freie Hand“ haben. Kühlmann geriet mit Hoffmann über die Festlegung des polnischen Grenzstreifens in Konflikt, da Kühlmann auf ein enges Vertrauensverhältnis mit Österreich-Ungarn bedacht war und so die Interessen des österreichischen Außenministers Ottokar Graf Czernins einbeziehen wollte, was die Alldeutschen ihm kritisch vorhielten. Der „Faustschlag“ Hoffmanns, so Kühlmann, sei mit ihm vorher abgesprochen gewesen, damit sich Hoffmann durch eine harte Verhandlungstaktik gegenüber Russland als Vertreter der Obersten Heeresleitung aber auch innerhalb der OHL Respekt verschaffen könnte. Siehe auch Kühlmann: Erinnerungen, 518–568. Zitate ebd., S. 519. Vor allem Erich Ludendorff trat im Frühjahr 1918 durch zahlreiche Stellungnahmen und Resolutionen die Position, dass durch Brest-Litowsk eine grundlegende Neuordnung Osteuropas möglich werde und maß erneut dem polnischen Grenzstreifen eine wichtige Funktion als zukünftiges militärisches Aufmarschgebiet und als durch Umsiedlung ethnisch neu zu strukturierendes Siedlungsland bei. Die am 22./23.1.1918 detailliert beschriebenen Forderungen der OHL zu Grenzziehung des polnischen Grenzstreifens machten trotz dreier Varianten den Gegensatz der OHL zu General Hoffmann, dem sich Wilhelm II. anschloss und durch die Regierung unterstützt wurde, deutlich. Mit dem Sturz Kühlmanns am 9.7.1918 entfaltete die Denkschrift Ludendorffs vom 5.7.1918 noch einmal große Wirkung, in der neue Maximalforderungen zur Annexion polnischer Gebiete formuliert wurden. Siehe Geiss: Der polnische Grenzstreifen, S. 125–144.

<sup>96</sup> Gemeint sind die Verhandlungen um einen Waffenstillstand, der zum 15.12.1917 in Brest-Litowsk unterzeichnet worden war, und der die Voraussetzung für Friedensverhandlungen war, die am 8.1.1918 mit Richard von Kühlmann als Leiter der deutschen Delegation und Leo Trotzki als Leiter der bolschewistischen Delegation begannen und am 3.3.1918 in den Friedensvertrag mündeten. Auf den Waffenstillstand vom 9.12.1917 folgte am 7.5.1918 der Separatfriedensvertrag von Bukarest mit Rumänien als Verbündeter Russlands. Kühlmann sah die Friedensverträge mit den entsprechenden Abtretungen als maximal zu erreichendes militärisches Kriegsziel Deutschlands, die vor allem nach seiner Reichstagsrede vom 24.6.1918 für einen diplomatischen Verständigungsfrieden bei den Alldeutschen die ohnehin massive Kritik an dessen Politik verstärkte.

von Kühlmann geführt wurden. Es war uns von Gesinnungsgenossen dort manches Unerfreuliche über die Lebensführung des deutschen Staatssekretärs mitgeteilt worden, ja die noch verbliebenen Deutschfreunde in Rumänien hatten sich bei hohen Offizieren entsetzt darüber geäußert, dass hochgestellte reichsdeutsche Würdenträger sie vor ihren rumänischen Landsleuten Lügen gestraft hätten, indem sie die verdorbene rumänische Oberschicht in ihrer Sittenlosigkeit noch übertroffen hätten.<sup>97</sup>

<sup>97</sup> Claß verurteilte Richard von Kühlmann auf Grundlage der von ihm selbst geförderten Gerüchte um dessen Lebensführung als Diplomat und brachte die Angriffe in einen Zusammenhang mit seiner Kritik an Gustav Stresemanns Austritt aus dem ADV: „Das Verhalten v. Kühlmanns in Bukarest war ein europäischer Skandal. Es war jedermann in Bukarest bekannt, wie er sich mit Weibern benahm. Niemand wurde von ihm empfangen. [...] Die Pflichtvergessenheit des Herrn v. Kühlmann ist auch eine Art von Landesverrat, trotzdem ist er bis heute nicht verschwunden. [...] und ferner, daß Herr v. Kühlmann aus seiner Konstantinopeler Zeit belastet ist [...]. Auch die Beschwerden der Deutschen aus Konstantinopel über Herrn Kühlmann in sittlicher Beziehung über sein Verhalten gegenüber seiner sterbenden Frau müssen ihm [Stresemann] bekannt gewesen sein.“ Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 13.4.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 118, Bl. 12. Siehe zu den politischen sowie moralisch-sittlichen Angriffen und Gerüchten, die Claß hier streute, Deutsche Zeitung 8.2.1918, 23.4.1918 und 27.4.1918, B.Z. am Mittag 24.4.1918 und Berliner Tageblatt 24.4.1918. Zur Auseinandersetzung mit Stresemann und dessen Vorwurf an den Alldeutschen Verband, die NLP in deren gespaltenen Haltung zu den Reform- und Friedensforderungen der Mehrheitsparteien im Reichstag „auszuspielen“, siehe Deutsche Zeitung 12.3.1918 und 18.3.1918. Man vermutete im Rahmen der Skandalisierung von Nichtigkeiten unter anderem, dass Kühlmann in Bukarest vermutlich eine Operettenaufführung zusammen mit Graf Czernin besucht hatte, anschließend einer Sängerin mit guten Worten zugesprochen, und ein weiteres Mal die Aufführung einer deutschen Balletttruppe besucht und danach mit seinen Begleitern in den Restaurantsaal zum Gespräch gefolgt sei. Siehe Vorwärts 24.4.1918 und 25.4.1918. Der einstige Chauffeur von Kühlmann wurde von der OHL bezahlt und lieferte der Deutschen Zeitung auf Abruf entsprechende Gerüchte über Besuche zwielichtiger Etablissements. Siehe Kitchen: Civil-Military Relations, S. 56. Die Deutsche Zeitung begann einen Pressefeldzug gegen Kühlmann mit einer Artikelserie „Kamorra“, um Kühlmann auf diese Weise zu diskreditieren und politisch aus dem Amt zu drängen. Siehe auch Berliner Tageblatt 1.5.1918. Trotz weiterer Eingaben an die Regierung, wie durch Gustav Stresemann Wochen vor dem Pressefeldzug der Deutschen Zeitung, blieben die Angriffe von Claß vage und er bat noch Mitte Juni Gesinnungsgenossen um Zeugen für mögliches Fehlverhalten Kühlmanns in Konstantinopel und Bukarest. Siehe auch Alldeutsche Blätter 4.5.1918 und Deutsche Zeitung 5.7.1918 sowie Claß an Herr Hartig, 10.6.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 204, Bl. 171. Claß sah sich durch die angesprochene Verurteilung Kühlmanns durch Hugo Stinnes bestätigt, der Kühlmann kurz nach dem Tod seiner Frau ein Verhältnis mit einer rumänischen Tänzerin übernahm. Dazu Feldman: Hugo Stinnes, S. 484. Der als Zeuge angeführte Fredric von Rosenberg, der bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk einflussreich war und die Nachfolge des gestürzten Kühlmanns ausschlug, gab deutlich zu Protokoll, dass Kühlmann keineswegs unmoralisch bei solchen Veranstaltungen aufgetreten sei. Siehe Leumundszugnis von Frederic von Rosenberg für Richard von Kühlmann, in Becker: Frederic von Rosenberg, S. 67–69. Auch der Vogtländische Anzeiger vom 5.7.1918 zog Parallelen zu Otto von Bismarck und machte darauf aufmerksam, dass sich Bismarck 1865 mit der Opernsängerin Pauline Lucca in Bad Ischl fotografiert ließ und das Foto seiner Zeit in der Öffentlichkeit diskutiert wurde. Bismarck schickte das Foto auch an seine Frau. Zudem sei bekannt gewesen, dass Bismarck als Gesandter in Paris in Nachtlokalen auf dem Montmartre zusammen mit dem sächsischen Herrn von Beust gespeist hatte. Siehe zu Bismarck und Lucca auch Pflanze: Bismarck and the Development of Germany, Bd. 1, S. 62–63.



Im Hinblick auf diese Mitteilungen sprach ich auf der Tagung des Gesamtverbandes des Alldeutschen Verbandes, die am 14. April 1918 in Berlin stattfand, davon, dass es nötig sei, eine Reinigung unseres öffentlichen Lebens vorzunehmen.<sup>98</sup>

Die darauf bezügliche Stelle meiner Rede lautete:

„Wenn wir sonach der machtpolitischen Entwicklung hoffnungsvoll gegenüberstehen, so gilt ein [G]leiches nicht in bezug auf das Leben unseres Volkes. Viele Mängel, viele Schwächen hat der Krieg enthüllt oder gesteigert, so dass der Vaterlandsfreund sorgenvoll fragt, wie sein Volk wieder gesund und rein gemacht werden soll; der inneren Wiedergeburt wird unsere Hauptarbeit nach dem Krieg gelten – schon heute müssen wir uns auf die Aufgaben vorbereiten, die dann unser harren. Da gilt es schon jetzt, mit allem Nachdruck zu verlangen, dass die zur Führung berufene Schicht des Volkes nicht nur nach ihren Fähigkeiten, sondern auch nach sittlicher Eignung und nach Verantwortlichkeitsgefühl den Ansprüchen genügt, die an Führer und Führung gestellt werden müssen. Noch heute haben wir in wichtigsten Ämtern Persönlichkeiten, die diese Eigenschaften nicht besitzen, noch duldet das Volk in seiner Volksvertretung Leute, die seiner unwürdig sind, und die sich trotzdem Macht und Einfluss anmassen dürfen, *die nur den Besten zukommen sollte*. Dem Kampf gegen diese Schädlinge, die nicht nur politisch unser Volk missleiten, sondern auch seine Seele vergiften, die seine Ehre antasten, gilt die nächste Arbeit.“<sup>99</sup>

Diese allgemein gehaltene Äusserung veranlasste die ganze gegnerische Presse, über mich herzufallen. Deshalb hielt ich es für richtig, an der Spitze der „Alldeutschen Blätter“ vom 27. April mich zur Wehr zu setzen und besonders dem „Berliner Tageblatt“ gegenüber zu sagen, auf wen ich es in unserer Vorstandssitzung vor allem abgesehen hatte.<sup>100</sup> Ich schrieb wörtlich:

---

<sup>98</sup> Claß forderte die „Reinigung des öffentlichen Lebens“, für die der Alldeutsche Verband im Zuge der Bekämpfung Richard von Kühlmann „sorgen“ müsse, auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 13.4.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 118, Bl. 13. Es gab jedoch auch zahlreiche Stimmen, die gegen die alldeutsche Initiative im Geschäftsführenden Ausschuss waren. Claß war dennoch bereit, dass die Leitung des ADV „gern die politische und sittliche Verantwortung hierfür“ trage, denn es sei die Aufgabe des Verbandes, „offenbare Schädlinge auszuschalten.“ Jedoch, so Claß, sei es „schade“, wenn Kühlmann über die Anklage stürzen würde und es nicht zu einer grundlegenden Auseinandersetzung kommen würde. Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 29./30.6.1918, in ebd., Bd. 119, Bl. 3 und 6.

<sup>99</sup> Die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV fand am 13.4.1918 in Berlin statt. Das hier erwähnte Protokoll zur Sitzung des Gesamtverbandes am 14.4.1918 ist nicht in den Akten des ADV überliefert. Zur Sitzung des Gesamtverbandes am 14.3.1918 wurde in den Großen Saal des Künstlerhauses in Berlin eingeladen. Siehe BA-Berlin, R 8048, Bd. 203, Bl. 672 und zur hier wiedergegebenen Rede Alldeutsche Blätter 27.4.1918. Der Wortlaut von Claß' Rede ist gekürzt und mit leichten sprachlichen Abweichungen abgedruckt im Berliner Tageblatt 16.4.1918 und wiederabgedruckt als Artikel „Alldeutsche Sittenrichter“ in der Deutschen Zeitung vom 23.4.1918. Der Artikel suggerierte, dass nicht nur Richard von Kühlmann, sondern unter anderem auch der Gesandte Ulrich von Brockdorff-Rantzau nicht als würdiger deutscher Vertreter des Äußeren anzusehen seien. Siehe auch Frankfurter Zeitung 24.4.1918.

„Was von Konstantinopel bis Stockholm, von Petersburg bis London die Spatzen von den Dächern pfeifen, ist, wie wir bestimmt wissen, auch in der Berliner Wilhelmstrasse gehört worden: es dürfte also auch im Bau des B.T. in der Jerusalemer Strasse<sup>101</sup> nicht ganz fremd sein. Diese Kunde bezieht sich auf Herrn von Kühlmanns Auftreten in Bukarest, das nicht nur die deutsche Sache geschäftlich und politisch geschädigt hat, wie das bei einem politisch so unbrauchbaren Vertreter selbstverständlich ist und immer eintrat, wo er sich zeigte, sondern das auch infolge seines persönlichen Verhaltens die Würde des Reichs verletzte. Das deutsche Volk muss denen, die seine Geschäfte führen sollen, [ab]verlangen, dass sie Selbstzucht besitzen, dass sie stets daran denken, nicht beliebige Einzelmenschen zu sein, sondern Träger der Volks-Ehre und Volks-Sorgen: wer sich solcher Aufgabe unterzieht, muss rein, selbstlos und unantastbar sein – will er sich „ausleben“ in der Richtung einer gewissen „modernen Literatur“, so muss er sich den öffentlichen Dingen fernhalten; dann mag er tun, was er will, wenn er es vor seinem Gewissen verantworten kann.<sup>102</sup>

Nach unbestreitbaren Tatsachen liegen die Dinge beim derzeitigen Staatssekretär des Auswärtigen so, und man sollte denken, dass bei seiner offenbar sehr starken Neigung, sich auszuleben, ein Dasein fern von den öffentlichen Geschäften ihm erwünschter sein müsste als ein von Freund und Feind beobachtetes Leben im Reichsdienst.<sup>103</sup>

Inzwischen ist Herr von Kühlmann leicht erkrankt – wir finden, dass es viel zu lange gedauert hat, bis seine Halsentzündung aufgetreten ist<sup>104</sup>, falls die

<sup>100</sup> Anonym [Claß]: Zur Reinigung unseres öffentlichen Lebens, in *Alldeutsche Blätter* 27.4.1918.

<sup>101</sup> Das Berliner Tageblatt wurde 1872 gegründet und hatte 1919 eine Auflage von 160.000. Es galt 1918/1919 als linksliberales Blatt, dass sich für die Weimarer Demokratie einsetzte, sich gegen eine kommunistische Räterepublik positionierte, und als der DDP nahestehend wahrgenommen wurde. Theodor Wolff war von 1906–1933 Chefredakteur und prägte mit seiner politischen Berichterstattung (bis 1926 Mitglied der DDP) auch die Ausrichtung des Blattes. Der Redaktionssitz war im Mosse-Verlag in der Jerusalemer Straße 46–49 in Berlin. Siehe auch Kraus: *Die Familie Mosse und Sösemann: Theodor Wolff*.

<sup>102</sup> Im Original Auslassung [...].

<sup>103</sup> Conrad Haussmann, der zur selben Zeit im Beleidigungsprozess der Frankfurter Zeitung gegen Houston Stewart Chamberlain als Verteidiger der Anklage agierte (siehe Kapitel 3.8.), fasste zusammen: „Die Verhöhnung unseres Unterhändlers durch Abträllern einer Verleumdungsarie vor dem Vertragsgegner ist die denkbar schwerste Schädigung des deutschen Staatsinteresses. Dabei wird durch die vorgehaltene Maske sittlicher Entrüstung der abstoßende Eindruck nur gesteigert. Rohheit im Kostüme der Hoheit ist grotesk. Man ist sich im Reichstag darüber klar, daß es sich nicht um eine Entgleisung, sondern um einen Feldzug gegen sämtliche Mitglieder des auswärtigen Dienstes handelt, welche man im ‚Verdacht‘ einer einsichtigen Führung der auswärtigen Politik hat.“ *Berliner Tageblatt* 25.4.1918.

<sup>104</sup> Claß erkrankte nach seiner Rückkehr von Berlin wegen der Angelegenheit um Richard von Kühlmann selbst an einem „heftigen Influenza-Anfall“, für den sein Arzt sechs Wochen auswärtige Schonung verordnet hatte. Claß sei wegen seiner „überaus anstrengenden Tätigkeit krank geworden“ und fuhr nach kurzer Genesung am 7.5.1918 für 10–12 Tage in den Urlaub, zunächst nach München und dann in die bayerischen Berge. Schriftwart der Hauptleitung des ADV an Pfarrer Hermann, 28.4.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 203,

„diplomatisch“ sein sollte; ist sie echt, aber nicht derart, dass der Staatssekretär deshalb dauernde Erholung brauchte, so muss den massgebenden Stellen klar gemacht werden, was es heisst, in einem wichtigen Reichsamt eine so unmögliche Persönlichkeit halten zu wollen, wie Herr von Kühlmann es ist.“<sup>105</sup>

Dieselbe kurze Auslassung brachte die „Deutsche Zeitung“.<sup>106</sup> Nun ging ein Hexensabbath los, wie er selbst in unserem jüdisch-marxistisch-demokratischen Vaterlande einzigartig war. Der damalige Reichskanzler *Graf Hertling* stellte Strafantrag gegen unsere beiden Blätter<sup>107</sup>, ja er veranlasste, als Kühlmann in diesen Tagen von einer Reise zurückkehrte, einen feierlichen Empfang auf dem Bahnhof: der alte Herr hielt es für richtig, mit allen Staatssekretären den angeblich so ruchlos Verunglimpften abzuholen.

Was für jene Zeit noch kennzeichnender war als jene „grosse Geste“ des Reichskanzlers, der offenbar nicht wusste, was jeder sonst einigermaßen politisch Unterrichtete hören konnte, war das Verhalten eigentlich der gesamten deutschen Presse, die mit erheuchelter sittlicher Entrüstung über die „Deutsche Zeitung“ herfiel und ihr den Vorwurf machte, dass sie „Alkovengeheimnisse“<sup>108</sup> des Staatssekretärs preisgab, die mit seiner amtlichen Tätigkeit nicht das mindeste zu tun hätten, sondern rein persönlicher Art seien. Ich hatte den Eindruck, dass ich sofort nach Berlin müsse, um die verantwortlichen Schriftleiter der „Deutschen Zeitung“ und der „Alldeutschen Blätter“ zu schützen, und um die Abwehr der durch und durch unwahrhaftigen und gehässigen gegnerischen Angriffe in die Wege zu leiten.<sup>109</sup>

Das tat ich auch und las auf der Reise die Zeitungen, die auf den Bahnhöfen angeboten wurden. Dabei sah ich nun selbst, dass die kurze Erklärung in den „Alldeutschen Blättern“ und in der „Deutschen Zeitung“, abgesehen von den Blättern ganz rechts, die sich zurückhielten, aufs allerschärfste verurteilt wurde. Dass die Presseleute der Mehrheitsparteien dies taten, war nicht ver-

---

Bl. 713 und Ders. an August Eigenbrodt, 7.5.1918, in ebd., Bd. 204, Bl. 41. Zu den alldeutschen Angriffen auf Kühlmann dazu siehe Deutsche Zeitung 20.4.1918.

<sup>105</sup> Der abgedruckte Text ist hier von Claß gekürzt wiedergegeben.

<sup>106</sup> Anonym [Claß]: Unser Kampf, in Deutsche Zeitung 27.4.1918.

<sup>107</sup> Richard von Kühlmann stellte aufgrund des Artikels „Alldeutsche Sittenrichter“, der in der Deutschen Zeitung vom 23.4.1918 erschienen war, Strafantrag gegen die Deutsche Zeitung. Siehe Berliner Tageblatt und Deutsche Zeitung 24.4.1918.

<sup>108</sup> Ein Geheimnis, dass nicht in die Öffentlichkeit gebracht werden sollte, sondern nur durch gleichsam schamlose Indiskretion den Bereich der intimen Verschwiegenheit verließ. Alkoven (Arabisch) bezeichnet eine Bettische oder eine Seitenvertiefung des Schlafzimmers.

<sup>109</sup> Claß fuhr vermutlich am 26.4.1918 nach Berlin, blieb wegen der alldeutschen Kühlmann-Propaganda dort für zwei Tage und hoffte, dass „diese Sache den erstrebten Erfolg haben wird.“ Claß an Alfred Hugenberg, 30.4.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 203, Bl. 750. Claß litt nach Rückkehr zwischen Ende April und der ersten Maiwoche an einem „Influenzaanfall“ und musste auf ärztliche Anweisung zu Bett liegen. Erst am 6.5.1918 trat er den geplanten Erholungsaufenthalt in München für ca. 10–12 Tage an. Geschäftsstelle des ADV an Direktor Dr. Horn, 1.5.1918, in BA-Berlin, Bd. 204, Bl. 4 und Claß an N.N. 29.5.1918, in ebd., Bl. 50. Claß gab daraufhin für die Dauer der Kur die „Geschäfte“ der Alldeutschen Blätter an Leopold von Vietinghoff-Scheel und die der Deutschen Zeitung an Karl Lohmann ab. Claß an Erich Stolte, 30.4.1918, in ebd., Bd. 203, Bl. 749.

wunderlich; aber dass auch ein erheblicher Teil der nationalen Zeitungen dabei mitmachte, war schmerzlich und bewies, wie wenig diese Leute den Kampf verstanden, den wir führten, und wie schlecht sie unterrichtet sein mussten. Dagegen war vorläufig nichts zu machen. Denn ich musste den Gedanken ablehnen, den nationalen Teil dieser Pressegegner aufzuklären, da ich alles zu unterlassen hatte, was so aussah, als wenn ich meiner Sache nicht sicher wäre und um gutes Wetter anhalten wollte.

Am schmerzlichsten war es mir bei alledem, dass von allen diesen Zeitungen die „Tägliche Rundschau“ am schroffsten, ja feindseligsten über uns schrieb. Rippler sagte mir später, dies habe einer seiner Schriftleiter über seinen Kopf hinweg getan. Diese Entschuldigung war für mich bedeutungslos, denn unsere Gegner hatten die Genugtuung gehabt, dass stärkeren Beweise unserer Schlechtigkeit darauf hinweisen zu können, dass selbst die alldeutsche (!) „Tägliche Rundschau“ uns preisgegeben habe.<sup>110</sup>

In Berlin sprach ich sofort mit den beiden in Betracht kommenden verantwortlichen Schriftleitern; es waren dies *Dr. Lohan*<sup>111</sup> von der „Deutschen Zeitung“ und *Dr. Dumcke*<sup>112</sup> von den „Alldeutschen Blättern“. Ich fand beide Herren in recht gedrückter Stimmung – kein Wunder: denn es war ihnen offenbar von Berufsgenossen gehörig eingeheizt worden, und sie rechneten mit einer hohen Gefängnisstrafe.

Ich fragte, ob sie denn irgendeine amtliche Kundgebung darüber hätten, weshalb sie unter A[n]klage gestellt werden sollten, und da ergab sich, dass beide schon polizeilich kurz vernommen worden waren. Dabei hatten sie erfahren, dass lediglich die paar Worte zum Gegenstand der Anklage gemacht werden sollten, in denen es hiess, der Staatssekretär Kühlmann habe „*die Würde des Reichs verletzt*“.

Ich teilte den beiden Herren mit, was mir über die Lebensführung des deutschen Staatssekretärs in Bukarest aus zuverlässigen Quellen bekannt geworden war und sagte ihnen, dass die Beweise hierfür so sicher seien, dass eine Verurteilung ausgeschlossen sei.<sup>113</sup> Im übrigen erklärte ich ihnen, mit der Verpflichtung zu vertraulicher Behandlung, dass ich, wenn es wirklich zur Er-

<sup>110</sup> Der Chefredakteur der Täglichen Rundschau von 1896 bis 1922 und von 1924 bis 1928, Heinrich Rippler, war Mitglied des ADV und stand Claß in der Verteidigung der Verbandspolitik nahe. Er beschwerte sich frühzeitig beim Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, dass er durch eine einseitige Anwendung der Zensur in der Kriegszieldiskussion die Frankfurter Zeitung und das Berliner Tageblatt bevorzugen würde. Siehe Zimmer-Wagner: Theodor Wolff, S. 105–119.

<sup>111</sup> Max Lohan (1857–1920), Studium der Mathematik, Philosophie und Nationalökonomie, Promotion, Mitbegründer des Vereins Deutscher Studenten, 1891 zusammen mit dem Schriftsteller Paul Limann, politischer Schriftleiter der Dresdener Nachrichten, 1896 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, ab 1905 Redakteur der Hamburger Nachrichten, im Ersten Weltkrieg bis 1918 politischer Schriftleiter der Deutschen Zeitung.

<sup>112</sup> Julius Dumcke (1867–1925), Literaturhistoriker, Promotion, Schriftwart des Deutschbundes, Mitglied der Redaktion und Geschäftsleitung der Deutschbund-Blätter, 1917–1920 Hauptschriftleiter der Alldeutschen Blätter, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses und Verwalter des Archivs des ADV.

<sup>113</sup> Gemeint ist eine Verurteilung gegen Max Lohan oder Julius Dumcke.

hebung der Anklage und zur gerichtlichen Verhandlung komme, sie decken und die ganze Verantwortung auf mich nehmen wolle.

Ausserdem stellte ich in Aussicht, dass sowohl in der „Deutschen Zeitung“, wie in den „Alldeutschen Blättern“ Aufsätze erscheinen würden, die jedem, der einigermaßen verstehen wolle, klarmachen würden, was mit den Angriffen gewollt war, die ich in der genannten Vorstandssitzung gemacht hatte. Tatsächlich schrieb ich auch selbst für die Zeitung einen längeren Aufsatz<sup>114</sup>, während Freiherr von Vietinghoff dies in den „Alldeutschen Blättern“<sup>115</sup> tat. Als wir auseinandergingen, waren die beiden Schriftleiter in ganz anderer Stimmung und von der Güte der Sache durchdrungen, die sie vertreten hatten.

Am anderen Vormittag hatte ich eine Unterredung, die mich vollends überzeugte, dass, wenn wirklich Anklage erhoben würde, dies scheitern müsste.<sup>116</sup> *Hugo Stinnes*, der mir schon nach jener Vorstandssitzung geschrieben hatte, da[ss] es die höchste Zeit gewesen sei, die unhaltbaren Zustände in Bukarest öffentlich zu erörtern, hatte mich, als er die Presseangriffe gegen mich las, wissen lassen, dass er hoffe, mir bei diesem Kampfe wertvolle Unterstützung zu leisten.<sup>117</sup>

Ich suchte ihn in seinem Gasthof auf, und dort unterbreitete er mir eine Fülle von Mitteilungen über Kühlmanns Lebensführung von der Zeit ab, als er deutscher Botschafter in Konstantinopel war.<sup>118</sup> Er versicherte mir dabei, dass alles, was er sage, auf sicheren Tatsachen beruhe, für die er sofort Zeugen benannte: diese Zeugen hätten sich aus Entrüstung über Kühlmanns Verhalten ausdrücklich zur Verfügung gestellt. Der Beweisstoff häufte sich, als die Bukarester Zeit behandelt wurde; hier waren es hohe Offiziere und Beamte, die mit dem Vertreter von Stinnes für Rumänien<sup>119</sup> in ständiger Fühlung standen.

---

<sup>114</sup> Anonym [Claß]: Unser Kampf, in *Deutsche Zeitung* 27.4.1918. Claß beschimpft hier vor allem eine „alljüdische Presse“, welche den Artikel vom 23.4.1918 „verzerrt“ wiedergegeben habe und somit die *Deutsche Zeitung* zu einem „Skandalblatt“ gemacht habe.

<sup>115</sup> Leopold von Vietinghoff-Scheel: Um was es geht, in *Alldeutsche Blätter* 4.5.1918.

<sup>116</sup> Gemeint ist vermutlich der 27. oder 28.4.1918. Claß fuhr am 26.4.1918 für zwei Tage von Mainz nach Berlin.

<sup>117</sup> Hugo Stinnes hielt als Verfechter einer expansiven Kriegszielpolitik Richard von Kühlmann für die Ernennung von Georg Graf von Hertling zum Reichskanzler mitverantwortlich und kritisierte Kühlmanns fehlende Unterstützung der Kriegsziele vor allem in Belgien mit Blick auf die Kohlegruben in Longwy-Brie sowie Förderkonzessionen im Osmanischen Reich. Zudem kritisierte Stinnes die aus seiner Sicht zu wohlwollenden Friedensbedingungen Kühlmanns gegenüber Russland.

<sup>118</sup> Hugo Stinnes verurteilte Richard von Kühlmann dafür, dass er kurz nach dem Tod seiner Frau ein Verhältnis mit einer rumänischen Tänzerin anfang. Feldman: Hugo Stinnes, S. 484–490.

<sup>119</sup> Die genannte Person bleibt unklar. Hugo Stinnes entwickelte zusammen mit Albert Ballin von der HAPAG ab 1917 großes Interesse am rumänischen Erdöl aufgrund der gesteigerten Nachfrage von Dieselöl vor allem für Schiffs- und Flugzeugmotoren. Die HAPAG-Hugo-Stinnes AG wurde zum größten Einzelaktionär der am 20.12.1917 gegründeten Mineralöl-Handels- und Beteiligungsgesellschaft mbH, zu dessen Geschäftsführer Wilhelm Cuno berufen wurde. Feldman: Hugo Stinnes, S. 471–478. Zum Vertreter der Mineralölangelegenheiten wurde Leutnant Ernst Middendorf von der Kohlenzentrale in Brüssel, vom

Da ich schon vorher auf Grund der Nachrichten, die ich von unseren Leuten erhalten hatte, wusste, dass mein Angriff gegen den Staatssekretär gerechtfertigt sei, so sah ich die Lage durch die eingehenden Darlegungen von Stinnes als völlig geklärt an. Kühlmann hatte schon früher die Würde des Reichs, das er zu vertreten hatte, verletzt und hatte dies in Bukarest auf die Spitze getrieben.

In Gegenwart von Hugo Stinnes machte ich mir genaue Aufzeichnungen. Beim Auseinandergehen versicherte dieser ausdrücklich, dass ich mich auf die unbedingte Zuverlässigkeit seiner Mitteilungen verlassen könne; er liebe es wahrlich nicht, im Schmutz zu wühlen, aber in diesem Falle, in dem ein hoher Würdenträger des Deutschen Reiches den deutschen Namen so blossgestellt habe, bleibe nichts anderes übrig, als ihn zu vernichten. Die einzige Bedingung, die er hierbei stellte, war die, dass er als Gewährsmann vor Gericht nicht genannt werde. Das sagte ich ihm zu, weil ich darauf vertraute, dass die von ihm genannten Zeugen sicher seien.

Auf die Geschäftsstelle des Alldeutschen Verbandes<sup>120</sup> zurückgekehrt, schrieb ich sofort einen umfassenden Beweisantrag nieder. Dieser bezog sich nicht nur auf die Verfehlungen Kühlmanns in seiner Lebensführung, sondern auch darauf, dass jene den ihm *vorgesetzten amtlichen Stellen, sowie führenden Parlamentariern und Industriellen von zuverlässigen Gewährsmännern mitgeteilt worden waren*, und dass trotzdem gegen Kühlmann gar nichts geschehen war. Mit diesem Teil der Beweisanträge verfolgte ich die Absicht, die Notwendigkeit des öffentlichen Vorgehens gegen den Staatssekretär zu rechtfertigen. Dann zog ich Erkundigungen ein, welcher Berliner Anwalt in einem solchen Falle als geeignet in Betracht komme, und blieb schliesslich bei einem Kollegen haften, der damals in Strafsachen viel genannt wurde und bei den Gerichten in Ansehen stehen sollte.<sup>121</sup> Ich veranlasste Dr. Lohan und Dr. Dumcke, diesen Anwalt aufzusuchen und ihn zu fragen, ob er sie vertreten

---

Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft 1916, zu der auch Stinnes gewählt wurde, und als Geschäftsführer der Belgischen Verkehrsgesellschaft, ernannt. Middendorf war Generaldirektor der Deutschen Schachtbau und der Deutschen Erdöl AG. Jedoch war Stinnes zunächst dagegen, dass Middendorf von Rumänien aus die Geschäfte leitete, während Ballin, Heinrich von Riedemann und Max Warburg wiederum Middendorf unbedingt von Rumänien aus die Interessen der Mineralöl-Handels- und Beteiligungsgesellschaft koordinieren sehen wollten. Siehe Albert Ballin an Hugo Stinnes, 14.1.1918 und Hugo Stinnes an Albert Ballin, 14.1.1918 sowie Protokoll der ersten Aufsichtsratssitzung der Mineralöl-Handels- und Beteiligungsgesellschaft Hamburg vom 20.12.1917, in ACDSA, NL Stinnes, I-220-272/6, o.Bl. Stinnes war darüber hinaus über die wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten in Rumänien u.a. durch Reiseberichte von Hugo Stinnes jun. und Wilhelm Cuno, durch Kontakte zu dem Wirtschaftsexperten des Generalstabes der deutschen Militärbehörden in Rumänien, Roderich Schlubach, und 1917 durch gelegentliche Berichte der Zwangsverwaltung der Rumänischen Nationalbank von Rittmeister von Witzleben und Zivilkommissar Schnabel, gut informiert. Siehe zu letzteren ACDSA, I-220-273/2, o.Bl. und zu den Kriegsunternehmen von Stinnes in Rumänien auch Hamlin: *Germany's Empire in the East*.

<sup>120</sup> Die Geschäftsstelle des ADV war ab Mai 1918 Am Karlsbad 28 I in Berlin. Siehe Mitteilung Schriftwart der Hauptleitung des ADV, 10.5.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 204, Bl. 62.

<sup>121</sup> Die Verteidigung übernahm zunächst der Rechtsanwalt Dr. Schwindt aus Berlin.

wolle; vorher hatte ich ihnen meinen Beweisantrag vorgelesen und ihnen damit das Gefühl völliger Sicherheit verliehen.

Nun geschah das Merkwürdige: so viel die gegnerische Presse über die demnächst zu erwartende Gerichtsverhandlung<sup>122</sup> schrieb, so wenig schienen sich Staatsanwalt und Untersuchungsrichter um die Sache zu kümmern.<sup>123</sup> Es war mir auffällig, nachdem der Fall von der obersten Amtsstelle im Reich mit solcher Wichtigkeit aufgenommen worden war, dass die Vorbereitung der gerichtlichen Verhandlung allein in der einzigen kurzen polizeilichen Vernehmung der Angeklagten bestehen sollte, in der sie ihre Verantwortlichkeit zugeben hatten.

Aber auch der Verteidiger kümmerte sich um nichts. Ich hielt es deshalb bei meiner nächsten Anwesenheit in Berlin<sup>124</sup> für richtig, ihn selbst aufzusuchen, um mir den Herrn anzusehen und zu ergründen, ob er erkannt habe, von welcher Bedeutung die Sache sei. Ich fand einen sehr gewandten Kollegen, der aber von dem politischen Hintergrund des Falles keine Ahnung hatte. Als ich ihm klarzumachen versuchte, worum es sich handelte, meinte er, das erkennende Gericht würde auf das Politische überhaupt nicht eingehen, sondern nach der bekannten preussischen Übung den guten Glauben der Angeklagten „unterstellen“ und sie wegen formaler Beleidigung verurteilen.

Als ich die Hände über dem Kopf zusammenschlug und erwiderte, der Vorwurf unwürdigen Verhaltens sei doch keine formale Beleidigung, sondern eine sehr bestimmte tatsächliche Behauptung, zuckte der Herr Kollege die Achsel und meinte, „ich würde ja sehen“, – jedenfalls wolle er sich in der Hauptsache darauf einrichten, das Strafmaß möglichst gelinde zu gestalten.

Ich schied von ihm mit dem Eindruck, dass bei dieser Verständnislosigkeit für das Wesen unseres Angriffs die Auseinandersetzung vor Gericht ihren Zweck verfehlen müsse, wenn der Verteidiger die Sache lediglich als eine landläufige angebliche Beleidigung auffasse. Deshalb nahm ich mir vor, ohne Rücksicht auf die Kosten meinen Herren noch einen Anwalt zur Seite zu stellen, der ganz in unseren Bestrebungen lebte und den politischen Teil so gut behandeln würde, wie ich selbst, wenn ich die Verteidigung hätte übernehmen können.

---

<sup>122</sup> Der Prozess am Landgericht I (7. Strafkammer) in Berlin wurde für den 4.7.1918 festgesetzt zu dem 20 Zeugen unter anderem Claß geladen wurden. Siehe Nordhauser Zeitung 27.6.1918 und Frankfurter Zeitung 27.6.1918. Nach der ersten Verhandlungssitzung, die weniger als eine Stunde dauerte, wurde der Prozess zur Ladung weiterer Zeugen vertagt. Zudem sollte der ehemalige rumänische Ministerpräsident Peter Carp in Bukarest befragt werden. Frankfurter Zeitung 5.7.1918.

<sup>123</sup> Die Verhandlung wurde von Landgerichtsdirektor Justizrat Westermann geleitet und die Anklage durch die Staatsanwälte Rhode und Gutjahr vertreten. Generalstaatsanwalt Dr. Plaschke und Landgerichtspräsident Dr. Eichner waren bei der Verhandlungseröffnung anwesend. B.Z. am Mittag 4.7.1918.

<sup>124</sup> Claß kam am 4.6.1918 nach Berlin und kehrte vor dem 7.6.1918 wieder zurück. Leopold von Vietinghoff-Scheel an Claß, 29.5.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 204, Bl. 137 Schriftwart der Hauptleitung an Leutnant Weinmann, 7.6.1918, in ebd., Bl. 160.

Das konnte niemand anderes sein als Rechtsanwalt *Dr. Alfred Jacobsen*<sup>125</sup> in Hamburg, der als Gesinnungsgenosse ebenso bewährt war wie als Anwalt.<sup>126</sup> Ich drahtete ihm, er möchte so schnell wie irgend möglich in dringender Sache nach Berlin kommen. Das tat er, nachdem ich ihm den Sachverhalt auseinandergesetzt und unsere Beweismittel bekannt gegeben hatte, erklärte er sich gern bereit, die Mitverteidigung zu übernehmen. Er werde, wenn ich dem Berliner Herrn die Sache beigebracht hätte, von sich aus den Vorschlag machen, dass jener den juristischen Teil bei der Verteidigung übernehmen möge, während ihm selbst das Politische und die Beweisführung vorbehalten bleibe.

Die beiden Angeklagten waren sehr damit einverstanden, dass Jacobsen zugezogen würde, ja sie hatten offenbar beide ein Gefühl der Entlastung, da ihnen ihr Berliner Verteidiger ebenfalls den Eindruck vollkommener politischer Ahnungslosigkeit gemacht hatte. Dieser war sehr zufrieden damit, dass ihm das Politische abgenommen werden sollte: er fürchtete offenbar, dass ihm etwas zugemutet würde, was ihn den Spitzen des Staates gegenüber in ein unangenehmes Licht setzen werde.

Insoweit war also die Sache in Ordnung. *Stinnes*, der aus innerstem Gefühl heraus es für eine vaterländische Pflicht hielt, Kühlmann beseitigen zu helfen, lieferte noch weiteren Beweisstoff, so dass wir wohl vorbereitet zur ersten gerichtlichen Tagfahrt schreiten konnten, die auf den 4. Juli 1918 in Moabit vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I angesetzt war.

Die gegnerische Presse hatte die Sache vorher schon als „Sensation“ aufgemacht, und so war es kein Wunder, dass der Gerichtssaal überfüllt war, und dass die wichtigsten Zeitungen des Inlandes und des neutralen Auslandes ihre Vertreter entsandt hatten.

In dieser Verhandlung hatte das Gericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft ausser Herrn *von Kühlmann* noch zwei oder drei Herren geladen, die ihm für seine Bukarester Tätigkeit ein gutes Leumundszeugnis ausstatten sollten; daneben war ich selbst als Zeuge geladen und natürlich auch erschienen.<sup>127</sup> Am

<sup>125</sup> Alfred Jacobsen (1861–1929), Promotion, Rechtsanwalt in Hamburg, Mitglied der Deutsch-Sozialen Partei, Mitglied der christlichen Loge „Zu den drei Rosen“, Vorsitzender der Deutschen Vereinigung, 1918 Beteiligung an der Verteidigung Houston Stewart Chamberlains durch Claß im Prozess gegen die Frankfurter Zeitung, 1919–1931 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft für die DNVP, führendes Mitglied des DvSTB (1919–1922/23), 12./13.3.1920 Beteiligung am Kapp-Putsch.

<sup>126</sup> Alfred Jacobsen hatte eine gemeinsame Rechtsanwaltskanzlei mit Dr. Barnbrock in der Spitalerstraße 11 in Hamburg (bis 1917 auch noch zusammen mit Dr. Raeke).

<sup>127</sup> Die Liste der anwesenden Zeugen umfasste Claß, Generaldirektor Rud. Nollenberg, Direktor der Deutschen Bank, Emil Georg von Stauß, Kommerzienrat Dr. Friedrich aus Potsdam, Direktor Dr. Georg Solmssen aus Köln, Major von Kessler, Direktor im Auswärtigen Amt, Gesandter Frederic von Rosenberg, Major Graf von Praschma, Richard von Kühlmann, Legationssekretär der bayerischen Gesandtschaft im Vatikan, Hans Freiherr von Gebattel, Leutnant Herbert Anselm, Legationsrat Leopold von Hoesch, der bei den Verträgen von Brest-Litowsk vom 3.3.1918 und Bukarest zwischen Rumänien und den Mittelmächten vom 7.5.1918 mitverhandelte, Chauffeur Gefreiter Knoll, Chauffeur Walter Rademacher, Motorschlosser Paul Wiese, Vizekanzler Friedrich von Payer und Rittmeister Horstmann. Deutsche Tageszeitung 4.7.1918.



Abend vorher hatte ich noch eine lange Aussprache mit Jacobsen, in der verabredet wurde, wie wir vorgehen wollten.<sup>128</sup>

Als ich in Moabit zum Anwaltszimmer ging, um dort abzulegen, traf ich unseren Berliner Verteidiger; der nahm mich in eine Ecke und sagte mir bedenklich: „Herr Kollege, Sie werden als Zeuge in eine schwierige Lage kommen. Haben Sie sich überlegt, was Sie machen werden? Wollen Sie das Zeugnis verweigern – ganz oder auf einige Fragen hin?“ Ich antwortete ruhig, ja heiter: „Wo denken Sie hin? Ich werde die ganze Verantwortung auf mich nehmen und beide Angeklagten decken. Ich werde aussagen, dass ich die beiden Aufsätze unter Mitwirkung anderer Gesinnungsgenossen verfasst habe, die ich nicht nennen werde, *dass aber die unter Anklage gestellten paar Worte von mir geschrieben sind*. Weiter: dass ich den beiden Angeklagten die Aufsätze mit der Weisung übergeben habe, sie zu veröffentlichen, und dass sie an meine Anweisung gebunden gewesen sind.“

Da strahlte der Berliner Anwalt über das ganze Gesicht und meinte, dann ist ja die Freisprechung so gut wie sicher. Ich sagte ihm noch, dass es mir trotzdem auf den politischen Erfolg ankäme, und dass ich ihn dringend bäte, mit Jacobsen dahin zu wirken, dass die Beweisaufnahme in vollem Umfange beschlossen werde.<sup>129</sup> Dann gingen wir in den Sitzungssaal, wo Herr von Kühlmann bereits anwesend war.

Nun war es tragikomisch, dass dieser schon als Staatssekretär abgänglich war; sein Rücktritt erfolgte am 9. Juli auf Drängen der Obersten Heeresleitung, weil er am 24. Juni im Reichstag über den Krieg geäußert hatte, dass „durch rein militärische Entscheidungen allein, ohne alle diplomatischen Verhandlungen ein absolutes Ende kaum erwartet werden könne.“<sup>130</sup>

Durch diese Vorgänge hatte die gerichtliche Auseinandersetzung von ihrer Bedeutung nichts verloren. Mochte man auch damit rechnen, dass Kühlmann erledigt sei, so kam es für die „Deutsche Zeitung“ und den „Alldeutschen Verband“, nicht minder aber für mich als denjenigen, der für beide allgemein als verantwortlich angesehen wurde, darauf an, *durch die Beweisaufnahme bestätigt zu bekommen, dass unser Kampf politisch geboten und sittlich gerechtfertigt war*.

In der Verhandlung regte der Vorsitzende die Frage an, ob die Angelegenheit nicht durch einen Vergleich erledigt werden könne, womit hier nur gemeint sein konnte, dass die Angeklagten eine Ehrenerklärung zu Gunsten

---

<sup>128</sup> Claß fuhr am 27.6.1918 wegen der Vorladung als Zeuge zur Verhandlung nach Berlin und wollte 8–10 Tage bleiben. Claß an Seminardirektor Hölscher, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 204, Bl. 245.

<sup>129</sup> Siehe auch Beweisanträge Adolf Jacobsen, 1.7.1918, in BA-Berlin, R 703, Bd. 143, Bl. 18–20.

<sup>130</sup> Richard Kühlmann betonte am 24.6.1918 im Reichstag, dass angesichts des Ausmaßes des Krieges und der Anzahl der beteiligten Mächte allein ein militärischer Ausgang ohne diplomatische Verhandlungen kaum möglich sein werde. Siehe Verhandlungen des Reichstags, Bd. 313, 179. Sitzung vom 24.6.1918, S. 5607–5612. Siehe auch zur folgenden Entschließung des ADV Werner: Der Alldeutsche Verband, S. 270–271 und Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 29./30.6.1918, in Alldeutsche Blätter 6.7.1918.

Kühlmanns abgeben sollten.<sup>131</sup> Für den Stimmungsumschwung bei Dr. Lohan und Dr. Dumcke, der eingetreten war, als sie sahen, über wie erschöpfenden Beweisstoff ich verfügte, und in welchem Umfang ich für ihre Verteidigung sorgte, ist die Antwort bezeichnend, die ersterer zugleich im Namen seines Mitangeklagten abgab; sie lautete:

„Uns liegt nichts daran, hier vor dem feindlichen Auslande schmutzige Wäsche zu waschen. Vor allem liegt es uns ganz fern, wie die Herrn von Kühlmann ergebene Presse behauptet hat, Alkovengeheimnisse<sup>132</sup> aufzudecken. Ich bin auch der Ansicht, dass es am *allerwenigsten* im Interesse unseres Vaterlandes, im Interesse unserer Diplomaten und im Interesse des Auswärtigen Amtes liegt, dass hier die Verhandlungen bis zu Ende geführt werden. Also ich persönlich würde sehr gern meine Hand reichen, damit diese unangenehmen Dinge vor der Öffentlichkeit nicht verhandelt werden. Aber der politische Effekt, des Artikels, der in Frage steht, und den ich zu verantworten habe, geht dahin, *Herrn von Kühlmann als einen Schädling zu beseitigen*. Wenn ich die Gewähr, die sichere Bürgschaft habe, dass morgen, übermorgen oder in absehbarer Zeit Herr von Kühlmann zurücktritt, dann bin ich sehr gern bereit, dem *Privatmann* Herrn von Kühlmann eine Erklärung abzugeben, dass mir jede Beleidigung dieses Privatmannes fernegelegen hat. A[b]er wie gesagt, ich muss die Bürgschaft haben, dass die Wirkung des Artikels eintritt.“<sup>133</sup>

Nach dieser Erklärung musste in die Verhandlung eingetreten werden; sie hat damals grosses Aufsehen erregt, und von neuem ging die Hetze los, die Alldeutschen wollten einen hohen Beamten dadurch unmöglich machen, dass sie seine Lebensführung ausserhalb des Dienstes der Öffentlichkeit preisgäben. Damals kam es nach Dr. Loha[n]s Antwort aber noch anders. Zunächst gab es ein kurzes Vorgeplänkel darüber, ob in öffentlicher oder nicht öffentlicher Sitzung verhandelt werden sollte. Die Staatsanwaltschaft beantragte den Ausschluss der Öffentlichkeit, die Verteidigung dagegen vertrat die Notwendigkeit, öffentlich zu verhandeln. Das Gericht gab dem Antrag der Staatsanwaltschaft statt, so dass die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde.<sup>134</sup> Dann erhob sich Jacobsen und verlas seine Beweisanträge, die nach jedem einzelnen Satze

<sup>131</sup> Deutsche Tageszeitung 4.7.1918 und Vorwärts 5.7.1918. Georg Graf Hertling hatte ebenso einen Vergleich angeregt, der „Herrn von Kühlmann vollständig befriedigt.“ Telegramm an Friedrich von Payer, 2.7.1918, in BA-Berlin, R 703, Bd. 143, Bl. 25.

<sup>132</sup> Intime Geheimnisse. Im sprachlich leicht veränderten Abdruck der Aussage von Max Lohan in der Deutschen Zeitung 4.7.1918 ist stattdessen von „Bettlakengeheimnissen“ die Rede.

<sup>133</sup> Siehe zur Erklärung von Max Lohan auch den sprachlich leicht veränderten Abdruck in Deutsche Zeitung 4.7.1918 und Norddeutsche Allgemeine Zeitung 4.7.1918. Der Mitangeklagte Dr. Julius Dumcke beschwerte sich in einer öffentlichen Erklärung, dass Max Lohans Erklärung in der Presse falsch wiedergegeben worden sei, gab dann aber den gleichen Wortlaut wieder. Siehe Julius Dumcke an die Mitglieder der Hauptleitung und des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV [1.7.1918], in BA-Berlin, R 8048, Bd. 416, Bl. 147–149 und Alldeutsche Blätter 13.7.1918.

<sup>134</sup> Die Öffentlichkeit wurde wegen „Gefährdung der Staatssicherheit“ für den weiteren Verlauf der Verhandlung bis auf den Vortragenden Rat in der Reichskanzlei Regierungsrat Otto von Schlieben als Vertreter des Reichskanzlers ausgeschlossen. Gegen den Ausschluss der

auch die Zeugen benannten.<sup>135</sup> Es war offenbar, dass die unerhörten Tatsachen der Anträge und die Bedeutung der dafür benannten Zeugen auf das Gericht und die Zuhörer, denen das Verbleiben im Saale gestattet worden war, einen ausserordentlichen Eindruck machten, und mancher mochte die Frage aufwerfen, ob es nicht sehr voreilig von dem alten Reichskanzler, dem *Grafen Hertling*, gewesen sei, einen Mann, von dem solches ernsthaft behauptet wurde, so feierlich empfangen und zu seinem Schutze die Staatsanwaltschaft in Bewegung gesetzt zu haben. Die Ausführungen, mit denen Jacobsen die Erheblichkeit seiner Beweisanträge begründete, waren, wie mir berichtet wurde, sehr wirksam, und das Gericht beschloss, die meisten davon zuzulassen. Ja es ging so weit, auch die Anträge zuzulassen, die sich darauf bezogen, dass vorgesetzte Stellen des Staatssekretärs, sowie führende Parlamentarier und Industrielle von seiner Anstoss erregenden Lebensführung unterrichtet worden waren, ohne dass von irgendeiner Seite etwas gegen ihn unternommen wurde.

Zweifellos war dieses Ergebnis ein vorläufiger Sieg der Angeklagten und der von uns vertretenen Sache. Aber was wurde daraus gemacht! Die ganze gegnerische Presse fand sich wie auf eine einheitlich gegebene Losung darin zusammen, dass die Angeklagten und die hinter ihnen stehenden Gegner Kühlmanns erst nach dem grossartigen und stolzen Entschluss des Reichskanzlers, Strafantrag zu stellen, mit Mühe und Not ihre Beweise zusammengesucht hätten und nun erst in der Hauptverhandlung mit ihren Anträgen heraussrückten – offenbar nur, um das Strafverfahren zu verschleppen. Man erinnere sich daran, dass die Angeklagten von keinem Untersuchungsrichter vernommen worden waren, da die Staatsanwaltschaft gar keine Voruntersuchung beantragt hatte. So war es den Angeklagten nicht möglich, einem Richter ihre Beweise zu unterbreiten, und die Verteidiger stellten sich auf den Standpunkt, als darüber gesprochen wurde, wenn die Staatsanwaltschaft die Sache so betreibe, habe man keine Veranlassung, bei dem erkennenden Gericht vor der Verhandlung Schriftsätze mit Beweisanträgen einzureichen. Es ist kein Zweifel, dass, soweit von Schuld überhaupt gesprochen werden konnte, sie bei der Staatsanwaltschaft lag, nicht aber bei den Angeklagten und Verteidigern.

Zu diesem Vorwurf kam noch der neue, man sehe ja aus der Erklärung von Dr. Lohan, dass es dem Alldeutschen Verbands nur darauf ankomme, den verhassten Staatssekretär zu stürzen, und dass er nur zu diesem Zwecke Vorgänge aus seinem nichtamtlichen Leben herangezogen habe. Wir setzten uns gegen diese neuen Angriffe zur Wehr und warteten den Fortgang des Rechtsstreites mit aller Ruhe ab, die uns die Gewissheit gab, alle Beweise für Kühlmanns Verhalten in der Hand zu haben.

Wegen der Beweiserhebung, die ihre Schwierigkeiten hatte, weil ein Teil der Zeugen in Rumänien und der Türkei vernommen werden sollte, während

---

Öffentlichkeit sprachen sich Dr. Schwindt und Alfred Jacobsen aus. Frankfurter Zeitung 5.7.1918.

<sup>135</sup> Siehe zum Prozessbeginn Deutsche Tageszeitung 4.7.1918.

das Gericht die wichtigsten an Ort und Stelle selbst hören wollte, diese aber wegen ihrer dienstlichen Verrichtungen im Felde vorerst unabhkömmlich waren, war es nicht möglich, sofort einen neuen Termin zu bestimmen.<sup>136</sup> Dieser sollte erst anberaumt werden, sobald die auswärtigen Vernehmungen durchgeführt wären und die Sicherheit bestünde, dass die anderen Zeugen in Berlin auch wirklich vor Gericht erscheinen könnten. Hierdurch war ganz gewiss die Erledigung auf die lange Bank geschoben – wiederum nicht durch die Schuld des Alldeutschen Verbandes oder der Angeklagten, sondern durch die Tatsache, dass die Beweisaufnahme während des Krieges solche Schwierigkeiten bot.

Wenige Tage nach dem Berliner Termin erfolgte der Rücktritt Kühlmanns, der sich politisch unmöglich gemacht hatte.<sup>137</sup> Es wurde mir damals von Herren, die die entsprechenden Beziehungen hatten, versichert, dass sein Ausscheiden doch auch durch unsere Beweisanträge mitveranlasst worden sei. Wenn dem so wäre, so hätten wir die Genugtuung haben können, am Sturze dieses unheilvollen Mannes mitgewirkt zu haben.

Zu einer Beweisaufnahme kam es nicht – wiederum ohne unsere Schuld. Entweder hatte die Staatsanwaltschaft infolge der Entlassung des Staatssekretärs den Eifer verloren oder die Zeugen waren in ihren dienstlichen Geschäften nicht abkömmlich. Darüber kam der Novembersturz mit der allgemeinen Amnestie, und das Verfahren wurde niedergeschlagen. So gewiss es ist, dass mir dadurch viel Arbeit erspart wurde, so bedauerte ich es doch, dass wir unseren Gegnern aller Richtungen nicht den Nachweis liefern konnten, dass wir mit Fug und Recht, ja aus innerem Zwange Kühlmann hatten angreifen müssen. Dessen Schutzherr, der alte Graf Hertling<sup>138</sup>, war übrigens inzwischen ja auch aus seinem Amte geschieden und durch Prinz Max von Baden<sup>139</sup> ersetzt worden.

<sup>136</sup> Adolf Jacobsen beantragte zur Beweisaufnahme u. a. die Anhörung bzw. Auskunft über Richard von Kühlmann durch Leutnant von Witzleben (Bukarest), Kapitän Amandus Breckwoldt (Landesrat für die Donauschiffahrt Bukarest), Kommerzienrat Dr. Friedrichs, Friedrich von Payer sowie Karl Hellferich, die alle über vermeintlich unsittliche Aufenthalte von Kühlmanns in Bukarest berichten sollten. Auch sollten Beschwerden von Gustav Stresemann an den Reichskanzler herangezogen werden. Jacobsen beantragte in dem Beleidigungsprozess zudem die Überprüfung von Kühlmanns Tätigkeit in Konstantinopel und den Niederlanden. Beweisanträge Adolf Jacobsen, 1.7.1918, in BA-Berlin, R 703, Bd. 143, Bl. 18–20. Die Liste der zu befragenden Zeugen wurde bereits kurz nach Antragstellung von Jacobsen erweitert. Beweisanträge Adolf Jacobsen, 3.7.1918, in ebd., Bl. 21–24.

<sup>137</sup> Richard von Kühlmann war vom 5.8.1917–9.7.1918 Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

<sup>138</sup> Richard von Kühlmann fühlte sich dem Reichskanzler Georg Graf von Hertling politisch verbunden und besprach sich vertrauensvoll mit ihm. „An sich war Hertlings Ernennung implicite eine Anerkennung des Gedankens der Parlamentarisierung, für den ich seit meinem Amtsantritt eingetreten war, da ich darin das einzige Mittel sah, um auf die Dauer ein reibungsloses Funktionieren der Regierungsmaschine zu sichern. [...] Ich sah den neuen Kanzler durchschnittlich mindestens einmal am Tage, und unsere Gespräche ergaben stets völlig Einigkeit.“ Kühlmann: *Erinnerungen*, S. 511–512. Zum weiteren Verhältnis bis zum Ausscheiden Kühlmanns aus dem Amt siehe auch ebd., S. 569–581.

<sup>139</sup> Prinz Maximilian von Baden (1867–1929), letzter Thronfolger des Großherzogtums Baden und 1918 Deutscher Reichskanzler, Beendigung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges

In diesem Falle habe ich so recht erlebt, wie schwierig es infolge der Abhängigkeit der deutschen öffentlichen Meinung von einer aufs äusserste unsachlichen Presse war, einen guten und notwendigen politischen Kampf zu führen. Dazu kam, dass Kühlmann bei den jüdischen Zeitungsleuten in ausgesprochenem Masse beliebt war und deren Schutz genoss.<sup>140</sup> Ich war mir von Anfang darüber klar, dass ich in dieser Sache einen schweren Gang zu tun hatte – aber er war um ein vielfaches schwerer, als ich mir vorgestellt hatte. Gleichwohl habe ich nie bereut, diesen Kampf auf mich genommen zu haben. Ich hatte nach dem ersten Gerichtstermin in Berlin das Gefühl, in Ehren bestanden zu haben.

Mehrere Jahre [später], nachdem diese Darstellung des *Falles Kühlmann* niedergeschrieben war, erhielt ich durch einen Gesinnungsgenossen, der Gelegenheit gehabt hatte, die Akten der Staatsanwaltschaft durchzuarbeiten, bis ins einzelste gehende Mitteilungen über das Verfahren. Nach ihnen ist sicher, dass der *Vizekanzler von Payer* in Vertretung des Reichskanzlers Grafen [sic] Hertling den Strafantrag gestellt und diese Tatsache sofort durch die Presse der Öffentlichkeit hatte bekannt geben lassen.<sup>141</sup> Die Staatsanwaltschaft war offenbar *sehr ungen* an die Sache herangegangen; aber nachdem die Öffentlichkeit von Payers Strafantrag unterrichtet war, musste sie wohl oder übel vorgehen. Ihr scheinbar zurückhaltendes Verfahren ist mir jetzt ganz erklärlich, soweit sie es den Angeklagten gegenüber einhielt, auch soweit sie nur die paar Worte von der „*verletzten Würde des Reiches*“ unter Anklage gestellt hatte. Tatsächlich hatte sie eine umfassende Tätigkeit entfaltet, von der weder dem Angeklagtem noch den Verteidigern etwas bekannt werden konnte. Sie hatte durch beste Kriminalbeamte in Bukarest und Konstantinopel Nachforschungen angestellt, die sich auf die in den Alldeutschen Blättern und der Deutschen Zeitung erhobenen Vorwürfe gegen Kühlmann bezogen. Sie hatte dies sogar schon getan, bevor Rechtsanwalt Dr. Jacobsen in der Sitzung der 7. Strafkammer des Landgerichts I. in Berlin vom 4. Juli 1918 den von mir ausgearbeiteten Beweis-antrag eingebracht und begründet hatte. Das Ergebnis der kriminalpolizeilichen Vernehmungen war schon Ende Mai 1918 so, dass die Staatsanwaltschaft *dem Preussischen Justizministerium berichtete, es sei zweifelhaft, ob eine Verurteilung der Angeklagten zu erreichen sei*. Ja im Juli unterbreitete sie dort, nachdem die Vernehmungen weiter fortgeschritten waren *und [sie] alles bestä-*

---

und Durchsetzung der am 26.10.1918 erfolgten Entlassung Erich von Ludendorffs, 28.10.1918 Inkraftsetzung der Verfassungsänderungen, nach denen der Reichstag Machtbefugnisse im Hinblick auf Regierungsernennung sowie Kriegs- und Friedensschluss erhielt, 9.11.1918 eigenmächtige Verkündung der Abdankung Wilhelms II. sowie des Thronverichts des Kronprinzen.

<sup>140</sup> Gemeint ist vor allem die Frankfurter Zeitung.

<sup>141</sup> Friedrich von Payer beantragte seine Teilnahme am Beleidigungsprozess, bekam sie auch vom Reichskanzler gewährt und war am 4.7.1918 als Zeuge geladen. Ladung Friedrich von Payer zum 4.7.1918, Erster Staatsanwalt Oberstes Landgericht Berlin, 29.6.1918, in BA-Berlin, R 703, Bd. 143, Bl. 17. Zu Richard von Kühlmans Rücktritt siehe auch Payer: Von Bethmann Hollweg bis Ebert, S. 59–71 und Baden: Erinnerungen und Dokumente, S. 278–279.

*tigt [hatte]*, was von den Angeklagten, genau gesagt, von mir, unter Beweis gestellt war, den Vorschlag, *den Strafantrag zurückzuziehen. Das hiess also, dass alle Behauptungen über die Lebensführung des früheren Botschafters und damaligen Staatssekretärs von Kühlmann bewiesen waren*, und damit stand, wie behauptet, fest, dass er „*die Würde des Reiches verletzt*“ hatte. Da zu der Zeit, wo Kühlmann aus seinem Amte entlassen wurde – 9. Juli 1918 – ein guter Teil des Beweisergebnisses in Berlin schon bekannt war, ist es gewiss, *dass die Entlassung nicht nur durch das Verlangen der Obersten Heeresleitung, sondern auch durch die Angriffe der Deutschen Zeitung und der Alldeutschen Blätter veranlasst war.*<sup>142</sup> Sicher ist es auch, dass es für Kühlmann ein Glück war, dass die Fortführung des Verfahrens durch die Amnestie abgeschnitten wurde.<sup>143</sup>

Ich erkläre, dass ich, soweit ich in meiner oben gegebenen Darstellung das *Verfahren der Staatsanwaltschaft bemängelt habe*, dies nicht nur nicht aufrecht erhalte, *sondern ihr Verfahren als mustergültig anerkenne.*

Mir wird man es nachempfinden können, wie gross meine Genugtuung war, als ich das Ergebnis der erhobenen Beweise erfuhr und so bestätigt bekam, dass der Kampf gegen Kühlmann sittlich und politisch gerechtfertigt und notwendig war.

Die letzte Frage ist freilich noch ungeklärt, wie es geschehen konnte, dass weder dem Grafen Hertling noch dem Vizekanzler Payer die von verschiedenen Seiten erstatteten Berichte über Kühlmanns unmögliche Lebensführung vorenthalten worden waren.<sup>144</sup>

### 3.7. Kirdorf und Stinnes

Im vorgerückten Frühjahr des Jahres 1918 erhielt ich einen handschriftlichen Brief von *Hugenberg*<sup>145</sup>, in dem er den Wunsch aussprach, mich mög-

<sup>142</sup> Der Alldeutsche Verband setzte auch nach dem Rücktritt von Richard von Kühlmann die Angriffe gegen ihn fort. So habe Kühlmann u. a. am 9.10.1917 behauptet, dass der einzige Hinderungsgrund für einen Frieden Frankreichs Anspruch auf Elsass-Lothringen sei, gegen dessen Abtretung sich Kühlmann scharf ausgesprochen haben soll. Im Kreis von Vertrauten jedoch, so die Unterstellung, habe Kühlmann Elsass-Lothringen als das „beste Kompensationsgebiet“ bezeichnet. Deutsche Zeitung 16.7.1918.

<sup>143</sup> Der Prozess wurde aufgrund des Amnestie-Erlasses der Volksbeauftragten vom 12.11.1918 eingestellt. Reichsgesetzblatt Nr. 153, 12.11.1918, S. 1303. Richard von Kühlmann legte daraufhin Beschwerde beim Kammergericht Berlin ein. Deutsche Zeitung 14.3.1919 und Alldeutsche Blätter 12.4.1919. Der Abschluss des Verfahrens wurde am 21.3.1919 endgültig bestätigt. Landgericht Berlin, Strafkammer 7 an Dr. Schwindt, 21.3.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 416, Bl. 157.

<sup>144</sup> Georg Graf Hertling und Friedrich von Payer schienen versucht zu haben, die Verleumdungen gegen Richard von Kühlmann zwecks einer geordneten Amtsführung der Regierung möglichst aus der Öffentlichkeit herauszuhalten. So auch bei Kühlmanns Rücktritt vom 8. auf den 9.7.1918. Telegramm Georg Graf Hertling and Friedrich von Payer, 8.7.1918, in BA-Berlin, R 703, Bd. 143, Bl. 30–32.

<sup>145</sup> Der Brief von Alfred Hugenberg an Claß ist nicht in den Akten des ADV zum allgemeinen Schriftwechsel 1918 (BA-Berlin, R 8048, Bd. 203 und 204), zu Alfred Hugenberg (ebd.,

lichst bald in Berlin oder, wenn ich in der nächsten Zeit dort nichts zu tun hätte, in Essen zu sprechen. Es handele sich um eine Sache, die die ganze bisherige Einigkeit in der Schwerindustrie ernstlich gefährde, und er könne sich nicht vorstellen, wie man weiterarbeiten solle, wenn der „Zentralverband“ in zwei feindliche Gruppen zerfalle, von denen die eine *Kirdorf* folge, die andere zu *Stinnes* stehe.<sup>146</sup> Er selbst werde dann ziemlich einflusslos in der Mitte ste-

Bd. 395), zu Emil Kirdorf (ebd., Bd. 411) oder im Hugenberg-Nachlass NL 1231 im BA-Koblenz überliefert.

<sup>146</sup> Gemeint ist der Centralverband deutscher Industrieller, dessen Direktoriumsmitglied Emil Kirdorf von 1900–1919 und dessen stellvertretender Vorsitzender er von 1904–1908 war. Alfred Hugenberg war ab 1911 Direktoriumsmitglied. Auch der 1908 gegründete Zechenverband, den Hugenberg von 1912–1925 führte, sprach sich verstärkt im Zuge des Hilfsdienstgesetzes von 1916 und noch im Sommer 1918 gegen eine Anerkennung der Gewerkschaften als gleichberechtigte Partner aus. Osthold: *Geschichte des Zechenverbandes*, S. 221–260 und Weber: *Gescheiterte Sozialpartnerschaft*, S. 128–135. Kirdorf leitete die seinerzeit größte Kohlegesellschaft Europas und hatte sich bereits 1905 durch scharfe Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften einen kompromisslosen Ruf („Herr-im-Hause“) erworben. Die Wahrung „gemeinsamer Interessen“ der verschiedenen industriellen Vereinigungen, wie in der Satzung des CDI im Oktober 1916 erneut festgelegt, stand nun in Frage. Satzung CDI 1916, in ACDSA, I-220–013/2, o.Bl. Noch im Dezember 1917 war man sich im CDI weitgehend darüber einig, dass die gegenwärtigen Bemühungen der Gewerkschaften für ihre Anerkennung in Fragen des Arbeitsnachweises, Ernährungsversorgung, Lohnpolitik, Arbeitszeit und Demobilmachung nach dem Krieg letztlich für das Ziel der „Kampforganisationen der Arbeitnehmer“ arbeiten, die „wirtschaftliche und soziale Stellung des Arbeitgebers zu schwächen“, da immer weitere Forderungen durch die Gewerkschaften gestellt würden. Man müsse überhaupt der Steigerung des Einflusses durch die sich abzeichnende Parlamentarisierung entgegenstehen und die bürgerlichen Parteien müssten sich dem Einfluss der Massen weiterhin entziehen. So der CDI: *Denkschrift über die Errichtung von Arbeitskammern*, Dezember 1917, in ebd., I-220–014/1, o.Bl. Auch Ferdinand Schweighoffer stellte durch Rundschreiben klar, dass sich CDI und BdI seit Oktober 1917 schärfstens gegen „staatssozialistische Tendenzen“ ausgesprochen haben. Rundschreiben Ferdinand Schweighoffer, 28.2.1918, in ebd., o.Bl. Die von Hugenberg erwähnte Spaltung in der Frage der verstärkten Anerkennung der Gewerkschaften des CDI hätte 130 Mitglieder betroffen. Davon im Direktorium Kirdorf, Hugenberg, Anton von Rieppel, Wilhelm von Siemens, Kurt Sorge, Ferdinand Schweighoffer, im Ausschuss u.a. Wilhelm Beukenberg, bei den Stellvertretern der Ausschussmitglieder u.a. Paul Reusch sowie die weiteren hinzugewählten Mitglieder u.a. Wilhelm Hirsch, Ernst von Borsig, Hans von Loewenstein zu Loewenstein, Paul Meesmann als Geschäftsführer des Mittelrheinischen Fabrikantenvereins Mainz (und Vater von Otto Meesmann) und der süddeutschen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller sowie letztlich Stinnes. Siehe dazu Verzeichnis der Mitglieder des Centralverbandes deutscher Industrieller (Januar 1918), in ebd. Der CDI zählte insgesamt 450 Einzelmitglieder sowie zahlreiche körperschaftliche angeschlossene Vereine zur Wahrung industrieller Interessen einschließlich Handelskammern und Berufsgenossenschaften. So saßen neben Hugenberg als Vertreter für die Handelskammer Essen sowie für den Verein für bergbauliche Interessen Bezirk Dortmund und Kirdorf für das Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat auch andere Alldeutsche, wie Max Wildgrube für den Industrieausschuss des konservativen Landvereins Kgr. Sachsen, der 1911 eine Fabrik in Dresden übernahm, oder Rieppel für den Gesamtverband deutscher Metallindustrieller in den Vertretungen des CDI. Dem Ausbau der Organisation des CDI während des Krieges entsprach auch die Gründung des Kriegsausschusses der deutschen Industrie 1914, in dem Kirdorf, Hugenberg und Stinnes eng zusammenarbeiteten, sowie der zum Januar/Februar 1918 im Zusammenschluss mit dem BdI gegründete Deutsche Industrierat, die einen weitere Konzentration industrieller Interessen anzeigte und den Einfluss auch von Hugenberg ausbauen sollte, der mit Stinnes als eines von ins-

hen.<sup>147</sup> *Denn Kirdorf und Stinnes stünden sich in schroffstem Gegensatz gegenüber*, den auszugleichen bisher niemand fertiggebracht habe. Das Nähere müsse er mir bei der gewünschten Zusammenkunft darlegen, damit ich die Bedeutung dieser schmerzlichen Angelegenheit kennenlerne. Ich teilte Hugenberg mit, wann ich in Berlin sei; bei unserer Begegnung<sup>148</sup> berichtete er dann folgendes:

gesamt 60 Mitgliedern ernannt wurde. Siehe Mitgliederliste des Deutschen Industrierates nach der ersten Sitzung am 16.2.1918, in ACDSA, I-220-014/2, o.Bl. Die Angelegenheit war somit auch für Claß von großer Bedeutung. Zumal der seit 1914 forcierte Ausbau eines eigenen deutschen Nachrichtendienstes von schwerindustriellen Vertretern wie Kirdorf, Hugenberg und Stinnes als Aufsichtsratsmitglieder der Ausland G.m.b.H. durch diese Kontroverse belastet werden könnte. Stinnes, Hugenberg und Kirdorf waren Stammkapitalanleger der Ausland G.m.b.H. und Gesellschafter seit Frühjahr/Sommer 1914. Siehe Alfred Hugenberg an Hugo Stinnes, 14.4.1914, Gesellschaftervertrag Ausland G.m.b.H., 3.12.1914, Protokoll der Gesellschafterversammlung, 28.10.1915 sowie Protokoll der Aufsichtsratsitzung der Ausland G.m.b.H., 8.7.1916, in ACDSA, I-220-232/1, o.Bl.

<sup>147</sup> Alfred Hugenberg organisierte seinen Einfluss in seinen jeweiligen Geschäftsbereichen entlang eines umfassenden Systems von „Freundeskreisen“. Bei seinen Aktivitäten in der schwerindustriellen Verbandspolitik als Vorstandsmitglied der Krupp A.G. (1909–1918) waren dies vor allem Emil Kirdorf, Hugo Stinnes, Wilhelm Beukenberg, Wilhelm Hirsch und Hans von Loewenstein zu Loewenstein. Die Zusammenarbeit ging auch hinein in den Bergbauverein, den Zechenverband und die Handelskammer Essen. Hugenberg stieg im Sommer 1918 als Nachfolger Anton von Rieppel zum stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralverbandes deutscher Industrieller auf. Hugenberg versuchte durch Gründung der Wirtschaftlichen Gesellschaft 1916 und der Deutsche Gewerbehaus GmbH 1917 den finanziellen Einfluss zusammen mit Hugo Stinnes und Emil Kirdorf auszubauen. Hugenberg selbst hatte schon vor dem Krieg eine strikte Einhegung sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Einflusses gefordert. Im August 1915 verstärkten Hugenberg und Loewenstein mit einer Denkschrift des Zechenverbandes gegen eine Aufwertung der Gewerkschaften ihre Agitation. Das Hilfsdienstgesetz von 1916 schuf Zwangseinrichtungen, gegen die der Zechenverband im Januar 1917 durch Loewenstein bei Wilhelm Groener zusätzlich intervenierte. Im Sommer 1918 legte der Zechenverband alle Bedenken gegen die Aufwertung der Gewerkschaften erneut in einer Denkschrift dar. Guratzsch: *Macht durch Organisation*, S. 95–126, Osthold: *Geschichte des Zechenverbandes*, S. 225–260 und Stegmann: *Hugenberg contra Stresemann*, Ders.: *Bismarcks Erben*, S. 477–519, Bacmeister: *Emil Kirdorf, Przigoda: Unternehmensverbände im Ruhrbergbau*, S. 248–254, Plumpe: *Betriebliche Mitbestimmung*, S. 265–283 und Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. IV, S. 116–125.

<sup>148</sup> Der genaue Termin für dieses Treffen im Frühjahr 1918 bleibt unklar. Claß war im Frühjahr 1918 ungefähr einmal im Monat in Berlin auf der Geschäftsstelle, in der Regel für die Dauer von 7–10 Tagen, zu erreichen. Belegbar sind die Aufenthalte für ca. 10.–18.1.1918 und 9.2.–15.2.1918. Für die Feier zu seinem 50. Geburtstag am 1.3.1918 und dem Verbandstag vom 2.–3.3.1918 (siehe Kapitel 3.4.) fuhr Claß am 27.2.1918 von Mainz nach Berlin. Er war darüber hinaus von 10.–19.4.1918 für den Verbandstag vom 13.–14.4.1918 in Berlin, kam krank zurück und ließ sich auf ärztlichen Hinweis bis zum 1.6.1918 beurlauben und von Eduard von Liebert bei den Amtsgeschäften vertreten. In dieser Zeit reiste Claß noch einmal am 26.4.1918 für zwei Tage wegen der Auseinandersetzungen um Richard von Kühlmann nach Berlin (siehe Kapitel 3.6.). Er fuhr am 6.5.1918 für zehn bis zwölf Tage nach München und dann weiter ins bayerische Hochgebirge zur Erholung. Claß war dann erst wieder von 4.–6.6.1918 in Berlin und reiste am 28.6.1918 erneut in die Hauptstadt. Zur Geburtstagsfeier am 1.3.1918 waren sowohl Hugenberg als auch Emil Kirdorf anwesend. Beim alldeutschen Verbandstag im April fehlte das Vorstandsmitglied Kirdorf und auch Hugenberg war nicht anwesend. Claß traf Hugenberg hingegen in Essen am 22.3.1918 (siehe auch Kapitel 3.4.). Vermutlich fand das erwähnte Treffen dann statt.



Die Schwerindustrie hatte bis dahin eine einheitliche, auf gemeinsamem Beschluss beruhende Lohnpolitik betrieben und es abgelehnt, mit den Gewerkschaften zu verhandeln.<sup>149</sup> Als sich die Lebensmittellage weiter zuspitzte und infolge des Frühjahrsangriffs in Frankreich<sup>150</sup> die Ansprüche an die Leistung der Werke und demgemäß ihrer Arbeiterschaft gesteigert wurden, hatte es Stinnes für richtig befunden, ohne Wissen der anderen führenden Männer der Industrie mit *Legien*<sup>151</sup>, einem der anerkannten Führer der Gewerkschaften, in Verbindung zu treten und über den Kopf der anderen hinweg Abmachungen zu treffen, die sich auf Löhne, Ernährung und Arbeitszeit bezogen.<sup>152</sup>

---

<sup>149</sup> Am 2.8.1914 kamen die Gewerkschaftsvorstände überein, die Regierungsstellen bei der Arbeitsvermittlung von Erntehelfern und Arbeitslosen zu unterstützen. Der allgemeine Wirtschaftsfriede wurde ebenfalls diskutiert und beeinflusste auch die Zustimmung der SPD zur Burgfriedensforderung Wilhelms II. in seiner Thronrede im Berliner Stadtschloss am 4.8.1914. nahezu die Hälfte der SPD-Mitglieder des Reichstags hatten eine Gewerkschaftsfunktion inne. Die drei Richtungsgewerkschaften (die der SPD nahestehenden Freien Gewerkschaften, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine) stützten den Burgfriedenskurs. Gerade die Freien Gewerkschaften nutzten in Verhandlungen mit dem Staat neue Handlungsspielräume und verloren trotz der allgemeinen Kriegsunterstützung 1914 die Forderung nach Reformimpulsen und vor allem der Kooperation mit den Unternehmern nicht aus den Augen. Gerade im Bergbau, der chemischen Industrie, der Metallverarbeitung und der Schwerindustrie verweigerten die Unternehmer eine Mitsprache der Gewerkschaften und die Anerkennung der Gewerkschaften als Partner, selbst als die Militärbehörden für gewerkschaftlichen Einfluss eintraten, um Unruhen in den Betrieben zu vermeiden. Das Hilfsdienstgesetz vom 2.12.1916 brachte die staatliche Anerkennung der Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiter und machte die Gewerkschaften im Zusammenspiel mit ihren parteilichen Bindungen zunehmend zu einem „Machtfaktor“. Erste Hungerunruhen setzten bereits im Sommer 1915 ein und 1916 begannen erste Streikwellen. Die Gewerkschaften gerieten mit den Streikbewegungen zwischen April 1917 und Januar 1918 in eine „Legitimationskrise“ und die führenden Sprecher der betrieblichen Belegschaften entzogen sich gerade in den urbanen Zentren der „klassischen Arbeiterschaft“. Zitate in Schönhoven: Einleitung, S. 17 und 22. Bieber: Gewerkschaften in Krieg und Revolution, Weisbrod: Arbeitgeberpolitik, S. 129–136 und Kittner: Arbeitskampf, S. 380–394.

<sup>150</sup> Gemeint sind fünf Operationen des deutschen Heeres gegen Frankreich im Frühjahr und Sommer 1918: Michaeloffensive 21.3.–6.4.1918, Operation Georgette 9.–29.4.1918, Operation Blücher-Yorck 27.5.–6.6.1918, Operation Gneisenau 9.–13.6.1918 und Operation Marneschutz-Reims 15.–17.7.1918.

<sup>151</sup> Carl Legien (1861–1920), 1890 Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 1893–1898 und 1903–1918 Mitglied des Reichstags für die SPD, 1919–1920 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung für die SPD, 1913 Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, 1919 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, 15. November 1918 Stinnes-Legien-Abkommens als Kollektivvereinbarung zwischen industriellen Arbeitgebern und Gewerkschaften und zur Schaffung der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, 1920 Vorsitzender des Vorläufigen Wirtschaftsrats.

<sup>152</sup> Seit Herbst 1916 waren Emil Kirdorf, Hugo Stinnes und Alfred Hugenberg mit Gewerkschaftsführern privat in Verbindung getreten, um für die Kriegsziele zu werben und soziale Konzessionen auszuloten. Wulf: Stinnes, S. 89. Ein erstes Treffen zwischen Hugo Stinnes, Alfred Hugenberg, Emil Kirdorf und Fritz Winkhaus einerseits und den Gewerkschaftsvertretern Max Bauer, Theodor Leipart als vermutlicher Vertreter von Carl Legien, Robert Schmidt und Alexander Schlicke fand am 9.8.1917 und ein weiteres Treffen am 3.12.1917 statt, an dem Albert Vögler, Wilhelm Beukenberg und Eduard Kleine sowie auch Legien teilnahmen und die Frage der Demobilisierung nach Kriegsende diskutiert wurde. Stin-

Die Erregung über diesen Schritt von Stinnes sei, so sagte mir Hugenberg, ganz ausserordentlich.

Der Rufer im Streite gegen ihn sei Kirdorf. Dieser sei in der ersten Sitzung der Industrieführer nach dem Bekanntwerden jener Sache so weit gegangen, dass er Stinnes nicht nur Verrat an der Sache der Industrie vorgeworfen, sondern auch im Hinblick auf die Bedeutung der Beziehungen von Stinnes zu Legien, die eine Kapitulation vor den Gewerkschaften ankündige, von Landesverrat gesprochen habe.<sup>153</sup>

nes versuchte hier weiterhin für seine Kriegsziele zu werben und staatliche Eingriffe in die Wirtschaft zu vermeiden. Gerade mit Blick auf das Hilfsdienstgesetz waren sich Kirdorf und Hugenberg einig in der Forderung nach einer Einschränkung der Freizügigkeit von Arbeitnehmern, die wiederum für die Gewerkschaften wichtig war, da Einigungsämter und Schlichtungsausschüsse gewerkschaftlichen Einfluss sicherten. Im Gegenzug wollte Stinnes die Gewerkschaften in den Diskussionen um die Wirtschafts- und Sozialpolitik anerkennen, während er gleichzeitig „die sozialistische Ideologie offenkundig nicht sehr ernst nahm“ und sein „blinder und unkritischer Glaube an Ludendorff“ Hoffnungen auf einen Siegfrieden bestärkten, so Feldman. Stinnes verwarf dann auch das Angebot der am 2.9.1917 gegründeten DVLP in den Reichsausschuss einzutreten, um die Verhandlungen seiner Interessen nicht zu gefährden, unterstützte aber die Partei finanziell in Millionenhöhe durch die Ruhrindustrie. Feldman: *Army, Industry, and Labor*, S. 311–356 und Ders.: *Hugo Stinnes*, S. 505–509 (Zitate ebd., S. 509).

<sup>153</sup> Das genaue Datum dieser Sitzung bleibt unklar. Der CDI versammelte sich formell auf drei Ebenen: Sitzungen des Direktoriums, Sitzungen des Ausschusses und Versammlung der Delegierten sowie darüber hinaus gegebenenfalls gemeinsame Sitzungen des Großen Ausschusses von CDI und Bdi (wie am 25.10.1916). Ausschusssitzungen und Delegiertenversammlung fanden in der Regel an zwei aufeinanderfolgenden Tagen statt, während Direktoriumssitzungen auch zusätzlich zu diesen Verbandstagen abgehalten wurden. Emil Kirdorf und Alfred Hugenberg waren im Frühjahr 1918 Mitglieder des Direktoriums, Hugenberg ab 12.7.1918 als Nachfolger von Anton von Rieppel auch erster stellvertretender Vorsitzender. Kirdorf und Hugo Stinnes trafen sich u. a. als zwei von insgesamt 130 zugewählten Mitgliedern des Ausschusses des CDI in den Gremien des Verbandes. Siehe Verzeichnis der Mitglieder des Centralverbandes deutscher Industrieller (Januar 1918), in ACDSA, I-220–014/1, o. Bl. Kirdorf nahm an den Verbandstagen des CDI (Ausschuss und Delegiertenversammlung) in der Regel nicht teil, während Hugenberg bei den protokollarisch nachweisbaren Sitzungen vom 4.–5.6.1914, 19. und 25.10.1916 und am 12.7.1918 anwesend war. Stinnes ist als Teilnehmer in den Anwesenheitslisten nicht aufgeführt, obwohl Gäste zu den Sitzungen des Ausschusses und der Delegierten zugelassen waren. Verhandlungen, Mitteilungen und Berichte des Centralverbandes deutscher Industrieller, Nr. 129, 130 und 131. Die Auseinandersetzung zwischen Kirdorf und Stinnes könnte im Frühjahr 1918 daher auf anderen Sitzungen, z. B. des Kriegsausschuss der deutschen Industrie oder in informellerem Rahmen auf einer der zahlreichen „vertraulichen Aussprachen zur gegenwärtigen Lage“ ausgetragen worden sein. Siehe z. B. Einladung Kriegsausschuss der deutschen Industrie (Max Rötger an Hugo Stinnes), 10.4.1917, in ACDSA, I-220–014/1, o. Bl. Eventuell kam die Auseinandersetzung auch auf einer der Aufsichtsratssitzungen der Gelsenkirchener Bergwerks-AG zur Sprache, bei der Kirdorf und Stinnes im Frühjahr (26.2. in Düsseldorf, 15.3. und 11.4.1918 in Berlin) anwesend waren. Protokolle der Aufsichtsratssitzungen, in BBA, 50–20, o. Bl. Bei der Sitzung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats am 11.2.1918, an der Kirdorf und Stinnes im Frühjahr 1918 gleichzeitig anwesend waren, ist kein Konflikt in den Protokollen überliefert. Auf den Sitzungen vom 30.1. und 12.3.1918 fehlte Stinnes. Siehe die überlieferten Protokolle der Sitzungen des Geschäftsausschusses des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats (Januar, Februar, März, Juni, Juli, September, Oktober, Dezember 1918), in BBA, 50–33, o. Bl. Zu den Zechenbesitzerversammlungen im Frühjahr 1918 (16.2.1918, 27.3.1918 und 22.4.1918) siehe

Stinnes habe dies ruhig angehört, aber kein Wort erwidert, während Kirdorf noch gerufen habe, es sei ihm unmöglich, mit einem Landesverräter an einem Tisch zu sitzen. Dann habe er die Sitzung verlassen. Bei späteren Zusammenkünften hatte sich gezeigt, dass Stinnes nicht daran dachte, wegzubleiben, sondern alle Besprechungen mitmachte, ohne auch nur mit einem Worte auf Kirdorfs Vorwürfe zurückzukommen. Infolge dessen habe Kirdorf erklärt, man müsse zwischen ihm und Stinnes wählen. Er werde erst wieder an den Verhandlungen teilnehmen, wenn dieser von ihnen ausgeschlossen sei.

Hugenberg schilderte mir noch die unheilvollen Wirkungen dieses Streites in einer Zeit, in der es mehr als je darauf ankomme, die Schwerindustrie als feste Einheit auftreten zu sehen. Es sei kein Zweifel, dass Stinnes nicht nur eigenmächtig, sondern auch gegen Treu und Glauben gehandelt habe, und dass ihm von manchem der Vorwurf gemacht werde, er habe dies um seines persönlichen Vorteils willen getan. Auf der anderen Seite habe Kirdorf durch sein erregtes und schroffes Auftreten die Sache so auf die Spitze getrieben, dass sie sich nur einrenken lasse, wenn er den Vorwurf des Landesverrats zurücknehme. Ihn dazu zu bringen, sei bisher niemandem gelungen. Er habe seine besten Freunde veranlasst, mit ihm darüber zu reden, nachdem er selbst dies erfolglos getan habe. Alle hätten ihm mitgeteilt, dass sie gar nichts erreicht hätten – im Gegenteil, eher habe sich bei Kirdorf eine Versteifung gegen Stinnes bemerkbar gemacht.

Nun bleibe gar nichts übrig, so schloss Hugenberg, als dass ich Kirdorf zum Einlenken bewege. Denn es sei ein unerträglicher Zustand, dass die beiden wichtigsten Industriekapitäne miteinander verfallen seien, was natürlich sowohl den Mehrheitsparteien des Reichstages als auch der Regierung wohlbekannt sei. Also bitte er mich, möglichst bald Kirdorf zur Vernunft zu bringen.<sup>154</sup>

---

BBA 55–2250. Auf dem Verbandstag des CDI am 12.7.1918 wurden dann, in Abwesenheit von Kirdorf und Stinnes, Themen wie „Staatssozialismus“, Abbau der Kriegswirtschaft, Neugestaltung der handelspolitischen Forderungen in Mitteleuropa (v.a. mit Österreich-Ungarn), sozialpolitische Gesetzesvorlagen und Steuerreformen besprochen. Verhandlungen, Mitteilungen und Berichte des Centralverbandes deutscher Industrieller, Nr. 131.

<sup>154</sup> Emil Kirdorf und Hugo Stinnes saßen zusammen in den Vorständen und Aufsichtsräten der wichtigsten Vertretungen der deutschen Schwerindustrie wie dem Zechenverband, der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft, dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat, dem Kriegsverband der deutschen Industrie sowie im industriellen Beirat der Kriegsrohstoffabteilung und im CDI. Auch die 1915 gegründete Deutsche Gesellschaft 1914 sah sich mit den Mitgliedern Kirdorf und Stinnes zunehmenden Polarisierungen in der Frage der Kriegszielpolitik und des Burgfriedens ausgesetzt. Kirdorf, Stinnes und Alfred Hugenberg fanden nach Kriegsende bei der Gründung des RDI am 3./4.2.1919 als Mitglieder des provisorischen Vorstandes zusammen, während Hugenberg und Stinnes als Präsidiumsmitglieder zunächst noch im Nachfolgeverband des CDI zusammenarbeiten sollten. Siehe dazu Bericht über die Gründungsfeier des Reichsverbandes der Deutsche Industrie, 12.4.1919 und Bericht über die Bildung des Hauptausschusses 8.10.1919 und Aufbau des Reichsverbandes der Deutschen Industrie 1.6.1920, in ACDSA, I-200–003/4, o.BI.

Mein Einwand, dass ich als ausserhalb der Industrie Stehender mir nicht denken könne, dass ich bei Kirdorf Glück haben würde, wurde von Hugenberg damit entkräftet, dass er mir entgegenhielt, wie hoch mich Kirdorf schätze, und wie gross infolge unserer Zusammenarbeit in der Kriegszielfrage sein Vertrauen zu mir sei.<sup>155</sup> Jedenfalls kenne er niemanden, an den er sonst wegen dieser wichtigen Aufgabe herantreten könne. Ich übernahm es also in Gottes Namen, den Versuch zu machen, und schrieb an Kirdorf, dass ich ihn unbedingt möglichst bald sprechen müsse; er möge mich wissen lassen, wann dies in Streithof oder Berlin geschehen könne.

Ich bekam umgehend den Bescheid, dass er in wenigen Tagen in Berlin sein und sich einen Abend freihalten werde.<sup>156</sup> Er schlug vor, dass wir zusammen in der Weinstube von Ewest<sup>157</sup> zu Abend essen sollten. Dort trafen wir uns denn auch, und ich brachte zunächst alle möglichen Sorgen, die wir damals hatten, zur Sprache: es war die Zeit, in der die militärische Lage in Frankreich schon zweifelhaft geworden und im Innern des Vaterlandes[,] durch das Versagen des alten Reichskanzlers Hertling[,] Erzbergers Einfluss immer mehr gestiegen war. Ich schloss diesen Teil meiner Ausführungen damit, dass ich Kirdorf sagte, wir müssten unseren Kampf noch verschärfen und ihn, der inzwischen Mitglied unserer Hauptleitung geworden war, bat, mich dabei zu unterstützen. Der prächtige Mann, der seinen wundervollen Besitz über der

<sup>155</sup> In der Sache war sich Claß mit Kirdorf (und Hugenberg) bei der Ablehnung einer weiteren Annäherung der Schwerindustrie an die Gewerkschaften als gleichberechtigte Verhandlungspartner einig. Auch Claß beklagte die zunehmende Anerkennung der Gewerkschaften im Zuge des Hilfsdienstgesetzes und des Hindenburg-Programms von 1916. Mit den aufbrechenden Streikwellen im Frühjahr 1917 sprach Claß gegen „die Gewaltherrschaft der Gewerkschaften“, die jetzt gerade in der Rüstungsindustrie eine „tödliche Gefahr gebracht“ habe und dazu beitragen würde, dass Deutschland den Krieg verliere. Der ADV vertrete dahingehend die traditionellen Interessen der Schwerindustrie, deren Vertreter (wie Kirdorf und Hugenberg) zum Verband gefunden hatten. Claß an Konstantin von Gebattel, 7.4.1917, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 4, Bl. 144–147. Claß stand in seiner Sicht auf Gewerkschaften, betriebliche Einbindung und der Betonung der Einzelpersönlichkeit den Ideen von Werksgemeinschaften nahe, die Paul Bang nach dem Krieg verstärkt vertrat. Grundsätzlich würden gewerkschaftliche „Zwangsorganisationen“ auch „die Einzelpersönlichkeit in der Arbeiterschaft töten und das sicherste Mittel sein, um jeden Aufstieg von unten nach oben zu verhindern. Man weiss, dass die Gewerkschaften der Tod der fähigen, fleissigeren und strebsameren Arbeiter sind, da alles auf die Durchschnittsleistung heruntergedrückt wird.“ Claß an Konstantin von Gebattel, 21.4.1917, in ebd., Bl. 186–188. Zitat ebd., Bl. 186. Darüber hinaus waren Claß und Emil Kirdorf, der den ADV beständig finanziell förderte, engstens miteinander vertraut. Kirdorf war selbst 1914–1918 Mitglied der Hauptleitung des ADV, unterstützte Claß politisch und vor allem finanziell nahezu bedingungslos und war sich über die annexionistischen Kriegsziele mit Claß bis zum Kriegsende einig. Alfred Hugenberg war einer der wenigen Vertrauten, mit denen Claß die Reinschrift seiner Kriegszielenkschrift 1914 genauestens besprach und wiederum Hugenberg bei dessen Kriegszielenkschrift von 1915 unterstützte. Kirdorf und Hugenberg waren zudem 1890/91 Gründungsmitglieder des ADV.

<sup>156</sup> Der Brief von Emil Kirdorfs an Claß ist in den Akten des ADV zum Allgemeinen Schriftwechsel 1918 (BA-Berlin, R 8048, Bd. 203 und 204), in der Personenakte/Schriftwechsel zu Alfred Hugenberg (ebd., Bd. 395) und im Nachlass Emil Kirdorf im Schriftwechsel 1916–1919 (BBA, 55, Bd. 2865/1 und 2) nicht überliefert.

<sup>157</sup> Die Weinstuben von Julius Ewest befanden sich in der Behrenstraße in Berlin.

Ruhr „Streithof“<sup>158</sup> getauft hatte, weil der Kampf seinem innersten Wesen entsprach, stimmte mir unbedingt zu und sagte, auf ihn könne ich mich unbedingt verlassen, er gehe mit mir durch dick und dünn.<sup>159</sup>

Nachdem so der Boden für das Weitere vorbereitet war, fragte ich, was denn mit Hugo Stinnes los sei; ich hatte gehört, dass er nach den Gewerkschaften schiele. Nun brach es aus Kirdorf hervor. Ich bekam die allerschärfsten Worte über Stinnes zu hören, die wohl über das noch hinausgingen, was er in der erwähnten Sitzung der Industrieführer gesagt hatte. Dabei spielte die Behauptung eine Rolle, dass nach seiner Überzeugung der Eigennutz bei Stinnes der treibende Beweggrund sei. Er schloss damit, dass er mit einem Manne, der in solcher Zeit der gesamten Schwerindustrie auf diese Art in den Rücken gefallen sei, nicht mehr zusammenarbeiten könne. Daraus ergebe sich, dass er allen Beratungen, an denen Stinnes teilnehme, fernbleiben werde.

Nach diesem leidenschaftlichen Ausbruch wusste ich, wie ich mich weiter zu verhalten hätte. Ich begann damit, mein Bedauern über jenen Vorgang auszusprechen und zu sagen, dass auch mir das Verhalten von Stinnes unerklärlich erscheine. Bisher hätte ich doch den Eindruck gehabt, dass sein Verhältnis zu ihm – Kirdorf – und mindestens noch zu Hugenberg so gut und vertrauensvoll sei, dass ich es für ausgeschlossen gehalten hätte, dass er über beider Kopf hinweg etwas so Wichtiges unternähme. Auch könne ich mir nicht vorstellen, dass Stinnes aus Eigennutz gehandelt habe. Ich glaubte[,] ihn doch aus den letzten Jahren so gut kennengelernt zu haben, dass ich mit seinem Wesen vertraut sei. Ich nähme als sicher an, dass die Macht und ihre Ausnutzung das Treibende bei diesem merkwürdigen Manne sei, und dass der Erwerb keine ausschlaggebende Bedeutung für ihn habe. Ich könne deshalb nur annehmen, dass Stinnes sich gedacht habe, die Annäherung an die Gewerkschaften sei nötig, um die Hilfsmittel des Krieges in hinreichender Menge zu erzeugen, und um den Bedürfnissen der Volksernährung Rechnung zu tragen. Weil er nun die gewerkschaftsgegnerische Stimmung der meisten Schwerindustriellen gekannt habe, sei er vielleicht auf den Gedanken gekommen, diese durch sein Vorgehen zu ähnlichem Verhalten mitzureißen. Ich müsse ihm, Kirdorf, durchaus recht geben, dass dies eigentlich in solcher auf Gedeih und Verderb verbunde-

---

<sup>158</sup> Der Streithof wurde 1905–1907 vom Architekten Wilhelm Zaiser für Emil Kirdorf in Mühlheim/Ruhr im sogenannten Heimatsstil errichtet. Die Benennung „Streithof“ ging auch auf Kirdorfs unerbittliche Haltung im Bergarbeiterstreik von 1905 zurück. Der Streik begann auf einer Zeche von Hugo Stinnes und führte mit Forderungen nach Arbeitszeiterleichterungen, Lohnanrechnungen, verbesserte Gesundheitsversorgung und die Drohung der Schließung von Zechen zum Generalstreik vom 19.1.–7.2.1905. Kirdorf weigerte sich, mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Die Regierung setzte eine Bergarbeiterkommission ein und erließ im Juni 1905 eine Gesetzesnovelle.

<sup>159</sup> Emil Kirdorf lehnte nicht nur Angebote zur Verleihung des Adelstitels 1911/12 ab. Er versuchte auch, sich in der Wirtschaft einen möglichst freien Handlungsspielraum zu erhalten und lehnte beispielsweise das Angebot zur Einbindung in den Beirat des Reichskommissars für Übergangswirtschaft 1917 mit der Begründung ab, die Politik der Reichsleitung sei grundsätzlich durch ihn nicht sinnvoll zu unterstützen. Siehe zu den Ablehnungen des Adelstitels Emil Kirdorf an Theobald von Bethmann Hollweg, 10.1.1917, in BBA, Bd. 2856/1, o. Bl.

nen Gemeinschaft unerträglich sei, und dass Stinnes damit die anderen massgebenden Führer der Schwerindustrie vor den Kopf gestossen habe. Aber eine andere Sache sei es, ob man dem Fehler des selbstherrlichen Mannes den anderen folgen lasse, *die bisherige Geschlossenheit dieser Industrie gegenüber der Regierung und den Parteien zu Bruch gehen zu lassen*. Die Lage sei so ernst, dass man unbedingt zusammenhalten müsse.

Zunächst bekam ich zur Antwort, das sei es ja eben, dass Stinnes die Eignigkeit schon zerstört habe, womit auch das Vertrauen auf seine politische und geschäftliche Zuverlässigkeit erschüttert sei – mit einem solchen Manne wolle er nichts mehr zu tun haben.

Ich fragte nun, ob durch das Offenliegen seines Gegensatzes zu Stinnes nicht die ganze Arbeit Hugenbergs erschwert werde. Man habe sich doch in den grossen, um es zugespitzt zu sagen, kriegspolitischen Fragen daran gewöhnt, das Dreigestirn Kirdorf – Hugenberg – Stinnes gemeinsam am Werke zu sehen. Wie werde es aufgefasst werden, wenn davon ein so wichtiger und anerkannter Mann wie er ausscheide? Ich könne mir denken, dass Hugenberg da durch seine Arbeit so gehemmt [sei], dass er sich zurückziehe. Für mich sei es klar, dass dessen innere Beziehungen zu ihm enger seien als zu Stinnes, er werde gewiss auf Kirdorfs Rat und Mitwirkung nicht verzichten wollen. Wenn dann eine sachliche Meinungsverschiedenheit zwischen den Anschauungen von Kirdorf und Stinnes auftrete, müsse Hugenberg zwischen beiden jedesmal von neuem zu vermitteln suchen, was auf die Dauer doch für ihn kaum erträglich sei. Ich bäte ihn also, auch diese Seite der peinlichen Angelegenheit zu betrachten, die vielleicht letzten Endes auf Hugenbergs Rücktritt hinauslaufe, mit dem umso mehr gerechnet werden müsse, als *der Firma Krupp dessen grosse und hochpolitische Tätigkeit ein Dorn im Auge sei*.<sup>160</sup>

<sup>160</sup> Hier versuchte Claß, Emil Kirdorf durch eine solche Erzählung strategisch umzustimmen. Das Verhältnis Krupp-Hugenberg war bei weitem enger und auch kriegspolitisch zielgerichteter. Alfred Hugenberg begann bereits im Ersten Weltkrieg mit dem Aufbau eines Medienkonzerns (u. a. Anzeigendienst, Scherl-Verlag), dessen frühe Strukturen durch die Schwerindustrie finanziert wurden und 1919 mit der Wirtschaftsvereinigung zur Förderung der geistigen Wiederaufbaukräfte auch Millioneneinlagen der Krupp AG verwaltete. Siehe Holzbach: Der „Hugenberg-Konzern“. Ambivalenzen gegenüber der alldeutschen Politik mögen bestanden haben, die aber erst später, vor allem nach der Übernahme des DNVP-Parteivorsitzes durch Hugenberg am 20.10.1928 und dessen radikale Politik gegen die Weimarer Republik, Misstrauen in Essen gegenüber Hugenberg und dessen parteipolitischen Ambitionen als Vorsitzender der DNVP hervorrief. Gustav Krupp von Bohlen und Halbach selbst übernahm 1909 (bis 1943) den Vorsitz des Aufsichtsrates und Alfred Hugenberg kam als Nachfolger von Max Rötger „auf wärmste Empfehlung“ des preußischen Finanzministers, Georg von Rheinbaben, ins Direktorium der Krupp AG. Haux: Bei Krupp, S. 71, in FAH 4E/16. Hugenberg war zuvor Direktor der Raiffeisengenossenschaft, dann im preußischen Finanzministerium als Referent für Ostfragen und wurde nach dem Ausscheiden aus dem Staatsdienst Direktor bei der Berg- und Metallbank in Frankfurt/Main. Krupp hielt sich öffentlich und auch gegenüber der Reichsleitung weitgehend in der Kriegszielfrage zurück und lehnte jegliche Einflussnahme auf die „alldeutsche“ Presse ab. Über Hugenbergs Sammlungspolitik für ausgreifende Kriegsziele von Industrie und Landwirtschaft war Krupp selbstverständlich bestens informiert, und sie ermöglichte auch die Vertretung Kruppischer Wirtschafts-, Rohstoff- und Rüstungsinteressen im Krieg wie durch die Mitgliedschaft Hugenbergs im Kriegsausschuss der deutschen Industrie. Siehe dazu



sprache über gewisse Vorschläge, die ich zur Unterstützung des zuverlässig nationalen Teils der deutsch-österreichischen Presse gemacht hatte, auf den Nachmittag des 9. November in seiner Wohnung in Essen anberaunt hatte. An ihr sollten ausser ihm und mir nur noch Kirdorf und Stinnes teilnehmen.<sup>162</sup> Das Dreigestirn war also wieder einig. Von dem Vorgefallenen aber erfuhr ausser Hugenberg niemand etwas, insbesondere nichts darüber, in welcher Weise der Ausgleich zwischen den beiden wichtigen Männern zustande gekommen war.

### 3.8. Chamberlain und „Frankfurter Zeitung“

In diese Zeit der äussersten Unruhe und Sorge fällt meine Verteidigung *Houston Stewart Chamberlains*.<sup>163</sup> Gegen ihn schwebte eine Privatklage<sup>164</sup>, die von dem Aufsichtsrat und sämtlichen Mitgliedern der Schriftleitung der „Frankfurter Zeitung“, des bekannten und damals führenden demokratischen Blattes im Südwesten, wegen eines in der „Deutschen Zeitung“ erschienenen Aufsatzes angestrengt worden war.<sup>165</sup> Darin hatte der Verfasser gesagt, dass das Frankfurter Blatt, soweit Frankreich und England in Betracht kämen, so

<sup>162</sup> Siehe zu diesem geplanten Treffen auch Kapitel 2.3.

<sup>163</sup> Houston Stewart Chamberlain wurde Anfang August 1916 unmittelbar nach der Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft Mitglied des ADV. Die Vermittlung kam über Julius F. Lehmann zustande, um dessen „Patenschaft“ bei der Antragstellung Chamberlain bat. Chamberlain an Lehmann, 8.8.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 315, Bl. 5. Gegenseitige Wertschätzung der Arbeiten des jeweils anderen gingen dieser Verbindung voraus. Chamberlain erlaubte Claß schließlich, auch seinen Namen zur allgemeinen Werbung für die Arbeit des ADV nutzen zu dürfen. Claß an Houston Stewart Chamberlain, 12.8.1916 und Houston Stewart Chamberlain an Claß, 11.11.1916, in NL Chamberlain Bayreuth, Mappe Heinrich Claß/Alldeutscher Verband. Die Zusammenarbeit mündete 1917 dann auch in der gemeinsamen Beteiligung an der Herausgeberschaft der Schrift Deutschlands Erneuerung.

<sup>164</sup> Siehe Privatklage Justizrat Dr. Moritz Philipp Hertz an das Königliche Amtsgericht Frankfurt/Main, 10.1.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 318, Bl. 40–42.

<sup>165</sup> Houston Stewart Chamberlain veröffentlichte am 9.11.1917 in der Deutschen Zeitung einen lobenden Artikel über die rechte Sammlung der DVLP, die Anfang September 1917 gegründet wurde. Eher nebenbei verwies Chamberlain auf Bismarck, der seiner Zeit eine Regierungsnähe zwischen der Frankfurter Zeitung und der englischen Regierung vermutete, und bestärkte jetzt Gerüchte, die Zeitung sei gänzlich im Besitz der englischen Regierung. Die Zeitung reagierte Anfang 1918 mit einer Privatklage beim Amtsgericht Frankfurt/Main, die Chamberlain bis zu zwei Jahre Gefängnis hätte einbringen können, wenn das Gericht den Tatbestand der Beleidigung erfüllt sah. Chamberlain wollte daraus einen politischen Prozess machen. Entsprechend versuchte Claß als sein Verteidiger, Chamberlains Äußerungen mit seiner Mitgliedschaft in der DVLP in Verbindung zu bringen. Am 4.4.1918 wurde der Antrag auf Klage zurückgewiesen. Siehe Beschluss Königliches Amtsgericht Frankfurt/Main, Abteilung 29, 4.4.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 318, Bl. 70–73. Die Gegenseite legte am 18.4.1918 Widerspruch ein. Moritz Philipp Hertz an das Königliche Amtsgericht Frankfurt/Main, in ebd., Bl. 151–162. Am 29.4.1918 erfolgte ein weiterer ablehnender Gerichtsbeschluss. Ebd., Bl. 163. Am 10.6.1918 wurde schließlich die Beleidigungsklage beim Amtsgericht Frankfurt/Main angenommen. Am 9.8.1918 wurde in Frankfurt/Main am Landgericht die Voruntersuchung zum Prozess eröffnet.



schreibe, als wenn es „im feindlichen Besitz“ stünde und demgemäss als „Feind mitten unter uns – d. h. in Deutschland – am Werke wäre, um gegen die deutschen Interessen zugunsten unserer Feinde zu arbeiten. Darin hatten Aufsichtsrat und Schriftleitung der Zeitung den Vorwurf der Bestechlichkeit und des bewussten Landesverrats erblickt und beim Schöffengericht Klage eingereicht. Das Verfahren war dadurch aufs äusserste gefährdet worden, dass der Münchener Rechtsanwalt des „Hauses Wahnfried“<sup>166</sup>, dem Chamberlain seine Vertretung übertragen hatte, ernsthaft erkrankt und im Hochsommer 1918 gestorben war.<sup>167</sup> Als die Gegner auf Verhandlung drangen, bat Chamberlain mich, seine Verteidigung zu übernehmen. Ich sagte sofort zu, und zwar übernahm ich sie ehrenhalber, d. h. ohne jedes Entgelt.<sup>168</sup>

Als ich die Akten bekam, entdeckte ich, dass bisher zur Vorbereitung der Verteidigung noch so gut wie gar nichts geschehen war.<sup>169</sup> Ich musste deshalb, da das Gericht die Anberaumung der Tagfahrt zur Hauptverhandlung nicht mehr hinausschieben wollte, mit Hochdruck arbeiten.<sup>170</sup> Dabei war es mir

---

<sup>166</sup> Das „Haus Wahnfried“ oder die „Villa Wahnfried“ wurde 1872–1874 als Wohnort der Familie Richard und Cosima Wagner in Bayreuth erbaut.

<sup>167</sup> Gemeint ist der Münchener Justizrat Dr. Franz Troll (1854–1918), der bis zu seinem Tod am 2. Juni 1918 Rechtsanwalt des „Hauses Wahnfried“ war. Trolls Münchener Anwaltskollege Josef Fick ordnete die Unterlagen nach Trolls Tod und trat am 10.6.1918 an Claß mit der Bitte heran, Chamberlain zu verteidigen. Josef Fick an Claß, 10.6.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 318, Bl. 138. Claß übernahm daraufhin den Fall sowie die politische Verteidigung in der Öffentlichkeit. Der Hamburger Rechtsanwalt, und führendes Mitglied des ADV, Alfred Jacobsen, vertrat zusätzlich die juristische Verteidigung, da Claß wegen seiner politischen Arbeit stark in Anspruch genommen sei. So Claß an Eva Chamberlain, 4.10.1918, in NL Chamberlain Bayreuth, Rot 195. Im Frühjahr 1919 hielt Houston Stewart Chamberlain fest: „Claß führt nur noch den politischen Teil, das Juristische hat Jacobsen in Hamburg, ein besonders vortrefflicher Mann und Gesinnungsgenosse, übernommen.“ Houston Stewart Chamberlain an Ernst von Meyenburg, 20.1.1919, in Chamberlain: Briefe 1882–1924, Bd. 1, S. 78. Siehe zur Übernahme des Falles Houston Stewart Chamberlain gegen die Frankfurter Zeitung: Claß an Josef Fick, 12.6.1918, Adolf Jacobsen an Houston Stewart Chamberlain, 23.10.1918, und Claß an Adolf Jacobsen, 15.11.1918, in NL Chamberlain Bayreuth, Rot 195. Claß berichtete, dass sich Chamberlain nach dem Tod von Troll juristisch auch von Ludwig Müller von Hausen habe vertreten lassen. Ludwig Müller von Hausen war 1912 Gründer und Leiter des antisemitischen „Verbandes gegen die Überhebung des Judentums“, Mitglied des Germanenordens sowie der 1919 daraus hervorgegangenen „Thule-Gesellschaft“ (ab 1921 „Feme-Ritter“). Er publizierte 1919 die deutsche Fassung der antisemitischen Schrift „Die Protokolle der Weisen von Zion“. Müller von Hausen sei als möglicher späterer Zeuge jedoch genauso wenig hilfreich gewesen wie Artur Dinter, die sich Claß beide anboten. So Claß an Eva Chamberlain, 27.8.1918 und 14.1.1922 in NL Chamberlain Bayreuth, Rot 195.

<sup>168</sup> Siehe Claß Mitteilung der Anwaltsbestellung an das Königliche Schöffengericht Frankfurt/Main, o. D., in BA-Berlin, R 8048, Bd. 318, Bl. 188. Claß hatte mit seinem Neffen Eduard Lucius eine Rechtsanwaltspraxis in seinem Haus in Mainz in der Stadthausstraße 11.

<sup>169</sup> Die Auseinandersetzungen zwischen Houston Stewart Chamberlain und der Frankfurter Zeitung sowie dem Berliner Tageblatt entwickelten sich bereits vor November 1917. All-deutsche Blätter 22.7.1916 und Deutsche Zeitung 19.10.1917. Siehe zu den Angriffen des ADV auf die Frankfurter Zeitung auch Deutsche Zeitung 15.12.1917, 31.12.1917, 24.1.1918, 29.1.1918 und 9.2.1918.

<sup>170</sup> Claß versuchte den Prozessbeginn möglichst weit hinauszuschieben, „um Zeit zu gewinnen.“ Claß an August Eigenbrodt, 9.7.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 318, Bl. 186. Er be-

klar, dass im Wortsinn nicht zu beweisen war und gewiss auch nicht zutraf, dass die aussenpolitische Haltung der „Frankfurter Zeitung“ gegenüber Frankreich und England auf Bestechung zurückzuführen sei.<sup>171</sup> Vielmehr sah ich, der ich jene Politik seit Jahren genau verfolgt hatte, ihre Hauptursache in der allgemeinen Hinneigung der geistigen Leiter jener Zeitung zu den Demokratien des europäischen Westens<sup>172</sup>, die noch dadurch verstärkt wurde, dass ihre meisten Schriftleiter Juden waren.

Meine Verteidigung musste sich darauf einrichten, die unbestreitbare und tatsächlich von der „Frankfurter Zeitung“ seit ihrer Gründung innegehaltene Linie der Aussenpolitik als eine in ihrer Auswirkung deutschfeindliche und reichsschädigende hinzustellen und den Sinn der Behauptung Chamberlains dahin zu deuten, dass, soweit Frankreich und England in Frage kämen, die Schriftleitung der „Frankfurter Zeitung“ auch nicht schädlicher gegen das Reich hätte arbeiten können, wenn sie irgendwie durch Vorteile von diesen beiden Ländern für ihr Verhalten gewonnen worden wäre.<sup>173</sup>

In der kurzen Zeit, die ich für die Vorbereitung zur Verfügung hatte, kam mir das vorzügliche Buch zustatten, das Professor *August Eigenbrodt*<sup>174</sup> auf meine Veranlassung über die „Frankfurter Zeitung“ und das „Berliner Tage-

---

fürchtete jedoch, dass sich die Verhandlung „kaum bis September verschieben lassen wird.“ Claß an Karl Klingspor, 9.7.1918, in ebd., Bl. 187. Karl Klingspor, Fabrikbesitzer aus Offenbach, gehörte zum Vorstand des ADV und wollte eine eigene Publikation zum Prozess anfertigen. Claß selbst hatte hingegen keineswegs ausreichend Beweismaterial gesammelt, um den Prozess entsprechend seiner Verteidigungsstrategie führen zu können. Er hoffte auf weitere Dokumente von Ludwig Müller von Hausen. Claß an Houston Stewart Chamberlain, 20.7.1918, in ebd., Bl. 194 und Claß an Ludwig Müller von Hausen, 22.7.1918, in ebd., Bl. 196. Der Verhandlungsbeginn wurde auf den 9.8.1918 festgesetzt. Claß versuchte den Termin weiter zu verschieben. Moritz Philipp Hertz von der Gegenseite lehnte dies jedoch entschieden ab. Die Urteilsverkündung wurde auf den 16.8.1918 festgesetzt. August Gebhard an Hauptleitung des ADV, 14.8.1918, in ebd., Bl. 243–244.

<sup>171</sup> Auch der Verleger Hugo Bruckmann bestätigte gegenüber Claß, dass in „Sachen Chamberlain gegen Frankfurter Zeitung Beweismaterial, d. h. einschlägige Artikel und Notizen über die englandfreundliche Haltung der Frankfurter Zeitung beizuschaffen“, schwer sei. Hugo Bruckmann an Claß, 21.2.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 318, Bl. 19. Aus der Begründung der Klage-Abweisung vom 4.4.1918, dass es durch die Publikation von August Eigenbrodt zur Frankfurter Zeitung von 1917 erwiesen sei, dass Deutschland den Krieg verloren hätte, wenn sich die Anschauungen der Frankfurter Zeitung durchgesetzt hätten, erhoffte sich Claß eine „Waffe, die richtig gebraucht, die Frankfurter Zeitung tödlich [sic] treffen kann.“ Schriftwart der Hauptleitung des ADV an Karl Klingspor, 20.4.1918, in ebd., Bd. 203, Bl. 694.

<sup>172</sup> Siehe zur liberalen Selbstdarstellung: Geschichte der Frankfurter Zeitung 1856–1906 sowie Fünfzig Jahre Frankfurter Zeitung 1856–1906, in Frankfurter Zeitung 26.8.1906.

<sup>173</sup> Claß machte gegenüber Houston Stewart Chamberlain die große Bedeutung der Berichterstattung und die Bearbeitung der öffentlichen Meinung als Teil der Verteidigungsstrategie von Anfang an deutlich. Claß an Houston Stewart Chamberlain, 24.7.1918, in NL Chamberlain in Bayreuth, Rot 195.

<sup>174</sup> August Eigenbrodt (geboren 1852), Promotion, ab 1880 Oberlehrer am Gymnasium in Kassel, Mitglied des ADV und Redakteur der Deutschen Zeitung, Autor der Schriften: Bismarck und seine Zeit (1912), Fürst Bismarck und die Nachwelt (1914) und Berliner Tageblatt und Frankfurter Zeitung in ihrem Verhalten zu den nationalen Fragen 1887–1914 (1917).

blatt<sup>175</sup> veröffentlicht hatte.<sup>176</sup> Ich hatte diesen ganz in den Überlieferungen Bismarcks lebenden Gelehrten durch die Vermittlung meines Verlegers Theodor Weicher<sup>177</sup> kennengelernt, und die Beziehungen zu ihm waren durch sein treffliches Werk über „Bismarck und seine Zeit“<sup>178</sup> so eng geworden, dass er sich zur Mitarbeit im Alldeutschen Verband und bei der „Deutschen Zeitung“ entschlossen hatte.

Im Laufe unserer Verbindung war immer wieder davon die Rede gewesen, welches Unheil die beiden erwähnten Zeitungen nicht nur in Deutschland, sondern überall, wo sie auf der Erde gelesen wurden, dadurch anrichteten, dass sie alle Dinge, besonders die politischen und kulturellen Vorgänge mit den Augen demokratischer Juden betrachteten und in diesem Sinne im In- und Ausland das Urteil der Leser beeinflussten.<sup>179</sup> Der Meinungs austausch hierüber hatte uns zu der Erkenntnis geführt, dass ein in der geschichtlichen Forschung geübter und politisch geschulter Mann den Inhalt beider Blätter bis auf unsere Zeit durcharbeiten und das Ergebnis zusammenstellen sollte. Schliesslich kamen wir dahin überein, dass Eigenbrodt selbst diese Aufgabe übernahm, obwohl er, der sein Schulamt schon aufgegeben hatte und in ländlicher Einsamkeit lebte, sich ungern dazu verstand, zu diesem Zweck einige Zeit nach Berlin zu gehen. Demgemäss verbrachte er ein Vierteljahr in der Reichshauptstadt und arbeitete in der Tat die ganzen Jahrgänge beider Blätter durch. Dabei legte er alles in seinen Auszügen nieder, was für unsere Absicht, die beiden Zeitungen als reichsfeindlich im Sinne Bismarcks blosszustellen, zweckdienlich war.

Die Arbeit war Ende 1917 fertig gestellt. Auch wer an ihr unbeteiligt war, konnte mit gutem Gewissen sagen, dass sie unbedingt gewissenhaft und streng sachlich gehalten war. Das, was Eigenbrodt als Leistungen der Blätter aus der Vergangenheit anführte, sprach für sich selbst und bewies, dass deren geistige Leiter keinen Begriff von den Grundlagen und Notwendigkeiten wirklich deutscher Staatskunst besaßen.

Obwohl wir taten, was in unserer Macht stand, um dem Buche weitere Verbreitung zu sichern, so ist es damals doch ausserhalb des Alldeutschen Ver-

---

<sup>175</sup> Zur Selbstdarstellung des Berliner Tageblatts siehe Fünfundzwanzig Jahre deutscher Zeitgeschichte.

<sup>176</sup> Eigenbrodt: Berliner Tageblatt und Frankfurter Zeitung (Verlag Albrecht). Claß legte seiner Verteidigungsschrift für das Gericht die Denkschrift von August Eigenbrodt bei. Claß an Houston Stewart Chamberlain, 30.7.1918, in NL Chamberlain in Bayreuth, Rot 195.

<sup>177</sup> Theodor Weicher (1867–1949), 1897 Erwerb der Dieterich'schen Verlagsbuchhandlung – als Verlag, Druckerei und Antiquariat von Johann Christian Dieterich (1722–1800) aufgebaut – und Verlegung des Verlages von Göttingen nach Leipzig, ab 1916 Verlag Theodor Weicher (bis 1932 Verlagsinhaber), 1900 Oberleutnant der der Landwehr-Feldartillerie, 1914 Hauptmann, 1917 beim Kriegsbekleidungsamt XIX. Armeekorps, 1921 Mitbegründer der Vereinigung völkischer Verleger, 1928 Mitglied des Gesamtvorstandes des ADV.

<sup>178</sup> Eigenbrodt: Bismarck und seine Zeit.

<sup>179</sup> Claß dazu: „Dass die Chamberlain-Sache juristisch nicht katzengrau ist, habe ich sofort erkannt; hier kommt es natürlich nur auf die politische Seite an.“ Claß an August Eigenbrodt, 19.8.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 204, Bl. 496.

bandes in der grossen Öffentlichkeit so gut wie unbeachtet geblieben. Beide Blätter machten eben in gewissem Umfang die Regierungspolitik mit, und die Wirren der Kriegszeit liessen auch den Rechtsblättern nicht die Sammlung, um eine so wertvolle geistige Waffe, wie Eigenbrodts Zusammenstellung sie bot, auch nur einigermassen auszunutzen.

Mir war nun das Buch die Grundlage meiner Verteidigung<sup>180</sup>, und ich benannte es als ein Beweismittel für meine Behauptung, dass die Frankreich und England gegenüber von der „Frankfurter Zeitung“ vertretene Aussenpolitik jeweils dem Reiche schädlich gewesen sei. Eigenbrodt selbst benannte ich als sachverständigen Zeugen dafür, dass seine Auszüge unbedingt zuverlässig seien, und dass auch die von ihm angeführten Äusserungen Bismarcks über dies[es] Blatt geschichtlich feststünden.<sup>181</sup> In mehreren Schriftsätzen brachte ich meine Auffassung zum Ausdruck; sie fanden in vollem Umfang die Zustimmung Chamberlains.

Am 9. August 1918 fand die Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht in Frankfurt statt. Der Angeklagte war vom Erscheinen entbunden, da er schon damals wegen einer schweren Erkrankung nicht reisefähig war.<sup>182</sup> Der Fall erregte grosses Aufsehen, insbesondere, wie man sich denken kann, in der Zeitungswelt; und so war es nicht zu verwundern, dass aus ihm gewissermassen eine „cause célèbre“<sup>183</sup> wurde. Um das Ergebnis der Verhandlung einwandfrei und von höherer Warte aus festzulegen, hatte ich meinen Vetter *August Gebhard*<sup>184</sup> gebeten, mich zur Verhandlung zu begleiten und vorher in die Akten genaue Einsicht zu nehmen. Er hatte es übernommen, nach Abschluss der Verhandlung einen den ganzen Fall würdigenden Bericht für die „Deutsche Zeitung“ zu schreiben.<sup>185</sup>

Als wir beide in den Gerichtssaal kamen, bot sich uns ein eigenartiges Bild. Während, wie gesagt, der Angeklagte fehlte, waren sämtliche Privatklä-

<sup>180</sup> Auch Houston Stewart Chamberlain berief sich gegenüber Claß auf August Eigenbrodt. Chamberlain an Claß, 6.2.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 318, Bl. 15–16.

<sup>181</sup> Franz Troll hatte ebenfalls beantragt, August Eigenbrodt als Zeugen zu laden. Franz Troll an das Königliche Amtsgericht Frankfurt/Main, 18.2.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 318, Bl. 147–148.

<sup>182</sup> Bei Houston Stewart Chamberlain wurde eine Nervenkrankheit diagnostiziert, die 1884 zum Abbruch seiner pflanzenphysiologischen Studien in Genf führte und 1915 verstärkt ausbrach, sodass Chamberlain zunehmend an das Bett gebunden war, aufgrund von Krampfanfällen seine Schreib- und schließlich seine Sprachfähigkeit verlor. Chamberlain verwies für ärztliche Atteste und Auskünfte auf seinen Arzt Dr. Otto Gerke in München, der Österreicher war. Chamberlain an Claß, 30.3.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 318, Bl. 64–65.

<sup>183</sup> Ein berühmter Rechtsstreit.

<sup>184</sup> August Gebhard (1867–1947), Vetter, Schul- und Studienfreund von Claß, Oberstudienrat und Professor in Friedberg, seit 1890/91 Mitglied des ADV, zeitweise neben Adolf Lehr zweiter Geschäftsführer des ADV, als Oberlehrer Gründer und Vorsitzender der Ortsgruppe Friedberg des ADV, seit 1917 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, Mitglied des Beirates des DvSTB.

<sup>185</sup> August Gebhard: Chamberlain gegen „Frankfurter Zeitung“, in Deutsche Zeitung 18.8.1918.

ger, vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates<sup>186</sup> bis zum jüngsten beteiligten Schriftleiter<sup>187</sup>, erschienen<sup>188</sup>, und auf grossen Tischen lagen alle Jahrgänge des Blattes von seiner Begründung durch Leopold Sonnemann<sup>189</sup> bis auf die Gegenwart. Den Privatklägern stand neben einem bekannten Frankfurter Anwalt noch der Führer der württembergischen Demokraten, Rechtsanwalt *Dr. Konrad Haussmann*<sup>190</sup>[,] zur Seite.

Die Verhandlung war wirklich bedeutsam und für mich insofern wichtig, als ich hier mit den Leuten in Berührung kam, die die geistige Auslese dessen bildeten, was die jüdisch-demokratische Richtung im Zeitungswesen bei uns zu bieten hatte. Es war kein Zweifel, dass die „Frankfurter Zeitung“ dem „Berliner Tageblatt“ weit überlegen war, und es galt unter allen, die vom Zeitungswesen etwas verstanden, als ausgemacht, dass die „Frankfurter Zeitung“ fachlich glänzend geleitet sei, ja dass ihre Schriftleitung damals auf einer Höhe stand, die kaum von einer anderen Zeitung erreicht wurde, soweit die Einheitlichkeit ihrer politischen Haltung und Kundgebungen in Frage kam.

---

<sup>186</sup> Die Privatklage vertraten Prof. Dr. Heinrich Roessler (Vorsitzender des Aufsichtsrats der Frankfurter Societätsdruckerei GmbH), die Mitglieder des Aufsichtsrates, Stadtrat a.D. Anton Horkheimer, Justizrat Dr. Moritz Philipp Hertz, Prof. Dr. Ludwig Cohnstaedt, Therese Simon sowie Dr. Heinrich Simon (Vorsitzender der Redaktionskonferenz und Geschäftsführer der Frankfurter Societätsdruckerei GmbH) und Dr. Kurt Simon (Geschäftsführer der Frankfurter Societätsdruckerei GmbH). Friedrich von Payer war bis 6.12.1917 Anteilseigner der Frankfurter Societätsdruckerei GmbH und danach noch Besitzer von Geschäftsanteilen, trat jedoch in der Beleidigungsklage nicht in Erscheinung.

<sup>187</sup> Als Redakteure der Privatklage waren vertreten Albert Büsching, Otto Hörth, Dr. B. Guttman, Alexander Giessen, Dr. S. Goldschmidt, Dr. R. Drill, Artur Feiler, Dr. W. Cohnstaedt, Dr. Rud. Kircher, Hermann Stern und Rudolf Geck.

<sup>188</sup> Der Verteidiger der Privatkläger der Frankfurter Zeitung kündigte bereits im März 1918 das vollständige Erscheinen der Privatkläger bei Prozessbeginn an, verwehrt sich jedoch zuvor gegen die Unterstellung, unter den Privatklägern befänden sich einige ohne deutsche Staatsbürgerschaft und bot eine polizeiliche Auskunft der Privatkläger an, während gleichzeitig ärztliche Atteste von Houston Stewart Chamberlains Verteidigung über dessen angekündigte gesundheitliche Unabkömmlichkeit gefordert wurden. Moritz Philipp Hertz an das Königliche Amtsgericht Frankfurt/Main, 25.3.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 318, Bl. 50–51.

<sup>189</sup> Leopold Sonnemann (1831–1909), 1853 Ausbau der Tuchhandlung des Vaters zum Bankunternehmen, Mitgründer der Frankfurter Volksbank, 1856 Gründung der Frankfurter Handelszeitung, ab 1867 Eigentümer und Herausgeber der jetzt benannten Frankfurter Zeitung, 1902 Rückzug aus der Verlagsleitung, 1868 Mitbegründer der linksliberalen Deutschen Volkspartei, 1871–1877 und 1878–1884 Mitglied des Reichstages für die Deutsche Volkspartei, 1869–1880 Mitglied der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung und des Finanzausschusses.

<sup>190</sup> Conrad Haussmann (1857–1922), seit 1885 Mitvorsitzender der württembergischen FVP, 1889–1922 Mitglied des Württembergischen Landtags, 1890–1918 Mitglied des Reichstags in der Fraktion der DFP, 1917 als Mitglied des Interfraktionellen Ausschusses Mitinitiator der Friedensresolution des Reichstags, 1918 Staatssekretär in der Regierung Prinz Max von Baden, 1918 Mitbegründer der DDP und deren württembergischen Landesvorsitzender, 1919–1920 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und Vorsitzender des Verfassungsausschusses, 1920–1922 Mitglied des Reichstags für die DDP.

Die Schwierigkeit meiner Lage als Verteidiger habe ich schon angedeutet.<sup>191</sup> Sie wurde dadurch gesteigert, dass ein Beweis für die Behauptung nicht angetreten werden konnte, die Zeitung stehe im Eigentum feindlicher Ausländer und sei demgemäss feindlichen politischen Absichten dienstbar.<sup>192</sup> Ich musste also so verfahren, dass ich die tatsächliche Reichsschädlichkeit des Blattes in den Vordergrund stellte und hervorhob, dass sie sich aus der demokratisch-republikanisch-jüdischen Einstellung ihres Begründers Leopold Sonnemann ergebe, dessen Geist und Zielsetzung auch heute noch die „Frankfurter Zeitung“ beherrsche. Bei der Begründung der von mir durch Schriftsätze angekündigten und in der Verteidigung wiederholten Beweisanträge griff ich aus dem unendlich reichen Stoffe, den Professor Eigenbrodt zusammengetragen hatte, das Wichtigste heraus, um die politische Grundrichtung des Blattes zu kennzeichnen. Ich konnte dabei bis in die Zeit seiner Gründung zurückgehen: schon damals hatte es bei dem Ringen um die preussische Heeresreform den „Militarismus“ bekämpft, dann weiterhin Bismarcks Politik mit eiferndem Hasse verfolgt, später die Angliederung Elsass-Lothringens verworfen, kurz immer gegen Krone und Staatsautorität gehandelt.<sup>193</sup>

Die Gegenwände bestritten meine Beweisanträge und machten es Chamberlain zum Vorwurf, dass er ohne den Schimmer eines Beweises die „Frankfurter Zeitung“ als in feindlichem Dienst stehend verleumdet habe. Sie behaupteten, dass kein Pfennig fremden Kapitals im Verlage ihres Blattes stecke und wiesen entrüstet jeden Verdacht zurück, als ob in der „Frankfurter Zeitung“ auch nur eine Zeile geschrieben werden könnte, die nicht der freien, unbeeinflussten Überzeugung der Angehörigen der Schriftleitung entspräche. Besonders erregten sich die Herren darüber, dass ein Mann wie Chamberlain, der erst seit zwei Jahren deutscher Reichsangehöriger sei, in solcher Weise gegen eine alte, hochangesehene deutsche Zeitung aufzutreten wage.<sup>194</sup> Einer der Schriftleiter, der das Wort ergriffen hatte, nannte Chamberlain gar einen „Renegaten“<sup>195</sup>, was mir Gelegenheit bot, aus vollster Überzeugung diesen unschönen Anwurf zurückzuweisen und darzulegen, welche Verdienste jener Mann sich um unser Volk erworben habe, und wie er nach schweren inneren Kämpfen unter dem Eindruck des ungeheuren Unrechts, das *alle* Feinde

<sup>191</sup> Der Verteidiger der Gegenseite war der Frankfurter Rechtsanwalt Justizrat Dr. Moritz Philipp Hertz. Conrad Haussmann wurde als zweiter Verteidiger für den Prozess im August 1918 hinzugezogen.

<sup>192</sup> Franz Troll bemühte sogar Beleidigungsklagen Otto von Bismarcks gegen die Schriftleiter der Frankfurter Zeitung vom 17.2.1879. N.N. [Franz Troll] an das Königlicher Landgericht Frankfurt/Main, 26.3.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 318, Bl. 52. Siehe auch die Artikel von August Eigenbrodt zu Fürst Bismarck und die „Frankfurter Zeitung“ in Deutscher Herold, 2.1.1918 und Wiesbadener Kurier 19.8.1918.

<sup>193</sup> Siehe Eigenbrodt: Berliner Tageblatt und Frankfurter Zeitung, S. 88–117.

<sup>194</sup> Houston Stewart Chamberlain wurde im August 1916 deutscher Staatsbürger, erfüllte somit die Aufnahmebedingungen des ADV und trat umgehend im selben Monat in den ADV ein.

<sup>195</sup> Siehe auch Leipziger Neueste Nachrichten 18.8.1918, Süddeutsche Zeitung 20.8.1918 und Deutsche Tageszeitung, 27.8.1918.

Deutschlands, darunter seine englischen Landsleute an erster Stelle, uns zugefügt hatten und weiterhin im Schilde führten, sich zu diesem Schritt entschlossen habe.

Die Gegner stellten den Angriff auf die Ehre der Schriftleitung als so schwer und unverantwortlich hin, dass deren Urheber wegen Verleumdung bestraft werden müsse, und sie verlangten, dass er zu Gefängnis verurteilt werde. Ich andererseits beantragte Freisprechung, für alle Fälle aber nur eine geringe Geldstrafe, da von niemandem Chamberlains reine Absicht bestritten werden könne, der deutschen Sache durch Bekämpfung der „Frankfurter Zeitung“ zu dienen; er habe aus tiefster Überzeugung heraus gehandelt.<sup>196</sup>

Das Gericht lehnte jede Beweisaufnahme ab; das Urteil sollte eine Woche später verkündet werden.<sup>197</sup>

Mit einer Freisprechung konnte ich nicht rechnen.<sup>198</sup> Ich nahm aber an, dass eine Geldstrafe von drei- bis fünfhundert Mark herauskommen würde. Das Gericht war anderer Meinung und verhängte die damals höchste zulässige Strafe von 1500 Mark über den Angeklagten, obwohl es ihm in vollstem Umfange den guten Glauben und die reinste Absicht zubilligte.<sup>199</sup> Es war aber der Meinung, der Angriff gegen die Schriftleitung der „Frankfurter Zeitung“ sei so schwer, dass er an sich nur mit einer Freiheitsstrafe hätte gesühnt werden kön-

---

<sup>196</sup> Claß beschwerte sich über die ungenügende Berichterstattung seiner Verteidigung: „Zu meinem grossen Bedauern ist der Prozessbericht über die Frankf. Verhandlung so unzureichend wie nur möglich – er gibt kein vollkommenes und klares Bild meiner Ausführungen und lässt meine Absichten nicht erkennen. Der Berichtersteller, der uns sehr gut empfohlen war, hat versagt; sodass ich versuchen will[,] durch einen oder mehrere Aufsätze in der Deutschen Zeitung herauszuarbeiten, was die Bedeutung dieses Rechtsstreites ist.“ Claß an Konstantin von Gebattel, 12.8.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 318, Bl. 240.

<sup>197</sup> Am 16.8.1918 wurde Chamberlain zu 1.500 Mark Strafe und der Übernahme der Prozesskosten verurteilt. Urteil Königliche Amtsgericht Frankfurt/Main, 16.8.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 318, Bl. 249–253. Siehe auch August Gebhard an Houston Stewart Chamberlain, 14.8.1918, in ebd., N 2089, Bd. 6, Bl. 551–553. Die Zeitungen, die seinen Aufsatz abgedruckt hatten, mussten Gegendarstellungen veröffentlichen. Aufgrund der Amnestie des Rates der Volksbeauftragten vom 12.11.1918 kam es letztlich zur Einstellung des Verfahrens am 24.2.1919. Reichsgesetzblatt Nr. 153, 12.11.1918, S. 1303. In der Urteilsbegründung wurde darauf verwiesen, dass Chamberlain als Mitglied der DVLP seine Äußerungen gemacht habe und diese somit aus seinen politischen Überzeugungen heraus motiviert gewesen seien. Daher fielen das gesamte Verfahren unter die politische Amnestie. Telegramm Alfred Jacobsen an Chamberlain, 24.2.1919 und Gerichtsbeschluss vom 24.2.1919, in NL Chamberlain Bayreuth, Rot 195. Siehe auch Hilmes: Cosimas Kinder, S. 178–181.

<sup>198</sup> Claß erklärte kurz darauf: „Ich bin mir als Anwalt klar darüber, daß Chamberlain sich verhauren [sic] hat und eine Freisprechung nicht zu erreichen ist. Trotzdem stand für mich fest, 1. daß wir Chamberlain nicht im Stich lassen dürften, 2., daß, wenn dieser Prozeß auch juristisch aussichtslos ist, wir ihn dann doch politisch versuchen müssen auszuschlachten. Ich werde beim zweiten Prozeß dies noch besser versuchen.“ Claß auf der Sitzung der Hauptleitung des ADV, 13.9.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 120, Bl. 18.

<sup>199</sup> Claß initiierte daraufhin den „Chamberlain-Dank“, der noch vor der Veröffentlichung des Aufrufs im August 1918 3.500 Mark verzeichnete und in der ersten September-Hälfte 1918 noch einmal nahezu 10.000 Mark versammelte. Claß an Houston Stewart Chamberlain, 21.8.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 320, Bl. 4, Aufruf vom 28.8.1918, in ebd., Bl. 55, Finanzaufstellung Chamberlain-Dank 2.9.–13.9.1918, in ebd., Bl. 97 und Alldeutsche Blätter 14.9.1918.

nen, wenn nicht der Verfasser ein um die deutsche Sache so hochverdienter Mann wäre.

Dieser Ausgang kam mir unerwartet; ich legte sofort Berufung ein und war entschlossen, diesen Fall auch bis zur Revisionsinstanz durchzukämpfen.<sup>200</sup> Obwohl der Gerichtsvorsitzende seines Amtes mit voller Überparteilichkeit waltete, hatte ich doch das Gefühl, dass bei der Urteilsfindung der „Genius loci“ – der Geist des Ortes –[,] d.h. die unbestreitbare Beeinflussung ganz Frankfurts durch die „Frankfurter Zeitung“[,] eine massgebende Rolle gespielt habe; ich nahm an, dass die nichtrichterlichen Beisitzer der Richtung der Frankfurter Zeitung angehörten. Zu einer weiteren Verhandlung kam es nicht mehr, da der Umsturz die Amnestie brachte und damit der Fall Chamberlain niedergeschlagen wurde.<sup>201</sup> Gleichwohl sei erwähnt, dass ich für den weiteren Rechtszug Chamberlain die Hinzuziehung eines zweiten Verteidigers vorgeschlagen hatte; denn inzwischen hatte sich die politische Lage so zugespitzt, dass ich eigentlich fortgesetzt auf Reisen sein musste. Ich war also nicht sicher, ob ich am Tage der etwaigen zweiten Verhandlung verfügbar sein würde. Chamberlain erklärte sich hiermit einverstanden, wobei er mir sein volles Vertrauen aussprach. Ich bat daraufhin meinen alldeutschen Gesinnungsgenossen und Mitkämpfer[,] *Rechtsanwalt Alfred Jacobsen* in Hamburg, neben mir als Verteidiger zu wirken.<sup>202</sup>

Damit dieser den Fall genau prüfen und sich rechtzeitig vorbereiten könne, schickte ich ihm meine Akten. Ich hatte die Genugtuung, dass er zu derselben Ansicht kam wie ich, eine Freisprechung sei nicht zu erzielen gewesen, aber die Berufung müsse wegen der Höhe der Strafe und aus politischen Rücksichten unbedingt durchgeführt werden.

<sup>200</sup> Claß (Berufungsschrift) an das Königliche Amtsgericht Frankfurt/Main, 17.8.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 318, Bl. 260. Auch Moritz Philipp Hertz legte am 22.10.1918 gegen das Urteil Berufung ein. Ebd., Bl. 273.

<sup>201</sup> Die Strafkammer II des Frankfurter Landgerichts legte nach den Berufungen die Verhandlung zunächst auf den 2.12.1918 fest und verlegte den Termin dann auf den 20.1.1919. Claß an Dr. Horn, 28.10.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 318, Bl. 360. Nach der Novemberrevolution wollte Houston Stewart Chamberlain weiterhin klagen, was Alfred Jacobsen und auch Claß für aussichtslos hielten. Alfred Jacobsen an Claß, 13.11.1918 und Claß an Alfred Jacobsen, 15.11.1918, in ebd., Bl. 365 und 366. Der Gerichtstermin wurde dann wegen den Wahlen zur Nationalversammlung am 20.1.1919 auf Ersuchen von Moritz Philipp Hertz auf den 3.3.1919 verlegt. Moritz Philipp Hertz an das Landgericht Frankfurt/Main, 30.12.1918, in ebd., Bl. 368. Am 24.2.1919 erfolgte die Urteilsverkündung durch die Strafkammer I des Landgerichts Frankfurt/Main unter Anrechnung der Amnestieverordnung vom 12.11.1918. Urteil, in ebd., Bl. 378–383.

<sup>202</sup> Claß erkundigte sich in Vorbereitung auf den Prozeß und die Betrauung von anwaltlichen Aufgaben eines zusätzlichen Rechtsanwaltes auch bei Walter Luetgebrune (1879–1949) aus Göttingen. Claß an Dr. Bock, 9.9.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 318, Bl. 333 und Claß an Chamberlain, 19.9.1918, in NL Chamberlain Bayreuth, Rot 195. Luetgebrune hatte seit 1918 die Rechtsvertretung in zahlreichen Prozessen für Vertreter der antisemitisch-radikalen Rechte übernommen und war bis zur Übernahme der Rechtsberatung der SA und SS 1931 Mitglied der DNVP war. Er trat dann in die NSDAP ein und wurde 1933 zunächst Ministerialdirigent im preußischen Innenministerium. Siehe Heydeloff: Staranwalt der Rechtsextremen.



Chamberlain, der, wie schon erwähnt, nicht mehr reisefähig war, hatte den Wunsch, sich mit mir über die Sache auszusprechen.<sup>203</sup> Ich war gerne dazu bereit, schlug ihm aber vor, zu warten, bis die Ausfertigung des Urteils vorliege.<sup>204</sup> Nachdem ihm dieses zugestellt war, fuhr ich Ende September 1918 nach Bayreuth.<sup>205</sup> Bei den damaligen Bahnverbindungen war die Reise von Mainz her in einem Tag nicht zu machen. Ich musste deshalb in Nürnberg übernachten.

Um meinem Sohn<sup>206</sup> diese mir besonders ans Herz gewachsene Stadt zu zeigen, nahm ich ihn mit. In Würzburg mussten wir umsteigen und fanden in einem überfüllten Abteil noch gerade Platz. Was ich auf dieser Fahrt erlebt habe, traf mich im Innersten. In dem Abteil sass ein Oberstabsarzt mit 7 Ordensauszeichnungen; im Fenster lagen zwei junge Frauenzimmer anfangs der zwanziger Jahre, um sich von ihren Angehörigen zu verabschieden, denen anzumerken war, dass sie entweder zur Würzburger Professorenschaft oder zum höheren Beamtentum zählten. Nachdem sich der Zug in Bewegung gesetzt hatte, zeigte sich, dass die beiden Mädchen mit dem Oberstabsarzt, der unverkennbar jüdischer Abstammung war, vertraut standen, dass alle drei in Würzburg wohnten und von einem kurzen Urlaub in ihr Nürnberger Lazarett zurückkehrten. Es entspann sich nun zwischen den dreien eine Unterhaltung so schamlosen Inhalts, dass ich meinen siebzehnjährigen Sohn veranlasste, in ein benachbartes Abteil zu gehen, obwohl er dort die ganze Fahrt über stehen musste. Die Frauenzimmer gingen auf jede Zote des Arztes ein und kamen aus der überschwänglichen Heiterkeit während der ganzen Fahrt nicht heraus. War mir dies als Anzeichen sittlicher Verwilderung schon unerträglich, so traf es mich noch tiefer, die drei in aller Gemütsruhe darüber reden zu hören, dass der Kriegsschwindel bald zu Ende sei und man dann endlich Ruhe haben würde. Ich dachte an die Fabrikarbeiter und Marktweiber aus dem Finthener Vorortzug und fand das Verhalten dieser drei Würzburger ungleich viel ekelhafter. Das Gemeinsame war: hier wie dort hatte der Jude den Ton angegeben und sich, um mit dem bekannten Worte Mommsens zu reden, als „Ferment der Dekomposition“<sup>207</sup> erwiesen.

---

<sup>203</sup> Siehe dazu auch Claß an Hauptschriftleiter Hösch, 3.10.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 204, Bl. 689.

<sup>204</sup> Urteil Königliche Amtsgericht Frankfurt/Main, 16.8.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 318, Bl. 249–253.

<sup>205</sup> Claß reiste nach dem Verbandstag des ADV in Hannover am 25.9.1918 nach Bayreuth, kehrte Anfang Oktober 1918 zurück nach Mainz und war am 6.10.1918 wieder in Berlin.

<sup>206</sup> Gemeint ist August Wilhelm Claß (1901–1947), Verlagskaufmann und Sohn von Heinrich Claß, Studium der Rechtswissenschaft, Promotion, nach dem Ersten Weltkrieg auch eingebunden in die Beziehungen seines Vaters zur August Scherl GmbH, „Willi“ war enger Jugendfreund von Winifred Wagner, 20.7.1933 Heirat mit Irmengard Rasberger („Polly“, 1909–1957), 1945 Kriegsgefangenschaft, 1947 Tod in München.

<sup>207</sup> Der Ausspruch von Theodor Mommsen aus seiner Römischen Geschichte, wonach Juden zur Zeit Caesars ein „wirksames Ferment des Kosmopolitismus und der nationalen Dekomposition“ gewesen seien, wurde hier, wie auch generell bei der antisemitischen Rechten, dekontextualisiert, strategisch umgedeutet und politisch funktionalisiert. Siehe auch

In Bayreuth machte ich am nächsten Vormittag meinen Besuch bei *Houston Stewart Chamberlain*. Ich wurde von seiner Frau<sup>208</sup> empfangen und in sein Arbeitszimmer geleitet. Ich fand ihn in einem Sessel, und er bat mit damals schon schwerer Zunge, sitzen bleiben zu dürfen, da ihm das Gehen schwer falle. Auf den ersten Blick sah ich, dass dieser seltene Mann viel kränker war, als seine Frau mir angedeutet hatte. Die Stimme war schwach und manchmal kaum hörbar. Aus den Augen aber leuchtete noch der Glanz einer grossen, starken Seele.

Es war kennzeichnend für Chamberlain, dass er sich bei unserer Aussprache zunächst gar nicht um seine eigene Sache kümmerte, sondern mich über die politische und militärische Lage ausfragte und immer wieder wissen wollte, ob ich noch an den Sieg glaube, und ob ein solcher noch zu erzielen sei. Es war rührend und erschütternd zugleich, wie seine Augen fast ängstlich an meinen Lippen hingen, um an ihnen die Antwort vorweg abzulesen. *Dieser Engländer war zu einem leidenschaftlichen Deutschen geworden*; sein nordisches Blut und sein nordischer Geist hatten ihn weit abgeführt von seinem Ursprungsvolk, das er wegen seiner Unwahrhaftigkeit und Grausamkeit hassen gelernt hatte, und dessen ruchloser Materialismus seinen wundervollen Idealismus im tiefsten abstiess.<sup>209</sup> „Wenn das Schicksal es zulässt“, sagte Chamberlain, „dass Deutschland nach so vielen Heldentaten und Leiden unterliegt, dann müsste man irre werden an allem, woran man sich klammert. Das kann nicht sein, das kann nicht sein. Sagen Sie mir, dass es nicht sein kann.“ Ich hatte damals das Recht, daran zu glauben, dass der Krieg militärisch noch mit Erfolg durchgehalten werden könne, nachdem mir, wie nachher näher zu berichten sein wird, knapp zwei Wochen vorher der stellvertretende Chef des Generalstabes, General Freiherr von Freytag-Loringhoven<sup>210</sup> gesagt hatte, dass nach einer fernmündlichen Mitteilung des Feldmarschalls von Hindenburg, die er kurz vor meinem Besuche erhalten hatte, wir „über den Berg“ seien, und dass das deutsche Heer „sich wieder gesetzt habe.“ Chamberlains Augen strahlten, als ich ihm dies erzählte und zuversichtlich zu ihm sprach, und es brach dann aus ihm heraus: „Welch’ ein Volk ist das deutsche, welch’ ein wunderbares Volk!“

Von mir und meiner Arbeit und von der ganzen Tätigkeit des Alldeutschen Verbandes sprach Chamberlain mit den anerkanntesten Worten. Er be-

Deutsche Zeitung 15.10.1918 sowie Rebenich: Theodor Mommsen und Adolf Harnack, S. 481–483 und Jensen: „Auch ein Wort über unser Judentum“, S. 137–164.

<sup>208</sup> Gemeint ist Eva Chamberlain (1867–1942), Tochter von Richard Wagner und Cosima Wagner, ab 1906 (nach dem krankheitsbedingten Rückzug von Cosima Wagner) steigender Einfluss im Wagner-Kreis, 1908 Heirat mit Houston Stewart Chamberlain und 1926 zusammen mit ihm Eintritt in die NSDAP.

<sup>209</sup> Siehe dazu Field: Evangelist of Race, Bernbach: Houston Stewart Chamberlain und Fritz: Houston Stewart Chamberlain.

<sup>210</sup> Hugo von Freytag-Loringhoven (1855–1924), Eintritt in die russische Armee und Übertritt in die preußische Armee, Promotion, General der Infanterie, 1914 Generalquartiermeister, 1917–1918 stellvertretender Chef des Generalstabes, Autor u. a. der Schriften: Politik und Kriegsführung (1918) und Die Psyche der Heere (1923).

klagte es, dass der Kaiser nicht auf meine Warnungen gehört habe. *Bethmann Hollweg* verwarf er ebenso leidenschaftlich wie wir; von dem unglücklichen Kanzler *Michaelis* sprach er mit Milde<sup>211</sup>, während er gegen den *Grafen Hertling* wieder zornige Worte fand. *Ludendorff* erschien ihm als Held schlechthin. Während dieses Teiles der Unterhaltung, die mich den grossen Menschen nur noch mehr verehren, ja lieben lehrte, kam mir immer wieder der Gedanke: „Ja, wo ist unter dem älteren Geschlechte der Deutschen ein Mann wie dieser, der so voll tiefster Leidenschaft an seinem Volke hängt und seinen Sieg erzwingen will!“[.] Von denen, die ich kannte, kamen mir nur meine Freunde: der alte Präsident *Dr. Thomsen*, der grimmige *Keim*, Konstantin Gebattel, *Dietrich Schäfer* und *Emil Kirdorf* in den Sinn. Ihnen kam dieser – erst vor zwei Jahren, wie die Herren der „Frankfurter Zeitung“ sagten – zum deutschen Bürger gewordene Engländer gleich.

An die allgemeine politische Besprechung schloss sich nun diejenige des Falles der „Frankfurter Zeitung“ an. Es wollte Chamberlain nicht in den Kopf, dass er überhaupt verurteilt worden war, da er felsenfest von einem Zusammenarbeiten der Leiter dieses Blattes mit den Aussenministerien in Paris und London überzeugt war. Das allerdings gab er zu, dass er die „Frankfurter Zeitung“ nicht für bestochen halte, dass sie sich aber den feindlichen Regierungen aus der Gleichartigkeit der Anschauungen und Bestrebungen heraus zur Verfügung gestellt habe. Es gelang mir, ihm allmählich klarzumachen, dass eine bewusste und verabredete Zusammenarbeit nie zu beweisen sein werde. Daran scheiterte der Antrag auf völlige Freisprechung. Deshalb sei im zweiten Rechtszug anzustreben, zum Beweise dafür zugelassen zu werden, dass die Politik des Frankfurter Blattes in der Wirkung tatsächlich so gut wie immer reichsfeindlich gewesen sei. Hierauf einigten wir uns, und ich sagte Chamberlain noch weiter, wie ich mir die Arbeitsteilung mit Jacobsen denke, wobei ich unterstrich, dass unter den obwaltenden Umständen dieser vielleicht allein auftreten müsse, weil ich im letzten Augenblick durch politische Vorgänge verhindert werden könnte.

Als wir hiermit fertig waren, erschien Frau Eva und bat, nun abzubrechen, damit ihr Mann nicht übermüdet werde und sich am Essen beteiligen könne. Sie fügte hinzu, dass der behandelnde Arzt mir das Haus Wahnfried zeigen wolle. Ich wurde mit dem Herrn bekannt gemacht und fand in ihm einen alldeutschen Gesinnungsgenossen, *Dr. Tiralla* [sic]<sup>212</sup> aus Brünn. Er hatte die

---

<sup>211</sup> Carl Caesar Eiffe berichtete im Herbst 1917, Erich Ludendorff habe Georg Michaelis für die Reichskanzlerschaft vorgeschlagen, da beide Schulkameraden gewesen seien und Ludendorff einen Reichskanzler berufen sehen wolle, der nicht gegen die Oberste Heeresleitung arbeite. Carl Caesar Eiffe an N.N. [vermutlich Claß], 29.9.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 202, Bl. 666–667.

<sup>212</sup> Gemeint ist Lothar Gottlieb Tirala (1886–1974), 1911–1919 Assistent am Pharmakologischen Institut der Universität Wien und am Physiologischen Institut, 1920 Arzt in Wilhelmsburg, 1922–1924 an der Gynäkologischen Abteilung der Universität Wien, 1925–1933 als Gynäkologe in Brünn, Hausarzt von Houston Stewart Chamberlain und Othmar Spann, 1927 Mitglied der DNSAP (ab 1934 der NSDAP), 1933 Professor für Rassenhygiene in München, Leiter der Ortsgruppe München der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene,

Freundlichkeit, mich nun in allen Räumen des Hauses herumzuführen und mir viel Erläuterndes zu sagen. Zwar hatte ich dies alles schon bei einem früheren Besuche der Bayreuther Festspiele<sup>213</sup> gesehen; trotzdem waren mir die nun gegebenen Erläuterungen wertvoll.

Bei Tisch erschien Chamberlain in Begleitung einer Krankenschwester, und nun wurde mir erst klar, wie weit sein Leiden schon vorgeschritten war. Die Schwester musste ihn ganz bedienen, und als er mit mir auf den Sieg des Deutschen Reiches anstieß, ihm das Glas führen. Mir ging ein Stich durch das Herz, den wundervollen Mann so zu sehen, erst recht aber durchzudenken, wie die Krankheit weitergehen werde.

Frau Eva überbrachte mir die Einladung von *Siegfried*<sup>214</sup> und *Winifred Wagner*<sup>215</sup>, den Kaffee bei ihnen einzunehmen. So ging ich gleich nach Tisch zu ihnen hinüber, während Chamberlain sich zurückzog. An den jungen Ehegatten hatte ich meine Freude. Sie standen im zweiten Jahr ihrer Ehe und zeigten trotz des grossen Altersunterschiedes das Bild vollkommenen Glückes. Siegfried Wagner war damals 49 Jahre alt, während seine Frau im 20. Lebensjahr stand.<sup>216</sup> Schon die Begrüssung war so herzlich, wie man es sich nur denken kann. Ich wusste zwar, dass Siegfried Wagner lebenslängliches Mitglied des Alldeutschen Verbandes war<sup>217</sup>, hatte aber nicht damit gerechnet, eine so vollkommene Übereinstimmung der politischen und kulturellen Anschauungen zu finden.

Beide Gatten bekannten, wie sehr sie meine *Deutsche Geschichte* schätzten, und erzählten, dass Frau Cosima<sup>218</sup> an den Winterabenden ihren jeweils

---

1936 nach Amtsenthebung, in Graz, ab 1946 ehrenamtlich tätiger Konsulent bzw. Berater des 1946 von Friedrich Johann Latscher-Laundorf gegründeten (Privaten) Österreichischen Instituts für Soziologie in Unterburg/Kärnten (und Wien) für Rassenhygiene und Erbbiologie, ab 1954 Sanatoriumschefarzt in Wiesbaden.

<sup>213</sup> Über Ludwig Schemann und die Gobineau-Gesellschaft hatte Claß Verbindungen zu Hans von Wolzogen und dem „Bayreuther Kreis“. Claß unterhielt ebenfalls freundschaftliche Beziehungen zu Karl Klindworth, dem Adoptivvater von Winifred Williams, die 1915 Siegfried Wagner geheiratet hatte. Claß' Sohn, August Wilhelm, war ein Jugendfreund von Winifred Wagner, ebenso wie Helene Roesener (geborene Boy), die Ehefrau von Claß' Nefen, August Theodor Robert Roesener.

<sup>214</sup> Siegfried Wagner (1869–1930), drittes Kind von Richard Wagner und Cosima Wagner, 1908–1930 Leitung der Festspiele in Bayreuth, 1915 Heirat mit Winifred Wagner (1897–1980, geborene Williams), 1917 Eintritt in den ADV (lebenslanges Mitglied) und in die DVLP, seit dem Besuch auf dem Hügel beim Deutschen Tag in Bayreuth 1923 Begeisterung für Adolf Hitler.

<sup>215</sup> Winifred Wagner (1897–1980), nach dem Tod ihres Ehemannes Siegfried Wagner Festspielleiterin in Bayreuth bis 1944, enge Freundin von Helene Roesener (geborene Boy), seit dem Besuch auf dem Hügel beim Deutschen Tag in Bayreuth 1923 enge Vertraute von Adolf Hitler, 1926 Mitglied der NSDAP, 1928 Unterzeichnerin des Gründungsaufrufs des Kampfbundes für deutsche Kultur.

<sup>216</sup> Siegfried Wagner wurde am 6.6.1869 und Winifred Wagner am 23.6.1897 geboren. Die Hochzeit fand am 22.9.1915 statt.

<sup>217</sup> Siegfried Wagner trat 1917 in den Alldeutschen Verband ein.

<sup>218</sup> Cosima Wagner (1837–1930, geborene Gräfin D'Agoult und Tochter von Franz Liszt), in zweiter Ehe verheiratet mit Richard Wagner, Verwalterin des künstlerischen und weltan-

anwesenden Kindern das Buch vorgelesen habe. Auch in Frymanns Kaiserbuch war das Ehepaar gut beschlagen. Aber was mir besonders Freude machte war, dass die junge Frau mir erzählte, wie sie im Pensionat an der Hand von „Einhart“ deutsche Geschichte gelernt und so in sich aufgenommen habe, dass sie sich ganz als Deutsche fühle. Es ist bekannt, dass Frau Winifred von Geburt Vollblutengländerin ist, nach dem frühen Tod ihrer Eltern zu entfernten Verwandten nach Deutschland kam und hier zur Deutschen wurde.<sup>219</sup> Es waren zwei schöne Stunden, die ich mit den beiden verbrachte, und wir schieden mit dem Wunsche nach baldigem Wiedersehen.

Ich ging nun nochmals kurz zu dem Ehepaar Chamberlain hinüber, um mich zu verabschieden. Dabei ergab sich irgendwie, dass auch die Rede auf „Einhart“ kam; und nun gab mir der hochverehrte Mann ein Gastgeschenk mit auf dem Weg, wie ich es mir schöner nicht denken konnte: er lobte mein Buch als das Werk eines ganz in der Geschichte lebenden „Dilettanten“, der vor vielen zünftigen Gelehrten den Blick für das Wesentliche voraus habe. Gütig meinte er, ich würde verstehen, was er hierbei mit „Dilettant“ zum Ausdruck bringen wolle. Habe er doch von sich selbst gesagt, dass er seine „Grundlagen des 19. Jahrhunderts“<sup>220</sup> nur zu beginnen gewagt habe, weil er sich in diesem höheren Sinn als Dilettant dem ungeheuren Stoffe gegenüber frei gefühlt habe.<sup>221</sup> Ich dankte ihm für diese Anerkennung, die insbesondere meiner Frau die grösste Freude machen werde. Beim Abschied versprach ich, in der Sache gegen die „Frankfurter Zeitung“ weiter mein bestes zu tun, und wir schieden mit dem Ausdruck der Hoffnung, dass Deutschland sich doch noch durchringen werde.

Auf der Fahrt von Bayreuth nach Nürnberg war ich ganz mit dem Gedanken beschäftigt, die das Zusammensein mit einem Manne von der Grösse, von dem Lebensstand und dem Schicksal Chamberlains in mir geweckt hatten. Die letzte Tragik schien es mir zu werden, wenn er es erleben müsste, dass das

---

schaulichen Erbes von Richard Wagner, 1883–1906 Leiterin der Festspiele in Bayreuth, etablierte eine antisemitisch ausgerichtete Besetzungspolitik und war Zentrum des als „Bayreuther Kreis“ bekannt gewordenen antisemitischen Zirkels, 1917 Mitglied der DVLP.

<sup>219</sup> Winifred Wagner wurde in Hastings geboren. Nach dem frühen Tod ihrer Eltern John Williams und Emily Florence Karop kam Winifred Wagner in ein Waisenhaus, wurde 1907 adoptiert und von ihrem Adoptivvater Karl Klindworth (Schüler von Franz Liszt, Klavierlehrer und Dirigent) mit der Wagner-Familie in Bayreuth in Kontakt gebracht. Klindworth lebte zunächst in der Kolonie Eden bei Oranienburg, bis die Eltern wegen des langen Schulweges 1908 selbst nach Berlin zogen, da das Musiklehrehepaar, bei dem Winifred Wagner wochentags in Berlin wohnte, sich scheiden ließ. Siehe Hamann: Winifred Wagner, S. 9–17.

<sup>220</sup> Chamberlain: Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts. Das Buch verkaufte sich bis 1917 über 101.000 Mal. Die Gesamtauflage aller Schriften von Chamberlain, einschließlich der Kriegsaufsätze I und II von 1914 und 1915 mit über 202.000 bzw. über 113.000 Exemplaren, betrug über 749.000 Exemplare. F. Bruckmann AG München: Absatz der Werke des Herrn Chamberlain, 16.5.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 318, Bl. 118.

<sup>221</sup> Houston Stewart Chamberlain vertrat hier seine völkische These, dass lediglich die „arisch-germanische Rasse“ historisch kulturschöpferisch gewirkt und das Judentum im Gegensatz lediglich ein destruktives Prinzip vertreten habe. Siehe dazu Fritz: Houston Stewart Chamberlain.

deutsche Volk, zu dem er sich aus innerlichstem Bedürfnis heraus gesellt hatte, in dem Kampf gegen die halbe Welt unterliege. Aber ich verscheuchte diesen Gedanken und wappnete mich mit der Zuversicht, die ich Chamberlain entsprechend dem Bericht des stellvertretenden Chefs des Generalstabes, General von Freytag-Loringhoven, gepredigt hatte.

Bei der Fahrt durch die eigenartig schöne Gegend ahnte ich nicht, wie nahe nun zum dritten Mal in diesem Kriege die grosse „Peripetie“<sup>222</sup> war, ja, dass das Ereignis schon eingetreten war, durch das der Umschwung verursacht wurde.

In Nürnberg wurde ich von meinem Sohn abgeholt. Als wir auf den weiten Bahnhofsplatz heraustraten, wurden Sonderblätter der Zeitungen ausgerufen. Ich erstand mir eines und las nun mit Schrecken die Nachricht vom bulgarischen Waffenstillstand.<sup>223</sup> Vor meine Seele trat das Schreckgespenst, das ich vor wenigen Stunden von Chamberlain hatte fernhalten wollen. Ich beschaffte mir nun Zeitungen und fand schon Einzelheiten über den *Zusammenbruch des bulgarischen Heeres* mit allem Drum und Dran. Eigentlich hatte ich noch einen Tag in Nürnberg zugeben wollen, um meinen Sohn durch das Germanische Museum zu führen. Nun sagte ich ihm, dass wir am anderen Morgen nach Hause fahren müssten, und dass ich wahrscheinlich dann sofort nach Berlin zu gehen hätte. Ich war an diesem Abend kein guter Gesellschafter, und in der Nacht quälten mich die Sorgen über die Folgen des bulgarischen Niederbruchs so, dass ich kein Auge zutat.

Vor unserer Abreise am nächsten Morgen hatten wir noch ein Erlebnis, das zeigte, wie weit die innere Zerrüttung vorgeschritten war. Vom Frühstückszimmer aus hörten wir wüsten Lärm und sahen dann, in die Halle des Württemberger Hofes<sup>224</sup> getreten, [wie] die neu eingekleideten Soldaten vom jüngsten Jahrgange zum Bahnhof marschierten. Der Zug war vorn und hinten an beiden Seiten von wilden Menschenhaufen begleitet, die den blutjungen und zum Teil recht elend aussehenden Soldaten ihre Aufforderungen zur Meuterei zuriefen und sie ermahnten, einfach aus Reih' und Glied zu verschwinden. Es war entsetzlich, das ansehen zu müssen. Der Pförtner des Gasthofes sagte mir nachher, die Zahl der Eingezogenen sei dreifach so gross gewesen, als die jetzt zur Bahn Marschierenden. Zwei Drittel seien in Nürnberg mit Hilfe der „Unabhängigen“<sup>225</sup> ausgerissen; er meinte, von den jetzt noch zu Befördernden werde wahrscheinlich auch nur ein kleiner Teil in Würzburg oder München,

<sup>222</sup> Eine entscheidende Wendung, Lösung eines Problems oder ein plötzliches Umschlagen von Glück beziehungsweise Unglück.

<sup>223</sup> Im Frieden von Thessaloniki vom 29.9.1918 schied Bulgarien aus dem Verbund der Mittelmächte aus, nachdem sich die bulgarische Armee an der Saloniki-Front gegen serbische und französische Truppen am 15.9.1918 zurückgezogen hatte. Aufgrund der aussichtslosen militärischen Lage an der Westfront und nach dem Ausscheiden Bulgariens forderte die OHL am selben Tag Friedensverhandlungen.

<sup>224</sup> Der Württemberger Hof befand sich am Bahnhofsplatz 2 in Nürnberg.

<sup>225</sup> Gemeint ist die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die am 7.3.1917 gegründet wurde.

ihren Bestimmungsorten, eintreffen. So sah es also jetzt in Deutschland aus – in dem Augenblick, in dem es nach dem Mi[ss]geschick im Südosten darauf ankam, die letzte Kraft zusammenzunehmen!

In Mainz fand ich Briefe aus Berlin vor, die mich dorthin riefen.<sup>226</sup> Bevor ich erzähle, was ich dort erlebt habe, habe ich noch zu berichten, was in der Zeit zwischen der Verhandlung in Sachen Chamberlain vor dem Frankfurter Schöffengericht bis zu meiner Abreise nach Bayreuth<sup>227</sup> erlebt habe.

### 3.9. Verbandstag in Hannover

Vor allem muss ich des *Alldeutschen Verbandstages* gedenken, der in der Zeit vom 13.–15. September in *Hannover* abgehalten wurde. Die Tagung war wohl infolge der ungeheuren Spannung, die gerade über unseren Gesinnungsgenossen lag, besonders stark besucht; auffällig war, dass die wichtigsten Führer der nationalen Bewegung Österreichs erschienen waren, und zwar vor allem die Obmänner aus den einzelnen Kronländern.<sup>228</sup>

Um meinen Freunden Zuverlässiges über die Gesamtlage des Vaterlandes mitteilen zu können, hatte ich beschlossen, die Reise nach Hannover über Berlin zu machen und hatte mich dort bei dem Chef des Zivilkabinetts, *Dr. von Berg-Markienen*<sup>229</sup>, bei dem Staatssekretär des Äusseren[,] *von Hintze*<sup>230</sup>[,] und bei dem *stellvertretenden Chef des Generalstabes* zu Besuchen angemel-

---

<sup>226</sup> Claß besprach bereits auf dem Verbandstag des ADV in Hannover 13.–15.9.1918 mit dem Hauptgeschäftsführer der Geschäftsstelle, dass er für die erste Oktoberhälfte 1918 ein Besuch in Berlin plane, bevor er nach Danzig zum Gautag des ADV Westpreußen am 12.10.1918 weiterfahren wollte. Hauptgeschäftsführer des ADV an Claß, 25.9.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 204, Bl. 675.

<sup>227</sup> Claß reiste am 25.9.1918 nach Bayreuth.

<sup>228</sup> Anwesend waren auf der Sitzung der Hauptleitung des ADV am 13.9.1918 Medizinalrat Dr. Josef Titta als Obmann der Nordmark sowie des Deutschen Volksrates für Böhmen, Dr. Otto Wenzelides aus Troppau, Edgar Meyer als Obmann für Tirol und Hans Knirsch als Vertreter der DNSAP. Sitzung der Hauptleitung des ADV, 13.9.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 120, Bl. 10. Das Protokoll für die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses ist nicht überliefert.

<sup>229</sup> Friedrich Wilhelm Bernhard von Berg-Markienen (1866–1939), 1888 persönlicher Adjutant von Prinz Friedrich Leopold von Preußen, 1894–1899 im preußischen Staatsdienst in Bartenstein und Danzig, 1899–1905 Regierungsassessor in Berlin und Niederbarnim, 1906–1918 Geheimes Zivilkabinett Wilhelms II., 1916 Oberpräsident von Ostpreußen und bis 1919 Vorsitzender des Provinziallandtags, 1918 Chef des Geheimen Zivilkabinetts, 1919 Gründungsmitglied des Nationalen Klubs, 1920 Präses der ostpreußischen Generalsynode, 1920–1932 Vorsitzender der DAG, 1921–1926 Generalbevollmächtigter des Hauses Hohenzollern.

<sup>230</sup> Paul von Hintze (1864–1941), 1902 Berufung in den Admiralstab, 1903–1908 Marineattaché der nordischen Reiche in St. Petersburg, 1908–1911 Militärbevollmächtigter beim russischen Zaren, 1911–1914 deutscher Gesandter in Mexiko, 1914–1917 deutscher Gesandter in Peking, 1917–1918 deutscher Gesandter in Norwegen, 1918 Staatssekretär des Äußeren, Rücktritt, Verbleib als Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier, 1919 Mitglied der DVP, 1921 Leiter des Auslandsinstituts in Stuttgart und 1924–1928 Vorsitzender des VDA.

det.<sup>231</sup> Die drei Herren hatten mir zustimmend geantwortet, so dass ich in den Tagen vom 10. bis 12. September meine Geschäfte in der Reichshauptstadt hoffte erledigen zu können.<sup>232</sup>

Mein Besuch bei Herrn *von Berg* hing damit zusammen, dass ich beabsichtigte, den Kaiser noch einmal in einer Throneingabe zu beschwören, dem Treiben der Zerstörer aller Art ein Ende zu machen. Bei der äussersten Zuspitzung der Dinge in der Heimat und auf den Kriegsschauplätzen hielt ich mich vor meinem Gewissen für verpflichtet, diesen Schritt trotz des Misserfolges meiner Eingabe vom 17. Mai 1917<sup>233</sup> zu tun, und darüber wollte ich mit dem neuen Chef des Zivilkabinetts sprechen.

Am 11. September 1918 wurde ich von Herrn *von Berg* empfangen, der nach der Verabschiedung des unseligen Herrn *von Valentini* als Chef des Geheimen Zivilkabinetts im Januar 1918 dessen Nachfolger und damit der nächste politische Berater des Kaisers geworden war. Ich setzte auf diese Unterredung um [der] Hoffnung [willen], weil Herr von Berg, bis dahin Oberpräsident der Provinz Ostpreussen, als ein unbedingter Anhänger aristokratisch-konservativer Staatsauffassung bekannt war. Auch waren mir von gemeinsamen Freunden Äusserungen des Kabinettschefs mitgeteilt worden, die darauf schliessen liessen, dass er das Schleifenlassen der Zügel unter Bethmann Hollweg aufs entschiedenste verurteilt hatte.

Bei unserer Unterhaltung ging ich von der unbestreitbaren Tatsache aus, dass der greise Kanzler *Graf Hertling* nicht den geringsten Versuch gemacht hatte, dem unter Bethmann eingerissenen Unwesen entgegenzutreten[,] im Gegenteil: unter ihm und seinem Vizekanzler, dem württembergischen Demokraten *von Payer* war die Entartung ins rein Parlamentarische noch verschlimmert worden. Ich gab Herrn *von Berg* auch Beispiele über die Verhetzung draussen im Lande, betonte aber zugleich auch die Sehnsucht der Besten, unter entschlossener oberster Führung der Zersetzung im letzten Augenblick entgegenzutreten. Ich fügte noch hinzu, dass nur der Kaiser die Getreuesten im ganzen Reiche zu einem solchen innerpolitischen Rettungskampfe zusammenfassen könne, da keiner der Bundesfürsten wohl hinreichend Gehör finden würde.

<sup>231</sup> Siehe zu den Besuchsfragen Schreiben (Entwurf) Claß an Paul von Hintze, Hugo von Freytag-Loringhoven und Friedrich von Berg-Markienen, 28.8.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 602, Bl. 1–2 und Claß an Konstantin von Gebssel, 31.8.1918, in ebd., N 2089, Bd. 5, Bl. 271.

<sup>232</sup> Eigentlich wollte Claß am 11.9.1918 von Mainz aus zum Verbandstag des ADV in Hannover fahren. So sah die Planung noch am 7.9.1918 aus und das Hotel Kastel in Hannover war entsprechend für dieses Anreisedatum gebucht. Am 10.9.1918 berichtete der Schriftwart der Hauptleitung dann an Emma Ritterdorfer, dass Claß „eben eine Reise antritt“. In BA-Berlin, Bd. 204, Bl. 598. Claß reiste also einen Tag vorher als geplant nicht nach Hannover, sondern nach Berlin ab. Offiziell hieß es in den Schreiben der Hauptleitung jedoch, Claß sei am 10.9.1918 direkt zur Vorbereitung des Verbandstages nach Hannover gefahren. Der Verbandstag begann dann am 13.9.1918 in Hannover.

<sup>233</sup> Siehe Kapitel 2.6.



Herr *von Berg* erkannte meine Schilderung des politischen Zustandes als richtig an und meinte nur, es hätten sich in der letzten Zeit Anzeichen der Besserung feststellen lassen. Er sei durch konservative Freunde über die kaiserliche Gesinnung und die vaterländische Tätigkeit des Alldeutschen Verbandes unterrichtet, und er würde es an sich befürworten, dass der Kaiser mit mir spreche. Aber unter den gerade jetzt obwaltenden Umständen bitte er mich, von meinem Wunsche abzusehen, da ein Empfang bei Seiner Majestät bestimmt nicht unbemerkt bleiben würde. Er betrachtete es als höchst unerwünscht, wenn dann wieder das Geschrei entstände, der Kaiser verkehre vornehmlich mit „Reaktionären“ – als solche seien die Alldeutschen doch nun einmal von der ganzen gegnerischen Presse hingestellt. Ich dürfe indes sicher sein, dass er bei der nahen Gesinnungsverwandtschaft zwischen ihm und den Alldeutschen ständig im Sinne unserer Bestrebungen bei dem Kaiser zu wirken versuche.

Bei dieser Einstellung Bergs erkannte ich, dass mein dringender Wunsch, an den Kaiser selbst zu gelangen, auch jetzt aussichtslos sei. Ich beschränkte mich deshalb darauf, meine Genugtuung darüber auszusprechen, dass Herr *von Berg*, von dem bekannt war, dass er als Korpsbruder<sup>234</sup> und persönlicher Freund besondere Möglichkeiten besitze, auf seinen Herrn einzuwirken, im Sinne der Auffassung der nationalen Rechten tätig sei.

Erwähnt sei schon hier, dass am folgenden Tag, dem 12. September, Herr *von Payer* in Stuttgart eine damals von der gesamten Linken bejubelte, von uns mit Entsetzen aufgenommene Rede hielt, in der er ankündigte, dass die Regierung die ausgefahrenen Gleise der bisherigen Staatskunst verlassen werde, und in der er ziemlich unverhüllt die Preisgabe Belgiens ansagte!<sup>235</sup> Kein Zweifel, dass dies vollkommen im Gegensatz zu dem stand, was Herr *von Berg* als die Absichten seines kaiserlichen Herrn erklärt hatte.

Mein Besuch bei Herrn *von Hintze* kam nicht zustande, da der Staatssekretär ins Grosse Hauptquartier hatte abreisen müssen.<sup>236</sup>

Am Vormittag des 12. September suchte ich den General *von Freytag-Loringhoven* im Gebäude des Grossen Generalstabs auf. Ich wurde von ihm, der mir als ein naher Gesinnungsverwandter geschildert worden war, aufs freundlichste empfangen und trug ihm meine Bitte vor, über die militärische Lage, wie sie nun geworden sei, aus erster Quelle unterrichtet zu werden. Ich begründete dieses Ansinnen damit, dass ich in den nächsten Tagen vor meinen

---

<sup>234</sup> Friedrich von Berg-Markienen und Wilhelm II. gehörten beide dem Bonner Corps Borussia an.

<sup>235</sup> Friedrich von Payer besuchte mit Georg Graf von Hertling Ende August die Oberste Heeresleitung in Avesnes und Spa, um das Einverständnis zur Aufgabe Belgiens einzuholen, und hielt am 12.9.1918 in Stuttgart eine Rede über Wahlrechtsvorlage und Verständigungsfrieden, in der er den Verzicht Belgiens proklamierte. Rede in Deutsche Tageszeitung 12.9.1918.

<sup>236</sup> Paul von Hintze war vom 10.–12.9.1918 im Großen Hauptquartier in Spa. Siehe auch die Dokumente Nr. 207–212, in Hürter: Paul von Hintze, S. 580–587. Hintze war zu einem späteren Treffen mit Claß hingegen weiterhin bereit. Paul von Hintze an Claß, 13.9.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 386, Bl. 7.

aus allen Teilen des deutschen Sprachgebiets zusammenkommenden Gesinnungsgenossen stehen würde und die Verantwortung dafür trüge, dass sie nicht nur über den politischen Zustand des Vaterlandes, sondern auch über die Kriegslage so zuverlässig unterrichtet würden, wie es der Öffentlichkeit gegenüber möglich sei. Ich fügte hinzu, ich würde es verstehen, wenn der stellvertretende Generalstabschef mir keinen Bescheid gäbe. Ich hoffte aber, dass bei der Notwendigkeit, die öffentliche Meinung im Lande wieder aufzurichten, er mich wissen lassen würde, wie die Dinge, vor allem im Westen, stünden. Natürlich würde ich nur von dem Gebrauch machen, was er mir zu diesem Zweck freigebe.

Der General erwiderte, dass er mir umso bereitwilliger Rede stehe, als er meinen Zweck, der Stimmung im Lande Auftrieb zu geben, durchaus anerkenne. Er sei zudem in der glücklichen Lage, mir das neueste und letzte mitteilen zu können, was er durch ein gerade kurz vorher beendetes Ferngespräch mit dem Feldmarschall *von Hindenburg* erfahren habe. Dieser habe ihm gesagt: *„Gott sei Dank, wir sind jetzt über den Berg und haben das Schlimmste überstanden. Die Truppe hat sich wieder gesetzt und ist nach den vorliegenden Meldungen wieder fest in der Hand ihrer Führer. Wir werden bis zu einem erträglichen Ende aushalten können, vorausgesetzt, dass in der Heimat kein Unglück geschieht.“* Diesen Bescheid des Feldmarschalls erläuterte mir General von Freytag und liess seine Zuversicht erkennen, dass nun die Feinde an der Westfront sich bei ihren Angriffen erschöpfen würden.<sup>237</sup> Er gab mir auch Beispiele dafür, wie heldenmütig die Truppe sich schlage, und in welchem Masse sie den Engländern und Franzosen, vor allem aber den Amerikanern überlegen sei.

Man kann sich denken, wie mich diese Mitteilungen damals beglückt haben, besonders da ihr Inhalt auf den obersten Feldherrn zurückging. Ich bat General von Freytag um die Ermächtigung, die Kernsätze seiner Ausführungen meinem Freunde *Gebattel* anvertrauen zu dürfen, da dieser auf dem Verbandstag in Hannover den Bericht über die militärische Lage zu erstatten habe. Selbstverständlich würde ich ihn verpflichten, den Wortlaut der Äusserungen Freytags nicht wiederzugeben[,] und auch nicht im entferntesten anzudeuten, auf welche Quelle er sich bei seinen Ausführungen stütze. Der General gab sofort seine Zustimmung, da es sich darum handele, die Zuversicht im Vaterlande zu stärken.

Demgemäss berichtete ich, als ich am Abend desselben Tages mit General von Gebattel in Hannover zusammentraf, aufs genaueste, und wir legten

<sup>237</sup> Die deutschen Offensiven an der Westfront kamen bereits im Oktober/November 1914 zum Stehen, nachdem der Vorstoß deutscher Truppen in der Marne-Schlacht 5.–12.9.1914 gestoppt wurde. Den „Wettlauf zum Meer“ an die Kanalküste verlor die deutsche Armee und die Westfront verdichtete sich zu einem 700 km langen Schützengrabengürtel von der Nordseeküste im westlichen Belgien bis zur Schweizer Grenze. Die gescheiterten Frühjahrsoffensiven 1918 verdeutlichten die Übermacht der Entente nach dem Kriegseintritt der USA am 6.4.1917. Die Gegenoffensiven der Entente-Mächte zwischen Juli und August/September 1918 zwangen die deutschen Truppen zur Rückverlegung der Frontstellung hinter die „Siegfried-Linie“.

schriftlich fest, in welcher Form dieser in seinem Vortrag die Mitteilungen des stellvertretenden Generalstabschefs verwerten solle. Ich werde auf die Wirkung seiner Ausführungen noch zurückkommen und möchte nur kurz über die letzte Tagung des Alldeutschen Verbandes vor dem Zusammenbruch sagen, was erwähnenswert ist.

Ich habe schon erwähnt, dass mit der Beendigung des Krieges auf den östlichen Kriegsschauplätzen, dann mit dem Abschluss des Friedens von Litauisch-Brest[,] und schliesslich und vor allem infolge des stürmischen Grossangriffs der deutschen Heere im Westen[,] die öffentliche Meinung sich uns zugewendet hatte, so dass das alldeutsche Kriegsziel volkstümlich geworden war. Aber wie sagte der alte Logau<sup>238</sup>?

„Verlasse dich auf Menschen nicht,  
Sind sie wie eine Wiege.  
Wer heute Hosianna<sup>239</sup> spricht,  
Ruft morgen crucifige<sup>240</sup>.“<sup>241</sup>

Die Stimmung gegenüber dem Alldeutschen Verband schlug sofort um, als der Angriff im Westen ins Stocken geriet. Als gar der Rückschlag erfolgte und die deutschen Heere zurückgenommen werden mussten, da war neben Ludendorff der Alldeutsche Verband der Hauptschuldige, der in Grund und Boden verdammt wurde. Alle die Menschen, alle die Zeitungen und Zeitschriften, die in den Wochen der neuen Siege sich verlegen zurückgehalten hatten, holten nun nach, was sie in der Zeit ihres Schweigens versäumt hatten. Die Führung war bei der Presse der Linken, ganz einerlei, ob es sich um Marxisten<sup>242</sup>, Zentrumsdemokraten oder Freisinnige handelte. Es hagelte nur so von Angriffen und Verleumdungen, und wir konnten schon mit Recht von einer „Generaloffensive“ aller Leute des Verzichts und der pazifistischen Einstellung gegen den Alldeutschen Verband reden.

Dazu kam, dass, gleichfalls in zeitlicher Verbindung mit dem ausbleibenden grossen Erfolg im Westen, auf dem Gebiete der inneren Politik die Bestrebungen sich immer mehr in den Vordergrund drängten, die eine Änderung des

---

<sup>238</sup> Friedrich von Logau (1605–1655), deutscher Dichter des Barock, Autor u. a. der Schriften: *Teutsche Reimensprüche Salomon von Golaws* (1638) und (Pseudonym Salomon von Golaw) *Deutscher Sinn-Getichte Drey Tausend* (1654).

<sup>239</sup> Fleh- oder Jubelruf an Gott oder den König.

<sup>240</sup> Kreuzige.

<sup>241</sup> Das alte Kirchenlied „Hosianna. Crucifige“ (1659) sprach nicht von „Menschen“, sondern von „Leuten“. Andere Versionen des Epigrammes sprachen von „Fürsten“. Siehe auch *Der Sammler. Ein Unterhaltungsblatt*, 18. Jg., Wien 1826, S. 314 und *Bismarck: Gedanken und Erinnerungen*, S. 76. Die Wendung wurde von den Alldeutschen auch im Sommer 1916 gebraucht, als Großadmiral Hans von Koester auf einer Tagung des Deutschen Flottenvereins angesichts der Schlacht am Skagerrak den uneingeschränkten U-Bootkrieg befürwortete und dafür unter anderem von der Frankfurter Zeitung kritisiert wurde. *Alldeutsche Blätter* 1.7.1916.

<sup>242</sup> Gemeint sind SPD und USPD.

preussischen Wahlrechts<sup>243</sup> und im Reiche den Übergang zur parlamentarischen Regierungsform zum Ziel hatten. Das war gerade das Schamlose bei dem Treiben der Parteiführer und der Blätter der Linken aller Schattierungen: sie nutzten die schwierige Lage, in die das Vaterland durch den militärischen Rückschlag geraten war, dazu aus, ihre Parteiansprüche auf die Machtübernahme im Reich und in den Einzelstaaten zu verwirklichen, oder, wie man so schön sagte, zu verankern. Man hatte für jene Machenschaften, die mit skrupelloser Leidenschaft betrieben wurden, die herrliche Begründung gefunden, ein Volk, das so Ungeheures geleistet habe und leiste, wie das deutsche im Weltkrieg, müsse das Recht haben, seine Geschicke selbst zu bestimmen. Dies umso mehr, als offenkundig sei, dass sowohl die politische wie militärische Führung, die bis jetzt im Reich und in den Ländern vom Kaiser und von den Fürsten bestimmt worden sei, versagt habe.

In Wahrheit dachten die Parteigewaltigen an das so glorreich bewährte Volk nur in dem Sinne, dass es ihnen durch seine Abstimmung bei den Wahlen zur Macht verhelfen sollte. Es waren dieselben Volksbeglückter, die einen wesentlichen Anteil der Schuld an der Führerlosigkeit im Innern trugen, und die infolge der Schwäche der Regierungen nicht gehindert, den herrlichen Geist aus den Augusttagen des Jahres 1914 zerstört hatten. Man denke daran, um ganz darüber im klaren zu sein, dass auf dem Gebiete der innerpolitischen Massnahmen sowohl Bethmann Hollweg wie Michaelis und nun auch Hertling so ziemlich alles getan hatten, was die Reichstagsmehrheit verlangt hatte.<sup>244</sup>

<sup>243</sup> Im Gegensatz zum seit 1871 geltenden gleichen, allgemeinen und geheimen Reichstagswahlrecht für Männer (ab dem 25. Lebensjahr) bestimmte das 1849 eingeführte Dreiklassenwahlrecht in Preußen das Wahlrecht nach dem direkten Steueraufkommen des männlichen Wählers für Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Gemeindevertretungen. Neben der Begünstigung agrarischer Wahlkreise östlich der Elbe führte diese Wahleinteilung zu massiven Benachteiligungen für die SPD, da die unterste dritte Steuerklasse zwar die größte Wählerschicht repräsentierte, jedoch bedeutend weniger Wahlmänner stellte. Kühne: Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur.

<sup>244</sup> Claß hielt Georg Michaelis in der Rückschau als „im sittlichen Sinne anständig“. Michaelis' politisches Handeln habe „von Anfang an unter zwei politischen Sünden gegen die Reichstagsmehrheit gelitten“, indem er ohne Mehrheit zum Reichskanzler ernannt worden sei und die Forderung nach Parlamentarisierung in Preußen und Deutschland mit Ambivalenz begleitet habe. Zwar sei der „Abgang“ von Michaelis „politisch männlich gewesen und hat ihn davor gesichert, sich weiter politisch in Schuld zu verstricken“, jedoch habe Michaelis unglücklich bei der Erklärung der Reichstagsmehrheit für einen Verständigungsfrieden vom 19.7.1917 agiert und habe sich daher nicht mehr halten können. Michaelis habe Claß zudem wissen lassen, dass man, entgegen alldeutschen Kriegszielen, Belgien nicht halten müsse, da man in Zukunft stattdessen sehr viel Land im Osten bekommen würde. Auch habe Michaelis die Anfang Oktober 1917 erfolgte Gründung des Volksbundes für Vaterland und Freiheit unterstützt, die Claß als Gegengründung zur DVLP sah. Dem Katholiken Georg Graf von Hertling trat Claß hingegen seit Ernennung zum Reichskanzler mit „grösstem Misstrauen“ entgegen, nicht zuletzt da Hertling Richard von Kühlmann stützte und sich unentschieden und ausweichend gegenüber der Wahlrechtsreform verhalten habe. Zudem habe sich Hertling sei der Ernennung zum Reichskanzler zu sehr von den Parteien im Reichstag abhängig gemacht. Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 8.12.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 116, Bl. 15–18. Zur alldeutschen Kritik an Michaelis' unklarer Haltung gegenüber der Friedensresolution des Reichs-

Als nun gar die Fragen der Verfassungsänderung in Preussen und im Reich immer rücksichtsloser in den Vordergrund gestellt wurden, als ob es mitten im Kriege nichts wichtigeres gäbe, als den Einfluss der Parteiführer zu stärken, setzte sich der Alldeutsche Verband auch hiergegen zur Wehr. Wir sprachen offen aus, dass das Betreiben dieser Pläne gerade nach dem Rückschlag im Westen, der die Zusammenfassung aller Kräfte im Innern des Vaterlandes erfordere, um einen guten Ausgang zu sichern, nackter Landesverrat sei.<sup>245</sup>

Was Wunder, wenn zu den bisherigen Vorwürfen, wir seien am Kriege und dann an seiner Verlängerung schuld, nun der neue kam, wir seien Reaktionäre, die das deutsche Volk um seinen Anspruch auf innerpolitische Mitbestimmung betrügen wollten. Es ist schwer, sich einen Begriff davon zu machen, mit welchen Massen damals gegen uns gearbeitet wurde. Man kann sich denken, in welchem Masse die wenigen Männer, denen die Verpflichtung der alldeutschen Sache vor der Öffentlichkeit oblag, in Anspruch genommen waren.<sup>246</sup>

An der Spitze der Reichsleitung stand seit November 1917 der ehemalige Zentrumsführer und spätere bay[er]ische Ministerpräsident[,] *Graf Hertling*. Der tapfere *Graf Kaspar Preysing* hatte aufgeschäumt, als dieser Mann nach einem langen Kuhhandel mit den Häuptern der Reichstagsparteien in solcher Zeit zum deutschen Kanzler ernannt worden war. Er rief aus: „Mit dem kleinen Bayern ist Hertling nicht fertig geworden, weil er weder Mut noch Willen hat; jetzt soll er das Reich regieren!“ Wir hatten, wie man sich erinnern wird, die Ernennung Hertlings aufs schärfste bekämpft, und ich selbst hatte in leidenschaftlicher Ablehnung gegen ihn geschrieben und geredet.<sup>247</sup>

Von alldeutschen Gesinnungsgenossen, die zur Konservative Partei gehörten, war damals der Versuch gemacht worden, uns damals zu dämpfen. Ich erinnere mich besonders einer Besprechung im Herrenhause, die diesem Zwecke diente. Bei ihr berichtete uns der politische Vertrauensmann des deutschen Kronprinzen, Landrat *von Maltzahn*<sup>248</sup>, über eine Unterredung mit dem neuen Reichskanzler, den er im Auftrage seines hohen Herrn besucht hat-

---

tages: Leopold von Vietinghoff-Scheel an Konstantin von Gebattel, 23.8.1917, in ebd., Bd. 357, Bl. 99. Siehe auch Becker: Georg Michaelis, S. 482–483 und 505.

<sup>245</sup> Siehe zur alldeutschen Propaganda gegen die Mehrheitsparteien des Reichstags, die Friedensresolution vom 19.7.1917 und die Wahlrechtsänderungen der „Osterbotschaft“ vom 7.4.1917 die Artikel in der Deutschen Zeitung 28.8.1917, 12.11.1917 und 14.11.1917, die zunehmend den Gedanken der Militärdiktatur durch die Oberste Heeresleitung propagierten. Zu alldeutschen Plänen eines Mehrheitswahlrechts vor 1914 auch Hering: Konstruierte Nation, S. 319–344.

<sup>246</sup> Siehe auch Claß: Der Bund der Schuldigen, in Deutsche Zeitung 20.9.1917 und Ders.: Lohn statt Sühne, in ebd. 10.10.1917.

<sup>247</sup> Claß: Und die Krone?, in Deutsche Zeitung 6.11.1917. Siehe dazu auch Vorwärts 7.11.1917.

<sup>248</sup> Hans Jasper Freiherr von Maltzahn (1869–1929), 1903–1918 Landrat des Landkreises Rügen, 1904–1921 Mitglied des Provinziallandtages der Provinz Pommern, 1908–1918 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses für die DKP, 1914–1916 konservativer politischer Vertrauensmann des deutschen Kronprinzen Wilhelm von Preußen, Mitglied der DNVP und 1921–1926 Mitglied des Preußischen Staatsrats.

te.<sup>249</sup> Maltzahn erklärte, der Kronprinz habe Hertling durch ihn auffordern lassen, *Erzberger* das Handwerk zu legen. Darauf habe er von dem Kanzler die Versicherung bekommen, auch er sehe dieses als seine wichtigste innerpolitische Aufgabe an. Solange Erzberger bestimmenden Einfluss im Zentrum besitze, sei Deutschland überhaupt nicht zu regieren, weil er als äusserster Zentrumsdemokrat die Sozialisten und auch die Demokraten unbedingt hinter sich habe. Er, Hertling, sei fest entschlossen, den Einfluss Erzbergers zu brechen und glaube auch, dies fertigzubringen, weil er gewisse Waffen gegen jenen Demagogen besitze, die schliesslich bei allen anständigen Leuten wirken müssten. Maltzahn schloss seine Ausführungen damit, dass er überzeugt sei, Hertling werde um seiner Selbsterhaltung willen Erzberger stürzen. Man müsse ihm deshalb eine gewisse Schonzeit geben.<sup>250</sup>

Ich versuchte Matzahn klarzumachen, dass Hertling gar nicht den Einfluss habe, seinen stärkeren Nebenbuhler von früher, der nun Alleinherrscher der Partei sei, kaltzustellen. Ja, meinte der Berater des Kronprinzen, der Kanzler wolle die noch immer bedeutsamen konservativen Kräfte des Zentrums in Bewegung setzen, vor allem den westfälischen und schlesischen Adel, der sicher mittun würde. Über seine mangelnde Kenntnis des tatsächlichen Zustandes konnte ich wirklich nur staunen, und ich gab Herrn von Maltzahn dies als meine Meinung mit auf den Weg: „Wenn Erzberger in der Macht gelassen wird, ist der Krieg nicht zu gewinnen. Also muss er beseitigt werden. Dies Geschäft kann aber kein Zentrumsmann, und erst recht nicht so ein überalterter wie Hertling durchführen. Das werde nur der Diktator können, und er, Maltzahn, wisse ja aus früheren Unterhaltungen, dass nach unserer Überzeugung allein der Militärdiktator mit der notwendigen Entschlossenheit auftreten könne.“

Was von Hertlings Plänen und Versprechungen zu halten war, hat man ja dann gesehen. Der Reichskanzler wurde vom Reichstag überhaupt nicht beachtet, während Erzberger immer mächtiger und einflussreicher wurde. Er war der offenkundige Drahtzieher für so ziemlich alle reichsschädlichen Entschlüsse und Massnahmen, die im Reichstag ausgeheckt wurden, und die gesamten Demokraten jeglicher Färbung gingen mit ihm durch dick und dünn.

<sup>249</sup> Siehe zur Unterstützung der Deutsch-Konservativen Fraktion im Reichstag des Reichskanzlers Georg Graf von Hertling Westarp: *Konservative Politik*, Bd. 2, S. 484–489, 495 ff. und 601 ff. sowie Unterredung Matthias Erzberger mit Hans Jasper Freiherr von Maltzahn, 16.11.1917, in *Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18*, Bd. 1, S. 610–611.

<sup>250</sup> Hans Jasper von Maltzahn stützte bereits die Gegner des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg und vermittelte in der Intrige gegen den Reichskanzler, der im November 1917 zurücktrat. Ein wichtiges Treffen fand dahingehend am 12.7.1917 statt, als von Maltzahn für den Kronprinzen Wilhelm von Preußen Oberstleutnant Max Bauer von der Obersten Heeresleitung, Kuno Graf von Westarp von der DkP, Erich Mertin von der Wirtschaftlichen Vereinigung, Matthias Erzberger von der Zentrumsparlei und Gustav Stresemann von der NLB zu einem Gespräch eingeladen hatte, die sich gegen Bethmann Hollweg aussprachen, während Eduard David Bedingungen für eine Unterstützung klar machte und sich lediglich Friedrich von Payer von der FVP für Bethmann Hollweg aussprach. Siehe auch Röhl: *Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund*, S. 1221–1222.

Als wir damals im Begriffe waren, in Hannover zusammenzutreten, zeigte sich die ganze vermessene politische Unfähigkeit dieser nur auf die innerpolitische Machterweiterung bedachten sogen. Parteiführer im traurigsten Lichte. Ein Payer konnte es, wie schon erwähnt, wagen, von den ausgefahrenen Gleisen der Aussenpolitik zu sprechen, wobei man ergänzend an Bismarck zu denken hatte, und daran, dass die Macht und der kriegerische Erfolg aufgehört hätten, die grossen Verhältnisse dieser Erde zu bestimmen, und dass an ihre Stelle das Recht und das Weltgewissen durch die Grösse der neuen deutschen Staatsmänner zur Herrschaft gebracht werden sollten. Dies alles geschah in einem Zeitpunkt, wo sämtliche Feinde Deutschlands überall auf dieser Erde keinen anderen Gedanken hatten, als das Reich durch die äusserste Kraftanstrengung ganz niederzuwerfen, und den deutschen Menschen, wenn nicht zu vernichten, so doch von dem Wettbewerb um die Güter der Erde auszuschliessen.

Auf der anderen Seite – und das muss man beachten, um unsere Überlegungen zu begreifen – ruhten die Waffen im Osten, nachdem sie für Deutschland zu einzigartigen militärischen Erfolgen geführt hatten.<sup>251</sup> Russland und Rumänien<sup>252</sup> waren niedergekämpft, und auch an der mazedonischen Front<sup>253</sup> war nichts zu befürchten, nachdem General von Freytag mir wörtlich erklärt hatte: „Im Osten im allgemeinen Frieden“, was ich doch nur so verstehen konnte, dass zur Zeit an dem dort vorhandenen Zustand keine Änderung eintreten werde. Also konnten sich die Anstrengungen der Obersten Heeresleitung auf die Westfront zusammenballen, und in bezug auf die dortige Lage hatte der General ja verheissungsvolle Auskunft gegeben. Es war deshalb, alles in allem genommen, in erster Linie notwendig, der öffentlichen Meinung Deutschlands angesichts der innerpolitischen Lage neuen Auftrieb zu geben und das Volk in der Heimat zum Ausharren zu ermahnen. Es war also durchaus gerechtfertigt, wenn General von Gebattel in seinem Bericht über die militärische Lage der Zuversicht Ausdruck verlieh, die ich ihm vom stellvertretenden Generalstabschef übermittelt hatte.

Im übrigen waren für ihn meine Mitteilungen nur eine Bestätigung dessen, was ihm von verschiedenen gleichaltrigen oder jüngeren Kameraden von wichtigen Posten an der Front vertraulich mitgeteilt worden war. So konnte mein Freund, dessen sicheren militärischen Instinkt niemand bestreiten konnte, mit Fug und Recht zu dem Schlusse kommen, dass das deutsche Heer im Westen den Enderfolg in den Händen halte, *wenn* ihn nicht Vorgänge in der

---

<sup>251</sup> Gemeint ist der Frieden von Brest-Litowsk vom 3.3.1918.

<sup>252</sup> Rumänien unterzeichnete am 9.12.1917 den Waffenstillstand von Focsani mit den Mittelmächten, der zum Frieden von Bukarest am 7.5.1918 führte.

<sup>253</sup> Nach den gescheiterten Offensiven französischer und serbischer Truppen an der mazedonischen Front vom 9.–23.5.1917 blieb die Front weitgehend ruhig, bis ein erneuter Angriff der alliierten Truppen (Serbien, Griechenland, Frankreich und Großbritannien) am 15.9.1918 nach dem Abzug deutscher Truppen zum Zusammenbruch der Frontstellung führte.

Heimat zunichte machten.<sup>254</sup> Dieses „Wenn“ – dieses furchtbare „Wenn“ wurde das Schicksal unseres Vaterlandes. Ich habe diese Zusammenhänge klargelegt, weil damals die ganze Linkspresse aufheulte und den bay[er]ischen General (sowie den Alldeutschen Verband) als Kriegshetzer verfemte. Ja, sie machte ihm grenzenlose Leichtfertigkeit in bezug auf die militärische Würdigung der Kriegslage zum Vorwurf. Als dann der Zusammenbruch gekommen war, mussten sich die Herrschaften der Reichstagsmehrheit und ihr Anhang davon überzeugen, dass ihre schmäbliche Unterwerfung unter den Willen der Feinde ganz andere Früchte zeitigte, als sie in ihrer Weltbürgerlichkeit unserem Volke vorgeschwindelt hatten. Nun hatten sie das Bedürfnis, einen Sündenbock zu finden, dem sie alle Schuld an dem entsetzlichen Unheil aufbürden konnten. Das sollte der Alldeutsche Verband sein, diese verruchte Gemeinschaft von Reaktionären, Kriegshetzern und Kriegsverlängerern. Unter ihnen sollte dann Konstantin von Gebattel einer der [V]erworfensten sein, da er noch um die Mitte des September 1918 die Fortführung des Krieges im Westen bis zum guten Erfolge verlangt hatte.<sup>255</sup>

Ich bin es dem Andenken dieses meines treuen Freundes schuldig, mit aller Deutlichkeit Zeugnis dafür abzulegen, dass er damals nicht ein Wort gesagt hat, das über die Auskunft des Generals von Freytag-Loringhoven hinausging. Es war eine Tragödie eigener Art, dass so bald militärische Ereignisse auf anderen Kriegsschauplätzen folgten, die auf unsere Gesamtlage verhängnisvoll einwirkten, und dass auch politische Vorkommnisse die vollkommene Führerlosigkeit der Mittelmächte erwiesen.

Bevor ich darauf eingehe, möchte ich den Verlauf dieser letzten alldeutschen Kriegstagung in grossen Umrissen schildern. Sie stand bei ihrem Zusammentritt am 13. September unter dem Zeichen der Nachricht vom Tode von *Karl Peters*<sup>256</sup> und der mir in Hannover zugegangenen Mitteilung, dass einer

<sup>254</sup> Konstantin von Gebattel auf dem Verbandstag des ADV am 15.9.1918: „Es ist meine feste innere Überzeugung, daß wir den endgültigen Sieg schon erfochten haben; es gilt jetzt nur, ihn festzuhalten und über Kummer und Entbehrung, die von jedem großen Krieg unzertrennbar sind, die Nerven nicht zu verlieren.“ Bericht in Alldeutsche Blätter 21.9.1918.

<sup>255</sup> Konstantin von Gebattel sah die eigentliche Gefahr für eine Niederlage nicht vordergründig in der militärischen Situation, sondern in der Kriegsmüdigkeit an der Heimatfront und den Reformforderungen, die aus seiner Sicht erst durch den stagnierenden Kriegsverlauf geweckt worden seien. Gebattel sprach beim Abschluss des Friedensvertrages von Brest-Litowsk daher auch euphorisch von „völkischen Ostern“. Deutsche Zeitung 31.3.1918. Gebattel forderte gegen Kriegsende einen neuen „Burgfrieden“, einen charismatischen neuen Führer an der Regierung und eine zwangsweise Einhegung der sozialdemokratischen Presse und der Friedensforderungen der Mehrheitsparteien. Gebattel gehörte zum Kern derjenigen im ADV, welche die politische Instrumentalisierung des Antisemitismus nach der zunächst erfolgten strategischen Vertagung zu Kriegsbeginn dann ab 1917 ganz massiv auch gegenüber Claß forderten. Konstantin von Gebattel an Georg von Hellingrath, 19.8.1918 und Ders. an von Bergh, 20.9.1918, in BA-Berlin, N 2089 Gebattel, Bd. 5, Bl. 265 und 282.

<sup>256</sup> Carl Peters (1856–1918), Studium der Geschichte, Geographie und Philosophie, 1879 Promotion, 1880 Lehramtsexamen, 1881–1883 in London, 1884 Mitbegründer der Gesellschaft für Deutsche Kolonisation (1885 Deutsch-Afrikanische Gesellschaft), 1884 Habilitation in Leipzig, 1884/1887 Abschluss erster Protektoratsverträge in Sansibar (1885 erster Kaiser-



unserer besten und tapfersten Freunde, der Vorsitzende unserer Ortsgruppe in Göttingen, Rechtsanwalt *Karl Friedrich Walbaum*, auf dem Felde der Ehre geblieben sei.<sup>257</sup>

*Dr. Karl Peters*, der Begründer des „Allgemeinen Deutschen Verbandes“<sup>258</sup>, der kühne Erwerber unseres ostafrikanischen Besitzes<sup>259</sup>, hatte sich nach der schnöden Behandlung, die ihm in Deutschland zuteil geworden war, zuerst nach Britisch-Südafrika und dann nach London zurückgezogen.<sup>260</sup> Bei Kriegsbeginn war er ausgewiesen worden und nach Deutschland zurückgekehrt.<sup>261</sup>

---

licher Schutzbrief, 1889–1890 Emin-Pascha-Expedition, 1890/91 Mitbegründer des ADV, 1891–1892 Reichskommissar für das Kilimandscharo-Gebiet, 1893–1895 Reichskolonialministerium, 1897 Entlassung aus dem Reichsdienst nach Skandal um brutale Amtsführung und Niederschlagung des Aufstandes der Bevölkerung, 1896–1914 in Großbritannien und Expeditionen nach Angola und Rhodesien (Simbabwe), Gründung eigener Gesellschaften zur Ausbeutung rhodesischer Goldminen, Mitglied der Primrose League, 1914–1918 in Deutschland und publizistische Tätigkeit, Autor u. a. der Schriften: *England und die Engländer* (1904), *Die Gründung Deutsch-Ostafrikas* (1906), *Lebenserinnerungen* (1918) und *Gesammelte Schriften*, 3 Bde. (hrsg. von Walter Frank 1943–1944). Peters starb am 10.9.1918.

<sup>257</sup> Walbaum fiel am 23.8.1918 bei Arras. Todesanzeige Karl Friedrich Walbaum in *Alldeutsche Blätter* 7.9.1918 und Nachricht aus der Ortsgruppe Göttingen, in ebd. 14.9.1918.

<sup>258</sup> Carl Peters übernahm den Vorsitz des am 9.4.1891 in Frankfurt/Main gegründeten Allgemeinen Deutschen Verbandes, der 1894 in Alldeutscher Verband umbenannt wurde. Am 5.7.1893 wurde Ernst Hasse zum Vorsitzenden gewählt, nachdem die anfänglich erfolgreiche Mobilisierung von Anhängern innerhalb kurzer Zeit massiv abnahm und der Verband in eine schwere Krise geriet.

<sup>259</sup> Carl Peters gründete 1884 die Gesellschaft für Deutsche Kolonisation, ging auf Anregung vom Afrikaforscher und Kolonialagitator Joachim Graf von Pfeil nach Sansibar und schloss dort erste „Schutzverträge“ ab. Versuche der Ausweitung der Territorialansprüche wurden von Vertretern Sansibars nicht unterstützt und eine Protestnote der von Peters geleiteten Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft an Wilhelm I. von 1885 führte zur Entsendung eines deutschen Marinegeschwaders und zur letztlichen Anerkennung der Erwerbungen durch den Sultan Barghasch ibn Said. Es folgte die Gründung der Kolonie Deutsch-Ostafrika mit 140.000 Quadratkilometer durch einen kaiserlichen Schutzbrief, der 1886 Verhandlungen mit Großbritannien um Abgrenzung von Einflussphären und 1887 weitere Vertragsmissionen zur imperialen Erwerbung von Land folgten. Siehe Perras: Carl Peters, S. 31–66.

<sup>260</sup> Carl Peters wurde 1891 zum Reichskommissar für das Kilimandscharogebiet ernannt, nachdem 1888/1889 Aufstände gegen die Ausweitung des Besitzes der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft auf den Küstenstreifen ausgebrochen waren und die Reichsregierung Hermann von Wissmann zur Niederschlagung entsandte. Peters verlor sein Amt, nachdem er nicht nur brutal gegen die einheimische Bevölkerung vorgegangen war, sondern auch aus persönlichen Gründen seine Geliebte Jagodjo nach deren Verhältnis mit dem Diener Mabruk hinrichten ließ. Peters kehrte 1892 nach Deutschland zurück und wurde 1897 nach Ermittlungsverfahren und großer öffentlicher wie politischer Diskussion im Reichstag wegen rassistischer und brutaler Politik unehrenhaft entlassen. Zwischen 1896 und 1914 lebte Peters in London. Im Frühjahr 1914 erhielt Peters die Restoration seines Titels und seiner Pension. Peters erhielt aus dem persönlichen Dispositionsfond Wilhelms II. nun eine jährliche Zahlung von 3.900 Mark, nachdem er aufgrund von Minenunternehmungen in finanzielle Schwierigkeiten geraten war. Perras: Carl Peters, S. 197–200, 204–230 und 240–241.

<sup>261</sup> Carl Peters wurde im Oktober 1914 von der britischen Regierung ausgewiesen. Carl Peters: *Gesammelte Schriften*, Bd. 2, S. 500.

Im Frühjahr 1918 erfuhr ich, dass er in Wiesbaden zur Erholung weile.<sup>262</sup> Ich hielt es für meine Pflicht, ihn aufzusuchen. Als meine Anfrage, ob mein Besuch genehm sei, von Frau Peters<sup>263</sup> zustimmend beantwortet wurde, machte ich ihm in seinem Krankenhaus meine Aufwartung.

Beim Anblick des offenbar schwerkranken Mannes musste ich mich zusammennehmen, um meine Bestürzung zu verbergen. Das war also der Mann, der mit unbändiger Kraft und Entschlossenheit seinem Vaterlande Kolonialgebiete von der doppelten Grösse Deutschlands geschenkt hatte, der es verstanden hatte, mit den Engländern fertig zu werden, der in abenteuerlichem Zuge zu Emin Pascha<sup>264</sup> vorgedrungen war<sup>265</sup>, und vor dessen Namen die Völker Innerafrikas ehrfürchtige Scheu empfanden – freilich auch der Mann, der von der Heimat fast nur Undank geerntet hatte, den Bebel<sup>266</sup>, Erzberger und die bürgerlichen Demokraten mit wildem Hasse verfolgt hatten, und der, von seiner vorgesetzten Behörde im Stich gelassen, vor Gericht gestellt und zur Dienstentlassung verurteilt worden war! Wohin war die nach Mitteilungen gemeinsamer Freunde unerschöpfliche Lebenskraft dieses Mannes gekommen! Sie war das Opfer der unerhörten Anstrengungen geworden, die er im Laufe

<sup>262</sup> Carl Peters hielt sich bereits seit Oktober 1917 in Wiesbaden auf. Er wohnte in der Villa Hilma und später im April 1918 im Fremdenheim Frank in Wiesbaden. Siehe Carl Peters an Claß, 21.10.1917, 27.1.1918 und 3.4.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 439, Bl. 14, 20 und 22.

<sup>263</sup> Gemeint ist Thea Peters (1875–1947, geborene Herbers), Tochter des Kommerzienrates Friedrich Hermann Herbers (1840–1904) aus Iserlohn und Margarete Herbers (1851–1921, geborene Romberg), 1909 Hochzeit mit Carl Peters.

<sup>264</sup> Emin Pascha (Eduard Schnitzer, 1840–1892), Sohn eines jüdischen Kaufmanns, nach Tod des Vaters Übertritt zum Protestantismus, Studium der Medizin, 1864 nach der Verweigerung der Zulassung zum Staatsexamen Ausreise aus Deutschland und 1865 Eintritt in Albanien in die türkische Armee, 1876 Regierungsarzt in der Äquatorialprovinz des ägyptischen Sudan, 1879 Verwalter der Äquatorialprovinz, nach Ausbruch des Mahdiaufstandes (1881–1889) gegen die ägyptische Herrschaft in den Sudanprovinzen Behauptung der südlichsten Provinz Äquatoria, Emin-Pascha-Expedition zur Befreiung Paschas v. a. durch Hilfsexpeditionen des britisch-amerikanischen Journalisten und Afrikaforschers Henry Morton Stanley mit Unterstützung der britischen Regierung und durch Expeditionskorps auch aus dem Deutschen Reich v. a. unter Leitung von Carl Peters, zahlreiche Forschungsreisen in Afrika, 1889 Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher der Leopoldina, 1890 korrespondierendes Mitglied der Göttinger Akademie der Wissenschaft, 1890–1892 Expedition im Auftrag des Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika, Hermann von Wissmann.

<sup>265</sup> Carl Peters kam am 31.3.1889 im Hafen von Sansibar an, um den verschollenen Afrikaforscher Emin Pascha in einer Expedition ins Landesinnere zu retten. Diese Emin-Pascha-Expedition 1889/1890, die auch mit brutalen Massakern beispielsweise gegenüber den einheimischen Massai durchgeführt wurde, steigerte die öffentliche Wahrnehmung Peters' im Deutschen Reich. Perras: Carl Peters, S. 131–167.

<sup>266</sup> August Bebel (1840–1913), 1864 Drechslermeister in Leipzig, 1866 Gründung der Sächsischen Volkspartei mit Wilhelm Liebknecht und Mitglied im Norddeutschen Reichstag, 1869 Mitbegründer der SDAP, 1871–1913 Mitglied im Deutschen Reichstag, 1872 Verurteilung zu Festungshaft wegen Majestätsbeleidigung und Vorbereitung eines Hochverrates zusammen mit Wilhelm Liebknecht, 1875 Teilnahme am Vereinigungsparteitag von der SDAP und dem ADAV von Ferdinand Lassalle, 1891 Ausarbeitung des „Erfurter Programms“ der SPD (seit 1890 SPD), 1892 einer der Vorsitzenden der Partei.

eines so tatenreichen Lebens auf sich genommen hatte, aber auch der Enttäuschungen und des seelischen Leides, das ihm der Undank seines Volkes bereitet hatte.

Als ich bei Peters eintrat, erhob er sich nur wenig von seinem Sessel, und ich merkte sofort, dass sein Herz schwer kämpfte. Mit leiser Stimme hiess er mich willkommen und nahm es freundlich an, als ich ihm für meine alldeutschen Freunde und in eigenem Namen den Dank für alles aussprach, was er getan hatte. Ich brachte die Rede darauf, dass er wohl der erste Deutsche sei, der das englische Wesen bis ins Innerste erkannt, und der seine Landsleute gewarnt habe, aber auch der erste, der ihnen gezeigt habe, auf welche Art man politisch mit England verkehren müsse. Ausserhalb des Kreises seiner Verehrer, fuhr ich fort, habe niemand auf ihn gehört, und so sei unser Volk in diesen Daseinskampf verwickelt worden, in dem England die geistige und willensmässige Führung gegen das Reich in Händen habe.

Nun wurde Peters lebhaft und meinte, es sei in der Tat so, dass ohne England dieser Krieg nicht entstanden wäre.<sup>267</sup> Es werde auch mit der äussersten Anspannung durchhalten. Er warnte mich davor, anzunehmen, dass die Berichte der englischen Zeitungen über Mangel an Lebensmitteln wahr seien. Auch hier liege eine Kriegsliste vor, denn er wisse von Freunden in Holland und Schweden, dass es drüben noch an nichts fehle. Wenn wir den Krieg gewinnen wollten, müsse das deutsche Volk ganz andere Willenskräfte entwickeln. Vor allen Dingen müsse die politische Leitung in die Hände von Männern gelegt werden, die den Engländern an Entschlossenheit und Rücksichtslosigkeit gewachsen seien.

Im Verlauf der weiteren Unterhaltung sagte Peters, dass er meinen Kampf, besonders gegen die jammervolle deutsche Aussenpolitik, aufmerksam und mit Genugtuung verfolgt habe. Es werde hohe Zeit, dass meine Auffassung im Reich durchdringe, sonst sehe er keine Hoffnung. Frau Peters drängte nun, das Gespräch abubrechen, weil es ihren Mann zu sehr angreife. Ich verabschiedete mich deshalb, wobei ich das Ehepaar zu einem Besuch nach Mainz einlud, sobald es die Gesundheit des Gatten erlaube. Frau Peters begleitete mich in den Garten und liess durchblicken, wie schwer herzleidend ihr Mann sei. Aber die Ärzte gäben die Hoffnung auf Besserung nicht auf.<sup>268</sup> Sobald es soweit sei, solle der Gegenbesuch in Mainz ausgeführt werden.

---

<sup>267</sup> Für Carl Peters war Grossbritannien der eigentliche Feind Deutschlands. Siehe auch Ders: England, unser eigentlicher Feind, in *Gesellschaftliche Korrespondenz*, 13.9.1918, zit. nach Perras: Carl Peters, S. 242. Damit gehörte er mit Theodor Reismann-Grone (1890/91 bis 1915 Mitglied des ADV) oder Houston Stewart Chamberlain (ab August 1916 Mitglied des ADV) zur „England-Gruppe“ innerhalb der alldeutschen Kriegszielbewegung.

<sup>268</sup> Die Ortsgruppe Wiesbaden-Biebrich des ADV beklagte gegenüber Claß, dass das Ruhegehalt von Carl Peters von 3.900 Mark nicht ausreiche und die Verbandsleitung sowie die DKG einen „Ehrensold“ für Peters organisieren sollte. Ortsgruppe Wiesbaden-Biebrich an Claß, 17.2.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 439, Bl. 21. Claß lehnte jedoch eine ungefragte Unterstützung Peters ab, solange er keine hinreichenden Hinweise auf dessen finanzielle Notlage habe, denn Claß habe bei seinem Besuch keinen entsprechenden Eindruck gewonnen. Claß an Justizrat Dr. Fleischer, 20.2.1918, in ebd., Bd. 203, Bl. 269.

Wirklich liess sie mich etwa drei Wochen später wissen, dass sie kommen wollten, was denn auch geschah.<sup>269</sup> Es waren für uns wehmütige Stunden, den Mann von so grosser Vergangenheit so gebrochen bei uns zu sehen, umhegt von der rührenden Sorge seiner gütigen Frau, die sich wahrhaft für ihn aufopfert. Ich hatte den Eindruck, dass eine Besserung im Befinden ihres Mannes nicht eingetreten sei. Wenn wir beim Auseinandergehen auch verabredeten, dass wir uns wiedersehen wollten, so dachte ich doch gleich, dass dies ein Abschied auf immer gewesen sei. Im Sommer wurde dann der Kranke in seine Heimat gebracht. Dort starb er am 10. September 1918 zu Woltoorf.<sup>270</sup> Am Beginn unserer Tagung widmete ich dem Heimgegangenen einen Nachruf, in dem ich die Tragik dieses Lebens umriss.<sup>271</sup>

Ich hatte aber, wie gesagt, noch eines anderen zu gedenken, der aus unseren Reihen geschieden sein sollte: unseres Freundes *Karl Friedrich Walbaum*<sup>272</sup> aus Göttingen.<sup>273</sup> Vor Beginn der Sitzung war mir mitgeteilt worden, dass er bei Arras den Heldentod gefunden habe. Als Bataillonsführer habe er den Auftrag gehabt, beim Rückzug solange standzuhalten, bis der grössere Verband sich vom Feinde gelöst habe. Walbaum habe bis zuletzt ausgehalten und dann die Kompanien seines Bataillons nach und nach von den Verfolgern abgesetzt. Als er den Rest seiner Getreuen zurückgehen liess, habe er buchstäblich

<sup>269</sup> Carl Peters kündigte seinen Besuch in Mainz für den 5.4.1918 an. Carl Peters an Claß, 3.4.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 439, Bl. 22.

<sup>270</sup> Todesanzeige Thea Peters, 10.9.1918, in Dr. Carl Peters. Ein Lebensbild von Hans Traugott Schorn, S. 18.

<sup>271</sup> Eine knappe Zusammenfassung ist abgedruckt in *Alldeutsche Blätter* 21.9.1918. Claß überhöhte hier seine politische Zuneigung zu Carl Peters. Vorschläge Peters zum Ehrenvorsitzenden zu ernennen, lehnte Claß 1915 noch kategorisch ab: „Ich bin jetzt 20 Jahre im alldeutschen Dienste, davon über 17 Jahre im Aussch[uss], 15 Jahre in der Hauptleitung und 8 Jahre erster Vorsitzender, und ich glaube wie sonst niemand beurteilen zu können, wer sich in dem Verbands verdient gemacht hat. Carl Peters hat den Verband gegründet, das ist richtig, aber von der Gründung an hat er sich um den Verband überhaupt nicht mehr gekümmert, sodass der erste Anlauf in sich zerfiel und der Verband zu Grunde gegangen wäre, wenn nicht Hasse ihn gerettet hätte. [Claß verwies hier auf die Gründung 1890/91, den rapiden Mitgliederverlust von anfänglich 21.000 im Jahre 1892 auf 2.000 Mitglieder ein Jahr später bis Ernst Hasse 1893 den ADV als Vorsitzender übernahm sowie zu stabilisieren versuchte und den Verband bei seinem Tod 1908 Claß mit über 16.000 Mitgliedern übergab.] Ich kenne die Verdienste von Peters genau und habe ihn immer verteidigt, aber ich kenne auch seine grossen menschlichen Schwächen, die der richtigen Würdigung dieser Verdienste und der uneingeschränkten Anerkennung im Wege gestanden haben; der grösste Verehrer von Carl Peters wird nun sagen müssen, dass sein Mangel an Selbstzucht beklagenswert war, und ich kann mir nicht helfen; eine solche Persönlichkeit erscheint mir nicht geeignet, als Ehrenmitglied an der Spitze des Alldeutschen Verbandes zu marschieren.“ Claß an Professor Dr. G. Liebich (Heidelberg), 25.9.1915, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 199, Bl. 263. Peters wurde erst nach seinem Tod (September 1918) als Ehrenmitglied aufgenommen – zusätzlich zu Otto von Bismarck und Ernst Hasse sowie später auch Alfred Hugenberg.

<sup>272</sup> Karl Friedrich Walbaum (1878–1944), Rechtsanwalt, im Ersten Weltkrieg Hauptmann und Bataillonskommandeur im Infanterie-Regiment 82, Vorsitzender der Ortsgruppe Göttingen des ADV.

<sup>273</sup> *Alldeutsche Blätter* 21.9.1918.

mit seinem Leibe als letzter und dem Feinde nächster fortwährend feuernd, den Abmarsch gedeckt, bis ihn auf 15 m Entfernung der todbringende Schuss getroffen habe.

Walbaums Regimentskommandeur<sup>274</sup> hatte von den Leuten, die bis zuletzt bei ihrem Bataillonsführer ausgehalten hatten, die Nachricht von seinem Ende empfangen und die Botschaft an dessen Frau<sup>275</sup> weitergegeben, indem er den Verlust eines so heldischen Kämpfers aufs tiefste beklagte.<sup>276</sup> Mir ging die Nachricht vom Tode dieses Gesinnungsgenossen sehr nahe, weil ich ihn im Laufe unserer Zusammenarbeit als einen Mann von hohem Wert kennengelernt hatte. Er entstammte einer alten hannoverschen Pfarrersfamilie, die, wie viele andere, nach der Einverleibung des Königreichs Hannover in Preussen dem Welfenhause treugeblieben war und die preussische Herrschaft und mit ihr auch das Reich ablehnte. Mein jüngerer Freund Walbaum war unter diesen Einflüssen aufgewachsen; er hat mir erzählt, dass er durch den Alldeutschen Verband sich davon freigemacht habe und dazu gekommen sei, das deutsche Kaisertum und das Reich freudigen Herzens zu bejahen. So oft ich ihn sah, hatte ich meine Freude an diesem aufrechten, stets auf das Wesen der Dinge gehenden Mann, der mir die besten Eigenschaften des Niederdeutschen zu verkörpern schien. Im Kriege hatte er sich glänzend gehalten, und sein Name war von den verschiedensten Kriegsschauplätzen her oft mit Bewunderung bei mir genannt worden. Nun sollte dieses Leben ausgelöscht sein! Ich widmete ihm einen Nachruf, der, wie mir gesagt wurde, die Versammelten tief ergriff.

Und nun geschah es, dass zwei Tage später, aber noch während unserer Tagung, derselbe Gewährsmann, der mir Walbaums Tod mitgeteilt hatte, mir berichtete, bei der Frau sei ein Schreiben des Roten Kreuzes eingegangen, ihr Mann sei schwer verwundet in englische Gefangenschaft gefallen; ob er noch am Leben sei, wisse man freilich nicht, und die arme Frau befinde sich in der aufreibenden Ungewissheit zwischen Hoffnung und Verzweiflung. Später stellte sich heraus, dass die Nachricht des Roten Kreuzes richtig war. Walbaum hatte einen schweren Lungenschuss bekommen und war von den Engländern gefangen genommen worden. Später erzählte er mir, dass man sich trotz seiner schweren Verwundung so gut wie gar nicht um ihn gekümmert habe; ja, nach England überführt, habe er von Pflegerinnen und Wärtern eine höchst unfreundliche Behandlung erfahren. Mit gutem Humor fügte er hinzu[:] „Vielleicht bin ich dadurch gerettet worden, dass man sich nicht um mich sorgte und meinem gesunden Blut alles überliess.“ Ich teilte in vollem Mitgefühl die

---

<sup>274</sup> Das 2. Kurhessische Infanterie-Regiment Nr. 82 wurde bis zur Auflösung in Göttingen im Dezember 1918 von Oberst Georg Schmidt geführt.

<sup>275</sup> Gemeint ist Lisa Walbaum (geborene Schilling).

<sup>276</sup> Karl Friedrich Walbaum war Hauptmann und Bataillonskommandeur im Infanterie-Regiment 82. Nachrichten aus der Ortsgruppe Göttingen, in *Alldeutsche Blätter* 14.9.1918 sowie Prof. Dr. Bock, Stellvertretender Vorsitzender Ortsgruppe Göttingen des ADV, an Claß, 1.9.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 485, Bl. 5.

Sorgen von Frau Walbaum<sup>277</sup>, wagte sie aber nicht eher zu beglückwünschen, als bis das Rote Kreuz gemeldet hatte, ihr Mann werde dem Leben erhalten bleiben.

Nun zu unserer *Tagung!* Ihre besondere Note erhielt sie dadurch, dass auf ihr so viele Vertreter des Auslandsdeutschtums zusammengekommen waren, wie nie zuvor. Es war, als fühlten unsere äussersten Vorposten, dass die Lage auf die Entscheidung des deutschen Schicksals hindränge, und dass sie zu ihrem Teil dabei mitwirken wollten. Von der *Wolga* und aus der *Krim*, aus dem *Kaukasus* und aus der *Ukraine*, aus *Kongreß-Polen* und dem *Vlamenlande*, aus den *baltischen Provinzen* und *Litauen*, ja selbst aus *Südafrika* hatten sich unsere Vertrauensleute eingefunden, in besonders grosser Zahl aber aus *Österreich*, *Ungarn* und *Bosnien*. Es wird kaum ein Kronland der Donaumonarchie unvertreten gewesen sein.<sup>278</sup>

Diese unsere Auslandsfreunde waren hingerissen von dem Schwung unserer ganzen Tagung. Ich bekam insbesondere von Österreichern wiederholt zu hören, sie hätten nicht geglaubt, dass die im Rufe kalter Besonnenheit stehenden Norddeutschen solcher Begeisterung fähig wären, wie sie ihnen hier entgegenzuschlug. Man muss daran denken, dass durch die zur Entrüstung herausfordernde Rede *Payers*<sup>279</sup> und durch das Friedensangebot des österreichisch-ungarischen Aussenministers *Baron Burián*<sup>280</sup> vom 14. September 1918<sup>281</sup> die Stimmung leidenschaftliche erregt war. Dazu kam, dass die Ablehnung der Politik des jungen *Kaiser Karl*<sup>282</sup> durch das gesamte Deutschtum Österreichs

<sup>277</sup> Karl Friedrich Walbaum grüßte Claß regelmäßig in seinen Briefen mit Formulierungen wie „Mit herzlichem Gruß, auch von meiner Frau, ergebenst“. Hier Karl Friedrich Walbaum an Claß, 4.5.1913, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 197, Bl. 180.

<sup>278</sup> Das Protokoll und die Anwesenheitsliste der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV sind nicht überliefert, sondern lediglich von der Sitzung der Hauptleitung am 13.9.1918. Siehe BA-Berlin, R 8048, Bd. 120.

<sup>279</sup> Friedrich von Payer hielt als Führer der württembergischen FVP am 12.9.1918 in Stuttgart eine öffentliche Rede über Wahlrechtsvorlage und Verständigungsfrieden, in der er den Verzicht Belgiens proklamierte. Rede in Deutsche Tageszeitung 12.9.1918 und Huber: Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 246.

<sup>280</sup> Gemeint ist Stephan (István) Baron Burián von Rajecz (1852–1922), k.u.k. Generalkonsul in Moskau, 1887–1895 Gesandter in Sofia, 1896–1897 Gesandter in Stuttgart, 1897–1903 Gesandter in Athen, 1903–1912 Finanzminister Österreich-Ungarns, 1913–1915 ungarischer Minister am königlichen Hoflager, 1915–1916 österreichisch-ungarischer Außenminister. Er wurde vom deutschen Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg für die starren und zögerlichen Verhandlungen um die Gewährung der Neutralität Italiens durch Gebietsabtretungen kritisiert und forderte in den Kriegszielen Österreich-Ungarns die Angliederung Kongresspolens an das Habsburgerreich. Er war 1916–1918 Finanzminister und 1918 erneut Außenminister.

<sup>281</sup> Am 14.8.1918 fand im Großen Hauptquartier in Spa ein Treffen zwischen Kaiser Karl I. und Wilhelm II. statt, bei dem die Unmöglichkeit eines „Siegfriedens“ auch von Paul von Hindenburg und Eich Ludendorff geteilt wurde. Während die Oberste Heeresleitung noch einen günstigen militärischen Status quo erreichen wollte, drängte Kaiser Karl I. und der Außenminister Stephan Graf Burián auf einen baldigen Friedensschluss. Siehe auch Mitteilung des Wolffschen Telegraphischen Bureaus, Wien 14.9.1918, in Amtliche Kriegs-Depeschen, Bd. 8, S. 2873.

<sup>282</sup> Gemeint ist Kaiser Karl I. von Habsburg.

in stets erneuerten Kundgebungen der überall begründeten „*deutschen Volksräte*“<sup>283</sup> Ausdruck fand, und dass unsere in Hannover sprechenden österreichischen Freunde mit den härtesten Anklagen gegen den Kaiser und seine Regierung nicht zurückhielten.

Unsere Verhandlungen gipfelten in zwei Erklärungen<sup>284</sup>, von denen die eine alle Machenschaften verdammt, durch die parteipolitische Vorteile aus der Lage herausgeschlagen werden sollten, während die andere mit grösster Schärfe auf die unbestreitbaren Absichten unserer Feinde hinwies, das deutsche Volk zu vernichten. Deshalb müssten alle, die wüssten, worum es gehe, das Äusserste aufbieten, um den Kampf bis zum guten Ende durchhalten und von der Heimat her die Oberste Heeresleitung zu unterstützen. Trotz des Ernstes von allem, was gesagt und verhandelt wurde, gingen die Versammelten in Zuversicht auseinander. Standen sie doch unter dem Eindruck von Gebtsattels Bericht<sup>285</sup>, und hatten doch alle unbegrenztes Vertrauen zu den Männern der Obersten Heeresleitung.

---

<sup>283</sup> Das Vertrauen in Kaiser Karl I. wurde nach der Amnestie vom 2.7.1917, durch die politische Gefangene wie der wegen der Forderung nach tschechischer Unabhängigkeit 1915 zu Hochverrat verurteilte Karel Kramář freigelassen wurden, sowie nach Bekanntwerden der sogenannten Sixtus-Affäre durch eine Rede des Außenministers Ottokar Graf Czernin im Wiener Gemeinderat am 2.4.1918 geschwächt. Kaiser Karl I. hatte demnach nach der Ablehnung von Friedensverhandlungen durch das Deutsche Reich am 12.12.1916 selbstständig 1917 mit Frankreich weiterverhandelt und hier unter anderem den im März 1917 geheim erfolgten Verzicht Theobald von Bethmann Hollwegs auf Elsass-Lothringen, die Wiederherstellung Belgiens und das Überlassen Konstantinopels an Russland angedeutet. Diese Geheimverhandlungen mit Frankreich schwächten zudem die gleichberechtigte Bündnisposition Österreich-Ungarns mit dem Deutschen Reich. Es organisierten sich im Zuge des Verlustes außenpolitischer Handlungsfreiheit Österreich-Ungarns gerade in den Peripherien Österreichs wie in Böhmen, Tirol oder Salzburg großdeutsche Interessen. Im Mai 1918 errichteten sich die nationalen Volksräte ein Sammlungsorgan, den Deutschen Volksrat. Claß machte seine Abneigung gegenüber Kaiser Karl I. bereits Ende 1917 mehr als deutlich. Er hielt ihn „zu einem [G]rössenwahn hochgezüchtet“, der „ganz naive und kindliche Auffassungen“ habe, wohl immer einen Jesuiten im Vorzimmer sitzen habe, der „sofort hineingeht, wenn ein verständiger Mensch das Ohr des Monarchen gehabt hat“ und sich „immer in der Hand desjenigen [befinde], der zuletzt das Audienzzimmer verlassen hat.“ Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 8.12.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 116, Bl. 20–12. Zu den erodierenden Bündnisbeziehungen Deutschlands und Österreich-Ungarns erklärte er im Oktober 1918 verbittert: „Wir haben es vor dem Kriege glücklich so weit gebracht, daß wir nur noch bündnisfähig für politische Halbleichen oder skrupellose Geschäftspolitiker wie Bulgarien waren. [...] Die letzten Schritte Oesterreichs bedeuten freiwilligen Selbstmord. [...] Oesterreich hat den letzten Wert für uns verloren.“ Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 19./20.10.1918, in ebd., Bd. 121, Bl. 57. Unterstreichung im Original.

<sup>284</sup> Siehe Erklärung und Entschliebung des ADV auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses, 15.9.1918, in Alldeutsche Blätter 21.9.1918. Gegen die Politik der deutschen Regierung verabschiedete der ADV auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 19./20.10.1918 eine weitere Entschliebung. Alldeutsche Blätter 26.10.1918.

<sup>285</sup> Alldeutsche Blätter 21.9.1918.

### 3.10. Unglücksbotschaften

Es war noch keine Woche nach der Tagung vergangen, als eine Reihe schwerster Schläge unsere Zuversicht ins Wanken brachte. Nicht als ob der stellvertretende Chef des Generalstabes<sup>286</sup> auf dem westlichen Kriegsschauplatz Lügen gestraft worden wäre. Vielmehr zeigte sich, dass seine Zuversicht hinsichtlich des Südostens nicht gerechtfertigt war. Am 21. September gelang den Engländern ein grosser Sieg über die Türken in Palästina.<sup>287</sup> Am 25. September wurden die Bulgaren von den verbündeten Heeren vernichtend geschlagen.<sup>288</sup> Drei Tage später schlossen sie mit dem feindlichen Oberbefehlshaber einen Waffenstillstand; Zar Ferdinand entsagte der Krone und verliess sein Land.<sup>289</sup> Am letzten September [sic] schliesslich erlitten die Türken in Palästina eine weitere Niederlage, die ihr Heer auflöste.<sup>290</sup> In wenigen Tagen war die Lage grundstürzend geändert, indem die beiden einzigen Bundesgenossen der Mittelmächte aus dem Kampfe ausschieden. Aber nicht nur das, sondern durch das Ausscheiden Bulgariens war die mazedonische Armee der Feinde unter General *Franchet d'Espèrey*<sup>291</sup> freigeworden, und der Weg zum Einfall nach Ungarn lag vor ihr offen.<sup>292</sup>

Es ist nicht die Aufgabe dieser Erinnerungen, alles aus der Geschichte allgemein Bekannte hier zu wiederholen; ich will vielmehr nur meine besonderen Erlebnisse schildern und sagen, wie die Ereignisse der Zeit sich bei mir widerspiegelten. Deshalb sei eine Aufzählung der Vorgänge jener so ereignis-

<sup>286</sup> Gemeint ist Erich Ludendorff, der vom 29.8.1916–28.10.1918 als Erster Generalquartiermeister Stellvertreter Paul von Hindenburgs als Chef des Generalstabes war.

<sup>287</sup> Siehe dazu Mitteilung des Wolff'schen Telegraphischen Bureaus, Konstantinopel 21.9.1918, in Amtliche Kriegs-Depeschen, Bd. 8, 2883–2884.

<sup>288</sup> Siehe dazu Generalstabsbericht 24.9.1918 (Mitteilung des Wolff'schen Telegraphischen Bureaus, Sofia 25.9.1918), in Amtliche Kriegs-Depeschen, Bd. 8, S. 2889 und Generalstabsbericht, Sofia 26.9.1918, in ebd., S. 2890.

<sup>289</sup> Gemeint ist Ferdinand I. von Bulgarien (1861–1948), 1886–1918 Fürst und Zar von Bulgarien, Exil in Coburg und auf dem Familienschloss Sachsen-Coburg-Koháry im slowakischen Svätý Anton.

<sup>290</sup> Die Schlacht bei Megiddo vom 19.–21.9.1918 leitete den Zusammenbruch der osmanischen Frontstellung gegen die britischen Truppen in Palästina ein. Am 30.10.1918 unterzeichneten Vertreter des Osmanischen Reiches und Großbritannien den Waffenstillstand von Moudros zur Beendigung der Kämpfe mit den Alliierten.

<sup>291</sup> Louis Félix Marie Franchet d'Espèrey (1856–1942), 1914 Kommandeur des I. Armeekorps, 1915–1916 Kommandeur der 5. Armee, 1916 Kommandeur der Heeresgruppe Ost, 1916–1918 Heeresgruppe Nord, 1918 Kommandeur der alliierten Truppen an der Front in Mazedonien. Nach einer erfolgreichen Offensive gegen die Truppen der Mittelmächte am 15. September 1918 und anschließenden Eroberungen bis zur Grenze Ungarns schied Bulgarien aus dem Krieg aus.

<sup>292</sup> Am 25.9.1918 ersuchte die bulgarische Regierung einen Waffenstillstand. Am 29.9.1918 unterzeichnete die bulgarische Delegation den Waffenstillstand mit den Bevollmächtigten der Entente-Mächte im alliierten Hauptquartier in Saloniki. Mitteilung des Wolff'schen Telegraphischen Bureaus, Sofia 26.9.1918 und Berlin 29.9.1918, in Amtliche Kriegs-Depeschen, Bd. 8, 2891 und 2897. Zum Rückzug der k.u.k. Truppen siehe auch Mitteilung des Wolff'schen Telegraphischen Bureaus, 29.9.1918 und 30.9.1918 in Amtliche Kriegs-Depeschen, Bd. 8, S. 2896 und 2899.



reichen Wochen hier unterlassen. Ich stelle nur fest, dass ich mir bei der Rückkehr von dem Besuch bei Chamberlain aus Bayreuth nach Nürnberg bei der Nachricht vom Zusammenbruch Bulgariens grausam klar darüber war, welche Folgen dies für die deutsche Kriegführung haben musste.<sup>293</sup> Ich gestehe auch, dass eine gewisse Bitterkeit gegen den stellvertretenden Generalstabschef in mir aufkam, weil er die Dinge im Südosten so leicht behandelt hatte.<sup>294</sup>

Ich war damals, wie ich schon angedeutet habe, sofort nach Mainz zurückgekehrt und von dort nach kurzem Aufenthalt nach Berlin weitergereist. In den paar dazwischenliegenden Tagen war klar geworden, dass im Südosten nichts mehr zu retten war, auch wenn Ludendorff ein paar Divisionen dorthin hätte abgeben können, was aber ausgeschlossen war.

Es ist bekannt, dass die Oberste Heeresleitung unter dem Eindruck jener Ereignisse am 28. September bei der Reichsregierung sehr nachdrücklich den Wunsch ausgesprochen hat, es müsse ein Waffenstillstand angestrebt werden.<sup>295</sup> Am folgenden Tage tauchte in Spa der Staatssekretär *von Hintze* auf,

---

<sup>293</sup> Claß erklärte im Oktober 1918: „Ich habe schon in Hannover [Verbandstag des ADV am 15.9.1918] gesagt, daß die inneren Folgen der Ereignisse an der Front katastrophal wirken und zur Untergrabung des Ansehens der Obersten Heeresleitung führen würden. Beschleunigt wurde die Entwicklung durch den Abfall Bulgariens, den Zusammenbruch der Türkei und den Zerfall Österreichs. [...] Die militärischen Folgen des Ausscheidens Bulgariens sind sehr ernst, da die Verbindung mit der Türkei unterbunden ist. Im übrigen fragt es sich, ob dies noch sehr wichtig ist. Denn die türkischen Truppen waren stets nur dort, wo etwas einzusacken, und nicht dort, wo zu kämpfen war. Trotzdem ist kein Zweifel, daß der politische und militärische Zusammenbruch der Türkei sehr ernst zu nehmen ist.“ Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 19./20.10.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 121, Bl. 57.

<sup>294</sup> Claß spielt vermutlich auf Erich Ludendorffs Mitteilung vom 25.9.1918 an, in der er den Abfall Bulgariens, die militärische Schwäche Österreich-Ungarns und der Türkei sowie den endgültig verlorenen Krieg verkündete. Siehe auch Tagebuchaufzeichnung Albrecht von Thaer (Ende April 1918 zur OHL als Chef des Stabes des Generalquartiermeisters II und somit politischer Berater Ludendorffs), 1.10.1918, in Thaer: Generalstabsdienst, S. 234–235. Am 29.9.1918 warnte Ludendorff vor einer „Katastrophe“, falls es nicht zu einem sofortigen Waffenstillstand käme. Nebelin: Ludendorff, S. 461–471. Claß forderte stattdessen weiterhin eine politische Rolle der OHL, der sich Ludendorff und Hindenburg verweigerten, um das militärische und politische Durchhalten zu sichern und im Zweifelsfall eine „Volkserhebung“ zu initiieren und ein bereits am 5.10.1917 von Ludendorff vorgeschlagenes „Kabinet in Feldgrau“ durchzusetzen. Siehe dazu auch Kapitel 2.9. und 3.12. sowie Kruck: Geschichte des Alldeutschen Verbandes, S. 103–104 und 120–122 und Leicht: Heinrich Claß, S. 241–242.

<sup>295</sup> Claß erklärte im Oktober 1918: „Ende September, ich will den Tag heute nicht nennen und es dahingestellt sein lassen, ob am 27. oder 28., hat Ludendorff hier die Forderung erhoben, binnen 24 Stunden Verhandlungen über den Frieden oder Waffenstillstand zu eröffnen, da Durchbruchgefahr wegen Zermürbung der Front bestehe. Hertling und Payer haben dies abgelehnt, da zur diplomatischen Vorbereitung eines solchen Schrittes 14 Tage Zeit notwendig seien. Ludendorff hat jedoch dringend seine Forderung wiederholt. Hintze ist darauf ins Hauptquartier gefahren und hat sich überzeugen lassen, daß sofort Friedensverhandlungen einzuleiten seien. Er hat dann die Verhandlungen mit den Parlamentariern geführt[,] um ein für das feindliche Ausland ‚verhandlungsfähiges‘ Kabinet zu bilden, Bruch mit der Vergangenheit, Parlamentarisierung und [D]emokratisierung zugesagt, damit so das Vertrauen des Auslands erlangt werde. Es wird behauptet, daß die Regierung Hertlings der Meinung war, so schnell lasse sich dies nicht erreichen. Luden-

der dieses Amt seit dem 30. Juni 1918 als Nachfolger Kühlmanns bekleidete.<sup>296</sup> Die Rolle, die dieser verhängnisvolle Mann in der kurzen Zeit seiner Tätigkeit an massgebender Stelle hat spielen können, ist so bedeutsam, dass sie eine besondere Darstellung verlangt. Hier sei nur gesagt, dass er damals darauf drang, Hertling mit seinem Kabinett zu entlassen und neue Männer zu berufen, die zugleich das Vertrauen des Auslandes und der Heimat besäßen. Seine Vorschläge unterstützte Hintze mit dem Hinweis auf den verzweifelten Zustand des Volkes im Reich, wo jeder Tag den Ausbruch des gewaltsamen Umsturzes bringen könne.<sup>297</sup>

Die Ratschläge des Staatssekretärs, der selbst zurücktrat, bewirkten die Entlassung Hertlings, der einfach beiseite geschoben wurde, und seinen Ersatz durch Prinz *Max von Baden*, der, mit den Worten des Kaisers Wilhelms des Zweiten zu reden, Männer an seine Seite berief, die angeblich das Vertrauen

---

dorff hat aber durch Fernsprecher weiter gedrängt, Hintze hat die Verhandlungen weitergeführt und sollte deshalb Staatssekretär bleiben, hat aber abgelehnt, da er im Rufe eines Gewaltpolitikers im Auslande stehe und ist so gewissermaßen als ein Horatius Coeles in den Abgrund gesprungen. Ludendorff und Hintze haben] uns also die Parlamentarisierung gebracht. So ist das ‚Kriegskabinett‘ entstanden im Gegensatz zur Auffassung Hertlings, daß dies nicht so schnell geschehen dürfe. Aber je schwieriger die militärische Lage, desto mehr sei es Pflicht der politischen Leitung, keine Schwäche zu zeigen. Nicht um über Ludendorff ein Urteil zu fällen, sondern zum Verständnis der Weltgeschichte, ist es notwendig festzustellen, daß die Voraussetzungen, von denen Ludendorff ausging, falsch waren, die Front ist nicht nur nicht zusammengebrochen, sondern nach drei Wochen wieder zum [F]estsetzen gekommen. Was die Rolle Hindenburgs in dieser Angelegenheit betrifft, so steht fest, daß er nur ein Stück des Wegs mit Ludendorff gegangen ist. Auch er hat die Lage als sehr ernst angesehen und den Wunsch geäußert, bald zum Ende zu kommen, aber betont, daß er noch Monate lang die Front halten könne. [...] Nicht zu bezweifeln ist, daß die Äußerungen Hindenburgs weniger dringlich lauten als die von Ludendorffs. Feststeht seine Äußerung, daß für die innenpolitischen Maßnahmen Ludendorff allein die Verantwortung trägt. [...] Ich bin mir bis jetzt noch nicht psychologisch klar geworden, wie Ludendorff und Hintze sich für den Eintritt Scheidemanns und Erzbergers ins Kabinett einsetzen konnten. [...] Ich hatte am 5. Oktober 1917 eine Unterredung mit Ludendorff, der mir erklärte, er könne gar nicht sagen, wie dankbar er uns für unsere Arbeit sei. Bei dieser Unterredung sagte ich ihm offen: ‚Wir haben nur die fürchterliche Angst, daß Exz. sich zu politischen Maßnahmen verleiten lassen, deren Tragweite von politischen Laien nicht zu übersehen sind. Man kann in der Politik nichts ‚improvisieren‘ – wir fürchten, daß Sie dazu verleitet werden und dabei nicht nur Ihren Feldherrenruhm aufs Spiel setzen, sondern die letzte Autorität untergraben, die geblieben ist.‘ Es ist so gekommen.“ Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 19./20.10.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 121, Bl. 57–59. Claß erklärte ebenfalls: „Wenn die O.H.L. für einige Tage die Nerven verloren hatte, so musste die politische Leitung sich weigern, die politisch wahnsinnigen Handlungen zu begehen, die in der Friedens[not]e und dem Waffenstillstands-Gesuch liegen und die uns auf die schiefe Ebene gebracht haben. Wahnsinnig war es von Ludendorff und Hindenburg, dass sie, um das Ausland verhandlungswillig zu machen, das Vaterland innerpolitisch denselben Leuten ausgeliefert haben, die nach L.[s] hartem Wort im Kronrat das Heer soweit gebracht haben, dass es die O.H.L. im Stiche liess.“ Claß an Konstantin von Gebsattel, 25.10.1918, in ebd., Bd. 357, Bl. 173.

<sup>296</sup> Paul von Hintze war vom 9.7.–3.10.1918 Staatssekretär des Äußeren.

<sup>297</sup> Siehe Kapitel 3.10.

des deutschen Volkes, d.h. der Mehrheitsparteien, besaßen.<sup>298</sup> Unter ihnen befanden sich *Scheidemann* und *Erzberger*, *Gröber*<sup>299</sup> und *Trimborn*.<sup>300</sup> Ich war über diese Massnahmen, denen der Kaiser offenbar willenslos zugestimmt hatte, verzweifelt, denn ich wusste, wer der badische Thronfolger war, und was es bedeutete, Todfeinde der Männer der Obersten Heeresleitung, wie Scheidemann und Erzberger, ins Kabinett zu berufen.<sup>301</sup> Man wird mir nachfühlen können, wie es mich quälte, dass mein letzter Ver[s]uch vereitelt worden war, beim Kaiser doch noch Gehör zu finden, der nun von landesverräterischen Leuten der Reichstagsmehrheit die Waffen streckte.

Wie schlimm die Dinge sich seit der Tagung in Hannover entwickelt hatten, erfuhr ich am Nachmittag des 2. Oktober, als ich auf unserer Geschäftsstelle in Berlin den Besuch des *Grafen Westarp*<sup>302</sup> empfang, der der Führer der konservativen Reichstagsfraktion und in der letzten Zeit zur engen Zusammenarbeit mit uns gelangt war.<sup>303</sup> In Gegenwart von Vietinghoff berichtete der Graf über den Vortrag, den am Vormittag desselben Tages *Major von dem Bussche*<sup>304</sup> im Auftrag der Obersten Heeresleitung vor den Parteiführern über die

<sup>298</sup> Siehe dazu Machtan: Prinz Max von Baden, S. 374–399 und Röhl: Der Weg in den Abgrund, S. 1235–1239.

<sup>299</sup> Adolf Gröber (1854–1919), Vorstandsmitglied des Volksvereins für das katholische Deutschland, 1889–1919 Mitglied des Württembergischen Landtags, 1887–1918 Mitglied des Reichstags für die Zentrumspartei, ab 1917 Fraktionsführer der Zentrumspartei im Reichstag, 1919 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung.

<sup>300</sup> Karl Trimborn (1854–1921), 1894–1913 Stadtverordneter in Köln, Mitglied des Volksvereins für das katholische Deutschland, Vorstandsmitglied des Vereins für soziale Kolonisation Deutschlands und Vertreter für die Gründung einer interkonfessionellen Gewerkschaft, 1896–1918 Mitglied des Reichstags und des Preußischen Abgeordnetenhauses für die Zentrumspartei, 1914–1917 bei der deutschen Zivilverwaltung in Belgien, 1918 Staatssekretär des Reichsamtes des Innern, 1919–1920 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, 1920–1921 Mitglied des Reichstags.

<sup>301</sup> Claß erklärte zur Regierung von Prinz Max von Baden im Oktober 1918: „In Nachwirkung dieser Verhältnisse sind wir mit dem Kriegskabinett der nationalen Verteidigung beglückt worden. Lüge ist sein Name, Lüge seine Zusammensetzung, Lüge sein Programm. [...] Es ist ein richtiges Parteikabinett, das seine Maßnahmen viel geheimer trifft als das alte A. A. [Auswärtige Amt]. [...] Es war nicht imstande, einen Parlamentarier an seine Spitze zu stellen, sondern mußte den ‚Illusionisten‘ Prinz Max von Baden nehmen [...].“ Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 19./20.10.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 121, Bl. 59.

<sup>302</sup> Kuno Graf Westarp (1864–1945), 1908–1918 Mitglied des Reichstages für die DkP, seit 1913 Fraktionsvorsitzender der DkP, 1920–1930 Mitglied des Reichstages für die DNVP, 1925–1929 Fraktionsvorsitzender der DNVP, 1926–1928 Parteivorsitzender der DNVP, 1930–1933 Mitglied des Reichstages für die VKP.

<sup>303</sup> Siehe zu Westarps Öffnung für „radikale Alternativen“ des „Dogmas des annexionistischen Siegfriedens“ ab 1916 auch Gasteiger: Kuno Graf Westarp, S. 103–146, Scheck: Kuno Graf von Westarps Kriegsziele sowie Westarp: Konservative Politik, Bd. 2, S. 42–52, 161–164, 608–612, 653–655 und 669.

<sup>304</sup> Gemeint ist Erich Freiherr von dem Bussche-Ippenburg (1878–1957), 1911–1918 Großer Generalstab, 1919 Übernahme in die Reichswehr, Reichswehrministerium in Berlin, Leiter der Heeresorganisationsleitung T2 im Truppenamt, 1925 Kommandeur der III. Abteilung vom 6. Preußischen Artillerie-Regiment, 1930 Reichswehrministerium und Chef des Wehramtes, Chef des Personalamtes, September 1933 Ausscheiden aus dem Dienst.

militärische Lage gehalten hatte.<sup>305</sup> Westarp war wie erschlagen und meinte: „Jetzt ist alles aus und verloren.“<sup>306</sup> Die Mitteilungen des Majors seien niederschmetternd gewesen, obwohl er mit der Mahnung geschlossen habe, dass weder Heer noch Heimat etwas tun dürften, was Schwäche verrate.<sup>307</sup> Es müsse ein Friedensangebot hinausgehen, gleichzeitig aber in der Heimat eine Front erstehen, die den unbeugsamen Willen zeige, den Krieg fortzusetzen, wenn der Feind uns keinen oder einen demütigenden Frieden gewähren wolle. So der Graf, ganz ergriffen davon, dass ein Mann wie Ludendorff trotz seiner starken Seele solche Eröffnungen machen liess.

Wir beide, Vietinghoff und ich, hörten die Schilderungen Westarps stumm an, bis es mir herausfuhr: „Ja ist denn Ludendorff von allen guten Geistern verlassen, dass er solche Nachrichten an seine Todfeinde geben lässt, die ihn stürzen wollen? Hat die Oberste Heeresleitung, statt die Aufrichtung der Diktatur zu verlangen, auf allen Einfluss bei der Ernennung der neuen Regierung verzichtet, hat sie insbesondere keinen Einspruch erhoben gegen die Berufung des Schwächlings Max von Baden?“ Der Graf antwortete: „Nichts von alledem.“ Ludendorff gebe den Krieg offenbar verloren.<sup>308</sup> Westarp entsetzte sich noch besonders darüber, dass Major von dem Bu[s]sche seine Eröffnungen in Gegenwart des polnischen Fraktionsvorsitzenden *Seyda*<sup>309</sup> gemacht habe, der sie sicher den verbündeten Feinden zuspieren würde. Wie recht der Graf mit dieser Annahme hatte, erfuhr man später, als Seyda die Schamlosigkeit besass, in einem Buch über seine Kriegserlebnisse zu veröffentlichen, dass er damals

<sup>305</sup> Am 2.10.1918 klärte Major Erich Freiherr von dem Bussche-Ippenburg im Auftrag Erich Ludendorffs die Fraktionsführer im Reichstag über die aussichtslose militärische Lage auf. Ludendorff: *Meine Kriegserinnerungen*, S. 585–586 und Nebelin: *Ludendorff*, S. 470–471.

<sup>306</sup> Siehe dazu Gasteiger: *Kuno Graf Westarp*, S. 139–143, Westarp: *Die Regierung des Prinzen Max von Baden und Ders.: Konservative Politik*, Bd. 2, S. 645–665.

<sup>307</sup> Siehe im gleichen Ton auch Kuno Graf Westarp an von der Mühlen, 3.10.1918, in *BA-Berlin*, N 2329, Bd. 29, S. 160.

<sup>308</sup> Erich Ludendorff zeigte sich nach dem Krieg erstaunt über die Wirkung des Vortrages und die „starke Nervenerschütterung“ bei den Abgeordneten des Reichstags. Ludendorff habe zwei Jahre auf die ungenügenden Ressourcen hingewiesen und die stärkere Heranziehung der Frauen an der Heimatfront, die notwendige Erfassung von „Drückebergern“ und Deserteuren sowie die Hebung der „geistigen Kriegsfähigkeit des deutschen Volkes“ gefordert. Ludendorff vermutete, dass der Reichstag durch die Reichsleitung nicht ausreichend informiert worden war. Ludendorff: *Meine Kriegserinnerungen*, S. 586–587. Zitat S. 587.

<sup>309</sup> Wladislaus Kasimir Seyda (1863–1939), Studium der Rechtswissenschaft in Breslau, 1891 Rechtsanwalt beim Amtsgericht und 1903 beim Oberlandesgericht Posen, 1907–1918 Mitglied des Reichstags für die Polnische Fraktion, 1918–1919 Vorsitzender des Nationalen Polnischen Volksrats in Posen, 1919–1920 Minister für das ehemalige preußische Teilgebiet, 1919–1922 Mitglied des Sejms, 1924–1928 Vorsitzender des Obersten Gerichts, 1929 Ruhestand und danach Rechtsanwaltskanzlei in Posen. Seyda erklärte wiederholt für die polnische Fraktion das Selbstbestimmungsrecht der Völker für eine Nachkriegsordnung und erklärte bei der Abstimmung zur Friedensresolution im Reichstag am 19.7.1917 die Stimmhaltung seiner Fraktion, da trotz der Friedensabsicht der Resolution das Selbstbestimmungsrecht nicht genügend berücksichtigt worden sei. *Verhandlungen des Reichstags*. Bd. 310, Sitzung vom 19.7.1917, S. 3596.

eine geheime drahtlose Verbindung nach Prag gehabt und den Bericht des Majors sofort dorthin weitergegeben habe; von da sei er nach Paris gelangt.<sup>310</sup>

Nachdem wir die Fassung wiedererlangt hatten, versuchte ich einen gewissen Trost aus den Schluss[s]ätzen Bu[s]sches zu entnehmen, dass ein unbeugsamer Wille gezeigt werden müsse, gegebenenfalls den Krieg fortzusetzen. Da bekannt war, dass *Feldmarschall von Hindenburg* entweder schon in Berlin war oder jeden Augenblick dort eintreffen konnte<sup>311</sup>, wurde verabredet, mit ihm durch einen ihm nahestehenden konservativen Herrn Fühlung zu suchen, – es war von Oldenburg-Januschau<sup>312</sup> – um festzustellen, wie er die militärische Lage im Westen beurteilte, ob hinter den erwähnten Schlussworten des Herrn von dem Bu[s]sche der feste Wille der Heeresleitung stehe, und auch, ob sie sich in der Lage fühle, auf die neue Regierung entsprechend einzuwirken.

Man kann sich denken, in welcher Stimmung wir auseinandergingen, nachdem wir im Fluge die ganze nachbismarcksche Zeit an uns hatten vorüberziehen lassen und nun aus dem Munde des Grafen gehört hatten, dass Prinz Max offenbar kein Mitglied der Rechten in sein Kabinett aufnehmen

---

<sup>310</sup> Erich Ludendorff teilte Claß' Verurteilung von Wladislaus Kasimir Seyda als Führer der polnischen Fraktion und erklärte nach dem Krieg: „Es war im hohen Grade bedenklich, daß der Major seitens der bisherigen Regierung nicht darauf aufmerksam gemacht wurde, unter seinen Zuhörern befinde sich ein Pole. Die Regierung mußte wissen, daß dieser alles, was er hörte, sofort im Inlande und nach dem Auslande verbreiten würde.“ Ludendorff: *Meine Kriegserinnerungen*, S. 587. Prinz Max von Baden schrieb in seinen *Erinnerungen*: Der „Pole Seyda und der Unabhängige [Sozialdemokrat Hugo] Haase waren Zeugen des Vortrages. [...] Seyda kam zuerst heraus, strahlend.“ Prinz Max von Baden: *Erinnerungen und Dokumente*, S. 342–343. Prinz Max wusste um die „Fehler der deutschen Polenpolitik“, versuchte aber „die polnische Begehrlichkeit“ im Zuge der 14-Punkte Woodrow Wilsons „zu zügeln“. Prinz Max unterstellte, dass Seyda sowie Albert (Wojciech) Korfanty als Mitglieder der Polnischen Nationaldemokratischen Partei im Reichstag und im Preußischen Abgeordnetenhaus nicht nur auf internationalen Kongressen, sondern, nach der Forderung vom 5.10.1918 nach Anschluss östlicher Gebiete Preußens an Polen, auch im Reichstag „alles tun würden, um der Entente auch ihre Bündnisfähigkeit nachzuweisen.“ Ebd., S. 477–478.

<sup>311</sup> Paul von Hindenburg traf mit Wilhelm II. am 2.10.1918 in Berlin ein, nahm am 3.10.1918 an einer Kabinettsitzung der Regierung Prinz Max von Baden teil und kehrte am 4.10.1918 nach Spa zurück. Prinz Max wurde von Georg Graf von Hertling am 30.9.1918 als sein Nachfolger vorgeschlagen und am 3.10.1918 zum Reichskanzler ernannt. Hindenburg besprach die Zusammensetzung der neuen Reichsregierung und vertrat wiederholt die Ansicht, die am 29.9.1918 aufgestellte Forderung nach der Herausgabe eines Friedensangebotes an die Alliierten umgehend durchzuführen. Pyta: *Hindenburg*, S. 338–340 und Ludendorff: *Meine Kriegserinnerungen*, S. 588–590. Am 5.10.1918 übermittelte Prinz Max das Waffenstillstandsgesuch auf Druck der OHL an Woodrow Wilson auf Grundlage der 14-Punkte.

<sup>312</sup> Elard von Oldenburg-Januschau (1855–1937), 1875 Leutnant, 1883 Austritt aus der Armee und Übernahme der Verwaltung der Familiengüter, Vorsitzender des westpreußischen Provinzialverbandes des BdL und der westpreußischen Landwirtschaftskammer, 1901–1910 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, 1902–1912 Mitglied des Reichstages für die DkP, 1914–1917 Kommandeur eines Infanterieregiments, 1930–1932 Mitglied des Reichstages für die DNVP, engste Verbindung zu Paul von Hindenburg, Unterstützung einer Reichskanzlerschaft Alfred Hugenbergs, 1933 Zuspriech zur Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler.

werde, – diese von den Nationalliberalen an gerechnet, also noch die Freikonservativen, Antisemiten und Konservativen umfassend – weil sie sich durch ihren „Annexionismus“ vor dem Auslande blossgestellt hätten und nach dem vorerwähnten Kaiserwort das Vertrauen des Volkes nicht besäßen.<sup>313</sup>

Damit war gesagt, dass Deutschlands Schicksal dem weltbürgerlichen Prinzen mit seinem wirklichkeitsfremden Glauben an das Weltgewissen und seinen demokratisch-pazifistischen neuen Staatssekretären ausgeliefert war, es sei denn, dass die Oberste Heeresleitung ein Machtwort sprach. Aber wer konnte das hoffen, nachdem durch deren Verlangen nach dem raschen Abschluss eines Waffenstillstandes die Dinge in der Heimat so unheilvoll beeinflusst waren? Auf diese Frage bekamen wir schon am nächsten Tage Antwort, als der Feldmarschall von der Regierung forderte, dass sie *sofort* ein Friedensangebot an die Feinde hinausgehen lassen solle, weil die Lage sich täglich verschärfen und die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen könne! Dem Vertrauensmann des Grafen Westarp aber hatte der Feldmarschall gesagt, dass er die militärische Lage nie so ungünstig beurteilt habe wie Ludendorff!

Es war eine Ironie des deutschen Schicksals, über die man sich seine sehr traurigen Gedanken machen musste, dass sogar dieser schwache Reichskanzler sich geweigert hatte, den verlangten Friedensschritt zu tun, und sich gegen sein besseres Gefühl erst auf die bestimmte Forderung des Feldmarschalls dazu entschloss, sein später zu so übler Berühmtheit gelangtes Friedensangebot<sup>314</sup> an den Präsidenten Wilson abzusenden. Zu allem Unglück stand dem Prinzen als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes *Dr. Solf*<sup>315</sup> zur Seite, bei dem von Plan und Willen auch der wohlmeinendste Beurteiler nichts entde-

<sup>313</sup> Prinz Maximilian von Baden schrieb in seinen Erinnerungen, dass sich Gustav Stresemann enttäuscht gezeigt habe, als Baden ihm erklärte, er bräuchte die Nationalliberalen eher in der Opposition als in der Regierung. Auch Kuno Graf Westarp zeigte sich zur Zusammenarbeit mit der neuen Regierung bereit, jedoch war Baden „mehr denn je davon überzeugt, daß die Rechte in diesem Augenblick draußen bleiben müßte.“ Baden: Erinnerungen und Dokumente, S. 335–352. Zitat ebd., S. 344. Paul von Krause gehörte zu den gemäßigten Nationalliberalen, der 1917 im Kabinett Michaelis zum Staatssekretär im Reichsamt der Justiz berufen wurde, ebenfalls den Kabinetten Hertling und Baden angehörte und im Februar 1919 aus dem Amt ausschied.

<sup>314</sup> Nach dem rumänischen Feldzug 1916/17 entschloss sich Theobald von Bethmann-Hollweg zu einem Friedensangebot an Woodrow Wilson, der im November 1916 als amerikanischer Präsident wiedergewählt worden war. Die OHL stimmte dem zu, als die Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes und die Proklamation des Königreiches Polen sicher schien. Im Dezember 1916 hatte die deutsche Regierung Woodrow Wilson geantwortet und eine Delegiertenkonferenz der kriegsführenden Staaten an einem neutralen Ort vorgeschlagen. Am 29.9.1918 forderte die OHL nach dem Zusammenbruch Bulgariens die Einleitung sofortiger Waffenstillstandsverhandlungen. Am 3. Oktober 1918 bat die USA um Vermittlung bei einem zu schließenden Waffenstillstand.

<sup>315</sup> Wilhelm Solf (1862–1936), 1896 Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes (Kolonialabteilung), 1898 juristischer Dienst in Deutsch-Ostafrika, 1900–1911 Gouverneur von Samoa, 1911–1918 Staatssekretär im Reichskolonialamt, 1916 Mitbegründer des Deutschen Nationalausschusses für einen ehrenvollen Frieden, 1918 Leiter des Auswärtigen Amtes, 1919 Mitglied der DDP, 1920–1928 Deutscher Botschafter in Tokio.

cken konnte. War es in diesen trüben Tagen ein Trost, dass Prinz Max bei seinem ersten Auftreten vor dem Reichstage am 5. Oktober 1918 die Erklärung abgab, der Endkampf müsse auf Leben und Tod geführt werden, wenn die Feinde dem deutschen Volk einen ehrenvollen Frieden verweigerten?<sup>316</sup> Und wer konnte sich darauf verlassen, als der „Vorwärts“ und das „Berliner Tageblatt“ sich in gleichem Sinne aussprachen?<sup>317</sup> Die letzte schwache Hoffnung sah ich mit meinen Freunden, mit denen ich mich in Berlin unterhalten konnte, darin, dass der feindliche Übermut so weit gehen würde, dass auch Prinz Max und Solf, dass auch die den Parteien entnommenen Staatssekretäre und schliesslich auch der Reichstag nicht mitmachen könnten.

Wie oft kehrten meine Gedanken damals zu dem für mich denkwürdigen 5. Oktober 1917 zurück, an dem ich in Kreuznach dem *General Ludendorff* meine Vorschläge dargelegt hatte!<sup>318</sup> Ich sah den Feldherrn vor mir, wie er meinen stürmisch vorgebrachten Rat, die Diktatur aufzurichten, als unmöglich ablehnte, weil der Kaiser dazu nur unter dem äussersten Druck und, wenn überhaupt, allein durch den Feldmarschall zu bewegen sein würde. Dieser sei aber zu sehr loyaler preussischer Offizier, als dass er dazu gebracht werden könnte. Ich erinnerte mich meines erschreckten Ausrufes: „Aber um Gottes willen, dann ist der Krieg ja verloren!“ – und ich sah wie leibhaftig in der Erinnerung den General dazu nur leicht mit den Achseln zucken und verstummen.

Nun schien es soweit zu sein. Aber statt des Diktators, der den Versuch machte, das Volk zusammenzureissen, hatten wir den Prinz Max von Baden als Reichskanzler, der bereits die Absicht angekündigt hatte, Verfassungsänderungen in der Richtung erweiterter Volksrechte vorzunehmen. Das Schlimmste war in dieser Lage, dass die Oberste Heeresleitung durch ihr Drängen auf die Herausgabe eines Friedensangebotes<sup>319</sup> ihr Ansehen nicht nur bei der Reichstagsmehrheit, sondern auch im Volke verloren hatte. Zu den alten verruchten

---

<sup>316</sup> In seiner Rede am 5.10.1918 erklärte Prinz Max von Baden im Reichstag er stütze sich auf das „Programm der Mehrheitsparteien“. In Verhandlungen des Reichstags, Bd. 314, S. 6150–6153. Siehe auch Baden: Erinnerungen und Dokumente, S. 353–386.

<sup>317</sup> Claß sah im Berliner Tageblatt und im Vorwärts die wichtigsten Zeitungen des liberalen und sozialdemokratischen Spektrums, die gegen alldeutsche Kriegsziele auftraten. Im Frühjahr 1917 schrieb Claß angesichts von Streiks und Reformforderungen: „Die grössten Gefahren liegen jetzt auf dem Gebiet der inneren Politik. Mit bodenloser Frechheit und Spekulation auf die Feigheit der Regierung gehen jetzt B.T. und Vorwärts vor. [...] Die Osterbotschaft hat auch keine Vertagung der Wahlrechtsfrage gebracht. Es wird höchst unerfreuliche Kämpfe geben. Die Entrechtung der wirtschaftlich schaffenden Kreise geht immer weiter, gleichzeitig eine unerträgliche Steigerung des Kraftbewus[s]tseins der Sozialdemokratie. [...] Die Stärkung des Einflusses der Gewerkschaften kann dahin führen, dass sie den Krieg zum Stillstand bringen können. Im August 1914 sprachen wir aus, dass[,] wenn heute ein führender Kopf an der Spitze sei, die Sozialdemokratie als reichsfeindliche Partei erledigt und in eine nationale Arbeiterpartei umzuwandeln sei. [...] Dieses Machtgefühl ist durch die Vorgänge in Russland noch gesteigert. Die gescheiterte Bürokratie sucht Assistenz bei der Presse und den Parteien der Masse.“ Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 14.4.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 113, Bl. 4.

<sup>318</sup> Siehe Kapitel 2.9.

<sup>319</sup> Die Oberste Heeresleitung forderte am 29.9.1918 die sofortige Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen.

Schlagworten der Volksvergiftung wie: „Macht Schluss mit dem Schwindel“ und ähnlichen, kam ein neues, das im Fluge durch das Vaterland ging: „Belogen und betrogen!“ Damit sollte gesagt sein, dass die Oberste Heeresleitung über die Kriegslage wissentlich falsche Berichte ausgegeben habe, um die öffentliche Meinung irrezuführen, indem man zugeben müsse, dass die Front kaum mehr zu halten sei. Die Angriffe auf Ludendorff wurden auf die Spitze getrieben, und man konnte mit einiger Sicherheit den Tag vorausbestimmen, an dem der bei der Reichstagsmehrheit so grimmig gehasste Mann von der Stelle, wo er unentbehrlicher geworden war denn je, würde weichen müssen.<sup>320</sup> Mich quälte die Überlegung immer von neuem: Warum mag der Feldherr von der Absicht zurückgekommen sein, die er meinem Freunde *Neumann*<sup>321</sup> gegenüber so bestimmt ausgesprochen hatte, meinem Rate gemäss sich den Kern einer politischen Beratungsstelle zu schaffen, die, in seiner nächsten Umgebung sitzend, ihm jeden Augenblick zur Verfügung stehen sollte?

Meine Absicht war ja doch gewesen, die Oberste Heeresleitung aus einer unhaltbaren Lage zu retten. Sie wollte keine Politik treiben, war aber doch immer wieder gezwungen, es zu tun, da die politischen Stellen in der Heimat versagten. Wenn nun Hindenburg oder Ludendorff notgedrungen in die Politik eingriffen, geschah es mehr oder weniger „aus dem Handgelenk“, d. h. ohne die nötige Vorbereitung und Beratung durch wirkliche Sachkenner, die die Ursachen und Folgen ganz übersahen. Und darin lag die grosse Gefahr eingeschlossen, dass die Eingriffe unglückliche Ergebnisse hatten, wie jetzt vor allem Ludendorffs Verlangen nach dem Waffenstillstand und Hindenburgs Drängen auf Herausgabe des Friedensangebotes.

### 3.11. Hintze

Alle Befürchtungen, die wir an die Berufung des Prinzen *Max von Baden* geknüpft hatten, bewahrheiteten sich in fürchterlicher Weise. Dieser Schwärmer für das Weltgewissen, dieser haltlose und schliesslich auch unerfahrene Mensch hatte nicht das Zeug, einen Vorsatz zu fassen, der Willensstärke und Charakter erforderte. Zudem hatte er den süddeutschen Demokraten *Payer* als Vizekanzler und *Solf* als Staatssekretär des Äusseren an seiner Seite – gar nicht davon zu reden, dass als Männer, die „das Vertrauen des Volkes besässen“, *Erzberger*, *Scheidemann*, *Trimborn* und *Groebner*<sup>322</sup> dem Kabinett angehörten, das sich verheissungsvoll und stark tuend „Regierung der nationalen Verteidigung“ nannte.<sup>323</sup>

<sup>320</sup> Erich Ludendorff reichte seinen Rücktritt ein, der am 26.10.1918 von Wilhelm II. durch Kabinettsordre bewilligt wurde. Ludendorff wurde „zur Disposition gestellt“. Paul von Hindenburg blieb bei der Obersten Heeresleitung. *Alldeutsche Blätter* 2.11.1918 sowie *Vorwärts* 27.10.1918, *Frankfurter Zeitung* 27.10.1918 und *Berliner Zeitung* 27.10.1918.

<sup>321</sup> Gemeint ist Johann Martin Andreas Neumann.

<sup>322</sup> Gemeint ist Adolf Gröber.

<sup>323</sup> Prinz Max von Baden vertrat eine Politik des Verständigungsfriedens und der Demokratisierung und berief sein Kabinett mit Friedrich von Payer von der FVP als Vizekanzler, der



Diese Regierung war das Ergebnis der Besprechungen, die der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes[,] von Hintze[,] Ende September in Spa gehabt hatte: bei ihnen hatte er darauf gedrungen, dass eine Umbildung der Reichsregierung vorgenommen werde, die sowohl im feindlichen Auslande, wie im eigenen Volke Vertrauen finde.<sup>324</sup> Bei der Bedeutung, die hier und bei anderen Gelegenheiten die Ratschläge dieses Mannes durch ihre Auswirkungen erhalten haben, sei mitgeteilt, was ich, wenn auch nicht selbst erlebt, so doch von zuverlässigen Männern über Hintze erfahren habe.

Zuerst sprach mein Freund Admiral Breusing von ihm, und zwar mit Worten der grössten Anerkennung.<sup>325</sup> Er kam dazu, weil einer unserer Gesinnungsgenossen in Mexiko, wo Hintze damals Gesandter war<sup>326</sup>, sich über ihn beschwert und in den „Alldeutschen Blättern“ einen Angriff auf ihn veröffentlicht hatte. Breusing war hiermit nicht einverstanden und meinte, man hätte Hintze Gelegenheit zur Äusserung geben müssen, bevor der Aufsatz gebracht wurde.

Breusing schilderte mir die Entwicklung dieses Seeoffiziers, in dem er einen der hoffnungsvollsten Männer der deutschen Marine erblickte. Er erzählte mir, wie glänzend sich Hintze als Flaggoftizier des Admirals von Diederichs<sup>327</sup> vor Manila benommen habe, als er die Antwort auf eine unverschämte Forde-

---

Prinz Max nach dem Fernbleiben von den Kabinettsitzungen ab Mitte Oktober 1918 zunehmend bei seinen Amtsgeschäften vertrat. Friedrich von Payer musste sich unter anderem während des Chamberlain-Prozesses gegen die Frankfurter Zeitung 1918 persönlich mit dem ADV auseinandersetzen. Siehe Kapitel 3.6. Die Exekutivbefugnisse wurden von Beamten wie Wilhelm Solf als Chef des Auswärtigen Amtes oder Arnold Wahnschaffe als Chef der Reichskanzlei wahrgenommen, die beide Theobald von Bethmann Hollweg nahestanden. Hinzu kam außerhalb der Regierung der Chef des Kaiserlichen Zivilkabinetts, Clemens von Delbrück. Zur Regierung gehörten der Innenminister Karl Trimborn (bis 6.10.1918 Max Wallraff), der Schatzminister Siegfried Graf von Roedern, der Postminister Otto Rüdin, der Arbeitsminister Gustav Bauer, der Ernährungsminister Wilhelm von Waldow, der Wirtschaftsminister Hans Karl Freiherr von Stein zu Nord- und Ostheim, der Justizminister Paul von Krause, sowie die Minister ohne Geschäftsbereich Matthias Erzberger und Adolf Gröber vom Zentrum, Philipp Scheidemann von der SPD und Conrad Haußmann von der FVP. Machtan: Prinz Max von Baden, S. 400–410 und Matthias: Die Regierung Prinz Max von Baden.

<sup>324</sup> Siehe dazu auch Paul von Hintze an Auswärtiges Amt, 29.9.1918, in Hürter: Paul von Hintze, S. 640–642.

<sup>325</sup> Ernst Graf zu Reventlow war als Marineoffizier a.D. ein langjähriger Anhänger von Paul von Hintze. Auch Admiral Alfred Breusing berichtete Claß von Seiten der Marine wohlwollend über Hintze, sodass er zuerst als Kandidat des ADV galt. Claß an Magnus von Levetzow, 14.1.1927 mit Anhang einer Einschätzung Paul von Hintzes durch Claß vom 12.1.1927, in BA-Freiburg, N 239, Bd. 80, Bl. 57–61 sowie in BA-Berlin, R 8048, Bd. 386, Bl. 8–12. Siehe auch Hürter: Politisch-biographische Skizze, in Ders.: Paul von Hintze, S. 75.

<sup>326</sup> Paul von Hintze war 1911–1914 Gesandter in Mexiko.

<sup>327</sup> Otto von Diederichs (1843–1918), 1869 Oberleutnant zur See, 1880–1890 Lehraufgaben an der Marineakademie, 1892 Konteradmiral, 1896 Chef des Stabes beim Oberkommando der Marine, 1897 Oberbefehl über die Kreuzerdivision und Eroberung von Kiautschou, 1898 Vizeadmiral und Oberkommando des Ostasiengeschwaders, 1899–1902 Chef des Admiralstabs der Marine, 1902 zur Disposition gestellt.

rung des amerikanischen Admirals *Dewey*<sup>328</sup> zu überbringen hatte.<sup>329</sup> Er soll damals durch seine Kaltblütigkeit und Schlagfertigkeit den hochfahrenden Amerikaner so entwaffnet haben, dass die Spannung zwischen den beiderseitigen Geschwadern glücklich gelöst wurde. Dies war im spanisch-amerikanischen Krieg im Hochsommer 1898 gewesen.<sup>330</sup>

Hintze, der schon die Aufmerksamkeit des Kaisers auf sich gelenkt hatte, wurde 1906 Flügeladjutant des Kaisers<sup>331</sup> und war von 1908 bis 1911 als Kapitän zur See<sup>332</sup> Militärbevollmächtigter in St. Petersburg, der der Person des Zaren beigeordnet und in dieser Eigenschaft seinem Hauptquartier zugeteilt war; vorher war er bereits fünf Jahre lang Marineattaché für die nordischen Reiche<sup>333</sup> gewesen, kannte also Petersburg und die russischen Verhältnisse vor Antritt seines neuen Amtes genau. Breusing sagte mir Ende 1913, dass Hintzes Immediatberichte an den Kaiser Kabinettstücke politischer Hinsicht und Klarheit gewesen seien.<sup>334</sup> Dieser Marineoffizier habe die Absichten Russlands viel besser erkannt als die Diplomaten. Angetan von diesen Leistungen habe der Kaiser Hintze unter Beförderung zum Konteradmiral in den diplomatischen Dienst übernommen; zunächst sei er zum Gesandten in Mexiko ernannt worden. Die Berichte Hintzes aus seiner Petersburger Zeit sind in dem vom Auswärtigen Amt herausgegebenen Werk „Die grosse Politik“ veröffentlicht worden<sup>335</sup> und beweisen, dass Breusings Urteil über sie wohl begründet war, und dass die zum Teil begeisterte Zustimmung, die sie beim Kaiser fanden,

<sup>328</sup> George Dewey (1837–1917), im Amerikanischen Bürgerkrieg (1861–1865) Leutnant zur See für die Union im Norden, 1898 Versetzung als Kommandeur des Asiengeschwaders in den Pazifik, 1899 Admiral of the Navy. Bei Ausbruch des Spanisch-Amerikanischen Krieges sollte Dewey auf Befehl in Cavite in der Bucht von Manila die spanische Pazifikflotte angreifen. Nach dem Angriff am 1.5.1898 wurde die gesamte spanische Pazifikflotte ohne eigene Verluste vernichtet.

<sup>329</sup> Paul von Hintze war 1898–1899 Flaggleutnant beim Kreuzergeschwader in Ostasien unter Admiral von Otto von Diederichs und führte im Spanisch-Amerikanischen Krieg die Verhandlungen in Manila mit dem amerikanischen Admiral George Dewey.

<sup>330</sup> Der Spanisch-Amerikanische Krieg vom 23.4.–12.8.1898 führte zur Inbesitznahme Kubas, Puerto Ricos, Guams und der Philippinen durch die USA und zur Abwandlung der 1823 ausgerufenen Monroe-Doktrin als Defensivstrategie der Einflussicherung in Amerika zur aktiv imperialistischen Kontrolle spanischer Überseegebiete und der Erweiterung des Zugangs zum asiatischen Raum.

<sup>331</sup> Paul von Hintze wurde im März 1906 zum Fregattenkapitän und Flügeladjutanten Wilhelms II.

<sup>332</sup> Paul von Hintze wurde am 27.4.1907 zum Kapitän zur See ernannt.

<sup>333</sup> Paul von Hintze war 1903–1908 Marineattaché der nordischen Reiche in St. Petersburg und nahm als Kontreadmiral 1911 seinen Abschied aus der Marine.

<sup>334</sup> Alfred Breusing und Claß besprachen dies zusammen vermutlich zwischen Weihnachten und Neujahr 1913. Sie hatten sich auf einen Brief von Claß an Breusing vom 23.12.1913 hin zum Freitagabend, den 26.12.1913 in Berlin bei Lutter & Wegner (zusammen mit Karl Ferdinand von Grumme-Douglas) verabredet. Siehe Alfred Breusing an Claß, 25.12.1913, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 197, Bl. 408.

<sup>335</sup> Die Berichte von Paul von Hintze aus St. Petersburg sind aus den Jahren 1908–1910 überliefert in: Die Große Politik der europäischen Kabinette, Bde. XXVI, XXVII und XVIII.

durchaus zu verstehen ist. Es befinden sich wirklich wahre Kabinettstücke unter ihnen, sowie viele Beweise hoch entwickelter Menschenkenntnis.

Von Mexiko war Hintze kurz nach Ausbruch des Weltkrieges als Gesandter nach China gekommen.<sup>336</sup> Als dieser Staat unter dem Druck des Feindbundes<sup>337</sup> 1917 dem Deutschen Reich den Krieg erklärt hatte<sup>338</sup>, war Hintze in abenteuerlicher Fahrt in die Heimat zurückgekehrt und hatte bis zu seiner Ernennung zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes den Gesandtenposten in Oslo bekleidet.<sup>339</sup>

Wenn in unserem Kreise, in dem man sowohl mit *Jagow* wie mit seinem Nachfolger *Kühlmann* aufs äusserste unzufrieden war, die Frage aufgeworfen wurde, wer denn an des letzten Stelle in Betracht käme, so hatte ich, ganz unter dem Eindruck der Mitteilungen Breusings stehend, jeweils Hintze genannt, und in der uns nahestehenden Presse wurde er auch als brauchbarer Leiter der deutschen Aussenpolitik empfohlen.

Mit dieser meiner Beurteilung hängt zusammen, was ich nun zu berichten habe. Im Herbst 1917 hatte ich auf meinem Landsitz zu Finthen den Besuch eines jungen Landsmannes, der unter Hintze auf der deutschen Gesandtschaft in Peking tätig gewesen war.<sup>340</sup> Wir unterhielten uns über die deutsche Aussenpolitik, und ich sprach mich scharf ablehnend über Kühlmann aus. Mein junger Bekannter verteidigte ihn dagegen und meinte, er gelte doch allgemein als ein grundgescheiter Mann – aber im übrigen sei doch wohl die Hauptsache, dass kein Nachfolger zu finden sei, der ihn ersetzen könnte. Darauf erwiderte ich mit Bezugnahme auf Breusing, da brauche man doch wohl nicht lange zu suchen. Hintze sei ja zur Hand, und mir schein, dass man seinen Fähigkeiten dieses eigentlich lange verwaiste Amt anvertrauen könne. Da machte mein Besucher grosse Augen und sagte nur überrascht und wegwerfend zugleich: „Ach der!“ Nun war die Überraschung an mir, und ich fragte deshalb: „Sind Sie anderer Meinung?“ Die Antwort lautete, er sei aufs höchste erstaunt, dass ausgerechnet ich auf diesen „unheimlichen Menschen“ verfallen sei.

Ich erzählte meinem Besucher nun näher, wie die Zusammenhänge seien, und bekam zur Antwort, dass jedenfalls das Urteil der meisten Herren von der Pekinger Gesandtschaft ganz anders gelautet habe. Man habe Hintze nicht über den Weg getraut, denn er sei ein „Betbruder“ und habe mit den französischen

---

<sup>336</sup> Paul von Hintze war 1914–1917 Gesandter in China.

<sup>337</sup> Gemeint sind die Entente-Mächte.

<sup>338</sup> China erklärte den Mittelmächten am 14.9.1917 den Krieg und hoffte dadurch u.a. auf die Rückgewinnung der deutschen Kolonie Kiautschou sowie auf europäischen Militärschutz gegenüber Japan, in dessen Besitz seit November 1914 die deutsche Kolonie bereits war. Kiautschou wurde entsprechend des Versailler Vertrages 1919 jedoch Japan zugesprochen. China unterzeichnete im Mai 1921 einen eigenen Friedensvertrag mit Deutschland.

<sup>339</sup> Paul von Hintze war 1917–1918 Gesandter in Norwegen.

<sup>340</sup> Claß sprach auch von einem Consulars-Sekretär der Deutschen Gesandtschaft in Peking. Siehe dazu Claß an Magnus von Levetzow, 14.1.1927 mit Anhang einer Einschätzung Paul von Hintzes durch Claß vom 12.1.1927, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 386, Bl. 8–12.

Patres enge Verbindung gehabt, selbst noch im Kriege, als die ganze deutsche Kolonie die Beziehungen zu diesen aufgegeben hatte.<sup>341</sup>

Als ich diese Mitteilungen anzweifelte, erwiderte mir mein Gewährsmann, er selbst habe ihn in der Gesandtschaft auf dem Betstuhl kniend gesehen und wisse, dass er Katholik allerstrengster Übung sei, der keine Gelegenheit versäume, die Gebräuche seiner Kirche offenkundig auszuüben. Mein Besucher schloss seine Mitteilungen mit der stark unterstrichenen Frage, ob ich nun verstünde, dass man Hintze als unheimlich empfunden und ihn nicht über den Weg getraut, ja dass man ihn geradezu als heimlichen Jesuiten betrachtet habe.

Ich konnte bei der Bestimmtheit aller dieser Angaben kaum an ihrer Wahrheit zweifeln und wurde, wie man sich denken kann, in meinen Anschauungen über die Tauglichkeit dieses Admirals zum Leiter unserer Aussenpolitik stark erschüttert. Des Zusammenhanges halber sei schon hier angeschlossen, was ich später von einem jüngeren Kameraden Hintzes, dem Konteradmiral Magnus von Levetzow<sup>342</sup>, erfuhr, der auf wichtigsten Posten gestanden und die Entwicklung vor dem Zusammenbruch an Ort und Stelle in Spa als Chef des Stabes der Obersten Seekriegsleitung an der Seite des *Admirals Scheer* miterlebt hatte.

Als ich diesen Gewährsmann einige Jahre nach dem Kriege kennen lernte, kam die Rede auch auf die Vorgänge in Spa, und nun berichtete er mir in den schärfsten Worten, welche Rolle Hintze damals gespielt habe. Er war schon als Staatssekretär zurückgetreten, aber gleichwohl von dem neuen Reichskanzler Prinzen Max oder von seinem eigenen Nachfolger Solf mit einem Auftrag ins Grosse Hauptquartier geschickt worden.<sup>343</sup> Damals habe sich Hintze in einer

<sup>341</sup> Paul von Hintze trat zum Katholizismus über. Eine Intervention von August von Cramon 1926/1927 beim Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, die katholische Gesinnung genauer zu untersuchen, ergab keinerlei Hinweise auf die auch von Claß sowie Wilhelm II. angestoßenen Verurteilungen Hintzes als „jesuitisch“ und „ultramontan“. Siehe Hürter: Politisch-biographische Skizze, S. 109–110 sowie Claß an Magnus von Levetzow, 14.1.1927 mit Anhang einer Einschätzung Paul von Hintzes durch Claß vom 12.1.1927, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 386, Bl. 8–12. Wilhelm II. verstärkte die Verschwörungstheorie, Paul von Hintze habe, gleichsam von Rom gesteuert, die Flucht des Kaisers aus Spa in die Niederlande, zunächst nach Amerongen, befürwortet: „Also Rom und Jesuiten standen hinter dem Verrat von Spa.“ Wilhelm II. an August von Cramon, 4.1.1927, in BA-Freiburg, N 266, Bd. 34, Bl. 3.

<sup>342</sup> Magnus von Levetzow (1871–1939), 1903–1906 beim Admiralstab in Berlin, 1906–1918 Geschwadernavigationsoffizier, 1912 1. Admiralstabsoffizier des Kommandos der Hochseeflotte, 1913 Kapitän zur See, 1916 Chef der Operationsabteilung beim Stab der Hochseestreitkräfte, 1918 Chef des Stabes der Seekriegsleitung, 1920 Oberkommando Marinestation Ostsee in Kiel und Kommandant von Kiel, Konteradmiral, 1923 Teilnahme an Kapp-Putsch und Entlassung aus der Marine, 1924–1926 Mitarbeiter von Junkers, 1927 wollte ihn Claß für die Hauptleitung des ADV gewinnen, 1929 Mitorganisation des Volksbegehrens gegen den Young-Plan, 1931 Eintritt in die NSDAP, 1932–1933 Mitglied des Reichstags für die NSDAP, 1933–1935 Polizeipräsident von Berlin. Zu Claß und Levetzow siehe Granier: Magnus von Levetzow.

<sup>343</sup> Paul von Hintze beförderte die Demokratiebewegung, die er am 29.9.1918 im Großen Hauptquartier auch gegenüber Wilhelm II. vertrat, und verfolgte nach seiner Einsetzung als

Unterhaltung mit hohen Offizieren der Marine gerühmt, drei weltgeschichtliche Vorgänge herbeigeführt oder stark beeinflusst zu haben: er habe dem Kaiser den Übergang zum parlamentarischen System empfohlen unter gleichzeitiger Berufung von Staatssekretären aus den Mehrheitsparteien des Reichstages; er habe die Annahme der 14 Punkte *Wilson*s erreicht, und er habe schliesslich die Preisgabe der obersten Kommandogewalt durch den Kaiser veranlasst.<sup>344</sup>

Mein Gewährsmann konnte für dieses Verhalten des ehemaligen Staatssekretärs, das doch für einen alten Offizier unerhört gewesen sei, eine Erklärung nur darin finden, dass Hintze bei Kameraden, die ihn genau kannten, als Ultramontaner angesehen wurde. Mir fiel nun der Bericht meines Peking-Besuchers ein, und ich warf die Frage auf, wie es möglich sei, dass ein von seinen Kameraden so beurteilter Mann eine solche Laufbahn habe zurücklegen können.

Wir kamen auf den Gedanken, im „Gotha“ nachzusehen, was dort über Hintze stehe. Da fanden wir zu unserer grössten Überraschung, dass er als „evangelisch“ bezeichnet war.<sup>345</sup> Dies veranlasste eine Anfrage bei dem evangelischen Pfarramt in Schwedt a[n der] O[der], dem Geburtsort des Admirals<sup>346</sup>; die Antwort ergab, dass er tatsächlich evangelisch getauft war. Es bestand also die Tatsache, dass der von seiner Umgebung als unheimlich empfundene Mann noch im „Gotha“ als evangelisch aufgeführt war, obwohl er von seinen Kameraden längst als ultramontaner Katholik eingeschätzt wurde, und obwohl er, mindestens in Peking, alle Gebräuche der katholischen Kirche übte, ja mit den französischen Ordensbrüdern in engster Verbindung stand und im Sinne jener Redewendung als „Jesuit“ angesehen wurde.<sup>347</sup>

Zu alledem kam, dass ausser der verhängnisvollen Tätigkeit Hintzes in den drei Fällen, in denen er sich weltgeschichtlicher Verdienste rühmte, noch bekannt geworden war, welche Rolle er am 9. November 1918 bei dem Übertritt Kaiser Wilhelms des Zweiten nach Holland gespielt hatte. Durch eine Er-

---

Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Großen Hauptquartier zwischen dem 12.10. und 9.11.1918 einen ausgleichenden Mittelweg zwischen Demokratisierung und Monarchie. Siehe Paul von Hintze an Hauptmann von Müller, 22.10.1918, Ders. an Wilhelm Solf, 28.10.1918 und 29.10.1918, Dokumente Nr. 250–252, in Hürter: Paul von Hintze, S. 653–656.

<sup>344</sup> Siehe Paul von Hintze an Auswärtiges Amt, 29.9.1918, Dokumente Nr. 240 und 241, in Hürter: Paul von Hintze, S. 640–642 und 643.

<sup>345</sup> Siehe Gothaisches genealogisches Taschenbuch der briefadeligen Häuser, Bd. 7 (1913), S. 355. Der Eintrag zu Hintze beginnt mit „Evangelisch. Preuß. Adelsstand Berlin 27. Jan. 1908“. Zur Materialsammlung gegen Hintze siehe auch BA-Berlin, R 8048, Bd. 386.

<sup>346</sup> Paul von Hintze wurde am 13.2.1864 in Schwedt geboren.

<sup>347</sup> Zur gleichen Zeit verstärkte Claß die Werbeanstrengungen gegenüber den wenigen katholischen Mitgliedern des ADV, jedoch beklagte Leopold von Vietinghoff-Scheel, dass von 340 Ortsgruppen nur 22 Listen ihrer katholischen Mitglieder an die Geschäftsstelle für die Unterzeichnung eines Werbeauftrufs gesandt hatten. N.N. an Leopold von Vietinghoff-Scheel, 17.4.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 203, Bl. 674. Der Werbeauftrag erhielt jedoch zu wenige Zustimmungserklärungen, sodass die Veröffentlichung in den Alldeutschen Blättern verschoben werden musste. Schriftleitung des ADV an Konstantin von Gebattel, 7.5.1918, in ebd., Bd. 204, Bl. 40. Siehe auch Kapitel 2.5.

örterung jener Vorgänge in der Presse war festgestellt worden, dass der Vertreter des Auswärtigen Amtes bei der Obersten Heeresleitung, Legationsrat *von Grünau*<sup>348</sup>[,] bekundete, an jenem Unglückstage habe Herr von Hintze ihn am Abend bei Tisch angesprochen und erklärt, er habe soeben erfahren, dass der Kaiser sich entschlossen habe, bei der Armee zu bleiben.<sup>349</sup> Er bitte ihn, Grünau, in seinem Namen und in dem des Feldmarschalls, der völlig mit ihm übereinstimmte, den Kaiser nochmals zu beschwören, an dem Reiseplan festzuhalten.<sup>350</sup> Man könne nicht wissen, wie sich die Dinge entwickeln würden. Dann sei es unter Umständen zu spät. Auch könne der Kaiser von Holland aus eher etwas für Ihre Majestät die Kaiserin tun und sie vielleicht dorthin nachkommen lassen. Nun war aber weiterhin festgestellt worden, dass Feldmarschall *von Hindenburg* Herr von Hintze nach 6<sup>351</sup> Uhr nachmittags gar nicht mehr gesehen hatte, so dass bei jener öffentlichen Erörterung in der Presse der Schluss gezogen wurde, Hintze habe im Namen des Feldmarschalls gesprochen, ohne von ihm dazu beauftragt zu sein.

Daraus ergibt sich, dass ausser den drei politischen Grosstaten, deren der frühere Staatssekretär sich selbst gerühmt hat, noch eine vierte ihm zur Last gelegt werden muss, nämlich die, dass er wesentlich oder gar entscheidend dabei mitgewirkt hat, dass der Kaiser die holländische Grenze überschritt – unbestritten eine Tatsache von den allerweittragendsten Folgen.<sup>352</sup>

Die weitere Frage entsteht: war das Zusammentreffen dieser vier Handlungen Hintzes ein planloser Zufall, der sich aus seinem Wesen erklären lässt, oder lag ein Plan vor, nach dem er handelte? Man kann an Wallensteins<sup>353</sup>

<sup>348</sup> Werner Ernst Otto Freiherr von Grünau (1874–1956), seit 1904 im Dienst des Auswärtigen Amtes, 1914–1916 Vertreter des Außerordentlichen Gesandten im Allerhöchsten Gefolge, Karl Georg von Treutlers, im Großen Hauptquartier, September 1916 bis Kriegsende 1918 Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier, 1918–1924 im Auswärtigen Amt, 1925–1930 Generalkonsul in Kattowitz, 1930 Chef der Personalabteilung im Auswärtigen Amt.

<sup>349</sup> Aufzeichnungen Werner von Grünau, 15.12.1918, in PAAA, R 13352. Siehe auch die verschiedenen Erinnerungen von Paul von Hintze, Magnus von Levetzow oder Friedrich Graf von der Schulenburg u.a. zur Diskussion um die Abdankung Wilhelms II. im Großen Hauptquartier in Spa am 9.11.1918 im Dokumentenanhang von Niemann: *Revolution von oben*, S. 321–446.

<sup>350</sup> Nachdem sich Wilhelm II. am 9.11.1918 zum Rückzug ins holländische Exil entschieden hatte, schlug Paul von Hintze die rechtzeitige Vorbereitung bereits am selben Tag vor und verhandelte mit Werner Freiherr von Grünau als zweitem Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Großen Hauptquartier mit Den Haag. Wilhelm II. wollte am Abend nach Berichten über den Verhandlungsstand noch warten, während Hintze aus Sicherheitsgründen zur Abreise riet. Wilhelm II. reiste dann am Morgen des 10.11.1918 ohne weitere Empfehlungen von Hintze an die holländische Grenze. Hüter: Politisch-biographische Skizze, S. 109–110.

<sup>351</sup> Zahl im Manuskript unleserlich: 5 oder 6 Uhr am Nachmittag.

<sup>352</sup> Zum Exil siehe Kohlrausch: *Der Monarch im Skandal* sowie Röhl: *Der Weg in den Abgrund*, S. 1235–1247.

<sup>353</sup> Albrecht Wenzel Eusebius von Wallenstein (1583–1634), 1625–1630 und 1632–1634 böhmischer Oberbefehlshaber der kaiserlichen Armee auf Seiten der katholischen Liga im Dreißigjährigen Krieg (1618–1648) unter Ferdinand II. von Habsburg.

W[or]t denken, dass es keinen Zufall gebe, und dass der „Mikrokosmos“ jedes Menschen der tiefe Schacht sei, aus dem seine Gedanken und Taten ewig quellen. Man kann aber auch zu der Annahme kommen, dass der evangelisch geborene, in vorgeschrittenen Jahren zum Katholizismus übergetretene Mann, den seine nächste Umgebung als unheimlich empfand, und von dem seine Kameraden meinten, er sei ultramontan oder gar jesuitisch, im Sinne der von ihm bekannten Lehre zu handeln glaubte, wenn er jene Ratschläge erteilte, die zum Nachteil des deutschen Kaisertums und des deutschen Volkes führen mussten.

Ob die Geschichte diese Frage so oder so wird beantworten können, steht dahin. Sicher aber ist, dass Herr von Hintze nach seiner eigenen Darstellung zu denen gehört, die am meisten zum Zusammenbruch des Deutschen Reiches beigetragen haben. Es wäre in der Tat die Mühe wert, festzustellen, ob das geschilderte unheimliche Wesen dieses Mannes seinen Vorgesetzten, zunächst in der Marine und später im Auswärtigen Amt, unbekannt geblieben ist, und ob demgemäss auch der Kaiser nichts davon erfahren hat.

Als ich mich über diesen Träger einer ebenso bedeutsamen wie verhängnisvollen Rolle näher zu unterrichten begann, stiess ich auf die Tatsache, dass er, der zum Vorsitzenden des „Vereins für das Deutschtum im Ausland“ gewählt worden war, gleichwohl seinen Aufenthalt ausserhalb des Reiches wählte und in Aigen bei Salzburg wohnte. Ich bat Salzburger Gesinnungsfreunde<sup>354</sup>, sich über den Verkehr des gewesenen Staatssekretärs zu unterrichten, und erfuhr, dass er mit dem Kardinal *Piffel*<sup>355</sup> in Wien und den massgebenden Priestern des Salzburger Sprengels viel zusammen sei und häufig nach Italien und nach dem Balkan reise.<sup>356</sup> Meine Gewährsmänner sprachen die Vermutung aus, dass Hintze sich freiwillig in den Dienst der katholischen Kirche gestellt habe und wahrscheinlich für die Wiedervereinigung der griechisch-katholischen Balkankirchen mit Rom arbeitete.

---

<sup>354</sup> Gemeint sind vermutlich der Salzburger Rechtsanwalt Dr. Just, im Ersten Weltkrieg Mitglied des Vorstandes des ADV, und auch Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Julius Sylvester, der bereits um 1910 zu den Verbindungsmännern des ADV in Salzburg gehörte.

<sup>355</sup> Friedrich Gustav Piffel (1864–1932), 1906 Kanzleidirektor des Klosters Korneuburg, Professor für Moralthologie und Soziologie an der theologischen Hauslehranstalt Korneuburg, 1913 Ernennung zum Erzbischof der Erzdiözese Wien und 1913–1918 Mitglied des Herrenhauses, 1914 Kardinal, den Christlich-Sozialen verbunden, führender Mitorganisator der Jugendbewegung, Förderung des katholischen Volksbundes, der christlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und nach 1918 der Caritas, 1922 Apostolischer Administrator des Burgenlandes.

<sup>356</sup> Claß nannte auch Prälat Ignaz Seipel, späterer Parteiohmann der CSP und Bundeskanzler der Republik Österreich, als Kontakt von Paul von Hintze. Claß an Magnus von Levetzow, 14.1.1927 mit Anhang einer Einschätzung Paul von Hintzes durch Claß vom 12.1.1927, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 386, Bl. 8–12.

### 3.12. Der Zusammenbruch

Ich kehre zu dem Zeitpunkt zurück, an dem Prinz *Max von Baden* Reichskanzler geworden war. Sein Kabinett nannte sich das der „nationalen Verteidigung“, und sowohl der Prinz wie einige seiner Staatssekretäre, aber auch die ihnen dienstbare Presse[,] liessen verlauten, dass man zwar den Frieden wolle, dass aber der Entschluss feststehe, bis zum bitteren Ende weiterzukämpfen, wenn ein solcher in Ehren nicht zu haben sei. Wir hatten nicht das Recht, solchen Worten zu glauben; denn die ganze Art des neuen Reichskanzlers und die Vergangenheit der meisten seiner Staatssekretäre widersprach[en] solchen Kundgebungen. Die Entwicklung hat gezeigt, dass wir nur zu recht hatten.

Was wir, was insbesondere ich mit den Meinen, in den Wochen zwischen der Berufung des Prinzen Max und dem furchtbaren 9. November durchgemacht haben, lässt sich kaum mehr schildern. Ich kann es, soweit ich selbst in Frage komme, vielleicht so ausdrücken: seit langem hatte ich das Gespenst des deutschen Schicksals auf unser Vaterland zukommen sehen. Schon als ich es zuerst aus weiter Ferne erblickte, hatte ich meine Stimme erhoben und gewarnt. Ausserhalb des alldeutschen Kreises wollte mich niemand hören. Das Gespenst kam dann aber näher und wurde immer deutlicher sichtbar. Meine Sorge wuchs, und ich schrieb zwei Jahre vor dem Ausbruch des Weltkrieges mein „Kaiserbuch“, in dem ich alles niederlegte, was mir und meinesgleichen auf der Seele lag. Das Buch fand eifrige Leser und wurde sogar als „interessant“ genommen – von denen aber, für die es in der Hauptsache geschrieben war, von den deutschen Fürsten und den Massgebenden sonst, hörte niemand auf meine Warnungen und Vorschläge. Die Entwicklung ging weiter, und das Gespenst kam näher und wurde immer grösser. Der 1. August 1914 schien es zu verscheuchen. Im Jubelsturm solcher Tage war kein Platz für solch ein Schreckbild, das alle Sorgen und Gefahren verkörperte, die über dem Vaterlande hingen. Aber es kam wieder, als der unselige Reichskanzler Bethmann Hollweg die seelischen Grundlagen einer wahrhaft staatsmännischen Kriegführung zerstört hatte, und als ob es einen weiten Sprung aus der Finsternis in die Helle der Gegenwart täte, stand es grösser und drohender vor uns als je.

Wir Alldeutsche haben das Äusserste getan, was Männern ausserhalb der Ämter und Parlamente möglich war.<sup>357</sup> Aber es blieb dabei: die Massgebenden wollten uns nicht hören, und die nächsten Berater des Kaisers taten alles, um die Wirklichkeit von ihm fernzuhalten. Das Gespenst war zur Riesengrösse gewachsen, es war so furchtbar geworden, dass es ein Volk von 70 Millionen er-

<sup>357</sup> Die Mitglieder des ADV waren durch ihre akademische Sozialisation und ihre berufliche Erwerbsstruktur als Rechtsanwälte, Beamte, Angestellte, Militärs oder Professoren wesentlich mit der politischen, juristischen und bürokratischen Ausgestaltung von Machtfragen befasst. Chickering: *We Men*. Im Reichstag waren um 1914 zudem Alldeutsche Mitglieder v. a. der NLP, aber auch der DkP und der DRP. Siehe Wertheimer: *The Pan-German League*, S. 134–135, Griebner: *Parteien und Massenverbände*, S. 103–139 und Schilling: *Beiträge*, S. 519–523. Zwischen 1898 und 1903 waren von den insgesamt 45 alldeutschen Reichstagsabgeordneten 26 Mitglieder der NLP und vierzehn waren Mitglieder der DkP. Schilling: *Beiträge*, S. 534 und Hering: *Konstruierte Nation*, S. 460 und 467.



drücken konnte. Nur ein ganz grosser, heldischer Entschluss konnte Rettung bringen – aber er wurde nicht gefasst, und wir bekamen in solcher Zeit als Reichskanzler den Prinzen Max von Baden!

Auf unseren Seelen lastete ein fürchterlicher Druck. Konnten wir noch glauben, dass *Hindenburg* und *Ludendorff* dem Schicksal Einhalt gebieten würden? Konnte insbesondere ich noch daran glauben, nachdem Ludendorff darauf verzichtet hatte, seinen als fest hingestellten Entschluss auszuführen, meine Vorschläge vom 5. Oktober 1917 zu verwirklichen. War zu allen anderen Gefahren nicht noch die neue Sorge gekommen, dass die Tage des Feldherrn Ludendorff gezählt seien, dass, wenn er von seiner Stelle weichen müsse, der letzte Willensträger verschwinden werde?

Dies waren die Gedanken, die uns erfüllten. Es dauerte wahrlich nicht lange, und alle, alle unsere Befürchtungen wurden Wirklichkeit. Die ernstesten Vorhersagen des Kaiserbuchs waren erfüllt. Das Chaos war gekommen. Ich hatte im März 1912 gesagt: „Das Chaos kennt keine Kronen.“<sup>358</sup> Und wirklich: am 9. November 1918, also 6 ½ Jahre später, gab es keine Kronen mehr auf deutschem Boden.

Am 3. Oktober 1918 war Prinz *Max von Baden* zum Reichskanzler ernannt worden. Wohin die Fahrt ging, zeigte sich in der Preisgabe der obersten Kommandogewalt<sup>359</sup> durch den König von Preussen und der Note an den Präsidenten *Wilson*, in der gesagt war, dass das Deutsche Reich seine „vierzehn Punkte“ als geeignete Grundlage zu Verhandlungen über die Wiederherstellung des Friedens ansehe.<sup>360</sup>

Was mich in diesen Tagen bewegte, brachte ich in einem Aufsatz zum Ausdruck, der an der Spitze von No 41 der „Alldeutschen Blätter“ erschien. Er trug die Überschrift „Bis zur Neige“.<sup>361</sup> In ihm vertrat ich den Gedanken, dass, wie sich im Einzelleben alle Schuld auf Erden räche, nun das deutsche Volk die Gesamtschuld büssen müsse, die alle auf sich geladen hätten, die an dem Sturze Bismarcks beteiligt waren – das Volk als solches nicht am wenigsten,

---

<sup>358</sup> „Darin liegt das Schicksal, ob die Krone die Zeit erkennt mit ihren harten Notwendigkeiten und den Entschluß faßt, alle Pflichten treu und unerschrocken auf sich zu nehmen, die die Notwendigkeit ihr auferlegt. Denn den Gedanken muß man aufgeben, daß ohne sie oder gegen sie die Reform begonnen und durchgesetzt werden könnte – den Traum einer rettenden Tat von unten wird keiner träumen, der unser Volk kennt und den Einfluß der Monarchie, wie der staatlichen Organisation richtig einschätzt. Also: weder ohne noch gegen die Krone werden wir die Besserung erreichen – aber, wenn wir dies mit solcher Bestimmtheit erklären, müssen wir mit derselben Entschiedenheit aussprechen: *versagt die Krone dieser Pflicht gegenüber, so besiegelt sie ihr eigenes Schicksal mit dem des Volkes*. Das Chaos kennt keine Kronen; bricht es über das Volk der Deutschen herein, so verschlingt es alles Ragende – mit dem Ragenden des Verdienstes auch die der Geburt.“ Claß (Pseudonym: Daniel Frymann): Wenn ich der Kaiser wär', S. 219. Kursiv als Sperrdruck im Original.

<sup>359</sup> Als Nachfolger des seit 1908 amtierenden Moritz von Lyncker war Ulrich Freiherr Marschall vom Juli bis zum 28.10.1918 der letzte Chef des Militärkabinetts. Siehe dazu auch Afflerbach: Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr.

<sup>360</sup> Erste deutsche Note an Woodrow Wilson, 3.10.1918, in Ludendorff: Urkunden der Obersten Heeresleitung, S. 535.

<sup>361</sup> (V.): Bis zur Neige, in Alldeutsche Blätter, 12.10.1918. Der Autor war Claß.

indem es diese Haltung ungeheuerlichen Undanks in seiner großen Mehrheit ruhig hingenommen hatte.

Prinz Max sei selbst internationalistisch eingestellt, von einigen ebenso gesinnten obersten Beratern umgeben und berufen, das Werk der Zerstörung zu vollenden, das Caprivi begonnen habe.<sup>362</sup> Er sei es, der dem deutschen Volke den Becher des Unheils darbreite, damit es ihn bis zum letzten Tropfen leere – bis zur Neige.

Uns war klar, was das hieß. Ein oberster Kriegsherr, der sich seine Kommandogewalt nehmen liess, hatte sich den wesentlichen Teil seiner Macht entwinden lassen. Man denke sich den König von Preussen, der nicht mehr aus freier Wahl die Führer des Heeres vom untersten bis zum obersten bestimmte, sondern an die Gegenzeichnung des Kriegsministers gebunden war, und der den von ihm ins Auge Gefassten preisgeben musste, wenn der der Volksvertretung verantwortliche Kriegsminister nicht unterzeichnen wollte! Ganz krass ausgedrückt, wurde damit das Offizierskorps und damit das Heer nicht mehr kaiserlich oder königlich, sondern parlamentarisch.

Der Kriegsminister *von Stein* hat die Mitwirkung bei diesem machtpolitischen Selbstmord seines obersten Kriegsherrn nicht mehr mitgemacht: er nahm am 8. Oktober 1918 seinen Abschied. Wie viele Gutgesinnte mochten damals in Deutschland daran gedacht haben, dass die Preisgabe der obersten Kommandogewalt letzten Endes den Männern der Obersten Heeresleitung ihre ausserordentlichen Machtbefugnisse kosten werde? Mir war es, wie schon erwähnt, klar, dass jedenfalls die Stunden der grossartigen Wirksamkeit Ludendorffs von nun an gezählt seien.

Und nun die Annahme der „vierzehn Punkte“ Wilsons, die in Wahrheit schon die Unterwerfung unter den Willen der Feindbundmächte ankündigte! Das waren die Anfänge des Kabinetts der „nationalen Verteidigung“, und jeder Tag brachte mir die Bestätigung, dass ich mit meiner todernsten Beurteilung der Lage nicht unrecht hatte. Aber immerhin, Prinz Max, seine Leute und ihre Presse hatten von nationaler Verteidigung gesprochen, also mussten wir, so gering unsere Hoffnung war, so handeln, als trauten wir der Regierung entschlossenes Wollen zu. Demgemäss richteten wir unser politisches Verhalten ein.

<sup>362</sup> Leo von Caprivi (1831–1899) war vom 20.3.1890–26.10.1894 als Nachfolger Otto von Bismarcks Reichskanzler. Caprivi stand für die „Politik des neuen Kurses“ Wilhelms II., die unter anderem eine Politik des Ausgleichs mit dem Zentrum nach dem „Kulturkampf“ 1871–1878 und mit der SPD nach den Sozialistengesetzen 1878–1890 vollzog. Entschädigungen für die katholische Kirche und die Ankündigung von Wahlrechtsreformen in Preußen verstärkten die Opposition auch des ADV, der sich in der Übergangszeit des Rücktritts Bismarcks 1890/91 gründete und Bismarck 1895 zum Ehrenvorsitzenden kürte. Caprivis Handelspolitik, die auf ein Abrücken von Bismarcks Schutzzollpolitik gründete, und die Miquelsche Steuerreform, die Schulreform unter Einbindung professioneller Interessen des Zentrums sowie schließlich die Verkürzung des Wehrdienstes bei einer erneuten Wehrvorlage verschärfen die Kritik an Caprivi seitens der Verbände der „nationalen Opposition“. Als Caprivi eine Gesetzesvorlage gegen die sogenannten Umsturzparteien plante, die sich nun auch gegen die SPD richtete, führte dies letztlich zur Entlassung durch den Kaiser.

Da die Ostmark<sup>363</sup> besonders gefährdet erschien, hatte ich mich bereit erklärt, am 12. Oktober zur Tagung unseres Weichselgaues in Danzig zu erscheinen und nachher in öffentlicher Versammlung zu sprechen. Beide Veranstaltungen waren überfüllt, wie es sich bei der ungeheuren Spannung erklären lässt, die in allen nationalen Kreisen der alten Hansestadt durch die Ereignisse der letzten Wochen entstanden war.

Bei der Gautagung sprachen nach meinem Vortrag über die Gesamtlage alle Redner, Männer und Frauen, mit der tiefsten Sorge für die Zukunft der Ostmark, insbesondere Danzigs.<sup>364</sup> Alle stimmten begeistert meinem Vorschlag zu, einen Aufruf zur Bildung von Volksausschüssen für die nationale Verteidigung zu erlassen. Eine von mir im Entwurf mitgebrachte Entschliessung wurde angenommen. Ihr Wortlaut sei zur Kennzeichnung unserer damaligen Auffassung hier mitgeteilt:

„Der Gautag des Gauverbandes Westpreussen des Alldeutschen Verbandes vermag das vom Prinzen Max von Baden gebildete *verfassungswidrige* „Kriegskabinett“ nicht als „Regierung der nationalen Verteidigung“ anzuerkennen. Er *verwirft diese Regierung*, die nach ihren ersten Handlungen und nach ihrer Zusammensetzung das *unbegrenzte Misstrauen* aller auf dem Boden des Vaterlandes stehenden deutschen Bürger herausfordert. Die Versammlung vermisst bei dieser Regierung jede Rücksicht auf die völkische Ehre, auf die äussere Sicherheit und die wirtschaftliche Daseinsmöglichkeit des deutschen Volkes. Sie glaubt aus allen diesen Gründen zu der offenen Erklärung verpflichtet zu sein, dass sie diesem Kriegskabinett die Gefolgschaft versagt. Sie ist überzeugt, dass eine wirkliche Regierung der „nationalen Verteidigung“ unser Volk zu *jedem Opfer bereitfinden* wird, und dass seine Leistungsfähigkeit nicht nur nicht *erschöpft* ist, sondern noch *wesentlich gesteigert* werden kann. Es gilt den Kampf um unser Dasein, um unsere Ehre: beides darf nicht von einer Regierung preisgegeben werden, die – einerlei aus welchen Ursachen – den wahren Bedürfnissen des deutschen Volkes fremd oder kalt gegenübersteht.“<sup>365</sup>

Die Stimmung der Gauvertreter erhellt am besten daraus, dass, als einer oder der andere gegen die Schärfe dieses Wortlauts Bedenken hatte, die Versammlung nichts davon hören wollte und die Abänderungsvorschläge verwarf.

In der öffentlichen Versammlung sprach ich über die Politik der neuen Regierung mit der äussersten Schärfe, nachdem ich zunächst eine geschichtliche Darstellung der Entwicklung seit dem Oktober 1914 gegeben hatte. Ich

---

<sup>363</sup> Gemeint ist Österreich.

<sup>364</sup> Siehe Tagung und Entschliessung des Gaues Westpreußen am 12.10.1918, in Alldeutsche Blätter 19.10.1918.

<sup>365</sup> Alldeutsche Blätter 19.10.1918. Siehe auch den Aufruf vom 13.10.1918 in ebd., der unterschrieben wurde von Staatsanwalt Dr. Fiecker, Amtsrat Hagen, Domänenpächter d’Heureuse, Professor F. Hillger, Oberlycealdirektor Hoffmann, Frau Professor Kalähne, Staatsanwalt Kandzow, Oberregierungsrat Karl Kette, Werftbesitzer Fritz Klawitter, Amtsrichter Koppe, Stadtrat Krautwurst, Professor Matthaei, Professor Ernst Petersen, Kreisbaumeister Steffen, Rechtsanwalt Schwegmann, Regierungsrat von Vultejus, Domänenpächter von Ziegler und Kaufmann Benno Ziehm.

fragte, was das deutsche Volk von einem Kabinett zu erwarten habe, das zwar alle Kräfte zusammenzufassen versprochen, trotzdem aber alle Gruppen der Rechten, vor allem die Konservativen und Nationalliberalen[,] ausgeschlossen habe. Ich stellte mit gebührendem Hohne fest, dass die erste Regierung nach dem Übergang zum „parlamentarischen Regime“ einen Prinzen aus einem regierenden Hause an ihrer Spitze sehe, weil die Mehrheitsparteien keinen Kanzler stellen könnten.

Ich war gerade dabei, die Friedensbitte gegenüber dem Präsidenten Wilson [zu]<sup>366</sup> kennzeichnen, als im Saale eine immer wachsende Unruhe eintrat.<sup>367</sup> Ich sprach weiter, bis ich schliesslich unterscheiden konnte, unsere Antwort an Wilson sei heraus.<sup>368</sup> Dieser hatte am 10. Oktober<sup>369</sup> in ungeheuerlicher Überhebung auf das deutsche Friedensangebot entgegnet und nicht nur Andeutungen gemacht, die auf die Beseitigung Kaiser Wilhelms des Zweiten gemünzt waren, sondern auch gesagt, das deutsche Volk sei ein Volk ohne Ehre. Hierauf stand die Rückantwort bis jetzt aus, und es gab auch unter den [n]ationalen Leute, die zu hoffen wagten, dass sie stolz und würdig die amerikanische Anmassung zurückweisen werde.

Einer unserer Gesinnungsfreunde drängte sich, in der einen Hand die Sonderausgabe einer Danziger Zeitung schwingend[,] durch die Menge bis zu meinem Rednerpult vor und reichte mir das Blatt hinauf. Als ich es in Händen hielt und langsam las, wurde es totenstill in dem Saal. Ich las es noch ein zweites Mal, um den ungeheuerlichen Inhalt zu fassen. Durch mein Gehirn schoss der Gedanke: „jetzt hast du die Heimat verloren“ und dann der andere: „auch dies Danzig geht verloren“.

Nun verlas ich die Antwort der Regierung. Es entstand eine wilde Bewegung der Zuhörer, und laute Verwünschungen machten sich Luft gegen Prinz Max, Erzberger und Solf, von denen der letztere die Note unterzeichnet hatte. Jeder merkte, wie unwürdig dieses Schriftstück entscheidende Fragen umging, während es doch als Ganzes die Unterwerfung ankündigte – nur die „Regierung der nationalen Verteidigung“ schien nicht gemerkt zu haben, in welcher Weise sie sich selbst und ihr Volk damit der Verachtung preisgab.

Ich gebot Ruhe und rief den Versammelten zu: „Seien Sie sich klar: wenn das weitergeführt wird, was durch diese schmachvolle Note eingeleitet ist, dann hat die Schicksalsstunde für sie wie für mich geschlagen. Wer glaubt, dass Frankreich, durch die deutsche Unterwerfung zum Sieger gemacht, Elsass-Lothringen zum selbständigen Pufferstaat machen wird? Wer glaubt, dass sein altes Streben nach dem Rhein gesättigt ist, wenn es wieder bei Strassburg an den Schicksalsstrom stösst? Die Franzosen werden den Rhein wollen, und

<sup>366</sup> Im Manuskript: so.

<sup>367</sup> Siehe zum folgenden Alldeutsche Blätter 19.10.1918.

<sup>368</sup> Die zweite deutsche Note an Woodrow Wilson vom 12.10.1918 war die Antwort auf Wilsons zweite Note vom 8.10.1918. Norddeutsche Allgemeine Zeitung 12.10.1918.

<sup>369</sup> Woodrow Wilson antwortete am 8.10.1918 mit einer zweiten Note, in der als Grundlage für einen Waffenstillstand forderte, „sofort die Truppen überall aus dem besetzten Gebiet zurückzuziehen.“ Norddeutsche Allgemeine Zeitung 9.10.1918.

so bin ich heimatlos. Aber im Osten? Wenn die internationale Demokratie jetzt ihren grossen Siegeszug antritt, wird sie doch nicht etwa vor ein paar tausend Balten Halt machen! So lauteten nämlich die Worte, die ein freisinniger Abgeordneter einem Abgesandten der Kurländer geantwortet hatte, als dieser ihn aufsuchte, um für die Angliederung seiner Heimat an das Reich Stimmung zu machen. Das gute Deutschtum des Ostens wird also den ihm feindlichen Volkssplittern ausgeliefert sein, unter denen es sitzt. Die Polen, die ihre Treulosigkeit in diesem Kriege wieder bewiesen haben, werden die Hand nach den preussischen Teilen des polnischen Sprachgebietes, ja nach völlig einge-deutschten Gebieten des ehemaligen polnischen Reiches ausstrecken; und da sie ans Meer streben, werden sie auch die Hand auf diese urdeutsche Stadt legen.“

Ein wilder Aufschrei ging durch die Versammlung, und ich fuhr fort zu schildern, dass bei den heutigen technischen Kriegsmitteln eine Wiederbefreiung des Landes, das jetzt verloren gehe, kaum durchzuführen sein werde. Man möge daran denken, dass die Werkstatt der deutschen Volksbewaffnung, das Essen dann gewissermassen unter den französischen Kanonen liege, dass aber auch, wenn wir den Krieg in solcher Weise verloren gäben, die deutsche Volkswirtschaft als solche und jeder einzelne verarmen würde.

„Nur eine Volkserhebung kann uns vor solcher Zukunft retten. Denken wir daran, wie das französische Volk nach der Schlacht von Sedan gehandelt hat, wie jetzt in diesem Krieg nach den scheinbar vernichtenden Schlägen des grossen deutschen Angriffs im Westen der greise Clemenceau<sup>370</sup> ausgerufen hat: [„]Wir schlagen uns vor Paris, wir schlagen uns in Paris, wir schlagen uns hinter Paris.“<sup>371</sup> Erinnern wir uns, wie selbst das durch die Niederlage bei Flitsch-Tolmein so furchtbar schwer getroffene Italien standhielt und nicht daran dachte, einen Sonderfrieden nachzusuchen. Noch steht kein fremder Heeresteil auf reichdeutschem Boden, und doch will die Regierung sich unterwerfen. Wir sind soweit gekommen, weil zwar unser Volk in Waffen grosse Führer hatte, in der Heimat aber während der mehr als vier Kriegsjahre der Führer fehlte. Jetzt muss sich zeigen, was die Heimat unter einem Führer fertigbringt, der wirklich einer ist. Viel zu lange hat unser Volk geschwiegen. Das ist seine Schuld. Man hat auf uns Alldeutsche nicht gehört. Wir sind ein viel zu kleines Häuflein geblieben, gemieden und verfolgt zugleich von den Regierenden und allen internationalen Gruppen im Vaterland, gemieden auch von

---

<sup>370</sup> Gemeint ist George Clémenceau (1841–1929), 1871–1893 Mitglied der Abgeordneten-kammer, 1876 Vorsitzender der Radikalsozialisten, 1906 Innenminister, 1906–1909 Premierminister, ab 1909 vor allem Zeitungsherausgeber, 1917–1920 französischer Ministerpräsident.

<sup>371</sup> Rede George Clémenceau vor dem französischen Parlament 4.6.1918. Mordacq: Le ministère Clemenceau, Bd. II., S. 61–62. Zitat ebd., S. 62. George Clémenceau soll die gleichen Worte („Je me bats devant Paris, je me bats à Paris, je me bats derrière Paris“) zur Stärkung des französischen Patriotismus bereits am 28.3.1918 gegenüber Winston Churchill bei dessen Besuch in Clémenceaus Büro im Kriegsministerium geäußert haben. Churchill war von Premierminister David Lloyd George als Minister of Munitions von London am selben Tag nach Paris geschickt worden, um die deutschen Offensiven an der Westfront, die Churchill zuvor besucht hatte, mit Clémenceau zu besprechen. Gilbert: Churchill, S. 136–138.

allen, die auf die Gunst dieser beiden Wert legten. Jetzt ist es an der Zeit, dass der Teil unseres Volkes, der weiss, was uns bevorsteht, wenn Max von Baden und seine Leute weiter geduldet werden – dass diese Deutschen die Sache des Vaterlandes selbst in die Hand nehmen. Prinz Max hat nicht das Recht, im Namen des Volkes zu reden, hat nicht das Recht, das Werk Friedrichs des Grossen zu zerstören, und auch der Reichstag hat es nicht. Das Volk Luthers<sup>372</sup> und das Volk des Alten Fritz<sup>373</sup> soll sich nicht von einem Erzberger und Scheidemann zugrunde richten lassen.<sup>374</sup> Hinaus ins Land! Das Volk steht auf, der Sturm bricht los! Handelns Sie! Helfen Sie!“

Man kann sich von dem tosenden Beifall keinen Begriff machen, den fast jeder Satz meiner Rede fand. Als ich zu Ende war, wurde von dem Vorsitzenden, Oberregierungsrat Kette<sup>375</sup>, die vorher in der Gauversammlung gefasste Entschliessung zur Bestätigung vorgelegt und unter stürmischer Zustimmung angenommen.<sup>376</sup> Kette forderte zur Bildung eines Volksausschusses der nationalen Verteidigung auf und nahm die Anmeldungen hierfür entgegen. Im Nu war die Liste gefüllt, und es wurde mir später gesagt, dass sich die besten Männer und Frauen von Danzig und Umgebung zur Verfügung gestellt hatten.<sup>377</sup>

In der folgenden Nacht sass ich mit dem so gebildeten Ausschuss zusammen. Wir besprachen alles, was zu geschehen hatte, um die Bewegung weiter-

<sup>372</sup> Martin Luther (1483–1546), 1512 Lehrstuhl an der Wittenberger Universität, 1517 „Thesenanschlag“ in Wittenberg, 1521 päpstliche Bannbulle und Wormser Edikt des Reichstages, 1521–1522 als „Junker Jörg“ in Eisenach auf der Wartburg, Bibelübersetzung (1534 Herausgabe in deutscher Sprache), 1522 Rückkehr nach Wittenberg.

<sup>373</sup> Gemeint ist Friedrich II. von Preußen.

<sup>374</sup> Matthias Erzberger wurde mit anti-katholischer Propaganda durch den Alldeutschen Verband überzogen und Philipp Scheidemann war für die Alldeutschen lediglich „der reichsdeutsche Kerenski in der Westentasche“. Alldeutsche Blätter 4.8.1917. Alexander Fjodorowitsch Kerenski war Chef der Übergangsregierung zwischen Februar- und Oktoberrevolution 1917 in Russland. Auch die Diffamierung Scheidemanns teilten nicht alle Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses. Johann Neumann hielt es für falsch, gegen Ende des Krieges Scheidemann anzugreifen, da er „doch der Mann des Vertrauens der Masse“ sei und man dem Verband reaktionäre Propaganda gegen „die Regierung des Volkes“ vorwerfen könnte. Johann Neumann auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 19./20.10.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 121, Bl. 62. Claß lehnte es jedoch ab, sich „aus taktischen Gründen“ in der öffentlichen Diskussion der deutschen Politik „harmloser“ zu stellen „als wir sind.“ Ebd., Bl. 64.

<sup>375</sup> Karl Kette (1864–1930), 1900 Regierungsrat bei der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen, 1906 im Auftrag Alfred Hugenbergs Gründer und Geschäftsführer der Deutschen Bauernbank für Westpreußen, Leiter des Danziger Verbandes der deutschen Raiffeisenengenossenschaften, Mitbegründer der Landwirtschaftlichen Großhandelsgesellschaft Danzig, Oberregierungsrat in Danzig, führendes Mitglied des Gauverbandes Westpreußen des ADV und Leiter des 1918 gegründeten Volksausschusses für nationale Verteidigung, 1920 Mitglied des Danziger Staatsrates für die DNVP und Vizepräsident des Danziger Senats, 1920–1925 Mitglied des Danziger Senats.

<sup>376</sup> Siehe Entschliessung des Gauverbandes Westpreußen des ADV 12.10.1918, in Alldeutsche Blätter 19.10.1918.

<sup>377</sup> Der Volksausschuss für nationale Verteidigung wurde mit drei Vertretern unter der Leitung von Oberregierungsrat Karl Kette gegründet.

zutragen, und vor allem, um den gefährdeten Osten aufzurütteln. Ich hatte dann am anderen Morgen eine weitere Aussprache mit unseren Freunden, die mir versprochen, das Äusserste zu tun, damit in jeder Stadt und in jedem Dorf ein Ausschuss für die nationale Verteidigung entstehe. Dann musste ich so schnell wie möglich nach Berlin zurück, um zu sehen, wie ich von dort aus die Bewegung im ganzen Reich in Fluss bringen könne.<sup>378</sup>

Ich fand dort den Kreis unserer Mitarbeiter von genau der gleichen Gesinnung und Kampfbereitschaft erfüllt, die mir in Danzig entgegengeschlagen war. Alle Freunde versprochen alles daran zu setzen, dass die Bewegung für die nationale Verteidigung nicht auf die alte Hansestadt begrenzt bleibe, sondern allgemein werde.

Ich selbst berief sofort nach meiner Ankunft in Berlin den Geschäftsführenden Ausschuss zum 19. Oktober zu einer Sitzung dorthin ein und blieb die Woche über in der Reichshauptstadt. Ich suchte mit allen Gesinnungsverwandten Fühlung, um mindestens die ganze Rechte für die Bewegung zu begehren, die in Danzig ihren Anfang genommen hatte.

Was ich dabei erlebte, gehört zu dem Niederdrückendsten von allem, was mir während meiner politischen Tätigkeit zugestossen ist. Es schien, als wäre die bekannte österreichische Stimmung auch über die wackersten Leute gekommen: „Da kann man halt nix machen.“ Ich erhielt überall eigentlich dieselbe Antwort: „Ja, wenn der Kaiser einen Ruf erliesse, wie sie es in Danzig getan haben, oder noch besser, wenn Hindenburg und Ludendorff es täten, dann könnte so etwas vielleicht Erfolg haben – vielleicht! Denn man muss daran denken, dass der Kaiser auf die oberste Kommandogewalt verzichtet hat, und dass demzufolge Hindenburg und Ludendorff sofort in der Luft hängen, wenn die politischen Stellen gegen sie sind. Die Staatsgewalt ist aber heute bei dem Kabinett des Prinzen Max und seiner Majestät.“

Wenn ich darauf hinwies, dass im ganzen Lande noch die alten königstreuen Obrigkeiten sässen, die mittun würden, so bekam ich zu hören, dass das ein Irrtum sei. Aber vor allem wurde ich selbst von gutgesinnten konservativen Männern belehrt, dass in Deutschland gerade die Rechte nichts Revolutionäres gegen die Regierung unternehmen oder gar ausrichten könne. Die Achtung vor der Obrigkeit sei gerade den Leuten von der Rechten so in Fleisch und Blut übergegangen, dass sie sich einer Regierung, die vom Kaiser und König eingesetzt sei, fügten, selbst wenn sie noch so schlecht sei.

Was half mein leidenschaftliches Aufbrausen, was mein Hinweis auf das Beispiel des General Yorck<sup>379</sup>, was dasjenige auf das Verhalten der Franzosen

---

<sup>378</sup> Claß wollte durch einen Aufruf vor allem in der Provinz den Volksausschuss für nationale Verteidigung mit der Gründung zahlreicher weiterer Ausschüsse erweitern.

<sup>379</sup> Ludwig Yorck von Wartenberg (1759–1830), 1772 Eintritt in die preußische Armee, 1780–1785 in holländischen Diensten, 1786 erneut in die preußische Armee aufgenommen, Gegner der Reformen von Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein und Generalleutnant Gerhard von Scharnhorst, 1812 Abschluss der Konvention von Tauroggen, 1815 Abschied aus der Armee, 1821 Feldmarschall.

nach der Niederlage von Sedan!<sup>380</sup> Es war eine entsetzliche Einsicht, die ich da gewann, dass für eine vom Kaiser und König bestellte Regierung kein Widerstand von den Kaiser- und Königstreuen zum Schutze des Kaisers und Königs, des Volkes und des Reiches zu befürchten sei.

Zu dieser grundsätzlichen Einstellung auch bester Männer kam noch ein Weiteres, was uns im Wege stand: die Wirkung des neuen Grossangriffs der gesamten Linkspresse, die sich auch diesmal mit der Regierungspresse deckte, gegen die Alldeutschen wegen der Danziger Vorgänge. Es wurde als Wahnsinn hingestellt, der Friedenspolitik des Kabinetts Prinz Max entgegenzuarbeiten, desselben Kabinetts, das im Innern die Freiheit des Volkes vertreten werde. So nannte man nämlich den Übergang zum parlamentarischen System, mit dem das Volk gar nichts zu tun hatte, und der nur den hochmögenden Parteiführern und ihrer Gesellschaft vergrösserte Einflussmöglichkeiten verschaffte.

Die Herren unserer Geschäftsstelle liessen nach allen Seiten ihre Rundschreiben ergehen, um das Land aufzurufen. Aber unsere Freunde draussen meldeten zurück, dass sie dieselben, zum Teil noch traurigere Erfahrungen machten, wie ich bei meinen Bemühungen in der Reichshauptstadt. Ich habe mich immer mit Genugtuung, ja Stolz als der Spross eines in fester Überlieferung ruhenden Bürgerhauses empfunden – nun sah ich mit Grimm und Verachtung, wie dieses Bürgertum einfach nicht kämpfen wollte, geschweige denn, dass es bereit gewesen wäre, dies gegen den Willen einer elenden Regierung zu tun.

Auch meine letzte Hoffnung versagte. In Erinnerung an meine vor 14 Monaten in Kreuznach mit *Ludendorff* geführte Unterhaltung<sup>381</sup> schien mir spätestens jetzt der Augenblick gekommen, von dem ich zu dem Feldherrn gesprochen hatte: der Kaiser *musste* zu seinem und des Vaterlandes Wohl gezwungen werden, und es *musste* dem Ersten Generalquartiermeister gelingen, den Feldmarschall zu überzeugen, dass sein König zu Fall komme, wenn die Führer des Heeres ihn nicht retteten – es *musste*, so redete ich mir ein, Ludendorff gelingen, Hindenburg mit fortzureissen und aus einer schliesslich kleingedachten (subalternen) Treue zum heldischen Kämpfer zu erheben. Aber zum Unheil unseres Vaterlandes war auch Ludendorff kein Yorck, geschweige denn der Feldmarschall. Und von den Stellvertretenden Kommandierenden Generalen in der Heimat war nichts zu erwarten, nachdem der parlamentarische Kriegsminister ihr Befehlshaber geworden war, ganz abgesehen davon, dass die in unserem Sinne brauchbaren Inhaber dieser Stellungen bereits abberufen waren. Um der Gerechtigkeit zu genügen, sei gesagt, dass ihnen wohl auch nicht genügend zuverlässige Kräfte zu Gebote gestanden hätten, um selbständig in unserem Sinne vorzugehen. Und dies war wiederum die Folge der ganz

<sup>380</sup> Nachdem am 3.9.1870 die Nachricht von der Niederlage der französischen Truppen Paris erreichte, wurde ein Tag später die Deputiertenkammer gestürmt, die Absetzung des in deutsche Gefangenschaft geratenen Kaisers Napoleon III. gefordert und die Republik ausgerufen.

<sup>381</sup> Siehe Kapitel 2.9.



jammervollen Innenpolitik der Kriegsjahre, die auch das Heer jüdisch-marxistischer Zersetzung ausgeliefert hatte.

Was half es, dass wir uns innerlich gegen das Schicksal auflehnten, wenn alle, in deren Händen sich die tatsächliche Macht befand, wie gelähmt dastanden und sich einem Unternehmen versagten, das von vaterlandsliebenden Männern ausserhalb der Ämter eingeleitet war! Ich hatte in meinem Leben schon oft die Erfahrung gemacht, dass gerade diejenigen im Volk, die nach ihrer Lebensstellung und Bildung verpflichtet gewesen wären, sich für die Sache ihres Volkes einzusetzen, nicht die geringste Neigung dazu zeigten, ja sich gegenüber der ganzen Entwicklung seit Bismarcks Entlassung gleichgültig verhielten. Wie schwer war es, die *nationale Opposition* auch nur einigermaßen in Gang zu setzen, weil allzu wenige es wagen wollten, als Gegner der Regierungen oder gar der Fürsten dazustehen! Ich war schon oft auf den Gedanken gekommen, dass bei dieser, ich muss schon sagen, ängstlichen Zurückhaltung von Leuten, die an sich unabhängig dastanden und ihrer Überzeugung gemäss hätten handeln können, die Vergangenheit nachwirkte.

Niemand kann die Leistungen der preussischen Herrscher höher einschätzen als ich. Aber sie waren gezwungen, aus den Umständen ihrer Zeit heraus mit Strenge, ja mit Härte gegen Untertanen jedes Standes vorzugehen, um nach den zerstörenden Wirkungen des [D]reissigjährigen Krieges<sup>382</sup> ihren kleinen Staat wieder aufzubauen. Der Adel, der Bürger und der Bauer, alle mussten gezwungen werden, sich den Absichten der Landesherren zu fügen. Dem Adel gegenüber waren sogar die härtesten Massnahmen nötig, während Bürger und Bauern durch die Drangsale der langen Kriegszeit willfähig geworden waren. Alles in allem, die preussischen Herrscher brauchten, um ihren Staat wiederherzustellen, Untertanen in des Wortes vollkommenster Bedeutung; und sie erzogen die Menschen ihrer Gebiete zu solchen.

Das ist weitergegangen bis zum Zusammenbruch von Jena.<sup>383</sup> Nun kam eine neue Art von Männern in den Vordergrund, die zwar ihrem König unverbrüchlich treu waren, die aber darüber hinaus den Begriff von Volk und Vaterland erkannten und ihren Dienst dieser Dreieinigkeit weihten. Das waren keine „Untertanen“ mehr. Man braucht nur an die grossartige Unabhängigkeit eines *Blücher*<sup>384</sup> zu denken oder an den Stolz eines *Gneisenau*<sup>385</sup> – von dem leiden-

---

<sup>382</sup> Der Dreissigjährige Krieg von 1618 bis 1648 wurde um die konfessionelle Vorherrschaft zwischen Protestanten und Katholiken in Europa sowie um weltliche und geostrategische Macht innerhalb des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation geführt, dessen zahlreiche Schlachten und Belagerungen vor allem auf deutschem Territorium stattfanden.

<sup>383</sup> In der Schlacht von Jena und Auerstedt am 14.10.1806 erlitten die preussisch-sächsischen Armeen unter Führung Friedrich Wilhelm III. gegen die französischen Truppen Napoleons eine Niederlage. Preußen verlor seine Machtstellung, die es im Zuge des Wiener Kongresses 1814/15 und durch die folgenden preussischen Reformen und wieder zurückerlangte.

<sup>384</sup> Gebhard Leberecht von Blücher (1742–1819), preussischer Generalfeldmarschall (Strategie des offensiven Angriffs), 1806 Schlachten von Jena und Auerstedt, 1813 Katzbach, Leipzig, 1815 Ligny und entscheidender Sieg über Napoleon I. in der Schlacht von Waterloo 18.6.1815.

schaftlichen Reichsfreiherrn *von Stein* gar nicht zu reden, der mit Fürsten umging wie mit seinesgleichen.

Aber diese und die ihnen wesensverwandten Männer waren doch an Zahl zu gering, und ihr Wirken war zeitlich zu kurz, als dass sie in der Art hätten Schule machen können, dass nun aus den Untertanen Staatsbürger geworden wären. Die Zeit der „Reaktion“, der geistigen Unterdrückung, die sobald nach den drei glorreichen Jahren der preussischen Erhebung einsetzte, wirkte umso mehr dahin, das Untertanentum aufrechtzuerhalten, als die napoleonischen Kriege<sup>386</sup> neue Verarmung über das Land gebracht hatten und nun wirtschaftlich wieder von vorn angefangen werden musste. Eine solche Zeit ist dem Entstehen und der Bewährung stolzer Unabhängigkeit nicht günstig. Wer gar nichts besitzt, wird leichter den Geist der Unfreiheit abstreifen, als wer noch Reste seines Vermögens hat und wieder in die Höhe zu kommen hofft.

Die Einwirkung der französischen Revolution war bis dahin, man kann sagen, glücklicherweise, auf eine dünne Oberschicht beschränkt geblieben. Kein Zweifel, dass die umstürzlerischen Versuche der Jahre 1830 und 1848 nicht bodenständig waren.<sup>387</sup> Ihre hauptsächlichsten Träger waren zum grossen Teil Ausländer, inländische Juden und unreife Landesangehörige.<sup>388</sup> Der Staat wurde schnell mit ihnen fertig, nachdem die Obrigkeit sich aus ihrer anfänglichen Kopflösigkeit zu festem Verhalten aufgerafft hatte.

Und wieder kam eine Zeit der „Reaktion“, in der sich die Masse auch der Besitzenden duckte: der kurze Rausch des Jahres 1848 hatte die Geburtsstunde des deutschen Staatsbürgers noch nicht gebracht. Dann trat die gewaltige Persönlichkeit *Bismarcks* in den Vordergrund, nicht nur in der preussischen, sondern auch in der deutschen Geschichte. Im Kampf gegen ihn zeigte sich so etwas wie der Anfang politischer Unabhängigkeit, und zwar in gleicher Weise beim Adel, wie in den bürgerlichen Schichten, während unter der Arbeiterschaft jene Bewegung entstand, und wuchs, die schliesslich staatsfeindlich endete.<sup>389</sup>

<sup>385</sup> August Neidhard von Gneisenau (1760–1831), 1794–95 Teilnahme an den Kämpfen in Polen, 1806–1812 Reformier der preussischen Armee, 1808 Mitglied der Militärreorganisationskommission – Denkschrift u. a. für die Abschaffung der Vorrechte der Stände, Einrichtung militärischen Bildungsanstalten, leistungsbezogene Besetzung von Offiziersstellen, Befürwortung einer allgemeinen Wehrpflicht, 1813 Generalleutnant, 1813 Teilnahme an den Schlachten von Katzbach und Leipzig.

<sup>386</sup> Gemeint sind die (2.–6.) Koalitionskriege zwischen 1799 und 1815 gegen Frankreich.

<sup>387</sup> Gemeint sind die europaweiten Revolutionen von 1830 und 1848.

<sup>388</sup> Siehe zusätzlich zu dieser antisemitischen Diskreditierung der Revolutionen von 1830 und 1848/49 die Kritik von Claß: *Deutsche Geschichte von Einhart*, 8. Aufl., S. 251–275.

<sup>389</sup> Gemeint ist der Aufstieg der Sozialdemokratie, die mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Leipzig am 23.5.1863 ihren Anfang nahm, nachdem vor allem im Zuge der 1848er Revolution organisierte frühsozialistische Strömungen entstanden waren. Im Jahre 1869 entstand die SDAP als Eisenacher Bewegung und 1875 erfolgte der Zusammenschluss mit dem ADAV zur SAPD in Gotha. Otto von Bismarck initiierte am 21.10.1878 das „Gesetz gegen gemeingefährliche Bestrebungen der Sozialdemokratie“, um den politischen Aufstieg der SPD zu verhindern und die Industriearbeiterschaft durch Nationalismus und soziale Reformen an den Nationalstaat binden zu helfen. Für die SPD

Als nun dieser Grosse sich durchsetzte, da kam gerade bei denen, die zu Trägern des Bürgerstolzes und der politischen Unabhängigkeit bestimmt schienen, jenes verhängnisvolle Gefühl der unbedingten Sicherheit auf, dass die Angelegenheiten des staatlichen Gemeinwesens so gut wie vollkommen der Regierung überliess – in Wahrheit dem einzigen Manne, der sie trug. Es ist zum deutschen Schicksal geworden, dass Bismarck keine Schule machte, aber auch gar keine, weder auf dem Gebiete der Staatsmannschaft, noch auf dem der Diplomatie und Bürokratie. Am allerwenigstens aber wirkte das Beispiel seiner Persönlichkeit und Lebensführung auf jene, die nach unten hin vermittelnd den Staat hätten tragen sollen.

Man kann sich keinen stolzeren und unabhängigeren Mann denken, als diesen altmärkischen Junker. Ja man kann sagen, dass er das Vorbild eines preussischen und deutschen Staatsbürgers gewesen ist. Nicht aus Standesdünkel oder junkerlicher Überheblichkeit hat er sich der Bewegung des Jahres 1848 entgegengestellt, hat er als Abgeordneter in Berlin und Erfurt für jene das Wort geführt, die den Staat vor dem Umsturz retten wollten. Er sprach von seinem König und dachte an Ganze, an Volk und Vaterland. Und dieser Mann, der die verkörperte Königstreue war, redete, wenn es not tat, mit schonungsloser Offenheit zu seinem Fürsten und beschämte all jene, die in hohlen Redensarten den berühmten „Bürgerstolz vor Königsthronen“<sup>390</sup> schauspielerten.

Der Reichsgründer hinterliess, als er gehen musste, ein überreiches Erbe. Freilich war es mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht<sup>391</sup> belastet, aber auch mit der Folge seiner ungeheuren Taten ausgestattet, dem blinden Vertrauen gerade jener Bürger, die verpflichtet gewesen wären, in seinem Sinne staaterhaltend zu wirken, und die sich, seinem Beispiele folgend, als Staatsbürger hätten bewährend müssen.

Verhängnisvoll war an diesem Erbe neben dem Danaergeschenk<sup>392</sup> des demokratischen Wahlrechts der Umstand, dass bis kurz vor dem Kriege die besten Deutschen das grenzenlose Vertrauen, das Bismarck gewonnen hatte, gewissermassen auf das Amt, ja auf die Person des jeweiligen Kanzlers übertrugen.<sup>393</sup> Die Wirkung hiervon war fast dieselbe, wie diejenige der Erziehungs-

---

bedeutete das bis 1890 bestehende „Sozialistengesetz“ eine Zerstörung des Verlagswesens, Verhaftung und Flucht von Mitgliedern ins Ausland. Seit den Reichstagswahlen 1881 gewann die SPD jedoch trotzdem kontinuierlich an Stimmen und erreichte 1890 19,7%, während sich auch die der SPD nahestehenden Gewerkschaften schnell zu Massenorganisationen entwickelten.

<sup>390</sup> Mit der Kritik am „Bürgerstolz vor Königsthronen“ (eigentlich bei Friedrich Schillers Ode „An die Freude“ von 1785 als „Männerstolz vor Königsthronen“) meinte Claß eine nach der Revolution 1848/49 entstandene emanzipatorische Mitbestimmung des Bürgertums durch demokratische Mehrheiten im Parlament, die hier verächtlich einen großstädtischen Habitus von selbsternannten Volktribunen beschreiben soll.

<sup>391</sup> Mit der Reichsgründung 1871 galt das allgemeine und gleiche Reichstagswahlrecht für Männer mit vollendetem 25. Lebensjahr.

<sup>392</sup> Ein Geschenk, das sich für den Empfänger als unheilvoll erweist.

<sup>393</sup> Deutsche Reichskanzler seit 1890 waren Leo von Caprivi (1890–1894), Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingfürst (1894–1900), Bernhard von Bülow (1900–1909) und Theobald von Bethmann Hollweg (1909–1917), Georg Michaelis (1917), Georg Graf von Hertling

arbeit der grössten Fürsten aus dem Hause Hohenzollern. Wie durch diese der Geist des Untertanentums gezüchtet wurde, der dem Wesen unseres Volkes doch eigentlich ganz fremd ist, so entstand nun eine Bereitschaft, mit der obersten Bürokratie durch dick und dünn zu gehen – eine Bereitschaft, die zusammen mit jener Untertanengesinnung fast die ganzen Schichten politisch ausschaltete, die Bildung und Besitz darstellten.

Man sage nicht, dass dieses Gesamtbild durch die Opposition der Linksdemokraten<sup>394</sup>, des Zentrums und der Marxisten<sup>395</sup> gestört worden sei. Denn ich habe nur die staatserschaltenden und aufbauenden Kräfte im Auge, und diese wurden durch die geschilderte Erscheinung so geschwächt, dass nur zu wenige bereit waren, gegen die Missgriffe von oben mit dem Einsatz ihrer Persönlichkeit zu kämpfen. Die anderen, die Internationalen, übten zwar Opposition; aber diese war unter keinem Gesichtspunkt eine solche, die dem Vaterlande nützen und die Regierung auf den rechten Weg zurückführen konnte.

Ich habe früher schon gesagt, dass ich in dem entammeten Bismarck den Urheber der *nationalen Opposition*, wie sie durch meine Freunde und mich betrieben wurde, gesehen und verehrt habe.<sup>396</sup> In mir setzte sich der Gedanke fest, dass der grossartige und selten irrende Instinkt des Fürsten erkannte, welch ein Schaden entstehen könne, wenn die Bestgesinnten das Vertrauen, das sie ihm geschenkt hatten, nun unbesehen auf seine Nachfolger übertragen.

Man muss nur durchdenken, was es für den Fürsten bedeutete, offen vor aller Welt, sei es vor grossen Versammlungen, sei es in der Presse, dem Kanzler von Caprivi entgegenzutreten. Wer das Glück hatte, solche Reden aus seinem Munde zu hören und ihn dabei zu beobachten<sup>397</sup>, der musste, wenn er nicht böswillig war, herausfühlen, dass allein die Sorge um die Erhaltung seines Lebenswerkes und der so wunderbar gestärkten Königs- und Kaisergewalt ihn dazu zwang, auf den Plan zu treten. Es ist mir immer jämmerlich erschienen, dieses Handeln des einzigartigen Mannes aus Hass- oder Rachegefühlen erklären zu wollen. Im Gegenteil: mir ist Bismarck nie grösser erschienen als in der Zeit nach seiner Entlassung, als er seinen Nachfolgern entgegentrat, um Deutschland zu dienen.<sup>398</sup>

Wenn man die gesamte Tätigkeit des letzten Kaisers gerecht beurteilen will, sollte man daran denken, dass wir die erwähnte Schwäche der von Rechts wegen zur politischen Führung im Volke Berufenen sicher erkannt hatten und

---

(1917–1918) und Prinz Max von Baden (1918). Siehe dazu auch Claß: Wenn ich der Kaiser wär', S. 17–19.

<sup>394</sup> Gemeint ist hier vor allem die Fortschrittliche Volkspartei.

<sup>395</sup> Gemeint sind die SPD und die im April 1917 gegründete USPD.

<sup>396</sup> Otto von Bismarck wurde nach seiner Entlassung zum Zentrum der „nationalen Opposition“ gegenüber dem „Neuen Kurs“ Wilhelms II. und Bismarcks Nachfolger als Reichskanzler Leo von Caprivi. Chickering: We Men, S. 44–53. Bismarck wurde 1895 Ehrenmitglied des ADV.

<sup>397</sup> Claß pilgerte 1892 und 1893 selbst nach Bad Kissingen, um Otto von Bismarck zu sehen, der an dem Kurort Besucher und Delegationen empfing. Claß: Wider den Strom, S. 22–23.

<sup>398</sup> Siehe dazu Freisel: Das Bismarckbild der Alldeutschen.

sie dadurch beseitigen wollten, dass wir aus den Untertanen unabhängige, freie Staatsbürger machten, die den Mannesmut nicht nur vor Königsthronen, sondern auch vor der Bürokratie und nicht zuletzt vor der Masse bewährten. Ich bleibe dabei: es ist zum Schicksal unseres Vaterlandes geworden, dass wir mit diesem Wollen nicht durchgedrungen sind. Die deutsche Zukunft hängt nach meiner in einer langen politischen Arbeit gebildeten und gefestigten Überzeugung davon ab, ob endlich in genügender Zahl deutsche Staatsbürger auftreten, die die Sache des Ganzen, des Volkes und des Reiches führen.

Was bisher über die politische Haltlosigkeit der besten Bestandteile des deutschen Bürgertums gesagt wurde, bezog sich auf Preussen. Es galt und gilt nach allen Erfahrungen in noch höherem Masse für die kleineren Bundesstaaten, wobei besonders Bayern, Sachsen und Württemberg genannt seien.

Grundsätzlich kann man sagen, dass, je kleiner ein Bundesstaat war, umso mehr auf die Gunst des Landesherrn, des Hofes und der Bürokratie geschaut wurde. Ich habe auf diesem Gebiet Erlebnisse gehabt, die erkennen liessen, wie unendlich schmal die Grundlage war, auf der eine erhaltende Staatskunst hätte geführt werden können.

Diesem alles überschattenden Einfluss der sogen. massgebenden Stellen, die am letzten Ende doch nur eine Scheinmacht besaßen, tat es keinen Eintrag, wenn ihnen die Internationalen Organisationen machten. Ob Sachsen das „rote Königreich“ wurde<sup>399</sup>, ob in Bayern das Zentrum allmächtig war und es sogar wagte, Vorstöße gegen den Landesherrn zu unternehmen<sup>400</sup> – das nationale Bürgertum raffte sich deshalb nicht zu mannhaftem Kampfe auf und verblieb in seiner Abhängigkeit von oben. Wahrhaftig, es hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden und auch Bismarck nicht begriffen, als er das Panier der na-

---

<sup>399</sup> In Sachsen errang die SPD nach 1871 hohe Wahlerfolge, wie bei den Wahlen zum Landtag 1909 mit 53,8 % oder bei den Reichstagswahlen 1912 mit 55,5 %, und zählte 1913/14 über 177.000 Mitglieder. Retallack: *Red Saxony*, S. 527, 575 und 489. Siehe zu den Wahrvorstellungen von Claß vor dem Hintergrund der sächsischen Verhältnisse auch ebd., S. 583–592.

<sup>400</sup> Die 1869 gegründete katholisch-konservative Bayerische Patriotenpartei, 1887 umbenannt in Bayerische Zentrumsparlei, vereinte bis 1887 im Wesentlichen zwei Flügel um das bäuerliche und kleinstädtische Lager unter Führung von Georg Heim und andererseits das aristokratische und konservativere Lager um Graf Konrad von Preysing und Ludwig von Arco-Zinneberg. Mit dem Zusammenschluss in der Bayerischen Zentrumsparlei ab 1887 stand die Partei auch für Föderalismus und erweiterte Rechte des Parlaments. Bei der Landtagswahl 1893 verlor die Bayerische Zentrumsparlei aufgrund des Wahlerfolges des im gleichen Jahr nach dem Vorbild des BdL gegründeten Bayerischen Bauernvereins die absolute Mehrheit von 54,0 % 1887 auf 47,0 %. Die demokratischere und sozialere Linie des Lagers um Georg Heim gewann an Einfluss innerhalb der Partei. Die Zentrumsparlei suchte zuweilen Wahlbündnisse mit der SPD, um gegen die bäuerliche Mobilisierung Anhänger gewinnen zu können und sich gleichzeitig als Regierungspartei mit Unterstützung des Klerus und des Adels empfehlen zu können. Heim zog sich 1911 zunächst zurück und 1912 wurde Georg von Hertling zum Ministerpräsidenten (und Leiter eines Gesamtstaatsministeriums) ernannt und beförderte als der erste Vertreter der Mehrheitsparleien (40,8 %, jedoch 87 von 163 Mandaten), der mit der Führung der Landespolitik Bayerns beauftragt wurde, in gewisser Weise eine Parlamentarisierung der bayerischen Politik vor dem Ersten Weltkrieg. Knapp: *Das Zentrum in Bayern*, Brewka: *Zentrum und Sozialdemokratie*, Hartmannsgruber: *Die Bayerische Patriotenpartei* und Becker: *Georg von Hertling*.

tionalen Opposition aufwarf; noch weniger ist es ihm gefolgt. Uns aber liess es allein.

Nur wer diese Vorgänge am eigenen Leib erlebt hat wie ich, kann ermessen, wie dankbar und froh ich war, sobald ich bei Männern von Leistung und Ansehen das Mass von Unabhängigkeit fand, dass sie sich in die Reihen der ach so schwachen nationalen Opposition einreiheten. Das war es, was mir den *Fürsten Salm*, den Landschaftsdirektor *von Hertzberg*, den Geheimrat *Kirdorf* und andere Männer gleicher Art so wert[voll] machte, dass sie alle anderen Rücksichten hinter sich warfen, sobald es sich um die Sache des Volkes handelte. So sind jene Männer, die nach ihrer Lebensstellung über das Bürgertum (im landläufigen Sinne genommen) weit hinausgewachsen schienen, vorbildliche Vertreter des Bürgersinnes geworden, wie ich ihn verstehe.

Ein anderes wird man begreifen, was mich bewegte und tief besorgt machte, wenn ich das Versagen der nationalen Bürgerlichen beobachtete. Ich hatte immer die Auffassung vertreten, dass kein Staat bestehen kann, wenn er nicht von einer bestimmten Schicht getragen wird, die Überlieferung besitzt und zum Dienst am Gemeinwesen befähigt ist. Ich fragte mich: Was soll aus Deutschland werden, wenn diese Schicht nicht endlich gebildet wird? Mit dem Heer und dem Beamtentum, die ausserhalb des politischen Lebens standen, liess sich das Reich allein nicht halten. Es waren Millionen unabhängiger Männer nötig, die seine Sache vor dem Volksganzen führten und gleichzeitig das Sammelbecken bildeten, aus dem die Träger der Selbstverwaltung entnommen werden konnten.

Wohlgemerkt: die Internationalen Oppositionsgruppen hatten ihre bürgerlichen Führer, und zwar überreichlich. Diese hatten entweder die katholische Kirche oder den gesamten jüdischen Einfluss hinter sich und waren auf diese Art geborgen.<sup>401</sup> Das Geschäft der nationalen Opposition aber war gefährlich. Es erscheint mir als *die* Sünde des nationalen Bürgertums, dass es sich nicht zum Führer des Volkes hergab. So entstand die Gefahr, dass eines Tages das Schicksal über es hinweggehen würde. Was aber sollte nachkommen, wenn diese Schicht einmal auf längere Zeit an der Leitung des Volksganzen unbeteiligt war?

Wie sehr selbst in unserem Kreise der Gedanke der vollen Unabhängigkeit gegenüber den Trägern der Staatsgewalt, aber auch gegenüber den Massen noch schwankte, erlebte ich sofort nach dem Danziger Tage, als ich, nach Berlin zurückgekehrt, einen Brief des Admirals *von Grapow* erhielt, in dem er mein Verhalten auf jener Gautagung sowie die Gründung des Ausschusses für die nationale Verteidigung für unrichtig erklärte und meinte, gerade *wir* müssten uns in solchen Zeiten hinter die Regierung stellen – hinter die Regierung des Prinzen Max, der Erzberger und Scheidemann zur Seite hatte!<sup>402</sup> Ich wollte

<sup>401</sup> Siehe zu Claß' Propaganda gegen „Reichsfeinde“ (Katholiken, Sozialisten und auch Juden) Claß: Wenn ich der Kaiser wär'.

<sup>402</sup> Der Brief von Max von Grapow an Claß ist in den Akten des Allgemeinen Schriftwechsels des ADV nicht überliefert. BA-Berlin, R 8048, Bd. 204.

in die angekündigte Ausschusssitzung nicht hineingehen, ohne mit der Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes die Ansichten geklärt zu haben. Deshalb lud ich deren Mitglieder zu einer Vorbesprechung ein, an der ausser Grapow und mir noch General *Keim* und Präsident *Thomsen* teilnahmen. General *von Gebsattel* war durch Krankheit am Erscheinen verhindert.<sup>403</sup>

Bei dieser Vorbesprechung platzten die Geister aufeinander. Der stürmische alte Keim widersprach Grapow leidenschaftlich, als dieser seine Meinung darlegte und verlangte, wir sollten einen Aufruf zur Unterstützung der Regierung erlassen.<sup>404</sup> In solchen Fällen konnte der „alte Chatte“<sup>405</sup> die Selbstbeherrschung verlieren; und tatsächlich gebrauchte er dem Admiral gegenüber kränkende Worte. Der Versuch des greisen, in der Sache aber unbeugsamen festen Präsidenten Thomsen, die beiden zu befrieden, war ergebnislos. Grapow schied in solcher Zeit und aus solchem Anlass von uns!<sup>406</sup> Das war ein unerfreulicher Auftakt zu unserer Sitzung, die aus allen Teilen unseres Arbeitsgebietes sehr stark besucht war.

In ihr wurde eine neue Note hörbar: zwei oder drei Herren äusserten die Meinung, man müsse doch auf die Stimmung der Massen achten und dürfe eine Regierung nicht zu sehr bekämpfen, nur weil ihr Scheidemann angehöre. Sei dieser doch zum Staatssekretär ernannt worden, um als Verbindungsmann der Volksmassen im Kabinett tätig zu sein. Dies bezog sich darauf, dass *Keim* und ich eine Kundgebung verlangten, die der neuen Regierung den Kampf ansagte und zur nationalen Verteidigung aufrief.

In der Ansprache zeigte sich, dass wir uns auf die Ausschüsse für die nationale Verteidigung keine grosse Hoffnung machen durften. Von allen Seiten wurde das Danziger Beispiel gelobt; aber mancher Teilnehmer meinte, dass man ohne oder gar wider die Regierung nichts erreichen könne. Es wurde daran erinnert, dass Gambetta<sup>407</sup>, als er nach der Schlacht bei Sedan die Erhe-

---

<sup>403</sup> Die Tagung wurde für Anfang November 1918 geplant. Konstantin von Gebsattel ließ sich aus gesundheitlichen Gründen entschuldigen und war die gesamte erste Novemberwoche erkrankt. Geschäftsstelle ADV an Claß, 31.10.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 204, Bl. 705. Gebsattels Gesundheit ließ bereits seit seinem Austritt aus der Armee 1910 nach und er litt unter schwerem Asthma. Er war deswegen regelmäßig auf Kur und auch mehrfach im Sanatorium Dr. Oskar Weiß in Berlin-Südende.

<sup>404</sup> Alfred Keim vertrat Ende 1916 auch gegenüber Erich Ludendorff eine deutliche Haltung in Bezug auf ein „klares Kriegsziel“, dass auch vom Reichstag geteilt und für das Volk patriotisch aufgeladen werden müsse. Keim strebte unmissverständlich eine Militärdiktatur an. Bericht Ernst Joerges vom 4.12.1916 über die Überreichung von zwei Briefen Alfred Keims an Erich Ludendorff durch Johann Neumann am 2.12.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 423, Bl. 1.

<sup>405</sup> Redewendung; gemeint ist der historische germanische Volksstamm der Chatten bzw. Katten.

<sup>406</sup> Max von Grapow entfernte sich dann 1919 aufgrund politischer Uneinigkeiten mit Claß von der Verbandsleitung.

<sup>407</sup> Léon Gambetta (1832–1882), 1869 Mitglied der französischen Nationalversammlung für die radikale Linke, 1870 Positionierung als Gegner des Deutsch-Französischen Krieges, rief am 4.9.1870 nach der Schlacht Sedan und der Festsetzung Napoleons III. zusammen mit Jules Favre in Paris die Dritte Republik aus und wurde Innenminister, nach der Kapitulation von Paris im Januar 1871 Befürwortung der weiteren Kampfhandlungen gegen

bung der Massen betrieb, infolge des Sturzes des Kabinetts Ollivier<sup>408</sup> zur Macht gekommen und Kriegsminister gewesen sei, also bei seiner das Volk aufpeitschenden Tätigkeit sich auf die gesamten Machtmittel des Staates habe stützen können. Dies war ohne Zweifel richtig, wie sich denn auch in den nächsten Tagen herausstellte, dass die Behörden gar nicht daran dachten, dem auf den Frieden um jeden Preis lossteuernden Kabinett durch eine Förderung der Volksbewegung Schwierigkeiten zu bereiten, wie sie von uns betrieben wurde.

Es wurde mir bei diesen Erörterungen ganz klar, dass es keine Rettung für Deutschland gebe, es sei denn, dass *Ludendorff* sich zum Träger des nationalen Widerstandes aufwürfe. Das war das zweite Neue in unserem Kreise, dass leidenschaftliche Anklagen gegen den Ersten Generalquartiermeister erhoben wurden; und es waren vor allem Leute der entschiedensten nationalen Presse, die das taten. Sie behaupteten, Ludendorff sei es gewesen, der durch sein Verlangen nach dem Friedensangebot die ganze Entwicklung in Gang gebracht habe, in der wir nun mitten drin stünden, und die zum Abgrund führen müsste.

Ich selbst konnte mich diesen Gedankengängen nicht verschliessen, zumal da Keim mir unter vier Augen mitgeteilt hatte, es sei ihm zuverlässig aus der nächsten Umgebung Ludendorffs mitgeteilt worden, dass dieser am 26. September die Nerven verloren gehabt und die Lage an der Front als verzweifelt angesehen habe.<sup>409</sup> Drei Tage später sei er wieder der alte gewesen; inzwischen aber war die jetzige Entwicklung in Gang gekommen. Wer will es mir verargen, dass immer wieder der Gedanke in mir aufstieg, wie es hätte werden können, wenn Ludendorff dem Rat gefolgt wäre, den ich ihm im Oktober 1917 in Kreuznach gegeben hatte, und sich mit zuverlässigen und urteilsfähigen politischen Beratern umgeben hätte.<sup>410</sup>

---

Deutschland, nach dem Waffenstillstand Rücktritt von seinen Regierungssämtern im Februar 1871, 1881–1882 Premierminister.

<sup>408</sup> Das Kabinett, dem Émilie Ollivier (1825–1913) de facto als Premierminister vorstand, regierte von 1869–1870 und wurde im August 1870 nach den ersten französischen Niederlagen im Deutsch-Französischen Krieg entlassen.

<sup>409</sup> Otto Helmut Hopfen berichtete an Claß über ein späteres und eher zufälliges Zusammenreffen mit Erich Ludendorff in der Deutschen Gesellschaft 1914 in Berlin am 10.3.1919, dass dies Ludendorff selbst ganz anders verstanden wissen wollte und abtritt, gegen Kriegsende einen Nervenzusammenbruch gehabt zu haben. „[...] Es ist ferner eine Lüge, dass ich in den Nerven zusammengebrochen sei. Selbstverständlich haben mich die Dinge beeindruckt, als ich sah, daß militärisch die Feinde nicht mehr zum Frieden gebracht werden könnten, aber das war früher und sonst war ich so ruhig wie Sie mich jetzt sehen“, so gab Hopfen Ludendorff wieder. Ludendorff habe aber seit August 1918 erkannt, so Hopfen weiter, dass die deutsche Armee nicht mehr zuverlässig kämpfen wolle und das Auswärtige Amt habe zudem, wie die zwei Jahre bereits zuvor, kontinuierlich gegen ihn gearbeitet, so wie er ab Mitte August insgesamt erkannt habe, dass „die heimatlichen Behörden die Unterwühlung und Zersetzung des Heeres *zugelassen* und *gefördert* hatten.“ Bericht Otto Helmut Hopfen (Abschrift an Claß), 10.3.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 423, Bl. 7–8.

<sup>410</sup> Siehe Kapitel 2.9.



Noch ein Drittes trat bei dieser Sitzung sehr scharf in Erscheinung: die Beschwerden der Soldaten und Unteroffiziere über schlechte Behandlung durch manche Kriegsoffiziere und über ganz unzureichende Verpflegung.<sup>411</sup>

Der ganze Verlauf der Verhandlungen war für mich erschütternd, denn ich sah grausam klar, wohin das Volk des 1. August 1914 durch die Führerlosigkeit in der Heimat, aber auch durch das politische Versagen der Obersten Heeresleitung gekommen war. Meine Hoffnung auf Ludendorff war so gut wie erstorben, und ich rechnete ja auch damit, dass unter dem neuen Kabinett seine Tage gezählt seien. Gleichwohl liess ich nicht davon ab, den begonnen Versuch weiter zu betreiben. So kamen wir zu dem Entschlusse, unsere Gefolgschaft aufzufordern, sich mit gesteigertem Eifer dafür einzusetzen. Aber es zeigte sich, dass auf deutschem Boden gegen die Regierung der sogen. nationalen Verteidigung sich eine wahrhaft nationale Verteidigung aus dem Volk heraus nicht aufbauen liess.

Wie es damals im Lande ausgesehen hat, erfuhr ich – allerdings erst einige Jahre später, als die Franzosen meine Vaterstadt besetzt hatten<sup>412</sup>, – von dem früheren Führer der Freisinnigen Volkspartei<sup>413</sup>, den der Feind wegen seiner das Besatzungsheer „gefährdenden“ Tätigkeit ausgewiesen hatte. Als wir einmal auf die unselige Entwicklung der Dinge zu sprechen kamen, erzählte er mir, dass die Sozialdemokraten offenbar ihrer Sache schon ganz sicher gewesen seien, als der Übergang zum parlamentarischen System vollzogen war. In der zweiten Hälfte des Oktobers 1918 habe der hessische Zentrumsführer<sup>414</sup>,

---

<sup>411</sup> Die Verpflegung der deutschen Soldaten an der Westfront war im Sommer 1918 aufgrund begrenzter Lebensmittel und fehlender Nachschubmöglichkeiten prekär. Vorrückende Soldaten ernährten sich zunächst vor weiteren Kampfeinsätzen selbst von den Nahrungsmitteldepots der Alliierten, die besser mit Lebensmitteln ausgestattet wurden. Die sozialen Klassenspaltungen reproduzierten sich auch innerhalb des deutschen Heeres in den Kommandostrukturen vor allem zwischen Offizieren und gemeinen Soldaten. Preußisch-militärischer Drill in der Wehrausbildung konnte in den ausweglosen Fronteinsätzen und den Ausnahmezuständen an der Westfront dann zusätzlich verstärkend zu rigiden Disziplin- und Gehorsamseinforderungen sowie zu psychischen und physischen Übergriffen führen. Ziemann: *Front und Heimat*, S. 106–102 und 140–163 sowie Kruse: *Krieg und Klassenheer*.

<sup>412</sup> Siehe Kapitel 4.1.

<sup>413</sup> Die genannte Person bleibt unklar. Gemeint ist vermutlich Adolf Korell (1872–1941), seit 1900 Anhänger des Nationalsozialen Vereins von Friedrich Naumann, ab 1901 Pfarrer, 1903 Mitglied der FVP, erfolglose Reichstagskandidatur 1906 in Darmstadt/Groß-Gerau sowie 1909 und 1912 im Wahlkreis Alzey-Bingen, im Ersten Weltkrieg Feldgeistlicher, 1911–1918 Mitglied des Landtags des Großherzogtums Hessen und 1927–1931 Mitglied des Landtags des Volksstaates Hessen für die DDP, Ehrensensator der Universität Gießen, 1920–1928 Mitglied des Reichstags für die DDP, 1923 trotz Immunitätsschutz als Reichstagsabgeordneter wegen Einsatzes gegen Separatismus von der Besatzungsbehörde aus Nieder-Ingelheim ausgewiesen, 1928–1931 Hessischer Minister für Arbeit und Wirtschaft, nach Verlust der Pension 1933 Pfarramt in Eschbach. Die FVP ging aus der 1884 gegründeten linksliberalen DFP hervor, die sich 1910 mit der Freisinnigen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei zur FVP zusammenschloss und dann 1918 mit Teilen der NLP die DDP formte.

<sup>414</sup> Gemeint ist Adam Joseph Schmitt (1855–1929), 1881 Rechtsanwalt in Mainz, 1889 Mitglied der Mainzer Stadtverordnetenversammlung, 1890 Mitglied des Kreistages, 1893 Mitglied der II. Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen und Mitglied des Präsi-

der zugleich dieser Partei in Mainz vorstand, Mitglied des Reichstages war und bei allen Behörden unseres Landes das grösste Ansehen genoss, die Führer aller anderen in Mainz vertretenden Parteien zu einer Besprechung eingeladen, in der man sich über ein gemeinsames Vorgehen im Falle von Unruhen einigen wollte.

Bei dieser Besprechung erklärte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei in Mainz<sup>415</sup>, dass er sich auf keinerlei Verhandlungen einlassen könne; er habe die Anweisung der obersten Parteistellen, dass die Sozialdemokratie im gegebenen Falle die ganze Macht ungeteilt für sich in Anspruch nehmen werde. Bekanntlich ist es später doch anderes gekommen. Aber der Vorgang zeigt, in welchem Masse die marxistischen Führer Morgenluft gewittert hatten, und dass sie entschlossen waren, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen, wenn es zu inneren Wirren käme. Wie dies damit zu vereinbaren war, dass Scheidemann als kaiserlicher Staatssekretär im Kabinett der nationalen Verteidigung<sup>416</sup> sass, war eine Sache für sich.

Mir war damals (1918) von jener Besprechung nichts mitgeteilt worden; noch weniger hatte ich eine Einladung dazu erhalten. Auf meine spätere Frage, weshalb dies geschehen sei, bekam ich die Antwort, es sei ja bekannt gewesen, dass ich keiner Partei angehörte. Im übrigen habe man wohl auch Bedenken getragen, „Erzreaktionäre“ wie mich zuzuziehen.

In Mainz hatte sich an der Spitze der wichtigen Festung, zu deren Befehlsbereich fast ganz Rheinhessen gehörte, ein unerfreulicher Wechsel vollzogen. An der Stelle des ruhigen und entschlossenen Generals *von Bücking*<sup>417</sup> war

---

diums, 1895–1903 Mitglied des Reichstages für die Zentrumspartei, 1919–1920 Mitglied der Nationalversammlung und des Landtags des Volksstaates Hessen.

<sup>415</sup> Gemeint ist Bernhard Adelung (1876–1943), Redakteur der Mainzer Volkszeitung, 1903 drei Monate Haft wegen Majestätsbeleidigung, 1905 Stadtverordneter in Mainz, Vorsitzender der SPD in Mainz, 1914 Kriegsfreiwilliger, 9.11.1918 Ausrufung der Republik in Mainz, 1918 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates in Mainz, 1918–1928 Bürgermeister in Mainz, 1928–1933 Hessischer Staatspräsident, 1933 von den Nationalsozialisten forcierte Amtsnachfolge durch das Gründungsmitglied des ADV und den führenden Antisemiten, Ferdinand Werner.

<sup>416</sup> Die grundsätzlichen Gegensätze zwischen ADV und Philipp Scheidemann nahm Scheidemann auf und kritisierte im Reichstag am 29.11.1917, dass sicherlich jedes Land „seine Alldeutschen“ habe, auch England und Frankreich, jedoch in Deutschland sie bereits angesichts der Friedensbewegung „unten durch“ seien. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 311, S. 3949–3950. Nach dem Krieg nannte Scheidemann die Alldeutschen als die eigentlichen Kriegstreiber: „Es ist dann soweit gekommen, daß wir zusammenbrechen mußten dank der Politik, die die Stempel trägt: Schwerindustrie, Alldeutsche und Luddendorff.“ Rede Philipp Scheidemann in der Nationalversammlung 18.2.1919, in Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, S. 158. Auch die Versuche der Alldeutschen, den Scheidemann-Frieden als Verrat an den Interessen Deutschlands zu diskreditieren, kommentierte Scheidemann damit, dass sich die Alldeutschen wieder regten und „die alten Geister“ wieder die „alten Methoden“ der Diskreditierung benutzten. Philipp Scheidemann: Der Frieden der Alldeutschen, in Vorwärts 1.6.1919.

<sup>417</sup> Otto von Bücking (1855–1933), 1910–1913 Chef der Feldzeugmeisterei, preußischer General der Artillerie und Gouverneur in Mainz.

Generalleutnant *Bausch*<sup>418</sup> Gouverneur geworden, derselbe, den ich vier Jahre vorher in Metz dem Ehrendomherrn *Collin*<sup>419</sup> gegenüber zu vertreten hatte. Dieser Offizier, von dem ich damals den besten Eindruck gewonnen hatte, wurde auf seinem neuen Posten geradezu eine Gefahr, weil er sich bei der ganzen Besatzung, Offizieren wie Mannschaften, verhasst machte. Er hatte nämlich die Gewohnheit, sich an Wachposten heranzupirschen, um sie bei Nachlässigkeiten zu überraschen und zu bestrafen, wenn er nicht alles in Ordnung fand. Ausserdem hielt er feldgraue Offiziere und Mannschaften auf der Strasse an, wenn er irgendeine noch so geringe Unregelmässigkeit an ihrem Anzug bemerkte.

Man kann sich vorstellen, welche Wirkung ein so kleinliches Verhalten ausübte. Es ging die Rede: hat der Befehlshaber eines so wichtigen Platzes keine andere Aufgabe als die, seine Untergebenen zu schikanieren? Und ist es die Aufgabe eines Gouverneurs, auf Urlaub befindliche Frontkämpfer zur Strafe zu bringen, wenn an ihrem Anzug etwas nicht ganz in Ordnung ist? Jedermann hätte es verstanden, wenn der General das [S]eine in Ruhe, ja in Strenge getan hätte, um in der Heimat die gelockerte Dienstzucht wiederherzustellen. Aber darum handelte es sich nicht, sondern nach dem allgemeinen Urteil um kleinliche Quälereien, die den Betroffenen bitteren Groll gegen ihren Vorgesetzten einflössten, da sie als gehässig empfunden wurden.

Ich habe schon einmal davon gesprochen, dass ich es nicht verstanden habe, dass stärkere Truppenkörper in der Heimat zurückgehalten wurden, statt an der Front verwendet zu werden. Wir hatten dafür ein besonderes Beispiel in Mainz. Dort lagen während der ganzen Kriegsdauer das Ersatzbataillon eines bay[e]rischen Fu[ß]artillerie-Regiments, dessen Leute durchweg Hünen waren.<sup>420</sup> Auf manchem Nachmittagsspaziergang vor den Toren der Festung beobachtete ich Abteilungen dieser Truppe beim Geschützexerzieren, das die reinste Spielerei war und offenbar nur dazu diente, einige Zeit mit Anstand auszufüllen. Ich lernte einen Unteroffizier des Bataillons kennen und fragte ihn, ob die Leute nicht unglücklich darüber seien, einen so eintönigen und nutzlosen Dienst tun zu müssen. Er erwiderte, dass in der Tat etwas Ernsthaftes nicht getrieben werde. Ein bißchen Exerzieren an Geschützattrappen, dann Einholen von Heu und anderen Futtermitteln aus der Umgebung sei alles. Im

---

<sup>418</sup> Victor Karl Wilhelm Bausch (1860–1923), General, vor dem Ersten Weltkrieg Kommandeur der in Metz stationierten 66. Infanterie-Brigade, ab August 1914 Führung der 33. Reserve-Division, 1916 Teilnahme an der Schlacht bei Verdun, Gouverneur in Mainz.

<sup>419</sup> Henri Dominique Collin (1853–1921), Abbé, Ehrendomherr in Metz, Chefredakteur der Zeitung *Le Lorrain*, seit 1898 Mitglied der Nationalen Akademie Metz, vertrat den „Bloc Lorrain“ gegen die Hegemonie der Deutschen in Elsass-Lothringen, 1915 Journalist für die größte katholische Zeitung *La Croix*, die während der Dreyfus-Affäre 1894–1906 den Antisemitismus in Frankreich beförderte, 1920 Mitglied der antiparlamentarischen und antise-mitischen „Ligue de patriots“ des Journalisten und Politikern der nationalistischen Rechten Frankreichs, Maurice Barres.

<sup>420</sup> Gemeint ist vermutlich das K. B. 1. Fußartillerie Regiment, das in der Festung Mainz stationiert war und die drei Bayerischen Fußartillerie Bataillone Nr. 7, 11 und 582 umfasste. Ich danke Frank Teske für diesen Hinweis.

übrigen aber hungerten die Leute in den Kasernen oder in den Wirtshäusern herum. Es war auf diese Weise eigentlich selbstverständlich, dass sie verwilderten und einfach nach Hause fuhren, als der Augenblick gekommen war, ihre soldatische Zucht zu bewähren.

Ich habe später nach der Rückkehr des Generals *Ludendorff* aus Schweden<sup>421</sup> im Laufe einer Unterredung, in der militärische Dinge zur Sprache kamen, die Frage aufgeworfen, wie man in einer solchen Zeit einen Mann wie den General Bausch an einen so verantwortungsvollen Posten habe stellen können, aber auch die fernere Frage, ob von seinem kleinlichen Treiben bei der Obersten Heeresleitung nichts bekannt geworden sei. Ludendorff erwiderte, dass er mit diesen Personalfragen gar nichts zu tun gehabt habe. Das sei Sache des Militärkabinetts<sup>422</sup> gewesen, und dieses habe eifersüchtig auf die Wahrung seiner Befugnisse gegenüber anderen Dienststellen gesehen. Beim Militärkabinett sei es aber bei allem guten Willen schliesslich doch nach dem Schema F gegangen.

Auch die Ansammlung von Truppen in der Heimat, die für die Front nicht nur brauchbar, sondern auch nötig waren, besprachen wir. Hierbei betonte der General, dass über diese das Kriegsministerium die Entscheidung gehabt und die Ansicht vertreten habe, dass man diese Truppen in der Heimat nicht entbehren könne, um sie in jedem Augenblick dahin und dorthin an die Front werfen zu können. Ich blieb dabei, dass es mir unfassbar gewesen sei, wie ausgerechnet diese bay[er]ischen Hünen so übermässig lange im Garnisonsdienst gestanden hätten, für den sie viel zu gut gewesen seien. Der General stimmte mir darin zu, dass sicher auch auf diesem Gebiete schwere Fehler vorgekommen seien.

Ich glaube, dass diese Feststellungen gerade hier am Platze sind, weil sie gewisse Ursachen des so bald erfolgenden Zusammenbruchs aufzeigen. blieb ja doch die Erbitterung gegen den Gouverneur nicht auf seine Person und auch nicht auf den Kreis seiner Untergebenen beschränkt. Ganz Mainz wusste davon, und man warf die Frage auf, ob ein solcher Mann im Ernstfalle seinen Platz erfüllen werde. Die Achtung vor den obersten militärischen Stellen würde auf diese Art gemindert, ja untergraben.

Andererseits: wie oft musste ich hören, dass Frauen, die mit ihren Kindern schlecht ernährt in der Heimat sassen, und deren Männer an der Front standen oder gefallen waren, erregt fragten, wofür diese Menge von Faulenzern in Mainz liege und der Zivilbevölkerung das Brot wegesse. Das war sicherlich sehr einseitig und auf Grund der Mainzer Erfahrungen in unzulässiger Weise verallgemeinernd gedacht. Aber es war einmal so, und mir erschien es bedau-

<sup>421</sup> Erich Ludendorff floh nach dem Kriegsende November 1918 nach Schweden und kehrte im Februar 1919 nach Deutschland zurück. Siehe auch Erklärung Erich Ludendorff, 24.2.1919, in *Deutsche Allgemeine Zeitung* 25.2.1919.

<sup>422</sup> Das 1809 eingerichtete Militärkabinett war eine unmittelbare Institution der Kommandogewalt des Königs von Preußen und ab 1871 des Deutschen Kaisers zur Verwaltung von Personalangelegenheiten des Offizierskorps und der Verbindung zu Militärbehörden.

erlich, dass an den massgebenden Stellen sich niemand um solche Dinge kümmerte.

Die Wirkung dieser einheimischen Mißstände wurde noch dadurch gesteigert, dass in der ganzen Stadt bekannt war, wie in den Nachbarstädten Frankfurt und Wiesbaden noch recht viele junge Leute waren, die es verstanden hatten, sich dem Frontdienst zu entziehen.<sup>423</sup> Ich habe, besonders was Frankfurt betrifft, an diese Dinge nicht recht geglaubt, bis ich gelegentlich einer Rückfahrt von Berlin dort einen Zug übersprang und in die Stadt ging.<sup>424</sup> Dort sah ich, dass es dort tatsächlich von Juden im dienstfähigen Alter wimmelte. Waren es auch keine Hünen wie unsere Bayern in Mainz, so hätten sie doch sicherlich zu einem Teil an der Front gebraucht, zum anderen Teil im Garnisonsdienst verwendet werden können.

Dass hierdurch das Vertrauen zu jenen militärischen Stellen, die für den Ersatz und die Erledigung der Reklamationsgesuche zuständig waren, schwere Einbusse erlitt, ist zu verstehen, und man brauchte sich nicht zu wundern, dass die Gerüchte darüber ins Ungeheuerliche wuchsen, an manchen Stellen spiele Bestechlichkeit mit. Rechnet man für meine Vaterstadt die seit dem Hochsommer 1918 unablässig, selbst am hellen Tage stattfindenden Fliegerangriffe<sup>425</sup> hinzu, so kann man verstehen, wie das Raunen durch die Bevölkerung ging: „Es ist fertig mit Deutschland.“

Dazu kam dann die Zersetzungsarbeit jener untersten jüdischen Schicht, von der ich schon gesprochen habe. Es war eine dumpfe, unheimliche Luft, in der wir atmeten. Die verzweifelte Ernährungslage und die gerade im Oktober 1918 sehr heftig auftretende Grippe<sup>426</sup> taten noch das ihrige, um die allgemeine Stimmung zu drücken. Bei mir zu Hause lagen die Kinder schwer krank darnieder und konnten sich nicht erholen, weil es an allem fehlte, was sie hätte kräftigen können.

Nur um zu zeigen, wie es damals bei uns aussah, aber auch was durch die Kurzsichtigkeit engherziger Behörden im Verhältnis von Bundesstaat zu Bundesstaat gefehlt wurde, sei erwähnt, dass unser Hausarzt<sup>427</sup> auf den Gedanken

---

<sup>423</sup> In den letzten beiden Kriegsmonaten wurden zwischen 750.000 und eine Million deutsche Soldaten als „abwesend“ geführt; zwischen Mitte Juli und Ende September 1918 alleine 340.000 Soldaten. Jahr: Desertion und Deserteure, Deist: Verdeckter Militärstreik, Ziemann: Verweigerungsformen, Ziemann: Fahnenflucht, Ziemann: Front und Heimat, S. 198–228, Stevenson: With Our Backs to the Wall und Hirschfeld/Krumeich: Deutschland im Ersten Weltkrieg, S. 254–255 und Ziemann: Die deutsche Armee.

<sup>424</sup> Claß selbst setzte sich für die Entbindung vom Fronteinsatz von Franz Sontag ein, der als enger Mitarbeiter der Mainzer Geschäftsstelle, ab 1914 als Schriftleiter der Alldeutschen Blätter sowie 1917–1918 für die Deutsche Zeitung zur Verfügung stehen sollte.

<sup>425</sup> Mainz war als Festungsstadt, Brückenkopf über den Rhein, Verkehrsknotenpunkt der Eisenbahn und dem nahegelegenen Flugplatz für die Flugabwehr in Gonsenheim Ziel von britischen Fliegerangriffen, so wie am 9.3.1918 mit elf Todesopfern. Die letzten Fliegerangriffe auf Mainz fanden am 15.9.1918 statt.

<sup>426</sup> Im Frühjahr, Herbst 1918 und Anfang 1919 trat zudem die Spanische Grippe als Virus-Pandemie in Europa auf, der 20–50 Millionen Menschen zum Opfer fielen. In Deutschland erreichte die Spanische Grippe ihren Höhepunkt im Oktober/November 1918.

<sup>427</sup> Die genannte Person bleibt unklar.

kam, unsere Kinder nach Bayern zu bringen, wenn anders sie vor dem Winter wiederhergestellt werden sollten. So schwer es uns fiel, uns in dieser Zeit von ihnen zu trennen, willigten wir ein, dass der Arzt einen Versuch mache, sie in Würzburg unterzubringen. Er hatte dort einen gleichaltrigen Studienfreund, der Direktor der inneren Klinik an der Universität war.<sup>428</sup> Auf eine fernmündliche Anfrage kam der Bescheid, es seien Plätze frei, und es gebe in Würzburg alles, was unsere Kinder zur Genesung stärken könne – Milch, Butter und Weissbrot ständen zur Verfügung.

So entschlossen wir uns, die Kinder nach Würzburg zu schaffen. Meine Schwester brachte sie dorthin und blieb noch ein paar Tage zur Beobachtung bei ihnen. Nach ihrer Heimkehr berichtete sie, dass, verglichen mit unserer Heimat, die Hauptstadt Unterfrankens so etwas sei, wie das Land, in dem Milch und Honig fliesse; sie selbst hatte in ihrem Gasthof die Erfahrung gemacht, dass man dort Dinge bekam, die wir längst nur noch dem Namen nach kannten.

Kurz darauf fuhr ich selbst für einen Tag nach Würzburg und fand alles bestätigt, was meine Schwester berichtet hatte. Ich erlebte es auf der Rückreise, dass Bayern sich von seinen Nachbarländern durch eine Art wirtschaftlichen Grenzschutzes abgesperrt hatte. In Aschaffenburg, an der bay[er]ischen Landesgrenze gegen Preussen und Hessen[,] erschienen zu diesem Zwecke besondere Beamte im Zug und stöberten mit dem grössten Eifer im Gepäck und sonst in den Abteilen nach, ob Nahrungsmittel ins „Ausland“ geschafft werden sollten. Ich habe es dabei erlebt, dass man Frauen, die etwa eine Gans, einen Schinken oder ähnliches ergattert hatten, ihren Erwerb abnahm und sie ausserdem noch mit Geldstrafen belegte.

Später – nach Jahren – erzählte mir bei meinem ersten Erholungsaufenthalt in Kissingen mein Wirt, dass dort alles im Überfluss vorhanden gewesen und zum Teil verdorben sei, weil unsinnige Anordnungen der Behörden die Verwertung unmöglich gemacht hätten. Ich verglich diesen Zustand mit dem zwischen Böhmen und den deutschen Kronländern Österreichs bestehenden, sowie mit dem angenehmen Verhältnis, das zwischen den beiden Reichshälften der Donaumonarchie bestand: in Ungarn und Böhmen Überfluss, in Deutschösterreich Mangel an dem Nötigsten. Soweit hatten wir es glücklich auch innerhalb des Deutschen Reiches gebracht!

Dass Grenzpfähle zwischen den Ländern, ja innerhalb derselben aufgerichtet wurden, war letzten Endes eine Folge der Zwangswirtschaft, die dem erleuchteten Haupte *Walt[h]er Rathenaus*<sup>429</sup> entsprungen war, und deren Aus-

<sup>428</sup> Gemeint ist Dietrich Gerhardt (1866–1921), Studium der Medizin, ab 1900 Professor in Straßburg, Jena, Erlangen und Basel, 1910 Dekan der Medizinischen Fakultät in Basel, 1911 Professor für Medizinische Klinik in Würzburg und Direktor der Inneren Klinik am Universitätsklinikum der Justus-Maximilians-Universität Würzburg, zwischen 1913 und 1918 mehrmals Dekan der Medizinischen Fakultät in Würzburg, 1921 Ärztlicher Direktor des Luitpoldkrankenhauses.

<sup>429</sup> Walther Rathenau (1867–1922), 1893–1898 Aufbau als Geschäftsführer der Elektrochemischen Werke in Bitterfeld, 1899 Mitglied des Vorstandes der AEG (Aufsichtsrat 1904, Stell-

wirkungen im Grossen und im Kleinen man sich gar nicht verhängnisvoll genug vorstellen kann.<sup>430</sup>

In diese[n] Tage furchtbarster Ungewissheit, in denen nur das eine sicher schien, dass auch in der höchsten Not des Vaterlandes die Männer von staatsmännischer Begabung und Einsicht ferngehalten werden sollten, fiel die Nachricht von der *Entlassung* des Generals *Ludendorffs*.<sup>431</sup> Es ist hier nicht der Ort, dieses Ereignis auf seine letzten Ursachen hin zu prüfen, wohl aber, den Eindruck zu schildern, den es auf unseren Kreis machte. Wir ahnten, ja wir erkannten, dass hier ein Trauerspiel zum Abschluss gekommen sei, in dem zunächst ein Mann das Opfer war, dass ihm aber bald ein grösseres Trauerspiel folgen würde, dessen Opfer ein grosses Volk und die ihm eigentümliche Einrichtung des Kaisertums sein würden.

Ich habe bei der Erwähnung unserer letzten Ausschusssitzung vor dem Zusammenbruch<sup>432</sup> berichtet, wie scharf gerade diejenigen unserer Freunde, die als am besten unterrichtet galten, die Oberste Heeresleitung verurteilten, wobei sie den Ersten Generalquartiermeister nicht ausnahmen. Ja zwei bis drei Herren hatten ihre Vorwürfe besonders gegen Ludendorff gerichtet. Als mir das Drängen des Generals auf Einleitung von Friedensverhandlungen bekannt wurde, und als ich hörte, in welcher Weise Major von dem Bus[s]che<sup>433</sup> den Parteiführern des Reichstags die Lage geschildert hatte, hatte mir mein Gefühl vorausgesagt, dass der Feldherr über diese Dinge fallen werde.<sup>434</sup>

---

vertretender Vorsitzender 1910, Präsident 1915), 1914–1915 Leiter der Kriegsrohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium, 1918 Mitbegründer der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Mitglied der DDP, 1921 Wiederaufbauminister, 1922 Außenminister, 1922 Ermordung durch Mitglieder der Organisation Consul.

<sup>430</sup> Walther Rathenau erkannte zu Kriegsbeginn die ungenügende wirtschaftliche Koordinierung der deutschen Kriegswirtschaft und wies auf die Notwendigkeit einer zusammenfassenden Verwaltung kriegswichtiger Rohstoffe hin. Rathenau wurde Abteilungsleiter im preußischen Kriegsministerium und schuf die Kriegsrohstoffabteilung, aus der er im März 1915 ausschied und zur AEG zurückkehrte. Rathenau beriet bis 1915/1916 Erich Ludendorff, zog sich aber dann aus öffentlichen Ämtern zurück.

<sup>431</sup> Erich Ludendorff wurde am 26.10.1918 durch Wilhelm II. auf Drängen der Reichsregierung unter Prinz Max von Baden entlassen, nachdem die OHL Verhandlungen mit den Alliierten nach der dritten Note des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson ablehnte und von den Soldaten militärischen „Widerstand mit äussersten Kräften“ forderte. In Ludendorff: *Urkunden der Obersten Heeresleitung*, S. 577–578.

<sup>432</sup> Die letzte Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV fand jedoch nicht beim Verbandstag in Hannover 13.–15.9.1918, sondern am 19./20.10.1918 in Berlin statt.

<sup>433</sup> Gemeint ist Major Erich Freiherr von dem Bussche-Ippenburg.

<sup>434</sup> Claß dazu in der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 16.2.1919: „Als wir am 20. Oktober [1918] zusammen waren, standen wir unter dem frischen Eindruck der Dinge, die sich seit Ende September ereignet hatten. [...] Die Leute um Max von Baden hatten gar nicht die Absicht, das Volk zur nationalen Verteidigung aufzurufen. Diese Leute waren zum Teil davon überzeugt, daß das deutsche Volk nur zu wollen brauchte, um den Frieden zu haben, die anderen aber arbeiteten planmäßig gegen den Sieg. [...] Dann begann planmäßig die Ausschaltung der Obersten Heeresleitung. Am 25. Oktober [1918] machte Ludendorff den letzten Versuch, die Kaisermacht zu retten durch seinen Widerspruch gegen die Beseitigung der kaiserlichen Kommandogewalt. Es war klar, daß mit ihrer Beseitigung

Und so kam es denn auch am 26. Oktober 1918.<sup>435</sup> Das war der schwerste Schlag, der unter diesen Umständen Heer und Vaterland treffen konnte. Was in mir vorging, habe ich damals in einem Leitartikel der „Alldeutschen Blätter“ ausgesprochen.<sup>436</sup> Ich kann sagen, dass er mit meinem Herzblut geschrieben war. Ich ging von der tragischen Schuld des Feldherrn aus, die ich, im Sinne des Aristoteles<sup>437</sup>, in seinem Verhalten erblickte. Aber ich betonte nicht nur mit Nachdruck, sondern auch mit Wärme, dass für uns ein gefallener Held ein Held bleibe, und dass der Dank für seine gewaltigen Leistungen in vier Kriegsjahren durch kein Versagen in der letzten Zeit ausgelöscht werden könne.

Wer will es mir verargen, wenn mir wieder der quälende Gedanke aufstieg, ob diese Entwicklung nicht hätte vermieden werden können, wenn Ludendorff vierzehn Monate vorher meinen Rat befolgt und sich mit einem politischen Generalstab umgeben hätte? Was sollte nun kommen? Würde der Kaiser sich entschliessen, endlich einen Diktator einzusetzen? Aber hatte er sich nicht selbst den Weg hierzu verbaut, als er die oberste Kommandogewalt preisgab? Die Männer waren wohl vorhanden, aber wer sollte sie an die richtige Stelle bringen?

In den ersten Tagen nach Ludendorffs Entlassung, die von seinen Gegnern mit schamlosem Jubel aufgenommen wurde, geschah etwas, was sich auf mich bezog, ohne dass ich eine Ahnung davon hatte. In Riga sass als Oberbefehlshaber der 8. Armee General *von Kathen*<sup>438</sup>, der frühere Gouverneur von Mainz, und mir aus jener Zeit zugetan. Was er Ende Oktober unternahm, erzählte er im Dezember 1919 meinem Freunde *Füßlein*, seinem Generalstabsoffizier in der Mainzer Zeit, als dieser ihn in Wiesbaden besuchte, wo der General sich niedergelassen hatte.<sup>439</sup> Füßlein wiederum berichtete mir später in Berlin, was

---

auch die letzte Autorität der Obersten Heeresleitung entfernt war. Wenn jemand ernstlich die Revolution wollte, war dann ein Widerstand nicht mehr möglich. Dadurch wurde gleichzeitig auch entschieden, daß die Waffenstillstandsbedingungen durch die Zivilgewalt festzusetzen war. Damit war Ludendorff erledigt, und er wurde durch Gröner ersetzt. Unser Schicksal war denjenigen überlassen, die an den Sieg nicht glaubten und ihn nicht wollten, und deren Haltung durch Erwägung innerpolitischer Art bestimmt war.“ In BA-Berlin, R 8048, Bd. 123, Bl. 10.

<sup>435</sup> Erich Ludendorff wurde am 26.10.1918 entlassen. Am 29.9.1918 hatte die OHL sofortige Waffenstillstandsverhandlungen gefordert.

<sup>436</sup> Claß: Ein Trauerspiel im Trauerspiel, in *Alldeutsche Blätter* 2.11.1918.

<sup>437</sup> Gemeint ist der tragische Held als Protagonist einer Tragödie, der nach Aristoteles die (charakterliche oder moralische) Schuld seines Unglücks in sich selbst trägt, wenngleich er für die Herbeiführung der Umstände nicht verantwortlich sein muss.

<sup>438</sup> Hugo von Kathen (1855–1932), 1886–1887 Großer Generalstab, 1887 Adjutant der Kommandantur in Berlin, 1893 Abkommandierung zum preußischen Kriegsministerium, 1898–1912 verschiedene Oberkommandos u. a. des 1. Hannoverschen Infanterie-Regiments Nr. 74, 1912–1914 Gouverneur der Festung Mainz, 1914 General der Infanterie, 1914–1918 verschiedene Kommandostellen u. a. der 39. Division und des XXIII. Reserve-Korps, 1918 Oberbefehlshaber 8. Armee, 1918 Ausscheiden aus der Armee.

<sup>439</sup> Zum vertrauten Verhältnis zwischen Hugo von Kathen, Claß und Otto Füßlein vor dem Ersten Weltkrieg siehe Claß: *Wider den Strom*, S. 275–278. Claß lernte Kathen 1912 bei einer Versammlung zur Errichtung eines Nationaldenkmals für Bismarck auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück kennen. Kathen habe Claß gegenüber erklärt, dass er „auf demselben



General von Kathen ihm erzählt und an Hand von Schriftstücken erläutert hatte.

Auch für Kathen war die Nachricht von Ludendorffs Entlassung das Sturmzeichen gewesen. Er war mit sich zu Rate gegangen, wie noch das Äusserste vom Vaterlande und von seinem Kaiser abgewendet werden könnte, und seine Gedanken waren auf mich gestossen und dabei haften geblieben. So hatte er an den Generalfeldmarschall *von Hindenburg* ein Schreiben geschickt, in dem er ihm mit dringenden Worten empfahl, mich als politischen Berater an seine Seite zu berufen. Er begründete dies ungefähr damit, dass er mich genau kennengelernt habe und mir die Eigenschaften zur staatsmännischen Beratung des obersten Heerführers zutraue.<sup>440</sup>

Als Antwort erhielt Kathen eine Drahtung, die von einem Oberleutnant unterzeichnet war. In ihr hiess es etwa, der Feldmarschall sei der Meinung, dass in der äussersten Not des Vaterlandes alle Kräfte der Heimat zusammengefasst werden müssten. Dies würde durch die Zuziehung eines als „extrem“ bekannten Politikers gefährdet, weshalb der Feldmarschall den erteilten Rat dankend ablehne.

Ich wiederhole: General von Kathen hatte Füsslein den Entwurf seines eigenen Schreibens, sowie die Antwort aus dem Grossen Hauptquartier[,] gezeigt, und Füsslein hatte mir versichert, dass er seinem Gedächtnis den Inhalt beider Schriftstücke genau eingepägt habe. Füsslein sagte mir auch, dass die Antwort aus Spa den General aufs tiefste erschüttert, und dass dieser nach ihrem Eintreffen überhaupt keine Rettung mehr gesehen habe.

Dass mein Gedanke, der Zustand des Reiches könne nur durch die Diktatur geordnet werden, richtig war, hat seine Bestätigung noch durch die letzten Massnahmen des Kaisers gefunden, die allerdings zu spät kamen und durch die Berliner politischen Stellen ohne weiteres zunichte gemacht wurden.

Als ich General Otto von Below kennengelernt hatte, beantwortete er meine Frage, ob und weshalb er am 8.<sup>441</sup> November nicht bei der traurigen Offizierszusammenkunft in Spa zugegen gewesen sei, damit, dass er sagte, der Kaiser habe ihn am Tage vorher zum Oberbefehlshaber für das Reichsgebiet westlich von der Elbe mit dem Sitze in Kassel ernannt<sup>442</sup>, während General *Litzmann*<sup>443</sup>

---

Boden stehe, wie wir Alldeutsche“ und er „unserer Arbeit reichen Erfolg“ wünschte. Ebd., S. 277.

<sup>440</sup> Hugo von Kathen, Otto Füsslein und Claß besprachen bereits um 1915 ein gemeinsames Vorgehen in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung und Claß nannte Kathen einen der „Freunde und Gesinnungsgenossen vom Gouvernement“ Mainz. Bei der öffentlichen Verkündung der Mobilmachung durch Kathen am 1.8.1914 stand Claß auf dem Schillerplatz vor dem Gouvernementgebäude in der Menschenmenge – „vor Begeisterung trunken“. Claß: Wider den Strom, S. 300 und 345.

<sup>441</sup> Datum im Manuskript unleserlich.

<sup>442</sup> Otto von Below war vom 8.11.1918–27.6.1919 Oberbefehlshaber des Heimatschutzes West in Kassel. Felix Graf von Bothmer war als Oberbefehlshaber des Armee-Korps Heimatschutz Süd vorgesehen und Karl Litzmann für das Armee-Korps Heimatschutz Ost.

<sup>443</sup> Karl Litzmann (1850–1936), 1872–1875 Preussische Kriegsakademie Berlin und zum Großen Generalstab, 1883 Lehrer an der Kriegsschule Metz, 1898 General, 1902–1905 Direktor

die gleiche Aufgabe für den Osten mit dem Sitze in der Reichshauptstadt erhalten habe. Der König von Bayern habe den Generaloberst *Grafen von Bothmer*<sup>444</sup> für sein Land ernannt und wiederum der Kaiser den Admiral *von Schröder*<sup>445</sup> für das ganze Küstengebiet mit dem Sitze in Kiel.

General von Below berichtete, dass er sofort nach seiner Betrauung mit dem wichtigen Amte sich im Kraftwagen auf den Weg gemacht habe. Bis Wiesbaden sei er unangefochten durchgekommen. Hier aber sei die Bevölkerung schon ausser Rand und Band gewesen – das war also am 8. November – und angebliche Beauftragte des Soldatenrats hätten seinen Wagen beschlagnahmt. Er habe es aber erreicht, dass man ihn wieder freigegeben habe, und so habe er seine Fahrt fortgesetzt.

In Hersfeld habe er sie unterbrechen müssen und die Zeit benutzt, um durch Fernsprecher bei dem Stellvertretenden Generalkommando in Kassel seine Ankunft anzukündigen und zu fragen, wie es dort aussehe. Die Antwort habe gelautet, dass alles zu spät sei; der Umsturz habe sich durchgesetzt, und es sei so gut wie ausgeschlossen, dass der General auf den Strassen von Hersfeld nach Kassel durchkomme. Inzwischen hätten auch die Herrschaften des Hersfelder Soldatenrates seinen Wagen beschlagnahmt, diesesmal ohne ihn wieder freizugeben. Unter solchen Umständen habe er keine Möglichkeit gehabt, nach seinem Bestimmungsort zu gelangen. Er habe vorläufig in Hersfeld bleiben müssen und sowohl an den Kaiser wie an das Kriegsministerium in Berlin Bericht erstattet.

Nachdem ich diese Aufklärungen von Below erhalten hatte, setzte ich mich mit Admiral von Schröder und General Litzmann, die beide Mitglieder des Alldeutschen Verbandes und mir persönlich bekannt waren, schriftlich in Verbindung, um genau zu erfahren, wie ihr Auftrag gelautet habe, und wann er ihnen erteilt worden sei.

---

der Preußischen Kriegsakademie Berlin, 1905 Ausscheiden aus dem Militärdienst, Mitglied des ADV und 1912 Gründungsmitglied des Deutschen Wehrvereins sowie des Jungdeutschlandbundes, 1914 Reaktivierung und u. a. Etappeninspekteur der 3. Armee, 1915 Kommandeur des XXXX. Reserve-Korps der Armeegruppen an der Ost- und der Westfront (Januar 1918) und Oberbefehlshaber der Armeegruppe Litzmann, 1918 Oberbefehlshaber des Armee-Oberkommandos Heimatschutzes Ost, 1929/30 Mitglied der NSDAP und Eintritt in die SA, 1932–1936 Mitglied des Reichstages für die NSDAP, Alterspräsident des Reichstages, 1933–1936 Mitglied des Preußischen Staatsrats, 1940 Umbenennung der polnischen Stadt *Lódź* durch die Nationalsozialisten in „Litzmannstadt“ (Litzmann war Kommandeur der 3. Garde-Infanterie-Division bei der Schlacht um Lodz 11.11.–5.12.1914).

<sup>444</sup> Gemeint ist Felix Graf von Bothmer (1852–1937), 1893–1895 Großer Generalstab, 1905 Generalleutnant der 2. Division, ab 1909 Generalkapitän der Leibgarde der Hartschiere, 1910 zur Disposition gestellt, 1914 Kommandierender General des II. Reserve-Korps, 1914/1915 Korps Bothmer und 1915 Übernahme der deutschen und österreichischen Truppen der Südarmerie, 1918 Kommando über die 19. Armee, November 1918 Bayerisches Ministerium für militärische Angelegenheiten, Dezember 1918 Ausscheiden aus der Armee.

<sup>445</sup> August Ludwig von Schröder (1854–1933), 1907–1910 Chef des II. Geschwaders der Hochseeflotte, Chef der Marinestation Ostsee, 1912 zur Disposition gestellt, 1914 Reaktivierung und Kommandeur der Marine-Division, Mitglied des ADV, nach dem Ersten Weltkrieg Erster Vorsitzender des Nationalverbandes Deutscher Offiziere.

*Admiral von Schröder*, der weithin bekannte „Löwe von Flandern“<sup>446</sup>, antwortete, dass er am 6. November vom Kaiser den Befehl erhalten habe, sich sofort nach Kiel zu begeben und alles zu tun, um die öffentliche Ordnung wiederherzustellen. Als Befehlsbereich sei ihm das ganze Küstengebiet bezeichnet worden. Als er am Nachmittag des 6. die Fahrt nach Kiel habe antreten wollen, habe er vom Marinekabinett Gegenbefehl erhalten. In dem Schriftstück war gesagt, dass der Reichskanzler seine Ernennung *nicht gegengezeichnet* habe, „weil er gegen die Persönlichkeit Bedenken hege.“ Dies war, soweit mir bekannt, die erste Auswirkung der Preisgabe der obersten Kommandogewalt durch den Kaiser – zugleich der traurige Beweis dafür, dass ein zu spät gefasster Entschluss nicht mehr retten konnte, was durch das Schleifenlassen der Zügel vorher verdorben war.

General Litzmann bestätigte mir, dass er zum Oberbefehlshaber des Gebietes östlich von der Elbe ernannt gewesen sei. Die Nachricht habe ihn in seinem Wohnsitz zu Neu-Globsow erreicht. Er habe daraufhin sofort den Kriegsminister *Schëuch*<sup>447</sup> angerufen und von ihm den Bescheid erhalten, der Befehl sei unausführbar, da der Kaiser abgedankt habe.

Wenn ich diese Vorgänge hier erwähne, so geschieht es unter dem Gesichtspunkt, festzustellen, dass der Kaiser sich aufgerafft hatte, solche Befehle zu erteilen. Als ich dann durch die drei hochbewährten Offiziere unterrichtet wurde, stieg die Frage in mir auf: hätte der Oberste Kriegsherr, solange er im Besitze seiner Kommandogewalt war, nicht doch die Diktatur aufgerichtet, wenn man ihn von dem tatsächlichen Zustand im Vaterlande *wirklich und ohne Bemäntelung unterrichtet hätte?* Man erinnert sich, dass General *Ludendorffes* für ausgeschlossen erklärt hatte, dass *er* dem Kaiser mit einem solchen Vorschlag komme, und dass der Generalfeldmarschall ihm niemals einen solchen unterbreiten würde.

Wie die Dinge sich unter dem Einfluss der marxistischen Machenschaften, insbesondere der Unabhängigen Sozialdemokratie, entwickelt hatten, wurde auch dem Kurzsichtigsten klar, als die Nachrichten von den Vorgängen in Kiel<sup>448</sup> kamen. Ich war seit den ersten Gerüchten darüber immer im Bilde, da

---

<sup>446</sup> August Ludwig von Schröder war Kommandierender General des Marinekorps Flandern und nahm an allen vier Flandernschlachten 20.10.–18.11.1914, 22.4.–25.5.1915, 31.7.–6.11.1917 und 18.3.–29.4.1918 teil.

<sup>447</sup> Heinrich Schëuch (1864–1946), 1897–1900 preußisches Kriegsministerium, 1914 Ernennung zum Chef des mobilen Stabes des Kriegsministers Erich von Falkenhayn, Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements, 1916 als Generalmajor an der Westfront, 1917 Ernennung zum Leiter des Kriegsamt als Nachfolger von Wilhelm Groener, ab 1917 Bevollmächtigter Preußens im Bundesrat, 1918/1919 preußischer Kriegsminister, Einreichung der Entlassung als Kriegsminister durch Schëuch am 15.12.1918, 1939 Verleihung der Stellung als General der Infanterie.

<sup>448</sup> Gemeint ist der Kieler Matrosenaufstand, nachdem die Meuterei der vor Wilhelmshaven liegenden deutschen Hochseeflotte vom 28.10.1918 weiter auf dem Festland um sich ge-griffen hatte. Auslöser für die Meutereien war der Befehl der Seekriegsleitung, die seit Sommer 1916 festliegende Flotte in einem letzten Gefecht Ende Oktober 1918 gegen die britische Flotte zum Einsatz zu bringen. Am Abend des 4.11.1918 war Kiel unter Kontrolle der Aufständischen. In Kiel wurde der erste Arbeiter- und Soldatenrat gebildet.

ich von der Schriftleitung der „Deutschen Zeitung“<sup>449</sup> alles Wichtige durch Fernsprecher gemeldet bekam. Mir war klar, dass wir am Ende eines ungeheuren Trauerspiels stünden, wenn nicht die politischen und militärischen Stellen in der Heimat mit rücksichtsloser Entschlossenheit durchgriffen.

Davon war nichts zu merken, und so war es nicht zu verwundern, dass die Presse in den nächsten Tagen seit dem 3. November ein Überspringen des Aufruhrs von einer der wichtigsten Küstenstädte auf die andere berichtete. Dass der verspätete Entschluss des Kaisers, die entschlossensten höheren Offiziere zur Wiederherstellung der Ruhe zu entsenden, vereitelt wurde, ist schon gesagt.<sup>450</sup> Statt des wundervollen Admirals *von Schröder* wurde der sozialdemokratische Abgeordnete *Noske*<sup>451</sup> nach Kiel entsandt, der später in seinem Buche „Von Kiel bis Kapp“ geschildert hat, wie er den Sieg der „Sache des Volkes“ betrieb.<sup>452</sup>

Ich hatte wenige Tage später Gelegenheit, mit eigenen Augen wahrzunehmen, wie der Ausbruch, oder besser gesagt, die Ausbreitung eines Umsturzes vor sich geht, aber auch zu erfahren, in welcher Weise die armen und törichten deutschen Menschen von den Drahtziehern genarrt wurden. Dies trug sich wie folgt zu:

Im letzten Drittel des Monats Oktober hatte ich eine Besprechung mit führenden Herren der Schwerindustrie gehabt, in der ich ihnen vorschlug, einige durch den Krieg geldlich in Gefahr geratene deutsche Zeitungen in Österreich

<sup>449</sup> Als politischer Direktor der Schriftleitung der Deutschen Zeitung diente 1917–1919 Lutz Korodi, während die Redaktion von Claß 1917–1918, auch wegen persönlicher Differenzen mit Franz Sontag als Hauptschriftleiter und Ewald Beckmann als Redakteur für innere und äußere Politik, umgestellt wurde. Der Geschäftsführer des ADV, Freiherr Schilling von Cannstatt, urteilte über Sontag, er sei „als Journalist gut, wenn er ein Thema bekommt; selbst Tips geben kann er nicht. Selbst die Winke von Herrn Class ignoriert er.“ Freiherr von Schilling von Cannstatt an Konstantin von Gebtsattel, 23.5.1917, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 4, Bl. 287.

<sup>450</sup> Am 24.10.1918 erreichte die dritte Note von Woodrow Wilson die Reichsleitung in Berlin. Die Forderung nach der Absetzung des Kaisers als Voraussetzung für Friedensverhandlungen mit dem Deutschen Reich konnte die Reichsleitung nicht mehr umgehen. Wilhelm II. verurteilte Wilson scharf für die Abdankungsforderung und stellte sich erneut hinter die angekündigten Verfassungsreformen. Wilhelm II. verließ am 29.10.1918 Berlin, reiste ins Große Hauptquartier nach Spa und entzog sich somit den politischen Entscheidungen in der Hauptstadt, wo die Abdankung des Kaisers weiter diskutiert wurde. Am 3.11.1918 zeigte sich Wilhelm II. weiter kämpferisch und drohte den Revolutionären mit Gegengewalt. Wilhelm II. wurde von den Befehlen der Seekriegsleitung zum Auslaufen nicht informiert, empfand es jedoch als bittere Enttäuschung, dass gerade in der Marine die revolutionären Unruhen ihren Anfang nahmen. Der Bruder Wilhelms II., Prinz Heinrich von Preußen, war als Generalinspekteur der Marine von 1909–1918 bis zum 4.11.1918 in Kiel, bevor er aus der Stadt flüchtete. Siehe auch Röhl: Wilhelm II. der Weg in den Abgrund, S. 1240–1245.

<sup>451</sup> Gustav Noske (1868–1946), 1906–1918 Mitglied des Reichstags für die SPD, 1918 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates in Kiel, 1919 Volksbeauftragter für Heer und Marine (Niederschlagung des Spartakusaufstandes), 1919–1920 Reichswehrminister (u. a. 1919 Niederschlagung der Berliner März-Kämpfe für die Einführung der Räte-Republik, 1920 Kapp-Putsch), 1920–1933 Oberpräsident der preußischen Provinz Hannover.

<sup>452</sup> Noske: Von Kiel bis Kapp.

zu erwerben, um nach dem Kriege dort eine Politik zu vertreten, die den gemeinsamen Belangen hüben und drüben entspräche.<sup>453</sup> Es kamen dafür besonders Blätter in Wien, Graz, Linz und Salzburg in Frage. Zur Beschlussfassung über meine Vorschläge war eine Zusammenkunft bestimmt worden, die am 8. November in der Wohnung Hugenbergs in Essen stattfinden sollte. An ihr sollten ausser ihm und mir Geheimrat *Kirdorf* und *Hugo Stinnes* teilnehmen. Diesen beiden Herren war zusammen mit Hugenberg die Verfügung über die Mittel übertragen worden, die auf Veranlassung Hugenbergs die Schwerindustrie zur Förderung einer unabhängigen nationalen Politik aufgebracht hatte.<sup>454</sup> Meine Sache stand nun im engsten Zusammenhange mit Hugenbergs Absicht, auch im Deutschen Reich die von diesem Teile der Industrie betriebene nationale Politik – durch eine Reihe von wichtigen Zeitungen vertreten zu lassen. So entschloss ich mich schliesslich, trotz der ungünstigen Nachrichten über die Vorgänge an der Küste, die Reise anzutreten, die mich nach Essen führen sollte. Über sie habe ich am 10. Jahrestag des entsetzlichen Erlebnisses eine Schilderung in der „Deutschen Zeitung“ veröffentlicht, die ich im Wortlaut folgen lasse:

Am Morgen des 8. November bestieg ich in Kastel den München-Dortmunder D-Zug; er war mit Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften gefüllt, die aus der bay[er]ischen Heimat an die Front zurückkehrten und in Köln die Bahnverbindung dorthin fanden. Der Zug lief pünktlich ein und ging ebenso ab. Dasselbe war in Koblenz und Bonn der Fall. Auch in Köln trafen wir fahrplanmässig ein. Aber welch ein Bild bot sich hier auf dem Bahnsteig dar!

Während die bisher berührten Bahnhöfe wie ausgestorben dalagen, wimmelte es in Köln wie in einem Ameisenhaufen. Kaum stand der Zug, da stürzte ein Reisender in offensichtlicher Erregung in mein Abteil; ihm folgte sofort eine Frau. Noch hatten beide nicht Platz genommen, da schlug es von aussen ans Fenster und ein wilder Kerl in Uniform mit geklappter Mütze und ver-

---

<sup>453</sup> Siehe Kapitel 7.

<sup>454</sup> Alfred Hugenberg trat Ende 1918 mit Parteigründung in die DNVP ein und wurde 1919 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung. Zum 1.1.1919 trat Hugenberg vom Posten des Generaldirektors und Vorsitzenden des Direktoriums der Krupp AG in Essen zurück und ging nach Berlin, um den im Ersten Weltkrieg begonnenen Aufbau des Nachrichtendienstes ALA und eines Zeitungsnetzwerkes mit Geldern aus der Großindustrie voranzutreiben. Hugenberg war zudem Mitglied der Schantung Eisenbahn-Gesellschaft und der Westfälischen Drahtindustrie. Bereits im März 1918 gingen Hugenbergs Rücktrittsabsichten durch die Presse. Siehe *Deutsche Tageszeitung* 2.3.1918. Emil Kirdorf war 1890/91 Gründungsmitglied des ADV und u. a. 1919 Mitbegründer der Wirtschaftsvereinigung zur Förderung der geistigen Wiederaufbaukräfte zur Verfügungstellung von Finanzmitteln zum Aufbau von Hugenbergs Presse- und Medienunternehmens und trat nach früher Förderung Adolf Hitlers ab 1927 auch 1927–1928 und erneut 1934 in die NSDAP ein. Hugo Stinnes trat 1920 in die DVP ein und wurde 1920 Mitglied des Reichstages. Er beteiligte sich bis 1920 am Kauf unter anderem der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* und der *Handels- und Industrie-Zeitung*. Siehe *Frankfurter Zeitung* 8.7.1920. Stinnes erwarb 1922 auch die *Tägliche Rundschau*. Nicht zuletzt aufgrund dieser Verbindungen nannte der sozialdemokratische Vorwärts Stinnes auch „den Alldutschen“. Vorwärts 23.6.1920.

nachlässigtem Anzug verlangte schreiend, dass das Fenster geöffnet werden sollte. Ich fragte den neuen Fahrgast, was los sei; ohne eine Antwort zu geben, riss er gehorsam das Fenster nieder, worauf sich von draussen der Soldat, ein Sergeant der Artillerie, hineinlegte und fragte, ob hier jemand Waffen habe; dabei betastete er den neuen Fahrgast und stürmte weiter. Dies war das Werk weniger Augenblicke. Wieder fragte ich, was los sei, und erhielt zur Antwort: „Hier ist Revolution – sehen sie nur, was da vor sich geht!“ Nun beugte ich mich zum Fenster hinaus und beobachtete die Vorgänge, die sich kaum beschreiben lassen; sie zu sehen ist für mich das schwerste Erlebnis unserer schweren Zeit gewesen.

Auf dem Bahnsteig trieben sich Unteroffiziere und Mannschaften desselben Truppenteils, zu dem der Sergeant vor unserem Fenster gehört hatte, herum; jeder von ihnen hatte vier bis sechs verwilderte halbwüchsige Jungen bei sich. Sie hatten sich vor den Türen aufgestellt, aus denen die zur Front zurückwollenden Offizier und Mannschaften die Wagen verlassen mussten, und fielen über die Aussteigenden her. Während die Anführer in Uniformen sie anschrien: „Der Krieg ist aus, Waffen abgeben, Achselklappen herunter!“[,] stürzten sich die Buben auf die Offiziere, hängten sich an sie, rissen ihnen die Achselklappen ab, klammerten sich an die Seitengewehre – alles unter höllischem Geschrei. Auf dem Bahnsteig lagen Haufen zerbrochener Gewehre und Seitengewehre. Es war erschütternd zu sehen, wie die Aussteigenden alles über sich ergehen liessen; soweit ich beobachten konnte, habe ich keinen Versuch des Widerstandes bemerkt. Mir schoss der Gedanke durch den Kopf: Köln in den Händen des Umsturzes, der wichtigste Ort für die Verbindung mit der Westfront!<sup>455</sup>

Wieder fragte ich die beiden neuen Fahrgäste, wie das gekommen sei; sie winkten aber ab. Auf die Sekunde pünktlich ging der nun sehr schwach besetzte Zug ab. Auf der Rheinbrücke sahen wir im Vorbeifahren links in funkelneuen Uniformen im langen Zug eine Truppe nach Köln zu [sic] marschieren, die Maschinengewehre bei sich führte; mir stieg eine Hoffnung auf, dass sie bestimmt sei, dort Ordnung zu stiften, und ich auf der Rückreise vielleicht schon das Ergebnis sehen könnte. Nun lösten sich die Zungen der beiden neuen Fahrgäste. In höchster Erregung schilderten sie, dass in der Nacht ein Sonderzug mit Matrosen aus Kiel eingetroffen sei; diese hätten sich des Gouvernements und der Kommandantur bemächtigt, alle Wachen aufgelöst und im Namen der Kieler Meuterer die Republik ausgerufen und das Ende des Krieges erklärt; die militärischen Befehlshaber hätten ihre Dienststellen verlassen, und die Stadt befinde sich ganz in der Hand der Meuterer, denen sich Unteroffiziere und Mannschaften des Standorts Köln angeschlossen hätten. Es sei der Befehl ergangen, keinen Zug mehr zur Front durchzulassen; unten in

<sup>455</sup> Köln kam eine strategisch bedeutende Funktion für die Sicherung des Rheinübergangs, als Brückenkopf und Verteilungszentrum und Lazarettstützpunkt im Westen sowie als Rüstungsstandort vor allem der Sprengstoffindustrie zu. Mergel: Köln im Kaiserreich, S. 443–449.

der Halle lägen Haufen von zerstörten Waffen. In dem, was mir sonst noch gesagt wurde, mag manches übertrieben oder Ausgeburt des Schreckens gewesen sein; war auch nur ein Teil davon wahr, so schien Köln verloren, wenn nicht die anrückende Truppe im offenen Kampf Ordnung stiftete.<sup>456</sup>

In Düsseldorf und Duisburg waren die Bahnhöfe noch menschenleer; es herrschte unheimliche Stille, und niemand stieg ein. Pünktlich kam der Zug in Essen an, und auch dort war von Umstürzern im Bahnhof noch nichts zu sehen; vor dem Bahnhof aber flutete eine erregte Menge. Ich begab mich schleunigst an den für die Besprechung verabredeten Ort und traf nur Hugenberg und Kirdorf; Stinnes war nicht erschienen. Man kann sich denken, dass die Gegenstände, denen die Besprechung gelten sollte, überhaupt nicht berührt wurden; alles drehte sich um die Zeichen politischer Zersetzung, die zu beobachten waren, und um das, was ich berichtete. Wir waren uns klar, welch furchtbares Verhängnis über Deutschland hing, und kamen zu dem verzweifelten Schluss, dass das grauenhafte Ende da sei. Bei den bisher erlebten Beweisen von Schwäche der Träger der Staatsgewalt kam die Hoffnung nicht auf, dass sich die Ordnung wenigstens in diesem Teile Deutschlands wiederherstellen lasse. Was sollte ich tun? Die Erkundung ergab, dass es höchst ungewiss sei, ob der Dortmund-Münchener Gegenzug fahren werde; gleichwohl beschloss ich den Versuch zu machen, irgendwie die Rückreise anzutreten. In tiefstem Ernste, ja in verzweifelter Stimmung trennten wir uns. Zu meiner Überraschung traf mein Zug wiederum pünktlich ein; er war ganz leer; in dem Wagen, in den ich einstieg, war ich der einzige Fahrgast.

Auf dem Bahnhof war in den kurzen 1 ½–2 Stunden das Bild anders geworden. Die rote Fahne war schon zu sehen; erregte Menschen mit der roten Kokarde<sup>457</sup> drängten sich herum. Mit diesem Eindruck fuhr ich ab und sah nun in Duisburg und Düsseldorf dasselbe Bild; auch hier blieb der Zug leer. Bei der Einfahrt in Köln wimmelte es von Soldaten, alle mit mehr oder weniger Gepäck. Kaum stand der Zug, so wurde er gestürmt. Ich hatte das Fenster niedergelassen, und nun schwangen sich blitzschnell hintereinander Leute auf die Brüstung und gelangten so in das Innere; im Nu war das Abteil mit mindestens 12 Leuten besetzt, die fast alle zur Artillerie gehörten. Die meisten Ankömmlinge waren in höchster Erregung; sie schienen auch ohne Alkohol wie betrunken, und einige hatten die rote Kokarde. Es gab eine grosse Verspätung, da immer neue Scharen herandrängten, so dass Abteile und Gänge dicht gedrängt voll von Menschen standen. Ich war wohl der einzige Zivilist, wenigstens in

---

<sup>456</sup> Der „Burgfrieden“ hielt in Köln bis weit in den Krieg hinein, soziale Unruhen hielten sich verglichen mit anderen deutschen Großstädten in Grenzen. Am 4.11.1918 fand in Köln der erste Matrosenaufstand statt und am 7.11.1918 kamen revolutionäre Truppen nach Köln, um Soldaten aus der Festung zu befreien. Oberbürgermeister Konrad Adenauer akzeptierte zunächst die Forderungen der Arbeiter- und Soldatenräte, um die Ordnung in der Stadt weitgehend zu sichern. Mergel: Köln im Kaiserreich, S. 486–494.

<sup>457</sup> Militärisches Abzeichen, Anstecknadeln oder Aufnäher, das vor allem von den Arbeiter- und Soldatenräten verteilt wurde.

unserem Wagen. Mir gegenüber sass ein prächtiger Mann im Anfang der dreissiger Jahre; er schien bei den anderen Ansehen zu geniessen.

Als sich ergab, dass nun bei uns kein Platz zu finden mehr war, trat eine gewisse Beruhigung ein, und ich fragte mein Gegenüber, was denn das alles bedeute. Triumphierend antwortete er, jetzt gehe es heim; sie kämen vom Truppenübungsplatz der Wahner Heide<sup>458</sup> und führen nach Hause. Auf meine weitere Frage, wie das möglich sei, erhielt ich die verwunderte Antwort, ob ich denn nicht wisse, dass der Krieg aus sei. Und nun erzählte mir der Mann in der Mundart seiner oberhessischen Heimat, was sich in der Nacht vom 7. zum 8. und am 8. November auf dem Truppenübungsplatz zugetragen hatte; er war Metzger und Wirt, offenbar ein behäbiger Bürgersmann und alles andere als ein wilder Umstürzler. So nun lautete sein Bericht, der wiederholt von seinen Kameraden bestätigt wurde: Gestern Abend (7. November) sassen wir wie gewöhnlich in der Kantine; einer spielte Klavier, und wir sangen patriotische Lieder (!). Auf einmal geht einer aufs Klavier zu, steigt auf den Stuhl[,] und fängt an zu sprechen. Es war ein Ingenieur, ein Israelit<sup>459</sup>, ein sehr guter Redner. Er sagte, jetzt sei der Schwindel aus; bei den Franzosen seien Marschall Foch ermordet<sup>460</sup>, die Generale weggejagt, und die Soldaten machten mit den Deutschen Bruderschaft. Die englische Flotte habe die rote Fahne gehisst, und deutsche und englische Schiffe führen friedlich nebeneinander. Jetzt sei die Zeit gekommen, uns von Reaktion und Ausbeutung freizumachen. Das deutsche Volk sei belogen worden; der Krieg sei nur für den Vorteil der Reichen. Dabei habe der Redner eine über dem Klavier angebrachte Kaiserbüste ergriffen und unter dem Rufe „Nieder mit der Monarchie – es lebe die Republik!“

<sup>458</sup> Der Truppenübungsplatz Wahner Heide wurde von preußischen Truppen seit 1817 genutzt und bis zum Ersten Weltkrieg auf ca. 5.000 ha ausgeweitet.

<sup>459</sup> Im Alten Testament ein Angehöriger des Volkes Israel. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts in Frankreich und dann auch in Deutschland als Bezeichnung eines Angehörigen des jüdischen Glaubens verwendet, die eine Konfessionalisierung des Judentums andeutet und die religiöse Zugehörigkeit zum Judentum betont. Claß benutzte den Begriff „Israelit“ hier mit einer offenen antisemitischen Intention. Claß sprach den Juden im Deutschen Reich die Emanzipation im 19. Jahrhundert ab und betonte stattdessen den „Rassenstandpunkt“ der florierenden antisemitischen Bewegung der Jahrhundertwende sowie „die Unfähigkeit der Angehörigen dieses Volkes, restlos in seinen Gastvölkern aufzugehen.“ Claß: Einhart, 8. Aufl., S. 322 und 320. „Das A und O der Maßregeln gegen die jüdische Zersetzung lautet aber: Die Rasse ist der Quell der Gefahren – die Religion spielt keine andere Rolle, als daß sie Ausfluß der Rasse ist.“ Claß (Pseudonym: Daniel Frymann): Wenn ich der Kaiser wär, S. 38. In seinem Kriegszielpogramm forderte Claß eine „völkische Flurbereinigung“ im Osten gegen „Fremdstämmige“ wie Juden. Er sprach sich für die zionistische Bewegung aus und forderte, dass die aus den von Russland anzutretenden Gebieten Juden „ihr eigenes Gebiet zugewiesen wird“ und „Palästina unter türkischer Oberhoheit dem nationalen Judenstaat zur Verfügung gestellt wird.“ Claß: Zum deutschen Kriegsziel, S. 51. Bereits zu Beginn des Krieges erklärte Claß, man müsse die Verbindung „ja sogar mit den Zionisten“ suchen, „die Ausblick auf mögliche günstige Ergebnisse biete“. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 20.8.1914, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 96, Bl. 11. Siehe auch Puschner: Antisemiten, Alldeutsche, Völkische und der Zionismus.

<sup>460</sup> Ferdinand Foch wurde am 6.8.1918 zum Marschall von Frankreich ernannt und starb am 20.3.1929.



auf den Boden geworfen, dass sie zertrümmert wurde. Weiter habe er vorge schlagen, einen Soldatenrat zu wählen und sich bereit erklärt, sofort mit einer Abordnung zum Lagerkommandanten zu gehen, damit die Übertragung der Befehlsgewalt an den Soldatenrat geregelt werde. Beim Auseinandergehen an diesem Abend wären alle glücklich gewesen, dass der Krieg aus sei. Am Morgen des 8. [November] wurde Appell angesagt; der Lagerkommandant gab die Wahl eines Soldatenrates frei, und nun wurde der Ingenieur-Israelit dessen Vorsitzender. Das Lager wurde aufgelöst; die ganze Truppe wurde in die Heimat entlassen. Ich habe selbst Militärpässe gesehen, in denen der Soldatenrat die Entlassung bescheinigte. Der Oberhesse schloss befriedigt seine Schilderung, indem er sagte: „Jetzt geht’s nach Hause – wir brauchen nie mehr zum Kommiss; jetzt kommt der ewige Friede.“

Meine Frage, ob er einen Begriff von dem habe, was nachkommen werde, lehnte er überlegen ab. Die andere, woher der Israelit die Nachrichten über Franzosen und Engländer wisse, beantwortete er mitleidig mit der Feststellung, dass der Redner gesagt habe, die Nachricht sei sicher und stamme von der „Zentrale“ (!).<sup>461</sup> Er ging zum Angriff gegen meine Unwissenheit über und fragte mich, ob ich auch davon noch nichts gehört hätte, dass der König von Bayern abgedankt<sup>462</sup>, und dass in München der Soldatenrat das Heft in der Hand habe (!); als ich erklärte, das noch nicht zu wissen, wurde dies zur Bekräftigung der Nachrichten des Israeliten verwendet. Auf die Fragen, woher die roten Kokarden gekommen seien, bekam ich zu hören, sie seien halt dagesen; der Redner und andere hätten sie verteilt.

Darüber waren wir nach Koblenz gekommen. Während es in Bonn verhältnismässig ruhig zugegangen war, wurde es jetzt wieder stürmisch; viele stiegen aus, noch mehr drängten in den Zug, so dass trotz der bevorstehenden Tunnel Unzählige auf den Trittbrettern und Dächern der Wagen unterzukommen suchten. Bei uns hatte es Platz gegeben, und wir erhielten Zuzug von Koblenzern. Nachdem sie sich zunächst mit den Kölnern erregt unterhalten hatten, ganz erfüllt von dem Gedanken, der Krieg sei aus, und man komme nach Hause, griff ich ins Gespräch ein und fragte den Koblenzer, der neben dem Oberhesse Platz bekommen hatte, wie die Sache bei Ihnen zugegangen sei. Und der Mann erzählte sachlich dasselbe für sein Bataillon in der von ihm genannten Kaserne zu Koblenz, was der Oberhesse für den Wahner Truppenübungsplatz

---

<sup>461</sup> Claß wiederholt hier die antisemitische Erzählung der radikalen völkischen Rechten, dass die Revolution vor allem von Juden initiiert und durchgeführt worden sei, sodass in einem Bündnis von „internationalistischen“ Kräften wie den Sozialdemokraten und den Liberalen die Heimatfront den kämpfenden Soldaten an der militärischen Front in den „Rücken gefallen“ sei. Siehe dazu u. a. Barth: Dolchstoßlegenden.

<sup>462</sup> König Ludwig III. floh nach der Gründung des Arbeiter- und Soldatenrates mit dem Vorsitzenden Kurt Eisner am 7.11.1918 aus München nach Schloss Wildenwart und ging am 8.11.1918 nach Salzburg. Am selben Tag wurde durch eine öffentliche Proklamation die Abdankung verkündet. Ludwig III. entband die Soldaten und Beamten am 12.11.1918 von ihrem Treueeid, ohne jedoch abzudanken. Die Revolutionsregierung erklärte jedoch am 13.11.1918 den Thronverzicht des Königs. März: Das Haus Wittelsbach im Ersten Weltkrieg.

berichtet hatte. Auch in Koblenz hatten die Kameraden am Vorabend zusammengesessen; vor ihnen trat ein Chemiker, ein Israelit, auf und hielt eine Rede desselben Inhalts wie dort und mit demselben Schluss. Alles spielte sich in gleicher Weise ab, einschliesslich der Verteilung der roten Kokarden. Auch in diesem Falle wurden meine ernstesten Vorstellungen mit dem Hinweis auf die Nachrichten der „Zentrale“ abgetan.

In Bingerbrück konnte ich eine Zeitung kaufen; sie bestätigte die Nachricht vom Umsturz in München. In Mainz verabschiedete ich mich von meinen Reisegefährten, indem ich ihnen sagte, sie würden sicher noch daran denken, was ich ihnen über das Unheil gesagt hätte, dass nun Deutschland bedrohe, und das jeden von uns treffen werde. Sie wollten's nicht glauben.

Gegen Mitternacht in Mainz angekommen, fand ich die Stadt in vollkommenster Ruhe, so dass ich zu hoffen wagte, man habe hier verstanden, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Um mir Sicherheit zu verschaffen, ging ich noch durch ein paar Strassen um zu sehen, wie es vor dem Gouvernementsgebäude stünde. Dort erblickte ich, was mir mit grausamer Deutlichkeit zeigte, wohin wir gekommen waren. Auf dem Gebäude wehte die rote Fahne des Umsturzes, und vor dem Haupteingang standen Doppelposten mit geklappten Mützen, tief hängenden Seitengewehren und umgehängten Gewehren, deren Laufmündungen nach unten gerichtet waren.

So war das Bild vervollständigt, das ich während der Eisenbahnfahrt von Köln nach Mainz erhalten hatte. Mit schweren Schritten ging ich nach Hause. Ich musste meiner Frau noch alles erzählen, was ich an jenem Unglückstag erlebt hatte, und dann sassen wir noch lange zusammen und fragten uns, was noch folgen werde.<sup>463</sup>

Der andere Tag gab uns die Antwort. Die vollkommene Willenlosigkeit aller seit Bismarcks Sturz an der Regierung im Reiche und in den Ländern Beteiligten hatten die Früchte gezeitigt, die wir Vertreter der Nationalen Opposition vorhergesagt hatten. Es war sogar im einzelnen so gekommen, wie Hugo Stinnes mir auf Grund der Berichte seines geschäftlichen Vertreters in München<sup>464</sup> vorausgesagt hatte.

<sup>463</sup> Claß teilte Konstantin von Gebattel am 9.11.1918 mit, er „habe gestern auf der Reise nach Essen in Köln und Koblenz das fürchterlichste [sic] erlebt, was einem Vaterlandsfreund an Eindrücken widerfahren kann, nach dem was ich von dem Verhalten unserer Soldaten gesehen habe, ist ein Widerstand gegen den äußeren Feind vollkommen ausgeschlossen.“ Brief in BA-Berlin, N 2089, Bd. 5, Bl. 345. Claß schrieb am 19.11.1918 an Alfred Hugenberg, dass „ich am 8.ten lebendig nach Hause gekommen bin – von Köln an war die Reise wieder stürmisch und hat die Eindrücke bestärkt, mit denen ich bei Ihnen eingetroffen war. Inzwischen geht das Geschick seinen zwangsläufigen Gang, und ich glaube nicht, daß auch nur einer von uns eine ganz klare Vorstellung davon hat, wo wir am Ende anlangen werden. Es ist fürchterlich.“ Brief in ebd., R 8048, Bd. 395, Bl. 219.

<sup>464</sup> Die hier erwähnte Person bleibt unklar. Hugo Stinnes verstärkte sein Interesse am Flugzeugbau seit November 1916. Seit März 1918 interessierte er sich zusammen mit Albert Vögler auch für die Hansa Werke in Brandenburg/Havel sowie den Bayerischen Motorenwerken BMW in München, die im Juli 1917 aus den Rapp-Flugmotorenwerken hervorgegangen sind. Im Juli 1918 verkündete Stinnes den Rückzug seiner Bemühungen bei 1918 BMW. Feldman: Hugo Stinnes, S. 436–445 und Pierer: Die Bayerischen Motoren Werke,

In der bay[er]ischen Hauptstadt hatte man den jüdischen Journalisten *Kosmanowski-Eisner*<sup>465</sup> am Abend des 7. November auf der Theresienwiese eine Volksversammlung abhalten lassen. Man erinnere sich der überlegenen Äußerungen des Kriegsministers *von Hellingsgrath* an seinen Vetter, meinen Freund *Konstantin von Gebattel!*<sup>466</sup> Die versammelten Massen zogen von da geschlossen zur Stadt zurück und von da zu dem bescheidenen Wohnsitz König Ludwigs des Dritten, dem Wittelsbacher Palais, da niemand daran dachte, Widerstand zu leisten. Die hohen Behörden, die nach Hellingsgraths Reden angeblich nur darauf warteten, dass sie erfolgreich zugreifen könnten, veranlassten den König zur Flucht. Damit war auf deutschem Boden der Anfang mit dem Sturze der Monarchie gemacht.

Die Vorgänge in Berlin und Spa sind zu bekannt, als dass sie hier geschildert zu werden brauchen.<sup>467</sup> Das Ergebnis war am 9. November, dass infolgeder in der Hauptsache wahrheitswidrigen Nachrichten aus Berlin Kaiser Wilhelm der Zweite Spa verließ und auf holländischen Boden übertrat. Es sei hier nur daran erinnert, welche Rolle bei diesem Vorgang der kaiserliche Admiral und Staatssekretär a. D. von Hintze gespielt hatte.<sup>468</sup>

---

S. 54–58. Stinnes hatte zudem engere geschäftliche Verbindungen zur Danubia Mineralöl-gesellschaft in Regensburg und zu Max Noack von der Mineralöl-Handels- und Beteiligungsgesellschaft sowie der Ruckdeschel und Noack GmbH in München. Zum Jahresende 1918 hatte Stinnes neben dem Stammhaus in Mülheim/Ruhr und den beiden Hauptzweigfilialen in Berlin (Abt. G) und in Hamburg (Abt. G) unter Leiter von Direktor Karl Deters noch Zweigfilialen bzw. Außenstellen in Harburg, Stettin, Duisburg, Wiesbaden, Stuttgart, Mannheim, Saarbrücken, Straßburg-Els, Zürich, Mailand, Genua, Triest, Messina, Brüssel, Paris, Kopenhagen, Hull, Newcastle-on-Tyne, Glasgow, London, Cardiff, Swansea und Konstantinopel. Siehe Briefkopf der Hugo Stinnes GmbH vom 7.12.1918, in ACDSA, NL Stinnes, I-220–246/1, o. Bl.

<sup>465</sup> Kurt oder Salomon Kosmanowski waren Namensvarianten für Kurt Eisner (1867–1919), 1898 Eintritt in die SPD, 1899–1905 Mitarbeit beim sozialdemokratischen Vorwärts bis zur Entlassung als Vertreter des revisionistischen Flügels, 1907–1916 als Journalist Chefredakteur, Mitarbeiter und Herausgeber, 1917 Mitbegründer der USPD, Januar 1918 Mitinitiator des Munitionsarbeiterstreiks in München, 7./8. November 1918 Proklamation des „Freistaates Bayern“, Ministerpräsident und Außenminister, 23.11.1918 Veröffentlichung der bayerischen Gesandtschaftsberichte für die politische Betonung der deutschen Kriegsschuld, 1919 Rücktritt von seinen Ämtern nach der Wahlniederlage der USPD in Bayern, 1919 Ermordung. Eisner wurde durch seine Proklamation des „Freistaates Bayern“ am 7./8.11.1918 und als Jude zum Ziel antisemitischer Angriffe des ADV und der gesamten nationalistischen Rechten. Er wurde 1919 aus dem Umfeld der antisemitischen Thule-Gesellschaft durch den Jurastudenten Anton Graf Arco auf Valley auf offener Straße erschossen. Der ADV verabschiedete 1922 eine Entschließung, die mit Blick auf den „Eisner-Prozess“ um Veröffentlichungen Eisners, welche die Kriegsschuld Deutschlands belegen sollten, erneut die „Schuld des Judentums am Zusammenbruch Deutschlands, am Umsturz und an der Niederlage“ propagierte. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 27./28.5.1922, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 134, Bl. 23–24.

<sup>466</sup> Siehe Kapitel 3.5.

<sup>467</sup> Siehe dazu u. a. Röhl: Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund, S. 1235–1245, Afflerbach: Einleitung, S. 54–62, Kohlrausch: Der Monarch im Skandal, S. 302–385, Winkler: Weimar, S. 13–68, Kluge: Soldatenräte und Revolution und Weipert: Die Zweite Revolution.

<sup>468</sup> Siehe Kapitel 3.11.

Die Verhandlungen wegen des Abschlusses eines Waffenstillstandes waren in die Hände des Abgeordneten *Erzberger* gelegt, der damit fast den Gipfel seiner volksverräterischen Tätigkeit erklommen hatte.<sup>469</sup> Aber wen brauchte es damals zu wundern, dass das Deutsche Reich an die Spitze der zur Verhandlung Beauftragten einen solchen Menschen stellte, dem der Waffenstillstand nichts anderes als die vollendete ruhmlose Unterwerfung bedeutete!

Die Ereignisse hatten sich in den letzten Tagen so überstürzt, dass man den Atem verlor, wenn man sie verfolgen wollte. Seit meiner Rückkehr von der Essener Reise war ich in einer solchen Gemütsverfassung, dass ich mich über nichts mehr wunderte. So hart es mich ankam, deutsche Menschen in ihrer Schande zu beobachten, so bewegte ich mich doch viel ausserhalb des Hauses, weil ich sehen wollte, wie man sich benehme. Ich hörte da unendlich vieles, was mich mit tiefer Scham erfüllte; dazu kam, dass die wildesten Gerüchte die Stadt erfüllten. So sollten meuternde Teile des Heeres durch die Eifel, den Hunsrück und die Nahe entlang sich heranwälzen und unterwegs Dörfer und Städte ausrauben und in Brand stecken.

Entsetzlich war es, die von der Etappe auf Lastwagen Zurückströmenden zu beobachten, die von dem Raube, an den sie an den eigenen Magazinen begangen hatten, grossmütig Geschenke an die hungernde und bettelnde Menge austeilten. Wie sie dabei verfahren, erlebte ich in einigen Fällen, in denen sie Mehl, Butter und Konserven wahllos verteilten. Ich sah in mehreren Stellen gutes Mehl handhoch auf der Strasse liegen.

Was eine zuchtlose Masse sich leisten kann, zeigte sich beim Kriegsbekleidungsamt in Kastel, Mainz gegenüber auf der anderen Seite des Rheins. Seine Lager wurden restlos ausgeplündert, und man beobachtete, wie die Menschen scharenweise über die Rheinbrücke hin- und herfluteten – die Zurückkehrenden mit Beute an Stiefeln und allen Arten von Kleidungsstücken reich beladen.<sup>470</sup>

<sup>469</sup> Matthias Erzberger wurde vom Reichskanzler Prinz Max von Baden am 3.10.1918 zum Staatssekretär ohne Geschäftsbereich und zum Leiter der Waffenstillstandskommission ernannt. In dieser Eigenschaft unterzeichnete er den Waffenstillstandsvertrag von Compiegne am 11.11.1918. Erzberger wurde am 13.2.1919 im Kabinett Philipp Scheidemann zum Chef der Waffenstillstandskommission und somit zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich berufen, der auch die Unterzeichnung des Versailler Vertrages (19.7.1919) unterstützte. Erzberger hoffte auf das Angebot milder Friedensbedingungen durch die Alliierten, versuchte aber nach der Übergabe des Entwurfs für einen Friedensvertrag der Alliierten am 7.5.1919 pragmatisch damit umzugehen und vor allem eine mögliche Besetzung Süddeutschlands zu verhindern. Württemberg, Baden und Hessen unterstützten daher Erzbergers Strategie der weiteren Verhandlung, während vor allem die nationalistische Rechte von „Erfüllungspolitik“ sprach. Erzberger stand hier auch im Gegensatz zu Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, der im Februar 1919 zum Außenminister ernannt wurde, und die eine gegenseitige „Antipathie“ auch im Hinblick auf die Verhandlungsführung verband. Epstein: Matthias Erzberger, S. 324–368 (Zitat S. 356) und Dowe: Matthias Erzberger, S. 97–100, 109–110 und 112–123 (Zitat S. 113).

<sup>470</sup> Am 8.11.1918 kamen 50 revolutionäre Matrosen aus Kiel in Mainz an, die Wachposten und Bahnhofsbeamte entwaffneten und denen sich Soldaten der Mainzer Garnison anschlossen, die am 9.11.1918 Militär- und Landesgefängnisse stürmten. Auch Heeresmagazine und der Pionier-Heerespark wurden von der Bevölkerung geplündert. Der Arbeiter- und Soldatenrat konnte jedoch zum 10.11.1918 die Ordnung weitgehend wiederherstellen.

Auch das Proviantamt<sup>471</sup> und die Reichs-Konservenfabrik<sup>472</sup> wurden völlig ausgeraubt.

Als die Nachricht von dem erwarteten Waffenstillstand herauskam, herrschte eine Art von Glückseligkeit. Wie dann aber bekannt wurde, wie dieser sogen. Waffenstillstand aussah, wurden auch die Verrücktesten kleinlaut. Dann folgte Maueranschlag auf Maueranschlag, worin Erzberger bekanntgab, unter welchen Bedingungen er abgeschlossen hatte und im besonderen die Bestimmungen mitteilte, die sich auf Elsass-Lothringen, das linke Rheinufer und die sogen. Brückenköpfe bezogen.<sup>473</sup>

Wenn ich in diesen Tagen vor einer solchen Bekanntmachung stehen blieb, bemerkte ich öfter, wie andere Leser sich anstießen oder sonstwie auf mich hinwiesen. Dies geschah in dem Sinne der erwähnten „Generaloffensive“ gegen den Alldeutschen Verband, wonach dieser und mit ihm ich am Kriege und somit auch jetzt am Zusammenbruch schuldig seien. Welch ein armes Volk, das sich in solcher Weise irreführen lässt!

Am 2. Tage nach dem Umsturz kam mein Schwager<sup>474</sup> zu mir, um mir zu sagen, er habe den Besuch eines wohlwollenden Gesinnungsgenossen gehabt, der mein Bestes wolle. Dieser habe ihm gesagt, er habe von ganz zuverlässiger Seite gehört, dass die Unabhängigen Sozialdemokraten von den neuen Machthabern verlangten, ich solle verhaftet und vor Gericht gestellt werden. Deshalb könne er mir nur empfehlen, sobald es dunkel werde, aus Mainz zu verschwinden. Er habe drei oder vier sichere Leute dafür gewonnen, die mich begleiten sollten, so weit es nötig sei.

Ich bat meinen Schwager, dem wohlmeinenden Mann meinen Dank auszusprechen, aber auch mitzuteilen, dass ich nicht daran dächte, etwas zu tun, was als Ausdruck irgendeines Schuldbewusstseins angesehen werden könne; ich würde also bleiben, da ich ein völlig reines Gewissen hätte und wüsste, dass ich nur meine vaterländische Pflicht erfüllt hätte. Wenn man mich vor irgendein Ausnahmegericht stellen wolle, so möge man das tun. Mein Schwager gab sich mit dieser Antwort nicht zufrieden, sondern suchte mich zu überzeugen, dass es richtig wäre, mich in Sicherheit zu bringen. Er schied traurig, als ich bei meinem Entschlusse blieb.

---

Am 10.11.1918 rief Bernhard Adelung in Mainz die Republik aus. Adelung: Sein und Werden, S. 175–177, Haren: Der Volksstaat Hessen, S. 110–114, Teske: „Kampf um den Rhein“ und Hebeisen: Die Revolution, die nicht stattfand.

<sup>471</sup> Das Proviantamt Mainz befand sich in der Neuen Universitätsstraße 1 und 3.

<sup>472</sup> Die Armee-Konservenfabrik für die Proviantversorgung des deutschen Heeres (Mombacherstraße 47) wurde 1873 errichtet.

<sup>473</sup> Gemeint ist der Waffenstillstand vom 11.11.1918, in dem u. a. der deutsche Rückzug aus Elsass-Lothringen und die linksrheinische Besetzung sowie die Besetzung der rechtsrheinischen Brückenköpfe Köln, Koblenz und Mainz durch französische Truppen festgelegt wurde, und den Matthias Erzberger als erster der deutschen Delegation in Compiègne unterzeichnet hatte. Amtliche Kriegs-Depeschen, Bd. 8, 1.6.1918–12.11.1918, Berlin 1918, S. 2978–2982.

<sup>474</sup> Gemeint ist Robert Roesener aus Mainz.

Im Jahre 1923 erzählte mir dann der von den Franzosen ausgewiesene frühere Vorsitzende der deutschfreisinnigen Partei<sup>475</sup>, dass ihm der durch den Umsturz vorübergehend zum Herrn von Mainz gewordene sozialdemokratische Führer *Adelung*<sup>476</sup> in jener Zeit gesagt habe, der radikale Flügel der Sozialdemokraten habe damals meine Verfolgung verlangt, und in der Partei sei dafür viel Stimmung gewesen. Er, Adelung, habe sich dem auf das entschiedenste widersetzt und erklärt, *man dürfe einem Manne, der offen und ehrlich seine Überzeugung vertreten habe, kein Haar krümmen*.

Als ich dies hörte, habe ich mich über Adelungs Verhalten nicht gewundert, weil ich ihn immer für einen Idealisten in seiner Partei gehalten habe. Durch den Umsturz wurde er bald Bürgermeister von Mainz und später Staatspräsident des Volksstaates Hessen. Es ist mir zuverlässig von Gesinnungsgenossen berichtet worden, dass er sich auch während der Zeit der französischen Besetzung wacker gehalten hat.

Am Nachmittag desselben Tages (11. November) wurde bekannt, dass der Waffenstillstand abgeschlossen sei.<sup>477</sup> Seine nächste Wirkung war für Mainz, dass die zahlreichen Kriegsgefangenen von so ziemlich allen Völkern, die gegen uns gestanden hatten, freigelassen wurden.<sup>478</sup> Als ich die Stadt durchschweifte, sah ich diese Fremdlinge in ihren Uniformen haufenweise durch die Strassen gehen. Sie waren von ihren Heimatländern aus mit Nahrungsmitteln so wohl versehen, dass sie sich den Spass machten, den armen verhungerten Kindern, die sie umdrängten, Schokolade und Weissbrot zu schenken. Mir krampfte sich das Herz zusammen, als ich dies Treiben beobachtete. Die wichtigste Nachricht für meine Vaterstadt war, dass sie am 8. Dezember 1918<sup>479</sup> vormittags 10 Uhr an die Franzosen übergeben werden [musste], und dass in Mainz das Oberkommando für die „Besetzten Gebiete“ einschliesslich der Brückenköpfe seinen Standort haben sollte.<sup>480</sup>

Für mich galt es nun zu überlegen, ob ich in der Heimat bleiben oder sie verlassen sollte. Letzten Endes lief diese Frage darauf hinaus, ob ich meiner Tätigkeit im Alldeutschen Verband entsagen oder meinen mir lieb gewordenen Beruf aufgeben sollte, da ich auf fremdem Boden als Anwalt nicht von vorn anfangen konnte. Diese Fragen wurden mit Sorge erörtert; sie waren noch belastet mit der Erwägung, was aus meiner Frau werden sollte, wenn ich weg-

<sup>475</sup> Die genannte Person bleibt unklar. Gemeint ist unter Umständen Adolf Korell.

<sup>476</sup> Gemeint ist Bernhard Adelung.

<sup>477</sup> Am 11.11.1918 in Compiègne nördlich von Paris der Waffenstillstand zwischen dem Deutschen Reich, Frankreich und Großbritannien geschlossen.

<sup>478</sup> In Mainz gab es im Oktober 1914 bereits 10.000 russische Kriegsgefangene. Mainzer Anzeiger 28.10.1914. Siehe auch Mainz und der Erste Weltkrieg, in Mainzer Geschichtsblätter 2008. Auch in Finthen wurden bis 1918 russische Kriegsgefangene zur Feldarbeit eingesetzt. Der Waffenstillstandsvertrag vom 11.11.1918 sah auch die sofortige Rückführung aller Kriegsgefangenen ohne Recht auf Gegenseitigkeit vor.

<sup>479</sup> Mainz wurde am 8.12.1918 von französischen Truppen besetzt.

<sup>480</sup> Mainz wurde unter General Charles Mangin zum Standort des Oberkommandos der 10. Französischen Armee mit zeitweilig 20.000 Soldaten und Zivilangestellten. Teske: „Kampf um den Rhein“.

ginge. Jedenfalls war es ausgeschlossen, dass sie im Winter von Mainz weggebracht werden konnte. Ob dies in wärmerer Jahreszeit möglich sein würde, liess sich bei ihrem Gesundheitszustand noch nicht absehen.

Hinzu kam noch, dass wir unsere Kinder nach Würzburg gegeben hatten, von wo eine Rückkehr bei der Unordnung im Verkehrswesen jetzt unmöglich war. Ich hatte in jener Zeit gramvolle Tage zu erleben, und man kann sich vorstellen, dass mein Gemüt, durch den Zusammenbruch des Vaterlandes und die überall zutage tretende Zuchtlosigkeit ohnehin schwer belastet, bis zur Unerträglichkeit bedrückt war.

Erzberger stellte in seinen Bekanntmachungen in Aussicht, dass die Franzosen niemanden in seinen bürgerlichen Rechten und in der Bewegungsfreiheit beeinträchtigen würden. Er hatte sogar ausdrücklich dazu aufgefordert, dass niemand seinen Aufenthaltsort verlassen solle. Aber was war auf ein Versprechen Erzbergers, was auf diejenigen der Franzosen zu geben!<sup>481</sup>

Inzwischen traten insofern äusserlich ruhigere Tage ein, als die Gerüchte von den zurückflutenden, meuternden deutschen Truppenmassen widerlegt waren, und als man nun darauf wartete, bis die Heeresteile, die ihren Rückmarsch über Mainz auszuführen hatten, bei uns durchkämen.

Es wurde bekannt, dass der Besitz von Heeresgut bei den Franzosen mindestens Verdacht erwecke, und so gab es eine Art von Panik bei denen, die sich bei der Plünderung des Heeresbekleidungsamt[els] beteiligt hatten. Wie früher Scharen von Menschen – und zwar Frauen und Männer – über die Strassenbrücke von Kastel nach Mainz mit Beute beladen gegangen waren, so geschah es jetzt umgekehrt aus Angst vor Bestrafung durch den Feind, nur dass sie das Gestohlene nicht zurückbrachten, sondern in den Rhein warfen. Man kann sich vorstellen, welche Werte auf diese Weise vernichtet wurden.<sup>482</sup>

Im grossen und ganzen hielten die zur Herrschaft gelangten Sozialdemokraten si[c]h von Gewalttaten gegen Andersdenkende fern, obwohl es in den ersten Tagen vorgekommen war, dass Offiziere in Uniform überfallen, beschimpft und misshandelt wurden. So viel scheinen die sozialdemokratischen Parteiführer sich klargemacht zu haben, dass an ihre Alleinherrschaft nicht zu denken war, und sie liessen sich die Zusammenarbeit mit ihren alten Mehrheitsgenossen von den anderen Parteien gefallen. Es kann nicht bezweifelt werden, dass dadurch ihre Mässigung veranlasst war, abgesehen von den Bemühungen ihres Vorsitzenden Adelung.<sup>483</sup>

---

<sup>481</sup> Zur Sicht auf die Waffenstillstandsverhandlungen, die u.a. auch die Behandlung von Kriegsverbrechen und die Bewegungsfreiheit in den zu besetzenden Gebieten behandelten, siehe die Erinnerungen von Erzberger: *Erlebnisse im Weltkrieg*, S. 326–383. Eine der „Milderungen“, die Erzberger gegenüber den Alliierten nach Aufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen am 8.11.1918 durchgesetzt habe, sei der Grundsatz gewesen: „Niemand wird wegen der Teilnahme an Kriegsmaßnahmen, die der Unterzeichnung des Waffenstillstandes vorausgegangen sind, verfolgt werden.“ Ebd., S. 337.

<sup>482</sup> Bis zum Eintreffen der französischen Militärkommission in Mainz am 8.12.1918 gab es im Kriegsbekleidungsamt in Mainz-Kastel noch größere Lagerbestände von Schuhleder und ganzen Häuten, die nun vor den französischen Truppen in Sicherheit gebracht werden sollten. Haren: *Der Volksstaat Hessen*, S. 130.

Es nahte die Zeit, in der die über Mainz geleiteten Heeresteile durchkommen sollten. Es waren in der Hauptsache Truppen der Armee des Generals *von der Marwitz*.<sup>484</sup> Tagelang konnte man nun diesen Truppeneinsatz beobachten. Ich war viel auf der Strassenbrücke über den Rhein, über die die Züge von Westen her fast ununterbrochen marschierten.<sup>485</sup>

Hierbei erlebte ich, was mich am tiefsten traf. Wieviel hatte man von dem jammervollen Zustand gehört, in dem Mann und Ross sich befanden, von der Abgerissenheit der Uniformen und der aufgelösten Dienstzucht. Und nun kam diese Armee in tadelloser Ordnung durch Mainz. Gewiss waren Truppenteile darunter, die nicht glänzend aussahen, aber ich erinnere mich andererseits besonders eines Feldartillerie-Regiments, dessen Mannschaften bekleidet waren fast als ob sie zur Kaiserparade ausrückten. Auch die Pferde waren in bestem Zustand und hatten fast neues Lederzeug.

Alles in allem: das war kein geschlagenes Heer! Und mit welcher zur Schau getragenen Ablehnung aller sozialdemokratischen Anbiederungsversuche zogen die Leute daher! Die Partei hatte auf beiden Seiten der Durchmarschstrassen Leute aufgestellt, die den Truppen Handzettel oder grössere Auslassungen über den neuen Zustand zustecken sollten. Sie wurden überall abgewiesen und das Abzeichen des Umsturzes, die rote Rosette<sup>486</sup>, war nirgends zu sehen. Ich schäme mich nicht zu gestehen, dass der Anblick dieser angeblich geschlagenen deutschen Truppe mich aufs tiefste ergriff, ja erschütterte. An einem Tage war ich so bewegt, dass ich mich auf der Rheinbrücke umwenden musste, um zu verbergen, dass ich weinte.

Etwa zwei Jahre nachher lernte ich in Berlin den General *von der Marwitz* kennen, der sich nach einer langen Aussprache unserem Kreise anschloss. Ich kam dabei auf den Zustand seiner Truppen bei dem Rückmarsch zu sprechen, und er bestätigte mir, was ich beobachtet hatte. Er erzählte auch, dass er vor dem Gouvernementsgebäude in Mainz wiederholt ihren Vorbeimarsch abgenommen und dabei den trefflichsten Eindruck gehabt habe.

Trotzdem es an immer neuen Aufregungen und Schreckensnachrichten nicht fehlte, flossen die Tage doch träge dahin. Endlich stand der 8. Dezember bevor, an dem die Franzosen einrücken sollten. Ich war in vollem Einverständnis mit meiner Frau und meiner Schwester<sup>487</sup> zu dem Entschlusse gekommen,

<sup>483</sup> Dem Ausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates, der am 10.11.1918 unter Vorsitz von Bernhard Adelung und Leutnant Wirth eingerichtet worden war, gehörten Vertreter der Soldaten, der SPD und der Gewerkschaften an. Teske: „Kampf um den Rhein“.

<sup>484</sup> Georg von der Marwitz (1856–1929), 1911 Kommandeur der 3. Division und 1912 Generalinspekteur der Kavallerie, 1914 Oberbefehlshaber des XXXVIII. Reserve-Korps, 1915 Kommandierender General des VI. Armee-Korps, 1916 Generaladjutant von Wilhelm II., 1916–1918 Kommandeur der 2. Armee, 1918 zu Kriegsende Kommandeur der 5. Armee bei Verdun, 1918 Ruhestand, ab ca. 1920 Mitglied des ADV.

<sup>485</sup> Die Rückführung von Truppen über Mainz war mit dem 4.12.1918 weitgehend abgeschlossen. Teske: „Kampf um den Rhein“.

<sup>486</sup> Neben roten Kokarden, Bändern oder Schleifen ein Zeichen der Revolutionäre im November 1918.

<sup>487</sup> Gemeint ist vermutlich Friederike Wilhelmine Anna Charlotte („Frieda“) Claf.



zunächst zu unseren Kindern nach Würzburg zu fahren, um von dort aus zu beobachten, wie die Franzosen sich als Herren unserer Heimat benehmen würden.<sup>488</sup> Ging das in Erfüllung, was Erzberger in seinen Bekanntmachungen versprochen hatte, so konnte ich unter Umständen in die Vaterstadt zurückkehren.

Mein Entschluss war also noch kein endgültiger. Gleichwohl war seine Ausführung für mich furchtbar schwer. Meine arme Frau, wenn auch nur vorübergehend, so doch auf unbestimmte Zeit zu verlassen, bedrückte mich schwer. Zum anderen war es mir ein unerträglicher Gedanke, meine tapfere Schwester mit aller Verantwortung zu belasten.

Nur um zu zeigen, wie es damals in unserem Volke aussah, sei erzählt, dass diese sich am letzten Tage vor dem französischen Einmarsch [nach] Finthen begab, da wir von der Bürgermeisterei benachrichtigt waren, unser Haus werde entweder als Quartier für einen Obersten oder zu sonstigen Zwecken in Anspruch genommen. Sie fuhr hinaus, um von der Einrichtung die persönlichsten Gegenstände in Sicherheit zu bringen.

Als ihre Anwesenheit bemerkt wurde, gab es vor unserem Besitz eine Ansammlung von Weibern und halbwüchsigen Kindern aus der nächsten Umgebung. Meine Schwester bekam, als sie sich beim Weggehen zeigen musste, zu spüren, wie weit die jüdische Verhetzung gediehen war. Dieselben Frauen, denen sie ihr schweres Dasein durch Hilfeleistungen aller Art erleichtert hatte, und die sie vor kurzem noch als Wohltäterin gerühmt hatten, empfingen sie mit dem johlenden Geschrei, es sei recht, dass die Franzosen unseren Besitz wegnähmen, wir wären am Kriege und an dem ganzen Unglück schuld. Dies Haus würde niemals mehr von uns benutzt werden können, eher würde es in Brand gesteckt und würden wir totgeschlagen. Als meine Schwester, ohne ein Wort zu erwidern, durch die Schar der Weiber und Kinder hindurchschritt, flogen ihr Steine nach, und sie verliess das Erbe unserer Grosseltern<sup>489</sup> unter den Flüchen der wildgewordenen Weiber, unter denen keines war, das nicht Wohltaten von ihr empfangen hatte.

Unser Haus hatte das Schicksal, als Heim für die Unteroffiziere der in Finthen liegenden französischen Truppe zu dienen. Meine Schwester sah es erst wieder, als es nach deren Abgang freigegeben wurde. Statt der Franzosen bekamen wir nun die Gemeinde Finthen zum Herrn, die es widerrechtlich beschlagnahmte, um Wohnungslose darin unterzubringen. Der Gemeinderat war in seiner grossen Mehrheit sozialdemokratisch-kommunistisch, und man kann sich denken, wie gering dort die Neigung zur Achtung vor fremdem Eigentum

---

<sup>488</sup> Noch am 20.11.1918 erbat Claß Briefe, die an ihn gerichtet seien, nicht mehr nach Berlin an die Geschäftsstelle, sondern an ihn persönlich nach Mainz zu schicken, da „bei den jetzigen schwierigen Verkehrsverhältnissen unnötiges Hin- und Hersenden von Briefen und dadurch veranlaßte Verzögerung in der sachlichen Erledigung zu vermeiden“ seien. *Alldeutsche Blätter* 23.11.1918.

<sup>489</sup> Claß erbt die ursprünglich 1876 als Gartenhaus von seinem Großvater, Bezirksgerichtsrat Heinrich Fischer (1811–1887), erworbene und an seinen Vater, August Claß, weitervererbte Immobilie in Finthen und baute sie später um 1905 zur Villa Claß aus.

war. Der Bürgermeister forderte uns zur Räumung auf, und so musste meine Schwester – es war zum letzten Mal – nach dem uns so lieb gewordenen Heim hinaus. Diesmal war ihr der Gemeindediener zum Schutze beigegeben, so dass sie das Haus ungestört räumen konnte. Aber wie hatten die französischen Unteroffiziere es zugerichtet! Wenn meine Schwester, als wir uns wieder trafen, davon erzählte, überkam sie Schauer und Ekel. Ich kann auch nicht einmal andeutungsweise berichten, was sie gesehen hatte. Es war alles in allem ein Beweis, dass die Franzosen schlimmer als die wilden Tiere gehaust hatten und beim Verlassen offenbar mit Bosheit vernichtet hatten, was ihnen erreichbar war.

Trotz aller Versicherungen, die Erzberger als Führer der deutschen Abordnung für den Waffenstillstand in seinen Bekanntmachungen ausgesprochen hatte, traute ich dem Frieden nicht und war darauf bedacht, aus meinen politischen Akten alles zu beseitigen, was, in die Hände des Feindes gelangt, diesem zu Verfolgungen meiner zurückgebliebenen Frau und [meiner] Schwester hätte Anlass geben können. Ich suchte selbst aus, was in diesem Sinne bedenklich war, aber auch, was ich vor etwaiger Vernichtung gerettet haben wollte, und trug meine Schriftstücke in der Dunkelheit zu verschiedenen Gesinnungsgenossen, die sie mir freundlich aufbewahrten.

Meine Vorsicht und mein Misstrauen gegen die durch Erzberger bekannt gegebene Güte der Franzosen hatten guten Grund. Meine Neffe *Lucius*<sup>490</sup>, dem ich nach seiner Rückkehr aus dem Kriege, den er vom ersten bis zum letzten Tage an der Front mitgemacht hatte, meine Anwaltschaft übergeben hatte<sup>491</sup>, berichtete mir nach Jahren bei unserer ersten Begegnung in München, dass noch am Tage der Ankunft der Franzosen und gewissermassen als eine der ersten Handlungen ihrer Militär-Polizei, von französischen Geheimpolizisten und Soldaten unter Führung eines Offiziers in meinem Hause nach mir geforscht und nach der wahrheitsgemässen Erklärung, dass ich nicht mehr in Mainz sei, Haussuchung gehalten wurde, bei der man aber nichts fand.

<sup>490</sup> Eduard Lucius (1881–1944), 1901–1907 Studium der Rechtswissenschaft in Gießen, Berlin und München, 1905 erste und 1910 zweite Staatsprüfung, 1910 Eintritt in den ADV, 1911 Heirat mit Luise Roesener, seit 1910 als Rechtsanwalt beim Landesgericht Mainz zugelassen und seit 1912 Gemeinschaftskanzlei mit Claß in der Stadthausstraße 11 in Mainz bis zu dessen Niederlegung der Gerichtszulassung 1920 in der Stadthausstraße 11 in Mainz, Geschäftsführer der Geschäftsstelle des ADV in Mainz bis zur Verpflichtung von Leopold von Vietinghoff-Scheel 1913, 1914–1918 Kriegsdienst, Schussverletzung rechte Schulter, Leutnant d. L., Dezember 1916 Übergabe der Ämter des Schatzmeisters und des Vertrauensmannes des Wehrschatzes des ADV an Georg Fritz, nach 1918 juristische Vertretung der Familie Claß in Verwaltungsangelegenheiten der „Villa Claß“ in Finthen, 1920–1933 Mitglied der DNVP, 1931 Landesverbandsvorsitzender der hessischen DNVP, ab 1933 Mitglied des Vorstandes und Stellvertreter des Präsidenten der Rechtsanwaltskammer, insgesamt bis 1944 Mitglied der Rechtsanwaltskammer Darmstadt, 1933 NSRB, 1934 NSV, ab 1934 Notar, Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen 1942. Siehe auch BA-Berlin, R 3001, Bd. 67134.

<sup>491</sup> Claß war ab 1894 als Rechtsanwalt in Mainz tätig. Am 22.2.1920 gab er seine Zulassung beim Landgericht der Provinz Rheinhessen und beim Oberlandesgericht Darmstadt endgültig auf.

Hier sei schon, nur um zu zeigen, wie gute Verbindung die französischen Stellen in Mainz gehabt haben müssen, erwähnt, dass eine zweite Haus-suchung am Weihnachtsabend 1918 stattfand. Meine Schwester, die mit meiner kranken Frau<sup>492</sup> allein in dem grossen Hause zurückgeblieben war, hatte den Eindruck, dass irgendein politischer Gegner aus der Nachbarschaft die Feinde davon unterrichtet hatte, wie eng unser Familienleben war, und mit welcher altüberkommenen Gewohnheit unsere Feste gefeiert wurden. Am 24. Dezember nachmittags Punkt 5 Uhr auf den Glockenschlag pflegte seit Menschengedenken das Christkind bei uns zu erscheinen, und dann strömten die Geladenen in das Zimmer, in dem der Christbaum strahlte und die Geschenke aufgebaut waren.

Trotz ihrer Verlassenheit wollten auch in diesem traurigen Jahre unsere Zurückgebliebenen die Bescherung feiern. Meine Schwester hatte ein Bäumchen beschafft, das in dem Krankenzimmer meiner Frau stand. Sie war eben – ganz kurz vor 5 Uhr – damit beschäftigt, die Kerzen anzuzünden, als es am Hoftor schellte. Sie ging ans Fenster und sah von da beim Laternenschein eine Anzahl Menschen vor dem Hause stehen. Ein deutscher Kriminalbeamter rief herauf, man möge aufmachen, die französische Kriminalpolizei habe unter Leitung eines Offiziers Haussuchung vorzunehmen. Es wurde geöffnet, und meine Schwester begab sich in die Räume zu ebener Erde. Dort teilte ihr der französische Offizier mit, man habe sichere Nachricht erhalten, dass ich am Weihnachtsabend bei meiner Familie sei. Er habe den Auftrag, mich festzunehmen. Als meine Schwester erklärte, ich sei nach wie vor bei meinen Kindern in Würzburg, lächelte der Franzose ungläubig und sagte: „Nun, wir werden ihren Herrn Bruder schon finden.“

Nun begann zur Feier des Weihnachtsfestes die peinlichste Durchsuchung aller Räume unseres Hauses vom Keller bis zum Dach. Die Enttäuschung war sehr gross, als ich nicht gefunden wurde, weil ich eben nicht da war. Um nicht ganz ohne Beute abziehen, wurde ein kleiner Aktenschrank mit Rollverschluss, der links neben meinem Schreibtisch stand, aber ganz leer war, und dessen Schlüssel ich mit mir genommen hatte, beschlagnahmt.

Es ist für das Verfahren der Franzosen kennzeichnend, dass dieses Beutestück von ihnen, versiegelt und mit strengen Verboten beklebt, aufs Stadthaus gebracht wurde, wo es feierlich neben dem Schreibtisch des Oberbürgermeisters<sup>493</sup> aufgestellt wurde. Dieser bekam die strengste Weisung, den Schrank von niemand öffnen zu lassen und niemandem auszuliefern, der nicht einen

---

<sup>492</sup> Mathilde Claß litt seit der Geburt des Sohnes Wilhelm 1901 unter Eklampsie und war weitgehend bettlägerig. Gertrud Hugenberg notierte im November 1918: „Von Claß hörten wir nichts, Mainz ist ja Brückenkopf, er tut mir zu leid, kann seine gelähmte Frau nicht mal fortbringen!“ Gertrud Hugenberg an Sophie Adickes, 25.11.1918, in Privatarchiv Alexander Hugenberg/Lahr, Teilnachlass Alfred und Gertrud Hugenberg/Briefe. Ich danke Michael Schellhorn für den Hinweis.

<sup>493</sup> Gemeint ist das Stadthaus Mainz und somit Karl Göttelmann (1858–1928), Verwaltungsjurist im Großherzogtum Hessen, 1905–1919 Oberbürgermeister von Mainz bis erzwungenen Rücktritt durch die französischen Besatzungsmächte (Ausweisung am 26.4.1919), 1911 lebenslanges Mitglied der 1. Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen,

schriftlichen Ausweis des französischen Oberkommandos vorzeige. So stand der leere Schrank jahrelang bei dem Oberbürgermeister, ohne dass sich irgendjemand darum bekümmerte. Als die Franzosen Mainz verlassen hatten<sup>494</sup>, bekam ich ihn nach Berlin geschickt, noch mit den französischen Siegeln und Klebezetteln versehen.

Mir zeigten diese beiden Vorkommnisse, wie richtig es gewesen war, mich nicht der französischen Willkür auszusetzen. Was man mit mir gemacht hätte, wenn man meiner habhaft geworden wäre, steht dahin. Aber warum sich Verfolgungen durch einen Feind aussetzen, der ganz nach Willkür und Rachsucht verfuhr!

Noch vor meinem Weggang von Mainz<sup>495</sup> erliess ich am 15. November 1918 im Namen der Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes eine Erklärung, in der ich sagte, dass wir, obwohl durch die Ereignisse der letzten Wochen am Grabe deutscher Hoffnungen stehend, unsere Hochziele und Bestrebungen nicht preisgäben, und unsere Gefolgschaft aufforderten, den Dienst an unserem Volke als oberstes Gesetz zu betrachten und weiterhin auszuüben.<sup>496</sup>

Ich hielt auch noch einmal eine Vorstandssitzung der Mainzer Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes ab und erlebte hier, dass auch Gutgesinnte und auch als tapfer erwiesene Männer de[n] Zeitumständen erlagen. Meine Absicht war es, die Herren zu veranlassen, dass sie auch nach dem sicher in der Zeit der französischen Bes[e]tzung zu erwartenden Verbot unseres Verbandes zusammenhalten und in gelegentlichen Zusammenkünften unsere Mitglieder dazu bringen sollten, sich dem Zeitgeist demokratisch-marxistischer-ultramontaner Färbung entgegenzustellen und die Hoffnung auf Wiederherstellung unseres Vaterlandes aufrecht zu erhalten.

Einer meiner ältesten Freunde seit der Schulzeit, der auch von den Anfängen der alldeutschen Bewegung in Rheinhessen an treu mitgearbeitet hatte, erklärte sofort seinen Austritt, weil er meinen Worten zu entnehmen glaubte, dass wir gegen die durch den Umsturz in den Besitz der Staatsgewalt gebrachten Leute Opposition machen wollten.<sup>497</sup>

Ein anderer, ein grosser Kaufmann<sup>498</sup>, meinte, selbst wenn man die Franzosen den Alldeutschen Verband arbeiten liesse, werde niemand Zeit haben, sich darum zu kümmern, denn nun sei es doch die erste Pflicht, die wirtschaftlichen Schäden zu heilen, die durch den Krieg veranlasst seien. Wenn er nur daran denke, was er zu leisten habe, um seine alten Beziehungen zu England wiederherzustellen, so sei ihm klar, dass keiner eine freie Sekunde haben

---

Mitglied des Landtags. Göttelmann trat am 12.2.1919 als Oberbürgermeister zurück und wurde von Karl Külb (bis 1931) ersetzt.

<sup>494</sup> Die französischen Besatzungstruppen verließen Mainz am 30.6.1930.

<sup>495</sup> Claß schrieb an Alfred Hugenberg am 19.11.1918 er werde sich in den nächsten Tage wegen „dringender Geschäfte“ nach Berlin über Bayern „durchschlagen“. In BA-Berlin, R 8048, Bd. 395, Bl. 219.

<sup>496</sup> Claß: An unsere Mitglieder!, in Alldeutsche Blätter 23.11.1918.

<sup>497</sup> Die genannte Person bleibt unklar.

<sup>498</sup> Die genannte Person bleibt unklar.

werde. Als ich ihm zu bedenken gab, dass England zum guten Teil den Krieg herbeigeführt habe, um den deutschen Wettbewerb zu beseitigen oder nach aller Möglichkeit zu schädigen, schüttelte er ungläubig den Kopf und meinte, die Engländer wollten doch auch wieder Geld verdienen.

Dieser Abend war eine bittere Enttäuschung für mich, soweit man nach allem Erlebten noch enttäuscht werden konnte. Umso grösser war meine Genugtuung in den paar Stunden darüber, dass mein Schwager *Robert Roesener*<sup>499</sup> der einzige war, der sich aufrecht und tapfer hielt, und der sagte, auch wenn der Alldeutsche Verband unterdrückt werde, müsse man im Sinne der bisher vertretenen Politik weiter tätig sein.<sup>500</sup>

So langsam die Tage in dieser entsetzlichen Zeit vergingen, so sah ich die Stunde doch immer näher rücken, in der ich meine Heimat, mein Vaterhaus und meine Frau und Schwester, sowie alle anderen Lieben verlassen musste. Je näher sie kam, umso weher wurde mir ums Herz, und mein einziger Trost war es, meine Kinder in Würzburg wiederzusehen. Ich war soviel wie möglich mit meiner Frau allein zusammen, und wir besprachen alles, was sie in jedem möglichen Falle zu tun habe. Als Helfer standen ihr meine beiden Schwestern<sup>501</sup>, mein Schwager und mein Neffe Lucius zur Seite; ich konnte mich bei der Liebe, mit der sie an ihr hingen, darauf verlassen, dass sie alles aufbieten würden, um ihr die Zeit der Trennung zu erleichtern.

So kam der 8. Dezember heran. Der Abschied war schwer; wir machten ihn kurz. Mit ganz geringem Gepäck fuhr ich nach Wiesbaden, weil beide Mainzer Bahnhöfe wegen der unmittelbar bevorstehenden Ankunft der [F]ranzosen gesperrt waren. In Wiesbaden wimmelte es auf dem Bahnhof von freigebliebenen Kriegsgefangenen aller Farben, die übermütig die Lage beherrschten.

Die Fahrt von Wiesbaden nach Frankfurt war noch erträglich, obwohl die Abteile überfüllt waren. Doch waren es nur Deutsche, durchweg Soldaten. Aus keinem Munde hörte ich ein ernstes Wort. Es war eine Art von übermütiger Stimmung, ähnlich wie bei der rheinischen Fastnacht. Ich redete kein Wort und liess, solange es ging, meine Augen auf dem Rhein haften.

In Frankfurt herrschte in dem Riesenbahnhof ein ungeheures Gewimmel, in dem die Bahnbeamten nichts zu sagen hatten, sondern mit roten Armbinden versehene Soldaten in unglaublicher Kleidung sich wichtig machten. Bahnsteigsperrung gab es nicht. Dagegen kamen vor Abgang des Zuges wüst aus-

---

<sup>499</sup> Robert Roesener (1854–1939) war Kaufmann aus Mainz und mit Claß' älterer Schwester Paula Henriette Caroline Roesener (1866–1932) verheiratet. Aus der Ehe stammen Anna Roesener, die den Berliner Anwalt Robert Scheuer heiratete, sowie August Roesener, der Helene Constanze Walberg Boy ehelichte.

<sup>500</sup> Bis zum Abzug der alliierten Truppen 1930 blieben die Ortsgruppen des ADV in den besetzten Gebieten meistens formal bestehen, wurden jedoch in den Listen der Verbandsführung oftmals als „verfallen“ geführt, hatten keine Ortsgruppenvorstände, verloren Mitglieder und blieben politisch im Hintergrund.

<sup>501</sup> Gemeint sind Paula Henriette Caroline Roesener (1866–1932), älteste Schwester von Claß, verheiratet mit Robert Roesener, und Friederike Wilhelmine Anna Charlotte („Frieda“) Claß (1869–1937).

sehende Kerle in die Abteile, weniger um irgendetwas Vernünftiges zu tun, als um ihre Daseinsberechtigung zu erweisen. Endlich ging die Fahrt los, und ich erreichte trotz der vielen und langen Aufenthalte mein Reiseziel Würzburg. Meine Kinder suchte ich sofort im Krankenhaus auf. Die Freude des Wiedersehens war gross, zumal da sie sich doch einigermassen erholt hatten.

So hatte ich meine Heimat verloren. Es dämmerte, dass Erzberger sich in den Absichten der Franzosen geirrt oder seine Landsleute absichtlich getäuscht hatte, als er aussprach, während der französischen Besetzung werde die Freiheit der Bewegung der deutschen Bürger nur insoweit beeinträchtigt, als es der Zweck der Besetzung erfordere. Nach wenigen Tagen wurde mir ganz klar, dass ich, solange der Feind im Lande sei, die Heimat nicht wiedersehen würde und einem ungewissen Schicksal entgegenginge.

## Vierter Abschnitt

# In der Weimarer Republik 1918–1919<sup>1</sup>

## 4.1. Würzburg

In Würzburg nahm ich auf die Empfehlung meines Freundes *Gebstattel* ein Zimmer in dem alten bescheidenen „Rügner“<sup>2</sup> hinter der Schranne[n]halle und konnte dort auch meine Kinder unterbringen, als sie aus dem Krankenhaus entlassen waren. Das Haus war voll besetzt, und zwar fast durchweg von Leuten, die in ähnlicher Lage waren wie wir, oder von Offizieren, die sich dienstlich in Würzburg aufhielten.<sup>3</sup> Wir drei, glücklich, vereint zu sein, hatten insofern in der fränkischen Hauptstadt gute Tage, da die Ernährung im Vergleich zu der in Mainz reichlich war und unser Wirt alles tat, um den noch schonungsbedürftigen Kindern etwas Besonderes anzubieten, wenn es an ihn gelangte. Dazu kam, dass wir Gesellschaft hatten, so dass wir uns nicht allein überlassen blieben, und dass mein Sohn von dem lebenswürdigen Leiter des Alten Gymnasiums als Gastschüler in der Unterprima aufgenommen wurde.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Das Inhaltsverzeichnis zu Heft 4 fehlt in der Textfassung in BA-Berlin, N 2368 und ist in der Textfassung in FZH 11/C2 vorhanden. Der Text von Heft 4 wurde in der Textfassung in FZH 11/C2 im Vergleich mit der Fassung in BA-B N 2368 mit einer anderen Schreibmaschine verfasst und stellt vermutlich die zuerst gefertigte und durchgesehene Fassung dar. Korrekturen und Zusätze wurden, die im Text in FZH 11/C2 vorgenommen wurden, sind in der zweiten Version (Schreibmaschinenabschrift) in BA-B N 2368 weitgehend übernommen worden.

<sup>2</sup> Gemeint ist das Hotel Rügner in Würzburg in der Maxstraße 9 nahe der Schrannehalle gegenüber dem alten Bahnhof, das 1862–1863 vom damaligen Inhaber Johann Rügner erbaut wurde. Claß wohnte hier ungefähr bis Anfang/Mitte Februar 1919 und war spätestens ab April 1919 regulär in Berlin auf der Geschäftsstelle zu erreichen, wohin dann der Briefverkehr wieder zugestellt wurde. Claß hatte Am Karlsbad 28 in Berlin jedoch bereits seit Februar 1919 wieder seine offizielle Postadresse. Siehe *Alldeutsche Blätter* 15.2.1919.

<sup>3</sup> Würzburg war eines der Zentren des revolutionären Umbruchs in Unterfranken. Am 9.11.1918 wird in Würzburg die Republik ausgerufen und es regierte ab November ein Arbeiter- und Soldatenrat mit Sitz in der Würzburger Residenz. Am 13.12.1918 wurden Matroseneinheiten aus der Würzburger Residenz in die Schrannehalle verlegt, die zuvor zur Besetzung des Würzburger Generalkommandos eingesetzt waren. Ab 20.2.1919 wurden sie als Republikanische Schutztruppe bezeichnet. Am 26.3.1919 gründeten USPD und KPD einen Revolutionären Aktionsausschuss zur Vorbereitung einer Räterepublik, die jedoch nicht die Unterstützung des Bürgertums und der MSPD, BVP und des Magistrats erhielt. Am 9.4.1919 endete nach zwei Tagen der Versuch der Würzburger Räterepublik.

<sup>4</sup> Schulleiter waren 1917/18 Oberstudienrat Kaspar Hammer, ab Herbst 1918 Oberstudienrat Dr. Joseph Sturm und ab dem 31.1.1920 Oberstudienrat Dr. Bartholomäus Baier. Siehe Jahresberichte des Kgl. Alten Gymnasiums Würzburg 1917/18, 1918/19 und 1919/20.

Am Stadttheater in Würzburg war damals eine junge Freundin unseres Hauses, Lydia Gruber<sup>5</sup>, die Tochter eines bay[er]ischen Oberstleutnants<sup>6</sup> als jugendliche Dramatische tätig<sup>7</sup>; ihr Bruder war ebenfalls in Würzburg, und zwar als Adjutant einer militärischen Abwicklungsstelle<sup>8</sup>, und schliess-

<sup>5</sup> Lydia Gruber (geboren 1886), Freundin des Hauses Claß und auch Bekanntschaft mit Konstantin von Gepsattel, Tochter eines Bayerischen Oberstleutnants, Hoch'sches Konservatorium Würzburg, Höhere Lehrerinnenprüfung, 1908–1914 Privatlehrerin, 1914–1917 Gesangsausbildung, September 1917 Umzug von Mainz nach Würzburg, 1918/19 in Würzburg am Stadttheater beschäftigt, 1920 Stadttheater Stettin, 1921 Stadttheater Nürnberg, 1922–1925 Stadttheater Basel, 1924 als Solistin bei den „Meistersängern von Nürnberg“ (erste Knappe) und 1924 und 1925 im „Parsifal“ (erste Knappe) am Festspielhaus Bayreuth, 1925 als „Sieglinde“ in der „Walküre“ am Stadttheater Basel, 1927–1934 dem Stadttheater Göttingen und 1935–1944 dem Stadttheater Görlitz angeschlossen, um 1944 Mitglied Reichstheaterkammer Fachschaft Bühne, Reichsmusikkammer, Bühnengenossenschaft. Siehe Deutsches Bühnen-Jahrbuch 28 (1917) bis 56 (1945/48) sowie BA-Berlin, R 9361–V/52667. Vermutlich bestanden später auch Verbindungen zum Bayreuther Kreis und somit auch zu Claß' Nichte, Frau Dr. Helene Roesener, die eine Schul- und Brieffreundin (von 1931 bis 1979) von Winifred Wagner war sowie eine „bewährte Sängerin, die schon in Bayreuth mitgewirkt hat“. So das Festprotokoll zum 65. Geburtstag von Claß, 26.2.1933, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 331, Bl. 27.

<sup>6</sup> Beim Umzug von Lydia Gruber nach Würzburg im September 1917 gab sie ihren Vater Major Karl Gruber und ihre Mutter Emma Gruber an. Siehe Einwohnermeldebogen Lydia Gruber, 22.9.1917 in StA Würzburg, Bestand Einwohnermeldebögen jüngere Reihe. Siehe zu Oberstleutnant Gruber in Würzburg 1919 auch Köttnitz-Porsch: Novemberrevolution und Räte Herrschaft 1918/19 in Würzburg, S. 146–160.

<sup>7</sup> Der Kontakt zu Lydia Gruber hielt mindestens bis 1926, als sie in den beiden Jahren zuvor schon als Solistin in Bayreuth und in Basel auftrat. Die Verbindungen zu Bayreuth waren auch von Claß eng geknüpft. Er war mit dem Pianisten (Meisterschüler von Franz Liszt) und Klavierlehrer Karl Klindworth befreundet, der zusammen mit seiner Frau Henriette Klindworth, eine Verwandte der verstorbenen Mutter Emily Florence, Winifred Williams (Winifred Wagner) 1907 aus dem Waisenhaus zu sich nach Berlin nahm. Wilhelm August Claß war ein Jugendfreund von Winifred Wagner. Siehe dazu Hamann: Winifred Wagner, S. 9–17. Houston Stewart Chamberlain trat am 1.8.1916 und Siegfried Wagner dann 1917 dem Alldeutschen Verband bei. Konstantin von Gepsattel unterstützte Lydia Gruber auch beim Bamberger Musikverein. Siehe Leopold von Vietinghoff-Scheel an Konstantin von Gepsattel 19.5.1926, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 212, Bl. 295.

<sup>8</sup> Die genannte Person bleibt unklar. Im Adressbuch der Stadt Würzburg ist für 1921 ein Hauptmann Ludwig Gruber gemeldet. Nach Kriegsende entstand das Heeresabwicklungsamt Bayern infolge der schrittweisen Übertragung der Wehrhoheit auf den Weimarer Staat bis zum Wehrgesetz vom 23.3.1921, das aber Bayern (Wehrkreis VII außer der Pfalz) noch teilweise Selbständigkeiten garantierte. Zur wirtschaftlichen Abwicklung traten anstelle der aufgelösten Einrichtungen wie Offiziersschulen und Unteroffiziersschulen an den jeweiligen Standorten Abwicklungsstellen. Über die Abwicklungsstelle Würzburg erfolgte unter anderem auch die Auflösung des Königlich-Bayerischen 4. Infanterie-Regiments „König Wilhelm von Württemberg“ und des Königlich-Bayerischen 18. Infanterie-Regiments „Prinz Ludwig Ferdinand“. Ab 1920 wurden dann in München, Würzburg und Fürth auch Pensionsregelungsbehörden für Bayern eingerichtet. Bis 1921 gab es die Abwicklungsstellen in München und Würzburg. Claß befürwortete diesen Weg zu einem „Einheitsstaat“: „Bayern hat bereits seine Reservat-Rechte aufgegeben, sein Heer, Bahn, Post usw., und das ist auf jeden Fall etwas Gutes, was die Revolution gebracht hat.“ Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 30.8.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 125, Bl. 21.



lich pflegte mein Neffe, Dr. August *Roesener*<sup>9</sup>, Regierungsassessor in Darmstadt, immer von Samstag bis Montag früh bei uns zu sein, weil die Franzosen den Eisenbahnverkehr zwischen der hessischen Hauptstadt und Mainz, dem Wohnort seiner Eltern<sup>10</sup>, gesperrt hatten. Zudem befand sich in Würzburg eine größere Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes, mit deren führenden Herren ich Fühlung nahm, und deren Sitzungen ich besuchte.<sup>11</sup> Ausserdem kamen viele Freunde und Gesinnungsgenossen von auswärts zu mir, um sich mit mir zu besprechen. Schliesslich bot die mir längst bekannte und von mir

---

<sup>9</sup> August Theodor Robert Roesener (1888–1979), Studium der Rechtswissenschaft, Assessor, Mitglied des Vorstandes des ADV, seit 1916 einer der Mittelsmänner für die Gründungsunternehmungen von Alfred Hugenberg tätig, Verwaltungsausschussmitglied der August Scherl GmbH, Mitglied des ADV, 1925 Syndikus der Industrie- und Handelskammer in Darmstadt, Entlassung 1943, 1945 Mitglied der CDU, Mitbegründer der Gesellschaft der Freunde Bayreuths und 1948–1952 Landrat des Kreises Usingen. Anna Roesener war die Schwester von August Roesener, die den Berliner Anwalt Robert Scheuer heiratete. August Roesener selbst heiratete Helene Roesener (geborene Boy, 1898–1967), die eine enge Freundin von Winifred Wagner war.

<sup>10</sup> Gemeint sind Robert Roesener (1854–1939) und Claß' ältere Schwester, Paula Henriette Caroline Roesener (1866–1932).

<sup>11</sup> In Würzburg entstand neben Berlin, Elberfeld, Dessau, Hannover, Minden, Leipzig, Freienwalde, Eisleben, Dresden, Hildesheim, Greifswald sowie Konstantinopel, Lausanne, Zürich und Antwerpen eine der ersten Ortsgruppen des ADV nach Gründung des Verbandes 1890/91. Siehe Handbuch des Alldeutschen Verbandes 1908, S. 34. Friedrich Fick, Vetter vom Mitbegründer des ADV Adolf Eugen Fick, gehörte als einer der wichtigsten Vertreter der Ortsgruppe Würzburg dem Vorstand des ADV an. Die Ortsgruppe wurde auch durch den Zweiten Vorsitzenden Kgl. Assessor a.D. R. Rudolf, Kaufmann Karl Kaepfel als Schriftführer sowie Professor Fritz Regel und Professor Koerst als Vorstandsmitglieder der Ortsgruppe im Ersten Weltkrieg repräsentiert. Handbuch des Alldeutschen Verbandes 1918, S. 59. Der Professor für Geographie an der Universität Würzburg, Fritz Regel, war zudem bis zu seinem Tod am 2.12.1915 Mitglied des Gesamtvorstandes des ADV. Alldeutsche Blätter 11.12.1915. Im Januar 1919 trat die Ortsgruppe mit einer eigenen Denkschrift hervor, die einerseits als Rechtfertigung der langjährigen alldeutschen Politik und andererseits als programmatische Schärfung alldeutscher Forderungen wie eine „sittliche Wiederaufrichtung“ des „deutschen Volkes“ oder eine völkisch gebundene Auswanderungspolitik verstanden werden sollte. Die Ortsgruppe Würzburg brachte zum Verbandstag in Bamberg 1919 diesen Antrag ein, der auch eine Umstellung des ADV vorsah, wonach man mit anderen vaterländischen Verbänden zusammengehen, den Verbandsnamen und die Satzung ändern, eine Korrespondenz für Jugendpflege einrichten und Wanderredner einstellen sollte. Der Antrag wurde von Wilhelm Adam, Otto Eymann, Friedrich Fick, Hans Goller, Karl Kroiß, Ernst Mayer, Rudolf Rudolph und Georg Seuffert als Vertreter des Ausschusses der Ortsgruppe Würzburg sowie auch von Claß unterzeichnet. Denkschrift der Ortsgruppe Würzburg des Alldeutschen Verbandes, 1.1.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 205, Bl. 1–2 und Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses, 16./17.2.1919, in ebd., Bd. 123, Bl. 35–47. Nachdem die Würzburger Ortsgruppe eine Verschärfung des Antisemitismus ablehnte, trat auch Fick noch 1919 aus der gleichen Ablehnung aus dem Alldeutschen Verband aus. Claß dazu: „Ich kenne die eifrigsten Mitglieder der Ortsgruppe Würzburg von meinem dortigen Aufenthalte her; es sind ganz eigene Leute, die sich in dem Zwiespalte befinden, wie sie ihre alldeutsche Anschauungen und ihre Gegnerschaft gegen das Judentum mit ihrer demokratischen Gesinnung in Einklang bringen können.“ Dass die Ortsgruppe nie über 100 Mitglieder geworben hätte, daran sei die Ortsgruppe selbst schuld, so Claß. Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 6./7.12.1919, in ebd., Bd. 126, Bl. 24.

bevorzugte Stadt des Schönen genug, das ich nach und nach meinen Kindern zeigte und in seiner Bedeutung nahebrachte.<sup>12</sup>

Dies waren die guten Seiten unseres Würzburger Aufenthaltes. Die Trennung von der Heimat und von unseren Lieben empfanden wir täglich schmerzlich, und es war uns besonders schwer zu ertragen, dass jeder schriftliche Verkehr von den Franzosen unterbunden war. Eine uns zu Dank verpflichtete Mainzer Kunstschülerin<sup>13</sup> hatte die Erlaubnis erhalten, zweimal in der Woche von Kastel<sup>14</sup> nach Frankfurt zu fahren; sie erbot sich, Briefe von uns dorthin mitzunehmen und bei einer Base dort abzuliefern, von der sie unsere Gegenbriefe erhielt. Dies Verfahren war nach einiger Zeit gut eingespielt, so dass wir zweimal in der Woche Nachrichten hin- und hergehen lassen konnten, was eine grosse seelische Erleichterung für uns war.

In Würzburg sah es sonst ganz schlimm aus. Die Stadt wimmelte von Menschen, die zwar Uniform trugen, aber einen völlig verwahrlosten Eindruck machten. Ihre Hauptbeschäftigung war es, Massenumzüge mit vorgetragener roter Fahne zu veranstalten und in den Kneipen herumzuliegen, aus denen ihr Gegröhle [sic] auf die Strasse drang.

Als mein Freund *Füßlein* das Regiment, das er zuletzt im Krieg führte, glücklich nach Minden gebracht und dort aufgelöst hatte, kehrte er nach Mainz zurück, um nach Frau und Kind zu sehen; von da besuchte er mich in Würzburg. Er erzählte mir viel Belangreiches über seine Erlebnisse auf dem Rückzug und erwähnte, wie seine Leute wacker alle Anbiederungsversuche der Roten zurückgewiesen hätten, nachdem das Regiment das Reichsgebiet betreten hatte. Drei Tage lang sei es auch in Minden gut gegangen, dann seien die Leute schliesslich doch der marxistischen Verführung erlegen. Nun konnte Füßlein in Würzburg erleben, wie weit es in Deutschland gekommen war.

Auf einem längeren Spaziergang zeigte ich ihm die Stadt und führte ihn auf dem Rückweg zu unserem Gasthaus in das unvergleichlich schöne *Lusamgärtlein*<sup>15</sup>, das im Hofe hinter dem fränkischen Museum aufgebaut ist. Mein Freund war von der einzigartigen Schönheit dieses romanischen Wunderwerkes begeistert, das ein Rest des Kreuzganges zwischen dem Dom und dem Neumünster war und bei dem Durchbruch einer Strasse zwischen den beiden Kirchen gerettet wurde.

Wie anders aber war das Bild, als wir aus dieser Einsamkeit heraustraten und auf der Treppe des Museums nach der Strasse standen. Von rechts her drangen gröhrende [sic] Stimmen. Es nahte ein Umzug sogenannter Soldaten, die rechts und links von allerhand Gesindel begleitet waren. Die Kerle sahen

<sup>12</sup> Um 1918 hatte Würzburg fast 95.000 Einwohner. Siehe Stickler: Neuanfang und Kontinuität.

<sup>13</sup> Die genannte Person bleibt unklar.

<sup>14</sup> Mainz-Kastel liegt auf dem rechten Mainufer gegenüber der Altstadt von Mainz.

<sup>15</sup> Das Lusamgärtchen oder auch Lusamgärtlein ist ein Innenhof an der Nordseite der Neumünsterkirche in Würzburg. Innerhalb des Lusamgärtchens befindet sich das Grab von Walther von der Vogelweide.

so aus, als hätten sie sich Mühe gegeben, verwehrlos aufzutreten. Dazu sangen sie wüste Lieder und hielten auf dem Marsch keine Ordnung.

Ich beobachtete den Freund und ahnte, was in ihm vorging: dieser stolze, ganz der Pflicht lebende preußische Soldat, dem die Ordnung eines seiner leitenden Lebensgesetze war, und der nun hier in Würzburg zum ersten Male erlebte, was – ich will nicht sagen aus deutschen Soldaten –, aber was aus Leuten geworden war, die Uniform trugen, schluchzte nach einer Weile auf und wandte sich zu mir mit den Worten: „Was ist aus uns geworden?“ Ich zog ihn wieder in den Flur des Museums zurück, bis wir von dem Geräusch der vorbeiziehenden Bande nichts mehr hörten. Dann gingen wir erst nach Hause, und es dauerte lange, bis Füßlein sich wieder fand. Mir war es hart, diesen beherrschten, ja fast verschlossenen Mann so tief erschüttert zu sehen. Aber ich verstand ihn, weil ich ihn kannte und wusste, was in ihm zerbrochen war.

In Würzburg hatte ich noch ein Erlebnis, das mich von neuem belehrte, wie mangelhaft es um den politischen Instinkt auch hervorragendster Leute bestellt war. An der Universität wirkte damals noch als Staatsrechtler Geheimrat Professor *Dr. Meyer* [sic]<sup>16</sup>, ein alter treuer Alldeutscher. Da ich in der Ortsgruppe Würzburg verkehrte, wusste er um meine Anwesenheit und sprach den Wunsch aus, mich in meinem Gasthof zu besuchen. Ich ging darauf sehr gerne ein, da ich den trefflichen Gelehrten hochschätzte. Wie erstaunte ich aber, als er mit seinem Anliegen herauskam!

Um jene Zeit waren die älteren Hauptführer des bay[e]rischen Zentrums von der politischen Bildfläche verschwunden und der sogen. „Bauerndoktor“<sup>17</sup>, *Dr. Georg Heim*<sup>18</sup>, an ihre Stelle getreten. Dieser Mann war das Haupt der gan-

---

<sup>16</sup> Gemeint ist Professor Dr. Ernst Mayer (1862–1932), 1887 Habilitation und bis 1932 Professor für Deutsche Rechtsgeschichte in Würzburg, 1915–1916 Rektor der Universität Würzburg, Geheimer Hofrat, Mitglied des Bayerischen Landtags für die Altliberalen, Mitglied der NLP, 1918/19 Mitbegründer der BVP, dann Mitglied der DNVP, Autor auch antisemitischer Schriften und Forderung nach einem führenden Bildungsadel, ab 1918 nebenamtlicher Richter am Oberlandesgericht Würzburg, Mitglied der wissenschaftlichen Akademien in Oslo, Padua und Venedig. Sein Sohn Hellmuth Mayer hatte bis 1920 in Würzburg Rechtswissenschaft studiert, verteidigte den Führer des Bundes Oberland, Friedrich Weber, im Hitler-Prozess und gehörte 1924–1930 der DNVP an. Er war 1930–1947 Professor in Rostock und 1947–1965 in Kiel.

<sup>17</sup> Georg Heim war Führer der katholischen Bauernbewegung in Bayern, führte 1898 zum Zusammenschluss des bayerischen Bauernvereins, gründete zusammen mit Sebastian Schlittenbauer am 12.11.1918 die BVP und galt als Begründer der bayerischen Landvolkshochschulbewegung im Rahmen des bayerischen Genossenschaftswesens. Heim promovierte nach einem autodidaktischem Studium 1893 bei Lujo von Brentano in Nationalökonomie. Den Namen „Bauerndoktor“ führte er bereits seit 1897, nachdem er 1889 in die Zentrumspartei eingetreten war und sich hier für die Interessen der Bauern einsetzte.

<sup>18</sup> Georg Heim (1865–1938), 1896–1906 Mittelschullehrer in Ansbach, 1897 Mitglied des Reichstags und des Bayerischen Landtags für die Zentrumspartei, 1898 Gründung des Bayerischen Christlichen Bauernvereins, 1900 Gründung der landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft der bayerischen Bauernvereine, 1916 Geheimer Landesökonomierat, 1918 Gründung der Handelspolitischen Vereinigung der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns, Forderung nach der Rückkehr der Wittelsbacher, antisemitische Propaganda und offene Ablehnung der Weimarer Verfassung, 1918 Mitbegründer der BVP, 1919 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, 1920 Präsident der Bayerischen Landesbauernkam-

zen bay[e]rischen Bauernschaft und hatte sich zweifellos auf dem Gebiete ihrer wirtschaftlichen Förderung große Verdienste erworben. Zum Zwecke der Tarnung hatte er nun dem Zentrum in Bayern den Namen „Bay[e]rische Volkspartei“ beigelegt und in seinen Aufrufen betont, dass die neue Partei in keiner Weise konfessionell bestimmt sei, sondern jedem deutschgesinnten Manne offenstehe, der für Recht und Ordnung, sowie für die Erhaltung des Eigentums eintreten wolle.<sup>19</sup>

Nun eröffnete mir Geheimrat Meyer, zugleich im Auftrag unseres alten treuen Anhängers *Frhr. von Pechmann*<sup>20</sup> in München, der dort an der Spitze der Bay[e]rischen Hypotheken- und Wechselbank<sup>21</sup> stand, dass sie beide und noch mehrere andere Herren von der ausgesprochensten nationalen Gesinnung *mit Heim in Verbindung getreten seien*, um festzustellen, ob ein Zusammengehen mit ihm möglich sei.<sup>22</sup> Dabei hätten sie dann die vollkommenste Übereinstimmung in allen wesentlichen Fragen festgestellt. Ja sie hätten sogar bei ihren Besprechungen mit Heim den bestimmten Eindruck gewonnen, dass dieser frühere bay[e]rische Zentrumsdemagoge sich nach rechts gewandt habe und nun eine bewunderungswürdige, fast einzigartige Grösse der politischen Anschauungen zeige.<sup>23</sup>

Sie beide – M[alyer] und Pechmann – müssten gestehen, dass Heim ihnen als der beste staatsmännische Kopf erscheine, der seit Bismarcks Abgang<sup>24</sup> in Deutschland wirke. So hätten sie beschlossen, mich nicht nur aufzufordern, ebenfalls *mit Heim in Verbindung zu treten, sondern auch den Alldeutschen*

---

mer, 1920–1924 Mitglied des Reichstags, 1925 und 1932 Unterstützung der Reichspräsidenschaftskandidatur Paul von Hindenburgs.

<sup>19</sup> Georg Heim spielte eine besondere Rolle innerhalb der BVP, da er eine „Los-von-Preußen“ Position besetzte und den Zusammenschluss Bayerns mit Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Oberösterreich auch in Gesprächen mit französischen Offizieren im Frühjahr 1919 forderte, die Zusammenarbeit mit der SPD nicht scheute und gegen die Regierungsverantwortung der BVP ab 1920 eintrat. Heim war 1919–1920 und 1920–1924 Mitglied des Reichstags und wurde 1925 als Parteivorsitzender abgewählt.

<sup>20</sup> Wilhelm Freiherr von Pechmann (1859–1948), Geheimer Hofrat, königlich-bayerischer Kämmerer, 1914 Vorsitzender der DRP, als Direktor der Bayerischen Handelsbank (bis 1937 und Aufsichtsratsvorsitzender bis 1939) an der Gründung von Deutschlands Erneuerung 1917 beteiligt, Gegner der Frauenemanzipation, 1918 Mitglied des Bayerischen Landtags für die BVP, 1919–1922 Präsident der evangelischen Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, 1924–1930 Präsidiumsmitglied des Deutschen Evangelischen Kirchentages, bis 1937 Direktor und bis 1939 Aufsichtsratsvorsitzender der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, 1933/1936 Übertritt zur Bekennenden Kirche, 1946 Übertritt in die Katholische Kirche. Pechmann war ein Vetter des Verlegers Julius F. Lehmann.

<sup>21</sup> Wilhelm Freiherr von Pechmann trat 1886 als Rechtskonsulent in die Bayerische Handelsbank ein, wurde 1889 Vorstandsmittglied und war bis 1937 Erster Direktor und bis 1939 Aufsichtsratsvorsitzender. Claß lernte Pechmann in der ersten Jahreshälfte 1913 kennen. Claß an Heinrich Pohl, 28.5.1913, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 197, Bl. 226.

<sup>22</sup> Wilhelm Freiherr von Pechmann trat zunächst 1918 der BVP als Präsident der evangelischen Landessynode in Bayern bei, trat 1919 auch aufgrund der Billigung des Versailler Vertrages durch die BVP aus der Partei wieder aus.

<sup>23</sup> Georg Heim und Wilhelm Freiherr von Pechmann galten auch als deutschnationale Vertreter innerhalb der BVP. Claß kritisierte beide für ihre separatistischen Haltungen.

<sup>24</sup> Otto von Bismarcks Entlassung als Reichskanzler erfolgte am 20.3.1890 durch Wilhelm II.

*Verband geschlossen in sein Lager hinüberzuführen.* Das werde eine wahrhaft vaterländische Tat sein, die sie beide von mir erwarteten.

Ich hatte Geheimrat M[a]yer mit wachsendem Erstaunen über seine Weltfremdheit zugehört. Als er zu Ende war, sagte ich ihm, es sei mir unfassbar, wie sie beide sich zu Heim hätten verirren können. Das wolle mir umso schwerer eingehen, als sie doch beide überzeugte Protestanten seien und Frhr. von Pechmann sogar an der Spitze der Evangelischen Kirche Augsburgischer Konfession in Bayern stehe. Bei der ganzen Vergangenheit Heims, der einer der rücksichtslosesten und verschlagensten Zentrumsleute gewesen sei, sei es ganz klar, dass er befürchte, nicht mehr so viel Anhang zu haben, um sich gegenüber dem marxistischen Ansturm halten zu können. Er suche deshalb Bundesgenossen, und die Umtaufe der Partei habe offensichtlich den Zweck, solchen den Weg zu ihm zu erleichtern. Ich hätte schon früher Heims Laufbahn genau verfolgt und auf dem Höhepunkt des Krieges auch die Probe auf den Vorschlag bay[er]rischer Gesinnungsgenossen gemacht, die empfohlen hätten, der Alldeutsche Verband solle mit dem allmächtigen Zentrumsführer Bayerns in Fühlung treten, da er ein ausgesprochener Gegner Erzbergers sei. Damals hätte ich gedacht, man könne vielleicht den Teufel durch Beelzebub vertreiben, und sei damit einverstanden gewesen, dass Beziehungen durch Mittelsmänner, die aber nur im *eigenen* Namen gehandelt hätten, aufgenommen worden seien. Meine Freunde seien zunächst hoffnungsvoll gewesen und hätten eine Zusammenarbeit mit Heim für möglich erklärt; sie seien dann aber sehr schnell – ich glaube schon nach drei oder vier Besprechungen – zurückgetreten, weil sie die ausgesprochenste Unzuverlässigkeit, ja Doppelzüngigkeit und Unwahrhaftigkeit Heims erkannt hätten.

Geheimrat M[a]yer bezweifelte die Urteilsfähigkeit meiner Gewährsmänner und meinte, Pechmann und er seien doch schliesslich auch keine Toren, und er selbst sei überzeugt, dass ich mir später schwere Vorwürfe darüber machen würde, den wichtigsten Mann, den das Deutsche Reich zur Zeit besitze, verkannt zu haben. Ich blieb bei meiner Ablehnung und erklärte, es falle mir als so viel Jüngeren schwer, ihm zu sagen, was ich nun sagen müsste: „*ich sei überzeugt, dass er in drei Wochen aus der Bay[er]rischen Volkspartei wieder ausgetreten sein*“ würde, weil er Heim erkannt haben würde. Offenbar verstimmte mich er darauf von mir weg.

Zwei oder drei Tage später erhielt ich einen Brief von Freiherrn von Pechmann, den Geheimrat M[a]yer von meiner Weigerung bereits in Kenntnis gesetzt hatte.<sup>25</sup> Darin beschwor er mich, mich zu Heim zu bekennen. Ich antwortete dem Sinne nach dasselbe, was ich dem Professor gesagt hatte. Und siehe da, es waren noch keine drei Wochen vergangen, als M[a]yer mich wieder aufsuchte und nicht ohne Bitterkeit gegen den sich so schnell enthüllenden angeblichen zweiten Bismarck bekannte, ich hätte recht gehabt: Heim

---

<sup>25</sup> In den Akten des ADV ist ein Brief von Wilhelm Freiherr von Pechmann an Claß vom 14.8.1919 überliefert, in dem Pechmann schreibt, er sei „ganz der Ihrige“, jedoch sei Pechmann wegen angeschlagener Gesundheit nicht in der Lage, auf Claß Angebot vom 6.8.1919 einzugehen, einer Einladung nach Berlin zu folgen. In BA-Berlin, R 8048, Bd. 205, Bl. 342.

habe Pechmann und ihn hintergangen, und sie *seien deshalb aus seiner Partei ausgetreten*.

Ich war gerührt von der Offenheit, mit der Professor M[a]yer seinen Irrtum mir gegenüber zugab, aber auch unterstrich, wie schlimm es geworden wäre, wenn ich, seinem Rate folgend, den Alldeutschen Verband an die Seite eines Mannes wie Heim geführt hätte. Seitdem hatte ich bei dem prächtigen Gelehrten das Gefühl besonderer Zuneigung zu mir. Und wiederum nach drei Tagen erhielt ich einen wundervollen Brief von Pechmann, worin auch er seinen Irrtum eingestand und seine Freude darüber aussprach, dass ich den Alldeutschen Verband durch meine bessere Kenntnis davor bewahrt hätte, in eine Gemeinschaft hineingezogen zu werden, bei der er nur sein Ansehen aufs Spiel gesetzt hätte. Damit war dieser Zwischenfall erledigt.

Zu unseren Gesinnungsgenossen in Würzburg gehörte auch *Dr. August Sperl*<sup>26</sup>, Bibliothekar an der dortigen Kreisbücherei.<sup>27</sup> Da ich seine dichterischen Werke hochschätzte, einerlei, ob es die grossen Romane oder feinen Novellen waren, stattete ich ihm einen Besuch ab und dankte ihm für den Genuss, den er mir durch seine Bücher verschafft habe. Es war für ihn, wie er sagte, von Wert zu hören, dass ich seinen Roman „*Die Söhne des Herrn Budiwoj*“<sup>28</sup> am höchsten stelle. Durch das Gespräch hierüber kamen wir auf seine Schilderung Rudolfs von Habsburg<sup>29</sup>, die er in jenem Werke gegeben hatte. Ich fragte ihn insbesondere, ob er Unterlagen für einen Auftritt in Erfurt habe, bei dem er den Habsburger eine unrühmliche Rolle spielen liess.<sup>30</sup>

Dies bejahte er, und nun kamen wir immer tiefer in die Erörterung der Frage, was unser Volk durch das Haus Habsburg leiden müssen. Die Jahrhunderte zogen an uns vorüber und, als ich nach der langen und bedeutsamen Unterhaltung mich verabschiedete, wusste ich, dass ich einem Mann nähergetreten sei, der einer der tiefsten Kenner unserer Geschichte war. Ich bat ihn um

<sup>26</sup> August Sperl (1862–1926), Studium der Philologie und Geschichte, 1887–1910 Kreisarchivsekretär und Archivat des Hauses Castell, 1910–1926 Reischarchivat der Kreisbücherei Würzburg, Autor u. a. der Schriften: Fridtjof Nansen (1898), Hans Georg Portner. Eine alte Geschichte (1901) und Der Bildschnitzer von Würzburg (1925).

<sup>27</sup> August Sperl wurde 1910 Reichsarchivat im Kreisarchiv Würzburg (ab 1921 Staatsarchiv Würzburg).

<sup>28</sup> Sperl: Die Söhne des Herrn Budiwoj.

<sup>29</sup> Rudolf I. (1218–1291), 1273–1291 erster König des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation aus dem Hause Habsburg.

<sup>30</sup> August Sperl war Archivar und Historiker und wurde als Heimat- und Romandichter bezeichnet. Er behandelte in zahlreichen Romanen geschichtliche Vorgänge so wie in den „Söhnen des Herrn Budiwoj“ in Deutschböhmen des 13. Jahrhunderts. Sperl behandelt in seinem Roman den Untergang der deutschen Dynastie der Wittigonen in der Auseinandersetzung mit den aufstrebenden Tschechen und König Rudolf von Habsburg selbst, der den König der Böhmen Ottokar auf dem Marchfeld besiegte. Bei der Schlacht auf dem Marchfeld 1287 (Kampf Rudolfs I. gegen den König von Böhmen 1273–1278) besiegte Rudolf I. von Habsburg Ottokar II. von Böhmen, der nach dem Besitz Österreichs, Kärntens und der Steiermark eine Vergrößerung seines Herrschaftsgebietes anstrebte, um das Erbe der Babenberger nach dem Tod Friedrichs II. 1246 anzutreten und begründete die Dynastie der Habsburger in Österreich. Zu Claß' Sicht auf den Aufstieg der Habsburger im 13. Jahrhundert siehe Deutsche Geschichte von Einhart, 8. Aufl., S. 72–74.

die Erlaubnis, ihn hin und wieder besuchen zu dürfen. Das tat ich denn auch, und wir kamen uns wirklich nahe.

Gegen Ende meines Würzburger Aufenthaltes bekannte mir der alte Erlanger Burschenschaftler, dass sein deutscher Kaisertraum ausgeträumt sei. Er sei Republikaner geworden und habe sich der Deutschen Demokratischen Partei<sup>31</sup> angeschlossen. Es war mir ein Schmerz, von einem Manne solcher Bildung zu hören, dass er zu jener Gruppe gegangen war, in der in politischen Dingen ein ebenso undeutscher Geist herrschte wie bei dem Zentrum und den Marxisten. Als ich davon sprach, verteidigte er sich mit dem Versagen des Kaisers in der ganzen Zeit seiner Regierung. Das sei für ihn das nächste gewesen, an den ursprünglichen Hochzielen der Burschenschaft sich aufzurichten. Meine Beziehungen zu diesem bedeutenden Manne, der als Dichter mit Unrecht schon fast vergessen ist, fanden nach Jahr und Tag ein Ende, als der Alldeutsche Verband in seiner neuen Satzung ausdrücklich das Bekenntnis zur Wiederaufrichtung eines starken deutschen Kaiserreichs aussprach, da Sperl deshalb aus dem Alldeutschen Verband austrat.<sup>32</sup>

Nachdem meine Kinder aus der ärztlichen Behandlung entlassen waren, hatten sie den Wunsch, in die Heimat zurückzukehren, wo ihre Mutter und ihre Tante einsam geblieben waren. Ich durfte diesem Drange gegenüber nicht an mich denken, sondern musste ihn auf jede Weise unterstützen.<sup>33</sup> Von der letzten Dezemberwoche 1918 an gingen ihre Gesuche an die französischen Behörden nach Main[z], jeweils wohl versehen mit obrigkeitlichen Zeugnissen, dass sie nur zur Pflege ihrer Gesundheit sich in Würzburg aufgehalten hätten.

Unsere Lieben in der Heimat waren voller Hoffnung, die Kinder bald bei sich zu sehen, wurden aber durch das Verhalten der französischen militärischen Stellen grausam enttäuscht: denn alle Eingaben bis auf die letzte blieben unbeantwortet.

So kam es, dass wir das Weihnachtsfest zusammen in der Fremde begingen. Es lag über uns der Schmerz, nicht bei unseren Lieben zu sein, aber dafür hatten wir an meinem Neffen einen willkommenen Ersatz, da er die Feiertage

---

<sup>31</sup> Die Deutsche Demokratische Partei wurde am 20.11.1918 gegründet und stellte eine linksliberale Nachfolgepartei der 1910 als Zusammenschluss aus Freisinniger Volkspartei, Deutscher Volkspartei und Freisinniger Vereinigung gegründeten Fortschrittlichen Volkspartei dar, die auch Anhänger der NLP in sich vereinigte. Max Weber wurde Gründungsmitglied der DDP.

<sup>32</sup> Gemeint ist die Satzungsänderung von 1919 und § 2 Abs. 2 in dem gefordert wird: „Wiederaufrichtung eines starken deutschen Kaisertums“. Siehe die Verkündung von Satzungsänderungen, in *Alldeutsche Blätter* 13.9.1919. Die zuletzt gültige Satzung wurde zuerst vom Vorstand am 10.5.1903 beschlossen und geändert am 16.4.1905, 19.4.1914, 24.10.1915, 6.10.1917, 31.8.1919, 2.9.1921, 2.9.1922, 30.8.1924, 4.9.1926, 20.9.1930 und am 3.9.1933. Siehe Satzung des ADV Ausgabe Dezember 1933, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 175, Bl. 25.

<sup>33</sup> Im Januar 1919 bot Konstantin von Gebattel als stellvertretender Vorsitzender des ADV Claß die je zur Hälfte durch die Neudeutsche Treuhand-Gesellschaft und den Geschäftsführenden Ausschuss des Verbandes zu finanzierende jährliche Aufwandsentschädigung von 24.000 Mark an, solange „Sie von Mainz und Ihrem bisherigen beruflichen Dasein getrennt sind.“ Konstantin von Gebattel an Claß, 21.1.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 357, Bl. 182.

bei uns verbrachte. Ausserdem kamen unsere Sängerin und ihr Bruder. Ich hatte im Zimmer meiner Tochter einen Christbaum hergerichtet und die Beschercung bereitet. Auf dem Gabentisch standen die Bilder meiner Frau und meiner Schwester. Im Verlauf des Abends legte sich unsere Wehmut einigermaßen, und am Weihnachtsmorgen erhielten wir Briefe aus der Heimat, die allerdings schon einige Tage alt waren, aber bewiesen, mit wieviel Liebe unser gedacht wurde.

Bald nach dem Feste unternahm ich einige Reisen nach Bamberg, Nürnberg und Berlin und bearbeitete die umfassende Erklärung, die der Alldeutsche Verband für seine zukünftige Tätigkeit herausgeben wollte.<sup>34</sup> Über sie sei hier im Zusammenhang berichtet.

#### 4.2. Bamberger Erklärung und Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund

Als ich mich in Würzburg etwas zurechtgefunden hatte, nahm ich den schriftlichen Meinungsaustausch mit meinen wichtigsten Freunden auf, von denen mich auch einige dort besuchten. Andererseits unternahm ich, als die Eisenbahn einigermaßen in Ordnung gebracht war, kurze Reisen nach Nürnberg und Berlin, um mich daselbst zu unterrichten.<sup>35</sup> Mir wurde es klar, dass der Alldeutsche Verband als einzige nationale Kampfgemeinschaft, die den Novemberumsturz überdauert hatte, sich so stark machen müsse, wie es nur erreicht werden konnte, und dass dies nur durchzuführen sei, wenn in ge-

<sup>34</sup> Gemeint ist die Bamberger Erklärung vom Februar 1919, in Alldeutsche Blätter 1.3.1919. Claß überarbeitete am 11., 12. und 13.1.1919 die Erklärung. Angegeben sind Würzburg und Bamberg als Bearbeitungsorte. Claß: Bamberger Erklärung des Alldeutschen Verbandes (Handschriftlicher Entwurf), 11.–13.1.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 205, Bl. 188–206. Vermutlich fuhr Claß zuerst nach Bamberg zu Konstantin von Gebattel. Ursprünglich war ein Verbandstag in Eisenach am 4.1.1919 vorgesehen. Zahlreiche Mitglieder sprachen sich hingegen aufgrund von Verkehrsschwierigkeiten gegen diesen Termin und gegen Eisenach aus, sodass Vietinghoff-Scheel kurz vor Weihnachten für eine Verschiebung des Verbandstages auf Ende Januar 1919 plädierte und auch Hamburg als Tagungsort vorschlug. Bamberg war zu diesem Zeitpunkt ebenfalls im Gespräch, wo der Verbandstag dann im Februar stattfand. Leopold von Vietinghoff-Scheel an Claß, 18.12.1918 und an die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 27.12.1918, in ebd., Bd. 204, Bl. 730–731 und 736. Die genauen Daten der Reiseaufenthalte in Bamberg, Nürnberg und Berlin bleiben unklar. Spätestens ab dem 13.1.1919 muss Claß wieder in Würzburg erreichbar gewesen sein, denn seine Antwort an Leopold von Vietinghoff-Scheel zu einigen Anträgen bezüglich einer möglichen Verlegung der Geschäftsstelle nach Eisenach, der Bildung eines engeren Arbeitsausschusses als engerer „Offizierskorps“ sowie zur Finanzierung des ADV sind mit diesem Datum datiert. Zu diesem Zeitpunkt plante Claß jedoch erst „für einige Tage über Nürnberg nach München zu gehen“ und wollte „Ende der Woche“ wieder zurück sein. Claß an Leopold von Vietinghoff-Scheel, 13.1.1919, in ebd., Bd. 205, Bl. 38. Zum Schreiben Vietinghoff-Scheels zu den Anträgen siehe Ders. an Claß, 11.1.1919, in ebd., Bl. 30–35.

<sup>35</sup> Eine geplante Sitzung der Hauptleitung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV vertagte Claß im November 1918 auf unbestimmte Zeit, da der Bahnverkehr zunächst wegen der Rückbeförderung deutscher Truppen unsicher sei. Claß an Mitglieder der Hauptleitung und des Geschäftsführenden Ausschusses, 15.11.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 122, Bl. 1–2. Der nächste Verbandstag fand dann am 16./17.2.1919 in Bamberg statt.



meinverständlicher, umfassender Weise von der Verbandsleitung zu dem öffentlichen Zustand des Vaterlandes Stellung genommen und ein Plan für den Wiederaufbau Deutschlands und die Rettung unseres Volkes mit überzeugender Kraft vorgetragen würde. Diese meine Ansicht fand die Billigung meiner Freunde, und so ging ich an die Arbeit und schrieb den ersten Entwurf nieder, der unserer Gepflogenheit entsprechend allen Mitgliedern der Hauptleitung und des Geschäftsführenden Ausschusses zur Prüfung unterbreitet wurde.

Die umfangreichen Vorschläge, die ich darauf erhielt, wurden von mir aufs eingehendste durchgearbeitet. Was ich brauchbar fand, verwendete ich bei der Umarbeitung des Entwurfs. Nach und nach entstand so ein Werk, das sich sehen lassen konnte. Ich hielt es für nötig, dass die so entstandene Kundgebung in einer Ausschusssitzung gründlich durchberaten werde, und setzte aus Rücksicht auf meinen Freund Gebattel, der kurz vorher eine ernste Grippe überstanden hatte, als Tagungsort Bamberg fest.

Hier trafen sich in den Tagen vom 15. bis 18. Februar 1919 die bewährtesten Mitglieder unserer leitenden Körperschaften, und es wurde in zweitägigen Verhandlungen der Entwurf aufs gründlichste überprüft. Ich hatte die Genugtuung, dass nur verhältnismässig wenige Änderungen und Zusätze vorgeschlagen wurden, und bekam zu hören, dass ich den Ton getroffen hätte, der einer solchen Kundgebung angemessen sei. Ein schweres Stück Arbeit lag hinter mir, aber ich durfte mit dem Erfolge zufrieden sein. Wir gaben unserer Kundgebung nach dem Entstehungsort den Namen „*Bamberger Erklärung*.“ *Sie war die erste Kampfansage an den Novemberstaat*, zugleich die erste Äusserung, die nicht nur eine eingehende Kritik an den herrschenden Zuständen, sondern auch ein alles umfassendes Reformprogramm brachte. Insbesondere hat sie zuerst zum Kampf gegen das Judentum aufgerufen.

Wir erhielten viele Beweise dafür, dass unsere Erklärung, die trotz ihres Umfangs von mehreren nationale Zeitungen im vollen Wortlaut unentgeltlich im Anzeigenteil abgedruckt wurde, grossen Eindruck machte, und der Alldeutsche Verband, der erklärlicherweise bei dem Umsturz eine gewisse Einbusse an Mitgliedern erlitten hatte, erhielt so starken Zuzug, dass die Verluste reichlich ausgeglichen wurden. Für einige Jahre bildete diese Kundgebung das Rückgrat unserer Arbeit und gab unseren Rednern die Richtlinien für ihr öffentliches Auftreten. Bei der Bedeutung, die die „Bamberger Erklärung“ für unsere weitere Tätigkeit gewonnen hat, sei ihr vollständiger Wortlaut am Schluss dieses Buches als Anhang beigefügt.<sup>36</sup>

Bei der Ausarbeitung der Entwürfe war es mir klar, dass ich im Alldeutschen Verbands nicht das letzte meiner politischen Erkenntnisse und Anschauungen durchsetzen könne, wie ich sie sieben Jahre vorher im Kaiserbuch ausgesprochen hatte. Ich musste mich damit begnügen, Schritt für Schritt vorwärts zu kommen und hatte beim Weggehen von Bamberg das Gefühl, dass

---

<sup>36</sup> Siehe Alldeutscher Verband: Erklärung des ADV; 16.2.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 123, Bl. 48–49 und in ebd., Bd. 603, Bl. 118. Abgedruckt in Bonhard: Geschichte des Alldeutschen Verbandes, S. 259–268.

in unserer Erklärung die erste, alle wesentlichen Fragen der Zeit umfassende Urkunde der nationalen Opposition geschaffen war.

Bei den schriftlichen Erörterungen über meinen Entwurf war von verschiedenen Freunden der Vorschlag gemacht worden, die *Judenfrage* noch stärker in den Vordergrund zu stellen, ja ihre Lösung zur wesentlichen Aufgabe des Alldeutschen Verbandes zu machen. Insbesondere tat dies der Hamburger Rechtsanwalt *Alfred Jacobsen*, der die Auffassung vertrat, dass nach allem, was das Judentum in Deutschland, aber auch in der ganzen Welt während des ganzen Krieges gegen unser Vaterland gesündigt hatte, der Kampf um die Brechung seines geradezu zu einer Gewaltherrschaft ausgenutzten Einflusses gar nicht scharf genug geführt werden könne.

Bei den Erörterungen, die sich an Jacobsens Vorschläge schlossen, vertrat ich die Meinung, dass allerdings die Judenfrage – und zwar ohne Bindung an eine Partei – in den Vordergrund gestellt werden müsse; ich betonte aber, dass der Alldeutsche Verband diese wichtige Arbeit nicht erfolgreich leisten könne, weil er schon viel zu sehr mit Aufgaben belastet sei, vor allem aber, weil die Abneigung gegen das Judentum und die Bereitschaft im Volke, gegen dieses gesetzgeberisch vorzugehen, weit über die Kreise hinausreiche, die der Alldeutsche Verband erfassen und beeinflussen könne.

Deshalb schlug ich, genau wie ich es im Spätjahr 1911 dem General *Keim* gegenüber bei der Frage der deutschen Wehrverstärkung getan hatte<sup>37</sup>, nun im Frühjahr 1919 vor, einen besonderen neuen Verein ins Leben zu rufen, der den Kampf gegen das Judentum führen und in engstem Anschluss an den Alldeutschen Verband arbeiten solle, wie dies seinerzeit der Wehrverein auf seinem Gebiet getan hatte. Diese Auffassung setzte sich durch.

Jacobsen kam noch mit einem anderen Vorschlag, den er, wie er sagte, aus dem Leben geschöpft habe. Er meinte, die Abhängigkeit vom Judentum sei in allerweitesten Kreisen schon so gross geworden, dass viele, die innerlich jüdengegnertisch eingestellt seien, doch nicht wagen würden, sich dem geplanten Verbands anzuschliessen. Er sagte ferner, solchen Leuten müsse man durch *die Gründung eines ausserhalb der Öffentlichkeit wirkenden Verbandes* Gelegenheit geben, sich am Kampf gegen das Judentum wenigstens bei der Beschaffung der nötigen Geldmittel zu beteiligen. Er schlug deshalb vor, einen zweiten Verband als geheimen Verein aufzuziehen, von dem nur die Oberen etwas wüssten.

Mir, der ich mein Leben lang vor der breitesten Öffentlichkeit gekämpft hatte, lag dieser Vorschlag gar nicht. Da aber Jacobsen versicherte, nach seinen Erfahrungen werde ein solcher Verein sehr grosse Mittel erhalten, willigte ich ein, dass der Vorschlag bei unseren Beratungen erörtert werde, dem offen gegen das Judentum kämpfenden neuen Verbands eine ausserhalb der Öffentlichkeit tätige Gruppe zur Seite zu stellen, der die Geldbeschaffung übertragen

<sup>37</sup> Im Zuge der Zweiten Marokkokrise 1911 wollte Claß zusammen mit August Keim eine dem Deutschen Flottenverein vergleichbare Propagandaorganisation gründen, die sich auf die Heeresverstärkung konzentrierte. Am 28.1.1912 wurde der Deutsche Wehrverein gegründet und 1935 aufgelöst. Siehe dazu Coetzee: *The German Army League*.

werden sollte. Sie sollte also kein Gesamtverband sein, sondern eine Nebengliederung, wobei selbstverständlich war, dass sie dem Leiter des Hauptverbandes<sup>38</sup> unterstehen und ihm ihre Geldmittel zur Verfügung stellen sollte.

Ich liess mich hierauf ein, obwohl meine Erfahrungen in ganz anderer Richtung lagen[,] als die des vortrefflichen Jacobsen. Gleichwohl sollte er Gelegenheit haben zu zeigen, was er fertigbrächte, indem ich ihn von vornherein darauf verpflichtete, die Führung des Nebenverbandes zu übernehmen[,] und damit für die Geldbeschaffung verantwortlich zu werden.

Nachdem in Bamberg unsere Kundgebung unter Dach und Fach gebracht war, wurde die Frage besprochen, ob der Alldeutsche Verband den Kampf gegen das Judentum von sich als Hauptaufgabe betrachten sollte, oder ob ein neuer Verein<sup>39</sup> für diesen Zweck zu gründen sei. Die allgemeine Absicht ging dahin, dass der Kampf gegen das Judentum mit gesteigerter Tatkraft geführt werden müsse, dass sich daran auch der Alldeutsche Verband beteiligen sollte, dass aber die Hauptarbeit von dem beabsichtigten neuen Verbannde zu leisten sei.

Ich liess in diesem Sinne einen Beschluss fassen und übertrug die Ausarbeitung der Satzung einem besonderen Ausschuss, in dem neben mir *General Gebssattel*, *Geheimrat Fritz* und *Landgerichtsdirektor Lohmann* sitzen sollten.<sup>40</sup> Wir vier blieben in Bamberg zusammen, und ich legte den Herren die Entwürfe vor, die ich bereits ausgearbeitet hatte. Sie wurden im einzelnen überprüft und durchgearbeitet: am 18. Februar kam die endgültige Fassung zustande. Ich berief General von Gebssattel zum Vorsitzenden des Verbandes, der den offenen Kampf gegen das Judentum führen sollte, und dem ich den Namen „*Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund*“ gab. *Als Wahrzeichen dieses neuen völkischen Kampfverbandes wurde das Hakenkreuz bestimmt, wesentlich unter dem Einfluss von Alfred Roth in Hamburg, aber mit meinem vollsten Einverständnis, da ich das Hakenkreuz aus Österreich seit langem als völkisches Abzeichen kannte. Als später die Brigade Ehrhardt an die Öffentlichkeit trat, übernahm sie das Hakenkreuz als Abzeichen<sup>41</sup> für Offiziere und Mannschaften, am Stahlhelm getragen.*<sup>42</sup> Rechtsanwalt Jacobsen in Ham-

---

<sup>38</sup> Alfred Roth baute als Hauptgeschäftsführer die über ganz Deutschland verbreitete Bundesorganisation aus und orientierte sich dabei an der antisemitischen Reichshammerbundorganisation. Die zentralistische Organisation mit Roths Sitz in Hamburg führte zu scharfen Konkurrenzen mit Gauverbänden wie in Bayern. Ferdinand Werner und Friedrich Wiegiershaus vom Deutschvölkischen Bund bekamen als stellvertretende Vorsitzende zusätzlich 1919 Zugang zur Leitung des DvSTB, während Konstantin von Gebssattel und Gertzlaff von Hertzberg-Lottin (geschäftsführender Vorsitzender) vom Alldeutschen Verband weitgehend im Hintergrund blieb. Siehe Lohalm: *Völkischer Radikalismus*, S. 94–99.

<sup>39</sup> In der Textfassung FZH 11/C2: Verband.

<sup>40</sup> Der „Bund“ wurde am 20.4.1919 auf Drängen von Claß unter Vorsitz von Alfred Jacobsen gegründet, jedoch verstärkte Jacobsen sein politisches Engagement zunehmend in der Hamburger Bürgerschaft, in der er als Abgeordneter der DNVP seit den Wahlen am 16.3.1919 saß. Siehe Lohalm: *Völkischer Radikalismus*, S. 86–88.

<sup>41</sup> Auch die Alldeutsche Jugend (1920–1922) führte das Hakenkreuz im Emblem.

<sup>42</sup> Schreibmaschinenschriftlichen Einschub in der Fassung in FZH 11/C2, S. 454.

burg wurde zum Leiter des anderen Verbandes bestimmt, der namenlos blieb.<sup>43</sup>

Es sei sofort bemerkt, dass dieser mit seinen Versuchen, Geld aufzubringen, ganz und gar scheiterte. Die Entwicklung ging so, wie ich sie vorhergesehen hatte, und nach längstens einem Vierteljahr betrachtete ich Jacobsens Nebenverband als nicht mehr vorhanden. Umso erfreulicher war die Entwicklung des Schutz- und Trutzbundes, der in raschem Aufstieg Hunderttausende von Mitgliedern gewann. Zum Hauptgeschäftsführer war der im Kriege fünfmal verwundete Hauptmann der Landwehr *Alfred Roth*<sup>44</sup> bestellt worden, der seit langem als Mitbegründer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes im Vordergrund des Kampfes gegen das Judentum stand, und der das ganze Feuer seiner Seele und einen nie erlahmenden Eifer für sein Amt mitbrachte. Die Geschäftsstelle wurde in Hamburg eingerichtet. Im weiteren Verlaufe des Jahres 1919 zeigte sich, dass General von Gebattel seiner Gesundheit wegen nicht die für die Ausübung seines Amtes nötigen Reisen unternehmen konnte. Er bat mich, ihn zu entlasten, und ich hielt Ausschau, wen ich ihm zur Seite stellen sollte. Diese Frage löste sich, als im Sommer 1919 der Sohn<sup>45</sup> meines

<sup>43</sup> Parallel wurde ein geheimer Nebenbund gegründet, der solche Mitglieder anziehen sollte, die sich von dem zur Massenmobilisierung gegründeten DvSTB eher abgestoßen fühlen könnten. Der geheime Nebenbund blieb jedoch erfolglos.

<sup>44</sup> Alfred Roth (1879–1948), 1900–1917 Leiter des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, 1917–1919 Sozialsekretär bei den Rheinischen Stahlwerken, Mitglied des antisemitischen Reichshammerbundes, Mitglied der DVLP und der DNVP, 1919–1922 Hauptgeschäftsführer des DvSTB, 1922 Verurteilung durch den Staatsgerichtshof in Leipzig wegen antisemitischer Propaganda v. a. gegen Walther Rathenau (1867–1922), 1923 Landesvorsitzender der völkisch vaterländischen Verbände von Württemberg und Hohenzollern, 1924 Mitglied des Reichstags für die DNVP, 1928 Mitglied der NSDAP, Autor u. a. der Schriften: (Pseudonym Otto Armin) *Die Juden im Heere* (1919), (Pseudonym Otto Armin) *Die Juden in den Kriegs-Gesellschaften* und in der *Kriegs-Wirtschaft* (1920) und *Rathenau*, der Kandidat des Auslandes (1922).

<sup>45</sup> Gemeint ist Gertzlaff von Hertzberg-Lottin (1880–1945), dritter Sohn von Ernst von Hertzberg-Lottin, 1901 Referendarexamen, 1902–1903 2. Garderegiment zu Fuß, 1905–1907 Regierungsreferendar in Köslin, 1907 Regierungsassessor, 1910–1912 Regierung Merseburg, 1913 Landrat im Kreis Neustettin, 1914 bis zur Kriegsverwundung 1915 als Hauptmann d.R. an der Front in Frankreich und 1915–1916 Kreishauptmann in Wolkowik/Russland, 1916 erneut Landrat von Neustettin, Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Zeitung und der Neudeutschen Verlags- und Treuhandgesellschaft, 1918 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, Mitglied der Landwirtschaftlichen Kreis-Kommission des Kreises Neustettin der Landwirtschaftskammer für Pommern, 1919 Versetzung in den Ruhestand nach Weigerung der Ausführung von Verordnungen der Revolutionsregierung 1918/19, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Verbandes Norddeutsche Molkereien und Mitglied des Gesamtausschusses des Reichsverbandes deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften, Aufbau des Pommerschen Landbundes, 1919 zur Eisernen Division nach Mittau, 1919–1922/23 Bundesleitung und formaler Geschäftsführer des DvSTB (1921/22 Gründung auch in Österreich), 1920 juristischer Vertreter des Norddeutschen Ordnungsblocks, 1921 endgültiges Ausscheiden aus dem Staatsdienst und Mitglied des Gesamtvorstandes des ADV sowie Stellvertreter des Alldeutschen Ehrengerichts, 1924 Mitglied der Hauptleitung des ADV, 1924–1939 Gesellschafter und 1926–1939 Geschäftsführer der alldeutschen Vermögens-Verwaltung, redaktionell mitverantwortlich für die Deutsche Zeitung, während der Anti-Youngplan-Kampagne der „nationalen Opposition“

Freundes Hertzberg<sup>46</sup> sich zur Mitarbeit bei uns bereiterklärte. Nachdem sich dieser, der Landrat a. D. *Gertzlaff von Hertzberg*, bei uns einige Monate lang eingearbeitet und ich die Überzeugung gewonnen hatte, dass er das Zeug dazu habe, den Schutz- und Trutzbund zu leiten, schlug ich Gebstattel vor, jenen zum Vorsitzenden zu bestellen und sich das Recht der obersten Führung vorzubehalten. So geschah es im Anfang des Jahres 1920. Landrat von Hertzberg blieb in Berlin wohnen, um die ständige Fühlung mit mir aufrecht zu erhalten.<sup>47</sup>

Die beiden in erster Reihe für den Aufbau des Bundes verantwortlichen Männer Hertzberg und Roth arbeiteten mit grösstem Erfolg. In kurzer Zeit hatten sie fast 300.000 Mitglieder in zahllosen Ortsgruppen zusammen<sup>48</sup> – ein Beweis dafür, welche Kraft der Kampf gegen das Judentum besass. Das war eine richtige Volksbewegung. Ich hatte ihnen ihre Tätigkeit dadurch erleichtert, dass ich dem Schutz- und Trutzbund aus den mir zur Verfügung stehenden Mitteln einen sehr stattlichen Betrag überliess, damit sie gleich in grossem Stile wirken könnten. Dies geschah, und wir konnten mit Freude auf unser jüngstes, sehr stürmisches Kind blicken.

Im Zusammenhang mit meiner Betreuung des Schutz- und Trutzbundes hatte ich meine letzte Zusammenkunft mit *Hugo Stinnes*. Die Werbetätigkeit für den Bund war in so ausgedehnter Weise durchgeführt worden, dass vorauszusehen war, dass die von mir überwiesenen Mittel bald aufgebraucht sein würden. Da ich vom Alldeutschen Verband aus nichts mehr geben konnte, beschloss ich, Stinnes um seine Unterstützung anzugehen, da von ihm bekannt war, dass er damals grosse Opfer im politischen Kampf brachte, besonders gegen den Kommunismus und die bolschewistische Gefahr.

---

1929–1930 Mitglied des Referendum-Ausschusses, 1929–1939 Erster stellvertretender Vorsitzender des ADV.

<sup>46</sup> Gemeint ist Ernst von Hertzberg-Lottin (1852–1920), der über Richard Pretzell (aus Düb-zow bei Labes/Pommern) vom Gesamtvorstand zum Alldeutschen Verband kam. Über die Wahl von Ernst von Hertzberg-Lottin in den Geschäftsführenden Ausschuss des ADV berichtete Claß 1918, dass er der „einzige ostelbische Junker“ im besonderen Sinne „bei uns ist – Admiral von Grumme-Douglas kann doch als solcher nicht anges[e]hen werden. Wir müssen aber auch diese Menschengattung unter uns haben und ich halte gerade Herrn von Hertzberg-Lottin für wichtig, weil er ein ungeheures Ansehen unter seinen Berufs- und Standesgenossen geniesst; dazu kommt, dass Herr Pretzell, was ich zunächst vertraulich bemerke, wankend geworden ist und ich seinen etwaigen bereits ungünstigen Einfluss in Pommern rechtzeitig demjenigen des Herrn von Hertzberg-Lottin gegenüber stellen möchte [...]“ Claß an Landgerichtsrat Dr. Joerges, 11.3.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 203, Bl. 387.

<sup>47</sup> Auch innerhalb der Standesvertretung des Adels wirkte Gertzlaff von Hertzberg-Lottin u. a. mit Leopold von Vietinghoff-Scheel für die rassenantisemitische Radikalisierung innerhalb der Deutschen Adelsgesellschaft. Malinowski: Vom König zum Führer, S. 336–357 und Ders.: The History of a Misalliance, S. 160–177.

<sup>48</sup> Die Zahlen scheinen übertrieben. Der DvSTB zählte Ende 1919 30.000 Mitglieder, Ende 1920 110.000 Mitglieder, 1921 150.000 Mitglieder und im Juni/Juli 1922 zwischen 160.000 und 180.000 Mitglieder organisiert in 530 Ortsgruppen im Sommer 1921 und ca. 600 Ortsgruppen im Herbst 1922. Lohalm: Völkischer Radikalismus, S. 89–93.

Ich besuchte ihn an einem Sonntag Vormittag in Berlin<sup>49</sup> und brachte mein Anliegen vor, nachdem ich ihn über die Entstehung und die Aufgaben des Schutz- und Trutzbundes unterrichtet hatte. Als ich fertig war, bekam ich folgendes zu hören:

„Sie erinnern sich, Herr Class, dass ich früher ihr entschiedenster Gegner gewesen bin. Sie wissen, dass der Krieg meine Anschauungen den Ihrigen immer näher gebracht hat, und heute ist es so, dass sie sich bis auf einen Punkt eigentlich decken. *Und das ist ihre Auffassung vom Kampf gegen das Judentum.* Ich bin jetzt auch Antisemit geworden, nicht im Parteisinn, sondern weil ich die vom Judentum kommenden Gefahren erkannt habe.<sup>50</sup> Sie wollen die Juden politisch bekämpfen. Das geht nicht, denn damit werden Sie niemals Erfolg haben. Ich bin mir ganz klar darüber geworden, dass der Kampf gegen das Judentum nur wirtschaftlich geführt werden kann. So führe ich ihn, und ich glaube, dass ich damit durchdringen und den jüdischen Einfluss niederringen werde. Ist dies auf dem Gebiet der Wirtschaft erreicht, so kommt alles andere von selbst.“<sup>51</sup>

<sup>49</sup> Das genaue Datum des Treffens mit Hugo Stinnes bleibt unklar. Stinnes hoffte auf eine Einheit der rechten Parteien und Verbände bis hin zu den paramilitärischen Organisationen um Georg Escherich und war daher nicht abgeneigt, „im trüben Wasser der rechten Szene zu fischen“, so Feldman: Hugo Stinnes, S. 715.

<sup>50</sup> Hugo Stinnes erklärte im Sommer 1922 in einem Brief an das Direktoriumsmitglied des RDI, Hermann Bücher: „Meines Erachtens muss in so aufgeregten Zeiten wie heute die größte Zurückhaltung geübt werden, da sonst leicht der Eindruck hervorgerufen werden könnte, als wären gewisse sachliche Äußerungen Produkte einer gewissen Art von Furcht. Es wird sich zweifellos ungezwungen die Gelegenheit bieten, in aller Öffentlichkeit den Trennungsstrich zwischen einer Art Antisemitismus zu ziehen, die in Wirklichkeit nichts weiter bedeutet, als Neid und Missgunst einer Rasse und Mitbürgern gegenüber, die durch Talent und früher ausgeübten Zwang zweifellos überlegene kaufmännisch wirtschaftliche Eigenschaften besitzen, d. h. also der Antisemitismus dieser Art ist nichts als Konkurrenzneid gegenüber überlegenen Wettbewerbern. Daß die Monarchie im Augenblick zusammenfällt mit scharfem Antisemitismus ist reiner Zufall, da leider unter der Monarchie das Judentum teilweise schon eine Rolle gespielt hat, die ihm nach seiner prozentualen Bedeutung im Volke nicht zukam. [...] Sie haben vollkommen recht, daß die honorigen Juden ihre minderwertigen Elemente besser selbst zur Vernunft und zum Zurücktreten bringen sollten, aber haben Sie erstlich irgendwelche Hoffnung, daß Leute vom Schlage Salomsohn, [Max] Warburg, [Albert] Ballin, Emil Rathenau, wirklich das fertig bringen würden?“ Hugo Stinnes an Geheimrat [Hermann] Bücher, 4.7.1922, in ACDSA I-220-046/2, o. Bl. Den ersten Bedenken seines Geschäftspartners Max Warburg, dass es gewaltsame Pogrome gegen Juden in Deutschland geben könnte, gerade wenn man sich die Stimmung Ende 1922 anschaut, konnte Stinnes keine Empathie entgegenbringen und nahm auch Warburgs Anschuldigungen gegenüber Erich Ludendorff als einen der Stimmungsmacher für eine solche antisemitische Pogromstimmung nicht ernst. Gegenüber Ludendorff ließ Stinnes jedoch wissen, dass er „vollstes Verständnis habe für die Lage der konservativen, anständigen Juden, die garnicht wissen, wohin sie sich wenden sollen.“ Max Warburg an Hugo Stinnes, 9.10.1922, Hugo Stinnes an Erich Ludendorff, 1.11.1922, Erich Ludendorff an Hugo Stinnes, 6.11.1922, Max Warburg an Hugo Stinnes, 3.1.1923 und Erich Ludendorff an Hugo Stinnes, 19.1.1923, in ebd., I-220-040/2, o. Bl. Siehe dazu auch Feldman: Hugo Stinnes, S. 675–678.

<sup>51</sup> Hugo Stinnes dachte in seinen politischen Abgrenzungen auch antisemitisch und nannte Wirtschaftsvertreter, die aus seiner Sicht den „internationalen Pazifismus“ in den Sachverständigenräten um Kohlenreparationen in Spa im Juli 1920 repräsentierten, „verheerend“.

Ich erwiderte ihm, dass dies ein Irrtum sei, vielleicht sein letzter. Der Kampf gegen das Judentum sei ein politischer in entscheidendem Grade und könne also nur politisch geführt werden; werde er von wirtschaftlich mächtigen Männern unterstützt, dann sei es umso besser, aber wirtschaftlich allein werde sich auch der genialste Wirtschaftler nicht durchsetzen können. Stinnes blieb bei seiner Meinung, und ich sagte ihm noch, ich hoffte, dass er auch in dieser Frage sich bald zu meiner Auffassung bekennen werde.

Nun kam noch etwas Merkwürdiges. Stinnes sagte beim Schluss der Unterredung: „Übrigens würde ich mir illoyal vorkommen, wenn ich Geldmittel zum politischen Kampfe gegen das Judentum gäbe, wo ich doch mit *Walt[h]er Rathenau* und anderen grossen Wirtschaftlern jüdischer Abstammung in vielen Aufsichtsräten zusammensitze und mit ihnen gut arbeite.“<sup>52</sup> Ich könnte diesen Männern nicht mehr ins Gesicht schauen, wenn ich mich als heimlicher Förderer des politischen Machtkampfes gegen sie fühlte.“<sup>53</sup>

---

Stinnes machte auch nach seinem Eintritt in die DVP in Parteigremien solche antisemitischen Äußerungen im Zusammenhang mit der Ablehnung der Regierungsbeteiligung der DVP, die sich auch in der Tagespresse widerspiegelten. Der Mord an seinem einstigen Gegner Matthias Erzberger am 29.8.1920 führte bei Stinnes zu keinen nennenswerten Reaktionen. Gerald L. Feldman dazu: „Stinnes hieß politische Mordanschläge zwar nicht gut, trauerte aber Leuten, die er haßte, nicht nach“. Siehe Feldman: Hugo Stinnes, S. 628–630 und S. 715 (Zitat) sowie Ders.: Max Warburg, Hugo Stinnes und das Problem des Antisemitismus.

<sup>52</sup> Um 1900 war Walther Rathenau im Aufsichtsrat von 86 deutschen und 21 ausländischen Unternehmen und 1904 wurde er in den Aufsichtsrat der Allgemeinen Elektrizitätswerke (AEG) gewählt. Hugo Stinnes gründete seine eigene Gesellschaft (ab 1903 Hugo Stinnes GmbH), war am Ausbau der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken führend beteiligt und unter anderem im Mühlheimer Bergwerks-Verein, im Bochumer Verein und der Süd-deutschen Eisenbahn-Gesellschaft Vorsitzender des Aufsichtsrats. Stinnes war auch Mitglied des Aufsichtsrates der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, der Phoenix AG und der Saar-Mosel Bergwerks-Gesellschaft. Bei der HAPAG gab es mit Stinnes und Rathenau wirtschaftliche Überschneidungen. Siehe dazu Volkov: Walther Rathenau, S. 65–66.

<sup>53</sup> Hugo Stinnes und Walther Rathenau trennten bereits im Kaiserreich Konkurrenzen unter anderem beim Ausbau der Energieunternehmen von Stinnes' RWE und Rathenau AEG. Hinzu kamen Übereinkünfte in der Ressourcenkonzentration durch Kartellabsprachen oder Syndikatbildungen, die im Ersten Weltkrieg die Energieunternehmen neu ausrichtete, als bestehende Syndikate wie der RWE in Kriegsgesellschaften umgewandelt wurden. Nach 1918 kamen die Gegensätze zwischen beiden unter anderem nach Stinnes' Eintritt in die DVP im Sommer 1920 aufgrund der innenpolitischen Distanz zur DDP, die Rathenau 1918 mitbegründet hatte, auch politisch zum Ausdruck. Rathenaus Teilnahme an der Sachverständigenkommission in Spa und der Sozialisierungskommission 1920 verdeutlichten die Gegensätze zu Stinnes. Beim Antritt als Wiederaufbauminister 1921 erklärte Stinnes gegenüber Rathenau, ungeachtet seines Misstrauens gegenüber Reichskanzler Joseph Wirth vom Zentrum, jedoch, er wolle trotz seiner Angriffe gegen Rathenau erfolgreich Wirtschaftspolitik betreiben. Als Rathenau im Februar 1922 Außenminister im Kabinett Wirth II wurde, traten die außenpolitischen Gegensätze zu Stinnes weiter hervor. Stinnes folgte aber zuweilen auch Rathenau. Er trat auf Anrathens Rathenaus am 19.11.1918 dem kurzlebigen Deutschen Volksbund bei und arbeitete aus pragmatischen Gründen auch mit linksliberalen Politikern zusammen. Stinnes stand letztlich aber im grundsätzlichen Gegensatz zu Rathenaus Politik der abgewogenen kleinen Schritte und hing auch nicht der „Erfüllungspolitik“ Rathenaus gegenüber den Alliierten an, um das Vertrauen der Briten und Franzosen zu gewinnen, und dann die Unannehmbarkeit der Reparationsforderungen

Dagegen war nun eigentlich nichts mehr zu sagen. Gleichwohl fragte ich Stinnes, ob er nicht wisse, auf wie viele Karten die mächtigen Juden ihre Einsätze machten; ich bekam zur Antwort, das sei ihm wohl bekannt, aber darin unterscheide er sich von den Leuten jüdischer Abstammung. Es war mir klar, dass ich bei solcher Einstellung keinen Erfolg haben würde. Ich brach daher das Gespräch ab und empfahl mich, nachdem wir uns noch kurze Zeit über sonstige politische Dinge unterhalten hatten. Was ich da hörte, war der Ausfluss der damals so weit verbreiteten, zuerst von Rathenau vertretenen Auffassung: *die Wirtschaft ist das Schicksal*.<sup>54</sup>

Der Schutz- und Trutzbund bekam also von dem grössten Wirtschaftler keinen Pfennig.<sup>55</sup> Diesem Beispiel folgten eigentlich alle grossen Unternehmer, und der Bund musste sehen, wie er durchkam. Es gelang mir, kleinere Spenden für ihn aufzubringen.<sup>56</sup> Durch den Eifer seiner Vorkämpfer und durch diese geldliche Förderung war es möglich, dass diese neue gegenjüdische Bewegung sich trotzdem machtvoll entfaltete. Sie war auf einem Höhepunkt angelangt, als am *24. Juni 1922 Walt[h]er Rathenau ermordet wurde*. Im Zusammenhang mit diesem politischen Ereignis wurde der Bund verboten<sup>57</sup>,

---

zu beweisen. Dazu auch Feldman: Hugo Stinnes, S. 512–553 und 687–738. Als die Angriffe gegen Rathenau im Zuge der Wirtschaftskonferenz in Genua im April/Mai 1922 und des abgeschlossenen Rapallo-Vertrages zunahmen, suchte Rathenau die Aussöhnung mit Stinnes. Einen Tag später wurde Rathenau am 24.6.1922 erschossen.

<sup>54</sup> Claß erklärte Ende 1920, eine Diktatur unter dem Paradigma der Wirtschaft, wie sie Hugo Stinnes vorschwebte, sei „das Letzte, was unserem Volke“ helfen würde. Claß an Karl Friedrich Walbaum, 26.10.1920, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 206, Bl. 67–68. Daraufhin habe Claß dann zunächst „gar keine Beziehung“ mehr zu Stinnes gehabt. Claß an den ADV Stuttgart, 5.3.1921, in ebd., Bd. 207, Bl. 127.

<sup>55</sup> Hugo Stinnes war auch anderweitig eindeutig in dieser Sache, als er dem Vorsitzender der Ortsgruppe Mühlheim/Ruhr des DvSTB, Prof. Dr. Hennings auf dessen Anfrage nach finanzieller Förderung zurückschrieb, er könne sich sehr wohl selbst ein aufgeklärtes Bild von den Ursachen der gegenwärtigen Situation in Deutschland machen. Zudem: „bei der geistigen Einstellung, die aus Ihren Zeilen spricht, wäre es ganz verfehlt in so ungeeignete Hände Mittel für Volksaufklärung zu geben und deshalb bedaure ich, Ihre Anregung ablehnen zu müssen.“ Hugo Stinnes an Prof. Hennings, 28.4.1922, in ACDSA, I-220-026/3, o. Bl.

<sup>56</sup> Die anfängliche Finanzierung der Gründung des DvSTB ging noch auf Spenden für Claß zu seinem 50. Geburtstag 1918 zurück, die aus Industriellenkreisen wie Carl Caesar Eiffe oder Emil Kirdorf wesentlich finanziert wurden. In Zeiten zunehmender Inflation stellte der Alldeutsche Verband vereinzelt Zwischenfinanzierungen bereit. Die Gründung eines Gaus Industriegebiet auch zur Zusammenfassung zahlungskräftiger Unterstützer scheiterte. Unterstützung kam vor allem aus dem Kleinhandel und dem Mittelstand sowie von einzelnen Adelshäusern wie des Herzogs Carl Eduard von Sachsen-Coburg und Gotha. Die Eigenfinanzierung durch Beiträge wurde weitestgehend von der Geschäftsstelle verbraucht und die Rückstände des DvSTB erreichten die Bundesführung wie auch einzelne Gaus bereits 1920, sodass Aufrufe zu Sonderspenden und Notopfern erlassen wurden. Siehe dazu Lohalm: *Völkischer Radikalismus*, S. 100–107.

<sup>57</sup> Der DvSTB wurde aufgrund des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21.7.1922 und den Notverordnungen vom 26. und 29.6.1922 verboten. In Thüringen und Hamburg wurde der Bund zuerst am 26.6.1922 aufgelöst. Siehe Erklärung Gertzlaff von Hertzberg-Lottin, Friedrich Wiggershaus und Alfred Roth, o. D., in BA-Berlin, N 2368, Bd. 2, o. Bl. Das Verbotdekret in Preußen vom 1.7.1922 wurde für viele Länder zum Vorbild. Siehe



weil ihm die intellektuelle Urheberchaft an dem Morde zugeschrieben wurde, da er die Bevölkerung gegen die Juden und besonders gegen deren Oberschicht aufgehetzt habe.<sup>58</sup> Der *Staatsgerichtshof* in Leipzig, damals eine im wesentlichen politisch, ja parteipolitisch zusammengesetzte Spruchbehörde<sup>59</sup>, bestätigte das Verbot, und so war der Schutz- und Trutzbund, auf den wir so viele Arbeit verwendet und so grosse Hoffnungen gesetzt hatten, zerstört. Sein Erbe wurde hauptsächlich die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in München, zumal da General von Gebsattel und Landrat von Hertzberg an die Mitglieder des aufgelösten Bundes einen Aufruf erlassen hatten, in dem sie

---

auch Preußisches Innenministerium, Erlass Carl Severing an Gau Groß-Berlin des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, 1.7.1922 und Preußisches Oberverwaltungsgericht Berlin an Gertzlaff von Hertzberg-Lottin, 24.7.1922, in ebd. Ausnahmen waren Bayern, Württemberg, Anhalt und Mecklenburg-Strelitz. Eine Beschwerde des DvSTB vom 8.7.1922 beim Innenminister Carl Severing führte am 17.7.1922 zu der Antwort, dass die Beschwerde zum Staatsgerichtshof überwiesen wurde. Am 1.8.1922 wurde der Auflösungsbeschluss bestätigt, da es „gerichtsnotorisch“ sei, dass der Bund „systematisch Hetze“ gegen Juden betreibe und die Berufung auf § 26, 14 des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik vom 21.6.1922 bei der Urteilsbegründung anzuwenden sei. Siehe Urteil vom 1.8.1922, in Deutsche Zeitung 10.8.1922. Am 19.1.1923 und am und 31.5.1923 wies der Staatsgerichtshof in Leipzig alle Beschwerden ab. In Oldenburg wurde das Verbot am 29.12.1924 aufgehoben und in Bayern gründete sich am 2.8.1922 ein eigener Verein, der erst 1935 aufgelöst wurde. Die Ortsgruppe Leipzig wurde nach 1923 wieder zugelassen und nannte sich später in Reichsbund für deutsches Volkstum unter der Leitung von Rechtsanwalt Dr. Hermann Meyer um. Siehe auch die langen Rechtfertigungsschreiben von Alfred Roth an Staatsgerichtshof Leipzig, 18.11.1922 und 1.12.1922, in BA-Berlin, N 2368, Bd. 2, o.Bl. und Denkschrift Alfred Roth, 1.8.1925, in ebd. sowie Jung: Ideologische Voraussetzungen und Lohalm: Völkischer Radikalismus, S. 246–251. Siehe auch Deutsche Zeitung 24.8.1922.

<sup>58</sup> Zwischen 1921 und 1922 erreichte die Gewaltwelle der Rechten mit einer Serie von Attentaten und Mordversuchen einen neuen Höhepunkt. Am 26.8.1921 wurde der Zentrumspolitiker und Außenminister, Matthias Erzberger, von zwei Attentätern in Bad Griesbach erschossen. Am 4.6.1922 überlebte der Sozialdemokrat und frühere Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten, Philipp Scheidemann, ein Blausäureattentat von zwei Männern in Kassel-Wilhelmshöhe. Am 3.7.1922 wurde der Journalist Maximilian von Harden in Berlin von zwei Männern überfallen und ermordet. Die Spuren führten in nahezu allen Fällen unzweifelhaft zur Organisation Consul, die 1920 von dem Korvettenkapitän Hermann Erhardt gegründet wurde, beim Kapp-Putsch 1920 in Berlin einmarschierte und 1921 um die 5.000 Anhänger zählte. Auch der Mord an dem Außenminister Walther Rathenau am 24.6.1922 führte in diese Kreise der Organisation Consul, die Verbindungen, Kontakte und Mitgliedsüberschneidungen führender Anhänger auch mit dem DvSTB hatte. Antisemitismus und die Strategie der Auslösung einer Gegenrevolution gegen die Weimarer Republik bestimmten diese Attentate. Das Republikenschutzgesetz wurde daraufhin am 21.7.1922 verabschiedet, trat am 23.7.1922 in Kraft und galt in seiner ersten Verabschiedung bis 1929 und dann von 1930 bis 1932. Bei der Abstimmung im Reichstag votierten 1922 vor allem Abgeordnete der BVP und der DNVP dagegen. Daraufhin wurde 1922 auch der DvSTB verboten und lösten sich die letzten Verbände offiziell 1923 auf und existierten im Untergrund nur noch in Leipzig fort.

<sup>59</sup> Der Staatsgerichtshof wurde am 9.7.1921 in Leipzig eingerichtet und nur für bestimmte Verfahren einberufen. Die Verfahrensordnung legte der Staatsgerichtshof fest. Die Urteile ergingen „im Namen des Volkes“. Zu dieser Sicht von Claß über den Staatsgerichtshof in Leipzig siehe auch Kapitel 5.11.

ihnen den Anschluss an die von Adolf Hitler<sup>60</sup> geführte N.S.D.A.P. empfohlen.<sup>61</sup>

### 4.3. Trennung von meinen Kindern

Meine Tochter war unermüdlich mit ihren Anträgen. Ein Vierteljahr lang liessen die französischen Machthaber alle Gesuche meiner Kinder, ihnen die Rückkehr zu gestatten, ohne jeden Bescheid.<sup>62</sup> Endlich, am 24. März, erhielt sie für sich und ihren Bruder auf ihre dreizehnte Eingabe die Erlaubnis zur Rückkehr. Wir beschlossen, unsere Zelte in Würzburg sofort abzubauen und zunächst nach Frankfurt zu fahren, um dort zu sehen, in welcher Weise die Rückkehr bewerkstelligt werden könnte.

In Frankfurt fiel es schwer, Unterkunft zu finden, da alle Gasthöfe mit Menschen überfüllt waren, die sich in ähnlicher Lage befanden, wie wir. Am Tage nach unserer Ankunft erkundigten wir uns nach der Stelle, von der wir über das Verfahren bei der Einreise ins besetzte Gebiet unterrichtet werden könnten. Ich wurde zunächst von der Polizei nach einer Geschäftsstelle am Main verwiesen; dort wurde mir aber gesagt, dass ich fehl am Orte sei. Ich müsse auf den Bahnhof gehen, wo im Wartesaal für Nichtraucher eine Auskunftsstelle für derartige Erkundigen vom „Ordnungsrat“ eingerichtet sei.

Als ich mit meinen Kindern dort eintrat, sah ich an einem langen Tisch etwa 10–15 Männer sitzen, von denen jeder eine Pfeife in der Hand oder im Mund hielt; sonst schienen sie unbeschäftigt, und von Akten oder ähnlichem war auf dem Tisch nichts zu sehen. Ich trat auf die Mitte des Tisches zu, wo ich den Vorsitzenden vermutete, und brachte vor, was man mir auf der Dienststelle am Main mit auf den Weg gegeben hatte: ich brauche für meine beiden Kinder einen Erlaubnisschein zum Verlassen des unbesetzten Gebietes, damit sie bei Nied, einem Ort unmittelbar vor Höchst a. M., die Grenze nach jenseits überschreiten dürften.

Als ich mein Anliegen vorbrachte,<sup>63</sup> bekam ich zu hören, damit habe der Ordnungsrat nichts zu tun. Jedenfalls könne er keine Erlaubnisscheine ausstellen. Es mischten sich noch zwei oder drei in der Nähe sitzende Ordnungsleute

<sup>60</sup> Adolf Hitler (1889–1945), 1914 Kriegsfreiwilliger trotz österreichischer Staatsbürgerschaft in der Bayerischen Armee, 1919 bei der Aufklärungsabteilung im Reichswehrgruppenkommando 4 in München, 1919 Mitglied der DAP, 1920 erster Kontakt mit Claß in Berlin, 1921 Vorsitzender der NSDAP, 1923, Hitler-Putsch, 1933 1933–1945 Reichskanzler.

<sup>61</sup> So auch Gertzlaff von Hertzberg-Lottin: Aus völkischer Kampfzeit, in *Alldeutsche Blätter* 16.12.1933. Die NSDAP profitierte vermutlich am meisten von dem Übertritt ehemaliger Mitglieder des DvSTB. Die DVFP, die Deutsch-Soziale Partei und auch die DNVP zogen ehemalige Mitglieder an, nachdem auch der Deutsche Befreiungs-Bund unter Leitung von Alfred Roth nicht die Nachfolge des DvSTB hatte antreten können. Siehe Lohalm: *Völkischer Radikalismus*, S. 279–282. Für nationalsozialistische Mitglieder des DvSTB siehe die Auflistung in Roth: *Aus der Kampfzeit des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes*.

<sup>62</sup> Siehe auch die frühen Geburtstagswünsche von Wilhelm Claß an Mathilde Claß, 21.3.1919, und Annelies Claß an Mathilde Claß, 21.3.1919, in BA-Berlin, N 2368, Bd. 5, o. Bl.

<sup>63</sup> Schreibmaschinenschriftlichen Einschub in der Fassung in FZH 11/C2, S. 461.

in das Gespräch ein, und aus allem klang heraus, dass man es eigentlich als eine Zumutung ansah, in der Ruhe gestört worden zu sein.

Als ich die Nutzlosigkeit meiner Bemühungen einsah und mich recht hoffnungslos zum Gehen wandte, erblickte ich hinter mir einen blutjungen Leutnant in Uniform, der mir zuflüsterte, er habe hier nur ein kurzes Geschäft; ich möge vor der Tür warten, dann werde er mir einen Rat geben. Ich tat das: der junge Mann kam schnell heraus und erzählte, ähnliche Vorgänge, wie sie uns zugestossen seien, habe er schon öfter miterlebt und den betroffenen Familien, die ratlos gewesen seien, weil eben in dem wilden Revolutionstreiben niemand wisse, was zu machen sei, auf die einfachste Weise helfen können, ins besetzte Gebiet zu gelangen. Freilich müsse man bei seinem Verfahren einiges Glück haben.

Er sagte uns nun, wenn die Kinder den roten Schein hätten, dann kämen sie auf der Strasse von Nied nach Höchst durch, weil dort Marokkaner<sup>64</sup> auf der Wache stünden, die sich wahrscheinlich auch in unserem Falle so wenig um weitere Papiere kümmern würden, wie in den anderen Fällen, von denen er zwei oder drei an dieser sogen. Grenze selbst miterlebt habe. Er riet uns, meine Kinder sollten nicht mit der Eisenbahn nach Nied fahren, weil dort eine Bahnhofswache von Franzosen liege, sondern mit einem Kraftwagen auf der Landstrasse. Dort stünden am Endpunkte Kinder mit kleinen Handwagen bereit, die unser Gepäck an den Bahnhof Höchst fortbringen würden, wenn der Durchlass bei dem Posten gelungen sei. Es sei zweckmässig, ein paar Päckchen mit Zigaretten einzustecken und sie den auf Posten stehenden Farbigen zu geben: das werde ihren guten Willen fördern. Freilich sei es möglich, dass nachher im Zug von Höchst nach Mainz richtige Franzosen die Papiere der Einreisenden durchsähen. Wenn sie etwas nicht [in] Ordnung fänden oder schikanieren wollten, liege die Möglichkeit vor, dass meine Kinder mit dem nächsten Zuge wieder zurück müssten.

Es war die Frage, ob wir es auf diese Gefahr hin wagen wollten. Meine Kinder waren unbedingt bereit, und wir beschlossen, am anderen Vormittag,

---

<sup>64</sup> Kritik am Einsatz von Kolonialtruppen seitens der Entente-Mächte war innerhalb der Rechten nicht auf den Alldeutschen Verband beschränkt. Breits vor Kriegsende propagierte Paul von Hindenburg in einem Interview mit dem Neuen Wiener Journal: „Die Verwendung Farbiger in diesem Kampf wird ein unauslöschlicher Vorwurf für unsere Feinde bleiben.“ Zitiert in Deutsche Allgemeine Zeitung 6.9.1918. Von den 85.000 französischen Besatzungstruppen in Deutschland waren nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages am 19.7.1919 ca. 30 % Kolonialtruppen, deren Anteil unter anderem durch Weiterverlegung beständig reduziert wurde. Die meisten im Rheinland stationierten afrikanischen Soldaten kamen aus Marokko, Algerien und Tunesien, Senegal, Madagaskar und Französisch-Vietnam. Die politische und rassistische Aufladung der Diskussion um die Einsetzung von Kolonialtruppen vor allem der Franzosen bei der Ruhrbesetzung hatte gleich im Frühjahr 1923 insbesondere innerhalb der Rechten einen propagandistischen Höhepunkt erreicht, bevor die Diskussion um die als demütigend empfundene Besetzung durch afrikanische Truppen sowie Berichte über „Greuelthaten“ gegen die Zivilbevölkerung im Sommer 1923 wieder zurückging und die Diskussion sich nur noch um „weiße“ Soldaten drehte. Siehe auch Koller: „Von Wilden aller Rassen niedergemetzelt“, S. 201–261, Nelson: The Black Horror on the Rhine und Maß: Weiße Helden, schwarze Krieger, S. 71–83.

dem 27. März, nach Nied zu fahren. Dem liebenswürdigen Ratgeber dankten wir herzlich, und ich lud ihn, um meine Erkenntlichkeit zu beweisen, für den Abend zu uns in den Gasthof zum Nachtesen ein. Er schlug die Einladung aber ab, weil er Dienst habe; im übrigen verdiene er ja gar keinen Dank, da er nur seine ganz selbstverständliche Pflicht erfüllt habe.

Wir taten alles, was die Ausführung der Ratschläge unseres freundlichen Helfers erforderte; wir brachten das ganze Gepäck der Kinder in Ordnung und sicherten uns einen Kraftwagen für den nächsten Vormittag, was damals in Frankfurt nicht ganz leicht war. Dann verbrachte ich den letzten Abend, der mir auf voraussichtlich längere Zeit mit meinen Kindern vergönnt war, still mit ihnen im Gasthof.

Wir richteten uns so ein, dass sie, wenn kein Zwischenfall geschah, um die Mittagszeit in ihrem Vaterhaus eintrafen. Der letzte Gedanke bei der Wahl der Zeit für die Heimkehr war für mich gewesen, dass sie am 28. März, dem Geburtstage ihrer Mutter<sup>65</sup>, zu Hause ankämen, um ihr diese freudige Überraschung zu bereiten. Dieser Plan glückte völlig, und ich gab meiner Tochter einen längeren Geburtstagsbrief für meine Frau mit.<sup>66</sup>

Nach dem Frühstück fuhren wir mit der Habe der Kinder nach Nied. Wirklich verlief alles, wie es der junge Offizier geschildert hatte, nur waren die Posten nicht von Marokkanern besetzt, sondern von Negern<sup>67</sup>, von denen zu erwarten war, dass sie sich mit dem Vorzeigen der roten Scheine begnügen würden. Die Koffer der Kinder waren auf zwei Wägelchen verladen. Dann näherten wir uns dem Schlagbaum und seinen schwarzen Wächtern.

<sup>65</sup> Mathilde Claß wurde am 28.3.1878 in Mainz als Elisabeth Katharina Mathilde Manefeld geboren. Siehe „Ahnentafel“ Heinrich Claß, 28.2.1937, in BA-Berlin, N 2368, Bd. 7, o. Bl.

<sup>66</sup> Siehe Heinrich Claß an Mathilde Claß, o.D. [Frühjahr 1919], in BA-Berlin, N 2368, Bd. 5, o. Bl.

<sup>67</sup> Der Alldeutsche Verband vertrat bereits unter Ernst Hasse und Alfred Lehr auch für die NLP im Reichstag die Forderung nach einem ethnisch definierten Staatsbürgerschaftsrecht (ius sanguinis), das rassistisch zwischen „deutsch“ und „reichsdeutsch“ unterschied. Siehe dazu stellvertretend den Entwurf eines Gesetzes über die Erwerbung und den Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit (Petition für den Reichstag), 15.2.1895, in Alldeutscher Verband: Zwanzig Jahre, S. 24–27. Siehe dazu Gosewinkel: Einbürgern und Ausschließen, S. 278–327. Zur frühen Forderung des ADV, auch „Farbige aus dem Heere zu entfernen und deren weitere Anstellung nicht zuzulassen“. Claß an General von Heeringen, 4.10.1912, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 591, Bl. 1–2. In seinem Buch „Wenn ich der Kaiser wär“ wollte Claß die Juden in Deutschland unter Fremdenrecht stellen und definierte auch Polen im Osten, Franzosen im Westen und Dänen im Norden des Deutschen Reiches sowie Saisonarbeiter und Einwanderer besonders aus dem Russischen Reich als „Volksfremde“. Siehe ebd., S. 74–93. Claß wiederholte diese Forderung zuletzt in seiner Kriegszielenkschrift: „Der Boden des Reiches soll sauber gehalten werden; deshalb dulden wir keine Farbigen mehr in ihm, auch wenn sie aus unseren eigenen Kolonien kommen. Soweit sie für die Zwecke der Auslandsschiff[f]ahrt wirklich unbedingt nötig sind, werden sie in den Seehäfen zugelassen; dort aber werden ihnen engbegrenzte Bezirke vorgeschrieben, aus denen sie sich nicht entfernen dürfen. *Sonst soll sich kein Farbiger auf deutschem Boden zeigen* – der Unfug der schwarzen, braunen und gelben Reklamepfortner usw. muß ein Ende haben.“ Claß: Zum deutschen Kriegsziel, S. 71. Kursiv als Sperrdruck im Original.

Uns krampfte sich das Herz zusammen, mitten im deutschen Land solch' ein Schauspiel zu erleben und solchen Hütern der vom Feinde aufgedrungenen Zwangsordnung die Ausweise zeigen zu müssen. Aber wir taten, was nicht zu ändern war. Ich ging auf den Posten zu, deutete auf die Kinder, die ihre roten Scheine in der Hand hatten, und zog für jeden zwei Päckchen Zigaretten aus der Tasche. Sie wurden mit breitem Grinsen genommen, und ein Nicken der Köpfe bedeutete, dass der Durchgang gestattet war.

Vor dem Schlagbaum verabschiedeten wir uns angesichts der afrikanischen Wächter, und ich gab meinen Kindern noch tausend Grüsse an meine Frau, meine Schwestern<sup>68</sup> und alle Lieben in der Heimat mit. Dann drängte ich sie zum Gehen und sah ihnen lange nach, bis sie auf der Landstrasse mit dem Gefolge ihrer kleinen Gepäckwagen verschwunden waren. Mein letzter Auftrag an sie ging dahin, mir sofort von Kastel eine Postkarte zu schreiben, wenn sie dort ohne Schwierigkeiten angekommen seien. Meiner Frau liess ich sagen, ich wolle noch einen Tag in Frankfurt bleiben, um abzuwarten, ob sie mir schreiben könne.

Ich weiss nicht, ob man sich leicht eine Vorstellung von dem machen kann, was mich bewegte, als ich mit dem Kraftwagen nach Frankfurt zurückkehrte. Neben der Ungewissheit über das Schicksal meiner Kinder und der Befriedigung darüber, dass ich meiner Frau, wenn alles gut gehe, durch deren Rückkehr die schönste Geburtstagsfreude bereite, beherrschte mich das Gefühl der tiefsten Demütigung, durch den Zusammenbruch des Vaterlandes von der guten Laune solcher Wächter abhängig geworden zu sein, wie es jener Neger<sup>69</sup> war.

Aber ich sollte während der anderthalb Tage, die ich noch in Frankfurt blieb, auch erleben, was aus dem Volke preussisch-deutscher Ordnung geworden war. Meine erste Aufgabe war es, die nächste Reisegelegenheit nach Berlin auszuforschen, und das wollte ich noch am Tage der Abfahrt meiner Kinder erledigen. Ich ging zum Hauptbahnhof und wollte am Schalter eine Fahrkarte lösen; ich hatte natürlich an den kürzesten Weg über Eisenach gedacht. Zweierlei bekam ich da zu hören: Erstens, dass die Strecken über Thüringen und Kurhessen gesperrt seien, wogegen die Möglichkeit bestehe, über Nürnberg nach Berlin zu gelangen. Zweitens, dass am Schalter nur Fahrkarten ausgegeben werden dürften, wenn der Reisende eine Bescheinigung des Frankfurter Polizeipräsidenten beibringe, dass die Abreise genehmigt sei.

Da stand ich nun und bekam den Bescheid mit auf den Weg, wie ich am schnellsten zu dieser Genehmigung käme, würde ich wohl auf der Auskunftsstelle erfahren. Also hiess es, nach dem Auskunftsbeamten zu suchen. Er war aber nicht zu finden, und sein Geschäftsraum bei der Empfangshalle war leer. Ich ging zurück in die Halle, in der es ebenso von Menschen wimmelte wie

---

<sup>68</sup> Gemeint ist die jüngere Schwester Friedericke („Frieda“) Claß und die ältere Schwester Paula Henriette Caroline Roesener, geborene Claß.

<sup>69</sup> Zur rassistischen Diskussion um Besatzungstruppen aus den französischen Kolonien siehe auch Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 26./27.11.1921, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 133, Bl. 18–19.

draussen auf dem riesigen Bahnsteig, und sah mich nach dem Beamten dort um; aber er war nicht zu entdecken.

Schon schickte ich mich recht entmutigt an, den Bahnhof zu verlassen, um zu sehen, ob ich auf dem Polizeipräsidium Bescheid erhalten könnte. Da nahte sich mir der eine von den beiden Wachtmännern, die in der Empfangshalle die Ordnung aufrecht erhalten sollten, und sprach mich an. Es war für einen Mann, der in der Zeit der Ordnung Soldat gewesen war<sup>70</sup>, entsetzlich, diese beiden Vaterlandsverteidiger zu sehen. Sie hatten fast bis auf die Füsse gehende, zu weite Mäntel an, die durch den viel zu tief sitzenden Leibriemen zusammengehalten wurden. Der kriegerische Schmuck wurde durch niedergeklappte Mützen und durch Gewehre ergänzt, die sie mit der Mündung nach unten umgehängt trugen. So widerwärtig mir dieser Anblick war – damals erschien mir dieser unsoldatische Soldat als rettender Engel.

Im reinsten Sachsenhäuser Deutsch fragte er mich, ob ich etwas suche. Auf meine Entgegnung, dass ich den Auskunftsbeamten nicht finden könne, antwortete er nicht ohne einigen Hohn gegen die Träger der gestürzten Gewalt: „Ja, so was gibt's nit mehr; die hawwe sich ‚per‘ gemacht!“ Gutmütig fügte er hinzu, er könne mir vielleicht Bescheid geben, wenn ich ihm mitteile, was ich wissen wollte. Ich sagte ihm nur kurz, dass ich notwendig nach Berlin müsse, aber ohne Ausweis des Polizeipräsidiiums keine Fahrkarte bekäme, worauf er meinte, das sei eine schwierige Sache, die, wenn es gut gehe, vier bis fünf Tage oder noch länger dauere. Auf meine Erwiderung, dass ich unbedingt am übernächsten Tage reisen müsse, war er bereit, zu meinen Gunsten einen Versuch zu machen und forderte mich auf, mit ihm auf die Bahnhofswache zu gehen.

Bevor wir uns dorthin auf den Weg machten, ging er zu seinem Wachtgenossen, drückte ihm sein Gewehr in die Hand und forderte ihn auf, für einige Minuten seinen Posten mitzuversehen. Dann führte er mich durch das Menschengewühl und durch eine Bahnhofssperre hindurch nach dem mindestens 200 m entfernten Wachtzimmer. Die Zeit dieses kleinen Marsches benutzte er, um mich über die Frankfurter Verhältnisse zu belehren; vor allem aber unterstrich er den Satz, dass man heutzutage „ohne *Protexion*“ nicht weiterkomme.

Dies hatte ich so zu verstehen, dass er sich zu meinem gütigen Beschützer aufgeworfen hatte. Während wir weiterschritten, beobachtete ich, welche Unordnung in dem Riesenbahnhof herrschte, und wie mangelhaft er gereinigt war. Schliesslich kamen wir vor dem Wachraum an. Mein Schutzherr trat ein und bedeutete mir, ihm zu folgen. Zunächst sah ich nichts: als dann hinreichend frische Luft in den Raum gedungen war, entdeckte ich in dem entsetzlichen Tabaksqualm vier Schutzleute, die mit ungemeiner Hingebung Karten spielten.

Unser Eintreten schien zu stören, denn einer, wohl der Wachhabende, erhob den Kopf nur wenig und fragte kurz: „Was gibt's?“ Nun hatte mein neugewonnener Freund volle Gelegenheit zu zeigen, in welchem Umfange er mir

<sup>70</sup> Gemeint ist Claß' Militärdienst beim 3. Großherzoglich Hessischen Infanterie-Regiment Nr. 117 in Mainz vom 1. April 1887 bis Ostern 1888. Claß: Wider den Strom, S. 12–13.

seine Protektion schenkte. Er erzählte: „Der Herr da muss e dringend Reis' nach Berlin mache und braucht de Schein.“ Gegenfrage: „Was is er dann?“ „Justizrat aus Mainz.“ Darauf kurz: „Dort driwwwe liege die Zettel.“ Damit war das Geschäft für die Herren von der Wache erledigt, und sie setzten das ungerne unterbrochene Spiel fort. Mein Freund nahm von einem Pack von Vordrucken einen an sich und liess mich meinen Namen und die anderen üblichen Angaben, sowie das Reiseziel selbst eintragen. Dann marschierten wir ab – unser freundlicher Gruss an die Kartenspieler blieb unerwidert.

Vor der Tür sagte dann mein Gönner: „So, das hätte mer geschafft. Wenn Sie nit an mich gerate wäre, dann hätte Sie e Woch' in Frankfurt herumliege könne.“ Im glücklichen Besitze meines Scheins entgegnete ich, dass ich ihm unendlich dankbar sei und fragte dann, ob ich ihm nicht irgendwie meine Erkenntlichkeit zeigen dürfe. Er aber erwiderte stolz: „Das gib't nit; wir sin geschworene Leut'.“ Er liess aber dann die Andeutung fallen: „Freilich, wenn mer bedenkt, was Sie für Zeit gespart hawwe dadurch, dass ich Ihnen geholfen hab'...“. Damit brach er ab und liess mich erkennen, dass er nicht abgeneigt sei, ein kleines Entgelt anzunehmen. Ich liess ihm nun einen Fünfmarschein in die Hand gleiten, den er schleunigst in die Tasche seines Mantels steckte. Nun versicherte er nochmals: „Sie sehe, ich hab' recht: heutzutage braucht mer Protexion.“

Dann bat ich meinen Begleiter um Belehrung, wie sich die Unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten in Frankfurt verhielten. Mit ausgesprochenster Verachtung meinte er, von der Sorte hätten sie auch einige; das seien aber meist junge Leute, die in den Versammlungen viel Krach machten, aber nichts bedeuteten. „Wisse Se, die Macht hawwe mir alte gesetzte Leut in der Hand, und wir warte ja nur drauf, dass die annere etwas mache. Dann kriege se auf den Kopf gehaue.“ Ich erklärte, dass ich mich sehr freute zu hören, dass in Frankfurt die sogen. besonnenen Elemente das Heft in den Händen hätten, was er mir mit Stolz nochmals bestätigte. Darüber waren wir wieder in der Eingangshalle angekommen. Wir verabschiedeten uns mit grosser Herzlichkeit, und ich sah noch, wie er auf seinen Wachtgenossen zuschritt und sich von ihm sein Gewehr wiedergeben liess.

Ich trat sofort an den Fahrkartenschalter, um zu sehen, ob ich nun eine Karte erhalten würde. Als ich meinen Schein abgab, sah ich, dass er im Abklatsch die Unterschrift des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten *Dr. Sinzheimer*<sup>71</sup> aufwies, eines jüdischen Rechtsanwalts, der durch den Umsturz zum massgebenden Manne in Frankfurt geworden war, und der später im Reichstag eine grosse, aber sehr unerfreuliche Rolle spielte.<sup>72</sup> Ich hatte wirk-

---

<sup>71</sup> Hugo Sinzheimer (1875–1945), ab 1903 Rechtsanwalt, 1914 Herausgeber der Zeitschrift *Arbeitsrecht*, 1914 Mitglied der SPD, Mitausarbeitung der WRV, 1919–1920 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung für die SPD, 1920 Professor in Frankfurt/Main, 1925–1931 Mitherausgeber der Zeitschrift *Die Justiz*, 1933 Haft, Flucht in die Niederlande, 1933 Professor in Amsterdam und ab 1935 auch in Leiden, 1937 Ausbürgerung aus Deutschland, 1940 Haft, Freilassung, erneute Haft und ab 1942 im holländischen Untergrund.

<sup>72</sup> Hugo Sinzheimer war 1917–1933 Stadtverordneter und während der Novemberrevolution 1918–1919 kurzzeitig provisorischer Polizeipräsident von Frankfurt am Main. Sinzheimer

lich Glück und erhielt nun ohne Anstand eine Fahrkarte über Nürnberg nach Berlin, allerdings mit dem Bemerkten, dass die Reise wohl zwei Tage dauern werde, so dass ich am besten in Nürnberg die Fahrt unterbrähe.

Ich wartete nun noch einen Tag in Frankfurt auf Nachrichten aus Mainz, bevor ich meine Weiterreise ins Ungewisse antrat. Und richtig, am Tage nach der Abreise meiner Kinder kamen zwei Postkarten an, die eine von meiner Frau, in der sie schrieb, wie glücklich sie über die Rückkehr der Kinder sei, die für sie das schönste Geburtstagsgeschenk bedeute – die zweite von meiner Tochter, die berichtete, dass sie ohne Zwischenfall in der Heimat angekommen seien. Am Nachmittag erschien dann in meinem Gasthof die Base, die in der Würzburger Zeit de[n] Briefwechsel mit Mainz vermittelt hatte; sie brachte einen grossen Brief meiner Frau mit, den ihr am Vormittag die Musikstudentin abgeliefert hatte. So konnte ich getrost meine Zelte in Frankfurt abbrechen, nachdem ich auf offener Postkarte meiner Frau gedankt hatte.<sup>73</sup>

Die Fahrt nach Nürnberg verlief, abgesehen von längeren Aufenthalten, ohne besondere Erlebnisse, so dass ich dort am Spätnachmittag ankam. Wie staunte ich, als ich, aus dem Bahnhof heraustretend, Sonderblätter ausrufen hörte, die einen Putsch in Frankfurt verkündeten.<sup>74</sup> Ich kaufte mir ein Stück und fand haarklein geschildert, dass die von meinem Beschützer so verachteten „jungen Leute“ bereits am Tage meiner Abreise einen wilden Aufruhr verursacht hatten, bei dem die berühmte Bürgerwehr der alten gesetzten Männer sofort entwaffnet worden war.

Noch bevor ich die weiteren Einzelheiten las, wanderten meine Gedanken zu meinem Frankfurter Freunde: wie mochte er jetzt als begossener Pudel dastehen, nachdem ihm das Gewehr abgenommen war und er wohl auch die

---

definierte im Sommer 1919 Wirtschaftsverfassung als gemeinwirtschaftliche Handlungsmöglichkeit des Staates sowie eine korporatistische Zusammenarbeit mit dem Räteystem, die als zu ausgeprägt sozialistisch kritisiert wurde. Sinzheimer arbeitete den Räteartikel § 165 der WRV aus und trat gegen die Todesstrafe auf. Er war Mitherausgeber der Zeitschrift „Die Justiz“ des Republikanischen Richterbundes, in der seine „Chronik“ mit Stellungnahmen zu politischen und juristischen Skandalen der Weimarer Republik, wie dem späteren Prozess um den „Claß-Putsch“ von 1926, veröffentlichte. Er war darüber hinaus Rechtsbeistand des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes und 1930 Schlichter im Berliner Metallarbeiterstreik.

<sup>73</sup> Im Mai 1919 hegte Claß grundsätzliche Zweifel über seine politische und private Zukunft im „Exil“: „Heute ist Marschall Foch in Mainz eingezogen; er wird noch Wiesbaden besuchen und dann eine Festfahrt den Rhein hinunter bis nach Koblenz machen!! Meine eigne Zukunft ist unsicherer als je, und ich kann auch nicht annähernd sagen, wann ich mit den Meinen wieder zusammentreffen könnte, ja auch nur, ob ich in absehbarer Zeit Mainz wieder einmal sehe. [...] Die Meinigen sind schmerzlich berührt davon, daß unser Finthener Besitz von heute auf morgen beschlagnahmt wurde, um drei uns wildfremden Familien Unterkunft zu bieten, ohne daß wir vorher auch nur im geringsten benachrichtigt oder vorbereitet wurden.“ Claß an Konstantin von Gebattel, 14.5.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 357, Bl. 195. Die erwähnte Base bleibt unklar.

<sup>74</sup> Von 1912 bis 1924 war Georg Voigt, zunächst Nationalliberaler und ab 1918 Mitglied der DDP, Bürgermeister, der 1912 Franz Adickes nachfolgte. Adickes war 1890–1912 Bürgermeister von Frankfurt am Main und als Vater von Gertrud Adickes seit 1900 der Schwiegervater von Alfred Hugenberg.



Uniform hatte ausziehen müssen. Nun war es wohl mit den Gelegenheiten vorbei, bei denen er „Protexion“ ausüben konnte. Und doch war er seiner Sache so sicher gewesen!

Der Frankfurter Putsch<sup>75</sup> war ein ganz wüstes Unternehmen, indem er sofort in Plünderungen ausartete, an denen sich die Weiber der Strasse beteiligten.<sup>76</sup> Sie raubten das in der ganzen Gegend bekannte grosse Kolonialwaren- und Delikatessengeschäft von Schep[e]ller so ziemlich ganz aus, wobei Weine und Schnäpse eine grosse Anziehungskraft ausübten – ausserdem erlitt der „Frankfurter Hof“<sup>77</sup> mit seinen grossen Kellereien und den Vorratsräumen für Speisen das gleiche Schicksal. In dieser Art hatte sich der Freiheits- und Ordnungssinn des marxistischen Nachwuchses in der alten Freien Reichsstadt<sup>78</sup> betätigt.

#### 4.4. Ankunft in Berlin

Am folgenden Vormittag fuhr ich nach Berlin weiter; ich traf erst am späten Abend ein, da mein Zug wegen kommunistischer Unruhen wiederholt umgeleitet werden musste. Ich erreichte die Wohnung, die ich mir vorläufig in einem Zimmer der Geschäftsstelle des Alldeutschen Verbandes „Am Karlsbad“<sup>79</sup> hatte einrichten lassen. Damit war für mein weiteres Leben mein Schicksal entschieden, nachdem ich die Heimat verloren hatte. Gewiss wollte ich erst zusehen, ob mir der dauernde Aufenthalt in der Reichshauptstadt zusage, oder ob ich nach einem kleineren Ort, etwa nach Weimar, ziehen sollte. Aber es ist dann so gekommen, dass ich, um meine politische Lebensarbeit fortzusetzen, in Berlin blieb. Das Gefühl der Einsamkeit kam in mir nicht auf, da ich so viel Tätigkeit im Alldeutschen Verband vorfand, dass ich ganz davon in Anspruch

---

<sup>75</sup> Gemeint ist vermutlich der spätere Karfreitagsputsch in Offenbach. Am 18.4.1919 kam es in einer Kaserne bei einem Aufstand von 1.000 Demonstranten gegen die Reichswehr zu Schüssen und 17 Toten und 26 wurden verletzt. USPD und KPD hatten Tage zuvor zu einem Aufstand gegen die Arbeiter- und Soldatenräte aus SPD und Liberalen aufgerufen. Der Aufstand wurde durch das Eingreifen Frankfurter Truppen niedergeschlagen.

<sup>76</sup> Siehe zur Kritik an Plünderungen auch Alldeutsche Blätter 14.12.1918. Unmittelbar nach der Novemberrevolution erklärte der Schriftleiter Dr. Dumcke jedoch auch: „Bisher ist es den Führern der Arbeiterklasse gelungen, im großen und ganzen die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten.“ Alldeutsche Blätter 30.11.1918.

<sup>77</sup> Das Hotel „Frankfurter Hof“ wurde zum Hauptquartier, nachdem am 7.11.1918 150 Kieler Matrosen in der Stadt eingetroffen waren und zusammen mit örtlichen Sozialisten eine Revolutionsregierung gebildet hatten.

<sup>78</sup> Frankfurt am Main war seit 1220 selbstverwaltet, wurde 1245 Reichsstadt und 1372 Freie Reichsstadt im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Dieser Status wurde 1648 im Westfälischen Frieden bestätigt. Auf dem Wiener Kongress 1814–1815 wurde Frankfurt am Main als Freie Stadt des Deutschen Bundes erklärt bis 1866 die Stadt von Preußen annektiert und in die Provinz Hessen-Nassau eingegliedert wurde.

<sup>79</sup> Die Geschäftsstelle befand sich bis zum Auslaufen des Mietvertrages zum 1.10.1919 Am Karlsbad 28 I in Berlin. Die Entscheidung für den Umzug der Geschäftsstelle (Lützowufer 5a) wurde auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 11.5.1919 in Berlin Claß allein überlassen.

genommen war. Dazu kam, dass ich schon in den ersten Tagen in Berlin den Entschluss gefasst hatte, meine „Deutsche Geschichte“ fortzusetzen und den Weltkrieg, seine Ursachen, seinen Verlauf und den Zusammenbruch zu schildern.<sup>80</sup>

Kaum war ich in Berlin eingerichtet, als ich einen Brief meines früheren Anwaltsgehilfen *Ferdinand Andres*<sup>81</sup> bekam, der den ergreifendsten Beweis seiner Treue zu mir enthielt. Er bat mich dringend, zu mir nach Berlin kommen zu dürfen, um wie im Kriege, so nun auch jetzt, an meiner Seite zu arbeiten. Nichts konnte mir willkommener sein, als einen so zuverlässigen Helfer um mich zu haben. Aber das Entscheidende war doch ein solcher Beweis treuer Hingabe, der mich tief berührte.

Dieser junge Mann war unmittelbar nach beendeter Schulzeit bei mir eingetreten; er hatte allerbeste Empfehlungen seiner Lehrer mitgebracht. Als während des Krieges meine älteren Gehilfen hintereinander zum Heere geholt wurden, war er nach und nach trotz seiner Jugend zum Bürovorsteher aufgerückt. Niemand konnte mit grösserem Eifer und weniger Rücksicht auf den Umfang seiner Arbeit seinen Dienst tun. Kurz vor dem Kriegsende hatte auch Andres seine Einberufung erhalten, war aber zunächst zurückgestellt worden. Als ich Mainz verliess, hatte er gerade das 17. Lebensjahr vollendet, und nun wollte er zu mir kommen.

Schnell war die Frage geregelt, dass er auf unserer Geschäftsstelle ein kleines Schlafzimmer haben konnte; sonst standen ihm ja ausserhalb der Geschäftszeit<sup>82</sup> die ganzen Räume zur Verfügung.<sup>83</sup> Ich sagte ihm deshalb sofort

<sup>80</sup> Deutsche Geschichte von Einhart, 8. Aufl. [und als Sonderdruck Einhart 1914–1919, Leipzig 1920].

<sup>81</sup> Ferdinand Andres aus Finthen bei Mainz, geboren um 1900, nach Schulabschluss vor dem Ersten Weltkrieg als Anwaltsgehilfe bei Claß, 1919 in Folge des Wohnortwechsels von Claß auch Umzug nach Berlin und dessen Privatsekretär. Vermutlich war er mit dem Reallehrer Andres verwandt, der unmittelbar nach Gründung der Ortsgruppe Mainz des ADV 1897 dort führendes Mitglied war und zahlreiche Vorträge hielt.

<sup>82</sup> Die Geschäftsstelle des ADV in Berlin (Am Karlsbad 28 I) war Montag bis Freitag von 9 bis 16 Uhr geöffnet.

<sup>83</sup> Ferdinand Andres teilte sich dann auch seine Anschrift mit der privaten Adresse von Claß in der Rauchstraße 27 in Berlin, wo Claß spätestens seit Anfang 1920 gemeldet war. Von 1924 bis Ende 1928 residierte Claß dann in einer herrschaftlichen 12-Zimmerwohnung in der Tschechischen Gesandtschaft in der Rauchstraße 17 für eine skandalöse Monatsmiete von lediglich 195 Mark, für die noch vor 1914 7.000 Mark hätte bezahlt werden müssen. Claß bewohnte das Apartment bereits vor dem Einzug der Tschechischen Gesandtschaft, die drei Jahre zuvor mit ihrer Klage vom Mietschöffengericht abgewiesen worden war. Claß zahlte umgehend die errechnete Mietsumme von 2.900 Mark, während die Deutsche Zeitung darauf hinwies, dass Claß' drei Häuser von den Alliierten beschlagnahmt worden seien und er eine weitere Zahlung der Hauszinssteuer an den tschechischen Staat als Unmöglichkeit abgelehnt habe. Das Urteil der 28. Zivilkammer des Landgerichts Berlin vom November 1928 zur kostenpflichtigen Räumung innerhalb von 3 Monaten erregte in der Öffentlichkeit einiges Aufsehen, auch da Claß' enger Vertrauter Alfred Hugenberg vier Wochen zuvor in einer Kampf abstimmung auf dem Parteitag am 20.10.1928 in Berlin den Parteivorsitz der DNP übernommen hatte. Siehe zum Gerichtsurteil Berliner Tageblatt und Deutsche Zeitung 23.11.1928 und zu Hugenberg Kapitel 8.1., 8.3. und Kapitel 9 (Anhang 1936).

zu, und nach wenigen Tagen stand er vor mir, nicht ohne Grüsse von meiner Frau, meinen Kindern und meinen Schwestern mitzubringen. Ich war gerührt, als ich den mir lieb gewordenen jungen Menschen vor mir hatte, und machte es mir zur Pflicht, in jeder Weise für ihn zu sorgen.

Mit seiner Ankunft begann ein Zusammenleben, das ich – besonders in solcher Zeit – nicht anders als ein Idyll bezeichnen kann. Ferdinand Andres verstand es, gewisse kleine Kochkünste auszuüben; seine Höchstleistungen auf diesem Gebiete erzielte er, als die Spargelzeit kam. In Finthen, inmitten eines Spargelbaugebietes geboren<sup>84</sup>, war er von frühester Jugend her an die Behandlung von Spargeln [sic] gewöhnt, die er vorzüglich zuzubereiten wusste; ausserdem verstand er es ausgezeichnet, kleine Eierkuchen zu backen und bewährte seine Findigkeit in der Beschaffung guten und preiswerten kalten Aufschnitts. So kam es, dass ich mich abends für die Verpflegung ganz in seine Hand gab, während ich mittags meist auswärts ass, weil ich damit Besprechungen verknüpfen konnte, für die es sonst an Zeit gebrach.

Nachdem ich gemerkt hatte, wie sicher mein junger Landsmann auf seinem beschränkten Gebiete der Kochkunst geworden war, lud ich Gesinnungsgenossen, mit denen ich unter vier Augen sprechen wollte, zum Abendessen ein. Das konnte ich umso besser, als der alte Lorenz Adlon<sup>85</sup>, ein geborener Mainzer, mir trotz der Knappheit an Weinen, da ja Berlin vom besetzten Gebiet ganz abgesperrt war, immer kleine Vorräte zur Verfügung stellte.<sup>86</sup>

Diese Abendessen unter vier Augen gewannen bald einen gewissen Ruf, besonders nachdem wir, wenn wir einen Gast hatten, darauf gekommen waren,

---

<sup>84</sup> Claß wurde am 29.2.1868 in Alzey geboren. Das Haus in Finthen wurde 1850 gebaut, 1876 durch den Großvater Heinrich Fischer erworben und um 1905/06 von Claß zur Villa erweitert. Finthen wurde 1092 nach 5.000 Jahren Siedlungsgeschichte erstmals urkundlich erwähnt. Der Spargelanbau wurde mit einer erst um 1871 erfolgten größeren Anpflanzung im eher armen Bauerndorf Finthen im Deutschen Kaiserreich dann ausgebaut. Der Gemüseanbau erfolgte im Gegensatz zum traditionelleren Vieh- und Ackerbau daher spät. Claß besorgte auch für Alfred Hugenbergs Schwiegermutter Sophie Adickes Spargel aus Finthen, was sich während des Krieges jedoch aufgrund von Transportengpässen schwierig gestaltete. Claß an Alfred Hugenberg, 30.4.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 203, Bl. 750.

<sup>85</sup> Laurenz Adlon (1849–1921), in Mainz in einer katholischen Schuhmacherfamilie geboren, 1870/71 Teilnahme am Deutsch-Französischen Krieg, nach 1872 Gastwirt in Mainz und 1878 Eröffnung des „Raimundgarten“ in Mainz, kommerzieller Erfolg als Restaurantpächter und Gastronomieveranstalter bei internationalen Messen und Ausstellungen (u. a. 1881 Deutsches Turnfest in Frankfurt/Main und 1883 Weltausstellung in Amsterdam), um 1880 Umzug nach Berlin, 1889 Erwerb eines Hotels in Amsterdam, Erwerb des Berliner Restaurants „Hiller“ und der „Zooterrassen“ sowie Betrieb des „Adlon und Dressel“ am Neuen See, 1897 Pächter des Hotels „Continental“ und 1907 Eröffnung des Hotel „Adlon“ in Berlin, Betrieb einer Großweinhandlung in der Wilhelmstraße in Berlin, freundschaftliche Verbindung zu Claß seit ersten Begegnungen in Mainz und bis zu seinem Tod nach einem Verkehrsunfall in Berlin.

<sup>86</sup> Claß war als Hesse ein guter Weinkenner. Im Kreis Mainz hatte Claß seinen „Versorger“ an rheinhessischen Weinen unter anderem im Landwirt und Weinhändler Michael Wolf VI. gefunden. Wolf saß von 1899–1905 und von 1906 bis 1918 für den Bauernbund im Großhessischen Landtag. Er konnte im Krieg jedoch keine Flaschen, sondern nur noch Fässer an Claß schicken, die er dann selbst abfüllte. Siehe Claß an Konstantin von Gebattel, 3.5.1917, in BA-Berlin, N 2089, Bd. 4, Bl. 221.

zwei Gänge zu bieten, nämlich zuerst Spargel mit Aufschnitt und dann kleine Eierkuchen mit gekochtem Dörrobst, wofür mein Koch ebenfalls gute Quellen erschlossen hatte – dazu gab es ein Glas deutschen Rotweins.

Mancher Besucher, der in einem Gasthof ersten Ranges wohnte, behauptete, dort nicht annähernd so gut gegessen zu haben, wie bei uns. Es war zur Zeit der höchsten Aushungerung, da bekanntlich auch während des Waffenstillstandes unsere Feinde noch keine Nahrungsmittel nach Deutschland hienliessen.<sup>87</sup>

Obwohl es mir, wie gesagt, nicht an Arbeit gebrach, und obwohl ich mit vielen bedeutenden Männern, besonders aus der nationalen Opposition zu verkehren hatte und eigentlich hätte abgelenkt werden können, vertieften sich zwei Gefühls- und Gedankenreihen immer mehr bei mir: das Entferntsein von Frau und Kindern und der Heimat und der furchtbare Zusammenbruch unseres Volkes, dessen Folgen ich stetes vor Augen hatte, wenn ich das Haus verliess.

Immerhin: von meiner Frau erhielt ich zunächst einmal in der Woche auf dem Wege über Frankfurt Nachrichten; als dann der französischen Druck etwas nachgelassen hatte und der Postverkehr freigegeben war<sup>88</sup>, konnten wir uns wieder täglich schreiben, wie wir es immer getan hatten, wenn ich unterwegs war.

#### 4.5. Berliner Eindrücke. Neue Pläne, neue Arbeit

Entsetzlich war es, sehen zu müssen, was Menschen, die schliesslich zum deutschen Volke gehörten, in dieser Zeit unter den Augen unserer Feinde fertig brachten. In Berlin sassen zahlreiche feindliche Beauftragte vom General abwärts bis zum gemeinen Manne, die ihre Unterkunft in den ersten Gasthöfen

<sup>87</sup> Bereits beim Waffenstillstandsvertrag vom 11.11.1918 waren Lebensmittellieferungen nach Deutschland vorgesehen, die sich jedoch aufgrund der verzögerten Einsetzung einer Verhandlungskommission bis zum Januar 1919 und weiteren zwei Monaten Verhandlungen bis zum März 1919 hinzogen. Das Brüsseler Abkommen vom 14.3.1919 sah dann Lebensmittellieferungen im Umfang von 270.000 Tonnen durch Bezahlung im voraus in Gold und Wertpapieren vor. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Scheidemann 13.2.–20.6.1919, Bd. 1, Dok. 14b, Kabinettsitzung 15.3.1919, S. 50–51.

<sup>88</sup> Der Post-, Zahlungs- und Güterverkehr wurde nach Einmarsch der Alliierten in Elsass-Lothringen und das Rheinland nach dem Waffenstillstand 1918 der Überwachung der alliierten Armee mit der Übernahme der Telegraphen- und Telefonverbindungen unterstellt. Siehe auch Waffenstillstandsvertrag 11.11.1918 und Note Annex No. 2, Abs. V, in Die Verträge über Besetzung und Räumung des Rheinlandes und die Interalliierten Rheinlandoberkommission in Coblenz, hrsg. von Werner Vogels, Berlin 1925, S. 36–39. Nachdem Matthias Erzberger am 16.1.1919 Marschall Ferdinand Foch die wirtschaftliche Abtrennung der besetzten von den unbesetzten Gebieten anbot, um die Bedingungen zu lockern, kam Foch diesen Forderungen für das Rheinland unter bestimmten Sicherheitsbedingungen für die Besatzungsarmee nach, um Arbeitslosigkeit und Unruhen zu vermeiden. AdR. Weimarer Republik. Das Kabinett Scheidemann 13.2.–20.6.1919, Bd. 1, Dok. 5b, Bericht des Generals von Hammerstein vor dem Reichskabinett über die Arbeit der Waffenstillstandskommission in Spa 4.3.1919, S. 12–26. Siehe auch Bestimmungen über den Verkehr mit dem besetzten Gebiet [April 1919], in BA-Berlin, R 8034 II, Bd. 429, Bl. 148/1–148/14.

hatten und nur einen Blick aus dem Fenster zu tun brauchten, um zu sehen, was jetzt bei uns nach dem Bruch von Zucht und Ordnung möglich geworden war.

Uns, die wir an der alten Überlieferung festhielten, fiel es auf, wie vortrefflich feindliche Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften gekleidet waren, und wie sehr sie auf Ordnung sahen, und zwar in gleicher Weise die Engländer, Franzosen, Italiener, Amerikaner und Belgier. Ein deutscher Oberst, mit dem ich einmal darüber sprach, belehrte mich, das sei kein Wunder, denn unsere Feinde sendeten nach Berlin nur ausgesuchte Leute ihrer Heere. Auf der anderen, der deutschen Seite sah man die furchtbare Verwilderung derer, die sich noch in Uniform zeigten, einerlei, ob es Matrosen oder Soldaten waren, natürlich meist nur angebliche Unteroffiziere und Mannschaften. Mir ist es unvergesslich wegen der tiefsten Erregung über die Schändung des deutschen Namens, die damals in mir aufstieg, als ich an einem Sonntag Nachmittag durch das Brandenburger Tor kam und das Treiben auf der Wache sehen musste. Alle Fenster des Raumes waren geöffnet; der Posten vor Gewehr war eingezogen. In der Wache, die von angeblichen Matrosen besetzt war, spielte ein zerlumpter Kerl Harmonika, und die anderen tanzten unter wildem Geräusche [sic] dazu. Und an diesem Schauspiel gingen fremdländische Offiziere vorüber, die nur kurze Blicke der Verachtung für dieses Treiben hatten. Mir ging es wie ein Stich durch das Herz, und ich fragte mich: „Was denken diese Fremden vom deutschen Volk?“ Konnte man wissen, ob sie darüber unterrichtet waren, dass unter denen, die den deutschen Namen durch das Tragen irgendeiner Uniform schändeten, nur wenige wirkliche Soldaten waren, sondern dass sie in der Hauptsache dem lichtscheuen Gesindel der Fahnenflüchtigen zugehörten oder der weltstädtischen Unterwelt, die sich nach dem Verschwinden jeder Staatsgewalt glaubte austoben und die Herrschaft an sich reißen zu können?

Ein Teilausschnitt aus jenem Gesamtbild war das Verhalten eines Teils der Jugend, die während des Krieges ohne die Zucht der Väter und ihrer richtigen Lehrer aufgewachsen war. Ich habe da traurige Auftritte erlebt. Es verging kaum ein Tag, an dem ich nicht nach notwendigen Gängen in die Stadt mit solchen Eindrücken wiederkehrte. Ja selbst in die Stille meiner Wohnung am Karlsbad drang nachts noch oft das Knattern ferner Maschinengewehre oder Gewehrschüsse – zum Beweis, dass das sogen. Volk sich noch seiner Freiheit freute.

Im übrigen erinnerten auch die Nachrichten über die Behandlung der deutschen Vertreter in Versailles durch die Feindbundmächte immer von neuem daran, was aus unserem Vaterlande geworden war. Gewiss kamen in jener Zeit viele aufrechte, stolze deutsche Männer zu mir, die sich zur Mitarbeit bereit erklärten – aber was wollten jene wenigen gegenüber dem herrschenden Pöbel besagen?

Mein Gemüt war damals so belastet, wie in der Zeit, als ich mich entschlossen hatte, das Kaiserbuch zu schreiben (März 1912). Ja, es war mir noch schwerer zumute, weil wir doch alle Heldentaten unseres Volkes auf unzähli-

gen Kriegsschauplätzen dreier Erdteile erlebt hatten – und dann den tiefen, tiefen Absturz! Ich musste mich „freischreiben“ und überlegte nun, ob ich dem Kaiserbuch nicht einen zweiten Teil folgen lassen sollte, in dem ausgeführt würde, in welchem Umfange und aus welchen Ursachen heraus [m]eine düsteren Voraussagen eingetroffen seien. Ich verwarf aber diesen Gedanken, um mich nicht dem Vorwurf auszusetzen, dass ich darauf pochen wollte, „recht behalten zu haben.“

Ich kam daher zu der Meinung, dass mein Wunsch, mich seelisch zu entlasten, durch die Fortsetzung meiner „Deutschen Geschichte“ (Einhart) erreicht werden könne, indem ich die Ursachen jenes unerhörten Ringens und sein Verlauf schilderte, wobei sowohl die politischen wie die militärischen Vorgänge dargestellt werden sollten und schliesslich zum Ausdruck zu bringen war, weshalb das Kaisertum zerbrach und das Reich zerschmettert am Boden lag, und das deutsche Volk in den tiefsten Abgrund seiner Geschichte gestürzt war.

Zu meinem seelischen Bedürfnis, mit den letzten hinter mir liegenden Jahren und ihrem Erlebnis fertig zu werden, kam das Bewusstsein hinzu, dass ich für das, was in dieser Zeit geschehen war, als Mithandelnder auf der einen oder anderen Seite tätig war und mich als unmittelbaren Zeugen des wichtigen Geschehens betrachten konnte, soweit die politischen Vorgänge in der Heimat in Betracht kamen. In allen diesen Dingen habe ich umso festeren Boden unter den Füßen, als ich auch von Personen unterrichtet war, die massgebend an den Vorgängen beteiligt waren; ebenso konnte ich über die Dinge, die ich nicht selbst miterlebt hatte, mir bei Gesinnungsgenossen und Freunden Auskunft aus erster Quelle beschaffen.

Zu alledem kam weiter die Erkenntnis, dass die nationale Opposition unter den durch den Umsturz geschaffenen Zuständen in noch höherem Masse Pflicht des Kreises geworden war, dem ich angehörte; ferner dass, soweit die politische Bedeutung dessen, was ich schreiben wollte, in Frage kam, mit derselben Offenheit und Eindeutigkeit das fortzusetzen war, was ich in dem bisher abgeschlossenen Einhart über den Neuen Kurs geschrieben hatte. Was nun neu zu sagen war, sollte zusammen mit der früheren Darstellung der nachbismarckischen Zeit der nationalen Opposition das geistige Rüstzeug an die Hand geben, jederzeit auf Grund unwiderlegbarer Tatsachen darstellen zu können, wie das Fürchterliche gekommen war. Ausserdem sollte die Kenntnis der Zeitgeschichte die Erkenntnis der Aufgaben für den Wiederaufbau vermitteln.

Als ich mit mir schon ins reine gekommen war, wie ich die neue Aufgabe anpacken sollte, die ich mir selbst gestellt hatte, bekam ich einen Brief von meinem Verleger *Theodor Weicher*, in dem er schrieb, dass er viele Anregungen aus dem Kreise der Einhart-Anhänger erhalten habe, das Werk bis zum Ende des Krieges fortzusetzen.<sup>89</sup> Bei dem sich daran anschliessenden Schrift-

<sup>89</sup> Im Februar 1918 erschien der letzte Neudruck vom 57. Tausend der Auflage von 1914 auf das 60. Tausend. Claß musste die in Aussicht gestellten finanziellen Beihilfen für die gesonderte Abnahme von Exemplaren zurückziehen, sodass die Neuauflage ganz dem Buchhandel überlassen blieb. Theodor Weicher an Claß, 25.1.1918, in BA-Berlin, R 8048,

wechsel waren wir beide<sup>90</sup>, Weicher und ich, der Meinung, dass es sich in dem neuen Teile um etwa 80 bis höchstens 100 Seiten handeln werde. Dies war ein gründlicher Irrtum.

Meine Frau war von meinem Entschluss begeistert und freute sich auf ihre Mitarbeit, wenn den Meinen erst von den französischen Behörden die Erlaubnis gegeben sein werde, das besetzte Gebiet zu verlassen und mir nach Berlin zu folgen.<sup>91</sup> Ich schrieb ihnen, sie möchten in Mainz alles tun, was irgend möglich wäre, um bei Eintritt des Sommers übersiedeln zu können, und mich jedenfalls über die Ergebnisse ihrer Bemühungen unterrichtet zu halten, damit ich rechtzeitig für eine Wohnung Sorge könne.

Es war mir ganz zweifellos geworden, dass die politischen und schriftstellerischen Aufgaben, die vor mir lagen, mir nicht mehr die Möglichkeit lassen würden, meine Tätigkeit als Anwalt auszuüben. So entschloss ich mich, meine Zulassung beim Oberlandesgericht Darmstadt und beim Landgericht Mainz aufzugeben und meine Anwaltschaft meinem Neffen Eduard Lucius zu überlassen.<sup>92</sup>

Ende April begann ich mit der Arbeit an der Fortsetzung meiner „Deutschen Geschichte.“ Ich hatte mich wegen ihrer militärischen Teile der Mitwirkung derjenigen meiner Freunde versichert, die entweder den Krieg in führenden Stellen mitgemacht hatten oder, wenn dies nicht der Fall war, doch besondere Erkenntnisquellen hatten. Ich nenne hier vor allem meinen Freund General *von Gëbsattel*, von dem das letztere galt, ferner General *von Liebert*<sup>93</sup>,

---

Bd. 203, Bl. 136 und Claß an Weicher, 30.1.1918, in ebd., Bl. 183. Bis Ende 1918 erschien das 70. Tausend. Eine erweiterte Ausgabe erschien 1919 und wurde auch als gesonderte Volksausgabe mit dem Abschnitt 1914–1918 herausgegeben. Insgesamt erschien 1919 das 90. Tausend. Weicher berichtete ein Jahr später über einen Absatz des „Einhart“ von 30–50 Exemplaren pro Tag. Weicher an Claß, 9.12.1920, in ebd., Bd. 206, Bl. 77.

<sup>90</sup> Der Schriftwechsel zwischen Theodor Weicher beziehungsweise dem Verlag Theodor Weicher und Claß ist weder im Leipziger Nachlass noch im allgemeinen Schriftwechsel des ADV und sonst nur vom 9.12.1909–14.10.1917 und vom 13.12.1933–2.10.1934 überliefert. Siehe BA-Berlin, R 8048, Bd. 205, Bl. 15 ff., ebd., Bd. 322, Bl. 32 ff.

<sup>91</sup> Der Alldeutsche Verband verlor bis Ende 1919 2.400 Mitglieder im besetzten Gebiet sowie 7.000 wegen erhöhter Beiträge und 400 im Ausland. Zum 1.1.1920 zählte der Verband 21.205 Mitglieder in Deutschland und 3.007 Mitglieder in Österreich. Leopold von Vietinghoff-Scheel auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 6./7.12.1919, in BA-Berlin, R 8048, Nr. 126, Bl. 35.

<sup>92</sup> Claß ließ sich bereits im Krieg durch Eduard Lucius vertreten und gab im Februar 1920 seine Zulassung beim Landgericht der Provinz Rhein Hessen sowie beim Oberlandesgericht Darmstadt auf. Claß an das Hessische Justiz-Ministerium 22.2.1920, in HSTA Darmstadt Abt. G 21 B, Bd. 919.

<sup>93</sup> Eduard von Liebert (1850–1934), Dozent an der Kriegsschule Hannover, 1881 Kommandierung zum Großen Generalstab, 1896–1900 Gouverneur von Deutsch-Ostafrika (anschließende Affäre und Debatte im Reichstag um Amts- und Disziplinarvergehen), 1903 als General der 6. Division in Brandenburg Abschiedsgesuch, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV (kolonial- und rassenpolitische Propaganda, u. a. Bekämpfung der rechtlichen Anerkennung von „Mischehen“ in den Kolonien), Mitglied des Deutschen Kolonialvereins, des Flottenvereins und des von ihm 1912 mitbegründeten Wehrvereins, 1904 1. Vorsitzender des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, 1907–1914 Mitglied des Reichstags für die RFkP, 1914 Kommandant von Lodz, 1915 als General-

der auf verschiedenen Kriegsschauplätzen hohe Stellungen bekleidet hatte.<sup>94</sup> Für das Politische war ich mir selbst hinreichend zuständig, und ich glaube, dass ich in der Lage war, infolge meiner politischen Tätigkeit vor dem Kriege aus Eigenem zu schöpfen.

Wie bei allem, was wirklich den Stempel der Persönlichkeit tragen soll, schrieb ich die ganze Arbeit mit der Hand nieder und liess sie dann durch den getreuen Ferdinand mit der Maschine abschreiben und vervielfältigen, um von Abschnitt zu Abschnitt das Urteil meiner Freunde einzuholen.

Darüber wurde ich sehr bald belehrt, dass meine Annahme, der neue Teil lasse sich auf 80–100 Seiten erledigen, ein Irrtum war. Wenn ich das ungeheure Geschehen dieser Zeit mit seiner Vorgeschichte wirklich verständlich darstellen wollte, durfte ich mit dem Raum nicht kargen. Daraus ergab sich, dass die Arbeit, die ich gehofft hatte, in einem Monat vollenden zu können, weit längere Zeit beanspruchte. Ich setzte mir darauf zum Ziel, den neuen Erweiterungsteil so rechtzeitig fertigzustellen, dass ihn der Verleger vor dem Weihnachtsfest herausbringen könne. Dies war nur zu erreichen, wenn ich mich sehr daranhielt, und das tat ich, trotz meiner sonstigen zeitraubenden Arbeiten.

Meiner Frau konnte ich Abschriften nicht schicken, da sie gefährdet werden konnte, wenn auch nur eine davon in französische Hand fiel. Sie entbehrte es sehr, mir diesmal nicht helfen zu können, und vertröstete sich auf die Zeit, in der wir wieder zusammen wären; dann wolle sie umso eifriger helfen.

Anfang Juli entschied es sich, dass Ende des Monats die Ausreise meiner Lieben aus Mainz vor sich gehen könne, so dass ich damit rechnen durfte, sie im August wieder um mich zu haben und den eigenen Haushalt, wenn auch im Miethause, führen zu können. Es gelang mir, eine für unsere Zwecke brauchbare Wohnung zu finden<sup>95</sup>, bei der ich darauf bedacht war, dass die für meine Frau bestimmten Räume den Anforderungen der Krankenpflege entsprachen. In Mainz erhielt meine Schwester die Erlaubnis, unseren ganzen Hausrat mitzunehmen, und es wurde nun der Abbruch der Zelte mit dem grössten Eifer vorbereitet.

Mitte Juli 1919 war es soweit, dass zunächst meine Tochter mit unserer Freundin Lydia Gruber und unseren Hausgehilfinnen abreisen konnte. In unserer zukünftigen Wohnung waren noch manche Herstellungsarbeiten zu verrichten, auch konnte niemand wissen, wie lange unser gesamter Hausrat unter-

---

leutnant 15. Reserve-Division/8. Reserve-Kompagnie der 3. Armee, 1915–1917 weitere verschiedene Kommandos an der Westfront, 1916 General der Infanterie, 1917 DVLP, 1917–1918 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, während der Anti-Youngplan-Kampagne der „nationalen Opposition“ 1929–1930 Mitglied des Referendum-Ausschusses, 1929 Mitglied der NSDAP.

<sup>94</sup> Eduard von Liebert war vom 4.10.–7.11.1914 Kommandant von Lodz und ab 1915 Kommandeur der 15. Reserve-Division und des Generalkommandos 54.

<sup>95</sup> Gemeint ist eine Nebenwohnung in der neuen Geschäftsstelle des ADV in Berlin: Lützowufer 5a II. Claß war ab Anfang 1920 in der Rauchstraße 27 in Berlin-Tiergarten polizeilich gemeldet.



wegs sein würde. Damit nun die Neueinrichtung in Berlin nicht in der Hetze geschehen müsse, hatte ich im Erdgeschoss des Hauses, in dem der Alldeutsche Verband seine Geschäftsstelle hatte, durch das Entgegenkommen der Hausherrin, Frau *von Arnim*<sup>96</sup>, hinreichend Räume zur Verfügung gestellt bekommen, dass wir in der Übergangszeit dort einigermaßen behaglich wohnen konnten; auch hatte sie uns die Benutzung ihres Hausrats freigegeben.

#### 4.6. Wiedervereinigung mit den Meinen

Schon am Tage nach der Ankunft meiner Tochter kam eine Drahtung aus Frankfurt, dass sie schon am nächsten Tage in Berlin eintreffen würde. Nun wurde der für sie bestimmte Raum festlich geschmückt, und ich ging zur angegebenen Zeit nach dem Anhalter Bahnhof. Meine Schwester hatte alles mit grösster Umsicht vorbereitet, damit die Kranke ohne wesentliche Schwierigkeiten die Reise ausführen konnte. Trotzdem drohte ein Hindernis dazwischen zu kommen.

Die beiden Reisenden mussten, um meiner Frau nicht zu viel zuzumuten, vormittags mit einem Kraftwagen von Mainz nach Frankfurt fahren, um abends den Zug, der Schlafwagen führte, benutzen zu können; den Tag über sollte meine Frau sich in einem Gasthof gegenüber dem Hauptbahnhof ausruhen. Als sie nun in dem ihr allein möglichen langsamen Zeitmass das Haus erreicht hatte und meine Schwester die vorbestellten und zugesagten Zimmer sehen wollte, hörten beide zu ihrem Schrecken, dass in Frankfurt allgemeiner Ausstand der Gasthof-Angestellten sei, und dass infolge dessen die Gasthöfe geschlossen seien. Nur durch den Hinweis auf den Zustand meiner Frau erreichte es meine Schwester, dass man ihnen für den Tag ein Zimmer anwies. Kein Aufzug, kein Fernsprecher wurde bedient. Der Fahrer des Kraftwagens, mit dem die beiden Reisenden von Mainz gekommen waren, trug die Kranke ins Zimmer, in dem nicht einmal die Betten gemacht waren. Der wackere Fahrer erwischte ein Mädchen und erreichte es durch den Hinweis auf ihr Ehrgefühl, dass sie für meine Frau ein Bett bezog. Speisen und Getränke gab es nicht. Meine Schwester wollte Freunde durch den Fernsprecher anrufen, das wurde verhindert. Deshalb ging sie in einen benachbarten Laden und schilderte ihren Freunden die Lage, in der sie sich mit meiner Frau befinde; sie bat, das Nötigste zum Essen und Trinken zu schicken. Die Inhaberin des Ladens hörte auf diese Art von der Not unserer Reisenden. Ohne ein Wort zu sagen, schickte sie einen Angestellten mit Speisen und Getränk in den Gasthof. Aber wie meine Frau zum Zuge bringen? Meine Schwester sah im Empfangsraum zwei Telegraphenboten; sie beschwor sie, die Kranke die Treppe herunter zu jagen, da der Fahrstuhl verweigert wurde. Beide waren so hilfsbereit, dies zu tun, und hoben sie unten in einen Kraftwagen, mit dem es zum Bahnhof ging.

---

<sup>96</sup> Sophie von Arnim war die Vermieterin der Geschäftsstelle des ADV Am Karlsbad 28 I in Berlin.

Ich habe diesen Vorgang geschildert, um zu zeigen, was damals im zusammengebrochenen Deutschland möglich war. Das war kein freundlicher Abschied von der alten Heimat.

Es war ein strahlend schöner Tag, als ich meine lieben Reisenden am Bahnhof abholte.<sup>97</sup> Welch' ein Wiedersehen nach mehr als einem halben Jahr! Uns beherrschte das eine Gefühl, wieder vereinigt zu sein, um, was immer das Schicksal uns auferlegen werde, gemeinsam zu tragen. Wie glücklich strahlten die Augen meiner Frau, die ihr mädchenhaftes Aussehen bis kurz vor ihrem Tode bewahrt hatte. In einer offenen Droschke fuhren wir vom Bahnhof nach unserer Unterkunft, und ich geleitete dann meine Lieben in die Räume, die vorübergehend ihr Aufenthalt sein sollten. Es ist kennzeichnend für das Wesen meiner Frau, dass sie, nachdem sie sich von der Reise hatte reinigen und ins Bett bringen lassen, sofort nach dem bisherigen Ergebnis meiner Arbeit am Einhart verlangte und sich die bereits fertiggestellten Bogen vorlegen liess. Wirklich begann sie noch am selben Tage mit ihrer Durcharbeitung, und sie war bald wieder mit dem treuen Ferdinand Andres eingespielt.

#### 4.7. Paul Bang und Gert[z]laff von Hertzberg

Schon vorher, gegen Ende Juni 1919, hatten sich zwei für die Zukunft des Alldeutschen Verbandes und die Zusammensetzung des Kreises meiner nächsten Mitarbeiter wichtige Vorgänge vollzogen.

Oberfinanzrat *Dr. Bang* schrieb mir aus Dresden, er müsse mich so bald wie möglich sprechen, und wir vereinbarten hierfür den nächsten Sonntag.<sup>98</sup> Bei dieser Zusammenkunft teilte mir Bang mit, es sei ihm unmöglich, unter dem Zustand, wie ihn der Umsturz geschaffen habe, im Staatsdienst zu bleiben.<sup>99</sup> Er müsse heraus, und zwar so bald wie irgend möglich und um jeden Preis. Seine Frage ging nun dahin, ob im Alldeutschen Verbandsrat Platz für ihn sei, und ob er da nützlich verwendet werden könne.

Diese Frage kam mir höchst gelegen: denn ich war mit mir selbst darüber ins [R]eine gekommen, welche Aufgabe ich nach allem Vorgefallenen nun zu betreiben hatte. Bei meinem Entschluss, die Heimat zu verlassen, hatte das Bild, das ich mir über meine weitere Tätigkeit gemacht hatte, eine entscheidende Rolle gespielt: es war letzten Endes weniger die Fortsetzung meiner Arbeit im Alldeutschen Verband, als die Aufnahme und Durchführung einer neuen Aufgabe, die ich, gedeckt durch meine Stellung als Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes, betreiben wollte. Ich hatte mir das, worum es sich handelte, Tag für Tag weiter überlegt und hielt es für meine Pflicht, dieser Erkenntnis gemäss zu handeln.

<sup>97</sup> Zum Aufenthalt von Mathilde Claß in Berlin siehe auch die aus der Hauptstadt in Claß' Abwesenheit adressierten Briefe vom 20.8.–6.10.1919, in BA-Berlin, N 2368, Bd. 4, o.BI.

<sup>98</sup> Das genaue Datum des Treffens bleibt unklar.

<sup>99</sup> Paul Bang war von 1911–1919 Finanzrat im Finanzministerium der Sächsischen Staatsregierung.

Mein Gedankengang war so: der furchtbare Zusammenbruch im November 1918 kann und darf nicht das Ende der deutschen Geschichte bedeuten, zumal er in eigentlich unvereinbarem Widerspruch mit der Haltung unseres Volkes beim Ausbruch des Krieges stand und seinen ungeheuren Leistungen in dessen Verlauf widersprach; es musste also etwas der Anlage unseres Volkes Fremdes von aussen hineingetragen worden sein. Aus dem ganzen Kampfe, den ich bis dahin mit meinen Freunden geführt hatte, wusste ich und wussten sie, welche fremden – klar gesprochen: international gerichteten – Kräfte tätig waren, Bismarcks Werk zu zerstören. Ebenso wussten wir, dass die vom Kaiser mit der Leitung der Reichsgeschäfte betrauten Männer entweder nicht die Einsicht oder nicht den Mut besaßen, den zerstörenden Kräften entgegenzuarbeiten.

Ich hatte zwei Jahre vor dem Ausbruch des Krieges durch mein „Kaiserbuch“ vor dem Kommenden gewarnt, war aber von denen, auf die es ankam, nicht gehört worden. Nun – nach dem Zusammenbruch – sagte ich mir mit einem landläufigen Ausdruck „muss reiner Tisch gemacht werden.“ Das besagte: da die Krone gefallen war, war von dieser Seite kein Versuch zur Rettung Deutschlands zu erwarten, und das mangelnde Ansehen, ja die Verachtung, welche die neuen Männer bei ihrer sogen. Regierungszeit genossen, liess eine Änderung im Sinne unserer alten Bestrebungen unmöglich erscheinen, da die „Autorität“, die sich aus Bismarcks Zeiten auf seine Nachfolger in der Reichsleitung vererbt hatten, bis zum letzten Rest dahin war.

Mein Schluss ging dahin, dass das, was der Kaiser und seine Beauftragten vor dem Kriege nicht gewollt oder nicht gekonnt hatten, nun durch die besten, einsichtigsten und tapfersten Männer des deutschen Volkes vollbracht werden müsse. Ganz deutlich gesprochen lief dies darauf hinaus, *der sogenannten Revolution, die bei Lichte besehen keine war, die Gegenrevolution entgegenzusetzen*. Aber ich war bis ins Innerste davon durchdrungen, dass ein solches Unternehmen kein leichtfertiger Streich sein dürfe, sondern ein nach allen Richtungen hin bis ins kleinste vorbereitete Unternehmen sein müsse. Die grosse Frage war, ob die, die ihr Leben an eine solche Arbeit setzen wollten, hinreichend Helfer und hinreichend Mittel für die Durchführung finden würden.

Ich hatte diese Gedankengänge zunächst im allerengsten Kreise mit Landschaftsdirektor *von Hertzberg*, Präsident *Thomsen* und *Freiherrn von Vietinghoff-Scheel* besprochen und dabei mit allem Nachdruck betont, dass eine Gemeinschaft wie der Alldeutsche Verband nicht dem Rufe folgen dürfe, sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen, und dass er ebenso wenig die „Liquidation der Revolution“, wie es so schön heisse, der „Evolution“ überlassen dürfe. Was in Deutschland an Charakteren übrig sei, werde seelisch auf dem Boden der Tatsachen verkümmern, und die „Evolution“ bedeute nichts anderes als die Verewigung der durch den Umsturz geschaffenen Zustände. Für mich gebe es nur den Kampf um die *wirkliche* Wiedergeburt unseres Volkes, der dazu führen müsse, dass die jetzt zur Scheinmacht gekommenen Menschen in ihr Nichts zurückfielen. Also komme es darauf an, in grossem Stile und wohlvorbereitet *die Ziele zu erreichen*, die im Kaiserbuch gestellt seien.

Meine drei Zuhörer waren von diesem kurzen Vortrag ganz eingenommen, und insbesondere betonte der tapfere Hertzberg, dies sei allein die Politik, für die es sich lohne, mit allen Kräften einzutreten.

Diese Gedankengänge entwickelte ich nun bei seinem sonntäglichen Besuche meinem Freunde Bang und bezeichnete es als die nächste Notwendigkeit, einen Kreis zu bilden, der alle Aufgaben, die sich aus meinem grossem Plane ergäben, durcharbeiten und in feste Form zu giessen habe. Ich betrachte es als ein grosses Glück, dass er sich zur Mitarbeit anbiete, und wenn er sich wirklich dazu entschliesse, zu uns zu kommen, so werde es das Gegebene sein, wenn er die Verfassungsfragen bearbeite und später in Gesetzentwürfen gestalte. Bang war von allem, was ich ihm vortrug, begeistert und erklärte, dass die ihm zugedachte Aufgabe ihm sehr willkommen sei. In der sich entwickelnden stundenlangen Aussprache wurden die Einzelheiten berührt, die ich bei meinen grundsätzlichen Darlegungen nicht behandelt hatte. Das Endergebnis jenes Sonntags war, dass Bang sich alles noch genau überlegen und mit seiner Frau, seinem Vater und seinem Schwiegervater bereden wollte.<sup>100</sup> Er zweifelte nicht, dass alle drei ihm zustimmen würden, dass bei uns der Wirkungskreis für ihn gefunden sei. Beim Abschied versprach er mir, so bald wie möglich seinen endgültigen Entschluss mitzuteilen. Nach wenigen Tagen erhielt ich seine Zusage und das Versprechen, im September bei uns einzutreten und sofort seinen Abschied einzureichen. Beides geschah, wobei erwähnt sei, dass Bang den Staatsdienst ohne Pension verliess, weil er aus eigenem Antrieb abschied. Bei uns fühlte er sich frei und glücklich und betrieb die Übersiedelung seiner Familie mit grossem Eifer.<sup>101</sup>

Fast genau um dieselbe Zeit fand ich einen neuen wertvollsten Mitarbeiter. Mein Freund, der Landschaftsdirektor *Ernst von Hertzberg*, hatte mir wiederholt davon gesprochen, dass sein dritter Sohn, der Landgraf *Gertzlaff von Hertzberg*, unmittelbar nach dem Zusammenbruch seines Amtes entsetzt worden sei und sich nun nach nützlicher Tätigkeit sehne. Er hatte daran die Frage geknüpft, ob ich ihn nicht kennenlerne wolle, um mir ein Bild davon zu machen, ob er etwa im Dienste unserer Bewegung verwendbar sei. Dazu hatte ich mich selbstverständlich bereit erklärt.

<sup>100</sup> Gemeint sind Friederun Bang (geborene Knöpfel), Simon Bang (1855–1928), Vater von Paul Bang, Oberschulrat, Bezirksschulinspektor und Schriftsteller, Jugendfreund des Fabrikbesitzers Anton Knöpfel, Vater von Friederun Bang.

<sup>101</sup> Paul Bang schied erst im Juni/Juli 1919 aus dem sächsischen Staatsdienst aus und verhandelte zuvor jedoch mit Claß, der ihn schnell nach Berlin an die Hauptgeschäftsstelle des ADV holen wollte, die finanzielle Absicherung seiner neuen Stellung als wirtschaftlicher Experte und Berater durch den Alldeutschen Verband, um den Lebensunterhalt für seine Familie nicht zu gefährden. Siehe Claß an Paul Bang 18.6.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 287, Bl. 159. Im September 1919 hatte Bang seine Postadresse noch in der Reichenbachstraße 22 in Dresden und nutzte für seinen Briefwechsel ab Oktober 1919 die Adresse der Geschäftsstelle des ADV am Lützowufer 5 II.

In den letzten Tagen des Juni traf ich mich, von Freiherrn von Vietinghoff begleitet, mit Vater und Sohn in Stettin.<sup>102</sup> Wir hatten eine lange, den Dingen, die uns bewegten, auf den Grund gehende Aussprache.

Sie spielte sich so ab, dass ich zunächst einen kurzen Vortrag hielt, in dem ich das Wesentlichste unserer Pläne und Aufgaben schilderte. Es fiel mir sofort auf, mit welcher gespannten Aufmerksamkeit der um 12 Jahre jüngere Landrat mir zuhörte. Öfters glaubte ich[,] ein Aufblitzen seiner Augen wahrzunehmen, jedenfalls ich hatte ich den Eindruck, zu einem wesensverwandten Menschen zu sprechen. Als ich fertig war, gab der Vater Hertzberg noch einige Zusätze, um klarzumachen, dass er dieser, der alldeutschen Politik, sich verschrieben habe. Dann forderte er den Sohn auf, sich zu äussern.

Und nun kam es wie ein Strom von den Lippen des offenbar begeisterten Mannes, der ohne jede Einschränkung sein Einverständnis erklärte und sich zur Mitarbeit zur Verfügung stellte. Er gab dabei zu erkennen, dass er bisher Anschluss gesucht, aber keine Stelle gefunden habe, wo er mit vollem Herzen dabei sein könne.

Nachdem in dieser Art die erste Föhlung genommen war, ergab die weitere Aussprache für mich die Wahrscheinlichkeit, wenn nicht Sicherheit, dass dieser neue Mitarbeiter für mich eine besonders wertvolle Ergänzung bedeuten werde, wenn wir wirklich zusammenkämen und uns ineinander fügten, weil ich kein Mann der Verwaltung war und insbesondere das preussische Verwaltungsrecht und auch die Verwaltungspraxis nicht kannte. Ich deutete bei der ersten Zusammenkunft die Möglichkeit an, dass der Landrat von Hertzberg sich sehr nützlich machen könne, und es wurde verabredet, dass wir von beiden Seiten diese Fragen uns überlegen und dann in Berlin abschliessend behandeln wollten.

Ich schied von Stettin mit dem Gefühl, in dem jüngeren Hertzberg einen Anhänger gewonnen zu haben, der das Zeug habe, im allerengsten Kreise bei uns mitzuarbeiten. Hierin hatte ich mich nicht getäuscht. Unsere zweite Aussprache in Berlin ergab seine Bereitwilligkeit, sich ganz der Tätigkeit bei uns zu widmen und nach Berlin überzusiedeln.<sup>103</sup> Als Hauptgebiet seiner Tätigkeit sollten ihm zunächst neben Fragen der Verwaltung solche der inneren Politik und der Landwirtschaft zufallen. Dazu kam dann bald eine führende Tätigkeit im Kampfe gegen das Judentum<sup>104</sup>, und nach und nach wurde der neue Mitarbeiter auch auf allen anderen Gebieten unseres Wirkens heimisch.

Ich kann jenen Entschluss des Vaters Hertzberg, seinen Sohn mit mir bekannt zu machen, sowie jene ersten in Stettin gemeinsam verlebten Stunden nur segnen: denn ich bin dadurch um einen Freund reicher geworden, wie er treuer und hingebender nicht gedacht werden kann. Gertzclaff von Hertzberg hat sich immer als entschlossener und furchtloser Kämpfer für unsere gemein-

---

<sup>102</sup> Das genaue Datum des Treffens Ende Juni 1920 ist unklar.

<sup>103</sup> Das genaue Datum des Treffens im Sommer 1920 ist unklar.

<sup>104</sup> Gertzclaff von Hertzberg-Lottin gehörte zum inneren Kreis des sogenannten Judenausschusses des ADV 1917/1918 und war 1919–1922/23 Mitglied der Bundesleitung und formaler Geschäftsführer des DvSTB.

same Sache bewährt. Er hat die vielfachen Erfahrungen, die er in der inneren Verwaltung Preussens in verschiedenen Landesteilen gemacht hatte, als wertvolle Gabe mitgebracht, und er ist als der Sohn seines auf dem Gebiete der Landwirtschaft so glänzend bewährten Vaters unser massgebender Berater in allen landwirtschaftlichen Angelegenheiten geworden.

Unterstützt wurde Hertzberg bei der fruchtbaren Tätigkeit, die er seit seinem Übertritt in den Dienst unserer Sache entfaltete, durch eine glückliche rednerische Begabung, die ihres Eindrucks überall sicher war. Für den Alldeutschen Verband war es ein ausserordentlicher Gewinn, einen solchen Mann in den Kreis der engsten Mitarbeiter eintreten zu sehen. Für mich selbst bedeutete es unendlich viel in jenen schweren Zeiten, denen für mich noch schwerere folgen sollten, einen Vertrauten von solcher Treue, Ritterlichkeit und Tatkraft zu finden, der zudem auch den Meinen ein lieber Freund wurde.

Es wird sich zeigen, dass Gertzlaff von Hertzberg seit dem Herbst 1919 einer meiner nächsten Helfer wurde, der dann auch im Alldeutschen Verbands in leitende Stellung gelangte, bis er schliesslich nach dem Tode meines Freundes *Gebtsattel*, der ihn sehr lieb gewonnen hatte, mein Stellvertreter wurde. Bis zum Ende des Alldeutschen Verbandes stand dieser Spross eines der ältesten pommerschen Geschlechter auf seinem Posten und harrete in allen Fährlichkeiten<sup>105</sup> treu an meiner Seite aus.

So fügte es ein gütiges Schicksal, dass ich zur selben Zeit zwei neue Mitarbeiter gewann, die in der nun folgenden Zeit meines Lebens nicht wegzudenken sind, und deren Namen mit der Geschichte des Alldeutschen Verbandes aufs engste verbunden bleiben werden.

#### **4.8. Unser Plan, erste Hemmungen [Organisation Escherich]**

Bei allen Besprechungen, die ich wegen der Ausgestaltung meines grossen Gesamtplans hatte, hielt ich es für meine Pflicht, die Gesinnungsgenossen im ersten Augenblick auf die ungeheuren Schwierigkeiten hinzuweisen, die eine so kleine Minderheit wie die unsrige haben werde, wenn sie an eine solche Arbeit herantrete. Aussicht auf Erfolg sei nur dann, wenn es gelinge, sich die nötigen Machtmittel zu verschaffen, und dies hänge davon ab, ob wir genug Bundesgenossen fänden, die uns hinreichend Geld zur Verfügung stellen würden. Die politische Arbeit werde von uns ehrenamtlich geleistet werden, verlange also keine Geldopfer. Ganz anders sei es mit der Bereitstellung des Machtwerkzeugs, das man brauche. Dies bestehe, wie ich nach langer Überlegung erkannt hätte, allein in dem Aufbau einer ganz sicheren Truppe, die man als „Privatheer“ bezeichnen könne. Mein eigentliches Ziel hierbei sei es, eine wesentlich aus Offizieren, höchstens noch aus zuverlässigen altgedienten Unteroffizieren zusammengesetzte Truppe aufzustellen. Ich glaubte, dass dies möglich sei, da eine Unmasse verzweifelter Offiziere über das ganze Reich zerstreut vorhanden war, denen die Schmach des Vaterlandes auf der Seele

---

<sup>105</sup> Gemeint sind Gefährlichkeiten.

brannte, und die zum äussersten entschlossen waren. Es war selbstverständlich, dass man denen, die hierbei mittun wollten, den Lebensunterhalt sichern musste. Es war nur die Frage, ob dies im heutigen Deutschland möglich sei.

Auch diese Erwägungen wurden in unserem engsten Kreise als richtig anerkannt, und der Vater Hertzberg übernahm es, nicht nur unter seinen ihm nahestehenden pommerschen Landsleuten für die Aufbringung von Mitteln zu sorgen, sondern auch überall in Preussen, wo er Beziehungen und Einfluss besass, dasselbe zu tun. Er machte auch einen guten Anfang, indem er selbst einen hohen Betrag für den grossen Zweck zeichnete. In kurzer Zeit brachte er es dahin, ein Mehrfaches von dem zu überweisen, was er selbst geopfert hatte. Er sprach dabei die Überzeugung aus, dass er aus Pommern allein auf einige Millionen bestimmt rechne.

Andere Gesinnungsgenossen bemühten sich in verschiedenen preussischen Provinzen und versprachen sich ebenfalls günstigen Erfolg. In Ostpreussen freilich hatten wir gar kein Glück, da man dort mit den örtlichen Sorgen belastet war und die Gelder für die nach allen Seiten zu richtende Abwehr brauchte. In Westpreussen fanden wir dagegen einen grossartigen Förderer in *Carlson*<sup>106</sup>, dem Erben der *Schichau-Werft*, der, ein geborener Schwede, völlig zum begeisterten Deutschen geworden war. Im Industriegebiet war die Stimmung eine ganz andere als bei diesem grossartig gesinnten Manne, der nach allen Erfahrungen, die er während des Krieges gemacht hatte, an die Möglichkeit einer Entwicklung zur Ruhe und zum Guten nicht glaubte und ganz davon durchdrungen war, dass die Träger des Umsturzes gewaltsam ihrer Macht entsetzt werden müssten.

Ganz anders dachten die Industriekapitäne an Ruhr und Rhein, wobei wohl in Betracht kam, dass *Hugenberg* unmittelbar nach dem Zusammenbruch aus seiner Stellung bei der Firma Krupp ausgeschieden war<sup>107</sup>, und dass *Kirsdorf* in seiner Verzweiflung jeden Versuch, Deutschland wiederherzustellen,

---

<sup>106</sup> Carl Fridolf Carlson (1870–1924), Schiffbauingenieur, schwedischer Ehemann von Hildegard Ziese – Tochter des zweiten Firmeninhabers der 1837 gegründeten F. Schichau Maschinen- und Lokomotivfabrik, Schiffswerft und Eisengießerei GmbH, 1917–1924 Inhaber des Unternehmens, das in Elbing, Danzig und Pillau Fahrgastschiffe und, seit der Bewerbung 1915 beim Reichsmarineamt, auch Torpedo-Boote (bis März 1916: 18 Boote Typ 1913) und U-Boote (bis März 1916: 24 Boote 210 t) für die deutsche Marine herstellte. Siehe dazu Vizeadmiral Kraft, Direktor des Werftdepartments im Reichsmarineamt, im Haushaltsausschuss des Reichstags (Abschrift), 8.5.1917, in BA-Freiburg, N 253, Bd. 119, Bl. 12 und Reichsmarineamt Berlin, Torpedo- und Unterseeboote im Bau, Liste Nr. 14, 1.3.1916, in ebd., Bd. 120, Bl. 61.

<sup>107</sup> Alfred Hugenberg verließ Krupp zum Januar 1919, um sich in der DNVP sowie auf dem Medienmarkt zu engagieren. Er blieb jedoch als ehemaliges Direktoriumsmitglied zunächst auf der Gehaltsliste des Krupp-Konzerns. Sein Einstiegsgehalt betrug 1909 60.000 RM, stieg zum 1.10.1914 auf 120.000 RM an und betrug zum 1.1.1919 noch 50.000 RM. 1919 erhielt er ½ Prozent der jährlich zu vergütenden Dividende. Dieser Anspruch lief auch noch bis zum 30.9.1919 (oder 1920: Jahreszahl ist schwer lesbar) auf ein Viertel des Geschäftsjahres 1919/20. In Aussicht gestellt wurden auch Tantiemen auf das volle Geschäftsjahr 1919/20 und auf die beiden weiteren Geschäftsjahre 1920/21 und 1921/22. Siehe Gehaltsliste Direktorium (o.D. letzter Stand 1918/19), in Krupp Archiv Essen, FAH 4, E57, o.Bl.

als aussichtslos ansah und sich ganz von aller Politik fernhielt. So war die Führung wesentlich in die Hände von *Hugo Stinnes* geraten, der, wie er meinte, so „realpolitisch“ dachte, dass er glaubte, nur im Wege der „Evolution“ könne die Befriedung Deutschlands erreicht werden.

Wohl unter denselben Einflüssen, natürlich auch unter denen der Grossbanken, die in den Aufsichtsräten vertreten waren, stand im wesentlichen die übrige Industrie, vor allem die in Berlin. Wir waren also in der Hauptsache auf Beihilfen der Grossgrundbesitzer angewiesen, denen aber mit aller Deutlichkeit bei den Besprechungen dargelegt wurde, dass unser Plan nicht auf die sogenannte „Restauration“, nämlich die einfache Wiederherstellung des politischen Zustandes vor dem Zusammenbruch, abziele, sondern er gehe auf einen völligen Neubau aus, bei dem zwar alles erhalten werden sollte, was sich im Bismarckreiche bewährt habe, aber auch alles gebessert werden müsse, was sich als mangelhaft und unbrauchbar erwiesen habe.

Unsere Sendboten kamen von überall her mit guten Nachrichten aus den ländlichen Bezirken zurück, und wir durften hoffen, hinreichende Mittel zu erhalten, aber auch aus den Kreisen, die uns dabei mithalfen, die örtlichen Träger bei der Ausführung unserer Pläne zu finden.

Da bereitete sich etwas vor, was für den Zustand Norddeutschlands nach dem Kriege ebenso kennzeichnend ist wie die Tatsache, dass in steigendem Masse schon vor dem Kriege, aber besonders während seiner Dauer, Süddeutsche die Führung an sich gerissen hatten. Es war doch ein Uning, dass Leute wie Erzberger, Fehrenbach<sup>108</sup>, Gröber, Haussmann, Payer u. a. m., die in kleinen Staatsgebilden beheimatet waren, auf dem Umweg über ihren durch ihre Reichstagsparteien gewonnenen Einfluss eine politische Rolle spielten, auf die sie weder äusseren noch inneren Anspruch erheben konnten.

Gegen Ende des Krieges hatte ich bei einer Feier der rheinhessischen Alldeutschen vor dem Niederwalddenkmal<sup>109</sup> unter stürmischer Zustimmung ausgerufen<sup>110</sup>, wir Süddeutschen hätten allen Anlass, der Rettung des Reiches

<sup>108</sup> Constantin Fehrenbach (1852–1926), 1885–1887 und 1901–1913 Abgeordneter der Zweiten Kammer der Ständeversammlung des Großherzogtums Baden (1907–1908 Präsident), 1903–1918 Mitglied des Reichstages für die Zentrumsparterie, 1918 Reichstagspräsident, 1919 Präsident der Weimarer Nationalversammlung, 1920–1921 Reichskanzler, 1923 Stellvertretender Vorsitzender des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, 1923–1926 Vorsitzender der Zentrumsfraktion im Reichstag.

<sup>109</sup> Das Niederwalddenkmal oberhalb von Rüdesheim wurde 1883 eingeweiht und soll an den deutschen Sieg über Frankreich im Krieg 1870/1871 und an die Gründung des Deutschen Kaiserreichs erinnern. Claß war bei der Einweihung und der Abnahme der Schiffsparade auf dem Rhein durch Wilhelm I. anwesend und davon als 15jähriger sehr beeindruckt. Siehe auch August Gebhard: Jugend und Bildungsgang von Heinrich Claß, in *Alldeutsche Blätter* 12.12.1925.

<sup>110</sup> Claß hielt die Rede am Niederwalddenkmal vermutlich im März 1918. Er bot sich im Februar 1918 auf eine Anfrage der Ortsgruppe Bingen für einen Vortrag an, falls die Geschäftsstelle des ADV keinen anderen Redner organisieren könnte. Claß bot darüber hinaus einen weiteren Vortrag zum Kriegsziel in Bingen an. Zur Vorbereitung der Vortragsreise siehe Claß an Herrn Limpert 23.2.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 203, Bl. 99. Die zweite Sommertagung des Gaus Teutoburg der Ortsgruppen des ADV fand am 6.7.1918 mit Reden



mit äusserstem Eifer zu dienen, da Süddeutsche anderer Stämme das ihrige getan hätten, aus Ehrgeiz und Parteisucht das Vaterland in Gefahr zu bringen. Das war meine Ansicht, die ich überall vertrat, und nun musste ich erleben, dass ein aufbauwilliger Süddeutscher eine neue Gefahr heraufbeschwor; die des kurzichtigen Sichabfindens mit dem Umsturz, wenn der einzelne vor Schaden bewahrt werde.

Noch im Laufe des Jahres 1919 tauchte der Forstrat *Escherich*<sup>111</sup> in Norddeutschland auf, der im Juni den bay[er]ischen Heimatschutz gegründet hatte und ihm als Landeshauptmann vorstand.<sup>112</sup> Er hatte zuerst in den kleinen Verhältnissen seines Amtsbezirks Isen<sup>113</sup> Männer zur Aufrechterhaltung der Ordnung und besonders zur Abwehr von Versuchen der Brandstiftung und Plünderung zusammengebracht. Von da war er, unterstützt durch seine volkstümliche Beredtsamkeit, schnell in Oberbayern durchgedrungen und hatte schliesslich das ganze rechtsrheinische Gebiet des einstigen Königreiches mit seinem Heimatschutz überspannen.<sup>114</sup> Er hatte eine Organisation geschaffen, die sich sehen lassen konnte; sein Stab war im früheren Ringhotel<sup>115</sup>, vor dem Sendlinger Tor in München untergebracht.

Dieser Mann, der in seiner Heimat als der Schirmer<sup>116</sup> von Leben und Besitz derer galt, die etwas zu verlieren hatten, war im Norden des Reiches durch Zeitungsberichte der Rechtspresse bekannt geworden, die seine Verdienste zu rühmen wusste. Ich weiss nicht, war es die oberste Führung des

---

des Gauvorstehers Herrn H.F. Tack aus Herford und dem Festredner Pastor Koch aus Oeynhausens statt. *Alldeutsche Blätter* 7.9.1918.

<sup>111</sup> Georg Escherich (1870–1941), 1909 als Forstrat Vorstand des Forstamtes Isen, 1913/14 Vermessungsreise nach Neukamerun, 1914/15 Hauptmann der Landwehr und Leiter der Passabteilung im Gouvernement Warschau, 1915–1918 Leiter der Militärforstverwaltung Bialowieza, 1919 Leiter des Forstamtes Isen, 1919 Beauftragter der bayerischen Regierung für die Zusammenfassung der örtlichen Einwohnerwehren und deren Landeshauptmann, Mitglied der BVP, 1920 Gründung und Verbot der Organisation Escherich, bis Sommer 1921 Auflösung sowie Überführung der Waffenbestände in die Schwarze Reichswehr, 1929–1933 Führer des Bayerischen Heimatschutzes, 1931 Frühpensionierung aus dem Staatsdienst als Oberforstmeister.

<sup>112</sup> Georg Escherich wurde im August 1919 von der bayerischen Regierung mit der Zusammenfassung der Einwohnerwehren beauftragt und wurde im Dezember 1919 deren Landeshauptmann (bis 1921). Die Gründung des Bayerischen Heimatschutzes erklärte Escherich im Dezember 1928. Der Bayerische Heimatschutz lehnte sich mit seiner anti-bolschewistischen und bayerisch-föderalistischen Zielsetzung an die Einwohnerwehren an und hatte Escherich bis 1933 als dessen Leiter.

<sup>113</sup> Georg Escherich war ab 1909 Vorstand des Forstamtes Isen bei Wasserburg/Oberbayern und ab 1931 Oberforstmeister i. R.

<sup>114</sup> Der hauptamtliche Stab zählte 467 Angestellte und die Einwohnerwehren hatten im Sommer 1920 über 260.000 Mitglieder. Siehe auch Nußer: *Konservative Wehrverbände*, S. 201.

<sup>115</sup> Im Mai 1920 wurde das Ringhotel Hauptsitz der bayerischen Einwohnerwehren. Auch die Bundesleitung des Bayerischen Ordnungsblocks hatte 1920–1923 im Ringhotel am Sendlingertorplatz 1/VI unter den Vorsitzenden Paul Tafel und Erwin Pixis ihre Postanschrift, um die Zusammenarbeit mit den Einwohnerwehren zu verstärken.

<sup>116</sup> Rechtsperson, die obrigkeitlichen oder amtlichen Schutz ausübt.

Reichslandbundes in Berlin<sup>117</sup>, oder waren es Teilgruppen draussen im Lande, die ihn aufforderten, in Preussen den Aufbau der „Orgesch“ (Organisation Escherich)<sup>118</sup> zu schildern, damit man überlegen könne, ob sie auch dorthin verpflanzt werden solle. Dies geschah, und zwar mit durchschlagendem Erfolg.

Die geistigen Mittel, mit denen Escherich seinen Feldzug bestritt, waren denkbar einfach. Er stellte in Aussicht, dass da, wo seine Leute vorhanden seien, Hab und Gut, Leib und Leben geschützt sei, und dass die Besitzenden nur die Mittel aufzubringen hätten, um den Aufbau und den Bestand der Orgesch zu ermöglichen. Es sei also nur eine Art von Versicherungsprämie, wenn man Opfer bringe, wobei er für die Landwirtschaft ein Umlageverfahren empfahl, das die Leistungen nach der Grösse des Besitzes und der Zahl der Gutsarbeiter abstufe.

Es war für uns eine schmerzliche Erfahrung, zu sehen, dass dieser Mann, der gewissermassen polizeilich im engsten Wortsinn dachte, und in dessen Gehirn kein politischer Gedanke lebte, bei dem Grundbesitz Preussens solchen Erfolg hatte, dass unsere Freunde erklärten, es sei nunmehr aussichtslos, von denen, die sich für Escherich entschieden hatten, auch nur einen Pfennig für unserer Zwecke zu erhalten. „Der Alldeutsche Verband will Politik auf weite Sicht betreiben: davon haben wir nichts in dieser Zeit der Unruhe. Dagegen schützt Escherich unseren Besitz und unser Leben: davon haben wir etwas, und deshalb, weil er uns hilft, helfen wir ihm.“

Ich bat die Gesinnungsgenossen, die mir dieses berichteten, bei der nächsten sich anbietenden Gelegenheit das Haupt der Orgesch nach seinen allgemeinen politischen Zielen zu fragen, um festzustellen, ob er etwas mehr sei, als ein besserer Polizist oder Feuerwehrmann.

Bei meiner nächsten Reise nach München sprach ich auch selbst im Ringhotel vor, konnte aber mit dem überlasteten „Chef“ nicht selbst reden, sondern nur durch einen seiner Mitarbeiter die Abrede treffen lassen, dass wir abends

<sup>117</sup> Der Reichslandbund entstand am 1.1.1921 als Zusammenschluss des nach dem Ersten Weltkrieg gegründeten Deutschen Landbundes und des 1913 gegründeten BdL und stand zunächst der DNVP aber auch der DVP nahe. Nach dem gescheiterten Kapp-Putsch 1920, den führende Landbundfunktionäre unterstützten, verfolgte er zunehmend eine doppelte Mobilisierungspolitik mit der Beeinflussung von Regierung und Parlament sowie der forcierten Zusammenfassung agrarischer Interessen für die Durchsetzung des berufsständischen Gedankens. Antisemitismus, Antikommunismus und agrarischer Protektionismus waren zentrale Politikelemente, die der RLB durch Unterstützung von Organisationen wie der Arbeitsgemeinschaft für vaterländische Aufklärung und dem Anschluss an die Zentralstelle Vaterländischer Verbände ausweitete. Die Unterstützung der Organisation Escherich schloss sich an und mündete nach deren Auflösung 1921 in die Zusammenarbeit mit Einwohnerwehren, Grenzschutzverbänden und dem Stahlhelm.

<sup>118</sup> Die Organisation Escherich (Orgesch) wurde am 9.5.1920 in Regensburg mit 2 Millionen Mitgliedern gegründet. Georg Escherich wurde 1920 Reichshauptmann der deutschen und österreichischen Orgesch, die unter anderem bei den Kämpfen in Oberschlesien 1921 eingesetzt wurde. Die Orgesch hatte drei Organisationszentren: Nordwest (Hamburg), Süd (München) und Nordost (Berlin). Die Orgesch wurde am 24.6.1921 aufgelöst wurde.

irgendwo zusammen essen wollten.<sup>119</sup> Dies geschah, und ich führte meine Absicht aus, Escherichs politisches Glaubensbekenntnis kennenzulernen, aber auch festzustellen, ob hinter seinem Unternehmen ein grösserer Plan stehe. Damals war der bay[e]rische Forstrat zweifellos so etwas wie eine politische Macht, dem nicht nur die einfachen Bauern, Holzfäller und Kleinbürger seiner Heimat, sondern auch ein wesentlicher Teil der bay[e]rischen Grossindustrie und Bankenwelt, vor allem aber des norddeutschen Grossgrundbesitzes anhing. Umso erschütternder war es für mich, wahrzunehmen, dass dieser Mann politische Grundauffassungen hatte wie der allereinfachste Volksgenosse, und dass er die Aufgabe der „Orgesch“ erfüllt sah, wenn es ihm gelang, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Von einem höheren Ziele über diese Tätigkeit hinaus war, abgesehen von der Wiederherstellung der Monarchie in Bayern, bei ihm keine Spur vorhanden.<sup>120</sup> Möglich, dass einer seiner nächsten Mitarbeiter ein solches gehabt hat; aber davon erfuhr ich nichts.

An jenem Abend schilderte mir Escherich die Stärke seiner Heimwehr und behauptete, dass sie auf seinem Befehl überall hin marschieren würde. Ich hielt ihm entgegen, es sei doch keine hinreichende Aufgabe für eine solche Macht, da oder dort eine Brandstiftung, einen Raubüberfall oder sonstige Verstösse gegen die öffentliche Ordnung zu verhindern. So etwas baue man doch nur auf, um die Kräfte zu sammeln und bereitzuhalten, die wirklich in grossem Sinne die Dinge im Vaterlande ordnen könnten, das heisse vor allem Beseitigung der Herrschaft der Strasse, Vertreibung ihrer Wortführer aus den massgebenden Stellungen und Vernichtung des alles überwuchernden jüdischen Einflusses.

Escherich meinte, das alles werde ja nach und nach kommen; zunächst müsse er sich eingewöhnen, denn er habe sich mit Politik nie beschäftigt, sei ein königstreuer Bayer gewesen und müsse jetzt die Hilfe nehmen, wo er sie finde, womit er offenbar Geldunterstützungen meinte.

Im weiteren Verlauf sagte er, nicht ohne ein gewisses Hochgefühl, er werde voraussichtlich in ganz kurzer Zeit schon vor eine grosse Aufgabe gestellt sein. In Gotha hätten die Kommunisten die Regierung gestürzt und führten eine wüste Gewaltherrschaft.<sup>121</sup> Es sei wahrscheinlich, dass er unter Zustimmung der Berliner Regierung dorthin marschieren werde.

---

<sup>119</sup> Das genaue Datum des ersten Treffens zwischen Claß und Georg Escherich bleibt unklar. Über erste Absprachen zur Kooperation zwischen Orgesch und dem im Sommer 1920 gegründeten Norddeutschen Ordnungsblock siehe Georg Escherich an Paul Bang, 11.9.1920, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 258, Bl. 131. Claß ließ sich bei Arbeitsüberlastung, Krankheit oder Kuraufenthalten bereits gelegentlich durch Paul Bang vertreten, wie bei seiner geplanten Reise nach München und Stuttgart vom 31.5.–4.6.1920. Claß an Julius F. Lehmann, 27.5.1920, in ebd., Bd. 206, Bl. 25.

<sup>120</sup> Claß beklagte früh, dass Georg Escherich die Auffassung innerhalb der Orgesch ausgegeben habe, dass der Norddeutsche Ordnungsblock nur Befehle von Escherich entgegenzunehmen habe, sodass Claß um eine Einigung in der Zusammenarbeit drängte. Claß an Paul Bang, 31.5.1920, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 287, Bl. 183.

<sup>121</sup> Am 18.2.1919 marschierte General Georg Maercker mit seinem Freikorpsverband „Freiwillige Jägerkorps“ in Gotha ein, da sich die Arbeiterführer der Aufforderung zur Rückgabe

Hier setzte ich ein und sagte: „Herr Escherich, wenn Sie Gotha und andere wichtige Orte des Ländchens genommen und gesäubert habe, was machen Sie dann? Dieser Teil Ihrer Aufgabe wird bei der Macht, über die Sie verfügen, und bei der Kampfbereitschaft Ihrer oberbay[er]ischen Heimwehrleute eine Kleinigkeit sein. Wie denken Sie sich das, was politisch hinterher kommt“ Er antwortete mir unvergesslich –: „Das ist doch sehr einfach. Ich werde die von den Kommunisten vertriebene Regierung wieder einsetzen.“ Ich fragte dagegen: „Wissen Sie wer das ist?“ und bekam zur Antwort: „Das sind halt die Novemberleute.“

Ich sagte mit mehr Lebhaftigkeit als nötig war: „Ja, dann führen Sie ja einen der verbissensten Sozialdemokraten und Volksverhetzer, den bekannten Abgeordneten Coch – Gotha<sup>122</sup>, wieder in die Macht zurück, und nicht nur ihn, sondern auch seinen Klüngel. Ich bitte Sie, Herr Escherich, kann das der Zweck Ihres etwaigen Marsches auf Gotha sein, und glauben Sie im Ernst, dass einer von Ihrer berühmten Chiemgauer Bauerngefolgschaft<sup>123</sup> mitkommen würde, wenn er von vornherein wüsste, zu welchem Ende der Marsch unter-

---

der Waffen widersetzten. Dies geschah mit Unterstützung des Reichspräsidenten Friedrich Ebert und des Chefs der Reichswehr, Gustav Noske. Die im Februar 1919 zusammengetretene Weimarer Nationalversammlung verabschiedete am 6.3.1919 das Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr. Dadurch erhielt der Reichspräsident den Oberbefehl und der Reichswehrminister die Befehlsgewalt über die Reichswehr. Die USPD-Regierung widersetzte sich darüber hinaus Noskes Anweisungen bei der Durchsetzung der Reichsexekution. Nach Schießereien bei der Besetzung der Waggonfabrik wurde vom Gothaer Arbeiter- und Soldatenrat der Generalstreik ausgerufen, der sich nach Eisenach und Langensalza ausdehnte. Nach einem Proteststreik unter Führung des Bürgerrates kam es am 4.3.1919 zur Verständigung mit Gewerkschaften und dem Arbeiter- und Soldatenrat zur erneuten Inbetriebnahme der städtischen Versorgungswerke. Ab März 1919 gab es eine sozialistische Mehrheit der SPD und der USPD im Gothaer Stadtparlament. Siehe dazu Rassloff: Flucht in die nationale Volksgemeinschaft, S. 182–188 und Matthiesen: Bürgertum und Nationalsozialismus, S. 82–84. Bei der scharfen Verurteilung der sozialistischen Regierung befürwortete Claß zumindest die ausgeschlossene Rückkehr der einzelnen Dynastien in den Bundesstaaten wie in Gotha, die bereits vor dem Weltkrieg „vor dem Bankerott gestanden“ hätten, da sie ihre Bürokratie nicht bezahlen konnten. Waldeck habe schon über einen Zusammenschluss mit Thüringen verhandelt und die Verwaltung an Preußen abgegeben. Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 30.8.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 125, Bl. 21–22. Siehe zu Otto von Feldmanns Sicht auf Gustav Noske und Friedrich Ebert im Frühjahr 1919 dessen Lebenserinnerungen, in GSTA Berlin, NL Feldmann, Bd. 1, S. 242–251.

<sup>122</sup> Gemeint ist vermutlich Edmund Koch (1874–1959), 1908 Amtsvorstand der Stadtverwaltung Gotha, 1919–1921 Mitglied der Gothaer Stadtverordnetenversammlung für die SPD, 1914–1917 Landwehr-Leutnant Ersatzbataillon Gotha, 1917 Entlassung aus der Armee, November 1918 Eintritt in die SPD, 1919–1920 Mitglied des Landtages des Freistaates Sachsen-Gotha, 1920–1924 Mitglied des Thüringer Landtags, 1922 Berufung in den Staatsdienst durch die SPD-USPD-Regierung und Übernahme des Innenministeriums, 1922–1924 Kreisdirektor von Gotha, 1933 Versetzung in den Ruhestand, 1945–1951 Amtsanwalt bei der Gothaer Staatsanwaltschaft, Mitglied der SED.

<sup>123</sup> Rudolf Kanzler baute die „Wehrkommandos“ im Chiemgau auf und erreichte wie Georg Escherich im Isengau schnell Anhängerschaften für die Bayerischen Einwohnerwehren. Bereits 1919 gehörte das Freikorps Chiemgau unter Führung von Kanzler neben dem Freikorps Epp und dem Freikorps Oberland zu den einflussreichsten paramilitärischen Organisationen in Bayern.

nommen werden soll? An diesem Beispiel sehen Sie, dass Ihre politische Einstellung an sich unmöglich ist.“

Escherich war offenbar selbst davon überrascht, so völlig auf den Sand gesetzt zu sein, und meinte: „Von Politik verstehe ich halt nichts; das müssen die anderen machen.“ Darauf sagte ich sehr eindeutig: „Nein, das müssen Sie selbst machen, und wenn Sie es nicht machen können, dann müssen Sie in Ihrer nächsten Umgebung einen politischen Berater haben, der die Fähigkeit besitzt, den Dingen auf den Grund zu sehen.“

Er fragte nun, ob ich jemand für eine solche Stellung greifbar hätte, worauf ich ihm einen damals in München tätigen Gesinnungsgenossen nannte, der geborener Württemberger war, den ganzen Krieg als Hauptmann der Reserve mitgemacht hatte und nun suchte, sich ein neues Dasein aufzubauen.<sup>124</sup> Wirklich schrieb Escherich sich dessen Namen in sein Merkbüchlein ein, und es kam dazu, dass der von mir Empfohlene ein paar Tage lang probeweise im Ringhotel Dienst tat. Dann schied er aus, weil, wie er mir schrieb, dort alles drunter und drüber gehe, und weil eigentlich Escherich kaum etwas in seinem „Laden“ zu sagen habe. Die wirklichen Herren seien ein paar ehemalige Generalstabsoffiziere, die hier ihrem Bedürfnis lebten, eine grosse Rolle zu spielen.

Ich sah Escherich noch ein oder das andere Mal.<sup>125</sup> Dabei wurde ich mir immer klarer darüber, dass der zweifellos zu einer gewissen Berühmtheit gelangte Chef der „Orgesch“ nicht viel mehr war, als der Propagandachef seines Unternehmens, der dessen Verdienste und Ruhm zu verkünden und für den Eingang von Geldern zu sorgen hatte.

Ich will nun ganz gewiss nicht bestreiten, dass eine sicherheitspolitische Tätigkeit, wie sie Escherich mit seinem Heimatschutz betrieb, ihre Verdienste hatte.<sup>126</sup> Das, was mir als verhängnisvoll erschien, war die Tatsache, dass dies sein einziger Zweck sein sollte, und dass dafür eine übermässig aufgeblähte Leitung aufgebaut wurde, die ausserordentliche Gelder verschlang.<sup>127</sup>

---

<sup>124</sup> Die genannte Person bleibt unklar.

<sup>125</sup> Ein weiteres Treffen fand unter anderem am 5.7.1920 bei Otto Helmut Hopfen statt. Claß an Friedrich Karl Freiherr von Müffling, 7.7.1920, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 206, Bl. 48.

<sup>126</sup> Claß berichtete im Frühjahr 1921, dass man die Organisation Escherich „für größer und schlagkräftiger gehalten“ habe, als sie letztlich gewesen sei. Statt einer Zusammenarbeit auch mit den Rechtsparteien sollte der Alldutsche Verband vielmehr Zeit gewinnen, damit sich „die inneren Voraussetzungen für die Gesamt-Reform“ verbessern könnten. Die Organisation Escherich habe aber die Aufgabe „durchaus erfüllt“, zu verhindern, dass die „Zustände schlechter würden“. Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 5./6.2.1921, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 130, Bl. 7.

<sup>127</sup> Aufgrund weiterer „Missverständnisse“ über die Zusammenarbeit zwischen NOB und der Organisation Escherich und der schwierigen Absprachen mit den führenden Referenten der Organisation Escherich in Norddeutschland suchte die Geschäftsstelle des ADV immer wieder nach Aussprachen zwischen Claß und Georg Escherich. Siehe ADV an Georg Escherich, 7.9.1920, in ebd., Bd. 258, Bl. 125. Escherich zeigte sich für eine Aussprache offen und ließ aber gleichzeitig mitteilen, dass er es als Voraussetzung ansehe, dass „Organisationsangelegenheiten ganz allein meinen Leitern überlassen werden[,] und dass sich der Ordnungsblock (O.B.) im Wesentlichen darauf beschränkt, auf denen sich meine Organisation nicht betätigt, abgesehen vom geistigen Kampf gegen den Umsturz, den Sie ebenso wie wir führen, besonders auf politischem Gebiete, auf das sich meine Organisation grund-

Ich hatte es wohl spätestens im Frühjahr 1920 aufgegeben, mich um Escherich zu bemühen.<sup>128</sup> Durch das Anwachsen seines Unternehmens liess er sich dazu verleiten, trotz der von ihm selbst anerkannten Unerfahrenheit und Ungeschultheit eine gro[ss]politische Rolle zu spielen.

Alles in allem: es steht für mich fest, dass der Forstrat Escherich, der ein unbedingt nationaler und königstreuer Mann war, und der es nach meinen Beobachtungen ausgezeichnet verstanden hat, mit dem Volk umzugehen, im ganzen gesehen die erste wahrhaft verhängnisvolle Erscheinung unter den nationalen Aufbauwilligen nach dem Kriege gewesen ist. Denn er stellte das in gewissem Sinne doch nur kleinbürgerliche Ziel von Ruhe und Ordnung auf und gewöhnte den Teil der Besitzenden, der von [R]echts wegen verpflichtet gewesen wäre, sich für viel grössere Dinge einzusetzen, Opfer schliesslich nur für die mehr oder weniger selbststüchtig gedachte Aufrechterhaltung dieser Ordnung zu bringen und auf diese Art sich der grossen politischen Aufbauarbeit zu entziehen.

Dieser in seiner Art achtenswerte Mann ist ein Beispiel dafür, dass niemand eine Tätigkeit unternehmen und noch weniger ausüben darf, die an sich politisch im engeren Sinne ist, jeden Augenblick aber auf das Gebiet des Hochpolitischen führen kann, wenn ihm der politische Instinkt und die Anfangsgründe politischer Schulung fehlen. Dazu kam im Falle Escherich der Umstand, dass er in jener an Männern so armen Zeit durch sein schneidiges Vorgehen und seinen rasch wachsenden Anhang eine Berühmtheit erlangt hatte, die ihn seelisch aus dem Gleichgewicht brachte und ihm eine Rolle vorgaukelte, zu der ihm fast alle Eigenschaften fehlten.

---

sätzlich nicht begibt.“ Ein „freundschaftliches Verhältnis“ wolle man auch nach Rücksprache mit Claß zuvor einhalten, finanzielle Unterstützungen habe man nicht zugesagt und man denke weiterhin an eine „selbständige Tätigkeit“ der Leiter der Organisation Escherich. Denkbar und wünschenswert sei aber weiterhin eine „sachliche Unterstützung in Einzelfällen.“ Georg Escherich an Gertzlaff von Hertzberg-Lottin, 11.9.1920, in ebd., Bl. 130. Die Streitigkeiten über Führung der Zusammenarbeit und vor allem über die Aufteilung von Geldern beherrschte auch das Verhältnis zwischen der Organisation Escherich (vor allem den Landesleitern in Mecklenburg Generalmajor a. D. Freiherr von Brandenstein und seinem Nachfolger Kontreadmiral z. D. von Jachmann sowie der Provinzialleitung in Hamburg), dem NOB und Alldeutschen Verband. Siehe ADV an Georg Escherich 3.9.1920, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 258, Bl. 117 und Gertzlaff von Hertzberg-Lottin an Hauptmann a. D. von Plessen, 3.9.1920, in ebd., Bl. 123–124. Im Sommer 1921 forderte die Landesleitung Mecklenburg der Organisation Escherich über ihre Rechtsanwälte die Rückzahlung von 560.000 Mark. Siehe Rechtsanwälte Paul Schröder/Wilhelm König an Gertzlaff von Hertzberg-Lottin, 14.7.1921, in ebd., Bd. 259, Bl. 117.

<sup>128</sup> Im Spätsommer 1920 bemerkte Claß, dass zwar Stäbe schon vorhanden seien, „aber vielerorts vorläufig noch zu wenig dahinter“ stünde. Der Alldeutsche Verband sollte die Organisation Escherich jedoch unterstützt und beim Ausbau der Organisation helfen sollte. Die Ausdehnung der „Selbstschutz“-Bewegung von Bayern nach Norddeutschland würde durch Escherich ermöglicht werden und so könne „Ruhe und Ordnung“ nicht nur in Bayern gesichert werden. Man versuchte daher auch Alfred Krauss als Führer der Organisation Escherich in Österreich zu etablieren. Eine Verständigung zwischen Escherich und Krauss sei aber aufgrund von Machtkämpfen zunächst verhindert worden. Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 2.9.1920, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 129, Bl. 9 und 10.

Es hat keinen Zweck, im einzelnen auf die Entwicklung der „Orgesch“ und der Tätigkeit, sowie der Pläne ihres Herrn und Meisters einzugehen<sup>129</sup>; es genügt die Feststellung, dass bei einer grossen Kundgebung seiner aus dem ganzen Lande zusammengeströmten Getreuen Forstrat Escherich den Schwur tat, dass die „Orgesch“ sich niemals feindlichem Gebot fügen und insbesondere niemals ihre Waffen abliefern würde. Dann kam sehr schnell die Schicksalsstunde für die Orgesch, als der französische Gesandte *Dard*<sup>130</sup>, der seinen Sitz in München hatte, die Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren verlangte. Die bay[er]ische Regierung kam dem Zwangsgebote nach, und von heute auf morgen war die so prächtige und mächtige „Orgesch“ verschwunden und ihr Führer ins Nichts zurückgestossen.

Gewiss versuchte die bay[er]ische Regierung eine neue Art von Einwohnerwehr aufzubauen, die alles vermied, was Escherich sich an herausforderndem Auftreten und Ruhmredigkeit geleistet hatte. Der neue Aufbau wurde dem Sanitätsrat *Dr. Pittinger*<sup>131</sup> aus Regensburg unterstellt, der seinen Wohnsitz nach München verlegte und seine der inneren Sicherheit dienende Arbeit mit der Aufrechterhaltung landläufiger Ruhe verwechselte.<sup>132</sup>

Ich habe den früh verstorbenen Herrn gut kennengelernt und hatte den Eindruck, dass er ein wackerer deutscher Mann war, der nicht daran dachte, sich etwa den politischen Ansprüchen der katholischen Kirche oder der Bay[er]ischen Volkspartei zu unterwerfen, und der treu zum Hause Wittelsbach<sup>133</sup> hielt. Politisch stand Pittinger wesentlich höher als Escherich, aber er war, wie es seiner Aufgabe ja schliesslich entsprach, bürgerlich schlechthin

<sup>129</sup> Claß kritisierte im September 1920 den fehlenden Ausbau der Stäbe der Organisation Escherich in Nord- und Ostdeutschland, es sei „noch zu wenig dahinter“. Georg Escherich sei jedoch „reichstreu und preußenfreundlich“, d. h. für den Zusammenhalt Preußens als Staat, was bei der Ausweitung der Orgesch nach Österreich und anderer Bestrebungen, wie ein mögliches Zusammengehen mit österreichisch-katholischen Monarchisten von Rudolf Kanzler als 2. Vorsitzenden der Orgesch, für Claß von zentraler Bedeutung war. Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 24.9.1920, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 129, Bl. 9–10.

<sup>130</sup> Émile Dard (1871–1947), 1900–1904 im französischen Außenministerium, 1906–1918 in den Botschaften in Tokio, Wien, Belgrad, Sofia, Kopenhagen, Oslo und Madrid, 1920–1923 französischer Gesandter in München, 1924 Abberufung nach den gescheiterten Verschwörungsplänen des französischen Agenten Augustin Xavier Richert in Absprache u. a. mit dem Bund Wiking und der Organisation Consul sowie dem Polizeipräsidenten von München Ernst Pöhner, 1925–1927 Botschafter in Sofia, 1927–1932 Botschafter in Belgrad.

<sup>131</sup> Otto Pittinger (1878–1926), 1906 Mitgründer der Mütterberatungsstelle in Regensburg, 1907 Gründer des Vereins zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit, Sanitätsrat, 1914–1917 Stabsarzt, 1917–1918 in einer Siedlung für Kriegsbeschädigte in Unterhaching, 1918 Gründung der Einwohnerwehr in der Oberpfalz und Leiter in Regensburg, 1921 Gründung der paramilitärischen Organisation Pittinger und 1922 Bund Bayern und Reich (1929 Überführung in den Stahlhelm), Zusammenarbeit mit dem Alldeutschen Verband in Bayern und Österreich sowie dem Deutschen Wehrbund unter Leitung von Alfred Krauss.

<sup>132</sup> Nach Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren im Sommer 1921 trat Otto Pittinger nach Absprachen mit Escherich mit der Organisation Pittinger und dem Bund Bayern und Reich (1921–1935) die Nachfolge an.

<sup>133</sup> Das Haus Wittelsbach ist eines der ältesten Hochadelsgeschlechter, das zwischen 1180–1918 Bayern als Pfalzgrafen, Herzöge, Kurfürsten und Könige regierte.

eingestellt, und der Gedanke etwa, zur gegebenen Zeit nach festem Plan seine Kräfte einzusetzen, lag ihm fern. Sein oberstes Ziel war, wenn die Zeit günstig sei, das Haus Wittelsbach wieder auf den Thron zurückzuführen.

In einem gewissen Gegensatz hierzu stand die O.C. – die sogenannte „Organisation Consul“<sup>134</sup>, – d. h. die ehemalige Brigade *Ehrhardt*.<sup>135</sup> Sie hatte nach dem Misslingen des Kapp-Putsches ihren Sitz nach München verlegt, während ihr vom Reichsanwalt wegen Hochverrat verfolgtes Oberhaupt, Korvettenkapitän Ehrhardt, sich meist jenseits der Grenze aufhielt. Ihre Bestrebungen waren durchaus gegenrevolutionärer Art. Wenn sie sich gleichwohl Pittinger unterstellt hatte, so hing das damit zusammen, dass dieser wohl aus den grossen Mitteln, über die er verfügte, und zu denen nicht nur die Industrie, Landwirtschaft und Bankenwelt, sondern sicherlich auch der Staat beigesteuert hatte, die notwendigen Hilfsgelder an die O.C. zahlte, um ihre Mitarbeit zu gewinnen. Denn es war so, dass junge ehemalige Offiziere, die sich gewissermassen im Hauptamt der politisch-vaterländischen Arbeit widmeten, eigentlich nur in den Freikorps zu finden waren, von denen nach und nach die Brigade Ehrhardt und nun die „O.C.“ den festesten Zusammenhalt bewiesen. Deshalb hielten es andere Organisationen für zweckmässig, sich für ihre ständige laufende Arbeit Offiziere aus den Hilfskorps zu sichern, und dies war insbesondere in Bayern der Fall.

Als ich zum ersten Male mit Korvettenkapitän Ehrhardt eine Annäherungsmöglichkeit besprach, teilte er mir seine Abmachungen mit Pittinger mit und erklärte ausdrücklich, dass er eine gemeinsame Aussprache mit diesem

<sup>134</sup> Die Organisation Consul wurde nach dem Kapp-Putsch am 12./13.3.1920 und der Auflösung der Brigade Ehrhardt (Februar 1919–31.5.1920) unter der Leitung von Hermann Ehrhardt im Dezember 1920 als Geheimbund und unter Duldung des Münchener Polizeipräsidenten Ernst Pöhner mit Sitz in München mit 5.000 Mitgliedern gegründet. Zum Zeitpunkt der Auflösung der Brigade Ehrhardt waren wesentliche Summen der ca. 3 Millionen Mark, die von der Regierung zur Finanzierung u. a. als „Grenzschutz Ost“ gegen Aufstände in Oberschlesien kamen, noch nicht ausgegeben. Nach dem Mord an Matthias Erzberger (26.8.1921), Walther Rathenau (24.6.1922) und dem Mordversuch an Philipp Scheidemann (4.6.1922), die von ehemaligen Angehörigen der Marinebrigade Ehrhardt geplant wurden, wurde die Organisation Consul durch das Republikschutzgesetz vom 21.7.1922 verboten. Siehe auch Sabrow: Der Rathenau-Mord, Ders.: Die verdrängte Verschwörung und Stern: The Organisation Consul.

<sup>135</sup> Hermann Ehrhardt (1881–1971), 1905/06 Teilnahme am genozidalen Krieg gegen die Herero und Nama (1904–1908) in Deutsch-Südwestafrika, 1914–1918 Marineoffizier, 1919 Aufstellung der II. Marine-Brigade Wilhelmshaven (Marine-Brigade Ehrhardt), als Brigadeführer Einsätze gegen zahlreiche Aufstände in Mitteldeutschland und des ersten polnischen Aufstandes in Oberschlesien, 1920 entscheidende Unterstützung beim Kapp-Lüttwitz Putsch und der Besetzung des Berliner Regierungsviertels, 1920 Entlassung aus der Armee sowie Auflösung der Marine-Brigade Ehrhardt und Überführung von Teilen der Truppe in die Reichswehr, verbleibende Truppenteile bildeten 1920 die Organisation Consul, 1922 Flucht nach Ungarn nach dem Mord an Reichsminister Matthias Erzberger (1921) durch ehemalige Offiziere Ehrhardts, nach Rückkehr Mitorganisation des Neudeutschen Bundes (1922) und des Bund Wiking (Mai 1923), Verhaftung im November 1922 in München, Juli 1923 Flucht aus der Haft, 1924 Flucht nach Österreich (bis zur Amnestie 1926), im Zuge des „Röhm-Putsches“ 1934 Flucht in die Schweiz und 1936 nach Österreich. Krüger: Die Brigade Ehrhardt.



für nötig halte, und dass er im gegebenen Falle nur dann mit uns zusammengehen könne, wenn jener damit einverstanden sei. Damals, im Frühjahr 1922, trafen wir uns mit Pittinger und schlossen eine Art von Dreibund, auf den ich allerdings kein besonderes Vertrauen setzen konnte.<sup>136</sup>

Ich gewann bald, und zwar je länger je mehr, den Eindruck, dass die Beziehungen zwischen Pittinger und Ehrhardt sich lockerten, bis letzterer mir schliesslich mitteilen liess, er sei nun ganz frei, und wir könnten endgültige Abmachungen treffen. Zu diesem Zwecke liess er mir vorschlagen, wir wollten in Schliersee zusammenkommen, um alles übrige zu besprechen.<sup>137</sup>

Ich war dazu bereit, und Ehrhardt kam von seinem Unterschlupf an der Tiroler Grenze herüber. Er legte mir die Umstände dar, unter denen er sich von Pittinger getrennt habe, der eben doch bay[erischer Partikularist sei, während die „O.C.“ nur an das Deutsche Reich und an das Schicksal des ganzen deutschen Volkes denke. Die Hauptsache – darauf spitzten sich die Erörterungen schliesslich zu – war für Ehrhardt, dass ich nun als Geldgeber an die Stelle von Pittinger treten solle.

Ich verhehlte ihm nicht, dass dies seine grossen Schwierigkeiten haben werde, da mir die Quellen, die Pittinger zur Verfügung ständen, nicht flossen. Ich wollte mich redlich bemühen, die Verbindungen wieder anzuknüpfen, die in Norddeutschland durch Escherichs Dazwischentreten zerrissen worden seien, um zu sehen, ob ich einen Kreis zusammenbekomme, der uns die Mittel gewährleist. Damit trennten wir uns, nachdem ich Ehrhardt zugesagt hatte, für eine kurze Übergangszeit das Geld bereitzuhalten.

Meinem Versprechen gemäss bemühte ich mich bei führenden Leuten der norddeutschen Industrie und des Grossgrundbesitzes um die Aufbringung eines Betrages, der mich in den Stand setzen sollte, Ehrhardts „O.C.“ zusammenzuhalten.<sup>138</sup> Ich machte dabei die Erfahrung, dass fast jedes grössere Unternehmen und fast jeder Kreisverband des Reichslandbundes gewissermassen seinen eigenen „Kondottiere“<sup>139</sup> hielt, der für die örtlichen Sonderaufgaben jederzeit zur Verfügung stehen sollte. Unter solchen Umständen hatte ich kein Glück und bekam überdies zu hören, dass Ehrhardt, der dort hinten in Bayern sitze, viel „zu fern vom Schuss“ sei, um im Bedarfsfalle für norddeutsche Zwecke greifbar zu sein.

Gleichwohl half ich dem Führer der „O.C.“, wo ich konnte, da ich die Aufrechterhaltung dieses militärischen Verbandes für unbedingt erforderlich hielt;

---

<sup>136</sup> Das genaue Datum des Treffens im Frühjahr 1922 bleibt unklar.

<sup>137</sup> Das Treffen fand in jenem Frühjahr 1922 statt.

<sup>138</sup> Zu den gemischten Finanzquellen der Organisation Consul von der Unterstützung der Reichswehr bis zur Organisation Escherich und der Organisation Pittinger siehe Krüger: Die Brigade Ehrhard, S. 82–83. Friedrich Wilhelm Heinz, selbst unter anderem Mitglied der Brigade Ehrhardt und der Organisation Consul, schrieb 1933 die Orgesch habe zwischen 1919 und 1922 einen Jahresetat von mindestens 50 Millionen Mark gehabt, die weitestgehend aus der Industrie zur Verfügung gestellt wurden. Ders.: Die Nation greift an, S. 115.

<sup>139</sup> Ein Condottiere bezeichnet einen Söldnerführer, wie ihn italienische Stadtstaaten vom 13. bis zum 16. Jahrhundert für ihre Söldnerheere unterhielten.

ich erfuhr auch, dass ihm von anderer Stelle ausgiebig Beihilfen zufließen. Die Beziehungen zwischen dem Alldeutschen Verband und der „O.C.“ wurden mit dem Fortschreiten der auf Entscheidung drängenden Entwicklung in Deutschland immer enger, obwohl Ehrhardt selbst nur selten zu treffen war.

Im wesentlichen hatte ich mit Kapitänleutnant *Kautter*<sup>140</sup> zu tun, der Ehrhardts politischer Sachbearbeiter<sup>141</sup> war und sich in der ganzen Zeit unserer gemeinsamen Tätigkeit als ein grundgescheiter und gewandter Mann erwies, der begeisterte Liebe zum deutschen Volke mit politischem Verständnis verband. Dazu kam ein glühender Hass gegen alle, die am deutschen Zusammenbruch Schuld tragen, und der Drang, an ihnen Vergeltung zu üben.

Als Kapitän Ehrhardt in München wegen seiner Beteiligung am Kapp-Putsch vom Untersuchungsrichter des Reichsgerichts verhaftet ward, ernannte er den Führer des Sturmtrupps in seiner Brigade, Kapitänleutnant Manfred *von Killinger*<sup>142</sup>, zu seinem Vertreter, von dem allgemein bekannt war, dass er ein rücksichtslos tapferer Mann war. Killinger machte mir sofort in Begleitung von Kautter einen Besuch und erklärte, dass er in dessen Händen den gesamten politischen Teil der Tätigkeit Ehrhardts lasse, weil er selbst nur Soldat sei und sich in der Politik ganz fremd fühle. Zwischen uns wurde nun die weitere Arbeit besprochen, und ich machte im Laufe der Zeit die Erfahrung, dass die Arbeitsteilung zwischen den beiden Vertretern des „Chefs“ durchaus gut ablief. Den Höhepunkt erreichten unsere Beziehungen im Sommer und Spätjahr 1923; doch wird darüber im Zusammenhang zu berichten sein.<sup>143</sup>

<sup>140</sup> Eberhard Kautter (geboren 1890), Mitglied der Brigade Ehrhardt, 1920 nach Verlassen des Reichswehrministeriums der 2. Marinebrigade Vorstandsmitglied des Bundes ehemaliger Erhardt-Offiziere, Stabschef und Leiter der politischen Abteilung der Organisation Consul, um 1921 Studium der Rechtswissenschaft, Mitglied des ADV in der Ortsgruppe Tübingen, Münchener Stellvertreter Hermann Ehrhardts in der Brigade Ehrhardt, 1923 Reorganisation des Neudeutschen Bundes im Auftrag von Ehrhardt und Führer des Bund Wiking (1923–1926/28), 1923 während des Hitler-Putsches in München auf der Seite Gustav Ritter von Kahrs, 1924 Zeuge im Hitler-Prozess, 1941 Ernennung durch Hans Rosenberg zum Leiter des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam.

<sup>141</sup> Eberhard Kautter war Stabschef und Leiter der politischen Abteilung der Organisation Consul, Mitglied des ADV in der Ortsgruppe Tübingen und Münchener Stellvertreter Hermann Ehrhardts in der Brigade Ehrhardt.

<sup>142</sup> Manfred von Killinger (1886–1944), Kapitänleutnant, 1918 Mitglied der Brigade Ehrhardt, 1919 Teilnahme an der Niederschlagung der Münchener Räterepublik, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, 1920 Ausscheiden aus der Reichsmarine, Mitglied des DvSTB, 1921 führendes Mitglied der Organisation Consul, 1921 Teilnahme an der Niederschlagung der Aufstände in Oberschlesien, 1921 Beauftragung der Ermordung des deutschen Finanzministers Matthias Erzberger, 1921 Verhaftung, 1922 Freispruch, 1924 Verhaftung ohne Strafvollzug, 1923–1927 Leitung des Bundes Wiking, 1928 Mitglied der NSDAP und der SA, 1928 Mitglied des Sächsischen Landtags, 1932–1944 Mitglied des Reichstags für die NSDAP, 1933 Reichskommissar für Polizei in Sachsen und SA-Obergruppenführer, 1933 kurzzeitig als Reichskommissar Leiter der Sächsischen Landesregierung, 1933 Ministerpräsident von Sachsen, 1934 Verhaftung im Zuge des „Röhm-Putsches“, 1935 Mitglied des Volksgerichtshofes, 1937–1938 Generalkonsul in San Francisco, 1940–1941 deutscher Gesandter in der Slowakei, 1941–1944 deutscher Gesandter in Rumänien (u. a. Organisation der Judenverfolgung).

<sup>143</sup> Siehe Kapitel 6.

#### 4.9. Fortschreiten der Arbeit. Prinz Friedrich Wilhelm von Preussen<sup>144</sup>

Die zweite Hälfte des Jahres 1919 brachte mir eine Fülle bedeutsamer Arbeit, aber auch grosse Fortschritte im Aufbau unserer Bewegung. In mein Leben war wieder die alte innere Ruhe eingekehrt, seitdem ich meine Lieben bei mir hatte, und vor allem, seitdem ich wieder mit meiner Frau alles besprechen konnte, was ich plante, oder was in der Ausführung begriffen war.

Allem voran ging die Tätigkeit für den Alldeutschen Verband, der den Kern und Mittelpunkt alles weiteren bilden sollte. Dazu gehörte es, dass mit allem Ernst ein Verbandstag vorbereitet wurde, der um die Monatswende August-September in Berlin abgehalten werden sollte.<sup>145</sup> Hier erlebte ich die Freude, dass *Dietrich Schäfer* sofort zusagte, als ich ihn bat, einen der Hauptvorträge zu übernehmen, und als Gegenstand bestimmte: „Die sittliche Ertüchtigung des deutschen Volkes – die Voraussetzung seines Wiederaufstiegs.“ Neben ihm hatte der inzwischen nach Berlin übersiedelte *Dr. Bang* den Bericht über „Völkische Gesichtspunkte beim wirtschaftlichen Wiederaufbau“ übernommen, und schliesslich sprach noch Rechtsanwalt *Jacobsen* über den „Einfluss des Judentums, den deutschen Zusammenbruch und den Wiederaufbau.“ Ich kann schon hier bemerken, dass die Tagung aus allen Teilen des Reiches, aber auch aus Deutschösterreich sehr stark besucht war, und dass sie einen erhebenden Verlauf nahm.

Neben dieser Tätigkeit ging die Arbeit an meinem „Einhart“ frisch und stetig weiter. Sie war so eingeteilt, dass meine Niederschrift zunächst zu meiner Frau wanderte und, nachdem diese sie überprüft hatte, an Ferdinand Andres zur Herstellung von Abschriften ging.

Als Drittes beschäftigte mich sehr stark der Gedanke, in welcher Weise und mit welchen Menschen der Kreis gebildet werden sollte, dem die Aufgabe übertragen würde, den Kampf gegen den Umsturz auszunehmen und die Reichsreform in unserem Sinne durchzuführen. Hierbei war es mir klar gewor-

---

<sup>144</sup> Gemeint ist Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen (1880–1925), Sohn des Prinzen Albrecht von Preußen (1837–1906) – Regent des Herzogtums Braunschweig und Herrenmeister des Johanniterordens, Urenkel Friedrich Wilhelms III., König von Preußen (1770–1840), sowie Neffe Kaiser Wilhelms I. (1797–1888) und König Friedrich Wilhelms IV. von Preußen (1795–1861), seit 1885 Regent des Herzogtums Braunschweig, Studium der Rechtswissenschaft, Promotion, 1910 Heirat mit Agathe Prinzessin zu Ratibor und Corvey und Prinzessin zu Hohenlohe-Schillingsfürst (1888–1960), 1911–1918 Landrat des Kreises Frankenstein, Oberstleutnant à la suite des 1. Garderegiments, Ritter des Schwarzen Adlerordens, 1909–1925 Präsident der Akademie gemeinnütziger Wissenschaften Erfurt, 1917 und 1918 Mitglied des Reichsausschusses der DVL für den Landesverein Schlesien, 1918 kurzzeitig im Gespräch als König von Finnland zwischen der Ausrufung der Unabhängigkeit am 6.12.1917 und dem Inkrafttreten der republikanischen Verfassung Finnlands am 17.7.1919 – Friedrich Karl von Hessen (1868–1940), Schwager von Wilhelm II. (1859–1941), wurde vom finnischen Parlament am 9.10.1918 zum König gewählt und dankte am 14.12.1918 nach Kriegsende und Abdankung der Hohenzollern im Deutschen Reich ab 1925 Tod in einem Hospiz in Dresden nach einer Krebserkrankung.

<sup>145</sup> Die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV fand am 1.9.1919 in Berlin statt.

den, dass unser Unternehmen eine oberste Spitze haben müsse, die ihm bei den ernstesten Leuten, die wir allein brauchen konnten, von vornherein Ansehen und Rückhalt verschaffe. Ich sagte mir, dass beides am besten erreicht werde, wenn ein Prinz des Hauses Hohenzollern an unsere Spitze trete – nicht um dem „dekorativen“ Bedürfnis zu genügen, sondern um zu lernen und sich auf die grosse Aufgabe vorzubereiten, die ihm gestellt würde, wenn das Schicksal es füge.

Ich hatte mich schon im Frühjahr 1919 bereiterklärt, mit dem Prinzen *Eitel Friedrich* in Verbindung zu treten, und ihn zweimal in Potsdam besucht.<sup>146</sup> Die damals geführten Unterredungen zeugten mir, dass jedenfalls dieser Prinz für die von mir erdachte Aufgabe nicht in Frage käme, so dass ich mich weiter erkundigte, wer sonst noch dafür vorhanden sei.

Von der Zeit des Krieges her stand Major a.D. *Frhr. von Müffling*<sup>147</sup>, ein Urenkel des ersten Generalstabschefs der Preussischen Armee<sup>148</sup> mit uns in Verbindung. Er hatte im Ersten Garderegiment zu Fuss gedient und war mit dem Prinzen *Friedrich Wilhelm von Preussen*, dem Sohne des Prinzen *Albrecht*<sup>149</sup>, Regenten von Braunschweig, befreundet. Als mich Müffling im August 1919 besuchte, sprach ich ihm von der Notwendigkeit, ein Mitglied des preussischen Königshauses als volleingeweihten Mitarbeiter in unserem Kreise zu haben. Müffling stimmte dem zu und sagte, der Prinz, den wir brauchten, sei vorhanden. Er erzählte mir von seinen Beziehungen zum Prinzen Friedrich Wilhelm und sprach die Überzeugung aus, dass er die Eigenschaften besitze, die der Vertreter des Hauses Hohenzollern haben müsse, dem die Führung bei der Reichsreform zufalle.<sup>150</sup>

<sup>146</sup> Die genauen Daten dieser beiden Treffen im Frühjahr 1919 sind unklar.

<sup>147</sup> Gemeint ist Wilhelm Freiherr von Müffling (1869–1953), Major, seit 1919/20 enge Verbindung zu Claß und Gast der Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 1925–1939 Nachfolger von Erich Kühn (1878–1938), 1917–1925 Schriftleiter von Deutschlands Erneuerung, Mitglied des ADV, des DvSTB und Mitglied der NSDAP, Autor u. a. der Schriften: *Zehn Jahre Republik. Tatsachen und Zahlen* (Hrsg. 1929) und *Wegbereiter und Vorkämpfer für das neue Deutschland* (Hrsg. 1933).

<sup>148</sup> Gemeint ist Friedrich Karl Freiherr von Müffling (1775–1851), 1804 Stabskapitän im Generalstab, Mitglied der Militärischen Gesellschaft, 1813 Oberstleutnant im preussischen Generalstab, 1813 Generalmajor und Generalquartiermeister, 1814–1818 im Stab Wellingtons (Arthur Wellesley, 1st Duke of Wellington, 1769–1852), 1817–1820 Leiter der Vermessungsarbeiten für die Generalstabskarte der Rheinprovinz, 1821 Chef des Generalstabes der preussischen Armee, 1829–1838 Kommandierender General des VII. Armee-Korps in Münster, 1832 General der Infanterie, 1837–1844 Präsident des Preussischen Staatsrats, 1838 Gouverneur von Berlin, 1847 Verabschiedung aus dem Heer als Generalfeldmarschall.

<sup>149</sup> Prinz Albrecht von Preußen (1837–1906).

<sup>150</sup> Die Verwandtschaft von Friedrich Wilhelm von Preußen hatte in der Vergangenheit einiges Aufsehen erregt. Sein Bruder Friedrich Heinrich (1874–1940) war wegen einer Beziehung zu einer bürgerlichen Frau 1906 skandalumwittert und sein Bruder Joachim Albrecht (1876–1939) musste sich Gerüchten um homosexuelle Neigungen des Journalisten und Herausgebers der Zeitschrift *Die Zukunft*, Maximilian Harden, 1907 stellen. Seine Halbbrüder, die Grafen Wilhelm (1854–1930) und Friedrich von Hohenau (1857–1914) aus der morganatischen zweiten Ehe Albrechts von Preußen (1837–1906), standen vor allem in der

Er schilderte mir den Lebensgang seines prinziplichen Freundes und hob vor allem hervor, dass dieser nach der üblichen militärischen Ausbildung beim Ersten Garderegiment zu Fuss sich der Rechtswissenschaft zugewandt und in Bonn und Königsberg ernstlich studiert habe. Daneben habe er geschichtliche Vorlesungen gehört und sich ein ansehnliches Wissen auf diesem Gebiete erworben. Nach erfolgreicher Prüfung habe er den üblichen Verwaltungsdienst durchgemacht und sei zum Landrat des Kreises Frankenstein ernannt worden.<sup>151</sup> In dieser Stellung habe er sich so bewährt, dass die dortige Bevölkerung noch heute mit Dankbarkeit und Verehrung von ihm spreche. Der Zusammenbruch habe seiner Laufbahn ein Ende bereitet, und er habe sich nach Tabarz zurückgezogen.<sup>152</sup> Dort beschäftigte er sich, von jeder politischen Tätigkeit ausgeschlossen<sup>153</sup>, mit der Musik des von ihm hochverehrten *Johann Sebastian Bach*<sup>154</sup>, um dessen Werke bis ins einzelste kennenzulernen und sich in dem Schrifttum über sie zu unterrichten.

Frhr. von Müffling fragte mich, ob ich zu einer Zusammenkunft mit dem Prinzen bereit sei, wobei er noch besonders betonte, dass dieser auf Grund der „Bamberger Erklärung“ Mitglied des Alldeutschen Verbandes geworden sei. Als ich diese Frage bejaht hatte, schlug er vor, die Begegnung in seinem Gutshaus in Mühlberg<sup>155</sup> abzuhalten; ich würde bei dieser Gelegenheit ein schönes Stück Thüringer Erde kennenlernen, denn die zu seinem Besitz gehörende Ruine der Mühlburg sei eine der [D]rei Gleichen<sup>156</sup> und der Schauplatz von

---

Eulenburg-Affäre 1908 unter Beschuss. Siehe dazu Röhl: Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund, S. 579–587.

<sup>151</sup> Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen war 1911–1918 Landrat des Kreises Frankenstein in der Provinz Schlesien.

<sup>152</sup> Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen erwarb im Luftkurort Tabarz eine 1912 erbaute Villa (Kleines Palais), die er Anfang der 1920er Jahre umbauen ließ und nach seinem Tod 1925 von seinen vier Töchtern bewohnt wurde.

<sup>153</sup> Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen gehörte bereits 1917 zum Reichsausschuss der DVLP und sagte bei der Neustrukturierung des Reichsausschusses am 1.9.1918 seine Mitgliedschaft erneut zu. Auch Claß nahm das ihm angetragene Angebot der Mitgliedschaft im Reichsausschuss Anfang September 1918 an. Siehe Liste „Herren, die die Zuwahl in den Reichsausschuss angenommen haben“, o. D. [September 1918], in GSTA, NL Kapp, VI HA, Bd. 485, Bl. 52–53 sowie Reichsausschuss. Mitglieder gewählt vom Vorstand, in ebd., Bd. 491, Bl. 9.

<sup>154</sup> Johann Sebastian Bach (1685–1750), deutscher Komponist, Kantor, Organist und Orgelspektor. Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen spielte selbst Violine, besuchte regelmäßig die Bachfeste in Berlin und war Mitglied des Ausschusses und der Kommission für das Bach-Haus in Eisenach. Nachruf der Neuen Bachgesellschaft, in Bach-Jahrbuch 1924, S. IX.

<sup>155</sup> Friedrich Karl Freiherr von Müffling besaß das Gut Ringhofen bei Mühlberg sowie die Mühlburg (1000 Baubeginn der Burg durch die Grafen Weimar-Orlamünde und ältestes Bauwerk der Drei Gleichen in Thüringen), die König Friedrich Wilhelm III. 1816 Generalfeldmarschall Karl von Müffling (1775–1851) schenkte. Das Gut wurde 1926 durch die Familie Müffling an den Kirchen- und Schulfond verkauft.

<sup>156</sup> Drei Gleichen bezeichnet die drei Burgen Burg Gleichen bei Wandersleben, die Mühlburg bei Mühlberg und Veste Wachsenburg bei Holzhausen in Thüringen, die zwischen dem 8. und 11. Jahrhundert erbaut wurden.

Gustav Freytags Roman „Das Nest des Zaunkönigs“<sup>157</sup> aus der Reihe der „Ahnen“. Wir verabredeten, dass ich sofort nach Müfflings Rückkehr Nachricht erhalten sollte. Dies geschah, und der Prinz hatte sich für einen der allernächsten Tage bereiterklärt, nach Mühlberg zu kommen. So trafen wir uns, und es kam zu einer Aussprache, die den ganzen Tag in Anspruch nahm.

Der Prinz gab hierbei eine Art politischen Glaubensbekenntnisses ab, indem er erklärte, dass er bei aller Liebe und Treue zu seinem kaiserlichen Vetter<sup>158</sup> die Entwicklung der letzten anderthalb Jahrzehnte mit Sorgen verfolgt habe, und dass es ihm, dem so viel jüngeren Mann unverständlich gewesen sei, wie der Kaiser Menschen wie *Bülow* und nachher *Bethmann Hollweg* im Amte belassen habe, von der Ernennung des Prinzen *Max von Baden* gar nicht zu reden. Er berichtete weiter, dass er durch den Freiherrn von Müffling über unsere Bestrebungen unterrichtet sei und sie im höchsten Grade billige. Er habe auch das Kaiserbuch gelesen und betrachte es als das Schicksal des Hauses Hohenzollern und des Vaterlandes, dass der Kaiser gar nicht den Versuch gemacht habe, die bis dahin betriebene Politik im Sinne „Frymanns“<sup>159</sup> umzustellen.

Nachdem in solcher Weise die seelische Bereitschaft des Prinzen, bei uns mitzuarbeiten, festgestellt war, legte ich ihm dar, wie ich mir seine Aufgabe denke. Wenn wir in die Lage kämen, unsere Reformpolitik tatsächlich einzuleiten, müsse – so nähme ich an – zunächst die reine Militärdiktatur herrschen. Wenn die militärischen Führer sich dann durchgesetzt hätten und melden könnten, dass die revolutionären Kräfte aus der Macht vertrieben seien, so dass man das Reich in diesem Sinne als befriedet ansehen könne, solle die politische Diktatur eingerichtet werden. Politischer Diktator solle nun nach unseren Plänen ein Mitglied des Hauses Hohenzollern sein; er trete dann als Reichsverweser auf und nehme es auf sich, die schwerste politische Aufräum- und Aufbauarbeit auszuführen. Sei diese geleistet, so werde er zurücktreten und dem nunmehr berufenen Hohenzollern Platz machen.

Der Prinz war von diesem Plan sofort ganz eingenommen, und für die Art seines Denkens ist es bezeichnend, dass er sagte: „Was kann mir Schöneres geschehen, als dass ich mich für den künftigen Kaiser opfere; mein Kopf gehört so wie so ihm.“

Ich schilderte nun dem Prinzen den Stand unserer noch in den Anfängen steckenden Vorarbeiten und sagte, es sei wichtig, dass er sich an deren Fortsetzung beteilige, jedenfalls aber bei jedem Aufenthalt in Berlin sich bei mir und den nächsten Mitarbeitern unseres Werkes unterrichte. Mit alledem war der Prinz einverstanden, und so konnten wir das Bündnis schliessen, nach dem er sich in unseren Kreis einreihete und versprach, sich für seine zukünftige Aufgabe vorzubereiten. Er meinte, das werde ihm leichter fallen als manchem seiner Vettern, denn er sei ja ein wissenschaftliches Arbeiten gewöhnt.

<sup>157</sup> Freytag: Die Ahnen.

<sup>158</sup> Gemeint ist Wilhelm II.

<sup>159</sup> Gemeint ist das „Kaiserbuch“ von Claß (Pseudonym: Daniel Frymann) von 1912.

Beim Auseinandergehen teilte ich ihm und Müffling mit, dass in der aller-nächsten Zeit eine Zusammenkunft der Gesinnungsgenossen stattfinden sollte, die für eine führende Tätigkeit in den einzelnen Teilen Preussens, Sachsens, Thüringens und Hessens ins Auge gefasst waren. Sie fand dann auch etwa zehn Tage später in Berlin statt, und der Prinz erschien in Begleitung Müfflings.<sup>160</sup> Er beteiligte sich an den Beratungen und gab dabei zu erkennen, wie ernst er seine Sache auffasste. Von unseren alten Mitarbeitern waren u. a. *Fürst Salm*, Landschaftsdirektor *von Hertzberg*, *Dr. Bang*, *Frhr. von Vietinghoff*, Geheimrat *Fritz* und Präsident *Thomsen* zugegen; natürlich auch Landrat *von Hertzberg*; sein Vater hatte fünf pommersche Freunde mitgebracht, denen er am meisten Verständnis zutraute.

Da die politische Vorbereitungsarbeit im wesentlichen in unserem engsten Kreise in Berlin durchgeführt werden musste, bestand die Aufgabe der von ausserhalb gekommenen Gesinnungsgenossen darin, dass sie weiter Helfer werben und sich in ihren Bezirken bemühen sollten, brauchbare Männer für den Aufbau des militärischen Teils zu gewinnen. Mit diesen Aufgaben Hand in Hand ging die Notwendigkeit, für die erforderlichen Geldmittel zu sorgen, und dabei war es ja, wo der Vater Hertzberg sich gewissermassen zum freiwilligen Oberwerber anbot, wie ich dies früher erwähnt habe.

Nach Schluss der Besprechung blieben wir noch zwanglos zusammen, und ich freute mich, wie unbefangen, ja vertraut sich Prinz Friedrich Wilhelm in unserem Kreise bewegte. Es war kein Zweifel, dass er glücklich war, einen grossen Lebenszweck gefunden zu haben, insbesondere aber, dass er sich gerade als Angehöriger des Hauses Hohenzollern bewähren konnte. So ist immer mehr ein enges Verhältnis des Prinzen zu denen entstanden, die unserem Kreise angehörten.

Was mich betrifft, so glaube ich, dass er geradezu freundschaftlich zu mir stand; ich war ja auch schliesslich derjenige, mit dem er am meisten zu tun hatte, wie er denn auch mit voller Unbefangenheit in unserem Hause verkehrte.

Alle Hoffnungen, die wir auf den Prinzen gesetzt hatten, wurden durch seinen frühen Tod vernichtet. Im Jahre 1924 wurde er von einem Leiden er-fasst, das wohl Krebs war. Als – wahrscheinlich zu spät – ein Eingriff vollzo-gen wurde, starb er unter der Hand der Ärzte (9.3.1925).<sup>161</sup> Sein Tod war ein grosser Verlust für unsere Sache, denn es war sicher, dass er bei vielen Män-nern, auf deren Mitwirkung wir besonderen Wert legten, uns einen starken Rückhalt bot.

Wenn ich das Wesen des Prinzen kennzeichnen soll, so glaube ich, dass es am besten damit geschieht, dass ich ihn mit *Kaiser Wilhelm dem Ersten* ver-gleiche. Er war wie jener gänzlich allem Scheine abhold, sachlich und stets bestrebt, zu lernen. Alles, was ihm an Ausarbeitungen aus unserem engsten Kreise zugänglich gemacht wurde, und das ganze geschichtlich-politische

---

<sup>160</sup> Das genaue Datum dieses Treffens bleibt unklar.

<sup>161</sup> Siehe auch Gedenkrede von Heinrich Claß auf dem Verbandstag des ADV am 22.3.1925 in Dresden, in *Deutsche Zeitung* 23.3.1925.

Schrifttum, das ich ihm empfahl, arbeitete er aufs gewissenhafteste durch und merkte sich für die nächste Zusammenkunft Fragen vor, die er mir stellen wollte, wenn er über etwas im Zweifel war. Bei den vielen Beratungen, denen er beiwohnte, war er unermüdlich und blieb bis zum letzten Augenblick frisch und aufnahmefähig. Wir alle hatten den Eindruck, einen kerngesunden Menschen in ihm vor uns zu haben, und waren umso schwerer betroffen, als er vor der Zeit dahinging.

Nur um zu zeigen, wie sehr der Prinz sich bei uns eingearbeitet hatte, was seine Aufgabe war, berichtete ich einen Vorgang aus dem Anfang des Jahres 1922. Über zwei Jahre hatte der Prinz mit uns auf vertraulichste verkehrt, und ich wollte nun sehen, in welchem Umfange er sich in seine Aufgabe eingelebt hatte. Da ich es für unangemessen hielt, eine Art von Prüfung mit ihm zu veranstalten, kam ich nach längerer Überlegung auf den Gedanken, ein politisches Kriegsspiel zu veranstalten, das gleichzeitig dazu dienen sollte, den anderen Teilnehmern unseres Kreises Gelegenheit zu geben, ihre Fähigkeiten darzutun.

Ich drahtete dem Prinzen nach Tabarz, er möge am übernächsten Tage vormittags früh in meiner Wohnung sein. Als er zustimmend geantwortet hatte, bat ich auf den Nachmittag dieses Tages alle in Berlin greifbaren Freunde zu mir. Als der Prinz mit militärischer Pünktlichkeit erschien und fragte, was denn los sei, entwickelte ich ihm meinen Plan, wobei ich davon sprach, wir müssten jetzt einmal sehen, wie weit unser Kreis aufeinander und auf seine Aufgabe eingespielt sei. Dies lasse sich nur durch eine Art politischen Kriegsspiels ermitteln. Er war von dieser Eröffnung überrascht und fragte, wie er sich dies zu denken habe. Ich sagte dann: „Eure Königliche Hoheit müssen heute und in den nächsten Tagen Ihre ersten Kabinettsitzungen abhalten sowie die Kundgebungen entwerfen und entwerfen lassen, die im gegebenen Falle herauszugeben sind.“

Ich fügte hinzu, dass wir ausprobieren müssten, wie weit wir geistig in unseren Vorbereitungen gekommen seien. Dies lasse sich nur durch einen praktischen Versuch feststellen. Die politische „Gefechtslage“ möge er sich so denken: der Militärdiktator hat gemeldet, dass er die revolutionären Kräfte niedergeschlagen habe, und dass bei ihm aus allen Teilen Deutschlands Berichte eingelaufen seien, wonach Ruhe und Ordnung wiederhergestellt seien. Er halte deshalb die Zeit für gekommen, von der militärischen zur politischen Diktatur überzugehen.

Er, der Prinz, habe nun nach der ganzen Anlage unseres Planes die Reichsverweserschaft zu übernehmen und diese Tatsache dem deutschen Volke und den fremden Regierungen bekannt zu geben, sowie gleichzeitig eine Art von Regierungsprogramm zu veröffentlichen.

Ich gab ihm nun ein Verzeichnis der Gesinnungsgenossen mit, die am Nachmittag bei mir erscheinen würden, und bemerkte dazu, seine erste Aufgabe sei es, aus diesem engsten Kreise die Männer auszusuchen, denen er die führenden Ämter anvertrauen wolle. Diese Verteilung müsse er am Nachmittag sofort beim Beginn der Zusammenkunft vornehmen, denn diese solle die erste



„gespielte“ Sitzung des Reformkabinetts sein. Zu ihr müsse er die Erklärung fertig mitbringen, mit der er seine Übernahme der Reichsverweserschaft bekannt gebe. Sie sei eine rein persönliche Kundgebung von ihm und brauche daher dem Kabinett nicht vorgelegt zu werden. Aber ich empföhle trotzdem, dies zu tun, damit er die Einstellung der von ihm gewählten Mitarbeiter zu seinen Grundanschauungen kennenlerne.

Der Prinz war zunächst ziemlich ratlos, wie er das machen solle, und fragte mich um Rat. Ich entgegnete ihm, ich dürfe ihm keinen Rat geben, denn es handle sich ja um eine höchstpersönliche Probeleistung von ihm. Als er dann wiederholt sagte: „Ja, wie soll ich das denn machen?“, gab ich ihm schliesslich den Wink, er möge in der ganz kurzen Kundgebung als Deutscher, als Preusse und als Hohenzoller reden, dann würden ihm die Gedanken von selbst zufließen.

Da leuchteten seine Augen auf. Er sagte, jetzt verstehe er mich und eilte fort mit den Worten, er wolle sehen, dass er es bis drei Uhr schaffe. Wirklich war er der erste, der bereits vor der festgesetzten Stunde antrat. Er drückte mir seine Liste über die Ämterbesetzung und den Entwurf seines Aufrufs in die Hand. Ich sah die Liste an und fand, dass der Prinz unter den gegebenen Umständen das Richtige im wesentlichen getroffen hatte. Der Entwurf aber war ausgezeichnet.

Als alle Geladenen versammelt waren, eröffnete ich mit wenigen Worten die Sitzung, um deren Zweck darzulegen, und bat den Prinzen, die weitere Leitung selbst in die Hand zu nehmen. Da es sich um ein „Kriegsspiel“, wenn auch um ein politisches, handelte, so seien Schiedsrichter notwendig, und hierfür hätte ich ausser mir noch den Präsidenten Dr. Thomsen und Geheimrat Fritz bestimmt.

Nun übernahm der Prinz die Leitung, und die Schiedsrichter setzten sich abseits. Mit mehr Schwung, als ich ihm zugetraut hätte, richtete er eine kurze Ansprache an seine künftigen Mitarbeiter, berief die einzelnen zu ihren Ämtern und erklärte, dass, was nun zu geschehen habe, sich ihm so vorstelle. Bis spätestens 6 Uhr müsse seine Erklärung wegen Übernahme der Reichsverweserschaft fertig sein, damit sie noch am selben Tage veröffentlicht werden könne. Daneben halte er noch einen Aufruf „An das Deutsche Volk“<sup>162</sup> für nötig, der auch noch heute herausmüsse. Wenn diese beiden dringendsten Sachen erledigt seien, sollten die Grundzüge seines Regierungsprogramms in Stichworten durchgesprochen werden, damit der von ihm bestimmte Reichskanzler über Nacht den Entwurf anfertigen und am nächsten Morgen um 8 Uhr vorlegen könne. Bis mittags 12 Uhr müsste dessen Durchberatung beendet sein. Die Einzelminister hätten sich zu überlegen, welche dringendsten Aufgaben in ihren Arbeitsgebieten zunächst zu leisten seien. Diese Fragen sollten am Nachmittag und am übernächsten Tag durchgesprochen werden.

Nachdem diese einleitenden Handlungen beendet waren, verlas der Prinz den von ihm selbst verfassten Entwurf der Kundgebung an das deutsche Volk,

---

<sup>162</sup> Der „Aufruf an das Deutsche Volk“ ist nicht überliefert.

worin er die Übernahme der Reichsverweserschaft und die Beweggründe, die ihn dazu veranlasst hatten, bekanntgab. Er stellte seinen Entwurf dem Urteil der Minister anheim, und nun zeigte sich, dass diese manche Abänderungsvorschläge zu machen hatten. Der Prinz verteidigte seine Fassung mit grosser Entschiedenheit und mit sehr guten Gründen und legte bei jeder beanstandeten Stelle dar, weshalb er sie gerade so gefasst habe. Ohne jede Überheblichkeit wies er darauf hin, dass dieses „Patent“ eine höchst persönliche Erklärung von ihm selbst sei; das möge man beachten, so sehr er der grösseren politischen Erfahrung seiner Minister Vertrauen schenke.

Der Prinz verstand es, durch seine Leitung zu erzielen, dass die Besprechung kurz gedrängt blieb; in drei oder vier Fällen fügte er sich den Vorschlägen der Herren. Die Schiedsrichter waren aber der Meinung, dass der Entwurf des Prinzen genau das sagte, was der angenommene Augenblick verlangte, in dem die Kundgebung erscheinen sollte. Deshalb stellten sie mit kurzer Begründung den ursprünglichen Wortlaut des Prinzen wieder her.

Dann erfolgte die Verlesung und Beratung des Aufrufs „An das Deutsche Volk“. Sie spiegelte sich ganz ähnlich ab wie diejenige des ersten Entwurfs, und auch hier stellten die Schiedsrichter sich auf die Seite des Prinzen, indem sie Stellen, die von einem oder mehreren Ministern beanstandet waren, als richtigeren Ausdruck dessen erklärten, was dem deutschen Volk zu sagen war, als die vorgeschlagenen Verbesserungen.

Nun wurde im Laufe des ersten Nachmittags noch im allgemeinen durchgesprochen, was der vom Prinzen bestimmte Reichskanzler in der beabsichtigten Regierungserklärung sagen sollte. Die Besprechung darüber war gegen 8 Uhr abgeschlossen, und der Reichskanzler hatte die Aufgabe, über Nacht seine Arbeit fertigzustellen.

Punkt 8 Uhr am anderen Morgen waren wir wieder zusammen, und es begann die Beratung über diesen Entwurf, von der der Prinz erklärte, dass sie bis spätestens 4 Uhr beendet sein müsse. Der Entwurf war ausgezeichnet und wurde in einigen Teilen noch etwas erweitert. Mir war es eine besondere Freude, zu beobachten, mit wie sicherem Urteil der Prinz die Verhandlung leitete und seine Meinung durchzusetzen wusste. Wirklich waren wir zur festgesetzten Zeit fertig und traten an diesem Nachmittag noch in die allgemeine Aussprache über die Aufgabe der einzelnen Minister ein, damit diese für ihre Ausarbeitungen eine Grundlage hätten.

Den grössten Teil der Besprechungen am dritten Tage nahmen die Aufgaben der Minister des Innern und der Finanzen in Anspruch; aber auch alle übrigen Fragen wurden gründlich behandelt. Dieser Teil unserer Arbeit schloss mit der Feststellung durch den Prinzen ab, welche Vorlagen die Herren für die nächste Sitzung fertigstellen sollten.

Gegen Abend war dieses erste, vielleicht einzige politische Kriegsspiel beendet. Ich hielt namens der Schiedsrichter eine kurze Ansprache, in der ich erklärte, dass im wesentlichen wohl der Zweck dieser Veranstaltung erfüllt sei, indem wir durch die 2 ½-tägigen Aussprachen den Umfang und die grosse Bedeutung unserer Arbeit kennengelernt, aber auch gesehen hätten, was trotz

allem, was bisher durch Fleiss und Einsicht erreicht sei, noch dazugelernt werden müsse. Dem stimmten alle Anwesenden bei, und der Prinz sprach in ihrem Namen mir den Dank aus und bemerkte für sich, dass er glücklich sei, dieser Veranstaltung unseres Kreises angewohnt zu haben.

Als wir auseinandergingen, sagten mir noch einzelne unserer Freunde, sie könnten sich nichts Wertvolleres denken, als diesen durch das politische Kriegsspiel veranlassten Gedankenaustausch, der jeden einzelnen gezwungen habe, sein Bestes[,] zu geben und wohl jedem neue Gesichtspunkte eröffnet habe.

Im Laufe der nächsten Monate wurden nun die Massnahmen durchgesprochen, die auf den einzelnen Gebieten zu treffen waren. Ich glaube, es war wirklich nützliche Arbeit, die hier verrichtet wurde, umsomehr, als sie ja ganz unter dem Gedanken der grossen allgemeinen Reform stand, die beim Wiederaufbau des Vaterlandes durchgeführt werden musste. Nur um zu erwähnen, was auch für unsere Kreise ganz neu war, sei mitgeteilt, dass *Freiherr von Vietinghoff* eine „Sippenordnung“ vorlegte<sup>163</sup>, und dass für die dringendsten Massnahmen nach der erstrebten Machtergreifung eine umfassende *Notverordnung* ausgearbeitet wurde.<sup>164</sup>

Der Prinz hatte auch den Wunsch, die Lage ausserhalb seiner engeren preussischen Heimat kennenzulernen, und fuhr mit mir nach Dresden, wo Generalleutnant *Hammer*<sup>165</sup> unser oberster Vertreter war. Mit ihm und seinen politischen Beratern sprachen wir alles durch, was dort in Frage kam. Bei einer späteren Gelegenheit machten wir zusammen die Reise nach München, nachdem Herr *von Kahr*<sup>166</sup> sich gerne bereit erklärt hatte, den Prinzen kennenzulernen. Beide hatten in meiner Gegenwart eine lange Unterredung, und ich

---

<sup>163</sup> Leopold von Vietinghoff-Scheel arbeitete bereits 1919 rassistisch-sozialdarwinistische Programme für eine völkische Gesellschaftsordnung aus. Ders.: Grundriss des Aufbaus der praktischen, völkischen Arbeiten des ADV, o. D. [1919/1920], in StA Friedberg, NL August Gebhard, Bd. 8, Bd. 3, Bl. 37. Siehe auch Ders.: Gesamt-Deutschtum, 18.1.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 205, Bl. 51–61. Zwei Jahre später legte er ein umfassendes Programm vor, das 1933 überarbeitet veröffentlicht wurde. Ders.: Grundzüge des völkischen Staatsgedankens und Ders.: Vom Wesen und Aufbau.

<sup>164</sup> Siehe auch Anhang 1.

<sup>165</sup> Gemeint ist vermutlich Rudolph Hammer (1862–1926), 1880 Eintritt in die Sächsische Armee, 1899 Intendantur beim Generalkommando XIX. Armee-Korps, 1910–1912 Abteilungschef im Sächsischen Kriegsministerium, 1914 Kommandeur des 5. Infanterie-Regiments „Kronprinz“ Nr. 104, 1914–1916 Kommandeur der 89. Infanterie-Brigade, 1916 Kommandeur der 32. und der 24. Division, Juni 1918 Generalleutnant, 1919 zur Disposition gestellt, Ruhestand in Dresden.

<sup>166</sup> Gustav Ritter von Kahr (1862–1934), u. a. 1912 Staatsrat und Ministerialdirektor, 1917 Regierungspräsident von Oberbayern, 1920 nach dem Kapp-Putsch Wahl zum Ministerpräsidenten von Bayern („Ordnungszelle Bayern“), 1921 Rücktritt wegen Weigerung der Auflösung der Einwohnerwehren, 1921 Regierungspräsident von Oberbayern, September 1923 Generalstaatskommissar mit diktatorischen Vollmachten, der Hitler-Putsch in München richtete sich 1923 auch gegen Kahr, der zunächst sein Ehrenwort für die Zusammenarbeit gegeben hatte und dann Maßnahmen gegen den Putsch einleitete, 1924 Zeuge im Hitler-Prozess, 1924 Rücktritt als Generalstaatskommissar, 1924–1930 Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes, 1931 Ruhestand, 1934 im Zuge des „Röhm-Putsches“ Verhaftung und Ermordung.

freute mich, später von Kahr zu hören, dass der Prinz einen vortrefflichen Eindruck auf ihn gemacht habe.

Diese Dinge erwähne ich nur, um zu zeigen, welchen Eifer Prinz Friedrich Wilhelm bewies, um sich für den gegebenen Fall vorzubereiten und sein Urteil zu klären. Ich habe dies im Zusammenhang geschildert und erinnere daran, dass leider sein früher Tod einen Strich durch seine und unsere Hoffnungen machte.<sup>167</sup>

#### 4.10. Norderney. Besuch bei Hindenburg

Das Jahr 1919 hatte es nicht an Arbeit fehlen lassen, ganz abgesehen von den Ablenkungen, denen ich durch die Übersiedlung der Meinen nach Berlin ausgesetzt war. Trotzdem fand ich immer noch Zeit, an dem neuen Teil des „Einhart“ zu arbeiten, und ich war bis zum September 1919 so weit gelangt, dass nur noch die Darstellung des Zusammenbruchs mit seinen Folgen, sowie in seinen Wirkungen auf unser Vaterland, auf Deutschösterreich und das gesamte Auslandsdeutschtum ausstand.

Da ich das Bedürfnis nach Erholung hatte und mir sagte, dass gerade die letzten Abschnitte des Buches mit ihren ungeheuren Ereignissen besondere Sammlung erforderten, hatte ich mich entschlossen, sobald der Alldeutsche Verbandstag<sup>168</sup> hinter mir läge, nach *Norderney* zu gehen und, das Angenehme mit dem Nützlichen verbindend, dort so lange zu bleiben, bis die Arbeit an meinem Buch abgeschlossen sei.<sup>169</sup>

Das war, wie sich an Ort und Stelle bald zeigte, ein verwegener Entschluss, denn dieser Teil war der schwierigste und seelisch angreifendste. Hilfsmittel hatte ich so gut wie keine zur Hand[,] ausser der Sammlung amtlicher Urkunden über den Abschluss des Waffenstillstandes<sup>170</sup> und einem ganz kurzen Kalender über die kriegerischen Ereignisse. Aber ich hatte ja alles mit heissem Herzen miterlebt und in vorderster Reihe derer gestanden, die sich in der Heimat für die Rettung des Vaterlandes eingesetzt hatten. Ich kannte also die Zusammenhänge genau, und alle irgendwie bedeutsamen Vorgänge lebten frisch in meinem Gedächtnis.

So ging ich unverdrossen an die Arbeit und hatte eine Gehilfin, wie ich sie mir besser nicht wünschen konnte. Meine Tochter hatte mich begleitet, und sie

<sup>167</sup> Claß sah in Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen nach 1918 den geeignetsten Nachfolger der Hohenzollern. Nach seinem Tod erklärte Claß zwar, dass „die Lücke, die er gerissen, wohl überhaupt nicht geschlossen würde“, da er von allen Hohenzollern die Eigenschaften besessen habe, „die nötig waren, um dem deutschen Volke aus der heutigen Not zu helfen.“ Jedoch war auch er „keine große und hinreißende Persönlichkeit.“ Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 21.3.1925, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 142, Bl. 77.

<sup>168</sup> Der Verbandstag des ADV fand am 1.9.1919 in Berlin statt.

<sup>169</sup> Claß kehrte am 15.10.1919 nach fünf Wochen Aufenthalt aus Norderney zurück.

<sup>170</sup> Gemeint ist vermutlich: Vorgeschichte des Waffenstillstandes, 185 Seiten (1. Aufl. 1919, 2. verm. Aufl. 1924, 3. Aufl. 1927, 4. Aufl. 1928).

vertrat nun in weitem Umfang die Stelle ihrer Mutter. Wie früher, so schrieb ich auch diesmal alles handschriftlich nieder, gab es meiner Tochter zur Durchsicht, und sie beförderte dann die Ergebnisse der jeweiligen Tagesarbeit nach Berlin, wo meine Frau die Überprüfung besorgte. Der durchgesehen[e] Wortlaut wurde dann von Ferdinand Andres abgeschrieben und jeweils an meine nächsten Freunde und Mitarbeiter weitergeschickt, damit sie ihr Urteil abgeben könnten. Das Ziel bei dieser Arbeitsweise war, dass der neue Einhart auf den Weihnachtstisch gelegt werden konnte, und wirklich gelang dies unter Aufbietung meiner ganzen Kraft.

Jener Frühherbst 1919 war auf Norderney unvergleichlich schön. Ich richtete meine Tageseinteilung so ein, dass ich jeden Vormittag vor dem ersten Frühstück allein an das Meer ging und mir die Lungen und den Kopf durch die herrliche Luft reinigen liess. Nach dem Frühstück machte ich mich bis etwa halb zwölf Uhr an die Arbeit. Dann ging es in Gesellschaft meiner Tochter wiederum an den Strand. Nach Tisch wurde kurz geruht, dann weiter geschrieben und nachher wiederum ein langer Gang an die See unternommen.

So verliefen die Tage gleichmässig, aber nicht eintönig. Meine Arbeit gedieh so schnell, dass meine Frau mehr als einmal vor Überanstrengung warnte und meine Tochter beauftragte, dafür zu sorgen, dass die Erholung nicht zu kurz käme. Ich stand zu sehr unter dem inneren Zwange, mir von der Seele zu schreiben, was auf mir lastete, als dass ich mir selbst hätte Einhalt gebieten können.

So nahte der Tag, an dem ich den letzten Federstrich tat und meiner Frau mitteilen konnte, dass die schwere Arbeit zu Ende gebracht sei. Noch am selben Tage schickte meine Tochter diesen letzten Teil nach Berlin, und von da kam schnell die Nachricht, dass meine Frau über das Erreichte so glücklich sei wie wir. Aber sie liess nicht locker, sondern schrieb, wenn ich so gut im Zuge sei, möge ich doch auch noch die Vorrede dieser neuen Auflage schreiben, so lange ich ganz in diesen Dingen lebe. Das tat ich denn auch und hatte wieder die Befriedigung, dass meine Frau mit dem Entwurf ganz einverstanden war.

Es fiel mir ein Stein vom Herzen, als ich die Auseinandersetzung mit dem grossen und nachher fürchterlichen Erleben des Weltkrieges, des Zusammenbruches und des schmachvollen sogen. Friedens von Versailles zum Abschluss gebracht hatte. Bei jeder Seite, die ich niederschrieb, wurde der Entschluss in mir bestärkt, alles zu tun, was in den Kräften eines einzelnen und seines Freundeskreises stehe, um die ruchlosen Menschen zu bekämpfen und aus der Macht zu vertreiben, die den Untergang des Reiches auf dem Gewissen hatten.

Meine Tochter drängte darauf, dass ich dem an Erregung so reichen Teil des Norderneyer Aufenthaltes noch einige Tage der Erholung folgen lasse. Das tat ich auch, und wir hatten das Glück, dass der Oktoberanfang wundervoll war, so dass wir, abgesehen von unseren grossen Spaziergängen, die meiste Zeit am Strande zubringen konnten. Die Sonnenuntergänge waren damals unbeschreiblich schön, und nach dem Abendessen gingen wir noch hinaus, um das herrliche Meeresleuchten zu beobachten. Dann kam die Zeit, dass wir unsere Zelte abbrechen mussten und die Heimreise antraten.

Sie führte uns zunächst nach Emden, das ich damals meiner Tochter zeigte, und das in der Verlassenheit seiner Hafenanlagen ein getreues Spiegelbild des deutschen Niederbruches war. Dann fuhren wir über Oldenburg nach Hannover. Hier unterbrachen wir die Reise, hauptsächlich, weil wir beide den Wunsch hatten, dem dort wohnenden Generalfeldmarschall *von Hindenburg* unsere Ehrerbietung zu erweisen.<sup>171</sup> Auf meine Anfrage erhielt ich die Antwort, dass die beiden Herrschaften sich freuen würden, uns am nächsten Tage zu sehen. Ich besorgte für meine Tochter einen grossen Strauss weisser Rosen, während ich selbst für die Gemahlin des Feldherrn<sup>172</sup> wundervolle Nelken gewählt hatte.

Wir wurden auf das liebenswürdigste empfangen, und es ergriff uns tief, den greisen Feldherrn in schlichtem bürgerlichem Gewande vor uns zu sehen. Unsere Blumen wurden mit offensichtlicher Freude entgegengenommen. Frau von Hindenburg unterhielt sich hauptsächlich mit meiner Tochter, während der Feldmarschall mit mir sprach.

Ich hatte vom ersten Augenblick an den Eindruck einer ausserordentlichen Persönlichkeit, die allein schon durch ihre Erscheinung wirkte. Im Laufe der Unterhaltung, die ich, wie es wohl selbstverständlich war, auf das politische Gebiet lenkte, wurde mir ganz klar, weshalb dieser Mann, der als Oberbefehlshaber des mächtigsten Heeres der Erde Träger des deutschen Schicksals geworden war, versagen musste, sobald seine Aufgabe staatsmännische Entschlüsse von ihm forderte. Es war mir hart, eigentlich bei jeder Äusserung des Feldmarschalls mir sagen zu müssen: „Um Gottes willen, wo hat der alte Herr gelebt, dass er so ahnungslos und weltfremd ist!“

Um nur ein Beispiel hiervon zu geben, sei mitgeteilt, was ich zu hören bekam, als ich von dem zerstörenden Wirken der Juden während des Weltkrieges und von der Notwendigkeit sprach, ihnen die Möglichkeit des politischen Einflusses zu nehmen. Da antwortete der alte Herr mit seiner tiefen Stimme: „Ich bin kein Antisemit und werde nie einer werden. Ich weiss, dass es anständige Juden gibt, wie es anständige Christen (!) gibt, und ich weiss, dass es unanständige Juden gibt wie auch unanständige Christen.“

Mir schlug diese Kundgebung mangelnden Instinktes des Feldmarschalls in einer für das Schicksal unseres Volkes entscheidenden Frage so schwer auf mein Gemüt, dass ich nur mit Mühe die Unterhaltung fortsetzen konnte. Der Mann, der nach dem Erlebnis des Weltkrieges und des Umsturzes so harmlose Worte über die Lippen brachte, war der Träger des deutschen Schicksals geworden.

Mein Urteil über die Unbrauchbarkeit Hindenburgs für staatsmännisches Wirken stand seitdem fest. Der Generalfeldmarschall war ein grosser, wahrscheinlich ein sehr grosser Soldat und brachte für die Aufgaben des Feldherrn

<sup>171</sup> Paul von Hindenburg bezog von 1919 bis 1925 einen zweiten Wohnsitz in Hannover in der Villa im Stadtteil Zoo. Die Stadt Hannover hatte Hindenburg 1915 zum Ehrenbürger ernannt und ihm im Oktober 1918 die Villa zur lebenslänglichen Nutzung überlassen.

<sup>172</sup> Gemeint ist Gertrud Wilhelmine von Hindenburg (1860–1921).

vielen mit, vor allem die durch nichts zu erschütternde Ruhe und innere Sicherheit. Welch' ein Jammer, dass der mit solchen Eigenschaften ausgestattete Soldat so vollkommen unpolitisch war! Deshalb ist es, was hier schon bemerkt sei, ein verhängnisvoller Missgriff gewesen, ihn ein paar Jahre später als Bewerber um die Reichspräsidentenschaft auf den Schild zu erheben<sup>173</sup> für ein Amt, das politischen Sinn verlangte, abgesehen von der Kenntnis der Menschen in den Ämtern und Parteien, die das künftige Reichsoberhaupt vorfinden, und mit denen er zu tun haben würde.<sup>174</sup>

Damals in Hannover besprach ich auf dem Heimweg von unserem Besuch meinen Eindruck von der Persönlichkeit des Feldmarschalls mit meiner Tochter. Sie war von der Unterhaltung mit seiner Gemahlin sehr befriedigt und meinte, sie sei offenbar eine sehr geschickte und gebildete Frau. Mein Entsetzen über die Äusserung des Feldmarschalls zur Judenfrage verstand sie sehr wohl. Dann erörterte ich, was Ludendorff im April des Jahres 1919 wohl gemeint hatte, als er die Gleichsetzung Hindenburgs mit Blücher so entschieden ablehnte.<sup>175</sup> Sollte der Erste Generalquartiermeister damit den Mangel der politischen Begabung des Feldmarschalls gemeint haben? Jedenfalls hat mir jener Besuch das Gegenteil von innerer Befriedigung hinterlassen, während meine Tochter meinte[,] die ganze Erscheinung des alten Herrn sei die verkörperte Zuverlässigkeit.

---

<sup>173</sup> Paul von Hindenburg wurde am 26.4.1925 im zweiten Wahlgang zum Reichspräsidenten gewählt und am 10.4.1932 im zweiten Wahlgang wiedergewählt.

<sup>174</sup> Im November 1932 setzte sich Claß für eine starke Stellung des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg ein, um ein Diktaturkabinett unter maßgeblicher Stellung Alfred Hugenburgs zu berufen. Für die Einsetzung einer parteiunabhängigen Regierung nach dem Vorbild des Papen-Kabinetts unterstützte Claß als Mitglied den Deutschen Ausschuss für Hindenburg. Siehe Deutsche Zeitung 18.11.1932.

<sup>175</sup> Das Großkreuz des Eisernen Kreuzes war 1813–1918 der höchste preußische Orden. Der Blücherstein wurde als einmalige Sonderauszeichnung verliehen. Auch Hindenburg wurde mit einem eigenen Hindenburgstern ausgezeichnet. Gebhard Leberecht von Blücher vertrat als preußischer Generalfeldmarschall bei den Kriegen gegen Napoleon die Strategie der Angriffskriege wie unter anderem bei den Schlachten von Jena und Auerstedt 1806 oder dem Drängen auf einen forcierten Vormarsch nach Paris 1813/1814. Die Berufung Paul von Hindenburgs an die Spitze der 3. Obersten Heeresleitung im Sommer 1916 wurde mit Erwartungen einer kombinierten Kriegsführung, wie bei Blücher, mit taktischer Wucht und vorwärtsdrängendem Angriff verknüpft, die sich mit Hindenburgs strategischem Berechnen vereinen sollten. Siehe dazu auch Hoegen: *Der Held von Tannenberg*, S. 105–106. Claß erklärte selbst im Oktober 1918: „Schon vor zwei Jahren habe ich an Ludendorff geschrieben und [ihm] klarzumachen versucht, daß die leitenden Feldherren auch Politiker sein müssen. Weder Hindenburg noch Ludendorff ist ein politischer Kopf. Kein Blücher und kein Gneisenau. Darin liegt der Schlüssel zu allen Dingen. Krieg und Politik sind nicht voneinander zu trennen, das widersprüche sonst allen geschichtlichen Erfahrungen. Das haben Hindenburg und Ludendorff jetzt eingesehen. Die OHL hat es jetzt begriffen, daß sie sich um die Politik zu kümmern hat. Die Antwort auf die Wilson-Note ist seit gestern Abend schon fertig.“ Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 19./20.10.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 121, Bl. 60–61.

### 4.11. Wolfgang Kapp und sein Putsch

Nach meiner Rückkehr nach Berlin nahmen wir sofort die Zusammenkünfte unseres engsten Kreises wieder auf; ich empfand es als Freude, wahrzunehmen, in welchem Umfang meine Freunde sich in ihre Aufgaben hineingelebt hatten.

Gegen Ende des Jahres veranstaltete die Ortsgruppe Berlin des Alldeutschen Verbandes eine öffentliche Versammlung, in der Oberfinanzrat *Dr. Bang* über den Zusammenhang von Staatskunst und Wirtschaft sprach.<sup>176</sup> Der grosse Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Ich bemerkte unter den Anwesenden Geheimrat *Dr. Kapp*, den ich zum ersten Mal seit dem früher geschilderten Erlebnis in der Vaterlandspartei<sup>177</sup> wiedersah. Er war offenbar vor dem Vortrag Bangs sehr angetan, denn er beglückwünschte mich am Schluss zu diesem Mitarbeiter.

Dann sagte er etwas obenhin, er habe den Wunsch, mich bald zu sprechen, was umso eher möglich sei, als er jetzt in Berlin wohne.<sup>178</sup> Ich erklärte mich hierzu gerne bereit, bekam aber keinerlei Nachricht von Kapp. Dagegen teilte mir Bang sehr bald darauf mit, dass Kapp ihn besucht<sup>179</sup> und aufgefordert habe, in seinem Kreise mitzuarbeiten.<sup>180</sup>

Bang hatte dies von meiner Entscheidung abhängig gemacht. Ich sagte ihm, als er mir Kapps Wunsch vortrug, dass niemand zwei[|]en Herrn dienen könne. Er möge sich zu loser Fühlungnahme bereiterklären, aber die eigentliche Mitarbeit ablehnen, da er anderweit[ig] zu sehr in Anspruch genommen sei. Ich erinnerte Bang, den ich natürlich schon früher mit meinen Erlebnissen in der Vaterlandspartei bekanntgemacht hatte, an mein damaliges Urteil über Kapp, der zweifellos ein tapferer und selbständiger Mann sei, aber bei jenem

<sup>176</sup> Das genaue Datum der Versammlung Ende 1919 bleibt unklar. Auf dem Verbandstag des ADV, der vom 31.8. bis zum 1.9.1919 im Künstlerhaus in Berlin stattfand, referierte Paul Bang hingegen über „Völkische Gesichtspunkte beim wirtschaftlichen Wiederaufbau“. Alldeutsche Blätter 6.9.1919. Wolfgang Kapp erinnerte sich nach dem Kapp-Putsch, dass sich Bang bereits „ein volles halbes Jahr vor dem 13. März 1920 zur Uebernahme des Finanzministeriums freudigst“ bereit erklärt habe. Bangs spätere Aussagen vor dem Leipziger Reichsgericht, Kapp habe ihn unter „Vorspiegelung falscher Tatsachen“ in das Putsch-Unternehmen „zu locken versucht“ seien daher „ihrem größten Teil nach direkt wissentlich falsch“ oder es sei „zum anderen Teil Dichtung und Wahrheit in perfide zurecht gemachte Mischung“ in der Hauptverhandlung von Bang vorgetragen worden, um sich nach dem Scheitern des Putsches juristisch selbst „in Sicherheit zu bringen“ und somit in Kauf zu nehmen, auch den Alldeutschen Verband „unmöglich“ gemacht zu haben, da Kapp Bang als „voraussichtlichen Nachfolger von Heinrich Claß“ ansah. Siehe Wolfgang Kapp: „Zur Frage der Verbreitung der Deutschen Zeitung ins Ausland“ [Denkschrift für Herrn Carlson – F. Schichau-Elbing], o.D. [Januar/Februar 1921], in GSTA, NL Kapp, IV HA, Bd. 870, Bl. 1–5. Zitate ebd., Bl. 2–3.

<sup>177</sup> Gemeint ist die Deutsche Vaterlandspartei. Siehe Kapitel 2.8.

<sup>178</sup> 1919 war Wirklich Geheimer Oberregierungsrat Wolfgang Kapp in der Matthäikirchstraße 19 gemeldet. Berliner Adreßbuch 1919, Bd. 1.

<sup>179</sup> 1919 war Kaufmann Paul Bang in der Möckernstraße 136 gemeldet. Berliner Adreßbuch 1919, Bd. 1.

<sup>180</sup> Falls die Mitteilung schriftlich erfolgt war, ist das Schreiben nicht überliefert.



früheren Unternehmen nicht nur sehr starken Mangel an Menschenkenntnis, sondern auch in seinen Zielen Unklarheit bewiesen habe. Mein Urteil über ihn stehe so fest, dass ich ablehnen müsste, wenn er mich auffordern würde. Aber ich sei damit einverstanden, dass er – Bang – hier und da mit Kapp oder, wenn dieser es anrege, mit anderen Angehörigen seines Kreises sich treffe, damit er unterrichtet sei, was dort vorgehe.

Bang stimmte mir zu und gab Kapp eine dementsprechende Antwort; es kamen aber nur ganz selten Unterredungen zwischen beiden Männern zustande. Wir hatten aber hinreichend Gelegenheit, über die Vorgänge im Lager Kapps genau unterrichtet zu sein. Das Haupt dieser Gruppe war *Ludendorff*, der nach dem Gelingen des geplanten Schlags als Diktator gedacht war.<sup>181</sup>

Ich habe schon kurz erwähnt, dass weder Ludendorff noch Kapp jemals an mich herantraten, um mich in ihren Kreis zu ziehen. Ich betrachtete dies als ein Zeichen dafür, dass ich von den Herren als unbequem empfunden wurde. Dagegen kam eines schönen Tages ein alter und angesehenener ehemaliger Konservativer, der jenem Kreise angehörte, zu mir und trug mir vor, es falle doch allgemein auf, dass ich dort fehle; das sei doch ganz unmöglich und wenn irgend jemand, so hätte ich den Anspruch darauf, dort an leitender Stelle zu stehen.<sup>182</sup>

Ich antwortete dem wohlmeinenden Herrn, der ein alter und bewährter Alldeutscher war, dass mich niemand aufgefordert habe, dort mitzutun. Das verwunderte ihn sehr, und er fragte, ob er bei Kapp oder Ludendorff anregen solle, mich zuzuziehen. Ich lehnte das ab und sagte ihm kurz, was ich von der mangelnden Eignung beider zur Leitung eines solchen Unternehmens hielte. Mein Besucher war geradezu ausser sich und erwiderte, Kapp sei doch ein grossartiger Kerl, für den man durch Feuer gehen müsse. Er selbst sei Zeuge gewesen, wie vorzüglich er es verstehe, mit den Generalen umzugehen, und es sei sicher, dass alle Generale des Heeres sich Kapp verpflichtet hätten.

Ich bezweifelte eine solche Bindung und fügte hinzu, selbst wenn sie vorhanden sei, gebe dies noch keine Sicherheit für das Gelingen des Planes, wenn die oberste politische Führung unklar und unentschlossen sei. Wir trennten uns freundschaftlich, und mein Besucher versprach, dass er meinem Wunsche gemäss keine Anregung geben werde, mich in den Kapp-Kreis zu ziehen. Er meinte, wenn es soweit sei, werde dies von selbst geschehen.

In dem nun folgenden Winter hörten wir dann durch unsere Mittelsmänner von den Vorbereitungen, die Kapp und sein Stab auf politischem und mi-

---

<sup>181</sup> Siehe auch Wolfgang Kapp an Erich Ludendorff, 8.3.1920, in Könnemann/Schulze: *Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch*, S. 121 und „Regierungsprogramm“ Wolfgang Kapps, 13.3.1920, in ebd., S. 142–144. Ludendorff traf mit Kapp zuerst 1915 beim Oberkommando Ost zusammen. Seit der Wiederbegegnung im Juli 1919 bestärkte Ludendorff Kapp in seinen Staatsstreichplänen, die nach Ludendorffs Meinung von Berlin ausgehen müssten, und er brachte Kapp auch mit General Walther Freiherr von Lüttwitz als Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos I in Berlin in Kontakt. Siehe auch Aussage Erich Ludendorffs vor dem Reichsgericht Leipzig vom 9.12.1920, in *Deutsche Zeitung* 9.12.1921.

<sup>182</sup> Die genannte Person bleibt unklar.

litärischem Gebiete getroffen hatten, und es stand offenbar fest, dass der *Brigade Ehrhardt* die Aufgabe zugedacht war, Berlin überraschend zu besetzen und den Reichspräsidenten wie die Minister festzunehmen. Diese Dinge wurden mit einer solchen Unbekümmertheit betrieben, dass man sich darüber wundern musste, dass Kapp und seine Leute nicht längst festgenommen waren. So gut wie wir, wusste alle Welt, was im Werden war. Aber es geschah nichts dagegen. Dabei nahm die allgemeine Verzweiflung zu.

Anfang März 1920 erkrankte ich an einer heftigen Grippe und durfte das Haus auch noch nicht verlassen, nachdem der Arzt mir erlaubt hatte, aufzustehen. Am 12. März erschien gegen 6 Uhr abends mein Freund *Bang* bei mir, als ich gerade in den Zeitungen gelesen hatte, dass ein Haftbefehl gegen *Kapp* und *Ehrhardt* erlassen worden sei.<sup>183</sup> *Bang* sagte mir, dass Kapp ihn nach 4 Uhr auf der Geschäftsstelle des Alldeutschen Verbandes aufgesucht und ihm mitgeteilt habe, die Stunde des Losschlagens sei nun gekommen.<sup>184</sup> „Wie es mit der öffentlichen Ordnung in Deutschland aussieht,“ setzte er hinzu, „sehen Sie daraus, dass ich trotz des Haftbefehls gegen mich in aller Ruhe auf öffentlichen Strassen den Weg zu Ihnen zurückgelegt habe; ebenso werde ich es auf dem Heimwege machen – freilich in meiner Wohnung halte ich mich jetzt nicht mehr auf.“ Er sagte sodann, aus welchem Anlass nach seiner Meinung Haftbefehl gegen ihn und *Ehrhardt* erlassen worden sei. Es bleibe ihnen nun nichts übrig, als zu handeln.

<sup>183</sup> Reichswehrminister Gustav Noske, der am 29.2.1920 die Auflösung des Freikorps *Ehrhardt* zum 10.3.1920 verfügt hatte, erließ bereits am 11.3.1920 Haftbefehl gegen Wolfgang Kapp, Max Bauer sowie Waldemar Pabst und ließ Walther von Lüttwitz noch außen vor, der bei Reichspräsident Friedrich Ebert und bei Noske am 10.3.1920 gegen die Auflösung der *Ehrhardt* Brigaden Forderungen stellte. Der gegen Hermann *Ehrhardt* am 15.3.1920 erlassene Haftbefehl wegen Hochverrat entsprechend der Militärstrafprozessordnung wurde zunächst auf Anordnung von Hans von Seeckt als Chef des Truppenamtes nicht vollstreckt. Gegen Lüttwitz wurde am 24.3.1920 ein Haftbefehl erlassen. Paul von Hindenburg erließ als Reichspräsident am 17.8.1925 eine Amnestie, die auch für die Führer des Kapp-Putsches galt. Am 7.12.1921 begann vor dem 2. und 3. Strafsenat beim Reichsgericht in Leipzig der Prozess gegen Traugott Achatz von Jagow, Konrad von Wangenheim und Georg Schiele. Oberreichsanwalt Ludwig Ebermayer plädierte zunächst auf 7 Jahre Festungshaft für Jagow sowie für Wangenheim und Schiele je 6 Jahre. Damit bestätigte Ebermayer die Anklage wegen Hochverrat des Kapp-Putsches. *Tägliche Rundschau* 16.12.1921 und 18.12.1921. Die endgültigen Urteile ergingen am 21.12.1921. Jagow wurde zu fünf Jahren Festungshaft wegen „Beihilfe zum Hochverrat“ verurteilt. Die Verfahren gegen Wangenheim und Schiele wurden eingestellt, da sie nicht als Führer beim Putsch eingestuft wurden. *Deutsche Zeitung* 22.12.1921 und *Deutsche Allgemeine Zeitung* 22.12.1921. Siehe dazu auch Brammer: *Verfassungsgrundlagen und Hochverrat*, S. 5–12.

<sup>184</sup> Nach Zeugenaussage von Paul *Bang* vor dem Reichsgericht Leipzig am 12.12.1921 habe Wolfgang Kapp ihn in seinem Büro kurz vor einer Abreise nach Dresden am 12.3.1920 zu seiner Überraschung aufgesucht. *Bang* habe Kapp bereits als verhaftet geglaubt. Kapp habe *Bang* versichert, dass in der Nacht die Reichswehr ganz zu Lüttwitz übergehen würde, woraufhin sich *Bang* bereit erklärte, das Reichsfinanzministerium zu übernehmen. *Vorwärts* 12.12.1921 und *Tägliche Rundschau* 14.12.1921. Siehe auch Niederschrift Kapps zu den von Oberfinanzrat *Bang* gemachten Aussagen über dessen Anteil am März-Unternehmen, Schweden 28.11.1921, in Könnemann/Schulze: *Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch*, S. 547–548 sowie Zeugenaussage Bangs in Brammer: *Verfassungsgrundlagen und Hochverrat*, S. 28–29.

Bang, der doch von anderer Seite wusste, wie mangelhaft die Vorbereitungen Kapps waren, fragte ihn: „Ja um Gottes willen, sind Sie denn auch fertig?“ Triumphierend antwortete dieser darauf: „Nach allen Berichten, die mir vorliegen, fix und fertig – und ich habe die Zusagen nicht nur von General *von Lüttwitz*<sup>185</sup> hier in Berlin, sondern auch von den Generalen im Lande, dass sie alle mitmachen. Zu Ihnen komme ich jetzt, um Sie an Ihr Versprechen zu erinnern, dass Sie mir helfen wollen, Sie müssen mein Finanzminister werden. Alle übrigen Ministerposten sind besetzt. Morgen – also am 13. März 1920 – setzt sich die Brigade Ehrhardt in aller Frühe in Marsch auf Berlin, so dass sie dort vor Tagesanbruch einmarschieren und auf einen Schlag das ganze Regierungsviertel besetzen kann.“

Bang hatte, wie er mir berichtete, zu ermitteln versucht, ob Ehrhardt nicht auf Streitkräfte der Regierung stossen werde, und des ferneren nach den Namen der einzelnen Minister gefragt. Kapp hatte erwidert, dass die sogen. Regierung in Berlin nicht einen Mann hinter sich habe, und dann die Namen seiner Kabinettsmitglieder aufgezählt. Diese, sagte er, versammelten sich morgen früh 7 Uhr am Brandenburger Tor, wo auch *Ludendorff* und er sich träfen, um dann ins Regierungsviertel zu gehen.<sup>186</sup>

In aller Form habe Kapp dann seine Aufforderung an Bang wiederholt, jetzt sein Versprechen einzulösen. Dieser habe ausweichen wollen, indem er der Wahrheit gemäss darauf hinwies, dass er ja gar nicht an den gesetzgeberischen und verwaltungsmässigen Vorbereitungsarbeiten beteiligt gewesen sei und also kein Urteil darüber habe, wie es auf diesem Gebiete stehe. Kapp habe ihm jedoch versichert, er könne sich darauf verlassen, dass alles bis in die Einzelheiten in Ordnung sei.

Nun habe er – Bang – darauf gedrungen, zu erfahren, ob die ihm vorher genannten Kabinettsmitglieder<sup>187</sup> bestimmte bindende Zusagen für ihre Mitwirkung gegeben hätten. Auch diese Frage habe Kapp bejaht und wiederholt Bangs Zustimmung verlangt. Er habe diese noch nicht gegeben, sondern sich

---

<sup>185</sup> Walther von Lüttwitz (1859–1942), 1914 Chef des Generalstabs der 4. Armee, 1915 Kommandeur des 10. Armee-Korps, 1916 Kommandierender General des 3. Armee-Korps, 1918 vom sozialdemokratischen Rat der Volksbeauftragten zum Oberbefehlshaber in den Marken zum Schutz Berlins vor revolutionären Aufständen mit Freikorps berufen, 1919 Niederschlagung des Spartakusaufstandes, 1919 Oberbefehlshaber des Reichswehr-Obergruppen-Kommandos Nr. 1, März 1920 aufgrund der Weigerung der Auflösung der Freikorps-Verbände von Reichswehrminister Gustav Noske zur Disposition gestellt, 12./13.3.1920 Kapp-Lüttwitz Putsch, Flucht nach Ungarn, 1924 Amnestie und Rückkehr nach Schlesien, Unterstützung der DNVP.

<sup>186</sup> Nach Zeugenaussage von Paul Bang vor dem Reichsgericht Leipzig am 12.12.1921 hatten sich alle Kabinettsmitglieder um 6 Uhr früh vor dem Brandenburger Tor getroffen. Vorwärts 12.12.1921.

<sup>187</sup> So rief sich unter anderem Wolfgang Kapp zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten aus, Gottfried Traub war als Kultusminister vorgesehen, Paul Bang sollte das Finanzministerium und Walther von Lüttwitz das Reichswehrministerium übernehmen. Wirtschaftsminister sollte Georg Wilhelm Schiele, Justizminister Karl Zumbroich, Innenminister Traugott Achatz von Jagow, Postminister Geheimer Postrat Jakob Sönksen und Landwirtschaftsminister Konrad Freiherr von Wangenheim werden.

eine zweistündige Bedenkzeit ausgebeten, und sei nun hier, um meine Entscheidung einzuholen. Ich erinnerte Bang nochmals daran, welche Erfahrungen die Vaterlandspartei mit Kapp gemacht hatte, und erklärte, nach meiner Überzeugung könne der geplante Schlag nicht gelingen. Bang meinte dagegen, wenn ein Mann wie *Wangenheim*, einer der Führer der deutschen Landwirtschaft, mitmache und sich als Landwirtschaftsminister zur Verfügung gestellt habe, müsse er – Bang – doch annehmen, dass er über den Stand der Vorbereitungen unterrichtet sei und glaube, dass Kapp sich durchsetzen werde. Er befinde sich in einer für sein Gefühl höchst unerfreulichen Lage, nachdem er mit meiner Zustimmung die, wenn auch lose, Verbindung mit Kapp aufrechterhalten habe. Das habe er doch nur gekonnt, indem er ihm eine Art von Versprechen gegeben habe, mitzutun, wenn die Sache reif sei. Er könne sich doch nicht den Vorwurf des Wortbruchs aussetzen und möchte auch nicht feige erscheinen. Deshalb glaube er, dass er sich Kapp nicht versagen dürfe.

Ich warnte nochmals, weil ich der Darstellung nicht vertraute, die Kapp von dem Stande der Vorbereitungen gegeben hatte, und sagte dann schliesslich: wenn Bang so entscheidendes Gewicht auf die Teilnahme Wangenheims lege, so solle er doch sehen, ihn sobald als möglich zu erreichen, um zu erfahren, ob jener hinreichend im Bilde sei, und ob er wirklich mittue. Damit entfernte sich Bang, und ich hörte an jenem Abend nichts mehr von ihm.

Am folgenden Tage kam in aller Frühe die Nachricht, dass die Reichsregierung gestürzt sei, nachdem Kapitän Ehrhardt mit seiner Brigade bei Tagesanbruch eingerückt war und das Regierungsviertel besetzt hatte.<sup>188</sup> Bald darauf hörte ich, dass eine neue Regierung unter dem Vorsitz von Kapp gewählt worden war, der das Amt des Reichskanzlers übernommen hatte. Ich war immer noch so unwohl, dass ich das Haus nicht verlassen durfte, also darauf angewiesen war, dass mir Nachrichten zugebracht wurden. Gegen 9 Uhr erschien Landrat *von Hertzberg* und berichtete, dass er sicher erfahren habe, Bang sei wirklich um sieben Uhr früh vor dem Brandenburger Tor gesehen worden und offenbar mit anderen Herren, die sich dort eingefunden hätten, nach dem Regierungsviertel gegangen.

Hertzberg hatte an den Anschlagssäulen die Kundgebung Kapps gelesen, aber auch gehört, dass Bang in dem neuen Kabinett das Amt des Reichsfinanzministers übernommen habe. Bang selbst gab mir kein Lebenszeichen, was unter den obwaltenden Umständen begreiflich war.

Von meinen Angehörigen erfuhr ich, dass in den Teilen, der Stadt, die sie aufgesucht hätten, freudige Erregung zu herrschen scheine, und dass man viele schwarz-weiss-rote Fahnen sehen könne. Vom Zimmer aus konnte ich auch

<sup>188</sup> Hermann Ehrhardt rückte am Morgen des 13.3.1920 mit 6.000 Mann aus Döberitz auf das Regierungsviertel in Berlin vor. Die Bürokratie verweigerte den Putschisten die Zusammenarbeit. Der von der nach Dresden und dann nach Stuttgart geflohenen Regierung des sozialdemokratischen Kanzlers Gustav Bauer und des Reichspräsidenten Friedrich Ebert nach Absprache mit den Gewerkschaften ausgerufene Generalstreik führte zum erneuten Aufflammen der Kämpfe im Ruhrgebiet und zum Verlust der Unterstützung auch bei der politischen Rechten. Wolfgang Kapp gab dann am 17.3.1920 durch seinen Rücktritt auf.

beobachten, dass Streifen von Ehrhardt-Leuten in Stahlhelmen, auf denen sich das Hakenkreuz befand, durch unsere Strassen kamen. Bang liess auch weiterhin nichts von sich hören. Die Zeitungen brachten eingehende Beschreibungen dessen, was vorgefallen war, wie man sich denken kann, nach ihrer Parteilstellung gefärbt.

Am Sonntag den 14. März erschien um die Mittagszeit Bang bei mir; er war offenbar tief verstimmt und sagte mir, er habe, bevor er sich auf den Weg zu mir gemacht habe, sein Amt niedergelegt und sei aus dem Kabinett ausgeschieden. Nun schilderte er mir den Ablauf der Ereignisse seit Freitag Nachmittag und entschuldigte sich, dass er gar nichts habe von sich hören lassen, aber es sei in der ununterbrochenen Hetze nicht möglich gewesen. Meinem Rate gemäss habe er den Versuch gemacht, noch am Freitag den *Freiherrn von Wangenheim* zu treffen; dieser sei aber noch gar nicht in Berlin gewesen. Er habe sich dann immer wieder die Frage vorgelegt, ob er nicht doch die Verpflichtung habe, Kapp bei seinem Unternehmen zu helfen. Zunächst sei er am Sonnabend früh zum Brandenburger Tor gegangen, um zu sehen, ob er dort Wangenheim greifen könne. Dort habe er zwar diesen nicht getroffen, wohl aber *Kapp*, dann den früheren Polizeipräsidenten *von Jagow*<sup>189</sup> und einige andere Anhänger Kapps, vor allem noch den Obersten *Bauer*<sup>190</sup> mit verschiedenen Offizieren.

Kapp habe ihn nochmals beschworen, das ihm angetragene Amt anzunehmen, und so habe er sich dazu entschlossen und sei den vor dem Tor Versammelten in die Reichskanzlei gefolgt. Die neuen massgebenden Männer hatten verabredet, dass zunächst jeder sich in seinem neuen Dienstbezirk zeigen und damit die Übernahme des Amtes erkennbar machen sollte; dann wollten sie sich zu einer Art von erster Kabinet[t]ssitzung wieder in der Reichskanzlei treffen.

Bei dieser Zusammenkunft habe sich – immer nach der Schilderung Bangs – herausgestellt, dass von einer Vollkommenheit der Vorbereitungen, wie sie Kapp behauptet hatte, nicht im entferntesten gesprochen werden konnte. So hatte sich z. B. *Dr. Schiele*<sup>191</sup> – Naumburg, der wohl auf politischem Gebiete der wichtigste Berater Kapps war, noch nicht in Berlin einge-

---

<sup>189</sup> Traugott Achatz von Jagow (1865–1941), 1906 Oberregierungsrat in Potsdam, 1909–1916 Polizeipräsident von Berlin, 1916–1918 Militärdienst und gleichzeitig Regierungspräsident von Breslau, 1918 Pensionierung, Direktor des Pommerschen Landbundes, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch als designierter Innenminister, 1921 Verurteilung und bis 1924 Haft.

<sup>190</sup> Max Bauer war politischer Berater Wolfgang Kapps und sollte Chef der Reichskanzlei im Kapp-Kabinett werden.

<sup>191</sup> Gemeint ist Georg Wilhelm Schiele (1868–1932), seit 1903 Arzt in Naumburg, Mitglied des ADV, 1905–1909 Stadtverordneter in Naumburg, 1912 Mitbegründer der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation, 1917 Hauptgeschäftsführer der DVLP, ab 1917 Herausgeber der Naumburger Briefe, 1917–1920 Mitherausgeber von Deutschlands Erneuerung, seit 1918 Mitglied des völkischen Flügels der DNVP, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch und vorgesehen als Wirtschaftsminister, 1920 Mitarbeiter der Telegraphen-Union von Alfred Hugenberg – erste Kontakte bereits ab 1915 zur Errichtung einer nationalen Presse- und Propagandaeinrichtung, führend in der Organisation der Artamanenbewegung.

funden gehabt, und Kapp hatte wiederholt darüber geklagt, dass mit ihm auch die „Kiste“ ausgeblieben sei, in der sich alle Entwürfe befänden. Deshalb habe der neue Reichskanzler gesagt, es habe wenig Sinn, eine Kabinettsitzung abzuhalten, solange Schiele mit seinen Schätzen noch nicht da sei. Auch das Fehlen *Wangenheims* wurde sehr bedauert.

Bei dieser Zusammenkunft wurde erörtert, dass es dem Reichspräsidenten *Ebert* und den Ministern, ausser dem Reichsinnenminister *Dr. Schiffer*<sup>192</sup>, gelungen sei, zu entfliehen. Dies war eine böse Sache, und es hat dazu beigetragen, das Unternehmen Kapps sehr schnell zum Scheitern zu bringen. Bang war der Ansicht, dass daran viel weniger Kapp Schuld sei, als [vielmehr] *Ehrhardt*. Dieser habe, als noch einmal höhere Offiziere bei ihm mit Vermittlungsvorschlägen erschienen seien, seine Truppe am Grossen Stern halten lassen und dadurch wertvolle Stunden verloren. Diese Frist benutzte Ebert mit seinen Ministern, in Kraftwagen nach Dresden zu eilen, von wo sie schleunigst nach Stuttgart weiterfuhren. Von dort erliessen sie dann bekanntlich einen Aufruf, der Kapp und seine Leute in Acht und Bann tat und den Generalstreik verkündete.<sup>193</sup>

Bang hatte schon nach wenigen Stunden den Eindruck, dass Kapps Unternehmen nicht gelingen könne. Er habe im weiteren Verlauf des Sonnabends versucht, einen entschlossenen Kreis zu bilden, aber dies sei an der allgemeinen Zerrissenheit gescheitert. Am Sonntag hätten offenbar die meisten Minister erkannt gehabt, dass das Spiel verloren sei. Eine Kabinettsitzung unter der Leitung *Ludendorffs* habe die Frage besprochen, ob man die Lage nicht dadurch retten könne, dass man sozialdemokratische Führer auffordere, in das Kabinett einzutreten.

Bang war diesem Vorschlag auf das entschiedenste entgegengetreten und hatte erklärt, wenn man mit den Sozialdemokraten zusammenarbeiten wolle, sei das ganze Unternehmen überflüssig gewesen.<sup>194</sup> Er jedenfalls werde nicht

---

1928 Vorsitzender des Landesverbandes Halle-Merseburg der DNVP, 1930–1932 Mitglied des Reichstages für die DNVP.

<sup>192</sup> Eugen Schiffer (1860–1954), 1912–1917 Mitglied des Reichstages für die NLP, Abgeordneter des Preussischen Abgeordnetenhauses, 1903–1917 Mitglied des Vorstandes der NLP, 1918 Gründungsmitglied der DDP, Leitender Staatssekretär des Reichsschatzamt unter den Regierungen Georg Michaelis (1917) und Prinz Max von Baden (1918) sowie beim Rat der Volksbeauftragten unter Friedrich Ebert (1918/1919), 1919 Vizekanzler und Leiter des Reichsministeriums für Finanzen, 1919–1920 Vizekanzler und Reichsjustizminister, 1921 Reichsjustizminister, 1919–1924 Reichstagsabgeordneter für die DDP 1921–1925 Landtagsabgeordneter in Preußen, ab 1924 Wiederaufnahme der Tätigkeit als Rechtsanwalt, 1945–1948 Präsident der Deutschen Zentralverwaltung der Justiz in der DDR, Vorstandsmitglied der LDPD, 1950 Übersiedelung in die BRD und Eintritt in die FDP.

<sup>193</sup> Siehe auch Wette: Gustav Noske, S. 627–654.

<sup>194</sup> Entsprechend der Zeugenaussage von Paul Bang vor dem Reichsgericht Leipzig am 12.12.1921 habe Bang auf die Beseitigung der Weimarer Reichsverfassung am 13.3.1921 gegenüber Wolfgang Kapp gedungen. Als Kapp dies ablehnte, habe Bang auf seinen Rücktritt gedrängt. Am Abend des 14.3.1921 sei Bang dann durch einen Offizier „zwangsweise in die Reichskanzlei geholt worden“, wo ihm durch Waldemar Pabst, Max Bauer und Wolfgang Kapp in Gegenwart einer größeren Anzahl von Teilnehmer zugeredet worden sei. Bang habe daraufhin wissen wollen, ob „keine Juden und Sozialdemokraten in der Regie-

einen Augenblick in der Regierung bleiben, wenn man nicht den schärfsten Kampf gegen den Marxismus aufnehme. Als er die anderen hierzu nicht bereit fand, hatte er seinen Rücktritt erklärt und war zu mir geeilt, um mir dies zu berichten. Bang schloss damit, dass er überzeugt sei, dieser Versuch einer nationalen Regierungsbildung sei schon in den ersten Anfängen zusammengebrochen.

Ich billigte selbstverständlich Bangs Rücktritt und konnte nur bedauern, dass die Entwicklung so gewesen sei, wie ich sie ihm im grossen und ganzen vorher in Aussicht gestellt hatte. Als besonders erschwerend für die Lage Kapps bezeichnete es Bang, dass bis zur Stunde noch keiner der Divisionsführer ausserhalb Berlins sich für den neuen Zustand erklärt habe, und es schien auch, dass General *von Lüttwitz* Schwierigkeiten bei seinen Offizieren begegne.

Bang berichtete weiter, dass besonders Oberst *Bauer* immer wieder versucht habe, ihn zum Bleiben zu veranlassen, aber er sei fest geblieben, da die Zerfahrenheit im Lager Kapps jeden Erfolg ausschliesse. Dabei hatte es sein Bewenden, und am nächsten Tage zeigte sich schon offenkundig, dass dieses Unternehmen zusammengebrochen sei.

Am Montag[,] den 15. März durfte ich zum ersten Mal ausgehen. Ich benutzte diese Erlaubnis, um mich auf die Geschäftsstelle des Alldeutschen Verbandes zu begeben und dort zu erfahren, was an neuen Nachrichten vorliege – ausserdem aber, um meinen Freund *Hugenberg* zu besuchen, der mit einer noch schwereren Grippe behaftet war, als ich sie überstanden hatte, und noch zu Bette lag.

Auf dem Weg zu ihm nahm ich wahr, dass die Mischung von Angst und Achtung, die die Herrschaften der Linken, besonders die Juden, vor der Brigade Ehrhardt gehabt haben sollten, verschwunden war; ich hörte, wie ihnen Schimpfworte nachgerufen wurden, ohne dass die Ehrhardt-Leute etwas anderes taten, als die Faust zu ballen und dagegen zu schimpfen. Die verschwundene Angst der Juden war für mich das erste offenkundige Anzeichen des Zusammenbruchs der Kapp-Bewegung.

Als ich bei Hugenberg im Krankenzimmer angekommen war, erzählte er mir, dass er soeben einen Brief an den Führer der Deutschnationalen Volkspartei, den früheren preussischen Finanzminister *Dr. Hergt* vorliegen habe, in dem er ihm aufs dringlichste empfahl, sich im Namen der Partei öffentlich für Kapp zu erklären. Es war klar, dass Hugenberg durch die Abgeschlossenheit, die ihm durch seine Krankheit auferlegt war, keine Ahnung hatte, wie sich die Dinge in zwei Tagen gewandelt hatten.<sup>195</sup>

---

„...nung sein“ würden, woraufhin Schiele klarstellte, dass Kapp mit Sozialdemokraten zusammenarbeiten müsste, alleine schon um die Lage im Ruhrgebiet unter Kontrolle bringen zu können. Vorwärts 12.12.1921 und Zeugenaussage Bangs in Brammer: Verfassungsgrundlagen und Hochverrat, S. 40–43.

<sup>195</sup> Der genannte Briefentwurf ist nicht überliefert. Alfred Hugenberg war an Bronchialkatarrh erkrankt und lag in seiner Wohnung in der Victoriastraße im Bett. Hugenberg empfing in den Tagen vereinzelt Besuch, er schien jedoch wahrscheinlich nicht in die Planungen ein-

Ich sagte ihm: „Um Gottes willen, wissen Sie denn nicht, was vorgegangen ist? Den Brief dürfen Sie unter keinen Umständen abschicken.“ Nun berichtete ich im einzelnen, was ich von Bang gehört und auf der Geschäftsstelle des Alldeutschen Verbandes gehört hatte. Ich zog den Schluss daraus, dass Kapp am Ende sei, und dass es höchstens eine Frage von Tagen sein könne, wann Ehrhardt Berlin verlassen müsse, das er nicht halten könne. Nun war Hugenberg ganz offenbar aufs schmerzlichste überrascht; er gab aber sofort zu, dass sein Brief unter diesen Umständen nicht abgehen dürfe.

Als ich wegging, war ich überzeugt, dass ich Hugenberg und seiner Partei mit meinem Rat einen guten Dienst geleistet hatte. Am selben Montag Nachmittag machte ich noch einen kurzen Spaziergang; dabei bemerkte ich, dass von den am Vormittag noch vorhandenen schwarz-weiss-roten Fahnen die meisten verschwunden waren. Am Dienstag hatten wir dann auf unserer Geschäftsstelle Nachrichten aus dem Lande, dass dort Kapp sich nirgends durchgesetzt hatte; in Magdeburg hatte mein Freund *Füsslein* den Versuch gemacht, die Stadt für dessen Unternehmen zu gewinnen, war aber dabei gescheitert.<sup>196</sup>

Am Mittwoch hörte ich von meinem Arbeitszimmer aus Militärmusik, die immer näher kam, und dann auch die Anzeichen dafür [war], dass eine Truppe im Anmarsch sei. Ich ging ans Fenster und sah, wie die Brigade Ehrhardt in ihrer ganzen Stärke aus der Reichshauptstadt ausrückte, die sie wenige Tage vorher mit so grossen Hoffnungen und unter dem Jubel unzähliger Nationalgesinnte[r] besetzt hatte. Dies war nun das traurige Ende eines misslungenen Versuchs, Deutschland zu retten.<sup>197</sup> Wenn mir später General *Ludendorff* von diesen Dingen sprach, redete er nicht nur mit Bitterkeit von Kapp, der politisch versagt habe, sondern auch von der Unzuverlässigkeit der Generale, die vorher ihre Mitwirkung versprochen, sich dann aber unter Bruch ihrer Zusage zurückgehalten hätten.

---

gebunden gewesen zu sein. Seine Reaktion auf den Kapp-Putsch schien ambivalent ausgefallen zu sein. Ich danke Michael Schellhorn für den Hinweis.

<sup>196</sup> Oberstleutnant Otto Fülleln wird wegen Teilnahme am Kapp-Putsch entlassen. Siehe auch den Bericht über den Verlauf des Putsches in Magdeburg in der Volksstimme (Magdeburg) vom 21.3.1920, in Könnemann/Schulze: Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch, S. 696–700.

<sup>197</sup> Der Haftbefehl gegen Wolfgang Kapp wurde am 11.3.1920 erlassen. Kapp kam am 17.4.1922 aus seinem Exil in Schweden zurück nach Deutschland und wurde in Saßnitz aufgrund des gegen ihn seit März 1920 bestehenden Haftbefehls festgenommen und sofort dem Reichsgericht Leipzig überstellt, wo er am 18.4.1922 eintraf und in das Untersuchungsgefängnis überführt wurde. Kapp verhandelte zuvor eine hinterlegte Kautions von 100.000 Mark beim Reichsgericht in Leipzig. Kapp starb aufgrund eines spät erkannten Augenhöhlenkrebses nach ärztlicher Untersuchung am 12.6.1922 in Untersuchungshaft. Siehe auch Nordiska Handelsbanken an Herrn Carlson, 3.3.1922, in GSTA, NL Kapp, IV HA, Bd. 870, Bl. 24, Wolfgang Kapp an Erich Ludendorff, 20.8.1920, in ebd., Bl. 3, Berliner Tageblatt 18.12.1922 sowie das Urteil des Reichsgerichts, verkündet am 21.12.1922 vom Senatspräsident Rudolf von Pelargus, in Brammer: Verfassungsgrundlagen und Hochverrat, S. 114–121. Siehe zu Otto von Feldmanns Sicht auf den Kapp-Putsch und das „klägliche Ende“ dieses schnell „im Sande“ verlaufenen Putschversuches dessen Lebenserinnerungen, in GSTA Berlin, NL Feldmann, Bd. 1, S. 274.



## **In der Weimarer Republik 1919–1923<sup>1</sup>**

### **5.1. Neue Mitarbeiter<sup>2</sup>**

Je mehr sich in unserem Kreis die Pläne für die Wiederaufbauarbeit an unserem Vaterlande fest gestaltet hatten, umso grösser wurde die Anzahl hervorragender Männer aus den verschiedensten Teilen des Vaterlandes, die sich zu uns fanden und den Willen bekundeten, sich auf Gedeih und Verderb mit uns zu verbinden. Wenn ich nach so langer Zeit den Kreis überblicke, der letzten Endes in mir seinen Leiter sah, so erfüllt es mich mit Stolz, dass Männer von solcher Leistung und Bewährtheit sich in allen politischen Fragen auf mein Urteil verliessen. Ich will diese Freunde und Mitarbeiter in der Reihenfolge aufzählen, wie sie der Zeit nach den Weg zu mir gefunden hatten. Dabei bin ich mir darüber klar, dass die Kürze, in der dies hier nur geschehen kann, ihrem Werte und ihrer Bedeutung für unsere Sache nicht gerecht wird. Aber es kommt mir darauf an, zu zeigen, dass unser Kreis, der immer eindeutiger als der Kern- und Stosstrupp der nationalen Opposition erkannt wurde, doch eine gewisse Anziehungskraft ausgeübt hat – wenn auch nicht auf die Massen, so doch auf Männer von Charakter, Leistung und Ansehen.

Der erste, der sich zunächst zu mir fand und sich dann dem Alldeutschen Verbands anschloss, war *Rudolf Frantz*, zur Zeit unseres Bekanntwerdens noch Oberstleutnant im Reichswehrministerium.<sup>3</sup> Ihn hatte ein glücklicher Zufall bei einem gemeinsamen Freunde mit meinem Neffen Assessor *Dr. August Roesener* zusammengeführt, der damals in Berlin eine Stellung beklei-

---

<sup>1</sup> Das Inhaltsverzeichnis zu Heft 5 fehlt in der Textfassung in BA-Berlin, N 2368 und ist in der Textfassung in FZH 11/C2 vorhanden. Der Text von Heft 5 wurde in der Textfassung in FZH 11/C2 im Vergleich zu dem Gesamttext in BA-Berlin, N 2368 mit der gleichen Schreibmaschine verfasst. Beide Versionen stammen von der gleichen Abschrift, sind getrennt von Heinrich Claß durchgesehen, aber die Fassung in BA-Berlin, N 2368 ist nicht durch Abgleich korrigiert worden.

<sup>2</sup> In der Textfassung in FZH 11/C2 ist hier handschriftlich hinzugefügt: „Frantz“ sowie „Oberst Frantz“.

<sup>3</sup> Rudolf Frantz (1873–1950), 1904 zum Großen Generalstab kommandiert, u. a. 1915 als 1. Generalstabs-Offizier in den Generalstab des I. Armeekorps an der Ostfront versetzt, 1916 Chef der Operations-Abteilung im Generalstab der k.u.k. Heeresfront Erzherzog Karl, 1916 1. Generalstabsoffizier beim Armeeoberkommando 9, 1919 Versetzung zum Grenzschutz nach Schlesien, 1919 Abteilungschef im Großen Generalstab und Versetzung in das Reichswehrministerium, 1920 Generalstabs-Offizier der 3. Kavallerie-Division, 1920 Oberstleutnant, 1920 Oberst und Verabschiedung aus der Armee, ab 1924 bis mindestens 1934 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV.

dete. Mein Neffe kam tags darauf eigens zu mir, um mir zu erzählen, dass er am Abend vorher einen aktiven Generalstäbler kennengelernt habe, der bis ins letzte so denke und fühle wie wir, und von dem er annehme, dass er auch zur Mitarbeit in unserem Kreise bereit sei. Oberstleutnant Frantz wolle gern die Verbindung mit mir aufnehmen, wenn ich das wünsche, und er könne jederzeit entsprechende Mitteilung an ihn gelangen lassen.

Ich freute mich der guten Nachricht und beauftragte meinen Neffen, seinen neuen Bekannten wissen zu lassen, dass ich seinen Besuch gerne erwarte. Es war noch im Dezember 1919, als der Oberstleutnant zu mir kam.<sup>4</sup> Er war damals in der Blüte seiner Jahre, eine stattliche Erscheinung, die sofort Vertrauen erweckte. Wir sprachen uns stundenlang aus, und es war kein Zweifel, dass mein Neffe vollkommen recht hatte: dieser Mann stand bis zum letzten seiner Gedanken und Erkenntnisse auf unserem Boden. Schon bei dieser Unterredung erkannte ich, dass dieser stolze und unabhängige Soldat unter den Verhältnissen schwer litt, die bei dem Reste des Heeres herrschten, in dem er diente.

Dazu kam, dass ihm seine Tätigkeit im Vergleich zu der während des Krieges ausgeübten verhältnismässig unbedeutend erschien. Frantz war nämlich als Generalstabsoffizier der Division *Morgen* ausgedrückt<sup>5</sup>, war dann schnell Chef des Stabes bei Armeekorps<sup>6</sup> geworden und schliesslich noch als Major Chef des Stabes bei General *von Kathen*, dem früheren Gouverneur der Festung Mainz<sup>7</sup>, der Oberbefehlshaber der 8. Armee mit dem Sitze in Riga<sup>8</sup> geworden. Bei dem Feldzuge in Rumänien hatte sich Frantz unter General *von Falkenhayn* besonders ausgezeichnet.<sup>9</sup> Den Orden Pour le mérite<sup>10</sup> trug er bereits seit dem zweiten Kriegsjahr, nachdem ihn ihm der Kaiser auf einem Schlachtfeld des Ostens persönlich verliehen hatte.

Den Zusammenbruch hatte Frantz in Riga erlebt und den tiefsten Abscheu gegen die zerstörerischen politischen Kräfte in sich aufgenommen, die er dort am Werke gesehen hatte. Diese Kräfte lernte er auch kennen, als er im Frühjahr 1920 als Chef des Generalstabes der Division *von Hofmann*<sup>11</sup> zugeteilt wurde, die nach dem Kapp-Putsch<sup>12</sup> den wilden und grausamen Aufstand im Nord-

<sup>4</sup> Rudolf Frantz trat 1919 dem Alldeutschen Verband bei.

<sup>5</sup> Rudolf Frantz war zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges Generalstabsoffizier im Stab der 3. Reserve-Division.

<sup>6</sup> Rudolf Frantz wurde am 8.11.1915 zum Abteilungschef im Generalstab des Feldheeres und am 16.3.1917 Chef des Generalstabes und am 21.7.1919 Abteilungschef im Großen Generalstab.

<sup>7</sup> Hugo von Kathen war 1912–1914 Gouverneur der Festung Mainz.

<sup>8</sup> Rudolf Frantz wurde am 16.2.1918 zum Chef des Generalstabes der 8. Armee ernannt.

<sup>9</sup> Siehe auch Frantz: Der Feldzug gegen Rumänien und Falkenhayn: Der Feldzug der 9. Armee.

<sup>10</sup> Rudolf Frantz erhielt den Pour le mérite am 25.7.1917.

<sup>11</sup> Heinrich von Hofmann (1863–1921), 1914–1918 verschiedene Oberkommandos als Generalmajor, 1919–1920 Kommandeur des Garde-Kavallerie-Schützen-Korps, 1920 während des Kapp-Putsches Kommandeur der 3. Kavallerie-Division.

<sup>12</sup> Der Kapp-Putsch fand am 12./13.3.1920 statt.

westen niederwerfen sollte. Nach Beendigung dieser Aufgabe kam Frantz wieder nach Berlin zurück, wo inzwischen General *von Seeckt*<sup>13</sup> Chef der Heeresleitung und damit höchster militärischer Vorgesetzter geworden war.

Die Zusammensetzung des Stabes der nächsten Mitarbeiter dieses Oberbefehlshabers, die sogen. „Clique“, war in ihrem ganzen Tun und Treiben einem Manne wie Frantz im tiefsten Wesen unerträglich, ganz abgesehen davon, dass er ihnen, die fast alle – zum Teil wesentlich – jünger waren als er und im Kriege nie an selbständigen Posten gestanden hatten, nicht die Fähigkeit zutraute, den Wiederaufbau der schwachen Reichswehr, die nur 100.000 Mann umfassen durfte, mit der nötigen Entschlossenheit durchzuführen.<sup>14</sup>

So nahm er gegen Ende des Jahres 1920 den Abschied<sup>15</sup> und liess sich in Kassel nieder, wo er bei der Aufstellung der dortigen Kavallerie-Division seine letzte dienstliche Verwendung gehabt hatte. Von da ab gehörte er ganz dem Alldeutschen Verbände, dem er bereits ein Jahr vorher beigetreten war. Mir wurde er als militärischer Berater schnell unentbehrlich, und ich musste ihn oft nach Berlin berufen und bitten, mich auf den vielen Reisen zu begleiten, die ich im Dienste unserer Aufbauarbeit zu unternehmen hatte.

Bei diesen Gelegenheiten lernte ich, wie man sich denken kann, das Wesen dieses Offiziers aufs genaueste kennen, der bei seiner ersten Begegnung einen so tiefen Eindruck auf mich gemacht hatte. Es war für mich keine Überraschung, aber eine grosse Genugtuung, als General *Ludendorff* in der Zeit unserer vertrauensvollen und freundschaftlichen Zusammenarbeit mir nach seiner Frage, wen ich für die Bearbeitung der militärischen Dinge an meiner Stelle hätte, erklärte: da hätte ich ja Glück, denn Frantz sei sein bester Mann gewesen.

Ich danke diesem Freunde, der sich mir ohne Rückhalt anschloss, viel angeregte und trotz des Ernstes der behandelten Gegenstände genussreiche Stunden: wenn Frantz über seine Erlebnisse im Krieg erzählte, wenn er Menschen schilderte, mit denen er als Untergebener oder Vorgesetzter zu tun hatte, wenn er bedeutsame Vorfälle berichtete, bei denen ihm eine besondere Rolle zugefallen war, – das alles war voll inneren Lebens und wurde dem Hörer so vorgestellt, als sei es gestern gewesen. Tieftraurig waren seine Berichte über das Verhalten der Truppe beim Zusammenbruch so fern von der Heimat, und dann wieder grausig, was er nach dem Kapp-Putsch in dem Industriegebiet<sup>16</sup> erlebt hatte.

---

<sup>13</sup> Hans von Seeckt (1866–1936), u. a. 1914–1918 Generalstabsoffizier an der Ostfront und auf dem Balkan, 1918 Leiter der Generalstabes des Feldheeres im Osmanischen Reich, 1919 Stabschef des Oberkommandos Nord im Baltikum, 1919 Leiter der militärischen Vertretung bei der deutschen Friedensdelegation in Versailles, 1919 Chef des Generalstabes der deutschen Armee und Chef des Truppenamtes der Reichswehr, 1920–1926 Chef der Heeresleitung der Reichswehr, 1926 Generaloberst, 1930–1932 Mitglied des Reichstags für die DVP, Mitglied der Deutschen Gesellschaft 1914, 1933–1935 Militärberater bei Chiang Kai-shek in China.

<sup>14</sup> Siehe dazu auch Kapitel 6.9.

<sup>15</sup> Rudolf Frantz wurde am 31.12.1920 aus der Armee verabschiedet.

<sup>16</sup> In Sachsen, Thüringen und im Ruhrgebiet folgten auf den Kapp-Putsch Versuche, den Abwehrkampf in eine zweite Revolution überzuleiten. Im sogenannten Ruhrkampf wurde die

So kann man sagen, dass dieser Offizier alle Höhen und Tiefen des militärischen Lebens kennengelernt hatte, und man freute sich über den unbändigen Hass, den er den Zerstörern des deutschen Heeres entgegenbrachte. Hinwiederum war dieser Mann ein ganz anderer, wenn er aus seinem dienstlichen Leben vor dem Kriege erzählte und mit wundervollem Humor die scherzhaften Seiten herausstellte.

In unserer Zusammenarbeit war seine Höchstleistung im Jahre 1923, als erwartet wurde, dass es sowohl im Innern zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung kommen müsse, als auch, dass aus dem einseitigen Kriegszustande, den Frankreich durch die Besetzung und Drangsalierung des Industriegebietes herbeigeführt hatte, ein zweiseitiger wurde, indem Deutschland sich zur Wehr setzte.

Zweierlei sei noch hervorgehoben, weil es für das Wesen von Frantz kennzeichnend ist: seine Verehrung für General *von Falkenhayn* und seine Abneigung gegen General *von Seeckt*.

In späteren Jahren trat die Mitarbeit dieses so wertvollen Gesinnungsgenossen zurück, weil ihm ein Augenleiden grösste Zurückhaltung auferlegte. Jedoch wirkte sich die Freundschaft mit ihm noch unmittelbar dadurch aus, dass ich durch ihn die Beziehungen zu dem grossen Feldherrn *Otto von Below* und etwas später auch diejenigen zu dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Berlin<sup>17</sup>, General der Artillerie *Richard von Behrendt*<sup>18</sup>, sowie dessen Nachfolger bei der Heeresgruppe Kassel<sup>19</sup>[.] General der Infanterie Ritter *Arnold von Möhl*<sup>20</sup>[.] gewonnen habe.

---

mehr als 50.000 Mann umfassende Ruhrarmee von der KPD und der USPD unterstützt. Siehe auch Könnemann/Schulze: Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch, S. 956–1051, Kerbs: Die rote Ruhr-Armee und die zeitgenössische Darstellung des Privatdozenten und Syndikus des Bergbauvereins in Essen und Spethmann: Die rote Armee an Ruhr und Rhein.

<sup>17</sup> Richard von Berendt war Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos 1 in Berlin (Wehrkreis III) vom 1.1.1923–31.12.1924.

<sup>18</sup> Gemeint ist Richard von Berendt.

<sup>19</sup> Richard von Berendt war Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos 2 in Kassel (Wehrkreis V) vom 21.8.1921–31.12.1922. Arnold Ritter von Möhl folgte ihm vom 1.1.1923–31.12.1924.

<sup>20</sup> Arnold von Möhl (1867–1944), u. a. 1913 Oberst und Direktor der Bayerischen Kriegsakademie, 1914–1915 Kommandeur des 6. Infanterie-Regiments, 1915–1916 Chef des Generalstabes des I. Armee-Korps, 1916–1917 Kommandeur der 12. Infanterie-Brigade, 1917 Kommandeur der 16. Division, 1918 zur Disposition gestellt, 1919 Oberkommando über Einheiten der bayerischen und württembergischen Reichswehr und Freikorpsseinheiten zur Niederschlagung der Münchner Räterepublik, Befehlshaber des bayerischen Reichswehr Gruppenkommandos 4 und Landeskommandant von Bayern, 1920 Generalleutnant und Kommandeur der 7. Division, 1922 General der Infanterie und Unterstützung des Putschversuchs von General Otto Pittinger und des Münchener Polizeipräsidenten Ernst Pöhner, 1923 Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos 2 Kassel, 1924 Ausscheiden aus der Reichswehr, Mitglied des Kyffhäuserbundes und Mitglied der Hauptleitung des ADV, 1929 Mitglied des Gesamtvorstandes des ADV.

## 5.2. Carl Gottfried Gok

Etwas später als Frantz fand sich der Württemberger *Carl Gottfried Gok*<sup>21</sup> zu mir und meinem Kreise, und zwar auf die merkwürdigste Weise der Welt. Wir hatten von der „Deutschen Zeitung“ einen Generalmajor a. D. mit der Werbung und Aufbringung von Geld für unser Unternehmen beauftragt. Aus diesem Anlass kam unser Vertrauensmann auch zu Gok, der als stellvertretender Direktor bei der Werft von Blohm & Voss<sup>22</sup> in Hamburg neben anderem auch die politischen Dinge bearbeitete, die dort vorkamen.<sup>23</sup> Gok war damals in unserem Sinne noch ein unbeschriebenes Blatt. Er war zwar ein Mensch von umfassendster Lebenserfahrung, aber er hatte einen großen Teil seines Lebens im Ausland und im Dienst der Schifffahrt zugebracht und stand folgedessen, obwohl eifriger Nationalist, politisch mehr oder weniger auf dem Standpunkt des Hansabundes.<sup>24</sup> Dem Alldeutschen Verbands stand er, wie er mir bei un-

---

<sup>21</sup> Carl Gottfried Gok (1869–1945), Studium der Theologie in Tübingen, 1896–1911 im Dienst der Hamburg-Amerika-Linie, 1899 Schifferexamen der Navigationsschule Lübeck, ab 1903 Inspekteur und Leiter der Niederlassungen in Tsingtau und Hangkong, 1911–1933 im Dienst der Werft Blohm & Voss – zuletzt stellvertretender Direktor, bis Ende 1915 als Hilfs-offizier des Geheimen Nachrichtendienstes bei den Oberkommandos der 1. und 2. Armee und ab Ende 1915 als Vertreter (Prokurist) von Blohm & Voss Beratung der osmanischen Regierung bei Planungen zum Ausbau der Werftproduktion, Vorstandsmittglied des Vereins der Deutschen Eisen- und Stahlindustriellen, seit 1920 enger Vertrauter von Claß und ab 1924 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 1921 Beisitzer im Hamburgischen Gewerbegericht, 1927 Arbeitsrichter, führendes Mitglied der DNVP in Hamburg sowie im antisemitischen VRA der DNVP, 1924–1930 und 1932–1933 Mitglied des Reichstages für die DNVP als Experte für Schifffahrt und Schiffbau sowie 1924 als Mitglied der Deutschen Industriellen Vereinigung der DNVP, ab 1928 bis mindestens 1934 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 1933–1936 Mitglied des Reichstages als „Gast der NSDAP-Reichstagsfraktion“, 1933–1945 Pommersche Kalkwerke und Wirtschaftsvereinigung Steine und Erden, 1940–1945 Leiter der Produktionsabteilung im Landwirtschaftsamt. Gok wurde am 1.11.1869 in Altshausen/Württemberg geboren.

<sup>22</sup> Blohm & Voss Reederei in Hamburg. Die Leitung hatten seit Ende 1918 die Brüder Rudolf Blohm (1885–1979) und Walther Blohm (1887–1963) inne. Walther Blohm wurde auch Mitglied der DNVP und war 1926 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. Der Vater Hermann Blohm (1848–1930) trat 1921 von der DVP zur DNVP über, Rudolf und Walther Blohm unterstützten mit unterschiedlicher Gewichtung eine Hugenberg-Hitler-Regierung 1933. Rudolf Blohm war Mitbegründer der DVLP in Hamburg und ab 1919/1920 Mitglied der DNVP. Blohm & Voss unterstützten den Alldeutschen Verband finanziell über die Vermittlung von Carl Gottfried Gok, der seit 1920 enger Vertrauter von Claß und Mitglied des ADV war.

<sup>23</sup> Carl Gottfried Gok kam am 15.7.1911 zu Blohm & Voss und schied 1933 aus dem Dienst aus.

<sup>24</sup> Der Hansabund wurde im Juni 1909 als industrieller und mittelständischer Interessenverband gegründet und vom CDI wesentlich unterstützt. 1919 hatte der Hansabund 600 Ortsgruppen und 1.600 Vertrauensleute für über 150.000 Einzelmitglieder (1913 200.000). Siehe Mielke: Der Hansa-Bund, Kaelble: Industrielle Interessenpolitik und Fricke: Hansabund. Gok war Anhänger der Monarchie und forderte einen autoritären Staat. Er war für die DNVP 1924–1930 und 1932–1933 Mitglied des Reichstages[,] und schloss sich 1924 der Deutschen Industriellen Vereinigung an und stand somit Rudolf Blohm, der ebenfalls zum radikalen Flügel der DNVP gehörte, politisch nahe. Beide nahmen am 11.10.1931 beim Treffen der sogenannten Harzburger Front teil. Meyhoff: Blohm & Voss, S. 44–47.

serer ersten Begegnung sagte, aus dem Grunde ablehnend gegenüber, „weil wir in Deutschland schon Juden genug hätten und die Wiener Juden nicht auch dazu brauchten.“ Er war nämlich der – wie er mir dann zugab, nicht weit genug durchdachten Meinung, dass die auf die Vereinigung Deutschösterreichs mit dem Reich gerichteten Bestrebungen des Alldeutschen Verbandes<sup>25</sup> jene unerwünschte Folge der Stärkung des jüdischen Elements in Deutschland haben müssten.

Gok entstammte einer nach der Aufhebung des Edikts von Nantes<sup>26</sup> aus Frankreich ausgewanderten und im Württembergischen angesiedelten hugenottischen Bauernfamilie. Sein Vater<sup>27</sup>, Pfarrer, hatte ihn für den geistlichen Beruf bestimmt. Er fand, nachdem er das berühmte württembergische „Landesexamen“ als Primus bestanden hatte, Aufnahme in dem evangelisch-lutherischen Seminar Schönthal, einem der humanistisch-gymnasialen Internate, in denen der württembergische Staat seit der Reformation seine künftigen Geistlichen auf das theologische Studium in dem bekannten Tübinger „Stift“<sup>28</sup> vorzubereiten pflegt. Er konnte sich jedoch nicht in die Ordnung des Seminars finden, so dass er schliesslich, ein Semester vor dem Abiturientenexamen, aus dem Seminar in Urach relegiert wurde. Er wurde zwar noch in das Karls gymnasium in Stuttgart<sup>29</sup> aufgenommen, um von dort aus das Konkursexamen<sup>30</sup> für die Aufnahme in das Tübinger Stift abzulegen, und bestand dieses auch als einer der ersten; aber das Königlich Württembergische Konsistorium<sup>31</sup> eröffnete seinem Vater, er habe im Seminar und auf dem Gymnasium so viel Neigung zur Unbotmässigkeit erkennen lassen, dass nicht zu erwarten stehe, dass er sich später in die Ordnung des württembergischen Kirchendienstes willig fügen werde. Von seiner Aufnahme in das Stift müsse daher abgesehen werden.

Damit war es für Gok mit der geistlichen Laufbahn aus. Er trat als Avantageur<sup>32</sup> bei dem Grenadier-Regiment in Ulm ein und wurde dort auch zum

<sup>25</sup> Siehe Kapitel 7.

<sup>26</sup> Das Edikt von Nantes vom 13.4.1598 beendete zunächst die Religionskriege zwischen Hugenotten (calvinistische Protestanten), Katholiken und französischem Königtum. Der Katholizismus wurde als Staatsreligion bestätigt, aber den Hugenotten weitgehend Religionsfreiheit und den Protestanten volle Bürgerrechte zugesichert. Am 16.10.1685 widerrief Ludwig XIV. das Edikt und Hunderttausende Hugenotten flohen in die Niederlande, in die calvinistischen Kantone der Schweiz und nach Preußen.

<sup>27</sup> Gemeint ist Karl Friedrich Gok (geboren 1840), 1868–1871 Pfarrer/Pfarrverweser, Evangelisches Pfarramt Altshausen Württemberg, bis zum Ruhestand 1906 Pfarrer in Isny, Dürnau, Sontheim a. Br. und Remmingsheim.

<sup>28</sup> Das Stift Urach wurde im späten 15. Jahrhundert für den ursprünglich aus den Niederlanden stammenden religiösen Erneuerungsorden der Brüder vom gemeinsamen Leben gegründet. Ab 1874 verbrachten die Seminaristen im Stift Urach als einem der evangelisch-theologischen Seminare die letzten beiden Jahre vor dem Abitur.

<sup>29</sup> Das Karls gymnasium in Stuttgart wurde 1881 gegründet.

<sup>30</sup> Das Konkursexamen war die humanistische Reifeprüfung als Voraussetzung zur Aufnahme in das Stift.

<sup>31</sup> Gemeint ist das Königlich Württembergische Evangelische Konsistorium in Stuttgart.

<sup>32</sup> Aspirant oder Fahnenjunker.

Leutnant befördert. Er gewann jedoch bald die Überzeugung, dass er sich für das Leben eines mittellosen Offiziers nicht eigne, und wanderte, nachdem er seine Versetzung zu den Reserveoffizieren des Regiments erwirkt hatte, nach Amerika aus. Er sollte sich zu einem in Philadelphia lebenden Verwandten seiner Mutter<sup>33</sup> begeben, der, als Freund und Kampfgenosse von August Bebel mit dem Sozialistengesetz<sup>34</sup> in Konflikt geraten, Ende der siebziger Jahre nach Amerika geflüchtet war und in Philadelphia eine sozialdemokratische Tageszeitung in deutscher Sprache herausgab.<sup>35</sup> Die Aussicht hatte für den der sozialdemokratischen Lehre durchaus abgeneigten [sic] gewesenen Offiziers nichts Verlockendes; und als er auch noch schon [sic] bei der Landung in New York von Amerika und amerikanischem Wesen einen durchaus abstossenden Eindruck hatte, fasste er den Entschluss, der Neuen Welt alsbald den Rücken zu kehren und alles daranzusetzen, um mit Anstand nach Deutschland zurückkehren zu können. Er nahm Dienst als Schiffsjunge auf einem Bremer Segelschiff, arbeitete sich dann als Matrose und Quartiermaster auf britischen Schiffen durch die gesetzlich für die Zulassung zur Steuermannsprüfung vorgeschriebene Fahrzeit „vor dem Mast“ hindurch, legte dann auf der Navigationsschule in Lübeck mit Auszeichnung die Steuermannsprüfung ab und fand Anstellung als Schiffsoffizier bei der Hamburg-Amerika-Linie.<sup>36</sup> Mangelnde Sehschärfe zwang ihn nach zweijähriger Fahrzeit als 4., 3. und 2. Offizier, die Seefahrt wieder aufzugeben. Er fand, nachdem er zum Abschl[us]s seiner seemännischen Tätigkeit noch das Schifferexamen mit Auszeichnung bestanden

---

<sup>33</sup> Gemeint ist Pauline Katharine Gok (geborene Herrlinger, geb. 1843).

<sup>34</sup> Das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ wurde 1878 erlassen und 1890 aufgehoben. Das Gesetz verbot Vereine, Versammlungen und Druckschriften der Sozialdemokraten, die aus dem 1863 gegründeten ADAV und der 1869 gegründeten SDAP entstanden und sich 1875 in Gotha zur SAPD zusammenschlossen. Reichskanzler Otto von Bismarck wollte gegen die als „Reichsfeinde“ titulierten Sozialdemokraten vorgehen, die bei den Reichstagswahlen 1877 12 Mandate errangen. Mehr als 900 Personen verließen Deutschland, 1.500 wurden verhaftet, während der Stimmanteil nach den Reichstagswahlen 1881 kontinuierlich anstieg und 1890 die SPD mit 19,7 % die stärkste Fraktion im Reichstag stellte. Seit 1890 entwickelten sich die SPD sowie die sozialistischen Gewerkschaften zu Massenorganisationen und bei den letzten Reichstagswahlen vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges erhielt die SPD 34,8 %. Das „Sozialistengesetz“ Bismarcks hatte das Ziel der forcierten Schwächung der Sozialdemokratie bei gleichzeitiger sozialpolitischer Einbindung der Arbeiterschaft in das Kaiserreich verfehlt. Auch die Aufhebung des Gesetzes 1890, das vor allem durch den jungen Kaiser Wilhelm II, gegen den Willen Bismarcks forciert wurde, konnte die sozialdemokratische Anhängerschaft nicht durch imperiale Weltpolitik und industrielle Weltmachtposition in den autoritären Nationalstaat über andere Parteien einbinden. Bei den letzten Reichstagswahlen vor dem Ersten Weltkrieg war die SPD 1912 die stärkste Fraktion im Reichstag.

<sup>35</sup> Im 12th Census of the United States (Pennsylvania/Philadelphia) vom 2.6.1900 sind vier Einträge zu „Herrlinger“ mit dem Geburtsort „Germany“ überliefert: [unleserlich: Fred/ines?] (geb. 1844), Rose (1861) und Charles (1882). „Fred Herrlinger“, in: [National Archives Washington DC] Census 1900, Enumeration District: 0396, Philadelphia Ward 19, 33rd Division, bounded by Huntingdon, Franklin, Cumberland, Germantown Ave, 10th, Philadelphia (Pennsylvania), Microfilm Series T623, Record Group 29, Roll 1461, S. 4A.

<sup>36</sup> Carl Gottfried Gok legte 1896 in Lübeck die Prüfung zum Steuermann ab.

hatte<sup>37</sup>, Verwendung im Landdienst der Hamburg-Amerika-Linie<sup>38</sup>, wo es ihm bald gelang, die Aufmerksamkeit des Generaldirektors Ballin<sup>39</sup> auf sich zu ziehen, der ihn in seine Nähe zog und im Herbst 1903 auf eine längere Informationsreise nach Ostasien entsandte. Auf dieser 1½-jährigen Reise hatte Gok Gelegenheit, die ganze ostasiatische Küste von Ceylon bis Wladiwostok mit ihren Schiff[f]ahrts- und Handelsverhältnissen gründlich kennen zu lernen, in Japan – es war die Zeit des russisch-japanischen Krieges<sup>40</sup> – mit japanischen, in Wladiwostok mit russischen Behörden interessante Verhandlungen zu führen und insbesondere die damals in Ostasien unbestritten die erste Rolle spielenden Engländer zu beobachten. Als eines der Ergebnisse seiner Beobachtungen berichtete er von unterwegs an Ballin, dass seine Wahrnehmungen über das Verhalten der Engländer uns Deutschen gegenüber ihm keinen Zweifel darüber liessen, dass es die Engländer auf Krieg mit uns abgesehen hätten. Er fand mit diesem Bericht vor Ballins Augen keine Gnade.

Nachdem Gok im Anschluss an diese Informationsreise noch einige Jahre als Leiter der Niederlassungen der H.-A. L. in Tsingtau und Hongkong tätig gewesen war, schied er aus den Diensten der A.-H. L. [sic] aus<sup>41</sup>, um die Bearbeitung des Auslandsgeschäfts der Werft von Blohm & Voss in Hamburg zu übernehmen, das sich damals hauptsächlich auf Russland und Italien erstreckte, aber durch den Ausbruch des Krieges zunächst ein Ende fand.

Im Kriege wurde Gok zunächst bis Ende 1915 als Hilfsoffizier des Geheimen Nachrichtendienstes bei den Oberkommandos der 1. und 2. Armee verw[endet] und dann auf Veranlassung des Reichsmarineamtes von seiner Werft nach Konstantinopel entsandt, um Verhandlungen mit der türkischen Regierung zu führen, die auf die Errichtung eines modernen Marine-Arsenals in den türkischen Gewässern abzielten<sup>42</sup>, aber trotz nachdrücklicher Förde-

<sup>37</sup> Carl Gottfried Gok legte 1899 in Lübeck das Schifferexamen ab.

<sup>38</sup> Carl Gottfried Gok war 1896–1911 im Dienst der Hamburg-Amerika-Linie.

<sup>39</sup> Albert Ballin (1857–1918), Sohn jüdischer Einwanderer aus Dänemark, 1874 Eintritt in das väterliche Geschäft der Auswandereragentur Morris & Co. in Hamburg, 1879 Teilhaber bei Morris & Co., Hamburger Reeder, 1886 Leiter des Passagedienstes der HAPAG, 1888 Vorstandsmitglied und 1899 Generaldirektor der HAPAG, enger Kontakt zu Wilhelm II., ab 1908 verstärkte Vermittlungsbemühungen zur maritimen Rüstungskontrolle zwischen Deutschland und Großbritannien, Leiter der Zentral-Einkaufsgesellschaft mbH, 9.11.1918 Tod durch eine Überdosis Beruhigungsmittel.

<sup>40</sup> Der Russisch-Japanische Krieg vom 8.2.1904–5.9.1905 um Einfluss in der Mandschurei und in Korea endete mit der Niederlage Russlands und dem Vertrag von Portsmouth.

<sup>41</sup> Carl Gottfried Gok war ab 1908 für die Hamburg-Amerika-Linie in Ostasien tätig.

<sup>42</sup> Rudolf Blohm trat 1914 in das Unternehmen Blohm & Voss ein und wurde im Frühjahr 1915 von der Front freigestellt, um Geschäftsbeziehungen zum Osmanischen Reich auszubauen, die mit dem Kriegseintritt der Türkei am 2.11.1914 angedacht und im Frühjahr 1915 durch das Reichsmarineamt angestoßen wurden. Carl Gottfried Gok wurde schließlich im November 1915 vom Kriegsdienst für Zuarbeiten bei der Sondierung für eine Zusammenarbeit zwischen Blohm & Voss, den österreich-ungarischen Skoda-Werken, Krupp, der Germania-Werft beim Ausbau von Docks und dem Arsenal (v.a. die Stenia-Werft) am Goldenen Horn unter Leitung der deutschen Werftengruppe freigestellt. Vor allem Enver Pascha zeigte an den Unternehmungen von Blohm & Voss Interesse. Siehe auch Mertelsmann: Zwischen Krieg, Revolution und Inflation, S. 19–21 und 108–114.



rung durch die Minister Dschemal<sup>43</sup> und Enver Pascha<sup>44</sup> und den Grosswesir Talaat Pascha<sup>45</sup> an dem passiven Widerstand anderer türkischer Stellen scheiterten.

Nach dem Kriege übernahm der weltbefahrene Mann den politischen Dienst bei seiner Werft, der durch den Zusammenbruch notwendig geworden war. In dieser Stellung empfing er den Besuch des Generals, der ihm gewisse Andeutungen dahin machte, dass der hinter der „Deutschen Zeitung“ stehende Kreis eine Gegenrevolution mit umfassendem Reformprogramm betreibe. Diese Mitteilungen erschienen Gok so bedeutsam, aber auch so sehr der näheren Erläuterung von verantwortlicher Seite bedürftig, dass er gerne das Anerbieten des Generals annahm, sich bei mir, der ich ihm als das Oberhaupt jenes Kreises namhaft gemacht worden war, eingehender zu unterrichten.

Gok begann bei seinem Besuch mit der Erzählung dessen, was unser Beauftragter ihm gesagt habe. Es sei ihm dabei aber manches unklar und etwas verworren vorgekommen, und er habe daher das Bedürfnis empfunden, den Dingen auf den Grund zu gehen. Die „Deutsche Zeitung“ habe er seit dem Ende des Krieges regelmässig gelesen<sup>46</sup>, und er habe die von ihr vertretenen Auffassungen in allen Fragen geteilt, so dass er sich gesagt habe, die Leute, die eine so vernünftige Zeitung herausgäben, müssten auch in den von dem General vorgetragenen Dingen etwas Gescheites wollen.

Nachdem mein Besucher die Verpflichtung zur Verschwiegenheit übernommen hatte, sagte ich ihn zunächst in grossen Zügen, welches unsere Anschauung und unser wirklicher Plan sei, und wie wir vorgehen wollten. Gok war von meinen kurzen Mitteilungen ganz eingenommen und gab zu erken-

---

<sup>43</sup> Gemeint ist Cemal Pascha (Ahmet Cemal, 1872–1922), Mitglied der jungtürkischen Bewegung, Gründungsmitglied der Partei Komitee für Einheit und Fortschritt, 1908 führende militärische Rolle bei der jungtürkischen Revolution, 1909 Zivilgouverneur und Gouverneur, 1911 Generalgouverneur von Bagdad, 1913 Putsch der Jungtürken, zusammen mit Talaat Pascha und Enver Pascha Regierungstriumvirat, 1913 Minister für öffentliche Arbeiten, 1914 Marineminister, Generalgouverneur von Syrien, verantwortliche Rolle bei der 1915 beginnenden Durchführung des Völkermordes an den Armeniern, 1918 Flucht nach Berlin, 1919 Militärberater in Afghanistan, 1922 Ermordung durch ein armenisches Sonderkommando in Tiflis/Georgien.

<sup>44</sup> Enver Pascha (Ismail Enver, 1881–1922), Mitglied der jungtürkischen Bewegung, 1908 führende Rolle bei der jungtürkischen Revolution, 1909–1911 Militärattaché an der osmanischen Botschaft in Berlin, Ausbau enger Militärbeziehungen zur deutschen Armee zur Reform der osmanischen Armee, 1913 Putsch der Jungtürken, zusammen mit Talaat Pascha und Cemal Pascha Regierungstriumvirat, führende Rolle bei der 1915 beginnenden Durchführung des Völkermordes an den Armeniern, 1914–1918 Kriegsminister des Osmanischen Reiches, 1917–1918 Stellvertreter der Großwesir, ab 1918/1919 Exil in Deutschland und mehrere Reisen in die Sowjetunion, 1922 im Kampf für ein Kalifat gegen die Rote Armee gefallen.

<sup>45</sup> Gemeint ist Talaat Pascha (1874–1921), Führer der Jungtürken, Gründungsmitglied der Partei Komitee für Einheit und Fortschritt und Mitglied des Parlamentes, 1911–1912 Innenminister des Osmanischen Reiches, 1913 Putsch der Jungtürken und bis 1917 Innenminister, zusammen mit Enver Pascha und Cemal Pascha Regierungstriumvirat, führende Rolle bei der 1915 beginnenden Durchführung des Völkermordes an den Armeniern, u. a. 1917–1918 Großwesir des Osmanischen Reiches, 1918–1921 in Berlin, 1921 Attentat.

<sup>46</sup> Siehe Kapitel 2.4.

nen, dass er in Hamburg seit seiner Rückkehr aus dem Kriege in ähnlicher Weise gearbeitet habe. Er bat, zu unserer Tätigkeit zugelassen zu werden, und sprach die Überzeugung aus, dass er auch die Inhaber des Unternehmens, dem er diene, für die Unterstützung unserer Arbeit würde gewinnen können, wenn er ihnen die nötige Aufklärung geben könne.

Daraufhin trug ich kein Bedenken, Gok mehr zu sagen und ihn über unsere letzten Absichten, sowie über den damaligen Stand unserer Arbeiten zu unterrichten. Er schied von mir mit der Versicherung, dass ich ihn in allem überzeugt hätte, und dass ich mich auf ihn verlassen könne. Gottfried Gok hat nicht zuviel versprochen. Er hat in allem Wort gehalten und es auch fertig gebracht, einen der Inhaber seiner Werft zu mir zu bringen und bereit zu machen, engeren Verkehr mit unserem Kreise zu unterhalten.

Bis heute ist unser Vertrauens- und Freundschaftsverhältnis unerschüttert. Ich will dazu noch eins besonders hervorheben.

Als ich die Notwendigkeit erkannte, der nationalen Opposition im Reichstag eine entschiedeneren Vertretung zu schaffen, und einsah, dass dies nur möglich sei, wenn *Hugenberg* an die Spitze der Deutschnationalen Volkspartei gebracht werde, ist neben meinen alten Freunden Lohmann und Bang Gok der überzeugteste und eifrigste Anhänger dieses Plans gewesen<sup>47</sup>; er hat alles getan, um ihn verwirklichen zu helfen. Die Gelegenheit dazu hatte er, da er seit der Wahl im Frühjahr 1924 Mitglied des Deutschen Reichstages für den hamburgischen Wahlkreis und in Wahrheit der Führer der Deutschnationalen Partei in Hamburg war. Es wird im einzelnen darüber zu berichten sein, wenn ich die Entwicklung jenes Versuchs darlege, der nationalen Opposition eine wirksame Vertretung zu schaffen.

### 5.3. Otto Bonhard

In der ersten Hälfte des Novembers 1916 hatte ich, wie früher geschildert ist, dem damaligen Kriegsminister von Stein einen Besuch abgestattet; die Einladung dazu hatte Generalmajor Friedrich in die Wege geleitet.<sup>48</sup> Bei ihm sprach ich an dem festgesetzten Tage zuerst vor und lernte dabei einen um einige Jahre jüngeren Mainzer Landsmann kennen, der als Hauptmann in der Abteilung des Generals Friedrich damals Dienst tat. Es war *Otto Bonhard*.<sup>49</sup>

<sup>47</sup> Auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV am 25./26.10.1924 betonte Claß, dass es in erster Linie allen Karl Lohmann und Carl Gottfried Gok sind, die sich für eine „Rettung“ der DNVP durch eine alldeutsche „Reinigung“ der Parteileitung aussprachen, indem man mit Blick auf die Reichstagswahlen am 7.12.1924 vor allem alldeutsche Parteimitglieder auf die Wahllisten der DNVP „reindrücken“ sollte und dafür die Landesverbände mobilisieren müsste. Ebd., in BA-Berlin, R 8048, Bd. 140, Bl. 55.

<sup>48</sup> Siehe Kapitel 1.5.

<sup>49</sup> Philipp Bonhard (1893–1979), Oberstleutnant, Hauptmann, Referendar, 1919 Ausscheiden aus der Armee als Major der Reserve, 1920–1939 Hauptschriftleiter der Alldeutschen Blätter und bis mindestens 1934 Sekretär bei der Hauptgeschäftsstelle des ADV in Berlin, 1921 Stellvertreter des Alldeutschen Ehrenrats und des Ehrengerichts, 1924 Mitglied des Gesamtvorstandes des ADV, Autor der Schriften: Die Geschichte des Alldeutschen Verbandes

Das Haus, aus dem er stammte, war mir wohlbekannt nicht nur durch meine Frau, die mit seiner Schwester<sup>50</sup> befreundet war, sondern vor allem durch seinen älteren Bruder<sup>51</sup>, der mir – nur wenig jünger als ich – in meinen letzten beiden Semestern in Giessen<sup>52</sup> nahegetreten war, und dann als Referendar, Gerichtsassessor und Amtsrichter in Mainz und wo sonst er immer dienstlich war, zu meinen nächsten Mitarbeitern gehörte, als wir den Deutschbund gründeten<sup>53</sup> und etwas später in unserer Heimat den Alldeutschen Verband erfolgreich aufmachten.<sup>54</sup> Überall gehörte *Philipp Bonhard* zu seinen eifrigsten Förderern, und er gründete Ortsgruppen, wohin seine amtliche Laufbahn ihn führte.<sup>55</sup> Von dem jüngeren Bruder<sup>56</sup> hatte ich gehört, dass er als Pionieroffizier eine grosse Laufbahn vor sich habe. Damals bei General Friedrich kam es nur zu kurzer Unterhaltung.

Otto Bonhard nahm bald nach dem Umsturz seine Entlassung und siedelte wieder nach Berlin über, wo er einen grossen Teil seiner Dienstzeit verbracht hatte. Im Laufe des Jahres 1919 besuchte er mich und machte wegen der Gefahren, die unserer gemeinsamen Heimat und dem ganzen Deutschtum am Rhein durch die französische Besetzung drohten<sup>57</sup>, den Vorschlag, einen Westmarken-Verein zu gründen, der diesen Gefahren entgegenwirken sollte.

---

(1920) und (Pseudonym Otto Kernholt) *Vom Ghetto zur Macht. Vom Aufstieg der Juden auf deutschem Boden* (1921), (Pseudonym Otto Kernholt) *Deutschlands Schuld und Sühne. Geschichtliche Betrachtungen zur Entstehung und Lösung der Judenfrage* (1923) und *Jüdische Geld- und Weltherrschaft* (1926), nach 1945 Landwirt in Staufenberg bei Gießen.

<sup>50</sup> Gemeint ist Marie Mathilde Bonhard (1896–1987), die 1933 Johann Philipp Schwind (1895–1969) heiratete.

<sup>51</sup> Wilhelm Karl Otto Bonhard hatte wohl nur die Schwester Marie Mathilde Bonhard. Siehe Werner/Alt: Ahnen und Enkel, S. D-198. Gemeint ist vermutlich der Vetter Philipp Bonhard (1870–1935), Referendar und Gerichtsassessor in Mainz, 1901–1903 Amtsrichter in Worms, 1903–1910 Amtsrichter in Wöllstein, 1910–1925 Oberamtsrichter in Wöllstein, 1902–1907 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV auf Vorschlag von Claß, den er aus dem Studium der Rechtswissenschaft in Gießen kannte und mit dem er um die Jahrhundertwende im Deutschbund in Mainz eng zusammengearbeitet hatte.

<sup>52</sup> Claß war vom 1.5.1888–7.3.1889 in Berlin, vom 21.5.1889–19.10.1889 in Freiburg und vom 9.11.1889–3.4.1891 in Gießen immatrikuliert. Claß bestand sein juristisches Staatsexamen in Gießen am 25.5.1891 und kehrte dann nach Mainz für die Referendarszeit am Amtsgericht, Landesgericht Rheinhessen, beim Kreisamt und bei dem Rechtsanwalt Dr. Alexander Hugo Struve zurück. Bis zur Aufgabe seiner Anwaltstätigkeit 1920 hatte Claß seine Rechtsanwaltskanzlei in der Stadthausstraße 11 in Mainz.

<sup>53</sup> Claß war am 18.10.1894 Gründungsmitglied des Deutschbundes.

<sup>54</sup> Claß trat 1897 in den Alldeutschen Verband ein und war im Juni 1897 Mitbegründer und Vorsitzender der Ortsgruppe in Mainz. Die Mainzer Ortsgruppe war gleichzeitig eine Deutschbund-Gemeinde. Siehe Leicht: Heinrich Claß, S. 76.

<sup>55</sup> Siehe auch Bonhard: *Denschrift*.

<sup>56</sup> Der Name des jüngeren Bruders bleibt unklar. Siehe aber Leicht: Art. Otto Bonhard.

<sup>57</sup> Im Januar 1919 begannen französische, belgische, britische und zunächst auch amerikanische Truppen die Besetzung des Rheinlandes, die im Waffenstillstandsabkommen von Compiègne am 11.11.1918 für die linksrheinischen Gebiete sowie die rechtsrheinischen „Brückenköpfe“ um Köln, Koblenz, Mainz und Kehl festgelegt wurden. Siehe Waffenstillstandsvertrag 11.11.1918, in Die Verträge über Besetzung und Räumung des Rheinlandes, S. 36–39 sowie Kapitel 4.1. und 4.3.

Ich hatte gegen diesen Plan hauptsächlich das Bedenken, dass ein solcher Verein sich im besetzten Gebiet nicht betätigen könne, und dass unsere Getreuesten, die sich dort überall fanden, von sich aus entsprechend den Richtlinien der „Bamberger Erklärung“ alles tun würden, was irgend möglich sei, um im Sinne von Bonhard's Vorschlag tätig zu werden. Freiherr von Vietinghoff-Scheel, der der Unterhaltung beiwohnte, machte noch geltend, dass es unmöglich sei, die grossen Geldmittel aufzubringen, die für einen solchen Verein notwendig wären. Alles sprach dafür, sich nicht auf diesen Versuch einzulassen. Der Verlauf der Unterredung mit Otto Bonhard, der als Oberstleutnant seinen Abschied erhalten hatte, bewies mir, dass ich es in ihm mit einem Manne von unbedingter völkischer Gesinnung, von sicherem politischem Blick und Urteil, von tiefer Bildung und umfassender Geschichtskennntnis zu tun hatte. Mein Gesamteindruck brachte mich auf den Gedanken, ihn zur Mitarbeit im Alldeutschen Verband heranzuziehen. Diese Frage wurde dringender, als ein gesinnungsgenössischer Schriftsteller, der die Aufgabe übernommen hatte, zum 30. Geburtstag des Alldeutschen Verbandes, der im Herbst 1920 bevorstand, dessen Geschichte zu schreiben, schwer erkrankte und im Frühjahr 1920 starb. Ich war der Meinung, dass in einer so ersten Zeit keine grossen Feiern abgehalten werden sollten, dass aber ein Werk wie das geplante wenn irgend möglich verfasst werden sollte. Wieder kamen meine Gedanken auf Otto Bonhard, der im Herbst des Vorjahres dem Verband als Mitglied beigetreten war, aber aus eigenem Erleben dessen Geschichte nicht näher kannte. Aber schliesslich, wer kannte sie so wie ich? Ich aber konnte zu meiner Arbeitslast eine solche Aufgabe nicht noch übernehmen. So fragte ich Bonhard, ob er sich entschliessen könne, das Buch zu schreiben, und er erklärte sich dazu bereit, obwohl sich herausstellte, dass der in Aussicht genommene Verfasser keinerlei Vorarbeiten hinterlassen hatte. Es war ein kühner Entschluss, den nur ein Mann fassen konnte, der seiner ausdauernden Arbeitskraft sicher war. Anfang März begann Bonhard mit seiner Arbeit, die bis zum Geburtstag des Alldeutschen Verbandes fertig vorliegen sollte. Das besagte, dass dem Verfasser dafür nur wenige Monate zur Verfügung standen, die nicht nur die Niederschrift des Werkes, sondern auch die Sammlung und Sichtung alles dazu gehörigen Stoffes umfasste. Bonhard brachte das Wunder fertig, schon Anfang Juli 1920 die Geschichte des Alldeutschen Verbandes mir abgeschlossen in die Hand zu legen – ein Erfolg, der nur durch seinen eisernen Fleiss möglich war.<sup>58</sup> Freilich konnte der treue Weicher in Leipzig, dem wir den Verlag übertrugen, wegen der grossen Schwierigkeiten, die der Weltkrieg und sein Ausgang für die Verleger gebracht hatte, das Buch erst im Spätjahr 1920 herauszubringen, aber die Hauptsache war: das Werk, auf das unsere Freunde mit Sehnsucht warteten, war geschaffen. Und es lobte seinen Meister, denn es war wirklich Geschichte, die er geschrieben hatte, und es bewies, mit wie sicherem Urteil der Verfasser der Entwicklung unserer Zeit und der Leistung des Alldeutschen Verbandes

---

<sup>58</sup> Otto Bonhard: Geschichte des Alldeutschen Verbandes.

gegenüberstand. So war es wohlverdient, dass die grosse Leistung Bonhards bei unseren Freunden allgemeine Anerkennung fand.

Inzwischen hatten sich seine Beziehungen zum Alldeutschen Verband und seinen leitenden Männern noch enger gestaltet. Der bisherige Schriftleiter der Alldeutschen Blätter hatte den Wunsch, aus seiner Stellung auszuscheiden. Was lag näher, als an Bonhard heranzutreten und ihn zu fragen, ob er die Nachfolge übernehmen wolle. Dazu erklärte er sich bereit und trat am 1. Juli 1920 als Schriftleiter in den Dienst des Verbandes, dem er bis zu dessen Auflösung<sup>59</sup> treu geblieben ist. Diese Tätigkeit hat er vorbildlich ausgeübt, und es war selbstverständlich, dass er damit in den Kreis meiner nächsten Mitarbeiter und engsten Vertrauten eintrat.

Unsere Arbeit für den Wiederaufbau des Vaterlandes hatte seit der sog. „Bamberger Erklärung“ (Frühjahr 1919)<sup>60</sup> den *Kampf gegen das Judentum* zu einer unserer wesentlichen Aufgaben gemacht, wobei ich entschlossen war, ihn mit aller Leidenschaft rücksichtslos entschlossen, aber sachlich unanfechtbar zu führen und führen zu lassen. Dabei stellte sich heraus, dass das Rüstzeug zu diesem Kampfe, wie ihn der Alldeutsche Verband seinem Wesen nach allein führen konnte, nicht vorhanden war. Aber wie dieses geistige und geschichtliche Rüstzeug verschaffen? Wir besprachen diese wichtige und dringende Frage im engsten Kreise, und wieder ward Otto Bonhard unser Nothelfer. Drei Werke hat er geschaffen, um den Verband und seine Mitarbeiter mit dem Wissen auszustatten, das zum wirksamen Kampf gegen das Judentum notwendig war: im Jahre 1921 unter dem Decknamen „Otto Kernholt“ das ausgezeichnete Buch „*Vom Ghetto zur Macht*“<sup>61</sup>, im Jahre 1923 unter dem gleichen Decknamen „*Deutschlands Schuld und Sühne*“<sup>62</sup> und wieder zwei Jahre später unter seinem Namen „*Jüdische Geld- und Weltherrschaft?*“<sup>63</sup> Im Jahre 1928 arbeitete er das letzte Buch unter dem Namen „*Jüdische Weltherrschaft?*“ völlig um und erweiterte es stark.<sup>64</sup>

Diese drei, eigentlich vier Werke sind eine einzigartige Leistung, die nur durch den Fleiss ihres Verfassers in so kurzer Zeit gelingen konnten. Jedes von ihnen ausgezeichnet, alle einander ebenbürtig und, soweit ich sehen kann, das Beste, was zu den darin behandelten Fragen geschrieben worden ist.

---

<sup>59</sup> Der Alldeutsche Verband wurde am 5.3.1939 aufgelöst.

<sup>60</sup> Siehe Alldeutscher Verband: Erklärung des ADV 16.2.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 123, Bl. 48–49. Die Erklärung, die auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV am 16./17.2.1919 in Bamberg verabschiedet wurde, wurde in den nächsten Wochen 300.000 Zeitungsexemplaren beigelegt und weiteren 700.000 Exemplaren bis zum Sommer 1919. Siehe dazu auch den Schriftwechsel der Geschäftsstelle des ADV in BA-B, R 8048, Bd. 603, Bl. 1–43, ADV an Deutsche Tageszeitung, 28.2.1919, in FZH, 412–1 Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund/Propaganda, o.Bl., Krebs: Der Alldeutsche Verband, S. 43–44. Siehe auch Kapitel 4.2. Erklärung ist abgedruckt in Bonhard: Geschichte des Alldeutschen Verbandes, S. 259–268.

<sup>61</sup> Otto Bonhard (Pseudonym Otto Kernholt): *Vom Ghetto zur Macht*.

<sup>62</sup> Otto Bonhard (Pseudonym Otto Kernholt): *Deutschlands Schuld und Sühne*.

<sup>63</sup> Otto Bonhard (Pseudonym Otto Kernholt): *Jüdische Geld- und Weltherrschaft*.

<sup>64</sup> Otto Bonhard (Pseudonym Otto Kernholt): *Jüdische Weltherrschaft*.

Man kann sich denken, dass Bonhard durch seine ebenso grosse wie wertvolle Leistung zu einer der tragenden Säulen der alldeutschen Bewegung geworden ist – mir aber zum unentbehrlichen Mitarbeiter und Berater. In welchem Umfange dies der Fall war, habe ich im Vorwort zum ersten Bande dieser Erinnerungen ausgesprochen, der ohne seine Hilfe so schnell nicht hätte entstehen können.<sup>65</sup> Dasselbe gilt auch für diesen zweiten Band. Aber auch bei jeder neuen Auflage meiner Deutschen Geschichte hat er mich mit Rat und Tat unterstützt. Es ist kein Wunder, wenn ich in Bonhard nicht nur den durch die landsmannschaftlichen Beziehungen besonders vertrauten Mitarbeiter erblickte, sondern einen lieben Freund. Der Bewegung gegen das Judentum aber erstand in ihm einer der bedeutendsten geistigen Vorkämpfer, dessen Lebensarbeit unvergessen bleiben wird.

#### 5.4. Otto von Roeder und Franz Schwendy

Ungefähr zur selben Zeit wie Bonhard traten mir zwei andere Offiziere näher, die bald in den engsten Kreis meiner Vertrauten hineinwuchsen.

Im Jahre 1920 empfahl mir mein alter Freund Freiherr von Stössel<sup>66</sup> den Major a.D. *Otto von Roeder*<sup>67</sup>, der seine militärische Laufbahn im Ersten Garde-Regiment zu Fuss in Potsdam begonnen hatte und dort einige Jahre Kommandeur der Leibkompanie gewesen war, die nach alter Überlieferung gewissermassen zur königlichen Familie gehörte, und in der alle preussischen Prinzen ihre militärische Ausbildung erhielten, während die Offiziere durchweg aus den vornehmsten Geschlechtern des preussischen Adels entstammten, alles Träger geschichtlicher Namen. Roeder hatte, als Major<sup>68</sup> aus dem Felde zurückgekehrt, sofort seinen Abschied genommen. Ich bot ihm auf Stössels Rat an, sich in der Deutschen Zeitung einzuarbeiten, worauf er freudig einging; er bewährte sich dort so, und ich lernte ihn als charaktervollen, liebenswürdigen, ritterlichen Mann kennen. Deshalb beschloss ich, ihn zu meiner Entlastung als Schriftwart der Hauptleitung einzustellen<sup>69</sup>, wozu er gerne

<sup>65</sup> Claß: Vorwort, in Ders.: Wider den Strom, o. S.

<sup>66</sup> Freiherr Georg von Stössel (1856–1924), 1903–1908 und 1919–1924 Mitglied des Gesamtvorstandes des ADV, 1903–1908 Vertrauensmann des Alldeutschen Wehrschatzes, 1908–1918 Mitglied der Hauptleitung und 1908–1914 Stellvertretender Vorsitzender des ADV, führendes Mitglied der alldeutschen Ortsgruppe Potsdam, 1921 Vorsitzender des Alldeutschen Ehrenrats, Mitglied der FkP, Mitglied des Deutschen Bundes, enger Vertrauter von Claß, im Ersten Weltkrieg Kommandeur eines Landwehregiments, 1914–1924 Mitglied der Hauptleitung des ADV, 1919 schlug aus gesundheitlichen Gründen den Wunsch von Claß aus, Vorsitzender des DvSTB zu werden, Mitglied des Beirates des DvSTB.

<sup>67</sup> Otto von Roeder (1870–1943), Kommandeur der Leibkompanie im Ersten Garde-Regiment zu Fuß in Potsdam, Major, kam durch das langjährige Mitglied Georg von Stössel zum ADV, 1918/1919–1921 zunächst für die Deutsche Zeitung tätig, 1921–1933 Schriftwart der Hauptleitung des ADV, Sekretär in der Hauptgeschäftsstelle des ADV in Berlin, 1921 Stellvertreter des Alldeutschen Ehrengerichts, 1929 Wahl in den Gesamtvorstand des ADV.

<sup>68</sup> Otto von Roeder war königlich-preussischer Major.

<sup>69</sup> Otto von Roeder war 1921–1933 Schriftwart der Hauptleitung des ADV.

bereit war. In dieser seiner neuen Tätigkeit war Roeder in meiner nächsten Umgebung – kaum ein Tag verging, an dem ich nicht besondere Aufträge für ihn hatte. Im Verkehr mit den Gesinnungsgenossen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle<sup>70</sup> zeigte er alle seine wertvollen Eigenschaften, so dass er überall geschätzt und verehrt wurde. Einige Jahre lang war er auch mit grossem Erfolg rednerisch tätig, bis ih[m] sein im Weltkrieg entstandenes Herzleiden dies unmöglich machte. Schliesslich veranlasste ihn dieses Leiden, sich ganz zurückzuziehen. Alle sahen ihn mit Trauer aus unserem Dienste scheiden – am meisten wohl ich, dem dieser wahrhaft ritterliche Mann unentbehrlich geworden war. Auch nach seinem Ausscheiden blieben die freundschaftlichen Beziehungen aufrecht erhalten. Es war mir und den Meinen immer eine Freude, mit Roeder zusammen zu sein, denn ich kannte wenige, die wie er aus einem reichen Leben so anregend und humorvoll zu berichten wussten. Man kann sich denken, wie viele Gestalten an diesem Soldaten vorübergezogen sind, der seine ganze Dienstzeit im vornehmsten Regiment des preussischen Heeres zugebracht hatte. Und wie wusste er zu erzählen!

Was mich aber am meisten an den vortrefflichen Mann fesselte, war sein aufrechter Charakter, seine Wahrhaftigkeit und die menschliche Güte, die aus seinem Wesen sprach.

Der Front entstammte Oberstleutnant *Franz Schwendy*<sup>71</sup>, ein glänzend bewährter Soldat, der, ein Berliner im Giessener Infanterie-Regiment Kaiser Wilhelm (No 116<sup>72</sup>) gross geworden und als Kompanieführer in den Weltkrieg ausgerückt war. Er hatte seinen rechten Arm verloren, sich aber, sobald seine Wunde verheilt war, wieder an die Kampffront gemeldet und den Krieg bis zum bitteren Ende, zuletzt als Regimentskommandeur, mitgemacht. Nach dem Novemberumsturz nahm er sofort den Abschied und beschloss, Journalist zu werden. Zuerst war er an einer Zeitung in Pommern tätig und kam dann zur *Deutschen Zeitung* in Berlin. Dort arbeitete er sich allmählich so ein, dass ich auf ihn aufmerksam wurde und nach und nach zu bedeutsamen Arbeiten heranzog. Je näher ich Schwendy kennen lernte, umso grösser wurde mein Vertrauen zu ihm, so dass ich ihm schliesslich das entscheidend wichtige Amt des Hauptschriftleiters anvertraute, nachdem der Bruch mit *Reinhold Wulle*<sup>73</sup>

---

<sup>70</sup> Otto von Roeder führte die Geschäftsstelle des ADV als Schriftwart in führender Position neben dem Hauptgeschäftsführer Leopold von Vietinghoff-Scheel. Roeder war Montag-Freitag 10–16 Uhr und Sonnabend 10–14 Uhr auf der Geschäftsstelle zu erreichen.

<sup>71</sup> Franz Schwendy (1875–1935), Infanterie-Regiment Kaiser Wilhelm in Gießen, Oberstleutnant, im Ersten Weltkrieg Regimentskommandeur, nach Kriegsende Ausscheiden aus der Armee, Mitglied des Gesamtvorstandes des ADV, 1924–1933/1934 Hauptschriftleiter der Deutschen Zeitung des Scherl-Verlages (1917 vom Alldeutschen Verband unter Claß über die Neudeutsche Verlagsgesellschaft vom Scherl-Konsortium mit übernommen, 1934 Auflage unter 10.000 Exemplare und dann Erscheinen eingestellt), führendes Mitglied des alldeutschen Ehrengerichtes, 1929 Mitglied des Gesamtvorstandes des ADV.

<sup>72</sup> Handschriftlicher Zusatz „11“ zur Korrektur „(No 116)“.

<sup>73</sup> Reinhold Wulle (1882–1950), Studium der Theologie, Geschichte und Germanistik, seit 1908 bei verschiedenen Zeitungen tätig, 1914–1918 Chefredakteur der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, Mitglied des ADV über die Ortsgruppe Essen, Hauptschriftleiter und ab

vollzogen war, von dem später mitsamt seinen Folgen zusammenhängend zu berichten ist.<sup>74</sup> Wulles Nachfolger Dr. Max Maurenbrecher<sup>75</sup> musste krankheits- halber nach verhältnismässig kurzer Zeit ausscheiden.<sup>76</sup> Dann kam eine längere Zeit ohne eigentlichen Hauptschriftleiter, in der ich eine ausserordentliche Arbeit zu leisten hatte. Schliesslich beschloss ich, dieses Amt Oberstleutnant Schwendy zu übertragen. Dazu bestimmte mich die Erkenntnis, dass die ganze Schriftleitung ohne Ausnahme vor der Sachlichkeit und Gewissenhaftigkeit dieses Berufsgenossen sich willig beugte. Auf seinen Vorschlag war für die Schriftleitung der Deutschen Zeitung eine Ehrenverfassung eingeführt worden, um die zum grossen Teil noch jüngeren Herren zu erziehen. Ich hatte Schwendy an die Spitze des Ehrengerichts gestellt und sah mit Genugtuung, mit welcher ruhigen Entschiedenheit er seines Amtes waltete – vor allem aber, wie sein Charakter, seine Gesinnung, seine Ritterlichkeit ohne grosse Worte erzieherisch auf die Angehörigen der Schriftleitung wirkten.<sup>77</sup> Diese Beobachtung war für mich ausschlaggebend gewesen, dem Aufsichtsrat die Berufung Schwendys zum Hauptschriftleiter vorzuschlagen. Wir hätten keinen besseren, würdigeren Mann für diese Stellung finden können. Seinem erzieherischen Einfluss, der sich aus dem ganzen Wesen dieses prächtigen Mannes ergab, ist es zu verdanken, dass die Schriftleitung der Deutschen Zeitung zu einer einzigartigen Einheit zusammenwuchs, die sich mit einem Offizierkorps des alten Herren

---

1919 Verlagsdirektor der Deutschen Zeitung, 1920 Mitglied des Gesamtvorstandes des ADV, 1920 Entlassung bei der Deutschen Zeitung wegen führender Beteiligung am Deutschvölkischen Arbeitsring Berlin und politischem Engagement bei der DNVP, 1920–1922 Reichstagsabgeordneter der DNVP und 1922–1924 der DVFP, 1924–1928 Mitglied des Preussischen Landtags, 1928–1933 Vorsitzender der DVFP, 1933 Mitglied in der Gesellschaft Deutsche Freiheit, 1938–1942 in Haft, 1945 Gründung der Deutschen Aufbauartei (1946 Vereinigung mit der Deutschen Konservativen Partei).

<sup>74</sup> Siehe Kapitel 5.12. Claß hatte Ende März 1918 Reinhold Wulle als Hauptschriftleiter der Deutschen Zeitung auf Empfehlung von Alfred Hugenberg und Otto Helmut Hopfen gewonnen, der zuvor Hauptschriftleiter der Rheinisch-Westfälischen Zeitung in Essen und davor bei sächsischen Zeitungen tätig gewesen war. Claß hoffte, „dass wir damit endlich den Mann gefunden haben, den wir brauchen.“ Claß an Paul Bang 5.4.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 287, Bl. 93. Wulle trat das Amt dann zum 1.10.1918 an und behielt es bis Ende 1920. Siehe Deutsche Zeitung, 31.12.1920. Das 1920 folgende Zerwürfnis zwischen Claß und Wulle bezog sich vor allem auf das politische Engagement Wulles für die DNVP, das mit Claß nicht abgesprochen war und in eine Reichstagskandidatur 1920 mündete. Siehe auch Claß an Otto Helmut Hopfen 8.1.1920, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 392, Bl. 176.

<sup>75</sup> Max Maurenbrecher (1874–1930), Studium der Theologie und Studium der Volkswirtschaftslehre, Philosophie und Geschichtswissenschaft, 1898 Religionslehrer in Zwickau, 1906 Austritt aus der Evangelischen Kirche, ab 1899 Mitglied des Nationalsozialen Vereins Friedrich Naumanns (1860–1919), Generalsekretär und Schriftleiter der Zeitschrift Die Hilfe, 1903–1916 Mitglied der SPD, 1909–1916 freireligiöser Prediger, 1917 Wiedereintritt in die Evangelische Kirche, 1917 Mitglied der DVLP und 1918 des ADV, 1919 Pfarrer in Dresden, 1920–1922 Mitglied des Sächsischen Landtages für die DNVP, 1923 Mitglied des Gesamtvorstandes und ab 1924 des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, nach Ausscheiden aus den Verbandsämtern aus gesundheitlichen Gründen Pfarrer in Mengersgeuth und Osthausen in Thüringen.

<sup>76</sup> Max Maurenbrecher war 1921–1924 Hauptschriftleiter der Deutschen Zeitung.

<sup>77</sup> Das alldeutsche Ehrengericht, der Ehrenrat und der Ehrengerichtshof wurden 1921 eingerichtet.



vergleichen liess. Damit ist, glaube ich, das beste gesagt, was ich von Oberstleutnant Schwendy als Hauptschriftleiter sagen kann.

Der Verlust seines rechten Armes hatte für ihn ein Herzleiden zur Folge, dem er vor der Zeit erlegen ist.

Ich bewahre diesem ritterlichen Mann ein treues, reines Andenken.

### 5.5. General Otto von Below

Mein Freund *Frantz* war nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst in Kassel<sup>78</sup> mit dem General der Infanterie *Otto von Below*, der sich ebenfalls dort niedergelassen hatte<sup>79</sup>, in nähere Beziehungen getreten. Er hatte diesen hochangesehenen und erfolgreichen Heerführer natürlich schon vorher gekannt, aber erst der gemeinsame Aufenthalt in der Hauptstadt Kurhessens führte zu einer freundschaftlichen Verbindung zwischen den beiden Männern. Sie waren viel zusammen und befanden sich in vollkommener Übereinstimmung ihrer Anschauungen wohl auf allen Gebieten, besonders auf denen der Politik und der militärischen Fragen.

Im Verlaufe ihrer Unterhaltungen erzählte Frantz dem General von der Tätigkeit des Alldeutschen Verbandes und von meiner Arbeit, die er ja Gelegenheit hatte, kennenzulernen. Er sprach ihm auch von meinen Büchern, die dann der General auch las. Nach all diesem hatte er den Wunsch, mit mir in persönliche Verbindung zu kommen. In Begleitung von Oberst Frantz kam er zu diesem Zwecke gegen Ende des Jahres 1921 nach Berlin. Die beiden Herren besuchten mich zu einer längeren Aussprache und waren dann am Abend bei mir zu Gast.<sup>80</sup>

Hatte schon bei der ersten Unterredung der General einen tiefen Eindruck auf mich gemacht, so kam bei dem Gespräch, das wir bei Tisch führten, seine Persönlichkeit in ihrem ganzen Reichtum zur Geltung. Derselbe Mann, der vormittags mit grosser Eindringlichkeit von der verzweifelten Lage unseres Volkes gesprochen und den Entschluss dargetan hatte, das Seine zur Rettung des Vaterlandes beizutragen, gab sich nun der unbefangenen Heiterkeit hin und bewies, dass er einen wundervollen Humor besass.

Meine Kinder waren zugegen, und um ihnen ihre Vaterstadt Mainz in weit zurückliegender Vergangenheit näherzubringen, als die preussischen Truppen dort den Ton angaben, erzählte Below aus seiner frühesten Jugend. Er hatte als Kadett die Ferien in Mainz verbracht, wo sein Vater Kommandeur des Infanterie-Regiments 88<sup>81</sup> gewesen war. Während dieser Aufenthalte hatte er auch Ein-

---

<sup>78</sup> Rudolf Frantz schied zum 31.12.1920 aus der Armee aus.

<sup>79</sup> Otto von Below ging am 27.6.1919 in den Ruhestand und verbrachte seinen Lebensabend in Kassel.

<sup>80</sup> Das genaue Datum des Treffens Ende 1921 bleibt unklar.

<sup>81</sup> Hugo Ludwig von Below (1824–1905), 1866 Pour le mérite, 1870–1871 Bataillonsführer des Füsilier-Regimentes Nr. 80 im Deutsch-Französischen Krieg, 1871 Oberstleutnant, 1873–1876 Oberst und Kommandeur des 2. Nassauischen Infanterie-Regimentes Nr. 88,

blick in das Treiben der Stadt gewonnen und berichtete nun eine Fülle komischer Vorgänge, so dass wir alle aus dem Lachen nicht herauskamen.

Am anderen Tage wurde unsere sachliche Aussprache fortgesetzt. Da war Below wiederum von tiefsten Ernste erfüllt und gab sich von einer Seite, die ich schlechthin grossartig fand. Er begann damit, dass er erkannt habe, politisch zur rechten Schmiede gekommen zu sein, und entschlossen sei, bei uns mitzuarbeiten. Dies aber nur unter einer für ihn entscheidenden Bedingung. Frantz habe ihm mitgeteilt, dass ich ihn für den Fall, dass wir mit unseren Versuchen zur Rettung des Vaterlandes vorankämen, als Militärdiktator für das ganze Reich während der ersten Zeit der gegenrevolutionären Bewegung ins Auge gefasst hätte.<sup>82</sup>

Er sei bereit, dieses Amt anzunehmen, aber nur – und dies war seine Bedingung –, wenn wir beide vollkommen einig darüber seien, dass er keine Politik zu treiben habe, sondern als Soldat nur das ausführe, was der politische Führer ihm vorschreibe. „Ich bin mir“, sagte General von Below zur Begründung dieser Bedingung, „ganz klar darüber geworden, dass Deutschland den Krieg verloren hat, weil Generale Politik getrieben haben, von der sie nichts verstanden. Ich glaube, dass ich genug geschichtliches Wissen besitze, um politische Vorgänge der Vergangenheit richtig zu beurteilen. Dagegen fühle ich mich auf dem politischen Gebiet unserer Zeit ganz und gar unsicher, weil ich mich als Soldat nicht um den parteipolitischen Kram gekümmert habe, und auch die Menschen, die dessen Träger sind, nur insoweit kenne, als sie in Blättern unserer Richtung dem Urteil unterzogen werden. Wenn ich sage, dass ich als Soldat und militärischer Führer ausführen will, was Sie anordnen, so ist dies so gemeint, dass ich Ihrem Willen den machtpolitischen Rückhalt bieten will, ohne den auch die trefflichsten Gedanken nicht verwirklicht werden können. Wenn es gut geht, werde ich mein Amt in die Hände des Prinzen *Friedrich Wilhelm*<sup>83</sup> zurücklegen; haben wir kein Glück, so bringe ich meinem König das letzte Opfer, meinen Kopf. Die Hauptsache ist, dass ich selbst keine politische Entscheidung zu treffen habe, denn das kann ich nicht. Von der Aufgabe des Soldaten aber verstehe ich genug.“

Ich muss gestehen, dass mir die Bescheidenheit des Generals von Below einen tiefen Eindruck machte, zumal da es mir zum ersten Mal begegnete, dass ein durch seine Leistungen als Feldherr zu weltgeschichtlichem Ruhm erhobener Mann sich einem um mehr als ein Jahrzehnt Jüngeren unterordnen zu wollen erklärte, ja dass er diese Unterordnung zur Bedingung der Zusammenarbeit machte. Bis dahin hatte ich erlebt, dass jeder noch so kleine militärische Freikorpsführer mindestens die Wahrung seiner Selbständigkeit verlangte, meist sogar auch das Recht, die politischen Massnahmen zu überprüfen, die von der Leitung getroffen wurden.

---

1881 Kommandant von Posen, 1885 mit dem Charakter eines Generals zur Disposition gestellt.

<sup>82</sup> Siehe auch Kapitel 6.11. und 6.15.

<sup>83</sup> Siehe Kapitel 4.9.

Damals sprach ich dem General meinen Dank für sein einzigartiges Verhalten aus, und wir schlossen unser Bündnis, das freilich – *ohne unsere Schuld* – nicht zur Wirkung kam. Wie sich dies zutrug, wird im Zusammenhang zu schildern sein.

In der folgenden Zeit besuchte mich der General öfters in Berlin, wie ich auch zu Besprechungen mit ihm und Frantz wiederholt nach Kassel reiste. Es war ein Verhältnis vollkommenen gegenseitigen Vertrauens, und Below unterzog sich auch Aufgaben, die ihm nicht lagen. So insbesondere, als er im Juni 1923 auf meinen Wunsch Beziehungen zu General *von Seeckt* aufnahm, um festzustellen, wohin die wahren Absichten dieses angeblich undurchsichtigen Chefs der Heeresleitung gingen.<sup>84</sup> Als dann später der Reichsausschuss für das Volksbegehren wider den Young-Plan<sup>85</sup> gegründet wurde, stellte sich Below mit seinem Namen an die Spitze und eröffnete durch eine kurze militärische Ansprache die begründete Versammlung, die im Herrenhaus abgehalten wurde.<sup>86</sup>

### 5.6. General von Behrendt<sup>87</sup>

Als dritter im Bunde gehörte zu dem Kreise, in dem General *Otto von Below* und Oberst *Frantz* den Mittelpunkt bildeten, nach seiner ganzen Einstellung der aktive General der Artillerie *Richard von Behrendt*<sup>88</sup>, damals Befehlshaber des Gruppenkommandos 2, das seinen Sitz in Kassel hatte.<sup>89</sup> Durch seine beiden Gesinnungsgenossen wurde er in die Gedankenwelt des Alldeutschen Verbandes eingeführt und, als er am 1. Januar 1923 das Gruppenkommando 1 in Berlin übernahm, veranlasst, mit mir in Führung zu treten. Frantz, mit dem ich Ende 1922 und Anfang 1923 wiederholt zusammengewesen war<sup>90</sup>, bereitete mich auf den Besuch des Generals vor und erklärte vor allem, dass ich vor ihm kein Geheimnis zu haben brauche, da er bis zum letzten Gedanken zu uns gehöre.

---

<sup>84</sup> Siehe Kapitel 6.1.–6.15.

<sup>85</sup> Owen D. Young (1874–1962) war 1924 Mitglied der Sachverständigenkommission zur Neuregelung der deutschen Reparationsschulde (Dawes-Plan), 1929 nach Befürchtungen deutscher Zahlungsunfähigkeit Vorsitzender des neuen Sachverständigenkongresses (Young-Plan). Der Young-Plan wurde 1931, nach der 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise, durch das Hoover-Moratorium aufgehoben.

<sup>86</sup> Siehe auch Kapitel 8.4. Der Reichsausschuss für das deutsche Volksbegehren gegen den Youngplan wurde von Alfred Hugenberg, Franz Seldte, Adolf Hitler und Claß gegründet. Die Hauptreferate in der Sitzung im Senatssaal des Preußischen Herrenhauses hielten am 9.7.1929 Alfred Hugenberg und Adolf Hitler.

<sup>87</sup> Gemeint ist Richard von Berendt.

<sup>88</sup> Gemeint ist Richard von Berendt.

<sup>89</sup> Richard von Berendt war Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos 2 in Kassel (Wehrkreis V) vom 21.8.1921–31.12.1922.

<sup>90</sup> Siehe Kapitel 6.2.

Etwa drei Wochen nach seiner Übersiedlung nach Berlin besuchte mich General von Berendt<sup>91</sup>. Wir waren stundenlang zusammen, und es ergab sich die vollste Übereinstimmung auf den Gebieten, die unsere Arbeit für Gegenwart und Zukunft betrafen. Ich lernte dabei den General als einen der seltenen Männer kennen, die Überzeugung mit Ruhe und Selbstbeherrschung verbinden, und die in keinem Augenblick das innere Gleichgewicht verlieren.

Im Laufe unserer Verbindung bekam ich nicht nur vieles zu hören, was der General im Weltkrieg erlebt hatte, war er doch einer unserer „grossen“ Artilleristen, die jeweils dahin berufen wurden, wo besonders schwere Aufgaben zu erfüllen waren – sondern es ergaben sich auch Mainzer Berührungspunkte, da sein Vater<sup>92</sup> mehrere Jahre als Kommandeur des brandenburgischen Fussartillerie-Regiments No 3 in Mainz gestanden hatte und er selbst dann in dem gleichen Regiment späterhin Kompagniechef gewesen war.

Nach kurzer Zeit herrschte zwischen uns ein Verhältnis unbedingten Vertrauens, und ich war dankbar, mit einem Soldaten seines Ranges und Ansehens in fortwährendem Verkehr zu stehen und von ihm über wichtige militärische Vorgänge unterrichtet zu werden. Von besonderer Bedeutung wurde dies, als General von Berendt in mich drang, die Verbindung mit dem Chef der Heeresleitung *General von Seeckt*, aufzunehmen.<sup>93</sup> Er begründete dies damit, dass dieser General in dem allgemeinen Chaos doch der einzige Träger wirklicher Macht sei. Es sei unnatürlich, wenn ich, in dem Berendt den Vertreter des entschiedensten Aufbauwillens sah, nicht zu jenem Manne in ein Verständnis gelange, das eine Zusammenarbeit ermögliche. Als ich mich entschlossen hatte, diesen Gedankengängen Folge zu geben, übernahm es General von Berendt, eine Einladung von Seeckt an mich zu vermitteln. Dazu war er besonders geeignet, weil er während des Weltkrieges längere Zeit mit diesem zusammen in wichtigen Stellungen gewirkt und in vertrautem Verkehr mit ihm gestanden hatte. Berendt hatte mit seinem Schritte bei General von Seeckt Erfolg: über die Beziehungen und nachher Verwicklungen, die sich daraus ergaben, wird später berichtet werden.<sup>94</sup>

In Zusammenhang mit den Erlebnissen, die General von Berendt mit dem Chef der Heeresleitung hatte, nachdem ich mit jenem in Verbindung getreten war, nahm er aus eigenem Entschluss seinen Abschied, weil sein innerstes Gefühl sich dagegen auflehnte, unter den Verhältnissen im Dienst zu bleiben, wie sie durch General von Seeckt in der Reichswehr geschaffen worden waren.

Nach vorübergehendem Aufenthalt in seiner schlesischen Heimat in der Nähe von Schweidnitz zog dann der General wieder in die Nähe von Berlin nach Alt-Grimnitz in der Uckermark.<sup>95</sup> In der ganzen Zeit, seitdem wir uns

<sup>91</sup> Gemeint ist Richard von Berendt.

<sup>92</sup> Oberst von Berendt war 1880–1888 Kommandeur des (Brandenburgischen) Fußartillerie-Regiments (Generalfeldzeugmeister) No. 3, 1881 Oberstleutnant, 1885 Oberst.

<sup>93</sup> Siehe auch Kapitel 6.22.

<sup>94</sup> Siehe Kapitel 6.1.–6.15.

<sup>95</sup> Alt-Grimnitz liegt in der Nähe von Joachimsthal, seiner Zeit im Kreis Angermünde in der preußischen Provinz Brandenburg.

näher kennengelernt hatten, wurden die freundschaftlichen Beziehungen nicht nur zwischen uns beiden, sondern auch zwischen unseren beiden Familien immer enger; insbesondere lernten wir Frau von Berendt<sup>96</sup> ebenso schätzen und verehren wie ihren Gatten.

### 5.7. General von Möhl

Als General von Berendt nach Berlin versetzt worden war, wurde der Kommandeur der 7. Reichswehr-Division, die in München ihren Standort hatte, zu seinem Nachfolger ernannt.<sup>97</sup> Es war dies der General der Infanterie *Arnold Ritter von Möhl*, ein in Krieg und Frieden im höchsten Grade bewährter Offizier. In Kassel knüpften General *von Below* und Oberst *Frantz* alsbald Beziehungen mit ihm an. Sie stellten dabei fest, dass Möhl ganz auf unserem Boden stehe, und so brachten sie es fertig, dass auch der neue Führer des Gruppenkommandos 2 bald zu unseren engeren Mitarbeitern gehörte.

Möhl lernte ich näher bei einer Zusammenkunft in Hannover kennen, und ich freute mich über die seelische Einstellung des vortrefflichen Offiziers, der, ohne viel Worte zu machen, erkennen liess, was in ihm steckte.

Damals, im 3. Vierteljahr des Jahres 1923, war sich Möhl über seinen Chef, General *von Seeckt*, schon vollkommen im klaren.<sup>98</sup> Er erzählte mir Fälle von seiner auffallenden Parteilichkeit in der Beurteilung und Behandlung verdienster Offiziere. Was für mich aber die Hauptsache war: er behauptete mit aller Bestimmtheit, dass Seeckt niemals politisch zu einem wirklichen Entschluss oder gar zum Einsatz seiner Person kommen werde.

Als ich die Rede darauf brachte, dass der Chef der Heeresleitung ganz allgemein als die „Sphinx“ bezeichnet werde, von der man annehme, dass sie grosse Entschlüsse geheim halte, um ihre Durchführung vorzubereiten, sagte Möhl mit wegwerfendem Hohn: „Der – ein Sphinx? Das kann nur einer sagen, der ihn nicht kennengelernt hat. Ich kenne ihn und sage Ihnen, diese Sphinx ist nichts anderes als ein leerer Kassenschrank!“ Er spielte damit auf eine durch das ausserordentliche Mass ihrer Betrügereien bekannt gewordene Pariser Hochstaplerin an, die zum Gimpelfang einige Kassenschränke in ihrer Wohnung stehen hatte, in denen sich aber bei der gerichtlichen Öffnung nur einige Sous<sup>99</sup> an Geldwerten fanden.<sup>100</sup> Mir hat diese Kennzeichnung Seeckts

---

<sup>96</sup> Gemeint ist Elise Eleonore Alwine von Berendt.

<sup>97</sup> Arnold Ritter von Möhl war Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos 2 in Kassel (Wehrkreis V) vom 1.1.1923–31.12.1924.

<sup>98</sup> Siehe Rabenau: Hans von Seeckt, S. 339–390 und Carsten: The Reichswehr and Politics, S. 153–195.

<sup>99</sup> Ehemalige französische Währungseinheit. Im 17. und 18. Jahrhundert gebräuchlich anstatt des älteren Sol. 1795 durch den Franc abgelöst.

<sup>100</sup> Gemeint ist vermutlich die Geschichte der Thérèse Daurignac (1856–1918), die durch phantasievolle Ausschmückung ihres Besitzes, den es nicht gab, sowie durch die Vorgabe einer Abkunft von einem amerikanischen Millionär Spekulanten und Kreditgeber anzog. Als Gustave Humbert, der aus dem republikanischen Adel stammte und ein hochangese-

wegen ihrer Schlagkraft grossen Eindruck gemacht, und ich muss zugeben, dass, wenigstens politisch, der Chef der Heeresleitung ein leerer Kassen-schrank war und geblieben ist.

General von Möhl liess, glaube ich, sein Urteil über seinen obersten mili-tärischen Vorgesetzten zu deutlich merken. So dauerte es nicht lange, bis er abberufen wurde, worauf er in seine bay[e]rische Heimat übersiedelte.<sup>101</sup> Man wird es als einen Beweis seines gesunden Instinktes anzusehen haben, dass er den Chef der Heeresleitung hasste – um nicht mehr zu sagen. Er verfolgte wei-terhin die Entwicklung der Reichswehr mit liebender Sorge und wurde eifri-ger Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung“, für die er ausgezeichnete Aufsätze schrieb. Es war etwas ganz Merkwürdiges um diesen Mann, der die Einsilbig-keit selbst zu sein schien, aber, wenn er, wie man in meiner Heimat sagt, ange-dreht war, bewies, dass er einen wundervollen Humor und eine umfassende Bildung besass.

### 5.8. General Hammer

Im alten Königreich Sachsen hatten wir ebenfalls einen Kreis wertvoller Männer zusammengefasst, der die politische Vorarbeit für die erstrebte Reichs-reform leistete. Die Mittelpunkte waren dort Dresden und Plauen, wo damals besonders eifrige Ortsgruppen des Alldeutschen Verbandes bestanden.<sup>102</sup> Es seien hier nur Sanitätsrat *Dr. Kretschmar*<sup>103</sup> und Rechtsanwalt *Dr. Arthur Mil-*

---

hener Jurist sowie Justizminister und Senator auf Lebenszeit war, ihr Schwiegervater wurde, erweiterte sich der Kreis des Einflusses um bekannte Politiker, Botschafter, Bankiers und Kirchenvertreter. Ihr Salon in Paris wurde stadtbekannt. Ihr Bruder Romain hatte skeptische Gläubiger in den Selbstmord getrieben oder umgebracht. Nach 20 Jahren wurden die Lügen bekannt und es kam zu einem Prozess. 1901 wurde durch Gerichtsbeschluss der Tresor zwangsgeöffnet, um die falschen Finanzrücklagen zu veröffentlichen. Sie floh zunächst nach Madrid, wurde dort Ende 1902 festgenommen, zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt und 1908 entlassen.

<sup>101</sup> Arnold Ritter von Möhl hoffte auf den Oberbefehl des Gruppenkommandos I in Berlin und wurde aber stattdessen zum 31.12.1924 entlassen. 1928 zog er nach Starnberg.

<sup>102</sup> Sachsen war eine der wichtigsten Mobilisierungsregionen für den Alldeutschen Verband. In Dresden war es vor allem der Bibliothekar und Archivar Dr. Georg Beutel, der die Orts-gruppe aktiv leitete und die Verbindung zum Landesverband der DNVP vor allem über Otto Kretschmar herstellen half. Sanitätsrat Dr. Eugen Hopf und Reinhold M. Schulze aus Dresden waren darüber hinaus Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses, und Paul Bang besuchte ab 1919 regelmäßig Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses. In Plauen war Dr. Gustav Pezoldt der Ortsgruppenvorsitzende sowie Mitglied des Geschäfts-führenden Ausschusses und der genannte Dr. Arthur Müller sowie Stadtrat Findeisen und auch Stadtamtmann F. Fiedler führende Verbindungsmänner zwischen Verbandsleitung und Ortsgruppe.

<sup>103</sup> Gemeint ist Otto Kretschmar (1865–1933), Sanitätsrat in Dresden, 1918/19–1929 Vorsitzen-der der Ortsgruppe Dresden der DNVP, 1920–1933 Mitglied des Geschäftsführenden Aus-schusses des ADV in Dresden, 1921 Stellvertreter des Alldeutschen Ehrenrats und des Ehrengerichts, 1922–1930 Mitglied des Sächsischen Landtages für die DNVP, Mitglied des VRA der DNVP, während der Anti-Youngplan-Kampagne der „nationalen Opposition“ 1929–1930 Mitglied des Referendum-Ausschusses und 1930–1933 Vorsitzender Gau Ober-elbe des ADV. Kretschmar war als ADV-Gauvorsitzender Nachfolger von Dr. Georg Beutel

ler<sup>104</sup> genannt. Die militärische Vorbereitung und spätere Leitung war dem Generalleutnant *Hammer* zugeordnet, einem ausgezeichneten Offizier, der für unsere Anschauungen und Pläne volles Verständnis hatte und unbeschadet seiner Treue zu seinem König<sup>105</sup>, der in ihm wohl seinen wertvollsten Berater sah, sich unserer Arbeit ohne Vorbehalt zur Verfügung stellte.

Es ist für diesen vortrefflichen Mann kennzeichnend, dass er mich, nachdem wir etwa zwei Jahre miteinander gearbeitet hatten, in Berlin aufsuchte und den Wunsch äusserte, die derzeitige Lage im Vaterlande von Grund aus zu besprechen und dabei auch zu sagen, welche Folgerungen sich für ihn daraus ergäben. Ich erklärte mich selbstverständlich sofort dazu bereit, und es war mir eine Freude zu sehen, mit welcher Klarheit dieser Soldat, der während der ganzen Zeit des Weltkrieges im Felde gestanden hatte, die politischen Vorgänge in der Heimat und die durch das Versagen der Fürsten und ihrer Regierung geschaffenen Zustände beurteilte.

Der General berichtete mir dann, er habe es bisher für selbstverständlich gehalten, dass, wenn sich in Deutschland eine Gegenwirkung gegen den 9. November 1918 erreichen lasse, das Haus Wettin wieder zur Herrschaft im Königreich Sachsen berufen werde.<sup>106</sup>

Diese seine Auffassung habe sich durch den Thronverzicht des sächsischen Kronprinzen<sup>107</sup> völlig geändert. Als er die erste Nachricht hiervon er-

---

(1863–1942), Archivar, 1919–1933 Vorsitzender der Ortsgruppe Dresden sowie 1897 Ortsgruppengründungsmitglied und bis 1927 Gauvorsitzender sowie Major Moritz Müller, 1927–1930 Gauvorsitzender und zuvor Vorsitzender der alldeutschen Ortsgruppe Dresden der DVFP und Vorsitzender des Ausschusses der Bismarck-Hochschule. Kretschmars Nachfolger als Gauvorsitzender 1933–1939 wurde General Erich Wöllenwarth (1872–1951), der 1929 aus der Armee mit dem Charakter eines Generals der Infanterie ausschied, 1939–1942 u. a. Kommandierender General vom Stellvertretenden Generalkommando IV. Armee-korps in Dresden und Befehlshaber im Wehrkreis IV. war.

<sup>104</sup> Arthur Müller (1883–1957), Rechtsanwalt und Notar, Mitglied der DNVP (1925 Austritt), führendes Mitglied der Ortsgruppe Plauen des ADV, 1926 Verteidigung Adolf Hitlers als Zeuge im Beleidigungsprozess gegen Eugen Fritsch (um die Behauptung in der Plauener Stadtverordnetenversammlung im August 1925, die NSDAP sei durch „französisches Geld“ mitfinanziert), 1927 Beleidigungsprozess (wegen Unterstellung, Außenminister Gustav Stresemann habe in seiner Locarno-Verständigungspolitik eigenmächtig gehandelt und korrupte Geschäfte als Aufsichtsvorsitzender der Deutschen Evaporator AG gemacht), 1933 Vorsitzender der Ortsgruppe Plauen und des Gaues Vogtland des ADV, Autor u. a. der Schrift: *Der soziale Gehalt des völkischen Gedankens* (1925).

<sup>105</sup> Gemeint ist König Friedrich August von Sachsen.

<sup>106</sup> Das Haus Wettin gehört zu den ältesten Geschlechtern des deutschen europäischen Hochadels und lässt sich bis in die zweite Hälfte des 10. Jahrhunderts zurückverfolgen. Der Aufstieg des Herrscherhauses geschah mit der Beleihung der Markgrafschaft Meißen von Konrad I. (von Meißen) 1125. Im Jahre 1485 fand die Teilung der Wettiner Lande in Ernestiner und Albertiner Lande statt (Leipziger Teilung). Erbteilungen und Neugliederungen folgten in den nächsten Jahrhunderten. Der letzte König von Sachsen war von 1904 bis zur Abdankung am 13.11.1918 Friedrich August III. (1865–1932) aus der albertinischen Linie der Wettiner. Prinz Friedrich von Sachsen zog sich nach seiner Abdankung auf seinen niederschlesischen Besitz Schloss Sibyllenort (Szczodre) zurück. Zur finanziellen Entschädigung durch den neuen Freistaat Sachsen sowie zur Anerkennung des Grundbesitzes kam es 1924.

<sup>107</sup> Gemeint ist Georg von Sachsen (1893–1943), 1917 Generalstab der 4. Armee bei der Heeresgruppe „Kronprinz Rupprecht“, 1918 Oberstleutnant, 1918 Beitritt zu den Franziska-

hielt, dass der junge Fürst gewissermassen, um die Sünden seiner Vorfahren zu büssen, den Entschluss zum Thronverzicht und zum Eintritt in den geistlichen Stand habe erkundigen lassen, habe er sich sofort auf den Weg gemacht und den Kronprinzen in Freiburg i. Br. aufgesucht, um ihn umzustimmen.

Dort habe er dem jungen Herrn mit aller Deutlichkeit erklärt, dass, wenn er wirklich auf den Thron verzichtete und Geistlicher werde, das Ende des königlichen Hauses Wettin gekommen sei. Um ganz deutlich zu reden, müsse er dem Prinzen sagen, dass seine mystische Einstellung, die Sünden seiner nächsten Vorfahren durch ein Leben im geistlichen Stande tilgen zu wollen, eine Pflichtvergessenheit gegenüber seinem Hause, vor allem aber auch gegenüber dem sächsischen Volke und dem gesamten Vaterlande bedeute. Freilich hätten die deutschen Fürsten viel gutzumachen – das könnten sie aber nicht durch Weltflucht, sondern im Gegenteil, indem sie mit allen Kräften ihrer Seele sich für ihr Volk und seine Rettung aus verzweifelter Lage einzusetzen.

Der Prinz blieb bei seinem Entschluss, Priester zu werden<sup>108</sup>, und so reiste Generalleutnant Hammer mit zerrissenem Gemüt nach Hause, von wo er wenige Tage später zu mir kam. Die Schlussfolgerung, die er aus dem Verhalten des Kronprinzen zog, ging dahin, dass ein bisher regierendes Haus, dessen Thronerbe so wenig Pflichtgefühl im Leibe habe, dass er den ihm nach der geschichtlichen Entwicklung und dem bis dahin geltenden Recht zukommenden Thron preisgebe, und damit das ihm überkommene Amt im Stich lasse, das Daseinsrecht und jedenfalls jeden Anspruch verwirkt habe.

Es war für mich erschütternd zu hören, wie dieser königstreue Mann zum Schlusse kam und sagte, nach diesem Erlebnis und der daraus gewonnenen Erkenntnis könne er in unserem Kreis nur weiter mitarbeiten, wenn wir in unseren Plänen darauf eingingen, dass das Gebiet des früheren Königreiches und jetzigen Volksstaates Sachsen bei der von uns erstrebten Reichsreform zu Preussen geschlagen werde.

Ich antwortete, dass eine solche Lösung durchaus in unserem Sinne liege, und ich bäte ihn demgemäss, seine führende Tätigkeit im Kreise unserer sächsischen Gesinnungsfreunde beizubehalten und unter der Hand dafür zu sorgen, dass die von ihm gewonnene Erkenntnis zum Allgemeingut der Völkischgesinnten seines Heimatlandes werde.

Ich hatte umso grössere Hoffnung, dass mir dies gelingen würde, als mir seit langem bekannt war, dass in so wichtigen Städten wie Leipzig und Plauen seit altersher eine sehr starke Strömung für den Anschluss an Preussen vorhanden war. Dies war so weit gegangen, dass aus der Bürgerschaft Plauens

---

nern, Studium der Nationalökonomie, Soziallehre und Kirchengeschichte in Breslau, 1919 endgültige Entscheidung für das Priestertum, 1920–1923 Studium der Theologie in Freiburg, 1923–1924 Priesterseminar St. Peter nahe Freiburg, 1924 Priesterweihe.

<sup>108</sup> Georg von Sachsen dachte seit dem Frühjahr 1918 daran, Priester zu werden, und verzichtete nach der Novemberrevolution 1918 auf die Thronnachfolge und legte 1924 die Priesterweihe ab.



heraus im Jahre 1866 nach dem Siege Preussens über Österreich<sup>109</sup> und seine Bundesgenossen der Ruf an die preussische Regierung ergangen war, jedenfalls das Vogtland als Siegespreis zu verlangen.<sup>110</sup> Der sächsische Hof hatte hierin einen Treubruch erblickt, und so kam es, dass kein sächsischer König jemals nachher Plauen besucht hat.

### 5.9. Albert Vowinckel

Bald nach meiner Übersiedlung nach Berlin, noch ehe die Meinen mir dorthin nachgefolgt waren, lernte ich durch die Vermittlung des Justizrats *Stolte*<sup>111</sup> den Grosskaufmann *Albert Vowinckel*<sup>112</sup> kennen, dessen in Wiesbaden wohnender Vater<sup>113</sup> und in der Reichshauptstadt ansässiger Bruder<sup>114</sup> alte Mitglieder des Alldeutschen Verbandes waren, die beide wiederholt aus eigenem Antrieb grössere Beträge zur Förderung unserer Arbeit gestiftet hatten.

---

<sup>109</sup> Gemeint ist der Deutsch-Österreichische Krieg 1866 als der zweite deutsche Einigungskrieg zwischen dem Deutschen Bund unter österreichischer Führung und Preußen mit seinen Verbündeten, der mit dem Sieg Preußens bei Königgrätz am 3.7.1866 endete.

<sup>110</sup> Im 12. Jahrhundert wurde Plauen zum kirchlichen Mittelpunkt des Vogtlandes, das ab dem 14. Jahrhundert so benannt wurde. Im 14. Jahrhundert nahmen die Wettiner Kursachsen das Vogtland vom König von Böhmen als erbliche Lehen und es kam in die ernestinische Linie der Wettiner. Plauen fiel im 16. Jahrhundert kurzzeitig an Heinrich V. von Plauen (1533–1568) und kam 1575 endgültig nach Sachsen. Im Krieg gegen Österreich 1866 stellte sich Sachsen unter König Johann von Sachsen (1801–1873), der eine großdeutsche Reichseinigung unter Einschluss Österreich-Ungarns befürwortete, zunächst, auch aufgrund verwandtschaftlicher Beziehungen zum Hause Habsburg, auf die Seite Österreichs und trat erst nach dem Sieg bei Königgrätz dem Norddeutschen Bund bei.

<sup>111</sup> Erich Stolte (1857–1936), Justizrat und Notar in Berlin, 1890/91 Gründungsmitglied des ADV, seit 1910 mit Unterbrechungen Vorsitzender (und zuletzt Ehrenvorsitzender) der alldeutschen Ortsgruppe Berlin und bis mindestens 1934 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, gehörte um die Jahrhundertwende zum frühen antisemitischen Lager innerhalb des ADV, 1921 Stellvertreter des Alldeutschen Ehrenrats und des Ehrengerichts, Treuhänder bei der Neudeutschen Verlags- und Treuhandgesellschaft für die anonymen Gesellschaften. Stoltes Frau war Erste Vorsitzende der alldeutschen Frauengruppe. Seine Tochter Hildegard war zeitweilig Schriftführerin der kurzlebigen Alldeutschen Jugend (1920/21–1922/23).

<sup>112</sup> Albert Vowinckel (zuweilen auch als Albert Vowinkel geführt) Kaufmann in Berlin-Nikolassee, Inhaber und Aufsichtsratsvorsitzender des Joh. Jakob Vowinckel Großgeschäfts in Grubenholz und Schwellen in Berlin-Charlottenburg (Mitgesellschafter Karl Richtberg), seit 1919 mit Claß befreundet, 1920 auch für den Norddeutschen Ordnungsblock tätig, ab 1924 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, nach 1945 Wohnsitz in Mittelefranken und bis in die fünfziger Jahre als Mitgesellschafter der Joh. Jak. Vowinckel KG geführt.

<sup>113</sup> Biographische Angaben zu Albert Vowinckel sind sehr fragmentarisch überliefert. Gemeint ist eventuell Jacob Vowinckel, Kaufmann in Wiesbaden, Mitglied des ADV und ab 1909 Beisitzer im Vorstand des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins, um 1909–1912 zunächst von Berlin und dann von Wiesbaden aus zusammen mit Albert Vowinckel Inhaber der Joh. Jakob Vowinckel Großhandlung in Grubenholz und Schwellen in Berlin-Charlottenburg.

<sup>114</sup> Gemeint ist vermutlich Martin Vowinckel (zuweilen auch als Martin Vowinkel geführt), 1910–1913 Amtsrichter in Berlin, 1918–1919 Richter am Landgericht in Berlin, 1919–1921 Landgerichtsrat, 1922–32 Landgerichtsrat a. D. und 1934–1938 Rechtsanwalt in Berlin.

Mit Albert Vowinckel wurde ich sehr schnell einig; d. h. es ergab sich die vollkommenste Übereinstimmung auf allen Gebieten, auf denen der Alldeutsche Verband sich zu bestätigen hatte. Der neue Gesinnungsgenosse, der mir bald ein vertrauter Freund wurde, schloss sich an unsere Gemeinschaft sofort an: er wurde ihr ein eifrigster Mitarbeiter und folgte dem Beispiel seines Vaters und seines Bruders, indem er den Verband durch stattliche Spenden unterstützte. Als dann die Meinen mir nach Berlin nachgefolgt waren und wir unser eigenes Heim hatten, ergab sich der schönste Verkehr zwischen den beiden Familien, so dass man von einer engen Freundschaft beider reden konnte. Albert Vowinckel selbst wurde bald zu dem engsten Kreis meiner Berater und Mitarbeiter herangezogen und hat sich in der ganzen langen Zeit stets als ebenso charaktervoller wie entschiedener Vertreter unserer Sache erwiesen.

### 5.10. In die Schweiz

Der Alldeutsche Verband war in den letzten Septembertagen des Jahres 1890 in Frankfurt a. M. gegründet worden.<sup>115</sup> Zur Erinnerung daran veranstalteten wir in den gleichen Tagen des Jahres 1920 eine Tagung in Frankfurt a. M.<sup>116</sup>, die eine Übersicht über unsere ganze vergangene Arbeit und diejenige der Zukunft bieten sollte. Die Vorbereitung wurde dadurch erleichtert, dass, wie gesagt, Oberstleutnant Bonhard die Verbandsgeschichte bearbeitet hatte, die jeden unserer Freunde in die Lage versetzen sollte, sich über die Vergangenheit unserer Kampfgemeinschaft zu unterrichten. Die Tagung war aus allen Teilen unseres Vaterlandes stark besucht; erfreulicherweise waren auch aus Österreich viele Gesinnungsgenossen erschienen. So stand die Tagung vollkommen auf der Höhe der Erinnerungsfeier.

Im Anschluss daran unternahm ich eine zweiwöchige *Reise in die Schweiz*<sup>117</sup>, die mir besonders bedeutsam wurde. Es ist hier die Stelle, wo ich

<sup>115</sup> Der Allgemeine Deutsche Verband ist am 9.4.1891 in Berlin gegründet worden. Der Gründung gingen Planungen vom Frühsommer 1890 in Reaktion auf den Helgoland-Sansibar Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien voraus, die einerseits aus dem Allgemeinen Deutschen Verband zur Förderung überseeischer deutsch-nationaler Interessen durch die 1886 sich neu formierende Gesellschaft für deutsche Kolonisation und der Deutsch-Ost-Afrikanischen Gesellschaft sowie durch deutsche Staatsbürger aus Zürich die Gründung des ADV (ab 1894) initiierten. Carl Peters und auch Alfred Hugenberg waren Gründungsmitglieder 1890/1891. Am 28.9.1890 wurde auf einer Versammlung „vertraulich Geladener“ der Aufruf zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Verbandes beschlossen. Siehe Claß: Vorwort, in Alldeutscher Verband: Zwanzig Jahre, S. V–IX.

<sup>116</sup> Die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV fand in Frankfurt/Main am 24.9.1920 statt.

<sup>117</sup> Die Reise fand Ende September/Anfang Oktober 1920 statt. Siehe auch Claß an Erich Stolte, 7.9.1920, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 206, Bl. 52 und Claß an Otto Helmut Hopfen, 11.10.1920, in ebd., Bd. 392, Bl. 150. Die Gründung des ADV 1890/1891 ging wesentlich auf eine Gruppe Schweizer Reichsdeutscher wie dem Augenarzt Adolf Fick in Zürich zurück und der Verband unterhielt auch aktive Ortsgruppen. Zu den engsten Schweizer Verbindungsmännern des ADV gehörte Major a. D. Freiherr Schilling von Cannstatt als Geschäftsführer von der Geschäftsstelle des ADV in Berlin.

von den Beziehungen zu berichten habe, die Major *Ulrich Wille*<sup>118</sup> mit mir angeknüpft hatte, der als sogen. Instruktionsoffizier dem [s]chweizer Heere angehörte und ein Sohn des während des Weltkrieges die gesamte Schweizer Wehrmacht befehligenen Generals<sup>119</sup> war. Veranlasst dazu wurde er durch den *Grafen Siegfried Eulenburg*<sup>120</sup>, den letzten Kommandeur des altberühmten 1. Garderegiments zu Fuss, dessen Frau<sup>121</sup> eine Base von Willes Frau<sup>122</sup> war. Zwischen den beiden Familien bestand ein enger verwandtschaftlicher Verkehr, und es war selbstverständlich, dass die mit allen Nahrungsmitteln reichlich versehenen Schweizer ihre reichsdeutschen Verwandten zu Erholungs-aufenthalten einluden.

Graf Eulenburg hatte sofort seinen Abschied genommen, nachdem er sein Regiment in Ehren nach Potsdam zurückgeführt und dort aufgelöst hatte. Er stellte sich dann ehrenhalber der Deutschnationalen Volkspartei als Redner zur Verfügung und trat als solcher vor allem auf, nachdem die Wahlen zur Nationalversammlung ausgeschrieben waren. Der Graf veranlasste damals auch seinen angeheirateten Vater Wille, der in der Mark ein Rittergut besass, ihn bei seiner rednerischen Tätigkeit zu unterstützen. Wirklich trat auch der schweizerische Berufsoffizier in mehreren Wahlversammlungen als Redner zu Gunsten der Deutschnationalen Volkspartei auf. Der Graf hinwiederum war seit seiner Leutnantszeit Mitglied des Alldeutschen Verbandes und empfahl seinem Vetter, mit mir in Verbindung zu treten, da er sich nicht nur über den da-

---

<sup>118</sup> Gemeint ist Ulrich Wille (1877–1959), Studium und Promotion in Rechtswissenschaft, Instruktionsoffizier der Schweizer Armee, 1906–1907 beim Gardejäger-Bataillon in Potsdam, 1931 Waffenchef der Infanterie, 1942 Entlassung aus der Armee. Siehe zur Beziehung zu Ulrich Wille auch Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 7./8.7.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 116, Bl. 7.

<sup>119</sup> Ulrich Wille (1848–1925), Studium der Rechtswissenschaft, 1880 Übernahme der Herausgeberschaft der Zeitschrift für die schweizerische Artillerie, 1883 Oberinstrukteur der Kavallerie, 1885 Oberst, 1896 aufgrund von Differenzen über die forcierte Ausbildungsforderung Austritt aus der Armee und erfolglose Kandidatur für den Nationalrat, Übernahme der Leitung der militärwissenschaftlichen Abteilung der TH in Zürich, 1900 Kommandeur der VI. Division, ab 1901 Redakteur der Allgemeinen Schweizerischen Militär-Zeitung, 1904 Kommandeur des III. Armeekorps, ab 1903 Dozent und ab 1907 Professor für Militärwissenschaft am Eidgenössischen Polytechnikum Zürich, 1914 Oberbefehlshaber der Schweizerischen Armee zur „Grenzbefestigung“, 1918 Befürwortung von Gewalt gegen den ausgerufenen Streik des Oltener Aktionskomitees (11.–14. November) zur Durchsetzung sozialer Forderungen nach Zusammenschluss von Gewerkschaften und SPD, 1920 politische Ablehnung des Beitritts der Schweiz in den Völkerbund.

<sup>120</sup> Gemeint ist Botho Karl Siegfried Graf zu Eulenburg-Wicken (1870–1961), 1901–1903 beim Großen Generalstab, 1914–1918 Kommandeur des 1. Bataillons und Einsatz an der West- und Ostfront, nach Kriegsende Niederlegung seines Kommandos und 1919 Bildung von Freikorpseinheiten mit Einsätzen in Kurland, Oberschlesien und Frankfurt/Oder, 1919 Überführung in die vorläufige Reichswehr, 1920 Austritt als Oberstleutnant aus der Armee, 1920–1933 Landesführer des Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten in Ostpreußen, 1939 Oberst.

<sup>121</sup> Gemeint ist Jeanne Gräfin zur Eulenburg-Wicken (1872–1960), Heirat mit Botho Karl Siegfried Graf zu Eulenburg-Wicken, geborene von Burg, Tochter des preußischen Generals der Infanterie Ernst Engelbert Oskar Wilhelm von der Burg.

<sup>122</sup> Gemeint ist Inez Ida Bertha Rieter (1879–1941).

mals herrschenden Zustand im Reich, sondern auch über die politischen Vorgänge während des Weltkrieges unterrichten wollte. Das tat Wille auch, der im Reich wohlbekannt war, da er einige Jahre bei den Gardejägern Dienst<sup>123</sup> getan hatte.

Wille führte sich mit der Mitteilung dieser Tatsache und unter Berufung auf Graf Eulenburg bei mir ein, und ich hatte jetzt das erfreulichste Erlebnis, das ich mir in jenen trüben Tagen wünschen konnte. Mein Besucher erwies sich als ein begeisterter deutscher Mann und bekannte sich politisch zu der Auffassung, dass nur eine aristokratische Staatsführung ein Volk wirklich leiten könne. So war von vornherein der Boden zwischen uns vorbereitet, und ich wusste, dass ich einem solchen Besucher gegenüber mich ohne jeden Rückhalt aussprechen konnte, einerlei, ob es sich um die Vorkriegszeit und die Gegenwart oder um unsere Bestrebungen für die Zukunft handelte.

Wille sprach den Wunsch aus, den Verkehr mit mir aufrechtzuerhalten, was auch mir sehr willkommen war. Ich sagte ihm, dass ich zum Anfang des Herbstes wegen unseres Verbandstages in Frankfurt<sup>124</sup> sein würde; vielleicht könnten wir uns bei dieser Gelegenheit sehen. Da meinte er, dann sei es doch gegeben, wenn ich doch schon in Süddeutschland sei, nach der Schweiz weiterzufahren. Er selbst und seine Frau, sicher aber auch sein Vater und seine Schwiegermutter[,] würden sich sehr freuen, mich als Gast zu sehen. Er könne heute noch keine endgültige Einladung aussprechen, weil er vom Herbst ab mit seiner Familie in einem Nebenhaus des grossen Besitzes seiner Schwiegermutter in Zürich wohne.<sup>125</sup> Er zweifle aber keinen Augenblick, dass diese mich einladen werde, bei ihr zu wohnen; er wolle dies sofort nach seiner Rückkehr in die Wege leiten.

Was konnte mir willkommener sein, als auf solche Art gewissermassen von vornherein unter der Obhut so deutsch gesinnter Menschen im Ausland zu weilen, um mich dort umzusehen?

<sup>123</sup> Ulrich Wille (1877–1959) war 1906–1907 beim königlich-preussischen Gardejäger-Bataillon in Potsdam.

<sup>124</sup> Der alldeutsche Verbandstag fand am 24.9.1920 in Frankfurt/Main statt.

<sup>125</sup> Gemeint ist Bertha Rieter-Bodmer (1857–1938, geborene Bodmer zu Arch), stammte auch einer Züricher Fabrikantenfamilie und war die Schwiegermutter von Ulrich Wille. Das Anwesen Villa Rieter in Zürich wurde im Auftrag der Familie Rieter 1886–1888 errichtet. Auf der Nordseite des Rieterparks empfing Ulrich Wille am 30.8.1923 in der Villa Schöenberg in Zürich, die aus dem 1872 durch die Familie Rieter erworbenen Besitz der Familie Wesendonck 1882 umgebaut wurde, auch Adolf Hitler zu einem Vortrag vor 40 Privatpersonen, die einen Betrag von geschätzten ca. 30.000 Franken für die NSDAP spendeten. Siehe Willi Gautschi: Hitlers Besuch in Zürich, in *Neue Zürcher Zeitung* 29.12.1978. Wille plante mit Alfred von Tirpitz, mit dem er über Tirpitz' Frau verwandt war, im November 1922 eine Diktatur, die von Bayern ausgehen sollte. Während Tirpitz gegenüber Hitler skeptisch blieb, war Wille enthusiastischer in seiner Einbindung von Hitler zusammen mit Georg Escherich und Hugo Stinnes, die eine Diktatur von Gustav Ritter von Kahr zusammen mit Rechtsverbänden und Führern der Schwerindustrie unterstützen sollten. Wille glaubte daran, dass sich Hitler gegenüber anderen politischen Führern und anderen Rechtsverbänden unterstellen und sich einbinden lassen würde. Siehe Scheck: Alfred von Tirpitz, S. 95–113.

Kurze Zeit nach seiner Rückkehr schrieb mir Wille, dass mich seine Schwiegermutter sehr gerne als Gast bei sich sehen werde, und dass auch sein Vater Wert darauf lege, dass ich ihn aufsuche. Auf diese Art kam ich unter den für mich angenehmsten Umständen nach der Schweiz. Ich fuhr zunächst von Frankfurt nach Basel und wohnte dort in dem altberühmten Gasthof „Zu den drei Königen“ am Rhein.<sup>126</sup> Es ist mir unvergesslich, welchen Eindruck es auf mich machte, als ich auf einem Balkon über dem Rhein sitzend, ein Bataillon schweizerischer Miliz aus der benachbarten Kaserne mit Trommlern und Pfeifern zu einer Nachtübung ausrücken sah. Als die Truppe über die Rheinbrücke marschierte, konnte ich mich überzeugen, in welcher tadellosen Ordnung dies geschah, und ich erinnerte mich, dass Ulrich Wille mir wiederholt davon gesprochen hatte, dass das kleine [s]chweizer Heer durch das Verdienst seines Vaters jetzt nach Auflösung des deutschen Heeres wohl die beste Truppe der Welt sei. Mir krampfte sich das Herz zusammen, und ich schäme mich nicht zu gestehen, dass mir die Tränen kamen, wie ich den Zustand im Reich mit dem in der Schweiz verglich.

Am anderen Tage reiste ich nach Zürich weiter und wurde von Major Wille an der Bahn in freundlichster Weise empfangen. Er fuhr mich hinaus auf den herrlichen Besitz seiner Schwiegermutter, die eine geborene *Bodmer*, eine Nachkommnin des [s]chweizer Dichters gleichen Namens<sup>127</sup>, war. Sie lebte als Witwe ihres Gatten, des Grossindustriellen *Rieter*<sup>128</sup>, auf dem Besitz, den dieser von dem reichsdeutschen Kolonial-Grosskaufmann *Otto Wesendonck*<sup>129</sup> erworben hatte, als dieser sich bewogen sah, die Schweiz zu verlassen, weil ein grosser Teil der Züricher Bevölkerung sich ungastlich gegen die Reichsdeutschen verhielt.<sup>130</sup>

Der Besitz, den ich jetzt kennenlernte, war von einzigartiger Schönheit. Inmitten eines riesigen Parks mit den herrlichen Bäumen lag auf einer Höhe über dem Züricher See des Herrenhauses, das sich Wesendonck nach seinem eigenen Geschmack hatte errichten lassen. Hier wohnte Frau Rieter-Bodmer

<sup>126</sup> Das Gasthaus „Zu den drei Königen“ am Rhein ist eines der ältesten Hotels Basels und wurde im 17. Jahrhundert erwähnt. Das heutige Gebäude wurde 1844 erbaut.

<sup>127</sup> Gemeint ist Johann Jakob Bodmer (1698–1783), Philologe, Bibliotheksmäzen, Professor für Helvetische Geschichte, Züricher Stadtpolitiker und Dichter, Autor u. a. der Schriften: Sammlung kritischer, poetischer, und anderer geistvoller Schriften, 12 Bde. (1741–1744) und Schweizerische Schauspiele (1775).

<sup>128</sup> Gemeint ist Fritz (Karl Friedrich Adolf) Rieter (1849–1896), Eintritt ins väterliche Geschäft Rieter Ziegler & Co., Mitglied der Schweizer Handelskammer und Verwaltungsrat der Schweizer Kreditanstalt, 1891–1896 Präsident der Kaufmännischen Gesellschaft Zürich.

<sup>129</sup> Otto Friedrich Ludwig Wesendonck (1815–1896), Kaufmann und Kunstmäzen, 1852 Bekanntschaft mit Richard Wagner und ab 1853 finanzielle Förderung des Komponisten.

<sup>130</sup> Zu dem Besitz gehörte die Villa Rieter und die benachbarte Villa Schönberg, die Sitz des Schwiegersohns von Bertha Rieter-Bodmer, Ulrich Wille, war. Otto Wesendonck kaufte von seinem Nachbarn, dem Nervenarzt Ludwig Binswanger, das 1850 errichtete Haus, um die Einrichtung einer psychiatrischen Klinik zu verhindern. 1872 verkaufte Wesendonck die Villa Schönberg an den Industriellen Arthur Rieter-Rothpletz. Um 1911 zählten 21 % (41.150) der Züricher Bevölkerung als „Reichsdeutsche“. Siehe Kurz: Der deutsche Kaiserbesuch in der Schweiz.

mit ihrem unverheirateten Sohne<sup>131</sup>, der gleichfalls schweizerischer Instruktionsoffizier war. In einem Backsteinhaus in einiger Entfernung von dem Haupthaus wohnte Major Wille mit seiner Familie. Dieses Gebäude hatte Wesendonck im Jahre 1857 *Richard Wagner*<sup>132</sup> zur Verfügung gestellt, als er auf Betreiben seiner mit dem Tondichter aufs innigste befreundeten Gemahlin *Mathilde Wesendonck*<sup>133</sup> ihn einlud, sein Gast zu sein. Hier hatte Wagner Tristan und Isolde geschaffen.<sup>134</sup>

Als *Kaiser Wilhelm II.* im Jahre 1911<sup>135</sup> auf die Einladung des schweizerischen Bundesrates an den dortigen grossen Manövern teilnahm, hatte Frau Rieter-Bodmer ihm ihr ganzes Haus zur Verfügung gestellt, während ihr Schwiegersohn, Major Wille, ihm als Ordonnanzoffizier beigegeben war.

Mit diesen Gastfreunden verlebte ich ungefähr eine Woche, und es war mir eine Wohltat, mich in den Räumen zu bewegen, in denen die Zeugnisse alter Kultur der Familien Rieter und Bodmer vorhanden waren. Die Frau des Hauses war die Güte und Gastfreundschaft selbst –, aber, was mir viel mehr bedeutete: ich lernte in ihr eine begeisterte Deutsche kennen, deren Liebe und Anhänglichkeit zu dem gemeinsamen deutschen Volke durch die Niederlage im Spätherbst 1918 nur noch gesteigert war. Sie hatte den grössten Teil ihres greifbaren Vermögens in deutscher Kriegsanleihe angelegt und verlor kein Wort darüber, als sie dann so viel einbüsste. Das war ihr ein selbstverständliches Opfer.

Frau Rieter-Bodmer machte einen sehr tiefen Eindruck auf mich; ihr Wesen wurde mir ganz klar, als ich ihre Tochter, Major Willes Frau, und deren Kinder<sup>136</sup> kennenlernte. Es war die reinste, lauterste deutsche Luft, die dort wehte, und ich sagte mir unzählige Male in diesen Tagen: Wieviel Häuser mag es auf reichsdeutschem Boden wohl geben, wo unser Volkstum so wundervoll vertreten ist?

In jenen Tagen kam noch dazu, dass zwei weibliche Gäste aus dem Reiche anwesend waren. Die eine war die Nichte meiner Gastgeberin, *Gräfin zu Eu-*

<sup>131</sup> Gemeint ist Fritz Rieter (1887–1970), Studium der Rechtswissenschaft, 1914–1945 Instruktionsoffizier, zuletzt Oberst im Generalstab.

<sup>132</sup> Richard Wagner (1813–1883), deutscher Komponist, Dramatiker, Dirigent, Schriftsteller und Theaterregisseur, Interpretation der Oper als Gesamtkunstwerk, Gründer der Bayreuther Festspiele, Autor u. a. der antisemitischen Schrift: *Das Judentum in der Musik* (1850/1869).

<sup>133</sup> Agnes Mathilde Wesendonck (1828–1902), Schriftstellerin, Muse und finanzielle Unterstützerin Richard Wagners (v. a. zwischen 1852 und 1858), Inspiration der Beziehung Wagners zu Mathilde und ihrem Mann Otto Friedrich Ludwig Wesendonck zu „Tristan und Isolde“.

<sup>134</sup> Otto Wesendonck baute das Haus für Richard Wagner um, der dort vom April 1858 bis Juli 1859 wohnte und auch an der Oper „Tristan und Isolde“ arbeitete.

<sup>135</sup> Wilhelm II. war dort für einige Tage im September 1912 zu Gast.

<sup>136</sup> Gemeint sind Elisabeth Wille (1903–2001), Amalie Wille (1905–1985), Gundalena Wille (1908–2000), Franz-Ulrich Wille (1910–1996), Friedrich-Wilhelm Wille (1912–2005) und Sigismund Wille (1916–2009).

*lenburg geb. von Burg*<sup>137</sup>, die Tochter des bekannten preussischen Generals<sup>138</sup>, der auf Seite der Karlisten in Spanien<sup>139</sup> gefochten hatte und zuletzt kommandierender General in Stettin gewesen war. Ausser ihr war noch die ältere Tochter des Grossadmirals *von Tirpitz*, Frau *von Hassel*<sup>140</sup>, anwesend, und man kann sich denken, dass diese beiden ausgezeichneten Frauen ihrem Geiste nach vollkommen zu der verehrten Tante passten, und dass sie sich sehr gut mit ihr verstanden.

Mein Eindruck von der Deutschheit dieses Kreises wurde noch gesteigert, als ich ein paar Tage später der Einladung des *Generals Wille* folgte und einen Nachmittag und Abend, von seinem Sohn begleitet, bei ihm auf seinem Landgut in Obermeilen unmittelbar am Züricher See verbringen durfte. Das war ein Mann nach dem Herzen Gottes. Der Gesinnung nach glaubte ich keinen Menschen kennen gelernt zu haben, der deutscher fühlte und dachte als er. Dazu kam in Bestätigung dessen, was mir der Sohn schon in Berlin bei seinem Besuche gesagt hatte, dass der General ein geschworener Gegner der schweizerischen Bürokratie war und sich offen als Deutscher bekannte.

Was ging in mir vor, als ich in dem Mann, der durch vier Jahre der oberste Führer des eidgenössischen Heeres gewesen war, in Bezug auf das Wesentliche der politischen Gedankenrichtung einen engsten Gesinnungsverwandten erkannte! Wie wuchs meine Bewunderung für ihn, der den [s]chweizer Demokraten hochverdächtig war, dass man ihn trotzdem als den besten Mann des dortigen Heeres an dessen Spitze gestellt hatte, und wie klang es in mir auf, als der General später erzählte, er habe die [s]chweizer Heeresreform ganz nach dem preussischen Vorbilde betrieben und insbesondere die Erziehung des Offizierskorps, die er – gewiss mit Recht – als sein eigenstes Verdienst bezeich-

---

<sup>137</sup> Gemeint ist Johanna Margarete Engelberta von Eulenburg (geborene von der Burg, 1872–1960), Tochter von Ernst von der Burg und Ida Rieter, Ehefrau von Siegfried Karl Hermann Botho Graf zu Eulenburg-Wicken und Mutter von Botho Karl Siegfried Graf zu Eulenburg-Wicken.

<sup>138</sup> Gemeint ist Ernst von der Burg (1831–1910), 1862–1862 Militärattaché des Norddeutschen Bundes in Paris, 1866 in Florenz und 1867–1870 erneut in Paris, 1870 Chef des Generalstabes des I. Armee-Korps, 1871–1873 Chef des deutschen Generalstabes der Besatzungsarmee in Frankreich, 1884–1887 Kommandeur der Festung in Straßburg, 1888 General der Infanterie, 1887–1891 Kommandierender General des II. Armeekorps in Stettin.

<sup>139</sup> Die Carlisten strebten als monarchische Bewegung in Spanien die Thronfolge von Carlos María Isidro von Bourbon an. Sie bestritten das Thronrecht der spanischen Königin Isabella II. (1830–1906), die 1830 durch eine „Pragmatische Sanktion“ und Übergangung der 1713 eingeführten Salischen Erbfolge, nach der weibliche Thronerbinnen nur zum Zuge kamen, wenn es auch in der Nebenlinie keinen männlichen Thronerben gab, zur Thronfolgerin durch Ferdinand VII. (1784–1833) erhoben wurde. Drei Carlisten-Kriege (1833–1840, 1847–1849 und 1872–1876) führten zum offenen Kampf absolutistisch-katholisch-partikularistischer Anhänger der Carlisten gegen liberale Zentralisten.

<sup>140</sup> Ilse von Hassell (1885–1982) war seit 1911 mit dem Juristen und Diplomaten Ulrich von Hassell (1881–1944) verheiratet, der im Ersten Weltkrieg für den Kampf gegen Theobald von Bethmann Hollweg auch den Kontakt zu Claß suchte. Ulrich von Hassell an Claß, 17.5.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 200, Bl. 43. Siehe auch Scheck: Alfred von Tirpitz, S. 48–81.

nete, auch nach den bewährten preussischen Grundsätzen gestaltet!<sup>141</sup> Wie loderte der Mann in edelstem Zorne auf, als er berichtete, dass ein grosser Teil auch der Deutschschweizer die Niederlage des Reiches mit Genugtuung, ja mit Schadenfreude begrüsst und gemeint habe, es wäre die höchste Zeit, dass der deutsche Grössenwahn gedemütigt werde! Als man über den deutschen Zusammenbruch gar hämische Worte gebrauchte, brach es aus ihm los: „Was meint ihr, was die Züricher, die Berner, die Genfer machten, wenn sie hungern müssten, wie die Deutschen im Reich? Ihr lobt unser Heer, aber denkt einmal darüber nach, was geworden wäre, wenn unsere brave Miliz ohne Fleisch, Fett, Kartoffeln und Butter im Kampf auf Leben und Tod hätte liegen müssen? Ich sage euch, das hätte sie keine drei Wochen ertragen, was Deutschland vier Jahre ertragen musste.“

Der General liess auch gar keinen Zweifel darüber, dass er die Ursache des deutschen Zusammenbruchs[,] neben der verzweifelten Unterernährung unseres Volkes[,] den Sünden der Demokraten aller Färbungen zuschrieb. Er ging dabei so weit, dass er Bethmann Hollwegs Verhalten und das Versagen des Kaisers aufs äusserste entschuldigte. Meinen Einwand liess er nicht gelten, dass die Sünden der Demokratie nur unter einem so schwachen Regiment möglich gewesen seien.

Als die Rede darauf kam, was die Schweiz wohl getan hätte, wenn ihre Neutralität durch Frankreich oder Italien verletzt worden wäre, antwortete er ohne einen Augenblick sich zu bedenken: „Dann wären wir auf Deutschlands Seite getreten.“ Er fügte hinzu, dass er geheime Sehnsucht gehabt habe, es möchte sich so etwas ereignen, damit er sein Heer für Deutschland einsetzen könne, dem dann die linke Flanke gedeckt gewesen wäre. Die Frage, ob auch die Welschschweizer in diesem Falle mitgemacht hätten, bejahte er unbedingt.

Das viel Erhebende, das ich an diesem Tage erlebte, bekam eine Dämpfung, als ich wissen wollte, wie eine etwaige Verletzung der [s]chweizer Neutralität durch das Deutsche Reich beantwortet worden wäre. Genau so ohne Bedenken, wie vorher in dem anderen Falle, erklärte Wille, dann wäre die Schweiz in den Krieg gegen Deutschland eingetreten, und er würde dann gegen diese letzte Tragik nichts haben [sic] tun können.

Alles in allem waren es reiche Stunden, die ich in dem Hause des ersten Schweizer Soldaten verlebte. Ich konnte es den echten [s]chweizer Demokraten nachfühlen, wie unerfreulich es für sie war, dass das Land sich in entscheidenden Zeitläuften einem Manne anvertrauen musste, der keinen Tropfen [s]chweizer Blutes in sich hatte, ihnen also als Fremdling galt. Denn der Vater des Generals war Hamburger: er hatte seine Vaterstadt nach dem Sturme des Jahres 1848 verlassen müssen, war nach der Schweiz gegangen und hatte dort

<sup>141</sup> Ulrich Wille wurde für die verstärkte Ausbildung mit Drill und Disziplin von Anhängern der Bürgerarme in der demokratischen Schweiz auch schwer kritisiert. Die Ehe mit Clara von Bismarck aus dem rheinischen Zweig der Schönhausener Linie der Familie Bismarck verschärfte die Kritik an Wille als zu ‚deutschfreundlich‘.



als Schriftleiter gelebt.<sup>142</sup> Seine Mutter war gleichfalls Hamburgerin, *Eliza Sloman*<sup>143</sup>, aus der bekannten Grossreederfamilie. Auch die Frau des Generals war nicht Schweizerin, sondern eine geborene *Gräfin Bismarck-Bohlen*<sup>144</sup> aus dem württembergischen Zweige dieses Geschlechts.

So kam es, dass auch die Kinder des Generals kein [s]chweizer Blut in sich hatten, und erst diejenigen des Sohnes Wille fangen an, in strenger Bedeutung des Wortes Schweizer zu werden, da sie von ihrer Mutter her diesem Stamm angehören. Man konnte es unter diesen Umständen verstehen, wie schwer es der spätere General Wille hatte, in dem Lande, das seine Heimat geworden war, sich durchzusetzen.

Zweierlei Wahrnehmungen sind mir von jenem Nachmittag noch unvergessen. Alles in dem Hause am Züricher See atmete Kultur und Überlieferung, und bei jedem Worte, das der General sprach, hatte man den Eindruck, es mit einem hochgebildeten Manne zu tun zu haben. Dazu kam das Behagen, das er ausströmte. Es wurde einem wohl zu Mute, wenn man dem untersetzten Manne gegenüber sass und beobachtete, wie er ungesucht humorvolle Wendungen auch in die ernsteste Unterhaltung einstreute. Sein besonderer Stolz war sein Weinbau, da er in dem Garten vor und hinter seinem Hause reichlich Weinpflanzungen besass. Aber diesen selbstgezogenen „Seewein“<sup>145</sup> trank er nur selbst, indem er sagte, daran müsse ein Magen gewöhnt sein. Seinen eigenen Söhnen setzte er Waadtländer<sup>146</sup> oder Tessiner<sup>147</sup> vor. Ich bekam ein Glas selbstgekelterten Weines nur zum Versuchen, weil ich aus einer Weingegend stamme.<sup>148</sup> Ich muss gestehen, dass der General [r]echt hatte, wenn er seinen Gästen Wein vorsetzte, der unter milderer Sonne gewachsen war.

---

<sup>142</sup> Gemeint ist François Wille (1811–1896), Studium der Theologie und Rechtswissenschaft, 1845 Heirat mit Gundeline Elisabeth „Eliza“ Sloman, Vater von Ulrich Wille (1848–1925), Journalist und Redakteur u. a. der Zeit und der Hamburger Neuen Zeit, 1848 Mitglied des Frankfurter Vorparlaments für die Demokraten, 1848 Umzug von Hamburg an den Zürichsee, 1851 Erwerb des Landgutes Mariafeld, „Tafelrunde von Mariafeld“ u. a. mit Richard Wagner und Mathilde Wesendonck, 1868 Verfassungsrat für die Demokraten im Kanton Zürich.

<sup>143</sup> Gemeint ist Gundeline Elisabeth „Eliza“ Sloman (1809–1893), Dichterin, Romanschriftstellerin, Tochter des Hamburger Reeders Robert Miles Sloman, verheiratet mit dem Schriftsteller und Journalisten François Wille, 1848 von Hamburg an den Zürichsee, „Tafelrunde von Mariafeld“ u. a. mit Richard Wagner und Mathilde Wesendonck, 1835 Gedicht „Gesang des fremden Sängers“, Freundschaft mit Frédéric François Chopin und Carl Ludwig Börne.

<sup>144</sup> Clara Gräfin zu Bismarck-Bohlen (1851–1946), Tochter des Diplomaten und württembergischen Generalleutnant und Militärschriftsteller Friedrich Wilhelm Graf von Bismarck und Amalie Julie Thibaut, verheiratet mit dem General der Schweizer Armee Ulrich Wille.

<sup>145</sup> Seewein bezeichnet Weine vom nördlichen Ufer des Bodensees.

<sup>146</sup> Waadtländer Weine bezeichnen Weißweine aus dem Kanton Waadt vor allem mit den Anbaugebieten Chablais, Lavaux, La Côte, Côtes de l’Orbe, Bonvillars und Vully.

<sup>147</sup> Tessiner Weine bezeichnet Weine aus dem Schweizer Kanton Tessin (italienische Schweiz).

<sup>148</sup> Claß hatte für rheinhessische Weine seinen „Versorger“ den Abgeordneten im Großhessischen Landtag für den Bauernbund, Michael Wolf VI. Claß an Konstantin von Gebattel, 3.5.1917, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 357, Bl. 41.

Für mich war es von grosser Bedeutung zu hören, wie General Wille das französische Volk und seinen Staat beurteilte. Während er die deutsche Niederlage viel mehr aus dem Mangel an Nahrungsmitteln als aus Fehlern der politischen Führung erklärte und den Zusammenbruch unseres Volkes gewissermassen entschuldigte, hatte er für die Franzosen nur die schärfsten Worte, ja er sprach von ihnen mit voller Verachtung. Für mich, der ich wie alle unsere Gesinnungsgenossen im Reich unter dem Eindruck des Zustandes war, den das Versailler Zwangsgebot<sup>149</sup> geschaffen hatte, blieb es der beherrschende Gedanke, dass wir nur wieder in die Höhe kommen könnten, wenn es uns gelänge, Frankreich an äusseren Machtmitteln wieder ebenbürtig zu werden. Ich fragte deshalb den General, ob er glaube, dass Frankreich dauernd die Auswirkungen seines sogen. Sieges, den übrigens Wille als solchen gar nicht anerkannte, werde geniessen können. Als Antwort brach es aus ihm hervor, dass er das französische Volk und seinen Staat als erledigt ansehe. Er sagte wörtlich: „Frankreich ist ein Leichnam, der schon in Verwesung übergegangen ist“, und er meinte weiter, dass bereits in etwa drei Jahren, wenn Deutschland in Ordnung gekommen sei, es mit seinem dem Untergang geweihten Nachbarn abrechnen könnte. Er begründete sein Urteil mit der Verderbtheit der Masse der Franzosen, vor allem aber mit dem Zustand, in dem sich das angeblich siegreiche Heer jetzt befinde. Ich empfand es bei dem ewigen Druck, der auf mir lag, als eine Wohltat, wie der General sich so entschieden aussprach. Ich fragte ihn, ob ich im vertrauten Kreise meiner Freunde und Mitarbeitern diese seine Meinung verbreiten dürfe. Er antwortete, dass dies bei seiner Einstellung selbstverständlich sei; nur mache er zur Bedingung, dass sein Name weder in öffentlichen Reden, noch in Zeitungsaufsätzen genannt würde. Das sagte ich ihm unbedingte zu.

Bei aller Wertschätzung des ausgezeichneten Mannes hatte ich doch meine Bedenken, ob seine Auffassung richtig sei, und beschloss, darüber mit seinem Sohne zu sprechen, der bei jener Unterhaltung nicht zugegen gewesen war. Meine Zweifel wurden dadurch noch bestärkt, dass der General sowohl die Politik Kaiser Wilhelms des Zweiten wie Bethmann Hollwegs verteidigte. Das, was ich zur Begründung hiervon zu hören bekam, waren für mich Fehlurteile, und ich sagte mir, wer in solchen Fragen offensichtlich irre, werde es auch in anderen können.

Als ich mit Ulrich Wille dem Jüngeren, der einer der gescheitesten Menschen ist, die ich je kennengelernt habe, allein war, sprach ich ihn auf das an, was sein Vater mir über Frankreich und die Franzosen als seine Überzeugung mitgeteilt hatte. Der Sohn meinte, das sei eine Art Steckenpferd für seinen Vater, aber er teilte dessen Ansichten nicht. Gewiss seien vor dem Krieg Verfallserscheinungen der verschiedensten Art in Frankreich zutage getreten. Aber man dürfe nicht vergessen, wie rasch sich dieses in seinem Nationalgefühl so völlig aufgehende Volk nach der endgültigen Niederlage Napoleons des Ersten

---

<sup>149</sup> Gemeint ist der Vertrag von Versailles vom 28.6.1919.

erholt habe, und wie schnell es nach dem Kriege 1870/71<sup>150</sup> wieder zu Kräften gekommen sei, und dass schliesslich, wenn das Vaterland in Frage komme, alle Franzosen einig seien, auch wenn sie sonst in ihren politischen Anschauungen noch so weit auseinandergingen. Dies halte er, wenn die Rede darauf komme, seinem Vater auch jedesmal entgegen, aber dessen Empörung, ja Hass gegen die Franzosen seien so gross, dass er seine Einwendungen nicht gelten lasse, offenbar aus dem Gefühl heraus, dass ein Volk den Untergang verdiene, das ein anderes, wie das deutsche, nach heldenhaftem Widerstand so planmässig gedemütigt habe und seiner Absicht nach zu dauernder Machtlosigkeit habe bringen wollen. Er glaube selbst, dass Frankreich dem Gottesurteil auf die Dauer nicht entgehen könne; aber ganz gewiss werde es wesentlich länger dauern, als sein Vater meine, ja in einem etwaigen neuen Kriege müsse Deutschland damit rechnen, dass die Franzosen ihre alte Widerstandskraft bewahren würden.

Mir war es wertvoll, von den beiden ausgezeichneten Männern so verschiedene Anschauungen und Urteile zu hören, aber als Haupteindruck blieb bei mir doch der, dass der General auf weitere Sicht recht behalten werde, und ihn nahm ich bei der seelischen Verfassung, in der ich und meine Freunde uns damals befanden, als Trost und Hoffnung mit, zugleich als eine Aufforderung, in unserer Arbeit nicht zu erlahmen.

Unvergesslich ist mir auch, was der General mir über die Teilnahme Kaiser Wilhelms des Zweiten an den [s]chweizer Manövern erzählte, wobei er insbesondere das widerspruchsvolle Verhalten reichsdeutscher Stellen hervorhob.<sup>151</sup>

Der Kaiser nahm den grössten Anteil an der Entwicklung des [s]chweizer Heeres und gab den Wunsch zu erkennen, einmal einem Manöver beizuwohnen.<sup>152</sup> Als dieser Wunsch bei den massgebenden Stellen und in der öffentlichen Meinung des Landes erörtert wurde, war seine Aufnahme durchaus nicht einheitlich. Im grösseren Teil des Offizierkorps empfand man es als eine Auszeichnung, dass der oberste Kriegsherr des besten Heeres in der Schweiz erscheinen wolle, während die politischen Stellen, besonders die nach links ge-

---

<sup>150</sup> Gemeint ist der Deutsch-Französische Krieg 1870–1871.

<sup>151</sup> Gemeint ist das Herbstmanöver des 3. Armeekorps der Schweizer Armee anlässlich des Staatsbesuchs Wilhelms II. vom 3.–6.9.1912 in der Schweiz. Repräsentanten andere Länder waren ebenfalls anwesend. Die deutsche Delegation wurde auch repräsentiert vom Chef des Grossen Generalstabs, Helmuth von Moltke (1848–1916). Die Stärke der Schweizer Armee war für die deutschen Militärplanungen sowohl entsprechend des Schlieffen-Plans (1905) wie auch in der Planung von Helmuth von Moltke von zentraler Bedeutung, da man einen Durchmarsch durch die Schweiz nicht einplante und stattdessen auf die Abdrängung französischer Truppen nach Norden hoffte. Die Schweiz sollte als neutrale Macht bei einem zukünftigen Krieg gegebenenfalls angreifende französische Truppen (auf der linken Flanke) binden. Siehe Mombauer: Der Moltke-Plan sowie Fuhrer/Olsansky: Die „Südumfassung“. Unter Führung von Ulrich Wille waren über 1.300 Offiziere und über 22.600 Unteroffiziere und Soldaten an dem Manöver beteiligt. Um die 100.000 Besucher verfolgten die Militärübung. Siehe auch Julius Meyer: Bericht über die Manöver 1912, in Allgemeine Schweizerische Militärzeitung 21.9.1912.

<sup>152</sup> Erste informelle Anfragen erfolgten bereits 1908 und 1909.

richteten, nicht viel von dem Besuch wissen wollten.<sup>153</sup> Aber schliesslich siegte dann die Meinung, man müsse dem Wunsch des Kaisers nachgeben. So wurden denn die Arbeiten für seinen Empfang und seine Anwesenheit mit dem grössten Eifer betrieben und die notwendigen Abreden zwischen den zuständigen Departments (=Ministerien) des Bundesrats, denjenigen für die äusseren und für die militärischen Angelegenheiten und der reichsdeutschen Gesandtschaft getroffen. Als Hauptquartier des Kaisers wurde, wie schon erwähnt, der wundervolle Besitz der Frau Rieter-Bodmer über dem Züricher See vorgeschlagen und angenommen.

Nachdem die Einladung an den Kaiser ergangen war und man jedenfalls in der Schweiz glaubte, dass nun alles in Ordnung sei, erschien der deutsche Gesandte bei dem damaligen Oberst-Korpskommandanten Wille, in dessen Händen die Leitung des Manövers lag, wie er denn auch wiederholt auf Einladung des Kaisers an grösseren Truppenübungen bei uns teilgenommen hatte. Zu einer Überraschung fragte ihn der Gesandte, ob auch die Schweizer Behörden und der Befehlshaber des bevorstehenden Manövers die unbedingte Gewähr für die Sicherheit des Kaisers übernehmen könnten. Diese Frage wurde damit begründet, dass man im Auswärtigen Amt in Berlin nachträglich Zweifel bekommen habe. Oberst Wille war wie aus Wolken gefallen und wies darauf hin, dass die Einladung doch nur auf den Wunsch des Kaisers ergangen sei, sowie dass alle Abreden und Vorbereitungen zwischen den beiderseitigen Vertretern aufs peinlichste geprüft seien; für die Schweiz sei es eine Ehrensache, dass der Kaiser auf ihrem Gebiet so sicher sei wie im Reich; es sei aber auch eine Ehrensache, dass der Besuch nun auch wirklich stattfinde.

Wille gab ferner zu erkennen, er müsse sich wundern, dass man in Berlin die Frage der Sicherheit des Kaisers noch einmal aufwerfe, da darüber ja schon am Anfang der Verhandlungen eingehend gesprochen worden sei. Er wiederholte, die zivilen und militärischen Stellen der Schweiz hätten alles getan, was sie tun könnten, und er sei sicher, dass nicht das geringste vorkommen werde. Wenn es aber doch geschehen sollte, so hätte er dazu nur eins zu sagen: „In Gottes Namen!“ Diese mir im höchsten Grade auffallende Äusserung Willes war ganz offenbar der Ausdruck seiner Ungeduld über das Drängen des deutschen Gesandten auf unbedingte Sicherheit und sollte, wie mir Wille selbst sagte, bedeuten: „Wenn es das Schicksal so bestimmt, dass dem Kaiser trotz aller unserer Vorsichtsmassnahmen etwas zustösst, dann können wir im Bewusstsein, unsere Pflicht getan zu haben, unsere Hände in Unschuld waschen.“ Es verdient doch gegenüber den Berliner Ängstlichkeiten hervorgehoben zu werden, dass der Besuch des Kaisers in der Schweiz ohne jeden Zwischenfall verlief, und dass dieser selbst in höchstem Grade von seinen dortigen Erlebnissen befriedigt war.

<sup>153</sup> Der Bundesrat lehnte 1911 eine offizielle Anfrage zunächst ab, genehmigte dann die Anfrage des deutschen Gesandten in der Schweiz, Alfred von Bülow, vom 13.1.1912. Kurz: Der deutsche Kaiserbesuch in der Schweiz, S. 492.

Hier ist nicht zu sagen, dass auch der Sohn Ulrich Wille nach und nach zum Range eines Oberstkorpskommandanten aufstieg, dem höchsten, den im Frieden ein [s]chweizer Offizier erreichen kann. Als ich damals die Schweiz verliess, geschah es in grösster Dankbarkeit gegenüber den Frauen und Männern, die mich wie einen alten Gastfreund behandelt hatten.

### 5.11. Der Alldeutsche Verband und der Staatsgerichtshof

Um die Mitte des Jahres 1922 kam es im Anschluss an die Ermordung des Reichsaussenministers *Rathenau*<sup>154</sup> zu einer Krisis für den Alldeutschen Verband. Der Hauptgeschäftsführer des Schutz- und Trutzbundes *Alfred Roth* hatte sich in einer Rede derart über Rathenau geäussert, dass darin eine Verherrlichung der Tat erblickt wurde.<sup>155</sup> Der Bund wurde daraufhin als staatsgefährlich aufgelöst<sup>156</sup>, und die dagegen ergriffenen Rechtsmittel hatten keinen Erfolg.

Im Anschluss daran behauptete die politische Polizei einiger sogen. Volksstaaten, dass der Alldeutsche Verband auch im Zusammenhang mit dem Morde stehe und jedenfalls den seit dem November 1918 geschaffenen staatlichen Zustand Deutschlands so deutlich ablehne, dass er als staatsfeindlich betrachtet werden müsse. In Thüringen, Hamburg und Schaumburg-Lippe wurde die Auflösung des Alldeutschen Verbandes verfügt<sup>157</sup> – Preussen und andere Volksstaaten hielten sich zunächst zurück.

Es war selbstverständlich, dass ich gegen das Verbot Beschwerde bei dem *Staatsgerichtshof* in Leipzig einlegte, der damals überwiegend politisch besetzt war; d. h. die Laienrichter waren führende Leute der Systemparteien, also dem Alldeutschen Verband gegenüber grundsätzlich feindlich eingestellt.<sup>158</sup>

---

<sup>154</sup> Der deutsche Außenminister Walther Rathenau wurde am 24.6.1922 von Angehörigen der Organisation Consul ermordet.

<sup>155</sup> Alfred Roth war Bundeswart des antisemitischen Reichshammerbundes und Bundesführer des DvSTB. In seiner Hetzschrift „Rathenau. Der Kandidat des Auslandes“, Hamburg 1922, bezeichnete Roth Rathenau als „vaterlandslosen Juden“, der durch Geschäfte mit dem Ausland für die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg verantwortlich sei und auch nach 1918 nicht für die Interessen Deutschlands eintreten würde.

<sup>156</sup> Siehe zum Verbot des DvSTB Kapitel 4.2.

<sup>157</sup> In Thüringen erfolgten Hausdurchsuchungen bei führenden Mitgliedern des ADV. Alldeutsche Mitglieder wie Oberregierungsrat Max Gerstenhauer von der Ortsgruppe Meiningen wurden vom Staatsdienst suspendiert. Siehe Abschrift Auflösungsbestimmungen Thüringen, 5.9.1922, BA-Berlin, R 8048, Bd. 671, Bl. 79–84. Auch die Deutsche Zeitung wurde zwischen 1922 und 1924 verstärkter Zensur unterworfen und zwischen 1923 und 1927 im besetzten Rheinland verboten.

<sup>158</sup> Der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik wurde aufgrund des Republikenschutzgesetzes vom 21.7.1922 zum 1.9.1922 in Leipzig durch das Reichsjustizministerium gegründet. Siehe dazu Hueck: Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, S. 66–106. Zu den Mitgliedern des Staatsgerichtshofes gehörten Senatspräsident Alfred Hagens als Vorsitzender und Mitglied der DDP, Reichsgerichtsrat Alexander Baumgarten (u. a. Vorsitz in Fememordprozessen und dem Ulmer Reichswehrprozess), Reichsgerichtsrat Bruno Doehn (1922–1924 Stellvertretender Vorsitzender), der Zentrumspolitiker und

Für mich war es klar, dass die Zurückhaltung Preussens und der anderen grösseren deutschen Ländern nur eine vorläufige sei, und dass man dort nur abwarte, wie sich der Staatsgerichtshof zu den ausgesprochenen Verboten stellen werde. Deshalb hatte ich beschlossen, alles zu tun, was in meiner Macht stand, um die Aufhebung der angefochtenen Verbote zu erzielen. Zu meiner Freude erfuhr ich, dass mein Eifer in diesem Falle überflüssig war.

Es zeigte sich, wie wichtig, ja gegebenenfalls entscheidend es ist, in gutem Ruf bei einem Gericht oder wenigstens bei einem Teile seiner Beisitzer zu stehen. Vor dem „Staatsgerichtshof zum Schutze der deutschen Republik“ hatte der Alldeutsche Verband das Glück, dass dessen Vorsitzender, Senatspräsident *Dr. Schmidt*<sup>159</sup>, mich von Mainz her persönlich kannte: hatte er doch seine erfolgreiche Laufbahn am Landgericht Mainz begonnen, wo ich als Referendar unter ihm gearbeitet und nachher, als er Oberstaatsanwalt geworden war, ihm als Anwalt in grösseren Strafsachen öfters gegenübergestanden hatte.

Politisch war dieser Vorsitzende eines ausgesprochen politischen Obersten Staatsgerichts ursprünglich ganz gleichgültig. Immerhin hatte er, als meine „Bilanz des neuen Kurses“ im Spätjahr 1903 herausgekommen war, mich gebeten, ihm ein Stück zu überlassen, und mir nachher grosse Lobeserhebungen über den Inhalt gemacht. Auch als Anwalt hatte er offenbar einen guten Eindruck von mir.

Ende Januar oder Anfang Februar 1923 erhielten wir die Nachricht, dass der Staatsgerichtshof, obwohl von uns ausdrücklich der Antrag gestellt worden war, über unsere Beschwerde mündlich zu verhandeln, ohne mündliche Verhandlung die drei gegen den Alldeutschen Verband erlassenen Auflösungs-

---

Reichskanzler 1920–1921, Konstantin Fehrenbach, Gewerkschaftsführer und Abgeordneter des Preussischen Landtags für die DDP, Gustav Hartmann, der württembergische Gesandte und 1920–1932 Mitglied des Reichstags für die SPD, Karl Hildenbrand, Gewerkschaftsführer und Mitglied des Parteiausschusses der SPD, Hermann Jäckel, und Hermann Müller als nicht-richterliches Mitglied von der USPD. Stellvertretende Mitglieder waren Senatspräsident Heinrich Schmidt und Reichsgerichtsrat Alexander Niedner. Stellvertretende Vorsitzende waren die Reichsgerichtsräte Adolf Müller, Alois Zeiler und Ludwig Nieland, Reichsgerichtsrat Zeiler, Abgeordneter Aushäuser, Verbandsvorsitzender Brandis, Joseph Joos, Kreishauptmann Lange, Staatsminister a.D. und Mitglied des Landtags von Mecklenburg-Schwerin für die DVP, Dr. Reincke-Block, Staatsminister a.D. und Mitglied der DDP, Dr. Reinhold, sozialdemokratischer Reichsminister a.D. des Kabinetts Scheidemann, Rudolf Wissell. Siehe auch Deutsche Allgemeine Zeitung 23.7.1922 und Vorwärts 23.8.1922. Zum alldeutschen Vorwurf der politischen Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes siehe auch Walter Bacmeister: Zerstörung des Rechtsstaates, in Deutsche Zeitung 2.12.1924, der in der Einsetzung des Staatsgerichtshofes durch den Reichstag eine Erhebung des Mehrheitswillens zum Gesetz sah und die Ernennung der drei einzusetzenden Reichsgerichtsmitglieder durch den Reichspräsidenten kritisierte.

<sup>159</sup> Gemeint ist Heinrich Schmidt (1856–1927), 1892–1905 Landrichter, 1. Staatsanwalt und schließlich Oberstaatsanwalt am Landgericht Mainz, 1905 Eintritt in das Reichsgericht, 1921 Senatspräsident am Reichsgericht und Vorsitzender des 2. Strafsenats, 1922 Stellvertretender Vorsitzender des Staatsgerichtshofes, 1923–1924 Vorsitzender des Staatsgerichtshofes, 1924 Ruhestand.

verfügungen kostenfällig aufgehoben habe.<sup>160</sup> Es wollte schon allerhand besagen, wenn ein Gericht, in dem ausser den drei Berufsrichtern der Reichskanzler a.D. *Fehrenbach*, der bekannte sozialdemokratische Führer *Hermann Müller*<sup>161</sup>, der Zentrums-gewerkschaftler *Joos*<sup>162</sup> und drei andere Männer ähnlicher politischer Einstellung sassen, dem Alldeutschen Verbände so sehr mit seiner Beschwerde recht gaben, dass sie ohne öffentliche Verhandlung die Verbote aufhoben.

Den Zusammenhang lernte ich durchschauen, als ich die Ausfertigung in Händen hielt und las, dass der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Justizrat Class, „*wie gerichtsbekannt*“, eine ernste Persönlichkeit sei, der Ausschreitungen und Entgleisungen nicht zugetraut werden könnten.“<sup>163</sup> Für mich stand es sofort fest, dass der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes Dr. Schmidt unser Schutzengel gewesen war, der aus seinen persönlichen Beziehungen heraus sich in der Lage sah, zugunsten des Alldeutschen Verbandes einzutreten. Denn die nachrichtlichen Beisitzer waren ohne Ausnahme schärfste politische Gegner sowohl des Alldeutschen Verbandes wie der von mir vertretenen Bestrebungen, und keiner von ihnen kannte mich, um ein entlastendes Wort für mich zu finden. Es war schon zu verwundern, dass Präsident Dr. Schmidt, der allerdings ein willensstarker und tatkräftiger Mann war, es durchsetzte, dass der oberste politische Gerichtshof des Deutschen Reiches, von dessen 9 Mitgliedern nur er mich wirklich kannte, meine politische „Bravheit“ als gerichtsbekannt erklärte. Ich gestehe, dass ich lächeln musste, als ich dieses Leumundszeugnis des hohen Herrn schwarz auf weiss vor Augen hatte.<sup>164</sup> Es war mir damals dabei nicht ganz behaglich zu Mute, aber später hat es mir doch noch einen guten Dienst geleistet.

Durch diese Entscheidung wurde der Alldeutsche Verband gerettet.

---

<sup>160</sup> Die gerichtliche Entscheidung fiel am 26.1.1923, nachdem der Staatsgerichtshof am 14.9.1922 die Wiederaufnahme des Verfahrens für zulässig erklärt hatte und somit den Beschluss vom 1.8.1922 in Frage stellte, nachdem Auflösung und Verbot rechtens waren. Lohalm: *Völkischer Radikalismus*, S. 248.

<sup>161</sup> Hermann Müller (1876–1931), 1899–1906 sozialdemokratischer Redakteur in Görlitz, 1906 als Parteisekretär Mitglied des Vorstandes der SPD, 1916–1918 durch Nachwahl Mitglied des Reichstags für die SPD, 1918 Mitglied des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte in Groß-Berlin, 1919–1920 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, 1919 zusammen mit Otto Wels Wahl zum Parteivorsitzenden der SPD (bis 1928), 1919–1920 Außenminister, 1920–1928 Fraktionsvorsitzender der SPD im Reichstag, 1920 und 1928–1930 Reichskanzler.

<sup>162</sup> Joseph Joos (1878–1965), 1906–1919 Schriftleitung der Westdeutschen Arbeiterzeitung, 1919–1920 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und 1920–1933 Mitglied des Reichstags für die Zentrumspartei, 1927 Mitglied der Leitung des Reichsverbandes katholischer Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine, 1928 Vorsitzender der Katholischen Arbeiter-internationale.

<sup>163</sup> In der Entscheidung vom 26.1.1923 hieß es: „Der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß in Berlin, ist auch, wie gerichtsbekannt, eine ernste Persönlichkeit, dem solche Ausschreitungen und Entgleisungen nicht zuzutrauen sind.“ RepSchStGH, Nr. 12/1. Zitiert nach Hueck: *Der Staatsgerichtshof*, S. 261.

<sup>164</sup> Zur Ablehnung der Beschwerde über die Auflösung des DvSTB siehe hingegen den Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung 15.2.1923, in BA-

## 5.12. Reinhold Wulle und Albrecht von Graefe

Wenn ich die Erfahrungen, die ich mit dem Manne machte, dessen Namen in der Überschrift dieses Abschnittes genannt ist, ausserhalb der sonst im wesentlichen eingehaltenen zeitlichen Reihenfolge schildere, so erklärt sich das daraus, dass das damals Erlebte nicht zeitlich begrenzt war, sondern sich in seiner Entwicklung, vor allem in seinen Nachwirkungen auf mehrere Jahre erstreckte. Man wird es verstehen, dass ich diese für mich und die von uns vertretene Sache, sowie für die ganze völkische Bewegung wichtigen, ja verhängnisvollen Vorgänge im Zusammenhang darstelle.

Im Frühjahr 1918 war ein plötzlicher Wechsel in der Stellung des Hauptschriftleiters der „Deutschen Zeitung“ notwendig geworden.<sup>165</sup> Kurz darauf hatte auch *Korodi* sein Amt als politischer Direktor des Blattes niedergelegt.<sup>166</sup> Es musste nun mit möglichster Beschleunigung Ersatz gesucht werden. Von Essener Freunden hatte ich wiederholt gehört, dass der Hauptschriftleiter *Reinhold Wulle* bei der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“<sup>167</sup>[.] der Nachfolger meines inzwischen verstorbenen Freundes *Heinrich Pohl*<sup>168</sup>, sich in der Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes sehr eifrig betätige, dass er eine Reihe guter Aufsätze geschrieben habe, insbesondere aber, dass er diejenige Nummer seines Blattes, in der *Reismann-Grone*<sup>169</sup> seine Absage an mich und den Alldeutschen Verband veröffentlichte<sup>170</sup>, sich mitverantwortlich gezeichnet hatte.

---

Berlin, R 1507, Bd. 19, S. 47–49 sowie zur Zurückweisung der Beschwerden zur Auflösung in Preußen und Sachsen am 1.8.1922 den Bericht vom 1.11.1922, in ebd., Bd. 18, S. 54–57.

<sup>165</sup> Siehe Kapitel 2.4.

<sup>166</sup> Lutz Korodi war seit der ersten Ausgabe am 1.4.1917 Redakteur der Deutschen Zeitung. Siehe dazu auch Kapitel 2.4.

<sup>167</sup> Die Rheinisch-Westfälische Zeitung erschien unter diesem Namen 1883–1944 in Essen.

<sup>168</sup> Heinrich Pohl (1871–1915), 1903–1910 Chefredakteur der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, 1910–1915 Schriftleiter der Post, 1911–1915 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV und Vorsitzender der Ortsgruppe Mühlheim/Ruhr, engster Vertrauter von Claß.

<sup>169</sup> Theodor Reismann-Grone (1863–1949), Studium der Staatswissenschaften in Berlin, München, Paris, London, 1889 Promotion und Redakteur der Deutschen Industriezeitung, 1890/91 Gründungsmitglied des ADV und einer der wenigen Vertreter der katholischen Mitglieder im Verband, 1894/85 Redakteur und 1903 Verleger der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, 1915 Austritt aus dem Alldeutschen Verband, frühe Unterstützung Adolf Hitlers seit den 1920er Jahren, um 1932 Mitglied der NSDAP, 1933–1937 Oberbürgermeister von Essen.

<sup>170</sup> Theodor Reismann-Grone kritisierte bereits vor dem Ersten Weltkrieg in einer Reihe von Artikeln die Bündnispolitik des Deutschen Reiches gegenüber Österreich-Ungarn und stellte somit auch Claß und die Politik des ADV bloß. Siehe z. B. Rheinisch-Westfälische Zeitung 4.12.1912 und 18.12.1912. Der Konflikt spitzte sich im Frühjahr 1913 zu und wurde zu einem grundsätzlichen Problem für das Verhältnis zwischen Alldeutschem Verband und Rheinisch-Westfälischer Zeitung. Siehe Karl Itzenplitz an Heinrich Pohl, 8.5.1913, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 448, Bl. 51–55. Der Vertraute von Reismann-Grone und Hauptschriftleiter der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, Alois Niessner, der zugleich Vorsitzender des Gaus Ruhr-Lippe des ADV war, trat am 4.3.1914 wegen dieser Unstimmigkeiten aus dem Alldeutschen Verband aus. Siehe Alois Niessner an Claß, 4.3.1914, in ebd.,



So fuhr ich aufs Geratewohl nach Essen, um mich selbst bei unseren dortigen Freunden zu erkundigen und gegebenenfalls mit Wulle in Verbindung zu treten.<sup>171</sup> Ich hörte dort, dass der junge Hauptschriftleiter offenbar das besondere Vertrauen *Hugenbergs* genieße, und sprach deshalb mit diesem ü[ü]ber meinen Plan.<sup>172</sup> Er lobte mir Wulle sehr und sagte, um seine Meinung genau festzulegen, er habe die Absicht gehabt, ihn bei dem von ihm gegründeten

---

Bl. 60. Niessner übernahm die Gauführung 1910 von seinem Vorgänger Heinrich Pohl, der wiederum die Leitung von Reismann-Grone selbst übernahm. Reismann-Grone hatte den Gau 1898 gegründet, um seine diktatorische Macht in den 15 im Ruhrgebiet zwischen 1895 und 1903 gegründeten Ortsgruppen zu manifestieren. Siehe Frech: Wegbereiter Hitlers?, S. 102. Der Austritt Niessners aus dem Alldeutschen Verband und dessen Rücktritt vom Gau Ruhr-Lippe war auch noch im Oktober 1914 nicht vollständig vollzogen und beunruhigte die Verbandsleitung, da die Angriffe gegen die alldeutschen Kriegsziele in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung zu Beginn des Krieges zunahmen und auch die aggressive Kriegszielpolitik Österreich-Ungarns gegenüber Serbien aus dem Gau selbst heraus öffentlich sichtbar geführt wurden. Siehe zur Kritik am Ultimatum an Serbien Rheinisch-Westfälische Zeitung 24.7.1914. Claß drängte Pohl auf eine Klärung der Verhältnisse im Ruhrgebiet. Claß an Heinrich Pohl, 5.8.1914, in ebd., Bl. 77 sowie später auch Heinrich Pohl an Claß, 30.10.1914, 7.11.1914 und 9.11.1914 in ebd., Bl. 141, 145 und 149–150. Reismann-Grone blieb jedoch bei seiner scharfen Kritik an den Kriegszielen von Claß, deren Veröffentlichung er „einer verlorenen Schlacht gleich“ ansah. Theodor Reismann-Grone an Claß, 10.9.1914, in ebd., Bl. 78. Eine Vermittlung zwischen beiden gelang auch nicht auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV am 24.10.1914 (ebd., Bl. 94–95), da Reismann-Grone die Veröffentlichung der Kriegszielenkschrift im Namen des ADV ablehnte und auch die Gauleitung Ruhr-Lippe nach einer Sitzung am 9.10.1914 eine solche Veröffentlichung frühestens nach einem entscheidenden Sieg des Deutschen Reiches veröffentlicht sehen wollte. Theodor Reismann-Grone an Claß, 15.9.1914, in ebd., Bl. 102–107 und Dass., 2.10.1914, in ebd., Bl. 117 und Dass., 14.10.1914, in ebd., Bl. 149. Der Konflikt um die für Reismann-Grone verfehlte aggressive Kriegszielpolitik gegenüber Russland und eine vermeintlich zu nachsichtige alldeutsche Politik gegenüber Großbritannien wurde in den Alldeutschen Blättern (18. und 25.11.1916) und der Rheinisch-Westfälischen Zeitung (15. und 17.11.1916) weitergeführt, nachdem Reismann-Grone 1915 auch wegen der „Nibelungentreue“ gegenüber Österreich-Ungarn, der Forderung nach einem unabhängigen Polen und der „Verkennung der militärischen Kräfteverhältnisse“ in der alldeutschen Kriegszielpolitik aus dem Alldeutschen Verband ausgetreten war. Siehe zum Austritt Theodor Reismann-Grone an den Geschäftsführenden Ausschuss des ADV, 20.3.1915, in ebd., Bl. 179–180 sowie Alldeutsche Blätter 22.11.1919, 15.12.1919 und 24.1.1920.

<sup>171</sup> Claß fuhr zum 21./22.3.1918 auf Einladung von Alfred Hugenberg für eine Besprechung sowie für eine spätere Einladung zu einem Abendessen bei Krupp nach Essen. Siehe Kapitel 3.5. Bei dieser Gelegenheit wollte Claß auch Reinhold Wulle treffen, „um zu sehen, ob er für unsere Zwecke brauchbar ist und dazu bereit wäre“. Claß an Alfred Hugenberg, 13.3.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 395, Bl. 191. Ob Claß bereits am 21.3.1918 in Essen eintraf bleibt unklar. Er hatte an diesem Tag vormittags noch einen Termin am Oberlandesgericht in Darmstadt. Reinhold Wulle hatte Claß dann am 28.3.1918 per Telegramm zugesagt hatte, die Hauptschriftleiterstelle der Deutschen Zeitung in Berlin zu übernehmen. Claß an Alfred Hugenberg, 30.3.1918, in ebd., Bl. 193.

<sup>172</sup> Trotz des tiefen Zerwürfnisses zwischen Theodor Reismann-Grone und Claß ab 1914/1915 wegen unterschiedlicher Ansichten über den Zusammenhalt Österreich-Ungarns als Vielvölkerstaat sowie deutscher Interessen in Großbritannien und in Osteuropa stand Reismann-Grone in freundschaftlichen Kontakt mit Alfred Hugenberg, der zum 1.1.1919 Essen für seine neuen politischen unternehmerischen Ambitionen verließ.

Nachrichtenbüro, der sogen. „Telegraphen-Union“<sup>173</sup> als Leiter zu verwenden. Er gab zu, dass die Besetzung der „Deutschen Zeitung“ mit einem tüchtigen Manne dringender sei, und versprach mir, zunächst selbst mit Wulle zu reden und ihn, wenn er irgendwie Neigung zeige, zur „Deutschen Zeitung“ zu kommen, zu bestimmen, dass er mich in meinem Gasthof<sup>174</sup> aufsuche.

So geschah es denn. Ich erhielt den Besuch Wulles, und er bejahte meine Frage grundsätzlich, ja er sagte, er werde besonders gern zu uns kommen. Freilich hatte die Sache den Haken, dass er erst am 1. Oktober 1918 fort konnte. Wir mussten uns in der Zwischenzeit also behelfen, was für mich eine grosse Mehrbelastung bedeutete. Mit Wulle wurde ich schnell einig, und der Vertrag kam zustande. Aber zunächst musste ich sehen, wie in dem halben Jahr bis zum 1. Oktober das Blatt in Ordnung zu halten sei. Ich gewann den angesehenen, aber etwas verbra[u]chten Dr. Max Lohan dafür, diese Aufgabe als stellvertretender Hauptschriftleiter zu übernehmen. Im grossen [G]anzen fuhr ich gut dabei. Freilich kam, was ich vorausgesehen hatte. Mochte Lohan noch so national gesinnt sein, so waren ihm doch unsere schon damals vorgeschrittenen völkischen Anschauungen fremd, und ich hatte fast jeden Tag einen Brief nach Berlin zu schreiben, in dem ich sagen musste, wie ich diese oder jene Frage behandelt haben wollte.<sup>175</sup>

Am festgesetzten Tag trat Wulle ein. Er hatte einen sehr guten Vertrag und stürzte sich auch mit Feuereifer in die Arbeit. Es ist kein Zweifel, dass die ersten Monate seiner Tätigkeit eine Höchstleistung darstellten, und ich hatte das Gefühl, mit dem neuen Mann geborgen zu sein. Wenn man daran denkt, dass um die Zeit dieser Anfänge Wulles die politischen Wogen über dem Vaterlande zusammenschlugen, dass *Hertling* ging und *Prinz Max* kam<sup>176</sup>, dass die Parlamentsherrschaft vollkommen wurde<sup>177</sup>, dass der Kaiser auf die oberste Kommandogewalt verzichtete<sup>178</sup>, dass *Ludendorff* ging<sup>179</sup>, dass im Zusammenhang damit so viel Grundstürzendes geschah wie die Herausgabe unseres Frie-

<sup>173</sup> Die Telegraphen-Union – Internationaler Nachrichtendienst GmbH wurde 1913 von Albert von Schwerin, dem Bruder von einem der Posener Freunde Alfred Hugenbergs, Friedrich von Schwerin, gegründet. 1916 kam die Telegraphen-Union in den Einfluss Hugenbergs. Schwerin gründete mit Unterstützung der Wirtschaftlichen Gesellschaft (spätere Wirtschaftsvereinigung) die Westend-Verlags GmbH, die 1916 eine fünfjährige Option auf den Erwerb der Mehrheitsanteile der Telegraphen-Union erwarb. Um 1926 war die Telegraphen-Union neben Wolff's Telegraphischem Büro Deutschlands größtes Nachrichtenbüro. Holzbach: „Das „System Hugenberg“, S. 281–285.

<sup>174</sup> Claß plante im Gasthof Kaiserhof in Essen zu übernachten. Siehe Claß an Alfred Hugenberg, 13.3.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 395, Bl. 191.

<sup>175</sup> Max Lohan starb 1920.

<sup>176</sup> Reichskanzler Georg Graf Hertling trat am 30.9.1918 zurück. Die Regierung Prinz Max von Baden wurde am 3.10.1918 eingesetzt.

<sup>177</sup> Die ersten Wahlen zur Nationalversammlung fanden am 19.1.1919 statt.

<sup>178</sup> Wilhelm II. dankte offiziell erst auf Schloss Amerongen in den Niederlanden am 28.11.1918 ab. Letzten militärischen Einfluss verlor Wilhelm II. zusehends durch die Einsetzung der III. Obersten Heeresleitung 1916.

<sup>179</sup> Erich Ludendorff wurde am 26.10.1918 entlassen.

densangebots und die Unterwerfung unter Wilsons 14 Punkte<sup>180</sup> und alles andere, so kann man sich denken, dass der Leiter einer Zeitung, die die schärfste Vertreterin der nationalen Opposition war, alle Hände voll zu tun hatte.

Ich wiederhole, dass Wulle seiner Aufgabe gerecht wurde.<sup>181</sup> Ich muss auch sagen, dass ich mich zunächst freute, als ich hörte, er halte für den Alldeutschen Verband in Berlin und nächster Umgebung treffliche und stark besuchte Vorträge. Stutzig wurde ich erst, als ich vernahm, dass er dies auch ausserhalb des Alldeutschen Verbandes tue, und etwas später erhielt mein Vertrauen einen sehr starken Stoss, als mir zuverlässig gemeldet wurde, er habe sich für die Reichstagswahl (1920) in einem Berliner Wahlkreis als Wahlbewerber der Deutschnationalen Volkspartei aufstellen lassen und halte Abend für Abend Wahlversammlungen ab. Diese Mitteilung entsprach den Tatsachen.<sup>182</sup>

Ich war durch sie aufs äusserste betroffen. Was nun folgte, schildere ich nur wegen der Folgen, die aus Wulles Verhalten entstanden, eingehend: denn es ist schmerzlich, erlebt zu haben, wie durch die Schuld eines Einzelnen die damalige ganze Aufwabbewegung zu Schaden kam. In Wulles Vertrag war ausbedungen, dass er seine *ganze* Kraft der Zeitung und dem Verlage – er war auf seinen eigenen Wunsch hin auch zum Verlagsdirektor bestellt worden – widmen müsse, und bei den Besprechungen war zum Ausdruck gekommen, dass er im engsten Vertrauensverhältnis zu mir stehen werde. Ich war über diesen Bruch gegebener Versprechen umsomehr entrüstet, als ich nun in Berlin wohnte, häufig im Dienstgebäude der Zeitung<sup>183</sup> erschien und jeden Augenblick zu einer Aussprache zu haben war. Statt eine solche zu suchen und mir

---

<sup>180</sup> Am 8.1.1918 legte der amerikanische Präsident Woodrow Wilson dem Kongress ein 14-Punkte-Programm für einen Friedensschluss vor, nachdem die USA am 6.4.1918 Deutschland den Krieg erklärt hatte. Im Mittelpunkt der 14 Punkte stand die Abdankung der Monarchie, die Räumung der besetzten Gebiete, die Neuordnung Europas nach dem Krieg auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker, Schaffung eines unabhängigen polnischen Staates, Verringerung der militärischen Rüstung, Öffnung der Handelsbeschränkungen, eine zukünftige Transparenz der Diplomatie für die Öffentlichkeit und die Schaffung einer „allgemeinen Vereinigung der Nationen“. Der spätere Völkerbund, der Anfang 1920 seine Arbeit aufnahm, war Ausdruck auch vorheriger Diskussionen um eine internationale Verständigungseinrichtung, wie sie bei den Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907 angesprochen wurde. Wilson: Memoiren und Dokumente, S. 40–42.

<sup>181</sup> Kritik an der Berufung Reinhold Wulles kam nicht zuletzt von Julius F. Lehmann aufgrund von Wulles vorheriger Anstellung bei der Rheinisch-Westfälischen Zeitung von Theodor Reismann-Grone, mit dem sich Claß dann 1915 überwarf. Siehe Julius F. Lehmann an Claß, 5.6.1918 in BA-Berlin, R 8048, Bd. 495, Bl. 47–49.

<sup>182</sup> Reinhold Wulle wurde nach der Reichstagswahl am 6.6.1920 Mitglied des Reichstags für die DNVP. Nach der Abspaltung des völkischen Flügels von der DNVP wurde Wulle stellvertretender Vorsitzender der am 16.12.1922 mit Wilhelm Henning und Albrecht von Graefe-Goldebee gegründeten DVFP. Bei den Reichstagswahlen am 4.5.1924 zog Wulle erneut für die DVFP in den Reichstag ein und schied bei den Reichstagswahlen am 7.12.1924 aus.

<sup>183</sup> Zwischen 1918 und 1927 befand sich die Neudeutsche Verlags- und Vermögensverwaltung des Alldeutschen Verbandes sowie die Druckerei und der Verlag der Deutschen Zeitung in Berlin in der Hedemannstraße 12.

dabei etwa vorzustellen, dass es im Vorteil der „Deutschen Zeitung“ liege, wenn er dem Reichstag angehöre, hatte Wulle seine Wahlbewegung ganz hinter meinem Rücken betrieben. Ich nahm diesen Vertrauensbruch sehr schwer, nicht minder aber die Tatsache, dass die Zugehörigkeit zum Reichstag, wenn er als Abgeordneter wirklich Einfluss gewinnen wollte, Pflichten auferlegte, die ihm jedenfalls in Berlin kaum für anderes Zeit lassen würden.

Ich liess mir Wulle kommen und sagte ihm, dass unser Verhältnis aufgelöst werden müsse da es durch ihn in schwerwiegender Weise verletzt worden sei. Er versicherte mir, er habe sich um die Wahlbewegung nicht bemüht, sondern sie sei ihm ganz überraschend in einer Wahlversammlung angeboten worden, so dass er keine Zeit gehabt habe, meine Meinung darüber einzuholen. Was die allabendlichen Versammlungen betreffe, so geschähen sie alle zur Werbung für die „Deutsche Zeitung“. Ich liess beide Entschuldigungen nicht gelten und beharrte darauf, dass mein Vertrauen zu sehr erschüttert sei, als dass wir die Zusammenarbeit fortsetzen [sic] könnten.

Wulle war von meiner Entschiedenheit sehr betroffen und fragte, was er tun könne, um mein Vertrauen wiederzugewinnen. Ich liess es dahingestellt, ob dies überhaupt möglich sei, und antwortete, die Voraussetzung für eine Fortführung des Gesprächs sei eine Erklärung, dass er von der Wahlbewegung zurücktrete und sich in Zukunft nur dem Dienste an der Zeitung und dem Verlage widme.

Nun erklärte er, dass sein Rücktritt ganz unmöglich sei, und er schilderte mit beweglichen Worten, welch einen Absturz es für ihn bedeuten würde, wenn er von der „Deutschen Zeitung“ fort müsse. Er bat, den Versuch mit ihm zu machen, und er werde beweisen, dass die Zeitung durch seine Zugehörigkeit zur Deutschnationalen Reichstagsfraktion nur Vorteil habe. Ich gab ihm keinen endgültigen Bescheid, sondern sagte, ich müsse die Angelegenheit dem Aufsichtsrat<sup>184</sup> vorlegen.

Ob mit oder ohne Zutun von Wulle besuchten mich in Berlin wohnende Mitglieder des Aufsichtsrates und beschworen mich, obwohl sie Wulles Verhalten ebenso beurteilten wie ich, noch einen Versuch mit ihm zu machen; ich möge bedenken, wie schwer es sei, einen seiner Aufgabe gewachsenen Hauptschriftleiter für die „Deutsche Zeitung“ zu finden, und es sei doch kein Zweifel, dass Wulle ein glänzender Journalist sei. Ich liess mich schliesslich breitschlagen, ihn zu behalten, wenn er sich in aller Form verpflichte, abgesehen von notwendigen Wahlreden, auf alles Auftreten in Versammlungen zu verzichten, es sei denn, dass er von mir dazu veranlasst werde. Ausserdem verlangte ich, er müsse, wenn er gewählt werde, seine Tätigkeit als Abgeordneter so einrichten, dass die Zeitung darunter nicht zu leiden habe – insbesondere aber noch, dass er seine Pflichten als Verlagsdirektor gewissenhaft erfülle.

<sup>184</sup> Zum Aufsichtsrat der Deutschen Zeitung gehörten als Vorsitzender Claß, als Geschäftsführer Georg Fritz sowie Otto Helmut Hopfen, Richard Pretzell, Karl Lohmann und Karl Horn. Zur Deutschen Zeitung siehe auch Leicht: Heinrich Claß, S. 225–235 und Stegmann: Die „Deutsche Zeitung“ 1917–1918.

Wulle gab diese Versprechen in Gegenwart meiner Freunde *Fritz* und *Hoffen*. Ich sagte ihm darauf, wir wollten gewissermassen von vorne anfangen; er müsse sich aber darüber klar sein, dass er bei Zuwiderhandlung gegen unsere Abmachungen nicht mehr gehalten werden könne. So war diese „Krise“ fürs erste behoben. Mir war unheimlich zu Mute, und ich machte mir Vorwürfe, dass ich nicht festgeblieben war.

Ein paar Wochen ging die Sache gut, und Wulle hielt sich an sein Versprechen, nur in Wahlversammlungen als Redner aufzutreten. Als aber die Wahl vorüber war und er dem Reichstag angehörte, wurde es anders. Er schloss sich dem äussersten rechten Flügel der Deutschnationalen Volkspartei an, dessen Führer der A[b]geordnete *Albrecht von Graefe-Goldebee*<sup>185</sup> war.

Graefe war ein ausgezeichnete Mann, der schon durch seine vornehme Erscheinung auffiel. Er war der Sohn des berühmten Augenarztes<sup>186</sup> und hatte nach längerer Dienstzeit bei der Garde-Kavallerie einen stattlichen Besitz in Mecklenburg übernommen. Seine glänzende Rednergabe hatte bald die Aufmerksamkeit auf ihn gelenkt, so dass er schon mehrere Jahre vor dem Kriege als eines der hoffnungsvollsten Mitglieder der Konservativen Partei<sup>187</sup> in den Reichstag eingezogen war. Auch im Felde hatte er sich ausgezeichnet gehalten, darüber aber seine politischen Pflichten nicht vernachlässigt. Dem Alldeutschen Verbands war er während des Krieges beigetreten, und ich schätzte seinen rücksichtslosen Kampf gegen Bethmann Hollweg hoch ein.<sup>188</sup>

Welchen Eindruck ich von ihm hatte, ergibt sich daraus, dass ich in ihm meinen Nachfolger sah. Ich hatte ihm dies auf einem Spaziergang durch den Tiergarten im Spätfrühjahr 1919 auch gesagt. Bei dieser Gelegenheit hatten wir uns über alle grossen politischen Fragen ausgesprochen, und es hatte sich eine so vollkommene Übereinstimmung ergeben, dass ich glaubte, einen besseren Nachfolge gäbe es nicht, wenn ich doch wieder veranlasst wäre, nach meiner Heimat zurückzukehren. Ich sagte ihm dies auch und fand nur insofern Ablehnung, als er meinte, es sei doch unmöglich, dass er mit einem Sprung, ohne

---

<sup>185</sup> Albrecht von Graefe(-Goldebee) (1868–1933), 1888 Eintritt in die Armee, 1896–1907 im Diplomatischen Dienst, 1899 Übernahme des Rittergutes Goldebee in Mecklenburg-Schwerin, 1899–1918 Mitglied des Ständetags Mecklenburg-Schwerin, 1912–1918 Mitglied des Reichstags für die DkP, Mitglied des ADV, 1918 Mitglied des Vorstandes des ADV und Mitbegründer der DNVP, 1919 Gründungsmitglied des Nationalen Klubs, 1919–1920 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, 1920–1928 Mitglied des Reichstags (1920–1922 für die DNVP, 1922–1924 für die DVFP, 1924–1925 für die für die NSFP, 1925–1928 für die DVFP), 1922 Mitbegründer der DVFP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch in München, bis 1928 Vorsitzender der DVFP.

<sup>186</sup> Gemeint ist Albrecht Graefe (1828–1870), Studium der Medizin, Mathematik, Chemie und Physik in Berlin, Promotion, nach Rückkehr aus Paris, Wien und London Habilitation in Berlin und Gründung einer privaten Augenklinik in Berlin, 1854 Gründung des Archivs für Ophthalmologie, 1858 Mitglied der Leopoldina, 1866 Direktor der augenärztlichen Abteilung der Charité.

<sup>187</sup> Gemeint ist die DkP. Albrecht von Graefe-Goldebee war 1912–1918 Mitglied des Reichstages für die DkP und 1918 Mitbegründer der DNVP.

<sup>188</sup> Siehe auch Albrecht von Graefe-Goldebee an Claß 16.9.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 364, Bl. 7.

den Aufbau und die Menschen im Alldeutschen Verbands zu kennen, dessen Führer werde. Das müsse sich doch allmählich entwickeln. Dies war natürlich auch meine Ansicht.

Ich erwähne dies alles nur, um zu zeigen, welches Vertrauen ich zu dem nicht viel jüngeren Mann hatte, der damals bei allen Völkischgesinnten als ritterlicher Vorkämpfer für die Rettung des Vaterlandes galt. Die Enttäuschungen, die ich mit ihm erlebte, waren umso trauriger und gehören zu den schwersten Erfahrungen meines Lebens. Und dies hing mit dem Fortgang der Angelegenheit Wulle zusammen.

Mir wurde von meinem Freunde Geheimrat *Fritz*, den ich als mein anderes Ich und gewissermassen als ständigen Vertreter bei der „Deutschen Zeitung“ eingesetzt hatte, berichtet, dass Wulle, seitdem er Abgeordneter war, sich kaum mehr in der Zeitung sehen lasse. Ich ging dann einige Male zu der Zeit, in der die Besprechungen der Schriftleiter stattfinden sollten, dorthin und erfuhr, dass er gar nicht im Hause war, obwohl er dort seine Wohnung hatte. Dann machte ich einige Versuche, Wulle durch Fernsprecher zu erreichen; aber auch dies war vergeblich. Ausserdem berichteten mir *Fritz* und der Verlagsleiter, dass die Zahl der Bezieher unseres Blattes in einer Zeit, in der unsere Sache den besten Auftrieb hatte, ständig zurückgehe.

Daraufhin liess ich mir Wulle wiederum kommen und hielt ihm dies alles vor. Er suchte die Nichterfüllung seiner Versprechungen damit zu entschuldigen, dass seine, die völkische Gruppe, bei den Deutschnationalen einen besonders schweren Stand habe, so dass ihre verhältnismässig wenigen Angehörigen immer auf dem Posten sein müssten und er in keiner Fraktions- oder Ausschusssitzung fehlen dürfte.

Ich erwiderte, dass der innere Zustand seiner Partei die „Deutsche Zeitung“ nichts angehe, und dass er insbesondere deshalb nicht die mir vor der Wahl gegebenen Versprechungen missachten dürfe. Er müsse doch selbst einsehen, dass er seinem Amte als Hauptschriftleiter alles schuldig bleibe; noch übler sehe es mit seiner Tätigkeit als oberster Verantwortlicher des Verlages aus. Mir scheine, dass der Zeitpunkt gekommen sei, wo er zwischen seinen Stellungen bei der Partei und bei der Zeitung zu wählen habe.

Noch einmal beschwor mich Wulle, ihm Zeit zu lassen, bis er sich in der Fraktion und im Reichstag seine Stellung geschaffen habe. Er kenne die Wichtigkeit der „Deutschen Zeitung“ genau, und ich könne mich darauf verlassen, dass er seine Pflichten in vollem Umfange gerecht werden könne und wolle – sei er doch mit Leib und Seele Journalist. Auch diese neuen Versprechungen waren Worte, nichts als Worte!

Ich hatte damals auf dem Alldeutschen Verbands so viel mit der Durcharbeitung unserer Reformpläne zu tun, dass ich mich verhältnismässig wenig um die „Deutsche Zeitung“ bekümmern konnte und dort die oberste Aufsicht meinem Freunde *Fritz* überlassen musste. Durch ihn erfuhr ich dann im Herbst, dass Wulle nach kurzer Zeit sein altes Treiben wieder aufgenommen hatte, vor allem, dass er wieder ausserhalb von Berlin Vorträge hielt und manchmal tagelang nicht auf seiner Dienststelle erschien, dass er ferner den Verlag ganz ver-

nachlässigte, so dass der Rückgang der Bezieher sich fortsetzte. Dies alles steigerte sich bis zum Ende des Jahres 1920.<sup>189</sup>

Ich war mir spätestens seit Oktober darüber klar, dass es mit Wulle nicht mehr gehe, hatte mir aber nach Besprechung mit meinen Freunden im Aufsichtsrat vorgenommen, dem Verhältnis erst dann ein Ende zu bereiten, wenn ich einen geeigneten Nachfolger gefunden hätte. Dies gelang erst Mitte Dezember, indem ich *Dr. Max Maurenbrecher*, damals Prediger an einer freien Gemeinde in Dresden, für uns verpflichtete.<sup>190</sup>

Er war ein Sohn des ausgesprochen nationalen Geschichtsschreibers Professor Wilhelm Maurenbrecher<sup>191</sup> und als Student Angehöriger des streng nationalen Vereins deutscher Studenten.<sup>192</sup> Nun hatte er sich zu den Anschauungen seiner Jugend zurückgefunden, nachdem er inzwischen der sozialdemokratischen Partei beigetreten war<sup>193</sup> und durch ein Buch über die Hohenzollern sich die Gegnerschaft aller Nationalen zugezogen hatte.<sup>194</sup> Während des Krieges war Maurenbrecher in der entschiedensten Weise zur schärfsten nationalen Opposition übergetreten und hatte unsere Geschäftsstelle wiederholt besucht. Dort hatte er sich besonders mit Freiherrn von Vietinghoff-Scheel in dem Sinne ausgesprochen, dass er seinen Übertritt zur Sozialdemokratie als einen schweren Irrtum bedauere. Nun wollte er umso entschiedener sich am nationalen Kampf beteiligen. Mir hatte er regelmässig Predigten und Vorträge geschickt, aus denen hervorging, dass er es mit der nationalen Opposition ernst meinte. So war ich vor allem nach Beratung mit Dr. Bang zum Entschluss gekommen, Maurenbrecher das Amt des Hauptschriftleiters anzubieten. Er hatte es nach kurzer Bedenkzeit angenommen und sollte am 2. Januar 1921 in Berlin antreten.

Gegen Ende Dezember 1920 hatte das Versagen Wulles unerträgliche Formen angenommen. Ich ging von Mitte Dezember ab täglich auf die Zeitung,

---

<sup>189</sup> Claß' Kritik an Reinhold Wulles politischer Betätigung war nicht unbegründet, da innerhalb der Deutschen Zeitung ständig über den Mangel an Redakteuren, folgender Überarbeitung der Schriftleiter der einzelnen Ressorts sowie fehlender Ausgleichsvergütungen bei Überstunden geklagt wurde. Redaktionssitzungen wurden mit Blick auf Wulles Fraktions-sitzungen der DNVP zeitlich verlegt, Wulle konnte beiden Verpflichtungen oftmals nicht nachkommen und eine zuweilen kritische Berichterstattung über die DNVP belastete zusätzlich das gegenseitige Verhältnis. Siehe Schriftleitung Deutsche Zeitung an Claß, 30.10.1918 und Reinhold Wulle an Claß, 30.11.1918, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 495, Bl. 77 und 78–79.

<sup>190</sup> Max Maurenbrecher wurde 1919 Pfarrer in der evangelisch-reformierten Gemeinde in Dresden.

<sup>191</sup> Wilhelm Maurenbrecher (1838–1892), Studium der Geschichte, Klassischen Philologie und Germanistik, 1867–1869 Professor in Dorpat, 1869–1876 in Königsberg, 1877–1884 in Bonn und 1884–1892 in Leipzig, Mitglied der Königlich-Sächsischen Gesellschaft für Wissenschaften.

<sup>192</sup> Max Maurenbrecher war während seines Studiums 1898 Mitglied des Vereins Deutsche Studenten Leipzigs, dem auch Otto Hoetzsch, ab 1902 Vorstand der Ortsgruppe des ADV Leipzig, im Wintersemester 1895/96 beiträt. Der Kyffhäuserverband wurde 1881 gegründet. Dazu Zirlwagen: Kaiserstreue-Führergedanke-Demokratie.

<sup>193</sup> Max Maurenbrecher war 1903–1913 Mitglied der SPD.

<sup>194</sup> Maurenbrecher: Die Hohenzollern-Legende.

und es gelang mir bis Weihnachten nicht, den Hauptschriftleiter und Verlagsdirektor auch nur einmal anzutreffen. Zwischen den Jahren, etwa am 28. Dezember, bekam ich ihn endlich zu fassen. Bei dieser Gelegenheit erklärte ich Wulle in Gegenwart von Geheimrat *Fritz*, dass eine Entscheidung unausweichlich geworden sei, nachdem er mir bei unserer letzten längeren Unterhaltung erklärt habe, dass er auf seinen Sitz im Reichstage unter keinen Umständen verzichten wolle. Über den Zustand des Blattes, insbesondere über den Schwund an Beziehern müsse er Bescheid wissen und demnach sich auch darüber klar sein, dass die „Deutsche Zeitung“ bei der Fortsetzung des bisherigen Zustandes in kurzem erledigt sei. In dieser Lage habe der Aufsichtsrat gar nicht anders handeln können, als Wulles Ausscheiden zu beschliessen und ihn durch einen Mann zu ersetzen, der wirklich seine ganze Kraft allein und ausschliesslich dem Blatte widme. Nachdem dieser Entschluss gefasst sei, dürfe mit seiner Verwirklichung nicht gezögert werden. So habe ich ihm zu eröffnen, dass er am letzten Dezember aus seiner Stellung auszuscheiden habe. Es sei nach seinem Verhalten zweifellos der Fall der sofortigen Entlassung ohne Kündigungsfrist gegeben, aber wir wollten mit ihm die peinliche Angelegenheit gütlich regeln.

Derartiges hatte Wulle nicht erwartet. Er war erschüttert und warf die Frage auf, ob es keinen anderen Ausweg gebe. Ich stellte die Gegenfrage, ob er bezweifle, dass die Zeitung bei der Fortdauer des dermaligen Zustandes zu Grunde gehen müsse. Als er dies zugegeben hatte, sagte ich: „Also bleibt nur eins übrig, nachdem Sie auf Ihren Sitz im Reichstag nicht verzichten wollen: Ihr Ausscheiden. Das soll in den ehrendsten Formen und unter Wahrung Ihrer wirtschaftlichen Belange geschehen, wobei der Aufsichtsrat Ihrer Verdienste in der ersten Zeit Ihrer Tätigkeit gedenkt.“

Nun schlug ich Wulle vor, dass er als Abfindung ein volles Jahresgehalt sofort bar ausgezahlt bekomme. Ferner solle ihm wöchentlich ein mit einem eigenständigen Betrag zu vergütender Aufsatz in der „Deutschen Zeitung“ zugesichert werden; ausserdem wolle der „Alldeutsche Verband“ ihn zu gut bezahlten Vorträgen heranziehen. Wenn er sich hiermit einverstanden erkläre, sei die Angelegenheit im Augenblick zu erledigen. Er müsse bedenken, dass der Aufsichtsrat berechtigt sei, ihn ohne weiteres und ohne Kündigungsfrist zu entlassen. Aber dies solle im Hinblick auf seine Verdienste vermieden werden.

Nach einigem Hin und Her erklärte Wulle in aller Form, dass er die Unhaltbarkeit seiner Stellung einsehe und die von mir mitgeteilten Vorschläge annehme. Ich sagte ihm dann, dass Geheimrat *Fritz* ihm am folgenden Tage seine Abfindung auszahlen werde, und dass ich in der ersten Nummer des neuen Jahres an der Spitze der Zeitung eine Mitteilung bringen werde, dass er wegen seiner Tätigkeit im Reichstage und in der Deutschnationalen Volkspartei als Leiter der Zeitung ausgeschieden sei, dass er aber als ständiger Mitarbeiter in enger Fühlung mit ihr bleiben werde.

Beim Auseinandergehen war der Eindruck bei Geheimrat *Fritz* und mir der, dass Wulle ohne Feindseligkeit von unschied, so dass ich auch unter-



liess, ihn sofort von seiner Stellung als Hauptschriftleiter zu entheben.<sup>195</sup> Das stellte sich als schwerer Fehler heraus. Am folgenden Tage erhielt Wulle die verabredete Abfindung, und ich nahm an, dass die Dinge in Ordnung seien.

Man wird mein Erstaunen begreifen, als ich am Sylvesterabend die Zeitung in die Hand nahm und darin einen Aufsatz von Wulle fand, der eine einzige Anklage gegen mich und den Aufsichtsrat war, ohne dass Namen darin genannt wurden.<sup>196</sup> Der Vergleich mit der Wandlung des Segestes wider Arnim<sup>197</sup> und der Hinweis darauf, wie oft Neid und Verrat in der deutschen Geschichte die Taten grosser Männer erschwert oder zunichte gemacht hatten, war in der Art, wie diese Dinge von dem sich verabschiedenden Hauptschriftleiter vorgebracht wurden, ganz eindeutig und wurde auch entsprechend verstanden.

War dieses Vorgehen eines Mannes, der sich mit der notwendigen Trennung abgefunden erklärt hatte, schon unerhört, so war es ein ebenso schwerer Vertrauensbruch, dass Wulle die letzte Besprechung der Schriftleiter, die er abhielt, dazu benutzte, um eine völlig falsche Darstellung der Ursachen seines

<sup>195</sup> Siehe Georg Fritz: Die Vorgänge beim Ausscheiden des Herrn Wulle aus der Schriftleitung der Deutschen Zeitung, 26.1.1921, in BA-B, R 8048, Bd. 490, Bl. 38–40.

<sup>196</sup> Deutsche Zeitung 31.12.1920. Siehe Reinhold Wulle: Die Vorgänge beim Ausscheiden des Herrn Wulle aus der Schriftleitung der Deutschen Zeitung, 5.2.1921, in BA-B, R 8048, Bd. 490, Bl. 59–63. Wulle erklärte in dieser Stellungnahme, dass er entgegen den Annahmen von Georg Fritz Claß bei den ersten Verhandlungen um seinen Hauptschriftleiterstelle im [April] 1918 Claß keineswegs „persönlich treue Gefolgschaft“ geschworen hätte, nicht zuletzt, da Wulle die „politische Kurzsichtigkeit“ von Claß, wie sie in der Kriegszielenkschrift vom Oktober 1914 zum Ausdruck kam, trennte. Die Kandidatur für die DNVP habe Claß auch zunächst unterstützt, sei aber davon ausgegangen, dass Wulle nicht eine „erste Stelle“ auf der Liste bekommen würde. Mitte April 1920 sei Claß dann in einem lebhaften Gespräch deutlich geworden und habe Wulles Kandidaturverhandlungen mit dem DNVP-Landesverband um eine Aufstellung in Teltow-Beeskow verworfen, um dann kurze Zeit später auf der Jahresversammlung der Gesellschaft der Deutschen Zeitung Wulles Reichstagskandidatur doch zu unterstützen. Am 27.12.1920 sei Wulle dann völlig überraschend von Claß entlassen worden, was Claß nach Wulles Einschätzung Wochen zuvor geplant habe. Wulle habe sich nicht die volle zustehende Summe aus dem bis zum 1.10.1922 laufenden Vertrag auszahlen lassen. Die öffentlichen Darstellungen beider Seiten über den Vertrauensbruch begannen nach der Entlassung Wulles. Die Behauptungen von Seiten des Verlages und des ADV, Wulle habe die Deutsche Zeitung schlecht geführt, sei nach Wulles Darstellung unrichtig, da die Deutsche Zeitung „ohne einen Pfennig Unkosten“ gearbeitet habe. Ebd., Bl. 62. Unter der Schriftleitung Wulles von 1918–1920 sei die Auflage der Deutschen Zeitung von 6.000 auf 80.000 gewachsen. Siehe dazu Theodor Weicher an Claß, 20.2.1921, in ebd., Bl. 83–84. Otto Helmut Hopfen hielt Wulle hingegen bereits 1918 für charakterlich überspannt und gerade in der „Revolutionszeit“ für nervlich unbelastbar, während Wulle bereits im Frühjahr 1918 bei der Rheinisch-Westfälischen Zeitung auch den kritischen Strömungen gegenüber Claß unter Theodor Reismann-Grone erlegen gewesen sei. Hopfen habe früh auf einen Nachfolger für Wulle nach dessen Reichstagskandidatur gedrängt. Otto Hopfen an Otto Bonhard, 24.2.1921, in ebd., Bl. 108–110.

<sup>197</sup> Hier bezieht sich Claß auf die Sage (u. a. bei Tacitus) von den beiden germanischen Heerführern der Cherusker: Segestes und Arminius (Hermann). Segestes suchte seine eigene politische Position zu stärken und verriet als Spitzel die Aufstandspläne von Arminius an den römischen Statthalter Varus. Nach der Varusschlacht im Jahre 9 n. Chr. und der römischen Niederlage nahm Segestes trotzdem am Aufstand teil, machte seine Gegnerschaft zu Arminius jedoch danach deutlich.

Ausscheidens zu geben. Danach war es die Eifersucht der Leute des Aufsichtsrates gegen ihn, den grossen Redner und Politiker gewesen, die den Bruch veranlasst habe; sie konnten eben nicht ertragen<sup>198</sup>, dass er in der öffentlichen Meinung ihnen den Rang abgelaufen hatte.

Bereits am Vormittag des 1. Januar erhielt ich entrüstete Briefe von Anhängern Wulles, und als ich am nächsten Tage auf die Zeitung kam, um den neuen Hauptschriftleiter einzuführen, wurde mir gemeldet, dass der grössere Teil unserer Schriftleiter auf Seiten Wulles stehe und über dessen angebliche Misshandlung und ihre Hintergründe empört sei. Ich versammelte deshalb die ganze Schriftleitung und legte, ohne ein scharfes Wort zu gebrauchen, den wahren Tatbestand dar und wies insbesondere darauf hin, dass es sich für den Aufsichtsrat und mich darum gehandelt habe, die Zeitung zu retten, die durch Wulles Verhalten dicht vor dem Zusammenbruch gebracht worden sei. Es wurde mir später gesagt, dass meine Worte Eindruck gemacht hätten, und dass nun eigentlich alle Schriftleiter davon überzeugt seien, Wulle sei nicht mehr zu halten gewesen.

Damit war diese Angelegenheit für uns aber nicht erledigt. Wulle hielt es entgegen den getroffenen Massnahmen für zulässig, den äussersten Kampf gegen mich und die „Deutsche Zeitung“ aufzunehmen, und er fand dabei eine Menge fanatisierter Anhänger, von denen der Reichstagsabgeordnete *Albrecht von Graefe-Goldebee* früher schon genannt ist. Man tat alles, um der Zeitung Abbruch zu tun, gewissermassen unter der Losung, wenn sie nicht unter Wulles Leitung stehe, dürfe sie überhaupt nicht mehr leben. Es wurden in den verschiedensten Teilen Berlins Versammlungen abgehalten, die nur der Verherrlichung dieses grossen Politikers und dem Kampfe gegen mich und die „Deutsche Zeitung“ galten.

Aber nicht genug damit. Anhänger Wulles, die er in die Verwaltung des Blattes gebracht hatte, bemächtigten sich der Kartei des „Deutschen Herolds“<sup>199</sup>, einer Helfergruppe, die sich die Förderung unserer Zeitung zur Aufgabe gestellt hatte. An ihre Mitglieder wurden Rundschreiben wahrheitswidrigen Inhalts geschickt.<sup>200</sup>

Das letzte Mittel, mich und meine Freunde müde zu machen, waren schliesslich einige Pistolenforderungen – kurz, die Anhänger des Mannes, der sich mit uns in Ehren verglichen hatte, waren von einem Zerstörungsgeist besessen, der vor nichts zurückschreckte.<sup>201</sup>

<sup>198</sup> Im Originalmanuskript: vertragen.

<sup>199</sup> Der Deutsche Herold-Bund, der Vorkämpfer für deutschvölkisches Zeitungswesen und deutschvölkische Politik, war ein Leseverein der Deutschen Zeitung mit der Deutschvölkischen Bank in der Bülowstraße 101 in Berlin, über den Reinhold Wulle nach seinem Ausscheiden im Dezember 1920 die Kontrolle behielt und ihn 1921 zu einem Verlag ausbaute.

<sup>200</sup> Reinhold Wulle wurde in der Hauptversammlung des Deutschen Herolds am 6.3.1921 zum 1. Vorsitzenden gewählt. Heroldsbrief Nr. 5, März 1921, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 490, Bl. 141–142. Siehe auch Reinhold Wulle: Die Aufgaben des „Deutschen Herold“ (Rundbrief), o.D., in ebd., Bl. 147–148.

<sup>201</sup> Reinhold Wulle selbst lehnte brieflich am 8.3.1921 eine Verhandlung vor dem alldeutschen Schiedsgericht ab, da der gesamte Hauptvorstand einstimmig Clafß zuvor das Ver-

War dies alles schon schlimm, so war es noch schlimmer, in welchem Masse die auf Wulles Berichte zurückgehenden Anklagen gegen die „Deutsche Zeitung“ und mich sich auswirkten. Ich lasse es dahingestellt sein, inwieweit er selbst im einzelnen dabei die Hand im Spiele gehabt hat. Sicher ist es, dass seine fanatischen Anhänger den Kampf führten, als wären wir ihre allerschlimmsten Feinde. Wo immer ich im Laufe der nächsten drei, vier Jahre auf Feindseligkeit in nationalen Kreisen stiess, ging sie auf jene Zeit mit ihren Machenschaften zurück. Es war kennzeichnend, dass alles, was in den Wulle anhängenden Zeitungen über mich behauptet wurde, seinen Weg in die jüdische Presse fand, und man kann sich vorstellen, welch' ein Scheusal dieser Schlag von Zeitungsleuten aus mir machte.

Politisch aber am allerschlimmsten war es, dass Wulle und sein Anhang den Abgeordneten *von Graefe-Goldebee* ganz für sich gewonnen hatten, und dass sie auch mit ihren Ausstreuungen über mich den Weg zu *Ludendorff* fanden.<sup>202</sup> Graefe hatte in den ersten Tagen des Jahres 1922<sup>203</sup> einen Brief an mich geschrieben, in dem er mich der Todsünde am nationalen Gedanken bezichtigte, weil ich deren „genialsten“ Vorkämpfer durch seine Entlassung ausser Gefecht gesetzt habe.

Ich antwortete ihm kurz, dieser Gegenstand lasse sich nicht schriftlich erledigen, ich bäte ihn, so bald als möglich mich zu besuchen. Dann wolle ich ihm alle Aufklärung geben. Dieser Besuch fand am 12. Januar 192[2] statt, und ich sah dabei den merkwürdigsten Erfolg von der Welt. Graefe gab nach meinen Ausführungen zu, er habe sich den Verlauf der Sache so gedacht, aber das ändere nichts daran, dass ich eine unverantwortliche Tat begangen habe, förmlich einen Totschlag an der nationalen Bewegung. Denn ich als der Führende und Reifere hätte die Pflicht gehabt, Geduld zu üben und Wulle in meinem Sinne zu erziehen.

Im Verlaufe der Besprechung, die sich bei Graefe bis zur Leidenschaftlichkeit steigerte, warf ich wiederholt die Frage auf, ob er alles Ehrgefühl für nichts achte, dass er sich in so fanatischer Weise für einen Mann einsetze, der alle Abmachungen gebrochen habe. Es half nichts: Graefe blieb bei seiner Auffassung, die alle Schuld an der von ihm erwarteten Schädigung der nationalen

---

trauen ausgesprochen habe. Siehe Verhandlungsbericht Ausschuss zur Prüfung des Verhältnisses Reinhold Wulle, Alldeutscher Verband und völkische Bewegung (Theodor Thomsen, Ernst Eschmann, Friedrich Solger, Walter Stahlberg, Georg Freiherr von Stössel) vom 25.2.1921, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 490, Bl. 173. Am 17.2.1921 beantragte zudem die Neudeutsche Verlags- und Treuhandgesellschaft beim Reichsverband der Deutschen Presse eine Entscheidung des Ehrengerichts über die Abschiedsbekundung von Reinhold Wulle vom 5.2.1921.

<sup>202</sup> Erich Ludendorff hielt bis 1922/1923 verstärkten Kontakt zur DNVP, vor allem zum völkischen Flügel um Albrecht von Graefe-Goldebee, Reinhold Wulle und Friedrich Wilhelm Henning. Ludendorff nahm im Oktober 1921 auch den Ehrenvorsitz des Deutschnationalen Jungbundes an, um die DNVP mit eigenen Anhängern zu unterwandern. Siehe dazu auch Thoss: *Der Ludendorff-Kreis*, S. 222–249, Jackisch: *The Pan-German League*, S. 54–62 und zur Vorgeschichte der völkischen Radikalisierung der DNVP Striesow: *Die Deutsch-nationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen*.

<sup>203</sup> Der Brief ist nicht überliefert.

Sache auf mich schob. Er steigerte sich, als ich sein Verlangen zurückwies, Wulle wieder in sein Amt einzusetzen, zu der Drohung, dass er von nun an die „Deutsche Zeitung“ und den „Alldeutschen Verband“ als Todfeinde der nationalen Bewegung betrachte und ihnen auf alle Art Abbruch tun werde.

So gingen wir auseinander. Herr von Graefe hat Wort gehalten: durch seinen Einfluss gelang es ihm, so ziemlich alle unsere alldeutschen Ortsgruppen in Mecklenburg<sup>204</sup> zu zerschlagen und der „Deutschen Zeitung“ in Berlin und in Rostock zwei neugegründete Blätter seiner Richtung entgegenzustellen<sup>205</sup>, die ihre Hauptaufgabe darin erblickten, mich und den Alldeutschen Verband in jeder Richtung zu verdächtigen und zu bekämpfen. Ich hörte hie und da, dass dabei die Behauptung eine besondere Rolle spiele, ich sei Freimaurer, und demgemäss stehe durch mich sowohl der „Alldeutsche Verband“ wie die „Deutsche Zeitung“ im Dienste der Freimaurer. Schon bei dem Gespräch mit Graefe war die Rede hierauf gekommen, und ich hatte ihm in aller Deutlichkeit erklärt, dass ich mit den Freimaurern *gar nichts* zu tun habe, und dass ich meinem ganzen Wesen nach der Tätigkeit der Logen verständnislos und schroff ablehnend gegenüberstehe.<sup>206</sup> Trotzdem spielte die Behauptung, ich sei Frei-

<sup>204</sup> Das agrarisch geprägte Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz gehörten zusammen mit Schleswig-Holstein auch in den 1920er Jahren zu den Regionen mit der geringsten Ortsgruppendichte. Landgerichtsrat Ernst Joerges aus Rostock gehörte zu den umtriebigen Verbandsmitgliedern, der beständig Mitglieder nicht nur in den Hansestädten entlang der Ostseeküste und in Schwerin, sondern auch in den kleineren Orten der Mecklenburger Seenplatte und bis nach Neubrandenburg warb und im Ersten Weltkrieg auch bei zahlreichen Rittergutsbesitzern und Landpächtern erfolgreich war. Schwerpunkt der Mobilisierung der DVFP war wiederum Norddeutschland. In Mecklenburg kamen zwei Drittel der Mitglieder der DVFP aus dem Landesverband der DNVP und große Teile der Mitglieder des 1922 aufgelösten DvSTB gingen zur DFVP.

<sup>205</sup> Zu den Zeitungsorganen der DVFP gehörten in Rostock die Mecklenburger Warte unter der Schriftleitung von Fritz Hilgenstock und in Berlin die Deutschen Nachrichten unter der Schriftleitung von Otto Schulz. Siehe Weissbecker: Deutschvölkische Freiheitspartei, S. 551.

<sup>206</sup> Die Diskussion um die Vereinbarkeit von gleichzeitiger Mitgliedschaft im Alldeutschen Verband und in Freimaurerlogen nahm durch die Angriffe auch der Ludendorff-Bewegung in der Weimarer Republik zu. Einige Mitglieder des ADV wie Willy Hahn, Alfred Jacobsen, Karl Grunert oder Otto Fürst zu Salm-Horstmar (Johanniterorden) waren Freimaurer und der ADV kritisierte vor allem altpreußische Logen für die Mitgliedschaft von Juden in ihren Reihen. Ernst Oberfohren verließ seine Loge 1926 und wurde weiterhin von den Nationalsozialisten als Freimaurer angegriffen. Carl Itzenplitz vermied eine klare Stellungnahme zu vergleichbaren Anschuldigungen. Siehe Erklärung des Alldeutschen Verbandes und von Leopold von Vietinghoff-Scheel, in Alldeutsche Blätter 18.2.1928. Die Diskussion über die Stellung zu Freimaurerlogen begann im Geschäftsführenden Ausschuss Ende des Jahres 1927, nachdem man auf die Angriffe Erich Ludendorffs hatte reagieren wollen. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 26./27.11.1927, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 152, Bl. 34–44. Dazu auch Ludendorff: Vernichtung der Freimaurerei. Paul Bang erklärte, er habe gegenüber Ludendorff, den er 1919 im Zuge seiner engen Verbindungen zu Wolfgang Kapp und Major Waldemar Pabst kennengelernt hatte, bereits seiner Zeit erklärt, dass er „selbst zur Freimaurerei ohne jede Beziehung“ sei. Ludendorff halte sich jedoch von ihm und Claß bewusst fern, weil Ludendorff überzeugt sei, dass Claß Freimaurer sei. So Paul Bang an Oberbaurat Reissmüller 9.12.1927, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 287, Bl. 264–266. Siehe auch Paul Bang an Generalleutnant Bronsart von Schellendorf 13.12.1927, in ebd., Bl. 268–272. Die Diskussion um alldeutsche Mitglieder in Freimaurerlogen war auch

maurer hohen Grades, jahrelang ihre<sup>207</sup> Rolle – leider nicht ohne Erfolg. Graefes Verhalten in diesem Falle war mir ganz unerklärlich. Es war, als habe dieser vornehme Mann jedes Urteil verloren und sei ganz hemmungslos geworden. Einer seiner früheren konservativen Freunde hat mir später gesagt, die Kämpfe, die er in dieser Partei habe führen müssen, um seiner Überzeugung treu bleiben zu können, die Erfahrungen an der Front, bis wohin ihn Bethmann Hollwegs Machenschaften verfolgten, und schliesslich die Enttäuschungen, die er in der Deutschnationalen Partei erlebte, hätten seine Nerven zerrüttet und ihn mit krankhaftem Misstrauen gegen alle erfüllt, die nicht unbedingt seiner Meinung waren. Es war ein Jammer, dass dieser Mann, der eine der grossen Hoffnungen der völkischen Bewegung war, die Herrschaft über sich verloren und damit aus einem Förderer der grossen Sache zum Träger der Zersetzung wurde, die sie immer wieder zurückwarf.

Besonders verhängnisvoll war es, dass im Vertrauen auf Graefe *Ludendorff* zu dem Glauben gebracht wurde, ich sei ein Feind des Hauses Hohenzollern und trete für ein Habsburgisches Kaisertum ein. Nicht genug damit, dass ich ihm als Freimaurer hingestellt wurde, ging man so weit, mich als geheimen Jesuiten zu bezeichnen. Der endgültige Bruch mit Ludendorff, der auf der Höhe des Jahres 1923 eintrat<sup>208</sup>, war im wesentlichen auf diese wahrheitswidrigen Einflüsterungen zurückzuführen.<sup>209</sup>

Obwohl man mich für einen solchen in allen Farben schillernden politischen Abenteurer erklärte, hatte man es, als man es nach der Görlitzer Tagung der Deutschnationalen Volkspartei zum Bruche zwischen der Parteileitung und dem judengegnerischen Flügel der Partei unter Graefes und Wulles Führung hatte kommen lassen<sup>210</sup> und im Dezember 1922 die Gründung der *Deutschvölkischen Freiheitspartei* betrieb<sup>211</sup>, für angebracht gehalten, mir in aller Form deren Führung anzubieten. In einer langen Unterhaltung, die noch am Gründungstage der neuen Partei, einem Sonntage<sup>212</sup>, nachmittags in meiner Wohnung stattfand, trugen mir die Beauftragten jener Gruppe, der Abge-

---

Ausdruck der Konkurrenz mit dem Tannenbergbund Ludendorffs, der in vielen Ortsgruppen des ADV zahlreiche Mitglieder abwarb. Bang berichtete, dass die Ortsgruppe Breslau in letzter Zeit von einst 1.200 Mitgliedern wegen Abwerbung des Tannenbergbundes auf unter 500 Mitglieder gefallen sei. Paul Bang an Oberbaurat Reissmüller 11.12.1927, in ebd., Bl. 275–276.

<sup>207</sup> In der Textfassung FZH 11/C2: eine.

<sup>208</sup> Siehe auch Kapitel 6.19.

<sup>209</sup> Siehe auch Claß an Erich Ludendorff 1.11.1922, in BA-B, R 8048, Bd. 423, Bl. 26. Claß kritisierte Erich Ludendorff grundsätzlich als in seinen politischen Fähigkeiten beschränkt. Über Ludendorffs Rolle in der Obersten Heeresleitung zum Kriegsende 1918 erklärte Claß: „Ohne die politische Begabung eines [Alfred von] Tirpitz, aber mit nationalem Instinkt, ist er gescheitert, da er nicht die richtigen Berater gesucht hat.“ Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 6./7.12.1919, in ebd., Bd. 126, Bl. 9.

<sup>210</sup> Der vierte Parteitag der DNVP fand in Görlitz vom 25.–28.10.1922 statt. Siehe dazu auch Jones: *The German Right 1918–1930*, S. 151–161.

<sup>211</sup> Siehe Gründungsaufruf der Deutschvölkischen Freiheitspartei in Reichswart 6.1.1923.

<sup>212</sup> Die DVFP wurde am Samstag, den 16.12.1922 gegründet. Siehe auch Reimer: *Die Deutschvölkische Freiheitspartei*.

ordnete *Graefe* und Rechtsanwalt *Dr. Wittern*<sup>213</sup> aus Lübeck das Amt des Parteivorsitzenden an. Ich hatte, bevor die beiden Herren kamen, Zeit gehabt, meine Freunde *Hertzberg* und *Vietinghoff* zu mir zu bitten, so dass sie Zeugen der Auseinandersetzung waren, in die sie auch beide eingriffen.

Meine Entscheidung stand von vornherein fest, da ich seit meiner frühen Jugend keiner politischen Partei mehr angehört hatte und als Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes erst recht die Pflicht hatte, mich über den Parteien und ausserhalb derselben zu halten; noch viel weniger könnte ich eine neue Partei gründen.<sup>214</sup> Graefe und Wittern liessen dies nicht gelten, und es machte auch keinen Eindruck auf sie, als ich sagte, dass in einer Kampfgruppe, wie sie der „Alldeutsche Verband“ sei, wiederholt die Frage überlegt worden sei, ob wir nicht doch eine Partei gründen müssten, um unsere Ziele nachdrücklicher zu fördern. Aber jedesmal habe die Antwort gelauret, wir sollten an der Überparteilichkeit festhalten. Meine mitanwesenden Freunde unterstützten meine Ausführungen unbedingt, aber sie bekamen zu hören, dass in solcher Zeit der „Alldeutsche Verband“ nicht an sich selbst und wahrscheinlich veraltete Grundsätze denken dürfe, sondern ans grosse Ganze.

Aus der Eindringlichkeit, mit der die beiden Abgesandten der vor wenigen Stunden ins Leben gerufenen „Deutschvölkischen Freiheitspartei“ auf mich einredeten, gewann ich den Eindruck, dass man dort wegen der Führung in grosser Verlegenheit war.<sup>215</sup> Wie wäre es sonst denkbar gewesen, dass man einen Mann wie mich, den man fast auf den Tag ein Jahr lang verunglimpft hatte, nun an die Spitze rufen wollte. Ich blieb bei meiner Ablehnung, und die beiden Herren gingen in sichtlicher Verstimmung weg.

Ungefähr einen Monat später bekam ich einen wilden Brief von Graefe, in dem er, der den Vorsitz der neuen Partei übernommen hatte, mir klipp und klar schrieb, zwischen uns beiden gebe es nur zwei Möglichkeiten; entweder die engste, vertrauensvollste Zusammenarbeit oder, wie er wörtlich schrieb, „den Kampf bis aufs Messer“.<sup>216</sup> Einen anderen äusseren Anlass für diesen

<sup>213</sup> Ernst Wittern (1867–1950), 1893 Promotion, Rechtsanwalt in Lübeck u. a. für Emil Possehl, seit 1903 Mitglied der Lübecker Bürgerschaft, 1919–1924 für die DNVP und 1924–1926 für die DVFP.

<sup>214</sup> Claß hielt sich von einer eigenen Parteimitgliedschaft, der Aufstellung zu Wahlen oder gar zur eigenen Gründung einer Partei äusserst zurück, nachdem er 1902 als nationalliberaler Kandidat für den Großherzoglich-Hessischen Landtag im Wahlkreis Ingelheim-Finthen der Mehrheit des Zentrums an Wahlmännerstimmen unterlag und 1903 im Wahlkreis Bingen-Alzey für ein nationalliberales Reichstagsmandat am erfolgreichen Wahlbündnis zwischen Zentrum und FVP knapp in der Stichwahl scheiterte. Leicht: Heinrich Claß, S. 107–113 und Claß: Wider den Strom, S. 75–77.

<sup>215</sup> Zumindest schien die Gründung der DVFP nach Aussagen von Reinhold Wulle erst nach Oktober 1922 konkretisiert worden zu sein, da der völkische Flügel „bis zum letzten Augenblick versuchen müsse, die Deutschnationale Volkspartei zu erobern.“ Reinhold Wulle: Stichproben, 16.1.1923, in BA-Koblenz, N 1128, Bd. 2, Bl. 4432–4437. Zitat ebd., Bl. 4435.

<sup>216</sup> Siehe auch den Schriftwechsel zwischen Albrecht von Graefe-Goldebee und Claß 8.–13.1.1923 in BA-B, R 8048, Bd. 226 sowie Leicht: Heinrich Claß, S. 291–297 und Striesow: Die Deutschnationale Volkspartei, S. 415. Die scharfe Konkurrenz zu Claß resultierte auch aus der vorherigen organisatorischen Nähe, denn sowohl Reinhold Wulle als auch

Brief konnte ich nicht entdecken als die Tatsache, dass unsere Freunde draussen im Lande sich gegenüber der neuen Partei zurückhielten, als sie merkten, dass die Verbandsleitung dabei nicht mitmachte.

Ich hatte von Graefes Brief den Eindruck[,] dass die neue Gründung nicht vom Flecke komme, und dass er deshalb den Alldeutschen Verband als Vorspann haben wolle. Im übrigen war der ganze Ton des Schreibens so hemmungslos und herausfordernd, dass auch hier die Ablehnung die einzige Antwort war. In welcher Stimmung ich mich beim Empfang dieser stürmischen Umwerbung, die gleichzeitig eine Kriegerklärung war, befand, möge man ermesen, wenn ich sage, dass der Brief am selben Morgen (am 11. Januar 1923) eintraf, wie die Nachricht, dass die Franzosen ihren vertrags- und völkerrechtswidrigen Einfall in das rechtsrheinische Industriegebiet unternommen hatten.<sup>217</sup>

In meiner Antwort wies ich Graefe auf diesen Umstand hin und sprach die Hoffnung aus, dass er angesichts der höchsten Not, in die das Vaterland durch den französischen Überfall gekommen sei, seinen Brief zurückziehe. Denn, so schrieb ich, es sei doch eine Ungeheuerlichkeit, wenn in solcher Zeit zwei Männer wie wir, die politisch in allem bis auf die Einschätzung des Herrn Wulle übereinstimmten, sich auf Leben und Tod bekämpfen sollten. Herr von Graefe zögerte nicht mit seiner Antwort. Drei Tage später hielt ich seinen neuen Brief in den Händen, in dem er kurz und fast [f]roh<sup>218</sup> erklärte, ich habe gewählt, und nun werde er den Kampf bis aufs Messer beginnen. Ich schrieb kurz dagegen, wenn ihm sein Gewissen das Verfahren erlaube, das er angekündigt habe, so möge er tun, was ihm gutdünkte. Ich und der Alldeutsche Verband würden nicht zum Messer greifen, sondern wir würden uns darauf beschränken, in den Fällen, in denen es nötig erscheine, seine und seiner Freunde Angriffe abzuwehren.

Für mich war es, wie ich schon sagte, am betrübendsten und für die Sache am schädlichsten, dass sich *General Ludendorff* aus seiner mangelnden Menschenkenntnis heraus von den ihm zugetragenen Beschuldigungen gegen den Alldeutschen Verband und mich so sehr beeinflussen liess, dass es schliesslich um die Mitte des Jahres 1923 zum endgültigen Bruch kam.<sup>219</sup> Mir tat der ausgezeichnete Mann leid, der sich trotz aller Erfahrungen im politischen Leben nicht zurechtfinden konnte. Ich habe schon gesagt, dass es Zeiten gab, in denen er mir mit vollem Vertrauen begegnete, ja die engste Zusammenarbeit mit meinem Kreise und mir für nötig erklärte.

Dann aber kamen die Herrschaften von der Deutschvölkischen Freiheitspartei aus Berlin zu ihm und erzählten ihm, welch' ein Scheusal ich sei, und wessen ich politisch fähig sei. Der General nahm alles kritiklos für bare

---

Albrecht von Graefe-Goldebee wurden während des Ersten Weltkrieges Mitglieder des ADV.

<sup>217</sup> Am 11.1.1923 marschierten französische und belgische Truppen in das Rheinland ein und besetzten das Ruhrgebiet.

<sup>218</sup> Im Original „roh“.

<sup>219</sup> Siehe auch Kapitel 6.19.

Münze – nicht nur das, sondern er liess auch später, als er über eine Wochenschrift<sup>220</sup> verfügte, die sinnlosesten Angriffe gegen den Alldeutschen Verband und mich los. Bei dem Ansehen, das der General in den weitesten nationalen Kreisen besass, wa[r] dies für mich und meine Freunde nicht störend, sondern es machte un[s] auch Leute abspenstig, die Ludendorff blind glaubten.

Im März 1923 sah ich ihn zum letzten Male. Wie er mir hatte mitteilen lassen, wollte er den Versuch machen, zwischen *Graefe-Goldebee* zu vermitteln. Das scheiterte an der Unversöhnlichkeit und Unbelehrbarkeit Graefes, der, die Taschenuhr vor sich hinlegend, in die Besprechung eintrat und auch Ludendorff gegenüber es an jeder gebotenen Achtung fehlen liess. Er tobte wie ein Irrsinniger, so dass der General die Hände über dem Kopfe zusammenschlug, als er die vollendete Unbeherrschtheit dieses seines Bundesgenossen sich so enthüllen sah.

Seitdem habe ich den Feldherrn nicht mehr gesehen, denn kurze Zeit später wurde ihm eine angeblich neue Niedertracht meines Freundes, des österreichischen Generals *Alfred Krauss* berichtet, die natürlich gar keine war.<sup>221</sup> Ludendorff beschwerte sich bei mir. Da ich Krauss einfach nicht fallen lassen konnte, ohne wider mein Gewissen zu handeln, kam es nach einem höchst unerquicklichen Briefwechsel zum endgültigen Bruch. Damit waren meine Beziehungen zu diesem von mir immer verehrten Manne zu Ende. Ich habe es dann freilich noch erleben müssen, dass er den Alldeutschen Verband und mich häufig als im Dienste der überstaatlichen Mächte stehend angriff oder in seiner Presse angreifen liess. Dagegen war nichts zu machen, nachdem der General unter den Einfluss falscher Freunde gekommen war. Wir antworteten in den „Alldeutschen Blättern“ nur, wenn es unbedingt sein musste.

Über diese Entwicklung waren alle, die in München mit uns zusammenarbeiteten, wohl unterrichtet, und ich hatte den Eindruck, dass auch ihr Verkehr mit dem General unterbrochen war.

Durch ihre Machenschaften haben Wulle und Graefe, sowie ihre fanatischen Anhänger von der Deutschvölkischen Freiheitspartei in der schwersten Zeit den Riss im nationalen Lager unheilbar gemacht, und sie tragen die Verantwortung, dass gerade die ausgesprochenste völkische Richtung in mindes-

<sup>220</sup> Gemeint ist Ludendorffs Volkswarte. Sieg der Wahrheit (München 1929–1933).

<sup>221</sup> Erich Ludendorff plante ab 1919 eine länderübergreifende „antibolschewistische Westorientierung“ durch Zusammenfassung rechter paramilitärischer Gruppen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Ungarn und Österreich. Im Mai 1920 kam man auch mit Alfred Krauss zusammen. Eine solche „Einheitsfront“ wurde aber im Frühjahr 1922 vom bayerischen Wehrverbandsführer Otto Pittinger aufgekündigt, dem sich auch Krauss mit seinem im Herbst 1921 zum Deutschen Wehrbund zusammengefassten Verbänden Wiens unterstellt hatte. Zuvor hatte Oberst Max Bauer, 1920 Kapp-Putschist und Verbindungsmann Ludendorffs, nach dessen Flucht zur Organisation Escherich und den Heimwehren, eine Vereinigung aller österreichischen Heimwehrverbände unter Zurückstellung der Sonderrolle von Krauss angestrebt. Siehe Thoss: Der Ludendorff-Kreis, S. 197–221 und 395–430. Zitat Thoss, ebd., S. 197. Krauss wurde beschuldigt, gegen einen Anschluss Österreichs an Deutschland und vielmehr für eine Wiedereinrichtung der Habsburgermonarchie sowie einen bayerischen Separatismus unter Führung der Wittelsbacher einzutreten. Siehe auch Kapitel 7.3.



tens zwei Gruppen zerfiel. Dies wurde ohne Übertreibung für die völkische Sache ein schweres Verhängnis.

Im weiteren Verlauf meiner Darstellung wird darauf zurückzukommen sein, dass die Angriffe gegen mich stets am gehässigsten wurden, wenn ich irgendwie in schwieriger Lage war.<sup>222</sup> Dies ging so weit, dass die Herrschaften die wütesten jüdischen Hetzblätter in ihren Leistungen übertrafen. Alles dies geschah am letzten Ende nur, weil ich, um die „Deutsche Zeitung“ zu retten, einen Mann, der ihr gegenüber die vertraglich übernommenen Pflichten nicht erfüllt hatte, in der schonendsten Weise von seinem Posten entfernte. Damals fiel meinem Freunde *Hopfen* gegenüber das Wort Wulle: „Ich werde meine [R]ache an Class kalt geniessen.“ Damit ist das Verfahren gekennzeichnet, das mir gegenüber angewandt wurde. Aber das Traurige dabei war, dass die von uns vertretene nationale und völkische Sache schwer darunter zu leiden hatte.

Wie man sich denken kann, musste ich zunächst als erster alles durchmachen, was an Unwahrheiten, ja Verleumdungen von Wulle und seinen Bundesgenossen gegen mich vorgebracht wurde. Dabei konnte ich nur das abwehren, was in der Öffentlichkeit, sei es in Blättern und Zeitschriften jeder Richtung, sei es in Reden verbreitet wurde. Was unter der Hand an Anklagen erhoben wurde, erfuhr ich nur durch Zufall und konnte mich erst dann wehren. Ich machte die Erfahrung, dass nach dem Verschwinden *Ludendorffs* und *Graefes* von der politischen Bühne frühere Anhänger von beiden, die inzwischen zu uns gekommen waren und nun die Wahrheit erfuhren, darüber entsetzt waren, so lange auf der falschen Seite gestanden zu haben. Für mich steht es fest, dass Wulle einer der grössten Schädiger an der völkischen Sache nach dem Krieg gewesen ist, indem er in das völkische Lager, das wahrhaftig allen Grund hatte, fest und einig zusammenzustehen, die tiefste Zwietracht hereinbrachte, die sich mir gegenüber in wildem Hass äusserte.<sup>223</sup> Man muss sich dabei vor Augen halten, dass seit dem Frühjahr 1923 *Ludendorff* ganz den Einflüssen meiner norddeutschen Gegner verfallen war<sup>224</sup> und sich demgemäss öffentlich in Anklagen gegen den Alldeutschen Verband, gegen mich und gegen einzelne meiner Freunde erging. Bei dem Ansehen, das der General insbesondere bei seinen jüngeren Anhängern genoss, die zu kämpfen bereit waren, kann man sich vorstellen, wie gross die Einbusse an Kräften gewesen ist, die dadurch

---

<sup>222</sup> Reinhold Wulle behauptete ebenfalls, durch Kampagnen innerhalb der DNVP ähnlich behandelt worden zu sein. So hätten „zwei massgebliche Vertreter der [deutschnationalen] Parteileitung“ im Juni 1922 vor der Parteispaltung versucht, ihm „die „Ehre abzuschneiden“, indem man behauptete, er habe sich vor dem Kriegsdienst gedrückt. Wulle wies darauf hin, dass er seit 1907 wehrdienstuntauglich sei, da sein Fuß nach einem Straassenbahnunfall steif geblieben war. Auch Alfred Roth vom DvSTB habe ihn hintergangen, da Wulle die Gründung der DVFP verheimlicht habe, obwohl Wulle und auch Albrecht von Graefe(-Goldebee) bis zum Görlitzer Parteitag im Oktober 1922 versucht hätten, in der DNVP zu bleiben. Seit Gründung der DVFP sei er durch seine „Gegner“ persönlichen „Verunglimpfungen, Verdächtigungen, Verleumdungen“ ausgesetzt. Reinhold Wulle: Stichproben, 16.1.1923, in BA-Koblenz, N 1128, Bd. 2, Bl. 4432–4437. Zitate ebd., Bl. 4432.

<sup>223</sup> Reinhold Wulle wurde im September 1928 auch Parteivorsitzender der DVFP.

<sup>224</sup> Gemeint ist vor allem die DVFP.

verursacht wurde, zumal wenn man bedenkt, wie gering die Urteilsfähigkeit jener jungen Leute gewesen ist. Für mich war es besonders bedauerlich, dass ein Mann, den ich so lange sehr hochgeschätzt hatte, wie *Albrecht von Graefe*<sup>225</sup>, in Feindseligkeit, ja in Hass Wulle nicht nachstand, so dass dieser Mann, auf den ich früher so grosse Hoffnungen gesetzt hatte, auch mit zum Schicksal der völkischen Bewegung wurde, wie wir sie vertraten.

### 5.13. Admiral von Grumme-Douglas und Kaiser Wilhelm II.

Unter demselben Gesichtspunkt, unter dem ich den vorigen Abschnitt seine Stelle in diesem Buche angewiesen habe, geschieht es nun mit dem, was ich über Mitteilungen des Admirals von Grumme-Douglas zu berichten habe, wie er selbst sie mir mitgeteilt hat. Von ihm, der bis zum November-Zusammenbruch<sup>226</sup> zu unserem engsten Kreise gehört hat, war früher wiederholt die Rede. Es sei hier noch nachgetragen, was vielleicht für den Zustand im Reich kurz vor dem Kriege kennzeichnend ist. Der Admiral, von reichsdeutschen Eltern auf schwedischem Boden geboren<sup>227</sup>, hatte eine glänzende Laufbahn hinter sich, als er zum Flügeladjutanten des Kaisers<sup>228</sup> ernannt wurde, der ihn als Navigationsoffizier auf seiner Jacht „Hohenzollern“<sup>229</sup> beobachtet und schätzen gelernt hatte. Es spielte sich, nachdem Grumme bereits Flügeladjutant geworden war, ein Vorgang ab, der eine Art von mystischer Zuneigung des Kaisers zu dem trefflichen Offizier geschaffen hatte.

Auf einer seiner Nordlandreisen wurde dem Kaiser bekannt, dass die Jacht eines bekannten französischen Schokolade-Industriellen mit grösserer Gesellschaft in der Nähe der Hohenzollern kreuze.<sup>230</sup> Sofort beschloss der Kaiser, dem Franzosen einen Besuch abzustatten. Die Umgebung des Kaisers, soweit sie aus Seeoffizieren bestand, warnte vor der Ausführung dieses Planes, weil die See so unruhig war, dass ein Übersetzen von der kaiserlichen Jacht zu der des *Franzosen*<sup>231</sup> *nur mit großen Schwierigkeiten, ja mit Gefahr durchführbar erschien. Der Kaiser bestand jedoch auf seinem Willen, und die Hinfahrt ging auch ohne Zwischenfall von statten. Während seines Aufenthaltes auf dem französischen Schiff war dann aber die See so unruhig geworden, dass die*

<sup>225</sup> Gemeint ist Albrecht von Graefe-Goldebee.

<sup>226</sup> Gemeint ist die Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann und später durch Karl Liebknecht am 9.11.1918.

<sup>227</sup> Karl Ferdinand von Grumme (ab 1912 Grumme-Douglas) wurde am 5.6.1860 in Stockholm geboren.

<sup>228</sup> Karl Ferdinand von Grumme-Douglas war ab 1899 Erster Offizier auf der „Hohenzollern“ und Flügeladjutant Wilhelms II. bis er 1904 zur Disposition gestellt wurde.

<sup>229</sup> Karl Ferdinand von Grumme-Douglas war 1897–1899 Navigationsoffizier auf der „Hohenzollern“.

<sup>230</sup> Die Nordlandreisen Wilhelms II. fanden seit 1889 statt und wurden durch den Ersten Weltkrieg unterbrochen. Die letzte Nordlandreise auf der „Hohenzollern“ vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges fand noch vom 13.–17.7.1914 statt.

<sup>231</sup> Die folgende kursiv gedruckte Passage lag in der Textfassung in BA-Berlin, N 2368 nicht vor und stammt als maschinenschriftliche Abschrift aus der Fassung in FZH 11/C2, S. 630.

*deutschen Offiziere Sorge hatten, wie man wieder zurückkommen könne; die Lage war peinlich, da der Kaiser zu erkennen gab, dass er unter allen Umständen wieder zurückfahren wolle. Sobald dies feststand, beratschlagten die deutschen Offiziere, wie man es bewerkstelligen könne, da die zur Rückkehr zu benutzende Pinasse wohl gegen die Bordwand der französischen Jacht geschlagen werden könnte. Schließlich schlug der Flügeladjutant von Grumme dem Kaiser vor, es werde am besten so gehen, wenn er, der ein Hüne von Kraft<sup>232</sup> und Stärke war, zuerst in die Pinasse hinunterspringe und dort den Kaiser am Fallreep der Jacht erwarte; der Kaiser möge dann erst springen, wenn er – Grumme – in genauer Beobachtung des Seeganges und der Bewegungen der Pinasse ihm dazu das Zeichen gebe. Der Kaiser schien hiermit einverstanden, aber es widersprach doch offenbar seinem Willen, sich von dem Zuruf seines Adjutanten abhängig zu machen. So kam es, dass er absprang, noch bevor Grumme das Zeichen gegeben hatte. In diesem Augenblick war die Pinasse in niedergehenden Wellen, so dass der Kaiser sie verfehlt hätte und ins Meer gefallen wäre, gerade als das Boot im Begriff war, wider die Bordwand der französischen Jacht zu prallen. Kein Zweifel, dass sich der Kaiser in höchster Gefahr befand, aus der er nur durch die Geistesgegenwart von Grumme gerettet wurde.<sup>233</sup> Als dieser die Gefahr bemerkte, griff er mit seiner rechten Hand nach dem rechten Arm des Kaisers und riss diesen mit solcher Gewalt in die Pinasse, dass der Kaiser, auf dem Boden angekommen, mit ganzer Länge hinschlug. Es wurde ihm selbstverständlich sofort geholfen, und er hat dann kreidebleich im Boot gesessen, ohne auf der ganzen Rückfahrt ein Wort zu sprechen. Auf die „Hohenzollern“ zurückgekehrt, zog er sich sofort in seine Kabine zurück, während Grumme sich in die seinige begab, um dort zu arbeiten. Nach einiger Zeit hörte er, wie jemand in seine Kabine trat; es war des Kaisers Leibkammerdiener Schulze.<sup>234</sup> Dieser beglückwünschte den Flügeladjutanten zu seiner kurz zuvor vollbrachten Tat, durch die er dem Kaiser das Leben gerettet habe. Schulze fügte noch hinzu, Seine Majestät habe ihm gegenüber erklärt, wenn er noch am Leben sei, so verdanke er das allein seinem Flügeladjutanten. Dieser lehnte eine solche Bewertung seiner Handlungsweise ab und sagte, so gefährlich sei es nicht gewesen. Wiederum nach einiger Zeit betrat der Kaiser selbst unbeobachtet die Kabine Grummess, berührte ihn leicht bei der Schulter und überreichte ihm, ohne ein Wort zu sprechen, eine goldene Zigarettendose mit seinem Namenszug in Brillanten. Dann entfernte er sich ebenso still, wie er gekommen war.*

Von dieser Zeit ab zeigte der Kaiser, wie gesagt, eine mystische Anhänglichkeit an Grumme, den er kaum aus seiner Nähe liess. Umso überraschender

---

<sup>232</sup> Handschriftliche Korrektur: „Geistes“-kraft.

<sup>233</sup> Karl Ferdinand von Grumme-Douglas war 1900, 1902, 1903, 1904, 1906 und 1911 bei den Nordlandfahrten mit an Bord und auch noch 1914 bei der letzten Nordlandreise Wilhelms II. bevorzugter Gast. Siehe auch Hull: The Entourage, S. 36 und Gammelien: Wilhelm II. und Schweden-Norwegen, S. 405.

<sup>234</sup> Gemeint ist Wilhelm Schulze, 1879–1888 Leibkammerdiener bei Friedrich III. (1831–1888) und 1888–1941 Leibkammerdiener bei Wilhelm II.

war es für diesen, als der Kaiser ihm eines Tages erklärte, er müsse entscheidenden Einfluss auf die damals grösste deutsche Reederei, die Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-Aktien-Gesellschaft<sup>235</sup> gewinnen, deren oberste Leitung in den Händen von *Albert Ballin* lag. Um seinen Zweck zu erreichen, sagte der Kaiser, beordere er Grumme-Douglas in die Leitung der „Hapag“, wo er ihn dazu ausersehen habe, mit der Zeit Ballins Nachfolger zu werden.

Grumme antwortete, er sei kein Kaufmann, sondern mit Leib und Seele Offizier und bitte deshalb den Kaiser, von seinem Plane abzusehen. Im übrigen komme auch seine Frau<sup>236</sup> in Betracht, die ihn als Offizier geheiratet habe, und von der er sich nicht denken könne, dass sie damit einverstanden sei, dass er die Uniform ausziehe und sich in Hamburg neben Ballin setze. Der Kaiser meinte: „Sprechen Sie nur mit Ihrer Frau, sie ist gescheit und wird Ihnen sagen, dass Sie meinen Wunsch erfüllen sollen!“<sup>237</sup>

Frau von Grumme war der Meinung, dass ihr Mann, wenn er in seiner Laufbahn nicht stecken bleiben wolle, gar nicht anders könne, als dem Kaiser zu willfahren. So entschloß sich der Mann zu dem Versuche, neben Ballin in der obersten Leitung der „Hapag“ zu arbeiten. Er hatte aber sehr schnell die Gewißheit erlangt, dass es für einen Mann wie ihn unmöglich sei, mit dem Juden Ballin zusammenzuarbeiten. Er teilte dies dem Kaiser unter Angabe der Gründe mit und erbat seine Zustimmung zum Ausscheiden aus dem Dienst der „Hapag.“ Der Kaiser antwortete ablehnend und verlangte, dass Grumme auf seinem Posten bleibe; er selbst wolle mit Ballin reden, damit die Schwierigkeiten der Zusammenarbeit beseitigt würden.<sup>238</sup> Nochmals fügte sich Grumme; jedoch nach verhältnismässig kurzer Zeit war ihm seine Stellung neben Ballin so unerträglich geworden, dass er auf die Gefahr hin, das Wohlwollen des Kaisers zu verlieren, kurzer Hand seinen Rücktritt aus der Leitung der „Hapag“ vollzog und dem Kaiser die vollendete Tatsache meldete. Dieser war hierüber aufs äusserste aufgebracht und brach die Beziehungen zu seinem früheren Flügeladjutanten völlig ab. Grumme, der ja aus der Flotte ausgeschieden war, zog sich auf sein Gut Rehdorf in der Neumark zurück.

Kurz vor der Herbstparade des Jahres 1913<sup>239</sup> erhielt Grumme zu seiner grossen Überraschung eine Einladung zur Teilnahme an der Paradedafel im Wei[ss]en Saal des Berliner Schlosses und fast gleichzeitig seine Berufung ins preussische Herrenhaus auf Grund besonderen königlichen Vertrauens.<sup>240</sup>

<sup>235</sup> Die Hamburg-Amerika-Linie berief Karl Ferdinand von Grumme-Douglas zum Direktionsmitglied und er wurde bei der Berliner Allianzversicherung Mitglied des Aufsichtsrats.

<sup>236</sup> Gemeint ist Ellen Gräfin von Douglas (1881–1964).

<sup>237</sup> Die Heirat fand im August 1900 auf dem Schloss Wilhelmshöhe in Kassel statt, der die Verleihung des Adelstitels folgte.

<sup>238</sup> Siehe zum Verhältnis Wilhelm II. und Albert Ballin auch Cecil: Albert Ballin, Staub: Albert Ballin und Schölzel: Albert Ballin.

<sup>239</sup> Die Herbstparade der Berliner Gardekörps fand am 2.9.1913 auf dem Tempelhofer Feld in Berlin statt.

<sup>240</sup> Ferdinand von Grumme-Douglas war durch Berufung von 1911–1918 Mitglied des Preussischen Herrenhauses.

Er folgte der Einladung und fand an der Tafel seinen Platz nahe bei der Tür, durch die der Kaiser den Weissen Saal zu betreten hatte. Dieser trat bei seinem Erscheinen kurz auf Grumme zu und begrüßte ihn als einzigen seiner Gäste mit Händedruck und dem Ausdruck seiner Freude, ihn zu sehen. Dies Verhalten des Kaisers erregte bei allen Festteilnehmern grosses Aufsehen, das noch gesteigert wurde, als im Verlauf des Mahles der Leibkammerdiener sich bei Grumme einfand, um ihn darauf aufmerksam zu machen, dass der Kaiser ihm zutrinken wolle. Von da ab war das alte Verhältnis zwischen den beiden wiederhergestellt, und bei der letzten Nordlandreise vor dem Krieg<sup>241</sup> war Grumme bevorzugter Gast auf der „Hohenzollern“, mit dem sich der Kaiser auffallend viel unterhielt.

Auf dieser Reise hatte der Admiral das folgende Erlebnis. Wenige Tage nach Beginn der Reise brachte das Depeschenboot ein aufgeregtes Schreiben des Reichskanzlers Bethmann Hollweg, in dem er sich darüber beschwerte, dass der Kronprinz dem Geschichtspräsidenten *Dr. Buchholz*<sup>242</sup> von der Akademie in Posen seine lebhafteste Zustimmung zu dem Inhalt seiner Festrede zu Bismarcks Geburtstag<sup>243</sup> ausgesprochen hatte.<sup>244</sup> Diese Rede war inzwischen als Flugschrift erschienen und dem Kronprinzen vom Verfasser zugesandt worden.<sup>245</sup> Sie stellte Bismarcks Staatskunst im Gegensatz zu der damaligen Reichspolitik begeistert in den Vordergrund. Der Kronprinz hatte Buchholz in stürmischer Weise zugestimmt, und dieser hatte den Wortlaut der kronprinzlichen Drahtung an die Presse gegeben.<sup>246</sup> Auf diese Weise war der Kanzler von jenem Schritt des Kronprinzen unterrichtet worden. Daraufhin beschwerte er

---

<sup>241</sup> Gemeint ist die 26. Nordlandreise des Kaisers, die ursprünglich vom 7.7.–2.8.1914 geplant war, jedoch am 25.7.1914 in Balholm (100 km nördlich von Bergen/Norwegen), wo die „Hohenzollern“ drei Wochen vor Anker lag, aufgrund des Drängens von Admiral Georg Alexander von Müller, Chef des Marinekabinetts, Moriz Freiherr von Lyncker, Chef des Militärkabinetts, und Georg Graf von Wedel als Gesandter des Auswärtigen Amtes nach Ablauf des österreichischen Ultimatums an Serbien mit der Rückreise nach Kiel abgebrochen wurde. Nach der Ankunft in Kiel am 27.7.1914 wollte Wilhelm II. eigentlich zum Schloss Wilhelmshöhe in Kassel zu seiner Frau Kaiserin Auguste Viktoria fahren, die ihm jedoch stattdessen am selben Tag nach Potsdam ins Neue Palais nachfolgte. Siehe dazu Röhl: *Der Weg in den Abgrund*, S. 1090–1121.

<sup>242</sup> Gustav Buchholz (1856–1916), Studium der Geschichte, 1879 Promotion, 1879–1888 Bibliothekar an der Königlichen Bibliothek Dresden, Privatdozent in Bonn, 1895/96–1906 Extraordinarius Universität Leipzig, Vorsitzender der Ortsgruppe Leipzig des Deutschen Schulvereins, 1906–1916 Professor an der Königlichen Akademie zu Posen (1903 eröffnet), Herausgeber der Ostdeutschen Korrespondenz für nationale Politik und Mitherausgeber der Deutschen Zeitschrift für Geschichtswissenschaft.

<sup>243</sup> Otto von Bismarck wurde am 1.4.1815 geboren.

<sup>244</sup> Kronprinz Wilhelm dankte ebenfalls Hermann Frobenius für die Zusendung seiner Schrift *Das Deutsche Reiches Schicksalsstunde* (1914), in der der Autor die Reichspolitik scharf kritisierte. Das veranlasste den Kaiser am 17.7.1914 letztlich zu einer Zurechtweisung, die am 19.7.1914 abging. Theobald von Bethmann Hollweg an Kronprinz Wilhelm, 19.7.1914, in GSTA, BPHA, Rep. 54, Nr. 10/3. Das Telegramm von Kronprinz Wilhelm an Oberstleutnant Hermann Frobenius erschien am 16.7.1914 im Vorwärts. Siehe Röhl: *Der Weg in den Abgrund*, S. 1093 und Herre: *Kronprinz Wilhelm*, S. 39–40 und 51.

<sup>245</sup> Buchholz: *Bismarck und wir*.

<sup>246</sup> Siehe dazu ausführlicher Röhl: *Der Weg in den Abgrund*, S. 1093–1094.

sich über dessen Verhalten beim Kaiser und fügte die Erklärung an, dass er sich nicht in der Lage sehe, die vom Kaiser befohlene Politik weiterzuführen, wenn es dem Thronfolger nicht untersagt werde, solche Angriffe gegen die derzeitige vom Kaiser gebilligte Politik zu richten, weil durch sie das Ansehen der Regierung und besonders des Kanzlers untergraben würde.

Mit dieser Kundgebung kam der Kaiser lebhaft erregt zu Grumme und rief ihm zu: „Sehen Sie, was der Junge mir für Ungelegenheiten macht: So geht es nicht weiter; er ist ja ganz in die Hände der Alldeutschen gefallen. Und dagegen muss ich aufs strengste einschreiten.“<sup>247</sup> Damit übergab der Kaiser Bethmanns Schreiben an Grumme und bat ihn, es zu lesen und ihm später seine Meinung zu sagen.

Der Admiral tat dies und war erschüttert über die Engherzigkeit und die verbissene Wut, die aus dem Bericht des Kanzlers hervorging. Als der Kaiser ihn wenig später fragte, was er nun gegen den Jungen unternehmen solle, antwortete Grumme, da könne er keinen Rat geben, ehe er die Rede von Buchholz gelesen habe. Es sei ja wohl möglich, dass der Professor recht habe, und er könne Seiner Majestät nur empfehlen, sich die Rede kommen zu lassen, ehe er seine Entschliessung fasse. Der Kaiser beauftragte dann seinen alten Flügeladjutanten, in diesem Sinne nach Berlin zu schreiben, fügte dann aber nochmals hinzu: „das alles kommt davon, dass der Junge ganz in den Händen der Alldeutschen ist.“

Nun erwiderte Grumme zur grössten Überraschung des Kaisers, das sei ganz gewiss nicht der Fall, und wenn es so wäre, wäre es nur ein Glück für den Kronprinzen. Der Kaiser fuhr auf und rief: „Das sagen Sie mir?“ Darauf erklärte Grumme: „Das sage ich Euer Majestät, denn ich bin selbst Alldeutscher.“ Mit wachsendem Erstaunen sagte der Kaiser: „Sie Alldeutscher?“ Grumme antwor-

<sup>247</sup> Nach Absprachen mit dem Auswärtigen Amt über die Beeinflussung der Öffentlichkeit während der Marokkokrise 1911 und der Gründung des Deutschen Wehrvereins 1912 für die Propagierung einer Heeresverstärkung war der Alldeutsche Verband ein einflussreicher Interessenverband, der auch im Kaiserhaus ernst genommen wurde. Kontakt zum Kronprinzen hatten die Alldeutschen seit 1910, der danach Grußadressen an die Verbandstag schickte. Der Kronprinz stand auch mit Eduard von Liebert in Kontakt und ließ äußerte sich wohlwollend über die Arbeit des ADV. Konstantin von Gebattel kam über die Lektüre von Claß' „Kaiserbuch“ 1912 mit dem Verbandsvorsitzenden in freundschaftlichen Kontakt, fasste ein eigenes umfassendes „Reformprogramm“ zusammen, das Claß mit dem Kerngedanken eines Staatstreiches dann im September 1913 dem Kronprinzen Wilhelm von Preußen zuschickte. Der wiederum verteilte das Programm auch an seinen Vater Wilhelm II. und dem Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg. Sowohl Wilhelm II. als auch Bethmann Hollweg lehnten Gebattels Programm ab und sprachen sich vor allem gegen einen Staatstreich aus, für den die Alldeutschen gegebenenfalls auf den Kronprinzen zurückgegriffen hätten, sowie gegen die antisemitischen Vorschläge zur Entrechtung der Juden in Deutschland. Im November 1913 legte der Kronprinz Wilhelm II. die Entlassung Bethmann Hollwegs nahe. Wilhelm II. hielt den alldeutschen Enthusiasmus des Kronprinzen von sich fern. Die Petitionen von Claß für eine persönliche Audienz bei Wilhelm II. wurden im Ersten Weltkrieg, wenngleich auch mit freundlichem Ton der Kaiserin, abgewiegelt. Anderer Vertraute des Kaiserhauses wie Otto Fürst zu Salm-Horstmar fanden Zugang. Siehe auch Kapitel 1.1., 1.2., 1.6., 1.7., 2.6. und 3.9. Siehe auch Pogge von Strandmann: Staatstreichpläne, Alldeutsche und Bethmann Hollweg und Chickering: We Men, S. 283–291.

tete mit der grössten Ruhe: „Selbstverständlich, wie eigentlich jeder anständige Mensch.“ Das Erstaunen des Kaisers war nun aufs höchste gestiegen. Er setzte sich mit Grumme auf dem Deck zusammen und verlangte von ihm zu hören, wie er in diese Gesellschaft geraten sei, und welche Wahrnehmungen er dort gemacht habe. Grumme erzählte ihm nun im Zusammenhange, wie er durch Admiral Breusing mit mir bekannt geworden sei, wie er sich nach den Eindrücken, die er im Alldeutschen Verbands gewann, entschlossen habe, dort einzutreten und mitzuarbeiten, und weiter, welche Fülle hervorragender Männer er dort gefunden habe. Dabei nannte er dem Kaiser die Namen der ihm bekannten Herren und hob hervor, dass es nirgends treuere Anhänger des Hohenzollernschen Kaisertums gebe als im Alldeutschen Verband. Dessen Kampf gelte nur einer Politik, von der die Alldeutschen fürchteten, dass sie das Kaisertum, das Deutsche Reich und unser Volk in Gefahr brächte. Der Kaiser hatte mit grösster Aufmerksamkeit die Ausführungen des Admirals angehört und meinte zum Schluss, das sei ihm alles ganz neu, und wenn die Dinge so lägen, dann sei er ja ganz falsch unterrichtet worden. Es sei wohl das beste [sic], wenn er sich selbst an die Spitze der alldeutschen Bewegung stelle. Hiervon riet ihm der Admiral entschieden ab, indem er bemerkte, die Bedeutung des Alldeutschen Verbandes liege ja wesentlich darin, dass er von allen Einflüssen frei sei und seine nationale Tätigkeit unbedingt unabhängig ausübe. Er riet dem Kaiser, sein bisheriges Misstrauen und seine offenkundige Abneigung gegen die Alldeutschen auszugeben und ihre Tätigkeit unbefangen zu beobachten; er selbst sei gern bereit, von Fall zu Fall zu berichten.

Hiermit erklärte sich der Kaiser einverstanden. Er war auch damit zufrieden, dass nichts gegen den Kronprinzen unternommen ward, als nach einigen Tagen der Wortlaut der Buchholz'schen Rede eingegangen war. Dagegen wurde Bethmann Hollweg erwidert, die Zustimmung des Thronfolgers zu jener Rede sei nicht als Angriff gegen den Kanzler aufzufassen.<sup>248</sup>

Das Zusammensein Grummes mit dem Kaiser während dieser letzten Nordlandreise fand ein plötzliches Ende, als die in Stockholm lebende Mutter des Admirals<sup>249</sup> starb und er sich zur Beisetzung nach der schwedischen Hauptstadt begeben musste. Kurz darauf erfolgte die vorzeitige Rückkehr des Kaisers wegen der Ereignisse nach dem Mord von Sarajewo<sup>250</sup> und dann der

<sup>248</sup> Die Episode stellte sich anders dar, nachdem der Reichskanzler den Kaiser darum bat, den Kronprinzen selbst zurechtzuweisen, was Wilhelm II. dann auch am 21.7.1914 tat und worauf der Kronprinz am 23.7.1914 entgegnete: „Befehle werden ausgeführt“, ohne jedoch seine Ansichten zu ändern. Theobald von Bethmann Hollweg an Wilhelm II., 21.7.1914, in Kautsky: Die deutschen Dokumente, Bd. 1, S. 109, Wilhelm II. an den Kronprinzen Wilhelm, 21.7.1914, in ebd., S. 128 und Kronprinz Wilhelm an Theobald von Bethmann Hollweg und an Wilhelm II. (zitiert in Georg Graf von Wedel an Theobald von Bethmann Hollweg), 23.7.1914 in ebd., S. 151.

<sup>249</sup> Gemeint ist Wendela Grumme (1841–1914, geborene van der Hagen), Ehefrau von Heinrich August Ferdinand Grumme (1829–1900).

<sup>250</sup> Gemeint ist das Attentat von Gavrilo Princip auf den Thronfolger Österreich-Ungarns, Erzherzog Franz Ferdinand, und seine Frau Sophie Chotek von Chotkowa am 28.6.1914 in Sarajewo.

Ausbruch des Weltkrieges. Grumme hatte erwartet, dass er zum kaiserlichen Hauptquartier kommandiert werde. Als dies nicht geschah, stellte er sich dem Kaiser unter Verzicht auf alle Gebührrnisse zum Ehrendienst im Hauptquartier zur Verfügung, aber er erhielt keine Antwort; noch zweimal erneuerte er sein Anerbieten, aber auch diese beiden Male blieb er ohne Bescheid. Nach dem Verhalten des Kaisers ihm gegenüber bis in die letzte Zeit vor dem Kriegsausbruch war Grumme überzeugt, dass er durch den Chef des Marinekabinetts, Admiral von Müller, sowie den des Zivilkabinetts von Valentini, die beide mit Bethmann Hollweg durch dick und dünn gingen, vom Kaiser ferngehalten wurde.<sup>251</sup> Er selbst betrachtete sein Fehlen in der nächstens Umgebung des Herrschers als ein Verhängnis, da er sich die Fähigkeit zutraute, seinem obersten Kriegsherrn die Wahrheit nahezubringen und ihn insbesondere über die Unmöglichkeiten der Politik des Kanzlers zu unterrichten und nach und nach zu erreichen, dass der Kaiser sich von jenem trenne. Es bleibe dahingestellt, ob Grumme diesen Erfolg erzielt hätte, wenn er im Grossen Hauptquartier gewesen wäre – zweifellos aber war es für den Kaiser von Nachteil, dass ein so aufrechter Freund, ein Mann zudem von so gesundem politischen Instinkt, planmässig von ihm ferngehalten würde.

Erst nach dem Zusammenbruch, als der Kaiser in Holland<sup>252</sup> Aufenthalt genommen hatte, wurden die freundschaftlichen Beziehungen zu Grumme wieder hergestellt.<sup>253</sup>

<sup>251</sup> Siehe zu Claß' Vorwurf auch Kapitel 1.2.

<sup>252</sup> Gemeint ist das Nachkriegsexil von Wilhelm II. zunächst im niederländischen Amerongen und ab 1920 in Doorn.

<sup>253</sup> In der Fassung in FZH 11/C2 findet sich auf Seite 638 am Ende des Abschnittes folgender handschriftlicher Zusatz von Claß: „Was mich betrifft, so war Grumme überzeugt, daß ich die Eigenschaften besäße, den *Kaiser für mich zu gewinnen*; er sagte wörtlich: „*wenn Sie die Gelegenheit hätten, eine halbe Stunde mit dem Kaiser zusammen zu sein, so hätten Sie ihn*. Als ich dies bezweifelte, gerade wegen der von ihm selbst geschilderten Wandelbarkeit des Kaisers, meinte er, ich besitze die überzeugende Kraft der Darstellung und das Maas [sic] geistiger Lebhaftigkeit, das der Kaiser selbst besitze und liebe, das er aber bei seinen Beratern vermisste. Deshalb wolle er tun, was er könne, um mich dem Kaiser zuzuführen. Dazu ist es nie gekommen, um so weniger als Grumme selbst ja nicht mehr zum Kaiser kam. – vor dem Sturz. Ich lasse es selbstverständlich dahingestellt, ob ich es fertig gebracht hätte, mit dem Kaiser in ein Verhältnis zu gelangen, in dem ich ihm und dem Vaterlande hätte nützen können.“



## In der Weimarer Republik 1923–1924<sup>1</sup>

### 6.1. von Seeckt

General *von Seeckt* war unmittelbar nach dem sogen. Kapp-Putsch (1920) zum „Chef der Heeresleitung“ ernannt worden.<sup>2</sup> Er war damit der tatsächliche Führer der deutschen Landmacht geworden, und man kann sich denken, dass meine Freunde mir immer wieder nahe legten, die Verbindung mit ihm zu suchen. Ich hatte hierzu gar keine Neigung, weil in mir vieles gegen den General sprach, und weil Gesinnungsgenossen, die Gelegenheit hatten, ihn aus der Nähe kennenzulernen, eine recht eindeutige Schilderung seines Wesens gemacht hatten.<sup>3</sup> Vor allem hatte ich einen Brief in der Hand gehabt, den Generalfeldmarschall *von Mackensen*<sup>4</sup> an einen seiner früheren Generalstabs-offiziere geschrieben hatte; in ihm war in Bezug auf Seeckt gesagt, es sei ein Jammer, dass ein so hervorragend begabter Generalstabsoffizier einen so [schlechten]<sup>5</sup> Charakter habe – er hatte noch einen viel schärferen Ausdruck

---

<sup>1</sup> Das Inhaltsverzeichnis zu Heft 6 fehlt in der Textfassung in FZH 11/C2 und ist in der Textfassung in BA-Berlin, N 2368 vorhanden. Die Zwischenüberschriften im sechsten Abschnitt entsprechen dem Inhaltsverzeichnis in BA-B N 2368. Da sie jedoch nicht im Text als Überschriften der jeweiligen Abschnitte übernommen wurden, sind die Überschriften entsprechend dem Inhaltsverzeichnis an den Stellen im Text eingefügt, die dem Herausgeber der inhaltlichen Anführung und Erzählfolge nach als logisch erschienen. Der Text von Heft 6 wurde in der Textfassung in FZH 11/C2 im Vergleich zu dem Gesamttext in BA-B N 2368 mit der gleichen Schreibmaschine verfasst. Beide Versionen stammen von der gleichen Abschrift und sind getrennt von Heinrich Claß durchgesehen worden. Die Fassung in BA-B, N 2368 enthält die gleichen Korrekturen wie in FZH 11/C2, die jedoch einzeln in beiden Versionen durch handschriftliche Korrekturen bei der Schreibmaschinenabschrift erfolgt sind.

<sup>2</sup> Der Kapp-Putsch fand vom 12.–13.3.1920 statt.

<sup>3</sup> Hans von Seeckt stand während des Ersten Weltkrieges unter anderem mit Claß' engen Vertrauten, Ferdinand von Grumme-Douglas und August von Cramon, in Kontakt. Siehe auch Ferdinand von Grumme-Douglas an Hans von Seeckt, 28.12.1915 und 6.3.1916, in BA-Freiburg, N 247, Bd. 167, Bl. 74–82 und 83–84, August von Cramon an Hans von Seeckt, 5.9.1916, 29.9.1916, 29.1.1917, 11.2.1917, 27.4.1917 und 4.5.1917, in ebd., Bd. 164, Bl. 56, 57, 58, 59, 60 und 61.

<sup>4</sup> August Mackensen (1849–1945), 1914 Kommandeur XVII. Armee-Korps (u. a. Schlacht von Gumbinnen, Tannenberg und den Masurischen Seen), 1914 Oberkommandeur der 9. Armee und 1915 der 11. Armee, 1915 Generalfeldmarschall, 1915–1916 Heeresgruppe Mackensen in Serbien und 1916–1918 in Rumänien.

<sup>5</sup> Handschriftlich hinzugefügt. In der Textfassung in FZH 11/C2 in den Fließtext aufgenommen.

gebraucht.<sup>6</sup> Dieses Urteil eines als vornehm und gütig bekannten früheren Vorgesetzten, dessen Generalstabschef er gewesen war, hatte tiefen Eindruck auf mich gemacht. Ausserdem hatte ich von Konteradmiral von Trotha<sup>7</sup>, dem früheren Stabschef Scheers in der Skagerrak-Schlacht<sup>8</sup>, erfahren, wie Seeckt kurz vor dem Kapp-Unternehmen, als bereits die Mitwirkung der Brigade Ehrhardt bei den amtlichen Stellen bekannt war<sup>9</sup>, es verstanden hatte, diese Truppe, die mit der Flotte gar nichts mehr zu tun hatte, und die ein reines Freikorps für etwaige Kämpfe in Innerdeutschland geworden war, trotzdem durch seinen Einfluss bei dem Reichswehrminister Noske<sup>10</sup> aus den ihm unterstellten Verbänden zu lösen und seinem Fachgenossen von der Marine zu unterstellen. Man hatte dies mir gegenüber als eine Handlung nackter Selbstsucht bezeichnet, und das war sie schliesslich unter den obwaltenden Umständen auch gewesen. Trotha wurde entlassen, weil er verdächtigt wurde, mit Ehrhardt und Kapp im Einverständnis gewesen zu sein.<sup>11</sup> Seeckt dagegen wurde zum *Chef der Heeresleitung* ernannt.<sup>12</sup>

Trotz dieser meiner Abneigung gegen Seeckt liess man nicht ab von dem Versuche, mich umzustimmen, und wies mich auf die grossen Verdienste hin, die er sich [als Chef des Truppenamtes]<sup>13</sup> bei dem Aufbau des 100-000-Mann-Heeres erworben habe und täglich weiter erwerbe. Mit Recht sagte man, dass er höchstwahrscheinlich *der* oder jedenfalls einer der wichtigsten Schicksalsträger des deutschen Volkes sei, wenn die Herrlichkeit der Nutzniesser des Umsturzes zu Ende gehe. Aber auch diese Hinweise verfangen bei mir nicht; ich folgte meinem Instinkt und machte keinen Versuch, mich dem Chef der Heeresleitung zu nähern.

Darüber kam das Jahr 1923 mit dem Einmarsch der Franzosen in das rechtsrheinische Industriegebiet.<sup>14</sup> Dieser Vorgang veranlasste einige meiner Freunde von neuem, darauf zu dringen, dass ich zu Seeckt gehen möchte: denn offenbar rückte der Zeitpunkt näher heran, an dem die schicksalhafte Bedeutung dieses Mannes sich erweisen werde. Ich gab schliesslich nach, als

<sup>6</sup> Siehe zu August von Mackensens günstigerem Urteil über Hans von Seeckts Führungsqualitäten im Jahre 1923 vielmehr Schwarz Müller: Zwischen Kaiser und „Führer“, S. 198–199.

<sup>7</sup> Adolf von Trotha (1868–1940), Flügeladjutant Wilhelms II., 1916 Chef des Stabes der Hochseeflotte, 1916 Konteradmiral, 1916 Admiral à la suite Wilhelms II., 1918 Chef des kaiserlichen Marinekabinetts.

<sup>8</sup> Die Skagerrak-Schlacht vor Jütland 31.5.–1.6.1916 war die grösste Seeschlacht zwischen der deutschen Hochseeflotte und den britischen Großkampfschiffen der Royal Navy.

<sup>9</sup> Siehe dazu Krüger: Die Brigade Ehrhardt, S. 38–67.

<sup>10</sup> Handschriftliche Streichung im Originalmanuskript von „Dr. Gessler“.

<sup>11</sup> Adolf von Trotha wurde am 5.10.1920 als Chef der Admiralität der Reichsmarine verabschiedet, nachdem er beim Kapp-Putsch die Marine zur Verfügung gestellt hatte.

<sup>12</sup> Hans von Seeckt wurde am 5.6.1920 Chef der Heeresleitung.

<sup>13</sup> Im Originalmanuskript handschriftlich hinzugefügt. In der Textfassung in FZH 11/C2 in den Fließtext aufgenommen.

<sup>14</sup> Nach der Feststellung von rückständigen Reparationszahlungen Deutschlands durch die alliierte Reparationskommission im Dezember 1922 marschierten französische Truppen am 9.1.1923 in das Ruhrgebiet ein.

der seit dem Anfang des Jahres zum Befehlshaber des Gruppenkommandos Berlin ernannte General der Artillerie *Richard von Berendt* es auch für nötig erklärte, dass ich mit Seeckt zusammenkomme, und sich bereit erklärte, die Vermittlung so auszuführen, dass ich in aller Form vom Chef der Heeresleitung zu einem Besuche eingeladen würde.<sup>15</sup>

## 6.2. General von Berendt

General *von Berendt* hatte bisher das Gruppenkommando in Kassel geführt und war dort in freundschaftliche Beziehungen zu General *Otto von Below* und Oberst a. D. *Rudolf Frantz* getreten, die beide mit Leib und Seele Alldeutsche waren und unsere Bestrebungen, besonders auf ihrem Gebiete, durch ihren sachverständigen Rat unterstützten. Als Berendts Versetzung nach Berlin herauskam<sup>16</sup>, hatten sie diesem aufs dringendste anempfahlen, sich mit mir in Verbindung zu setzen. Auch hatten sie ihn über unsere Grundeinstellung und die Art unserer politischen Arbeit unterrichtet. Auf diese Art kam ich mit General von Berendt in Verbindung, die in gewissem Sinne schon dadurch vorbereitet war, dass sein Vater<sup>17</sup> als Kommandeur des Fus[s]-Artillerie-Regiments No 3 in Mainz mit meinem Vater<sup>18</sup> freundschaftliche Beziehungen unterhalten hatte.

Schon bei dem ersten Besuch, den Berendt mir abstattete, zeigte sich die weitgehendste Übereinstimmung in den entscheidenden Fragen unserer Zeit. Dabei sprach er offen aus, wie bedenklich es gewesen sei, dass man das Offizierskorps politisch ganz ununterrichtet gelassen habe: so sei es gekommen, dass, als beim Versagen der obersten politischen Führung von Rechts wegen die Generale hätten handeln müssen, keiner dazu vorbereitet gewesen sei.

Der französische Einmarsch ins Ruhrgebiet hatte häufige Zusammenkünfte zwischen uns zur Folge, und dabei kamen wir uns so nahe, dass eine e[ch]te Freundschaft entstand, die allen Stürmen Trotz geboten hat. Ich lernte den General, der im Kriege einer unserer grossen Artilleristen gewesen war, als einen Charakter ohne Fehl und Tadel kennen, der vollkommen selbstlos seinem Volke und seinem Obersten Kriegsherrn dienen wollte. Mir war es eine Freude,

---

<sup>15</sup> Claß traf sich mit Seeckt Ende Februar 1923, um nach dem Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet die Möglichkeit eines kommenden Krieges und der Errichtung einer Militärdiktatur zu besprechen. Für den Alldeutschen Verband bot Claß Hilfe bei der Organisation von Freikorps und Schutzverbänden an, die der Reichswehr zur Seite gestellt werden könnten. Claß hätte auch Informationen über die Heeresstärke der Franzosen aus dem Ausland besorgen können. Das letzte Treffen zwischen Claß und Seeckt fand am 24.9.1923 statt. Siehe Tagebuchartige Notizen Hans von Seeckt (Besucherlisten), 26.3.1923–25.6.1924, Eintrag 24.9.1923, in BA-Freiburg, N 247, Bd. 19, Bl. 6. Siehe dazu auch Chamberlain: Alldeutscher Verband, S. 312–334.

<sup>16</sup> Richard von Berendt übernahm zum 1.1.1923 den Oberbefehl über das Gruppenkommando 1 in Berlin.

<sup>17</sup> Gemeint ist Richard von Berendt. Der Regimentsstab des (Brandenburgischen) Fußartillerie-Regiments („General-Feldzeugmeister“) No. 3 war 1866–1900 in Mainz stationiert.

<sup>18</sup> Gemeint ist August Claß (1834–1893), Gerichtsvollzieher, ab 1870 Notar in Mainz.

zu beobachten, wie er immer von neuem darauf drang, in die politischen Zusammenhänge seit Bismarcks Entlassung näheren Einblick zu erhalten, weil er die unselige Entwicklung bis zum Zusammenbruch in ihren letzten Ursachen erkennen wollte. Es zeigte sich dabei, wie klar und sicher das Urteil dieses vortrefflichen Offiziers war, aber auch, dass er die Schlussfolgerungen für die Gegenwart entschlossen zog. Immer mehr rückte bei unseren Besprechungen die Lage, wie sie durch den Ruhreinfall geschaffen war, in den Vordergrund und damit auch gleichzeitig die Persönlichkeit des Chefs der Heeresleitung.

### 6.3. Ruhreinbruch und Abwehrkampf

Gewiss war das, was an der Ruhr von den Franzosen getan wurde, eine überaus schnöde Gewalttätigkeit von der Art, wie sie der „Sonnenkönig“ Ludwig XIV.<sup>19</sup> gegenüber den wehrlosen Reichsgebieten angewandt hatte<sup>20</sup> – Krieg im landläufigen Sinne des Wortes war es nicht, weil der Angegriffene sich nicht wehrte. Aber wer wollte sagen, dass nicht unter dem Zwange des französischen Vorgehens wirklicher Krieg entstehen würde, und wer mochte wissen, was alles auf dem Gebiete unserer inneren Politik im Zusammenhang damit entstehen konnte? Es lag auf der Hand, dass der Chef der Heeresleitung die ausschlaggebende Persönlichkeit geworden war, und dass er es in noch viel höherem Grade werden konnte, wenn wirklich Krieg entstand.

General von Berendt hatte eine hohe Meinung von den geistigen Fähigkeiten Seeckts. Gleichwohl traute er seinem politischen Urteil nicht völlig. So kam er zu dem Schluss, dass ich mit jenem aussprechen müsse, ganz rückhaltlos, in der Art etwa, wie es unter uns zu geschehen pflegte, und er wagte zu hoffen, dass der Chef der Heeresleitung daraufhin vielleicht einen dauernden Meinungsaustausch mit mir wünschen würde.

<sup>19</sup> Ludwig XIV. (1638–1715), 1643–1715 König von Frankreich und Navarra.

<sup>20</sup> Gemeint sind die militärischen Bestrebungen Ludwigs XIV. zur Machteinschränkung Spaniens und der Niederlande sowie die Sicherung von Reichsgebieten als Aufmarschbasis für die militärischen Auseinandersetzungen Ludwigs XIV. mit den Vereinigten Niederlanden sowie Kriege seit den 1660er Jahren gegen den Westen des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation. Plünderungen begleiteten diese Kriege, die Frankreich bis zum Rhein ausdehnen sollten. Zudem ließ Ludwig XIV. u. a. im alten Reichsgebiet Reunionskammern einsetzen, um alte Lehen und Besitztümer für die französische Krone einzuziehen (1678 in den drei Bistümern Metz, Breisach und Besançon). Nach dem Frieden von Nijmegen 1678/79 behielt Frankreich die eroberten Gebiete im Westen des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation und besetzte u. a. das Elsass für eine „Reunion“ mit Frankreich. Im Pfälzischen Erbfolgekrieg 1685–1697 um die Nachfolge in der Kurpfalz machte Ludwig XIV. Ansprüche geltend, die weite Teile Europas in einen Krieg hineinzogen. 1688 marschierten französische Truppen in rechtsrheinische Gebiete vor, die hohe Kontributionen verlangten, mit einem massiv ausgebauten stehenden Heer Dörfer und Städte verwüsteten (z. B. Mannheim und das Heidelberger Schloss) und somit mögliche Aufmarschgebiete gegen Frankreich verhindern sollten. Auch der folgende Spanische Erbfolgekrieg 1701–1714 fand in weiten Teilen auf deutschem Territorium statt.

Als ich mich bereit erklärt hatte, einer Einladung zu folgen, überbrachte mir General von Berendt diese gegen Ende des Februars 1923.<sup>21</sup> Ich begab mich gegen Abend in die Bendlerstrasse, wo Seeckt eine Dienstwohnung hatte.<sup>22</sup> Die Begrüssung durch ihn war überraschend freundlich. Er sagte, er habe durch General von Berendt so viel über meine Anschauungen gehört, dass er den Wunsch habe, sich mit mir darüber gründlich zu unterhalten. Ich erbat mir hierfür ungefähr eine halbe Stunde Zeit zum freien Vortrag und sprach die Erwartung aus, dass er mir gegenüber das gleiche Verfahren anwenden werde.

Bei meinen Darlegungen ging ich davon aus, dass aus den einseitigen Handlungen der Franzosen, ob wir wollten oder nicht, ein Krieg entstehen könne. Es sei für uns selbstverständlich, dass wir alles tun müssten, um dem Chef der Heeresleitung seine ungeheure Aufgabe zu erleichtern. Unsere dann entstehenden Aufgaben seien nicht nur innenpolitischer, sondern auch wehrpolitischer Art. Das hänge zusammen mit der engen Verbindung, die zwischen dem Alldeutschen Verbands und einigen früheren Freikorpsführern bestehe, und die es ermöglichen, deren Verhalten zu beeinflussen. Meines Erachtens werde der jetzige Zustand notwendigerweise zur *Militärdiktatur* führen. Deren Handhabung werde umso schwieriger sein, wenn der General, dem sie zufalle, gleichzeitig den Krieg führen müsse, aber auch die ganze äussere und innere Politik zu leiten habe. Das sei eine unerhörte Aufgabe, und mir wolle scheinen, dass sie nur gelingen könne, wenn der Militärdiktator sich neben seinem militärischen Generalstab einen solchen für die politischen Angelegenheiten schaffe, der die gesamte Innen-, Aussen- und Wirtschaftspolitik zu betreuen habe. Bei meinen Ausführungen hierüber spielte ich auf die Vorschläge an, die

---

<sup>21</sup> Das genaue Datum dieses Treffens Ende Februar 1923 ist unklar. Die tagebuchartigen Notizen Hans von Seeckts weisen nur vereinzelt genaue Namenseinträge von Arbeitsgesprächen oder Besuchen aus und hielten vor allem Dienstreisen und Aufenthaltsorte von Seeckt fest. Zwischen 28.12.1922 und 6.3.1923 sind keinerlei Tagebucheinträge vorhanden. Siehe Tagebuchartige Notizen Hans von Seeckt (Notizbücher) 1919–1933 und 1935–1936, in BA-Freiburg, N 247, Bd. 18, Tagebuch No. 5, April 1922–Oktober 1926, Bl. 12–13. Vereinzelt Besucherlisten sind erst ab dem 26.3.1923 (bis 1928 und für 1931) überliefert. Tagebuchartige Notizen Hans von Seeckt (Besucherlisten), 26.3.1923–25.6.1924, in ebd., Bd. 19. Seeckt hielt im Februar 1923 mehrere Besprechungen mit Führern der nationalistischen Verbände und paramilitärischen Organisationen ab. So traf er sich am 15.2.1923 unter anderem mit Georg Escherich von der Orgesch. Siehe dazu auch Carsten: *The Reichswehr and Politics*, S. 156–157. Seeckt traf sich im Februar 1923 mit Erich Ludendorff und Albrecht von Graefe-Goldebee von der DVFP, die sich 1922 von der DNVP abspaltete und mit ihren Schwerpunkten in Norddeutschland mit der NSDAP auch beim Hitler-Putsch am 9.11.1923 kooperierte. Im März 1923 folgte ein Treffen mit Adolf Hitler. Siehe Rabenau: *Hans von Seeckt*, S. 330–331.

<sup>22</sup> Hans von Seeckt hatte 1920–1926 in der Bendlerstrasse 14 seine Dienstwohnung. Der Bendlerblock in Berlin-Tiergarten entstand 1911–1914 als Gebäudekomplex für das Reichsmarinemint. Das Hauptgebäude lag in der Königin-Augusta-Straße 38–42 und der Ostflügel in der Bendlerstrasse 14. Nach 1918 kam zur verkleinerten Marineführung auch das Reichswehrministerium in dem Gebäudekomplex unter.

ich dem General Ludendorff anfangs Oktober 1917 in Kreuznach gemacht hatte.<sup>23</sup>

An dieser Stelle unterbrach mich Seeckt und sagte etwas von oben herab: „Politik? Ja du lieber Gott, wir haben hier ja eigentlich gar nichts Militärisches zu tun. Wir treiben ja nur Politik. Ich glaube, dass ich dafür geschulte Leute habe.“ Ich meinte, ich könne mir wohl denken, dass er ein hohes Mass von Geschicklichkeit aufwenden müsse, um ungestört von den inneren und äusseren Feinden die Reichswehr aufzubauen. Das sei aber in der Tat ein wesentlich diplomatisches Geschäft, während ich an die grossen staatsmännischen Aufgaben dächte, die dem Militärdiktator gestellt würden. Dies gab er zögernd zu, aber mir blieb der Eindruck, dass der General die Künste, die er zu Gunsten seiner Reichswehr spielen lassen musste, für höhere Politik hielt. Jedenfalls hatte ich das Gefühl einer gewissen Überheblichkeit. Damit war dieses kurze Zwischenspiel erledigt, und ich konnte mit meinem Vortrag fortfahren.

Dabei sagte ich, dass der Alldeutsche Verband nichts fördern oder betreiben werde, was gegen die Absichten der Heeresleitung verstosse. Ich konnte hierbei darauf hinweisen, dass in den letzten Tagen Abgesandte von früheren Freikorps bei mir gewesen seien, die nun den Abwehrkampf gegen die Franzosen durch die sogen. „Sabotage“ in die vorderste Reihe stellten.<sup>24</sup> Sie hätten gefragt, was ich über die von vielen Mitkämpfern geäusserte Absicht dächte, grosse Rheinbrücken zu zerstören, um den Franzosen auf diese Weise mögliche Schwierigkeiten zu bereiten. Ich sagte General von Seeckt, ich hätte in diesen Fällen auf das äusserste vor solchen Handlungen gewarnt, deren Folgen sich unter Umständen gegen das deutsche Heer wenden könnten, wenn es zum Kampfe gezwungen werde.

Weiterhin legte ich meine Ansicht dar, dass dem Militärdiktator unverzüglich eine Truppe in der Heimat zur Verfügung gestellt werden müsse, die eine Wiederholung der Schmach vom November 1918 verhindern würde. Hierfür stünden nach meiner Kenntnis die gutgesinnten Kräfte des alten Heeres, jedenfalls aber alle Freikorps und Selbstschutzangehörigen zur Hand, die nur unter einheitliche Führung gestellt werden müssten. Ich sprach Seeckt von der bewährten Einrichtung der englischen Hilfspolizei in den Grafschaften, die in dringenden Fällen von dem „Lordlieutenant“<sup>25</sup> [sic] aufgehoben werde, und bei der jeder englische Bürger verpflichtet sei, Dienst zu tun. In unserem Falle sei der Umstand besonders günstig, dass wir kriegsgewohnte Männer hätten, die sicherlich bereit seien, jeden kommunistischen oder sozialdemokratischen Putsch rücksichtslos niederzuschlagen und dem kleinen Heer, das unter Umständen gegen Frankreich zu kämpfen habe, den Rücken freizuhalten.

<sup>23</sup> Siehe Kapitel 2.9.

<sup>24</sup> Siehe Kapitel 6.6., 6.12., 6.13. und 6.14.

<sup>25</sup> Gemeint ist der Lord Leutenant als persönlicher Repräsentant der britischen Krone in den jeweiligen Verwaltungsbezirken (counties) des United Kingdom. Zuerst wurden diese Ämter in England und Wales im 16. Jahrhundert besetzt. Von 1802 bis 1871 stand dem Lord Leutenant das Recht zu, einer einberufenen „county militia“ vorzustehen. 1921 wurde dieses Recht in die Hände der Krone zurückgelegt.

Mir scheine es geboten, diese Kräfte, sobald die Diktatur aufgerichtet sei, unter den Oberfehl des Chefs der Heeresleitung zu stellen. Hiermit habe dieser die Sicherheit, dass im Hinterland des Kampfgebietes nur in seinem Sinne gehandelt werde. Auch sei die ständige Einricht[ung] der „Hilfskonstabler“<sup>26</sup> so beweglich, dass die Mannschaften wieder entlassen werden könnten, wenn die örtlichen Behörden merkten, dass ihr Bezirk befriedigt sei, um bei eintretendem Bedarf innerhalb weniger Stunden wieder zusammengerufen zu werden. Auf diese Art würden auch verhältnismässig die wenigsten Leute der heimatlichen Wirtschaft entzogen, was unter jedem Gesichtspunkt erwünscht sei.

Grundsätzlich kam es mir bei meinem Vortrag darauf an, zu erfahren, ob General von Seeckt die Dinge so ansehe wie ich, und ob er die Möglichkeit erblicke, sich der Hilfe des Alldeutschen Verbandes zu bedienen.

Nun geschah etwas, was ich nach allen Schilderungen, die ich über General von Seeckt empfangen hatte, zuletzt erwartet hatte: er antwortete mir in einem dreiviertelstündigen Gegenvortrag, der ein Beweis des Vertrauens zu mir zu sein sollte. Einleitend sagte er, er sehe die Dinge durchaus so an wie ich und betrachte den heutigen Zustand zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich als unhaltbar. Wer die Dinge nehme, wie sie wirklich seien, werde nicht bestreiten können, dass wir im Kriege lebten, in einem Kriege freilich, in dem der eine Staat seine ganzen Hilfsmittel einsetze, um den Erfolg zu sichern, während der andere bisher nur die stumpfe Waffe von Rechtsverwahrungen und der sogen. „passiven Resistenz“<sup>27</sup> angewandt habe und es freiwilligen, vom Staate unabhängigen Männern überlasse, das Kampfmittel der „Sabotage“ gegen Frankreich zu gebrauchen. Er betrachte es auch als wahrscheinlich, dass der Krieg von Staat zu Staat folgen werde. Das werde freilich ein Krieg in ganz neuen Formen sein, bei dem man jedenfalls von den deutschen Kräften nicht viel sehen werde, da er sich hauptsächlich in der Nacht abspielen würde. Wenn es zum Kriege komme, werde voraussichtlich der Kampf auf deutscher Seite von der Weserlinie seinen Ausgang nehmen.

Zu der Reichswehr hatte der General das allergrösste Vertrauen; er meinte, sie werde sich nach ihrer ganzen Ausbildung für den Krieg in seiner neuen Art brauchbar erweisen. Über die Möglichkeit, die Reichswehr als kämpfendes Heer über ihren damaligen Stand zu verstärken, äusserte er sich zuversichtlich, wogegen ihn die Frage der Bewaffnung und Ausrüstung aller Art beunruhige. Aber er meinte, bei der neuen Kriegsform werde man mit viel weniger Kräften auskommen als im Weltkriege.

Viel grösser waren die Sorgen, die dem General die Sozialdemokraten und Kommunisten, aber auch die Demokraten und das Zentrum bereiteten. Freilich, mit dem Reichspräsidenten *Ebert* glaubte er ganz einig zu sein.<sup>28</sup> Das sei

---

<sup>26</sup> Hilfswachmeister oder Hilfsschutzmann. Siehe auch in Englisch: „constable“.

<sup>27</sup> Der „passive Widerstand“ wurde durch Proklamation der Regierung am 19.1.1923 ausgerufen und am 26.9.1923 durch die Regierung beendet.

<sup>28</sup> Im Frühjahr 1919 bemerkte Hans von Seeckt über die erste Begegnung mit Friedrich Ebert: „Mit Herrn Ebert und Genossen kann ich vielleicht trotz diametral verschiedener Welt- und Wirtschaftsauffassung, weil ich diese Leute für verhältnismässig ehrlich, wenn auch

ein durchaus patriotischer Mann, der gar nicht parteimässig denke, sondern nur das Wohl Deutschlands wolle. Ganz anders sei es mit den parlamentarischen Führern der Sozialdemokratie, die vollkommen parteigebunden seien. Hierbei sprach Seeckt aus, dass er in seinen Entschliessungen erst dann ganz frei sein werde, wenn der preussische Innenminister *Severing*<sup>29</sup> beseitigt sei.<sup>30</sup> Er spitzte diese Forderung geradezu in die Form zu: „Schaffen Sie mir Severing vom Hals, dann können wir anders reden.“ Als ich meinte, das werde doch durch ihn selbst ohne Schwierigkeit zu erreichen sein, wenn Ebert wirklich mit ihm zusammengehe, erhielt ich die Antwort: „Solange Severing da ist, wird Ebert sich nie frei fühlen.“ Damit kam der General auf die Einrichtung der Hilfskonstabler nach englischem Vorbild zu sprechen. Dies sei ein fruchtbarer Vorschlag, der, auf Deutschland übertragen, sich sehr nützlich auswirken könne.

Beim Auseinandergehen bat mich Seeckt, meinen Einfluss dahingehend geltend zu machen, dass bei den Sabotagehandlungen<sup>31</sup> keine Zerstörungen vorgenommen würden, die ihm selbst später einmal Schwierigkeiten bereiten könnten, falls es zum Äussersten käme. Auch solle der offene Aufruhr gegen die französische Militärmacht vermieden werden, weil ihn ein solcher zu vor-

---

für Ideologen und Schwächlinge halte.“ Seeckt an seine Frau 6.2.1919, zitiert in Meier-Welcker: Seeckt, S. 213. Zudem versuchte Ebert im Krisenjahr 1923 das Notverordnungsrecht durch § 48 der Weimarer Reichsverfassung anzuwenden und fand in diesen Bemühungen auch Unterstützung bei Seeckt, der von Ebert am 8.11.1923 die oberste vollziehende Gewalt im Deutschen Reich gegen links- und rechtspolitische Putschversuche übertragen bekam und den Seeckt schließlich auch zum militärischen Vorgehen gegen die sozialdemokratisch-kommunistische Landesregierung in Sachsen mit dem Einmarsch von Truppen am 22.10.1923 bewegen konnte. Siehe auch Pyta: Die Präsidialgewalt in der Weimarer Republik, Jones: The German Right, S. 191–206, Guske: Das politische Denken des Generals von Seeckt, S. 199–274 und Meier-Welcker: Seeckt, S. 387–389.

<sup>29</sup> Carl Severing (1875–1952), 1920–1933 Mitglied des Reichstags für die SPD, 1919–1933 Mitglied des Preußischen Landtags, 1919–1920 Reichskommissar in Westfalen, 1920–1921, 1921–1926 und 1930–1932 Innenminister Preußens, 1928–1930 Reichsinnenminister.

<sup>30</sup> Hans von Seeckt geriet mit dem preußischen Innenminister Carl Severing, der vom 7.11.1921–6.10.1926 amtierte, vor allem über die Entmilitarisierung und Reduzierung der Reichswehr in Konflikt. Gerade nach den Kämpfen in Oberschlesien 1921, als die paramilitärischen Freikorpsstruppen von der Reichswehr unterstützt wurden, geriet Seeckt mit dem preußischen Innenminister in grundsätzliche Auseinandersetzungen über die Frage der Entwaffnung. Der Konflikt brach erneut aus, als die preußische Regierung Reichswehrruppen als Grenzpolizeieinheiten aufstellen und somit dem Oberbefehl der Polizei unterstellen wollte. Ende 1922 lehnte Seeckt nun die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten ab. Carsten: Reichswehr Politics, S. 118–122. Diese Ankündigung blieb nicht von Dauer. Severing schloss 1923 während des Ruhrkampfes ein Bündnis mit Seeckt zur Abgrenzung der Reichswehr von den rechtsradikalen Verbänden, die den Ausbau der Schwarzen Reichswehr erleichterte. Nach der Verkündung des Belagerungszustandes 26.9.1923, nachdem die Regierung in Bayern unter Verfassungsbruch den Ausnahmezustand verhängt hatte, wurden dann zwischen Severing und Seeckt Richtlinien über die Handhabung der vollziehenden Gewalt vereinbart. Dietz: Das Primat der Politik, S. 228–233 und Mommsen: Aufstieg und Untergang, S. 182–185.

<sup>31</sup> Neben dem „passiven Widerstand“ nahmen auch aktive Sabotageakte im besetzten Gebiet, wie Sprengstoffanschläge auf Eisenbahnverbindungen, zu, die auch von nationalistischen und von kommunistischen Gruppen begangen wurden.



zeitigen Entschlüssen zwingen könnte, die den Übergang zum Krieg brächten. „Ich hatte Ihnen vorhin gesagt, dass ich diese Entwicklung zum Krieg als sehr wahrscheinlich ansehe; ich muss aber unter allen Umständen bis zum Mai Zeit haben, um die notwendigsten Vorbereitungen durchzuführen. Dies ist sehr schwierig, da die Sozialdemokraten mit äusserster Wachsamkeit hinter uns her sind, damit um Gottes willen nichts geschieht, was über den Rahmen des berühmten [,]passiven Widerstandes['] hinausgeht.“

Der General sagte mir dann, dass er sich gefreut habe, mich kennenzulernen, und dass er mir jederzeit zur Verfügung stehe. Trotz meiner inneren Ablehnung des Generals von Seeckt muss ich gestehen, dass ich von dem Gange unserer Unterhaltung befriedigt war: ich hatte in ihm einen offenbar sehr gescheiterten, in scharfe geistige Zucht genommenen Mann gefunden. Aber dabei vergass ich nicht, an das zu denken, was mir urteilsfähige Gesinnungsgenossen über seinen Charakter gesagt hatten. Schliesslich hatte sich meiner eine grosse Sorge bemächtigt, wenn ich an das Wort Seeckts dachte, dass er ja eigentlich nur Politik betreibe. Klang das nicht so, als ob er sich im Besitze aller staatsmännischen Weisheit fühlte? Aber alles in allem genommen überwog in mir die Genugtuung darüber, dass der allgemein als verschlossen bezeichnete Mann mir gegenüber zweifellos aus sich herausgegangen war und mir ein gewisses Vertrauen bewiesen hatte.

Am zweiten oder dritten Tage nach dieser Unterhaltung besuchte mich General von Berendt, um mir zu sagen, dass Seeckt sich bei ihm für seine Vermittlung der Bekanntschaft mit mir bedankt habe. Dabei habe er sich anerkennend über mich ausgesprochen und geäussert, er wolle mit mir in Fühlung bleiben.

Einige Zeit nach diesem Besuche erhielt ich durch Freunde von der Ruhr die Nachricht, dass zwei im Abwehrkampf besonders tätige Grossindustrielle nach Berlin kommen und bei dieser Gelegenheit mich aufsuchen wollten.<sup>32</sup> Es waren dies der *Baron Heinrich von Thyssen-Bornemisza*<sup>33</sup>, ein Sohn August Thyssens<sup>34</sup> und ein jüngerer Bruder Fritz Thyssens<sup>35</sup>, den der König

---

<sup>32</sup> Paul Bang bereiste im Februar 1923 das Ruhrgebiet und berichtete Claß von einer „nationalen Hochstimmung“ gerade bei der Arbeiterschaft. Bang kam auch in Kontakt mit Industriellen, während Dr. Bruck Gelder für die Deutsche Zeitung sammelte und Ende 1922 bereits 2½ Millionen Mark an Zeichnungen erhalten hatte. Siehe Claß an Rudolf Blohm 1.2.1923, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 209, Bl. 46–47.

<sup>33</sup> Heinrich Thyssen-Bornemisza (1875–1947), nach 1918 Leitung der Thyssen Auslandsunternehmungen aus Den Haag, Bekenntnis zur Politik der DNVP, 1926 Mitglied des Vorstandes der Vereinigten Stahlwerke AG, Verwaltung der eigenen Thyssen-Besitzungen in der August Thyssensche Unternehmung des In- und Auslands GmbH, Großaktionär bei der Bremer Vulkan, Kunstmäzen.

<sup>34</sup> August Thyssen (1842–1926), mit Hugo Stinnes 1898 Gründer der Rheinisch Westfälischen Elektrizitäts-AG, 1926 Fusion der Thyssen-Werke mit der Phoenix Gruppe und den Rheinischen Stahlwerken zu den Vereinigten Stahlwerken.

<sup>35</sup> Fritz Thyssen (1873–1951), Teilerbe des väterlichen Thyssen-Konzerns, ab 1897 u. a. Mitglied des Aufsichtsrats der Gelsenkirchener Bergwerks-AG und der Saar- und Mosel Bergwerks-Gesellschaft, Mitglied des Provinziallandtags der Rheinprovinz, 1926 nach Tod von August Thyssen Zusammenführung des Thyssen-Konzerns in die Vereinigten Stahlwerke

von Ungarn nach seiner Verheiratung mit einer madjarischen Adligen in den Freiherrnstand erhoben hatte<sup>36</sup>, und *Willy Scheidt*<sup>37</sup>, der Mitinhaber einer grossen Textilfabrik in Kettwig. Es war mir gesagt worden, dass beide verzweifelt seien über den Zustand im neubesetzten Gebiet, und dass sie vor allem mit Empörung davon sprächen, wie dessen Bevölkerung von der Reichsregierung im Stich gelassen worden sei.<sup>38</sup> Dadurch hätten die Einwohner das Recht erhalten, für sich selbst zu sorgen, ohne Rücksicht auf die Politik der Berliner Regierung.

Wirklich kamen die beiden Herren nach wenigen Tagen in Berlin an und besuchten mich auf der Geschäftsstelle des Alldeutschen Verbandes.<sup>39</sup> Ich hatte hierbei diejenigen meiner Mitarbeiter zugezogen, die in Sachen des Ruhrkampfes besonders beteiligt waren, den *Landrat von Hertzberg* und den *Baron von Vietinghoff-Scheel*. Die beiden Besucher gingen sofort aufs Ganze und erklärten, dass sie in dieser Zeit, in der das deutsche Volk politisch ohne Führer gelassen werde, die Verbindungen suchten, die einen Wandel herbeiführen könnten, und dass sie, wenn sie solche Verbindungen fänden, für sich das Recht zum Handeln in ihrer Heimat in Anspruch nähmen, da ein Handeln vom amtlichen Berlin nicht zu erwarten sei.<sup>40</sup>

---

AG, bis 1932 Mitglied der DNVP, 1923–1932 politische und finanzielle Förderung auch der NSDAP.

<sup>36</sup> Heinrich Thyssen-Bornemisza heiratete 1906 Margit Freiin Bornemisza de Kászón (1887–1971) und erhielt die ungarische Staatsbürgerschaft.

<sup>37</sup> Wilhelm („Willy“) Scheidt (1877–1954), Mitinhaber der im 17. Jahrhundert gegründeten Tuchfabrik und Kammgarnspinnerei Johann Wilhelm Scheidt AG in Essen-Kettwig, 1919 Eintritt in den DvSTB, Mitglied der DNVP und seit 1921 Abgeordneter im Essener Kreistag, 1923 im Zuge der Ruhrbesetzung und eines französischen Haftbefehls Flucht aus Essen nach Berlin – Rückkehr der Familie 1923/24, bis 1938 Vorstandsmitglied des Unternehmens und 1938–1945 Vorsitzender des Aufsichtsrates. Willy Scheidt war Mitglied der Ortsgruppe Kettwig des ADV. Ortsgruppe Kettwig des ADV an Geschäftsstelle des ADV Berlin (Liste wohlhabender Mitglieder in Kettwig), 18.4.1922, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 624, Bl. 46.

<sup>38</sup> Siehe auch folgendes Kapitel 6.4.

<sup>39</sup> Das genaue Datum dieses Treffens – vermutlich im März 1923 – ist unklar. Siehe dazu auch Leicht: Heinrich Claß, S. 315–323.

<sup>40</sup> August Thyssen und sein Sohn Fritz wurden am 7.12.1918 von Mülheimer Soldatenräten wegen einer Sitzung am 5.12.1918 festgenommen, bei der, nach Bespitzelung eines Soldatenratsmitglieds, der Vorwurf erhoben wurde, Thyssen hätte Kontakte zu den Ententemächten während des Krieges gehabt und würde nun Truppen ins Ruhrgebiet zur Beseitigung der Räte rufen. Es folgten vier Tage in Haft. Erst nach Fürsprache Friedrich Eberts kam es zur Freilassung. Thyssen verteidigte sich damit, dass er gar nicht bei der Sitzung gewesen sei. Nach der Beendigung des Belagerungszustandes im Ruhrgebiet im März 1919 begrüßte Thyssen das Ende und warf der Regierung Passivität während der folgenden Massenproteste und der Eskalation der Unruhen im Mai 1919 vor. Der Kapp-Putsch im März 1920 sowie die folgenden Einsätze der Roten Ruhrarmee, der Reichswehr und der Freikorps fanden auch vor den Werktoeren von Thyssens Zechen und Hüttenwerken statt. Thyssen floh bereits vorher am 8.3.1920 aus dem Ruhrgebiet nach Düsseldorf zu seiner Schwester Balbina Thyssen. Während der Ruhrbesetzung wurde Fritz Thyssen zum Wortführer des Widerstands. Er wurde am 20.1.1923 verhaftet und, nach seiner Weigerung von Kohlenlieferungen, nach Mainz gebracht. August Thyssen unterstützte seinen Sohn im Widerstand gegen die Besatzungstruppen, die sich vom 12.1.–22.4.1923 in seinem Schloss

Ich legte nun meine Auffassung von der Lage dar, etwa in dem Sinne meines Vortrages bei General von Seeckt, und betonte den beiden, dass auch trotz des offenkundigen Versagens der Reichsregierung ein Vorgehen im neubesetzten Gebiet nur in Übereinstimmung mit der Reichswehr geschehen müsse. Dies begründete ich so eindringlich, dass mir beide Herren zustimmten und die Absicht kundgaben, bei General von Seeckt vorzusprechen.

#### 6.4. Fritz Thyssen, Heinrich Thyssen, Scheidt, v. Watter

Bei dieser ganzen Aussprache kam zutage, dass die Herren den Gedanken eines „Privatheeres“, den ich nach dem Umsturz als den gegebenen Weg zur Rettung des Vaterlandes immer von neuem durchdacht hatte, auch in sich aufgenommen hatten. Leider mehr als das: sie hatten sich schon einen Generalissimus für alle Streitkräfte gesichert, die im neubesetzten Gebiet gegen die Franzosen tätig waren oder neu herangezogen werden sollten. Dies war der Generalleutnant a.D. *Oskar Freiherr von Watter*<sup>41</sup>, zuletzt kommandierender General eines Armeekorps im Felde und dann Führer der in Westfalen vorhandenen Truppen mit dem Sitze in Münster i.W.<sup>42</sup> Er genoss bei der ganzen Industrie grosses Ansehen, weil er bei den verschiedenen früheren Unruhen im Industriebezirk mit harter Hand durchgegriffen hatte. Nach dem Kapp-Unternehmen war er in die Wüste geschickt worden; er war nach Berlin gezogen und hatte Fühlung mit uns gesucht.

Von Geburt Württemberger<sup>43</sup>, hatte Watter in seiner alten Heimat noch eine Fülle von Beziehungen; ebenso hatte er sofort nach seiner Verabschiedung in Bayern und vor allem in München Verbindungen angeknüpft. Dabei war ihm der Ruf zugute gekommen, den er durch sein entschlossenes Auftreten im

---

Landsberg einquartiert hatten. Am 27.8.1923 wurde Thyssen aufgrund des Vorwurfs kurzzeitig von belgischen Polizeitruppen verhaftet, er habe mit einer Kutsche den Brückenkopf Duisburg ohne Halt durchfahren. Nach der Beschlagnahme von Betriebsmitteln und Zerstörungen von Werksanlagen verschärfte sich Thyssens Gegnerschaft vor allem zu den französischen Besatzungstruppen. Im Sommer 1923 befürchtete Thyssen wohl ein Ende seiner Unternehmungen sowie den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands. Siehe auch Leszczynski: August Thyssen, S. 307–363.

<sup>41</sup> Oskar Freiherr von Watter (1861–1939), 1919 blutige Niederschlagung der Streikbewegungen im Ruhrgebiet, 1920 Ausrufung der Parole „Ruhe und Ordnung“ während des Kapp-Putsches, des folgenden Generalstreiks und der Kämpfe der Freikorps im Ruhrgebiet gegen die Rote Ruhrarmee, nach Scheitern des Kapp-Putsches Bekenntnis zur Regierung, 1920 aus der Reichswehr entlassen, während der Anti-Youngplan-Kampagne der „nationalen Opposition“ 1929–1930 Mitglied des Referendum-Ausschusses, nach 1933 von den Nationalsozialisten für die Unterdrückung der Ruhrkämpfe als Wegbereiter des Nationalsozialismus verehrt.

<sup>42</sup> Oskar Freiherr von Watter war 1914–1915 Kommandeur der Artillerie des V. Armeekorps, 1915–1918 Kommandeur der 54. Division, 1918 Kommandeur des XXVI. Reservekorps, 1918 Kommandeur der 17. Armee, 1919 VII. Armeekorps und Oberkommando über alle Freikorps in Westfalen, 1919 Kommandeur der Reichswehr-Brigade 7 und des Wehrkreises VI Münster.

<sup>43</sup> Oskar Freiherr von Watter wurde am 2.9.1861 in Ludwigsburg geboren.

Industriegebiet gewonnen hatte. Thyssen und Scheidt wünschten nur, was durchaus verständlich war, dass so schnell wie möglich die Zusammenarbeit zwischen ihrem geplanten Privatheer unter Watter und der Reichswehr gesichert werde. Auch aus diesem Grunde wollten sie bei General von Seeckt vorsprechen.

Ehe es zu diesem Empfang kam, traf Fritz Thyssen [in Berlin]<sup>44</sup> ein, der damals eine ausserordentliche Volkstümlichkeit genoss, nachdem er so tapfer gegenüber der französischen Besatzungsbehörde aufgetreten und sich vor dem Kriegsgericht in Mainz ausgezeichnet gehalten hatte.<sup>45</sup> Er billigte das Vorhaben der beiden anderen und versprach, sie nach jeder Richtung zu unterstützen. Dies war umso wichtiger, als Fritz Thyssen damals wegen seines frisch gewonnenen Ansehens als anerkannter Führer der Industrie im Ruhrgebiet galt.

### 6.5. Besprechungen mit Seeckt

Zunächst hatte er den Wunsch, sich mit General von Seeckt allein zu unterhalten und ihn darüber aufzuklären, dass es an der Ruhr so nicht weitergehen könne. Die Bevölkerung müsste sehen, dass sie von Berlin nicht im Stich gelassen werde. Sein Gedanke dabei war, dass die tatsächliche Führung beim Chef der Heeresleitung liegen, aber verdeckt werden sollte durch andere Stellen wie z. B. den Alldeutschen Verband.

Ich erreichte es, dass Fritz Thyssen noch an demselben Tage – es war ein Sonntag – von General von Seeckt empfangen wurde.<sup>46</sup> Er berichtete mir anderen Tages, dass er diesem die Lage im neubesetzten Gebiet in ihrer ganzen Furchtbarkeit geschildert und volles Verständnis dafür gefunden habe, dass die wachsende Volkswut zu einem planmässig vorbereiteten grossen Schlag gegen Frankreich benutzt werden müsse. Thyssen hatte auch erreicht, dass Seeckt seinen Bruder und dessen Freund Scheidt am übernächsten Tag empfangen wolle.

Diese Unterredung nahm nun, wie sie mir beide sofort mitteilten, den seltsamsten Verlauf. Sie hatten, obwohl sie nur persönlich angemeldet waren, ihren „Generalissimus“ Watter mitgenommen. Als sie zu Seeckt in dessen Arbeitszimmer gebeten wurden, hatte Watter mit ihnen eintreten wollen. Daran war er aber von dem Adjutanten gehindert worden. Der sich daran anschliessende Empfang der beiden Herren durch den General von Seeckt war so unerfreulich, als dieser ihnen mit aller Schärfe erklärte, die Reichswehr wolle unter keinen Umständen mit General von Watter etwas zu tun haben. Er selbst lehne

<sup>44</sup> Im Originalmanuskript handschriftlicher Zusatz. In der Textfassung in FZH 11/C2 in den Fließtext aufgenommen.

<sup>45</sup> Am 24.1.1923 wurde die Weigerung von Fritz Thyssen und weiteren Zechenbesitzern, die Kohlenlieferungen nach Frankreich und Belgien nicht weiter zu unterbrechen, von der französischen Militärverwaltung vor dem Mainzer Kriegsgericht verhandelt. In Mainz kam es daraufhin zu zahlreichen Kundgebungen für Thyssen.

<sup>46</sup> Das genaue Datum des Treffens bleibt unklar.

jede Beziehung zu diesem Offizier ab, der sich in den Tagen des Kapp-Putsches zweideutig benommen habe. Aber er wolle auch mit den Hintermännern von etwa aufgestellten Freischaren nichts zu tun haben, wenn diese von Watter geführt würden. Es muss eine höchst unerquickliche Unterhaltung gewesen sein. Die beiden Herren waren ausser sich über Seeckt und sagten, sie hätten ihn vergeblich beschworen, um der Sache willen seine Abneigung gegen Watter zurückzustellen.

Nach dreiviertel Stunden waren die Herren unverrichteter Dinge abgezogen. General von Watter war in der peinlichen Lage, die ganze Zeit im Vorzimmer vergeblich darauf zu warten, dass er hereingerufen würde. Als dann die Herren bei mir waren, sagte ich ihnen, sie hätten unbedingt zunächst allein bei Seeckt vorsprechen sollen. Jetzt sei die Lage so verfahren, dass ich nicht sähe, wie man zu einer Zusammenarbeit mit dem Chef der Heeresleitung gelangen könne. Sie baten mich, allein zu diesem zu gehen und zu versuchen, ihn in seiner Ablehnung Watters umzustimmen.

Dies tat ich denn tags darauf; ich stiess aber bei dem General auf so entschiedenen Widerstand, dass ich einsah, meine Bemühungen seien vergeblich. Ich schlug deshalb einen Mittelweg vor. Bei dessen Erörterung ging General von Seeckt wieder merkwürdig aus sich heraus. Er legte mir dar, dass er in diesem Hause – dem Reichswehrministerium –[,], dessen Wände Ohren hätten, gar nichts von dem betreiben könne, was jetzt seine höchste Aufgabe sei. Er habe daher ausserhalb seiner Dienststelle einen kleinen Generalstab unter der Leitung des Oberstleutnants *Freiherrn von Willisen*<sup>47</sup> eingerichtet, der alle Fragen zu bearbeiten habe, die einen etwaigen Krieg mit Frankreich betreffen. Er sei bereit, wenn ich die Beziehungen zu Willisen unbedingt vertraulich behandeln wolle und mir dasselbe von Thyssen und Scheidt versichern lasse, Willisen als seinen Verbindungsmann mit uns zu bestimmen, und er habe, um seinen guten Willen zu zeigen, in Gottes Namen nichts dagegen, wenn Willisen mit Watter spräche.

Ich konnte Seeckt sagen, dass ich seit dem Spätjahr 1918 wiederholt mit Willisen zusammengekommen sei; er kenne mich also so gut, dass er jedenfalls wisse, mit wem er es bei mir zu tun habe. Es wurde verabredet, dass der General seinen geheimnisvollen Generalstabschef wissen lasse, dass er mit mir in Verbindung treten solle, wenn ich ihn darum anginge. So endete dieser Zwischenfall, und ich war froh, so weit gekommen zu sein.

---

<sup>47</sup> Friedrich Wilhelm Freiherr von Willisen (1876–1933), 1909–1918 beim Großen Generalstab, 1918 Abteilungsleiter im preußischen Kriegsministerium und Aufbau Oberkommando Grenzschutz Ost, seit Ende 1918 Kontakt mit Claß, 1918–1920 Chef der Zentralstelle Grenzschutz Ost, Aufbau der Freikorps und Pläne zur Überführung in die Reichswehr, seit 1919 Verbindungsmann der Reichswehr zu Heinrich Brüning, 1920 wesentliche Rolle bei der versagten Unterstützung der Reichswehr für den Kapp-Putsch, 1920 Ausscheiden aus der Armee als Oberstleutnant, Präsident des Deutschen Schutzbundes für das Grenz- und Auslandsdeutschum, Mitglied des Deutschen Herrenklubs, Leiter illegaler Volksschulen und Aufbau der deutschen Luftwaffe, 1928–1932 Zweiter Vorsitzender der VKP.

Die beiden Herren von der Ruhr waren am gleichen Tage bei mir. Auch sie meinten, da nun einmal General von Seeckt mit Freiherrn von Watter unbedingt nichts zu tun haben wolle, sei diese Lösung annehmbar. Es wurde verabredet, mit Oberstleutnant von Willisen zusammenzukommen, sobald er erreicht werden könne. Diese Unterredung fand schon am folgenden Tage statt.<sup>48</sup> Seeckt hatte tatsächlich seinen Vertrauensmann bereits unterrichtet, so dass er im Bilde war, als ich ihn anrief.

Bei unserer Besprechung ergab sich, dass Willisen auf die Mitarbeiter seines Chefs im Reichswehrministerium sehr schlecht zu sprechen war: sie hätten nichts, aber auch gar nichts vorbereitet, falls es zum offenen Kriege kommen sollte. Umso wichtiger sei jetzt die Arbeit, die er nebenher betreibe. Bei ihr handele es sich darum, alle deutschen Männer, denen die Schmach der Zeit auf dem Herzen brenne, heranzuziehen, sie mit Waffen aus den Beständen der Reichswehr zu versehen und zuverlässigen Führern zu unterstellen. Es sei kein Zweifel, dass man von der sozialdemokratischen Partei, ihren Ministern und ihrer Polizei genau überwacht werde; darum sei höchste Vorsicht geboten. Das Unternehmen der Aufstellung eines Privatheeres habe nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn es von vornherein als der Reichswehr unterstellt betrachtet werde und demgemäss von da seine letzten Anweisungen erhalte.

Thyssen und Scheidt stimmten alledem zu. Nun gab Willisen bekannt, er habe von Seeckt die Ermächtigung erhalten, sich mit Watter in Verbindung zu setzen und ihn vertraulich über seine Tätigkeit zu unterrichten, wogegen ihm jener alles mitteilen müsse, was sich auf seine Bemühungen beziehe. So waren wir einen Schritt weitergekommen, und wenige Tage nachher fand die Aussprache zwischen Watter und Willisen bei mir statt.

## 6.6. Arbeiterheer

Bei all diesen Dingen spielte die Annahme oder Behauptung eine grosse Rolle, dass ausser den Kräften, die die sogen. „Sabotage“ betrieben, und den geschlossenen Verbänden, die sich nach Watters Mitteilungen diesem schon endgültig unterstellt hatten, *ein nationales Arbeiterheer vorhanden sei*, das, im strengsten Geheimnis gebildet, auf dem Sprunge stehe, den Franzosen eine Art „Sizilianischer Vesper“<sup>49</sup> zu bereiten und sie aus dem Lande zu werfen. Als Führer dieses Unternehmens, dem im engsten Industriebezirk an 42.000 gut bewaffnete und militärisch geschulte Männer zur Verfügung stünden, und das

<sup>48</sup> Das genaue Datum dieses Treffens – vermutlich im März 1923 – ist unklar. Siehe dazu auch Leicht: Heinrich Claß, S. 315–323.

<sup>49</sup> Sizilianische Vesper verweist auf die Aufstände gegen französische Beamte, die am 30.3.1282 (Ostermontag) in Palermo ihren Anfang nahmen, sich über die anderen Städte Siziliens schnell ausbreiteten und letztlich zur Vertreibung des französischen Königshaus Anjou des Königs Karl I. und zur Aufgabe seiner imperialen Reichspläne in der Mittelmeerregion führten. Sizilien stand daraufhin unter der Herrschaft Peter III., König von Aragón, der den Aufstand unterstützte und das Angebot der Krone von sizilianischen Adligen annahm.

vor dessen Grenze noch etwa weitere 20.000 Mann bereithalte, wurde ein Werkmeister namens *Schlittgen*<sup>50</sup> angegeben, der es verstanden habe, seine Kampftruppe ganz geheim aufzubauen.

Als ich hiervon zuerst hörte, wies ich die Nachricht als unglaubwürdig zurück; sie wurde mir aber immer wieder von neuem zugetragen, und dabei wurde gesagt, dass die national zuverlässigsten akademischen Beamten, Ingenieure usw. der Firma Krupp hinter Schlittgen ständen und ihn beim Aufbau seiner Verbände mit Rat und Tat unterstützt hätten.

Da gleichzeitig erzählt wurde, es werde schwer halten, diese von Empörung und Kampfeswillen erfüllten Arbeitermassen länger zu zügeln, hielt ich es für nötig[,] zuverlässige Nachrichten einzuziehen. *Baron Vietinghoff* erklärte sich bereit, nach Essen zu fahren und dort sowie in der Umgegend sich genau umzusehen und sich insbesondere über Schlittgen zu erkundigen und festzustellen, was an den Nachrichten über das nationale Arbeiterheer [dran<sup>51</sup>] sei. Er reiste demgemäss ab und kam nach etwa einer Woche mit einer Fülle von Eindrücken zurück, die sich zunächst auf den allgemeinen Zustand im neubesetzten Gebiet, auf das Verhalten der Franzosen und ihrer Helfer aus dem Reich und ähnliches bezogen. Zu meiner Freude hörte ich, dass überall, wo er gewesen sei, unsere alldeutschen Freunde die Seele des Widerstandes seien, und dass sie auch aufs eifrigste bei den Kräften mitarbeiteten, die den ganzen Kampf der „Sabotage“ führten.

Was nun das nationale Arbeiterheer betraf, so berichtete Vietinghoff, dass er auf seine immer wiederholten Nachfragen bei Kruppschen Ingenieuren, bei unseren alldeutschen Vertrauensmännern, bei Deutschnationalen gesagt bekommen hätte, das Heer sei vorhanden und könne zu jeder Zeit aufgerufen werden, ja es dränge darauf, loszuschlagen. Er, Vietinghoff, habe auch Schlittgen wiederholt gesprochen und ihn aufs eingehendste befragt. Der Mann habe dabei einen guten Eindruck auf ihn gemacht und allen seinen Fragen gut standgehalten. Dem wiederholt gestellten Verlangen, Unterlagen über die Stärke, die Einteilung, die Bewaffnung seiner Gefolgschaft zu liefern, sei er ausgewichen. Als Vietinghoff dies den Herren von Krupp mitteilte, zeigte sich, dass diese blind an Schlittgen glaubten, – so blind, dass sie, als sie Vietinghoffs zweifelndes Verhalten merkten, den Verkehr mit ihm einstellten und erklärten, sie wollten mit dem Alldeutschen Verband nichts mehr zu tun haben. Dieser liess sich dadurch nicht irre machen, und ich blieb dabei, das Vertrauen der Essener Herren sei keine Grundlage für so weittragende Entschlüsse, wie sie offenbar von unseren Freunden an der Ruhr verlangt und erwartet würden.

Eine allgemeine Volkserhebung hielt ich für ausgeschlossen, da alle Novemberlinge nicht nur abseits ständen, sondern<sup>52</sup> sogar dagegen auftreten würden. Immerhin wollte ich die Verbindung mit Schlittgen nicht ganz abbrechen,

---

<sup>50</sup> Diese Person bleibt unklar. In den Essener Adressbüchern von 1912, 1915, 1923 und 1930 ist ein Franz Schlittgen verzeichnet: 1912 Hilfsheizer, 1915 Lokomotivheizer, 1923 Maschinenaufseher und 1930 Schlossermeister.

<sup>51</sup> Im Originalmanuskript gestrichen.

<sup>52</sup> In der Textfassung in FZH 11/C2 gestrichen: sich.

bevor erwiesen sei, dass er nichts habe. Aber ich musste ganz sicher gehen und beauftragte Vietinghoff, als er zum zweiten Mal an die Ruhr ging, darauf zu bestehen, dass Sachverständige, und zwar Offiziere von Erfahrung und Urteil, Nachprüfungen über die Zusammensetzung, Führung, Bewaffnung usw. des angeblichen Arbeiterheeres vornehmen sollten. Unser Entschluss w[ü]rde von dem Bericht meines Freundes, des Obersten *Frantz*, abhängig sein, der sich bereit erklärt hatte, Schlittgen gegenüber als unser Vertrauensmann aufzutreten. Ihn wolle ich an die Ruhr schicken, und er solle bei unseren führenden Leuten in Essen und Umgebung angekündigt werden, damit eine Besprechung mit Schlittgen verabredet werden könne.

Dies geschah, und unsere Freunde verabredeten mit Schlittgen, dass die Zusammenkunft hart jenseits der Grenze des neubesetzten Gebietes stattfinden solle. Der Tag hierfür wurde genau festgelegt. Er war sehr nahe anberaumt worden, da Vietinghoff gesagt worden war, bei der wildentschlossenen Stimmung, die unter Schlittgens Leuten herrsche, würden diese unabhängig von allen anderen, also auch von uns losschlagen.

Nun kam, was mich in meinen Zweifeln noch mehr bestärkte: Schlittgen wich einer Begegnung mit Oberst Frantz zweimal aus. Dieser zog daraus denselben Schluss wie ich, der angebliche Arbeiterführer treibe ein frevelhaftes Spiel.

Trotz dieser unserer Erkenntnis hielt ein Teil unserer Freunde an der Ruhr an Schlittgen fest. Es wurde von Essen ein Bote nach Berlin geschickt, der meldete, dass am Fronleichnam 1923<sup>53</sup> die „Sizilianische Vesper“ im neubesetzten Gebiet losbrechen werde, und dass dan[n] alle Wehrverbände bereitstehen müssten, um dort bewaffnet einzufallen und mitzumachen. Ich gab dem Überbringer dieser Nachricht den Auftrag, in Essen mitzuteilen, dass von uns nicht eher etwas unternommen werde, als bis die Wahrheit von Schlittgens Behauptungen festgestellt sei. Ich verlangte, dass mit der größten Beschleunigung eine Zusammenkunft der im Abwehrkampf Führenden des neubesetzten Gebietes mit uns sein müsse, bei der unbedingt Schlittgen und, wenn er überhaupt einen Stab habe, seine wichtigsten Mitarbeiter zugegen sein müssten. Von Essen kam daraufhin sofort die Antwort, dass die versprochene Aussprache wenige Tage später in Hamm stattfinden sollte, das hart an der Grenze des Ruhrgebietes liegt.<sup>54</sup>

Am verabredeten Tage – am 11. April 1923 – traf ich dort mit Landrat von Hertzberg und Baron Vietinghoff, Oberst Frantz und einem zweiten früheren Generalstabsoffizier ein. Auf der anderen Seite waren eigentlich alle mir bekannten Führer des Abwehrkampfes erschienen; sie gehörten alle bis auf zwei oder drei dem Alldeutschen Verbände an.<sup>55</sup> Ausserdem hatte man von dort aus noch Herren aus Westfalen, aber auch aus Süddeutschland eingeladen, die besondere Beziehungen zu „aktivistischen“ Verbänden haben sollten. Wer aber

<sup>53</sup> Gemeint ist Donnerstag, der 31.5.1923.

<sup>54</sup> Siehe auch Chamberlain: Der Attentatsplan gegen Seeckt.

<sup>55</sup> Sitzungsprotokoll oder Einladungslisten sind nicht überliefert.



nicht gekommen war, das war wiederum Schlittgen, den seine Essener Freunde damit entschuldigten, dass er durch allerwichtigste Geschäfte in seinem Arbeiterheer verhindert sei, aber sich durch einen Ingenieur vertreten lasse, der von ihm alle Vollmacht habe.

Ich leitete die Besprechung und begann damit, dass es unmöglich sei, auf Leben und Tod mit einem Arbeiterführer in Verbindung zu treten, der noch niemandem den Beweis geliefert habe, dass er überhaupt etwas hinter sich habe. Da Schlittgen selbst nicht anwesend sei, müsse ich von denen, die ihm vertrauten, die Zusage verlangen, dass unseren militärischen Beratern alles zugänglich gemacht werde, was Aufschluss über das Arbeiterheer geben könne, und dass, wenn dies mit Erfolg geschehen sei, Schlittgen sich verpflichten müsse, nichts ohne unsere militärischen Berater zu tun. Um der weiteren Verhandlung eine Grundlage zu geben, fragte ich die Anhänger Schlittgens, ob einer von ihnen irgendetwas von seinem „Heer“ gesehen habe, ob ihnen irgendwelche Unterführer bekannt seien, und ob sie irgendwelche Unterlagen zu sehen bekommen hätten.

Alle diese Fragen wurden verneint. Aber die Herren versicherten, dass es im Wesen dieser nur aus Fabrikarbeitern bestehenden Kampfgemeinschaft liege, keinem Aussenstehenden Einblick zu gewähren. Das Geheimnis sei durch feierlichste Verpflichtungen aufs äusserste geschützt, und man müsse sich darauf verlassen, dass ein Mann wie Schlittgen Vertrauen verdiene und verlangen könne. Jedenfalls besitze man dies Vertrauen an der Ruhr.

Ich wiederholte, dass diese Tatsache für Herrn Schlittgen ehrenvoll sein möge, dass sie aber für den Alldeutschen Verband und seine verantwortlichen Führer nicht ausreichen könne, daraufhin feste Entschlüsse zu fassen oder gar sich zu einem Losschlagen zu verpflichten. Ich bat nun meinen vertrauten Freund, den Oberst Frantz, die ganze Frage vom militärischen Gesichtspunkte aus zu erörtern. Er tat dies in überlegener und m. E. durchaus überzeugender Weise und kam zu dem Schlusse, dass er sich ausserstande fühle, der Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes, so sehr ihm selbst eine grossartige Abwehr- oder besser Angriffshandlung gegen die Franzosen am Herzen liege, irgend einen Rat zu erteilen, solange er nicht aufs genaueste über Herrn Schlittgens Heer unterrichtet sei.

Nun brachen dessen Anhänger in Beschwerden los, die sich zum Teil in leidenschaftlichen Anklagen gegen die Leitung des Alldeutschen Verbandes Luft machten. Wer in solchen Zeiten Misstrauen hege, schalte sich selbst aus, und wir dürften uns nicht wundern, wenn das grosse Geschehen an der Ruhr dann an uns vorübergehe. Der erwähnte Ingenieur platzte mit der Erklärung heraus, er habe Vollmacht, uns gewissermassen vor die Entscheidung zu stellen, ob wir mitmachen wollten: die Arbeiterschaft, d. h. Schlittgens Leute, seien nicht mehr hinzuhalten, und ihr Führer habe den Fronleichnamstag endgültig zum Losschlagen bestimmt. Wir sollten Schlittgen durch ihn, den Ingenieur, unsere Entscheidung wissen lassen.

Diese Ausführungen machten offenbar die anderen Anwesenden stutzig. Sie stellten sich nach und nach immer mehr auf meinen Standpunkt und be-

schworen Schlittgens Anhänger, dahin zu wirken, dass unseren militärischen Beratern voller Einblick in alles gegeben werde. Das sei bei gutem Willen eine Frage weniger Tage. Schliesslich kamen wir dahin überein, dass Schlittgen veranlasst werde, mit Oberst Frantz und einigen unserer Freunde in Hamm zusammenzukommen; hierzu sollte er seine wichtigsten Unterführer mitbringen. Es wird nicht überraschen, wenn ich mitteile, dass zwar unsere Leute sich dort einfanden, von der anderen Seite aber wiederum niemand erschien. Daraufhin erklärte ich, dass ich jedes Vertrauen verloren hätte und mit dieser ganzen Sache nichts mehr zu tun haben wolle.

Kurz nach unserer Rückkehr nach Berlin bekamen wir aus Essen die Nachricht, dass Schlittgen sich in Berlin stellen wolle – unter der Bedingung, dass seine Reise dorthin und seine Zusammenkunft mit uns unbedingt geheim gehalten werde. Ich willigte ein, da ich danach verlangte, diesen Mann kennenzulernen. Er kam auch wirklich in Begleitung unseres Essener Freundes *Fischer*<sup>56</sup>; und nun sah ich das geheimnisvolle Haupt der nationalen Arbeiterverschörung von Angesicht zu Angesicht. Ich sagte ihm offen, dass ich es unbegreiflich fände, wie er sich so lange einer Zusammenkunft mit uns habe entziehen können. Wie zu erwarten war, begründete und entschuldigte er diese Tatsache, die auch ihm sehr peinlich gewesen sei, mit seinen ungeheuren Pflichten als oberster Führer einer so starken Kampfgenossenschaft, auf dessen Schultern nicht nur alle Verantwortlichkeit, sondern auch alle Arbeit ruhe.

Ich nahm dies hin und sagte nur mit aller Deutlichkeit, wenn er irgendwelchen Wert darauf lege, dass ein gemeinsames Vorgehen zustande komme, dann müsse er ohne jeden Rückhalt alles, was sein Heer betreffe, unseren sachverständigen Beratern offen legen, und zwar unverzüglich. Hierzu verpflichtete sich Schlittgen in aller Form, und er liess sich bereitfinden, einige Fragen zu beantworten, die ich in bezug auf seine Truppe stellte. Die Antworten waren ganz ungenügend, so dass mein Misstrauen noch verstärkt wurde.

Gleichwohl blieb ich dabei, noch die letzte Probe zu machen. Es wurde vereinbart, dass Schlittgen auf der Rückreise von Berlin mit Oberst Frantz in Soest zusammentreffen sollte, wenn dieser sich auf drahtliche Anfrage dazu bereiterkläre. Die Zusage kam, und nun wartete ich ab, wie die Sache weiterlaufen würde. Was ich vermutet hatte, trat ein. Schlittgen hielt wieder nicht Wort. Man wird es verstehen, dass ich nun einen dicken Strich unter unsere Hoffnungen auf das nationale Arbeiterheer machte. Ich liess daher meine Freunde an der Ruhr wissen, dass sie sich von Schlittgen fernhalten müssten,

<sup>56</sup> Gemeint ist vermutlich der Architekt Hans Fischer aus Essen (ab 1924 in Berlin), der noch am 1.9.1922 als Gast der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses geführt wurde und nach 1923 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschuss des ADV sowie ab 1924 Mitglied des Ehrenrates des Alldeutschen Ehrenhofes war. Für die einzige Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 21./22.4.1923 ist keine Anwesenheits- und Gremienliste überliefert. Siehe BA-Berlin, R 8048, Bd. 136. Zu den Essener Gästen der Sitzungen zählten Ende 1922 auch Landgerichtsdirektor Rieck, Dr. Morian, Seminardirektor Müller und Dr. Meysenburg. Justizrat Wilhelm Schlüter aus Essen gehörte dem Geschäftsführenden Ausschuss an.

und dass sie diesen Entschluss auch den in Hamm gewesenen Vertretern anderer Verbände mitteilen sollten.

Wie unglaublich gross der Eindruck gewesen war, den dieser Mann auf einen Teil unserer Gesinnungsgenossen gemacht hatte, ergab sich daraus, dass sie trotz allem im Ernst auf den grossen Schlag warteten, den Schlittgen am Fronleichnamstag ausführen wollte – natürlich vergebens. Später wurde mir gesagt, dass damit die Rolle, die er auf nationaler Seite über ein Vierteljahr lang gespielt hatte, aus war. Man ging schliesslich so weit, zu behaupten, er sei ein französischer oder marxistischer Spitzel gewesen.

Die Industriellen aus dem neubesetzten Gebiet hatten nicht nur ihren Generalissimus vor dem Bekanntwerden mit mir bestellt, sondern auch schon einige Offiziere gewonnen, die in Hamm ihren Sitz hatten und dort alles bearbeiten sollten, was mit der geplanten Volkserhebung zusammenhing. Zwei von den Herren hatten der Besprechung in Hamm beigewohnt; sie gaben mir zu erkennen, dass sie noch in den Anfängen ihrer Aufgabe steckten und selbst nur über den Lebensunterhalt für sich und ihren Stab auf höchstens einen Monat verfügten; sie brauchten Geld, um wirklich vorwärts zu kommen.

Nach meiner Rückkehr von Hamm hatte ich Baron Thyssen und Scheidt hiervon unterrichtet. Sie stellten daraufhin für die ersten Arbeiten dort an der Grenze des neubesetzten Gebietes 20.000 holländische Gulden zur Verfügung, über die ich frei verfügen sollte.<sup>57</sup> Wie ernst es damals die beiden Herren mit ihrem Plane nahmen, der sie zu uns geführt hatte, ergab sich daraus, dass sie sich verpflichteten, binnen kurzem 20 Millionen Mark wertbeständig zusammenzubringen, die unser gemeinsamer Kriegsschatz sein sollten, und über die ich hinwiederum unter Gegenzeichnung eines der beiden Herren würde verfügen können. Sie kamen bei ihren Überlegungen schliesslich dazu, mir die politische Leitung des ganzen Unternehmens, sowie die alleinige politische Vertretung ihres industriellen Kreises in Berlin anzubieten. Von selbst kamen sie weiter darauf, dass ihr Generalissimus an meine politische Weisungen gebunden sein und die für seine Zwecke notwendigen Geldmittel von mir zugewiesen erhalten sollte.

Ich erklärte mich nach reiflicher Überlegung bereit, die mir angetragene Aufgabe zu übernehmen. Dabei stellte ich aber zwei Bedingungen: der in Aussicht genommene Betrag müsse unverzüglich bereitgestellt werden, und ferner sei es ihre Sache, den General von Watter von der getroffenen Abmachung zu unterrichten und ihrerseits ohne irgendwelches Schwanken daran festzuhalten.<sup>58</sup> In bezug auf beide Forderungen erhielt ich sofort ihre Zusage, und zum Beweis ihrer Entschlossenheit, die Geldmittel schleunigst aufzubringen, legten

---

<sup>57</sup> Der Holländische Gulden bildete in der Inflation eine stabilere Währung und war im Januar 1923 2.855,34 Mark und im Dezember 1923 71,596 Billionen Mark wert. Reuter: Die Exportmöglichkeiten, S. 78.

<sup>58</sup> Besonders die von Fritz Thyssen vertretene Forderung, Truppen aufzustellen, übernahm Oskar Freiherr von Watter, nachdem sich Hans von Seeckt nicht zur Verfügung gestellt hatte und Mitte März 1923 es auch ablehnte, Watter zu empfangen. Meier-Welcker: Seeckt, S. 349–350.

sie mir eine Ausarbeitung vor, mit der sie an andere Grossindustrielle des ganzen Industriebezirkes herantreten wollten. Ich brachte den Entwurf juristisch in Ordnung und empfahl die allergrösste Eile, weil die 20.000 Gulden allein für die Stelle in Hamm sehr schnell aufgebraucht sein würden.

Die beiden versprachen, ihr Äusserstes zu tun. Thyssen<sup>59</sup>, der ungarischer Staatsangehöriger war, reiste selbst nach dem Westen; Scheidt konnte das nicht, weil ein französischer Haftbefehl gegen ihn vorlag.<sup>60</sup> Nach ein paar Tagen besuchte mich Thyssen in Berlin und sagte mir, es gehe doch nicht so schnell, wie er gedacht habe. Die Leute aus der Industrie seien viel zurückhaltender, als er es in solcher Lage des Vaterlandes angenommen habe. Mir war klar, dass damit im wesentlichen das Todesurteil über den Plan der beiden gesprochen sei, und dass ich niemals Aussicht hätte, über einen Betrag wie den von ihnen genannten zu verfügen. Indes versprachen sie, nach wie vor ihr Äusserstes zu tun und vor allem aus eigenen Mitteln grosse Beträge zu stiften; auch meinte Heinrich Thyssen, dass sein Bruder Fritz dasselbe tun würde. Zu meiner Überraschung teilten sie mir einige Tage später schriftlich mit, sie seien zu ihrer Erholung nach Lugano gereist. Ich könne mich aber darauf verlassen, dass die Geldbeschaffung von ihnen auch von dort und ebenso von ihren Vertrauensleuten im Reich betrieben werde. Hier will ich gleich feststellen, dass ich nie mehr einen Pfennig von dieser Seite gesehen habe.<sup>61</sup>

„Was sind Hoffnungen, was sind Entwürfe?“ Aber auch: was sind Versprechungen? Die Beziehungen zwischen mir und den beiden industriellen Herren fanden einige Wochen später ein jähes Ende, nachdem sie aus der Schweiz zurückgekehrt waren.<sup>62</sup> Ich erinnere daran, dass sie einen Generalissimus mitbrachten, als sie mit mir in Verbindung traten. Dieser hatte seinen eigenen Stab, der über die wichtigsten Orte des neubesetzten Gebietes verteilt war. Ich hatte keine Möglichkeit, in die militärischen Vorbereitungen Watters hineinzuschauen, und musste mich ganz auf seine Mitteilungen verlassen<sup>63</sup>, die er

<sup>59</sup> In der Textfassung in FZH 11/C2 Einschub: Heinrich.

<sup>60</sup> Willy Scheidt sollte am 13.3.1923 verhaftet werden, weil er als Verbindungsmann zum Kreisen des passiven Widerstandes und zu Sprengstoffkommandos bei den französischen Behörden galt. Ihm gelang die Flucht nach Essen und dann nach Berlin. Nach acht Monaten kehrte Scheidt zurück nach Kettwig. Siehe dazu Soénius: Wirtschaftsbürgertum, S. 673–676.

<sup>61</sup> Zu den politischen Aktivitäten der beiden Thyssen-Brüder während des Ruhrkampfes siehe auch de Taillez: Zwei Bürgerleben in der Öffentlichkeit, S. 63–94.

<sup>62</sup> Heinrich Thyssen-Bornemisza liess sich 1932 ganz in Lugano nieder und starb dort 1947.

<sup>63</sup> Carl Severing, zur Zeit der Unruhen im Ruhrgebiet und des Kapp-Putsches zwischen 1919 und 1920 Reichs- und Staatskommissar im Befehlsbereich des VII. Armeekorps von General Watter, erklärte, dass die Schlagfertigkeit der aufgestellten Einwohnerwehren sehr von dem jeweiligen Führer abhing, der Einsatz der jeweiligen „Arbeiter-Schutzwehren“, die 1919 auch von den Arbeiter- und Soldatenräten im Ruhrgebiet aufgestellt wurden, bei geschlossener Führung zu einem „Sicherheitsfaktor“ werden, jedoch gerade bei Führungswechsel „großen Schwankungen unterworfen“ sein konnten. Er berichtete zudem wie sehr Watter damals bereits unter dem Einfluss der Freikorpsführer stand. Truppen wie das Freikorps Schulz oder von Hauptmann Lichtschlag gewannen Einfluss während des Kapp-Putsches, wurden aber der Entwaffnung und Demobilisierung unterworfen, zu denen dann

übrigens in meiner Gegenwart auch dem Vertrauensmann Seeckts, dem Oberstleutnant von Willisen machte. Ich nahm an, dass sie der Wirklichkeit einigermaßen entsprächen. Wie ich schon gesagt habe, sollten die nötigen Geldmittel für diese Vorbereitungen nur durch mich an den General überwiesen werden. Dazu konnte es aber unter den geschilderten Umständen, abgesehen von gelegentlichen kleineren Zahlungen, nicht kommen.

Während meiner Abwesenheit von Berlin – ich musste in Kissingen die Kur gebrauchen<sup>64</sup>, hielt von dort aber alle Beziehungen aufrecht und empfing zahlreiche Besuche – kam eine angeblich besonders dringliche Forderung. Mein Freund Hertzberg suchte ihr gerecht zu werden, indem er den beiden gerade aus der Schweiz zurückgekehrten Industriellen in ihrem Gasthof einen Besuch abstattete. Er wurde sehr ungnädig aufgenommen und bekam zu hören, es sei ja während ihrer Abwesenheit so gut wie nichts geschehen, wobei sie freilich nicht daran dachten, dass nichts Wesentliches hatte geleistet werden können, weil das von ihnen versprochene Geld nicht eingegangen war.

Auf Hertzbergs Bericht hin hatte ich den Eindruck, dass die ganze Sache der Entscheidung zutriebe. Ich berief daher sofort nach meiner Rückkehr eine Sitzung auf einen der allernächsten Tage ein.<sup>65</sup> Dabei kam es mir auf zweierlei an: ich wollte endlich wissen, welche Kräfte der General von Watter hinter sich habe, und ausserdem, ob und auf welche Beträge aus der Industrie überhaupt noch zu rechnen sei.

Wir trafen uns im Gasthof der beiden Industriellen; von den Teilnehmern seien ausser ihnen und mir hauptsächlich General von Watter und sein Stabschef Schultz<sup>66</sup>, sowie Dr. von und zu Loewenstein<sup>67</sup> aus Essen genannt. Ich

---

„10.000 Arbeitermassen“ gehörten. Siehe Severing: 1919/1920, S. 82, 101 und 157. Hermann Ehrhardt gab an, dass um 1920 alle Freikorps (3. Brigade Ehrhardt, studentische Gruppen in München, Korps Lützow, Lichtschlag und Pfeffer sowie die Brigade Ehrhardt) zusammen 30.000 Mann umfasst habe. Freksa: Kapitän Ehrhardt, S. 195.

<sup>64</sup> Der genaue Zeitraum für Claß' Kur in Bad Kissingen bleibt unklar. Der Schriftwechsel der Hauptgeschäftsstelle des ADV aus dem Jahr 1923 ist sehr lückenhaft überliefert. Siehe jedoch auch den Hinweis in Otto von Roeder an von Groeling vom 20.8.1923, Claß sei vor kurzem auf längerer Kur gewesen. In BA-Berlin, R 8048, Bd. 209, Bl. 192.

<sup>65</sup> Das Protokoll der Sitzung, die vermutlich auf der Geschäftsstelle des ADV in Berlin im Mai 1923 stattgefunden haben muss, ist nicht zu ermitteln.

<sup>66</sup> Die genannte Person bleibt unklar. Oskar von Watter schied im Sommer 1920 aus der Reichswehr aus, nicht zuletzt aufgrund seiner blutigen Niederschlagung der Aufstände im Ruhrgebiet im Zuge des Kapp-Putsches. Als Unterstützer des Putsches und im Kampf gegen die „Rote Ruhrarmee“ ließ er Anfang April 1920 Reichswehr und Freikorps in das Ruhrgebiet einmarschieren. Zu den Unterstützern des Putsches gehörte auch der Freikorpsführer Major a.D. Siegfried Schulz, der unter dem Befehl von Watter zur gewalttätigen Niederschlagung einer befürchteten Räterepublik in das Ruhrgebiet einmarschierte. Siehe Gumbel: Vier Jahre politischer Mord, S. 102. Zuvor meinte Claß vermutlich Oberleutnant a.D. Paul Schulz.

<sup>67</sup> Hans Louis Ferdinand von und zu Loewenstein zu Loewenstein (1874–1959), 1903 Geschäftsführung des Vereins für bergbauliche Interessen in Essen (Bergbau-Verein) und 1906 Hauptgeschäftsführer, 1908–1933 Hauptgeschäftsführer des Zechenverbandes, 1914–1918 Hauptmann der Landwehr beim Reserve-Infanterie-Regiment 220, 1919 Mitglied der Wirtschaftsvereinigung zur Förderung der geistigen Wiederaufbaukräfte zur Unterstützung der

hatte mit einem kühlen Empfang gerechnet und war daher angenehm enttäuscht, als die beiden grossen Förderer der nationalen Bewegung an der Ruhr mich sehr freundlich begrüssteten; das hatte ich nach Hertzbergs Mitteilung nicht mehr erwartet.

Ich leitete die Sitzung und begann damit, die Lage unseres Unternehmens in ihrem vollen Ernst darzustellen. Dabei unterstrich ich die Tatsache, dass Schlittgen sich als ein Abenteurer erwiesen habe, dass also das sogen. nationale Arbeiterheer ganz ausfalle. Umso bedeutsamer sei es, zu erfahren, was General von Watter unbedingt zur Verfügung habe, sowie auch, zu welchem Zeitpunkte er sich einer grösseren Unternehmung für fähig halte.

General von Watter, der bisher als Mindestes 41.000 Mann angegeben hatte, antwortete, er selbst könne keine sicheren Angaben machen, aber sein Stabschef sei ja anwesend und könne genaue Auskunft geben. Ich bat nun diesen um eine rückhaltlose Darlegung; und da erlebten wir, dass Schultz die Gesamtzahl von Watters Kräften einschliesslich der beteiligten Studentenschaften von Münster, Köln und Bonn auf 14.000 Mann angab.

Die Wirkung dieser Eröffnung kann man sich vorstellen. Es war eines der peinlichsten Erlebnisse, die ich in meinem politischen Dasein gehört habe; für mich umso unerfreulicher, als ich Heinrich Thyssen und Scheidt recht geben musste, obwohl sie selbst ihre Versprechungen nicht gehalten hatten, und obwohl ich die Schlussfolgerungen, die sie aus diesem Vorgang zogen, aufs schärfste verurteilte.<sup>68</sup> Sie überhäuften den General mit Vorwürfen und erklärten, sich an der weiteren Besprechung nicht mehr zu beteiligen. Sie hätten alles Vertrauen verloren und würden sich überlegen, ob sie sich nicht aus der ganzen Sache zurückziehen sollten. Watter und Schultz verteidigten sich mit dem Hinweis, sie hätten ja so gut wie keine Geldmittel zur Verfügung gehabt. Aber die anderen blieben dabei, dass man ihnen eine Zahl genannt habe, die mit der jetzt bekannt gegebenen im schlimmsten Widerspruch stehe. Ich schloss die Sitzung mit der Erklärung, dass es keinen Wert habe, weiter zu beraten, solange die Herren nicht einen endgültigen Entschluss gefasst hätten. So gingen wir auseinander. Man wird mir nachfühlen, welche Empfindungen ich während dieser Auseinandersetzung gehabt habe.

Das Schmerzlichste war mir bei diesem Erlebnis eine Erfahrung, die ich vor Beginn der Sitzung gemacht hatte. Da hatte mich *Dr. von Löwenstein* herausgebeten, um mich vor General von Watter zu warnen. Dieser habe mit ihm

---

Medienunternehmungen von Alfred Hugenberg, Mitglied des Vorstandes des Deutschen Museums, des Vereins Deutscher Ingenieure, des Grossen Ausschusses der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Schiffsbautechnischen Gesellschaft, der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie, 1927 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bergbau-Vereins, 1934–1937 Geschäftsführer der Bezirksgruppe Ruhr der Fachgruppe Steinkohlenbergbau, 1933 Mitglied des Reichstags für die DNVP, 1933–1938 Mitglied des Reichstags als „Gast“ der NSDAP-Reichstagsfraktion, 1941 Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Gewerbehause AG.

<sup>68</sup> Claß berichtete Ernst Jünger 1928, dass nur selten diejenigen Personen ihre Versprechungen hielten, die von ihm finanzielle Unterstützung erhalten hatten. Zitiert in Chamberlain: Der Attentatsplan gegen Seeckt, S. 428.

darüber gesprochen, dass es doch ein Widersinn sei, ihn zwar zum Oberbefehlshaber des Industriellenheeres zu machen, aber gleichzeitig in geldliche Abhängigkeit von mir zu stellen. Er habe ihn deshalb gebeten, ihn in seinem Bestreben, auch oberster Schatzmeister des Unternehmens zu werden, zu unterstützen. Politisch wolle er sich gern an meine Weisungen halten. Er habe dann hinzugefügt, dass er mit Heinrich Thyssen und Scheidt im selben Sinne reden wolle. Löwenstein hatte beobachtet, dass dies auch tatsächlich geschehen war.

### 6.7. Rückzug von Heinr. Thyssen u. Scheidt

Nun stelle man sich vor, welchen Eindruck es auf die beiden Industriellen machen musste, als der Mann, der soeben die Mittel des noch im Entstehen begriffenen Unternehmens hatte an sich reißen wollen, in bezug auf seine Aufgaben über die Stärke seiner Gefolgschaft von seinem eigenen Stabschef widerlegt wurde. Dies mag dazu dienen, das Verhalten von Thyssen und Scheidt einigermassen zu verstehen; was aber nun folgte, ist schlechthin unverständlich.

Am nächsten Tag, einem Sonntag, erschienen die beiden Herren bei mir in der Wohnung<sup>69</sup>, um, wie sie sagten, den gestrigen Vorgang eingehend mit mir zu besprechen. Dabei führte Heinrich Thyssen das Wort, während Scheidt sich sehr zurückhielt. Jener begann mit der Wiederholung der Vorwürfe, die er tags zuvor erhoben hatte, und steigerte sich in leidenschaftliche Erregung bis zu dem Ausdruck, es sei eine Schande, dass ein deutscher General, der den Orden Pour le Mérite trage, sie in solcher Weise hinter's Licht geführt habe. Wenn so etwas möglich sei, müsse er den Schluss ziehen, dass das ganze deutsche Volk keinen Schuss Pulver wert sei, und dass es sich nicht lohne, einen Finger für seine Rettung krumm zu machen und Geldmittel zu opfern. Er sprach auch, allerdings nur andeutend, davon, dass er mich in gewissem Sinne für dieses Verhalten des Generals von Watter mit verantwortlich mache, und dass er auch das Vertrauen zum Alldeutschen Verband verloren habe.

Ich blieb Thyssen die Antwort nicht schuldig. Ohne Watter ganz fallen zu lassen, erinnerte ich ihn daran, dass *er* ihn als Führer der nationalen Truppen im neubesetzten Gebiet und in Westfalen ausgesucht habe, so dass ich bei der Wahl dieses Herren gar nichts mitzureden gehabt hätte und bei dem Beginn unserer Beziehungen vor vollendete Tatsachen gestellt worden sei. Ich erinnerte ihn weiter daran, dass gerade *ich* mir das Verdienst zuschreiben könne, durch mein Vorgehen in der Besprechung die unerfreuliche Wirklichkeit fest-

---

<sup>69</sup> Claß wohnte seit 1920 sehr großzügig im 12-Zimmer-Apartment in der ehemaligen tschechischen Botschaft in der Rauchstraße 27 in Berlin-Tiergarten. Er war dort mindestens bis 1933 polizeilich gemeldet und zog dann später in die Keithstraße 19/20 in Berlin, wo er auch zwischen Auflösung des ADV im Frühjahr 1939 und der Übergabe an das Reichsarchiv im Frühjahr 1942 das Archiv des ADV in seinem privaten Keller lagerte. Claß' Wohnung in der Keithstraße wurde im November 1943 ausgebombt.

gestellt zu haben. Im übrigen dürfe man bei General von Watter durchaus keine Täuschungsabsicht annehmen. Auch er sei bei der Berechnung seiner Truppenstärke auf die Berichte seiner Unterführer angewiesen gewesen, und es lasse sich wohl denken, dass mancher von ihnen zur Erhöhung seiner Bedeutung seine Angaben nach oben abgerundet habe. Das Traurigste an dem ganzen Vorgang sei aber für mich die Wahrnehmung, dass er, Thyssen, schon bei seinem ersten Versuche, seine deutsche Gesinnung zu betätigen, aus diesem Erlebnis den Schluss ziehe, sich von seinem Volke zu trennen und nach einem zweifellos missglückten Anlauf jede Tätigkeit zu seiner Rettung einzustellen. Ich müsse ihm in aller Deutlichkeit sagen, dass ich unter solchen Umständen nicht mehr an die Tiefe seiner vaterländischen Gefühle glauben könne. Ich müsse vielmehr annehmen, dass diese politische Tätigkeit, wenn sie nur ein einziger Versuch bleibe, einer Laune entsprungen sei, nicht aber dem inneren Zwange, seinem Vaterlande zu helfen.

Thyssen blieb mit ausgesprochener Verrantheit bei seiner Meinung und seinem Entschluss, sich von allem zurückzuziehen. Das Schönste aber kam noch, als er sich nach dem Schicksal der 20.000 Gulden erkundigte und ihren Ersatz beanspruchte, jedenfalls aber verlangte, dass zurückgegeben werde, was noch nicht verbraucht sei. Ich hatte mich bis dahin aufs äusserste beherrscht; nun aber wallte die Empörung bei mir über. Ich rief dem Herrn zu, ob er vergessen habe, dass er es gewesen sei, der die Stelle in Hamm eingerichtet und die dazu nötigen Leute, vor allem Offiziere, zum Teil aus festen Versorgungen heraus, herangeholt habe? Ob er mir zumute, dass ich diese Männer nun einfach auf die Strasse würfe, und ob er nicht an die Ansprüche denke, die sie bei der Auflösung der Stelle ihm gegenüber geltend machen könnten? Ich schloss damit, dass ich keinen Pfennig von dem noch verfügbaren Rest herausgeben würde, sondern mich als Treuhänder der von ihm herbeigeholten Männer betrachtete. Im übrigen müsse ich mich nach diesem Beweis seiner kleinlichen Auffassung von den höchsten Dingen beglückwünschen, wenn er mit seiner politischen Gastrolle beim Alldeutschen Verbandschluss mache.

Scheidt, der schon vorher im Verlaufe dieser unerquicklichen Unterhaltung entweder durch Zeichen oder durch kurze Bemerkungen sein Einverständnis mit mir zu erkennen gegeben hatte, stellte sich in dieser Frage ausdrücklich auf meinen Standpunkt und sagte seinem Freunde Thyssen, es sei nicht daran zu denken, dass sie beide den geringen Betrag, den sie eingezahlt hätten, wieder zurückverlangten: ich hätte ganz recht, dass für die Angehörigen der Stelle in Hamm gesorgt werden müsse.

Baron Thyssen gab sich auf dieses Zureden seines Freundes hin zufrieden und sagte, er wolle keinen Streit. Er wisse nicht, ob uns das Leben nicht doch noch einmal zusammenführe. Freilich: in sogenannten nationalen Dingen werde er keinen Finger mehr krumm machen. Dies Versprechen hat er denn auch redlich gehalten. Ich habe ihn nie mehr gesehen und auch Scheidt nicht, obwohl dieser beim Auseinandergehen in Aussicht gestellt hatte, mich hier und da zu besuchen, dass ich diesen Versuch der Zusammenarbeit mit solchen sogen. Grössen der Industrie in peinlichster Erinnerung habe. Fritz Thyssen



hielt eine lose Verbindung mit mir aufrecht, bei der sich je länger je mehr in mir der Eindruck vertiefte, dass er jedes politischen Instinktes bar sei.

Das Gesamtergebnis der bisherigen Bemühungen war niedergedrückt. Das nationale Arbeiterheer hatte sich als Schwindel erwiesen; die Kräfte des Generals von Watter waren nur ein Drittel dessen, was er behauptet hatte, und die Industriellen, die sich für den planmäßigen Aufbau der Abwehr einsetzen wollten, hatten sich zurückgezogen. Zu alledem kam, dass der Ruhrkampf von oben herunter auf den berühmten „passiven Widerstand“ beschränkt blieb, dessen Unkosten das Reich wirtschaftlich an den Abgrund führten. War doch die immer schärfer werdende Inflation zu einem guten Teil durch die ungeheuren Geldleistungen bedingt, die mit der Währung des passiven Widerstandes verbunden waren.

Trotz alledem durften gerade wir nicht die Flinte ins Korn werfen, sondern mussten zusehen, ob wir von anderswoher kampfbereite Kräfte heranziehen könnten.<sup>70</sup> Bevor ich an diese Arbeit ging, suchte ich mich bei General von Seeckt zu vergewissern, wie er nun über die Dinge an der Ruhr denke,

<sup>70</sup> Im Sommer 1923 war der Alldeutsche Verband auch infolge des Republiksschutzgesetzes 1922 und der Ruhrbesetzung strukturell unter großem finanziellen Druck. Bei 512 Ortsgruppen (Stand: ca. April 1923) musste bei einem Drittel die Beiträge zwangsweise wegen fehlender Zahlungsmoral und infolge der Inflation von der Geschäftsstelle eingezogen werden, 23 Ortsgruppen waren in Auflösung, 61 Ortsgruppen ohne Vorstand und nur 71 Ortsgruppen waren politisch aktiv. Bericht ADV in Vorbereitung der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin am 21.4.1923, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 136, Bl. 1–2. Nachdem sich August Thyssen und Willy Scheidt zurückgezogen hatten, versuchte Claß seinen Grundbesitz im besetzten Mainz aus finanziellen Gründen zu verkaufen, da er politisch „des ewigen Bettelns müde“ sei. Es handelte sich um sein Elternhaus (Vater August Claß 1834–1893 und Mutter Anna Charlotte geborene Fischer 1839–1911) in der Stadthausstraße 11, das Elternhaus seiner Frau Mathilde (Vater Johann Franz Manefeld 1844–1923 und Mutter Elisabeth, geborene Stein 1847–1911) in der Drususstraße 8 und ein Landhaus in Finthen bei Mainz (1876 von seinem Großvater Heinrich Fischer erworben). Die Grundstücke waren zu diesem Zeitpunkt unbelastet und Claß erhoffte sich 150.000 Goldmark nach dem Friedenswert. Da er an den Besitztümern auch hing, wollte Claß die Grundstücke möglichst „hypothekenartig belasten“ und fragte für dieses Geschäft Oberst Fritz Gertsch auf Schloss Wart im Kanton Zürich an, ob er Geldgeber oder Käufer ausfindig machen konnte, damit Claß die Gelder „für die völkische Sache in Deutschland stiften“ konnte. Claß an Fritz Gertsch, 5.6.1923, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 209, Bl. 151. Gertsch, der eng mit Wille an den Reformplänen der Schweizer Armee gearbeitet hatte und im Ersten Weltkrieg das preußische Modell als Vorbild ansah, habe mit Ulrich Wille in Zürich gesprochen. Aufgrund der wirtschaftlichen Situation, der Inflation und der „Zerfahrenheit der politischen Verhältnisse“ in Deutschland seien in der Schweiz jedoch keine Käufer oder Pfänder zu finden. Fritz Gertsch an Claß 14.6.1923, in ebd., Bl. 155. In einer Vermögensaufstellung von 1944 gibt Claß Häuserbewertungen von 26.600 Mark für die Stadthausstraße, 13.700 Mark für die Drususstraße und 9.900 Mark herabgesetzter Wert für Finthen (mit Ausbaurkosten von 30.000 Mark seit Erwerb) an, das zu dem Zeitpunkt an die Gemeinde Finthen für 900 Mark vermietet war. Beide Stadthäuser wurden im August 1942 durch britische Fliegerangriffe zerstört. Für die Stadthausstraße lag eine Bewertung aus dem Jahr 1923 vor, die nach Claß „ohne mein Zutun vorgenommen“ worden sein soll, aber vermutlich im Zusammenhang mit der geplanten Hypothekenbelastung stand. Das Haus wurde demnach 1923 mit 26.000 Mark bewertet. Im Sommer 1914 habe ihm „ein Kunstliebhaber“ für das Haus 80.000 Mark angeboten, was Claß aber abgelehnt habe. Siehe Claß: Mein Vermögen, April 1944, in BA-Berlin, N 2368, Bd. 8, o. Bl.

aber auch, wie es in Frankreich aussehe, und ob die Möglichkeit vorhanden sei, dem französischen Heere standzuhalten, wenn es zum offenen Kampf käme.

### 6.8. Nachrichten über Frankreich

Zunächst meldete ich mich bei Seeckt an und wurde zwei bis drei Tage später zu einer längeren Aussprache empfangen.<sup>71</sup> Hierbei erklärte er, dass er noch mit der Möglichkeit eines Krieges gegen Frankreich rechne. Während er früher als Schlussfrist seiner Vorbereitungen Ende Mai festgesetzt hatte, sprach er nun davon, vor Juli werde er nichts unternehmen können, denn seine Massnahmen seien von der Sozialdemokratie und der preussischen Regierung zu sehr behindert gewesen. Es dürfe also unter keinen Umständen zu einem Zusammenstoß an der Ruhr vor diesem Zeitpunkt kommen.

Ich teilte nun Seeckt meine Absicht mit, durch meine Beziehungen im neutralen Auslande mich über den inneren Zustand Frankreichs und vor allem seines Heeres zu vergewissern, und fragte ihn, ob er das Ergebnis kennen zu lernen wünsche. Er bejahte dies sehr lebhaft und bat mich, meine Erkundigungen möglichst bald durchzuführen und ihm zu berichten. So bereitete ich denn die Zusammenkunft mit einem [Einschub: ausgezeichnet unterrichteten Gewährsmann]<sup>72</sup> im neutralen Ausland vor und liess gleichzeitig durch unsere alldeutschen Vertrauensleute im Lande Fühlung mit allen wichtigeren Freikorpsführern nehmen, die über das Reichsgebiet zerstreut waren. Denn ich hatte die Absicht, sobald ich von jener Auslandsreise zurück sei, mir diese Führer zusammenzurufen, um festzustellen, ob sie zur Zusammenarbeit an der Ruhr bereit seien, und über welche Kräfte sie verfügten.

<sup>71</sup> Das genaue Datum – vermutlich im Mai 1923 – ist unklar. Die kurzen tagebuchartigen Notizen mit Besucherlisten vom 26.3.1923–25.6.1924 enthalten für den März 1923 keine Namenseinträge zu Claß. Siehe Tagebuchartige Notizen Hans von Seeckt (Besucherlisten), 26.3.1923–25.6.1924, in BA-Freiburg, N 247, Bd. 19, Bl. 5. Die sonstigen tagebuchartigen Notizen von Hans von Seeckt in Form von Notizbüchern weisen nur vereinzelt genaue Namenseinträge von Arbeitsgesprächen oder Besuchen aus und hielten vor allem Dienstreisen und Aufenthaltsorte von Seeckt fest. Für die ab 6.3.1923 aufgeführten Termine sind in den Notizbüchern für März 1923 keine Nennungen von Claß eingetragen. Seeckt war für eventuelle weitere Gespräche im Zeitraum von März bis August 1923 zumindest vom 11.3.–9.4., 12.4.–14.4., 16.4.–17.4., 1.5.–9.5.12./13.5.–18.5., 24./25.5.–26.5., 1.6.17./18.6.–23.6., 26./27.6.–3.7., 10.7.–12.7., 22./23.7.–24.7., 26./27.7.–4.8., 17./18.8.–27.8.1923 in Berlin anwesend. Tagebuchartige Notizen Hans von Seeckt (Notizbücher) 1919–1933 und 1935–1936, in ebd., Bd. 18, Tagebuch No. 5, April 1922–Oktober 1926, Bl. 12–21.

<sup>72</sup> Im Originalmanuskript als Einschub. Gestrichen: mir nahestehenden Offizier. In der Textfassung in FZH 11/C2 ist dieselbe Streichung vorgenommen und derselbe Einschub in den Fließtext aufgenommen worden.

Diese Zusammenkunft im neutralen Ausland kam Ende Mai 1923 zustande.<sup>73</sup> Sie hatte das Ergebnis, dass mein vortrefflicher Gewährsmann<sup>74</sup> auf Grund seines besonderen Wissens<sup>75</sup> bestimmt erklärte, das französische Volk wolle jetzt keinen Krieg und ebenso wenig das Heer, soweit die Unteroffiziere und der gemeine Mann in Betracht kämen. Beim Offizierskorps seien der Generalstab und die im Weltkrieg hochgekommenen Offiziere von den anderen streng zu trennen. Jene seien kriegslustig, und man müsse sich dabei immer gegenwärtig halten, dass der Generalstab das Beste darstelle, was das französische Volk aufzuweisen habe. Ganz anders sei es mit den Truppenoffizieren, die vorne am Feind gelegen hätten und den Gefahren und Nöten des vierjährigen Kampfes ausgesetzt gewesen seien; sie seien zum grössten Teil müde, ja zermürbt, und hätten von dem langen Waffengang übergenug. Diese Stimmung gehe hinauf bis zu den Obersten.

Dazu kämen die vielen Verfallserscheinungen, die Vernachlässigung der technischen Hilfsmittel und die Unlust am Dienst. Das Heer sei durch die ewigen Beurlaubungen so schwach, dass kaum der Wachdienst versehen werden könne. Über die Manöver, besonders des Jahres 1922, lägen<sup>76</sup> vernichtende Urteile vor.

Gewiss sei es kein Kinderspiel, unter den jetzt in Deutschland herrschenden Zuständen den Kampf gegen Frankreich aufzunehmen, obwohl dieses zweifellos vor der Welt als Friedensbrecher dastehe. Aber es dürfe doch wahrlich nicht vergessen werden, dass die Ehre eines Volkes dessen höchstes Gut sei, und dass es jetzt für Deutschland heisse, für diese Ehre zu kämpfen. Wie er auf Grund seiner besonderen Kenntnisse die Aussichten dieser Auseinandersetzung auffasse, könne ich daraus entnehmen, dass er bereit sei, im deutschen Heer in der vordersten Reihe mitzutun.<sup>77</sup> Alles in allem, beauftragte er

---

<sup>73</sup> Die genauen Umstände dieser Reise „im neutralen Ausland“ bleiben undeutlich. Jedoch schien eben auch Ulrich Wille in Zürich in die Gespräche mit Heinrich Thyssen-Bornemisza und Willy Scheidt eingebunden. Ende April bot Wille Claß an, Thyssen im Zuge der Gespräche in der Schweiz zu treffen. Wille verwies für den Zeitraum seines anstehenden dreiwöchigen Aufenthaltes, der am 12.5.1923 beginnen sollte, auf Bellingona bei Como, wo er Thyssen empfangen könne. Ulrich Wille an Claß, 30.4.1923, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 209, Bl. 129–130. Am 4.5.1923 hatte Wille dann ein „zweistündige Aussprache“ mit Thyssen und auch Scheidt [Scheitt sic!]. Beide besuchten Wille auch noch ein zweites Mal am Abend und fuhren dann mit Claß' Tochter, die ebenfalls zu Besuch war, am Mittag des 5.5.1923 zusammen weiter. Wille traf Thyssen hier zum ersten Mal. Seiner Ansicht nach schien Thyssen „jetzt die Gesamtlage eher pessimistisch abwartend anzusehen“ und Scheidt während der Ruhrbesetzung „wohl sehr tätig“ zu sein. Wille drängte auf eine Einflussnahme bei Seeckt, um ihn für eine aktivere Politik gegen die Politik der Alliierten zu überreden. Gleichzeitig wurde Wille von den Nationalsozialisten umworben und von Adolf Hitler um ein baldiges Treffen gebeten. Siehe Ulrich Wille an Claß, 5.5.1923, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 209, Bl. 131–135. Zitate ebd., Bl. 131 und 132.

<sup>74</sup> Die genannte Person bleibt unklar.

<sup>75</sup> Gestrichen: und seiner Kenntnis der Berichte von sieben Offizieren seines Landes, die nach Frankreich kommandiert gewesen waren.

<sup>76</sup> Im Originalmanuskript gestrichen: nur.

<sup>77</sup> Satz im Originalmanuskript: Wie er auf Grund seiner besonderen Kenntnisse die Aussichten dieser Auseinandersetzung auffasse, könne ich daraus entnehmen, dass er bereit sei,

mich, seine Meinung dem Chef der deutschen Heeresleitung dahin auszudrücken, dass er einem kriegerischen Zusammenstoß mit Frankreich nicht auszuweichen empfehle, und dass er dessen Ansichten so einschätze, das deutsche Volk werde in Ehren bestehen.

Ich bat nun meinen Gewährsmann, er möge mir genau angeben, was ich General von Seeckt berichten solle. Bei der Wichtigkeit meiner Mitteilungen wolle ich schwarz auf weiß mitnehmen, was er mir zum Zweck der Weitergabe mitgeteilt habe. Hierzu war der vortreffliche Mann sofort bereit, und so setzten wir uns zusammen hin, und ich schrieb nieder, was er mir angab.<sup>78</sup> Als wir uns trennten, bekam ich noch in aller Form den Auftrag, dem Chef der Heeresleitung zu bestellen, dass er durch mich möglichst bald Bescheid zu haben wünsche, ob er auf eine Anstellung in der Reichswehr rechnen könne; falls ich ein „Ja“ mitteile, werde er sofort [antreten].<sup>79</sup> Wir gingen auseinander in einer Art von Hoffnung, dass wir uns in Berlin bald wiedersehen würden.

Dorthin zurückgekehrt, meldete ich mich bei Seeckt an, der mich für den nächsten Nachmittag zu sich bat, aber nachher wissen liess, er müsse dringend nach Stuttgart. Sein Vertreter, Generalmajor Hasse<sup>80</sup>, Chef des Truppenamtes, werde mich empfangen und ihm dann berichten. So begab ich mich zur verabredeten Zeit zu dem mir noch unbekanntem General, der zu der Unterredung den politischen Sachbearbeiter beim Chef der Heeresleitung, *Major von Schleicher*<sup>81</sup>, mitgebracht hatte.

Ich berichtete den Herren an Hand der mir mitgegebenen Aufzeichnungen, was ich erfahren hatte, und gab dazu die nötigen Erläuterungen. Die beiden Offiziere meinten, sie hätten eigentlich dieselben Nachrichten über den Zustand des französischen Heeres, so dass ich ihnen nichts wesentlich Neues

---

[gestrichen: sofort seinen Abschied zu verlangen und] im deutschen Heer in der vordersten Reihe mitzutun, [gestrichen: wobei es ihm gleich sei, ob man ihm eine Kompanie [sic] oder ein Regiment anvertraue. Ihm komme es darauf an, mit der ihm unterstellten Truppe möglichst schnell zu zeigen, wie ein solcher Krieg geführt werden müsse.]

<sup>78</sup> Im Originalmanuskript gestrichener Einschub: Er ging aber noch weiter: in knappsten Sätzen liess er mich den wesentlichen Inhalt der erwähnten sieben Berichte seiner Kameraden niederschreiben, damit Seeckt deren Erfahrungen und Schlussurteile kennenlerne.

<sup>79</sup> Im Originalmanuskript Einschub. Stattdessen gestrichen: seinen Abschied einreichen.

<sup>80</sup> Otto Hasse (1871–1942), im Ersten Weltkrieg bei verschiedenen Generalstäben und danach Übernahme in die Reichswehr und Versetzung in das Reichswehrministerium nach Berlin, 1922 Chef des Truppenamtes, 1923 Geheimverhandlungen in Moskau für militärische Kooperationen, 1926 Kommandeur der 3. Division der Reichswehr und Befehlshaber im Wehrkreis III, 1929 Chef der Infanterie, 1929 Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos I, 1932 Abschied aus der Armee.

<sup>81</sup> Kurt von Schleicher (1882–1934), 1913 beim Großen Generalstab, 1914 Hauptmann im Stab des Generalquartiermeisters, 1916 Kriegsamt in Berlin, 1918–1919 Verbindungsmann des Ersten Generalquartiermeisters Wilhelm Groener zu Friedrich Ebert (1918 Ebert-Groener-Pakt), 1919 Leitung des Politischen Referats im Truppenamt des Reichswehrministeriums, enger Mitarbeiter von Hans von Seeckt, 1926 Chef der Wehrmachtsabteilung, bis 1932/33 Vertrauensmann des Präsidenten Paul von Hindenburg, 1929 Chef des Ministeramtes (Staatssekretär), 1932 Reichswehrminister und 1932–1933 Reichskanzler, 1934 Ermordung im Zuge des „Röhm-Putsches“.

gebracht hätte. Was nun die Bereitwilligkeit meines Gewährsmannes betreffe, in das deutsche Heer einzutreten und sich an der vordersten Front verwenden zu lassen, so denke in diesem Hause kein Vernünftiger an die Möglichkeit eines Krieges zwischen Frankreich und dem Deutschen Reiche. Sie steigerten diese Behauptung zu dem Satze: Deutschland werde vor Ablauf von 25 Jahren überhaupt nicht in der Lage sein, Krieg zu führen.

In welcher Lage befand ich mich nun? In einer Sekunde hatte ich mich darüber zu entscheiden, ob ich sagen dürfe oder solle, dass mir gegenüber der Chef der Heeresleitung davon gesprochen hatte, dass er mit einem offenen Kampfe zwischen Frankreich und Deutschland rechne, und dass er, wie er zuerst sagte, bis Anfang Mai Zeit haben wollte, um die nötigen Vorbereitungen zu treffen, bei der späteren Unterredung aber von Juli gesprochen hatte. Es trat mir ferner ganz klar in die Erinnerung, dass mir der General gesagt hatte, in diesem Hause hätten die Wände Ohren, und er sei von marxistischen Spionen umgeben. Deshalb lasse er die ganze Ruhrangelegenheit ausserhalb des Ministeriums von einem besonderen Stabe bearbeiten, an dessen Spitze Oberstleutnant von Willisen stehe. Mir wurde es offenbar, dass ich nach diesen Mitteilungen Seeckts damit zu rechnen hatte, dass die Herren, denen ich gegenüberstand, von seinen Absichten nicht voll unterrichtet waren. Demgemäss fand ich mich mit ihrer Erklärung ab. Aber es blieb in mir die Frage lebendig: „Was ist das für ein Zustand, dass der General, den Seeckt als seinen Vertreter bezeichnet hatte, von seinen Plänen und Erwägungen nichts wissen sollte!“ Auf dem Heimweg kam mir noch ein anderer Gedanke, von dem ich noch zu sprechen haben werde.

### 6.9. Heeresleitung und Diktatur

Nachdem ich von Hasse die Mitteilung empfangen hatte, dass das Deutsche Reich vor 25 Jahren nicht an Krieg denken könne, war eigentlich mein Geschäft beendet, und ich wollte aufbrechen. Da redete der damalige Major von Schleicher nach eingeholter Zustimmung des Generals mich darauf an, man möge die Gelegenheit benutzen, um die wichtigste politische Frage zu besprechen. Das sei für die Herren der Heeresleitung diejenige der *Diktatur*. Man wisse im Reichswehrministerium, dass ich schon vor dem Kriege für die Diktatur eingetreten sei, und dass ich auch unter dem nachnovemberlichen Zustand immer wieder in diesem Sinne geschrieben und geredet hätte. Da sei es für die beiden Herren gewissermassen als Vertreter der Heeresleitung verlockend, sich an der Quelle dieses politischen Gedankens zu unterrichten und sich mit mir darüber zu unterhalten, wie ich mir die Diktatur denke.

Ich erklärte mich hierzu bereit, und General Hasse forderte Schleicher als politischen Sachbearbeiter auf, die Meinung der Heeresleitung darzulegen. Dieser begann dann mit einem längeren Vortrag, der dahin zugespielt war, es könne kein Zweifel bestehen, dass der unhaltbare Zustand Deutschlands nur durch die Diktatur zu beseitigen sei. Darin sei man mit mir ganz einig. Aber das Reichswehrministerium sei eine amtliche Stelle, die sich mit verfassungs-

widrigen Plänen nicht befassen könne. Deshalb denke man dort nur an die „*legale*“ Diktatur, wie sie Art. 48 der Reichsverfassung vom 11.8.1919 vorsehe. Dies setzte er mir mit offenkundiger Genugtuung über sein Wissen auseinander.

Ich erwiderte ihm, dass seine Auffassung der Diktatur den Haken habe, dass ihr jederzeit durch Beschluß des Reichstages ein Ende bereitet werden könne. Er werde mit mir doch keinen Augenblick bezweifeln, dass dieser Reichstag eine *echte*, d. h. von der Volksvertretung unabhängige Diktatur nicht dulden werde. Schleicher entgegnete, wenn man die Befugnisse aus Art. 48 der Verfassung erst einmal habe, werde sich das Weitere ja finden. Ich trat dieser m. E. leichtfertigen Auffassung entgegen, indem ich sagte, wenn man so denke, dann sei die Anwendung des Begriffs „legal“ wohl mehr ein Spiel mit Worten. Für mich stehe die Staatsnotwendigkeit, die sich mit dem Volkswohl decke, an erster Stelle, und ich führte ihm geschichtliche Beispiele hierfür an, wobei ich besonders an Bismarcks Vorgehen während der sogen. Konfliktzeit<sup>82</sup> erinnerte. Aber die beiden Herren blieben bei ihrer Auffassung, dass die Diktatur legal sein müsse. Sie erklärten dann, dass es ihnen wertvoll gewesen sei, mich mit mir über diese Frage zu unterhalten zu haben, und sprachen die Hoffnung aus, dass eine Fortsetzung bald folge.

Ich verabschiedete mich, nachdem ich ungefähr eine Stunde lang mit ihnen zusammen gewesen war, und ich muss gestehen, dass ich aufs tiefste erschüttert war, als ich die Treppen des Reichswehrministeriums niederstieg. Die Frage erhob sich in mir: sind das die Soldaten, die es verdienen, die nächsten Mitarbeiter des Chefs der Heeresleitung zu sein? Nicht ein Wort war von ihrer Seite während der ganzen Unterhaltung gefallen, das dafür sprach, sie hätten ein Begriff von der ungeheuren Grösse der Aufgabe, die das Reichswehrministerium zu erfüllen hat. General Hasse war mir trocken, ja ledern vorgekommen. Er mochte ein guter Generalstabsoffizier sein; aber wo war auch nur ein Funken von dem Feuer, das in der Seele jedes wahren Deutschen in solcher Zeit glühen musste? Und gar Schleicher! Das war also der damals schon vielgenannte [politische]<sup>83</sup> Sachbearbeiter des Ministeriums! Ich hatte

<sup>82</sup> Gemeint ist der Preußische Verfassungskonflikt zwischen 1860/61 und 1866 um das Budget für eine Heeresreform zur Reorganisation des Heeres und der Landwehr. Das im Januar 1862 gewählte und von der liberalen DFP dominierte Parlament verweigerte die provisorische Finanzierung und Wilhelm I. löste im März das Parlament auf, setzte eine konservative Regierung ein und konnte die Situation nach den Wahlen im Mai 1862, die der DFP erneut eine Mehrheit im Parlament verschafften, nicht lösen. Wilhelm I. ernannte am 23.9.1862 Bismarck zum preußischen Ministerpräsidenten und beauftragte ihn mit der Regierung, der eine Verfassungslücke darin erkannt zu haben meinte, dass bei einem solchen Stillstand zwischen Regierungskabinet und Parlament der König allein die Entscheidung habe. Wilhelm I. dachte aufgrund von Konflikten um die Heeresreform mit dem Kronprinz Friedrich Wilhelm auch 1862 an Abdankung. Der Verfassungskonflikt endete 1866 mit der Indemnitätvorlage Bismarcks, in der er die Liberalen um die Haushaltsgenehmigung nachträglich bat und dafür die Schaffung eines deutschen Nationalstaates mit den vorhergegangenen Kriegen gegen Dänemark (1864) und Österreich (1866) anbot. Als Folge spalteten sich die Liberalen in die Fortschrittspartei und die Nationalliberale Partei.

<sup>83</sup> Einschub im Originalmanuskript.

bei ihm den Eindruck einer grossen Selbstgefälligkeit, und die Art, wie er von der Weiterentwicklung der Dinge nach einer „legal“ eingeführten Diktatur sprach, sagte mir, dass dieser Mann im Grunde leichtfertig sein müsse, zudem aber auch keiner hohen Gedanken fähig sei. Es ist mir noch genau erinnerlich, wie langsam ich die Stufen in dem prunkvollen Treppenhaus des früheren Reichsmarineamtes hinabstieg, und wie ich dazwischen stehen blieb und vor mich hinflüsterte: „Armes Deutschland! Das sollen die militärischen Retter sein! Das sind gar keine Soldaten, das sind Militärbürokraten!“ Ich machte mir dabei auch Gedanken über Seeckt, der solche Leute zu seinen nächsten Mitarbeitern wählte. Ich erinnerte mich der Behauptung, dass er eine „Clique“ von Generalstäblern<sup>84</sup> um sich habe, die ohne wesentliche Leistungen im Kriege es verstanden hatten, sich bei dem Chef der Heeresleitung beliebt zu machen und sich in seiner Umgebung zu halten.

### 6.10. Rolle Seeckts

Auf dem Heimweg überlegte ich mir dann hin und her, wie ich die Behauptung der beiden Mitarbeiter Seeckts zu werten hätte, kein Verständiger in ihrem Ministerium denke an Krieg, und Deutschland sei vor 25 Jahren überhaupt nicht fähig, einen Krieg zu führen. Musste das unter allen Umständen darauf zurückgehen, dass Seeckt die beiden in seine Absichten und Anschauungen nicht eingeweiht hatte? Konnte es nicht auch sein, dass er mit uns, d. h. mit den unabhängigen nationalen Kräften[,] sein Spiel treiben wollte, so wie es seinerzeit Kiderlen zu tun versucht hatte?<sup>85</sup> Nach allem, was ich vom Wesen

---

<sup>84</sup> Hans von Seeckt forderte früh eine Organisation der Reichswehr, die nicht der „Vermischung zweier naturnotwendig zu trennender Begriffe: einer Verwaltungsbehörde und eines Kommandoführenden Stabes“ des Reichswehrministeriums ausgesetzt sein sollte. Seeckt sollte auch die Möglichkeit zur Besetzung eines personell vertrauten „Generalstabes“ (Truppenamt) wie durch die späteren Berufungen von Otto Haase oder Kurt von Schleicher in entsprechende Stellungen haben. Aufgrund fehlenden Vertrauens der Reichswehr in die Interessenvertretung durch das Reichswehrministerium forderte Seeckt einen von der Parteipolitik unabhängigen „Kommandierenden General der Reichswehr“, der dem Reichswehrminister für die Führung und Ausbildung der Truppe verantwortlich zu sein hatte. „Er hat keinerlei politische Betätigung, erscheint nicht im Parlament, vertritt nicht den Minister. Sein Stab ist so zusammengesetzt, daß er Führung und Ausbildung, sowie die Personalien leiten kann. [...] Seine Stellung wäre klarer, wenn er und sein Stab außerhalb des Reichswehrministeriums stünde, wenn auch natürlich unter dem Minister. In Rücksicht auf den Friedensvertrag, der die Bildung eines besonderen obersten Kommandostabes neben den beiden Gruppenkommandos nicht zuläßt, muß der kommandierende General formell ein Teil des Reichswehrministeriums sein.“ Ein Unterstaatssekretär des Heeres sollte dann der militärische Berater und Vertreter des Reichswehrministers im Parlament sein. Hans von Seeckt an Reichswehrminister Gustav Noske, 16.1.1920, in BA-Freiburg, N 247, Bd. 89, Bl. 10–13 [die Übersicht zur Neugliederung der Reichswehr fehlt als Anhang in diesem Schreiben]. Zitate ebd. Siehe auch Geplante Besetzung der Kommandostellen der Reichswehr, 1.10.1919, in ebd., Bd. 87, Bl. 56–57, Organisationsübersicht des Reichswehrministeriums (Entwurf), Oktober 1919, in BA-Freiburg, RW1, Bd. 3.

<sup>85</sup> Claß verweist auf die Zweite Marokkokrise 1911 und die propagandistische Zusammenarbeit des ADV mit dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Alfred von Kiderlen-Wächter.

des Chefs der Heeresleitung gehört hatte, schien diese Möglichkeit nicht ausgeschlossen. Aber er hatte mir doch ernst und eindringlich auseinandergesetzt, dass der offene Kriegszustand jeden Tag kommen könne, und auch Andeutungen darüber gemacht, wie sich dann die Kriegführung gestalten werde!

Jedenfalls beschloss ich, diejenigen Herren, die aus unserem Kreise mit ihm wegen der Ruhrereignisse gesprochen hatten, darum anzugehen, ihr Gedächtnis zu überprüfen, ob und was Seeckt ihnen über einen etwaigen Krieg mit Frankreich gesagt habe.

*Fritz Thyssen*, der mich nach jener Unterredung zu Hause aufsuchte<sup>86</sup>, erinnerte sich genau, dass der General ihm dieselben Angaben gemacht hatte wie mir, und zwar, dass er zunächst Zeit haben müsse – anfangs sagte er bis Mai, dann bis Juli. Ein ähnliches erfuhr ich aus der Deutschnationalen Volkspartei, deren damaliger Vorsitzender, der frühere Finanzminister *Hergt*<sup>87</sup>, seinen nächsten Mitarbeitern dieselben Mitteilungen gemacht hatte.<sup>88</sup>

---

Die französische Besetzung der Festung Fes und Rabat im Frühjahr 1911 stellte einen Bruch des deutsch-französischen Abkommens von Algéciras von 1909 dar. Frankreich sah sich als Schutzmacht der Europäer in Marokko und folgte dem Ruf nach Intervention des Sultans Mulay Hafid, der ausgebrochene Berberunruhen zu unterdrücken suchte. Kiderlen-Wächter versuchte als Ausgleich für den französischen Einfluss in Marokko das französische Kongogebiet für das Deutsche Reich zu erhalten, und auf seine Initiative wurde das Kanonenboot „Panther“ vor Agadir gesandt. Diese Drohung sollte Frankreich zu Verhandlungen zwingen, jedoch wurde Frankreich durch Großbritannien uneingeschränkt unterstützt. Beide Staaten hatten 1904 die Entente Cordiale abgeschlossen, und das Deutsche Reich unternahm keine diplomatischen Verhandlungen, die eine Zuspitzung des Konflikts verringert hätten. Zudem wurde Großbritannien durch die Flottenprogramme der deutschen Marine seit der Jahrhundertwende zu einem Wettüben herausgefordert. Der Alldeutsche Verband mobilisierte seine Presse und seine Anhänger für eine kompromislose Strategie des Deutschen Reiches und verschärfte auch die Kriegsrhetorik. Von der Verhandlungsstrategie des Auswärtigen Amtes hielt vor allem Claß nichts und zeigte sich tief enttäuscht über die Rücknahme des Konfrontationskurses Kiderlen-Wächters. Das in Berlin am 4.11.1911 unterzeichnete Abkommen ermöglichte Frankreich die Einrichtung eines Protektorats über Marokko, während das Deutsche Reich die wirtschaftliche Öffnung Marokkos für deutsche Unternehmen wie Mannesmann festschreiben konnte. Frankreich trat einige Gebiete des französischen Kongos ab, erhielt jedoch Ausgleichsgebiete in Togo und Kamerun. Siehe Peters: Der Alldeutsche Verband.

<sup>86</sup> Das genaue Datum des Treffens bleibt unklar.

<sup>87</sup> Oskar Hergt (1869–1967), 1904–1914 Beamter im preußischen Finanzministerium, 1918 Mitbegründer und bis zum Rücktritt 1924 Vorsitzender der DNVP, 1919–1921 Mitglied der Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung, 1921–1923 Mitglied des Preußischen Landtags, 1920–1933 Mitglied des Reichstags für die DNVP, 1927–1928 Justizminister und Vizekanzler, 1928 Kandidatur für den DNVP-Parteivorsitz gegen Alfred Hugenberg.

<sup>88</sup> Führende Vertreter der DNVP wie Oskar Hergt und Kuno Graf Westarp suchten vor allem seit der Regierungsübernahme Gustav Stresemanns am 13.8.1923 den verstärkten Zugang zu Hans von Seeckt, wie auch am 23.9.1923 – einen Tag vor dem Treffen mit Claß. Siehe dazu auch Meier-Welcker: Seeckt, S. 374 sowie Tagebuchartige Notizen Hans von Seeckt (Besucherlisten), 26.3.1923–25.6.1924, in BA-Freiburg, N 247, Bd. 19, Bl. 6. Während der politischen Zuspitzungen war Seeckt dann auch vom 19.9.–14.10.1923 nach eigenen Angaben durchgehend in Berlin anwesend. Siehe Tagebuchartige Notizen Hans von Seeckt (Notizbücher) 1919–1933 und 1935–1936, in ebd., Bd. 18, Tagebuch No. 5, April 1922–Oktober 1926, Bl. 23.



Meine Freunde von der Geschäftsstelle des Alldeutschen Verbandes versicherten mir, da ich mich an *Heinrich von Thyssen* und *Scheidt* nicht wenden wollte, dass auch diese beiden nach ihren Besuchen bei Seeckt die gleichen Angaben gemacht hätten, und zwar mit dem Ausdruck des Entsetzens darüber, dass man die Bevölkerung des neubesetzten Gebietes so lange der französischen Willkür aussetzen wolle.

Den stärksten Beweis aber dafür, dass ich mich nicht getäuscht hatte, erlebte ich später gegen Mitte des Oktobers 1923 in München, als ich in Begleitung des Oberstlandesgerichtsrats [sic] und früheren Polizeipräsidenten *Dr. Pöhner*<sup>89</sup>, sowie meines Freundes *Dr. Bang*, der die Reise von Berlin mit mir zusammen unternommen hatte, den General *von Lossow*<sup>90</sup> aufsuchte. Dieser stand damals, obwohl er von Berlin abgesetzt war, nach wie vor an der Spitze des 7. (bay[er]ischen) Division. Er erzählte mir mit grösster Empörung, wie auf seinem Sessel am Schreibtisch<sup>91</sup> der Chef der Heeresleitung im Frühjahr gesessen und ihm und seinen aus ganz Bayern zusammengerufenen Generalstabsoffizieren einen langen Vortrag gehalten habe, wie mir bei meinem ersten Besuche. Dabei habe er der bay[er]ischen Division ihre Aufgabe im Kriegsfall genau vorgeschrieben und befohlen, dass ihre Verstärkung auf das schleunigste betrieben werden müsse, wobei die im Lande befindlichen sogenannten Wehrverbände heranzuziehen seien. General von Lossow fügte hinzu, dass er und seine Offiziere mit Feuereifer die erteilten Befehle ausgeführt hätten. Sie hätten aber in der Frage, ob Krieg oder Frieden, d. h. weitere Unterwerfung, nie wieder auch nur ein Wort vom Chef der Heeresleitung gehört. Dies erregte Lossow so sehr, dass er mir mit Ausdrücken der höchsten Missachtung von dem Chef der Heeresleitung sprach. Er steigerte sie dahin, dass er fragte, was denn seine Offiziere von dem obersten Führer der deutschen Reichswehr halten müssten, denen erst befohlen gewesen sei, den Krieg vorzubereiten, und die dann ohne jedes Lebenszeichen von Berlin geblieben seien. Aus dem Munde von Lossow hatte ich also den vollgültigsten Beweis dafür, dass Seeckt nicht

---

<sup>89</sup> Ernst Pöhner (1870–1925), 1914–1918 Hauptmann der Reserve, Mitglied der Münchener Ortsgruppe des ADV und der Thulegesellschaft, 1919–1921 Polizeipräsident von München, 1920 während des Kapp-Putsches Ausnahmezustand in Bayern und Einsetzung der Regierung Gustav Ritter von Kahr 1920–1921, 1921 Rat im Bayerischen Obersten Landesgericht, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch in München, 1924 Verurteilung im Hitler-Prozess und Entlassung aus dem Dienst, 1925 Begnadigung, 1924–1925 Mitglied des Bayerischen Landtags für den Völkischen Block und ab November 1924 für die DNVP.

<sup>90</sup> Otto von Lossow (1868–1938), 1908–1910 preußischer Generalstab, 1911–1914 Dozent an der Türkischen Kriegsakademie und als Oberstleutnant beim Generalstab, 1914 Generalstabschef an der Westfront, 1915 Militärattaché in Konstantinopel, 1919 Generalstabschef beim Oberbefehlshaber des Heimatschutzes Süd, 1919 Kommandeur der Infanterie-Schule München, 1921 Kommandeur der 7. Division in Bayern und Bayerischer Landeskommandant, 1923 „Affäre Lossow“ – Amtsenthebungsforderung der Reichsregierung nach Weigerung des Verbotes des „Völkischen Beobachters“, 1923 beim Hitler-Putsch in München wie Gustav Ritter von Kahr und Hans von Seißer zum Umsturz durch Adolf Hitler verpflichtet und letztlich Rückzug, 1924 Rücktritt als Landeskommandant und Entlassung aus der Armee.

<sup>91</sup> Gestrichen: auch.

nur die Möglichkeit des offenen Kampfes bedacht, sondern dass er auch die Vorbereitungen dafür getroffen hatte. Die Empörung des Generals von Lossow auf seinen obersten Vorgesetzten erschien mir wohl begreiflich.

Zur Kenntnis des Generals von Seeckt ist es angebracht, noch zwei Tatsachen zu erwähnen, die sich Anfang Juni 1923 zugetragen haben. Damals war *Andreas Gildemeister*<sup>92</sup> in Berlin. Gelegentlich seines Besuches<sup>93</sup> bei mir kam die Rede darauf, dass er seit längerer Zeit Frau von Seeckt<sup>94</sup> und durch diese auch ihren Gemahl kenne, und dass er die Absicht habe, beide zu besuchen. Ich sagte ihm nun, er möge, wenn er empfangen werde, unauffällig die Rede auf mich bringen, um zu hören, ob Seeckt den Verkehr mit mir zugebe. Bei dem ersten Besuch, den Gildemeister in der Bendlerstrasse machte, traf er Seeckt allein an und erwähnte im Laufe der Unterhaltung, dass er von der Zeit des Krieges her in enger Verbindung mit mir stehe. Der General biss und sagte, dass er mich auch kenne, und dass er sich ausgesprochen habe. Der Bremer schilderte nun mit ein paar Worten unser Vorgehen während des Krieges und bekam von dem General zu hören: „Ja, Herr Class ist ein ausgezeichnete Mann. Nur schade, dass er so wenig hinter sich hat.“ Gildemeister wollte nun noch ermitteln, worauf diese Meinung zurückzuführen sei, aber er bekam nichts Tatsächliches mehr heraus.

### 6.11. Otto von Below

Wesentlich bedeutsamer als dies war, was General *Otto von Below*, der berühmte Heerführer aus dem Weltkrieg, etwa eine Woche später mit dem Chef der Heeresleitung erlebte. Ich hatte mir lange hin und her überlegt, wie ich in Erfahrung bringen könne, was nun die eigentlichen Absichten Seeckts seien. Ich sagte mir, dass er wahrscheinlich nur einem hochgestellten Kameraden darüber Aufschluss geben werde. General von Below gehörte zu meinen nächsten Mitarbeitern, und er hatte sich mir für die Aufgaben, die ich ihm zugeordnet hatte, bedingungslos zur Verfügung gestellt. Ich hatte ihn, der in Kassel wohnte, durch den Obersten Frantz bitten lassen, für ein paar Tage nach Berlin zu kommen. Das geschah sofort<sup>95</sup>, und in langer Aussprache legte ich Herrn von Below dar, was ich selbst von Seeckt gehört hatte, und was andere mir über die Ergebnisse ihrer Unterredungen mit ihm berichtet hatten. Mir kam es nun darauf an, den Chef der Heeresleitung vor die Frage zu stellen, was er, unabhängig von der Frage einer kriegerischen Auseinandersetzung mit

<sup>92</sup> Andreas Gildemeister (1869–1958), politischer Schriftsteller, Mitglied der Ortsgruppe Bremen des ADV, 1915 wesentliche Verfasserarbeit bei der „Intellektuellen-Eingabe“, 1917 Mitglied der DVLP, 1919 Gründungsmitglied des nationalen Klubs.

<sup>93</sup> Das genaue Datum des Treffens bleibt unklar. Einziger im Allgemeinen Schriftwechsel des ADV überlieferter Brief vom Juni 1923 über die politische Lage: Andreas Gildemeister an Claß, 15.5.1923, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 209, Bl. 140.

<sup>94</sup> Hans von Seeckt heiratete 1893 Dorothee Jakobsen (adoptierte Fabian, 1872–1948) aus Frankfurt/Oder.

<sup>95</sup> Das genaue Datum des Treffens bleibt unklar.

Frankreich, tun würde, wenn von der nationalen Opposition her der Versuch unternommen würde, im Innern des Vaterlandes durch einen überraschenden Schlag eine nationale Regierung zu bilden und den Reichstag auseinanderzujagen. General von Below erklärte sich sofort bereit, diese Frage mit Seeckt zu besprechen. Wir kamen dahin überein, dass er bei seinem Besuche mit vollster Offenheit vorgehen solle; wir verliessen uns darauf, dass Seeckt einem Offizier von solchen Ansehen Auskunft geben werde. Belows Besuch bei Seeckt wurde dann festgelegt.<sup>96</sup> Über das Ergebnis führe ich die Darlegungen an, die ich am 14. Juni 1924, also ein Jahr nach der Unterredung, niedergeschrieben habe. In ihnen heisst es:

Wenige Tage später war eine andere hochangesehene und wichtige Persönlichkeit aus der Provinz<sup>97</sup> bei dem General und bekannte ihm offen, dass auf verfassungsmässigem Wege Deutschland nicht gerettet werden könne; nach seiner Meinung ginge es nur so, dass freie vaterländische Kräfte ohne Zutun der Reichswehr die Regierung stürzten; dies müsse so vorbereitet werden, dass auch die Reichswehr überrascht sei und binnen zwei bis drei Stunden vor einer vollendeten Tatsache stehe: dann komme es darauf an, dass die Reichswehr nicht den beseitigten Zustand wiederherzustellen versuche, sondern sich mit dem Neuen abfinde und „mitmache.“ Für ihn – den Besucher Seeckts – komme es darauf an, zu erfahren, ob der General bereit sei, in seinem Sinne „wohlwollende Neutralität“ zu üben; wenn dies der Fall sei, könne der Umschwung in kurzem herbeigeführt sein. Dieser Gewährsmann versicherte mir, dass der General geäussert habe, dieses sei der einzige Weg, er sei bereit, „wohlwollende Neutralität“ zu üben und die Sache „aufzunehmen“, wenn der Umschwung sich durchgesetzt habe. Bei derselben Unterredung erklärte der General – also noch im Frühjahr 1923 – an einen Krieg mit Frankreich sei vor Frühjahr 1925 nicht zu denken!

Die innerpolitische Mitteilung meines Gewährsmannes überraschte mich aufs äusserste. Ich machte ihn auf deren ausserordentliche Wichtigkeit aufmerksam und bat ihn, aufs genaueste sein Gedächtnis zu überprüfen, ob er für die Antwort Seeckt's einstehen könne; der immer als höchst urteilsklar befundene Herr erklärte auf das bestimmteste, dass jeder Zweifel über den Wortlaut und den Sinn der Antwort des Generals ausgeschlossen sei.

Man kann sich vorstellen, was ich bei dem Berichte des Generals von Below empfand. Derselbe Mann, der mir und anderen gegenüber von der baldigen Möglichkeit für Deutschland, den Kampf mit Frankreich aufzunehmen, gesprochen hatte, erklärte seinem älteren Kameraden, dass unsere Kriegsbereitschaft erst frühestens im Jahre 1925 eintreten würde. Er, der, wie ich wusste und fast täglich von neuem bestätigt erhielt, mit seiner nächsten Umgebung, der sogen. Clique, an nichts anderes dachte, als wie er sich innerpolitisch zum Herrn Deutschlands aufschwingen könnte, und dessen Mitarbeiter Besucher aus dem Rechtslager von einem auf den anderen Tag vertrösteten –

---

<sup>96</sup> Das genaue Datum des Treffens bleibt unklar.

<sup>97</sup> In der Textfassung in FZH 11/C2 ist hier handschriftlich hinzugefügt: „Otto von Below“.

derselbe Mann, der mir gesagt hatte, er werde die Hände erst frei haben, wenn Severing beseitigt sei – dieser Mann nahm die Mitteilungen Otto von Belows so ernst, dass er ihm für den Fall eines erfolgreichen Rechtsputsches nicht nur die Zusage machte, dass er zunächst „Gewehr bei Fuss“ zusehen wolle, sondern sogar versprach, das Unternehmen „aufzunehmen“, wenn es im ersten Anlauf Erfolg gehabt habe.

Als mir General von Below dies berichtete, hatte ich den Eindruck, dass Seeckt sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen lassen wolle. Ich machte mir sofort meine Gedanken darüber, welche Politik er dann mit Hilfe seines Sachberaters Schleicher treiben würde. Das Hauptergebnis der Unterhaltung der beiden Generale war aber doch für mich die offenbare Unzuverlässigkeit Seeckts, die ich durch sein Schwanken in bezug auf den Zeitpunkt unserer Kriegsbereitschaft als erwiesen ansehen musste.

Ich besprach mit General von Below noch einmal alles, was sich auf Seeckts Persönlichkeit bezog und schloss damit, dass ich von ihm verstanden zu werden hoffte, wenn ich auf den Verkehr mit diesem Manne verzichtete, aber ihn bäte, da wir ja den Dingen doch in den Leib sehen müssten, dass er einen gewissen Verkehr mit ihm weiterpflege. Das habe zudem den Vorteil, dass ihm Seeckt voraussichtlich mehr sagen werde als mir.

General von Below war hiermit einverstanden. Deshalb unterliess ich bis Ende September alle Versuche, zu Seeckt zu gelangen. Hierbei war für mich nicht nur der Umstand massgebend, dass ich diesen Mann nun gründlich kennengelernt hatte, sondern auch die Tatsache, dass ich von zweien seiner nächsten Mitarbeiter den traurigsten Eindruck empfangen hatte.

Die Sachlage war nun um die Mitte des Juni für uns so: das sogen. nationale Arbeiterheer hatte sich als Schwindel erwiesen; die angebliche Armee Watters betrug nach den Erklärungen seines Stabschefs gerade nur den dritten Teil der von ihm angegebenen Zahl, und auf eine sichere Zusammenarbeit mit dem Chef der Heeresleitung war nicht zu rechnen. Ich aber wollte wissen, ob Deutschland wirklich ganz wehrlos den inneren Zerstörern und äusseren Feinden ausgeliefert sei, oder ob es doch noch Männer und Gruppen gebe, die die Dinge anschauten wie wir, und bereit seien, den Kampf für die innere und äussere Befreiung aufzunehmen.

Um mir hierüber und über die etwaigen Aussichten eines solchen Unternehmens ein Urteil bilden zu können, war es erforderlich, dahinter zu kommen, über welche Kräfte die Verbände, Freikorps usw. und ihre Führer verfügten, die mit uns in Verbindung standen und zum grossen Teil von uns Geld<sup>98</sup> erhielten. Ich hatte mit den einzelnen Führern selbst[v]erständlich wiederholt Besprechungen gehabt und, soweit ich sie nicht selbst kannte, durch Beauftragte mit ihnen verhandeln lassen. Auf diese Art hatten wir erfahren, dass die Gesamtheit der für uns in Betracht kommenden Wehrverbände und Freikorps 95.000 Mann stark sein sollte.

<sup>98</sup> Ursprünglich im Originalmanuskript und entsprechend gekürzt: Gelder.

Nach unseren Erfahrungen durfte ich mich hierauf nicht verlassen. Ich sagte mir, dass ich so gut wie keine zuverlässigen Nachrichten erhalten würde, wenn ich mir die Führer einzeln kommen liesse. Dagegen nahm ich an, dass bei einer gemeinsamen Aussprache mit allen eine annähernde Gewissheit zu erlangen sei, weil die einzelnen Führer der Überwachung durch die anderen ausgesetzt sein würden. Es war dann damit zu rechnen, dass unrichtige Zahlenangaben berichtigt würden, weil jeder einzelne über die wirkliche Stärke der anderen annähernd Bescheid wusste. Diesen Gedanken besprach ich mit meinen nächsten Mitarbeitern, vor allem mit Oberst Frantz, der meinen Plan durchaus billigte. So erging für [Ende]<sup>99</sup> Juni die Einladung an die betreffenden Führer, und wir trafen uns im Hause eines meiner nächsten Freunde in einem Vororte Berlins.<sup>100</sup>

### 6.12. Versammlung in Nikolassee

Die Einteilung war dort so getroffen, dass die politischen Sachbearbeiter, die so ziemlich jeder von den militärischen Führern<sup>101</sup> mitgebracht hatte, in einem besonderen Zimmer dur[c]h meine Freunde Dr. Bang und Frhr. von Vietinghoff-Scheel über unsere politischen Pläne und Vorbereitungen unterrichtet wurden, während in einem anderen Raume ich die Oberhäupter der Wehrverbände und Freikorps bei mir hatte. Ich beschränkte mich zunächst auf eine kurze Einleitung, in der ich die Gesamtlage schilderte und die Aufgaben umriss, die zu Deutschlands Rettung für uns gestellt waren. Dann bat ich Oberst *Frantz*, den Herren auseinanderzusetzen, was an Kampfkräften vorhanden sein müsse, wenn man gegen Frankreich etwas unternehmen oder auch nur versuchen wolle, die innere Umstellung Deutschlands zu erzwingen. Es sei die Aufgabe, in dieser Zusammenkunft festzustellen, welche Kräfte vorhanden seien, und welche Führer mit dem Alldeutschen Verbände zusammenarbeiten wollten. Jedenfalls könne dieser nur auf Grund zuverlässigster Angaben und fester Bindungen seine Entschlüsse fassen, sich aber unter keinen Umständen auf irgendein Abenteuer einlassen.

In der nun folgenden Aussprache kamen wohl alle die sogen. Führer zu Wort. Es war kein Zweifel, dass der leidenschaftliche Wille vorhanden war, eine Änderung herbeizuführen. Das grosse Aber war jedoch, dass keiner sich dazu imstande erklärte, seine Selbständigkeit aufzugeben, weil seine Leute das nicht mitmachen würden. Es war das berüchtigte Wort vom „Unterstellen“ aufgekommen und spielte bei allen Erörterungen über einen etwaigen Zusammenschluss die entscheidende, meistens auseinandertreibende Rolle. Denn

---

<sup>99</sup> Einschub im Originalmanuskript. Gestrichen: Anfang.

<sup>100</sup> Das Treffen, dessen genaues Datum unklar bleibt, fand vermutlich in der Villa „Haus Vowinkel“ des Kaufmannes und führenden Mitgliedes des ADV, Albert Vowinkel, in Berlin Nikolassee statt, die 1920–1921 in der Schopenhauerstraße 53 errichtet wurde. Auch Max Kloss vom Geschäftsführenden Ausschuss des ADV wohnte in Nikolassee in der Sudetenstraße 10. Siehe auch Kapitel 6.12.

<sup>101</sup> Die genauen Teilnehmer bleiben unklar.

der jüngste Kriegsleutnant, der 40 oder 50 Leute um sich gesammelt hatte, dachte nicht daran, sich etwa einem Älteren und Grösseren zu „unterstellen“, auch wenn dieser noch so bewährt war und das Mehrfache an Gefolgschaft hatte. Das freilich wurde von den meisten gnädigst zugestanden, dass man sich der politischen Führung des Alldeutschen Verbandes anvertrauen und, wenn die Zeit zum Handeln reif sei, dem von mir bestimmten politischen Führer folgen wolle.

Oberst Frantz suchte den Herrschaften<sup>102</sup> klarzumachen, dass es so nicht gehen werde. Aber er machte keinen Eindruck, und ich hatte das Gefühl, dass gegen diesen glänzend bewährten Generalstabsoffizier, der im alten Heer das grösste Ansehen genossen hatte, eine ausgesprochen unfreundliche Stimmung herrschte. Als ich sah, dass man auf diese Weise kaum weiterkommen werde, beschloss ich, den Dingen auf den Grund zu gehen, indem ich feststellte, was jeder einzelne der selbtherrlich auftretenden Herren hinter sich hatte.

Nun ergab sich ein Bild, das noch erschütternder war als dasjenige von etwa einem Monat vorher, als Watters Stabschef dessen Angabe von 42.000 Mann auf 14.000 wirklich vorhandene zurückschraubte. Jetzt, da die Führer der Verbände usw. in einem Raum zusammensassen und ihre Angaben gegenseitig überwachen und richtigstellen konnten, ergab sich, dass die Ansprüche der meisten dieser Zaunkönige in keinem Verhältnis zur Stärke ihrer Gefolgschaften standen. Das Gesamtergebnis war niederschmetternd; ja ich kann sagen, dass es mir schwer fiel, meinen Unwillen zu verbergen und ruhig zu bleiben, besonders als verschiedene Herren die Überzeugung aussprachen, es werde leicht sein, ihre Verbände usw. auf ein Mehrfaches zu verstärken, wenn der Alldeutsche Verband hinreichend Mittel zur Verfügung stellen würde.

Es war offenbar, dass mit dem, was vorhanden war, auf keinem Gebiete etwas unternommen werden durfte. Mit dieser Feststellung sollen selbstverständlich die Verdienste nicht geschmälert werden, die sich jene Verbände und ihre Führer bei den oberschlesischen Kämpfen gegen die polnischen Banden erworben hatten.

Ich war nun bestrebt, die Zusammenkunft zu einem anständigen Ende zu führen, und veranlasste Oberst Frantz, den Herren zu erklären, dass mit solchen Kräften die Rettung Deutschlands nicht zu erreichen sei. Ich selbst sprach ein Schlusswort, in dem ich auf das unbefriedigende Gesamtergebnis der gemachten Feststellungen hinwies, die einzelnen Führer aufforderte, ihre Truppen zu verstärken, und mich bereiterklärte zu dem Versuche, grössere Geldmittel zusammenzubekommen. Damit schloss ich die Besprechung, und man ging auseinander, wobei ich in Aussicht stellte, die Herren wieder einzuberufen, sobald sich die Sachlage günstiger gestaltet haben würde.

Inzwischen war auch die politische Besprechung zum Abschluss gediehen. Sie war, wie mir meine dort tätigen Freunde berichteten, wesentlich günstiger verlaufen, da alle Vertreter sich mit den von Bang und Vietinghoff vorgebrachten Grundsätzen und Plänen einverstanden erklärt hatten. Ich richtete

<sup>102</sup> In der Textfassung in FZH 11/C2: Herren.

den allgemeinen Aufbruch nun so ein, dass ich schliesslich mit Oberst Frantz allein blieb: ich stand dabei unter dem Zwange, mich diesem Freunde gegenüber auszusprechen.

Eine ungeheure Bitternis hatte sich in den wenigen Stunden bei mir angesammelt, die zum Ausbruch kam, als wir den stillen Vorort durchschritten. Es zeigte sich dabei, dass Frantz mindestens so scharf urteilte wie ich. Unser gemeinsamer Entschluss ging dahin, jeden Versuch zu unterlassen, mit diesem Gernegrossen irgendetwas zu unternehmen. Das war die bittere, vielleicht notwendige Lehre dieses Sonntags, an dem die Sonne strahlend über dem Lande lag; in unserem Herzen aber war tiefe Trauer. Unsere gemeinsame Heimfahrt gehört zu meinen unvergesslichen Erlebnissen. Es war, als kämen wir von dem Begräbnis eines Menschen, den wir [i]n unserem Leben furchtbar schwer vermissen würden.

### 6.13. Brigade Ehrhardt

Damit war der Beweis erbracht, dass es jedenfalls bis auf weiteres nicht gelingen werde, die verschiedenen Gruppen und Grüppchen, die angeblich allein dem Vaterlande dienen wollten, unter einen Hut zu bringen und zu einheitlicher Handlung zusammenzufassen. Es fehlte der oberste Kriegsherr.

Es wird vielleicht auffallen, dass ich weder die Namen der damals vertretenen Verbände noch diejenigen ihrer Führer genannt habe. Aber es hat keinen Wert, jetzt noch einzelne von ihnen dem Urteil preiszugeben. Ausdrücklich sei jedoch betont, dass weder der *Stahlhelm* noch die *Brigade Ehrhardt* vertreten waren. Diese Tatsache war auf verschiedene Ursachen zurückzuführen.

Einer der massgebenden Stahlhelmführer hatte vor jenem Tag eine lange Aussprache mit mir gehabt, die schliesslich nach gründlichster Erörterung aller einschlägigen Fragen damit abgeschlossen hatte, dass er mir bindend zusagte, bei unserer Versammlung zu erscheinen.<sup>103</sup> Wenn er sein Versprechen gehalten hätte, wäre deren Ergebnis vielleicht besser gewesen. Es war nicht das erste Mal, dass ich derartiges erlebte. Es fiel mir immerhin auf, dass der betreffende Führer, der bis dahin öfter zu mir gekommen war, es nicht einmal für d[ie] Mühe wert hielt, sich zu entschuldigen. Es hat Jahre gedauert, bis ich ihn überhaupt wieder von Angesicht zu Angesicht gesehen habe.<sup>104</sup>

Was die Brigade Ehrhardt betraf, so war deren Fernbleiben verabredet. Seit längerer Zeit hatte ich engere Fühlung mit Kapitän *Ehrhardt* gewonnen, der damals in München war; ich war bei jedem meiner häufigen Aufenthalte in der bay[er]ischen Hauptstadt mit ihm zusammengetroffen. Wenn ich sage, dass er in München war, so ist das so zu verstehen, dass dort die Leitung seiner Brigade lag, allerdings auch nicht offenkundig, sondern mehr oder minder ge-

---

<sup>103</sup> Ob es sich eventuell um einen der beiden Bundesführer des Stahlhelms, Theodor Duesterberg, oder um Wolf Graf von Helldorf, Adjutant Duesterbergs und bis 1925 Stahlhelmführer im Unstruttal, handelte, ist unklar.

<sup>104</sup> Die genannte Person bleibt letztlich unklar.

heim, weil Ehrhardt ja nach dem misslungenen Kapp-Putsch unter der Anklage des Hochverrats stand, was übrigens auch für die wichtigsten seiner Mitarbeiter und Offiziere galt. Es war daher selbstverständlich, dass die Herren sich in München nur mit Vorsicht bewegten. Ihre dortige Tätigkeit war überhaupt nur möglich, weil der bay[er]ische Ministerpräsident *Dr. von Kahr* und der Polizeipräsident *Dr. Poehner* ihren schützenden Schild über sie hielten. Kapitän Ehrhardt selbst hielt sich die meiste Zeit im Gebirge in der Nähe der österreichischen Grenze auf, zeitweise auch jenseits der Grenze. Es kam vor, dass ich an solchen Orten mit ihm zusammentreffen musste, wenn er nicht nach München hereinkommen konnte. Im grossen Ganzen aber hatte man den Eindruck, dass die bay[er]ischen Behörden die Brigade Ehrhardt nicht verfolgen wollten; soweit Gefahren auftauchten, kamen sie vom Reiche her.

Ehrhardt, der [a]m Anfang unserer Beziehungen noch erklärt hatte, er könne Abmachungen nur vorbehaltlich der Genehmigung durch Sanitätsrat *Dr. Pittinger* treffen<sup>105</sup>, fühlte sich später daran nicht mehr gebunden und traf seine Abkommen mit mir entweder selbst oder durch seine bevollmächtigten Vertreter. Weil dieses Verhältnis, soweit damals überhaupt etwas sicher war, gesichert erschien, und weil die Ehrhardt-Leute auf dem Berliner Boden doch in steter Gefahr schwebten, wurde verabredet, dass bei der geschilderten Zusammenkunft die Brigade Ehrhardt als solche nicht auftreten sollte. Dies war auch nicht nötig, da ich während meines Kissinger Aufenthaltes für drei Tage den Besuch des politischen Sachbearbeiters der Brigade gehabt hatte.<sup>106</sup> Dieser Besuch galt der Durcharbeitung aller in Betracht kommenden politischen Fragen, was unter Zuziehung meines Freundes Oberfinanzrat *Dr. Bang* durchaus gelang. Also mit der Brigade Ehrhardt waren wir vollständig einig.

Ein grosser Mangel war es freilich, dass der Führer, für den seine Leute durchs Feuer gingen, seit seiner Verhaftung am 1. Dezember 1922 ausgeschal-

<sup>105</sup> Nach der Auflösung der Organisation Escherich am 27.7.1921 versuchte Sanitätsrat Otto Pittinger eine Weiterführung in Bayern. Claß suchte die Zusammenarbeit, als Pittinger den Bund Bayern und Reich gründete. Vermutlich im August 1921 hatten Kapitän Hermann Ehrhardt, der im Herbst 1920 die Organisation Consul aus Einheiten der aufgelösten Marinebrigade Ehrhardt gründete, und Pittinger eine Absprache getroffen, die als Unterstellung der Organisation Consul unter seine Leitung in einem gemeinsamen Arbeitsverhältnis verstanden werden konnte. Ehrhardt suchte seit März 1921 nach neuen Finanzierungsquellen. Siehe auch Sabrow: *Der Rathenau-Mord*, S. 44 und Thoß: *Der Ludendorff-Kreis*, S. 177. Im Frühjahr 1922 verstärkte man die Zusammenarbeit zwischen Bund Bayern und Reich, der Brigade Ehrhardt und dem Alldeutschen Verband. Nach den Morden an Matthias Erzberger (26.8.1921) und Walther Rathenau (24.6.1922) sowie dem Mordversuch an Philipp Scheidemann (4.6.1922), die von ehemaligen Angehörigen der Marinebrigade Ehrhardt geplant wurden, wurde die Organisation Consul durch das Republikenschutzgesetz vom 21.7.1922 verboten und Ehrhardt floh nach Ungarn. Ehrhardt wurde am 30.11.1922 verhaftet. Ehrhardt kehrte im September 1922 unter dem Decknamen „Eschwege“ nach München zurück. Siehe Vorwärts 1.12.1922. Sein Stellvertreter war Kapitänleutnant Eberhard Kautter, der infolge des Verbots der Organisation Consul den Bund Wiking gründete. Siehe auch Freksa: *Kapitän Ehrhardt*, S. 220–221.

<sup>106</sup> Das genaue Datum des Aufenthaltes in Bad Kissingen (vermutlich bei Dr. Schneegans) bleibt unklar.



tet war.<sup>107</sup> Er sass im Untersuchungsgefängnis in Leipzig und hatte abzuwarten, bis sich der Hochverratsprozess wegen seiner Beteiligung am Kapp-Putsch vor dem sogen. politischen Staatsgerichtshof abspielen würden. Man konnte sich denken, dass bei der Zusammensetzung dieses Gerichts ein schlimmes Urteil gegen den verhassten und gefürchteten Offizier in Aussicht stand.<sup>108</sup>

Als ich die Nachricht von Ehrhardts Verhaftung erfuhr, sandte ich diesem aus dem Drange meines Herzens heraus eine Drahtung nach Leipzig, in der ich mich erbot, ihn ehrenhalber, d. h. unentgeltlich, zu verteidigen. Er dankte mir in einem Briefe aufs wärmste, bedauerte aber von meinem Anerbieten keinen Gebrauch machen zu können, da er sofort nach seiner Festnahme schon einen Verteidiger bestellt habe.<sup>109</sup>

Ehrhardt hatte sofort nach seiner Verhaftung seinen Sturmtruppführer *Manfred von Killinger* zu seinem Stellvertreter ernannt.<sup>110</sup> Dieser besuchte mich sogleich in Berlin und brachte den mir längst bekannten Kapitänleutnant *Kautter* mit. Er erklärte dabei, dass er sich der militärischen Aufgabe, die ihm der „Chef“ übertragen habe, wohl gewachsen fühle, nicht aber der politischen. Deshalb habe er *Kautter*, der seit langem der politische Sachbearbeiter der Brigade sei, mit diesem Teile seiner Aufgabe betraut. Ich könne darauf rechnen, dass alle etwaigen Abmachungen, die ich mit *Kautter* treffe, von ihm als für die Brigade verbindlich anerkannt würden.

Die Voruntersuchung in Leipzig zog sich länger hin, als angenommen wurde<sup>111</sup>; erst für Anfang Dezember 1923 war die Hauptverhandlung vorgesehen.<sup>112</sup> Durch diese Absicht des Gerichts machte Ehrhardt einen dicken Strich: es gelang ihm am 13. Juni 1923<sup>113</sup> zu entfliehen. Am Tage vorher tauchten zwei junge Offiziere seiner Brigade bei mir auf und teilten mir mit, dass mor-

---

<sup>107</sup> Ehrhardt wurde am Abend des 30.11.1922 in München verhaftet und um 20 Uhr nach Leipzig überstellt.

<sup>108</sup> Hermann Ehrhardt beschwerte sich auch beim Oberreichsanwalt Ludwig Ebermayer über den Untersuchungsrichter Reichsgerichtsrat Dr. Metz und sah im Reichsgericht einen politischen Gerichtshof. Siehe auch Freksa: Kapitän Ehrhardt, S. 232–237.

<sup>109</sup> Gemeint ist Walter Luetgebrune (1879–1949), 1909 Rechtsanwalt in Hannover, u. a. Verteidiger von Erich Ludendorff im Hitler-Putsch-Prozess, Mitglied der DNVP und ab 1931 der NSDAP sowie Rechtsberater von SA und SS, 1933 Ministerialdirigent im Preußischen Innenministerium und Mitglied der Akademie für deutsches Recht. Luetgebrune wurde als führender Vertreter der rechten Verteidiger unter anderem in Fememordprozessen zum Hauptverteidiger von Hermann Ehrhardt bestellt. Der Chef des Stabes beim Wehrkreiskommando, Fedor von Bock, versuchte Bruno Ernst Buchrucker zur Auflösung der Bataillone zuvor noch zu bewegen, konnte aber den von Otto Gessler erlassenen Haftbefehl nicht verhindern. Siehe Vogelsang: Reichswehr, Staat und NSDAP, S. 41.

<sup>110</sup> Manfred von Killinger kam Anfang 1921 zur Organisation Consul, die aus der aufgelösten Brigade Ehrhardt hervorgegangen war. Für die Selbstdarstellung Killingers siehe seine Erinnerungen: Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben.

<sup>111</sup> Siehe auch Anklageschrift des Oberreichsanwalts gegen Hermann Ehrhardt 5.5.1923, in BA-Berlin R 43 I/2728, Bl. 93–95.

<sup>112</sup> Der Prozessbeginn wurde auf den 23.7.1923 festgelegt. Siehe auch Heydeloff: Staranwalt der Rechtsextremen S. 388. Hermann Ehrhardt floh im Juli 1923 aus dem Gefängnis in die Schweiz und kehrte erst Ende September 1923 nach München zurück.

<sup>113</sup> Hermann Ehrhardt floh am 13.7.1923 aus dem Gefängnis. Freksa: Kapitän Ehrhardt, S. 343.

gen die Flucht vor sich gehen solle. Es sei alles aufs peinlichste vorbereitet, aber sie brauchten notwendig einen grösseren Betrag, um dem vergötterten Chef weiterzuhelfen: ich war zufällig im Besitze des Betrages, den sie genannt hatten, und händigte ihnen das Geld aus. Es gelang Ehrhardt sicher durch Bayern auf österreichisches Gebiet zu bringen, wo er dann in einem seiner alten Schlupfwinkel bis nach dem Buchrucker-Putsch<sup>114</sup> blieb.

Damals war der frühere Ministerpräsident *von Kahr* zum Staatskommissar ernannt worden. Eine seiner ersten Handlungen war es, Ehrhardt an seine Seite zu berufen und ihn mit der Aufstellung seines *Grenzschatzes* gegen Thüringen mit dem Sitze in Coburg<sup>115</sup> zu beauftragen; er sollte etwaige Angriffe der Kommunisten auf bay[er]isches Gebiet abzuwehren. Hier geschah also das Merkwürdige: der bay[er]ische Staatskommissar stellte einen Offizier, der noch unter der Anklage des Hochverrats stand und gewissermassen vorgestern noch

<sup>114</sup> Gemeint ist der Kührtriner Putsch vom 1.10.1923, der nach Aussage von Bruno Buchrucker nach dem am 27.9.1923 abgesagten Putschversuch der Schwarzen Reichswehr, der zusammen mit dem Heimatbund als Nachfolgeorganisation der Orgesch und der deutschnationalen Landtags- und Reichstagsfraktion für den 29./30.9.1923 geplant sowie finanziell unterstützt wurde und mit 6.000 Mann und weiteren 12.000 Mann das Regierungsviertel besetzen sollte, als „Scheinunternehmen“ durchgeführt worden sein soll. Siehe dazu Sauer: *Schwarze Reichswehr und Fememorde*, S. 302–315. Zu den Geldgebern des ursprünglich geplanten Putsches in Berlin zählten nach Zeitungsberichten auch Walter von Kuedell, der nach dem Kapp-Putsch 1920 als Landrat von Königsberg in den Ruhestand versetzt wurde und 1924–1930 Abgeordneter des Reichstages für die DNVP war, Oskar von der Osten, 1921–1928 Mitglied des Preussischen Abgeordnetenhauses für die DNVP, und Martin Schiele, 1920–1930 Mitglied des Reichstages für die DNVP. Zahlungen erfolgten über den Heimatbund, der als Mobilmachungsorganisation von der DNVP gegründet und wiederum vom Landbund finanziert wurde. Als Verbindungsmann der Schwarzen Reichswehr fungierte Rittergutsbesitzer Wilhelm von Oppen-Tornow. In Verbindung mit dem Heimatbund stand das Wehrkartell Berlin, dem auch die VVVD angehörte. Zur Führung des Wehrkartells gehörten Oberst Schütz, Claß, Paul Bang, Konstantin von Freytagh-Loringhoven und Leopold von Vietinghoff-Scheel. Buchrucker stand dahingehend auch in Verbindung mit dem Bayerischen Ordnungsbund und Verbänden um Hermann Ehrhardt, der wiederum mit Paul Tafel und Gustav Ritter von Kahr in Verbindung stand. Siehe zu Buchruckers Aussagen zur Unterstützung des Kührtriner Putsches *Neue Berliner Zeitung* 11.4.1930. Kahr rief am 26.9.1923 den Ausnahmezustand in Bayern aus, nachdem Gustav Stresemann den „passiven Widerstand“ der Regierung Wilhelm Cuno abgebrochen hatte. Hans von Seeckt wurde daraufhin durch § 48 der WRV durch die Reichsregierung mit der vollziehenden Gewalt in Bayern betraut. Auch der Hohenzollernbund soll in dieser Sammelbewegung teilgenommen haben und Werner Walter Wunderlich hielt Kontakt zu Wilhelm II. in Doorn. Arthur Mahraun vom Jungdeutschen Orden habe nach Kenntnis der Unternehmung das Reichswehrministerium in Kenntnis gesetzt, das eine Untersuchung anordnete. Siehe dazu „Buchrucker enthüllt“, in *Vorwärts* 10.4.1930, „Der gut vorbereitete Unternehmen“, in *Der Nationale Sozialist* 10.4.1930, *Neue Berliner Zeitung* 11.4.1930.

<sup>115</sup> Nach dem Beschluss der KPD am 5.10.1923 für einen Eintritt in die SPD-geführte Landesregierung von Thüringen organisierte Bayern, wo am 26.9.1923 der Ausnahmezustand ausgerufen wurde, einen Grenzschatz gegen Thüringen. Die Wahlen vom 11.9.1921 brachten zunächst eine Minderheitsregierung von SPD und USPD an die Macht, die von der KPD toleriert wurde. Nach dem Eintritt der KPD in die Regierung am 15.10.1923 formierten sich in Coburg 12.000–15.000 Angehörige von paramilitärischen Verbänden, um durch Thüringen nach Berlin zu marschieren. Am 6.11.1923 erfolgte die Reichsexekution gegen Thüringen durch die Reichswehr. Bis zum 12.11.1923 bestand die thüringische Regierung aus SPD und KPD.

Flüchtling gewesen war, mit umfassenden Vollmachten auf einen wichtigen Posten. Dies geschah nicht etwa insgeheim, sondern mit einer zweifellos beabsichtigten Feierlichkeit, was natürlich bekannt wurde. Die Verwirrung des öffentlichen Zustandes war aber aufs höchste gestiegen. Stand doch auch General *von Lossow* unangefochten an der Spitze der 7. (bay[er]ischen) Division, obwohl er vom Reichswehrminister abgesetzt war.

In der Zeit von der Verhaftung Ehrhardts bis zu seinem Wiederauftauchen in Coburg war ich auf seine Stellvertreter von Killinger und Kautter angewiesen. Die Zusammenarbeit ging glatt vonstatten, insbesondere war dies mit Kapitänleutnant Kautter der Fall, der durch seine Teilnahme an früheren Unterhaltungen mit Ehrhardt vollkommen im Bilde war.

Trotz der bisherigen unzweifelhaften Misserfolge bei dem Versuche, brauchbare Bundesgenossen zu gewinnen, liessen wir nicht nach. Es galt weiter zu suchen. Die Zusammenarbeit mit der Brigade Ehrhardt schien den richtigen Weg zu zeigen.

#### 6.14. Buchrucker<sup>116</sup>

Da tat sich eine neue Hoffnung auf. Sie war auf einen Offizier gegründet, der im Kommando der 3. Reichswehr-Division für die Bearbeitung der „Schwarzen Reichswehr“ angestellt war<sup>117</sup>, und der unter halbamtlicher Flagge mit reichlicher Unterstützung durch die Landwirtschaft und Industrie seine Kräfte sammelte. Dies war der frühere Major im Generalstabe *Buchrucker* – eine der merkwürdigsten Erscheinungen jener Zeit.

Buchrucker stand mit Kautter und Killinger in Verbindung, da ein grosser Teil der Erhardt'schen Offiziere in seinen Formationen Dienst tat, so dass die beiden wiederholt zum Ausdruck brachten, was Buchrucker aufbaue, sei eigentlich eine erweiterte Brigade Ehrhardt.<sup>118</sup> Durch Kautter wurde ich mit Buchrucker bekannt.

---

<sup>116</sup> Bruno Ernst Buchrucker (1878–1966), 1909 Großer Generalstab der preußischen Armee, 1919 Bataillonsführer im Baltikum, Übernahme in die vorläufige Reichswehr bis zum Ausscheiden im September 1920 nach seiner Unterstützung des Kapp-Putsches in Cottbus, 1921 Leitung einer Nachschubzentrale für die während des Aufstandes in Oberschlesien kämpfenden Freikorps, führendes Mitglied des brandenburgischen Heimatbundes und Anschluss an die Organisation Escherich (Orgesch), Führer der Schwarzen Reichswehr, ab 1921 Mitarbeit im Wehrkreiskommando III (Berlin/Brandenburg) der Reichswehr, 1922–1923 Zivilangestellter der Reichswehr, 1923 Anführer des Küstriner Putsches, Hochverratsprozess und Amnestie 1927, 1926 Mitglied der NSDAP, 1932 Gruppenführer der Schwarzen Garde, Verhaftung im Zuge des „Röhm-Putsches“ Ende Juni/Anfang Juli 1934, 1934 Wiederaufnahme in die Reichswehr.

<sup>117</sup> Bruno Ernst Buchrucker war nach seiner Stellung als Organisator der Sammlung, Instandhaltung und kriegsbereite Lagerung von Kriegsmaterial sowie der finanziellen Sammlung von Geldern von der Industrie und der Landwirtschaft für die Schwarze Reichswehr, deren Leitung er ab 1920 innehatte, mit einem Zivildienstvertrag ab 1923 bei der 3. Division/ Wehrkreiskommando III in Berlin mit der gesamten Erfassung der Schwarzen Reichswehr betraut. Buchrucker: Im Schatten Seeckts, S. 12–13 und 27.

Er besuchte mich wiederholt und fasste zu mir Vertrauen: so kam er dazu, mir selbst zu erzählen, was mir Kautter schon berichtet hatte. Buchrucker, ein zweifellos auf dem Gebiete militärischer Organisation hochbegabter Offizier, hatte den Plan gefasst, was er als Beauftragter der Reichswehr aufbaute, zu gegenrevolutionärem Handeln zu benutzen, sobald er stark genug geworden wäre. Er fand insbesondere auf dem flachen Lande und in kleinen Städten in der Umgebung Berlins begeisterte Helfer. Nach und nach hatte er viele Herren aus dem altangesessenen Grundbesitz kennengelernt, die den Offiziersrock nach dem Zusammenbruch ausgezogen hatten und auf ihren Gütern lebten. Sie hatten sich Buchrucker mit Leib und Seele verschrieben und führten ihm aus ihren Kreisen zu, was sie nur konnten.

Buchrucker war der Sohn eines evangelischen Pfarrers aus Oberhessen<sup>119</sup>, durch und durch national eingestellt und ein Todfeind des Novembersystems. So war er in gewissem Sinne seelisch vorherbestimmt, die Rolle, die er sich zugedacht hatte, zu spielen.

In Bezug auf die Stärke, die Buchruckers Schöpfung allmählich gewann, hatte ich nur die Angaben Kautters und gelegentliche Andeutungen, die Buchrucker mir selbst gemacht hatte, zur Verfügung gehabt. Danach sollte er gegen den Herbst des Jahres 1923, als er sich immer mehr mit dem Gedanken beschäftigte, „losschlagen“ zu müssen, 35.000 Mann hinter sich gehabt haben, eine Streitmacht, die zum grossen Teil in der Nähe von Berlin untergebracht war.<sup>120</sup> Gleichzeitig stand er auch in Verbindung mit gleichgesinnten Mecklenburgern und hielt Fühlung mit den im Norden der Provinz Schlesien vorhandenen Kräften.

Nach allem, was ich über die organisatorische Leistung Buchruckers gehört hatte, konnte ich nicht anders, als sie bewundern. Hier war ein einzelner, der als Beauftragter der Reichswehr Truppenverbände zusammengebracht hatte, die, wie man mir versicherte, von der Reichswehr mit neuzeitlichen Waffen versehen waren. So hatte er sich unter Ausnutzung des Umstandes, dass er als Beauftragter des Chefs der Heeresleitung, jedenfalls aber als solcher des Befehlshabers der 3. Reichswehr-Division auftreten konnte, ein kleines Heer geschaffen, das er für seine politischen Pläne einsetzen wollte. Was ihm zudem an Mitteln aus der Landwirtschaft und der Industrie zufloss, und was sich ihm an jungen Offizieren über den von der Reichswehr gezogenen Rahmen hinaus zur Verfügung stellte, schien die Gewähr zu bieten, dass er wohl-

<sup>118</sup> Hermann Ehrhardt versuchte mit seiner Organisation die Schwarze Reichswehr von Bruno Ernst Buchrucker zu infiltrieren und somit ein gemeinsames Vorgehen sicherzustellen. Siehe dazu auch Krüger: *Brigade Ehrhardt*, S. 101–118.

<sup>119</sup> Der Vater, Dr. Buchrucker, war ordentlicher Lehrer am Städtischen Evangelischen Progymnasium in Bad Sobernheim und nahm dort 1877 seine Stelle auf. Er war zuvor Lehrer in Mühlheim a. d. Ruhr. Siehe Mushacke's *Deutscher Schul-Kalender XXVI (2/1877)*, S. 69. Auch Hermann Ehrhardt wuchs in Württemberg in einem evangelischen Pfarrhaus auf.

<sup>120</sup> Im September 1923 hatte Bruno Ernst Buchrucker nach eigenen Angaben im Wehrkreis-kommando III in Berlin und Brandenburg Infanterieregimenter mit 3 Bataillonen und zusammen 12.000 Mann sowie selbstständige Bataillone und Sonderformationen mit insgesamt 6.000 Mann zur Verfügung. Buchrucker: *Im Schatten Seeckts*, S. 32.

gerüstet seinen Schlag würde führen können. Seit der Flucht Ehrhardts hatte er ferner mit diesem persönlich die Fühlung aufgenommen. Dieser hatte ihm einen früheren [General<sup>121</sup>]-stabsoffizier als Verbindungsmann zur Seite gestellt, und es war verabredet worden, dass Ehrhardt in Bayern losschlagen solle, sobald Buchrucker in Berlin zu seinem Unternehmen bereit sein würde.

Kautter, der mich im Nachsommer 1923 öfters in Berlin besuchte, meinte, es sei an der Zeit, nun durch eine gründliche Aussprache mit Buchrucker festzustellen, welches politische Ziel er verfolge, und mit welchen politischen Leuten er es auszuführen gedenke, wenn er sich militärisch durchgesetzt haben würde.

Durch Kautters Vermittlung kam Anfang September 1923 in meiner Wohnung diese Aussprache zustande. Zu ihr hatte ich aus meinem Freundeskreis den Oberfinanzrat *Dr. Bangz* zugezogen, während Buchrucker den Ehrhardt'schen Verbindungsoffizier und seinen politischen Berater mitbrachte. Dieser war der mir bis dahin unbekannt *Dr. Jahnke*<sup>122</sup>, den er uns mit der Erklärung vorstellte, er habe in den letzten Monaten als politischer Sachbearbeiter bei ihm gewirkt, und es sei ihm insbesondere gelungen, die sogenannten „nationalen“ (Zentrums-)Gewerkschaften ganz für seine Sache zu gewinnen. Er erklärte des weiteren, dass er, ganz mit dem militärischen Aufbau beschäftigt, alles Politische *Dr. Jahnke* überlassen habe, nachdem sich bei den ersten Besprechungen herausgestellt hätte, dass dieser wie er selbst ein entschiedener Feind des Novembersystems sei, und nachdem er sich ein Urteil über dessen ausserordentliche Leistungen als „Sabotage-Kommissar“ des Reichsarbeitsministers *Dr. Brauns*<sup>123</sup> während des Ruhrkampfes gebildet habe.<sup>124</sup> Er halte es für richtig, dass er – Buchrucker – sich auf den militärischen Teil beschränke und es *Dr. Jahnke*

---

<sup>121</sup> Einschub im Originalmanuskript.

<sup>122</sup> Kurt Jahnke (1882–1945), 1899 Emigration in die USA und Einbürgerung, im Ersten Weltkrieg u. a. als Agent für die deutsche Regierung vom deutschen Konsul in San Francisco rekrutiert und Sabotageakte gegen die neutrale USA, 1917 deutsche Spionageaktivitäten für einen mexikanischen Kriegseintritt gegen die USA, 1920/21 Rückkehr nach Deutschland, Verbindungsoffizier Brigade Ehrhardt, 1923 Ernennung zum „Reichsbeauftragten für sämtliche Sabotageakte“ für die Reichswehr, 1925–1928 Mitglied des Preußischen Landtages für die DNVP, 1926 Untersuchungsausschuss im Preußischen Landtag zur Verbindung zur Schwarzen Reichswehr und Fememördern, ca. 1934–1939/41 Unterhaltung eines eigenen Nachrichtenbüros („Jahnke-Büro“), das dem Stab von Rudolf Heß angegliedert wurde, 1945 Tötung durch den sowjetischen Geheimdienst.

<sup>123</sup> Heinrich Brauns (1868–1939), 1919 Mitglied der Nationalversammlung für die Zentrumsparterie, 1920–1933 Mitglied des Reichstages für die Zentrumspartei, 1920–1928 Reichsarbeitsminister, während des Ruhrkampfes heimlicher Kontaktmann zum passiven Widerstand für die Regierung Wilhelm Cuno.

<sup>124</sup> Zu den Absprachen zwischen militärischen und zivilen Behörden im Vorfeld des „Küstriner Putsches“ siehe Sauer: Schwarze Reichswehr, S. 53–60. Kurt Jahnke war Beauftragter der Regierung für die Leitung des Ruhrwiderstandes mit Teilnahme an den Sabotagetrupps durch den Bund Oberland, den Jungdeutschen Orden und von Nationalsozialisten. Er war Verbindungsmann von Bruno Ernst Buchrucker zur Reichskanzlei und den Ministerien. Um den 15.9.1923 erfolgte zusammen mit Ernst Buchrucker und Albrecht von Graef-Goldebee auch ein Treffen in München mit Adolf Hitler und Erich Ludendorff sowie mit Gustav Ritter von Kahr und Otto von Lossow.

überlasse, das von ihm ausgearbeitete politische Programm, sowie die zu treffenden Massnahmen darzulegen, die das Gelingen des Unternehmens gewährleisten sollten.

Der Vortrag Buchruckers war sehr kurz. Er begnügte sich damit, zu sagen, wo überall in der Provinz Brandenburg er Truppen stehen habe, die sehr schnell mobil gemacht werden könnten.<sup>125</sup> Sein Plan sei, Berlin einzuschliessen, indem er alle wichtigen Zugangsstrassen besetze. In der Zitadelle von Spandau, also im Raum von Gross-Berlin selbst, werde er eine besonders vorzügliche Mannschaft unterbringen, die von ausgezeichneten, entschlossenen Offizieren geführt werden solle. Ausserdem liege eine ähnliche Truppe in Fort Hahneberg, ebenfalls unter dem Befehl allerbesten und tapfersten Offiziere. Sowie er das Zeichen gebe, würden sich von Norden, Osten und Süden her Freikorps und Verbände auf Berlin in Bewegung setzen. Vor der Reichswehr brauche er sich nicht zu fürchten. Sie werde nicht auf seine Truppen schiessen.

Nun folgten die endlosen Darlegungen Jahnkes. Er betonte zunächst, dass Buchrucker sich darüber klar geworden sei, dass Deutschland nur durch die Diktatur gerettet werden könne. Sie werde aber nur dann erfolgreich arbeiten, wenn sie ganz rücksichtslos ausgeübt werde: vor allem müsste alle wesentliche Macht beim Diktator selbst vereint werden. Als solcher komme nur Buchrucker in Betracht.

Zum anderen sei sich der künftige Diktator darüber klar, dass er sich, je umfassender seine Machtbefugnisse seien, umso mehr auf das Volk stützen müsse, damit jeder Anschein vermieden werde, als handle es sich bei seinem Unternehmen um Reaktion oder Restauration. Da man mit der pazifistisch und jüdisch geführten Sozialdemokratie nicht zusammenarbeiten könne, blieben nur die christlich-nationalen Gewerkschaften übrig. Mit ihnen sei die engste Verbindung hergestellt, und ihre Führer hätten sich in der eindeutigsten Weise verpflichtet, bei dem Unternehmen mitzutun. Von grösster Bedeutung sei es wegen der Beherrschung der Bahnlinien, dass vor allem die christlich-nationalen Eisenbahner voll für die Pläne Buchruckers gewonnen seien. Sie hätten die Zusicherung gegeben, dass sie imstande und willens seien, jeden Versuch eines Generalstreiks zu verhindern und den Eisenbahnverkehr aufrechtzuerhalten.

Bei der Bedeutung, die den christlich-nationalen Gewerkschaften für das Gelingen des Unternehmens zukomme, habe es Buchrucker als selbstverständlich angesehen, ihnen eine Reihe von Ministersitzen zuzubilligen. Jahnke nannte auch die Namen und die Ämter, die hierfür in Betracht kämen.

<sup>125</sup> Als selbstständige Bataillone für den Grenzschutz führte Bruno Ernst Buchrucker auf: 1. Bataillon unter Major a.D. Hertzner in Küstrin, 2. Bataillon unter Hauptmann a.D. Gutknecht in der Zitadelle Spandau und im Wachregiment Berlin, 3. Bataillon unter Oberstleutnant a.D. Freiherr von Senden in der Zitadelle Spandau und 4. Bataillon unter Hauptmann a.D. Stennes im Fort Hahneberg bei Spandau. Buchrucker: Im Schatten Seeckts, S. 33.

Wir, d. h. Dr. Bang und ich, unterbrachen hier den Vortrag und warfen die Frage auf, ob die Herren sich bewusst seien, dass die christlich-nationalen Gewerkschaften bisher politisch mit dem Zentrum und in sozialen Fragen mit den Sozialdemokraten durch dick und dünn gegangen seien, und dass sie in enger Fühlung mit dem Arbeitsminister Dr. Brauns, ebenfalls einem Zentrumsmanne, ständen. Da müsse man doch befürchten, dass sie ihren alten Bundesgenossen die Pläne Buchruckers bekannt geben würden, wenn dies nicht schon geschehen sei. Jahnke meinte demgegenüber in überlegenem Tone, man könne sich bestimmt auf die Gewerkschaften verlassen.

Nach diesem Einwurf von uns kam Jahnke zur Beschreibung der Rolle, die Buchrucker sich selbst zugedacht hatte; vielleicht hatte ihm Jahnke auch dabei nachgeholfen. Als künftiger Diktator belegte er die Ämter des Reichskanzlers und des Chefs der Heeresleitung, des Reichsaussenministers mit Beschlag. Meinem Freunde Bang war das Reichsfinanzministerium zugedacht, während alle übrigen Ministerstellen im Reich und in Preussen an christlich-nationale Gewerkschaftler gegeben werden sollten.

Bang und ich hielten den Atem an. Ja dieser in Methode gebrachte Wahnwitz erschlug uns zunächst die Rede. Ich schwieg, Bang aber sagte in aller Ruhe: „Wenn Sie bei Ihren Plänen meine Mitarbeit in Betracht ziehen, so sind Sie im Irrtum. Ich kann bei dem Versuche, die jetzt vorgetragenen Pläne zu verwirklichen, nicht mithelfen. Das ist vollkommen ausgeschlossen.“

Buchrucker war durch diese entschiedene Absage offenbar überrascht und fragte: „Ja, um Gottes willen, weshalb denn nicht?“ Bang legte darauf dar, dass die Sozialdemokratie ohne die Hilfe der Gewerkschaften und des Zentrums niemals nur Beherrscherin unserer Gesamtpolitik hätte werden können. Wer die Entwicklung beobachtet habe, wisse, wie verhängnisvoll die Querverbindung zwischen den marxistischen und den katholischen Gewerkschaften sich ausgewirkt habe.<sup>126</sup> Er wolle jetzt nicht von der Gesamtpolitik reden, denn um die Unmöglichkeit des vorgetragenen Planes zu begreifen, genüge es, die zer-

---

<sup>126</sup> Gemeint ist vermutlich die Kooperation zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, die im Stinnes-Legien-Abkommen vom 5.11.1918 ihren Anfang nahm und die Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiter für die Weimarer Republik anerkannte. Die 48-Stunden-Woche wurde eingeführt und die rechtliche Bindung an Tarifverträge vereinbart. Am 4.12.1918 wurde die Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit der Unterstützung fast aller Gewerkschaften gegründet. Der am 12.4.1919 gegründete RDI vertrat die Mehrheit der deutschen Unternehmen. Vor allem die Sozialisierungsfrage und die Rolle der Räte politisierten die Sozialdemokraten und die Kommunisten am Anfang der Republik. Die Christlichen Gewerkschaften verschließen sich trotz unterschiedlicher Zielsetzung und der Hoffnung auf Verhinderung einer grundlegenden Änderung der Wirtschaftsordnung solchen Debatten nicht und beteiligten sich am gewerkschaftlichen Ausbau des Weimarer Sozialstaates. Die Prinzipien von Vereinigungsfreiheit und Verbindlichkeit von Tarifverträgen finden letztlich Eingang in die Weimarer Reichsverfassung vom 11.8.1919 (§ 159 und § 165). Die Konflikte zwischen den parteipolitisch gebundenen Gewerkschaften blieben letztlich bestehen, jedoch fanden sich auch Allianzen wie beim Generalstreik gegen den Kapp-Putsch 1920. Siehe auch Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung, Schneider: Die christlichen Gewerkschaften und Potthoff: Gewerkschaften zwischen Revolution und Inflation.

störende Wirkung zu kennen, die unsere Wirtschaft von der Zusammenarbeit zwischen den beiden Gewerkschaftsgruppen erfahren habe. Es sei doch allgemein bekannt, wie oft die katholischen Gewerkschaften aus Gründen des Wettbewerbs die marxistischen in ihren Forderungen noch überboten hätten. Und nun wolle Herr Buchrucker Leuten, die aus solcher Schule kämen, einen grossen Teil der Staatsverwaltung übergeben: das heisse doch nichts anderes, als die gewerkschaftliche Herrschaft verewigen.<sup>127</sup>

Bang wiederholte seine Ablehnung und sagte dem Major noch: wenn er mit solchen Bundesgenossen die Novemberleute stürzen wolle, brauche er gar nicht erst anzufangen. Buchrucker war offenbar so von der Bedeutung und Urteilsfähigkeit seines Beraters überzeugt, dass er darauf gar nichts erwiderte, sondern diesen antworten liess. Jahnke rühmte nun die ausgezeichnete nationale Gesinnung der katholischen Gewerkschaften. Er verfolge mit seinem Plane doch auch das grosse Ziel, diese von den Einflüssen des Zentrums freizumachen, damit sie unbeschwert hiervon einer nationalen Aufbauarbeit unbeschränkt zur Verfügung ständen.

Nun ergriff ich das Wort und erklärte, umgekehrt sei auch gefahren: die Leute, die zum rechten Flügel des Zentrums gehörten, beschwerten sich darüber, dass der [l]inke Flügel nur dadurch so stark geworden sei, dass ihn die Gewerkschaften gestützt und vorwärts getrieben hätten.

Weil ich es an diesem Tage nicht zum Bruch kommen lassen wollte, sagte ich weiter, ich nähme an, dass das, was Jahnke über die Zusammensetzung der Regierung gesagt habe, noch nicht unbedingt das letzte Wort sei. Darüber müsse man sich noch einmal unterhalten, nachdem wir uns über die Persönlichkeiten der einzelnen von ihnen für die Ministerämter vorgeschlagenen Gewerkschaftler unterrichtet hätten. Jetzt wünschte ich noch zu wissen, wie man mit *Ebert* und *Seeckt* fertig zu werden glaube.

Dr. Jahnke meinte, der Reichspräsident werde sich wohl mit den zu schaffenden Tatsachen abfinden, denn er sei im Grunde genommen doch ein nationaler Mann, der schon viel Wasser in seinen marxistischen Wein habe giessen müssen. Anders sei es mit *Seeckt*. Es sei schon ein fast nur aus Offizieren bestehender Trupp bereit, der ihn im gegebenen Augenblick festnehmen werde. Buchrucker se[l]bst werde a[n] der Spitze dieser zum äussersten entschlossenen Männer in *Seeckts* Wohnräume eindringen und ihn verhaften. Man werde von ihm dann seinen Rücktritt verlangen, aber es sollte ihm kein Haar gekrümmt werden.

Ich schloss nun die Besprechung mit dem Hinweis, dass wir uns genau überlegen müssten, was wir gehört hätten. Wir würden dann, wenn wir uns klar geworden seien, um eine Fortsetzung der Unterhaltung bitten. Ich geleitete die Herren bis auf die Diele. Als ich zurückkehrte, fand ich Bang fassungslos auf der alten Stelle sitzend. Zunächst brachte keiner von uns ein Wort her-

<sup>127</sup> Siehe zur alldeutschen Ständestaatsidee u. a. die Werke von Paul Bang. Siehe dazu Niederstedt. Rechtsradikale Wirtschafts- und Gesellschaftsvorstellungen.



vor; dann brach es aus Bang heraus: „Hat man schon je einen verbrecherischen Wahnwitz gehört?“

Obwohl in mir durch den Lauf der Unterredung alles aufgewühlt war, blieb ich doch viel ruhiger und bemerkte, das sei ja die Tragödie unserer Aufbauarbeit, dass sich die vollziehenden Kräfte für sie nicht finden liessen, weil die Führer der militärischen Verbände aus Urteilsangel, Ehrgeiz, Neid oder Grössenwahn sich auch zur letzten politischen Leitung berufen hielten. Was wir bisher auf diesem Gebiet erlebt hätten, sei schon schlimm genug gewesen. Nun werde es durch Buchruckers Verhalten noch übertrumpft.

Dieser Offizier hatte es durch die bei deutschen Menschen seltene Verbindung von nationaler Gesinnung und organisatorischer Fähigkeit dahin gebracht, für seinen Zweck ein Privattheer von (angeblich) 35.000 Mann zur Verfügung zu haben, abgesehen von dem, was ihm aus Mecklenburg und der Lausitz noch zufließen sollte. Er hatte es verstanden, seine Truppe – immer nach seinen Behauptungen – mit allen Waffen zu versehen, die für den bevorstehenden Kampf notwendig waren – kurz, er war durch sein Verdienst eine Macht geworden. Und nun sahen wir ihn auf dem sicheren Wege, diese Macht zu zertrümmern, weil er politisch genau so ahnungslos war wie die Freikorpsführer, mit denen wir bisher zu tun gehabt hatten. Es war ein Jammer, dass nun auch dieser „Aufwand schmäählich vertan“ werden sollte.

Bang war auch im weiteren Verlaufe des Gesprächs entsetzt. Ich suchte ihn mit der Versicherung zu trösten, das ich durch einen geeigneten Mittelsmann versuchen würde, Buchrucker von der Politik Jahnkes abzubringen. Ich liess deshalb sofort Nachricht an Ehrhardt ergehen, und dieser schickte mir umgehend seinen politischen Sachbearbeiter, Kapitänleutnant *Kautter* zu. Ihm erzählte ich alles Erlebte, und er war genau so entsetzt wie Bang und ich. Er meinte aber, wir sollten uns nicht zurückziehen. Das Schwergewicht bei der Ausführung von Buchruckers Plänen werde ja nicht bei Jahnke liegen, sondern bei den Offizieren, und da seien doch an den wichtigsten Stellen nur Ehrhardt-Leute, die nicht daran dächten, eine solche Politik mitzumachen. Diese würden so bleiben, wie es zwischen uns und seinem „Chef“ verabredet sei.

Dies war für mich kein Trost; noch weniger erblickte ich darin eine Sicherheit, die uns die Zusammenarbeit mit Buchrucker erlauben könnte. Um aber den Versuch zu machen, den in so vielem vortrefflichen Offizier und das von ihm Geschaffene für den Aufbau zu retten, bat ich meinen Freund *Gok*, Buchrucker aufzusuchen und ihn, wenn irgend möglich, unter vier Augen, d. h. vor allem in Abwesenheit von Jahnke, zu sprechen. Er tat das sofort und wurde von Buchrucker, der in Begriff war, wegzufahren, an seinen Stabschef Oberleutnant *Schultz*<sup>128</sup> verwiesen, mit dem er eine zweistündige Unterredung hatte. Er berichtete mir darüber unmittelbar nachher.

---

<sup>128</sup> Gemeint ist vermutlich Oberleutnant a. D. Paul Schulz (1898–1963), Mitglied der Freikorps u. a. im Baltikum, 1920 Beteiligung am Kapp-Putsch, Entlassung aus der Reichswehr und private Wiederanstellung, 1922 Wehrkreiskommando III, 1923 Küstriner Putsch und Verhaftung, Fememorde der Schwarzen Reichswehr in Preußen, 1930 NSDAP und SA, 1932

Gok, der ganz in unserer Gedankenwelt lebte und die Fähigkeit hatte, diese verständlich und eindrucksvoll zu vertreten, sagte Schultz<sup>129</sup> alles, was er angesichts der ihm mitgeteilten Pläne auf dem Herzen hatte. Insbesondere stellte er ihm vor, dass das, was er militärisch aufgebaut habe, gewissermassen die „letzte Reserve“ der völkischen Bewegung sei, mit der dem Novemberspuk vielleicht ein Ende bereitet werden könne. Gok berichtete mir auch, dass er Schultz<sup>130</sup> genau auseinandergesetzt habe, wie ich seit einem Vierteljahrhundert im Kampf um die Rettung Deutschlands stehe, und wie zutreffend mein Urteil sich durchweg erwiesen habe. Er habe ihn gewarnt, einem politischen Neuling zu folgen, der seinen Plan neben den militärischen Kräften Buchrucksers auf die Zentrumsgewerkschaften aufgebaut habe.

Alles war vergeblich. Der genannte Offizier versicherte, dass er und Buchrucker die ganzen Fragen unzählige Male mit ihrem politischen Berater durchgesprochen und nie einen Widerspruch wahrgenommen habe. Gok schied von dem Unbekehrbaren mit der Gewissheit, dass auch diese Möglichkeit jammervoll ungenützt bleiben werde.

Nach diesem letzten Versuch konnten wir nichts anderes tun, als Buchrucker seinem Schicksal überlassen. Wir hörten durch unsere Verbindungsleute im ganzen Lande, wie wirksam sein Aufgebot war, indem von allen Seiten die verwegenen Leute sich in Berlin sammelten, um im gegebenen Augenblicke bereitzustehen. Es wurde uns mitgeteilt, dass der grosse Schlag Ende September geführt werden sollte.

### 6.15. Letzter Besuch bei Seeckt

Im Hinblick auf diese Möglichkeit wurde ich von meinen Freunden von neuem gedrängt, mit dem Chef der Heeresleitung Fühlung zu nehmen. Ich hatte das seit meinem Mai-Besuch im Reichswehrministerium immer abgelehnt und, was *Seeckt* betraf, darauf hingewiesen, dass ich überzeugt sei, von ihm eine nichtssagende Antwort zu erhalten oder gar mit einer Unwahrheit abgespeist zu werden. Massgebend waren für mein Urteil die Widersprüche, die zwischen seinen Äusserungen zu mir und zu General von Below über die Möglichkeit einer Kriegführung durch das Reich vorlagen. Alles in allem: ich hatte jedes Vertrauen zum Reichswehrministerium sowie zu Seeckt verloren und keine Lust, mich von diesen Stellen irreführen zu lassen.

Als aber nun das zum Abenteuer gewordene Unternehmen Buchrucksers vor sich gehen sollte, bestürmten mich meine Freunde, den General trotz alledem aufzusuchen. Schliesslich willigte ich ein und bat General *von Berendt*,

---

Mitglied des preussischen Landtags für die NSDAP, 1934 nach „Röhm-Putsch“ ins Ausland und nach 1945 Unternehmer in Westdeutschland. Siehe auch Buchrucker: Im Schatten Seeckts, S. 9 sowie Luetgebrune: Wahrheit und Recht.

<sup>129</sup> Gemeint ist vermutlich Oberleutnant a.D. Paul Schulz.

<sup>130</sup> Gemeint ist vermutlich Oberleutnant a.D. Paul Schulz.

wegen meines Besuches mit Seeckt zu reden. Dies geschah, und der Besuch wurde auf den Vormittag des 24. September vereinbart.<sup>131</sup>

Gerade in der allerletzten Zeit vor diesen Tagen hatten wir viele Besucher aus dem Lande bei uns auf der Geschäftsstelle des Alldeutschen Verbandes, fast durchweg Grossgrundbesitzer aus allen Teilen Deutschlands. Auch wenn diese nicht Mitglieder unseres Verbandes waren, so erblickten sie in uns doch die entschiedenste Gruppe der nationalen Opposition und vor allem die einzigen offenen Vertreter der Diktatur. Deshalb hatte sich eine Art von Gewohnheit herausgebildet, dass die Herren nach Besuchen bei Seeckt bei uns vorsprachen, um mit uns die politischen Ansichten zu erörtern, die aus den Erklärungen dieses Generals oder seiner nächsten Umgebung herausgelesen werden konnten.

Diese waren nun ein Tohuwabohu sondergleichen. Im grossen und ganzen hatten die Herren von Seeckt den Eindruck, dass er nie zu einem Entschluss kommen werde, während seine Leute immer wieder versicherten, er werde dann und dann bestimmt handeln. Wie oft hatten wir es erlebt, dass nicht nur bestimmte Tage, sondern sogar die Stunden vorhergesagt wurden, an denen Seeckt die Macht ergreifen würde. Wenn dann die so belehrten Herren wiederkamen und Major *von Schleicher* fragten, weshalb nichts geschehen sei, bekamen sie zu hören, dass irgendein Hindernis dazwischen gekommen sei – aber übermorgen werde der Schlag bestimmt geführt werden.

Andererseits wussten wir genau, dass und mit welchen Leuten der General wegen der Bildung eines sogen. Direktoriums verhandelte, in dem nach Beseitigung des Reichskabinetts ausser ihm selbst nur noch 4, höchstens 5 Mitglieder sitzen sollten, wobei es ihm angeblich vor allem darauf ankam, die deutsche Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen.<sup>132</sup>

Gerade in der Frühe des Besuchstages erhielten wir eine sehr bestimmte Nachricht, die Seeckts Entschlusslosigkeit besonders beleuchtete. Ich sagte deshalb meinen nächsten Mitarbeitern, dass es wirklich keinen Zweck habe, sich mit einem Manne abzugeben oder sich um ihn zu bemühen, von dem man überzeugt sei, dass er nie etwas wagen würde.

Ich wollte deshalb den verabredeten Besuch unter irgendeinem Vorwande absagen. Diesem Vorhaben widersprachen aber meine Freunde, besonders im Hinblick auf die von allen Seiten kommenden Nachrichten, dass Deutschland einem Ameisenhaufen gleiche, und dass, abgesehen von Buchrucker, von fünf oder sechs Stellen behauptet werde, dass gewaltsame Unternehmungen bevorstünden. Man stellte mir vor, dass der Chef der Heeresleitung hiervon doch auch unterrichtet sein müsse, und dass es mir vielleicht gelingen würde, seine Absichten gegenüber diesen Plänen herauszu[be]kommen. So widerwärtig es

---

<sup>131</sup> Siehe auch Aussage Hans von Seeckt vor dem Landgericht I in Berlin 25.1.1924, in BA-Berlin, R 3001, Bd. 12008, Bl. 53 sowie Meier-Welcker: Seeckt, S. 374–375 und Carsten: *The Reichswehr and Politics*, S. 163–195.

<sup>132</sup> Hans von Seeckt stand für solche Direktoriumspläne seit Herbst 1922 mit Gustav von Kahr in Kontakt und unterhielt ebenso Verbindungen u. a. zu Erich Ludendorff und zu Friedrich Minoux vom Stinnes-Konzern. Siehe Kapitel 6.21.

mir war, fügte ich mich diesem Rat, besonders wegen des Generals von Bendt, der sich meinethalben bemüht hatte.

Auf dem kurzem Wege von der Geschäftsstelle des Alldeutschen Verbandes<sup>133</sup> bis zur Dienstwohnung des Chefs der Heeresleitung in der Bendlerstrasse überlegte ich mir, wie ich bei der bevorstehenden Unterhaltung vorgehen solle. Ich kam zu dem Schluss, es sei am besten, dem General zu sagen, dass ich aus den verschiedensten Teilen des Reiches Nachrichten von Putschabsichten hätte, und dass meine politischen Freunde von überall her bei mir anfragten, wie sie sich verhalten sollten, wenn es zu ihrer Verwirklichung komme. Ich stünde auch in dieser Frage vollkommen auf dem Boden meiner Anschauung, die ich bei dem Vorhaben nationaler Gruppen gegen die Franzosen an der Ruhr im Frühjahr vorgetragen hätte, dass nämlich der Alldeutsche Verband nicht anders könne, als im Sinne der Heeresleitung handeln, also in diesem Falle, seine Ratschläge in deren Sinne erteilen. Deshalb bäte ich den General um Bescheid, wie er zu verfahren gedenke, wenn es wirklich da oder dort zu gewaltsamen Ausbrüchen komme. Bei diesem Plane blieb ich, wie man sehen wird, nicht ohne ein bestimmtes Ergebnis zu erzielen.

In der Dienstwohnung des Generals angelangt, musste ich einige Minuten warten, da vor mir noch ein anderer Besucher abgefertigt werden musste. Binnen kurzem trat *Graf Reventlow*<sup>134</sup> aus Seeckts Arbeitszimmer; wir machten beide erstaunte Augen, als wir uns hier trafen, und wechselten einen Händedruck, dann ging ich zu dem General.

Die Begrüßung war freundlich, wie in den früheren Fällen, und ich trug mein Anliegen vor. Wiederum dankte Seeckt für meine Loyalität und sagte, dass man im Reichswehrministerium dieselben Nachrichten habe wie wir. Er nannte mir dabei fünf Namen von „Putschisten“, die in diesen Tagen losschlagen wollten. Es waren *Ludendorff, Ehrhardt, Admiral Heinrichs* [sic]<sup>135</sup> (*Bre-*

<sup>133</sup> Die Geschäftsstelle des ADV befand sich am Lützowufer 5a, II in Berlin-Tiergarten.

<sup>134</sup> Graf Ernst zu Reventlow (1869–1943), 1888–1899 Kaiserliche Marine, 1899–1905 landwirtschaftlicher Pflanzler in Mittelamerika, danach publizistische Tätigkeit u. a. beim Berliner Tagblatt und für die Tägliche Rundschau, die Deutsche Tageszeitung sowie die Kreuz-Zeitung, 1912 Mitglied des Vorstandes des Verbandes gegen die Überhebung des Judentums sowie der Hauptleitung des ADV, 1908–1914 Hauptschriftleiter der Alldeutschen Blätter, 1916 Mitglied des UADF, 1919 Gründungsmitglied des Nationalen Klubs, 1920–1933 Herausgeber des Reichswart, 1922 Mitbegründer der DVFP (1927 Austritt), 1924 Mitglied des Reichstags für die NSFP, 1927 Mitglied der NSDAP, 1934–1936 Deutsche Glaubensbewegung.

<sup>135</sup> Gemeint ist Admiral Paul Heinrich (1871–1927), 1907–1910 Admiralstab der Marine, 1914 Stabschef des Oberbefehlshabers der Ostseestreitkräfte und 1915 Stabschef beim Stab Oberleitung in der östlichen Ostsee, 1917 I. Führer der Torpedoboote, 1918 Befehlshaber der Torpedobootstreitkräfte, 1918 Inspektor des Unterseebootwesens, 1919 Chef der Marinefriedenskommission in Versailles, 1920 zur besonderen Verwendung des Chefs der Admiralität und Ausscheiden aus der Marine, in den 1920er Jahren Kontakt zu dem führenden Mitglied der DNVP, des Stahlhelms und engen Vertrauten Alfred Hugenbergs, Otto Schmidt(-Hannover), sowie zu General a.D. Otto von Below, mit Wohnsitz in Bremen Leitung der Führergruppe aller vaterländischen Verbände des Nordens, nach Gesprächen auch mit Gustav Ritter von Kahr, Hans von Seißer und Otto von Lossow im Herbst 1923 Teilnahme an Gesprächen zu Diktaturplanungen.

men), Hitler<sup>136</sup> und General von Lettow-Vorbeck.<sup>137</sup> Er fügte dann mit grösster Eindeutigkeit hinzu, dass er jedes gewaltsame Unternehmen jetzt nicht nur als ein Verbrechen gegen das Vaterland ansehe, sondern auch als eine ausserordentliche Dummheit. Selbstverständlich empfahl er mir bei dieser Einstellung, bei Anfragen von ausserhalb auf das allerentschiedenste von solchen Versuchen abzuraten. Dies sagte ich ihm zu[.]

Im Hinblick auf die Andeutung, die Seeckt dem General Otto von Below gemacht hatte, knüpfte ich daran die weitere Frage, was geschehen würde, wenn trotzdem da oder dort losgeschlagen würde. Und nun erhielt ich, gewissermassen herausgestossen, die Antwort: „Dann werde ich auf rechts genauso schiessen lassen wie auf links, solange ich ein Maschinengewehr zur Verfügung habe, und solange ein Mann meinem Befehl folgt.“ Nun wusste ich, was ich wissen wollte und betonte nochmals, dass ich meine Ratschläge ganz in seinem Sinne einrichten würde. Dabei schoss es mir durch den Kopf, was ich mir dann auf dem Rückwege genau überlegte, was es wohl bedeute, dass sich unter den Namen der putschverdächtigen Personen derjenige Buchrucksack nicht befand.

Nachdem ich die erwähnte Antwort erhalten hatte, hätte ich gehen können. Aber ich wollte doch sehen, ob ich noch irgendetwas über die Absichten des Generals erfahren könnte. Ich sagte deshalb, ich hätte den Eindruck der äussersten Zuspitzung der inneren Lage, was bei der rasenden Ausbreitung der Inflation nicht verwunderlich sei. Ich käme daher auf meine früher geäusserte Ansicht zurück, dass allein die Diktatur Ordnung stiften könne.

Der General antwortete, der Lauf der Entwicklung werde von ihm genau verfolgt. Aber er dürfe sich von niemanden drängen lassen, sondern müsse den Zeitpunkt selbst bestimmen. Er glaube, das Richtige sei, ein Direktorium zu bilden, in dem die besten Männer der Wirtschaft sässen, selbstverständlich nur Leute, die grösstes Ansehen in den weitesten Kreisen genössen.

Als ich nun meinte, diesem Direktorium werde hoffentlich der jetzige Reichskanzler Stresemann<sup>138</sup> nicht angehören, fuhr er unwillig auf und sagte,

---

<sup>136</sup> Adolf Hitler sagte Claß bei einem Treffen Ende April 1923, er werde in drei Tagen München, in drei Wochen Bayern und in drei Monaten das Reich für sich eingenommen haben. Gordon: Hitlerputsch 1923, S. 188–189.

<sup>137</sup> Paul von Lettow-Vorbeck (1870–1964), 1894 Kommandierung zum Großen Generalstab, 1900–1901 als Adjutant der 1. Ostasiatischen Infanterie-Brigade Teilnahme an der Niederschlagung des Boxeraufstandes in China, 1904–1907 Erster Adjutant im Stab des Kommandeurs der Schutztruppe Lothar von Trotha (Niederschlagung des Aufstandes und genozidaler Krieg gegen die Herero und Nama), 1913 Kommandeur der Schutztruppe in Kamerun, 1914–1918 Kommandeur der Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika, 1919 Kommando der Marine-Division des Garde-Kavallerie-Schützen-Korps, Führer des Korps-Lettow gegen linksradikalen Aufstand in Hamburg, 1920 vollziehende Gewalt während des Kapp-Putsches in Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, 1920 Entlassung aus der Reichswehr, 1924 Großhandelskaufmann in Bremen, 1928–1930 Mitglied des Reichstags für die DNVP, 1930 Übertritt zur VKV.

<sup>138</sup> Gustav Stresemann (1878–1929), 1901 Stellvertretender Vorsitzender des Nationalsozialen Vereins von Friedrich Naumann in Dresden, 1902 Geschäftsführer des Bezirksvereins Dresden-Bautzen des Bdl, 1902–1908 Syndikus des exportabhängigen Verbandes sächsi-

das sei nun echt deutsch; wenn etwas vorbereitet werde, passe dem einen dieser, dem anderen jener nicht, aber darum könne er sich nicht kümmern, und er lasse sich von niemand Vorschriften machen. Um diesem mir unbegreiflichen Ausbruch die Spitze abzubrechen, sagte ich, es denke niemand daran, ihm Vorschriften zu machen. Er habe aber selbst davon gesprochen, dass die Mitglieder des Direktoriums allgemeines Vertrauen geniessen müssten.

Nun tat Seeckt die für einen Mann seines Verstandes merkwürdige Äusserung, es komme nicht darauf an, wer jemand sei, sondern was er leiste, was ich mit der Bemerkung quittierte, es könne eben doch nur jemand etwas leisten, der etwas sei. Ich versicherte dem General dann nochmals, dass ich mit meinen Freunden ganz in seinem Sinne handeln würde. Das konnte ich umso eher zusagen, als ich über die politisch verzweifelte Lage des Buchrucker-Unternehmens aus erster Quelle unterrichtet war. Ich verabschiedete mich darauf, und beim Auseinandergehen war der General durchaus freundlich.

Von Buchrucker hatte ich selbstverständlich mit keiner Silbe gesprochen, da sein Name von Seeckt nicht genannt worden war. Auf dem Heimwege überlege ich mir nun, was das zu bedeuten habe. Der Chef der Heeresleitung, der sich als Allwissender über alle möglichen Putschpläne, auch wo sie gar nicht bestanden, aufgespielt hatte, sollte nicht wissen, dass in seiner nächsten Nähe, ja im Dienste der Reichswehr Major Buchrucker ein Privattheer gebildet hatte, das nach seinen Absichten zur Beseitigung der damaligen Regierungsgewalten einschliesslich des Chefs der Heeresleitung dienen sollte? Sollte der Allwissende wirklich hiervon gar nichts erfahren haben? Sollte er ganz ohne Nachricht darüber geblieben sein, was der im Hause des Wehrkommandos III in der Kurfürstenstrasse zu Berlin tätige Organisator der „Schwarzen Reichswehr“ neben der ihm übertragenden Aufgabe noch weiter betrieb? War es denkbar, dass die massgebenden Leute des Wehrkreises über all das ohne Ahnung waren, was unzählige andere wussten?<sup>139</sup>

Und wenn Seeckt irgendetwas davon erfahren hatte, was war der Grund dafür gewesen, dass er mir Buchrucker nicht genannt hatte? Ich konnte mir kein richtiges Bild von diesen Zusammenhängen machen. Als ich später die schon erwähnte kleine Schrift Buchruckers „Im Schatten Seeckts“<sup>140</sup> gelesen hatte, kam ich zu der Meinung, dass Seeckt wirklich von der über den Rahmen seines Auftrages hinausgehenden Tätigkeit des Majors nichts wusste, ja sogar,

---

scher Industrieller, 1902–1918 Mitglied des ADV über den Eintritt in die Ortsgruppe Dresden, Mitglied des Deutschen Flottenvereins und der Deutschen Kolonialgesellschaft, 1903 Mitglied der NLP, 1906–1912 Mitglied des Dresdener Stadtrates, 1907–1912 und 1914–1918 Mitglied des Reichstages für die NLP, 1916 Mitglied des UADF, 1917–1918 Parteivorsitzender und Fraktionsvorsitzender der NLP im Reichstag, Frühjahr 1918 Austritt aus dem Alldeutschen Verband, 1918 Gründungsmitglied und Vorsitzender der DVP, 1919–1920 Mitglied der Nationalversammlung und 1920–1929 Mitglied des Reichstages für die DVP, 1923 Reichskanzler, 1923–1929 Außenminister.

<sup>139</sup> Das Wehrkreiskommando III in Berlin wurde geführt von General Rudolf von Horn, dem Chef des Stabes Oberst Fedor von Bock und Oberstleutnant Held. Zum Personal und den Verbindungsoffizieren siehe auch Luettgebrune: Wahrheit und Recht, S. 15–25.

<sup>140</sup> Buchrucker: Im Schatten Seeckts.

dass sie den Herren des Wehrkreises nicht bekannt geworden war. Wenn ich damit recht hatte, war nur die Frage, entweder: wie mangelhaft war der Nachrichtendienst der obersten militärischen Stellen, oder: wie gross war die Kunst des Verheimlichens bei Buchrucker und seinen Mitarbeitern!

Mit diesem Besuche haben meine Beziehungen zu Herrn von Seeckt ihr Ende gefunden. Es wird später noch einmal darauf zurückzukommen sein, da ein paar Monate hernach vom „Reichskommissar für die öffentliche Sicherheit“<sup>141</sup> eine hochnotpeinliche Untersuchung veranlasst wurde, weil angeblich zwei aus München gekommene Fanatiker einen Mordanschlag gegen den General von Seeckt entworfen hatten, der im Januar 1924 in Berlin ausgeführt werden sollte.<sup>142</sup> Hier bemerke ich schon, dass die beiden Angeklagten aus Rechtsgründen freigesprochen wurden, weil unter Mithilfe der preussischen Polizei festgestellt wurde, dass ein Oberregierungsrat der erwähnten Reichsbehörde geradezu die Arbeit eines „Agent provocateur“, also eines Förderers des behaupteten verbrecherischen Planes, geleistet hatte.

Auch darüber werde ich an der gegebenen Stelle berichten, sowie, dass ich in diese Angelegenheit verwickelt wurde, und dass in der zweiwöchigen Schwurgerichtsverhandlung in Berlin der General und ich als Zeugen vernommen wurden. Dabei liess Herrn von Seeckt sein Gedächtnis so sehr im Stich, dass er unter Eid behauptete, ich hätte ihn am 24. September 1923 zu einer hochverräterischen Handlung veranlassen wollen, was er aufs deutlichste abgelehnt habe. Ich musste ihm mit aller Schärfe entgegentreten und ins Gedächtnis zurückzurufen versuchen, weshalb ich bei ihm gewesen sei, und dass bei den Erkundigungen, die ich einzog, kein Gedanke daran mitspielte, dass ich selbst etwas Gewalttätiges unternehmen und die Mitwirkung des Generals dabei nachsuchen wollte. Schon jetzt spreche ich aus, dass die Haltung Seeckts in dieser Angelegenheit mir gegenüber sowohl bei seiner Aussage vor dem Untersuchungsrichter als auch später vor dem Schwurgericht nicht von vornehmer Gesinnung zeugte.

---

<sup>141</sup> Das Reichskommissariat für Überwachung der öffentlichen Ordnung wurde im August 1920 als Nachrichten- und Informationsstelle für die Reichsregierung gegründet und 1929 aufgelöst, als die Aufgaben von der Nachrichtensammelstelle im Reichsinnenministerium übernommen wurden.

<sup>142</sup> Siehe Kapitel 6.22. 1924 wurde ein Untersuchungsverfahren wegen des Vorwurfs der Planung eines Attentats gegen Hans von Seeckt mit anschließendem Gerichtsprozess (25.5.–5.6.1924) gegen den am 16.1.1924 festgenommenen ehemaligen Oberleutnant Alexander Thormann und den am 17.1.1924 festgenommenen nationalsozialistischen Fabrikanten Gottfried Grandel im Juni 1924 eingeleitet. Nachdem Grandel Claß in ersten Vernehmungen als Anstifter eines solchen Attentatsplanes genannt hatte, wurde auch Claß am 22.1.1924 als Zeuge geladen. Auch Seeckt sprach in seiner Zeugenaussage am 25.1.1924 davon, dass bei einem Gespräch mit Claß am 24.9.1923 der Vorsitzende des ADV von der Notwendigkeit einer „Diktatur“ sprach und Seeckt für solche Umsturzplanungen versuchte zu gewinnen. Claß sagte im Thormann-Grandel-Prozess im Mai 1924 als Zeuge vor Gericht aus. Die umstrittenen Untersuchungen des Reichskommissariats für öffentliche Ordnung konnten letztlich die Rolle von Claß in diesem Verfahren nicht vollends aufklären, sodass das Gerichtsurteil auch zu keiner Verhaftung von Claß führen konnte. Siehe dazu auch Chamberlain: Der Attentatsplan gegen Seeckt, S. 425–440.

## 6.16. Buchruckers Ende

Am 26. September hatte ich nun eines der seltsamsten Erlebnisse meines Daseins. Kurz vor 9 Uhr vormittags wurde ich von dem *Verbindungsoffizier Ehrhardts* bei Buchrucker angerufen, er müsse mich in dessen Auftrag sofort sprechen. Ich erwiderte ihm, dass ich im Begriff sei, auf die Geschäftsstelle des Alldeutschen Verbandes zu gehen, wo ich um 9 Uhr bereits Besucher erwartete, die ich nicht im Stich lassen könne. Der Offizier sagte, er sei im Gebäude des Wehrkreiskommandos in der Kurfürstenstrasse und könne in fünf Minuten am Lützowplatz sein. Er bat mich, dorthin zu kommen; dazu erklärte ich mich bereit.

Als wir uns wenige Minuten später am Landwehrkanal trafen<sup>143</sup>, sagte mir der Offizier, er freue sich, dass er mir so glückliche Nachrichten überbringen könne. Nun berichtete er, dass die Notwendigkeit zu irgendwelche[m] gewalttätigen Vorgehen weggefallen sei; denn gestern Nachmittag um 5 Uhr sei eine Abordnung der nationalen Gewerkschaften bei *Ebert* gewesen und habe ihm als eigenen Plan zur Rettung Deutschlands den Vorschlag unterbreitet, eine neue Regierung zu bilden, an deren Spitze Buchrucker stehen solle; die übrigen Vorschläge hätten genau dem entsprochen, was Jahnke Bang und mir vorgetragen habe. Ebert sei vollständig einverstanden gewesen und habe sich bereit erklärt, diesen Umschwung zu vollziehen. Die Herren sollten die Sache nur noch mit General *von Seeckt* ins reine bringen.

Ich fragte zunächst nur, ob dies geschehen sei, und bekam zur Antwort, dass dieselbe Abordnung, die gestern beim Reichspräsidenten gewesen sei, heute um halb 12 Uhr beim Chef der Heeresleitung vorsprechen werde. Sie seien sicher, dass um 1 Uhr Buchrucker an der Spitze des Reiches stehen und alles erreicht haben werde, was für den Antrieb der nationalen Diktatur erforderlich sei. Buchrucker lasse mich fragen, ob der Alldeutsche Verband unter diesen Umständen bereit sei, zu helfen. Als die Hauptsache erscheine ihm nun, dass Gewalt und Blutvergiessen vermieden werde.

Als der Verbindungsoffizier am Ende war, forderte ich ihn auf, sich den Baum genau zu betrachten, unter dem wir jetzt am Lützowufer standen, damit er später wisse, wo er das gehört habe, was ich ihm jetzt zu sagen hätte. Dann sagte ich ihm, eine Zusammenarbeit komme jetzt gar nicht in Betracht, denn mit einem Toten gebe es keine solche. Major Buchrucker aber sei ein toter Mann, wenn er nicht sofort Berlin verlasse. Der Offizier machte grosse und höchst verwunderte Augen und fragte, ob ich denn die Grösse dieses Augenblicks gar nicht begreifen könne. Ich erwiderte nur: „Ja, ist man denn im Lager Buchruckers so sehr von allen guten Geistern verlassen, dass man nicht einsehen, dass der Besuch der Gewerkschaftsführer bei Ebert für das ganze Unternehmen tödlich ist? Wenn ein solcher bei Seeckt zustande kommt, wird er so gut wie sicher nur das Ergebnis haben, dass man die Leute verhaftet.“

<sup>143</sup> Vermutlich fand dieses Treffen in der Nähe der Geschäftsstelle des ADV am Lützowufer 5a in Berlin-Tiergarten statt.



Nun ging der Offizier noch weiter aus sich heraus und behauptete, im Laufe des gestrigen Spätnachmittags hätten die Gewerkschaftler Fühlung mit dem Grafen Westarp, mit den Deutschnationalen, mit Wangenheim für den Reichslandbund, sowie mit den Leuten vom rechten Flügel des Zentrums und der Deutschen Volkspartei genommen.<sup>144</sup> Diese hätten wie jene ihre Mitwirkung zugesagt. Ich erwiderte, das hielte ich für vollkommen ausgeschlossen. Ich könne nur wiederholen, Buchrucker sei ein toter Mann, und das so trefflich vorbereitete Unternehmen sei gescheitert, ehe es begonnen habe. Der Offizier fragte dann noch, wo er Bang treffen könne, um dessen Urteil zu hören. Ich entgegnete, mit ihm träfe ich um 10 Uhr auf der „Deutschen Zeitung“ zusammen. Dort könne er ihn sprechen. Dann ging ich auf die Geschäftsstelle, wo mich *Graf Westarp* bereits erwartete.

Der Graf war eigens gekommen, um sich zu erkundigen, ob wir über die Absichten Buchruckers Genaueres wüssten.<sup>145</sup> Ich teilte ihm in aller Kürze mit, was wir neulich durch den Major und seinen politischen Berater erfahren hat-

<sup>144</sup> Siehe zu diesen Treffen mit Kuno Graf Westarp und Oskar Hergt am 23.9.1923 sowie vermutlich am 26.9.1923 mit Konrad von Wangenheim für den Reichslandbundes die Materialsammlung des Generalleutnants z. V. Liebert über die Beziehungen der Heeresleitung zum Kabinett Stresemann und ihre Einstellung zur deutschen Innenpolitik vom September bis November 1923, in AdR. Die Kabinette Stresemann I/II, Bd. 2, S. 1176 ff. Das Krisenjahr 1923 spaltete die DNVP in einen gouvernementalen und einen oppositionellen Flügel der Partei. Zum ersten Flügel gehörten Karl Helfferich und Oskar Hergt, während Alfred Hugenberg dann ab 1926 langsam zum Wortführer des fundamentaloppositionellen Flügels avancierte und von den alldeutschen Parteimitgliedern der DNVP-Reichstagsfraktion, die sich vor allem im Deutschvölkischen Reichsausschuss seit 1922 sammelten, sowie in zahlreichen Landesverbänden unterstützt wurde. Kuno Graf Westarp war bis zur Übernahme des Vorsitzes der DNVP-Reichstagsfraktion (1925–1929) politisch beim oppositionellen Flügel einzuordnen, bevor er seinen Kurs mäßigte. Noch 1923 gehörte Westarp als führendes Mitglied der DNVP-Führung zu denjenigen, die nicht an eine Regierungsbeteiligung der DNVP glaubten und im Herbst 1923 bereits Hoffnungen auf einzelne Ministerposten hegten. Statt an eine Überwindung der politischen Krise durch das parlamentarische System zu glauben, traf sich Westarp am 23.9.1923 zusammen mit anderen führenden Deutschnationalen mit Hans von Seeckt zu Gesprächen über eine führende Rolle Seeckts bei einer zukünftigen Diktatur. Siehe Carsten: *The Reichswehr and Politics*, S. 165. Ähnlich wie Claß wurde Westarp enttäuscht von einem fehlenden Willen Seeckts, sich solchen Plänen von Seiten der politischen Parteien und Verbände zu unterstellen. Die Ernennung von Wilhelm Marx zum Nachfolger von Gustav Stresemann als Reichskanzler sowie die Unterstützung Seeckts für die neue Regierung, der die DNVP nicht angehörte, vertiefte die Skepsis gegenüber Seeckt. Siehe auch Jones: *Kuno Graf Westarp*.

<sup>145</sup> Kuno Graf Westarp gehörte zum alten Flügel der Deutschkonservativen innerhalb der DNVP, jedoch wollte auch er den Autoritätsverlust, den er seit dem Ende des Ersten Weltkrieges als essentielle weltanschauliche Krise wahrnahm, bereits durch seine anfängliche Teilnahme am Planungsausschuss für den Kapp-Putsch 1920 überwinden helfen. Westarp gehörte beim Putsch selbst nicht mehr zur inneren Führungsriege um Wolfgang Kapp und rückte, gedrängt von Otto Hoetzsch, im April 1920 auf der Sitzung des deutschnationalen Hauptvorstandes offiziell von dem Staatsstreichgedanken ab. Aber die Enttäuschung über das Scheitern Kapps und den Glauben an ein Notwehrrecht des Staatsstreichs gegen innenpolitische Krisen hielt er dann 1923 im Zuge des Ruhreinmarsches erneut bei. Am 28.8.1923 veröffentlichte die DNVP ein von Westarp formuliertes „Aktionsprogramm“, das eine Diktaturregierung forderte. Siehe Gasteiger: *Kuno Graf Westarp*, S. 219–224 und Kuno Graf Westarp: *Konservative Politik*, S. 224.

ten, und was mir ein paar Minuten vorher der Verbindungsoffizier am Lützowufer erzählt hatte. Insbesondere hob ich hervor, dass er, Westarp, angeblich tags zuvor den nationalen Gewerkschaftlern zugesagt haben sollte, mit ihnen zusammenzugehen.<sup>146</sup> Westarp erklärte dies für Unsinn, ja Flunkerei und sah die bevorstehende Entwicklung genau so hoffnungslos an, wie wir.<sup>147</sup> Da wir noch mehreres zu besprechen hatten, machten wir den Weg von unserer Geschäftsstelle zur Deutschen Zeitung zusammen und verabredeten, wie wir uns davor schützen wollten, in diesen Wahnwitz hineingezogen zu werden.

Auf der „Deutschen Zeitung“ traf ich bereits Bang und Hertzberg, sowie im Vorzimmer den Verbindungsoffizier an.<sup>148</sup> Da für kurze Zeit später einige Herren vom Lande aus der Umgebung Berlins erwartet wurden, nahm ich den Verbindungsmann sofort mit in unser Sitzungszimmer und forderte ihn auf, meinen Freunden zu berichten, was er mir vorher mitgeteilt hatte. Obwohl seine Zuversicht durch meine scharfe Ablehnung etwas ins Wanken geraten war, fing er doch noch einigermaßen sieghaft an und stellte es als sicher hin, dass am selben Tag noch die Novemberleute gestürzt und durch Buchrucker und seine Gefährten ersetzt werden würden.

Als er zu Ende war, fragte er die beiden Herren um ihre Meinung. Hertzberg blieb noch parlamentarisch und sagte „Selbstmord.“ Bang dagegen fuhr mit einem höchst unparlamentarischen Ausdruck heraus, mit dem er Buchruckers politische Unfähigkeit belegte. Der Offizier machte dann den vergeblichen Versuch, die beiden eines Besseren zu belehren, bekam von Hertzberg aber zur Antwort, dass jedes Wort überflüssig sei, da man über eine ruhmlos erledigte Sache nicht mehr zu reden brauche.

Das Urteil meiner beiden Freunde, das ohne jede Verabredung mit mir ausgesprochen war und sich mit dem meinigen so vollkommen deckte, erschütterte den Offizier offenbar doch, und so empfahl er sich mit der Frage, ob ich nicht doch bereit sei, mit Buchrucker zu reden, wenn dieser den Wunsch hierzu äussere.

<sup>146</sup> Gemeint ist der Christlich-Nationale Gewerkschaftsbund (1919–1933), der trotz der Distanz zur Weimarer Republik und der antisozialistischen und ständischen Ausrichtung eine breite parteipolitische Streuung von der Zentrumspartei über die DVP bis hin zur DNVP aufwies. Die DNVP war 1923 gespalten über die Rolle der Partei bei einer fundamentalen Ablehnung oder einer realpolitischen Gestaltung der Weimarer Republik. Seit November 1922 tolerierte die DNVP die bürgerliche Minderheitsregierung von Wilhelm Cuno, im August 1924 stimmte die Mehrheit der DNVP-Fraktion im Reichstag für die Annahme der Dawes-Gesetze und vom 15.1.–25.10.1925 trat die DNVP in die erste von zwei Regierungen (29.1.1927–15.2.1928) ein. Kuno Graf Westarp versuchte zwischen beiden Flügeln der völkisch-konservativen und der liberal-konservativen Vertreter in der Partei zu vermitteln, während Claß den völkisch-alldeutschen Flügel und eine deutschnationale Oppositionspolitik gegenüber der Regierung forderte. Siehe auch Ohnezeit: Zwischen „schärfster Opposition“ und dem „Willen zur Macht“, S. 232–247.

<sup>147</sup> Für Kuno Graf Westarp schien eine Ausübung des Ausnahmezustandes für grundlegendere Änderungen des Weimarer Verfassungsgefüges willkommen zu sein. Siehe McElligott: *Rethinking the Weimar Republic*, S. 187.

<sup>148</sup> Der Verlag der Deutschen Zeitung befand sich zwischen 1918 und 1927 in Berlin in der Hedemannstraße 12.

Das sagte ich zu. Kaum war der Offizier verschwunden, als unsere Leute vom Lande antraten. Als sie kamen, waren sie alle offenbar voll froher Hoffnung; als sie von mir hörten, wie die Dinge stünden, waren sie umso niedergeschlagener. Ich entliess sie nach kurzer Besprechung nach Hause, damit sie dort nach dem Rechten sähen.

Von Buchrucker hörte ich nichts mehr, auch nicht von dem Verbindungs-offizier.<sup>149</sup> Dagegen bekam ich zwei Tage später, abends kurz nach 8 Uhr einen Besuch, der die Tollheit dieses Unternehmens im grellsten Lichte erscheinen liess. Ich hatte an jenem Abend Gäste, und wir waren gerade zu Tisch gegangen, als das Hausmädchen mir den Besuch meines Freundes Hertzberg meldete.<sup>150</sup> Ich traf ihn schon in meinem Arbeitszimmer, und er sagte mir, dass Hauptmann *Stennes*<sup>151</sup> und ein zweiter Offizier, beide den in Berlin zusammengezogenen Streitkräften Buchruckers angehörig, mich dringend zu sprechen wünschten. Ich lehnte zunächst ab, da ich mich meinen Gästen nicht entziehen könne, erklärte mich aber schliesslich bereit, als Hertzberg mir versicherte, er wisse, worum es sich handele, und ich müsse die Herren unbedingt hören.

Nun bat ich meine Gäste um Entschuldigung und liess die beiden Offiziere eintreten. Sie waren in höchster Erregung. Hauptmann Stennes, den ich seit über drei Jahren kannte, nahm das Wort und führte etwa folgendes aus:

Sie beide kämen im Auftrag und auf Beschluss der gesamten Offiziere Buchruckers, die sich bei den Streitkräften befänden, die in der Spandauer Zitadelle<sup>152</sup> [und Fort Hahneberg]<sup>153</sup> zusammengezogen seien. Die beiden letzten Tage hätten ihnen den Beweis erbracht, dass Buchrucker wohl ein tüchtiger Organisator sei, dass ihm aber nicht weniger als alles zum militärischen und politischen Führer fehle. Seit gestern – also dem Tage nach meiner Zusammenkunft mit dem Verbindungsoffizier – hätten sich die Befehle und Ge-

---

<sup>149</sup> Die genannte Person bleibt unklar.

<sup>150</sup> Claß wohnte zwischen 1920 und 1932 in Berlin-Tiergarten in der Rauchstraße 27. Die großzügigen Wohnräume gehörten eigentlich zur Tschechoslowakischen Botschaft. Seine Frau Mathilde war nach Kriegsende mit nach Berlin gezogen. Sie starb 1927.

<sup>151</sup> Walter Stennes (1895–1989), 1919 Bildung des Freikorps Hacketau im Ruhrgebiet mit Unterstützung des Alldeutschen Otto Fürst zu Salm-Horstmar, 1919 Militärbefehlshaber in Hamm, 1919–1922 Hauptmann der Berliner Sicherheitspolizei und Leiter einer Sondereinheit zur Aufstandsbekämpfung, 1922 Anschluss an die Schwarze Reichswehr, 1923 Beteiligung am Küstriner Putsch, zahlreiche Anschuldigungen wegen Beteiligung an Fememorden und Attentatsplänen, erste Kontakte mit Adolf Hitler bereits 1920, 1927 Mitglied der NSDAP, Stellvertreter des Stabschef der SA, 1925–1930 nachrichtendienstliche Tätigkeit für das Auswärtige Amt und das Reichswehrministerium, 1930 Stennes-Revolution und Absetzung als Oberbefehlshaber der SA in Ostdeutschland und der SA in Berlin, Ausschluss aus der NSDAP und Gründung Nationalsozialistischen Kampfbewegung Deutschlands.

<sup>152</sup> In der Zitadelle in Spandau seien bei der Aufgabe 600 Mann zusammengezogen worden, in Küstrin um die 500 Mann. Buchrucker: Im Schatten Seeckts, S. 49 und 58. Siehe auch Sauer: Schwarze Reichswehr, S. 113–150. Auch am 9.11.1923 hatten die Nationalsozialisten in Berlin einige Truppen in der Zitadelle Spandau und im Fort Hahneberg zusammengezogen, die nach dem gescheiterten Putsch am Nachmittag wieder abzogen.

<sup>153</sup> Einschub im Originalmanuskript. In der Textfassung in FZH 11/C2 in den Fließtext aufgenommen.

genbefehle nur so gejagt. Gestern habe Buchrucker den heutigen Tag zum Losschlagen bestimmt, dann sei wieder abgeblasen worden. Aus den Reihen der Offiziere sei ihm daraufhin vorgestellt worden, dies sei unmöglich, worauf er eine Art von Kriegsrat abgehalten habe. Heute nun habe er seine Meinung wieder geändert und erklärt, dass er nicht handeln könne; es bleibe nichts übrig, als dass man die versammelten Truppen entlasse, und dass die Offiziere sich in Sicherheit brächten. Er selbst werde Berlin verlassen.

Es sei nun zu einem furchtbaren Auftritt gekommen, bei dem die Offiziere ihrem Chef mit Fug und Recht die schwersten Vorwürfe gemacht hätten. Er, Stennes, könne mir sagen, dass er von der Haltlosigkeit Buchruckers, den er immer für einen Mann mit ausgezeichneten Nerven gehalten habe, erschüttert sei. Seine jämmerliche Haltung habe sämtliche Offiziere mit wilder Erbitterung erfüllt.

Die Sache sei nun so: In den Kasematten der Spandauer Zitadelle lägen zum Teil seit 14 Tagen und länger die Stoßtrupps, alles auserwählte Leute von äusserster Entschlossenheit, die, was er nicht verschweigen wolle, zusammengebracht seien durch die Hoffnung auf Beute. Da man an eine geordnete Verpflegung nicht habe denken können, seien sie während dieser ganzen Spandauer Zeit nur mit Kartoffeln und Brot ernährt worden, und dies sei nur möglich gewesen, indem man sie auf die bevorstehende Beute vertröstet habe. Diesen Leuten zu eröffnen, dass sie auseinandergeschickt werden sollten, bedeute die äusserste Gefährdung der Offiziere, die bei ihnen ausgehalten hätten – ganz abgesehen davon, dass kaum einer das nötige Geld zur Rückreise besitze. Es bleibe deshalb für die Offiziere nichts übrig, als bei den Leuten zu bleiben und mit ihnen auf jede Gefahr hin den Versuch einer Umwälzung zu unternehmen. Die Offiziere hätten ihn, Hauptmann Stennes, an Buchruckers Stelle zum Führer bestimmt, und er habe den Befehl übernommen. So stehe er vor mir und habe im Auftrag der Offiziere mir die Bitte vorzutragen, dass ich die politische und militärische Leitung des Unternehmens ergreifen möchte, da man nach den mit Buchrucker gemachten Erfahrungen nur noch zu mir Vertrauen habe.

Ich muss gestehen, dass ich aufs höchste erstaunt war, als Stennes dieses Anliegen vorbrachte. Hertzberg war natürlich weniger überrascht, da er schon unterwegs von den beiden Offizieren unterrichtet war, was sie auf dem Herzen hatten. Ich wusste genau, welche Seitensprünge Stennes in den letzten anderthalb Jahren gemacht hatte, obwohl er mir unbedingte Gefolgschaft versprochen hatte. Ich hatte ihn jedenfalls seit Monaten nicht gesehen und wusste nur aus Buchruckers eigenem Munde, dass er bei diesen mitmache.

Daher sagte ich in aller Ruhe, dass ich mich wundere, dass ausgerechnet er, Stennes, jetzt den Weg zu mir finde, nachdem offenbar alles zerschlagen sei, wenn seine Darstellung zutreffe. Und in dieser Lage habe er den Mut, mir, der ich an diesem Zusammenbruch vollständig unschuldig sei, die Führung anzutragen. Von allem übrigen abgesehen, sei es für mich nicht verlockend, ein solches Angebot aus der Hand eines Mannes anzunehmen, der mir schon mannigfache Beweise mangelnder Treue und Zuverlässigkeit gegeben habe. Im

übrigen sei es ein starkes Stück, diese Aufforderung an mich zu richten, der ich keine Möglichkeit besäße, festzustellen, was an Streitkräften vorhanden sei, wo sie sich befänden, in welcher Stimmung Offiziere und Truppen seien – vor allem aber, wie weit die Regierung und die Reichswehr von dem geplanten Unternehmen wüssten, und welche Abwehrmassnahmen sie getroffen hätten.

Ich lehnte es also ab, mich in diese jetzt zum aussichtslosen Abenteuer gewordene Sache hineinzustürzen, und sagte den Herren, es bliebe nichts anderes übrig, als dass sie ihre Leute möglichst rasch und unauffällig nach Hause schickten. Sie verliessen mich sehr bestürzt; Hertzberg aber sagte ihnen beim Auseinandergehen, ich könnte gar nicht anders handeln, als ich es getan hätte.

Damit war für mich der Schlussstrich unter das so hoffnungsvoll begonnene Unternehmen gezogen. Es bleibt noch zu erwähnen, dass Major Buchrucker an jenem 28. September, als die beiden Offiziere abends bei mir waren, nach seiner eigenen Darstellung den Entschluss gefasst hatte, seine Truppe aufzulösen, und dass er die entsprechenden Befehle dazu an die darüber verzweifelten Offiziere ausgegeben hatte. Zwei Tage später erfuhr er, dass Haftbefehl wegen Hochverrats gegen ihn erlassen sei.<sup>154</sup> Er begab sich daraufhin nach Küstrin, wo er eines seiner Bataillone stehen hatte, und machte dort am 1. Oktober, wie er behauptete, eine „Demonstration“, während seine Truppe der Auffassung war, dass er sich der Festung Küstrin bemächtigen wollte.<sup>155</sup>

Dies war das tragikomische Ende eines hervorragend begabten Offiziers, der sich freilich für die politischen Fragen einen Berater beige stellt hatte, über den nach dem früher Gesagten jedes weitere Wort zuviel wäre. Merkwürdig ist es, dass in der kleinen Schrift Buchruckers „Im S[c]hatten Seeckts“ der Name Jahnke überhaupt nicht erwähnt ist, obwohl ihr Verfasser ziemlich häufig darin politische Betrachtungen anstellt.

Bei dem sogen. Küstriner Putsch hatte es sich gezeigt, dass nicht nur der Chef der Heeresleitung, wie er mir am 24. September gesagt hatte, entschlossen war, auf Rechts zu schießen, sondern dass der Befehlshaber der Reichswehr in Küstrin dies ohne jedes Schwanken getan hat.

---

<sup>154</sup> Bruno Ernst Buchrucker wurde am 27.10.1923 zu zehn Jahren Haft und einer Milliarde Mark Geldstrafe verurteilt. Die vom Reichspräsidenten Friedrich Ebert am 27.9.1923 erlassene Verordnung, nach der Hochverrat mit der Todesstrafe geahndet werden sollte, kam bei der Urteilsfindung nicht zur Berücksichtigung. Das Strafgesetzbuch sowie das Republikenschutzgesetz wurden angewendet. Buchrucker saß in der Haftstrafanstalt Gollnow/Pommern und wurde am 2.10.1927 durch den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg begnadigt. Siehe Buchrucker: Im Schatten Seeckts, S. 52–58.

<sup>155</sup> Gemeint ist der Küstriner Putsch vom 1.10.1923 von Major Bruno Ernst Buchrucker, der Truppen der Schwarzen Reichswehr als Reaktion auf die Beendigung des passiven Widerstandes gegen die Ruhrbesetzung am 26.9.1923 für den Sturz der Regierung Gustav Stresemanns mobilisieren wollte. Die Besetzung der Festung Küstrin wurde durch die Reichswehr abgewendet und Buchrucker wurde verhaftet.

### 6.17. Abbruch des Ruhrkampfes

Seit dem 26. September war der Ruhrkampf abgebrochen, seit dem 27. war vom Reichspräsidenten Ebert der Belagerungszustand über das ganze Reich verhängt.<sup>156</sup> Wenige Tage später übertrug der Reichswehrminister *Dr. Geßler*<sup>157</sup> die vollziehende Gewalt an General von Seeckt, der damit Diktator wurde.

Es gab unter den Anhängern der nationalen Opposition nicht wenige, die ihm ein Durchgreifen im staatsmännischen Sinne zutrauten. Mit meinen Freunden hatte ich jede Hoffnung auf so etwas verloren, denn ich hatte erkannt, dass Seeckt weder bereit war, auf eigene Verantwortung als Soldat zu handeln, noch dass er bei allem Kokettieren mit seinen politischen Fähigkeiten von staatsmännischen Eigenschaften auch nur eine einzige besass. So verlief die Zeit seiner Diktatur ohne jedes grössere Ergebnis. Die Enttäuschung aller Gutgesinnten war allgemein und ungeheuer. Man denke daran, dass nicht allein die Niederlage an der Ruhr die Gemüter belastete, sondern auch die furchtbaren Erfahrungen der Inflation, die in aller Geschichte noch nicht erlebte Ausmasse annahm. Galt doch schliesslich der Dollar 4 Billionen Mark.

### 6.18. Kahr, Pöhner, Lossow

Wie erwähnt, hatte der bay[er]ische Generalstaatskommissar *Dr. von Kahr* den aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis geflohenen Korvettenkapitän *Ehrhardt*, der noch unter der Anklage des Hochverrats stand, zum Führer des an der Grenze Bayerns gegen Thüringen aufgestellten Schutzes ernannt. Thüringen war damals in vollem Aufruhr, so dass die Reichswehr unter den Befehl des Generals *Müller*<sup>158</sup> eingesetzt wurde, um die Ruhe wiederherzustellen.<sup>159</sup>

<sup>156</sup> Siehe Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung 15.9.1923 und Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet notwendigen Massnahmen 26.9.1923 in Reichsgesetzblatt I, 1923, S. 879 und 905–906.

<sup>157</sup> Otto Geßler (1875–1955), 1918 Mitbegründer der DDP, 1919–1920 Reichsminister für Wiederaufbau, 1920–1924 Mitglied des Reichstags für die DDP, 1920–1928 Reichswehrminister, 1923 Exekutivmacht im Reich, 1926 erreichte die Entlassung Hans von Seeckts mit der Absicht einer Sicherung der politischen Neutralität der Reichswehr, 1926 Austritt aus der DDP, 1928 Rücktritt als Reichswehrminister nach der 1927 aufgedeckten „Lohmann-Affäre“ um finanzielle Unklarheiten im Zuge des geheimen Rüstungsprogramms für die Reichswehr, 1928–1932 Präsident des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge, 1931 Vorsitzender des Luther-Bundes, 1931–1933 Vorsitzender des VDA, im Nationalsozialismus Kontakte zum Kreisauer Kreis und den Attentatsplänen vom 20.7.1944, 1944–1945 Internierung im Konzentrationslager Ravensbrück.

<sup>158</sup> Gemeint ist Alfred Müller (1866–1925), Landeskommandant von Sachsen, 1921 Kommandeur der 4. Division und Befehlshaber des Wehrkreises IV, 1921/22 Generalleutnant der Reichswehr, mit 1923 Ausnahmezustand über das Deutsche Reich und somit vollziehende Gewalt der Reichsexekution in Sachsen. Auf dem Höhepunkt der Inflation plante das

Der Zustand war also so, dass der Mann, den seine Anhänger als den rücksichtslosesten Gegner der Novemberleute bezeichneten, durch den bay[er]ischen Staat in die Lage versetzt war, völlig selbständig zu handeln, wenn er den Entschluss dazu fand.

Im Zusammenhang mit den Möglichkeiten, die sich daraus ergaben, fuhr ich Mitte Oktober mit meinem Freunde Bang für einige Tage nach München, um mich genau zu unterrichten. Ich suchte zunächst die Fühlung mit *Dr. Pöhner*, der seit Anfang 1920 unser wichtigster Verbündeter in Bayern war und auch alle Fäden der Bewegung gegen die Novemberleute in Händen hatte, nachdem er von dem Amte eines Polizeipräsidenten der Hauptstadt München abberufen und zum Rate am bay[er]ischen Obersten Landesgericht ernannt worden war.<sup>160</sup>

Es ist hier der Ort, dieses eigenartigen, vortrefflichen Mannes zu gedenken. Ich hatte ihn ursprünglich durch Vermittlung von Herren des Bay[er]ischen Ordnungsblocks kennengelernt, und bei unseren häufigen Begegnungen hatte sich in mir der Eindruck befestigt, den ich schon bei meinem ersten Besuche im Polizeipräsidium gehabt hatte, nämlich, dass wir in allem [w]esentlichen einer Meinung waren.

*Pöhner* hatte den ganzen Krieg vorn am Feind mitgemacht und war nach der Rückkehr aus dem Felde zunächst zum Leiter der grossen Gefangenenan-

---

Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale einen Umsturzversuch („Deutscher Oktober“).

<sup>159</sup> In Diktaturplänen der KPD vom August 1923 rückten Sachsen und auch Thüringen in den Fokus von revolutionären Putschabsichten proletarischer Hundertschaften, die seit August 1923 in paramilitärischen Übungen zunehmend aktiv wurden. Im Oktober 1923 trat die KPD in die sozialdemokratischen Regierungen in Sachsen und Thüringen ein, was die seit August 1923 vor allem für Sachsen vermuteten Umsturzabsichten der Kommunisten wahrscheinlicher zu machen schien. General Alfred Müller übernahm die vollziehende Gewalt in Sachsen und somit kam es mit dieser Reichsexekution gegen Sachsen zu einer Zuspitzung der Auseinandersetzungen, die zum Einmarsch der Reichswehr am 23.10.1923 und zur Absetzung der SPD-geführten Regierung von Erich Zeigner führte. Auch in Thüringen blieben die proletarischen Hundertschaften, trotz des Verbots in Preußen und anderen Ländern, aufgrund einer Annäherung zwischen SPD und KPD, bestehen. Die Übernahme der vollziehenden Gewalt im November 1923 durch den ehemaligen Reichswehrminister General Walther Reinhard führte zur freiwilligen Auflösung der Landesregierung in Thüringen unter August Frölich.

<sup>160</sup> Ernst Pöhner wurde im Oktober 1921 Rat am Obersten Landesgericht in München. Die intensivierten Treffen von Claß mit Gustav Ritter von Kahr und Ernst Pixies erfolgten ab Mitte 1920 auch über die Vermittlung durch Otto Helmut Hopfen sowie Ernst Pixies und Paul Tafel als Vorsitzende des Ende März 1920 gegründeten Bayerischen Ordnungsblocks, dem auch der Alldeutsche Verband als einer von 40 Verbänden Bayerns angehörte. Leicht: Heinrich Claß, S. 283 und 285. Bayern gehörte bis auf einige Ortsgruppen wie München oder auch Bamberg, die von Konstantin von Gebattel geleitet wurde, nicht zum Mobilisierungszentrum des ADV, sodass die Kooperation innerhalb des nationalistisch-völkischen Lagers umso wichtiger schien. Im Jahre 1923 gab es Ortsgruppen in München, Nürnberg, Erlangen, Ingolstadt, Passau, Hof, Reichenhall, Traunstein, Rosenheim, Landshut, Weitzenburg, Gunzenhausen, Bayreuth, Kitzingen, Würzburg, Schweinfurt und Augsburg. Auflistung Ortsgruppen in Bayern, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 209, Bl. 310.

stalt Stadelheim bei München ernannt worden.<sup>161</sup> Als solcher hatte er sich hervorgetan, als nach den ersten Geiselmorden eine grössere Anzahl Neuverhafteter, die von den Kommunisten als weitere Geiseln festgenommen worden waren, bei ihm eingeliefert wurden. Es war kein Zweifel, dass diesen dasselbe Los bevorstand, wie den früher Verhafteten. Aber diesmal begegneten die Kommunisten einem Mann, der gewissermassen [mit] seinem eigenen Leib die ihm anvertrauten Gefangenen deckte, indem er erklärte, er werde mit allen seinen Gefängnisbeamten den Kampf gegen jeden aufnehmen, der den Versuch mache, die Geiseln aus Stadelheim zu entführen. Mein Freund Lehmann, der sich selbst unter ihnen befunden hatte, wusste das Verhalten Pöhners in diesen schwülen Tagen nicht hoch genug zu rühmen und pries ihn als seinen Lebensretter. So war Pöhner.

Ihn hatte Ministerpräsident *von Kahr*, bis dahin Präsident der Regierung Oberbayern<sup>162</sup>, sofort nach seiner Berufung im März 1920<sup>163</sup> zum Polizeipräsidenten von München<sup>164</sup> ernannt. Damit war der rechte Mann an die rechte Stelle gelangt. Was Pöhner auf diesem Posten geleistet hat, kann man dahin umschreiben, dass er die Hauptstadt Bayerns, deren staatsfeindlicher Bevölkerungsteil während des Krieges ganz verwildert war und ausgerechnet unter der Führung eines Juden (Eisner) das Zeichen zum Umsturz gegeben hatte, mit eiserner Hand zur Ordnung zurückzwang.<sup>165</sup>

Leider ging der Berufung Kahrs und Pöhners noch eine furchtbare Leidenszeit für München vorher, als unter der Führung meist jüdischer Studenten und Schriftsteller eine kommunistisch-anarchistische Herrschaft aufgerichtet wurde.<sup>166</sup> Die scheusslichen Vorgänge dieser Zeit machen es begreiflich, dass auch die ruheseligsten Münchener Bürger einen wilden Hass gegen die land- und rassefremden Unterdrücker empfanden, denen sich alles grösstädtische Pack angeschlossen hatte. So wurde die kleine, aber wirk[same]<sup>167</sup> Gegenrevolution, die von einigen Offizieren mit ganz geringer Gefolgschaft unternommen wurde, geradezu mit Begeisterung begrüsst. Durch sie wurde *Kahr zum Ministerpräsidenten* emporgehoben.

Ich habe später viele Unterredungen mit diesem Manne gehabt und glaube ihn genau kennengelernt zu haben. Kahr war eine der Spitzen der bay[er]ischen Bürokratie, der mit ungesuchter Bescheidenheit immer wieder erklärte, er verstehe es nicht, dass weite Kreise, besonders in Norddeutschland, in ihm einen grossen Staatsmann erblickten. Er suche als redlicher Platzhalter seines

<sup>161</sup> Ernst Pöhner wurde am 3.5.1919 zum Leiter der Polizeidirektion ernannt und leitete bis dahin die Strafanstalt Stadelheim bei München.

<sup>162</sup> Gustav Ritter von Kahr war 1917–1920 Regierungspräsident von Oberbayern.

<sup>163</sup> Gustav Ritter von Kahr war vom 16.3.1920–12.9.1921 Ministerpräsident von Bayern.

<sup>164</sup> Ernst Pöhner war vom 3.5.1919–28.9.1921 Polizeipräsident von München.

<sup>165</sup> Siehe dazu Kapitel 3.12.

<sup>166</sup> Zur Revolution in München siehe u. a. Mitchell: Revolution in Bayern 1918/19, Geyer: Verkehrte Welt, Grau: Kurt Eisner und Merz: Auf dem Weg zur Räterepublik.

<sup>167</sup> Im Originalmanuskript ist das Wort unvollständig. In der Textfassung in FZH 11/C2: wirk[same].



Königs und des Hauses Wittelsbach seine Sache so ordentlich zu machen, wie er könne.

In den Ruf eines „starken Mannes“ war der neue Ministerpräsident hauptsächlich durch Pöhner gekommen, der rücksichtslos durchgreifend München säuberte und befriedete.<sup>168</sup> Dieses Beispiel wurde von der Beamtenschaft im ganzen Lande eifrigst nachgeahmt, und so war Bayern, gestern noch der Sitz und das Betätigungsgebiet wüster Mordgesellen und Phantasten, nun der sicherste Teil, ja geradezu die „Ordnungszelle“ des Vaterlandes geworden.<sup>169</sup>

Kein Zweifel, dass dies eine Leistung war, die alle Achtung verdiente. Aber es war weit über das Ziel hinausgeschossen, wenn preussische Altkonservative in Kahr den süddeutschen Bismarck erblickten, dem das Schicksal die Aufgabe zgedacht habe, das Deutsche Reich zu retten und wieder aufzurichten. Es begann ein Wallfahren aus allen Teilen Deutschlands zu Kahr, der mir mehr als einmal sagte, wie peinlich ihm die Verhimmelung durch Leute sei, die den bay[e]rischen Dingen fernstünden. Niemand werde es fertig bringen, ihm den Sinn so zu verwirren, dass er sich selbst für einen Staatsmann zu halten beginne – aber es scheine ihm ein bedenkliches Zeichen für den in Preussen vorhandenen Mangel an entschlossenen und brauchbaren Männern zu sein, dass man zu ihm nach München gefahren komme und ihn eine Rolle anbiete, der er nicht gewachsen sei, und die er ablehnen müsse.

Es sei nur ein Schritt weiter auf diesem Wege, das ostpreussische und pommersche Konservative ihm in allem Ernste vorgetragen hätten, er habe sein Rettungswerk an Deutschland damit zu krönen, dass er den bay[e]rischen Kronprinzen zum Deutschen Kaiser ausrufe.<sup>170</sup> Kahr schloss daran die Bemerkung, er sei ein bis zum Tode getreuer Anhänger des Hauses Wittelsbach und verehere den bay[e]rischen Kronprinzen gewiss. Aber einen katholischen Wittelsbacher an die Spitze des Reiches stellen zu wollen, sei ein Gedanke, der nur aus der Verwirrung der Geister und aus einer vollkommenen Ratlosigkeit in den früher führenden Schichten Preussens zu erklären sei. Mehr als einmal bekam ich den Seufzer zu hören: „Wenn ich mir doch nur diese Leute vom Halse halten könnte, die mir die Zeit für meine eigentliche Arbeit stehlen und mit unerörterbaren Plänen an mich herantreten!“

Ich habe nie daran gezweifelt, dass derartige Bemerkungen ganz ehrlich gemeint waren. Denn ich war überzeugt, dass Kahr keinen anderen Ehrgeiz hatte, als nach wie vor die Anerkennung zu erhalten, dass er sozusagen die Blüte der bay[e]rischen Beamtenschaft sei. Ich glaube sogar, dass er etwas wie Angst davor empfand, weiter in das Hochpolitische hineingezogen zu werden, dem er sich nicht gewachsen fühlte. Seine Stellung schien mir in Bayern nur so lange einigermassen gesichert, wie die Bay[e]rische Volkspartei – diesen Namen hatten sich in Bayern die alten Zentrumsanhänger nach dem Zusam-

---

<sup>168</sup> Claß kam seit 1920 mit Ernst Pöhner über den Bayerischen Ordnungsblock in Kontakt.

<sup>169</sup> Siehe zum Begriff Karl-Ulrich Gelberg/Ellen Latzin, Ordnungszelle Bayern, publiziert am 07.03.2007, in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <[https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Ordnungszelle\\_Bayern](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Ordnungszelle_Bayern) (Zugriff: 20.06.2019).

<sup>170</sup> Gemeint ist Rupprecht von Bayern.

menbruch gegeben<sup>171</sup> – vor der Gewaltherrschaft der Roten sich ducken zu müssen glaubte. Kahr aber, der überzeugte Protestant, dessen Ahnen die Nöte der Gegenreformation standhaft ertragen hatten, war so weltfremd, dass er in diesen Leuten das „konservative Element“ Bayerns entdeckt zu haben vermeinte. Deshalb suchte er den Zusammenhang mit ihnen aufrechtzuerhalten.

In welcher Lage der über alle Massen in Anspruch genommene Mann sich befand, entnahm ich aus seiner Antwort auf meine Frage, wen er uns zur Durcharbeitung unserer Gesamtaufbaupläne zuweisen könne, da es doch ausgeschlossen sei, dass ich mit ihm allein den ungeheuren Umkreis aller notwendigen Massnahmen auf den verschiedensten Gebieten bespräche.

Kahr meinte, wir müssten das weiter machen wie bisher, denn er habe niemanden, der für eine solche Arbeit brauchbar sei. Als ich sagte, er müsse doch in seiner Umgebung einen Menschen haben, der politischen Instinkt besitze, vielleicht sogar einer staatsmännischen Betrachtung der Dinge fähig sei, antwortete Kahr: „So etwas gibt es in Bayern nicht. Hier ist der Sinn für politisches Denken durch den Druck der Zentrumsparterie abgetötet worden, und sowohl unsere Liberalen als auch[,] bis zum Zusammenbruch[,] unsere Sozialisten betrachten ihre Tätigkeit so gut wie ausschliesslich unter dem Gesichtspunkte des Kampfes gegen das verhasste Zentrum.“ Dann sagte er entsagungsvoll: „Einen könnte ich ihnen nennen, aber mit dem werden Sie nichts zu tun haben wollen: das ist der junge Assessor *Schäffer*<sup>172</sup>, der trotz seiner Jugend jetzt schon der führende Kopf der Bay[e]rischen Volkspartei ist.“ Diesen Mann habe er sich an seine Seite geholt, und er sei seine rechte Hand geworden.<sup>173</sup>

In diesem Augenblick erkannte ich die Einsamkeit Kahrs vollkommen. Ich erklärte mich bereit, mir Herrn Schäffer einmal anzusehen, meinte aber, es sei doch ausgeschlossen, dass ich ihn in unsere letzten Gedanken und Pläne hineinschauen lassen könnte. Dies verstand Kahr, und es blieb dabei, dass dieser Gedankenaustausch sich auf uns beide beschränkte.

Die Ministerpräsidentenschaft Kahrs fand am 13. September 1921 ihr Ende<sup>174</sup>, als die Bay[e]rische Volkspartei ihn im Stich liess. Es war aber für die neue Regierung kennzeichnend, dass sie Kahr Ende September 1923 zum Ge-

<sup>171</sup> Die Bayerische Volkspartei wurde am 12.11.1918 in Regensburg als eigenständige Nachfolgeorganisation der Zentrumsparterie gegründet.

<sup>172</sup> Fritz Schäffer (1888–1967), 1918–1933 Mitglied der BVP, 1920–1933 Mitglied des Bayerischen Landtages, 1929–1933 Vorsitzender der BVP, 1945 Gründungsmitglied der CSU und Bayerischer Ministerpräsident, Entlassung von der amerikanischen Militärregierung wegen Vorwurf der unzureichenden Entnazifizierung des öffentlichen Dienstes von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, 1949–1957 Bundesminister der Finanzen und 1957–1961 Bundesminister der Justiz.

<sup>173</sup> Siehe dazu Altendorfer: Fritz Schäffer.

<sup>174</sup> Gustav Ritter von Kahr trat am 12.9.1921 zurück, da er die Auflösung der Einwohnerwehren nach den Republikschutzverordnungen vom August/September 1921 nach der Ermordung des bayerischen USPD-Politikers Klaus Gareis (9.6.1921) und Matthias Erzberger (26.8.1921) nicht verhindern konnte. Er wurde 1921 wieder Regierungspräsident von Oberbayern[,] bis er am 25.9.1923 durch das Bayerische Staatsministerium zum Generalstaatskommissar ernannt wurde.

neralstaatskommissar ernannte, als sie unter den wachsenden Schwierigkeiten nicht mehr aus noch ein wusste. Nicht aus Ehrgeiz, sondern aus Pflichttreue nahm er dieses Amt an, das eigentlich eine staatsrechtliche Unmöglichkeit war. Es war etwas anderes, wenn im Reich der Reichspräsident einem General die vollziehende Gewalt übertrug, als wenn in Bayern, wo es kein Staatsoberhaupt [im gleichen] Sinne gab, das Kabinett einen Diktator ernannte, der nur im Einverständnis mit ihm handeln konnte.

Ich glaube nicht, dass Kahr das Zeug dazu gehabt hätte, ein Diktator in der vollen Bedeutung des Wortes zu werden. Wenn er das hätte werden wollen, dann wäre eine unzweideutige Erklärung von ihm nötig gewesen, dass er über dem Kabinett stehe, aber nicht neben ihm und noch weniger unter ihm. Kahr erliess sie nicht, und so hatte er mit steten Reibungen zu kämpfen.

*Pöhner* war aus ganz anderem Holze geschnitten. Er war ausgesprochener Willensmensch und an sich mit der Neigung ausgestattet, rasch und rücksichtslos zu handeln. Ich weiss nicht, ob er schon vor dem Kriege die Gefahren erkannt hatte[,] die das Judentum über unser Vaterland brachte. Zur Zeit, als ich ihn kennenlernte, war er jedenfalls ein fanatischer Feind der Juden, und ich nahm an, dass er als Polizeipräsident noch durch die Beobachtungen, die er über die von dorthier betriebene Volksverhetzung machte, in dieser Einstellung bestärkt wurde. Der gleiche Hass galt der Sozialdemokratie und den Kommunisten, und er betrachtete diese beiden Richtungen als Bundesgenossen, ja als Werkzeuge der Juden. Es ist für mich kein Zweifel, dass, solange Pöhner an der Spitze des Polizeipräsidiiums stand, er der stärkste Willensträger in Bayern gewesen ist, der die Kräfte der Zersetzung und des Zerfalls auszurotten bestrebt war und alles förderte, was dem Aufbau diene.

Aber auch er – wie Kahr Protestant – erblickte in der Bay[e]rischen Volkspartei lediglich die konservative Kraft, ohne daran zu denken, welche im wesentlichen demagogische Vergangenheit ihr massgebender Führer Dr. Heim, der bekannte Bauerndoktor von Regensburg[,] hatte, und dass die wirklichen Konservativen in dieser Partei sehr dünn gesät waren. So konnte es nicht ausbleiben, dass Pöhners politische Haltung nicht immer gradlinig blieb und für unsereinen, der jede Verbindung mit dem Zentrum und der Bay[e]rischen Volkspartei ablehnte, auch nicht immer durchsichtig war.

Alles in allem habe ich eine grosse Achtung und Verehrung für diesen tapferen und aufrechten Mann gehabt, und ich konnte es wohl verstehen, wenn er sich bei mir hie und da über die Entschlusslosigkeit und Langsamkeit Kahrs beschwerte. Als dieser das Amt des Ministerpräsidenten aufgab, wurde, wie schon gesagt, Pöhner von dem neuen Kabinett Lerchenfeld<sup>175</sup>, in dem der Ein-

---

<sup>175</sup> Hugo Graf von und zu Lerchenfeld auf Köfering und Schönberg (1871–1944), 1909–1914 Bezirksamtman von Berchtesgaden, 1914–1915 Regierungsrat im Bayerischen Kultusministerium, ab 1915 Regierungsrat in der Zivilverwaltung in Polen, 1919 Legationsrat im Auswärtigen Amt, 1920–1921 Vertreter der Reichsregierung beim Volksstaat Hessen, 1921–1922 Bayerischer Ministerpräsident, 1924–1926 Mitglied des Reichstags für die BVP, 1926–1931 Deutscher Gesandter in Österreich, 1931–1933 Deutscher Gesandter in Belgien, 1933/34 Ruhestand, Mitglied des Vorstandes des Deutschen Caritasverbandes.

fluss der Bay[e]rischen Volkspartei massgebend war, von seinem bisherigen Amte abberufen und zum Rat am Obersten Bay[e]rischen Landesgericht in München ernannt.<sup>176</sup>

Auch in diesem Amte setzte er seine politische Arbeit fort und hielt enge Fühlung mit uns. Als Kahr Generalstaatskommissar geworden war, beließ man Pöhner beim Obersten Landesgericht; er suchte auf Grund seiner alten Beziehungen zu Kahr diesen vorwärts zu treiben, aber gerade in dieser Zeit musste er immer heftiger über dessen Schwäche und Planlosigkeit klagen.

Der ganzen Richtung der beiden Männer entsprach es, dass, als *Adolf Hitler*, anfangs 1920 die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in München gründete und ihre Führung übernahm, dieser Bewegung keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden.<sup>177</sup> Im Gegenteil. Die beiden sagten mir wiederholt, dass sie das Ihre täten, um Hitler die Möglichkeit zu seinem Wirken freizumachen. Doch darüber wird im Zusammenhange zu sprechen sein. Hier habe ich nur festzustellen, dass in meinen Beziehungen zu Kahr eine Abkühlung entstand, als ich bemerkte, dass er, ohne mir darüber etwas zu sagen, mit gewissen norddeutschen Kreisen in Verbindung getreten war, mit denen ich eine Zusammenarbeit als unmöglich ansah.

Mit Pöhner hingegen waren wir seit einer mehrtägigen Aussprache, die unmittelbar nach Pfingsten 1923<sup>178</sup> in München stattgefunden hatte, vollkommen einig. Er war bei diesen Verhandlungen von seinem getreuen Mitarbeiter Oberamtman Dr. *Wilhelm Frick*<sup>179</sup> begleitet, den ich durch ihn bei dem Beginn unserer Beziehungen kennen und hochschätzen gelernt hatte.

<sup>176</sup> Ernst Pöhner war nach seinem Rücktritt als Polizeipräsident von München am 28.9.1921 bis zu seiner Verhaftung nach dem Hitler-Putsch am 9.11.1923 Rat am Obersten Landesgericht in München.

<sup>177</sup> Gemeint ist die Umbenennung der am 5.1.1919 gegründeten DAP zur NSDAP am 24.2.1920. Hitler, der im Herbst 1919 zur Partei kam, konzentrierte sich nach seinem Ausscheiden aus der Reichswehr am 31.3.1920 auf die Parteiführung, die er am 29.7.1921 auf einer NSDAP-Mitgliederversammlung amtlich übernahm.

<sup>178</sup> Claß traf Adolf Hitler am Pfingstamstag, den 19.5.1923. *Alldeutsche Blätter* 19.4.1924. Siehe auch Kapitel 9 (Anhang von 1936).

<sup>179</sup> Wilhelm Frick (1877–1946), 1917 Leiter der Kriegswucher-Abteilung bei der Polizeidirektion München, 1919 Bezirksamtman bei der politischen Polizei, 1923 Leiter des Sicherheitsdienstes der Kriminalpolizei München, 1923 Beteiligung am Hitler-Putsch in München, 1924 Verurteilung wegen „Hochverrat“, 1924 Mitglied des Reichstages für die NSFP, 1925 Mitglied der NSDAP und bis 1945 Mitglied des Reichstages, 1928 Fraktionsvorsitzender der NSDAP im Reichstag, 1926–1930 und 1932–1933 Beamter im Oberversicherungsamt München, 1930–1931 Staatsminister für Inneres und Volksbildung in Thüringen, 1933 Reichsminister des Inneren und 1934 preußischer Innenminister, 1939 als Generalbevollmächtigter für die Reichsverwaltung Kriegsvorbereitung wichtiger Verwaltungsinstitutionen, 1943 als Reichsminister ohne Geschäftsbereich Reichsprotector von Böhmen und Mähren, 1945–1946 Schuldpruch im Nürnberger Prozess und Hinrichtung. Frick hielt bei den Konkurrenzen und Auseinandersetzungen zwischen ADV und NSDAP seit Bad Harzburg 1931 öfter seine „schützende Hand“ über den ADV und setzte sich nach 1933 für das Fortbestehen des ADV ein, während Gestapo- und Länderbehörden frühzeitig die Auflösung des ADV forderten.

München wimmelte damals von jungen Offizieren aller Art, die mehr oder minder grosse Gefolgschaften hatten und von dem heissesten Drang erfüllt waren, dem November[spek]l<sup>180</sup> ein Ende zu bereiten. Die wenigstens davon waren Bayern; den meisten war der Boden in Norddeutschland zu heiss geworden, und sie hatten sich deshalb im Süden niedergelassen. Über sie alle hielt Pöhner den schützenden Schild, und jeder, der gegenrevolutionär eingestellt war, wusste, dass keiner von ihnen in dem leidenschaftlichen Willen, dem herrschenden Zustand ein Ende zu bereiten, den früheren Polizeipräsidenten überbetreffe. Wenn Pöhner dieses Amt auch nicht mehr versah, so hatte er in ihm doch so viele persönliche Anhänger, ja Freunde, dass er auch als Rat am Obersten Landgericht alles erfuhr.

### 6.19. Beziehungen zu Ludendorff

Enge Föhlung hielt Pöhner mit General *Ludendorff*, der nach dem Kapp-Putsch seinen Wohnsitz nach München verlegt hatte. Er wohnte draussen auf der Ludwigshöhe über der Isar<sup>181</sup> und war unermüdlieh tätig, an der Rettung Deutschlands zu arbeiten.

Die Beziehungen, die ich zu dem grossen Feldherrn unterhielt, waren nicht gleichmässig, sondern ausserordentlichen Schwankungen unterworfen. Nach seiner Rückkehr aus Schweden Anfang 1919 hatte er den Wunsch zu erkennen gegeben, mich zu sprechen. Ich hatte ihn damals sofort in Berlin in der Viktoriastrasse, wo er bei Freunden Unterkunft gefunden hatte, aufgesucht.<sup>182</sup> Bei diesem ersten Besuch hatte er mich aufs wärmste und nicht ohne Ergriffenheit begrüsst und gesagt, er habe in Schweden Zeit gehabt<sup>183</sup>, über alles nachzudenken und auch die Frage zu klären, was am letzten Ende die Ursache des deutschen Zusammenbruches gewesen sei. „Ich bin“, sagte er, „zu dem Ergebnis gekommen, dass die Schuld an allem Unglück die Tatsache trägt, dass die Oberste Heeresleitung und der Alldeutsche Verband nicht zusammenkommen konnten.“ Dann streckte er mir noch einmal die rechte Hand entgegen und rief: „Umso enger und treuer wollen wir jetzt zusammenhalten und -arbeiten.“

Ich erklärte selbstverständlich hierzu meine Bereitschaft, ohne irgendwie anklingen zu lassen, dass von unserer Seite aus im Kriege alles geschehen sei, um die Zusammenarbeit herbeizuföhren. Dagegen machte ich den Vorbehalt, dass wir sicher sein müssten, seine militärische und politische Umgebung so zusammengesetzt zu finden, dass keine Preisgabe irgendwelcher Dinge zu befürchten sei, die geheim zu halten seien.

---

<sup>180</sup> Einschub im Originalmanuskript sowie in der Textfassung in FZH 11/C2.

<sup>181</sup> Erich Ludendorff war in der Heilmannstrasse 51 in München gemeldet. Adreßbuch der Stadt München 1923, S. 496.

<sup>182</sup> Erich Ludendorff hatte vom April 1919–August 1920 in der Viktoriastrasse 26 in Berlin-Tiergarten eine Wohnung.

<sup>183</sup> Erich Ludendorff floh im November 1918 aus Berlin nach Schweden und kehrte im Frühjahr 1919 nach Deutschland zurück.

Diese Bemerkung bezog sich darauf, dass ich in Ludendorffs Vorzimmer eine Auswahl mehr oder minder junger früherer Offiziere fand, aber auch andere Leute, mit denen ich so hinreichende Erfahrungen gemacht hatte, dass ich jede Verbindung mit ihnen ablehnen musste. Ich sagte dem General, das Werk, an dem wir arbeiteten, sei so ungeheuer schwierig, dass es keine Gefährdung ertragen könne – weder durch die Unvorsichtigkeit eines politisch unerfahrenen Offiziers, noch durch den bösen Willen eines zwar politisch unerfahrenen, aber doch unzuverlässigen Anderen. Ich erläuterte diese Forderung, bekam aber zu hören, dass er sicher sei, nur unbedingt sichere und begeisterte Leute zu Anhängern zu haben. Da war zunächst nichts anderes zu machen, als dass ich mir vornahm, den Verkehr mit dem General rein persönlich zu gestalten und mit keinem seiner Anhänger in Verbindung zu treten.

Bei dieser ersten Begegnung fiel mir auf, dass Ludendorff über zwei Leute ein sehr günstiges Urteil fällte, die ich ganz anders beurteilte. Es waren dies der frühere nationalliberale Führer *Dr. Stresemann*, der inzwischen die Deutsche Volkspartei aufgemacht hatte<sup>184</sup>, und der bekannte, ja in seiner Art berühmte bay[er]ische Zentrumsmann *Dr. Georg Heim*, Gründer und Haupt der Bay[er]ischen Volkspartei.<sup>185</sup> Mir wurde sehr traurig zumute, als ich auf diese Art merkte, dass das furchtbare Schicksal, das der grosse Feldherr hinter sich hatte, weder sein politisches Urteil noch seine Kenntnis der Zeitgeschichte, noch seine Menschenkenntnis so ausgebildet hatte, dass er Leute wie die genannten richtig einzuschätzen wusste.<sup>186</sup>

<sup>184</sup> Gustav Stresemann war am 22.11.1918 Mitbegründer der Deutschen Volkspartei.

<sup>185</sup> Georg Heim war am 12.11.1918 Mitbegründer der Bayerischen Volkspartei.

<sup>186</sup> Gustav Stresemann war von 1902 bis März 1918 Mitglied des ADV und radikalisierte seine Kriegszielforderungen mit Beginn des Ersten Weltkrieges. Stresemann teilte mit Erich Ludendorff bis 1918 die grundsätzliche Hoffnung auf einen Siegfrieden. Siehe auch Wagner: Krieg oder Frieden, S. 145–154. Beide standen unter anderem in gemeinsamer Opposition gegen die Politik der reformerischen „Neuorientierung“ von Theobald von Bethmann Hollweg im Juli 1917 bis zum Sturz des Reichskanzlers. Stresemann war auch noch im Sommer 1918 ein „erklärte[r] Ludendorff-Anhänger“, so Manfred Nebelin. Ders.: Ludendorff, S. 329–339 und 430 (Zitat). In seinen 1919 erschienen Erinnerungen unterstützte Stresemann nur kurz im Zusammenhang mit weiteren Absprachen zur Einberufung von Parteiführern wie Kuno Graf Westarp in das Innenministerium am 21.8.1918 nach der Besprechung mit Wilhelm II., Theobald von Bethmann Hollweg und Staatssekretär Paul von Hintze in Spa am 14.8.1918 genannt, während Georg Heim nicht erwähnt wurde. Ludendorff: Meine Kriegserinnerungen, S. 553–554. Stresemann stützte nach Kriegsende ebenfalls die Bedeutung des 9.11.1918 für die eigentliche Niederlage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg. Siehe Turner: Stresemann, S. 12–13. Ludendorff wurde im Herbst 1919 zudem eine Reichstagskandidatur von der DVP angeboten, die Stresemann aktiv unterstützte. Zur ambivalenten Rolle Stresemanns als Vermittler während des Kapp-Putsches 1920 siehe Turner: Stresemann, S. 49–50 und Wright: Gustav Stresemann, S. 149–158. Stresemann setzte sich für eine politische Karriere von Ludendorff ein und unterstützte auch 1919 eine Kandidatur Paul von Hindenburgs als Reichspräsident. Die separatistischen Bestrebungen Heims unter Bildung einer Konföderation von deutschen Staaten nach Abtrennung von Preußen und unter Einschluss von Österreich, die er im Frühjahr 1919 mit französischen Offizieren besprach, verurteilte Ludendorff später in seiner Rede während des Hitler-Prozess vom 29.2.1924. Siehe Ludendorff: Auf dem Weg zur Feldherrenhalle, S. 110–153.

Aber noch ein anderes fiel mir auf, als ich ein paar Tage später zum zweiten Male den General besuchte. Ich hatte ihm gesagt, dass ich dabei wäre, meinen „*Einhardt*“ um die Geschichte des Krieges zu erweitern, und dass ich gerade in diesen Tagen die Niederschrift der Kennzeichnung seiner eigenen Persönlichkeit und derjenigen des Feldmarschalls vorgehabt hätte. Ich fragte, ob ich ihm diese zur Prüfung vorlegen dürfe. Die Frage wurde sofort bejaht.

Ich nahm wenige Tage später meine Handschrift zu Ludendorff mit und las ihm die Stellen vor, auf die es ankam. Darunter befand sich ein Satz, in dem es als ein besonderes Glück für das deutsche Volk geschildert wurde, dass sich die Doppelpersönlichkeit Blücher-Gneisenau zum zweiten Male im Laufe eines Jahrhunderts eingestellt habe. Während sich Ludendorff gegenüber dem, was ich bis dahin vorgelesen hatte, zustimmend gezeigt hatte, unterbrach er mich nun mit den Worten: „Das dürfen Sie nicht sagen, – das trifft nicht zu.“

Eine Begründung hierfür gab er nicht; ich hielt es auch nicht für richtig, danach zu fragen. Angesichts eines so eindeutigen Einspruchs strich ich die Stelle wirklich und machte mir meine Gedanken, was der Feldherr damit gemeint habe. Ich erinnerte mich dabei an Ludendorffs Ausspruch vom 5. Oktober 1917, in dem er dem Feldmarschall als unbedingt loyalen preussischen Offizier bezeichnet hatte, der es nicht über sich bringen würde, irgendeinen Druck auf seinen Obersten Kriegsherrn auszuüben.<sup>187</sup> Schliesslich stand für mich nach langem Überdenken fest, dass Hindenburg kein Blücher war, und dass in ihm nichts von der wunderbaren Ursprünglichkeit des grossen Husaren lebte, dass er insbesondere nicht den genialen Instinkt besass, den jener in den entscheidenden machtpolitischen Fragen bewiesen hat.

Offenbar wollte Ludendorff mit seinem Einspruch sagen: Der Oberbefehlshaber des deutschen Heeres in den beiden letzten Jahren des Weltkrieges war kein Blücher. Aber war sein Erster Generalquartiermeister ein Gneisenau?<sup>188</sup> Auch in dieser Frage kam ich je länger je mehr zu einem Nein.

Trotz des bei meinem ersten Besuche geäusserten Wunsches nach enger Zusammenarbeit wollte eine solche nicht in Gang kommen. Ich hatte auch beim zweiten Male im Vorzimmer des Generals mehrere blutjunge frühere Offiziere gesehen, die ich mir als geeignete Helfer bei dem Teil der Arbeit, der dem Alldeutschen Verbands und mir obgelegen hätte, nicht denken konnte – vor allem, weil ich hinreichend Erfahrungen mit der Unvorsichtigkeit solcher Herren gemacht hatte. Ich sagte mir, dass es besser sei zu warten, bis der General mich rufe, als ohne besonderen Anlass den Verkehr von mir aus lebhafter zu gestalten. Da solche Einladungen längere Zeit ausblieben, kam es zunächst zu keinem Wiedersehen.

Andererseits war ich genau darüber unterrichtet, dass der General enge Verbindung mit dem Generallandschaftsdirektor *Dr. Wolfgang Kapp* unterhielt, und dass beide einen Stab von Männern gebildet hatten, mit denen sie unzwei-

---

<sup>187</sup> Siehe dazu Kapitel 2.9.

<sup>188</sup> Gemeint ist August Neidhard von Gneisenau.

deutig eine gegenrevolutionäre Handlung vorbereiteteten.<sup>189</sup> Mir fiel es auf, dass man mich hierbei nicht zugezogen hatte, und ich sagte mir, dass der General wohl zu der Ansicht gekommen sein werde, dass Kapp ihm als politischer Berater genehmer sei als ich. Das war mir keineswegs unlieb; denn aus den [Z]eiten der Vaterlandspartei wusste ich, dass das politische Urteil und die Menschenkenntnis Kapps auf schwachen Füßen stand. Außerdem war mir bekannt, dass unter den nächsten Gehilfen der beiden sich ein Schriftsteller<sup>190</sup> befand, dessen alkoholischen Bedürfnisse jedes vernünftige Mass überstiegen, und der nachts beim Wein von der dritten Flasche ab jedes Geheimnis preisgab, das ihm durch seine vertraute Mitarbeit bekannt geworden war. So kam es, dass ich mit dem ganzen späteren Kapp-Unternehmen gar nichts zu tun hatte. Ich habe darüber schon früher berichtet, sowie über die Tatsache, dass mein Freund Bang gegen seine Arbeit hineingezogen wurde.<sup>191</sup>

Als General von Ludendorff nach dem Scheitern des Kapp-Putsches nach München übersiedelt war, wurde meine Verbindung mit ihm wiederhergestellt; ich besuchte ihn, so oft ich in München war und hatte den Eindruck, dass ihn Kapp sehr enttäuscht hatte. Jedenfalls hatte er den Wunsch, mit dem Alldeutschen Verbands und mit mir zusammenzuarbeiten. Das Verhältnis wurde für einige Zeit ein solches mit aufrichtigem, gegenseitigem Vertrauen, und ich glaubte schon, den General wirklich ganz gewonnen zu haben. Zwei Umstände wirkten indes nach anderer Richtung: einmal die Entsendung des Obersten *Bauer*, der bei dem Kapp-Putsch eine Hauptrolle gespielt hatte und nach Ungarn geflohen war, nach Wien, um die österreichischen „militanten“ Verbände, wie sie dort hiessen, für Ludendorff zu gewinnen, und zum anderen die Beziehungen, die der General neben uns mit den späteren Gründern der Deutschvölkischen Freiheitspartei aufnahm.

<sup>189</sup> Erich Ludendorff war in die Planungen von Wolfgang Kapp eingeweiht, erschien am 13.2.1920 vormittags am Brandenburger Tor, um den Einmarsch der Marinebrigaden zu sehen, besuchte Kapp in der Reichskanzlei und nahm auch an der Kabinettsitzung der Putsch-Regierung teil. *Tägliche Rundschau* 15.1.1922. General von Lüttwitz soll zur Vorbereitung des Putsches ein Konto Ic bei der Bank Bleichröder in Berlin mit 40 Millionen Mark für Spionage und Propaganda seines Nachrichtendienstes u. a. von Thyssen, Krupp und Hugo Stinnes zur Verfügung gestellt bekommen haben. *Freiheit* 16.4.1920, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 425, Bl. 123.

<sup>190</sup> Gemeint ist vermutlich der Schriftsteller Ignaz Trebitsch-Lincoln, der am 17.3.1920 als Zensor und Verbindungsmann zur Presse der Kapp-Putschisten einen Brief an Erich Ludendorff schrieb, in dem er ihn aufforderte, entsprechend seines Vorwissens um den Kapp-Putsch nach dem Scheitern Kapp nicht im Stich zu lassen. Dieser Brief wurde neben einem weiteren vom Vorsitzenden des Pommerschen Landbundes, Johann Georg von Dewitz, an Ludendorff von Anfang März 1920 für die Hauptuntersuchung gegen Traugott von Jagow, Konrad von Wangenheim und Martin Schiele über ihre Beziehungen zu Ludendorff vor dem Reichsgericht als Beweismittel zugelassen. Ludendorff wurde vom Reichsanwalt von der strafbaren Teilnahme am Kapp-Putsch freigesprochen. Gustav Radbruch widersprach dieser Rechtsauslegung, jedoch erfolgte letztlich entsprechend des Gesetzes über die Gewährung der Straffreiheit vom 4.8.1920 der Freispruch Ludendorffs vom Vorwurf der Urhebererschaft oder Führung. *Tägliche Rundschau* 15.1.1922.

<sup>191</sup> Kapitel 4.11.



In Österreich war *General Alfred Krauss*, der erfolgreiche Heerführer, dessen Namen besonders durch die Schlacht bei Flitsch-Tolmein bekannt geworden war, mein militärischer Vertrauensmann. Er war an die Arbeit gegangen, aus den „militanten“ Verbänden alles an sich heranzuziehen und zusammenzuschliessen, was irgendwie national und völkisch dachte. Er war überzeugt, auf dem besten Wege zu sein, als Bauer in Wien auftauchte und den Anschluss an Ludendorff, d. h. die Unterstellung unter ihn verlangte.<sup>192</sup>

Ein Versuch, den Krau[ss] zusammen mit mir in München unternahm, um Ludendorff dazu zu bringen, dass der Oberst die aussichtsreiche Tätigkeit des österreichischen Generals nicht störe, blieb erfolglos.<sup>193</sup> Man hatte Ludendorff beigebracht, dass Krauss „schwarz-gelb“<sup>194</sup> sei, dass er sich, um für seine Zwecke Geld zu erhalten, dem bay[er]ischen Heimwehrführer *Dr. Pittinger* unterstellt habe und deshalb im Verdacht stehe, auch „weiss-blau“<sup>195</sup> zu sein, d. h. also nicht nur auf Habsburg, sondern auch noch auf Wittelsbach zu schwören. Keine der beiden Behauptungen oder Annahmen waren richtig. General Krauss wollte die deutsche Einheit unter den Hohenzollern und war der erste österreichische General, der darauf hingewiesen hatte, dass der Thronverzicht des Kaisers Karl den Treueid der Offiziere gelöst habe.

Ludendorff glaubte seinen Gewährsmännern mehr, die ihm die ungereimtesten Dinge berichteten; ja er wurde schließlich zu der Ansicht gebracht, dass der Alldeutsche Verband und vor allem ich persönlich schwarz-gelb und weiss-blau zu gleicher Zeit sei. So wenig fest war das politische Urteil und die Menschenkenntnis des grossen Soldaten begründet.

Sobald Oberst Bauer in Wien gescheitert war, womit allerdings auch alle von Krauss geschaffenen Anfänge zum Anschluss vernichtet waren, begann Ludendorff zu erkennen, dass er getäuscht worden war, und suchte die Beziehungen zu mir wieder aufzunehmen. Das dauerte aber nur kurze Zeit, denn inzwischen hatte die verhängnisvolle Tätigkeit der Leute Erfolg gehabt, die ihn

---

<sup>192</sup> Max Bauer ging im August 1921 nach Wien, um die österreichische Heimwehr als Vertreter Erich Ludendorffs zu vereinen. Im Dezember 1922 kam es zu einer Einigung auf ein gemeinsames Programm des Selbstschutzverbandes Wien-Niederösterreich. Im August 1923 löste Bauer den Stab des mitgegründeten Freikorpsverbandes Wien auf. Zum Konflikt zwischen Alfred Krauss und Erich Ludendorff: Max Bauer an Claß 23.1.1923, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 423, Bl. 79–81, Alfred Krauss an Claß 10.2.1923, in ebd., Bl. 100–102 und Stellungnahme Alfred Krauss zu seinem Verhältnis zu Erich Ludendorff 11.2.1923, in ebd., Bl. 111–112. Dazu auch Vogt: Oberst Max Bauer, S. 340–359.

<sup>193</sup> Claß widersprach im Frühjahr 1923 gegenüber Alfred Krauss auch Gerüchten, Max Bauer würde in Claß' Namen bevollmächtigt Verhandlungen führen. Nach den Gesprächen am 23., 24. und 25.11.1923 in München seien keine weiteren Abkommen getroffen worden. Claß an Alfred Krauss, 12.1.1923, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 209, Bl. 22. Bauer suchte einen engeren Kontakt zu Claß und versuchte das Verhältnis zum Alldeutschen Verband im Spätsommer 1923 zu bereinigen, das durch „Misstrauen und Verdächtigungen“ vergiftet worden sei. Max Bauer an Claß, 31.8.1923, in ebd., Bl. 200.

<sup>194</sup> Gemeint ist österreichisch, katholisch und vor allem monarchistisch (Habsburger).

<sup>195</sup> Gemeint ist bayerisch (partikularistisch im Gegensatz zu schwarz-weiß-rot für Preußen oder schwarz-rot-gold für den föderalen Staat der Weimarer Republik), katholisch und vor allem monarchistisch (Wittelsbacher).

davon zu überzeugen vermochten, dass der Alldeutsche Verband und besonders ich freimaurerische Tätigkeit entfalteten. Ich selbst sollte ganz unter dem Einfluss der Freimaurer stehen.

## 6.20. Wulle und seine Machenschaften

Der eigentliche Urheber dieser Machenschaften war der damalige Reichstagabgeordnete *Reinhold Wulle*, der seit dem 1. Oktober 1918 vom Aufsichtsrat als Hauptschriftleiter und gleichzeitig als Leiter des Verlags an der Spitze der „Deutschen Zeitung“ gestellt war. Dieser sehr begabte Zeitungsmann hatte sich im ersten Jahr seiner Tätigkeit trefflich gehalten. Als die Lust über ihn gekommen war, eine grosse politische Rolle zu spielen, wurde es nötig, sich von ihm zu trennen.<sup>196</sup> Über die Umstände, unter denen dies geschah, und über die Folgen berichte ich im Zusammenhang.

Das Jahr 1923 schritt mit allem Furchtbaren, was es für unser Volk gebracht hatte, weiter. Das Kabinett des Vorsitzenden des Direktoriums der Hamburg-Amerika-Linie, *Dr. Cuno*<sup>197</sup>, besass weder die Fähigkeit noch die Kraft, gegenüber Frankreich oder auch nur im Innern etwas zu erreichen. Es stürzte am 12. August 1923 und machte der Regierung *Stresemann* Platz. Stresemann konnte sich aber als Reichskanzler nur bis zum 23. November halten und wurde dann von einem Kabinett *Marx*<sup>198</sup> abgelöst. Aussenminister ist Stresemann freilich bis zu seinem Tode geblieben.

Er hatte die Duldung, mit der ihn die Marxisten, Demokraten und Zentrumsleute im Amte liessen, mit einem vollkommenen Gesinnungswechsel erkaufte: aus dem Manne, der im Kriege ausgesprochenster „Annexionist“ gewesen war, und der bis dahin, also bis zu seiner Berufung ins Kanzleramt, in schärfster Weise gegen die französischen Gewalttätigkeiten aufgetreten war, war der Erfüllungspolitiker ohne wenn und aber geworden, der als solcher selbst frühere Minister aus den Reihen der Marxisten und des Zentrums in den Schatten stellte.

<sup>196</sup> Siehe auch Kapitel 5.12.

<sup>197</sup> Wilhelm Cuno (1876–1933), 1914–1917 Leiter der Reichsgetreidestelle und Mitorganisation des Kriegsernährungsamtes, 1916 Übernahme des Generalreferates für kriegswirtschaftliche Fragen im Reichsschatzamt, November 1917 Direktorium und Dezember 1918 Vorsitzender der HAPAG, 1919 Teilnahme als Wirtschaftssachverständiger bei den Friedensverhandlungen in Versailles, 1922–1923 Reichskanzler (seit 1920 parteilos, nach Austritt aus der DVP), Januar 1923 Aufruf zum „passiven Widerstand“ im Ruhrgebiet („Cuno-Streik“), 1926 Vorstandsvorsitzender der HAPAG, 1932 Mitglied des Keppler-Kreises.

<sup>198</sup> Wilhelm Marx (1863–1946), 1899–1921 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses/Landtages für die Zentrumspartei, 1907–1921 Oberlandesgerichtsrat in Düsseldorf, 1910–1918 Mitglied des Reichstags, 1919–1920 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, 1920–1932 Mitglied des Reichstags für die Zentrumspartei, 1923–1926 (bürgerliche Minderheitskabinette Marx I-III) und 1927–1928 (Kabinett Marx IV 1927–1918 mit Regierungsbeteiligung der DNPV) Reichskanzler, 1922 Vorsitzender der Zentrumspartei und Vorsitzender des Volksvereins für das katholische Deutschland, 1925 Kandidat für die Reichspräsidentenwahlen, 1925 Ministerpräsident von Preußen, 1926 Reichsjustizminister.

## 6.21. Entwicklung in Bayern; Kahr Generalstaatskommissar

Die sogen. Inflation nahm immer fürchterlichere Formen an, obwohl Stresemann den Ruhrkampf hatte abbrechen lassen. Es waren Zeiten, die einem schon nach wenigen Jahren in ihrer Grausigkeit unvorstellbar geworden sind. Die wirtschaftliche Ratlosigkeit der Regierenden war genau so gross wie diejenige des Volkes in allen Schichten. Als ich in jener Zeit den bay[er]ischen Generalstaatskommissar Dr. von Kahr einmal besuchte, offenbarte er mir in geradezu rührender Weise seine Hilflosigkeit gegenüber dem entsetzlichen Zustand. Des öfteren fragte er mich, wo er sich denn wirtschaftlichen Rat holen könne.

Ich nannte ihm wiederholt meinen Freund *Bang*, aber darauf ging er nicht ein. Schliesslich sagte er mir, er habe von einem geborenen Bayern gehört, der in Berlin in Wirtschaftskreisen grosses Ansehen geniesse. Er meinte damit den Finanzmann und Kohlenhändler Minoux<sup>199</sup>, einen geborenen Pfälzer, der als Mitarbeiter von Hugo Stinnes gross geworden war, sich aber mit ihm überworfen hatte.<sup>200</sup> Als ich ihm sagte, den Herrn konnte ich wohl, da ich

---

<sup>199</sup> Friedrich Minoux (1877–1945), 1894 Preußische Eisenbahnverwaltung, 1900 Stadtverwaltung Essen, 1910–1912 Direktor der städtischen Gas- und Wasserwerke in Essen, 1912 Eintritt in die Berliner Niederlassung der Hugo Stinnes AG und 1919 Mitglied des Vorstandes, 1920 Leiter der chemischen Aktiengesellschaft Koholit, 1921 Erwerb der Villa Wannsee und ab 1923 mehrere Treffen mit rechten Organisationen, 1923 Gründung einer eigenen Kohlengroßhandlung, 1924 Mitbegründer der Berliner Elektrischen Elektrizitätswerke AG, 1926 Beteiligung an der Deutsch-Rumänischen Petroleum AG, 1932 Mitglied des Vorstandes der Gesellschaft zum Studium des Faschismus, 1933 Mitglied der Akademie für deutsches Recht.

<sup>200</sup> Siehe Gordon: Hitlerputsch, S. 223. Hugo Stinnes traf Claß zuerst 1911, nachdem beide der Industrielle Carl Itzenplitz, führendes Mitglied des ADV und Cousin von Stinnes, zusammengebracht hatte. Stinnes stimmte in dem Gespräch mit Claß mit den innenpolitischen Zielen des ADV überein, kritisierte jedoch den Kampf des Verbandes gegen Theobald von Bethmann Hollweg. Claß war von dieser Kritik nicht angetan und sprach Stinnes politisches Gespür ab. Siehe Claß: Wider den Strom, S. 216–219. Stinnes suchte trotzdem auch Anfang September 1914 den Kontakt zu Claß, um das alldeutsche Kriegszielprogramm zu besprechen. Stinnes holte Friedrich Minoux von den städtischen Versorgungsbetrieben der Stadt Essen 1912 in die Berliner Vertriebsorganisation der Firma. 1923 schied Minoux aus dem Stinnes-Konzern aus und gründete zunächst eine eigene Kohlengroßhandlung. Feldman: Hugo Stinnes, S. 349–351 und 384. Minoux unterhielt für seine Direktoriumspläne Verbindungen zu Wehrverbänden sowie zu Erich Ludendorff, Gustav Ritter von Kahr, Hans von Seeckt und Otto von Lossow. Viele dieser Treffen fanden in seiner 1921 erworbenen Villa am Großen Wannsee statt. Siehe zu Minoux und seinen politischen Verbindungen auch ebd., S. 883–932 und Gordon: Hitlerputsch, 222–234. Auch Stinnes führte Gespräche mit Seeckt, der DNV und der DVP. Wulf: Hugo Stinnes, S. 452–453. Zum Treffen zwischen Seeckt und Ludendorff im Februar 1923, das vermutlich in der Villa von Minoux stattfand, siehe Meier-Welcker: Seeckt, S. 359. Seeckt war nach eigenen Angaben vom 28.12.1922–5.3.1923 durchgehend in Berlin anwesend. Eine genaue Auflistung der Arbeitstreffen ist in den Tagebüchern (Notizbücher) nicht überliefert und die Besucherlisten sind erst ab dem 26.3.1923 überliefert. Siehe Tagebuchartige Notizen Hans von Seeckt (Notizbücher) 1919–1933 und 1935–1936, in BA-Freiburg, N 247, Bd. 18, Tagebuch No. 5, April 1922–Oktober 1926, Bl. 12 und Dass. (Besucherlisten), 26.3.1923–25.6.1924, in ebd., Bd. 19, Bl. 5. Bruno Ernst Buchrucker erklärte 1928, dass er einen konkreten Termin zum Losschlagen seiner Truppen der Schwarzen Reichswehr auf den 29./30.9.1923 festgelegt

mit ihm ein paar Besprechungen im kleinsten Kreise gehabt hätte, bat er mich, jenen zu einem Besuch zu veranlassen.<sup>201</sup> Ich sagte dies zu, und die Zusammenkunft fand kurz darauf statt. Ich habe Veranlassung zu glauben, dass ich damals, ohne es zu ahnen, falsch gehandelt habe; es schien mir später, als habe Kahr unter dem Einfluss seines Landsmannes seine politische Haltung geändert; jedenfalls war dies unverkennbar in bezug auf die Zusammenarbeit mit uns.

Den letzten Besuch vor dem sogen. Hitler-Putsch machte ich bei Kahr Mitte Oktober 1923 gelegentlich meiner schon erwähnten Münchener Reise.<sup>202</sup> Er veranlasste mich damals, eine Besprechung bei dem Münchener Divisionskommandeur *von Lossow* nachzusuchen, die ich denn auch in Begleitung von Bang und Pöhner hatte. Diese Unterhaltung war für uns insofern von Bedeutung, als Lossow, wie ich berichtet habe, unsere Auffassung von der Persönlichkeit des Generals *von Seeckt* teilte; ja er ging nach allem, was er mit ihm erlebt hatte, in seiner Verurteilung noch über uns hinaus.

Damals waren wir mit den wichtigsten unserer bay[er]ischen Mitarbeiter zusammen. Ihre Meinung ging dahin, dass ohne Kahr und die in Bayern vorhandene Reichswehr nichts zu machen sei. Denn die Truppe Ehrhardts stehe, mit Hilfe des Staates verstärkt, an der Nordgrenze Bayerns und werde bei einer größeren innerpolitischen Auseinandersetzung wohl in Norddeutschland eingesetzt werden. Es waren bestimmte Pläne für ein solches Vorgehen vorhanden, wie denn auch feststand, dass nicht nur die Brigade Ehrhardt, sondern auch alle sonst in Norddeutschland tätigen Wehrverbände sich verstärkten, ja trotz der Niederlage Buchruckers wiederum unweit von Berlin zusammengezogen wurden.

Es wird später im Zusammenhang zu berichten sein, wie auch diese Pläne scheiterten, und weshalb insbesondere Ehrhardt vollständig versagte.

## 6.22. Der Seeckt-Prozess

Etwa Mitte Januar 1924 tauchte in Berlin das Gerücht auf, es sei ein Anschlag wider den Chef der Heeresleitung entdeckt worden.<sup>203</sup> Dann wurde

---

hatte, nachdem er erfahren habe, dass der Reichspräsident Friedrich Ebert mit Minoux zu einem Gespräch über eine Wirtschaftsdiktatur zusammengekommen sei. Der Beginn der Mobilmachung sei daher auf den 15.8.1923 gelegt worden, da die Aufstellung der Truppen 14 Tage dauerte. Siehe Buchrucker: Im Schatten Seeckts, S. 35.

<sup>201</sup> Friedrich Minoux stand im September und Oktober 1923 verstärkt mit Hans von Seeckt in persönlichem Kontakt (25.9., 27.9., 1.10., 11.10. und geplant am 26.10.1923). Siehe Tagebuchartige Notizen Hans von Seeckt (Besucherlisten) 26.3.1923–25.6.1924, in BA-Freiburg, N 247, Bd. 19, Bl. 6–7.

<sup>202</sup> Nach eigenen Aussagen traf Claß Adolf Hitler am 20.5.1923 zum letzten Mal vor dem Putsch am 9.11.1923. Siehe Alldeutsche Blätter 19.4.1924.

<sup>203</sup> Am 16.1.1924 wurde Alexander Thormann im Berliner Café Josty und am 17.1.1924 Gottfried Grandel in Augsburg verhaftet. Thormann traf im Januar 1924 mit Leutnant Horst von Tettenborn, Sekretär der DVFP, in Berlin zusammen und sprach von einer notwendigen Beseitigung Hans von Seeckts für die Errichtung einer nationalen Diktatur. Tettenborn ver-

durch die Presse bekannt, dass der Fabrikant *Gottfried Grandel*<sup>204</sup> aus Augsburg, der nach den Angaben des Reichskommissars für die öffentliche Sicherheit einer der Hauptbeteiligten an dem angeblichen Mordplan sein sollte, an seinem Wohnorte verhaftet worden sei. Mir und unserem Kreise war Grandel im April 1923 bei der Besprechung in Hamm bekannt geworden.<sup>205</sup> Nachdem ich ihn dort gesehen und dann des öfteren in Berlin empfangen hatte<sup>206</sup>, hatte ich bei *Kahr* und *Pöhner*, mit denen beiden er in Verbindung zu stehen behauptete, Erkundigungen über ihn eingezogen. Beide bezeichneten Grandel als einen ernsten, zuverlässigen Mann, und besonders Pöhner betonte, dass er unbedingt verschwiegen sei und eiserne Nerven habe.

So hatte ich kein Bedenken getragen, den Verkehr mit Grandel aufrechtzuhalten, nachdem er sich zur Mitarbeit bereit erklärt hatte. Ich hatte ihm das Notwendigste über unsere Anschauungen und Pläne mitgeteilt. Er hinwiederum hatte mir gesagt, dass er in München eine Zahl von entschlossenen und verschwiegenen Leuten zusammengebracht habe, die bereit und fähig seien, jeden Auftrag auszuführen. Als er mir dies mitteilte, dachte ich an Massnahmen, die im alt- und neubesetzten Gebiet notwendig würden. Es handelte sich dabei um den Kampf gegen die Separatisten in meiner Heimat und in der Umgebung. Dafür hatte ich Grandel Mittel zur Verfügung gestellt, da ich seinen Angaben über seine „Helferschar“ Glauben schenkte. Das war, wie ich bald erfahren sollte, mindestens voreilig. Im November 1923 wurde ich aufgefor-

---

fasste einen Brief, den er Major Gilbert gab, der ihn wiederum an das Reichskommissariat für die öffentliche Ordnung weiterreichte. Thormann traf sich auch mit dem Augsburger Unternehmer Grandel in Berlin, den er zuvor in München auf einem „Nationalen Abend“ kennengelernt hatte. Verschiedene Gespräche zwischen den vier Beteiligten folgten im Café Josty und im Leipziger Hof. Das Attentat auf Seeckt sollte der Student Heinz Köpke am Morgen des 15.1.1924 ausführen, indem er aus nächster Nähe auf Seeckt beim morgendlichen Reiten im Tattersall nahe des Reichswehrministeriums schießen sollte. Germania 16.1.1924. Siehe zum Attentat Brammer: Attentäter und Chamberlain: Der Attentatsplan gegen Seeckt, S. 425–440.

<sup>204</sup> Gottfried Grandel (1877–1952), Chemiker, Apotheker, Fabrikant und Ölmühlenbesitzer aus Augsburg, 1919 Gründung des Bundes für deutsches Recht, 1920 Mitbegründung der NSDAP in Augsburg, Mittelsmann zum Alldeutschen Verband, 1920 organisatorische Beteiligung am Kauf des Völkischen Beobachters durch die NSDAP, Juni 1924 Angeklagter im Thormann-Grandel-Prozess wegen Attentatspläne gegen den Chef der Reichswehr General Hans von Seeckt.

<sup>205</sup> Siehe auch Aussage Gottfried Grandel, in Brammer: Attentäter, S. 10. Gottfried Grandel war als Vertreter nationaler Verbände aus Bayern bei der Besprechung in Hamm anwesend. Nach der Sitzung fuhren Grandel und Claß gemeinsam mit dem Zug nach Berlin, wo sie sich über Claß' Vorstellungen einer Diktatur unterhielten. Grandel spielte eine führende Rolle in der frühen Förderung Adolf Hitlers und der Nationalsozialisten in Augsburg und half bei der Überführung der Mitglieder des DvSTB in die NSDAP. Siehe Gotto: Nationalsozialistische Kommunalpolitik, S. 21–30.

<sup>206</sup> Gottfried Grandel gab an, Claß zuletzt am Samstag, den 11.1.1924 in seiner Berliner Wohnung in der Rauchstraße besucht zu haben, und am Tag zuvor auf der Geschäftsstelle des ADV gewesen zu sein. Brammer: Attentäter, S. 9. Auch Paul Bang sollte auf Wunsch von Claß Ende November 1923 enger in Kontakt mit Grandel treten. Brewster Chamberlain geht davon aus, dass Claß mit Grandel bei einem Gespräch am 13.1.1924 in der Tat über die Ermordung Seeckts gesprochen habe. Chamberlain: Der Attentatsplan gegen Seeckt, S. 433.

dert, zu einem bestimmt umschriebenen Zweck für meine Vaterstadt Mainz einige zum Äussersten entschlossene Männer zur Verfügung zu stellen. Die Gesinnungsgenossen, die diese Sache an mich brachten, waren von den Franzosen ausgewiesen, sassen also ausserhalb des altbesetzten Gebietes. Sie behaupteten aber, die Fäden dort so fest in der Hand zu haben, dass ein Misslingen ihres Planes ausgeschlossen sei, wenn man ihnen zuverlässige Helfer an die Hand gebe. Ich liess Grandel nach Berlin kommen und fragte ihn, ob er für die Mainzer Aufgabe geeignete Leute habe; dabei sagte ich ihm genau, worum es sich handele.

Dieser erwiderte, das sei der Fall. Bald darauf meldete er, dass er sieben seiner besten Leute auf den Weg gebracht hätte, und zwar zunächst nach der Stadt, in der der führende Mann des Unternehmens damals wohnte. Letzterer besuchte mich kurze Zeit darauf und berichtete mir mit nicht geringer Entrüstung, dass die Leute, die ihm geschickt worden seien, sich als völlig untauglich erwiesen hätten, höchst herausfordernd aufgetreten seien und auch erpresserische Forderungen gestellt hätten. Für die Lösung der gestellten Aufgabe seien sie unter keinen Umständen in Frage gekommen. Um ein grösseres Aufsehen zu vermeiden, habe er nichts anderes machen können, als sie mit reichlichem Zehrgeld versehen nach München zurückzuschicken. Das also waren die unbedingt zuverlässigen und tapferen Leute Grandels!

Man kann sich vorstellen, dass Grandel im Laufe seiner Beziehungen zu uns allerlei Namen von Gesinnungsgenossen und Mitarbeitern hörte, die er indes nicht kennenlernte. Über das, was wir anstrebten, war er im Laufe der mannigfachen Besprechungen einigermaßen unterrichtet. Durch die Beziehungen zu Grandel wurde ich in das Verfahren hineingezogen, das gegen ihn als angeblichen Urheber des angeblichen Mordanschlages auf General Seeckt eingeleitet wurde; ausser ihm wurde ein in München wohnender angeblicher Ingenieur *Thormann*<sup>207</sup> beschuldigt.<sup>208</sup> Die beiden wurden verhaftet und ins Moabiter Untersuchungsgefängnis<sup>209</sup> eingeliefert. Zwei Tage später wurde diese „Sensation“ durch die weitere gesteigert, dass Grandel mich als Anstifter des geplanten Mordes bezeichnet und dabei eine Verschwörung gegen die Novemberleute enthüllt habe, deren Haupt ich sei. Als Mitverschwörer habe er etwa fünfzehn hervorragende Männer der äussersten Rechten gegeben.

<sup>207</sup> Alexander Thormann, Oberleutnant, Ingenieur und Mechaniker für Heizungsanlagen, Kaufmann, Mitglied des Wiking-Bundes und der Brigade Ehrhardt, 1924 zusammen mit dem Augsburgener Chemie-Fabrikanten Gottfried Grandel Attentatsversuch auf den Reichswehrminister Hans von Seeckt, 1925 Freispruch im folgenden Thormann-Grandel-Prozess.

<sup>208</sup> Siehe Auszug aus dem Urteil im Prozess gegen Alexander Thormann und Gottfried Grandel, beglaubigte Abschrift vom 23.10.1926 durch das Sekretariat der Reichsanwaltschaft in Leipzig, in BA-Berlin, R 3001, Bd. 12008, Bl. 54–55. Alexander Thormann stand auch in Kontakt zu Adolf Hitler, war am 9.11.1923 in München am Hitler-Putsch beteiligt, stand in engster Beziehung zum Freikorps Roßbach, dem Wiking-Bund und zur Brigade Ehrhardt.

<sup>209</sup> Gemeint ist das 1877–1881 errichtete Gefängnis in Berlin-Moabit.

Am 24. Januar 1924 morgens um 8 Uhr tauchte der bekannte Kriminalkommissar Dr. Stamm<sup>210</sup> mit vier Gehilfen bei mir auf, um Haussuchung zu halten. Dabei wurde mir eröffnet, dass ich sofort vor dem Untersuchungsrichter erscheinen müsse. Auf meine Frage, ob ich dies als Verhaftung aufzufassen hätte, bekam ich zur Antwort, das sei nicht der Fall. Zunächst würde ich jedenfalls vernommen werden – worüber, sagte mir der Kommissar nicht.

Während der Haussuchung rief der damalige Chef der politischen Polizei, Regierungsdirektor *Dr. Weiss*<sup>211</sup>, den Kommissar in meiner Wohnung an. Als das Gespräch zwischen beiden beendet war, sagte mir der Beamte, sein Chef wünsche mich selbst zu sprechen. Ich ging an den Fernsprecher, und Dr. Weiss sagte mir, es sei ihm peinlich, dass infolge einer ungeheuerlichen Beschuldigung gegen mich Haussuchung habe angeordnet werden müssen. Er fügte hinzu, dass niemand, der mein öffentliches Wirken kenne, dieser Beschuldigung Glauben schenken werde. Aber immerhin liege sie vor und sei in die Presse übergegangen. Deshalb müsse die Angelegenheit, auch in meinem Interesse, geklärt werden. Ich würde ja zunächst von dem Untersuchungsrichter vernommen werden; er lege aber Wert darauf, mich dann sobald als möglich zu sprechen. Ich möge ihn sofort vom Untersuchungsrichter aus auf dem Polizeipräsidium besuchen. Ich erwiderte ihm, ich wisse ja nicht, wie lange ich dort festgehalten werden würde, vielleicht sei es zweckmässig, eine bestimmte Stunde am Nachmittag festzusetzen, was denn auch geschah.

Während des weiteren Verlaufs der Haussuchung fiel mir ein, dass in den ersten Tagen des Januars 1924 ein grob gefälschtes Protokoll über eine Sitzung des angeblichen Verschwörerkreises von unbekannter Seite verbreitet worden war, in der ich den Vorsitz geführt haben sollte, und an der etwa dreissig bekannte Männer der Rechten teilgenommen hätten.<sup>212</sup>

---

<sup>210</sup> Gemeint ist Johannes Stumm (1897–1978), 1920 Polizeipräsidium Berlin, 1922 Kriminalkommissar, seit 1923 Außendienst der Abteilung IA zur Überwachung rechtsradikaler Parteien und Organisationen, Mitglied der SPD, 1926 Aussage zu den Fememorden der Schwarzen Reichswehr vor dem Preußischen Landtag, 1931 Leiter der Abteilung IA im Polizeipräsidium und persönlicher Einsatz für eine Ausbürgerung Adolf Hitlers sowie zur Verfolgung politischer Straftäter der NSDAP und SA, 1932 nach dem „Preußenschlag“ Leiter der Kriminalinspektion Berlin-Friedrichshain, 1933 Entlassung aus dem Staatsdienst, 1933–1945 Prokurist der Wirtschaftsprüfungs- und Treuhand GmbH, 1945 Polizeivizepräsident im sowjetischen Sektor Berlins.

<sup>211</sup> Bernhard Weiß (1880–1951), 1918 Ernennung zum Stellvertretenden Leiter der Kriminalpolizei in Berlin, Regierungsdirektor, 1925 Ernennung zum Leiter der Abteilung IV und somit zum Chef der Berliner Kriminalpolizei, 1927 Polizeivizepräsident, Mitglied der DDP, zentrale Rolle zusammen mit Berliner Polizeipräsidenten Albert Grzesinski bei der Verfolgung rechtsgerichteter Putschversuche oder Attentate, 1932 Entlassung als Vizepräsident durch den „Preußenschlag“, 1933 nach Ausbürgerung und Haftbefehl Flucht nach Prag und 1934 nach London.

<sup>212</sup> Gemeint ist ein Protokoll über eine am 17.2.1920 stattgefundene Sitzung des „Bundes“, vermutlich eine Nebenorganisation des DvSTB, an der Claß, Paul Bang und Gertzlaff von Hertzberg-Lottin teilgenommen haben. Auf der Sitzung war auch von einem Putsch die Rede, der vermutlich auf den bevorstehenden Kapp-Putsch 12./13.3.1920 hindeutete. Siehe auch Chamberlain: Der Attentatsplan gegen Seeckt, S. 427.

Als mir der gefälschte Sitzungsbericht vorgelegt worden war, hatte ich sofort an die bekanntesten Herren, die darin der Teilnahme an der Verschwörung bezichtigt waren, geschrieben und sie um eine Äusserung gebeten, ob ihnen irgendetwas derartiges bekannt sei, ob sie eine ähnliche Sitzung mitgemacht hätten, von wem der Bericht ausgegangen sein könnte.<sup>213</sup> Alle befragten Herren hatten darauf umgehend geantwortet, dass ganz offenbar eine unverschämte Fälschung vorliege: über ihren Urheber wusste niemand etwas zu schreiben.

Mir war der Gedanke gekommen, dass jemand, der imstande sei, ein derartig gefälschtes Schriftstück zu verfassen und zu verbreiten, besondere Zwecke verfolgen müsse, die schliesslich darauf hinausliefen, die Männer unmöglich zu machen, zum mindesten zu verdächtigen, die darin als Teilnehmer genannt waren. Sollte nicht ein Zusammenhang bestehen zwischen dem angeblichen Plane der Ermordung Seeckts und jenem gefälschten Protokoll?

Ich fragte deshalb den Kommissar, ob man auf der politischen Polizei dieses Schriftstück kenne. Als er verneinte, schilderte ich ihm den Inhalt; er erklärte die Sache für so wichtig, dass das Protokoll zu den Akten müsse. Ich rief deshalb mit seiner Einwilligung die Geschäftsstelle des Alldeutschen Verbandes an und veranlasste, dass mir eine Abschrift mit den Worten der Befragten sofort in die Wohnung geschickt werde. Diese Schriftstücke übergab ich sodann dem Kommissar, der nach ihrer Durchsicht meinte, sie seien in der Tat sehr wichtig. Darauf fuhren wir nach Moabit.

Vor dem Zimmer des Untersuchungsrichters ersuchte mich der Kommissar, einen Augenblick zu warten; er habe zunächst mit jenem noch etwas zu reden. So blieb ich in Gesellschaft der Kriminalschutzleute längere Zeit auf dem Gang. Ich hatte das Gefühl, dass der Kommissar den Untersuchungsrichter über die Protokollangelegenheit unterrichtete.

Als ich endlich hineingerufen wurde, kam mir der Richter entgegen und begrüßte mich mit einem Händedruck, indem er mich Platz zu nehmen bat. Dann eröffnete er mir, dass der in Untersuchungshaft befindliche *Dr. Grandel* in einer schriftlichen Erklärung an ihn behauptet habe, er sei von mir zu seinem Vorhaben, den General von Seeckt zu ermorden, angestiftet worden; auch habe er gestanden, dass er diesen Plan ernstlich gemeint habe.<sup>214</sup> Gewissermassen sich entschuldigend, sagte der Untersuchungsrichter, er müsse mich fragen, was ich dazu zu erklären hätte. Ich antwortete, Grandels Behauptung sei natürlich unwahr. Darauf wurde ich darüber vernommen, wie ich mit dem Verhafteten bekannt geworden sei, welcher Art unsere Beziehungen gewesen seien und besonders noch, ob es wahr sei, was jener behauptete, er habe zur

<sup>213</sup> Das Schreiben ist nicht zu ermitteln.

<sup>214</sup> Gottfried Grandel brach in der Untersuchungshaft zusammen, legte ein Geständnis ab und gab zu Protokoll, dass er von Claß zu dem Mordplan an Hans von Seeckt angestiftet worden sei, der wiederum zusammen mit General Otto von Below eine Diktatur errichten wollte. Grandel wiederrief bei der späteren Gegenüberstellung mit Claß diese Aussage und behauptete, er sei in eine Verschwörung der DVFP geraten. Brammer: Attentäter, S. 6.



Durchführung des Mordes 1000 Dollars [sic] von mir erhalten.<sup>215</sup> Alle diese Fragen beantwortete ich aufs genaueste. Zu der letzten erklärte ich noch, dass Grandel in Wahrheit 5000 Dollars [sic] von mir bekommen habe, die für gewisse Dinge in meiner Heimat bestimmt gewesen seien.

Zum Schlusse sagte der Untersuchungsrichter: „Es bleibt nichts anderes übrig, als dass ich Ihnen den Beschuldigten gegenüberstelle.“ Ich erwiderte, dass ich dies auch für unbedingt notwendig halte. Also ordnete der Richter Grandels Vorführung an. Es dauerte einige Zeit, bis dieser kam, und sie benutzte der Richter zur Erörterung der Frage, wie ich mir psychologisch das Verhalten des Beschuldigten erkläre; ihm selbst sei es ein Rätsel.

Ich schilderte ihm darauf die Einzelheiten meiner Erfahrungen in dem oben erwähnten Falle. Offenbar habe sich Grandel in den Gedanken versponnen, dass er in dieser Zeit eine besondere Rolle zu spielen habe. Er habe sich wohl auch eingebildet, eine Hilfsschar von den entschlossensten Aktivisten hinter sich zu haben, die auf seinen Befehl alles wagen würden. Wenn er gestanden habe, dass er den Auftrag erteilt habe, Seeckt zu töten, so sei dies vielleicht auf sein übersteigertes Geltungsbedürfnis zurückzuführen. Die Tatsache, dass er nach seiner Festnahme mit mir noch so viele andere als Mitverschworene oder gar Anstifter bezeichnet habe, könne ich mir nur so erklären, dass er in seiner jetzigen verzweifelten Lage sich hinter Männern verstecken wolle, die trotz ihrer Gegnerschaft zu dem heutigen politischen Zustand in allgemeinem Ansehen ständen.

Inzwischen wurde Grandel vorgeführt.<sup>216</sup> Der Richter brach deshalb diese Unterhaltung ab, indem er sagte, wir wollten sie nachher fortsetzen.

Der so schwer beschuldigte Mann war nicht wiederzuerkennen. Er glich einem Jammerbilde und hatte offenbar in der kurzen Zeit an Gewicht sehr stark abgenommen. Sein Gesicht war fahl und zeigte Spuren höchster Erregung. Ich kann nicht anders sagen, als dass ich mit diesem Menschen tiefes Mitleid empfand, obwohl er, wie es schien, mein Gegner auf Leben und Tod war. Der Richter hatte die Anordnung getroffen, dass ich, von ihm aus gesehen, rechts von seinem Schreibtisch sass, mit dem Blick ins Innere des Zimmers. Grandel sass links davon mit dem Gesicht nach mir in der Entfernung von etwa 4 Metern. Ich konnte ihn genau beobachten; als er hereingeführt wurde, erhob er den Blick überhaupt nicht vom Boden, noch viel weniger wagte er, mich anzusehen.

---

<sup>215</sup> Gottfried Grandel gab zu Protokoll, dass er von Claß, der im Januar 1924 zur Tat gedrängt habe, insgesamt 50.000 Mark in Aussicht gestellt bekommen und 12.000 Mark sofort erhalten habe, von denen 2.000 Mark an Thormann weitergegeben wurden sowie weitere 14.000 Mark kurzfristig bereitgestellt werden sollten. Weitere 50.000 Mark waren für die Mutter des Attentäters Köpke vorgesehen. Zuletzt waren nochmals 5.000 Mark für die Mutter Köpkes vorgesehen. Brammer: Attentäter, S. 11 und 12.

<sup>216</sup> Gottfried Grandel wurde von Willy Hahn als erstem Rechtsanwalt und darüber hinaus von Alfons Sack, zunächst Mitglied der DNVP dann der NSDAP, vertreten. Brammer: Attentäter, S. 11.

Der Richter fragte ihn in gütiger Weise, ob er sich vernehmungsfähig fühle. Als Grandel dies bejahte, sagte er ihm kurz, er habe mir eröffnet, welche Anschuldigung er in seinem Schreiben gegen mich und die übrigen angeblichen Verschworenen erhoben habe. Ich hätte alles bestritten, und nun müsse er fragen, ob Grandel seine Behauptungen aufrecht erhalten wolle. Kaum vernehmbar kam es von dessen Lippen: „Nein“. Auf die wiederholte Frage des Richters setzte er hinzu: „Ich widerrufe alles. Alles, was ich gesagt habe, ist nicht wahr.“

Dann kam eine Pause. Plötzlich erhob sich der Unglückliche von seinem Sitze, stürzte wankend auf mich zu, fiel vor mir auf die Kniee [sic] und ergriff, ehe ich es verhindern konnte, seine rechte Hand, die er mit Küssen bedeckte, und auf die seine Tränen niederfielen. Dabei kam es stöhnend aus seinem Munde: „Herr Justizrat, wie soll ich das gutmachen, was ich Ihnen angetan habe?“ Ich blieb trotz meines jetzt noch gesteigerten Mitleids völlig ruhig und entgegnete ihm nur: „Sagen Sie die Wahrheit. Das ist alles, was Sie tun können.“

Der Richter bemühte sich, den ganz fassungslosen Mann zu beruhigen und sagte: „Wenn Ihre Beschuldigungen gegen Justizrat Class der Wahrheit widersprechen, dann haben Sie allerdings viel gutzumachen.“ Er forderte ihn auf, sich wieder auf seinen Stuhl zu begeben und [sich] zu sammeln. Er, der Richter, wolle dann zusehen, ob er instande sei, eine Aussage zu machen.

Grandel erhob sich, ging auf seinen Platz zurück und schluchzte noch eine Zeitlang vor sich hin. Als er einigermaßen zur Ruhe gekommen war, fragte der Richter, nachdem er ihn ermahnt hatte, die Wahrheit zu sagen, ob er seine Anschuldigung wirklich zurücknehmen wolle.

Es folgte nun eine neue Überraschung. Grandel antwortete, immer noch kaum hörbar, er habe sie ja schon schriftlich widerrufen. Der Untersuchungsrichter war aufs äusserste betroffen, als er dies hörte, denn er hatte eine zweite schriftliche Erklärung des Beschuldigten noch nicht in Händen. Er rief deshalb sofort die Gefängnisverwaltung an und fragte, ob etwa ein für ihn bestimmtes Schreiben Grandels noch nicht weitergegeben sei. Die Frage wurde bejaht und ein Beamter sofort mit dem zweiten Briefe abgesandt.

Bis zu dessen Eintreffen machte der Richter Grandel einen Vorhalt, durch den ich erfuhr, was sich bisher abgespielt hatte. Der Beschuldigte war in Augsburg verhaftet und nach Berlin gebracht worden. Am Tage nach seiner Ankunft hatte er eine erste schriftliche Erklärung beim Untersuchungsrichter eingereicht, in der seine Enthüllungen über die Anstiftung und Beteiligung der Mitverschworenen niedergelegt waren. Daraufhin hatte jener den in äusserster Verzweiflung befindlichen Mann nur ganz kurz vernommen und ihn befragt, ob er aufrecht erhalten könne, was er in seinem Briefe behauptet habe. Grandel hatte dies bejaht und war sofort in seine Zelle zurückgeführt worden. Der Richter fertigte nun Haftbefehl aus, und am Nachmittag desselben Tages hatte der Verhaftete dann sein sogen. Geständnis<sup>217</sup> schriftlich widerrufen.

<sup>217</sup> Das Geständnis von Gottfried Grandel ist abgedruckt in Brammer: Attentäter, S. 10–11. Grandel sprach von einem Treffen mit Claß im Oktober 1923 in dessen Berliner Wohnung

Angesichts dieses Tatbestandes verliess den Untersuchungsrichter für kurze Zeit seine Ruhe, und er rief Grandel zu: „Herr Doktor, Sie haben vorhin Herrn Justizrat Class gesagt, wie Sie gutmachen könnten, was Sie ihm angetan haben. Wenn Ihre Anschuldigung falsch war, ist sie das Ungeheuerlichste, was man sich denken kann.“ Grandel brach von neuem in einen Tränenstrom aus. Der Richter liess ihn gewähren und fragte, als sich jener einigermaßen beruhigt hatte: „Was soll ich Ihnen jetzt glauben? Bei der Vernehmung haben Sie mir doch ausdrücklich gesagt, was Sie geschrieben hätten, sei alles wahr.“ Grandel gab dies zu und sagte halblaut zerknirscht: „Da muss ich noch irr gewesen sein wie bei der Abfassung meines Briefes.“

Der Richter hielt ihm vor, dass er bei jener ersten Unterredung von ihm den Eindruck eines zusammengebrochenen Menschen gehabt habe, aber doch auch den eines im Vollbesitz seiner geistigen Klarheit befindlichen. Grandel erwiderte, seitdem die Frage der Verhaftung schwebte, habe er nichts mehr genossen, und er sei vier volle Tage ohne Nahrung gewesen, als er zum ersten Male kurz vernommen wurde. Dazu käme seine eigene Verzweiflung und diejenige seiner Frau<sup>218</sup> und endlich die Sorge um seine Fabrik, die er in solcher Zeit habe im Stich lassen müssen – alles das habe ihn so verwirrt, dass er nicht mehr Herr seiner selbst gewesen sei. Den Einwand des Richters, dass man deshalb doch nicht ehrenwerte Männer in solcher Weise beschuldigen dürfe, beantwortete er kleinlaut mit dem Hinweis, er sei eben geistesgestört gewesen.

Der Richter sagte nun, er wolle für heute die Vernehmung Grandels abbrechen und sie fortsetzen, wenn er ruhiger geworden sei. Er riet ihm noch, sich recht bald einen Verteidiger zu bestellen und versprach ihm, den Gefängnisarzt zu veranlassen, für ihn besondere Kost zu verschreiben. Dann wurde Grandel abgeführt, nachdem er ein kurzes Protokoll unterschrieben hatte, das den Widerruf aller Beschuldigungen enthielt.

Als der Unselige abgetreten war, meinte der Richter noch einmal, hier lägen psychologische Rätsel vor, die er noch nicht lösen könne. Jedenfalls müsse er Grandel auf seinen Geistes- und Seelenzustand untersuchen lassen. Über meine Aussage wurde dann auch ein kurzes Protokoll aufgenommen; dann war ich entlassen. Die Verabschiedung vollzog sich in freundschaftlicher Form.

Ich ging den Weg von Moabit zu meiner Wohnung ganz langsam, um mir, ehe ich nach Hause käme, die völlige innere Ruhe zu verschaffen. Denn obwohl ich äusserlich bei dem Auftritt mit Grandel nicht die geringste Spur von Erregung gezeigt hatte, – im Innern hatte es mich doch gepackt. Nun bedachte ich, was geschehen wäre, wenn Grandel seine Beschuldigungen nicht zurückgenommen hätte, und wenn der Untersuchungsrichter ein minder kluger und menschlicher Mann gewesen wäre.

Fürs erste hörte ich aus Moabit nichts mehr. Dafür aber umsomehr aus den Zeitungen, die uns feindlich gegenüberstanden, und das waren ja so ziemlich

---

in der Rauchstraße, bei dem Claß die Ermordung Hans von Seeckts angesprochen haben soll, der dann von General Berendt ersetzt werden sollte. Ebd., S. 10.

<sup>218</sup> Gemeint ist vermutlich Auguste Grandel (1877–1971).

alle, ausser dem ganz engen Kreise der Blätter, die die nationale Opposition vertraten. Auf dem Nachhausewege konnte ich schon Zeitungen kaufen, in denen zu lesen war, dass ich verhaftet und der Anstiftung zu den Mordplänen überführt sei, und was von schonen [sic] Betrachtungen sich sonst daran knüpfte. Am tollsten trieben es in dieser Zeit und weiterhin bis zum Abschluss des sogen. „Seeckt-Prozesses“ die Blätter der Deutschvölkischen Freiheitspartei, die es sich zur besonderen Aufgabe gemacht hatten, mich zu vernichten.<sup>219</sup>

Am Nachmittag desselben Tages wurde ich dann noch zu *Dr. Weiss* berufen, der, wie erwähnt, damals die Politische Polizei leitete.<sup>220</sup> Er empfing mich in Gegenwart des Polizeikommissars *Dr. Stamm*, desselben, der am Vormittag die Haussuchung bei mir abgehalten hatte, und erklärte zunächst, er sei von dem Untersuchungsrichter schon über den Verlauf dessen unterrichtet, was sich vor ihm abgespielt habe. Er beglückwünschte mich zu dem Widerruf Grandels und versicherte, dass er keinen Augenblick daran geglaubt habe, dass ich an einem so wahnsinnigen Unternehmen beteiligt sei.

Besonderen Wert legte er auf das gefälschte Protokoll, von dem er eine Abschrift erbat. Dabei erklärte er, für ihn sei wahrscheinlich, dass zwischen dessen Verfasser und denen, die mich offenbar mit wildem Hass verfolgten, ein Zusammenhang bestehe. Zweifellos hatte er die Vermutung, dass die führenden Leute der Deutschvölkischen Freiheitspartei hinter dieser Sache stünden, und er fragte, ob mir bekannt sei, dass Grandel zu dieser Gruppe gehöre. Die weitere Unterhaltung lief, soweit Weiss beteiligt war, darauf hinaus, von mir die Erklärung zu erhalten, dass ich Leute der genannten Partei für die Drahtzieher der ganzen Hetze gegen mich hielte.

Ich antwortete ihm etwa wörtlich: „Ich habe es mir in meinem ganzen Leben zur Pflicht gemacht, und zwar als Mensch wie als Anwalt, gegen nieman-

<sup>219</sup> Julius F. Lehmann berichtete Claß, dass Gottfried Grandel ein Parteianhänger der DVFP sei und vor allem Reinhold Wulle nahestand, mit dem sich Claß überworfen hatte. Siehe Chamberlain: Der Attentatsplan gegen Seeckt, S. 429. Im Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung vom 26.1.1924 heißt es zu den grundsätzlichen Machtkämpfen innerhalb des rechten Lagers: „Die Gegensätze, die zwischen der DVFP und den Anhängern der Brigade Ehrhardt bestehen und die in der verschiedenartigen Stellungnahme beim Hitler-Putsch in München ihre deutliche Auswirkung fanden, zeigten sich jetzt wieder in der Zeitungspolemik dieser Parteien über den Attentatsversuch auf General Seeckt. [...] Der Alldeutsche Verband, der als Organisation selbst den Plänen sicher fern steht, ist unter der Führung von Class erst wieder in letzter Zeit aktiv hervorgetreten. Die in den Vaterländischen Verbänden Norddeutschlands herrschende Zerrüttung und Führerlosigkeit haben es Class ermöglicht, in verhältnismässig kurzer Zeit eine führende Rolle zu gewinnen. [...] Ebenso haben die zwischen der [Deutsch]völkischen Freiheitspartei und den Vaterländischen Verbänden sowie den Alldeutschen Verbänden [sic] bestehenden Zwistigkeiten wiederholt ihren Ausdruck in der Presse gefunden. Die sich in Bayern gegenüberstehenden Gruppen der Nationalsozialisten unter [Erich] Ludendorff und [Adolf] Hitler und der sich um [Gustav Ritter von] Kahr und [Hermann] Ehrhardt sammelnden Verbände haben ihr Gegenbeispiel in dem in Norddeutschland bestehenden Gegensatz zwischen den Anhängern von [Reinhold] Wulle und [Albrecht von] Graefe-[Goldebee] und den unter Führung des ADV stehenden Vaterländischen Verbänden Norddeutschlands.“ In BA-Berlin, R 1507, Bd. 22, Bl. 76.

<sup>220</sup> Bernhard Weiß war 1919–1924 Leiter der Abteilung IA (politische Polizei).

den eine Beschuldigung vorzubringen, die sich nicht auf unbestrittene Tatsachen stützt. Von den sogen. deutschvölkischen Führern ist mir leider bekannt, dass sie mich unablässig verfolgen, aber ich habe keinen Anlass zu glauben, noch viel weniger habe ich Beweise dafür, dass das gefälschte Protokoll von ihnen ausgeht. Über dessen Urheber habe ich eine Vermutung, aber keinen Beweis, und so darf ich mich über diesen Verdacht nicht äussern. Sobald ich den Beweis habe, dass mein Verdacht begründet ist, werde ich ihnen Mitteilung machen.“

Dr. Weiss erklärte, dies wohl zu verstehen, und entliess mich. Am selben Abend noch und in steigendem Masse am folgenden Vormittag überboten sich die Zeitungen der gesamten Linken und die sogen. „Boulevardpresse“ in den abenteuerlichsten Nachrichten über den „Fall Seeckt“ und meine Teilnahme daran. Man konnte nicht verschweigen, dass Grundel sein Geständnis zurückgenommen und insbesondere alle seine Angaben über mich widerrufen hatte. Zur Erklärung dieses der Linken offenbar sehr unwillkommenen Vorgangs wurden alle Möglichkeiten erörtert, und einige besonders kluge Zeitungsleute kamen auf den Gedanken, dass ich eine ausserordentliche „suggestive“ Kraft besässe, und dass ich vor allem durch meinen Blick den unglücklichen Grandel in der Gewalt gehabt habe.

Dabei übersahen diese Herren leider nur, dass Grandels Widerruf ja schon vor seiner zweiten Vernehmung schriftlich an den Untersuchungsrichter niedergelegt war. Aber das tat nichts: bis zur Hauptverhandlung und noch darüber hinaus erblickte diese Art von Presse in mir den politischen Verbrecher grossen Stils und ward nicht müde, immer von neuem vom Untersuchungsrichter meine Verhaftung zu fordern bzw. ein Eingreifen der höheren Stellen zu verlangen, wenn dieser sich aus Schwäche weigere.

Es tut mir leid, feststellen zu müssen, dass, was immer die grösststädtische Judenpresse gegen mich schrieb, harmlos war gegenüber den wütenden Angriffen, die von den paar Blättern der Deutschvölkischen Freiheitspartei ausgingen; sie überboten alles, was in dieser Zeit gegen mich ausgeheckt wurde. Es ist kein besonders angenehmes Gefühl, sich Tag für Tag mit den unglaublichsten Beschuldigungen überschüttet zu sehen – aber der Mensch gewöhnt sich an alles, und schliesslich dachte ich nur noch daran, welche neuen Farben die Herrschaften in ihr Schauergemälde bringen könnten.

Die Voruntersuchung wurde aufs gründlichste geführt; sie dauerte etwa vier Monate.<sup>221</sup> In ihrem Verlauf wurde auch General von Seeckt am 25. Januar als Zeuge vernommen. Den Tag darauf bestellte mich der Untersuchungsrichter und erklärte, er müsse nun hören, welcher Art meine Beziehungen zu General von Seeckt gewesen seien, und was ich mit ihm besprochen hätte. Ich erwiderte der Wahrheit gemäss, dass der General bei Beginn unserer Beziehungen nachdrücklich betont habe, der Inhalt unserer Gespräche müsse unbedingt

---

<sup>221</sup> Zur Zeugenaussage von Claß siehe Brammer: *Attentäter*, S. 12–14. Claß wollte Grandel als wirtschaftlichen Mitarbeiter gewinnen und Grandel berichtete über die Vorgänge in Bayern Claß nach Berlin, wofür er mehrere Male Geld von Claß erhielt. Ebd.

vertraulich sein. Das hätte ich zugesagt und von mir aus das gleiche verlangt, was der General als eine Selbstverständlichkeit bezeichnet habe. Unter diesen Umständen sei ich nicht in der Lage, die von mir begehrte Aussage zu machen, da ich dem Chef der Heeresleitung gegenüber durch mein Versprechen gebunden sei.

Der Untersuchungsrichter antwortete darauf: „Ja, aber General von Seeckt hat gestern über seine Beziehungen zu Ihnen seine Aussage gemacht.“ Ich war dadurch einigermassen betroffen und erklärte, dass ich dies Verhalten des Herrn von Seeckt durchaus unvornehm fände. Der Untersuchungsrichter meinte darauf, die Aussage liege nun einmal vor, und ein gesetzlicher Grund zur Verweigerung liege weder für den General noch für mich vor. Ich entgegnete, das wisse ich wohl, aber unter Ehrenmännern müsse doch die einmal zugesicherte Verschwiegenheit gewahrt bleiben. Jener meinte darauf, er wolle mir die Aussagen Seeckts geben, dass ich sie in Ruhe durchlesen und dann entscheiden könne, ob ich mich vernehmen lassen wolle. So geschah es. Ich war sprachlos über die Fülle der Unwahrheiten, die Seeckt in seiner Aussage zustande gebracht hatte. Es war unfassbar, wie alles, was zwischen uns besprochen war, im Gedächtnis des Chefs der Heeresleitung eine so andere Gestalt hatte annehmen können.<sup>222</sup>

Ich konnte mir die gehäuften Unrichtigkeiten in der Aussage Seeckts nur so erklären, dass er in seiner Erinnerung mich mit einem oder mehreren anderen seiner zahllosen Besucher zusammenwarf und mir in den Mund legte, was andere ihm im Laufe des Jahres auseinandergesetzt hatten. So sagte er am Anfang seiner Vernehmung, ich hätte ihm schon bei meinem ersten Besuch er-

<sup>222</sup> Hans von Seeckt gab im Januar 1924 unter anderem seine Version des Treffens mit Claß am 24.9.1923 zu Protokoll. Seeckt war nach eigenen Angaben zwischen dem 19.9. und 14.10.1923 durchgehend in Berlin. Siehe Tagebuchartige Notizen Hans von Seeckt (Notizbücher) 1919–1933 und 1935–1936, in BA-Freiburg, N 247, Bd. 18, Tagebuch No. 5, April 1922–Oktober 1926, Bl. 23. Zum Treffen siehe Tagebuchartige Notizen Hans von Seeckt (Besucherlisten), Eintrag 24.9.1923, in ebd., Bd. 19, Bl. 6. Für den 24.9.1923 ist neben Claß auch Ernst Graf zu Reventlow vermerkt. Seeckt glaubte entsprechend seinen Protokollausagen Claß ungefähr 1½ Jahre zu kennen, als Claß ihn aufsuchte und die Notwendigkeit eines Umsturzes darlegen wollte. Seeckt habe versucht, Claß davon abzubringen und klarzumachen, dass ein Umsturz ein „Unglück für das Reich“ bedeuten würde. Eine „gedeihliche Entwicklung der vaterländischen Verbände“ sei zudem nur denkbar, „wenn diese sich unbedingt der Heeresleitung unterstellten.“ Claß schien unbeeindruckt davon geblieben zu sein, so Seeckt. Claß sei wieder auf einen Umsturz zurückgekommen, habe aber keine Namen genannt, da Seeckt es gar nicht soweit habe kommen lassen. Eine weitere Unterredung habe dann zu Beginn der Ruhrbesetzung stattgefunden und Claß mahnte erneut, dass „etwas geschehen müsse“. Seeckt habe dann Claß „beruhigt“ und empfohlen, die hinter Claß stehenden Verbände zurückzuhalten. Weitere Gespräche habe Seeckt abgelehnt – bis auf das Treffen am 24.9.1923. General von Berendt vermittelte den Kontakt. Claß versuchte demnach „in aufgeregter Weise“ Seeckt „für seinen Plan zu gewinnen, der auf die Errichtung einer nationalen Diktatur zielte“. Einzelheiten habe Claß nicht genannt. Seeckt habe Claß „in sehr bestimmter Form“ zurückgewiesen, er lasse sich „in keiner Weise von irgend einer Seite drängen“. Seeckt würde einen „Aufstand von rechts ebenso rücksichtslos niederschlagen“ wie „einen kommunistischen Putschversuch“. Claß sei dann „sichtlich enttäuscht“ gegangen. Aussage Hans von Seeckt vor dem Landgericht I in Berlin 25.1.1924, in BA-Berlin, R 3001, Bd. 12008, Bl. 53.

klärt, dass „ein Umsturz der Regierung notwendig sei, und dass dieser Umsturz notwendigerweise auf gewaltsamen Wege sich vollziehen müsse.“ Seeckt fuhr fort, er habe mich von meinem Standpunkt abzubringen und mir klarzumachen versucht, dass eine neue Umwälzung ein Unglück für das Reich bedeuten würde. Weiter habe er mir gesagt, eine gedeihliche Entwicklung der vaterländischen Verbände sei nur denkbar, wenn diese sich der Heeresleitung *unbedingt* unterstellten. Er habe den Eindruck gehabt, seine Eröffnungen seien auf mich nicht ohne Eindruck geblieben. Von alledem entsprach kein Wort der Wirklichkeit.

Vor dem Untersuchungsrichter erklärte Seeckt weiter, ich sei in späteren Unterredungen auf meinen Umsturzplan zurückgekommen, allerdings ohne bestimmte Persönlichkeiten für die neu zu bildende Regierung zu nennen, weil er es zu einer Erörterung hierüber gar nicht habe kommen lassen. Wie verzerrt das Erinnerungsbild des Chefs der Heeresleitung war, ergab sich daraus, dass eine „weitere“ Unterredung in der ersten Zeit der Ruhrbesetzung nicht stattgefunden habe. Damals – beim ersten Male – hätte ich geäußert, „es müsse etwas geschehen.“ Nun steht aber fest, dass gerade die Ruhrbesetzung der Anlass für mich gewesen ist, den General, über den ich doch ziemlich eindeutig unterrichtet war, überhaupt zu besuchen.

Es kommt aber noch schöner. Seeckt brachte es fertig zu behaupten, er habe es in der Folgezeit abgelehnt, mich zu empfangen, weil er sich von weiteren Verhandlungen keinen Erfolg versprochen habe. Demgegenüber steht fest, dass ich jedesmal von ihm sofort empfangen wurde, wenn ich mich melden liess. Den Abschluss unserer Beziehungen hat mein Besuch am 24. September 1923 gebildet, den General von Berendt vermittelt und ihm als meinen dringenden Wunsch hingestellt hatte.<sup>223</sup> Wörtlich sagte der Chef der Heeresleitung:

„Bei dieser Gelegenheit versuchte der Justizrat Class mich in aufgeregter Weise für den Plan zu gewinnen, der auf Errichtung einer nationalen Diktatur zielte. Einzelheiten über die Ausführung seines Planes gab er nicht an. Ich wies ihn in sehr bestimmter Form zurück und erklärte ihm, dass ich mich in keiner Weise von irgendeiner Seite drängen liess. Die hinter ihm stehenden Verbände müssten einsehen, dass sie mir ebenso wenig hineinzureden hätten, wie die Verbände anderer Parteirichtungen. Ich äusserte dabei dem Sinn nach, dass ich einen Aufstand von rechts ebenso niederschlagen würde, wie einen kommunistischen Putschversuch. Justizrat Class verliess mich darauf sichtlich

---

<sup>223</sup> Hans von Seeckt sprach 1924 auch von einem letzten Treffen um den 10. oder 11.9.1923. Siehe Auszug aus dem Urteil im Prozess gegen Alexander Thormann und Gottfried Grandel, beglaubigte Abschrift vom 23.10.1926 durch das Sekretariat der Reichsanwaltschaft in Leipzig, in BA-Berlin, R 3001, Bd. 12008, Bl. 54–55. Die Tagebuchartigen Notizen von Hans von Seeckt weisen für den 11.9.1923 jedoch eine Autoreise nach Alten Grabow und für den 11.9.–12.9.1923 eine Weiterreise mit dem Auto nach Dresden aus. Nach eigen Angaben war Seeckt im September stattdessen am 1.9.1923, vom 4./5.9.–9.9.1923 und dann wieder vom 14.9.–15.9.1923 und vom 19.9.–14.10.1923 in Berlin anzutreffen. Siehe Tagebuchartige Notizen Hans von Seeckt (Notizbücher) 1919–1933 und 1935–1936, in BA-Freiburg, N 247, Bd. 18, Tagebuch No. 5, April 1922–Oktober 1926, Bl. 22–23.

enttäuscht. Irgendwelche Äusserungen, die als Drohungen aufgefasst werden könnten, hat er nicht getan. Ich kann auch keine Tatsachen dafür anführen, aus denen zu schliessen wäre, dass er den Plan eines Mordanschlages gegen mich vorbereiten wollte.“

Dies war die Aussage Seeckts, des Offiziers, dem die Wehrmacht anvertraut war. Ich hielt dem Untersuchungsrichter gegenüber mit meinem Urteil über diese Aussage nicht zurück, deren innere und äussere Unmöglichkeit auf der Hand liege. Ich hatte die Genugtuung, dass der Untersuchungsrichter von sich aus sagte, er habe dem General erklärt, als dieser von meiner Aufgeregtheit gesprochen habe, das könne er sich gar nicht vorstellen; er halte es für ausgeschlossen, dass irgendetwas mich aus der Ruhe und Beherrschtheit herausbringen könnte.

Danach wurde zur Aufnahme meiner Gegenaussage geschritten, in der ich die Angaben Seeckts widerlegte. Schon hier sei bemerkt, dass der General später bei der Hauptverhandlung gegen Grandel vor dem Berliner Schwurgericht dieselbe Aussage machte und *beschwor* – dies sogar mit dem unvornehmen Zusatz, sein Gesamteindruck von mir sei gewesen, dass ich zu jenen Leuten gehörte, die etwas unternehmen wollten, aber nicht wüssten, was, und die einen General suchten, der für sie die Arbeit schaffe.

Des weiteren sei hier schon gesagt, dass ich Gelegenheit hatte, dem General in öffentlicher Sitzung des Schwurgerichts unter Eid zu erklären, dass seine Angaben „objektiv“ unwahr seien. Hierauf hatte Seeckt nichts zu erwidern. Kennzeichnend für den damaligen Zustand auf den Gerichten war es, dass am Tage nach der Vernehmung Seeckts vor dem Untersuchungsrichter seine Aussage mit geradezu begeisterter Zustimmung in der ganzen uns feindlichen Presse abgedruckt wurde. Als ich mich darüber beschwerte, versprach mir der Untersuchungsrichter, dass er nunmehr für besondere Verwahrung der Akten sorgen wolle, es sei eine Folge des heutigen Zustandes, dass pflichtvergessene Kanzleibeamte diese zudringlichen Zeitungslenten zeigten oder ihnen gar Abschriften gäben. Der Untersuchungsrichter hat dies Versprechen gehalten, aber meine verehrten Feinde in der Presse wurden dadurch nicht zum Schweigen gebracht, sondern liessen ihre Erfindungskraft nur umso ergiebiger walten.

Für mich war mit der zweiten Vernehmung die Angelegenheit zunächst erledigt. Umso stärker und weiter aber schlugen die Wellen dieses Falles, der sich allmählich zu einem politischen Skandal ersten Ranges auswuchs. Durch die Voruntersuchung der preussischen politischen Polizei war die Vorgeschichte des Mordplans dahin klargelegt worden, dass ein gewisser *Thormann*, den Grandel in München zufällig getroffen hatte, diesem davon gesprochen hatte, er müsse demnächst nach Berlin. Er stehe mit einem Kreise in Berührung, der den General von Seeckt beseitigen wolle.

Grandel schenkte dieser Behauptung zunächst keinen Glauben; er wurde aber stutzig, als Thormann ihm in den ersten Tagen des Jahres 1924 fernmündlich mitteilte, er gehe jetzt wirklich nach Berlin. Dabei gab er Grandel an, wo er zu erreichen sei, falls dieser dorthin käme. Grandel hatte um die Mitte des Monats geschäftlich in Berlin zu tun und verabredete dabei eine Zusammen-



kunft mit Thormann, weil er, wie er sagte, neugierig war, was an dessen Erzählung wahr sei. Beide trafen sich, und Thormann berichtete, er halte an seinem Plan fest und sei dabei, sich zur Ausführung zwei unbedingt sichere Helfer zu gewinnen. Er glaubte den einen gefunden zu haben, und dieser wolle ihm noch den notwendigen zweiten zuführen. Grandel will Thormann gewarnt haben, aber dieser habe sich von seinem Plan nicht abbringen lassen.

Im Verlaufe der Untersuchung stellte die Berliner politische Polizei fest, dass Thormann an zwei Kriegseleutnants geraten war, die angeblich in Berlin studierten, und von denen der eine der Brigade Ehrhardt angehörte.<sup>224</sup> Beide waren Mitglieder der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Sie hatten führenden Männern der Partei von Thormanns Ansinnen berichtet, und diese rieten nun, die Sache dem Reichskommissar für öffentliche Sicherheit zu melden. So kamen sie in Verbindung mit einem Oberregierungsrat *Mühleisen*<sup>225</sup> bei dieser Behörde, der, ein Landsmann Erzbergers, von diesem nach Berlin gezogen worden war.

Mühleisen witterte in diesem Falle eine Gelegenheit, sich besonders hervorzutun, und empfahl den jungen Leuten nicht nur, Thormann gegenüber sich zur Ausführung der Tat bereit zu erklären, sondern verschaffte ihnen auch Pistolen und die notwendigen Reitanzüge. Nicht nur das: er brachte die beiden auch mit einem angeblichen Major *Gilbert*<sup>226</sup> in Verbindung, über den, wie sich weiterhin ergab, bei der politischen Polizei umfangreiche Akten bestanden; es handelte sich um einen ganz dunklen Ehrenmann, der Spitzel- und Spionendienste dort leistete, wo er jeweils bezahlt wurde.

Die beiden jungen Leute bekamen von Mühleisen den Rat, mit Thormann alles auf die Ausführung des Mordplanes Bezügliche genau zu verabreden, damit er, Mühleisen, im rechten Augenblick zugreifen könne. So trafen die beiden sich wieder mit Thormann und gaben ihm ihre endgültige Zusage für den Fall, dass jener die zur Flucht notwendigen Mittel aufbringe. Bei der Erörte-

---

<sup>224</sup> Die genannten Personen bleiben unklar.

<sup>225</sup> Hugo Mühleisen (geboren 1882), 1914 Amtsrichter, 1915–1918 Bezirksrichter und Vertreter des Kreis-Chefs in Polen, 1919 Ministerialsekretär im Justizministerium in Stuttgart, 1920–1921 Landrichter in Stuttgart, 1921–1929 Reichskommissariat für öffentliche Ordnung und Leiter der Nachrichtenabteilung beim württembergischen Polizeiamt in Stuttgart, 1922 Oberregierungsrat, 1924 Unterstützung des Seeckt-Attentatsversuchs von Alexander Thormann durch Duldung und verschleppte Verhinderung durch die politische Polizei – während des folgenden Prozesses im Juni/Juli 1924 Unterstützung der mit ihm im Vorfeld zusammen agierenden DVFP und Belastung des ADV.

<sup>226</sup> Auch in der zeitgenössischen Berichterstattung ist von Gustav Gilbert die Rede. Gemeint ist vermutlich Ernst Hubert Eberhard Horst Gilbert (geboren 1889), 1914–1918 Kriegsteilnehmer, zuletzt Bataillonskommandant, Major, Freikorpsmitglied beim Grenzschutz Ost und des Freikorps Roßbach, 1922 Austritt aus der Reichswehr als Offizier, Beteiligung an illegalen Aufmarschplänen der Reichswehr, bezahlter Informant des Reichskommissariats für die Überwachung der öffentlichen Ordnung über die vaterländischen Verbände, 1924 Aufdeckung der Attentatspläne gegen Reichswehrminister Hans von Seeckt und Belastung der Verschleppungstaktik von Oberregierungsrat Hugo Mühleisen, Schriftsteller der „konservativen Revolution“, 1933 Aufnahme in den Reichsverband Deutscher Schriftsteller, 1934 im Zuge des „Röhm-Putsches“ verhaftet, im Zweiten Weltkrieg SS-Standartenführer in Kopenhagen.

nung dieser Frage behauptete nun Thormann, dass er sicher sei, von Grandel das nötige Geld zu bekommen. Auf diese Weise erfuhren die jungen Leute den Namen des Augsburger Fabrikanten. Dieser traf sich törichterweise noch einmal mit Th[o]rmann, der ihm von seinen „Fortschritten“ berichtete.

Grandel will immer noch nicht den Ernst des angeblichen Unternehmens geglaubt haben, liess sich aber trotzdem, oder vielleicht gerade deshalb auf Thormanns Bitte herbei, sich dessen beide Gehilfen anzusehen. Wirklich traf er wenigstens mit einem von diesen zusammen, so dass dieser ihn nun auch persönlich kennenlernte. Mühleisen glaubte, das Netz nun zuziehen zu können.

*Meinen* Namen scheint *Gilbert* in die ganze Sache hineingezogen zu haben, und die [p]olitische Polizei kam später auf die Vermutung, dass er der Urheber des erwähnten gefälschten Protokolls gewesen sei.

Was die Geldbeschaffung betraf, so stellte Thormann sie als gesichert hin und verabredete mit einem der beiden jungen Leute eine Zusammenkunft im Café Josty.<sup>227</sup> Dieser benachrichtigte durch Gilbert Mühleisen hiervon, und Thormann wurde dort festgenommen. Das Reichskommissariat für öffentliche Sicherheit hatte seinen ersten Schlag geführt; der zweite folgte am selben Tag, als Grandel, der wieder nach Augsburg zurückgekehrt war, daselbst verhaftet wurde.

So waren die Kugeln ins Rollen gekommen. Nach meiner Vernehmung entbrannte nun hinter den Kulissen ein heftiger Kampf zwischen der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidenten und dem genannten Reichskommissariat, geführt durch Weiss und Mühleisen. Der Untersuchungsrichter schlug sich dabei offensichtlich auf die Seite der politischen Polizei, während die Staatsanwaltschaft später sehr stark mit dem vom Reichskommissariat zusammengetragenen Beweisstoff arbeitete.

In diesem Falle hatte Regierungsdirektor Dr. Weiss, der sonst bei den nationalen und völkischen Kreisen im Rufe der Einseitigkeit und Voreingenommenheit stand, unbedingt sachlich gehandelt und die selbstverständlichen Grundsätze aller staatlichen Ordnung vertreten. Er machte es später Mühleisen vor dem Schwurgericht in öffentlicher Sitzung zum schweren, aber berechtigten Vorwurf, dass er diesen sogen. Mordplan Thormanns künstlich grossgezogen und die Anfänge seiner Ausführung gefördert habe, statt die selbstverständliche Aufgabe aller Polizei zu erfüllen, drohende Verbrechen zu verhüten.

Es war kein Zweifel darüber möglich, dass Weiss ganz durchdrungen davon war, dass weder der Alldeutsche Verband noch ich mit dem angeblichen Mordplan etwas zu tun hatten, während Mühleisen bis zum letzten Augenblick seiner Vernehmung vor dem Schwurgericht von meiner Schuld felsenfest überzeugt zu sein schien. Er brachte dabei das Kunststück fertig, sich auf ungezählte Aufsätze in der „Deutschen Zeitung“ zu stützen, bis ihm der Vorsitzende des Gerichts vorhielt, dass kämpferische Äusserungen in der Presse ge-

<sup>227</sup> Das Cafe Josty befand sich am Potsdamer Platz/Ecke Bellevuestraße in Berlin.

genüber dem damaligen System doch kein Beweis dafür seien, dass man den Chef der Heeresleitung ermorden lassen wolle. Es war weiter kein Zweifel, dass Mühleisen die engste Fühlung mit der uns feindlichen Presse unterhielt und sie mit Stoff versorgte.

Der Untersuchungsrichter arbeitete mit dem grössten Eifer, um festzustellen, ob und was an dem behaupteten Mordplan tatsächlich wahr sei. So kam er auch dazu, Angehörige der Deutschvölkischen Freiheitspartei zu vernehmen<sup>228</sup>, nicht minder aber auch das Drum und Dran um Gilberts Person aufzuklären und gewisse Verbindungsleute zwischen den sogen. deutschvölkischen Elementen und ihm festzustellen. Mit wahrer Wollust nahm die ganze gegnerische Presse auf, was gegen den Alldeutschen Verband und mich gedeutet werden konnte, und auch hierbei marschierten die Blätter der Deutschvölkischen Freiheitspartei, was Gehässigkeit anlangte, wieder an der Spitze.

Nur um zu zeigen, was diese Verblendeten damals fertigbrachten, sei erwähnt, dass später in der Hauptverhandlung einer der erwähnten Verbindungsleute unter Eid aussagte, ich sei in der Nacht vom 8. auf den 9. November 1923 in München gewesen<sup>229</sup> und habe dort den Kardinal-Erzbischof *Faulhaber*<sup>230</sup> aufgesucht, um mit ihm zu beraten, wie das Unternehmen Adolf Hitlers niedergeschlagen werden könne. Auf mein Betreiben habe dann Faulhaber in tiefster Nacht den Generalstaatskommissar Dr. von Kahr [zu sich gebeten]<sup>231</sup>, und wir beide hätten diesen bearbeitet, am folgenden Tage mit rücksichtsloser Gewalt die Bewegung zu unterdrücken.

So sollte mir die Blutschuld an den vor der Feldherrnhalle getöteten 18 Nationalsozialisten<sup>232</sup> zugeschoben werden, mit der Schlussfolgerung, dass, wer diese Anstiftung zum Mord auf dem Gewissen habe, auch fähig sei, den Chef der Heeresleitung niederschliessen zu lassen. Der Zeuge, der diese Aus-

---

<sup>228</sup> Darunter war auch Leutnant Horst von Tettenborn, Leiter der Jugendorganisation der DVFP und Sekretär des Mitgliebes des Reichstages für die DVFP, Albrecht von Graefe-Goldebee. Ernst Graf zu Reventlow, bis zur frühen Weimarer Republik führendes Mitglied des ADV, 1922 Mitbegründer der DVFP und ab 1927 Mitglied der NSDAP, wurde ebenfalls als Zeuge gehört. Brammer: Attentäter, S. 11–12 und 13.

<sup>229</sup> Claß fuhr in der Nacht zum 9.11.1923 von Berlin nach München, um sich ein Bild vom Hitler-Putsch zu machen. Siehe Kapitel 9.

<sup>230</sup> Michael von Faulhaber (1869–1952), 1903–1911 Professor in Straßburg, 1910/1911 Ernennung zum Bischof von Speyer, 1914 Stellvertretender Feldprobst der Bayerischen Armee, 1917–1952 Erzbischof von München und Freising, 1921 Kardinal, 1933 beteiligt an den Verhandlungen des Vatikans mit der Hitler-Regierung für das Reichskonkordat, 1937 Entwurf der Enzyklika „Mit brennender Sorge“.

<sup>231</sup> Einschub im Originalmanuskript und in der Textfassung in FZH 11/C2. Gestrichen: kommen lassen.

<sup>232</sup> In der Textfassung in FZH 11/C2 handschriftliche Änderung von 18 zu 16. Zu den getöteten Putschisten gehörten Felix Allfarth, Andreas Bauriedl, Theodor Casella, Wilhelm Ehrlich, Martin Faust, Anton Hechenberger, Oskar Körner, Karl Laforce, Kurt Neubauer, Klaus von Pape, Theodor von der Pfordten, Johann Rickmers, Max Erwin von Scheubner-Richter, Lorenz Ritter von Stransky-Griffenfeld, Wilhelm Wolf sowie die bayerischen Polizisten Friedrich Fink, Nikolaus Hollweg, Max Schoberth und Rudolf Schraut.

sage machte, war bezeichnenderweise der sog. Verbindungsoffizier zwischen Gräfe und Ludendorff.

Die Voruntersuchung zog sich über ein Vierteljahr hin; die Hauptverhandlung nahm die letzten zwölf Tage vor Pfingsten 1924 in Anspruch.<sup>233</sup> Die Verteidigung lag in den Händen des in nationalen Kreisen hochangesehenen Justizrats *Dr. Hahn*<sup>234</sup>, der sie mit grösster Umsicht und dem verdienten Erfolge führten.

Die Anklage wurde von dem Generalstaatsanwalt und dem eigens für politische Strafprozesse bestellten Staatsanwalt des Landgerichts I vertreten.<sup>235</sup> Beide waren der Auffassung, dass die beiden Menschen, die auf der Anklagebank sassen, nur Nebenfiguren seien; der eigentliche Angeklagte sei der Justizrat Class, um dessen Haupt es gehe. Demgemäss gingen sie, soweit der vortreffliche Vorsitzende Landgerichtsdirektor *Tolk*<sup>236</sup> dazu Gelegenheit liess, bei der Beweisaufnahme vor. Die Verteidigung hinwiederum tat alles, um die beiden Angeklagten als Opfer der Spitzel des Oberregierungsrats Mühleisen hinzustellen.

Fast zwei Wochen lang wurde ich durch die Presse gezogen wie noch nie in meinem Leben, was ziemlich viel heissen will.<sup>237</sup> In den knalligsten Über-

<sup>233</sup> Der Hauptprozess fand vom 26.5.–5.6.1924 statt.

<sup>234</sup> Willy Hahn (gest. 1942), Promotion, Justizrat, Direktor im BdL, trat bei den Reichstagswahlen 1903 für den Wahlbezirk Berlin 3 an, der in der Hauptwahl an die SPD ging, kam um 1913 über den Alldeutschen Konrad von Wangenheim mit Claß in Kontakt, Mitglied der DNVP; ab 1925 bis mindestens 1934 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses und des Gesamtvorstandes des ADV, Verteidiger zusammen mit Walter Luetgebrune der Brüder Techow im Rathenau-Prozess (1922), Verteidiger von Claß im Seeckt-Prozess (1924) und im Putsch-Prozess (1926/27), Vorsitzender des Reichsverbandes deutschnationaler Rechtsanwälte und Notare, als Laienmitglied des brandenburgischen Provinzialbruderrates der Bekennenden Kirche nahestehend, einer der drei Verteidiger von Martin Niemöller bis zur Urteilsverkündung 1938, auch noch Verteidigung sozialdemokratischer Angeklagter vor dem Volksgerichtshof. Siehe dazu Ziemann: Martin Niemöller, S. 298.

<sup>235</sup> Gemeint ist Generalstaatsanwalt Lindow. Siehe zu den Anklagereden Brammer: Attentäter, S. 19–22.

<sup>236</sup> Paul Tolk (geb. 1875), Promotion, Landgerichtsdirektor am Landgericht Berlin, Mitglied der Teutonia Rostock, NS-Altherrenbund, RDB, NSRB, NSV, 1933 Eintritt in die NSDAP. Siehe BA-Berlin, R 9361–I/3669. 1924 als Vorsitzender des Schwurgerichts im Seeckt-Prozess gegen Claß, für die nationalistische Rechte äußerst nachsichtige Spruchkammer wurde wegen diverser Freisprüche in Strafverfahren auch zuweilen „Kammer der barmherzigen Brüder“ genannt.

<sup>237</sup> Joseph Roth, 1923–1932 Korrespondent der Frankfurter Zeitung, hielt ein kritisches zeitdiagnostisches Resümee über das Milieu nationalistischer Zirkel und Verschwörer gegen die Weimarer Republik, als sich der Prozess dem Ende näherte: „Vor den Schranken des Gerichts stehen die Vertreter einer neuen Zeit und einer neuen Romantik; die Typen des modernen Halbdunkels, jener Gewitterbeleuchtung, in der die Grenze zwischen Staatsaktion und Verbrechen, zwischen Patriotismus und Pathologie, gläubiger Schwärmerei und zynischem Spitzeltum verschwinden. [...] Es ist ein Prozeß der halben Worte, der Achtel-Geständnisse. [...] Ich will versuchen, einen Teil dieser Zuhörer zu beschreiben: Männer zwischen achtzehn und vierzig. Kleinbürger, gewesene Offiziere, Matrosen, die man [an] ihren scharfen und zugleich naiven Augen erkennt, Studenten und Halbstudenten, viele in der schon Uniform gewordenen Kleidung derjenigen, denen der politische Dilettantismus zum Sport geworden ist, und die infolgedessen Sportjacken und Gürtel

schriften wurde der Leserschaft von heute auf morgen immer wieder versprochen, dass in der nächsten Sitzung meine Ruchlosigkeit so einwandfrei bewiesen werden würde, dass ich bestimmt verhaftet würde. Den Höhepunkt der Verhandlung bildete für diese Art von Zeitungsleuten meine Gegenüberstellung mit General von Seeckt, bei der ich nicht allein den Eindruck hatte, dass ich jedenfalls nicht der Unterlegene war.<sup>238</sup> Ohne mein Wissen hatte an jenem Tage einer meiner Freunde, *Baron Karl von Manteuffel-Katzdangen*, in der Loge des Schwurgerichtssaales der Verhandlung beigewohnt; er fertigte darüber eine Niederschrift, die ich für die Beurteilung des ganzen Sachverhaltes für bedeutsam halte und deshalb hier mitteile. Sie lautet:

„Ein guter Zufall hat es mir ermöglicht, gerade an dem Tage dem Thormann-Grandel-Prozess in Moabit beiwohnen zu können, als die Vernehmung von General von Seeckt stattfand, die das Gepräge einer Gegenüberstellung von ihm mit Herrn Justizrat Class erhielt. General von Seeckt machte seine Angaben mit leiser, ruhiger Stimme, aber nicht mit grosser Sicherheit. Ein Fernstehender hätte vielleicht den Eindruck haben können, dass ihm vieles nicht mehr frisch im Gedächtnis haftete und nur nachträglich aus einzelnen Erinnerungsmomenten zusammengestellt war. Demgegenüber mochte die ausserordentliche frische und sehr präzise Erwiderung von Justizrat Class auf alle Zuhörer (ich konnte das auf der Tribüne, wo ich sass, durch hingeworfene Bemerkungen des Publikums konstatieren) einen grossen Eindruck; ich glaube wohl auch auf die Richter. Justizrat Class hat an sich ein bewunderungswertes Gedächtnis, wie ich es in der Stärke wohl noch bei niemanden bemerkt habe. An diesem Tage und bei dieser Gelegenheit hatte man den Eindruck, als ob er von Vorgängen spräche, die er im selben Tage oder Vorabend erlebt hatte, wozu noch kam, dass er mit einer bei ihm nicht gewöhnlichen Lebhaftigkeit sprach. Die Genauigkeit und Klarheit und Sicherheit seiner Angaben waren so ausgesprochen, dass man als Zuhörer gleich das Gefühl hatte, dass hierauf eine Erwiderung schwer möglich sein würde, und in der Tat erfolgte sie auch nicht. Seeckt erwiderte gar nichts, jedenfalls nichts Wesentliches, so dass die Behauptungen von Justizrat Class fast ganz unwidersprochen blieben. Gerade dies machte auf das Publikum einen starken Eindruck. Ich persönlich hatte

---

tragen. Ich habe den Mut, eine eigene Rassentheorie aufzustellen, die ebensowenig wissenschaftlich fundiert ist wie jede Rassentheorie, aber mehr Wahrscheinlichkeit ist: diese Deutschen ‚Konsuln‘, Stahlhelmtträger, Versailler-Rollen-Sprenger, Stammbaum-Kletterer hat eine gemeinsame Lebensweise, eine gemeinsame Denkart, ein einheitlicher Wahnwitz wirklich zu einer Gemeinschaft gemacht, die gemeinsame Rassenmerkmale aufzuweisen hat. So bildet sich eine Ähnlichkeit unter Menschen, die lange in der Gefangenschaft oder in sibirischer Verbannung gelebt haben und von dem gleichen Ideenkomplex beherrscht werden. Es gibt wirklich eine Rasse: die völkische“. „Prozeß im Halbdunkel“, (Frankfurter Zeitung 6.4.1924), in Roth. Werke. Bd. 2, S. 195–196.

<sup>238</sup> Über Claß wurde berichtet, dass er bei der Gegenüberstellung mit Hans von Seeckt unruhig, nervös und aufgeregter reagiert haben soll, worauf Claß erwiderte: „Ich übe Selbstzucht; wenn ich aufgeregter wäre, wäre ich schon vor fünfzehn Jahren ins Irrenhaus gekommen.“ Deutsche Zeitung 31.5.1924. Auch zitiert in Brammer: Attentäter, S. 15. Claß beschwerte sich wohl, dass ihm seit zwei Jahren „alles in die Schuhe geschoben werde“, wie die Ermordung Walther Rathenaus 1922 oder der Hitler-Putsch 1923. Ebd., S. 16.

das Gefühl, dass General von Seeckt nichts [R]echtes zu erwidern wusste und froh war, als er wieder gehen durfte. Offenbar erinnerte er sich der Einzelvorgänge nicht so genau, und fühlte sich daher Justizrat Class gegenüber unterlegen. So blieb mir und auch anderen Personen, die mit mir auf der gleichen Tribüne sassen, der Eindruck von den Ausführungen des Justizrat Class als von einer unwiderleglich historischen Festlegung. Ich habe das gleich nachher zu einigen Bekannten gesagt und habe es aufgeschrieben, um den Eindruck festzuhalten; denn im Lichte der deutschen Zeitgeschichte betrachtet, ist ja gerade dieses Moment, die Feststellung jener Beziehungen von Class zu Seeckt, wichtiger als alles übrige im Thormann-Grandel-Prozess.“

Ich hatte den Eindruck, dass die beiden Aussagen mit der grössten Spannung aufgenommen wurden, aber auch den[,] dass die Richter und Geschworenen meinen Angaben Glauben schenkten, die Darstellung Seeckts sei unrichtig und nur so zu erklären, dass er täglich viele Besucher und Abgeordnete zu empfangen hatte, wodurch sich das Bild der tatsächlichen Vorg[ä]nge in seinen Einzelheiten bei ihm nicht klar erhielt, während für mich der letzte Besuch bei dem General etwas Einmaliges und so Bedeutsames war, dass mein Gedächtnis mich nicht täuschen konnte.

Noch einmal brach die ganze Meute der gegnerischen Presse gegen mich vor: Seeckt, dem ich, ohne dass er ein Wort erwiderte, entgegengehalten hatte, dass seine unter Eid gemachte Aussage „objektiv“ unwahr sei, war der Held des Tages, denn er hatte den gefährlichsten Feind der deutschen Republik vernichtet.<sup>239</sup> Kein Mensch kam auf den Gedanken, sich zu überlegen, was es hiess, wenn dem ersten Soldaten der deutschen Wehrmacht eine Verletzung seiner Eidespflicht vorgeworfen wurde, wie ich es getan hatte.

Das Urteil lautete auf Freisprechung beider Angeklagten – und zwar aus Rechtsgründen.<sup>240</sup> Das Gericht folgte bis in die Einzelheiten den Ausführungen von Dr. Hahn, der darlegte, dass grundsätzlich ein von Spitzeln in Bewegung gesetzter Versuch einer strafbaren Handlung straflos bleiben müsse.<sup>241</sup> Mit guten Gründen behauptete der Verteidiger, dass Grandel gegenüber kein

<sup>239</sup> In der Voruntersuchung gab Hans von Seeckt auch zu Protokoll, dass er von einem Mordplan von Claß nie etwas gewusst habe, auch nicht den Eindruck nach dem letzten Treffen im September 1923 gehabt habe und auch danach keine weiteren Kenntnisse über solche Überlegungen von Claß erhalten habe. Aussage Hans von Seeckt vor dem Landgericht I in Berlin 25.1.1924, in BA-Berlin, R 3001, Bd. 12008, Bl. 53.

<sup>240</sup> Oberreichsanwalt Ludwig Ebermayer hielt nach einem Vortrag von Staatsanwaltschaftsrat Dr. Burchardt am 8.4.1924 fest, dass er keine Hinweise auf den Tatbestand der geplanten Ermordung Hans von Seeckts durch Claß habe, der zwar eine Diktatur geplant habe, aber wohl nicht aufgrund eines gewaltsamen Umsturzes, sondern durch Anwendung von § 48 der Weimarer Reichsverfassung. Ebenfalls sah Ebermayer keine hinreichenden Beweise, dass Alexander Thormann oder Gottfried Grandel Seeckt hätten ermorden wollen. Bericht Oberreichsanwalt Ludwig Ebermayer 9.4.1924, in BA-Berlin, R 3001, Bd. 12008, Bl. 282. Siehe auch Brammer: Attentäter, S. 9–10 und Auszug aus dem Urteil im Prozess gegen Alexander Thormann und Gottfried Grandel, beglaubigte Abschrift vom 23.10.1926 durch das Sekretariat der Reichsanwaltschaft in Leipzig, in BA-Berlin, R 3001, Bd. 12008, Bl. 54–55.

<sup>241</sup> Willy Hahn war auch Verteidiger von Claß, der als Zeuge vernommen wurde.

Beweis seines strafbaren Willens erbracht sei, während von Thormann anzunehmen sei, dass er zunächst aus Prahlsucht von dem angeblichen Mordplan gesprochen habe und erst durch die Machenschaften Mühleisens zu Handlungen gebracht worden sei, die den Anfang der Ausführung seiner Absicht darstellten.

Ich hatte die Genugtuung, dass in der Urteilsbegründung der Antrag des Staatsanwalts, mich als Anstifter unvereidigt zu lassen, damit abgefertigt wurde, dass nicht der geringste Anlass vorliege, diesem Antrage stattzugeben. Damit gab das Schwurgericht in denkbar eindeutigster Weise zu erkennen, dass es mich, soweit eine Straftat der beiden Angeklagten in Betracht käme, als völlig unbeteiligt ansah.<sup>242</sup>

So endete diese Sache, die über vier Monate lang meine Nerven der stärksten Belastungsprobe ausgesetzt hatte. Auf der anderen Seite erhielt ich in der ganzen Zeit so viele Beweise der unerschütterlichen Treue meiner Freunde und Anhänger, dass ich erkannte, wie sie sich durch das ganze Lügengewebe meiner Gegner auch nicht einen Augenblick hatten irremachen lassen.

---

<sup>242</sup> Der Strafantrag ging zunächst auf drei Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von vier Monaten Untersuchungshaft aus. Landgerichtsrat Paul Tolk verkündete das Urteil. Alexander Thormann und Gottfried Grandel wurden letztlich freigesprochen und die Haftbefehle mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

## **Alldeutsche Politik und Österreich 1918–1931<sup>1</sup>**

### **7.1. Arbeit in Deutschösterreich**

Bei dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie<sup>2</sup> hatten die deutschen Abgeordneten des Reichsrats den Anschluss an das Reich beschlossen.<sup>3</sup> Präsident des Reichsrats war damals mein Freund *Dinghofer*, dem als solchen in jener stürmischen Zeit die Aufgabe zufiel, Deutschösterreich nach Kaiser Karls Abdankung<sup>4</sup> als Republik auszurufen. Es kam nun von selbst, dass Dinghofer durch seine Stellung in den Vordergrund der nationalen Bestrebungen in Österreich gezogen wurde und damit für uns in noch höherem Grade als vorher zum Vertreter der deutschen Sache dort wurde.<sup>5</sup>

Dinghofer hatte sich bereiterklärt, eine Zuwahl zu unserer Hauptleitung anzunehmen,<sup>6</sup> und wurde dann auch, als die neue Volksvertretung für Deutschösterreich, der sogen. Nationalrat, gebildet wurde, einer der drei gleichberechtigten Vorsitzenden. So hatten wir durch unsere enge Verbindung mit ihm einen Mann an der Hand, der für uns bei den Spitzen des Staates eingreifen konnte, was er denn auch tat. Als Deutschösterreich dann das Amt eines Bundespräsidenten schuf, wurde hierzu *Dr. Michael Hainisch* berufen, einer meiner Bekannten besonders aus der Zeit der deutsch-österreichischen

---

<sup>1</sup> Der gesamte Abschnitt von Heft 7 fehlt in der Textfassung in FZH 11/C2.

<sup>2</sup> Der Zerfall der Habsburgermonarchie kam im kaiserlichen Ministerium Heinrich Lammasch 27.10.–11.11.1918 zu seinem Ende. Nachdem sich die anderen nationalen Vertretungen von der Habsburgermonarchie losgesagt hatten, wurde am 30.10.1918 Deutschösterreich gegründet, das bereits durch eine Provisorische Nationalversammlung (21.10.1918–16.2.1919) regiert wurde. Der Waffenstillstand von Padua in der Villa Giusti erfolgte seitens der Entente mit Italien am 3.11.1918.

<sup>3</sup> Bereits am 9.11.1918 erklärte die Provisorische Nationalversammlung dem deutschen Reichskanzler Maximilian von Baden, bei der zukünftigen Neuordnung Deutschlands auch Deutschösterreich mit einzubeziehen. Am 12.11.1918 beschloss die Provisorische Nationalversammlung das Gesetz über die Staats- und Regierungsform, das mit Artikel 2 Deutschösterreich zum „Bestandteil“ des Deutschen Reiches erklärte.

<sup>4</sup> Kaiser Karl I. wurde am 11.11.1918 im Schloss Schönbrunn durch die kaiserliche Regierung Heinrich Lammasch zum Verzicht auf den Thron überredet.

<sup>5</sup> Franz Dinghofer war 1918–1919 einer von drei gleichberechtigten Präsidenten der Provisorischen Nationalversammlung für die DNP (Verkündung der Republik Deutschösterreich am 12.11.1918 vor dem Parlament) und 1919–1920 Dritter Präsident der Konstituierenden Nationalversammlung für die GdVP.

<sup>6</sup> Franz Dinghofer wurde 1919 in den Geschäftsführenden Ausschuss des ADV gewählt.



Wirtschaftsverhandlungen<sup>7</sup>, der auch als Oberhaupt des kleinen Staates mir stets wohlgesinnt blieb.<sup>8</sup>

Sobald das erste Durcheinander sich einigermaßen gelegt hatte, erhielt der Alldeutsche Verband in Berlin massenhafte Zuschriften aus den deutschösterreichischen Ländern und aus Deutsch-Böhmen und -Mähren. Es wurde verlangt, dass wir jetzt dort Niederlassungen schüfen und die Leitung der Anschlussbewegung in die Hand nähmen, denn mit dem Beschluss der deutschen Abgeordneten war nichts erreicht worden, da die feindlichen Mächte von Versailles aus den Anschluss verboten und Deutschösterreich zwangen, ein selbständiger, aber lebensunfähiger Staat zu bleiben, und die deutschen Teile Böhmens und Mährens der Tschechoslowakei zuschlugen.<sup>9</sup> Diese in Österreich vorhandene Anschlussbewegung erhielt noch besondere Antriebe durch die in Versailles angeordneten Volksabstimmungen jener Landesteile, die über die Frage entscheiden sollten, ob bestimmte Gebiete an Italien und Jugoslawien fallen oder bei Österreich verbleiben sollten.<sup>10</sup>

Die vielen Aufforderungen von jenseits hatten uns schon im April 1919 veranlasst, unseren früheren Geschäftsführer *Alfred Geiser*<sup>11</sup>, der nachher Generalsekretär beim Bunde des Deutschtums im Ausland geworden war, hinüber zu schicken mit dem Auftrag, mit den schon vorhandenen Mitgliedern des Alldeutschen Verbandes Fühlung zu nehmen und zu erkunden, ob und unter welchen Umständen unser Alldeutscher Verband dort öffentlich tätig werden könne, oder ob drüben ein selbständiger Verband geschaffen werden könne.

Geiser unterzog sich dieser Aufgabe mit grossem Eifer, und er war im Oktober 1919 so weit, dass er eine gemeinsame Besprechung mit den wichtigsten

---

<sup>7</sup> Gemeint sind die drei deutsch-österreichischen Wirtschaftstreffen, die vom ADV unter Claß, Otto Fürst zu Salm-Horstmar und Alfred Hugenberg wesentlich vorgeplant wurden und 1916 stattfanden. Siehe Kapitel 2.2.

<sup>8</sup> Michael Hainisch war 1920–1928 Bundespräsident der Republik Österreich.

<sup>9</sup> Die Weimarer Reichsverfassung nannte den Anschluss Deutschösterreichs an Deutschland 1919 im Artikel 61 Absatz 2. Am 2.3.1919 legte das „Anschlussprotokoll“ zwischen Deutschland und Deutschösterreich fest, Deutschösterreich solle als „selbständiger Gliedstaat“ dem Deutschen Reich beitreten. Die Alliierten verboten einen Anschluss im Friedensvertrag von Versailles mit Deutschland vom 16.7.1919 und im Friedensvertrag von Saint-Germain mit Österreich vom 10.9.1919. Siehe Gesetz über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 16. Juli 1919 (Nr. 6985), in RGBl. 1919, Nr. 140 und Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye vom 10.9.1919, in Staatsgesetzblatt für Österreich, Jahrgang 1920, 21.10.1920, Nr. 303.

<sup>10</sup> Solche Volksabstimmungen betrafen die Region Klagenfurt in Südkärnten (Artikel 49 und 50 sowie 78).

<sup>11</sup> Alfred Geiser (1868–1937), Studium der Evangelischen Theologie und Geschichte, Schulleiter in Montreux, 1900–1908 Geschäftsführer des ADV und Versuch der Öffnung des Verbandes für sozialdemokratische und gewerkschaftliche Milieus, 1904 Mitbegründer der Ortsgruppe Reutlingen des ADV, 1908–1929 Generalsekretär des VDA, Mitglied der christlichen Loge in Berlin, 1919 Generalsekretär der Hauptgeschäftsstelle des ADV in Berlin, 1919 Wahl zum Geschäftsführer und 1920–1927 zum Hauptgeschäftsführer des ADV in Österreich, Leiter der Deutschösterreichischen Reisevereinigung „Nord-Süd“, Herausgeber von *Das Deutschtum im Ausland*, Ruhestand zunächst in Graz und ab 1934 in Berlin.

Anhängern unserer Bewegung in Deutschösterreich vorschlagen konnte. Hierfür wurde Passau als Tagungsort ausersehen, und wir waren dort zweiundeinenhalben Tag zusammen, um alle Fragen, die in Betracht kamen, zu klären.

Von den aus Österreich gekommenen Gesinnungsgenossen nenne ich neben *Dinghofer* noch den Nationalrat *Dr. Ursin*<sup>12</sup>, den alten *Steinacker* und *Dr. Beurle*<sup>13</sup> aus Linz. Ausser ihnen waren noch über zwanzig Vertreter der Länder erschienen. Trotz der Schwere der Zeit waren es schöne, ja erhebende Tage; denn wir Reichsdeutschen erlebten es, mit welcher Leidenschaft unsere Landsleute jenseits der Grenze zum alten Vaterlande zurückstrebten. An dem Versailler Zwangsgebot war zwar in absehbarer Zeit nichts zu ändern. Umsomehr hielten unsere österreichischen Freunde es für notwendig, dass die Anschlussbewegung durch den Alldeutschen Verband im Zuge gehalten werde. Damals stand es schon fest, dass wir vom Reiche aus drüben keine Ortsgruppen gründen könnten, sondern dass ein selbständiger Verband mit eigenem Vorstand geschaffen werden müsse. Um die Klärung dieser Fragen hatte sich besonders *Dr. Dinghofer* bemüht, der dem Innenminister eine von Geiser entworfene und von mir gebilligte Satzung vorgelegt und daraufhin die Zusage erhalten hatte, dass der Verband genehmigt würde.

In den Vordergrund der Aufgaben des „*Alldeutschen Verbandes in Deutschösterreich*“ wurde die Pflege aller Bestrebungen gestellt, *die auf den Anschluss der kerndeutschen alten österreichischen Kronländer an das Reich*

<sup>12</sup> Josef Ursin (1863–1932), Nervenarzt aus Tulln, Mitglied der DNP und enger Vertrauter von Georg Ritter von Schönerer, Obmann des ADV für die Ostmark und seit 1919 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV sowie Vertreter der Großdeutschen Vereinigung der österreichischen Nationalversammlung (1919 als Sammlungsbewegung gegründet unter Einschluss des Alldeutschen Vereins für die Ostmark unter Leitung von Ursin), radikaler Flügel der sogenannten nationalen Bewegung und Rassenantisemit, 1919–1920 Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung, 1920–1923 Abgeordneter im Nationalrat für die GdVP, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft deutscher Parlamentarier für die GdVP und Vorsitzender des sich 1921 konstituierenden Ausschusses für die Judenfrage der GdVP, Mitglied der Parteileitung der GdVP, ab 1924 Obmann des Landesverbandes Wien und Umgebung des ADV, ab 1927 Entfremdung zur Hauptleitung des ADV in Österreich, Mitglied des Aufsichtsrates der DÖTZ, Mitglied des Freikorps Oberland und nach dem „Anschluss“ 1938 u. a. Gauhauptstellenleiter des Rassenpolitischen Amtes der Gauleitung Niederdonau sowie Leiter der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene in Tulln. Sein Sohn, der promovierte Mediziner Karl Ursin, war führend im völkischen Flügel der österreichischen Wandervogelbewegung.

<sup>13</sup> Karl Beurle (1860–1919), ab 1885 Ausschussmitglied im Liberal-Politischen Verein, bis ca. 1886 Anhänger des österreichischen Alldeutschen Georg Ritter von Schönerer, ab 1888 im Deutschen Verein, Lehrtätigkeit bei der Handelskammer Linz, ab 1890 Rechtsanwalt in Linz, Hof- und Gerichtsadvokat, 1890–1895 und 1897–1915 Vertreter der Stadt Linz im oberösterreichischen Landtag, 1895–1897 Gemeinderat in Linz, 1901–1907 Mitglied des österreichischen Reichstages, seit 1917 Mitglied des Herrenhauses, Vorsitzender der Deutschen Volkspartei in Oberösterreich, Vertrauensmann des ADV in Österreich, 1918–1919 Mitglied der Provisorischen Landesversammlung Oberösterreich, trat gegen einen Anschluss Österreichs 1918/19 an Deutschland wegen internationalen Drucks und Revolutionen ein, Mitbegründer der Brau A.G. und der Linzer Tramway- und Elektrizitätsgesellschaft.

*abzielen*.<sup>14</sup> Demgemäss sollten auch Anregungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens gegeben werden, um eine Angleichung des bestehenden Zustandes drüben mit den Einrichtungen im Reich zu fördern. Schliesslich sollte der engste Verkehr zwischen den alldeutschen Freunden hüben und drüben gepflegt werden, damit man sich selbst und den weiteren Kreis der Gesinnungsgenossen unterrichten könne.

Im Anfang waren es drüben meistens alte Anhänger *Schönerers*, die sich uns zur Verfügung stellten. Aber es gelang bald, eine grosse Zahl angesehener Männer für uns zu gewinnen, die entweder den alten deutschfreiheitlichen Parteien angehört hatten oder parteilos geblieben waren. Als alles soweit in Ordnung war, musste der dortige Verband sein selbständiges Oberhaupt bekommen, und es lag nahe, nachdem wir die Geschäftsstelle in Graz eingerichtet hatten, einem daselbst wohnenden Gesinnungsgenossen dieses Amt anzuvertrauen. Dies geschah auch, indem Prof. *Dr. Josef Hertle*<sup>15</sup>, wohl der angesehenste Chirurg an der dortigen Hochschule, sich bereit erklärte, den Vorsitz zu übernehmen.

Hertle war schon seit seiner Studentenzeit<sup>16</sup> Mitglied unseres Alldeutschen Verbandes und lebte ganz in unseren Auffassungen. Von dem österreichischen Parteigetriebe hatte er sich immer ferngehalten. Er war nur Halbösterreicher, da sein Vater aus dem Reich zugewandert war<sup>17</sup>, ein Mann von hoher Bildung; entschieden und doch gütig, und bei aller äusseren Ruhe zu schnellen Entschlüssen bereit. Je länger ich mit diesem ausgezeichneten, reinen und selbstlosen Manne verkehrte, umso enger wurden meine Beziehungen zu ihm, und schliesslich waren wir wahre Freunde. Trotz seiner grossen Arbeit als massgebender Chirurg, der bis nach Ungarn und Jugoslawien berufen wurde, brachte Hertle es fertig, fast alle Sitzungen und Besprechungen zu besuchen, einerlei, ob sie im Reich oder in Österreich stattfanden. Seine Vertrautheit mit unseren Anschauungen und mit unserer Arbeit in der Vergangenheit befähigte ihn, ohne lange Erläuterungen zu verstehen, worum es sich jeweils handelte.

War die Bereitschaft eines so angesehenen und unabhängigen Mannes, an unsere Spitze in Österreich zu treten, ein grosser Gewinn, so musste dies über die Enttäuschungen hinweghelfen, die wir mit vielen anderen erlebten, die sich zunächst mit grosser Begeisterung uns angeschlossen hatten, aber nach längerer oder kürzerer Zeit wieder abfielen. Besondere Erfahrungen machten

---

<sup>14</sup> Siehe zu den Satzungen des ADV für Österreich 1920 Anhang 11.

<sup>15</sup> Handschriftlicher Zusatz „Graz“. Josef Hertle (1871–1931), 1890/1891 Gründungsmitglied des ADV, 1913 zunächst außerordentlicher und dann Professor für Chirurgie in Graz, Mitglied der Hauptleitung und 1919–1927 Vorsitzender des ADV in Österreich, 1920 Mitglied des Gesamtvorstandes und des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 1922 Mitbegründer des Selbstschutzverbandes Steiermark, 1923 Vorsitzender des Aufsichtsrates der DÖTZ, 1924 Wahl in die Hauptleitung des ADV, 1927 nach Ablösung durch Alfred Krauss Wahl zum Ehrenvorsitzenden des ADV in Österreich.

<sup>16</sup> Josef Hertle studierte Medizin in Graz und wurde 1896 promoviert.

<sup>17</sup> Josef Hertle wurde in Fünfkirchen (Ungarn) geboren.

wir mit der Führung der *Grossdeutschen Volkspartei*<sup>18</sup>, obwohl von Anfang an viele ihrer besten Leute in den Ländern zu uns gekommen waren und dabei behauptet hatten, sie hielten die Arbeit im Alldeutschen Verband für wichtiger als die in der Partei.

Dort entstand, vielleicht auf Grund von Äußerungen solcher Art, bald eine Art von Eifersucht gegen unseren österreichischen Verband, und man vermutete, dass wir darauf ausgingen, wieder eine alldeutsche Partei drüben zu gründen.<sup>19</sup> Dieser Verdacht war unausrottbar, obwohl unsere Redner mit Fug und Recht ihn immer als ganz unbegründet bezeichneten. Die Feindseligkeit wichtiger Leute in der Partei wurde unerträglich, als nach einigen Jahren Prof. Dr. Hertle wegen Überlastung mit Berufspflichten von seiner Stellung zurücktrat und in General *Alfred Krauss* seinen Nachfolger erhielt.<sup>20</sup>

Es war ergreifend zu verfolgen, mit welchem Eifer sich der General seiner Aufgabe widmete. Da das Geldwesen des Alldeutschen Verbandes in Österreich ganz in Unordnung war, führte er eine eiserne Sparsamkeit ein, und es gelang ihm in kurzem, die Ordnung wiederherzustellen.<sup>21</sup> Krauss, der in Wien wohnte, handelte dabei ähnlich, wie ich es einst gemacht hatte, als ich die Geschäftsstelle des Verbandes an meinen Wohnort verlegte.<sup>22</sup> Auch er

<sup>18</sup> Die GdVP wurde am 8.8.1920 in Salzburg aus der Großdeutschen Vereinigung Franz Dinghofers (1919) gegründet. Sie zählte im Juni 1921/Mai 1922 in der Steiermark 10.000/12.000, in Niederösterreich und Wien 14.504/18.423, in Kärnten 7.200/8.000, in Oberösterreich 21.320/27.949, in Tirol 5.600/2.950, in Salzburg 2.000/3.500, in Vorarlberg 4.500/4.700 und im Burgenland 0/16.000 Mitglieder. Geschäftsbericht der Großdeutschen Volkspartei 28.6.1921 – 27.5.1922, in ÖSTA/AdR, Gruppe 02, Großdeutsche Volkspartei, Bd. 45. Die GdVP vertrat den großdeutschen Anschluss an Deutschland, hatte antisemitische Politikpunkte und war auf das Bürgertum beschränkt. Die GdVP war an dem Kabinett von Bundeskanzler Johann Schober I (1874–1932) 21.6.1921–26.1.1922, der Regierung von Ignaz Seipel I (1876–1932) 31.5.1922–16.4.1923, Seipel II und III 17.4.–8.11.1924, Rudolf Ramek I und II (1881–1941) 20.11.1924–15.1.1925 und 15.1.–20.10.1926 sowie Ignaz Seipel VI vom 20.10.1926–18.5.1927, Seipel V 19.5.1927–3.4.1929, Otto Ender (1875–1960) 4.12.1930–30.5.1931 und Karl Buresch I (1878–1936) 10.6.1931–29.1.1932, beteiligt. Die Partei wurde 1934 aufgelöst, nachdem zahlreiche Mitglieder seit Ausscheiden aus der Regierung in den Landbund und die NSDAP übergetreten waren.

<sup>19</sup> Gemeint ist die Deutschnationale Bewegung (Alldeutsche), deren Führer Georg Ritter von Schönerer 1879 wurde. 1891 gründete er die Alldeutsche Vereinigung, die aus der Deutschnationalen Bewegung hervorging.

<sup>20</sup> Josef Hertle wurde 1924 Leiter der zweiten chirurgischen Abteilung des Landeskrankenhauses Graz. Zum Rücktritt von Hertle als Vorsitzender sowie Alfred Geiser als Hauptgeschäftsführer des ADV in Österreich 1927 siehe die Erklärung von Josef Sames (1862–1945) von der Ortsgruppe Linz für den Landesverband Oberösterreich in Alldeutsche Blätter 3.9.1927. Die Geschäftsstelle wurde daraufhin unmittelbar von Graz nach Wien verlegt.

<sup>21</sup> Der ADV in Österreich war gerade in der Anfangsphase von Zuschüssen aus Berlin völlig abhängig. Inmitten der Inflation berechnete Leopold von Vietinghoff-Scheel einen notwendigen Zuschuss für den ADV in Österreich von einer Million Mark für das Jahr 1922, und bei einem „vollen Ausbau“ sei eine weitere Million Mark notwendig. Die vier Werbedrucker der Geschäftsstelle in Berlin waren für Deutschland und Österreich zuständig. Leopold von Vietinghoff-Scheel auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes, 25./26.5.1922, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 134, Bl. 28.

<sup>22</sup> Claß verlegte nach der Übernahme des Verbandsvorsitzes 1908 die Geschäftsstelle des ADV von Berlin nach Mainz. Aufgrund des Widerstandes im Geschäftsführenden Aus-

holte seine Verwaltung nach Wien, wobei er sich von mehreren bis dahin leitenden Beamten trennte und an ihre Stelle ihm von seiner Dienstzeit her vertraute Männer – Offiziere oder Militärbeamte – heranzog, die wesentlich niedrigere Bezüge erhielten. Mit der Pünktlichkeit einer Uhr erschien nun der General täglich auf seiner Kanzlei<sup>23</sup>, wenn er nicht zu Vorträgen unterwegs war.

Und damit komme ich auf ein zweites Verdienst: er besuchte in verhältnismässig kurzer Zeit so ziemlich alle seine Ortsgruppen, ging aber auch nach Städten, wo wir Anhänger hatten und mit der Gründung von Ortsgruppen rechnen konnten. Es ist kaum zu glauben, mit welcher Unermüdlichkeit er sich dieser Aufgabe widmete, von der er sagte, sie sei deshalb so wesentlich, weil er unsere Sache seinen Landsleuten dadurch näher bringen wolle, dass er als unser oberster Vertreter im Lande sich überall zeige und durch seine Reden die Zuhörer zu gewinnen versuche. Ich glaube, dass General Krauss manchen berufsmässigen Vereins- oder Parteiredner dadurch in [den] Schatten gestellt hat, dass er mitten im schweren Winter eine Vortragsreise durchführte, die ihn hintereinander in 30 Städte und auch grössere Dörfer führte, die zum Teil im hohen Gebirge lagen, ja selbst nicht einmal Eisenbahnverbindungen hatten. Der äussere Erfolg schien die Bemühungen des vortrefflichen Mannes zu belohnen; aber wie es in dem Österreich jener verzweifelten Zeit zu gehen pflegte, so war es auch hier. Als die von Krauss in grosser Zahl gewonnenen neuen Mitglieder ihre Beiträge zahlen sollten, versagten sie zum weitaus grössten Teil.

Dies war für den General eine Enttäuschung, aber auch eine Kränkung. Er sagte sich: „wenn ein Mann in meinen Jahren und in meiner Stellung das Opfer bringt, ohne Rücksicht auf die Unbilden der Witterung im Lande herumzuziehen, um den Anschluss Deutschösterreichs an das grosse Vaterland zu predigen, wie jammervoll ist es dann, wenn die begeisterten Zuhörer, sobald es ans Zahlen geht, armselige zwei oder drei Kronen verweigern.“ Zu dieser Beschwerde hatte Kraus umsomehr Recht, als er, der weder etwas trank noch rauchte, beobachten musste, dass seine Zuhörer auf beiden Gebieten Erkleckliches leisteten, während er sprach. Wer will es ihm übel nehmen, wenn er die Frage aufwarf: „Ein alter österreichischer General, der sich einen geschichtlichen Namen erworben hat, und der als erster seines Standes als nationalpolitischer Redner die Lande durchwandert, opfert sich im Ehrendienste für die grosse Sache auf und muss dann erleben, dass er ohne greifbaren Erfolg für meine Sache nach Hause zurückkehrt!“

Es mag sein, dass diese Erfahrungen einen Zug im Wesen des Generals verschärft haben, der ihm in seiner politischen Arbeit hinderlich war. Ich hatte

---

schuss gegen eine Verlegung der gesamten Repräsentation des Verbandes blieb eine politische Vertretung in Berlin, während die Geschäftsstelle dann 1908/09 nach Mainz umzog, bis sie 1916/17 wieder nach Berlin (zunächst Am Karlsbad 28 I und dann am Lützowufer 5a) zurückverlegt wurde.

<sup>23</sup> Die Geschäftsstelle befand sich dann bis zur Auflösung des ADV 1935 in Wien in der Elisabethstraße 9/II, 1. Bezirk im Verein Deutsches Haus – Verband Deutschvölkische Vereine Deutschösterreichs.

aus anderem Anlass wahrgenommen, dass der General seine soldatische Auffassung vom Verhältnis zwischen Führer und Gefolgschaft auf das politische Gebiet übertragen wollte, indem er meinte, dass letztere jenem bedingungslos zu gehorchen habe. Als ich diese Auffassung bei ihm bemerkte, suchte ich ihm den Unterschied zwischen politischer und militärischer Führertätigkeit klarzumachen, indem ich ihn darauf hinwies, dass der politische Führer nicht wie der militärische befehlen könne, sondern überzeugen müsse.

Krauss wollte dies nicht wahrhaben und meinte, dass politische Erfolge nur zu erzielen seien, wenn die Anhänger einer Richtung unbedingt den Anweisungen ihres Oberhauptes folgten. Ich gab ihm darin in gewissem Umfange recht, betonte aber, dass der Gehorsam nie durch einfachen Befehl zu erzwingen sei, sondern durch die Überzeugung der Anhänger, dass ihr Führer das Richtige wolle. Leider hatte ich mit meinen Bemühungen keinen Erfolg, und General Krau[ss] verbiß sich immer mehr in eine gewisse Starrheit, so dass aus allen Teilen des Alldeutschen Verbandes in Österreich Beschwerden an mich kamen, man könne mit Krauss nicht arbeiten, da er ganz offenbar seine Tätigkeit mehr als Soldat betrachte und unbedingten Gehorsam verlange.<sup>24</sup> Man teilte mir schliesslich auch mit, dass er in einzelnen Fällen sich auf seine Erfolge als Feldherr berufen habe – gewissermaßen um seine höhere politische Einsicht zu begründen.

Aus der Entfernung erkannte ich schon, dass der General im wesentlichen mit seinen Forderungen recht hatte. Aber es kam auf das „wie“ an, und da war es leider für mich auch klar, dass er durch seine Schroffheit oft verletzte. Es war merkwürdig wie dieser Österreicher – allerdings aus dem deutschesten Teile Böhmens stammend<sup>25</sup> – so wenig Österreichisches an sich hatte, vor allen Dingen keine Spur von Humor. Ich habe, glaube ich, schon früher erwähnt, dass er deshalb in der k. und k. Armee den Beinamen „der Preuss“ hatte.

Nach knapp einem Jahre stand Krauss so gut wie allein, und als ich im Jahre 1928 mit einigen Freunden aus dem Reich zum österreichischen Verbandstag nach *Aussee*<sup>26</sup> kam, hatte ich von vornherein das Gefühl, dass der sehr schwache Besuch auf die Verstimmung sehr vieler unserer Gesinnungsgenossen drüben zurückzuführen sei. Es gab dann recht unerquickliche Auseinandersetzungen, die schliesslich dazu führten, dass Krauss den Vorsitz niederlegte. All der Eifer, all die Hingabe, die er in sein Amt mitgebracht hatte, waren vergebens gewesen: er hinterliess ein Trümmerfeld.<sup>27</sup>

<sup>24</sup> Siehe dazu Kapitel 6.19.

<sup>25</sup> Alfred Krauss wurde am 26.4.1862 nicht in Böhmen, sondern in Zada in Norddalmatien geboren. Seine Eltern waren Sudetendeutsche.

<sup>26</sup> Der Deutschösterreichische Verbandstag des ADV fand vom 8.–11.6.1928 in Aussee statt.

<sup>27</sup> Alfred Krauss geriet immer stärker in Konflikt mit dem Beirat des ADV. Offiziell begründete Krauss seinen Rücktritt 1929 mit der vielfachen Belastung und dem Zeitmangel aufgrund seiner weiteren Verpflichtungen als Vorsitzender des Turnerbundes 1919 und des Ausschusses Völkischer Verbände. So Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 1./2.12.1928, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 156, Bl. 54–55.

Der Zustand unserer Bewegung drüben war so, dass ich mir die Frage vorlegte, ob es nicht besser sei, dass wir Alldeutschen im Reich uns ganz zurückzögen, als dass wir an einer Sache festhielten, die eigentlich verloren schien. Aber letzten Endes musste ich zugeben, dass in unseren Reihen dort eine grosse Anzahl wackerster Männer ihren geistigen und politischen Rückhalt nur am Alldeutschen Verbandsverbanden hatten; sie wären heimatlos geworden, wenn ich den Verband drüben seinem Schicksal überlassen hätte.

So entschied ich mich, einen Nachfolger für General Krauss zu suchen, und es gelang, diesen in dem Oberlandesgerichtsrat *Dr. Julius Neukirch*<sup>28</sup> zu finden. Dieser vortreffliche Mann brachte für sein Amt eine lange politische Vorbereitung mit; er war seit seiner Jugend ein begeisterter Anhänger *Georg von Schönerers* gewesen und gehörte einer völkischen Burschenschaft an.<sup>29</sup> Neukirch entstammte einer Sippe, die sich schon vor dem Aufkommen der „Los-von-Rom-Bewegung“ zum Protestantismus bekannt hatte. Er besass einen sicheren politischen Instinkt, und die Berichte, die er uns über die Entwicklung in seiner Heimat schickte, trafen immer den Nagel auf den Kopf.

Es gelang Neukirch leider nicht, den Rückgang der alldeutschen Bewegung in Österreich aufzuhalten. Die Eifersucht der immer mehr ins demokratische Fahrwasser gelangten *Grossdeutschen Volkspartei*, sowie der Hass der gesamten jüdischen Presse liessen unsere dortigen Gesinnungsgenossen nicht mehr zur ruhigen Arbeit gelangen, und es war in gewissem Sinne ein anständiges Ende, als die klerikal-legitimistisch eingestellte Regierung des Bundeskanzlers *Schuschnigg*<sup>30</sup> den Alldeutschen Verband am 5. Dezember 1935 verbot und auflöste.<sup>31</sup> Seine Staatsfeindlichkeit wurde vor allem darin erblickt,

---

<sup>28</sup> Julius Neukirch, 1879 Gerichtsadjunct für Baden beim Bezirksgericht Gmunden, Bezirksrichter in Hietzing (Sprengel des Landesgerichts Wien), 1892 Ratssekretär in Hietzing für das Handelsgericht Wien, 1908 Hofrat des Oberlandesgerichts Wien, 1914 Senatspräsident beim Obersten Gerichts- und Kassationshof, 1916 Bezirksrichter und Gerichtsvorsteher (für Kirchschlag) am Oberlandesgericht Wien, Oberlandesgerichtsrat in Wien, Mitglied des Evangelischen Bundes, seit ca. 1907/1908 Mitglied des ADV, Vorsitzender Ortsgruppe Hietzing des ADV in Österreich, als Nachfolger von Alfred Krauss 1929 bis zur Auflösung im Dezember 1935 Hauptgeschäftsführer des ADV in Österreich, 1929 Mitglied des Gesamtvorstandes und auch des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, ab 1933 Vertreter des am 13.12.1929 aufgenommenen ADV im Engeren Ausschuss des Verbandes deutschvölkischer Vereine als eine 1924 gegründete Sammlungsbewegung der GdVP, 1932 Mitglied des Arbeitsausschusses des Deutschen Volksrates, 1934 Verhaftung wegen des Vorwurfs nationalsozialistischer Propaganda und nach Freilassung Versetzung an ein anderes Bezirksgericht in Wien.

<sup>29</sup> Gemeint ist vermutlich die deutschnationale und 1859 gegründete technisch-akademische Burschenschaft „Olympia“.

<sup>30</sup> Kurt Schuschnigg (1897–1977), 1924 als Rechtsanwalt tätig, 1927–1934 Mitglied des Nationalrats für die CSP, 1930 Gründer der katholischen und antisemitischen Ostmärkischen Sturmcharen, 1932–1934 Bundesminister für Justiz, 1934 Bundeskanzler von Österreich, 1936 Führer der ständestaatlichen Vaterländischen Front (Austrofascismus), 1938 Berchtesgadener Abkommen mit Adolf Hitler und Rücktritt, 1938–1945 in Haft.

<sup>31</sup> Die Geschäftsstelle des ADV in der Elisabethstraße 9 in Wien. 1. Bezirk, in der im Verein Deutsches Haus zahlreiche nationalistische Organisationen und Vertretungen wie der Auslandsdienst Nationaler Tageszeitungen DIENATAG oder der Verband der deutschvölkischen Vereine Deutschösterreichs residierten, wurde im Frühjahr 1934 von den Behörden

dass unser Bruderverband drüben satzungsgemäss seine wichtigste Aufgabe in der Förderung des Anschlusses erblickte.<sup>32</sup> Der ganze die Dinge auf den Kopf stellende Gang der Entwicklung seit dem Spätjahr 1918 wurde damit ins klare Licht gestellt: ein feierlicher Beschluss der Wiener Nationalversammlung, der Deutschösterreich zu einem Bestandteil des Deutschen Reiches erklärt hatte, und nun die Auflösung des Verbandes, der die Verwirklichung dieses Beschlusses am eifrigsten betrieb.

## 7.2. Deutsch-Österreichische Tageszeitung

Was lag im Laufe dieser anderthalb Jahrzehnte an Hoffnungen, an Arbeit, an Kämpfen und Enttäuschungen! Was mich persönlich betraf, so waren für mich die Erfahrungen am traurigsten, die ich mit der „*Deutsch-Österreichischen Tageszeitung*“ machte. Es war von vornherein für die alldeutsche Sache drüben ein grosser Nachteil, dass wir über gar keine Presse verfügten; unsere dortigen Freunde mussten schon froh sein, wenn einer der alten „liberalen“ Zeitungen nationaler Richtung, die nun die Politik der Großdeutschen Volkspartei vertraten, Berichte über alldeutsche Versammlungen brachten. Je mehr im Laufe der Zeit durch das Anwachsen der demokratischen Richtung bei den Grossdeutschen gewissen Gegensätze hervortraten, umso weniger Bereitschaft zeigten diese Blätter, den Alldeutschen Verband zu unterstützen.

Da kam eines schönen Tages Anfang 1921 *Dr. Hans Hartmeyer*<sup>33</sup> aus Wien nach Berlin und trug mir vor, dass die alte „*Ostdeutsche Rundschau*“,

---

geschlossen. Bundespolizei Wien an ADV Wien, 19.3.1934, in Wiener Stadt- und Landesarchiv, M.Abt. 119, a 32, o. Bl. Julius Neukirch und Franz Heim, Vertrauensmann des ADV in Wien, baten die Polizeibehörden um die Aufhebung der Schließung und erwirkten eine vorläufige Aufhebung im April 1935. Bundespolizeidirektion Wien an Bundeskanzleramt, 8.12.1934, in Wiener Stadt- und Landesarchiv, M.Abt. 119, A 32, o. Bl., Bundespolizeiamt an Bundespolizeidirektion Wien, 17.12.1934, in ebd., Bundeskanzleramt an ADV Wien, 17.4.1935 in ebd. Im Oktober 1935 beschloss der Vorstand eine Umbenennung in Germanischer Großverband in Österreich und änderte die Verbandssatzung entsprechend den Vorgaben der Bundespolizei, den Anschluss nicht zu fordern, indem man nun von der völkischen Zusammenfassung aller Deutschen sprach. Siehe Bundeskanzleramt an ADV Wien, 5.12.1935, in ebd. Bescheid Bundeskanzleramt. Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit 5.12.1935, in Kärntener Landesarchiv Klagenfurt, Landesregierung, Präsidium, Vereine, Bd. 1072 (Alldeutscher Verband. Allgemeine Akten. Auflösung 1935–1936) und in Niederösterreichisches Landesarchiv St. Pölten, Kanzlei L.A. I/66, Vereine XI – 1935. Das Vermögen des ADV war durch die Bundespolizeidirektion beschlagnahmt worden und sollte dann durch das Bezirksgericht Wien I durch „eine zentrale Liquidierung dieses Verbandes im Interesse der Gläubiger“ abgewickelt werden. Sicherheitsdirektor Dr. Rupprecht an Bezirkshauptmannschaft Amstetten 21.2.1936, in Niederösterreichisches Landesarchiv St. Pölten, Bezirkshauptmannschaft Amstetten 1936, XI/Vereine, Bd. 127.

<sup>32</sup> Siehe Anhang 11.

<sup>33</sup> Hans Hartmeyer (geboren 1880), Journalist, 1921–1923 von Claß zum Schriftleiter und 1923–1927 zum Hauptschriftleiter der DÖTZ bestellt, Verbindungen zum Evangelischen Bund in Österreich und zur GdVP, Verbindungsmann des ADV zur österreichischen Sammlungsbewegung der Rechten und zur GdVP, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, um 1930 Förderung eines Zusammengehens mit dem parlamentarischen Heimatblock und den österreichischen Nationalsozialisten, tätig für den Auslands-



einst das Blatt der siegreich vordringenden Schönererianer, dann nach dem Eintritt des Zwistes zwischen Schönerer und Wolf<sup>34</sup> letzterem allein botmäßig und schliesslich im Dienste der Landbund-Bewegung<sup>35</sup> stehend, am Zusammenbrechen sei. Es wäre möglich, das Blatt ohne grosse Opfer zu erwerben, wenn man nur die nicht sehr erheblichen Schulden des letzten Eigentümers begleiche. Hartmeyer beschwor mich, diese Gelegenheit nicht vorübergehen zu lassen, um für die alldeutsche Sache ein zuverlässiges Sprachrohr zu erwerben, das vor der Öffentlichkeit unsere Ziele vertrete und die vielumfochtene Bewegung wirksam verteidigen könne.

Meine Einwände, dass es bedenklich sei, ein offenbar vollkommen abgewirtschaftetes Unternehmen zu erwerben, liess er nur in gewissem Umfang gelten, da in diesem Falle ja der Alldeutsche Verband in Österreich der eifrigste Vorkämpfer für die Verbreitung der neu aufgebauten Zeitung sein werde. Hartmeyer versicherte dabei, dass jedenfalls im Kreise unserer Gesinnungsgenossen die Sehnsucht nach einem Blatte sehr gross sei, das, ohne parteipolitische Bindung und ohne Rücksichten nach oben und unten zu nehmen, der Wahrheit diene, und das vor allem gegen jeden jüdischen Einfluss gesichert sei.

Ich berief die in Berlin anwesenden Mitglieder des Aufsichtsrates der „Deutschen Zeitung“ und des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes zu einer Aussprache, bei der Hartmeyer sein Anliegen so überzeugend vertrat, dass man mir den Rat gab, den Verlagsleiter<sup>36</sup> der „Deutschen Zeitung“ sofort nach Wien zu senden. Dort solle er die Lage der „Ost-

---

dienst Nationaler Zeitungen DIENATAG, 1932 Mitglied des Arbeitsausschusses des Deutschen Volksrates, nach 1938 Referent im Reichspropagandaamt Wien.

<sup>34</sup> Karl Hermann Wolf (1862–1941), Schriftsteller, Staatsrat a.D., 1890 Gründung der Deutschnationalen Zeitung sowie mit Georg Ritter von Schönerers Unterstützung der Ostdeutschen Rundschau, 1897 Mitglied des Reichsrats für die Deutschnationalen, Mitglied des Böhmisches Landtages, 1901 erneute Wahl in den Reichsrat für die Alldeutsche Vereinigung – 1902 Gründung der Freien Vereinigung Alldeutscher Abgeordneter (1903 Umbenennung in Deutschradikale Partei), 1907 und 1911 Wiederwahl in den Reichsrat, Vorstandsmitglied des Deutschen Nationalverbandes, 1918–1919 Mitglied der Provisorischen Nationalversammlung für die Deutschnationalen, 1923 nach Wahlverlusten Austritt aus der GdVP und Gründung der DNP, die 1925 wieder in die GdVP aufgeht.

<sup>35</sup> Der Landbund für Österreich wurde als Partei 1922 gegründet und vertrat den Anschluss an Deutschland sowie deutschnationale, ständestaatliche und antisemitische Politik. Zuvor war 1920 die Deutsch-österreichische Bauernpartei gegründet worden, die 1922 mit dem Bund deutsch-österreichischer Bauern der GdVP zusammenging und als Landbund bei den Wahlen 1923 antrat. Der Landbund wurde zunehmend durch den Reichslandbund aus Deutschland unterstützt und bekam ab dem Eintritt in das Kabinett Seipel V 1927 auch bei den folgenden Regierungsbildungen sowie durch die politischen Auseinandersetzungen mit den Heimwehren um 1930 zentrale Bedeutung innerhalb des rechten Lagers. Nach zahlreichen Abwanderungen von Mitgliedern vom Landbund ins nationalsozialistische Lager kam es 1934 zur Auflösung des Landbundes. Wandruszka: Der Landbund für Österreich, Burkert: Der Landbund, Höbelt: Vom ersten zum dritten Lager, Kriechbaumer: Der Landbund und Scheuch: Der Landbund für Österreich.

<sup>36</sup> Gemeint ist vermutlich Max Maurenbrecher, der von 1921 bis 1924 als Nachfolger von Reinhold Wulle (1918–1920) Schriftleiter der Deutschen Zeitung war. Werner von Heimburg war von der Schriftleitung ebenfalls in die strategischen Pläne von Claß eingeweiht.

deutschen Rundschau“<sup>37</sup> genau feststellen und die Aussichten für die Zukunft erkunden. Es wurde verabredet, dass er mir, sobald er sich ein Urteil gebildet habe, drahten solle, worauf ich dann umgehend nach Wien folgen werde.

Die Prüfung unseres Vertrauensmannes hatte ein so günstiges Ergebnis, dass er mir riet, sofort zu kommen. So machte ich mich auf den Weg nach Wien und beauftragte Dr. Hartmeyer, unsere wichtigsten Leute aus ganz Österreich zusammenzurufen.<sup>38</sup> Als ich eintraf, hatte mein Vertrauensmann, der schon in engste Verbindung mit einigen unserer dortigen Gesinnungsgenossen getreten war, einen Bericht verfasst, in dem er die augenblickliche Lage der Zeitung als verzweifelt schilderte, für die Zukunft aber umso günstigere Aussichten erwartete. Diese Meinung gründete er vor allem darauf, dass das jetzt zusammengebrochene Blatt in der gesamten Presse Deutschösterreichs ohne Wettbewerb dastehen werde, wenn es zum Sprachrohr der nationalen Opposition nach Art der „Deutschen Zeitung“ sich entwickle und die Forderung des Anschlusses an das Deutsche Reich am leidenschaftlichsten vertrete; ja man könne sagen, es werde förmlich ein „Monopol“ bei allen völkisch und freiheitlich gesinnten Deutschösterreichern haben.

Die von mir veranlasste Aussprache mit den Gesinnungsgenossen kam zustande. Es ist für einen Reichsdeutschen schwer, sich einen Begriff von der Begeisterung zu machen, mit der die Aussicht begrüsst wurde, eine Zeitung in Österreich zu besitzen, die unsere Politik schlechthin vertrete. Alle Gesinnungsfreunde, die das Wort ergriffen, kamen auf die „Monopolstellung“ des geplanten Unternehmens zu sprechen und sagten ihm eine glänzende wirtschaftliche Entwicklung voraus.

Nachdem wir soweit waren, regte ich unter dem Vorbehalt meiner Entschliessung die Fragen an, wie man sich die Leitung des Blattes denke, und in welcher Rechtsform das Unternehmen bestehen sollte. Ich selbst liess durchblicken, dass für mich nur Dr. Hartmeyer als Hauptschriftleiter in Betracht komme<sup>39</sup>, während als Eigentümer wohl am besten die „Neudeutsche Ver-

<sup>37</sup> Vorgänger der DÖTZ war die Deutsche Tageszeitung (8.8.1920–31.3.1921) deren Vorgänger war die Wiener deutsche Tageszeitung 1.7.–8.8.1920 und wiederum deren Vorgänger war die Ostdeutsche Rundschau 3.5.1908–7.8.1920 mit Karl Grube als Hauptschriftleiter 12.11.1918–1.8.1919. Hans Hartmeyer wurde zunächst Chefredakteur und Josef Hertle politischer Redakteur. Ab 1923 gab es auch eine Deutschösterreichische Abendzeitung.

<sup>38</sup> Claß fuhr als Vorsitzender der Neudeutschen Verlags- und Treuhandgesellschaft auch mit Paul Bang für diese Verhandlungen nach Wien, traf sich in Wien und Graz mit alldutschen Vertretern, während Bang noch zu den Bismarckfeiern nach Linz, Graz und Leoben fuhr sowie bei Vortragsabenden in Wien, Klagenfurt, Villach, Innsbruck und Salzburg anwesend war. Siehe Alldutsche Blätter 28.5.1921. Claß kam am 23.3.1921 nach zwei Wochen Aufenthalt in Wien zurück nach Berlin. Claß an Paul Tafel, 2.3.1921, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 258, Bl. 241.

<sup>39</sup> Hans Hartmeyer kam aus einer Hamburger Verlegerdynastie. Er war Urenkel des Verlagsgründers Ambrosius Heinrich Hartmeyer, Enkel des 1855 nachfolgenden Verlagsbesitzers, Emil Hartmeyer, und Sohn des 1891 verstorbenen Besitzers der Hamburger Nachrichten, Joseph Gustav Hermann Hartmeyer. Hartmeyers Bruder Hermann übernahm die Zeitung 1895, die 1792 von Johann Heinrich Hermann, dem Schwiegervater seines Urgroßvaters, gegründet worden war. Die Zeitung wurde ab 1917 von Alfred Hugenberg als Aufsichts-

lags- und Treuhandgesellschaft“ in Berlin aufzubrengen habe und von der „Deutschen Zeitung“ her bereits genügende Erfahrungen im Zeitungswesen besitze.<sup>40</sup>

Nun bekam ich zu hören, das sei beides unmöglich. Dr. Hartmeyer sei kein Österreicher<sup>41</sup>, und trotz seines langen Aufenthaltes im Lande kenne er die österreichische Gedankenrichtung noch immer nicht hinreichend. Wenn gar ein Berliner Verlag als Eigentümer zeichne, sei gar nichts zu machen. Das Geld müsse der Alldeutsche Verband im Reich aufbringen, und man werde dafür sorgen müssen, diese Tatsache zu verschleiern.

Ich liess an diesem Tage alles unentschieden und beriet mich noch einmal eingehend mit meinem Vertrauensmann und Dr. Hartmeyer. Beide beschworen mich, den Plan nicht fallen zu lassen; die Zeitung sei ein so unbestrittenes Bedürfnis, dass sie bestimmt in längstens dreiviertel Jahren „stehen“ werde, d. h. aus sich selbst erhalten werden könne. Da mir viel daran lag, unseren Gesinnungsgenossen eine ganz in unserem Geiste geführte Zeitung in die Hand zu geben, entschied ich mich dahin, die „Ostdeutsche Rundschau“ gerade um den Preis ihrer reinen Betriebsschulden zu erwerben und das Unternehmen in der Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung aufzuziehen. Die Gesellschaftsanteile übertrug ich treuhänderisch dem engsten Kreise der dortigen Gesinnungsgenossen; die Satzung wurde entsprechend derjenigen der „Deutschen Zeitung“ aufgestellt. An die Spitze des Aufsichtsrats berief ich den General *Alfred Krauss*, neben dem noch fünf andere unserer Freunde, und zwar gleichfalls treuhänderisch, bestimmt wurden.

Unter der Beihilfe der alldeutschen Ortsgruppen in Österreich gewann das Blatt, dem wir den Namen „*Deutsch-Österreichische Tageszeitung*“ beilegten, und das am 1. April 1921 als das unsere erschien, schnell eine grosse Anzahl von Beziehern, und die dortigen Freunde waren mir gegenüber stolz darauf

---

ratsmitglied der Allgemeinen Anzeigen Gesellschaft (ALA) nominell geführt. Nach dem Studium war Hans Hartmeyer ab ca. 1912 Vertreter der Hamburger Nachrichten in Wien und später auch Korrespondent der Schlesischen Zeitung, der Allgemeinen Zeitung sowie der Rheinisch-Westfälischen Zeitung. Seit 1912 war er Vertrauensmann von Claß in Österreich-Ungarn und Korrespondent des ADV und der Alldeutschen Blätter in Wien. Er ersetzte Paul Samassa als Hauptberichterstatte über Österreich-Ungarn für den ADV nach dessen privaten Rückzug nach Bozen im Herbst 1918.

<sup>40</sup> Die Neudeutsche Verlags- und Treuhandgesellschaft wurde mit einem Startkapital von 2 Millionen Mark am 9.1.1917 gegründet und am 10.2.1917 ins Handelsregister eingetragen mit dem Zweck: „Gründung oder Erwerb sowie Betrieb von Verlagsunternehmen aller Art, gegeben[en]falls auch einer Druckerei; Übernahme der Verwaltung und Vertretung fremder Interessen bei solchen Unternehmungen.“ Der Tag 15.2.1917. Vorstand war Georg Fritz, Gründer waren Claß, Karl Lohmann, Richard Pretzell, Otto Helmut Hopfen, Georg Fritz, Leopold von Vietinghoff-Scheel, Johann Neumann, Lutz Korodi, Dr. Vollenrath, Adolf Neugebauer, Ernst Christian Hartwig, August Lange, Theodor Jaentsch, Karl Ruese, Theodor Thomsen, Karl Horn, Willi Nüsse, Heinrich Zaeckel. Das Stammkapital erhöhte sich noch 1917 auf über drei Millionen Mark. Die Deutsche Zeitung wurde 1917 erworben. Siehe auch Vorbereitender Ausschuss der Neudeutschen Verlags- und Treuhandgesellschaft m.b.H. 10.12.1916, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 167.

<sup>41</sup> Hans Hartmeyer wurde am 26.10.1880 in Hamburg geboren.

und sagten, da sähe ich ja, wie recht sie gehabt hätten: das Blatt werde bald auf eigenen Füßen stehen.<sup>42</sup>

Als das erste Jahr unter unserer Verwaltung zu Ende ging, zeigte sich unterdessen, dass ausser den monatlichen Zuschüssen eine grössere Schuld angewachsen war. Als ich hierüber den geschäftsführenden Leiter<sup>43</sup>, einen geborenen Reichsdeutschen, zur Äusserung aufforderte, teilte mir dieser mit, er sei um eine peinliche Erfahrung vom Wesen der Österreicher reicher. In Österreich kenne man die im Reich bestehende Einziehung der Zeitungsgelder durch die Post nicht. Es müssten den Beziehern richtige Rechnungen geschrieben werden, und da gelte es als vornehm, vor einem halben Jahre wegen der Zahlung zu mahnen! Später wurde mir sogar gesagt, dass dreiviertel Jahre als anständig gälten, dass aber in sehr vielen Fällen die Mahnungen erfolglos blieben. So könne es ein Bezieher erreichen, ein Blatt ohne Zahlung ein volles Jahr lang zu erhalten. Solange ich mit der „Deutsch-Österreichischen Tageszeitung“ zu tun hatte, blieb dies ein Grundübel des Unternehmens, und es war nicht zu erreichen, dass der Grossteil der Bezieher zur Erfüllung seiner Pflichten erzogen wurde.

<sup>42</sup> Die DÖTZ erschien vom 1.4.1921 bis zum 2.2.1927 als Zeitung unter Leitung des ADV. Nachdem Anteile des alldeutschen Wehrschatzes an die Mutuum AG abgetreten werden mussten, um einen Verkauf der Zeitung „vor dem jüdischen Zugriff zu sichern“, so Vietinghoff-Scheel, verringerte sich der Einfluss von Claß auf die DÖTZ. Leopold von Vietinghoff-Scheel an Oberst Legat 9.2.1926, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 212, Bl. 128–129. Die Herausgabe der Wiener Neuesten Nachrichten durch die GdVP (1925–1930) mit einer ausgelasteten Druckerei, einer effizienten Parteiorganisation im Hintergrund und einem eigenen Nachrichtendienst, war eine große Konkurrenz für die DÖTZ und entzog der DÖTZ wichtige Werbeeinnahmen. Frühe grundsätzliche Meinungsstreitigkeiten über die Führung des großdeutschen Anschlussgedankens lockerten weiter die politische Bindung an die GdVP. Siehe dazu auch Großdeutsche Volkspartei. Information für die Landesparteileitungen: Der Alldeutsche Verband und die Großdeutsche Volkspartei, 4.10.1922, in ÖSTA/AdR Gruppe 02, Großdeutsche Volkspartei, Karton 41, Bl. 132 und Unser Verhältnis zum Alldeutschen Verbands und zur Deutschösterreichischen Tageszeitung, 28.10.1922, in ebd., Bl. 138. Ein geringerer Ausgabepreis (wochentags DÖTZ 25 Schilling und WNN 18 Schilling) führte 1926 dazu, dass die Wiener Neuesten Nachrichten lediglich 1.000 Abnehmer weniger als die DÖTZ hatte. Vor allem nationale Gewerkschaften verlagerten ihre Druckaufträge in andere Druckereien. Siehe Mitteilung o.N. (Abschrift an Claß) 9.6.1926, in ebenda, Bl. 388–389. Ein Werbeausschuss für die DÖTZ geriet schon Ende 1925 unter verstärkten Einfluss von NSDAP und nationalen Gewerkschaften mit dem Vorsitz von Karl Schulz, Leo Haubenberger sowie Josef Ursin. Siehe Werbeausschuss DÖTZ an Alfred Geiser 20.10.1925, in ebenda, Bd. 211, Bl. 327. Die DÖTZ wurde dann aufgrund finanzieller Schwierigkeiten an die NSDAP-Österreich verkauft, worauf hin sich die antisemitischen und gegen die Republik gerichteten Schlagzeilen in Aufmachung und Ton radikal verschärften. Die Bezieherzahl lag unter alldeutscher Redaktion und Leitung bis zum Verkauf der Anteile 1927 um die 25.000–30.000. Unter NSDAP-Führung erschien das Blatt noch zwischen 1927 und 1934. Siehe zur Auflagenhöhe auch Aicher: Deutschösterreichische Tageszeitung.

<sup>43</sup> Verantwortliche Verlagsdirektoren der DÖTZ waren Karl Sedlak (1862–1930) 1.4.1921–3.2.1923, Friedrich Salis Samaden (1883–1961) 4.2.–22.10.1923, Franz Bachmann 23.10.–15.11.1923, Dr. Friedrich Schmidt 16.11.1923–5.5.1925 und Norbert Salb 6.5.1925–1.7.1927.

Dazu kam immer wieder die Beschwerde, dass die Zeitung langweilig sei, so dass niemand sie lesen wolle. Und diese Behauptung wurde liebenswürdigerweise damit begründet, dass Dr. Hartmeyer kein Österreicher sei und den Ton nicht zu treffen verstehe, den man drüben von einer Zeitung verlange. Nun verfolgte ich diese von Anfang an genau und überzeugte mich immer wieder, dass sie so mannigfaltig war, wie es unter den gegebenen Umständen sich erreichen liess, und dass insbesondere der Hauptschriftleiter es verstanden hatte, dem Blatt Charakter und Zuverlässigkeit zu verleihen. Alle anderen Posten der Schriftleitung waren mit Österreichern besetzt unter denen vortreffliche Männer waren. Aber das machte nichts: Hartmeyer blieb der Stein des Anstosses. Weil ich ihn genau kannte, hielt ich aber an ihm fest, und so blieb er an der leitenden Stelle, solange das Blatt von mir betreut wurde.

Die mangelnde Bereitschaft der Bezieher, ihr Blatt zu bezahlen, liess die Verwaltung nicht aus den Verlegenheiten kommen, und ich musste oft nachhelfen.<sup>44</sup> Als ich nun einmal glaubte, die Geschäftsführung sei nachlässig, rief ich die Unterstützung der „Vera“ in Berlin an, deren Aufgabe es war, mit Ratschlägen und Gutachten das nationale Zeitungswesen zu fördern. Hierbei erlebte ich dann ein vorbildliches Walten untergeordneten Bürokraten.

Die „Vera“ entsandte ihren Generaldirektor mit seinem Rechtsberater, sowie den Oberbuchhalter. Die beiden ersteren führten ihre Untersuchungen eine Woche lang durch, während der letztere sogar drei volle Wochen für seine Nachforschungen brauchte – alles auf Kosten des notleidenden Blattes. Das Ergebnis war die Errechnung der Summen, die nötig waren, um den Fehlbetrag zu decken und das Blatt für ein Jahr lang sicherzustellen.

Nach diesen Erfahrungen erklärte ich den österreichischen Gesinnungsgenossen, dass der Alldeutsche Verband weiterhin als Geldgeber nicht auftreten könne, jedenfalls könne er dies unter keinen Umständen allein tun. Es sei doch seiner Zeit betont worden, mit welcher Sehnsucht man in Österreich auf eine von der klerikalen und marxistischen Partei unabhängige nationale Zeitung warte. Ich nähme an, dass unter diesen „Sehnsüchtigen“ sich auch Leute befänden, die grössere Mittel besässen, und dass es gewiss unter den führenden Industriellen des Landes einsichtige Männer gäbe, die einen Begriff davon hätten, was ein solches Blatt für die Durchführung einer vernünftigen Wirtschaftspolitik bedeute. Ich erklärte sonach rund heraus, wenn man in Österreich ein Blatt nach Art der „Deutschen Zeitung“ in Berlin weiterhin haben wolle, müsse man nunmehr, nachdem es von uns geschaffen worden sei, im Lande die Mittel aufbringen, um es zu erhalten.

---

<sup>44</sup> Die finanziellen Schwierigkeiten hatten auch Rückwirkungen auf die Anzeigenlandschaft für Vereine und Verbände in der DÖTZ, als man für den Abdruck von Nachrichten über Versammlungen im hinteren Teil der Zeitung die Gebühren erhöhte. Die Deutschnationale Bewegung und vor allem die GdVP waren davon betroffen und wollten die Anzeigengebühren nicht entsprechend überweisen. Als Konsequenz dominierte die NSDAP-Österreich die Anzeigen bei der Aufführung von Vereinsversammlungen. Über die Aktivitäten des Schulvereins Südmark und der Turnerbewegung (vor allem der Deutsche Turnerbund 1919) wurde in ausführlichen und feststehenden Kolumnen, aber ohne Gebührenerhebung berichtet.

Auf diesen ernsten Zuspruch hin waren einige unserer dortigen Freunde bereit, sich mit den Herren der Industrie in Verbindung zu setzen, und nach einiger Zeit wurde mir mitgeteilt, dass *Dr. Wutte*<sup>45</sup> in Graz, den seine Leute mit Stolz den „österreichischen Stinnes“ nannten, sich geneigt zeige, etwas für die „Deutsch-Österreichische Tageszeitung“ zu tun, und zwar in Gemeinschaft mit einigen anderen ihm nahestehenden Industriellen, aber nur unter der Bedingung, dass vom Reiche her noch einmal Hilfe gewährt werde, und zwar in der gleichen Höhe, die Wutte und sein Kreis bestimmten wollten.

Da weder der „Alldeutsche Verband“ noch der Verlag der „Deutschen Zeitung“ hierzu in der Lage waren, begab ich mich zur „Vera“ und erklärte mich bereit, ihr unsere ganzen Anteile unentgeltlich abzutreten, wenn sie sich zur Hergabe des von den Österreichern verlangten Betrages entschliesse. Noch einmal kam es zu einer grossen Erkundungsfahrt der Vera-Leute nach Wien. An ihr beteiligten sich ausser den früher Genannten der Vorsitzende des Vera-Aufsichtsrats, der Generaldirektor Ludwig Klitzsch<sup>46</sup> vom Scherl-Verlag und dessen ständiger Syndikus; auf dringende Bitten der Herren fuhr ich auch nach Wien.

Die Besprechungen, die ich mitmachte, waren so unerquicklich wie nur möglich, da die Absicht Wuttes und seiner Freunde offenbar dahinging, bei möglichst geringer Geldleistung den ausschliesslichen Einfluss auf die Haltung des Blattes zu bekommen. Ich hatte bei diesen Verhandlungen, die für mich eigentlich eine Art unvornehmen Leichenbegängnisses meiner österreichischen Zeitungspläne waren, wenig zu tun, also umsomehr Zeit zum Beobachten. Ich kam dabei zu dem Schlusse, dass es schwer sei zu entscheiden, welche von den beiden Parteien am kleinlichsten verfuhr.

Nachdem der ganze Versuch durch das herrische Auftreten Wuttes mehrmals vor dem Scheitern gestanden hatte, gelang schliesslich eine Einigung, und man schloss einen Vertrag, der, bei Lichte besehen, Wutte und Genossen

<sup>45</sup> Viktor Wutte (1881–1962), 1918–1919 Landesrat der steierischen Landesregierung, 1919 Wirtschaftskommissar, 1919–1920 Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung für die GdVP (Wahlbezirk Graz) und dort u. a. Wortführer der Industriellen im Sozialisierungsausschuss, 1920 nach einer Betrugsaffäre durch die GdVP fallen gelassen, Vorstandsmitglied des Verbandes Österreichischer Industrielle, Erwerb eines grossen Vermögens während der Inflationszeit u. a. Kontrolle der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft, um 1926 Finanzskandal um die in Schwierigkeiten geratene und von Wutte kontrollierten Investorengruppe der Centralbank der deutschen Sparkassen.

<sup>46</sup> Ludwig Klitzsch (1881–1954), 1900 leitend in der Inseratenabteilung des Scherl-Verlages, Angestellter bei der Leipziger Verlagsfirma H. J. Weber, dort zuletzt Direktor der Leipziger Illustrierten Zeitung, im Ersten Weltkrieg Ernennung zum kaufmännischen Direktor des Deutschen Überseedienstes und 1916 Mitgründer der Deutschen Lichtbild-Gesellschaft, Geschäftsführer beim Deutschen Überseedienst GmbH, 1919 Generaldirektor des Scherl-Konzerns, Generalbevollmächtigter des Berliner Lokal-Anzeigers, nach Erwerb der Ufa 1927 durch Alfred Hugenberg Generaldirektor der Ufa, 1927 Präsident der Repräsentationsorganisation der deutschen Filmindustrie „SPIO“, nach 1933 Mitglied der Akademie für Deutsches Recht, Reichsfilm-, Reichskultur- und Reichspressekammer, Verkauf von Hugenbergs Presseunternehmungen (1933–1935), der Ufa (1937) sowie des Scherl-Verlages (1944), Vorsitzender der 1944 gegründeten Ostdeutschen Handels- und Verwaltungs-KG OPRIBA (vormals August Scherl Handels- und Verwaltungs-KG).

die Zeitung ausliefert; die „Vera“ hatte sich die oberste Aufsicht über die Geschäftsführung ausbedungen. Ich trat unsere Geschäftsanteile an die „Vera“ ab, nachdem ich deren Versicherung, sowie diejenige Wutttes erlangt hatte, dass die Schriftleitung in der bisherigen Besetzung beibehalten werden solle, dass vor allem Dr. Hartmeyer auf dem Posten des Leiters belassen werde. Dies geschah Ende April 1926.<sup>47</sup>

Es tat mir sehr leid, mich von diesem bewährten Mitarbeiter zu trennen, der wirklich seine ganze Kraft an das Gedeihen des Blattes gesetzt und sogar für seine Verhältnisse erhebliche Opfer dafür gebracht hatte. Ich hörte bald von ihm, dass es kaum möglich sei, zwischen der „Vera“ und dem Kreise Wutttes stehend, gedeihlich zu arbeiten. Letzterer tut so gut wie nichts, um die Zeitung zu verbreiten, und nach einiger Zeit war eine neue Krisis da.

Ich hatte sowohl von Hartmeyer wie von der „Vera“ erfahren, dass die Teilhaber der Wutte-Gruppe sich weigerten, die vereinbarten Zuschüsse zu leisten, und so überliessen schliesslich beide Teile das Blatt seinem Schicksal. Es wurde Konkurs eröffnet und die mit so grossen Hoffnungen gegründete „Deutschösterreichische Tageszeitung“ ging in den Besitz der Nationalsozialisten Österreichs über.<sup>48</sup> Als die Partei dort Mitte 1933 verboten wurde, verschwand das Blatt aus dem öffentlichen Leben Österreichs. Als der Zusammenbruch der neuen Zeitungsgesellschaft Anfang 1927 bekannt wurde, erhielt ich viele Briefe, in denen ich gebeten wurde, aus der Konkursmasse das Blatt möglichst schnell zu erwerben und wieder erscheinen zu lassen.

Unter denen, die sich in dieser Weise an mich wandten, waren Männer, die sich früher nicht genug tun konnten, seine Haltung unter dem Nichtösterreichern Hartmeyer zu tadeln. Wie oft hatte ich ihnen gesagt und geschrieben, sie würden erst merken, was die unabhängig-nationalen Kreise in Österreich an ihrer Zeitung hätten, wenn diese durch den mangelnden Eifer und ihre ewigen Nörgeleien zugrunde gerichtet sei und dann fehle. Es kam alles, wie ich es vorhergesagt hatte, aber ich hütete mich, noch einen Pfennig daran zu wagen, eine vom Reich aus unmögliche Aufgabe zu lösen.<sup>49</sup>

Das Schicksal des Alldeutschen Verbandes drüben war nicht ganz so schlimm, aber ähnlich dem unseres Blattes. Wie ich schon berichtete, war die Bewegung bald zum Stehen zu kommen und wurde dann rückläufig – sei es, dass die Verschlimmerung der wirtschaftlichen Lage drüben allzu viele unserer Anhänger ausser Stande setzte, die Beiträge zu bezahlen, sei es, dass die im Anfang herrschende Begeisterung nur Strohfeuer war.<sup>50</sup> Dazu kam, dass die

---

<sup>47</sup> Hans Hartmeyer blieb bis zum 1.2.1927 Schriftleiter der DÖTZ.

<sup>48</sup> Die DÖTZ erschien unter nationalsozialistischer Herausgeberschaft vom Februar 1927 bis zum 22.7.1933, nachdem die NSDAP in Österreich im Juni 1933 verboten wurde. Herausgeber wurde zunächst Karl Lang in Vertretung der Deutschen Verlags-G.m.b.H.

<sup>49</sup> Claß sprach im Februar 1927 davon, dass die DÖTZ als „verloren gelten“ müsse. Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 12./13.2.1927, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 149, Bl. 79.

<sup>50</sup> Seit dem Höchststand an österreichischen Mitgliedern 1923 mit über 17.000 fiel die Mitgliederzahl bis 1926 auf ca. 11.500 und 10.000 ein Jahr später. In Deutschland fielen die

Machenschaften der Grossdeutschen Volkspartei gegen den Alldeutschen Verband nie aufhörten, und dass die hochmögenden Herren, die seinerzeit in Passau sich so eifrig für die Verpflanzung des Verbandes nach Österreich eingesetzt hatten, sich nach und nach zurückzogen.<sup>51</sup>

Umsonst führte Oberlandesgerichtsrat *Dr. Neukirch*, der a[u]s vollster Überzeugung die alldeutsche Bewegung in seinem Vaterlande für unentbehrlich hielt, seinen Kampf. Um ihn wirksam zu unterstützen, hatte ich Dr. Hartmeyer nach dem Eingehen der Zeitung zum Hauptgeschäftsführer für Österreich bestellt. Er tat sein Bestes, vermochte aber den Rückgang an Mitgliedern, als an Einnahmen, nicht aufzuhalten.

Es schien mir nur eine Frage der Zeit zu sein, wann wir drüben unsere Flagge niederholen müssten, als die innerpolitische Entwicklung nach der Ermordung des Bundeskanzlers *Dr. Dollfuß*<sup>52</sup> am 5. Dezember 1935, wie erwähnt, dazu führte, dass der Verband als staatsfeindlich aufgelöst wurde. Dies war das bittere Ende unserer Bemühungen von anderthalb Jahrzehnten, jenseits der weiss-roten Grenzpfähle unsere Anschauungen in das Volk zu tragen.

---

Zahlen vom Höchststand im Jahr 1922 mit 39.000 Mitgliedern auf ca. 15.500 1928 und 1929.

<sup>51</sup> Zahlreiche Mitglieder des ADV standen der GdVP nahe und waren auch Mitglieder der Partei. Die Regierungsbeteiligungen zwischen 1922 und 1932 erschwerten jedoch das Verhältnis der GdVP zum ADV, die einen politischen Kurs der „nationalen Opposition“ forderten, welche die GdVP dann mit einer stärkeren Anbindung an die DNVP unter Alfred Hugenberg umso lauter propagierte. Siehe auch Rede Dr. [Herbert] Stadler auf Reichsparteitag der GDVP 4.–6.12.1931, in ÖSTA/AdR, Gruppe 02, Großdeutsche Volkspartei, Karton 34, Bl. 153 sowie Rede Hermann Foppa auf der Reichsparteileitung der GdVP 17.6.1932, in ebenda, o.Bl. Die geringe Unterstützung der DÖTZ, die Claß immer wieder beklagte, verschärfte sich durch die Gründung der Wiener Neuesten Nachrichten als Parteiorgan der GdVP (1925–1930) und die Entfremdung nahm zu, nachdem bereits die vorherige Gründung der Zeitung Die Neue Zeit Unstimmigkeiten zur GdVP hervorgerufen hatte. Streitigkeiten über fehlende politische Absprachen sowie Bekämpfungen zwischen verschiedenen Landesverbänden, an denen der ADV sich beteiligte, führten zu weiteren Spannungen, sodass es zwischen Winter 1924 und Frühjahr 1925 zu vermittelnden Aussprachen zwischen Vertretern des ADVs und der Reichsparteileitung sowie den Ländervertretern der GdVP kam. Siehe Claß an Gunar Halwich 29.12.1923, in ÖSTA, AdR, Gruppe 02, Großdeutsche Volkspartei, Karton 41 (Alldeutscher Verband), Reichsparteileitung GdVP an Alldeutschen Verband 7.7.1924, in ebd., Joseph Hertle an Reichsparteileitung Großdeutsche Volkspartei 21.7.1924, in ebd., Franz Langoth an Robert Ehrlich 10.1.1925, in ebd. Diese Unstimmigkeiten bestanden bereits sehr früh und Claß hoffte schon 1922, dass „es gelingt, zu friedlicher Zusammenarbeit zu kommen“ und „einen Weg zu finden, auf dem unser beiderseitigen Freunde Hand in Hand schreiten können.“ Claß an Hermann Kandl 1.11.1922, in ebd.

<sup>52</sup> Engelbert Dollfuß (1892–1934), 1919–1920 Mitglied in der antisemitisch-antisozialistischen deutsch-katholischen Deutschen Gemeinschaft, 1922 Sekretär und 1927–1930 Direktor der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer, politischer Aufstieg in der CSP, 1930 Präsident der Bundesbahnen, 1931–1932 Land- und Forstwirtschaftsminister, 1932–1934 Bundeskanzler und Außen-, Innen- und Landwirtschaftsminister sowie 1933–1934 zusätzlich Bundesminister für Heerwesen (ab 1934 für Landesverteidigung) und Bundesminister für Sicherheit, ab 1933 Errichtung des austrofaschistischen Ständestaates, 1934 im „Juliputsch“ durch Nationalsozialisten erschossen.



Ich war dadurch, dass ich sowohl den Alldeutschen Verband als auch die „Deutsch-österreichische Tageszeitung“ betreuen musste, sehr häufig in Österreich, anfangs wohl durchschnittlich jeden Monat für einige Tage. Nur im Vorbeigehen sei erwähnt, dass von drüben her die Gründung eines „*Schutz- und Trutzbundes*“ stürmisch verlangt wurde, so dass ich mich zusammen mit Landrat *von Hertzberg* nach Wien begab, um sie in die Wege zu leiten. Es genügt, festzustellen, dass daraus niemals etwas wurde, da die Männer, die von den dortigen Gesinnungsgenossen zur Leitung berufen wurden, völlig versagten.<sup>53</sup>

### 7.3. Heimwehren, Heimschutz

Es lässt sich denken, dass unsere Freunde [d]rüben überall, wo *Heimwehren*, Heimschutz oder ähnliche (nach österreichischer Bezeichnung) „militante“ Verbände entstanden, beteiligt waren, in einigen Fällen sogar führend. Dies galt besonders für [die] Steiermark, wo Professor Dr. Hertle – wie später zu sagen ist – sogar den ersten Heimschutz ins Leben rief. Natürlich betätigten sich unsere Leute nur in solchen Gruppen, die zuverlässig national und anschlussfreundlich waren; bei den klerikalen und legitimistisch, d. h. [h]absburgisch gerichteten Verbänden haben unsere Leute sich nicht beteiligt. Es war selbstverständlich, dass ich mit den obersten Führern der nationalen Heimwehren in Fühlung kam und meine Erfahrungen machte. Der Reihe nach waren dies *Dr. Steidle*<sup>54</sup> in Innsbruck, *Fürst Starhemberg*<sup>55</sup> in Oberösterreich und *Dr. Pfrimer*<sup>56</sup> in Judenburg (Steiermark).

---

<sup>53</sup> Zur Gründung siehe Satzungen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes für Österreich (Sitz Wien) 13.6.1921, in Steiermärkisches Landesarchiv Graz, LReg 206, Po-021. Der DvSTB wurde in Österreich in der zweiten Jahreshälfte 1921 nach schwierigen Anbindungen an bestehende antisemitische Verbände gegründet, von Leo Haubenberger geleitet und existierte über das Verbot in Deutschland 1922 in Österreich weiter. Siehe auch DÖTZ 9.1.1922. Die Hauptgeschäftsstelle war in Wien. 7. Bezirk, Bandgasse 32. Der DvSTB agierte in Österreich als Arbeitsgemeinschaft, der u. a. der Deutsche Turnerbund 1919 und Burschenschaften angehörten. Der Judenausschuss der GdVP suchte bei seiner Konstituierung 1921 unter seinem Vorsitzenden Josef Ursin auch den Anschluss an diese antisemitische Arbeitsgemeinschaft, wollte aber nicht als Vertretung der GdVP in Erscheinung treten. Siehe Verhandlungsschrift über die 2. Sitzung des Fachausschusses für die Judenfrage am 6.12.1921, in ÖSTA/AdR, Großdeutsche Volkspartei 02, Karton 53, Bl. 101–103. Der DvSTB löste sich 1927 selbst auf.

<sup>54</sup> Richard Steidle (1881–1940), Rechtsanwalt, 1919–1934 Mitglied des Tiroler Landtags für die CSP, 1919–1925 und 1933–1934 Landesrat, 1922–1931 Mitglied des Bundesrates (bis 1930 für die CSP), 1920 Gründer der Tiroler Heimwehr und Landesführer in Tirol bis 1934, 1923 Vorsitzender der Vereinigung der alpenländischen Selbstschutzverbände, 1926–1930 zusammen mit Walter Pfrimer Bundesführer des österreichischen Heimwehr, 1930 „Korneuburger Eid“, 1932–1934 Bundesführerstellvertreter des österreichischen Heimschutzes, 1933–1934 Mitglied der Tiroler Landesregierung und Sicherheitsdirektor, 1933/34 Bundeskommissär für Propaganda im Bundeskanzleramt.

<sup>55</sup> Ernst Rüdiger von Starhemberg (1899–1956), k.u.k. Kämmerer, Oberst-Erbmarschall im Herzogtum Österreich unter und ob der Enns, erbliches Mitglied des Herrenhauses, k. u. k. Rittmeister a. D., Großgrundbesitzer in Oberösterreich, 1921 Freikorps Oberland und Teil-

Durchweg erlebte ich mit diesen Männern, die bei ihrer Arbeit zur Verteidigung der bürgerlichen Gesellschaft und des wieder verbürgerlichten Staates gegenüber dem roten Schrecken Bemerkenswertes geleistet hatten, dass sie infolge davon den Beweis politischer Führereigenschaften erbracht zu haben glaubten, auch wenn sie auf dem politischen Gebiete ganz fremd geblieben waren.

Ich hatte den Eindruck, dass der Tiroler *Dr. Steidle*, ein Schüler der jesuitischen „Stelle Matutina“ in Feldkirch<sup>57</sup>, politisch am besten geschult war; aber diese Schulung reichte, so sehr er sich in völkischen Reden erging, nicht aus, um ihn zu staatsmännischer Arbeit zu befähigen. Es ist für mich eine feststehende Tatsache, dass ein Jesuitenschüler doch ein für allemal für schlechthin völkische Tätigkeit verdorben ist. Das Ende Steidles, der eine Zeitlang einer der beiden obersten Heimwehrführer Österreichs gewesen ist, war nicht eben rühmlich; er verschwand auf einen diplomatischen Posten in Italien.<sup>58</sup>

Durch Steidles Scheitern kam der junge *Fürst Ernst Rüdiger Starhemberg* rasch in die Höhe und wurde sogar oberster Heimwehrführer. Er entstammte dem Geschlechte, aus dem der berühmte Verteidiger Wiens gegen die Türken hervorgegangen ist. Sein Vater<sup>59</sup> war rühmlich aufgefallen, als er die Führung des Hochadels in Österreich übernahm, um die würdelose „Einscharrung“<sup>60</sup>

---

nahme an den Kämpfen in Oberschlesien, 1923 Teilnahme am Hitlerputsch, 1929 Führer des Mühlviertler Kreises der Heimwehr und Landesführer in Oberösterreich, 1930 Bundesführer des Heimschutzes, 1930–1932 Mitglied des Nationalrates, 30.9.–4.12.1930 Bundesminister für Inneres – Rücktritt nach gescheiterten Koalitionsverhandlungen mit den Nationalsozialisten, 1931–1934 Stellvertretender Vorsitzender der CSP, 1934 Unterstützung der austrofaschistischen Regierung Engelbert Dollfuß, 1934–1936 nach der Unterdrückung des „Juliputsches“ der Nationalsozialisten (1934) mit Unterstützung der Heimwehr Berufung zum Vizekanzler, 1934 Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft sowie Bundesminister für Landesverteidigung, 1934–1935 Bundesminister für Sicherheitswesen, 1934–1936 Bundesführer der ständestaatlichen Vaterländischen Front, 1936 Auflösung der Heimwehr durch Kurt Schuschnigg.

<sup>56</sup> Walter Pfrimer (1881–1968), seit 1913 Rechtsanwalt in Judenburg, 1917 Obmann und Mitbegründer des Deutschen Volksrats für die Obersteiermark, 1918 Gründung von Ortswehren, 1922 Mitbegründer des Selbstschutzverbandes Steiermark (ab 1927 steigender Einfluss über die Steiermark hinaus), 1928–1930 2. Bundesführer, Obmann der Ortsgruppe Judenburg/Steiermark des Alldeutschen Verbandes in Österreich und enge Kontakte zu Claß, 1931 gescheiterter „Pfrimer-Putsch“, Flucht nach Maribor/Jugoslawien, 1931 Freispruch im Hochverratsprozess, 1932 Austritt aus dem Steierischen Heimschutz, 1932 Führer des Deutschen Heimschutzverbandes und Abkommen mit Adolf Hitler zur Eingliederung in die NS-Organisationen, 1933 Mitglied der NSDAP, 1938 Mitglied des Großdeutschen Reichstags.

<sup>57</sup> Die „Stelle Matutina“ in Feldkirch/Vorarlberg wurde 1856 als Jesuitenkonvikt gegründet. Auch Kurt Schuschnigg und Otto Ender gingen hier auf das Gymnasium.

<sup>58</sup> Richard Steidle war 1934–1938 Generalkonsul in Triest, wurde im März 1938 verhaftet und starb 1940 im KZ Buchenwald.

<sup>59</sup> Ernst Rüdiger Fürst Starhemberg (1861–1927), Vater von Ernst Rüdiger von Starhemberg (1899–1956), Großgrundbesitzer, ab 1881 Mitglied des Herrenhauses, 1902–1908 und 1909–1915 oberösterreichischer Landtagsabgeordneter für den Großgrundbesitz.

<sup>60</sup> Das Begräbnis von Franz Ferdinand war wegen der nicht standesgemäßen Heirat am 1.7.1900 mit Sophie Gräfin Chotek von Chotkowa und Wognin aus Böhmen (morganati-

des in Sarajewo ermordeten Erzherzog-Thronfolgers *Franz Ferdinand*<sup>61</sup> und seiner Gemahlin, der *Herzogin von Hohenberg*<sup>62</sup>, zu verhindern und ihnen eine würdige Beisetzung nach dem letzten Willen des Erzherzogs zu bereiten.

Der junge Starhemberg, der auf Schloss Wachsenburg sass, hatte zunächst in seinem engeren Umkreis Ober-Österreich den Heimatschutz gebildet, wobei er damit begonnen hatte, seine Förster, Pächter, Gutsarbeiter usw. auf seine Kosten in schicke Uniformen zu kleiden und zu bewaffnen. Eine glückliche Rednergabe, vor allem aber seine gute Erscheinung, führten ihm eine Gefolgschaft zu, der sich fast alles anschloss, was nicht marxistisch dachte. Als er der umstrittene Herr in seiner Heimat geworden war, griff er auf andere Länder Österreichs über, ward Steidle als gleichberechtigter Führer an die Seite gestellt und schliesslich Anfang September 1930 dessen Nachfolger, als dieser sich nicht mehr halten konnte.

Ich lernte den Fürsten im Frühjahr 1931 in Berlin kennen, als er dort Fühlung mit den Deutschnationalen suchte.<sup>63</sup> Auf mich war es nicht ohne Eindruck geblieben, als mir österreichische Gesinnungsgenossen erzählt hatten, er habe sich als Münchener Student an den Kämpfen in Oberschlesien<sup>64</sup> und nachher an dem sogenannten Hitler-Putsch beteiligt; ich hatte daraus auf eine zuverlässige nationale Gesinnung geschlossen.

Als der Einfluss der Heimwehr so stark wurde, dass davon geredet wurde, sie könne eine massgebliche Stellung in der Regierung beanspruchen, traf ich mich mit einem unserer alldeutschen Vertrauensleute im Salzburgerischen, dem Notar *Dr. Hueber*<sup>65</sup>, Landesobmann der Heimwehr in seiner engeren Heimat,

---

sche Ehe) kein Staatsbegräbnis. Die Bestattung am 4.7.1914 in der Familiengruft im Schloss Artstetten fand im Familienkreis statt.

<sup>61</sup> Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este (1863–1914), seit 1896 Thronfolger von Österreich-Ungarn, 1900 Heirat mit Sophie Gräfin Chotek von Chotkowa und Wognin – seit 1909 Herzogin von Hohenberg (morganatische Ehe), Ermordung beim Attentat in Sarajewo am 28.6.1914.

<sup>62</sup> Sophie Gräfin Chotek von Chotkowa und Wognin (Sophie Herzogin von Hohenberg, 1868–1914), 1900 Heirat mit Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich, seit 1909 Herzogin von Hohenberg, Ermordung beim Attentat in Sarajewo am 28.6.1914.

<sup>63</sup> Ernst Rüdiger von Starhemberg wurde vom ADV und von der DNVP ein Tag vor den Feiern am 22.3.1931 in Beuthen zum 10. Jahrestag der Abstimmung über den Verbleib Oberschlesiens zu einer eigenen Veranstaltung eingeladen. Das Treffen mit Claß fand vermutlich im zeitlichen Umfeld dieser Veranstaltung statt. Siehe auch Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I/II, 30.3.1930–10.10.1931–1.7.1932, Bd. 2, Bd. 256, Chefbesprechung vom 7.3.1931, Abstimmungsfeiern in Oberschlesien, S. 929. Im Februar 1932 verstärkte Starhemberg seinen Kontakt zu Alfred Hugenberg und der Stahlhelmführung bei einem Treffen in Berlin, um seine Position gegenüber den Nationalsozialisten zu besprechen. Den Kontakt zu Adolf Hitler hielt Starhemberg vor allem nach seiner Beteiligung am Hitler-Putsch 1923. Er traf u. a. im Sommer 1930, am 9.10.1930 und im April 1932 mit Hitler zusammen.

<sup>64</sup> Ernst Rüdiger von Starhemberg schloss sich, wie auch zahlreiche Nationalsozialisten, 1921 im Umfeld der Volksabstimmung über den Verbleib Oberschlesiens im Deutschen Reich und den polnischen Aufständen für die Eingliederung Oberschlesiens an Polen dem Freikorps Oberland an.

<sup>65</sup> Franz Hueber (1894–1981), Heirat mit Paula Göring (1895–1960), die er über seine Anstellung beim Notar Dr. Friedrich Rigele (1878–1937) – verheiratet mit Olga Göring (1889–

der das besondere Vertrauen Starhembergs genoss. Ich warnte ihn vor dem Eintritt führender Heimwehrleute in die Regierung<sup>66</sup> und empfahl ihm, auf Starhemberg mit allem Nachdruck dahin zu wirken, dass er ablehne, wenn man an ihn herantrete. Vor allem warnte ich davor, dass die führenden Männer der Heimwehr sich parteipolitisch festlegten und missbrauchen liessen.

Seitdem der marxistische Putsch in Wien (Juli 1927)<sup>67</sup> niedergeschlagen war, hatte sich die klerikal-ultramontane Richtung wieder zur Herrin des kleinen Staates aufgeschwungen, und es war für mich kein Zweifel, dass die zwei bis drei Heimwehrleute, von deren Aufnahme in das Kabinett geredet wurde, nur geduldet, d. h. ohne wirklichen Einfluss wären.

Hueber äusserte, er sei ganz meiner Ansicht, und versprach, meinen Rat an Starhemberg weiterzugeben. Dies war am letzten Sonntag im September 1930 gewesen.<sup>68</sup> Ein paar Tage später las ich in den Zeitungen, dass Starhem-

---

1970) – in Saalfelden kennenlernte – demnach Schwager von Hermann Göring, Teilnahme am Ersten Weltkrieg zuletzt als Oberleutnant, 1919 Gründer der Heimwehr in Pinzgau und Gauorganisationsleiter, Vertreter des Deutschen Turnerbundes 1919 in der Landesführung der Salzburger Heimwehr, ab 1927 Notar in Mattsee, Mitglied der Leitung des Landesverbandes Salzburg des ADV in Österreich, 1925 2. Landesführer der Salzburger Heimwehr, ab 1929 Heimwehrführer im Gau Salzburg, Landesobmann der Heimwehr in Österreich, 1930 Justizminister, 1930–1932 Nationalratsabgeordneter und Fraktionsführer des Heimatblocks, gehörte zur christlichsozialen Gruppe in der Heimwehr, 1932 1. Landesführer der Salzburger Heimwehr, 1932 Niederlegung seines Mandats im Heimatblock, 1933 Austritt aus der Heimwehr, 1934 Eintritt in die NSDAP, 1937 Notar in Wels, 1938 Justizminister und Mitglied des Großdeutschen Reichstags, Brigadeführer der SA, 1938 Berufung zum Österreichischen Staatsminister und Beauftragter des Reichsjustizministers für Österreich, 1939 Berufung zum Unterstaatssekretär im Reichsjustizministerium, 1940 Einberufung zum Kriegsdienst, 1942 Berufung zum Präsident des Reichsverwaltungsgerichts.

<sup>66</sup> Ernst Rüdiger von Starhemberg wurde im Januar 1930 Bundesjugendführer, am 23.7.1930 oberösterreichischer Landesführer und am 2.9.1930 Bundesführer des Heimatschutzes. Am 25.8.1930 trat Johann Schober als Bundeskanzler der Regierung Schober III zurück, die von 26.9.1929 bis 25.9.1930 amtierte. Starhemberg trat dem Kabinett von Carl Vaugoin als Innenminister bei, das von September bis Oktober 1930 nur kurzzeitig amtierte. Franz Hueber wurde Justizminister. Zur Kritik an der Regierungsbeteiligung von Starhemberg von der Heimatschutzführung siehe auch *Alldeutsche Blätter* 11.10.1930.

<sup>67</sup> Gemeint ist die sogenannte Julirevolte in Wien vom 15. zum 16.7.1927. Am 30.1.1927 hielt die SDAP eine Versammlung auch im Beisein des Republikanischen Schutzbundes (1924–1933) in Schattendorf/Burgenland ab, die von der rechten Frontkämpfervereinigung Deutsch-Österreich (1920 gegründet) beschossen wurde und zwei Tote sowie fünf Verletzte forderte. Walter Riehl war der Verteidiger und am 14.7.1927 erfolgte der Freispruch der Angeklagten. Die Nachricht vom „Schattendorfer Urteil“ führte zur Niederlegung der Elektrizitätsversorgung in Wien und zu Demonstrationen in der Innenstadt in deren Folge der Justizpalast durch einzelne Demonstranten in Brand gesetzt wurde. Der Republikanische Schutzbund sollte als unbewachte Einheit ordnende Funktion bei der Demonstration ausüben, geriet jedoch auch zwischen die Fronten. Polizeipräsident Johann Schober (1918–1932) erteilte den Schießbefehl bei der Sicherstellung des Zuganges der Feuerwehr zum Justizpalast. Der Einsatz der Polizei gegen die Demonstranten endete mit fast 89 toten Demonstranten, vier toten Wachleuten und einem toten Kriminalbeamten. Über 1.000 Demonstranten und 120 Polizisten wurden verletzt. Die SDAP und die Gewerkschaften planten für den 16.7.1927 einen eintägigen Verkehrstreik. Die Heimwehren bekämpften aber diese Planungen und die Unruhen waren offiziell am 17.7.1927 beendet.

<sup>68</sup> 28.9.1930.

berg am 30. September zum Innenminister ernannt worden war, und dass auch Hueber den Posten des Justizministers angenommen hatte! Damals war Starhemberg erst knapp 30 Jahre alt<sup>69</sup> und Hueber nur um einige Jahre älter.<sup>70</sup> Ich machte mir mein Bild, wie die beiden jungen unerfahrenen Männer innerhalb des sonst klerikal zusammengesetzten Kabinetts, an dessen Spitze damals der Bundeskanzler Vaugoin<sup>71</sup> stand, von den mit allen Wassern der [C]hristlich-sozialen Partei<sup>72</sup> gewaschenen Ministerkollegen hinters Licht geführt und missbraucht würden.

Ein paar Wochen später traf ich im Anschluss an eine Sitzung unseres österreichischen Ausschusses in Salzburg<sup>73</sup> wieder mit Justizminister Hueber zusammen. Er gestand mir, dass alles gekommen sei, wie ich es ihm vor kurzem vorhergesagt hätte. Er habe nach jener Salzburger Unterredung sofort mit allen Mitteln auf Starhemberg einzuwirken versucht, und dieser habe ihm auch versprochen, er werde jede Beteiligung an der Regierung ablehnen.

Am selben Tag habe er ihm dann freilich mitgeteilt, dass er solange von den massgebenden Regierungsmitgliedern bearbeitet worden sei, bis er sich bereit erklärt habe, das Innenministerium zu übernehmen. Da er aber nicht allein in das Kabinett habe gehen wollen, habe er verlangt, dass sein vertrauter Freund Hueber das Justizministerium erhalte. So sei es gekommen, dass er ganz ohne sein Wissen Minister geworden sei. Ihrer beider Stellung sei unhaltbar, und er habe Starhemberg sehr schnell erklärt, dass sie wieder heraus müssten, wenn sie das Vertrauen ihrer Gefolgschaft nicht verlieren wollten. Noch habe er freilich diesen noch nicht soweit gebracht, dass er zum Rücktritt bereit sei.

---

<sup>69</sup> Ernst Rüdiger von Starhemberg wurde am 10.5.1899 geboren.

<sup>70</sup> Franz Hueber wurde am 10.1.1894 geboren.

<sup>71</sup> Carl Vaugoin (1873–1949), 1898 Eintritt in die CSP, 1912 Wahl in den Wiener Gemeinderat, 1915–1916 Leiter der Einjährig-Freiwilligenschule Wien, 1918 Ausscheiden aus dem Militärdienst, 1918–1921 Wiener Stadtrat, 1919–1923 Mitglied des Wiener Gemeinderates, 1920–1933 Mitglied des Nationalrates, 1921 und 1922–1929 sowie 1930–1933 Bundesminister für Heerwesen, 1929–1930 Vizekanzler, 1930 Bundeskanzler, 1930 Reichsparteiobmann der CSP, 1933 Unterstützung der autoritären Regierung von Engelbert Dollfuß bei gleichzeitiger Ablehnung der Veränderung der Verfassung, 1933 Entlassung als Bundesminister für Heerwesen, 1933 Präsident der Verwaltungskommission der Bundesbahnen und Vizepräsident des Verwaltungsrates der Lebensversicherungsgesellschaft Phönix, 1940 in Bayern, 1942 in Thüringen, Rückkehr nach Österreich 1943.

<sup>72</sup> Gemeint ist die CSP. Sie geht in ihrer Entstehung bis 1869 als Beginn der Christlichsozialen Bewegung des politischen Katholizismus zurück. Das Programm der Christlichsozialen entstand 1889 aus sozialreformerischen Diskussionskreisen, die auch Deutschnationale einband und mit Karl Lueger (1844–1910) antiliberale und auch antisemitische Wahlgemeinschaften bildete. Lueger gründete 1893 die CSP. Die klerikal, großbürgerlich und auf den konservativ-ländlichen Raum sowie den urbanen Mittelstand und das Kleinbürgertum ausgerichtet war. Bis 1918 monarchisch ausgerichtet, befürworteten die Christlichsozialen dann die Republik und stellten 1928–1938 den Bundespräsidenten und 1920–1922, 1922–1924, 1924–1926, 1926–1929, 1930–1931, 1931–1932 sowie auch 1932–1934 mit Engelbert Dollfuß den Bundeskanzler, nachdem die CSP 1934 offiziell aufgelöst bzw. der Vaterländischen Front eingegliedert worden war. Zwischen 1922 und 1932 koalierte die CSP mit der GdVP.

<sup>73</sup> Der Geschäftsführende Ausschuss des ADV in Österreich traf sich zu einer Sitzung in Salzburg am 20.10.1930.

Ich bestürmte nun Hueber, dass er unter allen Umständen und so bald als irgend möglich, und zwar auf Aufsehen erregende Weise sein Amt niederlegen müsse, um die Führung der gesamten nationalen Opposition in Österreich zu übernehmen. Wie die Menschen seien, verleihe ihm die Tatsache seiner kurzen Ministerschaft ein gewisses Ansehen, das sehr wachsen werde, wenn er mit einer Erklärung sich aus der Regierung zurückziehe, dass er wegen des Widerstandes der anderen Minister ausserstande gewesen sei, wirksam gegen die herrschende Korruption vorzugehen. Nach allem, was er mir von Starhemberg gesagt habe, sei es doch klar, dass dieser vielleicht ein brauchbarer Unterführer in der Heimwehr sein könne, dass ihm aber das Zeug fehle, ihr oberster Leiter zu sein, und dass er sich noch viel weniger zu einem hohen politischen Amte eigne. Jetzt sei es geboten, dass sich die nationale Opposition in den Vordergrund schiebe, und er sei der gegebene Mann, diese zu führen.

Hueber erklärte sich wiederum mit allem, was ich angeführt hatte, einverstanden; er wich aber einer endgültigen Erklärung aus, indem er sagte, um der Heimwehr willen könne er sich nicht von Starhemberg trennen – ganz abgesehen davon, dass das Unglück nur grösser würde, wenn er diesen im Kabinett alleine liesse. Er müsse deshalb seinen Entschluss von dem des Fürsten abhängig machen. Es half nichts, dass ich Hueber klarzumachen versuchte, dass er damit auf eigenen Willen verzichte. Ebensowenig nutzte es, dass ich ihm vor Augen stellte, er werde sehr bald durch die anderen ausgeschifft werden, wenn er jetzt nicht aus eigenem Entschluss gehe. Hueber versprach mir wiederum beim Auseinandergehen sein bestes zu tun, um mit Starhemberg auszuscheiden. Das geschah aber nicht, und wirklich hörte die Ministerherrlichkeit der beiden auf, als das Kabinett Vaugoin am 30. November 1930<sup>74</sup> zurücktrat und durch ein rein klerikales unter dem Vorarlberger Landeshauptmann Ender<sup>75</sup> ersetzt wurde.<sup>76</sup>

Damit waren die Führer der Heimwehr wieder in die Opposition gegangen, aber Hueber nicht, wie ich es mir gedacht, und wie ich es ihm geraten hatte, als ihr Führer, sondern er erschien nach wie vor als eine Art Gefolgsmann von Starhemberg.<sup>77</sup> Dieser befand sich in grossen Geldschwierigkeiten, da er in seinem Ehrgeiz, die Heimwehr möglichst als seine eigene Truppe hin-

<sup>74</sup> Bundeskanzler Carl Vaugoin trat am 29.11.1930 zurück.

<sup>75</sup> Otto Ender (1875–1960), 1913 Direktor der Vorarlberger Landeshypothekenbank und 1915–1919 Oberdirektor, 1916 Leiter der Vorarlberger Kriegsgetreideverkehrsanstalt, 1918 Landeshauptmann von Vorarlberg, 1920–1934 Mitglied des Bundesrates, 1930–1931 Bundeskanzler, 1931–1934 Landeshauptmann von Vorarlberg, 1933–1934 Bundesminister im Bundeskanzleramt, 1934 Mitverfasser der „Maiverfassung“ des austrofaschistischen Ständestaates, 1934–1938 Präsident des Rechnungshofes.

<sup>76</sup> Das Kabinett Otto Ender regierte vom 4.12.1930–20.6.1931, konnte sich aber in der eigenen CSP kaum durchsetzen und zerbrach mit dem Zusammenbruch der Creditanstalt. Ender war 1931–1934 erneut Landeshauptmann von Vorarlberg und war an der Abfassung der „Maiverfassung“ vom 1.5.1934 für den austrofaschistischen Ständestaat beteiligt.

<sup>77</sup> Siehe zur politischen Ausrichtung der Salzburger Heimwehr seit 1920 auch Franz Hueber: Mittel- oder Rechtsfront?, in *Oberösterreichisches Morgenblatt* 11.3.1932, Abschrift in BA-Berlin, R 8048, Bd. 368, Bl. 67–68.

zustellen, zu ihrer Aufrüstung und Bewaffnung, sowie zu den Reisen und Aufmärschen seine Mittel weit über Gebühr verwendet hatte und fremde Gelder in grossen Beträgen hatte aufwenden müssen. Aus der Heimwehr heraus wurde ihm der Vorwurf gemacht, dass er bei jüdischen Banken und klerikalischen Geldgebern stark verschuldet sei, und deshalb eigentlich keinen eigenen Willen mehr habe.<sup>78</sup>

Es mag sein, dass es mit Starhembergs Geldnot zusammenhing, dass er im Frühjahr 1931 in Berlin erschien und dort bei den Deutschnationalen Fühlung suchte.<sup>79</sup> Es war eine Aussprache verabredet worden, bei der Starhemberg die Lage in Österreich und seine Pläne vortragen sollte. Da der damalige Parteivorsitzende *Hugenberg* den österreichischen Dingen fremd gegenüberstand und auch in seiner nächsten Umgebung niemanden hatte, der hinreichend unterrichtet war, liess er mich bitten, zu der Besprechung zu kommen, was ich in Begleitung von *Hertzberg* und *Vietinghoff* tat.

Der Sitzung wohnte Hugenberg selbst nur kurze Zeit bei, weil er verhindert war; dagegen waren alle seine wichtigeren Mitarbeiter während der ganzen Dauer anwesend.

Es ist kein Zweifel, dass bei jener Aussprache Mitte März 1931 Starhembergs Auftreten einen guten Eindruck machte. Es war offenbar, dass er im Lichte eines besonnenen Mannes erscheinen wollte, der unbedingt nationaldenke und rückhaltlos für den Anschluss eintrete. Er legte besonderen Wert darauf, seine völlige Unabhängigkeit von der klerikalischen Richtung zu betonen, und schloss mit der Versicherung, dass Österreich nur durch die Heimwehrbewegung gerettet werden könne, die insofern Trägerin eines guten Teils der deutschen Zukunft sei.

Dem Vortrag des Fürsten folgte eine längere Aussprache, bei der er die an ihn gestellten Fragen geschickt beantwortete. Der damals versammelte Kreis ging in bester Stimmung auseinander. Ich verabschiedete mich von Hugenberg noch in seinem Zimmer, wobei er mir sagte, er habe einen so guten Eindruck von Starhemberg, dass er überlege, wie man ihm mit Geld helfen könne.

Als ich mich von dem Fürsten trennte, lud ich ihn für den nächsten Tag in meine Wohnung zum Frühstück ein, da ich den Wunsch hatte, mich unter vier

---

<sup>78</sup> Vergleichbare Vorwürfe wurden auch über Ernst Rüdiger von Starhemberg vom ADV verbreitet. Hans Hartmeyer an Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes Berlin 22./24.3.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 368, Bl. 71–72. Starhemberg übernahm nach dem Pfrimer-Putsch (13.9.1931) erneut die Bundesführerschaft der Heimwehr, nachdem das Bankhaus Rothschild seine Wechsel aufgekauft hatte und Hans Ritter von Mauthner, Vizepräsident der Creditanstalt, die Verwaltung von Starhembergs Vermögen übernommen hatte. Wiltschegg: Die Heimwehr, S. 64–65.

<sup>79</sup> Nach Claß, im Text weiter unten, fand diese Begegnung Mitte März 1931 statt. Ein Jahr später kritisierte die Hauptgeschäftsstelle des ADV in Berlin die Finanzierungsabhängigkeit Ernst Rüdigers von Starhembergs als einen weiteren Grund für die gescheiterte „rechtsgerichtete Politik“ der Heimwehr, nachdem er 18.000 Schilling monatlich vom Hauptverband der österreichischen Industrie angenommen, und somit der Forderung nachgegeben habe, in Wien die gesamte Führung Major Emil Fey zu übergeben, der den äussersten christlichsozialen und „legitimistischen“ Flügel vertrete. Otto von Roeder an Hans Hartmeyer, 19.3.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 268, Bl. 70.

Augen mit ihm auszusprechen, um ein bestimmtes Urteil über ihn zu erlangen. Denn bis dahin war ich auf die Mitteilungen meiner österreichischen Geseinnungsgenossen angewiesen, die durchaus nicht einheitlich waren und zudem noch bei den einzelnen grellen Wechseln unterlagen.<sup>80</sup> Ich wollte deshalb die Gelegenheit benutzen, mir selbst ein Bild von dem jungen Mann zu machen, dessen Rolle trotz seines Misserfolges bei der nur zwei Monate dauernden Ministerschaft wahrscheinlich noch nicht ausgespielt war.

Starhemberg war bei seinem Besuch in meinem Hause volle drei Stunden mit mir allein. Er legte eine Art politisches Glaubensbekenntnis ab und begann damit, dass ihm von den Marxisten und Klerikalen in seiner Heimat die Teilnahme am sogen. Hitler-Putsch und an den oberschlesischen Kämpfen nicht vergessen werde; er sei damit bei diesen Feinden des deutschen Volkes ein für allemal abgestempelt. Im weiteren bekannte er sich als begeisterten, ganz von der Grösse unseres Volkes erfüllten Ostmarkendeutschen, dessen einziger und höchster Ehrgeiz es sei, sein gequältes Heimatland mit dem Deutschen Reiche zu vereinigen.

Da ich wusste, dass die Mutter des Fürsten eine führende Rolle in der Christlich-sozialen Partei<sup>81</sup> spielte<sup>82</sup>, suchte ich vorsichtig zu ermitteln, ob er dorthin keinerlei Fühlung oder gar Bindung habe. Da brach es leidenschaftlich aus ihm hervor: ich möge bedenken, dass er als Spross des Hauses Starhemberg frommer Katholik sei und als solcher seine kirchlichen Pflichten erfülle. Er sei aber auch deutscher Aristokrat und lehne alle ultramontanen Bestrebungen ab, die ja gerade auf deutschem Boden eine besonders widerwärtige Art der Demokratie geschaffen hätten. Leute wie Erzberger und gewisse ihm ebenbürtige österreichische Christlich-Soziale<sup>83</sup> betrachte er als Todfeinde unseres Volkes und seiner gesunden staatlichen Entwicklung. Was den Vatikan betreffe, so verehere er im Papste das Oberhaupt der katholischen Kirche – aber er denke nicht daran, sich deshalb politisch seiner Führung zu unterwerfen: denn soviel habe er aus der Geschichte gelernt, dass er wisse, welche Schicksale das Papsttum politisch über unser Volk heraufbeschworen habe.

Seine Stellung zur Habsburger Frage umschrieb er sehr einfach mit den Worten, dass nie mehr ein Glied dieses Hauses an die Spitze eines geordneten österreichischen Staatswesens treten dürfe. Von dem letzten Kaiser sprach er nur mit Spott, ja Verachtung.

<sup>80</sup> Satz bleibt undeutlich.

<sup>81</sup> Gemeint ist die Christlichsoziale Partei.

<sup>82</sup> Gemeint ist Fürstin Franziska von Starhemberg (1875–1943), 1908 Heirat mit Fürst Ernst Rüdiger von Starhemberg, 1914–1934 Präsidentin der Katholischen Frauenorganisation in Oberösterreich, Präsidentin des Frauenhilfsvereins des Roten Kreuzes, 1919–1934 Mitglied der oberösterreichischen Landesparteileitung und stellvertretende Vorsitzende der Reichsparteileitung der CSP, 1920–1931 Mitglied des Bundesrates, 1934 Delegierte für den Völkerbund und Leitung des Frauenreferats der Vaterländischen Front, 1938 kurzzeitig inhaftiert.

<sup>83</sup> Gemeint sind die Christlichsozialen.



Ich hatte damals keinen Anlass, in die Ernsthaftigkeit dieser Mitteilungen des jungen Fürsten Zweifel zu setzen, und gab meiner Freude darüber Ausdruck, solches von ihm gehört zu haben. Daran knüpfte ich die Frage, ob nicht doch in der Masse seiner Anhänger sich viele Christlich-Soziale<sup>84</sup> befänden, die im gegebenen Fall der klerikalen Führung folgen würden. Das verneinte er und behauptete, auch der einfachste Bauer auf einem kleinen Berghofe sei politisch der klerikalen Leitung längst überdrüssig und habe nach allen enttäuschten Erwartungen sich nach anderen Führern umgesehen. Gewiss sei das Landvolk fromm katholisch, aber politisch lasse es sich nicht mehr von den Geistlichen gängeln.

Des weiteren fragte ich, ob er glaube, die Führung der Heimwehren in der Hand halten zu können, da doch, wie ich höre, Kräfte am Werke seien, ihn zu verdrängen. Starhemberg erklärte, er sei ganz sicher, dass er die Führung behalten werde, solange er wolle. Er gab von einzelnen ihm minder wohlgesinnten Heimwehrführern eine Schilderung, bei der *Dr. Steidle* – Innsbruck besonders schlecht wegkam, während er für den steirischen Landesführer *Dr. Pfrimer* nur anerkennende Worte hatte.<sup>85</sup>

Die ganze Auseinandersetzung hatte ich eingeleitet mit einem kurzen Bericht über die Erfahrungen, die ich in Österreich gemacht hatte, seitdem ich dorthin Beziehungen pflegte, insbesondere aber seitdem ich Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes geworden sei und die engste Fühlung mit den Gesinnungsgenossen drüben aufrechterhalten habe. Ich gab ihm zu erkennen, dass ich über die geschichtliche Entwicklung Deutschösterreichs seit Ende des vorigen Jahrhunderts wahrscheinlich sehr viel besser unterrichtet sei und auch sehr viel mehr Menschen kennengelernt hätte, als ein Angehöriger des jüngeren Geschlechts in seiner Heimat, auch wenn er sich noch so eifrig politisch betätigt habe.

Starhemberg bekannte darauf, dass er in der Zeitgeschichte gar keinen Bescheid wisse, abgesehen von den Erlebnissen während des Weltkrieges und

---

<sup>84</sup> Gemeint sind Christlichsoziale.

<sup>85</sup> Im Sommer 1928 wurde Walter Pfrimer neben Richard Steidle auch aufgrund seines starken steirischen Einflusses zum zweiten gleichberechtigten Heimwehrführer. Die Doppelführung Steidle/Pfrimer blieb aber auch aufgrund persönlicher Auseinandersetzungen problematisch und lähmte die Heimwehr. Bis zum Sommer 1931 führte diese Konstellation zu einer Annäherung zwischen Pfrimer und Starhemberg. Diese pragmatische Annäherung schloss auch Hanns Rauter als Stabschef des steirischen Heimatschutzes mit ein. Steidle war maßgeblich am „Korneuburger Eid“ der Heimwehr beteiligt, die am 21.5.1930 damit ein Bekenntnis zum Faschismus bekundet hatte. Die Einheit der Heimwehr konnte so trotzdem nicht gesichert werden. Starhemberg unterhielt Kontakte zum Schober-Kabinett und ermöglichte persönliche Kontakte zur Finanzierung der Heimwehr zu Mussolini und konnte somit Steidle und Pfrimer auf der nationalen Führungsebene der Heimwehr entmachten. Pfrimer wurde wieder Heimwehrführer in der Steiermark, während Steidle nach seiner Bundesratsmitgliedschaft (1922–1931) im Dezember 1930 aus der Christlichsozialen Fraktion ausgeschlossen wurde, jedoch Heimwehrführer in Tirol blieb. Pfrimers deutsch-nationaler Kurs und seine Verbindungen zu den Nationalsozialisten deckten sich in ihren Zuspitzungen mit Starhembergs späterer Unterstützung 1932 von Engelbert Dollfuß in seinem Bemühen, Österreich in einen austrofaschistischen Ständestaat umzuwandeln. Siehe dazu auch Edmondson: *The Heimwehr*, S. 91–149.

von denjenigen, die er in München und Oberschlesien gehabt habe. In seinem Heimatlande kenne er in der Hauptsache auch nur die Menschen, mit denen er in den Heimwehren zusammenkomme, und von diesen seien die meisten nicht älter als er und wüssten noch weniger. Was ihm fehle, sei ein älterer Freund, der viel erlebt habe, ein sicheres Urteil besitze und ihn beraten könne: „Ja“, schloss er, „wenn drüben in Österreich ein Mann wäre wie Sie, dann hätte ich den Berater immer zur Hand.“

Ich nahm dies damals alles sehr ernst und verwies ihn an Professor *Hartmann*<sup>86</sup>, nachdem ich festgestellt hatte, dass Starhemberg häufiger nach Graz komme, und sagte dabei, Hartmann lebe so ganz in den Gedankengängen, die wir soeben erörtert hätten, dass er in ihm den entbehrten Freund finden könne. Der Fürst stellte darauf in Aussicht, dass er die Verbindung mit jenem aufnehmen werde. Noch wichtiger für ihn sei es aber, sich mit mir aussprechen zu können. Daher bitte er mich, ich möge es ihn wissen lassen, so oft ich nach Österreich komme. Dann werde er mich aufsuchen; eine grosse Freude aber wäre es ihm, wenn ich ein paar Tage auf der Wachsenburg, seinem Stammschloss, zubringen werde, denn er habe das Bedürfnis, die Aussprache mit mir fortzusetzen; habe er doch noch mit niemanden so reden können, wie heute mit mir.

Ich erklärte mich zu allem bereit, was der junge Fürst wünschte, und nahm an, dass er entsprechend handeln werde. Das durfte ich umso eher tun, als Starhemberg, dem die Teilnahme an der Erinnerungsfeier der oberschlesischen Abstimmung am 21. und 22. März 1931 verboten worden war, mich bat, wenn ich – was bevorstand – in den nächsten Tagen in Gleiwitz zu den Oberschlesiern spreche, seine Grüsse zu bestellen und auszurichten, dass er die bestimmte Absicht habe, zur Zehnjahresfeier der Kämpfe um den Annaberg am 2. Juni<sup>87</sup> dorthin zu kommen und zu seinen deutschen Volksgenossen zu reden.

Man wird es kaum glauben, dass ich seit diesem Zusammensein von Starhemberg nichts mehr gehört und gesehen habe. Wohl aber erfuhr ich bei meinen nächsten Aufenthalten in Österreich, dass der junge Minister a.D. jeden Halt verloren und Vertrauen und Ansehen eingebüsst habe.

Meine österreichischen Freunde, die ihn zum Teil aus der nächsten Nähe beobachten konnten, schrieben dies seiner drückenden Verschuldung zu, die ihn ganz in die Arme *Mussolinis*<sup>88</sup> getrieben habe.<sup>89</sup> Auch die Beobachtung sei-

<sup>86</sup> Friedrich Hartmann (1871–1937), 1890–1892 am Zoologischen Institut und 1893–1896 am Pathologisch-Anatomischen Institut der Universität Graz, 1907 Professor und 1911 Ordinarius an der Universität Graz, enger Vertrauter von Claß und ab 1924 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV.

<sup>87</sup> Nach der Volksabstimmung am 20.3.1921 verblieb Annaberg bei Deutschland, jedoch kam es zwischen Mai und Juli 1921 zu Kämpfen in Oberschlesien zwischen deutschen Truppen (u. a. dem Freikorps Oberland) und polnischen Truppen. Deutsche Truppen erstürmten am 21.5.1921 den Annaberg als Wahrzeichen und Heiligtum Oberschlesiens. Auf Druck der Alliierten kam es am 5.7.1921 zu einem Friedensschluss.

<sup>88</sup> Benito Mussolini (1883–1945), 1901–1914 Mitglied der Partito Socialista Italiano, 1912–1914 Herausgeber des *L'Avanti!*, 1914–1919 Führer der *Fasci d'Azione Rivoluzionaria*,

ner politischen Tätigkeit führte zu derselben Erkenntnis: es ward nur zu schnell klar, dass die Hoffnungen, die man auf den etwa zwei Jahre lang vergötterten, aber auch verwöhnten Fürsten gesetzt hatte, eitel waren, und die späteren Urteile über ihn, die ich von drüben zu hören bekam, war sowohl nach der politischen wie nach der charakterlichen Seite sehr hart.

Im Mai 1931 trat Starhemberg von der obersten Führung der Heimwehr zurück, blieb aber Landesführer in Oberösterreich.<sup>90</sup> Da ein Oberhaupt indes unentbehrlich war, wendeten sich aller Blicke auf den Rechtsanwalt *Dr. Walter Pfrimer*<sup>91</sup> in Judenburg, der seit Jahren Führer der steirischen Heimwehr war und durch seine Leistungen als solcher das grösste Ansehen in ganz Österreich genoss. Das verdiente er auch in vollem Masse, denn er war ein durchaus selbstloser Mensch. Für uns steigerte sich sein Wert noch dadurch, dass er altes Mitglied des Alldeutschen Verbandes war und seine geistige und charakterliche Unabhängigkeit durch seinen Übertritt zur evangelischen Kirche bewiesen hatte.<sup>92</sup> Dieser wackere Mann wurde nun im Mai 1931 zum obersten Führer der ganzen Heimwehr gewählt. Er liess mich bald darauf wissen, dass er in engster Verbindung mit mir zu arbeiten gedenke.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass die älteste Heimwehrgründung oder, wie die Bewegung in mehreren Landesteilen hiess: „Heimatschutz“, auf den Alldeutschen Verband zurückgeht, und zwar auf den vortrefflichen *Dr. Hertle*. Dieser hatte, ohne jemals selbst Soldat gewesen zu sein, aus politischen Erwägungen heraus bald nach dem Umsturz in Graz zusammen mit der völkisch gesinnten Studentenschaft und alten Offizieren zur Aufrechterhaltung der Ordnung einen Selbstschutz eingerichtet, der sich nach und nach auf ganz Steiermark ausdehnte.<sup>93</sup> Hierdurch wurde die Arbeitslast für den vielbeschäftigten Chirurgen so gross, dass er sich entschliessen musste, die Führung abzu-

---

1919–1921 Führer der *Fasci Italiani di Combattimento*, ab 1921 Führer der *Partito Nazionale Fascista*, 1922–1943 faschistischer Ministerpräsident (ab 1925 als „Il Duce“).

<sup>89</sup> Die Verbindung zwischen Ernst Rüdiger von Starhemberg und Benito Mussolini kam v. a. durch die Mutter Fürstin Franziska von Starhemberg zustande. Das erste Treffen fand Mitte Juli 1930 in Rom statt. Starhemberg: *Memoiren*, S. 76–80.

<sup>90</sup> Siehe dazu Edmondson: *The Heimwehr*, S. 122–149 und Höbelt: *Die Heimwehren*, S. 185–204.

<sup>91</sup> Gemeint ist Walter Pfrimer.

<sup>92</sup> Walter Pfrimer trat während seines Studiums der Rechtswissenschaft in Graz (1901–1905) der Alldeutschen Vereinigung bei. Er war ab 1907 Rechtsanwaltsanwärter in Graz, Leoben, Klagenfurt und Judenburg (ab 1913 als Rechtsanwalt) und wurde in Judenburg Mitglied der evangelischen Gemeinde.

<sup>93</sup> Im Sommer 1918 wurde der Deutsche Volksrat in Judenburg als Vertretung der deutschsprachigen Bevölkerung gegründet, der vom Rechtsanwalt Walter Pfrimer aus Judenburg mit dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie nicht nur als politischer Verein, sondern als paramilitärische Organisation mit Unterstützung der Studenteneinheiten geführt wurde. Die Zusammenfassung der steirischen Heimwehrverbände kam im Sommer 1921 zustande. Pfrimer gründete im April 1922 den Selbstschutzverein Steiermark, der am 1.1.1924 in Heimatschutzverein Steiermark (Steirischer Heimatschutz) umbenannt wurde. Josef Hertle wurde 1922 Landesleiter. Der erste Heimwehrverband wurde von Richard Steidle im Mai 1920 in Tirol gegründet. Wiltschegg: *Die Heimwehr*, S. 173. Siehe zum steirischen Heimatschutz Pauly: *Hahnenschwanz und Hakenkreuz*.

geben. In seinem alldeutschen Gesinnungsgenossen Pfrimer erblickte er den gegebenen Nachfolger, der dann auch zum Führer bestimmt wurde.

Nach meinen Beobachtungen hat Pfrimer dieses Amt, soweit die organisatorische Arbeit in Frage kam, ganz ausgefüllt und auch werbend seinen Mann gestanden, indem er im Kraftwagen das Land durchzog und neue Anhänger gewann. Als ihm die Nachfolge Starhembergs zufiel, stand er auf der Höhe seines Einflusses, und ich war begierig, den Mann wiederzusehen, der als Führer der gesamten „militanten“ Kräfte des völkischen Österreichs berufen schien, eine ausschlaggebende Rolle zu spielen.

Im November 1929 hatte ich ihn kennen gelernt. Auf Betreiben meiner Freunde fand damals in Salzburg die erste Unterhaltung statt, die viele Stunden dauerte.<sup>94</sup> Pfrimer war mit seinem politischen Sachbearbeiter *Rautter*<sup>95</sup> erschienen, während ich Professor *Dr. Hartmann* aus Graz und *Dr. Hartmeyer* zugezogen hatte. Ich gewann von Pfrimer sofort den Eindruck eines unbedingt lauterer Menschen, der sich seiner Aufgabe ohne Rücksicht auf sein persönliches Wohlergehen hingab, und der durch sein ganzes Wesen nicht nur Vertrauen einflößte, sondern auch Zuneigung erwarb. Aber politisch war der liebenswerte Mann ein Kind, wenn man, wie es notwendig war, von dem obersten Führer einer freiwilligen und starken Wehrbewegung mehr als grundsätzliche völkische Einstellung und Hingabe an die deutsche Sache verlangte. Unter den besonderen Verhältnissen Österreichs war für den Führer eine ausgebildete Menschenkenntnis notwendig, auch musste er die Verhandlungsart ganz beherrschen, die durch den jahrzehntelangen Einfluss der Christlich-Sozialen<sup>96</sup> im Lande üblich geworden war. Und diese beiden Eigenschaften besass Pfrimer leider nicht.

Ich habe, glaube ich, diesen Mann aus dem südlichsten Zipfel der deutschen Südmark – er stammte aus Marburg an der Drau<sup>97</sup> – genau kennengelernt. Mein Eindruck von dieser wichtig gewordenen Persönlichkeit ging dahin, dass er ein reines Kindergemüt besass und von den Tücken dieser Welt nichts ahnte. Dazu kam seine ehrliche Begeisterung für unser Volk und sein

<sup>94</sup> Das genaue Datum des Treffens bleibt unklar. Die Begegnung muss aber in der ersten Novemberhälfte stattgefunden haben. Claß war am 3.11.1929 noch auf der Gau-Tagung des Rhein-Main-Gaus in Frankfurt/M. anwesend. Alldeutsche Blätter 9.11.1929. Mitte des Monats war er dann durch eine „starke Erkältung ans Zimmer gefesselt“, so Otto von Roeder, die er „vor kurzem aus Oesterreich“ mitgebracht hatte. Otto von Roeder an Carl Gok, 16.11.1929, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 215, Bl. 285 und Ders. an Major Nagel, 19.11.1929, in ebd. Bl. 290. Ende des Monats war Claß dann vom 30.11.–1.12.1929 wohl wieder gesund und auf der Alldeutschen Osttagung in Liegnitz anwesend. Alldeutsche Blätter 7.12.1929.

<sup>95</sup> Gemeint ist Hanns Rauter (1895–1949), Bauingenieur, 1919 Führer eines akademischen Korps gegen kommunistische Unruhen, 1922 Mitbegründer und Stabsleiter des Selbstschutzverbandes Steiermark und später Mitglied der steierischen Bundesleiter für Österreich, 1931 Ablehnung des „Pfrimer-Putsches“, 1933 Mitglied der NSDAP, 1938 Mitglied des Reichstages, Generalkommissar für Sicherheitswesen in den Niederlanden, SS-Obergruppenführer, General der Waffen-SS und Polizei.

<sup>96</sup> Gemeint sind Christlichsoziale.

<sup>97</sup> Walter Pfrimer wurde am 22.12.1881 in Marburg an der Drau/Steiermark geboren.

Mitleid mit den Volksgenossen, die sich in Not und Kummer durchs Leben schlagen mussten.

Zu den Mängeln, die sich aus Pfrimers Weltfremdheit ergaben, kam noch ein sehr grosser. Das war seine fast bis zur Taubheit gesteigerte Schwerhörigkeit. Vor der ersten langen Unterredung, die ich in Salzburg mit ihm hatte, war ich darauf hingewiesen worden, und man hatte mir auch gesagt, dass er zur Verdeckung dieses Mangels nicht zu fragen pflege, wenn er etwas nicht verstanden habe, sondern so tue, als habe er durchaus folgen können. Man ermahnte mich deshalb, so laut mit ihm zu sprechen, wie ich es fertig brächte. Das war keine ganz leichte Aufgabe, da wir uns in einem Gasthof trafen und über Dinge zu reden hatten, die der damaligen Staatsgewalt in Österreich wohl wissenswert erschienen wären.

Bei jenem ersten Zusammensein fiel mir nach den Absichten unserer alldeutschen Freunde, die es vermittelt hatten, die Aufgabe zu, Pfrimer über den Gesamtreformplan des Alldeutschen Verbandes zu unterrichten und ihm klarzumachen, dass noch nichts Entscheidendes geschehen sei, wenn er seine Heimwehr in Zucht und Ordnung halte und gewiss sei, dass sie seinen Befehlen gehorchen werde. Denn die Heimwehr sei für den, der wirklich grosse Politik treiben wollte, nur ein Mittel zum Zweck, und dieser Zweck sei die grosse Aufbauarbeit. Diese verlange Mitarbeiter von ausgesprochener politischer Begabung, die für ihre Aufgabe mit grösster Gewissenhaftigkeit vorbereitet werden müssten.

Meine nächsten Mitarbeiter aus Österreich unterstützten mich bei meinen Darlegungen und behaupteten in aller Ruhe, das auf dem Gebiete der politischen Vorbereitung noch gar nichts geschehen sei. Man habe bei der Heimwehr zwei grosse Ziele: Die Zerschlagung der Herrschaft von Juden, Klerikalen und Marxisten, sowie den Anschluss an das Deutsche Reich. Dass man im Wege der Überraschung das erste Ziel für kürzere oder längere Zeit erreichen könne, sei möglich – vollkommen unklar und planlos sei man aber in bezug auf das, was an deren Stelle treten solle.

Pfrimer erkannte die Richtigkeit dessen an, was seine Landsleute gesagt hatten, nicht minder pflichtete er meinen Ausführungen bei und sagte schliesslich mit grossem Ernst, er sehe ein, dass die politische Vorbereitung für ihn jetzt die Hauptsache sei, und er wolle sofort daran gehen, sich dafür einen geeigneten Kreis zusammenzusuchen. Beim Auseinandergehen sprach er das dringende Bedürfnis aus, in engster Fühlung mit der Leitung des Alldeutschen Verbandes, besonders mit mir zu bleiben, aber auch, so oft er nach Graz oder Wien komme, mit unseren massgebenden Freunden dort sich auszusprechen.

Wie es mir in Österreich in vielen Fällen gegangen war, so wurde auch aus dieser guten Absicht nichts, denn Pfrimer blieb für mich unsichtbar, obwohl ich meine Reisen nach Österreich meistens rechtzeitig durch Dr. Hartmeyer bekanntgab. Im Mai 1931 hatten sich nun innerhalb der Heimwehr die Dinge so zugespitzt, dass Fürst Starhemberg zurücktrat und, wie schon erwähnt, an seiner Stelle Pfrimer ihr oberster Bundesführer wurde. Jetzt trat bei ihm das

Bedürfnis ein, sich mit mir auszusprechen.<sup>98</sup> Wir trafen uns deshalb ganz kurz nach seiner Berufung Anfang Juni in Linz im Hause eines unserer bewährtesten Alldrutschen.<sup>99</sup> Pfrimer erschien ganz allein, während ich ausser drei Gesinnungsgenossen aus Linz noch Dr. Hartmeyer und Professor Hartmann bei mir hatte.

Der neue Bundesführer entschuldigte sich zunächst, dass er seit jener ersten Begegnung in Salzburg nichts von sich habe hören lassen. Er meinte, schriftlich könne man die Fragen nicht behandeln, die zwischen uns zu erörtern wären, und zu einer Zusammenkunft habe er nicht kommen können, weil er fast jeden Tag unterwegs gewesen sei. Dann brachte er vor, was ihn jetzt zu mir geführt habe, und schilderte die Lage, die er soeben als oberster Bundesführer vorgefunden habe.

Vor allem ging er von der Verzweiflung der Bauern aus und von dem Hass, der sich bei ihnen gegen die Träger der Macht im Staate herausgebildet hatte: Er versicherte, alles dränge auf Entscheidung hin, und wenn er sich nicht an die Spitze stelle und die Bewegung planmässig leite, werde sich die allgemeine Mißstimmung in Aufruhrhandlungen Luft schaffen, die schliesslich ergebnislos verlaufen würden. Aber auch in den Industriemittelpunkten verlange man, dass die Heimwehr handle, weil die Not der kleinen Leute und des Mittelstandes unerträglich geworden sei. Und nicht anders sehe es in den Kleinstädten aus. Es sei also soweit, dass die Heimwehr die Entscheidung herbeiführen müsse. Freilich gehöre dazu Geld, und dann fehle es ganz, da die Volkskreise, die mit der Heimwehr gingen, so arm seien, dass sie nichts geben könnten. Er teilte dazu Einzelheiten mit, die erschütternd waren.<sup>100</sup>

Ich schlug vor, dass zunächst die anderen Freunde aus Österreich sich zu seiner Darstellung äussern sollten, womit Pfrimer einverstanden war. Diese brachten nun ihre Beobachtungen vor, die, wie nicht anders zu erwarten war, im allgemeinen Pfrimers Darstellung bestätigten. In einem wesentlichen Punkte

<sup>98</sup> Dem Treffen ging auch ein Gespräch mit Hans Hartmeyer vom ADV in Wien als Verbindungsmann von Claß am 13.5.1931 voraus, in dem Walter Pfrimer seinen Führungsanspruch innerhalb des Heimschutzes bekräftigte und finanzielle Unterstützung von 100.000 Mark vom ADV anfragte. Hartmeyer empfahl Pfrimer, selbst nach Berlin zu einem Gespräch zu kommen. Siehe Hans Hartmeyer an Leopold von Vietinghoff-Scheel 14.5.1931, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 368, Bl. 46.

<sup>99</sup> Das genaue Datum des Treffens Anfang Juni 1931 in Linz bleibt unklar, jedoch fand es vermutlich in der ersten Juni-Woche statt. Am 18.5.1931 starb Josef Hertle in Graz. Claß war möglicherweise im Zuge der Trauerfeier für Hertle auf dem Grazer evangelischen Friedhof St. Peter in Österreich. Es sprach hier jedoch als Vertreter des ADV Alfred Geiser und Claß wurde in den Berichten zur Trauerfeier auch nicht erwähnt. Am 7.6. sprach Claß dann bereits wieder auf dem württembergischen Gautag in Stuttgart und am 14.6. auf der badischen Landestagung des ADV in Freiburg. Auf dem Deutschösterreichischen Verbandstag des ADV in Schladming 27.–29.6.1931 ließ sich Claß dann ebenfalls durch Gertzlaff von Hertzberg-Lottin vertreten. Alldrutsche Blätter 6.6.1931, 20.6.1931 und 4.7.1931.

<sup>100</sup> Vergleichbare Erzählungen finden sich auch in Der Panther. Österreichische Heimschutzzeitung. Offizielle Organ der Bundesführung, am Tag des Pfrimer-Putsches 12.9.1931 im Beitrag von Olaf Petri: Es muß und – wird was g'schehn!

wichen sie freilich von ihm ab. Sie gaben zu, dass die Erbitterung und Verzweiflung sehr gross seien, jedoch bestritten sie, dass sie die Menschen zur gewaltsamen Erhebung treiben würden. An einen Marsch auf Wien, von dem so viel die Rede war, und von dem auch Pfrimer im Ernst gesprochen hatte, glaubten keine meiner engeren Mitarbeiter. Bevor ich Pfrimer bat, sich zu diesen Zweifeln zu äussern, warf ich die Frage auf, wie es denn mit den politischen Vorbereitungen stehe, über deren Notwendigkeit wir uns vor anderthalb Jahren in Salzburg einen ganzen Tag lang unterhalten hatten.

Pfrimer antwortete recht betreten: „Da kommen wir halt nicht voran, weil wir von der Heimwehr ganz durch die Reisen, die wir ununterbrochen unternehmen müssen, in Anspruch genommen sind, und andere Leute, die das machen könnten, haben sich nicht gefunden.“ Ich konnte mir nicht versagen, Pfrimer an das zu erinnern, was ich ihm im November 1929 vorgetragen, und was er mir daraufhin versprochen hatte. Ich spielte dabei auf eine Äusserung seines politischen Sachbearbeiters *Rautter*<sup>101</sup> an, die dieser mir gegenüber in Leoben<sup>102</sup> getan hatte. Ich werde nachher Näheres darüber berichten.

Jetzt suchte Pfrimer die Bedenken unserer Freunde zu widerlegen, dass die Bauern letzten Endes doch nicht mitmachen würden, und er blieb dabei, dass er höchstens noch ein Vierteljahr warten könnte. Über sein Verhältnis zu Starhembergs gefragt, meinte er, es sei gut, und der Fürst werde schon mitmachen, weil die Stimmung bei seiner Gefolgschaft es verlange. Übrigens werde er von allen Landesleitern rechtzeitig die ehrenwörtliche Verpflichtung verlangen, dass sie losschlugen, wenn er den Befehl dazu erteile. Gegen Abend verliessen uns Pfrimer, weil er noch eine wichtige Besprechung in einer benachbarten Stadt habe; er stellte in Aussicht, dass er mich benachrichtigen werde, wenn er mit seinen Vorbereitungen fertig sei.

Als Pfrimer uns verlassen hatte, brach es aus seinen österreichischen Landsleuten verzweiflungsvoll heraus: „Das gibt ein Unglück.“ Einer oder der andere tröstete sich damit, Pfrimer werde schon im letzten Augenblicke merken, dass man ihn im Stich lasse, und damit sei dann die Gefahr beseitigt. Ich war anderer Ansicht und meinte, der Mann sei so blind von allem überzeugt, was er vorgetragen habe, dass er imstande sei, auch ohne sichere Abmachungen mit den anderen Führern der Heimwehr loszuschlagen. Wir alle, die wir den Abend über noch zusammenblieben, waren sehr bedrückt – ich besonders deshalb, weil er es nicht für nötig gehalten hatte, sich mit Professor Hartmann in Graz zu beraten, ja dass sogar *Rautter*<sup>103</sup>, der früher in engster Verbindung mit den Professoren *Hertle* und *Hartmann* gestanden hatte, es offenbar vermied, mit letzterem zusammenzukommen. Als wir auseinandergingen, waren wir so gut wie hoffnungslos und sahen mit ziemlicher Sicherheit, dass sich die Heimwehrbewegung totlaufen würde.

---

<sup>101</sup> Gemeint ist Hanns Rauter.

<sup>102</sup> Gemeint ist vermutlich der 9. Deutschösterreichische Verbandstag des ADV in Leoben vom 11.–12.5.1929.

<sup>103</sup> Gemeint ist Hanns Rauter.

Anfang Juli liess mich Pfrimer durch Dr. Hartmeyer wissen, dass er mich wieder sprechen müsse; er sei bereit, nach München zu kommen.<sup>104</sup> Ich entsprach der Aufforderung und berief Hartmeyer selbst auf einen Tag früher dorthin, um über den Zustand in Österreich unterrichtet zu werden. Dabei erfuhr ich, dass nach wie vor die Stimmung im ganzen Lande verzweifelt sei. Nach der Meinung unserer Freunde bedeutete das aber noch nicht, dass die Bauern und Kleinbürger zum rücksichtslosen Kampf gegen die Regierung entschlossen seien.

Am anderen Tage traf Pfrimer ein. Er war ausser seiner Frau<sup>105</sup> und Tochter<sup>106</sup> von dem *Grafen Lemberg*<sup>107</sup> begleitet, den er mir als seinen Generaladjutanten vorstellte. Ich hatte den Grafen schon vorher in Salzburg kennengelernt, wo er mir von zuverlässigen Gesinnungsgenossen als überzeugter Alldeutscher bezeichnet worden war. Ich wunderte mich also nicht darüber, dass Pfrimer den Herrn mitbrachte.

Der Zweck dieses Besuches wurde bald klar. Der Heimwehrführer wiederholte mit noch grösserem Nachdruck das, was er in Linz gesagt hatte, und erklärte, es sei ganz ausgeschlossen, dass er seine Leute länger als bis höchstens zum September zurückhalten könne. Er habe inzwischen die ganzen Landesführer der Heimwehr um sich versammelt gehabt und besitze von allen das ehrenwörtliche Versprechen, dass sie losschlagen würden, wenn er den Befehl hierzu erteilte. Graf Lemberg ergänzte diese Mitteilungen seines Führers noch dahin, dass in anderen Teilen Österreichs die Volksstimmung mindestens ebenso scharf sei wie in der Steiermark, und dass man nicht mehr warten dürfe, sonst liefen die Leute auseinander und gerieten wieder unter klerikalen Einfluss.

Meine Frage, wie es mit den politischen Vorbereitungen stehe, beantwortete Pfrimer wiederum dahin, er habe nicht die Zeit gehabt, zur Bearbeitung dieser Frage einen Kreis um sich zu sammeln, aber ein alter Oberlandesge-

<sup>104</sup> Das genaue Datum des Treffens Anfang Juli 1931 in München bleibt unklar. Auch das Schreiben von Hans Hartmeyer liess sich nicht ermitteln. Siehe jedoch dazu Claß an Hans Hartmeyer 19.6.1931, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 368, Bl. 48.

<sup>105</sup> Irma Pfrimer, 1929 Begründerin und steierische Landesobfrau der Frauenhilfsgruppen der Heimwehr.

<sup>106</sup> Ida Pfrimer (geboren um 1915).

<sup>107</sup> Gemeint ist Karl Othmar Graf Lamberg. Siehe Personenverzeichnis. Lamberg war Generaladjutant des Führers des Steierischen Heimatschutzes, Walter Pfrimer, und drängte für den 12.9.1931 von der Steiermark ausgehend mit Pfrimer auf einen Staatsstreich („Pfrimer-Putsch“) zur Einsetzung einer Heimwehr-Regierung nach dem Vorbild des „Marschs auf Rom“ der italienischen Faschisten vom Oktober 1922. Der „Marsch auf Wien“ mit geschätzten 14.000 mobilisierten Anhängern des steierischen Heimatschutzes scheiterte am 13.9.1931. Die steierischen Heimwehren hatten seit Ende der 1920er Jahre aufgrund zunehmender Zusammenstöße mit dem sozialdemokratischen „Republikanischen Schutzbund“ und der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise verstärkt einen grundlegenden Systemwechsel gefordert. Aus der Krise der Heimwehren mobilisierten ab 1931 verstärkt die Nationalsozialisten Anhängerschaften, vor allem in der Steiermark, wo sich große Teile des Heimatschutzes unter Pfrimer den Nationalsozialisten unterstellten. Siehe auch Hofmann: Der Pfrimer-Putsch, Pauly: Hahnenschwanz und Hakenkreuz und Wiltschegg: Die Heimwehr, S. 60–65.



richtsrat in Graz, der ein zuverlässiger Gesinnungsgenosse sei, habe sich bereit-erklärt, die drängendsten Fragen durchzudenken, und schliesslich sei er selbst ja doch auch ein alter Jurist, der naturgemäss das österreichische Verfassungsrecht genau kenne. Er werde es schon möglich machen, einige Tage mit seinem Freunde zusammensitzten und die wichtigsten Bestimmungen gemeinverständlich zu fassen. Aber, fuhr Pfrimer fort, die Hauptsache sei für ihn, wenn er handeln wolle, das Geld, und deshalb sei er da, um mich zu bitten, ihm aus dem Reiche dazu zu verhelfen.

Zur grössten Enttäuschung Pfrimers entgegnete ich, es sei vollkommen ausgeschlossen, dass hierfür aus dem Deutschen Reich Mittel flüssig gemacht werden könnten. Unter gar keinen Umständen aber komme der Alldeutsche Verband hierfür in Frage. Aber selbst wenn ich in der Lage wäre, seinen Wunsch zu erfüllen, dürfe ich das nicht tun, ohne mich mit dem Kreise meiner vertrautesten Mitarbeiter in Österreich in seiner Gegenwart nochmals gründlich ausgesprochen zu haben. Das sei auch schon unter dem Gesichtspunkte nötig, dass der Alldeutsche Verband Österreich ja wohl eine Losung ausgeben müsse, wie er sich verhalten solle, wenn die Heimwehr unter Pfrimers Führung losschlage. Ich erklärte mich bereit, zu diesem Zwecke nach Salzburg oder Linz zu kommen, sobald Pfrimer mich wissen lasse, dass er dort bestimmt erscheinen werde.

Beim Auseinandergehen war der wackere Mann tief bedrückt, dass er in [b]ezug auf die geldliche Unterstützung ein glattes Nein erhalten hatte. Hartmeyer sagte mir noch, er halte eine weitere Besprechung in Österreich über Pfrimers Vorhaben nicht für nötig, da heute unsere wichtigsten Freunde in Österreich noch derselben Meinung seien wie in Linz.

Von Pfrimer kam auch keinerlei Nachricht, dass er von sich aus eine Besprechung wünsche. Am 13. September 1931 wurde durch die Presse bekannt, dass er am Tage vorher in [der] Steiermark losgeschlagen habe, und dass auch in anderen Bundesländern losgeschlagen habe, und dass auch in anderen Bundesländern kleinere Putsche vor sich gegangen seien. Aus den ersten Nachrichten war schon zu ersehen, dass das Unternehmen fehlgeschlagen sei, da auch dieser schwache Staat noch soviel Selbsterhaltungskraft besass, dass er die verfügbaren Truppen erfolgreich einsetzte. Pfrimer war nach Jugoslawien entkommen; ebendahin gingen viele seiner steirischen Gefolgsleute.<sup>108</sup> Es war ein Zusammenbruch schlimmster Art; er war auch nicht nur durch das Fehlen aller politischen Vorbereitungen bedingt, sondern auch dadurch, dass in den meisten Ländern Österreichs die Heimwehr sich ruhig verhalten hatte, also nicht das tat, was Pfrimer auf Grund ihrer ehrenwörtlichen Verpflichtung ihrer Führer von ihr erwartet hatte.

---

<sup>108</sup> Graf Barthold Stürgkh, Kreisleiter der steirischen Heimwehr, verhalf Walter Pfrimer über Radkersburg zur Flucht nach Jugoslawien. Höbelt: Die Heimwehren, S. 208–209.

Einige Wochen später erhielt ich von Graf Lamberg<sup>109</sup>, der bei Verwandten in Bayern Unterschlupf gefunden hatte<sup>110</sup>, die Nachricht, dass Pfrimer mittellos in Marburg a. d. Drau<sup>111</sup> sitze und den dringenden Wunsch habe, mich über die ganzen Zusammenhänge seines Unternehmens zu unterrichten. In diesem Briefe<sup>112</sup> war schon angedeutet, dass der Putsch an dem Verrate *Starhembergs* gescheitert sei, der das bindende Versprechen abgegeben habe, sich zu beteiligen, und dann sein Wort gebrochen habe.<sup>113</sup> Schliesslich bat Lamberg darum, Pfrimer die Mittel zur Verfügung zu stellen, dass er durch die Schweiz nach München kommen könnte, um mir dort Bericht zu erstatten.

Obwohl ich mir klar darüber war, dass der gewesene Bundesführer der Heimwehr ein endgültig erledigter Mann sei, hielt ich es doch für richtig, mich genau ins Bild setzen zu lassen. Übrigens hatte ich ein tiefes Mitleid mit dem gescheiterten Manne<sup>114</sup>; so entschloss ich mich zu einer Zusage und liess durch die Hilfe eines Freundes Pfrimer das nötige Geld zuweisen. Nach einiger Zeit bekam ich wiederum durch Lemberg den Bescheid<sup>115</sup>, dass sein früherer Chef in München eingetroffen sei, aber wohl nur kurz dort bleiben könne, will ihm von der bay[e]rischen Regierung die Ausweisung angedroht sei.

Ich fuhr also nach München und verabredete mit meinem Freunde *Lehmann*, dass die Zusammenkünfte mit Pfrimer und Lamberg auf seiner Geschäftsstelle<sup>116</sup> stattfinden sollten, da ein anderer Ort wegen der Schwerhörig-

<sup>109</sup> Karl Othmar Graf Lamberg (1898–1942), Schloß- und Großgrundbesitzer in Steyr, 1916–1918 Kriegsdienst, Leutnant, 1929 Verkauf des Schlosses Pichlarn, Generaladjutant des Führers der steierischen Heimwehr Walter Pfrimer, nach dem „Pfrimer-Putsch“ Flucht nach Bayern, 1934 nach dem „Röhm-Putsch“ Distanzierung von den Nationalsozialisten, Flucht nach Ungarn und in die Tschechoslowakei, 1940 Verhaftung und 1942 Ermordung in Auschwitz.

<sup>110</sup> Karl Othmar Graf Lamberg flüchtete mit Hilfe des Heimwehrführers Graf Peter Revertera nach Deutschland und verstärkte seine Nähe zu den Nationalsozialisten sowie zu Franz von Papen. Zu den Familienverhältnissen siehe auch Sandgruber: Die Familienkrise des Hauses Lamberg. Lamberg hielt sich in München bei seiner Tante, Gräfin Wanda Sandizell-Lamberg, auf. Hofmann: Der Pfrimer-Putsch, S. 83.

<sup>111</sup> Marburg an der Drau wurde (als Maribor) im Vertrag von Saint Germain vom September 1919 von der Republik Österreich herausgelöst und gehörte somit 1931 zu Jugoslawien.

<sup>112</sup> Das Schreiben von Karl Othmar Graf Lamberg an Claß ließ sich nicht ermitteln. Siehe dazu hingegen Korinman: Deutschland über alles, S. 315–316.

<sup>113</sup> Zum Pfrimer-Putsch am 12./13.9.1931 siehe u. a. Edmondson: The Heimwehr in Austrian Politics, S. 122–149 und Höbelt: Die Heimwehren, S. 204–221. Ernst Rüdiger von Starhemberg wurde unmittelbar nach dem Putsch bis zum 17.9.1931 in Linz inhaftiert.

<sup>114</sup> Ein Jahr später zirkulierten auch innerhalb des ADV Erzählungen, wonach Walter Pfrimer am 13.9.1931 „seine Nerven völlig verloren“ habe, „die er die ganze Nacht durch Tee mit Kognak aufzuputschen versuchte. Er war weder zur kritischen Stunde im Hauptquartier des Heimatschutzes noch sonst wo anzutreffen, weil er bereits auf der Flucht war, als seine Anwesenheit dringen nötig war.“ Siehe Geschäftsstelle des ADV Wien 30.5.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd., 368, Bl. 84.

<sup>115</sup> Das Schreiben von Karl Othmar Graf Lamberg an Claß ließ sich nicht ermitteln.

<sup>116</sup> Die Geschäftsstelle des J.F. Lehmann Verlags war 1930/31 in der Paul-Heysse-Straße 26 in München.

keit Pfrimers nicht in Betracht kam.<sup>117</sup> Als ich Pfrimer dann dort traf, bot er ein Bild der Verzweiflung dar. Seine ganzen Erzählungen liefen darauf hinaus, andere, vor allem Starhemberg, mit der Schuld an dem Scheitern des Unternehmens zu belasten, wobei er es nicht an sehr scharfen Worten fehlen liess. In diesem Bestreben, sich als Opfer des Verrats hinzustellen, wurde Pfrimer durch Lamberg in einer Weise unterstützt, die mich stutzig machte.

Als ich den Dingen auf den Grund zu kommen versuchte und genaueres über die angeblich getroffenen Abreden des Bundesführers der Heimwehr mit den Unterführern ermitteln wollte, bekam ich höchst unklare Mitteilungen, die mich zu der Annahme führten, dass Pfrimers Schwerhörigkeit ihm einen bösen Streich gespielt hatte.<sup>118</sup>

Später wurde mir von meinen österreichischen Freunden mitgeteilt, dass in den Heimwehrkreisen, die von dem Misserfolg am meisten betroffen waren, behauptet wurde, Pfrimer sei ganz in geistiger Abhängigkeit von seinem „Generaladjutanten“, dem Grafen Lamberg, gewesen, und dieser habe durch falsche oder übertriebene Nachrichten seinen „Chef“ zum Losschlagen veranlasst. Wie die Dinge sich wirklich zugetragen haben, habe ich nicht ermitteln können, und ich bleibe bei meiner Ansicht, dass Pfrimers Schwerhörigkeit eine entscheidende Fehlerquelle gewesen ist.

Was sollte ich nun dem unglücklichen Manne raten? Es war ausgeschlossen, dass er bei den guten Absichten der bay[er]ischen Regierung im Lande bleiben konnte, hatte er sich doch schon nach Ulm, also auf württembergischen Boden, übersiedeln müssen, um sich vor der Ausweisung zu retten. Tränenden Auges klagte er, dass er der Heimwehr alles geopfert habe; seine früher glänzende Anwaltschaft sei zugrunde gerichtet und werde sich auch nicht mehr aufbauen lassen, wenn er nicht sofort in die Heimat zurück könne. Ich stellte die Tatsache in den Vordergrund, dass viele vortreffliche Heimwehrmänner durch sein Unternehmen entweder die Heimat verloren hätten oder in die Gefängnisse geworfen seien, wo sie nun der Aburteilung entgegensähen. M. E. gäbe es für ihn unter solchen Umständen nur eins: das Schicksal derjenigen teilen, die seinen Befehlen gefolgt seien. In aller Form sagte ich ihm, er müsse sich so bald als möglich nach Österreich zurückbegeben und beim Überschreiten der Grenze freiwillig stellen. Pfrimer befolge diesen Rat. Es wurde Anklage gegen ihn erhoben, aber das Schwurgericht in Graz sprach ihn Ende des Jahres frei.<sup>119</sup>

---

<sup>117</sup> Das genaue Datum des Treffens, dass vermutlich (nach der Kundgebung der „nationalen Opposition“ in Bad Harzburg) im Oktober 1931 in München stattgefunden hat, bleibt unklar.

<sup>118</sup> Dies ist eine sehr eigenwillige Interpretation von Claß, die Uneinigkeit zwischen Walter Pfrimer und Ernst Rüdiger von Starhemberg zu erklären. Zu den Erwartungen und Illusionen sowie zu Gesprächen und Zurückhaltungen innerhalb der Heimwehren wie auch zu Starhembergs Aussage, mit Pfrimer dessen Putschabsichten zwar zuvor besprochen, aber letztlich zurückgewiesen zu haben und dann erst am Morgen des 13.9.1931 überrascht vom Putsch erfahren zu haben, siehe Edmondson: *The Heimwehr in Austrian Politics*, S. 122–149 und Höbelt: *Die Heimwehren*, S. 204–221.

## 7.4. Weitere Erlebnisse in Österreich

Nach diesem Erlebnis war ich noch zwei- oder dreimal in Salzburg mit meinem engsten Freundeskreis zusammen, um mich über den weiteren Verlauf der Dinge unterrichten zu lassen.<sup>120</sup> Was ich jeweils zu hören bekam, war trostlos, und ich sah eigentlich schon nach Pfrimers Unternehmen den Zeitpunkt kommen, an dem die Arbeit des österreichischen Alldeutschen Verbandes unmöglich gemacht würde. Dies Ereignis trat dann wirklich als Folge der Ermordung des Bundeskanzlers Dr. *Dollfuss*<sup>121</sup> ein – und zwar ohne jede äussere Veranlassung. Damit hatte die Geschichte des Alldeutschen Verbandes in Österreich ihren traurigen Abschluss gefunden. Ich habe sie des Zusammenhangs halber bis zu diesem Ende geschildert und will nun aus der Fülle dessen, was ich in Österreich erlebt habe, noch mehrere Einzelvorgänge berichten, von denen ich annehme, dass sie zur Erkenntnis der dortigen Zustände und Menschen wesentlich beitragen.

Zeitlich zurück liegt eine Begebenheit, die mir Feldmarschalleutnant *Dr. Freiherr von Bardolff*<sup>122</sup> erzählte, als ich mit ihm bekannt geworden war; sie mag sich etwa zwei Jahre vor dem Ausbruch des Weltkrieges abgespielt haben.

<sup>119</sup> Walter Pfrimer stellte sich nach einigen Reisen zwischen München und Maribor einem Gerichtsverfahren in Graz, wo der Prozess gegen Pfrimer und weitere Putschteilnehmer (Konstantin Kammerhofer, Richard Flechner, Viktor Hofer, Franz Harter, Karl Harant, Franz Seitner und Johann Riedlechner) am 14.12.1931 begann und letztlich am 18.12.1931 mit einem Freispruch der Geschworenen für Pfrimer endete. Siehe auch Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Graz, 21.11.1931, in Hofmann: *Der Pfrimer-Putsch*, S. 109–138 und Nachtrags-Anklageschrift gegen Walter Pfrimer, 8.12.1931, in ebd., S. 138–142.

<sup>120</sup> Claß verweist hier auf Franz Hueber als Vermittler für diese Treffen. Hueber war auch Schriftführer der alldeutschen Ortsgruppe in Salzburg und hatte in den 1920er Jahren maßgeblichen Einfluss beim Salzburger Landesverband der Heimwehr. Der ADV blieb im Landesverband Salzburg und im Salzburger Land unter den Obmännern Paul von Heider und Max Utschigg mit Blick auf Ortsgruppenmobilisierung auffällig unterrepräsentiert. Im Jahre 1925 zählte man 11 Ortsgruppen mit 658 Mitgliedern von insgesamt 12.267 Mitgliedern in ganz Österreich. Siehe DÖTZ 20.6.1925. Die bäuerliche Struktur der Salzburger Umgebung erschwerte die bildungsbürgerlich-mittelständische Mobilisierung von Mitgliedern über die Stadt Salzburg hinaus, zumal Salzburg auch keine ethnisch-kulturelle Grenzlandregion darstellte, wie Niederösterreich, Kärnten oder die Steiermark, wo der ADV mit einer kulturellen Germanisierungs- und staatterritorialen Abgrenzungspolitik gegen die Tschechoslowakei, Jugoslawien oder auch Ungarn und Italien mit den Vereinbarungen des Friedensvertrages von St. Germain vom 10.9.1919 seine Hochburgen hatte. Die Ortsgruppe Salzburg wurde am 13.4.1920 unter der Leitung des Obmannes Max Utschigg (geboren 1880) gegründet, jedoch mit der anderen Ortsgruppe Maxglan 1927 zur Ortsgruppe Salzburg zusammengelegt, die zuvor gegen die behördliche Auflösung 1927 wegen Inaktivität (und fehlender behördlicher Meldung seit ca. 1923) Einspruch erhob und durch die Zusammenlegung das Weiterbestehen zunächst verlängerte. Siehe Max Utschigg an Polizei-Direktion Salzburg 14.6.1927, in Salzburger Landesarchiv, Präsidialakten 145, 18a 1178/1928. Zur Zusammensetzung der alldeutschen Verbandsleitung in Salzburg siehe Bekanntgabe Verbandsleitung des ADV, 10.1.1928, in ebd.

<sup>121</sup> Engelbert Dollfuss wurde am 25.7.1934 beim „Juliputsch“ durch österreichische Nationalsozialisten im Bundeskanzleramt in Wien erschossen.

<sup>122</sup> Carl Freiherr von Bardolff (1865–1953), 1903–1906 Lehrtätigkeit an der Kriegsschule in Wien, 1911–1914 Flügeladjutant und Führungsoffizier in der Militärkanzlei des Erzher-

*Dr. Hartmeyer* sprach mir davon, dass der hohe Offizier – sein Rang entsprach dem unseres Generalleutnants – sich stark mit politischen Fragen beschäftige. Er habe mit ihm als dem Hauptschriftleiter der „Deutsch-Österreichischen Tageszeitung“ Fühlung genommen und dabei die Frage aufgeworfen, ob es nicht möglich sei, das geistige Rüstzeug der dortigen nationalen und völkischen Kreise dadurch zu vervollständigen, dass man eine ihren Gedanken dienende Zeitschrift schaffe; er habe ihn geradezu gefragt, ob er dazu bereit sei, die Herausgabe zu übernehmen, und dabei angedeutet, dass er Verbindungen habe, durch die er die nötigen Geldmittel wohl beschaffen könne. Hartmeyer hatte mich gebeten, dieser Sache wegen mit Bardolff Fühlung aufzunehmen, wobei er auch betont hatte, dass dieser meine Tätigkeit mit grossem Anteil verfolge und mich kennen zu lernen wünsche.

So hatte ich denn bei meinem nächsten Aufenthalt in Wien dem Feldmarschalleutnant einen Besuch abgestattet und war aufs freundlichste aufgenommen worden. Bei der Besprechung des Zeitschriftenplanes ergab sich, dass Hartmeyer sich geirrt hatte, wenn er meinte, Bardolff denke an ihn als Herausgeber. Richtig war, dass er eine für den Anschluss und in streng nationalen Anschauungen wirkende Halbmonats- oder Monatsschrift für nötig hielt. Aber er wies es weit von sich, dass dafür Dr. Hartmeyer in Frage kommen könne. Das ginge schon deshalb nicht, weil er kein Österreicher sei und im übrigen doch langweilig schreibe. Wer so eine Sache in Gang bringen wolle, der müsse ein ganz anderer Kerl sein.

Im weiteren Verlauf der Unterhaltung kam ich auf Bardolffs Tätigkeit als Chef der Militärkanzlei des ermordeten Erzherzog *Franz Ferdinand* zu sprechen und sagte ihm, ich halte ihn für die wichtigste Geschichtsquelle über die Persönlichkeit dieses schicksalsvollen Mannes. Ich fragte ihn, ob er nicht daran denke oder vielleicht es schon ausgeführt habe, seine Erlebnisse mit dem Erzherzog-Thronfolger zu schildern. Bardolff antwortete, er habe schon ein Buch so gut wie fertig, aber er scheue noch davor zurück, es der Öffentlichkeit zu übergeben.<sup>123</sup> Abgesehen davon sei er durch seine industrielle Tätigkeit zu sehr in Anspruch genommen.<sup>124</sup>

---

zogs Franz Ferdinand sowie seit 1913 dessen Kanzlei des Generalinspektors der gesamten bewaffneten Macht, u. a. 1914 Chef des Generalstabes der 2. Armee, 1918 Kommandant der gesamten österreichischen Truppen des Hinterlandes, September 1918–1919 im k.u.k. Kriegsministerium, 1921–1932 Geschäftsführender Verwaltungsrat eines Industriekonzerns, 1932–1936 Vorsitzender des Deutschen Volksrates in Österreich und 1932–1937 Obmann des Deutschen Klubs in Wien, unterstellte sich 1935 Adolf Hitler, 1938 SA-Oberführer, ab 1938 Reichstagsabgeordneter für die NSDAP, 1938–1945 Aufsichtsratsmitglied zahlreicher Industriekonzerne (u. a. Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG), Reichsehrenrichter der Deutschen Arbeitsfront, Präsident der Deutsch-Japanischen Gesellschaft in Wien und Ehrenpräsident der Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften, 1939 General der Infanterie zur Verfügung.

<sup>123</sup> Gemeint ist das später erschienene Buch Bardolff: Soldat im alten Österreich, S. 129–184.

<sup>124</sup> Carl Freiherr von Bardolff war 1921–1932 Verwaltungsrat im Unternehmen des Großindustriellen Peter Westen (gestorben 1934). Westen entstammte einer Hammerschmiedefamilie aus dem Rheinland. 1921 erfolgte die Beteiligung an der Gründung der Bank in Liechtenstein (BiL) und Errichtung der Internationalen Industrie- und Handels-AG „Westen“ in

Ich bedauerte, dass der General die Herausgabe seines Buches mindestens verzögern wollte, und sagte ihm, dass zur Erkenntnis der zeitgeschichtlichen Vorgänge es doch nötig sei, eine so umstrittene Persönlichkeit wie Franz Ferdinand aus erster Quelle geschildert zu bekommen. Ich setzte hinzu, es sei doch ein Notbehelf, wenn ein Mann wie ich, der den Erzherzog nie gesehen, geschweige denn kennengelernt habe, gezwungen sei, in seinen Büchern über ihn zu schreiben, und sich dabei sein Urteil auf Grund der Mitteilungen habe bilden müssen, die er von österreichischen Freunden über das Wesen und die voraussichtlichen politischen Pläne des Thronfolgers erhalten hätte.

Bardolff fragte, wo und wann ich über den Erzherzog geschrieben habe; ihm sei nichts davon bekannt. Als ich ihm antwortete, dass ich dies zuerst im Frühjahr 1912 in meinem „Kaiserbuch“<sup>125</sup> und dann Anfang 1919 in der Fortsetzung meiner „Deutschen Geschichte“<sup>126</sup> getan hätte, sagte er weiter, beide Bücher kenne er nicht, und fragte, was denn das Kaiserbuch sei. Als ich ihm die richtige Bezeichnung „Wenn ich der Kaiser wär“<sup>126</sup> nannte, sprang er lebhaft auf und rief: „Was? Der Frymann sind Sie?“ Dann bin ich doppelt froh über die Bekanntschaft mit Ihnen und will Ihnen zeigen, wie ich Ihr Buch eingeschätzt habe.“ Damit eilte er zu einem seiner Bücherschränke und holte mein Buch in seiner ersten Ausgabe heraus.

Dann schlug Bardolff das Buch auf und wies mit einer gewissen Genugtuung auf die zahlreichen blauen Striche am Rand und unter vielen Textstellen hin, sowie auf seine Bemerkungen und sagte: „Da sehen Sie, das Buch ist nicht gelesen, sondern durchgearbeitet: ich habe mir den Kopf zerbrochen, wer der Verfasser sein könne, und jetzt habe ich die Freude, ihn unerwartet bei mir zu sehen.“ Er gab mir das Buch in die Hand, und ich blätterte es aufmerksam durch. Da war tatsächlich keine Seite, die nicht zahlreiche Unterstreichungen oder Anmerkungen hatte. Bei den Stellen vollends, die sich auf Kaiser *Franz Josefs* Politik, die Persönlichkeit des Thronfolgers und seine politischen Pläne bezogen, wimmelte es geradezu von dicken blauen Strichen am Rand und im Wortlaut.

Ich fragte den General, ob diese Striche Zustimmung oder Ablehnung bedeuteten, und er antwortete: „unbedingte Zustimmung“ in bezug auf die Schilderung der kaiserlichen Politik und des damaligen Zustandes, sowie in bezug auf das Einfühlen in das Wesen des Erzherzogs. Was die Pläne des Thronfolgers betreffe, so sei ja etwas Abschliessendes noch nicht erdacht gewesen, aber im wesentlichen habe ich auch da das Richtige getroffen. Er habe seinerzeit das Buch immer wieder in die Hand genommen und sich gefragt, wie es möglich sei, dass ein offenbar Landesfremder so tiefen Einblick in diese Dinge habe gewinnen können. Nachdem er mich jetzt als Verfasser kennengelernt habe, sei es, wie ich wohl verstehen werde, sein Wunsch, enge Fühlung auf-

Vaduz (1921/26–1946) für die Verwaltung seiner Industrie- und Handelsfirmen in Polen, Rumänien und Österreich (u. a. zur Emailleproduktion).

<sup>125</sup> Claß: Wenn ich der Kaiser wär', S. 157–160.

<sup>126</sup> Deutsche Geschichte von Einhart, 8. Aufl., S. 478, 497, 500, 662–664 und 754.

recht zu erhalten und gemeinsam an der gemeinsamen grossen Aufgabe zu arbeiten.

Ich fragte noch, ob Bardolff die Nachkriegsausgabe des „Einhart“ kenne, in der ich mich wesentlich breiter mit Erzherzog Franz Ferdinand befasst habe, als im Kaiserbuch. Als er das verneinte, versprach ich ihm, das Buch zu schicken, und bekam später mit einem Dankschreiben die Erklärung, dass diese Darstellung völlig richtig sei.

Nach dieser Aussprache folgten dann noch mehrere. So oft ich Mitte der zwanziger Jahre in Wien war, traf ich mich mit dem Feldmarschalleutnant und besuchte ihn auch zu Hause, während er wiederholt in Berlin bei mir war. Meine Absicht, ihn in dem an brauchbaren Männern so armen Österreich zu führender politischer Tätigkeit zu bewegen, misslang bei jedem Versuch; er antwortete, er müsse sehen, wie er möglichst viel Geld verdiene, damit seine Frau dereinst gesichert dastehe. Schmerzlich war es mir, als ich mit Zustimmung meines Freundes General *Alfred Krau[ss]* eine Zusammenarbeit mit diesem vorschlug, nur ein kurzes „ausgeschlossen“ zur Antwort zu bekommen, zu dessen Begründung er anführte, dieser General sei gar kein Soldat, sondern ein pedantischer Professor. Da war halt, wie der Österreicher zu sagen pflegt, „nix zu machen.“

Bei der längeren Fortsetzung des Verkehrs mit Bardolff bekam ich immer mehr das Gefühl, dass seine von ihm immer wieder in den Vordergrund gestellte realpolitische Auffassung völlig verneinend war und ihm recht eigentlich die Begründung dazu lieferte, nichts zu tun. Er sammelte in einem Weinhaus einen kleinen Kreis um sich, der wohl ähnlich eingestellt war, und übernahm schliesslich den Vorsitz im „Deutschen Klub“ und im „Deutschen Volksrat“ – beides Vereinigungen, die nicht in die Lage kamen, irgendwelchen Einfluss auszuüben.<sup>127</sup> Allmählich schiefen unsere Beziehungen ein.

---

<sup>127</sup> Carl Freiherr von Bardolff war 1932–1936 Vorsitzender des Deutschen Volksrates in Österreich, der als Sammlung einer „überparteilichen nationalen Organisation“ konservativer und völkisch-nationaler Fraktionen mit Bardolffs Intention der Einbindung, Annäherung und Vereinnahmung der Nationalsozialisten und als Nachfolgeorganisation des Verbandes deutschvölkischer Vereine Deutschösterreichs agierte. Angesichts des Aufstiegs der Nationalsozialisten in Österreich zwischen 1931 und 1933 bei gleichzeitigem Bedeutungsverlust der Heimwehr und der GdVP maß Otto von Roeder von der Hauptgeschäftsstelle des ADV in Berlin den Deutschen Volksrat schon vor seiner Gründung keine „größere Bedeutung“ zu. Otto von Roeder an Hans Hartmeyer, 19.3.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 368, Bl. 70. Bardolff war darüber hinaus Obmann des, entgegen Claß' hier noch vor der endgültigen Abfassung des Manuskripts im November 1936 heruntergespielten Bedeutung, sehr einflussreichen Deutschen Klubs in Wien, der, 1908 von Alldeutschen in Österreich gegründet, als Sammelort der deutschnationalen Bewegung in der Ersten Republik galt und engste Verbindung zum akademischen Milieu vor allem der Wiener Universität und zur antisemitischen „Bärenhöhle“ sowie zur Deutschen Gemeinschaft pflegte. Claß hielt gleich im Gründungsjahr des Deutschen Klubs 1908 dort eine Rede. Hans Hartmeyer war Mitglied des Arbeitsausschusses und Julius Neukirch als weiterer Vertreter des ADV Mitglied des großen Rates. Die Geschäftsstelle der Ortsgruppen Wien waren ab Februar 1922 im Deutschen Klub, Johannesgasse 2, Wien, 1. Bezirk, untergebracht. Der Deutsche Klub agierte unter Bardolffs Führung ab 1933 betont deutschnational mit Annäherung an die NSDAP, unterstützte durch Mitglieder den Juliputsch 1934 gegen die Ständestaatsregie-

Bei einer unserer Unterredungen, die sich besonders eingehend mit den Plänen des Thronfolgers befasste, und bei der die Tätigkeit seiner Militärkanzlei im Vordergrund stand, fragte ich, ob Franz Ferdinand für die Fragen des Heeres und der Kriegsflotte wirkliches Verständnis gehabt [habe], da er ja in seiner Jugend einige Jahre lang lungenkrank gewesen sei, also wohl kaum den militärischen Dienst von unten auf kennengelernt habe.<sup>128</sup> Bardolff antwortete, dass jener mit Leib und Seele bei der Sache gewesen sei, vielleicht weniger aus militärischer Veranlagung, als aus der Erkenntnis heraus, dass die Habsburger Monarchie nur zu halten sei, wenn hinter dem Kaiser und König ein zu jeder Leistung fähiges Heer stehe.

Der General erzählte nun weiter, dass unter dem Eindruck der aussenpolitischen Entwicklung während seiner Tätigkeit als Chef der Militärkanzlei mit Hochdruck daran gearbeitet wurde, die Unterlagen für eine umfassende Heeresreform im Sinne der Erneuerung und Verstärkung der Armee fertigzustellen. Als alles beschafft war, was zur Begründung dienen konnte, wurde unter der tätigen Mithilfe Bardolffs für den alten Herrn in der Hofburg eine Denkschrift ausgearbeitet, um ihn zu veranlassen, die nötigen Befehle für den Beginn der Heeresreform zu geben.<sup>129</sup>

---

runge und verhalf zur Einsetzung der Regierung Arthur Seyß-Inquart im März 1938 unter anderem mit der Regierungsbeteiligung von Klub-Mitgliedern wie Franz Hueber als Justizminister. Siehe auch Huber/Erker/Taschwer: *Der Deutsche Klub*.

<sup>128</sup> Die Mutter von Franz Ferdinand, Maria Annunziata von Neapel-Sizilien, starb 1871 an den Folgen einer Lungentuberkulose. Franz Ferdinand erhielt ab 1878 seine militärische Ausbildung bei den oberösterreichischen Dragonern, den böhmischen Infanteristen und diente als Oberst-Regimentskommandant bei den ungarischen Husaren. Wegen seiner erkrankten Lunge ging er u. a. 1892 auf längere Seereisen und zwischen 1893 und 1897 folgten weitere Kuren.

<sup>129</sup> Nach dem Ersten Balkankrieg (8.10.1912–1.5.1913) stand das Osmanische Reich als österreichischer Schutzwall gegen russische Ambitionen und die neuen Nationalstaaten in Südosteuropa nach den Niederlagen gegen Bulgarien, Montenegro, Serbien und Griechenland in Frage und auch die Konkurrenzen mit Italien als Machtfaktor im südeuropäischen Raum führten zu einer Neubewertung der strategischen Planungen. Bereits im Oktober 1912 kam man im Außenministerium zu Konferenzen zusammen, um die zukünftige Politik in Südosteuropa bei einem weiteren Zerfall des Osmanischen Reiches und eines zukünftigen Krieges in der Region für den eigenen imperialen Einflussausbau zu überdenken. Auch in der Militärkanzlei des Thronfolgers Franz Ferdinand erarbeitete man eine Denkschrift, die Varianten der österreichischen Herrschaft über die westliche Balkaninsel in den Blick nahm. Bardolff plädierte für die Drohung eines Krieges gegen Serbien, um den Status quo gegen Angriffsplanungen Serbiens gegen das Osmanische Reich aufrechtzuerhalten. Sollte bei einem Krieg der Balkanstaaten das Osmanische Reich siegen, so forderte die Militärkanzlei genauso wie das Außenministerium die Erhaltung des Status quo sowie die Einführung von Reformen in der Türkei. Bei einer Niederlage forderte man jedoch, abhängig von der jeweiligen Situation in Südosteuropa und der Reaktion der Großmächte, die Erwerbung des Sandschaks von Novi Bazar, des nördlichen Albaniens, Skopje und Serbiens. Auch der Armeespekteur des Thronfolgers, Conrad von Hötzendorf, forderte nach dem Ausbruch des Ersten Balkankrieges verstärkte Rüstungen und einen Präventivkrieg gegen Serbien und auch Italien. Siehe Denkschrift Franz Freiherr Conrad von Hötzendorfs an Leopold Graf Berchtold, Arthur Freiherr von Bolfras und Dr. Carl Bardolff 28.10.1912 und zwei Zusätze vom 8. und 16.11.1912 gedruckt in: Hötzendorf: *Aus meiner Dienstzeit 1906–1918*. 2. Bd., S. 314–342. Die Militärkanzlei arbeitete eine Denkschrift aus,



Sobald diese Arbeit fertig war, wurde versucht, an den Herrscher heranzukommen. Es war für das Verhältnis zwischen Oheim und Neffen kennzeichnend, dass es für ihn schwieriger war, zu seinem Oheim zu gelangen, als etwa für andere Generale. Schliesslich gelang es, und es wurde ein Tag bestimmt, an dem der höchste Kriegsherr seinen Thronfolger empfangen wollte, der seit Jahren mit der allgemeinen obersten Vertretung des Kaisers als Generalinspekteur der Armee und der Flotte betraut war.

Im Hinblick auf dieses Ereignis, dem sowohl Franz Ferdinand, als Bardolff entscheidende Bedeutung beimassen, wurde die Denkschrift noch einmal gründlich überarbeitet und dann die Form gesucht und festgestellt, in der der Thronfolger dem alten Herrn alles Wesentliche in der kürzesten und verständlichsten Fassung vortragen sollte, um ihn nicht zu ermüden.

So kam der grosse Tag heran. Eindringlich schilderte mir Bardolff, mit welcher Spannung der Erzherzog und er dem Vortrag entgegensahen, und wie Franz Ferdinand sich über das mündlich Auszuführende gewissermassen noch einmal von ihm „überhören“ liess. Dann fuhr der Wagen vor, und der Thronfolger machte sich von seiner Wohnung, dem von dem Prinzen Eugen von Savoyen<sup>130</sup> erbauten Schloss Belvedere, auf den Weg zur Hofburg, von allen guten Wünschen seines Stabschefs begleitet.

Nach erstaunlich kurzer Zeit, die kaum zur Zurücklegung des Hin- und Rückweges ausgereicht hatte, stand der Thronfolger wieder vor Bardolff. Er war bleich und verstört und liess sich in offenbar verzweifelter Stimmung in einen Sessel fallen. Der Stabschef war durch diesen Vorgang aufs äusserste betroffen und rief: „Um Gottes willen, Kaiserliche Hoheit, was ist Ihnen?“ Franz Ferdinand gab zunächst zu erkennen, dass er sich fassen müsse, und als nach längerer Pause der Chef ihn wieder fragte, wie es mit der Denkschrift sei, und

---

in der ein 48stündiges Ultimatum gegen Serbien gefordert wurde, um die Autonomie Albaniens und handels- und verkehrspolitische Kooperationen zu erwirken. Bardolff, der zur österreichisch-ungarischen „Kriegspartei“ gehörte, zog auch einen Anlass für einen Krieg gegen Serbien mit ein, der auch den Wunsch nach einer bereits vermuteten Ermordung des k.u.k. Konsuls, Oskar Prochaska, nach der serbischen Eroberung von Prizren am 30.10.1912 mit einschloss. Am 18.11.1912 übersandte Bardolff nach Rücksprache mit dem Chef des Generalstabes, Feldmarschallleutnant Blasius von Schemua, dem Erzherzog die Denkschrift, in der er nach dem Angriff des Balkanbundes (Serbien, Griechenland, Bulgarien und Montenegro) auf das Osmanische Reich vor allem eine „Mobilisierung der gegen Serbien im Maximalfall bereitzustellenden Kräfte“ forderte, nachdem das galizische Korps umgehend ausgebaut, eine Protestnote gegen Serbien und Montenegro erlassen und jenes Ultimatum ausgesprochen werden sollte. Die Denkschrift Carl von Bardolff: Referat über die internationale Lage vom 18. November 1912 ist abgedruckt in Bardolff: Soldat im alten Österreich, S. 174–175 sowie für den Zusatz siehe Kos: Die politischen und wirtschaftlichen Interessen Österreich-Ungarns, S. 75. Siehe auch Afflerbach: Der Dreibund, S. 721–787, Kronenbitter: „Krieg im Frieden“, S. 369–388 und Angelow: Kalkül und Prestige, S. 285–341.

<sup>130</sup> Das Schloss Belvedere wurde 1714–1723 für Eugen Franz Prinz von Savoyen-Carignan (1663–1736) erbaut: im 5. Habsburgischen Türkenkrieg (1697–1700) Oberbefehlshaber der habsburgischen Truppen, 1703 Präsident des Hofkriegsrates, 1707 Reichsfeldmarschall, 1707–1715 Generalgouverneur in Mailand, 1708 Generalleutnant, 1716–1724 Statthalter in den Österreichischen Niederlanden.

was Seine Majestät entschieden habe, kam es stossweise von den Lippen des zukünftigen Kaisers, der jetzt schon die Verantwortung für die gesamte Wehrbereitschaft der Monarchie trug, und er antwortete: „Was hat er gesagt? Seit wann ist denn das Mode, dass einer red't, eh er gefragt wird?“ Damit war die Unterredung der für das Schicksal der Monarchie massgebenden Männer beendet und der Thronfolger von dem Träger der Krone ungnädig entlassen.

Das war Kaiser Franz Josef!

Der zweite besonders kennzeichnende Vorfall, von dem ich sprechen will, ist dem General *Alfred Krau[ss]* zugestossen, der ihn mir genau so erzählt hat wie ich ihn wiedergebe. Dieser General, von dem ich früher schon gesagt habe, dass er in seiner Armee den ehrenden Beinamen „der Preuss“ gehabt habe, wurde durch seine glänzende Beteiligung an der grossen Schlacht von Flitsch-Tolmein (Ende Oktober 1917)<sup>131</sup> und durch die Anerkennung, die er bei den deutschen Heerführern fand, bei den österreichischen Hofgeneralen nicht beliebter. Man hielt es für richtig, einen so ausgezeichneten Soldaten in die Ukraine zu schicken, allerdings als Höchstkommmandierenden, aber nicht für militärische Aufgaben, sondern für solche der Militärverwaltung. Er sollte nämlich von der Ukraine aus Getreide beschaffen, um der furchtbaren Not in Österreich [gegen] zu steuern.<sup>132</sup>

Nachdem der bewährte Offizier eine Zeitlang in Odessa gesessen hatte, erhielt er den Befehl, sich bei Kaiser Karl in Wien zu melden. Der General hatte den Kopf voller, wie er glaubte, bedeutsamer Vorschläge, um die Zusammenarbeit zwischen der reichsdeutschen und österreichisch-ungarischen Militärverwaltung in der Ukraine günstiger zu gestalten, und er hoffte durch seinen Vortrag bei dem jungen Kaiser die entsprechenden Befehle zu erwirken.

Als er sich auf dem Wege zur Hofburg befand, fügte es der Zufall, dass gerade Sonderblätter über den Zusammenbruch Bulgariens ausgerufen wurden. Er erstand sich sofort eins und übersah die ganzen Folgen dieser Katastrophe, nämlich dass dadurch die Lage des österreichischen Heeres aufs äusserste erschwert sei, ja dass mit einem Vormarsch der verbündeten Feinde von Mazedonien nach Ungarn gerechnet werden müsse. Ganz in diese ernsten Gedanken vertieft, gelangte er zur Hofburg und ging die Treppe empor, die zu den Gemächern des Kaisers führte. Noch auf der Treppe begegnete ihm Generaloberst *Arz von Straussenberg*<sup>133</sup>, den der junge Kaiser an Stelle von Feldmar-

<sup>131</sup> Die Zwölfte (und letzte) Isonzoschlacht ereignete sich 24.10.–27.10.1917 und führte bei Flitsch und Tolmein zum Durchbruchserfolg der Angriffsstrategie der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen gegen die italienische Armee an der Isonzofront.

<sup>132</sup> Alfred Krauss war vom 16.5. bis November 1918 Kommandeur der k.u.k. Ostarmee in der Ukraine auch für die Ausnutzung der Lebensmittelressourcen zuständig, nachdem er bereits zuvor Vorschläge zur Zentralisierung des Ernährungswesens auf der Grundlage von Reisen nach Galizien, Ungarn und Böhmen erarbeitet hatte und 1916/17 als Ernährungsminister in Erwägung gezogen worden war.

<sup>133</sup> Gemeint ist Arthur Arz von Straußenberg (1857–1935), Stabsoffizier im Generalstab des Heeres und Adjutant beim Generaltruppeninspekteur, 1913 Feldmarschallleutnant und Sektionschef im Kriegsministerium, 1914–1916 Kommandeur der Infanterie-Truppen-Division und des IV. Korps an der Ostfront, 1915 General der Infanterie, 1916 Kommandeur

schall *Conrad von Hötzendorf*<sup>134</sup> zum Chef des Generalstabs ernannt hatte.<sup>135</sup> Die beiden Generale begrüßten sich; Krauss kam sofort auf das bulgarische Unglück<sup>136</sup> zu sprechen und fragte den Generalstabschef, was er dazu sage. Dies sei doch ein Ereignis von unabsehbaren Folgen. Der Generaloberst antwortete darauf dem ernststen Manne leichthin: „Die ganze Geschichte geht uns nichts an, da brauchen wir uns keine Sorgen zu machen.“

[Seite 836 fehlt]<sup>137</sup>

[...] fest verabredet, dass er den ganzen Verbandstag<sup>138</sup> mitmachen und dabei Gelegenheit haben sollte, sich mit mir gründlich zu unterhalten. Wer trotz dieser Abmachung nicht erschien war Rautter<sup>139</sup>.

Als alles fertig war, selbst das gemeinsame Essen, und ich mich anschickte, mich nach dem anstrengenden Tage durch einen einsamen Spaziergang an der Mur zu erholen, erschien er endlich und entschuldigte sich damit, dass er in nächster Nähe von Leoben eine unbedingt notwendige Heimwehrversammlung habe abhalten müssen. Ich konnte mir dabei denken, was ich wollte, und fragte ihn nur, ob er nicht die Zeit gehabt habe, Professor Hartmann fernmündlich seine Verhinderung anzuzeigen.

Trotz meines Unwillens beschloss ich, Rautter<sup>140</sup> anzuhören und ihm auch meine Meinung zu sagen. So gingen wir selbender die Mur aufwärts. Ich begann mit der Frage, wie es jetzt aussehe, und welche politischen Vorbereitungen Pfrimer oder er in dessen Auftrag getroffen habe. Ich erhielt zur Antwort, man habe sich mit Professor *Dr. Othmar Spann*<sup>141</sup> in Verbindung gesetzt,

---

der 1. Armee und Rumänienfeldzug, 1917 Generalstabschef im Armeeeoberkommando, 1918 Generaloberst und Erhebung in den Adelsstand, 1918 Ausscheiden aus dem Heer.

<sup>134</sup> Franz Conrad von Hötzendorf (1852–1925), u. a. 1888–1892 Dozent für Kriegstaktik an der k.u.k. Kriegsschule in Wien, 1906–1911 und 1912–1917 Chef des Generalstabes, 1916 Feldmarschall, 1918 Befehlshaber der Heeresgruppe in Tirol.

<sup>135</sup> Feldmarschall Conrad von Hötzendorf wurde am 27.2.1917 entlassen und Generalmajor Arz von Straußenberg trat am 1.3.1917 das Amt des Chefs des Generalstabes an.

<sup>136</sup> Bulgarien trat am 14.10.1915 auf Seiten der Mittelmächte in den Ersten Weltkrieg ein und unterzeichnete am 29.9.1918 den Waffenstillstand in Thessaloniki.

<sup>137</sup> Claß' Tochter Annelies Claß dazu: „Was die fehlenden Seiten betrifft, so kann ich auch nichts bestimmtes sagen. Ich nehme an, daß mein Vater selbst noch die Seiten 1–7 des Anhangs, den er erst später geschrieben hat, wieder herausgenommen hat, nach den Seiten 246 und 836 habe ich selbst schon gesucht. Da das Manuskript lange in losen Mappen gelegen hat und ich es erst vor einigen Jahren wieder in die Hände bekommen habe, müssen die Seiten vorher abhanden gekommen sein.“ Annelies Claß an Wolfgang A. Mommssen, 24.11.1967, in VA Claß, BA-K.

<sup>138</sup> Claß geht hier vermutlich auf den deutschösterreichischen Verbandstag des ADV in Leoben vom 11.–12.5.1929 ein.

<sup>139</sup> Gemeint ist Hanns Rauter.

<sup>140</sup> Gemeint ist Hanns Rauter.

<sup>141</sup> Othmar Spann (1878–1950), 1909–1919 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Hochschule in Brünn, 1916–1918 Mitarbeiter im Wissenschaftlichen Komitee für Kriegswirtschaft im Kriegsministerium in Wien, 1919–1938 Professor für Politische Ökonomie und Gesellschaftslehre an der Universität Wien, 1928 Vorstandsmitglied des Kampfbundes für deutsche Kultur (Ausschluss 1931), Ende 1920er Jahre Mitglied der NSDAP, ab 1928 Vordenker der Heimwehr, ab 1933 Herausgeber von *Ständisches Leben*, 1938 Haft im

und dieser habe einigen ihrer wichtigsten Leute mehrere Vorträge über die zukünftige Gestaltung Österreichs gehalten. Aber die Sache habe ein vorzeitiges Ende gefunden, weil die Heimwehrführer sich nicht für den von Spann vertretenen Ständestaat begeistern konnten und ausserdem wegen seines Lieblingens mit der katholischen Kirche Misstrauen gegen ihn hätten.<sup>142</sup>

Nachher hätten sie keine Versuche mehr gemacht, ihre Leute politisch zu schulen. Das sei freilich eine schlimme Sache, denn jetzt sei es soweit, dass man losschlagen müsse, weil gerade die Arbeiterschaft unter ihrer Gefolgschaft unter keinen Umständen länger zuwarten wolle.

Als ich Rautter<sup>143</sup> fragte, ob dieses auch Pfrimers Meinung sei, den ich erst ein halbes Jahr später persönlich kennen lernte, bejahte er dies. Ich hielt ihm nun vor, es sei doch ein furchtbares Abenteuer, loszuschlagen, wenn man nicht wisse, was kommen solle.<sup>144</sup> Er meinte, das sei es freilich, aber da müsse man halt mit den Politikern zusammengehen. Auf meine Frage, wie man das verstehe, bekam ich zu hören, ja das seien halt die Leute, die bisher führende Stellungen in der Christlich-Sozialen Partei<sup>145</sup> und bei den Grossdeutschen gehabt hätten. Um ganz klar zu sehen, wie er das meine, nannte ich ein paar Namen besonders ruffener Parteipolitiker, von denen auch bekannt war, dass sie tief in die Korruption verstrickt waren. Anschliessend fragte ich dann: „Ja, was soll man machen? Wenn man keine brauchbaren Leute hat, muss man halt *Falotten*<sup>146</sup> nehmen.“ Letzteres Wort gehört dem gesamtdeutschen Sprachschatz nicht an und ist rein österreichisch; es ist mehrdeutig und kennzeichnet in der Hauptsache schlechte und unbrauchbare Menschen.

Das von Rautter<sup>147</sup> in Aussicht gestellte Losschlagen erfolgte damals nicht, sondern erst länger als zwei Jahre später<sup>148</sup>, als der damalige steirische Heimwehrführer Pfrimer als Nachfolger Starhembergs Führer der gesamten österreichischen Heimwehr geworden war.

---

Konzentrationslager Dachau, 1938 nach Entlassung Lehrverbot und Rückzug ins Private, 1945 Beurlaubung, 1949 Ruhestand.

<sup>142</sup> Othmar Spann vertrat eine korporatistische Weltanschauung und stand für einen konservativ-katholischen Ständestaat als organisches Modell von Hierarchie und Ordnung. Hans Riehl (Graz) und Konrad Heinrich (Wien) galten als akademische Schüler und politische Vertraute Spanns mit führenden Funktionen in der Heimwehr.

<sup>143</sup> Gemeint ist Hanns Rauter.

<sup>144</sup> Das genaue Datum dieser Unterredung bleibt unklar.

<sup>145</sup> Gemeint ist die Christlichsoziale Partei.

<sup>146</sup> Falotten ist Österreichisch für „Gauener“ oder „Betrüger“.

<sup>147</sup> Gemeint ist Hanns Rauter.

<sup>148</sup> Gemeint ist der Pfrimer-Putsch am 12./13.9.1931. Der Landesleiter des Steierischen Heimatschutzes und langjähriges Mitglied des ADV, Walter Pfrimer, führte einen Staatstreich von der Steiermark ausgehend durch, der eine Heimwehrregierung unter seiner Führung ermöglichen sollte. Bezirkshauptmannschaften wurden besetzt, Verkehrswege blockiert und Bürgermeister verhaftet sowie ein „Provisorisches Verfassungspatent“ veröffentlicht. Der Putschversuch scheiterte nicht zuletzt aufgrund fehlender Unterstützung anderer Heimatschutzverbände sowie der Bevölkerung am 13.9.1931 nach dem Einsatz des Militärs. Pfrimer sowie sein Generaladjutant Karl Othmar Graf Lamberg und auch Rauter flohen aus Österreich.

### 7.5. Hofrat Pichl's Schönerer-Werk

Dieser Abschnitt war schon längere Zeit vollendet, als ich aus Österreich heraus darauf aufmerksam gemacht wurde, dass Hofrat *Pichl*<sup>149</sup> im 6. Bande seines umfangreichen Werkes über *Georg von Schönerer* den Alldeutschen Verband und mich an einigen Stellen angegriffen habe.<sup>150</sup> Es wurde mir nahegelegt, die von Pichl aufgestellten Behauptungen zu widerlegen. Ich habe mir daraufhin die beiden letzten Bände des genannten Werkes beschafft und festgestellt, dass sich tatsächlich im 6. Bande viele Unrichtigkeiten und falsche Urteile über den Alldeutschen Verband und meine Politik gegenüber Österreich finden. Wie sich aus zahlreichen Stellen ergibt, hat der Verfasser die Veröffentlichungen des Alldeutschen Verbandes im Reich, insbesondere die „Alldeutschen Blätter“, genau verfolgt und sie in seinem Buche reichlich benutzt. Er muss also wahrgenommen haben, dass der Alldeutsche Verband jeweils auf die Angriffe geantwortet hat, die von Anhängern Schönerers in Österreich und im Reich gegen ihn gerichtet worden sind. Wenn Pichl gerecht verfahren wäre, hätte er die Abwehräußerungen des Alldeutschen Verbandes nicht totgeschwiegen. Da er es gleichwohl getan hat, wird man gegen ihn den Vorwurf erheben dürfen, dass er mindestens einseitig verfahren ist.

Ich will hier nicht im einzelnen die Vorwürfe wiedergeben und erörtern, die Pichl gegen mich und den Alldeutschen Verband im Reiche erhoben hat, zumal da ich sie im ersten Bande meiner Erinnerungen schon eingehend widerlegt habe.<sup>151</sup> Es sei nur erwähnt, dass Pichl vom Alldeutschen Verbands-

---

<sup>149</sup> Eduard Pichl (1872–1955), Hofrat, Ingenieur, 1921 Mitglied des Vorstandes des Zweiges „Austria“ des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins (Durchsetzung des „Arierparagraphen“), Freund und Mitstreiter von Georg Ritter von Schönerer, Führer des Deutschen Wehrturnerverbandes und ab 1924 des Verbandes Deutsche Wehr, 1927–1931 Mitglied der Heimwehr, 1928–1929 Landesführer des Selbstschutzes Wien als führende Sammlungsorganisation sämtlicher Heimwehrverbände Wiens, Rücktritt 1929, Mitglied des Verbandes deutschvölkischer Vereine.

<sup>150</sup> Siehe Pichl (Pseudonym Herwig): Georg Schönerer, 4 Bde. und Ders.: Georg Schönerer, 6 Bde. Siehe auch Ders.: Georg Ritter von Schönerer. Claß bezieht sich auf die Schilderungen des Verhältnisses zwischen Alldeutschem Verband und Schönerer in Band 6, S. 358–382.

<sup>151</sup> Claß bezieht sich im ersten Band seiner Erinnerungen Wider den Strom von 1932 vor allem auf die frühen Auseinandersetzungen zwischen dem ADV und der alldeutschen Schönerer-Bewegung in Österreich-Ungarn. Kurz nach Claß' Eintritt in den Geschäftsführenden Ausschuss des ADV stellte Julius F. Lehmann 1898 den Antrag, die Los-von-Rom-Bewegung finanziell zu unterstützen. Claß hielt Schönerers Forderungen nach einem Übertritt von der katholischen in die protestantische Kirche lediglich politisch motiviert, dem jedoch die Führung der Massen durch die „gebildete Schicht des Bürgertums“ vorausgehen müsste. Auf dem Verbandstag in Mainz ging man auf Lehmanns Vorstoß folglich nicht ein, zumal man die Massen in Österreich „fest in der Hand der Geistlichkeit“ sah und der politische Kampf Schönerers zu oft ins Leere gegangen sei. Darüber hinaus würde man die katholischen „Volksgenossen“ vom ADV entfremden. Während Claß 1899 mit führenden Alldeutschen wie Josef Dinghofer, Karl Hermann-Wolf, dem Rechtsanwalt und Präsidenten des Abgeordnetenhauses des Reichsrats Julius Sylvester (1897–1918 Mitglied des Abgeordnetenhauses des Reichsrats für die Deutsch-Fortschrittliche Partei, 1918–1919 Mitglied der Provisorischen Nationalversammlung und ab 1919 Mitglied des Verfassungs-

behauptet, er habe seit dem Jahre 1912 einen schwarz-gelben Kurs gesteuert, habe sich für die von den Schönererianern behauptete angeblich grossösterreichische Politik *Franz Ferdinands* eingesetzt, und schliesslich, dies alles sei geschehen, weil ich ganz unter dem Einfluss von *Paul Samassa* geraten sei, der als Vertrauensmann des Erzherzog-Thronfolgers grossösterreichisch gesinnt gewesen sei.<sup>152</sup>

Pichl nimmt auch Bezug auf die von mir gleichfalls im ersten Bande erwähnte und widerlegte Schrift *Reismann-Grones*, die unter dem Titel „Der Erdenkrieg und die Alldeutschen“ nicht mehr und nicht weniger tut, als den Alldeutschen Verband und mich mit der wesentlichen Schuld am Weltkrieg zu belasten.<sup>153</sup> Pichl meint, diese Schrift bilde eine glänzende Rechtfertigung der von Schönerer befolgten Politik. Diese träfe nur dann zu, wenn Reismann-Grone mit seinen längst gründlich widerlegten Vorwürfen gegen mich und den Alldeutschen Verband recht gehabt hätte, was nicht der Fall ist.

Um die Einseitigkeit Pichls ins rechte Licht zu setzen, sei erwähnt, dass er, obwohl er an der Beisetzung Schönerers in Friedrichsruh teilgenommen hat, nicht erwähnt, dass ich an dessen Grabstätte im Namen des Alldeutschen Verbandes seine Hingabe an die Sache unseres Volkes gerühmt und ihn als tapferen und selbstlosen Kämpfer geschildert habe, dessen Andenken von uns allen in Ehren gehalten werde.<sup>154</sup> Andererseits erwähnt Pichl, dass ich bei anderer

---

gerichtshofes) sowie Albert von Mühlwerth (1907–1918 Abgeordneter des Abgeordnetenhauses für die Deutsch-Radikale Partei und 1918–1919 Mitglied der Provisorischen Nationalversammlung), in Kontakt trat, hatte er Schönerer nie getroffen und dessen eigenmächtigen Bestrebungen zur Umbenennung zur Alldeutschen Partei nicht nachvollziehen können. In Leipzig entschied die Verbandsführung des ADV 1902 eine klare Trennung zur Alldeutschen Partei, um nicht von den innenpolitischen Gegnern wie der Zentrumsparterie mit der Politik Schönerers gleichgesetzt zu werden. Die folgenden Auseinandersetzungen zwischen Schönerer und Wolf, die folgende Abspaltung der Wolf-Gruppe sowie der schlechende Bedeutungsverfall der Schönerer-Bewegung mahnten Claß, ähnliche Entwicklungen im ADV entschieden zu verhindern, nachdem er dann 1908 den Vorsitz übernommen hatte. Siehe zu diesen Schilderungen Claß: *Wider den Strom*, S. 77–79 und 165.

<sup>152</sup> Siehe zu diesem Richtungsstreit Schödl: *Alldeutscher Verband*, S. 51–87. Paul Samassa gehörte zu den frühen Anhängern von Claß, die, wie auch ursprünglich Theodor Reismann-Grone, den ADV aus der seit der Jahrhundertwende anhaltenden Stagnation durch politische und weltanschauliche Radikalisierung herausholen wollten. Siehe dazu Chickerling: *We Men*, S. 213–223. Samassa war 1900–1908 Schriftleiter der Alldeutschen Blätter und bemühte sich dann im Auftrag des ADV unter Claß zunächst von Berlin und ab 1911 von Wien aus um die Koordinierung deutschnationaler Parteien und Schutzverbände.

<sup>153</sup> Reismann-Grone: *Der Erdenkrieg und die Alldeutschen*. Siehe zu den Auseinandersetzungen mit dem ADV auch Frech: *Wegbereiter Hitlers?*, S. 203–228.

<sup>154</sup> Georg von Schönerer starb am 14.8.1921 auf Schloss Rosenau bei Zwettl und wurde am 1.4.1922 in Aumühle nahe Bismarcks Gruft in Friedrichsruh begraben, zu der Schönerer seit der Jahrhundertwende zu Bismarcks Geburtstag am 1. April regelmäßig gepilgert war. Karl Grube war als Redner bei der zuvor am Nachmittag stattfindenden Bismarck-Feier vorgesehen. Abordnungen der DNVP, des DvSTB, des Deutschen Bundes, des Nationalverbandes deutscher Offiziere, des Nationalverbandes deutschgesinnter Soldaten sowie österreichischer Turner- und Burschenschaften stellten um die 4.000 Gäste. Claß legte nach der Feier für den ADV einen Kranz am Sarkophag Schönerers nieder und gedachte in einer Ansprache Schönerer als „Erwecker des Deutschtums in der Ostmark“, aber auch als „Charakter“ mit einer „stolzen Unabhängigkeit und Unbeugsamkeit“, die zu einigen Auseinan-

Gelegenheit Schönerers in ehrenden Worten gedacht, gleichwohl aber in meiner „Deutschen Geschichte“ von Einhart das Urteil, das ich dort über ihn abgegeben habe, nicht richtiggestellt hätte.

Pichl hat also den Einhart gelesen und musste wissen, dass ich auch dort den Kampfe Schönerers gerecht geworden bin, aber auch pflichtgemäss hervorgehoben habe, welche Fehler er begangen hatte – Fehler, die so gross waren, dass seine in siegreichem Vordringen gewesene Bewegung daran gescheitert ist.<sup>155</sup>

Ich nehme nicht an, dass Pichl's Schönerer-Werk im alten Reich oder überhaupt weitere Verbreitung findet. Wenn ich trotzdem, soweit der Alldeutsche Verband, ich und Samassa in Betracht kommen, hier kurz Stellung genommen habe, so geschah es, weil die beiden letzten Bände des Pichl'schen Werkes mit Unterstützung des „Reichsinstituts für die Geschichte des neuen Deutschland“ herausgegeben wurde.<sup>156</sup> Dieses Institut will Quellenwerke für eine zukünftige deutsche Geschichtsschreibung schaffen, und da wird man es begreiflich finden, wenn ich zu Pichl's „Quellenwerk“ hier Stellung genommen habe, damit auf diesem Wege die vom Alldeutschen Verband und von mir verfolgte Österreichpolitik nicht verfälscht werde.

---

dersetzungen auch mit dem ADV in Berlin geführt hatte. Jedoch seien diese „Wolken“ beseitigt und werde man „ihm ein treues Andenken bewahren“. Alldeutsche Blätter 8.4.1922. Zum Totenkult Eduard Pichls um Schönerer siehe Wladika: Hitlers Vätergeneration, S. 626–633.

<sup>155</sup> Siehe Deutsche Geschichte von Einhart, 8. Aufl., S. 375–376.

<sup>156</sup> Das Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland wurde durch Bernhard Rust, Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1935 mit Sitz in Berlin gegründet und von Walter Frank als Präsident geleitet. 1936 wurde an der Universität München das Forschungsinstitut Judenfrage als Zweigstelle gegründet. Das Reichsinstitut wollte auch eine Reihe zum Mitbegründer des ADV, Carl Peters, herausbringen und fragte daher nach der Auflösung des ADV 1939 die Überführung des Verbandsarchivs in das Reichsarchiv an, die nach Durchsicht und Selektion der Akten 1942 erfolgte. Frank: Carl Peters, 3 Bde. Die Biographie zu Carl Peters blieb von Frank unvollendet, in der er die Traditionslinie von der Kolonialbewegung zum Nationalsozialismus ziehen wollte. Siehe auch Heiber: Walter Frank.

## **Zwischen Weimarer Republik und Machtübernahme 1925–1933<sup>1</sup>**

### **8.1. Zur Geschichte der „Nationalen Opposition“. Einleitung**

Gegen Ende des Jahres 1925 wurde es mir vollkommen klar, dass die meisten der sogen. „Wehrverbände“, deren Führer noch ziemlich anmassend und großsprecherisch auftraten, bei weitem nicht die Gefolgschaft hinter sich hatten, die sie zu besitzen vorgaben.<sup>2</sup> Ich hatte besonderen Anlass, mich mit dieser Frage zu beschäftigen, weil einige dieser Wehrverbände von mir noch geldlich unterstützt wurden.<sup>3</sup> So entschloss ich mich im Dezember 1925, in Einzelaussprachen mit den Führern zu klären, was in Wahrheit hinter ihnen stehe. Das Ergebnis war furchtbar. Ich entschloss mich daraufhin, keinen Pfennig mehr für solche Zwecke zu geben, denn ich sah ein, dass sich die Hoffnung nicht aufrecht erhalten liesse, vielleicht mit der Hilfe solcher Verbände im gegebenen Augenblick einen Umschwung herbeiführen zu können.

Wie aber sollte der Versuch einer Rettung unseres Vaterlandes weiter getrieben werden? Bei meinen Überlegungen kam ich zu dem Schluss, dass es

---

<sup>1</sup> Der Text von Heft 8 wurde in der Textfassung in FZH 11/C2 im Vergleich zu dem Gesamttext in BA-Berlin, N 2368 als Erstfassung mit einer anderen Schreibmaschine verfasst. Korrekturen und Zusätze wurden vom Text in FZH 11/C2 dann in der zweiten Version (Schreibmaschinenabschrift) in BA-Berlin N 2368 übernommen.

<sup>2</sup> Siehe dazu Kapitel 6.

<sup>3</sup> Zur Finanzierung der Gründung des DvSTB 1919 mit über 100.000 Mark durch eine Sondersammlung sowie die Sicherstellung des Jahresgehalts vom Bundesführer Alfred Roth für die ersten zwei Jahre siehe Lohalm: Völkischer Radikalismus, S. 100–107. Für die Teilfinanzierung des Erwerbs des Völkischen Beobachters durch Hitler 1920 ist belegt siehe Kapitel und Petzold: Claß und Hitler. Auch über einzelne Finanzierungen wie die Flucht Ehrhardts vor seiner Hauptverhandlung am Staatsgerichtshof in Leipzig 1923 berichtet Claß im Kapitel 6.13. Insgesamt blieben die finanziellen Ressourcen des ADV jedoch übersichtlich und Sammlungen konnten bereits seit dem Ersten Weltkrieg zuweilen kaum die Geschäftsstelle des Verbandes sicherstellen, sodass Zuschüsse z. B. von Emil Kirdorf und Alfred Hugenberg den ADV finanziell absicherten. Die Inflation 1920–1923 führte zu ernsthaften Engpässen des Verbandes, sodass die Mittel von Claß für großzügige Finanzierung von Wehrverbänden überschaubar gewesen sein müssen. Beim Aufbau des NOB 1920–1921 wurde dies für Claß bereits sichtbar. Claß war beständig damit beschäftigt, für den Alldeutschen Verband selbst die Finanzierung durch Sonderspenden sicherzustellen. Kontakte zu mittelständischen Unternehmern in Sachsen oder zu Anton von Rieppel von den MAN-Werken, Carl Gottfried Gok von Blohm & Voss in Hamburg und zur Ruhrindustrie wie Kirdorf oder Scheidt ermöglichten entsprechende Zahlungen. Siehe dazu Hofmeister: *Between Monarchy and Dictatorship*, S. 174–184, Krebs: *Der Alldeutsche Verband*, S. 17 und Leicht: *Heinrich Claß*, S. 308–315.



keine andere Möglichkeit gebe, auf gesetzlichem und verfassungsmässigem Wege voranzukommen, als den, den *besten* Mann unter den nationalen Parlamentariern herauszusuchen und, gewissermassen als zukünftigen Reichskanzler, so volkstümlich zu machen und ihm einen solchen Anhang zu verschaffen, dass er im gegebenen Zeitpunkte als der selbstverständliche Träger des nationalen Aufbauwillens dastehen und bei der Bildung einer nationalen Regierung mit der gleichen Selbstverständlichkeit allein als Führer in Frage kommen würde. Wer sollte das sein? Kein anderer als *Hugenberg*, den ich besser zu kennen glaubte als alle anderen<sup>4</sup>, und der die wesentlichen Eigenschaften besass, die der erste wirklich nationale Kanzler seit dem Umsturz besitzen musste. Ohne Eitelkeit, frei von aller Selbstsucht, ganz uneigennützig und ganz unabhängig, besass er aus eigenem Erleben die genaueste Kenntnis vom Wesen des Reiches und des preussischen Staates, aber auch von denjenigen Gebieten der Wirtschaft, auf die es bei unserer verzweifelten Gesamtlage vor allem ankam. Wie schon früher erwähnt, war Hugenberg als politischer Sachbearbeiter im preussischen Finanzministerium<sup>5</sup> der Schöpfer der Genossenschaften in der Ostmark und der erfolgreiche Urheber des dortigen Siedlungswesens gewesen. Als er dann aus eigenem Entschluss den Staatsdienst verlassen hatte, war er in einer Grossbank<sup>6</sup> tätig gewesen und hatte darauf an der Spitze des Direktoriums der Firma Krupp<sup>7</sup> Gelegenheit gehabt, die Verhältnisse der Industrie genau kennenzulernen. Schliesslich war er als Besitzer zweier grösserer Güter auch mit den Bedürfnissen der Landwirtschaft vertraut.<sup>8</sup> Wohl wusste ich, dass Hugenberg, abgesehen von einem ganz engen Kreise<sup>9</sup>, keine Freunde hatte. Dies galt besonders für die Deutschnationalen

<sup>4</sup> Alfred Hugenberg kam mit Claß zuerst auf einer Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV in Frankfurt/Main in Kontakt, die vom 3. bis 4.6.1899 stattfand. Auf der Tagesordnung standen u. a. die Flottenvorlage, die „Polenfrage“ und die Beratung des all-deutschen Wirtschaftsprogramms. Siehe auch Claß: Wider den Strom, S. 46.

<sup>5</sup> Alfred Hugenberg war 1903–1907 Vortragender Rat im preussischen Finanzministerium.

<sup>6</sup> Alfred Hugenberg war bis 1909 Vorstand der Berg- und Metallbank Merton in Frankfurt/Main.

<sup>7</sup> Alfred Hugenberg war vom Oktober 1909 bis zum 31.12.1918 Direktoriumsvorsitzender bei Krupp.

<sup>8</sup> Alfred Hugenberg besaß das Familienanwesen in Rohbraken bei Kükenbruch in Extertal bei Rinteln, das 1865 über den Zweig der Adickes-Familie erworben wurde, sowie das 600 ha große Rittergut Uhmansdorf und Oberhorka bei Rothenburg in der sächsischen Oberlausitz, das Hugenberg im Sommer 1924 erwarb, er treuhänderisch für seine Kinder Hanna, Gerhard, Liselotte und Ursula verwaltete, die bereits 1922 Stammanteile an dem Gut hielten, und 1926 mit einer Grundschuld von 200.000 Mark zugunsten der Ostdeutschen Privatbank AG belegte. Die vier Kinder waren zum 31.12.1923 auch zu je 1/4 von 225.000 Mark Stammanteile an der August Scherl AG beteiligt, die mit Beschluss des Verwaltungsausschusses der August Scherl AG vom 11.7.1923 an Alfred Hugenberg übertragen wurden. Siehe August Scherl AG an Ostdeutsche Privatbank AG, 2.3.1926, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 28, Bl. 41, Alfred Hugenberg an Fritz Tetens, 22.2.1926, in ebd., Bl. 46 und Alfred Hugenberg an Ludwig Klitzsch, 10.3.1925, in ebd., Bl. 57. Uhmansdorf wurde 1945 von der SMAD enteignet.

<sup>9</sup> Dieser „Kreis“ schließt den sogenannten Posener Freundeskreis aus Hugenbergs Posener Zeit zwischen 1894–1899 als Regierungsassessor bei der Preussischen Ansiedlungskom-

Volkspartei, der er sich angeschlossen hatte. Dort achtete man ihn; aber wirkliche Anhänger hatte er ausser den beiden Alldeutschen *Lohmann* und *Gok*<sup>10</sup> keinen einzigen.<sup>11</sup>

Bevor ich an meine Arbeit ging, suchte ich mich über die Einstellung von Hugenbergs Fraktionsgenossen genauer zu unterrichten. Ich stellte dabei fest, dass z. B. *Graf Westarp* aufs äusserste überrascht war, als ich ihm meine Ansicht über Hugenbergs Fähigkeiten darlegte. Die kühle Art, mit der er meine Mitteilungen aufnahm, sagte genug. Als ich bei einer der vielen Krisen, die damals in der deutschnationalen Fraktion vorkamen, Lohmann und Gok fragte, warum sie nicht Hugenbergs Wahl zum Fraktionsvorsitzenden beantragt hätten, erhielt ich zur Antwort: „Um seinetwillen, weil er sicher noch nicht ein Drittel der Stimmen bekommen hätte.“ Von anderen hörte ich, dass niemand wisse, was Hugenberg politisch wolle. Diese Erfahrungen waren nicht eben ermutigend. Aber sie konnten mich in meiner Überzeugung nicht irre machen. Denn ich wusste, dass er als einziger dafür in Betracht käme, die Führerrolle auf der nationalen Seite mit wirklichen Erfolg zu übernehmen.

## 8.2. Fünfundzwanzig Jahre Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes

Ich war mit diesen Gedanken und der Vorbereitung ihrer Ausführung beschäftigt, als meine Freunde mich wissen liessen, dass sie den Tag, an dem ich vor einem Vierteljahrhundert in die Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes gewählt worden war, mit einer Feier begehen wollten. Meiner Ansicht, dass

---

mission und 1900–1903 bei der Raiffeisengenossenschaft mit ein. Dazu gehörten Leo Wegener, Direktor der Posenschen Landesgenossenschaftsbank, Friedrich von Schwerin, Dezerent im preußischen Innenministerium, Arnold Wahnschaffe, Dezerent im preußischen Landwirtschaftsministerium, die Regierungsräte Georg Ganse (Sohn des Präsidenten der Generalkommission) und Karl Kette, die seit 1898 bzw. 1900 bei der Ansiedlungskommission waren. Hinzu kamen Hans Meydenbauer, Regierungsrat bei der Ostpreußischen Landgesellschaft und später ab 1911 auf Hugenbergs Stelle im preußischen Finanzministerium, und Ludwig Bernhard, Professor an der Akademie in Posen. Bernhard: Der „Hugenberg-Konzern“, S. 1–25. Zum erweiterten Posener Freundeskreis gehörten auch Friedrich Swart, 1905–1907 Mitarbeiter beim BdL und 1906–1907 Hilfsarbeiter bei der Ansiedlungskommission und auf Wegeners Vermittlung 1907 Mitarbeiter im Verband deutscher Genossenschaften in Posen (1912 Vorstandsmitglied der Landesgenossenschaftsbank Posen), Karl Hayessen, Vizepräsident der Ansiedlungskommission ab 1907, und der Präsident der Ansiedlungskommission 1891–1903, Rudolf von Wittenburg, sowie aus dem Genossenschaftswesen Fritz Hartmann und Assessor Albert Dietrich. Dazu gesellte sich auch Robert Graf von Zedlitz-Trüschler, der vor allem als Oberpräsident von Posen 1886–1891 sowie als Präsident der Ansiedlungskommission ein einflussreicher Ratgeber des Freundeskreises war. Hugenberg hatte Zedlitz-Trüschler während seiner Zeit beim Oberpräsidium von Kassel 1899–1900 kennengelernt. Siehe Hoepke: Alfred Hugenberg. Teil 1, S. 99–146 und Guratzsch: Macht durch Organisation, S. 28–41. Diese Prägungen wirkten lange auf Hugenberg, der noch 1919 für den Reichstag als dritter Kandidat auf der DNVP-Parteiliste des Wahlkreises 8 Provinz Posen und ab 1920 dann im Wahlkreis Westfalen-Nord kandidierte. Siehe Otto Krieg: Hugenberg, Leipzig 1932, S. 58.

<sup>10</sup> Karl Lohmann und Carl Gottfried Gok wurden mit der Reichstagswahl am 4.5.1924 für die DNVP ins Parlament gewählt.

<sup>11</sup> In der Textfassung in FZH 11/C2 handschriftlicher Zusatz: „v. Freytag[h]-Loringhoven“.

die furchtbar ernste Zeit hierzu nicht geeignet sei, wurde entgegengehalten, dass die geplante Feier ja Gelegenheit bieten würde, die Arbeit des Alldeutschen Verbandes zu würdigen und unseren Mitgliedern dessen gesamte politische Leistung vor Augen zu stellen und sie damit zur Fortführung des Kampfes zu ermutigen. Unter diesem Gesichtspunkt fügte ich mich der Absicht meiner Freunde.

Mein alter getreuer Kämpfer während des Weltkrieges, General Konstantin Freiherr von Gebsattel bereitete unter tätigster Mitwirkung meiner nächsten Mitarbeiter die Feier vor, die im Rahmen von Tagungen des Geschäftsführenden Ausschusses und des Gesamtvorstandes vor sich gehen sollte.<sup>12</sup> Otto Bonhard veranstaltete eine Art von Festnummer der Alldeutschen Blätter<sup>13</sup>, in der diejenigen Freunde, die am besten über meine Tätigkeit unterrichtet waren, diese von allen Seiten beleuchteten. Mich freute besonders, dass das Verdienst meiner Frau sowohl in manchen dieser Aufsätze, wie in den mir zu Ehren gehaltenen Reden so gewürdigt wurde, wie sie es als meine treueste und verständnisvollste Helferin verdient hatte.

Die hervorragendsten Vertreter der völkischen Bewegung waren entweder bei den vom Alldeutschen Verband veranstalteten Feiern erschienen oder hatten ihre Glückwünsche brieflich dargebracht. Allgemeines Aufsehen erregte es, dass *Kaiser Wilhelm II.*<sup>14</sup> in einer Drahtung aus Doorn meiner gedachte; ihr Wortlaut sei hier mitgeteilt:

„An dem Tage, an dem Sie auf eine 15-jährige Tätigkeit in der Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes zurücksehen, gedenke ich dankbar Ihrer unermüdlichen selbstlosen vaterländischen Arbeit.

Zur Erinnerung lasse ich Ihnen anbei mein Bild zugehen.

gez. Wilhelm.“<sup>15</sup>

Man wird es verstehen, wie gross die Genugtuung aller Gesinnungsgenossen über diese Anerkennung meiner Arbeit durch den Kaiser war, der nach ihrer Meinung durch diese Kundgebung sich selbst ehrte und bewies, dass er sich von der falschen Darstellung der alldeutschen Bestrebungen freigemacht hatte, die seine früheren massgebenden Berater ihm vorgetragen hatten.

Als Höhepunkt der mir in jenen Tagen bereiteten Ehrungen betrachtete ich es, dass *Dietrich Schäfer* bei dem Essen, das die Feier abschloss, die Festrede auf mich hielt; es war eine Freude, den greisen Gelehrten in wundervoller Frische sprechen zu hören.

---

<sup>12</sup> Am 13.12.1925 fand eine Festveranstaltung des Gesamtvorstandes des ADV zum 25. Jahrestag der Wahl von Claß in die Hauptleitung (9.12.1900) im Meistersaal, Köthener Straße 38, in Berlin statt.

<sup>13</sup> Siehe die Ausgabe der Alldeutschen Blätter vom 12.12.1925.

<sup>14</sup> In der Textfassung FZH 11/C2: *Kaiser Wilhelm 2.*

<sup>15</sup> Brief Wilhelms II. an Heinrich Claß 9.12.1926. Claß antwortete Wilhelm II. am 15.12.1926. Deutsche Zeitung 16.5.1926.

Ich hatte den Eindruck, dass das mir bei dieser Gelegenheit von vielen hervorragenden Männern bewiesene Vertrauen die Arbeit fördern würde, die ich mir vorgenommen hatte. Ich beschloss, sie mit allem Eifer zu betreiben.

### 8.3. Mein Kampf für Hugenberg

Um den 20. Dezember 1925 herum rief ich Hugenberg an, ich müsse ihn möglichst bald sprechen. Er schlug mir den 23. Dezember vor, da er bis dahin schon ganz besetzt sei. An diesem Tage liess er mir dann mitteilen, dass er sich inzwischen einen Bronchialkatarrh zugezogen habe und zu Bett liege. Gleichwohl stehe er zur Verfügung, wenn ich die Unterredung nicht verschieben wolle. So fuhr ich in seine Wohnung. Er lag mit 39° Fieber im Bett, das mit einem Haufen von Akten bedeckt war.<sup>16</sup>

Ich hielt ihm nun einen kurzen Vortrag über die Notwendigkeit, der nationalen Bewegung einen parlamentarischen Führer zu geben, dem eine so starke Stellung geschaffen werden müsse, dass er zu gegebener Zeit die Zügel der Regierung ergreifen könne. Hierfür käme kein anderer in Betracht als er. Darum hätte ich mir vorgenommen, nicht zu ruhen und nicht zu rasten, bis er eine solche Stellung errungen habe. Trotz seiner Unpässlichkeit lachte Hugenberg laut auf und meinte, dann werde unsere Freundschaft schnell ein Ende haben, denn er müsse mich bei solchen Absichten als seinen Feind betrachten. Er werde vielmehr den Spiess umdrehen und sich dafür einsetzen, dass ich Reichskanzler würde. Nun war das Lachen an mir, und ich sagte ruhig, wenn ich nicht genau wüsste, dass ich durch die gegnerische Presse vor dem In- und Auslande schon so sehr als „bête noire“<sup>17</sup> hingestellt sei, dass ich für ein wichtiges öffentliches Amt überhaupt nicht in Frage käme, würde ich nicht den Umweg über ihn machen. Aber im Ernste: es sei nach meiner Überzeugung bei der Zerfahrenheit auf der nationalen Seite höchste Zeit, einen Führer herauszustellen, und es sei meine unerschütterliche Überzeugung geworden, dass nur er das werden könne.

Mit der grossartigen Offenheit, die ihn auszeichnet, antwortete Hugenberg: „Ja, wissen Sie denn nicht, dass von mir niemand etwas wissen will?“ Ich sagte, das sei mir wohl bekannt, aber das werde sich sehr rasch ändern, wenn er erst sein Einverständnis gegeben habe. Dann werde er sehen, dass es

<sup>16</sup> Alfred Hugenberg, der im Winter an einem immer wiederkehrenden Bronchialkatarrh litt, war zu diesem Zeitpunkt noch in Berlin, wollte 24.12.1925 früh nach Rohbraken fahren, so dass er „Weihnachten Abend nicht hier allein zu liegen brauche.“ Den Besuch seiner Frau Gertrud mit den Kindern habe er aber „abgewehrt“. Er gab in seinem Briefwechsel stets die Dienstadresse in der DNVP-Geschäftsstelle in der Victoriastraße 30 an. Im gleichen Zeitraum zog er in die Humboldtstraße 12 in Berlin-Dahlem, obwohl er die Wohnung in der Victoriastraße 30 für gemütlicher hielt und ihm die neue Dahlemer Villa nur Stauballergien einbrachte. Siehe Alfred Hugenberg an Leo Wegener, 22.12.1925, in BA-Koblenz, N 1003, Bd. 65, Bl. 560–562 sowie Leo Wegener an Alfred Hugenberg, 13.10.1926 und 27.3.1929, in ebd., Bl. 508 und 243–245. Die Arbeitswut Hugenberg's war bekannt, sodass durcharbeitende Akten an seinem Bett sicherlich nicht ungewöhnlich waren.

<sup>17</sup> Französisch für „schwarzes Biest“ oder sprichwörtlich „rotes Tuch“.

nicht allzu schwer sei, auch einen Mann von seiner Zurückhaltung volkstümlich zu machen. „Wie sollte so etwas möglich sein?“[,] meinte Hugenberg. Er werde sich nicht mehr ändern, und seine Art sei es nie gewesen, den Leuten nachzulaufen. Im übrigen ginge die Sorge um seinen eigenen Besitz und um seine Familie jetzt allem vor. Er weigere sich, meinem Rufe nachzugeben. Nun hatte ich die Stelle, an der ich ihn fassen konnte. „Wenn Sie von Frau und Kindern, wenn Sie von Ihrem Besitze reden, den Sie den Ihren retten wollen, so müssen Sie sich klar sein, dass das nur geschehen kann, wenn das politische Steuer vollständig umgelegt wird. Wenn ich Ihnen sage, der ich auch den Leuten wahrlich nicht nachlaufe und ihnen noch nie geschmeichelt habe, dass Sie der einzige sind, der für diese Aufgabe in Betracht kommt, so müssen Sie die einzig mögliche Schlussfolgerung daraus ziehen.“ Hier wurde Hugenberg sehr ernst und bat, das Gespräch heute im Hinblick auf seinen Zustand abzubrechen. Er werde sich in den Feiertagen meinen Vorschlag überlegen und mit seiner Frau<sup>18</sup> bereden. Dann wollten wir noch einmal eingehend darüber sprechen.

Trotz seines Zustandes fuhr der Kranke tags darauf nach Rohbraken. Dort lag er noch mindestens zwei Wochen fest im Bett und wurde dann zur Kur nach Kreuth geschickt.<sup>19</sup> In den letzten Januartagen lud mich Hugenberg von dort aus ein, ihn für ein paar Tage zu besuchen, da alles, was ich bei ihm angeregt hätte, doch sehr genau überlegt sein wolle. Vor allem wünsche seine

<sup>18</sup> Gemeint ist Gertrud Hugenberg (1878–1960), Tochter von Sophie Therese Teutonie Adickes (geborene Lambert, 1848–1922) und Franz Adickes (1846–1915) – 1883–1890 Oberbürgermeister von Altona und von 1890–1912 von Frankfurt/Main sowie Mitglied des Preußischen Herrenhauses, 1900 Heirat mit Alfred Hugenberg, vier Kinder.

<sup>19</sup> Alfred Hugenberg fuhr ungefähr von Mitte Januar bis Mitte März 1926 zur Kur nach Kreuth: „Ich war nach meinem Bronchialkatarrh etwas herunter und der Rinteler Arzt redete dauernd von grösserer Schonung, 2 Nichtarbeitstage in der Woche, war bedenklich in Bezug auf Mitmachen meiner Jagden usw. Schliesslich sind mir 3 Jagdtage ausgezeichnet bekommen und ich fahre morgen wieder nach Berlin. Wir würden dann wohl erst am 29.1. nach Kreuth kommen.“ Alfred Hugenberg an Leo Wegener, 12.1.1926, in BA-Koblenz, N 1003, Bd. 65, Bl. 555. Siehe auch Telegramm Alfred Hugenberg an Leo Wegener, 19.8.1926, in ebd., Bl. 517. Claß zeigte sich nach dem Treffen von Kreuth dann sehr zufrieden über die Gespräche mit Hugenberg. Claß an Konrad Krafft von Dellmensingen, 22.2.1926, BA-Berlin, R 8048, Bd. 673, Bl. 1/44. Hugenbergs Vertrauter Leo Wegener ließ sich ab 1925 aus gesundheitlichen Gründen in Kreuth nieder. Beide fuhren mit Familienangehörigen zuvor öfters nach Kreuth. Hugenberg stand in langjährigem Kontakt mit Sanitätsrat Dr. Wilhelm May, Facharzt für Herz- und Nervenkrankungen und Leitender Arzt, der ein früherer Anhänger der NSDAP war und bei den Behandlungen und Massagen auch mit Hugenberg über Adolf Hitler und die NS-Bewegung in Bayern bereits um das Frühjahr 1923 sprach. [Ich danke Michael Schellhorn für diese Information.] Hugenberg finanzierte über die OPRIBA Wegener dort ein Haus. Bad Kreuth wurde neben anderen Kurorten wie Bad Kissingen mit seinen Sanatorien für Hugenberg zu einem wesentlichen Rückzugsort vom politischen Geschäft in Berlin, wo er aber während seiner Aufenthalte weiterhin Gäste wie auch Claß empfing. Wesentlicher Bestandteil von Hugenbergs Kuren war auch eine diätetische Ernährung, wie sie ihm sein Kurarzt Dr. Schneegans in Bad Kissingen beispielsweise verordnete. Hugenberg war 1922 bei Dr. May bereits wegen Herzproblemen aufgrund von altersbedingten organischen Vergrößerungen in Behandlung. Alfred Hugenberg an Prof. Dr. Erich Meyer (Göttingen), 21.4.1922, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 23, Bl. 71. Eine chronische Mandelentzündung und ein Knöchelbruch führten ihn zuvor 1920 nach Kreuth.

Frau, sich mit mir gründlich auszusprechen, bevor er eine endgültige Antwort gebe.

So fuhr ich nach Kreuth und hatte drei volle Tage Zeit, um mit beiden Gatten alles zu besprechen, was sie auf dem Herzen hatten.<sup>20</sup> Bei Frau Hugenberg war es vor allem die Frage, ob ich ihrem Mann die Eigenschaften zutraue, die der oberste Führer der Politik eines grossen Volkes haben müsse. Daneben hatte sie die Sorge, dass ihr Mann so gar keine Freunde habe, also wohl auf sich allein angewiesen sein würde, und endlich, dass er nach seiner ganzen Art, sich zu geben, wohl auch nie das Mass von Anhängerschaft finden würde, das ein Staatsleiter brauche. Daneben lief selbstverständlich ihre Sorge um die Gesundheit ihres Mannes, nicht nur wegen des eben überstandenen Bronchialkatarrhs, sondern auch in Ansehung seines vorgeschrittenen Alters, er war damals 61 Jahre alt.<sup>21</sup>

In Bezug auf alle diese Bedenken gelang es mir, die wirklich schwerbesorgte Frau zu beruhigen. Ich konnte ihr mit gutem Gewissen sagen, dass ich für die jetzt zu lösenden staatsmännischen Aufgaben jedenfalls niemanden wisse, der mehr mitbrächte als ihr Mann, und dass es sicher gelingen werde, ihm die notwendige Volkstümlichkeit zu verschaffen, wenn er erst entschlossen sei, sich volkstümlich machen zu lassen und das seinige dazu beizutragen. In Bezug auf Hugenbergs Gesundheit konnte ich darauf verweisen, dass der Kreuther Arzt eine Ausheilung des Katarrhs festgestellt habe. Frau Hugenberg gab mir darin recht, dass ihr Mann im Grunde kerngesund sein müsse, um bei solcher Lebensführung so ungebrochen arbeitsfähig geblieben zu sein. Das Alter, meinte ich, spiele dann keine Rolle, und in solcher Zeit müsse sich jeder verbrauchen lassen, wie er sei. Nach stundenlanger Aussprache gestand Frau Hugenberg mir schliesslich zu, wenn ihr Mann sich entschliesse, meinem Ruf zu folgen, so werde sie keinen Widerstand leisten, obwohl sie sich klar darüber sei, dass ihr Familienleben dann noch mehr würde leiden müssen, als es bereits jetzt der Fall sei.<sup>22</sup>

<sup>20</sup> Die genauen Daten des Aufenthaltes in Kreuth bleiben unklar. Claß wird den Besuch jedoch vermutlich mit seiner Reise nach München verbunden haben. Er wollte in München am 22.1.1926 früh eintreffen. Otto von Roeder an Julius F. Lehmann, 16.1.1926, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 212, Bl. 60.

<sup>21</sup> Alfred Hugenberg wurde am 19.6.1865 geboren.

<sup>22</sup> Gertrud Hugenberg schien aus grundsätzlichen und vor allem charakterlichen Erwägungen wenig von solchen politischen Ambitionen ihres Ehemannes zu halten. Nach dem Rücktritt Alfred Hugenbergs als Minister im Hitler-Kabinett 1933 schrieb Gertrud über ihren Mann: „Und ein Mensch, der unverkennbar kindisch-eigensinnig ist, will Führer sein! Es ist ja doch wirklich kein Wunder, daß er die Menschen doch schließlich enttäuschte, zumal er ja wie oft schon auch einen großen Mangel an Herz + Gefühl zeigte.“ Gertrud Hugenberg an Leo Wegener, 2.11.1933, in BA-Koblenz, N 1003, Bd. 65, Bl. 206. Siehe zu ihren Zweifeln an Hugenbergs Führungsqualitäten auch Gertrud Hugenberg an Leo Wegener, 6.2.1934, in ebd., Bl. 242–243. Sie verwies seiner Zeit hier jedoch neben der Arbeit Hugenbergs für die zahlreichen Medienunternehmen sowie den verstärkten Aufenthalt Hugenbergs in Berlin seit seinem Umzug aus Essen im Januar 1919 vermutlich auch auf Veränderungen innerhalb der Familie. Im Jahr 1925 wurde die Silberhochzeit mit Alfred Hugenberg gefeiert, das alte Haus in Rohbraken wurde aufwendig um- und ausgebaut.

Mit Hugenberg selbst wurden die sachlichen und persönlichen Fragen besprochen, woraus sich ergab, dass er grundsätzlich mit meinem Vorschlag einverstanden war. Es war aber ganz klar, dass es bei dem damaligen Zustande der Deutschnationalen Partei nicht leicht fallen werde, für ihn die notwendigen Mitarbeiter zu finden, ganz abgesehen davon, dass nur sehr wenige seiner Parteigenossen ein inneres Verhältnis zu ihm hatten.<sup>23</sup> Ich verwies auf diejeni-

Auch das gemeinsame neue Gut in Uhsmansdorf in der Oberlausitz, das im Jahr zuvor gekauft wurde, wurde noch 1925 eingerichtet. Mehrere der vier Kinder der Hugenbergs verließen zwischen 1925 und 1926 das Elternhaus in Rohbraken. Am 3.10.1925 wurde der Sohn Gerhard Hugenberg (1904–1943) mit dem 21. Lebensjahr nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch volljährig. Die Tochter Hanna war bereits 1919 auf einer Frauenschule in Thüringen, ging 1924 zunächst zu Wegener nach Posen für eine Sekretärinnenanstellung und lernte daraufhin auf einem Gut Gärtnerei. Sie verlobte sich 1928 und ging nach Berlin. Liselotte (1908–1991) war 1925–1926 in Dresden mit Unterrichtsstunden in Pension, ging im April 1926 zur Frauenschule in Wöltingerode im Harz, zog 1928–1929 nach Berlin, lernte 1930 Buchführung in Berlin und heiratete im gleichen Jahr. Ursula (1910–1995) kam Ende 1924 zur Königin Luise Stiftung in Berlin, ging im Herbst 1926 auf eine Frauenschule in Berlin, dann 1927–1928 nach Wöltingerode, machte ein praktisches Jahr, ging 1930 nach Bremen und heiratete. Siehe auch Familienchronik „Tante Grete“ [Margarete Hugenberg, 1869–1956, Schwester von Alfred Hugenberg und Tochter von Carl Hugenberg, 1836–1882 und Erneste Hugenberg, 1841–1917, geborene Adickes], o.D., S. 23–26, Familienarchiv Hugenberg (ND 2014), in Privatarchiv Götz von Boehmer/Berlin sowie Privatarchiv Alexander Hugenberg/Lahr. Noch wichtiger schienen jedoch Bedenken um Hugenbergs Gesundheit. Er erlitt im August 1924 eine „Herzattacke“ anlässlich der Dawes-Abstimmung. So Alfred Hugenberg an Otto Hergt, 26.8.1924, in Hugenberg: Streiflichter, S. 96. Auch später machte sich Gertrud Hugenberg ernste Sorgen um die Gesundheit und das politische Engagement ihres Mannes. Solche gesundheitlichen Einschränkungen, Krankheiten, Kränkeleien und vermutlich auch psychosomatischen Leiden beunruhigten Hugenbergs Frau beständig die nächsten Jahre. So bekam Hugenberg am 24.10.1933 Nierensteine – an dem Tag, als er als zurückgetretener Ex-Minister und einstiger Vorsitzender der aufgelösten DNVP zusagte, sich für die Reichstagswahlen im November 1933 aufstellen zu lassen. Gertrud Hugenberg befürchtete dann wegen „aussetzendem Puls“ und „schlappem Herz“ auch einen Schlaganfall. Gertrud Hugenberg an Leo Wegener, 2.11.1933, in BA-Koblenz, N 1003, Bd. 66, Bl. 205–206 und Irene von Buchholz (Sekretärin) an Leo Wegener, 24.10.1933, in ebd., Bl. 203.

<sup>23</sup> Innerhalb des Kreises der Vertrauten Alfred Hugenbergs in der DNVP gehörte Paul Bang zum engsten Kreis, der jedoch erst für die Aufstellung als Reichstagskandidat für die nächsten Wahlen am 20.5.1928 geboren und in Sachsen mit Anstrengungen erst noch durchgesetzt werden musste. Die Aufstellung Bangs als „Kandidat der Parteileitung“, auch mit Unterstützung von Stahlhelm und VVVD, führte zum Rücktritt des Vorsitzenden des DNVP-Landesverbandes Ostsachsen, Kurt Philipp. Siehe Kuno Graf Westarp an Kurt Philipp 29.9.1928, in PAH Gaertringen, NL Westarp, Mappe 67. Hugenberg habe „von grundsätzlichen politischen Erwägungen aus die Aufstellung des Herrn Bang an einer sicheren Stelle und von Anfang an [...] betrieben.“ Kuno Graf Westarp an (Albrecht?) Philipp 4.4.1928, in ebd., Mappe 68. Bang war 1928–1933 für den Wahlkreis 28 (Dresden-Bautzen) Abgeordneter des Reichstags. Wilhelm von Dommers war dann die zentrale Figur, der seit Sommer 1927 eine Oppositionsgruppe von Landesverbänden innerhalb der DNVP gegen Kuno Graf Westarp und für Hugenberg organisierte, welche die knappe Wahl Hugenbergs zum Parteivorsitzenden am 20.10.1928 in Berlin möglich machte. Auch der Stahlhelm und die VVVD halfen in diesem Prozess der Spaltung der DNVP, jedoch blieb Hugenberg nie unumstrittener Führer der Partei. Auch Claß kam in der zweiten Jahreshälfte 1932 von seiner ungeteilten Unterstützung von Hugenberg ab und sah kurzzeitig bei den Reichspräsidentenwahlen 1932 in Adolf Hitler eine Alternative zu Hugenberg, bevor er sich erneut von Hitler entfernte und den Alldeutschen Verband weiterhin als Propagandaorganisation

gen Mitglieder seiner Reichstagsfraktion, die im Alldeutschen Verbands zu unserem engeren Kreise gehörten<sup>24</sup>, und konnte ihm versprechen, dass diese sich ihm unbedingt zur Verfügung stellen würden, wenn er hervortrete, ja dass sie mit Sehnsucht darauf warteten, mit ihm zusammen zu arbeiten. Ich konnte ihm mit gutem Gewissen sagen, dass vor allem Männer wie Lohmann und Gok wertvolle Stützen für ihn sein würden, wenn er sich nur erst dazu entschlossen hätte, an d[ie] Spitze des entschiedenen Teils der Partei und Fraktion zu treten. Als Hugenberg die Frage abschnitt, wer ihm bei den so wichtigen, ja ausschlaggebenden wirtschaftlichen Fragen helfen würde, verwies ich auf Bang.<sup>25</sup> Ich schlug ihm vor, dass dieser, da er nach einer schweren Operation

---

der DNVP festigte. Die Skepsis gegenüber Theodor Duesterberg als gemeinsamer Kandidat der „nationalen Opposition“, nachdem Hugenberg als Wunschkandidat von Claß abgelehnt hatte, sowie Claß' Unterstützung Hitlers im zweiten Wahlgang, der sich bereits im ersten Wahlgang aufstellen ließ, führte zu großen Entfremdungen zwischen Alldeutschem Verband und Stahlhelm. Am sichtbarsten wurde dies durch den Einbruch der Bezugszahlen der Deutschen Zeitung, die nach dem Aufruf von Joseph Goebbels an NSDAP-Mitglieder die Deutsche Zeitung ebenfalls zu boykottieren, um 6.000 zurückging und sich die Finanzlage der Zeitung dramatisch verschlechterte. Siehe auch Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 10.12.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 172, Bl. 57 und 59.

<sup>24</sup> Zur DNVP-Reichstagsfraktion seit den Wahlen 1924 gehörten Vertraute des ADV wie Otto Schmidt(-Hannover) oder Walther Graef sowie alldeutsche DNVP-Mitglieder der engsten Führungsriege des Verbandes wie Axel Freiherr von Freytagh-Loringhoven und Leopold von Vietinghoff-Scheel sowie auch Otto von Feldmann, Carl Gottfried Gok, Ernst Oberfohren, Reinhold Quatz und bis 1928 Karl Lohmann und Ferdinand Werner. Auch Friedrich Everling war Mitglied des ADV sowie der Historiker Otto Hoetzsch. Martin Spahn, Johannes Wolf vom Pommerschen Landbund und Wilhelm Laverenz unterstützten von der Reichstagsfraktion Hugenberg bei der Übernahme des Parteivorsitzes. Um 1927 zählten auch noch Walter von Stubbendorf, Hans von Goldacker und wohl auch Hans Schlange-Schöningen zu den Unterstützern vom agrarischen Flügel. Siehe Hofmeister: *Between Monarchy and Dictatorship*, S. 269–298, Holzbach: *Das „System Hugenberg“*, S. 192–253, Dörr: *Die Deutschnationale Volkspartei*, S. 446–447 und Müller: *Fällt der Bauer*, S. 48.

<sup>25</sup> Paul Bang wurde 1911 Finanzrat im Finanzministerium der Sächsischen Staatsregierung. Er kam 1915 zum Alldeutschen Verband und schickte ab 1916 vertrauliche Mitteilungen aus sächsischen Ministerien an die Hauptleitung. Bang wurde ab 1917 enger Vertrauter von Claß. Nach dem Ausscheiden aus dem sächsischen Staatsdienst am 31.8.1919 arbeitete Bang hauptamtlich für den Alldeutschen Verband vermutlich ab dem Frühjahr 1920 von Berlin aus. Als zukünftiger Reichsfinanzminister stellte sich Bang 1920 beim Kapp-Putsch als einer der wenigen Alldeutschen für das Putsch-Kabinett zur Verfügung. Anfang 1924 versuchte Bang den Reichsverband der Deutschen Industrie durch die Gründung der Deutschen Industriellen-Vereinigung zu spalten (ab 1925 Bund für Nationalwirtschaft und Werksgemeinschaft). Vor allem mittelständische Unternehmen zog die Deutsche Industriellen-Vereinigung an, die Großindustrie blieb weitgehend fern, und mit ca. 1.000 Mitgliedern blieb auch der ständestaatliche Bund für Nationalwirtschaft in seinem Einfluss überschaubar. Die Propaganda gegen die Dawes-Pläne 1924, eigene Schriften und die Leiertikel in der Deutschen Zeitung machten Bang einer größeren Öffentlichkeit bekannt. Anfang 1925 war Bang zusammen mit den alldeutschen DNVP-Mitgliedern Carl Gottfried Gok, Axel von Freytagh-Loringhoven und Karl Lohmann einer der wichtigsten Unterstützer von Alfred Hugenberg innerhalb der Partei. Bang lehnte bis 1928 entschiedene eine DNVP-Mitgliedschaft ab und wurde dann 1928–1933 in den Reichstag gewählt (1933–1945 „Gast“ der NSDAP-Reichstagsfraktion ohne Sitzungsteilnahme). Niederstedt: *Rechtsradikale Wirtschafts- und Gesellschaftsvorstellungen*, S. 89–91.



sich doch einer Nachkur unterziehen müsse, ja nach Kreuth kommen könne, wenn er, Hugenberg, damit einverstanden sei.<sup>26</sup> Dann könnten sie beide einander genau kennenlernen und sich über alle Fragen aussprechen. Dies war Hugenberg sehr recht, und so veranlasste ich nach meiner Rückkehr Bang, nach Kreuth zu gehen.

Dieser reiste dann auch wenige Tage nach meiner Rückkehr nach Kreuth ab, wo er in demselben Sanatorium Aufenthalt nahm wie Hugenberg.<sup>27</sup> So ergab sich durch drei Wochen hindurch ein allerengster Verkehr, dessen geistige Ausbeute Bang in eingehenden Niederschriften festlegte.

Mir war es eine grosse Freude, sehr bald von beiden Männern zu hören, dass sie sich näher getreten waren und gegenseitig aneinander Gefallen gefunden hatten. Von da an war es der Wunsch Hugenbergs, Bang zu seinen nächsten Mitarbeitern zu zählen, wenn die Dinge sich so entwickeln würden, wie es geplant war.

Denn mit der ihm gegebenen Sachlichkeit sprach Hugenberg auch bei unserer Kreuther Aussprache davon, dass er ja ausser dem allerengsten Kreise gar keine Freunde habe und nach seiner Art auch nicht erwarten könne, in seinen alten Tagen solche noch zu erwerben. Da konnte ich ihm nur offen mitteilen, was ich immer wieder aus dem Munde von Parteigenossen Hugenbergs gehört hatte, die es versucht hatten, ihm näherzukommen: niemand kenne Hugenberg, niemand wisse, was er wolle; er sei wie Eis, und man habe allgemein den Eindruck, dass er misstrauisch bis zum äussersten sei. Ich stellte ihm vor, dass er aus sich herausgehen und denen, die er als brauchbar erkannt habe, Vertrauen zeigen müsse. Dann werde er sehen, wie sich die besten Leute der Partei um ihn herum kristallisieren würden.<sup>28</sup>

---

<sup>26</sup> Die Operation Paul Bangs muss auch um die Jahreswende 1925/26 durchgeführt worden sein. Im Januar 1926 hiess es jedoch noch, Bang ginge es besser, „doch darf er noch keine Besuche empfangen“. Otto von Roeder an Julius F. Lehmann, 26.1.1926, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 212, Bl. 78. Gestorben war Bang am 31.12.1945 letztlich an Leberzirrhose.

<sup>27</sup> Gemeint ist vermutlich das Sanatorium von Sanitätsrat Dr. Wilhelm May in Kreuth, wo Alfred Hugenberg in Behandlung war. Gewohnt wird Paul Bang jedoch, wie auch Hugenberg, im Haus von Leo Wegener haben, das im Frühjahr 1926 fertiggestellt worden war. Im Gegensatz zu anderen politischen Weggefährten aus dem Alldeutschen Verband, den Medienunternehmen oder der DNVP wie Claß, Georg Wilhelm Schiele oder auch Otto Schmidt(-Hannover) litt Hugenberg nicht an ernsthaften chronischen Ermüdungserscheinungen oder krankhaften Nervenleiden. Hugenberg war dennoch nicht frei von gesundheitlichen Leiden, wie im Sommer 1924, als er wegen einer „Herzattacke“ auf Kur ging. Alfred Hugenberg an Oskar Hergt, 26.8.1924, in Hugenberg: Streiflichter, S. 96. Siehe auch Hofmeister: *Between Monarchy and Dictatorship*, S. 76, 286 und 362–363, Leicht: Heinrich Claß, S. 209–211 und Terhalle: *Deutschnational in Weimar*, S. 369–370.

<sup>28</sup> Claß wusste um die problematische „Verschlossenheit“ von Alfred Hugenberg. Tagebucheintrag Reinhold Quaat, 1.3.1928, in Weiß/Hoser: *Die Deutschnationalen*, S. 32.

Nach diesen Unterhaltungen, die auf Spaziergängen gepflogen wurden, kam es zur abschließenden Besprechung<sup>29</sup> im Hause von *Leo Wegener*<sup>30</sup>, der seit den gemeinsamen Posener Tagen mit der Familie Hugenberg in vertrautem Freundschaftsverkehr stand. Entsprechend diesen Beziehungen war Wegener auch ganz durchdrungen davon, dass Hugenberg bei dem Versuche der Neuordnung Deutschlands eine besonders grosse Aufgabe zufalle.

Unsere endgültige Verabredung ging dann, wie gesagt, dahin, daß mit Bang bei seinem etwaigen Aufenthalt in Kreuth alle schwebenden staatspolitischen und wirtschaftlichen Fragen besprochen und nach beider Rückkehr von dort die persönlichen Fragen genau überlegt werden sollten. Fest stand dabei, daß durch meine alldeutschen Vertrauten in der Reichstagsfraktion und sonst in der Partei die einleitenden Schritte getan werden sollten, um die spätere, aber möglichst baldige Führung der Deutschnationalen Partei Hugenberg zu sichern.

Mit der Zusage Hugenbergs ausgerüstet, eine etwaige Berufung in ein maßgebendes Amt und an [eine] leitende Stelle anzunehmen, begab ich mich sofort daran, seinen Namen bei dem Reichspräsidenten bekannt zu machen und seine Persönlichkeit in den Vordergrund zu bringen, andererseits auch seinen Führungsanspruch in der Partei zu betreiben.<sup>31</sup> Es gelang mir, mit der Hilfe

<sup>29</sup> In der zweiten Februar-Woche plante Claß erneut eine Reise für politische Besprechungen nach Süddeutschland, die unmittelbar nach dem 8.2.1926 stattgefunden haben muss. Vermutlich fand die gemeinsame abschließende Besprechung in Kreuth im Zusammenhang mit dieser Reise statt. Otto von Roeder an Magnus von Levetzow, 8.2.1926, in BA-Freiburg, N 239, Bd. 80, Bl. 19.

<sup>30</sup> Leo Wegener (1870–1936), Studium der Nationalökonomie in Heidelberg, 1903 Dissertation zu „Der wirtschaftliche Kampf der Deutschen mit den Polen“ (Posen 1903) bei Max Weber, 1905–1925 Direktor des Provinzialverbandes der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften in Posen, zusammen u. a. mit seinem engsten Alfred Hugenberg führendes Mitglied der Preußischen Ansiedlungskommission, Stellvertretender Vorsitzender der Ortsgruppe Posen des Ostmarkenvereins, 1916 Mitglied des UADF, 1918 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, eines von zwölf Mitgliedern der 1919 gegründeten Wirtschaftsvereinigung zur Förderung der geistigen Wiederaufbaukräfte unter Führung Hugenbergs und wesentlicher Finanzierung der Ruhrindustrie u. a. zum Aufbau einer nationalen Presse, 1919 u. a. zusammen mit Otto Hoetzsch sowie seinem akademischen Lehrer, Max Weber, in die Kommission zur Beratung der militärisch-politischen Bestimmungen, Gruppe Ostfragen I D Polen/Westpreußen des Innenministeriums zur Verhandlung über den Friedensvertrag mit den Alliierten berufen, Aufsichtsratsmitglied der Ufa, Ala Anzeigen AG, Ostbank für Handel und Gewerbe und der Ostdeutschen Privatbank, bei Putschplänen von Claß zu Beginn der 1920er Jahre als Reichsinnenminister vorgesehen, nach 1925 aufgrund langjähriger chronischer Krankheit verstärkter Rückzug nach Kreuth in sein Haus, einflussreicher Berater Hugenbergs.

<sup>31</sup> Claß stellte seine Rolle bei der Überredung Alfred Hugenbergs, den DNVP-Parteivorsitz übernehmen zu wollen, trotz seiner Einwirkungen hier zu wirkungsvoll dar. Hugenberg machte seine Zusage nicht nur von dessen Interventionen und der Zusammenarbeit mit Paul Bang abhängig. Es begann ein dreijähriger Prozess der strategischen Beeinflussung von DNVP-Landesverbänden, die vor allem durch Wilhelm von Dommers organisiert wurde. Alldeutsche Mitglieder in der DNVP-Reichstagsfraktion sowie in den DNVP-Landesverbänden spielten hier in der Tat eine zentrale Rolle, die letztlich auf einer Parteivertretertagung der DNVP am 20.10.1928 zur Kampfabstimmung für Hugenbergs Übernahme des Parteivorsitzes führte.

des *Fürsten zu Salm-Horstmar* und des *Generals von Domes*<sup>32</sup> einige Herren, die die Möglichkeit des Verkehrs mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg hatten, davon zu überzeugen, dass die nationalen Parteien für das Amt des Reichskanzlers keinen besseren Mann herausstellen könnten, als Hugenberg.<sup>33</sup> Demgemäß bat ich sie, bei jeder sich bietenden Gelegenheit beim Reichspräsidenten auf ihn hinzuweisen, wenn es ungezwungen möglich sei. *Fürst Salm* war von der Richtigkeit meiner Bemühungen ohne weiteres überzeugt, da er seit Kriegsbeginn Hugenberg kannte, und trat damals beim Feldmarschall warm für ihn ein.<sup>34</sup> Von anderen Herren seien besonders *von Oldenburg-Januschau* und *Generalleutnant von Cramon*<sup>35</sup> erwähnt. Von beiden hatte ich den Eindruck, daß sie meiner Anregung aus voller Überzeugung folgten. Ob andere, wie z. B. *Herr von Berg-Markienen*, dies auch taten, weiss ich nicht. Am wichtigsten war jedenfalls damals Herr von Oldenburg, weil er am häufigsten beim Reichspräsidenten verkehrte und dessen Ohr besass.<sup>36</sup> Ihn hatte ich noch besonders damit warm zu machen versucht, da[ss] ich ihm für unsere schwere Zeit die Rolle zusprach, die der Kriegsminister *von Roon* seinem König gegen-

<sup>32</sup> Wilhelm von Domes (1867–1959) 1898 zum Großen Generalstab, 1905 1. Adjutant des Chefs des Generalstabes der Armee Alfred von Schlieffen und dann Helmuth von Moltke, 1907 Major, ab 1910 Flügeladjutant Wilhelms II., 1914 Chef der politischen Abteilung beim Chef des Generalstabes des Feldheeres im Großen Hauptquartier, 1914 Oberst, 1914–1917 Chef des Generalstabes der des VIII. Armeekorps und des Armeekorps Marschall, 1917 Versetzung zur Deutschen Militärmission in das Osmanische Reich, 1918–1919 Kommando der 2. Division, Vorsitzender des Landesverbandes Potsdam I sowie des Kreisvereins Potsdam der DNVP, Mitglied des Nationalverbandes Deutscher Offiziere und der VVVD, 1925–1934 Vorsitzender des Preußenbundes, führend bei der Sammlung von Landesverbänden der DNVP für die Wahl Alfred Hugenbergs zum Vorsitzenden der DNVP am 20.10.1928, während der Anti-Youngplan-Kampagne der „nationalen Opposition“ 1929–1930 Mitglied des Referendum-Ausschusses, 1930 (bis mindestens 1936) Mitglied des Gesamtvorstandes des ADV, Oktober 1932 Eintritt in das Präsidium der DNVP (zusätzlich zu Friedrich von Winterfeld als Vorsitzender der preußischen DNVP-Landtagsfraktion, Ernst Oberfohren als Vorsitzender der Reichstagsfraktion, Annegrete Lehmann und Hans Hilpert) sowie Wahl zum zweiten Stellvertretenden Vorsitzender der DNVP mit Arbeitsschwerpunkt der Organisation der Partei, daraufhin im Dezember 1932 nach zehn Jahren im Amt Rücktritt als Vorsitzender der Kreisvereins Potsdam, 1932 zweiter Stellvertreter der Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses im Ehrenrat des ADV, 1939 Generalleutnant, 1932–1941 und 1945–1947 Generalbevollmächtigter des preußischen Königshauses.

<sup>33</sup> Ein Treffen von Wilhelm von Domes mit Paul von Hindenburg fand dahingehend am 5.1.1926 statt. Claß an Wilhelm von Domes, 6.1.1926, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 673, Bl. 1/28–1/31 und Wilhelm von Domes an Oskar von Hindenburg, 6.1.1926, in ebd., Bl. 1/33–1/36.

<sup>34</sup> Die enge Verbindung über den Johanniterorden erleichterte Otto Fürst zu Salm-Horstmar zusätzlich die Nähe zu Paul von Hindenburg.

<sup>35</sup> August von Cramon (1861–1940), u. a. 1915–1918 deutscher Militärbevollmächtigter der Obersten Heeresleitung im k.u.k. Armeekommando in Baden bei Wien, zuletzt Generalleutnant, 1928 Ernennung zum Generaladjutanten durch Wilhelm II., Geschäftsführender Vorsitzender des Vereins der Angehörigen des ehemaligen Generalstabes (Vereinigung Graf Schlieffen) und Erster Vorsitzender des Vereins ehemaliger Offiziere des Generalstabes, Ehrenkommendator des Johanniterordens.

<sup>36</sup> Elard von Oldenburg-Januschau gehörte bis zum Tod des Reichspräsidenten 1934 zum engsten Kreis um Paul und Oskar von Hindenburg.

über spielte, als es galt, für *Otto von Bismarck* den Weg zum preußischen Ministerpräsidium freizumachen. In jener Zeit (März 1926) hatte Herr *von Oldenburg* wiederholt Gelegenheit, den Reichspräsidenten zu besuchen, und jedesmal benutzte er sie dazu, sein Anliegen vorzubringen. Am Gründonnerstag<sup>37</sup> rief er mich an und wünschte mich zu sprechen. Als er nachmittags zu mir kam, berichtete er mit großer Zuversicht. Der Reichspräsident sei jetzt soweit, sich mit dem Gedanken zu befreunden, dass er Hugenberg ein Amt anvertrauen müsse. Freilich, zum Reichskanzler werde er ihn nicht berufen; aber als Reichsfinanzminister oder für die Wirtschaft habe er ihn ins Auge gefasst. Es scheine ja auch, dass wieder einmal eine Ministerkrise bevorstehe. Oldenburg war der Meinung, dass Hugenberg jeden ihm aufgetragenen Posten annehmen sollte, da es doch zunächst vor allem darauf ankäme, ihn an eine massgebende Stelle zu bringen, von der aus er weiter wirken könne. Diese Nachricht veranlasste mich, sofort nach Ostern mit Hugenberg zusammenzutreffen, um die Personalfragen, die jetzt doch näher zu rücken schienen, mit ihm zu besprechen. Er betonte aber gleich, dass er selbstverständlich nicht unter einem Reichskanzler arbeiten könne, dessen politische Richtung der seinigen widerspreche.

Es kam also, da Hindenburg von Hugenberg als Kanzler nichts wissen wollte, darauf an, einen Anwärter für dieses Amt zu finden, der dem Reichspräsidenten genehm sein würde, und mit dem Hugenberg zusammenarbeiten könne. Meine Gedanken waren bei meinem alten Freunde *Neumann* haften geblieben, der nach dem Zusammenbruch durch das allgemeine Vertrauen seiner Mitbürger zum „regierenden“ Bürgermeister seiner Vaterstadt Lübeck gewählt worden war.<sup>38</sup> Er hatte es verstanden, trotz der sehr unglücklich gewordenen Parteiverhältnisse in der Lübeckischen Bürgerschaft seine Stellung zu wahren, freilich nicht, ohne manches ihm schwer gewordene Opfer seiner Überzeugung zu bringen. Für ihn sprachen die Erfahrungen, die er als Vertreter Lübecks im Bundesrat gesammelt hatte, an dessen Sitzungen er vor dem Kriege und während desselben häufig teilgenommen hatte. Dazu kam, dass er während des Krieges persönliche Beziehungen zum Generalfeldmarschall von Hindenburg gewonnen und diesen auch wiedergesehen hatte, nachdem er Reichspräsident geworden war.<sup>39</sup> Deshalb schlug ich Hugenberg vor, wir wollten durch unsere Mittelsmänner *Neumann* beim Reichspräsidenten als brauchbaren Kanzler nennen lassen, wenn die Sprache darauf komme. Hugenberg hatte zuerst das Bedenken, dass *Neumann* keine Kampfnatur sei; nur eine solche werde sich durchsetzen können. Ich zerstreute diesen Zweifel mit dem Hinweis darauf, dass *er* es gewiss verstehen werde, den Reichskanzler *Neumann* in unserem Sinne zu beeinflussen. Dabei werde ihm die enge Bekanntschaft zustatten kommen, die sie beide durch die Zusammenarbeit im Aufsichtsrat

<sup>37</sup> 1.4.1926.

<sup>38</sup> Johann Neumann war 1921–1926 Erster Bürgermeister der Stadt Lübeck.

<sup>39</sup> Johann Neumann war u. a. 1917–1918 Verwaltungsreferent des Gouvernements Riga und Leiter der Pressestelle Oberost VII (Riga).

der August Scherl G.m.b.H. seit einem Jahrzehnt verbinde.<sup>40</sup> Schliesslich war Hugenberg damit einverstanden, dass ich mit Neumann reden sollte.

Demgemäss verabredete ich mit diesem brieflich eine Zusammenkunft in *Hamburg*.<sup>41</sup> Bei dieser Gelegenheit trug ich ihm unser Anliegen vor und erlebte es, einen wahrhaft erschrockenen Menschen vor mir zu sehen, der aufstöhnend sagte, das könne er nicht. Ich möge doch bedenken, dass er gerade mit Mühe und Not in Lübeck mit den widerstrebenden Parteien fertig werde.<sup>42</sup> Wie sollte es ihm dann im Reich gelingen? Da es vor allem darauf ankam, bei gegebener Gelegenheit dem Reichspräsidenten einen Namen zu nennen, weil er sich immer wieder beschwerte, die Rechte könne ihm ja überhaupt keinen zur Kanzlerschaft fähigen Mann vorschlagen, so suchte ich Neumann seine Bedenken auszureden. Ich sagte ihm, wenn es zu einer Regierungsbildung von rechts käme, könne er sich darauf verlassen, dass Hugenberg dafür sorgen werde, nur die besten Männer zu berufen. Seine Sache werde es dann sein, das Kabinett ruhig und sicher zu vertreten. Trotzdem blieb Neumann bei seinem Nein. Er versprach mir aber, zu Hause noch einmal in Ruhe zu überlegen und mir endgültigen Bescheid schriftlich zu geben, wobei er ankündigte, dass er in der nächsten Zeit zur Kur nach Karlsbad reisen werde.

Wenige Tage später hielt der Alldeutsche Verband eine Vorstandssitzung in Bremen ab.<sup>43</sup> Von da fuhr ich nach Rohbraken zu *Hugenberg*, um ihn über meine Aussprache mit Neumann zu unterrichten und das weitere Vorgehen mit ihm zu verabreden. Da Neumann bis jetzt noch nicht geantwortet hatte, kamen wir beide zu dem Schluss, dass ich ihm nach Karlsbad schreiben und dabei zureden solle. Ich freute mich, bei dieser Gelegenheit zu sehen, dass Hugenberg sich allmählich mit dem Gedanken vertraut gemacht hatte, an massgebender Stelle zu wirken, und dass er sich viel mit den sachlichen Aufgaben beschäftigte, die ihm dann zufallen würden, dass er aber auch die Personenfragen nicht aus dem Auge liess. Da sich gleichzeitig die Lage für das damalige Kabinett zuspitzte, konnte in absehbarer Zeit mit einem Regierungswechsel gerechnet werden. Es schien mir, wenn Oldenburgs Bericht zutraf, nicht ver-

---

<sup>40</sup> Alfred Hugenberg erwarb 1916 mit Mitteln der Wirtschaftlichen Vereinigung die August Scherl GmbH. Johann Neumann war Mitglied im Aufsichtsrat der August Scherl GmbH und Erster Vorsitzender des Verwaltungsrates des Scherl-Verlages. Neumann war darüber hinaus wesentlich in der im März 1916 gegründeten Ostland. Neudeutsche Wirtschaftsgesellschaft m.b.H. zur Förderung der Ansiedlung ehemaliger deutscher Soldaten in Kurland und Litauen aktiv, die bis 1924 engstens mit dem Hugenberg-Konzern verflochten war. Holzbach: Das „System Hugenberg“, S. 44–45.

<sup>41</sup> Bereits am 1.4.1926 war Claß erneut „im Begriff abzureisen“. Otto von Roeder an Sigurd Paulsen, 1.4.1926, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 212, Bl. 227.

<sup>42</sup> Johann Neumann war offiziell parteilos als er 1921 zum Ersten Bürgermeister von Lübeck gewählt wurde, jedoch brachte ihn seine Politik sehr schnell in einen ausgesprochenen Gegensatz zur SPD. 1924 entzündete sich unter anderem eine Auseinandersetzung mit den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und von 1921 bis 1933 Mitglied der Lübecker Bürgerschaft, Julius Leber, um die Verlängerung seiner Amtszeit, die durch eine Volksabstimmung verhindert werden sollte, die Neumann letztlich aber durch Wiederwahl erreichte.

<sup>43</sup> Die Tagung des Gesamtvorstandes des ADV fand am 11.4.1926 in Bremen statt.

wegen, anzunehmen, dass alsdann die Anfänge einer Rechtsschwenkung erreicht werden könnten. So schrieb ich, nach Berlin zurückgekehrt, an Neumann und bat ihn dringend, seine Zusage zu geben. Nach ein paar Tagen kam sein endgültiges Nein.<sup>44</sup>

Hier ist nun zu erwähnen, dass zu Anfang des Jahres 1926 *Fürst Salm* mir berichtet hatte, dass ein alter, zuverlässiger Mitarbeiter aus dem stürmischen Jahre 1923, T., wieder Fühlung mit ihm gesucht habe. Er habe dabei durchblicken lassen, dass er, selbst nationaler Katholik[,] mit einer Gruppe Gleichgesinnter in Verbindung stehe, die auf beiden Seiten der holländischen Grenze grosse Unternehmungen hätten und wirtschaftlich so stünden, dass sie in der Lage und willens wären, für nationale Zwecke grössere Opfer zu bringen. Der Fürst empfahl mir, T. zu empfangen. Das tat ich denn auch, gewann aber bei dem ersten Besuch den Eindruck, dass die früher dem Fürsten gegebene Darstellung von der Gebefreudigkeit der national-katholischen Gruppe mindestens stark übertrieben sei. Um zu sehen, was bei der ganzen Verbindung herauskommen könnte, nannte ich T. einen grösseren Betrag, den der *Alldeutsche Wehrschatz* brauche.<sup>45</sup> Ich stellte ihm die Aufgabe, dieses Geld aufzubringen, und erhielt auch sein Versprechen, dass er sich darum bemühen wolle.

Als ich weiterhin von T. nichts hörte, erinnerte ich ihn an seine Zusage und erhielt darauf rasch die Antwort, er könne sich nicht hinreichend um die Sache kümmern, habe aber einen jüngeren Freund und Gesinnungsgenossen, den er bei mir einführen wolle. Dieser habe bei der Aufbringung der grossen Mittel für den nationalen Zeitungskonzern in Westfalen solche Erfolge gehabt, dass er die Gewähr dafür biete, auch in gleicher Weise für den Wehrschatz erfolgreich werben zu können.

Wirklich erschien kurz darauf T. mit dem gewesenen Studienassessor Dietz<sup>46</sup> und stellte ihn mir als einen gründlich bekehrten früheren Zentrumsman vor, der sich nun zur radikalsten nationalen Auffassung bekenne.<sup>47</sup>

<sup>44</sup> Claß schrieb Anfang April 1926 an Neumann und bat um ein Treffen in Berlin. Claß versuchte Neumann als Reichskanzler für ein überparteiliches Kabinett bei einer politischen Zuspitzung zu gewinnen, was dieser ablehnte. Claß schrieb Neumann wenige Tage später eine Postkarte und bat Neumann erneut, sich das Angebot zu überlegen, worauf der Lübecker Bürgermeister ihm am 18.4.1926 seine endgültige Absage mitteilte. Am 23.4.1926 wandte sich Claß erneut an Neumann, er habe das Schreiben so aufgefasst, dass Neumann im äussersten Falle für die Kanzlerschaft zur Verfügung stehe. Am 25.4.1926 erwiderte Neumann, er habe ihn falsch verstanden und lehnte erneut ab.

<sup>45</sup> Der Deutsche Wehrschatz wurde 1903 für Sammlungen, Spenden und Sondervermögen und zur Nutzung für Propaganda und finanzielle Unterstützung der Verbandsarbeit eingerichtet.

<sup>46</sup> Heinrich Dietz, Promotion, Syndikus bei der Bergisch-Märkischen Zeitung, Mitglied der Zentrumsparterie, 1926 Studienassessor a.D. aus Elberfeld und Zeuge im Putsch-Prozess gegen Claß.

<sup>47</sup> Heinrich Dietz arbeitete für die Bergisch-Märkische Zeitung von Walter Bacmeister und kam zum Zweck einer Geldsammlung für den Alldeutschen Verband 1926 mit Claß in Kontakt. Bacmeister empfahl Dietz bereits Anfang 1922 als eine „massgebende Persönlichkeit“ aus dem Konzern der Bergisch Märkischen Zeitung, den Claß gegebenenfalls in Wien treffen und ihn für eine Besichtigung der DÖTZ empfangen solle. Walter Bacmeister an Claß 19.1.1922, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 392, Bl. 216.

Dietz sagte nun, dass ihm sein älterer Freund T.<sup>48</sup> erzählt habe, worum es sich handele. Er sei gerne bereit, für den Wehrschatz zu sammeln und hoffe auch, dass er bei denen Erfolg haben werde, die ihm früher grosse Mittel für die erwähnten Presse Zwecke zur Verfügung gestellt hätten. Dietz gab auch zu erkennen, dass er von T. über die Zusammenarbeit im Jahre 1923 unterrichtet worden sei, und erkundigte sich über meine Auffassung von der derzeitigen politischen Lage. Ich liess ihn wissen, dass ich eine Rechtsschwenkung für möglich hielt. Da Dietz von T. schon über die Zusammenarbeit mit Hugenberg unterrichtet war, nannte ich auch dessen Namen und knüpfte die Hoffnung daran, dass dieser ausgezeichnete Mann hoffentlich bald an die richtige Stelle gelange. Dietz zeigte sich des weiteren unterrichtet über meinen alten Gedanken, dass nur unter der Diktatur Deutschland in Ordnung gebracht werden könne, und gab sich als einen begeisterten Anhänger dieses Gedankens zu erkennen. Auf seine Frage, ob und wie sich etwa Hugenberg hierzu stelle, wich ich aus und erinnerte ihn daran, dass ja unter allen Umständen jeder Umschwung in unserem Sinne unbedingt legal eingeleitet werden müsse.<sup>49</sup> Dietz war in der Lage, noch die Namen manch<sup>50</sup> anderer Gesinnungsgenossen zu nennen, die im Jahre 1923 mit uns zusammengearbeitet hatten; er konnte sie nur von T. erfahren haben.

Als Dietz nun offenbar mit der Aufbringung von Geld keinen Erfolg hatte, schrieb ich noch einmal an ihn, worauf er nach einiger Zeit mit T. bei mir erschien und darlegte, weshalb er noch nichts erreicht habe. Er versprach, mit erhöhtem Eifer weiterzuarbeiten. Seitdem sah und hörte ich nichts mehr von ihm; ebenso wenig von T.

Anfang Mai kam das Kabinett *Luther*<sup>51</sup> durch die sogen. *Flaggenkrisis*<sup>52</sup> in Schwierigkeiten, und es war mit einer Umbildung der Regierung zu rech-

<sup>48</sup> Die genannte Person bleibt unbenannt.

<sup>49</sup> Damit meinte Claß die legale Ernennung des zukünftigen Diktators durch den Reichspräsidenten über das Amt des Reichskanzlers. Zur zivil-militärischen „Sicherung“ der Diktatur als „Gegenrevolution“ waren in Claß' Rechtsdenken Ausnahmezustand, Notverordnungsrecht und Standrecht legitime Mittel zum Zweck. Siehe auch Anhang 1.

<sup>50</sup> Im Original: mancher.

<sup>51</sup> Hans Luther (1879–1962), 1918–1922 Oberbürgermeister von Essen, 1920 Mitglied des Vorläufigen Wirtschaftsrates, 1922–1923 parteiloser Minister für Ernährung und Landwirtschaft, 1923–1925 Finanzminister, 1925 Reichskanzler, 1926 Minderheitsregierung des zweiten Kabinetts Luther, 1926–1928 Mitglied des Verwaltungsrates der Reichsbahn, 1928–1930 Mitglied und Mitbegründer des Bundes zur Erneuerung Deutschlands (Lutherbund), 1929–1930 Mitglied der Gemeinschaftsdirektion deutscher Hypothekenbanken, 1930–1933 Reichsbankpräsident, 1933–1937 Deutscher Botschafter in Washington D.C.

<sup>52</sup> Siehe auch Vossische Zeitung 7.5.1926. Reichskanzler Hans Luther erließ am 1.5.1926 den Kabinettsbeschluss, dass in deutschen Gesandtschaften und konsularischen Vertretungen neben der Reichsflagge auch die Handelsflagge gehisst werden dürfe. Die SPD, Freie Gewerkschaften und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, aber auch Teile vom Zentrum und den Demokraten protestierten gegen diese restaurative Bestimmung. Paul von Hindenburg unterzeichnete eine leicht abgeschwächte Verordnung am 5.5.1926. Die SPD stellte am 6.5.1926 im Reichstag einen Misstrauensantrag gegen den Reichskanzler. Am 10.5.1926 folgte der Misstrauensantrag der Völkischen Arbeitsgemeinschaft im Reichstag vor allem wegen der zugelassenen Diskussion um Schwarz-Rot-Gold gegen Schwarz-Weiß-Rot als

nen. Ich war kurz zuvor nach Kissingen zur Kur gefahren<sup>53</sup>, wie Neumann nach Karlsbad. Hugenberg befand sich auf seinem Besitze in Rohbraken. Ich verfolgte die politischen Vorgänge mit grosser Spannung und hoffte, dass sich Oldenburgs Ankündigung jetzt verwirklichen werde.

#### 8.4. Hochverratsverfahren gegen mich

Am Christi-Himmelfahrtstag 1926<sup>54</sup> erhielt ich eine Postkarte meiner Tochter, auf der sie mir mitteilte, dass am Tage vorher in meiner Wohnung Haussuchung vorgenommen worden sei, bei der einige Schriftstücke beschlagnahmt worden seien.<sup>55</sup> Ein Kriminalkommissar mit drei Gehilfen habe die ganze Wohnung durchsucht.<sup>56</sup> Da meine Tochter einen genauen Bericht in Aussicht stellte, ging ich ruhig zum Brunnen. Bei meiner Rückkehr in den Gasthof fand ich ihren Brief und einen solchen meines Freundes Bang vor.<sup>57</sup> In ersterem war genau geschildert, wie sich die Haussuchung bei mir abgespielt hatte, aber auch gesagt, dass die uns feindlich gesinnten Zeitungen, besonders die Judenblätter, einen ungeheuren Lärm schlugen. Bang schilderte den Fall als sehr ernst und forderte mich zur sofortigen Rückkehr auf.

Des Feiertags wegen waren die Zeitungen vor 11 Uhr nicht zu haben. Ich konnte mich aber an den in meinem Gasthof gehaltenen Blättern einigermaßen auf das vorbereiten, was bevorstand. Darnach war eine den Bestand der deutschen Republik unmittelbar gefährdende Verschwörung entdeckt worden, an deren Spitze ich zusammen mit Hugenberg stehen sollte, während Neumann als Kanzler vorgesehen sei, dem die Diktatur in die Hände gespielt werden sollte. Die ganze Aufmachung der Presseberichte war so kennzeichnend jüdisch und übertrieben, dass ich lachen musste. Das tat ich auch noch, als ich nachher die eingehenden Berichte der neuangekommenen Berliner Zeitung

---

die von der Rechten eigentlich präferierten Flaggenfarben, und am 12.5.1926 der Misstrauensantrag der DDP. Lediglich die DNVP stimmte der Vorlage im Reichstag zu. Der eingebrachte Misstrauensantrag der SPD erhielt eine Mehrheit und Luther trat am 12.5.1926 zurück.

<sup>53</sup> Die genauen Daten des Aufenthaltes bleiben unklar. Ende April war Claß wegen „hochpolitischer Angelegenheiten“ wohl noch im „Begriff nach Oesterreich abzureisen“. Otto von Roeder an Herrn Kimmerle und Ders. an Bruno Tanzmann, 26.4.1926 und 28.4.1926, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 212, Bl. 246 und 251. Entweder fand diese Reise vorher statt, wurde verschoben oder mit der Reise nach Bad Kissingen zusammengelegt. Am 4.5.1926 war Claß dann offiziell „soeben verreist“ und plante seine Rückkehr nach Berlin für die Zeit kurz vor Pfingsten (23.5.1926). Otto von Roeder an Arnold Ruge, 4.5.1926, in ebd., Bl. 258 und Ders. an Rittergutsbesitzer von Brockhusen, 11.5.1926, in ebd., Bl. 264.

<sup>54</sup> 13.5.1926.

<sup>55</sup> Claß war während der polizeilichen Hausdurchsuchungen am 11. und 12.5.1926 wohl auf Kur in Bad Kissingen. Die Karte von Annelies Claß ist nicht überliefert.

<sup>56</sup> Die Hausdurchsuchung bei Claß in der Rauchstraße 27 wurde durch Kriminalkommissar Scherler als Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft angeordnet. Siehe Unterlagen der SPD zur Besprechung der Großen Anfrage Nr. 134 im Preußischen Landtag, 6.11.1926, in IISHA, NL Grzesinski, G 1459, o. Bl.

<sup>57</sup> Der Brief von Paul Bang ist nicht überliefert.



las. Die politische Polizei und die Judenblätter hatten darin einen wahren Kriminal-Roman zusammengebraut, in dessen Mittelpunkt ich als gefährliches Scheusal stand.

Nachdem ich alles gelesen hatte, was mir zur Hand kam, sagte ich mir, dass die Geschichte so lächerlich sei, dass ich ihrethalben meine Kur nicht abubrechen brauche. In diesem Sinne schrieb ich nach Hause und an Bang.<sup>58</sup> Als ich aber am anderen Tag sah, mit welcher niederträchtigen Bosheit sich die Judenpresse auf *Neumann* und *Hugenberg*<sup>59</sup> stürzte und von ihnen die wahnwitzigsten Schandtaten behauptete, sagte ich mir, dass meine Rückkehr doch geboten sei, um beide Freunde in Schutz zu nehmen. Des weiteren schien es mir richtig, da in allem Ernste behauptet wurde, das Verfahren wegen Hochverrats sei gegen mich eröffnet, mich unaufgefordert dem Oberreichsanwalt zu stellen. So beschloss ich, am 14. Mai nach Berlin zurückzukehren.<sup>60</sup>

Wie ich aus den Blättern bei meiner Abreise ersehen konnte, hatte sich folgendes zugetragen: Dietz war in Berlin gewesen und hatte dort alte Zentrumsfreunde von früher aufgesucht und mit diesen gekneipt.<sup>61</sup> Dabei hatte er davon gesprochen, dass in allernächster Zeit eine politische Umstellung erfolgen werde, und hatte wohl auch das Wort Diktatur gebraucht. Seine Freunde meldeten den Vorgang der politischen Polizei, und diese entsandte einen Beamten nach dem Wohnort von Dietz, der ihn dort vernehmen und gegebenenfalls verhaften sollte.<sup>62</sup> Dietz hatte diesem Beamten erklärt, dass er mit mir in Verbindung stehe, und *dass ich die Aufrichtung einer Diktatur plane*. Bei dieser Umgestaltung seien Bürgermeister *Dr. Neumann* und Geheimrat *Dr. Hugenberg* für die massgebenden Stellen in Aussicht genommen. Bei der sofort vorgenommenen Haussuchung bei Dietz wurde neben den paar nichtssagenden

<sup>58</sup> Dieser Schriftwechsel mit Annelies Claß und Paul Bang ist nicht überliefert.

<sup>59</sup> Entsprechend der veröffentlichten Notverordnung sollte Johann Neumann als Reichskanzler, Alfred Hugenberg als Finanzminister, als Innenminister Leo Wegener, als Reichswehrminister General Arnold von Möhl und als Ernährungsminister Ferdinand Freiherr von Lüninck ernannt werden. Otto Fürst zu Salm-Horstmar und Elard von Oldenburg-Januschau waren als Verbindungsmann zu Wilhelm II. im Doorner Exil vorgesehen. Die militärische Absicherung des Kabinetts sollte nach Absprache zwischen den Wehrverbänden Bund Wikig, Sportverein Olympia und dem nationalverband Deutsche Offiziere durch General Arnold von Möhl, Admiral Ludwig von Schröder, Oberst Walter Nicolai, Major Hans von Sodenstern erfolgen. Die Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung sollten die Finanzierung des Unternehmens sicherstellen.

<sup>60</sup> Claß kam am Samstag, den 15.5.1926 aus Bad Kissingen zurück. Die Weiterreise zum Verbandstag des ADV in Österreich, der vom 22.–24.5.1926 in Gmunden stattfand, sagte Claß daraufhin ab. Paul Bang und Eduard von Liebert hielten auf der Hauptversammlung am 23.5.1926 als Vertreter des ADV aus Berlin die Reden. Otto von Roeder an Konstantin von Gabsattel, 19.6.1926, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 212, Bl. 295 und Alldeutsche Blätter 29.5.1926.

<sup>61</sup> Siehe auch Bericht Karl August Werner, 13.7.1927, in IISHA, NL Albert Grzesinski, Bd. 1465, Bl. 7.

<sup>62</sup> Heinrich Dietz wurde bereits am 6.5.1926 in Elberfeld in seiner Wohnung in der Blumenstraße 13/I durch Regierungsassessor Dr. Wolfgang Schmidt vernommen. Bericht Karl August Werner, 13.7.1927, in IISHA, NL Albert Grzesinski, Bd. 1465, Bl. 7.

Briefen von mir eine sogen. *Notverordnung* gefunden, von der Dietz behauptete, dass sie in der angestrebten Diktatur durchgeführt werden sollte.<sup>63</sup>

Was bis dahin geschah, wurde in aller Stille betrieben, und der Beamte der politischen Polizei nahm Dietz mit sich nach Berlin.<sup>64</sup> Seine Aussage veranlasste die Haussuchung bei mir; einige Schriftstücke, die man gefunden hatte, wurden so ausgelegt, als ob man in mir das Oberhaupt einer Verschwörung gefunden hätte.<sup>65</sup>

Eine besondere Rolle spielte dabei das Verzeichnis der 12 Mitglieder der sogen. „*Wirtschaftlichen Vereinigung*“<sup>66</sup>, eines von der Industrie geschaffene-

<sup>63</sup> Diese Notverordnung, die bei Heinrich Dietz während der Hausdurchsuchungen in seinem Wohnort in Elberfeld gefunden wurde, war eine Abschrift. Claß erklärte entsprechend des Berichts des Oberreichsanwalts in der Beweisaufnahme, ihm sei die Notverordnung „zur Zeit des Ruhreinbruchs vermutlich aus München zugeschickt worden mit einem Begleitschreiben, wonach die Verordnung von einem juristisch gebildeten Auslandsdeutschen herrühre. Das habe er seinerzeit nicht geglaubt. Er habe auf dem ihm übersandten Exemplar eine Bemerkung des Inhalts gemacht, daß in der Verzweiflung auch der Gutgesinnte zu verzerrten Vorschlägen gelangen könnte, das Exemplar eine Zeitlang als Kuriosität aufbewahrt und dann abgelegt [...].“ Siehe Bericht Karl August Werner, 13.7.1927, in IISHA NL Albert Grzesinski, Bd. 1465, Bl. 10–11.

<sup>64</sup> Heinrich Dietz wurde daraufhin in Berlin am 10. und 11.5.1926 durch Wolfgang Schmidt und den Berliner Polizeivizepräsidenten Ferdinand Friedensburg vernommen. Bericht Karl August Werner, 13.7.1927, in IISHA, NL Albert Grzesinski, Bd. 1465, Bl. 7.

<sup>65</sup> Heinrich Dietz, der nach eigener Aussage seit einem Jahr mit Claß zum Zweck von Geldsammlungen für die Deutsche Zeitung und für den Wehrschatz des ADV in engeren Kontakt getreten war, sprach nun in zum Teil auch für die vernehmenden Beamten widersprüchlichen Zusammenhängen von konkreten Vorbereitungen, die zu Waffenlieferungen von 200.000 Gewehren (an der russischen Grenze oder aus Holland) sowie weiteren 50.000 Gewehren in Holland oder im Hamburger Hafen für Oberst Walter Nikolai von den VVVD als Leiter der militärischen Planungen bereit liegenden und finanziellen Vorbereitungen im westlichen Industriegebiet beschafft werden sollten. Claß war durch die Putschplanungen des Jahres 1923 und den zuvor ergangenen Verboten des DvSTB sowie zahlreicher Landesverbände des ADV nach dem Republikenschutzgesetz von 1922 sowie durch den Seeckt-Prozess 1924 im Fokus der öffentlichen Beobachtung und er war durch seine in der Deutschen Zeitung am 12.4.1926 veröffentlichten Rede auf dem alldeutschen Verbandstag in Bremen am 11.4.1926 erneut den Behörden aufgefallen. Auch die Neuauflage seines „Kaiserbuchs“ aus dem Jahr 1912, das 1925 in 7. Auflage erschien, wurde mit seinen Diktaturforderungen während des Verfahrens 1926–1927 zur Herausarbeitung von Claß' allgemeinen Diktaturgedanken herangezogen. Hinzu kamen Äußerungen seitens des Jungdeutschen Ordens, Claß wolle durch eine abgesprochene Arbeiterentlassung in bestimmten Industrieunternehmen wie Borsig einen Linksputsch provozieren, um dann von rechts eingreifen zu können. Nachdem in Der Jungdeutsche am 20.5.1927 von solchen Äußerungen einer forcierten Gewaltanwendung von Claß gegenüber Mahraun die Rede war, wurde auch Arthur Mahraun und Bornemann als Geschäftsführer des Jungdeutschen Ordens als Zeugen geladen. Mahraun hatte schon 1926 eine Denkschrift über Aufmarschpläne der Wehrverbände zusammengestellt, die bei der Beweisführung mit ausgewertet wurde. Siehe dazu Bericht Karl August Werner, 13.7.1927, in IISHA, NL Albert Grzesinski, Bd. 1465, Bl. 1–60. Dieser Aufmarschplan ist bei Claß auch nicht während der Hausdurchsuchung 1926 gefunden worden. Erklärung Heinrich Claß, in Der Tag 27.5.1926 sowie Vorwärts 27.5.1926.

<sup>66</sup> In einer zusammengestellten Abschrift aus den Polizeiberichten von 1926 findet sich im Nachlass Leo Wegener der Auszug zu den bei Ludwig Bernhard beschlagnahmten Papieren: „An sich sind alle diese Schriftstücke für die Untersuchung bedeutungslos, doch erscheint es angebracht, die Satzungen der Wirtschaftlichen Vereinigung zur Förderung der

nen Ausschusses zur obersten Verwaltung des „nationalen Zweckvermögens“, das in Rheinland-Westfalen während des Krieges aufgebracht worden war. Ich hatte mir dieses Verzeichnis bereitegelegt, um einzelne der darin aufgeführten Herren um Beihilfen anzugehen, falls die Bemühungen von T. und Dietz erfolglos bleiben sollten. Jetzt schloss die politische Polizei höchst willkürlich, dass die Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung meine Mitverschworenen seien, und ordnete bei allen, soweit sie nicht als Abgeordnete „immun“ waren, ebenfalls Haussuchungen an. Nicht minder geschah dies bei den Trägern einiger Namen, die Dietz bei seiner Berliner Vernehmung genannt hatte. So gab es einen wahren Hexensabbath; ganze Schwärme von Beamten der politischen Polizei wurden in das Land hinausgesandt und auf die den Berliner Stellen Verdächtigen losgelassen.<sup>67</sup> Nicht weniger als 25 Haussuchungen fan-

---

geistigen Wiederaufbaukräfte vorläufig zurückzuhalten. Denn aus diesen Satzungen ergeben sich die Unterlagen und die Richtung zwischen Geh. Finanzrat Hugenberg, Bürgermeister Neumann, Professor Bernhard und den anderen Männern, gegen die seitens der preußischen Verwaltungsbehörden der Verdacht erhoben worden ist, dass sie sich zur Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens vereinigt haben“ („Erwähnung Hugenberg aus den Akten des Class-Prozesses“, Abschriften aus dem Polizeibericht für den Oberreichsanwalt, o.D. [1926, Bd. I, Zitat hier S. 35], in BA-Koblenz, N 1003 Leo Wegener, Bd. 69). Die Wirtschaftsvereinigung zur Förderung der geistigen Wiederaufbaukräfte wurde 1919 als Dachorganisation zur Finanzierung und Koordination des Hugenberg-Medienkonzerns gegründet. Bis Jahresanfang 1919 wurden über 33 Millionen Mark von der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, der Friedrich Krupp AG, der Hugo Stinnes GmbH, dem Zechenverband, der Phoenix AG und dem Rheinisch-Westfälischen Kohlesyndikat aufgebracht. Die Wirtschaftsvereinigung hatte 12 Mitglieder. Es standen 1926 aus der Wirtschaftlichen Vereinigung neben Albert Vögler (Vereinigte Stahlwerke AG, RWE und Reichsverband der Deutschen Industrie), Johann Neumann (Senator und Bürgermeister in Lübeck), Leo Wegener (Direktor des Provinzialverbandes der Raiffeisen-Genossenschaften Posen), Emil Kirdorf (Mitbegründer des Rheinisch-Westfälischen Kohlesyndikats), Hermann Winkhaus (Köln-Neu-Essener Bergwerksverein), Hans von und zu Loewenstein (Bergbauverein) und Alfred Hugenberg auch noch der Stellvertretende Vorsitzende der Bergbaugesellschaft, Eugen Wiscott, und der Berliner Nationalökonom Professor Ludwig Bernhard unter Verdacht. Darüber hinaus waren auch Johann Bernhard Mann als enger Vertrauter Hugenbergs, der ehemalige preußische Finanzminister von 1917 bis 1918 und DNVP-Parteivorsitzende von 1918 bis 1924, Oskar Hergt sowie das Vorstandsmitglied der Rheinischen Stahlwerken Duisburg-Meiderich und Reichswirtschaftsminister von 1922 bis 1923, Johann Becker, Mitglieder. Die Wirtschaftliche Vereinigung war als Holding-Gesellschaft, die vor allem über die Ostdeutsche Privatbank agierte, zudem Mehrheitseigner bei den wesentlichen Unternehmungen des sogenannten Hugenberg-Konzerns. Ludwig Bernhard gab an, daß die Wirtschaftsvereinigung 93,75 % der Anteil bei der August Scherl GmbH, 80 % der Anteile der Vera-Verlagsanstalt GmbH, 89 % der Ala-Anzeigen AG, 87 % der Telegraphen-Union GmbH und 75 % der Ufa AG besaß. Bernhard: Der Hugenberg-Konzern, S. 96. Siehe auch Holzbach: Das „System Hugenberg“, S. 194 und 303–307. Siehe auch Guratzsch: Macht durch Organisation. Entsprechend § 1 der Satzung diente der Zweck des Vereins nicht der Gewinnausschüttung der Presseunternehmungen an seine Mitglieder, sondern der „Ertrag des Vereins soll ausschließlich dazu dienen, von Jahr zu Jahr ohne Eingehung von dauernden Verpflichtungen gemeinnützige, im Sinne der Vereinsaufgaben liegende Zwecke zu unterstützen.“ Zitiert in Kriegk: Hugenberg, S. 55.

<sup>67</sup> Claß sprach polemisch von einem „Femeverfahren“ und beantragte beim preußischen Innenminister Carl Severing ein Disziplinarverfahren gegen den Regierungsassessor Dr. Wolfgang Schmidt vom Berliner Polizeipräsidium, vor allem wegen dessen Behauptung, Claß habe mit dem Kapp-Putsch 1920 zu tun gehabt, weil auch Paul Bang für ein Putsch-Kabi-

den am 13. Mai statt<sup>68</sup> – alle ohne Ergebnisse, obwohl die Abteilung 1a des Berliner Polizeipräsidiums<sup>69</sup> dem Oberreichsanwalt gemeldet hatte, es sei umfangreiches belastendes Material gefunden worden. Der *Reichsaussenminister Stresemann*, ein ausgesprochener Gegner Hugenbergs, forderte die politische Polizei auf, rücksichtslos – auch ohne Beachtung der Abgeordneten-Immunität – durchzugreifen, was zweifellos auf Hugenberg gemünzt war. Die Presseabteilung des Preussischen Innenministeriums arbeitete in schönster Eintracht mit der uns feindlichen gesinnten Presse. Sie gab der Strafprozessordnung zuwider den Wortlaut beschlagnahmter Schriftstücke bekannt und tat alles, um eine ungeheure Erregung zu schaffen. Dabei kam ihr die sogen. *Notverordnung*, das angebliche Grundgesetz der kommenden Diktatur, vortrefflich zustatten.<sup>70</sup> Ja, es wurde zugelassen, dass ihr Wortlaut in grosser Aufmachung in weiten Teilen des Reiches veröffentlicht wurde, und zwar unter der schreienden Überschrift: „Hugenbergs Regierungsprogramm.“

In Berlin angekommen, erfuhr ich, dass *Neumann* zufällig an dem Tage, an dem der Sturm losbrach, auf der Rückreise von Karlsbad nach Lübeck in Berlin gewesen sei und hier von der Sache gehört habe. Er habe sich darauf schleunigst nach Hause begeben und offenbar den Fehler gemacht, in seiner Erklärung dem Senat gegenüber zu leugnen, dass ich mit ihm wegen der möglichen Übernahme der Kanzlerschaft oder eines anderen wichtigen Postens verhandelt hätte.<sup>71</sup> So brach gegen ihn in Lübeck, von den Marxisten, Demo-

---

nett von Wolfgang Kapp zur Verfügung stand. Claß an Severing in Berliner Lokal-Anzeiger 1.6.1926. Siehe auch Deutsche Zeitung 1.6.1926.

<sup>68</sup> Es fanden Hausdurchsuchungen nicht nur bei Claß, der Geschäftsstelle des ADV in Berlin und den Büroräumen der Neudeutschen Verlags- und Treuhandgesellschaft statt. Auch der Bund der Großdeutschen, die Redaktion der Deutschen Zeitung, der Wiking-Bund, die VVVD, die Olympia, der Wehrwolf, der Jungdeutsche Orden gerieten unter Verdacht. Ebenso führende Persönlichkeiten von der Wirtschaftlichen Vereinigung wie Emil Kirdorf, Eugen Wiskott, Albert Vögler, Fritz Winkhaus, Hans von und zu Loewenstein zu Loewenstein, Leo Wegener, Johann Neumann, Admiral August Ludwig von Schroeder, Hermann Freiherr von Lüninck als Vorsitzender der rheinischen Landwirtschaftskammer, Oberst a. D. Walter von Nicolai, Oberst Knauer, Kapitän Johann Bernhard Mann als enger Mitarbeiter Hugenbergs, Ludwig Bernhard, Ludwig Witthoeft, von den VVVD Walter Tourneau, Oberst Friedrichs, Oberst Hans von Luck vom Sportverein Olympia, Major Hans von Sodenstern als Führer des Wiking-Bundes und Hauptschriftleiter der Deutschen Zeitung sowie Eduard Stadler und Paul Prochnow und Arnold Ritter von Möhl von der Vereinigung Bayerntreue. Siehe auch „Die Hausdurchsuchungen bei den rheinisch-westfälischen Wirtschaftsführern nach Urkunden und Berichten als Grundlage zur rechtlichen Nachprüfung zusammengestellt von Walter Luetgebrune-Göttingen“, o. D. [c. 1926/27], BBA, NL Kirdorf BBA 55, Bd. 415 und Deutsche Zeitung 29.10.1927. Bei Alfred Hugenberg fanden aufgrund seiner parlamentarischen Immunität 1926 keine Hausdurchsuchungen statt. Anders Holzbach: Das „System Hugenberg“, S. 194.

<sup>69</sup> Berliner Polizeipräsidium – Abteilung IA: Politische Polizei.

<sup>70</sup> Siehe Anhang Dokument Nr. 1.

<sup>71</sup> Eine erste Aussprache zu den Putsch-Vorwürfen gegen Johann Neumann fand in der Lübecker Bürgerschaft am 17.5.1926 statt. Siehe Bürgerschaft zu Lübeck 9. Sitzung, 17.5.1926, S. 396–446, in StA Lübeck, 1.2. neues Senatsarchiv, Bd. 635. Neumann nahm am 26.5.1926 im Senat zu dem eingebrachten Misstrauensantrag gegen ihn Stellung. Siehe Bürgerschaft zu Lübeck 10. Sitzung, 26.5.1926, S. 454–472, in ebenda.

kraten und Kommunisten geführt, ein Sturm aus, als die politische Polizei den zwischen uns geführten Briefwechsel, soweit er bei mir beschlagnahmt worden war und in ihren Kram passte, veröffentlichte. Neumann fiel diesem Sturme zum Opfer.<sup>72</sup>

Anders verhielt sich Hugenberg, der keinen Augenblick daran dachte, mich preiszugeben oder seine Beziehungen zu mir zu leugnen. Er erklärte vielmehr sofort öffentlich, dass er mit mir in alten freundschaftlichen Beziehungen stehe und nicht habe [ver]hindern können, dass ich in ihm einen brauchbaren Reichskanzler sähe. Er habe aber trotz seiner ablehnenden Haltung immer von mir die Antwort erhalten: ich hielte ihn unter den heutigen Umständen für den einzigen dem Amte gewachsenen Staatsmann, und damit habe er sich bescheiden müssen. Ich selbst hatte sofort nach meiner Rückkehr eine Unterhaltung mit Bang und Hugenberg und beschloss am folgenden Tage, einem Montag, eine Erklärung an die Öffentlichkeit zu geben.<sup>73</sup>

Hugenberg war mit deren Entwurf einverstanden. Ich sagte darin, dass ich von dem Rechte jedes Staatsbürgers Gebrauch gemacht hätte, der den herrschenden Zustand für verderblich halte und nach Abhilfe ausschaue, mir den Kopf darüber zu zerbrechen, wer der geeignete Mann sei, um das Vaterland zu retten, und unter welchen Umständen man diesem zur Macht verhelfen könne. Dieses Recht liesse ich mir von niemandem bestreiten, und wenn ich einen Mann, den ich in mehr als 25-jähriger Verbundenheit so genau kennengelernt hätte, wie Hugenberg, als die gegebene Persönlichkeit ansehe, so werde mich nichts hindern, für ihn einzutreten. Dasselbe gelte für Dr. Neumann. In beiden Fällen hätte ich mich nicht durch die Absage oder die mangelnde Geneigtheit der beiden daran hindern lassen, für ihre Berufung im gegebenen Falle zu wirken. Wenn das nach den neuen Anschauungen der demokratischen Herrschaften bereits Hochverrat sei, dann sei dagegen nichts zu machen. Ich müsse es aber ablehnen, mich mit solchem Unsinn auseinanderzusetzen. Diese Frage, ob ein unabhängiger, keiner Partei angehörender Bürger befugt sei, angesichts des entsetzlichen Zustandes des Vaterlandes nach Rettern auszuschaun, sei der Kernpunkt, den die Presse, vor allem die jüdische, mit ihrem Theater zu verschleiern versuche. Alles übrige Drumherum sei ein Spuk, darauf berechnet, die öffentliche Meinung weniger gegen mich, als gegen eine kommende Rechtsregierung, die man links offenbar vorausfühle und selbst für unvermeidlich halte, von vornherein einzunehmen. Man wolle sie so belasten, dass der

---

<sup>72</sup> Die Veröffentlichung des Briefwechsels in der Presse ab dem 12.5.1926, die folgenden Untersuchungen und ein von SPD, KPD und Teilen der DDP angestregtes Misstrauensvotum in der Lübecker Bürgerschaft am 26.5.1926, das mit 43 gegen 33 Stimmen ausging, führten letztlich zum Rücktritt des parteilosen Neumann am 2.6.1926 als Bürgermeister – einem Tag vor Beginn der 700-Jahrfeier Lübecks. Lübecker Zeitung 27.5.1926. Neumann blieb jedoch sehr populär beim Lübecker Bürgertum. Er wurde nicht zuletzt dreimal zwischen 1920 und 1926 wiedergewählt. Die von ihm nach seinem Rücktritt mitbegründete Sammlungsbewegung Hanseatischer Volksbund koordinierte für die Rechte (vor allem DNVP und DVP) den Bürgerschaftswahlkampf für den 14.11.1926, der dem Wahlbündnis 44 % der Stimmen brachte, während die SPD nur 42 % der Stimmen erreichte.

<sup>73</sup> Erklärung Heinrich Claß in Deutsche Zeitung, 18.5.1926.

Reichspräsident nicht den Entschluss finde, Männer zu berufen, die mit dem Vorwurf des Hochverrats in Verbindung gebracht worden waren.

Meine Erklärung entlastete auch Neumann und Hugenberg vollkommen, indem ich alles, was wirklich geschehen war, auf meine Kappe nahm. Gleichwohl raste der Sturm weiter, und besonders Neumanns Gegner in Lübeck boten, wie gesagt, alles auf, um ihn als der Lüge überführt hinzustellen. Das weitere Verhalten des Lübecker Bürgermeisters war männlich und würdig. Nachdem festgestellt war, dass Neumann sich meinen Plänen vollkommen versagt hatte, schrumpfte die Anklage gegen ihn dahin zusammen, dass er zugestandenemassen mit einem so ruchlosen Feinde der Republik, wie mir, freundschaftliche Beziehungen unterhalten habe und noch vor kurzem mit mir zusammengekommen sei. Echt demokratisch: über dieses Verbrechen kam ein regierender Bürgermeister im Jahre 1926, obwohl seine Amtsführung auch von seinen Gegnern als tadellos anerkannt wurde, zu Fall!

Für mich entstand, nachdem ich meine Freunde durch meine öffentliche Erklärung entlastet hatte, die Frage, was ich nun tun sollte. Schon in meiner Abwesenheit hatten meine Angehörigen den mir befreundeten Justizrat *Dr. Hahn* zu meinem Verteidiger bestellt. Mit ihm besprach ich die Sachlage und gab ihm kund, dass ich kurzer Hand und unangemeldet nach Leipzig fahren wolle, um mich dem Oberreichsanwalt *Dr. Ebermayer*<sup>74</sup> zu stellen. Hahn fand diesen Plan ausgezeichnet, und so machte ich mich tags darauf auf den Weg und liess mich bei dem Haupte der Reichsanwaltschaft melden. Mir wurde aber der Bescheid [übermittelt], dass der Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer am selben Tage nach Berlin gefahren sei, dass aber der Sachbearbeiter, Reichsanwalt Dr. Ni[e]thammer<sup>75</sup>, mir zur Verfügung stehe.<sup>76</sup>

<sup>74</sup> Ludwig Ebermayer (1858–1933), 1883 Staatsanwalt in Straubing, 1884 Amtsrichter in Neuburg/Donau, 1890 Staatsanwalt in Bayreuth, 1894 Landgerichtsrat in Bamberg, 1899 Staatsanwalt in Bamberg, ab 1902 Richter am Reichsgericht in Leipzig, 1911–1914 Mitglied der Kommission zur Strafrechtsreform, 1921–1926 auf Vorschlag des Reichsrats Oberreichsanwalt in Leipzig, u. a. 1921–1927 Leipziger Prozesse zur Aufarbeitung von deutschen Kriegsverbrechen, Prozess zum Kapp-Putsch 1920, zum Mord an Walther Rathenau und Hochverratsprozess wegen des Vorwurfes von Putschplanungen gegen Claß 1926–1927, Mitherausgeber u. a. der Deutschen Juristenzeitchrift.

<sup>75</sup> Emil Niethammer (1869–1956), 1897–1921 Richter im württembergischen Staatsdienst, 1922 Reichsanwalt, Verteidiger von Fememördern, Republikfeinden und rechten Putschisten, 1924 umstrittener Ankläger im Prozess gegen die Organisation Consul vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik nach dem Mord an Walther Rathenau, 1927 Mitarbeiter am Olshausen-Kommentar zum Strafgesetzbuch, 1930–1936 Reichsgerichtsrat am Reichsgericht Leipzig, Mitarbeit am Kommentar zum Loewe-Hellberg-Rosenberg Kommentar zur Strafprozessordnung (ab 1933), bis 1939 Mitglied der Kommission für die Erneuerung des Strafrechts, 1940–1945 Gutachter in der Reichs- und Landesgesetzgebung, 1946 Mitglied der CDU und Alterspräsident der Beratenden Landesversammlung des Landes Württemberg-Hohenzollern, Mitglied des Landtages für Württemberg-Hohenzollern, 1947 Präsident des Oberlandesgerichts und Präsident des Staatsgerichtshofes, 1948 Vorsitzender des Kompetenzgerichtshofes, 1949 Vorsitzender des Dienststrafsenats, 1950 Ruhestand, 1953 Berufung zur Großen Strafrechtskommission.

<sup>76</sup> Freiwillige Erklärung Heinrich Claß 21.5.1926, in BA-Berlin, R 3001, Bd. 12008, Bl. 48.

Nun hatte ich ein Erlebnis eigener Art. Ich traf einen [vorbildlichen]<sup>77</sup> Wächter des Rechts. In behaglicher schwäbischer Mundart begrüßte er mich und erklärte sich bereit, mir Auskunft zu geben, soweit er dies tun dürfe. Ich schilderte ihm darauf als den wesentlichen Anlass meines Besuches die mir von einem Kissinger Arzt dargestellte Notwendigkeit, sobald als möglich zu erfahren, was man mit mir vorhabe, damit ich mich über die Fortsetzung oder weitere Unterbrechung meiner Kur schlüssig machen könne. Natürlich kam es mir auch darauf an, wenn irgend möglich zu ermitteln, welche Schriftstücke bei mir beschlagnahmt worden waren, weil der Kriminalkommissar meinen Kindern trotz ihres ausdrücklichen Verlangens keine Bescheinigung darüber ausgestellt hatte.

Der Reichsanwalt fragte mich, ob ich bereit sei, mich sogleich vernehmen zu lassen, und rief nach meiner bejahenden Antwort durch Fernsprecher einen Protokollführer herbei. Noch bevor dieser eingetroffen war, trat er an mich heran und sagte mit tiefer Traurigkeit im Blick in den Augen: „das muss ja furchtbar sein. Sie haben in Ihrer nächsten Nähe einen Verräter.“ Als ich dies lächelnd abwehre, meinte er: „Es kann gar nicht anders sein. Sie werden ja sehen.“ Dann schnell noch: „Bevor der Protokollführer kommt, noch eins: Die ganze Sache geht viel weniger gegen Sie, als gegen den Reichspräsidenten. Das ist ein ganz ruchloser Vorstoß Preussens gegen das Reich.“

Nachdem der Protokollführer nahegetreten war, meinte der Reichsanwalt von sich aus, die Vernehmung werde am besten an Hand der beschlagnahmten Schriftstücke vor sich gehen, die dann im einzelnen durchzugehen wären. Ich war hiermit einverstanden und bekam dann diese Stücke nacheinander in die Hand. Zu jedem äusserte ich mich und konnte Erklärungen abgeben, die gegen den mir angedichteten Hochverrat sprachen. Ich hatte den Eindruck, dass der Reichsanwalt sehr schnell von der Haltlosigkeit der Auffassung der politischen Polizei und des [p]reussischen Innenministeriums überzeugt war.

Als die Schriftstücke an die Reihe kamen, die sich auf meinen Verkehr mit T. und Dietz bezogen, hatte ich einleitend einen Abriss über meine Beziehungen zu diesen beiden „nationalen“ Katholiken zu geben. Ich merkte an den Fragen, die an mich gestellt wurden, dass der Reichsanwalt Dietz als dem von ihm früher erwähnten Verräter in meiner nächsten Umgebung ansah. Deshalb legte ich Wert darauf, festzustellen, dass es sich bei ihm nur um eine ganz junge und oberflächliche Bekanntschaft handele, die für mich nur den Zweck hatte, wie durch T., so auch durch ihn den Versuch zu machen, den sehr schwachen Mitteln des Wehrschatzes aufzuhelfen. Ich konnte des weiteren sagen, dass Dietz nicht, wie der Reichsanwalt vermutete, zu meinen vertrauten Mitarbeitern gehörte. Dass er von meinen politischen Ansichten nur soviel erfahren hatte, als zu dem Werbegeschäft nötig war, und dass sein angebliches oder wirkliches Wissen über unsere Pläne und über Personen wohl von T. her-

---

<sup>77</sup> Einschub im Originalmanuskript. In der Textfassung FZH 11/C2 in den Fließtext übernommen.

rühre, dessen Kenntnis indes auch nicht aus der letzten Zeit stammte, sondern aus der unserer Zusammenarbeit während des Ruhreinbruches.

Bevor das Protokoll abgeschlossen wurde, beauftragte der Reichsanwalt den Protokollführer, noch irgendeinen Bestandteil zu den Akten herbeizuholen, und benutzte unser Alleinsein dazu, mir den *Geheimericht der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidioms an den preussischen Minister des Innern* zu zeigen, um seine frühere Behauptung zu begründen, dass die ganze politische Unternehmung ihr letztes Ziel im Reichspräsidenten von Hindenburg habe.

In diesem ungeheuerlichen Schriftstück, das von dem 28-jährigen Assessor *Dr. Schmidt*<sup>78</sup> unterzeichnet war, wurde nicht mehr und nicht weniger behauptet, als dass ich im Mittelpunkt einer grossen monarchistischen Verschwörung stände, die engste Beziehungen nach England habe und von dort aus reichlich mit Geld unterstützt werde.<sup>79</sup> Selbstverständlich handle ich im Einverständnis mit *Kaiser Wilhelm II.*, der wiederum mit seinem Vetter, dem *König Georg dem Fünften von England*<sup>80</sup> in Verbindung stehe und von ihm die nötigen Geldmittel zur Förderung der monarchistischen Gegenrevolution erhalte.<sup>81</sup> Mein Verbindungsmann nach Doorn sei *Fürst Otto zu Salm-Horstmar*

<sup>78</sup> Gemeint ist Assessor Dr. Wolfgang Schmidt (1897–1978), 1918 Provinzialvorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats für Ostpreußen, 1919 Mitglied der SPD, 1919 Gerichtsreferendar, 1919–1920 Stellvertreter des Reichs- und Preussischen Staatskommissars, 1920 während des Kapp-Putsches Verurteilung zum Tode, bis 1922 Jurist beim Deutschen Landarbeiterverband, 1923 Gerichtsassessor bei der Regierung in Königsberg, 1923/24–1928 in der Leitung des Berliner Polizeipräsidioms, 1926 während des Putsch-Prozesses gegen Claß Dezernent für Staats- und Verfassungsschutz im Berliner Polizeipräsidium in der Abteilung IA: Politische Polizei, 1928 Landrat in Gerdaunen/Ostpreußen, Abberufung und Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, 1931 Landrat bei der Regierung Köln, 1933 Entlassung, 1933–1938 Juristischer Hilfsarbeiter bei der Regierung Köln, 1938–1945 Angestellter der Ford-Werke in Köln, 1945 Polizeipräsidium Hamburg, 1946 Landrat beim Oberpräsidium Nordrhein-Provinz, 1946 Ministerialdirigent und Leiter der Abt. II im Innenministerium, 1948–1954 Ministerialdirektor und stellvertretender Bevollmächtigter von Nordrhein-Westfalen beim Länderrat in Frankfurt/Main und ab 1949 im Ministerium für Bundesangelegenheiten, Mitglied des Rechts- und Innenpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD.

<sup>79</sup> Unter dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Berlin, Albert Grzesinski, ging die Berliner Polizei konsequent gegen KPD und NSDAP vor und versuchte mit dem Putsch-Prozess gegen Claß auch den Alldeutschen Verband zu verbieten, nachdem ein vollständiges Verbot in allen Ländern nach dem Republikenschutzgesetz 1922 nicht erfolgt war. Unter anderem wegen Behauptungen, Claß habe auch am Kapp-Putsch 1920 teilgenommen, beantragte Claß gegen Schmidt ein Disziplinarverfahren. Claß an Carl Severing, 1.6.1926, in Deutsche Zeitung 1.6.1926.

<sup>80</sup> George V. (1865–1936), 1910–1936 König des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Irland und Kaiser von Indien (Irland erhielt 1921 Dominion-Status, 1922 Gründung des Irischen Freistaates).

<sup>81</sup> Desweiteren gab es nach Auskunft der Geschäftsstelle des ADV um die Jahreswende 1925/26 weiteren Kontakt nach Doorn. Die Prinzessin von Preußen (Kaiserin Hermine) habe nach dem Brief von Wilhelm II. mit Claß Kontakt aufgenommen, „um politische Auskunft zur Gesamtlage gebeten“. Claß habe ihr daraufhin geantwortet. Siehe Leopold von Vietinghoff-Scheel an Carl Röhlhing 19.5.1926, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 212, Bl. 288.



und zum Reichspräsidenten Herr *von Oldenburg-Januschau*.<sup>82</sup> Damit war unzweideutig gesagt, dass der Reichspräsident Mitwisser dieses verbrecherischen Tuns sei. Als ich über diesen Geheimbericht zunächst nur lachte und dann mit ein paar Worten die unerhörte Dummheit und Verworfenheit des Inhalts kennzeichnete, entschloss sich der Reichsanwalt, mich auch darüber zu vernehmen, so dass ich amtlich Kenntnis von dem Vorhandensein des Berichts erhielt.

Als der Protokollführer zurückgekehrt war, gab ich meine Aussage hierüber ab; sie lautete sehr kurz und eindeutig. Am Schlusse der Vernehmung bat ich, mir ein Verzeichnis der beschlagnahmten Schriftstücke zu überlassen, da die Polizei dies bei der Haussuchung nicht getan habe. Der Reichsanwalt hatte kein Bedenken, diesem Wunsche zu willfahren.

Nachdem die Vernehmung abgeschlossen war und der Protokollführer sich entfernt hatte, sprach der Reichsanwalt noch kurz ausserdienstlich mit mir über das Ergebnis der Vernehmung und liess durchblicken, dass die ganzen polizeilichen Behauptungen schon jetzt so gut wie widerlegt seien. So konnte ich nach Berlin mit der Gewissheit zurückkehren, dass der ganze Schwindel in sich zusammengebrochen sei, so dass ich den etwaigen Fortgang der Untersuchung mit der grössten Gemütsruhe abwarten könne. Anders verhielt es sich mit den politischen Auswirkungen, die sich allmählich sehr deutlich abzeichneten, wie auch das Verfahren der politischen Stellen klar erkennen liess, welche Absichten dabei verfolgt wurden.

Genau in den Tagen, in denen die Hetze gegen mich und die anderen Hochverräter losging, war wirklich die sogen. *Flaggenkrise* eingetreten, die zum Rücktritt des Reichskanzlers *Luther* führte. Von der Berufung eines der Rechten angehörigen Reichskanzlers war nunmehr selbstverständlich nicht die Rede. Vielmehr erhielt der Zentrumsführer *Dr. Marx* dieses Amt.

Während ich von Rechts wegen damit rechnen konnte, dass das Verfahren, kaum begonnen, wieder eingestellt werden müsse, beantragte der Oberreichsanwalt die Eröffnung der Voruntersuchung. Der zuständige Strafsenat des Reichsgerichts gab dem Antrag statt. Der Berliner Landgerichtsdirektor *Dr. Neumann* wurde zum Untersuchungsrichter bestellt. Wie ich später und *unbedingt zuverlässig* erfahren habe, war folgendes geschehen. Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer, der, wie erwähnt, am selben Tage, an dem ich in Leipzig war, in Berlin eine Besprechung im preussischen Ministerium des Innern hatte, gab dort sein Urteil dahin ab, dass er die Sache für aussichtslos halte. Der in der Sitzung anwesende preussische Ministerpräsident *Braun*<sup>83</sup> soll da-

---

<sup>82</sup> Die Geschäftsstelle des ADV versicherte ebenfalls, dass Claß nie in Doorn bei Wilhelm II. war. Leopold von Vietinghoff-Scheel an Herrn Bemtle 21.6.1926, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 212, Bl. 427.

<sup>83</sup> Otto Braun (1872–1955), u. a. 1911–1917 Parteivorstand der SPD, 1913 Mitglied des Preussischen Abgeordnetenhauses, November 1918 Mitglied des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates für die MSPD, 1918 Landwirtschaftsminister in Preußen, 1919–1920 Mitglied der Nationalversammlung, 1920–1932 preussischer Ministerpräsident, der mit kurzen Unterbrechungen von März bis November 1921 sowie von Januar bis April 1925 im Amt war,

bei erklärt haben, dass die Polizei diesmal daneben gegriffen habe. Gleichwohl ordnete der dem Zentrum zugehörige Reichsjustizminister *Dr. Bell*<sup>84</sup> (einer der Unterzeichner des Versailler Vertrages<sup>85</sup>) an, dass der Oberreichsanwalt die Eröffnung der Voruntersuchung beantragen solle (der damalige preussische Justizminister war auch ein Zentrumsmann, der Abgeordnete *Am Zehnthoff*<sup>86</sup> aus Aachen). Der bisherige Sachbearbeiter Reichsanwalt *Dr. Niethammer weigerte sich daraufhin*, den Fall weiterzuführen, und wurde durch Reichsanwalt *Dr. Jorns*<sup>87</sup> ersetzt. Das Verfahren richtete sich ganz allein gegen mich. Alle anderen mit Haussuchungen Bedachten wurden ausser Verfolgung gesetzt.

Die Voruntersuchung wurde mit der grössten Gründlichkeit geführt.<sup>88</sup> Zahllose Zeugen in allen Teilen des Reichs wurden vernommen. Eine grosse Anzahl von Akten über angebliche Machenschaften von Wehrverbänden wurde beigezogen; insbesondere sollte festgestellt werden, ob und inwieweit ich der anerkannte Führer aller gegenrevolutionären Gruppen in Deutschland sei. Ich selbst hatte zweimal stundenlange Verhöre zu überstehen, wobei ich mich sehr darüber wunderte, dass der Untersuchungsrichter mindestens seine Sache sehr ernst zu nehmen schien.<sup>89</sup>

---

Preußen galt als „demokratisches Bollwerk“ gegen die Rechte, 1925 Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl als Nachfolger von Friedrich Ebert, 1932 nach Preußenwahl Verlust der Mehrheit, aber geschäftsführend zunächst weiter im Amt, 20.7.1932 Amtsenthebung durch den „Preußenschlag“ Franz von Papens, 1933 Flucht nach Österreich und dann in die Schweiz.

<sup>84</sup> Johannes Bell (1868–1949), Vorstandsmitglied der rheinischen Zentrumspartei, 1912–1933 Mitglied des Reichstags und Vorstandsmitglied der Reichstagsfraktion der Zentrumspartei, 1919–1921 Mitglied der Preußischen Landesversammlung, 1919–1920 Mitglied der Nationalversammlung, 1919 Reichskolonialminister und Verkehrsminister, 1920–1926 Vizepräsident des Reichstages, 1926–1927 Justizminister und Minister für die besetzten Gebiete, stellvertretender Vorsitzender des dritten Untersuchungsausschusses des Reichstages gegen Völkerrechtsverletzungen.

<sup>85</sup> Johannes Bell unterzeichnete am 28.6.1919 zusammen mit Außenminister Hermann Müller von der SPD den Versailler Vertrag.

<sup>86</sup> Gemeint ist Hugo am Zehnhoff (1855–1930), 1913 Vorsitzender der Anwaltskammer Düsseldorf, 1899–1908 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses und 1899–1918 des Reichstags, 1919–1928 Mitglied des Preußischen Landtags, 1919–1927 Preußischer Justizminister.

<sup>87</sup> Paul Jorns (1871–1942), 1900 preußischer Kriegsgerichtsrat (u. a. 1902 in China, 1906–1909 in Deutsch-Südwestafrika, ab 1909 in Straßburg), 1919 als Kriegsgerichtsrat führend bei dem Versuch der Vertuschung der Morde an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, 1923 Oberstaatsanwalt und 1925 Reichsanwalt beim Staatsgerichtshof, 1933 Mitglied der NSDAP, 1934 Reichsgericht Berlin, 1936 Oberreichsanwalt, 1937 Ruhestand, dann bis 1941 Reaktivierung beim Volksgerichtshof.

<sup>88</sup> Die Ergebnisse der Beweisaufnahme wurden für eine am 17.3.1927 stattfindenden mündlichen Verhandlungen angesetzt. Siehe Oberreichsanwalt Werner an den Reichsminister der Justiz 11.2.1927, in BA-Berlin, R 3001, Bd. 12008, Bl. 188.

<sup>89</sup> Es gab zusätzlich zur freiwilligen Aussage von Claß vom 21.5.1926 zwei Verhöre von Claß am 2.6.1926 auf dem Berliner Polizeipräsidium und am 21.8.1926 in Leipzig beim Reichsgericht. Siehe BA-Berlin, R 3001, Bd. 12008, Bl. 49–50 und 51–52.

Als ich Ende Juni die Absicht hatte, nach *Gastein* zu gehen, wurde mir die Genehmigung dazu ohne jede Schwierigkeit erteilt.<sup>90</sup> Daraus zog ich den Schluss, dass nun auch der Untersuchungsrichter sich überzeugt hatte, dass es mit dem Hochverrat wieder einmal nichts war.<sup>91</sup>

Obwohl diese Zitrone bis aufs äusserste ausgepresst war, dauerte das Verfahren noch über Jahr und Tag und wurde erst am 15. Oktober 1927 entsprechend dem Antrage des Oberreichsanwalts vom 13. Juli<sup>92</sup> desselben Jahres eingestellt.<sup>93</sup> Der 4. Strafsenat gab seiner Entscheidung keine Begründung

<sup>90</sup> Claß habe durch die gegenwärtigen „Aufregungen und Ueberanstrengung“ erneut „mit der Galle zu tun“. So Otto von Roeder an Konstantin von Gepsattel, 21.6.1926, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 212, Bl. 428. Claß trat am 27.6.1926 eine mehrwöchige Kur an und war spätestens in der ersten August-Woche wieder in Berlin. Der die Hauptleitung betreffende Schriftwechsel sollte für diese Zeit wieder nicht an Claß adressiert sein und würde stellvertretend von „anwesenden Mitgliedern der Hauptleitung“ oder von Gepsattel als Stellvertretender Verbandsvorsitzender bearbeitet. Siehe *Alldeutsche Blätter* 26.6.1926.

<sup>91</sup> Die Deutsche Zeitung berichtete abschließend zum Prozess, dass am 4.8.1926 der Hauptzeuge Heinrich Dietz und auch der Dezerent im Berliner Polizeipräsidium Schmidt vernommen wurden. Dietz erklärte, er habe nie von einem „Staatsstreich“, sondern von einem „Unternehmen auf legale Weise“ gegenüber Schmidt gesprochen. Schmidt wiederum erklärte: „Ich muß dabei bleiben, daß mir Dietz bei den mehrfachen Unterhaltungen, die ich mit ihm hatte, die Dinge so geschildert hat, wie ich sie, allerdings in konzentrierter Form, in dem Polizeibericht vom 12.5.1926 niedergelegt und bei meinen richterlichen Vernehmungen bekundet habe ... Wenn mir auch Dietz positive Angaben, insbesondere also etwa Zeugen dafür nicht genannt hat, so hatte ich doch die feste Ueberzeugung, daß Dietz seine Bekundungen auf Grund positiven Willens machte, und daß er nicht etwa nur seine persönliche Auffassung von den Dingen ausgeben wolle. Allerdings hat Dietz von vornherein erklärt, daß er alles das, was er sage, wisse, daß er aber, nach positiven Grundlagen dafür gefragt, solche nicht angeben könne, da es eben, wie er wörtlich sagte: „sich um Dinge handelt, die man weiß, ohne daß man sagen kann, woher man sie weiß.““ *Deutsche Zeitung* 3.11.1927 (Beilage). Die von Claß 1917 mit erworbene Deutsche Zeitung nahm Claß nach dem Ausscheiden von Max Maurenbrecher als Schriftleiter zum 1.7.1924 verstärkt selbst redaktionell in die Hand und sie wurde im Zuge des Putsch-Prozesses erneut als das Zeitungsorgan beworben, das alle Mitglieder des ADV abonnieren sollten. Siehe Claß an August Büringer 8.7.1924, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 210, Bl. 81 und *Alldeutsche Blätter* 26.11.1927. Die forcierte Werbung brachte aber nicht die gewünschten Ergebnisse der Geschäftsstelle. Gertzlaff von Hertzberg-Lotting erhielt nur ein Drittel an Rückmeldungen aus den Ortsgruppen bezüglich der Organisation der Abonnements für die Mitglieder und der Erstellung einer koordinierten Zeitungskartei. *Alldeutsche Blätter* 10.12.1927. Während die *Alldeutschen Blätter* im Laufe des Verfahrens Zurückhaltung übten, berichtete die „Deutsche Zeitung“ umso deutlicher im Sinne von Claß. Die Artikelserie zum Claß-Verfahren erschien als Druckschrift von Baer: Putsch-Gefahr und Hochverrat. Zur Werbung durch die Geschäftsstelle siehe *Alldeutsche Blätter* 26.11.1927.

<sup>92</sup> Antrag Oberreichsanwalt Karl August Werner an den Vorsitzenden des 4. Strafsenats 13.7.1927, in BA-Berlin, R 3001, Bd. 12008, Bl. 237–266.

<sup>93</sup> Beschluss in der Strafsache gegen Justizrat Heinrich Claß in Berlin, 15.10.1927 (Abschrift), in BA-Berlin, R 3001, Bd. 12008, Bl. 82. Das Hauptverfahren wurde wegen mangelnder Beweise nicht eröffnet. Die Beweisführung und die Zeugenaussagen, u. a. auch Paul Bang und Gertzlaff von Hertzberg-Lottin, konnten einen konkreten Putschplan für das Jahr 1926 nicht belegen. Claß selbst habe in einem Brief an Admiral Schwarz vom 24.12.1925, der als Beweismaterial beschlagnahmt wurde, darüber hinaus selbst erklärt, der *Alldeutsche Verband* habe sich nicht mit Putsch-Planungen getragen, sondern wolle eine „völkische Diktatur“, jedoch angesichts der Erosion des politischen Systems und des Vertrauensverlustes der Bevölkerung in die Demokratie auf legalem Weg durch Artikel 48 der Reichsverfas-

bei, sondern beschränkte sich auf die Feststellung, dass das Hauptverfahren wegen mangelnden Beweises nicht zu eröffnen sei. 17 Monate hatte man gebraucht, um zu einem Ergebnis zu gelangen, das schon am Tage meiner ersten Vernehmung durch Dr. Niethammer feststand und spätestens beim Abschluss der unzähligen Zeugenverhöre durch diese bekräftigt war.

Man wird verstehen, dass ich hinter einer solchen Behandlung dieses Falles andere als juristische Ursachen vermutete und schliesslich als erwiesen ansah. Es war eine *politische* Handlung, als der Reichsjustizminister den Oberreichsanwalt anwies, den Antrag auf Eröffnung der Voruntersuchung zu stellen.<sup>94</sup> Genau so war es nach meiner Überzeugung aus politischen Gründen geschehen, dass das Verfahren so lange hingezogen wurde. Der Zweck dieser Übung war der, den Reichspräsidenten von der Rechten zu trennen oder besser gesagt, getrennt zu halten.<sup>95</sup> Die Regierungsparteien hatten die Gefahr erkannt, dass Herr von Hindenburg bei gegebener Gelegenheit eine Rechtsregierung berufen könnte, und es war ihnen auch bekannt geworden, dass hervorragende Angehörige der Rechten bei ihm verkehrten und nach dieser Richtung Einfluss zu nehmen suchten. So sagte man sich, dass, solange das Verfahren gegen mich schwebe, der Reichspräsident niemanden empfangen werde oder gar um Rat fragen könne, der mit dem angeblichen Hochverrat irgendwie in Verbindung gebracht worden sei. Dieses Verfahren hat sich auch bewährt. Wenn man später, insbesondere nachdem Hugenberg Vorsitzender der Deutschen Nationalen Volkspartei geworden war<sup>96</sup> und so entschieden als Führer der Nationalen Opposition im Reichstage auftrat, die Frage aufwarf, weshalb dies so spät geschehen sei, so lautet für mich die Antwort, dass die im Sinne der Nationalen Opposition tote Zeit vom Mai 1926 bis Mitte Oktober 1927 den Ausschlag gegeben hat.<sup>97</sup>

Auch für mich waren diese 17 Monate im Sinne grosser politischer Tätigkeit verloren, da es unter den obwaltenden Umständen unmöglich war, die Arbeit für die Berufung Hugenbergs fortzusetzen. Als ich den Beschluss des Reichsgerichts in den Händen hatte, wusste ich, dass ich von vorne anfangen musste. Ich begab mich zu Hugenberg, um ihm zu erklären, dass durch gesteigerte Arbeit jetzt eingeholt werden müsse, was durch die rein politische Verfolgung wegen Hochverrats stecken geblieben sei.

---

sung. Siehe Bericht Karl August Werner, 13.7.1927, in IISHA, NL Grzesinski, Bd. 1465, Bl. 20–23.

<sup>94</sup> Siehe zum Antrag einer Voruntersuchung Oberreichsanwalt Ludwig Ebermeyer an den Reichsminister der Justiz 28.5.1926, in BA-Berlin, R 3001, Bd. 12008, Bl. 109. Für diese Interpretation von Claß siehe auch Otto Bonhard: Nachlese zum Fall „Claß“, in *Alldeutsche Blätter* 12.11.1927.

<sup>95</sup> Siehe zum Verhältnis der Rechten zu Paul von Hindenburg und den Erwartungen an seine Reichspräsidentschaft auch Jones: Hitler versus Hindenburg, S. 11–54, Ders.: *The German Right*, S. 299–362 und Pyta: Hindenburg, S. 441–538.

<sup>96</sup> Am 20.10.1928 wurde Alfred Hugenberg zum Vorsitzenden der DNVP gewählt.

<sup>97</sup> Gemeint ist die verstärkte Unterstützungsarbeit für Alfred Hugenbergs Übernahme des DNVP-Parteivorsitzes in den Landesverbänden und in der Reichstagsfraktion.

Bei der Deutschnationalen Volkspartei war die Entwicklung auf dem Wege weitergegangen, den sie im Sommer 1924 beschritten hatte, als die Hälfte der Reichstagsfraktion *für* das Dawes-Abkommen<sup>98</sup> stimmte, während die andere Hälfte sich *dagegen* aussprach, und die Partei sich auf diese Art in einer so entscheidenden Frage selbst ausschaltete.<sup>99</sup> Sie liess sich dazu verführen, in zwei Kabinetten Minister zu stellen, zuletzt, als sie sich bei dem vierten Kabinett Marx mit vier Ministern beteiligte.<sup>100</sup> Innerhalb der Fraktion und draussen im Lande wurde der Widerstand gegen diese Art, nationale Politik zu treiben, immer stärker. Er fand seinen Mittelpunkt in Hugenberg, der sich gegen Ende des Jahres 1927 entschlossen hatte, eine etwa auf ihn fallende Wahl zum Parteivorsitzenden anzunehmen, weil er es kommen sah, dass die schwache, ja haltlose Führung durch den *Grafen Westarp* die Partei zugrunde richten werde.

Bereits gegen Ende des Jahres 1927 gab ich die Losung aus, dass der Alldeutsche Verband sich im Lande mit dem grössten Eifer in der Richtung der von uns und Hugenberg betriebenen Politik einsetzen müsse, und dass es vor allem gelte, dem zur *Übernahme der Führung* bereiten Hugenberg in der Partei und Fraktion die Wege zu ebnen.<sup>101</sup> Mir gegenüber hatte dieser die Bedingung

<sup>98</sup> Charles G. Dawes (1865–1951), 1898–1901 Währungskommissar der US-Regierung, 1921 Direktor des Bureau of Budget, 1923 zur alliierten Reparationskommission und mit Owen D. Young Ausarbeitung von Planungen zur erleichterten Reparationszahlung Deutschlands und Stabilisierung der Mark, 1924 Dawes-Plan zur Finanzierung der deutschen Reparationszahlungen vor allem durch internationale Anleihen, Geld- und Sachgüterzahlungen, verstärkte Unabhängigkeit der Reichsbank und einer stärkeren Überwachung der Golddeckung – gleichzeitig keine Frist für die letzten Reparationszahlungen festgelegt, hohe jährliche Zahlungen, Reichsbank und Reichsbahn unter internationale Kontrolle gestellt und verstärkte Abhängigkeit Deutschlands von amerikanischen Anleihen.

<sup>99</sup> Bei der Abstimmung über den Dawes-Plan am 29.8.1924 stimmten 48 DNVP-Abgeordnete für und 52 DNVP-Abgeordnete dagegen. Dies führte zu einem unübersehbaren Bruch innerhalb der DNVP-Fraktion im Reichstag.

<sup>100</sup> In das vierte Kabinett Marx traten Oskar Hergt als Justizminister, Walther von Keudell als Innenminister, Martin Schiele als Landwirtschaftsminister und Wilhelm Koch als Verkehrsminister ein.

<sup>101</sup> Claß erklärte auf dem Verbandstag in Rudolstadt im September 1927, dass er auf eine Klärung der Richtungsstreitigkeiten innerhalb der DNVP auf dem bevorstehenden Parteitag in Königsberg hoffe. Siehe Sitzung des Geschäftsführenden Ausschuss des ADV, 2.9.1927, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 151, Bl. 3–4. Claß machte dann auf dem Verbandstag in Berlin im Dezember 1927 deutlich, dass er trotz der Schwierigkeiten der parteiinternen Kritiker auf dem Parteitag weiterhin auf den Aufbau einer internen Oppositionsgruppe um Alfred Hugenberg innerhalb der DNVP hoffe, auch wenn die governementale Mehrheit in der Fraktion um Kuno Graf Westarp dazu wenig Anlass gäbe. Man sollte alles tun, so Claß, um die Aufstellung Hugenbergs in seinem westfälischen Wahlkreis zu sichern. Auf dem vorherigen Verbandstag in Rudolstadt am 2.9.1927 habe man sich bereits auf eine dezentrale Einflussnahme innerhalb der DNVP über Ortsgruppen und Landesverbände verständigt, um so auf die Fraktion und die Parteileitung zu wirken. Als Richtlinien für die nächsten Wahlen wurde ein Entschluss diskutiert, dem entsprechend man bei der Aufstellung von Kandidaten eine Einflussnahme forderte, denen man jedoch nur die Unterstützung alldeutscher DNVP-Mitglieder zukommen lassen könne, wenn man vom bisherigen Kurs der Partei abgehe. Zur Stärkung der DNVP sollten diese Kandidaten dann in den Stadt- und Landkreisen sowie letztlich in den Landesverbänden vereinigt werden. Siehe Sitzung

gestellt, dass ihm Gesinnungsgenossen zur Seite treten müssten, auf die er sich unbedingt verlassen könne, die ihn aber auch bei der Gewinnung der Partei und Fraktion durch brauchbare Mitarbeit wirklich unterstützten. Insbesondere hatte er verlangt, dass *Dr. Bang* sich für den Reichstag zur Wahl stelle, wogegen er sich verpflichtete, diesem einen sicheren Wahlkreis zu verschaffen.<sup>102</sup>

Mitte April 1928 fuhr ich mit Bang nach *Rohbraken*, wo alles mit der bevorstehenden Reichstagswahl Zusammenhängende besprochen werden sollte. Zunächst hatte sich Bang auf das entschiedenste geweigert, eine parteipolitische Tätigkeit aufzunehmen und sich in den Reichstag wählen zu lassen. Schliesslich hatte er sich aber damit einverstanden erklärt. Aber gerade vor der Reise nach Rohbraken waren Bangs Bedenken in alter Stärke wiedergekehrt. Er bezeichnete es als einen Bruch in seinem Leben, wenn er, der so ausgesprochen antiparlamentarisch denke und bisher gewirkt habe, der allem Parteiwesen feind sei und sich bis dahin auch von der Deutschnationalen Volkspartei ferngehalten habe, nun doch in den Reichstag gehe.

Auf der Eisenbahnfahrt hatten wir diese Bedenken noch einmal besprochen. Sie waren von Bang so stark zum Ausdruck gebracht worden, dass ich fast zu dem Entschluss kam, ihm das Opfer nicht zuzumuten, das er bringen sollte. Ich vertröstete ihn schliesslich auf die Aussprache mit Hugenberg.

Sie fand in einer Weise unfern des Gutshauses statt, wo wir in der Aprilsonne, auf einem gefällten Baumstamm sitzend, die Dinge durchsprachen. Zuerst begründete Hugenberg, weshalb er entscheidenden Wert darauf lege, Bang im Reichstag neben sich zu haben. Dann trug dieser seine Bedenken vor und schloss mit der dringenden Bitte an Hugenberg, ihn freizugeben. Nun kam es zu einer dramatischen Zuspitzung, indem Hugenberg erklärte, dass er unter solchen Umständen nicht mehr daran denke, sich für die Führung der Deutschnationalen Volkspartei zur Verfügung zu stellen, da es ausgeschlossen sei, dass er mit seiner Aufgabe ohne vertrauteste Helfer fertig werde. Nicht nur das, sondern dann betrachte er seine ganze politische Tätigkeit als abgeschlossen. Er werde dann aus dem öffentlichen Leben ausscheiden und den so heillos verfahrenen Parteikarren seinem Schicksal überlassen.<sup>103</sup>

Es war kein Zweifel für mich, dass dies Hugenbergs voller Ernst war. So sah ich mich vor die Lage gestellt, dass dann die – wie die Dinge lagen – ja doch unentbehrliche Deutschnationale Volkspartei ihrem Verfall überlassen werden, und dass damit parlamentarisch die letzte Aussicht verschwinden würde, eine Nationale Opposition aufzubauen, die diesen Namen verdiente. Dieser Ausgang musste verhindert werden. Ich schlug deshalb Hugenberg vor,

---

des Geschäftsführenden Ausschuss des ADV, 16./27.11.1927, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 152, Bl. 20–25 (Entschließung ebd., Bl. 23–24).

<sup>102</sup> Paul Bang trat 1928 im Wahlkreis 28 Dresden-Bautzen an.

<sup>103</sup> Es bleibt fraglich, ob Alfred Hugenberg seine politischen Absichten zur Übernahme des DNVP-Parteivorsitzes allein von Paul Bangs Mitarbeit und Claß' Interventionen abhängig gemacht hat. Andererseits hegte Hugenberg nach den Gesprächen mit Claß zur Jahreswende 1925/26 weiterhin ernsthafte Zweifel und war erst im Laufe des Jahres 1927 vom Plan der Übernahme der DNVP-Parteiüberführung überzeugt.

dass ich zunächst mit Bang unter vier Augen reden sollte, bevor dieser sich endgültig entschiede.

Bang und ich gingen daraufhin abseits, und ich stellte ihm in aller Eindringlichkeit vor, was es heissen würde, wenn der Mann aus dem öffentlichen Leben verschwände, der allein in der Lage sei, die Deutschnationale Volkspartei zu retten, und dem wir beide das Zeug zutrauten, wenn das Schicksal es so füge, und die Nationale Opposition sich durchgesetzt habe, eine Regierung des Aufbaus zu bilden. Ich hätte den Eindruck, dass es Hugenberg mit seiner Ankündigung durchaus ernst sei. Nach meiner Überzeugung könne er, Bang, es nicht verantworten, den besten Mann des deutschen Reichstags aus dem öffentlichen Leben zu vertreiben.

Noch immer wehrte sich Bang mit Händen und Füßen; aber schliesslich legte er die Entscheidung in meine Hand. Darauf sagte ich ihm, dass er sich dem Verlangen Hugenbergs fügen müsse.<sup>104</sup> Damit kehrten wir zu diesem zurück, und es kam das Bündnis zustande, das von weittragenden Folgen sein sollte.

Wenige Tage später fand sich unser *Gesamtvorstand* in *Eisenach* zu seiner Frühjahrstagung zusammen.<sup>105</sup> Dort wurde die von mir vorgeschlagene Unterstützung zur Vereinigung der Deutschnationalen Volkspartei und die auf die Erhebung Hugenbergs zu ihrem Führer gerichtete Politik einstimmig gutgeheissen und auch gebilligt, dass ein so hervorragendes Mitglied der Hauptleitung, wie Bang, sich für den Reichstag aufstellen lasse.

Gleichzeitig wurde die Losung ausgegeben, dass der Alldeutsche Verband im Lande sich sofort um die bevorstehende Reichstagswahl kümmern und dafür sorgen solle, dass schon bei der Aufstellung der Wahlbewerber dafür ge-

---

<sup>104</sup> Paul Bang tat sich zunächst schwer mit der Reichstagskandidatur. Er wurde von Otto Kretschmar, Vorsitzender der DNVP-Ortsgruppe Dresden und Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, bereits im Sommer 1919 für eine Kandidatur der nächsten Reichstagswahlen angefragt, die er jedoch ablehnte. Paul Bang an Otto Kretschmar 6.9.1919, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 287, Bl. 168. Auch vom Landesvorstand der DNVP im Wahlkreis Westfalen-Nord, der der Wahlkreis von Alfred Hugenberg war, erfolgte 1922 eine Anfrage. Dr. Stempel an Paul Bang 24.5.1922, in ebd., Bl. 232. Bang trat 1915 dem Alldeutschen Verband bei und war nach seiner Übersiedlung nach Berlin nach dem Kapp-Putsch als Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Zeitung sowie als Berater für den Hugenberg-Konzern tätig. Aber er sah, bei aller Vertrautheit mit Alfred Hugenberg, in Claß weiterhin den eigentlichen und „einzigen politischen Führer“, dem er „unbedingte Treue“ schwor. Paul Bang auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 25./26.10.1924, in ebd., Bd. 140, Bl. 68. Eine Kandidatur Bangs wurde im Geschäftsführenden Ausschuss im Frühjahr 1928 im Zusammenhang mit der generellen Frage nach der Aufstellung alldeutscher Kandidaten für DNVP-Reichstagsmandate aufgeworfen. Siehe Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 4.3.1928, in ebd., Bd. 153, Bl. 62–68. Claß habe Bang dann am 14.4.1928 auf eine Reichstagswahlkandidatur festlegen können. Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 19.1.1929, in ebd., Bd. 157, Bl. 5. Die Entscheidung zur Reichstagswahlkandidatur und zur Unterstützung durch den Alldeutschen Verband wurde auf dem Verbandstag im April 1928 in Eisenach mit nur einer Gegenstimme beschlossen. Aussprache auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 21.4.1928, in ebd., Bd. 154, Bl. 70–75.

<sup>105</sup> Die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV fand in Eisenach am 21.4.1928 statt.

sorgt werde, möglichst gute, der Richtung Hugenberg angehörige Deutsch-nationale vorzuschlagen. Dies gelang einigermaßen, so dass, als die Wahl am 20. Mai 1928 durchgeführt war, Hugenberg von vornherein über eine sichere Gefolgschaft verfügte.<sup>106</sup> *Bang* war in Ostsachsen gewählt worden. Von den alten Mitkämpfern Hugenbergs fiel *Lohmann* leider aus<sup>107</sup>, *Gok* dagegen behauptete seinen Sitz.<sup>108</sup>

In der Fraktion übernahm Hugenberg sofort nach Zusammentritt des neuen Reichstages die Führung des scharf oppositionellen Flügels. Die Verhältnisse in der Partei spitzten sich bald so zu, dass bei der *Neuwahl des Vorsitzenden* Hugenberg an Westarps Stelle gewählt wurde, während dieser noch an der Spitze der Fraktion blieb.<sup>109</sup> Im weiteren Verlaufe schied er auch aus diesem Amte, in dem ihm *Dr. Oberfohren*<sup>110</sup> nachfolgte, der Hugenbergs Richtung angehörte. Damit hatte sich dieser in der Partei und Fraktion durchgesetzt, und die Nationale Opposition hatte nun im Reichstag ihr zuverlässiges Sprachrohr.<sup>111</sup> Freilich gaben sich die Anhänger von Westarps Richtung nicht

<sup>106</sup> Das Reichstagswahlergebnis der DNVP von 1928 (14,3 %) bedeutete einen unübersehbaren Stimmenverlust im Vergleich zur Wahl am 7.12.1924 (20,5 %) und führte nicht zu einer klaren mehrheitlichen Einigung der Landesverbände auf Alfred Hugenberg und dessen politischen Kurs einer Fundamentalopposition gegen die Weimarer Republik, sondern teilte die Landesverbände im Sommer 1928 weiterhin in zwei Lager, deren anderer Flügel sich zum amtierenden Parteivorsitzenden Kuno Graf Westarp bekannte.

<sup>107</sup> Karl Lohmann wurde im Mai 1924 im Wahlkreis 13 Schleswig-Holstein und Dezember 1924 bis Mai 1928 über die Reichsliste der DNVP in den Reichstag gewählt.

<sup>108</sup> Carl Gottfried Gok wurde von Mai 1924 bis September 1930 im Wahlkreis 34 Hamburg, von Juli bis November 1932 über die Reichsliste der DNVP und von November 1932 bis November 1933 erneut im Wahlkreis 34 Hamburg in den Reichstag gewählt.

<sup>109</sup> Kuno Graf Westarp war vom 24.3.1924 bis 20.10.1928 Parteivorsitzender der DNVP und vom Februar 1925 bis Dezember 1929 Fraktionsvorsitzender der DNVP im Reichstag. In der Abstimmung über den zukünftigen Parteivorsitz bei einer außerordentlichen Parteidelegiertenversammlung in Berlin am 20.10.1928 wurde nach verabredeter Geheimhaltung des Wahlergebnisses und teilweise dramatischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Lagern Westarps und Hugenbergs schließlich Hugenberg mit wenigen Stimmen Mehrheit zum Parteivorsitzenden gewählt.

<sup>110</sup> Ernst Oberfohren (1881–1933), Studium der Evangelischen Theologie, Germanistik, Philosophie und Französisch, 1907 Höheres Lehramt, 1907–1909 Studienrat, 1909–1924 Höhere Mädchenschule und Lehrerinnenseminar Kiel, ab 1911 Studium der Staatswissenschaften, 1914 Promotion, Mitglied des ADV und bis 1926 Freimaurer, seit 1916 Redakteur der Zeitschrift *Nord-West*, 1919–1920 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und 1920–1933 Mitglied des Reichstags für die DNVP, 1928 im Zuge der Übernahme des Parteivorsitzes durch Alfred Hugenberg Stellvertretender DNVP-Vorsitzender und 1929–1933 als Nachfolger von Kuno Graf Westarp Fraktionsvorsitzender der DNVP im Reichstag, 1929 DNVP-Repräsentant im Reichsausschuss für das Volksbegehren gegen den Young-Plan, führend bei dem Herausdrängen von Westarps Anhängern, Mitglied des VRA der DNVP Landesverband Kiel, 1933 kurzzeitige Befürwortung eines Zusammengehens von DNVP und NSDAP, dann Kritik an der Hitler-Hugenberg-Regierung, Gestapo-Überwachung, März 1933 Rücktritt als DNVP-Fraktionsvorsitzender, 1933 politische Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz, aber weiter grundsätzliche Kritik an der Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien, 1933 umstrittener Tod (Suizid oder Ermordung durch SA).

<sup>111</sup> Die Stabilisierung der Machtposition Alfred Hugenbergs als neuer Parteivorsitzender der DNVP dauerte noch bis 1931/32, beseitigte aber auch anhaltende Ambivalenzen innerhalb der Parteianhängerschaft gegenüber dem bedingt charismatischen „Silberfuchs“ nicht und



zufrieden. Es kam zu Kämpfen, in deren Verlauf sich die Gruppen der Volkskonservativen<sup>112</sup>, des Christlich-Sozialen Volksdienstes<sup>113</sup> und des Landvolks<sup>114</sup> von der Partei schieden, so dass die Fraktion etwa auf die Hälfte ihrer Stärke zusammenschmolz.<sup>115</sup> So zog sie im Herbst 1930 in den neuen Wahlkampf.

Eine besondere Schwierigkeit bereitete es *Hugenberg*, dass der Reichspräsident *von Hindenburg*, um mich ganz deutlich auszudrücken, von ihm „nichts wissen wollte.“<sup>116</sup> Er hatte mit jenem Manne der sachlichen Arbeit nichts gemein und verstand ihn einfach nicht, und dies vor allem auch bei den entscheidenden wichtigen wirtschaftlichen Fragen, die Hugenberg bei seinen Besuchen vor ihm behandelte. Er trug ihm auch Vorschläge zur Besserung der deutschen Wirtschaft im ganzen, sowie besonders der deutschen Landwirtschaft vor. In einem besonderen Falle habe ich es erlebt, dass ein Gesinnungsgenosse, als er auf mein Betreiben dem Reichspräsidenten den Empfang Hugenbergs nahelegte, von jenem die Antwort erhielt, dass sei kein Mann für ihn. Er behandle ihn wie ein Oberlehrer einen Schüler, dem er Privatstunden gebe, und das passe ihm nicht. Ich habe Hugenberg diese Äußerung Hindenburgs mitgeteilt, und er hat mir darauf ruhig geantwortet, das könne er sich denken; er selbst habe den Eindruck gehabt, dass der [Reichspräsident] einfach von den höheren Sachen, die er ihm nach seiner Überzeugung habe vortragen

---

gelang nur durch Maßnahmen zur Zentralisierung der Entscheidungsgremien in der Hand des Parteivorstandes, des rigiden Zuschnitts der öffentlichen Vertretung der Partei auf den „Führer“ Hugenberg, einer kompromisslosen Oppositionspolitik im Reichstag und den folgenden Abspaltungen gemäßigter gouvernementaler und sozialer Flügel der Partei.

<sup>112</sup> Die Konservative Volkspartei wurde am 23.7.1930 als eine Abspaltung der DNVP unter Hugenbergs Führung und im Zusammenschluss mit der am 28.1.1930 von Gottfried R. Treviranus gegründeten Volkskonservativen Vereinigung gegründet und unterstützte die Regierung von Heinrich Brüning. Bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 erhielten die Volkskonservativen 0,8 % der Stimmen.

<sup>113</sup> Die Partei Christlich-sozialer Volksdienst wurde Ende 1929 als Zusammenschluss des Christlichen Volksdienstes und der Christlich-sozialen Reichsvereinigung gegründet. Bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 erhielt der Volksdienst 2,8 % der Stimmen.

<sup>114</sup> Die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei wurde 1928 als eine Abspaltung der DNVP unter Hugenbergs Führung gegründet. Im Dezember 1929 entstand im Reichstag die Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft. Bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 erhielt die CNBLP 3,2 % der Stimmen.

<sup>115</sup> Die folgenden Stimmenverluste der DNVP bei den Reichstagswahlen am 14.9.1930 auf ein Endergebnis von 7,0 %, am 31.7.1932 auf 5,9 % und am 6.11.1932 auf 8,3 % waren eine konsequente Folge dieser Radikalisierung von Partei und Programm unter Alfred Hugenberg.

<sup>116</sup> Nach den alldutschen Bemühungen für ein Werben bei Paul von Hindenburg für Alfred Hugenberg im Frühjahr 1926 folgte im Februar 1928 ein persönliches Treffen. Siehe Tagebucheintrag Reinhold Quaatz 1.3.1928, in Weiß/Hoser: Die Deutschnationalen, S. 66. Seit dem Wechsel des Parteivorsitzes am 20.10.1928 sowie der Niederlegung des DNVP-Fraktionsvorsitzes von Kuno Graf Westarp, nachdem 12 Abgeordnete die DNVP wegen des politischen Kurses von Hugenberg verließen, entfremdete sich Hindenburg zusätzlich von der DNVP unter Hugenberg. Hindenburg lag Westarp als konservativer Preuße näher als Hugenberg als Vertreter schwerindustrieller Interessen und seines Medienunternehmens. Siehe auch Pyta: Hindenburg, S. 549–553.

müssen, nichts verstanden habe. Er könne begreifen, dass ein Mann wie er dem Reichspräsidenten unbequem sei, wie er auch seinerseits nicht wisse, wie er, wenn er je einmal Minister werden sollte, mit einem Manne zusammenarbeiten könne, dem alle Voraussetzungen für tiefere politische Einsicht und darauf gegründete Entschlüsse fehlten.

In diesem Zusammenhang sei sofort erwähnt, dass es dem alten Geheimrat *Kirdorf* genau so ging, als Generalleutnant *von Cramon*, der als stellvertretender Vorsitzender des Generalstabsvereins bei dem alten Chef des Generalstabs steten Zutritt hatte, der aber ganz zu unseren Gesinnungsgenossen gehörte, auf meine Bitte den Reichspräsidenten dazu brachte, den früheren obersten Kapitän der rheinisch-westfälischen Industrie zu empfangen.<sup>117</sup> Ich hatte es fertiggebracht, dass Kirdorf trotz seiner Abneigung, den „Hofgänger“ zu spielen, um einen Empfang nachsuchte, weil ich ihm vorgestellt hatte, die Herren, die mit uns zusammenarbeiteten, hätten das Schicksal gehabt, von Hindenburg nicht ernst genommen zu werden, weil er sie als „junge Leute“ ansehe und behandle – gewissermassen wie ein älterer Stabsoffizier einen Kadetten. Kirdorf aber sei ja sogar etwas älter als der Reichspräsident und werde schon um desswillen ernst genommen werden, wenn er ihm die furchtbare Lage klarmache, in der sich die Wirtschaft befinde, und Hugenbergs Leistungen hervorhebe, um dann glatt herauszusagen, dass unter solchen Verhältnissen dieser allein für die Rettung des Vaterlandes in Betracht komme.

Das Ergebnis dieser denkwürdigen Unterhaltung zwischen den beiden alten Männern bekam ich von beiden Seien geschildert. Sie hatte am 1. März 1928 stattgefunden, und ich hatte vorher in zwei Unterredungen Kirdorf genau klargelegt, worum es sich handele; er hatte bei seiner Frische und seinem Glauben an Hugenbergs staatsmännische Fähigkeiten mich voll verstanden. Am Tage nach seinem Empfang besuchte ich ihn wieder, um zu hören, was er erlebt hatte.<sup>118</sup> Er war ausser sich und erklärte ohne weiteres, er sei von jener Unterredung verzweifelt zurückgekehrt, denn Hindenburg habe keine Ahnung, wie die wirtschaftlichen Dinge in Wirklichkeit lägen, noch viel weniger vermöge er zu verstehen, was zu ihrer Besserung nötig sei. Er schloss damit, dass er sagte, solange dieser Mann an der Spitze des Deutschen Reiches stehe, sei an einen rettenden Entschluss nicht zu denken.<sup>119</sup>

Dieser mir äusserst schmerzliche, aber nicht ganz unerwartete Bericht veranlasste mich, wenige Tage nach meinem Besuch bei Kirdorf bei Generalleut-

<sup>117</sup> Siehe auch Kapitel 8.3.

<sup>118</sup> Die genauen Daten der Treffen bleiben unklar. Mitte Februar plante Claß „nötigenfalls in nächster Zeit“ eine mehrtägige Reise nach Österreich, die vermutlich in der letzten Februar-Woche stattfinden sollte. Otto von Roeder an Major a.D. Dr. Kaßpohl, 16.2.1928, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 214, Bl. 43. Claß war letztlich bis zum 11.4.1928 in Berlin wegen dieser „mehrwöchigen“ Reise abwesend, die dann wohl u. a. in das Ruhrgebiet führte. Otto von Roeder an Reinhold von Below, 11.4.1928, in ebd., Bl. 95 und Ders. an Wilhelm Freiherr von Müffling, 12.4.1928, in ebd., Bl. 99.

<sup>119</sup> Noch im Frühjahr 1917 unterstützte Emil Kirdorf eine maßgeblich von Carl Duisberg initiierte Eingabe an Wilhelm II., Paul von Hindenburg als möglichen Nachfolger von Theobald von Bethmann Hollweg in Betracht zu ziehen. Siehe Pyta: Hindenburg, S. 263.

nant von Cramon anzufragen, ob ich ihn sprechen könne. Ich wollte hören, ob sich der Reichspräsident dem General gegenüber über den Verlauf des Kirdorf-Besuches geäußert habe. Zwei bis drei Tage nach meiner Anfrage bat mich Cramon zu sich und berichtete, das sei offenbar ein böser Reifall gewesen, denn Hindenburg habe sich in den schärfsten Ausdrücken über Kirdorf ausgelassen, den er einen Fanatiker genannt habe, der ihn habe vergewaltigen wollen.

Hindenburgs Abneigung gegen Hugenberg musste als feststehende Tatsache hingenommen und in Rechnung gestellt werden. Aber ich tröstete mich damit, dass auch König Wilhelm der Erste sich so lange gegen Bismarck gesträubt hatte, bis er keinen anderen Weg zur Rettung Preussens sah, als die Berufung dieses verrufenen Junkers.<sup>120</sup> Hugenberg selbst meinte freilich, dieser Reichspräsident werde ihn niemals zu einem Amte heranziehen, in dem er wirklich Bedeutsames leisten könne.

Abgesehen von der inneren Fremdheit dieser beiden Männer kam zum Nachteil Hugenbergs und damit der völkischen Richtung im Vaterlande in Betracht, dass die von ihm geführte Deutschnationale Volkspartei durch die erwähnten Abspaltungen auf die Hälfte zusammengeschrumpft war, so dass diejenigen, die das Ohr des Reichspräsidenten besaßen, darauf hinweisen konnten, Hugenberg habe seine eigene Partei auseinandergesprengt: wie sollte es ihm gelingen, Deutschland unter einen Hut zu bringen?<sup>121</sup>

Eine ebenso grosse Hemmung war es für Hugenberg, dass sein Parteigenosse, der Reichstagsabgeordnete Martin *Schiele*<sup>122</sup>, der im Jahre 1925 für einige Monate Reichsinnenminister gewesen war und Anfang 1927 wieder als Minister für Ernährung und Landwirtschaft in die Regierung eingetreten war<sup>123</sup>, ihm mit kaum verschleieter Abneigung gegenüberstand und eine Politik betrieb, die im wesentlichen den Zweck verfolgte, sich in seiner Ministerherrlichkeit zu erhalten. Bei dem Einfluss endlich, den Schiele auf die weitesten Kreise der Landwirtschaft ausübte, bestand die Gefahr, dass auch der Reichslandbund oder doch führende Männer aus ihm sich von der Deutschnationalen Volkspartei lösen würden. Ja, es ging sogar die Rede, dass die Land-

---

<sup>120</sup> Otto von Bismarck wurde 1862 nach Zögern des Königs von Preußen zum preußischen Ministerpräsidenten ernannt und erlangte seitdem eine große Vertrauensstellung bei Wilhelm I.

<sup>121</sup> Die DNVP erhielt bei den Reichstagswahlen am 14.9.1930 7,0 % der Stimmen im Vergleich zu 14,3 % der Stimmen bei der Reichstagswahl vom 20.5.1928.

<sup>122</sup> Martin Schiele (1870–1939), Rittergutsbesitzer, 1914–1918 Mitglied des Reichstages für die DKP, 1918 Mitgründer der DNVP, 1919 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, 1920–1930 Mitglied des Reichstages für die DNVP, 1920–1924 Verfahren wegen Beteiligung am Kapp-Putsch 1920, 1925 Reichsinnenminister im Kabinett von Hans Luther, 1927–1928 Reichsernährungsminister im Kabinett Wilhelm Marx und erneut 1930–1932 im Kabinett Heinrich Brüning, 1928–1930 Präsident des RLB, Aufsichtsratsmitglied der Getreide-Industrie und Commission AG in Berlin, 1930 Austritt aus der DNVP und Übertritt zur CNBLP.

<sup>123</sup> Martin Schiele war vom 15.1. bis 25.10.1925 Innenminister und vom 29.1.1927 bis 15.2.1928 Minister für Ernährung und Landwirtschaft.

wirte unter Schieles Einfluss eine eigene Partei gründen würden. Unter allen Umständen war für Hugenberg zu bedenken, dass in diesem Falle die Bedeutung seiner Partei weiter herabgedrückt würde und damit natürlich auch seine eigene Bedeutung als politische Persönlichkeit. Es galt[,] dieser Gefahr zu begegnen, und da Hugenberg dem Minister Schiele mit unbedingtem Misstrauen gegenüberstand und das Abschnwenken mindestens eines erheblichen Teils der Landwirtschaft befürchtete, gab ich ihm den Rat, sich nach Bundesgenossen umzusehen, die im Falle des Ausscheidens der Landwirtschaft aus der Deutschnationalen Volkspartei<sup>124</sup> ihm – allerdings nur im Wege der Bundesgenossenschaft, nicht dem der Gefolgschaft, – die nötige Stellung im Reichstag sichern sollten, die ihm Einfluss auf die weitere Entwicklung gewährte. Wie die Dinge damals lagen, konnte hierfür *nur die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei* in Betracht kommen, die unter Führung von *Adolf Hitler* schon damals sich mächtig entfaltet hatte.<sup>125</sup> Ich riet deshalb Hugenberg, Führung mit Hitler zu nehmen, und wir kamen nach längerer Überlegung dazu, dass dies am besten durch *Bang* geschehe, der von früher her persönliche Beziehungen zu dem Führer der Nationalsozialisten hatte.<sup>126</sup>

<sup>124</sup> Martin Schiele war zudem von 1928 bis 1930 Vorsitzender des RLB, der 1921 als Zusammenschluss vom BdL und dem Deutschen Landbund gegründet wurde und 1928 34 angeschlossene Provinzialverbände und 190 eigene Zeitungen zählte. Schiele vertrat eine traditionelle Politik des Agrarprotektionismus und hoher Zölle, die jedoch mit der verschärften Landwirtschaftskrise auch zur Polarisierung mit dem Reichsverband der deutschen Industrie führte. Schiele suchte gerade nach der Regierung des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller ab 1928 auch Verbindungen zum Zentrum und musste sich gegen die zunehmende nationalsozialistische Agraragitation behaupten, die zwischen 1930 und 1932 verstärkt Mitglieder anwarb. Auch die Führung des RLB oszillierte zwischen dem radikalen Hugenberg-Flügel der DNVP, wie der Pommersche Landbund, und den Anhängern Schieles, wie Sächsischer oder Brandenburgischer Landbund. Der RLB unterstützte auch die Anti-Youngplankampagne 1929 der „nationalen Opposition“ und zog sich nach dem Scheitern wieder zurück. Schiele war 1930–1932 als Minister für Ernährung in der Regierung von Heinrich Brüning, nicht zuletzt um die Osthilfe der Regierung für die Landwirtschaft durchzusetzen. Schiele trat aus der DNVP aus, als die DNVP-Reichstagsfraktion von Hugenberg im April 1930 bei der Abstimmung auch gegen Vorlagen zur Osthilfe votieren sollte. Als Präsident des RLB trat Schiele im Oktober 1930 und es wurde der Hugenberg-Anhänger Eberhard Graf von Kalkreuth nach seiner Präsidentschaft von 1926 bis 1928 erneut in das Präsidium gewählt, die letztlich die Öffnung des RLB auch zur NSDAP ermöglichten. Schiele trat 1930 in die CNLBP ein.

<sup>125</sup> Die NSDAP-Reichsleitung gab 1928 den Mitgliederausweis mit der Nummer 100.000 aus. Bei den Reichstagswahlen am 20.5.1928 erreichte die NSDAP mit 2,6% der Stimmen 12 Mandate, u. a. auch für Ernst Graf zu Reventlow. Die Partei verlor in urbanen Zentren, Wahlbezirken westlich des Rheins und in den ostelbischen Gebieten, während sie ihre Schwerpunkte im links- und rechtsrheinischen Bayern hatte. Die NSDAP baute ab 1928/29 ihre Präsenz in ländlichen Gebieten sowie die Etablierung von NS-Betriebszellen aus und verstärkte die Bedeutung der Hitlerjugend, des NS-Frauenbundes und des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes. Falter: Hitlers Parteigenossen, S. 55–74, Orlow: The Nazi Party, S. 88–126, Falter: Hitlers Wähler, S. 154–163 und Pätzold/Weißbecker: Geschichte der NSDAP, S. 107–113.

<sup>126</sup> Paul Bang hatte in München und auch nach seiner Übersiedlung nach Berlin 1920 Kontakte mit Adolf Hitler und stand auch Theodor von der Pfordten nahe. Niederstadt: Rechtsradikale Wirtschafts- und Gesellschaftsvorstellungen, S. 89.

So wurde denn auch verfahren, und im Sommer 1928 fuhr Bang in Hugenbergs Auftrag nach München, um sich mit Hitler auszusprechen und seine Begegnung mit dem deutschnationalen Führer vorzubereiten.<sup>127</sup> Hitler war zu der Annäherung bereit, und es kam jenes Verhältnis der beiden Männer und ihrer Gefolgschaft zustande, das zur Zusammenarbeit im Volksbegehren<sup>128</sup> führte.

Wie es die [N]ationale Opposition vorausgesehen hatte, als sie im Jahre 1924 den entschiedensten Kampf gegen den Dawesplan führte, der nur dadurch angenommen wurde, das[s] die Hälfte der Deutschnationalen Volkspartei dafür stimmte, gestaltete sich die wirtschaftliche Lage immer hoffnungsloser, und es wurde klar, dass die durch den Plan übernommenen Lasten vom Deutschen Reiche einfach nicht aufgebracht werden konnten.<sup>129</sup> In Paris trat ein Sachverständigenausschuss zusammen, um die Lage der deutschen Wirtschaft und die deutsche Leistungsfähigkeit zu prüfen; auf Grund dieser Verhandlungen entstand, wiederum von einem amerikanischen Geldmann ausgehend, der sogen. *Youngplan*, auch *Tributplan* genannt, der angeblich Erleichterungen bringen sollte, in Wahrheit aber eine ungeheure Erschwerung für unser Vaterland darstellte, wie einer unserer Mitarbeiter im Alldeutschen Verbands, *Dr. Alexander Graf Brockdorff*<sup>30</sup>, in einer Reihe ausgezeichnete Aufsätze nachwies.<sup>131</sup> Dem Kampf gegen diese neue Art der Versklavung galt ein wesentlicher Teil unserer Arbeit im Jahre 1928.<sup>132</sup>

---

<sup>127</sup> Das Datum des Treffens bleibt unklar. Es ist wahrscheinlich, dass Paul Bang mit dem Einverständnis von Alfred Hugenberg, aber vor allem nach Absprache mit Claß, zu dem Treffen mit Adolf Hitler nach München fuhr. Michael Schellhorn vermutet, dass dieses Treffen im September 1928 in München oder Berchtesgaden stattgefunden hat, bevor Bang dann zur Kur nach Bad Kissingen weiterfuhr, wo Hugenberg und Claß bereits auf seinen Bericht warteten. Schellhorn: Alfred Hugenberg.

<sup>128</sup> Gemeint ist der im Juli 1929 gegründete Reichsausschuss für das Volksbegehren gegen den Young-Plan unter Vorsitz Alfred Hugenbergs und u. a. der Teilnahme von Adolf Hitlers NSDAP.

<sup>129</sup> Der Dawes-Plan wurde am 9.4.1924 in Paris von der Dawes-Kommission veröffentlicht und ersetzte das Londoner Ultimatum vom Mai 1921 mit den dort festgesetzten Reparationszahlungen von insgesamt 132 Milliarden RM. Der Dawes-Plan bestimmte die Einrichtung eines von den Gläubigerstaaten einzusetzenden Reparationsagenten für Transferschutz, der die Zahlungen bezüglich des jeweiligen Wertes der Reichsmark festlegen sollte. In den ersten fünf Jahren sollten jährliche Zahlungen von 1 Milliarde Goldmark und dann von jährlich 2,5 Milliarden Goldmark entrichtet werden. Als Sicherheiten wurde die Reichsbahn belastet, ausgewählte Reichseinnahmen verpfändet und eine Hypothek der deutschen Industrie von 5 Milliarden RM festgesetzt. Eine Auslandsanleihe von 800 Milliarden RM sollte vor allem Besatzungskosten und Sachlieferungen an die Alliierten finanzieren.

<sup>130</sup> Alexander Graf Brockdorff (1894–1939), Studium der Rechtswissenschaft, Promotion, 1925 bis ca. 1934 Geschäftsführer bei der Hauptgeschäftsstelle des ADV, während der Anti-Youngplan-Kampagne der „nationalen Opposition“ 1929–1930 Mitglied des Referendum-Ausschusses, 1929 Wahl in den Gesamtvorstand des ADV, 1939 wegen Verbindung zu Widerstandskreisen hingerichtet.

<sup>131</sup> Siehe Brockdorff: Das Dawessystem, Ders.: Amerikanische Weltherrschaft? und Ders.: Das Youngsystem (2. überarbeitete Auflage von: Das Dawessystem und seine Wirkung von 1928).

Am 21. März des Jahres hatte der Reichspräsident von Hindenburg den Reichstag aufgelöst, nicht eigentlich auf Grund seiner durch die Weimarer Verfassung festgelegten Befugnisse, sondern gedrängt durch die Führer der schwarz-rot-goldenen Mehrheit.<sup>133</sup> Die Wahl ergab schwerste Verluste für die Deutschnationale Volkspartei, worin die Verstimmung der nationalen öffentlichen Meinung über ihre Mitschuld an den verheerenden Auswirkungen des Dawesplans [und über die zweimalige nutzlose Beteiligung an der Regierung]<sup>134</sup> deutlich zum Ausdruck kam.<sup>135</sup>

Der Alldeutsche Verband hielt, wie oben erwähnt ist, am 22. April 1928 eine ausserordentlich stark besuchte Tagung seines Gesamtvorstandes in Eisenach ab, und hierbei stellte ich als die nächste Aufgabe die Stärkung des Einflusses von Hugenberg in seiner Partei hin, mit dem Ziele, ihm behilflich zu sein, dass er schliesslich deren Führung übernehmen und eine Politik im Sinne der Nationalen Opposition rücksichtslos betreiben könne.<sup>136</sup> Nach der Wahl war eine neue Regierung zu bilden, und nach wochenlangem Feilschen kam eine solche zustande, in der ausgerechnet der Sozialdemokrat *Müller*, der

<sup>132</sup> Der Young-Plan wurde am 7.6.1929 als Ergebnis der Pariser Sachverständigenkonferenz vom Februar bis Juni 1929 und am 21.6.1929 von der Regierung angenommen. In Den Haag wurde in zwei internationalen Konferenzen im August 1929 und im Januar 1930 abschließend verhandelt. Der Plan bestimmte, dass Deutschland bis 1988 Reparationen mit jährlichen Raten von 2 Milliarden RM in den ersten zehn Jahren, dann über 37 Jahre hinweg steigenden und mit dann absinkenden Raten zahlen sollte. Die Verpfändung von Staatseinnahmen und Industrieanlagen wurde wie auch die ausländische Kontrolle abgeschafft, während die Zahlungen an die neue Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Genf gingen. Deutschland musste hingegen nun auch bei einer wirtschaftlichen Depression Reparationen zahlen, konnte sich aber bei Zahlungsschwierigkeiten an einen internationalen Sachverständigenausschuss wenden. Die Vereinbarung zur Räumung des Rheinlandes wurde am 30.8.1929 unterzeichnet, während über das Saargebiet erst in einer Volksabstimmung 1935 entschieden werden sollte.

<sup>133</sup> Die Auflösung des Reichstags erfolgte am 31.3.1928. Das Kabinett Marx IV aus Zentrum, DVP, DNVP, BVP und DDP zerbrach u. a. an der Opposition der DVP an dem Gesetzentwurf des Zentrums für ein neues Schulgesetz, das Konfessionsschulen und Gemeinschaftsschulen gleichstellen sollte. Die DVP stellte sich gegen die Einrichtung von Bekenntnisschulen in Hessen und Baden, wo bisher nur Gemeinschaftsschulen gab. Ein Antrag von Gustav Stresemann und Julius Curtius von der DVP zur Sicherung des Monopols der Gemeinschaftsschulen wurde am 13.7.1927 abgelehnt, während vor allem das Zentrum auf das Schulgesetz beharrte. Die DVP erklärte daraufhin, dass sich die Partei an diese Kabinettsbeschlüsse nicht gebunden fühlte. Während SPD und DDP Verhandlungswillig für die Koalitionsfortsetzung zeigte, war die Bereitschaft bei DNVP, DVP und Zentrum angesichts ohnehin 1928 anstehender Neuwahlen weit weniger vorhanden. Die zeitgleichen Diskussionen um die Finanzierung des Panzerkreuzers „A“ zur Modernisierung der Reichsmarine bestimmten auch den folgenden Wahlkampf der SPD und der DDP, die ein solches Bauprogramm militärisch ablehnten. Siehe Winkler: Weimar, S. 330–332.

<sup>134</sup> Einschub im Originalmanuskript und in der Textfassung FZH 11/C2 in den Fließtext aufgenommen.

<sup>135</sup> Bei den Reichstagswahlen am 20.5.1928 erreichte die DNVP 14,3 % der Stimmen und 73 Sitze. Bei der Reichstagswahl am 7.12.1924 erreichte die DNVP noch 20,5 % der Stimmen und 103 Sitze.

<sup>136</sup> Siehe dazu Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 21./22.4.1928, in *BA-Berlin*, R 8048, Bd. 155 und *Alldeutsche Blätter* 28.4.1928.

seinerzeit den sogen. Vertrag von Versailles als Aussenminister mitunterzeichnet hatte, den Reichskanzler darstellte, während *Stresemann* das Aussenministerium behielt und der preussische Innenminister *Severing* auch noch das Reichsinnenministerium übernahm.

Es konnte kein jämmerlicheres Zeichen für den Zustand unseres Vaterlandes geben, wie er durch die Misswirtschaft der „Systemparteien“ herbeigeführt war, als das Hin-und-Her über die Bildung dieser sogen. Regierung und ihr Versagen auf allen Gebieten, aber auch für die politische Unzulänglichkeit Hindenburgs, der ein ihm in solcher Art aufgedrängtes Ministerium zuliess. Unsere Erbitterung über das Verhalten des Reichsoberhauptes, das wir einst als Feldherrn verehrt und gepriesen hatten, war aufs höchste gestiegen, und ich beschloss, dieser Stimmung Ausdruck zu geben, als der Alldeutsche Verband seine *Hauptversammlung in Plauen* abhielt.<sup>137</sup>

Ich tat dies mit voller Absicht in schärfster Form in der den Verbandstag einleitenden Sitzung des Gesamtvorstandes, die gewissermassen unter demselben Zeichen stand, wie 25 Jahre vorher, als ich in der „*Bilanz des Neuen Kurses*“ mit den Kanzlern nach Bismarck, vor allen Dingen mit Bülow, abrechnete.<sup>138</sup> Es musste gesagt werden, *dass Hindenburg als Reichspräsident vollkommen versagt hatte*, und dass unter seiner Präsidentschaft das Vaterland, statt sich zu festigen und zu erholen, auf allen Gebieten weiter zurückgewirtschaftet hatte. Die Sätze, die sich auf ihn bezogen, lasse ich wörtlich folgen: Sie lauteten: „Wohl aber sei unterstrichen, dass der Kampf, den der Alldeutsche Verband pflichtmässig gegen den heutigen Staat und seine Leiter führt, *gegen unseren Willen und zu unserem Bedauern sich auch gegen das Reichsoberhaupt richten muss*. Je länger, je mehr hat sich gezeigt, *dass der Reichspräsident von Hindenburg die Aufgabe nicht erfüllt*“<sup>139</sup>, *die ihm als nichtmarxistischem Staatsoberhaupt gestellt war* – die Aufgabe, Deutschlands Rettung mit allen verfassungsmässigen Mitteln zu betreiben. Herr von Hindenburg hat das nicht versucht, und es will uns gleichgültig erscheinen, ob sein Versagen auf den Mangel an staatsmännischer Einsicht, an politischem Willen oder an beiden zurückzuführen ist. Bereits im Frühjahr haben wir auf der *Eisenacher Vorstandssitzung*<sup>140</sup> feststellen müssen, dass der Reichspräsident in eines seiner wichtigsten verfassungsmässigen Rechte hat Bresche legen lassen, indem er auf ein Abkommen der Parteien hin den letzten Reichstag aufgelöst hat.<sup>141</sup> Schon vorher hatte er die ganze unselige Aussenpolitik des Herrn Stresemann hingenommen und vieles andere geschehen lassen, was seine alten Verehrer an ihm irre machen musste. Zuletzt hat er das heutige Kabinett des Reichskanzlers Hermann Müller berufen, obwohl die Vorgänge bei den Verhandlungen

---

<sup>137</sup> Die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV fand in Plauen am 7.9.1928 statt. Siehe das Protokoll in BA-Berlin, R 8048, Bd. 155.

<sup>138</sup> Heinrich Claß: *Die Bilanz des neuen Kurses*, Berlin 1903.

<sup>139</sup> In der Textfassung FZH 11/C2: „nicht erfüllt hat“.

<sup>140</sup> Die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV fand in Eisenach am 21.4.1928 statt.

<sup>141</sup> Der Reichstag wurde am 31.3.1928 aufgelöst. Reichstagswahlen fanden am 20.5.1928 statt.

gen über die Regierungsbildung zeigten, dass eine brauchbare Staatsleitung daraus nicht hervorgehen könne, und obwohl ihm die Verfassung das Recht gibt, einen Mann seines Vertrauens mit der Regierungsbildung zu beauftragen.<sup>142</sup>

*Kein Unbefangener wird bestreiten, dass seit dem Tage, an dem Herr von Hindenburg sein Amt übernommen hat, schlechthin alles sich zum Übleren gewendet hat.* Dafür ist der Reichspräsident der deutschen Gegenwart und Zukunft verantwortlich, und es ist selbstverständlich, dass wir Alldeutschen, die wir zur Zeit des mächtigen Kaiserreichs, des scheinbar unerschütterten Kaiseriums das als wahr Erkante vertreten haben, nun pflichtmässig mit unserem Urteil nicht zurückhalten dürfen, wo ein Mann an der Spitze des Reiches steht, der als Feldherr sich den Dank des Vaterlandes und die Verehrung aller guten Deutschen erworben hatte. Vor einem Jahr hat der Reichspräsident in Tannenberg vor aller Welt sein Bekenntnis gegen die Kriegsschuldlüge ausgesprochen.<sup>143</sup> Das konnte doch nur so gedeutet werden, dass der amtliche Kampf gegen diese ungeheure Geschichtsfälschung und ihre verderblichen Folgen damit eingeleitet werden sollte. Was ist darnach geschehen? Nichts – und dieses Nichts hat dem Ansehen des Reichspräsidenten einen schweren Schlag versetzt. Wir bedauern, dass der Reichspräsident das zugelassen hat. So ist ein feierliches Wort des Reichsoberhauptes ohne Tat geblieben! *Es ist kein leichtes Geschäft, das wir Alldeutschen zu besorgen haben: die Wahrheit zu suchen und zu bekennen.* Aber es ist heute mehr als jemals notwendig, dass dieses Geschäft betreut wird, und so wollen wir uns im Hinblick auf die bisherige geschichtliche Leistung des Alldeutschen Verbandes wie auf Grund unseres Gewissens vornehmen, dass wir im Kampfe ausharren, bis ein politischer Zustand erreicht ist, der den Aufstieg unseres Volkes aus dem heutigen Jammer erkennen macht. Dann, erst dann lassen wir von der [N]ationalen Opposition ab, und niemand wird dann froher sein, dies endlich zu können, als wir Alldeutschen.“<sup>144</sup>

Es ging mit diesem Angriff, zu dem ich mich vor meinem Gewissen verpflichtet fühlte, genau so wie 25 Jahre vorher mit der „Bilanz des Neuen Kurses“: meine Äusserung schlug wie eine Bombe ein. Ein grosser Teil der nationalen Presse billigte mein Vorgehen; nur die Kreuzzeitung und die Deutsche Tageszeitung lehnten meine Rede ab.<sup>145</sup> Dagegen hetzte die ganze System-

<sup>142</sup> Nach den Wahlen am 20.5.1928 gab es keine Mehrheit für die Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und DDP oder für eine bürgerliche Regierungskoalition ohne die SPD. Am 12.6.1928 betraute Paul von Hindenburg Hermann Müller von der SPD mit der Regierungsbildung, um die SPD sich in der Regierungsverantwortung verbrauchen zu lassen, und er beeinflusste die Verhandlungen wie schon zuvor bei der Regierungsbildung des Kabinetts Luther II vom 19.1.1926 und Marx IV vom 29.1.1927.

<sup>143</sup> Paul von Hindenburg hielt am 18.9.1927 anlässlich der Einweihung des Tannenberg-Denkmal eine Rede, in der er die Schuld Deutschlands am Krieg zurückwies. Germania 19.9.1927.

<sup>144</sup> Alldeutsche Blätter 15.9.1928, S. 150–151.

<sup>145</sup> Siehe „Tagung des Alldeutschen Verbandes. Ein bedauerlicher Angriff auf den Reichspräsidenten“, in Neue Preußische Zeitung (Kreuzzeitung) 8.9.1928 und „Eine bedauerliche



presse gegen mich und den Alldeutschen Verband, indem sie gleichzeitig den Reichspräsidenten als verfassungstreuem Staatsoberhaupt feierte. Dieser selbst war von meinem Angriff so sehr betroffen, dass er den Generalleutnant *von Cramon* zu sich bat und ihn fragte, ob es denn wahr sei, was der Justizrat gesagt habe, dass sein Verhalten als Reichspräsident von dem bestgesinnten Teile der öffentlichen Meinung verworfen werde.<sup>146</sup> Der General antwortete ihm, er bedauere ihm sagen zu müssen, *dass mein Urteil von den zuverlässigsten Nationalen geteilt werde*. Der Feldmarschall war über diese Antwort sehr traurig und erwiderte: „Ja, was soll ich denn machen bei dem Wirrwarr der Parteien? *Ich kann doch meinen Eid nicht brechen!*“ Ich kann nicht sagen, wie oft ich von Gesinnungsgenossen, die bis zu Hindenburg vorgedrungen waren, berichtet bekam, dass sie auf ihre Vorstellungen über die Unhaltbarkeit des Zustandes im Reich dieselbe Antwort erhielten, er habe doch seinen Eid auf die Weimarer Verfassung geleistet und könne diesen nicht brechen. Für mich war diese ständige Redensart ein *Beweis für die Hilflosigkeit des alten Mannes, also für seine völlige politische Unbrauchbarkeit*.

Entgleisung“, in Deutsche Tageszeitung 9.9.1928. Beide Zeitungen wandten sich hier gegen die Fundamentalopposition des ADV und vertraten eher die realpolitische Politik von Kuno Graf Westarp und Martin Schiele für eine pragmatische Durchsetzung von landwirtschaftlichen Interessen vor allem mit Blick auf die Osthilfe für die Sanierung unrentabler Güter und der Besserstellung von Beamten sowie der Unabhängigkeit der Reichswehr. Die Kreuzzeitung hatte eine Auflage zwischen 6.000 und 7.000 Exemplaren und stand als eine von ca. 500 weiteren Zeitungen in den 1920er Jahren der DNVP nahe und verstand sich als Blatt für gebildete Leserschaften, das Militär und den Adel Preußens. Nach finanziellen Schwierigkeiten übernahm der Stahlhelm die Kreuzzeitung 1932. Die Deutsche Tageszeitung wurde 1894 als Organ des BdL gegründet und behielt nach dem Ersten Weltkrieg, nun in Anlehnung an den RLB und der DNVP, eine Zeitung für agrarische Interessen Ost-, Nord- und Mitteldeutschlands, wengleich sie Leser an die neu gegründeten Zeitungen der Landbünde verlor. Sie hatte eine Auflagenhöhe zwischen 42.000 (1923) und 18.000 (1933). Siehe auch Liebe: Die Deutschnationale Volkspartei, S. 42–47, Fulda: Press and Politics, S. 23, 30 und Graf: Die Zukunft der Weimarer Republik, S. 49–50. Auch die Deutsche Allgemeine Zeitung („Claß ... Unglaubliche Angriffe gegen Hindenburg“ 8.9.1928) kritisierte die Rede von Claß auf dem Plauener Verbandstag, die man nur „mit großen Widerstreben“ zitiert habe, und machte die grundsätzliche Kritik an Claß als Führer des ADV deutlich, eine Rolle, der er „nicht gewachsen“ sei. Zudem habe man mit den Angriffen auf die Regierungsbeteiligung der DNVP 1927 die Chance auf eine politische Rechtswendung verspielt. Die Deutsche Allgemeine Zeitung hatte zwischen 1926 und 1930 eine fallende Auflage zwischen 60.000 und 31.000 Exemplaren und entstand 1922 als Zeitung der industriellen Interessen durch die Zusammenlegung mit der Täglichen Rundschau durch Hugo Stinnes. Die defizitäre Deutsche Allgemeine Zeitung wurde 1925 von der preußischen Regierung aufgekauft, 1926 auf Initiative Stresemanns von der deutschen Regierung heimlich erworben und nach Bekanntwerden dieser Transaktion 1927 erneut an industrielle Interessengruppen verkauft. Bis zum Tode Stresemanns 1929 war die Deutsche Allgemeine Zeitung eine rechtskonservative Zeitung mit Annäherungen zur DVP sowie auch zur „Ruhrlade“ der Schwerindustrie. Siehe auch Fulda: Press and Politics, S. 22 und 43 sowie Turner: Die „Ruhrlade“.

<sup>146</sup> August von Cramon hatte, wie auch August von Mackensen, bei Paul von Hindenburg als alter Freund aus dem Ersten Weltkrieg nahezu uneingeschränkter Zugang. Siehe Pyta: Hindenburg, S. 607–611.

Trotz dieser Erkenntnis mussten die Versuche fortgesetzt werden, den Reichspräsidenten zur Bildung einer brauchbaren Regierung zu veranlassen, die nur durch eine Rechtsschwenkung zu erzielen war, wenn man sich an die parlamentarischen Gepflogenheiten halten wollte. Es galt also, den charakterlich und politisch hervorragendsten Mann, den Reichstagsabgeordneten Hugenberg gewissermassen als den selbstverständlichen Träger der deutschen Rettungsmöglichkeiten in den Vordergrund zu stellen.

Dabei kam in Betracht, dass der öffentliche Zustand Deutschlands dank dem Parteiwesen in der Volksvertretung unerträglich geworden war, und dass die sogen. Regierung, die von der gesamten Linkspresse als das „Kabinett der Persönlichkeiten“<sup>147</sup> gepriesen worden war, in allem versagte.

Die Führung des Teiles der Deutschnationalen Volkspartei, der auf den Rücktritt des Grafen Westarp und seinen Ersatz durch Hugenberg hinarbeitete, hatte der ausgezeichnete General *von Dommès* übernommen, der durch seine ganze Persönlichkeit und als Vorsitzender des Landesverbandes Potsdam 2 der Partei sehr grosses Ansehen genoss.<sup>148</sup> Diese Kämpfe führten je länger je mehr zur Auflösung der wichtigsten und schärfsten nichtmarxistischen Partei des Reichstages. Am letzten Ende kam es so weit, dass ein grosser Teil des Reichslandbundes sich von Hugenberg trennte, und dass andere Gruppen neue Parteien bildeten, wie die [C]hristlich-[N]ationale Bauern- und Landvolkpartei, die Konservative Volkspartei und den Christlich-sozialen Volksdienst; auch die Wirtschaftspartei entzog den Deutschnationalen erhebliche Kräfte.<sup>149</sup> Im Herbst des Jahres 1930 waren sie auf 35 Abgeordnete im Reichstag zusammengeschmolzen.<sup>150</sup>

<sup>147</sup> Das zweite Kabinett von Hermann Müller wurde als „Kabinett der Persönlichkeiten“ bezeichnet, da es eine „latente Große Koalition“ mit elf Ministern aus der SPD, DVP, DDP, BVP, Zentrum und dem parteilosen Reichswehrminister Wilhelm Groener war, die am 28.6.1928 ernannt wurden. Winkler: Weimar, S. 337. Zum vorherigen Rücktritt Otto Gesslers am 19.1.1928 und der Ernennung Groeners zum Reichswehrminister am 28.1.1928 kritisierte Claß dessen Ernennung durch den Reichspräsidenten: „Inzwischen ist hier eine neue Katastrophe eingetreten, indem ausgerechnet der royalistische Reichspräsident den Kaiserstürzler Groener zum Minister gemacht hat. Unglaublich, aber wahr: Dies ist das eigenste Werk Hindenburgs, der sich einfach auf Groener versteift hat.“ Claß an Hans Hartmeyer 20.1.1928, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 368, Bl. 9.

<sup>148</sup> Wilhelm von Dommès war Vorsitzender des Kreisvereins Potsdam und Vorsitzender des Landesvereins Potsdam I (Vorsitzender des Landesvereins Potsdam II war Werner Steinhoff). Noch im August 1927 trat Wilhelm von Dommès an Claß mit der Bitte um ein Gespräch heran, wie in dem Bemühen um die DNVP-Landesverbände für Hugenberg vorgegangen werden soll, weil sich Alfred Hugenberg gegenüber Dommès sehr „unbestimmt“ und „diplomatisch“ verhalte. Ein klärendes Gespräch zwischen Dommès und Claß über die Annäherung an Hugenberg fand dann vermutlich um den 24.8.1927 statt. Siehe Otto von Roeder an Claß 13.8.1927 und Otto von Roeder an Wilhelm von Dommès 18.8.1927, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 213, Bl. 241–242 und 243–245.

<sup>149</sup> Die Wirtschaftspartei (1920–1925 Reichspartei des deutschen Mittelstandes) profitierte bei den Reichstagswahlen am 20.5.1928 mit 4,5% der Stimmen und einem Zuwachs von 2,3% gegenüber den Wahlen vom 7.12.1924 von den Wahlverlusten der DNVP.

<sup>150</sup> Bei den Reichstagswahlen am 14.9.1930 erreichte die DNVP 7,0% der Stimmen und 41 Sitze. Die DNVP hatte im Juli 1930 36 Sitze.

Der innerpolitische und wirtschaftliche Zustand Deutschlands war unter dem Kabinett Müller so unhaltbar geworden, dass der Reichspräsident den Reichstag auflöste und Neuwahlen für den 14. September dieses Jahres anordnete. Mir gingen die Schwierigkeiten, in die Hugenberg als Parteiführer geraten war, sehr zu Herzen, und ich tat alles, was ich tun konnte, um die Kräfte, die der Alldeutsche Verband besass, trotz seiner Überparteilichkeit zu seinen Gunsten in Bewegung zu setzen, weil ich überzeugt war, dass er von den führenden Männern der im Reichstag vertretenen Parteien der einzige war, der durch seine staatsmännische Begabung, seine Sachlichkeit und seine Erfahrungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens eine brauchbare Regierung bilden könne. Freilich hatte ich das Bedenken, dass seine Wahl zum Parteivorsitzenden reichlich spät, ja zu spät gekommen sei, so dass die auseinandertreibenden Kräfte in der Partei die Zeit gehabt hatten, sich auszuwirken. Dazu kam, dass Hugenbergs Sachlichkeit den reinen Parteimenschen und allen denen in der Partei, die etwas werden oder eine Rolle spielen wollten, wider den Strich ging und ihn bei allen Menschen dieses Schlages unbeliebt, ja bei manchen geradezu verhasst gemacht hatte. Bei jeder neuen Abspaltung von der einst so grossen Partei – sie hatte es bei der Wahl im Dezember 1924 trotz ihres Zusammenbruchs bei der Abstimmung über den sogen. Dawesplan im August 1924 auf 108 Abgeordnete gebracht<sup>151</sup> – machte man Hugenberg verantwortlich; es war das Wort aufgekommen, dass er ein „sturer Bock“ sei. Nichts war ungerechter als dieser Vorwurf. Denn Hugenberg, von dem ich früher gesagt habe, dass er der eigentliche Gründer des Alldeutschen Verbandes und damit einer der Urheber der [N]ationalen Opposition gewesen sei, blieb bei seiner Überzeugung beharren, dass dem Novembersystem unbedingt und rücksichtslos entgegengearbeitet werden müsse<sup>152</sup>, während bei einem grossen Teile der zur Partei gehörigen Abgeordneten Rücksichten der Nützlichkeit, des persönlichen Fortkommens usw. eine grosse Rolle spielten. Dies hing damit zusammen, dass die Partei bei ihrer Begründung die verschiedensten politischen Richtungen in sich aufgenommen hatte: man braucht nur daran zu denken, dass die Konservativen der verschiedenen Abstufungen, der grösste Teil der Landwirte und auch der alten nationalliberalen Partei, soweit sie sich nicht *Stresemann* angeschlossen hatten, die Christlich-Sozialen und die antisemitischen Gruppen verschiedener Färbung dort zusammengekommen waren. Die Hoffnung, dass mit der Zeit die von vornherein zweifellos vorhandenen Gegensätze sich mindern würden, und dass eine nach innen und aussen geschlossen auftretende mächtige Partei des nationalen Bürger- und Bauerntums sich bilden würde, hatte sich nicht verwirklicht. Im Gegenteil: wie erwähnt, war die Partei im August 1924 in zwei ungefähr gleich starke Hälften auseinandergefallen. Hugenberg, mit dem ich damals in besonders enger Fühlung

---

<sup>151</sup> Bei den Reichstagswahlen am 7.12.1924 erreichte die DNVP 20,5 % der Stimmen und 103 Sitze.

<sup>152</sup> Gemeint ist eine Fundamentalopposition gegen die Weimarer Republik, nicht das Entgegenarbeiten im Sinne einer politischen Kooperation.

stand, war von dieser Entwicklung so enttäuscht, dass er sich jahrelang von der tätigen Mitarbeit in der Partei zurückgezogen hatte.<sup>153</sup> Ich glaube mit Recht annehmen zu dürfen, dass er erst dann hervortrat, als ich ihm an der Wende der Jahre 1925 auf 26 vortrug, dass er, um zu retten, was noch zu retten sei, die Führung der Partei übernehmen müsse. Damals war das erwähnte Hochverratsverfahren verzögernd dazwischen gekommen. Nach seinem Abschluss trat Hugenberg 1928 in den Vordergrund.

Nachdem er sich, wie erwähnt, zu einem Entschluss, der ihm sehr schwer gefallen war, durchgerungen hatte, fand er in der parlamentarischen Gruppe der Partei im Reichstag die eifrigste und treueste Förderung durch ihre dem Alldeutschen Verband angehörigen Mitglieder, vor allem durch *Dr. Bang*, Direktor *Gok* und Landgerichtsdirektor *Lohmann*. Der letztere wurde leider bei der nächsten Wahl nicht wiedergewählt. Es ist aber im übrigen kein Zweifel, dass der neue Parteiführer an seiner Partei wenig Freude erlebt hatte – nicht nur das, sondern es wurden ihm aus ihrem Kreise Schwierigkeiten über Schwierigkeiten bereitet, so dass er es trotz der sich daraus ergebenden Schwächung der Partei und seiner eigenen politischen Stellung nur begrüßen konnte, als nach und nach die Unzufriedenen zu den oben genannten eigenen Gruppen sich zusammenschlossen.

Die *Bundesgenossenschaft mit dem Stahlhelm* glich jene Mängel bei weitem nicht aus, was mit der politischen Unzuverlässigkeit seiner Führung zusammenhing.<sup>154</sup> Besonders schwer empfand es Hugenberg, dass der Reichslandbund sich ihm gegenüber äusserst schwierig verhielt, so dass sogar in seinen Reihen der Plan auftauchen konnte, eine selbständige Partei zu gründen.<sup>155</sup>

<sup>153</sup> Alfred Hugenberg, der die nationalliberale Richtung innerhalb der DNVP vertrat und 1917 auch in die DVLP eingetreten war, gehörte somit zum radikalen Flügel der DNVP, wengleich er nicht zur antisemitischen Gruppe gezählt werden sollte. Er blieb jedoch in engen Kontakt mit den Alldeutschen und sprach sich auch nicht gegen die rassistisch-völkischen Gruppierungen im deutschnationalen Lager aus. Hugenberg hielt sich nach seinem Umzug von Essen nach Berlin nach Kriegsende im Zuge seiner neuen politischen Tätigkeit für die DNVP im Parlament hingegen von Anfang an auffällig mit Reden im Reichstag zurück – nicht erst ab 1924. Insofern bedurfte es auch nicht nur der Ideeengebung durch Claß, dass Hugenberg letztlich auf die Übernahme des DNVP-Vorsitzes zustrebte. Vielmehr reifte dieser Plan bei Hugenberg zwischen den erwähnten ersten Überlegungen zur Jahreswende 1925/26 und dem Sommer 1927. Erst als sich ein Hugenberg-Lager innerhalb der Parteigremien und in den Landesverbänden zu formieren begann und somit Erfolgsaussichten für Hugenberg bestanden, war er von seiner innerparteilichen Aufstellung als Gegenspieler von Kuno Graf Westarp weitgehend überzeugt und stellte ab Sommer 1927 seine ganze Tätigkeit in den Dienst des Kampfes gegen den moderateren und gouvernementalen Westarp-Flügel.

<sup>154</sup> Der Stahlhelm trat zwar im November 1925 in die VVVD als zentrale Plattform der „nationalen Opposition“ ein, jedoch sah sich der Stahlhelm unter Führung von Franz Seldte und Theodor Duesterberg als führender paramilitärischer Wehrverband, der auch bei den Aufstellungen der DNVP-Wahllisten Einfluss für eigene Mitglieder beanspruchte.

<sup>155</sup> 1928 wurde die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei gegründet und nahm DNVP-Mitglieder nach deren Abspaltung von der DNVP 1929 in der Christlich-Nationalen Arbeitsgemeinschaft im Reichstag als gemeinsame Fraktion auf. Die CNLBP erreichte bei den Reichstagswahlen am 14.9.1930 3,2 % der Stimmen. Siehe auch Anmerkung 78.

Unbedingt zuverlässige Helfer fand Hugenberg nur bei seinen alldeutschen Parteifreunden, und diese hielten ihm die Treue bis zur Auflösung seiner Partei im Sommer 1933.<sup>156</sup>

Trotz der wahrlich nicht ermutigenden Umstände, unter denen Hugenberg die Führerschaft der Deutschnationalen Volkspartei übernommen hatte<sup>157</sup>, war er unermüdlich in seinen Bestrebungen für den Ausbau und die Stärkung der [N]ationalen Opposition. Hier bedeutet die Gründung des „*Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren*“ den Höhepunkt seiner Tätigkeit. Der politische und wirtschaftliche Zustand des Reiches war unter dem Kabinett Müller–Severing–Stresemann immer entsetzlicher geworden und immer häufiger die Erkenntnis bei den Völkisch-Nationalgesinnten, dass alles, was rechts vom Zentrum stehe, sich zusammenschließen müsse, um eine den Notwendigkeiten einer wahrhaft verzweifelten Zeit gewachsene [N]ationale Opposition zu bilden.

Hierbei stand im Vordergrund der Kampf gegen den *Youngplan*, der angeblich eine Erleichterung der ungeheuren Lasten bringen sollte, die der Dawesplan des Jahres 1924 unserem Volke auferlegt hatte. Wir Alldeutschen waren unermüdlich, den Nachweis zu führen, dass die behauptete Erleichterung gar nicht eintreten würde. Unter diesen Umständen hielt ich es für geboten, auf einer *Gautagung in Baden-Baden*, die wir am 9. Juni 1929 abhielten, die allerschärfsten Kampfforderungen zu vertreten, insbesondere aber den Zusammenschluss aller politischen Gruppen für notwendig zu erklären, die sich der dauernden Versklavung unseres Volkes widersetzen.<sup>158</sup> Dieser mein Aufruf wurde weithin beachtet; besonders war es ein Fortschritt, als eine Woche später, am 16. Juni 1929, der Vorstand der *Deutschnationalen Volkspartei* eine Entschliessung fasste, nach der das *Inkrafttreten des Youngplans mit allen gesetzlichen Mitteln verhindert werden solle*.<sup>159</sup> Hugenberg hatte schon am Anfang dieses Jahres bei der *Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei*, die ebenso wie der *Stahlhelm* bereit war, von Fall zu Fall mit ihm zusammenzugehen, angeregt, dass die gesamten Gruppen, die sich gegen die Missregie-

---

<sup>156</sup> Die DNVP löste sich nach Rücktritt Alfred Hugenbergs aus dem Kabinett und dem folgenden Druck am 27.6.1933 selbst auf.

<sup>157</sup> Alfred Hugenberg gestaltete jedoch umgehend die DNVP-Führung mit ersten Maßnahmen auf der Parteivertretertagung am 7./8.12.1928 um, indem der Parteivorstand personell neu besetzt wurde. Eine neue Satzung sprach dem Parteivorsitzenden und dem von ihm einzuberufenden Parteivorstand die letzte Entscheidung zu, die Partei habe über der Fraktion zu stehen. Diese Maßnahmen machten Hugenberg im Grunde „bei Licht betrachtet, zum Diktator“, so Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 19.1.1929, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 157, Bl. 8.

<sup>158</sup> Siehe Alldeutsche Blätter 22.6.1929.

<sup>159</sup> Am 15.6.1929 beschloss der DNVP-Parteivorstand nach Artikel 72 der Weimarer Reichsverfassung einen Antrag einzubringen, wonach die Verkündung des Youngplanes um zwei Monate ausgesetzt werden sollte. Ein Drittel der Reichstagsabgeordneten war dafür notwendig. Dann hätte ein Volksentscheid mit einem Quorum von 1/20 der Stimmberechtigten in Gang gebracht werden können, sofern sich der Reichspräsident nicht für eine Inkraftsetzung des Gesetzes entschlossen hätte. Siehe Friedenthal: Volksbegehren und Volksentscheid, S. 39.

rung der Systemparteien auflehnten, eine Art von besonderer Volksvertretung bilden sollten, die auf einer fern von Berlin tagenden gemeinsamen Versammlung den Kampf bis aufs äusserste gegen das verderbliche System fordern solle – gipfelnd in einer entschiedenen Kundgebung an den Reichspräsidenten.<sup>160</sup>

Dieser Plan liess sich nicht verwirklichen. Dagegen war der Stahlhelm mit der Absicht hervorgetreten, gegen den Youngplan eine *Volksabstimmung* herbeizuführen, bei der er auf die Unterstützung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der Deutschnationalen angewiesen war. Bei den Verhandlungen hierüber verdichteten sich die verschiedenartigen Pläne zu dem Vorschlag Hugenbergs, dass alle völkischen und nationalen Gruppen, die sich gegen das Novemberregime und besonders gegen den Youngplan zur Wehr zu setzen entschlossen waren, sich zusammentun sollten, um mit der notwendigen Macht den Kampf führen zu können.<sup>161</sup>

Nachdem sich Hugenberg der Zustimmung der hierfür in Betracht kommenden Parteien und Verbände versichert hatte, berief er, dem die Führung in dem bevorstehenden Kampfe zugefallen war<sup>162</sup>, eine Tagung auf den 9. Juli 1929, in den Sitzungssaal des früheren preussischen Herrenhauses ein, bei der der schon erwähnte „Reichsausschuss für das deutsche Volksbegehren“ endgültig gegründet und seine leitenden Männer gewählt werden sollten.<sup>163</sup> Von

<sup>160</sup> Alfred Hugenberg erklärte im Januar 1929 gegenüber Ernst Oberfohren, Paul Bang, Axel von Freytag-Loringhoven, Otto Schmidt(-Hannover) und Hans von Goldacker von der DNVP-Reichstagsfraktion sowie Hans Nagel als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der DNVP diesen Plan für eine „Sammlung der nationalen Opposition“. Siehe Tagebucheintrag Reinhold Quaatz, 31.1.1929, in Weiß/Hoser: Die Deutschnationalen, S. 62–63. Hitler hielt nach dem NSDAP-Parteitag in Nürnberg vom 1.–4.8.1929, der, unterstützt durch den Aufmarsch von 18.000 Nationalsozialisten, den Führungsanspruch der NSDAP unterstreichen sollte, an seiner Kritik der „bürgerlichen Parteien“ fest, beteiligte sich jedoch an der Anti-Youngplan-Kampagne und trat zusammen mit Hugenberg am 25.10.1929 auf einer Kundgebung des Bayerischen Landesausschusses für das deutsche Volksbegehren im Zirkus Krone auf. Longerich: Hitler, S. 202–204.

<sup>161</sup> Alfred Hugenberg wollte mit dieser Initiative, die eigentlich vom Stahlhelm ausgegangen war, einerseits seine Macht innerhalb der zerrissenen DNVP sichern und andererseits innerhalb der heterogenen politischen Rechten die Führung übernehmen. Das Wahlergebnis vom Mai 1928 ließ eine solche Führung vor allem noch gegenüber der NSDAP nach deren Wiederbegründung durch Adolf Hitler zu. Die Machtverhältnisse sollten sich zwischen DNVP und NSDAP mit den Reichstagswahlen im September 1930 gleichsam umkehren und die Konkurrenz zwischen beiden Parteien um die Führung der Rechten verstärken, die letztlich bis 1932/33 anhielt.

<sup>162</sup> Alfred Hugenberg war die Führung der Initiative nicht „zugefallen“, denn eigentlich beanspruchte der Stahlhelm um Theodor Düsterberg und Franz Seldte den Vorsitz. Die Verbindung zwischen Stahlhelm und DNVP war hingegen seit Ende 1918 eng geknüpft und man ging gerade unter Hugenbergs Parteivorsitz ab 1928 gemeinsame Wege in die politische Radikalisierung beider Organisationen. Bei den Reichstagswahlen sollte der Stahlhelm die enge Verbindung zur DNVP als paramilitärische Schutztruppe verstärkt für die Nominierung von eigenen Kandidaten auf Parteilisten einfordern. Vor allem bei den beiden Reichstagswahlen 1932 war dies der Fall.

<sup>163</sup> Siehe Tagebucheintrag Reinhold Quaatz, 9.7.1929, in Weiß/Hoser: Die Deutschnationalen, S. 74. Nach langen Verhandlungen schloss sich Adolf Hitler mit der Zusage der Zusammenarbeit der NSDAP dem Aufruf des Reichsausschusses an. Der Reichsausschuss für das

Bedeutung war es, dass der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, *Adolf Hitler*, nicht nur für sich und seine Partei die Mitwirkung zugesagt hatte, sondern dass er auch bereit war, in jener Versammlung als Redner aufzutreten und selbst im Präsidium des Reichsausschusses mitzuarbeiten, sowie auch den ihm sehr nahestehenden Abgeordneten *Gregor Strasser*<sup>164</sup>, den Organisationsleiter seiner Partei, in das Präsidium abzuordnen.

Die Versammlung wurde von unserem Freunde *General Otto von Below* eröffnet und nahm einen ausgezeichneten Verlauf. Die wichtigsten Vorträge wurden von *Hugenberg* und *Hitler* gehalten, und es kam der Beschluss zustande, *gegen das Inkrafttreten des Youngplans* das verfassungsmässige Mittel des Volksbegehrens anzuwenden. Ich selbst wurde in das Präsidium gewählt, und mir fiel die besondere Aufgabe zu, den *Gesetzentwurf*, der zum Volkentscheid gestellt werden sollte, auszuarbeiten und zu begründen.<sup>165</sup>

Ich unterzog mich dieser Aufgabe, die nicht ganz einfach war, mit besonderem Eifer und fand dabei die Unterstützung<sup>166</sup> des Staatsrechtslehrers Professor Dr. *Smend*<sup>167</sup>, der damals in der juristischen Fakultät der Universität Berlin das grösste Ansehen genoss.<sup>168</sup> Bei dieser Tätigkeit machte ich meine

---

deutsche Volksbegehren gegen den Youngplan wurde von Alfred Hugenberg, Franz Seldte, Adolf Hitler und Claß gegründet. Die Hauptreferate hielten am 9.7.1929 Hugenberg und Adolf Hitler. Anwesend waren auch Fritz Thyssen, Albrecht Wendhausen und Martin Schiele vom RLB (Vorsitzender von August 1928 bis Oktober 1930). Dem Präsidium gehörten die DNVP, die NSDAP, die VVVD, der Stahlhelm, der Alldeutsche Verband, der RLB und die CNLBP an.

<sup>164</sup> Gregor Strasser (1892–1934), 1919 nach Selbstauskunft Mitglied des Freikorps Epp und 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, 1921 Mitglied der NSDAP, 1921 Mitglied der Landshuter Ortsgruppe des Deutschen Offiziersbundes, Aufbau der SA in Niederbayern und 1923 Leiter der SA, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1924 Mitglied des Bayerischen Landtages für den Völkischen Block, 1924–1934 Mitglied des Reichstages für die DVFP/NSFB bzw. NSDAP, 1925 Leiter der Arbeitsgemeinschaft der nordwestdeutschen Gauleiter der NSDAP, 1926 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1928 Reichsorganisationsleiter der NSDAP, 1932 Niederlegung aller NSDAP-Parteiämter nach grundlegenden Differenzen über Führungsansprüche, 1934 Ermordung im Zuge des „Röhm-Putsches“.

<sup>165</sup> Siehe Anhang Dokument Nr. 2.

<sup>166</sup> Paul Bang wurde vermutlich ebenfalls bei der Ausarbeitung konsultiert, da er bereits bei der Notverfassung vom Frühjahr 1923 eingebunden war. Siehe dazu Friedenthal: Volksbegehren, S. 54.

<sup>167</sup> Rudolf Smend (1882–1975), 1909 a.o. Professor für Rechtswissenschaft in Greifswald, 1911 Professor in Tübingen, 1915 Professor in Bonn, 1922 Professor in Berlin, Mitglied der DNVP, 1935 Versetzung an die Universität Göttingen (unter dem Dekanat von Karl Siebert), 1944–1949 Präsident der Göttinger Akademie der Wissenschaften, nach dem Zweiten Weltkrieg erster Nachkriegsrektor der Universität Göttingen, 1946 Leiter des Kirchenrechtlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland, 1951 Emeritierung, 1946–1955 Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, 1967 Ehrendoktor der Universität Tübingen und Verleihung des Sterns zum großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, 1972 Ehrendoktor der Juristischen Fakultät der Universität Basel, Autor u. a. der Schriften: *Verfassung und Verfassungsrecht* (1928) und *Staatsrechtliche Abhandlungen* (1955).

<sup>168</sup> Claß schien Rudolf Smend in diesem Zusammenhang 1929 kontaktiert zu haben, über den dann auch Fabian von Schlabrendorff (1907–1980), der zu dieser Zeit Student der Rechtswissenschaft an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin war, bei Claß eingeführt wurde

besonderen Erfahrungen, die mir in vollem Umfange zeigten, auf welchen schwierigen Posten sich Hugenberg durch seine Übernahme der deutschnationalen Parteiführerschaft gestellt hatte. Kaum war der gründlich überprüfte Wortlaut des erwähnten Gesetzentwurfes bekanntgegeben worden, als ein Kampf dagegen einsetzte, der nicht anders als unerhört verlogen bezeichnet werden konnte. In dieser Sache war ich selbst sozusagen klassischer Zeuge, da ich aus meiner entscheidenden Mitarbeit wusste, welche Absicht verfolgt wurde. Im wesentlichen war folgendes vorgesehen:

Nach § 1 des Gesetzentwurfes hatte die Reichsregierung den auswärtigen Mächten unverzüglich davon Kenntnis zu geben, dass das erzwungene Kriegsschuldanerkenntnis des Versailler Vertrages auf falschen Voraussetzungen beruhe und völkerrechtlich unverbindlich sei. Nach § 2 hatte sie darauf hinzuwirken, dass das „Kriegsschuldanerkenntnis des Art. 231 sowie die Art. 429 und 430 des Versailler Vertrages förmlich ausser Kraft gesetzt“, und dass die besetzten Gebiete unverzüglich und bedingungslos, sowie unter Ausschluss jeder Kontrolle über deutsches Gebiet geräumt würden, „unabhängig von der Annahme oder Ablehnung der Beschlüsse der Haager Konferenz.“ Nach § 3 durften „*neue Lasten und Verpflichtungen, die auf dem Kriegsschuldanerkenntnis beruhen*“, nicht übernommen werden, so insbesondere nicht auf der Pariser Sachverständigenkonferenz beschlossenen Lasten. § 4 endlich enthielt die Bestimmung, dass „Reichskanzler und Reichsminister, sowie Bevollmächtigte des Deutschen Reichs, die entgegen der Vorschrift des § 3 Verträge mit auswärtigen Mächten schlossen und zeichneten, nach § 92 des Strafgesetzbuches, d. h. wegen Landesverrats[,] mit Zuchthaus zu bestrafen seien.“<sup>169</sup>

Gegen den letzten Paragraphen wurde in einer wilden Pressehetze vorgebracht, dass nach seinem Wortlaut auch der Reichspräsident *von Hindenburg* mit Zuchthaus bedroht werde, was vollendeter Unsinn war, da es im Entwurf hiess, dass der Reichskanzler und die Reichsminister und etwaige Bevollmächtigte des Reiches unter die Strafandrohung gestellt werden sollten. Dazu kam, dass nach der Reichsverfassung (Artikel 59) Anklage gegen den Reichspräsidenten nur vom Reichstag mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden konnte, und dies war vollkommen ausgeschlossen. Das Schlimmste an diesem verlogenen und widerwärtigen Kampfe war, dass er zunächst von *Schiele* an-

---

und schließlich zu einem der engsten Vertrauten von Claß sowie einer der wenigen jüngeren Mitglieder des ADV wurde. Siehe Schlabrendorff: *Begegnungen aus fünf Jahrzehnten*, S. 149 sowie der spätere Briefwechsel von Schlabrendorff mit Smend 1935–1968, in NSUB Göttingen, NL Smend, A 746. Schlabrendorff bewarb sich über Claß für eine Stellung bei der Deutschen Zeitung, die er zunächst ohne Bezahlung antrat. Claß bemühte sich dann für eine Weiteranstellung im Hugenberg-Konzern über die VERA. Siehe Lebenslauf Fabian von Schlabrendorff 16.11.1928, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 214, Bl. 280–281 und Claß an Fabian von Schlabrendorff 5.12.1928, in ebd., Bl. 289. Zur politischen Haltung des DNVP-Mitglieds Smend an der Juristischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin siehe Grüttner: *Der Lehrkörper 1918–1932*, S. 154–155.

<sup>169</sup> Siehe Anhang Dokument Nr. 2.



gestiftet und weiterbetrieben wurde, und dass auch der Stahlhelm sich daran beteiligte, weil der Reichspräsident sein Ehrenmitglied war.<sup>170</sup>

Ich habe die Präsidialsitzungen sämtlich mitgemacht, in denen diese Angelegenheit behandelt wurde, und ich habe mich bemüht, eindeutig klarzustellen, dass mit der Fassung des Entwurfs der Reichspräsident gar nicht gemeint sein konnte. Mir ist unvergesslich, in welcher Weise Schiele seine gegenteilige Auffassung vertrat und ankündigte, dass niemand, der die Grösse Hindenburgs kenne und verehere, für ein solches Gesetz sich einsetzen könne.

Mir war bei alledem klar, dass es Schiele neben seiner Liebedienerei gegenüber Hindenburg vor allem darauf ankam, Hugenberg die Arbeit zu erschweren und die Kluft, die zwischen ihm und dem Reichspräsidenten bestand, zu erweitern. Es war weiter klar, dass Schiele hierbei die Gefolgschaft aller deutschnationalen Abgeordneten hatte, die Hugenberg hassten. Es gelang indes, den falschen Behauptungen gegenüber, die den § 4 als gegen Hindenburg gerichtet darstellten, eine Fassung zu finden, die die vorgebrachten erkünstelten Bedenken beseitigte. Ich wiederhole, dass ich erst in den Sitzungen des Reichsausschuß-Präsidiums in vollem Umfange erkannt habe, wie schwer Hugenberg zu kämpfen hatte, nicht weil ihm die gegnerischen Parteien feindlich gesinnt waren, sondern weil er Ränken aus den eigenen Reihen gegenüberstand.

Trotzdem wurde der Volksentscheid durchgeführt und brachte es auf rund 5,8 Millionen Stimmen gegen den Youngplan.<sup>171</sup> Diese verhältnismässig geringe Zahl ist darauf zurückzuführen, dass alle gegnerischen Parteien zur Stimmenthaltung aufgefordert hatten, so dass bei Lichte betrachtet nur die Ablehnenden zur Kundgebung ihres Willens kamen. Wir vertraten nun die Auffassung, *dass nach dem Sinn und Wortlaut der Weimarer Verfassung das Volksbegehren erfolgreich durchgesetzt sei*, und dass demgemäß der Youngplan vom Reichspräsidenten nicht in Kraft gesetzt werden dürfe. Die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien waren selbstverständlich der entgegengesetzten Ansicht, und es kam nun darauf an, wie sich Hindenburg zu dieser Lage stellen werde. Ich tat auf den für mich notwendigen und möglichen Umwegen alles, um ihm die Meinung beizubringen, dass durch die Volksabstimmung der Youngplan verworfen sei.

Auch Hugenberg bat um Empfang und erreichte es auch, zu Hindenburg zu gelangen.<sup>172</sup> Er berichtete mir, dass er die Gelegenheit gehabt habe, dem

---

<sup>170</sup> Paul von Hindenburg war von 1924 bis 1934 Ehrenmitglied des Stahlhelms.

<sup>171</sup> Das Volksbegehren gegen den Youngplan fand mit der Listeneinschreibung zwischen dem 16. und 29.10.1929 statt und erreichte die notwendigen 10,2 % der Wahlberechtigten. Nach Ablehnung des Volksbegehrens durch den Reichstag fand am 22.12.1929 der Volksentscheid gegen den Youngplan statt und verfehlte mit 13,8 % statt der erforderlichen 50 % der Wahlberechtigten das notwendige Quorum.

<sup>172</sup> Ein Gespräch zwischen Alfred Hugenberg und Paul von Hindenburg fand am 6.1.1930 statt. Am 15.1.1930 wurde in einem Gespräch zwischen dem Reichspräsidenten, Staatssekretär Otto Meissner und Kuno Graf Westarp deutlich, dass Hindenburg die Zusammenarbeit der DNVP unter Umgehung von Hugenberg erreichen wollte. Ende des Jahres 1929 war deutlich, dass Paul von Hindenburg einen Reichskanzler Alfred Hugenberg nicht er-

Reichspräsidenten eingehend alle für Deutschland nachteiligen Folgen des Youngplans vorzutragen, er hatte damals aber auch den Eindruck, dass der alte Herr ohne Verständnis für seine Ausführungen blieb. Beim Abschied bekam er den Bescheid mit auf den Weg, er müsse auch noch andere Politiker und Wirtschaftler hören, und ehe er seinen endgültigen Entschluss fasse, werde er ihm noch einmal Gelegenheit zur Aussprache geben. Dies geschah aber nicht, und am 13. März 1930 vollzog Hindenburg die Unterschrift, die dem Youngplan Rechtsverbindlichkeit für das Reich und Volk verlieh.<sup>173</sup>

Als die Nachricht von dieser erschütternden Tatsache an mich gelangte, befand ich mich auf der „Deutschen Zeitung“ und entschloss mich nach kurzer Überlegung, in ihr meine und meiner Freunde Auffassung über das furchtbare Versagen des Reichspräsidenten<sup>174</sup> in der denkbar eindeutigsten Form zum Ausdruck zu bringen. Ich schrieb an Ort und Stelle einen Aufsatz, der die Überschrift „Abschied von Hindenburg“ trug.<sup>175</sup> Ausserdem ordnete ich an, dass die erste Seite des Blattes mit breitem Trauerrand versehen werden solle. Dieser Aufsatz erregte ausserordentliches Aufsehen, und es wurde mir berichtet, dass aus dem Reichstag, der gerade zu einer Sitzung zusammengetreten war, vom Verlag der Zeitung fortgesetzt neue Päckchen der betr. Nummer gefordert wurden. Da ich hier das Letzte gesagt hatte, was sich nach allem Vorhergegangenen über Hindenburg und die unglückliche Rolle, die er als Reichskanzler gespielt hatte, auf dem Herzen hatte, lasse ich den Wortlaut meines Aufsatzes folgen:

„Der Reichspräsident von Hindenburg hat mit diesem Schritt für das Kabinett Müller–Curtius<sup>176</sup>–Moldenhauer und für die hinter ihm stehenden Parteien dem „Neuen Plan“ Gesetzeskraft und völkerrechtliche Wirkung verliehen.

Für die *gesamte nationale Opposition* freilich gilt nach wie vor die Überzeugung, dass der *Volksentscheid bindendes Recht geschaffen hat*, und sie wird in allen Fragen der inneren und äusseren Politik an dieser Auffassung

---

nennen würde. Die Verdrängung Westarps als DNVP-Fraktionsvorsitzender verschärfte Hindenburgs Haltung gegenüber Hugenberg. Westarp trat auch wegen des verschärften Kampfes des Reichsausschusses zurück, nachdem die Entfremdung vor allem des agrarischen Flügels von Hugenbergs Oppositionspolitik die DNVP erneut zutiefst spaltete und im Dezember 1929 12 Mitglieder der DNVP-Reichstagsfraktion die Partei verließen und zunächst eine Deutschnationale Arbeitsgemeinschaft bildeten bevor sie in das Landvolk eintraten, dem Christlich-sozialen Volksdienst beitraten oder die VKV gründeten. Darunter waren auch Westarp-Vertraute wie Gottfried Reinhold Treviranus, der zunehmend in persönlichen Konflikt mit Hugenberg geraten war, und Hans Erdmann von Lindeiner-Wildau. Siehe dazu auch Terhalle: Deutschnational in Weimar, S. 207–236.

<sup>173</sup> Die Young-Gesetze wurden am 13.3.1930 angenommen und von Paul von Hindenburg am 14.3.1930 unterzeichnet.

<sup>174</sup> Im Originalmanuskript wurde „gegenüber“ gestrichen.

<sup>175</sup> In Deutsche Zeitung 14.3.1930.

<sup>176</sup> Julius Curtius (1877–1948), u. a. Mitglied des Aufsichtsrates der Gutehoffnungshütte AG, 1919 Mitbegründer der DVP, 1920–1932 Mitglied des Reichstages und im Geschäftsführenden Ausschusses der DVP, 1926–1929 Wirtschaftsminister, 1929–1931 Außenminister und Vertreter einer deutschen Revisionspolitik, 1932 Mitglied der DSTP.

festhalten. Für sie bedeuten also weder die Haager Abmachungen noch die Abstimmungen des Reichstages, noch die Unterschriften des Reichspräsidenten Bindungen, und sie müssen sich das Recht wahren, dieser Auffassung zu gegebener Zeit Geltung zu verschaffen.

Durch seine Unterschrift hat der Reichspräsident den *letzten und verhängnisvollen Abschnitt* des ungeheuren Trauerspiels abgeschlossen, dessen leidender Held das deutsche Volk ist. Er hat dies getan, obwohl er dem Zentrumsführer am 11. März erklärt hatte, dass er eine *starke* Mehrheit verlange, und obwohl diese seine Forderung nicht erfüllt ward, da die Mehrheit beim Haager Plan<sup>177</sup> nur 73, beim Polenabkommen<sup>178</sup> gar nur 19 Stimmen betrug. Er hat unterzeichnet, *obwohl* das ganze nationale und völkische Deutschland in Kundgebungen sonder Zahl ihn beschworen hatte, den „Neuen Plan“ und seine Nebengesetze nicht zu vollziehen.<sup>179</sup> Es ist nicht unbekannt geblieben, dass *Grossadmiral von Tirpitz* bei seinem letzten Aufenthalt in Berlin vor einem Monat den Reichspräsidenten zweimal aufgesucht hat, um ihn seine Bedenken gegen die ganzen Haager Abmachungen vorzutragen, ein Schritt das an Alter, Lebensleistung und Stellung dem Reichspräsidenten ebenbürtigen Mannes, der umso mehr ins Gewicht fällt, als der Grossadmiral seinerzeit für die Dawes-Verträge gestimmt, sich von ihrer Unerfüllbarkeit überzeugt und auch erkannt hatte, dass die Haager Abmachungen<sup>180</sup> unerfüllbar sind.

Auf alle diese Warnungen hat der Reichspräsident nicht gehört, auch nicht auf diejenigen hochverdienter und erfahrener alter Kameraden, nicht auf das, was die nationale Opposition im Reichstag und in der Presse gegen den letzten Abschnitt der Erfüllungspolitik in unermüdlichem Eifer vorgebracht hat. Für ihn war der Rat eines Kabinetts massgebender, dass seit seiner Bildung von Misserfolg zu Misserfolg getaumelt ist, war der Einfluss des Staatssekretärs Meissner bestimmend, den er in verhängnisvollem Entschluss an seiner Seite behalten hatte. Nach dem, was der Reichspräsident jetzt über sich gebracht hat

<sup>177</sup> Gemeint ist das „Gesetz über die Haager Konferenz 1929/30“. Zur Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten siehe Paul von Hindenburg an Hermann Müller, 13.3.1930, in AdR. Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 1568–1569. Es bezieht sich auf die beiden Regierungskonferenzen in Den Haag zur Vorbereitung des Vertragstextes des Youngplanes im August 1929 und Januar 1930. Das Gesetz wurde am 12.3.1930 im Reichstag mit 265 zu 192 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 427, Bl. 4402–4412.

<sup>178</sup> Gemeint ist das Deutsch-Polnische Liquidationsabkommen vom 31.10.1929 zum gegenseitigen Verzicht auf finanzielle Ansprüche, die sich aus dem Ersten Weltkrieg oder aus dem Versailler Vertrag ergeben könnten. Paul von Hindenburg verzögerte aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken zunächst die Unterzeichnung, konnte hingegen letztlich durch juristische Gutachten zur Unterzeichnung gebracht werden. Das Gesetz über Ziffer 3 des Artikels I des Entwurfs eines Gesetzes über die Abkommen zur Regelung von Fragen des Teils X des Vertrages von Versailles wurde am 12.3.1930 im Reichstag mit 235 zu 216 Stimmen bei acht Enthaltungen angenommen. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 427, Bl. 4402–4412.

<sup>179</sup> Reinhold Quaatz hielt in seinem Tagebuch am 13.3.1930 fest: „Hindenburg unterzeichnet den Schmachvertrag. Welch Abstieg!“ In Weiß/Hoser: Die Deutschnationalen, S. 105.

<sup>180</sup> In der Textfassung FZH 11/C2 „Haager Abkommen“.

zu tun, wird er sich nicht wundern, dass, wie er sich von denjenigen geschieden hat, deren Vertrauen ihn vor fast fünf Jahren zu seinem hohen Amt berief, nun diese von ihm scheiden, da er zum *Vollstrecker marxistischer Erfüllungspolitik* geworden ist. Wie dieses selbstmörderische Verhalten eines verblendeten Teils unseres Volkes in der Geschichte ohne Beispiel dasteht, so auch das Verhalten des Reichspräsidenten. Die Tatsache, dass der Reichspräsident dem Polenabkommen *noch* nicht zugestimmt hat, ändert an unserer grundsätzlichen Auffassung nichts.

Es ist etwas Rührendes um das *Vertrauen* eines guten Volkes. Dem Sieger von Tannenberg wurde es von der Masse der nationalen Deutschen in überschwänglichem Maße entgegengebracht, und durch diese Kreise ging ein Aufatmen, ja jubelnde Hoffnung, als Feldmarschall von Hindenburg sich bereit erklärte, im zweiten Wahlgange für die Reichspräsidentschaft als Bewerber aufzutreten. Die Bedenken derer wurden überhört, die durch Erfahrungen in allen Fällen, wo der Feldmarschall politisch handeln müssen, erkannt hatten, *dass dem grossen Soldaten und Kriegsmeister das Geschenk des staatsmännischen Genius nicht in die Wiege gelegt worden war*, dass er in diesen Fällen Klarheit des Urteils, Raschheit und Eindeutigkeit der Entschlüsse hatte fehlen lassen. In diesen Kreisen herrschte das Gefühl, dass der Feldmarschall, der militärisch seinen Gröner gefunden hatte<sup>181</sup>, zu staatsmännischer Tätigkeit auch seinen politischen Gröner finden werde. *Den so begründeten Zweifeln an der Tauglichkeit des Feldmarschalls zum hochpolitischen Amte des Reichspräsidenten* wurde entgegengehalten, dass ein Mann seiner Herkunft, seines Lebensganges, seiner Gesinnung sicherlich der „rocher de bronze“<sup>182</sup> werde, an dem die demagogische Entartung unseres öffentlichen Lebens zerschelle. Man holte auch – harmlos genug – das Schiller'sche Wort heraus, dass der Mensch mit seinen grösseren Zwecken wachse.<sup>183</sup>

Gab es einen grösseren Zweck als den, zu dem der Feldmarschall sich für den Fall seiner Wahl zur Verfügung stellte? Es galt, nach innen die Reichsgewalt in ihrer Unabhängigkeit von dem Unwesen der Parteien wieder aufzurichten, Recht und Gesetz wieder herzustellen, der sittlichen Verwilderung Einhalt zu gebieten, die deutsche Wirtschaft zu retten, die deutsche Wehrhaftigkeit neu aufzubauen. Eine gewaltige Aufgabe fürwahr, sich teilend in zahllose wichtigste Einzelaufgaben. An diesem Gesamtzweck, an diesen Teilzwecken konnte ein Mann von staatsmännischer Begabung in der Tat zur Grösse wachsen. Was aber ist geworden?

Wir wollen in dieser *bitterschweren Stunde* nicht aufzählen, wie in eigentlich allen Einzelheiten *der zum Reichspräsidenten gewordene Feldmarschall versagt hat*. Es genügt die Feststellung, dass dieses Reichsoberhaupt im gros-

<sup>181</sup> „Es wächst der Mensch mit seinen grösseren Zwecken.“ Friedrich Schiller: Wallensteins Lager, Prolog II.

<sup>182</sup> „Eherner Fels“. Der Begriff geht auf den Machtanspruch Friedrich Wilhelm I. von Preußen (1688–1740) und seiner Besteuerungspolitik gegenüber ostelbischen Junkern zurück.

<sup>183</sup> Friedrich Schiller (1759–1805), deutscher Dramatiker, Lyriker, Dichter, Philosoph und Historiker.

sen und im einzelnen versagt hat, dass seine Präsidentschaft ein einziges, sich immer mehr verschlimmerndes Martyrium für seine alten Getreuen und Verehrer wurde.

Es sei nun daran erinnert, wie jener Teil der Presse, der die international eingestellten Gruppen vertritt, aufheulte, als der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes vor anderthalb Jahren in Plauen<sup>184</sup> darlegte, dass der Zustand unseres Vaterlandes sich auf allen Gebieten des völkischen Zusammenlebens zum ärgeren gewandt habe, seitdem der gefeierte Sieger von Tannenberg an seiner Spitze stehe. Auch rechtsgerichtete Zeitungen wandten sich gegen dieses in ruhiger Sachlichkeit ausgesprochene und begründete Urteil des alldeutschen Führers. Nun, seit dem September 1928, hat die weitere Entwicklung, soweit es noch nötig war, die Beweise in Hülle und Fülle gebracht. Heute sind sie durch die Unterzeichnung des sog. Haager Vertragswerks gekrönt worden.

Was nun?

Wir meinen, kein Verdienst ist so gross, dass es nicht durch *Schuld* aufgehoben werden könn[te.] Dieser Fall – es ist fruchtbar, das auszusprechen, aber es muss um der geschichtlichen Wahrheit willen und zur Ehrlicherhaltung der nationalen und völkischen Kräfte unseres Volkes ausgesprochen werden – *liegt bei dem Reichspräsidenten vor*. Die Bewunderung, die Verehrung, die Liebe, die der Feldmarschall sich durch unvergessliche Taten verdient hat, und die ihm in überschwänglichem Masse zuteil wurden, hat er durch sein Verhalten an der Spitze des Reichs längst in Frage gestellt. Heute hat er den schier unerschöpflichen *Schatz an Vertrauen*, soweit Deutsche mit unverdorbenem Nationalgefühl in Betracht kommen, *restlos verspielt*. Es ist entsetzlich, aber es ist so: der Reichspräsident ist ganz der Mann jener politischen Gruppen geworden, die zu Bismarcks Zeiten, als der Bund der Windhorst, Richter, Grillenberger an der Schwächung des jungen Reiches arbeitete<sup>185</sup>, deren kleinere Nachfolger im Kriege das Vaterland zum Untergang trieben, die jetzt – einerlei mit welchen Beweggründen immer, die bei den einzelnen verschieden sind – den Weg zu Deutschlands Auferstehung verbauen.

Aus dieser Tatsache gilt es[,] für das nationale und völkische Deutschland die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Wir vergessen die einstigen Taten des Feldherrn Hindenburg nicht. Wir lehnen es ab, über den Politiker so zu Gericht zu sitzen, wie es Mommsen in bezug auf das *politische Versagen zweier grosser römischer Feldherrn, des Gaius Marius*<sup>186</sup> *und des Gnaeus Pompeius*<sup>187</sup>,

---

<sup>184</sup> Gemeint ist die Rede von Claß auf dem Verbandstag des ADV in Plauen am 7.9.1928.

<sup>185</sup> Gemeint ist die Otto von Bismarck gegenüber als Opposition auftretende Reichstagsmehrheit Ludwig Windthorst (Zentrum), Eugen Richter (Linksliberale) und Karl Grillenberger (Sozialdemokraten).

<sup>186</sup> Gaius Marius (158/157 v. Chr.–86 v. Chr.), Militärtribun, Quaestor, 119 v. Chr. Volkstribun, 115 v. Chr. Praetor, Legat im Jugurthinischen Krieg (111–105 v. Chr.), Heeresreform, 107–100 v. Chr. Konsul.

<sup>187</sup> Gnaeus Pompeius (106–48 v. Chr.), 141 v. Chr. Konsul, 77 v. Chr. Statthalterimperium, Triumvirat mit Marcus Licinius Crassus und Gaius Julius Caesar, 49 v. Chr. Staatsnotstand und Beauftragung des Senats zur Verteidigung der Römischen Republik gegen Caesar,

getan hat, obwohl die tragische Ähnlichkeit ausserordentlich ist.<sup>188</sup> Wir müssen aber erklären, dass wir in dem *Reichspräsidenten Hindenburg den politischen Gegnern erblicken*, dem zur Abwendung weiteren Unheils der Kampf derer gilt, die in Deutschland auch jetzt nicht verzweifeln, die sich auch weiterhin mit allen Kräften ihrer Seelen, ihres Könnens für seine Rettung einsetzen wollen.

Der deutsche Befreiungswille wird sich – es ist hart das sagen zu müssen – auch durch den zweiten Reichspräsidenten nicht in Bande legen lassen. *Er wird sich darauf einrichten müssen, ohne, ja gegen ihn seinen Kampf zu führen.*

In diesem Sinne nehmen wir Abschied von dem Sieger von Tannenberg<sup>189</sup> – ob uns das Herz auch schwer geworden ist bei der Erkenntnis, dass er als Führer zur Rettung des Vaterlandes sich selbst ausgeschaltet hat.“

Das Kabinett des Reichskanzlers *Müller* hatte unter der Mithilfe aller „Reichsfeinde“, um mit Bismarck zu reden, in der Frage des Youngplans, den man auch zum Unterschied von dem Dawes-Plan den „Neuen Plan“ nannte, über die [N]ationale Opposition durch das Verhalten des Reichspräsidenten den Sieg davontragen, aber sonst erlitt es Niederlage auf Niederlage. An die Spitze der Zentrumsparterie war während der Kämpfe um den Youngplan der jüngere Abgeordnete *Dr. Brüning*<sup>190</sup> getreten, der durch die Vermittlung des Generals *von Schleicher* die Verbindung mit dem Reichspräsidenten gewonnen hatte.<sup>191</sup>

---

48 v.Chr. nach Uneinigkeiten mit dem Senat und Schwierigkeiten der Truppenorganisation Niederlage gegen Caesar, Flucht nach Ägypten und Ermordung.

<sup>188</sup> Siehe Mommsen: *Römische Geschichte*. Gaius Marius und Gnaeus Pompeius wurden trotz ihrer militärischen Erfolge innenpolitisch ausgespielt. Gaius Marius war u. a. Legat im Jugurthinischen Krieg (111–105 v.Chr.) und errang drei Siege gegen die germanischen Stämme der Teutonen, Ambronen und Kimber in den Jahren 102 und 101 v.Chr. Gaius Marius zog sich 100 v.Chr. nach sechsmaligem Konsulat nach einer Niederlage im Senat zurück. Nach der gescheiterten Verbesserung für die unteren Schichten kam es zu Revolten in Rom und zum Ausnahmezustand. Es folgte der Bundesgenossenkrieg 91–88 v.Chr., in dem italienische Stämme gegen Rom und für das römische Bürgerrecht kämpften. Gnaeus Pompeius galt als Gegenspieler von Gaius Julius Caesar und wurde 49 v.Chr. vom Senat zur Verteidigung gegen Caesar beauftragt. Nach Unstimmigkeiten mit dem Senat und Schwierigkeiten der Truppenorganisation erlitt Pompeius gegen Caesar 49 v.Chr. in der Schlacht von Pharsalos eine vernichtende Niederlage. Pompeius floh nach Ägypten und wurde dort ermordet. Theodor Mommsen (1817–1903), Althistoriker, liberaler Politiker, 1902 Nobelpreis für Literatur.

<sup>189</sup> Gemeint ist die Schlacht bei Tannenberg vom 26.–30.8.1914 mit dem Sieg der deutschen 8. Armee unter dem Oberbefehl Paul von Hindenburgs über die zahlenmäßig überlegene russische Armee.

<sup>190</sup> Heinrich Brüning (1885–1970), u. a. 1919 Referent im preußischen Wohlfahrtsministerium, 1920–1930 Geschäftsführer des Christlich-Deutschen Gewerkschaftsbundes, 1924–1933 Mitglied des Reichstages für die Zentrumsparterie (1929 auch Fraktionsvorsitzender), 1928–1929 Mitglied des Preußischen Landtages, 1930–1932 Reichskanzler.

<sup>191</sup> Zum politischen Verhältnis zwischen Heinrich Brüning und Kurt von Schleicher siehe Patch: *Heinrich Brüning*, S. 48–71 und 118–130.

Es ist hier die Stelle, der Wirksamkeit dieses Mannes zu gedenken, die von Leuten unserer Art nicht anders als verhängnisvoll bezeichnet werden konnte. Ich habe mit Schleicher nur einmal in meinem Leben zu tun gehabt. Das war damals, als mich General *Hasse* in Vertretung des Generals *von Seeckt* empfing, um meine Mitteilungen über den Zustand des französischen Heeres entgegenzunehmen, die mir ein befreundeter Offizier eines neutralen Landes gemacht hatte. Damals hatte General Hasse, der Chef des Truppenamtes, den Major von Schleicher zugezogen, der nach der militärischen Besprechung mit der Zustimmung des Generals eine politische Unterhaltung über die Diktatur und die Anwendung des Artikels 48 der Weimarer Verfassung begann. Er hatte dabei, wie ich früher geschildert habe<sup>192</sup>, die Möglichkeit einer legalen Diktatur behauptet und in Übereinstimmung mit dem General den Wunsch ausgesprochen, die nun hergestellte Verbindung mit ihm, der der politische Sachbearbeiter in der Umgebung des Generals von Seeckt war, fortzusetzen.

Ich war darauf nach dem sehr ungünstigen Eindruck, den ich von diesem politischen Soldaten erhalten hatte, nicht eingegangen und habe ihn nicht mehr gesehen. Umso wichtiger war es mir, über die Wirksamkeit dieses Mannes des Halbdunkels unterrichtet zu bleiben; denn ich hatte erfahren, welche Rolle er bei Seeckt spielte, und wie er es nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten verstanden hatte, dessen Vertrauen zu gewinnen, so dass damit zu rechnen war, er werde bei seiner, wie ich hörte, „taktischen Geschicklichkeit“ politischen Einfluss gewinnen.

Dies hatte er tatsächlich fertiggebracht, und so war es nicht zu verwundern, dass er nach dem Zusammenbruch des Kabinetts Müller<sup>193</sup> den Zentrumsführer *Brüning*, dem er bei Hindenburg zum Vertrauen verholfen hatte, diesem als Reichskanzler empfahl. Der Reichspräsident ging darauf ein und gewährte diesem zwei Jahre lang Gelegenheit, seine staatsmännische Begabung zu beweisen.<sup>194</sup>

Der neue Kanzler hatte sich im Felde als Offizier sehr bewährt<sup>195</sup> und genoss den Ruf eines fähigen, lauterer Menschen, der sich besonders durch die zweite Eigenschaft von manchen seiner Fraktionsgenossen vorteilhaft unterschied. Er war aus der Schule der katholischen Gewerkschaften hervorgegangen<sup>196</sup>, was von vornherein gegen seine staatsmännische Begabung sprach. Tatsächlich versagte er als Reichskanzler völlig, ja unter ihm erfolgte in der Mitte

---

<sup>192</sup> Kapitel 6.8.

<sup>193</sup> Die zweite Regierung Hermann Müllers mit SPD, DDP, Zentrum, DVP und BVP amtierte vom 28.6.1928 bis 27.3.1930.

<sup>194</sup> Heinrich Brüning war vom 30.3.1930 bis 30.5.1932 Reichskanzler. Brüning wurde durch Paul von Hindenburg nach Artikel 53 der Weimarer Reichsverfassung 1930 ernannt. Nachfolger von Heinrich Brüning als Reichskanzler wurde 1932 Franz von Papen.

<sup>195</sup> Heinrich Brüning kämpfte 1915–1918 als Kriegsfreiwilliger an der Westfront, wurde verwundet, erhielt eine Offiziersschulung und bekam das Eiserne Kreuz I. Klasse verliehen.

<sup>196</sup> Heinrich Brüning wurde 1919 Referent beim preußischen Wohlfahrtsminister Adam Stegerwald und war von 1920 bis 1930 Geschäftsführer des Christlich-Deutschen Gewerkschaftsbundes. Patch: Heinrich Brüning, S. 24–38.

des Jahres 1931 ein fu[r]chtbarer wirtschaftlicher Zusammenbruch, dem sogar einige Grossbanken erlagen.<sup>197</sup>

Uns war es klar, dass Brüning der Mann nicht war, der Deutschland retten konnte. Ich setzte mit gesteigertem Eifer meine Bemühungen fort, Hugenberg an die entscheidende Stelle zu bringen. Von den Herren, die mich bisher bei dieser Arbeit unterstützt hatten, waren besonders General von Cramon und Oldenburg<sup>198</sup> weiter in dieser Richtung tätig. Aber ich fand noch einen weiteren Helfer, auf den ich grösste Hoffnungen setzte.

### 8.5. Generaloberst von Einem

Gegen Ende April 1928 tagte der Gesamtvorstand des Alldeutschen Verbandes in Eisenach.<sup>199</sup> Zum ersten Male erschien bei dieser Tagung *Generaloberst von Einem*<sup>200</sup>, der dem Verbands schon seit Jahren beigetreten war. Hier lernte ich den grossen Soldaten kennen, der einige Jahre (1903–1909) unter allgemeiner Anerkennung preussischer Kriegsminister gewesen war, dann das 7. Armeekorps geführt hatte, mit ihm in den Weltkrieg gezogen und im September 1914 an der Spitze der 3. Armee gestellt worden war, mit der er die grossen Materialschlachten gegen Franzosen und Engländer in der Champagne siegreich und ruhmbedeckt überstanden hatte. Nachdem er seine Armee in die Heimat zurückgeführt hatte, schied er aus dem Dienste aus. Nun trat ich dem berühmten Manne näher, und es entwickelte sich zwischen ihm und mir ein

<sup>197</sup> Gemeint ist die Bankenkrise von 1931. Durch zunehmende Reparationszahlungen in Devisen ab 1930 erhöhte sich der Kapitalabfluss und verringerte sich die Kreditvergabe. Stagnation der deutschen Wirtschaft ab 1928 und die Folgen der Weltwirtschaftskrise 1929 führten bei deutschen Banken zum Verlust ausländischen Kapitals. Die Dresdner Bank, Commerz- und Privatbank, die Berliner Handels-Gesellschaft und die Danat Bank waren davon betroffen. Die Reichsbank geriet mit ihren notwendigen Gold- und Devisenvorräten in Schieflage und eine Währungskrise deutete sich an. Am 9.7.1931 erließ die Brüning-Regierung eine Erklärung, wonach die deutschen Reparationszahlungen als nicht tragbar bezeichnet wurden. Das Hoover-Moratorium vom Juni/Juli 1931 beruhigte mit dem Aussetzen von Auslandsschulden den Bankenmarkt nur bedingt und weitere Stabilisierungsverhandlungen mit ausländischen Banken und staatliche Eingriffe in die Restrukturierung des deutschen Bankenwesens waren notwendig. Auch die Österreichische Creditanstalt bilanzierte 1931 einen grossen Grundkapitalverlust, sodass die Bank nur mit umfangreichen staatlichen Unterstützungen gerettet werden konnte.

<sup>198</sup> Gemeint ist Elard von Oldenburg-Januschau. Siehe zu dessen Interventionen bei Paul von Hindenburg im Zuge der Anti-Youngplan-Kampagne Pyta: Hindenburg, S. 545–553.

<sup>199</sup> Die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV fand in Eisenach am 21.4.1928 statt.

<sup>200</sup> Karl von Einem (1853–1934), 1895 Chef des Generalstabes des VII. Armeekorps, 1900 Organisation des deutschen Expeditionskorps in China, 1903–1909 preußischer Kriegsminister und Vertrauter Wilhelms II., 1907 Initiierung eines Strafverfahrens gegen Karl Liebknecht wegen Hochverrats und dessen Verurteilung zu Festungshaft, 1909–1914 erneut Kommandeur des VII. Armeekorps als Nachfolger von Friedrich von Bernhardi, 1914–1918 Oberbefehlshaber der 3. Armee, 1918 Kommandeur der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, 1931 Teilnahme an der „Harzburger Tagung“, 1933–1934 Vorsitzender des Bundes der Aufrechten.



reger Verkehr, den sein Sohn Günther von Einem<sup>201</sup> vermittelte. Auf den weiteren grösseren Veranstaltungen, die im Westen des Reiches abgehalten wurden, war der greise Generaloberst ein regelmässiger und gefeierter Gast, wie er denn auch bereits in Eisenach eine rednerisch hinreissende und begeistert aufgenommene Ansprache über die Notwendigkeit gehalten hatte, die deutsche Wehrhaftigkeit wieder herzustellen. Der Generaloberst hatte ein an Taten und Erfolgen reiches Leben hinter sich, als ich ihn kennen lernte. Dem hannöverschen Adel entsprossen, war er in frühester Jugend ins preussische Heer eingetreten, fast gleichzeitig mit meinem älteren Freunde Ernst von Hertzberg-Lottin; beide blieben bis zu jenes Tode in Freundschaft verbunden.

Was war der Generaloberst für ein trefflicher Zeuge der Zeitgeschichte! Vom deutsch-französischen Kriege 1870–71 bis zu seinem Ausscheiden aus dem Dienste – was hatte dieser Mann alles erlebt, wen alles hatte er kennen gelernt, und mit welcher frischen Anschaulichkeit wusste er darüber zu berichten! Besonders bedeutsam war, was er mit dem Reichskanzler von Bülow erlebt hatte. Aus jedem Worte, das der Generaloberst sprach, war herauszuhören, dass er nicht nur ein grosser Soldat war, sondern mit richtigem politischem Instinkt seiner Zeit sein Amt als Kriegsminister verwaltet hatte, und dass er auch weiterhin in der grossen Politik heimisch blieb. Als ich mit ihm in Verbindung trat, war Generalfeldmarschall von Hindenburg schon drei Jahre Reichspräsident, und es war selbstverständlich, dass wir eingehend über sein politisches Verhalten sprachen. Dabei ergab sich, dass das Urteil des Generalobersten sich mit dem meinen völlig deckte. Auch darin waren wir einig, dass Hugenberg der gegebene Reichskanzler für die Rettung des Vaterlandes sei, wobei ich bemerkte, dass Herr von Einem überzeugtes Mitglied der Deutschen nationalen Volkspartei war.

Als unter Hindenburgs Präsidentschaft die deutsche Not immer grösser wurde und damit die Notwendigkeit wuchs, einen wahrhaft brauchbaren Kanzler an die Spitze der Reichsgeschäfte zu bringen – als andererseits die Gesinnungsgenossen, die sich bei dem Feldmarschall für die Berufung Hugenbergs eingesetzt hatten, keinen Erfolg erzielten, kam ich auf den Gedanken, den Generalobersten zu bitten, beim Reichspräsidenten einen neuen Versuch zu machen. Ich sagte mir, wenn irgend jemand dort Gehör finden könnte, wäre es der nur fünf Jahre jüngere, in Herkunft, Stellung und Lebensleistung dem Feldmarschall ebenbürtige Generaloberst. Ich bat ihn deshalb, zu einer Besprechung nach Berlin zu kommen, was Herr von Einem in Begleitung seines Sohnes unverzüglich tat. Unter Zuziehung meiner nächsten Mitarbeiter trug ich ihm mein Anliegen vor und schilderte ihm unsere bisherigen Versuche, wobei ich damit schloss, dass er der einzige wäre, der bei dem Reichspräsidenten etwas erreichen könnte. Generaloberst von Einem erklärte sich sofort bereit, den ihm sehr wohl bekannten Feldmarschall zu besuchen; er liess sich alsbald

---

<sup>201</sup> Günther von Einem, genannt Rothmaler (geboren 1894) wie der Vater Mitglied des Alldeutschen Verbandes, 1940 Major, um 1950 Vorsitzender des Landesverbandes der Deutschen Partei in Nordrhein-Westfalen.

durch seinen Sohn anmelden und erhielt Bescheid, dass er am übernächsten Tag willkommen sei.<sup>202</sup> Am folgenden Tage trafen wir uns noch einmal und besprachen genau, worauf es ankomme, und was Herr von Einem dem Präsidenten vorschlagen möge. Schliesslich wurde eine weitere Zusammenkunft nach dem Empfang verabredet. Dieser spielte sich der getroffenen Abmachung gemäss ab, und der Generaloberst suchte mich dann mit seinem Sohne unmittelbar danach auf der Geschäftsstelle des Alldeutschen Verbandes auf, wo ich ihn mit meinen Mitarbeitern erwartete.

Was Herr von Einem berichtete, war unerfreulich, und es war ihm eine tiefe Enttäuschung anzumerken.<sup>203</sup> Zwar war er als alter Kamerad vom Reichspräsidenten freundschaftlich aufgenommen worden, zu einer wirklich politischen Aussprache war es nur insoweit gekommen, als der Präsident von den Schwierigkeiten seiner Stellung und besonders gegenüber den Parteien gesprochen und betont hatte, er müsse sich an die Reichsverfassung halten. Als der Generaloberst den Namen Hugenberg nannte, der allgemein als sehr fähig gelte und grosses Ansehen geniesse, hatte der Präsident nur die Antwort, von dem wolle man nichts wissen, und er habe zu wenig hinter sich. Dann hatte er von anderen Dingen gesprochen, so dass sein Besucher nicht zum Ziele kam. Als er sich verabschiedete, hatte der Präsident seine Freude über seinen Besuch ausgesprochen und gesagt, er werde sich jederzeit freuen, ihn wieder zu sehen. Das war also ein mehr als mageres Ergebnis. Gleichwohl kamen wir bei der Besprechung, die sich an den Bericht des Generalobersten schloss, zu der Ansicht, dass er von der Einladung des Präsidenten Gebrauch machen sollte, ihn wieder zu besuchen: denn es war mit der fortschreitenden Verschlimmerung der politischen Lage zu rechnen und [es] schien uns nicht ausgeschlossen, dass der Präsident in seiner Not schliesslich doch auf den Rat eines alten Kameraden von solchem Ansehen hören werde. So bat ich Herrn von Einem, seinen Versuch zu wiederholen, wenn ein besonderer Anlass vorliege. Dies schien mir und meinen nächsten Mitarbeitern während Brünings Kanzlerschaft noch zweimal der Fall, und beide Male stellte sich der Generaloberst bereitwillig aber nicht freudig zur Verfügung. Beide Male mit keinem besseren Erfolg als das erste Mal. Nach dem dritten Besuch<sup>204</sup> erklärte er, jede Hoffnung aufgege-

<sup>202</sup> Das genaue Datum des Treffens von Claß mit Karl von Einem bleibt unklar, aber das Treffen mit Paul von Hindenburg fand vermutlich am 24.11.1931 statt. Siehe Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes 20.2.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 169, Bl. 31.

<sup>203</sup> Karl von Einem versuchte am 12.1.1932 über Otto Meissner als Staatssekretär im Büro des Reichspräsidenten erneut für Alfred Hugenberg bei Paul von Hindenburg zu intervenieren. Siehe Tagebucheintrag Reinhold Quaat, 14.1.1932, in Weiß/Hoser: Die Deutschnationalen, S. 168–169 sowie Jones: Hitler versus Hindenburg, S. 167–168.

<sup>204</sup> Karl von Einem stand auch weiter in brieflichem Kontakt mit dem Reichspräsidenten, der sich über die politischen Entwicklungen mit ihm austauschte. Siehe u. a. Paul von Hindenburg an Karl von Einem, 25.2.1932, in BA-Freiburg, N 324, Bd. 29, Bl. 42–51. Das Datum des dritten Treffens bleibt unklar, aber im Mai 1932 erklärte Claß die Versuche, Hindenburg über diesen Weg für Alfred Hugenberg zu gewinnen, für endgültig gescheitert. Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes 7.5.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 170, Bl. 20. Zuvor sorgte noch die Reichspräsidenten-

ben zu haben, den Präsidenten zu einer sachgemäßen Ausübung seines Amtes zu bringen; es sei überhaupt nicht möglich, eine rechte politische Unterhaltung mit ihm zu führen; er sei zu der Überzeugung gekommen, *dass der Präsident zu einer solchen überhaupt nicht fähig sei* und nicht wisse, was für ihn und das Vaterland auf dem Spiel stehe. Er schloss damit, dass er sich zu gut dazu sei, [sich]<sup>205</sup> von dem alten Feldmarschall Jagdgeschichten erzählen zu lassen – kurz, er warf ihn, [um] mit Schillers König Philipp in Don Karlos<sup>206</sup> zu reden, politisch zu den Toten.

So endete auch dieser Versuch, den Reichspräsidenten zu Hugenbergs Gunsten zu gewinnen, mit einem vollen Misserfolg. Das Schlussurteil, das Generaloberst von Einem über ihn fällte, machte auf meine Mitarbeiter und mich einen tiefen Eindruck.

### 8.6. Das „autoritäre“ Kabinett Papen

Hindenburg war im Frühjahr 1932 in Meinungsverschiedenheiten mit Brüning geraten, was diesen veranlasst hatte, den Rücktritt seines Kabinetts einzureichen.<sup>207</sup>

---

wahl am 13.3. und 10.4.1932 und die Aufstellung Hindenburgs für seine Wiederwahl für weitere Friktionen. Günther von Einem versuchte über Mackensen für Hindenburgs Rückzug zu werben. Pyta: Hindenburg, S. 677. Karl von Einem warb nach dem Rückzug des umstrittenen Kompromisskandidaten der konservativen Rechten, Theodor Duesterberg, zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang für Adolf Hitler, um auch Hindenburg zu verhindern. Karl von Einem an Vereinigte Vaterländische Verbände Deutschlands, 26.3.1932, in BA-Freiburg, N 324, Bd. 29, Bl. 97.

<sup>205</sup> Einschub im Originalmanuskript.

<sup>206</sup> Don Karlos, Infant von Spanien (1787) ist ein Drama von Friedrich Schiller, das vor dem Hintergrund des achtzigjährigen Krieges (1568–1648) um die Unabhängigkeit der Republik der Vereinigten Niederlande von Spanien und somit um das Ausscheiden aus dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Das Stück bezieht sich auf politisch-familiäre Intrigen am Hofe Philipp II. (1556–1598) und den spanischen Kronprinz Don Karlos.

<sup>207</sup> Heinrich Brüning hatte Paul von Hindenburg in seinen Erwartungen an den Reichskanzler bis zum Frühjahr 1932 weitgehend politisch enttäuscht. Entscheidend für die Entlassung Brünings am 30.5.1932 war aber eine neue Notverordnung Brünings, mit der er die Zahl der Arbeitslosen durch agrarische Ansiedlung auf dem Land verringern wollte. Dafür sollte die sogenannte Osthilfe staatlicher Subventionen für unrentable Güter eingebunden werden, um Land zur Verfügung zu stellen. Das Osthilfegesetz vom März 1931 dehnte die Subventionierung auf die gesamte sogenannte ostelbische Landwirtschaft aus. Die Allgemeine Grenzlandhilfe entstand 1926 und das Ostpreußengesetz vom Mai 1929 beförderte die Zuschuss- und Kreditpolitik, die seit 1927 verstärkt von Seiten der Landwirtschaft und der Grundbesitzer gefordert wurde. Hindenburg residierte selbst auf Gut Neudeck und hatte die Osthilfe immer unterstützt. Gut Neudeck war seit dem 18. Jahrhundert im Besitz der Familie Hindenburg bis Hindenburgs Schwägerin Lina von Hindenburg das Gut wegen der hohen Überschuldung zum Kauf anbot. Der Alldeutsche und DNVP-Reichstagsabgeordnete Elard von Oldenburg-Januschau organisierte 1927 eine Spende für den Rückkauf des ostpreußischen Gutes (auch der RLB beteiligte sich), das Hindenburg am 2.10.1927 zum 80. Geburtstag übergeben wurde. Hindenburg ließ das Gut in den nächsten Jahren als Sitz ausbauen, nachdem das Gut umgehend auf den Sohn Oskar zur Umgehung der Erbschaftssteuer umgeschrieben wurde. Hindenburg erklärte am 29.5.1932, dass er eine solche Notverordnung Brünings nicht unterzeichnen werde.

Zum allgemeinen Erstaunen ging Hindenburg darauf ein und ernannte den bis dahin dem Zentrum angehörenden Reichstagsabgeordneten *Franz von Papen*<sup>208</sup> zum Reichskanzler mit dem Auftrage, eine „Konzentrationsregierung“ zu bilden.<sup>209</sup> Auch dieser Umschwung ist auf den Rat Schleichers zurückzuführen, der seit dem Sommer des Jahres 1923 vom Major zum General aufgestiegen war. Der neue Kanzler gehörte zu dem politischen Freundeskanzler Schleichers. Er war früher Generalstabsoffizier gewesen und hatte bis zum Bruche mit den Vereinigten Staaten von Amerika als Militärattaché bei der deutschen Botschaft in Washington gestanden, von wo er wegen einer politischen Bloßstellung abberufen worden war.<sup>210</sup> In die Heimat zurückgekehrt, hatte er Kriegsdienst geleistet und den Ruf eines entschlossenen und tapferen Offiziers erworben.<sup>211</sup> Nach dem Kriege war er zur Politik übergegan-

<sup>208</sup> Franz von Papen (1879–1969), 1932 Reichskanzler, 1933 Vizekanzler in der Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung, 1934 Außerordentlicher Gesandter in Wien (1936 Botschafter), 1939 Deutscher Botschafter in Ankara.

<sup>209</sup> Die „Konzentrationsregierung“ Franz von Papens sollte keine klassische Koalitionsregierung, sondern eine nationale Regierung auf breiter Grundlage mit präsidentialer Unterstützung sein, die vom Zentrum bis zur NSDAP reichen sollte. Papen erhielt den Auftrag zur Regierungsbildung am Tag des Rücktritts von Reichskanzler Heinrich Brüning am 30.5.1932, nachdem Brüning im Dezember 1931 und Januar 1932 mit Adolf Hitler über eine Unterstützung Paul von Hindenburgs bei den Reichspräsidentenwahlen (1. Wahlgang am 13.3.1932 und 2. Wahlgang am 10.4.1932) und eine daraufhin noch näher zu bestimmende Einbindung der NSDAP in die Regierung geheim verhandelte. Hitler lehnte jedoch ab. Nach den Landtagswahlen in Hessen am 15.11.1931, in denen die NSDAP mit 37,1% der Stimmen stärkste Fraktion wurde, nahm die Zentrumsparterie in Hessen bereits Kontakt mit der NSDAP auf. Die Regierung von SPD und Zentrum blieb jedoch weiter geschäftsführend im Amt. Papen wurde am 1.6.1932 zum Reichskanzler ernannt und warb um die parlamentarische Unterstützung der NSDAP für sein Präsidiakabinett, um sie durch Einbindung „zähmen“ zu können. Die Reichstagswahlen am 31.7.1932 brachten 37,3% der Stimmen für die NSDAP, die damit die größte Reichstagsfraktion stellte. Hitler wollte jedoch nach der gescheiterten Bewerbung um das Reichspräsidentenamt 1932 nun selbst Reichskanzler werden. Ein Gespräch mit Hindenburg am 13.8.1932 konnte den Reichspräsidenten nicht zu diesem Schritt bewegen. Das Kabinett Papen blieb eine Minderheitsregierung von parteilosen Fachministern und Mitgliedern der DNVP. Papen war Reichskanzler (trat mit Regierungsantritt aus dem Zentrum aus), Konstantin Freiherr von Neurath Außenminister, Johann Ludwig Graf Schwein von Krosigk Finanzminister, Hermann Warmbold Wirtschaftsminister, Hugo Schäffer Arbeitsminister, Kurt von Schleicher Reichswehrminister und Paul Freiherr von Eltz-Rübenach Postminister und Verkehrsminister. Von der DNVP traten dem Papen Kabinett bei Wilhelm Freiherr von Gayl als Innenminister, Franz Gürtner als Justizminister und Magnus Freiherr von Braun als Minister für Ernährung und Landwirtschaft. Franz Bracht und Johannes Popitz waren Reichsminister ohne Geschäftsbereich.

<sup>210</sup> Franz von Papen wurde im Herbst 1913 zum Militärattaché des Deutschen Reiches für die Vereinigten Staaten von Amerika und Mexiko mit Sitz in Washington D.C. berufen. Papen trat das Amt am 14.1.1914 an. Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieg versuchte Papen einen Geheimdienst für Spionagezwecke gegen die USA aufzubauen, war in zahlreiche Sabotageakte in den USA verwickelt und versuchte durch Aufkaufaktionen und Auftragsvergaben amerikanische Waffenfabriken in ihrer Rüstungsproduktion zu stören. Im Dezember 1915 wurde Papen zusammen mit dem Marineattaché Karl Boyd-Ed des Landes verwiesen. Orth: „Amtsitz der Opposition“?, S. 32–35.

<sup>211</sup> Franz von Papen war 1917 Erster Generalstabsoffizier der Heeresgruppe Falkenhayn sowie 1918 Stabschef der 4. Osmanischen Armee. 1919 erfolgte der Abschied aus der Armee als Oberstleutnant.

gen<sup>212</sup>, und ich hatte von meinem Freunde *Fürst Salm*, in dessen Nachbarschaft Major von Papen seinen Besitz hatte<sup>213</sup>, gehört, dass er es als seine wesentliche Aufgabe betrachte, den demokratischen Einfluss im Zentrum zu bekämpfen und es, wie er sagte, nach rechts zu führen und national zuverlässig zu machen. Um dieser Absicht dienen zu können, hatte Papen sich darauf geworfen, ihm wichtig erscheinende Zeitungen des Zentrums zu erwerben oder unter seinen Einfluss zu bringen. So besass er z. B. die Mehrheit der Anteile an der „Germania“, dem führenden Blatte des Zentrums in Berlin.<sup>214</sup>

So oft Fürst Salm auf seinen Nachbarn zu sprechen kam, sagte ich ihm, ich hielte von solchen Versuchen nicht[s] und erinnerte auch daran, dass *Hertling* und *Spahn* schon vor dem Krieg und während desselben behauptet hatten, ihre Hauptaufgabe gehe dahin, *Erzbergers* Einfluss zu brechen, ja dass Hertling mir gegenüber ausgesprochen hatte, er sei konservativ und tue alles, um die demokratischen Machenschaften im Zentrum zu unterdrücken. Diese beiden alten Führer des Zentrums hatten keinen Erfolg gehabt, und so ging meine Meinung dahin, dass auch der aristokratische Herr von Papen kein Glück haben werde, wenn er wirklich sich in der Richtung betätigte, von der er dem Fürsten gegenüber sprach. Ich äusserte auch die Ansicht, dass die „Germania“<sup>215</sup> nach wie vor gefährlich geblieben sei, obwohl Papen durch seinen Mehrheitsbesitz von Anteilen doch in der Lage sein müsse, in konservativem Sinne Einfluss auszuüben.

Bis zu seiner Ernennung zum Reichskanzler hatte Papen noch keine Beweise staatsmännischer Begabung geliefert; wo er versucht hatte, politisch in grösserem Maßstab zu wirken, wie in seiner eigenen Partei, war er gescheitert. Und nun, wo das Novembersystem durch den Zusammenbruch des Kabinetts Brüning eine furchtbare Niederlage erlitten hatte, sollte der neue Reichskanzler nach Hindenburgs Meinung die Fähigkeit besitzen, das in äusserster Not befindliche Vaterland zu retten? Papens „Konzentrationskabinet“ war getragen von einer Anzahl wirklich recht fähiger Politiker, die z. T. der Deutschnationalen Volkspartei angehörten, z. T. politisch rechtsstehende Katholiken waren.<sup>216</sup> Wie das Zentrum Papens Versuch, wider den parlamentarischen Sta-

<sup>212</sup> Franz von Papen Mitglied des Herrenclubs war 1920–1932 Mitglied der Zentrumspartei sowie 1921–1928 und 1930–1932 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses für die Zentrumspartei.

<sup>213</sup> Franz von Papen bewirtschaftete 1919–1930 das Rittergut Merfeld bei Dülmen. Das Schloss der fürstlichen Familie Salm-Horstmar befindet sich im nahegelegenen Varlar/Coesfeld.

<sup>214</sup> Die *Germania* (1871–1938) war eine überregionale Tageszeitung der katholischen Zentrumspartei. In der Weimarer Republik hatte die *Germania* eine Auflage von ca. 43.000. Franz von Papen erwarb in der Inflationszeit als geheimer Treuhänder einen Großteil der neu ausgegeben Aktien für den industriellen Langnam-Verein und wirkte nicht zuletzt als Vorsitzender des Aufsichtsrates entsprechend auf die Besetzung von Redakteursposten.

<sup>215</sup> Die *Germania* richtete ihre Berichterstattung weitestgehend nach dem Politikkurs des Zentrums aus und war demnach, wie der Vorwärts der SPD oder Die Rote Fahne der KPD, Weltanschauungs- und Parteizeitung.

<sup>216</sup> Von der DNVP gehörten dem Kabinet an Magnus Freiherr von Braun als Minister für Ernährung und Landwirtschaft, Franz Gürtner als Minister für Justiz und Wilhelm Freiherr von Gayl als Innenminister. Der parteilose Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath

chel zu lücken, auffasste, ergab sich daraus, dass er aus der Partei ausgeschlossen wurde.

Es war ganz klar, dass die Berufung Papens und seine Aufgabe in Schleichers Kopf ihren Ursprung hatten, der denn auch dem Kabinett als Reichswehrminister beitrug und so die Gelegenheit fand, seine Anschauungen und Pläne in Bezug auf die legale Diktatur zu verwirklichen. Soweit der militärische Teil der Aufgabe des neuen Kabinetts in Frage kam, waren die Vorbereitungen offenbar sehr gut durchgeführt, und es wurde den Massnahmen der neuen Regierung nirgends Widerstand entgegengesetzt. Die wichtigste davon war, dass die preussische Regierung, die entscheidend von Sozialdemokraten und Zentrumsleuten beherrscht wurde, ihres Amtes enthoben wurde, und dass Papen, wenn auch nicht zum preussischen Ministerpräsidenten, so doch zum Reichskommissar für Preussen bestellt wurde. Die auf solche Art verdrängte preussische Regierung rief die Entscheidung des Strafgerichtshofs in Leipzig an.<sup>217</sup>

Es ist kein Zweifel, dass Papen in Verbindung mit Schleicher das schaffen wollte, was man einige Zeit später als „autoritäre Regierung“ bezeichnete. Auf diese Art konnten Dinge gemacht werden, die parlamentarisch nicht hätten durchgesetzt werden können. Ebenso muss zugestanden werden, dass das Kabinett Papen manches Notwendige und Nützliche tat.<sup>218</sup> Aber das Wesentliche geschah nicht, was dieser Regierung die tatsächliche und sittliche Grundlage hätte geben können: *sie unternahm nichts in der Richtung auf wahrhaft völkische Staatskunst.*

---

stand den Deutschnationalen nahe. Der Eintritt der drei Deutschnationalen erfolgte nicht auf Zuruf des Parteivorsitzenden Alfred Hugenberg. Finanzminister Johannes Popitz sowie der strenggläubige Postminister Paul von Eltz-Rübenach gehörten zu den Katholiken im Kabinett.

<sup>217</sup> Am 20.7.1932 setzte Paul von Hindenburg die seit 1920 amtierende Regierung des Sozialdemokraten Otto Braun durch Notverordnung ab. Die Regierung Braun hatte seit den Preußenwahlen am 24.4.1932 keine eigene Mehrheit mehr im Landtag. Franz von Papen wurde durch den „Preußenschlag“ gegen das „demokratische Bollwerk“ Reichskommissar von Preußen. Einen Tag später reichte die abgesetzte Regierung Braun Beschwerde beim Staatsgerichtshof in Leipzig ein. Am 25.10.1932 erging im Fall „Preußen contra Reich“ die ambivalente Entscheidung, die den Staatsnotstand und die folgende Notverordnung anerkannte, jedoch die Vertretung der Regierung Braun gegenüber Verfassungsinstitutionen wie Reichstag oder Reichsrat für weiterhin rechtmäßig hielt. Siehe Entscheidung des Staatsgerichtshofs über die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932, in *GSStA VI. HA, NL Braun*, Bd. 588, o. Bl. sowie *Preußen contra Reich*, S. 492–517.

<sup>218</sup> Nach den Reichstagswahlen am 31.7.1932 bestätigte sich der Verlust der DNVP mit 5,9% der Stimmen seit den Reichstagswahlen am 14.9.1930. Die DNVP stimmte mit den am 4. und 5.9.1932 vom Reichspräsidenten erlassenen Notverordnungen zu Franz von Papens Wirtschafts- und Sozialprogramm überein. Die steuerliche Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe, Kontingentierungsmaßnahmen für die Wirtschaft sowie die Aufweichung des Tarifsystems für ein der Werksgemeinschaft ähnliches System der Bindung der Löhne an die jeweilige betriebliche Produktivität bei möglichen Unterschreitungen des Mindestlohns führten zu kritischen Reaktionen sowohl bei den Industriellenverbänden als auch im RLB. Bei den Fraktionssitzungen, wie der am 8.9.1932, ging es der DNVP-Parteileitung bereits um die Ausgestaltung des zukünftigen Präsidialsystems, dem Wirtschafts- und Sozialpolitik letztlich untergeordnet werden müssten.

Es war unter den Ministern auch nicht ein einziger, den man als völkisch gerichtet im Sinne unseres Kreises hätte bezeichnen können. Mein Freund *Hertzberg* hatte die Gelegenheit, wiederholt mit dem Reichsinnenminister *Freiherrn von Gayl*<sup>219</sup> zu sprechen, der sein Korpsbruder<sup>220</sup> war und sich als Reichskommissar bei der Volksabstimmung in Ostpreussen<sup>221</sup> bewährt hatte. Nach jeder Zusammenkunft berichtete mir Hertzberg, dass ein Freund zweifellos den besten Willen habe und auch zu entscheidenden Massnahmen bereit sei, aber dass er nicht völkisch denke, sondern ein zuverlässig nationaler und konservativer Mann im alten Sinne sei. Er hoffe, ihn durch Aussprachen mit mir in unserem Sinne zu beeinflussen, und zwar insbesondere in der Richtung von Massnahmen gegen die Juden und zur Aufrichtung einer *echten* Diktatur. Er habe Gayl schon gefragt, ob er zu einer Zusammenkunft mit mir bereit sei, und dieser habe ihm geantwortet, dass ihm sehr viel daran liege. Ich antwortete, dass ich mich gerne mit dem Minister treffen wolle und die Verabredung hierzu Hertzberg überliesse.

Kurze Zeit später wurden wir, Hertzberg und ich, eingeladen, den Minister im Reichsinnenministerium des Innern, dem früheren Gebäude des Generalstabs am Königsplatz, zu besuchen. In der langen Unterhaltung, die wir führten, habe ich festgestellt, dass die Mitteilungen Hertzbergs über die politische Einstellung seines Freundes richtig waren, und dass wir es bei diesem Reichsinnenminister mit einem ausgesprochen nationalen, preussisch-konservativen Manne zu tun hatten.<sup>222</sup> Aber Hertzberg hatte auch darin recht, dass darüber hinaus nichts vorhanden war, was auf grössere Pläne hätten schliessen lassen. Ich gewann den bestimmten Eindruck[,] dass die Männer, die sich Papen als Minister ausgewählt, und die der Reichspräsident ernannt hatte, höchstens auf die legale Diktatur Schleichers eingingen, darüber hinaus aber nichts wollten, als Ordnung in den ungesunden politischen und wirtschaftlichen Wirrwarr bringen, den die Kabinette Müller und Brüning hinterlassen hatten. Dazu gehörte auch, dass sie gegen die Übergriffe der Länder und gegen die Unbotmässigkeit der Parteien ankämpfen wollten.

---

<sup>219</sup> Wilhelm von Gayl (1879–1945), 1910–1932 Direktor der Ostpreussischen Landgesellschaft, 1916–1918 Leiter der politischen Abteilung beim Oberbefehlshaber Ost, 1918 Landeshauptmann der deutschen Militärverwaltung in Kowno/Litauen, 1919 stellvertretender Obergutachter für die Provinz Ostpreußen bei den Friedensverhandlungen in Versailles, 1920 Reichs- und Staatskommissar für das ostpreussische Abstimmungsgebiet in Allenstein, 1921–1933 Mitglied des Preussischen Staatsrats, 1921–1932 Bevollmächtigter für Ostpreußen beim Reichsrat, 1925–1932 Vorsitzender der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation, 1932 Vorsitzender des Reichskuratoriums für Jugendziehung, bis zum Austritt 1932 führendes Mitglied der DNVP, 1932 Reichsinnenminister in der Regierung Franz von Papen mit eigenen Ausarbeitungen für eine autoritäre Verfassungsreform.

<sup>220</sup> Siehe auch Tagebucheintrag Reinhold Quaat, 15.7.1932, in Weiß/Hoser: Die Deutschnationalen, S. 197.

<sup>221</sup> Bei der Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen im Abstimmungsgebiet Allenstein am 11.7.1920 stimmten 97 % für den Verbleib in Ostpreußen. Entsprechend des Versailler Vertrages fand auch eine Volksabstimmung in Marienwarder in Westpreußen statt, bei der 92 % gegen die Abtretung an die Republik Polen stimmten.

<sup>222</sup> Das genaue Datum des Treffens bleibt unklar.

Als wir den Minister, der auf dem Boden der Deutschnationalen Volkspartei stand, darauf hinwies, dass die Regierung Papen die öffentliche Meinung nur hinter sich bringen könne, wenn sie die *elementare Bewegung der Judengegnerschaft ausnutze, und wenn sie sich zur richtigen Diktatur offen bekenne* und die entsprechenden Massnahmen treffe, erklärte er, dass sich derartiges nicht machen lasse, da die Zusammensetzung auch dieses Kabinetts nicht einheitlich sei, und dass der Reichspräsident darauf nicht eingehen werde. Wir beschworen den Minister, sich klarzumachen, dass in der Lage, in die Deutschland durch seinen Zusammenbruch und die Misswirtschaft der Parteien und aller bisherigen Regierungen im Reich und in den Ländern gebracht sei, nur ganze Massnahmen helfen könnten; wir erklärten uns bereit, ihm unsere Vorarbeiten zur Verfügung zu stellen, wenn er das wünsche. Diese erste Unterhaltung endete damit, dass der Minister versprach, sich alles, was wir ihm vorgebracht hätten, gründlich zu überlegen, und dass er dann um Fortsetzung der Aussprache bitten werde.<sup>223</sup>

Als Gayl seinen Freund Hertzberg wissen liess, dass er mich wieder zu sprechen wünsche, lud dieser ihn, mich und den *Freiherrn von Vietinghoff* zum Abendessen ein.<sup>224</sup> Hierbei hatten wir reichlich Gelegenheit, uns auszusprechen. Grundsätzlich erklärte sich der Minister mit unseren Anschauungen einverstanden, machte dann aber wieder die Einschränkung, dass er ja nicht „souverän“ sei, sondern als Mitglied des Kabinetts sich mit den Ansichten seiner Mitminister in Einklang zu bringen habe. Diese seien aber auch jetzt noch nicht so weit, dass eine Politik der reinen Diktatur im völkischen Sinne durchführbar sei, nicht zu reden von dem Reichspräsidenten, der sich an seinen Eid auf die Verfassung gebunden fühle. Es nutzte nichts, dass wir eindringlich und übereinstimmend darauf hinwiesen, er sei als Reichsinnenminister doch die massgebende Stelle für die Auslegung und Umbildung der Reichsverfassung, und er müsse den Einfluss, der ihm dadurch zu Gebote stehe, auch einsetzen. Das Entscheidende war wohl bei Gayl, dass er sich nicht zur völkischen Auffassung der grossen zur Lösung gestellten Fragen aufschwang.

Als wir an jenem Abend auseinandergingen, waren wir uns klar, dass dieses sogen. Kabinett der Konzentration seine grossen Taten hinter sich hatte und sich nicht mehr zu grösseren entschliessen konnte. Gewiss, es war etwas gewesen, dass man im Reich und in Preussen in den massgebenden Berliner Verwaltungsstellen die Macht der Sozialdemokraten gebrochen und sich gegen

<sup>223</sup> Claß hatte zusammen mit Gertzlaff von Hertzberg-Lottin eine Denkschrift von Reinhold Quaatz besprochen, die, durch Wilhelm von Gayl angeregt, für den Reichspräsidenten angefertigt worden war und einem juristischen Gutachten für den weiteren Ausbau des autoritären Staates gleichkam. Dazu auch Tagebucheinträge Reinhold Quaatz, 27.8.1932 und 2.9.1932, in Weiß/Hoser: Die Deutschnationalen, S. 201 und 202. Quaatz und Hertzberg besprachen schon im Vorfeld des „Preußenschlages“ einen möglichen „Staatsstreich durch Absetzung von Braun und Severing“ und durch die Einsetzung von Reichskommissaren. Tagebucheintrag Reinhold Quaatz, 15.7.1932, in ebd., S. 197.

<sup>224</sup> Das Treffen fand am 25.10.1932 statt. Tagebucheintrag Reinhold Quaatz, 25.10.1932, in Weiß/Hoser: Die Deutschnationalen, S. 206 und Reinhold Quaatz an Alfred Hugenberg 26.10.1932, abgedruckt in ebd.



die Willkür der Länder gestellt hatte. Aber mit alledem war im Hinblick auf die notwendige Umstellung im grossen doch erst nur ein Anfang gemacht, dem eine Fortsetzung nur folgen konnte, wenn das Konzentrationskabinet die Macht, die ihm in die Hände gelegt war, zur echten Diktatur ausbaute. Geschah dies nicht, so war zu fürchten, dass die Aufbauarbeit nicht vom Flecke kommen werde, da die parlamentarischen Parteien, abgesehen von den Deutschnationalen und dem rechten Flügel der Volkspartei, von dem sogen. „Junkerkabinet“ nichts wissen wollten.

Um zu tun, was in meinen Kräften stand, entschloss ich mich, meine Anschauung rücksichtslos in der „Deutschen Zeitung“ zum Ausdruck zu bringen. Ich schrieb Aufsätze über den „*Staatsnotstand*“, die ganz klarmachen sollten, wie die Lage im Vaterlande wirklich war, und die vor allem diese Erkenntnis in weitere Kreise tragen und damit auf das Kabinet einwirken sollten; sie sollten dem Reichspräsidenten und der Regierung die Mittel an die Hand geben, die echte Diktatur aufzurichten und damit die Möglichkeit, eine Staatskunst weitgesetzter völkischer Ziele zu betreiben.<sup>225</sup>

### 8.7. Der Staatsnotstand<sup>226</sup>

Ich erinnerte mich, was mir im Mai 1923 der damalige Major von Schleicher über den Artikel 48 der Weimarer Verfassung gesagt, und wie er dabei die von ihm so genannte legale Diktatur in den Vordergrund gestellt hatte. Ich hatte Grund anzunehmen, dass auch der nunmehrige General, der bei dem Reichspräsidenten in besonderem Ansehen stand, und bei der Schaffung des jetzigen Kabinetts entscheidend mitgewirkt hatte, seine Anschauungen über die Grenzen der Macht des Reichspräsidenten zur Geltung bringen würde. Deshalb hielt ich es für geboten, ohne irgendwie auf Schleichers Ansichten einzugehen, den Nachweis zu liefern, dass auch nach dem geltenden Recht der Weimarer Verfassung der Reichspräsident beim Vorhandensein eines Staatsnotstandes über die Schranken des Artikels 48 hinaus handeln könne, ja müsse.

Ich lasse hier die beiden Aufsätze im Wortlaut folgen, von denen der erste am 25. August 1932 unter der Überschrift „Der Zweck im Staatsnotstand“ in der „Deutschen Zeitung“ erschienen ist<sup>227</sup>, während der zweite am 31. August 1932 unter der Bezeichnung „Träger und Umfang des Staatsnotstandes“ an derselben Stelle herauskam.<sup>228</sup>

---

<sup>225</sup> Siehe u. a. Heinrich Claß: Staatsnotrecht, in *Alldeutsche Blätter* 27.8.1932.

<sup>226</sup> Handschriftlicher Einschub der Kapitelüberschrift „Der Staatsnotstand“ im Originalmanuskript. In der Textfassung FZH 11/C2 im Fließtext einen Absatz vorher eingefügt.

<sup>227</sup> Heinrich Claß: Der Zweck im Staatsnotstand, in *Deutsche Zeitung*, 24.8.1932 (Abendausgabe, 37. Jg., Nr. 198b). Der Beitrag wurde unmittelbar nach Erscheinen auch als Sonderdruck der *Deutschen Zeitung* von 10 Stück für 40 Pfennige bis zu 10.000 Stück für 60 Mark verkauft. *Deutsche Zeitung* 28.8.1932.

<sup>228</sup> Heinrich Claß: Träger und Umfang des Staatsnotstandes, in *Deutsche Zeitung*, 30.8.1932 (Abendausgabe, 37. Jg., Nr. 203b). Der Beitrag wurde unmittelbar nach Erscheinen eben-

Über den „*Zweck im Staatsnotrecht*“ schrieb ich:

Als ich um die Wende der achtziger auf die neunziger Jahre die Rechte studierte, war es selbstverständlich, dass, wer tiefer in die Rechtslehre eindringen wollte, *Rudolf von Iherings*<sup>229</sup> zweibändiges Werk *Der Zweck im Recht*<sup>230</sup> durcharbeitete, eine der edelsten Gaben der deutschen Rechtswissenschaft, die hoffentlich auch heute noch die Jünger des Rechts über die Alltäglichkeiten ihres Berufs hinaushebt.

Im zweiten Bande sagt Ihering: „Das Recht ist Mittel zum Zweck, zum Bestehen der Gesellschaft; zeigt sich das Recht nicht imstande, die Gesellschaft zu retten, so greift die Gewalt ein und tut, was geboten ist; das ist dann die ‚rettende Tat der Staatsgewalt‘ und der Punkt, wo das Recht in die Politik und die Geschichte mündet.“<sup>231</sup>

Es liegt in dem Gedankengang von Ihering, wenn man an die Stelle des von ihm gebrauchten Wortes Gesellschaft den *Staat* setzt, der Gesellschaft, Volk und seine eigene Ordnung zu betreuen hat. Dann darf man mit allem Fuge im Sinne des grossen Rechtslehrers sagen: zeigt sich das Recht nicht imstande, den Staat zu retten, so greift die Gewalt ein; dann ist die rettende Tat der Staatsgewalt geboten.

Damit stösst man auf die Frage, ob es für den Staat ein Notstandsrecht geben kann, und wenn ja, welches der Zweck dieses Notstandsrechts ist.

Für jeden, der den Staat als ein seinen einzelnen Angehörigen übergeordnetes organisches Wesen ansieht, ist es von vornherein klar, dass er rechtlich nicht schlechter gestellt sein kann, als seine einzelnen Angehörigen. Für diese gilt es nun ganz allgemein, und zwar im bürgerlichen Recht wie im Strafrecht, dass an sich rechtswidrige Handlungen, die in der Notwehr und im Notstand begangen wurden, den Charakter der Rechtswidrigkeit verlieren. Wenn der Staat durch seine berufenen Vertreter in Notwehr und Notstand Handlungen anordnet und ausführen lässt, die mit dem geltenden Recht im weitesten Sinne im Widerspruch stehen, so muss demgemäss die unbedingte Rechtmässigkeit eines solchen Verfahrens anerkannt werden.

---

falls als Sonderdruck der Deutschen Zeitung von 10 Stück für 40 Pfennige bis zu 10.000 Stück für 60 Mark verkauft. Deutsche Zeitung 31.8.1932.

<sup>229</sup> Rudolf von Ihering (1818–1892), Professor der Rechtswissenschaft in Basel, Rostock, Kiel, Gießen, Wien, Göttingen, 1842 Promotion, entgegen der historischen Schule Friedrich Carl von Savignys ging Ihering von einer soziologischen Zweckfunktion des Rechts zur (kampfbedingten) Durchsetzung von individuellen und kollektiven Interessen aus, Autor u. a. der Schriften: *Der Geist des römischen Rechts auf den verschiedenen Stufen seiner Entwicklung*, 4 Bde. (1852–1864), *Der Kampf ums Recht* (1872) und *Der Zweck im Recht*, 2 Bde. (1877/1883).

<sup>230</sup> Rudolf von Ihering: *Der Zweck im Recht*. Erster Band, Leipzig 1877 und Zweiter Band, Leipzig 1883. Zur Zeit von Claß' Studium in Freiburg vom Wintersemester 1889/90 bis zum Wintersemester 1890/91 lagen bereits zwei überarbeitete Bände vor, die 1884 (Band I) und 1886 (Band II) als umgearbeitete Auflagen erschienen. Siehe auch Mecke: Rudolf von Ihering, S. 257. Zur Rechtstheorie Iherings siehe u. a. Mecke: Begriff des Rechts.

<sup>231</sup> Ihering: *Der Zweck im Recht*. Zweiter Band, § 3, S. 251. Auch Carl Schmitt diskutierte Ihering im Zusammenhang von Rechtmässigkeit einer Diktatur in Ders.: *Diktatur*, Vorwort von 1921, S. XVIII.

Für Leute, die den richtigen Begriff vom Wesen und den Aufgaben des Staates haben, ist dies ohne weiteres klar. Aber es ist bei der Wichtigkeit der Frage doch gut, Zeugen für diese Auffassung zu hören.

Da sei an den Ausspruch erinnert, den *Friedrich Christoph Dahlmann*<sup>232</sup>, der berühmte Geschichtsschreiber und Staatsmann, im Jahre 1848 getan hat: „es muss im Staate ein Recht zur rettenden Tat geben.“<sup>233</sup>

Der Vollender dessen, was Dahlmann politisch erstrebt hat, *Fürst Bismarck*, hat denselben Gedanken wiederholt in seiner Art zum Ausdruck gebracht; so besonders eindringlich in der Sitzung des Preussischen Landtags vom 29. Januar 1886 bei der Besprechung der Polenfrage.<sup>234</sup> Er sagte damals: „Ein Staat, der um seine Existenz kämpft, ist schliesslich im Kriege und im Frieden nicht immer in der Lage, sich in den gewohnten Geleisen zu halten, und darin, dass er das nicht ist, besteht seine Rechtssicherheit. Wenn wir das anders auffassen wollten, dann würden wir in die Lage kommen, wie sie ein französischer Staatsmann vor 25 Jahren mit den Worten schildert: „C'est la légalité, qui nous tue"<sup>235</sup> – wir halten an dem Gesetze fest, und wenn wir daran zugrunde gehen.[“] Dieses „la légalité nous tue“ hat eben *sein Gegengewicht in*

---

<sup>232</sup> Friedrich Christoph Dahlmann (1785–1860), 1831 an der liberalen Verfassung des Königreiches Hannover beteiligt, gegen die Aufhebung der liberalen Verfassung im Königreich Hannover 1837 einer der „Göttinger Sieben“, 1842 Professor in Bonn, 1848 einer der Führer der kleindeutschen Partei im Vorparlament und zum 17-Männnergremium zur Beratung der Bundesreform, Befürworter der kleindeutschen Reichsbildung unter Ausschluss Österreich-Ungarns, Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung und Referent des Verfassungsausschusses, 1850 Mitglied des Erfurter Unionsparlaments und des Preussischen Landtages, Mitverfasser der Frankfurter Verfassung 1849.

<sup>233</sup> Der Historiker Friedrich Christoph Dahlmann verwandte den Begriff der „rettenden Tat“ in seiner Frankfurter Parlamentsrede vom 15.12.1848. Er führte in Bezug auf die Frage eines absoluten oder suspensiven Vetos der Reichsregierung gegenüber Parlamentsbeschlüssen aus, dass ein Recht zur „rettenden Tat“ im Staat vorhanden sein muss und dieses Recht auch gesetzlich verankert sein sollte. Bei politischen Krisen und einer absolutistischen Vorherrschaft des Parlamentes sollte das monarchische Staatsoberhaupt den Willen zur „rettenden Tat“ haben. Siehe Ders.: Kleine Schriften und Reden, S. 447–452.

<sup>234</sup> Otto von Bismarck hielt am 29.1.1886 eine Grundsatzrede im Preussischen Abgeordnetenhaus zum Ansiedlungsgesetz (26.4.1886) zur Förderung deutscher Siedler und zur finanziellen Unterstützung des „deutschen Elements gegen polonisierende Bestrebungen, nachdem Polen ohne deutsche Staatsbürgerschaft ausgewiesen wurden. Bismarck bezeichnete den deutsch-polnischen Konflikt als Kampf zwischen zwei Nationen, in der der deutsche Staat ein Notwehrrecht unter Anwendung besonderer Maßnahmen zur Durchsetzung des eigenen nationalen Interesses besitze. Bismarck hatte zuvor deutlich gemacht, dass er auch die Enteignung des polnischen Adels andachte. Siehe zu den Reden der dreitägigen Debatte am 28./29.1.1886 Kohl: Die politischen Reden des Fürsten Bismarck, Bd. 11, S. 407–475.

<sup>235</sup> „Es ist die Gesetzlichkeit, die unseren Tod bedeutet“. Der Ausspruch geht auf Odilon Barrot am 29.1.1849 zurück. Er war ein liberaler und konstitutioneller Monarchist während der Julimonarchie 1830–1848 und vom Dezember 1848 bis Oktober 1849 Ministerpräsident der Zweiten Französischen Republik. Nachdem im Juni 1848 der Pariser Aufstand niedergeschlagen wurde, forderte Barrot die Nationalversammlung zur Verabschiedung einer Serie von Ausnahmegesetzen gegen Radikale von links oder rechts, da Kontrolle, Sicherheit und Repression grundlegende Prinzipien des Staates seien.

*dem Notwehrrecht des Staates, sobald seine Existenz gefährdet ist und in Zweifel gerät.*<sup>236</sup>

Überzeugender und schlagender kann man nicht ausdrücken, was Bismarck den Volksvertretern hier klarmachen wollte. Aber er spricht nur von Notwehr, nicht vom Notstand des Staates. Nun, gegenüber dem Notstand seines Preussen[s]<sup>237</sup>, in den das Land durch den sog. Verfassungskonflikt wegen der Heeresverstärkung in den Jahren 1861–1864<sup>238</sup> versetzt war, hat er so eindeutig zielbewusst und folgerichtig gehandelt, dass niemand zweifeln kann, *dass er das höhere Daseinsrecht seines Staates im Notstand über das geschriebene Verfassungsrecht stellte*. Nun scheint es aber zweckmässig, Schwurzeugen anzuführen, die aus einem anderen Lager kommen, und da seien wichtige Teile aus den Darlegungen wiedergegeben, die das Staatslexikon der Görres-Gesellschaft (Herderscher Verlag, Freiburg i. Br. 1894) im 3. Bande unter dem Stichworte „Notrecht“ bringt. Es heisst da:

„So verstehen wir denn unter Staatsnotrecht das Recht der Staatsgewalt, in dringender Gefahr und äusserster Notlage die vom Untergange oder von schwerer Schädigung bedrohten wesentlichen Interessen des Staates, wenn nicht anders möglich, entgegen dem bestehenden Regelrechte, ja selbst auf formell widergesetzliche Weise zu schützen“ ...

Weiter: „Ungezählt sind die Fälle, in welchen bei allen Völkern und Nationen die leitenden Staatsorgane in Ausnahmeständen von der Befolgung der Gesetzesregel abgewichen sind und dasjenige nach reiflicher Überlegung verfügt und anbefohlen haben, was in ihren Augen allein geeignet war, den abnormen Verhältnissen zu begegnen und vom Staate empfindlichen Schaden abzuwehren.“ ...

Des weiteren: „Das Notrecht der Staatsgewalt wurde aber auch in grösserem oder geringerem Umfange von der Wissenschaft seit jeher fast durchweg anerkannt und gebilligt. Schon Seneca kannte die Richtigkeit des Satzes: [„]Necessitas omnem legem frangit[“]<sup>239</sup>, und unter den deutschen Rechtsprüchwörtern finden wir denselben Gedanken in die Worte gekleidet: „Not

<sup>236</sup> Stenographische Berichte des Preussischen Landtags, Bd. 1, 1886, S. 209 und Die politischen Reden des Fürsten Bismarck, Bd. 11, 1894.

<sup>237</sup> In der Textfassung FZH 11/C2 „seines Preussens“.

<sup>238</sup> Gemeint ist der preussische Verfassungs- oder Heereskonflikt. Wilhelm I. liess einen Gesetzentwurf für eine Heeresreform in das preussische Abgeordnetenhaus einbringen, der in der zweiten Kammer nur unter Vorbehalt bewilligt wurde und nach dem Erstarken der liberalen Deutschen Fortschrittspartei bei den Wahlen 1861 weitere Zugeständnisse ablehnte. Der Heereskonflikt wurde zum Verfassungskonflikt, nachdem Wilhelm I. Otto von Bismarck 1862 zum preussischen Ministerpräsidenten berief und Bismarck die Reform ohne Zustimmung des Parlament zum Reformetat durch die Interpretation einer „Lücke“ in der Verfassung im Sinne der Krone gegen das Parlament durchsetzte. Mit den Einigungskriegen 1864 gegen Dänemark und 1866 gegen Österreich endete der Konflikt und die Heeresreform wurde letztlich nachträglich bewilligt (Indemnitätsvorlage). Aus der Deutschen Fortschrittspartei entstand die Nationalliberale Partei, die, anders als die linksliberale Fortschrittspartei, Bismarcks Innen- und Außenpolitik weitestgehend unterstützte.

<sup>239</sup> „Die Not kennt kein Gesetz“. Lucius Annaeus Seneca war Philosoph, Dichter und römischer Politiker.

kennt kein Gebot.<sup>240</sup> Auch den Reichsjuristen war das Staatsnotrecht bekannt, und Biener<sup>241</sup> definiert dasselbe als den Inbegriff ausserordentlicher Mittel zur Erhaltung des Staates in Collisionsfällen. Hierbei muss bemerkt werden, dass unter den Reichsjuristen Humler<sup>242</sup> und Multz<sup>243</sup> diesem Notrechte des Staatsoberhauptes einen weiteren Umfang beimessen, als Biener, Moser<sup>244</sup> und Pütter<sup>245</sup>. Doch bekannten die sich sämtlich zu dem Satze: [„]Salus populi suprema lex“<sup>246</sup> ...

Ausserdem: Bischof<sup>247</sup> drückt sich also aus: „Den Grundgedanken des Staatsnotrechtes bildet jenes Salus populi suprema lex! Es wäre Wahnsinn, der bestehenden Rechtsordnung den Staat zu opfern, zu dessen Erhaltung jene bestimmt ist.“<sup>248</sup>

Endlich: „Häufig begegnet man der Ansicht, dass eine Anwendung des Staatsnotrechtes bei versammeltem Parlamente unstatthaft sei. Mit Unrecht. Ausnahmeregeln der obersten Staatsgewalt können auch ganz gut während des Tagens des gesetzgebenden Körpers notwendig sein, wenn entweder die Dringlichkeit der Gefahr eine derartige Unverzüglichkeit der Abwehr erheischt, dass das Parlament nicht mehr befragt werden kann, oder wenn ein unlösbarer Konflikt zwischen der Regierung und der gesetzgebenden Versammlung erstere in die Notlage versetzt, während der Zeit dieses Konfliktes die für das Gemeinwesen unbedingt nötigen Maßnahmen einseitig vorzukehren.“

---

<sup>240</sup> Siehe dazu Koller: Not kennt kein Gebot.

<sup>241</sup> Christian Gottlob Biener (1748–1828), 1782–1790 Professor für Natur- und Völkerrecht und 1790–1828 Professor für Rechtswissenschaften in Leipzig, 1790 Oberhofgerichtsrat, Kanonikus zu Merseburg und Kursächsischer Hofrat. Verfasser u. a. von Bestimmung der kaiserlichen Machtvollkommenheit (1780) und Systema processus iudicarii communis et Saxonici (1801).

<sup>242</sup> Franz Lampert Humler, 1774 bis ca. 1784 Kaiserlicher Reichshofrathsagent zu Wien. Autor u. a. von Kurzer Begriff von dem allerhöchsten Range, Titel und Wappen des römischen Kaisers, nebst beygefügter Erläuterung der unbeschränkten kaiserlichen Majestätsrechten (1770).

<sup>243</sup> Jacob Bernhard Multz von Oberschönfeld (1637–1711), Jurist, Publizist, Oettingischer Kanzleidirektor und Geheimrat. Autor u. a. von Repraesentatio Majestatis Imperatoriae (1690) und De Jure Cancellariae et Archivi (1692).

<sup>244</sup> Johann Jakob Moser (1701–1785), u. a. 1720 Professor für Rechtswissenschaft in Tübingen und württembergischer Regierungsrat, 1726 Wirklicher Regierungsrat in Stuttgart, 1731 Bischöflicher (Hildesheim) Kammergerichts-Assessor am Reichskammergericht Wetzlar, 1733 Professor in Frankfurt/Oder, 1748 Kanzlei des Landgrafen von Hessen-Homburg, 1751–1770 Konsulent der württembergischen Landstände. Autor u. a. von Das Teutsche Staatsrecht, 53 Bde. (1737–1754), Abhandlung von Kayserlichen Macht-Sprüchen (1759) und Neues Teutsches Staatsrecht, 31 Bde. (1766–1776).

<sup>245</sup> Johann Stephan Pütter (1725–1807), 1743 Advokat in Marburg, 1744 Privatdozent, 1753 Professor für Rechtswissenschaft in Göttingen (Deutsches Staatsrecht und Reichsgeschichte), 1758 Hofrat, 1770 Geheimer Justizrat. Autor u. a. von Historische Entwicklung der heutigen Staatsverfassung, 3 Bde. (1786/87).

<sup>246</sup> „Das Wohl des Volkes sei höchstes Gesetz“. Diese Passage bezieht sich auf die Darstellung der Kontroverse um das Notstandsrecht in „Collisionsfällen“ zwischen Kaiser und Kurfürsten. Bischof: Das Nothrecht der Staatsgewalt, S. 103 ff.

<sup>247</sup> Hermann Bischof (geboren 1826), hessischer Staatsrechtler.

<sup>248</sup> Bischof: Das Nothrecht der Staatsgewalt, S. 6.

Dies alles findet sich in der langen, gründlichen Abhandlung Kapferers<sup>249</sup> im Staatslexikon, das Dr. Bruder<sup>250</sup> im Auftrag der Görres-Gesellschaft<sup>251</sup> herausgab, jenes Kreises, in dem unbestritten die Anschauungen des Zentrums herrschen. Man darf also annehmen, dass die führenden Köpfe des Zentrums mit den Ausführungen des Staatslexikons einverstanden sind. Ja man kann einen Schritt weitergehen und sagen, dass hier das politische Verfahren vorgezeichnet ist, das Reichskanzler Dr. Brüning in den 2 ¼ Jahren seiner Kanzlerschaft mit seinen Notverordnungen eingeschlagen hat.

Insofern ist also durch diese sowie durch frühere und spätere Vorgänge unter der Herrschaft der Weimarer Verfassung sowohl der Begriff des staatlichen Notstands, wie das staatliche Notstandsrecht anerkannt, wie beides ja auch in dem berühmt gewordenen Artikel 48 der Reichsverfassung zum Ausdruck gekommen ist.

Worauf es beim heutigen Zustand unseres Vaterlandes ankommt, ist aber die entscheidend wichtige Frage, ob die Staatsgewalt bei anerkanntem Notstand über die ihr nach Artikel 48<sup>252</sup> zugestandenen Massnahmen hinausgehen darf, oder ob sie unbedingt innerhalb dieser Schranken bleiben muss. Es sei hier insbesondere an die Befugnisse des Reichstags gegenüber Regierungshandlungen aus Artikel 48 erinnert.

Um die richtige Antwort auf diese Frage zu finden, muss man in Erinnerung an Ihering den Zweck des Staatsnotrechtes ergründen, das an sich anerkannt ist und in der geltenden Verfassung nach wohl allgemeiner Ansicht Ausdruck gefunden hat.

<sup>249</sup> Kapferer: Art. „Nothrecht“, in Staatslexikon der Görres-Gesellschaft, 3. Bd., S. 1493–1502.

<sup>250</sup> Adolph Bruder (1851–1896) war Custos der k.k. Universitätsbibliothek Innsbruck. Die erste Auflage erschien in fünf Bänden 1889–1895. Nach Bruders Tod übernahm Julius Bachem die Herausgabe des Staatslexikons.

<sup>251</sup> Die Görres-Gesellschaft wurde 1876 von katholischen Publizisten und Gelehrten in Koblenz zur „Pflege der katholischen Wissenschaften“ gegründet. Johann Joseph Görres war katholischer Publizist, Gymnasial- und Hochschullehrer und Autor u. a. der Schrift: Die christlichen Mystik, 4 Bde. (1836–1842).

<sup>252</sup> Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919, Artikel 48: „1. Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten. 2. Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen. 3. Von allen gemäß Abs. 1 oder Abs. 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen. 4. Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen der in Abs. 2 bezeichneten Art treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstages außer Kraft zu setzen. 5. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.“, in RGBl. 1919, Nr. 152. Artikel 114 betrifft die Freiheit der Person, Artikel 115 die Unverletzlichkeit der Wohnung, Artikel 117 das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Artikel 118 die freie Meinungsäußerung, Artikel 123 die Versammlungsfreiheit, Artikel 124 das Vereins- und Gesellschaftsrecht und Artikel 153 Eigentumsrecht, Entschädigung und Enteignung.

Der Zweck des staatlichen Notstandsrechts ist unbedingt die Rettung des Staates und damit des Volkes aus einer Lage, die beide in Lebensgefahr bringt, und die – mit Ihering zu reden – die rettende Tat der Staatsgewalt verlangt. Nach § 54 des Reichsstrafgesetzbuchs<sup>253</sup> wird dem Einzelnen gegenüber Notstand anerkannt, wenn er selbst oder einer seiner Angehörigen einer gegenwärtigen Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt ist, die er nicht anders abwenden kann[,] als durch die von ihm begangene Notstandshandlung. Auf den Staat, auf die Allgemeinheit übertragen, ergibt sich unschwer, dass Staatsnotstand vorliegt, wenn das Dasein von Volk und Staat so bedroht sind, dass ohne das rettende Eingreifen der Staatsgewalt der Bestand beider ernsthaft gefährdet ist.

Dass dies bis zum Rücktritt des Kabinetts Brüning der Fall gewesen sein muss, ergibt sich aus der Tatsache, dass es jeweils die Mehrheit des Reichstags auf seiner Seite gehabt hat, wenn es Notverordnungen erliess. Also die Voraussetzungen des Art. 48 der Reichsverfassung kann niemand bestreiten, der die Politik des Kanzlers Brüning mitgemacht hat. Dass die Gefährdung von Volk und Staat inzwischen geringer geworden sei, kann niemand behaupten, der den heutigen Zustand beider so ansieht, wie er wirklich ist. Es sei nur daran erinnert, dass – parlamentarisch gesehen, und unsere Verfassung lebt ganz in parlamentarischen Gedankengängen – eine Regierungsbildung so gut wie unmöglich ist, dass andererseits eine Fülle lebenswichtiger Fragen nach ihrer Lösung drängt, von denen die Rettung der Landwirtschaft und die Arbeitsbeschaffung mit der Rettung der Industrie und des Handwerks im Vordergrund stehen.

Also der Notstand ist da und ist anerkannt. Aber er ist vom Reichskanzler Brüning und seiner treuen Gesellschaft offenbar nur anerkannt im Rahmen des Artikels 48 der Verfassung, wengleich bedeutende Staatsrechtler den Vorwurf erhoben haben, dass Herr Brüning Notverordnungen erlassen habe, die ausserhalb des Artikels 48 ständen, also verfassungswidrig seien.

Aber für das, was zu geschehen hat, wenn Umstände eintreten, die man sich sehr deutlich vorstellen kann, ja muss, und [die]<sup>254</sup> über die bisherige Entwicklung weit hinausgehen, muss mit aller Schärfe ausgesprochen werden, dass der Artikel 48 der Reichsverfassung den wirklichen Staatsnotstand, wie er oben an Hand der strafgesetzlichen Bestimmung gegeben wird, gar nicht trifft, sondern wesentlich leichtere Fälle. In Betracht kommen hier nur die Bestimmungen des Artikels 48 Absatz 2, wenn im Deutschen Reiche „die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird.“ Solche Vorgänge können in ihrer Auswirkung zum echten Staatsnotstand führen; nach der Fassung des Artikels 48 sind sie zunächst erhebliche Verstöße gegen

---

<sup>253</sup> Artikel 54 des Reichsstrafgesetzbuches: „Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn die Handlung außer dem Falle der Nothwehr in einem unverschuldeten, auf andere Weise nicht zu beseitigenden Nothstande zur Rettung aus einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben des Thäters oder eines Angehörigen begangen worden ist.“ In Deutsches Reichsgesetzblatt Band 1871, Nr. 24.

<sup>254</sup> Einschub im Originalmanuskript. In der Textfassung FZH 11/C2 in den Fließtext übernommen.

Sicherheit und Ordnung, also etwas, was an sich das Dasein von Volk und Staat nicht gefährdet, sich mehr örtlich auswirkt, also Teilerscheinung ist. Der echte Staatsnotstand aber ist etwas, was seinem Wesen nach das Volks- und Staats-Ganze betrifft, so wie der strafrechtliche Notstand das ganze Leben des Einzelnen oder eines Angehörigen einer gegenwärtigen Gefahr für Leib und Leben voraussetzt, also sein ganzes Dasein in Frage stellt. Dann hat der Einzelne das Recht zur Selbsthilfe. Überträgt man diese Voraussetzung auf den Staat, dann ist klar, dass Artikel 48 den echten staatlichen Notstand, wie wir ihn – wenn nicht alle Zeichen trügen – kennen lernen werden, nicht trifft. Also können die Beschränkungen auch nicht gelten, die Artikel 48 gegenüber den Massnahmen der Staatsgewalt festgesetzt hat. Das heisst:

*Gegenüber dem echten Staatsnotstand ist die Staatsgewalt souverän; sie steht dann über der Verfassung.* Sie tut dann auch Ihering die rettende Tat der Staatsgewalt, bei der das Recht in die Politik und Geschichte mündet – wo nach Dahlmann das Recht zur rettenden Tat zum Muß wird – wo nach Bismarcks Anführung die Gesetzlichkeit Staat und Volk nicht vernichten dürfe – wo (nach Bischof im Aufsatz des Herderschen Staatslexikons<sup>255</sup>) der Wahnsinn verhindert werden muss, der bestehenden Rechtsordnung (hier dem Art. 48 R.V.) den Staat zu opfern.

Die hier vertretende Souveränität der Staatsgewalt gegenüber dem echten Staatsnotstand, im Reiche ausgeübt durch den Reichspräsidenten und die Reichsregierung, ist etwas Toderntes, genau so todernt wie der Zustand, den sie beseitigen soll. Den sittlichen Anspruch auf diese Souveränität hat nur eine Staatsgewalt, [die] erkennt, will, kann und handelt – die, unabhängig von jeder Parteibindung, erfüllt ist von dem tiefsten Verantwortungsgefühl gegenüber Volk und Staat, getragen von der Erkenntnis, dass ihr Tun in die Geschichte mündet, getrieben von dem Gebote, dass sie handeln muss, handeln, handeln.

Wenn der Fall eintritt, und die dann vorhandene Staatsgewalt ist von diesem Geiste erfüllt, kann das Volk, das nach Rettung schreit, ihr zurufen: „In Gottes Namen voran!“

Der zweite Aufsatz über „*Träger und Umfang des Staatsnotrechts*“ lautete:<sup>256</sup>

Auf die Darlegungen in No 199<sup>257</sup> der „Deutschen Zeitung“ habe ich eine Fülle von Zuschriften erhalten, die bis auf zwei Ausnahmen zustimmend sind, aber noch eine oder die andere Frage geklärt haben wollen. Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes habe ich mich entschlossen, dies zu tun.

Zunächst handelt es sich darum, wer Träger des Staatsnotrechtes ist, wenn es in Wirkung tritt. Da meinten einige Briefschreiber, nach der Weimarer Ver-

<sup>255</sup> Gemeint ist der Verweis in Kapferers Artikel im Staatslexikon (3. Bd., Herder Verlag Freiburg 1894) zum „Nothrecht“ auf Bischof: Das Nothrecht der Staatsgewalt.

<sup>256</sup> Heinrich Claß: Träger und Umfang des Staatsnotstandes, in Deutsche Zeitung 30.8.1932 (Abendausgabe, 37. Jg., Nr. 203b). Sperrdrucke im Original in der Deutschen Zeitung sind hier nicht übernommen worden.

<sup>257</sup> Der Aufsatz erschien in der Abendausgabe der Deutschen Zeitung am 24.8.1932 (37. Jg., Nr. 198b).



fassung, die wir nun einmal hätten, sei der Reichstag doch der berufene Vertreter des durch den Umsturz souverän gewordenen Volkes; er sei also heute der wahre Souverän in Deutschland und stehe über dem Reichspräsidenten; deshalb habe er auch nach Art 48 der Reichsverfassung das Recht, Notverordnungen des Reichspräsidenten aufzuheben. Daraus könne man schliessen, dass die äussersten Befugnisse des Reichspräsidenten keine souveränen, sondern abgeleitete seien.

Daran ist nur soviel richtig: Der Reichstag selbst ist nach unserer Verfassung nicht souverän, sondern das deutsche Volk, das nach der demokratischen Staatslehre angeblich souverän sein soll, aber nicht sein kann. Wenn irgend jemand heute souverän sein könnte, wäre es der von den Wahlfähigen des Volkes gewählte Reichspräsident eher als der gleichfalls gewählte Reichstag, weil dieser seinem Wesen nach zur unentbehrlichen schleunigen Willensbildung unfähig ist, während der Reichspräsident als Einzelner im Nu seine Entschlüsse fassen und in Gang setzen kann. In Wahrheit ist es aber nach der geltenden Verfassung so, dass wir überhaupt keinen Souverän haben, solange die Dinge ihren gewöhnlichen Lauf nehmen. Das ist der wesentliche Unterschied gegenüber unserer Monarchie, den die Demokratie auch gewollt hat.

Aber es gibt Ereignisse, die mächtiger sind als die Demokratie: das sind die, die den Staatsnotstand im Sinne meiner früheren Ausführungen hervorrufen, und sie sind so mächtig, dass sie den Souverän schaffen. So wird der Reichspräsident durch den echten Staatsnotstand souverän; die Ausführung seines Willens überträgt er einzelnen Ministern oder dem Reichskabinett.

Mit der Rückkehr des gewöhnlichen Zustandes, mit dem Aufhören des echten Staatsnotstandes erlischt die Souveränität des Reichspräsidenten wieder, und damit hören die besonderen Befugnisse, die er dem Kabinett oder einzelnen Ministern verliehen hat, auf.

Carl Schmitt<sup>258</sup> unterscheidet in seinem bedeutsamen Werk über „Die Diktatur“ zwischen souveräner und kommissarischer Diktatur.<sup>259</sup> Wenn man

---

<sup>258</sup> Carl Schmitt (1888–1985), 1921–1922 Professor für Rechtswissenschaft in Greifswald, 1922–1926 Professor in Bonn, 1926–1932 Professor an der Handelshochschule Berlin, 1932 Rechtsvertretung Franz von Papens beim Prozess um den „Preußenschlag“ gegen die preußische Regierung des Sozialdemokraten Otto Braun vor dem Leipziger Staatsgerichtshof, 1932–1933 Professor in Köln, 1933–1945 Professor in Berlin, 1933 Mitglied der NSDAP, Preussischer Staatsrat, 1934 Hauptschriftleiter der Deutschen Juristen-Zeitung, führender Fachgruppenleiter im NS-Rechtswahrerbund, 1936 Verlust aller NSDAP-Parteiämter, nach 1937 langsamer Rückzug als exponierter (katholischer) Vertreter einer NS-Rechtslehre, nach 1950 rechtstheoretische Schriften zum Völkerrecht und Einfluss seines Rechtsdenkens und seiner Schülerschaft auf das Staatsrecht und die Rechtswissenschaft der frühen Bundesrepublik, Autor u. a. der Schriften: Politische Romantik (1919), Die Diktatur (1921), Politische Theologie (1922), Die Kernfrage des Völkerbundes (1926), Der Begriff des Politischen (1927/1933), Verfassungslehre (1928), Der Hüter der Verfassung (1931), Legalität und Legitimität (1932), Staat, Bewegung, Volk (1933), Land und Meer (1942), Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum (1950) und Theorie des Partisanen (1963).

<sup>259</sup> Schmitt: Die Diktatur. Die „kommissarische Diktatur“ sollte nach Schmitt im Krisenfall zeitlich eingeschränkt durch Aufhebung der Verfassung die Rechtsordnung sichern, während die „souveräne Diktatur“ zu einer neuen Verfassungsordnung führen sollte.

angesichts der Tatsachen, die den echten Staatsnotstand offenkundig machen, auf solche Unterscheidungen Wert legt, so ist m. E. der Reichspräsident souveräner Diktator, während die Minister ihre Diktaturgewalt zweifellos vom Reichspräsidenten ableiten – man denke daran, dass er dem Reichswehrminister etwa die vollziehende Gewalt überträgt: sie werden im Sinne von Schmitt also „kommissarische“ Diktatoren sein.

Aber ich unterstreiche: *Der echte Staatsnotstand ist rechtsschöpferisch, indem er dem Reichspräsidenten Macht verleiht, die vom Artikel 48 der Reichsverfassung unabhängig ist und über sie hinausgeht.*

Diese Auffassung deckt sich weithin mit der Lehre des Landgerichtsrats und Privatdozenten Dr. Siegert<sup>260</sup> vom übergesetzlichen Staatsnotstand, auf die ich jetzt aufmerksam gemacht worden bin. In No 14 der Leipziger Zeitschrift (Jahrgang 26) findet sich von ihm ein wichtiger Aufsatz, dem ich folgende Sätze entnehme<sup>261</sup>:

„Das ‚Ventil‘ der Reichsverfassung, die Schaffung verfassungsändernder Reichsgesetze, versagt seit Jahren, da der Reichstag selbst zu einfacher Gesetzgebungsarbeit<sup>262</sup> unfähig ist. Die Verfassung hat mit derartigen Verhältnissen nicht gerechnet, enthält also hier eine Lücke.“ –

„Mit einer Anerkennung dieses übergesetzlichen und überverfassungsgesetzlichen Notstands treten wir zwar der Allmacht der geschriebenen Gesetze entgegen ... Auf der anderen Seite verhindern wir durch das ‚Ventil‘ des übergesetzlichen Notstands, dass die Grundlagen der Verfassungsgesetze unterhöhlt werden, und retten sie unverändert in normale Zeiten hinüber“ ...

„Nur die Anerkennung des übergesetzlichen Notstandes kann m. E. dank seiner Anpassungsfähigkeit gegenüber den jeweiligen Verhältnissen zu brauchbaren Verhältnissen führen.“

„So scheint mir die Lehre vom übergesetzlichen Notstand geeignet zu sein, in der jetzigen Notzeit alle erforderlichen Massnahmen zu rechtfertigen, ohne damit die Institution unseres Rechtsstaates zu gefährden. So mögen wir zwar eine vorübergehende Gesetzesdämmerung haben, bleiben aber im Recht verwurzelt.“

<sup>260</sup> Karl Siegert (1901–1988), 1926 Gerichtsassessor am Landgericht Münster, 1928–1933 Land- und Amtsrichter in Münster und Hamm, seit 1925 Assistent an der Juristischen Fakultät in Münster, 1931 Habilitation, Privatdozent für Strafrecht, Strafprozessrecht und Recht der freiwilligen Gerichtsbarkeit, 1932 Lehrstuhlvertretung in Greifswald, 1933 Mitglied der NSDAP, 1933 Professor für Strafrecht in Göttingen, 1933 Mitglied des NS-Rechtswahrerbundes, 1935 Vertrauensmann des NS-Dozentenbundes an der Juristischen Fakultät in Göttingen und Einwirkung auf die Entlassung jüdischer Dozenten an der Universität Göttingen, 1937 Dekan und Mitglied der Akademie der Wissenschaften des NS-Dozentenbundes, 1938 Leiter der Hauptstelle für Rechtspolitik und kommissarischer Lektoratsleiter im Reichsamt der NSDAP, ab 1941 Kriegsgerichtsrat bei der Luftwaffe, Autor u. a. der Schriften: Notstand und Putativnotstand (1931), Grundzüge des Strafrechts im neuen Staate (1934), (zusammen mit Karl Klee) Das Judentum in der Rechtswissenschaft, Bd. 4. Judentum und Strafrecht (1936), Deutsches Wirtschaftsstrafrecht (1939).

<sup>261</sup> Karl Siegert: Übergesetzlicher Staatsnotstand und Reichsverfassung, in: Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht 26 (1932), Nr. 14, Sp. 939–943.

<sup>262</sup> In der Textfassung FZH 11/C2: „Gesetzesarbeit“.

Was den Umfang der Befugnisse betrifft, die der Reichspräsident im Falle des echten Staatsnotstands ausüben kann, so habe ich ihn als unbegrenzt bezeichnet, weil der Träger der Reichsgewalt alsdann souverän ist.

Carl Schmitt schreibt in seinem erwähnten Werke zum Art. 48, Abs. 2 der Reichsverfassung:

„Der Reichspräsident kann demnach alle erforderlichen Massnahmen treffen, wenn sie nur, seinem Ermessen gemäss, nach Lage der Sache erforderlich sind. Er kann daher auch, wie der Reichsjustizminister Schiffer in der Nationalversammlung zugab (147. Sitzung vom 3. März 1920)<sup>263</sup> Städte mit giftigen Gasen belegen, wenn eben das im konkreten Fall zur Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung die erforderliche Massnahme ist. Eine Begrenzung besteht hier ebenso wenig, wie in irgendeinem anderen Hinweis auf das, was zur Erreichung eines Zweckes nach Lage der Sache erforderlich ist. Nur muss beachtet werden, dass diese Massnahmen, wenn die grenzenlose Ermächtigung nicht eine Auflösung des gesamten bestehenden Rechtszustandes und die Übertragung der Souveränität an den Reichspräsidenten bedeuten soll, immer nur Massnahmen tatsächlicher Art sind, und als solche weder Akte der Gesetzgebung noch der Rechtspflege werden können. Der Reichsjustizminister Schiffer hat daraus, dass im Art. 48 keine besondere Einschränkung abgegeben ist, den Schluss gezogen, dass die Ermächtigung grenzenlos ist. Soll unter die allgemeine Ermächtigung der Art. 48 auch jeder beliebigen Art der Gesetzgebung fallen, dann bedeutet der Artikel eine grenzenlose Delegation, und es ist ein Widerspruch, noch zu behaupten, er hebe die Verfassung nicht ebenso auf, wie die Auslegung, die das Königtum der Restauration dem Artikel 14 der französischen Verfassung von 1814<sup>264</sup> gab, die Verfassung aufhob. Der Unterschied ist nur, dass damals der König die Souveränität im Sinne einer ausserordentlichen unbegrenzten Machtvollkommenheit in Anspruch nahm, während jetzt der Reichspräsident, oder wegen der über den Reichspräsidenten ausgeübten Kontrolle das Parlament, den grenzenlosen Ausnahmezustand beherrscht.“

Hier bescheinigt also der hervorragende Staatsrechtslehrer dem Reichspräsidenten bereits für die Fälle des Art. 48 Abs. 2 die Unbegrenztheit seiner Befugnisse. Um wie viel mehr muss dies für Zeiten des echten Staatsnotstandes gelten!

Gehen wir verfassungsgeschichtlich der Sache auf den Grund, so finden wir, dass der demokratische Reichsjustizminister Dr. Schiffer in der von Prof.

---

<sup>263</sup> Siehe zu den Beratungen zu Anträgen auf Außerkraftsetzung der Verordnungen des Reichspräsidenten vom 11. sowie vom 13.1.1920 für die Regierungsbezirke Düsseldorf sowie für das Reichsgebiet die Sitzung der Nationalversammlung, 147. Sitzung vom 3.3.1920, S. 4628–4647.

<sup>264</sup> Verfassung von Frankreich vom 4.6.1814 Artikel 14: „Der König ist höchstes Oberhaupt des Staates; er befiehlt die Land- und Seemacht, erklärt Krieg, schließt Friedens-, Allianz- und Handelstractate, ernennt zu allen Stellen der öffentlichen Verwaltung, und erläßt die zur Vollziehung der Gesetze und zur Sicherheit des Staates nöthigen Verfügungen und Verordnungen.“ In Die Constitutionen der europäischen Staaten, S. 298.

Dr. Schmitt erwähnten Sitzung der Nationalversammlung gegenüber dem Abgeordneten Cohn<sup>265</sup> sich nach dem gekürzten Bericht wie folgt geäußert hat:

„Die Auffassung des Redners vom § 48 ist unrichtig. Absatz 2 sagt: ‚Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentlich[e] Sicherheit und Ordnung erheblich gestört und gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen.‘ Irgend-eine Einschränkung bezüglich dieser Massnahmen ist nicht vorgesehen. Es können nur nicht Massnahmen in Frage kommen, die die Verfassung selbst betreffen. Der Abgeordnete Cohn meint vielleicht, eine einschränkende Auslegung sei geboten, weil man annehmen müsse, dass das Parlament nicht soweit gehen wolle, sich seiner Rechte zugunsten der Regierung so weitgehend zu entäußern. Dieser Schluss mag bei anderen Regierungsformen berechtigt sein, bei der demokratischen Regierungsform aber nicht. Hier liegt kein Bedenken vor, der Regierung alle diejenigen Gewalten zu geben, die notwendig sind, um die Staatszwecke durchzuführen; deshalb kann die Regierung nicht nur stark sein in der Demokratie, sondern sie muss stark sein. Sobald die Voraussetzungen gegeben sind, ist die Regierung verpflichtet, die ihr zustehenden Machtbefugnisse in vollem Umfang auf dem Boden der demokratischen Verfassung zu gebrauchen. Dass diese Voraussetzungen hier vorhanden sind, darüber wird der Herr Reichswehrminister das Nähere sagen. (Lebhafter Beifall bei den Mehrheitsparteien.)“<sup>266</sup>

Ich finde es für den Zweck meiner Darlegungen höchst bedeutsam, dass der demokratische Justizminister Dr. Schiffer sich so offen über die Unbeschränktheit der Machtbefugnisse des Reichspräsidenten im Falle des Artikels 48 eingesetzt und soviel Macht für die Regierung verlangt hat, wie die Durchführung der Staatszwecke fordert.

Aber sowohl seine wie die von Carl Schmitt behauptete Allmacht des Reichspräsidenten ist eine bedingte, hat also mit der in solchen Fällen gebotenen Souveränität nichts zu tun. Sie ist nämlich in dem Sinne bedingt, als sie vom Reichstag abhängig ist: denn auf sein Verlangen sind die getroffenen Massnahmen ausser Kraft zu setzen (Art. 48, Abs. 3 Satz 2).

Bei Licht betrachtet, könnten also die weisesten Massnahmen des Reichspräsidenten und seiner Regierung durch die einfache Mehrheit des Reichstags hinfällig gemacht, höchste Macht in beschämende Ohnmacht verwandelt werden, wenn Art. 48 auch für Fälle des echten Staatsnotstandes gemacht und gewollt worden wäre.

<sup>265</sup> Oskar Cohn (1869–1934), 1910–1921 Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung, 1912–1917 Mitglied des Reichstages für die SPD, 1917–1920 für die USPD, unter dem Rat der Volksbeauftragten 1918/1919 Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt, 1919–1920 Mitglied der Nationalversammlung, Forderung nach einem Einheitsstaat ohne bundesstaatliche Gliederung, 1920–1924 Mitglied des Preußischen Landtages, ab 1926 Vertreter der linkszionistischen Poale Zion, unmittelbar nach dem Reichstagsbrand 27.2.1933 Flucht nach Paris, 1934 Tod in Genf.

<sup>266</sup> Das exakte Wortprotokoll der Rede Eugen Schiffers auf der 147. Sitzung der Nationalversammlung vom 3.3.1920 in: Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, S. 4636–4637.

In den mehr oder minder leichten Fällen, in denen nach Art. 48 Abs. 2 „die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird“, mag es vielleicht erträglich sein, wenn der Reichspräsident sich von einer Reichstagsmehrheit zurückrufen lässt – in den Lebensfragen des Volks- und Staatsganzen muss dies ausgeschlossen sein. Sie heben das Reichsoberhaupt über die Schranken des geschriebenen Rechts hinaus, und es ist dann eine Frage des allwaltenden Schicksals, ob der Inhaber der unbeschränkten Reichsgewalt mit seinen Beratern der ungeheuren Aufgabe Herr wird. Aber wahr bleibt trotz dieser im Menschlichen begründeten Unsicherheit, was der Geschichtsschreiber Meinecke – einer der grossen Männer der bürgerlichen Linken – sagte: „Wenn die Parlamentsmehrheit durch Missbrauch und Zerrüttung des Parteiwesens arbeitsunfähig wird, hat der Vertrauensmann der Nation das Recht und die Pflicht, im Sinne der wahren Volksmehrheit aller Vernünftigen zu handeln, die nicht an Parteischranken gebunden ist und immer noch als vorhanden gelten kann.“<sup>267</sup>

Zu den beiden Aufsätzen habe ich noch zu bemerken, dass sie nach meiner Überzeugung das Entscheidende für jene Zeit sagten und die Aufgabe hatten, die massgebenden Männer, vor allem den Reichstagspräsidenten, den Reichskanzler und den Reichsinnenminister darauf hinzuweisen, dass sie ohne Verfassungsbruch Recht und Pflicht hatten, das zu tun, was zur Rettung unseres verzweifelten Volkes nötig war.

Man wird sich vielleicht darüber wundern, wie stark ich zur Stützung meiner Gedankenführung mich auf die Darlegungen im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft bezogen habe. Dies schien mir, der ich freilich eine solche Hilfe nicht gebraucht hätte, zweckmässig im Hinblick auf die politische Herkunft des Reichskanzlers von Papen. Dieser wollte Mitglied oder gar Führer des rechten Zentrumsflügels sein – jedenfalls stammte er aus dem Zentrum, und da das Staatslexikon der Görres-Gesellschaft von Zentrumsanhängern verfasst und hochgehalten wurde, konnte ich erwarten, dass Papen den von mir mitgeteilten Anschauungen des Staatslexikons mehr Gewicht beilegen würde, als Äusserungen, die ich ohne Bezugnahme auf jenes Werk getan hätte. Wenn ich im zweiten Aufsatz wiederholt und ausführlich auf den Berliner Staatsrechtslehrer Professor Dr. Carl Schmitt hingewiesen habe, so geschah dies, weil ich bei der ersten Aussprache mit dem Reichsinnenminister Freiherrn von Gayl zu meiner allgrössten Überraschung gehört hatte, dass er mit jenem über etwaige innerpolitische Massnahmen, genauer gesagt, über notwendige Änderungen der Weimarer Verfassung verhandele. Meine Überraschung kam daher, dass ich wusste, dass Schmitt der Berater des Reichskanzlers Brüning gewesen war, und dass die Notverordnungen dieses Kanzlers auf ihn zurückgingen.<sup>268</sup> Aber ich wusste auf der anderen Seite auch, dass mindestens ein

---

<sup>267</sup> Friedrich Meinecke sprach sich für eine konzentrierte Regierungsgewalt in der Kölnischen Zeitung vom 21.12.1930 aus, sah aber auch die Notwendigkeit einer demokratischen Absicherung einer solchen autoritären Führung.

<sup>268</sup> Carl Schmitt war im Januar 1928 in Boppard auf einem katholischen Kongress und traf hier den späteren Reichskanzler Heinrich Brüning. Die Kontakte zu Brüning hielten sich

Teil der Mitglieder des Kabinetts Papen, vor allem Schleicher und, wie erwähnt, auch Freiherr von Gayl, auf diesen Staatsrechtler hörten, und so schien es mir richtig, auf seine Anschauungen nachdrücklich hinzuweisen.

Meine Hauptabsicht bei der Abfassung der beiden Aufsätze war es, ganz klar zu machen, dass die Bestimmungen des Artikels 48 der Reichsverfassung über die Befugnisse des Reichspräsidenten im Falle der Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung nicht den eigentlichen Staatsnotstand im Auge hätten, sondern nur minder ernste Vorkommnisse des öffentlichen Lebens, dass dagegen der wirkliche Staatsnotstand rechtsschöpferisch wirke, indem er dem Reichspräsidenten eine Macht verleihe, die von dem Artikel 48 unabhängig sei und ihn recht eigentlich souverän mache.

Ich habe nach dem Erscheinen der Aufsätze von vielen urteilsfähigen Männern gehört, dass sie von meinen Darlegungen überzeugt waren und damit die Richtigkeit meiner Beweisführung anerkannten, dass Anordnungen des Reichspräsidenten in den Fällen des echten Staatsnotstandes den Eingriffen des Reichstags entzogen seien, also nicht von ihm aufgehoben werden könnten, wie es in Artikel 48 sonst vorgesehen war.

Ich beobachtete auch sonst, dass meine Aufsätze weithin Beachtung fanden, und hatte die Genugtuung, selbst Zeuge zu sein, als der Reichstagsabgeordnete *Dr. Oberfohren*, nach *Graf Westarps* Rücktritt der Führer der Deutschnationalen im Reichstag<sup>269</sup>, in einer öffentlichen Versammlung den Zustand des Vaterlandes als so ernst schilderte, dass nur Massnahmen helfen könnten, die ich, wie er sagte, mit überzeugender Kraft in den beiden Aufsätzen vorgeschlagen hätte. Auf der anderen Seite erfuhr ich zuverlässig, das[s] gewisse Mitglieder des Kabinetts Papen, besonders der Reichsjustizminister *Dr. Gürtner*<sup>270</sup>, *den Staatsnotstand für Unsinn erklärt* hatten und, da nichts in der Richtung meiner Vorschläge geschah, hielt ich die mir gewordenen Mitteilun-

---

zunächst in Grenzen, zumal Schmitt das politische Milieu der Zentrumsparterie zuletzt völlig ablehnte. Er blieb zunächst im „Vorhof der Macht“. Mehring: Carl Schmitt, S. 221 und 281–302. Durch seine Schriften unterstützte Schmitt dann das Präsidialsystem Brüning und später auch Franz von Papens und Kurt von Schleichers. Für die Regierung Brüning erstellte Schmitt das erste Gutachten im Sommer 1930 zur Frage, ob der Reichspräsident nach Artikel 48 Abs. 2 Weimarer Reichsverfassung befugt sei, auch „finanzgesetzvertretliche Verordnungen“ zu erlassen. Siehe Neumann: Carl Schmitt als Jurist, S. 174–175. Nach dem Rücktritt Brünings am 20.5.1932 unterstützte Schmitt die Papen-Regierung mit Gutachten, v. a. beim sogenannten „Preußenschlag“ vom 20.7.1932 zur Absetzung der sozialdemokratischen Regierung von Otto Braun. Siehe dazu Seiberth: Anwalt des Reiches. Schmitt ist über die Pläne Wilhelm von Gayls für einen restaurativen Verfassungsumbau informiert und berät, trotz Vorbehalte gegenüber der Reichsreform, die Regierung. Mehring: Carl Schmitt, S. 281–302.

<sup>269</sup> Ernst Oberfohrens war aufgrund seiner autoritären Führung innerhalb der DNVP-Fraktion umstritten. Sein Führungsstil wurde jedoch von Alfred Hugenberg uneingeschränkt unterstützt.

<sup>270</sup> Franz Gürtner (1881–1941), 1911 Staatsanwalt am Landgericht München, 1912 Richter am Amtsgericht München, nach Kriegsdienst 1919 Demobilisierung, 1919 Staatsanwalt am Landgericht München, 1920 Landgerichtsdirektor und erneut in das bayerische Justizministerium, 1921 Oberregierungsrat, 1922–1932 als Vertreter der deutschnationalen Bayerischen Mittelpartei Justizminister in Bayern, 1932 als Mitglied der DNVP und 1933–1941

gen für richtig. Damit war für mich die Gewissheit gegeben, dass von diesem Kabinett nichts geschehen würde von dem, was allein Deutschland Rettung bringen könnte.

Kaum ein Vierteljahr später sah ich das Kabinett Papen veranlasst, seine Entlassung zu nehmen. Es wurde durch ein Kabinett des Generals von *Schleicher* ersetzt, der als Kanzler völlig versagte. Wie grundsatzlos dieser politische Offizier war, der sich als Urheber der „autoritären Regierung“ Papens betrachtete, ergibt sich daraus, dass er die Schwenkung zu den Gewerkschaften einleitete, um sich zu halten.<sup>271</sup> Es war offenbar, dass er jedes Vertrauen verloren hatte – auch bei Hindenburg, so dass seine Tätigkeit an der Spitze der Regierung nach knapp sechs Wochen ein Ende nahm. Er wurde am 30. Januar 1933 durch das Kabinett *Hitler* abgelöst. Dieses bedeutsame und weittragende Ereignis habe ich nur aus der Entfernung beobachtet: ich war zwischen den Jahren 1932/33 von einer ganz schweren Darmgrippe befallen worden, die mich sehr mitgenommen hatte. Deshalb musste ich auf ärztliche Anordnung, sobald ich reisefähig war, mich zur Erholung ins Sanatorium Schwarzeck in Thüringen begeben, von wo ich erst in der zweiten Hälfte des Februar 1933 nach Berlin zurückkehrte.

### 8.8. Ein Abschied<sup>272</sup>

Während dieser Jahre, die überreich an Arbeit und Kämpfen waren, lag die wachsende Sorge um das Leiden meiner Frau auf mir, das stetig fortschritt und sie mit gänzlicher Lähmung bedrohte. Da die Ärzte, die wir zugezogen hatten, günstigstenfalls der Kranken Erleichterung schaffen, das Übel aber nicht beseitigen konnten, wünschte sie den Rat des führenden Nervenarztes der Universität einzuholen und begab sich mit ihrer Pflegerin im Frühjahr 1924 in die Nervenklinik der Universität. Professor Dr.<sup>273</sup> stellte nach genauesten Untersuchungen fest, dass eine Operation des erkrankten Halswirbels möglich, aber lebensgefährlich sei, und dass er deshalb davon abrate.<sup>274</sup> So endete auch dieser Versuch, der Kranken zu helfen, mit einem Misserfolg. Im selben Jahre waren meine beiden österreichischen Freunde, die Professoren Hertle und Dr. Hartmann aus Graz zu einer medizinischen Tagung in Halle. Sie wollten mich wegen ihrer politischen Arbeit in ihrer Heimat sprechen und melden ihren Besuch in Berlin an. Als sie hierherkamen, bat ich sie, meine Frau zu besuchen und zu sehen, ob sie ihr nicht einige Erleichterung verschaffen könnten. Sie erklärten sich gerne hierzu bereit und betrachteten es als eine Ehre, zu

---

Reichsjustizminister und 1934–1935 Justizminister von Preußen, 1937 Mitglied der NSDAP, Autor u. a. der Schrift: *Das neue Staatsrecht* (mit Roland Freisler, 1926).

<sup>271</sup> Siehe zu Kurt von Schleichers Konzept der „Querfront“ Schildt: Militärdiktatur mit Massenbasis?

<sup>272</sup> Der Abschnitt 8.8. „Ein Abschied“ von Heft 8 fehlt in der Textfassung in FZH 11/C2.

<sup>273</sup> Der Name ist im Originalmanuskript geweißt.

<sup>274</sup> Im Zuge der Geburt des Sohnes Wilhelm erkrankte Mathilde Claß 1901 an Eklampsie.

der Kranken gelassen zu werden. Der Chirurg Hertle kam zu dem Urteil, dass eine Operation nicht gewagt werden dürfe, der Nervenarzt Hartmann stellte den Sitz des Übels genau fest und empfahl einige Anwendungen, die die Krankenschwester vornehmen solle, und die er genau zeigte.<sup>275</sup> Die Handgriffe, die er selbst an meiner Frau ausführte, hatten wirklich günstige Wirkung und wurden weiterhin fortgesetzt. Nach einiger Zeit aber blieb die Erleichterung aus, so dass damit aufgehört wurde.

Mir ist unvergesslich, wie die beiden Freunde, hervorragendste Ärzte, mir nachher mit tiefster Erschütterung die Eindrücke mitteilten, die sie von dem Heldenmut, der Beherrschtheit und der überragenden Geistigkeit der Kranken empfangen hatten. Beide erklärten, in einem solchen Falle empfinde der Arzt die ganze Tragik seines Berufs, wenn er erkennen müsse, nicht helfen zu können.

So ging das Schicksal seinen Gang weiter. Die Krankenschwester betreute meine Frau den Tag über, nachts half ich ihr durch Handauflegen und Streichen die Schmerzen zu lindern, da ich es – ähnlich wie meine Mutter meinem Vater gegenüber – als Ehrenpflicht ansah, der teuren Kranken zu helfen. Es ward ein schlimmer Winter von 1924 auf 25. Keine Nacht, wo ich nicht mehrmals Beistand leisten musste. Die steigerte sich im Frühjahr 1925 so, dass ich durchschnittlich achtmal in den Nächten helfen musste. Dies war die Zeit, wo ich das Schlafen ganz verlernte und nur zu Bette lag, um die Bitte um Hilfe zu erwarten. Anfangs April merkte meine Frau gegen Morgen, dass ich schwankte und mich am Fussende ihres Bettes festhalten musste. Als sie mich fragte und ich leichten Schwindel zugeben musste, erklärte sie, so gehe das nicht weiter, jetzt müsse unser Hausarzt meinethalben herbei. Dieser erklärte am anderen Tage, ich könne dieses Leben nicht weiterführen: die Nächte ohne Schlaf – die Tage bei anstrengender, meist nervenerregender Arbeit; zunächst müsse ich einige Wochen ganz ausspannen. Meine Frau war es, die darauf drang, dass ich dies sofort tat, und so ging ich für drei Wochen nach Baden-Baden, wo ich mich, vortrefflich beraten und behandelt, wirklich erholte.<sup>276</sup>

<sup>275</sup> Der Chirurg Josef Hertle war seit 1907 Privatdozent und erst ab 1930, ein Jahr vor seinem Tod mit 60 Jahren, ordentlicher Professor für Chirurgie an der Universität Graz. Er galt als Spezialist für Neurochirurgie und Bauchchirurgie. Der Nervenarzt Friedrich Hartmann war seit 1902 Privatdozent und ab 1911 Ordentlicher Professor für Neurologie an der Universität Graz sowie ab 1907 Direktor der Universitätsklinik für Nervenranke. Er publizierte als Vertreter der organischen Neurologie und Psychiatrie u. a. zu Epilepsie, Rückenmarkserkrankungen und Apraxie.

<sup>276</sup> Der genaue Zeitraum für Claß' Kuraufenthalt in Baden Baden bleibt unklar. Seit Ende Februar 1925 ließ Claß den allgemeinen Schriftwechsel nur noch von Otto von Roeder als Schriftwart der Geschäftsstelle beantworten. Beim Verbandstag des ADV in Dresden am 21./22.3.1925 war Claß anwesend. *Alldeutsche Blätter* 4.4.1925. Spätestens nach dem Verbandstag war er dann auf Kur. Ende April war Claß immer noch auf einem „längeren Erholungsurlaub“. Otto von Roeder an Herrn Klee, 21.4.1925, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 211, Bl. 157. Er sollte weiterhin „nach ärztlicher Anordnung von allen politischen und geschäftlichen Angelegenheiten strengstens verschont bleiben“. Ders. an Marie Gareis, 27.4.1925, in ebd., Bl. 158. Spätestens Ende Mai war Claß wieder in Berlin. Claß an Marie Gareis, 28.5.1928, in ebd., Bl. 165. Claß war dann beim Verbandstag des ADV in Villach/



Nach meiner Rückkehr liess es meine Frau nicht zu, dass ich ihre Pflege nachts wieder übernahm; sie hatte sich an die Krankenschwester hierin gewöhnt. Es stellte sich bald die Notwendigkeit heraus, eine zweite Pflegerin zuzuziehen.

Im Herbst fuhr ich wieder nach Baden-Baden. Nach etwa 14 Tagen wurde ich durch eine Drahtung zurückgerufen, da der Arzt das Ende fürchtete. Die starke Natur meiner Frau überwand diese Gefährdung; sie erlebte noch fast zwei Jahre meine Arbeit, an der sie mit unverändert regem Geiste teilnahm. Insbesondere verfolgte sie die Entwicklung des sogen. Hochverrats-Verfahrens gegen mich mit grösster Aufmerksamkeit. Dessen Einstellung Ende 1927 hat sie nicht mehr erlebt.

Für die Tage vom 7.–9. Juli 1927 hatte der Alldeutsche Verband in Österreich seine Hauptversammlung in Salzburg ausgeschrieben; ich sollte dort den wichtigsten Bericht erstatten.<sup>277</sup> Bevor ich mich zur Reise dorthin entschloss, sprach ich wiederholt mit unserem Hausarzt<sup>278</sup>, ob ich mit gutem Gewissen fahren könne. Ich stellte ihm besonders vor, dass ich nicht noch einmal durchmachen wolle, was ich im Frühjahr 1911 auf der Reise nach Wien mit dem Tode meiner Mutter<sup>279</sup> erlebt hatte. Unser Arzt meinte, es läge keinerlei Gefahr vor; es schien sogar ein gewisser Stillstand eingetreten zu sein. Meine Frau selbst drängte geradezu darauf, dass ich reise, denn ich ha[t]te eine Pflicht zu erfüllen.

Bei mir gab den Ausschlag, dass wir an Pfingsten 1927 ein merkwürdiges Erlebnis hatten. Wir wollten meiner in Mainz lebenden älteren Schwester<sup>280</sup> und den Ihren einen Gruss schicken; davon hörte meine Frau, die seit zwei Jahren nicht mehr schreiben konnte, und verlangte zu unserer Überraschung, den Gruss auch zu unterschreiben. Meine Tochter brachte ihr den Briefbogen, und siehe da: sie schrieb ihren Namen fast mit denselben sicheren Zügen wie früher! Wer will es uns verdenken, dass wir über dieses Wunder glücklich waren und ein Zeichen der Besserung darin erblickten, während sie selbst auf ihre Leistung wehmütig stolz war. Ich habe später mir befreundete Ärzte ge-

---

Kärnten vom 13.–14.6.1925 anwesend. Deutschösterreichische Tageszeitung 15.6.1925 und Alldeutsche Blätter 27.6.1925.

<sup>277</sup> Der Deutschösterreichische Verbandstag in Salzburg fand vom 9.–10./11.6.1927 statt. Alldeutsche Blätter 23.7.1927. Claß nahm wegen des Todes seiner Frau nicht teil. Auf dem Verbandstag übernahm Alfred Krauss den Verbandsvorsitz in Österreich von seinem Vorgänger Josef Hertle. Der Verbandstag stand ohnehin unter schwierigem Vorzeichen, denn zum Februar 1927 hatte der ADV die Deutschösterreichische Tageszeitung (DÖTZ) aus finanziellen Gründen an die nationalsozialistische Deutsche Verlags-G.m.b.H. verkaufen müssen.

<sup>278</sup> Die genannte Person bleibt unklar.

<sup>279</sup> Gemeint ist Anna Charlotte Claß (1839–1911, geborene Fischer), 1865 Hochzeit mit August Claß (1834–1893). Die Mutter starb am 21.3.1911 mit 72 Jahren, nachdem sie seit dem Spätherbst 1909 mit Krankheit zu tun hatte. Claß war vom 20.–25.3.1911 auf Vortragsreise in Esslingen und Wien. Siehe Claß: Wider den Strom, S. 201–202.

<sup>280</sup> Gemeint ist Paula Henriette Roesener, geborene Claß.

fragt, wie dies zu erklären sei, habe von keinem aber eine Erklärung erhalten, die mir eingeleuchtet hätte.

In den letzten Junitagen wollte ich abreisen,<sup>281</sup> da ich vor der Salzburger Sitzung noch ein paar Tage nach Ischl<sup>282</sup> gehen wollte, das ich aus meiner frühesten Jugend in schöner Erinnerung hatte. Noch einmal sprach in grösstem Ernst mit unserem Hausarzte und erhielt den Bescheid, dass er mir mit dem besten Gewissen raten könne, die Reise anzutreten. So fuhr ich ab; es sollte mir jeden Tag wahrheitsgemässer Bericht über das Befinden der Kranken gegeben werden.

Gegen Abend des zweiten Juli 1927 traf ich in Ischl ein. Im Gasthof wurde mir auf meine Frage gesagt, es sei keine Post für mich da. Ich begab mich auf mein Zimmer, packte aus und wollte in den Speisesaal gehen. In der Halle kam der Oberkellner auf mich zu und fragte, ob ich die zwei dringenden Drahtungen schon erhalten hä[tt]e, die im Laufe des Tages für mich eingetroffen seien. Die Frage traf mich wie ein Blitz. Die Drahtungen wurden mir übergeben. Ich ging abseits, um sie zu lesen. Beide waren von meiner Tochter. In der ersten hiess es, ich solle sofort zurückkommen, da der Zustand der Mutter sich plötzlich verschlimmert habe; die zweite sagte, dass sie mittags um 12 ¼ sanft entschlafen sei.<sup>283</sup>

Ich kann nicht beschreiben, wie diese Nachricht mich getroffen hat. Aber ich durfte mir nicht nachgeben, sondern musste sofort feststellen, wie ich die Rückreise antreten konnte. Dies ging nur so, da der letzte Zug schon fort war, dass ich nachts um drei mit dem Kraftwagen nach Salzburg fahren musste, um von dort um sechs Uhr früh im Schnellzug nach München zu gelangen, gegen Mittag nach Berlin weiterzureisen, wo ich an diesem traurigsten Sonntag meines Lebens noch frühzeitig eintreffen konnte.<sup>284</sup>

So führte ich diese peinvolle Heimkehr aus.

Kaum war ich wieder auf meinem Zimmer, um mich reisefertig zu machen, als ein schweres Gewitter ausbrach, das die ganze Nacht tobte. Bis zu meiner Abfahrt sass ich vor den Lichtbildern meiner Frau und betrachtete die Andenken, die ich von ihr bei mir hatte.

Die Reise erschien mir endlos; sie war eine einzige Seelenqual.

In Berlin nahm mich meine Tochter in Empfang. Nachdem wir Worte gefunden [hatten], berichtete sie, dass die Tage nach meiner Abreise günstig verlaufen waren. Am Morgen des zweiten Juli habe die Pflegerin nach gut über-

<sup>281</sup> Das genau Datum der Abreise bleibt unklar.

<sup>282</sup> Gemeint ist Bad Ischl im Salzkammergut.

<sup>283</sup> Siehe Traueranzeige Heinrich, Annelies, Wilhelm und Frieda Claß 4.7.1927 und 11.7.1927, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 321, Bl. 133b und 133c sowie Bergisch-Märkische Zeitung 6.7.1927.

<sup>284</sup> Claß kam am Samstag, den 2.7.1927 in Bad Ischl an und kehrte am folgenden Tag zurück. Zur Abwesenheit von Claß beim Tode seiner Frau, die ihm „treueste Lebensgefährtin“ und „auch geistige Mitarbeiterin“ gewesen sei, siehe Otto von Roeder an Hans Teichmann, 10.8.1927, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 213, Bl. 239.

standener Nacht eine Veränderung wahrgenommen; meine hiervon unterrichtete Schwester habe dies bestätigt gefunden und den Arzt herbeigerufen. Dieser habe festgestellt, dass das Herz zu versagen beginne und meine Heimberufung empfohlen. Den Vormittag über ruhte die Kranke in den Armen meiner Schwester, in denen sie 12 ¼ Uhr mittags verschied. Die letzten Worte aus ihrem Munde galten dem Auftrag, mich von ihr zu grüssen.

Dieser kurze Bericht gab mir den Trost, dass die Kranke ein schmerzloses, sanftes, ja schönes Ende gehabt habe.

Zu Hause angekommen, begrüßte meine Schwester mich wortlos und geleitete mich in das grösste Zimmer unserer Wohnung, wo die Tote am offenen Sarge aufgebahrt war – ihrem Wesen gemäss still, aber prächtig. Welch ein Wiedersehen! Welch ein Anblick! Alle Züge, die das schwere Leiden dem edlen Antlitz aufgeprägt hatte, waren verschwunden. Die Marmorblässe des Todes liess die wunderbare Schönheit dieser Frau aufscheinen, die in ihrer Jugend dahingegangen schien. Ein ergreifender, unvergesslicher Anblick!

Meine Schwester bestätigte mir, was meine Tochter mir berichtet hatte, so dass ich gewiss sein konnte, dass dieses edle, unendlich schwere Leben in Frieden geendet habe.

Als der Tod meiner Frau bekannt wurde<sup>285</sup>, sah ich, welche Verehrung sie, die durch ihr fast ein Vierteljahrhundert währendes Krankenlager der Welt fremd geworden war, in den völkischen und nationalen Kreisen des Vaterlandes genossen hatte. So wurde ihre Beisetzung zu einer Huldigung von ihr. Mir aber blieb das Bewusstsein, drei Jahrzehnte an der Seite dieser Frau gelebt zu haben, die mir – wie ich früher gesagt habe – nach dem Tode Bismarcks als der verehrungswürdigste Mensch meiner Zeit erschienen war.<sup>286</sup>

---

<sup>285</sup> Nachruf auf Mathilde Claß, in *Alldeutsche Blätter* 9.7.1927.

<sup>286</sup> Claß war vom 23.7.–20.10.1927 aus Gesundheitsgründen auf Urlaub und somit nicht auf der Geschäftsstelle des ADV zu erreichen. *Alldeutsche Blätter* 23.7. und 17.9.1927.

## **Notizen zum Verhältnis zu Adolf Hitler und der NSDAP 1920–1933<sup>1</sup>**

[Blätter 1–7 fehlen in dem von Anna Elisabeth Claß an das Bundesarchiv überlieferten Manuskript]<sup>2</sup>

Als dann nach der Versammlung im grossen Saale des Hofbräu-Hauses am 24. Februar 1920 das Parteiprogramm<sup>3</sup> nach Hitlers Antrag angenommen wurde und Hopfen<sup>4</sup> mir den Wortlaut bald schickte, war das erste, wonach

---

<sup>1</sup> Der Text dieses zusätzlichen Nachtragskapitels fehlt in der Textfassung in FZH 11/C2.

<sup>2</sup> Anna Elisabeth Claß dazu: „Was die fehlenden Seiten betrifft, so kann ich auch nichts bestimmtes sagen. Ich nehme an, daß mein Vater selbst noch die Seiten 1–7 des Anhangs, den er erst später geschrieben hat, wieder herausgenommen hat, nach den Seiten 246 und 836 habe ich selbst schon gesucht. Da das Manuskript lange in losen Mappen gelegen hat und ich es erst vor einigen Jahren wieder in die Hände bekommen habe, müssen die Seiten vorher abhanden gekommen sein.“ Anna Elisabeth Claß an Wolfgang A. Mommsen, 24.11.1967, in VA Claß, BA-Koblenz. Die fehlenden ersten sieben Seiten sind nach bisherigem Kenntnisstand nicht anderweitig und zugänglich überliefert.

<sup>3</sup> Am 24.2.1920 verlas Adolf Hitler im Münchener Hofbräuhaus vor ungefähr 2.000 Teilnehmern das 25-Punkte-Programm der auf seinen Vorschlag von der DAP zur NSDAP umbenannten Partei. Zum Text siehe Deuerlein: Der Aufstieg der NSDAP, S. 108–112. Gottfried Feder, der enge Beziehungen zur Thulegesellschaft pflegte und führend im DvSTB aktiv war, gab nach der Wiedergründung der NSDAP durch Hitler dann 1927 das Parteiprogramm erneut heraus, ohne Veränderung der Punkte. Feder: Das Programm der NSDAP. Bereits 1925 wurde das Programm für „unabänderlich“ erklärt.

<sup>4</sup> Otto Helmut Hopfen machte Claß früh auf Hitler aufmerksam. Siehe Hopfen an Claß, 17.5.1920, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 392, 115. Hopfen berichtete Claß als sein Informant in Bayern, Österreich und Italien in regelmäßigen Abständen über die Entwicklung der NSDAP. Hitler stellte sich in Reden im Frühsommer 1920 schützend vor den ADV. Hopfen wiederum pflegte persönliche Kontakte zu Hitler seit der nationalsozialistischen Vertretertagung in Salzburg am 7./8.8.1920 und berichtete Claß über die Tagung in Salzburg. Er habe den „Volkstribun Hitler“ kennengelernt und ihn zu weiteren Redeveranstaltungen gegen Bestrebungen des bayerischen Separatisten („Los-von-Preußen“) und Gründers der BVP, Georg Heim, und dessen Überlegungen für einen Anschluss Salzburgs an Bayern ermutigt. Hitler habe gesagt: „Lieber will ich in einem bolschewistischen Bayern gehenkt werden als in einem französischen Gross-Bayern gut leben!“ Hitler hoffe nun auf finanzielle Reiseunterstützung durch die Deutsche Zeitung von 1.000 Reichsmark, um 14 Tage vor den Wahlen in Österreich aufzutreten. „Wenn Sie, wie ich hoffe, nächster Tage kommen, werden Sie diese Geldfrage selber regeln und Hitler kennen lernen, der Ihnen gern vorgestellt sein möchte. Andernfalls schreiben Sie mir bitte Ihre Entscheidung.“ Hopfen an Claß, 10.8.1920, in ebd., Bl. 134–135. Zitierte Bl. 135. Claß antwortete: „Wegen Hitlers Reise nach Deutsch-Oesterreich können 1000 Mark flüssig gemacht werden, die ich selbst nach München mitbringen will. Ich hoffe, in den nächsten Tagen abkommen zu können und gebe Ihnen Drahtnachricht.“ Claß an Hopfen 18.8.1920, in ebd., Bl. 142. Claß reiste nach München und war um den 27.8.1920 für einige Tage dort. Hopfen an seine Frau 28.8.1920,

ich sah, ob über die Judenfrage etwas gesagt sei. Im Gegensatz zu dem, was Hitler mir kurze Zeit vorher in Berlin erklärt hatte<sup>5</sup>, fand ich, dass schon im vierten Satze ausgesprochen war, dass Volksgenosse nur sein könne, wer deutschen Blutes sei. „Kein Jude kann daher Volksgenosse sein“ und „Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muss unter Fremden gesetzgebung stehen.“<sup>6</sup>

Das waren im wesentlichen die Grundforderungen, die ich im März 1912 in meinem Kaiserbuch aufgestellt hatte.<sup>7</sup>

Wie es dazu gekommen ist, dass diese Sätze in das Programm aufgenommen worden sind, weiss ich nicht, ich habe darüber nie etwas erfahren können. Ich stelle fest, dass ich mir nie eingebeildet habe, ich hätte mit meinen Ausführungen über die elementare Bedeutung des Kampfes gegen das Judentum irgendwie dabei mitgewirkt. Ich kam bei der Überlegung dieser Frage da-

---

in ebd. Bl. 143. Siehe auch Petzold: Soziale Demagogie und alldeutsche Ideologie, S. 88–128 und Leicht: Heinrich Claß, S. 286–287.

<sup>5</sup> Wann genau Claß sich mit Adolf Hitler vor dem 24.2.1920 getroffen hat, ist nicht sicher überliefert. Barry Jackisch geht von einem Treffen in München im späten Januar 1920 aus. Ders.: *Continuity and Change on the German Right*. Johannes Leicht vermutet ein erstes Zusammentreffen im Zuge von Hitlers Reise nach Berlin unmittelbar zum Ende des Kapp-Putsches im März 1920. Ders.: *Heinrich Claß*, S. 285–291. Entgegen des hier von Claß angedeuteten Treffens mit Hitler vor der Programmsetzung im Februar 1920 ist auch ein späteres erstes Treffen im August 1920 durch die Vermittlung von Otto Helmut Hopfen möglich.

<sup>6</sup> NSDAP-Parteiprogramm 24.2.1920 Artikel 4: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.“ Feder: *Das Programm der NSDAP*. Das Programm wurde am 22.5.1926 als „unabänderlich“ erklärt.

<sup>7</sup> Siehe Claß: *Wenn ich der Kaiser wär*, S. 74–78. Hier heißt es u. a. „Die Forderung muß sein: die landansässigen Juden werden unter Fremdenrecht gestellt. Die Vorfrage lautet: Wer ist Jude, und schon sie muß mit Härte beantwortet werden, indem man zwar den Glauben als ursprüngliches Erkennungszeichen ansieht, aber die Rassenangehörigkeit ins Auge faßt und auch den vom jüdischen Glauben Abgewandten als Juden behandelt, gleichzeitig auch für die Nachkommen von Mischehen an dem alten germanischen Grundsatz festhält, daß sie der ‚ärgeren Hand‘ folgen. Man müßte, um durchzuschlagen, bestimmen: Jude im Sinne des geforderten Fremdenrechts ist jeder, der am 18. Januar 1871 der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat, sowie alle Nachkommen von Personen, die damals Juden waren, wenn auch nur ein Elternteil jüdisch war oder ist. [...] Es [das Fremdenrecht] soll den Strich zwischen Deutschen und Juden ziehen und die Möglichkeiten einschränken, eine vollschädigende Wirkung auszuüben. Dahin gehören folgenden Maßnahmen: Den Juden bleiben alle öffentlichen Ämter verschlossen, einerlei ob gegen Entgelt oder im Ehrenamt, einerlei ob für Reich, Staat und Gemeinde. Zum Dienst in Heer und Flotte werden sie nicht zugelassen. Sie erhalten weder aktives, noch passives Wahlrecht. Der Beruf der Anwälte und Lehrer ist ihnen versagt; die Leitung von Theatern desgleichen. Zeitungen, an denen Juden mitarbeiten, sind als solche kenntlich zu machen; die andern, die man allgemein ‚deutsche‘ Zeitungen nennen kann, dürfen weder in jüdischem Besitz stehen, noch jüdische Leiter und Mitarbeiter haben. Banken, die nicht rein persönliche Unternehmen einzelner sind, dürfen keine jüdischen Leiter haben. Ländlicher Besitz darf in Zukunft weder in jüdischem Eigentum stehen, noch mit solchen Hypotheken belastet werden. Als Entgelt für den Schutz, den die Juden als Volksfremde genießen, entrichten sie doppelte Steuern wie die Deutschen.“ (S. 75 und 76). Dazu auch Pätzold/Weißbecker: *Geschichte der NSDAP 1920 bis 1945*, S. 58–59.

mals zu der Ansicht, dass wohl Dietrich Eckarts<sup>8</sup> Einfluss entscheidend gewesen sei, der nicht nur überzeugter, sondern fanatischer Gegner der Juden war.<sup>9</sup> Später habe ich erfahren, dass dies nicht der Fall sein konnte, da Hitler mit Dietrich Eckart erst Ende des Jahres 1920 in Zusammenarbeit trat.<sup>10</sup>

Nun noch ein paar Mitteilungen über die äusseren Vorgänge dieser Unterredung und über den Schlusseindruck, den mein Besucher mir gemacht hat.

Unsere Aussprache dauerte etwas über zwei Stunden. Das Wort Aussprache ist insofern unrichtig, als es sich zeitlich in der Hauptsache um Vorträge handelte, die Hitler mir hielt und die ich entgegenzunehmen hatte. Ich kam nur bei den oben erwähnten Fragen zu Wort.

(29.10.1936)<sup>11</sup>

Bei seinen Überlegungen behandelte Hitler mich als Volksversammlung, indem er nicht nur mit einem ungewöhnlichen Stimmaufwand auf mich einredete, sondern diese auch mit den lebhaftesten, ja stürmischen Bewegungen der Arme und Hände begleitete.<sup>12</sup> Er war mir körperlich so nahe gerückt, dass er mir bei seinen Bewegungen mit seiner Hand so nahe ans Gesicht, besonders vor die Augen kam, dass ich manchmal so etwas wie Schwindel empfand. Dieser Mann war ein politischer Wildling, der das Bedürfnis hatte, die Ueberzeugungskraft dessen, was er vorbrachte, auch dem Einzelnen gegenüber durch die Wucht seiner Stimme und durch Arm – oder Handbewegungen nachdrücklicher zu machen. Kein Zweifel: jedes Wort, das er sprach, war unbedingt ehrlich und echt. Dieser junge Mann hatte genau beobachtet und sein Urteil über das Wahrgenommene aus einer festbegründeten nationalen, besser völkischen

<sup>8</sup> Dietrich Eckart (1868–1923), 1891 Abbruch des Medizinstudiums, Journalist, Theaterkritiker, Dichter und Dramaturg, 1915 Gründer des Hoheneichen-Verlages (1929 vom NSDAP Parteiverlag Franz Eher Verlag übernommen), 1919 Kontakte zum Fichte-Bund und der Thule-Gesellschaft sowie Mitglied des DvSTB und Gründungsmitglied der DAP (ab 1920 NSDAP), 1921–1923 Chefredakteur des Völkischen Beobachters.

<sup>9</sup> Dietrich Eckart machte als Mitbegründer der DAP 1919 auch durch seine frühen antisemitischen Texte auf sich aufmerksam. Der erfolglose Dramatiker und Publizist veröffentlichte 1916 die Schrift „Das ist der Jude!“ und gab 1918–1921 „Auf gut Deutsch. Wochenschrift für Recht und Ordnung“ heraus. Er stand in Kontakt mit der Thulegesellschaft und war Mitglied des antisemitischen DvSTB. Er war vom August 1921 bis März 1923 Chefredakteur des „Völkischen Beobachters“. Sein Nachfolger wurde Alfred Rosenberg. Letztlich ist nicht zu ermitteln, wer welche Programmpunkte ausgearbeitet hat. Das Parteiprogramm wurde federführend von Anton Drexler und mit Einfluss von Dietrich Eckart, Adolf Hitler und Gottfried Feder ausgearbeitet. Als Vorlage diente Drexler vermutlich auch das Programm der Deutschsozialistischen Partei.

<sup>10</sup> Claß meint vermutlich Ende 1919. Adolf Hitler nahm am 12.9.1919 im Auftrag des Aufklärungskommandos der Reichswehr eine Veranstaltung der DAP und trat daraufhin der Partei bei. Er kam auch mit Dietrich Eckart in Kontakt und flog mit ihm bereits am 16.3.1920 im Auftrag der Reichswehr nach Berlin, um mit den Kapp-Putschisten in Verbindung zu treten. Siehe Longerich: Hitler, S. 73–84.

<sup>11</sup> Die jeweiligen Datumsangaben sind im Originalmanuskript am linken Rand angeführt.

<sup>12</sup> Siehe auch die vergleichbaren Beobachtungen von Lutz Graf Schwerin von Krosigk an sein erstes Zusammentreffen mit Adolf Hitler nach seiner Berufung zum Reichsfinanzminister 1933, in Ders.: Aufzeichnungen und Korrespondenzen, Bd. 3, B. Aufzeichnungen zur NS-Zeit, in IfZ, ZS/A 20, Bd. 3, Bl. 5–6.

Weltanschauung heraus gebildet. Soweit ich seinen Anschauungen widersprechen musste, hatte ich den Eindruck, dass sie durch seinen Lebens- und Bildungsgang bedingt waren. Alles in allem soweit ein Mensch, der im politischen Leben unseres Volkes etwas ganz Neues war und von dem man, wenn es ihm gelang, an die marxistische Gefolgschaft heranzukommen, erwarten konnte, dass er die Bande, die sie an die Partei fesselten, mindestens lockern werde.

Zweierlei machte mich stutzig: die unumwundene Erklärung, dass er sein Programm so, wie er es mir vorgetragen hatte, aus Rücksicht auf die erhoffte Gefolgschaft aus den Massen gestaltet hatte, und dass er bereit war, es nach erreichtem Erfolg preiszugeben. Dies schien mir in meiner altväterlichen Meinung von den Pflichten eines politisch Tätigen, der seine Mitbürger aufklären wollte, ein Verstoß gegen die Wahrhaftigkeit. Sollte hier der Zweck das Mittel heiligen dürfen?

Das andere war der offenbar unbedingte Glaube an sich selbst und an die Ueberzeugungskraft seiner Person, sowie die ganze Art seines Auftretens. Nach der ersten Viertelstunde unserer Unterhaltung ward mir klar, dass ich es mit einem ausgesprochenen Hysteriker zu tun hatte, wobei ich nicht wissen konnte, ob seine Hysterie durch den Krieg veranlasst oder sonst wie bedingt war.<sup>13</sup> Ich hatte als Anwalt in den Rechtsstreitigkeiten, die ich für die Eisenbahndirektion Mainz zu führen hatte<sup>14</sup>, sowie bei Ehescheidungen und in grösseren Strafsachen so viel mit hysterischen Menschen zu tun, hatte so viel[e] Gutachten kennen gelernt und mich aus den wichtigsten Büchern unterrichtet, dass ich mir ein Urteil über den Gast zutrauen konnte, der eine neue Art der Politik im Vaterlande einführen wollte.

Mein Schlussurteil ging vorläufig dahin: es mag sein, ist sogar wahrscheinlich, dass die hysterische Beredsamkeit, die Hitler mir gegenüber angewandt hatte auf Massen grosse Wirkung ausübt – ob er die Eigenschaften besitzt, die den politischen Führer im höheren Sinn, die den Staatsmann bilden, schien mir ausgeschlossen. Dieses mein „nein“ hing aufs engste damit zusammen, dass seine hysterische Veranlagung mir unzweifelhaft erschien.

---

<sup>13</sup> Claß' Eindruck einer hysterischen Persönlichkeit reiht sich in frühe vergleichbare Diagnosen einer pathologischen Persönlichkeitsstörung Adolf Hitlers ein. Prof. Dr. Edmund Forster, neurologischer Chefarzt des Reservelazarets Pasewalk, diagnostizierte 1918 Hitler als einen „Psychopath mit hysterischen Symptomen“. Hitler erlitt am 14.10.1918 in Wervik/Belgien nach einem britischen Senfgasangriff eine Gaserblindung und kam nach Pasewalk zur Rekonvaleszenz. Über den Lazarettaufenthalt Hitlers ist wenig bekannt und auch seine Krankenakte ist nicht überliefert. Zur schwierigen Deutung der Behandlung von Hitlers Kriegsverletzung in Pasewalk vom 21.10.–19.11.1918 siehe Armbruster: Die Behandlung Adolf Hitlers im Lazarett Pasewalk 1918. sowie Ders.: Edmund Robert Forster. Für die umstrittene These einer „Hysterie“ Hitlers bei der Heilung seiner Gaserblindung 1918 siehe auch Horstmann: Hitler in Pasewalk. Zum Aufenthalt in Pasewalk siehe auch Kershaw: Hitler. Hubris 1889–1936, S. 101–105, Weber: Hitlers erster Krieg, S. 293–298 und Ullrich: Adolf Hitler, Bd. 1, S. 87–88.

<sup>14</sup> Die Eisenbahndirektion Mainz wurde 1897 als Direktion der Königlich-Preußischen und Großherzoglich-Hessischen Eisenbahnen gegründet. Claß war ab 1894 als Rechtsanwalt in Mainz tätig und gab seine Zulassung in Mainz 1920 auf.

Gleichwohl beschloss ich, soweit ich dabei in Betracht kam, die Föhlung mit Hitler aufrecht zu erhalten; ich bat nicht nur Hopfen mich über die Entwicklung der Deutschen Arbeiterpartei, die sich seit dem 24. II. 1920 „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ nannte<sup>15</sup>, auf dem Laufenden zu halten, sondern auch die föhrenden Männer des Bay[e]rischen Ordnungsblocks in München, mit denen der Alldeutsche Verband zusammenarbeitete, dasselbe zu tun. Dies geschah von beiden Seiten, und ich hörte, dass die öffentlichen Versammlungen, die Hitler in den grössten Sälen Münchens veranstaltete, ungeheuren Zulauf hatten. Freilich berichteten meine Gewährsleute, dass die Arbeiter nur spärlich erschienen; in der Hauptsache gehörten die Besucher zum kleinen Mittelstand oder zu der verarmten und entrechteten Schicht der Gebildeten. Aber es sei kein Zweifel, dass Hitlers Ansehen mit jedem dieser ausserordentlichen Erfolge wachse, zumal da er fast allein als Redner der Partei aufrete.<sup>16</sup>

Bei meinem nächsten Aufenthalt in München machte ich Hitler meinem Gegenbesuch.<sup>17</sup> Dies geschah in einem Nebenraum des „Sterneckerbräu“<sup>18</sup>, der als Geschäftsstelle der Partei diente. Diese Zusammenkunft verlief durchaus freundschaftlich. Ich beglückwünschte Hitler zu seinen Erfolgen<sup>19</sup> und streifte die Frage, ob denn auch Arbeiter zu seinen Versammlungen kämen. Er antwortete, die Parteien, sowohl die Sozialdemokraten wie auch die Bay[e]rische Volkspartei täten alles, um ihre Anhänger fernzuhalten; er sei aber sicher, dass dies nicht auf die Dauer gelingen werde. Denn es spreche sich auch unter der Arbeiterschaft herum, was er sage, und wer erst einmal aus Neugierde gekommen sei, werde wiederkommen und schliesslich gewonnen.

Hitler war nun auch einverstanden, dass Hopfen in der „Deutschen Zeitung“ über die N.S.D.A.P. berichte, ohne ihn besonders hervorzuheben.<sup>20</sup>

<sup>15</sup> Die Deutsche Arbeiterpartei (DAP) wurde am 5.1.1919 von Anton Drexler gegründet und am 24.2.1920 in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) umbenannt.

<sup>16</sup> Claß half auch bei der Finanzierung von mindestens sechs Auftritten Hitlers für den Wahlkampf der Nationalsozialisten in Österreich zwischen dem 29.9. und 11.10.1920. Siehe Joachimsthaler: Hitlers Weg begann in München, S. 274 und Maser: Sturm auf die Republik, S. 246.

<sup>17</sup> Dieses Treffen fand vermutlich am 20.12.1920 statt, nachdem auch Ernst Pöhner am 11.12.1920 Claß von Adolf Hitlers Besuch informiert und ihn als „agitorische Kraft“ angepriesen hatte. Zitiert in Krebs: Der Alldeutsche Verband, S. 129. Hier wurde auch die finanzielle Unterstützung durch Claß für den Erwerb des Völkischen Beobachters besprochen. Siehe Maser: Sturm auf die Republik, S. 258–259.

<sup>18</sup> Das Sterneckerbräu war eine Brauerei und Gaststätte in München. Im Oktober 1919 wurde hier die erste Geschäftsstelle der DAP eingerichtet. Im November 1933 wurde das NSDAP-Museum eröffnet.

<sup>19</sup> Adolf Hitler hatte keinen unmittelbaren Erfolg bei seinen Redeauftritten. Nach seinem zweiten Auftritt am 4.3.1920 folgten zunächst nur Sprechabende und am 17.4.1920 trat Hitler erst wieder als Hauptredner auf. Am 7.5.1920 sprach Hitler auch in Stuttgart auf einer Veranstaltung des DvSTB als einem seiner ersten Auftritte außerhalb Münchens.

<sup>20</sup> Siehe dazu u. a. die Beiträge von Otto Helmut Hopfen in Deutsche Zeitung 19.8.1920 und 26.3.1921.



Als es offenkundig geworden war, dass Hitler auch auf einen wachsenden Teil der Münchner Arbeiterschaft Einfluss gewonnen hatte, kam ich auf den Gedanken, ihm nahezu legen, dass er auch in Berlin auftrete und suche, die Partei dort aufzumachen. Ich liess ihm dies etwa Mitte des Jahres 1921 durch Herren des Bay[e]rischen Ordnungsblocks vorschlagen und bekam zur Antwort, er werde es sich überlegen und gelegentlich zur Rücksprache nach Berlin kommen.<sup>21</sup> Vorher hatte ich in München zu tun. Bei dieser Gelegenheit besuchte er mich in meinem Gasthof und erklärte sich grundsätzlich bereit, einen Versuch zu machen; freilich mussten die Kosten vorher gedeckt sein. Er sprach von der Sicherstellung eines Betrages von 60'000 Mk und ich erklärte mich bereit, zu sehen, ob ich das Geld auftreiben könne. Es gelang mir mit Hilfe von Freunden, 30'000 Mk zu sichern.<sup>22</sup>

Einige Zeit später war Hitler in Berlin. Er besuchte mich, um meinen Vorschlag zu besprechen. Er nahm keinen Anstand daran, dass ich nur die Hälfte des verlangten Betrages aufgebracht habe, sondern erklärte, er habe sich die Sache genau überlegt und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass er sie nicht machen dürfe. Zur Begründung führte er an: „es hat keinen Zweck, eine oder mehrere grosse Versammlungen in Berlin abzuhalten; ich müsste drei Wochen oder einen Monat dort sein, um die Anfänge einer arbeitsfähigen Parteigruppe zu schaffen. Das kann ich aber nicht, weil ich so lange in München nicht fehlen kann. Dort steht alles auf meinen zwei Augen, und ich habe niemand, der mich vertreten könnte, denn von den Parteigenossen, die mir helfen, ist keiner bekannt genug und keiner besitzt hinreichendes Ansehen. Dazu kommt, dass München nicht einen Monat lang ohne Massen-Versammlung bleiben darf, und die Partei hat ausser mir keinen Redner. Wenn ich so lange von München fortbleibe, wird alles drunter und drüber gehen und verfallen, was ich bisher erreicht habe. Ich bin mir ganz klar darüber geworden, dass ich mir in München meine Hausmacht schaffen muss. Erst wenn diese unerschütterlich da-

---

<sup>21</sup> Das Treffen fand auf der Geschäftsstelle des ADV Mai/Anfang Juni 1921 statt. Leicht: Heinrich Claß, S. 289.

<sup>22</sup> Claß kontaktierte dazu Paul Tafel und Otto Gertung, der aufgrund seiner Vorstandstätigkeit eine enge Verbindung zu Anton von Rieppel als Gesamtleiter der MAN-Werke Nürnberg von 1913 bis 1920 hatte und bei der Finanzierung half. Siehe Claß an Otto Gertung 29.1.1921, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 258, Bl. 238 sowie Petzold: Claß und Hitler, S. 278, Leicht: Heinrich Claß, S. 289 und Hofmeister: *Between Monarchy and Dictatorship*, S. 234–236. Für weitere 60.000 Reichsmark sprang Franz Xaver Ritter von Epp ein, der Mittel aus der Reichswehr bereitstellte. Der Völkische Beobachter (vormals Münchener Beobachter) gehörte vor dem Verkauf an die NSDAP der Thulegesellschaft und dem Germanenorden. Schulden von 300.000 Reichsmark und weitere Verpflichtungen von 150.000 Reichsmark mussten übernommen und von der NSDAP über 5 Jahre zurückgezahlt werden. Die NSDAP übernahm die Zeitung am 17.12.1920. Die Inflation ermöglichte die Rückzahlung von 120.000 Reichsmark an die Geldgeber wie Claß bereits im Jahre 1921. Die Auflage stieg von 8.000 Exemplaren im Februar 1921 auf über 25.000 im November 1923. Siehe dazu Mühlberger: *Hitler's Voice* und Sidmann: *Die Auflagen-Kurve des Völkischen Beobachters* sowie zu den frühen Kontakten zwischen Claß und Hitler Petzold: Claß und Hitler.

steht, kann ich über München hinausgreifen.“<sup>23</sup> Ich erklärte, dass ich angenommen habe, er habe unter seiner begeisterten Gefolgschaft Gesinnungsgenossen, die ihn vertreten könnten und die auch rednerisch dieser Aufgabe gewachsen sei[e]n; er verneinte dies mit Nachdruck, und so musste ich mich bescheiden und zugeben, dass unter solchen Umständen mein Vorschlag unausführbar sei, dass ich aber hoffe, dass Hitler bald in der Lage sein werde, nach der Reichshauptstadt überzugreifen. In der Folge sah ich ihn, der seit Ende Juli 1921 Vorsitzender der Partei geworden war<sup>24</sup>, noch hie und da in München, in Berlin aber erst am Pfingstsonntag 1923.<sup>25</sup> Dagegen besuchte mich im Frühjahr 1922 ein von ihm Beauftragter mit Ausweis versehener Angestellter des „Völkischen Beobachters“, der mir mitteilte, dass dessen Drucker Müller<sup>26</sup> aufs Bestimmteste gedroht habe, den Druck einzustellen, wenn nicht binnen ganz kurzer Frist die aufgelaufene Druckrechnung bezahlt werde. Auf meine Frage, ob Herr Hitler oder die Partei in München keine Freunde habe, die einspringen könnten, wurde geantwortet, das sei nicht der Fall<sup>27</sup>; wenn der Alldeutsche Verband nicht helfe, sei das Parteiblatt erledigt und das Ansehen der Partei und ihres Führers schwer geschädigt. Als unbedingt notwendiger Beitrag wurden mir 30'000 Mk angegeben. Es war ganz ausgeschlossen,

<sup>23</sup> Claß hatte finanzielle Mittel sowie frühe Kontakte zur DNVP bereitgehalten, um die Kontakte zu Adolf Hitler, die in der Frühphase vor allem durch Paul Bang zustande kamen, 1923 dahingehend auszubauen, dass Hitler mit der NSDAP nach Norddeutschland expandieren sollte, was Hitler aber ablehnte. 1923 wollte man mit Hitler „durch dick und dünn“ gehen, so Claß. Siehe Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 9.9.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 171, Bl. 8–10.

<sup>24</sup> Adolf Hitler beantragte am 19.10.1919 die Aufnahme in die DAP und trat mit der Mitgliedsnummer 55 bei. Er wurde am 29.7.1921 Vorsitzender der NSDAP mit diktatorischen Befugnissen, nachdem er am 11.7.1921 demonstrativ aus der Partei ausgetreten war, um Bestrebungen innerhalb des Arbeitsausschusses zur Vereinigung mit der DSP zu verhindern, und seinen Wiedereintritt an Bedingungen gebunden hatte. Auf einem außerordentlichen Parteitag wurde Hitler zum Parteivorsitzenden gewählt. Anfang August reiste Hitler mit 15 weiteren Mitglieder der Parteiführung nach Österreich, um statt einer Fusion mit anderen Parteien ein Aufteilungsabkommen mit der DSP sowie den Nationalsozialisten in Österreich und in Böhmen zu schließen. Siehe auch Weber: *Wie Adolf Hitler zum Nazi wurde*, S. 265–266. Die DSP fusionierte im Dezember 1925 dann mit der DVFP, die sich wiederum im September 1928 auflöste.

<sup>25</sup> 20.5.1923.

<sup>26</sup> Adolf Müller (1884–1945), 1914 Gründung des Münchner Buchgewerbehäuses M. Müller & Sohn, 1920 Kontakt zum Eher Verlag, Adolf Hitler und Dietrich Eckart, Druck u. a. des Völkischen Beobachters und des Schwarzen Korps, Mitbegründer der SA in München, Ausbau des Verlages des Druckerei- und Verlagsvertriebes v. a. für die NSDAP, 1925 u. a. Druck von Hitlers *Mein Kampf* für den Eher Verlag, 1934 Eintritt in die NSDAP.

<sup>27</sup> Dietrich Eckart führte Adolf Hitler in die Münchener und Berliner Gesellschaft ein. Beide kannten sich vermutlich seit dem Herbst 1919. Hitlers früher Förderkreis um 1920/21 umfasste neben Ernst Pöhner u. a. Max Erwin Scheubner-Richter und Elsa Bruckmann, Ehefrau des Verlegers Hugo Bruckmann, die ihn auch durch ihren Salon in die Münchener Gesellschaft einführte. Förderungen durch den Verleger Julius F. Lehmann sowie nach 1922 durch den Kunsthändler und Geschäftsmann Ernst Hanfstaengel sowie ab 1922/23 v. a. durch den Berliner Pharmazeuten Emil Gansser kamen hinzu. Siehe auch Auerbach: *Hitlers politische Lehrjahre*, Herbst: *Hitlers Charisma*, S. 125–150 und Longeric: *Hitler*, S. 96–98 und 106–108.

dass der Alldeutsche Verband, der selbst schwer zu kämpfen hatte, das Geld geben könnte, zumal da es sich ja offenbar nicht um ein Darlehen handelte, sondern um eine Zubusse auf Nimmerwiedersehen. Ich überlegte mir, ob nicht die „Deutsche Zeitung“ das Opfer bringen könne. Ich fuhr mit dem jungen Mann dorthin und trug den Fall meinem Freunde Geheimrat Fritz vor, der Geschäftsführer dieses unseres Unternehmens war. Er teilte meine Ansicht, dass das Verschwinden des „Völkischen Beobachters“ verhindert werden müsse, erklärte es aber nach dem Vermögensstande der „Deutschen Zeitung“ für ausgeschlossen, dass diese 30'000 Mk auf den Tisch legen könnte; die Verluste, die sie durch Regierungs-Verbote erlitten habe, seien dazu viel zu gross. Ich warf nun die Frage auf, ob wir es wagen könnten, den für die Rettung des „V.B.“ notwendigen Beitrag in zwei oder drei Wechseln zur Verfügung zu stellen; dies bejahte Fritz unter der Bedingung, dass [wir]<sup>28</sup> etwa ein Vierteljahr lang von Verboten verschont bleiben. Nachdem der Münchner Abgesandte versichert hatte, der Drucker werde gewiss Wechsel der „Deutschen Zeitung“ nehmen, stellten wir zwei solcher über je 15'000 Mk aus. Der junge Mann dankte uns in überschwänglichen Worten und sagte, damit wäre der „V.B.“ gerettet.

Weder von dem Verlag noch von der Partei haben wir jemals ein Wort über unsere Hilfeleistung erfahren.<sup>29</sup>

Nicht allzu lange darauf erfuhr ich durch meine Mitgliedschaft beim „Nationalen Klub“<sup>30</sup>, der auch eine der Gründungen des Alldeutschen Verbandes war, dass Hitler dort einen Vortrag halten werde.<sup>31</sup> Ich war darauf gespannt, ob er mir bei dieser Gelegenheit ein Lebenszeichen geben werde. Das geschah – ich gestehe zu meiner Verwunderung – nicht. Ich gab es daraufhin auf, Hitler bei meinen Aufenthalten in München zu besuchen, obwohl ich jetzt häufig dorthin kam.

Durch die Vermittlung des Bay[e]rischen Ordnungsblocks<sup>32</sup> hatte ich engste Fühlung mit den beiden Männern gewonnen, die in der Zeit vom Frühjahr 1920 bis Frühherbst 1921 in Bayern massgebend geworden waren und das Land zum Sitze der Ordnung gemacht hatten.<sup>33</sup> Es waren dies der Minister-

---

<sup>28</sup> Einschub im Originalmanuskript.

<sup>29</sup> Siehe auch Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 9.9.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 171, Bl. 8–10.

<sup>30</sup> Der Nationale Klub/Nationalklub wurde am 2.10.1919 gegründet und stand der DNVP nahe. Zahlreiche Alldeutsche wie Otto Fürst zu Salm-Horstmar, Paul Bang, Leopold von Vietinghoff-Scheel, Max Kloss, Julius F. Lehmann, Ernst Graf zu Reventlow und auch Alfred Hugenberg waren Mitglieder.

<sup>31</sup> Adolf Hitler sprach im 8.12.1921, 29.5.1922 und 5.6.1922 im Nationalen Klub. Siehe Longerich: Hitler, S. 106–107.

<sup>32</sup> Der BOB wurde als Sammlungsorganisation für über 40 nationalistische Vereinigungen (u. a. NSDAP, DvSTB und ADV) nach dem Kapp-Putsch Ende März 1920 gegründet und hatte ca. 50.000 Mitglieder. Gründer waren Erwin Pixis und der Alldeutsche Paul Tafel. 1922 wurden die VVVB unter Mitwirkung des BOB gegründet. 1923 ging der BOB in die Staatsbürgerliche Gesellschaft über.

<sup>33</sup> Gustav Ritter von Kahr war 1920–1921 Bayerischer Ministerpräsident und begründete Bayerns Reputation als „Ordnungszelle“ im Gegensatz zum „roten Berlin“. Ernst Pöhner, Mitglied der Münchener Ortsgruppe des ADV, war von Mai 1919 bis September 1921 Polizei-

präsident D. von Kahr<sup>34</sup> und der Münchner Polizeipräsident Dr. Pöhner.<sup>35</sup> Es war mir gesagt worden, dass besonders dieser ein zu allem entschlossener Freund des Umsturzes sei und an nichts anderes denke, als an die Vorbereitung der Gegenrevolution; es war mir empfohlen worden, mit ihm ohne jeden Rückhalt zu sprechen. Bei meinem ersten Besuche auf dem Polizeipräsidium, den ich etwa im Herbst 1920 in Begleitung der beiden Vorsitzenden des Bay[e]rischen Ordnungsblocks<sup>36</sup> machte und zu dem Dr. Pöhner seinen politischen Sachbearbeiter Dr. Frick<sup>37</sup> hinzugezogen hatte, legte ich unsere Absichten und Vorbereitungen in vollster Eindeutigkeit klar und fand bei Pöhner unbedingte, ja begeisterte Zustimmung. Der Polizeipräsident meinte, so wie wir es vorhätten, sei Deutschland allein zu retten. Er erklärte sich bedingungslos zur Zusammenarbeit bereit und stimmte mir auch darin zu, dass in München, d. h. in Bayern nichts unternommen werden sollte, bevor wir in Berlin und Preussen ganz bereit seien. Pöhner meinte, da sei keine Gefahr, denn mit Escherich sei nichts zu machen und Hitler, der unbedingter Gegenrevolutionär sei, stehe erst am Anfang.<sup>38</sup> Bei dieser Gelegenheit wurde verabredet, dass wir alle unsere gesetzgeberischen und verwaltungsmässigen Vorarbeiten den Münchner Bundesgenossen zur Ueberprüfung und gegebenenfalls zur Benutzung überlassen sollten und dass die allerengste Fühlung aufrecht erhalten werden müsse. Pöhner empfahl uns dringend, den Ministerpräsidenten Dr. Kahr zu besuchen. Er bezeichnete ihn damals als einen tapferen und trefflichen Mann, der genauso dächte wie wir, aber schwer von Entschluss sei und einer seelischen und politischen Nachhilfe bedürfe. Auch dieser Besuch wurde von den Herren des Bay[e]rischen Ordnungsblocks vermittelt. Hofrat Pixis<sup>39</sup> begleitete mich dabei. Da Pöhner mir gesagt hatte, ich könne mit Kahr genau so offen reden wie mit

---

präsident von Bayern. Das Beziehungsnetz zwischen Thulegesellschaft, DvSTB, zu deren Ortsgruppen die in München mit über 4.000 Mitgliedern zu den größten zählte, sowie auch der Organisation Consul, die für den Mord an Walther Rathenau 1922 verantwortlich war, erwies sich in Bayern und vor allem in München als äußerst weitgespannt und mit persönlichen Verbindungen auch in die frühe NSDAP hinein als sehr flexibel. Siehe auch Large: Hitlers München und der Nationalsozialismus, S. 29–81,

<sup>34</sup> Gemeint ist Gustav Ritter von Kahr.

<sup>35</sup> Ernst Pöhner war an der Koordination der Zusammenarbeit zwischen ADV und dem BOB beteiligt. Er pries gegenüber Claß Hitler auch als talentierten Redner und empfahl dem ADV die finanzielle Unterstützung Hitlers für Auftritte in Norddeutschland. Ernst Pöhner an Claß 11.12.1920, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 258, Bl. 198.

<sup>36</sup> Präsidenten des BOB waren 1920 der Bildhauer Fritz Behn und 1920–1923 Hofrat Erwin Pixis. Erster Vorsitzender war Paul Tafel.

<sup>37</sup> Wilhelm Frick leitete die von Ernst Pöhner in der Polizeidirektion eingerichtete „politische Abteilung“ zur Unterstützung antirepublikanischer Organisationen der Rechten.

<sup>38</sup> Georg Escherich gründete im Mai 1920 die Organisation Escherich, die ca. 1 Million Mitglieder zählte. Es bestanden auch enge Beziehungen zu Gustav Ritter von Kahr. Im Sommer 1920 erließ jedoch der preussische Innenminister Carl Severing die Entwaffnung der Orgesch, die im Frühsommer 1921 verboten wurde und in verschiedene Teilverbände zerfiel und deren Waffen von der Schwarzen Reichswehr unter Ernst Bruno Buchrucker übernommen wurden.

<sup>39</sup> Erwin Pixis (1872–1946), Hofrat, seit 1905 Geschäftsführer des Münchener Kunstvereins, 1920–1923 Vorsitzender des leitenden Ausschusses des BOB zusammen mit Paul Tafel,

ihm, verfuhr ich so und bekam zu hören, dies alles entspreche den Ueberzeugungen und Ansichten des Ministerpräsidenten; er habe aber bisher keinen Weg gesehen, wie man zur Verwirklichung so grosser Pläne gelangen könne. Jetzt sehe er klar und werde Pöhner sagen, er sei damit einverstanden, dass dieser die engste Verbindung mit uns halte und den gemeinsamen zu führenden Schlag vorbereite. Er selbst sei jederzeit zur Fortsetzung der Unterhaltung bereit, ja er lege Wert darauf, über den Fortgang unserer Arbeiten unterrichtet zu werden. Nur um klar zu machen, welchen Eindruck Hofrat Pixis, der der Besprechung nur als Einführender und als Zuhörer beigewohnt hatte, von dem Verlauf hatte, sei gesagt, dass er, als wir beim Weggehen auf dem Flur des Präsidialgebäudes waren, aus Freude einen Luftsprung tat und ausrief: „Jetzt haben wir Kahr ganz. Wie glücklich wird Pöhner sein, wenn ich alles sage.“

In Folge der mit solchen Gesinnungsgenossen getroffenen Verabredungen war es nötig, häufig in München zu sein. Meist war ich von einem oder mehreren meiner engsten Mitarbeiter begleitet, besonders von Oberfinanzrat Dr. Bang<sup>40</sup>, der die grossen Verfassungsentwürfe<sup>41</sup> bearbeitete, und von Oberst a. D. [F]rantz, der unser militärischer Berater war, und von Ludendorff als sein fähigster Generalstabsoffizier bezeichnet wurde.

Es sei hier erwähnt, dass in jener Zeit vertraute Beziehungen zu dem grossen Feldherrn bestanden<sup>42</sup>, nicht minder zu Kapitän Ehrhardt<sup>43</sup> und seinen Vertretern; auf Wunsch dieser Letzteren und Pöhners waren wir auch mit Sanitätsrat Dr. Pittinger, dem Nachfolger Escherichs[,] in Verbindung. Diejenigen zu Hitler blieb[en] unterbrochen.

Der Anfang des Jahres 1923 brachte den Einbruch der Franzosen in das Industriegebiet mit all seinen seelischen, politischen und wirtschaftlichen Folgen.<sup>44</sup> Die Notwendigkeit zu handeln, wuchs mit jedem Tage – nicht minder unser Eifer, die politischen und militärischen Vorbereitungen zum Abschluss zu bringen. Ich war im Frühjahr und Sommer allein oder in Begleitung eines oder mehrerer Freunde sehr oft in München. Gedrängt von der Entwicklung an der Ruhr erklärte ich Pöhner, im Frühsommer müssten wir handeln. Politisch seien wir mit den Vorbereitungen fertig; militärisch lasse ich genau prüfen, ob die Angaben über den Stand der Rüstungen und die Stärke der Kräfte zuträfen und was etwa noch zu vervollständigen sei.

An dieser Stelle muss ich, weil es zum Verständnis des späteren notwendig ist, erwähnen, dass unsere Freunde an der Ruhr uns versicherten, es sei

---

dem auch der ADV und die NSDAP nach der Gründung in Folge des gescheiterten Kapp-Putsches vom 12./13.3.1920 beitraten und der bis zu 50.000 Mitglieder zählte.

<sup>40</sup> Paul Bang erklärte wiederholt, dass es für ihn nur Claß als „politischen Führer“ gebe und er alles „nach genauer Verabredung und im vollsten Einvernehmen“ mit Claß tue. Paul Bang auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 25./26.10.1924, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 140, Bl. 68.

<sup>41</sup> Siehe Notverordnung vom Frühjahr 1923 im Anhang Dokument Nr. 1.

<sup>42</sup> Siehe auch Kapitel 6.19.

<sup>43</sup> Siehe auch Kapitel 6.13.

<sup>44</sup> Siehe auch Kapitel 6.3.

dort unter der Führung eines Werkmeisters Schlittgen ein nationales Arbeiterheer von 42'000 Mann vorhanden, das mit allem wohl ausgerüstet sei, darauf brenne, gegen die Franzosen loszuschlagen; in der Bielefelder Gegend seien noch etwa 20'000 M[ann] vorhanden, sodass über 60'000 Männer bereit ständen, sich auf den Feind zu stürzen.<sup>45</sup> Ich hatte die Richtigkeit dieser Behauptungen bezweifelt, obwohl erste Männer in Essen und Umgebung darauf schwören wollten und in mich drangen, loszuschlagen, weil die Arbeiter nicht mehr zu halten seien und auf eigene Faust vorgehen würden. Ich blieb unerschütterlich auf dem Standpunkt, bevor meinen militärischen Beratern nicht alles, was sich auf das Vorhandensein des angeblichen nationalen Arbeiterheeres, auf seine Führung, seine Bewaffnung, seine Standorte, usw. zur Prüfung unterbreitet sei und bevor ich nicht ihr Gutachten hätte, dass alles stimme und dass man dieses Heer in seine Rechnung einstellen dürfe, keine Entscheidung zu treffen. Und diese Nachweise wurden nicht erbracht. Der angebliche Führer Schlittgen entzog sich den Verabredungen, die wegen der Zusammenkünfte mit meinen Beratern getroffen waren, hatte aber immer einen Vorwand, er habe wegen des Ueberwachens durch die Franzosen nicht kommen können. Ich strich spätestens Anfang Juni das Arbeiterheer aus meiner Rechnung, betonte aber, dass rechteste Gesinnungsgenossen an der Ruhr an Schlittgen trotz seines Verhaltens nicht irre wurden.

Die Lage Deutschlands war unhaltbar. Der damalige Chef der Heeresleitung<sup>46</sup> hatte mir gegenüber den Uebergang von dem einseitigen Krieg, den die Franzosen führten, zum zweiseitigen für wahrscheinlich erklärt und mir gesagt, dass er zu dessen Vorbereitung einen besonderen Generalstab geschaffen habe. Von München wusste ich, in welchem Ma[s]sstab dort gerüstet wurde, und führende Industrielle erklärten mir, wenn das Reich nichts tue, werde es zu Ausbrüchen der Volkswut kommen, die unberechenbar sein würden. Dazu kam die allgemeine Verzweiflung über die „Inflation“ – kurz alles drängte auf die Veränderung.

Dieses alles muss man berücksichtigen, wenn man unsere damaligen Pläne, die ich an anderer Stelle genau geschildert habe, richtig einschätzen will. Pöhner war [Feuer]<sup>47</sup> und Flamme dafür, wünschte aber, da er als Zivildiktator für Bayern vorgesehen war, noch die Notverordnung genau kennen zu lernen und mit uns zu überprüfen, ob sie ausreiche.<sup>48</sup> Dafür wurden die Tage von Dienstag bis einschliesslich Donnerstag nach Pfingsten 1923 festgesetzt. Ich sollte den Verfasser des Entwurfs, meinen Freund Bang, mitbringen.

(31.10.1936)

Bei der Unterhaltung, in der wir dies verabredeten, erklärte Pöhner mit Nachdruck, bei dieser Besprechung müsse Hitler dabei sein, um ihn zu gewin-

<sup>45</sup> Siehe dazu Kapitel 6.6.

<sup>46</sup> Hans von Seeckt war 1920–1926 Chef der Heeresleitung.

<sup>47</sup> Im Originalmanuskript „Feuer“ mit „xxxx“ überschrieben.

<sup>48</sup> Siehe Anhang 1.

nen. Ohne Hitler könne er in Bayern nichts machen. Ich setzte dem die Ansicht entgegen, dass der Führer der N.S.D.A.P. mit uns wohl nichts mehr zu tun haben wolle, da er die Föhlung ganz aufgegeben habe, und knüpfte daran die Frage, ob es nicht bedenklich sei, ihn in unser Vorhaben hineinsehen zu lassen, wenn er, wie es scheine, entschlossen sei, eigene Wege zu gehen.<sup>49</sup>

Pöhner antwortete, dass er in fortgesetzter Verbindung mit Hitler stehe und überzeugt sei, er werde kommen, wenn er eingeladen werde; jedenfalls wiederholte er, dass die Dinge in Bayern so seien, dass er ohne Hitler nichts machen könne. Schliesslich einigten wir uns dahin, dass Pöhner es übernahm, jenen davon zu benachrichtigen, dass unmittelbar nach Pfingsten eine gründliche Aussprache zwischen den Berliner und Münchner „Aktivisten“ in München stattfinden solle; er – Pöhner – halte es für nötig, dass Hitler daran teilnehme. Es sei aber wohl zweckmässig, dass er sich mit mir vorher berede, damit er wisse, um was es sich handle.

Pöhner verfuhr so und liess mir durch den Bayerischen Ordnungsblock bald mitteilen, Hitler habe sofort seine Bereitwilligkeit zugesagt, mit mir zu sprechen und auch mitgeteilt, es treffe sich gut, dass er für Pfingsten die Einladung einer befreundeten Familie nach Berlin habe; er werde sich an Pfingstsonntag<sup>50</sup> nachmittags gegen vier Uhr in meiner Wohnung einfinden.

Wirklich tat er das. Er führte sich damit ein, dass er auf Veranlassung von Pöhner komme und hören wolle, ob es Zweck habe, an den Münchner Verhandlungen teilzunehmen, von denen jener gesprochen.

Wir gingen sofort zum Sachlichen über, nachdem ich Hitler auf die Geheimhaltung des Gegenstandes unserer Unterhaltung verpflichtet hatte – eine Zusage, die er mir bedingungslos gab. Mir war von München mitgeteilt worden, ich möge mit Hitler in aller Offenheit reden; die vorbereitende Besprechung mit Pöhner habe ergeben, dass Hitler ganz auf unserem Boden stehe. So kam es, dass ich ihm ohne jeden Rückhalt darlegte, was wir wollten, wie weit unsere Vorbereitungen politisch und militärisch gediehen seien und wie wir uns das Vorgehen dächten, auch welche Männer sich als Führer bereit erklärt hätten. Ich trug auch vor, welchen Einfluss die Vorgänge an der Ruhr und der dortige Zustand auf unsere Pläne habe. Dabei sprach ich von dem angeblichen Arbeiterheer Schlittgens, das von einem Teil unserer Freunde an der Ruhr als vorhanden angesehen werde, während ich nicht daran glaube. Hier setzte Hitler ein und erklärte, es sei ganz ausgeschlossen, dass ein solches Arbeiterheer vorhanden sei. Er habe ausgezeichnete Parteigenossen im Industriegebiet, vor denen nichts verborgen bleibe: wenn ein solches Heer vorhanden sei, müsse er

---

<sup>49</sup> Nachdem Claß die Finanzierung des Völkischen Beobachters mit 30.000 RM unterstützt hatte, kühlte der Kontakt ab. Es kam nach den ersten Treffen zwischen Claß und Adolf Hitler zwischen Januar 1920 und Juli 1921 vermutlich nur noch im Mai 1922 und am 20.5.1923 zu einer Zusammenkunft. Gespräche fanden zunehmend zwischen Claß und Kontaktpersonen wie Emil Gansser für die NSDAP statt, während Claß' Vertraute wie Paul Bang, Otto Helmut Hopfen oder auch Alfred Geiser vom österreichischen ADV Verbindungen zur NSDAP unterhielten.

<sup>50</sup> 20.5.1923.

es wissen. Darauf dürften also diejenigen nicht rechnen, die irgendetwas unternehmen wollten. Ich konnte nur darauf verweisen, dass ich trotz der Behauptungen eines Teiles meiner Freunde an der Ruhr seiner Meinung sei – aber wir müssten doch den Gesamtzustand im Reich betrachten und nicht allein denjenigen an der Ruhr. Ich schilderte ihm nun, wie unsere Vertrauensleute aus allen Teilen des Reiches berichteten, die allgemeine Verzweiflung sei bis zu einem Grade gediehen, dass überall eine rettende Handlung erwartet werde und dass man sich darüber wundere, dass sie noch nicht geschehen sei. Die Reichsregierung habe weder Ansehen noch Macht, die Preussische Regierung werde verachtet und gehasst und habe nicht einmal die Sozialdemokraten hinter sich. Die Reichswehr betrachte sicher ein Unternehmen wie das geplante wesentlich unter dem Gesichtspunkt des landesverräterischen Verhaltens der Marxisten in allen Heeresfragen; sie werde also für die Aufrechterhaltung der sozialdemokratischen Herrschaft nichts tun. Hier unterbrach mich Hitler und erzählte, dass General von Seeckt eine Unterredung mit ihm gehabt habe.<sup>51</sup> Ihr Zweck sei gewesen, ein Zusammengehen zu erzielen, wobei der Chef der Heeresleitung verlangt habe, Hitler und seine Partei müssten sich ihm „unterstellen“; wenn dies gesch[e]he werde er sie stützen, wenn nicht, müsse er sie unterdrücken. Er – Hitler – habe sich hierzu Bedenkzeit ausgeben und in einer zweiten Besprechung aufs Bündigste erklärt, er denke nicht daran, seine Unabhängigkeit aufzugeben, worauf der General geantwortet habe, dann habe er ihn zum Gegner. Wir fuhrten in unserer Erörterung fort und überschlugen die Kräfte, die für den ersten Schlag zur Verfügung ständen, der gleichzeitig in Berlin und München geschehen müsse, wenn irgend möglich noch in wichtigen Städten wie Breslau, Dresden, Königsberg. In Bezug auf die Kräfte, die dafür nach den Angaben der Freikorpsführer bereit ständen, habe ich auch Zweifel, aber wir hätten doch beim Zusammengehen erlebt, mit wie geringer Zahl man sich die allgemeine und die örtliche Macht an sich reißen könne. Wir rechneten damit, dass nach dem ersten Schlag sich Massen früherer Offiziere und Soldaten auf unsere Seite schlagen würden, sodass zunächst die reine Militärdiktatur aufgerichtet werden könne, der später die politische Diktatur folgen solle. Für beide seien die notwendigen Männer gesichert und eine umfassende Notverordnung schaffe die Grundlagen für die Arbeit der Uebergangszeit.<sup>52</sup> Gerade sie solle jetzt in München überprüft und endgültig festgestellt werden. Hitler stellte eine grosse Zahl von Fragen, die ich nach bestem

<sup>51</sup> Hans von Seeckt traf Adolf Hitler auf Drängen des Befehlshabers des Wehrkreises VII, Otto von Lossows, am 12.3.1923 in Berlin, nachdem er bereits auf Zuraten des Leiters der Heeresabteilung T1 im Truppenamt, Joachim von Stülpnagel, am 21.2.1923 ein Treffen mit Ernst von Ludendorff gehabt hatte, um nach dem Ruhreinbruch 1923 einen militärischen Gegenschlag mit den paramilitärischen Einheiten von Freikorps und Schwarzer Reichswehr zu besprechen und eine Diktatur zu unterstützen. Letztlich hielt sich Seeckt jedoch zurück. Nach dem Treffen mit Hitler erließ Seeckt am 22.3.1923 eine Mitteilung an die Truppe, dass die „Betätigung von Heeresangehörigen im nationalsozialistischen Sinne als Ungehorsam anzusehen“ sei. Schäfer: Die Militärstrategie Seeckts, S. 166. Siehe auch Meier-Welcker: Seeckt, S. 358–262.

<sup>52</sup> Siehe Anhang Dokument Nr. 1.



Wissen beantwortete. Die Rückwirkung auf das Ausland und dessen Verhalten wurde auch eingehend besprochen, wobei ich auf unbedingt zuverlässige Berichte verweisen konnte, die wir aus Frankreich hatten und die dem Chef der Heeresleitung zugänglich gemacht waren – ferner auf die Tatsache, dass die englischen Kronjuristen den französischen Einbruch in das Industriegebiet als Verstoss gegen den Versailler Vertrag erklärt hatten.<sup>53</sup> Ich schloss damit, dass jeder in unserem Kreise sich darüber klar sei, welche Gefahren mit dem geplanten Unternehmen verbunden seien, welche Unsicherheiten dabei in Frage kämen. Aber wir seien im vollen Bewusstsein der ungeheuren Verantwortung, die auf denen laste, die handeln wollten, durchdrungen von der sittlichen Notwendigkeit, alles an den Versuch zu setzen, dem schändlichen Zustand ein Ende zu bereiten, in dem das deutsche Volk heute lebe, der es zum Gespött der Welt mache und der es an Leib und Seele zu Grunde richten müsse. Wer einen Rest heldischen Denkens in sich habe, könne sich der Pflicht nicht entziehen, sich mit den äussersten Mitteln gegen die Scheinherrschaft der November-Verbrecher aufzulehnen.

Hier sprang Hitler auf und rief mehr als er sprach: „Sie haben mich überzeugt, Sie haben mich gewonnen. Ich bin Ihr Mann und gehe mit Ihnen durch dick und dünn.“ Ich musste diese Worte als echt und ernst hinnehmen, zumal da Hitler mir seine rechte Hand bot und die meine lange in der seinen behielt. Dabei schaute er mir lange in die Augen – eigentlich das einzige Mal, dass ich dies mit ihm erlebte; denn ich hatte die Wahrnehmung gemacht, dass er den Blick des anderen nicht standhält. Mein Gesamteindruck war jedenfalls der, dass eine gewisse Ergriffenheit bei meinem Gaste vorhanden war. Ich sprach ihm meine Freude und meinen Dank dafür aus, dass wir uns so gefunden hätten. Ich versicherte ihm, dass er sich auf mein treues Festhalten an diesem Bündnis unbedingt verlassen könne – ein Versprechen, dass er mir gegenüber auch feierlich gab.

Ich kam nun auf die bevorstehende Zusammenkunft in München zu sprechen und lud ihn – nach dem eben Erlebten – herzlich ein, am ganzen Verlaufe teilzunehmen, damit er ganz genau ins Bilde komme. Er sagte dies in aller Form zu und versprach, am Pfingstdienstag<sup>54</sup>, vormittags 10 Uhr[,] sich im „Marienbad“<sup>55</sup> einzufinden, wo ich damals immer wohnte und stets ein Zimmer für Sitzungen bereit hatte.

---

<sup>53</sup> Der sogenannte Ruhreinbruch am 11.1.1923 durch französische und belgische Truppen wurde von der US-Regierung und von der Britischen Regierung in einer Note vom 11.8.1923 kritisiert. Am 22.2.1923 erließ die Regierung Wilhelm Cuno ein allgemeines Verbot, die als völkerrechtswidrig erklärte Rheinlandkommission oder andere Besatzungsinstitutionen anzuerkennen. Siehe Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VIII, S. 287 sowie Schuker: The Rhineland Question und Payk: Frieden durch Recht?, S. 561–577. Die Besetzung endete im August 1925 nach der Verabschiedung des Dawes-Plans 1924 und leitete mit den Locarno-Verträgen im Oktober 1925 eine Phase der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich ein.

<sup>54</sup> 22.5.1923.

<sup>55</sup> Das Hotel „Marienbad“ und das Hotel „Union“ in München wurden 1934 in der Barer Straße 7–11 Sitz der „Obersten SA-Führung“, nachdem sie 1932 aus dem „Braunen Haus“

Als Hitler sich aufs herzlichste verabschiedet hatte, war ich überzeugt, dass er sein Wort halten werde.

Noch ein Wort über sein Verhalten bei jenem Besuch. Obwohl diesmal ich in der Hauptsache das Wort führte, behandelte Hitler mich, wenn er etwas zu sagen hatte, wie bei seinem ersten Besuch, als „Volksversammlung“, d. h. er redete mit dem grössten Stimmaufwand.<sup>56</sup> Dies tat er in solchem Masse, dass meine Schwester und Tochter, die ausgingen, im Treppenhaus jedes Wort von ihm verstehen konnten. Meine Tochter kam zurück, um mich zu warnen, und ich bat demgemäss meinen Besucher, weniger laut zu sprechen. Das tat er nur kurze Zeit. Als er wieder in seine Lautheit zurückfiel, blieb mir nichts übrig, als das Zimmer zu wechseln. Mein erster Eindruck, dass er Hysteriker sei, wurde durch dieses Erlebnis verstärkt.<sup>57</sup>

Am Pfingstmontag<sup>58</sup> abend fuhr ich mit meinem Freunde Bang nach München. Als wir andern Tags um 10 Uhr das Sitzungszimmer betraten, fanden wir daselbst schon Pöhner und Frick, sowie Pixis und Tafel<sup>59</sup>. Hitler war nicht anwesend, dagegen stand hinten in dem Raume ein mir unbekannter junger Mann von auffallender Schönheit mit wundervollen blonden Locken und blauen Augen. Bang und ich begrüsstens unsere Münchner Bundesgenossen. Pöhner fragte etwas zugespitzt: „Wie kommt der Göring<sup>60</sup> hierher? Wer hat den

---

(Palais Barlow in der Brienner Straße 45 und 1930 von der NSDAP erworben) ausgezogen war.

<sup>56</sup> Irene von Buchholtz berichtete in ihren (nach 1938 verfassten) kurzen und mit Reminiscenz gefüllten Erinnerungen an ihre Anstellung als Privatsekretärin bei Alfred Hugenberg von 1923 bis 1938 über die erste Begegnung von Hugenberg mit Adolf Hitler, die sie in ihrer Erinnerung auf den Sommer 1929 bei Leo Wegeners Anwesen in Kreuth datierte, in ähnlicher Weise: „Noch heute steht mir der Augenblick lebendig vor Augen, wie mein lieber alter Chef zu mir sagte: ‚Fr. v. B., ich habe gehört, dass Hitler bei Besprechungen ohne Punkt und Komma reden soll und seinen Partner überhaupt nicht zu Worte kommen lässt. Sie arbeiten ja ein Zimmer über uns. Falls Sie hören sollten, dass es wirklich eine völlig einseitige Unterhaltung ist, so kommen Sie bitte herunter und rufen mich heraus.‘ Und Hitler kam. Er fuhr schon damals in einem offenen schwarzen Auto vor und stieg in einem hellen Trenchcoat mit der Peitsche unter dem Arm aus. Ich muss gestehen, dass er auf mich einen äusserst enttäuschenden Eindruck machte. Ich hatte mir unter ihm vielmehr eine wirkliche Persönlichkeit vorgestellt, die war er nicht und die Reitpeitsche erregte erst recht meine Mißachtung. Während meiner Arbeit im Zimmer über Herrn Geheimrats Arbeitszimmer konnte ich ganz deutlich hören, wie die Unterhaltung durchaus zweiseitig war. Herr Hugenberg war Herrn Hitler in jeder Weise gewachsen.“ Aufzeichnungen Irene von Buchholtz, o.D., in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 708, Bl. 5.

<sup>57</sup> Siehe auch Machtan: Hitlers Geheimnis, S. 145–146.

<sup>58</sup> 21.5.1923.

<sup>59</sup> Paul Tafel (1872–1953), Direktor bei MAN, Mitglied des Vorstandes des Bayerischen Industriellenverbandes, Mitglied ADV, DVSTB, Thule-Gesellschaft und BOB, 1920 Bayerische Mittelpartei, enge Beziehungen zur frühen DAP/NSDAP in München.

<sup>60</sup> Hermann Göring (1893–1946), u. a. 1919 Militärberater in Dänemark und Schweden, 1920 Ausscheiden aus der Reichswehr, 1928–1945 Mitglied des Reichstags für die NSDAP, 1930 Hitlers politischer Beauftragter in Berlin, 1932 Reichspräsident, 1933 Ministerpräsident von Preußen und 1933–1945 Präsident des Preussischen Staatsrates, 1935–1945 Oberbefehlshaber der Luftwaffe, 1936–1945 Beauftragter für den Vierjahresplan, 1945–1946 Nürnberger Kriegsverbrecherprozess und Verurteilung zum Tode.

eingeladen? Wenn der dabei ist, tue ich den Mund nicht auf.“ Ich antwortete, ich wisse gar nicht, wer der Herr sei, und erzählte rasch von Hitlers Besuch, von seinem Verlauf und von dem Versprechen, bestimmt heute an der Besprechung teilzunehmen. Pöhner zeigte keine allzu grosse Verwunderung und wiederholte, dass er in Görings Gegenwart nicht verhandeln werde.<sup>61</sup> Ich sagte ihm, die Zuziehung Hitlers sei auf sein dringendes Verlangen hin geschehen; ich bäte ihn, da er Göring doch kenne, diesen zu fragen, ob Hitler nicht komme und Göring zu sagen, dass er nicht eingeladen sei. Pöhner begab sich zu diesem. Nach kurzem Gespräch verliess Göring das Zimmer und Pöhner berichtete, zu uns Anderen zurückgekehrt, dass Göring erklärt habe, Hitler sei noch nicht zurück und habe ihn mit seiner Vertretung beauftragt. Er – Pöhner – habe darauf gesagt, die ersten zwei Tage seien nur den politischen Fragen gewidmet, für die er ja als Führer der S.A. nicht zuständig sei; er möge am Donnerstag Nachmittag wieder kommen; dann würden die militärischen Angelegenheiten besprochen. Göring sei darauf offenbar gereizt weggegangen.

(1.11.1936)<sup>62</sup>

Hier muss ich erwähnen, dass Pöhner zu jener Zeit nicht mehr Polizeipräsident, sondern Rat am Obersten Bay[er]ischen Landesgericht war; die nach Kahrs Rücktritt ans Ruder gekommene Regierung unter Graf Lerchenfeld, der der Bay[er]ischen Volkspartei angehörte, hatte den vortrefflichen Mann von seinem wichtigsten Posten entfernt.<sup>63</sup> Aber Frick war auf dem Polizeipräsidium belassen worden und stand nach wie vor in engster Verbindung mit Pöhner, an dem auch viele, und die bewährtesten Beamten in Treue festhielten.

Als Pöhner an jenem Pfingstdienstag mir den Verlauf der Unterhaltung mit Göring geschildert hatte, bat er Frick zu uns und sagte, es sei unerhört, dass Hitler nicht gekommen sei; wir müssten feststellen, ob er wirklich nicht in München sei. Er sagte Frick, er möge sofort auf dem Polizeipräsidium anrufen und fragen, ob ein ihm besonders ergebener und bewährter Beamter der politischen Polizei im Hause sei. Wenn ja, möge er ihn beauftragen, sich mit soviel[en] Beamten als nötig seien, auf den Weg zu machen und zu ermitteln, ob Hitler in München sei; bekomme man ihn zu sehen, so solle ihm von Pöhner ausgerichtet werden, dieser lasse ihn bitten, sofort ins „Marienbad“ zu

---

<sup>61</sup> Hermann Göring war seit Dezember 1922 Führer der SA, baute sie zur paramilitärischen Organisation aus und führte sie in die VVVD.

<sup>62</sup> Das angeführte Datum ist auf der Mikrofilmkopie abgeschnitten. Der Tag ergibt sich aus der chronologischen Folge der leserlichen Daten. Das Originalmanuskript ist zur Gegenprüfung nicht im Bundesarchiv hinterlegt worden, da Anna Elisabeth Claß nur eine Mikroverfilmung durch das Bundesarchiv, jedoch nicht die Übergabe des Manuskripts selbst zugelassen hatte. Siehe dazu den einführenden Abschnitt: Zur Quelle.

<sup>63</sup> Nachdem die Regierung Gustav Ritter von Kahr am 12.9.1921 auch aufgrund der Auseinandersetzungen um das Republikenschutzgesetz zurückgetreten war, trat Hugo Graf Lerchenfeld als Nachfolger des Ministerpräsidenten die Regierung aus Bayerischer Mittelpartei, DDP und Bayerischem Bauernbund an. Die Bayerische Mittelpartei trat aus der Regierung aus und auch Ernst Pöhner verliess sein Amt als Polizeipräsident. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes zum 31.10.1921 in Bayern trug zum Rücktritt Pöhners am 28.9.1921 bei.

kommen. Frick führte diesen Auftrag aus und kam mit der Nachricht zurück, dass er den Vertrauens-Beamten Pöhners erreicht habe; dieser habe ihm versichert, dass er sich sofort an die Sache begeben werde.

Wir begannen unsere Verhandlungen, die ich mit einem kurzen Bericht einleitete, worauf sofort an die Beratung der Notverordnung geschritten wurde.

Es dauerte nicht lange, als Frick an den Fernsprecher gebeten wurde; zurückgekehrt flüsterte er mir zu, es sei zweifelsfrei festgestellt, dass Hitler in München sei; ihn selbst habe man nicht erreichen können; die Versuche dazu würden fortgesetzt. Pöhner teilte mir am letzten Tage unserer Anwesenheit mit, die Beamten hätten unter der Leitung seines Vertrauensmannes alles mögliche getan, um Hitler zu stellen; es sei ihnen aber nicht gelungen. Er meinte, irgend wer aus Norddeutschland habe ihn veranlasst, sein Versprechen nicht zu halten.

Wir führten unsere Beratungen ohne Hitler durch. Pöhner war von dem Ergebnis so befriedigt, dass er uns, als wir am Donnerstag Mittag unsere politische Besprechung abschlossen, seinen Dank für unsere systematische Arbeit aussprach; jetzt habe er, was man brauche und mit dieser Notverordnung werde er Regierung können.

Am Nachmittag sollten die militärischen Fragen besprochen werden. Göring erschien im Auftrag Hitlers, den er noch als von München abwesend bezeichnete. Er setzte sich nicht zu uns [a]nderen an den Tisch, sondern weiter entfernt, mitten in den kleinen Saal. Vor Eintritt in die Tagesordnung bat er um das Wort und führte folgendes aus: man habe ihn ja von der politischen Beratung ausgeschlossen, sodass er nicht wisse, was der Kreis anstrebe, der hier zusammen sei. Da sei es für ihn und seine Freunde von entscheidender Wichtigkeit zu erfahren, was wir wollten, denn die Soldaten hätten sich so oft für die Herstellung von Ruhe und Ordnung eingesetzt, hätten ihr Leben daran gewagt und wären dann betrogen worden. Sie seien nicht gewillt, derartige Torheiten nochmals zu begehen und seien deshalb entschlossen, nur mit solchen politischen Kreisen zusammenzugehen, von denen sie sicher seien, dass sie völkisch revolutionär eingestellt seien, keiner Partei dienten, sondern Deutschland retten wollten. Er müsse deshalb den Vorsitzenden bitten, seine Grundsätze und Ziele darzulegen. Diese Ausführungen waren in ihrer ganzen Art anmassend und aufreizend. Ich erwiderte, ich schlosse aus der Tatsache, dass Herr Hitler vor wenigen Tagen den ganzen Umfang der Fragen mit mir in Berlin durchgesprochen und dann erklärt habe, er sei zur Zusammenarbeit bereit, die von Göring aufgeworfene Vorfrage sei erledigt – was ja schliesslich auch aus der Tatsache hervorgehe, dass er ihn hierher abgeordnet habe. Ich könne nicht annehmen, dass sein Auftrag dahin gehe, die in Berlin durchgesprochenen Dinge nochmals zu erörtern. Jedenfalls lehne ich es ab, nach einer politischen Vergangenheit, die jedem einigermaßen zeitgeschichtlich Unterrichteten bekannt sei, mich hier „katechisieren“<sup>64</sup> zu lassen. Herrn Göring sei doch jedenfalls bekannt, dass die Münchner Herren, die mit uns Berlinern hier zu-

<sup>64</sup> Jemandem Religionsunterricht erteilen.

sammensitzen, im ausgesprochensten völkisch-revolutionären Lager stünden, und daraus könne er ja auch bei gutem Willen seine Schlüsse ziehen.

Göring antwortete, er werde seinem Führer berichten, dass ich es abgelehnt habe, auf das Politische einzugehen. Ich bat Pöhner, Herrn Hitler darüber zu unterrichten, unter welchen Umständen ich das getan habe.

Damit war dieser Zwischenfall erledigt und wir konnten den militärischen Teil unserer Besprechung behandeln; das geschah in Gegenwart Görings, ohne dass etwas besonderes vorgefallen wäre.

Als wir zum Abschluss gekommen waren, nahm Pöhner uns Beide – Bang und mich – bei Seite [und sagte,]<sup>65</sup> dies sei bis jetzt das stärkste Stück, das er von Hitler erlebt habe; die Leute, die mit ihm zusammen arbeiten müssten, seien ja an allerhand gewöhnt – aber in diesem Falle sei selbst er erschüttert; er werde alles versuchen, um dahinter zu kommen, was diesem Wortbruch Hitlers zu Grunde liege. Die Aufführung Görings fand er frech und meinte, es sei ganz gut, wenn Berliner Gesinnungsgenossen einmal ein Bild davon erhielten, was in München möglich sei.

Es ist verständlich, dass Bang und ich auf der Heimreise immer wieder darauf zurückkamen, was Hitler bewogen habe, seine Zusage nicht zu erfüllen. Bang meinte, er habe ausser mit mir auch Fühlung mit Gr[ae]ffe und Wulle, die uns damals mit wildem Hass verfolgten;<sup>66</sup> vielleicht sei er von mir zu einem von ihnen oder zu beiden gegangen und habe dort gesagt bekommen, welch ein politischer Verbrecher ich sei, der als Freimaurer die völkische Bewegung zu freimaurerischen Zwecken missbrauche und zersetze. Ich neigte mehr zu der Ansicht, er habe wegen des Arbeiterheeres an der Ruhr Erkundigung eingezogen und habe die Auskunft erhalten, das [G]anze sei Schwindel; dann habe er mich, der ich selbst überwiegend Zweifel geäußert hatte, für diese abenteuerlichen Dinge verantwortlich gemacht. Das, was ich Hitler zum Vorwurf machte, war die Tatsache, dass er am Pfingstsonntag feierlich ein Bündnis geschlossen und es nicht für nötig gehalten hatte, mich wissen zu lassen, dass und weshalb er davon zurücktrete. Mochten ihm Leute, die meine Gegner waren, Nachteiliges über mich berichtet haben, oder musste er mich wegen der Schlittgen[-]Sache für politisch unbrauchbar halten, oder mochte irgend ein anderer Grund bei ihm aufgetaucht sein, sich von uns, besonders von mir, fernzuhalten, so war es nach meiner Ansicht nach meinem ganzen bisherigen Verhalten Hitler gegenüber eine Pflicht des Anstandes, mir von seiner geänderten Einstellung Nachricht zu geben.

(2.11.1936)

Was sollte nun werden?

Was ich Pöhner gegenüber als Gefahr bezeichnet hatte, wenn ich Hitler einweihe und dann ablehne, war eingetreten. Ich hatte ihm in vollster Offenheit alles gesagt, was er wissen musste, um seine Entschlüsse zu treffen – er

---

<sup>65</sup> Einschub im Originalmanuskript.

<sup>66</sup> Siehe auch Kapitel 5.12.

hatte daraufhin alles getan, was mich zu dem Glauben brachte, dass er sich entschlossen hatte, mit uns zu gehen, und dann hatte er ohne ein Wort seine Zustimmung zu nichte gemacht.

Ich wies Pöhner darauf hin, dass Hitler nun alles Wesentliche wisse; er zuckte mit der Achsel und meinte, Missbrauch werde er damit nicht treiben, was er erfahren hatte. Das war für mich ein schlechter Trost.<sup>67</sup>

Ich habe Hitler nach dem Pfingstsonntag 1923 erst wieder am 9. Juli 1929 zu sehen bekommen, als der Reichsausschuss für das Volksbegehren gegen den Youngplan gegründet wurde.

Dazwischen liegt sein Unternehmen am 8. November mit der darauffolgenden Gerichtsverhandlung und Verurteilung; am Vormittag des 9. November war es am Odeonsplatz in München zu dem Zusammenstoß zwischen der Landespolizei und den auf einen Propaganda-Marsch durch die Stadt befindlichen Anhängern Hitlers gekommen, bei dem sechzehn von ihnen erschossen wurden. Hitler selbst war entkommen und hatte bei Freunden im Bay[er]ischen Oberland Aufnahme gefunden; dort wurde er nach einigen Tagen verhaftet und in Untersuchungshaft genommen.

Bevor ich berichte, was wir, d. h. meine nächsten Freunde und ich im Anschluss an den 8. und 9. November erlebt haben, sei wiedergegeben, was der getreue Hans Knirsch<sup>68</sup> mir erzählte, als er zum ersten Mal seit jenen verhängnisvollen Vorgängen mit mir zusammentraf. Knirsch war deutschböhmischer Reichsrats- und böhmischer Landtagsabgeordneter, als ich ihn am Anfang dieses Jahrhunderts kennen lernte. Er war Arbeiter gewesen und hatte in seiner Heimat lange vor dem Weltkrieg eine nationalsozialistische Arbeiter-Partei gegründet, als deren Führer er in den Volksvertretungen sass. Er war ein Mann von seltener Lauterkeit und Selbstlosigkeit, bei Freund und Feind deswegen anerkannt. Dem Alldeutschen Verband hatte er sich mit Begeisterung angeschlossen und erklärte sich als meinen Gefolgsmann. Nach dem Zusammenbruch hatte er sich auf seine Tätigkeit in der Tschechoslowakei beschränkt. Dort gehörte er zu dem obersten Führungskreis jener Deutschen, die den Anschluss an das Deutsche Reich für das selbstverständlichste Gebot des Selbstbestimmungsrecht[s] der Völker erklärten. So oft er konnte, besuchte er

<sup>67</sup> Zwei Tage vor dem Hitler-Putsch notierte Claß: „Bei uns ist jetzt die äußerste Zuspitzung Tatsache, und jeder ist sich klar, daß jede Stunde den Umschwung bringen kann.“ Claß an Franz Schweinitzhaupt (Innsbruck), 6.11.1923, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 209, Bl. 267.

<sup>68</sup> Hans Knirsch (1877–1933), Werkmeistergehilfe in einer Seidenweberei in Tribau/Mähren, 1901–1903 Kanzlei des Verbandes der deutschen Gehilfen- und Arbeitervereinigungen Österreichs, Gründer der deutschvölkischen Arbeiterbewegung in den sudetendeutschen Gebieten, 1903/1904 Mitbegründer der DAP in Böhmen zur Mobilisierung von Arbeitern und sozialdemokratischen Anhängern als Alternative zur bürgerlichen Schönerer-Bewegung, 1907 Sekretär des Deutschen Volksrates in Dux, seit 1908 Kontakt zu Claß, 1911–1917 Mitglied des Reichsrats, 1914 Kriegsfreiwilliger, zuletzt Oberleutnant, 1918 Forderung des Anschlusses Österreichs an Deutschland („Alldeutschland“), 1912–1926 Vorsitzender der Partei und Obmann in Böhmen bzw. Tschechoslowakei – ab 1918 als DNSAP und ab 1924 NSDAP (Ö), 1918–1919 Mitglied der Provisorischen Nationalversammlung für die DNVP, 1920–1933 Mitglied im Prager Parlament, Mitglied der Hauptleitung des ADV und enger Vertrauter von Claß.

grössere und kleinere Tagungen des Alldeutschen Verbandes; er war immer bereit, über die Lage seines Volkes in der Tschechoslowakei zu berichten und kümmerte sich nicht um die Verfolgungen, denen er deshalb ausgesetzt war. Bei uns genoss er ein solches Ansehen, dass wir ihn als Vertreter der Deutschen in der Tschechoslowakei in die Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes gewählt hatten, und es war selbstverständlich, dass ich seine politische Arbeit aus Mitteln des Alldeutschen Wehrschatzes unterstützte. Er hielt enge Fühlung mit uns und besuchte mich – abgesehen von unseren Tagungen – regelmässig in Berlin. Immer wieder hatte ich, so ernst, ja traurig die Dinge waren, die wir zu besprechen hatten, meine Freude an der Sachlichkeit, an dem ruhigen Urteil dieses Mannes. Als er viel zu früh – kaum 50 Jahre alt – durch das harte Leben aufgerieben, starb, widmete ich ihm einen Nachruf, der dem Werte des seltenen Mannes gerecht ward, und ich hatte ihm auch schon zu Lebzeiten in meinem Erinnerungsbuch „Wider den Strom“ eine Würdigung zuteil werden lassen, die er mir in einem Briefe als den schönsten Lohn für seine Lebensarbeit bezeichnete.<sup>69</sup>

Das war Hans Knirsch – wirklich der getreue Eckehart seiner gequälten Volksgenossen in der Tschechoslowakei.

Es war selbstverständlich und mir bekannt, dass der Begründer der nationalsozialistischen Partei im alten Oesterreich und nun ihr Führer in der Tschechoslowakei mit Hitler und seinem Kreise in Fühlung stand und dass er ihn öfters besuchte.<sup>70</sup> Er hat mir mehr als einmal von den Eindrücken berichtet, die er dabei gewonnen hatte.

---

<sup>69</sup> Claß: *Wider den Strom*, S. 167–168.

<sup>70</sup> Adolf Hitler besuchte u. a. den sogenannten Deutschen Tag in Salzburg am 7./8.8.1920, der als Vertretertag der nationalsozialistischen Parteien im deutschen Sprachraum abgehalten wurde. Hitler traf hier auch mit Hans Knirsch vermutlich erstmals zusammen. Die DAP (1903/04–1918, dann DNSAP und ab 1924 Nationalsozialistische Arbeiterpartei) ging aus der Spaltung der alldeutschen Bewegung Österreichs hervor und sollte eine Alternative für Arbeiter sein. Forderungen nach Ehereformen, Schulreformen, Trennung von Kirche und Staat wurden mit Monarchismus, Antisemitismus, Antikommunismus und einer Ablehnung der Klassenkampftheorie verbunden. Während Hitler bis 1923 auf eine außerparlamentarische revolutionäre Machteroberung der NSDAP in Deutschland setzte, folgte man bei den Nationalsozialisten in Österreich zunächst einem legalen parlamentarischen Kurs. Mit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Hitler 1921 und den verstärkten Führungsansprüchen der gesamten Bewegung nahmen die Spannungen innerhalb der nationalsozialistischen Parteien in Deutschland und Österreich zu. Radikalisierung und Richtungskämpfe bestimmten die internen Auseinandersetzungen bei den österreichischen Nationalsozialisten. Auf dem gemeinsamen Parteitag der Nationalsozialisten aus Deutschland, Österreich und den sudetendeutschen Gebieten der Tschechoslowakei im August 1923 in Salzburg spaltete sich über diese Frage der Flügel um Walter Riehl ab, der bei den Nationalratswahlen im Oktober 1923 ein Wahlbündnis mit der GdVP eingehen wollte. Riehl stellte sich auf dem Parteitag im August 1923 offen gegen Hitler. Sein Nachfolger wurde der gewerkschaftsfreundliche Karl Schulz, der nach der endgültigen Abspaltung des Riehl-Flügels (Deutschsozialer Verein) 1924 die sogenannte Schulz-Gruppe führte und der 1926 gegründeten Hitler-Bewegung entgegenstand, die die deutschen Nationalsozialisten in der Verbotszeit nach dem Hitlerputsch unterstützte. Nach der Spaltung 1923 führte Knirsch die verbliebenen Mitglieder der DNSAP in der Tschechoslowakei bis er die Parteiführung 1926 abgab. 1926 gründete sich in Österreich dann auch der NSDAV, der als Hitler-Bewe-

Als nun das Unglück vom 8[.]/9. November geschehen war, war es selbstverständlich, dass Knirsch und seine Mitarbeiter erfahren wollten, weshalb Hitler das ihnen Unbegreifliche getan hatte. So entschloss Knirsch[,] sich nach München zu begeben, um jenen womöglich selbst zu sprechen. Dort angekommen, begab er sich sofort ins Gerichtsgebäude, weil er aus den Zeitungen wusste, dass die Partei verboten und ihre Geschäftsstelle aufgehoben war. Auf dem Gericht erfuhr er, dass ein Besuch Hitlers nur mit Genehmigung des Untersuchungsrichters geschehen könne. Bei diesem brachte er sein Anliegen vor; er war nicht abgeneigt, erklärte es aber für richtig, wenn die Sache vorher mit dem Generalstaatsanwalt besprochen würde. Dies geschah, und hierbei erlebte es Knirsch, dass die beiden Beamten seinen Besuch bei dem Verhafteten als willkommen erklärten und ihm sogar eine Besprechung ohne Zeugen zusagten. Sie teilten ihm vertraulich mit, dass Hitler jede Nahrungsaufnahme verweigere, völlig verzweifelt sei und seinem Leben ein Ende bereiten wolle. Es sei selbstverständlich, dass die erregte Öffentlichkeit hiervon nichts erfahren dürfe.

So wurde Knirsch zu Hitler geführt, nachdem er versprochen [hatte], alles zu tun, um ihn von seinem Entschlusse abzubringen und ihm Mut zu machen.

Was nun folgte, war erschütternd zu hören.

Knirsch fand den Mann, der sich vor ein paar Tagen im Bürgerbräukeller als Führer des neuen Deutschland ausgerufen hatte, in einem erbarmungsvollen Zustand, abgezehrt, in äusserster Verzweiflung. Als er damit begann, ihm zuzureden, bekam er zur Antwort: „Wer die Blamage erlebt hat, wie ich, hat kein Recht weiterzuleben. Wer so viele Tote auf dem Gewissen hat, wie ich, muss selbst sterben. Ich habe keine andere Möglichkeit, als den Hungertod. Das werde ich ausführen.“<sup>71</sup>

Knirsch schilderte mir seine Bemühungen, den seelisch und körperlich ganz Zusammengebrochenen zu ermutigen, ihm vorzustellen, dass er noch eine Aufgabe zu erfüllen habe, für die er sich erhalten müsse. Vergebens. Er bekam immer dieselbe Antwort von Hitler, er habe kein Recht mehr zu leben.

Nach langem Kampfe stellte Knirsch dann die Frage, ob er [–] Hitler – garnicht an seine Gesinnungsgenossen, an seine Getreuen denke, ob er die Sache

---

gung ganz auf die deutsche NSDAP ausgerichtet war. Gemeinsame Absprachen zwischen beiden Gruppen scheiterten jedoch 1929. Mit dem Reichstagswählerfolg Hitlers im September 1930 stieg auch die Wählergunst der österreichischen Hitler-Bewegung bis zum Frühjahr 1932 an. Selbst Riehl trat 1930 der NSDAP wieder bei, blieb aber politisch außen vor. Zahlreiche Anhänger der Schulz-Gruppe wechselten nun in die Hitler-Bewegung, bis sie im Juni 1933 die Nationalsozialisten von der ständestaatlichen Regierung Engelbert Dollfuß verboten wurde.

<sup>71</sup> Hans Knirsch besuchte Adolf Hitler im Gefängnis am 23.11.1923. Siehe auch Plöckinger: *Geschichte eines Buches*, S. 32, Willing: *Putsch und Verbotszeit der Hitlerbewegung*, S. 121–122 und Gossweiler: *Kapital, Reichswehr und NSDAP*, S. 527. Siehe auch Fleischmann: *Hitler als Häftling in Landsberg am Lech 1923/24*. Knirsch gehörte, wie Rudolf Jung und Walther Riehl, zu den frühen Nationalsozialisten Österreich-Ungarns (Gründung der DAP 1904 in Böhmen), die nach dem Zerfall des Habsburgerreiches zum Ende des Ersten Weltkrieges die Nationalsozialisten dann in der Tschechoslowakei (Knirsch und Jung) und in Österreich (Riehl) repräsentierten.



im Stiche lassen wolle, für die er sich eingesetzt, für die er jene gewonnen habe. Es sei doch Fahnenflucht, wenn er nach dem verhängnisvollen Misserfolg die Sache preisgebe, die ohne ihn verloren sei, und wenn er die so zweifelten Getreuen auseinanderlaufen lasse. Wer könne wissen, welch ein grösseres Unglück dann geschehe?

Bei diesen Sätzen habe Hitler anfangs den Kopf geschüttelt und, als ihn Knirsch immer nachdrücklicher an seine Pflicht erinnerte, seine Gesinnungsgenossen nicht ohne Führer zu lassen, kleinlaut die Frage aufgeworfen, wer denn noch einem Mensch folgen werde, der einen solchen Zusammenbruch hinter sich habe. Nun habe er – Knirsch – dem anderen geschildert, dass die Begeisterung seiner Anhänger durch das Geschehen noch gesteigert sei. Mehr als einer der Männer, die später in der Geschichte eine grosse Rolle gespielt [hatten], hätte[n] Schlimmeres erlebt. Er dürfe den Glauben an sich und seine Sache nicht aufgeben und deshalb müsse er sich am Leben erhalten. Ganz langsam habe Hitler nun eingelenkt und nach langem Hin und Her endlich erklärt, er wolle Knirsch folgen und diesen ermächtigt, die Verwaltung des Gefängnisses davon zu unterrichten. Es sei ein Arzt zugezogen worden, der als erste Mahlzeit Reis angeordnet habe; er selbst sei noch zugegen gewesen, wie Hitler diese Nahrung – offenbar mit Heisshunger – zu sich genommen [hatte]. Er habe ihm versprochen, er wolle an seine Mahnung denken.<sup>72</sup>

Knirsch hatte das Gefühl, dass sowohl den Herren der Gefängnisverwaltung ein Stein vom Herzen gefallen sei, als sie erfuhren, welchen Erfolg sein Zuspruch auf den Verhafteten hatte.

Ich schildere diesen Vorgang genau so, wie ihn mir Knirsch erzählt hatte, und brauche nicht zu versichern, dass ich es nicht täte, wenn ich nicht von der unbedingten Zuverlässigkeit dieses Gesinnungsgenossen ganz durchdrungen gewesen wäre und auch heute noch bin.

Nach einiger Zeit als Knirsch mich in Berlin besuchte, teilte er mir mit, der frühere alldeutsche und nachherige nationalsozialistische Vertrauensmann in Salzburg[,] Proksch<sup>73</sup>[,] habe in seinem Kleinen Wochenblatt einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er Mitteilungen wiedergab, die Hitler ihm über die Be-

---

<sup>72</sup> Siehe dazu den Bericht nach einem Gespräch mit Hans Knirsch in Schlabrendorff: *The Secret War Against Hitler*, S. 344–347.

<sup>73</sup> Alfred Proksch (1891–1981), Beamter bei den k.u.k. Staatsbahnen, 1912 Mitglied der DAP, 1919–1933 Beamter bei der Bundesbahndirektion Linz, 1919–1926 Ausbau der DNSAP in Oberösterreich, 1923–1932 nationalsozialistischer Fraktionsführer im Gemeinderat Linz, 1924 Mitbegründer des Verbandes nationalsozialistischer Gemeinderäte, 1926 Gründung des Nationalsozialistischen Partei-Verlags, 1926–1928 Gauleiter der NSDAP (Hitler-Bewegung) in Oberösterreich, 1928–1931 Stellvertretender Landesleiter der NSDAP in Österreich, 1931 Landesleiter der NSDAP in Österreich unter Theodor Habicht bis zum Parteiverbot 1933, 1933 Flucht nach Deutschland und Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft, 1934 Gauleiter der NSDAP in Deutschland, 1935 deutsche Staatsbürgerschaft, 1936 Mitglied des Reichsarbeits- und Wirtschaftsrats, Mitglied des Reichstags, 1938 SA-Gruppenführer, 1938 Reichstreuhand der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Österreich und 1939 für das Gebiet Sudetenland, 1938 Präsident des Landesarbeitsamtes Wien und Niederdonau, 1945 amerikanische Gefangenschaft und Verurteilung zu vier Jahren Gefängnis. Dazu auch Dostal: *Das „braune Netzwerk“ in Linz*, S. 24–25.

weggründe seines Handelns am 8. November gemacht habe.<sup>74</sup> Gefragt, weshalb er – offenbar ohne hinreichende Vorbereitung – so verfahren sei, habe er geantwortet: „Ich musste losschlagen und durfte nicht mehr warten. Denn ich habe gewusst, dass um dieselbe Zeit eine grossagrarischeschwerindustriell-alldutsche Gruppe mit General von See[c]kt an der Spitze ein Direktorium aufrichten wollte, das reaktionäre Politik gemacht hätte. Um dieses Direktorium zu verhindern, habe ich losschlagen müssen.“

So berichtete Knirsch. Ich habe mich bemüht, durch Salzburger Gesinnungsgenossen das Blättchen zu erhalten. Das ist gelungen, und es muss noch im Archiv des Alldeutschen Verbandes vorhanden sein. Was ich in der Hand hatte, bestätigte Knirschs Mitteilungen über den Inhalt. Es sei aber sofort festgestellt, dass Hitler, wenn er wirklich Proksch gegenüber sich so ausgesprochen haben sollte, grundfalsch unterrichtet war, soweit der Alldeutsche Verband an einem „Direktorium See[c]kt“ beteiligt sein sollte. Der Chef der Heeresleitung suchte ein solches zustande zu bringen, aber ohne uns Alldeutsche. Ich lehnte ein Direktorium, das nach Mehrheiten seine Beschlüsse fassen sollte, als Widerspruch gegen die von uns erstrebte Diktatur – wie man heute sagt: gegen den Führergedanken – grundsätzlich ab, ganz abgesehen von den Leuten, aus denen es bestehen sollte. Diese waren uns bekannt, und keiner bot uns nach Charakter und politischer Vergangenheit die Gewähr für staatsmännisches Wirken, von General See[c]kt ganz zu schweigen, den wir als politisch ganz unbrauchbar erkannt hatten.

(3.11.1936)

Also: Hitler befand sich in einem grossen Irrtum, wenn er das in Berlin drohende „Direktorium“, bei dem die Alldeutschen beteiligt seien, als Zwang zu seinem Vorgehen vom 8./9. November bezeichnet hatte.<sup>75</sup>

In der Nacht vom 8. auf den 9. November wurde ich zwischen drei und vier Uhr im Auftrage des Kapitänsleutnant a. D. Kautter, der politischer Sachbearbeiter bei Ehrhardt war, von einem jungen Offizier aus München angerufen, der mich über die Vorgänge im Kindkeller<sup>76</sup> unterrichtete. Für den Vor-

<sup>74</sup> Alfred Proksch war ab 1923 Landesobmann der Nationalsozialisten in Österreich und hatte Adolf Hitler 1920 kennengelernt. Nach dem Hitler-Putsch wurde er von Karl Breiten-thaler abgelöst und bekam dieses Amt 1925 zurück. 1924 gründete er den Verband der nationalsozialistischen Gemeinderäte und wurde 1926 nach der Zusammenführung des Großteils der DNSAP an die deutsche NSDAP, deren Anhänger Proksch im Zuge ihrer Etablierung 1926 war, Gauleiter in Oberösterreich und Gründer des Nationalsozialistischen Parteiverlages sowie mehrerer Parteizeitungen wie ab März 1923 der Linzer Volksstimme (Untertitel: Völkisch-antisemitisches Kampfblatt der ehrlich schaffenden Stände, ab September/Okttober 1926 herausgegeben durch die NSDAP Gau Oberdonau als Volksstimme). Er war 1929/30 auch deren politischer Redakteur. Siehe auch Bukey: *The Nazi Party in Linz and Ders.: Hitler's Hometown*.

<sup>75</sup> Adolf Hitler plante den Putsch ursprünglich für den 29.9.1923. Siehe auch zu weiterreichenden programmatischen Punkten, die sich später im Buch *Mein Kampf* wiederfanden: Adolf Hitler: *Warum mußte ein 8. November kommen?*, in *Deutschlands Erneuerung* 8 (April 1924), S. 199–207.

<sup>76</sup> Gemeint ist der Bürgerbräukeller in München, in dem Gustav Ritter von Kahr am 8.11.1923 eine Großveranstaltung abhielt.

mittag des 9. November hatte ich die nächsten Mitarbeiter aus Berlin und Umgebung zu einer Besprechung auf die Geschäftsstelle des Alldeutschen Verbandes gebeten. Es kamen 15–20 Gesinnungsgenossen zusammen, – alle erfüllt von den Münchner Neuigkeiten und begierig zu erfahren, ob wir Näheres wüssten und ob etwa der Alldeutsche Verband dabei beteiligt sei. Während noch die Erörterung darüber im Gange war, ob das Hitler-Unternehmen Aussicht habe, sich ausserhalb Münchens durchzusetzen, kam von der Deutschen Zeitung der Anruf, der den Vorgang am Odeonsplatz und den Zusammenbruch der Sache schilderte.<sup>77</sup> Ich war sofort der Ansicht, dass es nötig sei, an Ort und Stelle, sich über die ganz undurchsichtige Lage zu unterrichten; ich wollte am Abend nach München fahren und bat Bang mich zu begleiten. Er war sofort dazu bereit, und so reisten wir ab.

In München kamen wir bei traurigstem November-Wetter an; es herrschte dichter Nebel. Als wir aus dem Bahnhof traten, der militärisch besetzt war, sahen wir ein kriegerisches Bild. Es waren Kanonen und Maschinengewehre aufgestellt und starke Infanterie- und Reiterei-Streifen zeigten sich in den anstossenden Strassen. Wir hörten auch, dass Schimpfworte gegen die Soldaten ausgestossen wurden. Das Bild, das sich uns auf dem kurzen Weg zum Gasthof bot, war unendlich niederdrückend. Im „Marienbad“ erschien bald Kapitänleutnant Kautter, der uns über die Entwicklung seit dem Abend des 8. November unterrichtete und eine Einladung seines Chefs Kapitän Ehrhardt überbrachte, ihn möglichst bald aufzusuchen. Dieser war, wie ich an anderer Stelle berichtet habe, von Kahr sofort nach seiner Bestellung zum Bay[e]rischen Generalstaatskommissar, die gegen Ende September 1923 erfolgt war, obwohl das Verfahren wegen Hochverrats vor dem Reichsgericht gegen ihn noch schwebte, zum Führer des Grenzschutzes gegen Thüringen mit dem Sitze in Koburg ernannt worden. Er war – ob zufällig, oder herbeigerufen, weiss ich nicht – in München und wir trafen ihn im Ringhotel. Er[,] sowohl wie Kautter[,] waren der Meinung, dass der sogenannte Hitler-Putsch von vorne herein zum Scheitern verurteilt gewesen sei, dass aber der Vorgang am Odeonsplatz ein nationales Unglück bedeute, indem es die ganze öffentliche Meinung bis zur Siedehitze gegen Kahr aufgebracht habe, der des schnöden Verrats beschuldigt werde. Es gebe nach ihrer Überzeugung nur eines, was ein Fortwirken der Volkswut vielleicht verhindern könne, und das sei die sofortige Verkündung der Amnestie. Sie beschworen Bang und mich, den Versuch zu machen, Kahr hierzu zu veranlassen und ihn deshalb sofort aufzusuchen. Nach einer Erörterung, bei der das Für und Wider einer solchen Massnahme besprochen wurde, erklärten wir uns hierzu bereit. Kautter verabredete mit der Umgebung des Generalstaatskommissars, dass wir um elf Uhr in der Kaserne<sup>78</sup> erscheinen möchten, in der die „Diktatur“ ihren Sitz aufgeschlagen hatte.

---

<sup>77</sup> Am Vormittag des 9.11.1923 wurde der Demonstrationszug von ca. 2.000 Putschisten durch die Landespolizei aufgehalten und es kam zum Schusswechsel, bei dem 15 Demonstranten, ein Zivilist und vier Polizisten starben. Adolf Hitler floh aus der Stadt und wurde am 11.11.1923 verhaftet.

Wir machten uns, von Kautter geleitet, sofort mit einem Kraftwagen auf den Weg, da man nicht wissen konnte, welche Schwierigkeiten etwa zu überwinden waren. Bis zu der Kaserne ging die Fahrt glatt. In deren Umgebung waren aber umfassende Absperrmassnahmen getroffen, sodass wir mehrere Postenketten zu durchschreiten hatten, bis wir in die Kaserne vordringen konnten. Dort war der erste, der uns auf dem Flur entgegenkam, General Ritter von Epp<sup>79</sup> in Zivil, den Kopf noch in Wickelbandage, da er vor kurzem eine schwere Ohrenoperation durchgemacht hatte. Mit ihm stand ich seit den ersten Aufhalten in München besonders vertraut; ich war häufig in seinem Junggesellenheim im Palais J...? am Karolinenplatz sein Gast.<sup>80</sup> Nun nahm er uns zur Seite und schilderte in höchster Erregung, mit welcher Unverantwortlichkeit Hitler und Genossen vorgegangen seien. Es war ihm kein Wort hart genug, um sie zu kennzeichnen. Besonders erzählte er auch, welche Mühe es ihn persönlich gekostet habe, Hauptmann Röhm<sup>81</sup>, der das Kriegsministerium besetzt halte, das nun von der anderen Seite der Ludwigstrasse durch einen Artillerieangriff zur Uebergabe gezwungen werden sollte, zur Streckung der Waffen zu veranlassen. In diesem Zeitpunkt trat Generalleutnant von Lossow, der Kommand[eu]r der in Bayern liegenden 7.ten Division, zu uns und berichtete kurz von dem Geschehen im Kindlkeller<sup>82</sup> am Abend des 8. November, wo er zusammen mit Kahr und Oberst von Seisser<sup>83</sup> von Hitler ge-

<sup>78</sup> Das Hauptquartier wurde von der nahe dem Wehrkreiskommando gelegenen Stadtkommandantur in die Kaserne des Infanterie-Regiments 19 verlegt.

<sup>79</sup> Franz Ritter von Epp (1868–1946), 1904–1906 Kompanieführer des 1. Feldregiments in Deutsch-Südwestafrika und Teilnahme am genozidalen Krieg gegen die Herero und Nama (1904–1908), 1914 Kommandeur des Bayerisch-Königlichen Leib-Regimentes, 1919 Beauftragung durch das Reichswehrministerium zur Bildung eines „Grenzschutzes Ost“, 1919 „Freikorps Epp“, 1920 Unterstützung des Kapp-Putsches in Bayern und Einsatz beim Ruhraufstand, 1927–1928 Mitglied der BVP, 1928 Mitglied der NSDAP und Mitglied des Reichstages, 1932 Reichsleiter des Wehrpolitischen Amtes der NSDAP, 1933 zunächst Reichskommissar dann Reichsstatthalter für Bayern, 1934 Reichsleiter des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP, 1936–1943 Bundesführer des Reichskolonialbundes, 1945–1947 Internierung durch die amerikanische Armee.

<sup>80</sup> Franz Ritter von Epp war ab 1921 bis 1928/29 am Karolinenplatz 40 und ab 1930 in der Bauerstraße 36/1 wohnhaft. Siehe Adreßbuch der Stadt München 1921 und 1928, S. 165 und 193 sowie ebd. 1930, S. 203.

<sup>81</sup> Ernst Röhm (1887–1934), 1918–1919 Stabschef der Kommandantur in München, 1919 Führer des Freikorps Epp, 1920 Eintritt in die NSDAP, 1921 Generalstabsoffizier der Reichswehr in München und Organisator der SA, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch in München, 1924 Entlassung aus der Reichswehr, 1924 Mitglied des Reichstags für die DVFP, 1928–1930 Militärausbilder in Bolivien, 1931 Stabschef der SA, 1933 Minister ohne Geschäftsbereich und Bayerischer Staatsminister, 1934 Ermordung im Zuge des „Röhm-Putsches“.

<sup>82</sup> Gemeint ist der Bürgerbräukeller.

<sup>83</sup> Hans von Seißer (1874–1973), 1919 als Oberst Übernahme in die Bayerische Landespolizei, Stadtkommandant von München, 1922–1930 Chef des Bayerischen Landespolizeiamtes, 9./10.11.1923 beim Hitler-Putsch in München wie Gustav Ritter von Kahr und Otto von Lossow zum Umsturz durch Adolf Hitler verpflichtet und letztlich Rückzug, 1924 zeitweilig des Amtes enthoben, nach 1930 Unternehmer, 1945 Polizeipräsident von München.

zwungen worden sei, mitzumachen und sich der neuen Regierung zur Verfügung zu stellen. Er erklärte, es gäbe keine Worte, um diesen Vorgang richtig zu kennzeichnen.

Darüber kam Kautter mit der Nachricht, dass Kahr uns erwarte. Wir begaben uns zu ihm und fanden ihn an einem hufeisenförmigen Tisch im Speiseraum der Unteroffiziere des Regiments, der unordentlich genug aussah. Mein erster Gedanke war: ein gefangener Diktator!

Kahr empfing uns sehr freundlich und begrüßte es, dass er uns eine den Tatsachen entsprechende Schilderung dieser unglaublichen Sache geben könne. Er war von den Ereignissen offensichtlich sehr mitgenommen und erregt, verlor aber keinen Augenblick die Selbstbeherrschung; es lag eine grosse Traurigkeit über ihm.

Er erzählte uns von dem Vorgang im Kindkeller<sup>84</sup>, den er einen räuberischen Ueberfall nannte, und wie er zusammen mit Lossow und Seisser im Nebenzimmer des Saales von Hitler mit der Pistole in der Hand zur Erklärung aufgefordert worden sei, ob er mitmache. Gegenüber solcher Gewalt habe es nur ein Mittel gegeben, sich einverstanden zu stellen, um unabsehbares Unheil zu verhindern. Das hätten er und die beiden anderen Herren getan – getan in der sittlichen Ueberzeugung, dass Erklärungen, die unter solchem Zwang abgegeben seien, nicht bindend seien. Er fühle sein Gewissen ganz rein und trage auch keine Verantwortung für den Tod der auf dem Odeonsplatz Erschossenen; die Verantwortung dafür laste auf denjenigen, die den „Propagandamarsch“ veranlasst hätten, obwohl sie wussten, dass die Staatsgewalt sich an die erzwungenen Erklärungen im Kindkeller<sup>85</sup> nicht gebunden halte. Von Pöhners Verhalten sprach er mit grosser Bitterkeit; er fühlte sich von ihm hintergangen. Ich trug ihm nun vor, welchen Eindruck wir während unserer kurzen Anwesenheit in München gewonnen hätten; der gehe dahin, dass infolge des Vorganges am Odeonsplatz die öffentliche Meinung offenbar in wütender Einmütigkeit gegen die Regierung, besonders gegen den Generalstaatskommissar stehe. Wie könne man sich die Wiederherstellung eines ruhigen Zustandes denken? Mir schein, dass es dazu nur ein Mittel gebe: die möglichst rasche Erklärung der Amnestie. Kahr antwortete – ich möchte sagen mit traurigem Kopfschütteln: Das würden Sie nicht sagen, wenn Sie den ungeheuren Rechtsbruch am Abend des 8. November miterlebt hätten. Wer diese Ruchlosigkeit mitgemacht hat, kann nicht daran denken, ihr Straflosigkeit zu gewähren, weil es ohne meine Schuld am folgenden Morgen Tote gegeben hat.<sup>86</sup>

Angesichts der Bestimmtheit, mit der Kahr die Amnestie ablehnte, machte ich keinen weiteren Versuch nach dieser Richtung. Wir dankten ihm für seine Mitteilungen und wünschten, dass es ihm gelingen möge, der Schwierigkeiten

---

<sup>84</sup> Gemeint ist der Bürgerbräukeller.

<sup>85</sup> Gemeint ist der Bürgerbräukeller.

<sup>86</sup> Der „Marsch auf die Feldherrenhalle“ der Nationalsozialisten wurde am 9.11.1923 durch die Bayerische Landespolizei mit Gewalt gestoppt. Durch Schusswechsel gab es insgesamt 20 Tote. Davon waren 15 Putschisten – u. a. Erwin Scheubner-Richter und Theodor von der Pfordten.

schnell Herr zu werden. Er seinerseits bat, ihn und seine Schicksalsgenossen Lossow und Seisser vor dem Vorwurf des Wortbruchs in Schutz zu nehmen.

Damit war diese Unterredung zu Ende.

Auf dem Flur, auf dem es von Menschen wimmelte, machte uns Kautter mit einem Herrn bekannt, der ihm soeben Mitteilungen gemacht habe, die wohl auch für uns wertvoll seien, weil sie den seelischen Zustand der N.S.D.A.P., besonders der S.A. kennzeichnen. Ich nenne den Namen des Herrn nicht, der damals eine gewisse Rolle in der Deutschnationalen Volkspartei Münchens spielte, später aber Nationalsozialist wurde.<sup>87</sup>

Dieser erzählte uns, er habe nach dem traurigen Ende des „Propagandazuges“ vom 9. November ergründen wollen, was aus der S.A. geworden sei, die in ihrer Uniform, zum Teil bewaffnet, mitmarschiert sei. Als ihm ein Bekannter gesagt habe, das könne er am besten feststellen, wenn er sich die Wälder in der Umgebung von München ansehe, dort finde er weggeworfene Hitler-Mützen, Windjacken, Leibriemen, sogar Gewehre in Menge, habe er sich in seinen Kraftwagen gesetzt und die nächsten Waldungen besucht. Und in der Tat habe es hier von weggeworfenen Uniformstücken und anderen Dingen, die einen Hitler-Anhänger als solchen kenntlich machen, gewimmelt. Er habe daraus geschlossen, dass in der Anhängerschaft Hitlers panischer Schrecken herrsche und dass seine Leute nichts Eiligeres zu tun gehabt hätten, als sich aller Sachen zu entäussern, die sie bei etwaiger Verfolgung in Gefahr bringen könnten. Der Herr unterstrich dabei, in welcher Art der nationalsozialistische Führer die Feigheit der Bürgerlichen im November 1918 zu brandmarken pflege und dass nun seine Gefolgsleute auch keinen Ueberfluss an Mut und Bekenntnistreue aufzubringen schienen.

Anfang 1924 war die Voruntersuchung gegen Hitler und Genossen abgeschlossen; Ende Februar begann die Hauptverhandlung vor dem Volksgerichtshof, die am 1. April beendet war.<sup>88</sup> Der Vorsitzende liess den Angeklagten

<sup>87</sup> Die genannte Person bleibt unklar. Die deutschnationale Bayerische Mittelpartei unterstützte die Politik der „Ordnungszelle Bayern“ von Gustav von Kahr und der BVP. Die Partei versuchte wie die DNPV eine Sammlungspartei von konservativen, nationalistischen, antisemitischen und völkischen Milieus zu sein und rückte auch an die Nationalsozialisten heran. So nahm Christian Roth, der für die Bayerische Mittelpartei Mitglied des Landtags in Bayern war, am Hitler-Putsch teil (als Innenminister des Putsch-Kabinetts vorgesehen) und trat im Herbst 1923 in die NSDAP über. Als Justizminister im Kabinett von Gustav Ritter von Kahr 1920–1921 stellte er sich schützend vor die Organisation Consul, war 1924 Mitbegründer des Völkischen Blocks und vom Mai bis Dezember 1924 Mitglied des Reichstags für die NSFP. Auch Franz Gürtner vertrat 1922–1932, bis er als Reichsjustizminister in das autoritäre Kabinett Franz von Papen eintrat, für die deutschnationale Bayerische Mittelpartei das Amt des Justizministers und erreichte die Verhandlung des Hitler-Prozesses vor dem Volksgericht in München und nicht vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig. Er wurde 1937 Mitglied der NSDAP.

<sup>88</sup> Der Prozess gegen Adolf Hitler fand vom 26.2.–1.4.1924 vor dem Volksgericht München statt. Die Bayerische Staatsregierung war an einem schnellen Verfahren interessiert, auch um den Prozess nicht an das Reichsgericht in Leipzig abzugeben. Aufgrund der Auseinandersetzungen um die Anwendung des Republiksschutzgesetzes von 1922 in Bayern kam der Prozess nach Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich letztlich nicht zum Oberreichsanwalt nach Leipzig, sondern zum Volksgericht nach München. Der Prozess wurde

vollste Freiheit zu ihrer Verteidigung. Es war offenbar, dass er den Volksgerichtshof als politisches Gericht ansah – was er auch tatsächlich war – und dass er um deswillen alles zur Erörterung zuließ, was den Angeklagten als Entlastung des ihnen vorgeworfenen politischen Verbrechens dienen konnte.<sup>89</sup> Hierdurch hatte vor allem Hitler die Zuhörerschaft der ganzen Welt, mindestens ganz Deutschlands, und hier wieder aller Gegner des Novembersystems. Er nützte diese Gelegenheit meisterhaft aus – mit solchen Erfolge, dass man vom ersten Tage der Verhandlung sagen konnte, dass weder der Vorsitzende noch der Generalstaatsanwalt, noch einer der Verteidiger die Führung hatte, sondern der Angeklagte Adolf Hitler.

Welch ein Unterschied zwischen dem Mann, den Hans Knirsch vor knapp einem Vierteljahr völlig gebrochen und zum Scheiden aus diesem Dasein entschlossen gefunden hatte; und dem Kämpfer, der nun auf der Anklagebank sass und von dort aus seine Anklagen gegen die Urheber des November[-]Umsturzes hielt und sein Vorgehen am 8. November 1923 mit der Behauptung begründete, die nun herrschende Staatsgewalt habe weder die Einsicht noch die Kraft, den zerstörenden Mächten innerhalb des deutschen Volkes rücksichtslos entgegenzutreten und ihrem Treiben ein Ende zu bereiten.

Die Art, wie Hitler selbst seine Verteidigung führte, indem er fortgesetzt Angreifer war, und wie er alle Verantwortung zur Entlastung seiner Mitangeklagten auf sich nahm, machte einen ungeheuren Eindruck.<sup>90</sup> Für mich ist es immer sicher gewesen, dass dieses Strafverfahren jedenfalls ausserhalb Bayerns erst die Volkstümlichkeit Hitlers an der grossen Öffentlichkeit begründete. Als er am Schluss der Verhandlung in Anerkennung seiner vaterländischen Beweggründe zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt wurde, und zwar mit der Aussicht nach Verbüßung von 6 Monaten für den Rest der Strafe Bewährungsfrist zu erhalten, also die Freiheit wieder zu erhalten, war der Verur-

---

vom Landgerichtsdirektor Georg Neidhardt geführt, der für seine milde Spruchpraxis u. a. im Prozess gegen den Mörder Kurt Eisners, Anton Graf von Arco, bekannt war, jedoch die Unterstützung des Bayerischen Justizministers Franz Gürtner besaß. Am 1.4.1924 wurde Hitler zu 200 Goldmark Strafe und 5 Jahren Festungshaft verurteilt. Die Mitangeklagten Hermann Kriebel, Friedrich Weber und Ernst Pöhner erhielten die gleichen Urteile. Eine Bewährung nach 6 Monaten Haft wurde in Aussicht gestellt. Wilhelm Frick, Wilhelm Friedrich Karl Brückner, Ernst Röhm, Heinz Otto Kurt Pernet und Robert Wagner erhielten 100 Goldmark Strafe und 1 Jahr und 3 Monate Festungshaft. Bewährung wurde hier sofort bewilligt. Erich Ludendorff wurde freigesprochen.

<sup>89</sup> Siehe auch Gritschneider: Der Hitler-Prozeß und sein Richter Georg Neithardt.

<sup>90</sup> Adolf Hitler hielt eine ausführliche 3½stündige Eröffnungsrede zu seinen Beweggründen des Putschversuchs am 1. Verhandlungstag am 26.2.1924. Der Hitler-Prozess 1924. I. Teil 1: 1.–4. Verhandlungstag, S. 20–61. Er hatte sich zuvor das Ziel gesetzt, die Bayerische Regierung anzugreifen, geheime Mobilmachungspläne zwischen Regierung und Reichswehr durch eigenständige Zeugenbefragung vor allem von Gustav Ritter von Kahr, dem Chef des Landespolizeiamtes im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Hans von Seißer, und dem Bayerischen Landeskommendanten Otto von Lossow aufzudecken, und somit seinen Putschversuch zu rechtfertigen, der für ihn auch kein Hochverrat habe sein können, da die Revolution 1918 der eigentliche Landesverrat gewesen sei.

teilte Hitler eine grössere Macht geworden, als er sie am Abend des 8. November 1923 in der Hand gehabt hatte.

Ich verfolgte den Verlauf des Münchner Verfahrens mit dem allergrösstem Anteil, und ich hatte besonderen Anlass dazu.

Von meinem Freunde J. F. Lehmann in München, dem bekannten und hochverdienten völkischen Verleger in München, dessen Schwiegersohn als Führer des Freikorps „Oberland“ zu den Mitangeklagten gehörte<sup>91</sup>, war mir mitgeteilt worden, dass General Ludendorff, der auch angeklagt war<sup>92</sup>, aber sich nicht in Untersuchungshaft befand, kurz vor dem Beginn der Hauptverhandlung sämtliche Verteidiger in seinem Hause auf der Ludwigshöhe vor München<sup>93</sup> versammelt habe, um ihnen die „Generalidee“ für die Einrichtung der Verteidigung zu entwickeln oder vorzuschreiben. Diese war nicht, wie Hitler es tat, der Kampf gegen die zerstörenden Kräfte, die den Untergang des Reiches auf dem Gewissen hatten, sondern derjenige gegen den Alldeutschen Verband und besonders gegen Justizrat Class. Lehmann sagte mir wörtlich, der Verteidiger seines Schwiegersohnes habe ihm nach jener Besprechung auf der Ludwigshöhe berichtet, der General habe mit Nachdruck erklärt, die Hauptsache sei, dass Justizrat Class und der Alldeutsche Verband „zur Strecke gebracht werde.“

Ich habe keine Möglichkeit gehabt, die Richtigkeit dieser Mitteilung Lehmanns nachzuprüfen, bemerke aber, dass die Wahrscheinlichkeit dafür spricht. Ludendorff hatte sich, wie ich an anderer Stelle berichte, so sehr in blinden Hass gegen mich verhetzen lassen, dass er mir jede Niedertracht zutraute und mich für den schlimmsten Schädling der deutschen Sache hielt.<sup>94</sup> Wieweit er in seinem vollkommenen Mangel an Menschenkenntnis ging, habe ich auch an jener Stelle ausgeführt.

Sei dem wie ihm sei, ob Lehmanns Gewährsmann oder Lehmann selbst ungenau berichtet oder übertrieben hat, die Hauptsache ist hier, wie Hitler

<sup>91</sup> Gemeint ist Friedrich Weber (1892–1955), 1914–1918 Kriegsdienst u. a. als Feldhilfsveterinär, 1919 Teilnahme am Sturz der Münchener Räterepublik, 1921 Mitglied des Freikorps Oberland und nach Umbenennung in Bund Oberland 1922–1929 dessen Führer, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch in München und 1923/1924 einer der engsten Vertrauten Adolf Hitlers, engste Verbindung zu Julius F. Lehmann durch Heirat der ältesten Tochter Mathilde Lehmann (geb. 1893, die Ehe wurde 1938 geschieden), 1924–1925 Festungshaft wegen Hochverrat, 1925–1926 amtlicher Tierarzt in München und 1926/27–1933 Distrikt-tierarzt in Euerdorf, 1926 Voluntärassistent am Institut für Vererbungsforschung, 1932 Mitglied der NSDAP, 1933 Mitglied der SS, 1933 politischer Adjutant im Bayerischen Innenministerium und Beauftragter zur Gründung einer Reichstierärztekammer, 1935–1945 Unterabteilungsleiter im Reichsinnenministerium, 1936–1945 Leiter der Reichstierärztekammer, 1937 SS-Oberführer, 1939 Honorarprofessor an der Universität Berlin, 1940 SS-Brigadeführer und 1944 SS-Obergruppenführer, nach Entnazifizierung durch Einstufung als „Mitläufer“ 1949/50 praktischer Tierarzt in Bayern.

<sup>92</sup> Siehe auch Stellungnahme von Erich Ludendorffs Rechtsanwalt, Walter Luetgebrunne, in Deutsche Zeitung 13.12.1923.

<sup>93</sup> Erich Ludendorff wurde in seiner Villa in der Heilmannstraße in Ludwigshöhe bei München polizeilich überwacht. Siehe auch Berliner Tageblatt 22.12.1923.

<sup>94</sup> Siehe auch Kapitel 6.19.



sich in der Hauptverhandlung gegenüber mir und dem Alldeutschen Verband benommen hat.

Da muss ich mit Bedauern feststellen, dass er schon in seiner Vernehmung vor dem Volksgericht – nicht die Handlung am Abend des 8. November bestritt – in Abrede stellte, dass, was [er]<sup>95</sup> getan habe, Hochverrat sei. Wenn das Hochverrat sei, dann hätte Justizrat Class und seine Alldeutschen fortgesetzt Hochverrat begangen.<sup>96</sup> Es kamen dann Behauptungen, die mir die oben wiedergegebene Aeusserung des Salzburger Proksch nachträglich als glaubhaft erscheinen liessen, ich sei bei der Bildung eines Direktoriums führend beteiligt und betreibe die gewaltsame Beseitigung der Weimarer Verfassung.

Diese Schutzbehauptung, die ihm ja garnichts helfen, sondern nur dem Alldeutschen Verband und mir schaden konnte, wiederholte er mehrmals, und einige der Mitangeklagten, sowie mehrere Verteidiger folgten diesem Beispiel.

Man kann sich denken, dass diese Behauptung für die ganze gegnerische Presse, besonders die jüdische, der Anlass war, meine Strafverfolgung zu verlangen. Nach Beratung mit meinem engsten Mitarbeiter beschloss ich deshalb – mehr zum Schutze des Alldeutschen Verbandes als meiner selbst – in jedem Falle, in dem diese oder eine ähnliche Behauptung in den Verhand-

<sup>95</sup> Einschub im Originalmanuskript.

<sup>96</sup> Die Rolle von Claß in den Putschplanungen 1923 war wiederholt Gegenstand der Ausführungen und Zeugenbefragungen, die jedoch keine klare Auskunft brachten. Erich Ludendorff erklärte am 4. Verhandlungstag am 29.2.1924, er selbst sei am 21.10.1923 „in die Unternehmung hineingezogen worden“, jedoch habe Claß zu dieser Zeit Gustav von Kahr für ein Direktorium bereits berücksichtigt und über seinen Vermittlungsmann Ehrhardt Wehrverbände aus Norddeutschland für ein Kahr-Direktorium zur Verfügung stellen wollen. Der Hitler-Prozess 1924, Bd. 1, S. 252, 264–265 und 268. Am 13. Verhandlungstag, am 12.3.1924, erklärte Kahr, er habe keine Kenntnis zum genauen Verhältnis Ehrhardt zu Claß sowie zu deren Direktoriumsplanungen: „Meine Beziehungen zu Claß sind lose. Was ich mit ihm besprochen habe, hat mit den Vorgängen vom 8./9. November [1923] nichts zu tun.“ Ebd., Bd. 3, S. 903. Auf Nachfragen von Hitler, ob Claß bei den Besprechungen über ein Direktorium anwesend gewesen sei, erklärte Kahr ausweichend, Claß sei solchen Plänen ablehnend gegenübergestanden, das sei Kahrs Empfinden gewesen, aber man habe eben dauernd über die Bildung eines Direktoriums gesprochen. Ebd., Bd. 3, S. 949. Der Verteidiger des Angeklagten Wilhelm Brückner, Karl Kohl, beklagte, dass die Vorgänge am 8.9.1923 ohne genaue Kenntnisse über Kahrs Planungen und die Rolle von Claß „unmöglich zu verstehen“ seien und man Claß vernehmen müsse. Ebd., Bd. 3, S. 1015. Der Zeuge Otto Pittinger sagte aus, dass entsprechend einer Nachricht vom 7.11.1923 „hinter Claß bereits ein Direktorium in Bildung begriffen“ gewesen sei. Ebd., Bd. 3, S. 1132. Diese Anschuldigungen wurden vom Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Georg Neidhardt, zur Seite geschoben. Er hatte die Untersuchung über die Ursprünge des Direktoriumsplans beharrlich am 11., 14., 15. und 16. Verhandlungstag immer wieder abgewiesen (ebd., Bd. 2 und 3, S. 776–777, 903, 946–949, 1014–1016 und 1079–1086) und schließlich nach geheimer Beratung den Beschluss erlassen, dass man eine Zeugenbefragung dahingehend ablehne, da die Vorgänge um Besprechungen am 6.11.1923 nicht im Zusammenhang mit den Vorgängen am 8./9.11.1923 stünden. Ebd., S. 1016. Die Vorgespräche und Planungen zwischen Kahr und Claß, sowie Seifer und Lossow sind somit im Gericht nicht aufgeklärt worden. Claß wurde nicht als Zeuge geladen. Claß und Paul Bang waren am 9.11.1923 nach München gereist, um sich selbst über den Hitler-Putsch zu informieren. Zu seiner Rückreise aus dem „toll gewordenen München“ siehe Claß an Oberst F. Gertsch 15.11.1923, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 209, Bl. 276.

lungsberichten der Presse zu finden war, bei dem Vorsitzenden durch Drahtungen meine Vernehmung als Zeuge vor dem Münchner Volksgericht zu beantragen. Ich habe darauf keinen Bescheid erhalten und auch die Reichsanwaltschaft hat nichts gegen mich unternommen. Gleichwohl war es für mich trotz manches vorher Erlebten eine grosse Enttäuschung, dass Hitler zu seiner Verteidigung mich in solcher Weise in das Verfahren gegen ihn hineinzog, nicht als ob ich damals nicht meiner vaterländischen Pflicht folgend, Tag und Nacht hochverräterische Handlungen betrieben oder vorbereitet hätte, sondern weil es unbestreitbar war, dass ich mit seinem Vorgehen am 8. November 1923, das allein den Gegenstand der Anklage bildete, nicht das Allergeringste zu tun hatte. Was ich plante und tat, wusste Hitler aus meinen eigenen Mitteilungen am Pfings[t]sonntag 1923 und er hatte sich zu unbedingtem Stillschweigen über das Gehörte verpflichtet. Mag sein, dass auch er durch falsche Freunde, die meine Feinde waren, sich hatte aufhetzen lassen. Aber auch das hätte ihn nach den Anschauungen, die in meinem Freundeskreise herrschten und herrschen, nicht das Recht gegeben, mich zu belasten, zumal weder er noch einer seiner Mitangeklagten dadurch entlastet werden konnten.

Meine Freunde waren insbesondere erbittert darüber, dass Hitler mich und den Alldeutschen Verband in dieser Weise beschuldigte, als er vor dem Volksgericht in München stand, dessen wohlwollende Haltung ihm gegenüber aus dem Verhalten des Vorsitzenden und des Generalstaatsanwaltes hervorging, während ich, wenn der Oberreichsanwalt zum Eingreifen veranlasst worden wäre, vor den politischen Staatsgerichtshof in Leipzig gestellt worden wäre – ein Gericht, in dem damals neben einer Minderheit von Reichsgerichtsräten eine Mehrheit politischer Laienrichter sass, die von den Systemparteien dazu vorgeschlagen waren.<sup>97</sup> Das war ein gewaltiger Unterschied. Diese Richter waren ihrer ganzen Einstellung nach – im Falle geführter Beweise und darauf erfolgter Verurteilung – hohe Zuchthausstrafen über ihr Opfer zu verhängen, wesentlich anders als die milden Richter in München.

Ich betone, dass diese Erwägung bei meinem Urteil über Hitlers Verhalten nicht massgebend war. Mir und meinen Freunden ist es sehr nahe gegangen, dass Hitler es für vertretbar hielt, mich und den Alldeutschen Verband in solcher Weise anzuschuldigen.

Gegen Ende Dezember 1924 trat die Bewährungsfrist für Hitler ein.<sup>98</sup> Er war einige Zeit bei Berliner Freunden zu Gast und machte bei dieser Gelegenheit, wie ich annehme auf den Vorschlag seiner Gastfreunde, die Beziehungen zu dem Ehepaar Bang<sup>99</sup> unterhielten, dort einen längeren Besuch. Er kam dabei auf den Bruch zu sprechen, den er mit Ludendorff, Gräfe und Wulle während

<sup>97</sup> Der Staatsgerichtshof wurde am 9.7.1921 in Leipzig eingerichtet und nur für bestimmte Verfahren einberufen. Die Verfahrensordnung legte der Staatsgerichtshof fest. Die Urteile ergingen „im Namen des Volkes“.

<sup>98</sup> Adolf Hitler trat am 1.4.1924 seine Festungshaft in der Strafanstalt Landsberg am Lech an und wurde am 20.12.1924 entlassen.

<sup>99</sup> Paul Bang heiratete 1906 die Fabrikantentochter Friederun Knöpfel (1884–1969) kurz nach seinem Assessorexamen. Der Ehe entstammten drei Kinder.

seiner Haft vollzogen hatte, und bekannte, dass er dem Alldeutschen Verband und mir Unrecht getan habe; er sei von Gr[ae]ffe und Wulle<sup>100</sup> belogen worden und habe erst später, als er diese Leute genau kennen gelernt hatte, gemerkt, dass man ihn gegen mich aufgehetzt habe. Er wolle bei seiner nächsten Anwesenheit in Berlin mich auch besuchen und mir das selbst sagen. Einstweilen bat er Bang, mir seine Grüsse zu bestellen. Als Bang dies tat und mir über den Verlauf der Unterhaltung mit Hitler berichtete, sagte ich ihm sofort: „Verlassen Sie sich darauf, er wird nie zu mir kommen. Er hat mir gegenüber zu viel auf dem Gewissen.“ So geschah es denn auch. Dagegen erhielt Bang noch öfter den Besuch Hitlers, war wohl auch mit ihm zusammen bei den gemeinschaftlichen Freunden eingeladen, und jedesmal behauptete er, mir von Hitler einen Gruss bestellen zu sollen.

Es blieb bei dieser höchst lockeren Beziehung bis zum 9. Juli 1929, als Hitler ins Praesidium des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren eintrat. Das habe ich schon berichtet.

Ende Februar 1925 konnte Hitler die bis dahin verbotene Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei wieder neu gründen.<sup>101</sup> Sie gewann unter seiner Führung die Bedeutung, die allgemein bekannt ist.

(5.11.1936)

Mittelbar bestanden Beziehungen zu Hitler, die schliesslich – aber ohne mein Zutun – von weittragenden Folgen wurden. In meinem Erinnerungsbrief<sup>102</sup> habe ich beschrieben, dass ich seit Ende 1925 überzeugt war, es könne auf dem Weg der Gewalt an dem Zustand nichts geändert werden, da die sog. Freikorps entweder viel zu wenig hinter sich hatten oder sich weigerten, einer politischen Führung zu folgen. Andererseits konnte ich nicht glauben, dass die [D]eutschnationale Volkspartei, deren Vorsitzender damals Graf Westarp war<sup>103</sup>, die Eigenschaften besässe, seine Gruppe – die weitaus stärkste Partei

---

<sup>100</sup> Reinhold Wulle bemühte sich um regen Austausch mit Adolf Hitler, versuchte Treffen auch mit Albrecht von Graefe(-Goldebee) vor allem in München zu ermöglichen, damit Hitler nicht nach Berlin kommen und polizeiliche Maßnahmen gegen ihn befürchten müsste. Reinhold Wulle an Adolf Hitler, 11.4.1923, in BA-Koblenz, N 1128, Bd. 7, Bl. 4665. Wulle sah im April 1923 in ihm einen „tapferen unerschrockenen [F]reund und [K]ampfgenosser“. Telegramm Reinhold Wulle an Adolf Hitler, 19.4.1923, in ebd., Bd. 6, Bl. 4633.

<sup>101</sup> Die NSDAP war zwischen November 1923 und Februar 1925 verboten. Im Zuge des Republikenschutzgesetzes war die NSDAP auch schon 1922 in einigen Ländern wie Hamburg und Preußen verboten. Hans von Seeckt erließ mit Unterstützung des Reichspräsidenten Friedrich Ebert unter Anwendung des Artikels 48 der Weimarer Reichsverfassung am 23.11.1923 ein reichsweites Verbot der NSDAP nach dem zuvor gescheiterten Hitler-Putsch. Das Parteivermögen wurde eingezogen, die Geschäftsstelle in München geschlossen und der Völkische Beobachter verboten. Die NS-Bewegung zersplitterte unter anderem in die Großdeutsche Volksgemeinschaft unter Führung Alfred Rosenbergs, während sich führende Mitglieder der DVFP anschlossen, die bei den Reichstagswahlen am 4.5.1924 als NSF 6,6 % der Stimmen erreichte. Als Fraktionsgemeinschaft erreichte die NSF bei den Reichstagswahlen 12.1924 nur noch 3,0 % der Stimmen.

<sup>102</sup> Siehe Kapitel 8.1.–8.4.

<sup>103</sup> Kuno Graf Westarp war vom Februar 1925 bis zum Dezember 1929 Fraktionsvorsitzender der DNVP im Reichstag und vom 24.3.1924 bis zur Abwahl auf der Berliner Parteivertre-

im Reichstag – für eine Politik einzusetzen, die durch planvolles und charaktervoll entschiedenes Auftreten Deutschland retten könne. Ich hatte – wie ich dort berichtet hatte – die Erkenntnis gewonnen, dass es nur eine Möglichkeit gebe, brauchbare Staatskunst in Angriff zu nehmen und unter Mitwirkung des Reichspräsidenten – seit dem Frühjahr 1925 war dies der Generalfeldmarschall von Hindenburg – durchzuführen, nämlich die, dass Graf Westarp die Führung niederlege und dass Hugenberg an seine Stelle trete. Es war mir gelungen, Hugenberg von der Notwendigkeit dieser Aenderung zu überzeugen, und er hatte sich nach langem Sträuben bereit erklärt, zunächst den Kampf um die Leitung der Deutschnationalen Volkspartei aufzunehmen und dann, wenn diese in seine Hände gelangt war, grosse Politik im Sinne der nationalen Opposition zu betreiben.<sup>104</sup>

Den Gegnern, deren Hugenberg in seiner Partei leider viele hatte, entging es nicht, wohin die Bestrebungen seiner Anhänger gingen. Am wichtigsten und für Hugenberg am gefährlichsten war es, dass einer der Präsidenten des Reichslandbundes, Abgeordneter Martin Schiele, sein ausgesprochener Gegner war. Dieser nationale Politiker war beim ersten Versuch der Deutschnationalen, durch sog. „aktive Mitarbeit“ den öffentlichen Zustand zu bessern, ein paar Monate lang Reichsernährungsminister gewesen. Er hatte sein Amt niederlegen müssen, als die Partei auf das Betreiben des Hugenbergschen Flügels ihre Minister zurückzog; dafür machte er offenbar Hugenberg verantwortlich. Dieser beobachtete die Entwicklung im Reichslandbund genau und kam zu der Ansicht, dass der Bund, der bisher in der Hauptsache deutschnational eingestellt war, sich unter Schieles Einfluss von der Partei lösen und bei der nächsten Reichstagswahl entweder eigene Wahlbewerber aufstellen oder vielleicht sogar eine eig[e]ne Partei gründen werde.<sup>105</sup> Als diese Besorgnisse sich im

---

terversammlung am 20.10.1928 durch Alfred Hugenberg Parteivorsitzender der DNVP.

<sup>104</sup> Siehe Kapitel 8.3. und 8.4.

<sup>105</sup> Nachdem die DNVP aus der Regierung am 15.2.1928 ausgetreten war, errang Martin Schiele als Vorsitzender des RLB (1928–1930) innerhalb der DNVP bei den Anhängern einer weiteren realpolitischen Regierungsbeteiligung, um landwirtschaftliche Interessen, auch mit Blick auf die Osthilfe für verschuldete Landwirtschaftsgüter und für den Ausbau der Infrastruktur in ländlichen Regionen v. a. in den agrarischen Regionen östlich der Elbe, großen Einfluss. Die Agrarkrise von 1926/27 bis 1931 verstärkte die Lobbyarbeit des RLB innerhalb der DNVP für eine politische Einflussnahme auf die deutsche Politik, wenn es um Getreideproduktion und –preise, Steuerfragen und Zollpolitik sowie Rationalisierung der Landwirtschaft und Handelsabkommen mit Russland ging. Schiele war 1927–1928 und, zunächst als überparteilicher Fachminister, 1930–1932 Landwirtschaftsminister. Schiele erarbeitete ein finanzielles Nothilfeprogramm für Landwirtschaftsgüter v. a. im Osten Deutschlands. Auch der DNVP-Fraktionsvorsitzende Kuno Graf Westarp und der stellvertretende Parteivorsitzende Hans Schlange-Schöningen betonten die Notwendigkeit nach einer an den Interessen der Landwirtschaft orientierten Wirtschaftspolitik. Sowohl der RLB wie auch der rechte Flügel der DNVP um Hugenberg kritisierten Schieles Programm jedoch als ungenügend und die Oppositionsgruppe um Hugenberg griff den Landwirtschaftsminister aus der eigenen Partei und somit die Regierungsbeteiligung der DNVP scharf an. Bei den Wahlen am 20.5.1928 konnte die DNVP die landwirtschaftlichen Interessen nicht durch Wahlerfolge umsetzen und Teile der bäuerlichen Wähler liefen zu Interessenparteien wie dem Landbund, der wie in Hessen und Thüringen bereits länger eigene

Frühjahr 1928 bei ihm verdichtet hatten, erklärte er mir, durch Schiele werde der ganze auf ihn – Hugenberg – aufgebaute Plan hinfällig. „Denn“, sagte er, „wenn es gelingt, mich auf dem Parteitag im Herbst dieses Jahres zum Parteivorsitzenden zu machen<sup>106</sup>, dann marschieren Schiele mit seinen Anhängern ab. Dann wäre ich zwar Vorsitzender, aber in einer Partei, die auf ungefähr die Hälfte zusammengeschmolzen ist. Und was bin ich dann, wenn ich mit einem solchen Misserfolg anfangen? Was bin ich dann insbesondere gegenüber dem Reichspräsidenten, der mich nicht beachten wird, wenn ich eine so geschwächte Partei und im Reichstag eine so schwache Fraktion hinter mir habe?“ Ich erklärte es zunächst für ausgeschlossen, dass Schiele eine solche Felonie begehen werde, und meinte, wenn er es selbst wollte, werde er keine Gefolgschaft finden, denn von ihm – Hugenberg – sei doch bekannt, ein wie überzeugter Vertreter der Landwirtschaft er sei. Er blieb aber dabei, dass er Schiele zu allem für fähig halte, und im übrigen gebe es haufenweise Leute, die dem einflussreichen Präsidenten des Reichslandbundes nachlaufen würden.

Da sagte ich: „Wenn Sie diese Gefahr wirklich für ernst halten, müssen Sie wegen des Eindrucks auf den Reichspräsidenten sehen, dass Sie anderswo Bundesgenossen finden, die die Verluste durch den Abfall des Reichslandbundes wettmachen.“ Er erwiderte mir: „Bundesgenossen – wo? Wen?“ Darauf ich: „Wenn der frühere deutschkonservative Schiele Ihnen wirklich die Partei zerschlägt, zwingt er Sie, zu äussersten Mitteln zu greifen. Dann bleibt Ihnen nur übrig, das Bündnis mit Adolf Hitler zu suchen.“

Jetzt fragte Hugenberg, ob dies nach allem, was ich mit Hitler erlebt habe, mein Ernst sei. Ich bejahte dies, und es wurde die Frage besprochen, wie man vorgehen solle. Schliesslich erklärte Hugenberg, die ganze Sache sei so wichtig, dass er sie sich aufs Gründlichste überlegen müsse.

Nach einigen Tagen kamen wir wieder zusammen. Hugenberg berichtete, er habe inzwischen weitere Beweise für die bösen Absichten Schieles erhalten und glaube nun auch, dass er den Versuch mit Hitler machen müsse. Aber wie? Ich erinnerte ihn daran, dass Hitler nach seiner Entlassung von der Festung<sup>107</sup> Bang wiederholt besucht habe und dass beide gemeinsame Freunde in Berlin hätten, durch die eine etwaige Vermittlung besorgt werden könne. Ich

---

Wahllisten aufgestellt hatte, massiv über. Auch in Preußen verlor die DNVP ein Viertel ihrer Stimmen gegenüber der Reichstagswahl vom 7.12.1924. Schiele selbst versuchte durch die Vereinigung des RLB mit anderen Bauernvereinen wie den katholisch-christlichen Bauernvereinen in der Grünen Front die bäuerliche Radikalisierung aufzufangen. Er trat am 22.7.1930 zur CNBLP über. Siehe Gessner: Agrarverbände in der Weimarer Republik, S. 83–181, Merkenich: Grüne Front gegen Weimar, Müller: „Fällt der Bauer, stürzt der Staat“, S. 52–81 und Pomp: Bauern und Großgrundbesitzer, S. 265–280.

<sup>106</sup> Der DNVP-Parteitag fand in Berlin statt auf dessen Parteivertretertagung Alfred Hugenberg am 20.10.1928 mit knapper Stimmenmehrheit zum Parteivorsitzenden gewählt wurde. Tagebucheintrag Reinhold Quatz, 20.10.1928, in BA-Koblenz, N 1247, o. Bl., Hans Hilpert, Lebenserinnerungen (Meinungen und Kämpfe: Meine politischen Erinnerungen, o.D. Manuskript), in BHSTA München, NL Hans Hilpert, Bd. 10, S. 3667 und Dörr: Die Deutsch-nationale Volkspartei, S. 444 und 448.

<sup>107</sup> Festungshaftanstalt Landsberg am Lech.

bezeichnete also Bang als den einzigen, der als Vertrauensmann Hugenbergs an Hitler herantreten könne. Hugenberg wollte sich auch dies überlegen und kam zu dem Entschluss, die ganze Sache mit mir und Bang gemeinsam zu besprechen. Dies geschah, und hierbei war Bang derselben Meinung wie ich: wenn die Gefahr des Abfalls von Schiele bestehe, sei es nötig, ein Bündnis mit Hitler zu suchen.

Wir beide sagten dabei auf Grund unserer Erfahrungen, ein solches werde kein reiner Genuss sein, sondern voller Schwierigkeiten, ja Gefahren stecken. Er müsse, wenn Bang wirklich einleitende Schritte tue und auf Hitlers Geneigtheit zu einer gewissen Zusammenarbeit stosse, mit äusserster Vorsicht und Behutsamkeit vorgehen. Dabei bezeichnete ich im Hinblick auf das Erlebnis am Pfingstsonntag 1923 Hitler als „homo afidelis“<sup>108</sup> – als einen Menschen, der seinem Wesen gar nicht treu sein könne. Trotzdem wiederholte ich meinen Vorschlag, und schliesslich erklärte Hugenberg, dem es offenbar unheimlich zu Mute war, sich einverstanden damit, dass Bang durch die befreundete Berliner Familie bei Hitler anfragen solle, ob dessen Besuch in nächster Zeit genehm sei. Die bald eintreffende Antwort lautete zusagend; die Zusammenkunft sollte auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden stattfinden<sup>109</sup>, wo Hitler damals schon einen Besitz hatte.<sup>110</sup>

Die dort abgehaltene Besprechung hatte das Ergebnis, dass Hitler sich zu einer Zusammenkunft mit Hugenberg bereit erklärte, die entweder in Mün-

<sup>108</sup> Richtig: homo infidelis: Ein untreuer Mensch.

<sup>109</sup> Claß berichtete 1932, dass die Verbindungen zwischen DNVP und NSDAP für eine Zusammenarbeit im Reichsausschuss vor allem vom ADV angeregt wurden: „Deshalb hatte es Dr. Bang übernommen, die ersten Beziehungen anzuknüpfen, was auch gelang.“ Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 9.9.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 171, Bl. 9. Das erste Treffen zwischen Hitler und Hugenberg fand vermutlich bereits in der zweiten Januarwoche 1929 statt. Siehe zu den im Januar 1929 kursierenden Gerüchten Tagebucheintrag Reinhold Quaatz, 31.1.1929, in Weiß/Hoser: Die Deutschnationalen, S. 62 sowie der Artikel „Hitler schließt sich Hugenberg an“ aus der Roten Fahne vom 19.1.1929 und handschriftliche Bemerkungen durch das Reichsministerium des Innern vom 19.1.1929, in BA-Berlin, R 1501, 125795a, Bl. 36. Siehe auch Alfred Hugenberg an Werner Otto von Hentig, 18.5.1948, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 172, Bl. 361–365 sowie Schellhorn: „Mit dem Zentrum niemals!“. Andere Interpretationen deuten auf den 27.5.1929 als Datum des Treffens. Siehe Heiden: Adolf Hitler, S. 270, Friedenthal: Volksbegehren, S. 45, Leopold: Hugenberg, S. 58 und Terhalle: Deutschnational in Weimar, S. 210–211. Zuvor wollte sich Hugenberg bereits im Februar 1923 mit Hitler treffen. Diese Zusammenkunft wurde vermutlich durch Hugenbergs Leibarzt in Kreuth, Sanitätsrat Dr. Wilhelm May, vermittelt, der 1912 die Leitung von Wildbad Kreuth mit dem Kurbetrieb übernommen und die Krankenanstalt Kreuth b. Tegernsee als Privatsanatorium gegründet hatte. Das Treffen fand letztlich 1923 nicht statt, da Hitler auf das Gesuch nicht einging und sich auch der Landesverbandsvorsitzende der DNVP für Bayern-Süd, Geheimrat Professor Walter Otto, aufgrund seiner politischen Sympathien für eine Einheitsfront mit der SPD „scharf dagegen aussprach“. Otto, seit 1918 Professor für Alte Geschichte an der Universität München, war 1917 Mitbegründer der DVLP, gehörte 1919–1930 der Bayerischen Mittelpartei an und ging dann zur VKV. Zitat in Aufzeichnungen Leo Wegener, o. D. [ca. 1933], in BA-Koblenz, N 1003, Bd. 73, Bl. 12 sowie auch Holzbach: Das „System Hugenberg“, S. 152. Claß bemühte sich im Sommer 1929 auch um Hitlers Teilnahme am Reichsausschuss. Siehe Claß an Julius F. Lehmann 16.8.1929, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 261, Bl. 142–143.

<sup>110</sup> Adolf Hitler mietete ab 1928 das Haus Wachenfeld in Obersalzberg/Berchtesgaden.

chen oder auf dem Besitze von Dr. Leo Wegener, der aus der Posener Zeit her mit Hugenberg eng befreundet, in Kreuth vor sich gehen sollte. Hugenberg war meist mehrere Male im Jahr dort Wegeners Gast.<sup>111</sup>

Es geschah wie verabredet, und von der ersten Aussprache kam Hugenberg mit dem Ergebnis zurück, dass eine dauernde Fühlungnahme vorgesehen ward; sein Eindruck von Hitler war damals durchaus günstig, und er nahm an, dass eine gewisse Zusammenarbeit wohl möglich sei.

Dies war der Ausgangspunkt für die persönlichen Beziehungen zwischen Hugenberg und Hitler, zwischen der [D]eutschnationalen Volkspartei und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Sie waren ausserordentlichen Schwankungen unterworfen, über die [ich]<sup>112</sup> jeweils unterrichtet wurde, die zu berichten aber nicht meine Sache ist, da ich sie nicht selbst erlebt habe. [Ich] werde hier nur niederlegen<sup>113</sup>, woran ich selbst beteiligt war. Immerhin will ich sagen, dass Hugenberg manchmal von Hitlers Einsicht und Verhalten so eingenommen war, dass er meinte, ich beurteile ihn falsch. Ueberwiegend waren aber die Krisen im Verhältnis beider Männer und Gruppen, und ich bekam mehr als einmal zu hören, was ich mit Hitler erlebt habe, sei nichts im Vergleich zu dem, was Hugenberg erlebte. Mein Gesamteindruck, der sich fast immer auf die Berichte gründete, die mir unter der frischen Wirkung des Vorgefallenen gemacht wurden, ging dahin, dass die Beziehungen zwischen Beiden für Hugenberg ein Martyrium waren.<sup>114</sup>

Miterlebt habe ich die Zeit des Kampfes, den der Reichsausschuss für das Volksbegehren gegen den Youngplan in der zweiten Hälfte des Jahres 1929 führte; zu ihm hatten sich die beiden Parteien – Nationalsozialisten und Deutschnationale – in Gemeinschaft mit dem Stahlhelm, dem Reichslandbund und den nationalen Verbänden zusammengetan. Unter den letzteren spielte der Alldeutsche Verband hinter den Kulissen eine wichtige Rolle. Der Vorsitz der ganzen Bewegung ward Hugenberg überlassen.

Weil es bezeichnend für die Lage ist, in der sich Hitler und seine Partei damals befanden, sei ein Vorgang mitgeteilt, der sich am Tage der Gründung des Reichsausschusses, am 9. Juli 1929, mittags gegen 1 Uhr auf der Deutschen Zeitung<sup>115</sup> abspielte. Ich war im Begriff wegzugehen, als mir mein Freund, Verleger J. F. Lehmann, aus München gemeldet wurde. Er kam strahlend zu mir herein ins Zimmer und begann damit, dies sei einer der schönsten Tage seines Lebens, da er zur Sitzung des Reichsausschusses hergekommen und den so lange vergeblich ersehnten Zusammenschluss aller nationalen Kräfte mitmachen könne. Als er sich gesetzt hatte, meinte er triumphierend: „Was sagen Sie

---

<sup>111</sup> Das genaue Datum der Zusammenkunft bleibt unklar. Michael Schellhorn vermutet, dass das erste Treffen zwischen Alfred Hugenberg und Adolf Hitler am 17. oder 18.1.1929 stattgefunden hat. Dazu demnächst Schellhorn: Alfred Hugenberg.

<sup>112</sup> Einschub im Originalmanuskript.

<sup>113</sup> Im Originalmanuskript unklarer Satzanfang: „Hier werde hier nur niederlegen, [...]“

<sup>114</sup> Siehe auch Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 9.9.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 171, Bl. 8–10.

<sup>115</sup> Die Redaktion der Deutschen Zeitung befand sich in der Hedemannstraße 30 in Berlin.

dazu, ich bringe Hitler mit. Ich habe ihn dazu gebracht, dass er selbst hierherkommt und das Wort ergreift. Jetzt ist er bei Hugenberg, um die Verabredungen zu treffen.“<sup>116</sup>

(6./7.11.1936)<sup>117</sup>

Ich beglückwünschte Lehmann hierzu und sagte, wenn Hugenberg das Erscheinen Hitlers bei der begründeten Versammlung gewünscht habe, sei es wirklich ein Verdienst von Lehmann, wenn er dazu verholfen hätte. Nun wurde er noch stolzer und erzählte, gestern sei Hitler bei ihm gewesen und habe ihm Hugenbergs Brief<sup>118</sup> gezeigt, dabei aber bemerkt, viele seiner Freunde seien dagegen, dass er nach Berlin fahre – in der Hauptsache, weil Hugenberg den Vorsitz führe und er – Hitler – nur bei Veranstaltungen auftreten dürfe, wo er als Führer auftrete.<sup>119</sup> Dieser Gesichtspunkt spiele für ihn in diesem Fall keine Rolle, da Hugenberg und seine Leute die ganzen vorbereitenden Arbeiten geleistet hätten. Er habe sich die Sache mit dem Kampf gegen den Youngplan genau überlegt und habe erkannt, er müsse mit seiner Partei dabei mitmachen.<sup>120</sup> Für ihn läge, nachdem er hierzu entschlossen sei, die Schwierigkeit darin, dass er kein Geld habe, um die Reise nach Berlin zu bezahlen. Hier habe nun er – Lehmann – sich sofort bereit erklärt, ihm die Mittel zur Verfügung zu stellen und Hitler dreihundert Mark gegeben, nachdem er diesen Betrag genannt hatte.

Damals also – im Juli 1929 – stand Hitler und doch wohl auch die Partei so, dass nicht das Geld vorhanden war, um dem Füh[r]er eine offenbar als nötig erkannte Reise in die Reichshauptstadt zu ermöglichen!<sup>121</sup>

<sup>116</sup> Siehe auch Tagebucheintrag Reinhold Quaatz, 9.7.1929, in Weiß/Hoser: Die Deutschnationalen, S. 74: „Die große Kundgebung der Nationalen Opposition im Herrenhaus: Seldte, Hugenberg, Hitler, Wendhausen, Schiele, Thyssen. Ein großer Erfolg Hugenbergs nach schweren Mühen.“ Julius F. Lehmann hatte frühe Kontakte zu Adolf Hitler in München und förderte ihn. Lehmann trat selbst erst 1931 der NSDAP bei, nachdem er als Mitglied der DNVP (seit 1919) den Hugenberg-Kurs nicht mehr mittragen wollte und die NSDAP-Parteileitung Doppelmitgliedschaften auch im ADV seit 1930 immer wieder verbot. Lehmann blieb von 1892 bis 1935 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV.

<sup>117</sup> Das angeführte Datum ist auf der Mikrofilmkopie abgeschnitten. Der Tag des 6. oder 7. November 1936 ergibt sich aus der chronologischen Folge der leserlichen Daten.

<sup>118</sup> Der genannte Brief bleibt unklar.

<sup>119</sup> Claß riet zu einem Gespräch zwischen Alfred Hugenberg und Adolf Hitler, das durch die Vermittlung von Paul Bang am 27.5.1929 stattfand. Hugenberg machte früh deutlich, dass er die Führung im Reichsausschuss beanspruchte. Siehe auch Friedenthal: Volksbegehren, S. 44–52, Leopold: Alfred Hugenberg, S. 55–67 und Terhalle: Deutschnational, S. 207–217.

<sup>120</sup> Joseph Goebbels notierte bereits am 5.6.1929: „Nächste Woche Chef – Hugenberg. Wir tun [sic] beim deutschnationalen Volksbegehren gegen Versailles und Young mit. Aber wir werden uns an die Spitze drängen und der D.N.V.P. die Maske vom Gesicht reißen. Wir sind stark genug, um bei jedem Bündnis zu gewinnen.“ Fröhlich: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 395.

<sup>121</sup> Zwischen der Wiedergründung der NSDAP 1925 und 1929/30 finanzierte sich die Partei weitgehend aus eigenen Beitragsmitteln und Eintrittsgeldern. Bis Ende des Jahres 1929 konsolidierte Hitler die zentralisierte Führungsstruktur der NSDAP und die Partei beendet die hohe Mitgliederfluktuation und gewann zunehmend neue Mitglieder (vergebene



Nachdem Lehmann mir diese Dinge erzählt hatte, fügte er hinzu, er habe in letzter Zeit wiederholt Gelegenheit gehabt, sich mit Hitler zu unterhalten. Er sei ganz durchdrungen von der Ueberzeugung, dass er und er allein Deutschland retten werde. Deshalb habe er beschlossen, seinen Verlag ganz in den Dienst der nationalsozialistischen Bewegung zu stellen. „Freilich“, fügte er hinzu, nachdem er in dieser Weise zu erkennen gegeben hatte, wie hoch er Hitler einschätze<sup>122</sup> –, „freilich müssen wir uns aber darüber klar sein, dass Hitler ein gemeingefährlicher Narr ist. Denken Sie immer daran.“ Ich antwortete nur: „Das sagen Sie“, worauf er nur mit [der] Achsel zuckte. Bei diesen wenigen Worten seiner Zusatzklärung war der vorher triumphierende Mann tieferrnst geworden und hatte gewissermassen drohend den Zeigefinger seiner rechten Hand erhoben. Dieser Gegensatz wirkte auf mich so, dass ich lachen musste und ausrief: „Lieber Lehmann, Sie sind und bleiben doch ein Kindskopf. Sie bringen es fertig, in einem Atem einen als einzigen Retter des Vaterlandes und als gemeingefährlichen Mann zu bezeichnen.“<sup>123</sup> Die einzige Antwort war – wieder mit erhobenem Zeigefinger –: „Denken Sie an mich!“

---

Mitgliedsnummern jeweils Jahresende – 1926: 49.500; 1927: 72.600, 1928: 108.700, 1929: 176.400, 1930: 389.000, 1931: 806.300 und 1932 1.415.000). Zahlen in Kurt Bauer: Nationalsozialismus, Wien/Köln/Weimar 2008, S. 134. Hitler suchte verstärkt seit dem Frühjahr 1926 die Verbindung zur Industrie und zum Bürgertum. Am 28.2.1926 sprach er vor dem Nationalklub in Hamburg, am 18.6.1926 trat er in Essen vor 60 Repräsentanten der Wirtschaft auf. Diese Auftritte wurden 1926 und 1927 intensiviert als in einzelnen Ländern das Redeverbot Hitlers fiel wie im Mai in Oldenburg, im Januar 1927 in Sachsen, im März 1927 in Bayern und Hamburg. Siehe dazu auch Longerich: Hitler, S. 180–181. Finanzielle Förderung kam auch ab 1927 von Großindustriellen wie dem Alldeutschen Emil Kirdorf, während Fritz Thyssen schon zuvor Gelder für paramilitärische Verbände in Bayern (Deutscher Kampfbund) zur Verfügung stellte, von dem auch die NSDAP profitierte, und ab 1930 die Unterstützung an die NSDAP ausbaute. Zwischen 1930 und 1933 erhielt die NSDAP vor allem mit dem Aufstieg seit den Reichstagswahlen am 14.9.1930 größere Summen von industriellen Geldgebern, jedoch blieb auch dann die Eigenfinanzierung der Partei entscheidend für deren Infrastruktur, Mitgliedermobilisierung und Wahlpropaganda. Zur Finanzierung siehe auch Rösch: Die Münchener NSDAP 1925–1933 sowie zur Unterstützung der Großindustrie Turner: German Big Business and the Rise of Hitler. Siehe zur Finanzierung der NSDAP durch die deutsche Großindustrie sowie zu ausländischen Spenden auch Scheck: Swiss Funding for the Early Nazi Movement. Das Gesamtbudget für 1929 umfasste 392.000 Reichsmark und Ausgaben bis Mai 1930 u. a. 88.000 Reichsmark für Funktionsgehälter und 87.000 Reichsmark für Propaganda. Siehe Orlow: The Nazi Party, S. 121.

<sup>122</sup> Melanie Lehmann schrieb in ihr Tagebuch, dass sich ihr Mann bei der Mitwirkung am Reichsausschuss „viel Unruhe, aber auch freudiger Art“ ausgesetzt habe, denn Persönlichkeiten, die sich früher immer gegenseitig bekämpften, fänden „sich nun der großen Sache willen“ zusammen und dies sei ja schon „ein großer Fortschritt“. Tagebuch Melanie Lehmann 14.7.1929, in NL J. F. Lehmann, in BHSTA München, Bd. 6, Nr. 45.

<sup>123</sup> Trotz größter Wertschätzung für Adolf Hitler als charismatischer Führer der NSDAP behielt sich Julius F. Lehmann unmittelbar nach dem Hitler-Putsch am 9.11.1923 einen offenen Blick, wonach er Hitler auch als unberechenbar, kurzsichtig und starrsinnig einschätzte. Siehe J. F. Lehmann an Erich Ludendorff 19.12.1923, in BHSTA München, NL Lehmann, Bd. 3, Nr. 23. Lehmann wurde dann mit dem Wiederaufbau der NSDAP erneut zu einem großen Bewunderer Hitlers. Er vermittelte auch bei der Aussprache zwischen Alfred Hugenberg und Hitler während der gemeinsamen Arbeit im Reichsausschuss. Siehe J. F. Lehmann an Melanie Lehmann 9.12.1929, in ebd., Bd. 3, Nr. 24. 1931 trat Lehmann

In der Versammlung am Nachmittag, die von General Otto von Below eröffnet und von Hugenberg geleitet wurde, ergriff Hitler, nicht stürmisch aber sehr lebhaft begrüsst, das Wort, um seine Teilnahme und diejenige seiner Partei am Reichsausschuss für das Volksbegehren kund zu tun. Man kann sich denken, dass diese Erklärung mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde.

Ich hörte bei dieser Gelegenheit Hitler zum ersten Mal öffentlich reden. Ich war von ihm enttäuscht, sowohl in Bezug auf den Inhalt wie in Bezug auf die Form seiner Darlegungen. Als Volksredner standen der Deutschböhme Karl Hermann Wolf, der einstige Schönerianer sowie der reichsdeutsche Antisemitenführer Dr. Otto Böckel<sup>124</sup> weit über ihm. Das Geheimnis der ungeheuren Wirkung Hitlers erklärte sich nach seiner Ueberzeugung letzten Endes daraus, dass er der lebendige Ausdruck der Stimmung eines zur Verzweiflung getriebenen Volkes geworden war.

In jener Versammlung wurde Adolf Hitler in das Präsidium des Reichsausschusses gewählt; neben ihm als zweiter Vertreter der N.S.D.A.P. der Abgeordnete Gregor Strasser.<sup>125</sup>

Hitlers Mitarbeit an der Arbeit beschränkte sich im Präsidium darauf, dass er mehrere Sitzungen mitmachte. Er erschien dabei immer in Begleitung von Rudolf Hess<sup>126</sup>, und die beiden setzten sich nie an den gemeinsamen Beratungstisch, sondern immer abseits – wie ich mir dachte, um die „Distanz“ an-

---

auch von der DNVP zur NSDAP über und war für eine unbedingte Zusammenarbeit des ADV mit der NSDAP. Auch als Claf nach den taktischen Wendungen Hitlers im Zuge der Tagung in Bad Harzburg am 11.10.1931, der Reichspräsidentenwahl 1932, den Reichstagswählerfolgen der NSDAP am 31.7.1932 und der abgelehnten Regierungsbeteiligung der NSDAP nach einem Gespräch mit Paul von Hindenburg am 13.8.1932 mit dem NSDAP-Parteiführer letztlich brechen wollte, da Hitler den alleinigen Machtanspruch für sich reklamierte, das Verhältnis zur DNVP Alfred Hugenbergs in Frage stellte und letztlich auch mit dem Zentrum für eine Kabinettsbildung verhandelte. Siehe Julius F. Lehmann auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 9.9.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 171, Bl. 13–14 und Vorrede Claf, in ebd., Bl. 8–13.

<sup>124</sup> Otto Böckel (1859–1923), Studium der Rechtswissenschaft, Nationalökonomie und Sprachen, 1882–1887 Universitätsbibliothekar in Marburg und Verfasser von agrarromantischen, antisemitischen und das kleinbäuerliche Leben stilisierenden Schriften, Wahlparole „gegen Junker und Juden“, galt als „hessischer Bauernkönig“, 1887–1903 Mitglied des Reichstages, 1890 Gründung des Mitteldeutschen Bauernvereins und der Antisemitischen Volkspartei (ab 1893 Deutsche Reformpartei), nach 1903 Niedergang von Böckels antisemitischer Bewegung, Stilisierung durch die Nationalsozialisten als Vordenker des Nationalsozialismus.

<sup>125</sup> Gregor Strasser war seit 1925 NSDAP-Parteileiter in Norddeutschland und Reichsorganisationsleiter. Er war 1924–1928 für die Listenverbindung DVFP/NSFP und 1928–1933 für die NSDAP Mitglied des Reichstags.

<sup>126</sup> Rudolf Hess (1894–1987), Mitglied der Thulegesellschaft, der Artamanen und des Freikorps Franz Ritter von Epp, 1920 Mitglied der DAP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch in München, 1924–1925 Festungshaft, 1925 Privatsekretär Hitlers, 1932 Vorsitzender der Politischen Zentralkommission der NSDAP, 1933 Stellvertreter Hitlers und Reichsminister ohne Geschäftsbereich, SS-Obergruppenführer, 1934 Leiter des Rassenpolitischen Amtes, 1938 Mitglied des Geheimen Kabinettsrats, 1939–1941 Mitglied des Ministerrats für Reichsverteidigung, 1941 Enthebung aus allen Ämtern, 1946 Nürnberger Kriegsverbrecherprozess.

zudeuten. Mir war die Aufgabe zugefallen, den Gesetzentwurf für die Volksabstimmung auszuarbeiten, wobei mir Professor Dr. Smend, damals Staatsrechtslehrer an der Universität Berlin, mit Rat und Tat behilflich war.<sup>127</sup>

Der Entwurf wurde – zweifellos böswillig – von Schiele, der als Präsident des Reichslandbundes dem Präsidium auch angehörte, als unmöglich angegriffen, indem er ihn als denkbar schwerste Beleidigung des Reichspräsidenten von Hindenburg hinstellte. Hugenberg überliess mir die Verteidigung des Entwurfs, die ich mit gewollter Schärfe besorgte. Hitler ergriff auch das Wort und erklärte sich mit allem, was ich ausgeführt hatte, vollständig einverstanden.

So geschah es auch in ein paar anderen Fällen, sodass Hitler und ich die schärfsten Flügel im Präsidium bildeten und immer einer Meinung waren.

Ich wiederhole auch hier: ich berichte das, was ich selbst erlebt habe. Es ist also nicht meine Aufgabe, darüber zu schreiben, mit welcher ungeheure[n] Tatkraft Hitler und seine Partei den Kampf um das Volksbegehren führten. Ich erinnere mich des Eindrucks, den es auf die Mitglieder des Präsidiums machte, als in dessen erster Sitzung im Anschluss an die begründete Tagung vom 9. Juli 1929 Gregor Strasser in seiner Eigenschaft als oberster Leiter der Partei-Propaganda mitteilte, dass er vor seiner Abreise die Anordnung unterschrieben habe, dass 80'000 – achtzigtausend – Versammlungen abgehalten werden müssten; er fügte sofort an, dass seine Partei beschlossen habe, ihre Versammlungen allein zu veranstalten, also keine gemeinsamem Kundgebungen mit der Deutschnationalen Volkspartei oder den nationalen Verbänden mitzumachen. Damit war von vorn herein in eindeutigster Weise gesagt, dass auch bei dieser Gelegenheit „Distanz“ gewahrt werden solle. Ich glaube, dass es eine wohl ins Auge gefasste Folge dieser Art des „Getrennt Marschierens und getrennt Schlagens“ ist, dass den Hauptvorteil des Kampfes um das Volksbegehren und um den Volksentscheid, welcher letzterem ja der Erfolg versagt blieb, politisch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei für sich einbrachte. Sie hatte ihn durch den leidenschaftlichen Eifer, durch den Fanatismus – von dem Hitler und Gregor Strasser immer sprachen –, mit dem sie diesen Kampf führten, wohl verdient.

Mit der letzten Sitzung des Präsidiums des Reichsausschusses hörten meine Beziehungen zu Hitler wieder auf. Sie kamen auch dort zu keiner anderen Auswirkung, als dass er, der fast regelmässig als letzter erschien und sich als erster entfernte, mir beim Kommen und Gehen die Hand gab. Zu einem persönlichen Wort ist es dabei niemals gekommen.

---

<sup>127</sup> Siehe dazu auch Kapitel 8.4. Rudolf Smend lehrte seit 1922 an der Berliner Universität und gab im Wintersemester 1928/29 Lehrveranstaltungen zu 1.) Allgemeines Staatsrecht und Staatsrechtslehre, 2.) Deutsches Verwaltungsrecht, mit besonderer Berücksichtigung des preußischen Rechts, 3.) Übungen im Staats- und Verwaltungsrecht sowie im Sommersemester 1929 zu 1.) Deutsches Reichs- und Landesstaatsrecht, mit besonderer Berücksichtigung des preußischen Rechts und 2. Übungen zur neueren Staatstheorie. Siehe Vorlesungsverzeichnis Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin Wintersemester 1928/29 und Sommersemester 1929 sowie Findbuch NL Rudolf Smend, Niedersächsische SUB Göttingen, Göttingen 2009, S. 314–315.

Die Verbindung zwischen Hugenberg und Hitler bestand in der Zeit nach Beendigung der Arbeit des Reichsausschusses fort. Ich war über das Auf und Ab, das sie erlebte, wohl unterrichtet, enthalte mich aber, wie ich ja grundsätzlich gesagt habe, die Äußerung über das, was mir mitgeteilt wurde.

Am 18. Mai 1930 hielten wir eine Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes in Potsdam ab.<sup>128</sup> In der Erörterung sprach eines der Mitglieder dieser leitenden Körperschaft des Alldeutschen Verbandes, Landgerichtsdirektor R...<sup>129</sup> aus Essen an der R[u]hr, den Wunsch aus, die Beziehungen zwischen uns und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei enger zu gestalten; dort wollte man doch dasselbe wie wir, und eine Zusammenarbeit sei da doch das Gegebene. Ich erwiderte, ohne auf Einzelheiten einzugehen, eine solche sei seiner Zeit verabredet gewesen, aber der Führer der Partei habe zu erkennen gegeben, dass er eine solche nicht beabsichtige. Hier erklärte nun Landgerichtsdirektor R..., das sei ihm ganz unverständlich. Hitler wisse, dass er – R... – Alldeutscher sei, und trotzdem komme er fast immer mit ihm zusammen, sooft er Essen besuche. Aus vielen Unterhaltungen wisse er, wie hoch Hitler die Arbeit des Alldeutschen Verbandes, meine Deutsche Geschichte<sup>130</sup> und das Kaiserbuch einschätze; er verfolge die Deutsche Zeitung und die Alldeutschen Blätter genau. Er könne sagen, das Gedankengut, mit dem er – Hitler – und seine Partei arbeiteten, stamme in der Hauptsache vom Alldeutschen Verband. Als R... ihm bei einem solchen Gespräch sagte: „Wenn Sie das einmal öffentlich erklären, dann wird der Alldeutsche Verband geschlossen für Sie und Ihre Politik eintreten und Sie gewinnen viele sehr wertvolle Mitarbeiter“, antwortete Hitler nach R...s Bericht in unserem Ausschuss: „Das kann ich nicht. Ein Führer darf niemals zugeben, dass er von Anderen hat, was er vertritt.“

Man wird nach dieser Äußerung verstehen, weshalb in Hitlers Buch „Mein Kampf“<sup>131</sup> das Wort alldeutsch, soweit es auf politische Vorgänge im Reich zu beziehen wäre, nicht ein einziges Mal vorkommt.<sup>132</sup> Lediglich die all-

<sup>128</sup> Die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV fand am 17.5.1930 in Potsdam statt.

<sup>129</sup> Gemeint ist vermutlich Landgerichtsdirektor Dr. Hermann Rieck aus Essen – Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses und der Ortsgruppe Essen des ADV. Rieck war auf dieser Sitzung nicht anwesend, meldete sich aber laut Protokoll im Vorfeld schriftlich zu Wort. Die von Claß erwähnte Passage ist im Protokoll nicht überliefert, dafür aber der Hinweis: „Justizrat Claß erwähnte dann ein Schreiben des am Erscheinen verhinderten Dr. Rieck, in dem die Loslösung von der D.N.V.P. und entscheidende Maßnahmen in der Freimaurerfrage für nötig erklärt wurde. [...]“ Siehe Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 17.5.1930, in BA-Berlin, Bd. 162, Bl. 20–21. Rieck stammte aus Mecklenburg. Er war zuletzt vom 1.11.1933 bis zu seinem Tod am 7.10.1936 Leiter der Krefelder Staatsanwalt und Mitglied der NSDAP.

<sup>130</sup> Heinrich Claß (Pseudonym Einhart): Deutsche Geschichte.

<sup>131</sup> Hitler: Mein Kampf. Der erste Band („Eine Abrechnung“) erschien im Juli 1925 und der zweite Band („Die nationalsozialistische Bewegung“) wurde im Dezember 1926 veröffentlicht.

<sup>132</sup> Adolf Hitler bezog sich in der Tat nicht auf den ADV und erwähnte auch Claß kein einziges Mal in „Mein Kampf“. Indirekt kritisiert er jedoch die Alldeutschen als Teil der „nationa-

deutsche Bewegung unter Schönerer in Oesterreich wird erwähnt – der Alldeutsche Verband im Reich wird ebenso wenig genannt, wie einer seiner führenden Männer oder gar Werke aus ihrer Hand.<sup>133</sup>

(8.11.1936)

Trotz der mancherlei Schwierigkeiten, die zwischen den beiden parlamentarischen Parteien der nationalen Opposition immer wieder vorkamen, hielt Hugenberg an dem Gedanken fest, die Verbindung aufrecht zu erhalten. Da im

---

len Intelligenz“, die, im Gegensatz zur „Masse“, zur letzten Spaltung des „Volkes“ beigetragen habe: „Die eine, weitaus kleinere, umfaßt die Schichten der nationalen Intelligenz unter Ausschluß aller körperlich Tüchtigen. Sie ist äußerlich national, vermag sich aber unter diesem Worte etwas anderes als eine sehr fade und schwächliche Vertretung sogenannter staatlicher Interessen, die wieder identisch erscheinen mit dynastischen, nicht vorzustellen. Sie versucht, ihre Gedanken und Ziele mit geistigen Waffen zu verfechten, die ebenso lückenhaft wie oberflächlich sind, die Brutalität des Gegners gegenüber aber an sich schon versagen. Mit einem einzigen furchtbaren Hieb wird diese kurz vorher noch regierende Klasse zu Boden gestreckt und erträgt nun in zitternder Feigheit jede Demütigung von seiten des rücksichtslosen Siegers.“ Hitler, *Mein Kampf*. Eine kritische Edition, Bd. I, S. 351. Siehe auch zur Charakteristik der „bürgerlich-nationalen Gebilde“ ebd., Bd. I, S. 219. Hitler kritisierte die Kriegszielbewegung 1914–1918 zwar wegen ihrer ungenügenden politischen Wirkung, deren Träger auch der ADV war, sprach ihr jedoch „das erhabenste und gewaltigste“ Ziel zu. Ebd., Bd. I, S. 186. Hitler verweist ausdrücklich auf die alldeutsche Bewegung Georg Ritter von Schönerers: „Es ist das Verdienst der alldeutschen Bewegung Deutschösterreichs der neunziger Jahre gewesen, in klarer und eindeutiger Weise festgestellt zu haben, daß eine Staatsautorität nur dann das Recht hat, Achtung und Schutz zu verlangen, wenn sie den Belangen eines Volkstums entspricht, mindestens ihm nicht Schaden zufügt.“ Ebd., Bd. I, S. 98. Jedoch sei die alldeutsche Bewegung Schönerers bei Hitlers Ankunft in Wien 1908 aber bereits im Niedergang begriffen gewesen. Siehe ebd., Bd. I, S. 100. Die Alldeutschen hätten drei wesentliche Fehler begangen, so Hitler weiter, zunächst „die mangelnde Kenntnis der inneren Triebkräfte großer Umwälzungen“ mit der einhergehenden „ungenügenden Einschätzung der Bedeutung der breiten Massen des Volkes“. Ebd., Bd. I, S. 112. Ein geringes Verständnis für soziale Probleme hänge mit dieser Sicht zusammen. Desweiteren habe die alldeutsche Bewegung den Kampf gegen die katholische Kirche („Los-von-Rom“) zwar mit dem richtigen Ziel geführt, aber nicht verstanden, dass politische Parteien mit religiösen Problemen nichts zu tun haben sollten, „solange sie nicht als volksfremd die Sitte und Moral der eigenen Rasse untergraben.“ „Würde ihren Führern bekannt gewesen sein, daß man, um überhaupt Erfolge erringen zu können, schon aus rein seelischen Erwägungen heraus der Masse niemals zwei und mehr Gegner zeigen darf, da dies sonst zu einer vollständigen Zersplitterung der Kampfkraft führt, so wäre schon aus diesem Grunde die Stoßrichtung der alldeutschen Bewegung nur auf einen Gegner allein eingestellt worden. Es ist nichts gefährlicher für eine politische Partei, als wenn sie sich in ihren Entschlüssen von jenen Hansdampfesellen in allen Gassen leiten läßt, die alles wollen, ohne auch nur das Geringste je wirklich erreichen zu können.“ Ebd., Bd. I, S. 112–124. Zitate S. 121 und 122. Hitler nannte hingegen den DvSTB zwar als „verfehlt [...] in seiner organisatorischen Anlage“, aber hielt ihn für zentral bei der frühen Organisation des Antisemitismus in der Weimarer Republik. Ebd., Bd. II, S. 209.

<sup>133</sup> Claß allgemeine erste Einschätzung zu dem 1925 erschienenen ersten Band von Adolf Hitlers „*Mein Kampf*“ fasste Otto von Roeder als Schriftwart der Hauptleitung des ADV in der Beantwortung eines Briefes 1926 knapp mit den Worten zusammen: „Es ist nach seiner Ansicht manches in dem Hitler-Buch sehr richtig, vieles aber auch ganz unhaltbar.“ So Otto von Roeder an Pastor a. D. von Guckow (Berlin), 30.3.1926, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 211, Bl. 197.

Spätfrühjahr 1931 hatte er den Plan[,] angesichts der Haltung des Kabinetts Brüning, eine gemeinsame Kundgebung aller zur nationalen Opposition gehörige[n] Kreise zu veranstalten, also der beiden Parteien, des Reichslandbundes, des Stahlhelm, der Vereinigten Vaterländischen Verbände, des Alldeutschen Verbandes u.s.w., in der gemeinsame Forderungen aufgestellt werden sollten, um sie dem Reichspräsidenten zu unterbreiten. Ich stimmte diesem Plan lebhaft zu. Hugenberg sagte mir noch, er habe die Sache mit Frick besprochen, der für sich durchaus einverstanden gewesen sei. Trotzdem hörte ich längere Zeit nichts mehr davon, bis im Herbst der Plan feste Gestalt annahm. Mitte September etwa teilte mir Hugenberg mit, dass Hitler bereit sei, mitzumachen; als Ort der Kundgebung sei Harzburg ausersehen, wo man den Kursaal dafür zur Verfügung habe.<sup>134</sup> Das Unternehmen sei nicht als Massenversammlung gedacht, sondern als eine solche von Vertretern der beteiligten Parteien und Verbände, deren Zahl im Verhältnis zu ihrer Stärke festgestellt werden solle. Hitler habe zugestimmt, dass er – Hugenberg – die Leitung des Ganzen habe; zur Vorbereitung aller Einzelheiten sei ein Ausschuss bestellt, der aus Frick für die N.S.D.A.P., Schmidt-Hannover<sup>135</sup>, dem politischen Beauftragten der Deutschnationalen Volkspartei<sup>136</sup> für diese, und Major Duesterberg<sup>137</sup> für den Stahlhelm<sup>138</sup> bestehe. Als Redner seien in Aussicht genommen:

<sup>134</sup> Alfred Hugenberg erklärte auf der Tagung, man habe der preußischen Polizei die ‚Überlegung über eine Verbotsmöglichkeit‘ ersparen wollen, deshalb sei man nach Bad Harzburg ausgewichen. Der Abend. Spätausgabe des Vorwärts (Berlin) 12.10.1931. Der deutschnationale Ministerpräsident Werner Küchenthal, der einer ‚bürgerlichen Einheitsliste‘ aus DNVP, DVP, Zentrum und Wirtschaftspartei vorstand und auf Druck der Nationalsozialisten im September Dietrich Klagges als Volksbildungsminister eingesetzt hatte, eröffnete die Kundgebung ‚im Namen der Braunschweigischen Regierung‘, die eine ‚Gewähr für die Sicherheit dieser Versammlung in dem national regierten Braunschweig‘ übernehmen wollte. Unsere Partei 17.10.1931.

<sup>135</sup> Otto Schmidt(-Hannover) (1888–1971), 1914–1918 Hauptmann im Generalstab Ober Ost (Oberbefehlshaber Ost), 1919 Ausscheiden aus dem Heer, Mitglied Bund der Aufrechten und des Stahlhelm, 1924–1933 Mitglied des Reichstages für die DNVP, politischer Beauftragter der DNVP, 1933 letzter Fraktionsvorsitzender der DNVP im Reichstag, nach 1933 Mitarbeiter im Scherl-Verlag und der Ufa.

<sup>136</sup> Otto Schmidt(-Hannover) wurde 1924 für die DNVP in den Reichstag gewählt, gehörte als einer der jüngsten Fraktionsmitglieder ab Sommer 1928 nach der gouvernementalen Unterstützung der DNVP-Regierungsbeteiligung 1925 und 1927–1928 dann zu den Unterstützern Alfred Hugenbergs innerhalb der Partei und wurde 1933 auch letzter Fraktionsvorsitzender der DNVP. Er trat im September 1924 aus dem ADV aus, wegen Zeitmangel, wie er angab, jedoch teilte er zu der Zeit den Oppositionskurs von Claß nicht vollständig. Terhalle: Deutschnational in Weimar, S. 116–117.

<sup>137</sup> Theodor Duesterberg (1875–1950), 1919 Austritt aus der Armee, 1919–1923 Mitglied der DNVP, 1923 Eintritt in den Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten und Führer des Verbandes Mittelddeutschland, 1924 zusammen mit Franz Seldte Bundesführer des Stahlhelms, 1929 Mitinitiator der Anti-Youngplan-Kampagne, 1931 Mitorganisator für den Stahlhelm des Aufmarsches der Rechten in Bad Harzburg, 1932 Kandidat bei den Reichspräsidentenwahlen (1. Wahlgang), 1934 im Zuge des ‚Röhm-Putsches‘ zeitweise Häftling im Konzentrationslager Dachau, 1943 Kontakt zu Carl Friedrich Goerdeler.

<sup>138</sup> Theodor Duesterberg war zweiter Bundesführer des Stahlhelms.

er selbst und Hitler zur allgemeinen Lage, Seldte<sup>139</sup> für die Forderung der Heeresverstärkung, ich für die aussenpolitischen Forderungen und Generalmajor Graf von der Goltz<sup>140</sup> als Vorsitzender der Vereinigten Vaterländischen Verbände. Hitler habe bereits zugesagt zu erscheinen und zu sprechen. Als Tag sei der zwölft[e]<sup>141</sup> Oktober 1931 festgesetzt.

Die Nachricht von der gemeinsamen Tagung wurde – abgesehen von Teilen der N.S.D.A.P. – in der gesamten nationalen Opposition mit Begeisterung aufgenommen; den Unzufriedenen war es nicht recht, dass wieder Hugenberg den Vorsitz führen sollte statt Hitler. Die ausländische Presse verfolgte die Angelegenheit mit der grössten Aufmerksamkeit und es wurde bekannt, dass alle grösseren Blätter Plätze für ihre Berichterstattung erbeten hatten. Daraus ergab sich, dass dies eine Angelegenheit der Weltöffentlichkeit zu werden versprach. Der Reichsregierung, den hinter ihr stehenden Parteien und ihrer Presse wurde offenbar unheimlich zu[m]ute. Selbstverständlich sollte die ganze deutsche Presse ohne Unterschied der Parteien in Harzburg vertreten sein.

Hie und da hörte ich, dass die Arbeiten in dem erwähnten Dreimänner-Ausschuss gut voran gingen.

Am 11. Oktober<sup>142</sup> fuhr ich mit einigen Herren der Verbandsleitung und meinen wichtigsten ständigen Mitarbeitern nach Harzburg. Am Nachmittag

---

<sup>139</sup> Franz Seldte (1882–1947), 1918 Mitbegründer des Stahlhelms und bis 1935 1. Vorsitzender, zusammen mit Theodor Duesterberg führend u. a. in der Organisation 1929 der Anti-Youngplan-Kampagne und 1931 der Organisation der „nationalen Opposition“ in Bad Harzburg, 1919–1927 Mitglied der DVP, 1927–1933 Mitglied der DNVP, Mitglied des Deutschen Herrenclubs und des Deutschen Offiziersbundes, 1933–1945 Reichsarbeitsminister, 1933–1934 Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst, 1933 Mitglied der NSDAP sowie der SA und Mitglied des Reichstags, 1933–1945 Reichsarbeitsminister, 1945–1947 in amerikanischer Haft.

<sup>140</sup> Rüdiger Graf von der Goltz (1865–1946), 1918 Teilnahme bei der Bekämpfung der Roten Garden im Bürgerkrieg in Finnland und Mitaufbau der finnischen Armee, 1919 Militärgouverneur von Libau/Lettland und Kommandierender General des IV. Reserve-Korps gegen die Rote Armee in Kurland und Riga bis zur zwangsweisen Abgabe des Oberbefehls, 12./13.3.1920 beim Kapp-Putsch Kommandant in Berlin und in der Putschregierung vorgesehen als Chef des Truppenamtes, 1924–1930 Vorsitzender des Jungdeutschland Bundes (1911 gegründet) zur militärischen Wehrerziehung mit Aufnahme der Hindenburgjugend, Bismarckjugend, Teilen des Jungstahlhelms, des Scharnhorstbundes und des Jungwolfs, 1925–1933 Vorsitzender der VVVD, führend u. a. in der Organisation 1929 der Anti-Youngplan-Kampagne und 1931 der Organisation der „nationalen Opposition“ in Bad Harzburg, 1931 Unterstützung der „Eingabe der Wirtschaftspolitischen Vereinigung“ mit Forderung nach einer frühen Einbindung Adolf Hitlers in die Regierung, ab 1934 Führer des Reichsverbandes Deutscher Offiziere.

<sup>141</sup> Die Tagung in Bad Harzburg fand letztlich am 11.10.1931 statt.

<sup>142</sup> Claß kam nach Berichten der Deutschen Zeitung am 10.10.1931 gegen 16:30 Uhr mit dem Berliner Schnellzug in Bad Harzburg an. Neben Claß waren für den ADV seit Sonnabend, den 10.10.1931, in Bad Harzburg anwesend: Otto Fürst zu Salm-Horstmar, Gertzlaff von Hertzberg-Lottin, Leopold von Vietinghoff-Scheel, Alfred Möllers, Arnold von Möhl, Willy Hahn, Alexander Graf Brockdorff, Fritz Schillmann als Vorsitzender des Gaus Groß-Berlin und Franz Schwendy als Hauptschriftleiter der Deutschen Zeitung. Für die DNVP kamen ebenfalls mit dem Schnellzug aus Berlin: Axel von Freytagh-Loringhoven, Ernst Oberfohren, Friedrich von Winterfeld, Oskar Hergt, Emil Berndt, Otto Fürst von Bismarck, Fritz Kleiner, Walter Stubbendorff, Elard von Oldenburg-Januschau, Werner Steinhoff, Martin

hatten wir noch Zeit, die Stadt und ihre nächste Umgebung anzusehen. Wir assen gemeinsam zu Nacht, bei welcher Gelegenheit ich Epp wiedersah; er wohnte im selben Gasthof<sup>143</sup> und begrüßte mich sehr freundlich.

Ich war im Begriff, von Tische aufzustehen, als ich an den Fernsprecher gerufen wurde. Schmidt-Hannover, der mit Hugenberg in einem anderen Hause wohnte, rief mich an, Hitler habe eine Führerbesprechung gewünscht, die um 10 Uhr im Absteigequartier der Nationalsozialisten beginnen solle; Hugenberg lasse mich dringend bitten zu kommen; kurz vor 10 Uhr werde sein Wagen mich abholen. Auf meine Frage, worüber verhandelt werden solle, wusste er keinen Bescheid.

Es geschah wie verabredet. Als der Kraftwagen in die Nähe des nationalsozialistischen Hauptquartiers kam, wurde das Gedränge so gross, dass wir kaum vorwärts konnten.<sup>144</sup> Vor dem Gasthof standen grosse Scharen von S.A. Männern und Hitler-Jugend; der Garten war gestopft voll Menschen, und die [w]achha[be]nden S.A. Männer bereiteten mir für das Eintreten Schwierigkeiten, die ich durch entschiedenes Auftreten überwand.

Als ich den für die Führerbesprechung bestimmten Raum betrat, sah ich zunächst nichts; so dicht war der Tabakqualm. Als meine Augen sich daran gewöhnt hatten, sah ich, dass es ein ganz kleines Zimmer war – mit einem Tisch, an dem höchstens zwölf Leute Platz fanden. Auf dem Kanapee sassen Hugenberg und Graf von der Goltz<sup>145</sup>; die anderen standen in Gruppen. Von führenden Nationalsozialisten waren Frick<sup>146</sup>, Gregor Strasser und Oberst Hierl<sup>147</sup> anwesend<sup>148</sup>; von den Deutschnationalen ausser Hugenberg, nur Schmidt-Hannover; vom Stahlhelm noch ausser Seldte<sup>149</sup>, Duesterberg und

---

Spahn, Wilhelm Laverrenz, Friedrich Everling, Bruno Doehring, Hans-Joachim von Rohr-Demmin, Lothar Steuer und Eldor Borck. Paul Bang war schon vorher angereist. Alfred Hugenberg kam zusammen mit Otto Schmidt(-Hannover) am 10.10.1931 im Auto nach Bad Harzburg. Deutsche Zeitung 11.10.1931.

<sup>143</sup> Claß übernachtete, wie auch Alfred Hugenberg, in Schmelzers Hotel.

<sup>144</sup> Die Führung der NSDAP war im Hotel Fürstenhof untergebracht.

<sup>145</sup> Rüdiger Graf von der Goltz war Vorsitzender der VVVD.

<sup>146</sup> Wilhelm Frick war 1930–1931 Innen- und Volksbildungsminister in Thüringen und seit 1925 Mitglied des Reichstags für die NSDAP (1924–1925 für die NSFB).

<sup>147</sup> Konstantin Hierl (1875–1955), 1918–1919 Freikorpsführer und Bekämpfung der Bayerischen Räterepublik, 1923 Unterstützung des Hitler-Putsches in München, 1924 Entlassung aus dem Reichswehrministerium, 1925–1927 Landesführer in Bayern des Tannenbergbundes, 1929 Mitglied der NSDAP, 1930–1945 Mitglied des Reichstags für die NSDAP, 1929–1932 Reichsorganisationsleiter der NSDAP, 1931–1935 Leiter des Freiwilligen Arbeitsdienstes der NSDAP, 1933 Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium, 1935–1945 Führung des Reichsarbeitsdienstes, 1943–1945 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, 1948 Entnazifizierungseinstufung als Hauptschuldiger.

<sup>148</sup> Von der NSDAP waren in Bad Harzburg u. a. noch anwesend: Joseph Goebbels, Hans Fabricius, Franz Ritter von Epp, Dr. Frank II, Edmund Heines, Willi Stöhr und Wilhelm Kube. Siehe Deutsche Zeitung 11.10.1931.

<sup>149</sup> Franz Seldte war erster Bundesführer des Stahlhelms. Major Siegfried Wagner war ebenfalls in Bad Harzburg.



Morosowicz<sup>150</sup>; dann ich und eine grössere Anzahl von S.A. und S.S. Führern, die aus Leibeskräften rauchten. Um 10 ¼ Uhr forderte Hugenberg die Anwesenden auf, Platz zu nehmen; dies geschah und nun entfernten sich die S.A. und S.S. Leute, und es blieben nur die oben namentlich Genannten in dem Raum. Da Hitler, auf dessen Wunsch wir zusammen gekommen waren, noch fehlte, gab es eine allgemeine Unterhaltung.<sup>151</sup> Um 10 ¾ [Uhr] fragte Hugenberg Frick: „Ja wie war das? Wo bleibt Herr Hitler?“ Dieser meinte, er habe vielleicht eine Panne gehabt, er wolle sich durch den Fernsprecher erkundigen. Damit ging er aus dem Zimmer und kam nach einiger Zeit wieder; er sagte, er habe keine Verbindung bekommen und nehme an, dass Hitler unterwegs sei. So warteten wir und warteten immer weiter.<sup>152</sup> Frick empfand offenbar das Peinliche der Lage und ging noch ein paar Mal hinaus, um sich zu erkundigen; bei der Rückkehr sagte er jedesmal, er habe keine Nachricht erhalten können. Ich sass wie auf Kohlen, und die unwürdige Behandlung, die man uns zuteil werden liess, brannte mir auf der Seele. Endlich – es war gegen ¾ 12 Uhr – verlor Hugenberg die Geduld und er rief Frick, der unten am Tisch mit Strasser mir gegenüber sass, zu, es scheine, dass Herr Hitler nicht komme; da sei die Frage, ob wir auseinander gehen sollten oder ob die Herren in der Lage seien, ohne ihn zu verhandeln und uns mitzuteilen, worum es sich handle; wir wüssten ja noch nicht, weshalb Herr Hitler uns zusammen gebeten habe. Frick unterhielt sich leise mit Strasser und erklärte dann, er glaube, wir könnten auch ohne Herrn Hitler anfangen und, wenn er nicht komme, beschliessen – freilich mit dem Vorbehalt, dass jener mit dem Beschlossenen einverstanden wäre. Was bleibt Hugenberg übrig, als sich damit einverstanden

<sup>150</sup> Elhard von Morosowicz/Morozowicz (1893–1934), preußischer Offizier, nach dem Ersten Weltkrieg Gutsbesitzer, 1919 Eintritt in den Stahlhelm, 1923–1928 Führung des Wehrwolf in Brandenburg, 1924 Landesführer des Stahlhelms in Brandenburg, 1930 Leitung des Jungstahlhelms, 1932 Mitglied des Preußischen Landtags für die DNVP, im Zuge der Gleichschaltung 1933 Gruppenführer beim Stab des Obersten SA-Führers, Mitglied der NSDAP und 1933 Ernennung zum Preußischen Staatsrat, 1933 Mitglied des Reichstages für die NSDAP.

<sup>151</sup> Adolf Hitler kam erst zwei Stunden nach Mitternacht aus Berlin in Bad Harzburg nach Gesprächen mit Paul von Hindenburg und Heinrich Brüning um eine mögliche NSDAP-Beteiligung an der Regierung an. Die Deutsche Zeitung vom 11.10.1931, die als „Kampfbblatt des Alldutschen Verbandes“ beworben wurde, versuchte die Dissonanzen zu verschweigen und berichtete stattdessen, Hitler sei, so wie Alfred Hugenberg, mit dem Auto am Tag in Bad Harzburg eingetroffen. Zur Werbung siehe Anzeige in Alldutsche Blätter 12.9.1931. In den Alldutschen Blättern fehlte ein genauer Bericht und Claß veröffentlichte stattdessen einen längeren Artikel auf der Grundlage seines Redemanuskripts für den 11.10.1931. Siehe Alldutsche Blätter 24.10.1931.

<sup>152</sup> Adolf Hitler wurde beim Reichspräsidenten Paul von Hindenburg empfangen und verließ Berlin am 10.10.1931 erst gegen 19 Uhr und nahm an der für 22 Uhr angesetzten Besprechung nicht teil. Hitler nahm auch am nächsten Tag nicht am Vormittag des 11.10.1931 an der Sitzung aller parlamentarischen Vertreter und der Fraktion der NSDAP sowie dem Feldgottesdienst teil. Bei dem Aufmarsch der paramilitärischen Verbände im Anschluss an die Tagung nahm Hitler nur den Zug von 2.500 SA-Männern ab, aber nicht den der 3.000 Angehörigen des Stahlhelms. Siehe Kommentar Hartmann, in Ders.: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen, S. 123–124. Siehe auch Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 7.5.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 170, Bl. 21.

zu erklären, und nun sagte und begründete Strasser, worum es sich handle. Hitler hatte entdeckt, dass der Entwurf, der der Versammlung morgen zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollte, zu wenig sozialen Geist habe; er halte [es] für unbedingt notwendig, dass er umgearbeitet werde, weil er sonst für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei nicht tragbar sei.<sup>153</sup> Dem entgegenete Hugenberg[:] „Aber Herr Strasser, dieser Entwurf liegt seit drei Wochen fertig vor. Herr Hitler hat ihn genau so wie Herr Seldte und ich von dem Ausschuss damals sofort vorgelegt bekommen, und er hat ihn genehmigt, was Herr Frick bestätigen wird. Und nun sollen wir in der Nacht vor unserer Tagung den ganzen Entwurf umwerfen! Wie soll das gemacht werden? Wo sind die Hilfskräfte, die in der Nacht oder am Sonntag Vormittag die Arbeit leisten? [“] Frick bestätigte die Richtigkeit der Darstellung Hugenbergs und fügte hinzu, das ändere nichts daran, dass Herr Hitler nachträglich so schwere Bedenken bekommen habe, dass er die Zustimmung zu dem Entwurf nicht verantworten könne. Alle Teilnehmer an der sog. Führerbesprechung gaben irgendwie zu erkennen, dass sie sich durch das Verhalten Hitlers unter äussersten Druck gesetzt fühlten, beherrschten sich aber andererseits auf das Aeusserste, weil jeder das Gefühl hatte, dass die ganze mit so viel Hoffnungen begrüßte gemeinsame Kundgebung der nationalen Opposition aufs Aeusserste gefährdet sei. Von mir kann ich sagen, dass alles in mir sich gegen dieses Vorgehen empörte; ich kämpfte mit mir, ob ich nicht als Zeichen der Auflehnung gegen eine solche Vergewaltigung die sog. Führerbesprechung verlassen sollte. Schliesslich sagte ich mir, wenn Hugenberg, der die wesentliche Verantwortung für das Gelingen oder Misslingen vor dem In- und Ausland trug, die nötige Selbstbeherrschung aufbrachte, dass ich dann dasselbe tun müsse. Ich tat das und wurde damit Zeuge einer der seltsamsten politischen Verhandlungen, die wohl je dagewesen sind. Hitler missfiel der Entwurf, den er drei Wochen vorher genehmigt hatte. Er wollte ihn geändert haben, war aber nicht erschienen und seine Parteifreunde konnten nur vorbehaltlich seines nachträglichen Einverständnisses handeln!

(9./10.11.1936)<sup>154</sup>

Hugenberg frug, ob die Herren bestimmte Vorschläge zu machen hätten. Da erhob sich Strasser und sagte, er glaube zu wissen, was Hitler besonders ungenügend oder gar anstössig finde. Er habe versucht, jetzt in der Schnelligkeit eine andere Fassung zu suchen. Er verlas uns seine Vorschläge, die zu dem bisherigen Entw[urf]<sup>155</sup>, der in aller Ruhe und Ueberlegenheit von drei beson-

<sup>153</sup> Joseph Goebbels notierte in sein Tagebuch über den 10.10.1931: „Hugenberg hat eine Resolution für Harzburg ausgearbeitet. Blutiger Dilettantismus. Wir schreiben eine neue. Chef in Form. Ich sekundiere. Vor allem außenpolitisch einwandfrei.“ Tagebucheintrag vom 12.10.1931, in Fröhlich: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil 1, Bd. 2/II, S. 121–123. Zitat ebd., S. 121.

<sup>154</sup> Das angeführte Datum ist auf der Mikrofilmkopie abgeschnitten. Der Tag des 6. oder 7. November 1936 ergibt sich aus der chronologischen Folge der leserlichen Daten.

<sup>155</sup> Im Original: Entwürfen.

nenen Männern ausgearbeitet worden war, nach Ton und St[i]l passte, wie die Faust aufs Auge. Das Gefühl hatte jeder, dass es sich um eine demagogische Ummodellung handle, die dem propagandistischen Bedürfnis der N.S.D.A.P. Genüge tun sollte. Hugenberg machte Strasser darauf aufmerksam, dass die Kundgebung, wenn seine Vorschläge hingenommen würden, etwas ganz Unaufrichtiges sei; man müsse, wenn Herr Hitler diese Gedankengänge hineinhaben wolle, sich bemühen, sie in Ton und Stil der übrigen Fassung zu bringen. Daran quälte sich die Führerbesprechung über zwei Stunden ab und schliesslich erklärten sich die nationalsozialistischen Vertreter befriedigt und glaubten, zusagen zu können, dass ihr Führer einverstanden sein werde.<sup>156</sup>

Es war darüber  $\frac{1}{2}$  3 Uhr geworden. Sobald das Ziel erreicht war, entfernte ich mich ohne Abschied, denn ich hatte sichere Anzeichen dafür, dass die Wut, die ich in mich gefressen hatte, einen Gallenanfall veranlassen würde. Kaum war ich im Gasthof in meinem Zimmer angelangt, als es bei mir losbrach; und ich war durch zwei Stunden beschäftigt, meine verzweifelte Stimmung durch Erbrechen zu entlasten. An Schlaf war nicht zu denken, da ich heftigste Kopfschmerzen hatte.<sup>157</sup> Ich konnte erst gegen 11 Uhr vormittags aufstehen, durfte aber nichts zu mir nehmen, sondern konnte mich nur behutsam in der frischen Luft bewegen. Von den vorgesehenen Festlichkeiten wie Paraden u. s. w. sah ich nichts. Auf meinem Spaziergang begegneten mir ein paar Freunde, die mir sagten, die grosse Kundgebung der Einheit der nationalen Opposition habe eine trübselige Einleitung erfahren: [d]ie Parade über die anwesenden Stahlhelm- und S.A.[-]Leute sei nicht gemeinschaftlich gewesen, also nicht von Hugenberg und Hitler gemeinschaftlich abgenommen worden; es werde auch erzählt, dass schon Zusammenstösse zwischen Stahlhelmen und Nationalsozialisten vorgekommen seien.<sup>158</sup>

<sup>156</sup> Die offizielle Resolution erschien als „Das Manifest von Harzburg“. Abgedruckt u. a. in Der Tag, 12.10.1931. Siehe auch „Entschliessung“, o. D., in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 124, Bl. 193–194.

<sup>157</sup> Joseph Goebbels notierte über die Vorgänge in sein Tagebuch: „2h nachts Ankunft. Hitler ist wütend, da man uns an die Wand quetschen will. Frick voller Angst, da Hitler nicht sprechen will. Ich rede noch eine Stunde allein mit ihm. Mehr Distanz nach rechts. Ich schlage vor: neue, ganz scharfe Erklärung als Aufruf an die Partei. Die durch [Franz Ritter von] Epp nachmittags verlesen lassen. Alles ist entsetzt. Chef auf meiner Seite.“ Tagebucheintrag vom 12.10.1931, in Fröhlich: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil 1, Bd. 2/II, S. 121–123. Zitat ebd., S. 122.

<sup>158</sup> Joseph Goebbels notierte in seinen Tagebüchern dazu: „Sonntag: gleich Krakeel. Hitler soll reden. Ich schlage vor: er selbst verliert die Erklärung. Alles in der Schwebe. Wir arbeiten zu zweit den Aufruf aus. Fabelhaft klar und präzise. In der Fraktionssitzung. Chef spricht kurz. Dann die Erklärung. Soweit, so gut. Mit der D.N.V.P. gemeinsame Fraktionssitzung. Ach, was sind wir Wilde doch für bessere Menschen! [Ernst] Oberfahren seicht und plustert sich. Bravo, [Wilhelm] Kube! Er schreit vom Sozialismus, daß die Wände dröhnen. Allgemeines Entsetzen. Krach um die Ausschmückung des Saales. Der Stahlhelm ist unverschämt und illoyal. Ins Hotel. Kampf um Hitler. Frick kompromisselt. Göring Chefs böser Geist. Vorbeimarsch der SA. Bravo, Jungens! Stahlhelm wird geschnitten.“ Tagebucheintrag vom 12.10.1931, in Fröhlich: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil 1, Bd. 2/II, S. 121–123. Zitat ebd., S. 122.

Für ½ 1 Uhr war im Saale des Kurhauses ein gemeinsames Essen vorgesehen; die Versammlung sollte wegen der Bahnverbindungen um ½ 3 Uhr beginnen. Ich begab mich rechtzeitig in den Kursaal und fand dort viele Freunde und Bekannte aus allen Teilen des Reiches. Von solchen, die Beziehungen zu Presseleuten hatten, wurde mir mitgeteilt, dass die anwesenden nationalsozialistischen Abgeordneten unter dem Vorsitz von Frick eine kurze Fraktions-Sitzung abgehalten hätten. Das Bemerkenswerte sei daran gewesen, dass er da von „bürgerlichem Geschmeiss“ gesprochen hätte. Eine schöne Einleitung zu der gemeinsamen Kundgebung!

Im Kurhaus tat ich mich um, ob die als Redner vorgesehenen Partei- und Verbandsführer Plätze belegt seien. Ich entdeckte den Ehrentisch, der nicht nur für die Redner bestimmt war, sondern auch für sonst hervorragende Männer. In der Mitte waren die Plätze für Hugenberg, Hitler und Seldte; ich hatte einen Platz zwischen Frick und Duesterberg. Aber der Tisch war leer, obwohl die Zeit schon vorgeschritten war. Da ich mir nach der wüsten hinter mir liegenden Nacht etwas besonderes bestellen musste, setzte ich mich. Da kam Frick an den Tisch; er begrüßte mich freundlich, und ich fragte ihn, ob Hitler zum Essen kommen werde. Er erwiderte dies mit dem Bemerkens, Hitler sei ja magenkrank und werde in seinem Gasthof allein essen. Als ich mit der Kleinigkeit fertig war, die ich für mich bestellt hatte, ging ich wieder ins Freie; in diesem Augenblick war der Ehrentisch noch so gut wie unbesetzt, und man wird verstehen, dass ich daraus gewisse Schlüsse zog.

Im Sitzungssaal fand ich mich rechtzeitig ein; er war schon überfüllt, doch kam ich noch an dem Vorstandstisch unter. Ich hatte den Eindruck, dass eine ungleichmässige Stimmung herrschte. Die Unterrichteten vom „bürgerlichen Geschmeiss“ strahlten durchweg, die Wissenden machten ernste Gesichter und sowohl die in S.A.-Tracht Erschienen wie die Stahlhelmer waren offenbar gereizt.

Um ½ 3 Uhr war alles so weit, dass die Versammlung wie vorgesehen hätte beginnen können. Aber am Vorstandstisch waren zwei Plätze leer – die von Hugenberg und Hitler. Man wartete und wartete; eine Viertelstunde, eine halbe Stunde verstrich. Die Versammlung begann unruhig zu werden. Ich fragte den hinter mir sitzenden Fregattenkapitän Scheibe<sup>159</sup>, der als Schatzmeister der D.N.V.P. zu Hugenbergs nächsten Mitarbeitern gehörte, wo die beiden blieben. Er flüsterte mir zu, sie seien in einem Nebenzimmer beim Eingang des Saales; Hitler wolle nicht mitmachen. Ich sagte nur „Um Gottes Willen! Eine solche Blamage vor dem In- und Ausland!“ Scheibe wies auf die Stelle, wo die Pressevertreter sassen<sup>160</sup> und sagte: „Betrachten Sie den und jenen –

<sup>159</sup> Albert Scheibe (1877–1945) Fregattenkapitän, Geschäftsführer des Arbeitsausschusses Deutschnationaler Industrieller, DNVP Schatzmeister und Mitarbeiter des Parteivorsitzenden Alfred Hugenberg.

<sup>160</sup> Es gab mehr als 200 internationale Anfragen für Presseakkreditierungen, aber nur 100 Pressevertreter aus den USA, Großbritannien, Frankreich, Tschechoslowakei, Schweden, Italien, Norwegen und Dänemark wurden zu der Veranstaltung zugelassen. Unsere Partei [DNVP] 17.10.1931.

Vertrauensleute des Reichskanzlers Brüning –; die Leute wissen alles, was hier gestern und heute schon vorgegangen ist. Sehen Sie nur die spöttischen Mienen.“ In diesem Augenblick wurde es in dem Saale besonders unruhig. Da sagte Scheibe: „So geht das nicht weiter. Ich gehe in das Nebenzimmer und fordere die Herren auf, endlich zu kommen.“ Wirklich verschwand er und kämpfte sich bis zum Ausgang durch. Er kam sehr bald wieder und meinte, sein kräftiger Zuspruch habe geholfen: die Beiden würden nun wohl erscheinen. Nach wenigen Minuten brach vom Saaleingang her ein betäubender Lärm aus; die Beiden erschienen, durch Heilrufe begrüßt.<sup>161</sup> Ich unterschied genau, dass eine Art Wettstreit in der Versammlung war, welcher der Führer am stärksten bejubelt wurde; die einen schr[ien] „Heil Hitler“ – die anderen „Heil Hugenberg“.<sup>162</sup> Eine Kundgebung gemeinsamen Willens schien mir dies nicht, viel eher eine solche offenbar unüberbrückbarer Gegensätze. Aber die Hauptsache war für den Augenblick erreicht: die Tagung war nicht gesprengt. Sie nahm mit dreiviertelstündiger Verspätung ihren Anfang.<sup>163</sup> Hugenberg sprach sachlich und überlegen<sup>164</sup>; am Schlusse unterbreitete er der Versammlung die Entschliessung<sup>165</sup>, die in der Nacht umgearbeitet worden war. Sie wurde unter stürmischem Beifall angenommen, der auch Hugenberg galt.

Ihm folgte Hitler, tosend begrüßt. In der ersten Hälfte seiner Rede machte er geschichtsphilosophische Ausführungen, die keinen merklichen Eindruck machten. Im zweiten Teil, wo er zum Angriff gegen die Regierung und ihre Parteien übergang, folgte Jubelsturm auf Jubelsturm.<sup>166</sup> Als er mit seiner eigentlichen Rede fertig war, ergriff er vor ihm liegende Blätter und erklärte – offenbar zur völligen Ueberraschung Hugengebgs, jedenfalls zu derjenigen aller Teilnehmer an der nächtlichen Führerbesprechung, die nicht zur N.S.D.A.P. gehörten –, er habe nun noch eine Kundgebung an seine Parteigenossen zur

<sup>161</sup> Adolf Hitler kam mit 40-minütiger Verspätung zu der eigentlich für 14 Uhr 30 angesetzten gemeinsamen Kundgebung. Siehe den Bericht von Martin Blank an Paul Reusch, 12.10.1931, in RWAA, NL Paul Reusch, 130–4001012024/9. Claß sprach auch davon, dass es „3/4 Stunden gedauert hat, um Hitler in den Saal zu bekommen“. Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 9.9.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 171, Bl. 29.

<sup>162</sup> Joseph Goebbels notierte in sein Tagebuch: „Unterredung Chef-Hugenberg. Eine Stunde. Saal gedrückt voll und wartet. Ich sitze in der Menge und verzichte auf meinen ‚Ehrenplatz‘. Brechreiz. Endlich kommen die beiden H. Chef kreidebleich vor Wut. Hugenberg wird von Theaterlärm begrüßt. Das gönn’ ich Dir, Hitler! Hug. spricht. Ganz brav. Ein Nußknacker! Heil Hugenberg! das klingt so hohl. Dann Chef. Vor Wut in schlechter Form. Aber doch noch turmhoch über allen anderen.“ Tagebucheintrag vom 12.10.1931, in Fröhlich: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil 1, Bd. 2/II, S. 121–123. Zitat ebd., S. 122.

<sup>163</sup> Zuerst sprach Werner Kuchenthal, seit Oktober 1930 mit den Stimmen einer „bürgerlichen Einheitsliste“ und der NSDAP zum Ministerpräsidenten von Braunschweig ernannt, 1919–1933 Mitglied der DNVP und ab Mai 1933 Mitglied der NSDAP.

<sup>164</sup> Siehe Rede Alfred Hugenberg 11.10.1931, in Unsere Partei 17.10.1931.

<sup>165</sup> Entschliessung vom 11.10.1931, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 124, Bl. 193–194.

<sup>166</sup> Siehe Rede Adolf Hitler 11.10.1931, in Hartmann: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. IV, Teil 2, S. 123–127 und das „Große Manifest Adolf Hitlers“ als zweiter Teil der Rede, in ebd., S. 128–132 sowie in Völkischer Beobachter 13.10.1931.

Kenntnis zu bringen. Er verlas ein langes Schriftstück, das häufig durch jubelnde Zustimmung seiner Gesinnungsgenossen unterbrochen wurde.<sup>167</sup>

Die anderen Redner hielten sich an ihre Aufgabe. Mit der meinigen hatte ich ein unerfreuliches Schicksal. Hitler verlangte, dass Schacht<sup>168</sup> spreche, und der Stahlhelm hielt es für erforderlich, dass neben Seldte auch Duesterberg zu Wort komme. Ausserdem sollte für den Reichslandbund Graf Kalckreuth<sup>169</sup> reden. Hugenberg liess mir durch Schmidt-Hannover mitteilen, dass diese Drei vor mir eingeschoben werden sollten, sodass ich statt an vierter an siebenter Stelle daran käme.<sup>170</sup> Alle drei sprachen zudem viel länger, als sie in Aussicht gestellt hatten, sodass Schmidt mir sehr verlegen zuraunte, ich könne höchstens 5–6 Minuten Zeit bekommen; denn durch den verspäteten Beginn und durch die dazwischengeschobenen Redner sei die Zeit erschöpft, da wegen der Zugverbindungen Schluss gemacht werden müsse.<sup>171</sup> Ich erklärte, ich wolle lieber verzichten, als unter Umständen zu reden, wo ich nur Stückwerk bieten könne; er antwortete mir, Hugenberg lege grössten Wert darauf, dass ich zu Wort komme. Ich sagte, dann bleibe mir nichts übrig, als meine Niederschrift zusammenzustreichen und, um den Zusammenhang zu wahren, abzulesen, was übrig bleibe. Das tat ich denn auch – wie man sich denken kann, ohne irgend welchen Eindruck zu machen.<sup>172</sup>

<sup>167</sup> Siehe zur Wirkung der Auftritte von Alfred Hugenberg und Adolf Hitler sowie der ungeordneten Zustände bei der anschließenden Parade des Stahlhelms auch den Bericht zur Tagung vom Harzgau-Führer des Stahlhelms und Mitglied des Geschäftsführenden Ausschuss des ADV, Kloostergutsbesitzer Otto Heine, 12.10.1931, in StA Mönchengladbach, NL Brauweiler, 15/13/109, o.Bl.

<sup>168</sup> Hjalmar Schacht (1877–1970), u. a. 1903 Dresdner Bank, 1918 Mitbegründer der DDP, 1923 Reichswährungskommissar, 1924 Teilnahme an Verhandlungen zum Dawes-Plan, 1929 Leiter der deutschen Delegation bei Sachverständigenverhandlungen zum Young-Plan, 1931 Harzburger Front, 1933 Reichsbankpräsident, 1934–1937 Wirtschaftsminister und Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft, bis 1943 Minister ohne Geschäftsbereich, 1946 Nürnberger Kriegsverbrecherprozess.

<sup>169</sup> Eberhardt Graf von Kalckreuth (1881–1941), Rittergutsbesitzer, 1914–1917 Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Batterieführer, 1926–1928 Präsident des RLB, 1928 Vorsitzender der Viehzentrale GmbH, Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank, 1930–1933 Geschäftsführender Präsident des RLB, 1932 Unterzeichner der Industrielleneingabe an Reichspräsident Paul von Hindenburg mit der Aufforderung zur Ernennung Adolf Hitlers als Reichskanzler.

<sup>170</sup> Es sprachen Alfred Hugenberg, Adolf Hitler, Franz Seldte, Theodor Duesterberg, Eberhardt Graf von Kalckreuth, Hjalmar Schacht, Heinrich Claß und Rüdiger Graf von der Goltz. Hugenberg sprach auch das Schlusswort. Unsere Partei 17.10.1931.

<sup>171</sup> Siehe die Redemanuskripte von Rüdiger Graf von der Goltz, Hjalmar Schacht, Eberhardt Graf von Kalckreuth, Heinrich Claß, Theodor Duesterberg und Franz Seldte, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 124, Bl. 195–209.

<sup>172</sup> Siehe Anhang Dokument Nr. 3. Joseph Goebbels notierte in sein Tagebuch: „[Franz] Seldte hält eine Kriegervereinsrede. [Theodor] Düsterberg [sic] flötet eine verstimmt Klarinette über Abrüstung. [Eberhard] Graf von Kalckreuth spricht von den Bananen. [Hjalmar] Schacht wirft die Bombe. Massive Anklagen gegen die Reichsbank. Heute die große Sensation. Vielleicht stolpert [Heinrich] Brüning darüber. [Heinrich] Claß liest ein schlechtes Kolleg über Außenpolitik. [Rüdiger] Graf [von der] Goltz greift brav [Paul von] Hindenburg an. Alle werden vor den Kopf gestoßen. Viel Feind, viel Ehr! Wege zur Macht! Nein, zum Biertisch! Eine organisierte Illoyalität gegen uns. Seldte spricht zu 13 Jahren Kampf. Mit

Als die Versammlung geschlossen war, suchte ich Hugenberg zu sprechen; er sagte mir aber, das sei hier unmöglich, da die Unterhaltung mit Hitler fortgesetzt werden solle und dann müsse er mit dem Kraftwagen nach Berlin zurück; er werde mich am übernächsten Tag in Berlin besuchen, da ich erst Montag<sup>173</sup> [N]achmittag reisen wollte.

Am Dienstag<sup>174</sup> erschien er in meiner Wohnung und berichtete mir über die Vorgänge im Nebenzimmer des Harzburger Sitzungssaales. Hitler habe in grösster Erregung erklärt, er bleibe der Tagung fern. Der Stahlhelm, aber auch die Deutschnationalen hätten die Verabredung gebrochen; seine Leute seien aufs Aeusserste erbittert. Als Hugenberg Einzelheiten zu hören wünschte, sei Hitler mit den lächerlichsten Kleinigkeiten gekommen, habe sich aber immer mehr in Wut geredet. Der Eindruck sei nicht abzuweisen gewesen, dass der Parteiführer aus der Partei heraus so starken Widerstand gegen die gemeinsame Kundgebung gefunden habe, dass er sich habe zurückziehen wollen. Allein der Hinweis, welche Blo[ss]stellung es für die beiden Parteien und ihre Führer sei, wenn man die Tagung auffliegen oder die Widersprüche zwischen beiden Gruppen werde offenkundig werden lassen, und schliesslich, welche Stärkung sich daraus für das Kabinett Brüning ergebe, habe Hitler veranlasst, doch mit in den Saal zu gehen. Hugenberg meinte zusammenfassend, es sei nicht möglich, die Einzelheiten der entsetzlichen Auseinandersetzung wiederzugeben; ich könne ihm glauben, sie seien fürchterlich gewesen. Die Besprechung nach dem Schluss der Versammlung sei sehr kurz gewesen, da Hitler erklärt habe, fort zu müssen; am folgenden Tage wolle man sich in Berlin treffen und alles klären, was zur Zusammenarbeit nötig sei. Dazu sei es aber nicht gekommen, da auf seine Anfrage an jenem Montag, wann und wo die Aussprache sein solle, Hitler antworten liess, er habe keinen Zeit und werde morgen Bescheid geben lassen.<sup>175</sup> Die beiden nächsten Tage war ich wieder mit Hugen-

---

und für [Gustav] Stresemann? Ich habe das Kotzen. Heraus! Draußen steht S.A. [...] Im Hotel. Hitler bleich vor Wut.“ Tagebucheintrag vom 12.10.1931, in Fröhlich: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil 1, Bd. 2/II, S. 121–123. Zitat ebd., S. 122.

<sup>173</sup> 12.10.1931.

<sup>174</sup> 13.10.1931. Reinhold Quaatz berichtete für den 29.10.1931, dass Claß aus Österreich zurückgekehrt sei und er sich mit Hugenberg „ausgesprochen hat“. Zudem würde Alfred Hugenberg „außer Claß u[nd] [Otto] Schmidt[-Hannover] niemand über seine Absichten unterrichten“. Tagebucheintrag 29.10.1931, in BA-Koblenz, N 1247, Bd. 17, o. Bl.

<sup>175</sup> Claß dazu: „Nach der Tagung, bei der Hitler an der Führersitzung garnicht [sic] erschienen war, ist dann verabredet worden, daß tags darauf Hitler und Hugenberg sich in Berlin treffen sollten, um alles Weitere durchzuberaten und sich darüber schlüssig zu machen, wie die Präsidentenwahl geregelt werden sollte. Hitler hat sich aber in 14 vollen Wochen nicht sehen lassen und war auch in Berlin nicht zu erreichen.“ Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 7.5.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 170, Bl. 21. [Adolf Hitler residierte in seiner zum Berliner Geschäftsbüro umgewandelten Unterkunft im „Kaiserhof“.] Und Claß an anderer Stelle: „Hugenberg hat Hitler dann nicht mehr gesehen, auch schriftlich ist es ihm nicht möglich gewesen, in Verbindung mit Hitler zu kommen bis zu dem Augenblick, als Brüning sich für die Wiederwahl des Reichspräsidenten einsetzte. Nach genau 100 Tagen hat Hitler dann eine Zusammenkunft mit Hugenberg gehabt.“ Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 9.9.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 171, Bl. 9.

berg zusammen; er erzählte mir, dass sein Beauftragter noch zwei Absagen von denjenigen Hitlers bekommen habe.<sup>176</sup> Unter solchen Umständen verzichtete er auf jeden weiteren Versuch, die in Harzburg fest verabredete Aussprache herbeizuführen.<sup>177</sup>

Im Jahre 1932 erlebte ich mittelbar, d. h. durch Hugenbergs frische Berichte[,] vieles, was sich auf sein Verhältnis zu Hitler und dasjenige zwischen den beiden Parteien bezog. Ich komme aber auf diese Dinge nicht zurück. Zwischen Weihnachten und Sylvester dieses Jahres hatte ich eine schwere Darmgrippe durchzumachen. Mein Hausarzt bestand, da ich mich in Berlin garnicht erholen konnte, darauf, dass ich ins Sanatorium gehe. Als solches wurde Schwarzeck bei Blankenburg in Thüringen gewählt, wo ich vortrefflich aufgehoben war.<sup>178</sup> Ich kehrte erst Ende Februar [1933] nach Berlin zurück. Infolge meiner etwa sechswöchigen Abwesenheit habe ich die Vorgänge nicht miterlebt, die nach der kurzen ruhmlosen Kanzlerschaft des verhängnisvollen Generals von Schleicher<sup>179</sup> am 30. Januar 1933 zur Berufung Hitlers zum

<sup>176</sup> Reinhold Quaatz notierte in sein Tagebuch, dass am 15.10.1931 Alfred Hugenberg mit Adolf Hitler ein geplantes Treffen gehabt habe, jedoch notiert er drei Tage später, ohne zwischenzeitlich Einträge gemacht zu haben, dass Hugenberg Wilhelm Frick, Gregor Strasser und Hermann Göring „den Ernst der Situation klar gemacht“ habe. Von Hitler war nicht mehr die Rede. Tagebucheinträge Reinhold Quaatz, 15.10.1931 und 18.10.1932, in Weiß/Hoser: Deutschnational, S. 156.

<sup>177</sup> Claß sprach auf dem Verbandstag am im Februar 1932 davon, es habe innerhalb der „nationalen Opposition“ keinerlei Kontakt zu Adolf Hitler zwischen dem 11.10.1931 und dem 8.12.1931 gegeben. Gemeint ist vermutlich die erste Intervention des Stahlhelms durch Theodor Duesterberg und Franz Seldte gegenüber Hitler seit der Tagung. Der erste briefliche Kontakt Hitlers an Alfred Hugenberg kam dann erst am 8.1.1932 zustande, nachdem Hugenberg unmittelbar nach Bad Harzburg mit Hitler sprechen wollte. Es kam dann am 9.1.1932 das erste Treffen zwischen beiden Parteiführern seit Bad Harzburg in Hermann Görings Wohnung um 15 Uhr zustande. Ein weiteres Treffen folgte am 11.1.1932 in Hugenbergs Büro in der Victoriastraße 30 in Berlin von 16–19 Uhr, um ein gemeinsames Vorgehen für die Ablehnung der Unterstützung für Paul von Hindenburg bei den anstehenden Reichspräsidentenwahlen gegenüber Heinrich Brüning abzusprechen. Siehe Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 20./21.2.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 169, Bl. 32 und Tagebucheinträge Reinhold Quaatz vom 7.1.1932 und 14.1.1932, in Weiß/Hoser: Deutschnational, S. 168–173.

<sup>178</sup> Claß ging auch ein Jahr später Ende Juni 1934 wieder in das Sanatorium Schwarzeck in Bad Blankenburg im Thüringer Wald, nachdem er einen schweren Unfall hatte. Siehe Paul Reusch an Claß, 16.7.1934, in RWVA, NL Paul Reusch, 130–400101226/20, o. Bl. und Claß an August Gebhard, 15.7.1934, in StA Friedberg, NL Gebhard, Karton 4, o. Bl. sowie zur Vertagung des geplanten Verbandstages des ADV Alldeutsche Blätter 11.8.1934.

<sup>179</sup> Claß sah in Kurt von Schleicher denjenigen, der nach der Anti-Youngplan-Kampagne die Regierung Heinrich Brüning 1930 mit Hilfe seiner guten Beziehungen zu Paul von Hindenburg initiiert hatte. Auch der Sturz des Brüning-Kabinetts habe Schleicher ebenso herbeigeführt, wie er die Formierung des Kabinetts von Franz von Papen mitgeplant habe. Schleicher wollte die sich formierende „nationale Opposition“ grundlegend schwächen, so Claß, indem Schleicher am Tag vor der Tagung in Bad Harzburg am 11.10.1931 das Treffen zwischen Adolf Hitler und Hindenburg ermöglicht habe, um somit die Machtstellung Alfred Hugenbergs zu schwächen. Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 10.12.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 172, Bl. 40–42.



Reichskanzler führten.<sup>180</sup> In das Kabinett trat der frühere Kanzler von Papen als Vizekanzler ein, während Hugenberg die Aemter des Ernährungs- und des Wirtschaftsministers übernahm, Seldte wurde Arbeitsminister. Von den nächsten Mitarbeitern Hitlers wurde Göring zum preussischen Minister-Präsidenten und Frick zum Reichsinnenminister ernannt.

Ueber das, was in Berlin vor sich gegangen war, wusste ich nur aus den Zeitungen Bescheid. Am 31. Januar brachte mir die zweite Post einen langen verzweifelten Brief meines Freundes Bang über die Ereignisse der letzten beiden Tage und ihre voraussichtlichen Folgen.<sup>181</sup> Er wünschte den Brief zurück zu haben, um ihn als Urkunde zur Zeitgeschichte aufzubewahren – ein Verlangen, das ich erfüllte, nachdem ich den Brief noch mehrmals genau durchgelesen hatte.

Nach Berlin zurückgekehrt, suchte ich mich bei allen mir greifbaren Freunden und Gesinnungsgenossen über den Verlauf jener Tage zu unterrichten. Ich war ziemlich im Bilde, als Hugenberg mich besuchte und mir erzählte, in welcher Weise das Kabinett Hitler zu Stande gekommen sei und unter welchen Bedingungen er sich bereit erklärt habe, in die Regierung einzutreten.

Als er fertig war, fragte er, was ich dazu sagte. Ich antwortete: „Lieber Hugenberg, wenn ich hier gewesen wäre, hätte ich mich schwebend an Sie gehängt, um zu verhindern, dass Sie mitmachen.“<sup>182</sup> Er sagte darauf nur: „Jetzt bin ich ein Gefangener.“<sup>183</sup>

---

<sup>180</sup> Claß' Schilderung scheint insofern glaubhaft, als dass er über Details der Verhandlungen letztlich nicht im Einzelnen unterrichtet gewesen sein könnte, da bereits im Verlaufe des Jahres 1932 Claß erkannte, dass Hugenberg sich nicht von ihm so führen ließ, wie er sich das erhoffte, und beide nicht immer die gleichen politischen Strategien mit Blick auf die Einbindung der NSDAP in die „nationale Opposition“ verfolgten. Die Verhandlungen erfolgten zwar im Januar 1933 in enger Folge, konnten Claß im Ergebnis jedoch nicht völlig überrascht haben, denn er hielt auch während seiner Kuraufenthalte vielfältigen Kontakt, nicht zuletzt zur ADV-Hauptgeschäftsstelle, und verhandelte noch im Januar mit Hugenberg um finanzielle Unterstützungen für die Deutsche Zeitung. Anders fiel hingegen die exkulpierende Schilderung beispielsweise von Alfred Hugenbergs Privatsekretärin von 1923–1938, Irene Haux (geborene von Buchholz), aus, die im Zuge des Entnazifizierungsverfahrens von Hugenberg die gänzlich ungläubhafte Erklärung abgab, wonach die Regierungsbildung am 30.1.1933 für Hugenberg völlig überraschend kam und er sogar mit der Kabinettsbildung „nicht das geringste zu tun hatte“. Irene Haux, 30.10.1947, in Borchmeyer: Hugenbergs Ringen, S. 23–26.

<sup>181</sup> Der Brief von Paul Bang an Claß vom 31.1.1933 ist in den Akten des ADV auch als Kopie nicht überliefert. Die Überlieferung des Allgemeinen Schriftwechsels im Bestand R 8048 im Bundesarchiv-Berlin endet aber ohnehin mit dem Jahr 1930.

<sup>182</sup> Reinhold Quaatz hielt später fest: „Dann ruft mich Claß ‚dringend‘ an. Spaziergang mit ihm. Will aus mir rausholen, daß Bündnis mit Hitler falsch war. Wiederholt frühere Wendung: ‚Als er in Schwarzeck (dort war er zur Kur) davon gehört habe, habe er sich geschämt‘. Als er insistiert, sage ich: Ich sehe die Dinge etwas anders an. Nach dem Schleicherschen Emeuteversuch [sic; gemeint ist vermutlich das Gerücht vom 29.1.1933 über einen Putschversuch der Reichswehr] war der Entschluß nötig. Claß: Da hat Hitler Hugenberg betrogen. Das hat er erfunden. Langes und unfruchtbares Hin und Her über Hugenberg. [...]“ Tagebucheintrag Reinhold Quaatz 7.3.1933, in Weiß/Hoser: Deutschnational, S. 238–239. Entsprechend der Putschgerüchte vom Sonntag, den 29.1.1933 soll Kurt von Schleicher einen Putsch geplant haben, falls es zur Machtübertragung an Hitler gekommen wäre. Solche möglichen Überlegungen im Reichswehrministerium vom 28. und 29.1. be-

Mit diesen paar Worten ist mein Gesamteindruck geschildert, aber auch die Auffassung, die Hugenberg von seiner Ministerschaft sofort nach seiner Ernennung gewonnen [hat]. Was er in deren kurzen Zeit erlebte, und was mein Freund Bang durchmachte, der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium geworden war, ist nicht meine Aufgabe, hier zu schildern.

(11.11.1936)

Wenn von mir jetzt ein abschliessendes Urteil über Adolf Hitler erwartet wird, so halte ich dafür, dass ich es denen überlassen muss, die die Darstellung dessen gelesen haben, was ich mit ihm erlebt habe und was mir, soweit ich nicht selbst unmittelbar beteiligt war, Gesinnungsgenossen und Freunde berichtet haben, deren unbedingte Glaubwürdigkeit für mich ausser jedem Zweifel steht.

Nur noch ein paar Worte über die Arbeitsweise des Mannes, der jetzt seit fast vier Jahren unbeschränkter Herr über das deutsche Volk ist, sowie über seine Gefolgschaft.

Wer Hitlers Buch „Mein Kampf“ gelesen hat, weiss, welche ausschlaggebende Bedeutung er der Propaganda beimisst und was er von einer Propaganda verlangt, die wirksam sein soll.

Im Sinne dieser seiner Ausführungen, die für mich furchtbar zu lesen waren, und nach dem bisherigen Erfolg gemessen, ist Hitler der grösste Propagandist, den meines Wissens die Weltgeschichte aufzuweisen hat. Er hatte das Glück, in den rechten Augenblicken zwei propagandistische Mitarbeiter zu finden, die ihm fast oder ganz ebenbürtig waren: Gregor Strasser<sup>184</sup> und Dr. Josef Göbbels<sup>185</sup> [sic].<sup>186</sup> Es ist aber kein Zweifel, dass ihre Erfolge darauf beru-

---

zogen sich jedoch nur auf ein Papen-Hugenberg-Kabinett und wären von Schleicher bei der Einbindung Hitlers aufgrund der anerkannten Autorität des Reichspräsidenten verworfen worden. Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 629–633.

<sup>183</sup> Alfred Hugenberg erklärte am 31.1.1933: „Ich habe die größte Dummheit meines Lebens gemacht; ich habe mich mit dem größten Demagogen der Weltgeschichte verbündet.“ Zitiert in Carl Goerdeler, Manuskript vom 9.7.1937 [Eintrag 30.1.1933], in Gillmann/Mommen: Politische Schriften, Bd. 1, S. 252. Siehe auch Jones: „The Greatest Stupidity of My Life“.

<sup>184</sup> Für Claß war Gregor Strasser „der wichtigste und einflussreichste Mitarbeiter Hitlers“. Claß auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 10.12.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 172, Bl. 43.

<sup>185</sup> Joseph Goebbels (1897–1945), 1917–1921 Studium der Geschichte, Altphilologie und Germanistik, 1924 Gründung der Ortsgruppe Mönchengladbach der NSFP, 1924–1925 Schriftleiter der Völkischen Freiheit, 1925 Mitglied des Vorstandes des NSDAP-Gaues Rheinland-Nord, 1925 Schriftleiter der Nationalsozialistischen Briefe, 1926 Gauleiter der NSDAP in Berlin, 1927 Herausgeber von Der Angriff, 1928–1945 Mitglied des Reichstags für die NSDAP, 1933–1945 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda.

<sup>186</sup> Joseph Goebbels wiederum hielt Claß für einen typischen Vertreter überholter alldeutscher Honorationspolitik mit viel bildungsbürgerlicher Expertise und gleichzeitig wenig Verständnis für die moderne Massenmobilisierung. Tagebucheintrag Joseph Goebbels 8.9.1926, in Heiber, Das Tagebuch von Joseph Goebbels, S. 101 sowie Hamann: Winifred Wagner, S. 154–155. Jedoch respektierte Goebbels Alldeutsche wie Paul Bang und Axel von Freytag-Loringhoven. Tagebucheintrag Joseph Goebbels 13.6.1928 und 29.11.1929, in Fröhlich: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1/III, S. 35 und 383.

hen, dass sie ihre ganze Tätigkeit wesentlich nach dem Beispiel eingerichtet haben, das ihr Herr und Meister ihnen gegeben hat, und nach den Grundsätzen, die sie aus seinem Buch „Mein Kampf“ übernommen haben.

Der Aufstieg Adolf Hitlers ist ohne Beispiel in der Weltgeschichte. Aber er ist aufgebaut auf der Propaganda und aus der instinktsicheren und rücksichtslosen Ausnützung der Gelegenheiten, die durch sie geschaffen worden waren. Das ändert nichts daran, dass Propaganda niemals etwas Schöpferisches ist – aber auch nichts daran, dass, wer zwar selbst nicht schöpferische Gedanken erzeugt, aber diejenigen anderer ausführt, grosse Verdienste um Volk und Vaterland erwirbt. Solche Verdienste hat Adolf Hitler sich zweifellos erworben.<sup>187</sup> Ueber seine Gesamtleistung wird der letzte Ausgang entscheiden.

<sup>187</sup> Claß fasste diese ambivalente Haltung gegenüber Politik und Propaganda der NSDAP zwischen Herbst 1932 und Frühjahr 1933 in den Alldeutschen Blättern zusammen und betonte mit Blick auf die Reichstagswahlen vom 5.3.1933, dass die DNVP unter dem Minister für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung als ausgleichendes Element der Hitler-Regierung weiterhin Bestand habe. In der zweiten Jahreshälfte 1932 hatte von den „nationalen Parteien“ die „nationalsozialistische die Aufgabe übernommen“, so Claß, „die Volksmassen in Stadt und Land darüber aufzuklären, daß Deutschland von den inneren und äußeren Feinden schmächtig betroffen worden sei, daß nichts minderes als das Wesen, als das Dasein unserer Deutschen auf dem Spiele stehe. Ich wiederhole was ich schon oft gesagt habe: die Tätigkeit, die Adolf Hitler und seine Mitarbeiter auf diesem Gebiet geleistet haben, ist beispiellos und übertrifft in ihrer zähen Folgerichtigkeit, in ihrem fortreibenden Schwung, in ihren ungeheuren Erfolgen alles, was bisher bekannt geworden ist. [...] der völkische Selbsterhaltungstrieb hatte in Adolf Hitler einen Vorkämpfer gefunden, der die Volksseele verstand und bald beherrschte. Es ist und bleibt für alle Zeit bewundernswert, wie der nationalsozialistische Führer und seine Gefolgschaft durch rastlose, schwerste Arbeit, durch Opfer an Blut und Gut, durch eine Hingabe sondergleichen, den Kampf gegen die Volksverderber vorwärts getrieben haben und schließlich zur bestimmenden Gruppe im Leben Deutschlands geworden sind. An äußeren Erfolgen blieb hinter ihnen die Deutschnationale Volkspartei unter Hugenberg's Führung zurück – leicht begreiflich, da sie nach ihrer Geschichte und ihren Grundsätzen das Maß von draufgängerischer Rücksichtslosigkeit nicht entfallen konnte, das bei der verzweifelten Lage Deutschlands geboten war, und das allein Volksmassen hinter sie bringen konnte. Aber Hugenberg war mit seiner zahlenmäßig wesentlich schwächeren Gefolgschaft für den Durchbruch der nationalen Opposition zur Staatsmacht unentbehrlich, ja es bleibt bestehen, daß allein schon seine staatsmännische Persönlichkeit für das ungeheure Werk unentbehrlich ist, das nun vor der nationalen Regierung liegt, das von ihr, zum Teil in stürmischem Anlauf, bereits in Angriff genommen worden ist. [...] Die nationale Regierung des 30. Januar 1933 hat unserem Volke die Diktatur gebracht, nach der wir durch zwei Jahrzehnte gerufen haben – die Diktatur in der Arbeitsteilung, die dem Wesen der beiden Männer entspricht, die sie tragen: Adolf Hitler als Inhaber der politischen Macht – Alfred Hugenberg als Betreuer des Gesamtbezirks der wirtschaftlichen Aufbau-Arbeit. [...] Der Frühling des Jahres 1933 hat das parlamentarische Unwesen aus Deutschlands Gauen fortgefegt; an seine Stelle ist die nationale, die völkische Diktatur getreten, von niemandem wohl mit größerer Freude begrüßt, als von uns Alldeutschen.“ Claß: Deutsche Ostern, in Alldeutsche Blätter 22.4.1933. Claß begrüßte weiterhin das Ermächtigungsgesetz, den Kampf gegen KPD, SPD und Zentrum sowie gegen Juden. Der wesentliche Unterschied zwischen NSDAP und ADV sei gewesen, „daß wir die Diktatur von oben anstreben, während sie jetzt von unten herbeigeführt worden ist“. Man wollte die „aristokratische Diktatur von oben“, während Hitler „den Weg über die äußerste Demokratie gegangen sei“ und man hoffe auf die Einlösung des aristokratischen Prinzips sowie auf die „Krönung“ des völkischen Staates „durch die Wiederkehr des deutschen Kaisertums“. Ebd.

Nun die Gefolgschaft. Sie kenne ich nur soweit, als alte Gesinnungsgenossen aus dem Alldeutschen Verband zur N.S.D.A.P. übergegangen sind, und aus meinen Beobachtungen im Deutschen Reichstag.<sup>188</sup>

Bei jenen – ich nenne sie weder Abtrünnige noch Ueberläufer – habe ich durchweg Erscheinungen festgestellt, die entweder auf seelische Abirrungen von ihrem Wesen schliessen liessen, oder auf augesprochenstes Schwinden der Urteilskraft. Ich habe es öfter erlebt, dass solche „Verirrten“ nach längerer oder kürzerer Zeit zurückkehrten und mir erzählen wollten, dass und durch welche Umstände sie „bekehrt“ worden seien. Ich habe es immer abgelehnt, solche Berichte entgegenzunehmen.

Was nun den Reichstag betrifft, so ist anzunehmen, dass seine nationalsozialistischen Mitglieder – und er besteht ja mit ganz geringen Ausnahmen nur

<sup>188</sup> Der nationalsozialistische Reichstag fand zwischen 1933 und 1945 zu 19 Sitzungen zusammen, zuletzt am 26.4.1942. Vom ADV wurden nach den Reichstagswahlen am 12.11.1933 Claß, Paul Bang und Alfred Hugenberg auf Vorschlag von Wilhelm Fricks Reichswahlvorschlag als „Gäste“ der NSDAP-Reichstagsfraktion geführt. Axel von Freytagh-Loringhoven, Carl Gottfried Gok und Otto von Feldmann gewannen ihre Wahlbezirke in Breslau, Hamburg und Süd-Hannover/Braunschweig. Verzeichnis der Mitglieder des Reichstags, 12.12.1933, BA-Berlin, NS 46, Bd. 47, Bl. 23–30. Claß zu seiner Aufstellung: „Nun noch kurz zu der Nachricht, die Sie inzwischen in der Presse gefunden haben werden, daß ich von den Verantwortlichen der NSDAP auf die Einheitsliste für die kommende Reichstagswahl gesetzt worden bin. Ich habe auf Anfrage nach Beratung mit unseren hier anwesenden Herren meine Zustimmung erteilt, da es sich um den Ausdruck der nationalen Geschlossenheit in Bezug auf die heutige Außenpolitik handelte. Eine parteimäßige Bindung oder eine Festlegung auf innerpolitische Fragen ist dabei ausgeschlossen.“ Claß an Otto Helmut Hopfen 31.10.1933, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 392, Bl. 348. Otto von Feldmann, der selbst 1933 durch Alfred Hugenberg, Claß und Axel von Freytagh-Loringhoven für den Reichstag vorgeschlagen wurde, und bis 1938 Mitglied war, als er nach der Wahl vom 29.3.1938 zwei Wochen später durch Frick die Mitteilung bekam, dass er sein Mandat gerade wegen der „Reichstagsfreifahrkarte“ einem „Amtsträger der Partei“ zur Verfügung stellen musste, bestätigte 1944/45 diese Aussage: „Class hatte zunächst starke Bedenken sich aufstellen zu lassen, u. ich muss zum grossen Teil die Verantwortung mit dafür übernehmen, wenn er es endlich doch tat. Bei einer Unterhaltung in Berlin setzte ich ihm auseinander, dass es eine Unmöglichkeit sei, dass der Verband seit langer Zeit nach positiver Mitarbeit geschrien [sic] habe und sich nun versagen wolle; nur durch unsere Bereitwilligkeit mitzumachen, könnten wir das Fortbestehen des Verbandes retten. Die Liste wurde natürlich mit grosser Stimmenmehrheit gewählt.“ Otto von Feldmann: Lebenserinnerungen, in GSTA Berlin, NL Feldmann, Bd. 1, Bl. 330. Siehe auch zum Brief von Wilhelm Frick an Otto von Feldmann vom 13.4.1938 ebd., Bl. 362. Die „Gäste“ des ADV seien nicht gezwungen worden, öffentlich ihre Loyalität zur NSDAP zu bekunden, so die Mitteilung innerhalb des Verbandes. Siehe Lagebericht des ADV 30.11.1933, BA-Berlin, R 8048, Bd. 552, Bl. 144–145. Otto von Feldmann dazu: „Dass wir im Reichstage Gäste der Fraktion sein sollte[n], stand nur auf dem Papier. Es wurde nie Gebrauch davon gemacht, und nie ist einer von uns Aussenseitern zu einer Fraktionssitzung eingeladen worden.“ Feldmann: Lebenserinnerungen, Bl. 331. Feldmann ging jedoch auch zu geselligen Treffen der Reichstagsabgeordneten, wie in den Aeroklub in Berlin. Siehe ebd., Bl. 351. Auch Hugenberg und Claß sind zu geselligen Bierabenden der NSDAP-Reichstagsfraktion eingeladen worden, entschuldigten sich dann aber später mit Magenbeschwerden oder zeitlichen Kollisionen mit Kuraufenthalten in Bad Kissingen. Siehe z.B. Claß an Wilhelm Frick, 16.2.1938, in BA-Berlin, NS 46, Bd. 28, o. Bl. und Alfred Hugenberg an Wilhelm Frick, 27.1.1939, in ebd. sowie NSDAP-Reichstagsfraktion Einladungsliste, o.D. [Januar 1939], in ebd. und Alfred Hugenberg an die NSDAP Reichstagsfraktion, 4.5.1942, in ebd., Bd. 44/1, Bl. 120.

aus solchen – die Blüte der Partei darstellen, durchweg wohl alte Kämpfer sind und wichtige Stellen in der ungeheuren Bürokratie einnehmen, die die Partei sich geschaffen hat.<sup>189</sup> Wenn man die Partei nach dieser „Blüte“ beurteilen darf, dann ist die Gefolgschaft Hitlers im engeren Sinn, d. h. diejenigen, die seine Sache tragen und vertreten, furchtbar. Ich muss sofort die einschränkende Bemerkung machen, dass dieses mein Urteil allein auf den Beobachtungen beruht, die ich durch die Teilnahme an Reichstagsitzungen gemacht habe. Diesen fast siebenhundert Volksvertretern<sup>190</sup> fehlt jeder Sinn für die Ueberlieferung eines schwergeprüften Volkes, fehlt jedes Verständnis für die Unentbehrlichkeit politischer, geistiger Freiheit – diese Begriffe sittlich genommen –, ihnen fehlt ein festgegründetes Rechtsgefühl und die Wertung der in langer Geschichte erworbenen Kultur. Das, was das Wesen dieser Volksvertreter ausmacht und sie so fest an ihren Führer bindet, ist ein wilder Fanatismus – jener Fanatismus, den Adolf Hitler ja zur tragenden Kraft seiner Bewegung entwickelt hat.<sup>191</sup> Die Zeit wird lehren, ob der Fanatismus auf die Dauer ein grosses Staatswesen tragen kann, oder ob die zerstörenden Kräfte, die er entbindet, nicht zum Verhängnis des deutschen Volkes werden.

### Nachtrag

An anderer Stelle – in meinem Erinnerungsbuche „Wider den Strom“ – habe ich geschrieben, dass ich erkannt habe, dass von den parlamentarischen

---

<sup>189</sup> Der Reichstag zählte nach den Reichstagswahlen am 12.11.1933 661 Mitglieder, am 29.3.1936 741 Mitglieder und am 10.4.1938 814 Mitglieder. Siehe dazu Lilla: Statisten in Uniform. Mit dem Ermächtigungsgesetz 24.3.1933, dem Verbot und der Selbstauflösung der Parteien (außer der NSDAP) bis zum Sommer 1933 und der Außerkraftsetzung der Reichstagsgeschäftsordnung am 15.9.1935 wurde die Gleichschaltung des Reichstags im Zuge der Machtübernahme Adolf Hitlers abgeschlossen. Der Reichstagshaushalt stieg von 1933 zu 1939 von über 6 Millionen Reichsmark auf über 18 Millionen Reichsmark und ging dann bis 1943 auf über 9 Millionen Reichsmark zurück. Hubert: Uniformierter Reichstag, S. 288.

<sup>190</sup> Die größte Ausdehnung erreichte der sogenannte Großdeutsche Reichstag im Dezember 1938 nach den Ergänzungswahlen im Zuge des „Anschlusses“ Österreichs mit 876 Mitgliedern.

<sup>191</sup> Otto von Feldmann erinnerte sich an seine Reichstagsmitgliedschaft 1933–1938: „In den Sitzungen selbst hatte man nichts zu tun. Es gab keine Geschäftsordnung, sondern diese wurde nur durch den Präsidenten, Minister [Hermann] Göring, vertreten. Häufig oder meist wussten wir bei Beginn einer Sitzung auch noch nicht, was überhaupt verhandelt werden sollte. Man musste pünktlich zur Stelle sein, den Gebräuchen der Partei entsprechend aufstehen und sich wieder hinsetzen und solange anwesend bleiben, bis der Führer sich vom hohen Haus verabschiedet hatte.“ Auch der ADV profitierte von diesem Arrangement. Otto von Feldmann erinnerte sich: „Vier Jahre habe ich dem Reichstage angehört und im Ganzen 10 Sitzungen mitgemacht, mich im Uebrigen [sic] unter Fortfall jeder Arbeit, der schönen Freifahrtkarte und der Diäten von monatlich steuerfreien 540 RM erfreut. Mit der Freifahrtkarte konnte ich beliebig oft durch das ganze deutsche Reich fahren, und zwar in der ersten Klasse. Das war natürlich für meine vielen Vortragsreisen sehr bequem und für die Veranstalter sehr billig. Fast ausschließlich für diese Reisen habe ich die Karte benutzt und so der Verbandskasse viele Reisekosten erspart.“ Otto von Feldmann: Lebenserinnerungen, in GSTA Berlin, NL Feldmann, Bd. 1, Bl. 331–332.

Vertretern der nationalen Opposition allein Dr. Alfred Hugenberg die staatsmännischen Eigenschaften besitze, die ein Reichskanzler haben muss, der Deutschland retten soll.<sup>192</sup> Er ist ein Mann, der durch die beste Schule des preussischen Beamtentums gegangen ist, genauester Kenner der Wirtschaft der massgebenden Zweige, ein selbständiger und schöpferischer Denker, frei von Eitelkeit, Ehrgeiz und Parteisinn – einer der Haupturheber der nationalen Opposition sofort nach dem Sturze Bismarcks<sup>193</sup> – kurz, einer der ganz wenigen in Deutschland, die man mit gutem Gewissen vor staatsmännische Aufgaben stellen kann.

Ich habe dort geschildert, wie ich Hugenberg dazu gebracht habe[,] sich dazu bereit zu finden, die Führerschaft der deutschnationalen Volkspartei zu übernehmen und weiter die Verbindung mit Adolf Hitler zu suchen. Beides ist geschehen. Auf den vorstehenden Blättern ist auch gesagt, dass er bis zur Harzburger Tagung die Führung der nationalen Opposition in den Händen hatte.

Angesichts dieser Tatsachen wird man fragen, wie ist es gekommen, dass Hugenberg nicht an die Stelle gelangt ist, an der er das deutsche Schicksal bestimmen konnte, dass vielmehr Hitler zunächst vor ihm einen ungeheuren Vorsprung gewann und schliesslich, im Grossen gesehen, ihm den Rang ablief?

Es ist klar, dass im Wettbewerb zwischen einem sachlich denkenden und arbeitenden Politiker und einem Fanatiker den Massen gegenüber der Fanatiker die grösseren Aussichten hat. Hugenberg war nie ein Mann der Massen, obwohl er es als Parteiführer gekonnt hat, Massen-Versammlungen zu begeistern. Das habe ich selbst auf dem deutschnationalen Parteitag in Stettin erlebt.<sup>194</sup> Aber in diesem von mir beobachteten Falle war es die sachliche Ueberlegenheit, die Schlagkraft seiner Darlegungen, die auf eine durchweg geistig geschulte und entsprechend eingestellte Zuhörerschaft eine solche Wirkung ausübte. Das ist etwas ganz anderes als die Hingerissenheit einer fanatischen Menge durch einen Redner, der alle Register seines Fanatismus aufzieht.

<sup>192</sup> Siehe Kapitel 8.1. und Claß: Wider den Strom, S. 46–47 und 140. Der Verweis auf Hugenbergs „Eigenschaften“ für eine zukünftigen Reichskanzlerschaft wurde im ersten Erinnerungsband von 1932 nicht ausgesprochen, sondern vielmehr die Expertise von Hugenberg in der Siedlungspolitik, Wirtschaft und den Finanzen als Werbung für Hugenberg als enger Vertrauter von Claß und „eigentlicher Gründer des Alldeutschen Verbandes“ betont.

<sup>193</sup> Otto von Bismarck wollte 1890 durch eine Verlängerung der Sozialistengesetze von 1878 die Stellung des seit 1888 regierenden Kaisers Wilhelm II. innenpolitisch stärken, jedoch war eine Zustimmung der Kartellparteien durch die sichere Ablehnung der Nationalliberalen ausgeschlossen. Der Konflikt zwischen Kaiser und Reichskanzler wurde im Januar 1890 auf einer Sitzung des Kronrats unübersehbar. Bismarck suchte seine Stellung zu halten und dachte auch an einen Staatsstreich. Im März 1890 verlor Bismarck das Vertrauen Wilhelms II. und sein Entlassungsgesuch vom 18.3.1890 nahm der Kaiser an. Der Abgang Bismarcks beförderte die Mobilisierung der „nationalen Opposition“ gegen den jungen und erratischen Kaiser. Die Gründung des ADV 1890/91 erfolgte aus dieser Kritik am politischen Kurs Wilhelms II. sowie aus der kolonialen Bewegung heraus. Der Anlass war der Helgoland-Sansibar-Vertrag vom 1.7.1890 zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien.

<sup>194</sup> Der (10.) DNVP-Parteitag in Stettin fand 19.–20.9.1931 statt. Neben Claß waren weitere alldeutsche Ehrengäste wie Otto Helmut Hopfen eingeladen.

Kein Zweifel: als Parteiführer war Alfred Hugenberg gegenüber Adolf Hitler durch diese grundverschiedene Veranlagung im Nachteil<sup>195</sup> – ganz abgesehen davon, dass der Fanatismus des Führers bei der N.S.D.A.P. auch auf die Unterführer übergegangen war, während bei [der] D.N.V.P. die Sachlichkeit des Parteivorsitzenden bei seinen Mitarbeitern vorhanden war – und sich natürlich, wie die Dinge sich in Deutschland entwickelt hatten, in Bezug auf die Werbekraft gegenüber den Wählermassen ungünstig auswirkte.<sup>196</sup> Aber zu diesem Nachteil kam ein anderer, der sich zum Schaden Hugenburgs und der von ihm vertretenen Sache verheerend auswirkte. Das ist nicht nur meine eigene festbegründete Ueberzeugung, sondern auch diejenige meiner nächsten Mitarbeiter, die, wie ich selbst, Gelegenheit hatten, reichlich Erfahrung zu machen. Und dies hängt aufs Engste mit der Wahl zusammen, die Hugenberg in der Betreuung des Zeitungsfachmannes Ludwig Klitzsch mit der Leitung des sog. Scherl-Konzerns getroffen hatte. Aus den Mitteln des nationalen Zweckvermögens, das auf Hugenburgs Betreiben die Schwerindustrie aus ihren Kriegsgewinnen zusammengebracht hatte, war der in Schwierigkeiten geratene Verlag der August Scherl G.m.b.H. erworben worden.<sup>197</sup> Der bisherige Vertrauensmann Scherls hatte es nicht verstanden, die Fehlbeträge zu beseitigen und Hugenberg befürchtete den Zusammenbruch des Unternehmens, wenn es nicht gelänge, einen Leiter zu finden, der es kaufmännisch in Ordnung bringe und ausbaue. Einen solchen glaubte er in Klitzsch gefunden zu haben, dessen Fähigkeiten in einem Film-Unternehmen, bei dem das nationale Zweckvermögen, kennen gelernt hatte.<sup>198</sup> Ihn machte er Anfang 1919 zum Generaldirektor des Scherl-Konzerns.

Der neue Mann hatte seinen Lebensweg im Zeitungsgewerbe ganz von unten auf angetreten, war in den Jahren des grössten wirtschaftlichen Aufschwunges höchst erfolgreicher Anzeigenwerber geworden und war auf Grund seiner Leistungen zum Leiter des grossen Zeitschriften-Unternehmens der Leipziger

<sup>195</sup> Auch der Verleger Theodor Reismann-Grone, der 1915 aus dem ADV ausgetreten war, hielt nach einem Besuch in Rohbraken wegen Verhandlungen über sein Firmengrundstück 1927 fest: „Hugenberg war wie immer reserviert und berechnend. Man ist nie warm bei ihm.“ Tagebucheintrag Theodor Reismann-Grone vom 21.1.1927, in StA Essen, N Reismann-Grone, 652, Bd. 148, o.Bl. Nach den schlechten Ergebnissen der DNVP bei der Preußenwahl am 24.4.1932, notierte Reismann-Grone: „Die faule Mitte zertrümmert. Leider hat Hugenberg die Hälfte der Sitze verloren, aber er selbst trägt die Schuld: er bleibt ein Tiffler und Spiesser, der nicht mitreisst.“ Ebd., o.Bl.

<sup>196</sup> Theodor Reismann-Grone, der 1930 erstmals Adolf Hitler traf und offiziell zum 1.1.1930, vermutlich jedoch erst im Frühjahr 1932, in die NSDAP eintrat, hielt über die Begegnung fest: „Ich spreche erst, bald greift er nach dem Wort und redet allein. Sein Wort steckt nicht im Intellekt, sondern im Temperament. Er rüttelt auf. Der Deutsche braucht das. Gegen Tempo kann man nur mit Tempo siegen.“ Tagebucheintrag Theodor Reismann-Grone vom 15.10.1930, in ebd., o.Bl.

<sup>197</sup> Alfred Hugenberg erwarb die August Scherl GmbH 1916 mit Mitteln der Wirtschaftlichen Vereinigung. 1929 gehörten Alldutsche wie Leo Wegener, enger Vertrauter von Hugenberg, sowie August Roesener und Wilhelm Niemann zum Verwaltungsausschuss. Siehe dazu v.a. Holzbach: Das „System Hugenberg“, S. 290–293 und Guratzsch: Die Grundlegung des Hugenbergischen Presseimperiums, S. 271–296 und 418–421.

<sup>198</sup> Satz ist unklar.

Firma Weber<sup>199</sup> emporgestiegen. Dann war er zum Film übergeg[an]gen und von da berief ihn Hugenberg an die Spitze von Scherl.

Es ist ganz ausser allem Zweifel, dass Klitzsch eine kaufmännische Kraft allerersten Ranges ist und dass er geschäftlich den grossen Scherl-Betrieb in Ordnung gebracht, wahrscheinlich gerettet hat.<sup>200</sup>

Aber er war nur Kaufmann. Politisch ein unbeschriebenes Blatt, gleichgültig, im günstigsten Falle landläufig national, aber ohne Verständnis für Hugenbergs grosse politische Gedanken und leider auch ohne Sinn für die ausserordentliche kulturelle Bedeutung eines Zeitungsunternehmens, das schliesslich in die Hände des nationalen Zweckvermögens genommen worden war, um nationale Politik zu machen und die deutschen Kulturbestrebungen zu fördern.

August Scherl hatte s. Zt. den Berliner Lokalanzeiger rein als geschäftliches Unternehmen gegründet.<sup>201</sup> Er hatte ihn als „Generalanzeiger“ aufgezogen, also bewusst politisch gesinnungslos und kulturell gleichgültig. Nach anfänglichen Misserfolgen hatte er mit dem Blatte ein grosses Vermögen erworben, seinen Verlag durch immer neue Unternehmungen vergrössert und dabei auch Rückschläge erfahren, die ihn schliesslich in Schwierigkeiten brachten.

Die politische Gesinnungslosigkeit und kulturelle Gleichgültigkeit war das Erbe, das das grosse Unternehmen mitbrachte, als es schliesslich unter Hugenbergs Oberleitung kam und dann dem Generaldirektor Klitzsch unterstellt wurde.

<sup>199</sup> Ludwig Klitzsch gründete 1903 Die Brücke der Heimat, mit der er dann in die Leipziger Verlagsfirma J. J. Weber wechselte. Hier war Klitzsch zwölf Jahre tätig und zuletzt Direktor der Leipziger Illustrierten Zeitung. Im Ersten Weltkrieg wurde Klitzsch von Alfred Hugenberg als kaufmännischer Direktor des Deutschen Überseedienstes angestellt und baute vor allem den Ausland-Verlag auf. 1919 wurde Klitzsch Generaldirektor der Scherl-Firma Hugenbergs und blieb in dieser Position vermutlich auch bis zum Verkauf des Verlages an ein Tochterunternehmen des Eher-Verlages 1944. Zudem hielt er Beteiligungen am Scherl-Verlag sowie noch im Mai 1945 Gesamtkommanditanteile an der am 30.8.1937 gegründeten Opriba Hugenbergs von 4.238.300 Millionen D-Mark. In die Opriba ging die August Scherl Handels- und Verwaltungs-GmbH mit ein. Liste der Gesellschafter der Opriba Handels- und Verwaltungs-Kommanditgesellschaft und ihrer Beteiligungen 28.5.1945, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 630, Bl. 66–77.

<sup>200</sup> Die Beziehung zwischen Alfred Hugenberg und Ludwig Klitzsch war vornehmlich geschäftlich, die jedoch für Hugenberg neben einem „nationalpolitischen Standpunkt“ vor allem auf langjähriger „vertrauensvoller Zusammenarbeit“ ruhte. Alfred Hugenberg an Leo Wegener, 13.4.1929, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 65, Bl. 237–238 und Alfred Hugenberg an Ludwig Klitzsch, 23.9.1933, in ebd., Bd. 38, Bl. 9. Auch Otto Meesmann hielt Klitzsch im Rückblick als eine „Persönlichkeit, die mit Weitblick, Wagemut und überragenden fachlichen Können den Scherl-Verlag und später auch die Universum-Film-A.G. (Ufa) zu führenden Unternehmungen von Weltruf entwickelte.“ Aufzeichnung Otto Meesmann, o.D. [ca. April 1949], in ebd., Bd. 172, Bl. 48.

<sup>201</sup> August Scherl gründete 1883 einen Presse- und Buchverlag sowie den Berliner Lokal-Anzeiger. Siehe Kapitel 2.3. 1888 trat Philipp Goldschmied in die Redaktion des Berliner Lokal-Anzeigers ein, wurde Direktor im Scherl-Verlag und nahm bis zu seinem Tod im Januar 1932 „den Posten des Beraters, Förderers und Führers der ganzen Redaktionsgemeinschaft des Scherl-Hauses“ ein. Berliner Illustrierte Nachtausgabe 30.1.1932.



Der gewesene Anzeigenfachmann hielt an seiner Erfahrung fest, dass der Anzeigenteil das geschäftliche Gedeihen eines Blattes entscheide; er vertrat die Auffassung, dass politische Zeitungen nicht lebensfähig seien, erst recht nicht nationalpolitische. Er erklärte solche Blätter für Zuschuss-Unternehmungen und hatte damit nach meinen eigenen Erfahrungen recht. Aber man kann auch die geschäftlichen Rücksichten so weit treiben, dass politisch das Gegenteil von dem erzielt wird, was mit dem Erwerb eines solchen Verlages beabsichtigt war. Der Anzeigenteil bestimmte alles, d. h. dass Klitzsch wegen der jüdischen Anzeigen nicht zuließ, dass in irgend einem Teile der Zeitung die Judenfrage auch nur gestreift wurde. Dies kam darauf hinaus, dass das Blatt, ja der ganze Verlag des Partei-Vorsitzenden in der Frage, die zur elementarsten der deutschen, der völkischen Entwicklung geworden war, völlig versagte. Nun stand zweifellos der weitaus grösste Teil der Mitglieder der D.N.V.P. dem Judentum feindlich gegenüber. Es wurde dem Partei-Vorsitzenden zum Vorwurf gemacht, dass „sein“ Blatt gegen die Juden peinlich schweige. In derselben Zeit entfaltete die N.S.D.A.P. eine von ihrem ganzen Fanatismus erfüllte Tätigkeit, um über die Sünden des Judentums am deutschen Volke Aufklärung zu verbreiten.<sup>202</sup> Wen konnte es wundern, dass in zunehmenden Masse Deutschnationale, verstimmt durch solche Gleichgültigkeit in einer Lebensfrage unseres Volkes, zur N.S.D.A.P. übertraten. Mir sind viele solche Fälle durch mündliche und schriftliche Mitteilung bekannt geworden, und ich habe Hugenberg wiederholt darauf hingewiesen, welche Gefahr diese Haltung „seiner“ Presse politisch für ihn bedeute. Er antwortete dann immer, wenn Klitzsch, dessen kaufmännische Fähigkeiten ich doch wiederholt anerkannt habe, versichere, dass der Verlag sich nur halten könne, wenn die Judenfrage aus dem Spiel bleibe, dann müsse er sich diesem Urteil fügen. Gegen das Versagen der Zeitungen und Zeitschriften des Verlages berief sich Hugenberg gleichfalls auf Klitzsch, der nach allen Erfahrungen die Meinung vertrat, dass die Presse sich nach dem Geschmack der Masse ihrer Leser richten müsse und nicht nach demjenigen der verhältnismässig kleinen Zahl der wirklich gebildeten und urteilsfähigen.

Da war also nichts zu machen. Es blieb dabei, dass die politische und kulturelle Haltung des ganzen Scherl[-V]erlages, den man sicher mit Unrecht die „Hugenberg-Presse“ nannte, der Bestimmung von Klitzsch unterworfen war, der politisch wie kulturell gleich ahnungslos war.

Aber noch weit grösser war der Schade, der der Sache, die Hugenberg politisch vertrat, und der Partei, die er anführte, durch die Filme erwuchs, die die sog. „UFA“ – Universum-Film-Aktiengesellschaft – herausbrachte.<sup>203</sup>

---

<sup>202</sup> Zu nationalsozialistischen Angriffen auf Alfred Hugenberg als Verleger und der Besetzung von Stellen bei den vom Scherl-Verlag herausgegebenen Zeitungen siehe auch Otto von Feldmann (DNVP Landesverband Hannover-Süd) an die Hauptgeschäftsstelle der DNVP in Berlin, 20.5.1932, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 398, Bl. 170.

<sup>203</sup> Die Hugenberg-Gruppe übernahm die Ufa – wenige Wochen nach der Premiere des Films „Metropolis“ – im März 1927. Zu dieser Zeit gehörte zu Hugenbergs Konzern der Scherl-Verlag, die Allgemeine Anzeigen GmbH, die Telegraphen-Union als Nachrichtenagentur, die Deulig-Film AG sowie Unternehmen zur Unterstützung der Berichterstattung der Zei-

Ich habe erwähnt, dass Klitzsch aus dem Weberschen Verlage in Leipzig ausgeschieden war, um in die Leitung eines Filmunternehmens einzutreten; der Zeitungskaufmann war also auch Filmfachmann geworden. Vom Film war er dann Generaldirektor bei Scherl geworden.

(14.11.1936)

Die „UFA“ gehörte in der Hauptsache der Deutschen Bank. Sie hatte so unglücklich gearbeitet, war so schlecht geführt, dass nahezu das ganze Aktienkapital verbraucht war und der Zusammenbruch bevorstand.<sup>204</sup> Klitzsch ge-

---

tungen der Hugenberg-Presse. Die Ufa wurde auch anderen Interessenten angeboten, wie beispielsweise Rudolf Mosse. Bernhard: Der „Hugenberg-Konzern“, S. 92. Ursprünglich wurde am 1.11.1916 bei der Nachrichten-Abteilung des Auswärtigen Amtes eine militärische Licht- und Fotostelle eingerichtet und 1917 auf Initiative von Erich Ludendorff die Universum Film AG als Zusammenschluss verschiedener Filmunternehmen gegründet. Ludwig Klitzsch war für das Auswärtige Amt dahingehend in Konstantinopel, um die Verbreitung der Deutschen Lichtbild-Gesellschaft zu fördern und sah eine Absprache zwischen Ufa und Lichtbild-Gesellschaft vor, die eine Aufteilung in Spielfilmproduktion einerseits und kulturelle und wirtschaftliche Filmproduktionen andererseits hinauslaufen sollte. So das Schreiben der Deutschen Lichtbild-Gesellschaft zur Gründung der Ufa am 24.12.1917, in Aufzeichnungen Otto Meesmann, 14.7.1953, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 172, Bl. 26–27. Kein halbes Jahr nach dem Abfassen dieses Claß-Kapitels wurde die Ufa im April 1937 Joseph Goebbels durch die Veräußerung der Aktienanteile des Scherl-Verlages verkauft. Ufa-Aktien im Wert von 21.250.000 Mark wurden verkauft; durch Reichsschatzanweisungen über 9 Millionen Mark, durch eine Kreditabdeckung bei der Dresdener Bank über 9 Millionen Mark und durch Barzahlung von 3.250.000 Mark. Der Bergbauverein erhielt davon 10 Millionen Mark durch 9 Millionen Reichsschatzanweisungen und 1 Million Mark Barzahlung. So Herr Donner an Alfred Hugenberg (Abschrift), in Otto Meesmann Aufzeichnungen, 16.6.1953, in ebd., Bl. 39. Ursprünglich musste der Scherl-Verlag zum Erwerb der Ufa einen Kredit von 18,5 Millionen Mark bei der Dresdener Bank aufnehmen. Die Verluste der Ufa betragen 1927 ca. 50 Millionen Mark und die Umstellung auf den Tonfilm ab 1928 kostete 16–20 Millionen Mark. Der niedrige Verkaufspreis von 1937 sollte durch Druck- und Anzeigenaufträge ausgeglichen werden, der Scherl-Verlag sollte dahingehend bis 1955 durch Goebbels sichergestellt sein. So die Darstellung bei Otto Meesmanns Aufzeichnungen, o.D. [April 1949], ebd., Bl. 41, 50, 51 und 57.

<sup>204</sup> Die Ufa hatte 35 Millionen Mark Schulden, sollte mit einem bestehenden Aktienkapital von 45 Millionen Mark über 74 Millionen Mark kosten. Die Deutsche Bank verlangte zunächst fast 22 Millionen Mark an Zinsen und Verpflichtungen, auf die sie aber im Übernahmeverfahren teilweise verzichtete. Das Aktienkapital wurde zunächst auf 16,5 Millionen Mark herabgesetzt und 28,5 Millionen Mark erneut investiert. Für 13,5 Millionen Mark kaufte sich der Hugenberg-Konzern bei der Ufa ein und erwarb damit die Mehrheit im Aufsichtsrat, indem für 3 Millionen Mark alle Aktien mit mehrfachem Stimmrecht erworben wurden (Kreimeier schreibt von einem zwölffachen Stimmrecht und Bernhard von einem dreißigfachen Stimmrecht der Aktien Litt. B). Darüber hinaus beteiligte sich der Hugenberg-Konzern an den 42 Millionen Mark Aktien Litt. A mit einfachem Stimmrecht als Großaktionär. Der Otto Wolff-Konzern sowie die IG Farben erwarben ebenfalls Anteile. Nach Sonderverträgen mit Großaktionären wurde eine einheitliche Führung der Ufa zusätzlich sichergestellt. Zwei Grundstücke in Berlin wurden verkauft und somit hatte die Ufa über 50 Millionen Mark „Sanierungsgewinn“. Siehe zu dazu Kreimeier: Die Ufa-Story, S. 190–194 und Bernhard: Der „Hugenberg-Konzern“, S. 93. Die Gesamtumsätze der Ufa betragen dann 1927/28 55 Millionen Mark, 1928/29 57 Millionen Mark, 1929/30 62,5 Millionen Mark und 1930/31 72 Millionen Mark. Angaben nach Dr. Thorndike (Material zur Frage nach Restitutionsansprüchen des Ufa-Verkaufs vom April 1937, Abschrift), 7.12.1949, in Otto Mees-

lang es, Hugenberg dazu zu bringen, dass er das UFA-Unternehmen erwarb und als Vorsitzender des Aufsichtsrates an die Spitze trat. Was die UFA nun an unerträglichen Filmen – besonders jüdisch-amerikanischer Herkunft – herausbrachte, wurde Hugenberg Schuld gegeben.<sup>205</sup> Man macht sich keine Vorstellung davon, wie viel ernste Leute, Anhänger der D.N.V.P. und ihres Führers, auf der Deutschen Zeitung<sup>206</sup> und auf der Geschäftsstelle des Alldeutschen Verbandes vorsprachen, und wie viele Briefe wir aus dem ganzen Reich erhielten – alles Beschwerden, zum Teil sogar entrüstete, in denen gesagt wurde, es

---

manns Aufzeichnungen, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 172, Bl. 102. Für das Geschäftsjahr 1931 rechnete Klitzsch trotz eines „schleppender“ werdenden Geschäftes mit einem prognostizierten Abschluss von 21,5 bis 22 Millionen Mark. Die neuen Tonfilme und die „besonders zugkräftigen Filme“ wie „Der Blaue Engel“ hätten 1930 die Bilanz noch gut aussehen lassen. Die verschärfte Weltwirtschaftskrise mit Arbeitslosigkeit und verringertem Einkommen bei Angestellten und Beamten führte bereits zur Herabsetzung der Eintrittspreise. Bei den Zusammenbrüchen in der Filmindustrie im Frühjahr 1931 würde die Ufa jedoch „nur etwa 5–600.000 Mark“ Verlust machen. Die Ufa hatte im Frühjahr 1931 7,4 Millionen Mark Wechsel und Bankguthaben und 13,5 Millionen Mark an Grundstücksbesitzungen, die beliehen werden könnten, um neben Verhandlungen über eine zweijährige Verlängerung des eigentlich auslaufenden Kredites bei der Deutschen Bank (über 3 Millionen Mark) auch die anstehenden Ausgaben u. a. von 3,5 Millionen Mark für Tantiemen und Dividenden und einem erwarteten Bargeldverlust von bis zu 3 Millionen Mark im Sommer 1931 auszugleichen. Zusätzlich plante Klitzsch finanzielle Überweisungen für Scherl von „5/4 bis 1 1/2 Millionen Mark“. Scherl hatte im ersten Drittel des Jahres 1931 bereits 1.150.000 Mark „verdient“ im Vergleich zu 1.300.000 Mark im Vorjahr. Siehe Ludwig Klitzsch an Alfred Hugenberg, 23.4.1931, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 37, Bl. 170–171.

<sup>205</sup> Die Ufa wurde nach der Übernahme 1927 auch auf die Produktion von nationalistischen Filmen umgestellt, Unterrichtsfilme zu Jugend und Körperkultur hergestellt, die „Wochenschau“ weiter ausgebaut und eine Filmkontrollstelle eingerichtet. Ullstein und Mosse sowie Willi Münzenberg von der Prometheus-Film GmbH kritisierten in ihren Zeitungen diese politische Neuausrichtung. Die Entscheidung für die Umstellung der Filmproduktion auf Tonfilme im Laufe des Jahres 1928 und die Einweihung der Tonfilmstudios in Neubabelsberg im September 1929 festigte „die kulturelle Hegemonie“ der Ufa gegenüber einem „fundamentalen kulturellem ‚Versäumnis‘ im ‚Lager‘ der Linken“, die eine breiter angelegte Beeinflussung der Massen durch Filme versäumte. Die Filmproduktionen der Ufa waren trotz Zensur und politischer Ausrichtung nicht nur deutschnational, sondern auf ein größeres Publikum weiterhin ausgerichtet. Die Forderung von Klitzsch, Filmvorführungen von der Lustbarkeitssteuer zu befreien und als Volksbildung und -erholung anzuerkennen, zielte auf eine gesellschaftliche Politisierung des Kinobesuchs und auf die Gewinnung eines breiteren Publikums. Siehe dazu und zum Filmrepertoire der Ufa in den Hugenberg-Jahren Kreimeier: Die Ufa-Story, S. 195–218. Zitat Kreimer, S. 207. Filmproduktionen wie Die Liebe der Jeanne Nye (1927) oder auch der Blaue Engel (1930) zeigten die „politische Elastizität“ der Ufa. Toeplitz: Geschichte des Films, Bd. 1, S. 733.

<sup>206</sup> Die Geschäftsräume der Deutschen Zeitung befanden sich 1932 in der Hedemannstraße 30 (1917 noch in der Hedemannstraße 12). Nach Erwerb der Ufa 1927 veränderte sich die Redaktion nicht mehr wesentlich: Hauptschriftleiter war Franz Schwendy, Carl Cranz Redakteur für Innenpolitik (bis ca. 1930 von Schwendy mitgeleitet, 1931: Leitung Fritz Kolbe, weitere Redakteure waren Klaus Gundelach und Alfred Kirm), Carl-Hermann Zeitz für Außenpolitik (1931 weiterer Redakteur war Ernst Leibert), Georg Ulbricht für Wirtschaft (um 1928/29 Fritz Nonnenbruch, der dann leitender Wirtschaftsredakteur des Völkischen Beobachters wurde), Richard Bildrzyński für Kultur und Kunst, Andreas Paul Richter für Sport (um 1928/29 Graf von Pestalozza) und Gustav Doss für Anzeigen. Gedruckt wurde die Deutsche Zeitung bis zuletzt bei der Neudeutschen Verlags- und Treuhandgesellschaft des ADV.

sei eine Schande, dass ein Filmunternehmen, dessen oberste [L]eitung der Vorsitzende der D.N.V.P. in [den] Händen habe, empörenden, ja aufreizenden und entsittlichenden Schund vorführe, der mindestens zum Kulturverderb des deutschen Volkes führen müsse.

Von Herren, die der Leitung der D.N.V.P. angehörten, hörte ich, dass auch dort Beschwerden in Masse einliefen – aber Klitzsch erklärte, er habe die Verträge übernehmen müssen, die der frühere Vorstand mit den ausländischen Firmen geschlossen habe. Dieses Treiben ging jedoch auch weiter, als jene Verträge abgelaufen waren.<sup>207</sup>

Hugenberg zog sich, wenn man solche Beschwerden an ihn brachte, auf die Erklärung zurück, Klitzsch sei durch die alten Verträge gebunden; er zuckte schliesslich nur noch mit der Achsel.

Nach den Erlebnissen, die wir durch den Verkehr der Deutschen Zeitung und des Alldeutschen Verbandes mit den tätigsten Gesinnungsgenossen hatten, war es kein Zweifel, dass die scheusslichen Filme dem Ansehen Hugenbergs unendlich geschadet haben: denn die Leute wollten es nicht glauben, dass er in dem Riesenbetrieb der „UFA“ letzten Endes nichts zu sagen habe, obwohl er Vorsitzender des Aufsichtsrates war. Mir ist von wohl unterrichteten Angehörigen der D.N.V.P. oft erklärt worden, dass unzählige alte Parteigenossen gerade um solche Filme willen, die sie als skandalös bezeichneten, zur N.S.D.A.P. übertraten.

Wie oft hörte ich führende Männer der D.N.V.P., die Vertrauen zu mir gefasst hatten und mich aufsuchten, stöhnen: „Klitzsch ist das Unglück für Hugenberg und die Partei.“

Im Ernste: [I]ch habe Klitzsch, seitdem ich die Grundsätze – wenn man das so nennen will – kennen gelernt hatte, nach denen er die ihm anvertrauten grossen Unternehmungen leitete, als das Verhängnis Hugenbergs angesehen. Insofern, als dieser ganz unpolitische Mann anderthalb Jahrzehnte lang Hugenbergs Ansehen schädigte, hat er eine politisch verderbliche Rolle gespielt – verderblicher, als die meisten offenen Feinde Hugenbergs.<sup>208</sup>

<sup>207</sup> Gemeint sind die Verträge mit der deutsch-amerikanische Verleihorganisation Parufamet. Klitzsch wollte die Ufa vor allem finanziell sanieren. Die Deulig-Film AG wurde der Ufa eingegliedert, Produktionskosten gesenkt und Kinos verkauft. Auch das Amerika-Geschäft mit entsprechenden Filmlicenzgeschäften sollte weiter beibehalten werden. Die Parufamet sollte eigentlich die Sanierung der Ufa vor 1927 ermöglichen, jedoch kamen somit auch deutschkritische Filme aus den USA nach Deutschland, was dem Vorstand nicht zusagte. Im Mai 1927 nahm sich Klitzsch der Neuverhandlung der Vertragsbedingungen an, um die Auswahl der Filme, die Spielzeiten sowie die Verleihgebühren mit Parufamet zu verändern. Im November 1927 verhandelte Klitzsch mit Paramount und Metro-Goldwyn über die Veränderung der Vertragsbedingungen. Siehe zur Sanierung und den Filmproduktionen Kreimeier: *Die Ufa-Story*, S. 190–238.

<sup>208</sup> Die hier geäußerte scharfe Ablehnung von Ludwig Klitzsch durch Claß hatte vermutlich auch persönliche Gründe. Klitzsch war teilweise gewinnbeteiligt angestellt, so zum Beispiel als Generaldirektor der Auslands-Verlag GmbH (5 % vom Reingewinn). Solche Gewinnanteile und Tantiemen waren als Gehaltsgrundlagen üblich. Siehe Auflistung Auslands-Verlag, 1.2.1922, in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 586, Bl. 31 und Vertragsentwürfe für Ludwig Klitzsch für die Deutsche Lichtbild-Gesellschaft e.V. und des Deutschen Übersee-

Damit war es nicht genug. Das deutsche Schicksal fügte es so, dass der Generalfeldmarschall von Hindenburg, seit dem Frühjahr 1925 Reichspräsident, Hugenberg ablehnend gegenüberstand. Ich habe in dem Abschnitt über die „Nationale Opposition“ geschildert, was ich alles getan habe, um Hugenberg bei dem Reichspräsidenten gewissermassen „einzuführen“, nachdem er Vorsitzender der D.N.V.P. geworden war – jener Partei, der Hindenburg im wesentlichen seine Wahl zu verdanken hatte auf die er, wenn er aufbauende Staatskunst hätte betreiben wollen, sich vor allem hätte stützen müssen.<sup>209</sup> Aber dieses Staatsoberhaupt, das von gutmeinenden Massen deutscher Wähler in furchtbarem Irrtum an die Spitze des Reiches berufen worden war, zeigte vom ersten Augenblick seiner Amtswaltung, dass in seinem Haupte kein Raum für irgend einen politischen Gedanken war – geschweige denn für einen staatsmännischen. Er machte es in seiner Art, wie Klitzsch auf seinem Gebiete. Sah dieser die Gunst der Anzeigengeber und den Geschmack der angenommenen

dienst-Verlags GmbH [1918], in ebd., Bd. 200, Bl. 242–243 und 248–254. Hugo Stinnes intervenierte früh gegen die großzügige Vertragsausgestaltung für Klitzsch und forderte einen Passus zu einer regulären Auflösung der Tantiemenregelung durch Antrag. Hugo Stinnes an Alfred Hugenberg, 22.7.1918, in ebd., Bl. 235. Klitzsch ließ sich auch Stammanteile von 100.000 Mark an der Adressbuch-Gesellschaft (August Scherl Deutsche Adressbuch GmbH) notariell in Übereinstimmung mit der Scherl GmbH übertragen. Siehe Notarielle Beurkundung 16.10.1922, in ebd., Bd. 365, Bl. 3–4. Claß' eigenen Investitionen in die politischen Unternehmungen stand der kaufmännische Unternehmungsgeist von Klitzsch entgegen. Siehe auch Kapitel 6.7. Hinzu kam, dass Claß' Sohn Wilhelm versuchte, beim Scherl-Verlag (Berlin SW 68, Zimmerstraße 35–41) bescheidende Stellen zu erlangen. Er wurde nach Interventionen von Claß letztlich aufgrund guter Englischkenntnisse in verschiedenen Abteilungen untergebracht. Ein berufliches Fortkommen schien jedoch in diesen überschaubaren Stellen mehr als fraglich und nicht zuletzt gab es auch für andere Vertraute von Claß wie Meesmann nicht genug Arbeit für die zugestandene Vergütung. Klitzsch wollte 1930 schließlich die Entlassung von Wilhelm Claß ohne Rücksicht auf den alldeutschen Verbandsvorsitzenden erreichen. Claß intervenierte mehrmals persönlich auch bei Hugenberg, dem die Angelegenheit unangenehm war und der sich diplomatisch für eine Verständigung mit Klitzsch einsetzte. Letztlich kam es zu Überlegungen, Wilhelm Claß in andere Abteilungen wie der VERA mit Vergütungskürzungen zu versetzen. Siehe u. a. Alfred Hugenberg an Ludwig Klitzsch, 5.11.1930, in ebd., N 1231, Bd. 36, Bl. 117–120, Wilhelm Claß an Alfred Hugenberg, 10.11.1930, in ebd., Bl. 106–107, Fregattenkapitän a.D. Mann an Alfred Hugenberg, 6.11.1930, in ebd., Bl. 111–112. Claß stand 1932 ein, dass sein Sohn „in hohem Grade überlastet ist“, aber „bei seinem Interesse für den Beruf und bei seinem Eifer für die Zeitung“ solle man ihm gegenüber Nachsicht üben, falls er seine Arbeit nicht immer rechtzeitig erledigen könne. Claß an Leo Wegener, 13.4.1932, in BA-Koblenz, N 1003, Bd. 23, Bl. 143. Im September 1933 schien sich Claß bei Hugenberg für die Zuwahl seines Sohnes in den Aufsichtsrat des Scherl-Verlages eingesetzt zu haben, was Hugenberg auch erwog, aber in Verlegenheit gegenüber Klitzsch brachte: „Es ist das ein dunkler und unangenehmer Punkt für mich.“ Fregattenkapitän a.D. Mann an Alfred Hugenberg, 5.9.1933 und Alfred Hugenberg an Fregattenkapitän a.D. Mann, 7.9.1933, in ebd., Bd. 38, Bl. 19 und 17–18.

<sup>209</sup> Siehe zu Claß' übertriebene Sicht auf seinen dahingehenden Einfluss auch Kapitel 8.1. und 8.3. Zu den Reichspräsidentenwahlen 1925 und dem Wahlbündnis des rechten „Reichsblocks“, das 1925 durch die DNVP unterstützt wurde und mit 48,3 Prozent zur Wahl des im zweiten Wahlgang aufgestellten Paul von Hindenburg führte siehe Pyta: Hindenburg sowie für die Reichspräsidentenwahl 1932 mit Adolf Hitler als Kandidat der NSDAP und (im ersten Wahlgang) Theodor Duesterberg für die radikalen konservative Rechte Jones: Hitler versus Hindenburg.

Mehrheit der Leser der Scherlpressen als ausschlaggebend an, so blickte Hindenburg auf die Mehrheitsverhältnisse des Reichstages und berief darnach die Regierungen, die er bis auf ganz wenige Ausnahmen gewähren liess. Er dachte nicht daran, auch nur den Kampf mit der Reichstagsmehrheit zu versuchen. Seine Deckung vor sich selbst, schuf er in dem kläglichen Satze, den er ständig anwendete, wenn alte Freunde ihn ermahnten, gegen irgend eine verderbliche Massnahme der Regierung oder des Reichstages sich aufzulehnen: „Kinder, Ihr wollt mich wohl in meinen alten Tagen meineidig machen.“

Ich rede hier nur von Hindenburg als Staatsoberhaupt: der Feldherr, der Soldat bleibt ganz aus dem Spiel, obgleich er auch als oberster Befehlshaber des deutschen Heeres politisch verhängnisvoll versagt hat. Als Staatsoberhaupt nun hat er – ich kann mir nicht helfen – grösste Aehnlichkeit mit Kaiser Franz Joseph<sup>210</sup>; sie liegt in der beherrschenden Eigenschaft beider begründet: ihre Selbstsucht.

In der ganzen Nachkriegszeit hat es bis zur Berufung Adolf Hitlers ins Reichskanzleramt keinen deutschen Menschen gegeben, der das Deutsche Reich so geschädigt hat, wie der Reichspräsident von Hindenburg. Was sind die elenden Taten eines Stresemann oder Curtius, eines Marx oder Brüning<sup>211</sup>, verglichen mit der Gesamt-Sündenlast Hindenburgs auf dem Gebiete der äusseren und inneren Politik.

Ich wiederhole hier das Hauptsächliche meiner Versuche: [z]uerst bat ich den Fürsten Salm, den Präsidenten aufzusuchen und dessen Aufmerksamkeit auf Hugenberg zu lenken; er bekam zur Antwort, er höre allgemein, dieser sei zu „stur.“<sup>212</sup> Dann machte General von Dommers den gleichen Weg – mit dem gleichen Ergebnis. Er riet mir, Herrn von Oldenburg-Jann[u]schau „einzuspannen“; dieser stehe dem Reichspräsidenten am nächsten und habe jedenfalls grösseren Einfluss als irgend wer sonst. Er erklärte sich bereit, zunächst eine Zusammenkunft zwischen Oldenburg und mir zu vermitteln, bei der ich ihn genau darüber unterrichten sollte, welches die Aufgabe sei. Die Besprechung fand statt, und Oldenburg, selbst führendes Mitglied der D.N.V.P., erkannte an, dass er sich keinen besseren Reichskanzler denken könne als Hugenberg; er erklärte sich bereit, in diesem Sinne auf den Feldmarschall einzuwirken. Ausserdem übernahm es Generalleutnant von Cramon, der als Vorsitzender des Generalstabsvereins<sup>213</sup> besondere Beziehungen zum Reichspräsidenten hatte, in der gleichen Richtung zu arbeiten. Die Bemühungen dieser Herren hatten erst Erfolg, als Hugenberg Partei-Vorsitzender geworden war: [D]ieser bestand darin, dass er in den vier Jahren vom Frühjahr 1929 bis Anfang 1932 empfangen wurde, wenn er darum einkam. Sachlich wurde durch keinen der Besuche etwas erreicht. Hugenberg hatte den Eindruck, dass der alte Mann ihn nicht

<sup>210</sup> Kaiser Franz Joseph I.

<sup>211</sup> Gemeint sind Gustav Stresemann, Julius Curtius, Wilhelm Marx und Heinrich Brüning.

<sup>212</sup> Siehe auch Kapitel 8.3.

<sup>213</sup> Gemeint ist die Generalstabsvereinigung „General Schlieffen“, die August von Cramon als geschäftsführender Vorsitzender leitete.

verstehe – d. h. den Gedankengängen nicht zu folgen vermöge, die er ihm vortrug. Die Herren von Oldenburg und Cramon meinten, Hugenberg „liege dem alten Herren nicht.“ Nach einem Besuch in besonders wichtiger Sache habe der Reichspräsident erklärt, Hugenberg behandle ihn „wie ein Lehrer seinen Schüler; es passe ihm nicht, dass er ihm Unterricht erteilen wolle.“ Das Ergebnis aller dieser Bemühungen war, dass Herr von Oldenburg mir mitteilte: „Zum Reichskanzler wird er ihn nie machen; als Finanzminister oder Wirtschaftsminister würde er ihn unter Umständen heranziehen.“

So ist es gekommen, dass allein aus persönlicher Abneigung, die Hindenburg zweifellos gegen Hugenberg empfand, in den ersten 6 ½ Jahren der Präsidentschaft des Feldmarschalls der gedankenreichste, sachlichste und erfahrenste Parteiführer – wenn man nur an diese für das Kanzleramt denkt – von der öffentlichen Gewalt ferngehalten wurde, die den reinen Parteipolitikern ohne Erfahrung und Gedanken ausgeliefert blieb.

Insofern war der Generalfeldmarschall neben Klitzsch der verhängnisvollste Gegner Hugenbergs – abgesehen von dem unermesslichen Unheil, das er durch seine traurige Amtsführung dem deutschen Volke zugefügt hat.

(16.11.1936)

Als der Reichspräsident sich dann entschloss, dem deutschnationalen Führer zwei verantwortungsvollste Ämter in der Regierung des Reiches und Preussens zu übertragen<sup>214</sup>, geschah es unter Umständen, die jeden bestimmenden Einfluss des hervorragendsten und charaktvollsten Mannes in einem Kabinett ausschalteten, das doch ein solches der durch Papen als Beauftragten des Präsidenten zusammengeführten Koalition war – bei Lichte betrachtet der Gruppen der nationalen Opposition, die in Harzburg in so fragwürdiger Gestalt vor die Welt getreten waren.

Die N.S.D.A.P. stellt die Regierungsbildung vom 30. Januar 1932<sup>215</sup> längst als die „Machtergreifung“ durch Adolf Hitler dar. Das war sie so wenig als der „Propaganda-Marsch“ in München am 9. November 1923 eine heldische Handlung gewesen ist. Sie war vielmehr – entsprechend der ganzen Einstellung Hindenburgs, der eine Regierung für nützlich hielt, die im Reichstag die Mehrheit hinter sich hatte – eine richtige Koalitionsregierung, bei deren Bildung die Deutschnationalen zur Erzielung der Mehrheit im Reichstag nötig waren, und bei der der Stahlhelm zugezogen wurde, weil der Präsident für äusserste Fälle seine militärischen Kräfte zur Verfügung der Regierung zur Verfügung [sic] haben wollte.

Es steht fest, dass Hindenburg darauf bestand, dass Hugenberg dem Kabinett angehöre, und es ist gerade so sicher, dass er die Ernennung Hitlers und

---

<sup>214</sup> Alfred Hugenberg war bis zu seinem formal verkündeten Rücktritt Minister für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung sowie Reichskommissar für die Preussischen Staatsministerien Wirtschaft und Arbeit sowie Landwirtschaft, Ernährung, Domänen und Forsten vom 30.1.–29.6.1933. Die Deutschnationale Front (Deutschnationale Volkspartei) war zwei Tage zuvor, am 27.6.1933, offiziell aufgelöst worden.

<sup>215</sup> Gemeint ist der 30. Januar 1933.

der anderen Minister erst vollzog, als Hugenbergs Erklärung erfolgt war, er sei bereit, die ihm zugeordneten Aemter anzunehmen.

An der Tatsache, dass die Regierung Hitler als reines Koalitionskabinett zustande kam, ändert die Tatsache nichts, dass die Deutschnationalen zahlenmäßig viel schwächer waren als die N.S.D.A.P.<sup>216</sup> – ebenso wenig die für Hugenberg furchtbare Tatsache, dass die Abrede, auf Grund deren er seine Zusage gegeben hatte, hinter seinem Rücken schon gebrochen war, als der Reichspräsident seine Unterschrift unter die Ministerliste setzte. Die wichtigste der Bedingungen Hugenbergs war, dass Neuwahlen nicht vorgenommen werden sollten. Hinter seinem Rücken, d.h. ohne ihn zu den darüber geführten Verhandlungen zuzuziehen, hatten Papen und der als Reichsarbeitsminister in Aussicht genommene Stahlhelmführer Seldte auf Hitlers Drängen zugestanden, dass alsbald nach der Berufung des neuen Kabinettes ein neuer Reichstag gewählt werden sollte!

Damit war Hugenberg vor eine vollendete Tatsache gestellt, die das ganze Bündnis umwarf. Er hatte die Wahl, unverzüglich seinen Rücktritt zu erklären, noch ehe das Kabinett an die Öffentlichkeit getreten war – aber er wusste nicht, ob der Präsident in diesem Falle die ganze Kabinettsbildung widerrufen oder einfach an seiner Stellen [sic] andere Minister ernennen werde. Dieser erste Vertragsbruch und die sich daraus ergebende Ungewissheit begründete den Zustand, den Hugenberg als seine „Gefangenschaft“ bezeichnete.<sup>217</sup>

Es bleibt meine unerschütterliche Ueberzeugung, dass Hindenburgs schwerste Sünde gegen das deutsche Volk darin besteht, dass er aus persönlicher Abneigung Hugenberg nicht rechtzeitig zum leitenden Amte berief, und dass er, als er ihm die verantwortungsvollsten Stellen übertrug, es geschehen liess, dass der wertvollste Mann der neuen Regierung von vornherein von jedem bestimmenden Einfluss ausgeschlossen war.

(17.11.1936)

Kurze Zeit nach Beendigung des Gastspieles, dass die Heimwehrführer Fürst Starhemberg und Dr. Gruber [sic]<sup>218</sup> als oesterreichische Minister gegeben hatten<sup>219</sup> – worüber ich an anderer Stelle berichtet habe<sup>220</sup> – traf ich auf der Durchreise nach München im Gasthof zufällig den früheren Justizminister

<sup>216</sup> Bei den Reichstagswahlen vom 6.11.1932 erreichte die DNVP 8,3% der Stimmen und 52 Sitze, während die NSDAP 33,1% der Stimmen und 196 Sitze erreichte. Bei den Reichstagswahlen am 5.3.1933 erreichte die DNVP 8,0% der Stimmen und behielt somit 52 Sitze, während die NSDAP 43,9% der Stimmen erreichte und ihren Anteil auf 288 Sitze ausbauen konnte.

<sup>217</sup> Siehe dazu Jones: *The Greatest Stupidity of My Life*.

<sup>218</sup> Gemeint ist Franz Hueber. Eine Korrektur im Originalmanuskript ist durch das Überschreiben des Anfangsbuchstabens G durch ein H angedeutet.

<sup>219</sup> Ernst Rüdiger Fürst Starhemberg war vom 30.9.–4.12.1930 Innenminister der Republik Österreich, 1934–1936 Bundesführer der Vaterländischen Front und Vizekanzler. Franz Hueber war vom 30.9.–4.12.1930 Justizminister der Republik Österreich und wurde am 11.3.1938 erneut zum Justizminister berufen.

<sup>220</sup> Siehe Kapitel 7.3.



Dr. [Hue]ber<sup>221</sup> beim Frühstück. Er setzte sich zu mir und bekannte, dass es mit seiner Ministerschaft genau so gekommen sei, wie ich [es] ihm in Salzburg vorhergesagt habe. Jetzt sei er mit der Zustimmung Starhembergs hier, um mit Hitler wegen einer Vereinigung der Heimwehr mit der oesterreichischen N.S.D.A.P. zu verhandeln.<sup>222</sup> Früher habe Hitler anderen Unterhändlern gegenüber erklärt, dass er gar kein Interesse für die N.S.D.A.P. in Oesterreich habe. Bei der einleitenden Unterhaltung, die er gestern mit ihm gehabt habe, sei dies anders gewesen; er habe ihm gesagt, er wolle sich die Sache genau überlegen und an diesem Vormittag solle die Besprechung fortgesetzt werden; er müsse sich sogleich ins „Braune Haus“ begeben. Wir verabredeten, dass wir zusammen zu Mittag essen wollten, damit ich erführe, wie die Verhandlung ausgegangen sei. Das geschah. [Hue]ber<sup>223</sup> erzählte mir, Hitler sei wie umgewandelt gewesen und habe grosses Entgegenkommen gezeigt, sodass er – [Hue]ber<sup>224</sup> – angenommen habe, der Zusammenschluss komme zustande. Als man soweit gewesen sei, habe er gesagt, Starhemberg und er sowie die Heimwehrführer, die das Bündnis mitmachen wollten, hätten noch eine Bedingung: [I]n der oesterreichischen N.S.D.A.P. fänden sich ziemlich viel Leute übler oder übelster Vergangenheit, z. T. mit schweren Kerkerstrafen. Mit solchen Leuten wolle die Heimwehr nicht zusammenarbeiten, da sie darauf sehe, dass nur tadellose Menschen bei ihr seien; man könne alten Offizieren, Korpsstudenten und Burschenschaften, ehrenwerten Bürgern und Bauern nicht zumuten, mit Zuchthäuslern zusammen zu sein. Da sei Hitler leidenschaftlich aufgefahren und

<sup>221</sup> Eine Korrektur im Originalmanuskript ist durch das Überschreiben des Anfangsbuchstaben G durch ein H angedeutet.

<sup>222</sup> Die Heimwehr zählte um 1930 geschätzte 200.000 Mann. Ernst Rüdiger Fürst Starhemberg traf sich im Juli 1930 mit Adolf Hitler um eine engere Anbindung von Heimwehr und NSDAP in Österreich herzustellen. Starhemberg traf kurz darauf in Rom Benito Mussolini, um seinen Führungsanspruch innerhalb der Heimwehr auszubauen und Optionen der Unterstützung zwischen Deutschland und Italien auszuloten. Siehe auch Starhemberg: Memoiren, S. 74–80. Die Gespräche über einen Zusammenschluss zwischen Heimwehr und NSDAP in Österreich wurden durch Hueber weitergeführt. Die Heimwehren, die seit dem Zusammenschluss der Heimwehrlandesverbände 1927 bis 1930 von Richard Steidle geführt wurden, sahen sich unter anderem durch die Verfassungsreform 1929, Weltwirtschaftskrise, der Verschärfung der innenpolitischen Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und CSP und weiterhin auftretenden Konflikten innerhalb des bürgerlichen Lagers zu einem klareren Programm, dem „Korneuburger Eid“ vom 18.5.1930, gezwungen, in dem sie gegen den Parteienstaat und die Demokratie und für einen Ständestaat und zur Überwindung der Klassengesellschaft aufriefen. Starhemberg löste Steidle im September 1930 als Führer der Heimwehr ab und ging zusammen mit Hueber als Minister in die Regierung. Die Heimwehr beteiligte sich auch als Heimatblock an den Nationalratswahlen 1930. Starhemberg und Hueber schienen entschlossen, durch ihre jeweilige Ministeramtsübernahme 1930 im Zusammenspiel mit dem österreichischen Kanzler Carl Vaugoin einen Staatsstreich zu unternehmen. Der Gründer des Steierischen Heimatschutzes, Walter Pfrimer, entschloss sich für den 12./13.9.1931 zum „Pfrimer-Putsch“, der nach dem Eingreifen des Bundesheeres und der fehlenden Unterstützung der anderen Heimwehrverbände scheiterte. Siehe Kapitel 7.3.

<sup>223</sup> Eine Korrektur im Originalmanuskript ist durch das Überschreiben des Anfangsbuchstaben G durch ein H angedeutet.

<sup>224</sup> Siehe dazu Wiltshegg: Die Heimwehr, S. 49–71.

habe gerufen: „Was einer getan hat, was er gewesen ist, bevor er zu mir gekommen ist, kümmert mich nicht. Dadurch, dass er zu mir gekommen ist, zeigt er, dass er ein anderer Mensch geworden ist, und durch den Dienst an der Sache des deutschen Volkes wird er gereinigt.“

[Hue]ber<sup>225</sup> sagte, er sei über diese Auffassung, über das Mass des Grössenwahnens und der Weltfremdheit, die aus diesen Worten sprach, so entsetzt gewesen, dass er seinen Besuch als gescheitert betrachtet und abgebrochen habe.

Vor Weihnachten 1932 war ich am Anhalter Bahnhof, um meinen Sohn und meine Schwiegertochter<sup>226</sup>, die in München wohnten und über das Fest bei uns in Berlin sein wollten, abzuholen, als mir in dem Menschenstrom Hueber<sup>227</sup> aufstiess. Er begrüsst mich kurz und herzlich und sagte, er sei für 14 Tage hier bei seinem Schwager, dem preussischen Ministerpräsidenten Göring, zu Besuch und so werde er bestimmt zu mir kommen; er habe mir manches zu berichten.

Wirklich besuchte er mich einige Tage nach Weihnachten in meiner Wohnung und trug mir folgendes vor: Es sei mir ja bekannt, dass Hitler als Landesleiter für die N.S.D.A.P. seinen besonderen Vertrauensmann Habicht<sup>228</sup>, vorher Landesleiter für Hessen in Wiesbaden, nach Linz entsandt habe. Nach dem Urteil aller vernünftigen Leute, die völkisch dächten und bereit seien, sich für die N.S.D.A.P. [einzusetzen]<sup>229</sup>, wirke dieser landfremde Mann durch die Arbeit, wie er die Sache der N.S.D.A.P. gewaltsam vorwärts zu treiben suche, verheerend, und es sei nur eine Stimme: Habicht, der ja beim Ausbruch des Zwistes zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reiche Linz verlassen habe und sein Amt von München aus verseehe, müsse ganz preisgegeben werden. Nur dann liessen sich die Beziehungen zwischen dem gequälten Lande und dem Deutschen Reiche wieder ordnungsmässig gestalten. Der oesterreichische Bundeskanzler Dollfuss sei durchaus bereit zu einer Verständigung. Vor eini-

<sup>225</sup> Eine Korrektur im Originalmanuskript ist durch das Überschreiben des Anfangsbuchstaben G durch ein H angedeutet.

<sup>226</sup> Gemeint ist Irmegard Ottilie Rasberger (1909–1957). Die Heirat mit Claß' Sohn Hans August Wilhelm Claß (1901–1947) fand erst später am 20.7.1933 in der Markuskirche in München statt. Siehe Heiratsurkunde vom 16.12.1953 (München), in BA-Berlin, N 2368, Bd. 7, o.Bl. sowie Hochzeitseinladung an Leo Wegener, o.D., in BA-Koblenz, N 1003, Bd. 23, Bl. 154. Aus der Ehe entstammt Friedel Mathilde Barbara Dürrschmidt (geboren am 12.6.1934, geborene Claß).

<sup>227</sup> Im Originalmanuskript handschriftliche Korrektur von „Gruber“ zu „Hueber“. Der handschriftliche Zusatz ist der Schrift nach nicht von Claß.

<sup>228</sup> Theodor Habicht (1898–1944), 1921–1926 kaufmännische Tätigkeit in Wiesbaden, 1926 Eintritt in die NSDAP, 1927 Stellvertretender Ortsgruppenleiter der NSDAP in Wiesbaden, 1927–1931 Leiter des Kreises Wiesbaden der NSDAP, 1928–1931 Stadtverordneter und Fraktionsführer der NSDAP in Wiesbaden, 1930–1931 Mitglied des Kommunallandtags für Nassau, des Provinziallandtags der Provinz Hessen-Nassau und des evangelischen Landeskirchentags für Nassau, 1931 Betrauung mit der Reorganisation der NSDAP in Österreich, 1931 Mitglied des Reichstags für die NSDAP, 1932 Landesinspektor, 1933–1934 Führer der NSDAP Österreich, 1934 nach „Juli-Putsch“ Verlust aller Parteiämter. Siehe auch Römer: Die narzisistische Volksgemeinschaft, S. 41–125.

<sup>229</sup> Das Verb fehlt im Originalmanuskript.

gen Monaten – ich glaube im Juni 1932 – sei er, [Hue]ber<sup>230</sup> als Schwager des preussischen Ministerpräsidenten von oesterreichischer Seite gewissermassen mit dem halbamtlichen Auftrag nach Berlin gefahren, um den Versuch zu machen, durch Görings Vermittlung, der ständig einen anderen oesterreichischen Schwager Dr. .... aus Linz<sup>231</sup> in seiner Umgebung habe, zu einem Ausgleich zu gelangen. [Hue]ber schilderte seinem Schwager Göring den unhaltbaren Zustand in Oesterreich, den Habicht verschuldet habe und unterbreitete ihm die Vorschläge von Dollfuss für die Verständigung. Er schloss damit, Göring möge dem Führer und Reichskanzler das Gesagte vortragen und befürworten. Görings Antwort ging dahin: „Bevor ich das tue, muss ich das Braune Haus anrufen.“ Dies tat er in [Hue]bers Gegenwart und fragte dort an, wie zur Zeit Habichts Stellung beim Führer sei. Nachdem er Bescheid erhalten hatte, sagte er seinem Schwager Hueber: „Da kann ich gar nichts machen. Habicht ist beim Führer ganz obenauf. Da kann ich nichts [sagen]<sup>232</sup>, gegen ihn etwas zu unternehmen.“

Daran, sagte Hueber<sup>233</sup>, sei sein damaliger Versuch im Juni gescheitert. Jetzt habe er wieder halbamtliche Vorschläge zur Beilegung des Zwistes zwischen beiden Ländern überbracht und Göring über die nach seiner Ansicht verbrecherische Tätigkeit Habichts in der letzten Zeit unterrichtet. Wieder war dessen Antwort, ehe er etwas mache, müsse er in München anfragen. Er bekam Habicht selbst an den Fernsprecher und teilte ihm mit, worum es sich handle. Dessen Antwort gab er dann sofort seinem Schwager [Hue]ber<sup>234</sup> wieder. Sie lautete: „Sind die da drüben denn ganz verrückt? In drei Wochen liegt ganz Oesterreich zu unseren Füßen.“ Auch diesmal lehnte Göring ab, beim Führer irgend einen Schritt zu tun; denn es sei klar, dass Habicht diesen im Sinne der soeben gegebenen Antwort unterrichtete.

Man kann es verstehen, dass [Hue]ber über diese Erlebnisse verzweifelt war.

---

<sup>230</sup> Eine Korrektur im Originalmanuskript ist auch durch das Überschreiben des Anfangsbuchstabens G durch ein H angedeutet.

<sup>231</sup> Hermann Göring hatte zwei Schwager. Gemeint ist Franz Hueber. Er war mit Görings Schwester Paula Göring verheiratet und wurde nach seinem Studium der Rechtswissenschaft promoviert. Hueber war 1930–1932 Abgeordneter im Wiener Nationalrat für den Heimatblock. Er lernte seine Frau über Friedrich Rigele, Notar in Saalfelden bei Salzburg, kennen, der mit Görings zweiter Schwester Olga Göring verheiratet war.

<sup>232</sup> Im Originalmanuskript schwer lesbar.

<sup>233</sup> Im Originalmanuskript handschriftliche Korrektur von „Gruber“ zu „Hueber“. Der handschriftliche Zusatz ist der Schrift nach nicht von Claß.

<sup>234</sup> Eine Korrektur im Originalmanuskript ist durch das Überschreiben des Anfangsbuchstabens G durch ein H angedeutet.

# Anhang



## **Notverfassungsentwurf, o.D. [1923]<sup>1</sup>**

§ 1 Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 (RGL. S. 1383) und die nach dem 9. November 1918 erlassenen Verfassungen der Länder und aller kommunalen Verbände sind aufgehoben.

§ 2 Der Inbegriff der Staatsgewalt, das Recht der Gesetzgebung, Verwaltung und Vollstreckung sowie die oberste Befehlsgewalt ist auf den Reichsverweser übergegangen, der sie nach Bedarf an nur ihm verantwortliche Amtsinhaber überträgt.

§ 3 Auf Grund der in § 1 genannten Verfassungen gewählten parlamentarischen Körperschaften in Reich und Ländern einschließlich aller auf Wahlen beruhenden Vertretungskörperschaften in Provinzen, Bezirken, Kreisen, Gemeinden und Gemeindeverbänden sind aufgelöst.

Wer an einer hiernach aufgelösten Körperschaft weiterhin teilnimmt und wer zur Teilnahme auffordert, wird mit dem Tode bestraft.

§ 4 Alle Amtsinhaber der Reichs-, Staats- und Selbstverwaltung, die ihre Berufung, Anstellung oder Beförderung ausschließlich einer Parteizugehörigkeit verdanken, sind entlassen. Im übrigen sind unzuverlässige und unfähige Beamte nach Ermessen des Reichs- und Landesverwesers zu entfernen. In den vorgenannten Fällen ist jeder Rechtsanspruch aufgehoben.

Die weitere Vornahme von Amtshandlungen seitens der hiernach Entlassenen wird mit dem Tode bestraft. Dieselbe Strafe trifft diejenigen, die in Kenntnis des Tatbestandes der Entlassung Anordnungen auf Grund solcher Amtshandlungen ausführen oder befolgen.

Fällt durch die hier angeordnete Entlassung der Vorstand einer Behörde oder der Leiter der Geschäftsabteilung einer Behörde aus, so übernimmt bis zur endgültigen Regelung der dienstälteste Beamte die Geschäfte. Amtsverweigerung wird mit dem Tode bestraft.

Im Uebrigen sind die innerhalb eines Dienstbetriebes erforderlichen Geschäfte hiernach durch den Vorstand der Behörde derart zu regeln, daß der geordnete Dienstbetrieb aufrechterhalten bleibt.

§ 5 Bis zum Erlassen einer Verfassung treten an die Spitze der Regierung in den Ländern die vom Reichsverweser ernannten und nur ihm verantwortli-

---

<sup>1</sup> Abschrift durch das Sekretariat der Reichsanwaltschaft in Leipzig vom 25.5.1926, in BA-Berlin, R 3001, Bd. 12008, Bl. 99–106. Auszüge des alldeutschen Entwurfs sind abgedruckt in Der Reichswart 26.5.1926. Nachdruck in Heinz: Die Nation greift an, S. 218–222 und Hoffmann: Der Hitlerputsch, S. 284–293. Der vollständige Notverfassungsentwurf mit Umarbeitungen und der zusätzlichen Standgerichtsordnung von Theodor von der Pfordten findet sich in Hofmann: ebd., S. 284–294. Zur vermuteten Herkunft der Notverfassung aus München und der Überlieferung durch die polizeiliche Beschlagnahmung in der Aktentasche des getöteten von der Pfordten am 9.11.1923 siehe auch Rede Karl Lohmann im Reichstag am 25.1.1928, in Verhandlungen des Reichstags, III. Wahlperiode 1924, Bd. 394, 367. Sitzung, S. 12402.

chen Landesverweser, denen der Reichsverweser hierdurch bis auf weiteres die volle Staatsgewalt für den Bereich der Staatsverwaltung überträgt.

In derselben Weise treten an die Spitze der Provinzen, Bezirke, Kreise, Gemeinden und Gemeindeverbände Amtsverweser, die vom Reichs- oder Landesverweser ernannt werden. Sobald eine solche Ernennung nicht bereits erfolgt ist oder noch erfolgt, üben die bisherigen leitenden Amtspersonen oder die nach § 4 Abs. 3 an ihre Stelle Tretenden diese Amtsverwesung aus.

Diese Amtsverweser sind als Inhaber der örtlichen Befehlsgewalt bis auf weiteres berechtigt, unter Beobachtung der in dieser Verordnung enthaltenen Grundsätze selbständig Anordnungen jeder Art, auch Strafandrohungen, je nach örtlichen Bedürfnissen zu erlassen.

§ 6 An Stelle der nach § 3, Abs. 1 aufgelösten parlamentarischen und sonstigen Vertretungskörperschaften treten Beratungskörper, die von den Landesverwesern und den Amtsverwesern nach ihrem freien Ermessen, ohne Rücksicht auf lokale oder private Interessen, lediglich nach Verdienst und Würdigung aus den fähigsten und charaktervollsten Männern ihres Zuständigkeitsbereiches zu ernennen und zu berufen sind. Diese Räte sollen je nach Bedürfnis aus nicht weniger als drei und nicht mehr als 50 Personen bestehen. Unbegründete Amtsverweigerung wird mit dem Tode bestraft.

§ 7 Den Landesverwesern und Amtsvorstehern steht bis auf weiteres das Recht zu, innerhalb ihres Amtsbereichs den öffentlichen Bedarf, insbesondere an Geld, Nahrungsmitteln, Betriebsstoffen, Bekleidung und Verkehrsmitteln durch Umlagen nach ihrem freien Ermessen auszuschreiben und mit öffentlichen Zwangsmitteln bezutreiben. Regelung des Ersatzes bleibt vorbehalten.

§ 8 Ueber das gesamte Reichsgebiet wird der Belagerungszustand verhängt, auf dessen Durchführungen die Bestimmungen des preußischen Gesetzes vom 4. Juni 1851 (G.S. 1851, S. 451 ff.)<sup>2</sup> sinngemäß Anwendung finden. Für Bayern wird der Kriegszustand erklärt. Außer den in diesem Gesetze verfügten Beschränkungen sind bis auf weiteres Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung, Eingriffe in das Brief-Post-Telegrafe[n] und Fernsprechgeheimnis, Anordnung von Haussuchungen und Beschlagnahmen, sowie Beschränkung des Eigentums außerhalb der gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 9 Im Interesse des Allgemeinwohls wird die öffentliche Arbeitsdienstpflicht und die öffentliche Polizeidienstpflicht angeordnet.

Jeder Deutsche männlichen oder weiblichen Geschlechts vom 16. bis zum 30. Lebensjahr ist zum öffentlichen Arbeitsdienst, jeder Deutsche männlichen Geschlechts vom 18. bis zum 45. Lebensjahr ist zum öffentlichen Hilfspolizeidienst verpflichtet.

Das zur Durchführung der öffentlichen Dienstpflicht Erforderliche verordnen die Landes- und Amtsverweser. Insbesondere sind sofort Stammrollen unter Feststellung der derzeitigen Beschäftigung aufzustellen.

Die Aushebung zum öffentlichen Dienst ist unabhängig von der Fertigstellung der Stammrollen und geschieht bis auf weiteres nach freiem Ermessen der Amtsverweser je nach dem öffentlichen Bedürfnis.

Die Aushebung zum Hilfspolizeidienst hat sofort zu erfolgen, und zwar derart, daß jedem Amtsverweser innerhalb kürzester Frist ein die Ordnung und

---

<sup>2</sup> Gesetz über den Belagerungszustand vom 4.6.1851 (Gesetz Nr. 3419), in Gesetzessammlung für die Königlich-Preußischen Staaten, Berlin 1851, S. 451–456.

Ruhe des Bezirks sichernder Dienst zur Verfügung steht. Unbegründete Dienstverweigerung wird mit dem Tode bestraft.

§ 10 Bis zum Erlasse besonderer Verordnungen ist den Landes- und Amtsverwesern die Ausführung des Belagerungszustandes übertragen.

Die Amtsverweser haben die insbesondere die zur Durchführung des Belagerungszustandes und zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen Standgerichte sofort zu bestellen. Standgerichte sind nach dem freien Ermessen der Landes- und Amtsverweser in der erforderlichen Anzahl einzurichten.

Jedes Standgericht besteht aus drei unbescholtenen Personen, männlichen Geschlechts, die über 30 Jahre alt sein müssen. Den Vorsitz führt ein aktiver oder in Ehren verabschiedeter Offizier oder eine rechtskundige Person. Der Angeschuldigte hat das Recht, einen Beistand zu verlangen. Das Standgericht hat innerhalb von 24 Stunden nach Ergreifung des Angeschuldigten zu entscheiden. Das Urteil kann nur auf Todesstrafe oder Freisprechung lauten. Rechtsmittel finden nicht statt. Es ist durch Erschießen, im Fall ehrloser Gesinnung durch Erhängen[,] zu vollstrecken.

§ 11 Bis auf weiteres ist die Pressefreiheit aufgehoben. Zeitungsunternehmungen und Unternehmungen von Druckereierzeugnissen jeder Art, von denen nach ihrer bisherigen Betätigung anzunehmen ist, daß sie der Neuordnung der Dinge entgegengetreten, sind sofort zu schließen. Ihre Einrichtungen sind im Interesse der Allgemeinheit zu beschlagnahmen.

Für die durch diese Bestimmung nicht betroffenen Zeitungen, Zeitschriften und Verlagsanstalten wird bis auf weiteres verordnet, daß jede der Regierung und ihren Maßnahmen abträgliche Äußerung neben der Bestrafung der verantwortlichen Personen mit entschädigungsloser Enteignung des Verlags geahndet werden wird.

§ 12 Das Vereins- und Versammlungsrecht ist bis auf weiteres aufgehoben. Alle Parteien und alle politischen Vereine, auch solche, die hinter anderen Zwecken politische verbergen, sind aufgelöst. Ihre Vermögen sind beschlagnahmt.

Alle Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sind aufgelöst. Ihre Vermögen sind beschlagnahmt.

§ 13 Jede Aussperrung seitens des Arbeitgebers und jede Einstellung der Arbeit wird mit dem Tode bestraft.

Wer Arbeitgeber oder Arbeitnehmer mündlich, schriftlich oder durch Handlungen sonstiger Art zu Aussperrungen oder Arbeitseinstellung auffordert, wird mit dem Tode bestraft.

§ 14 Das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen der in Deutschland aufhältlichen Angehörigen des jüdischen Volkstums ist beschlagnahmt. Das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen offenkundiger oder nachweislicher Wucherer und Schieber ist beschlagnahmt.

§ 15 Wer Vermögen- und Vermögensanteile, die nach dieser Verordnung zu Gunsten der Allgemeinheit beschlagnahmt sind, zu verheimlichen, zu verbergen, zu verschieben oder sonstige beiseite zu bringen und der Beschlagnahme zu entziehen sucht und wer hierzu Hilfe leistet, wird mit dem Tode bestraft.

§ 16 Das nach dieser Verordnung beschlagnahmte Vermögen verwaltet bis auf weiteres der örtlich jeweils zuständige Amtsverweser als Treuhänder des Reiches.

§ 17 Alle in Deutschland aufhältlichen Angehörigen des jüdischen Volkstums männlichen und weiblichen Geschlechts jeden Alters, Standes und Berufs, sind zum Zwecke ihrer eigenen Sicherheit nach sofortiger Anordnung der ört-



lich zuständigen Amtsverweser in geeignete Sammelstellen (abgeschlossene Räumlichkeiten oder Sammellager) zu überführen. Die Unterbringung hat so stattzufinden, daß der Verkehr mit der übrigen Bevölkerung ausgeschlossen wird. Für Verpflegung aus öffentlichen Mitteln ist Sorge zu tragen.

Die an den Sammelstellen Untergebrachten stehen unter dem Schutze der Reichsgewalt. Wer sich der Überführung entzieht und wer nach der Überführung entweicht oder zu entweichen versucht, wird mit dem Tode bestraft. Dieselbe Strafe trifft den, der dabei Vorschub oder Hilfe leistet.

Wer nach erfolgreicher Überführung ohne behördliche Erlaubnis mündlichen oder schriftlichen Verkehr mit den Überführten aufnimmt, wird mit dem Tode bestraft.

§ 18 Bis auf weiteres wird die allgemeine Verkehrssperre angeordnet. Der gesamte Eisenbahn-Luft-Kraft-Post-Post, Telegraphen- und Telefonverkehr wird eingestellt, soweit er für den Bedarf der Reichs- und Staatsgewalt und für die lebensnotwendige[n] Erfordernisse nicht aufrecht erhalten bleibt. Sämtliche Kraftverkehrsmittel nebst den Betriebsstoffvorräten sind beschlagnahmt. Die Amtsverweser treffen sofort Bestimmungen darüber, wohin die Ablieferung der beschlagnahmten Verkehrsmittel zu erfolgen hat. Anträge auf Freistellungen oder Rückgabe sind nach freiem Ermessen sofort zu erledigen. Nicht abgelieferte Kraftverkehrsmittel werden entschädigungslos enteignet. Im übrigen bleibt Regelung des Ersatzes aus öffentlichen Mitteln vorbehalten.

§ 19 Bis auf weiteres wird die allgemeine Bankensperre angeordnet. Der gesamte Bankenverkehr untereinander und mit den Kunden wird eingestellt. Auszahlungen finden nur zum Zwecke der Deckung von Haushaltskosten und Löhnen statt. Die Amtsverweser treffen nähere Anordnungen über Zulässigkeit, Höhe und Nachweis der Erhebungsberechtigung

Der Verkehr in den Börsen ist bis auf weiteres geschlossen.

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen in Absatz 1 und 2 werden mit dem Tode bestraft.

§ 20 Die Veräußerung beweglichen und unbeweglichen Vermögens, auch im Wege der Schenkung, ist bis auf weiteres verboten. Dieses Verbot erstreckt sich insbesondere auf Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit, des notariellen Verkehrs und solche Entscheidungen von Gerichts- und Verwaltungsbehörden, auf Grund deren Übertragungen von Gegenständen oder Rechten erfolgen.

Verbotswidrige Veräußerungsgeschäfte sind nichtig. Das aus solchen Geschäften [G]eschuldete fällt der Reichskasse zu.

Ausgenommen von diesem Verbote sind alle Geschäfte des täglichen Bedarfs, soweit sie nicht der Luxusbesteuerung nach der bisherigen Gesetzgebung unterliegen würden.

Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen in Abs. 1 wird an jedem Teilnehmer mit dem Tode bestraft.

§ 21 Alle bisherigen Preisvereinbarungen und Preisverabredungen sind aufgehoben und bis auf weiteres verboten.

§ 22 Alle Luxusstätten und Luxusbetriebe sind zu schließen. Das Nähere hierzu verordnen, je nach den örtlichen Verhältnissen, die Amtsverweser.

§ 23 Sämtliche Waffenhandlungen sind zu schließen und stehen zur Verfügung der öffentlichen Gewalt. Unbefugter Waffenbesitz wird mit dem Tode bestraft.

§ 24 In Gewerbebetrieben aller Art, die durch Ausführung dieser Verordnung ihren Unternehmer oder Betriebsleiter verlieren, hat, sofern keine anderweitige Regelung erfolgt, der dienstälteste Direktor, Prokurist oder Handlungs-

bevollmächtigte unter Verantwortlichkeit gegenüber der öffentlichen Gewalt die Geschäftsleitung zu übernehmen. Anzeige hierüber ist an den örtlichen zuständigen Amtsverweser zu erstatten.

Verweigerung der Übernahme der Geschäftsleitung wird mit dem Tode bestraft.

§ 25 Außer den in dieser Verordnung genannten Vergehen (§ 3 Abs. 2, § 4 Abs. 3 und 4, § 6, § 8 Abs. 6, § 13, § 15, § 17 Abs. 3 u. 4, § 19 Abs. 3, § 20 Abs. 3, § 23 Abs. 2, § 24 Abs. 2) werden mit dem Tode bestraft.

1. Alle Verbrechen und Vergehen gegen die Person des Reichsverwesers und der Mitglieder der von diesem ernannten Reichsregierung, der Landesverweser und der Mitglieder der von diesem ernannten Landesregierungen, sowie der Amtsverweser
2. Alle Unternehmungen, welche auf Verhinderung, Umsturz oder gewaltsame Änderung der neuen Staatsordnung gerichtet sind
3. Landesverrat
4. Diebstahl [(§§ 242 ff)<sup>3</sup> und Hochverrat (§ 258b [StGB])<sup>4</sup>
5. Alle Fälle des Wuchers (§§ 302, 302 d.des. StGB.)
6. Beamtenbestechung (§§ 331–335 StGB.) und der Amtsunterschlagung (§ 350 f StGB.)[,] Teilnahme, Versuch und Begünstigungen werden wie Täterschaft bestraft.

§ 26 Alle mit dem Tode bedrohten Verbrechen und Vergehen werden standgerichtlich abgeurteilt (vergl. § 10)[.]

In jedem Falle der Verurteilung zur Todesstrafe erfolgt Einziehung des gesamten beweglichen und unbeweglichen Vermögens der Verurteilten zur Reichskasse. Wegen Verwaltung dieses Vermögens gilt bis auf weiteres das in § 16 Angeordnete.

Amnestien und Verjährung sind wirkungslos, frühere Verurteilungen sind aufgehoben.

§ 27 Wer vom Reichsverweser in Reichsacht getan wird, genießt in Deutschland keinen Rechtsschutz. Wer in Reichsacht Erklärten Hilfe leistet, wird mit dem Tode bestraft.

§ 28 Alle mit der Durchführung von Ruhe und Sicherheit beauftragten Personen, Beamten, Angestellten und zugezogenen Hilfskräfte sind berechtigt und verpflichtet, jedem Widerstand gegenüber von der Waffe Gebrauch zu machen.

§ 29 Im Uebrigen bleiben die bisherigen Gesetze in Kraft, soweit sie nicht dieser Verordnung und den nachfolgenden Erlassen widersprechen oder aufgehoben werden.

<sup>3</sup> § 242–§ 248. Siehe Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom 15.5.1871., in Deutsches Reichsgesetzblatt, Bd. 1871, Nr. 24, S. 127–205. Durch die Einführung eines Jugendstrafrechts wurde das StGB 1923 reformiert.

<sup>4</sup> Das StGB enthielt in § 81 und § 82 die Bestimmungen für den vollendeten und versuchten Hochverrat, während § 83–§ 86 die Vorbereitung und § 83 den Komplott, § 84 die Konspiration und § 85 das Auffordern zum Hochverrat regelten. Siehe Hueck: Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, S. 136.

Die Träger der Staatsgewalt, Reichsverweser und Landesverweser können alte Akte der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung, die seit dem Novemberverbrechen des Jahres 1918 ergangen sind, nachprüfen und abändern.

Sie sind durch die Rechtskraft von Entscheidungen nicht gebunden.

§ 30 Diese Verordnung tritt unter dem heutigen Tage mit ihrer Verkündung in Kraft.

## Erklärung des Reichsausschusses für das Volksbegehren und das „Freiheitsgesetz“ [11.9.1929]<sup>1</sup>

Der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren<sup>2</sup> erläßt folgende Erklärung:

Die Vorbereitungen für das Volksbegehren gegen die Versklavung des deutschen Volkes sind abgeschlossen. Dem Volksbegehren ist ein Gesetzentwurf zugrunde gelegt, der grundsätzliche außenpolitische Forderungen enthält.

Die außenpolitischen Forderungen des Reichsausschusses fußen auf der Tatsache, dass Deutschland nicht die *Schuld* am *Kriege* trägt.<sup>3</sup> Die Anerkennung dieser Tatsache durch die Mächte, die das Diktat von Versailles unterzeichnet haben, kann und wird erreicht werden. Die Befreiung Deutschlands von dem Vorwurf der Kriegsschuld muss die Grundlage der deutschen Außenpolitik sein.

Auf diesem Grundsatz bauen sich folgende außenpolitische Ziele auf:

Es gilt, unter Abkehr von den bisher geübten Verfahren, eine Regelung der *Reparationsfrage* zu erreichen, die unter voller Anrechnung aller von Deutschland bereits durchgeführten Leistungen im Einklang mit der tatsächlichen deutschen Leistungsfähigkeit steht.

Voraussetzung für eine wirkliche „Liquidierung des Krieges“ ist die Anerkennung der deutschen Lebensnotwendigkeiten. Zu ihnen gehört die Wiederherstellung des für das deutsche Volk lebensnotwendigen Raumes. Dies bedeutet, dass insbesondere *Rheinland* und *Saargebiet*, befreit von allen die Souveränität irgendwie beeinträchtigenden Sonderbestimmungen, unbelastet zum Reiche kommen. Zu den deutschen Lebensnotwendigkeiten gehört ferner der selbst in Versailles vorgesehene *Rüstungsausgleich* zwischen dem entwaffneten

---

<sup>1</sup> Abdruck in Deutsche Zeitung 12.9.1929. Kursive Sperrdrucke im Original.

<sup>2</sup> Am 9.7.1929 wurde der Reichsausschuss für das deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan gegründet. Die Einschreibefrist für das Volksbegehren wurde auf den 16.–29.10.1929 festgelegt. Das Volksbegehren erreichte mit 10,2 Prozent die notwendige Stimmenzahl. Der Volksentscheid vom 22.12.1929 erreichte jedoch statt der 50 Prozent der Wahlberechtigten lediglich 13,5 Prozent und scheiterte somit.

<sup>3</sup> Siehe Gesetz über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 16. Juli 1919 (Nr. 6985), Teil VIII. Wiedergutmachungen. Abschnitt I. Allgemeine Bestimmungen. Artikel 231. „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben“, in RGBl. 1919, Nr. 140, S. 985.

Deutschland und den zur See, zu Lande und in der Luftwaffe aufgerüsteten europäischen Mächten.<sup>4</sup>

Als erster Schritt zu der Erreichung dieser außenpolitischen Ziele soll das mit dem Gesetzentwurf näher gekennzeichnete Volksbegehren dienen. Der Reichsausschuss beschreitet diesen Weg in voller Erkenntnis der Unzulänglichkeit der Bestimmungen über das Volksbegehren und der Möglichkeiten, die die Verfassung und die Ausführungsbestimmungen den Verwaltungsbehörden zur *Verfälschung des Volkswillens* geben.

Die dem Reichsausschuss angeschlossenen Parteien werden gleichzeitig im Reichstag bei der Beratung der für die Haager Vereinbarungen notwendigen Gesetze die *Aussetzung der Verkündung* dieser Gesetze beantragen. Sie kann mit einem Drittel der Reichstagsstimmen beschlossen werden. Neben dieser auf Artikel 72<sup>5</sup> gestützten Maßnahme wird der Reichsausschuss dem Reichsminister des Innern den für das Volksbegehren ausgearbeiteten selbständigen Gesetzentwurf einreichen.

In der Forderung des § 1 des Entwurfs ist das Grundgesetz der künftigen deutschen Außenpolitik ausgesprochen. Die Reichsregierung wird hierin verpflichtet, in feierlicher Form den auswärtigen Mächten zu erklären, daß das erzwungene Kriegsschuldanerkenntnis völkerrechtlich unverbindlich ist.

In § 2 des Entwurfs wird von der Reichsregierung gefordert, daß sie nach diesem ersten förmlichen Akt mit allen Mitteln eine Beseitigung des Kriegsschuldanerkenntnisses zu betreiben hat. Um *neue Sanktionen*, insbesondere die Wiederbesetzung deutschen Bodens, unmöglich zu machen, soll ferner die Aufhebung der Artikel 429<sup>6</sup> und 439<sup>7</sup> des Versailler Vertrages erreicht werden.

<sup>4</sup> Siehe dazu Gesetz über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 16. Juli 1919 (Nr. 6985), Teil V. Bestimmungen über Landheer, Seemacht und Luftfahrt, Artikel 159–213, in RGBl. 1919, Nr. 140, S. 919–973.

<sup>5</sup> Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919, Artikel 72: „Die Verkündung eines Reichsgesetzes ist um zwei Monate auszusetzen, wenn es ein Drittel des Reichstags verlangt. Gesetze, die der Reichstag und der Reichsrat für dringlich erklären, kann der Reichspräsident ungeachtet dieses Verlangens verkünden.“, in RGBl. 1919, Nr. 152, S. 1396.

<sup>6</sup> Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 16. Juli 1919 (Nr. 6985), Teil XIV. Bürgschaften für die Durchführung, Abschnitt I. Westeuropa. Artikel 429. „Werden die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages von Deutschland getreulich erfüllt, so wird die im Artikel 428 vorgesehene Besetzung nach und nach wie folgt eingeschränkt: 1. Nach Ablauf von fünf Jahren werden geräumt: der Brückenkopf von Cöln und die Gebiete nördlich einer Linie, die dem Lauf der Ruhr, dann der Eisenbahn Jülich-Düren-Euskirchen-Rheinbach, sodann die Straße von Rheinbach nach Sinzig folgt und den Rhein bei der Ahrmündung erreicht, wobei die genannten Straßen, Eisenbahnen und Ortschaften außerhalb dieser Räumungszone blieben, 2. Nach Ablauf von zehn Jahren werden geräumt: Der Brückenkopf von Coblenz und die Gebiete nördlich einer Linie, welche vom Schnittpunkt der belgischen, deutschen und holländischen Grenze ausgeht, etwa vier Kilometer südlich von Aachen vorbeigeht bis zum Höhenrücken von Forst-Gemünd, dem sie folgt, sodann östlich der Ursttaleisenbahn, dann über Blankenheim, Valdorf, Dreis, Ulmen bis zur Mosel verläuft, von Bremm bis Nehren diesem Flusse folgt, sodann bei Kappel und Simmern vorbeigeht, dem Höhenkamm zwischen Simmern und dem Rhein folgt und bei Bacharach den Rhein erreicht, wobei alle hier genannten Ortschaften, Täler, Straßen und Eisenbahnen außerhalb der Räumungszone bleiben. 3. Nach Ablauf von 15 Jahren werden geräumt: Der Brückenkopf von Mainz, der Brückenkopf von Kehl und das übrige besetzte deutsche Gebiet.“, in RGBl. 1919, Nr. 140, S. 1309–1311. Artikel 428 bestimmte: „Um die Ausführung des gegenwärtigen Vertrags durch Deutschland sicherzu-

Es folgt die Forderung, daß der Rechtsanspruch Deutschlands auf bedingungslose Räumung der besetzten Gebiete anerkannt wird, und daß die [in] Haag daran geknüpften Verpflichtungen Deutschlands fallen.

Der § 3 des Gesetzentwurfes soll die Annahme des Pariser *Tributplanes*<sup>8</sup> verhindern. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß die Reichsregierung *neue Lasten und Verpflichtungen*, die auf dem Kriegsschuldanerkenntnis beruhen, nicht übernehmen darf, und daß zu diesen neuen Lasten auch die auf dem Pariser Tributplan fußenden Verpflichtungen gehören.

Um diese Forderung des Gesetzentwurfes gegen parlamentarische Manöver zu sichern, enthält der Entwurf eine *Strafbestimmung*, nach der diejenigen verantwortlichen Minister und Bevollmächtigten des Deutschen Reiches sich des Landesverrats schuldig machen, die entgegen den Bestimmungen des Gesetzentwurfes neue, auf dem Kriegsschuldbekenntnis beruhende Lasten und Verpflichtungen übernehmen.

Der Gesetzentwurf ist die *Einleitung* zu der vom Reichsausschuss für das deutsche Volksbegehren erstrebten völligen Umstellung der deutschen Außenpolitik. Er hat folgenden Wortlaut:

#### Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes

§ 1. Die Reichsregierung hat den auswärtigen Mächten unverzüglich in feierlicher Form Kenntnis davon zu geben, dass das erzwungene Kriegsschuldanerkenntnis des Versailler Vertrages der geschichtlichen Wahrheit widerspricht, auf falschen Voraussetzungen beruht und völkerrechtlich unverbindlich ist.

§ 2. Die Reichsregierung hat darauf hinzuwirken, dass das Kriegsschuldanerkenntnis des Artikels 231 sowie die Artikel 429<sup>9</sup> und 430<sup>10</sup> des Versailler Vertrages förmlich außer Kraft gesetzt werden.

Sie hat ferner darauf hinzuwirken, dass die besetzten Gebiete nunmehr unverzüglich und bedingungslos sowie unter Ausschluss jeder Kontrolle über

---

stellen, bleiben die deutschen Gebiete westlich des Rheins einschließlich der Brückenköpfe während eines Zeitraums von fünfzehn Jahren nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags durch die Truppen der alliierten und assoziierten Mächte besetzt.“ Ebenda, S. 1309.

<sup>7</sup> Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 16. Juli 1919 (Nr. 6985), Teil XV. Verschiedene Bestimmungen. Artikel 439. „Vorbehaltlich der Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags verpflichtet sich Deutschland, weder unmittelbar noch mittelbar gegen eine der diesen Vertrag unterzeichnenden alliierten und assoziierten Mächte, einschließlich derjenigen, die ohne Kriegserklärung ihre diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reiche abgebrochen haben, irgendeinen Geldanspruch wegen einer vor dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags liegenden Tatsache geltend zu machen.“, in RGBl. 1919, Nr. 140, S. 1325–1327.

<sup>8</sup> Gemeint der ist der Versailler Friedensvertrag vom 16.7.1919.

<sup>9</sup> Siehe Anm. 6.

<sup>10</sup> Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 16. Juli 1919 (Nr. 6985), Teil XIV. Bürgschaften für die Durchführung. Abschnitt I. Westeuropa. Artikel 430. „Stellt während der Besetzung oder nach Ablauf der oben vorgesehenen 15 Jahre der Wiedergutmachungsausschuß fest, daß Deutschland sich weigert, die Gesamtheit oder einzelne der ihm nach dem gegenwärtigen Vertrag obliegenden Wiedergutmachungsverpflichtungen zu erfüllen, so werden die im Artikel 429 genannten Zonen sofort wieder durch alliierte und assoziierte Streitkräfte ganz oder teilweise besetzt.“, in RGBl. 1919, Nr. 140, S. 1311.

deutsches Gebiet geräumt werden, unabhängig von Annahme oder Ablehnung der Beschlüsse der Haager Konferenz.<sup>11</sup>

§ 3. Auswärtigen Mächten gegenüber dürfen neue Lasten und Verpflichtungen nicht übernommen werden, die auf dem Kriegsschuldanerkenntnis beruhen.

Hierunter fallen auch die Lasten und Verpflichtungen, die auf Grund der Vorschläge der Pariser Sachverständigen und nach den daraus hervorgehenden Vereinbarungen von Deutschland übernommen werden sollen.

§ 4. Reichskanzler und Reichsminister sowie Bevollmächtigte des Deutschen Reiches, die entgegen der Vorschrift des § 3 Verträge mit auswärtigen Mächten zeichnen, unterliegen den im § 92, Nr. 3 StGB. vorgesehenen Strafen.<sup>12</sup>

§ 5. Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

---

<sup>11</sup> Gemeint ist die erste Konferenz in Den Haag vom 6.–31.8.1929 zur Verhandlung über die endgültigen Änderungen des Dawes-Abkommens von 1924 im Young-Plan, der zwischen Februar und Juni 1929 verhandelt wurde und am 17.5.1930 rückwirkend für den 1.9.1929 in Kraft trat. Die zweite Haager Konferenz fand vom 3.–20.1.1930 statt.

<sup>12</sup> Artikel 92, Nr. 3 Strafgesetzbuch: „Wer vorsätzlich ein ihm von Seiten des Deutschen Reiches oder von einem Bundesstaate aufgetragenes Staatsgeschäft mit einer anderen Regierung zum Nachteil dessen führt, der ihm den Auftrag erteilt hat, wird mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter 6 Monaten ein.“ [Deutsches Reichsgesetzblatt 1871, Nr. 24] Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich [1914], S. 269.

## Redemanuskript und gehaltene Rede von Heinrich Claß auf der Tagung in Bad Harzburg [11.10.1931]<sup>1</sup>

Die Parteien und Verbände, die heute zur nationalen Opposition zusammengeschlossen sind, haben die äußere Politik aller Regierungen seit dem November-Umsturz ebenso leidenschaftlich bekämpft, wie sie deren gesamte innere und Wirtschaftspolitik verworfen haben. Sie stehen heute, wo sich alle außenpolitischen Maßnahmen des Kabinetts Brüning und des Außenministers Dr. Curtius<sup>2</sup> als fehlerhaft erwiesen haben, dieser Art von Außenpolitik erst recht in voller Ablehnung gegenüber. *Es ist unbestreitbar, daß das selbstmörderische Bestreben, unerfüllbare Verpflichtungen zu erfüllen, wie es das A und O der reichsdeutschen Außenpolitik seit der Unterwerfung unter den Zwangsbeehl von Versailles gewesen ist, uns um verheißungsvolle Möglichkeiten gebracht hat, mit anderen Mächten zusammen Politik zu machen. Kein Zweifel, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch, in dem wir uns befinden, wesentlich eine Folge dieser Erfüllungspolitik ist – nicht minder, daß die Vereinsamung, in der Deutschland sich heute befindet, und die neue Einkreisung, die Frankreich ihm bereitet hat, auf dieselbe Ursache zurückgeht: auf die Abhängigkeit, in die das Deutsche Reich von seinen Kabinetten Frankreich gegenüber gebracht worden ist. Daß sie bei der Fortdauer des herrschenden Systems und bei der Fortsetzung der politischen Tätigkeit des heutigen Reichskanzlers sich davon nicht freimachen kann, ist ebenso sicher wie die Behauptung, daß wir zu einer brauchbaren inneren und Wirtschaftspolitik nie kommen können, solange die Regierenden sich in der vollkommenen Hörigkeit der Marxisten befinden. Ein Reichskanzler, der vom Gewerkschaftsflügel des Zentrums kommt, ist so unfrei, daß er den politischen und wirtschaftlichen Umschwung gar nicht wollen kann.*<sup>3</sup> Wer Deutschland retten will, muß ganz andere Wege gehen, als alle bisherigen Regierungen seit dem Umsturz. Dies kann kein Kabinett, an dessen Spitze Brüning stehen würde. Deshalb ist die nationale Opposition entschlossen, ein wie immer gestaltetes Kabinett Brüning nicht hinzunehmen.

*Wenn wir – entschlossen, den Kampf bis zur vollkommenen Abkehr vom heutigen System fortzuführen, – damit rechnen, daß die Leitung der Reichsge-*

---

<sup>1</sup> Die gekürzt gehaltene Rede stellt die Grundlage der Abschrift dar und ist um die gestrichelten Passagen aus dem Originalmanuskript in *kursivem* Zusatz erweitert. Die Rede vom 11.10.1931 ist abgedruckt in *Unsere Partei*, 17.10.1931. Das ungekürzte Redemanuskript findet sich in BA-Koblenz, N 1231, Bd. 124, Bl. 207–209. Auf textliche Hervorhebungen wurde in der vorliegenden Abschrift verzichtet. In den *Alldeutschen Blättern* 24.10.1931 ist der für die Veröffentlichung vorgesehene längere Text abgedruckt.

<sup>2</sup> Julius Curtius war 1929–1931 deutscher Außenminister und 1930–1931 Initiator der deutsch-österreichischen Verhandlungen für eine Zollunion.

<sup>3</sup> Heinrich Brüning war 1930–1932 deutscher Reichskanzler und zuvor 1920–1930 Geschäftsführer des Christlich-Deutschen Gewerkschaftsbundes.



*schäfte in die Hände der nationalen Opposition gelangen, ehe die letzte Rettungsmöglichkeit verspielt ist, so müssen wir uns darüber klar sein, wie die Außenpolitik der kommenden Reichsleitung beschaffen sein sollte. Bei einer Gelegenheit wie der heutigen, kann nur das Grundsätzliche gestreift werden.* Die erste Voraussetzung einer Besserung unserer Außenpolitik ist im Freimachen von der französischen Abhängigkeit, die bis zur Selbstaufgabe getrieben wurde, zu erblicken. *Da seit dem Zusammenbruch von den Vertretern der Erfüllungspolitik gesagt wurde, daß Deutschland außen- und wirtschaftspolitisch nur mit Hilfe fremder Mächte und in Anlehnung an sie wieder hochkommen könne, muß ausgesprochen werden, daß jede „Krückenpolitik“ verwerflich ist, bei der Deutschland so behandelt würde, wie es dem fremden Vorteil entspräche, und dies nur solange, als eine fremde Macht Nutzen davon zu haben glauben würde.* Wie die Nationale Opposition für die wirtschaftliche Rettung Deutschlands die nationale Selbsthilfe als Losung ausgegeben hat, so gilt gleiches für unsere künftige Außenpolitik. Das Reich wird erst dann aufhören, lediglich Gegenstand der Politik der anderen, besonders Frankreichs zu sein, wenn es seinen Willen zur Selbstbehauptung durch den Widerruf der Kriegsschuldläge und die Lossagung vom sogenannten Versailler Vertrag bekundet hat. Zum Grundsätzlichen gehört auch der Entschluß, die allgemeine Goldkrise außenpolitisch auszuwerten.<sup>4</sup>

Die Lossagung von Versailles schließt grundsätzlich die Wiederherstellung der deutschen Souveränität auf dem Gebiete der Wehrfragen in sich *und hier wird die bevorstehende Abrüstungskonferenz<sup>5</sup> einer tatkräftigen und geschickten deutschen Außenpolitik Gelegenheiten bieten, mit anderen Mächten zusammenzuarbeiten, und dem französischen Machtstreben entgegenzuwirken.* Damit würde die eine würgende Hand an Deutschlands Gurgel gelockert. Die andere ist der Bolschewismus. Die von ihm drohende Gefahr ist um so größer, als die außenpolitische Sowjetpropaganda durch die Weltwirtschaftskrise gefördert wird. *Die Erfolge dieser Wühlarbeit in Deutschland haben schon jetzt unzweifelhaft die Mehrheitssozialisten radikalisiert, das wird mit wachsender Not noch mehr geschehen.* Auch Rußland gegenüber wird nur ein ruhig-festes Auftreten zum Ziele führen, daß unsere Rechte im eigenen Hause wahr.

Des weiteren muß grundsätzlich gesagt werden, daß die künftige deutsche Außenpolitik die Entwicklung im blutsverwandten Oesterreich mit schärfster Aufmerksamkeit verfolgen muß. *Ihre Bedeutung ist nach dem Abwürgen der Zollunion<sup>6</sup> und nach dem Mißlingen des Unternehmens von Dr. Pfrimer<sup>7</sup> noch*

---

<sup>4</sup> Österreich geriet im Mai 1931 in finanzielle Schwierigkeiten und war essenziell von ausländischen Krediten abhängig. Frankreichs Bestrebungen auf eine Absage Österreichs, für das Zollunionsprojekt zu wirken, gerieten in dieser Lage politisch zum französischen Vorteil. Österreich sagte den Plan ab und auch Deutschland gab am 20.7.1931 den Plan zur Zollunion offiziell auf.

<sup>5</sup> Gemeint ist die internationale Abrüstungskonferenz des Völkerbundes in Genf, die nach vorbereitenden Abrüstungskonferenzen zwischen 1926 und 1930 schließlich am 2.2.1932 stattfand.

<sup>6</sup> Deutschland und Österreich planten seit Juli 1930 eine Zollunion, die auch als Gegengewicht zum Europaplan des französischen Außenministers Briand vom September 1929 gemeint war und den französischen Einfluss im Donau- und Balkanraum schwächen sollte. Erste Gespräche gab es bereits im Januar 1930 auf der Haager Konferenz über den Young-Plan. Am 21.3.1931 wurde der Plan für eine Zollunion bekanntgegeben.

<sup>7</sup> Claß bezieht sich auf den gescheiterten Putsch des steirischen Heimwehrführers Walter Pfrimer am 12.9.1931. Siehe auch Kapitel 7.3. und 7.4.

*gewachsen. Es ist nicht nur der völkische Anteil, den wir an unseren nächsten Volksgenossen in der Ostmark nehmen, sondern eine Frage von höchster außenpolitischer Bedeutung, ob vor den Toren von München nicht eine französische Provinz sich auftut oder ein dem Reiche feindlicher Habsburger Staat entsteht.<sup>8</sup>*

Zum Grundsätzlichen gehört alles, was die Rettung der reichsdeutschen Ostmark im weitesten Sinne betrifft, Ostpreußens, Danzigs, die Beseitigung des Korridors und der Wiederanschluß der abgetretenen Teile Oberschlesiens, alles Fragen, an denen Frankreich seine geschäftigen Hände im Spiel hat.

*Gegenüber den Einschüchterungsversuchen, die mit Schlagworten gegen eine starke Außenpolitik arbeiten, möchte ich mit einer Betrachtung schließen:*

*„Glaubt irgend jemand, daß ein Volk, das sich durch die Schuld seiner äußeren Feinde und durch diejenige schlechter Berater in seiner Mitte in eine so beispiellos furchtbare Lage hat bringen lassen, wie das unsere seit der Erzberger-EntschlieÙung im Juli 1917<sup>9</sup> – glaubt jemand, daß dieses Volk [Einschub im Manuskript: „ohne Wagnis“] zu retten sei, ohne ein Bauen auf die letzten [sic] seelischen und sittlichen Kräfte, die ich noch geblieben sind – ohne ein kaltblütiges Rechnen sei es mit Tatsachen oder nahen Aussichten derart, daß*

<sup>8</sup> Die Außenpolitik Frankreichs gegenüber Österreich-Ungarn ging von Forderungen nach Selbstbestimmung der Nationalitäten und Auflösung Österreich-Ungarns als absolutistische und autokratische Monarchie auf der Linken bis zur Erhaltung des Vielvölkerstaates der Habsburg-Monarchie als Garant von Stabilität in Mitteleuropa sowie gegebenenfalls auch als einem gewissen katholischen Gegengewicht zum protestantisch-dominierten Deutschen Reich aus. Bis 1918 war man auf französischer Seite bezüglich der österreichischen Nationalitätenpolitik eher zurückhaltend gewesen und hatte auf einen Staatenbund mit größerem Einfluss slawischer Nationalitäten gehofft. Der Zusammenbruch Österreich-Ungarns 1918 ermöglichte eine Neuordnung Ostmitteleuropas und der Beschluss der Nationalversammlung vom 12.11.1918 (Artikel 2) festgelegten Forderung „Deutsch-Österreichs“ nach einem baldigen Anschluss an Deutschland widersprach französischen Sicherheitsinteressen. Auch die Weimarer Reichsverfassung legte ursprünglich in Artikel 61 die Möglichkeit des Anschlusses Österreichs an Deutschland fest, musste diesen Artikel jedoch später als unwirksam erklären. Der Versailler Vertrag mit Deutschland hatte einen Anschluss Österreichs bereits verboten. Claß bezieht sich hier auf die französische Außen- und Wirtschaftspolitik gegenüber Österreich und der Anschlussforderung an Deutschland. Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Republik Österreich ermöglichte Frankreich eine einflussreiche Rolle bei den finanziellen Unterstützungen des Völkerbundes zwischen 1922 und 1932, um die Unabhängigkeit Österreichs von Deutschland zu wahren. Der Anschlussparagraph der Verfassung wurde bereits 1920 aufgehoben. Während des Ruhrkampfes gab es auch außenpolitische Überlegungen, Bayern aus Deutschland herauszulösen und mit dem katholischen Österreich zusammenzuführen. Das Scheitern einer angekündigten deutsch-österreichischen Zollunion 1931 ging auch maßgeblich auf Frankreich zurück. Eine Zollunion Österreichs mit den Nachfolgestaaten der Habsburger Monarchie war zwar im Friedensvertrag von Saint Germain (vom 10.9.1919, 16.7.1920 in Kraft getreten) festgelegt, eine Zollunion mit Deutschland wurde jedoch als Vorstufe zum Anschluss begriffen und unterbunden.

<sup>9</sup> Gemeint ist die Friedensresolution der Mehrheitsparteien Zentrum, SPD und Fortschrittliche Volkspartei vom 17.7.1917, die von Matthias Erzberger für die Zentrumspartei sowie von Eduard David, Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann für die SPD/MSPD eingebracht und am 19.7.1917 vom Reichstag mit 216 gegen 126 Stimmen angenommen wurde. SPD, Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei stimmten für die Resolution. Die Mitte-Links-Mehrheit im Reichstag trat erstmals in einem Interfraktionellen Ausschuss zusammen, um unter anderem einen Verständigungsfrieden ohne Gebietserwerbungen zu erreichen.

*auch die Nachkriegsentwicklung unserer angeblichen Siege nicht stehengeblieben ist. Die schicksalhafte Vergeltung schreitet über diese Erde; sie ist auf unserer Seite. Sie hat wichtigste unserer Gegner schon im Krieg getroffen. Sie klopft an die Pforten desjenigen unter ihnen, der auch am übermütigsten geworden ist: an Frankreichs Pforten. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß das machtpolitische Spiel, das Frankreich mit wirtschaftspolitischen Mitteln betrieb, sich überschlagen hat – auch dafür, daß auf die Dauer unter den Umständen, in denen deutsche und englische Menschen, immerhin noch leben, eine Machtpolitik mit Gold nicht zum Ziele führen kann – endlich dafür, daß es kaum so viel Geld gibt, um germanische Menschen die sich noch Reste der alten Freiheitsliebe und Ehrbegriffe gerettet haben, mit einer darauf aufgebauten Politik niederzuhalten. Die nationale Opposition darf sich darauf verlassen, daß eine deutsche Staatskunst, die auf Selbstbewußtsein, Ehrgefühl und kaltblütigen Mut gegründet sein wird, ganz anderes Verständnis draußen findet, als die bisherige Art Außenpolitik zu treiben, d. h. mit uns treiben zu lassen.*

Die Rettung des deutschen Volkes und seines Reiches wird, soweit wir sehen, die größte Aufgabe sein, die jemals in der Geschichte Staatsmännern gestellt worden ist. *So etwas ist nicht zu machen, ohne daß viel dabei gewagt wird, und letzten Endes lautet die Frage: Gibt es in Deutschland noch genug Menschen, die von der materialistischen Zersetzung unberührt geblieben sind und – schlimmstenfalls ein Ende mit Schrecken einem Schrecken ohne Ende, den Untergang in Ehren der Knechtschaft vorziehen?*

*Mir scheint, daß, wie die Dinge sich auf dieser Erde seit dem Kriegsende entwickelt haben, Deutschland die Aussicht hat, sich doch noch durchzusetzen, weil trotz aller Verfallserscheinungen, die wir sehen, beklagen, bekämpfen, die gesunde Kräfte noch stark genug sind, das Schicksal zu zwingen. In unserem Lager ist Deutschland: Deshalb treten wir das Erbe an, wie überlastet es auch sei. Werden wir an Willen und Können, an Seele und Geist stark genug sein, es zu ordnen? Da soll das wundervolle Wort, das der Wanderer im Siegfried zu Mime spricht, Wegweiser sein – zu Mime, dem Vertreter der Unterwelt: „Nur wer das Fürchten nie erfuhr, schmiedet Notung neu.“<sup>10</sup> Nur wer mit unerschütterlichem Glauben an seinem Volke hängt, wer mit eisernem Willen und ohne an sich zu denken ans Werk geht, kann zu den Rettern und Befreiern Deutschlands zählen.*

Die drängende Zeit mahnt, die Nationale Opposition verlangt, zur Rettung berufen zu werden.<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> Claß bezieht sich auf die Wagner-Oper „Siegfried“ als Teil der Gesamtkomposition „Der Ring der Nibelungen“ (Uraufführung in Bayreuth 1876).

<sup>11</sup> Für eine längere Druckversion der Rede siehe Alldeutsche Blätter 24.10.1931.

## „Sofortprogramm“ des Alldeutschen Verbandes [31.12.1932]<sup>1</sup>

[...]

### I. Sofort zu treffende wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Maßnahmen

#### A. Einleitung

Das Wirtschaften des einzelnen Menschen ist ebenso wie die wirtschaftliche Betätigung des ganzen Volkes diejenige Tätigkeit, die die Aufgabe zu erfüllen hat, die gesamten Lebens-Bedürfnisse möglichst billig und möglichst gut zu befriedigen, auch die Befriedigung höherer (kultureller) Bedürfnisse zu ermöglichen, und über alles hinaus Ueberschüsse auch für die Zukunft des einzelnen wie des ganzen Volkes zu schaffen.

---

<sup>1</sup> Aus Heinrich Claß: *Ins neue Jahr 1933*, in *Alldeutsche Blätter* 31.12.1932 (42. Jg., Nr. 27), S. 217–223. Einleitend ging Claß auf die Regierungen Papen und Schleicher ein sowie auf die verfassungsrechtliche Bedeutung des Reichspräsidenten für die Durchsetzung der Diktatur. Claß verweist aus den nach seiner Sicht existierenden „übergesetzlichen Notstand“, der „eine schöpferische Ausübung der Diktatur verlangt und zuläßt, ohne daß das geltende Recht verletzt wird.“ Ebd., S. 217. Claß reklamierte das „Sofortprogramm“ einleitend als seine in letzter Verantwortung verfasste Programm, jedoch „was hier folgt, ist *kein Beschluß* des Geschäftsführenden Ausschusses, ist vielmehr nur auf seine Veranlassung niedergeschrieben, um eine erste Fassung zu bieten, an die sich das Durchdenken der behandelten Fragen durch unsere Freunde schließen soll. Ueberflüssig zu bemerken, daß ich auf Unfehlbarkeit niemals Anspruch gemacht habe“. Ebd., S. 218. Dieses „Sofortprogramm“ wurde auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV am 10./11.12.1932 beschlossen. Claß bat zuvor Leopold von Vietinghoff-Scheel, Fritz Schillmann und Gertzlaff von Hertzberg-Lottin um die Ausarbeitung entsprechender Abschnitte, die Claß dann zusammenführen und unter seinem Namen veröffentlichen wollte. Bei der Abstimmung im Geschäftsführenden Ausschuss über Form und Zweck dieses „Sofortprogramms“ gab es unterschiedliche Meinungen. Die Abstimmung ergab ein jeweiliges 20:1 Verhältnis für die Aufnahme der politischen und kulturellen Abschnitte. Claß machte sich auch für die Forderung nach einer Diktatur erneut stark. Letztlich verpflichtete Claß für eine endgültige dritte Fassung Paul Bang, Alfred Möllers, Gertzlaff von Hertzberg-Lottin und Albert Vowinkel für den Wirtschaftsteil, Fritz Schillmann für den Kulturteil und Karl Lohmann für den Rechtsteil. Der unterschiedliche Sprachstil der einzelnen hier abgedruckten Abschnitte weist auf keine größeren Eingriffe durch Claß bei der Veröffentlichung in den *Alldeutschen Blättern* hin. Siehe auch Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ADV, 10./11.12.1932, in *BA-Berlin*, R 8048, Bd. 172, Bl. 49–54. Der politische Teil mit Sofortmaßnahmen wurde nicht mehr veröffentlicht und sollte eigentlich kurz darauf im Januar 1933 erscheinen. Claß war durch einen Grippeanfall um Ende Dezember 1932 verhindert und bis 20.2.1933 auf ärztlichen Rat von jeglicher politischer und schriftstellerischer

Die wirtschaftliche Betätigung ist demgemäß auch die Betätigung, die bei den meisten Menschen den größten Teil ihrer Kräfte und ihrer Zeit beansprucht. *Gerade sie muß deshalb auch von völkischen Gedanken geleitet und völkischen Grundsätzen bis in ihre letzten Auswirkungen angepaßt sein. Ohne völkische Wirtschaft ist ein völkischer Staat nicht denkbar.*

B.

Eine völkische Wirtschaftsauffassung lehnt jeden Staatssozialismus aber auch jeden „Kollektivismus“, d. h. jedes Wirtschaften einer gemeinwirtschaftlichen Vereinigung oder Anstalt ab.<sup>2</sup>

1. Zu beseitigen ist deshalb jede staatliche Zwangswirtschaft, wie wir sie heute auf dem Gebiete der Preisbildung, der Lohnbildung, der Mieten, der Transporttarife, der Zinsen usw. haben.

Sie lehnt auch die heutige falsche Organisation der Wirtschaft ab, die darin besteht, daß wir jeden Wirtschaftszweig in einem Interessenverband, der sich womöglich über das ganze Reich erstreckt, zusammengefaßt und auf diese Weise die verschiedenen Wirtschaftszweige gegeneinander organisiert haben. Dieses falsche Verfahren hat zwangsläufig zu einer „Ueberorganisation“ geführt, die vergeblich versucht hat, die Fehler der falschen Organisation auszugleichen; sie hat es ebenso zwangsläufig dazu gebracht, daß der Staat in diesem Gegeneinanderspiel der Interessenverbände um Hilfe angerufen wurde, daß der Staat auf diese Weise in die Wirtschaft unter Umständen sogar mit eigenen Unternehmungen sich eingeschaltet, daß er Aufgaben übernommen hat, die er nicht leisten konnte, daß er sich dazu Einrichtungen zulegte, die die Wirtschaft bis zum Unerträglichen belasten.<sup>3</sup>

Eine völkische Wirtschaftsauffassung fordert deshalb auch eine grundsätzliche *Trennung von Staat und Wirtschaft*. Dazu gehört auch die Abstoßung von Wirtschaftsbetrieben der öffentlichen Hand und die Rückführung dieser Betriebe in privatwirtschaftliche Hände.

Es kommt dazu, daß wir auch noch den Klassenkampf in diese falsche Organisation der Wirtschaft hinein „organisiert“ haben.<sup>4</sup> Wir haben damit die Einheit jedes Betriebes, auch des kleinsten, zerstört, obwohl doch der Betrieb in der Wirtschaft die Zelle bedeutet, wie die Familie im Gesellschaftsleben. Wir haben die Arbeitnehmer auf der einen Seite für sich organisiert bis herauf zu Reichsgewerkschaften, und auf der anderen Seite die Arbeitgeber organisiert bis herauf zu einer Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Auch in dem

---

Arbeit freigestellt. Siehe zur Manuskriptfassung des „Sofortprogramms“ BA-Berlin, R 8048, Bd. 326, Bl. 47–55 (Die politischen Maßnahmen), Bl. 56–64 (Die geldlichen und wirtschaftlichen Maßnahmen), Bl. 65–67 (Die landwirtschaftlichen Maßnahmen) und Bl. 68–74 (Die kulturellen Maßnahmen). Siehe auch Hering: Konstruierte Nation, S. 362–365 und Leicht: Heinrich Claß, S. 387–388. Das „Sofortprogramm“ des ADV stand auch im Zusammenhang mit dem „Aufbauprogramm“ der DNVP, das zu Jahresende veröffentlicht wurde und auf dem „Freiheitsprogramm“ von Paul Bang und Reinhold Quatz vom Sommer 1932 aufbaute. Deutsche Zeitung 28.12.1932, 29.12.1932 und 30.12.1932.

<sup>2</sup> Zahlreiche wirtschaftspolitische Forderungen dieses „Sofortprogramms“ lehnen sich an das deutschnationale Freiheits-Programm der DNVP vom Sommer 1932 an. Siehe Quatz/Bang: Das deutschnationale Freiheits-Programm, S. 7. Siehe auch: Zur Deutschen Not. Eine Kundgebung des Deutschnationalen Parteivorstandes, 16.12.1932, in BA-Koblenz, N 1003, Bd. 34, Bl. 39–40

<sup>3</sup> Siehe auch Quatz/Bang: Das deutschnationale Freiheits-Programm, S. 13.

<sup>4</sup> Siehe zur Ablehnung des „Klassengedankens“ ebd., S. 20–21.

Gegeneinanderspiel dieser Organisation hat sich der zu Hilfe gerufene Staat eingeschaltet und auch hier konnte er die Aufgabe der Befriedung nicht erfüllen.<sup>5</sup>

Schließlich lag es nahe, die Opfer solcher falschen Organisationen, die wir heute in der großen Zahl der Arbeitslosen vor uns sehen, ebenfalls der Fürsorge des Staates zu überweisen. So ist der Staat zu einem reinen Fürsorgestaat geworden. Unter diesem falschen System haben dann auch die ursprünglich doch sozial gedachten Versicherungseinrichtungen für die Renten- und Invaliden-Versicherten, die Kranken-Versicherten und die Unfall-Versicherten mitgelitten. Wir stehen heute vor der Notwendigkeit, auch diese wenigstens zum Teil grundsätzlich umzugestalten.<sup>6</sup>

Auch die Zusammenfassung von Kapital bei wenigen, z.T. nicht einmal verantwortlichen, sondern nur aus einem oft unklaren Auftrag Handelnden, ebenso die Entwicklung zu Groß-Konzernen und Mammutbetrieben, ist nur eine Folge des falschen Wirtschafts-Aufbaus und des Klassenkampfes. (*Sozialismus ist Kapitalismus schlimmster Art*).

So müssen alle die Folgeerscheinungen der falschen Gestaltung unserer Wirtschaft von völkischer Wirtschaftsauffassung grundsätzlich abgelehnt werden; sie werden mit der Beseitigung der falschen Gestaltung verschwinden müssen.

2. Was mit Bezug auf die eben geschilderte „innere Verfassung unserer Wirtschaft[“] gilt, ist auch in weitgehendem Maße für das Verhältnis unserer Wirtschaft zu den Wirtschaften anderer Länder wirksam gewesen. Die Interessenverbände haben den Staat mißbraucht, um die Handelspolitik, die als Aufgabe des Staates nur im Interesse der Gesamtwirtschaft zu führen ist, nach den Vorteilen einzelner Wirtschaftszweige und naturgemäß derjenigen, die im Augenblick die stärkeren waren, zu beeinflussen. Nur so ist es zu erklären, wenn im allgemeinen unsere Handelspolitik bisher die Anliegen unserer Landwirtschaft vernachlässigt hat, wenn wir auch heute noch an dem veralteten System der Meistbegünstigung<sup>7</sup> mit Zollbindung festhalten, und auch in unseren Niederlassungsverträgen die Wünsche des Auslandes oft mehr berücksichtigen, als die Belange des eigenen Volkes.

Auch die Schuldenlast, die wir heute gegenüber dem Ausland haben, erklärt sich, abgesehen von einer falschen Erfüllungspolitik, aus der vorstehend angedeuteten falschen Handels- und Wirtschaftspolitik.

### C.

Die Umstellung unserer Wirtschaft im völkischen Sinn muß geleitet sein von der *grundsätzlichen Abkehr von einer kollektivistischen Wirtschaft im oben erwähnten Sinn und Rückführung auf eine Persönlichkeits-Wirtschaft*.<sup>8</sup> Der

<sup>5</sup> Siehe zur „Selbstverwaltung der Berufsstände“ ebd., S. 12.

<sup>6</sup> Siehe dazu ebd., S. 20.

<sup>7</sup> Meistbegünstigung verweist auf staatlich gewährte Handelsvergünstigungen wie Zollvorteile, die als Verpflichtung auch allen anderen Handelspartner eingeräumt werden muss, mit denen das Prinzip der Meistbegünstigung vereinbart worden ist. Das System geht auf bilaterale Vereinbarungen zwischen Großbritannien und Frankreich im Jahre 1860 zurück.

<sup>8</sup> Diese Forderungen sind eine Wiederholung deutschnationaler Wirtschaftspolitik wie sie v. a. Paul Bang und Alfred Hugenberg vertraten. Siehe zur „Kapitalbildung und Persönlichkeitswirtschaft“ auch Quatz/Bang: Das deutschnationale Freiheits-Programm, S. 11–12 sowie Paul Bang: Deutsche Wirtschaftsziele, Longert/Bang: Die Grundgedanken, Diess:

völkische Wirtschaftler jeder Stufe muß sich immer bewußt sein, welche Verantwortung er Gleichgestellten und Unterstellten gegenüber trägt, sein völkisches Gewissen muß sein Wirtschaften beherrschen.

1. Der Weg zur Persönlichkeits-Wirtschaft wird geöffnet durch die *Wiederzulassung von Werkstarifen*, die der einzelne Unternehmer mit seinen Arbeitern schließt.<sup>9</sup>

Der Leistungslohn wird die Einführung von Werkstarifen in vielen Betrieben erleichtern. Er wird den Arbeitern durch den Erfolg beweisen, daß auch ihr Vorteil im Werkstarif am besten wahrgenommen wird. Der Werkstarif wird zu ein[r] Verselbständigung von Teilbetrieben und Großbetrieben führen und damit auch die Voraussetzung für eine *Aufgliederung von Konzernen und Großbetrieben* sein. Wenn der Staat – wie er muß – seine Mitwirkung für den Zusammenschluß von Zwangssyndikaten künftig versagt, wird allein der Werkstarif mit Leistungslohn zu einer baldigen Auflösung aller Syndikate und Preisvereinbarungen führen. Unter Umständen kann der Staat durch Verordnungen oder Sondersteuern nachhelfen.

*Gewerkschaften und Arbeitgeber-Verbände werden durch den Werkstarif ausgeschaltet.*<sup>10</sup>

Die Beseitigung der Zwangsbewirtschaftung der Mieten wird durch einen alsbaldigen Abbau der hauszinssteuer möglich gemacht.

Voraussetzung für die Wiederbelebung der Wirtschaft sind auch der Abbau und Umbau unserer Reichsbahn- und Posttarife.<sup>11</sup> Die Rentabilität der Reichsbahn im besonderen kann nur durch eine Wiederbelebung der Wirtschaft, nicht aber durch wirtschaftshemmende hohe Tarife gesucht werden. Dadurch wird außerdem die Möglichkeit geschaffen, auch den Güterverkehr auf den Landstraßen von den Hemmungen zu befreien, die ihm zum Vorteil der Reichsbahn heute auferlegt sind.<sup>12</sup> Eine Belebung unserer Kraftwagen-Industrie wird auf eine ganze Reihe anderer Industrien zurückwirken.

2. Eine Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung der Zinsen ist nur möglich im Zusammenhang mit einer Schuldenregelung.

Eine Schuldenregelung nach außen wie im Innern ist aber auch eine Voraussetzung für die Wiederbelebung der Wirtschaft. Eine solche Regelung muß der Kraftanstrengung der wirtschaftlichen Menschen, *über den Schuldendienst*

---

Aus der Praxis der Werksgemeinschaft und Bang; Organische Wirtschaft sowie Hartz: Irrwege deutscher Sozialpolitik und Ders.: Neue Wege in der deutschen Sozialpolitik. Der Mitarbeiter Bangs, Gustav Treuner, entwirft 1929 ein entsprechend umfangreiches Gesetz zur Werksgemeinschaft und wirtschaftlichen Selbstverwaltung; Treuner: Das Gesetz. Siehe auch Alfred Hugenberg: Klare Front zum Freiheitskampf, Ders.: Hugenbergs innenpolitisches Programm, Ders.: Hugenbergs weltwirtschaftliches Programm und Ders.: Entschuldung der Landwirtschaft.

<sup>9</sup> Siehe zu Paul Bangs Überlegungen von Werkstarifen, Werksgemeinschaft und der Selbstverwaltung der Wirtschaft, die Claß hier zusammenfassend wiederholt, sowie zu seinen wirtschaftspolitischen Positionierungen im Jahre 1924 auf seine Initiative gegründete Deutschen Industriellen-Vereinigung auch Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland II, S. 323–343.

<sup>10</sup> Siehe auch zu Claß' früher Kritik an der Streikpolitik von Arbeitern Ders. (Pseudonym Daniel Frymann): Wenn ich der Kaiser wär', S. 69–71.

<sup>11</sup> Siehe Quaatz/Bang: Das deutschnationale Freiheits-Programm, S. 17–18 sowie Quaatz: Sicherheit und Wirtschaft bei der Reichsbahn.

<sup>12</sup> Siehe auch Quaatz/Bang: Das deutschnationale Freiheits-Programm, S. 13.

*hinaus wieder zu einem Ueberschuß zu kommen, die Aussicht auf Erfolg verschaffen.*

Für die Regelung unserer Kapitalschulden liegen Vorschläge vor, z.B. der Hugenberg-Plan.<sup>13</sup> Aber auch ein Abkommen mit unseren ausländischen Gläubigern, wie unter Umständen auch ein allgemeiner Vergleich im Innern, ist nicht unbedingt von der Hand zu weisen. Einzelunternehmer wie Gesellschaften können aber auch den bereits z.T. beschrittenen Weg der „Sanierungen“ weitergehen und unter Anpassung an die heutigen Verhältnisse einmalige Abschreibungen von ihrem Kapital und demgemäß von ihren Anlagen vornehmen, um auch damit eine Verbilligung der Selbstkosten und dementsprechend eine Verbilligung ihrer Erzeugnisse zu ermöglichen.

3. Der Rückgang unserer Wirtschaft hat zur Folge gehabt, daß wir das Unternehmer-Risiko mehr und mehr scheuen und dementsprechend mehr und mehr angelegtes Kapital *in die Form von Leihkapital umgewandelt haben*. Eine Umstellung der Wirtschaft in unserem Sinn wird eine rückläufige Bewegung ermöglichen. Es ist darüber hinaus daran zu denken, die gesetzliche und steuerliche Bevorzugung des Leihkapitals auszugleichen.

*Unser Bankwesen bedarf aber einer durchgreifenden Reform*. Das den Banken anvertraute Leihkapital ist von diesen lange Zeit dazu benutzt worden, sich zu beherrschenden Stellungen in den wichtigsten Unternehmungen und damit fast in der gesamten Wirtschaft aufzuschwingen. Wir verlangen eine Reform unseres Bankenrechts in einer Richtung, die das Bankgeschäft wieder zu einem Hilfsgewerbe der Wirtschaft macht. In dieser Richtung liegt auch eine Dezentralisation und *mögliche Aufgliederung unserer Großbanken*.<sup>14</sup> Der einzelne Bankier oder Bankdirektor muß wieder in der Lage sein, sein Geschäft allein zu übersehen und persönlich seine Kundschaft zu pflegen.

Zu diesem Zweck müssen auch die Banken von einer Aenderung unseres Gesellschaftsrechts (*vor allem des Aktienrechts*) mit erfaßt werden. Diese Reform muß zum Ziel haben, solche Gesellschaften, die den Bedarf an Eigenkapital auf dem Kapitalmarkt decken, zweckmäßigen Beschränkungen zu unterwerfen und auch in ihnen die *Verantwortung der Einzelpersönlichkeit weitgehend herzustellen*.

4. Die Arbeitslosen-Frage ist in ihrem vollen Umfang nur durch die verlangte Umstellung der Wirtschaft zu lösen. Diese Umstellung bewirkt die Steigerung der Leistungen und auf diesem Wege das Ueberwiegen der Leistungen über den Verbrauch. *Sie bewirkt damit auch die Wiedereinstellung der Arbeitslosen*. Nur auf diesem Wege ist auch die sogenannte Frage der Kaufkraft zu lösen.

Eine Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand kann belebend wirken. Sie ist aber nur soweit berechtigt, als unter der Voraussetzung der grundsätzlichen Umstellung der Wirtschaft die Betriebe der öffentlichen Hand Aufträge erteilen, die als Betriebe der öffentlichen Hand weitergeführt werden müssen, wie Reichsbahn, Reichspost, Straßennetz, und die in ihrem heutigen Zustand die Leistungen, die eine wiederbelebte Wirtschaft von ihnen verlangt, nicht erfüllen können.

<sup>13</sup> Gemeint ist Hugenberg: Entschuldung der Landwirtschaft.

<sup>14</sup> Siehe zur ähnlichen Forderung auch Claß (Pseudonym Daniel Frymann): Wenn ich der Kaiser wär', S. 62 und Quaatz/Bang: Das deutschnationale Freiheits-Programm, S. 13.



Ein Arbeitsdienst ist vom wirtschaftlichen Standpunkt abzulehnen.<sup>15</sup> Er kann aber aus erzieherischen Gründen heute Wirkung haben, wenn die Leitung in den rechten Händen liegt.

5. *Die Währungshoheit des Reiches und der ausschlaggebende Einfluß des Reiches auf die Reichsbank* muß alsbald wiederhergestellt werden.<sup>16</sup> Erst dann wird es möglich, daß die Reichsbank eine Währungspolitik betreibt, die sich in erster Linie nach unseren deutschen Verhältnissen richtet. Die Gesundung unserer Währung ist nur gleichzeitig mit der Gesundung unserer Wirtschaft schrittweise möglich.

Es wird einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben, den Wertmesser Gold durch einen innerwirtschaftlichen Wertmesser zu ersetzen und damit auch auf diesem Wege unsere Wirtschaft möglichst unabhängig vom Ausland zu machen.<sup>17</sup>

6. Die wichtigste Maßnahme einer *Steuerreform* ist die Senkung unserer gesamten steuerlichen Belastung. Diese hat zur Voraussetzung eine Entlastung der öffentlichen Hand von den wirtschaftlichen Aufgaben, die ihr durch falsche Maßregeln von oben her zugewiesen worden sind.

Der nächste Schritt ist die *Vereinfachung unseres Steuerwesens*. Sie muß von folgenden Grundsätzen geleitet werden:

Kapitalsteuern sind weitgehend abzulehnen, damit auch Erbschaftssteuern und Schenkungssteuern.

Die Einkommenssteuer ist trotz der heutigen Staffelung überwiegend unsozial.

Das Rückgrat unseres ganzen Steuerwesens sollten sog. Wirtschaftssteuern sein, die die *entbehrlichen Verbrauchsgüter stärker belasten* können, als die unentbehrlichen und die Produktionsgüter. Auf die Art der Erhebung sei hier nicht näher eingegangen. Doch ist zu sagen, daß bei der Umsatzsteuer die bisherige Benachteiligung der einstufigen Betriebe gegenüber den mehrstufigen beseitigt werden muß.<sup>18</sup>

Die Einkommenssteuer soll nur in solchem Ausmaß erhoben werden, als sie wirklich getragen werden kann. Sie wird dann am ehesten getragen, wenn sie Kommunalsteuer wird. Die kostspielige und widersinnige Unterscheidung von Handelsbilanzen und Steuerbilanzen wird dann entbehrlich.

7. Ein Neuaufbau der Wirtschaft muß von den einzelnen Betrieben als Zellen ausgehen, um in räumlicher Zusammenfassung zunächst die Wirtschaft eines Ortes oder einer Stadt, die Wirtschaft eines Kreises, die Wirtschaft einer Provinz oder Wirtschaftsprovins zusammenzufassen und schließlich in einem

---

<sup>15</sup> Siehe zur Kritik an der Arbeitsdienstpflicht auch Quaat/Bang: Das deutschnationale Freiheits-Programm, S. 15 und 26. Mit einsetzender Weltwirtschaftskrise 1929 forderte die NSDAP einen verpflichtenden Arbeitsdienst. Die Regierung von Heinrich Brüning schuf im Sommer 1931 den freiwilligen Arbeitsdienst für gemeinnützige Arbeiten. Im November 1932 arbeiteten 285.000 Freiwillige im Arbeitsdienst. In der Regierung Franz von Papen war Friedrich Syrup Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst und wurde in der Regierung Kurt von Schleicher Reichsarbeitsminister und von Adolf Hitler dann bis 1938 wieder als Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Siehe auch Patel: „Soldaten der Arbeit“, S. 36–72.

<sup>16</sup> Siehe auch Quaat/Bang: Das deutschnationale Freiheits-Programm, S. 13.

<sup>17</sup> Siehe ebd., S. 6.

<sup>18</sup> Gemeint sind Betriebe mit einem oder mit mehreren Produktionssystemen, d. h. für die Herstellung von einem oder von mehreren Produkten oder Teilen.

Reichswirtschaftsrat als Selbstverwaltungskörper der Wirtschaft ihre Spitze zu haben.<sup>19</sup> Die Zusammenfassung auf räumlicher Grundlage wird die lebendigen Beziehungen, die in den unteren Gliedern vorhanden sind, oder mindestens vorhanden waren, erneuern und pflegen und Gemeinsamkeiten herausstellen, die in erster Reihe wichtig sind und heute oft nicht mehr empfunden werden. Sie wird aber auch die Aufgabe der Kommunen, die zum großen Teil selbst wirtschaftliche Gebilde und insgesamt von dem Gedeihen der in ihr zusammengeschlossenen Wirtschaften abhängig sind, erleichtern und fördern. Dieser Aufbau wird aber auch mehr und mehr auf das Gesamtgedeihen hinweisen und erzieherisch darauf hinwirken, das Gesamtwohl stets in den Vordergrund zu stellen.

8. Mit der *Befreiung* der einzelnen wirtschaftlichen Persönlichkeiten, auch im letzten Arbeiter, *aus ihren heutigen Bindungen*, ist die wichtigste Voraussetzung für eine soziale Neuordnung geschaffen.

Die Forderung nach dieser sozialen Neuordnung selbst wird bereits wesentlich durch die Neuordnung unserer Wirtschaft erfüllt. Im übrigen ist noch folgendes hinzuzufügen:

*Der Werkstarif ist die wichtigste Voraussetzung für eine echte Werksgemeinschaft.*<sup>20</sup> Einrichtungen der Werksgemeinschaft, die der Erholung, der Ertüchtigung, der Förderung des Sparbetriebs usw. dienen, sollen vor allem auch *Unternehmer und Arbeitnehmer auf einen gemeinsamen Boden* wieder zusammenbringen und auf beide Teile erzieherisch wirken.

Der *Schutz* gegen einzelne, in der neu geordneten Wirtschaft kaum mehr denkbare, unsoziale Unternehmer soll durch *Schlichter*, die die Stellung eines Richters haben, sowie durch *Ehrengerichte* sichergestellt werden, die in der Selbstverwaltung der Wirtschaft als besondere Einrichtungen eingeschaltet werden.

Die sozialen Versicherungen, die heute auf Grund der verlorenen Beiträge für den Versicherungsnehmer den Antrieb zu einer unsachgemäßen Ausnutzung der Versicherungseinrichtung, für die Verwaltung unserer Versicherungseinrichtungen aber den Antrieb zu unsachgemäßen Luxusausgaben und für die Ärzteschaft ebenfalls eine herabwürdigende Wirkung ausüben, sollen grundsätzlich umgestaltet werden. Die Umgestaltung kann *nur eine allmähliche sein*, um wohlverworbene Ansprüche nicht zu verletzen. Sie muß aber in der Richtung vor sich gehen, daß Beiträge als Sparraten gezahlt werden und daß jeder für sein Sparguthaben selbst verantwortlich ist. *Das Kernstück im Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer, wie der Alldutsche Verband schon wiederholt ausgesprochen hat, ist das Gefühl, die Sicherheit, daß der Brotgeber in ihm den freien deutschen Menschen achtet, daß er ihm kein Unrecht zufügt und nicht duldet, daß ihm von anderen Werksangehörigen Unrecht getan wird.*<sup>21</sup> *Der Arbeiter muß wieder lernen, sich als treuen Helfer des Brotgebers zu betrachten, wie andererseits die Arbeitgeber in ihren Arbeitern das Wertvollste erblicken müssen, was Deutschland hat: Deutsche Menschen.*

9. In unserer *Handelspolitik* werden wir in erster Linie den *Schutz der Landwirtschaft* und damit eine *Gesundung des Binnenmarktes* berücksichtigen

<sup>19</sup> Siehe auch Vietinghoff-Scheel: Grundzüge des völkischen Staatsgedankens, S. 25–27.

<sup>20</sup> Siehe zur Werksgemeinschaft ebd., S. 16–17.

<sup>21</sup> Zur Einbindung der Arbeiter in die „Solidarität der Nation“ siehe auch Quatz/Bang: Das deutschnationale Freiheits-Programm, S. 19–20.

müssen.<sup>22</sup> Nur über eine Gesundung des Binnenmarktes ist auch eine sichere Ausfuhrfähigkeit wieder zu schaffen. Gleichzeitig wird man durch eine Umstellung auf dem Grundsatz der „*Kontingentierung*“ unsere starke Stellung als Käufer auch zum Vorteil unserer Ausfuhr, wahrnehmen können.

Eine Aenderung unserer Niederlassungsverträge kann die Erschwerung deutscher Auswanderung ruhig in Kauf nehmen. Wir haben genügend verlorenes Volkstum zu beklagen und haben nur darauf zu sehen, daß die bereits im Ausland ansässigen Volksteile genügend geschützt werden.<sup>23</sup> Im übrigen haben wir uns *gegen eine unerwünschte Einwanderung, namentlich vom Osten*, zu wehren.<sup>24</sup>

#### D.

Aus den vorstehenden Grundsätzen ergeben sich die Maßnahmen, die von einer wirklich nationalen Regierung *sofort* zu treffen sind. Diese Maßnahmen haben das Ziel zu verfolgen, die grundsätzliche Umstellung einzuleiten und nichts zu tun, was diese Umstellung erschweren oder gar verhindern könnte.

Demgemäß fordern wir kurz zusammenfassend:

1. Die sofortige Zulassung von Werkstarifen, die Einführung des Leistungslohnes, die Befreiung der Wirtschaft von ihren heutigen Bindungen in Zwangssyndikaten, freiwilligen Syndikaten, Preisvereinbarungen usw., vor allem aber sobald wie möglich von den behördlichen Zwangsvorschriften. Auf dem Gebiete der *Preise* ist das *sofort* möglich, ebenso auf dem Gebiet des Verkehrs wesens und auf dem Gebiet der *Mieten* nach Beseitigung der Hauszinssteuer.

2. Die *Zwangsbewirtschaftung der Zinsen* ist mit unserer Schuldenregelung aufzuheben. Es müssen sofort zunächst Verhandlungen mit den ausländischen Gläubigern, und zwar mit den verschiedenen Ländern einzeln, aufgenommen werden. Notfalls muß die Erklärung einer Stundung (Moratorium) uns die notwendige Grundlage und die notwendige Zeit zum Verhandeln verschaffen.<sup>25</sup> Entsprechend den Vereinbarungen mit unseren Auslandsgläubigern wird auch eine Regelung unserer inneren Schulden in Angriff genommen werden müssen. „Sanierungen“ sind auch steuerlich weiterhin zu fördern.

3. Der freiwillige Arbeitsdienst muß, wo das heute nicht der Fall ist, in geeignete Hände gelegt werden.

Aufträge der Reichsbahn, der Reichspost, sowie der Straßenbaubehörden müssen *sofort* erteilt werden.

Eine Vereinbarung mit unseren ausländischen Gläubigern, die u. a. eine Senkung der heutigen „Transferleistungen“ für Zinsen und Tilgungen zum Ziel haben muß, kann die geldliche Sicherung vorstehender Aufträge mit ermöglichen. Auch wird die verlangte Umwandlung unserer sozialen Versicherungen in Sparkassen zur Kapitalbildung beitragen und die notwendige Geldbeschaffung mindestens erleichtern.

---

<sup>22</sup> Siehe ebd., S.16.

<sup>23</sup> Siehe zur Forderung nach einer Selbstverwaltung der deutschen Minderheiten im Ausland sowie zur Bürgschaft von Minderheitenrechten durch das Deutsche Reich durch „Intervention“ ebd., S. 24.

<sup>24</sup> Siehe auch Claß: Zum deutschen Kriegsziel, S. 70–74.

<sup>25</sup> Zur Ablehnung „aller Tribute“ und „Aufkündigung des Versailler Diktats“ siehe auch Quatz/Bang: Das deutschnationale Freiheits-Programm, S. 24.

4. Die Umwandlung unserer sozialen Versicherungen kann *sofort* mit einer Umstellung unserer Krankenversicherung beginnen. Auch wird es möglich sein, bei unseren Unfallversicherungen eine Ablösung der Renten im Falle nur beschränkter Erwerbsunfähigkeit durch eine einmalige Abfindungssumme alsbald in die Wege zu leiten. Auch diese Ablösung wird der Belebung der Wirtschaft dienen.

5. Weiter wird es möglich sein, die *Hauszinssteuerreform*, sowie eine Reform der Altbesitz- und Neuanleihe auf einem Wege durchzuführen, der ohne größere Belastung sofort Kapitalien schafft, die zur Ankurbelung der Wirtschaft dienlich sein werden.

6. Eine „Kontingentierung“ muß sofort für die Produkte der Veredelungswirtschaft unserer Landwirte eingeführt werden. Die bevorstehenden Kündigungstermine für unsere Handels- und Niederlassungs-Verträge müssen ausgenutzt werden. Die Meistbegünstigung hat ganz zu verschwinden.<sup>26</sup> Die gesamte Landwirtschaft einschließlich der Waldwirtschaft muß ausreichenden Zollschutz erreichen, Einfuhr von Luxusgütern ist möglichst zu unterbinden.

Andere ausländische landwirtschaftliche Erzeugnisse werden nur hereingelassen, soweit sie zur Ernährung nötig sind und dann im Austausch von den Staaten bezogen, die uns industrielle Güter abnehmen. Das Ziel dabei ist, in Mitteleuropa ein Wirtschaftsgebiet zu schaffen, das unter deutscher Führung steht.<sup>27</sup>

Auch die Selbsthaftmachung geeigneter Siedler, die nach völkischen Gesichtspunkten auszulesen sind, ist zu betreiben.<sup>28</sup> Doch dürfen nach dem Siedlungsgebiet fremde Siedler erst dann zugelassen werden, wenn die bisher bodenstämmigen Menschen dieses Raums angesetzt sind.<sup>29</sup> Voraussetzung jeder Siedlung ist es, daß die Zukunft der Siedler dadurch gesichert ist, daß die Landwirtschaft wieder ertragsfähig gemacht worden ist.

7. Die Entlastung unserer Wirtschaft von Steuern und Soziallasten kann nach vorstehenden Richtlinien *sofort* in die Wege geleitet werden.<sup>30</sup>

<sup>26</sup> Siehe zur Kritik am Meistbegünstigungssystem ebd., S. 23–24.

<sup>27</sup> Siehe zur deutschnationalen Forderung Deutschlands „Nachbarstaaten, vor allem Österreich und Ungarn, wirtschaftlich durch einen klugen Austauschverkehr an uns zu ketten (Mitteleuropaproblem)“ und der Forderung „Anschluß Österreichs“ ebd., S. 23–24.

<sup>28</sup> Siehe zu Siedlungsprogrammen als Arbeitsbeschaffung ebd., S. 16–17.

<sup>29</sup> Siehe auch Vietinghoff-Scheel: Grundzüge des völkischen Staatsgedankens, S. 18–21.

<sup>30</sup> Zusätzlich zu den veröffentlichten Abschnitten wurde in der vorherigen Manuskriptversion des „Sofortprogramms“ für die Geld- und Wirtschaftspolitik noch gefordert: Einsetzung eines Reichswirtschaftsleiters durch den Reichspräsidenten, sofortige Unterstellung der Reichsbank und des privaten Bankwesens unter die Befugnis des Reichswirtschaftsleiters für sofortigen Abschluss „jeglicher Finanzwechselwirtschaft“ und dafür Diskontierung „von echten Produktionswechseln“, Gesamtumlauf von Noten 7–8 Milliarden Mark (davon 5 Milliarden Mark Löhne), später aufzurichtende Selbstverwaltung der Wirtschaft, Freigabe der Arbeitszeit bis zu 56 Stunden wöchentlich durch den Reichspräsidenten und Gewährung freier Lohnvereinbarung zwischen Unternehmer und Beschäftigten, Begrenzung der Gehälter, Bestellung von Schlichtern bei Streitigkeiten, Institutionalisierung von Ehrengerichten als Landesgerichte, Ausarbeitung einer „deutschen Wirtschaftsverfassung durch Beauftragung des Reichspräsidenten für Loslösung des Staates von der Wirtschaft bei gleichzeitiger Obergewalt, Aufbau einer Werksgemeinschaft, Aufhebung gegenseitiger Preisbindung, Quotenfestsetzungen und Warenliefererzwang durch den Reichspräsidenten, Verkündung eines einjährigen Schuldenmatoriums und sofortige Kontingentierung der Einfuhr sowie Kündigung aller Handels- und Niederlassungsverträge und Verschär-

## II. Sofortige Maßnahmen zur Sicherung des Rechtswesens

Die Umgestaltung unseres gesamten Rechtswesens erfordert eine umfassende Vorarbeit; die Ausführung wird Jahre in Anspruch nehmen. Aber auch auf diesem Gebiete sind *sofortige* Maßnahmen nötig und möglich, teils sachlicher, teils persönlicher Art.

Auf sachlichem Gebiete handelt es sich vor allem um die *Strafrechtspflege*, die den wichtigen Zweck der Strafe, die Sicherung der Allgemeinheit gegen den Verbrecher, immer mehr aus dem Auge verloren hat. Am dringendsten geboten ist eine Aenderung der *Strafvollstreckung*. Unter dem Schlagworte von der Besserung des Verbrechers dient sie kaum noch dem Vollzug einer Strafe, sondern nähert sich immer mehr dem Wesen der Wohlfahrtspflege. Abgesehen von den wirklich Besserungsfähigen, den Jugendlichen und erstmalig Straffälligen, die besonders zu behandeln sind, muß die Strenge der Strafe wieder zu ihrem Rechte kommen.

Daneben sind strenge *Verwaltungsmaßnahmen* zur Unschädlichmachung von *Gewohnheitsverbrechern* und gemeingefährlichen Verbrechern zu treffen, ebenso gegen Verbrecher, die wegen *Geisteskrankheit oder Geistesstörung* freigesprochen worden sind.<sup>31</sup>

Eine sofortige Aenderung ist auch notwendig und möglich in der Handhabung des *Gnadenwesens* sowie der *bedingten Strafaussetzung*. Auf beiden Gebieten kann im Verordnungswege eingegriffen werden. In dies Gebiet gehört auch die *Amnestie*, deren Anwendung im Laufe der Jahre nach Häufigkeit, Umfang und Art der amnestierten Straftaten zu einem Hohn auf die Rechtspflege geworden ist. Soweit dabei Parlamente noch mitzuwirken haben sollten, dürften Amnestiegesetze, die sich als Mißbrauch des Gnadenrechts darstellen, nicht vollzogen werden. Daß über die Vollziehung der *Todesstrafe* ohne Scheu vor der sogenannten öffentlichen Meinung entschieden wird, ist unter dem von uns erstrebten staatlichen Zustand selbstverständlich. Die Durchführung der erforderlichen sachlichen Maßnahmen ist aber nur dann gewährleistet, wenn sie in der Hand von Männern liegt, die von ihrer Notwendigkeit durchdrungen sind.

Hier hat *die persönliche Auswahl* einzusetzen. Sie hat in der Rechtspflege ihre Grenze in der Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit der Richter. Trotzdem kann viel geschehen.

Die Berufung neuer Männer in das *Reichsjustizministerium* und – was noch wichtiger ist – in die *Justizministerien der Länder* ist in jedem erforderli-

---

fung der Strafen für Kapitalflucht ins Ausland durch den Reichspräsidenten, neue Ausarbeitung des Steuerwesens. Siehe BA-Berlin, R 8048, Bd. 326, Bl. 65–67. Für die Landwirtschaft wurde in dieser Version gefordert: Kündigung aller Handelsverträge, Neuausrichtung der Zölle nach nationalen Interessen, Beseitigung von Trusten und Kartellen, Senkung der Zinsen für dringliche Schulden, Neuordnung der Besteuerung und der Soziallasten, Zollschutz für Brotgetreide und Rinder, Hebung der Preise für Rinder und Schweine, Kontingentierung der Schmalzeinfuhr, Einsetzung eines Reichsfettkommissars, Zollschutz für Gemüse, Obst und Eier sowie die öffentliche Beeinflussung durch Presse, Film und Funk sowie letztlich die Schaffung von einem „Wirtschaftsgebiet im Herzen Europas unter deutscher Führung“. Ebd.

<sup>31</sup> Leopold von Vietinghoff-Scheel forderte u. a. die Gewährung des Bürgerrechts nur für „Unbescholtene“, ein Wahlrecht ab dem 24. Lebensjahr und die Auslese von Verbrechern und Begabten durch einen zu wählenden „Drosten“ als Grundlagen für einen völkischen Staat. Rede Leopold von Vietinghoff-Scheel auf der Versammlung der Ortsgruppe Steglitz des ADV, in Deutsche Zeitung 15.11.1932.

chen Umfange *sofort* möglich. Von hier aus sind die oben angedeuteten Maßnahmen in die Wege zu leiten. Im Verwaltungswege kann auch, soweit notwendig, die Leitung der Strafanstalten in andere Hände gelegt werden.

Welche Macht die Justizministerien bei *Ernennungen und Beförderungen* in der Hand haben, hat sich namentlich in Preußen in den 14 Jahren seit der Revolution gezeigt.<sup>32</sup> Die hierdurch gegebene Möglichkeit wirkt sich allerdings erst allmählich aus. Ein gewisser Einfluss lässt sich aber in der Strafrechtspflege alsbald auf dem Wege über *die Staatsanwaltschaften* gewinnen, da diese an die Weisungen ihrer vorgesetzten Behörde gebunden sind.

Wie im *wirtschaftlichen Teile* angedeutet, muß unser Gesellschaftsrecht baldigst entsprechend den Erfahrungen umgestaltet werden, um die *Verantwortlichkeit* der im Namen irgend einer Gesellschaftsform Wirtschaftenden wiederherzustellen. Die Aenderung des *Aktien-Rechts*, das längst zu einem Unrecht geworden ist, scheint so *dringend*, daß sie *sofort* vorgenommen werden muß.

### III. Maßnahmen zur Sicherung des Volkskörpers vor Schädigung (sogenannte Eugenik)<sup>33</sup>

Im vorhergehenden Abschnitt ist von *Verwaltungsmaßnahmen* die Rede gewesen, die sich gegen Gewohnheitsverbrecher (sog. Unterwelt) und geistesgestörte oder -kranke Verbrecher richten. In sie sind *alle* gesellschaftsschädlichen (asozialen) Bevölkerungs-Bestandteile einzuschließen, die man mit Fug und Recht als „Gesindel“ zu bezeichnen pflegt.<sup>34</sup>

Es ist eine erschütternde Tatsache, daß der Geburtenrückgang sich in der erbgesunden, verantwortungsbewußten Bevölkerung besonders stark auswirkt, weit weniger bei den Minderwertigen. Welche verhängnisvolle Bedeutung für die gegenwärtige und kommende Gesellschaft die ungehinderte Fortpflanzung der Verbrecher und Geisteskranken besitzt, welche ungeheuren, stets wachsenden Summen für Polizei, Gerichte, Zuchthäuser, Gefängnisse und Irrenanstalten aufgebracht werden müssen, weiß heute jeder. Die durch Geburtenbeschränkung immer kleiner werdende Zahl *vollwertiger* Familien steht in schwerem Kampfe gegen die wachsende Zahl der minderwertigen und antisozialen Bevölkerungsbestandteile.

Das durch Krieg, Inflation und Tributwahnsinn zerstörte deutsche Wirtschaftswesen kann diese steigenden Lasten nicht weiter tragen. Die Verelendung und Vernichtung der Erbgesunden ist unausbleiblich. *Nur schnelle und eingreifende Maßnahmen versprechen Abhilfe.*<sup>35</sup>

<sup>32</sup> Siehe zur Forderung nach weiteren Entlassungen von „Parteibuchbeamten“ nach dem „Preußenschlag“ des 20.7.1932 auch Quatz/Bang: Das deutschnationale Freiheits-Programm.

<sup>33</sup> Zu einem umfassenderen Programm eines „völkischen Staates“ und Forderungen nach „Auslese“ und „Ausmerze“ siehe Vietinghoff-Scheel: Vom Wesen und Aufbau des Völkischen Staates.

<sup>34</sup> Siehe dazu auch Vietinghoff-Scheel: Grundzüge des völkischen Staatsgedankens, S. 13–14.

<sup>35</sup> Das „Sofortprogramm“, dessen Abschnitt hier sehr wahrscheinlich von dem Vordenker eugenischer Forderungen im ADV, Leopold von Vietinghoff-Scheel, ausgearbeitet hatte, formulierte radikale Forderungen, die breitere gesellschaftspolitische Diskussionen von Sozialdarwinismus, Rassismus, Eugenik und Sozialpolitik seit dem Kaiserreich reflektieren und auch wesentlich durch alldeutsche Rassetheoretiker wie Otto Ammon, Alfred

Wir brauchen Bestimmungen zur Unfruchtbarmachung des Bevölkerungsballes, um ihn im Erbgange auszuschalten und die Entstehung unwerten

Plötz, Ernst Haeckel, Max von Gruber, Houston Stewart Chamberlain, Ludwig Schemann und auch durch Rassebiologen wie Otto Reche wesentlich beeinflusst waren. Diese rassenpolitischen Vorstellungen spitzten sich in der Weimarer Republik seit den 1920er Jahren in der Ärzteschaft, bei Volkswirtschaftlern, Biologen, in der öffentlichen Gesundheitspflege und vor allem bei Politikern zu. Erste Gesetzesinitiativen für eine umfassende Sterilisationspolitik wurden bereits kurz nach dem Ersten Weltkrieg formuliert. Siehe dazu u. a. Schmuhl: Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie, Schmuhl: Grenzüberschreitungen, Weingart/Kroll/Bayertz: Rasse, Blut und Gene und Ley: Zwangssterilisation und Ärzteschaft. Der Völkische Reichsausschuss, der wesentlich auch durch die Alldeutschen Axel von Freytagh-Loringhoven (zunächst Stellvertretender Vorsitzender und ab September 1925 Erster Vorsitzender), Leopold von Vietinghoff-Scheel, Karl Lohmann, Otto Kretschmar und Max von Gruber geleitet wurde, beeinflusste die DNVP mit solchen radikalen Forderungen und die Reichstagsfraktion machte entsprechende politische Schritte. Siehe dazu u. a. Völkischer Reichsausschuss der DNVP: Leitsätze der völkischen Welt- und Staatsauffassung (Februar 1924), in BA-Berlin, R 8048, Bd. 223, Bl. 33–35. Die Forderung nach Sterilisation wurde vom Völkischen Reichsausschuss bereits im Frühjahr 1925 als Antrag für die Einbringung im Reichstag durch DNVP-Fraktion angenommen, „wonach Geistesranke und Verbrecher, deren soziale Anlagen sich bei Fortpflanzung auf alle oder einen Teil ihrer Abkömmlinge vererben können, durch ständige Wahrung in geschlossenen Anstalten oder auf andere Weise (Sterilisation) mit Sicherheit an der Fortpflanzung gehindert werden“. Niederschrift über die Sitzung des Völkischen Reichsausschusses der DNVP, 1.2.1925, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 223, Bl. 69–70. Zitat ebd., Bl. 70. Zunächst ging es der DNVP-Reichstagsfraktion um das sogenannte Bewahrungsgesetz zur Überweisung jugendlicher über dem 18. Lebensjahr bei „Verwahrlosung“. Die DNVP brachte zusammen mit dem Zentrum 1925 einen Gesetzentwurf im Reichstag ein, der die „Bewahrung“ bei einem Zustand der „krankhaften oder außergewöhnlichen Willens- oder Verstandesschwäche“ oder bei einer „Stumpfheit des sittlichen Willens“ auf Antrag oder Beschluss des Vormundschaftsgerichts vorsah. Entwurf eines Bewahrungsgesetzes, 26.6.1928, Antrag Nr. 1090, Verhandlungen des Reichstags, III. Wahlperiode, 1928, Bd. 402. Siehe auch den SPD-Antrag vom 24.6.1925, in ebd., Nr. 1067. Kuno Graf Westarp, der ebenfalls dem Völkischen Reichsausschuss angehörte, brachte 1928 als Vorsitzender der DNVP-Fraktion im Reichstag einen Gesetzentwurf zur zwangsweisen Unterbringung sogenannter Verwahrloster ein, wenn „dieser Zustand auf einer krankhaften oder außergewöhnlichen Willens- oder Verstandesschwäche“ beruhe. Entwurf eines Bewahrungsgesetzes, 12.7.1928, Antrag Nr. 258, Verhandlungen des Reichstags, IV. Wahlperiode, 1928, Bd. 430. Siehe dazu auch Peukert: Grenzen der Sozialdisziplinierung, S. 268–270 und Sichtung-Hänger: Das „Gewissen der Nation“, S. 280–281. In Ausarbeitungen für ein neues DNVP-Programm (Dr. Frobenius) wurden dann 1930 auch Forderungen nach „Ausmerzungen der Minderwertigen durch Sterilisation“ formuliert. In BA-Berlin, R 8048, Bd. 219, Bl. 176–224; hier Bl. 191. Siehe auch Weindling: Health, Race and German Politics, S. 454–455 sowie zum Kontext Eugenik und Kriminologie in der Weimarer Republik auch Utzewell: Inventing the Criminal, S. 237–253. Im Sommer 1932 übernahm der Preußische Landesgesundheitsrat die Initiative für ein Sterilisationsgesetz und der Deutschbund reichte an den Reichspräsidenten eine Eingabe ein, der sich u. a. der ADV, die VVVD, der Deutsche Ostmarkenverein und der Reichsbund der Kinderreichen anschlossen. Im Februar 1933 kündigte Axel von Freytagh-Loringhoven dann an, dass der Völkische Reichsausschuss über die DNVP der Reichsregierung die Forderung eines Einwanderungsgesetzes und eines Gesetzes zur „Sterilisation Minderwertiger“ überreichen sollte. Deutsche Zeitung 6.2.1933. Am 10.2.1933 erfolgte eine erneute Eingabe des Völkischen Reichsausschusses, diesmal mit der Forderung nach Zwangssterilisation. Als in Preußen ein Sterilisierungsgesetz vorbereitet wurde, reichten im Februar 1933 ADV, Deutschbund und Ostmarkenverein eine gemeinsame Denkschrift ein mit der Forderung nach „1. Ausmerzende Gesundheitspflege (Behinderung der Nachkommenschaft von verbrecherischen, geistig und sittlich untauglichen Familien, Verhinde-

Lebens zu verhüten.<sup>36</sup> Gesetzentwürfe liegen genug vor. Bei der Selbstausschaltung des Reichstags muß diese dringliche Frage durch Notverordnung gelöst werden.<sup>37</sup>

Das erste Gesetz müßte die Unfruchtbarmachung aus „eugenischen“ Gründen für staatlich anerkannte Aerzte unter bestimmten Voraussetzungen straffrei machen, wie es der [D]eutsche Aerztebund durch Eingabe vom 7.11.32 an das Reichsministerium des Innern dargelegt hat.<sup>38</sup>

Daneben muß die Unterwelt, das Gesindel, dauernd unschädlich gemacht werden; dies geschieht durch Dauerverwahrung mit schwerem Arbeitsdienst. Sofort müssen die Grenzen gegen unerwünschte Einwanderung gesperrt werden, wie schon im wirtschaftlichen Teil erwähnt ist.

#### IV. Maßnahmen zur Rettung und Förderung der deutschen Kultur

Wer einen Begriff davon hat, welchen Schaden die deutsche Seele durch die Verderbung des deutschen Schulwesens erlitten hat, die von den November-Männern herbeigeführt worden ist, wie die Entartung der Schaubühne, wie eine gewisse Gattung von Filmen, wie ein großer Teil der Presse vergiftend gewirkt hat, der erkennt, welch eine ungeheure Aufgabe vor den Rettern Deutschlands

---

rung der Einwanderung und Einbürgerung untauglicher und rassisch minderwertiger Menschen), 2. Fördernde und vorbeugende Erbgesundheitspflege, vor allem Förderung und Unterstützung erbgesunder Familien“. Deutsche Zeitung 4.4.1933. Siehe auch ebd. 5.2.1933, 16.3.1933 und 26.3.1933.

<sup>36</sup> In den Leitsätzen des Völkischen Reichsausschusses der DNVP, die auch von Leopold von Vietinghoff-Scheel mit ausgearbeitet wurden, hieß es u. a.: „Soll das deutsche Volk seiner Pflicht genügen, sich auf seiner nordrassischen Grundlage immer höher emporzuarten (mit dem obersten Ziel der Hinaufentwicklung bis zu einer deutschen Rasse), so muss es aber die Mindestwertigen, das ‚Gesindel‘, das es – wie jedes Volk – in sich birgt, auszumerzen wissen. Diese von der rassebiologischen Wissenschaft längst gepredigte, trotzdem überall vernachlässigte Aufgabe ist ein wichtigster Bestandteil völkischer Staatsanschauung. Sie wird mit Hilfe einer besonderen, das ‚Gesindel‘ isolierenden (Arbeit unter Aufsicht) und es an der Fortpflanzung hindernden Gesetzgebung zu erfüllen sein“. Leitsätze der völkischen Welt- und Staatsauffassung (Februar 1924), in BA-Berlin, R 8048, Bd. 223, Bl. 35. Siehe zur im März 1933 dann eingereichten Eingabe des ADV, des Deutschenbundes und des Deutschen Ostmarkenvereins zur „Erbgesundheitspflege“ Deutsche Zeitung 26.3.1933.

<sup>37</sup> So auch die Forderung der „organisierten Ärzteschaft“ Ende 1932. Wilhelm von Gayl empfing am 3.11.1932 vier Ärztevertreter, die die Sterilisation durch Anwendung einer Notverordnung forderten. Siehe Weindling: Health, Race and German Politics, S. 456 sowie auch Nitschke: Die „Erbpolizei im Nationalsozialismus“, S. 58–59 und Bock: Zwangssterilisation, S. 58.

<sup>38</sup> Am 7.11.1932 wurde im Namen des Hartmann-Bundes dem Reichsinnenministerium die Forderung übermittelt, die Sterilisation aus eugenischen Gründen zu erlauben und gesetzlich zu regeln, jedoch auch abzulehnen „solange die Einräumung eines solchen Rechts an den Staat dem Empfinden der weitesten Volkskreise widerspricht“. Zit. in Nitschke: Die „Erbpolizei im Nationalsozialismus“, S. 58. Zuvor beschloss der Preußische Gesundheitsrat am 30.7.1932 die Regelung für eine freiwillige Sterilisation und wandte sich damit an den Reichstag. Mit Rücksicht auf das Zentrum wurde die Freiwilligkeit in den Gesetzentwurf aufgenommen. Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14.7.1933 orientierte sich dann wesentlich an den Gesetzplanungen des Preußischen Gesundheitsrates. Siehe auch Schmuhl: Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie und Kaiser/Nowak/Schwartz: Einführung, in Diess.: Eugenik, Sterilisation, „Euthanasie“, S. XI–XXXIII.



liegt, wenn sie, zum Zuge gekommen, daran gehen, das Ureigentlichste unseres Volkes zu reinigen, zu retten und zu festigen, *seine Seele*. Es ist in größten Umrissen gesagt, was geschehen soll, um dem deutschen Menschen die Möglichkeit eines menschenwürdigen Daseins durch den Wiederaufbau der Wirtschaft und durch die Besserung des Rechts zu gewähren; vom Staate wird noch die Rede sein.

Hier nun sei ausgesprochen, daß alle Mühe, die wir an Deutschlands Rettung wenden, daß das Heldenwerk der rettenden Staatsmänner sich nur dann lohnen wird, ja daß es in höchstem Sinn nur dann einen Zweck hat, wenn es fertig gebracht wird, das geläuterte Deutschland deutschen Menschen zu hinterlassen, zu übergeben, *die sich des Adels ihres Volkstums bewußt sind, ihn als heilig hüten und der Zukunft überliefern wollen*. Nur ein in diesem Sinne deutsches Volk ist der Erhaltung würdig; nur es hat den Anspruch auf eine bessere Zukunft. Unter *deutscher Kultur* verstehen wir die innerlichen Werte, die die Entwicklung deutschen Wesens dem Einzelnen wie dem Volke verleiht, sowie den äußeren Ausdruck, den sie sich auf allen Gebieten vom engsten Kreise des Hauses bis zum staatlichen Leben und zur Staatsführung zu schaffen weiß: die Lebensführung der Sippe, das Schulwesen aller Stufen, das Zusammenleben in den Gemeinden, alles was mit den Künsten und Wissenschaften zu tun hat, das Wirken der Kirchen, die Art des staatlichen Aufbaus und Handelns – alles dies und noch mehr gehört zu dem ungeheuren Gebiete der deutschen Kultur, das pflugsam zum Gedeihen der deutschen Seele betreut werden will.

Diese lange nicht erschöpfende Aufzählung zeigt, was alles zu tun sein wird, um die deutschen Menschen sich selbst zurückzugeben. Die deutsche Wirtschaft, der deutsche Staat wird, wenn erst ernstlich begonnen, rascher wieder aufgebaut sein, als die deutsche Kultur: hier liegt Arbeit auf weite Sicht vor uns, die aber *sofort* in Angriff genommen werden muß.

Heute kommt es für uns darauf an zu klären, was vor allem *sofort* begonnen werden muß.

Da springt in die Augen, daß – von dem Einfluß des Elternhauses auf die heranwachsende Jugend sei heute nicht gesprochen, da ja in der Masse der Fälle das Elternhaus durch die Not und zersetzende[n] Einflüsse wesentlich gestört ist – *bei dem Schulwesen zu beginnen ist*, und dies zwar *sofort*.<sup>39</sup>

Damit ist gesagt, daß die obersten staatlichen Stellen, die mit dem Schulwesen der verschiedenen Stufen befaßt sind, zuerst für diese Aufgabe zubereitet werden müssen: sie müssen von allen Menschen gereinigt werden, die am heutigen Verfall unseres Schulwesens jeder Art mitschuldig sind.<sup>40</sup> Die so vorbereiteten Stellen gehen so schnell wie irgend möglich an die Reinigung der Lehrerschaft bei den ihnen anvertrauten Schulgattungen. Wie wichtig dies ist, zeigt die Äußerung eines Schulmannes von hohen Gnaden, der berichtet: „Die Personal-Veränderung in der Schule ist das allerdringlichste, was irgend ein deutscher Minister zu tun hat. Es ist einfach grauenhaft, was für Unterlassungsünden auf diesem Gebiete Tag für Tag begangen werden. Jede Stunde wird der deutschen Jugend an ungezählten Stellen und unter der Schutzherrschaft von

---

<sup>39</sup> Siehe zu Schule, Hochschule und Jugend auch bereits Claß (Pseudonym Daniel Frymann): Wenn ich der Kaiser wär', S. 106–114.

<sup>40</sup> Siehe zur Forderung nach „Säuberung des Staates von Korruption und Parteibuchsystem“ im Vorfeld des „Preußenschlages“ vom 20.7.1932 Reinhold Quaatz: Auf dem Wege zum deutschen Nationalstaat, in Unsere Partei 15.6.1932.

Schulleitern, die ihre Stellung lediglich dem Parteibuch verdanken, in unerhörten Mengen internationales Gift eingeträufelt, ohne daß irgend ein nationaler Minister einen Finger dagegen rührt.“ Mag sein, daß der letzte Satz des Gutachtens zu sehr verallgemeinert – an allzu vielen Stellen wird zutreffen, was er ausspricht.

Aehnliches gilt mit den gegebenen Abwandlungen für Museen, Akademien, öffentlichen Konservatorien usw. Die Entfernung der Schädlinge muß rücksichtslos sofort vollzogen werden.

Woher aber nach dieser Reinigungsarbeit den Ersatz nehmen, bis brauchbarer Nachwuchs herangezogen ist? Da muß alles herbeigeholt werden, was den Dienst aus unsachlichen Gründen verlassen mußte oder die Altersgrenze überschritten hat und doch noch auf die Höhe der Leistungsfähigkeit steht.

Wo anfangen mit der Lehrerbildung? Unten bei den Volksschulen oder oben bei den Hochschulen? Mir scheint bei beiden zugleich, womit auch die Ausbildung der Lehrer für die höheren Schulen Hand in Hand ginge. Dies mag Laienansicht sein, aber ich kann mir sehr wohl denken, daß z. B. die Vorschläge des Deutschnationalen Lehrerbundes<sup>41</sup> und des Bundes deutschvölkischer Lehrer<sup>42</sup> im großen und ganzen für die Ausbildung der Volksschullehrer eine

<sup>41</sup> Der Deutschnationale Lehrerbund wurde im Oktober 1919 mit wechselnden ersten Vorsitzenden, die stets Gymnasiallehrer waren, und dem zweiten Vorsitzenden, Paul Schulze, gegründet. Ab 1920 erschien die monatlich erscheinende Zeitschrift *Nationale Erziehung* (Weicher-Verlag, Auflage 1929: 3.000). Schirmherr war auch Reichspräsident Paul von Hindenburg. Der Deutschnationale Lehrerbund, dem bei Gründung auch Dietrich Schäfer angehörte, hatte kaum Volksschullehrer als Mitglieder, bekämpfte „linke“ Strömungen in der Bildung sowie die befürchteten Stellenbesetzungen nach parteipolitischer (sozialdemokratischer) Zugehörigkeit, forderte „nationale Erziehung“ für die „deutsche und christliche Schule“ und setzte sich stets gegen das vom Deutschen Lehrerverein unterstützte aber in der Weimarer Republik nie vollendete „Reichsschulgesetz“ ein, da weltliche und kirchliche Schulen für die Deutschnationalen ihr eigenes Recht behalten sollte. Siehe zur DNVP-Politik für eine Verabschiedung des Reichsschulgesetzes sowie der Initiativen für ein Reichsschulgesetz des DNVP-Innenministers Walter von Keudell im Rahmen der Regierungsbeteiligung der Partei zwischen 1927 und 1928 auch Ohnzezeit: Zwischen „schärfster Opposition“ und dem „Willen zur Macht“, S. 399–409.

<sup>42</sup> Der Bund völkischer Lehrer wurde Anfang 1921 gegründet und hatte 1927 ca. 900 Mitglieder. Er forderte die Erziehung „im heldischen Gedanken“, gab die Zeitschrift *Die völkische Schule* heraus (Verlag Adolf Klein) und gilt als ein Vorläufer des Nationalsozialistischen Lehrerbundes, der Zulauf gerade von Junglehrern erhielt, die aufgrund der zunehmenden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Anstellungsverhältnisse einem „völkischen Nationalismus“ zusprachen, oder auch als universitär ausgebildete Gymnasiallehrer zunehmend aus den nationalsozialistisch geprägten Studentenschaften der Universitäten kamen. Siehe Bölling: Volksschullehrer und Politik, S. 122–123 und 125, Kittel: Provinz zwischen Reich und Republik, S. 377–378, Rösch: Die Münchner NSDAP, S. 282–283 und Seeligmann: Vorläufer. Unter anderem bekämpfte der Deutschnationale Lehrerbund die universitäre Ausbildung von Volksschullehrern, die auch nur in wenigen Ländern umgesetzt wurde, und war sich hier mit dem Philologenverband dem ADV einig, dass Universitäten keine Massenausbildung betreiben, sondern die Leistungsbildung des Bürgertums entsprechend der Fähigkeiten des Einzelnen fördern sollten. Siehe dazu auch Max Wundt auf der DNVP-Reichsführertagung 25./26.6.1932, in *Unsere Partei* 1.7.1932. Der Deutsche Lehrerverein setzte sich stattdessen für ein einheitliches und überkonfessionelles Schulwesen ein. Er konnte bis zu 90 % der Volksschullehrer in den protestantischen Regionen binden, u. a. auch, weil er sich für die höhere Bildung der Lehrer und der damit verbundenen höheren Gehaltseinstufung entgegen der einfacheren Seminausbildung einsetzte. Siehe zu den Zahlen Pyta: Dorfgemeinschaft, S. 253.

gute Grundlage geben können, während die Erziehungsarbeit der Hochschulen an den Lehrkräften für die Mittelschulen verschiedener Gattung sich von selbst nach den Lehrplänen richten wird, die für sie unter Beiziehung der allerbesten Männer aufgestellt werden.

Die Schulaufsicht ist von allergrößter Bedeutung; aus ihr müssen sofort alle Unbrauchbaren entfernt und durch die Besten, charakterlich und geistig Höchststehenden ersetzt werden.

Dies ist für sofort und die nächste Zeit eine so ungeheure Arbeit, daß alles andere wie Reform der Hochschulen, des Prüfungswesens und der Erlaß eines Reichsschulgesetzes zurückgestellt werden kann.

Was die bildenden Künste betrifft, so werden das Reich, die Länder und die Gemeinden beispielgebend vorangehen müssen, indem sie bei Aufträgen und Ankäufen nur jene Künstler berücksichtigen, die aus ihrer deutschen Seele heraus, unverdorben von den zersetzenden Einflüssen des „Kultur-Bolschewismus“ und im Vollbesitz technischen Könnens, schaffen.<sup>43</sup>

Die Reform der Schaubühnen und der Lichtspielbühnen ist nach künstlerischen Gesichtspunkten sofort durchzuführen und durchführbar, und zwar auf einfache und wirksame Weise – wahrscheinlich, ohne daß die Zensur bemüht zu werden braucht. Die deutsche Geistesgeschichte dieser Gebiete, wie sie sich für den Urteilsfähigen von geläutertem Geschmack von selbst ergeben hat, bietet für die Behandlung dieser Dinge sicherlich die richtigen Unterlagen.<sup>44</sup>

(Schluß folgt)

---

---

<sup>43</sup> Siehe dazu auch bereits Claß (Frymann): Wenn ich der Kaiser wär', S. 114–116.

<sup>44</sup> Zusätzlich zu den veröffentlichten Abschnitten wurde in der vorherigen Manuskriptversion des „Sofortprogramms“ als Kulturmaßnahmen gefordert: Umgestaltung des preußischen Kultusministeriums als größtes Kultusministeriums „im völkischen Sinne“ aufgrund einer fehlenden Reichskulturverwaltung bei Entlassung von Personal von SPD und Zentrum bei Einsetzung von Fachleuten („auch nationale Katholiken, die aber keine Zentrumsverbindung haben dürfen“), nationale Jugenderziehung, Hochschulberufung nicht nur aus dem Kreis der Privatdozenten, sondern auch solcher, die sich „außerhalb der Universitäten durch wissenschaftliche Leistungen hervorgetan haben“, Berufung von Dozenten in den Geisteswissenschaften nur bei „nationaler Gesinnung“, Entzug der venia legendi bei Professoren, „die in den letzten Jahren lediglich ihrer antinationalen Gesinnung wegen vom Ministerium berufen sind“, Entlassung von Juden aus den staatlichen Prüfungskommissionen, Einschränkung der Zulassung zum Studium, Berufssteuerung von Akademikern zur Vermeidung einer „Verproletarisierung des akademischen Nachwuchses“, Neubesetzung von Schulleiterstellen mit „national bewährten Fachleuten“, Reduzierung „kostspieliger Forschungsexpeditionen“ durch Staatsfinanzierung, Überwachung der Mittel der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft für die bevorzugte „Unterstützung jüngerer Gelehrter“, Ausbau der Assistentenstellen an den Universitäten an natur- und geisteswissenschaftlichen Forschungsinstituten, keine Mittel bei Museumsankäufen für ausländische Kunstwerke bei gleichzeitiger Förderung deutscher Künstler („Jede Afterkunst ist dabei auszuschließen, der jüdische Kunsthandel darf dabei in keiner Weise beteiligt sein.“), Einstellung der deutschen Grabungen „im Orient“ bei verstärkt zu fördernder deutscher Vorgeschichte, Geschichte und Kunst, Berufung von Museumsleitern nach „Verantwortungsgefühl für ihre deutsche Aufgabe“ bei Ausschluss von Verbindungen zum Kunsthandel, Verbot der Bücheranschaffung in Bibliotheken „minderwertiger Auslandsliteratur“, Neuaustrichtung des Preußischen Historischen Instituts in Rom auf die Aufgaben, „die es in der Vorkriegszeit zu erfüllen hatte“, Unterstellung der Aufsicht des Theater-

## Die politischen Maßnahmen<sup>45</sup>

Alle Völker höherer Entwicklungsstufe kennen in ihrem Recht den Begriff des Notstandes. Er bedeutet, daß ein Mensch zur Abwendung einer Gefahr in das Recht eines anderen eingreifen kann. Der Begriff des Staatsnotstandes ist weniger entwickelt, aber grundsätzlich als vorhanden doch anerkannt. Notstand eines Volkes und daher des Staates kann sogar häufiger eintreten, als Notstand eines Einzelnen; über die Ursachen, die ihn für den Einzelnen begründen können, hinaus in einer größeren Reihe von Fällen, von deren auch mehrere zugleich eintreten können. Im heutigen Notstand des deutschen Volkes und Staates ist dies gegeben. Die furchtbaren politischen und wirtschaftlichen Nöte, in die es nach außen hin und im Innern verstrickt ist, genügen allein schon zur Feststellung, daß „Notstand“ herrscht. Hinzu kommt, daß seit geraumer Zeit schon aus den Wahlen des deutschen Volkes ein verfassungsmäßiges Hauptstück der Gesamtregierung, der Reichstag, immer wieder in einer verhandlungsunfähigen Zusammensetzung zustande gekommen ist. Konnte schon bezweifelt werden, daß der verfassungsmäßige „Parlamentarismus“ überhaupt befähigt ist, einen Notstand des heutigen Ausmaßes zu beseitigen, so ist ein Reichstag, in dem eine innerlich halbwegs gleichgerichtete, also arbeitsfähige Mehrheit sich

wesens unter das Kultusministerium, Kontingentierung ausländischer Produktionen in Theater und Kino, Besteuerung abhängig vom Kultur- und Bildungswert, Einfluss auf Filmzensurstelle sowie bei einer „durchgreifenden Reform“ bei der Akademie der Künste, verstärkte Aufgaben der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes zur „Förderung deutscher Kulturbelange“, Aufgabe der deutschen Mitarbeit bei der Liga für internationale Zusammenarbeit und beim internationalen Lehrfilm, Förderung von Auslandskongressen nur bei Angebot auch deutscher Verhandlungssprache, Förderung deutscher Auslandsschulen, Konzentration des Reichsinnenministeriums auf die Kulturaufgaben: Verwaltung von Fonds für wissenschaftliche Forschung, Rundfunkwesen, Jugendsport, Verwaltung archäologischer Institute in Rom, Athen und Konstantinopel sowie die Ausarbeitung des Reichsschulgesetzes. Siehe BA-Berlin, R 8048, Bd. 326, Bl. 68–74. Die Überwachung der 1920 gegründeten Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft ging sicherlich auch auf den „Fall Schemann“ zurück, der für die Abschlussarbeiten an seinem dreibändigen Werk „Die Rasse in den Geisteswissenschaften“ zwischen 1926 und 1929 ein Stipendium von der Notgemeinschaft erhielt, das ihm entzogen wurde nachdem der Vorwärts am 12.12.1929 die Staatsfinanzierung antisemitischer Schriften Schemanns anklagte. Die SPD-Reichstagsfraktion reichte zudem bei Carl Severing eine Eingabe gegen die Förderung von Schemanns antisemitischen und die Republik angreifenden Darstellungen ein. Claß verurteilte den umgehenden Stipendiumsentszug und setzte sich dann persönlich für die weitere finanzielle Unterstützung Schemanns ein. Siehe die Förderakte Ludwig Schemann 1926–1929, in BA-Berlin, R 1501, Bd. 126777 sowie Nemitz: Antisemitismus.

<sup>45</sup> Dieser Abschnitt ist mit aufgenommen worden, da er als Abschluß des „Sofortprogramms“ in den Alldeutschen Blättern im Januar 1933 veröffentlicht werden sollte, es dazu aber aufgrund der gesundheitlichen Verhinderung von Claß nicht kam. Der hier abgedruckte Abschnitt „Die politischen Maßnahmen“ ist einer vorhergehenden Version des gesamten „Sofortprogramms“ entnommen, die mit den politischen Maßnahmen begann, dann im zweiten Abschnitt „Die geldlichen und wirtschaftlichen Maßnahmen“, den dritten Abschnitt „Die landwirtschaftlichen Maßnahmen“ und letztlich „Die kulturellen Maßnahmen“ enthielt. Siehe BA-Berlin, R 8048, Bd. 326, Bl. 19–27, 28–36, 37–39 und 40–46 sowie ebd., Bd. 172, Bl. 64–72, 73–81, 82–84 und 85–91. Die letzten drei Abschnitte unterscheiden sich im Text von den veröffentlichten Abschnitten, die hier aus den Alldeutschen Blättern wiedergegeben sind. Daher bleibt zu vermuten, daß auch der hier abgedruckte Abschnitt über politische Maßnahmen sich von der letzten Version, die zu Veröffentlichung vorgesehen war, unterscheidet.

gar nicht ergeben kann, dazu keinesfalls imstande. Der Reichstag, mit ihm aber auch das Volk, das ihn gewählt hat, haben sich also selbst ausgeschaltet. Dieser Teil der Maschine steht still. Soll das Volk nicht ohne jede Führung bleiben und damit sofort ins Chaos versinken, so muß der andere verfassungsmäßige Teil der Gesamtregierung, nämlich der Reichspräsident mit der von ihm bestellten Regierung allein die Zügel ergreifen und führen. Damit ist dann aber ohne jegliche Heraufführung durch einen Gewaltstreich od. dgl. nur durch den Lauf der Geschehnisse die Diktatur entstanden. der Alldeutsche Verband hat sie als das einzige wahre Mittel zur Rettung des deutschen Volkes vor dem ihm drohenden Abgründen seit langem gefordert, hat aber immer zweierlei verlangt: daß die Diktatur eine *nationale* und *echt* sei. Echt in dem Sinne, daß auch nicht die geringste Beimengung von „Parlamentarischem“, wie z.B. Berufung von Regierungsmitgliedern unter Rücksicht auf Parteien und ihre Stärke, erfolge, und daß alle Maßnahmen so umfassend, so durchgreifend, so scharf seien, wie der Notstand und die riesengroßen aus ihm erwachsenen Gefahren es fordern.

Wendet man sich nun diesen Maßnahmen zu, so ist zunächst festzustellen, daß sie in zwei Gruppen zu sondern sind. Die Rettung von Volk, Reich und Staat aus der heutigen Wirnis und Not wird eine Fülle von *Arbeitsmaßnahmen* verlangen, die sich wieder in politische, wirtschaftliche usw. gliedern werden. Ehe zu ihnen geschritten werden kann, muß aber eine Reihe von *Sicherheitsmaßnahmen* durchgeführt sein. Das ist unerläßlich, damit die Rettungsarbeit dann ungefährdet vor sich gehen kann.

Unter den möglichen Sicherungsmaßnahmen sind die vorbeugenden natürlich die wichtigsten. Zu ihnen zählt vor allem die Verhängung des Ausnahmezustandes. Dieser soll gar nicht eine Unterdrückungsmaßregel sein, sondern zunächst nur ein vorbeugendes Warnungszeichen bedeuten und dann die Möglichkeit schaffen, jeden Versuch einer Hinderung der rettenden Maßnahmen schon im Entstehen zu beseitigen. Nichts ist vorbeugender und nichts erspart sonst nötige Härte, als wenn man schon den kleinsten Funken sofort zu löschen bedacht ist.

Zu den vorbeugenden Maßnahmen würde auch gehören, die Polizei durch Hilfskräfte zu verstärken. Diese könnten aus geeigneten nationalen Gruppen entnommen werden. Auch die Technische Nothilfe wäre sofort aufzufüllen. Eine solche Bereitstellung bedeutend vermehrter Ordnungskräfte würde gleichfalls keine „Unterdrückung“, sondern nur die Sicherung der Rettungsarbeit am deutschen Volke zum Zwecke haben. – Die neuen Ordnungskräfte wie auch die Technische Nothilfe wären auf den Reichspräsidenten zu vereidigen. Das versteht sich, da ja unter einer Diktatur die Verfassung zeitweilig ausgeschaltet ist, von selbst, weil eine Vereidigung auf die Verfassung gar nicht möglich wäre.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist natürlich sofort aufzulösen. Nicht nur weil sie eine Vereinigung darstellt, die unzweifelhaft auf den gewaltsamen Umsturz des heutigen Staates ausgeht, sondern auch weil sie unzweifelhaft unter der Oberleitung Moskaus, also einer auswärtigen Macht, steht. Ein ebenso staatswidriger wie unerträglicher Zustand, dem schon früher hätte ein Ende gemacht werden können.

Zu den vorbeugenden Maßnahmen wäre auch eine Verordnung zu zählen, die dazu dient, das Wirtschaftsleben in ruhigem Gang zu erhalten und damit die Versorgung des Volkes vor Störungen zu sichern. Dazu wird diese Verordnung Aussperrungen, Streiks, auch die Ablehnung der Erfüllung von Verträgen

über Lieferung von Waren usw. unter Berufung auf den Ausnahmezustand untersagen müssen. Nicht minder natürlich Versuche der Störung oder Lahmlegung von Verkehrsmitteln.

Sehr nahe läge es scheinbar, unter Anlehnung an das bisher gewohnte Verfahren für die Zeit des Ausnahmezustandes alle öffentlichen politischen Versammlungen zu verbieten, und auch eine solche Maßnahme könnte als eine vorbeugende erklärt werden. Sie sei aber nicht empfohlen. Öffentliche politische Versammlungen in geschlossenen Räumen mögen erlaubt bleiben. Wer freilich in ihnen in Vortrag, Rede, Erörterung oder Zwischenruf die gebotene strengste Sachlichkeit verläßt, indem er persönliche Angriffe irgendwelcher Art gegen die Träger der Diktatur und ihre Beauftragten verlautbart oder gar unmittelbar oder mittelbar zum Widerstand gegen sie auffordert, möge strenger Strafe unterliegen. Eine Versammlung, deren Leiter Rednern und Ruffern, die derart von der strengen Sachlichkeit abweichen, nicht sofort das Wort entzieht, werde aufgelöst, und der Leiter unterliege gleichfalls strenger Strafe. Für die gesamte Presse werde eine entsprechende Verordnung erlassen. – Diese Maßnahme soll den ersten Schritt dazu darstellen, das deutsche Volk von der Geißel des haßerfüllten persönlichen Gezänks zu befreien und es wieder auf die Bahn der Sachlichkeit zu führen, ja zu solcher zu zwingen. Eine Diktatur, die sonst die Zügel fest in der Hand hat, braucht wirklich sachliche Kritik in Versammlungen und in der Presse nicht zu scheuen.

Klagen beim Staatsgerichtshof gegen die Organe des Reiches und seiner Regierung entfallen natürlich für die Dauer der Diktatur. Eine Diktatur, gegen die eine Klage erhoben werden kann, wäre gar keine solche. Dies ist so selbstverständlich, daß es einer näheren Begründung wohl nicht bedarf.

Bei Erlaß aller obigen Maßnahmen ist in einem Aufruf an das deutsche Volk zum Ausdruck zu bringen, daß sie nicht seine Unterdrückung, auch nicht die dauernde Schmälerung irgendwelcher wahren Freiheitsrechte bezwecken, sondern einzig und allein einen Zustand vorübergehenden Stillhaltens schaffen, der Vorbedingung dafür ist, daß die Rettung des Volkes aus seinen furchtbaren Nöten sich in ruhiger, steter Arbeit vollziehen kann. Der Ausnahmezustand nebst allem, was mit ihm zusammenhängt, richte sich also nicht gegen das Volk, sondern solle gerade ihm, seinem Schutz und der Wiederherstellung seiner Wohlfahrt gelten.

Sind durch die Sicherungsverordnung und deren straffste Handhabung Ruhe und Ordnung gewährleistet, so kann die Arbeit aufgenommen werden. Die politischen Maßnahmen gliedern sich in innen- und außenpolitische. Im Innern hätte folgende Ordnung der Ding platzzugreifen:

1. Der Reichspräsident setze die Reichsregierung und die preußische Regierung nach völlig freiem Ermessen zusammen. Ihre Mitglieder sind ihm allein verantwortlich. Der Reichskanzler ist zugleich preußischer Ministerpräsident. – Dieser Zustand ist teilweise schon heute erreicht, aber er muß in der gekennzeichneten Weise ausgebaut werden. Für die Zeit der Diktatur muß auch Preußen gänzlich fest in der Diktatorhand sein.

2. Der Reichstag wird aufgelöst, eine Neuwahl wird vorerst nicht ausgeschrieben. Auch hiermit würde keine Beeinträchtigung wahrer Freiheitsrechte geschehen. Da nun einmal das deutsche Volk in wiederholten Wahlen keine Zusammensetzung des Reichstages zuwege gebracht hat, die eine fruchtbringende, von einer auch nur annähernd innerlich einheitlichen Mehrheit getragene Rettungsarbeit ermöglicht, hat das Volk damit selbst den einen Teil der verfassungsmäßigen Staatsleitung ausgeschaltet. Da zur Zeit wohl zweifellos eine

Neuwahl das gleiche Ergebnis brächte, ist es selbstverständlich, daß sie aufgeschoben wird.

3. Der preußische Landtag wird auch aufgelöst und seine Neuwahl vorerst nicht ausgeschrieben. Die Landtage und Regierungen der anderen Bundesstaaten amtieren wie bisher fort. – Die Notwendigkeit der Ausschaltung des preußischen Landtages ergibt sich von selbst aus der Vereinigung der Staatsgewalten von Reich und Preußen in einer Hand. Für die anderen Bundesstaaten besteht die gleiche Notwendigkeit nicht ohne weiteres, doch darf eine echte Reichsdiktatur nicht davor zurückweichen, bei Bedarf auch in dieser Richtung einzugreifen.

4. Der Reichspräsident beruft Personen seines Vertrauens aus allen Schichten des deutschen Volkes in einen „Großrat“. Ihre Zahl, auch ihre etwaige Auswechslung mit anderen Personen[,] ist völlig seinem freien Ermessen überlassen. Er führt im Großrat den Vorsitz, wenn er diesen in seiner Gesamtheit beruft. Er kann jedoch auch jederzeit nur einzelne Mitglieder zu sich rufen, und jedes Mitglied hat auch seinerseits das Recht, vom Reichspräsidenten empfangen und gehört zu werden. Der Reichspräsident ist aber an Empfehlungen und Ratschläge des Großrates in keiner Weise gebunden. – Diese Maßnahme erscheint mit der notwendigen Unabhängigkeit und freiesten Entschließungsbefugnis einer Diktatur sehr wohl vereinbar. Die Meinung erfahrener, unabhängiger, auch mit Lage, Stimmung und Wünschen der verschiedenen Volksschichten vertrauter Männer zu hören, auch von ihnen sachliche Beurteilungen entgegenzunehmen, ist ein Gebot, dem auch eine Diktatur sich nicht entziehen soll.

5. Der Reichspräsident erteilt dem Führer jeder Partei den Auftrag, ihm in angemessener Frist einen genauen, wohl durchdachten Plan einzureichen: erstens über die Lösung der dringendsten Aufgaben auf den Gebieten der inneren und äußeren Politik, der Wirtschaft usw.; zweitens über eine neue dem deutschen Volke zu gebende Verfassung. – Auch diese einschneidende Maßnahme liegt in der Richtung der Erziehung zu sachlicher Arbeit. Diese Arbeit endlich zu lernen und an ihr tatsächliche Leistungsfähigkeit zu erweisen, ist gerade den Parteien dringend vonnöten.

6. Der Reichspräsident verfügt die Dienstenthebung aller Beamten des Reiches und in Preußen, die ihre Stellung nur auf Grund gewisser Parteizugehörigkeit erhielten oder ihrem Geiste oder ihren Fähigkeiten nach nicht geeignet erscheinen, am Neubau von Volk und Reich mitzuwirken. Die Neubesetzung erfolgt vorerst durchweg auf Angestelltenvertrag hin. Die gesamten Gehälter werden unter Festsetzung einer Höchstgrenze, die unter der heutigen liegt, der Not der Zeit angepaßt. Entsprechend dieser neuen Gehaltsregelung werden auch schon die Pensionsbezüge der zur Entlassung kommenden Beamten festgesetzt.

Jede Diktatur muß auch bei reinstem Streben scheitern, wenn sie aus der ihr unterstellten Beamtenschaft nicht alle Unfähigen und ihr innerlich Widerstrebenden beseitigt. Die Riesenarbeit der Brechung der Nöte und des Neubaus kann nur unter völlig einheitlicher Arbeit, für die einheitlicher Geist Voraussetzung ist, gelingen.

7. Der Reichspräsident beauftragt eine ihm geeignet erscheinende Persönlichkeit, ihm bis zum gleichen Zeitpunkt, der den Parteiführern genannt wurde,

einen Plan für eine neue Verfassung des Deutschen Volkes vorzulegen. Er gibt ihm für diesen Auftrag als allgemeine Hauptrichtlinien, daß das Deutsche Reich auch weiter ein Bundesstaat bleibe, und daß die gesamte Verfassung von echt organischem und völkischem Geist getragen erscheine. – Nur keinen „Auschuß“ mit dieser gewaltigen Aufgabe betrauen. Ein geschlossenes Ganze kann sich nur bei Arbeit aus einer Hand ergeben. Deshalb dem Beauftragten auch nur ganz wenige Richtlinien mitgeben. Die Beibehaltung der bundesstaatlichen Artung wird übrigens auch von rechtem organischem Denken ohne weiteres gefordert.

8. Art und Umfang der Prüfung und endgültigen Ausarbeitung des ersten Entwurfs für die neue Verfassung seien völlig dem Ermessen des Reichspräsidenten anheimgegeben. Steht die neue Verfassung in allen ihren Teilen endgültig da, so setzt sie der Reichspräsident in kraft [sic], womit die Diktatur ihr Ende erreicht.

9. Die Außenpolitik untersteht während der Diktatur auch völlig der alleinigen obersten Verantwortung des Reichspräsidenten. Sie wird in Bezug auf die Wiedererlangung der Wehrhoheit auf der jetzt schon eingeschlagenen Linie mit äußerster Festigkeit fortzusetzen sein. Gleiche Festigkeit und Zielsicherheit wird auf dem Gesamtgebiete der Außenpolitik platzzugreifen haben, die sich u. a. auch in der Frage der Kriegsschuldfrage und der Tributforderungen zu bewähren haben wird.

Auch auf dem wirtschaftlichen Gebiete gilt es den ernsten, unverrückbaren Willen zu zeigen, das Deutsche Reich unter keinen Umständen mehr „Objekt“ sein zu lassen. Anzusetzen ist dabei an den Punkten, in welchen in Wahrheit auch draußen nur noch der Schein des Glaubens aufrecht erhalten wird. Keine auswärtige Regierung glaubt wirklich noch an die Kriegsschuldfrage, an die Möglichkeit einer deutschen Tributzahlung und an [den] wirklichen Willen zur Abrüstung. An diesen Stellen gilt es daher zu allererst das riesenhafte Lügengewebe, in das alles Geschehen seit Versailles eingesponnen worden ist, zu durchstoßen.<sup>46</sup>

---

<sup>46</sup> Es folgen in dieser Manuskriptversion dann die drei Abschnitte des „Sofortprogramms“ aus BA-Berlin, R 8048, Bd. 326, Bl. 47–55 (Die politischen Maßnahmen), Bl. 56–64 (Die geldlichen und wirtschaftlichen Maßnahmen), Bl. 65–67 und Bl. 68–74 (Die kulturellen Maßnahmen).



## Anhang 5

### Gesamtauflagen ausgewählter Schriften von Heinrich Claß 1903–1941<sup>1</sup>

#### Die Bilanz des neuen Kurses

1. Auflage 1903	50.000
2. erweiterte Auflage als <b>Reinertrag der Reichspolitik</b> 1909	55.000

#### Marokko verloren? Ein Mahnruf in letzter Stunde

1. Auflage 1904 als Flugschrift des Alldeutschen Verbandes Heft 17	
--	--

#### Deutsche Geschichte (Pseudonym Einhart)

1. Auflage 1909	10.000
2. Auflage 1909	20.000
3. Auflage 1910	30.000
4. Auflage 1912	40.000
5. Auflage 1914 (Neubearbeitung und Erweiterung)	50.000
6. Auflage 1917 (unveränderter Nachdruck der 5. Auflage vom Januar 1914)	64.000
7. Auflage 1918 (unveränderter Nachdruck der 5. Auflage vom Januar 1914)	70.000
8. Auflage 1919 (Neubearbeitung und Erweiterung)	90.000
<i>Sonderdruck 1920 (Einhart 1914–1919 oder Das deutsche Volk im Weltkrieg von Einhart)</i>	10.000
9. Auflage 1921	99.000
10. Auflage 1921 (Sondereinband der 9. Auflage)	100.000
11. Auflage 1922	112.000
12. Auflage 1923	118.000
13. Auflage 1926	124.000
14. Auflage 1929	131.000
15. Auflage 1934 (Neubearbeitung)	141.000
16. Auflage 1936 (Neubearbeitung und Erweiterung)	146.000
17. Auflage 1937	151.000

<sup>1</sup> Rundschreiben ADV, 4.11.1903, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 322, Bl. 1, Vertriebsübersicht Flugschrift Nr. 16, 5.12.1903, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 41, Bl. 19, Alldeutsche Blätter 24.4.1909, Claß: Einhart. Deutsche Geschichte (verschiedene Auflagen), Claß: West-Marokko deutsch!, ADV an Druckerei Prickarts Mainz, 30.6.1916, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 200, Bl. 157, Claß an Paul Bang, 14.7.1917, in ebd., Bd. 287, Bl. 49, Julius F. Lehmann an Claß, 2.8.1917, in ebd., Bd. 636, Bl. 68, Julius F. Lehmann an Claß, 2.11.1917, in ebd., Bl. 100, Otto Bonhard an Ludwig Schemann, 14.3.1934, in ebd., Bd. 458, Bl. 60–61, Karl Kaehler an ADV, 19.9.1934, in ebd., Bd. 322, Bl. 278–279, ADV an Hermann Geveke, 3.12.1935, in ebd., Bl. 309, ADV an Grimmesche Hofbuchhandlung, 2.12.1936, in ebd., 341, Claß an Richard Schröder, 5.9.1934, in ebd., Bl. 271 und Koehler & Amelang Verlag an Leopold von Vietinghoff-Scheel, 7.11.1934, in ebd., Bl. 284.

18. Auflage 1939	161.000
19. Auflage 1941 (Neubearbeitung und Erweiterung)	171.000
<b>West-Marokko deutsch!</b>	
1.–6. Auflage 1911 (6. Auflage 51.000–60.000)	60.000 <sup>2</sup>
<b>Wenn ich der Kaiser wär'. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten (Pseudonym Daniel Frymann)</b>	
1. Auflage 1912	5.000
2. Auflage 1912	10.000
3. Auflage 1912	15.000
4. Auflage 1913	20.000
5. Auflage 1914 (Erweiterung)	25.000
6. Auflage 1919	30.000
7. Auflage 1925 (Erweiterung als Daniel Frymann: Das Kaiserbuch. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten)	35.000
8. Auflage 1935 (als Claß-Frymann: Das Kaiserbuch)	38.000
<b>Denkschrift betreffend die national-, wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele des deutschen Volkes im gegenwärtigen Kriege (als Privatschrift versendet)</b>	
1914	2.020
<b>Vertrocknete Herzen (Flugschrift)</b>	
1. Auflage 1916	40.000
<b>Zum Deutschen Kriegsziel. Eine Flugschrift</b>	
1. Auflage 1917	20.000
2. Auflage 1917	30.000
3. Auflage 1917	35.000
<b>Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition</b>	
1. Auflage 1932	4.402

<sup>2</sup> Zwischen der ersten und der sechsten Auflage lagen acht Wochen. Die Drucklegung der ersten Auflage erfolgte am 21.7.1911. Von den ersten 30.000 Exemplaren der ersten drei Auflagen wurden 12.000 an die Mitglieder des ADV, 6.000 an Zeitungen und 4.000 an politische und militärische Persönlichkeiten abgegeben. Siehe Peters: Der Alldeutsche Verband am Vorabend des Ersten Weltkriegs, S. 123 und Leicht: Heinrich Claß, S. 142. Die ersten 30.000 Exemplare der 1.–3. Auflage seien somit innerhalb von acht Tagen vergriffen gewesen. Siehe Vorwärts 30.7.1911.

*Anhang 6*

**Struktur der Leitungsgremien  
des Alldeutschen Verbandes 1917<sup>1</sup>**

Ehrenmitglieder:	Otto von Bismarck Ernst Hasse
Vorsitzender:	Heinrich Claß (Mainz, wohnhaft Stadthausstraße 11)
Stellvertreter <sup>2</sup> :	Konstantin von Gebattel (Schloss Gebattel/Bamberg, erster stellvertretender Vorsitzender) Max von Grapow (Berlin, zweiter stellvertretender Vor- sitzender) Emil Kirdorf (Mühlheim)
Hauptgeschäftsführer:	Leopold von Vietinghoff-Scheel (Berlin)
Kanzleivorstand:	Emil Junghans
Alldeutsche Blätter/ verantwortlich:	Heinrich Claß (Mainz)
Schriftleiter:	Franz Sonntag (Mainz)
Verlag:	Verlag der Alldeutschen Blätter Mainz, Stadthausstra- ße 11
Schatzmeister und Vertrauensmann des Wehrschatzes:	Georg Fritz (Berlin)
Geschäftsstelle:	Am Karlsbad 28 I., Berlin W 35, Geschäftszeiten 8– 19 Uhr
Frauenvereinigung der Ortsgruppe Berlin:	Erste Vorsitzende: Frau Prof. M. Siecke, Zweite Vorsit- zende: Fr. Gertr. Bürkner, Erste Schriftführerin: Frau Justizrat Stolte, Zweite Schriftführerin: Frau M. Grottko, Zweite Schatzmeisterin: Fr. I. Zingel
Gauverbände:	Bergischer Gau, Mark, Ruhr und Lippe, Linker Nieder- rhein, Rhein-Main, Thüringen, Vogtland, Nordelbischer Gauverband, Oder-Elbe, Oberrhein, Württemberg, Saale- Mulde, Harz, Lahn-Dill, Mecklenburg
Geschäftsführender Ausschuss:	
	Heinrich Calmbach (Cannstatt), H. Freigang (Chemnitz), Felix Hänsch (Grimma), Friedrich E. Hopf (Dresden), Ernst Joerges (Rostock), Karl Klingemann (Koblenz), Max Kloß (Berlin-Nikolassee), Lutz Korodi (Friedenau), Julius F. Lehmann (Mün- chen), Hans Freiherr von Liebig (Gießen), Karl Lohmann (Blankenese), Richard Graf du Moulin-Eckart (München), Johann Neumann (Lübeck), W. Niemann (Barmen),

<sup>1</sup> Zusammengestellt nach Handbuch des Alldeutschen Verbandes 1917, S. 11–42.

<sup>2</sup> Claß und die Stellvertreter bilden die Hauptleitung.

Gustav Pezoldt (Plauen), Ferdinand Putz (München), H.P. Reuß (Hamburg), Heinrich Rippler (Berlin), Justizrat Schlüter (Essen), Erich Stolte (Berlin), Ludwig Viereck (Braunschweig), Paul Winter (Hamburg)

Vorstand (insgesamt 126 Mitglieder) u. a.:

Walter Bacmeister (Elberfeld), Georg von Below (Freiburg), Karl Beurle (Linz), Ernst Breusing (Hannover-Kleefeld), Wilhelm Capelle (Hamburg), Paul Dehn (Zehlendorf), Ludwig Ebbinghaus (Hohenlimburg), Otto Eichler (Berlin), Carl Caesar Eiffe (Berlin), August Diederichs (Bonn), Karl Duncklenberg (Elberfeld), August Gebhard (Friedberg), Alfred Geiser (Karlshorst), Fritz Giessing (Duisburg), Hugo Grell (Potsdam), Albrecht von Gröling (Wien), Hans Hartmeyer (Hadersdorf/Wien), Hugo Hennings (Mühlheim), Karl Horn (Frankfurt/Main), Robert Hunsdieker (Hohenlimburg), Walther Ilges (Köln), Karl Klingspor (Offenbach), Berthold Körting (Hannover), Gustav Kossinna (Gr. Lichterfelde), Ludwig Kuhlenbeck (Naumburg), Heinz Kupferberg (Mainz), Friedrich Lezius (Königsberg), Ernst Mayer (Würzburg), A. v. Ritter von Mühlwerth (Krems), Gustav Neuhaus (Bochum), H. Edler von Oberleithner (Wien), Richard Pretzell (Dübrow), Theodor Rocholl (Düsseldorf), E. Reißmüller (Breslau), August Roesener (Mainz), Alfred Roth (Hamburg), Paul Samassa (Klosterneuburg/Wien), Dietrich Schäfer (Berlin-Seglitz), Ludwig Schemann (Freiburg), Edmund Steinacker (Klosterneuburg/Wien), Hermann Struve (Osnabrück), August Thomsen (Kiel), Armin Tille (Weimar), Leopold von Vietinghoff-Scheel (Berlin)

Ortsgruppen im Ausland:

Schweiz: Zürich (Vorsitzender: Dr. Fortmann)

Brasilien: Blumenau (Vorsitzender: G. Arthur Koehler), Joinville (Vorsitzender: Dr. Bode)

USA: New York (Vorsitzender: Friedrich Grosse), San Francisco (Vorsitzender: Gustav Schenk)

## *Anhang 7*

### **Struktur der Leitungsgremien des Alldeutschen Verbandes 1921<sup>1</sup>**

Vorsitzender:	Heinrich Claß (Berlin W 10, Rauchstraße 27)
Hauptleitung <sup>2</sup> :	Konstantin von Gebstadel (erster Stellvertreter, Bamberg, Jakobsplatz 4) Eduard von Liebert (Freiburg) Theodor Thomsen (Lübeck) Franz Dinghofer (Linz) Paul Bang (Berlin) Alfred Krau[ss] (Wien)
Hauptgeschäftsführer:	Leopold von Vietinghoff-Scheel (Berlin)
Geschäftsführer:	Freiherr Schilling von Cannstatt (Berlin)
Geschäftsführer:	Rudolf Zeidler (Berlin)
Geschäftsführer:	Wilhelm Munnecke (Berlin)
Geschäftsführer:	Freiherr von Wechmar (Berlin)
Schriftwart der Hauptleitung:	Otto von Roeder (Berlin)
Kanzleivorstand:	Emil Junghans (Berlin)
Alldeutsche Blätter/ Schriftleiter:	Otto Bonhard (Berlin)
Verlag:	Verlag der Alldeutschen Blätter Lützowufer 5a II, Berlin W 10
Druckerei der Neudeutschen Verlags- und Treuhandgesellschaft mbH, Hedemann- straße 12, Berlin SW 11	
Schatzmeister und Vertrauensmann des Wehrschatzes:	Georg Fritz (Berlin)
Geschäftsstelle:	Lützowufer 5a, Berlin W 10, Geschäftszeiten werktags 9– 16 Uhr
Gauverbände:	Altmark, Bergischer Gau, Bober-Katzbach, Erzgebirge, Grenzmark, Frankfurt/Oder, Harz, Köslin, Lahn-Dill, Mark, Mecklenburg, Mittelschlesien, Mulde, Nord-Thüringen, Oder-Elbe, Oberrhein, Ostpreußen, Rhein-Main, Ruhr- Lippe, Schleswig-Holstein Ostküste, Schleswig West- küste, Stettin, Südharz, Teuteburger Gau, Thüringen, Trave, Uckermark-Oberbarnim, Vogtland, Vorpommer, Weser-Ems, Württemberg

---

<sup>1</sup> Zusammengestellt nach der Gliederung des Alldeutschen Verbandes (Stand Ende Oktober 1921), in BA-Berlin, R 8048, Bd. 533, Bl. 105 ff.

<sup>2</sup> Claß ist Mitglied der Hauptleitung.

## Geschäftsführender Ausschuss:

Walter Bacmeister (Seegefeld), Heinrich Calmbach (Cannstatt), Dr. Fattinger (Treibach-Althofen/Kärnten), Dr. Fick (Herrsching), Georg Fritz (Berlin), August Gebhard (Friedberg), Dr. Hapke (Mühlhausen), Joseph Hertle (Graz), Carl Itzenplitz (Holzminden), Dr. Joerges (Berlin), Professor Dr. Jung (München), Karl Klingemann (Koblenz), Max Kloß (Berlin), Dr. Kretschmar (Dresden), Julius F. Lehmann (München), Hans Freiherr von Liebig (Bernried), Karl Lohmann (Blankenese), Wilhelm Niemann (Barmen), Otto Oertel (Chemnitz), Gustav Pezoldt (Plauen), Konrad Pogge (Prenzlau), Heinrich Rippler (Berlin), Justizrat Schlüter (Essen), Friedrich Schmidt (Innsbruck), Friedrich Solger (Berlin), Erich Stolte (Berlin), Georg von Stössel (Potsdam), Josef Ursin (Wien), Ludwig Viereck (Braunschweig), Friedrich Karl Walbaum (Göttingen), Paul Winter (Hamburg)

## Vorstand (insgesamt 146 Mitglieder) u. a.:

Georg von Below (Breslau), L. von Bernuth (Graz), Rittergutsbesitzer von Bodelschwingh (Fulda), Walther Capelle (Hamburg), Paul Dehn (Zehlendorf), Karl Duncklenberg (Elberfeld), Ludwig Ebbinghaus (Hohenlimburg), August Eigenbrodt (Walddeck), Ernst Eschmann (Berlin), Alfred Geiser (Karlsruhe), Fritz Giessing (Duisburg), Max Gerstenhauer (Meiningen), Max von Grapow (Berlin), Hugo Grell (Potsdam), Professor Dr. [Carl] Grube (Lübeck), Felix Hänsch (Grimma), Hans Hartmeyer (Hadersdorf/Wien), Hermann Haug (Stuttgart), Hugo Hennings (Mühlheim), Gertzlaff von Hertzberg-Lottin (Berlin), Pfarrer Dr. von der Heydt (Berlin), Dr. B. Hilliger (Leipzig), Karl Horn (Frankfurt/Main), Alfred Jacobsen (Hamburg), K. J. Jensen (Vorsitzender der nationalen Arbeiter-Berufsverbände, Hamburg), Alfred Keim (Jungenheim), Emil Kirdorf (Mühlheim), Karl Klingspor (Offenbach), Max von Klitzing (Köln), Hans Knirsch (Dux/Böhmen), M. Koch (Rektor der Universität Breslau), Gustav Kossinna (Gr. Lichterfelde), Bernhard Krawinkel (Vollmershausen), Paul Langhans (Gotha), Friedrich Lezius (Königsberg), Graf von Luxburg (Weimar), Karl von Manteuffel-Katzdangen (Berlin), Edgar Meyer (Innsbruck), A. v. Ritter von Mühlwerth (Krems), Gustav Neuhaus (Bochum), Andreas Patterer (Graz, Schulverein Südmark), Pastor Ramdohr (Schönhagen), H. Ratjen (Hamburg), Walter Riehl (Wien), Theodor Rocholl (Düsseldorf), Alfred Roth (Hamburg), Arnold Ruge (Heidelberg), Otto Fürst zu Salm-Horstmar (Münster), Paul Samassa (Klosterneuburg/Wien), Dietrich Schäfer (Berlin-Seglitz), Ludwig Schemann (Freiburg), Pfarrer Gottfried Schleghtendal (Düsseldorf), Hans Scupin (Halle/Saale), Edmund Steinacker (Klosterneuburg/Wien), Otto Strecker (Reichsgerichtsrat Leipzig), Hermann Struve (Osnabrück), Paul Tafel (München), Armin Tille (Weimar), Leopold von Vietinghoff-Scheel (Berlin), Hermann Walbaum (Tübingen), Ferdinand Werner (Butzbach), Max Wildgrube (Dresden)

*Alldeutscher Verband in Österreich*

Vorsitzender: Joseph Hertle (Graz)  
 Generalsekretär: Alfred Geiser (Graz)  
 Geschäftsführer: Hauptmann a. D. Gruber (Graz)  
 Geschäftsstelle: Graz, Kaiserfeldgasse 29 I  
 Ortsgruppen: Arnoldstein, Bad Ischl, Baden, Braunau, Bregenz (Vorsitzender: Hermann Schmidt), Bruck a. d. Leitha, Bruck a. Mur, Eferding, Enns, Feldkirchen, Fölling-Kroisbach, Freistadt, Friesach, Gars a. Kamp, Gmunden, Graz (Vorsitzender: Joseph Hertle), Groß-Reisling, Gurktal, Hall, Hallein, Hermagor, Innsbruck (Vorsit-

zender: Anton Liensberger), Jenbach, Judenburg (Vorsitzender: Walter Pfrimer), Klagenfurt (Vorsitzender: Michael Plasch), Krems (Vorsitzender: Wrangel), Kufstein, Landeck, Leibnitz, Loeben, Lienz, Linz (Vorsitzender: Fritz Wildmoser), Lurnfeld, Melk, Mödling, Mürzzuschlag, Oberhollabrunn, Perg, Ried, Salzburg (Vorsitzender: Otto Troyer), Selztal-Rottenmann, Spittal a. Drau, St. Pölten (Vorsitzender: Ludwig Prokop), St. Veit, Treibach-Althofen, Villach, Völkermarkt, Waidhofen, Weiz, Wels, Wien (Vorsitzender: Oberst Friedrich Buley), Wiener Neustadt, Wies, Weyer

*Ausland*

Schweiz: Basel (Vorsitzender: Adolf Schlosser), Zürich (Vorsitzender: Dr. Fortmann)  
Brasilien: Blumenau (Vorsitzender: G. Arthur Koehler), Joinville (Vorsitzender: Dr. Bode)  
USA: New York (Vorsitzender: Friedrich Grosse), San Francisco (Vorsitzender: Gustav Schenk)

## *Anhang 8*

### **Struktur der Leitungsgremien des Alldeutschen Verbandes 1928<sup>1</sup>**

Vorsitzender:	Heinrich Claß (Berlin W 10, Rauchstraße 27)
Hauptleitung <sup>2</sup> :	Konstantin von Gebsattel (erster Stellvertreter, Bamberg, Jakobsplatz 4) Eduard von Liebert (München) Otto Fürst zu Salm-Horstmar (Münster) Gertzflaff von Hertzberg-Lottin (Berlin) Paul Bang (Berlin) Hans Knirsch (Dux/Böhmen) Alfred Möllers (Berlin) Karl Klingemann (Koblenz) Otto Heine (St. Burchard)

#### Geschäftsführender Ausschuss u. a.:

Walter Bacmeister (Seegefeld), Georg Beutel (Dresden), Heinrich Calmbach (Cannstatt), Hans Fischer (Essen), August Gebhard (Friedberg), Carl Gottfried Gok (Hamburg), Dr. Gustav Goerdeler (Jenkau/Danzig), K. Grunert (Bremen), Willy Hahn (Berlin), Fritz Hartmann (Graz), Carl Itzenplitz (Holzminden), C. Kloetzer (Thoßfeld), Max Kloß (Berlin), Dr. Kretschmar (Dresden), Klaudius Kupka (Wien), Julius F. Lehmann (München), Karl Lohmann (Berlin), Karl von Manteuffel-Katzdangen (Berlin), Fritz Meysenburg (Kettwig), Arthur Müller (Plauen), Amtsgerichtsrat Niederstein (Bochum), Gustav Pezoldt (Plauen), Christoph Pickel (Bayreuth), Landgerichtsdirektor Dr. Rieck (Essen), Sanitätsrat Dr. Rommel (Neuzelle), Justizrat Schlüter (Essen), Friedrich Schmidt (Innsbruck), Friedrich Solger (Berlin), Erich Stolte (Berlin), Ludwig Viereck (Braunschweig), Albert Vowinkel (Berlin), Friedrich Karl Walbaum (Göttingen), Fritz Wildmoser (Linz), Paul Winter (Hamburg)

#### Vorstand u. a.:<sup>3</sup>

A. Bongartz (Kirchzarten), Otto Bonhard (Berlin), Walther Capelle (Hamburg), Hermann Cunio (Leipzig), Paul Dehn (Zehlendorf), Alfred Dietel (Reichenbach), Ludwig Ebbinghaus (Hohenlimburg), Günther von Einem (Münster), Justizrat Garbe (Einbeck), Alfred Geiser (Karlsdorf), Max Gerstenhauer (Meiningen), Hugo Grell (Potsdam), Superintendent Grünhagen (Marienwerder), Hans Hartmeyer (Hadersdorf/Wien), Hermann Haug (Stuttgart), Hugo Hennings (Mühlheim), J. Jensen (Vor-

<sup>1</sup> Zusammengestellt nach: Gliederung nach der Wahl zu den Verbandsgremien am 8.9.1928, in BA-Berlin, R 8048, Bd. 155, Bl. 47–51. In der Liste sind zahlreiche handschriftliche Streichungen vorgenommen worden, daher erfolgt hier nur eine gesicherte Auflistung der Namen, die nicht unklar erschienen.

<sup>2</sup> Claß ist Mitglied der Hauptleitung.

<sup>3</sup> Nicht mehr gewählt wurden u. a. Walter Riehl, Erich Kühn und Pfarrer von der Heydt.



sitzender der nationalen Arbeiter-Berufsverbände, Hamburg), Landgerichtsrat Dr. Kautter (Tübingen), Otto Kayser (Würzburg), Otto Keller (Zwickau), Emil Kirdorf (Mühlheim), Max Koch (Rektor der Universität Breslau), Oskar Krauß (Villach), Bernhard Krawinkel (Vollmershausen), Paul Langhans (Gotha), Anton Liensberger (Innsbruck), Pfarrer Ludwig Mahnert (Innsbruck), Landgerichtspräsident Minde (Lyck), A. v. Ritter von Mühlwerth (Krems), Pfarrer Mummelthey (Pölitz/Pommern), Gustav Neuhaus (Bochum), Andreas Patterer (Graz), Richard Planer (Graz), Ludwig Hermann Plate (Jena), C. Reifkogel (Hamburg), Oberbaurat Reißmüller (Breslau), Alfred Roth (Hamburg), Karl Rouge (Darmstadt), Ludwig Schemann (Freiburg), Fritz Schillmann (Berlin), Pfarrer Gottfried Schlegtendal (Düsseldorf), Landgerichtsrat Schrader (Lübeck), Verlagsbuchhändler R. W. Schulze (Dresden), Regierungsrat Schwarzkopf (Stuttgart), Rechnungsrat G. Sprengel (Leck), Ludwig Stindt (München), Generalmajor Teschner (Küstrin), Theodor Tüllmann (Kiel), Leopold von Vietinghoff-Scheel (Berlin), Theodor Weicher (Leipzig), Oskar Weiß (Berlin), Ferdinand Werner (Butzbach), Adolph und Emil Witzenmann (Pforzheim), Oberlandesgerichtsrat Ziegler (München)

## *Anhang 9*

### **Struktur der Leitungsgremien des Alldeutschen Verbandes 1936, 1937 und 1938<sup>1</sup>**

Ehrenmitglieder:	Otto von Bismarck (1895) Ernst Hasse (1908) Carl Peters (1918) Heinrich Claß (1933) Alfred Hugenberg (1935)
Vorsitzender:	Heinrich Claß (Berlin)
Stellvertreter <sup>2</sup> :	Gertzlaff von Hertzberg-Lottin (Berlin) Alfred Möllers (Berlin) Paul Bang (Berlin) Karl Klingemann (Bonn) Otto Fürst zu Salm-Horstmar (Coesfeld) Heinrich Calmbach (Cannstadt)
Reichsgeschäftsführer:	Wilhelm Reith (Berlin)
Hauptgeschäftsführer:	Leopold von Vietinghoff-Scheel (Berlin)
Schriftwart:	Otto von Roeder (Potsdam)
Hauptamtliche Redner <sup>3</sup> :	Alexander Graf Brockdorff (Berlin) Gerd Ulrich Horenkohl (Berlin) Wilhelm Reith (Berlin)
„Maßgebliche Mitglieder“ <sup>4</sup> :	Heinrich Claß (Berlin) Paul Bang Otto von Feldmann (Hannover-Kleefeld) Carl Gottfried Gok (Hamburg) Gertzlaff von Hertzberg-Lottin (Berlin) Leopold von Vietinghoff-Scheel (Berlin) Erich Wöllwarth (Dresden)
Alldeutsche Blätter/ verantwortlich:	Heinrich Claß (Berlin)
Schriftleiter:	Otto Bonhard (Berlin)
Stellvertreter:	Leopold von Vietinghoff-Scheel (Berlin)

<sup>1</sup> Zusammengestellt aus den Berichten der Geheimen Staatspolizei vom 20.10.1936, 23.7.1937 (B. Nr. 572/37 – II C1 -) und vom Januar 1938 (II 123/24), in STA Moskau, Fond 500, opis 3/567, Bl. 1–18, ebd., opis 3/569, Bl. 4–7 und ebd., opis 3/569, Bl. 3–4.

<sup>2</sup> Im Bericht vom 23.7.1937 werden fälschlicherweise auch noch Hans Knirsch genannt, der im Dezember 1933 bereits verstorben war. Claß und die hier als Stellvertreter Genannten bildeten die Hauptleitung.

<sup>3</sup> Im Bericht vom 23.7.1937 wird auf „noch 20 andere Personen als nichthauptamtliche Redner“ hingewiesen sowie auf Rechtsanwalt Dr. Weise (Zoppot) und Hertha Schemmel (Berlin) als „sonst noch besonders in Erscheinung“ tretende Personen des Verbandes.

<sup>4</sup> Bericht vom 23.7.1937, in STA Moskau, Fond 500, opis 3/569, Bl. 6.

Verlag:	Vermögensverwaltung des Alldeutschen Verbandes GmbH (Berlin)
Druck:	Thormann & Goetsch (Berlin)
Frauengruppe:	Frau Dr. Schillmann (Neubabelsberg)
Geschäftsstelle:	Lützowufer 5a, Berlin W 35
Gaue:	Baden, Bergischer Gau, Danzig, Erzgebirge, Groß-Berlin, Hannover, Industriegebiet, Nordharz, Oberland, Rhein-Main, Oberbarnim, Thüringen, Uckermark, Vogtland, Weser-Ems
Wehrschätz:	1903 gegründet, 1933 aufgelöst, seitdem „in Liquidation“ <sup>5</sup>
Mitglieder:	12–15.000 (1937), 10.000 (1938)
Engerer Ausschuss:	bis zu 30 Personen
Weiterer Ausschuss:	bis zu 120 Personen

Geschäftsführender Ausschuss (insgesamt 43 aufgeführte Personen) u. a.<sup>6</sup>:

Walter Bacmeister (Berlin), Gertzlaff von Hertzberg-Lottin (Berlin), Rudolf Frantz (Kassel), Hans Fischer (Essen), August Gebhard (Friedberg), Carl Gottfried Gok (Hamburg), Fritz Goerdeler (Danzig), Prof. Dr. K. Grunert (Bremen), Willy Hahn (Berlin), Carl Itzenplitz (Holzminden), Max Kloß (Berlin), Lutz Korodi (Berlin), Julius F. Lehmann (München), Karl Lohmann (Berlin), Karl Baron von Manteuffel-Szoego (Berlin), Arthur Müller (Plauen), Julius Neukirch (Wien), Christoph Pickel (Bayreuth), Justizrat Schlüter (Essen), Erich Stolte (Berlin), Ludwig Viereck (Braunschweig), Albert Vowinckel (Berlin), Paul Winter (Hamburg), Erich Wöllwarth (Dresden), Max Wundt (Tübingen)

Gesamtvorstand (insgesamt 115 aufgeführte Personen) u. a.<sup>7</sup>:

Otto Bonhard (Berlin), Alexander Graf Brockdorff (Berlin), Wilhelm Capelle (Hamburg), Hauptmann von Czetztritz (Reichenbach), Paul Dehn (Hamburg), Alfred Diétel (Reichenbach/Vogtland), Wilhelm von Dommès (Berlin), Ludwig Ebbinghaus (Hohenlimburg), Alfred Geiser (Graz), Karl Grube (Kassel), Oberstleutnant Hahn (Osnabrück), Hans Hartmeyer (Wien), Hugo Hennings (Mühlheim), Hauptmann a. D. von Herzberg (Siegwarth/Kolberg), Friedrich Kautzsch (Bonn), Richard Kirchner (Nordhausen), Emil Kirdorf (Mühlheim), Th. Klett (Stuttgart), Bernhard Krawinkel (Vollmerhausen), Anton Liensberger (Innsbruck), Ludwig Mahnert (Innsbruck), Albert Ritter von Mühlwerk (Krems), Walther Mummelthey (Glöwen), Gustav Neuhaus (Bochum), Richard Planer (Graz), Wilhelm Reith (Berlin), Otto von Roeder (Potsdam), Major a. D. Ritter und Edler von Rosenthal (Baden-Baden), Alfred Roth (Bergedorf/Hamburg), Oberst a. D. Freiherr von Rosen (Lübben), Ludwig Schemann (Freiburg), Oberstleutnant a. D. Schroter (Stuttgart), Franz Schwendy (Berlin), Dr. F. Siebert (Kronach), Ludwig Stindt (München), Theodor Tüllmann (Kiel), Leopold von Vietinghoff-Scheel (Berlin), Reinhold Wagner (Ludwigsburg), Theodor Weicher (Leipzig), Oskar Weiß (Berlin), Adolf und Emil Witzemann (Pforzheim)

---

<sup>5</sup> Bericht vom Januar 1938, in STA Moskau, Fond 500, opis 3/569, Bl. 4.

<sup>6</sup> Bericht vom 20.10.1936, in STA Moskau, Fond 500, opis 3/567, Bl. 75–76.

<sup>7</sup> Ebd. Die Berichte geben den geheimdienstlichen Kenntnisstand der Gestapo wieder, der jedoch nicht auf offiziellen Verbandslisten beruhen musste, die wiederum nicht überliefert sind.

## Anhang 10

### Topographien des Alldeutschen Verbandes

#### *Geschäftsstellen des Alldeutschen Verbandes*

Während der Amtszeit von Ernst Hasse (1893–1908) war er auch unter der Adresse seiner Privatwohnung in Leipzig-Gohlis, Richterstraße 2, sowie seiner Dienststelle beim Statistischen Amt der Stadt Leipzig, Thomaskirchhof 25 I, für den Schriftverkehr des Alldeutschen Verbandes erreichbar.

1896–1897                      Berlin: Kurfürstenstraße 44  
1898–1904                     Berlin: Lützowstraße 85 b  
1905–1909                     Berlin: Steglitzerstraße 77 III

#### *Hauptgeschäftsstellen des Alldeutschen Verbandes*

1909–1910                     Mainz: Flachsmarktstraße 28  
1910–1916/17                 Mainz: Stadthausstraße 11 (Claß' private Stadtwohnung)  
1916/17–1919                 Berlin: Am Karlsbad 28 I  
1919–1939                     Berlin: Lützowufer 5a II

#### *Hauptgeschäftsstellen des Alldeutschen Verbandes in Österreich*

1920–1923/24                 Graz: Kaiserfeldgasse 29/I  
1924–1927                     Graz: Radetzkystraße 20/I  
1927–1935                     Wien: Elisabethstraße 9/II, 1. Bezirk (im Verein Deutsches Haus“, Verband Deutschvölkische Vereine Deutschösterreichs)

#### *Geschäftsstelle der Alldeutschen Jugend*

1921–1923                     Berlin: Jonasstraße 4

#### *Schriftleitung der Alldeutschen Jugendblätter*

1921–1923                     Berlin: Barsusstraße 1/II und für Österreich Innsbruck: Erzherzog Eugenstraße 5

#### *Schriftleitung der Deutschösterreichischen Tageszeitung (DÖTZ)*

1921–1927                     Wien: Bandgasse 32, 7. Bezirk

#### *Hauptgeschäftsstelle des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes*

1919–1922                     Hamburg: Ferdinandstraße 5, Zimmer 71  
(Hauptgeschäftsführer Alfred Roth)

#### *Hauptgeschäftsstelle des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes für Österreich*

gegründet 1921                 Wien: Bandgasse 32, 7. Bezirk (um ca. 1923 Mariahilferstraße 167/I, 15. Bezirk)

*Hauptgeschäftsstellen des Deutschen Wehrvereins*

- 1912–1914 Vertretung im Verband nationaler Vereine unter dem Vorsitzenden Ernst Graf zu Reventlow in Berlin: Bernburger Straße 15/16
- 1915–1933 Berlin: Kleiststraße 32
- 1934/1935 Eiche bei Potsdam: Kaiser-Friedrich-Straße 3

*Unterkünfte, Häuser und Wohnungen von Heinrich Claß*

- ab ca. 1872 Mainz: Stadthausstraße 11 als Familienbesitz, ab 1872 August Claß als Eigentümer auch mit Sitz des Notariats dort gemeldet, Claß' eigene Rechtsanwaltskanzlei befand sich in dem dreistöckigem Haus, 1909/10–1916/17 Hauptgeschäftsstelle des ADV, von 1912 bis zur Aufgabe seiner Gerichtszulassung als Anwalt 1920 zusammen mit seinem Neffen Eduard Lucius, der bis 1942 seine Kanzlei, zuletzt als Notar, fortführte, Bombardierung August 1942
- ab 1876 Finthen: nach Erwerb durch den Großvater Heinrich Fischer Familienbesitz eines Gartenhauses in der Prunkgasse 58/59, nach der Jahrhundertwende Ausbau zur „Villa Claß“ mit elf Zimmern, nach dem Ersten Weltkrieg zunächst durch französische Besatzungstruppen beschlagnahmt, ab Oktober 1919 durch die Gemeinde vermietet, Erneuerung des Mietvertrages Oktober 1936, Verkauf an die Gemeinde 1956
- ab 1896 Mainz: Drususstraße 4, Geburtshaus der Ehefrau Mathilde (geborene Manefeld), nach Hochzeit Familienbesitz, ab 1924 mit einer Hypothek belastet, 1924–1932 im Besitz der Reichsvermögensverwaltung, danach Deutsche Bau- und Bodenbank Frankfurt/Main und ab 1957 Deutsche Bau- und Grundstücks AG Berlin  
Mainz: Drususstraße 8, ab 1926/27 war Claß als Eigentümer registriert
- Dienstreisen nach Berlin vor 1919 zumeist Hotel Habsburger Hof
- 1919–1920 Nebenwohnung in der Geschäftsstelle des Alldeutschen Verbandes in Berlin: Lützowufer 5a II
- 1920–1932 Berlin: Rauchstraße 27 (offiziell das Gebäude der Tschechoslowakischen Gesandtschaft, dessen Wohntrakt mit 12 Zimmern Claß bis zu einem öffentlichen Skandal 1931 über die Fremdnutzung sowie über die äußerst niedrige Miete bewohnte)
- 1932–1935/1935–1937 Berlin: Kurfürstenstraße 124/126
- 1937–1939 Berlin: Keithstraße 19/20
- 1939–1943 Berlin: Keithstraße 42 (Bombardierung im November 1943, letzte Berliner Meldeadresse war in Zehlendorf: Starkenburger Straße 26)
- 1943–1944/45 Jena: Oberer Philosophenweg 22a (zusammen mit seiner Tochter nach der Ausbombung seiner Berliner Wohnung im November 1943 bei Prof. Dr. Wolfgang Veil in dessen

Villa, der Annelies Claß an der Universitätsklinik Jena behandelte)  
 1944/45–1953 Jena: Oberer Philosophenweg 17 (bei der Verleger-Familie Dr. Peter und Suzanna Diederichs, das Haus stand dann vermutlich ab ca. 1945/46 unter der Betreuung von Annelies Claß als „Hausvertrauensmann“, Claß bewohnte dort bis zu seinem Tod 1953 die I. Etage – um 1948 u. a. mit einer Harfinistin, einem Drechslermeister und einem Kaufmann als Mitbewohner im Erdgeschoss und in der II. Etage)

*Neudeutsche Verlags- und Vermögensverwaltung des Alldeutschen Verbandes und Druckerei/Verlag der Deutschen Zeitung*

1918–1927 Berlin: Hedemannstraße 12 (1917 Neudeutsche Verlagsgesellschaft Lindenstraße 105)

1928–1934 Berlin: Hedemannstraße 30 (die Deutsche Zeitung wurde 1934 in den Reichsnährstand überführt und die Vermögensverwaltung des Alldeutschen Verbandes GmbH nach Auflösung des Verbandes letztlich im Juni 1939 aufgelöst)

*Büros von Alfred Hugenberg in Berlin (nach seiner Stellung als Vorsitzender des Direktoriums der Friedrich Krupp AG in Essen von 1909 bis 1918)*

1919–1940 Berlin: Victoriastraße 30 (zunächst angemietet und 1920 vom Bergbau-Verein erworben, gleichzeitige Unterbringung der Fachgruppe Bergbau beim Reichsverband deutscher Industrieller – ab 1933 Reichsarbeitsgemeinschaft Bergbau, bis 1925 auch Alfred Hugenbergs Wohnung in Berlin, der dann in die Humboldtstraße 12 in Berlin-Dahlem umzog)

1940–1943 Berlin: Landgrafenstraße 18 (Verlegung des Büros in das Verwaltungsgebäude der Scherl AG, das im November 1943 bombardiert worden war, die Privatwohnung in Dahlem war nach Bombardierungen ab 1944 unbewohnbar, Hugenberg zog sich nach seinem Rücktritt als Minister im Juni 1933 weitgehend auf sein Gut in Rohbraken zurück)

*DNVP-Geschäftsstellen*

1918–1929 Berlin: Bernburger Straße 24 I

1929–1933 Berlin: Friedrich-Ebert-Straße 29 (Alfred Hugenberg nutzte jedoch sein Büro in der Victoriastraße 30 auch für politische Angelegenheiten und während seiner Zeit als Minister für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung ebenso sein Büro im Reichswirtschaftsministerium in der Wilhelmstraße 72)

**Auszüge aus den Satzungen des  
Alldeutschen Verbandes für Deutschland 1903, 1919,  
1925 und 1935, des Alldeutschen Verbandes für  
Österreich 1919, 1927, 1930 und 1935 sowie des  
Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919  
und des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes  
für Österreich 1921**

**Satzungen des Alldeutschen Verbandes (Deutschland)**

**1903** (beschlossen am 10.5.1903), in Werbe- und Merkbüchlein des Alldeutschen Verbandes, 8. Aufl., München 1904, S. 4–9, hier S. 4.

I. Zweck

§ 1. Der Alldeutsche Verband erstrebt Belebung der deutschnationalen Gesinnung, insbesondere Weckung und Pflege des Bewußtseins der rassenmäßigen und kulturellen Zusammengehörigkeit aller deutschen Volksteile.

§ 2. Diese Aufgabe schließt in sich, daß der Alldeutsche Verband eintritt:

1. für Erhaltung des deutschen Volkstums in Europa und über See, und Unterstützung desselben in bedrohten Teilen;

2. für Lösung der Bildungs-, Erziehungs- und Schulfragen im Sinne des deutschen Volkstums;

3. für Bekämpfung aller Kräfte, die unsere nationale Entwicklung hemmen;<sup>1</sup>

4. für eine tatkräftige deutsche Interessenpolitik in der ganzen Welt, insbesondere Fortführung der deutschen Kolonialbewegung zu praktischen Ergebnissen.

§ 3. Der Verband verfolgt seine Zwecke

a) durch Vereinstätigkeit in den Formen, die seine Satzungen vorschreiben.

In außerdeutschen Ländern können sich die Mitglieder mit Zustimmung der Verbandsleitung unter anderen Formen und zu besonderen Zwecken zusammenschließen.

b) durch Herausgabe einer Zeitschrift, der „Alldeutschen Blätter“.

---

<sup>1</sup> Der Vorstand des ADV beschloss am 10.2.1907 eine zusätzliche Erläuterung, die festlegte, dass die „feindliche Stellung des Zentrums zu deutschen Macht- und Ehrenfragen“ dazu führe, dass der „anti-nationale politische Ultramontanismus zu den die Entwicklung des deutschen Volkes hemmenden Kräften zu zählen ist“. Die „Bekämpfung“ werde Verbänden wie dem „Antiultramontanen Reichsverband“ und dem „Evangelischen Bund“ überlassen. Handbuch des Alldeutschen Verbandes 1913, S. 7.

## II. Mitgliedschaft

§ 4. Mitglied des Verbandes kann jeder Deutsche werden, ohne Rücksicht auf seine Staatsangehörigkeit, wenn er unbescholten ist und sich zu den Zielen des Verbandes bekennt.

[...]

Änderungen **1919** in Bezug auf Zweck und Inhalt des Alldeutschen Verbandes (beschlossen am 31.8.1919), in Alldeutsche Blätter 13.9.1919, S. 309.

### I. Zweck

§ 1. Der Alldeutsche Verband will in allen Deutschen eine auf Treue und Liebe zur deutschen Eigenart gegründete völkische Gesinnung und einen nur auf das Wohl der deutschen Volksgesamtheit gerichteten völkischen Willen erwecken. Ohne Rücksicht auf ihre Staats-, Partei- und Bekenntniszugehörigkeit will er alle Volksgenossen zusammenschließen zur Arbeit an der allen Deutschen gemeinsamen Aufgabe: Erhaltung, Pflege und Entwicklung des deutschen Volkstums.

§ 2. Diese Aufgabe schließt in sich, daß der Alldeutsche Verband seine Arbeit vor allem dienen läßt der Rettung und Wiederaufrichtung des durch den Zusammenbruch im November 1918 mit Untergang bedrohten deutschen Volkes und Deutschen Reiches.

Er fordert insbesondere, als für Wohl und Gedeihen der deutschen Volksgesamt[heit] unerläßlich:

1. sittliche Ertüchtigung aller Kreise und Schichten unseres Volkes, Wiedererweckung der Eigenschaften, die unsere Vorfahren aus Zeiten tiefster Not immer wieder emporgehoben haben;

2. Wiederaufrichtung eines starken deutschen Kaisertums;

3. Wiederaufrichtung einer starken deutschen Wehrmacht;

4. Wiedergewinnung der dem deutschen Volke geraubten Gebiete;

5. Eingliederung Deutsch-Österreichs in das Deutsche Reich;

6. Schutz und Hilfe für das bedrängte Auslandsdeutschtum;

7. Gestaltung und Ausbau aller Gebiete des Volks-, Staats- und Einzellebens gemäß deutscher Eigenart, insbesondere des Schul-, Erziehungs-, Bildungs-, Gesundheits- und Siedlungswesens, sowie Beeinflussung der deutschen Jugend- und Frauenbewegung im völkischen Sinn;

8. Planmäßige rassische Höherentwicklung des deutschen Volkes durch Auslese und Förderung aller im Sinne guter deutscher Art hervorragend Begabten;

9. Bekämpfung aller Kräfte, welche die völkische Entwicklung des deutschen Volkes hemmen oder schädigen, insbesondere der Fremdsucht und der auf fast allen staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Gebieten bestehenden jüdischen Vorherrschaft.

[...]

Änderungen **1925** in Bezug auf Zweck und Inhalt des Alldeutschen Verbandes (beschlossen am 30.8.1924), in BA-Berlin, R 8048, Bd. 4, Bl. 90.

[...]

## II. Mitgliedschaft

§ 4. Mitglied des Verbandes kann jeder Deutsche werden, ohne Rücksicht auf seine Staatsangehörigkeit, wenn er unbescholten ist, sich zu den Zielen des Verbandes bekennt und von einer Ortsgruppe oder der Geschäftsstelle aufge-



nommen wird. Angehörige des jüdischen Volkstums und der farbigen Rassen, sowie Personen, die solche zu Vorfahren oder Ehegatten haben, dürfen nicht aufgenommen werden.

[...]

Änderungen **1935** in Bezug auf Zweck und Inhalt des Alldeutschen Verbandes (beschlossen am 6.1.1935), in Alldeutsche Blätter 26.1.1935, S. 11–14, hier S. 11.

[...]

§ 2. Diese Aufgabe schließt in sich, daß der Alldeutsche Verband seine Arbeit vor allem dienen läßt:

Der Vertiefung und Ausbreitung der völkischen Gedanken zur planmäßigen rassischen Höherentwicklung des deutschen Volkes;

der Pflege seiner großen geschichtlichen und kulturellen Ueberlieferung;

der Bekämpfung aller Kräfte, die diese Entwicklung zu hemmen und zu schädigen drohen.

[...]

### **Satzungen des Alldeutschen Verbandes (Österreich)**

**1920** (genehmigt durch Erlaß des Staatsamtes für Inneres und Unterricht vom 31.1.1920), in Wiener Stadt- und Landesarchiv, M. Abt. 119, A32.

#### 1. Satz

Der Alldeutsche Verband will in allen deutschen Volksgenossen Oesterreichs eine auf Treue und Liebe zu deutscher Eigenart gegründete völkische Gesinnung und einen nur auf das Wohl der deutschen Volksgesamtheit gerichteten völkischen Willen erwecken. Deshalb erstrebt er den Zusammenschluß aller völkisch gerichteten Vereine und Einzelpersonen deutscharischer Herkunft in Oesterreich ohne Rücksicht auf Stand, Partei und Bekenntnis in einem Alldeutschen Verbands zur gemeinsamen Arbeit für die Erhaltung, Pflege und Entwicklung des deutschen Volkstums.

#### 2. Satz

Insbesondere soll seine Arbeit dienen der Rettung und Wiedererhebung des deutschen Volkes aus dem Abgrunde, in dem es der Zusammenbruch im Jahre 1918 gestürzt hat.

Deshalb verpflichtet er seine Mitglieder, ihre ganze Kraft einzusetzen für folgende unerläßliche Forderungen und Aufgaben.

1. Sittliche Ertüchtigung aller Kreise unseres Volkes, Wiedererweckung der Eigenschaften, die unsere Vorfahren aus Zeiten tiefster Not immer wieder emporgehoben haben.

2. Gestaltung aller Gebiete des Volks-, Staats- und Einzellebens, insbesondere Ausbau des Schul-, Erziehungs- und Bildungswesens nach deutscher Eigenart, Erfüllung aller der körperlichen Ertüchtigung unseres Volkes dienenden Bestrebungen, zumal des Turn- und Sportwesens mit deutschvölkischem Geiste.

3. Zielbewußte Förderung aller Heimstätten- und Siedlungsarbeiten zur Festigung des deutschen Volksbodens und Sammlung der deutschen Volkskraft unter besonderer Berücksichtigung der völkischen Grenzsicherung sowie der Rückführung verlorener deutscher Volksvorposten des Auslandes auf geschlossenem deutschen Volksboden.

4. Beeinflussung der deutschen Jugend- und Frauenbewegung im völkischen Sinne.

5. Planmäßige Höherentwicklung des deutschen Volkes durch Auslese und Förderung aller im Sinne deutschen Blutes und guter deutscher Art hervorragenden Begabten.

6. Rücksichtslose Bekämpfung der Vorherrschaft des volksfremden Judentums als des größten und gefährlichsten Vergifters und Zerstörers deutschen Blutes und deutschen Geistes, deutscher Wirtschaft und deutscher Moral.

7. Bekämpfung aller sonstigen Kräfte, welche die völkische Entwicklung des deutschen Volkes hemmen oder schädigen, insbesondere der schwächlichen und liebedienerischen Fremdsüchtelei im öffentlichen wie im Einzelleben (Sprache, Schrift, Kunst).

### 3. Satz

In Vorbereitung dieser Ziele fordert der Alldeutsche Verband von seinen Mitgliedern:

1. Opferfreudige Hilfsbereitschaft für alle völkischen und kulturellen Belange bedrohter deutscher Volksgenossen im Auslande.

2. Tatkräftige Förderung aller auf das enge völkische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenwachsen Deutschösterreichs mit dem deutschen Mutterlande hinzielenden Bestrebungen.

### 4. Satz

Im engsten Zusammenarbeiten mit dem Alldeutschen Verbands im Deutschen Reiche sieht er die sicherste Gewähr für erfolgreiche Förderung und endliche Erfüllung dieser Aufgaben und Ziele.

[...]

### 6. Satz

Der Sitz des Verbandes ist Graz.

### 7. Satz

Mitglieder oder Gründer des Verbandes können alle völkisch gerichteten, arischen Deutschen, bürgerliche Unbescholtenheit vorausgesetzt, werden, die sich zu den Zielen des Verbandes bekennen und Aufnahme durch die Ortsgruppe oder die Geschäftsstelle finden. Der Beitritt von Vereinen und Körperschaften erfolgt auf Grund besonderer Vereinbarung mit der Geschäftsstelle.

Die Aufnahme gilt durch Ausreichung der Mitgliedskarte vollzogen.

Die Ablehnung kann ohne Angabe der Gründe erfolgen.

[...]

Änderungen **1927** mit Bezug auf Verbandssitz und Mitgliedschaft (genehmigt durch Erlaß der Landesregierung Wien vom 24.10.1927), in Wiener Stadt- und Landesarchiv, M. Abt. 119, A32.

[...]

### 6. Satz

Der Sitz des Verbandes ist Wien.

### 7. Satz

Mitglied des Verbandes kann jeder Deutsche werden ohne Rücksicht auf seine Staatsangehörigkeit, wenn er unbescholten ist, sich zu den Zielen des Verbandes bekennt und von einer Ortsgruppe oder der Geschäftsstelle aufgenommen wird. Angehörige des jüdischen Volkstums und der farbigen Rassen,

sowie Personen, die solche zu Vorfahren oder Ehegatten haben, dürfen nicht aufgenommen werden. Vereine von Deutschen, deren Satzung gleiche Vorbedingung für Aufnahme in die Mitgliedschaft enthalten, können als Körperschaften Mitglieder des Verbandes werden. Die Bedingungen ihres Eintrittes werden mit der Verbandsleitung vereinbart.

[...]

Änderungen **1930** mit Bezug auf Zweck des Verbandes (genehmigt durch Bundeskanzleramt Inneres am 4.8.1930), in Steiermärkisches Landesarchiv Graz, LReg 206, E-016.

[...]

## 2. Satz

Insbesondere soll seine Arbeit dienen der Rettung und Wiedererhebung des deutschen Volkes aus dem Abgrunde, in dem es der Zusammenbruch im Jahre 1918 gestürzt hat.

Deshalb verpflichtet er seine Mitglieder, ihre ganze Kraft einzusetzen für folgende unerläßliche Forderungen und Aufgaben.

1. Eingliederung Deutschösterreichs ins Deutsche Reich.

2. Sittliche Ertüchtigung aller Kreise unseres Volkes, Wiedererweckung der Eigenschaften, die unsere Vorfahren aus Zeiten tiefster Not immer wieder emporgehoben haben.

3. Gestaltung aller Gebiete des Volks-, Staats- und Einzellebens, insbesondere Ausbau des Schul-, Erziehungs- und Bildungswesens nach deutscher Eigenart, Erfüllung aller der körperlichen Ertüchtigung unseres Volkes dienenden Bestrebungen, zumal des Turn- und Sportwesens mit deutschvölkischem Geiste.

4. Zielbewußte Förderung aller Heimstätten- und Siedlungsarbeiten zur Festigung des deutschen Volksbodens und Sammlung der deutschen Volkskraft unter besonderer Berücksichtigung der völkischen Grenzsicherung sowie der Rückführung verlorener deutscher Volksvorposten des Auslandes auf geschlossenem deutschen Volksboden.

5. Beeinflussung der deutschen Jugend- und Frauenbewegung im völkischen Sinne.

6. Planmäßige Höherentwicklung des deutschen Volkes durch Auslese und Förderung aller im Sinne deutschen Blutes und guter deutscher Art hervorragend Begabten.

7. Rücksichtslose Bekämpfung der Vorherrschaft des volksfremden Judentums als des größten und gefährlichsten Vergifters und Zerstörers deutschen Blutes und deutschen Geistes, deutscher Wirtschaft und deutscher Moral.

8. Bekämpfung aller sonstigen Kräfte, welche die völkische Entwicklung des deutschen Volkes hemmen oder schädigen, insbesondere der schwächlichen und liebedienerischen Fremdsüchtelei im öffentlichen wie im Einzelleben (Sprache, Schrift, Kunst).

[...]

Änderungen **1935** nach Einstellung der Verbandstätigkeiten zuvor zum 26.3.1934 (beschlossen auf der Hauptversammlung am 26.10.1935, durch das Bundeskanzleramt Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit nicht genehmigt, endgültige Auflösung des Alldeutschen Verbandes am 5.12.1935), in Wiener Stadt- und Landesarchiv, M. Abt. 119, A32.

## Satzung des Germanischen Verbandes in Österreich

### 1. Satz

Der Germanische Verband will in allen deutschen Volksgenossen Oesterreichs eine auf Treue und Liebe zu deutscher Eigenart gegründete völkische Gesinnung und einen nur auf das Wohl der deutschen Volksgesamtheit gerichteten völkischen Willen erwecken. Deshalb erstrebt er den Zusammenschluß aller völkisch gerichteten Vereine und Einzelpersonen deutscher Herkunft in Oesterreich ohne Rücksicht auf Stand, Partei und Bekenntnis in einem Germanischen Verbands zur gemeinsamen Arbeit für die Erhaltung, Pflege und Entwicklung des deutschen Volkstums.

### 2. Satz

Insbesondere soll seine Arbeit dienen der Rettung und Wiedererhebung des deutschen Volkes aus dem Abgrunde, in den es der Zusammenbruch im Jahre 1918 gestürzt hat.

Deshalb verpflichtet er seine Mitglieder, ihre ganze Kraft einzusetzen für folgende unerläßliche Forderungen und Aufgaben.

1. Sittliche Ertüchtigung aller Kreise unseres Volkes, Wiedererweckung der Eigenschaften, die unsere Vorfahren aus Zeiten tiefster Not immer wieder emporgehoben haben.

2. Gestaltung aller Gebiete des Volks-, Staats- und Einzellebens, insbesondere Ausbau des Schul-, Erziehungs- und Bildungswesens nach deutscher Eigenart, Erfüllung aller der körperlichen Ertüchtigung unseres Volkes dienenden Bestrebungen, zumal des Turn- und Sportwesens mit deutschvölkischem Geiste.

3. Zielbewußte Förderung aller Heimstätten- und Siedlungsarbeiten zur Festigung des deutschen Volksbodens und Sammlung der deutschen Volkskraft unter besonderer Berücksichtigung der völkischen Grenzsicherung sowie der Rückführung verlorener deutscher Volksvorposten des Auslandes auf geschlossenem deutschen Volksboden.

4. Beeinflussung der deutschen Jugend- und Frauenbewegung im völkischen Sinne.

5. Planmäßige Höherentwicklung des deutschen Volkes durch Auslese und Förderung aller im Sinne deutschen Blutes und guter deutscher Art hervorragenden Begabten.

6. Rücksichtslose Bekämpfung der Vorherrschaft des volksfremden Judentums als des größten und gefährlichsten Vergifters und Zerstörers deutschen Blutes und deutschen Geistes, deutscher Wirtschaft und deutscher Moral.

7. Bekämpfung aller sonstigen Kräfte, welche die völkische Entwicklung des deutschen Volkes hemmen oder schädigen, insbesondere der schwächlichen und liebedienerischen Fremdsüchtelei im öffentlichen wie im Einzelleben (Sprache, Schrift, Kunst).

[...]

### **Satzung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes (Sitz Hamburg)**

1919, in FZH, 412–1, Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Bd. 1 (1919), Bl. 84.<sup>2</sup>

§ 1. Der Bund erstrebt die sittliche Wiedergeburt des deutschen Volkes durch die Erweckung und Förderung seiner gesunden Eigenart. Er erblickt in dem unterdrückenden und zersetzenden Einfluß des Judentums die Hauptursache des Zusammenbruchs, in der Beseitigung dieses Einflusses die Vorbedingung des staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbaues und die Rettung deutscher Kultur.

Der Schutz- und Trutz[b]und macht es sich zur Aufgabe, über Wesen und Umfang der jüdischen Gefahr aufzuklären und sie unter Benutzung aller politischen, staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Mittel zu bekämpfen.

Bestrebungen parteipolitischer und konfessioneller Art sind im Bunde ausgeschlossen.

§ 2. Mitglieder können alle unbescholtenen deutschen Männer und Frauen werden, die bei der Anmeldung schriftlich versichern, daß sie deutscher Abstammung sind. Die Aufnahme bedarf der Bestätigung des Vorstandes bezw. des von ihm Beauftragten, der sie ohne Angabe von Gründen ablehnen kann. Das mit dem Aufnahmegesuch zu entrichtende Eintrittsgeld beträgt 5 Mark.

§ 3. Der Austritt kann nur zum Schlusse eines Kalenderjahres erfolgen; rückständige Beiträge sind bis dahin zu entrichten.

Ein Mitglied kann durch Beschluß des geschäftsführenden Vorstandes ausgeschlossen werden:

- 1) wenn es mit seinem Beitrage (§ 4) länger als ein halbes Jahr im Rückstande ist und ihn trotz Mahnung nicht entrichtet,
- 2) wenn es gegen die Ziele des Bundes handelt, oder wenn es sich herausstellt, daß die Voraussetzungen der Aufnahme nicht erfüllt sind (§ 2),
- 3) wenn es sich ehrenrühriger Handlungen schuldig macht,
- 4) wenn es mit einer volksfremden Person die Ehe schließt. Die Eheschließung mit Juden zieht den Ausschluß ohne weiteres nach sich.

[...]

### **Satzung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes für Österreich (Sitz Wien)**

1921 (genehmigt durch das Bundesministerium für Inneres und Unterricht am 13. Juni 1921), in Steiermärkisches Landesarchiv Graz, LReg 206, Po-021.

§ 1. Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund für Österreich ist ein nichtpolitischer Verein und hat seinen Sitz in Wien.

---

<sup>2</sup> Zur Nachfolgeorganisation des im Zuge des Republikschutzgesetzes vom 23.7.1922 aufgelösten DvSTB siehe: Satzungen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, Ortsgruppe Leipzig e.V., Geschäftsstelle Leipzig Hainstraße 5/ C II (zuerst ins Vereinsregister als Ortsgruppe in Leipzig im November 1920 eingetragen), in Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, PP-V 4856, o. Bl.

§ 2. Er erstrebt – im engsten Einvernehmen mit dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund in Hamburg – die sittliche Wiedergeburt des deutschen Volkes durch die Erweckung und Förderung seiner gesunden Eigenart. Allen fremden und undeutschen, insbesondere allen zersetzenden jüdischen Einflüssen, soweit sie die Entfaltung der deutschen Eigenart hindern und bedrohen, will der Bund eine geschlossene Abwehr entgegenstellen, indem er seine Mitglieder zu mutigen Bekennern ihrer Deutschheit erzieht. Aufklärung über Wesen und Umfang der jüdischen Gefahr erachtet er als seine Aufgabe.

Bestrebungen konfessioneller Art sind im Bunde ausgeschlossen.

§ 3. Als Mittel zur Erreichung dieses Zweckes dienen:

1. Volkstümliche und wissenschaftliche Aufklärung aller Stände durch Versammlungen und sonstige Veranstaltungen, sowie durch Herausgabe von Druckschriften.

2. Eingaben an Behörden, Körperschaften und Gesellschaften; Sammlung von Unterschriften, Förderung aller sonstigen Bestrebungen, die die Verbreitung und Betätigung deutscher Eigenart bezwecken.

3. Einhebung von Mitgliedsbeiträgen, Annahme von Spenden und Zuwendungen.

4. Anlegung und Verwaltung von besonderen Zweckvermögen (z. B. für Büchereien).

§ 4. Mitglieder können alle unbescholtenen deutschen Männer und Frauen werden, die bei der Anmeldung schriftlich versichern, daß sie deutscher (arischer) Abstammung und nicht an jüdischen Unternehmungen gewinnnehmend [sic] beteiligt sind. Die Aufnahme bedarf der Bestätigung des Bundesvorstandes, bzw. des von ihm Beauftragten, der sie ohne Angabe von Gründen ablehnen kann. Das mit dem Aufnahmegesuche zu entrichtende Eintrittsgeld beträgt 10 Kronen.

§ 5. Der Austritt kann nur am Schlusse eines Kalenderjahres erfolgen.

Ein Mitglied kann durch Beschluß des Bundesvorstandes ausgeschlossen werden:

1. Wenn es mit seinen Beiträgen länger als ein halbes Jahr im Rückstande ist und sie trotz Mahnung nicht entrichtet.

2. Wenn es gegen die Ziele des Bundes handelt oder wenn es sich herausstellt, daß die Voraussetzungen der Aufnahme (§ 4) nicht erfüllt sind.

3. Wenn es sich ehrenrühriger Handlungen schuldig macht.

4. Wenn es mit einer volksfremden Person die Ehe schließt. Die Eheschließung mit Juden zieht den Ausschluß ohne Weiteres nach sich.

Den Ausgeschlossenen oder Ausgetretenen steht ein Anspruch an das Bundesvermögen nicht zu.

[...]

## Abkürzungsverzeichnis

ABBAW	Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften
Abt.	Abteilung
ACDSA	Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
a.D.	außer Dienst
ADAV	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
AdR	Akten der Reichskanzlei
ADV	Alldeutscher Verband (1891–1894 Allgemeiner Deutscher Verband)
AG	Aktiengesellschaft
ALA	Allgemeine Anzeigen GmbH
BA	Bundesarchiv
BBA	Bergbaumuseum/Archiv Bochum
Bd.	Band
BdI	Bund der Industriellen
BdL	Bund der Landwirte
BHSTA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
Bl.	Blatt
BOB	Bayerischer Ordnungsblock
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BVP	Bayerische Volkspartei
CDI	Centralverband deutscher Industrieller
CDU	Christlich Demokratische Union
CNBLP	Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei
CSP	Christlichsoziale Partei
CSU	Christlich-Soziale Union
DAG	Deutsche Adelsgenossenschaft
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFP	Deutsch-Freisinnige Partei
DIENATAG	Dienst nationaler Tageszeitungen mbH
DKG	Deutsche Kolonialgesellschaft
DkP	Deutschkonservative Partei
DNP	Deutschnationale Partei
DNSAP	Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei

DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DÖTZ	Deutschösterreichische Tageszeitung
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DRP	Deutsche Reichspartei
DSP	Deutschsozialistische Partei
DStP	Deutsche Staatspartei
DVFB	Deutschvölkische Freiheitsbewegung
DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
DVLP	Deutsche Vaterlandspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
DvSTB	Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund
FDP	Freie Demokratische Partei
FkP	Freikonservative Partei
FVP	Fortschrittliche Volkspartei
FZH	Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg
GdVP	Großdeutsche Volkspartei
GHH	Gutehoffnungshütte
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GSTA	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin
HAPAG	Hamburg-Amerikanische Packethfahrt-Actien-Gesellschaft
HStA	Hauptstaatsarchiv
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IISHA	International Institute of Social History Amsterdam
i. R.	im Ruhestand
KG	Kommanditgesellschaft
Kgl.	Königlich
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs (1918 KPDÖ)
k.u.k.	kaiserlich und königlich
KWG	Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften
KZ	Konzentrationslager
LA	Landesarchiv
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
MAN	Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg
MSPD	Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands/Mehrheits-SPD
N/NL	Nachlass
NLP	Nationalliberale Partei
NOB	Norddeutscher Ordnungsblock
NÖLA	Niederösterreichisches Landesarchiv St. Pölten
Nr.	Nummer
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAPÖ	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Österreichs (Hitlerbewegung)



NSDAV	Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein e.V.
NSFB	Nationalsozialistische Freiheitsbewegung
NSRB	Nationalsozialistischer Rechtswahrbund
NSUB	Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OHL	Oberste Heeresleitung
OPRIBA	Ostdeutsche Privatbank AG
ÖSTA/AdR	Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik
PH	Pädagogische Hochschule
PolArchAA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
RDB	Reichsbund der Deutschen Beamten
RDI	Reichsverband der Deutschen Industrie
RFkP	Reichs- und Freikonservative Partei
RGBl	Reichsgesetzblatt
RLB	Reichslandbund
RWWA	Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv Köln
SA	Sturmabteilung (der NSDAP)
SAPD	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel (der NSDAP)
STA	Staatsarchiv
StA	Stadtarchiv
TH	Technische Hochschule
UADF	Unabhängiger Ausschuss für einen Deutschen Frieden
Ufa	Universum Film AG
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VA	Vorgangsakte
VDA	Verein für das Deutschtum im Ausland
VERA	Verlagsanstalt GmbH
VKP	Volkskonservative Partei
VKV	Volkskonservative Vereinigung
VRA	Völkischer Reichsausschuss (der DNVP)
VVVB	Vereinigte Vaterländische Verbände Bayerns
VVVD	Vereinigte Vaterländische Verbände Deutschlands
WRV	Weimarer Reichsverfassung

# Bibliographie<sup>1</sup>

## Archive

### Bundesarchiv-Berlin (BA-Berlin)

- R 43 Reichskanzlei
- R 73 Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft
- R 703 Stellvertreter des Reichskanzlers Friedrich von Payer
- R 1501 Reichsministerium des Innern
- R 1506 Reichsarchiv
- R 1507 Reichskommissar zur Überwachung der Öffentlichen Ordnung
- R 3001 Reichsjustizministerium
- R 8048 Alldeutscher Verband
- N 2089 NL Konstantin von Gebsattel
- N 2329 NL Kuno Graf Westarp
- N 2368 NL Heinrich Claß
- NS 46 NSDAP Reichstagsfraktion
- BDC Diverse

### Bundesarchiv-Koblenz (BA-Koblenz)

- N 1003 NL Leo Wegener
- N 1128 NL Adolf Hitler
- N 1231 NL Alfred Hugenberg
- N 1247 NL Reinhold Quaatz
- RM3/10316 Reichsmarineamt. Der Krieg 1914. Politische Sonderbestrebungen 1915. Vereine

Vorgangsakte zum Erwerb Nachlass Heinrich Claß (Wider den Strom II: Kleine Erwerbungen 499 F)

### Bundesarchiv/Militärarchiv-Freiburg (BA-Freiburg)

- N 239 NL Magnus von Levetzow
- N 247 NL Hans von Seeckt
- N 266 NL August von Cramon
- N 324 NL Karl von Einem

### Staatsarchiv Moskau/Sonderarchiv (STA Moskau)

- Fond 500/
- Opis 3 Reichssicherheitshauptamt Abt. II 123, Alldeutscher Verband 1932/33–1939, Bde. 567 und 569

---

<sup>1</sup> Es wurden nur Archivbestände, Zeitungen, zeitgenössischen Publikationen und Titel der Sekundärliteratur aufgeführt, die in den Fußnoten der Einleitung und der Kommentierung der jeweiligen Kapitel zitiert wurden. Werke einzelner Personen in den allgemeinen Kurzbiographien sind nicht aufgeführt, wenn nicht in einem weiteren konkreten Zusammenhang auf einzelne dieser Werke verwiesen wurde.

- National Archives Washington DC  
Census 1900, Enumeration District: 0396, Philadelphia Ward 19, 33rd Division,  
Microfilm Series T623
- Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PolArchAA)  
IA Deutschland 169 R 2558, Bd. 16375  
NL Gustav Stresemann
- Bayerisches Hauptstaatsarchiv (BHSTA)  
NL Hans Hilpert  
NL Julius F. Lehmann
- Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (GSTA)  
NL Otto Braun  
NL Otto von Feldmann  
NL Wolfgang Kapp  
NL Friedrich Solger
- Hessisches Staatsarchiv Darmstadt  
G 12 B, Nr. 919 Heinrich Claß 1891–1920
- Sächsisches Staatsarchiv Leipzig  
PP-V 4856 Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund Leipzig e.V.  
1920–1939
- Staatsarchiv Bremen (STA Bremen)  
7,21 NL Dietrich Schäfer
- Landesarchiv Schleswig-Holstein  
Abt. 384–II Deutschnationale Volkspartei
- Landesarchiv Thüringen – Staatsarchiv Altenburg  
1–95–0003 DNVP Altenburg 1918–1933
- Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaft (ABBAW)  
NL Dietrich Schäfer  
NL Eduard Meyer
- Institut für Zeitgeschichte München (IfZ München)  
ZS/A 20 NL Lutz Graf Schwerin von Krosigk
- Nationalarchiv Bayreuth  
NL Houston Stewart Chamberlain
- Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik (ÖSTA/AdR)  
Gruppe 02, Großdeutsche Volkspartei
- Kärntener Landesarchiv Klagenfurt  
Landesregierung, Präsidium, Vereine
- Niederösterreichisches Landesarchiv St. Pölten (NÖLA)  
Kanzlei L.A. I/66 Vereine  
Bezirkshauptmannschaft Amstetten, Nr. 127, XI – Vereine 1936
- Salzburger Landesarchiv  
Präsidialakten 145
- Steiermärkisches Landesarchiv Graz  
LReg 206

- Tiroler Landesarchiv Innsbruck  
LTR 1934, Abt. Ia, 13–47–XVIII-93
- Wiener Stadt- und Landesarchiv  
M.Abt. 119
- Archiv der Hansestadt Lübeck  
1.2. Neues Senatsarchiv  
NL Johann Neumann
- Stadtarchiv Dresden (StA Dresden)  
13.1. Alldeutscher Verband, Ortsgruppe Dresden und Oberelbegau
- Stadtarchiv Essen (StA Essen)  
N 625 NL Theodor Reismann-Grone
- Stadtarchiv Friedberg (StA Friedberg)  
NL August Gebhard
- Stadtarchiv Mainz (StA Mainz)  
70/754 NL Hugo von Kathen  
VOA 9/345 Finthen. Villa Claß
- Stadtarchiv Mönchengladbach (StA Mönchengladbach)  
15/13 NL Heinz Brauweiler
- Stadtarchiv Würzburg (StA Würzburg)  
Einwohnermeldebögen jüngere Reihe 1917
- Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (ACDSA)  
I-220 NL Hugo Stinnes
- Archiv Otto von Bismarck-Stiftung Friedrichsruh  
Bestand A Bd. 35
- Bergbaumuseum/Archiv Bochum (BBA)  
BBA 14 Zechenverein  
BBA 55 Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. (hierin auch NL Emil Kirdorf)
- Forschungsstelle für Zeitgeschichte (FZH)  
C11/2, 3, 4 NL Heinrich Claß „Wider den Strom II“  
412–1 Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund  
376–22 Allgemeiner Schriftwechsel Werner Jochmann 1961–1967  
und Tätigkeitsberichte der FZH 1955–1969  
NL Werner Jochmann, Bde. 33 (1949–1959), 34 (1959–1962)  
und 35 (1963–1969)
- International Institute of Social History Amsterdam (IISHA)  
NL Albert Grzesinski
- Krupp Archiv Essen  
FAH (Familienarchiv)  
WA (Werksarchiv/Unternehmensarchiv)
- Literaturarchiv Marbach  
A 83.2. NL Hans Grimm

Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen (NSUB)  
Cod. MS. R. Smend A-S NL Rudolf Smend

Privatarchiv der Freiherren Hiller von Gaertringen in Gärtringen  
NL Kuno Graf Westarp

Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv Köln (RWVA)  
NL Paul Reusch

Universitätsarchiv Freiburg  
N 12 NL Ludwig Schemann

Universitätsbibliothek Leipzig Albertina/Handschriftensammlung-Archiv  
N 243 NL Theodor Weicher

Archiv des Karlsruher Instituts für Technologie  
08/13 NL Klaus-Peter Hoepke

Privatarchiv Friedel Mathilde Barbara Dürschmidt/Wolfrathshausen  
Teilnachlass Heinrich Claß (Sammlung Johannes Leicht)

Privatarchiv Alexander Hugenberg/Lahr  
Teilnachlass Alfred Hugenberg

Privatarchiv Götz von Boehmer/Berlin  
Teilnachlass Alfred Hugenberg

### Zeitungen

Alldeutsche Blätter

Alldeutsches Tagblatt

Allgemeine Schweizerische Militärzeitung

Bergisch-Märkische Zeitung

Berliner Lokal-Anzeiger

Berliner Morgenpost

Berliner Tageblatt

B.Z. am Mittag

Der Abend. Spätausgabe des Vorwärts

Der Jungdeutsche

Der Montag

Der Nationale Sozialist

Der Reichswart

Der Panther

Der Tag

Deutsche Allgemeine Zeitung

Deutsche Zeitung

Deutscher Herold

Deutsches Tageblatt

Deutschlands Erneuerung

Deutschösterreichische Tageszeitung

Die Bewegung (Stahlhelm)

Dresdner Nachrichten

Dresdner Neueste Nachrichten  
 Frankfurter Zeitung  
 Germania  
 Großdeutschland. Alldeutsche Mitteilungen  
 Leipziger Neueste Nachrichten  
 Mainzer Anzeiger  
 Neue Berliner Zeitung  
 Neue Preußische Zeitung (Kreuzzeitung)  
 Neue Zürcher Zeitung  
 Norddeutsche Allgemeine Zeitung  
 Rheinisch-Westfälische Zeitung  
 Rote Fahne  
 Süddeutsche Zeitung  
 Tägliche Rundschau  
 Unsere Partei  
 Völkischer Beobachter  
 Vorwärts  
 Vossische Zeitung  
 Westfälische Politische Nachrichten  
 Wiesbadener Kurier

### **Zeitgenössische Publikationen und Quelleneditionen**

Adam, Lotte: Geschichte der Täglichen Rundschau, Berlin 1934.  
 Adelig, Bernhard: Sein und Werden, Offenbach 1952.  
 Adreßbuch der Stadt Essen, Essen 1912, 1915, 1923, 1930.  
 Adreßbuch der Stadt Mainz, Mainz 1872–1957/58.  
 Adreßbuch der Stadt Würzburg, Würzburg 1917–1921.  
 Adreßbuch der Stadt München und Umgebung, München 1920–1930.  
 Afflerbach, Holger (Hrsg.): Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr im Ersten Weltkrieg. Quellen aus der militärischen Umgebung des Kaisers 1914–1918, München 2005.  
 Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Scheidemann: 13.2.–20.6.1919, hrsg. von Hagen Schulze, Bd. 1, Boppard/Rhein 1971.  
 Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Stresemann I/II: 13.8.–6.10. und 6.10.–30.11.1923, hrsg. von Karl-Dietrich Erdmann/Martin Vogt, Bd. 2, Boppard/Rhein 1978.  
 Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Müller II, Bd. 2.: 28.6.1928–27.3.1930, hrsg. von Martin Vogt, Boppard/Rhein 1970.  
 Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I und II: 30.3.1930–30.5.1932, 3 Bde., hrsg. von Tilmann Koops, Boppard/Rhein 1982.  
 Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett von Papen: 1.6.–3.12.1932, 2 Bde., hrsg. von Karl-Heinz Minuth, Boppard/Rhein 1989.

- Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett von Schleicher: 3.12.1932–30.1.1933, hrsg. von Anton Golecki, Boppard/Rhein 1986.
- Alldeutscher Verband: Zwanzig Jahre alldeutscher Arbeit und Kämpfe, Leipzig 1910.
- Alldeutsches Werbe- und Merkbüchlein 1901/1902, 4. Aufl., München 1901.
- Alldeutsches Werbe- und Merkbüchlein 1902/1903, 6. Aufl., München 1902.
- Amtliche Kriegs-Depeschen, Bde. 4–8, Berlin 1918.
- Aner, Karl: Hammer oder Kreuz? – Eine Abwehr alldeutscher Denkart im Namen des Christentums. Die Volksaufklärung. Flugschriften, hrsg. von Martin Hohohm, 1. Bd., Jena 1917.
- Anonym [Ernst Hasse]: Großdeutschland und Mitteleuropa um 1950, Berlin 1895.
- Bach-Jahrbuch 21 (1924), hrsg. von Arnold Schering, Leipzig 1924.
- Bacmeister, Walter: Emil Kirdorf. Der Mann. Sein Werk, 2. Aufl., Essen 1936.
- Baden, Prinz Max von: Erinnerungen und Dokumente, Berlin/Leipzig 1927.
- Baer, Fritz E.: Putsch-Gefahr und Hochverrat. Die Geschichte einer Polizei-Aktion auf Grund amtlicher Feststellungen, Berlin 1927.
- Bang, Paul: Deutsche Wirtschaftsziele, Bad Langensalza 1926.
- Bang, Paul: Organische Wirtschaft, Bad Langensalza 1929.
- Bang, Paul: Geld und Währung, München 1932.
- Bang, Paul: (Pseudonym Paul Franz): Staat und Finanzpolitik. Grundsätzliches zum Kapitel: Reich und Staat, in Deutschlands Erneuerung (2/1917), S. 128–145.
- Bardolff, Carl Freiherr von: Soldat im alten Österreich. Erinnerungen aus meinem Leben, Jena 1938.
- Bauer, Max: Oberst Bauer. Der große Krieg in Feld und Heimat. Erinnerungen und Betrachtungen, Tübingen 1921.
- Baumgart, Winfried (Hrsg.): Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg 1909–1921. Rekonstruktion eines verlorenen Nachlasses, 2 Bde., Berlin 2021.
- Becker, Otto: Bismarck und die Aufgaben deutscher Weltpolitik, in Emil Daniels/Paul Rühlmann (Hrsg.): Am Webstuhl der Zeit. Eine Erinnerungsgabe Hans Delbrück dem Achtzigjährigem von Freunden und Schülern dargebracht, Berlin 1928, S. 103–122.
- Berliner Adreßbuch 1919, 1. Bd., Berlin 1919.
- Bernhard, Ludwig: Der Hugenberg-Konzern. Psychologie und Technik einer Großorganisation der Presse, Berlin 1928.
- Bernhardi, Friedrich von: Vom heutigen Kriege, 2 Bde., Berlin 1912.
- Bernhardi, Friedrich von: Deutschland und der nächste Krieg, 5. Aufl., Stuttgart/Berlin 1912.
- Bernhardi, Friedrich von: Eine Weltreise 1911/1912 und der Zusammenbruch Deutschlands. Eindrücke und Betrachtungen aus den Jahren 1911–1914 mit einem Nachwort aus dem Jahre 1919, Leipzig 1920.
- Bernhardi, Friedrich von: Denkwürdigkeiten aus meinem Leben, Berlin 1927.

- Bethmann Hollweg, Theobald von: Betrachtungen zum Weltkriege, Teil 2. Während des Krieges, Berlin 1921.
- Biener, Christian Gottlob: Bestimmung der kaiserlichen Machtvollkommenheit in der teutschen Reichsregierung, Leipzig 1780.
- Bischof, Hermann: Das Nothrecht der Staatsgewalt in Gesetzgebung und Regierung, historisch und dogmatisch nach allgemeinem und deutschem Recht (Archiv für das öffentliche Recht des Deutschen Bundes, Bd. III, Heft 3, hrsg. von J.T.B von Linde), Gießen 1860.
- Bismarck, Otto von: Gedanken und Erinnerungen, Stuttgart/Berlin 1928.
- Boberach, Heinz (Hrsg.): Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte der SS 1939–1945, Bd. 2, Herrsching 1984.
- Bonhard, Otto: Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Leipzig 1920.
- Bonhard, Otto (Pseudonym Otto Kernholt): Vom Ghetto zur Macht. Die Geschichte des Aufstiegs der Juden auf deutschem Boden, Leipzig/Berlin 1921.
- Bonhard, Otto (Pseudonym Otto Kernholt): Deutschlands Schuld und Sühne. Geschichtliche Betrachtungen zur Entstehung und Lösung der Judenfrage, Leipzig 1923.
- Bonhard, Otto (Pseudonym Otto Kernholt): Jüdische Geld- und Weltherrschaft?, Berlin 1926.
- Bonhard, Otto (Pseudonym Otto Kernholt): Jüdische Weltherrschaft, Berlin 1928.
- Bonhard, Philipp: Denkschrift über die innenpolitische Tätigkeit des Alldeutschen Verbandes, Berlin 1902.
- Borchmeyer, Joseph (Hrsg.): Hugenbergs Ringen in deutschen Schicksalsstunden. Tatsachen und Entscheidungen in den Verfahren zu Detmold und Düsseldorf 1949/50, Detmold 1951.
- Brammer, Karl: Verfassungsgrundlagen und Hochverrat. Beiträge zur Geschichte des neuen Deutschlands, Berlin 1922.
- Brammer, Karl: Attentäter, Spitzel und Justizrat Claß. Der Seeckt- und Harden-Prozeß, Berlin 1924.
- Brockdorff, Alexander Graf: Das Dawessystem und seine Wirkung, Langensalza 1928.
- Brockdorff, Alexander Graf: Amerikanische Weltherrschaft?, Berlin 1929.
- Brockdorff, Alexander Graf: Das Youngsystem und seine Wirkung, Langensalza 1930.
- Buchholz, Gustav: Bismarck und wir. Betrachtungen an seinem 99. Geburtstage, Leipzig 1914.
- Buchrucker, Bruno Ernst: Im Schatten Seeckts. Die Geschichte der „Schwarzen Reichswehr“, Berlin 1928.
- Bülow, Bernhard von: Denkwürdigkeiten, Bd. I: Vom Staatssekretariat bis zur Marokkokrise, Berlin 1930.
- Chamberlain, Houston Stewart: Kriegsaufsätze, München 1914.
- Chamberlain, Houston Stewart: Neue Kriegsaufsätze, 3. Aufl., München 1915.



- Chamberlain, Houston Stewart: Politische Ideale, München 1915.
- Chamberlain, Houston Stewart: Die Zuversicht, München 1915.
- Chamberlain, Houston Stewart: Ideale und Macht, München 1915.
- Chamberlain, Houston Stewart: Hammer oder Amboss, München 1916.
- Chamberlain, Houston Stewart: Der Wille zum Sieg und andere Aufsätze, München 1918.
- Chamberlain, Houston Stewart: Briefe 1882–1924 und Briefwechsel mit Kaiser Wilhelm II., Bd. 1, München 1928.
- Claß, Heinrich: Die Bilanz des neuen Kurses. Vortrag von Rechtsanwalt Claß in Mainz, Mitglied der Hauptleitung des „Alldeutschen Verbandes“, gehalten auf dem alldeutschen Verbandstag in Plauen i.V. am 12. September 1903, Berlin 1903.
- Claß, Heinrich: Die Besitzergreifung Westmarokkos. Der Anfang und die Voraussetzung praktischer deutscher Weltpolitik, Leipzig 1904.
- Claß, Heinrich: Marokko verloren? Ein Mahnruf in letzter Stunde, München 1904.
- Claß, Heinrich: Einhart. Deutsche Geschichte, Leipzig 1909.
- Claß, Heinrich: West-Marokko deutsch!, München 1911.
- Claß, Heinrich (Pseudonym Daniel Frymann): Wenn ich der Kaiser wär'. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Leipzig 1912.
- Claß, Heinrich: Denkschrift betreffend die national-, wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele des deutschen Volkes im gegenwärtigen Kriege, Mainz 1914.
- Claß, Heinrich: Zum deutschen Kriegsziel. Eine Flugschrift von Heinrich Claß, München 1917.
- Claß, Heinrich: Deutsche Geschichte von Einhart, 8. Aufl., Leipzig 1919.
- Claß, Heinrich: Einhart 1914–1919 (Sonderdruck), Leipzig 1920.
- Claß, Heinrich: Daniel Frymann. Das Kaiserbuch. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, 7. Aufl., Leipzig 1925.
- Claß, Heinrich: Führergedanken. Aus Reden und Schriften des Justizrat Heinrich Claß 1903–1913, hrsg. von Alexander Graf Brockdorff, Berlin 1932 (1915).
- Claß, Heinrich: Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich, Leipzig 1932.
- Claß, Heinrich: Einhart. Deutsche Geschichte, 19. Aufl., Leipzig 1941.
- Claß, Heinrich: Der Alldeutsche Verband, in Panther 3 (10/1915), S. 1137–1147.
- Claß, Heinrich. Volk und Krone, in Deutschlands Erneuerung 2/2 (1918), S. 81–87.
- Claß, Heinrich: Julius Friedrich Lehmann und der Alldeutsche Verband, in Deutschlands Erneuerung 19/5 (1935), S. 258–260.
- Claß-Frymann: Das Kaiserbuch, 8. Aufl., Berlin 1935.
- Conrad von Hötzendorf, Franz (Feldmarschall Conrad): Aus meiner Dienstzeit 1906–1918. Zweiter Band 1910–1912. Die Zeit des libyschen Krieges und des Balkankrieges bis Ende 1912, Wien/Berlin/Leipzig/München 1922.

- Dahlmann, Friedrich Christoph: Kleine Schriften und Reden, Stuttgart 1886.
- Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich. Mit Kommentar von Ernst Schwarz, Berlin/Heidelberg 1914.
- Der Alldeutsche Verband im Jahre 1901, hrsg. vom Alldeutschen Verband, Berlin 1902.
- Der Hitler-Prozess 1924. Wortlaut der Hauptverhandlung vor dem Volksgericht München, 4 Bde., hrsg. von Lothar Gruchmann/Reinhard Weber, München 1997.
- Der Interfraktionelle Ausschuss 1817/18, Bd. 1, hrsg. von Erich Matthias/Rudolf Morsey, Düsseldorf 1959.
- Der Sammler. Ein Unterhaltungsblatt, 18. Jg., Wien 1826.
- Deuerlein, Ernst (Hrsg.): Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld. Dienstliche Privatkorrespondenz zwischen dem Bayerischen Ministerpräsidenten Georg Graf von Hertling und dem bayerischen Gesandten in Berlin Hugo von und zu Graf Lerchenfeld 1912–1917, Bd. 2, Boppard 1973.
- Deuerlein, Ernst (Hrsg.): Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, München 1974.
- Deutscher Geschichtskalender, 33. Jg., Bd. 2.1, hrsg. von Friedrich Purlitz, Leipzig 1917.
- Deutsches Reichsgesetzblatt Band 1871, Nr. 24.
- Die Constitutionen der europäischen Staaten seit den letzten 25 Jahren in zwei Theilen, Erster Theil, hrsg. von Karl Heinrich Ludwig Pölitz, Leipzig/Altenburg 1817.
- Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919. Stenographische Berichte über die öffentliche Verhandlung des Untersuchungsausschusses, 15. Ausschuss, Bd. 1, Berlin 1920.
- Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quatz 1928–1933, hrsg. von Hermann Weiß/Paul Hoser, München 1989.
- Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914, Bde. 18– 26, Berlin 1924.
- Die Verträge über Besetzung und Räumung des Rheinlandes und die Interalliierten Rheinlandoberkommission in Coblenz, hrsg. von Werner Vogels, Berlin 1925.
- Diehl, Wolfgang: Ingelheimer Chronik 1899–1950. Auszüge aus Ingelheimer Zeitungen, Offenbach 1974.
- Domarus, Max: Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Teil 1: 1932–1934, Wiesbaden 1965.
- Dr. Carl Peters. Ein Lebensbild von Hans Traugott Schorn, Hamburg 1920.
- Duesterberg, Theodor: Der Stahlhelm und Hitler, Wolfenbüttel/Hannover 1949.
- Ehrhardt, Kapitän [Hermann]: Abenteuer und Schicksale, Berlin 1924.
- Eiffe, Carl Caesar: Zwei Millionen Deutsche in Russland. Rettung oder Untergang, München 1915.
- Eiffe, Carl Caesar: Was soll nach dem Kriege aus den zwei Millionen unserer deutschen Brüder in Rußland werden? München 1915.

- Eigenbrodt, August: Bismarck und seine Zeit, Leipzig 1912.
- Eigenbrodt, August: Berliner Tageblatt und Frankfurter Zeitung in ihrem Verhalten zu den nationalen Fragen 1887–1914. Ein geschichtlicher Rückblick, 4. Aufl., Berlin 1917.
- Einem, Günther von: Otto von Below. Ein deutscher Heerführer, München 1929.
- Einem, Karl von: Erinnerungen eines Soldaten 1853–1933, Leipzig 1933.
- Einwohnerbuch der Stadt Elberfeld 1926, Elberfeld 1926.
- Emil Kraepelin Edition. Bd. 7. Kraepelin in München II (1914–1921), hrsg. von Wolfgang Burgmair/Eric J. Engstrom/Matthias M. Weber, München 2009.
- Erzberger, Matthias: Erlebnisse im Weltkrieg, Stuttgart/Berlin 1920.
- Falkenhayn, Erich von: Der Feldzug der 9. Armee gegen die Rumänen und Russen 1916/17, Berlin 1921.
- Faust, Anselm/Bernd A. Rusineck (Hrsg.): Lageberichte rheinischer Gestapostellen, Bd.1: 1934, Düsseldorf 2012.
- Faust, Anselm/Bernd A. Rusineck (Hrsg.): Lageberichte rheinischer Gestapostellen, Bd. 2/I.: Januar–Juni 1935, Düsseldorf 2014.
- Faust, Anselm/Bernd A. Rusineck (Hrsg.): Lageberichte rheinischer Gestapostellen, Bd. 2/II.: Juli–Dezember 1935, Düsseldorf 2015.
- Faust, Anselm/Bernd A. Rusineck (Hrsg.): Lageberichte rheinischer Gestapostellen, Bd. 3: Januar–März 1936, Düsseldorf 2016.
- Feder, Gottfried: Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundlagen, München 1927.
- Forstner, Georg Günther: Die Marine-Meuterei, Berlin 1919.
- Frantz, Rudolf: Der Feldzug gegen Rumänien, in Max Schwarte (Hrsg.): Der große Krieg 1914–1918, Bd. 2, Leipzig 1923, S. 584–673.
- Freksa, Friedrich: Kapitän Ehrhardt. Abenteuer und Schicksale, Berlin 1924.
- Freytag, Gustav: Die Ahnen. 2. Abtheilung. Das Nest der Zaunkönige, Leipzig 1873.
- Friedensburg, Ferdinand: Lebenserinnerungen, Frankfurt/M. 1969.
- Fröhlich, Elke (Hrsg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, Teil 1, Aufzeichnungen 1924–1941, Bd. 1, 27.6.1924–31.12.1930, München 1987.
- Fröhlich, Elke (Hrsg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 1/III, Juni 1928–November 1929, München 2004.
- Fröhlich, Elke (Hrsg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 2/II, Juni 1931–September 1932, München 2004.
- Fröhlich, Elke (Hrsg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 2/III, Oktober 1932–März 1934, München 2004.
- Fünfundzwanzig Jahre deutscher Zeitgeschichte 1872–1897, hrsg. von der Redaktion des Berliner Tageblatts, Berlin 1897.
- Geschichte der Frankfurter Zeitung 1856–1906, hrsg. vom Verlag der Frankfurter Zeitung, Frankfurt/M. 1906.
- Gesetzsammlung für die Königlich-Preußischen Staaten, Berlin 1851.

- Gillmann, Sabine/Hans Mommsen (Hrsg.): Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers, Bd. 1, München 2003.
- Görlitz, Walter (Hrsg.): Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts Admiral Georg Alexander von Müller 1914–1918, Göttingen 1959.
- Gothaisches genealogisches Taschenbuch der briefadeligen Häuser, Bd. 7, Gotha 1913.
- Großherzoglich-Hessisches Regierungsblatt 1894–1920.
- Gumbel, Emil Julius: Vier Jahre politischer Mord, Berlin 1922.
- Handbuch des Alldeutschen Verbandes, 11. Aufl., München 1908.
- Handbuch des Alldeutschen Verbandes, 16.–22. Aufl., München/Mainz 1913–1918.
- Handbuch des öffentlichen Lebens. Staat, Politik, Wirtschaft, Verkehr, Kirche, Presse, Bd. 5, hrsg. von Maximilian Müller-Jabusch, Leipzig 1929.
- Hartz, Gustav: Irrwege der deutschen Sozialpolitik und der Weg zur sozialen Freiheit, Berlin 1928.
- Hartz, Gustav: Neue Wege in der deutschen Sozialpolitik, Bad Langensalza 1929.
- Hasse, Ernst: Die Besiedelung des deutschen Volksbodens, München 1905.
- Heiber, Helmut (Hrsg.), Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26, Stuttgart 1960.
- Heiden, Konrad: Adolf Hitler, Bd. 1, 2. Aufl., Zürich 1946 [1935].
- Heinz, Friedrich Wilhelm: Die Nation greift an. Geschichte und Kritik des soldatischen Nationalismus, Berlin 1933.
- Hertling, Karl von: Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters, Freiburg 1919.
- Heß, Wolf Rüdiger (Hrsg.): Rudolf Heß. Briefe 1908–1933, München 1987.
- Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. IV, Von der Reichstagswahl bis zur Reichspräsidentenwahl Oktober 1930 bis März 1932, Teil 2, Juli 1931 bis Dezember 1931, hrsg. von Christian Hartmann, München 1996.
- Hitler. Mein Kampf. Eine kritische Edition, hrsg. von Christian Hartmann u. a., 2 Bde., München/Berlin 2016.
- Hitler, Adolf: Mein Kampf, 85–94. Aufl., München 1934.
- Hitler, Adolf: Warum mußte ein 8. November kommen?, in Deutschlands Erneuerung 8 (April 1924), S. 199–207.
- Hopfen, Otto Helmut: Heinrich von Kleist. Ein Dichterleben in fünf Akten, Dresden 1900.
- Hopfen, Otto Helmut: Die Räuber von Mallow und andere Erzählungen aus der Fremde, Berlin 1909.
- Hopfen, Otto Helmut: Verdorben zu Berlin. Roman, Breslau 1914.
- Hopfen, Otto Helmut: Kriegslehren zur äußeren Politik, Berlin 1917.

- Hubatsch, Walther: Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966.
- Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 3. Deutsche Verfassungsdokumente 1900–1918, 3. Aufl., Stuttgart 1990.
- Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VIII, Stuttgart 1990.
- Hürter, Johannes (Hrsg.): Paul von Hintze. Marineoffizier, Diplomat, Staatssekretär. Dokumente einer Karriere zwischen Militär und Politik 1903–1918, München 1998.
- Hugenberg, Alfred: Streiflichter aus Vergangenheit und Gegenwart, Berlin 1927.
- Hugenberg, Alfred: Klare Front zum Freiheitskampf (Rede auf dem 9. Parteitag der DNVP), Berlin 1929.
- Hugenberg, Alfred: Hugenbergs innerpolitisches Programm (Rede auf dem 10. Parteitag der DNVP), Berlin 1931.
- Hugenberg, Alfred: Hugenbergs weltwirtschaftliches Programm (Rede auf dem 10. Parteitag der DNVP), Berlin 1931.
- Hugenberg, Alfred: Entschuldung der Landwirtschaft. Das Hugenberg-Programm. Gesetzentwurf und erläuternde Aufsätze, Berlin 1931.
- Ilseman, Sigurd von: Der Kaiser in Holland: Aufzeichnungen des letzten Flügeladjutanten Kaiser Wilhelms II. Bd. 2. Monarchie und Nationalsozialismus 1924–1941, hrsg. von Harald von Koenigswald, München 1968.
- Jahresberichte des Kgl. Alten Gymnasiums Würzburg 1917/18, Würzburg 1918.
- Jahresberichte des Kgl. Alten Gymnasiums Würzburg 1918/19, Würzburg 1919.
- Jahresberichte des Kgl. Alten Gymnasiums Würzburg 1919/20, Würzburg 1920.
- Jhering, Rudolf von Jhering: Der Geist des römischen Rechts auf den verschiedenen Stufen seiner Entwicklung, Teil 1, Leipzig 1852.
- Jhering, Rudolf von Jhering: Der Geist des römischen Rechts auf den verschiedenen Stufen seiner Entwicklung, Teil 2, 2 Abteilungen, Leipzig 1854 und 1858.
- Jhering, Rudolf von Jhering: Der Geist des römischen Rechts auf den verschiedenen Stufen seiner Entwicklung, Teil 3, 2 Abteilungen, Leipzig 1865.
- Jhering, Rudolf von: Der Kampf im Recht [1872], in Ders.: Recht und Sitte, München 1924, S. 7–61.
- Jhering, Rudolf von: Der Zweck im Recht, 2 Bde., Leipzig 1877 und 1883.
- Joseph Roth. Werke. Band 2. Das journalistische Werk 1924–1928, hrsg. von Fritz Hackert/Klaus Westermann, Köln 2009.
- Kapferer: Art. „Nothrecht“, in Staatslexikon der Görres-Gesellschaft, 3. Bd., Freiburg 1894, S. 1493–1502.
- Kapp, Wolfgang: Die nationalen Kreise und der Reichskanzler, Handschrift 1916.
- Katechismus der Deutschen Vaterlandspartei (Schriften der Deutschen Vaterlandspartei Nr. 2), Berlin 1917.
- Kautsky, Karl (Hrsg.): Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, hrsg. von Max Montgelas/Walter Schücking, Bd. 1, Berlin 1919.

- Keim, August: Die Schuld am Weltkriege, Berlin 1919.
- Keim, August: Erlebtes und Erstrebtes, 1925.
- Killinger, Manfred von: Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben, München 1934.
- Kirdorf, Emil: Erinnerungen, Düsseldorf 1930.
- Kohl, Horst (Hrsg.): Die politischen Reden des Fürsten Bismarck 1847–1897, Bd. 11, Stuttgart 1894.
- Könnemann, Erwin/Gerhard Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch. Dokumente, München 2002.
- Kriegk, Otto: Hugenberg, Leipzig 1932.
- Kühlmann, Richard von: Erinnerungen, Heidelberg 1949.
- Kürschners Jahrbuch 1914. Geographisch-statistisches Handbuch und Verkehrs-Lexikon, Berlin/Leipzig 1914.
- Kurt Riezler. Tagebücher. Aufsätze. Dokumente, hrsg. von Karl Dietrich Erdmann, Neuauflage eingeleitet von Holger Afflerbach, Göttingen 2008 [1972].
- Lehmann, Melanie (Hrsg.): Verleger J. F. Lehmann. Lebensbild und Briefe, München 1935.
- Liebert, Eduard von: Aus einem bewegten Leben, München 1925.
- Liebig, Hans von: Die Politik von Bethmann Hollweg. Eine Studie. Teil 1: Das B-System vor dem Kriege. Teil 2: Das B-System im Kriege, (Handschrift) 1915.
- Liebig, Hans von: Die Politik von Bethmann Hollweg. Eine Studie, 3 Teile, München 1919.
- Liebig, Hans von: Erzberger als Staatsmann und Werkzeug, München 1919.
- Longert, Wilhelm/Paul Bang: Die Grundgedanken der Werksgemeinschaft, Bad Langensalza 1927.
- Longert, Wilhelm/ Paul Bang: Aus der Praxis der Werksgemeinschaft, Bad Langensalza 1929.
- Ludendorff, Erich: Meine Kriegserinnerungen 1914–1918, Berlin 1919.
- Ludendorff, Erich: Vernichtung der Freimaurerei durch Enthüllung ihrer Geheimnisse, München 1927.
- Ludendorff, Erich: Auf dem Weg zur Feldherrenhalle, München 1937.
- Ludendorff, Erich: Vom Feldherrn zum Weltrevolutionär und Wegbereiter deutscher Volksschöpfung. Meine Lebenserinnerungen von 1919 bis 1925, München 1940.
- Ludendorff, Erich (Hrsg.): Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18, Berlin 1920.
- Luetgebrune, Walter: Wahrheit und Recht für Feme, Schwarze Reichswehr und Oberleutnant Schulz, München 1928.
- Maurenbrecher, Max: Die Hohenzollern-Legende. Kulturbilder aus der preußischen Geschichte vom 12. bis zum 20. Jahrhundert, Berlin 1905.
- Michaelis, Georg: Für Volk und Staat. Eine Lebensgeschichte, Berlin 1922.

- Mommsen, Theodor: Römische Geschichte, 3 Bde., Leipzig 1854–1856.
- Mordacq, Jean Jules Henri: Le ministère Clemenceau. Journal d'un témoin, Bd. II (Mai 1918–11 Novembre 1918), Paris 1930.
- Müller, Karl Alexander von: Im Wandel einer Welt. Erinnerungen Band drei 1919–1932, München 1966.
- Mushake's Deutsche Schul-Kalender. XXVI. Jg, 2 Theil, Historisch-statistische und Personal-Nachrichten, Leipzig 1877.
- Niemann, Alfred: Revolution von oben – Umsturz von unten. Entwicklung und Verlauf der Staatsumwälzung in Deutschland 1914–1918, Berlin 1927.
- Oberföhren, Ernst: Auf zur Opposition!, Berlin 1928.
- Oberföhren, Ernst: Zum Freiheitsgesetz!, Rede am 9. Dezember 1929, Berlin 1929.
- Oberföhren, Ernst: Kampfprogramm der Deutschnationalen Volkspartei. Rede am 17. Oktober 1930, Berlin 1930.
- Oberföhren, Ernst: Kriegserklärung an das System Brüning!, Berlin 1931.
- Oldenburg-Januschau, Elard von: Erinnerungen, Leipzig 1936.
- Payer, Friedrich von: Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder, Frankfurt/M. 1923.
- Peters, Carl: Lebenserinnerungen, Hamburg 1918.
- Peters, Carl: Gesammelte Schriften, 3 Bde., hrsg. von Walter Frank, München/Berlin 1943–1944.
- Pichl, Eduard (Pseudonym Herwig): Georg Schönerer und die Entwicklung des Alldeutschtums in der Ostmark. Ein Lebensbild, 4 Bde., Wien 1912–1923.
- Pichl, Eduard: Georg Schönerer, herausgegeben mit Unterstützung des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland, 6 Bde. (3 Doppelbände), Oldenburg/Berlin 1938.
- Pichl, Eduard: Georg Ritter von Schönerer. Volksausgabe, Wien 1940.
- Pohl, Robert (Hrsg.): Bei Flitsch und am Grappa, Wien 1927.
- Prade, Heinrich: Die Behandlung der nationalen Minderheiten und die Lage des Deutschtums in Böhmen, München 1896.
- Pretzell, Richard: Hie Alldeutsch, Stettin 1918.
- Preußen contra Reich vor dem Staatsgerichtshof, Berlin 1933.
- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 14.–20.10.1917 in Würzburg, Berlin 1917.
- Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921, Bd. 1 [7.11.1912–26.6.1917], hrsg. von Dieter Dowe, Berlin/Bonn 1980.
- Quaatz, Reinhold: Sicherheit und Wirtschaft bei der Reichsbahn, Berlin 1929.
- Quaatz, Reinhold/Paul Bang (Hrsg.): Das deutschnationale Freiheits-Programm, Berlin 1932.
- Rabenau, Friedrich von: Hans von Seeckt. Aus seinem Leben 1918–1936, Leipzig 1940.

- Rasch, Manfred (Hrsg.): August Thyssen und Heinrich Thyssen-Bornemisza. Briefe einer Industriellenfamilie 1919–1926, Essen 2010.
- Reibel, Carl-Wilhelm: Handbuch der Reichstagswahlen 1890–1918. Bündnisse, Ergebnisse, Kandidaten, 2 Bde., Düsseldorf 2007.
- Reichsgesetz vom 7. Mai 1874 über die Presse mit Erläuterungen, München 1874.
- Reichs-Gesetzblatt 1901, 1919, 1923, 1932.
- Reichsgesetzblatt Nr. 142 (Habsburgisches Vereinsgesetz vom 15.11.1867).
- Reichsgesetzblatt Österreich Nr. 160 (1936).
- Reismann-Grone, Theodor: Die slawische Gefahr in der Ostmark, München 1899.
- Reismann-Grone, Theodor: Der Erdenkrieg und die Alldeutschen, Mühlheim/Ruhr 1919.
- Reismann-Grone, Theodor/Eduard von Liebert: Überseepolitik oder Festlandspolitik?, München 1905.
- Reuter, Fritz: Die Exportmöglichkeiten der deutschen Maschinenindustrie. Mit einem Vorwort von Ludwig Bernhard, Berlin 1924.
- Ribbe, Wolfgang (Hrsg.): Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Brandenburg und die Reichshauptstadt Berlin 1933 bis 1936, Teil 1: Der Regierungsbezirk Potsdam, Köln/Weimar/Wien 1998.
- Rieder, Josef: Behandlung der Eklampsie und ihre Erfolge, Diss. Universität Heidelberg 1927.
- Roth, Alfred: Aus der Kampfzeit des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, Hamburg 1939.
- Rupieper, Hermann-Josef/Alexander Sperk (Hrsg.): Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei zur Provinz Sachsen 1933–1936, Bd. 1: Regierungsbezirk Magdeburg, Halle/Saale 2003.
- Rupieper, Hermann-Josef/Alexander Sperk (Hrsg.): Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei zur Provinz Sachsen 1933–1936, Bd. 2: Regierungsbezirk Merseburg, Halle/Saale 2004.
- Rupieper, Hermann-Josef/Alexander Sperk (Hrsg.): Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei zur Provinz Sachsen 1933–1936, Bd. 3: Regierungsbezirk Erfurt, Halle/Saale 2006.
- Ruppel, Hans Georg/Birgit Groß (Hrsg.): Hessische Abgeordnete 1820–1933, Darmstadt 1980.
- Schäfer, Dietrich: Das deutsche Volk und der Osten, in *Der Panther* (4/1915), S. 408–420.
- Schäfer, Dietrich: Bismarck. Ein Bild seines Lebens und Wirkens, 2 Bde., Berlin 1917.
- Schäfer, Dietrich: Die Vereinigten Staaten als Weltmacht, Berlin 1917.
- Schäfer, Dietrich: Deutsche Geschichte, 2 Bde., 9. Aufl., Jena 1922.
- Schäfer, Dietrich: Mein Leben, Berlin/Leipzig 1926.
- Scheidemann, Philipp: Der Zusammenbruch, Berlin 1921.



- Schemann, Ludwig: Lebenserfahrungen eines Deutschen, Leipzig 1925.
- Schlabrendorff, Fabian von: Begegnungen aus fünf Jahrzehnten, 2. Aufl., Tübingen 1979.
- Schmidt(-Hannover), Otto: Umdenken oder Anarchie, Göttingen 1959.
- Schmitt, Carl: Die Diktatur. Von den Anfängen des modernen Souveränitätsgedankens bis zum proletarischen Klassenkampf, München 1921 (hier 8. Aufl., Berlin 2015).
- Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, N.F. 33, Jg. 1917, Tl. 1, hrsg. von Wilhelm Stahl, München 1920.
- Schwertfeger, Bernhard (Hrsg.): Kaiser und Kabinettschef. Nach eigenen Aufzeichnungen und dem Briefwechsel des Wirklich Geheimen Rats Rudolf von Valentini, Oldenburg 1931.
- Severing, Carl: 1919/1920. Im Wetter und Watterwinkel, Bielefeld 1927.
- Sontag, Franz (Pseudonym Junius Alter): Das Reich auf dem Weg zur geschichtlichen Episode. Eine Studie Bethmann Hollweg'scher Politik in Skizzen und Umrissen, München 1919.
- Sperl, August: Die Söhne des Herrn Budiwoj. Eine Dichtung, 2 Bde., München 1896.
- Sperlings Zeitschriften-Adreßbuch, 49. Ausg., Stuttgart 1915.
- Sperlings Zeitschriften-Adreßbuch, 61. Ausg., Stuttgart 1939.
- Spethmann, Hans: Die rote Armee an Ruhr und Rhein. Aus den Kapp-Tagen, Berlin 1930.
- Staatsgesetzblatt für Österreich, Jahrgang 1920.
- Staatslexikon der Görres-Gesellschaft, 3. Bd., hrsg. von Adolf Bruder Freiburg 1894.
- Starhemberg, Ernst Rüdiger: Memoiren, Wien/München 1971.
- Stenographische Berichte des Preußischen Landtags, Bd. 1, 1886.
- Thaer, Albrecht von: Generalstabsdienst an der Front und in der O.H.L. Aus Briefen und Tagebuchaufzeichnungen 1915–1919, hrsg. von Siegfried A. Kaehler, Göttingen 1958.
- Theodor Thomsen: Einige Kapitel zur auswärtigen Politik, Berlin 1915.
- Tirpitz, Alfred: Erinnerungen, Leipzig 1919.
- Tirpitz, Alfred: Politische Dokumente, Bd. 2. Deutsche Ohnmachtspolitik im Ersten Weltkrieg, Hamburg/Berlin 1926.
- Treuner, Gustav: Das Gesetz betreffend Werksgemeinschaft und Selbstverwaltung der Wirtschaft, München 1929.
- Universität Berlin, Vorlesungsverzeichnis Wintersemester 1928/29, Berlin 1928.
- Universität Berlin, Vorlesungsverzeichnis Sommersemester 1929, Berlin 1929.
- Vaterlands-Jahrbuch 1919, hrsg. von Deutsche Vaterlands-Partei, Berlin o.D.
- Verhandlungen, Mitteilungen und Berichte des Centralverbandes deutscher Industrieller, Nr. 129, 4.–5.6.1914, Berlin 1914.

- Verhandlungen, Mitteilungen und Berichte des Centralverbandes deutscher Industrieller, Nr. 130, 19. und 25.10.1916, Berlin 1916.
- Verhandlungen, Mitteilungen und Berichte des Centralverbandes deutscher Industrieller, Nr. 131, 12.7.1918, Berlin 1918.
- Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtags, Beilagen, Bd. 1236, 1915/1916.
- Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 326, Berlin 1920.
- Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte, Bd. 332, Berlin 1920.
- Verhandlungen des Hauptausschusses des Reichstags 1915–1918, 1.–45. Sitzung, Bd. 1, Düsseldorf 1981.
- Verhandlungen des Reichstags, XIII. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 306, Berlin 1916.
- Verhandlungen des Reichstags, XIII. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 307, Berlin 1916.
- Verhandlungen des Reichstags, XIII. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 308, Berlin 1916.
- Verhandlungen des Reichstags, XIII. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 309, Berlin 1917.
- Verhandlungen des Reichstags, XIII. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 310, Berlin 1917.
- Verhandlungen des Reichstags, XIII. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 311, Berlin 1918.
- Verhandlungen des Reichstags. XIII. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 313, Berlin 1918.
- Verhandlungen des Reichstags. XIII. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 314, Berlin 1919.
- Verhandlungen des Reichstags, XIII. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 321, Berlin 1914/18.
- Verhandlungen des Reichstags, III. Wahlperiode 1924, Bd. 394, Berlin 1928.
- Verhandlungen des Reichstags, III. Wahlperiode 1924, Bd. 402, Berlin 1925.
- Verhandlungen des Reichstags, IV. Wahlperiode 1928, Bd. 427, Berlin 1930.
- Verhandlungen des Reichstags, IV. Wahlperiode 1928, Bd. 430, Berlin 1928.
- Vietinghoff-Scheel, Leopold: Grundzüge des völkischen Staatsgedankens, Berlin 1924.
- Vietinghoff-Scheel, Leopold: Vom Wesen und Aufbau des völkischen Staates, Berlin 1933.
- Vorgeschichte des Waffenstillstandes. Amtliche Urkunden, hrsg. im Auftrage des Reichsministeriums von der Reichskanzlei, Berlin 1919.
- Wagner, Hans: Ein Schlußwort zur Affäre Liebert, in *Der Lotse* 1/31 (4.5.1901), S. 155–158.

- Weiß, Hermann/Paul Hoser (Hrsg.): Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928–1933, München 1989.
- Westarp, Kuno Graf: Die Regierung des Prinzen Max von Baden und die Konservative Partei, Berlin 1921.
- Westarp, Kuno Graf: Konservative Politik im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, 2 Bde., Berlin 1935.
- Woodrow Wilson: Memoiren und Dokumente über den Vertrag von Versailles anno MCMXIX, Bd. 3, hrsg. von R. St. Baker, Leipzig 1923.

### Sekundärliteratur

- Ackerl, Isabella: Das Kampfbündnis der NSDAP mit der Großdeutschen Volkspartei vom 15. Mai 1933, in Ludwig Jedlicka/Rudolf Neck (Hrsg.): Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938, Wien 1975, S. 121–128.
- Ackermann, Jens P.: Die Geburt des modernen Propagandakrieges im Ersten Weltkrieg. Dietrich Schäfer. Gelehrter und Politiker, Frankfurt/M. 2004.
- Afflerbach, Holger: Falkenhayn. Politisches Handeln und Denken im Kaiserreich, München 1996.
- Afflerbach, Holger: Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg, Wien/Köln/Weimar 2002.
- Aicher, Martina: Deutschösterreichische Tageszeitung, in Wolfgang Benz (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Bd. 6, München 2013, S. 146–148.
- Altendorfer, Otto: Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei 1888–1945, München 1993.
- Altenhöner: Kommunikation und Kontrolle. Gerüchte und städtische Öffentlichkeiten in Berlin und London 1914/18, München 2008.
- Anderson, Margaret: Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany, Princeton 2000.
- Angelow, Jürgen: Kalkül und Prestige. Der Zweibund am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Köln/Weimar/Wien 2000.
- Angröss, Werner T.: The German Army's „Juden­zählung“ of 1916. Genesis-Consequences-Significance, in Leo-Baeck-Yearbook 23 (1978), S. 117–138.
- Armbruster, Jan: Edmund Robert Forster (1878–1933). Lebensweg und Werk eines deutschen Neuropsychiaters, Husum 2006.
- Armbruster, Jan: Die Behandlung Adolf Hitlers im Lazarett Pasewalk 1918. Historische Mythenbildung durch einseitige bzw. spekulative Pathographie, in Journal für Neurologie, Neurochirurgie und Psychiatrie. Zeitschrift für Erkrankungen des Nervensystems 10/4 (2009), S. 18–23.
- Auerbach, Hellmut: Hitlers politische Lehrjahre und die Münchner Gesellschaft 1919–1923, in Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25 (1977), S. 1–44.
- Bade, Klaus J.: Friedrich Fabri und der Imperialismus in der Bismarckzeit. Revolution – Depression – Expansion, Freiburg 1975.

- Barth, Boris: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933, Düsseldorf 2003.
- Basler, Werner: Deutschlands Kriegszielpolitik 1914–1918, Diss. Kiel 1951.
- Basler, Werner: Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914–1918, Berlin/Ost 1962.
- Bauer, Kurt: Nationalsozialismus, Köln/Weimar/Wien 2008.
- Bauer, Kurt: Hitlers zweiter Putsch. Dollfuß, die Nazis und der 25. Juli 1934, St. Pölten/Salzburg/Wien 2014.
- Bauer, Kurt: Das deutschnationale Lager zu Beginn der Ersten Republik, in Helmut Konrad/Wolfgang Maderthaner (Hrsg.): Das Werden der Ersten Republik, Bd. 1, Wien 2008, S. 261–280.
- Baumgart, Winfried: Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Wien/München 1966.
- Beck, Hermann: The Fatefull Alliance. German Conservatives and Nazis in 1933, Oxford/New York 2010.
- Becker, Bert: Georg Michaelis. Preußischer Beamter, Reichskanzler, christlicher Reformier 1857–1936, Paderborn 2007.
- Becker, Winfried (Hrsg.): Georg von Hertling 1843–1919, Paderborn 1993.
- Becker, Winfried (Hrsg.): Frederic von Rosenberg. Korrespondenzen und Akten des deutschen Diplomaten und Außenministers 1913–1937, München 2011.
- Berg, Manfred: Woodrow Wilson. Amerika und die Neuordnung der Welt, München 2017.
- Berghahn, Volker: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935, Düsseldorf 1966.
- Berghahn, Volker: Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer imperialistischen Krisenstrategie unter Wilhelm II., Düsseldorf 1971.
- Berghahn, Volker/Simone Lässig: Biography between Structure and Agency. Central European Lives in International Historiography, New York 2008.
- Bermbach, Udo: Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung. der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18 und die Parlamentarisierung der Reichsregierung, Wiesbaden 1967.
- Bermbach, Udo: Houston Stewart Chamberlain. Wagners Schwiegersohn – Hitlers Vordenker, Stuttgart/Weimar 2015.
- Bieber, Hans-Joachim: Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland, 2 Bde., Hamburg 1981.
- Bihl, Wolfdieter: Die Kaukasus-Politik der Mittelmächte, Wien 1975.
- Bihl, Wolfdieter: Der Erste Weltkrieg 1914–1918, Köln/Weimar 2010.
- Bischoff, Sebastian: Kriegsziel Belgien. Annexionsdebatten und nationale Feindbilder in der deutschen Öffentlichkeit, Münster 2018.
- Bock, Gisela: Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1986.
- Bock, Gisela/Daniel Schönpflug (Hrsg.): Friedrich Meinecke in seiner Zeit, Stuttgart 2006.

- Boeckh, Katrin: Von den Balkankriegen zum Ersten Weltkrieg, München 1996.
- Bölling, Rainer: Volksschullehrer und Politik. Der Deutsche Lehrerverein 1918–1933, Göttingen 1978.
- Bösch, Frank: Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen 1900–1960, Göttingen 2002.
- Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtzerfalls, Düsseldorf 1984 [1955].
- Brakelmann, Günter: Der deutsche Protestantismus im Epochenjahr 1917, Witten 1974.
- Breuer, Stefan: Ordnungen der Ungleichheit. Die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871–1945, Darmstadt 2001.
- Breuer, Stefan: Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik, Darmstadt 2008.
- Brewka, Siegfried: Zentrum und Sozialdemokratie in der bayerischen Kammer der Abgeordneten 1893–1914, Frankfurt/M. 1996.
- Broberg von Seggern, Christina: The Alldutsche Verband and the German Nationalstaat, Ph.D. Minnesota 1974.
- Broszat, Martin: Die antisemitische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich, Diss. Köln 1952.
- Bruendel, Steffen: Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin 2003.
- Büttner, Ursula (Hrsg.): Das Unrechtsregime. Internationale Forschung zum Nationalsozialismus (Festschrift für Werner Jochmann), 2 Bde., Hamburg 1986.
- Büttner, Ursula: Werner Jochmann – Ein Rückblick zum zehnten Todestag, in Zeitgeschichte in Hamburg. Nachrichten aus der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, 2004 (2005), S. 11–13.
- Büttner, Ursula: Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933, Stuttgart 2008.
- Bukey, Evan B.: Hitler's Hometown. Linz 1908–1945, Bloomington 1986.
- Bukey, Evan B.: The Nazi Party in Linz 1919–1939. A Sociological Perspective, in German Studies Review 1 (3/1978), S. 302–326.
- Burkert, Günther: Der Landbund für Österreich, in Emmerich, Tálos/Herbert Dachs/Ernst Hainisch/Anton Staudinger (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreich. Erste Republik 1918–1933, Wien 1995, S. 207–217.
- Burz, Ulrich: Die nationalsozialistische Bewegung in Kärnten 1918–1933, Klagenfurt 1998.
- Busshoff, Ulrich: Das Dollfuß-Regime in Österreich in geistesgeschichtlicher Perspektive, Berlin 1968.
- Bussiek, Dagmar: Die Neue Preußische Kreuzzeitung 1848–1892, Münster 2003.
- Carsten, Francis L.: The Reichswehr and Politics 1918 to 1933, Berkeley/London 1973 [1966].
- Carsten, Francis L.: Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler, München 1978.
- Cavallie, James: Ludendorff und Kapp in Schweden. Aus dem Leben zweier Verlierer, Frankfurt/M. 1995.

- Cecil, Lamar: Albert Ballin. Business and Politics in Imperial Germany 1888–1918, New Jersey 1967.
- Chamberlain, Brewster Searing: The Enemy on the Right. The „Alldeutsche Verband“ in the Weimar Republic 1918–1926, Diss. University of Maryland 1972.
- Chamberlain, Brewster Searing: The Pan-German League in Austria, in *Studies in Modern European History and Culture* (2/1977), S. 37–74.
- Chamberlain, Brewster Searing: Der Attentatsplan gegen Seeckt 1924, in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 25 (1977), S. 425–440.
- Chickering, Roger: *We Men Who Feel Most Germany. A Cultural History of the Pan-German League 1884–1914*, Boston 1984.
- Chickering, Roger: *Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg*, München 2002.
- Chickering, Roger: Der Deutsche Wehrverein und die Reform der deutschen Armee, in Ders.: *Krieg, Frieden und Geschichte*, Stuttgart 2007, S. 31–64.
- Clark, Christopher: *Sleepwalkers. How Europe Went to War in 1914*, London 2013.
- Coetzee, Marilyn Shevin: *The German Army League. Popular Nationalism in Wilhelmine Germany*, New York/Oxford 1990.
- Cornelißen, Christoph: Das Kieler Historische Seminar in den NS-Jahren, in Ders./Carsten Mish (Hrsg.): *Wissenschaft an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus*, Essen 2009, S. 229–252.
- Cornwall, Mark: Morale and Patriotism in the Austro-Hungarian Army 1914–1918, in John Horne (Hrsg.): *State, Society, and Mobilization in Europe during the First World War*, Cambridge 2007, S. 223–240.
- Dahlmann, Dieter: *Hundert Jahre Osteuropäische Geschichte*, Stuttgart 2005.
- de Taillez, Felix: *Zwei Bürgerleben in der Öffentlichkeit. Die Brüder Fritz Thyssen und Heinrich Thyssen-Bornemisza*, Paderborn 2017.
- Deist, Wilhelm: Zur Institution des Militärbefehlshabers und Obermilitärbefehlshabers im Ersten Weltkrieg, in *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 13/14 (1965), S. 222–240.
- Deist, Wilhelm: Armee und Arbeiterschaft 1905–1918, in Ders.: *Militär, Staat und Geschichte. Studien zur preußisch-deutschen Militärgeschichte*, München 1991, S. 83–102.
- Deist, Wilhelm: Voraussetzung innenpolitischen Handelns des Militärs im Ersten Weltkrieg, in Ders.: *Militär, Staat und Gesellschaft. Studien zur preußisch-deutschen Militärgeschichte*, München 1991, S. 103–152.
- Deist, Wilhelm: Zensur und Propaganda in Deutschland während des Ersten Weltkrieges, in Ders.: *Militär, Staat und Gesellschaft. Studien zur preußisch-deutschen Militärgeschichte*, München 1991, S. 153–163.
- Deist, Wilhelm: Verdeckter Militärstreik im Kriegsjahr 1918?, in Wolfram Wette (Hrsg.): *Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten*, München 1992, S. 146–167.
- Dietz, Andreas: *Das Primat der Politik in kaiserlicher Armee, Reichswehr, Wehrmacht und Bundeswehr*, Tübingen 2011.

- Diziol, Sebastian: „Deutsche, werdet Mitglieder des Vaterlandes!“ Der Deutsche Flottenverein 1898–1934, 2 Bde., Kiel 2015.
- Dörr, Manfred: Die Deutschnationale Volkspartei 1925 bis 1928, Diss. Marburg 1964.
- Dostal, Thomas: Die Großdeutsche Volkspartei, in Emmerich Tálos/Herbert Dachs/Ernst Hanisch/Anton Staudinger (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreich. Erste Republik 1918–1933, Wien 1995, S. 195–206.
- Dostal, Thomas: Das „braune Netzwerk“ in Linz. Die illegalen nationalsozialistischen Aktivitäten zwischen 1933 und 1938, in Fritz Mayrhofer/Thomas Dostal (Hrsg.): Nationalsozialismus in Linz, Bd. 1, 2. Aufl., Linz 2002, S. 21–136.
- Dowe, Dieter: Matthias Erzberger. Ein Leben für die Demokratie, Stuttgart 2011.
- Dülffer, Jost: Regeln gegen den Krieg? Die Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907 in der internationalen Politik, Berlin 1981.
- Eckel, Jan: Hans Rothfels. Eine intellektuelle Biographie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2005.
- Edmondson, C. Earl: The Heimwehr and Austrian Politics 1918–1936, Athens/Ohio 1978.
- Ehlert, Hans/Michael Epkenhans/Gerhard P. Groß (Hrsg.): Der Schlieffenplan. Analyse und Dokumente, Paderborn 2006.
- Ein halbes Jahrhundert Volksfürsorge, hrsg. von Volksfürsorge, Darmstadt 1962.
- Eley, Geoff: Reshaping the German Right. Radical Nationalism and Political Change after Bismarck, Ann Arbor 1991 [1980].
- Epkenhans, Michael: Die wilhelminische Flottenrüstung 1908–1914. Weltmachtstreben, industrieller Fortschritt, soziale Integration, München 1991.
- Epkenhans, Michael: Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71, Stuttgart 2020.
- Epkenhans, Michael/Michael Hillger/Jörg Nägler: Skagerrakschlacht, 2. Aufl., München 2010.
- Epstein, Klaus: Der Interfraktionelle Ausschuss und das Problem der Parlamentarisierung 1917–1918, in Historische Zeitschrift 191 (1960), S. 562–584.
- Epstein, Klaus: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Frankfurt/M. 1976 [1959].
- Fairbairn, Brett: Democracy in the Undemocratic State. The German Reichstag Elections of 1898 and 1903, Toronto 1997.
- Falter, Jürgen: Hitlers Wähler, München 1991.
- Falter, Jürgen: Hitlers Parteigenossen. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945, Frankfurt/M. 2020.
- Feldman, Gerald L.: Army, Industry, and Labor in Germany 1914–1918, Princeton 1966.
- Feldman, Gerald L.: German Business between War and Revolution. The Origins of the Stinnes-Legien Agreement, in Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft, Berlin 1970, S. 312–341.
- Feldman, Gerald L.: Hugo Stinnes. Biographie eines Industriellen 1870–1924, München 1998.

- Feldman, Gerald L.: Max Warburg, Hugo Stinnes und das Problem des Antisemitismus in der frühen Weimarer Republik, in Michael Grüttner/Rüdiger Hachtmann/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.): *Geschichte und Emanzipation. Festschrift für Reinhard Rürup*, Frankfurt/M. 1999, S. 315–322.
- Fenske, Hans: *Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918*, Bad Homburg 1969.
- Ferris, John R.: To the Hunger Blockade. The Evolution of British Economic Warfare 1914–1915, in Michael Epkenhans/Stephan Huck (Hrsg.): *Der Erste Weltkrieg zur See*, München 2017, S. 84–97.
- Fesser, Gerd: *Reichskanzler Fürst von Bülow. Architekt der deutschen Weltpolitik*, Leipzig 2003.
- Field, Geoffrey F.: *Evangelist of Race. The Germanic Vision of Houston Stewart Chamberlain*, New York 1981.
- Fisch, Jörg: *Das Selbstbestimmungsrecht der Völker*, München 2010.
- Fisch, Jörg (Hrsg.): *Die Verteilung der Welt. Selbstbestimmung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker*, München 2011.
- Fischer, Christopher: *Alsace to the Alsatians. Visions and Divisions of Alsatian Regionalism 1871–1939*, Oxford/New York 2010.
- Fischer, Fritz: *Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911–1914*, Düsseldorf 1987 [1969/1978].
- Fischer, Fritz: *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Düsseldorf 1994 (1961/1967).
- Fischer, Heinz-Dietrich: *Pressekonzentration und Zensurpraxis im Ersten Weltkrieg. Texte und Quellen*, Berlin 1973.
- Fischer, Jörg-Uwe: *Admiral des Kaisers. Georg Alexander von Müller als Chef des Marinekabinetts Wilhelms II.*, Frankfurt/M. 1992.
- Fischer-Frauentdienst, Irene: *Bismarcks Pressepolitik*, Münster 1963.
- Fleischmann, Peter (Hrsg.): *Hitler als Häftling in Landsberg am Lech 1923/24. Der Gefangenen-Personalakt Hitler nebst weiteren Quellen aus der Schutzhaft-, Untersuchungshaft- und Festungshaftanstalt Landsberg am Lech, Neustadt an der Aisch 2015.*
- Förster, Stig: *Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-Quo-Sicherung und Aggression 1890–1913*, Stuttgart 1985.
- Frech, Stefan: *Wegbereiter Hitlers? Theodor Reismann-Grone. Ein völkischer Nationalist 1863–1949*, Paderborn 2009.
- Frei, Norbert: *Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945*, München 2013.
- Freisel, Ludwig: *Das Bismarckbild der Alldeutschen. Bismarck im Bewusstsein und in der Politik des Alldeutschen Verbandes von 1890 bis 1933*, Diss. Würzburg 1964.
- French, David: *British Strategy and War Aims 1914–1916*, London 1986.
- Fricke, Dieter: *Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie 1909–1934*, in Ders. (Hrsg.): *Lexikon zur Parteiengeschichte 1789–1945*, Bd. 3, Leipzig 1985, S. 91–108.



- Frie, Ewald: Das Deutsche Kaiserreich, Darmstadt 2004.
- Friedenthal, Elisabeth: Volksbegehren und Volksentscheid über den Young-Plan und die deutschnationale Sezession, Diss. Tübingen 1957.
- Fritz, Sven: Houston Stewart Chamberlain. Rassenwahn und Welterlösung, Paderborn 2021 (i. E.).
- Frölich, Jürgen: Friedrich Naumanns „Mitteleuropa“, in Rüdiger vom Bruch (Hrsg.): Friedrich Naumann in seiner Zeit, Berlin 2000, S. 245–268.
- Fuhrer, Hans Rudolf/Michael Olsansky: Die „Südumfassung“. Zur Rolle der Schweiz im Schlieffen- und Moltkeplan, in Hans Ehlert/Michael Epkenhans/Gerhard P. Groß (Hrsg.): Der Schlieffenplan. Analyse und Dokumente, Paderborn 2006, S. 311–338.
- Fulda, Bernhard: Press and Politics in the Weimar Republic, Oxford /New York 2009.
- Gall, Lothar: Krupp. Aufstieg eines Industrieimperiums, Berlin 2000.
- Gammelien, Stefan: Wilhelm II. und Schweden-Norwegen 1888–1905. Spielräume und Grenzen eines Persönlichen Regiments, Berlin 2012.
- Gasteiger, Daniela: From Friends to Foes. Count Kuno von Westarp and the Transformation of the German Right, in Larry Jones (Hrsg.): The German Right in the Weimar Republic. Studies in the History of German Conservatism, Nationalism, and Antisemitism, New York/Oxford 2014, S. 48–78.
- Gasteiger, Daniela: Kuno von Westarp 1864–1945. Parlamentarismus, Monarchismus und Herrschaftsutopien im deutschen Konservatismus, München 2018.
- Gehmacher, Johanna/Elisa Heinrich/Corinna Hoesch: Käthe Schirmacher. Agitation und autobiographische Praxis zwischen radikaler Frauenbewegung und völkischer Politik, Wien/Köln/Weimar 2018.
- Geiss, Imanuel: Der polnische Grenzstreifen 1914–1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg, Lübeck/Hamburg 1960.
- Gerwarth, Robert/John Horne: Vectors of Violence. Paramilitarism in Europe after the Great War 1917–1923, in *Journal of Modern History* 83 (3/2011), S. 489–512.
- Gerwarth, Robert/John Horne (Hrsg.): War in Peace. Paramilitary Violence in Europe after the Great War, Oxford 2012.
- Gessner, Dieter: Agrarverbände in der Weimarer Republik. Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen agrarkonservativer Politik vor 1933, Düsseldorf 1976.
- Gestrich, Andreas/Hartmut Pogge von Strandmann (Hrsg.): Bid for Power? New Research on the Outbreak of the First World War, Oxford 2020.
- Geyer, Dietrich: Der russische Imperialismus, Göttingen 1977.
- Geyer, Martin H.: Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne. München 1914–1924, Göttingen 1998.
- Gies, Horst: Richard Walther Darré. Der „Reichsbauernführer“, die nationalsozialistische „Blut-und-Boden“-Ideologie und Hitlers Machteroberung, Köln 2019.

- Gilbert, Martin (Hrsg.): Churchill. The Power of Words, London u.a. 2012.
- Glorius, Dominik: Im Kampf mit dem Verbrechertum. Die Entwicklung der Berliner Kriminalpolizei von 1811 bis 1925. Eine rechtshistorische Betrachtung, Berlin 2016.
- Göhring, Martin/Alexander Scharff (Hrsg.): Geschichtliche Kräfte und Entscheidungen. Festschrift zum fünfundsechzigsten Geburtstage von Otto Becker, Wiesbaden 1954.
- Goldinger, Walter/Dieter A. Binder: Geschichte der Republik Österreich 1918–1938, München/Wien 1992.
- Gordon, Harold J.: Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923–1924, Frankfurt/M. 1971.
- Gordon, Harold J.: Hitler and the Beer Hall Putsch, Princeton 1972.
- Goswinkel, Dieter: Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl., Göttingen 2003.
- Gossweiler, Kurt: Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919–1924, Köln 1982.
- Gotto, Bernhard: Nationalsozialistische Kommunalpolitik. Administrative Politik und Systemstabilisierung durch die Augsburger Stadtverwaltung 1933–1945, München 2006.
- Graf, Rüdiger: Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918–1933, München 2008.
- Graml, Hermann: Versuche zur Rettung der deutsch-französischen Annäherung und der Übergang Berlins zur zu aktiver Revisionspolitik, in Ders.: Zwischen Stresemann und Hitler. Die Außenpolitik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher, München 2001, S. 81–112.
- Granier, Gerhard (Hrsg.): Die deutsche Seekriegsleitung im Ersten Weltkrieg. Dokumentation, 4 Bde., Koblenz 1999–2004.
- Granier, Gerhard: Magnus von Levetzow. Seeoffizier, Monarchist und Wegbereiter Hitlers, Boppard 1982.
- Grau, Bernhard: Kurt Eisner 1867–1919. Eine Biographie, München 2001.
- Grießmer, Axel: Massenverbände und Massenparteien im wilhelminischen Kaiserreich. Zum Wandel der Wahlkultur 1903–1912, Düsseldorf 2000.
- Gritschneider, Otto: Der Hitler-Prozeß und sein Richter Georg Neithardt. Skandalurteil von 1924 ebnet Hitler den Weg, München 2001.
- Groh, Dieter/Peter Brandt: „Vaterlandslose Gesellen“. Sozialdemokratie und Nation 1860–1990, München 1992.
- Groß, Gerhard P. (Hrsg.): Der Krieg zur See. 1914–1918. Der Krieg in der Nordsee, Bd. 7. Vom Sommer 1917 bis zum Kriegsende 1918. Kritische Edition, Hamburg/Berlin/Bonn 2006.
- Grüttner, Michael: Der Lehrkörper 1918–1932. Das politische Profil, in Ders. u. a.: Geschichte der Universität Unter den Linden, Bd. 2. Die Berliner Universität zwischen den Weltkriegen 1918–1945, Berlin 2012, S. 144–163.
- Guratzsch, Dankwart: Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergischen Presseimperiums, Düsseldorf 1974.

- Guske, Claus: Das politische Denken des Generals von Seeckt, Lübeck/Hamburg 1971.
- Hänisch, Dirk: Die österreichischen NSDAP-Wähler. Eine empirische Analyse ihrer politischen Herkunft und ihres Sozialprofils, Wien/Köln/Weimar 1998.
- Hagenlücke, Heinz: Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreichs, Darmstadt 1997.
- Hall, Richard C.: The Balkan Wars 1912–1923. Prelude to the First World War, London 2000.
- Hamann, Brigitte: Winifred Wagner oder Hitlers Bayreuth, München 2002.
- Hamel, Iris: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933, Frankfurt/M. 1967.
- Hamilton, Richard F./Holger H. Herwig (Hrsg.): War Planning 1914, Cambridge 2010.
- Hamlin, David: Germany's Empire in the East. Germans and Romania in an Era of Globalization and Total War, Cambridge 2017.
- Haren, Tobias: Der Volksstaat Hessen 1918/1919. Hessens Weg zur Demokratie, Berlin 2003.
- Hardtwig, Wolfgang (Hrsg.): Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1919–1939 Göttingen 2005.
- Hardtwig, Wolfgang (Hrsg.): Ordnungen in der Krise: Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1900–1933, München 2007.
- Hartmannsgruber, Friedrich: Die Bayerische Patriotenpartei 1868–1887, München 1986.
- Hartwig, Edgar: Zur Politik und Entwicklung des Alldutschen Verbandes 1891–1914, Diss. Jena 1966.
- Hartwig, Edgar: Deutsche Kolonialgesellschaft 1887–1936, in Dieter Fricke (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte 1789–1945, Bd. 1, Leipzig 1983, S. 724–748.
- Haslinger, Peter (Hrsg.): Schutzvereine in Ostmitteleuropa. Vereinswesen, Sprachenkonflikte und Dynamiken nationaler Mobilisierung 1860–1939, Marburg 2009.
- Hebeisen, Michael: Die Revolution die nicht stattfand, in: Jonathan Roth (Hrsg.): Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz – Dokumente aus drei Jahrhunderten (2013). [www.sozialdemokratie-rlp.de/dokumente/die-revolution-die-nicht-statt-fand.html](http://www.sozialdemokratie-rlp.de/dokumente/die-revolution-die-nicht-statt-fand.html) (Januar 2018).
- Heiber, Helmut: Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland, Stuttgart 1966.
- Heilbronner, Oded: Der verlassene Stammtisch. Vom Verfall der bürgerlichen Infrastruktur und dem Aufstieg der NSDAP am Beispiel der Region Schwarzwald, in: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993), S. 178–201.
- Hentschel, Volker: Weimars letzte Monate. Hitler und der Untergang der Republik, Düsseldorf 1978.
- Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 1996.

- Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.
- Herbert, Ulrich: Das Dritte Reich, München 2017.
- Herbert, Ulrich: Was haben die Nationalsozialisten aus dem Ersten Weltkrieg gelernt?, in Gerd Krumeich (Hrsg.): Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg, Essen 2010, S. 21–32.
- Herbst, Ludolf: Das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg, Frankfurt/M. 1996.
- Herbst, Ludolf: Hitlers Charisma. Die Erfindung eines deutschen Messias, München 2010.
- Hering, Rainer: Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890–1939, Hamburg 2003.
- Herre, Paul: Kronprinz Wilhelm. Seine Rolle in der deutschen Politik, München 1954.
- Herwig, Holger H.: „Luxury“ Fleet. The Imperial German Navy 1888–1918, London/New York 2014 [1980].
- Herwig, Holger H.: Marne 1914. Eine Schlacht, die die Welt veränderte, Paderborn 2016.
- Heydeloff, Rudolf: Stارانwalt der Rechtsextremen. Walter Luetgebrune in der Weimarer Republik, in Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 32/4 (1984), S. 373–421.
- Hiller von Gaertringen, Friedrich Freiherr: Die Deutschnationale Volkspartei, in Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellung und Dokumente, Düsseldorf 1984 (1960), S. 543–652.
- Hilmes, Oliver: Cosmas Kinder. Triumph und Tragödie der Wagner-Dynastie, München 2010.
- Hirschfeld, Gerhard/Gerd Krumeich: Deutschland im Ersten Weltkrieg, Frankfurt/M. 2013.
- Hobe, Stefan: Einführung in das Völkerrecht, 10. Aufl., Tübingen 2014.
- Hochman, Eric: Imagining a Greater Germany. Republican Nationalism and the Idea of Anschluss, Ithaca/London 2016.
- Höbelt, Lothar: Kornblume oder Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918, Wien/München 1993.
- Höbelt, Lothar: Böhmen. Eine Geschichte, Wien/Leipzig 2012.
- Höbelt, Lothar: „Stehen oder Fallen“. Österreichische Politik im Ersten Weltkrieg, Wien/Köln/Weimar 2015.
- Höbelt, Lothar: Die Heimwehren und die österreichische Politik 1927–1936, Graz 2016.
- Höbelt, Lothar: Der Zweibund. Bündnis mit paradoxen Folgen, in Michael Gehler u. a. (Hrsg.): Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1996, S. 295–313.
- Höbelt, Lothar: Vom ersten zum dritten Lager. Großdeutsche und Landbund in der Ersten Republik, in Stefan Karner/Lorenz Mikoletzky (Hrsg.): Österreich. 90 Jahre Republik, Innsbruck 2008, S. 81–91.

- Hoegen, Jesko von: *Der Held von Tannenberg. Mythos und Funktion des Hindenburg-Mythos*, Köln/Weimar/Wien 2007.
- Hoepke, Klaus-Peter: *Alfred Hugenberg. Teil 1: 1865–1914*, Habilitationsschrift TH Karlsruhe 1979.
- Hoffmann, Hanns Hubert: *Der Hitlerputsch. Krisenjahre deutscher Geschichte 1920 bis 1924*, München 1961.
- Hoffstadt, Anke: *Frontgemeinschaft? Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten und der Nationalsozialismus*, in: Gerd Krumeich (Hrsg.): *Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg*, Essen 2010, S. 195–206.
- Hofmann, Josef: *Der Pfrimer-Putsch. Der Steirische Heimwehrprozeß des Jahres 1931*, Wien/Graz 1965.
- Hofmeister, Björn: *Between Monarchy and Dictatorship. Radical Nationalism and Social Mobilization of the Pan-German League 1914–1939*, Diss. Georgetown 2012.
- Hofmeister, Björn: *Realms of Leadership and Residues of Mobilization. The Pan-German League 1918–1933*, in Larry Eugene Jones (Hrsg.): *The German Right in the Weimar Republic. Studies in the History of German Conservatism, Nationalism, and Antisemitism*, New York/Oxford 2014, S. 134–165.
- Hofmeister, Björn: *Weltanschauung, Mobilisierungsstrukturen und Krisenerfahrungen. Antisemitische Radikalisierung des Alldeutschen Verbandes als Prozess 1912–1920*, in *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 24 (2015), S. 119–153.
- Hofmeister, Björn: *Protestantismus, deutsche Kriegsgesellschaft und Mobilisierungspolitik zwischen Erstem Weltkrieg und Weimarer Republik 1914–1933*, in Richard Faber/Uwe Puschner (Hrsg.): *Luther zeitgenössisch, historisch, kontrovers*, Frankfurt/M. 2017, S. 47–71.
- Holzbach, Heidrun: *Das „System Hugenberg“. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP*, Stuttgart 1981.
- Horstmann, Bernhard: *Hitler in Pasewalk. Die Hypnose und ihre Folgen*, Düsseldorf 2004.
- Hroch, Miroslav: *National Self-Determination from a Historical Perspective*, in *Canadian Slavonic Papers* 37 (3–4/1997), S. 283–299.
- Hubatsch, Walther: *Großes Hauptquartier 1914/18. Zur Geschichte einer deutschen Führungseinrichtung*, in *Ostdeutsche Wissenschaft* 5 (1958), S. 422–461.
- Huber, Andreas/Linda Erker/Klaus Taschwer: *Der Deutsche Klub. Austro-Nazis in der Hofburg*, Wien 2020.
- Hubert, Peter: *Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933–1945*, Düsseldorf 1992.
- Hübner, Christoph: *Die Rechtskatholiken, die Zentrumspartei und die katholische Kirche in Deutschland bis zum Reichskonkordat von 1933*, Berlin 2014.
- Hueck, Ingo J.: *Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik*, Tübingen 1996.
- Hull, Isabel V.: *The Entourage of Kaiser Wilhelm II, 1888–1918*, Cambridge 2004 [1982].

- Hull, Isabel V.: *Absolute Destruction. Military Culture and the Practices of War in Imperial Germany*, Ithaca/London 2005.
- Husmann, Josefine: *Der Alldeutsche Verband und die Flottenfrage*, Diss. Freiburg 1945.
- Jackisch, Barry: *The Pan-German League and Radical Nationalist Politics in Interwar Germany 1918–1939*, London/New York 2012.
- Jackisch, Barry: *Continuity and Change on the German Right. The Pan-German League and Nazism 1918–1939*, in Larry Eugene Jones (Hrsg.): *The German Right in the Weimar Republic. Studies in the History of German Conservatism, Nationalism, and Antisemitism*, New York/Oxford 2014, S. 166–193.
- Jahr, Christoph: *Desertion und Deserteure im britischen und deutschen Heer 1914–1918*, Göttingen 1998.
- Jarausch, Konrad: *The Enigmatic Chancellor. Bethmann Hollweg and the Hubris of Imperial Germany*, New Haven/London 1973.
- Jarausch, Konrad: *Die Alldeutschen und die Regierung Bethmann Hollweg, Eine Denkschrift Kurt Rietzlers vom Herbst 1916*, in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 21/4 (1973), S. 435–468.
- Jasper, Gotthard: *Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930–1934*, Frankfurt/M. 1986.
- Jelavich, Barbara: *History of the Balkans. Twentieth Century*, Cambridge 1983.
- Jensen, Uffa: „Auch ein Wort über unser Judentum“. Theodor Mommsen und der Berliner Antisemitismusstreit, in Josef Wiesehöfer (Hrsg.): *Theodor Mommsen. Gelehrter, Wissenschaftler und Literat*, Stuttgart 2005.
- Jentzsch, Christian: *Höher, schneller, weiter. Deutsche und britische Marinefliegerei im Ersten Weltkrieg*, in Michael Epkenhans/Stephan Huck (Hrsg.): *Der Erste Weltkrieg zur See*, München 2017, S. 177–192.
- Joachimsthaler, Anton: *Hitlers Weg begann in München 1913–1919*, München 2000.
- Jochmann, Werner: *Im Kampf um die Macht. Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub von 1919*, Frankfurt/M. 1960.
- Jochmann, Werner: *Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922–1933. Dokumente*, Frankfurt/M. 1963.
- Jochmann, Werner: *Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945*, Hamburg 1988.
- Jochmann, Werner: *Die Ausbreitung des Antisemitismus in Deutschland 1914–1932*, in Werner E. Mosse/Arnold Pauker (Hrsg.): *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution*, Tübingen 1971, S. 409–510.
- Jones, Larry Eugene: *German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System 1918–1933*, Chapel Hill/London 1988.
- Jones, Larry Eugene: *Hitler versus Hindenburg. The 1932 Presidential Elections and the End of the Weimar Republic*, Cambridge 2016.
- Jones, Larry Eugene: *The German Right 1918–1930. Political Parties, Organized Interests, and Patriotic Associations in the Struggle against Weimar Democracy*, Cambridge 2020.

- Jones, Larry Eugene: „The Greatest Stupidity of My Life“. Alfred Hugenberg and the Formation of the Hitler Cabinet, January 1933, in: *Journal of Contemporary History*, 27 (1992), S. 63–87.
- Jones, Larry Eugene: Nationalists, Nazis, and the Assault on the Weimar Republic. Revisiting the Harzburg Rally of October 1931, in *German Studies Review* 29/3 (2006), S. 483–494.
- Jones, Larry Eugene: Kuno Graf Westarp und die Krise des deutschen Konservatismus in der Weimarer Republik, in Ders./Wolfram Pyta (Hrsg.): „Ich bin der letzte Preuße“. Der politische Lebensweg des konservativen Politikers Kuno Graf Westarp (1864–1945), Köln/Weimar/Wien 2006, S. 109–146.
- Jones, Larry Eugene: Taming the Nazi Beast. Kurt von Schleicher and the End of the Weimar Republic, in Hermann Beck/Ders. (Hrsg.): *From Weimar to Hitler. Studies in the Dissolution of Weimar Republic and the Establishment of the Third Reich 1932–1934*, New York 2019, S. 23–51.
- Judson, Pieter: *Guardians of the Nation. Activists on the Language Frontiers of Imperial Austria*, Cambridge/Mass. 2006.
- Jung, Dietrich: *Der Alldeutsche Verband und die Marokkofrage*, Diss. Bonn 1934.
- Jung, Walter: *Voraussetzungen, Inhalte und Ziele außenpolitischer Programmatik und Propaganda in der deutschvölkischen Bewegung der Anfangsjahre der Weimarer Republik. Das Beispiel Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund*, Göttingen 2001.
- Jungcurt, Uta: *Alldeutscher Extremismus in der Weimarer Republik. Denken und Handeln einer einflussreichen Minderheit*, Berlin 2016.
- Jureit, Ulrike: *Das Ordnen von Räumen. Territorium und Lebensraum im 19. und 20. Jahrhundert*, Hamburg 2012.
- Kaelble, Hartmut: *Industrielle Interessenpolitik in der wilhelminischen Gesellschaft. Der Centralverband Deutscher Industrieller 1895–1914*, Berlin 1967.
- Kaiser, Jochen-Christoph/Kurt Nowak/Michael Schwartz: *Eugenik, Sterilisation, „Euthanasie“*. Politische Biologie in Deutschland 1895–1945, Berlin 1992.
- Kann, Robert A.: *The Multinational Empire. Nationalism and National Reform in the Habsburg Monarchy, 1848–1918*, 2 Bde., New York 1950.
- Kazin, Michael: *War against War. The American Fight for Peace 1914–1918*, New York 2017.
- Keiger, John F.V.: *France and the Origins of the First World War*, London/Basingstoke 1983.
- Kennedy, Paul: *The Rise of the Anglo-German Antagonism 1860–1914*, London 1980.
- Kerbs, Diethard (Hrsg.): *Die rote Ruhr-Armee. März 1920*, Berlin 1985.
- Kershaw, Ian: *Hitler. Hubris 1889–1936*, London 1998.
- Kershaw, Ian: *Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung*, Stuttgart 1999.
- Kitchen, Martin: *The Silent Dictatorship. The Politics of the German High Command under Hugenberg and Ludendorff 1916–1918*, London 1976.

- Kitchen, Martin: Civil-Military Relations in Germany during the First World War, in R. J. Q. Adams (Hrsg.): *The Great War 1914–18. Essays on the Military, Political, and Social History of the First World War*, Basingstoke 1990, S. 39–68.
- Kittel, Manfred: *Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich zwischen 1918 und 1933/36*, München 2000.
- Kittel, Manfred: „Steigbügelhalter“ Hitlers oder „stille Republikaner“. Die Deutschnationalen in neuerer politikgeschichtlicher und kulturalistischer Perspektive, in Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas (Hrsg.): *Geschichte der Politik. Alte und neue Wege*, München 2007, S. 201–235.
- Kittner, Michael: *Arbeitskampf. Geschichte, Recht, Gegenwart*, München 2005.
- Klauß, Klaus: *Die Deutsche Kolonialgesellschaft und die deutsche Kolonialpolitik von den Anfängen bis 1895*, Diss. FU Berlin, 1966.
- Klautke, Egbert: *Unbegrenzte Möglichkeiten. „Amerikanisierung“ in Deutschland und Frankreich 1900–1933*, Stuttgart 1999.
- Klein, Fritz: *Deutschland 1897/98–1917*, 3. überarb. Aufl., Berlin 1972.
- Klemperer, Klemens von: *Ignaz Seipel. Christian Statesman in a Time of Crisis*, Princeton 1972.
- Klösch, Christian: *Das „nationale Lager“ in Niederösterreich 1918–1938 und 1945–1996*, in Stefan Eminger/Ernst Langthaler (Hrsg.): *Niederösterreich im 20. Jahrhundert*, Bd. 1: Politik, Wien/Köln/Weimar 2008, S. 568–569.
- Kluge, Ulrich: *Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19*, Göttingen 1975.
- Knapp, Adalbert: *Das Zentrum in Bayern 1893–1912. Soziale, organisatorische und politische Struktur einer katholisch-konservativen Partei*, Diss. München 1973.
- König, Marcus/Sönke Neitzel: *Propaganda, Medien und Zensur im Ersten Weltkrieg*, in Frank Bösch/Peter Hoeres (Hrsg.): *Außenpolitik im Medienzeitalter. Vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Göttingen 2013, S. 125–145.
- Köttnitz-Porsch, Bettina: *Novemberrevolution und Räteherrschaft 1918/19 in Würzburg*, Würzburg 1985.
- Kohlrausch, Martin: *Der Monarch im Skandal. Die Logik der Massenmedien und die Transformation der wilhelminischen Monarchie*, Berlin 2005.
- Kolb, Eberhard: *Moritz Busch. Bismarcks willfähriger publizistischer Gehilfe*, in Lothar Gall/Ulrich Lappenküper (Hrsg.): *Bismarcks Mitarbeiter*, Paderborn 2009, S. 161–171.
- Kolditz, Gerald: *Rolle und Wirksamkeit des Alldeutschen Verbandes in Dresden zwischen 1890 und 1918*, Diss. Dresden 1994.
- Koller, Michael: *Not kennt kein Gebot. Entstehung – Verbreitung – Bedeutung eines Rechtssprichwortes*, Wien 2009.
- Korinman, Michael: *Deutschland über alles. Le Pangermanisme 1890–1945*, Paris 1999.
- Kos, Franz-Josef: *Die politischen und wirtschaftlichen Interessen Österreich-Ungarns und Deutschlands in Südosteuropa 1912/1913. Die Adria-Hafen-, die Saloniki- und Kavallafrage*, Wien/Köln/Weimar 1996.



- Koshar, Rudi: *Social Life, Local Politics, and Nazism 1880–1945*, Chapel Hill/London 1986.
- Koszyk, Kurt: *Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1968.
- Koszyk, Kurt: *Deutsche Presse 1914–1945*, Berlin 1972.
- Kraus, Elisabeth: *Die Familie Mosse. Deutsch-jüdisches Bürgertum im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1999.
- Krebs, Willi: *Der Alldeutsche Verband in den Jahren 1918–1939. Ein politisches Instrument des deutschen Imperialismus*, Diss. Humboldt Universität zu Berlin, 1970.
- Kreimeier, Klaus: *Die Ufa-Story. Geschichte eines Filmkonzerns*, München/Wien 1992.
- Kriechbaumer, Robert: *Der Landbund. Historische Entwicklungslinien einer deutschnationalen Milieupartei in der Ersten Republik*, in Ulfried Burz/Michael Derndarsky/Werner Drobosch (Hrsg.): *Brennpunkt Mitteleuropa*. FS Helmut Rumpler, Klagenfurt 2000, S. 519–534.
- Kronenbitter, Günther: *„Krieg im Frieden“. Die Führung der k.u.k. Armee und die Großmachtspolitik Österreich-Ungarns 1906–1914*, München 2003.
- Kruck, Alfred: *Die Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890–1939*, Wiesbaden 1954.
- Krüger, Gabriele: *Die Brigade Ehrhardt*, Hamburg 1971.
- Krumeich, Gerd: *Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg. Die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht 1913–1914*, Wiesbaden 1980.
- Krumeich, Gerd: *Juli 1914. Eine Bilanz*, Paderborn 2014.
- Kruse, Wolfgang: *Krieg und Klassenheer. Zur Revolutionierung der deutschen Armee im Ersten Weltkrieg*, in *Geschichte und Gesellschaft* 22 (1996), S. 530–561.
- Kuczynski, Jürgen: *Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus*, Bd. II, Berlin 1954, S. 9–116.
- Kurz, H. R.: *Der deutsche Kaiserbesuch in der Schweiz*, in *Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift* 9/128 (1962), S. 489–496.
- Laak, Dirk van: *Über alles in der Welt. Deutscher Imperialismus im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2005.
- Lambert, Nicholas A.: *Planning Armageddon. British Economic Warfare and the First World War*, London 2012.
- Large, David Clay: *Hitlers München. Aufstieg und Fall der Hauptstadt der Bewegung*, München 1998.
- Leicht, Johannes: *Heinrich Claß 1868–1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen*, Paderborn 2012.
- Leicht, Johannes: *Deutsche Zeitung*, in Wolfgang Benz (Hrsg.): *Handbuch des Antisemitismus*, Bd. 6, Berlin/Boston 2013, S. 139–140.
- Leicht, Johannes: *Otto Bonhard*, in Wolfgang Benz (Hrsg.): *Handbuch des Antisemitismus*, Bd. 8, Berlin/Boston 2015, S. 46–47.

- Lein, Richard: *Pflichterfüllung oder Hochverrat? Die tschechischen Soldaten Österreich- Ungarns im Ersten Weltkrieg*, Vienna 2011.
- Leonhard, Jörn: *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*, München 2014.
- Leonhard, Jörn: *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923*, München 2018.
- Leopold, John A.: *Alfred Hugenberg. The Radical Nationalist Campaign against the Weimar Republic*, New Haven/London 1977.
- Lepsius, M. Rainer: *Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung in Deutschland*, in Ders.: *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen*, Göttingen 1993, S. 25–50.
- Lesczenski, Jörg: *August Thyssen. Lebenswelt eines Wirtschaftsbürgers*, Essen 2006.
- Ley, Astrid: *Zwangssterilisation und Ärzteschaft. Hintergründe und Ziele ärztlichen Handelns 1934–1945*, Frankfurt/M. 2003.
- Liebe, Werner: *Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924*, Bonn 1956.
- Lilla, Joachim: *Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945*, Düsseldorf 2004.
- Liulevicius, Vejas: *War Land on the Eastern Front*, Cambridge 2000.
- Llanque, Markus: *Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg*, Berlin 2000.
- Lohalm, Uwe: *Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919–1923*, Lübeck 1970.
- Lohr, Eric: *Nationalizing the Russian Empire. The Campaign against Enemy Aliens during the World War I*, Cambridge/Mass. 2003.
- Longerich, Peter: *Hitler*, München 2015.
- Longerich, Peter: *Antisemitismus. Eine deutsche Geschichte*, München 2021.
- Lüer, Andreas: *Nationalismus in Christlichsozialen Programmen 1918–1933*, in *Zeitgeschichte* 14 (4/1987), S. 147–166.
- Machtan, Lothar: *Hitlers Geheimnis. Das Doppelleben eines Diktators*, Berlin 2001.
- Machtan, Lothar: *Prinz Max von Baden. Der letzte Kanzler des Kaisers*, Berlin 2013.
- März, Stefan: *Das Haus Wittelsbach im Ersten Weltkrieg*, Regensburg 2013.
- Mainz und der Erste Weltkrieg, in *Mainzer Geschichtsblätter* 14 (2008), S. 45–60.
- Maisse, Thomas: *Die Geschichte der NNZ 1780–2005*, Zürich 2005.
- Malinowski, Stephan: *Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat*, 2. Aufl., Berlin 2003.
- Malinowski, Stephan: *Nazis and Nobles. The History of a Misalliance*, Oxford 2020.
- Malinowski, Stephan: *Die Hohenzollern und die Nazis. Geschichte einer Kollaboration*, Berlin 2021.

- Maser, Werner: Sturm auf die Republik. Die Frühgeschichte der NSDAP, Düsseldorf 1994.
- Maß, Sandra: Weiße Helden, schwarze Krieger. Zur Geschichte kolonialer Männlichkeit in Deutschland 1918–1964, Köln 2006.
- Matthias, Erich: Die Regierung Prinz Max von Baden, Düsseldorf 1962.
- Matthiesen, Helge: Bürgertum und Nationalsozialismus in Thüringen. Das bürgerliche Gotha von 1918 bis 1930, Frankfurt/M. 1994.
- Maurer, Trude: Ostjuden in Deutschland 1918–1933, Hamburg 1986.
- McElligott, Anthony: Rethinking the Weimar Republic. Authority and Authoritarianism 1916–1936, London 2014.
- McMeekin, Sean: The Origins of the First World War, Cambridge/Mass. 2011.
- Mecke, Christoph Eric: Begriff des Rechts und Methode der Rechtswissenschaft bei Rudolf von Jhering, Göttingen 2018.
- Mecke, Christoph Eric (Hrsg.): Rudolf von Jhering. Anonym publizierte Frühschriften und unveröffentlichte Handschriften aus seinem Nachlass, Göttingen 2010.
- Mehring, Reinhard: Carl Schmitt. Aufstieg und Fall. Eine Biographie, München 2009.
- Meier-Welcker, Hans: Seeckt, Frankfurt/M. 1967.
- Mergel, Thomas: Zwischen Klasse und Konfession. Katholisches Bürgertum im Rheinland 1794–1914, Göttingen 1997.
- Mergel, Thomas: Geschichte der Stadt Köln, Bd. 10: Köln im Kaiserreich 1871–1918, Köln 2018.
- Mergel, Thomas: Das Scheitern eines deutschen Tory-Konservatismus. Die Umformung der DNVP zu einer rechtsradikalen Partei 1928–1932, in *Historische Zeitschrift* 276 (2003), S. 323–368.
- Mergel, Thomas: Führer, Volksgemeinschaft und Maschine. Politische Erwartungsstrukturen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus 1918–1936, in Wolfgang Hardtwig (Hrsg.): *Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939*, Göttingen 2005, S. 91–127.
- Merkenich, Stephanie: Grüne Front gegen Weimar. Reichs-Landbund und agrarischer Lobbyismus 1918–1933, Düsseldorf 1998.
- Merz, Johannes: Auf dem Weg zur Räterepublik. Staatskrise und Regierungsbildung in Bayern nach dem Tode Eisners (Februar/März 1919), in *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 66 (2003), S. 541–564.
- Meyhoff, Andreas: Blohm & Voss im „Dritten Reich“. Eine Hamburger Großwerft zwischen Geschäft und Politik, Hamburg 2001.
- Mielke, Siegfried: Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie 1909–1914 der gescheiterte Versuch einer antifeudalen Sammlungspolitik, Göttingen 1976.
- Miller, Susanne: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974.
- Mitchell, Alan: Revolution in Bayern 1918/19. Die Eisner-Regierung und die Räterepublik, München 1967 [1965].

- Mombauer, Annika: *Helmut von Moltke and the Origins of the First World War*, Cambridge 2001.
- Mombauer, Annika: *Der Moltke-Plan. Modifikation des Schlieffen-Plans bei gleichen Zielen?*, in Hans Ehlert/Michael Epkenhans/Gerhard P. Groß (Hrsg.): *Der Schlieffenplan. Analyse und Dokumente*, Paderborn 2006, S. 79–99.
- Mombauer, Annika: *Helmut von Moltke (der Jüngere)*, in Lukas Grawe (Hrsg.): *Die militärische Elite des Kaiserreichs*, Darmstadt 2020, S. 227–238.
- Mommsen, Hans: *Aufstieg und Untergang der Weimarer Republik 1918–1933*, 2. Aufl., Berlin 2004.
- Mommsen, Hans (Hrsg.): *Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung: Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik*, Köln/Weimar/Wien 2000.
- Mommsen, Wolfgang J.: *Die Regierung Bethmann Hollweg und die öffentliche Meinung 1914–1917*, in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 17 (1969), S. 117–155.
- Morsey, Rudolf: *Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923*, Düsseldorf 1966.
- Mühlberger, Detlef: *Hitler's Voice. The Völkischer Beobachter 1920–1933*, 2 Bde., Bern 2004.
- Müller, Andreas: *„Fällt der Bauer, stürzt der Staat!“ Deutschnationale Agrarpolitik 1928–1933*, München 2002.
- Müller, Frank Lorenz: *Our Fritz. Emperor Frederick III and the Political Culture of Imperial Germany*, Cambridge/Mass. 2011.
- Müller, Hans-Harald: *Der Krieg und seine Schriftsteller. Der Kriegeroman der Weimarer Republik*, Stuttgart 1986.
- Müller, Jakob: *Die importierte Nation. Deutschland und die Entstehung des flämischen Nationalismus 1914 bis 1945*, Göttingen 2020.
- Müller, Thomas: *Imaginerter Westen. Das Konzept des „deutschen Westraums“ im völkischen Diskurs zwischen politischer Romantik und Nationalsozialismus*, Bielefeld 2009.
- Mulligan, William: *The Origins of the First World War*, Cambridge 2013.
- Napp, Niklas: *Die deutschen Luftstreitkräfte im Ersten Weltkrieg*, Paderborn 2017.
- Nebelin, Manfred: *Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg*, München 2010.
- Nelson, Keith L.: *The Black Horror on the Rhine. Race as a Factor in Post-World War I Diplomacy*, in *Journal of Modern History* 42 (1970), S. 606–627.
- Nelson, Robert L.: *Utopias of Open Space. Forced Population Transfer Fantasies during the First World War*, in Jochen Böhrer/Włodzimierz Borodziej/Joachim von Puttkammer (Hrsg.): *Legacies of Violence. East Europe's First World War*, München 2014, S. 113–127.
- Nemitz, Kurt: *Antisemitismus in der Wissenschaftsgeschichte der Weimarer Republik. Der „Fall Ludwig Schemann“*, in *Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte* 12 (1983), S. 377–407.
- Neumann, Volker: *Carl Schmitt als Jurist*, Tübingen 2015.

- Niederstedt, Dieter: Rechtsradikale Wirtschafts- und Gesellschaftsvorstellungen in der Weimarer Republik zwischen Spann-Schule und Nationalsozialismus unter besonderer Berücksichtigung von Paul Bang, Diss. Münster 1970.
- Nitschke, Asmus: Die „Erbpolizei“ im Nationalsozialismus. Das Beispiel Bremen, Wiesbaden 1999.
- Nußner, Horst: Konservative Wehrverbände in Preußen, Bayern und Österreich 1918–1933, München 1973.
- Ohnezeit, Maik: Zwischen „schärfster Opposition“ und dem „Willen zur Macht“. Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) in der Weimarer Republik 1918–1928, Düsseldorf 2006.
- Orlow, Dietrich: The Nazi Party 1919–1945, New York 2008.
- Orth, Rainer: „Amtssitz der Opposition“? Politik und Staatsumbaupläne im Büro des Stellvertreters des Reichskanzlers in den Jahren 1933–1934, Köln/Weimar/Wien 2016.
- Osborne, Eric W.: Britain's Economic Blockade of Germany 1914–1919, London 2004.
- Osthold, Paul: Die Geschichte des Zechenverbandes 1908–1933, Berlin 1934.
- Patch, William L.: Heinrich Brüning and the Dissolution of the Weimar Republic, Cambridge 1998.
- Pätzold, Kurt/Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP 1920 bis 1945, 3. Aufl., Köln 2009.
- Patel, Kiran Klaus: „Soldaten der Arbeit“. Arbeitsdienste in Deutschland und den USA 1933–1945, Göttingen 2003.
- Patemann, Reinhard: Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1964.
- Patemann, Reinhard: Der Deutsche Episkopat und das preußische Wahlrechtsproblem 1917/18, in Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 13/4 (1965), S. 345–371.
- Pauly, Bruce F.: Hahnenschwanz und Hakenkreuz. Der steirische Heimatschutz und der österreichische Nationalsozialismus 1918–1934, Wien 1972.
- Pauly, Bruce F.: Hitler and the Forgotten Nazis. A History of Austrian National Socialism, Chapel Hill 1981.
- Pauly, Bruce F.: From Prejudice to Persecution. A History of Austrian Antisemitism, Chapel Hill/London 1992.
- Payk, Markus M.: Frieden durch Recht? Der Aufstieg des modernen Völkerrechts und der Friedensschluss nach dem Ersten Weltkrieg, München 2018.
- Perras, Arne: Carl Peters and German Imperialism 1856–1918. A Political Biography, Oxford 2004.
- Peters, Michael: Der Alldeutsche Verband am Vorabend des Ersten Weltkrieges 1908–1914, Frankfurt/M. 1992.
- Peters, Michael: Konstantin von Gebsattel 1854–1932, in Fränkische Lebensbilder, Bd. 19, Neustadt/Aisch 1996, S. 173–187.
- Peukert, Detlev J.K.: Grenzen der Sozialdisziplinierung. Aufstieg und Krise der deutschen Jugendfürsorge von 1878 bis 1932, Köln 1986.

- Pezold, Joachim: Claß und Hitler. Über die Förderung der frühen Nazibewegung durch den Alldeutschen Verband und dessen Einfluß auf die nazistische Ideologie, in *Jahrbuch für Geschichte* 21 (1980), S. 247–288.
- Pezold, Joachim: Soziale Demagogie und alldeutsche Ideologie in der frühen Nazibewegung 1920–1922, in Ders.: *Die Demagogie des Hitlerfaschismus*, Berlin 1982, S. 88–128.
- Pflanze; Otto: *Bismarck and the Development of Germany. Bd. 1, The Period of Consolidation 1871–1880*, Princeton 1990 [1963].
- Plöckinger, Othmar: *Geschichte eines Buches. Adolf Hitlers „Mein Kampf“ 1922–1945*, München 2006.
- Plumpe, Werner: *Betriebliche Mitbestimmung in der Weimarer Republik. Fallstudien zum Ruhrbergbau und zur chemischen Industrie*, München 1999.
- Pöhlmann, Markus: Hauptquartiere, in Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hrsg.): *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, Paderborn 2003, S. 544–546.
- Pogge von Strandmann, Hartmut: Staatsstreichpläne, Alldeutsche und Bethmann Hollweg, in Imanuel Geiss/Ders.: *Die Erforderlichkeit des Unmöglichen*, Frankfurt/M. 1965, S. 7–45.
- Pomp, Rainer: *Bauern und Großgrundbesitzer auf ihrem Weg ins Dritte Reich. Der Brandenburgische Landbund 1919–1933*, Berlin 2011.
- Potthoff, Heinrich: *Gewerkschaften zwischen Revolution und Inflation*, Düsseldorf 1979.
- Prédhumeau, Alfred: *Zur Mainzer Presse 1898*, in *Mainzer Komparatistische Hefte* 3 (1979), S. 49–60.
- Prinz, Friedrich: Die böhmischen Länder von 1848 bis 1914, in Karl Bosl (Hrsg.): *Handbuch der Geschichte der Böhmisches Länder*, Bd. III, Stuttgart 1968, S. 12–235.
- Przigoda, Stefan: *Unternehmensverbände im Ruhrbergbau., Zur Geschichte von Bergbau- Verein und Zechenverband 1858–1933*, Bochum 2002.
- Puschner, Uwe: Antisemiten, Alldeutsche, Völkische und der Zionismus. Radikale Diskurse in der langen Jahrhundertwende, in Sara Han/Anja Middelbeck-Varwick/Markus Thureau (Hrsg.): *Bibel – Israel – Kirche. Studien zur jüdisch-christlichen Begegnung*, Münster 2018, S. 223–238.
- Pyta, Wolfram: *Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgemeinden Deutschlands in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1996.
- Pyta, Wolfram: *Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*, Berlin 2009.
- Pyta, Wolfram: Die Präsidialgewalt in der Weimarer Republik, in Marie-Luise Recker (Hrsg.): *Parlamentarismus in Europa. Deutschland, England und Frankreich im Vergleich*, München 2004, S. 65–95.
- Rape, Ludger: *Die österreichischen Heimwehren und die bayerische Rechte 1919–1923*, Wien 1977.
- Raphael, Lutz: Radikales Ordnungsdenken und die Organisation totalitärer Herrschaft. Weltanschauungseliten und Humanwissenschaftler im NS-Regime, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27 (2001), S. 5–40.

- Rassloff, Steffen: *Flucht in die nationale Volksgemeinschaft. Das Erfurter Bürgertum zwischen Kaiserreich und NS-Diktatur*, Köln/Weimar/Wien 2003.
- Rauh, Manfred: *Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches*, Düsseldorf 1977
- Rebenich, Stefan: *Theodor Mommsen und Adolf Harnack. Wissenschaft und Politik im Berlin des ausgehenden 19. Jahrhunderts*, Berlin/New York 1997.
- Reidegeld, Eckart: *Staatliche Sozialpolitik in Deutschland Bd. II. Sozialpolitik in Demokratie und Diktatur 1919–1945*, Wiesbaden 2006.
- Renouvin, Pierre: *Die Kriegsziele der französischen Regierung 1914–1918*, in *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 17 (3/1966), S. 129–168.
- Retallack, James: *Notables of the Right. The German Conservative Party and Political Mobilization in Germany 1876–1918*, London/Boston 1988.
- Retallack, James: *The German Right 1860–1920. Political Limits of the Authoritarian Imagination*, Toronto 2016.
- Retallack, James: *Red Saxony. Election Battles and the Spectre of Democracy in Germany 1860–1918*, Oxford/New York 2017.
- Ritter, Gerhard: *Staatskunst und Kriegshandwerk. Bd. 3*, München 1964.
- Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): *Friedrich Meinecke. Akademischer Lehrer und emigrierte Schüler. Briefe und Aufzeichnungen 1910–1977*, München 2006.
- Rohe, Karl: *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M. 1992.
- Röhl, John C. G.: *Wilhelm II., Bd. III. Der Weg in den Abgrund 1900–1941*, München 2008.
- Röhl, John C. G.: *Philipp Eulenburg, the Kaiser's best Friend*, in Ders.: *The Kaiser and His Court. Wilhelm II and the Government of Germany*, Cambridge 1999, S. 28–69.
- Römer, Felix: *Die narzisstische Volksgemeinschaft. Theodor Habichts Kampf 1914 bis 1944*, Frankfurt/M. 2017.
- Rösch, Mathias: *Die Münchener NSDAP 1925–1933. Eine Untersuchung zur inneren Struktur der NSDAP in der Weimarer Republik*, München 2002.
- Rohwer, Jürgen: *Kriegsschiffbau und Flottengesetze um die Jahrhundertwende*, in Schottelius, Herbert/Wilhelm Deist: *Marine und Marinepolitik im kaiserlichen Deutschland 1871–1914*, 2. Aufl., Düsseldorf 1981, S. 211–235.
- Rolinek, Susanne: *„Im Namen unseres Führers Hitler“*. Der Einzug der NSDAP in den Landtag im Jahr 1932, in: Robert Kriechbaumer/Robert Voitdorfer (Hrsg.): *Politik im Wandel. Der Salzburger Landtag im Chiemseehof 1868–2018*, Bd. 1, Wien/Köln/Weimar 2018, S. 331–342.
- Rose, Mary B.: *Britain and the International Economy*, in Stephen Constantine/Maurice W. Kirby/Mary B. Rose (Hrsg.): *The First World War in British History*, New York 1995, S. 231–251.
- Rosenthal, Jakob: *Die Ehre des jüdischen Soldaten. Die Judenzählung im Ersten Weltkrieg und ihre Folgen*, Frankfurt/M. 2007.
- Ross, Dieter: *Hitler und Dollfuß. Die deutsche Österreich-Politik 1933–1934*, Hamburg 1966.

- Rothfels, Hans: Zeitgeschichte als Aufgabe, in Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (1/1953), S. 1–8.
- Rothwell, v.H.: British War Aims and Peace Diplomacy 1914–1918, Oxford 1971.
- Rüger, Jan: The Great Naval Game. Britain and Germany in the Age of Empire, Cambridge 2007.
- Rumpler, Helmut: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. XI.1/1, Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg 1914–1918, Wien 2016.
- Rutkowski, Ernst: Einleitung, in Ders. (Hrsg.): Briefe und Dokumente zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie. Tl. 1. Der Verfassungstreue Großgrundbesitz 1880–1899, Wien 1983, S. 9–36.
- Sabrow, Martin: Der Rathenau-Mord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Weimarer Republik, München 1994.
- Sabrow, Martin: Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution, Frankfurt/m. 1998.
- Sandgruber, Roman: Die Familienkrise des Hauses Lamberg und das Ende der Fideikomiss Herrschaft Steyr, in Oberösterreichische Heimatblätter 63 (2009), S. 179–212.
- Sauer, Bernhard: Schwarze Reichswehr und Fememorde. Eine Milieustudie zum Rechtsradikalismus in der Weimarer Republik, Berlin 2004.
- Schäfer, Karen: Die Militärstrategie Seeckts, Berlin 2016.
- Schausberger, Franz: Ins Parlament, um es zu zerstören. Das parlamentarische Agi(ti)eren der Nationalsozialisten in den Landtagen von Wien, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg nach den Landtagswahlen 1932, 2. Aufl., Wien/Köln/Weimar 2012.
- Scheck, Raffael: Alfred von Tirpitz and German Right-Wing Politics 1914–1930, Atlantic Highlands 1998.
- Scheck, Raffael: Mothers of the Nation. Right-Wing Women in the Weimar Republic, Oxford/New York 2004.
- Scheck, Raffael: Swiss Funding for the Early Nazi Movement, in Journal of Modern History 71 (1999), S. 793–813.
- Scheck, Raffael: Kuno Graf von Westarps Kriegsziele und Gedanken zur Kriegführung im Ersten Weltkrieg, in Larry Eugene Jones/Wolfram Pyta (Hrsg.): „Ich bin der letzte Preuße“. Der politische Lebensweg des konservativen Politikers Kuno Graf von Westarp, Köln/Weimar/Wien 2006, S. 61–76.
- Schellhorn, Michael: „Mit dem Zentrum niemals!“. Alfred Hugenberg und die Deutsche Zentrumspartei in der Endphase der Weimarer Republik 1928–1933, in Historisch-Politische Mitteilungen 26 (2019), S. 27–63.
- Schellhorn, Michael: Alfred Hugenberg (1924–1933). Eine Biographie, Diss. Potsdam (i. Bearb.).
- Scheuch, Hanno: Der Landbund für Österreich, in Gertrude Enderle-Burcel/Ilse Reiter-Zatloukal (Hrsg.): Antisemitismus in Österreich 1933–1938, Wien/Köln/Weimar 2018, S. 331–347.



- Schildt, Axel: Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichsführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1981.
- Schildt, Axel: Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1998.
- Schilling, Jörg: „Distanz halten:“ Das Hamburger Bismarck-Denkmal und die Monumentalität der Moderne, Göttingen 2006.
- Schilling, Konrad: Beiträge zu einer Geschichte des radikalen Nationalismus der wilhelminischen Ära 1890–1914, Diss. Köln 1968.
- Schlabrendorff, Fabian von: Offiziere gegen Hitler, Frankfurt/M. 1959.
- Schlabrendorff, Fabian von: The Secret War Against Hitler, New York 1965.
- Schlie, Ulrich: Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in der Zeit des Nationalsozialismus, in Horst Möller u. a. (Hrsg.): Agrarpolitik im 20. Jahrhundert. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und seine Vorgänger, Berlin/Boston 2020, S. 105–261.
- Schmid, Julia: Kampf um das Deutschtum. Radikaler Nationalismus in Österreich und dem Deutschen Reich 1890–1914, Frankfurt/M./New York 2009.
- Schmidt, Ernst-Heinrich: Heimatheer und Revolution 1918. Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution, Stuttgart 1981.
- Schmidt, Stefan: Frankreichs Außenpolitik vor der Julikrise 1914, München 2014.
- Schmitt, Oliver Jens: Levantiner. Lebenswelten und Identitäten einer ethnokonfessionellen Gruppe im osmanischen Reich im „langen“ 19. Jahrhundert, München 2005.
- Schmitz, Martin: „Als ob die Welt aus den Fugen ginge“. Kriegserfahrungen österreichisch- ungarischer Offiziere 1914–1918, Paderborn 2016.
- Schmuhl, Hans-Walther: Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie, Göttingen 1987.
- Schmuhl, Hans-Walther: Grenzüberschreitungen. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik 1927–1945, Göttingen 2005.
- Schneider, Michael: Die christlichen Gewerkschaften 1893–1933, Berlin/Bonn 1982.
- Schödl, Günter: Alldeutscher Verband und deutsche Minderheitenpolitik in Ungarn 1890– 1914. Zur Geschichte des deutschen „extremen Nationalismus“, Frankfurt/M. 1978.
- Schödl, Günter: Formen und Grenzen des Nationalen: Beiträge zu nationaler Integration und Nationalismus im östlichen Europa, Erlangen 1990.
- Schödl, Günter: Paul Samassa. Ein biographischer Beitrag zur Vorgeschichte des „extremen Nationalismus“ in Deutschland und Österreich, in Südostdeutsches Archiv 21 (1978), S. 75–104.
- Schoenbaum, David: Zabern 1913. Consensus Politics in Imperial Germany, London 1982.

- Schoeps, Hans Joachim: Der junge Bismarck als Journalist, in *Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte* 3/1 (1951), S. 1–12.
- Schölzel, Christian: Albert Ballin, Teetz 2004.
- Schönberger, Christoph: Die überholte Parlamentarisierung. Einflussgewinn und fehlende Herrschaftsfähigkeit des Reichstags im sich demokratisierenden Deutschland, in *Historische Zeitschrift* 1/272 (2002), S. 623–666.
- Schönhoven, Klaus: Einleitung, in Ders. (Hrsg.): *Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution 1914–1919*, Köln 1985, S. 9–50.
- Schönplflug, Daniel: *Die Heiraten der Hohenzollern. Verwandtschaft, Politik und Ritual in Europa 1640–1918*, Göttingen 2013.
- Schottelius, Herbert/Wilhelm Deist: *Marine und Marinepolitik im kaiserlichen Deutschland 1871–1914*, 2. Aufl., Düsseldorf 1981.
- Schüler-Springorum, Stefanie: Werner Jochmann und die deutsch-jüdische Geschichte, in *Zeitgeschichte in Hamburg. Nachrichten aus der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg*, 2004 (2005), S. 14–20.
- Schuker, Stephen A.: The Rhineland Question. West European Security at the Paris Peace Conference of 1919, in Manfred F. Boemeke/Gerald F. Feldman/Elizabeth Glaser (Hrsg.): *The Treaty of Versailles*, New York 1998.
- Schulze, Hagen: *Freikorps und Republik 1918–1920*, Boppard/Rhein 1969.
- Schulze, Hagen: *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung*, Frankfurt/M. 1977.
- Schulze, Winfried: *Der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft 1920–1945*, Berlin 1995.
- Schwabe, Klaus: Ursprung und Verbreitung des alldutschen Annexionismus in der deutschen Professorenenschaft im Ersten Weltkrieg, in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 14 (1966), S. 105–138.
- Schwartz, Michael: *Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2003.
- Schwarz Müller, Theo: *Zwischen Kaiser und „Führer“. Generalfeldmarschall August von Mackensen. Eine politische Biographie*, München 2001.
- Seeligmann, Chaim: Vorläufer des Nationalsozialistischen Lehrerbundes, in Manfred Heinemann (Hrsg.): *Der Lehrer und seine Organisation*, Stuttgart 1977, S. 305–315.
- Seiberth, Gabriel: *Anwalt des Reiches. Carl Schmitt und der Prozess „Preußen contra Reich“ vor dem Staatsgerichtshof*, Berlin 2001.
- Sidmann, Charles: Die Auflagen-Kurve des Völkischen Beobachters und die Entwicklung die Entwicklung des Nationalsozialismus Dezember 1920 bis November 1923, in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 13 (1965), S. 112–118.
- Siney, Marion: *The Allied Blockade of Germany 1914–1916*, Ann Arbor 1957.
- Soénius, Ulrich: *Wirtschaftsbürgertum im 19. und 20. Jahrhundert. Die Familie Scheidt in Kettwig 1848–1925*, Köln 2000.
- Sösemann, Bernd: *Theodor Wolff. Ein Leben mit der Zeitung*, Stuttgart 2012.

- Soutou, Georges-Henri: *La grande illusion. Quand la France perdait la paix 1914–1920*, Paris 2015.
- Soutou, Georges-Henri: Übermut auf allen Seiten. Die Kriegsziele Frankreichs im Ersten Weltkrieg, in *Dokumente* 43 (3/1987), S. 285–290.
- Spenkuch, Hartwin: *Das preußische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der Ersten Kammer des Landtags 1854–1918*, Düsseldorf 1998.
- Sperber, Jonathan: *The Kaiser's Voters. Electors and Elections in Imperial Germany*, Cambridge 1997.
- Stachelbeck, Christian: *Deutschlands Heer und Marine im Ersten Weltkrieg*, München 2013.
- Steber, Martina/Bernhard Gotto (Hrsg.): *Volksgemeinschaft. Writing the Social History of the Nazi Regime*, in Idem (Hrsg.): *Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering and Private Lives*, Oxford 2018 [2014], S. 1–25.
- Stegemann, Bernd: *Die deutsche Marinepolitik 1916–1918*, Berlin 1970.
- Stegmann, Dirk: Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des wilhelminischen Deutschland. *Sammlungspolitik 1897–1918*, Köln/Berlin 1970.
- Stegmann, Dirk: Hugenberg contra Stresemann. Die Politik der Industrieverbände am Ende des Kaiserreichs, in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 24/4 (1976), S. 329–378.
- Stegmann, Dirk: *Between Economic Interests and Radical Nationalism: Attempts to Found a New Right-Wing Party in Imperial Germany, 1887–1894*, in Larry Jones/James Retallack (Hrsg.): *Between Reform and Resistance: Studies in the History of German Conservatism from 1789 to 1945*, Providence/Oxford 1993, S. 157–185.
- Stegmann, Dirk: Die „Deutsche Zeitung“ 1917–1918. Präfaschistische Öffentlichkeit am Ende des Kaiserreichs, in Dagmar Bussiek/Simona Göbel (Hrsg.): *Kultur, Politik und Öffentlichkeit*, Kassel 2009, S. 266–288.
- Steiner, Zara S./Keith Nielson: *Britain and the Origins of the First World War*, 2. Aufl., Basingstoke/New York 2003.
- Stempin, Arkadiusz: *Das vergessene Generalgouvernement. Die deutsche Besatzungspolitik in Polen 1914–1918*, Paderborn 2020.
- Stern, Howard: The Organisation Consul, in *Journal of Modern History* 35 (1/1963), S. 20–32.
- Stevenson, David: *French War Aims against Germany 1914–1919*, Oxford 1982.
- Stevenson, David: *With Our Backs to the Wall. Victory and Defeat in 1918*, London 2012.
- Stibbe, Matthew: *German Anglophobia and the Great War 1914–1918*, Cambridge 2006.
- Straub, Eberhard: *Albert Ballin. Der Reeder des Kaisers*, Berlin 2001.
- Streubel, Christiane: *Radikale Nationalistinnen. Agitation und Programmatik radikaler Nationalistinnen in der Weimarer Republik*, Frankfurt/Main 2006.
- Striesow, Jan: *Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918–1922*, Frankfurt/M. 1981.

- Struve, Walter: *Elites Against Democracy: Leadership Ideals in Bourgeois Political Thought in Germany, 1890–1933*, Princeton 1973.
- Studt, Bernhard: *Bismarck als Mitarbeiter der „Kreuzzeitung“ in den Jahren 1848 und 1849*, Blankenese 1903.
- Stürmer, Michael: *Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928*, Düsseldorf 1967.
- Süchting-Hänger, Andrea: *Das „Gewissen der Nation“. Nationales Engagement und politisches Handeln konservativer Frauenorganisationen 1900 bis 1937*, Düsseldorf 2002.
- Süß, Dietmar: *Tod aus der Luft. Kriegsgesellschaft und Luftkrieg in Deutschland und England*, München 2011.
- Suppan, Arnold/Maria Wakounig: *Hans Uebersberger (1877–1962)*, in: Arnold Suppan/ Marija Wakounig/Georg Kastner (Hrsg.): *Osteuropäische Geschichte in Wien. 100 Jahre Forschung und Lehre an der Universität*. Studien-Verlag, Innsbruck/Wien/Bozen 2007, S. 91–165.
- Sutter, Berthold: *Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897. Ihre Genesis und ihre Auswirkungen vornehmlich auf die innerösterreichischen Alpenländer*, 2 Bde., Graz/Köln 1965.
- Suval, Stanley: *The Anschluss Question in the Weimar Era. A Study of Nationalism in Germany and Austria 1918–1932*, Baltimore/London 1974.
- Sweeney, Dennis: *Pan-German Conceptions of Colonial Empire*, in: Bradley Naranch/Geoff Eley (Hrsg.): *German Colonialism in a Global Age*, Durham/London 2014, S. 265–282.
- Sweeney, Dennis: *The Racial Economy of Weltpolitik. Imperialist Expansion, Domestic Reform, and War in Pan-German Ideology 1896–1918*, in: Geoff Eley/Jennifer L. Jenkins/Tracie Matysik (Hrsg.): *German Modernities. From Wilhelm to Weimar*, London 2016, S. 139–162.
- Tálos, Emmerich: *Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933–1938*, 2. Aufl., Wien 2013.
- Tenfelde, Klaus: *Krupp in Krieg und Krisen*, in: Lothar Gall (Hrsg.): *Krupp im 20. Jahrhundert*, Berlin 2002, S. 32–82.
- Terhalle, Maximilian: *Deutschnational in Weimar. Die politische Biographie des Reichstagsabgeordneten Otto Schmidt(-Hannover) 1888–1971*, Köln/Weimar/Wien 2009.
- Teske, Frank: *„Kampf um den Rhein“ Französische Besatzung und Separatismus in Mainz 1918–1923/24*, in: Martin Furtwängler/Lenelotte Müller/Armin Schlechter (Hrsg.): *Kriegsende und französische Besatzung am Oberrhein 1918–1923*, Ostfildern 2020, S. 99–112.
- Thorpe, Julia: *Pan-Germanism and the Austrofascist State 1933–1938*, Manchester 2011.
- Thoss, Bruno: *Der Ludendorff-Kreis 1919–1923. München als Zentrum der mitteleuropäischen Gegenrevolution zwischen Revolution und Hitler-Putsch*, München 1978.
- Thunig-Nittner, Gerburg: *Die Tschechoslowakische Legion in Russland. Ihre Geschichte und Bedeutung bei der Entstehung der 1. Tschechoslowakischen Republik*. Harrassowitz, Wiesbaden 1970.

- Toeplitz, Jerzy: Geschichte des Films 1895–1933 und 1934–1945, Bd. 1, München 1987.
- Tooze, Adam: *The Wages of Destruction. The Making and Breaking of the Nazi Economy*, London 2006.
- Trumpp, Thomas: Zur Finanzierung der NSDAP durch die deutsche Großindustrie. Versuch einer Bilanz, in *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 32 (1981), S. 223–241.
- Tucker, Robert W.: *Woodrow Wilson and the Great War. Reconsidering America's neutrality 1914–1917*, Charlottesville 2007.
- Turner, Henry Ashby: *Stresemann and the Politics of the Weimar Republic*, Princeton 1963.
- Turner, Henry Ashby: *German Big Business and the Rise of Hitler*, New York/Oxford 1985.
- Turner, Henry Ashby: *Thirty Days. January 1933*, Edison, NJ 2003.
- Turner, Henry Ashby: Die „Ruhrlade“. Geheimes Kabinett der Schwerindustrie in der Weimarer Republik, in Ders.: *Faschismus und Kapitalismus in Deutschland*, 2. Aufl., Göttingen 1980, S. 114–156.
- Tyrell, Albrecht: Vom „Trommler“ zum „Führer“. Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975.
- Ullrich, Volker: *Adolf Hitler. Bd. 1. Die Jahre des Aufstiegs*, Frankfurt/M. 2013.
- Vogt, Adolf: *Oberst Max Bauer. Generalstabsoffizier im Zwielficht 1869–1929*, Osnabrück 1974.
- Verhey, Jeffrey: *The Spirit of 1914. Militarism, Myth, and Mobilization in Germany*, Cambridge 2000.
- Vick, Brian: *Defining Germany. The 1848 Frankfurt Parliamentarians and National identity*, Cambridge, MA 2002.
- Vogelsang, Tilo: *Reichswehr, Staat und NSDAP 1930–1932*, Stuttgart 1961.
- Voithofer, Erich: *Darum schließt Euch frisch an Deutschland an ... Die Großdeutsche Volkspartei in Salzburg 1920–1936*, Wien/Köln/Weimar 2000.
- Volkman, Hans-Erich: *Die deutsche Baltikumspolitik zwischen Brest-Litowsk und Compiègne*, Köln/Berlin 1970.
- Volkov, Shulamit: *Walther Rathenau. Ein jüdisches Leben in Deutschland 1867–1922*, München 2012.
- Walther, Martina: *Ärzte und Zahnärzte im Alldeutschen Verband und in dessen Tochterorganisationen 1890–1939*, Diss. Mainz, 1988.
- Wandruszka, Adam: *Der Landbund für Österreich*, in Heinz Gollwitzer (Hrsg.): *Europäische Bauernparteien im 20. Jahrhundert*, München 1977, S. 587–602.
- Wandruszka, Adam/Urbanitsch, Peter (Hrsg.): *Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Band III/2: Die Völker des Reiches*, Wien 1980.
- Wandruszka, Adam/Urbanitsch, Peter (Hrsg.): *Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Band VI/2: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen*, Wien 1993.

- Weber, Petra: Gescheiterte Sozialpartnerschaft – Gefährdete Republik? Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat in Deutschland und Frankreich im Vergleich 1918–1933/39, München 2010.
- Weber, Thomas: Hitlers erster Krieg. Der gefreite Hitler im Weltkrieg – Mythos und Wahrheit, Berlin 2011.
- Weber, Thomas: Wie Adolf Hitler zum Nazi wurde. Vom unpolitischen Soldaten zum Autor von „Mein Kampf“, Berlin 2016.
- Weeks, Theodore R.: Nation and State in Late Imperial Russia. Nationalism and Russification on the Western Frontier 1863–1914, DeKalb 1996.
- Wehler, Hans-Ulrich: Bismarck und der Imperialismus, 4. Aufl., München 1976 [1969].
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. IV, 1914–1945, München 2003.
- Wehler, Hans-Ulrich: Das „Reichsland“ Elsaß-Lothringen von 1870–1918, in Ders.: Krisenherde des Kaiserreichs 1871–1918, 2. Aufl., Göttingen 1979, S. 23–69.
- Wehler, Hans-Ulrich: Der Fall Zabern von 1913/14 als Verfassungskrise des Wilhelminischen Kaiserreichs, in Ders.: Krisenherde des Kaiserreichs 1871–1918, 2. Aufl., Göttingen 1979, S. 70–88.
- Wehner, Siegfried: Der Alldeutsche Verband und die deutsche Kolonialpolitik der Vorkriegszeit, Diss. Greifswald 1935.
- Weidenfeller, Gerhard: VDA. Verein für das Deutschtum im Ausland/Allgemeiner Deutscher Schulverein 1881–1918, Bern u. a. 1976.
- Weindling, Paul: Health, Race and German Politics between National Unification and Nazism 1870–1945, Cambridge/New York 1989.
- Weingart, Peter/Jürgen Kroll/Kurt Bayertz: Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland, Frankfurt/M. 1998.
- Weipert, Axel: Die Zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/20, Berlin 2015.
- Weisbrod, Bernd: Arbeitgeberpolitik und Arbeitsbeziehungen im Ruhrbergbau. Vom „Herr- im-Haus“ zur Mitbestimmung, in Gerald D. Feldman/Klaus Tenfelde (Hrsg.): Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau. Industrielle Beziehungen im internationalen Vergleich, München 1989, S. 107–162.
- Weissbecker, Manfred: Deutschvölkische Freiheitspartei 1922–1933, in Dieter Fricke (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte 1789–1945, Bd. 2, Leipzig 1984, S. 550–558.
- Weissbecker, Manfred/Kurt Pätzold: Adolf Hitler, Leipzig 1995.
- Weninger, Florian/Lucile Dreidemy (Hrsg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938, Wien/Köln/Weimar 2013.
- Wernecke, Klaus/Peter Heller: Der vergessene Führer. Alfred Hugenberg. Presse-macht und Nationalsozialismus, Hamburg 1982.
- Werner, Hans-Peter/Wolfgang Alt: Ahnen und Enkel. Das Buch der Nachkommen und Verwandten von D. Martin Luther und Katharina von Bora, Bd. 1, Norderstedt 2020.

- Werner, Lothar: *Der Alldeutsche Verband 1890–1918*, Berlin 1935.
- Wertheimer, Jack: *Unwelcome Strangers. East European Jews in Imperial Germany*, New York/Oxford 1987.
- Wertheimer, Mildred: *The Pan-German League 1890–1914*, Diss. University of New York 1924.
- Wette, Wolfram: *Gustav Noske. Eine politische Biographie*, 2. Aufl., Düsseldorf 1988.
- Wetzell, Richard F. *Inventing the Criminal. A History of German Criminology 1880–1945*, Chapel Hill 2000.
- Willing, Georg-Franz: *Putsch und Verbotszeit der Hitlerbewegung. November 1923–Februar 1925*, Oldendorf 1977.
- Wiltschegg, Walter: *Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung?*, Wien/München 1985.
- Winkler, Heinrich August: *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*, Berlin/Bonn 1984.
- Winkler, Heinrich August: *Weimar. Deutschlands erste Demokratie*, München 1993.
- Winkler, Heinrich August: *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1, München 2000.
- Winzen, Peter: *Das Kaiserreich am Abgrund. Die Daily-Telegraph-Affäre und das Hale- Interview von 1908. Darstellung und Dokumentation*, Stuttgart 2002.
- Winzen, Peter: *Das Ende der Kaiserherrlichkeit. Die Skandalprozesse um die homosexuellen Berater Wilhelms II. 1907–1909*, Köln/Weimar/Wien 2010.
- Winzen, Peter: *Reichskanzler Bernhard von Bülow. Mit Weltmachtphantasien in den Ersten Weltkrieg. Eine politische Biographie*, Regensburg 2013.
- Wirsching, Andreas: „Epoche der Mitlebenden“ – Kritik der Epoche, in *Zeit-historische Forschung/Studies in Contemporary History* 8 (2010), S. 150–155.
- Wladika, Michael: *Hitlers Vätergeneration. Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k.u.k. Monarchie*, Wien/Köln/Weimar 2005.
- Wolz, Nicolas: *Und wir verrosten im Hafen. Deutschland, Großbritannien und der Krieg zur See 1914–1918*, München 2013.
- Woodward, David: *The American Army and the First World War*, Cambridge 2014.
- Wright, Jonathan: *Gustav Stresemann. Weimar's Greatest Statesman*, Oxford 2002.
- Wulf, Peter: *Hugo Stinnes. Wirtschaft und Politik 1918–1924*, Stuttgart 1979.
- Wulff, Reimer: *Die Deutschvölkische Freiheitspartei 1922–1928*, Diss. Marburg 1968.
- Zabecki, David: *The German 1918 Offensives. A Case Study of the Operational Level of War*, New York 2006.
- Zechlin, Egmont: *Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg*, Göttingen 1969.

- Ziemann, Benjamin: *Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914–1923*, Essen 1997.
- Ziemann, Benjamin: *Martin Niemöller. Ein Leben in Opposition*, München 2019.
- Ziemann, Benjamin: *Verweigerungsformen von Frontsoldaten in der deutschen Armee 1914– 1918*, in *Jahrbuch für Historische Friedensforschung* 4 (1995), S. 99–122.
- Ziemann, Benjamin: *Fahnenflucht im deutschen Heer 1914–1918*, *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 55 (1996), S. 93–130.
- Ziemann, Benjamin: *Die deutsche Armee im Herbst 1918 – ein verdeckter Militärstreik?*, in *Ders.: Gewalt im Ersten Weltkrieg. Töten-Überleben-Verweigern*, Essen 2013, S. 134– 153.
- Zirlewagen, Marc (Hrsg.): *Kaisertreue-Führergedanke-Demokratie. Beiträge zur Geschichte des Verbandes der Vereine Deutscher Studenten*, Köln 2000.
- Zunkel, Friedrich: *Joseph Bachem (1821–1893)*, in *Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien*, Bd. 13. *Kölner Unternehmer im 19. und 20. Jahrhundert*, Münster 1986, S. 131–153.



## Dank

Der Deutschen Forschungsgemeinschaft und den Gutachtern für die Förderung dieses Projektes von 2014 bis 2017 ist zu danken. Für die frühe Unterstützung dieser Edition möchte ich Axel Schildt und vor allem Uwe Lohalm von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg herzlich danken. Larry Eugene Jones, Roger Chickering, Wolfram Pyta und Daniela Gasteiger standen hilfreich bei der Kontextualisierung des Alldeutschen Verbandes im Gefüge der Konservativen und der radikalen Rechte zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus zur Verfügung. In den Colloquien von Ulrich Herbert, Michael Wildt und Arnd Bauerkämper konnte ich Aspekte zu Heinrich Claß und dem Alldeutschen Verband, zusätzlich zu Tagungen am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, dem Haus der Geschichte/Museum Niederösterreich, dem Institut für Religionsphilosophie der Universität Innsbruck und an der Université Paris-Sorbonne, vorstellen. Johannes Leicht stand immer für Nachfragen zur Verfügung und hat einzelne Kapitel gegengelesen. Michael Schellhorn hat nicht nur großzügig Archivfunde geteilt, sondern auch detailliert Korrektur des gesamten Manuskripts gelesen. James Shedel und Michael Wladika haben die Abschnitte zu Österreich mit hilfreicher Aufmerksamkeit gelesen.

John C. G. Röhl hat seit langen Jahren mit großem Interesse auch die Arbeit zu den Alldeutschen verfolgt. Für Hinweise danke ich darüber hinaus Rüdiger vom Bruch, Stefan Frech, Ulrich S. Soénius, Marilyn Shevin-Coetzee, Jürgen Falter, Dankwart Guratzsch, Markus Bierkoch und Maik Ohnezeit. Alexander Hugenberg und Götz von Boehmer haben ihre Überlieferungen zu Alfred Hugenberg zur Verfügung gestellt. Verena von Zeppelin ermöglichte einen Blick in den Nachlass von Kuno Graf Westarp in Gaertringen. Dahingehend ist auch Karl J. Mayer für seine Auskünfte zu danken. Sven Fritz hat freundlicherweise Material zu Houston Stewart Chamberlain geteilt und Frank Teske vom Stadtarchiv Mainz war bei einzelnen biographischen Fragen zu Claß eine große Hilfe.

Uwe Puschner ist herzlich zu danken, der das Projekt unterstützt, wichtige Korrekturhinweise zum Manuskript gegeben und die Infrastruktur seines Arbeitsbereiches am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin zur Verfügung gestellt hat. Ich danke Hans-Christof Kraus für die Aufnahme der Edition in diese Reihe.

Nicht zuletzt danke ich Werner und Brigitte Hofmeister für ihre immerwährende Unterstützung.

Berlin im Oktober 2021

*Björn Hofmeister*

## Personenregister

- Abegg, Wilhelm (1876–1951) 25  
Adelung, Bernhard (1876–1943)  
Adlon, Lorenz (geboren als Laurenz Adlon, 1849–1921) 471, 491, 492  
Alter, Junius Pseudonym *siehe* Franz Sontag  
Andrássy von Csik-Szent-Király und Kraszna-Horka, Gyula Graf (1823–1890) 239  
Andres, Ferdinand 89, 527, 528, 535, 552, 652  
Arenberg, Franz Ludwig Prinz von (1849–1907) 183  
Arnim und Züsedom, Sophie von 534
- Bach**, Johann Sebastian (1685–1750) 554  
Bachem, Joseph (1821–1893) 286  
Bachem, Julius (1845–1918) 287, 288  
Bachofen von Echt, Adolf Freiherr (1864–1947) 243  
Bacmeister, Walter (1877–1953) 247, 251, 977, 979, 981, 984  
Baden, Prinz Maximilian von (1867–1929) 393, 439, 440, 441, 443, 445, 453, 454, 456, 459, 480, 555  
Baernreither, Josef Maria (1845–1925) 254  
Ballin, Albert (1857–1918) 581, 633  
Bang, Elisabeth Friederun (1884–1969) 177, 537  
Bang, Paul (1879–1945) 15, 19, 21, 24, 26, 28, 39, 42, 43, 47, 62, 93, 99, 163, 176–179, 210, 366, 535.539, 552, 556, 565, 573, 583, 620, 670, 674, 675, 677, 682, 684–686, 693–695, 700, 709, 712, 713, 789–791, 797, 798, 802, 811–813, 817, 818, 825, 874, 875, 879, 882, 888, 895, 896, 898, 899, 901, 918, 919, 978, 981, 983  
Bang, Simon (1855–1928) 537  
Bardolff, Carl Freiherr von (1865–1953) 769–774  
Basler, Werner (geboren 1919) 76  
Bauer, Gustav (1870–1944) 21  
Bauer, Max (1869–1929) 15, 16, 57, 338, 339, 342, 343, 345, 348–355, 372, 379, 570, 572, 709, 710  
Baumann, *Rittmeister* 111  
Bausch, Victor Karl Wilhelm (1860–1923) 472, 473  
Bayern, Rupprecht von (1869–1955) 370, 702, 802  
Bebel, August (1840–1913) 431, 586  
Becker, Otto (1885–1955) 74–76  
Beethoven, Ludwig van (1770–1827) 175  
Bell, Johannes (1868–1949) 807  
Below, Georg von (1858–1927) 99, 155, 977, 979  
Below, Hugo Ludwig von (1824–1905) 590  
Below, Otto von (1857–1944) 22, 23, 33, 99, 358, 359, 478, 489, 577, 590–592, 594, 640, 671–674, 687, 690, 828  
Berendt, Elise Eleonore Alwine (geboren 1869) 594  
Berendt, Richard von (1865–1953) 22, 358, 359, 577, 592–594  
Berg-Markienen, Friedrich Wilhelm Bernhard von (1866–1939) 420  
Bernhard, Ludwig (1875–1935) 269, 270  
Bernhardi, Friedrich von (1849–1930) 99, 197–203  
Bernhardi, Theodor von (1802–1885) 200

- Bernuth, *Civilingenieur* Ludwig von (1847–1924) 979
- Bethmann Hollweg, Theobald von (1856–1921) 6, 7, 10–12, 14, 16, 107–139, 144, 198, 148, 157, 159, 168, 169, 174, 176, 180, 183–188, 190, 191, 200, 203, 204, 209, 210, 217, 221, 231, 295–308, 323, 335, 339, 354, 356, 377, 416, 424, 425, 453, 555, 605, 607, 634–637, 702, 793, 816, 820, 834, 835, 848, 849, 853, 864, 923, 976, 983
- Beukenberg, Heinrich Wilhelm (1858–1923) 225, 271
- Beurle, Karl (1860–1919) 735, 977
- Beutel, Georg (1863–1942) 981
- Biener, Christian Gottlob (1748–1828) 850
- Bischof, Hermann (geboren 1826) 850, 853
- Bismarck, Otto von (1815–1898) 1, 3–5, 7, 18, 47, 48, 51, 68, 75–77, 99, 101, 127, 130, 138, 174, 192, 199, 212, 221, 239, 248, 295, 296, 309, 330, 357, 369, 408, 409, 411, 428, 442, 454, 462–466, 477, 487, 505, 508, 531, 536, 541, 634, 641, 667, 702, 793, 816, 820, 834, 835, 848, 849, 853, 864, 923, 976, 983
- Bismarck-Bohlen, Clara Gräfin zu (1851–1946) 606
- Blohm, Rudolf (1885–1979) 31, 578, 581
- Blücher, Gebhard Leberecht von (1742–1819) 462, 564, 708
- Bode, *Dr. med.* 977
- Bodelschwingh, Franz von (1862–1933) 979
- Bodmer, Johann Jakob (1698–1783) 602
- Böckel, Otto (1859–1923) 1, 903
- Bongartz, *Lehrer* Albert 981
- Bonhard, Marie Mathilde (1896–1987) 584
- Bonhard, Philipp (1870–1935) 584
- Bonhard, Wilhelm Karl Otto (1893–1979) 86, 583–587
- Bothmer, Felix Graf von (1852–1937) 479
- Bourbon-Parma, Zita Marie delle Grazie von (1892–1989) 300
- Brahms, Johannes (1833–1897) 175
- Brandsch, Rudolf (1880–1953) 236, 241, 243, 244
- Braun, Otto (1872–1955) 31, 34, 35, 806
- Brauns, Heinrich (1868–1939) 682, 684
- Breusing, Alfred (1853–1914) 217, 219, 220, 331, 446–448, 636, 979
- Brockdorff, Alexander Graf (1894–1939) 31, 40, 818, 983, 984
- Bronsart von Schellendorf, Paul (1832–1891) 194
- Bruder, Adolph (1851–1896) 851
- Brüning, Heinrich (1885–1970) 29, 31, 32, 34, 64, 75, 835–837, 839, 840, 844, 851, 852, 858, 907, 914, 916, 931, 949
- Buch, Leopold von (1850–1927) 221
- Buchholz, Gustav (1856–1916) 634–636
- Buchrucker, Bruno Ernst (1878–1966) 99, 679–691, 693–698, 713
- Bücking, Otto von (1855–1933) 471
- Bülow, Bernhard von (1849–1929) 6, 99, 196, 354, 355, 555, 820, 834, 840–842, 844, 851, 852, 858, 907
- Bürkner, *Frau* Gertr. 976
- Buley, Friedrich (1875–1946) 980
- Buresch, Karl (1868–1936) 65, 68, 69
- Burg, Ernst von der (1831–1910) 604
- Burián von Rajecz, Stephan (István) Baron (1852–1922) 435
- Bussche-Ippenbourg, Erich Freiherr von dem (1878–1957) 440, 476
- Cäsar, Gaius Julius (100 v. Chr.–44) 196
- Calmbach, Heinrich (1867–1944) 98, 976, 979, 981, 983
- Capelle, Wilhelm (1871–1961) 977, 979, 981, 984
- Caprivi, Leo von (1831–1899) 455, 465
- Carlson, Carl Fridolf (1870–1924) 540

- Chamberlain, Eva (1867–1942) 415–417
- Chamberlain, Houston Stewart (1855–1927) 99, 163, 172–174, 405–420, 438
- Chotkowa und Wognin, Sophie Gräfin Chotek von *siehe* Sophie Herzogin von Hohenberg
- Claß, Anna Charlotte (1839–1911) 862
- Claß, Anna Elisabeth [„Annelies“] (1898–1973) 74, 78–86, 88, 89, 98, 344, 366, 509, 519–526, 528, 529, 533–535, 552, 561–564, 590, 797, 862–864, 865, 879, 986
- Claß, August Wilhelm (1901–1947) 366, 414, 419, 500, 519–526, 528, 529, 534, 535, 552, 590, 935
- Claß, Friederike Wilhelmine Anna Charlotte („Frieda“) (1869–1937) 175, 475, 493–496, 498, 509, 519–526, 528, 533, 534, 863, 879
- Claß, Heinrich August Peter (1868–1953) passim*
- Claß, Mathilde (1878–1927) 90, 125, 176, 177, 344, 418, 487, 491, 493–496, 498, 509, 519–526, 528, 529, 532–535, 552, 562, 584, 860–864, 984, 986
- Claß, Philipp Jacob August (1834–1893) 640, 986
- Clémenceau, George (1841–1929) 458
- Cohn, Oskar (1869–1934) 857
- Collin, Henri Dominique (1853–1921) 472
- Collredo-Mannsfeld, Rudolf von (1878–1948) 242, 243, 246–249, 253, 260, 262
- Cornelißen, Christoph (geboren 1958) 75
- Cramon, August von (1861–1940) 792, 815, 816, 822, 837, 931, 932
- Crone-Münzebrock, August (1882–1947) 262
- Cunio, *Rechtsanwalt* Hermann 981
- Cuno, Wilhelm (1876–1933) 711
- Curtius, Julius (1877–1948) 831, 931, 949
- Czernin, Ottokar (1872–1932) 299, 300
- Czettritz, *Hauptmann* [Hermann] von 984
- Dahlmann, Friedrich Christoph (1785–1860) 848, 853
- Dandl, Otto von (1868–1942) 379
- Dard, Émile (1871–1947) 548
- Darré, Richard Walter (1895–1953) 43
- Dawes, Charles G. (1865–1951) 24, 810, 818, 819, 824, 826, 832, 835
- Deák, Ferenc von (1803–1874) 197
- Dehn, Paul (1848–1938) 977, 979, 981, 984
- Delbrück, Hans (1848–1929) 11, 74
- Dellmensingen, Konrad Krafft von (1862–1953) 358
- Dewey, George (1837–1917) 447
- Diederichs, August (1819–1917) 977
- Diederichs, Otto von (1843–1918) 446
- Diederichs, Peter (1904–1990) 98, 987
- Diederichs, Suzanne 987
- Dietel, *Fabrikant* Alfred 981, 984
- Dietz, *Studienassessor a. D.* Heinrich 795, 796, 798–800, 804
- Dinghofer, Franz (1873–1956) 46, 47, 52, 236, 237, 733–735, 737, 978
- Dollfuss, Engelbert (1892–1934) 70–73, 749, 769, 935
- Dommes, Wilhelm von (1867–1959) 24, 26–28, 792, 823, 931, 984
- Don Carlos (1545–1568) 840
- Douglas, Ellen Gräfin von (1881–1964) 19, 151, 169, 276, 631–637
- Dürschmidt, Friedel Mathilde Barbara 81, 82, 86, 98
- Duesterberg, Theodor (1875–1950) 33, 38, 66, 907, 909, 913, 915
- Duisberg, Carl (1861–1935) 74, 99, 155
- Dumcke, Julius (1867–1925) 385, 387, 391
- Duncklenberg, *Industrieller* Karl Gottlieb 977, 979

- Ebbinghaus, *Fabrikant* Ludwig 977, 979, 981, 984
- Ebermayer, Ludwig (1858–1933) 803, 806
- Eckart, Dietrich (1868–1923) 21, 867
- Eckstädt, Christoph Johann Friedrich Vitzthum von (1863–1944) 158
- Ehrenfels, Bernhard Freiherr von (1864–1940) 254, 260
- Ehrhardt, Hermann (1881–1971) 57, 80, 99, 512, 549–551, 567–573, 639, 658, 676–680, 681, 686, 689, 693, 699, 713, 715, 721, 726, 781, 874, 887, 888
- Eichler, Otto (1868–1917) 282, 283, 977
- Eiffe, Carl Caesar (1862–1928) 151, 152, 158, 159, 165, 166, 172, 247, 251, 977
- Eiffe, Franz Ferdinand (1860–1941) 15
- Eigenbrodt, August (geboren 1852) 407–409, 411, 979
- Einem, Günther von (geboren 1894) 838, 839, 981
- Einem, Karl von (1853–1934) 837–840
- Eisner, Kurt (1867–1919) 488, 701
- Ender, Otto (1875–1960) 65, 755
- Epp, Franz Ritter von (1868–1946) 22, 100, 889, 909
- Erzberger, Matthias (1875–1921) 293, 294, 299–301, 303, 306–309, 313, 315, 357, 361, 401, 427, 431, 440, 445, 457, 459, 465, 489, 490, 492, 494, 495, 499, 506, 541, 726, 757, 842, 951
- Escherich, Georg (1870–1941) 21, 22, 339, 539–551, 873, 874
- Eschmann, *Kaufmann* Ernst 979
- d'Espèrey, Louis Félix Marie Franchet (1856–1942) 437
- Eulenburg, August Ludwig Traugott Botho Graf (1838–1921) 147, 148
- Eulenburg, Johanna Margarete Engelberta von (1872–1960) 603, 604
- Eulenburg-Wicken, Botho Karl Siegfried Graf zu (1870–1961) 600, 601
- Eulenburg-Wicken, Jeanne Gräfin zu (1872–1960) 600
- Faber, *Kommerzienrat* Richard 243
- Falkenhayn, Erich von (1861–1922) 11, 350, 351, 575, 577
- Fattinger, Franz (1881–1954) 979
- Faulhaber, Michael von (1869–1952) 728
- Fehrenbach, Constantin (1852–1926) 541, 612
- Feldmann, Otto von (1873–1945) 43
- Ferdinand I. von Bulgarien (1861–1948) 437
- Fick, Adolf (1852–1937) 979
- Fischer, Fritz (1908–1999) 80
- Fischer, *Architekt* Hans 655, 981, 984, 986
- Fischer, Heinrich (1811–1887) 986
- Foch, Ferdinand (1851–1929) 371, 485
- Fortmann, *Ortsgruppenvorsitzender Dr.* 977, 980
- Francis, Sir Philip (1740–1818) 127, 136
- Frantz, Rudolf (1873–1950) 574–578, 590–592, 594, 640, 653–655, 671, 674–676, 984
- Franz, Dr. Paul Pseudonym *siehe* Paul Bang
- Freigang, *Rechtsanwalt* Hermann 976
- Freytag, Gustav 555
- Freytag-Loringhoven, Axel Freiherr von (1878–1942) 19, 24, 27, 28
- Freytag-Loringhoven, Hugo von (1855–1924) 210, 419, 422, 423, 428, 429
- Frick, Wilhelm (1877–1946) 38, 43, 705, 873, 879–881, 892, 907, 909–913, 916, 918, 921
- Friedberg, Robert (1851–1920) 357
- Friedensburg, Ferdinand (1886–1972) 25
- Friedjung, Heinrich (1851–1920) 237
- Friedrich, Emil von (gestorben 1918) 192
- Friedrichs, Heinrich (1854–1921) 257

- Fritz, Georg (1865–1944) 17, 20, 241, 282, 512, 556, 618, 619, 621, 872, 976, 978, 979
- Füßlein, Otto (1870–1921) 352–354, 379, 477, 478, 573
- Funcke, Friedrich (1855–1962) 256
- Gambetta, Léon** (1832–1882) 468, 469
- Garbe, *Justizrat und Notar* 981
- Gayl, Wilhelm von (1879–1945) 22, 34, 37, 844, 845, 858, 859
- Gebhard, August (1867–1947) 87, 409, 977, 979, 981, 984
- Gebtsattel, Konstantin von (1854–1932) 8, 11, 12, 16, 17, 93–95, 98, 99, 110, 118, 121, 133, 155, 157, 209, 210, 286, 287, 289–291, 295, 365, 366, 378, 416, 423, 428, 429, 436, 468, 488, 500, 510, 512–514, 518, 532, 539, 784, 976, 978, 981
- Gebtsattel, Ludwig von (1857–1930) 110, 111
- Geiser, Alfred (1868–1937) 49, 51, 734, 735, 977, 979, 981, 984
- George V. (1865–1936) 805
- Gerhardt, Dietrich (1866–1921) 475
- Gerschel, Otto (geboren 1878) 272
- Gerstenhauer, Max (1873–1940) 979, 981
- Gebler, Otto (1875–1955) 699
- Geyer, Rudolf (1861–1929) 241, 243
- Giessing, Fritz (geboren 1857) 977, 979
- Gilbert, [Georg] Ernst Hubert Eberhard Horst (geboren 1889) 726–728
- Gildemeister, Andreas (1869–1958) 11, 15, 671
- Gneisenau, August Neidhard von (1760–1831) 462, 708
- Goebbels, Joseph (1897–1945) 919
- Göring, Hermann (1893–1946) 31, 38, 879–882, 918, 935, 936
- Göttelmann, Karl (1858–1928) 496
- Gok, Carl Gottfried (1869–1945) 24, 43, 80, 97, 578–583, 686, 687, 761, 783, 789, 813, 825, 981, 983, 984
- Gok, Karl Friedrich (geboren 1840) 579
- Gok, Paulina Katharine (1843–1874) 580
- Goltz, Rüdiger Graf von der (1865–1946) 99, 908, 909
- Gontart, Hans Albrecht Heinrich Friedrich von (1861–1931) 338
- Graefe, Albrecht (1828–1870) 618
- Graefe(-Goldebee), Albrecht von (1868–1933) 613–631, 729, 882, 895, 896
- Graevenitz, Hans Joachim von (1874–1938) 314
- Grandel, Auguste (1879–1971) 720
- Grandel, Gottfried (1877–1952) 714–732
- Grapow, Max von (1861–1924) 100, 162, 171, 172, 172, 179, 180, 184, 185, 189, 331, 467, 468, 976, 979
- Grell, *Professor* Hugo 977, 979, 981
- Grillenberger, Karl (1848–1897) 834
- Gröber, Adolf (1854–1919) 440, 445, 541
- Gröling, Albrecht von (geboren 1881) 977
- Grosse, Friedrich (geboren 1869) 977, 980
- Groth, Klaus (1819–1899) 175
- Grottke, *Frau* M. 976
- Grube, [Carl] (geboren 1866) 979, 984
- Gruber, *Adjutant* 501, 509
- Gruber, *Hauptmann a. D.* 972
- Gruber, Lydia 501, 509, 533
- Gruber, Max (1853–1927) 11, 12, 99, 143, 144
- Grünau, Werner Ernst Otto Freiherr von (1874–1956) 451
- Grünhagen, *Superintendent* Friedrich 981
- Grumme, Wendela Gustavfa von (1841–1914) 636
- Grumme-Douglas, Karl Ferdinand von (1860–1937) 19, 151, 169, 171, 276, 631–637
- Grzesinski, Albert (1879–1947) 25
- Gürtner, Franz (1881–1941) 34, 859

- Habicht, Theodor (1898–1944) 935, 936
- Habsburg, Rudolf I. von (1218–1291) 507
- Hänsch, Felix (geboren 1875) 976, 979
- Hahn, *Oberstleutnant* 984
- Hahn, Willy (gestorben 1942) 99, 729, 731, 803, 984,
- Hainisch, Michael (1858–1940) 48, 236, 238, 241, 254, 259, 262, 733, 734
- Hamel, Iris 80
- Hammann, Otto (1852–1928) 196
- Hammer, Rudolf (1862–1926) 560, 595–598
- Hapke, *Sanitätsrat* Theodor 979
- Harden, Maximilian (1861–1927) 204
- Hartmann, Felix von (1851–1919) 293
- Hartmann, Friedrich (1871–1937) 759, 761, 763, 764, 776, 860, 861, 981
- Hartmeyer, Hans (geboren 1880) 55, 56, 60, 62, 64, 66–68, 70–72, 741–749, 761–766, 770, 977, 979, 981, 984
- Hasse, Ernst (1846–1908) 2–5, 9, 50, 976, 983, 985
- Hasse, Otto (1871–1942) 665–667, 836
- Hassell, Ilse von (1885–1982) 604
- Haubenberger, Leo (1891–1952) 60
- Haug, Hermann (gestorben 1927) 979, 981
- Hausmann, Konrad (1857–1922) 410, 541
- Heim, Georg (1865–1938) 504–507, 704, 707
- Heine, Otto (1893–1956) 981
- Heinrich, Paul (1871–1927) 689
- Helfferich, Karl (1872–1924) 224, 335
- Hellingrath, Philipp von (1862–1939) 378, 379, 488
- Helmer, Gilbert (Johann Baptist Helmer, 1864–1944) 243, 244
- Hennings, *Professor Dr.* Hugo 979, 981, 984
- Herbst, Eduard (1820–1892) 245
- Hergt, Oskar (1869–1967) 572, 669
- Hertle, Josef (1871–1931) 48, 50, 736, 737, 743, 750, 760, 764, 860, 861, 979
- Hertling, Georg Graf (1843–1919) 16, 17, 144, 157, 203, 209, 210, 356, 357, 361, 372, 377, 384, 392–395, 401, 416, 421, 425–427, 439, 615, 842
- Hertzberg-Lottin, Ernst von (1852–1920) 155, 162, 163, 168, 169, 198, 467, 513, 537–540, 838
- Hertzberg-Lottin, Eva von (1856–1933) 169
- Hertzberg-Lottin, Gertzlaff von (1880–1945) 12, 19, 31, 37, 97, 99, 513, 514, 518, 535–539, 547, 556, 569, 627, 647, 653, 658, 659, 695–698, 717, 750, 756, 844, 845, 979, 981, 983, 984
- Herzberg, *Hauptmann a. D.* von 984
- Hess, Rudolf (1894–1987) 903
- Heydt, Johann Daniel von der (1857–1935) 979
- Hierl, Konstantin (1875–1955) 909
- Hilliger, *Universitätsbibliothekar* Dr. B. 979
- Hindenburg, Gertrud Wilhelmine von Hindenburg (1860–1921) 563, 564
- Hindenburg, Oskar von (1883–1960) 24
- Hindenburg, Paul von (1847–1934) 12, 20, 24–26, 28–34, 103, 115, 191, 195, 304, 335, 337, 342–344, 351, 353, 367, 415, 423, 442, 445, 451, 454, 460, 461, 478, 561–564, 708, 792, 793, 803, 809, 814–816, 819, 846, 853–859, 897, 898, 904, 907, 930–933, 967, 970–973
- Hintze, Paul von (1864–1941) 420, 422, 438, 439, 445–452, 488
- Hirsch, Wilhelm (1861–1918) 99, 150
- Hitler, Adolf (1889–1945) 20–23, 28, 30–33, 35–43, 53–57, 60, 65–67, 69, 71–73, 78, 90, 85, 86, 88, 91, 93, 103, 519, 690, 705, 713, 728, 752, 757, 817, 818, 828, 860, 865–935

- Hötzendorf, Franz Conrad von (1852–1925) 776
- Hoffmann, Max (1869–1927) 380
- Hofmann, Heinrich von (1863–1921) 575
- Hohenburg, Sophie Herzogin von (1868–1914) 752
- Hohenzollern *siehe* von Preußen
- Holtzendorff, Henning von (1853–1919) 224
- Hopf, Friedrich E. (1870.–1944) 976
- Hopfen, Hans (1835–1904) 163
- Hopfen, Otto Helmut (geboren 1870) 12, 99, 162–167, 169, 172, 277, 618, 630, 865, 869
- Horenkohl, *Geschäftsführer* Gerd Ulrich 983
- Horn, Karl (1855–1930) 977, 979
- Hueber, Franz (1894–1981) 63, 64, 752–755, 769, 933–936
- Hugenberg, Alfred (1865–1951) 3, 5, 6, 12, 16, 19, 24–39, 42, 43, 52, 56, 59, 64, 66, 68, 69, 71, 74, 82, 83, 99, 103, 225, 261, 262, 264–273, 280, 342, 366, 369, 379, 395–405, 482, 484, 540, 572, 573, 583, 614, 756, 782, 783, 785–798, 801–803, 809–819, 823–830, 837–840, 897–933, 957, 983, 987
- Hugenberg, Gertrud (1878–1960) 786, 787
- Hunsdieker, *Sanitätsrat* Robert 977
- Ihering, Rudolf von (Ihering) (1818–1892) 1, 41
- Ilges, Walther (1870–1941)) 977
- Ipsen, Carl (1866–1927) 50
- Isenburg-Birstein, Franz Joseph Fürst zu (1869–1939) 337
- Itzenplitz, Carl (1870–1945) 979, 981, 984
- Jacobsen, Alfred (1861–1929) 389–394, 413, 416, 511–513, 552, 979
- Jagow, Gottlieb von (1863–1935) 135, 448
- Jagow, Traugott Achatz von (1865–1941) 570
- Jahnke, Kurt Albert (1882–1945) 99, 682–686, 693, 698
- Jakobsen, Dorothee (1872–1948) 671
- Jensen, Jens Christian (1861–1937) 979, 981
- Jochmann, Werner (1921–1994) 79–84
- Joerges, Ernst (1874–1926) 976, 979
- Joos, Joseph (1878–1965) 612
- Jordan, Karl (1907–1984) 75, 76
- Jorns, Paul (1871–1942) 807
- Jung, Erich (1866–1950) 979
- Junghans, Emil (1873–1938) 976, 978
- Junius Pseudonym *siehe* Sir Philip Francis
- Kahr, Gustav von (1862–1934) 21–23, 54, 56, 58, 560, 561, 677, 679, 699–706, 712–714, 728, 873, 874, 880, 888–892
- Kalkcreuth, Graf Eberhardt von (1881–1941) 30, 31, 915
- Kapp, Wolfgang (1858–1922) 21, 57, 93, 99, 136, 317–334, 354, 481, 549, 551, 565–573, 631, 639, 648, 650, 677, 678, 708, 807
- Kathen, Hugo von (1855–1932) 477, 478, 575
- Kattausch, *Gerichtsassessor Dr.* 290
- Kautter, Eberhard (geboren 1890) 551, 678, 680–682, 686, 887–891
- Kautter, *Landgerichtsrat* Dr. Richard 892
- Kautzsch, *Geschäftsführer* Friedrich 982
- Kayser, *Oberst a. D.* Otto 382
- Keim, General August (1845–1926) 8, 15, 94, 99, 140, 164, 195, 212, 213, 416, 468, 496, 511, 979
- Keller, *Bergwerksdirektor* Otto 982
- Kerckerinck zur Borg, Engelbert von (1872–1933) 262
- Kernholt, Otto Pseudonym *siehe* Otto Bonhard
- Kessel, Gustav von (1846–1918) 158
- Kette, Karl (1864–1930) 459
- Keudell, Walter von (1884–1973) 28



- Kiderlen-Waechter, Alfred von (1852–1912) 7, 187, 668
- Killinger, Manfred von (1886–1944) 551, 678, 680
- Kirchner, Richard 984
- Kirdorf, Emil (1847–1938) 6, 12, 62, 75, 99, 151, 265, 271, 366–368, 395–405, 416, 467, 482, 484, 540, 815, 816, 076, 070, 982, 984
- Klett, Th[eodor] [1868–1942] 984
- Klingemann, Karl (1859–1946) 366, 976, 070, 981, 983
- Klingspor, Karl (1868–1950) 977, 979
- Klitzing, *Oberfinanzrat* Max von 979
- Klitzsch, Ludwig (1881–1954) 747, 924–932
- Kloetzer, Curt (geboren 1884) 981
- Kloß, Max (1873–1961) 976, 979, 981, 984
- Knirsch, Hans (1877–1933) 56, 883–887, 892, 979, 981, 983
- Knöpfel, Anton (geboren 1852) 537
- Knorr, Eduard von (1840–1920) 149, 151, 156, 219
- Koch, Edmund (1874–1959) 545
- Koch, Max (1855–1931) 979, 982
- Koehler, Gustav Arthur (1875–1945) 977, 980
- Koepgen, Franz (geboren 1869) 287
- Körte, Siegfried (1861–1919) 318, 326, 330
- Körting, Berthold (1839–1919) 977
- Köster, Hans von (1844–1928) 180, 184, 185, 189
- Korell, Adolf (1872–1941) 470, 491
- Korodi, Lutz (1867–1954) 54, 69, 97, 283, 613, 976, 984
- Kossinna, Gustav (1858–1931) 977, 979
- Kramař, Karel (1860–1937) 245, 246, 259
- Kraus, Oskar (1887–1973) 982
- Krauss, Alfred (1862–1938) 46, 48, 52, 57, 60, 61, 99, 359, 360, 629, 710, 737–740, 744, 772, 775, 776, 978
- Krawinkel, Bernhard (1851–1936) 979, 982
- Kretschmar, Otto (1865–1933) 979, 982
- Kruck, Alfred (1927–2010) 73–79, 981
- Krüger, Gabriele 80
- Kühlmann, Richard von (1873–1948) 312, 313, 357, 380–395, 439, 448
- Kuhlenbeck, Ludwig (1857–1920) 977
- Kupferberg, Heinz (1864–1946) 977
- Kupka, Klaudius (1865–1946) 48, 981
- Lambach, Walter (1885–1943) 27, 28
- Lamberg, Karl Othmar Graf (1898–1942) 765, 767, 768
- Langhans, Paul (1867–1952) 979, 982
- Lee, Sir Arthur Hamilton (1868–1947) 218
- Legien, Carl (1861–1920) 398, 399
- Lehmann, Julius Friedrich (1864–1935) 3, 5, 11, 13, 99, 116–118, 123, 126, 166, 177, 701, 767, 893, 900–902, 976, 979, 981, 984
- Leicht, Johannes (geboren 1978) 98
- Lejeune-Jung, Paul (1882–1944) 28
- Lenbach, Charlotte („Lolo“) (1861–1941) 165
- Lerchenfeld auf Köfering und Schönberg, Hugo Graf von und zu (1871–1944) 704, 880
- Lettow-Vorbeck, Paul von (1870–1964) 100, 690
- Levetzow, Magnus von (1871–1939) 449
- Lezius, Friedrich (1859–1939) 977, 979
- Liebert, Eduard von (1850–1934) 532, 533, 978, 981
- Liebig, Anna von (1841–1902) 166
- Liebig, Hans von (1874–1931) 11, 95, 99, 117–123, 125, 126, 136, 136, 166, 476, 979
- Liensberger, *Magistrats-Oberrechnungsrat* Anton [1873–1953] 980, 982, 984
- Lindequist, Friedrich von (1862–1945) 99, 100, 187

- Litzmann, Karl (1850–1936) 478–480
- Loë, Clemens Freiherr von (1860–1930) 257, 757
- Loewenstein, Hans von und zu (1874–1959) 658
- Logau, Friedrich von (1605–1655) 424
- Lohalm, Uwe (geboren 1937) 80
- Lohan, Max (1857–1920) 385, 387, 391, 392, 615
- Lohmann, Karl (1866–1946) 20, 24, 28, 109, 156, 342, 366, 512, 583, 783, 789, 813, 825, 976, 979, 981, 984
- Lossow, Otto von (1868–1938) 99, 670, 671, 680, 699–706, 713, 889, 890, 891
- Lucius, Eduard (1881–1944) 495, 498, 532
- Ludendorff, Erich (1865–1937) 12, 15, 16, 57, 58, 115, 191, 195, 196, 304, 313, 335–354, 370, 372, 373, 379, 380, 416, 424, 438, 441, 443–445, 454, 455, 460, 461, 469, 470, 473, 476–478, 480, 564, 566, 568, 571, 573, 576, 615, 624, 626, 628–630, 643, 689, 706–711, 729, 874, 893
- Ludwig II. von Bayern (1845–1886) 204
- Ludwig III. von Bayern (1845–1921) 12, 143, 144, 157, 203, 209, 210, 378, 479, 486, 488
- Ludwig XIV. (1638–1715) 641
- Luetgebrune, Walter (1879–1949) 678
- Lüttwitz, Walther von (1859–1942) 568, 572
- Luther, Hans (1879–1962) 24, 27, 796, 806
- Luther, Martin (1483–1546) 459
- Luxburg, Nikolaus Graf von (1853–1928) 979
- Lyncker, Moriz Freiherr von (1852–1932) 349
- Mackensen, August (1849–1945) 638
- Mahnert, Ludwig (1873–1943) 982, 984
- Maltzahn, Hans Jasper Freiherr von (1869–1929) 426, 427
- Manteuffel-Szoegge [Katzdangen], Baron Karl von (1872–1948) 362–365, 730, 979, 981, 984
- Marius, Gaius (158/157–86 v. Chr.) 834
- Marwitz, Georg von der (1856–1929) 493
- Marx, Wilhelm (1863–1946) 27, 711, 806, 810, 931
- Maurenbrecher, Max (1874–1930) 589, 620
- Maurenbrecher, Wilhelm (1838–1892) 620
- Mayer, Ernst (1862–1932) 504, 977
- Mecklenburg, Herzog Johann Albrecht zu (1857–1920) 14, 99, 161, 172, 179–191, 318, 320, 326, 328, 330, 331
- Medinger, Wilhelm (1878–1934) 242, 243
- Meinecke, Friedrich (1862–1954) 288, 858
- Meyer, Edgar (1853–1925) 979
- Meysenburg, *Fabrikant* Fritz 981
- Michaelis, Georg (1857–1936) 14, 210, 308–317, 322, 339, 356, 362, 416, 425
- Minde, *Landgerichtspräsident* Otto 982
- Minoux, Friedrich (1877–1945) 22, 99, 712
- Möhl, Arnold von (1867–1944) 22, 577, 594, 595
- Möllers, Alfred (1883–1969) 981, 983
- Molke, Helmuth von (1848–1916) 191, 194, 201, 349–351
- Mommsen, Theodor (1817–1903) 834
- Mommsen, Wolfgang A. (1907–1986) 78–83, 85
- Morosowicz/Morozowicz, Elhard von (1893–1934) 910
- Mosse, Rudolf (1843–1920) 268
- Moulin-Eckert, Richard du (1864–1938) 47, 976
- Müffling, Friedrich Karl Freiherr von (1775–1851) 553

- Müffling, Wilhelm Freiherr von (1869–1953) 553–556
- Mühleisen, Hugo (geboren 1882) 726–729, 732
- Mühlwerth, Albert Ritter von (1862–1934) 977, 979, 982
- Müller, Adolf (1884–1945) 871
- Müller, Alfred (1866–1925) 699
- Müller, Arthur (1883–1957) 596, 981, 984
- Müller, Georg Alexander von (1854–1940) 11, 215, 217, 219, 637
- Müller, Hermann (1876–1931) 612, 819, 820, 824, 826, 831, 835, 836, 844, 982, 984
- Mummelthey, Walther (1897–1944) 982, 984
- Munnecke, *Geschäftsführer* Wilhelm [1891–1954] 978
- Mussolini, Benito (1883–1945) 60, 64, 66, 71, 759
- Napoleon I. (1769–1821) 196, 317, 463, 607
- Napoleon III. (1808–1873) 361
- Neuhaus, *Fabrikant* Gustav 977, 979, 982, 984
- Neukirch, Julius 61, 64, 65, 740, 749, 984
- Neumann, Johann Martin Andreas (1865–1928) 25, 26, 108, 155, 178, 337, 338, 342, 344–346, 348, 349, 352, 353, 366, 445, 793–795, 797, 798, 801, 803, 806, 976
- Newman, Marie-Louisa (1868–1942) 352
- Niederstein, Oskar (1881–1950) 981
- Niethammer, Emil (1869–1956) 803, 807, 805
- Noske, Gustav (1868–1946) 481, 639
- Oberfohren, Ernst (1881–1933) 28, 29, 813, 859**
- Oberleithner, Heinrich von (1851–1920) 977
- Oertel, *Oberpostmeister* Otto 979
- Österreich, Erzherzog Franz Joseph Karl von (Kaiser Franz Joseph I., 1830–1916) 46, 47, 237, 300, 931
- Österreich-Este, Erzherzog Franz Ferdinand von (1863–1914) 49, 752, 770–775, 779
- Österreich, Erzherzog Carl Franz Joseph (Kaiser Karl I. von Habsburg-Lothringen, 1887–1922) 46, 47, 300, 435, 436, 710, 733, 775
- Oldenburg, Friedrich August II. von (1852–1931) 158, 161, 181
- Oldenburg, Sophie Charlotte von *siehe* Prinzessin Eitel Friedrich von Preußen
- Oldenburg-Januschau, Elard von (1855–1937) 24, 25, 442, 792–794, 797, 806, 837, 931, 932
- Ollivier, Émile (1825–1913) 469
- Papen, Franz von (1879–1969) 34–39, 70, 840–846, 858–860, 918, 932, 933
- Pascha, Cemal (Ahmet Cemal, 1872–1922) 582
- Pascha, Emin (Eduard Schnitzer, 1840–1892) 431
- Pascha, Enver (Ismail Enver, 1881–1922) 582
- Pascha, Kâmil (1833–1913) 208
- Pascha, Mahmud Şevket (1856–1913) 205
- Pascha, Nazim (1848–1913) 208
- Pascha, Tâlat (1874–1921) 582
- Pattai, Robert (1846–1920) 252
- Patterer, *Gymnasial-Professor* Andreas 979, 982
- Payer, Friedrich von (1847–1931) 313, 356, 357, 394, 395, 421, 422, 428, 435, 445, 541
- Pechmann, Wilhelm Freiherr von (1959–1948) 505–507
- Peters, Carl (1856–1918) 75, 429–433, 983
- Peters, Thea (1875–1947) 431–433
- Petersen, Carl (1885–1942) 75
- Pezoldt, Gustav (1868–1932) 19, 977, 979, 981
- Pfrimer, Ida 765
- Pfrimer, Irma 765
- Pfrimer, Walter (1881–1968) 63–66, 99, 750, 758, 760–769, 776, 777, 950, 980

- Philipp II. (1598–1527) 840  
 Philippovich von Philippsberg, Eugen (1858–1917) 238  
 Pichl, Eduard (1872–1955) 778–780  
 Piffel, Friedrich Gustav (1864–1932) 452  
 Pittinger, Otto (1878–1926) 57, 548–550, 677, 710, 874  
 Pixis, Erwin (1872–1946) 873, 874, 879  
 Planer, *Dr. (jus)* Richard 982, 984  
 Plasch, Michael (1887–1957) 980  
 Plate, Ludwig Hermann (1862–1937) 982  
 Plessen, Hans von (1841–1929) 148, 316, 349  
 Pöhner, Ernst (1870–1925) 21, 26, 670, 699–706, 713, 714, 873–876, 879–883, 890  
 Pogge, Konrad (gestorben 1930) 979  
 Pohl, Heinrich (1871–1915) 613  
 Pohl, Hugo von (1855–1916) 217, 219  
 Pompeius, Gnäus (106–48 v. Chr.) 834  
 Possehl, Emil (1850–1919) 256  
 Pretzell, Eugen Wilhelm Otto (1830–1898) 167  
 Pretzell, Johann Christian Friedrich (1794–1859) 167  
 Pretzell, Richard Franz (1869–1918) 162, 166–169, 198, 257, 277, 278, 977  
 Preußen, Prinz Albrecht von (1837–1906) 553  
 Preußen, Prinz Eitel Friedrich von (1883–1942) 145  
 Preußen, Prinzessin Eitel Friedrich von (1879–1964) 158  
 Preußen, König Friedrich II. oder Friedrich der Große (1712–1786) 196, 459  
 Preußen, König Friedrich Wilhelm IV. (1795–1861) 464  
 Preußen, Kaiser Friedrich III. von (1831–1888) 198  
 Preußen, Friedrich Wilhelm Prinz von (1880–1925) 20, 552–561, 591  
 Preußen, Prinz Heinrich von (1862–1929) 171  
 Preußen, Kaiser Wilhelm I. von (1797–1888) 160, 465, 556, 816  
 Preußen, Kaiser Wilhelm II. von (1859–1941) 3, 4, 6–8, 10–12, 14, 16, 18, 94, 99, 116, 122, 127, 134, 135, 138, 139, 142, 144–157, 160, 184, 197, 209, 215, 219, 225–227, 231, 245, 250, 251, 295, 301–308, 316, 337, 338, 341, 343, 346, 347, 349, 351, 355, 356, 362, 363, 416, 421, 422, 425, 439, 440, 443, 444, 447, 450–454, 457, 460, 461, 477–481, 488, 408, 536, 555, 575, 603, 605, 607–609, 615, 631–637, 784, 805  
 Preußen, Kronprinz Wilhelm von (1882–1951) 8, 12, 16, 160, 306, 354, 370, 371, 426, 427, 634–636  
 Preysing, Maximilian Emanuel Graf von (1879–1913) 204  
 Preysing-Lichtenegg-Moos, Johann Conrad Friedrich Graf von (1843–1903) 203  
 Preysing-Lichtenegg-Moos, Johann Kaspar Graf von (1844–1897) 203  
 Preysing-Lichtenegg-Moos, Kaspar Graf von (1880–1918) 178, 203–211, 357, 426  
 Prokop, *Medizinalrat* Ludwig 980  
 Proksch, Alfred (1891–1981) 99, 886, 887, 894  
 Pütter, Johann Stephan (1725–1807) 850  
 Putz, Ferdinand (1863–1919) 977  
 Quaat, Reinhold (1876–1953) 28, 37, 39  
 Radoslawow, Wassil (1854–1929) 95  
 Rahden, Alexander Immanuel Freiherr von (1859–1920) 363  
 Ramdohr, Hans (geboren 1894) 979  
 Rasberger, Irmengard (1909–1957) 81, 935  
 Rathenau, Walther (1867–1922) 20, 21, 475, 476, 516, 517, 610  
 Ratjen, Hans Rudolf (1869–1926) 979

- Rauter, Hanns (1895–1949) 64, 761, 764, 776, 777
- Reichenau, Franz von (1857–1940) 180
- Reifkogel, *Kaufmann* Carl 982
- Reismann-Grone, Theodor (1863–1949) 95, 613, 779
- Reißmüller, *Oberbaurat* Ernst 977, 982
- Reith, Wilhelm (geboren 1884) 983, 984
- Renner, Karl (1870–1950) 44
- Reusch, Paul (1868–1956) 75, 99, 155, 225
- Reuß, Heinrich Paul (1862–1923) 977
- Reventlow, Graf Ernst zu (1869–1943) 21, 689, 986
- Richter, Eugen (1838–1906) 834
- Rieck, *Landgerichtsdirektor* Dr. 905, 981
- Riehl, Walter (1881–1955) 55, 59, 60, 979
- Rieter, Fritz (Karl Friedrich Adolf) (1849–1896) 602
- Rieter, Fritz (1887–1970) 603
- Rieter, Inez Ida Bertha (1879–1941) 600, 601
- Rieter-Bodmer, Bertha (1857–1938) 601–603
- Rippler, Heinrich (1866–1934) 109, 275, 276, 385, 977, 979
- Rive, Richard Robert (1864–1947) 326, 330
- Röchling, Hermann (1872–1955) 255
- Rocholl, Theodor (1854–1933) 977, 979
- Roeder, Otto von (1870–1943) 67, 587–590, 978, 983, 984
- Röhm, Ernst (1887–1934) 889
- Roesener, August Theodor Robert (1888–1979) 502, 574, 977
- Roesener, Paula Henriette Caroline (1866–1932) 175, 498, 502, 522, 528, 862, 864, 879
- Roesener, Robert Ernst (1854–1939) 490, 498, 502
- Roesicke, Gustav (1856–1924) 148, 150, 257, 261
- Rötger, Max (1860–1923) 256, 260
- Rommel, *Sanitätsrat* Karl 981
- Roon, Albrecht Graf von (1803–1879) 193, 194, 792
- Roon, Waldemar Graf von (1837–1919) 155
- Rosen, *Oberst a. D.* Freiherr von 981
- Rosenthal, *Major a. D.* Wilfried Ritter und Edler von 984
- Roßbach, Gerhard (1893–1967) 22
- Roth, Alfred (1879–1948) 513
- Rothfels, Hans (1891–1976) 77
- Rouge, Karl (1870–1940) 982
- Ruge, Arnold (1881–1945) 979
- Ruhrstrat, Friedrich Julius Heinrich (1854–1916) 159
- Sachsen, Friedrich August von (König Friedrich August III., 1865–1932) 596, 597**
- Sachsen, Georg Prinz von (1893–1943) 596, 597
- Salm-Grumbach, Wilhelm Friedrich Karl August Rheingraf zu (1799–1865) 141
- Salm-Horstmar, Elisabeth Prinzessin zu (1870–1953) 141
- Salm-Horstmar, Emich Karl Rudolf zu (1883–1959) 141
- Salm-Horstmar, Emilie zu (geborene zur Lippe-Biesterfeld, 1841–1892) 141
- Salm-Horstmar, Otto I. zu (1833–1892) 141
- Salm-Horstmar, Otto Fürst zu (1867–1941) 19, 24, 25, 30, 99, 138–162, 166, 169, 181, 242, 243, 246, 248, 262, 366, 467, 556, 792, 795, 805, 842, 931, 979, 981, 983
- Salm-Horstmar, Wilhelm Julius (1872–1919) 141
- Samassa, Paul (1868–1941) 49, 78, 235, 237, 238, 241, 243, 246, 779, 780, 977, 979
- Savoyen-Carignan, Eugen Franz Prinz von (1663–1736) 774

- Schacht, Hjalmar (1877–1970) 31, 915
- Schäfer, Dietrich (1845–1929) 99, 126, 127, 136, 137, 149, 151, 189, 190, 247, 248, 250, 151, 157, 162, 325, 328, 416, 552, 784, 977, 979
- Schäffer, Fritz (1888–1967) 703
- Scharff, Alexander (1904–1985) 75
- Scheer, Reinhard (1863–1928) 229, 449, 639
- Scheibe, Albert (1877–1945) 913, 914
- Scheidemann, Philipp (1865–1939) 299, 308, 357, 440, 445, 459, 467, 468, 471
- Scheidt, Wilhelm („Willy“) (1877–1954) 648, 649, 660–663, 647–651, 656, 657, 659–663, 670
- Schemann, Karl Ludwig (1852–1938) 86, 88, 365, 977, 979, 682, 684
- Schenk, *Buchhändler* Gustav H. 977, 979
- Scherl, August (1849–1921) 268, 794, 924, 925, 927
- Schöch, Heinrich (1864–1946) 480
- Schiele, Georg Wilhelm (1868–1932) 570, 571
- Schiele, Martin (1870–1939) 27, 99, 816, 817, 829, 830, 897–898, 904
- Schiffer, Eugen (1860–1954) 571, 856, 857
- Schiller, Friedrich (1759–1805) 833, 840
- Schilling von Cannstatt, *Major a. D.* Freiherr 978
- Schillmann, *Dr.* Fritz 982, 984
- Schinckel, Maximilian Heinrich (1849–1938) 225
- Schlabrendorf, Fabian von (1907–1980) 85, 86, 88, 91
- Schlegel, Emil Gottfried (1866–1941) 979, 982
- Schleicher, Kurt von (1882–1934) 34, 35, 37, 38, 665–668, 673, 688, 835, 836, 841, 843, 844, 846, 859, 860, 917
- Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, Auguste Victoria von (1858–1921) 145–147
- Schlittgen, *Werkmeister* 651–660, 875, 876, 882
- Schlosser, *V.-M.* Adolf 980
- Schlüter, Wilhelm (geboren 1863) 977, 979, 981, 984
- Schmid, *Dr.* Hermann 979
- Schmidt, Friedrich (1874–1943) 979
- Schmidt, Oberst Georg 434
- Schmidt, Heinrich (1856–1927) 611, 612
- Schmidt, Wolfgang (1897–1978) 805
- Schmidt(-Hannover), Otto (1888–1971) 907, 909, 915
- Schmitt, Adam Joseph (1855–1928) 300, 470
- Schmitt, Carl (1888–1985) 99, 854–858
- Schmitt, Kurt (1886–1950) 43
- Schönerer, Georg Ritter von (1842–1921) 736, 740, 742, 778–780, 906
- Schrader, Hans Emil (1878–1948) 982
- Schröder, August Ludwig von (1854–1933) 479
- Schroter, *Oberstleutnant a. D.* 984
- Schultz *Stabschef siehe* Paul Schulz
- Schulz, Heinrich Ernst Walter (1893–1979)
- Schulz, Karl
- Schulz, *Oberleutnant a. D.* Paul 685–687
- Schulze, *Verlagsbuchhändler* R.W. 982
- Schulze, Wilhelm 632
- Schuschnigg, Kurt (1897–1977) 70, 740
- Schuster, Friedrich (1863–1932) 153
- Schwarzkopf *Regierungsrat* 982
- Schweighoffer, Ferdinand (1868–1940) 254
- Schwendy, Franz (1875–1935) 88, 587–590, 984
- Schwerin, Albert Constantin von (1870–1956) 280, 281
- Scupin, Hans (1869–1937) 979

- Seeckt, Dorothee von (1872–1948) 671
- Seeckt, Hans von (1866–1936) 22, 23, 31, 576, 577, 592–594, 638–651, 658, 662, 663, 665, 668–671, 673, 685, 687–692, 698, 699, 713–732, 836, 875, 877
- Seipel, Ignaz (1876–1932) 45, 52, 56, 59, 60
- Seißer, Hans von (1874–1973) 23, 889–891
- Seldte, Franz (1882–1947) 30, 38, 39, 908, 909, 911, 913, 915, 918, 933
- Seneca, Lucius Annaeus (1–65) 849
- Severing, Carl (1875–1952) 25, 645, 673, 820, 826
- Seyda, Wladislaus Kasimir (1863–1939) 441
- Siebert, *Bezirksarzt Dr. med.* Friedrich 984
- Siecke, *Frau* M. 976
- Siegert, Karl (1901–1988) 855
- Siemens, Carl Friedrich von (1872–1941) 74
- Silva-Tarouca, Ernst Emanuel von (1860–1936) 252, 253
- Sinzheimer, Hugo (1875–1945) 524
- Sloman, Gundeline Elisabeth (1809–1893) 606
- Smend, Rudolf (1882–1975) 88, 99, 828, 904
- Solf, Wilhelm (1862–1936) 443–445, 449, 457
- Solger, Friedrich (1877–1965) 979, 981
- Sonnemann, Leopold (1831–1909) 410, 411
- Sontag, Franz-Josef (1883–1961) 11, 93, 99, 123–128, 135–138, 976
- Spann, Othmar (1878–1950) 776, 777
- Sperl, August (1862–1926) 507, 508
- Sprengel, *Rechnungsrat* G. 982
- Springer, Julius (1817–1877) 269
- Springorum, Friedrich (1858–1938) 155
- Stahlberg, Walter (1863–1951) 189
- Starhemberg, Ernst Rüdiger Fürst (1899–1956) 63–66, 70, 99, 750–762, 764, 767, 768, 777, 933, 934
- Starhemberg, Ernst Rüdiger von (1861–1927) 751
- Starhemberg, Franzsika Fürstin von (1875–1943) 757
- Steidle, Richard (1881–1940) 63, 64, 99, 750–752, 758
- Stein, Hermann von (1854–1927) 191–197, 306, 350, 455, 463, 583
- Steinacker, Edmund (1839–1929) 235
- Stennes, Walter (1895–1989) 99, 696, 697
- Stindt, *Oberbahninspektor* Ludwig 982, 984
- Stinnes, Hugo (1870–1924) 22, 74, 255, 261, 265, 271, 272, 377, 378, 386–389, 395–405, 482, 484, 487, 488, 514, 517, 541, 712, 747
- Stössel, Freiherr Georg von (1856–1924) 587, 979
- Stolte, Erich (1857–1936) 598, 977, 979, 981, 984
- Stolte, *Frau* 976
- Storm, Theodor (1817–1888) 175
- Strasser, Gregor (1892–1934) 39, 64, 99, 828, 903, 904, 909–912, 919
- Straußenburg, Arthur Arz von (1857–1935) 775
- Strecker, Otto (geboren 1862) 979
- Stresemann, Gustav (1878–1929) 58, 99, 690, 707, 711, 712, 801, 820, 824, 826, 931
- Striesow, Jan 80
- Struve, Hermann (gestorben 1940) 977, 979
- Stürgkh, Karl Graf (1859–1916) 234, 245, 246
- Stumm, Johannes (1897–1978) 716
- Tafel, Paul (1872–1953) 21, 879
- Teschner, Otto (1869–1848) 982
- Thälmann, Ernst (1886–1944) 33
- Thomsen, August von (1846–1920) 977

- Thomsen, Theodor (1840–1927) 12, 162, 174, 217–220, 416, 536, 556, 558, 978
- Thormann, Alexander 714–732
- Thyssen, August (1842–1926) 646
- Thyssen, Fritz (1873–1951) 648–651, 646, 656, 660, 661, 669
- Thyssen-Bornemysza de Kászón, Heinrich (1875–1947) 99, 646, 648, 649, 575, 659–663, 670
- Tille, Arnim (1870–1941) 977, 979
- Tirala, Lothar Gottlieb (1886–1974) 416
- Tirpitz, Alfred von (1849–1930) 179–191, 12, 99, 204, 208, 209, 219–222, 225, 227, 230, 318, 320, 324, 326–331, 333, 604, 832
- Tolk, Paul (geboren 1875) 729
- Tramm, Heinrich (1854–1932) 325, 328
- Treitschke, Heinrich von (1834–1896) 1, 74
- Tresckow, Henning von (1901–1944) 85
- Trimborn, Karl (1854–1921) 440, 445
- Troll, Franz (1854–1918) 406
- Trotha, Adolf von (1868–1940) 639
- Troyer, Otto (1870–1949) 980
- Tüllmann, *Oberst* Theodor 982, 984
- Uebersberger, Hans (1877–1962) 238
- Ullstein, Leopold (1826–1899) 268
- Ursin, Josef (1863–1932) 47, 53, 735, 979
- Valentini, Rudolf von (1855–1925) 11, 156, 306, 316, 421, 637
- Vaugoin, Carl (1873–1949) 64, 65, 754, 755
- Veil, Wolfgang (1884–1946) 986
- Viereck, Ludwig (geboren 1853) 977, 979, 981, 984
- Vietinghoff-Scheel, Leopold Ferdinand Adam von (1868–1946) 11, 18, 19, 37, 39, 44, 45, 92, 93, 97, 99, 124, 170, 172, 179, 180, 243, 275, 276, 323, 333, 334, 366, 386, 440, 441, 536, 538, 556, 560, 585, 620, 627, 647, 652, 653, 674, 675, 756, 845, 986, 977, 978, 979, 982, 983, 984
- Vietinghoff gen. Scheel, Hermann Freiherr von (1851–1933) 197–203
- Vitzthum von Eckstädt, Christoph Johann Friedrich (1863–1944) 158
- Vowinckel, *Industrieller* Albert 598, 599, 984
- Vowinckel, *Industrieller* Jakob 598, 599
- Vowinckel, *Industrieller* Martin 598, 599
- Waber, Leopold (1875–1945) 51, 53
- Wagner, Cosima (1837–1930) 417, 418
- Wagner, *Baurat* Reinhold 984
- Wagner, Richard (1813–1883) 603
- Wagner, Siegfried (1869–1930) 417
- Wagner, Winifred (1897–1980) 417, 418
- Wahnschaffe, Arnold (1865–1941) 6, 133, 134
- Walbaum, Hermann (1877–1955) 979
- Walbaum, Karl Friedrich (1878–1944) 430, 433, 434, 979
- Walbaum, Lisa 434, 435
- Wallenstein, Albrecht Wenzel Eusebius von (1583–1634) 451
- Wangenheim, Konrad Freiherr von (1849–1926) 145, 148, 150, 197, 256, 261, 262, 325, 328, 569, 571, 694
- Watter, Oskar Freiherr von (1861–1939) 99, 648–651, 656–662, 673, 675
- Weber, Friedrich (1892–1955) 893
- Weber, Johann Jacob (1803–1880) 925, 927
- Wechmar, *Geschäftsführer* Freiherr von 978
- Weddigen, Otto (1882–1915) 223
- Wegener, Leo (1870–1936) 24, 791, 900
- Weicher, Theodor (1867–1949) 87, 91, 408, 531, 532, 585, 982, 984



- Weiskirchner, Richard (1861–1926) 252
- Weiss, Bernhard (1880–1951) 710, 721, 722, 727
- Weiß, Oskar 982, 984
- Werner, Ferdinand (1876–1961) 979, 982
- Wertheimer, Mildred (1896–1937) 76
- Wesendonck, Agnes Mathilde (1828–1902) 603
- Wesendonck, Otto Friedrich Ludwig (1815–1896) 602, 603
- Westarp, Kuno Graf (1864–1945) 24, 26, 27, 29, 440, 441, 443, 694, 695, 783, 810, 813, 823, 859, 896, 897
- Wiedfeldt, Otto (1871–1926) 22
- Wild von Hohenborn, Adolf (1860–1925) 16, 191
- Wildgrube, Max (1873–1954) 979
- Wildmoser, Fritz 70, 980, 981
- Wille, Amalie (1905–1985) 603
- Wille, Elisabeth (1903–2001) 603
- Wille, François (1811–1896) 606
- Wille, Franz-Ulrich (1910–1996) 603
- Wille, Friedrich-Wilhelm (1912–2005) 603
- Wille, Gundalena (1908–2000) 603
- Wille, Sigismund (1916–2009) 603
- Wille, Ulrich (1848–1925) 600, 604–607
- Wille, Ulrich (1877–1959) 600–610
- Willisen, Friedrich Wilhelm Freiherr von (1876–1933) 650, 651, 658, 666
- Wilson, Woodrow (1856–1924) 17, 227, 361, 443, 450, 453, 455, 457, 616
- Winckler, Johann Friedrich (1856–1943) 24
- Windthorst, Ludwig (1812–1894) 834
- Winter, Paul (geboren 1855) 977, 979, 981, 984
- Winterfeld, Friedrich von (1875–1949) 27
- Wittern, Ernst (1867–1950) 627
- Witzenmann, Adolph (1872–1937) 982, 984
- Witzenmann, Emil (1867–1944) 982, 984
- Wolf, Karl Hermann (1862–1941) 903
- Wotawa, August von (1876–1933) 243
- Wrangel, *Major* Graf Friedrich 980
- Wulle, Reinhold (1882–1950) 95, 588, 589, 613–631, 711, 882, 896
- Wundt, Max (1879–1963) 984
- Wutte, Viktor (1881–1962) 747, 748
- Yorck von Wartenburg, Ludwig (1759–1830) 460
- Young, Owen D. (1874–1962) 28, 29, 68, 102, 592, 818, 826–835, 883, 900, 901
- Ysenburg-Birstein, Franz Joseph Fürst zu *siehe* Franz Josef Fürst zu Isenburg-Birstein 337, 338, 344
- Zechlin, Egmont (1896–1992) 80
- Zehnhoff, Hugo am (1855–1930) 807
- Zeidler, *Geschäftsführer* Rudolf 978
- Zeppelin, Ferdinand von (1838–1917) 12, 230–232
- Ziegler, [Erich] [1886–1946] 982
- Zingel, *Frau* I. 976